

# Hochschule im Umbruch

## Teil IV: Die Krise (1964-1967)

ausgewählt und dokumentiert von  
Siegward Lönnendonker und Tilman Fichter  
unter Mitarbeit von Claus Rietzschel

# INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Vorwort	3
1. Zeittafel	7
2. Dokumente	171
3. Zeitgenössische Kommentare	
a) Richard Löwenthal Amerikas Engagement in Asien	449
b) Herbert Marcuse Vietnam – Analyse eines Exempels	456
c) Wolfgang Lefèvre Möglichkeiten für die Hochschulpolitik des SDS	462
d) Jürgen Habermas Universität in der Demokratie – Demokratisierung der Universität	467
4. Nachtrag	473

Im Auftrage des Präsidenten der Freien Universität Berlin  
herausgegeben von der Pressestelle der FU Berlin,  
1 Berlin 33, Altensteinstraße 40, Tel.: 838 27 46

Zusammengestellt und dokumentiert von  
Siegward Lönnendonker und Tilman Fichter  
(Mitarbeiter des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche  
Forschung [ZI 6] der Freien Universität Berlin),  
unter Mitarbeit von Dr. Claus Rietzschel.

Presserechtlich verantwortlich: Dr. Claus Rietzschel.

Satz und Druck: Albert Hentrich, 1 Berlin 41, Albrechtstr. 111

Auflage: 5000 Exemplare

Erscheinungsdatum: 15. Juni 1975

Schutzgebühr: 20,— DM, für FU-Studenten 15,— DM

Nachdruck, auch auszugsweise, verboten

Vc

Mit  
der II  
Berl  
auf z  
dert

1. G  
(194

2. K  
(194

3. A  
(195

4. I  
(196

5. C  
(196

6. II  
(196

Die  
Tit

ges  
erh

tun  
ihr

Zus  
wur

an  
Kri

wur  
Die

196  
ira

—  
„st

Oh  
stun

Bu  
tion

sp  
ban

gew  
stau  
tion

# Vorwort

Mit dem vorliegenden Band legen wir den vierten Teil der Dokumentation zur Geschichte der Freien Universität Berlin vor. Der ursprüngliche Teil IV „Die Krise“ mußte auf zwei Bände verteilt werden. Die Dokumentation gliedert sich folgendermaßen:

1. Gegenründung wozu?  
(1945—1949)
2. Konsolidierung um jeden Preis  
(1949—1957)
3. Auf dem Weg in den Dissens  
(1958—1964)
4. Die Krise  
(1964—1967)
5. Gewalt und Gegengewalt  
(1967—1969)
6. Die oktroyierte Reform  
(1969—1973)

Die Krise. Die ursprüngliche Konzeption unter diesem Titel die Jahre 1964—1969 zu dokumentieren, war angesichts der Ereignisdichte jener Jahre nicht aufrecht zu erhalten, da wir an der bisher durchgehaltenen Betrachtungsweise festhalten, die Entwicklung der FU in die für ihr Verständnis wichtigen gesellschaftlichen und politischen Zusammenhänge zu stellen. Als Zäsur für diesen Teil wurde der Vorabend des 2. Juni 1967 gewählt, des Tages, an dem der Student Benno Ohnesorg von dem Berliner Kriminalobermeister Karl Heinz Kurras erschossen wurde.

Die Demonstration der Studenten am Abend des 2. Juni 1967 vor der Deutschen Oper gegen den Berlinbesuch des iranischen Kaiserpaars, das Unternehmen „Füchsejagen“ — so der Deckname des Polizeieinsatzes — gegen die „studentischen Störenfriede“ und der Tod von Benno Ohnesorg waren der Wendepunkt in der Geschichte der studentischen Protestbewegung in West-Berlin und der Bundesrepublik. Der blutige Ausgang dieser Demonstration war der Funke, der auf die Bundesrepublik übersprang und unter den Studenten eine bis dahin unvorstellbar rege politische Aktivität entfachte. In West-Berlin gewann die bei den Kämpfen gegen die geplanten Notstandsgesetze und nach der Bildung der „Großen Koalition“ entstehende „außerparlamentarische Opposition“

eine neue Qualität. Die in der Studentenschaft verbreiteten Überlegungen zur Errichtung von neuen Formen der Selbstorganisation führten schließlich zur Gründung der „Kritischen Universität“.

Es gehört heute weitgehend zum Konsens in Redaktionsbüros, Regierungen, Parlamenten und etablierten Parteien, die komplexen Erfahrungen jener Tage zu leugnen und die politische Studentenbewegung im nachhinein in ein „Sympathisantenfeld“ der heutigen zahlenmäßig bedeutungslosen Desperadogruppen umzuinterpretieren. Offenbar wollen diese Interpreten durch ihre ahistorische und undifferenzierte Argumentation die von der Studentenbewegung aufgeworfenen Fragen vom Tisch wischen, die die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft in eine bis heute andauernde politische Legitimationskrise gestürzt haben.

Die Stoßtruppkommandos der verschiedenen Desperadogruppen haben von Anfang an ihre eigene Dynamik und ihre eigenen Riten entfaltet. Bei ihrem Marsch in die reaktionäre Revolte finden diese Grüppchen eine Selbstrechtfertigung für ihre politisch absurden Ziele nur noch durch ein kollektives Gefühl der Verzweiflung. Die politisch diskutierende Studentenbewegung der sechziger Jahre war dagegen alles andere als eine solch versprengte und sich selbst isolierende Gruppe; sie unternahm vielmehr den bewußten Versuch, an die sozialistischen theoretischen Traditionen wieder anzuknüpfen, die das NS-Regime diskriminiert hatte, und die im Exil und im Untergrund weiterentwickelt worden waren. Aus der Rezeption der verschiedenen Marxismusinterpretationen, der „Kritischen Theorie“ und der Psychoanalyse entstand Mitte der sechziger Jahre ja gerade das Konzept der kritischen Öffentlichkeit: alle Entscheidungsprozesse und geplanten Aktionen sollten für alle Beteiligten nachvollziehbar und durch sie beeinflussbar sein. Erst dieses Konzept ermöglichte die weitgehende Identifikation von großen Teilen der Studentenschaft mit den Zielen und Aktionen der Studentenbewegung und unterscheidet sie fundamental von den Zielen und Aktionsformen der Desperadogruppen.

Während die Generation der bürgerlichen Intelligenz in den dreißiger Jahren durch die Revolution und den Bürgerkrieg in Spanien geprägt worden war, wurde die Studentengeneration in den sechziger Jahren in den Vereinigten Staaten und in Europa durch die Eskalation des

amerikanischen Krieges in Vietnam politisch sensibilisiert. Nach dem historischen Versagen des deutschen Bürgertums in den Jahren 1933 bis 1945 hatte sich besonders die Studentenschaft in Deutschland an den Idealen der nordamerikanischen Unabhängigkeitserklärung aus dem Jahre 1776 und an den Axiomen einer pluralistischen Demokratie orientiert. Mehrere Generationen von Schülern und Studenten in der Bundesrepublik und in West-Berlin hatten so gelernt, bewundernd auf die Vereinigten Staaten zu blicken. Während in der unmittelbaren Nachkriegszeit und in den fünfziger Jahren in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus an den Hochschulen weitgehend die Vorstellung verbreitet war, daß Auschwitz und Buchenwald nur in einem „totalitären“ System möglich seien, mußten die Studenten in den sechziger Jahren lernen, daß auch ihr Ideal eines demokratisch-pluralistisch verfaßten Regierungssystems, die USA, fähig war, eine technokratisch hochentwickelte Destruktionsmaschinerie gegen ein ganzes Volk einzusetzen, und diese Vernichtung von Menschen auch noch demokratisch zu legitimieren versuchte. Unter den Flächenbombardements in Vietnam wurde dieses Idealbild zerstört.

Fast zur gleichen Zeit wie die Antikriegsbewegung in den Vereinigten Staaten formierten sich auch in West-Berlin und in der Bundesrepublik die Gegner des amerikanischen Engagements in Vietnam. Aber ihnen blieb versagt, was der amerikanischen Protestbewegung zeitweilig gelang: diese wurde nicht nur von Studenten und Intellektuellen getragen, sondern auch von großen Teilen der „Bürgerrechtsbewegung“ und den rassischen und religiösen Minderheiten. Breite Teile der Bevölkerung, vor allem aber auch die Industriearbeiter standen in Deutschland der studentischen Protestbewegung gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam indifferent bis ablehnend gegenüber. Der Studentenbewegung gelang es nicht, aus ihrem universitären Ghetto auszubrechen.

Das Zentrum der studentischen Protestbewegung in Deutschland war West-Berlin und hier insbesondere die Freie Universität. In den Jahren 1965 bis 1967 verschmolz ihre Geschichte mit der Geschichte der FU-Studenten, die seit Ende der fünfziger Jahre gegen eine schleichende Verfassungskrise ihrer Universität anzukämpfen hatten. Die Auseinandersetzung um das „Berliner Modell“, das den Studenten der FU — gemessen an westdeutschen Verhältnissen — weitgehende Mit- und Selbstbestimmungsrechte einräumte, war ein Erbe des Jahres 1959. Aufgeschreckt von dem Echo, das der Studentenkongreß gegen Atomrüstung in den Parteien und der Berliner Presse gefunden hatte, entdeckten damals Rektor und Akademischer Senat das Problem des politischen Mandats, das bis dahin unbestritten von AStA und Konvent in Anspruch genommen wurde.

Im Sommersemester 1965 schlug die latente in eine offene Verfassungskrise um. Der Anlaß scheint heute kaum mehr verständlich. Der Rektor zog die schon erteilte Genehmigung für eine Podiumsdiskussion im Auditorium Maximum zum 20. Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht mit der Begründung zurück, einer der Teilnehmer, Erich Kuby, habe die FU bei einem früheren Vortrag verunglimpft und deshalb Redeverbot in den Räumen der FU.

Hatte die akademische Verwaltung in den vergangenen Jahren der Studentenvertretung offen das Recht abgesprochen, ein politisches Mandat für die gesamte Studentenschaft in Anspruch zu nehmen, so wurden (nach dem Verständnis des AStA) in diesem Falle zum ersten Mal formale Gründe vorgeschoben, um Politik überhaupt aus der Universität herauszuhalten. Dies war möglich durch

die — mindestens in diesem Punkte — autoritäre Verfassung der FU, die dem Rektor das uneingeschränkte Hausrecht zuerkannte. Vermittels des Hausrechtes hatte die akademische Verwaltung die letzte Kontrolle über alle politischen Veranstaltungen. Nach Ansicht vieler Studenten war dies der Grund für die von ihnen als zynisch empfundenen Indifferenz der politischen Bildungsarbeit der FU gegenüber brisanten politischen Tagesthemen (Krieg in Vietnam) einerseits und zum anderen für die zeitweilig bloße Vermittlung von Ordnungsvorstellungen und Institutionenlehre bei völliger Tabuisierung der eigenen universitären Machtstruktur.

Die Veranstaltung mit Erich Kuby fand dennoch statt, wenn auch im Studentenhaus der Technischen Universität. Aber im Gegensatz zu früheren Zusammenstößen mobilisierten die politischen Hochschulgruppen die Studentenschaft erfolgreich gegen das Rektorat. Die Studentenvertretung der Philosophischen Fakultät und 8 politische Hochschulgruppen riefen zu einer Protestversammlung auf, die in Anlehnung an die Resolution der Studenten von Berkeley die Forderung erhob, „jede Person zu jedem Thema und zu jeder Zeit hören und mit ihr diskutieren“ zu können. Eine Woche später hatten diese Forderung schon ca. 3000 Studenten unterschrieben. Und schließlich erprobten die Studenten des Otto-Suhr-Institutes zwei Wochen später eine neue Kampfform, den Vorlesungsstreik; er wurde fast vollständig befolgt.

Ebenso, wie im Fall Kuby das Hausrecht zur Verhinderung einer politischen Diskussion in der Freien Universität benutzt wurde, griff das Rektorat in der Folge auch auf die „akademische Würde“ (wie bei der Unterbrechung der kritischen Rede des 1. AStA-Vorsitzenden bei der Immatrikulationsfeier) oder auf das Dienstrecht wie im Fall Krippendorff zurück.

Dr. Ekkehart Krippendorff, Assistent am Otto-Suhr-Institut der FU, hatte die — wie es schien — unrichtige Information veröffentlicht, der Rektor hätte sich geweigert, zum 8. Mai den Baseler Philosophen und Kritiker der deutschen Wiedervereinigungspolitik Prof. Dr. Karl Jaspers einzuladen. Obgleich sich Dr. Krippendorff 5 Tage später in der gleichen Zeitung korrigierte und sich beim Rektor offiziell entschuldigte, teilte dieser ihm in einem Schreiben mit, er sehe nur von einer „fristlosen Kündigung aus wichtigem Grunde“ ab, da sein Vertrag ohnehin am 30. September auslaufe.

In einem „Memorandum über die Entlassung meines Assistenten Dr. Ekkehart Krippendorff“ vermutete der zuständige Lehrstuhlinhaber Prof. Zieburg, „daß der Rektor im Fall Krippendorff ein Exempel statuieren wollte, das sich grundsätzlich gegen wissenschaftliche Assistenten richtet, die sich politisch exponieren“. Diese Vermutung teilten viele.

Zum ersten Mal verstieß der Rektor im Fall Krippendorff gegen das „innerhalb der Universität übliche Loyalitätsverhältnis zwischen Rektor und einem Kollegen“ (Zieburg) — er hatte vor seiner Entscheidung weder den geschäftsführenden Direktor des OSI noch den zuständigen Lehrstuhlinhaber konsultiert. Das führte zum ersten relevanten Bruch in der Ordinarien-Front, in dessen Verlauf sich einzelne Professoren gegen den Rektor stellten.

Das Skandalsemester endete mit einer studentischen Vollversammlung aller Fakultäten, auf der der Rücktritt des Rektors gefordert wurde.

Obwohl in einem Kompromiß der Rektor seinen Standpunkt durchsetzen konnte, verbuchten die Studenten als wichtigen Erfolg, daß das Rektorat zum ersten Mal gezwungen worden war, seine Handlungen vor der Öffentlichkeit in Presse, Rundfunk und Fernsehen zu rechtferti-

gen. Weiter  
Überwindun  
denten von  
weitgehend  
gewonnen.  
schlüsse der  
Verwaltungs  
einer mobil  
rung, daß  
torat zur  
führte in de  
22./23. Juni  
Vertraulichk  
Eine Zusam  
tischen Stud  
Auslegung  
linien für d  
Ebenso wie  
Bildungsarb  
Möglichkeit  
Zur Verfass  
allen deutsch  
schon seit 19  
Demokratie“  
entbrannte  
Wissenschaft  
Studiums ve  
von Dichtar  
nächst auf F  
deuteten Au  
Notwendigke  
standes“ sch  
nalisierungs  
narien-Univ  
eines großem  
in ihren Aug  
geübte Leist  
bedingungen  
den. Die Un  
erster Linie  
Problembew  
von Verfahr  
Der Vorschla  
auf acht Sem  
FU eine star  
die Studienz  
zinische Fak  
fristete Zula  
Das Verbot  
mung unter  
den Student  
meinwohl da  
rien bestimm  
offen zugab  
Mehrheit den  
seine Aufgab  
lichen Vertre  
zu, notfalls  
leiten.  
Entscheidend  
dentenschaft  
bund (SDS).  
schulgruppe  
der SDS-Lam  
SPD-Partei  
an seinem al  
retische Auf  
weitgehend d

gen. Weiterhin war für die Studentenvertretung die Überwindung der langjährigen Isolation von den Studenten von Bedeutung, der in der Konsolidierungsphase weitgehend verlorengegangene Kontakt wurde wiedergewonnen. Konnten vorher Eingaben, Vorschläge, Beschlüsse der Studentenvertretung von der akademischen Verwaltung ignoriert werden, so wurden sie jetzt von einer mobilisierten Studentenschaft getragen. Die Erfahrung, daß durch öffentliche Diskussion auch das Rektorat zur Rechtfertigung gezwungen werden konnte, führte in der Folge — zum ersten Mal beim Teach-in vom 22./23. Juni 1966 — zur Durchbrechung des Prinzips der Vertraulichkeit (bei Sitzungen des Akademischen Senats).

Eine Zusammenarbeit gegen das Rektorat über alle politischen Studentenverbände hinweg brachte eine weitere Auslegung des Hausrechts durch den Rektor: die Richtlinien für die Vergabe von Räumen für Veranstaltungen. Ebenso wie der AStA sah der Beauftragte für die politische Bildungsarbeit nach Erlaß dieser Richtlinien nur noch die Möglichkeit des Rücktritts.

Zur Verfassungskrise der FU kam die Strukturkrise, die allen deutschen Hochschulen gemeinsam war. Obgleich es schon seit 1961 mit der SDS-Denkschrift „Hochschule in der Demokratie“ eine zutreffende Analyse dieser Krise gab, entbrannte die Diskussion erst fünf Jahre später, als der Wissenschaftsrat seine Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums veröffentlichte. Während die 1962 hauptsächlich von Dighans und Picht geführte Hochschuldebatte zunächst auf Reform der Gesamtuniversität gerichtet schien, deuteten Auslassungen wie Dahrendorfs Wort von der Notwendigkeit der Aufhebung des „Modernitäts-Rückstandes“ schon in eine andere Richtung, die der Rationalisierungs-Reform, die die hierarchisch gegliederte Ordinarien-Universität unangetastet ließ. Nach Auffassung eines großen Teils der Studentenschaft konnte dadurch der in ihren Augen hauptsächlich von Industrieverbänden ausgeübte Leistungsdruck durch Verschärfung der Studienbedingungen direkt auf die Studenten weitergeleitet werden. Die Universität vermittelte ihrer Meinung nach in erster Linie nicht das Vermögen zu wissenschaftlicher Problembewältigung, sondern zu kritikloser Aneignung von Verfahren und Anpassungsfähigkeit.

Der Vorschlag des Wissenschaftsrates, die Regelstudienzeit auf acht Semester zu begrenzen, fand zunächst nur an der FU eine starke Resonanz. Die Juristische Fakultät beschloß die Studienzeitbeschränkung auf neun Semester, die Medizinische Fakultät für die einzelnen Studienabschnitte befristete Zulassungen.

Das Verbot des Rektors, über diese Frage eine Urabstimmung unter den Studenten durchzuführen, wurde von den Studenten dahingehend verstanden, daß das Allgemeinwohl des Großbetriebes FU allein von den Ordinarien bestimmt wurde, zumal der Beauftragte des Rektors offen zugab, daß diese Maßnahme „gegen den Willen der Mehrheit der Studenten“ getroffen wurde. Dem AStA, der seine Aufgabe zunehmend in der gleichsam gewerkschaftlichen Vertretung der studentischen Interessen sah, fiel es zu, notfalls Kampfmaßnahmen vorzubereiten und zu leiten.

Entscheidenden Anteil am neuen Selbstverständnis der Studentenschaft hatte der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Hervorgegangen aus der ehemaligen Hochschulgruppe der SPD an der Humboldt-Universität hatte der SDS-Landesverband Berlin auch nach dem 1961 vom SPD-Parteivorstand verfügten Unvereinbarkeitsbeschluß an seinem alten Selbstverständnis festgehalten. Die theoretische Aufarbeitung marxistischer Probleme bestimmte weitgehend die Verbandsarbeit, die sich vor allem in Ver-

öffentlichungen mit wissenschaftlichen Anspruch niederschlug.

Durchbrochen wurde dieses überkommene Selbstverständnis zum ersten Mal bei der Demonstration gegen den kongolischen Ministerpräsidenten Moïse Tschombé im Dezember 1964. Den Demonstranten gelang es, die Polizeikette am Flughafen Tempelhof zu durchbrechen, sich später innerhalb der Bannmeile um das Rathaus zu versammeln und bei der Abfahrt Tschombés dessen Wagen mit Tomaten zu bombardieren.

Die Verletzung der formalen Spielregeln war von einigen Mitgliedern des SDS geplant. Überraschend war jedoch, daß sich die rund 500 Demonstranten an der illegalen Aktion beteiligten. Diese Erfahrung trug wesentlich zu der später vom SDS als These formulierten Erkenntnis bei, daß Agitation und Aufklärung an Aktionen zu binden seien, in denen die Beteiligten den Prozeß der Selbstaufklärung über Sinn und Ziel der Aktion vorantrieben.

Das schon erwähnte Sit-in vom Juni 1966 war ein Musterbeispiel für einen derartigen Prozeß der Selbstaufklärung. Sein Verlauf war weder abgesprochen noch geplant. Die Mitglieder des SDS, die zur Teilnahme an den theoretischen Arbeitskreisen des Verbandes verpflichtet waren, konnten zu allen angeschnittenen Themen während des Sit-ins und des späteren Teach-in ad-hoc-Beiträge liefern. Das Ergebnis der Diskussion gipfelte in einer von allen Anwesenden verabschiedeten Resolution, in der der „Abbau oligarchischer Herrschaft und die Verwirklichung demokratischer Freiheit in allen gesellschaftlichen Bereichen“ gefordert wurde.

In ihren politischen Implikationen sprengte die Resolution den Rahmen der bisherigen Hochschulpolitik. Die anwesenden Studenten machten sich die zentrale Aussage des SDS zu eigen, wonach die der Demokratie widersprechenden Herrschaftsverhältnisse an der Universität nichts anderes seien als eine Reproduktion der Herrschaftsverhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer einzelnen Subsysteme.

In der Verknüpfung von Hochschul- und Gesellschaftspolitik hatte die studentische Protestbewegung ihr eigentliches Ziel gefunden. Aber dieses Bündnis-konzept wurde in der Praxis — zumindest bis zum 2. Juni 1967 — nie wirklich konsequent verfolgt, obwohl es nicht nur den Aktivisten, sondern auch den Studenten und den Kritikern des SDS klar war, daß eine Demokratisierung der Universität nur in einer demokratisierten Gesellschaft durchzusetzen sei. Stattdessen wurde die Hochschulpolitik nicht nur des SDS, sondern auch der übrigen linken Gruppen zunehmend überlagert von den Aktionen und Aufklärungsveranstaltungen gegen das amerikanische Engagement in Vietnam. Die Hoffnung des Berliner SDS, daß sich die Studenten als unterprivilegierte, von Repression bedrohte Gruppe an der Universität begreifen, die sich zunehmend mit den unterprivilegierten Gruppen in der Gesellschaft und der Dritten Welt identifizieren, erfüllte sich weitgehend. Aber die umgekehrte Identifikation blieb aus. Die Protestbewegung blieb bis zum 2. Juni 1967 das, was sie von ihrem Anspruch her zu überwinden trachtete: eine an den Hochschulbereich gekettete, von der Gesellschaft isolierte studentische Aktion.

Eines der wichtigsten Probleme des Wintersemesters 1966/67 war das Problem der Förderungswürdigkeit des SDS. Während die Studentenvertretung zunehmend vor der Aussichtslosigkeit resignierte, die „rechten“ schlagenden Verbindungen auf formalem Weg durch die Institution Gericht von der Freien Universität fernzuhalten, sah sie gleichzeitig eine neue Gefahr: Der Akademische Senat hatte schon seit langem seine Beschlüsse gegen die Korpo-

rationen nur noch halbherzig als Pflichtübung gegenüber dem „Gründergeist der FU“ gefaßt und dann regelmäßig die Auseinandersetzungen vor den Gerichten verloren; nun wandte er sein Interesse von den unpolitischen und sich ruhig verhaltenden schlagenden Verbindungen ab und leitete Maßnahmen zur Aberkennung der Förderungswürdigkeit des SDS ein, eines „linken“ Studentenverbandes, dem weitgehend die Rolle der „Rädelsführerschaft“ bei den Unruhen in der Studentenschaft zugeschrieben wurde.

Die formalen Argumente für ein solches Verfahren lieferte ihm dabei hauptsächlich die „Kommune“. Nach Diskussionen mit Mitgliedern des SDS, der „Subversiven Aktion“, der „Gruppe Spur“ u. a. hatte sich diese Kommune zusammengeschlossen mit dem „Anspruch einer existentiellen Verweigerung gegenüber dem kapitalistischen System“. Dieser Anspruch sollte in einer „gemeinsamen Praxis nach außen“ und einer „Vermittlung der Individuen innerhalb der Kommune“ eingelöst werden. Die Mitglieder der Kommune, die sich später in die Kommunen I und II spaltete, waren besonders erfolgreich beim Experimentieren mit neuen Demonstrationsformen und bei der Durchbrechung aller formalen Spielregeln.

Innerhalb des SDS stellte die Kommune eine vom Verbandsleben isolierte Gruppe dar, die ihre Aktionen größtenteils geheim plante und den Verband jeweils vor vollendete Tatsachen stellte. Die Reaktionen der akademischen Verwaltung auf die Kommuneaktionen führten regelmäßig zu einer Solidarisierung innerhalb des SDS mit der Kommune und schoben so die von der Mehrheit gewünschte kritische Auseinandersetzung mit dieser Gruppe immer wieder hinaus. Nicht die Drohung des Entzugs der Förderungswürdigkeit durch den Akademischen Senat, sondern das permanente undemokratische Verhalten der Kommune I, die sich keiner Diskussion stellte, gab dann schließlich den Ausschlag für den Ausschluß aus dem SDS.

Der Akademische Senat sah auch danach „alle Voraussetzungen für einen Entzug der Förderungswürdigkeit gegeben“, verzichtete jedoch aus Opportunitätsgründen auf die Einleitung des Verfahrens: einmal erwartete er eine unbegrenzte Verzögerung durch den Konvent, zum zweiten rechnete er mit der Solidarisierung der Studentenschaft und mit einer „Abwehrfront, die sich auch bei anderen Gelegenheiten auswirken kann“ und zum dritten hoffte er auch nach den Flugblättern der Kommune I zum Warenhausbrand in Brüssel, „daß der SDS sich endlich selbst reinigt“. Der Akademische Senat sah also durchaus die Verankerung der SDS-Gruppe in der Studentenschaft und die Unterstützung, auf die diese sowohl bei der Studentenvertretung als auch bei den Studenten selber rechnen konnte.

Der Auffassung, daß die Studenten der FU von einer Handvoll „Rädelsführer“ manipuliert und verführt würden, sind sich die Blätter des Springer-Konzerns bis zum heutigen Tage treu geblieben. Schon damals forderten sie statt des „großen Hammers“ die „kleine einschneidende Maßnahme“, d. h. den Ausschluß einzelner SDS-Mitglieder vom Studium. Die Tatsache, daß der SDS innerhalb der Freien Universität durchaus keine isolierte Minderheit war, sondern neue Formen der öffentlichen Kritik entwickelte und auf dem Campus eine Schlüsselstellung einnahm, beweist die Unschärfe der „Rädelsführertheorie“, die zudem bei ihren Apologeten eine fortschreitende Zerstörung der politischen Urteilskraft zur Folge hatte. Es bleibt dem Leser überlassen zu überprüfen, inwieweit der politische Lernprozeß der Studentengeneration, der in diesem Band teilweise dokumentiert

Berlin, im SS 1975

Für den Herausgeber: Claus Rietzschel

ist, mit Begriffen wie „ideologischer Wildwuchs“ und „geistige Ungewaschenheit“ eines Matthias Walden beschrieben ist, der sich dabei als „Nasenzeuge des peinlichen Geruchs“ versteht. Der zynisch offene Rückgriff auf das Vokabular des Unmenschen, das dem „akademischen Gammler“ mit dem schmutzigen Hemdkragen auch schmutzige Gedanken unterstellt, ist eine der Ursachen, die die Entstehung der heutigen Desperadogrüppchen begünstigt hat.

Die speziell mit den „Studentenunruhen“ befaßten wissenschaftlichen Untersuchungen der sechziger Jahre zeichnen sich fast ausnahmslos durch mangelnde Kenntnis der internen Vorgänge in den politischen Studentengruppen und den offiziellen Organen der Universitäten aus. Auf der einen Seite folgen sie einer politisch-phänomenologisch beschreibenden Methode und setzen Erscheinungsformen konkreter Protestaktionen als eigentlichen Untersuchungsgegenstand, auf der anderen Seite konzentrieren sie sich auf die Untersuchung des allgemeinen „Konfliktpotentials“ Jugendlicher in Industriegesellschaften, wobei in rollentheoretischen oder sozialisationstheoretischen Ansätzen fast ausnahmslos die Auseinandersetzung mit der Selbstdarstellung der Agierenden und mit der sozialen und politischen Beschaffenheit der Gesellschaft ausgespart bleibt.

Die Dokumentation über die Freie Universität Berlin entsteht im Rahmen der Arbeit im Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung (ZI 6) in enger Zusammenarbeit mit der Presse- und Informationsstelle und des Hochschularchivs der FU. Ein Rückblick auf die 25 Jahre des Bestehens des ehemaligen Instituts für politische Wissenschaft und heutigen Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung zeigt, daß die Analyse der gesellschaftlichen und politischen Systeme in der geteilten Stadt Berlin auf dem Hintergrund der Entwicklung der beiden deutschen Staaten die Forschungsarbeit in diesem Institut begleitet. Die Resultate dieser wissenschaftlichen Arbeit liegen u. a. in den Bänden der Schriftenreihe des Instituts „Bedrohung und Bewährung“ (1965) und „Berlin — Hauptstadtanspruch und Westintegration“ (1967) vor. Beide Studien stehen im Kontext der damaligen politisch-soziologischen Fragestellung, also in der Tradition der „Demokratieforschung“ und der „Totalitarismusforschung“, und berühren den Bereich der Universitäten nur am Rande.

Die Fragestellungen und theoretischen Ansätze, aufgrund derer die Autoren dieser Dokumentation die umfangreichen Materialien ausgewertet haben, knüpfen sowohl an die „Demokratieforschung“ als auch an die Inhalte der theoretischen Diskussionen und die Selbstdarstellungen studentischer Gruppen und akademischer Organe an. Bisher hat keine Universität einen solchen Versuch einer kritischen Selbstdarstellung unternommen. Durch das stete Bemühen, die gesamte Komplexität der verschiedenen politischen Richtungen zu dokumentieren, hoffen die Verfasser, für die zukünftige historische und sozialwissenschaftliche Forschung Materialien vorgelegt zu haben, die die Arbeit nicht durch ideologische Vorentscheidungen einengen.

Die Verfasser bedauern außerordentlich, daß ihre ursprüngliche Absicht, einem großen Teil der Studenten auf diesem Wege die Geschichte der Freien Universität kostenlos zu vermitteln, nicht weiter durchgeführt werden kann. Der Umfang des vorliegenden Bandes macht trotz großzügiger Zuschüsse des Präsidialamtes einen Verkauf der Dokumentation notwendig.

Die Verfasser: Siegwald Lönnendonker, Tilman Fichter

# 1. Zeittafel

## 4. Dezember 1964

12. ordentliche Sitzung des 16. Konvents der FU.  
Der Konvent beschließt eine Vorlage zur Änderung der Universitätsordnung und der Zwangsexmatrikulation, die auf die Entstehung der jetzigen Situation an der FU und auf die vom Rektorat vorgeschlagenen Behelfsmaßnahmen und deren Intentionen eingeht.

Dok. 354

Der Konvent beschließt, dem Akademischen Senat die Zulassung der studentischen Gemeinschaften „Hochschulgilde Alexander und Wilhelm von Humboldt“ und „Berliner Geographenkreis“ zu empfehlen.

Gegen einen Antrag der „Wählergemeinschaft für die FUB“ auf Zulassung als förderungswürdige studentische Gemeinschaft wird eingewendet, daß die von dieser Gemeinschaft intendierten Aufgaben (Versuch, in der Studentenschaft Verständnis und Interessen für die Fragen der Studentenvertretung zu erwecken) schon von anderen Gremien wahrgenommen werden und die Gefahr bestehe, daß hier ein Gremium entstehe, das sich zum Schiedsrichter über die gewählten Gremien in der Studentenschaft aufwerfe. Die Wählergemeinschaft wird mit 13:6:3 abgelehnt.

Nach Antrag auf Feststellung der Beschlußfähigkeit werden nur noch 37 Abgeordnete gezählt. Der Konvent beauftragt den Satzungs- und Geschäftsordnungsausschuß und den Hauptausschuß, die Beratungen über die Satzungsänderung weiterzuführen. Gleichzeitig appelliert der 16. Konvent an den 17. Konvent, auf den ersten Sitzungen die Vorlage zu behandeln.

## 5. Dezember 1964

Wochenendseminar der Gewerkschaftlichen Studentengemeinde zum Thema: „Gefährdet eine aktive Lohnpolitik das sogenannte Wirtschaftswunder? Lohn-Preis- oder Preis-Lohn-Spirale?“ Referenten: Dr. Hiß (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) und Herr Nehls (IG Chemie).

## 9. Dezember 1964

Der Akademische Senat der FU beschließt die Assistentenordnung. (Vgl. Zeittafeldatum vom 8. Dezember 1965)

Dok. 355

Beschluß des Deutschen Bundestages: Der Bundestag hält es für wünschenswert, Stufenausbildungsleistung der Schulen,

Hochschulen und des Vorbereitungsdienstes so zu gestalten, daß bei normalem Studiengang das letzte Examen, das zur vollen Berufsreife führt, auch bei Ableistung des Wehrdienstes spätestens mit 26 Jahren abgelegt werden kann. (Vgl. Zeittafeldatum vom 14. Mai 1966)

## 10. Dezember 1964

Der SDS-Bundesvorstand und der Zentralrat der FDJ vereinbaren für Februar 1965 eine Podiumsdiskussion zum Thema „Gespräche mit der FDJ? — Möglichkeiten und Grenzen von Kontakten zwischen der FDJ und bundesrepublikanischen Jugendorganisationen“ und ein zweitägiges Seminar zum Thema „Wirtschaftliche Mitbestimmung in der Bundesrepublik und der DDR“. An den Verhandlungen nehmen teil: für den SDS der 1. Bundesvorsitzende Helmut Schauer, der 2. Bundesvorsitzende Hartmut Dabrowski und die Wissenschaftsreferentin des Bundesvorstandes Walmot Falkenberg; für den FDJ-Zentralrat der 1. Sekretär Horst Schumann, der Sekretär Erich Rau und die Mitarbeiter des Zentralrates Kleinschmidt und Kapson. (Vgl. Zeittafeldatum vom 28. April—7. Mai, 16.—18. Mai, 30. Juni und 14. Dezember 1964 und 11. Februar 1965)

## 11. Dezember 1964

13. ordentliche Sitzung des 16. Konvents der FU.  
Ein Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Hans Helmut Lenke (SPD) auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens gemäß § 10, I der Disziplinarordnung für Studenten gegen die zwanzig Initiatoren der Kampagne „Unterschriftensammlung zwecks Urabstimmung über einen Satzungsentwurf der Herren Ely, Kichberger und Busch“ wird abgelehnt. (Lenke begründete seinen Antrag damit, daß die geforderte Urabstimmung einen „unrechtmäßigen Akt“ darstelle, der dem Grundgedanken der Freien Universität als einer demokratischen Gesellschaft widerspreche. Sie sei ein Verstoß gegen die für Studenten geltenden Vorschriften der Universität. Das Vorgehen der drei Abgeordneten stelle einen Verstoß gegen die Satzung und ein Überschreiten der Rechte und Pflichten als Studentenvertreter dar, da es die legalen Kompetenzen des Konvents mißachte.)

Der Konvent beschließt mit 30:6:3 Stimmen, dem Akademischen Senat der FU die Zulassung des VDSt Berlin—Leipzig als förderungswürdige studentische Gemeinschaft nicht zu empfehlen. (Der VDSt Berlin—Leipzig hatte am 11. Mai 1964 beim Rektor seine Zulassung als förderungswürdige studentische Vereinigung beantragt.) Die

Bedenken richten sich besonders gegen die nicht überprüfbareren Einflüsse vom übergeordneten Verband der Vereine Deutscher Studenten (VDSt). Das Mensuren-schlagen (der VDSt Berlin—Leipzig ist eine nicht-schlagende Verbindung) könne nicht einziges Kriterium sein. Der Konvent beschließt weiterhin die Überprüfung der Zulassung aller studentischen Verbindungen. (Vgl. Zeit-tafeldatum vom 18. Mai, 24. November 1965, 28. Juni 1966, 11. Januar, 7. Dezember 1967, 27. Januar und 7. Februar 1968)

#### 12./13. Dezember 1964

Wochenendseminar der SHB-FU-Gruppe zum Thema „Deutsch-sowjetische Beziehungen“. Referenten sind: Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim (FU) und Wladimir Kukulshkin (Berliner Korrespondent des Moskauer Rundfunks).

#### 12. Dezember 1964

Der kongoliesische Ministerpräsident Moise Tschombé trifft in München zu einem mehrtägigen „Privatbesuch“ in der Bundesrepublik ein. Tschombé plant einen Berlin-Besuch und einen Vortrag vor dem „Rhein-Ruhr-Club“ in Düsseldorf. (Vgl. Zeit-tafeldatum vom 2. Dezember 1960, 17. Januar, 10. und 13. Februar 1961 und 24. November 1964)

#### 13. Dezember 1964

„Politischer Frühschoppen“ der RCDS-Gruppe an der FU zum Thema „Palästinenserproblem in arabischer Sicht“. Referent ist Prof. Dr. Aref-el Aref, Bürgermeister a. D. von Jerusalem.

#### 14. Dezember 1964

SDS

Der Berliner RCDS-Landesverband wendet sich in einer Presse-erklärung gegen die FDJ-Kontakte des SHB-Bundesvorstandes und gegen eine für Februar 1965 in Frankfurt/Main geplante gemeinsame Podiumsdiskussion mit dem Thema: „Gespräche mit der FDJ? — Möglichkeiten und Grenzen der Kontakte zwischen der FDJ und bundesrepublikanischen Jugendorganisa-tionen“. (Vgl. Zeit-tafeldatum vom 10. Dezember 1964 und 11. Februar 1965)

Der bayerische Ministerpräsident Alfons Goppel empfängt den kongoliesischen Ministerpräsidenten Moise Tschombé in der Staatskanzlei in München zu einem „Höflichkeitsbesuch“. Ungefähr hundert SDS-Mitglieder verteilen Flugblätter und protestieren dagegen, daß die Bundesregierung den „Verbrecher“ Tschombé eingeladen habe. Während eines Besuchs Tschombés beim Erzbischof von München-Freising, Kardinal Dr. Julius Döpfner, werfen Studenten Rauch- und Stinkbom-ben in das erzbischöfliche Palais und den Wagen Tschombés. Die Polizei inhaftiert mehrere Demonstranten. (Vgl. Zeit-tafeldatum vom 14. und 16. Juli und 2. Dezember 1960, 17. Ja-nuar und 10. und 13. Februar 1961, 24. November, 17., 18. und 21. Dezember 1964, 20. Januar und 13. Oktober 1965)

#### 15.—18. Dezember 1964

Wahlen zum 17. Konvent der FU. Wahlbeteiligung: 47,2 %. 163 Kandidaten. Von den 12 Kandidaten des SDS und des Argument-Clubs werden 8 gewählt, von den 10 SHB-Kandidaten 6, von den 4 LSD-Kandidaten 3, je 1 Konventsmitglied gehört der GSG, den Freunden der Publizistik und der SPD an. Die ESG erhält 3 Sitze, der RCDS einen Sitz und die Korporationen sieben. 48 Konventsabgeordnete gehören zur „unabhängigen“ Fraktion.

Vgl. Dok. 356 und Dok. 357

#### 15. Dezember 1964

Landesvollversammlung des Berliner SDS. Hauptreferate: Helmut Schauer (BV) über eine geplante „Deutschland-Denk-schrift“ und Dietrich Wetzels (Berliner LV) über die „Frage, ob das naturgemäß begrenzte physische Engagement des Ver-

bandes dem Streben nach optimaler politischer Effizienz den Vorrang vor der Erfüllung der Aufgaben im Hochschulbereich speziell bezogen auf die Entwicklung einer Studienstrategie und eines maximalen Kritikvermögens der Genossen geben sollte.“ Die Landesvollversammlung wählt einen neuen Lan-desvorstand (1. Vorsitzender Dankwart August, 2. Vorsitzender Klaus Gilgenmann, Finanzreferent Ulrich Ströhle) und stimmt einer Satzungsänderung zu: In Zukunft gibt es einen Vorstand und einen politischen Beirat, wöchentlich wird ein jour fixe veranstaltet und die Mitgliederbeiträge werden erhöht. Fol-gende Arbeitskreise finden an der FU im Wintersemester 1964/65 und im Sommersemester 1965 statt: 1. Arbeitskreis Innenpolitik (Leiter: Ulrich Preuß). 2. Arbeitskreis Neokolo-nialismus (Leiter: Dieter Sturm, Norah Schinning, Tilmann Fichter). 3. Arbeitskreis „Südvietnam“ (Leiter: Horlemann, Gäng und Gilgenmann). 4. Arbeitskreis „Marxistische Reli-gionskritik“ (Leiter Wolfgang Grünberg und Jörg Spiegel). 5. Arbeitskreis „Literatur und Gesellschaft in der DDR“ (Lei-ter Olaf Emmrich). 6. Arbeitskreis „Entwicklung des Kapita-lismus“ (Leiter: Christof Hellberger). Mitglieder des politischen Beirates sind Erik Nohara, Dietrich Wetzels, Ulrich Preuß, Jür-gen Horlemann, Olaf Emmrich, Tilmann Fichter, Christof Hell-berger und Gerald Scheidler.

#### 16. Dezember 1964

Jour fixe der SDS-Gruppe an der FU zum Thema „Der Karls-ruher Parteitag der SPD“. Referent: Ulrich Preuß (SDS).

Der 1. Vorsitzende des Landesverbandes Berlin im Verband Deutscher Studentenschaften (VDS), Wolfgang Roth, legt der Öffentlichkeit Vorschläge für eine „Neuordnung der Lehr-er-ausbildung“ vor. Die Vorschläge sind von einer gemeinsamen Kommission aus Vertretern der beteiligten Studentenschaften ausgearbeitet worden und am 8. Juli 1964 vom Konvent der Pädagogischen Hochschule Berlin, am 9. Juli 1964 vom 16. Kon-vent der FU und am 13. Juli 1964 von der „Landeskonferenz der Berliner Studentenschaften“ gebilligt worden. Der VDS-Landesverband ist der Meinung, daß die zukünftige Lehrer-ausbildung aller Schulkategorien eine wissenschaftliche Aus-bildung erfordere. Diese umfasse 1. das wissenschaftliche Stu-dium in einem fachwissenschaftlichen und erziehungswissen-schaftlichen Teil (einschließlich der allgemeinen Didaktik und der des jeweiligen Faches), 2. den anschließenden Vorberei-tungsdienst, 3. die Fort- und Weiterbildung.

Der erziehungswissenschaftliche Teil des Studiums soll für alle Studenten gemeinsam stattfinden. Das z. Zt. geforderte gleich-zeitige Studium mehrerer voller Fächer nebeneinander wider-spreche in der Praxis dem eigentlichen Ziel des wissenschaft-lichen Studiums und verhindere ferner, schon durch den dafür erforderlichen Zeitaufwand das gerade für die heutige Wissen-schaft so notwendige Einbeziehen von benachbarten Gebieten. Die Dauer des Studiums soll für die einzelnen Lehrkategorien verschieden sein. Für die Grundschullehrer sechs Semester, für die Oberstufenlehrer des „praktischen und technischen Zwei-ges“, sowie für die Gewerbelehrer sieben Semester und für die Gymnasial- und Hochschullehrer bzw. Diplom-Handelslehrer acht Semester. Die bisher für Gymnasiallehrer übliche „All-gemeine Prüfung“ (Philosophicum bzw. Pädagogicum) soll wegfallen, da die jetzige Form dieser Prüfung „keineswegs zu einer das Studium vertiefenden Beschäftigung mit der philoso-phischen Grundlage des Faches und den pädagogischen Proble-men des künftigen Berufes“ führe. „Durch den Zwang zur An-sammlung meist nur oberflächlicher Allgemeinkenntnisse wird lediglich eine sinnlose Unterbrechung des eigentlichen Studien-ganges bewirkt.“ Durch die vom VDS-Landesverband gefor-derte stärkere Berücksichtigung der Erziehungswissenschaften auch in der Ausbildung der späteren Gymnasiallehrer sei ohne-nin gewährleistet, daß die Studenten sich mit den pädago-gischen Aspekten ständig auseinandersetzen. Durch die Be-grenzung des Fachstudiums auf eine Disziplin solle es gerade möglich sein, philosophische und methodische Probleme stän-dig in das Studium einzubeziehen. Das erste Staatsexamen soll künftig der Abschluß des akademischen Studiums sein; „es ist keine Eignungsprüfung für den späteren Beruf.“ Nach dem ersten Staatsexamen soll sich die „schulpraktische Ausbildung an den Vorbereitungsdienst“ anschließen, während die Referen-



den Lehrern hinsichtlich „der Besoldung und der Versorgungsansprüche bereits gleichzustellen sind“. In diesem Vorbereitungsdienst sollen die Referendare durch eine „2. pädagogische Staatsprüfung“ die Berechtigung zur vollen Berufsausübung erwerben.

### 17. Dezember 1964

Die Studentengruppen SDS, LSD, der Argument-Club (AC), der Afrikanische Studentenbund und der Lateinamerikanische Studentenbund protestieren in einer gemeinsamen Erklärung gegen den für den 18. Dezember vorgesehenen offiziellen Besuch des kongolesischen Ministerpräsidenten Moise Tschombé in Berlin: Durch den Empfang Tschombés würden wichtige Interessen der Berliner Bevölkerung verletzt, weil Tschombé sich durch seine Politik, seinen Widerstand gegen die UNO und den Einsatz weißer Söldner bei fast allen afro-asiatischen Völkern in Mißkredit gebracht habe. Der Protest richtet sich ebenfalls gegen den schon stattgefundenen Empfang Tschombés durch Bundespräsident Lübke und Bundestagspräsident Gerstenmaier. Der Landesverband Berlin des SHB protestiert in einem Telegramm an den Regierenden Bürgermeister Willy Brandt ebenfalls gegen den Empfang: dadurch werde die deutsche Forderung nach Selbstbestimmung unglaubwürdig.

In einem Flugblatt fordern der Afrikanische Studentenbund, der Lateinamerikanische Studentenbund, der AC, die „Anschlag-Gruppe“ (ehemalige Mitglieder der „Subversiven Aktion“ haben sich seit Herbst 1964 in dieser Gruppe organisiert) und der SDS zu einer Demonstration am Freitag um 10 Uhr auf dem Platz der Luftbrücke auf. Das Flugblatt stellt Fragen zur Verflechtung der belgisch-englisch-amerikanischen Firmen im Kongo und zu Tschombés Rolle in dieser Politik.

Dok. 358

Vor dem Weltsicherheitsrat der UNO erklärt der tansanische Außenminister Oscar Kombona, daß der Einmarsch der bel-

gischen Fallschirmjäger in Stanleyville eine „unberechtigte und provokatorische Einmischung der westlichen Welt in die inneren Angelegenheiten . . . des afrikanischen Kontinents“ darstelle. Der marokkanische UNO-Vertreter Sidi-Baba fordert die Europäer auf, Afrika „doch endlich in Ruhe“ zu lassen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 24. November 1964)

Das Referat für gesamtdeutsche Fragen und politische Bildung des AstA veranstaltet im Auditorium maximum eine Veranstaltung zum Thema „Sozialistische Bildungspolitik“ mit Dr. Jan Auerhan (Prag).

„Offener Abend“ der katholischen Studentengemeinde (KSG) an der FU zum Thema „Karl Marx und das Christentum“ mit Prof. Dr. Marcel Reding.

### 18. Dezember 1964

Die Studentengruppen SDS – Landesverband Berlin, Argument-Club (AC), Lateinamerikanischer Studentenbund und „Anschlag-Gruppe“ veranstalten eine Protestdemonstration gegen den Berlin-Besuch des kongolesischen Ministerpräsidenten Moise Tschombé. An der Demonstration nehmen auch Angehörige der FDJ und der SED Westberlin teil. (Bei der Vorbereitung der Demonstration waren FDJ-Vertreter aufgetaucht und hatten aktive — auch finanzielle — Unterstützung angeboten. Zu einer Einigung war es wegen eines — dann doch nicht erschienenen — Passus über die Mauer in einem Flugblatt nicht gekommen. Der Passus hatte geheißen: „Wenn Moise Tschombé seine Verbeugung vor der Mauer pflichtgemäß vollführen wird, so gewiß nicht aus Ehrerbietung für die dort geschehene Tragödie, sondern als Dank für die von Bonn und der westdeutschen Industrie bewilligten Millionen, die die deutschen Arbeiter und Bauern aufbringen müssen.“) Einige kongolesische Studenten tragen ohne Genehmigung der Veranstalter Plakate „Mörder Tschombé“, „BRD = Feind Kongo, DDR = Freund



Protestdemonstration gegen den Berlin-Besuch Moise Tschombés.

Kongo“. Tschombé fährt auf einer anderen als der vorgesehenen Route vom Flugplatz zum Rathaus Schöneberg. Den Demonstranten gelingt es, die Polizeikette am Mehringdamm in der Nähe des Flughafens zu durchbrechen und sich später auf dem Platz vor dem Rathaus Schöneberg, also innerhalb der Bannmeile, zu versammeln. Nachdem eine Delegation der Demonstranten dem Regierenden Bürgermeister Willy Brandt ihre Enttäuschung über den Empfang Tschombés zum Ausdruck gebracht hat, werfen die Demonstranten Tschombés Auto bei dessen Abfahrt. (Tschombé hatte das Rathaus durch einen Hinterausgang betreten und wieder verlassen müssen.) Dok. 359

Der RCDS distanziert sich von der Protestdemonstration. Der LSD erklärt, er sei am Aufruf zur Demonstration nicht beteiligt gewesen.

### 18.—20. Dezember 1964

Die Studentenverbände BDIS (Bundesverband Deutsch-Israelischer Studiengruppen), SDS, SHB und LSD veranstalten in Höchst/Odenwald ein gemeinsames Seminar, auf dem aktuelle Fragen der Bildungs- und Hochschulpolitik behandelt werden. Die vier Studentenorganisationen wollen zukünftig ein gemeinsames „verbände info“ für Bildungspolitik herausgeben. Sie fordern gemeinsam die Einführung eines „Studenten- und Schülerhonorars“.

### 20. Dezember 1964

Das „Spandauer Volksblatt“ veröffentlicht einen Artikel über den FU-Professor Dr. Hans Knudsen mit der Überschrift „Geschlossene Gesellschaft — Die Provinzialisierung des Westberliner Theaterlebens und einige Ursachen“. Zu dem Artikel erscheinen Dokumente über Prof. Knudsens Aktivitäten während der NS-Periode. Aus den Dokumenten geht zum Beispiel die Intervention des höchsten Theaterfunktionärs der NSDAP, Dr. Rainer Schlösser, zugunsten Dr. Hans Knudsens hervor.

(Vgl. Zeittafeldatum vom 12., 17., 24. und 27. Februar, 28. und 29. März, 1. April und 11. Juli 1965, 20. Juni 1966, 26. April und 10. Mai 1967)

Dok. 360

### 21. Dezember 1964

Auf einer Pressekonferenz gibt der SDS-Landesverband Berlin eine Darstellung zum Verlauf der Demonstration gegen Tschombé.

Dok. 361

### 31. Dezember 1964

Die französische Armee übergibt die Verwaltung der Präfektur Borkou Ennedi Tibesti (BET) an die Tschad-Armee. Die franz. Soldaten verlassen bis auf wenige Ausnahmen die Präfektur BET. (Vgl. Zeittafeldatum vom 22.—28. September, 1. Oktober 1964 und Februar 1965)

### Januar 1965

„DAS ARGUMENT“ — Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft“ veröffentlicht drei Artikel zum Thema „Faschismus-Theorien“: Dr. Dietrich Grosser (OSI), Die nationalsozialistische Wirtschaft — Die deutsche Industrie und die Nationalsozialisten: Partnerschaft beim Griff nach der Weltmacht; Reimut Reiche und Bernhard Blanke, Kapitalismus, Faschismus und Demokratie; Reinhart Westphal, Psychologische Theorien über den Faschismus. (Vgl. Zeittafeldatum vom Mai 1965, 4. Februar und Oktober 1966)

### 11. Januar 1965

Podiumsdiskussion im Auditorium Maximum der FU zum Thema „Ist unser Parlamentarismus noch zeitgemäß?“. Referenten sind der Bundestagspräsident Dr. Eugen Gerstenmaier (CDU), Dr. Adolf Arndt (MdB, SPD) und die FU-Professoren Karl August Bettermann, Ernst Fraenkel und Kurt Sontheimer. Im überfüllten Auditorium Maximum erklärt Gerstenmaier, daß im Bundestag die Bereitschaft vorhanden sei, über

Reformen des Parlamentarismus zu diskutieren. Prof. Bettermann fordert eine „stärker betonte“ Führungsrolle des Bundestages, er solle nicht „ständig darauf bedacht sein, wörtliches Echo von des Volkes Stimme zu sein“. Dr. Arndt wirft den Professoren vor, daß sie an der „heutigen Zeit vorübergehen und dem parlamentarischen Leben des 19. Jahrhunderts nachtrauern“. Massenmedien, Meinungsumfragen und elektronische Rechenanlagen gehörten heute zu den Mitteln, deren sich der Parlamentarismus bedienen müsse. Natürlich müsse der Bundeskanzler beispielsweise nach Rückkehr von wichtigen Konferenzen schon auf dem Flugplatz eine Erklärung für die Öffentlichkeit abgeben und könne nicht bis zur nächsten Bundestagsitzung warten. Arndt erklärt, daß es nicht die Aufgabe des Bundestages sei, in erster Linie zu informieren, sondern zu entscheiden.

### 12. Januar 1965

Jahreshauptversammlung des Argument-Clubs im Haus am Lützowplatz. Das Vorstandsmitglied Wolfgang Fritz Haug gibt einen Rechenschaftsbericht über das vergangene Jahr. Die wichtigsten universitätsöffentlichen Arbeitskreise, die bewußt an die „nichtstalinistische Tradition des deutschen Marxismus“ anknüpfen, sind: „Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit“ zum gleichnamigen Buch von Walter Benjamin (Leitung: Wolfgang Lefèvre) und der Arbeitskreis „Zur Kritik der Theorien über den Faschismus“ (Leitung: Wolfgang Fritz Haug).

FU-Professor Ludwig von Friedeburg kritisiert den „Elfenbeinturm einer Diskussion unter unseresgleichen“ und das zu akademische und daher „massenunwirksame Niveau“ der Zeitschrift „DAS ARGUMENT“. Haug verteidigt die bisherige Arbeitskreis- und Zeitschriftenpolitik mit dem Argument: „Wir machen keine Arbeiterzeitschrift und gehen nicht in die Massen, wir sind Intellektuelle und schreiben für unseresgleichen“. Außerdem erklärt Haug, daß zukünftig die politische Zusammenarbeit mit den SDS-Hochschulgruppen intensiviert werden solle. Weitere Teilnehmer der Podiumsdiskussion sind: Prof. Ossip K. Flechtheim und Dr. Johannes Agnoli. Anschließend tritt Wolfgang Neuss als „Mann mit der Pauke“ auf und es wird Beat-Musik vom Tonband gespielt.

Zum neuen geschäftsführenden Vorstand werden gewählt: Wolfgang Fritz Haug, Bernhard Blanke und Jürgen Werth. Der Argument-Club (die Schreibweise ist auch im Argument-Club selber unterschiedlich: -Club oder -Klub) plant für das Sommersemester 1965 zwei neue Arbeitskreise: „Sexualität und Herrschaft“ (Leitung: Wolfgang F. Haug) und „Wie geschieht und was leistet Gesellschaftskritik“ (Leitung: Werner Blanke, Reimut Reiche und Jürgen Werth) sowie einen Arbeitskreis über „Grundbegriffe der Kritischen Theorie“.

### 13. Januar 1965

Der Akademische Senat der FU beschließt einstimmig die Einsetzung eines Verfassungsausschusses als eines ständigen Senatsausschusses. Außer dem Rektor als Vorsitzendem sollen ihm fünf Professoren angehören, die für die Dauer des akademischen Jahres vom Senat gewählt werden. Wiederwahl ist zulässig. Der Akademische Senat wählt die Professoren Reinhard Elze, Ludwig von Friedeburg, Karl-Peter Grottemeyer, Ernst E. Hirsch und Günter Neuhaus.

Jour fixe der SDS-FU-Gruppe. Stefan Reisner (Spandauer Volksblatt) referiert zum Thema „Pressefreiheit in West-Berlin“.

### 14. Januar 1965

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Die Sozialreferentin stud. rer. pol. Marlies Seeling teilt mit, daß dem Studentenwerk jetzt Mittel aus dem Programm des sozialen Wohnungsbaus für Bauten von Studentenwohnheimen zur Verfügung stünden. Die „Gruppe 58“ habe bereits konkrete Pläne für die Bebauung des Geländes Garystraße Ecke Clayallee entwickelt. Der Gruppe sollen die Kellerräume des dort geplanten Clubhauses zur Verfügung gestellt werden. Die Architekten der Berliner

„Gruppe 58“ sollen unabhängig davon, ob sie den Auftrag erhalten, in die Planung mit einbezogen werden. Durch eine Ausschaltung der „Gruppe 58“ — so fürchtet der AStA — würde eine öffentliche Diskussion über das Abwürgen einer Privatinitiative provoziert. Der AStA erwägt, die „Gruppe 58“ wieder stärker für das Capitol-Projekt (das Lichtspieltheater soll ein Café werden) zu interessieren, es stünden etwa DM 100 000,— für den Umbau und Ausbau zur Verfügung.

#### 14./15. Januar 1965

Das „Norddeutsche Kartell der Deutschen Burschenschaft“ veranstaltet in West-Berlin ein Seminar zum Thema „Zwanzig Jahre Vertreibung“. Der Hauptreferent Wenzel Jaksch (MdB, SPD) erklärt, die Burschenschaftler sollten sich davor hüten, allein den „Totalitarismus unter Hitler mit Massenmorden und Massendeportation“ zu identifizieren. Der „italienische Faschismus, der Räte-Faschismus in Österreich, der spanische Bürgerkrieg“ und „die Folgen der Revolution in der Sowjetunion“ werden von Jaksch in eine Reihe mit dem systematischen Massenmord des NS-Regimes gestellt.

#### 15. Januar 1965

Auf der ersten (konstituierenden) Sitzung des 17. Konvents der FU wird stud. rer. pol. Wolfgang Pollak zum 1. Konventsvorsitzenden gewählt, 2. Konventsvorsitzender wird turnusgemäß stud. jur. Christian Fenner (LSD). Zu studentischen Sprechern im Akademischen Senat werden stud. phil. Rudolph Ganz (DIS, Filmstudio an der FU) und stud. phil. Sigrid Rüger (SDS) gewählt.

#### 20. Januar 1965

Jour fixe der SDS-FU-Gruppe „Zur falschen Berichterstattung über den Kongo“. Es referieren Jürgen Horlemann (SDS) und Hans-Helmut Lenke (SPD).

#### 21. Januar 1965

Das „John-F.-Kennedy-Institut“ beginnt im Henry-Ford-Bau der FU ein Seminar für 600 Angehörige der US-Streitkräfte in West-Berlin. Themen sind: „Civil liberties in USA and Germany“ (Prof. Dr. Ernst Fraenkel), „The judicial system in USA and Germany“ (Dr. Günther Doeker), „Congress and Bundestag“ (Dr. Winfried Steffani), „Trade Unions and Gewerkschaften“ (Dr. Wolfgang Hirsch-Weber), „The Systems of Education in USA and Germany“ (Prof. Dr. Fritz Borinski), „Anti-Trust-Legislation in USA and Germany“ (Dr. Dieter Grosser). Die GIs sollen nach Abschluß des FU-Seminars ein Zertifikat erhalten mit dem Hinweis, daß auf diese Weise „das Verständnis beider Völker füreinander verbessert“ worden sei. Die Seminarvorträge werden in amerikanischer Sprache gehalten und finden jeweils donnerstags statt. Nicht-Studenten können sich zu dem FU-Seminar im „Amerika-Haus“ oder in der US-Mission anmelden. Der Unkostenbeitrag beträgt DM 10,—. FU-Studenten haben freien Eintritt.

#### 21. Januar 1965

SDS-Veranstaltung mit dem DDR-Schriftsteller Erik Neutsch (SED) über das Thema „Literatur und Gesellschaft in der DDR“.

#### 23./24. Januar 1965

Wochenendseminar des Referats für gesamtdeutsche Fragen und politische Bildung des AStA zum Thema „Entwicklung in der DDR seit 1961“.

#### 27. Januar 1965

Gruppenvollversammlung des SDS an der FU. Zur neuen Gruppenvorsitzenden wird Susanne Kleemann gewählt. Die

ehemaligen Mitglieder der „Subversiven Aktion“, die sich in West-Berlin seit dem Herbst 1964 in der „Anschlag-Gruppe“ organisieren, treten in die FU-Gruppe des SDS ein (u. a. Bernd Rabehl und Rudi Dutschke).

In Münster steht der vierzigjährige Diplom-Volkswirt Günther Weigand vor der zweiten großen Strafkammer des Landgerichts vor Gericht. In dem Sicherungsverfahren soll die Große Strafkammer entscheiden, ob Weigand, dem von der Staatsanwaltschaft „Beleidigung, üble Nachrede, Hausfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung“ vorgeworfen werden, für seine Handlungen verantwortlich ist oder als „gemeingefährlicher Geisteskranker“ wieder in die Heilanstalt Eickelborn in Westfalen zurückgebracht werden soll, in der er vorher 98 Tage lang festgehalten wurde. Seine beiden Verteidiger, Dr. Ulrich Müller-Voss (Berlin) und Dr. Falk (Stuttgart) lehnen die beiden Gutachter des Gerichts, Prof. Dr. med. Helmut Selbach (FU-Berlin) und Dr. Wiedenfeld als befangen ab. Außerdem beantragen sie, das Verfahren nach West-Berlin zu verlegen, wo Weigand verhaftet worden war. Die Anwälte bestreiten besonders Selbachs wissenschaftliche Kompetenz, da sein Gutachten voller Ressentiments und in einem „latent aggressiven Ton“ abgehalten sei. Sie stützen sich dabei auf ein Gegengutachten von Prof. Dr. Wolfgang de Boor (Universität Köln). Außerdem habe Selbach mit seiner Empfehlung der Sicherheitsverwahrung das Urteil der Richter vorwegzunehmen versucht. (Die Vorgeschichte des Prozesses begann mit dem Tod des katholischen Münsteraner Rechtsanwalts Paul Blomert, der am 25. August 1961 von seiner Frau im Schlafzimmer seiner Wohnung tot aufgefunden worden war. Da die Polizei einen „Selbstmord oder Unglücksfall“ annahm, wurde die Leiche ohne Obduktion beerdigt. Der Vater und die Brüder Blomerts vermuteten jedoch einen Mordfall und betrauten Dr. Weigand, der sich selbst als „Sozialanwalt“ bezeichnete, mit der Aufklärung des Falles. (Vgl. Zeittafeldatum vom 28. und 29. Januar, Februar, 4. und 25. Februar, 4. und 31. Mai 1965, 2. Februar und 25. April 1966)

#### 27.—29. Januar 1965

13. Universitätstage der FU unter dem Gesamthema „Wissenschaft und Planung“. Die einzelnen Themen sind: Antizipierte Realität — wie geschieht und was leistet utopisches Denken? (Prof. Ernst Bloch), Voraussage als Ziel und Problem moderner Sozialwissenschaften (Prof. Kurt Sontheimer, FU Berlin), Grundsätzliche Überlegungen zur Kybernetik (Prof. Karl Steinbuch, Karlsruhe), Die Problematik der Freizeit in der Massengesellschaft (Prof. Erwin K. Scheuch, Köln), Perspektiven künftiger Organisation des Lehrens und Lernens (Prof. Friedrich Edding, TU Berlin), Tendenzen wirtschaftlicher und politischer Annäherung von Ost und West (Prof. Gert von Eynern, FU Berlin) und acht weitere Vorlesungen.

#### 28. Januar 1965

Am 2. Verhandlungstag im Sicherungsverfahren gegen Dr. Weigand wird Prof. Dr. med. Helmut Selbach auf Beschluß der zweiten Großen Strafkammer des Landgerichts Münster von der weiteren Teilnahme an der Verhandlung ausgeschlossen. Das Gericht erklärt Prof. Selbach für befangen, nachdem sich dieser unter dem „Terror eines Teils der deutschen Presse“ als befangen erklärt und den Wunsch geäußert hatte, „aus dem Unternehmen auszusteigen“. Auf in West-Berlin verteilten Flugblättern war zu öffentlichen Demonstrationen gegen ihn aufgerufen worden. Nicht befangen erklärte sich Prof. Selbach im Hinblick auf die gegen ihn persönlich erhobenen Vorwürfe oder das Ansinnen, ihn „als Hochschullehrer zu beiseitigen“.

Dok. 362

Die Studentenvertretung der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der FU veranstaltet im Auditorium Maximum eine Diskussion zum Thema „Oppenheimer und die Folgen — Versagen und Bewahrung des Forschers vor der Zukunft“ mit Dr. Robert Jungk.

Der 25jährige ehemalige Student der Juristischen Fakultät der FU, Mitglied der SED-Westberlin und FDJ-Westberlin, Peter Gramse, klagt vor der Kammer I a des Verwaltungsgerichts gegen die Freie Universität. (Der Disziplinarausschuß und der Disziplinarberufungsausschuß der FU hatten im Herbst 1963 und im Frühjahr 1964 Gramse wegen Mitgliedschaft und Mitarbeit in „verfassungsfeindlichen Organisationen“ von der Universität verwiesen, da er gegen die verfassungsmäßige Ordnung verstoßen habe. In seiner Berufung hatte Peter Gramse erfolglos darauf hingewiesen, daß sowohl die SED-Westberlin als auch die FDJ-Westberlin in West-Berlin zugelassen seien. Der Disziplinarberufungsausschuß erklärte, daß zwar sowohl die SED-Westberlin als auch die FDJ-Westberlin zugelassen seien, daß dies aber nur aufgrund „außenpolitischer Erwägungen“ der Alliierten der Fall sei. Entscheidend für die Freie Universität sei, ob die Mitgliedschaft in den genannten Organisationen mit dem „Grundgedanken der Freien Universität zu vereinbaren“ sei.)

Die Kammer setzt sich nicht materiell mit der Klage des Jura-Studenten auseinander, sondern stellt lediglich fest, daß beide Disziplinarausschüsse der FU „eindeutig falsch besetzt“ gewesen seien. Der Disziplinarausschuß hätte im Herbst 1963 unter Vorsitz eines Richters im Ruhestand getagt, was nach der Disziplinarordnung der FU nicht möglich sei. Der Disziplinarberufungsausschuß habe im Frühjahr 1964 unter dem Vorsitz des Prorektors statt des Rektors getagt, obwohl dieser nicht zwingend verhindert gewesen sei. Aufgrund dieser formalrechtlichen Gründe hebt die Kammer den Ausschluß von Peter Gramse aus der FU auf. (Vgl. Zeittafeldatum vom 21. Dezember 1966)

### 29. Januar 1965

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der AStA beschließt: „Die Grafiker des FU-SPIEGEL erhalten pro FU-SPIEGEL-Nr. in cumulo DM 60,— (inkl. Spesen).“ Der AStA-Vorsitzende und studentische Sprecher im Kuratorium stud. rer. pol. Wolfgang Roth gibt bekannt, daß die Finanzierung des psychotherapeutischen Beratungsdienstes von Frau Lange-Undeutsch in Höhe von DM 6000,— aus der DSKV durch die Freigabe vom Rektor und Kurator gesichert sei. (Vgl. Zeittafeldatum vom 30. Oktober 1964, Mai 1965, Januar, 29. April, 14., 20. und 26. Juli 1966)

Am 3. Verhandlungstag gegen den „Sozialanwalt“ Dr. Weigand vertagt sich das Gericht auf unbestimmte Zeit und verordnet gleichzeitig die Überführung Dr. Weigands in die psychiatrische Universitätsklinik Heidelberg an, wo er in der geschlossenen Abteilung der psychiatrischen Universitätsklinik von den Professoren Dr. Walter Ritter von Beyer und Hans Joachim Rauch erneut auf seinen Geisteszustand untersucht werden soll.

### 30./31. Januar 1965

Wochenendseminar des interfakultativen Arbeitskreises (Medizin, Psychologie, Soziologie und Jura) „Sexualität und Strafrechtsreform“ in Zusammenarbeit mit dem AStA zum Thema „Der Strafvollzug an Sittlichkeitsverbrechern“.

### Februar 1965

Der FU-SPIEGEL veröffentlicht einen Artikel mit dem Aufmacher „Dr. Schlagzeile“, in dem die Berichterstattung Dr. phil. Michael Ludwig Müllers, Redakteur der „Berliner Morgenpost“, analysiert wird.  
Dok. 363

In der gleichen Ausgabe des FU-SPIEGELS setzt sich der 1. AStA-Vorsitzende stud. rer. pol. Wolfgang Roth (SHB) mit den Äußerungen Prof. Selbachs über die Studentenvertretung der medizinischen Fakultät auseinander. (Das „Spandauer Volksblatt“ hat am 28. Januar 1965 über ein geplantes Flugblatt der Studentenvertretung zum Fall Selbach berichtet. Aufgrund dieses Artikels hatte Selbach am 2. Verhandlungstag des Sicherungsverfahrens unter anderem erklärt, es sei „fünf Minuten vor zwölf in Deutschland, vielleicht auch schon später“. Er sei deshalb gezwungen, „zum Schutz seiner Familie nach Berlin zurückzukehren“, denn seine Frau habe „keine Waffe im Haus“. Über die Medizinstudenten sagte Prof. Selbach, „das ist der Mob, sie haben das Jahr 1933 nicht erlebt.“) Roth forderte im FU-SPIEGEL den Rektor der FU, Prof. Dr. Herbert Lüers, auf, „im Sinne einer Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden“ das Ansehen der FU gegenüber den Äußerungen Selbachs zu verteidigen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 27., 28. und 29. Januar, 4. und 25. Februar und 4. Mai 1965, 2. Februar und 25. April 1966)

Dok. 364

Das Stationsgebäude der Außenstelle Bardai des II. Geographischen Instituts der FU ist fertiggestellt und wird bezogen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 31. Dezember 1964 und 1. April 1965)

### 1. Februar 1965

In einem Schreiben an den Rektor der FU, Prof. Dr. Herbert Lüers, gibt der Direktor der psychiatrischen und neurologischen Klinik der FU, Prof. Dr. Helmut Selbach, seinen Rücktritt als Sachverständiger Gutachter im Prozeß gegen den „Sozialanwalt“ Dr. Weigand bekannt und gibt seine Interpretation der Ereignisse.

Dok. 365

Stellungnahme der Studentenvertretung der Philosophischen Fakultät der FU zu den vom Berliner Abgeordnetenhaus an die Universität gerichteten Aufforderungen, für die Fakultäten und Fachrichtungen bis zum 15. März 1965 konkrete Vorschläge zur Behebung der „zu langen Studiendauer“ sowie Vorschläge einer in der Universitätsordnung festgesetzten zwangsweisen Studienzeitbegrenzung einzureichen. Neben einer grundsätzlichen Kritik jeder zwangsweisen Studienzeitbegrenzung gibt die Stellungnahme eine Reihe konkreter Vorschläge für die Studienreform. (Vgl. Zeittafeldatum vom 14. April 1965)

### 2. Februar 1965

„Vietnam-Informationsveranstaltung“ der SDS-Gruppe an der FU im Theatersaal des Henry-Ford-Baus. Presseschau und Vorführung des Films „Süd-Vietnam kämpft“.

### 3. Februar 1965

Der Assistent am John F. Kennedy-Institut der FU, Dr. Ekkehart Krippendorff, diskutiert auf einer SDS-Podiumsdiskussion mit Studenten aus der Dritten Welt über das Thema „Die Zukunft der Entwicklungsländer“.

### 4. Februar 1965

Auf seiner 2. Sitzung beauftragt der 17. Konvent der FU den AStA, die Durchführung einer Unterschriftensammlung für die Anerkennung Israels in der Universität zu unterstützen.

Der Konvent nimmt „mit Empörung“ von der neuen Vorlage des Rektors zur Änderung der Universitätsordnung (Widerruf der Zulassung) Kenntnis. Der Kon-

vent erwartet, daß die Ergebnisse der Untersuchung über die Studienzeitverlängerung, die die Studentenvertretung gegenwärtig durchführt, abgewartet werden.

Mitglieder des SDS, SHB, LSD, AC und der GSG verteilen in der FU etwa 3000 Flugblätter mit der Schlagzeile „Irrenhaus für kritische Staatsbürger?“. In dem Flugblatt wird Prof. Dr. Helmut Selbach scharf angegriffen. Die fünf Studentenorganisationen fragen, ob kritische Staatsbürger ins Irrenhaus kommen, „wenn sie die Unfehlbarkeit öffentlicher Institutionen in Frage stellen und ein Psychiater ihr Vorgehen als gemeingefährliche Querulanz begutachtet“. Die studentischen Organisationen fordern Prof. Selbach, die Medizinische Fakultät und den Akademischen Senat auf, zum „Fall Selbach“ offiziell Stellung zu nehmen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 27., 28. und 29. Januar, Februar, 25. Februar, 4. und 31. Mai 1965, 2. Februar und 25. April 1966)

#### 5. Februar 1965

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Zu einer Aufforderung des Bürgermeisters des Studentendorfes, Hess, den AStA-Vertreter Werner Gebauer aus dem Stiftungsrat abzuberaufen, beschließt der AStA, Gebauer zur Sitzung am 12. 2. 1965 einzuladen. Als der AStA-Vorsitzende Wolfgang Roth erklärt, daß er die Abberufung Gebauers für gerechtfertigt halte, dies jedoch nicht auf Druck der studentischen Selbstverwaltung des Dorfes tun wolle, gibt der Hochschulreferent, stud. rer. nat. Peter Damerow, eine persönliche Erklärung ab: „Ich stelle mit Bedauern fest, daß im AStA ein Arbeitsstil herrscht, den ich als aufrechter Demokrat nicht gutheißen kann.“ Der Referent für gesamtdeutsche Fragen und politische Bildung, stud. phil. Niels Kadritzke, gibt daraufhin ebenfalls eine persönliche Erklärung ab: „Ich stelle mit Bedauern fest, daß Herr Damerow erstmals in einer AStA-Sitzung Unsinn geredet hat.“ Der AStA beschließt, sich an einer Unterschriftensammlung für die Anerkennung Israels mit DM 200,— zu beteiligen.

#### 6./7. Februar 1965

Die Evangelische Akademie Berlin und das Otto-Suhr-Institut veranstalten ein Wochenendseminar zum Thema „Politologie und Politiker“. Referenten sind Dipl.-Pol. Josef Stingl (MdB und Vorsitzender des Landesverbandes Oder—Neiße der CDU/CSU), Prof. Dr. Kurt Sontheimer (Geschäftsführender Direktor des OSI), Dr. Ulrich Dübber (Redakteur) und Prof. Dr. Ernst Fraenkel (OSI). Die Diskussionsthemen sind: 1. Je mehr die moderne Politische Wissenschaft sich bemüht, den exakten Wissenschaften näher zu kommen, desto unerheblicher wird ihr Einfluß auf das politische Leben. 2. Eine Politische Wissenschaft, die es verschmäht, begründete Werturteile zu fällen, begibt sich jeden positiven Einflusses auf die Praxis. 3. Die Funktion der Politischen Wissenschaft für die Praxis ist nicht die eines wissenschaftlichen „Hilfsarbeiters“, der das Material für Entscheidungen bereitstellt, sondern, dem integrierenden Charakter des Faches entsprechend, eher die eines Beraters für die allgemeinen Probleme des Staates, der die zur Entscheidung Legitimierten durch seinen begründeten Rat unterstützt.

#### 7. Februar 1965

Der US-Präsident Lyndon B. Johnson befiehlt wegen des „Pleiku-Vorfalles“ (die FLN griff zwei Feldflugplätze und zwei Kasernenanlagen der Amerikaner an) „Vergeltungsangriffe“ der US-Luftstreitkräfte gegen militärische Ziele (Kasernen, Bahnstrecken und Bereitstellungsräume im Süden der Demokratischen Republik Vietnam [DRV]). Das Bombardement der DRV beginnt. (Vgl. Zeittafeldatum vom 1. November 1968)

#### 8. Februar 1965

Während der Haushaltsberatung des Deutschen Bundestages werden die ursprünglich vorgesehenen finanziellen Mittel für die Wissenschaftsförderung auf Vorschlag des Haushaltsausschusses gegen die Stimmen der SPD-Fraktion gekürzt. Die Mittel für den Ausbau der bestehenden Hochschulen werden um 7 % auf 279 Millionen DM gekürzt und außerdem eine 20 %ige Sperre der Mittel verhängt, wodurch weitere 55,8 Millionen DM der Disposition entzogen werden. Der Sprecher des SPD-Parteivorstandes, Franz Barsig, bezeichnet diese Entscheidung der Koalitionsregierung als eine Farce. Die CDU/CSU- und FDP-Mehrheit habe keine Sachdebatte zugelassen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 19. Februar 1965)

#### 9. Februar 1965

Die SDS-Hochschulgruppe verteilt auf dem Campus ein Informationsflugblatt über die Lage in Vietnam.

Dok. 366

Studenten der Moskauer Lumumba-Universität protestieren vor der US-Botschaft in Moskau gegen die Intervention der US-Luftwaffe auf das Gebiet der Demokratischen Republik Vietnam. Die Studenten schleudern Tintenfässer gegen die Hausfront der Botschaft, reißen das amerikanische Wappen ab und werfen Fensterscheiben des zehngeschossigen Hauses ein. (Vgl. Zeittafeldatum vom 7. Februar, 1. und 4. März 1965)

#### 10. Februar 1965

Sitzung des Akademischen Senats der FU. Zu Punkt 9 der Tagesordnung „Änderung der Universitätsordnung“ sind als Vertreter der Studentenschaft der Konventsvorsitzende, cand. rer. pol. Wolfgang Pollak, und der AStA-Vorsitzende, stud. rer. pol. Wolfgang Roth, eingeladen. Nach eingehender Aussprache beschließt der Akademische Senat wegen großer Bedenken eine Rückverweisung in die Fakultät. Zu Tagesordnungspunkt 13 „Fragen des Disziplinarwesens“ beschließt der Akademische Senat auf Antrag von Prof. Bettermann: „Der Rechtsausschuß und der Verfassungsausschuß werden beauftragt, die Disziplinarordnung für Studenten zu überarbeiten. Zu den Beratungen der Ausschüsse soll ein Vertreter der Studentenschaft hinzugezogen werden.“

Jour fixe der SDS-FU-Gruppe zum Thema „Die Wahlen in Nigeria“. Referent ist Dr. Franz Ansprenger (OSI).

#### 11. Februar 1965

Der SDS-Bundesvorstand sagt in einem offenen Brief den für die Zeit vom 19. bis 23. Februar 1965 geplanten Besuch einer Delegation des FDJ-Zentralrats zu einem Seminar und einer öffentlichen Podiumsdiskussion in Frankfurt/Main ab. Der SDS erklärt, er sei entsetzt über die Versuche der FDJ, auf eigene Faust und hinter dem Rücken des SDS „Teilnehmer für Seminar und Podiumsdiskussion anzuwerben“. Der FDJ-Zentralrat hätte die am 10. Dezember 1964 in Berlin vereinbarten Absprachen gebrochen und den wissenschaftlichen Charakter des Seminars in Frage gestellt. Der SDS-BV schlägt deshalb neue Verhandlungen vor. (Vgl. Zeittafeldatum vom 10. und 14. Dezember 1965)

#### 12. Februar 1965

Das „Spandauer Volksblatt“ weist in einem Brief an die Pressestelle der FU darauf hin, daß Prof. Knudsen wegen der Dokumentation des „Spandauer Volksblattes“ vom 20. Dezember 1964 keine Klage führen werde, da die Richtigkeit der Dokumente nicht bestritten werde. Stefan Reisner fragt, ob die Philosophische Fakultät die Vorwürfe geprüft habe oder noch prüfen werde, und wie sich die weitere Beschäftigung Prof. Knudsens auch über dessen Emeritierung hinaus mit der Würde der FU vertrage. (Vgl. Zeittafeldatum vom 20. Dezember 1964, 24. Februar, 28. und 29. März, 1. April und 11. Juli 1965) Podiumsdiskussion des „Filmstudios an der FU“ zum Thema „Filmzensur“.

#### 14. Februar 1965

„Politischer Frühschoppen“ der RCDS-Gruppe an der FU zum Thema „Regierung Brandt — eine Alternative?“

#### 15. Februar 1965

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Angeregt durch den „Fall Gramse“ schlägt der Hochschulreferent stud. rer. nat. Peter Damerow als Anregung für den nächsten AStA eine Podiumsdiskussion darüber vor, ob die Zugehörigkeit zu einer kommunistischen Vereinigung die Würde der FU verletze. Der AStA-Vorsitzende stud. rer. pol. Wolfgang Roth hält eine solche Diskussion für gefährlich. Er fürchtet gleichermaßen die Reaktion der „Ostpresse“ wie die der „Westpresse“ „aus bekannten Gründen“.

Nach erregter Debatte über Möglichkeiten der Koordination der Arbeiten des AStA und des Vereins „Kindertagesstätte an der Freien Universität „Berlin e. V.““ entschließt sich der AStA, erst die Gründungssitzung des Vereins vor einer Beschlußfassung über die endgültige Zusammenarbeit abzuwarten.

#### 16. Februar 1965

AStA-Veranstaltung zum Thema „Status quo ohne Mauer — gesamtdeutscher Lastenausgleich als Hebel zur Wiedervereinigung“. Referent ist Dr. Arno Peters.

#### 17. Februar 1965

Sitzung der Philosophischen Fakultät der Freien Universität. Zum Tagesordnungspunkt 7 „Angelegenheit Prof. Knudsen“ beschließt die Fakultät bei zwei Enthaltungen, eine Kommission zur Klärung der Angelegenheit Prof. Knudsen einzusetzen. Der Kommission gehören an: die Professoren Fritz Eberhard, Egon Hass, Friedrich Goethert, Rainer Gruenter, Georg Kotowski, Erich Loos, Günter Reichenkron und Kurt Sontheimer und die Vertreterin der Studenten, stud. phil. Sigrid Rüger. (Vgl. Zeittafeldatum vom 12. und 24. Februar, 28. und 29. März, 1. April und 11. Juli 1965)

Jour fixe der SDS-Gruppe an der FU mit Dr. Martin Jänicke über dessen Buch „Der dritte Weg“, besonders über die Darstellung der Politik der „Harich-Gruppe“ und die Reaktion der SED-Parteiführung und der Staatsorgane der DDR.

#### 18. Februar 1965

Feierliche Eröffnung des 17. Konvents. Den Festvortrag hält Prof. Dr. Kurt Sontheimer zum Thema „Einige Reflexionen über studentische Politik“. (Vgl. Zeittafeldatum vom Mai 1965)

Dok. 367

Außer Prof. Sontheimer reden der Konventsvorsitzende des 16. Konvents, Christian Fenner, der Bürgermeister Heinrich Albertz und der 1. AStA-Vorsitzende. In seinem Rechenschaftsbericht erklärt der 1. AStA-Vorsitzende u. a.: Durch das Problem der Zwangsexmatrikulation sei die Studentenschaft wieder mehr auf ihre Aufgabe der Studienberatung aufmerksam gemacht worden. Es werde ein Studienführer und ein ergänzender Universitätsführer vorbereitet. Die Studienberatung solle auf die Oberschulen ausgedehnt werden. In der Frage des politischen Mandats sei die Studentenvertretung bei ihrer „traditionellen Auffassung“ geblieben, Kontakte zur FDJ lehne der AStA nach wie vor ab. Auf sozialem Gebiet hebt er vor allem die schlechte Lage am Wohnungsmarkt hervor. Roth weist auf die positive Entwicklung nach der Einrichtung der psychotherapeutischen Beratungsstelle trotz der „häufig etwas unseriösen Berichterstattung“ hin. Studenten seien offenbar eher geneigt, diese

Stelle in Anspruch zu nehmen, „als wenn irgendeine autoritätshemmende Behörde dasselbe anbieten würde“. Bei der feierlichen Konventseröffnung fehlen die beiden juristischen Vertreter im Akademischen Senat. (Vgl. Zeittafeldatum vom Februar 1965)

#### 19. Februar 1965

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der AStA diskutiert das Fehlen der juristischen Vertreter im Akademischen Senat bei der „feierlichen Konventseröffnung“ am Vortage. Der Außenreferent des AStA, stud. jur. Frank Neubauer, will eine Anfrage in der Fakultät einbringen. Es werden Bedenken geäußert, ob Prof. Blei weiterhin das Vertrauen der Studentenschaft im Studentenwerk besitze, wenn sich herausstellen sollte, daß er absichtlich der Konventseröffnung fernbliebe.

Auf seiner 3. Sitzung erhebt der 17. Konvent der FU Bedenken gegen die Vorlage des Rektorats zur Änderung der Disziplinarordnung: „Das in § 2 der Disziplinarordnung zugrunde gelegte besondere Ehr- und Anstandsgefühl des Studenten setzt einen elitären Anspruch voraus, der sich mit dem Gesellschaftsbegriff aufgeschlossener Studenten nicht vereinbaren läßt.“

Zum 1. AStA-Vorsitzenden wird stud. phil. Wolfgang Lefèvre (SDS, AC) und zum 2. AStA-Vorsitzenden stud. rer. nat. Peter Damerow (AC) gewählt. (Die Wahl Lefèvres erfolgt im Gegensatz zu den „Höchster Vereinbarungen“: Lefèvre kandidierte ohne Absprache gegen den SHB-Kandidaten Zöpel und wurde — mit den Stimmen der „Rechten“ — gewählt.) (Vgl. Zeittafeldatum vom 30. Mai 1964)

„Bildungspolitisches Forum“ des AStA zum Thema „Bildungsnotstand in Deutschland“. Referenten sind: Dr. Hildegard Hamm-Brücher (FDP), Senator Carl-Heinz Evers (SPD), Lothar Kappmann (VDS), Heinz Theodor Züchter (FU-Konvent) und Prof. Dr. Georg Kotowski (FU, CDU-Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin). Züchter fordert zu Beginn der Podiumsdiskussion mehr Bildung für mehr Menschen und Verbesserung der Chancengleichheit. Frau Dr. Hamm-Brücher verurteilt den bestehenden Kulturföderalismus, da er zur Aufsplitterung aller Bemühungen auf kulturellem Gebiet führe. Der neugegründete „Bildungsrat“ sei in Wirklichkeit ein „Vertagungsrat“, ein Alibi für mangelnde Initiative der Bundesregierung. Prof. Kotowski erklärt, der Bildungsrat solle durch seine Arbeit aus der Bildungsmisere zukunftsweisend heraushelfen. Senator Evers legt großes Gewicht auf die Erkenntnis der Soziologie, daß die Chancengleichheit bereits vor der Schule im Elternhaus und im schichtenspezifischen Milieu beginne und deshalb die Einrichtung von Vorschulklassen und Schulkindergärten notwendig sei.

#### 21. Februar 1965

„Politischer Frühschoppen“ der RCDS-Gruppe an der FU zum Thema „Diplomatische Anerkennung Israels — Mißgriff oder Erfordernis?“

#### 23. Februar 1965

Der Senat von Berlin verabschiedet den Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der Besoldung der Hochschullehrer.

#### 24. Februar 1965

Der am 17. Februar 1965 eingesetzte Ausschuß der Philosophischen Fakultät der FU, der sich mit der Angelegenheit Prof. Knudsen beschäftigt, kommt zu dem Schluß, daß keinerlei rechtliche Handhabe für ein Einschreiten gegeben sei. Die Kommission beauftragt den

Dekan, auf der nächsten Fakultätssitzung eine Entscheidung darüber herbeizuführen, ob Herrn Knudsen kollegial (nicht dienstlich) empfohlen werden solle, seine Lehrtätigkeit vom Sommersemester 1965 an einzustellen. Dok. 368

In einem Antwortschreiben an das „Spandauer Volksblatt“ teilt die Pressestelle der FU mit, daß Prof. Dr. Hans Knudsen aufgrund der Bescheinigung der Alliierten Kommandantur und der Entnazifizierungsbescheinigung der amerikanischen Militärregierung zur Berufung vorgeschlagen und berufen worden sei. Eine erneute Entnazifizierung verbiete das Gesetz. Prof. Knudsen besitze alle staatsbürgerlichen Rechte und unterliege keiner Tätigkeitsbeschränkung. „Eine Ausnahme zum Schutz der ‚Akademischen Würde‘ sieht das Gesetz nicht vor.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 20. Dezember 1964, 12., 17. und 27. Februar, 28. und 29. März, 1. April und 11. Juli 1965, 20. Juni 1966, 26. April und 10. Mai 1967)

Jour fixe der SDS-FU-Gruppe zum Thema „Politische Tendenzen in der französischen Gewerkschaft“. Referentin ist Jacqueline Bois (Französische Lehrgewerkschaft FEN).

### 25. Februar 1965

Die Humanistische Union (HU) veranstaltet im überfüllten jüdischen Gemeindehaus in der Fasanenstraße eine Podiumsdiskussion zum Thema „Irrenhaus für unbequeme Staatsbürger“. Referenten sind Prof. Dr. Hermann Blei (Dekan der Juristischen Fakultät der FU, CDU), der Schriftsteller und Gerichtspsychiater Dr. med. Wladimir Lindenberg und die beiden Verteidiger von Dr. Günther Weigand, Dr. Ulrich Müller-Voß (Berlin) und Dr. Falk (Stuttgart). Prof. Blei fordert die anwesenden Studenten, Professoren, Juristen und Politiker zu Beginn der Diskussion zur „streng sachlichen Argumentation auf“ weil das Thema von der Humanistischen Union auf die provokatorische Frage „Irrenhaus für unbequeme Staatsbürger“, nur allzu leicht zu unkundigem gefühlsbestimmtem „Dafür- oder Dagegenhalten“ verleite. Die anwesenden Verteidiger bezeichnen die medizinischen Sachverständigen als „eine Art zweiter Richter“, die nur allzu oft mit „zweifelhaften psychiatrischen Gutachten einer obrigkeitstaatlichen Justiz“ dienen. Dr. Lindenberg betont, daß bei jeder Gutachtertätigkeit über den rein sachlichen Befund hinaus vor allem die soziologischen Momente bedacht werden müßten, nämlich wie die zu gewärtigende Strafe auf den Angeklagten sich auswirken würde. Dr. Müller-Voß und Dr. Falk fordern, daß bei der psychiatrischen Beurteilung von Angeklagten ein zweiter „nicht von der Staatsanwaltschaft ausgesuchter“ Gutachter hinzugezogen werde. Der Kölner Prof. Dr. jur. Ulrich Klug fordert in der Diskussion die Öffentlichkeit auf, bei Neuformulierung der Strafprozeßordnung dem Bundesparlament „ganz erheblich auf die Finger zu schauen“, weil sonst eine weitere Einschränkung der grundrechtlich garantierten Freiheit des Einzelnen möglich sei. (Vgl. Zeittafeldatum vom 27., 28. und 29. Januar, Februar, 4. und 25. Februar, 4. und 31. Mai 1965, 2. Februar und 25. April 1966)

### 26. Februar 1965

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Da das Rektorat die Teilnahme eines vom AStA nominierten Vertreters bei den Verhandlungen zur Disziplinarordnungsänderung wünscht, benennt der AStA auf Vorschlag des 1. Vorsitzenden Wolfgang Roth einstimmig stud. jur. Ulrich K. Preuß (SDS).

117. Sitzung des Kuratoriums der FU. Zu Punkt 10 der Tagesordnung „Errichtung von Behelfsbauten“ erklärt sich das Kuratorium einverstanden, daß für die vorläufige Unterbringung des 3. Lehrstuhls für Experimentalphysik und des II. Mathematischen Instituts ein Behelfsbau in der Königin-Luise-Straße errichtet wird. Die Kosten betragen ca. DM 1 000 000,—. 1966 soll voraussichtlich ein Behelfsbau bei dem Gut Düppel zur Erwei-

terung des Instituts für Parasitologie der Veterinärmedizinischen Fakultät und für die Kurse für Tropen-Veterinärmedizin errichtet werden. Die Kosten sollen zusammen ca. DM 550 000,— betragen. Der Kurator soll die Bauten durchführen.

Im Hörsaal B des Henry-Ford-Baus findet ein Streitgespräch zwischen Mitgliedern der US-Mission in Berlin und Vertretern des Berliner SDS-Landesverbandes über den amerikanischen Krieg in Vietnam statt. Es kommt mehrfach zu Mißfallenskundgebungen der Studenten, als sich die Vertreter der US-Mission — im Unterschied zu den Vertretern des SDS, Erik Nohara und Jürgen Horlemann, die ihre Behauptungen jeweils sofort durch Pressezitate belegen — in Widersprüche verwickeln und keine Belege für ihre Thesen anführen.

Der Herausgeber des „SPIEGEL“ Rudolf Augstein und der CSU-Bundestagsabgeordnete Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg diskutieren auf einer überfüllten AStA-Veranstaltung im Auditorium maximum der FU zum Thema „Brauchen wir eine neue Deutschlandpolitik?“. Augstein verliest eine textkritische Analyse zu Guttenbergs neuestem Buch „Wenn der Westen will“. Guttenberg eröffnet die Diskussion mit der These: Wiedervereinigung nur dann, wenn die Einheit Deutschlands die Folge der wiederhergestellten bürgerlichen Freiheiten in der DDR sei. Augstein fordert als Ausgangsposition für eine neue Deutschlandpolitik ein militärisches Disengagement in Mitteleuropa. Guttenberg polemisiert gegen jede „Aufwertung“ der DDR und verteidigt das „Alleinvertretungsrecht der Bundesregierung für ganz Deutschland“ („Hallstein-Doktrin“).

### 27. Februar 1965

Sitzung der Philosophischen Fakultät der FU. Mit 27:0:2 Stimmen billigt die Fakultät die kollegiale Empfehlung der Kommission und begrüßt, daß Prof. Knudsen sich dem durch den Dekan mündlich vorgetragenen Wunsch der Kommission gefügt hat und bereits im Sommersemester 1965 keine Vorlesungen mehr halten will. (Vgl. Zeittafeldatum vom 20. Dezember 1964, 12. und 24. Februar, 28. März, 1. April und 11. Juli 1965)

### 28. Februar 1965

Landesvollversammlung des SDS-Berlin. Neuer Landesvorstand: 1. Vorsitzender: Tilman Fichter, 2. Vorsitzender: Jürgen Horlemann, Pressereferent: Wolfgang M. Schwiedrzik. Die Vollversammlung wählt ein „vorläufiges Vorbereitungskomitee“ für eine große Vietnam-Aktion im kommenden Sommersemester. Mitglieder des „politischen Beirates“: Rudi Dutschke, Uwe Damm, Jochen Geiger, Christine Labonté und Bernhard Blanke. Die Vollversammlung unterstützt den Beschluß des SDS-Bundesvorstandes, daß die Teilnahme von SDS-Mitgliedern an den geplanten „IX. Weltfestspielen der Jugend- und Studenten für Solidarität, Frieden und Freundschaft in Algier“ nur in der offiziellen SDS-Delegation möglich sei. Die Teilnahme an der Westberliner Delegation führe automatisch zum Ausschluß aus dem SDS. Falls die FDJ-Westberlin an einzelne Mitglieder des SDS-Landesverbandes Berlin herantrete, müßten die FDJler sofort darauf hingewiesen werden, daß der SDS-Bundesverband offiziell einer der Träger der bundesrepublikanischen Delegation sei. An der FU wird ein neuer Arbeitskreis „Monopolmacht und Wettbewerb als theoretisches und wirtschaftliches Problem“ (Leitung: H. G. Isenberg und K. H. Stanzick) eingerichtet.

### März 1965

Die „Unabhängige Zeitschrift für Kultur und Politik — Konkret —“ analysiert die „Ost-West-Kontakte“ des SDS-Bundesvorstandes mit dem Zentralrat der FDJ. Dok. 369

### 1. März 1965

Mehr als tausend indonesische Studenten demonstrieren in Djakarta vor dem Wohnsitz des US-Botschafters Howard Jones gegen die Interventionen der US-Luftwaffe auf das Gebiet der Demokratischen Republik Vietnam. Die Demon-

stranten dringen in die Wohnung des Botschafters ein und bekleben die Wände mit Plakaten gegen die Luftangriffe. (Vgl. Zeittafeldatum vom 7. und 9. Februar und 4. März 1965) Mitgliederversammlung des LSD-Landesverbandes Berlin. Als Nachfolger von stud. jur. Karl-Hugo Brentzel (FU) wird zum neuen ersten Landesvorsitzenden stud. rer. pol. Hans Frey (FU) gewählt. Der LSD plant für das Sommersemester 1965 folgende Arbeitskreise an der FU: Status quo und Entspannung in Europa; Deutschlandarbeitskreis; Recht; Gesellschaftspolitik.

### 3. März 1965

Sitzung des Akademischen Senats der FU. Mit Rücksicht auf die Anwesenheit des AStA- und des Konventsvorsitzenden wird der Tagesordnungspunkt 9 „Disziplinarordnung für Studenten“ vorgezogen. Der Akademische Senat beschließt nach Anhörung der Studentenvertreter einstimmig die Änderung von § 5: „Der Disziplinausschuß besteht aus einem Ordentlichen Professor der Rechte oder einem im Lande Berlin tätigen oder tätig gewesenen Richter als Vorsitzendem, einem planmäßigen oder Honorarprofessor der Fakultät des Beschuldigten als Beisitzer.“ Mit 10 gegen 2 Stimmen bei 4 Enthaltungen beschließt der Akademische Senat die Änderung von § 6: „I. Der Disziplinarberufungsausschuß besteht aus dem Rektor oder seinem satzungsmäßigen Vertreter als Vorsitzendem, dem Dekan der Fakultät des Beschuldigten, einem planmäßigen oder Honorarprofessor der Rechte und zwei Studenten als Beisitzern; einer der studentischen Beisitzer muß der Fakultät des Beschuldigten angehören.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 5. März und 8. Dezember 1965 und 1. Mai 1966)

Für eine Mitteilung des Rektors wird gemäß § 18 Absatz 3 der Geschäftsordnung strengste Vertraulichkeit beschlossen. Der Rektor berichtet über die Tätigkeit des Senatsbeauftragten für politische Bildungsarbeit zur Vorbereitung einer Veranstaltung anlässlich des 20. Jahrestages der Kapitulation und gibt dem Senat das Schreiben von Prof. Dr. Sontheimer an Prof. Dr. Karl Jaspers bekannt. Der Akademische Senat stellt fest, daß hier eine Kompetenzüberschreitung des Beauftragten vorliege und ermächtigt den Rektor, Prof. Dr. Sontheimer mitzuteilen, daß der Senat diese Überschreitung der Befugnisse mißbillige.

Mit 13:1:1 Stimmen beschließt der Akademische Senat, am 8. Mai 1965 keine besondere Universitätsveranstaltung durchzuführen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 7. Mai 1965)

Vgl. Dok. 370 und Dok. 391

Das Referat für gesamtdeutsche Fragen und politische Bildung des AStA der FU beantragt beim Rektor der FU, Prof. Dr. Herbert Lüers, die Bereitstellung des Auditorium maximum für mehrere Veranstaltungen zum Thema „Restauration oder Neubeginn, die Bundesrepublik Deutschland 20 Jahre danach“. Namen der vorgesehenen Redner oder Gesprächsteilnehmer werden nicht genannt. Der Kurator teilt mit Einverständnis des Rektors dem AStA mit, daß das Auditorium maximum (unentgeltlich) für mehrere Veranstaltungen bereitgestellt werde. (Vgl. Zeittafeldatum vom 30. März, 8. April, 7. Mai, 17. Juli und 11. November 1965)

Prof. Dr. Karl Jaspers antwortet auf die Einladung von Prof. Dr. Kurt Sontheimer, daß es ihm aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich sei, die Einladung anzunehmen. (Diese Antwort lag dem Akademischen Senat bei seiner Beschlußfassung vom selben Tage noch nicht vor.) (Vgl. Zeittafeldatum vom 23. Mai 1965)

Vgl. Dok. 370

153 Professoren appellieren in einem offenen Brief an den Bundestagspräsidenten Dr. Eugen Gerstenmaier und die Bun-

desregierung, die NS-Gewaltverbrechen auch nach dem 8. Mai 1965 weiter zu ahnden; „Der Gedanke, daß von diesem Zeitpunkt an furchtbares, was vor 1945 geschehen ist, ungeahndet bleiben soll, ist unerträglich.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 10. März 1965)

### 3.—7. März 1965

15. ordentliche Bundes-Delegierten-Versammlung des RCDS in Bremen. Der RCDS richtet an Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung die „dringende Aufforderung, geeignete Schritte zu unternehmen, um die Verfolgung aller nationalsozialistischen Verbrechen über den 8. Mai 1965 hinaus zu gewährleisten“. Außerdem fordert die Versammlung die Bundes- und Länderregierungen auf, die „von allen Seiten als notwendig anerkannte Erhöhung des Stipendienzinsatzes des Honnefer Modells von DM 250,— auf DM 320,— möglichst bald vorzunehmen“.

### 4. März 1965

Etwa 2000 asiatische, afrikanische und lateinamerikanische Studenten der Lumumba-Universität in Moskau protestieren gegen die ständigen Luftangriffe der US-Luftwaffe auf das Gebiet der Demokratischen Republik Vietnam. Die Studenten durchbrechen die Absperrungen der sowjetischen Volksmiliz und richten am Nordamerikanischen Botschaftsgebäude Schäden an. Die Vorderfront der Botschaft ist mit Tintenflecken in mehreren Farben bedeckt. Mehrere sowjetische Polizisten werden während der Demonstration verletzt, sieben Studenten der Lumumba-Universität vorläufig inhaftiert. Erst als unbewaffnete Infanterie der Moskauer Garnison aufmarschiert, wird die Ruhe wieder hergestellt. Eine Stunde später greifen tausend sowjetische und vietnamesische Studenten das US-Botschaftsgebäude erneut an. Berittene Polizei geht mit Schlagstöcken gegen die Studenten vor und errichtet mitten auf der Straße einen ein Meter hohen Absperrzaun. Dahinter fahren Schneepflüge auf. Der nordamerikanische Botschafter Kohler protestiert beim sowjetischen Außenminister Gromyko gegen die Demonstration und fordert Schadenersatz.

### 5. März 1965

Aufgrund der Einwände des Senators für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Werner Stein, beschließt der Akademische Senat, im § 5 der Disziplinarordnung die Worte „tätigen oder“ zu streichen. § 29 Absatz 1 der Universitätsordnung wird geändert: „Die Disziplinarordnung für Studenten ist Bestandteil dieser Ordnung.“ Zur Änderung des § 6 sieht der Akademische Senat auch unter Berücksichtigung der Einwände des Senators keine Veranlassung. (Vgl. Zeittafeldatum vom 3. März und 8. Dezember 1965 und 1. Mai 1966)

Vgl. Dok. 520

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der AStA-Vertreter im Stiftungsrat des Studentendorfs, stud. phil. Werner Gebauer, berichtet, daß die Strukturkommission des Studentendorfs festgestellt habe, daß nur die studentische Selbstverwaltung allein berechtigt sei, Veranstaltungen durchzuführen. Der Direktor könne Veranstaltungen nur nach Rücksprache mit dem Bürgermeister durchführen. Die Wohndauer im Studentendorf sei wegen der Zimmerknappheit auf fünf Semester beschränkt worden. Es werde der Abbau der Gemeinschaftsideologie angestrebt, so daß ein reines Mietverhältnis die Basis des Vertragsabschlusses sei. Vermietung, Kündigung und Ansprüche auf Ersatzleistung sollten in Zukunft vom Vorstand des Studentendorfes wahrgenommen werden. Der Dorfrat hat vom Senat Geld für 12 Tutorenstellen (je DM 300,— Aufwandsentschädigung plus DM 50,— Sachausgaben monatlich) zu erhalten.

### 6. März 1965

Die Landesverbände des SDS und SHB und die „Sozialistische Jugend — Die Falken“ protestieren in Flugblättern und einem Telegramm an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, gegen die in der Urania von der „Deutsch-



Südafrikanischen Kulturgemeinschaft“ veranstaltete „Südafrika-Woche“ und die Ausstellung „Südafrika — gestern und heute“. In den Flugblättern wird eine direktere Verbindung zwischen einem Film des Reichspropagandaministeriums aus dem Jahre 1942 über das KZ Theresienstadt „Der Führer baut den Juden eine Stadt“ und der südafrikanischen Ausstellung in der Urania gezogen. Für den Vorstand der „Deutsch-Südafrikanischen Kulturgemeinschaft“ erklärt Dr. Graf Dönhoff bei der Eröffnungsfeier, die schwarze und weiße Bevölkerung lebe einträchtig nebeneinander, und es herrsche absoluter Friede. Etwa fünfzig Studenten, Lehrlinge und Schüler dringen in die Urania ein, unterbrechen eine Pelzmodenschau und eine folkloristische Darbietung und verteilen Flugblätter gegen die Apartheid. Zwei FU-Studenten werden vorübergehend festgenommen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 13. Juli, 31. Oktober und 4. November 1963 und 15. April 1964)

Die „Junge Union“ veranstaltet im Studentenhaus am Steinplatz ihre Landeskonferenz. Hauptreferent ist der CDU-Bundestagsabgeordnete Peter Benda. Er spricht zum Thema „Verlängerung der Verjährungsfrist für NS-Verbrechen.“ Benda erläutert seinen Antrag im Bundestag, die Verjährungsfrist generell für Morde von 20 auf 30 Jahre durch bloße Änderung des Strafgesetzbuches zu verlängern und fordert die Junge Union und den RCDS auf, zur Problematik einer Fristenverlängerung Stellung zu nehmen. Weiterhin spricht der Stellvertretende Vorsitzende der Jungen Union, Bühl, zum Thema „Junge Union vor der Bundestagswahl“.

### 7. März 1965

„Öffentlicher Jugendkongreß der SPD“ in der Godesberger Stadthalle. Der SPD-Parteivorstand lädt die Gewerkschaftsjugend, die „Sozialistische Jugend — Die Falken“, die Jungsozialisten, den SHB, LSD und die konfessionellen Jugendorganisationen ein. Hauptreferenten sind Günter Grass, Prof. Dr. Carl Furck (Hamburg), der Vorsitzende der Falken, Horst Zeidler (Dortmund), der Vorsitzende der Jungsozialisten in der SPD, Dr. Günther Müller (München) und der stellvertretende SPD-Parteivorsitzende Fritz Erler. Günter Grass schlägt den „jungen Falken“ die Bildung eines „Babysitter-Ringes“ vor, damit die „verheirateten Studenten abends auch mal ausgehen können“. Fritz Erler erklärt, die SPD halte die „christliche Gemeinschaftsschule“ für die „unserem Volke gemäße und leistungsfähigere Schulform“. Erler kritisiert das „verweigernde Mißtrauen“ in einigen europäischen Ländern gegenüber Deutschland, das sei ein „umgekehrter Rassismus“, ein „später Sieg der hitlerischen Rassenvorstellungen in den Gehirnen anderer... Die heranwachsende Generation ist für Hitler und sein Schreckensregime nicht verantwortlich... Wer beständig jemand als Sündenbock behandelt, der macht ihn so“. (Erler reagiert mit dieser Rede auf eine Schweigedemonstration in London vor der deutschen Botschaft, auf der am 1. März 1965 hunderte von Studenten und Professoren und Labour-Party-Mitglieder gegen die Verjährung von NS-Morden demonstrierten.)

### 8. März 1965

Der Landessekretär des SPD-Landesverbandes Berlin, Eberhard Hesse, fordert das SDS-Mitglied Dipl.-Pol. Dietrich Haensch auf, dem SPD-Landesvorstand mitzuteilen, wie er sich angesichts des Unvereinbarkeitsbeschlusses der SPD vom 8. November 1961 zu verhalten gedenke. (Vgl. Zeittafeldatum vom 8. November 1961 und 17. März 1965)

### 8.—12. März 1965

6. ordentliche Bundesdelegiertenversammlung des SHB in Marburg. Die BV fordert die Bundesregierung auf, die „Hallstein-Doktrin“ als „Mittel deutscher Außenpolitik“ aufzugeben, da sie eine „konstruktive und flexible Außenpolitik besonders gegenüber den Ostblockstaaten“ verhindere. Außerdem fordert die BV den SPD-Parteivorstand auf, keine große Koalition mit der CDU/CSU einzugehen: „Der SHB hat starke Bedenken gegen eine große Koalition. Das Fehlen einer großen Oppositionspartei und Absprachen zwischen den beiden großen Regierungsparteien würde zu einer Verringerung der Lebendigkeit öffentlicher Diskussion, zur Schwächung der Rolle des Parlaments, zu zunehmender Kartellisierung der öffentlichen

Meinung und zu verstärktem Proporzdenken führen.“ Die BV beauftragt ihren Bundesvorstand, an den VDS und die politischen Studentenverbände mit dem Vorschlag heranzutreten, gemeinsam mit „Studentenvertretern Ostdeutschlands“ möglichst bald ein großes gesamtdeutsches Studententreffen anzustreben. Der SHB würde als Ort der Zusammenkunft „auch eine in der DDR gelegene Universitätsstadt wie Jena akzeptieren“. Als Gast der BV spricht zum ersten Male seit Gründung des SHB ein erster Bundesvorsitzender des SDS. Helmut Schauer erklärt: „Für die Einladung zu Ihrer Delegiertenversammlung danke ich Ihnen. Es macht mir besondere Freude, vom SDS an Sie Grüße zu überbringen, weil unsere Verbände durch den gemeinsamen Ursprung im alten SDS verbunden sind.“ Schauer fordert die SHB-Bundesversammlung auf, die politische Zusammenarbeit mit den in der Höchster Vereinbarung zusammengeschlossenen Verbänden zu erweitern. Der SDS sei dazu nicht nur bereit, um auf dem hochschul- und bildungspolitischen Gebiet die studentischen Interessen offensiver zu vertreten, sondern auch, um vor und nach den Bundestagswahlen 1965 die „gefährlichen Notstandsparagrafen“ zu verhindern.

Neuer 1. Bundesvorsitzender des SHB wird Hajo Hauss (München), 2. Bundesvorsitzender wird Christoph Zöpel (FU Berlin), Referent für politische Bildung und Ostpolitik wird Hans Lehnert (FU Berlin) und Finanzreferent wird Erich Langmantel (München). Mitglieder des Ältestenrates: Ulf Kadritzke (FU Berlin), Rolf Kreibich (FU Berlin), Ruth Partzsch (Göttingen), Kriemhild Renning (Mannheim) und Bärbel Rothmann (Marburg). Außerdem beschließt die Bundesversammlung, für ihre politische Arbeit ständige Ausschüsse zu konstituieren. Die drei gewählten Ausschüsse sollen sich mit den Gebieten „Deutschland- und Außenpolitik“, „Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“ und „Bildungs- und Kulturpolitik“ befassen.

### 9. März 1965

Der Senat von Berlin stimmt einer Empfehlung des Wissenschaftsrates zu, neuen Forschungseinrichtungen außerhalb der Universität nur dann öffentliche Zuschüsse zu gewähren, wenn es aus Gründen der „Weiterentwicklung des wissenschaftlichen Lebens dringend erforderlich“ erscheine. (Von den 458 außerhalb der Universitäten bestehenden Forschungseinrichtungen sind 49 % nach 1945 gegründet worden.) (Vgl. Zeittafeldatum vom 9. Juni 1970)

### 10. März 1965

Der Bundestag diskutiert zwei Gesetzentwürfe, die eine Aufhebung der Verjährungsfrist für Mord und Völkermord vorsehen. Der Berliner CDU-Bundestagsabgeordnete Ernst Benda plädiert für die rückwirkende Verlängerung der Verjährungsfrist für NS-Verbrecher durch eine Ergänzung des Grundgesetzes. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Adolf Arndt betont, daß die Verlängerung der Verjährungsfrist nicht nur eine juristische Frage sei, sondern eine gemeinsame politische Abrechnung mit der NS-Periode: eine Verfassungsänderung könne durch die notwendige Zweidrittelmehrheit im Parlament diese Einigkeit demonstrieren. Der FDP-Bundesjustizminister Dr. Ewald Bucher lehnt eine Verlängerung der Verjährungsfrist ab. Seine Auffassung wird von der Mehrheit der FDP-Fraktion und der CSU geteilt. (Vgl. Zeittafeldatum vom 12. und 25. März 1965)

### 12. März 1965

Der Bundesrat unterstützt eine Gesetzesinitiative der Länder Hamburg und Hessen gegen die Stimmen Bayerns, des Saarlandes und Schleswig-Holsteins, die die rechtliche Möglichkeit schaffen soll, Richter und Staatsanwälte zu entlassen, die in der NS-Periode an „exzessiven Todesurteilen mitgewirkt haben“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 12. Februar, 23. und 27. November 1959, 25. und 28. Januar 1960)

### 16. März 1965

Der Senator für Arbeit und Soziale Angelegenheiten teilt dem AStA der FU in einem Schreiben mit, daß „eine Umfrage bei sämtlichen überörtlichen Trägern

der Sozialhilfe im übrigen Bundesgebiet ergeben hat, daß Berlin das einzige Bundesland ist, in welchem bisher Weihnachtsbeihilfe für Studenten bewilligt worden ist. Berlin ist also weit über dem bei der Beihilfegewährung üblichen Rahmen hinausgegangen. Ob diese großzügige Handhabung, insbesondere im Hinblick auf die angespannte Finanzlage Berlins auch in Zukunft vertretbar ist, läßt sich z. Zt. noch nicht übersehen. Ich kann deshalb nicht in Aussicht stellen, daß Studenten auch im Jahre 1965 wie bisher eine Weihnachtsbeihilfe erhalten werden.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 8. Juli, 25. November, 1. und 6. Dezember 1965)

#### 16.—21. März 1965

17. ordentliche Mitgliederversammlung des VDS in Mainz. Zum neuen 1. Vorsitzenden des VDS wird cand. phil. Uwe Jansen (Mitglied der schlagenden Burschenschaft „Germania“ und der SPD) aus Göppingen, zum 2. Vorsitzenden stud. jur. Eberhard Diepgen (Mitglied der schlagenden Burschenschaft „Saravia“ und der CDU) aus Berlin und zum Finanzreferenten Hans Georg Bartels (Mitglied der schlagenden Verbindung Coburger Convent) gewählt. Die VDS-Mitgliederversammlung faßt einstimmig den Beschluß, am 1. Juli 1965 gegen den wachsenden Bildungsnotstand auf Kundgebungen und Demonstrationen zu protestieren. In den beiden ersten Monaten des Sommersemesters 1965 soll in allen Universitätsstädten mit VDS-Flugblättern umfassend über die derzeitige Bildungssituation informiert werden: „Wenn am 1. Juli Studenten und Professoren in der ganzen Bundesrepublik und in Westberlin für ein besseres Bildungssystem demonstrieren, so tun sie es nicht, um als Interessengruppe innerhalb einer pluralistischen Gesellschaft ihre partikularen Interessen zu vertreten, sondern sie tun es stellvertretend für die Allgemeinheit.“ Außerdem beschließt die VDS-Mitgliederversammlung, daß künftige Kontakte zur FDJ nicht mehr ausgeschlossen sein sollen, da die „Ermöglichung eines Zusammenkommens von den Studenten aus beiden Teilen Deutschlands nach wie vor eine der dringlichsten Aufgaben der Studentenschaft“ sei.

Dok. 371

#### 17. März 1965

Der Rechtsausschuß des Bundestages stellt den Entwurf eines verfassungsändernden Notstandsgesetzes fertig. (Vgl. Zeittafeldatum vom 16. und 24. Juni 1965)

Dipl.-Pol. Dietrich Haensch (SDS) beantwortet die Aufforderung des SPD-Landesvorstandes, sich angesichts des Unvereinbarkeitsbeschlusses des SPD-Parteivorstandes zu einer SDS-Mitgliedschaft zu äußern: „Ich habe den Unvereinbarkeitsbeschuß der SPD gegenüber dem SDS von Anfang an für unbegründet und politisch unzweckmäßig gehalten und halte die gegenwärtige Form des § 29 Absatz 3 des SPD-Organisationsstatuts für verfassungswidrig, da sie dem Demokratiegebot des Artikel 21, 1 GG widerspricht.“

#### 24. März 1965

Der amtierende AStA-Vorsitzende Wolfgang Roth lädt den Schriftsteller Erich Kuby zu einem Forum innerhalb der politischen Bildungsarbeit des AStA zum 7. Mai 1965 ein. (Vgl. Zeittafeldatum vom 8. April, 7. Mai, 17. Juli und 11. November 1965)

#### 25. März 1965

Das südafrikanische Obergericht in Bloemfontein bestätigt in einer Berufungsverhandlung die Urteile gegen den Germanisten Dr. Neville Alexander (zehn Jahre Haft) und zehn weitere farbige Frauen und Männer (viermal zehn Jahre, zweimal sieben Jahre und viermal fünf Jahre Haft) aufgrund des Rassen- und Sabotagegesetzes. (Vgl. Zeittafeldatum vom 13. Juli 1963 und 15. April 1964)

Der Bundestag verabschiedet in zweiter und dritter Lesung ein Gesetz, das den Verjährungstermin für NS-Verbrechen auf

den 1. Januar 1970 hinausschiebt. Dies wird dadurch erreicht, daß der Beginn der zwanzigjährigen Verjährungsfrist vom Tag der Kapitulation des NS-Regimes auf den 1. Januar 1950 verschoben wird. Für diese Regelung stimmen in namentlicher Abstimmung 344 Abgeordnete, dagegen 96 Abgeordnete, die vorwiegend der FDP-Fraktion und der CDU angehören. Bundesjustizminister Bucher (FDP) bittet nach der Bundestags-sitzung den Bundeskanzler Prof. Dr. Ludwig Erhard um seine Entlassung, da er jede Änderung des Verjährungstermins für verfassungsrechtlich untragbar hält.

#### 26. März 1965

Der Beschluß des Bundeshauptausschusses der „Deutschen Jungdemokraten“, eines der FDP nahestehenden unabhängigen politischen Jugendverbandes, erstmals offiziell an den „IX. Weltfestspielen der Jugend und Studenten für Solidarität, Frieden und Freundschaft“ in Algier teilzunehmen, führt zu schweren Spannungen im „Ring politischer Jugend“. Die Parteiorganisationen der SPD und CDU, die „Jungsozialisten“ und die „Junge Union“ protestieren schriftlich beim Bundeskanzler Prof. Dr. Ludwig Erhard und beim FDP-Vorsitzenden Dr. Erich Mende. Beide Organisationen wollen wissen, ob der Beschluß der Jungdemokraten nicht eine „Belastung der Regierungskoalition“ darstelle. (Vgl. Zeittafeldatum vom 4. bis 6. September 1964)

#### 27./28. März 1965

Gruppenvorsitzendenkonferenz des SDS in Frankfurt/Main. Die Mitgliederzahl des Verbandes hat sich im Wintersemester 1964/65 um 170 erhöht und beträgt jetzt in der Bundesrepublik und West-Berlin etwa 1200 Mitglieder.

#### 28. März 1965

Eröffnungsfeier des Archivs der Lessing-Hochschule in der Akademie der Künste. Dr. Ludwig Lewin, der von 1914 bis 1933 die Lessing-Hochschule leitete, wurde nach seiner Retrospektive der Arbeit und des Untergangs der ehemaligen Lessing-Hochschule von SDS und DIS-Mitgliedern gefragt, wie es sich mit „dem Geist dieser Institution“ verträge, daß ein Mann wie Prof. Dr. Hans Knudsen, dessen antisemitische Äußerungen aus der Nazizeit durch zahlreiche Veröffentlichungen belegt seien, an der neugegründeten Lessing-Hochschule wesentliche Funktionen einnehmen könne. Dr. Lewin verweigert jede Antwort. An seiner Stelle erklärt der ehemalige Senator Prof. Dr. Joachim Tiburtius (CDU), die Berufung Prof. Knudsens sei „in vollem Bewußtsein und Kenntnis der Arbeit Knudsens erfolgt“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 20. Dezember 1964, 12. Februar, 29. März, 1. April und 11. Juli 1965)

#### 29. März 1965

Der Generalstaatsanwalt beim Berliner Landgericht stellt ein Ermittlungsverfahren gegen Prof. Dr. Helmut Selbach ein. Der Generalstaatsanwalt hatte aufgrund dreier Strafanzeigen von Dr. Günter Weigand ermittelt. In dem Einstellungsbescheid erklärt der Generalstaatsanwalt, es könne Prof. Selbach nicht nachgewiesen werden, daß er „absichtlich eine Fehldiagnose gestellt hat“. (Der Bundesgerichtshof weist die Klage Weigands im Dezember 1973 ebenfalls zurück. Dagegen reicht Weigand beim Verfassungsgericht Verfassungsbeschwerde ein.) (Vgl. Zeittafeldatum vom 27., 28. und 29. Januar 1965, Februar, 4. und 25. Februar 1965)

Der SDS-Landesverband Berlin, der Bundesverband der Deutsch-Israelischen Studiengruppen (BDIS) und Leni Langenscheidt und Jürgen Schritthelm für die „Schaubühne am Halleschen Ufer“ veröffentlichen einen offenen Brief an Dr. Ludwig Lewin: „Wir stoßen überall auf jene, die — egal ob Nazi oder Nicht-Nazi — sich im vergangenen Jahrtausend an Verbrechen beteiligten oder ihre Karriere mit Volksverhetzung und Antisemitismus aufbauten. Zu ihnen gehört Dr. Hans Knudsen. Im 3. Reich konnte er erst nach jahrelangem Drängen oberster NS-Kulturfunktionäre der Berliner Universität aufgezwungen werden.“

### 30. März 1965

Der amtierende 1. AStA-Vorsitzende Wolfgang Roth unterrichtet den Rektor, daß für eine Veranstaltung am 8. Mai der Publizist Erich Kuby vorgesehen sei. In einem Vermerk teilt er dem Rektorat mit, daß er erst nach seiner Einladung an den Schriftsteller erfahren habe, „daß Herr Kuby angeblich Hausverbot wegen früherer Bemerkungen über die Freie Universität habe. Ich wäre um eine Klärung der damaligen Vorgänge sehr dankbar“.

(Vgl. Zeittafeldatum vom 8. April, 7. Mai, 17. Juli und 11. November 1965)

FLN-Mitglieder verüben einen schweren Bombenanschlag auf die US-Botschaft in Saigon. Zwei US-Bürger und fünfzehn vietnamesische Botschaftsangestellte werden getötet. Zum Zeitpunkt der Explosion halten sich etwa 150 Menschen in der Botschaft auf, unter ihnen der stellvertretende US-Botschafter Alexis Johnson, der nur leichte Schnittwunden im Gesicht erleidet.

### 31. März 1965

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der AStA hat die Mitglieder des ab 1. April 1965 amtierenden AStA zu der Sitzung eingeladen, um ihnen mündlich Berichte über die einzelnen Referate zu geben. Der Außenreferent stud. jur. Franz Neubauer schlägt vor, die Beziehungen zu asiatischen Studentenorganisationen zu intensivieren und die zu den skandinavischen Ländern einzuschränken. Die Kontaktaufnahme zu „Ostblockländern“ sei am ehesten zur CSSR und Rumänien möglich. Bisher ist es nicht gelungen, einen Zulassungsreferenten für Ausländer zu finden. Das Außenreferat hat von der Außenkommission das Recht erhalten, alle Akten über die Zulassung von Ausländern einzusehen. Es sei zu erwarten, daß das Akademische Auslandsamt Einspruch gegen politische Betätigung der Ausländer erheben werde. Der Referent für gesamtdeutsche Fragen und politische Bildung, stud. phil. Niels Kadritzke, hält Wochenendseminare für ergiebiger als öffentliche Veranstaltungen. Dem Beirat für politische Bildung müsse weiterhin klargemacht werden, daß er auf eigene Veranstaltungen zu verzichten habe. Der Hochschulreferent, stud. rer. nat. Peter Damerow, berichtet, es sei dem Referat gelungen, Studentenwohnhäuser ohne Ideologie über den sozialen Wohnungsbau zu finanzieren und zu bauen. Beim Wohnhausbau sei das Sozialreferat hinzuzuziehen. In Zukunft solle wieder eine Studienberatung für Abiturienten in größerem Rahmen durchgeführt werden.

### April 1965

19. ordentliche Delegierten-Versammlung des LSD in Höchst/Odenwald. Die DV fordert im Rahmen eines allgemeinen Ausbildungsförderungsgesetzes eine direkte Studienfinanzierung, die erstens die materiellen Lebensbedürfnisse decke, zweitens die Lernmittel finanziere und drittens angemessene kulturelle Bildungsmöglichkeiten decke. Die direkte Studienförderung soll dazu dienen, Wahl und Gestaltung des Studiums von „zweckfremden Gegebenheiten“ zu entlasten (z. B. studienfremde Werkarbeit, Studienlenkung durch finanzielle Abhängigkeit von den Eltern etc.).

### 1. April 1965

Im Sommersemester studieren an der FU insgesamt 15 460 Studenten.

Der neugewählte AStA tritt sein Amt an. 1. AStA-Vorsitzender stud. phil. Wolfgang Lefèvre (SDS, AC), 2. Vorsitzender stud. rer. nat. Peter Damerow (AC). Von den neuen AStA-Mitgliedern gehören vier dem SDS und/oder dem Argument-Club (AC) an.

Die studentische Selbstverwaltung des FU-Studentendorfes in Berlin-Nikolassee informiert das Rektorat der FU, daß die Studenten eine Vorlesungsreihe im Dorf planen, an der acht Professoren der Humboldt-Universität und der Akademie der Wissenschaften der DDR teilnehmen werden. Eingeladen sind: Prof. Dr. Werner Krauss zum Thema: „Das Verhältnis zur Aufklärung des 18. Jahrhunderts in Deutschland“; Prof. Dr. Karl Schröter zum Thema „Stellung der Mathematik in der Gesellschaft“; Prof. Dr. Rudolf Schottländer zu seiner neuen Übersetzung des Sophokles; Prof. Dr. Friedrich Behrens zum Thema „Aktuelle Probleme der sozialistischen Planung“; Prof. Dr. Hermann Ley zum Thema „Moderne Aufklärung — Hegel und das moderne Bewußtsein“; Prof. Dr. Robert Havemann zum Thema „Thermodynamik — Grenzen und Gültigkeit des 2. Hauptsatzes der Thermodynamik“; Prof. Dr. Jürgen Kuczynski zum Thema „Literatur und Gesellschaft“ und Prof. Dr. Wolfgang Steinitz zum Thema „Lied und Märchen als Stimme des Volkes oder Das deutsche Arbeitervolkslied“. Der Akademische Senat lehnt die geplante Vortragsreihe ab, weil sie des „wissenschaftlichen Charakters“ entbehre. (Vgl. Zeittafeldatum vom 13. und 23. Mai, 25. Juni und 9. Juli 1965 und 28. Januar 1966)

Die SHB-Hochschulgruppe führt an der FU folgende Arbeitskreise durch: 1. Recht und Politik, 2. Wirtschaft, 3. Entspannung in Europa. Zum SHB-Landesvorsitzenden wird Niels Kadritzke gewählt. (Anfang Juni konstituiert sich ein weiterer Arbeitskreis „Bildungspolitik“.)

Das Mitglied des Abgeordnetenhauses Emil Beise (FDP) fragt den Senat von Berlin, ob er an der Berufung Prof. Dr. Hans Knudsen an die Lessing-Hochschule mitgewirkt habe und ob er der Ansicht sei, daß diese Berufung dem Rufe Berlins als Kulturstadt förderlich sei. Weiter will Beise wissen: „Wie steht der Senat im übrigen zu der Erklärung des ehemaligen Senators Prof. Dr. Tiburtius, diese Berufung sei in Kenntnis der Arbeit Prof. Knudsen während der Nazi-Zeit erfolgt?“ Der Schulsenator Carl Heinz Evers (SPD) erklärt, daß nach Ansicht von Dr. Ludwig Lewin, dem früheren und jetzigen Leiter der Lessing-Hochschule allein schon die Tätigkeit Knudsen an der FU und dessen Mitarbeit bei der Gründung dieser Universität genügt habe, um ihn auf diesen Platz zu berufen. Außerdem beabsichtige Dr. Lewin nicht, Prof. Knudsen weiter zu Vorlesungen an der Lessing-Hochschule einzuladen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 20. Dezember 1964, 12., 24. und 27. Februar, 28. und 29. März und 11. Juli 1965, 20. Juni 1966, 26. April und 10. Mai 1967)

Bundeskanzler Prof. Dr. Ludwig Erhard bildet ein „Wissenschaftskabinet“, dem der Bundesinnenminister, der Bundesfinanzminister, der Bundesverteidigungsminister, der Bundesratsminister, der Bundesschatzminister, der Bundesfamilienminister und der Bundesminister für wissenschaftliche Forschung angehören. Dieser interministerielle Ausschuß soll eine Gesamtbildungskonzeption der Koalitionsregierung erarbeiten. Die 2. Arbeitsgruppe des II. Geographischen Instituts der FU führt im Tibesti Feldarbeiten durch. Neben zwei Mitgliedern der 1. Arbeitsgruppe (Dr. Horst Hagedorn, Dieter Jäkel) besteht sie aus fünf neuen Mitgliedern. (Vgl. Zeittafeldatum vom Februar und 5. April 1965)

### 2. April 1965

Zum ersten Mal seit dem Verbot der KPD veranstalten in Bremen Mitglieder der illegalisierten Partei eine öffentliche Diskussionsveranstaltung zum Thema „Hebt das KPD-Verbot auf!“. Referenten sind Maria Krüger (ehemalige Abgeordnete der KPD in der Bremer Bürgerschaft) und Hermann Gautier. (Vgl. Zeittafeldatum vom 12. Mai 1965, 28. Februar und 6./7. Mai 1967 und 8. Februar 1968)

### 5. April 1965

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Die Referentin für gesamtdeutsche Fragen und politische Bildung, stud. phil. Margaret Wirth, teilt mit, daß für die Veranstaltung am 7. Mai 1965 bisher die Herren Erich Kuby, Rudolf Krämer-Badoni und als Diskussionsleiter Prof.

Dr. Ludwig von Friedeburg zugesagt haben. Wegen Überlastung kann der AStA keinen Vertreter in den von der HSU gegründeten Arbeitskreis über Notstandsgesetzgebung entsenden, wozu die HSU den AStA eingeladen hatte. Der AStA stellt jedoch ausdrücklich sein Interesse an diesem Arbeitskreis fest.

Offizielle Einweihung der Außenstelle Bardai des II. Geographischen Instituts der FU durch einen Tschad-Minister als Vertreter des Staatschefs Tombalbaye, den Botschafter der BRD im Tschad, Dr. Per Fischer, den Kurator der FU, Dr. von Bergmann, den Präfekten der BET, Major Odingar, und den Unterpräfekten des Tibesti, Leutnant Rodai. (Vgl. Zeittafeldatum vom 1. April und 2./3. September 1965)

#### 7. April 1965

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Es wird berichtet, daß der Leiter der Abteilung II des Rektorats, Dr. Horst W. Hartwich, mitgeteilt habe, daß gegen Herrn Kuby kein offizielles Hausverbot vorliege und er (Hartwich) damit rechne, daß die Podiumsdiskussion „Restauration oder Neubeginn“ am 7. Mai 1965 ohne Einspruch des Rektorats durchgeführt werden könne (s. u.).

Zu Fragen des Referats für gesamtdeutsche Fragen und politische Bildung wird festgelegt: „Veranstaltungen mit Vertretern der DDR werden entweder im Clubhaus oder im Henry-Ford-Bau nach rechtzeitiger Rücksprache mit dem Rektorat durchgeführt. Am Anfang solcher Veranstaltungen ist ein Abend mit Professor Klein vorgesehen. Es wurde eine Veranstaltung über das Thema ‚Kommunismus und Religiosität‘ vorgeschlagen.“

In der Diskussion über den Sinn und Nutzen von Kontakten mit der FDJ wird Einigkeit erzielt, daß zunächst Veranstaltungen in kleinerem Kreis durchgeführt werden sollen, die in der Universität bekanntgegeben werden sollen. „Die Presse wird generell ausgeschlossen. Der AStA wird gemeinsam mit den FDJlern Presseerklärungen herausgeben. Zunächst wird ein Nicht-AStA-Mitglied mit den Verhandlungen beauftragt, danach wird der AStA offiziell die FDJ anschreiben und später zu den Verhandlungen ein AStA-Mitglied nach Ostberlin entsenden. Verhandelt wird auf der Basis der Gegenseitigkeit und der Nichtanerkennung der 3-Staaten-Theorie durch den AStA. Der Rektor wird über die Verhandlungen mit der FDJ informiert. Es wird jedoch keine Erlaubnis zu solchen Gesprächen eingeholt. Eine Liste von Themenvorschlägen wird in den nächsten Tagen aufgestellt.“

Aktennotiz des 1. AStA-Vorsitzenden stud. phil. Wolfgang Lefèvre über ein Telefongespräch mit dem Leiter der Abteilung II des Rektorats, Dr. Horst W. Hartwich. Dr. Hartwich habe erklärt, daß ein förmliches Hausverbot nicht bestehe, der damalige Rektor jedoch die Ansicht vertreten habe, daß ein Auftritt in den Räumen der Universität für Herrn Erich Kuby nicht in Frage komme. Zum Rat Dr. Hartwachs an den AStA, sich künftig rechtzeitig zu erkundigen, wie das Rektorat zu einzelnen Personen stehe, die man einladen wolle, vermerkt Lefèvre: „Ich interpretiere diese Bemerkung in der Weise, daß es nicht ausgeschlossen ist, daß das Rektorat auf diese Weise sich eine Mitsprache über Veranstaltungen des AStA verschaffen will.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 8. April, 7. Mai, 17. Juli und 11. November 1965)

#### 8. April 1965

Gespräch zwischen dem Rektor der FU, Prof. Dr. Herbert Lüers, dem Leiter der Abteilung II des Rektorats Dr. Horst W. Hartwich und den AStA-Vorsitzenden

Wolfgang Lefèvre und Peter Damerow aus Anlaß der Weigerung des Rektors, einen Raum für die Kuby-Veranstaltung zur Verfügung zu stellen. Der Rektor bleibt bei seiner Weigerung, da er die Kuby-Äußerung vom 12. Juni 1958 als Diffamierung betrachte. Lefèvre informiert den Rektor über Schwierigkeiten der Terminüberschneidungen von Veranstaltungen des AStA und des Senatsbeauftragten für politische Bildungsarbeit, Prof. Dr. Kurt Sontheimer. Die Bitte Lefèvres, künftig auch dem AStA die Tagesordnung des Akademischen Senats zuzusenden, wird vom Rektor abgelehnt, ebenso die Bitte des nichtanwesenden ehemaligen AStA-Vorsitzenden Wolfgang Roth, einen studentischen Sprecher in den Verfassungsausschuß des Akademischen Senats aufzunehmen.

Dok. 372

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der AStA-Vorsitzende stud. phil. Wolfgang Lefèvre berichtet über das Gespräch mit dem Rektor. Der AStA ist sich darüber einig, daß wegen des Einspruchs des Rektors Herr Kuby nicht eingeladen werden soll, sondern die Veranstaltung in einem Raum außerhalb der Freien Universität stattfinden solle. (Vgl. Zeittafeldatum vom 7. Mai 1965)

Der Ausschuß für Bau- und Wohnungswesen des Berliner Abgeordnetenhauses stimmt nach Absprache mit dem Ausschuß für Wissenschaft und Kunst der Ausweitung des Reservegeländes zu, auf dem in etwa dreißig Jahren Bauten der FU entstehen sollen. Dieses Gebiet erstreckt sich von der Königin-Luise-Straße entlang der Brümmerstraße bis zum Landoltweg und vom Königin-Luise-Platz entlang der Altensteinstraße bis zur Wilthenowstraße und von dieser entlang der Schwendener Straße bis zur Habelschwerdter Allee. Die CDU-Mitglieder im Bauausschuß beantragen, einen Teil der geplanten Reservefläche nicht als „Sondergebiete“ auszuweisen und dem Einspruch des Bezirksamtes Zehlendorf zuzustimmen. Sie dringen mit ihrem Argument bei den Ausschußmitgliedern der SPD und der FDP nicht durch. (Vgl. Zeittafeldatum vom 20. Oktober 1963)

#### 9. April 1965

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der jetzt dem AStA vorliegende beanstandete Passus der Rede von Erich Kuby vom 12. Juni 1958 soll der Presse auf Anforderung zur Klarstellung übergeben werden. Der AStA hält den Tatbestand der polemischen Diffamierung für nicht gegeben und billigt nicht die Weigerung des Rektorats, Kuby in den Räumen der FU sprechen zu lassen. Darüberhinaus ist der AStA der Meinung, daß das Hausrecht kein Mittel sei, Diskussionen in den Räumen der Universität zu verbieten, auch wenn sie Kritik an der FU beinhalten.

Der studentische Sprecher im Kuratorium der FU, stud. rer. pol. Wolfgang Roth, berichtet über die 1. Sitzung des Ausschusses zur Änderung der Disziplinarordnung: Der 1. Oberstaatsanwalt Gerhard Blaesing habe erklärt, daß nur strafrechtliche Fälle behandelt worden seien und keine der Verletzung des Ansehens oder der Würde der Universität. Der Ausschuß sei mehrheitlich gegen eine Abschaffung der Disziplinarordnung; diese sei zur „Gewährleistung eines wissenschaftlichen Klimas“ notwendig. Der Hochschulreferent stud. rer. nat. Jürgen Heinrich schlägt vor, zum 1. Juli ein Weißbuch über die Notstände an der FU fertigzustellen. Bis Anfang Mai soll dazu ein Fragebogen an alle Institutionen geschickt werden. Insbesondere soll die mangelhafte Ausstattung und die unzureichende Bauplanung der Universität kritisiert werden.

Der AStA-Vorsitzende stud. phil. Wolfgang Lefèvre schlägt für den 1. Juli zwei Großveranstaltungen vor: 1. „Gesetzgebung zur Förderung von Wissenschaft und Kunst in den letzten Jahren“ mit Professoren und Studenten als Sprechern und 2. „Ausbildungsförderung und Bildungswerbung“. Für die erste Veranstaltung sollen drei Berliner Politiker, die im Bundestag für die Kürzung des Wissenschaftsetats gestimmt haben, zu einer Podiumsdiskussion herangezogen werden. Die Finanzierung der Veranstaltung soll möglichst durch den Beauftragten für politische Bildungsarbeit erfolgen. Vor dem 1. Juli sollen in den einzelnen Fakultäten Vollversammlungen stattfinden, in denen die Studenten Möglichkeiten zur Aussprache haben sollen. Die Referentin für gesamtdeutsche Fragen und politische Bildungsarbeit, stud. phil. Margaret Wirth, der Hochschulreferent, stud. rer. nat. Jürgen Heinrich, und stud. Graf Westarp werden beauftragt, die großen Studentenverbände zur Durchführung von Veranstaltungen zum 1. Juli zu bewegen. Insbesondere soll über stud. phil. Niels Kadritzke Verbindung zum bildungspolitischen Ausschuß des SHB aufgenommen werden. Weiterhin soll eine Sondernummer des FU-SPIEGEL erscheinen. Der Protestmarsch am 1. Juli soll mit den übrigen Hochschulen abgesprochen werden, ein Student und ein Professor sollen sprechen. Auch die Oberschulen (um Schulfrei soll der Schulsenator gebeten werden), Berufsschulen und Ingenieurschulen sollen zur Teilnahme aufgefordert werden.

#### 10. April 1956

Das Oberverwaltungsgericht Berlin bescheinigt einem 1918 geborenen Archäologiestudenten und Mitglied des 1960 verbotenen „Bundes Nationaler Studenten“ (BNS), daß seine Klage gegen die Freie Universität „nicht ohne Aussicht auf Erfolg sei“. (Das Rektorat der FU hatte 1960 eine Immatrikulation verweigert, da er gegen die verfassungsmäßige Ordnung verstoßen habe.) Das Oberverwaltungsgericht Berlin stellt in einem Beschluß (Aktenzeichen: OVG IM 12/64) fest, daß überprüft werden müsse, ob die Vorschrift der Universitätsordnung der FU, nach der eine Immatrikulation dann ausgeschlossen ist, wenn ein Bewerber gegen die verfassungsmäßige Ordnung verstößt, mit Artikel 3 des Grundgesetzes vereinbar sei. (Danach darf niemand wegen seiner politischen Überzeugung benachteiligt werden.) Dem Studenten wird das Armenrecht zugebilligt.

#### 13. April 1965

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Die Sprecherin im Akademischen Senat und Sprecherin der Philosophischen Fakultät, stud. phil. Sigrid Rüger, gibt bekannt, daß das Abgeordnetenhaus vom Dekan der Philosophischen Fakultät Vorschläge zur Studienzeitverkürzung angefordert habe. Trotz mehrfacher Intervention der Studentenvertretung habe der Dekan deren Vorstellungen zu dieser Frage nicht berücksichtigt. Ein Brief von Sigrid Rüger zu dieser Frage an das Rektorat wird vom AStA begrüßt. Der Rektor soll gebeten werden, den Brief als Anlage dem Fakultätsschreiben beizufügen.

Der Finanzreferent, stud. rer. pol. Ulrich H. Ströhle, wird in den Ausschuß zur Änderung der Disziplinarordnung delegiert.

Es wird vorgeschlagen, eine Diskussion über Spielplanfragen mit den Berliner Intendanten und anderen Fachleuten durchzuführen. Der amtierende Kulturreferent, Graf Westarp, wird beauftragt, einen Terminplan vorzulegen.

#### 14. April 1965

In einem Schreiben an den Rektor der FU, Prof. Dr. Herbert Lüers, nimmt die Studentenvertretung der Philosophischen Fakultät zu Maßnahmen zur Studienzeitverkürzung an der Philosophischen Fakultät/Grundstudium und Zwischenprüfung Stellung. Besonders die unzureichende Ausbildungsförderung, die Raumnot, der Dozentenmangel, die Überlastung der Studiengänge und die oftmals unsinnigen Studien- und Prüfungsanforderungen werden für die Studienzeitverlängerung verantwortlich gemacht.

Dok. 373

#### 15. April 1965

Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber teilt der Presse mit, daß der Akademische Senat und die philosophische Fakultät beschlossen haben, dem Hamburger Philosophen und Physiker Prof. Dr. Carl-Friedrich Freiherr von Weizsäcker einen vakanten Lehrstuhl für Philosophie anzubieten. Es seien aber bisher keine konkreten Verhandlungen geführt worden, die FU werde jedoch „alles bieten, was sie bieten kann, um den berühmten Gelehrten nach Berlin zu verpflichten“. (Weizsäcker war 1938 mit seiner Theorie über die Energieerzeugung in den Sternen und 1944 mit einer Hydrodynamischen Hypothese über die Entstehung unseres Planetensystems, die sogenannte „Weizsäckersche Wirbeltheorie“, hervorgetreten. 1942 erhielt Weizsäcker eine außerordentliche Professur für Theoretische Physik an der Universität Straßburg, 1945 wurde er zum Max-Planck-Institut in Göttingen berufen. Seit 1957 ist er Professor für Philosophie in Hamburg.)

215 Hochschulprofessoren appellieren an die im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) zusammengeschlossenen Industriegewerkschaften sowie an die Gewerkschaft der Polizei, sich gegen eine Verabschiedung der verfassungsändernden Notstandsgesetze noch in dieser Legislaturperiode zu wehren. Die Erklärung wird von folgenden Professoren initiiert: Heinz Maus (Marburg), Ossip K. Flechtheim (FU Berlin), Eugen Kogon (TH Darmstadt), Werner Maihofer (Universität des Saarlandes), Hans Rheinfelder (München) und Erwin K. Scheuch (Köln). Prof. Maus erklärt auf einer Pressekonferenz, daß die Hochschulprofessoren sich „zumindest eine Suspendierung der Notstandsgesetze“ von ihrer Aktion versprechen. Man sei an die Gewerkschaften herangetreten, weil alle bisherigen Petitionen an Parteien, Regierung und Parlamentarier ohne Resonanz geblieben seien. (Vgl. Zeittafeldatum vom 17. März und 30. Mai 1965, 11. und 12. März 1966)

#### 17. April 1965

1. „Marsch auf Washington“. Ungefähr 25 000 Demonstranten protestieren gegen die Vietnam-Politik der Regierung Lyndon B. Johnson. Die Protest-Aktion wird von einzelnen lokalen Gewerkschaftsgruppen, Tausenden von Universitätsprofessoren, dem „Student non violent Coordinating Committee“ (SNCC), über 200 lokalen „Vietnam Day Committees“ und dem radikalen Studentenverband „Students for a Democratic Society“ (SDS) unterstützt. Der Vorsitzende des SDS, Paul Potter, erklärt auf der Abschlußkundgebung: „Die meisten von uns sind im Glauben groß geworden, die USA seien eine starke und friedfertige Nation, die sich nur widerwillig in die Angelegenheiten der übrigen Welt mische... Der ungeheuerliche Krieg in Vietnam hat uns wie eine Messerklinge dazu gedient, aus unserem Denken die letzten Reste der Illusion herauszutrennen, die da behaupten will, die amerikanische Außenpolitik ließe sich von den Prinzipien der Moral und der Demokratie leiten.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 1., 15./16. und 29. Oktober, 27. November, 1., 4., 13.—17., 24. und 31. Dezember 1965 und 11. Mai 1966)

#### 20. April 1965

Der Bundesvorstand des DGB wendet sich auf Grund des Appells der 215 Hochschulprofessoren erneut gegen die geplante

Notstandsgesetzgebung. Der DGB-Vorsitzende Ludwig Rosenberg dankt den Professoren in einem offenen Schreiben für ihren Appell an die Industriegewerkschaften und verweist auf die ablehnenden Beschlüsse des 6. ordentlichen Bundeskongresses des DGB in Hannover im Jahre 1962. (Vgl. Zeittafeldatum vom 15. April 1965)

### 21. April—5. Mai 1965

Auf Einladung des „Komitees der Jugendorganisationen der UdSSR“ fährt eine Delegation des SDS-Landesverbandes Berlin nach Moskau und Leningrad. Die Delegation besteht aus fünf Studenten der FU Berlin und wird vom 2. SDS-Landesvorsitzenden, stud. phil. Jürgen Horlemann, geleitet. Die weiteren Delegationsteilnehmer sind: stud. phil. Rudi Dutschke, stud. rer. pol. Klaus Gilgenmann, stud. phil. Renate Horlemann und stud. rer. pol. Hartmut Neucendorff. Zweck der Reise ist „Informationen aus erster Hand über den Stand der sowjetischen Forschung auf den Gebieten der Entkolonisierung, der Entwicklungshilfe, der Planung und Leitung der sowjetischen Volkswirtschaft, der Entwicklung der innerbetrieblichen Demokratie und der Soziologie zu erhalten“. Die SDS-Delegation ist außerdem vom Bundesvorstand besonders beauftragt, mit dem für Zeitgeschichte zuständigen Institut der Akademie und dem Widerstandskämpferverband FIR Verbindung aufzunehmen, um „Zugang zu den Archiven zu erhalten, in denen sich Dokumente über NS-Verbrechen, speziell der Einsatzgruppen und der höheren SS- und Polizeiführer befinden“. Gleichzeitig wird der SDS-Landesverband an das Komitee für Jugendorganisationen eine Gegeneinladung aussprechen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 12. Mai 1965)  
Vgl. Dok. 374

### 22. April 1965

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Wegen der Zimmernot will der AStA ein Flugblatt an etwa tausend Haushalte vertreiben, außerdem soll versucht werden, verschiedene leerstehende Häuser, die wegen des Baus der Stadtautobahn zum Abbruch bestimmt sind, anzumieten.

Die Gesellschaft „pro familia“ hat eine Podiumsdiskussion über Geburtenkontrolle und Empfängnisverhütung vorgeschlagen. Der AStA wird als Diskussionssteilnehmer Frau Lange-Undeutsch und stud. phil. Wolfgang Fritz Haug (AC) stellen. Die Diskussionsleitung soll stud. med. Hubert Bacia übernehmen. Die Gesellschaft „pro familia“ soll vom AStA eingeladen und gebeten werden, zwei Vertreter zu benennen.

Der AStA lehnt die Anfrage eines amerikanischen Geschäftsmannes an den AStA, Pullover mit dem FU-Wappen zu vertreiben, ab.

Stud. rer. pol. Friedrich W. Zimmermann teilt mit, daß er die Frage der Hinzuziehung des Sozialreferenten zu Prüfungen für Ausländer abklären werde, sobald wieder Prüfungen stattfänden. Als einziges Gesetz, das Richtlinien über den Aufenthalt von Ausländern in Deutschland enthalte, gäbe es die Ausländerordnung. In ihr gebe es keine Bestimmung über die politische Betätigung von Ausländern.

Der AStA verpflichtet sich, 4000 Exemplare der vom Landesverband Bayern des VDS hergestellten Broschüre „Mit Stipendien studieren“ zum Preise von DM —,20 pro Stück abzunehmen. Über den Verteilermodus (gratis oder gegen Schutzgebühr) wird keine Einigung erzielt. (Vgl. Zeittafeldatum vom 5. Mai 1965)

Nach jahrelangen Voruntersuchungen beantragt die Frankfurter Staatsanwaltschaft gegen 16 führende Juristen des NS-Regimes die gerichtliche Voruntersuchung. Den Beschuldigten wird vorgeworfen, Beihilfe zum Massenmord im Rahmen des „Euthanasie-Programms“ begangen zu haben. Unter den angeklagten Juristen ist auch der ehemalige Staatssekretär im Reichsjustizministerium, Dr. Franz Schlegelberger, der in

Flensburg von einer Pension lebt. (Vgl. Zeittafeldatum vom 3., 10., 12. und 25. März 1965)

Der Vorsitzende des Bundesinnenausschusses, Hermann Schmitt-Vockenhausen (SPD), erklärt, daß die SPD-Bundestagsfraktion eine Verabschiedung der verfassungsändernden Notstandsgesetze noch in dieser Legislaturperiode von einer Reihe von Bedingungen abhängig macht. 1. Die Bundesregierung dürfe kein Recht zum Erlaß von Notverordnungen erhalten, wie es im Regierungsentwurf der CDU/CSU- und FDP-Koalitionsregierung vorgesehen sei. 2. Die Verantwortung müsse beim Parlament bzw. „Notparlament“ liegen. 3. Die Entscheidung des Parlaments bzw. des „Notparlaments“ müßten mit „qualifizierten Mehrheiten“ gefaßt werden. (Vgl. Zeittafeldatum vom 15. und 20. April und 30. Mai 1965)

### 23. April 1965

Besprechung der Senatskommission für Lehrerbildung (anwesend sind die Professoren Dr. Karl August Bettermann, Dr. Herwig Blankertz, Dr. Karl Peter Grote-meyer, Dr. Eberhard Lämmert und Dr. Hans-Joachim Lieber) mit den Senatoren für Schulwesen und Wissenschaft und Kunst. (Der Senator für Schulwesen hatte um diese Besprechung gebeten.) Die Senatoren legen ein Papier mit zwei für Berlin möglichen Modellen für die Neuorganisation der Lehrerbildung vor; das erste wird in der Besprechung als „höchstwahrscheinlich unannehmbar“ bezeichnet. Die Professoren Bettermann und Blankertz bezeichnen ein drittes Modell als diskutierbar. Es sollen schriftliche Stellungnahmen der FU zu den Modellen erarbeitet werden.

### Dok. 375

In einer Presseerklärung bedauert der AStA der FU erneut die Weigerung des Rektors, Kuby am 8. Mai in den Räumen der FU reden zu lassen, weil „die freie Diskussion an einer Universität nicht durch das Mittel des Hausverbots eingeschränkt werden darf“. Der AStA gibt bekannt, daß die Veranstaltung einen Tag vorher, am 7. Mai 1965, im Studentenhaus am Steinplatz stattfinden werde. (Vgl. Zeittafeldatum vom 12. Juni 1958)

Eine Gruppe von dominikanischen Offizieren und Soldaten besetzt beide Rundfunkstationen in San Domingo und fordert die Rückkehr des rechtmäßig gewählten Präsidenten Juan Bosch. (Der Schriftsteller und Vorsitzende der revolutionären dominikanischen Partei, Juan Bosch, wurde am 25. September 1963 durch einen Militärputsch gestürzt. Bosch hatte bei seiner Wahl im Dezember 1962 eine Reform der Besitzverhältnisse in der Landwirtschaft, des Steuersystems und der Verwaltung angekündigt.) (Vgl. Zeittafeldatum vom 29. April, 6., 8. und 10. Mai 1965)

### 25.—29. April 1965

8. Deutscher Studententag in Bonn unter dem Thema „Was ist dem Staate der Nachwuchs wert?“. Mehr als 800 Teilnehmer diskutieren in drei Arbeitsbereichen: Chancengleichheit im Bildungswesen, wirtschaftliche Selbsthilfe und Ausbildungsförderungen. Referenten sind Prof. Dr. Friedrich Edding (Direktor am Institut für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft), Josef-Hermann Dufhues (Geschäftsführer der CDU), Willy Brandt (Kanzlerkandidat der SPD) und Dr. Ewald Bucher (Stellvertretender Vorsitzender der FDP). Der VDS-Vorsitzende Uwe Janssen erklärt, daß der einzige „konstruktive Beitrag der Studentenschaft angesichts des Bildungsnotstandes nur in einer umfassenden Kritik“ bestehen könne. Im Arbeitsbereich III „Ausbildungsförderungen“ stehen in den Schlußthesen das „Studentenhonorar“ und die „subsidiäre Förderung“ nebeneinander.

### 26. April 1965

In einer gemeinsamen Presseerklärung zu Beginn des 8. Deutschen Studententages nehmen die Bundesvorstände des SDS, SHB, LSD der HSU und des BDIS Stellung gegen die geplanten Notstandsgesetze: „Der vom Rechtsausschuß des Bun-

destages am 17. März 1965 fertiggestellte Entwurf eines verfassungsändernden Notstandsgesetzes wird immer noch so gut wie geheimgehalten.“ Bis zum 8. Mai 1965 wollen die Studentenorganisationen 100 000 Flugblätter an allen Hochschulen verteilen und 1000 Plakate anschlagen. Weiterhin sind an allen Hochschulen gemeinsame Informationsveranstaltungen über das verfassungsändernde Notstandsgesetz und die „einfachen“ Notstandsgesetze, für deren Verabschiedung die CDU/CSU- und FDP-Koalitionsregierung keine Zweidrittelmehrheit im Bundestag benötigt, vorgesehen. Zu diesen geplanten Veranstaltungen werden alle Professoren und Dozenten eingeladen, die den Brief der 215 Hochschulprofessoren an die Industriergewerkschaften unterstützen. Außerdem kritisieren die Studentenorganisationen das „Sozialprogramm“ der gegenwärtigen VDS-Führung. Die „Höchster Verbände“ fordern stattdessen eine familienabhängige direkte Studienfinanzierung in Form eines Studienhonorars. (Vgl. Zeittafeldatum vom 8. Oktober 1961, 15. April und 30. Mai 1965)

Nach seiner Rückkehr von einer viertägigen Reise durch die USA erklärt der SPD-Parteivorsitzende Willy Brandt, daß er über die Vietnampolitik Präsident Johnsons umfassende Informationen erhalten habe. „Ich gehe zwar nicht als Apostel für die amerikanische Südostasien-Politik nach Deutschland zurück. Aber ich habe Verständnis gelernt und werde in Deutschland um Verständnis für die amerikanische Haltung bemüht sein.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 5. Februar 1966)

#### 27. April 1965

Der Senat von Berlin verabschiedet eine Vorlage an das Abgeordnetenhaus, in der die Gesamtkosten für das Klinikum der FU jetzt auf 302 Millionen DM beziffert werden. Das Abgeordnetenhaus hatte erst Anfang Juli 1964 einen Kostenvoranschlag auf 281 Millionen DM gebilligt.

Der französische Staatspräsident General Charles de Gaulle kritisiert in einer Fernsehansprache die Ausweitung des Krieges in Vietnam durch die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika. (Vgl. Zeittafeldatum vom 23. Januar 1965)

#### 29. April 1965

Auf Befehl von Präsident Lyndon B. Johnson landen US-Einheiten der Marineinfanterie in der Dominikanischen Republik, da die Behörden der Dominikanischen Republik nicht mehr in der Lage seien, die Sicherheit der amerikanischen Staatsbürger zu garantieren. Der am 25. September 1963 durch einen Militärputsch gestürzte Präsident der Dominikanischen Republik, Juan Bosch, erklärt in seinem Exil in Puerto Rico: Das Eingreifen amerikanischer Marinesoldaten sei eine „unmoralische, kriminelle Handlung“. In seinem Lande stünden sich „die amerikanische Armee und das dominikanische Volk als Gegner gegenüber“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 23. April, 6., 8. und 10. Mai 1965)

#### 30. April 1965

Vertrauliches Rundschreiben Nr. 386 der Westdeutschen Rektorenkonferenz über die Einrichtung eines „Feststellungsausschusses für Fälle öffentlicher Angriffe gegen Hochschullehrer und Hochschulen“. Die zu diesem Thema eingesetzte Kommission ist zu dem Ergebnis gekommen, daß sowohl Strafverfahren gegen den Angreifer als auch ein auf Wunsch des angegriffenen Hochschullehrers eingeleitetes Disziplinarverfahren nicht immer geeignete Wege seien. Daher solle ein Ausschuß vorher die Zweckmäßigkeit verschiedener Vorgehensweisen überprüfen. Die WRK leistet nur Hilfestellung bei der Einrichtung eines solchen Ausschusses, der danach völlig unabhängig agieren soll.

Dok. 376

#### Mai 1965

„Zwischenbericht der psychotherapeutischen Beratungsstelle (Beratungsstelle für Intimfragen) der Freien Universität Berlin über die Tätigkeit im Wintersemester 1964/65“ von Hildegard Lange-Undeutsch.

Die Verfasserin weist darauf hin, daß es wegen der großen Zahl von Neurotikern notwendig sei, einen examinierbaren Psychoanalytiker oder Psychotherapeuten zu gewinnen. Von 74 Studenten (60 männlich, 14 weiblich) litten 59 an einer Neurose, 29 davon waren dringend behandlungsbedürftig. Im Vordergrund der Symptome standen Kontaktschwierigkeiten zum anderen Geschlecht (36), Kontaktschwierigkeiten im allgemeinen (30), Depressionen und suppressive Verstimmungszustände (22), Suizidgedanken (22), Konzentrations- und Arbeitsstörungen (15). Als Ursachen für die Schwächung des Ichs wurden entweder die sehr strenge Erziehung oder das ungleichmäßige und unberechenbare Verhalten der Eltern erkannt. Allgemein tauchten folgende Probleme auf: 1. Kinder von Arbeitern, Handwerkern oder kleinen Angestellten litten noch häufig unter Anpassungsschwierigkeiten („Aufstieg“ in andere soziale Schicht). 2. Viele können mit der akademischen Freiheit nichts anfangen und würden eine straffe Studiendisziplin begrüßen. 3. Die sexuellen Probleme der Studenten sind viel größer als sie der einzelne Student zugibt oder erkennt. Die an einer Neurose erkrankten Studenten und Studentinnen verfügten bei der beobachteten Zahl über eine gute, zum Teil ausgezeichnete Intelligenz. Da bei einer psychoanalytischen bzw. psychotherapeutischen Behandlung mit 250 bis 400 Therapiestudenten gerechnet werden muß, bedeutet das bei zwölf Stunden im Monat zweieinhalb bis dreieinhalb Jahre lang monatlich DM 360,— an Kosten. Für die Gruppentherapie würden sich die Kosten je nach Anzahl der Teilnehmer vermindern. (Vgl. Zeittafeldatum vom 30. Oktober 1964, 29. Januar 1965, Januar, 29. April, 4., 20. und 26. Juli 1966)

Der 1. ASTA-Vorsitzende, Wolfgang Lefèvre, setzt sich im FU-SPIEGEL kritisch mit einem Festvortrag von Prof. Dr. Kurt Sontheimer (OSI) zur Eröffnung des 17. Konvents auseinander, besonders mit dem Vorwurf Sontheimers, die „Studentenpolitiker“ betrieben vor allem materielle Interessenwahrnehmung und hätten sich „weit ab vom Ideal akademischen Bürgertums“ entfernt. (Vgl. Zeittafeldatum vom 18. Februar 1965)

Dok. 377

DAS ARGUMENT setzt seine Diskussion über „Faschismus-Theorien“ mit einer ausführlichen Analyse zur „Ideologischen Komponente in den Theorien über den Faschismus“ von Wolfgang Fritz Haug und einer Untersuchung über die „Faschismustheorie der DDR“ von Bernhard Blanke, Reimut Reiche und Jürgen Werth fort. (Vgl. Zeittafeldatum vom Januar 1965, 4. Februar und Oktober 1966)

#### 1. Mai 1965

Der Vorsitzende des VÖV des CSM-Prag (Dachorganisation der Fakultätsvertretungen der Prager Universitäten), Jan Stich, und der Vorsitzende des Landesverbandes Berlin des VDS, Wolfgang Roth, unterzeichnen einen Vertrag über die Teilnahme von zwei Vertretern des Bezirks Prag an der Internationalen Woche in West-Berlin. (Vgl. Zeittafeldatum vom 18. Mai 1965, 12.—15. Februar und 16. April 1966)

Maikundgebung vor dem Berliner Reichstag unter dem Thema „Verantwortung für Berlin ist Verantwortung für Deutschland“. Hauptredner sind: Der hessische Ministerpräsident Georg Gustav Zinn, der Vorsitzende des „Verbandes zur Förderung der farbigen Bevölkerung“ (NAACP), Roy Wilkins, der eine Grußbotschaft des US-Präsidenten Johnson überbringt, der Sonderbeauftragte des Bundeskanzlers für Berlin Bundesminister Ernst Lemmer (CDU), und der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt. Der SDS-Landesverband trifft sich am Bahnhof Zoo und zieht mit Anti-Notstandstransparenten zum Reichstag. Die Sozialistische Jugend — Die Falken, die ursprünglich zusammen mit dem SDS zur Mai-

kundgebung ziehen wollte, nimmt nicht geschlossen an der Kundgebung teil, weil das „Maikomitee“ die Vietnam-Parolen der Falken nicht genehmigte. Auf dem Platz der Republik greifen DGB-Ordner die SDS-Mitglieder militant an und zerstören die meisten Transparente. Die Polizei, die zuerst die Zahl der Kundgebungsteilnehmer mit fast 150 000 angibt, korrigiert ihre Angaben später und nennt die Zahl von 250 000 Besuchern. Willy Brandt spricht in seiner Rede von „fast 400 000 Teilnehmern“.

### 3. Mai 1965

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der Redakteur des FU-SPIEGEL berichtet über die Arbeitsbedingungen und die Stellung des FU-SPIEGEL zum AStA. Er verteidigt die Annahme eines Artikels von Prof. Dr. Dieter Henrich, in der dieser die Gründe für seinen Weggang von der FU angibt. Die Mehrheit des AStA ist mit dem AStA-Vorsitzenden Wolfgang Lefèvre der Meinung, daß Prof. Henrich in vielen Fragen nicht den wahren Sachverhalt wiedergebe. (Der Artikel erscheint im Juni 1965 im „Colloquium“.) (Vgl. Zeittafeldatum vom Juni und Juli 1965)

Dok. 378

### 4. Mai 1965

Nach fast neunwöchiger Unterbrechung wird der Prozeß gegen Dr. Günter Weigand vor der Zweiten Großen Strafkammer in Münster wiederaufgenommen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 27., 28., 29. Januar, Februar, 4., 25. Februar, 4. und 31. Mai 1965, 2. Februar und 25. April 1966)

Der US-Präsident Lyndon B. Johnson verlangt von Abgeordnetenhaus und Senat weitere 700 Millionen Dollar für die US-Streitkräfte in Vietnam.

### 5. Mai 1965

Sitzung des Akademischen Senats der FU. Der Akademische Senat nimmt die Vorschläge des Schulsenators über die Modelle für eine künftige Lehrerbildung in Berlin vom 23. April 1965 und den Bericht des Vorsitzenden der Senatskommission vom 1. Mai 1965 zur Kenntnis. Der Senat beschließt, die Angelegenheit zunächst in den Fakultäten diskutieren zu lassen, die zu den Vorschlägen Stellung nehmen sollen.

Der Akademische Senat beschließt, die Neufassung der §§ 5 und 6 der Disziplinarordnung für Studenten und § 29 der Universitätsordnung. (Die Neufassungen werden vom Senator für Wissenschaft und Kunst am 11. Mai 1965 bestätigt.)

Dok. 379

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der AStA-Vorsitzende Wolfgang Lefèvre teilt mit, daß er sich nach Beratung mit den studentischen Senatssprechern entschlossen habe, entgegen seiner ursprünglichen Absicht im Akademischen Senat keine Erklärung zum Hausverbot für Erich Kuby verlesen zu lassen. Der Rektor habe nämlich gegenüber Prof. Dr. Ludwig von Friedeburg (der die Diskussionsleitung bei der Veranstaltung am 7. Mai 1965 übernehmen soll), erklärt, daß ein formales Hausverbot des Akademischen Senats für Kuby bestehe, während er dem AStA-Vorsitzenden gegenüber erklärt habe, daß er Kuby für untragbar halte und daß er von seinem Hausrecht Gebrauch mache. Lefèvre meint, es sei taktisch vorteilhafter, wenn dieser Widerspruch des Rektors mündlich durch Intervention durch Prof. von Friedeburg verhandelt werde. Es wird vorgeschlagen, am 17. Juni eine Veranstaltung mit dem Thema „Der 17. Juni in seiner Funktion für die Innen- und Außenpolitik der Bundesrepublik“ durchzuführen.

Der Hochschulreferent, stud. rer. nat. Jürgen Heinrich, wird beauftragt, den üblichen Brief an die Burschenschaft „Alemania“ und an die Dachorganisationen der schlagenden Verbindungen zu schreiben mit dem Hinweis, daß die Auslage von Propagandamaterial nicht zugelassener schlagender Gemeinschaften unzulässig sei. (Die Berliner Burschenschaft „Alemania“ hatte Flugblätter auf den Tischen der Mensa ausgelegt mit dem Angebot, Zimmer für interessierte Studenten zur Verfügung zu stellen.)

Da sich bei Durchsicht der Broschüre „Durch Stipendien studieren“ ergeben hat, daß diese völlig unzureichend ist, beschließt der AStA bei einer Enthaltung, nicht 4000 Exemplare abzunehmen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 22. April 1965)

Das vom Sozialreferenten stud. phil. Peter Dehn vorgelegte Programm wird kritisiert: es seien nur die jetzigen Aufgaben, nicht aber die grundsätzlichen Ziele — Wohnungsbau und Kindertagesstätte — festgehalten. Weiterhin seien Einzelbetreuung der Studenten und stärkere Informationsarbeit über Möglichkeiten sozialer Unterstützung wichtig. Das Sozialreferat dürfe sich nicht in Kleinarbeiten verlieren. Zur Besserung des Verhältnisses AStA—Kindertagesstättenverein soll sich das Sozialreferat ständig vom Verein unterrichten lassen und die Arbeit des Vereins nach Möglichkeit mit den Intentionen des AStA in Übereinstimmung bringen.

Gemeinsame Flugblätter der Landesverbände des SDS, LSD und SHB sowie der FU-Gruppen von ESG, GSG, DIS, HSU und des Argument-Clubs in einer Auflage von 10 000: „Restauration oder Neubeginn. Zu einer Veranstaltung des AStA am 7. Mai 1965 — 20 Jahre nach Kriegsende“. Im Flugblatt Nr. 2 wird das Redeverbot mit den Maßnahmen der Universitätsverwaltung in Berkeley/California im Herbst 1964 gleichgesetzt. Das Flugblatt zitiert die Forderung der „Free Speech Movement“ (FSM), jedermann jederzeit an jedem Ort zu jeder Sache hören zu können. Weiterhin wird aus der Rede John F. Kennedys vom 26. Juni 1963 zitiert. Die Organisationen rufen die Studentenschaft zu einer Kundgebung im Foyer des Henry-Ford-Baus am 7. Mai 1965 auf und initiieren gleichzeitig eine Unterschriftenaktion. (Vgl. Zeittafeldatum vom 26. Juni 1963, 20. und 28. Mai, 29. Oktober und 24. Dezember 1965)

Dok. 380 und Dok. 381

„Extra Informationsblatt“ der Studentenvertretung der Philosophischen Fakultät: „Der Rektor verbietet eine von der Studentenschaft geplante Veranstaltung auf dem Gelände der Universität mit Hilfe des Hausrechts, indem ein geladener Diskussionspartner zur persona non grata erklärt wird... ist es nicht grotesk, daß einem Referenten das Recht auf freie Meinung entzogen wird, weil er sich mit Namen und Anspruch der FU kritisch auseinandergesetzt hat?“ Die Studentenvertretung ruft alle Studenten auf, sich an der Protestkundgebung vier Stunden vor der geplanten Veranstaltung am 7. Mai 1965 zu beteiligen.

### 6. Mai 1965

Der Schriftsteller Günter Grass wird vom AStA der FU eingeladen, während einer Einführungstagung für ausländische Komilitonen zum Thema „Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik“ zu sprechen. Grass antwortet, er könne wegen einer Reise in die USA nicht erscheinen, bittet jedoch den AStA, der Studentenschaft der FU mitzuteilen, daß er wegen des Redeverbots für Erich Kuby zur Zeit keine Möglichkeit sehe, die Räume der FU zu betreten. Der Antwortbrief an Günter Grass wird noch am selben Tag als Flugblatt auf dem Campus verteilt.

Dok. 382



Sonderflugblatt des FU-SPIEGEL in hoher Auflage mit einem offenen Brief des 1. AStA-Vorsitzenden Wolfgang Lefèvre an die Studentenschaft und einem offenen Brief der sechs ehemaligen AStA-Vorsitzenden Klaus Meschkat (SDS), Martin Schmidt (DIS), Peter Müller (ESG und DIS), Dietrich Schmidt-Hackenberg (AC), Werner K. Gebauer und Wolfgang Roth (SHB) an den Rektor der FU, Prof. Dr. Herbert Lüers. Die Anwendung des dem Rektor zustehenden Hausrechts gegen ein von der Studentenschaft gewähltes Organ sei mit dem Geist der Partnerschaft der Lehrenden und Lernenden unvereinbar. Die Verlegung der Veranstaltung in die TU schade dem Ansehen der FU in der Öffentlichkeit.

Dok. 383

Vor der US-Militärmission beim Oberbefehlshaber der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland in Potsdam demonstrieren mehrere hundert FDJ-Hochschulmitglieder der Pädagogischen Hochschule Potsdam und der „Hochschule für Film und Fernsehen in der DDR Potsdam-Babelsberg“ gegen die Invasion der US-Streitkräfte in Vietnam und in der Dominikanischen Republik. Eine Delegation der Demonstranten dringt in die US-Mission ein und verliest dort eine Protestresolution auf deutsch und englisch. (Vgl. Zeittafeldatum vom 1. Juni 1965)

Immatrikulationstee des RCDS zum Thema „Student — Studium — Politik“.

„Politisches Abendgespräch“ des LSD zum Thema „Bundestag — Berlin — Passierscheine“. Referent ist Wolfgang Lüder (LSD).

## 7. Mai 1965

Die Hochschulgruppen SHB, SDS und LSD verteilen auf dem Campus ein gemeinsames Flugblatt, in dem über ein Telefongespräch des Prorektors Prof. Dr. Ernst Heinitz mit dem AStA-Vorsitzenden vom Vormittag informiert wird. Heinitz habe den AStA-Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht, daß die für 16 Uhr anberaumte Demonstration der Verbände vor dem Henry-Ford-Bau nicht angemeldet sei und daß für den Fall der Störung des Lehrbetriebes durch diese Demonstration für die Verbände „schwerwiegende Folgen“ entstehen könnten. In diesem Zusammenhang habe Heinitz den Entzug der Zulassung als förderungswürdige studentische Gemeinschaft an der FU erwähnt. Heinitz habe den AStA gebeten, seinen hochschulpolitischen Einfluß geltend zu machen, daß alles „in Ruhe und Ordnung“ verlaufe und „keine kommunistischen Flugblätter verteilt werden“. SHB, SDS und LSD begründen dieses ad hoc-Informationsflugblatt: „Wir informieren Sie... , damit Sie wissen, welche Maßnahmen das Rektorat erwägt, wenn wir an der FU für die Meinungsfreiheit demonstrieren.“ Etwa fünfhundert Studenten demonstrieren vor und im Henry-Ford-Bau gegen „politische Bevormundung“ und „Redefreiheit 20 Jahre danach“. Eine Delegation der Versammlung mit SDS-, SHB- und LSD-Mitgliedern, die den Rektor auffordern soll, sofort vor den versammelten Studenten zu erscheinen und seine Anordnung aufzuheben, muß feststellen, daß Prof. Dr. Herbert Lüers verreist ist. Der Prorektor, Prof. Dr. Ernst Heinitz, lehnt es ab, in Abwesenheit des Rektors vor den Studenten zu sprechen und das Redeverbot für Erich Kuby zu erläutern. Er bezweifelt, daß die demonstrierenden Studenten als „repräsentativer Querschnitt der Studentenschaft der FU“ betrachtet werden könnten. Die versammelten Studenten beschließen folgende Resolution:

„Erich Kuby wird vorgeworfen, er habe die FU in herabsetzender Weise mit der Humboldt-Universität in Verbindung gebracht. Mag die Auffassung Kubys bis vor wenigen Tagen unzutreffend gewesen sein, so ist sie jetzt durch das Redeverbot des Rektors der FU in einer Weise bestätigt worden, die dem Wort ‚frei‘ im Namen unserer Universität tatsächlich Hohn spricht.

Wir fordern den Rektor der FU auf, zu bestätigen, daß wir an unserer Universität jedermann, zu jeder Zeit, zu jedem Thema hören und mit ihm darüber diskutieren können.“ (Diese Resolution wird bis zum 18. Mai 1965 von mehr als 3000 Studenten unterschrieben.) Die versammelten Studenten beschlie-

ßen außerdem, in der kommenden Woche „befristete Streiks“ an einzelnen Instituten zu organisieren und auf dem Campus mit einer ständigen picketing line zu demonstrieren. (Vgl. Zeittafeldatum vom 18. Mai 1965)

Das vom AStA der FU ursprünglich für den 8. Mai geplante Podiumsgespräch zum Thema „Restauration oder Neubeginn — die Bundesrepublik 20 Jahre danach“ findet im Studentenhaus am Steinplatz statt. Teilnehmer der Podiumsdiskussion sind Dr. Rudolf Krämer-Badoni, Prof. Dr. Ullrich Sonnemann, Erich Kuby und Fritz Vilmar (IG-Metall). Die Diskussionsleitung hat Prof. Dr. Ludwig von Friedeburg (FU). Zu Beginn der Veranstaltung berichtet der 1. AStA-Vorsitzende Wolfgang Lefèvre über die Aktionen der Studentenschaft. Er fordert die Studenten auf, für ihre Versammlungs- und Redefreiheit zu kämpfen, anderenfalls bestehe die Gefahr, daß der heutige „Auszug der Studenten aus der FU“ sich wiederholen werde. Gleichzeitig fordert Lefèvre die FU-Studenten auf, die Resolution vom 5. Mai 1965 zu unterschreiben.

Zu Beginn der Podiumsdiskussion versucht Krämer-Badoni seine These zu begründen, daß in der Bundesrepublik zumindest formal die Demokratie Wirklichkeit sei, und daß sich der Staat zu einem „Wohlfahrtsstaat“ entwickle. Aufgrund dieser Einschätzung hält Krämer-Badoni die Forderung vieler Delegierter auf dem 8. Deutschen Studententag in Bonn nach einem Studienhonorar für gerechtfertigt: „Nehmen Sie, was Sie kriegen!“ Die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten hält Krämer-Badoni zum gegenwärtigen Zeitpunkt für unrealistisch: „Wenn der ewige Frieden erreicht werden soll, müssen wir eben auf die Wiedervereinigung beider Teile Deutschlands verzichten.“ Erich Kuby tritt in der Frage der nationalen Wiedervereinigung eine ähnliche Position und bezeichnet die „Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit“ nach über fünfzehn Jahren „militanten Antikommunismus“ als einen Widerspruch in sich. Prof. Friedeburg und Fritz Vilmar üben scharfe Kritik an der Bildungspolitik der bisherigen Bundesregierung. Friedeburg: „Unser Bildungssystem ist ein Klassensystem.“ Erich Kuby erklärt in seinem Schlußwort polemisch: „Wir sind das dümmste Volk.“ Ein typisches Anzeichen der Restauration in der Bundesrepublik sei die Tatsache, daß das deutsche Volk auch nach dem militärischen Zusammenbruch des NS-Regimes „die politische Auseinandersetzung mit sich selbst“ nicht geführt habe. Anderenfalls hätte jede deutsche Nachkriegsregierung die Bundesrepublik nicht zum „Bollwerk“ gegen die UdSSR, sondern zur „friedlichen Brücke“ gegenüber osteuropäischen Staaten ausgebaut. (Vgl. Zeittafeldatum vom 12. Juni 1958, 3. und 30. März, 7. und 8. April, 11. und 17. Mai, 17. Juli, 6. Oktober und 11. November 1965)

## 8. Mai 1965

Die Gesamtstärke der amerikanischen Interventionsstreitkräfte in der Dominikanischen Republik erreicht 36 000 Mann. Die Marinesoldaten kreisen die letzten Stadtviertel von San Domingo ein, in denen sich die verfassungstreuen Heeresteile unter dem Kommando von Oberst Francisco Caamano verschanzt haben.

Im Studentenhaus am Steinplatz veranstalten die DAG-Jugend, die Deutschen Jungdemokraten, der LSD, SHB, SDS und die Naturfreundejugend eine „öffentliche Groß-Kundgebung“ zum Thema „20 Jahre danach — auch den Frieden gewinnen“. Referent ist Dr. Roland Reichwein (Sohn des vom NS-Regime ermordeten Sozialdemokraten Prof. Adolf Reichwein).

## 10. Mai 1965

Prof. Dr. Wilhelm Weischedel gibt zu Beginn seiner Vorlesung eine Erklärung zu den jüngsten Vorgängen an der FU ab. Die

Freie Universität müsse die Größe haben, eine Kritik, in der ihre Freiheit in Zweifel gezogen wird, zu begrüßen.

Dok. 384

Auch die Professoren Helmut Gollwitzer, Helmut Arndt und Gert von Eynern sprechen sich in ihren Vorlesungen gegen das Hausverbot aus.

Mitglieder des „Lateinamerikanischen Studentenbundes“ und der „Anschlaggruppe“ demonstrieren auf dem Campus der FU gegen die Intervention der US-Streitkräfte in der Dominikanischen Republik. Die Mitarbeiter der Anschlaggruppe verteilen ein mit „Anschlaggruppe im SDS“ unterzeichnetes Flugblatt. Mitglieder des SDS greifen ein und streichen vor dem weiteren Verteilen die Worte „im SDS“ mit Filzstiften aus. (Vgl. Zeitafeldatum vom 27. Januar, 23. und 29. April, 6. und 8. Mai 1965)

Dok. 385

Flugblatt der Studentenverbände LSD, SHB, SDS, RCDS, Freunde der Publizistik, GSG, ESG, Argument-Club und ISSF: „FREIE (???) UNIVERSITÄT“. Das Flugblatt protestiert gegen den „Autoritären Gebrauch des Hausrechts“, gegen „jede Zensur von Veranstaltungen“, gegen „die Einschränkung unseres Grundrechtes auf Meinungs- und Informationsfreiheit“. Die Verbände rufen dazu auf, die in der Mensa ausliegende Resolution vom 7. Mai 1965 zu unterschreiben und Tag und Nacht in der Universität in der „picketing line“ Plakate zu tragen.

#### 10.—15. Mai 1965

„Picketing line“ von Studenten der FU um die Universität mit Protestplakaten gegen den Rektor, die „Zensur von Veranstaltungen“, „die Einschränkung des Grundrechtes auf Meinungs- und Informationsfreiheit“ von morgens 9 bis nachmittags 17 Uhr. Die Studenten malen die Plakate jeweils selber mit den von studentischen Gruppen zur Verfügung gestellten Materialien: Wir protestieren gegen das „autoritäre Hausrecht des Rektors Lüers“, „Wir wollen eine FREIE UNIVERSITÄT“, „Was versteht der Akademische Senat unter frei?“, „Kämpft gegen Meinungsterror der Universitätsverwaltung“.

#### 11. Mai 1965

Zu Beginn seiner Vorlesung gibt Prof. Dr. Helmut Gollwitzer eine Erklärung zum Fall Kuby ab: „Ich will nicht verschweigen, daß ich die Entscheidung des Rektors, den Publizisten Erich Kuby wegen kritischer Erwägungen zur Wahl des Namens unserer Universität, die er im Jahre 1958 gemacht hat, das Auftreten in den Räumen der Universität zu verwehren, tief bedauere. Daß die Studentenschaft dies nicht schweigend hingenommen hat, scheint mir den Aufforderungen zu selbständigem Urteilen und Handeln in Angelegenheiten der Universität und des öffentlichen Lebens zu entsprechen, die von uns allen, einschließlich der offiziellen Instanzen, so oft an Sie gerichtet werden.“

Brief des Prorektors Prof. Dr. Ernst Heinitz an den AStA-Vorsitzenden Wolfgang Lefèvre. Heinitz wirft Lefèvre vor, die im Aufruf für die Unterschriftensammlung zitierte Drohung des Entzugs der Förderungswürdigkeit selbst erfunden zu haben. Es bestehe kein Redo- oder Hausverbot für Erich Kuby, sondern es sei lediglich kein Raum zur Verfügung gestellt worden, um zu verhindern, „daß die FU in ihren eigenen Mauern verunglimpft wird“. Die in der Resolution gestellte Forderung der politischen Studentenverbände sei völlig unreal, da die Verantwortung für die Ordnung innerhalb der FU der Rektor allein trage. Er lehne jeden Versuch ab, den Rektor mit „pseudo-gewerkschaftlichen Mitteln“ zu einem Verzicht auf seine satzungsmäßigen Rechte, zu denen auch das Hausrecht gehöre, zu zwingen.

In einer Pressemitteilung des Rektorats werden „einige studentische Vereinigungen“ beschuldigt, „eine Vertrauenskrise zwischen der Studentenschaft und dem Rektor heraufzubeschwören“. Ein Grundrecht, jeden „in jedem beliebigen Raum der Universität sprechen zu lassen“ gebe es nicht.

Dok. 386

#### 12. Mai 1965

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der AStA beschließt, umgehend ein Flugblatt in der Kuby-Angelegenheit herauszubringen, um eine „atmosphärische Bereinigung“ zwischen Rektorat und AStA herzustellen. Außerdem wird sich der AStA-Vorsitzende Wolfgang Lefèvre um ein Gespräch mit dem Rektor für den 13. Mai bemühen.

Dem Kindertagesstättenverein sollen Unterlagen der Ehebefragung des AStA aus dem Vorjahre zur Verfügung gestellt werden, damit er mit dem Zahlenmaterial gegenüber den Zuschußstellen besser argumentieren könne. Der Verein hat zugesichert, daß der AStA zu den Vorstandssitzungen eingeladen wird. Der AStA wird sich für ein beschleunigtes Zulassungsverfahren als förderungswürdige Studentische Gemeinschaft einsetzen. Der Personalrat soll interessiert werden, damit auch von dort versucht wird, den Kurator zu bewegen, ein Grundstück zur Verfügung zu stellen.

Stud. med. Hubert Bacia erhält auf Beschluß des AStA für die Intimberatungsstelle und für seine umfangreichen Arbeiten, die er für den AStA übernommen hat, monatlich DM 75,— ab 1. April 1965.

Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und Israels nehmen diplomatische Beziehungen auf. Der Irak, Ägypten, Syrien, Saudi-Arabien, Jordanien, Algerien, Kuwait und der Jemen brechen daraufhin die diplomatischen Beziehungen zur BRD ab.

Jour fixe des SDS. Die Delegation des SDS-Landesverbandes Berlin berichtet über ihre Erfahrungen in Moskau: „Neues aus Moskau“.

Vgl. Dok. 374

Diskussionsveranstaltung in Düsseldorf zum Thema „Für und Wider das KPD-Verbot“. Diskussionsteilnehmer sind Rechtsanwalt Hermann Regensburg, Dr. Walter Fabian (Chefredakteur der gewerkschaftlichen Monatshefte), Altkirchenpräsident Friedrich Middendorf und Prof. Dr. Helmut Ridder (Bonn).

#### 13. Mai 1965

Der „Tagesspiegel“ greift die von der studentischen Selbstverwaltung des FU-Studentendorfes eingeladenen Professoren der Humboldt-Universität und der Akademie der Wissenschaften als „SED-Mitglieder“, „Nationalpreisträger“ oder „Inhaber des Vaterländischen Verdienstordens“ an. Der „Tagesspiegel“ behauptet, daß die Vorlesungsreihe der „Ostprofessoren“ wegen einer Intervention des „Ostberliner Professors Steininger“ gescheitert sei. (Vgl. Zeitafeldatum vom 1. April, 23. Mai, 25. Juni und 9. Juli 1965)

#### 14. Mai 1965

Das „Spandauer Volksblatt“ veröffentlicht einen Artikel des Assistenten am OSI Dr. Ekkehart Krippendorff zum Fall Kuby „Eine Demonstration für unsere Freiheit“, in dem es unter anderem heißt: „Wie man hört, hat bereits ein so großer Gelehrter wie Karl Jaspers nicht zum 8. Mai 1965 an dieser freien Universität sprechen bzw. eingeladen werden können, weil der Rektor mit dessen Anschauungen zur deutschen Frage nicht konform geht.“ Krippendorff erklärt, die Demonstration in Dahlem dürfe nicht isoliert bleiben, politisch-geistige Zensur des Rektorats der Freien Universität müsse ein für allemal aufgegeben werden, sonst sei „der Besiegte nicht nur die Studentenschaft, sondern auch Berlins Freiheit“. (Vgl. Zeitafeldatum vom 19., 23. und 24. Mai und 10. Juni 1965)

Dok. 387

Außerordentliche Sitzung des AStA der FU. Der AStA diskutiert die Frage, ob die Durchführung der Veranstaltung „Meinungsfreiheit und Tradition an der

Freien Universität“ mit Reinhard Strecker (SDS, DIS) als Referent die Verhandlungsposition des AStA in der Angelegenheit Kuby gegenüber dem Rektorat erschwere. Nach vorliegenden Informationen betrachtet das Rektorat die Durchführung dieser Veranstaltung als Testfall. Der AStA beschließt mit 6:0:1 Stimmen, die Veranstaltung am 17. Mai 1965 wie angekündigt durchzuführen. Es soll besonders auf äußerst korrekte Form und Unterlassung von Angriffen auf einzelne Personen geachtet werden.

Der Dritte Strafsenat des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe lehnt den Antrag der Bundesstaatsanwaltschaft ab, gegen den Herausgeber des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“, Rudolf Augstein, und den stellvertretenden Chefredakteur Conrad Ahlers das Hauptverfahren wegen des Verdachts des Landesverrats zu eröffnen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 27. und 31. Oktober, 24. und 28. November und 11. Dezember 1962)

Brief des Prorektors Prof. Dr. Ernst Heinitz an Prof. Dr. Wilhelm Weischedel zu dessen Erklärung in seiner Vorlesung. Heinitz schreibt: „Meines Erachtens hat... der Rektor einen Anspruch darauf, vorher gehört zu werden, ehe man seine Maßnahme in der Öffentlichkeit angreift. Auch das rechtliche Gehör gehört zu den Grundrechten, und es ist mir schlechterdings unverständlich, daß ein Mitglied der Korporation gegen den von ihr erwählten höchsten Repräsentanten öffentlich Stellung nimmt, ohne vorher einen Versuch gemacht zu haben, diesen Standpunkt mit ihm zu erörtern. Wir hätten Sie möglicherweise nicht davon überzeugen können, daß es zweckmäßig und auch zulässig war, eine Zurverfügungstellung des Auditorium maximum abzuschlagen, aber vielleicht hätten Sie, falls Sie eine Aussprache gesucht hätten, eingesehen, daß es längst nicht mehr um den Fall Kuby geht und am allerwenigsten um das Grundrecht der freien Meinungsäußerung.“

5. ordentliche Sitzung des 17. Konvents der FU. Der Konvent faßt einstimmig einen Beschluß zur Kuby-Veranstaltung. Er weist darauf hin, daß die Studentenschaft und damit ihre gewählte Repräsentation als akademische Bürger selbst verantwortlich sei. Der Konvent beauftragt den AStA, „im Sinne dieser Selbstverantwortlichkeit die Verhandlungen mit dem Rektor der Freien Universität zu führen und die Bestätigung unseres Rechtes, jedermann zu jeder Zeit über jedes Thema in unserer Freien Universität zu hören und mit ihm zu diskutieren, zu erwirken.“

Der Konvent wendet sich gegen die beabsichtigte Verabschiedung des Entwurfs eines verfassungsändernden Notstandsgesetzes, da dieses im Widerspruch zu dem in der Verfassung verankerten Prinzip der Gewaltenteilung stehe und unvereinbar sei mit den demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien des Grundgesetzes.

Dok. 388

#### 17. Mai 1965

Eine Unterredung zwischen dem Rektor der FU, Prof. Dr. Herbert Lüers, und dem 1. AStA-Vorsitzenden Wolfgang Lefèvre zum Fall Erich Kuby wird ergebnislos abgebrochen.

Die Studentenvertretung der Fachschaft Politologie und die Gruppen des SHB und des SDS am OSI fordern die Studenten, Assistenten und Professoren auf, am 18. Mai zwischen 9 und 13 Uhr einen „befristeten Vorlesungsstreik“ als Protestmaßnahme gegen das Redeverbot des FU-Rektors für Erich Kuby durchzuführen.

Der RCDS verteilt ein Flugblatt auf dem FU-Campus gegen die Unterschriftenaktion des AStA und „einiger linksgerichteter Hochschulgruppen“. Falls die Studenten tatsächlich das

Recht hätten, zu bestimmen, daß jedermann zu jeder Zeit und zu jedem Thema an der FU sprechen könne, dann sehe der RCDS eine Entwicklung voraus, in der auch Redner eingeladen würden, „die nicht auf dem Boden unserer Verfassung stehen und die FU lächerlich machen oder beschimpfen“. Der RCDS hält dann eine Veranstaltung mit dem DDR-Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht (SED) für möglich.

Dok. 389

34 Assistenten der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der FU drücken in einem Schreiben an den Rektor ihre Beunruhigung darüber aus, daß der Rektor verhindert habe, daß Erich Kuby an der FU spricht.

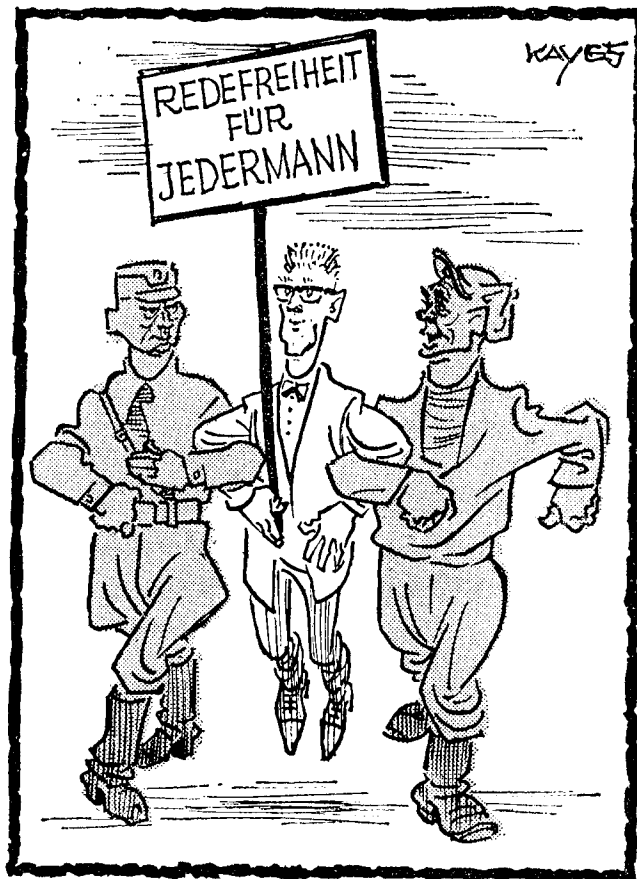
Dok. 390

Das Referat für gesamtdeutsche Fragen und politische Bildung des AStA der FU veranstaltet im Auditorium maximum eine Diskussionsveranstaltung über das Redeverbot gegen Kuby „Meinungsfreiheit und Tradition an der FU“. Referenten sind Reinhard Strecker (SDS) und die AStA-Referentin für gesamtdeutsche Fragen und politische Bildung, stud. phil. Margaret Wirth (HSU). Die Veranstaltung verläuft ohne Zwischenfälle.

Die DIS veranstaltet eine Diskussion zum Thema „Wiedergutmachung — Mittel der Erpressung oder moralische Verpflichtung?“. Referent ist der Vorsitzende des Wiedergutmachungsausschusses, Rechtsanwalt Martin Hirsch (MdB, SPD).

#### 18. Mai 1965

Um acht Uhr morgens ziehen Streikposten vor dem Gebäude des OSI auf. Die Studenten tragen Plakate mit Texten wie „Heute Kuby — wer morgen?“, „Vorlesungsstreik“ und „Redefreiheit auch an der Freien Universität“. Die Studentenvertretung der Fachschaft Politologie stellt vor Eingang des Institutsgebäudes



„Links — rechts, links — rechts...“

Karikatur der BZ vom 19. 5. 65 zum Streik am Otto-Suhr-Institut vom Vortage.

Tische auf, auf denen die Resolution vom 7. Mai 1975 und Listen ausliegen, in die sich mehrere hundert OSI-Studenten eintragen. Fast 90 % der 800 OSI-Studenten beteiligen sich an dem befristeten Vorlesungsstreik. Die meisten Professoren gehen angesichts der leeren Vorlesungssäle wieder nach Hause. Nur Prof. Dr. Georg Kotowski (CDU) führt vor etwa 30 Hörern, unter ihnen zahlreiche Mitglieder der Jungen Union, seine Vorlesung durch. Die RCDS-Gruppe am OSI distanziert sich von dem Streik. Der Fachschaftssprecher der Politologen, Karlheinz Reif, erklärt gegenüber dem „Tagesspiegel“, der RCDS habe seine Mitglieder aufgefordert, die Vorlesungen zu besuchen.

Nach Beendigung des befristeten Vorlesungsstreiks findet in den beiden großen Hörsälen des OSI die erste außerordentliche Vollversammlung der Fachschaft Politologie statt, an der zwischen 600 und 800 Studenten teilnehmen. Der 1. Vorsitzende des AStA der FU, Wolfgang Lefèvre, und der 1. Fachschaftssprecher Karlheinz Reif weisen in ihren Diskussionsbeiträgen darauf hin, daß die Empfehlung der Studentenvertretung, am OSI zu streiken, von fast allen Studenten befolgt worden sei. Vorwiegend RCDS-Mitglieder vertreten demgegenüber die Meinung, daß nur eine Vollversammlung der Politologie-Studenten über einen Streik beschließen könne. Die Vollversammlung erklärt nach dreistündiger Diskussion durch Mehrheitsbeschluß der Fachschaftsvertretung ihr Vertrauen. Der AStA-Vorsitzende Lefèvre berichtet über seine ergebnislose Unterredung mit dem Rektor der FU, Prof. Dr. Herbert Lüers, vom Vortage. Der geschäftsführende Direktor des OSI, Prof. Dr. Kurt Sontheimer, erklärt gegenüber dem „Tagesspiegel“, daß der Vorlesungsboykott nur dazu diene, möglichst „viel Publicity“ zu machen: „Ich verurteile den Streik.“

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der AStA-Vorsitzende Wolfgang Lefèvre wird Prof. Dr. Dieter Henrich auf dessen Bitte die Gründe für die Ablehnung seines Artikels für den FU-SPIEGEL mitteilen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 3. Mai 1965)

Der studentische Sprecher im Kuratorium und Berliner VDS-Vorsitzende, stud. rer. pol. Wolfgang Roth, berichtet über seine Prag-Reise. Er weist darauf hin, daß der Landesverband Berlin im VDS auf der Anerkennung bestanden habe, Mitglied des VDS zu sein. Es habe nur einen Vertrag zwischen dem Bezirk Prag des CSM und dem Landesverband Berlin über die Teilnahme von zwei Vertretern des Bezirks Prag an einer vom AStA vorgesehenen „Internationalen Woche“ geschlossen. Er halte jedoch das Thema der „Internationalen Woche“ für eine erste Kontaktaufnahme mit „Ostblockländern“ für politisch zu brisant. Es sei zu befürchten, daß aufgrund dieses Themas Funktionäre geschickt würden, mit denen man in kein „vernünftiges Gespräch“ kommen könne. Da die „Internationale Woche“ noch nicht genügend vorbereitet ist (keine Einladung verschickt) und der Außenreferent, stud. rer. pol. Gerhard Michael Ambrosi, neu im Amt ist, wird bei zwei Enthaltungen eine Verschiebung in die Zeit vom 15. Oktober bis zum 15. November 1965 beschlossen. Der Außenreferent wird beauftragt, den günstigsten Termin herauszufinden, alle einschlägigen VDS-Beschlüsse zu internationalen Fragen dem AStA vorzulegen, die Möglichkeiten der Kontaktaufnahme mit den einzelnen Ländern zu eruieren und dem AStA vorzuschlagen, welche Hochschulgruppen zur Durchführung der „Internationalen Woche“ heranzuziehen seien. Es wird mitgeteilt, daß Herr Giani vom VDS gebeten habe, die Einladung an den CSM mit der

Bitte um Weiterleitung an eine tschechische Universität über den VDS zu schicken. (Vgl. Zeittafeldatum vom 3. und 24. September und 21. und 21.—24. Oktober 1965, 12.—15. Februar, 7.—13. März, 16. April und 14. Juni 1966)

Iranische Studenten haben den AStA gebeten, sich an einer Protestdemonstration gegen die Verhaftung von sieben Studenten durch die iranische Regierung im Zusammenhang mit dem Bombenanschlag auf den Schah zu beteiligen. Die Referentin für gesamtdeutsche Fragen und politische Bildung, stud. phil. Margaret Wirth, wird beauftragt, nähere Informationen einzuholen und sie dem AStA auf der nächsten Sitzung vorzulegen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 2. Juni 1967)

Der AStA-Vorsitzende Wolfgang Lefèvre berichtet über sein letztes Gespräch mit dem Rektor in der Angelegenheit Kuby.

Der AStA berät über die weiteren Schritte, insbesondere nach dem Streik am OSI. Es wird eine Urabstimmung vorgeschlagen. Lefèvre bittet den anwesenden Konvents-vorsitzenden um Einberufung einer außerordentlichen Konventssitzung, auf der er ebenfalls über die Gespräche mit dem Rektor berichten und den Konvent um Festlegung des weiteren Vorgehens bitten will.

Auf Veranlassung des Satzungs- und Geschäftsordnungsausschusses des Konvents der FU findet ein vertrauliches Gespräch mit Konvents- und AStA-Mitgliedern statt. Das Ziel des Gesprächs, eine „ideologisch-politische Konzeption, von der aus eine generelle Ablehnung der Verbindungen bzw. eine Zurücknahme der Zulassung zu begründen wäre, an Hand einer intensiven Inhaltsanalyse des Materials zu operationalisieren“, d. h. auch das Vordringen nichtschlagender Verbindungen an der FU aufgrund inhaltlicher Kriterien verhindern zu können, wird als unerreichbar aufgegeben. (Vgl. Zeittafeldatum vom 11. Dezember 1964, 24. November 1965, 28. Juni 1966, 11. Januar und 7. Dezember 1967)

Dok. 391

### 19. Mai 1965

Das „Spandauer Volksblatt“ veröffentlicht eine Berichterstattung des Assistenten am OSI, Dr. Ekkehart Krippendorff, zu seinem Artikel vom 14. Mai 1965: „Am 14. Mai erwähnte ich in meiner Kolumne ‚eine Demonstration für unsere Freiheit‘, daß der Philosoph Karl Jaspers auf Grund eines Einspruchs des Rektors nicht am 8. Mai 1965 in der Freien Universität habe sprechen können. Diese Information war, wie ich inzwischen erfuhr, falsch: Prof. Jaspers hatte diese Einladung aus gesundheitlichen Gründen nicht annehmen können.“

Vgl. Dok. 392

Die FU-Gruppe des SHB veranstaltet ein „Politisches Abendgespräch“ mit Wolfgang Büsch (MdA und Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus) zum Thema „gesamtdeutsche Kontakte — Möglichkeiten und Grenzen“.

### 20. Mai 1965

In einem Brief an den AStA-Vorsitzenden Lefèvre bestreitet der Rektor der FU, Prof. Dr. Herbert Lüers, die „Veranstaltungsautonomie“ irgendeines Organs der Universität. Es sei unschwer abzusehen, „daß bei einer solchen Entwicklung die Universität in Gefahr ist, zur Tribüne rechts- und linksradikaler Extremisten zu werden“. Von einer Beschränkung studentischer Befugnisse könne nicht die Rede sein.

Vertreter der politischen Studentenverbände an der FU, ESG, Freunde der Publizistik, GSG, SHB, HSU, SDS, LSD, AC und des DIS richten einen offenen Brief an den Rektor der FU, den sie gemeinsam mit der von 3161 FU-Studenten unterzeichneten Resolution vom 7. Mai 1965 dem Rektorat übergeben. Nur die selbstverantwortliche demokratische Kontrolle der studentischen Selbstverwaltung und die vom Akademischen Senat und vom Konvent überprüfte demokratische Zielsetzung und Struktur der studentischen Gemeinschaften böten einen ausreichenden Schutz gegen den Mißbrauch studentischer Rechte. Nur wenn der Rektor diesen Standpunkt akzeptiere, könnten die Hochschulgruppen davon ausgehen, daß er die Satzung und Ordnung der FU in dem Geiste verstehe und anwende, in dem sie ursprünglich aufgestellt und formuliert worden seien.

Dok. 393

Die US-Bomber nähern sich erstmals der Hauptstadt der Demokratischen Republik Vietnam, Hanoi, wo Fliegeralarm gegeben wird. Die Zivilbevölkerung geht in die Luftschutzkeller. (Vgl. Zeittafeldatum vom 7. Februar 1965 und 1. November 1968)

### 21. Mai 1965

Die Fraktionsvorsitzenden der drei Bundestagsfraktionen einigen sich über die Grundgesetzänderung zum „Notstandsrecht“. Ob die Änderung noch vor der nächsten Bundestagswahl verabschiedet wird, ist ungewiß. Bei der Absprache hat die SPD-Fraktion durchgesetzt, daß die Bundesregierung kein „Notverordnungsrecht“ erhält. Auch im Falle eines Notstandes sollen die „Entscheidungen mit Gesetzeskraft“ von einem „Notparlament“ beschlossen werden. Meinungsverschiedenheiten bestehen noch vor allem in bezug auf die „Pressefreiheit, das Telefonabhören und das Streikrecht“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 29. und 30. Mai 1965)

Außerordentliche Sitzung des 17. Konvents der FU. Der AStA-Vorsitzende Wolfgang Lefèvre berichtet über eine Verhandlung, die er im Auftrag des Konvents mit dem Rektor über die Bestätigung des Rechts der Diskussionsfreiheit führte, in der er dem Rektor vorwarf, dessen Haltung sei mit dem Berliner Modell nicht vereinbar. Der Rektor habe demgegenüber geäußert: 1. er habe durch den Gebrauch des Hausrechtes im Falle Kuby nicht das Recht der Studenten und der studentischen Selbstverwaltung auf Freiheit der Information, Rede- und Meinungsäußerung tangiert, sondern 2. das Ansehen der Freien Universität verteidigt, und 3. er fühle sich nicht nur zum Schutze von Ruhe und Ordnung an der Freien Universität Berlin, sondern überdies zum Schutze gerade dieser Freiheiten der Studentenschaft und ihrer Vertretung verpflichtet.

Der Konvent beschließt bei drei Gegenstimmen eine Beschlüßvorlage des AStA, in der der Akademische Senat aufgefordert wird, zu beschließen, 1. daß die Vergabe von Räumen für politische Veranstaltungen der studentischen Selbstverwaltung nicht von den politischen Ansichten der eingeladenen Referenten abhängig gemacht werden dürfe, und 2. daß der Akademische Senat den Vorwurf, der AStA habe mit der Veranstaltung zum 8. Mai unverantwortlich das Interesse der Gesamtkörperschaft der FU außer acht gelassen, für nicht gerechtfertigt halte.

Dok. 394

### 23. Mai 1965

Stellungnahme des Rektorats der FU im „Spandauer Volksblatt“ zum Artikel von Dr. Krippendorff vom 14. Mai 1965: Die Unterstellungen seien grotesk und beleidigend. Das Rektorat zitiert die Antwort Jaspers' auf die Einladung des Senatsbeauftragten für politische Bildung, Prof. Dr. Kurt Sontheimer, in der jener aus Gesundheitsgründen absagt. Weiter heißt es: „Durch derartige Behauptungen, die ohne journalistische Sorg-

faltspflicht zustande kommen, beraubt sich ein Journalist seiner Glaubwürdigkeit.“

(Vgl. Zeittafeldatum vom 24. Mai 1965)

Dok. 395

In einem Leserbrief des „Tagesspiegel“ erklärt der Presseferent der studentischen Selbstverwaltung des Studentendorfs der FU, Nikolaus Rindk, Prof. Dr. Herbert Steininger hätte in dem vorbereitenden Gespräch für die Vorlesungsreihe im FU-Studentendorf eine „sachliche Diskussion“ erwartet und sogar „über Möglichkeiten eines weiteren späteren Ausbaus des Programms“ gesprochen. Nachdem dieses geplante Projekt jedoch am Verbot des Akademischen Senats der FU gescheitert sei, plane die studentische Selbstverwaltung der Technischen Universität Berlin zusammen mit dem Studentenheim Siegmundshof, die projizierte Veranstaltungsreihe zu übernehmen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 1. April, 13. Mai und 25. Juni 1965)

„Politischer Frühschoppen“ des RCDS zum Thema „Südvietnam-Befriedung oder Kapitulation vor Rotchina?“ Referent ist Dr. Jürgen Domes (OSI).

### 24. Mai 1965

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der AStA beschließt mit 5:1:1 Stimmen, dem Konventsbeschlüß vom 21. Mai 1965 unverzüglich der studentischen Öffentlichkeit durch Plakate bekanntzugeben. Mit 6:1:0 Stimmen beschließt der AStA, einen Antwortbrief auf die Antwort des Rektors an die sechs ehemaligen AStA-Vorsitzenden an den Rektor zu senden.

Schreiben des Rektors der FU, Prof. Dr. Herbert Lüers, an Dr. Krippendorff, zugestellt über den Geschäftsführenden Direktor des OSI. Der Rektor teilt Krippendorff mit, daß die Passage seines Artikels im „Spandauer Volksblatt“ vom 14. Mai 1965 über die Nicht-Einladung Prof. Jaspers ein Verstoß gegen das Strafgesetz darstelle und nicht mit seinen Dienstpflichten als wissenschaftlicher Assistent zu vereinbaren sei. Bis zum 31. Mai habe er Gelegenheit zu einer Stellungnahme.

Dok. 396

Der 1. AStA-Vorsitzende Wolfgang Lefèvre erklärt in einem Brief an den Rektor der FU, Prof. Dr. Herbert Lüers: „Wenn der Rektor sein Recht, die Universität nach innen und außen zu vertreten, so versteht, daß er allein verantwortlich für alles ist, was in dieser Universität geschieht, ist diese Konzeption der Universität, die man bislang mit der Formel ‚Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden‘ zu umschreiben beliebte, offenbar aufgegeben worden.“ Das Hausrecht könne nur als ein Mittel des FU-Rektors begriffen werden, seiner satzungsgemäßen Aufgabe nachzukommen, sei jedoch nicht dazu da, gegen diese Aufgabe zu verstoßen.

### 25. Mai 1965

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Für den von den „Höchsten Verbänden“ am 30. Mai 1965 vorgesehenen Kongreß zur Notstandsgesetzgebung werden die AStA-Vorsitzenden stud. phil. Wolfgang Lefèvre und stud. rer. nat. Peter Damerow, die Referentin für gesamtdeutsche Fragen und politische Bildung stud. phil. Margaret Wirth, der Finanzreferent stud. rer. pol. Ulrich H. Ströhle und der Hochschulreferent stud. rer. nat. Jürgen Heinrich benannt.

Der AStA beschließt, Prof. Dr. Dieter Klein von der Humboldt-Universität einzuladen. (Prof. Dr. Georg Klaus ist bereits für eine Kybernetik-Reihe eingeladen worden.)

Der AStA-Vorsitzende Wolfgang Lefèvre berichtet, daß der Rektor der Überweisung von DM 30 000,— (Wohnheimfonds) vom Studentenwerk an den AStA für das „Capitol-Projekt“ mündlich zugestimmt habe. Die

schriftliche Zusage solle auf einen noch zu schreibenden Brief des AStA-Vorsitzenden hin erfolgen. (Vgl. Zeit- tafeldatum vom 4. und 9. Juni 1965)

Der AStA beschließt eine bessere und umfassendere In- formation der Professoren, die sich für die Arbeit der Studentenvertretung interessieren. Der Außenreferent stud. rer. pol. Gerhard Michael Ambrosi wird beauftragt, Richtlinien für die Zulassung ausländischer Studenten- verbände auszuarbeiten, die nach Billigung durch den AStA dem Konvent vorzulegen sind.

#### 26. Mai 1965

Sitzung des Akademischen Senats der FU. Der Akade- mische Senat beauftragt aufgrund des Antrags der Philo- sophischen Fakultät vom 20. Mai 1965 den Rektor, beim Senator für Wissenschaft und Kunst die Zustimmung nach § 26 Absatz 2, Satz 1 des Hochschullehrergesetzes zu beantragen, damit Prof. Dr. Herbert Marcuse durch Beschluß des Akademischen Senats zum Honorarprofes- sor für das Fach Sozialphilosophie bestellt werden kann. (Vgl. Zeitafeldatum vom 13. September und Oktober 1965)

Der Rektor berichtet über die Forderungen des AStA, des Konvents und einiger studentischer Vereinigungen anlässlich des Falles Kuby sowie über die von ihm bis- her getroffenen Maßnahmen. Der Akademische Senat beschließt, dem Rektor stehe das Recht der Raumgeneh- migung zu, die studentische Forderung, jede Person an jedem Ort zu jedem Thema sprechen zu lassen, sei mit den Rechten des Rektors unvereinbar. Er begrüßt die selbstverantwortliche politische Bildungsarbeit der Stu- dentenschaft.

Eine Beschlußvorlage der studentischen Senatsmitglieder, in der die Unabhängigkeit vom Thema oder Referenten der Veranstaltung bei der Raumvergabe beschlossen und der Vorwurf gegen den AStA, er habe mit der Ver- anstaltung vom 8. Mai 1965 unverantwortlich das Inter- esse der Gesamtuniversität außer acht gelassen, als nicht gerechtfertigt eingestuft wird, wird nicht behan- delt. Der Akademische Senat stellt einstimmig fest, daß die Vorlage durch die vorigen Beschlüsse gegenstandslos geworden sei.

Dok. 397

Der Akademische Senat billigt einstimmig den Antrag der Lehrstuhlhaber für Soziologie an die Stiftung Volkswagenwerk auf Finanzierung von Aufbau und Einrichtung einer zentralen Forschungs- und Lehrstätte für Soziologie an der Freien Universität Berlin und bit- tet den Rektor, den Antrag befürwortend weiterzulei- ten. (Der Plan wurde von Prof. Dr. Otto Stammer er- läutert.)

„Immatrikulationstee“ des Argument-Clubs im Klubhaus der FU. Der 2. AStA-Vorsitzende Peter Damerow (AC) spricht über das Hausverbot für Erich Kuby, „über einige Schwierig- keiten bei dem Gebrauch der akademischen Freiheit“.

Die FU-Hochschulgruppen des SDS, SHB und LSD sowie die HSU und der BDIS verteilen 10 000 Flugblätter gegen die ge- plante Notstandsverfassung und rufen die FU-Studenten auf, am Bonner Kongreß „Demokratie vor dem Notstand“ teilzu- nehmen.

Dok. 398 und Dok. 399

Der VDS-Bundesvorstand erklärt in einer Presseerklärung zur „Aktion 1. Juli“: „Die deutschen Studenten demonstrieren nicht gegen bestimmte Parteien und Regierungen in Bund und Ländern, sondern für eine Aufwertung der Bildungs- und Wissenschaftspolitik. Bildungspolitik ist das alleinige Thema der ‚Aktion 1. Juli‘. Der VDS wird allen Versuchen entgegen- treten, Forderungen in die Aktion einzubeziehen, die nicht von der Gesamtheit der Studierenden getragen werden.“

#### 27.—30. Mai 1965

10. Bundeskonferenz der „Sozialistischen Jugend Deutschlands — Die Falken“ in Nürnberg. Die 150 Delegierten diskutieren eine engere Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen und sozialistischen Hochschulgruppen.

#### 28. Mai 1965

Feierliche Immatrikulationsfeier im Auditorium maxi- mum der FU. Der Rektor, Prof. Dr. Herbert Lüers, gibt zu Beginn im vollbesetzten Auditorium maximum eine Darstellung der Fälle Kuby und Krippendorff. Im Anschluß daran stellt der AStA-Vorsitzende Wolfgang Lefèvre in seiner Begrüßungsrede die Position des AStA und des Konvents dar. Als Lefèvre dem Akademischen Senat vorwirft, die Auseinandersetzungen um die Raum- vergabe nicht im Geiste der Satzung geführt zu haben, unterbrechen die Professoren Bettermann, Blei und Schilcher seine Rede. Prof. Bettermann ruft laut ins Auditorium maximum: „Magnifizienz, wenn Sie jetzt nicht einschreiten, verlasse ich den Raum.“ Der AStA- Vorsitzende Lefèvre, die studentische Wahlsektorin Sigrid Rüger (SDS) und der stellvertretende Konvents- präsident Christian Fenner (LSD) verlassen daraufhin unter dem Protest der Neuimmatrikulierten das Audi- torium maximum. Der Rektor erklärt in einer kurzen Rede, daß er in diesem Augenblick den 1. AStA-Vor- sitzenden gebeten haben würde, das Podium zu verlas- sen, wenn er nicht schon von selbst gegangen wäre.

Außerordentliche Sitzung des Akademischen Senats der FU. In Anwesenheit des 2. Konvents vorsitzenden Chri- stian Fenner beschließt der Akademische Senat einstim- mig: „Der Akademische Senat bedauert die Vorgänge bei der feierlichen Immatrikulation um so mehr, als er am Mittwoch, dem 26. Mai 1965, erneut betont hat, daß die selbstverantwortliche politische Bildungsarbeit der Studentenschaft, die sich der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verpflichtet weiß, begrüßt und fordert. Er appelliert an die Studentenvertretung, Differenzen mit anderen Organen der Universität in geeigneter Form und an geeigneter Stelle auszutragen und die Zusammen- arbeit mit anderen Organen zum Wohle des Ganzen der Freien Universität zu verbessern.“

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. In der Beratung über die Vorgänge auf der Immatrikulationsfeier vom selben Tag kommt der AStA zu der Überzeugung, daß die neuimmatrikulierten Studenten die Zusammen- hänge der Auseinandersetzung zwischen Rektorat und AStA noch nicht voll durchschaut hätten, da sie noch zu kurz an der FU seien und ihre Feierstimmung durch eine Grundsatzrede mit polemischen Akzentuierungen irritiert und gestört worden sei. Der AStA ist sehr betroffen von der Haltung der sogenannten „progres- siven Mitglieder“ des Akademischen Senats auf der Senatssitzung vom 26. Mai 1965 und über deren Hal- tung während der Immatrikulationsfeier und der an- schließenden außerordentlichen Senatssitzung vom selben Tage. Trotz vorheriger gegenteiliger Meinungsäußerung hätten sich diese „progressiven Senatsmitglieder“ ebenso wie die übrigen Senatsmitglieder im großen und ganzen mit der Haltung des Rektors identifiziert.

Nach Rücksprache mit den Professoren Sontheimer und Zieburra beantwortet Dr. Krippendorff das Schreiben des Rektors vom 24. Mai 1965: Er bedauert, einer fal- schen Information zum Opfer gefallen zu sein, weist auf seine Berichtigung im „Spandauer Volksblatt“ vom 19. Mai 1965 hin, und entschuldigt sich.

Dok. 400

Der AStA der FU veranstaltet im Auditorium maximum eine Podiumsdiskussion zum Thema „Geburtenrege-

lung“. Teilnehmer sind der Chefarzt der gynäkologischen Abteilung des Martin-Luther-Krankenhauses, Prof. Dr. med. Heinrich Gesenius, Dr. Wilfried Gottschalch (AC), Frau Dr. Hobbing („pro familia“), Regierun-  
gsdirektor Kierski und Hildegard Lange-Undeutsch von der psychotherapeutischen Beratungsstelle der FU. Die Diskussionsleitung hat Prof. Dr. Ludwig von Manger-Koenig (FU).

Dok. 401

„Immatrikulationstee“ des SDS zum Thema „Aufstand — Rebellion — Anarchie? — Studenten und Gesellschaft in den USA“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 5. Mai 1965)

### 29. Mai 1965

Presseerklärung des AStA zu den Vorfällen anlässlich der Immatrikulationsfeier am 28. Mai 1965. „Der AStA stellt mit Bestürzung fest, daß nach dem Hausverbot gegen einen außenstehenden Kritiker nun auch die Redefreiheit für die gewählten Repräsentanten der Studentenschaft beschnitten wurde.“

Der SPD-Parteivorstand, der Parteirat und die „Regierungsmannschaft der SPD im Bundestagswahlkampf“ beschließen einstimmig, daß die SPD-Bundestagsfraktion in dieser Legislaturperiode des 4. Bundestages den geplanten Grundgesetzänderungen zum „Notstandsrecht“ nicht mehr zustimmen werde. (Vgl. Zeittafeldatum vom 24. Juni 1965)

### 29./30. Mai 1965

Wochenendseminar des AStA zum Thema „Disengagement und Entspannung in Europa“.

### 30. Mai 1965

Bonner Kongreß „Demokratie vor dem Notstand“ in der Friedrich-Wilhelms-Universität. Veranstalter sind der SDS, SHB, LSD und BDIS. Ungefähr 1200 Personen, unter ihnen 200 FU-Studenten, nehmen an den drei Arbeitskreisen „Notstand und parlamentarische Kontrolle“, „Pressefreiheit im Notstandsfall“ und „Streikrecht und Zivildienst“ teil. Hauptreferenten sind: Helmut Schauer (SDS-BV), Hajo Hauss (SHB-BV), Georg Benz (Vorstandsmitglied der IG Metall), Dr. Walter Fabian (Chefredakteur der gewerkschaftlichen Monatshefte), Dr. Werner Thönnessen (Leiter der Pressestelle des Vorstandes der IG Metall), Dr. Michael Schumann (SDS), Jürgen Seifert (SDS), Dr. Thomas von der Vring (SDS) sowie die Professoren Karl Dietrich Bracher, Thomas Ellwein (FDP), Jürgen Habermas, Helmut Ridder und Rechtsanwalt Heinrich Hannover, der Publizist Bernt Engelmann und der Redakteur Alexander von Cube. An der Schlußkundgebung im Universitätshof nehmen etwa 2000 Menschen teil.

### 31. Mai 1965

Der Student der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften Otto Ullrich (Humanistische Union) bittet beim Rektorat um Genehmigung einer Unterschriftensammlung gegen die geplante Notstandsgesetzgebung, die von der Humanistischen Union veranstaltet werden soll. Der Prorektor Prof. Dr. Ernst Heinitz lehnt ab: einmal könne die Studentenschaft allenfalls zu Artikel V Absatz 3 Stellung nehmen, soweit dieser durch die geplante Notstandsgesetzgebung betroffen sei, zum anderen werde die Notstandsgesetzgebung in dieser Legislaturperiode durch die Entscheidung der SPD nicht mehr behandelt.

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. In Anwesenheit der Gäste Dr. Klaus Meschkat, Martin Schmidt, Werner Gebauer, Peter Müller, Wolfgang Roth (alle ehemalige AStA-Vorsitzende, letzterer außerdem studentischer Sprecher im Kuratorium), der studentischen Sprecherin im Akademischen Senat und Sprecherin der Philosophischen Fakultät, Sigrid Rüger, und des Studenten Hans-Jürgen Puhle berät der AStA die möglichen Folgen und Konsequenzen der zugespitzten Auseinandersetzung zwischen Rektorat und AStA in der Angelegenheit

Kuby. Den Anwesenden erscheint eine Feststellungsklage gegen den Rektor nicht opportun. Es wird die Frage über den Auszug aus dem Akademischen Senat erörtert. Wegen der um 15.30 Uhr beginnenden Sitzung des Hauptausschusses wird die Sitzung ohne Ergebnis abgebrochen.

Die Zweite Große Strafkammer des Landgerichts Münster hebt den Haftbefehl gegen Dr. Günter Weigand auf.

6. Ordentliche Sitzung des 17. Konvents der FU. Ehren-gäste: Prorektor Prof. Dr. Ernst Heinitz, die Dekane Prof. Dr. Hermann Blei, Prof. Dr. Karl Peter Grote-meyer und Prof. Dr. Werner Philipp, der geschäftsführende Direktor des OSI, Prof. Dr. Kurt Sontheimer, der Wahlsenator Prof. Dr. Ludwig von Friedeburg und andere akademische Lehrer. Anwesend sind weiterhin Ver-treter des Fernsehens und der Tagespresse, Erich Kuby und ca. 300 Studenten.

Der AStA-Vorsitzende Wolfgang Lefèvre gibt einen Be-richt über die Sitzung des Akademischen Senats und die Immatrikulationsfeier. Er hält den Text seiner Rede, die er dort nicht halten konnte. Nach längerer Diskus-sion erläutert Prof. Blei den Beschluß des Akademischen Senats als Schritt, mit dem der Studentenschaft die Hand gereicht werde. Es gelte, „wieder zueinander zu finden“, der Akademische Senat sei stets zu sachlichen Gesprächen bereit.

Vgl. Dok. 402

Dem AStA wird mit 35:18:6 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen. Der Konvent bedauert die Vorfälle auf der Immatrikulationsfeier, er bedauert den Stil der Rede des 1. AStA-Vorsitzenden, hält jedoch das Ver-halten des Rektors und eines Teils des Akademischen Senats für unvereinbar mit dem Berliner Modell, das er in Gefahr sieht. Weiterhin bedauert der Konvent den Beschluß des Akademischen Senats im Hinblick auf die festgestellte Rechtslage. Er beauftragt den AStA und die Sprecher der Studentenschaft im Akademischen Senat, darauf hinzuwirken, daß in den neuen Satzungen und Ordnungen Vorstellungen der Studentenschaft verwirklicht werden.

Dok. 402

Vortragsabend des Instituts für Publizistik an der FU zum Thema „Möglichkeiten politischer Fernseh-Publi-zistik, dargestellt an der Panorama-Sendereihe“. Der Referent ist Prof. Dr. Eugen Kogon (Darmstadt).

### Juni 1965

Der „FU-SPIEGEL“ veröffentlicht ein Interview mit Erich Kuby, in dem dieser den Fall Kuby, die Politik des AStA, des Konvents und die Bewußtseinsstrukturen der Professorenschaft analysiert.

Dok. 403

Das „Colloquium“ veröffentlicht einen Artikel von Prof. Dr. Dieter Henrich: „Anmerkungen zum Abschied“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 3. Mai und Juli 1965)

Dok. 404, vgl. auch Dok. 405

### 1. Juni 1965

Ungefähr 300 FDJ-Hochschulmitglieder besetzen für zwei Stunden das Gebäude der US-Militärmission beim Oberkommandierenden der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland in Potsdam. Die Demonstranten reißen das Ster-nenbanner vom Fahnenmast, fordern in Sprechhören den sofortigen Abzug der US-Truppen aus Vietnam und malen Parolen auf die Wände der Militärmission: „Amis raus aus Vietnam“. Der Oberbefehlshaber der US-Truppen in Europa, General O'Meara, protestiert in einer Note an den Ober-befehlshaber der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in

Deutschland, General Koschewoi, gegen die „Mißachtung der amerikanischen Fahne, die jetzt bereits zum 2. Mal innerhalb von 30 Tagen vom Mast gerissen worden ist.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 6. Mai 1965)

## 2. Juni 1965

In einem „Scheiterhaufen-Brief“ lastet der RCDS den Verlauf der Ereignisse ausschließlich der Politik des 1. AStA-Vorsitzenden Wolfgang Lefèvre an. In der Frage der Notstandsgesetze kritisiert der RCDS, daß die Kritiken der Notstandsgesetze auf schon längst überholten Entwürfen“ basierten. Der RCDS bekennt sich zu einer „praktikablen Notstandsregelung“. Dok. 406

Podiumsdiskussion des „Internationalen Kreises“ der ESG zum Thema „Wirkung der Technisierung auf die Afrikaner“. Referenten sind Dr. Franz Ansprenger (OSI) und Dr. Jean Ikelle Matita.

## 4. Juni 1965

Der Rektor der FU teilt dem Dekan der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, Prof. Dr. Rudolf Schilcher, mit, daß entgegen anderslautenden Darstellungen kein Hausverbot gegen Erich Kuby bestehe. Kuby stünden lediglich keine Räume für Reden an der FU zur Verfügung.

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Das als Gast anwesende Mitglied im Vorstand des Studentenwerks, stud. phil. Dietrich Schmidt-Hackenberg (AC), verliest seinen Brief an den AStA-Vorsitzenden Wolfgang Lefèvre, in dem er den Brief Lefèvres an Rektor und Kurator wegen der Freigabe der DM 30 000,— (Wohnheimfonds) stark kritisiert. Insbesondere wendet er sich gegen die mangelnde Koordinierung von AStA und Studentischen Mitgliedern im Studentenwerks-Vorstand. Vermutlich werde Prof. Dr. Hermann Blei vom Vorsitz des Studentenwerks zurücktreten und die Studentenvertreter würden so auf der Verwaltungsratsitzung in eine schlechte Ausgangsposition für die Neuwahl des Vorstandes geraten, da Prof. Blei den Brief gegen die Arbeit der Studentenvertreter auswerten werde. (Lefèvre hatte den Vorwurf erhoben, daß Studentenwerk habe DM 30 000,— für seine Liquidität benutzt.) Der AStA will sich umgehend nach der Reaktion des Rektors und des Kurators auf den Lefèvre-Brief erkundigen und eventuell einen Brief mit einer klärenden Richtigstellung absenden. (Vgl. Zeittafeldatum vom 25. Mai und 9. Juni 1965)

## 5. Juni 1965

Der FDP-Bundesvorstand diskutiert über sein zukünftiges Verhältnis zum LSD. Der FDP-Parteivorsitzende Dr. Erich Mende kritisiert folgende Punkte als parteischädigend: Die spektakulären DDR-Kontakte der Marburger LSD-Gruppe (Vgl. Zeittafeldatum vom 13. Januar 1961), die Forderung der 16. ordentlichen Delegiertenversammlung des LSD nach Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutsche Grenze (Vgl. Zeittafeldatum vom 23.—27. März 1963) und die Erklärung des Berliner LSD-Landesverbandes zum 20. Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation des NS-Regimes. Außerdem verurteilt Dr. Mende besonders, daß der LSD sich „maßgeblich an der Kampagne wider die Notstandsgesetze“ und am Bonner Kongreß „Demokratie vor dem Notstand“ beteiligt habe. Mende fordert den FDP-Bundesvorstand auf, ab sofort jede Zusammenarbeit aufzukündigen und jede finanzielle Unterstützung einzustellen. Die Vorstandsmitglieder Dr. Thomas Dehler und William Borm protestieren gegen den geplanten Unvereinbarkeitsbeschuß. Zwar wird der LSD nach wie vor im Bundeshauptausschuß und in den Fachausschüssen der FDP weiter vertreten sein, jedoch wird der jetzige LSD-Bundesvorsitzende Hans Frey entgegen bisheriger Gepflogenheit nicht mehr vom FDP-Bundesvorstand kooptiert werden. Mende, der für einen Bruch eintritt, kann sich im Bundesvorstand jedoch nicht durchsetzen.

## 8.—12. Juni 1965

10. Deutscher Burschentag im Palais am Funkturm aus Anlaß der 150. Wiederkehr des Gründungstages der 1. Burschenschaft in Jena. Höhepunkt des 5tägigen Treffens ist der Festkommers in der Deutschlandhalle. Redner des Festvortrages ist Prof. Dr. Helmut Thielicke (Hamburg) zum Thema „Über den Ruin und das Wiedererstehen der Ideale“. Weitere Redner sind der Regierende Bürgermeister von Berlin und SPD-Kanzlerkandidat Willy Brandt, der Vizekanzler und Vorsitzende der FDP Dr. Erich Mende, der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Johann Baptist Gradl, Prof. Dr. Karl August Bettermann (FU) und der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Prof. Dr. Rudolf Sieverts. Prof. Bettermann fordert die versammelten 5000 korporierten Studenten und Alten Herrn in Anwesenheit des Rektors der FU, Prof. Dr. Herbert Lüers, auf: „Machen Sie einen neuen Anfang, bringen Sie uns unsere Universität wieder in Ordnung. In diesem Sinne rufe ich: Burschen heraus!“

Der Vertreter der Bundesregierung, Vizekanzler Dr. Erich Mende, erklärt, der Idealismus der Deutschen Burschenschaft sei der Regierung sehr wertvoll, wertvoller als der Materialismus jener Studentenfunktionäre, die ein Studienghalt forderten. (Vgl. Zeittafeldatum vom 25.—29. April 1965)

Dok. 407

Der Präsident der WRK, Prof. Dr. Rudolf Sieverts, erklärt, „daß die Korporationen und die Burschenschaften Werte pflegen innerhalb der Studentenschaft und damit innerhalb der Hochschule, die heute im Massenbetrieb der Hochschule gar nicht hoch genug eingeschätzt werden“ könnten. Bei den Bemühungen zur Hochschulreform, insbesondere beim Versuch, den Massenbetrieb wieder in kleinen Gruppen aufzugliedern, werde nichts anderes getan, „als was uns die Korporationen in dieser Beziehung... vorgemacht haben“.

Als weiterer Redner stellt der 1. VDS-Vorsitzende Uwe Janssen (schlagende Burschenschaft „Germania“) eine „weitgehende Übereinstimmung“ des VDS-Vorstandes mit den Ansichten der Deutschen Burschenschaft im Bereich des studentischen Gemeinschaftslebens fest. Er protestiert gegen Versuche, studentische Gemeinschaften von der Beteiligung im Hochschulbereich auszuschließen.

(Anschließend an den Burschentag findet in West-Berlin der Altherrentag statt, auf dem vorwiegend die Finanzen beraten werden. Von dem 30-Millionen-Jahresetat werden ungefähr 8 Millionen DM jährlich aus dem Bundesjugendplan gezahlt. In den 160 mensurenschlagenden Verbindungen der Burschenschaft in der Bundesrepublik und in Österreich sind ca. 6300 Studenten organisiert und mehr als 24 000 Alte Herren im „Altherrenverband“ zusammengeschlossen.

## 9. Juni 1965

Anläßlich des Deutschen Burschentages protestiert der LSD-Bundesvorstand in einer Presseerklärung gegen einen im vergangenen Jahr gefaßten Beschluß des Deutschen Burschentages, in dem eine Doppelmitgliedschaft in der Deutschen Burschenschaft und im LSD für unvereinbar erklärt wurde. Dieser Unvereinbarkeitsbeschuß wurde von der Deutschen Burschenschaft mit der „unterschiedlichen Haltung beider Verbände zur Deutschlandpolitik“ und besonders wegen des Eintretens des LSD für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze begründet. (Vgl. Zeittafeldatum vom 23.—27. März 1963)

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der AStA beschließt mit 5:1:1 Stimmen bei der für die nächste Zeit vorgesehenen Veranstaltungsreihe von politischen Hochschulgruppen über Strukturfragen der Freien Universität, nicht als Veranstalter aufzutreten, um nicht mit den politischen Hochschulgruppen identifiziert zu werden. Vor Beginn der Veranstaltung will der AStA diese jedoch ausführlich begrüßen. Der AStA will eine Kommission einsetzen, die sich parallel zum Verfassungsausschuß der FU mit Verfassungsfragen beschäftigen soll. Die Kommission soll vom Konvent bestätigt werden.

Zu den Kosten für die „Aktion 1. Juli“ wird der DGB einen „beträchtlichen Zuschuß“ geben. Mit einer Enthalt-



tung beschließt der AStA, daß der Außenreferent, stud. rer. pol. Gerhard Michael Ambrosi, am AIESEC-Seminar teilnehmen soll, um dort Kontakte zu erwarteten Vertretern aus den „Ostblockländern“ wegen der „Internationalen Woche“ aufzunehmen.

Der AStA-Vorsitzende Wolfgang Lefèvre teilt mit, daß der Kurator seinen Brief (DM 30 000,— Wohnheimfonds) gelassen aufgenommen habe. Er habe durchblicken lassen, daß auch der Rektor nicht der Meinung sei, daß der Vorsitzende des Studentenwerks, Prof. Dr. Hermann Blei, so kritisiert worden sei, daß er Anlaß zu einer scharfen Brückierung sehen könnte. Lefèvre und stud. phil. Dietrich Schmidt-Hackenberg (AC) werden beauftragt, einen Brief zu entwerfen, in dem der AStA zugesteht, daß von seinen Vorgängern der Auflagemodus des Geldes nie beanstandet worden sei, der jetzige AStA die bisher praktizierte Geldanlage jedoch nicht für die günstigste halte. Es wird darauf hingewiesen, daß der AStA von seinen Vorgängern erfahren habe, der Wohnheimfonds solle nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt abgerufen werden, weil das Geld als Liquiditätsreserve benötigt werden könnte. Falls das Studentenwerk den Fonds nicht als Liquiditätsreserve benutzt habe, soll in dem Brief der Vorwurf der Unkorrektheit zurückgenommen werden. (Vgl. Zeittafeldatum vom 25. Mai und 4. Juni 1965)

Jour fixe des SDS zum Thema „SDS-Kongreß in Bonn?“. Mitglieder des Berliner SDS-Landesvorstandes kritisieren die Bündnispolitik des SDS-Bundesvorstandes anlässlich der Notstandskampagne. (Vgl. 30. Mai und 22. Juni 1965)

#### 10. Juni 1965

Über den Geschäftsführenden Direktor des OSI teilt der Rektor dem Assistenten Dr. Ekkehart Krippendorff in einem Schreiben mit, daß lediglich der Umstand, daß dessen Vertrag am 30. September 1965 ablaufe, „eine fristlose Kündigung aus wichtigem Grunde“ entbehrlich erscheinen lasse.

Dok. 408

Der Rektor der FU, Prof. Dr. Herbert Lüers, teilt dem AStA mit, daß der Verfassungsausschuß des Akademischen Senats beschlossen habe, einen Vertreter der Studentenschaft zu den Verfassungsberatungen hinzuzuziehen. Der AStA interpretiert dieses Zugeständnis als Reaktion des Rektors auf die Demonstration der FU-Studenten gegen das Redeverbot für Erich Kuby.

#### 11. Juni 1965

Der „Abend“ berichtet unter der Überschrift „FU — kein Einzelfall“, daß der SPD-Finanzexperte Alex Möller in der Heidelberger Universität auf Beschluß des Senats nicht zum Thema „Was unterscheidet die SPD von der CDU?“ habe sprechen dürfen. Als Begründung sei dem SHB angegeben worden, daß es sich um ein parteipolitisches Thema handle und daß für offensichtliche Wahlkampfveranstaltungen nach einem Grundsatzbeschluß des Senats keine Räume der Universität zur Verfügung gestellt werden könnten. Ein Vortrag Möllers im Auditorium maximum zum Thema „Die Rangordnung von Wissenschaft und Forschung in den Gemeinschaftsaufgaben der Bundesrepublik“ sei dagegen genehmigt worden.

Pressemitteilung. Der AStA führt zur Tagung der Burschenschaften. Der AStA erklärt, Anlaß für das demonstrative Auftreten der farbentragenden und schlagenden Verbindungen sei der Widerstand, den die FU als einzige deutsche Hochschule noch gegen das Wiederaufleben des Waffenstudententums und anderer restaurativer Bewegungen leiste.

Dok. 409

#### 15. Juni 1965

Der Westberliner Hermann Döbler und seine Begleiterin Elke Märtens rudern mit einem Sportboot versehentlich auf dem Teltowkanal in DDR-Gebiet. Ein DDR-Grenzposten feuert ungefähr dreißig Schüsse auf das Sportboot und tötet Hermann Döbler. Der Regierende Bürgermeister erklärt auf einer Pressekonferenz, dies sei eine „ungeheure Provokation“ und ein „kaltblütiger Mord“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 16., 21. und 24. Juni 1965)

Die „Internationale Liga für Menschenrechte“ und der „Argument-Club“ veranstalten eine Podiumsdiskussion zum Thema „politische Justiz in der Bundesrepublik“. Diskussionsteilnehmer sind Lutz Lehmann (Panorama), Rechtsanwalt Horst Mahler (SDS) und Rechtsanwalt Egon Bach. Lehmann erklärt, daß die „Blitzgesetze“, die während des Korea-Krieges vom Bundestag verabschiedet wurden, es den „Verfolgungsbehörden“ bei ihrer Arbeit allzu leicht gemacht hätten, in Konflikt mit jenem Verfassungsgrundsatz, der die politische Willensbildung und freie Meinungsäußerung garantiere, zu geraten. Seine Nachforschungen hätten ergeben, daß Jahr um Jahr in der BRD rund 10 000 staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren in politischen Strafsachen in Gang gesetzt würden, obwohl jährlich nur „rund 280 Spione und Agenten“ abgeurteilt würden. So stehe z. B. die amtliche Öffnung von etwa 800 000 Postsendungen aus politischen Motiven in keiner Relation zur wirklichen Aufgabe der staatlichen Stellen. Mahler kritisiert, daß sich die Verfolgungen in politischen Strafsachen vornehmlich gegen Kommunisten und Sozialisten richteten, während neonationalsozialistische Tendenzen in der BRD nahezu unbehelligt blieben. Lehmann nennt hierzu eine Zahl von ca. 110 staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahren.

Die RCDS-Hochschulgruppe an der FU veranstaltet eine Podiumsdiskussion zum Thema „Wohin steuert der AStA?“ Diskussionsteilnehmer sind der Prorektor der FU, Prof. Dr. Ernst Heinitz, Prof. Dr. Ludwig von Friedeburg, der RCDS-Vorsitzende Wulf Schönbohm und der 1. AStA-Vorsitzende Wolfgang Lefèvre (Argument-Club, SDS)

Mitglieder der „Jungen Union“ versuchen, eine Veranstaltung des AStA-Kulturreferats zu verhindern, auf der die Schauspielerin Gisela May (DDR) Songs von Bert Brecht, Hans Eisler und Kurt Weill vorträgt. (Vgl. Zeittafeldatum vom 9. Juli 1965)

#### 16. Juni 1965

Sitzung des Akademischen Senats der FU. Der Rektor teilt mit, daß sich der AStA-Vorsitzende Lefèvre wegen seines Verhaltens bei der Immatrikulationsfeier entschuldigt habe.

In einer Erklärung verurteilt Prof. Bettermann das Verhalten der studentischen Wahlsenatorin, stud. phil. Sigrid Rüger: 1. sie habe ihre Pflichten verletzt, weil sie den Beschluß des Akademischen Senats vom 26. Mai 1965 den AStA-Konventsvorsitzenden vorsätzlich pflichtwidrig voreilig mitgeteilt habe, 2. sie habe durch ihr Verlassen der Immatrikulationsfeier den Akademischen Senat beleidigt, 3. sie trage durch ihr Engagement und ihre „Aufputschung“ zur Störung des Akademischen Friedens bei; einem Senatssprecher stünde Zurückhaltung an, 4. durch sie herrsche eine bedauerliche Atmosphäre im Akademischen Senat. Er habe vor, nicht mehr auf die Diskussionsbeiträge von Sigrid Rüger einzugehen.

Zur Burschenschaftstagung beschließt der Akademische Senat bei 2 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen folgende Verlautbarung: „Rektor und Senat erklären, daß die Anwesenheit des Rektors bei der Veranstaltung der Burschenschaften am Sonnabend, dem 12. 6. 1965, lediglich eine Höflichkeitsgeste des Vorsitzenden der Berliner Landesrektorenkonferenz gegenüber dem ebenfalls anwesenden Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz gewesen ist. Selbstverständlich bedeutet diese Tatsache nicht, daß sich an der ablehnenden Haltung der

Freien Universität gegenüber den schlagenden Verbindungen im geringsten etwas geändert hat.“

Der Akademische Senat nimmt den Antrag der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät auf Einrichtung eines III. Physikalischen Instituts und den Antrag der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät auf Errichtung eines Instituts für angewandte Statistik sowie den Antrag der Philosophischen Fakultät auf Umwandlung der Soziologischen Abteilung des Philosophischen Seminars in ein selbständiges Soziologisches Institut zustimmend zur Kenntnis und beauftragt den Rektor, einen Kuratoriumsbeschuß darüber herbeizuführen. Der Akademische Senat beschließt bei 5 Gegenstimmen und einer Enthaltung die Zulassung der studentischen Gemeinschaft „Verein Kindertagesstätte an der Freien Universität Berlin e. V.“ als studentische Vereinigung an der FU gemäß der §§ 26 und 27 Universitätsordnung. Prof. Bettermann und Prof. Blei erklären, daß sie die Förderungswürdigkeit der Vereinigung ebenfalls bejahen, aus Rechtsgründen jedoch der Auffassung seien, daß es sich nicht um eine studentische Gemeinschaft im Sinne des § 26 der Universitätsordnung handle.

In einem Schreiben an den Rektor bedauern die Professoren des OSI Gert von Eynern, Ernst Fraenkel, Otto Heinrich von der Gablentz, Kurt Sontheimer, Otto Stammer und Gilbert Ziebura (die Professoren Flechtheim und Loewenthal befinden sich nicht in Berlin) die Teilnahme des Rektors an der Tagung der Burschenschaften. Nicht zuletzt dadurch habe sich die Hoffnung auf eine befriedete Atmosphäre an der FU als trügerisch erwiesen. Die Professoren bitten um Auskunft, ob die angebliche Äußerung von Prof. Bettermann, die eine Beleidigung der Mehrheit des deutschen Volkes darstellte, tatsächlich von diesem gemacht worden sei. (Vgl. Zeittafeldatum vom 28. Juli und 5. August 1965)

Dok. 410

Zweite Beratung über die verfassungsändernden Notstandsgesetze im Bundestag. Der Bundesinnenminister Hermann Höcherl (CSU) greift die SPD-Fraktion scharf an: Sie habe sich mit ihrer „besseren Einsicht“ nicht gegen die Gewerkschaften durchsetzen können, die jede verfassungsändernde Notstandsgesetzgebung ablehnen. „Sie haben es nicht geschafft. Sie haben einen Klotz am Bein. Sie sind nicht unabhängig. Wer an die Regierung will, muß auch unpopuläre Maßnahmen durchsetzen können.“ Der SPD-Abgeordnete Fritz Eschmann antwortet: „Er lügt wie Strauß.“ Die Verhandlung geht in einem unbeschreiblichen Lärm unter. Der SPD-Fraktionsvorsitzende erklärt, daß die SPD die Beratungen über ein Notstandsrecht erst nach der Bundestagswahl fortsetzen werde, da die jetzigen Ergebnisse der Fraktionsverhandlungen in der Öffentlichkeit nicht genügend bekannt seien. (Vgl. Zeittafeldatum vom 17. März, 15. und 20. April, 30. Mai und 24. Juni 1965)

Presseerklärung des AStA der FU zu den Ereignissen am Teltow-Kanal vom Vortage. (Vgl. Zeittafeldatum vom 15., 21. und 24. Juni 1965)

Dok. 411

#### 16./17. Juni 1965

Der SHB-Bundesbeirat billigt „voll und ganz die Aktivitäten des Bundesvorstandes, einen wissenschaftlichen Kongreß über die Notstandsgesetzgebung mit zu veranstalten, der zur Klärung der Stellung des SHB zum Gesamtkomplex der Notstandsgesetzgebung beitragen und eine öffentliche Diskussion über diese existentiell politische Frage aktivieren sollte“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 30. 5. 1965)

#### 17. Juni 1965

Der AStA der FU veranstaltet eine Vortragsreihe zum Thema „Politische Probleme in Ost und West“. Refe-

renten: Prof. Dr. Otto Heinrich von der Gablentz zum Thema „Das Dilemma der Deutschlandpolitik“, Prof. Dr. Gert von Eynern „Zum Problem der Mitbestimmung“ und Dr. Siegfried Baske „Ideal und Wirklichkeit der polytechnischen Bildung“. Anschließend diskutieren Dr. Ernst Richert und der 2. Konventsvorsitzende Christian Fenner (LSD) im Clubhaus der FU mit FU-Studenten über das Thema „Der 17. Juni und die Frage des gesamtdeutschen Tabus“. Während der Diskussion treten fünf FU-Studenten mit rassistischen und neofaschistischen Argumenten auf. Fenner bricht daraufhin die Diskussion ab, da die fünf Studenten eine rationale Diskussion mit dem Hinweis ablehnen, daß „Ideologie, Emotion und Ablehnung der Geschichte“ noch heute „Triebfeder der Geschichte“ seien, also „müsse man auch so argumentieren“.

Dok. 412

#### 18.—20. Juni 1965

Tagung des Landesverbandes Berlin im Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) zum Thema „Neue Lösung studentischen Wohnens“. Themen sind: „Stadtanierung und Integration studentischen Wohnraums“, Finanzierungsmöglichkeiten studentischen Wohnbaus“ und „Das Weström-Projekt“. (Die Berliner Architektin Hilde Weström entwarf 1960 einen „Campus-Plan“, der mehrere Studentenwohnhäuser, ein Gästehaus für Professoren und eine Cafeteria als Diskussionszentrum entlang der Garystraße vorsah. Der Zehlendorfer Baustadtrat Rothkegel legte gegen diesen Plan Einspruch ein. Erst im September 1964 erhielt dann das Studentenwerk der FU von der Stadtverwaltung ein Gelände für ein Wohnhaus an der Clayallee. Die ursprünglich geplanten Appartementhäuser ohne Gemeinschaftsräume und -einrichtungen werden vorerst nicht gebaut.) Der VDS-Landesverband Berlin fordert „ideologiefreies Wohnen“. Die Wohnungen müßten so billig wie möglich und den speziellen Bedürfnissen der Studenten angemessen sein. Außerdem müsse die „Privatheit der Wohnung“ gesichert werden. Die Hausordnung, die über die Bestimmungen eines normalen Mietvertrages hinausgehe, habe an der verschließbaren Wohnungstür zu enden. In künftig zu bauenden Studentenwohnhäusern müsse genügend Raum für Studentenhepaare eingeplant werden. (Vgl. Zeittafeldatum vom 1. November 1965)

#### 19. Juni 1965

In einer einstimmig beschlossenen Erklärung zur Rede des Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz vom 12. Juni 1965 wenden sich die Ältesten des 17. Konvents der Freien Universität an die Studenten: Die Feststellungen des Präsidenten der WRK vom 12. 6. 1965 seien sachlich unrichtig. Vor der Überfüllung der Universitäten sei die Arbeit in kleinen Gruppen selbstverständlich gewesen. Bei dem Versuch, in der gegenwärtigen Situation zeitgemäße Formen studentischen Gemeinschaftslebens zu finden, habe sich die Universität seit ihrer Gründung gegen eine Orientierung an der Tradition und den Idealen der Korporationen gewandt. Die Ältesten erinnern an die Urabstimmung vom Februar 1963, deren Ergebnis von der Philosophischen und der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät als „Grundlage einer gemeinsamen Arbeit und Verantwortung in der Zukunft“ gewertet wurde. Anderslautende Äußerungen — auch von Mitgliedern der FU — könnten nichts an der grundsätzlichen Haltung der FU ändern.

Der algerische Staatspräsident Ben Bella wird von der Armee gestürzt. Der Verteidigungsminister Oberst Houari Boumedienne gibt in einem Kommuniqué bekannt, daß ein „Revolutionsrat“ gebildet worden sei, der alle Macht übernommen habe. (Vgl. Zeittafeldatum vom 1. Juli 1965)

### 19./20. Juni 1965

Gemeinsames Wochenendseminar des LSD-„Deutschland-Arbeitskreises“, des SHB-Arbeitskreises „Entspannung in Europa“ und des „Arbeitskreises Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“ zum Thema „Status quo und die Entspannung in Europa“. Referenten sind Dr. Abraham Ashkenasi zum Thema „Die Politik der Vereinigten Staaten“, Dr. Wilfried Gottschalch (AC) „Demokratie in Ost und West“, Hans-Dieter Jaene („Der Spiegel“), „Der Status quo und die Entspannung in Deutschland“. Das Seminar findet im FU-Klubhaus statt.

### 21. Juni 1965

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der AStA identifiziert sich mehrheitlich mit der Pressemitteilung vom 16. Juni 1965 zum Grenzzwischenfall am Teltowkanal. Dem Sozialreferenten, stud. phil. Peter Dehn, wird gestattet, seine abweichende Meinung öffentlich zu vertreten. Es wird ausdrücklich festgestellt, daß damit kein Präzedenzfall für AStA-Mitglieder geschaffen wird, sich öffentlich gegen den AStA zu stellen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 15., 16. und 24. Juni 1965)

RCDS-Veranstaltung im Sitzungszimmer der CDU-Landesgeschäftsstelle zum Thema „Meet the Prominence“, Gespräch mit Bürgermeister a. D. Franz Amrehn (Landesvorsitzender der Berliner CDU).

### 22. Juni 1965

„Memorandum über die Entlassung meines Assistenten Dr. Ekkehart Krippendorff“ von Prof. Dr. Gilbert Ziebur. Ziebur dokumentiert den Zeitungsartikel des „Spandauer Volksblatts“ vom 14. Mai 1965, die Berichtigung Krippendorffs vom 19. Mai 1965, die Stellungnahme des Rektorats vom 23. Mai 1965, das Schreiben des Rektors vom 24. Mai 1965, das Antwortschreiben Dr. Krippendorffs vom 28. Mai 1965 und den Brief des Rektors vom 10. Juni 1965. Am Schluß legt er den Standpunkt des Geschäftsführenden Direktors des OSI, Prof. Dr. Kurt Sontheimer, und seinen eigenen in seiner Eigenschaft als zuständiger Lehrstuhlinhaber dar. Dok. 413

In Zusammenarbeit mit der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der FU veranstaltet der AStA eine Vorlesungsreihe über Kybernetik. Den ersten Vortrag hält Prof. Dr. Helmar Frank (Pädagogische Hochschule Berlin) zum Thema „Die Kybernetik und ihre Bedeutung für die Humanwissenschaften“. Zu der Vortragsreihe hat der AStA der FU auch Prof. Dr. Georg Klaus (Akademie der Wissenschaften) aus der DDR eingeladen.

Außerordentliche Landesversammlung des SDS-Berlin. Der Hauptreferent zum Thema „Der Notstandskongreß und die Strategie des Bundesvorstandes“ ist der 1. Bundesvorsitzende Helmut Schauer. (Vgl. Zeittafeldatum vom 30. Mai und 9. Juni 1965)

### 24. Juni 1965

Die Berliner Burschenschaft greift in einer Presseerklärung den 1. AStA-Vorsitzenden Wolfgang Lefèvre wegen seiner Presseerklärung vom 16. Juni 1965 an. Lefèvre habe weder die Mehrheit der Studierenden der FU noch den Gründergeist vertreten, auf den sich der AStA sonst zu berufen pflege. (Vgl. 15., 16. und 21. Juli 1965) Dok. 414

Bei der Abstimmung im Bundestag über die Verfassungsändernden Notstandsgesetze stimmt die SPD-Fraktion nicht zu, so daß bei 238 Ja- und 167 Nein-Stimmen die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht zustande kommt. (Vgl. Zeittafeldatum vom 29. Mai und 16. Juni 1965)

### 25. Juni 1965

Die Schwester des verstorbenen ehemaligen US-Außenministers John Foster Dulles, Mrs. Eleanor Dulles, und mehrere Angehörige der US-Mission in Berlin diskutieren mit ungefähr 50 FU-Studenten über eine vom Studentendorf der FU geplante Vorlesungsreihe, an der acht Professoren von der Humboldt-Universität und der Akademie der Wissenschaften der DDR teilnehmen sollen. (Der Akademische Senat hatte die geplante Vorlesungsreihe verboten.) Mrs. Dulles erklärt: „Wenn ich am Sonnabend zum Rektor der FU gewählt würde, hätte ich keine Bedenken gegen eine solche Veranstaltung.“ Allerdings dürften auf einer solchen Veranstaltung die FU-Studenten sich nicht auf eine „Debatte mit den Vertretern aus Ost-Berlin“ einlassen. „In einer Kirche“ könne man keine politische Debatte abhalten, weil das der „Würde des Ortes“ widerspräche. Kein Mensch käme dabei auf die Idee, von einer Einschränkung der Meinungsfreiheit zu reden. Die Freie Universität sei „eben nicht das Forum für solche Auseinandersetzungen“. Es gäbe hier „gewisse Grenzen, die eingehalten werden müssen“. Mrs. Dulles erklärt, daß ihrer Meinung nach die Professoren aus „Ost-Berlin“ in erster Linie an politischer Agitation interessiert sind und nicht an einer sachlichen wissenschaftlichen Diskussion. Die Mehrheit der anwesenden FU-Studenten fordert erneut das Rederecht für Erich Kuby und die Gäste von der Humboldt-Universität. Die Studenten hätten ein Recht auf die Freiheit des Lernens, solange man Studium als wissenschaftlichen Erkenntnisprozeß verstehe. (Vgl. Zeittafeldatum vom 1. April, 13. und 23. Mai 1965)

### 26. Juni 1965

Im Hörsaal 104 der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät wählen 168 ordentliche und außerordentliche Professoren Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber zum neuen Rektor der FU. Sein Gegenkandidat ist Prof. Dr. Ewald Harndt. Prof. Lieber erhält im 2. Wahlgang 64 Stimmen.

Vgl. Dok. 415

### 27. Juni 1965

Vortragsveranstaltung der ESG zum Thema „Die evangelische Kirche in Deutschland und die Ost-West-Frage nach 1945“. Referent ist Kirchenpräsident a. D. Martin Niemöller.

### 28. Juni 1965

Unter dem Motto „Studieren macht Spaß“ ruft ein Flugblatt des AStA die Studenten dazu auf, am 1. Juli alle Vorlesungen, Übungen und Seminare auch zu besuchen, die sie belegt haben, in der Mensa essen zu gehen und in der Universitätsbibliothek Bücher auszuleihen und dort zu lesen. Auch der unbelehrbarste Optimist müsse dann einsehen, daß die FU zu klein sei, um ein ordnungsgemäßes Studium zu ermöglichen.

7. ordentliche Sitzung des 17. Konvents der FU. Als Nachfolger des studentischen Sprechers im Akademischen Senat, stud. phil. Rudolph Ganz, dessen Amtszeit abgelaufen ist, wird stud. med. Regine Herrmann gewählt. (stud. phil. Ulf Kadritzke hatte in drei Wahlgängen nicht die für eine Koalition notwendige Zweidrittelmehrheit erhalten, ein Wahlgang, in dem er die Zweidrittelmehrheit erhalten hatte, war mit Erfolg angefochten worden.) Der AStA der FU veranstaltet im Auditorium maximum eine Podiumsdiskussion zum Thema „Bildungsnotstand? — Studenten fragen — Politiker antworten“. Es diskutieren Carl-Heinz Evers (Senator für Schulwesen, SPD), Rechtsanwalt Volker Hucklenbroich (Bezirksstadtrat für Finanzen in Schöneberg, FDP), Rechtsanwalt Peter Lorenz (MdB, CDU) und Ulrich Preuß (SDS), Niels Kadritzke (SHB) und Peter Radunski (RCDS).

### 30. Juni 1965

Sitzung des Akademischen Senats der FU. Zur Vorbereitung der Entscheidung des Akademischen Senats über den Antrag des VDS Berlin—Leipzig auf Zulassung als förderungswürdige Vereinigung wird ein Ausschuß eingesetzt, dem die Professoren Ernst Heinitz, Werner Philipp, Karl August Bettermann und Ludwig von Friedburg angehören. (Vgl. Zeittafeldatum vom 24. November 1965)

Dok. 415

Der Akademische Senat bildet einen Ausschuß, der sich mit dem Antrag des Kuratoriums der Kirchlichen Hochschule Berlins an den Senat von Berlin auf Verleihung des Habilitationsrechtes und die Errichtung einer Theologischen Fakultät an der Freien Universität befassen soll. Dem Ausschuß gehören an: Der Rektor Prof. Dr. Herbert Lüers, Prof. Dr. Werner Philipp als Vorsitzender und die Professoren Karl August Bettermann, Helmut Gollwitzer, Marcel Reding und Karl Friedrich Jahr.

Jour fixe des SDS zum Thema „Der SDS und die Studentenvertretung an der FU“.

Mit einem Festakt im Bochumer Schauspielhaus wird die „Ruhr-Universität Bochum“ eröffnet. Der nordrhein-westfälische Kultusminister, Prof. Dr. Paul Mikat (CDU), vereidigt den 1. Rektor der Ruhr-Universität, Prof. Dr. Heinrich Greeven. Der Konzeption der Ruhr-Universität liegt die Empfehlung des Wissenschaftsrates von 1960 zugrunde. Demgemäß werden die traditionellen Fakultätsbereiche in insgesamt 18 Abteilungen aufgegliedert, und darüber hinaus erhält die Ruhr-Universität eine Abteilung für Ingenieurwissenschaften. Die Planung ist auf eine Gesamtstudentenzahl von 10 000 bis 12 000 ausgerichtet. Im Wintersemester 1965/66 soll der Lehrbetrieb in den geisteswissenschaftlichen Fächern (rd. 2000 Studienplätze) aufgenommen werden. Aufgrund eines ausführlichen Gutachtens der „Neugründungskommission des VDS“ vom Oktober 1962 plant der „Gründungs-ausschuß“ der Ruhr-Universität eine Mitarbeit der Studentenvertreter an der Universitätsverwaltung und an den „Gesamtaufgaben“ der Universität, die „weit über den bisherigen Tätigkeitsbereich hinausgehen“ soll. (Vgl. Zeittafeldatum vom November und 25. November 1960, 30. Oktober und Dezember 1962 und vom 23.—30. April 1963)

### Juli 1965

Das „Colloquium“ veröffentlicht einen Leserbrief des 1. AStA-Vorsitzenden Wolfgang Lefèvre zu Prof. Heinrichs „Anmerkungen zum Abschied“, in dem er den Vorwurf, daß auch der FU-SPIEGEL „plötzlich blinde Flecken zeigt“, zurückweist. (Vgl. Zeittafeldatum vom 3. Mai und Juni 1965)

Dok. 416

Konstituierung der Stellenbewertungskommission auf Beschluß des Kuratoriums der FU. Mitglieder: Landesarbeitsgerichtsdirektor i. R. Larsen (Vorsitzender), ein Vertreter der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Kunst, ein Vertreter der Senatsverwaltung für Inneres, der Kurator und ein Vertreter des Personalrats der FU. Die Aufgabe der Kommission soll sein die Bewertung von Beamten-, Angestellten- und Arbeiterplanstellen aufgrund des Geschäftsverteilungsplanes, des Haushalts- bzw. Stellenplans und der Arbeitsplatzbeschreibung.

### 1. Juli 1965

In einem Flugblatt unterstützt der RCDS die Demonstration am Abend und weist darauf hin, daß die „Aktion 1. Juli“ auf Initiative eines RCDS-Mitgliedes zurückgehe.

Dok. 417

Der AStA der FU veröffentlicht im „FUspiegel Information für die Studentenschaft“ (hierbei handelt es sich um ein parallel zum „FU-SPIEGEL“ herausgege-

benes hektographiertes Informationsblatt) eine Liste mit den Namen der Professoren, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und Organisationen, die die „Aktion 1. Juli“ unterstützen.

Der Landesverband Berlin im VDS veranstaltet ein Demonstration vom Steinplatz zum Wittenbergplatz unter dem Motto „Aktion 1. Juli — Bildung in Deutschland“. An dem Protestmarsch nehmen mehr als 10 000 Berliner Studenten teil mit Transparenten: „Was für die Bauern recht ist, ist für die Bildung billig“, „Deutscher Michel — Hilfsschüler der EWG“, „Schlechte Schulen garantieren manipulierbare Wähler“ und „Lieber Onkel Lübke, ich will nicht in die Zwergschule“. Auf der Abschlußkundgebung sprechen der 1. Vorsitzende des VDS-Landesverbandes Berlin, Wolfgang Roth, der designierte Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, der Chefredakteur der Illustrierten „Stern“, Henri Nannen, und das Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der IG-Metall, Georg Benz. Roth fordert die Berliner Studenten auf, für die Beseitigung des Bildungsnotstandes mit der gleichen Leidenschaft anzutreten, mit der die geplanten Notstandsgesetze diskutiert und bekämpft werden. Nannen greift den Bundespräsidenten, Dr. h. c. Heinrich Lübke, scharf an, weil er die Zwergschulen als einen „entscheidenden bildungspolitischen Faktor“ erhalten möchte. „Sauerländische Maßstäbe“ dürften in der bildungspolitischen Planung der BRD nicht für weitere zwanzig Jahre ausschlaggebend sein. Prof. Lieber fordert eine „weitgehende Demokratisierung des Bildungswesens“ und „Chancengleichheit für Arbeiterkinder“. Der Sprecher der IG-Metall, Benz, ruft „alle fortschrittlichen Kräfte der Bundesrepublik“ auf, sich gemeinsam um eine Beseitigung des Bildungsnotstandes zu bemühen. Benz fordert ein ausreichendes Ausbildungshonorar für alle Schüler und Studenten von der Beendigung der Schulpflicht an.

Der Bundeskanzler Prof. Dr. Ludwig Erhard verurteilt vor dem „Deutschen Handwerkstag“ in Bonn die studentischen Demonstrationen. Er habe erklärt, daß mit dem Begriff „Bildungsnotstand“ ein „ungeheurer Unfug“ getrieben werde. Früher hätten die Familien für das Studium ihrer Kinder Opfer gebracht und deshalb auch eine „gute Familienpolitik“ getrieben. Heute werde besonders von den Studentenfunktionären „alles vom Staat“ verlangt und die Jugend zu einer „unberechtigten Skepsis gegenüber dem Staat“ erzogen.

Pressekonferenz der GSG im IG-Metall-Jugendheim Pichelsee. Georg Benz begrüßt die studentischen Demonstrationen und weist darauf hin, daß die Industriegewerkschaften, genauso wie der VDS, mit denselben politischen Schwierigkeiten kämpften, wenn es um Reformen im Bildungswesen gehe. Der Sprecher der GSG, Hubert Borns, fordert vom Bund und von den Ländern einen Ausbau des „2. Bildungsweges“, um wenigstens so Jugendlichen aus Arbeiterfamilien noch eine Chance zu schaffen, sich zu qualifizieren.

Die „IX. Weltjugendfestspiele für Solidarität, Frieden und Freundschaft“ werden um ein Jahr auf den Sommer 1966 verschoben. (Vgl. Zeittafeldatum vom 19. Juni 1965)

Die chinesische Volksbefreiungsarmee schafft die Rangabzeichen und die Spezialuniform für höhere Offiziere ab. Der politischen Ausbildung, vornehmlich durch intensive Studien der militärtheoretischen Werke Mao Tse-tungs, soll zukünftig Priorität eingeräumt werden.

### 2. Juli 1965

Der AStA der FU beschließt, zusätzlich zu den Sitzungen zweimal in der Woche halbstündige Lagebesprechungen durchzuführen.

### 3./4. Juli 1965

Wochenendseminar der Deutsch-Israelischen Studiengruppe (DIS) an der FU im Klubhaus der FU zum Thema „Der Israelisch-Arabische Konflikt“. Referenten sind Dr. Günther Oldenbruch zum Thema „Die arabische Emanzipationsbewegung“, Wolfgang Lüder (LSD) „Politisch-soziale Probleme der arabischen Welt, dargestellt am Beispiel Ägyptens“, Dr. Dieter Liepe „Entstehung des Flüchtlingsproblems“ und Heinz Wewer „Der Israelisch-arabische Konflikt“.

## 5. Juli 1965

Vertagte 7. Sitzung des 17. Konvents der FU. Der Konvent empfiehlt dem Akademischen Senat die Zulassung der Humanistischen Studentenunion (HSU) als förderungswürdige studentische Gemeinschaft an der FU.

Nach einem ausführlichen Bericht von Prof. Ziebur zur „Angelegenheit Krippendorff“ beschließt der Konvent nach Anraten des Dekans der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, Prof. Dr. Rudolf Schlicher, noch keinen entgeltigen Beschluß hierzu zu fassen, sondern eine ad-hoc-Untersuchungskommission zu bilden mit dem 1. Konventsvorsitzenden, dem 1. AStA-Vorsitzenden, den beiden Wahlseparatoren im Akademischen Senat, Herrn Heuer als Beauftragtem der Fakultätssprecher und Herrn Börnsen als Beauftragtem der Fachschaftsvertretung des OSI als Mitglieder.

Konventsabgeordnete des RCDS und der Korporierten stellen gegen den 1. AStA-Vorsitzenden Wolfgang Lefèvre einen Mißtrauensantrag, der mit 24:17:3 Stimmen abgelehnt wird. Die „rechte“ Konventsfraktion kritisiert die Wohnheimpolitik, die Hochschulpolitik und die Zustimmung des AStA zum Plan des VDS-Landesverbandes Berlin, die Pädagogische Hochschule an die FU anzugliedern.

Der Außenausschuß des Konvents wird beauftragt, nachzuprüfen, wie sich der AStA gegenüber Einladungen zu den Weltjugendfestspielen — falls solche erfolgt seien — verhalten hat.

## 5./6. Juli 1965

Mitglieder des SDS, LSD und SHB stören im Filmtheater „City“ am Tauentzien durch Zwischenrufe und Pfiffe die Vorführung des südafrikanischen pro-Apartheid-Farbfilms „Vom Assegai zum Speer“. Der Film läuft in der „Repräsentationsshow der Nationen“, einem offiziellen Beiprogramm der XV. Filmfestspiele. Die Polizei schreitet mehrfach ein und nimmt mehrere FU-Studenten fest. Da die Proteste zunehmen, muß der Film von der Festspielleitung abgesetzt werden.

## 5.—19. Juli 1965

Der Schriftsteller Günter Grass wirbt für die SPD in 13 Universitätsstädten und fordert die Studenten auf, „weder die DFU noch Rechtsparteien“ zu wählen. Die Hochschulgruppen des SHB und des LSD unterstützen die Wahlkampfkampagne. (Vgl. Zeittafeldatum vom 19. September 1965)

## 7. Juli 1965

Sitzung der Philosophischen Fakultät der FU. Zur Tagung der Deutschen Burschenschaften in Berlin beschließt die Fakultät eine Vorlage der Studentenvertretung: Die Philosophische Fakultät bekräftigt ihren positiven Beschluß zur Urabstimmung der Studentenschaft vom Februar 1963. Die Fakultät lehnt es ab, sich bei der Hochschulreform an Traditionen und Zielen der schlagenden Verbindungen zu orientieren. Sie bedauert, daß durch das Auftreten des Rektors der FU (in der Eigenschaft als Vorsitzender der Landesrektorenkonferenz) auf dem Burschenschaftstreffen der Eindruck entstehen konnte, die Haltung der FU gegenüber den schlagenden Verbindungen habe sich geändert. Weiterhin distanziert sich die Philosophische Fakultät von den Äußerungen des Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz.

## 8. Juli 1965

Besprechung zwischen den Sozialreferenten der FU, TU, der Pädagogischen Hochschule und dem Senatsdirektor Wehlitz des Senators für Arbeit und Soziale Angelegenheiten. Wehlitz verweist auf das Schreiben des Senators vom 16. März 1965 und nennt die finan-

zielle Unterstützung aus den Mitteln des Senators „eine wesensfremde Aufgabe“. Er empfiehlt dem AStA, andere Quellen für die Weihnachtsbeihilfe zu erschließen. Er bestreitet nicht die soziale Notwendigkeit, eine Weihnachtsbeihilfe auch für Honnef-Stipendiaten zu zahlen, meint nur, daß man die Vertretung am besten dadurch zwingen könne, neue Quellen zu erschließen, indem man die Beihilfe aus dem derzeitigen Fonds streiche. Senatsdirektor Wehlitz empfiehlt den Sozialreferenten, bei den Bundestagsfraktionen vorstellig zu werden, um ein solches Gesetz zu erwirken. (Vergleiche Zeittafeldatum vom 16. März, 25. November, 1. und 6. Dezember 1965)

## 9. Juli 1965

Die Presseabteilung der CSU-Landesleitung erklärt in einer Presseerklärung, daß die „demokratischen Kräfte der Bundesrepublik“ mit großer Besorgnis die Vorgänge an der Freien Universität Berlin verfolgten, wo der „der SPD nahestehende Allgemeine Studentenausschuß prominente Kommunisten des sowjetzonalen Gewaltregimes zu Vorträgen für die freie Akademische Jugend Berlins“ habe einladen wollen und nur aufgrund des Drucks der öffentlichen Meinung dieses „Propagandaunternehmen“ aufgegeben worden sei. Die Einladung des AStA der FU Berlin „an die prononcierte sowjetzonale Kommunistin Gisela May, die seinerzeit den Bau der Mauer als eine dem Frieden dienende Maßnahme wärmstens begrüßte“, sei eine „ungeschminkte Konspiration mit den Feinden eines freien Deutschlands“. Die CSU-Pressestelle sieht in diesen „kommunistischen Konspirationsversuchen“ einen Beweis, daß es der illegalen KPD gelinge, „linksradikale SPD-Kreise“ zu infiltrieren und fordert die Bundesregierung auf, „verschärfte Schutzmaßnahmen“ gegen die „Aufweichung und Umgehung des Verbots der kommunistischen Betätigung“ zu ergreifen. (Vergleiche Zeittafeldatum vom 1. April, 13. und 23. Mai, 15. und 25. Juni 1965 und 20. Januar 1966).

Die 54. Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK) in Clausthal-Zellerfeld stellt in einer Entschließung fest, daß unter den obwaltenden Umständen kaum noch Hoffnung bestehe, daß das Hochschulwesen den künftigen verstärkten Studentenzahlen angepaßt werden könne. Die Universitäten müßten die Verantwortung für alle Konsequenzen ablehnen, die sich aus der Verzögerung der Hochschulbauten ergäben. Die Rektoren erheben „schärfsten Protest“ dagegen, daß die geforderten Mittel für die „Deutsche Forschungsgemeinschaft“ und die „Max-Planck-Gesellschaft“ erst zu knapp einem Drittel (60 Millionen DM werden gefordert) vom Bund akzeptiert worden sei, während „für andere Staatszwecke Steuermittel in Größenordnungen von mehreren Milliarden DM für die Zukunft festgelegt“ würden. Außerdem empfiehlt die Plenarversammlung der Rektorenkonferenz die Einführung einer befristeten Immatrikulation. Die Zulassung zum Studium soll nur noch für die Dauer der in der Prüfungsordnung der betreffenden Fachrichtung festgelegten Mindeststudienzeit plus zwei Semester erfolgen. Nach Ablauf dieser Zeit soll die Immatrikulation erlöschen. (Vergleiche Zeittafeldatum vom 17.—19. Juli 1965 und 14. Mai 1966).

## 9./10. Juli 1965

Die FU-Hochschulgruppen der DIS, ESG, HSU, LSD, RCDS, SHB, SDS und Argument-Club veranstalteten eine gemeinsame Vortrags- und Diskussionsreihe zum Thema „Freie Universität — Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden?“ Die Veranstaltungen finden im Auditorium maximum der FU statt. Zum ersten Thema „Die Stellung der Studentenschaft in der Geschichte der FU“ referieren Martin Schmidt (1. AStA-Vorsitzender von Mai 1958 bis April 1959) und Prof. Dr. Georg Kotowski (Mda, CDU). Anschließend findet eine Diskussion statt. Zum zweiten Thema „Berliner Modell — Anspruch und Wirklichkeit“ diskutieren Peter Müller (DIS, ESG, 1. AStA-Vorsitzender von November 1961 bis Februar 1962) und Franz Kirchberger (Sprecher der Juristischen Fakultät der FU, Mitglied einer nicht schlagenden katholischen Verbindung) unter der Leitung von Dr. Hans Dieter Reif (Mda, FDP). Über das dritte Thema „Satzungslage — wie weit reicht die

studentische Selbstverantwortung?“ referieren Prof. Dr. Karl August Bettermann und Ulrich K. Preuß (SDS), die Diskussion leitet Prof. Dr. Kurt Sontheimer.  
Dok. 418 und Dok. 419

#### 10. Juli 1965

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der AStA beauftragt den Finanzreferenten, stud. rer. pol. Ulrich H. Ströhle, den Sozialreferenten, stud. phil. Peter Dehn, und den Studenten Klaus Allerbeck, die juristischen Fragen einer eventuellen einstweiligen Verfügung gegen die Presseerklärung der CSU vom 9. Juli 1965 mit einem Rechtsanwalt zu klären und die einstweilige Verfügung gegebenenfalls zu beantragen.

In einem Brief des Rektorats wird Dr. Krippendorff die Nicht-Verlängerung des Anstellungsverhältnisses offiziell mitgeteilt.

#### 11. Juli 1965

Die DDR-Wochenzeitung für Kulturpolitik, Kunst und Wissenschaft „Sonntag“ veröffentlicht einen Artikel über Prof. Dr. Hans Knudsen (FU) mit der Schlagzeile „Verbindungsmann“ Knudsen — Sonntag-Dokumentation mit unveröffentlichten Materialien über einen ‚kleinen Nazi‘ mit großer Position in Westberlin“. (Vergleiche Zeittafeldatum vom 20. Dezember 1964, 12., 24., 27., 28. und 29. März und 1. April 1965).

#### 12. Juli 1965

Der ehemalige philippinische Präsident der UNO-Vollversammlung, General Carlos P. Romolo, spricht im Otto-Suhr-Institut zum Thema „Die Beziehungen der Philippinen zu den USA“. Romolo behauptet, daß die Volksrepublik China unter Mao Tse-tung an den Reisvorkommen in Vietnam interessiert sei und deshalb die FLN politisch unterstütze. Romolo vertritt in diesem Zusammenhang die Ansicht, daß der Parteivorsitzende der KPCh, Mao Tse-tung, durch „Besuche in der westlichen Welt erzogen werden könne, wie es schon vor einigen Jahren mit dem ehemaligen sowjetischen Ministerpräsidenten Nikita Chruschtschow“ geschehen sei.

#### 13. Juli 1965

Flugblatt aller politischen (und eines Teils der anderen) studentischen Vereinigungen an der FU. Der Rektor wird aufgefordert, seine Entscheidung im Fall Krippendorff öffentlich zu vertreten und den Anstellungsvertrag zu verlängern. (Durch dieses Flugblatt wird der „Fall Krippendorff“ erst öffentlich bekannt.)  
Dok. 420

Der Senat von Berlin beschließt einen Landeszuschuß für die Freie Universität in Höhe von DM 106 600 000,—. (Der Entwurf des Haushaltsplans 1966 war mit einem Zuschußbedarf von DM 110 868 350,— aufgestellt worden.)  
(Vgl. Zeittafeldatum vom 19. Juli 1965)

8. ordentliche Sitzung des 17. Konvents der FU. Nach eingehender Diskussion, an der sich vor allem auch Prof. Dr. Otto Heinrich von der Gablentz als Gast beteiligt, beschließt der Konvent einstimmig eine Vorlage der Kommission zur Verfolgung der Vorgänge um die Entlassung Dr. Krippendorffs, in der der Vorschlag, Dr. Krippendorff ein Habilitationsstipendium zu ermöglichen, als nicht geeignet erachtet wird, „die erneute Vertrauenskrise zwischen Universität und Rektorat zu beheben“: 1. Krippendorff werde nicht von dem Vorwurf entlastet, er habe das Ansehen der Universität vorsätzlich schädigen wollen. 2. Die Strafe der de-facto-Entlassung stehe in keinem Verhältnis zu den Krippendorff vorgeworfenen Fehlern. Z. B. habe Prof. Bettermann auf dem Burschenschaftstag das Ansehen der FU

„in einem bisher nicht gekannten Ausmaß“ geschädigt, ohne daß so schwerwiegende Konsequenzen auch nur erwogen worden wären.

Dok. 421

Bei der feierlichen Eröffnung des 20. Studentenparlaments der Technischen Universität nimmt der Rektor der TU, Prof. Dr. Paul Hilbig, Stellung zu Fragen der studentischen Selbst- und Mitverwaltung und des rektoralen Hausrechts. Prof. Hilbig verwirft „jegliche Willkür in der Wahrnehmung des Hausrechts“, verlangt aber gleichzeitig von der TU-Studentenvertretung, daß sie bei geplanten Vortragsveranstaltungen — der Wahl des Themas und des Redners — einer möglichen Schädigung des Ansehens der Universität vorbeugen. Derartige geplante Veranstaltungen sollen Prof. Hilbigs Ansicht nach „rechtzeitig mit dem Rektor erörtert und geklärt werden“.

#### 14. Juli 1965

Jour fixe des SDS über die „neuesten Entwicklungen in Vietnam und die Möglichkeiten des SDS“. Jürgen Horlemann und Erik Nohara berichten über die Arbeit an der geplanten Vietnam-Dokumentation und -Ausstellung.

#### 15. Juli 1965

Auf der 2. außerordtl. Vollversammlung der Fachschaft Politologie verabschieden die Studenten des OSI eine Protestresolution gegen die „völlig unbefriedigende, wenngleich als Kompromiß sich gebende Behandlung der Angelegenheit Dr. Krippendorff durch den Rektor der FU, Prof. Lüers“. Die Studentenschaft des OSI stellt sich hinter die einstimmig verabschiedete Stellungnahme des Konvents vom 13. Juli 1965 und protestiert gegen die Arbeit des Vermittlungsausschusses. Ein Vertreter der SDS-Gruppe am OSI erklärt, daß Prof. Lüers für das kommende akademische Jahr als Prorektor für die Studentenschaft nicht mehr tragbar sei, denn er habe „das Ansehen der Universität geschädigt“. Der SDS-Sprecher schlägt vor, weitere Vorlesungen zu bestreiken und einen Sitzstreik vor dem Henry-Ford-Bau zu organisieren, falls der Akademische Senat nicht bald eine befriedigende Antwort in der Angelegenheit Dr. Krippendorff finde. Während der Versammlung wird bekannt, daß sieben Professoren des OSI in einem Brief den Rektor gebeten haben, seine Entscheidung, den Assistentenvertrag von Dr. Krippendorff nicht zu verlängern, rückgängig zu machen.

Ähnliche Entschließungen werden von 43 Assistenten des John F. Kennedy-Instituts und des Instituts für Politische Wissenschaft gefaßt.

(Vgl. Zeittafeldatum vom 18. Mai 1965)

Der Vorsitzende des Konvents der FU stellt den Mitgliedern des Lehrkörpers den Vorabdruck eines Artikels von Prof. Dr. Otto Heinrich von der Gablentz in der „ZEIT“ zum Fall Dr. Krippendorff zu. Von der Gablentz schreibt, Rektor Lüers habe — sicher ohne bösen Willen und ohne zu verstehen, in welche Schwierigkeiten er sich verwickelte — die Universität in eine schwere Krise gestürzt“. Er gibt einen kritischen Ablauf der Ereignisse von der „Kuby-Krise“ über die Tagung der Burschenschaften zum Fall Krippendorff. In letzterem Fall werde Rechts- und Behördenzuständigkeit verwechselt. „E ist ein Unterschied, ob jemand Unrecht tut oder unkorrekt handelt.“ Die Denkweise des Rektors und der Professoren, die sich vor ihn stellten, sei „charakteristisch für jenes ‚Staatsbewußtsein‘, mit dem die Deutschen sich den Nationalsozialismus gefallen ließen, weil er angeblich legitim war und ‚Ordnung schaffte‘“. In Berlin sei die „Autorität des Amtes... durch die ungeschickte Haltung des Amtsträgers in Mitleidenschaft gezogen“. (Dieser Artikel wird — leicht gekürzt — in Nr. 30 der Wochenzeitung „DIE ZEIT“ vom 23. Juli 1965 unter dem Titel „Die Überschätzung der Autorität“ veröffentlicht.) (Vgl. Zeittafeldatum vom 19. und 23. Juli 1965)

Dok. 422

„Offener Brief“ von Marburger Professoren und Assistenten an den Rektor der FU, Prof. Dr. Herbert Lüers: „Ew. Magnifizenz, Sie haben die Verlängerung des Dienstvertrages des wissenschaftlichen Assistenten Dr. E. Krippendorff verweigert, weil er in einem Artikel im Spandauer Volksblatt eine falsche Behauptung veröffentlichte. Ohne Zweifel hat sich Herr Krippendorff eine Verfehlung zuschulden kommen lassen. Wir sind allerdings der Meinung, daß Ihre Maßnahme in keinem Verhältnis zu der Verfehlung steht. Es ist nicht zu verantworten, die wissenschaftliche Karriere eines befähigten Wissenschaftlers zu vernichten, der sich einer politisch-journalistischen Verfehlung schuldig machte, für die er sich gebührend entschuldigte...“ Der offene Brief ist unterschrieben von Prof. Dr. E. Matthias, Prof. Dr. H. Maus, Prof. Dr. W. Abendroth, Dr. L. Abertin, Dr. H.-G. Schumann, Dr. W. Link, H. Weber, S. Grimm, R. Schmiederer, R. Kühnl, U. Schmiederer, R. Griepenburg, J. Kammler und S. Pausewang.

#### 16. Juli 1965

Vollversammlung aller Fakultäten der FU im Auditorium maximum mit über 1000 FU-Studenten, Assistenten und Professoren, unter ihnen der Dekan der philosophischen Fakultät, Prof. Dr. Werner Philipp, und der Geschäftsführende Direktor des OSI, Prof. Dr. Kurt Sonthheimer. Es wird die Forderung nach Rücktritt des amtierenden FU-Rektors Prof. Dr. Herbert Lüers erhoben. Prof. Dr. von der Gablentz erklärt, daß es in der gegenwärtigen Krise nicht mehr allein um den „Fall Krippendorff“ oder um den „Fall Kuby“ gehe, sondern daß das Ansehen der Freien Universität „aufs schwerste gefährdet sei“. Die Entscheidung des Rektors, den Vertrag des Assistenten Dr. Krippendorff wegen der — von ihm selbst widerrufenen — Äußerung nicht zu verlängern, verstoße „gegen alle Regeln der Billigkeit“. Der neue Rektor werde die Aufgabe haben, die Dinge wieder ins rechte Licht zu rücken. Die gegenwärtige Krise an der FU müsse nicht um der „Autorität des gegenwärtigen Rektors“ willen überwunden werden, sondern „um der weiteren Existenz der FU willen“. Der Sprecher der Assistentenschaft betont, daß die Lehr- und Forschungsarbeit der Assistenten an der FU durch die Entscheidung des Rektors stark beeinträchtigt sei. Hier böten sich deutliche Anzeichen eines „obrigkeitsstaatlichen Denkens“, das für die Zukunft der Universität gefährlich sei. Die FU sei ausschließlich durch Aktionen des Rektors in ihrem Ansehen geschädigt worden, da alle Handlungen der Studentenschaft und auch der Professoren und der Assistenten nur Reaktionen auf die Handlungsweise des Rektors seien. Ein Sprecher des Rektorats erklärt gegenüber dem „Tagesspiegel“, daß der Rektor, Prof. Dr. Herbert Lüers, die Demonstration „ruhig und gelassen“ aufgenommen habe. Er lehne jeden Gedanken an einen Rücktritt ab und billige die Vollversammlung aller Fakultäten der FU in ihrer Tendenz nicht.

SDS-Veranstaltungen über die neue „Familiengesetzgebung in der DDR“ mit drei Referenten aus der DDR von der „Vereinigung demokratischer Juristen Deutschlands“.

#### 17. Juli 1965

In einem Schreiben an den Rektor der FU erklärt der Publizist Erich Kuby seine Äußerungen über die FU vom 12. Juni 1958. Es sei ihm nie in den Sinn gekommen, die FU als genauso „unfrei“ zu bezeichnen, wie die Humboldt-Universität. „Es mußte aber, so denke ich, nach einiger Zeit der Augenblick kommen, wenn die westberliner Universität in aller Form konstituiert und als dauernde Einrichtung gesichert war, in dem die Politik der Bezeichnung hätte erspürt werden müssen, der-

gestalt, daß man sich auch in diesem Sinne von dem Herkunftsinstitut, der Humboldt-Universität, freigemacht hätte und einen Namen gefunden hätte, wie, sagen wir: Freiherr-vom-Stein-Universität oder ähnliches.“ (Der Rektor akzeptiert diese Interpretation und teilt Erich Kuby mit, daß mit dieser Erklärung die Gründe beseitigt seien, die für seine Entscheidung und die seines Amtsvorgängers maßgebend gewesen seien.) (Vgl. Zeittafeldatum vom 12. Juni 1958, 30. März, 7. und 8. April, 11. und 17. Mai und 6. Oktober 1965)

Dok. 423

Ordentliche SDS-Landesvollversammlung. Zum neuen 2. Landesvorsitzenden wird Christian Gizewski (FU) gewählt. (Ein neuer 1. Vorsitzender wird nicht gewählt.) Die Mitglieder des neugewählten Landesbeirats sind: Bernhard Blanke, Rudi Dutschke, Tilman Fichter, Ursel Henning, Jürgen Horlemann, Klaus Gilgenmann, Bernd Rabehl, Gerald Scheidler und Wolfgang Schwiedrzyk. Pressereferent wird Jürgen Treulieb. Der Landesbeirat soll kein Geschäftsorgan sein, sondern die „notwendige differenzierte Diskussion über die grundsätzliche Konzeption der künftigen organisatorischen politischen Praxis“ organisieren. Die Landesvollversammlung beschließt die Durchführung folgender Arbeitskreise für das Wintersemester 1965/66: Ökonomie, Kritische Theorie heute, Hochschulpolitik, Neokolonialismus, Literatur und Gesellschaft in der DDR. (Vgl. Zeittafeldatum vom 1. Oktober 1965)

#### 17.—19. Juli 1965

Außerordentliche VDS-Mitgliederversammlung in Hamburg. Die MV protestiert gegen die Empfehlung der 54. Westdeutschen Rektorenkonferenz, die Studiendauer auf die vorgeschriebene Mindestsemesterzahl plus 2 Semester zu begrenzen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 9. Juli 1965)

#### 19. Juli 1965

119. Sitzung des Kuratoriums der FU. Das Kuratorium beauftragt den Kurator, den mit einem Zuschußbedarf von DM 110 868 350,— aufgestellten Entwurf des Haushaltsplans 1966 auf einen Zuschußbedarf von DM 106 600 000,— abzuändern und neu vorzulegen. Das Kuratorium beschließt die Errichtung eines III. Physikalischen Instituts an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät, die Errichtung eines Instituts für angewandte Statistik an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät sowie eines „Aristoteles-Archivs“ als unselbständiger Abteilung am Seminar für klassische Philologie der FU.

Das Kuratorium stimmt der Annahme einer Spende der Stiftung Volkswagenwerk in Höhe von DM 750 000,— für Neubau von zwei Gästehäusern der FU zu und beauftragt den Kurator, die Baudurchführung zu veranlassen. (Finanzielle Auswirkungen auf den Haushaltsplan der FU ergeben sich nicht, da sichergestellt sein muß, daß die Erträge die Aufwendungen decken.)

Brief des „Altrektors“ der FU und Professor für Pharmazeutische Chemie, Prof. Dr. Gerhard Schenck, an den Vorsitzenden des Konvents der FU, Wolfgang Pollak, als Antwort auf den Brief des Konvents an die Mitglieder des Lehrkörpers vom 15. Juli 1965. Schenck sieht sowohl in der Tatsache, daß der Konvent über die Gründe für die Entscheidung des Rektors im Fall Krippendorff diskutiert hat, als auch in der Beteiligung von Prof. von der Gablentz an dieser Diskussion und in der Veröffentlichung seiner Vorstellungen in der Wochenzeitung „DIE ZEIT“ einen Mißbrauch der Freiheit und der Rechte, die die Satzung — ein „Geschenk des Landes Berlin an die FU“ — ihnen zugesteht. Der Konvent und Prof. von der Gablentz hätten dadurch dazu beigetragen, daß die FU in eine schwere Krise geraten sei. Außer den Mitgliedern der Juristischen Fakultät und der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät sei das „Geschenk“ an Laien gegenüber

der Akademischen Selbstverwaltung gemacht worden. „Die oberste Aufgabe gerade für Laien ist dabei die unbedingte Respektierung der gegebenen Ordnung...“

Dok. 424

Die Professoren Ernst Fraenkel und Kurt Sontheimer stellen den Professoren der FU, dem AStA- und 1. Konventsvorsitzenden und den beiden studentischen Wahlsekatoren im Akademischen Senat eine Antwort auf den Aufsatz vom Prof. Dr. von der Gablentz zusammen mit dem „Offenen Brief“ von Prof. Dr. Gerald Stourzh zu. (Beide werden mit der Bitte um Veröffentlichung ebenfalls an die Wochenzeitung „DIE ZEIT“ gesandt.)

Fraenkel und Sontheimer wenden sich gegen die Ausführungen von Prof. von der Gablentz, die geeignet seien, „die Studenten zu unüberlegten Schritten zu ermuntern“. Es habe sich im Fall Krippendorff um mehr als „unkorrektes Verhalten“ gehandelt, und er sei kein Testfall für die Freiheit der Meinungsäußerung. Von der Gablentz könne der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß er elementare Prinzipien des Rechtsstaates verkenne. (Der Artikel wird — gekürzt — abgedruckt in der Nummer 30 der Wochenzeitung „DIE ZEIT“ vom 23. Juli 1965 unter dem Titel „Kein Testfall der Meinungsfreiheit.“) (Vgl. Zeittafeldatum vom 15. und 23. Juli 1965)

Dok. 425

Prof. Stourzh weist in seinem „Offenen Brief“ darauf hin, daß es Professoren gebe, die einerseits das Verhalten des Rektors auf der Tagung der Burschenschaften entschieden kritisierten, andererseits jedoch die im Fall Krippendorff gefundenen Lösungen unterstützten. Er erklärt sich mit der Stellungnahme der Professoren Fraenkel und Sontheimer solidarisch. Prof. von der Gablentz trüge zu einer Frontenbildung zwischen „Reaktionären“ und „Progressiven“ bei (Entscheidung entweder für Burschenschaften und gegen Krippendorff oder gegen Burschenschaften und für Krippendorff), der er sich nicht einordnen werde. (Dieser „Offene Brief“ wird in der Wochenzeitung „DIE ZEIT“ Nummer 31 vom 30. Juli 1965 veröffentlicht, ohne den ersten Absatz, in dem Prof. Stourzh von der Gablentz falsche Dateneinordnungen nachweist.)

In einer Presseerklärung protestieren die Studentenverbände SDS, LSD, SHB und HSU gegen die geplante Abschiebung des peruanischen Studenten der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der FU, Salomon Espinoza Quiros. (Gegen Espinoza Quiros hatte die Staatsanwaltschaft Hannover im Jahre 1961 gegen des „Verdachts kommunistischer Betätigung unter spanischen Gastarbeitern“ ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Zeitweilig studierte Espinoza Quiros in Dresden und erhielt durch den Bundesstudentenring ein Stipendium für das Wintersemester 1963/64. Da er aber von der West-Berliner Ausländerpolizei wegen der Ermittlungen gegen ihn in Hannover keine Aufenthaltsgenehmigung für West-Berlin erhielt, konnte er sein Studium an der FU nicht regelmäßig durchführen. Schließlich schickte die Deutsche Ausländerpolizei Espinoza Quiros zu einem alliierten Geheimdienst, der von dem vom Bundesstudentenring aus Dresden abgeworbenen peruanischen Studenten Spionageberichte über Lateinamerikanische Studenten in der DDR, besonders über venezolanische Kommilitonen verlangte. Der Peruaner lehnte ab. Schließlich wurde Espinoza Quiros wegen illegalen Aufenthalts in Untersuchungshaft genommen.) Die Studentenverbände wollen, falls Espinoza Quiros abgeschoben wird, alle „ausländischen Studenten auffordern, an der FU keine Vorlesungen über Politik mehr zu besuchen und sich an keinen politischen Veranstaltungen und Diskussionen mehr zu beteiligen“, da nur „die Sicherheit solcher ausländischer Studenten in West-Berlin gewährleistet ist, die von vorneherein der Politik der Bundesregierung mehr als loyal gegenüberstehen“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 31. Juli 1965, 15., 20., 22. und 24. Februar 1967)

Der VDS protestiert gegen den Beschluß der 54. Westdeutschen Rektorenkonferenz vom 9. Juli 1965 in Clausthal-Zellerfeld. „Der VDS hat stets eine Straffung und Intensivierung des Studiums gefordert. Er hat jedoch immer darauf hingewiesen, daß nur die Verbesserung der materiellen Studienbedingungen und die Beseitigung der Hemmnisse in den Studiengängen die Ursache einer Studienzeitverlängerung beheben können.“

20. Juli 1965

Außerordentliche Sitzung des Akademischen Senats der FU. Nach Unterrichtung durch den Rektor, die Dekane Schilcher und Philipp und den Universitätsdirektor Völz beschließt der Akademische Senat bei einer Gegenstimme eine Erklärung zum Fall Krippendorff, die den Mitgliedern des Lehrkörpers, der Wochenzeitung „DIE ZEIT“, den Mitgliedern des Kuratoriums sowie den Professoren der politischen Wissenschaft in Marburg und Gießen übermittelt und durch Aushang im Universitätsgelände der FU den Studenten bekannt gemacht werden soll. Die Erklärung weist einige Angriffe des für die Ausgabe der Wochenzeitung „DIE ZEIT“ vom 23. Juli 1965 vorgesehenen Artikels von Prof. Dr. Otto Heinrich von der Gablentz zurück und unterstellt diesem, die Unwahrheit gesagt zu haben. Der Akademische Senat stellt sich in wesentlichen Punkten hinter den Rektor. (Vgl. Zeittafeldatum vom 15., 19. und 23. Juli 1965)

In einem weiteren Beschluß (mit zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung) präzisiert der Akademische Senat die rechtliche Grundlage und Bedeutung der Entscheidung des Rektors im Fall Krippendorff und mißbilligt die Versuche, den Rektor zu einer Änderung zu nötigen. Zur Vermeidung von Störungen der akademischen Ordnung und des Arbeitsklimas sollen sich „auch AStA und Konvent in den Grenzen ihrer satzungsmäßigen Zuständigkeit halten“.

Dok. 426

Um 18.05 Uhr wird die Sitzung wegen der für 18.00 Uhr anberaumten Pressekonferenz auf den nächsten Tag vertagt. Prof. von Friedeburg wird vom Akademischen Senat beauftragt, in Gesprächen mit den Professoren von der Gablentz und Ziebur zu erfragen, ob diese die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen sich beantragen wollen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 21. Juli 1965)

Pressekonferenz des Rektors der FU, Prof. Dr. Herbert Lüers, und der Mitglieder des Akademischen Senats. Der Rektor erläutert den Beschluß des Akademischen Senats und erklärt, daß der Allgemeine Studentenausschuß und der Konvent der FU durch „Fehlinterpretationen und falsche Informationen“ in letzter Zeit den „Ruf der Freien Universität“ gefährdet und die „akademische Freiheit der FU in Frage gestellt“ hätten.

SDS-Veranstaltung zum Thema „Die sozialistische Leitung der Industrie und die innerbetriebliche Demokratie in der DDR“. Referent ist Werner Weigelt (DDR).

21. Juli 1965

Fortsetzung der außerordentlichen Sitzung des Akademischen Senats der FU vom Vortage. Gemäß § 7 Abs. 2 der Satzung der FU tagt der Akademische Senat ohne die Vertreter der Studentenschaft.

Der Rektor gibt die Schreiben der Professoren Dr. Otto Heinrich von der Gablentz und Dr. Gilbert Ziebur bekannt, in denen diese die Einleitung von Disziplinarverfahren gegen sich beantragen. Der Akademische Senat sieht bei beiden den Verdacht von Dienstvergehen begründet und bestellt Prof. Dr. jur. Arwed Blomeyer zum Untersuchungsführer und Prof. Dr. jur. Hermann Blei zum Vertreter der Einleitungsbehörde.

Dok. 426

Sitzung der Philosophischen Fakultät der FU. Der Dekan, Prof. Dr. Werner Philipp, teilt mit, daß Prof. Dr. Kurt Sontheimer eine Entschuldigung des Rektors akzeptiert und mit einer eigenen Entschuldigung beant-



wortet habe. Prof. D. D. D. Helmut Gollwitzer bedauert, daß die Entschuldigung des Rektors nicht an die Öffentlichkeit gedrungen sei. Er rügt am Beschluß und an der Erklärung des Akademischen Senats mehrere Formulierungen und verwahrt sich insbesondere gegen Punkt 5 des Beschlusses, wobei ihn ein Teil der Fakultät, darunter Prof. Dr. Wilhelm Weischedel, unterstützt. Unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ ermächtigt die Fakultät einstimmig den Dekan, im Akademischen Senat darauf hinzuwirken, daß künftig auf das Tragen von Talaren verzichtet werde.

Die Studentengruppen ESG, GSG, HSU, DIS und die FU-Hochschulgruppen von LSD, SHB und SDS verteilen zwei Flugblätter auf dem Campus, in denen sie sich kritisch mit den Beschlüssen des Akademischen Senats vom 20. Juli 1965 auseinandersetzen: Der Akademische Senat habe erneut gezeigt, daß er nicht als „demokratisches Kontrollorgan funktionieren kann“. Der Akademische Senat habe in seiner gestrigen Sitzung vor allem betont, daß der Rektor der FU die Dienst-eigenschaft besitze. Es sei bezeichnend, daß ausgerechnet diese „aus dem Feudalismus stammende, juristische Kategorie betont wurde.“ „Immer dann, wenn der Geist der FU verletzt wurde und es zu einem Konflikt zwischen Rektorat und Universität kam, wurden die Studenten aufgefordert, Vertrauen zum höchsten Repräsentanten der Universität zu haben.“ Die studentischen politischen Hochschulgruppen rufen die FU-Studenten auf, am 22. Juli 1965 vor dem Henry-Ford-Bau an einer Protestversammlung gegen die Beschlüsse des Akademischen Senats teilzunehmen.

In einem dritten Flugblatt, das vom Argument-Club an der FU und den „Freunden der Publizistik“ unterzeichnet ist, werden die Maßnahmen des FU-Rektors im Fall Krippendorff mit der Relegation der Studenten der Humboldt-Universität Otto Stolz, Otto Hess und Joachim Schwarz am 16. April 1948 verglichen. In dem Flugblatt wird die damalige Begründung des Rektors der Humboldt-Universität, Prof. Dr. Hermann Dersch, zitiert: „Die Studenten wurden nicht entfernt, weil sie die Verwaltung kritisieren oder im Hinblick auf ihre politische Überzeugung, sie wurden entfernt, weil sie verantwortlich zeichneten für Presseäußerungen, mit denen der Senat der Universität, der Rektor, die Unterrichtsverwaltung und die leitenden Persönlichkeiten auf unanständige Weise diffamiert wurden.“ Diesem Zitat stellen der Argument-Club und die „Freunde der Publizistik“ die Begründung des Akademischen Senats der FU gegenüber: „Der Rektor konnte den am 30. September 1965 ablaufenden Dienstvertrag mit Dr. Krippendorff nicht verlängern, weil der Assistent leichtfertig unwahre und beleidigende Behauptungen über den Rektor öffentlich verbreitet hatte, nicht weil sich Dr. Krippendorff publizistisch kritisch über die Universität geäußert hatte. Sein Verhalten stellt eine schwerwiegende Verletzung der dienstrechtlichen Verpflichtungen dar und ist weder durch die nachträgliche Berichtigung, noch durch seine Entschuldigung ausgeräumt worden.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 16., 21. und 23. April und 25. Mai 1948).

In einem Brief des Rektors „an die Vorsitzenden der DIS, ESG, GSG, HSU, SDS, SHB, Argument-Club, Freunde der Publizistik“ heißt es: „Versammlungen mit dem Ziel, die Dienstbehörden durch Drohungen oder ultimative Forderungen zu einer Entscheidung zu nötigen, sind rechtswidrig.“ Der Rektor deutet die Möglichkeit disziplinarrechtlicher und strafrechtlicher Folgen an.

Dok. 427

## 22. Juli 1965

„Der Tagesspiegel“ polemisiert in einem Leitartikel „Eine böse Stunde der FU?“ gegen das Flugblatt des Argument-Clubs und der „Freunde der Publizistik“ vom Vortage und fordert disziplinarische Maßnahmen gegen die Verfasser und Verteiler: „Das geht zu weit und das wird sicherlich ernste Folgen haben, was sogar zu hoffen ist.“

Dok. 428

Die sieben politischen Hochschulgruppen antworten in einem „Offenen Brief“ auf den Brief des Rektors vom Vortage: Es

sei die Aufgabe der politischen Studentengruppen, „hochschulpolitische Vorgänge öffentlich zu erörtern“, auch bei „Maßnahmen des Rektors“ gebe es keine Ausnahme. Der Hinweis des Rektors auf disziplinarrechtliche und strafrechtliche Maßnahmen und die Erklärung des Akademischen Senats seien kein ausreichender Beitrag, das Ansehen der Freien Universität wiederherzustellen.

Dok. 429

3. außerordentliche Vollversammlung der Fachschaft Politologie im Otto-Suhr-Institut der FU. Der erste Fachschaftssprecher, Karlheinz Reif, fordert die Politologiestudenten auf, sich an der Protestdemonstration der politischen Hochschulgruppen vor dem Henry-Ford-Bau zu beteiligen.

In einem Flugblatt warnt der RCDS die FU-Studenten vor der Teilnahme an der Protestversammlung vor dem Henry-Ford-Bau. Gleichzeitig spricht sich der RCDS gegen „weitere unartikulierte Forderungen und spektakuläre Dokumentationen“ der Studentenschaft aus, da diese nur dazu angetan seien, die „Kluft zwischen Professoren und Studenten weiter zu vertiefen“.

Um 12 Uhr mittags versammeln sich mehr als 350 FU-Studenten vor dem Henry-Ford-Bau, um gegen die Beschlüsse des Akademischen Senats vom 20. Juli 1965, die Äußerungen des Rektors der FU auf der Pressekonferenz und den Brief des Rektors vom 21. Juli 1965 zu demonstrieren. Ein Sprecher des AStA betont, daß die Studentenschaft nur in einem langwierigen Prozeß erreichen könne, daß die „Freie Universität ihren verpflichtenden Namen wieder mit Stolz tragen könne“. Entweder würde die Freie Universität „von Grund auf demokratisiert“ oder eine „entsprechende Änderung der Universitätsverfassung werde von außen oktroyiert“. Damit würde die Universität jedoch ein Großteil ihrer bestehenden Unabhängigkeit aufgeben. Die Studentenschaft habe es von nun an in der Hand, die zukünftige Entwicklung an der FU durch ihr hochschulpolitisches Engagement entscheidend mitzubeeinflussen.

Der Senator für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Werner Stein, fordert in einem Schreiben an den Akademischen Senat den AStA der FU auf, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die bestehenden Meinungsverschiedenheiten und Probleme im Zusammenwirken aller Glieder der Universität zu erörtern und zu bewältigen. „Im Hinblick auf den besonderen Charakter der Freien Universität“ würde er es bedauern, falls „ein weiteres Andauern der Unruhen Auswirkungen haben würden, die ein staatliches Eingreifen notwendig machten.“ Gegebenenfalls werde der Berliner Senat versuchen, durch seine Vertreter im FU-Kuratorium eine „Wiederherstellung der Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden“ im Sinne der Satzung der FU zu erreichen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 27. Juli 1965)

## 23. Juli 1965

Die Wochenzeitung „DIE ZEIT“ veröffentlicht die schon vorher einem beschränkten Kreis zugänglich gemachten Artikel von Prof. Dr. Otto Heinrich von der Gablentz und von Prof. Dr. Ernst Fraenkel und Prof. Dr. Kurt Sontheimer zum Fall Krippendorff. (Vgl. Zeittafeldatum vom 15. und 19. Juli 1965)

Dok. 422 und Dok. 425

Der Dekan der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der FU, Prof. Dr. Rudolf Schilder, nimmt einen an ihn ergangenen Ruf an die neugegründete Bochumer „Ruhr-Universität“ an. Schilder erklärt gegenüber dem „Tagesspiegel“: „Ich kann an der FU unter den gegenwärtigen Umständen nicht weiterarbeiten. Die Möglichkeit wissenschaftlichen Arbeitens ist insbesondere durch die Reaktion des allgemeinen Studentenausschusses, des Konvents, einiger Studentengruppen sowie weniger Professoren nicht mehr gegeben, weil die Atmosphäre zu stark vergiftet ist.“

In einem Brief „An die Mitglieder des Lehrkörpers der Freien Universität Berlin“ nehmen die Professoren Fritz Eberhard,

Helmut Gollwitzer, Rudolf Lennert, Peter Szondi, Jakob Taubes und Wilhelm Weischedel zur Erklärung des Akademischen Senats vom 20. Juli 1965 Stellung: Sie seien befremdet, daß der gleiche Akademische Senat, der sich bisher für das Vorgehen gegen Dr. Krippendorff durch den Rektor für unzuständig erklärt, der zu den öffentlichen Äußerungen eines seiner Mitglieder auf dem Treffen der deutschen Burschenschaften geschwiegen habe, jetzt als Verteidiger des Vorgehens des Rektors gegen Dr. Krippendorff auftritt und die Kritik eines Kollegen als beleidigend zurückweise. Die Unterzeichner weisen nach, daß die Behauptung, von der Gablantz habe die Unwahrheit gesagt, selbst Unwahrheit ist. Sie bedauern, daß sich der Akademische Senat in Kenntnis der Tatsache, daß ein Teil des Lehrkörpers und der Studenten die Maßnahmen des Rektors kritisch beurteile, als Repräsentant der gesamten Universität einseitig zum Sprecher einer bestimmten Auffassung gemacht und entgegengesetzte Stellungnahmen dem Verdacht der Illoyalität ausgesetzt habe. Ohne die Formen in jeder Hinsicht zu billigen, hielten sie die Stellungnahme der Studenten für berechtigt. Die Unterzeichner zeigen sich bestürzt durch das Wort „unterbinden“ und befürchten eine Verschärfung der Krise. (Vgl. 15., 19. und 20. Juli 1965)  
Dok. 430

9. ordentliche Sitzung des 17. Konvents der FU. Der Konvent beschließt eine Erhöhung der Sozialgebühren um DM 3,50 ab Sommersemester 1966.

Nach einer Rede des AStA-Vorsitzenden Wolfgang Lefèvre über die universitätsinternen Hintergründe, die für das Verhalten der maßgeblichen Personen und Gremien zu den letzten Ereignissen ausschlaggebend waren, faßt der Konvent einen Beschluß über die Weiterentwicklung des „Berliner Modells“: Das größte Hindernis bei der Lösung der auftretenden Probleme sieht der Konvent in der nur unzureichend gewährleisteten Repräsentation der Gruppen (Hochschullehrer, Assistenten, Studenten) in der Verfassung der FU: Der Hochschullehrerschaft müsse Unabhängigkeit gegenüber außeruniversitären Einflüssen garantiert sein, der Assistentenschaft müsse Mitbestimmung bei der Vorbereitung auf den Hochschullehrerberuf, der Studentenschaft die Bewältigung selbständiger wissenschaftlicher Aufgaben ermöglicht werden. Bei den divergierenden Interessen könnten die verschiedenen Gruppen nicht durch ein Gremium vertreten werden, daß sich vorwiegend aus Vertretern einer Gruppe zusammensetze.

Dok. 431 und Dok. 432

#### 24. Juli 1965

Gemeinsame Pressekonferenz der Studentenverbände LSD, SHB, SDS, HSU und DIS zu den Fällen Kuby und Krippendorff. Vertreter der politischen Studentengruppen betonen, daß die hochschulpolitische Diskussion sich nicht nur auf die „konkreten Anlässe der gegenwärtigen Krise an der FU“ konzentrieren dürfe, sondern daß die jetzt zutage tretenden Mängel an der Organisation der Universität in den Mittelpunkt der Diskussion treten müßten. Eine Demokratisierung der Freien Universität sei nur dann zu erreichen, wenn der zukünftige Rektor nicht mehr vom „Großen Akademischen Senat“, sondern „auf demokratische Weise“ von Professoren, Assistenten und Studenten gewählt werde. Diese müßten „im gleichen Verhältnis in allen akademischen Gremien vertreten sein“. Weiterhin müsse gesichert sein, daß der Rektor einer „echten parlamentarischen Kontrolle durch den neukonstruierten Senat unterworfen ist“. Die Sprecher der fünf Hochschulgruppen fordern Prof. Dr. Karl August Bettermann auf, ein Disziplinarverfahren gegen sich selbst zu beantragen, damit die Vorwürfe gegen ihn wegen seines Auftretens auf dem 10. Deutschen Burschentag geklärt würden. (Vgl. Zeittafeldatum vom 8.—12. Juni 1965)

#### 26. Juli 1965

Prof. D. Helmut Gollwitzer beginnt seine Vorlesung mit einer Einleitung, in der er dem Akademischen Senat der FU vor-

wirft, im Fall von der Gablantz gegen die Normen im Wapen der Universität — Veritas, Iustitia, Libertas — verstoßen zu haben.

Dok. 433

Die Professoren Wilhelm Emrich, Jurij Striedter, Georg Nikolaus Knauer, Eberhard Lämmert und Rudolf Kassel erklären in einem Brief an die Mitglieder des Akademischen Senats, daß sie deren Vorgehen nicht beipflichten können. Der Akademische Senat hätte ohne interne Aussprache die Erklärung abgegeben und das in dem Augenblick, in dem er dem von Prof. von der Gablantz gegen sich selbst beantragten Disziplinarverfahrens zugestimmt habe. Die Aufforderung des Rektors „die Störungen... zu unterbinden“ trüge kaum zur Ausräumung ihrer Besorgnisse bei. Die Unterzeichner drängen auf Entfernung der Plakate mit der Erklärung des Akademischen Senats. (Dieser Brief wird am 27. Juli 1965 im „Tagesspiegel“ veröffentlicht.) (Vgl. Zeittafeldatum vom 15., 20. und 23. Juli 1965)

Dok. 434

#### 27. Juli 1965

Der Berliner Senat billigt den Inhalt des Briefes des Senators für Wissenschaft und Kunst vom 22. Juli 1965 an den Akademischen Senat und den AStA der FU.

#### 28. Juli 1965

Der „Tagesspiegel“ veröffentlicht einen „Offenen Brief von 6 FU-Professoren“, in dem die Professoren Fritz Eberhard, Helmut Gollwitzer, Rudolf Lennert, Peter Szondi, Jakob Taubes und Wilhelm Weischedel Kritik am Verhalten des Akademischen Senats äußern.

Vgl. Dok. 430

Sitzung des Akademischen Senats der FU. Aufgrund des Berichtes von Prof. Dr. Rudolf Lennert beschließt der Akademische Senat eine Stellungnahme zum Entwurf über die Zusammenarbeit zwischen der Freien Universität und der Pädagogischen Hochschule Berlin zur Förderung der Lehrerbildung. Der Akademische Senat lehnt das Modell 1 (Übernahme der PH als Fakultät der FU) ab und glaubt in Modell 2 (Zusammenarbeit mit der PH bei Einzelregelungen durch Sonderabkommen) Möglichkeiten zu sehen.

Zum Tagesordnungspunkt 13 „Disziplinarverfahren“, der gemäß § 7 Absatz 2 der Satzung ohne die studentischen Senatsmitglieder verhandelt wird, beschließt der Akademische Senat absolute Vertraulichkeit. Das Verfahren gegen Prof. Dr. Gilbert Zieburra wird eingestellt. Der Akademische Senat beschließt mit 8 gegen 5 Stimmen einen Verweis gegen Prof. Dr. Heinrich von der Gablantz.

Dok. 435

(An der weiteren Sitzung nehmen die studentischen Senatsmitglieder wieder teil.)

Zum Schreiben der sechs Professoren des OSI vom 16. Juni 1965 zur Teilnahme an der Tagung der Burschenschaften gibt Prof. Dr. Karl August Bettermann eine Erklärung ab, die den im AStA-Flugblatt wiedergegebenen Wortlaut seiner Rede bestätigt und Schwerpunkte seiner Interpretation gibt.

Dok. 436

Der Dekan der Philosophischen Fakultät, Prof. Dr. Werner Philipp, nimmt in einem Schreiben an die Mitglieder der Philosophischen Fakultät zu dem (im „Tagesspiegel“ vom selben Tage veröffentlichten) Brief der 6 FU-Professoren Stellung. Prof. Philipp, der als Dekan Mitglied des Akademischen Senats ist, schließt sein Schreiben mit der Vertrauensfrage. Der Prodekan werde die Sitzung am 31. Juli 1965 mit der Abstimmung darüber beginnen.

Dok. 437

### 29. Juli 1965

Der Landesvorsitzende der Berliner CDU, Franz Amrehn, fordert die FU-Studenten auf, sich stärker an der Selbstverwaltung zu beteiligen, damit die FU nicht „linksradikalen Kräften“ überlassen werde. Der AStA der FU solle zuerst einmal die eigenen Probleme der Studenten ordnen, anstatt sich ständig in weltpolitischen Fragen zu engagieren.

### 30. Juli 1965

Die Wochenzeitung „DIE ZEIT“ veröffentlicht Erklärungen zum Fall Krippendorff: Die Professoren der Philosophischen Fakultät der FU Fritz Eberhard, Wilhelm Emrich, Helmut Gollwitzer, Eberhard Lämmert, Rudolf Lennert, Jurij Striedter, Peter Szondi, Jakob Taubes und Wilhelm Weischedel erklären, daß sie „die Enttäuschung und Besorgnis“ von Prof. von der Gablentz teilen, ohne daß sie sich jedem Punkte dessen Argumentation anschließen.

Der offene Brief von Prof. Stourzh wird veröffentlicht (vgl. Zeittafeldatum vom 19. Juli 1965). Prof. Dr. Karl August Bettermann weist darauf hin, der Artikel von Prof. von der Gablentz enthalte Unwahrheiten, der Vorgang auf der Immatrikulationsfeier sei unrichtig geschildert, die Behauptung, er habe die Mehrheit des Volkes mit der Behauptung beleidigt, nur eine Minderheit wisse, was Ehre sei, sei ebenfalls unrichtig. (Vgl. Zeittafeldatum vom 8.—12. und 16. Juni und 28. Juli 1965)

„Der Tagesspiegel“ veröffentlicht eine persönliche Erklärung des Senatsbeauftragten für politische Bildungsarbeit, Prof. Dr. Kurt Sontheimer. (Vgl. Zeittafeldatum vom 28. Juli 1965)

Dok. 438

### 31. Juli 1965

Sitzung der Philosophischen Fakultät der FU. Zu der vom Dekan in seinem Schreiben vom 28. Juli 1965 gestellten Vertrauensfrage verliert Prof. Dr. Wilhelm Weischedel vor der Abstimmung eine Erklärung: Wegen der Vertraulichkeit der Sitzungen des Akademischen Senates sei es nicht möglich, abzustimmen, ob Spectabilis Philipp die Fakultät „de facto ‚hinlänglich und richtig vertreten‘ hat“. Wenn die Frage im Hinblick auf das Vertrauen in die verantwortliche Haltung der Person jenseits der verschiedenen Auffassungen über einzelne Fragen gestellt werde, könne er sie uneingeschränkt bejahen.

Dok. 439

In Abänderung des Vorschlages von Prof. Weischedel spricht die Fakultät einstimmig dem Dekan das Vertrauen aus: Die Fakultät bestätigt erneut ihr Vertrauen zu den von ihr gewählten Vertretern im Akademischen Senat. Die Fakultät ist sich in der Anerkennung der aufopfernden und verantwortungsvollen Bemühungen der beiden Kollegen um eine Beendigung der die Freie Universität bedrohenden Krise einig. (Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber hatte vorher das Einverständnis mit dieser von Prof. Dr. Gerald Stourzh formulierten Entschließungsvorlage bekannt gegeben.)

Zum Tagesordnungspunkt „Grundstudium“ fordert die Studentenvertreterin Sigrid Rüger die zweifache Wiederholbarkeit der Zwischenprüfung. Nach Diskussion beschließt die Fakultät bei einer Gegenstimme, die Absätze 3 und 5 der früher verteilten Anlage „Grundstudium“ umzuformulieren. (Die Vorlage ist von der Studienreform-Kommission der Philosophischen Fakultät erarbeitet worden. (Vgl. Zeittafeldatum vom 1. Juli 1966)

Dok. 440

Der peruanische Student Salomon Espinoza Quiros wird aus der Abschiebehaft entlassen und muß West-Berlin bis zum 4. August 1965 verlassen. Der AStA der FU bittet Bürgermei-

ster Heinrich Albertz (SPD) in einem offenen Brief, Salomon Espinoza Quiros die Fortführung seines Studiums an der FU zu ermöglichen. Rechtsanwalt Horst Mahler (SDS), der Espinoza Quiros verteidigt, versucht, vor dem Verwaltungsgericht durch eine einstweilige Verfügung einen gerichtlichen Aufschubtermin zu erreichen. Das Verwaltungsgericht fällt keine Entscheidung, Espinoza Quiros verläßt West-Berlin. (Vgl. Zeittafeldatum vom 19. Juli 1965)

### August 1965

Das von Hans Magnus Enzensberger herausgegebene „Kursbuch“ veröffentlicht in der Nr. 2 einen Vorabdruck aus dem Buch „Die Verdammten dieser Erde“ von Frantz Fanon. (Die Übersetzung ist von Traugott König [SDS Berlin]. Dieser Fanon-Text „Von der Gewalt“ ist in einigen Arbeitskreisen des SDS Pflichtlektüre.) Das Kursbuch bringt weiterhin vier Dossiers: „Der Iran und seine Wohltäter“, „Apartheid als Geschäft“, „Entwicklungshilfe oder Ausbeutung?“ — eine Debatte aus Schweden und „Volkesstimme — deutsche Leserbriefe über die Dritte Welt“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 4. Mai 1966)

### 3. August 1965

Der Informationsdienst des „Ständigen Arbeitsausschusses für Frieden, nationale und internationale Verständigung, West-Berlin“ verschickt einen Aufruf „Frieden für Vietnam“, der von Prof. Erich Engel und Heinz Dehn initiiert ist. (Der „Ständige Arbeitsausschuß...“ arbeitet mit der „Internationalen Weltfriedensbewegung“ zusammen und steht der SED-West-Berlin nahe. (Vgl. Zeittafeldatum vom 17. August 1965) Dok. 441

### 4. August 1965

Sitzung des Akademischen Senats der FU. Als Mitglieder für die wissenschaftliche Kommission des Wissenschaftsrates werden die Professoren Dr. Karl Peter Grottemeyer und Dr. Dr. Wilhelm Wengler gewählt.

Unter dem Tagesordnungspunkt „Mitteilungen“ beschäftigt sich der Akademische Senat in Abwesenheit der studentischen Senatsmitglieder erneut mit dem Disziplinarverfahren gegen Prof. von der Gablentz. Nachdem dieser einige Formulierungen seines Artikels mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückgenommen hat, hebt der Akademische Senat mit 9 gegen 3 Stimmen seinen Beschluß vom 28. Juli 1965 auf und beschließt, das Verfahren gegen Prof. Dr. von der Gablentz einzustellen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 17. August, 11. September und 9. Oktober 1965)

Dok. 442

Der Präsident der USA, Lyndon B. Johnson, ersucht den Kongreß um die Bewilligung von zusätzlichen Mitteln in Höhe von 1,7 Milliarden Dollar (6,8 Milliarden DM) für die „Verstärkung der Militärmacht in Vietnam“. Die zusätzlichen Mittel sollen für ein „Notlagefonds Südasiens“ bereitgestellt werden.

### 5. August 1965

Der Rektor beantwortet das Schreiben der Professoren des OSI vom 16. Juni 1965: Er bedauere, daß seine Anwesenheit bei der Tagung der Burschenschaften „Anlaß zu einer beinahe böswillig zu nennenden Schlußfolgerung gewesen ist“.

### 17. August 1965

Der „ständige Arbeitsausschuß für Frieden, nationale und internationale Verständigung, West-Berlin“ veröffentlicht den Aufruf „Frieden für Vietnam“. Der Aufruf ist von 107 Schriftstellern, Rechtsanwälten, Journalisten, Ärzten, FU-Studenten usw. unterschrieben. 13 SDS- und Argument-Club-Mitglieder — unter ihnen die beiden AStA-Vorsitzenden Wolfgang

Lefèvre und Peter Damerow — haben den Aufruf mitunterzeichnet, um die bisherige inneruniversitäre Aufklärungskampagne über die US-Intervention in Vietnam auch in anderen Bevölkerungskreisen zu intensivieren. (Vgl. Zeittafeldatum vom 3., 18., 24., 25. und 26. August und 26. Oktober 1965)

Ein Sprecher des Rektorats der FU teilt der Presse mit, daß die Freie Universität auf eine „Disziplinarstrafe“ gegen Prof. von der Gablentz verzichte. Dieser habe am 4. August 1965 dem Akademischen Senat gegenüber eine Erklärung abgegeben, in der er die den „objektiven Tatbestand eines Dienstvergehens enthaltenden Äußerungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknahm“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 4. August, 11. September und 9. Oktober 1965)

10. Kongreß der Vereinigung kurdischer Studenten in Europa im Auditorium maximum der FU. Mehr als 100 Delegierte vertreten kurdische Studenten in Kanada, den USA, Westeuropa, der DDR, der UdSSR und der VR China. Zum ersten Mal sprechen Delegierte der KPI, PSIUP (ebenfalls Italien) und der PSU (Frankreich) an der FU. Ein Vertreter des SDS-Landesverbandes Berlin begrüßt den nationalen Freiheitskampf der 12 Millionen Kurden, von denen 6 Millionen im türkischen Teil Kurdistan, 3,5 Millionen im Iran, 2 Millionen im Irak und mehrere Hunderttausend in der UdSSR und Syrien als nationale Minderheiten leben.

### 18. August 1965

Die „Berliner Zeitung“ (BZ) veröffentlicht einen polemischen Artikel gegen die AStA-Vorsitzenden der FU: „Inspektor sagt: AStA auf SED-Kurs“. Der Kommentator der BZ erklärt: „Ich bin immer für klare Fronten. Und Leisetreter sind mir ein Greuel. Deshalb begrüße ich es, daß der AStA-Vorsitzende der FU, Lefèvre, endlich klar bekennt, wes Geistes Kind er politisch ist. Der Studentensprecher unserer Freien Universität schlug sich gestern offen auf die Seite der Kommunisten. Er unterstützt deren Vietnampolitik... und das übrigens an einer Universität, die ihre Gründung nicht zuletzt den Amerikanern verdankt. Deren Existenz auf dem amerikanischen Schutz für Berlin beruht! Herr Lefèvre hat was dagegen, daß die Amerikaner in Vietnam sich nach Kräften gegen den Terror der Kommunisten zu wehren beginnen und schiebt ihnen eine Gefährdung des Weltfriedens in die Schuhe... ich finde: die Freie Universität ist sich schuldig, ihr Verhältnis zu den beiden AStA-Vorsitzenden zu überprüfen. Denn es ist untragbar, daß die Studentenschaft noch länger von Leuten repräsentiert wird, die zu kommunistischen Mitläufern geworden sind!“

Der Landesvorsitzende der Berliner CDU, Franz Amrehn, fordert den Regierenden Bürgermeister Willy Brandt auf, „sich um die Vorgänge an der Freien Universität zu kümmern“. Der RCDS-Landesverband Berlin fordert in einer Presseerklärung den Rücktritt der beiden AStA-Vorsitzenden Lefèvre und Damerow. (Vgl. Zeittafeldatum vom 17. August 1965)

### 19. August 1965

Nach 20monatiger Prozeßdauer spricht das Frankfurter Schwurgericht im „Auschwitz-Prozeß“ die Urteile. Die Angeklagten Wilhelm Boger, Oswald Kaduk, Josef Klehr, Stefan Baretzki, Franz Hofmann und Emil Bednarek werden zu lebenslänglichen Zuchthausstrafen verurteilt. (Vgl. Zeittafeldatum vom 20. Dezember 1963)

### 24. August 1965

Der Senator für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Werner Stein, erklärt zu den Unterschriften der beiden AStA-Vorsitzenden über die Erklärung „Frieden für Vietnam“, daß weder der Berliner Senat, noch das Kuratorium der FU zuständig seien. Er fordert die Konventsabgeordneten auf, entsprechende Konsequenzen aus dem Verhalten der beiden AStA-Vorsitzenden zu ziehen. Bei dem „Ständigen Ausschuss...“ handle es sich um eine

## GeSTEINigt



Karikatur der Berliner Morgenpost vom 25. 8. 65 zu der Erklärung des Senators für Wissenschaft und Kunst vom Vortage.

in West-Berlin zugelassene, polizeilich angemeldete Vereinigung, ebenso wie bei der in West-Berlin zugelassenen „SID-Westberlin“. Wer diesen Ausschuss unterstütze, müsse allerdings aus mehrfachen Erfahrungen wissen, daß er damit in „unmittelbare Nachbarschaft der SED-Politik“ gerate. (Vgl. Zeittafeldatum vom 3., 17., 25. und 26. August 1965)

### 25. August 1965

Die „Berliner Zeitung“ (BZ) attackiert in einer Glosse „Moment mal!“ den Senator für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Werner Stein: „Senator Stein fühlt sich nicht zuständig. Mit vielen Worten ließ er gestern erklären, er habe das Verhalten des AStA-Vorsitzenden Lefèvre und seines Stellvertreters Damerow ‚zur Kenntnis genommen‘. ... Das Verhalten der AStA-Vertreter sei allein eine Angelegenheit der Studentenschaft. Moment mal! Warum gibt der Senator eigentlich eine Erklärung ab, wenn er nichts zu sagen hat? Daß Prof. Stein den AStA-Vorstand nicht fördern kann, braucht er niemand zu erzählen. Als Vertreter des Senats hätte er viel mehr die abenteuerrlichen Umtriebe der beiden AStA-Leute mit aller Schärfe brandmarken müssen. Stattdessen hat Senator Stein gekniffen!“

Ein Sprecher des CDU-Landesverbandes Berlin bezeichnet die Erklärung des Senators für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Werner Stein, als „im höchsten Maße unbefriedigend“. Die politische Haltung des Senators in seiner „ohnehin verspäteten Erklärung“ lasse den Verdacht zu, daß „hier leise getreten wird, weil Senator Stein selbst einmal 1959 aus Anlaß des Atomtod-Kongresses zu den Unterzeichnern eines Aufrufes des zweifelhaften Arbeitsausschusses für Frieden, nationale und internationale Verständigung gehört hatte“. Der Berliner Senat erklärt zu den Vorwürfen des CDU-Landesverbandes Berlin gegen Senator Stein gegenüber der Presse: Der „Ständige Arbeitsausschuss für Frieden, nationale und internationale Verständigung, West-Berlin“ sei erst im Dezember 1961 gegründet worden, die unmittelbar nach seiner Gründung veröffentlichte Erklärung, in der zum Schutz vor einem Atomkrieg die Neutralisierung Berlins gefordert wurde, sei von Prof. Dr. Werner Stein nicht unterzeichnet worden. Der Berliner Senat stellt fest, daß eine seinerzeit durch den Ausschuss publizierte Unterschrift „Werner Stein“, die im Gegensatz zu vielen anderen Namen ohne Titel und Berufsbezeichnung veröffentlicht wurde, nicht mit der Unterschrift des Senators für Wissenschaft und Kunst identisch ist. (Vgl. Zeittafeldatum vom 17. und 24. August 1965)

## 26. August 1965

„Der Tagesspiegel“ veröffentlicht eine Erklärung ehemaliger RCDS-Konventsabgeordneter der FU aus dem Jahre 1959 bis 1961 gegen Senator für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Werner Stein. Der Erklärung ist ein Faksimile-Druck aus der Juli-Ausgabe der CDU nahestehenden „Berliner Studentenzeitung“ beigelegt, auf dem eine Erklärung Westberliner Atomwaffengegner wiedergegeben ist. Der Faksimile-Druck zeigt auch den mit Schreibmaschine geschriebenen Namen „Werner Stein“. Die Erklärung wird von folgenden CDU-Politikern unterschrieben: Winfried Tromp (1. Konventsvorsitzender 1960), Jürgen Wohlrabe (1. AStA-Vorsitzender 1960), Heinrich Lummer (1. AStA-Vorsitzender ab 19. Juli 1960), Klaus Ragotzky (2. AStA-Vorsitzender ab 19. Juli 1960), Günter Schneider (Außenreferent 1960/61), Joachim Müller (Kuratoriums-Sprecher 1959/60) und Klaus Ritter (Senatssprecher 1960). Die Erklärung lautet: „Wir weisen daraufhin, daß die Ausgabe Nr. 3 der Berliner Studentenzeitung vom Juli 1965 einen Faksimile-Druck veröffentlicht hat, in dem unter anderem der Name Werner Stein als Mitunterzeichner einer Erklärung des einseitig kommunistischen ständigen Arbeitsausschusses für Frieden, nationale und internationale Verständigung, West-Berlin enthalten ist.“ Gleichzeitig weisen die CDU-Mitglieder daraufhin, daß der jetzige Assistent von Prof. Dr. Werner Stein, Dr. Ing. Ernst Randolph Lochmann, den Aufruf „Frieden für Vietnam“ ebenfalls unterschrieben hat.

Der Berliner Bürgermeister Heinrich Albertz erklärt in der Fernsehsendung „Berliner Abendschau“ (SFB), daß es sich bei dem „Friedensausschuß“ um „eine von Kommunisten oder Halbkommunisten gesteuerte Vereinigung“ handle, die schon anlässlich der Passierschein-Verhandlung im vergangenen Jahr durch eine „im Sinne des Ulbricht-Regimes beeinflusste Unterschriften-Aktion“ tätig geworden sei.

## 2./3. September 1965

Anlässlich eines Tanzabends in Bardai geraten Tschad-Soldaten und Bewohner des Tschad, die in der Nähe der Oase Bardai leben, in Streit. Im Verlauf des Streits wird ein Tschad-Soldat getötet, drei weitere verletzt. Zur Vergeltung treiben die Tschad-Soldaten alle an der Oase Lebenden (außer den FU-Angehörigen) zusammen. Die Gefangenen werden entkleidet und ausgepeitscht. (Vgl. Zeittafeldatum vom 1. April und 3. September 1965)

## 3. September 1965

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der Außenreferent des AStA, stud. rer. pol. Gerhard Michael Ambrosi, erklärt seinen Rücktritt mit sofortiger Wirkung. Er begründet seinen Rücktritt mit der mangelnden Vorbereitungsmöglichkeit der „Internationalen Woche“ und der fehlenden Aussprache im AStA über die Zulassungsfrage für Ausländer. Die Mehrheit des AStA bezweifelt die Stichhaltigkeit seiner Begründung und hält ihm vor, daß seine Arbeit nicht den Anforderungen entsprechend erledigt worden sei.

Der Präfekt von Bardai, Major Odinga, ordnet nachmittags die Freilassung der Frauen und Kinder an. (Vgl. Zeittafeldatum vom 2./3. und vom 4. September 1965)

## 4. September 1965

Beginn des 10tägigen „Verhörs“ der Gefangenen in Bardai: Das „Verhör“ wird geleitet vom Chef der Gendarmerie, Brigade Faya, Largeau und vom Unterpräfekten Leutnant Rodai: An den Folgen des „Verhörs“ sterben drei Gefangene, drei werden schwer verletzt. Neun Gefangene werden auch nach dem Verhör weiter festgehalten. (Vgl. Zeittafeldatum vom 3. September und 16. Oktober 1965)

## 6.—11. September 1965

8. ordentlicher Gewerkschaftskongreß der IG Metall in Bremen. Der 2. Vorsitzende Alois Wöhrle lehnt jede Notstandsgesetzgebung erneut ab. Der SPD-Kanzlerkandidat Willy Brandt befürwortet im Gegensatz zu Wöhrle eine Notstandsgesetzgebung, bei der jedoch die „maximale Erhaltung der

Grundrechte“ gesichert werden müsse. Wöhrle bezeichnet das bestehende Grundgesetz voll ausreichend, „um mit jedem Notstand fertig zu werden.“

## 7. September 1965

Außerordentliche Sitzung des AStA der FU. Tagesordnungspunkt 1: Der AStA hat keine Bedenken, daß der 1. AStA-Vorsitzende Wolfgang Lefèvre seine Zusage aufrechterhält, auf Einladung der Osloer Studentenvertretung an einer Diskussion über die Berliner Mauer am 25. September 1965 teilzunehmen (eine Enthaltung). Der AStA rechnet damit, daß auch Mitglieder der FDJ eingeladen sind. (Es nehmen jedoch keine FDJ-Mitglieder teil.)

Tagesordnungspunkt 2: Der AStA berät, ob die AStA-Vorsitzenden Wolfgang Lefèvre und Peter Damerow zurücktreten sollen, nachdem deren Unterschriften unter einem Aufruf über den Rückzug der Amerikaner aus Südvietnam bekanntgeworden sind. Die AStA-Mitglieder wenden sich gegen die Vorwürfe in einem Teil der Berliner Presse, in denen die AStA-Vorsitzenden aufgrund ihrer Unterschriften unter den von einer „Tarnorganisation de SED“ herausgegebenen Aufruf mit dieser identifiziert werden. Es werden weiter taktische Fragen des Verbleibens im Amt oder des Rücktritts im Hinblick auf die nächsten Konventswahlen und die Fortsetzung der AStA-Arbeit vom Sommersemester diskutiert. (Vgl. Zeittafeldatum vom 17. August und 26. Oktober 1965)

Der SHB-Vorsitzende Dr. Hajo Hauss (München) erklärt in einem offenen Brief an den Vorsitzenden der SPD Willy Brandt seinen Austritt aus der Partei: „Nach langer reiflicher Überlegung bin ich zu dem Ergebnis gekommen, daß ich es mit meinem Gewissen nicht mehr vereinbaren kann, einer Partei anzugehören, die sich heute allem denkbaren, nur nicht ihrem Namen verpflichtet fühlt.“ Gleichzeitig tritt Hauss als 1. Vorsitzender des SHB zurück. (Vgl. Zeittafeldatum vom 8.—12. März und 10. September 1965)

## 10. September 1965

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der AStA beschäftigt sich mit dem Zulassungsverfahren für Ausländer. Der Zulassungsreferent der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät, stud. rer. nat. Wolfgang Rettig, hat dazu eine Stellungnahme ausgearbeitet, die der AStA „mit großem Dank“ zur Kenntnis nimmt. Der AStA spricht sich gegen einen besonderen Zulassungsreferenten aus; die Zulassungsausschüsse hätten die Zulassung von Ausländern „in ein angemessenes Verhältnis“ zu den Bewerbungen von Deutschen zu setzen. Ein Mitarbeiter des Außenreferats sollte sich kontinuierlich intensiv mit Fragen der Ausländerzulassung beschäftigen. Das neue Zulassungsverfahren soll nach dem Modell an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät praktiziert werden.

Sitzung des Hauptausschusses des Konvents. Die Vertreter des LSD und des SHB fordern den sofortigen Rücktritt der AStA-Vorsitzenden Wolfgang Lefèvre und Peter Damerow. Die Vertreter des SDS und des Argument-Clubs vertreten die Ansicht, daß die Unterschriften unter den Aufruf „Frieden für Vietnam“ vor dem Konvent und in der studentischen Öffentlichkeit diskutiert werden sollten. Der stellvertretende Vorsitzende des Konvents, Christian Fenner (LSD), hält es für sicher, daß eine breite Mehrheit dann für die Abwahl Lefèvres stimmen würde. Der Hauptausschuß faßt folgenden Beschluß:

„Der Hauptausschuß distanziert sich im Namen des Konvents von den Unterschriften des 1. AStA-Vorsitzenden Lefèvre und des 2. AStA-Vorsitzenden Damerow.“

row unter einen Aufruf zur Vietnam-Frage, der von einer SED-beeinflußten Organisation stammt. Er rügt insbesondere, daß sich die AStA-Vorsitzenden nicht über die Urheber der Vietnam-Erklärung informiert haben. Der Hauptausschuß stellt fest, daß die beiden AStA-Vorsitzenden ihrer privaten Meinung Ausdruck gaben, und nicht im Namen der Studentenschaft gesprochen haben. In gleicher Weise distanziert sich der Hauptausschuß von verleumderischen Darstellungen des Vorfalles durch einen Teil der Westberliner Presse.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 17. August, 7. und 11. September 1965)

Der amtierende SHB-Bundesvorsitzende Christoph Zöpel (FU) teilt in einer Presseerklärung mit, daß Bundesvorstand und Ältestenrat des SIB einberufen seien, um über einen Nachfolger für Dr. Hauss zu befinden, „da dieser für sein Amt nicht befähigt war“.

Der stellvertretende SHB-Bundesvorsitzende Hans Lehnert (FU) tritt mit sofortiger Wirkung von seinem Amt zurück. (Vgl. Zeittafeldatum vom 8.—12. März 1965)

### 11. September 1965

In einem Leserbrief der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ erklärt Prof. Dr. Otto Heinrich von der Gablentz, daß er vom Inhalt seines Artikels in der Wochenzeitung „DIE ZEIT“ nichts zurückgenommen habe.

Sechs korporierte Konventsabgeordnete, der ehemalige studentische Fakultätssprecher der Juristischen Fakultät Franz Kirchner, der Vorsitzende des Fachverbandes Rechtswissenschaft im VDS Klaus Landowsky, der studentische Fakultätssprecher der Veterinärmedizinischen Fakultät Klaus Lüdke und drei weitere Korporierte bezeichnen in einer Presseerklärung den Beschluß des Hauptausschusses des FU-Konvents als „viel zu spät und nicht deutlich genug“. Sie bedauern, daß die AStA-Vorsitzenden der Aufforderung zum Rücktritt nicht gefolgt seien. (Vgl. Zeittafeldatum vom 10. September 1965)

### 13. September 1965

Die Philosophische Fakultät der FU ernannt Prof. Dr. Herbert Marcuse zum Honorarprofessor.

Herbert Marcuse, 1898 in Berlin geboren, emigrierte 1934 zunächst nach Paris und dann nach New York, wo er Mitglied des „Institute of Social Research“ an der Columbia University wurde. Von 1942 bis 1950 war Marcuse Sektionschef im „Office of Strategic Services“ (OSS) und im Department of State in Washington, D.C.. Im OSS, einer 1941 von William J. Donovan organisierten militärischen Nachrichtenbehörde der USA, arbeiteten namhafte antifaschistische deutsche Emigranten wie — außer Marcuse — Prof. Ernst Fraenkel und Albert Grzesinski (ehemaliger preußischer Innenminister, SPD). Im Jahre 1949 wurde das OSS in den neugegründeten CIA eingegliedert. Herbert Marcuse gehörte auch in den Vereinigten Staaten zum Kreis um Max Horkheimer und Theodor W. Adorno und veröffentlichte im Frühjahr 1941 in englischer Sprache sein Buch über Georg Friedrich Wilhelm Hegel „Vernunft und Revolution“. Seit 1954 ist Marcuse Professor für Politikwissenschaft an der Brandeis University, Waltham (Mass.). Im Jahre 1957 legte er eine ausführliche Studie über „Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus“ vor und 1955 einen „philosophischen Beitrag zu Sigmund Freud“ mit dem Titel „Eros und Kultur“ (später unter dem Titel „Triebstruktur und Gesellschaft“ wiedererschienen). Mitte der sechziger Jahre lebt Marcuse in Kalifornien und arbeitet an der „University of California“ als Professor für Philosophie.

### 15. September 1965

Konzert der englischen Rock- und Pop-Gruppe „The Rolling Stones“ in der Waldbühne. 85 Festnahmen durch die Polizei, 87 Verletzte und ungefähr 400 000,— DM Sachschaden. Nach dem Konzert werden 17 S-Bahn-Züge teilweise schwer demonstriert.

### 16. September 1965

Während einer CDU-Bundestagswahl-Kundgebung auf dem Frankfurter Römerberg mit Bundeskanzler Prof. Dr. Ludwig

Erhard kommt es zu tumultartigen Szenen. Erhard spricht dem SPD-Kanzlerkandidaten Willy Brandt die „moralische Qualifikation“ ab, „überhaupt Kanzlerkandidat zu sein“ und nennt Zwischenrufer „verbrecherische Elemente“ und „Granit von Dummheit“. Mehrere hundert Studenten protestieren mit Transparenten wie „Wir verzichten auf Erhard und die A-Bombe“, „Erhard nur noch drei Tage Kanzler“ und „Formierte Gesellschaft + Notstandsgesetze = CDU-Ständestaat“. Ordner der CDU und der „Jungen Union“ greifen die Studenten an und zerreißen 24 Transparente. Die Polizei inhaftiert drei Studenten.

Unbekannte Täter zünden die Haustür am Haus des Schriftstellers Günter Grass an. Grass arbeitet im „Wahlkontor deutscher Schriftsteller“ mit, das der SPD Wahlhilfe leistet. Grass hatte sich wiederholt für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ausgesprochen. Ein Sprecher des Berliner „Wahlkontors deutscher Schriftsteller“ erklärt auf einer Pressekonferenz, es sei „zu einfach, allein die Brandstifter verantwortlich zu machen“, diese Menschen seien vor allem „Werkzeug und Opfer einer Gesinnung, die den mündig gewordenen Staatsbürger fürchtet“. Ein Sprecher fordert Bundeskanzler Prof. Dr. Ludwig Erhard auf „von seinen Verunglimpfungen der Künstler, Schriftsteller, Wissenschaftler und Studenten“ in aller Öffentlichkeit Abstand zu nehmen“.

### 17. September 1965

„Der Tagesspiegel“ berichtet über die Hintergründe der „Zerstörungsschlacht in der Waldbühne“. Die Zeitungen des Springerkonzerns „BZ“, „Bild“ und „Bravo“ hätten vorher wochenlang mit „lustvoll krawallstimulierenden Schreckensbotschaften vom wüsten Treiben um die ‚Rolling Stones‘“ für die richtige Konzertstimmung vorgesorgt. (Aufgrund dieses Artikels wird in der Folge der verantwortliche Redakteur für Hochschulfragen des „Tagesspiegel“ vom AStA der FU kontinuierlich informiert.)

Dok. 443

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Es wird bekanntgegeben, daß der Senator für Wissenschaft und Kunst einen Zuschuß von 1,5 Millionen DM für den Bau eines Studentenwohnheims zugesichert habe, wenn weitere 1,5 Millionen als eigene Kostenbeteiligung aufgebracht werden. Da der Finanzsenator die Garantie für die Zusage des Senators für Wissenschaft und Kunst übernommen habe, stünden 3 Millionen für den Bau zur Verfügung.

Der Berliner Senat beantwortet eine schriftliche Anfrage der CDU zum Thema „Bettlerunwesen in der City“ (gemeint sind die „Pflastermalereien“ und musikalische Darbietungen auf dem Kurfürstendamm). Es werde „keine Notwendigkeit zu einem allgemeinen Verbot“ gesehen, wenngleich die Betätigung eines gewissen Personenkreises auf dem Kurfürstendamm in der beschriebenen Weise „keine Attraktion für Berlin“ darstellten.

### 19. September 1965

Bundestagswahl für den 5. Bundestag. CDU/CSU: 47,6 % (245 Sitze); SPD: 39,3 % (202 Sitze) und FDP: 9,5 % (49 Sitze).

### 23. September 1965

Die Schutzpolizei inhaftiert fünf „Gammler“, die ihren Treffpunkt auf den Stufen der Gedächtniskirche haben. Einer von ihnen hatte mit Kreide den Slogan „Jesus war der erste Gammler“ an die Gedächtniskirche geschrieben. Gegen diesen Studenten werden Ermittlungen wegen Gotteslästerung aufgenommen. Ungefähr 150 Studenten, „Gammler“ und Passanten ziehen vor das Polizeirevier 131 und fordern die Freilassung der Inhaftierten. (Vgl. Zeittafeldatum vom 2. März 1948, 20. und 27. Januar, 14., 16. und 21. Dezember 1949 und 12. Januar 1950)

### 24. September 1965

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der Studentenrat der UdSSR hat mitgeteilt, daß er an der „Internationa-

len Woche“ nicht teilnehmen werde. Er unterstellt dem AStA Spekulationsabsichten im Hinblick auf den Status West-Berlin. Der AStA will eine Richtigstellung übersenden. Es wird mitgeteilt, daß die polnische Militärmission zugesagt habe, sich für die Teilnahme der Mitgliedsländer des Warschauer Vertrages einzusetzen.

#### 25. September 1965

Interview des „Tagesspiegel“ mit dem zukünftigen Rektor der Freien Universität Berlin, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber.

Dok. 444

#### 28. September 1965

Der amtierende Bundesvorsitzende des SHB teilt dem Vorsitzenden der SPD, Willy Brandt, in einem Brief mit, daß Bundesvorstand, Bundesbeirat und Ältestenrat des SHB in einer gemeinsamen Sitzung in Schloß Schney sich mit dem Ausgang der Bundestagswahlen befaßt hätten. „Dabei sind wir zu der einhelligen Ansicht gelangt, daß Sie sich in ganz besonderer Weise in diesem Wahlkampf um die Sozialdemokratie verdient gemacht haben.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 19. September 1965)

#### Ende September 1965

SDS-Dokumentation zu den Auseinandersetzungen zwischen Rektorat und Studentenvertretung „Die Studentenvertretung der Freien Universität Berlin in ihren Auseinandersetzungen mit der Akademischen Verwaltung um das politische Mandat der Studentenschaft — ein historischer Überblick“. „Diese Dokumentation zeigt, daß die z. Zt. am Beispiel des ‚Falles Kuby‘ geführte Auseinandersetzung zwischen Studentenschaft der FU und Rektorat um die Rechte der Studentischen Selbstverwaltung und ihre Grenzen nicht ein von den Auffassungen einzelner Personen abhängiger Einzelfall ist, sondern das bisher letzte Glied in einer Kette ähnlicher Konflikte bildet und nur im Lichte des seit der Gründung der FU lebendigen politischen Engagements der Studentenschaft für die demokratische Hochschule in seiner eigentlichen Bedeutung verstanden werden kann.

Die Dokumentation macht ferner deutlich, mit welcher von Fall zu Fall wechselnden Argumentation die akademische Verwaltung die Auseinandersetzung führt, aber letzten Endes immer wieder der Studentenschaft das Recht auf selbstverantwortliches politisches Handeln bestreitet. Diese Dokumentation will als ein Arbeitspapier verstanden werden ...“

Nach einem Überblick über die — damals unbestrittenen — wichtigsten politischen Beschlüsse der Jahre 1950—1958 wird der dann beginnende Streit zwischen Studentenschaft und akademischer Verwaltung über das politische Mandat dokumentiert. (Die einzelnen Ereignisse sind in dieser Dokumentation enthalten.)

Der SDS kommt zu dem Schluß: „Die Akademische Verwaltung bestreitet der Studentenvertretung de facto das Recht auf selbstverantwortliche politische Stellungnahme. Sie ist dabei bisher so unnachgiebig in der Sache wie anpassungsfähig in taktischem Vorgehen. Die Studentenvertretung dagegen hat den ihr zur Verfügung stehenden Spielraum selten voll genutzt ...“

... das Verhalten der Studentenvertretung im ‚Fall Kuby‘, durch öffentliche Führung der Auseinandersetzung sich in der Studentenschaft und der weiten Öffentlichkeit einen starken Rückhalt zu verschaffen, (war) noch zu neuartig. Die akademische Verwaltung konnte nach den Erfahrungen aus früheren Konflikten damit rechnen, daß ihr Einspruch zwar Protest hervorrufen würde, der jedoch kaum lange anhalten oder gar eine größere Öffentlichkeit erregen würde. Sie legte sich daher bereits zu Beginn so sehr fest, daß sie von ihrer Haltung nicht mehr abgehen konnte. Dafür aber bezahlte sie diesmal einen hohen Preis: Ihr Prinzip, die Studentenschaft von öffentlich-politischen Auseinandersetzungen fernzuhalten, um die Universität der Politik zu entziehen, führte gerade die Universität als Gesamtorganisation und nicht die Studentenschaft allein mitten in die öffentliche Diskussion.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 22. Oktober und 25. November 1965)

#### 1. Oktober 1965

Im Wintersemester 1965/66 studieren insgesamt 15 438 (davon 4370 weibliche) Studenten an der FU.

567 Hochschullehrer einschließlich emeritierte (davon 21 weibliche), 279 (36) sonstige Lehrkräfte. Außerdem arbeiten 1395 wissenschaftliche Mitarbeiter und 450 studentische Hilfskräfte an der FU.

Der LSD führt im Wintersemester 1965/66 an der FU folgende neue Arbeitskreise durch: „Kleine Schritte in der Bildungspolitik“ und „Entwicklungspolitik“. Der Argument-Club initiiert einen Arbeitskreis „Übung zur Sozialkritischen Rezension“. Die SHB-Hochschulgruppe führt zwei neue Arbeitskreise durch: „Arbeitskreis DDR“ und „Arbeitskreis Kybernetik“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 17. Juli 1965)

Dr. Peter Furth (Akademischer Rat an der FU), Dr. Wolfgang Fritz Haug (wissenschaftlicher Assistent an der FU), Dr. Klaus Meschkat (wissenschaftlicher Assistent an der FU), Ulrich Preuss (wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Bildungsforschung Berlin) und Gerhard Schönberner (Schriftsteller) fordern in einem Brief Schriftsteller und Wissenschaftler auf, eine „Erklärung über den Krieg in Vietnam“ zu unterschreiben. (Vgl. Zeittafeldatum vom 17. April, 15./16. Oktober, 27. November, 1., 4., 13.—17., 17. und 31. Dezember 1965, Januar, 11. und 22. Mai 1966)

Dok. 445

#### 4. Oktober 1965

Sitzung des Kuratoriums der FU. Das Kuratorium nimmt den Haushaltsentwurf des Kurators, der in Einnahme und Ausgabe mit DM 119 506 400,— und einem Zuschußbedarf von DM 106 600 000,— für Personal- und Sachkosten abschließt, zur Kenntnis. Zu den Disziplinarverfahren gegen Prof. von der Gablentz und Prof. Zieburra bemerkt der Abgeordnete Löffler, er wisse aus Unterhaltungen mit Angehörigen der FU, daß dort im Hinblick auf den Fall Dr. Krippendorff die Auffassung entstanden sei, daß man nur etwas gegen den Rektor zu unternehmen brauche, wenn man ein Habilitationsstipendium haben wolle. Das Kuratorium nimmt Kenntnis von der Einstellung der gegen Prof. Dr. von der Gablentz und Prof. Zieburra eingeleiteten Disziplinarverfahren.

Dok. 446

Der Privatdozent der Betriebswirtschaftslehre Dipl.-Kaufmann Dr. Heinrich Kloidt wendet sich in einem Brief an den Rektor der FU gegen das politische Mandat der Studentenschaft: „Das Recht auf Beteiligung an der politischen Willensbildung wird von den einzelnen Bürgern durch seine parteipolitische Entscheidung auf die von ihm gewählten Abgeordneten übertragen. Insofern hat der Student die gleichen Rechte wie jeder Bürger. Die Gesellschaft erwartet aber, daß er sie aktiv in Anspruch nimmt, jedoch nicht qua Studentenschaft als Institution. Wenn der Student als künftiger Akademiker von sich behauptet, daß er der geistigen Elite angehört, dann muß er durch seine persönliche politische Autorität diesen Anspruch rechtfertigen.“ Kloidt regt an, die Studentenschaft solle alle Organe der Universität informieren, damit diese Gelegenheit zu einer Stellungnahme bekämen. Die Studentenschaft habe sich durch ihr im Sommersemester praktiziertes Verhalten an der Verzögerung der Studienreform mitschuldig gemacht. (Vgl. Zeittafeldatum vom 26. Januar 1966)

#### 6. Oktober 1965

Der Rektor der FU, Prof. Dr. Herbert Lüers, teilt der „Evangelischen Studentengemeinde“ (ESG) der FU mit, daß eine Veranstaltung mit dem Schriftsteller Erich Kuby zum Thema „Über die Ursachen des Mißerfolges der deutsch-sowjetischen Begegnung in Berlin im Jahre 1945“ grundsätzlich genehmigt sei. (Vgl. Zeittafeldatum vom 12. Juni 1958, 30. März, 7. und 8. April, 11. und 17. Mai, 17. Juli und 11. November 1965)

Ausgang  
zum

### 9. Oktober 1965

Sitzung des Akademischen Senats der FU. (Der Tagesordnungspunkt „Disziplinarverfahren“ wird gemäß § 7 Absatz 2 ohne die studentischen Senatsmitglieder behandelt.) Prof. Dr. Bettermann gibt zur Behandlung des Disziplinarverfahrens gegen Prof. Dr. von der Gablentz eine Erklärung ab, in der er erhebliche Bedenken in förmlicher und sachlicher Hinsicht äußert. Der Beschluß vom 28. Juli 1965 habe in der Sitzung vom 4. August 1965 nicht geändert werden können, da dieser Punkt nicht auf der Tagesordnung gestanden habe und der Senat in dieser Sitzung anders besetzt gewesen sei. Prof. von der Gablentz habe inhaltlich seine Äußerung nicht zurückgenommen, die Bedauerns-Erklärung sei nicht öffentlich geschehen, eine solche „Entschuldigung“ lasse die disziplinarrechtliche Schuld eines Beamten unberührt, schließlich sei der Zweck einer geräuschlosen Erledigung des Falles voraussehbarer Weise durch Prof. von der Gablentz' Forderung an den Senat nach Genugtuung nicht erreicht worden.

Dok. 447

### 11. Oktober 1965

Vertraulicher Bericht über die letzten Entwicklungen im Fall Kuby aus studentischer Sicht. In dem Bericht ist die Rede von Versuchen des Rektorats, die von der ESG für den 11. November 1965 geplante Veranstaltung mit Erich Kuby verschieben zu lassen. „...man befürchte neue Unruhen!! Sie haben also Angst! Die Kuby-Affäre war ihnen eine Warnung und ist ihnen ein Alptraum.“

Dok. 448

### 11.—13. Oktober 1965

1. Tagung der „Deutschen Vereinigung für Politische Bildung“ im OSI. Tagungsthema: „Hochschulausbildung der Lehrer für den Gemeinschaftskunde- und Geschichtsunterricht“. Mehrere Referenten betonen, daß die Lehrer viel Geduld bräuchten, um die Widerstände gegen obrigkeitstaatliches Gedankengut aus einigen Elternhäusern und aus der Umwelt zu brechen. Ziel der Vereinigung sei, übertriebene Autorität in der Schule zurückzudrängen und die Lehrer zu einer solchen Denk- und Handlungsweise anzuhalten.

### 13. Oktober 1965

Der kongolesische Staatspräsident Joseph Kasavubu entläßt den Ministerpräsidenten Moise Tschombé. (Vgl. Zeittafeldatum vom 14. und 16. Juli und 2. Dezember 1960, 10. und 13. Februar 1961, 27. November, 17., 18. und 21. Dezember 1964 und 20. Januar 1965)

### 14.—17. Oktober 1965

20. ordentliche Delegiertenkonferenz des SDS in Frankfurt/Main. Der 1. Bundesvorsitzende Helmut Schauer erklärt, daß die Arbeit des SDS im vergangenen Jahr wesentlich von den politischen Verhältnissen an den Hochschulen bestimmt gewesen sei. Die „weitere politische Restauration in der Bundesrepublik, die Verfestigung des Parteienmonopols“ führe zu einer verstärkten Opposition der Akademiker gegen das politische System, ohne sich über die Voraussetzungen und Absichten im klaren zu sein. („Atmosphärische Linke.“)

Die Ost-West-Politik, die sich verstärkenden autoritären Tendenzen auf dem Weg zur „Formierten Gesellschaft“ und die durch den Übergang zur automatischen Produktionsweise mit besonderer Schärfe entstandene Krise des Bildungswesens seien die drei Ansatzpunkte für die oppositionelle Stimmung der Akademiker.

Das Hauptreferat der DK hält Fritz Lamm (Betriebsrat in Stuttgart) zum Thema „Die politische Situation in der BRD nach den Wahlen und die Möglichkeiten sozialistischer Politik“. Lamm fordert vom SDS, daß er der „sozialistischen Öffentlichkeit“ ein eigenes Programm vorlege, das „über die negative Abgrenzung von der SPD“ hinausgehe und eine selbständige politische Position formuliere.

Ursula Schmiederer (Marburg) berichtet der DK über den Stand der SDS-Studie „Probleme der Abrüstung“. Dr. Theodor Bergmann spricht über das Thema „Internationaler Klassenkampf und Entwicklungsländer“.

Die DK verabschiedet eine Resolution zur geplanten Notstandsgesetzgebung und die weitere Politik des SDS in dieser Frage. Außerdem beauftragt die DK den Bundesvorstand, „die Höchster Vereinbarung über die Zusammenarbeit mit den politischen Studentenverbänden BDIS, HSU, LSD und SHB an den Hochschulen“ auszubauen und verabschiedet ein Aktionsprogramm für die Hochschulpolitik im kommenden Jahr. Die Forderung nach Demokratisierung müsse theoretisch und praktisch in folgenden Punkten konkretisiert werden: Hochschulgesetzgebung, Überfüllung der Hochschulen und Studienzeitverkürzung und Untersuchung der aktuellen Reformmaßnahmen, die von VDS, der Westdeutschen Rektorenkonferenz und den Bundesländern geplant werden. Die DK beschließt weiterhin, daß der „amerikanisch-vietnamesische Krieg“ ein Schwerpunkt der SDS-Arbeit sei. Die allgemeinen Leitgedanken des SDS zu einer programmatischen Erklärung sollen ausgearbeitet werden.

Neuer Bundesvorstand: 1. Bundesvorsitzender Helmut Schauer (Hamburg), 2. Bundesvorsitzender Hartmut Dabrowski. Dem politischen Beirat gehören an: Frank Deppe (Marburg), Rudi Dutschke (FU Berlin) und Christof Helberger (Mannheim).

### 15. Oktober 1965

Beginn der Amtszeit des neuen Rektors der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber.

### 15./16. Oktober 1965

„Vietnam Day“ an mehr als 30 Universitäten und Colleges. Auf „Tallies“, „Sit-ins“, „Teach-ins“ demonstrieren mehr als 100 000 Studenten gegen den „Schmutzigen Krieg in Vietnam“. Auf einem Flugblatt des „Vietnam Committee, Berkeley, California“ heißt es: „Wir müssen ein neues, ein anderes Amerika hervorbringen und wir müssen uns mit den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas solidarisieren, um eine neue, andere Welt zu schaffen.“ Eine Demonstrationsgruppe verhaftet symbolisch in Madison, Wisconsin, den Kommandeur einer Luftwaffenbasis, um ihn unter „Anklage der Beihilfe zum Mord, Verletzung des Völkerrechts und des Verbrechens gegen die Menschlichkeit“ vor ein Bürgergericht“ zu stellen. In Berkeley gehen 1000 Polizisten und 700 Mann der Nationalgarde mit aufgepflanzten Bajonetten, Tränengas, Hunden und Gummiknüppeln gegen 10 000 Studenten vor, die auf den Militärstützpunkt von Oakland marschieren, um die weitere Verschiffung von amerikanischen Truppen nach Südvietnam zu verhindern. (Vgl. Zeittafeldatum vom 17. April, 1. Oktober, 27. November, 1., 4., 13.—17. und 31. Dezember 1965 und 11. Mai 1966)

### 16. Oktober 1965

Die dritte Arbeitsgruppe der FU, bestehend aus einem Mitglied der zweiten Arbeitsgruppe und fünf neuen Mitgliedern, beginnt die Feldarbeiten im Tibesti (Republik Tschad) unter Leitung des wissenschaftlichen Assistenten Dr. Peter-Jürgen Ergenzinger. (Vgl. Zeittafeldatum vom 1. April und 4. September 1965 und 8. Januar 1966)

### 20. Oktober 1965

Erste Sitzung des Akademischen Senats der FU während des Universitätsjahres 1965/66. Prof. Dr. Reinhard Elze berichtet über die bisherige Arbeit des Verfassungsausschusses. Er äußert dabei die Meinung, daß der studentische Vertreter, Peter Müller, nur Gast bei studentischen Angelegenheiten und nicht ständiger Gast sei. (Vgl. Zeittafeldatum vom 22. April und 13. Mai 1966)

Zu neuen Mitgliedern des Verfassungsausschusses wählt der Akademische Senat die Professoren Ernst Hirsch (Juristische Fakultät), Karl Peter Grottemeyer (Mathe-



matisch-Naturwissenschaftliche Fakultät), Bernhard Beltinger (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät), Reinhard Elze (Philosophische Fakultät) und Günter Neuhaus (Medizinische Fakultät). Der Rektor ist Vorsitzender des Ausschusses.

Der 5. Bundestag wählt mit 272 von 487 Stimmen Prof. Dr. Ludwig Erhard erneut zum Bundeskanzler. 15 FDP-Bundestagsabgeordnete enthalten sich der Stimme, 200 Stimmen werden gegen Erhard abgegeben.

Die „Kammer für öffentliche Verantwortung“ der Evangelischen Kirche in Deutschland/Deutschland (EKD) veröffentlicht eine 30seitige Denkschrift über „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des Deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 3. und 15. Dezember 1965, 5./6. Februar, 7.—13. und 16. März 1966)

### 21. Oktober 1965

Der vom ersten VDS-Vorsitzenden Uwe Janssen zur V. Hochschulkonferenz nach Berlin eingeladenen Studentenrat der UdSSR lehnt seine Beteiligung an der Konferenz ab. Janssen erklärt gegenüber der Presse, daß in Moskau der Eindruck entstanden sei, daß der Studentenrat der UdSSR „zur Anerkennung der Zugehörigkeit West-Berlins zur Bundesrepublik gezwungen werden soll“. Dieser Eindruck sei durch eine zweite Einladung des AStA der FU an den Studentenrat der Lomonossow-Universität zur Teilnahme an der „Internationalen Woche“ der FU entstanden.

Gleichzeitig sagt der Studentenrat der Lomonossow-Universität die Teilnahme an der „Internationalen Woche“ des FU-AStA ab. Der AStA der FU teilt dem Studentenrat der Lomonossow-Universität mit, daß er eine „Vermengung staatsrechtlicher Kategorien mit studentischen Fragen“ entschieden ablehne. (Vgl. Zeittafeldatum vom 25. Oktober — 6. November 1965)

### 21.—24. Oktober 1965

V. Hochschulkonferenz in Berlin. Vertreter der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) und des VDS diskutieren in 7 Arbeitsgruppen und gemeinsamen Plenarsitzungen das „ob und wie der Verbesserung des Honnefer Modells“. Der Senator für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Werner Stein, erklärt, er habe den Eindruck, daß die durch den Start des ersten sowjetischen Sputnik in den westeuropäischen Staaten verursachten Anstrengungen in der Wissenschaftsförderung nach der Bundestagswahl jetzt auch in der Bundesrepublik nachließen. Er fordert die Bundesregierung auf, die Bundesländer finanziell in die Lage zu versetzen, mehr Studenten auf breiterer Basis zu fördern. Z. Zt. bezögen rund 40 000 von insgesamt rund 270 000 immatrikulierten Studenten ein Honnefer-Stipendium.

Der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Prof. Dr. Rudolf Sieverts, nennt als Ziel der Hochschulkonferenz eine gemeinsame Überprüfung des Honnefer Modells aufgrund der inzwischen gewonnenen Erfahrungen, ob wie bisher nur begabte Studenten gefördert werden sollten, oder ob man die Richtlinien generell auf alle bedürftigen Studenten ausdehnen müsse. Die Konferenz fordert einhellig die Erhöhung der Stipendiensätze auf DM 350,—, den Wegfall der Unterscheidung zwischen Anfangs- und Hauptförderung und die Erhöhung der „elterlichen Freibeträge“. (Die Finanzminister der Bundesländer hatten wenige Tage vorher beschlossen, die monatlichen Sätze von Honnefer-Vollstipendien von DM 247,— nicht zu erhöhen.)

### 22. Oktober 1965

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. (Der AStA hatte stud. jur. Ulrich K. Preuß [SDS], den ehemaligen Vorsitzenden des Hochschulausschusses des VDS, Peter Müller [ESG, DIS], und den ehemaligen AStA-Vorsitzenden, stud. phil. Werner Gebauer, beauftragt, gegen ein Honorar von DM 250,— pro Person einen Entwurf für ein

Hochschulgesetz zu erstellen.) Der AStA-Vorsitzende Wolfgang Lefèvre wird beauftragt, Werkverträge abzuschließen und die Gesamtsumme auf DM 600,— zu senken, da Herr Gebauer teilweise nur in beschränktem Maße mitarbeiten konnte. (Vgl. Zeittafeldatum vom Februar 1966)

Der AStA beschließt die Übernahme der Kosten für die Informationsreise der Referentin für gesamtdeutsche Fragen und politische Bildung, Margaret Wirth, durch die DDR.

Der AStA beschließt weiterhin den Kauf von 400 SDS-Dokumentationen zu den Auseinandersetzungen zwischen Rektorat und Studentenvertretungen der FU zum Preis von DM —,50 pro Stück mit dem Hinweis, daß der Kauf bereits grundsätzlich früher beschlossen wurde. (Vgl. Zeittafeldatum von Ende September 1965 und vom 25. November 1965)

### 23. Oktober 1965

Der „DEUTSCHE-STUDENTENANZEIGER“ — unabhängiges Forum DEUTSCHER HOCHSCHÜLER“ polemisiert in einem Leitartikel mit der Schlagzeile „Kuby ante portas“ gegen „zwei junge angehende Volksfrontpolitiker an der Freien Universität, Lefèvre und Damerow“, gegen den „Dirnenbiographen und Tarzan unter den bundesdeutschen Vergangenheitsbewältigern, Erich Kuby“, gegen „Westdeutschlands Polit-Chamäleon Nr. 1, Sir Sebastian Haaffner“ und den „Wegbereiter und Förderer des ‚alten Traumes‘ vom ‚reinen‘ Sozialismus... Prof. Dr. Ossip Flechtheim, von russischen Juden abstammender deutscher Jungbolschewik der dreißiger Jahre“. In derselben Nummer der rechtsradikalsten Studentenzeitung (Gesamtauflage 20 000) steht ein Artikel über die Uraufführung des Theaterstücks „Die Ermittlung“ von Peter Weiss in der „Freien Volksbühne, Berlin“ unter der Schlagzeile „Kommunistisches Schwitztheater — Schauprozeß oder Prozeßschau — Spartakist Piscator und SED-Freund Weiss“. Die Nummer beinhaltet außerdem ein Interview mit dem CSU-Vorsitzenden, Dr. h. c. Franz-Josef Strauß, zum Thema „Strauß und die ‚Heimatlose Rechte‘“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 1. Dezember 1965)

### 25. Oktober — 6. November 1965

„Internationale Woche“ des AStA der FU. Im Mittelpunkt steht das Seminar „Student in Europa“ mit Delegierten aus europäischen Ländern. (Vgl. Zeittafeldatum vom 21. Oktober 1965)

### 26. Oktober 1965

Die „BZ“ veröffentlicht einen Leitartikel gegen die beiden AStA-Vorsitzenden Lefèvre und Damerow unter der Schlagzeile „Inspektor sagt: Die Diktatur der Minderheit muß endlich weg“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 28. Oktober 1965) Dok. 449

10. ordentliche Sitzung des 17. Konvents der FU. An der Sitzung nehmen mehrere Dekane, Professoren, die West-Berliner Presse, das Fernsehen und ungefähr 250 Studenten teil. Nachdem der 1. AStA-Vorsitzende Wolfgang Lefèvre in einem ausführlichen Referat die Aktivitäten des AStA dargestellt hat, verteidigt er die Unterschriften unter dem Aufruf „Frieden für Vietnam“: „Es kommt nicht darauf an, wer einen Aufruf formuliert, sondern was der Aufruf aussagt. Die Erklärung, über die wir heute diskutieren, wendet sich gegen die Methoden amerikanischer Kriegführung in Vietnam, und diese sind zweifellos die schlechtesten, die eine hochentwickelte Industrienation gegen ein Entwicklungsland anwenden kann.“ In der Diskussion wird von der Mehrzahl diese Diskussionsebene vermieden und es werden mehr taktische Erwägungen angestellt, ob der Studentenschaft

mit zwei als politisch extrem eingeschätzten AStA-Vorsitzenden gedient sei. Der Konventsabgeordnete Christian Zöpel (Bundsvorsitzender des SHB) behauptet, Lefèvre habe durch seine Unterschrift die „an sich positive Arbeit der Studentenvertretung im vergangenen Semester in Mißkredit gebracht“ und alle Bemühungen des Landesverbandes Berlin im VDS vorerst vereitelt, „offizielle Kontakte“ mit den Jugend- und Studentenorganisationen der sozialistischen Länder und besonders der DDR aufzunehmen. Der ehemalige AStA-Vorsitzende Wolfgang Roth (SHB) kritisiert den „unguten Einfluß“ des Argument-Clubs und des SDS-Landesverbandes Berlin. Der Konventsabgeordnete Hans Heuer (SHB) stellt einen Antrag auf namentliche Abstimmung über den Mißtrauensantrag gegen den AStA, der aber vom 1. Konventsvorsitzenden Wolfgang Pollak aus formalen Gründen abgelehnt wird. In geheimer Abstimmung wird bei 22 Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen dem AStA mit 33 Stimmen das Vertrauen verweigert. Die AStA-Vorsitzenden werden bis zur Neuwahl die Geschäfte weiterführen.

Der Konvent protestiert gegen die Ernennung des Bundstagsabgeordneten Dr. Richard Jäger (CSU), eines Befürworters der Todesstrafe und Verteidiger des Salazar-Regime in Portugal, zum Bundesjustizminister.

„Immatrikulationsbier“ des RCDS. Als Gast spricht Prof. Dr. Georg Kotowski (MdB, CDU).

#### 27. Oktober 1965

3 Studenten des Japanischen Instituts der FU, Inge Braun, Detlef Foljanty und Johannes Sembritzki, erklären in einem Brief an Rektor Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, daß ein „ordnungsgemäßes Studium an diesem Seminar nicht mehr gewährleistet ist“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 31. Januar, 15. Februar, 4. März, 27. Juni, 13. Juli, 18. Oktober und 7. Dezember 1966, 11. und 25. Januar und 8. Februar 1967)

Dok. 450

#### 28. Oktober 1965

Die „BZ“ kommentiert die Abwahl der beiden AStA-Vorsitzenden Lefèvre und Damerow in einem Leitartikel mit der Schlagzeile „Inspektor sagt: Sie halten sich für den Nabel der Welt“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 26. Oktober 1965)

Dok. 451

SHB-Immatrikulationsveranstaltung mit Rechtsanwalt Wolfgang Büsch (MdB, SPD), und SHB-Vertrauensmann in der SPD) zum Thema „Die Bundstagswahl 1965 und die politischen Folgen für die SPD“.

#### 29. Oktober 1965

In der Wochenzeitung „DIE ZEIT“ veröffentlicht Petra Kipp-hoff eine Analyse über die „Free-Speech-Movement“ in den Vereinigten Staaten von Amerika unter der Überschrift „Außenseiter der Gesellschaft: In Amerika bereitet eine neue Studentengeneration den Vertretern des Staates Kopfschmerzen“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 17. April, 5. Mai, 15. und 16. Oktober und 27. November 1965)

#### 30./31. Oktober 1965

Wochenendseminar des SHB zum Thema „Das Godesberger Programm der SPD“. Referenten: Dipl.-Soz. Wolfgang Schluchter (SHB, wissenschaftlicher Assistent am Institut für Soziologie der FU) zum Thema „Die Vorgeschichte des Godesberger Programms“; Dipl.-Volksw. Karl-Heinz Stanzick (SDS, wissenschaftlicher Assistent am Institut für Konzentrationforschung der FU) zum Thema „Wirtschaftspolitische Probleme im Rahmen des Godesberger Programms“; Harry Ristock (SPD-Stadtrat für Volksbildung in Berlin-Charlottenburg)

zum Thema „Probleme aus der Anwendung des Godesberger Programms“ und Lothar Löffler (Rektor der Waldgrundschule in Berlin-Charlottenburg) zum Thema „Bildungs- und kulturpolitische Konzeption des Godesberger Programms“. Das Wochenendseminar wird vom SHB-Arbeitskreis „Bildungspolitik“ organisiert.

#### 31. Oktober 1965

Landesvollversammlung des Berliner SDS. Es wird nur ein 2. Vorsitzender gewählt: Christian Gizewski. Außenreferent: Jürgen Treulieb, Finanzreferent: Heinrich Knauß. Dem politischen Beirat gehören an: Ulrich Ströhle, Erik Nohara, Gerald Scheidler, Wolfgang Schwiedrzik, Elisabeth Rühländer und M. P. Buddeberg. Als Arbeitskreisleiter gehören dem Beirat an: Bernd Rabehl (zusammen mit Rudi Dutschke, Leiter des Arbeitskreises „Marxismus“), Friedhelm Nyssen („Schule und Schichtung“), Jürgen Horlemann (zusammen mit Peter Gäng und Klaus Gilgenmann „Südvietnam“), Tilman Fichter (zusammen mit Nora Schimming und Dieter Sturm „Südafrika“) und Reinhard Strecker („Nazijustiz“).

#### November 1965

Der „FU-SPIEGEL“ bringt ein Interview mit dem ehemaligen 1. AStA-Vorsitzenden Wolfgang Lefèvre über dessen Unterschrift unter dem Aufruf des „Ständigen Arbeitsausschusses für Frieden, nationale und internationale Verständigung“:

Dok. 452

Die FU-Hochschulgruppen des SDS, LSD, SHB und der HSU sowie der Argument-Club verteilen eine interne Broschüre „Plädoyer für eine Demokratische Universität“ an die Mitglieder, die für den 18. Konvent im Dezember 1965 kandidieren sollen. Die Schrift gibt Informationen zu folgenden Fragen: „Zu den Vorgängen des SS 1965“, „Lehrerbildung in Berlin“, „Zur Frage der Korporationen der FU“, „Studienzeitverkürzung“, „Die steckengebliebene Hochschul- und Studienreform“, „Hat die Studentenvertretung ein politisches Mandat?“, „Das Modell des Studienhonorars und die Kritik am bestehenden Förderungsmodell“, „Studentische Wohnheime“ und „Stellungnahme zum hessischen Hochschulgesetz“.

#### 1. November 1965

Der Hochschulausschuß des Konvents der FU beschließt auf seiner 12. Sitzung einstimmig eine „Stellungnahme zur Wohnheimpolitik der Studentenvertretung“, die sich mit den Schwierigkeiten, die bei der Finanzierung von Studentenwohnheimen im letzten Jahr aufgetreten sind, befaßt: „Seit mehr als einem Jahr laufen Verhandlungen, die zum Ziel haben, ein Wohnhaus für Studenten im Rahmen des Sozialen Wohnungsbaus zu erreichen... Beim Finanzsenator scheinen ernsthafte Bedenken dagegen entstanden zu sein, dem Studentenwerk, das grundsätzlich die geforderte Eigenbeteiligung nicht vorweisen kann, die Möglichkeiten des Sozialen Wohnungsbaus einzuräumen... Der einzige Ausweg, der aus dieser Schwierigkeit zu führen scheint, besteht darin, einen Bauherren zu finden, der 1. über die Eigenmittel verfügt, um den Sozialen Wohnungsbau in Anspruch nehmen zu können, und 2. bereit ist und ein Interesse hat, ein Studentenwohnheim zu bauen, und der sich 3. dadurch, daß ihm ein Grundstück zur Verfügung gestellt wird, veranlaßt sieht, so enge Bindungen mit dem Studentenwerk einzugehen, daß die Interessen der Studentenschaft in jedem Falle gewahrt bleiben und der Senat von Berlin der Konstruktion zustimmen kann.

Nach niedrigen Schätzungen werden allein für die FU 4000 Wohnhausplätze gebraucht, um den dringendsten Bedarf zu decken. In den Verhandlungen, wie sie bisher geführt wurden, ist erreicht worden, daß zwei kleinere

Wohnhäuser mit insgesamt etwa 170 Plätzen gebaut werden.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 18.—20. Juni 1965)

Prof. Erich Engel übergibt im Auftrag des „Ständigen Arbeitsausschusses für Frieden, nationale und internationale Verständigung, West-Berlin“ die Erklärung „Friede für Vietnam“ Vertretern der „Nationalen Befreiungsfront Südvietnams“ (FNL) zusammen mit einer Geldspende von DM 15 000,—. (Vgl. Zeittafeldatum vom 3., 17., 18., 24., 25., 26. August und 26. Oktober 1965)

Im Rahmen der „Internationalen Woche“ veranstaltet das AStA-Außenreferat eine Podiumsdiskussion zum Thema „Grenzen und Möglichkeiten des politischen Mandats der Studenten — Erfahrungen und Analyse“. Diskussionsteilnehmer sind Dr. Ekkehart Krippendorff und Keith Chamberlain (University of California, Berkeley).

## 2. November 1965

1. Pressekonferenz des neuen Rektors der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber zu den Themen: Studienreform, Finanzierungsprobleme und Forcierung der Bautätigkeit. Der Rektor erklärt, daß er sich verstärkt um einen Kontakt zur Öffentlichkeit bemühen werde und versuchen wolle, die „traditionelle Scheu“ der FU vor „öffentlicher Diskussion interner Vorgänge wenigstens teilweise zu überwinden“.

Die Finanzprüfungskommission des Konvents nimmt eine „Kassenprüfung“ beim Finanzreferenten Ulrich Ströhle (SDS) vor. (Vgl. Zeittafeldatum vom 9., 12., 25., 26. und 30. November, 2., 3. und 6. Dezember 1965)

## 3. November 1965

Sitzung des Akademischen Senats der FU. Aufgrund des Berichtes des Rektors über die von der TU eingeleiteten Maßnahmen zur Errichtung einer Großrechenanlage für Berlin beschließt der Akademische Senat die Bildung eines Senatsausschusses für Rechenanlagen. Mitglieder sind die Professoren Bernhard Bellinger und Wolfgang Wetzell von der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, Karl-Peter Grottemeyer (Vertreter Alfred Stöhr) und Karl-Heinz Lindenberger von der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät und Heinz Oeser von der Medizinischen Fakultät. Aufgabe des Ausschusses ist die Koordinierung innerhalb der FU und die Vertretung der Interessen der FU gegenüber der TU und dem Land Berlin.

Immatrikulationstees des SDS zum Thema „Wird es immer wieder Streit geben?“

## 4. November 1965

Die „Frankfurter Rundschau“ veröffentlicht einen Leserbrief des Schatzmeisters des SHB-Bundesvorstandes, Erich Langmantel, zur Abwahl Wolfgang Lefèvres als 1. AStA-Vorsitzenden: „Der Sturz des AStA-Vorsitzenden der FU Berlin zeigt wieder einmal mehr, welche Leute in der Berliner Gruppe des SHB den Ton angeben: SPD-fromme Studenten, deren Hauptziel es ist, ihre persönliche Karriere zu sichern. Deshalb fällt es ihnen auch leichter, mit Korporationen und RCDS zusammenzugehen, als mit den liberalen und sozialistischen Studenten, die es noch wagen, sich offen zu einer unabhängigen und kritischen Linie zu bekennen.“ Unterschrieben ist der Leserbrief mit „Erich Langmantel, Mitglied des Bundesvorstandes des Sozialdemokratischen Hochschulbundes“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 26. Oktober und 19. November 1965)

## 8. November 1965

Vollversammlung der SHB-Gruppe an der FU. Der Gruppenvorsitzende Gerd Peters gibt einen Rechenschaftsbericht über die Vorbereitung der Konventswahlen ab.

## 9. November 1965

„Hearing“ am OSI zum Thema „Marktbeherrschende Unternehmen“. Referent ist Dr. Eberhard Günther (Präsident des Bundeskartellamtes).

## 10. November 1965

Veranstaltung des RCDS im Klubhaus der FU zum Thema „Die Sowjetisierung Ost-Mitteleuropas und des Europäischen Südostens“. Referent ist Dipl.-Pol. Heinrich Lummer (CDU).

## 11. November 1965

Veranstaltung der FU-Gruppe der ESG im Auditorium Maximum zum Thema „Über die Ursachen des Mißerfolges der deutsch-sowjetischen Begegnung in Berlin im Jahre 1945“. Referent ist Erich Kuby. (Vgl. Zeittafeldatum vom 12. Juni 1958, 5., 6. und 7. Mai und 6. Oktober 1965)

## 12. November 1965

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der amtierende AStA-Vorsitzende Wolfgang Lefèvre berichtet über den letzten Stand eines Vorhabens des AStA, mit einer privaten Frankfurter Finanzgruppe ein Studentenwohnheim zu errichten. Es habe sich herausgestellt, daß die Miete in einem von dieser Finanzgruppe gebauten Haus DM 100,— betragen würde, obwohl die Gruppe auf etwa 65 % der Verzinsung ihres Kapitals verzichten würde. Der AStA hält es damit für erwiesen, daß das Bauen mit privaten Geldgebern in Hinblick auf die Mieten und den sonstigen Unterhalt der Bauten nicht möglich ist.

Der Chefredakteur des „FU-SPIEGEL“, Jürgen Mensendiek, teilt mit, daß der Direktor des Geographischen Instituts der FU, Prof. Dr. Dr. Joachim H. Schultze, Exemplare des „FU-SPIEGELS“ „konfisziert“ habe.

Da Prof. Dr. rer. pol. Bernhard Bellinger nicht bereit ist, einen Raum für die für den 16. November geplante Veranstaltung von Joel Carmichael „Leben und Tod des Jesus von Nazareth“ zur Verfügung zu stellen, da er die Verletzung religiöser Gefühle von Studenten befürchtet, beschließt der AStA, die Frage des materiellen Zensurrechts aufgrund des Hausrechts mit dem Rektor und gegebenenfalls mit dem Akademischen Senat zu erörtern.

11. Ordentliche Sitzung des 17. Konvents der FU. Niels Kadritzke (Landesvorsitzender des SHB) wird für das Amt des 1. AStA-Vorsitzenden vorgeschlagen. In seiner Vorstellung weist er auf die Gründe hin, die ihn bewogen haben, zur „Abwahl von Wolfgang Lefèvre“ beizutragen. Er betont, daß er „als unbelasteter AStA-Vorsitzender“ versuchen werde, die erforderlichen Konsequenzen aus den Ereignissen des Sommersemesters auf hochschulpolitischem Gebiet zu ziehen. Er betont, daß das „politische Mandat“ der Studentenvertretung wahrgenommen werden müsse. Im ersten Wahlgang erreicht Kadritzke mit 25:23:2 Stimmen nicht die notwendige absolute Mehrheit. Die SDS- und AC-Konventsabgeordneten stimmen gegen Kadritzke, weil dieser sich in der Personalbefragung weigerte, Wolfgang Lefèvre als Hochschulreferenten in den neuen AStA aufzunehmen. Im 2. Wahlgang wird Kadritzke mit 32:16:2 Stimmen gewählt.

Bericht der Finanzprüfungskommission des Konvents. Der Bericht wird auf der Konventssitzung noch nicht diskutiert.

Dok. 453

## 15. November 1965

Auf der 1. ordentlichen Sitzung des neuen AStA der FU wird nur über Sport debattiert.

### 16. November 1965

Vortragsabend des AStA der FU zum Thema „Politisches Engagement an der Universität“. Referent ist Dr. Heribert Adam (Institut für Sozialforschung der Universität Frankfurt/Main). Dr. Adam referiert über seine empirisch-soziologische Studie „Studentenschaft und Hochschule — Möglichkeiten und Grenzen studentischer Politik“, besonders über die Vorurteile vieler Professoren gegen das „politische Mandat“ der Studenten.

### 18. November 1965

Vortragsveranstaltung am OSI zum Thema „Wissenschaftliche Wahlkampf-führung“. Referent ist Diplom-Politologe Günther Struve (SPD).

### 19. November 1965

Die Wochenzeitung „Christ und Welt“ veröffentlicht den ersten Artikel „Amerika, du hast es besser“ einer vierteiligen Serie von Nobelpreisträger Prof. Dr. Rudolf Mössbauer über die Forschungsbedingungen in den Vereinigten Staaten und in Deutschland. (Vgl. Zeittafeldatum vom 3. Dezember 1965)

Der Schatzmeister des SHB-Bundesvorstandes, Erich Langmantel, erklärt seinen Rücktritt. (Vgl. Zeittafeldatum vom 4. November 1965)

### 19./20. November 1965

6. ordentliche Bundes-Jugendkonferenz des DGB in München. Fast einstimmig verabschieden die 151 Delegierten eine Resolution des Hauptjugendausschusses der IG Chemie-Papier-Keramik gegen die Notstandsgesetzgebung: „Die Delegierten der 6. Bundesjugendkonferenz lehnen weiterhin jede Notstandsgesetzgebung ab. Sie sind der Meinung, daß unser Grundgesetz genügend Sicherheit für die Überwindung eines eventuellen Notstandes beinhaltet.“ Außerdem protestieren die 151 Delegierten „mit großer Besorgnis“ gegen die „Entwicklung im Bereich der politischen Justiz in der Bundesrepublik und die Tätigkeit der Ermittlungsstellen sowie der Strafverfolgungsbehörden... Untersuchungen und Ermittlungsverfahren in politischen Strafsachen dienen häufig dazu, auf die Betroffenen Druck auszuüben und sie in einen Zustand der Rechtsunsicherheit zu versetzen.“ Die Konferenz fordert eine „tiefgreifende Reform des Schulgesetzes“: „Unsere Existenz hängt davon ab, ob es gelingt, daß Bildungsniveau allgemein entscheidend zu heben und alle Begabungen zu fördern.“ Eine weitere Forderung: „einheitliches umfassendes Berufsbildungsgesetz“.

### 20. November 1965

Die SDS-Gruppe an der FU stellt beim Rektor den Antrag, eine Ausstellung von Bildern und Dokumenten (24 Schautafeln in der Größe 1 Meter × 1,5 Meter) zum Vietnam-Krieg in der Galerie des Henry-Ford-Baus zu zeigen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 25. und 26. November und 13.—17. Dezember 1965)

### 22. November 1965

Podiumsdiskussion der HSU zum Thema „Über den guten Glauben der Deutschen 1933—1945 — 1965“. Referent ist der Schriftsteller Robert Neumann.

### 23. November 1965

Die SDS-Gruppe an der FU bittet den Rektor in einem Schreiben, vier Filme über Vietnam am 8. Dezember 1965 im Auditorium maximum der FU vorführen zu dürfen. „Es handelt sich um vier Filme, von denen zwei westlicher und zwei östlicher Herkunft sind.“

### 24. November 1965

Sitzung des Akademischen Senats der FU. Der Akademische Senat beschließt gegen zwei Stimmen eine Stellungnahme zu dem Gesamtentwurf über die Zusammen-

arbeit der FU und der PH zur Förderung der Lehrerbildung, in der die Berücksichtigung einiger Punkte aus der Stellungnahme vom 28. Juli 1965 begrüßt wird. Dazu beschließt der Akademische Senat bei zwei Gegenstimmen einen Gegenentwurf. Die Studentischen Sprecher im Akademischen Senat geben ein abweichendes Votum ab.

Dok. 454, Dok. 455 und 456

Nachdem der Akademische Senat verschiedentlich die Entscheidung über einen Antrag des Vereins Deutscher Studenten (VDSt) Berlin-Leipzig auf Zulassung als förderungswürdige studentische Vereinigung vertagt hatte, lehnt er nach eingehender Aussprache diesen Antrag mit 10:6:1 Stimmen ab. (Der vom Akademischen Senat am 30. Juni 1965 eingesetzte Ausschuß zur Vorbereitung der Entscheidung hatte die Zulassung empfohlen). (Vgl. Zeittafeldatum vom 11. Dezember 1964, 30. Juni 1965, 28. Juni 1966, 11. Januar und 7. Dezember 1967, 27. Januar und 7. Februar 1968)

In Abwesenheit der studentischen Sprecher beschließt der Akademische Senat die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen Prof. Dr. Hans Eckardt aufgrund der Angaben der Studenten Braun, Sembritzki und Foljanty vom 27. Oktober 1965. Mit der Durchführung der Ermittlung wird Prof. Dr. Arwed Blomeyer beauftragt.

Die Fachschaft Soziologie führt einen Fackelzug durch, um Prof. Dr. Ludwig von Friedeburg zum Bleiben an der FU zu bewegen. Prof. von Friedeburg hat einen Ruf an die Universität Frankfurt/Main erhalten. Ein Sprecher der Soziologie-Studenten erklärt in einer kurzen Rede, die Soziologie-Studenten hätten die „traditionsgeladene Form“ dieser Ehrerbietung „kritisch reflektiert“.

### 25. November 1965

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der AStA beschließt, die SDS-Dokumentation „Die Studentenvertretung der Freien Universität Berlin in ihren Auseinandersetzungen mit der Akademischen Verwaltung um das politische Mandat der Studentenschaft“ den Kandidaten für die Konventswahlen kostenlos zur Verfügung zu stellen. (Vgl. Zeittafeldatum von Ende September und vom 22. Oktober 1965)

Auf den Antrag des SDS vom 20. November 1965 teilt der Rektor der FU in einem Schreiben mit, daß er die Galerie des Henry-Ford-Baus leider nicht für die geplante Ausstellung zur Verfügung stellen könne: „Das Baupolizeiamt Zehlendorf hat bereits im Jahre 1955 die Bedingungen zum Bauschein für den Henry-Ford-Bau dahin erweitert, daß in der gesamten Eingangshalle keine Ausstellung oder Veranstaltung stattfinden darf. Meine Amtsvorgänger und ich haben verschiedentlich versucht, dieses Verbot zu durchlöchern, die Bemühungen sind jedoch im Endergebnis erfolglos geblieben. Eine Ausnahme kann allenfalls in kleinem Rahmen für die Nordhalle gemacht werden, wo jedoch bis Ende Dezember eine Ausstellung des AStA stattfindet.“

Der AStA-Vorsitzende Niels Kadritzke und die Referentin für gesamtdeutsche Fragen und politische Bildung, Margaret Wirth, informieren sich beim Rektor über die baupolizeilichen Vorschriften. Nach Angaben des Rektors zeigen sie „volles Verständnis für die sich daraus zwangsläufig ergebende Entscheidung des Rektors“.

Auf den Antrag des SDS vom 23. November 1965 bittet der Rektor in einem Schreiben „um Angabe der Titel und der Hersteller der Filme sowie um Auskunft darüber, wie Sie sicherstellen wollen, daß die Filme — wie

es in Ihrem Schreiben vom 23. 11. 1965 heißt — der Studentenschaft und nicht einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden“.

Der Senatsrat Horst Korber und der DDR-Staatssekretär Michael Kohl unterzeichnen ein neues Passierscheinabkommen, das bis zum 31. März 1966 gilt. (Vgl. Zeittafeldatum vom 24. September 1964)

Der Sozialreferent des AStA, Peter Dehn, erfährt endgültig, daß der Senator für Arbeit und Soziale Angelegenheiten wegen der „schlechten Etatlage“ des Landes Berlin die Weihnachtsbeihilfe für Honnef-Stipendiaten streicht. (Vgl. Zeittafeldatum vom 16. März, 8. Juli, 21. bis 24. Oktober, 1. und 6. Dezember 1965)

12. ordentliche Sitzung des 17. Konvents der FU. Zum 2. AStA-Vorsitzenden wird der einzige Kandidat Gert Börnsen (SHB) mit 32:6:3 Stimmen gewählt.

Der Konvent empfiehlt dem Akademischen Senat die Zulassung der „Islamischen Studentengemeinde“ als förderungswürdige studentische Gemeinschaft. Der Finanzreferent des AStA, Ulrich Ströhle, führt die Schwierigkeiten, die sich bei der Aufstellung des Jahresabschlusses 1964 ergaben, darauf zurück, daß sein Vorgänger nur eine vorläufige Soll-Ist-Rechnung hinterließ, alle sonstigen Belege und Rechnungen jedoch unaufgearbeitet übergab.

#### 26. November 1965

Der Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, empfängt den Vertreter des SDS Jürgen Horlemann, um ihm die haupolizeilichen Vorschriften zur Kenntnis zu geben. Der Rektor weist auf das „volle Verständnis“ der AStA-Mitglieder vom Vortage hin. Horlemann sieht in der Entscheidung eine politische Maßnahme gegen die freie Informationsarbeit der Studentenschaft. Der Rektor weist das energisch zurück.

Der RCDS veröffentlicht ein Flugblatt gegen den Finanzreferenten des AStA, Ulrich Ströhle (SDS), mit der Schlagzeile „Was geschieht mit den Geldern der Studentenschaft?“ Der RCDS veröffentlicht den im Konvent noch nicht diskutierten Bericht der Finanzprüfungskommission in Auszügen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 30. November und 3. Dezember 1965)

Podiumsdiskussion im Auditorium maximum der FU zum Thema „Nationalismus und Nationalstaat in der heutigen Welt“. Die Diskussion wird vom OSI veranstaltet. Teilnehmer sind Prof. Dr. Richard F. Behrendt (FU), Prof. Dr. Richard Löwenthal (FU) und Prof. Carl Christoph Schweitzer (Bundeszentrale für politische Bildung). Die Leitung der Diskussion hat Prof. Dr. Gert von Eynern.

#### 27. November 1965

Festliche Rektoratsübergabe im Auditorium maximum der FU. Die Studentengruppen AC, DIS, GSG, ESG, HSU, LSD und SDS verteilen ein Flugblatt, in dem auf frühere Ausstellungen im Henry-Ford-Bau hingewiesen und dann gefragt wird: „Soll hier nicht vielmehr eine unbequeme politische Veranstaltung verhindert werden?“ (Die ESG zieht ihre Unterschrift am 8. Dezember 1965 zurück mit der Begründung, es sei unter Umständen verteilt worden, „die einem sachlichen Verhältnis zwischen Rektor und Studentenschaft nicht förderlich sind“.)

Dok. 457

Während des Festaktes erklärt der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, daß der weitere Ausbau der wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtun-

gen eine „Grundlage der innersten Existenz dieser Stadt“ sei. In einem Rechenschaftsbericht geht der scheidende Rektor, Prof. Dr. Herbert Lüers, auf die noch immer ungelöste Bausituation der FU ein. Er weist darauf hin, daß die finanziellen Zuschüsse für Universitätsbauten von 25 Millionen DM im Jahre 1963 auf 53 Millionen im kommenden Haushaltsjahr gewachsen sind. Trotzdem werde es voraussichtlich bis 1990 dauern, bis die Universität voll ausgebaut sei. Auf die Fälle Kuby und Krippendorff geht Lüers nur mit dem Satz ein, „Mißverständnis“ über die Verteilung und Abgrenzung von Kompetenzen“ hätten die Arbeit im Sommersemester 1965 innerhalb der FU „sehr erschwert“. Der neue 1. AStA-Vorsitzende Niels Kadritzke erwähnt in seiner Rede die Auseinandersetzung der Studentenschaft mit dem Rektor mit keinem Wort. (Der SHB hatte sich auch geweigert, das Flugblatt über die verbotene Vietnam-Ausstellung zu unterzeichnen.) Kadritzke setzt sich für einen wissenschaftlichen Austausch mit Professoren aus der DDR und anderen sozialistischen Staaten ein. Die FU könne nur dann ihrem Auftrag voll gerecht werden, wenn sie Diskussionsforum für „Wissenschaftler aus beiden ideologischen Richtungen, die heute die Welt spalten“, sei. (Vgl. Zeittafeldatum vom 1., 7., 10. und 13.—17. Dezember 1965)

#### 27. November 1965

„2. Marsch nach Washington“. Offizieller Veranstalter ist das „Committee for a Sane Nuclear Policy“ (SANE). (Am 23. November 1965 hatte SANE in der New York Times eine ganzseitige Anzeige mit folgenden Anweisungen veröffentlicht: „Der Tenor der Demonstration wird positiv und schöpferisch sein. Aktionen im Sinne des zivilen Ungehorsams sind unerwünscht. Die Transparente werden von den Veranstaltern in Washington bereitgestellt.“ Unterzeichnet war die Anzeige von 35 bekannten Persönlichkeiten, unter ihnen Saul Bellow, Alexander Calder, Jules Feiffer, Erich Fromm, John Hersey, Arthur Miller, Benjamin Spock und Norman Thomas.) Die Hauptforderung von SANE ist „Frieden in Vietnam“. Die neue radikale Minderheit „Neue Linke“ lehnt diesen Aufruf ab. Der Studentenverband „Students for a Democratic Society“ (SDS) erläßt einen eigenen Aufruf und demonstriert mit eigenen Transparenten. Auf der Abschlussskundgebung der 40 000 Demonstranten formuliert der Vorsitzende des SDS, Carl Oglesby die Kritik der „Neuen Linken“ an den „gemäßigten“ und der Politik der „Alten Linken“: „Der Liberalismus sieht sich von einer tiefen Krise bedroht. Wie kann er, angesichts des Zusammenbruchs aller europäischen Kolonialreiche, mit seinem doppelten Bedürfnis fertig werden, nämlich einerseits die Jagd nach dem Reichtum fortsetzen und andererseits vor der Welt rechtschaffen dastehen? Wie können wir gleichzeitig die Häfen Asiens zerstören und von Jesus träumen? Wir haben einen äußerst geschickten Ausweg aus diesem Dilemma gefunden: Die Ideologie des Anti-Kommunismus. Ihr Geheimnis ist simpel. Wir können Revolutionen nicht verurteilen; denn unsere eigene Geschichte hat mit einer Revolution begonnen... Wir haben deshalb die Revolution umgetauft. Wir nennen sie Kommunismus. Und wir behalten uns das Recht vor, zu bestimmen, was Kommunismus ist. Wir machen auf kommunistische Greuelthaten aufmerksam, wir holen sie aus ihren Rahmen heraus, wir übertreiben sie, wo das nötig ist, und wir rufen der Welt zu: Seht, der Kommunismus ist ein einziges Blutbad! ... Seht, die Revolution ist nichts als Unterdrückung!“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 1. Oktober, 1., 4., 13.—17. und 31. Dezember 1965 und 11. Mai 1966)

#### 28. November 1965

AStA-Veranstaltung „Songs for Freedom“ mit der Sängerin Hedy West, die in einem ihrer Lieder für die Demokratische Republik Vietnam Partei ergreift: „Before I were fenced in — I vote for Ho-Chi-Minh“.

### 29. November 1965

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der AStA beschließt zu der baupolizeilicher Vorschriften wegen nicht genehmigten Vietnam-Ausstellung des SDS im äußersten Fall das Anerbieten zu machen, die Ausstellung zu übernehmen und gegen die augenblickliche Ausstellung des AStA in der Nordhalle des Henry-Ford-Baus auszutauschen.

Aufgrund der Presseberichte über die geplante Vietnam-Ausstellung des SDS beanstandet die Bauaufsichtsbehörde die in der Nordhalle des Henry-Ford-Baus stattfindende Ausstellung des AStA, die abgebrochen wird.

Wahlvollversammlung der Veterinärmedizinischen Fakultät: 4 Kandidaten bewerben sich um 2 Mandate.

### 30. November 1965

Der 2. AStA-Vorsitzende Gert Börnsen (SHB), der 2. Konventsvorsitzende Christian Fenner (LSD) und der Vorsitzende der Finanzprüfungskommission Wolfgang F. Dalchow verurteilen in einer Sondernummer des „FU-Spiegels — INFORMATIONEN für die STUDENTENSCHAFT“ das Vorgehen des RCDS, der in seinem Flugblatt vom 26. November 1965 den im Konvent noch nicht diskutierten Bericht der Finanzprüfungskommission in Auszügen veröffentlicht hatte: „Die Finanzprüfungskommission bedauert, daß diese hochwichtige Frage, die im Konvent seit mehreren Sitzungen hätte behandelt werden sollen, in dieser Form mit subjektivem Kommentar einer studentischen Gruppe der Öffentlichkeit vorgestellt worden ist.“

Die Mitglieder der Finanzprüfungskommission, Peter Jürgen Ely, Rudolf Müller (RCDS) und Friedrich Zimmermann (Burschenschaft Alania) verteidigen das Flugblatt der RCDS-Hochschulgruppe: „Was geschieht mit den Geldern der Studentenschaft?“ vom 26. November 1965 und verurteilen das Flugblatt Börnsen/Fenner/Dalchow vom selben Tage: „Herr Dalchow, Vorsitzender der Finanzprüfungskommission hat keinen Beschluß der Kommission herbeigeführt oder auch nur mit einem Mitglied der Finanzprüfungskommission gesprochen, bevor er den Namen der Kommission im Flugblatt in dieser Weise mißbrauchte.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 3. Dezember 1965)

Wahlvollversammlung in der Juristischen Fakultät: 33 Kandidaten bewerben sich um 10 Mandate.

Erste Nummer der „Informationen der Universitätsverwaltung“. Herausgeber ist der Rektor der Freien Universität Berlin. Die „Informationen...“ sollen der „schnelleren Unterrichtung einer breiten Universitätsöffentlichkeit über aktuelle Entwicklungen der Freien Universität sowie über Probleme und Entscheidungen der Akademischen Selbstverwaltungsorgane und der Universitätsverwaltung“ dienen.

Im „Länderdienstverlag Berlin—Basel“ erscheint die Monographie „Die Freie Universität Berlin“ (Herausgeber ist Prof. Dr. Georg Kotowski). Die Monographie enthält Artikel über die Entstehungsgeschichte der FU, über die sechs Fakultäten, die vier interfakultativen Institute, die Studentenvertretung und die Ernst-Reuter-Gesellschaft in zwei Sprachen, deutsch und englisch.

### 1. Dezember 1965

8 Berliner Tageszeitungen („Der Abend“, „BZ“, „Berliner Morgenpost“, „Der Kurier“, „Spandauer Volksblatt“, „Der Tagesspiegel“, „Telegraf“ und die „Nachtdespeche“) veröffentlichen einen Aufruf an die „Berlinerinnen und Berliner“, allen amerikanischen Familien, die einen Angehörigen verloren haben, „der fern der Heimat in Vietnam sein Leben zum

Schutze der freien Welt vor gewaltmäÙiger Ausdehnung des kommunistischen Machtbereichs opfern mußte“, soll eine Nachbildung der Freiheitsglocke der Berliner Porzellanmanufaktur und der „leidenden Bevölkerung Vietnams sollen dringend benötigte Medikamente geschickt werden.“ Die acht Unterzeichnenden Berliner Tageszeitungen rufen zu Geldspenden auf. (Vgl. Zeittafeldatum vom 2.—6., 4., 6., 10., 17. und 29. Dezember 1965)

Dok. 458

Sondernummer des „FU-Spiegels — Informationen für die Studentenschaft“ mit der Schlagzeile: „Der AStA-Sozialreferent Peter Dehn unterrichtet über die letzte Entwicklung“. Dehn wendet sich gegen das neue Argument des Berliner Senats, daß in den letzten Jahren mit der Beihilfe Mißbrauch getrieben worden sei. Betrugsversuche mit falschen Angaben seien nicht über den üblichen Prozentsatz hinaus vorgekommen. Auf sein Schreiben an den Senator für Wissenschaft und Kunst mit einem Durchschlag an den Regierenden Bürgermeister sowie gleichlautenden Schreiben an die Stadträte für Sozialwesen der Bezirke sei noch von keiner Seite beantwortet worden. Dehn weist auf die am nächsten Tag stattfindende Sitzung des Abgeordnetenhauses hin, in der der Abgeordnete Kaschke (FDP) eine Anfrage an den Senat bezüglich der Weihnachtsbeihilfe richten werde. (Vgl. Zeittafeldatum vom 16. März, 8. Juli, 25. November und 6. Dezember 1965)

Ordentliche Sitzung der Philosophischen Fakultät der FU. Der Dekan teilt mit, daß die vom Akademischen Senat am 29. November 1964 beschlossene Assistentenordnung bisher noch nicht vom Senator für Wissenschaft und Kunst bestätigt worden sei, was möglicherweise auf die Empfehlung des Fakultätentages zurückzuführen sei, die Assistentenordnung in allen Bundesländern einheitlich zu regeln. Die Fakultät begrüßt den Standpunkt der Assistentenschaft: Die Assistentenschaft hatte die Empfehlung an den Wissenschaftsrat ausgesprochen, nach den vier Assistentenjahren ein von Verwaltungs- und Lehraufgaben freies zweijähriges Habilitationsstipendium zu vergeben. Die Fakultät begrüßt ebenso die Forderung nach mehr Assistentenstellen für überlastete Institute.

Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim stellt Strafantrag gegen den „Deutschen Studenten-Anzeiger“. Prof. Flechtheim bezieht sich dabei auf eine Charakterisierung seiner Person als „von russischen Juden abstammender deutscher Jungbolschewik der dreißiger Jahre“, der „emigrierte“ und 1964 nach Deutschland zurückkehrte, um seinen „alten Traum vom reinen Sozialismus“ zu lehren. Im „Deutschen Studentenanzeiger“ heißt es weiter, Flechtheims „jüngstes Werk“, das den „für typische sozialistische ‚Altträumer‘ bezeichnenden Titel trägt ‚Weltkommunismus im Wandel‘“, könne man „für genau 19,80 spät-kapitalistische DM“ kaufen. In einem Brief an den Berliner Senator für Justiz, Wolfgang Kirsch, erklärt Prof. Flechtheim, daß er sich nicht beleidigt fühle, da seine Ehre „durch solche an das Dritte Reich erinnernden Verleumdungen nicht betroffen werden kann“. Gleichzeitig bittet Prof. Flechtheim den Senator für Justiz nachzuprüfen, ob nicht „ein Strafverfahren wegen Angriff auf die Menschenrechte, wegen Nötigung, Bedrohung und politischer Verdächtigung“ gegen die Redakteure des „Deutschen Studenten-Anzeigers“ und den Verfasser des Artikels, Diedrich Zippendorf, zu eröffnen sei. (Vgl. Zeittafeldatum vom 23. Oktober 1965)

Wahlvollversammlung der Philosophischen Fakultät: 56 Kandidaten bewerben sich um 24 Mandate.

Wahlvollversammlung der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät: 14 Kandidaten bewerben sich um 11 Mandate.

Die Schriftsteller- und Wissenschaftler-Erklärung „zum Krieg in Vietnam“ wird der Presse übergeben. Der Aufruf ist von

# AUF RUF

Wir bitten um Unterstützung der amerikanischen Politik für Hitler in Vietnam. Und für was in Europa?

Wir bitten um klare Bezeichnung der amerikanischen Propagandakompanien in Westberlin (Westberliner Tageszeitungen).

Spandauer Volksblatt

Der Tagesspiegel

Der Kurier — Telegraf — BZ — Morgenpost

kurz, acht Westberliner Tageszeitungen bitten um Vertrieb in Saigon und Umgebung.

Wir bitten um Gasmasken und Luftschutzkeller für die Redaktionsstäbe der Westberliner Tageszeitungen. Wie leicht fällt aus Versehen so eine Napalmbombe der Amerikaner auf das Ullsteinhaus.

Wenn ihr die Ausdehnung des Krieges auf Mitteleuropa und Berlin wünscht, unterstützt die Westberliner Tageszeitungen! Spendet auf ihr Konto!



## Berliner Weihnachts- Damoklesschwert 1965

**Spendet für Johnsons Gallensteine!**

**Amerikas Führung treibt Anti-Kennedy-Politik in Vietnam.**

Einzahlungen auch an das ehemalige Mitglied eines amerikanischen Geheimdienstes „Inspektor“ Sikorski („Täglich müssen amerikanische Soldaten sterben. Und wir?“) von der BZ, Axel-Springer-Haus.

**Heute für die amerikanische Vietnam-Politik Geld spenden heißt sparen fürs eigene Massengrab.**

---

**Eure Rührung ist mörderisch  
Das Wasser in euren Augen ist gut  
für die ewigen Blindenverführer  
Lasset die Toten die Toten begraben  
Ergründet wie die Lebenden Lebende bleiben**

---

Die Redaktion Neuss Deutschland, Abteilung Begräbnishilfe

W. Neuss  
W. Gruner  
R. Rochow  
E. A. Rauter

G. Delavaux  
G. Groenewold  
M. Koegler  
H. Rieck

mehr als 70 Schriftstellern und 130 Professoren und Assistenten unterzeichnet. (Vgl. Zeittafeldatum vom 17. April, 1. und 15./16. Oktober, 27. November, 4., 13.—17. und 31. Dezember 1965, Januar, 2.—6. und 5. März, 4., 5., 11. und 22. Mai 1966)

Dok. 459

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Es wird mitgeteilt, der Rektor habe den AStA wissen lassen, daß er sich aufgrund des SDS-Flugblattes über das Verbot der Vietnam-Ausstellung teils aus Verärgerung, teils aus Zwang strikt an die baupolizeilichen Vorschriften halten werde.

## 2. Dezember 1965

Wahlvollversammlung der Vorkliniker: 12 Kandidaten bewerben sich um 6 Mandate.

Wahlvollversammlung der Pharmazeuten: 3 Kandidaten bewerben sich um 2 Mandate.

Der Finanzreferent des AStA, Ulrich Ströhle (SDS), legt „Vorschläge zur Finanzreform“ vor. Er fordert neue Beleg- und Abrechnungsvorschriften. Es müsse sichergestellt werden, daß künftig „alle Ausgaben im Bereich der Studentenvertretung nachprüfbar sind“. Außerdem fordert Ströhle die Einstellung eines Buchhalters: „Der Versuch des AStA, eine Stenotypistin mit buchhalterischer Vorbildung im Finanzreferat einzuarbeiten, ist im wesentlichen gescheitert.“ Ströhle droht dem RCDS und den Burschenschaftlern, die in Flugblättern gegen ihn Anschuldigungen erhoben haben, Strafantrag zu stellen, falls sie keine „harten Beweise“ veröffentlichen würden. (Vgl. Zeittafeldatum vom 6. Dezember 1965)

Der SDS teilt dem Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, die Titel von vier Filmen mit, von denen zwei von der Nordvietnamesischen Nachrichtenagentur und je einer vom „Studio Befreiung der nationalen Front für die Befreiung Südvietnams“ und vom tschechoslowakischen Fernsehen hergestellt sind. Die von USIS in Aussicht gestellten amerikanischen Filme seien abgesagt worden, und es sei nicht mehr gelungen, andere zu erhalten. Um die Filme nur der Studentenschaft zugänglich zu machen, würden am Eingang die Studenausweise kontrolliert werden, diese Maßnahme würde jedoch grundsätzlich vom SDS nicht gebilligt, da sie im Widerspruch zu Artikel 5 des Grundgesetzes stehe.

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Jürgen Mensendiek erklärt als Chefredakteur des „FU-SPIEGELS“ seinen Rücktritt mit Wirkung vom 1. Dezember 1965. (Die Dezember-Nummer hat er noch redigiert.) Der AStA verabschiedet ihn mit „allergrößtem Lob und höchster Anerkennung, weil er sich um die Studentenschaft der FU verdient gemacht hat“.

Zum neuen Chefredakteur wird der von Mensendiek vorgeschlagene stud. phil. Hartmut Häußermann einstimmig berufen.

Es wird mitgeteilt, daß der Träger der Kindertagesstätte (Kita) das Pestalozzi-Fröbel-Haus sei. Das Grundstück sei vom Bezirksamt nur erhältlich, wenn auch Kinder aus der unmittelbaren Umgebung der Kita aufgenommen würden. Der AStA erklärt sich damit einverstanden.

## 2.—6. Dezember 1965

Mitglieder der „Sozialistischen Jugend — Die Falken“, des SDS-Landesverbandes Berlin und in Berlin lebende Schriftsteller verteilen in der Berliner City ein „Extra-Flugblatt“ des „Neuss Deutschland — Organ des Zentralkomitees der Satirischen Einheitspartei Deutschlands“ über den Aufruf der acht Berliner Tageszeitungen vom 1. Dezember 1965. (Vgl. Seite 55)

## 3. Dezember 1965

Die Wochenzeitung „Christ und Welt“ veröffentlicht einen Artikel von Prof. Dr. Rudolf Mößbauer zum Thema „Flucht

deutscher Wissenschaftler?“ Prof. Mößbauer tritt für das „Department-System an den deutschen Hochschulen“ ein. Die amerikanischen Hochschulen seien finanziell in der Lage, sich die „besten Kräfte“ zu sichern. Die deutschen Hochschulen könnten demgegenüber in keiner Weise „mit der Industrie konkurrieren“, deshalb würden „die jüngeren deutschen Wissenschaftler“ emigrieren.

Wahlvollversammlung der Kliniker: 13 Kandidaten bewerben sich um 8 Mandate.

Wahlvollversammlung der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät: 33 Kandidaten bewerben sich um 16 Mandate.

Der Fachschaftssprecher der Juristischen Fakultät, Klaus Lüdcke (Corporationsring Berlin), erhebt in einem Flugblatt schwere Vorwürfe gegen den Finanzreferenten des AStA, Ulrich Ströhle. (Vgl. Zeittafeldatum vom 6. Dezember 1965)

Dok. 460

Der 1. AStA-Vorsitzende der FU, Niels Kadritzke, nimmt in einem Schreiben an den Rektor „im Namen der Studentenvertretungen der sechs Fakultäten der Freien Universität Berlin“ Stellung zu den vom Wissenschaftsrat und der Wissenschaftlichen Kommission angeschnittenen Themen und Problemen: 1. Intensivierung des Studiums, Studienzeiterkürzung, 2. Wissenschaftlicher Nachwuchsmangel, Zahl der Habilitationen, 3. Räumliche und personelle Engpässe, Bauvorhaben. (Vgl. Zeittafeldatum vom 14. Mai 1966)

Dok. 461

Der Bundesvorstand des RCDS verabschiedet eine Erklärung zur EKD-Denkschrift über „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“. Er sei mit den Herausgebern der Meinung, daß es eine „Tabuierung dieses wichtigen nationalen Problems nicht geben darf, und begrüßt die Denkschrift als Beitrag im Ringen um die Grundlagen der zukünftigen Politik Deutschlands“. Wenn die EKD auch erkläre, die „Wege offen halten zu wollen“, so dürfe auch der RCDS aussprechen, daß die Aussagen der Denkschrift diese Wege einschränkten. „Welcher Weg bleibt der Politik offen, wenn da der Satz steht: ‚Darum muß eine deutsche Regierung heute zögern, einen Rechtsanspruch auf die Rückgabe von Gebieten zu erheben, deren Besitz wegen des Verlustes von Ostpolen zu einer wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeit für Polen geworden ist.‘“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 20. Oktober 1965)

13. Ordentliche Sitzung des 17. Konvents der FU. Der Konvent ratifiziert einen Partnerschaftsvertrag mit der Fédération des Groupes d'Études de Lettres, Sorbonne, bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen. Die Partner vereinbaren, jährlich mindestens zwei sechstägige Arbeitsseminare abwechselnd in Paris und Berlin über Probleme studentischer Interessenvertretung abzuhalten und Veranstaltungen kultureller und politischer Art gemeinsam zu planen.

Der Konvent beschließt: „Der Konvent verwahrt sich gegen das einseitige Bild, das durch ein Flugblatt des RCDS: ‚Was geschieht mit den Geldern der Studentenschaft?‘ über die Arbeit des Finanzreferenten Ströhle entstanden ist.“ Der Konvent wählt die beiden Mitglieder der Finanzprüfungskommission Friedrich Zimmermann (Turnerschaft Alemannia) und Rudolf Müller (RCDS) ab. (Vgl. Zeittafeldatum vom 30. November 1965)

Bei den Wahlen der AStA-Referenten wird der gestürzte ehemalige 2. AStA-Vorsitzende Peter Damerow mit 24:16:2 Stimmen zum Außenreferenten gewählt. (Vgl. Zeittafeldatum vom 2., 9., 12., 25., 26. und 30. November, 2., 4. und 6. Dezember 1965)



#### 4. Dezember 1965

Der Schriftsteller Hans Scholz begründet im „Tagesspiegel“ ausführlich, warum er die „Erklärung über den Krieg in Vietnam“ der Schriftsteller und Wissenschaftler nicht unterzeichnet hat: „Ich bin Westberliner und teile das absurde Geschick dieser Stadt mit mehr als 2 Millionen Mitbürgern. Die Stadt, wenn auch von deutschen Kommunisten und vielen Panzerdivisionen Sowjetrußlands gewaltsam eingeschlossen und tagtäglich seit über zwanzig Jahren mehr oder minder einschneidend schikaniert, zählt zur freien Welt... Ein Kriegsfreund bin ich nicht. Den Krieg in Vietnam billige ich keineswegs. Ich bin auch sicher, daß die Amerikaner Fehler gemacht haben, aber wie wäre es denn, wenn man in Nordvietnam und auf seiten der „nationalen Befreiungsfront“ um des lieben Friedens Willen ein amerikanisches Unrecht mit der gleichen Geduld hinnähme, mit der die Deutschen im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte gottlob russisches Unrecht hingenommen haben? Im Namen des Friedens!...“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 1. Oktober, 1., 13.—17., 17. und 31. Dezember 1965 und Januar 1966)

Feierliche Immatrikulationsfeier der FU. Der Rektor Prof. Dr. Hans Joachim Lieber bedauert die geringe Wahlbeteiligung der FU-Studenten bei früheren Konventswahlen: „Machen Sie ernst mit der Idee des akademischen Bürgers... Nehmen Sie Ihre Rechte und Pflichten wahr, damit die Freie Universität sie weiterentwickeln vermag gemäß dem Gesetz, nach dem sie angetreten ist.“ Die Festrede hält Prof. Dr. Ludwig von Friedeburg zum Thema „Politik gehört in die Universität“.

Der RCDS protestiert auf einem Flugblatt gegen die Wahl des ehemaligen 2. AStA-Vorsitzenden Peter Damerow zum Außenreferenten des neuen AStA: „Die Wiederwahl Damerows und damit die Rehabilitierung der Handlungsweise der beiden ehemaligen AStA-Vorsitzenden macht den Konvent nicht nur lächerlich, sondern läßt seine politischen Anschauungen auch als äußerst bedenklich erscheinen. Eine solche Handlungsweise fügt nicht nur dem Ansehen der Studentenvertretung, sondern auch dem Ruf der Studentenschaft und darüberhinaus der gesamten Universität schweren Schaden zu.“ Die acht Berliner Tageszeitungen „Der Abend“, „BZ“, „Berliner Morgenpost“, „Der Kurier“, „Spandauer Volksblatt“, „Der Tagesspiegel“, „Telegraf“ und die „Nachtdepesche“ verweigern die weitere Annahme von Annoncen für die Kabarettvorstellung „Villon's Testament“ von Wolfgang Neuss. Neuss protestiert in einer Presseerklärung gegen diesen „Eingriff in die Gewerbefreiheit“ und den Mißbrauch der Monopolstellung der acht Tageszeitungen im Annoncengeschäft. (Vgl. Zeittafeldatum vom 1., 2.—6. und 6. Dezember 1965)

#### 6. Dezember 1965

Der Fakultätssprecher der Juristischen Fakultät, Klaus Lüdcke (Corporationsring Berlin), entschuldigt sich in einem Flugblatt beim Finanzreferenten des AStA Ulrich Ströhle (SDS). Er erklärt, daß das von ihm unterzeichnete Flugblatt vom 3. Dezember 1965 in seinem „sachlichen Teil“ die Unrichtigkeit enthalten habe, „daß durch Finanzmanipulation des AStA schwarze Kassen auf DM 160 000,— aufgestockt wurden. Die vom WS 1955/56 bis zum SS 1957 eingezogenen Gelder für Wohnheime sind z. Zt. nicht für den AStA verfügbar und können nur für große Projekte verwendet werden. Daher können diese Gelder auch nicht in den Haushalt für 1966 überführt werden.“ Lüdcke dementiert, daß der AStA Lefèvre/Damerow „exzessive Arbeitsessen“ und überzogene Taxirechnungen zu verantworten habe. (Der Finanzreferent Ulrich Ströhle hatte Lüdcke mit einem Strafantrag wegen übler Nachrede gedroht.) (Vgl. Zeittafeldatum vom 2., 9., 12., 26 und 30. November, 2. und 3. Dezember 1965)

Ein Sprecher des CDU-Landesverbandes bezeichnet die Extrablatt-Aktion des Kabarettisten Wolfgang Neuss als „die Aktion des politischen Hofnarren West-Berlins“, die eine „politische Taktlosigkeit und eine Beleidigung für unsere amerikanischen Freunde“ darstelle. „Gerade die Berliner“ brächten den „in Vietnam kämpfenden Soldaten ein besonderes Gefühl der Achtung und Solidarität“ entgegen.

Der Sozialreferent des AStA der FU, Peter Dehn (SHB), erklärt auf einer Pressekonferenz, daß in der Gelfertstraße Ecke Königin-Luise-Straße in Dahlem der erste Universitäts-Kindergarten entstehen werde. Als Träger dieses Projektes seien der Senat von Berlin und das Bezirksamt Zehlendorf vorgesehen. Die Kindertagesstätte (Kita) solle insgesamt 145 Plätze für Säuglinge und Kleinkinder von Studentenehepaaren umfassen. Gleichzeitig übergibt der Sozialreferent der Presse eine soziologische Studie über die Situation der studentischen Ehepaare an der FU: Im Sommersemester 1965 waren nach dieser Studie von 15 527 Studierenden 1643 (= 10,8 %) verheiratet, etwa 40 % der Studentenehepaare wohnten in einer mangelhaften Wohnung. In den letzten Jahren habe sich diese Situation so verschlechtert, daß z. Zt. nicht mehr als 50 % der Neuverheirateten nach der Eheschließung auch eine eigene Wohnung fänden. 193 Studentenehepaare mit einem Kind unter drei Jahren wünschten einen Platz in einer Universitätskrippe. Auf der Pressekonferenz wird weiter mitgeteilt, daß sich der AStA verstärkt gegen die Streichung der Weihnachtsbeihilfen für Honnef-Stipendiaten wehren werde. Diese Sonderzuwendung soll nach dem Wunsche des Berliner Senats in diesem Jahr nur noch den Studenten ausbezahlt werden, die ein Stipendium nach dem Bundesversorgungsgesetz oder von der öffentlichen Fürsorge erhalten. (Vgl. Zeittafeldatum vom 16. März, 8. Juli, 25. November und 1. Dezember 1965)

Die FU-Gruppen ESG, GSG und HSU veranstalten einen Diskussionsabend im Auditorium maximum zum Thema „Notstandsgesetze — Rettung oder Ende der Demokratie?“ Referent ist Dr. Walter Fabian (Chefredakteur der gewerkschaftlichen Monatshefte).

Der Präsident der Demokratischen Republik Vietnam, Ho Tschü-Minh, erklärt in einem Fernseh-Interview mit einer amerikanischen Fernseh-Gesellschaft: „Der amerikanische Imperialismus ist der Aggressor, er muß seine Luftangriffe gegen Nordvietnam einstellen, seine Aggression im Süden beenden, seine Truppen aus Südvietnam abziehen und das vietnamesische Volk seine Angelegenheiten alleine regeln lassen, wie es die Genfer Abkommen vorsehen. Dann wird der Frieden sofort hergestellt sein.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 20. Juli 1954)

Der Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, teilt dem SDS in einem Schreiben mit, daß er — da nun fünf Filme östlicher Herkunft gezeigt werden — das Auditorium maximum“ für eine solche Propagandaveranstaltung“ nicht zur Verfügung stellen könne. Die Erziehungsaufgabe der Universität gebiete „eine objektive Information und kritische Analyse in Argument und Gegenargument“. Er weist mit Entschiedenheit zurück, die Maßnahme der Ausweiskontrolle gefordert zu haben (Über diesen Briefwechsel wurden die offiziellen Studentenvertreter unterrichtet. Sie sollen laut Rektor Verständnis für die Auffassung des Rektors gezeigt haben). (Vgl. Zeittafeldatum vom 15. Dezember 1965.)

#### 7. Dezember 1965

Die Gemeindeversammlung der ESG faßt den Beschluß: „Der SDS ist an die ESG an der FU mit der Bitte herangetreten, für eine von ihm zusammengestellte Vietnam-Ausstellung die Räumlichkeiten der ESG zur Verfügung zu stellen, weil eine Durchführung der Ausstellung in den Räumen der Universität

z. Zt. aus technischen Gründen nicht möglich ist. Die Gemeindeversammlung spricht sich dafür aus, dieser Bitte zu entsprechen.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 13.—17. Dezember 1965)

#### 7.—10. Dezember 1965

Wahlen zum 18. Konvent der FU. 169 Kandidaten bewerben sich um 81 Konventssitze. 63 Kandidaten geben die Zugehörigkeit zu einer politischen Studentengruppe an, 64 geben in der Wahlzeitung an, keiner politischen Organisation anzugehören. Damit ist gegenüber dem Vorjahr die Zahl der Kandidaten aus den politischen Studentengruppen um 20 % gestiegen und die der „nichtorganisierten“ um 21 % gesunken. Wahlbeteiligung 57,4 %. Von den 21 korporierten werden acht gewählt, von 19 SHB-Kandidaten vier, von 16 SDS- und AC-Kandidaten 9, von 9 LSD-Kandidaten zwei und von 12 RCDS-Kandidaten 5. Die HSU-Gruppe erhält 3 Sitze, die ESG und die KSG je einen Sitz. In der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät erreicht Peter Damerow nur den letzten Platz (350 Stimmen), während in der Philosophischen Fakultät Wolfgang Lefèvre den 1. Platz (998 Stimmen) erreicht.

#### 8. Dezember 1965

Sitzung des Akademischen Senats der FU. Der Akademische Senat beschließt die Streichung der Ziffer 1 der am 9. Dezember 1964 beschlossenen Assistentenordnung. Zum Tagesordnungspunkt „Disziplinarordnung für Studenten“ sind der Konventsvorsitzende cand. rer. pol. Wolfgang Pollak und der AStA-Vorsitzende stud. phil. Niels Kadritzke anwesend. Der Akademische Senat beschließt die Änderung der Disziplinarordnung. (Vgl. Zeittafeldatum vom 1. Mai 1966)

Der Akademische Senat entschließt sich nach mehrfacher Erörterung und nach Aussprache in den Fakultäten, der Anregung der Westdeutschen Rektorenkonferenz zu entsprechen und das Amt eines „Senatsbeauftragten für hochschulpolitische Willensbildung“ zu schaffen. Aufgabe dieses Senatsbeauftragten soll sein, den Rektor und den akademischen Senat über hochschulpolitische Maßnahmen der Westdeutschen Rektorenkonferenz und die WRK über alle hochschulpolitischen Vorgänge an der FU zu unterrichten. Bei ständiger wechselseitiger Unterrichtung mit anderen Hochschulen soll eine Stärkung der Position sowohl der WRK als auch der einzelnen Hochschulen bei Verhandlungen mit anderen Stellen erreicht werden. Die Funktionen des Amtes werden dem Rektor übertragen.

#### 10. Dezember 1965

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Die studentische Sprecherin im Akademischen Senat und Sprecherin der Philosophischen Fakultät, Sigrid Rüger, berichtet über die Sitzung des Akademischen Senats und des Wissenschaftsrates. Es hat sich herausgestellt, daß die Studentenvertretung ab sofort über den 1. AStA-Vorsitzenden direkt mit dem Senat von Berlin, der Rektorenkonferenz und dem Wissenschaftsrat unter Ausklammerung des üblichen Dienstweges über den Rektor verkehren sollte. Ungeachtet dessen sollte der Rektor jeweils informiert werden.

Das AStA-Referat für gesamtdeutsche Fragen und politische Bildung veranstaltet eine Podiumsdiskussion zum Thema „Der Krieg in Vietnam“. Diskussionsteilnehmer sind der Schriftsteller Hans Henle (Internationales Arbeitsamt Genf), Ernest Mandel (Brüssel), Jean Lacouture (Redakteur der Tageszeitung „Le Monde“) und zwei Ver-

treter der US-Mission Berlin. Die Diskussionsleitung hat Dr. Ekkehart Krippendorff. Während der Veranstaltung verteilen mehrere dem AStA unbekannte Personen ein Flugblatt mit der Überschrift „Der Krieg in Vietnam und die Helden der Freiheit“. In dem Flugblatt werden zwei längere Zitate von Rudolf Krämer-Badoni und dem CSU-Bundesjustizminister Dr. Richard Jaeger als typische Beispiele für die „antikommunistische und abendländische Meinungsmache“ in der Bundesrepublik zitiert. Das Flugblatt endet mit dem Aufruf: „Es lebe die vietnamesische Befreiungsfront.“ Es ist unterschrieben mit „Aktionsausschuß ‚Freiheitsglocke‘“.

Dok. 462

Der 1. AStA-Vorsitzende Niels Kadritzke (SHB) erklärt gegenüber dem „Tagesspiegel“, daß ihm ein solcher Ausschuß nicht bekannt sei. Der Ausschuß sei noch nie in der Universität aufgetreten und habe den AStA auch nicht um die Genehmigung der Verteilung des Flugblattes gefragt. (Vgl. Zeittafeldatum vom 1., 2.—6., 4. und 6. Dezember 1965)

#### 12. Dezember 1965

In einem Artikel im Zentralorgan der KPdSU „Prawda“ definiert die Parteiführung der KPdSU ihre Bedingungen für eine „Aktionseinheit“ im „Kampf gegen den Imperialismus“ und für eine gemeinsame Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen. Die Führung der kommunistischen Partei Chinas (KPCh) sei von der 1957 und 1960 durch alle kommunistischen Parteien beschlossenen „Generallinie des Weltkommunismus“ abgewichen und habe einen „politischen Sonderkurs“ eingeschlagen: „Die militanten Kreise des internationalen Imperialismus setzen ihre Hoffnung auf die Ausnutzung der Meinungsverschiedenheiten in der internationalen kommunistischen Bewegung.“ (Die Auseinandersetzung über die „Generallinie“ begann am 31. Dezember 1962 mit einem Leitartikel der Pekinger „Volkszeitung“ mit einem Artikel über „Die Differenzen zwischen Genossen Togliatti und uns“. Palmiro Togliatti, der 1. Parteivorsitzende der KPI habe auf dem 10. Parteitag der KPI die KP Chinas als „kriegslustig verleumdet“. Die „Volkszeitung“ erklärte im Dezember 1962 dazu: „Es ist der konsequente Standpunkt der KP Chinas, gegen die Aggressions- und Kriegspolitik des Imperialismus zu kämpfen, den Imperialismus an der Entfesselung eines neuen Weltkrieges zu hindern, den Weltfrieden verteidigen... Togliatti und gewisse andere Leute vertreten die Ansicht, daß sich mit dem Auftreten von Kernwaffen ‚der Charakter des Krieges verändert hat‘ und daß ‚für die Definition eines gerechten Krieges andere Gesichtspunkte in Betracht gezogen werden müßten‘... damit werden die Grundtheorien des Marxismus-Leninismus über Krieg und Frieden von ihrem Kern her abgelehnt. Wir sind der Ansicht, daß sich die Grundtheorie des Marxismus-Leninismus über Krieg und Frieden durch das Auftreten von Kernwaffen nicht gewandelt haben und sich auch nicht wandeln können... Togliatti und gewisse andere Leute reden unablässig vom ‚Selbstmord der Menschheit‘ und ihrer ‚totalen Vernichtung‘... Wir sind der Ansicht: ein allgemeines Verbot der Kernwaffen ist möglich, wenn das sozialistische Lager große nukleare Überlegenheit besitzt, wenn sich der Widerstand aller Völker gegen Kernwaffen und einen nuklearen Krieg immer verbreitert und vertieft, wenn der Imperialismus seine Überlegenheit an Kernwaffen immer mehr verliert und gezwungen wird, anzuerkennen, daß seine Politik der nuklearen Erpressung ihre Wirkung bereits eingebüßt hat, und daß er, wenn er einen nuklearen Krieg vom Zaun bricht, damit nur seinen eigenen Untergang beschleunigt.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 19. Dezember 1966 und 12. Januar 1967)

#### 13.—17. Dezember 1965

Vietnam-Ausstellung des SDS im Studentenheim der ESG in der Gelfertstraße 45. Der SDS verteilt gleichzeitig eine fünfseitige Zeittafel: „Was sich in Vietnam seit 1945 ereignet“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 7. Dezember 1965)

Das „Berliner Vietnam-Komitee“, in dem die Studentengruppen SDS, SHB, LSD, HSU, DIS und AC zusammenarbeiten, ruft die FU-Studenten auf, die Erklärung der Schriftsteller und Wissenschaftler „Über den Krieg in Vietnam“ zu unterzeichnen. Die Erklärung wird massenhaft auf dem Campus verteilt, und gleichzeitig liegen in der Mensa, im Henry-Ford-Bau und im OSI Unterschriftenlisten aus. (Vgl. Zeittafeldatum vom 1. Oktober 1965, 1., 4., 17. und 31. Dezember 1965 und Januar 1966)

Die SDS-Hochschulgruppe führt an der Freien Universität eine Geldsammlung für das „Rote Kreuz der Demokratischen Republik Vietnam“ und das „Rote Kreuz der Befreiungsfront Südvietnams“ durch.

#### 14. Dezember 1965

Der Verfassungsausschuß des Akademischen Senats berät erstmals über die Neuordnung des Zulassungsverfahrens für Studentische Vereinigungen. Vertreter der Studentenschaft ist Peter Müller. (Dieses Thema wird weiterbehandelt am 18. Januar und am 1. Februar 1966). (Vgl. Zeittafeldatum vom 22. April 1966)

Dem früheren Reichstagspräsidenten und Ehrenbürger der FU, Paul Löbe, wird anlässlich seines 90. Geburtstages die Ehrenbürger-Plakette übergeben.

14. (letzte) Sitzung des 17. Konvents der FU.

Die Konventsabgeordneten ehren den ehemaligen Reichstagspräsidenten Paul Löbe durch Erheben von ihren Plätzen. Unter Zustimmung des Hauses zitiert der 1. Vorsitzende des Konvents, Wolfgang Pollak, einen Ausspruch Löbes: „Eine große und gute Sache kann nur existieren, wenn der Geist der Brüderlichkeit und Redlichkeit nicht nur unsere Reden, sondern auch unser Handeln erfüllt.“ Pollak wird beauftragt, Paul Löbe zu seinem 90. Geburtstag im Namen des Konvents zu gratulieren und ihm zu schreiben, das Studentenparlament sei sich des politischen Wirkens Paul Löbes dankbar bewußt. (Vgl. Zeittafeldatum vom 8. August 1964)

#### 15. Dezember 1965

Sitzung der Philosophischen Fakultät der FU. Prof. Dr. Wilhelm Weischedel regt im Namen des Philosophischen Seminars an, den Honorarprofessor der Philosophischen Fakultät, Prof. Dr. Herbert Marcuse, für das nächste Sommersemester einzuladen. Die Anregung wird angenommen.

Die Fakultät setzt eine Koordinierungskommission „Grundstudium“ ein: Vorsitzender ist Prof. Dr. Werner Philipp, Mitglieder sind die geschäftsführenden Direktoren der „Schulfächer“-Institute: Prof. Dr. Paul Moraux (Klassische Philologie), Prof. Dr. Heinz Reinhold (Anglistische Literaturwissenschaft), Prof. Dr. Wilhelm Emrich (Deutsche Philologie), Prof. Dr. Walter Pabst (Romanische Philologie), Prof. Dr. Herbert Bräuer (Slawistik) Prof. Dr. Wilhelm Berges (Mittelalterliche Geschichte und historische Hilfswissenschaften) (als dessen Vertreter Prof. Dr. Reinhard Elze [mittlere und neuere Geschichte]), Prof. Dr. Johannes Flügge (Pädagogik) und ein Studentenvertreter. Die Kommission wird ermächtigt, jeweils weitere Fachvertreter oder Vertreter der Räte, Assistenten oder Studenten zu ihren Sitzungen hinzuzuziehen.

Nachdem der Rektor durch direkte Kontaktaufnahme mit der US-Mission erreicht hat, daß zwei amerikanische Filme über Vietnam zur Verfügung gestellt werden, findet der Filmabend des SDS in der ursprünglich beabsichtigten Form im Auditorium maximum der FU statt. Der Titel der Veranstaltung ist „der amerikanisch-südvietnamesische Krieg“. Im vollbesetzten Auditorium

maximum laufen die Filme „Das ist Vietnam“ (USA), „Gefährdete Ernte“ (USA), „Vietnam, denkt an mein Land“ (Demokratische Republik Vietnam) und „Phin Tai Lieu“ (Demokratische Republik Vietnam).

SHB-Landesvollversammlung im SHB-Heim. Die bisherigen Landesvorsitzenden Niels Kadritzke und Rainer Wirth geben einen Rechenschaftsbericht. Die Landesvollversammlung beschließt, eine Polenreise zu planen und ein Seminar über die EKD-Denkschrift „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen Nachbarn“ durchzuführen. Deuer 1. Landesvorsitzender wird Rüdiger Sielaff, stellvertretender Landesvorsitzender Klaus Kochmann. (Vgl. Zeittafeldatum vom 20. Oktober 1965 und 5./6. Februar 1966)

#### 16. Dezember 1965

121. Sitzung des Kuratoriums der FU. Zum Tagesordnungspunkt 21 „Gründung eines Instituts“ beschließt das Kuratorium: „1. das Kuratorium nimmt davon Kenntnis, daß die Professoren Dr. Stammer, Dr. Lieber und Dr. Hirsch einen Antrag auf Finanzierung von Aufbau und Einrichtung einer zentralen soziologischen Forschungs- und Lehrstätte an der Freien Universität Berlin bei der Stiftung Volkswagenwerk gestellt haben. 2. Das Kuratorium ist grundsätzlich damit einverstanden, daß an der Freien Universität Berlin ein inter fakultatives Institut für Soziologie errichtet wird.“

Dok. 463

#### 17. Dezember 1965

Der US-Vizepräsident Hubert Horatio Humphrey empfängt die Berliner Zeitungsverleger Hans Sonnenfeld („Der Abend“) und Franz Karl Maier („Der Tagesspiegel“), die Humphrey eine Geldspende überbringen, durch die „die Verbundenheit der Berliner mit den Hinterbliebenen der in Vietnam gefallenen amerikanischen Soldaten“ zum Ausdruck gebracht werden soll. Humphrey erklärt, daß die US-Regierung gerade für diese „Geste der Einheit besonders dankbar“ sei, weil „manche Amerikaner die Verpflichtung ihres Landes als eine Last“ empfänden, die sie allein tragen müßten. Die Berliner wüßten, daß „Frieden und Freiheit verloren gehen“, wenn die Bevölkerung nicht den Mut habe, diese „Werte zu verteidigen“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 1., 2.—6., 4., 6., 7., 13.—17. Dezember 1965)

#### 20./21. Dezember 1965

Bundeskanzler Prof. Dr. Ludwig Erhard erklärt während seines Besuches in Washington, daß die Bundesregierung der amerikanischen Vietnam-Politik „jede moralische Unterstützung“ gebe. Die „Abwehr des Kommunismus“ sei „unteilbar“, und es sei im deutschen Interesse, wenn ein „weiteres Vordringen des Kommunismus in Südostasien verhindert wird“. Erhard lädt Präsident Lyndon B. Johnson zu einem Besuch nach Deutschland ein. Im Abschlußkommuniqué heißt es über den amerikanischen Krieg in Vietnam: „Der Präsident erläuterte die Lage in Vietnam und die Bemühungen der südvietnamesischen und der amerikanischen Regierung, zusammen mit ihren Verbündeten eine friedliche und gerechte Regelung herbeizuführen. Er gab seiner Dankbarkeit für die Unterstützung durch die Bundesrepublik Deutschland im Kampf um die Abschreckung der kommunistischen Aggression gegen Südvietnam Ausdruck.“

#### 21. Dezember 1965

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der Sozialreferent stud. phil. Peter Dehn berichtet über den Stand der Kindertagesstätte. Bauherr ist die UNESCO, Träger das Pestalozzi-Fröbel-Haus. Die Tagesstätte soll für 141 Kinder gebaut werden. Es soll versucht werden, die Bau summe von DM 900 000,— über den Senator für Jugend und Sport aus Lottomitteln zu erhalten. (Vgl. Zeittafeldatum vom 2. Dezember 1965)

Das Zentralorgan der kommunistischen Partei Chinas, die „Volkszeitung“, veröffentlicht den vollen Text des Leitartikels der „Prawda“ vom 28. November 1965, in dem anlässlich des 5. Jahrestages der Unterzeichnung der Moskauer „Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien“ erneut zur „Aktionseinheit“ aufgerufen wurde. In einem Leitartikel bemängelt die „Volkszeitung“, daß die Führung der KPdSU es nicht gewagt hätte, ihrerseits den chinesischen Artikel vom 11. November 1965 in der „Prawda“ zu veröffentlichen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 12. und 19. Dezember 1966 und 13. Januar 1967)

#### 22. Dezember 1965

Der Verein Deutscher Studenten Berlin—Leipzig erhebt beim Verwaltungsgericht Berlin Klage gegen die Entscheidung des Akademischen Senats vom 24. November 1965, den Verein nicht als förderungswürdige studentische Vereinigung an der FU zuzulassen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 11. Dezember 1964, 24. November 1965, 28. Juni 1966, 11. Januar und 7. Dezember 1967)

#### 24. Dezember 1964

In der „Süddeutschen Zeitung“ veröffentlicht Herbert von Borch einen Artikel über die Protestbewegung innerhalb der amerikanischen Studentenschaft und Intelligenz mit der Schlagzeile „Rebellion gegen die etablierte Macht — der neue Radikalismus und die Unruhe der amerikanischen Jugend“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 17. April, 5. Mai, 15./16. Oktober und 27. November 1965)

#### 29. Dezember 1965

Die Sammelaktion der acht Berliner Tageszeitungen unter dem Kennwort „Berliner Weihnachtsgedanken 1965“ hat DM 130 764,09 erbracht. (Ein Teil des Betrages wurde für den Kauf und Versand von Nachbildungen der Freiheitsglocke mit einer besonderen Widmung (Hersteller: Berliner Porzellanmanufaktur) verwendet, die den Angehörigen von gefallenen amerikanischen Soldaten übergeben wurden.) In einer gemeinsamen Erklärung der acht Tageszeitungen heißt es: „Der Erfolg der Sammlung zeigt, daß die Bevölkerung Berlins die Hilfe, die ihr so oft von den Amerikanern zuteil wurde, nicht vergessen hat, und nicht zögerte, auch ihrerseits den Verbündeten durch einen Akt der Solidarität Beistand zu leisten.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 1., 2., 4., 6., 10. und 17. Dezember 1965)

#### 30. Dezember 1965

Das Zentralorgan der KP Chinas, die „Volkszeitung“, veröffentlicht einen Artikel mit der Schlagzeile „Die Führer der KPdSU sind Verräter an der Deklaration (von 1957) und der Erklärung (von 1960)“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 22. November 1957, 1. Dezember 1960, 19. Dezember 1966 und 23. Januar 1967)

#### 31. Dezember 1965

„Der Tagesspiegel“ veröffentlicht einen längeren Leserbrief von Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim zum Aufruf der Schriftsteller und Professoren „Über den Krieg in Vietnam“ und die Ablehnung der Unterschrift durch Hans Scholz (Prof. Flechtheim ist einer der Mitunterzeichner der Erklärung). „Ist man sich auch darüber im klaren, was dieser Krieg bereits an Opfern gefordert hat und was er noch an Leiden, Zerstörungen und Brutalisierung bringen wird? Nach der ‚New York Times‘ vom 3. Oktober 1965 gab es bis Anfang Oktober 170 000 Tote unter der Zivilbevölkerung, 800 000 Gefolterte, 5000 lebendig Verbrannte oder Geköpfte, 100 000 von chemischen Giften Getötete oder Versimmelte, 400 000 in Lagern festgehaltene und Gefolterte.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 1. Oktober, 1., 4., 13.—17. und 17. Dezember 1965, Januar und 11. Mai 1966)

#### Januar 1966

„Bericht über die Tätigkeit der Psychotherapeutischen Beratungsstelle der Freien Universität Berlin (Beratungs-

stelle für Intimfragen) im Wintersemester 1964/65 und Sommersemester 1965 von Hildegard Lange-Undeutsch.“

Im Sommersemester 1965 konnte für die Tätigkeit der Diplom-Psychologe Heinrich Jordt gewonnen werden. (Jordt ist Mitglied des Berliner Psychoanalytischen Instituts, hat eine abgeschlossene psychoanalytische Ausbildung und die Erfahrung zehnjähriger klinischer Tätigkeit). Frau Lange-Undeutsch und Herr Jordt übten die Tätigkeit im Nebenberuf aus. Für die weitere Tätigkeit hält die Referentin die Arbeit eines hauptamtlich tätigen Arztes oder Psychotherapeuten oder Psychoanalytikers, eines nebenamtlich tätigen Diplom-Psychologen, eines Sozialarbeiters und eines Sekretärs für notwendig. Vier Räume würden benötigt. Im Berichtszeitraum wurden 170 Studenten (123 männlich, 47 weiblich) in 227 Stunden beraten. (Darin enthalten sind 33 Studenten anderer Universitäten als der FU). 143 waren an Neurosen erkrankt, die Behandlung war dringend erforderlich; einer psychiatrischen Behandlung zugeführt, da präpsychotisch oder psychose-verdächtig, wurden zehn; ein Student wurde wegen einer Psychose sofortiger Behandlung zugeführt; ein Student wurde einer neurologischen Voruntersuchung und Behandlung zugeführt.

Herr Jordt mußte seine Tätigkeit aus Zeitgründen aufgeben, als Nachfolger ist ab Wintersemester 1965/66 der Psychiater und Psychoanalytiker Dr. med. Günter Ammon eingestellt worden (Dr. Ammon verfügt über eine fast zehnjährige Erfahrung in Gruppentherapie in den USA.) Dr. Ammon hat bereits Gruppen gebildet. Jeder Student zahlt DM 10,— pro Stunde bei ein bis zwei Sitzungen pro Woche. Insgesamt litten von den 143 neurotischen Fällen an folgenden Symptomen: Depressionen und Arbeitsstörungen: 49; Sexualstörungen: 25; Anpassungsschwierigkeiten: 20; Konversionssymptome (Fehlhandlungen) ... : Erythrophobien (Angst vor Erröten): 11.

Die Referentin kommt zu dem Schluß, daß in der Gruppe der Studenten erheblich mehr Neurosen festgestellt wurden als in anderen Bevölkerungsgruppen und daß die Neurosehäufigkeiten nicht auf die Schwierigkeiten beim Studium selbst zurückzuführen seien, sondern daß sie schon vor Beginn des Studiums an neurotischen Symptomen gelitten hätten. Bei der Begründung von zum Teil überholten Positionen im sexuellen Bereich bedienten sich die Studenten teilweise höchst autoritärer Argumentation (z. B. wird die Forderung nach sexueller Abstinenz vor der Ehe begründet: Der Mensch habe mit seiner Liebesfähigkeit hauszuhalten, da er sonst vor der Ehe seine Kräfte schon verbrauche. Auch könne er des hohen Glücks, das eheliche Liebe biete, nicht mehr teilhaftig werden, da der sexuelle Akt als solcher ein Akt der Liebe sei und somit absolut gesetzt werden müsse. Oder: „Viele Frauen sagen: Ich möchte einen Mann haben, zu dem ich aufblicken kann, der für mich Verantwortung übernimmt und der für mich und für meine Kinder sorgt. Er darf nicht schwach sein. Viele Männer sagen: Ich möchte eine schöne Frau haben, sie soll weiblich sein, sie soll etwas dümmer sein als ich [oder weniger intelligent], sie soll mütterlich sein, sie soll den Mann für einen mutigen, tapferen Menschen halten.“)

Frau Lange-Undeutsch bedauert den Status, den Psychotherapeuten in der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland einnehmen. Sie schätzt den Anteil der behandlungsbedürftigen Neurotiker auf 10 bis 15 % der Bevölkerung und setzt sich dafür ein, auf diesem Gebiet soweit wie möglich vorzubeugen. Sie bedauert, daß die

gegen sie und die Beratungsstelle geäußerte Kritik nicht in den Kolloquien oder an anderer Stelle, wo Diskussion möglich sei, vorgebracht worden sei (Dieser Bericht wird am 21. März 1966 verschickt). (Vgl. Zeittafeldatum vom 30. Oktober 1964, 29. Januar und Mai 1965, 29. April, 14., 20. und 26. Juli 1966)  
Dok. 464

Im „FU-SPIEGEL“ veröffentlicht der Chefredakteur Hartmut Häußermann (SHB) einen Artikel „Versagen ohne Konsequenzen“ zu den bevorstehenden Universitätstagen, die unter dem Thema stehen: „Nationalsozialismus und die deutsche Universität.“ Häußermann erklärt: „Wer heute an einer deutschen Universität studiert, muß wissen, daß er an einer nicht unbeschädigten Universität studiert.“  
Dok. 465

Der „FU-SPIEGEL“ veröffentlicht eine Annonce von Wolfgang Neuss: „Beschreibung eines Kampfes“, in der er über den Boykott der acht West-Berliner Zeitungen berichtet, die seit dem 4. Dezember 1965 keine Annoncen für die Neuss-Show „Testaments-Eröffnung“ mehr bringen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 1., 2., 4., 6., 10. und 17. Dezember 1965)

Ulrike Marie Meinhof analysiert die Kampagne der Berliner Tageszeitungen gegen Wolfgang Neuss und für General Ky in der Januar-Nr. von „Konkret“: „Vietnam und Deutschland“.  
Dok. 466

#### Anfang Januar 1966

Der SDS-Bundesvorstand legt den SDS-Hochschulgruppen „Vorüberlegungen für einen Studentenkongreß Vietnam — Analyse eines Exempels“ vor. Die bisherigen „kritischen Äußerungen zu der amerikanischen Vietnam-Politik“ hätten sich weitgehend entweder auf „humanitäre oder aber auf unmittelbar politische Argumentation“ beschränkt. Eine „analytische Erklärung“ sei bisher in breiten Kreisen des SDS nicht sichtbar geworden. Dies sei nicht nur der „Mangel an einer lebendigen modernen Imperialismustheorie“. Die fehlende marxistische Analyse würde sich aber auf die Dauer als „praktischer Mangel“ erweisen, weil die „Schwäche der Linken“ zur Resignation treibe, wenn deren Ursachen nicht reflektiert würden. Die Aufgabe des SDS sei, den Studenten die Ursache und Methode des amerikanischen Vorgehens in Vietnam zu erklären und damit ein „sozialistisch-wissenschaftliches Verständnis ihrer eigenen Lage“ vorzubereiten. Zugleich müsse der SDS „Arbeitsformen der Aufklärung“ zeigen und praktizieren, die ernsthaft die Chance hätten, über den schon politisierten studentischen Kreis vorzustoßen. Der Studentenkongreß zur amerikanischen Vietnampolitik soll in der „Johann-Wolfgang-Goethe-Universität“ in Frankfurt/Main stattfinden und etwa tausend Teilnehmer aus der Bundesrepublik und Westberlin unter „vernünftiger Vorbereitung“ zusammenbringen. Der Kongreß würde weniger als der Bonner Kongreß „Demokratie vor dem Notstand“ vom spontanen Protest gegen eine politische Maßnahme leben können, sondern müßte sich mehr auf das strengere wissenschaftliche Interesse an der politischen Erklärung des imperialistischen Krieges der USA in Vietnam stützen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 9., 13., 24., 26. und 27. Februar, 22. Mai 1966)

#### 2. Januar 1966

Eröffnung der Dokumentarstellung über Auschwitz unter der Schirmherrschaft des Regierenden Bürgermeisters von Berlin Willy Brandt in der „Galerie des 20. Jahrhunderts“. Die Festansprache hält der Rektor der Freien Universität, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber. Die Ausstellung bleibt bis zum 30. Januar 1966 in Berlin.

#### 4. Januar 1966

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der AStA berät über die am 22./23. Januar 1966 geplante außerordent-

liche Mitgliederversammlung des VDS in Bonn. Er erörtert die Frage, ob er aus dem Verband austreten solle, falls die Fachverbände weiterhin gestärkt würden. Der Außenreferent stud. rer. nat. Peter Damerow, der Sozialreferent stud. phil. Peter Dehn und der Hochschulreferent stud. phil. Volker Roeser werden mit der Anfertigung eines Entwurfs für ein Arbeitspapier beauftragt, daß die Ziele ansteuern soll: 1. Abschaffung der Fachverbände und 2. stärkere Kontrolle des Vorstandes durch den Delegiertenrat und eventuelle Wiedereinführung des Rechts auf Beschlußfassung. Es soll versucht werden, für diese Ziele die norddeutschen AStA zur Unterschrift des Arbeitspapiers zu gewinnen, um auf der außerordentlichen MV eine „einheitliche Front“ zu bilden.

#### 5. Januar 1966

Anhörung der Hochschulen zum Gesetz über die Zusammenarbeit zwischen Pädagogischer Hochschule und Freier Universität (Lehrerbildung) beim Senator für Wissenschaft und Kunst.

#### 7. Januar 1966

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Auf der nächsten Sitzung des politischen Beirats des Akademischen Senats, auf der über das politische Mandat der Studentenschaft beraten werden soll, werden die Vertreter des AStA die Zuständigkeit dieses Gremiums in dieser Frage anzweifeln. Da der Rechtsausschuß des Akademischen Senats ein Gutachten erstellt hat, das der Studentenschaft das politische Mandat abspricht, beauftragt der AStA die Referentin für gesamtdeutsche Fragen und politische Bildung, stud. phil. Margaret Wirth, einen geeigneten Juristen zu finden, der ebenfalls ein Rechtsgutachten zur Frage des politischen Mandats aufgrund der Satzung der FU anfertigt. Kosten werden bis zu einer Höhe von DM 1000,— bewilligt.

Der letzte Berliner Rabbiner während der NS-Herrschaft, Dr. Max Nussbaum, seit einigen Jahren Präsident der Zionistischen Bewegung Amerikas, diskutiert mit dem AStA der FU die „Frage nach der Gefahr eines neuen deutschen Nationalismus“. In dem zweistündigen Gespräch weist Rabbiner Nussbaum auf den „beunruhigenden Ton in vielen deutschen Wahlreden“ hin, der gezeigt habe, daß keine Partei glaube, die Mehrheit im Bundestag zu erhalten „wenn sie nicht an die Instinkte appelliert, die die ganze Katastrophe heraufbeschworen haben“. Der Rabbiner fordert den AStA auf, im politischen Leben nicht abseits zu stehen. Die junge Generation in der Bundesrepublik müsse auch die Regierung kritisieren, wo es nötig sei, und das „alte Übel“ im politischen Leben Deutschlands — Nationalismus, Obrigkeitsdenken und jene Mentalität, die erst immer ein Vorbild nötig habe — bekämpfen. „Wenn ihr das nicht tut, wird es kein Mensch tun!“ Die AStA-Mitglieder kritisieren, daß die deutschen Universitäten nach 1945 noch immer keine „hinreichende Theorie des Faschismus, des Antisemitismus und der Blut- und Boden-Mythologie“ entwickelt hätten.

#### 8. Januar 1966

Die Mitglieder der FU-Arbeitsgruppe feiern in Bardai Silvester mit Trude Herr. Die Soldaten der Tschad-Armee und deren Befehlshaber, der Unterpräfekt Lieutenant Rodai, fühlen sich durch die abgefeuerten Leuchtraketen bedroht. (Die Tschad-Regierung beschwert sich daraufhin in einer Verbalnote bei der Botschaft der Bundesrepublik in Fort Lamy. (Vgl. Zeittafeldatum vom 16. Oktober 1965 und 27./28. März 1966)

#### 10. Januar 1966

Die Chefredakteurin der „Wochenzeitung für Politik — Wirtschaft — Handel und Kultur DIE ZEIT“, Dr. Marion Gräfin Dönhoff, spricht im Henry-Ford-Bau zum Thema „DIE ZEIT — zum Selbstverständnis einer Wochenzeitung“.

#### 11. Januar 1966

Der Geschäftsführende Direktor der Ford-Foundation des Massachusetts Institute of Technology, Dr. Julius A. Stratton, der sich gegenwärtig zur Entgegennahme der Würde eines Ehrensensors der Technischen Universität in Berlin aufhält, führt ein Informationsgespräch mit dem Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber. An dem Gespräch nehmen auch der amerikanische Stadtkommandant von Berlin, General Franklin, und der amerikanische Gesandte in Berlin, Calhoun, teil. Anschließend an das Gespräch findet ein Essen im Klubhaus der FU statt sowie eine Besichtigung des Osteuropa-Instituts, des John-F.-Kennedy-Instituts und des Studentendorfes der FU.

Der Berliner Senat verfügt eine 5 %ige Sperre für alle „sächlichen Ausgaben“, um die Deckungslücke im Berliner Haushalt abzufangen. Diese Maßnahme betrifft den Haushalt der FU mit 5,2 Millionen DM. (Vgl. 12. Januar, 2. und 4. Februar 1966)

#### 12. Januar 1966

Die Bundesregierung faßt den Beschluß, ein Lazarettschiff nach Südvietnam zu entsenden.

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK) leitet dem Bundestag ein Memorandum zu, in dem für das Jahr 1966 für den weiteren Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen Bundeszuschüsse in Höhe von 530 Millionen DM gefordert werden: „Im Jahre 1966 hat die Wissenschaftsförderung für den Ausbau der bestehenden Hochschulen keinerlei Priorität“. Der von der Bundesregierung geplante Ansatz der Bundeszuschüsse in Höhe von 350 Millionen DM werde nicht den Empfehlungen des Wissenschaftsrates gerecht. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz fordert den Bundestag auf, die politischen und wirtschaftlichen Schlußfolgerungen aus dem Memorandum zu ziehen. Der Bund habe sich im Jahre 1965 an den Gesamtkosten von 1,4 Milliarden DM für den Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen mit nur etwa 20 % beteiligt. Diese Entwicklung zwingt den Wissenschaftsrat jährlich von einer „Notkonzession“ zur nächsten. In diesem Jahr sei ein abermaliges Zurückbleiben der Bundeszuschüsse hinter dem angemeldeten tatsächlichen Bedarf nicht mehr zu verantworten. Die Planungen der Universitäts-großbauten seien im Vertrauen auf eine Bundeshilfe abgeschlossen worden. Eine Reihe von Bauten müsse stillgelegt werden, wenn man den Ansatz im Bundeshaushalt nicht korrigiere. Innerhalb der Rangordnung der öffentlichen Aufgaben sei der Wissenschaftsaufwendung einschließlich des Hochschulbaus derjenige Rang zuzuordnen, der diesen Bereich als „zukunfts-sichernde Investition“ und als wesentlichem Teil der Grundlage der volkswirtschaftlichen Gesamtentwicklung zukomme.

In seiner jährlichen „Botschaft über die Lage der Nation“ vor den beiden Häusern des Kongresses erklärt der amerikanische Präsident Lyndon B. Johnson: „Unser Land steht gegenwärtig in einem brutalen und bitteren Konflikt in Vietnam ... wir werden es nicht zulassen, daß jene, die in Vietnam auf uns schießen, einen Sieg über Wunsch und Willen des amerikanischen Volkes erzielen. Unsere Nation ist mächtig genug, und unsere Gesellschaft ist gesund genug, unser Volk ist stark genug, um unsere Ziele in der übrigen Welt zu verfolgen, während wir hier im eigenen Lande Große Gesellschaft aufbauen ...“ Johnson fordert vom Kongreß 58,3 Milliarden Dollar für den Verteidigungshaushalt.

#### 14. Januar 1966

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der AStA-Vorsitzende stud. phil. Niels Kadritzke berichtet, es habe sich in einem Gespräch mit dem Senator für Wissenschaft

und Kunst herausgestellt, daß das Minderheitenvotum der Studentenschaft zur PH-Gesetzgebung der Senatsverwaltung vom Rektor nicht zugestellt worden sei. Das Rektorat habe auf Anfrage zugesagt, nachzuforschen, wer den Fehler verschuldet habe.

Der AStA beschließt mit sofortiger Wirkung, als Nachfolger für die Stiftungsratsmitglieder des Studentendorfes Gebauer und Andresen die Herren Dehn und Hess zu nominieren.

Auf der 1. (konstituierenden) Sitzung des 18. Konvents der FU wird stud. jur. Knut Nevermann (SPD) zum 1. Konventsvorsitzenden gewählt. 2. Konventsvorsitzender ist turnusgemäß cand. rer. pol. Wolfgang Pollak.

#### 17. Januar 1966

Der „Verein zur Förderung sozialistischer Studenten“ meldet beim Polizeipräsidenten von Berlin eine öffentliche Geldsamm- lung an, deren Erlös dazu dienen soll, den Prozeß von Wolfgang Neuss gegen die acht West-Berliner Verlage zu finanzieren. Der Aufruf, der in einer hohen Auflage verkauft wird, ist von den Landesverbänden des SDS, ISD und SHB, dem AC sowie den FU-Gruppen der DIS, HSU, GSG und FSG sowie von der „Sozialistischen Jugend — Die Falken — Landesverband Berlin“ unterzeichnet. Außerdem fordern unter anderen Prof. Dr. Ludwig von Friedeburg, Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim, Wolfgang Lefèvre (1. AStA-Vorsitzender bis Oktober 1965), Hildegard Lange-Undeutsch, Dr. Johannes Agnoli und Dr. Ekkehart Krippendorff auf, die für die Verteidigung notwendigen Gelder zu spenden. (Vgl. Zeittafeldatum vom 1., 2., 4., 6., 10. und 17. Dezember 1965 und Januar 1966)

#### 19.—21. Januar 1966

Universitätstage zum Thema „Nationalsozialismus und die Deutsche Universität“. Referenten sind: Prof. Dr. Hans Herzfeld (FU) „Der Nationalstaat und die deutsche Universität“, Prof. Dr. Kurt Sontheimer (FU) „Die Haltung der deutschen Universität zur Weimarer Republik“, Prof. Dr. Georg Kotowski (FU) „Nationalsozialistische Wissenschaftspolitik“, Prof. Dr. Werner Philipp (FU) „Nationalsozialismus und Ostwissenschaften“, Prof. Dr. Walter von Baeyer (Universität Heidelberg) „Die Bestätigung der NS-Ideologie in der Medizin unter besonderer Berücksichtigung der Euthanasie“, Prof. Dr. Eberhard Lämmert (FU) „Germanistik — eine deutsche Wissenschaft“, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber (FU) „Die deutsche Lebensphilosophie und ihre Folgen“, Dr. Helmut Heiber (Institut für Zeitgeschichte München) „Libera- le und nationale Geschichtsschreibung“, Prof. Dr. Karl Dietrich Bracher (Universität Bonn) „Die Gleich- schaltung der deutschen Universitäten“, Prof. Dr. Helge Pross (Justus-Liebig-Universität Gießen) „Die geistige Enthauptung Deutschlands: Verluste durch Emigration“, Lothar Kappmann (1. VDS-Vorsitzender 1962—1964, Bonn) „Die Studentenschaft in der Auseinandersetzung um die Universität im Dritten Reich“, Prof. Dr. Ludwig Raiser (Universität Tübingen, 1951—1955 Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft in Bad Godesberg, 1961—1965 Vorsitzender des Wissenschaftsrates) „Wiedereröffnung der Hochschulen — Ansätze zum Neubeginn“ und Prof. Dr. Wolfgang Abendroth (Universität Marburg) „Das Unpolitische als Wesensmerkmal der deutschen Universität“.

#### 20. Januar 1966

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der AStA beschließt, ein weiteres Rechtsgutachten über das Hausrecht des Rektors (Vergabe von Räumen von Veranstaltungen) anfertigen zu lassen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 11., 14., 21., 26., 28. und 31. Juni 1965)

### 22./23. Januar 1966

Außerordentliche Mitgliederversammlung des VDS in Bonn. Die Universitäten Erlangen—Nürnberg, Gießen, Hamburg, Mainz, Münster und Würzburg haben angedroht, daß sie ihre Mitgliedschaft im VDS zum 31. März aufkündigen wollen. Der Anlaß für die Verbandskrise ist eine Erhöhung der Studentenbeiträge des VDS von DM 1,10 auf 1,35 pro Semester und die jetzige Struktur des VDS. Die außerordentliche Mitgliederversammlung beschließt eine Vergrößerung und Kompetenzausdehnung des Delegiertenrates, der während eines Geschäftsjahres die Rechte der Mitgliederversammlung wahrnimmt. Mehrere Delegierte kündigen in der Schlußdiskussion an, daß mit einer Zurücknahme des Austrittsbeschlusses zu rechnen sei.

### 24. Januar 1966

Die Fachschaft Politologie und die OSI-Gruppen der ESG, des LSD, des RCDS und SHB veranstalten im Auditorium maximum der FU eine Podiumsdiskussion zum Thema „Integration und Isolierung der DDR — Die Stellung der DDR in einer konstruktiven Ostpolitik der Bundesrepublik“. Diskussionsteilnehmer sind MdB William Borm (FDP), MdA Prof. Dr. Georg Kotowski (CDU), Sebastian Haffner (Der Stern), Dipl.-Soz. Martin Jänicke, Helfried Roscher (CDU) und Manfred Rexin (Rias).

### 26. Januar 1966

Der SHB berichtet in einem Flugblatt über die Politik des RCDS in Bezug auf Vietnam: Diese lasse es zu, daß dem SHB und anderen studentischen Gruppen unterstellt werde, sie lehnten Friedensappelle ab.

Dok. 467

Ordentliche Sitzung des Akademischen Senats der FU. Der Wahl senator des Privatdozenten Dr. Heinrich Kloidt erläutert seinen Antrag vom 4. Oktober 1965. Der Rektor verliest eine Stellungnahme des Senatsbeauftragten für politische Bildungsarbeit vom 24. Januar 1966. Nach eingehender Erörterung beschließt der Akademische Senat, vor der weiteren Behandlung der Angelegenheit eine Stellungnahme des Konvents einzuholen.

Der Akademische Senat beschließt einstimmig, daß der Hauptförderungsausschuß aus drei Mitgliedern bestehen soll, die vom Akademischen Senat gestellt werden. Die gegenwärtigen Mitglieder sind Prof. Dr. Karl Sieg als Vorsitzender, Rechtsanwalt Lothar Bressel als Vertreter des Studentenwerkes und stud. phil. Peter Dehn als Vertreter der Studentenschaft. Zu Vertretern werden bestellt: Prof. Dr. Walter G. Kühne, Dieter Alberts (Verwaltungsangestellter) und stud. rer. pol. Marlies Seeling.

### 27. Januar 1966

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der Hochschulreferent stud. phil. Volker Roeser berichtet über ein Gespräch mit dem Senator für Schulwesen, Carl-Heinz Evers über die vorgesehene Aktion „Student in Wedding“. Nach Vorstellungen des Senators sollte eine breite Elternaufklärung in den Betrieben und Elternversammlungen — unter Umständen durch Hausbesuche — betrieben werden. Herr Roeser wird beauftragt, einen Arbeitskreis in Verbindung mit dem Hochschulausschuß zu konstituieren. Der AStA empfiehlt für den Nachfolge-AStA, einen Experten für diese Aktion als studentische Hilfsaktion umgehend einzustellen.

Beginn einer Vorlesungsreihe des OSI in Zusammenarbeit mit der US-Mission für Angehörige der amerikanischen und britischen Garnison in Berlin. Die Vorlesungsreihe steht unter dem Thema „Comparative East-

West-Germany“ und wird von Prof. Dr. Richard Loewenthal geleitet. Zu den Referenten zählen Prof. Dr. Ernst Fraenkel, Prof. Dr. Georg Kotowski und Dr. Livingstone (US-Mission).

### 27.—30. Januar 1966

SHB-Vorsitzendenkonferenz und Bundesbeiratssitzung in Höchst/Odenwald. An der Konferenz nehmen alle SHB-Gruppen und Landesvorsitzenden und die SHB-Funktionsträger des VDS, Mitglieder von AStA, VDS-Fachausschüssen und Fachverbänden teil. Die Mitglieder der Koordinierungskommission beim SHB-Bundesvorstand, Armin Meyer (FU) und Helmut Bilstein (FU) legen auf der Abschlusssitzung ein „Arbeitspapier“ vor: „Die pluralistische Gesellschaft hat sich einen Idealismus geschaffen, der dem gesellschaftsimmanenten ‚sozialen Konflikt‘ ohne revolutionären Umschlag bewältigt. Dabei läßt der marxische Begriff von der ‚Klassengesellschaft‘ sich anwenden, allerdings mit dem entscheidenden Schnitt, daß an die Stelle des marxistischen Begriffs ‚Arbeit‘ der der ‚Macht‘ als Bedingung für die Funktion von ‚Klassen‘ getreten ist. Das so etablierte ‚Klassenmodell‘ beinhaltet: in jedem Konflikt gibt es grundsätzlich zwei Lager, die sich als institutionalisierte Gruppen gegenüberstehen... Auf die konkrete Gesellschaft übertragen bedeutet das, daß Eigentumsverhältnisse — wie Marx noch annahm — nicht mehr als Ausgangspunkt für soziale Konflikte anzusehen sind, sondern daß ‚die Herrschaftsverhältnisse innerhalb sozialer Organisationen‘ (Staat, Wirtschaft, Parteien, Verbände etc.) diese eingenommen haben.“ In den drei ehemaligen Westzonen habe sich in den Jahren 1945 bis 1948 eine „bundesrepublikanische Gesellschaftsverfassung“ etabliert, in der „wirtschaftsbezogene Institutionen wie z. B. Gewerkschaften und Unternehmerverbände und ihre Führungsgruppen“ erhebliches Gewicht in dieser „pluralistischen Gesellschaft“ ausübten. Der SHB vertritt das „Konzept des demokratischen Sozialismus“, das sich im „Widerspruch zum dogmatisch-ideologischen Teil der marxischen Gesellschaftstheorie versteht. „Der demokratische Sozialismus will die optimale Ausgestaltung einer ständigem Wandel unterworfenen Gesellschaft. Er entwirft kein utopisches Gesellschaftsbild, das zur realen Gesellschaftsverfassung in unüberwindlichem Widerspruch stehen würde und dem einzelnen Menschen ‚dogmatisch‘ durch Interpretation und Imperativ die Möglichkeit zur freien Entscheidung nehmen würde.“ Die SHB-Koordinierungskommission schlägt der Bundesvorsitzendenkonferenz folgende Konsequenzen aus ihren Thesen vor: 1. Änderung des herrschenden Bildungssystems, d. h. zu einer gesellschaftsorientierten Erziehung und Ausbildung, die dem einzelnen Menschen die Fähigkeit vermitteln, die Spielregeln der Demokratie, die Gesetzmäßigkeiten des repräsentativen Staates, den Nutzen des technischen Fortschritts und die eigenen Rollenanforderungen zu erkennen und auszufüllen. 2. Das Bekenntnis zur Notwendigkeit freiheitlich-demokratischer Verfaßtheit in den Bereichen des politischen, wirtschaftlichen und geistigen Lebens der Gesellschaft. 3. Sicherung weiterer Leistungssteigerung der Wirtschaft, da ohne sie die Anstrengungen für die Gemeinschaft nicht geleistet werden können. 4. Die Kontrolle des „Gebrauchs gesellschaftlicher Macht“ und die „Sicherung eines allgemeinen Lebensniveaus“. Der SHB, der „programmatisch es sich angelegen sein läßt, mit dem Hebel seines Engagements den notwendigen Prozeß des sozialen Wandels, d. h. der Ablösung und Erneuerung der Herrschaftsschichten nach dem Kriterium des ‚Optimalen‘ zu fördern, muß stets seines eigenen gesellschaftlichen Stellenwerts sich bewußt werden, bevor er Vorstellungen in Aktionen umsetzen kann.“ Dieser Abschlußbericht soll auf der nächsten Bundesdelegiertenversammlung des SHB im März 1966 als Basis für das „Neue Grundsatzprogramm“ diskutiert werden. (Vgl. Zeittafeldatum vom 26./27. Mai 1966)

### 28. Januar 1966

Jahreshauptversammlung des Argument-Clubs im Haus der Evangelischen Studentengemeinde, Gelfertstraße 45. Wolfgang Fritz Haug berichtet in seinem Referat „Zur Entwicklung der Zeitschrift“ über das geplante Redaktionsprogramm (Die Zeitschrift hat eine Auflage von 14 250 verkauften Exemplaren)

und die Bündnispolitik des Argument-Clubs (einige Tage vor der Jahreshauptversammlung fand eine Besprechung zwischen dem Vorstand des Argument-Clubs, vertreten durch Wolfgang Fritz Haug und Bernhard Blanke, und dem SDS-Bundesvorsitzenden Helmut Schauer statt. Es wurden folgende Vereinbarungen getroffen: „Der Argument-Club ist die Berliner Stützorganisation für die Zeitschrift ‚DAS ARGUMENT‘. Er hat keine eigenen aktuell-politischen Ambitionen und betrachtet den SDS als die für seine politische Ausrichtung repräsentative studentische Organisation.“ Seinen Berliner Mitgliedern empfiehlt der Club, sich dem SDS anzuschließen. Außerdem nimmt er davon Abstand, an anderen als den Berliner Universitäten und Hochschulen neben dem SDS eigene Organisationen zu gründen. Die Zeitschrift „DAS ARGUMENT“ sei eine „enzyklopädisch angelegte Schriftenreihe, in der ein neuer wissenschaftlicher Standort entsteht. Ihre Bereitschaft hat sie in der Wissenschaft, d. h. an deutschen und ausländischen Universitäten und Hochschulen in den Sozialwissenschaften, der Philosophie und der Psychoanalyse“. Die Mitarbeiter der Schriftenreihe „entstammen hauptsächlich dem middle range“ an den Universitäten. Der SDS-Bundesvorstand wird „DAS ARGUMENT“ bei dieser Arbeit unterstützen, empfiehlt den SDS-Gruppen die Zeitschrift für ihre theoretische Arbeit und unterstützt den Vertrieb der Schriftenreihe. Der jeweilige SDS-Bundesvorstand wird Mitherausgeber des ARGUMENT.) Werner Blanke gibt einen Bericht über „Die wirtschaftliche Entwicklung des ARGUMENT“.

Anschließend an die zwei Berichte findet eine Programmdiskussion mit Dr. Johannes Agnoli, Dr. Margherita von Brentano, Dr. Peter Furth, Prof. Dr. Wilfried Gottschald und Reimut Reiche statt. Anschließend liest Hartmut Lange aus seiner Komödie „Marksi“, danach gastiert „Das Reichskabarett“ mit einigen Szenen aus seinem letzten Programm. Neuer geschäftsführender Vorstand: Wolfgang Fritz Haug, Bernhard Blanke, Sigrid Fronius.

Podiumsdiskussion der AStA der FU zum Thema „Methoden und Probleme der Gesellschaftsanalyse“. Referenten sind Prof. Dr. Hermann Ley (Direktor des Philosophischen Instituts der Humboldt-Universität, SED), Prof. Dr. Renate Mayntz-Trier (FU), Prof. Dr. Ludwig von Friedeburg (FU) und Prof. Dr. Erwin K. Scheuch (Universität Köln). Prof. Ley verliest einige Thesen zum Wechselverhältnis von Theorie und empirischer Forschung. Prof. Mayntz-Trier versucht, den gemeinsamen Konsens zwischen den Soziologen in der DDR und der BRD folgendermaßen einzugrenzen: es gäbe keine Erfahrungen der Wirklichkeit ohne Begriffe. Also sei das Denken „theoretisch gelenkt“, sowohl in den Begriffen, in den Ausgangsthesen als auch in den für eine sozialwissenschaftliche Untersuchung ausgewählten Gegenständen. Prof. von Friedeburg unterstellt der „marxistisch-leninistischen Theorie“ ein gesellschaftliches Grundverständnis, wonach sich die gesellschaftliche Entwicklung vergleichbar einem naturwissenschaftlichen Prozeß nach bestimmten Gesetzen vollziehe. Weitere Diskussionsgesichtspunkte sind: Die Bedeutung der Eigentumsverhältnisse für die sozialwissenschaftliche Forschung, die Rolle der Mathematik in der sozialwissenschaftlichen Forschung und weitere Kontakte zwischen Sozialwissenschaftlern aus der DDR und der BRD. (Vgl. Zeittafeldatum vom 1. April, 13. und 23. Mai, 25. Juni und 9. Juni 1965)

Veranstaltung der „Sozialistischen Jugend — Die Falken“ zum Thema „Vietnam Report“ mit Beteiligung des SDS im Studentenhaus am Steinplatz. Während der Veranstaltung explodiert im Treppenhaus des Studentenhauses ein Sprengkörper. Da zu dieser Zeit keine Personen in unmittelbarer Nähe sind, entsteht nur Sachschaden.

### 30. Januar 1966

„Der Tagesspiegel“ unterstellt, daß die Veranstalter des „Vietnam-Report“ selber aus einem „Publicity-Effekt“ heraus

diese „Sprengstoff-Demonstration“ — „von einem Anschlag kann man offensichtlich nicht reden“ — organisiert haben.

Kontinuitätstagung des 17. und 18. Konvents der FU im Clubhaus der FU. Referenten: Sigrid Rieger (SDS) „Die Interessenvertretung der Studenten im Rahmen des ‚Berliner Modells‘“; Christian Fenner (LSD) „Aufgaben und Arbeit des Konvents“; Wolfgang F. Dalchow und Ulrich H. Ströhle (SDS) „Studentische Finanzpolitik und spezielle Probleme des Haushaltsplans“; Ernst-Georg Schleifer „Der Verband Deutscher Studentenschaften als ‚Pressure Group‘“.

Die Pekinger „Volkszeitung“ erklärt: „Die Parole der ‚Aktionseinheit‘ ist jetzt zu einer giftigen Waffe in den Händen der Chruschtschow-Revisionisten geworden, mit der sie Zwietracht säen. In Koordination mit den US-Imperialisten versuchen sie vergeblich, diese Parole zur Unterminierung der Kampf freundschaft zwischen dem chinesischen und vietnamesischen Volk... zu benutzen.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 25. Dezember 1965)

### 31. Januar 1966

Luftwaffe und Marine der USA nehmen nach 37tägiger Pause die Luftangriffe gegen „Verkehrseinrichtungen“ und „strategisch wichtige Ziele“ wieder auf. In einer Erklärung des amerikanischen Präsidenten Lyndon B. Johnson heißt es unter anderem: „37 Tage lang sind keine Bomben auf Nordvietnam gefallen. Während dieser Zeit haben wir unsere intensivste und entschlossenste Anstrengung unternommen, die Hilfe und Unterstützung der ganzen Welt zu gewinnen, um die Regierung von Hanoi davon zu überzeugen, daß Frieden besser ist als Krieg...“

Gespräch zwischen dem Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, und den drei Studenten des Japanischen Instituts Inge Braun, Detlef Foljanty und Johannes Sembritzki über die Lehrtätigkeit von Prof. Dr. Hans Eckardt. Die Studenten berichten über „nazistische und antisemitische Äußerungen“ Prof. Eckardts während der Seminarsitzungen und Übungen, über „Verleumdungen und Obszönitäten“ gegenüber Professoren, Dozenten, Studentinnen und Studenten, darüber, daß Prof. Eckardt „häufig unter Alkoholeinfluß zu seinen Seminaren und Vorlesungen“ erschienen sei: „Dazu ist zu sagen, daß der Alkoholkonsum von Seiten Herrn Prof. Eckardts... im Japanischen Seminar derartige Ausmaße angenommen hat, daß von einer ständigen Alkoholisierung gesprochen werden kann.“ Prof. Lieber erklärt, daß die Ermittlungen gegen Prof. Eckardt möglicherweise bis zur Senatssitzung am 16. Februar 1966 noch nicht abgeschlossen sein würden. (Vgl. Zeittafeldatum vom 27. Oktober 1965, 15. Februar, 4. März, 27. Juni, 13. Juli und 18. Oktober und 7. Dezember 1966, 11. und 25. Januar und 8. Februar 1967)

Wegen der Ereignisse auf der Veranstaltung der „Sozialistischen Jugend — Die Falken“ am 28. Januar 1966 unterrichtet der Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, die Senatoren für Inneres, Heinrich Albertz, und für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Werner Stein, über die für diesen Abend im Auditorium maximum geplante Presseschau des SDS über den Krieg in Vietnam. Der Senator für Wissenschaft und Kunst rät von einem Verbot der Veranstaltung dringend ab, der Senator für Inneres macht darauf aufmerksam, daß die Veranstaltung nur unter Überwachung durch Polizeibeamte in Zivil stattfinden könne.

Um 13.00 Uhr unterrichtet der Rektor die Dekane. Da sowohl bei Absage der Veranstaltung als auch bei deren Stattfinden unter Polizeischutz eine Schädigung des Ansehens der Universität zu erwarten sei, soll der Rektor den Vorsitzenden des AStA und des Konvents und dem



Vorsitzenden des SDS nahelegen, die Veranstaltung seitens des Verbandes abzusagen.

Die Vertreter des AStA und des Konvents sprechen sich in einem Gespräch mit dem Rektor gegen den Vorschlag aus, die Veranstaltung vom SDS absagen zu lassen. Bei der Möglichkeit einer terroristischen Aktion sei Polizeischutz eine erforderliche, das Ansehen der Universität keinesfalls schädigende Maßnahme.

Die gleiche Auffassung vertritt im anschließenden Gespräch der Vertreter des SDS gegenüber dem Rektor. Nach einem weiteren Gespräch mit dem Innensenator, in dem dieser ausdrücklich bestätigt, daß im Interesse des Ansehens der Universität nur Kriminalbeamte in Zivil den Schutz der Veranstaltung übernehmen sollen, hält der Rektor die Raumzusage an den SDS aufrecht. Unabhängig davon und zum Teil zeitlich parallel werden auf eine bei der Polizei eingegangene Bombendrohung hin gegen 17.30 Uhr von der Polizei-Inspektion Zehlendorf zwei Einsatzwagen der Bereitschaftspolizei zur Durchsuchung und Sicherung des Henry-Ford-Baus eingesetzt. Nach Abschluß der Durchsuchung werden die Hörsäle des Henry-Ford-Baus im Nordflügel von der Polizei bis zu Beginn der Veranstaltung verschlossen.

In weiteren Telefongesprächen erreicht der (inzwischen hierüber informierte) Rektor einen Abzug der uniformierten Polizei vor der Veranstaltung.

Presseschau des SDS über den Krieg in Vietnam. Die Veranstaltung verläuft ohne Zwischenfälle.

## Februar 1966

Die Redaktion des „FU-SPIEGELS“ begründet in Heft Nr. 50 die „öffentliche Kritik von Lehrveranstaltungen“ durch die Studentenschaft. Im selben Heft werden drei Vorlesungskritiken veröffentlicht: 1. über die Übung von Prof. Dr. Walter Pabst „Literatur der Aufklärung“, 2. über die Vorlesung von Prof. Dr. Peter Szondi „Das lyrische Drama des fin de siècle“ und 3. über das Seminar von Prof. Dr. Klaus Mollenhauer über „Probleme der nicht-repressiven Pädagogik“.

Dok. 468 und Dok. 469

Der „FU-SPIEGEL“ veröffentlicht ein Interview mit dem Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, in dem dieser im Hinblick auf die Vergabe von Räumen erklärt, es bestehe nicht die Absicht, „Veranstaltungen der Studentenschaft einer Zensur zu unterziehen“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 16. Februar 1966)

Entwurf eines Gesetzes über die Freie Universität Berlin von Ulrich K. Preuß. Nach dem Entwurf sollen entscheidende Befugnisse (Erlassen von Satzungen, Wahl und Abwahl des Rektors, Aussprache über Jahresbericht des Rektors), dem „obersten Beschlussorgan“, dem „Großen Senat“, in dem Hochschullehrer, sonstige Lehrkräfte, wissenschaftliche Mitarbeiter und Studenten „angemessen“ vertreten sein sollen, übertragen werden. (Vgl. Zeittafeldatum vom 22. Oktober 1965, 5. Mai 1966 und 19. Juni 1967)

Gründung eines „Marx-Engels-Seminars“ im Argument-Club zur systematischen Marx-Engels-Rezeption, insbesondere des „Kapitals“.

## 2. Februar 1966

Fans-Dietrich Sander veröffentlicht in der „Welt“ einen polemischen Artikel über die „Studenten von Berlin“ mit der Überschrift „Die Traumtänzer von Berlin — Warum immer Ärger an der Freien Universität?“ Die Zwischenüberschriften lauten: „Importierte Unzufriedenheit, Streitbares Engagement, Fragen an Jaksch, Nebel und Gespenster, In der Politik der Klippschüler, Nur Minderheiten“.

Dok. 470

Der Rektor der FU lehnt einen Antrag des RCDS vom 31. Januar 1966 für eine Vietnam-Diskussion am 10. Fe-

bruar mit dem SDS, dem SHB und dem LSD mit dem Hinweis auf die jüngsten Vorkommnisse ab, nicht nur, „um mögliche Sach- und Personenschäden abzuwehren, sondern vor allem auch, weil Würde, Ansehen und Autonomie der Universität ... durch Veranstaltungen, die solche polizeilichen Maßnahmen erforderlich machen, auf das schwerste gefährdet seien“.

Dok. 471

„Empfehlung des Senatsbeauftragten für die politische Bildungsarbeit an der Freien Universität betreffend politische Meinungsäußerungen der Studentenschaft.“ Prof. Dr. Kurt Sontheimer erklärt alle hochschulpolitischen Stellungnahmen für legitim und weist gleichzeitig auf die Schwierigkeiten der Trennung von hochschul- und allgemeinpolitischen Äußerungen hin. Die Verknüpfung hochschulpolitischer und gesamtgesellschaftlicher Konzeptionen könne die Überwindung der politischen Apathie der Studentenschaft, Haupthindernis der politischen Bildungsarbeit, überwinden helfen. Solange die „Selbstkorrektur“ bei politischen Stellungnahmen, deren Bezug zur Hochschulpolitik umstritten sei, funktioniere (z. B. Lefèvre-Abwahl), bedürfe es keiner weiteren Maßnahmen zur Einschränkung politischer Stellungnahmen der Studentenschaft. Die vom Rechtsausschuß des Akademischen Senats am 13. Juli 1960 aufgestellte Maxime (politische Stellungnahme der Studentenschaft nur in Fragen der Selbstverwaltung, nicht der Mitverwaltung) entspreche nicht dem politischen Bildungsauftrag der FU. Prof. Sontheimer stellt sie der weitergehenden Entschließung der Westdeutschen Rektorenkonferenz vom 5. Januar 1960 gegenüber. Notfalls müßte für ein solches Verfahren die FU-Satzung neu gefaßt werden. (Bei der Beratung der „Empfehlungen“ war es zwischen dem Senatsbeauftragten und dem Beirat zu divergierenden Auffassungen über die Abgrenzung der Aufgaben zwischen Beauftragten und politischem Beirat gekommen. Die Vertreter der politischen Hochschulgruppen hatten sich erst nach längerer Diskussion zu einer inhaltlichen Billigung der Empfehlungen durchringen können.)

Dok. 472 und Dok. 473

Sitzung der Philosophischen Fakultät der FU. Zum Tagesordnungspunkt „Hochschultage 1967“ ist sich die Fakultät einig, daß jeweils Themen von genügend aktuell-wissenschaftlicher Breite gewählt werden sollen, die ein repräsentatives Bild von der Arbeit an der Universität geben könnten. Die Gestalt der Universitätstage solle nicht einer Fakultät allein überlassen bleiben. Die Die Universitätstage sollen in der Mitte des Semesters für die Dauer von zwei bis drei Tagen stattfinden. (Vgl. Zeittafeldatum vom 7. Juni, 13. Juli, 25., 26. und 28. Oktober 1966 und 19./20. Januar 1967)

Der Wissenschaftsrat veröffentlicht eine Liste von 116 wissenschaftlichen Bauprojekten, die im laufenden Jahr nicht aus Bundesmitteln gefördert werden sollen, falls die Bundesregierung nicht die ursprünglich geforderten 530 Mill. DM noch bewilligt. An der Freien Universität sind folgende Bauprojekte betroffen: Neubau für die Theoretisch-vorklinische Institute der Veterinärmedizin und das Pflanzenphysiologische Institut. Der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Prof. Sieverts, erklärt auf einer Pressekonferenz in Bonn, die „Negativ-Liste“ lasse erkennen, daß vor allem eine Verbesserung der Lehre in Frage gestellt sei. In diesem Jahr könnten keine neuen Bauprojekte begonnen werden. Die Folgen würden sich aber erst in zwei bis drei Jahren zeigen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 11. und 12. Januar, 3. und 4. Februar 1966)

Prof. Dr. Helmut Selbach (FU) rechtfertigt am 101. Verhandlungstag des Landgerichts Münster sein 248 Seiten starkes Gutachten über Dr. Günter Weigand. Prof. Selbach erklärt, daß

„sein gesamtes Gutachten ... falsch verstanden worden“ sei. Dr. Weigand habe sich während der sechs Wochen in der Klinik „im allgemeinen korrekt, angenehm und durchaus sympathisch verhalten“. Allerdings habe Dr. Weigand auf die „korrupte Gesellschaft“, die „naziverseuchte Justiz“ und später auch „auf ihn geschimpft“. Auf die Frage der Verteidiger, warum er Dr. Weigand nicht wegen Beleidigung verklagt habe, erklärt Prof. Selbach: „Gegen einen Menschen, den ich für entmündigungsfähig halte, kann ich nicht prozessieren.“ Außerdem erklärt Prof. Selbach, daß Dr. Weigands „wichtigster Charakterzug“ die „Geltungssucht“ sei, die offensichtlich einer „Furcht vor der eigenen Schwäche“ entspringe. Die „ständige Aggressivität“ des Angeklagten sei „der Ausdruck einer schweren inneren Spannung“. Außerdem sei Dr. Weigand „humorlos“ und von einer „merkwürdigen Gefühlskälte“. Dr. Weigand spüre einfach nicht, „welches Unglück“ er durch seine Untersuchungen über andere Menschen bringe. Er kenne keine „Besorgnis oder Güte“ gegenüber anderen Menschen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 27., 28. und 29. Januar, Februar, 4. und 25. Februar, 4. und 31. Mai 1965 und 25. April 1966)

Der Kabarettist Conny Reinhold trägt auf einer Veranstaltung des AStA-Kulturreferats im Auditorium maximum sein „dokumentarisches Programm“ vor: „Deutschlandtreicher/Ost-West-Gaukler Conny Reinhold als Wunderer zwischen zwei Welten“. Reinhold führt einen Spielfilm „Ulbricht in Bonn“ vor und diskutiert mit den 600 Zuschauern über die Funktion des politischen Kabarettis im Nachkriegsdeutschland.

### 3. Februar 1966

Der Beauftragte für politische Bildungsarbeit, Prof. Dr. Kurt Sontheimer, nimmt in einem Schreiben an den Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, zu dem Verbot der RCDS-Veranstaltung Stellung. Prof. Sontheimer verweist darauf, daß alle Großveranstaltungen der Universität unter Polizeischutz abgewickelt werden, es sei gerade Aufgabe der Polizei, die Ordnung des Universitätsbetriebes sicherzustellen. Nachdem die SDS-Veranstaltung genehmigt worden sei, entstehe wegen der Beeinträchtigung der politischen Chancengleichheit eine schwierige Situation. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, daß eine Veranstaltung von der subjektiven Einschätzung einer äußeren Gefahr durch den Rektor abhängt.

Der RCDS erhebt Einspruch gegen die Ablehnung des Rektors vom 2. Februar 1966 und bittet um Überprüfung der Entscheidung... Ebenso äußert der 1. AStA-Vorsitzende Niels Kadritzke Bedenken.

Landesrektorenkonferenz in West-Berlin. Der Rektor der Technischen Universität, Prof. Dr. Ing. Friedrich Wilhelm Gundlach, und der Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, erklären, daß durch die angekündigte Kürzung der Bundesmittel von 530 Mill. DM auf 350 Mill. DM eine „äußerst bedrohliche Situation entstanden“ sei. Für Berlin würde das eine Kürzung der Bundesbaumittel für FU und TU in Höhe von 12,5 Mill. DM bedeuten. Besonders betroffen seien dabei die großen Neubauvorhaben der FU, vor allem für den Ausbau des Ostbaugeländes, der 1967 begonnen werden sollte. Das Klinikum in Steglitz wird von den Einsparungen der Bundesmittel nur geringfügig betroffen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 11. und 12. Januar, 2. und 4. Februar 1966)

Der Bundesvorstand des RCDS nimmt in einer Presseerklärung zur Vietnam-Politik der amerikanischen Regierung Stellung und fordert die Bundesregierung auf, die Vietnam-Politik des amerikanischen Präsidenten Lyndon B. Johnson zu unterstützen. Der BV des RCDS erklärt, daß „zur Erhaltung der Freiheit“ notwendig sei, dem „Kommunismus in allen Ländern der Welt entgegenzutreten“. Die „Initiative einiger Außenseiter“ verzerrt das „Bild von der Haltung der Mehrheit“ in Deutschland zum „Vietnam-Konflikt“. Die deutsche Öffentlichkeit habe mit Befremden festgestellt, daß dieselben Mitglieder der

politischen Studentengruppen, Gewerkschaftler und Schriftsteller „lautstark gegen die amerikanische Vietnam-Politik“ protestierten, Unterschriften sammelten und demonstrierten, die sich auch als „Ostermarschierer“ und „Gegner jeglicher Vorsorge-Gesetze für den Notstand“ engagierten. „Das Schweigen der Waffen und das Leben der einzelnen“ seien aber „nicht die höchsten Werte“. Die Freiheit erfordere „Opfer, notfalls Menschenleben“. Deshalb sei es für den RCDS ein „Gebot des Anstandes und der politischen Vernunft, den Soldaten der USA, Südvietnams, Koreas, Australiens und Neuseelands im Kampf gegen die kommunistische Aggression moralisch den Rücken zu stärken“. Der RCDS-Bundesvorstand ruft deshalb alle RCDS-Hochschulgruppen zu einer Sammelaktion „zugunsten der durch den Vietnam-Krieg geschädigten Jugendlichen“ auf. Die Spenden sollen als „Ausbildungshilfe“ für südvietnamesische Kriegswaisen verwendet werden. Außerdem plant der RCDS in den nächsten Wochen an allen Hochschulen Veranstaltungen, die „den Studenten den Sinn der Süd-vietnam-Politik verdeutlichen sollen“.

Der Senator für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Werner Stein, bestätigt in einem Schreiben die neue Disziplinarordnung für Studenten und bestimmt als Zeitpunkt des Inkrafttretens den 1. April 1966. (Vgl. Zeittafeldatum vom 16. Februar 1966)

Vgl. Dok. 520

Das Institut für Publizistik der FU zeigt im Studentendorf den amerikanischen Spielfilm „Schatten“ (erster Film über die Beatnik-Generation). Anschließend findet eine Diskussion mit Ulrich Gregor (Freunde der Kinemathek) statt.

### 3./4. Februar 1966

In der Nacht werden in West-Berlin von ca. 40 Personen — überwiegend SDS-Mitglieder — Plakate geklebt, in denen der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland als Mörder bezeichnet wird. Einige der Plakatkleber, darunter vier Studenten

Erhard und die Bonner Parteien unterstützen

## MORD

Mord durch Napalmbomben!  
Mord durch Giftgas!  
Mord durch Atombomben?

Die US-Aggression in Vietnam verstößt nicht gegen die Interessen des demokratischen Systems: Wer es wagt, sich aufzulehnen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, wird von den Herrschenden mit Brutalität niedergemacht.

Die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas kämpfen gegen Hunger, Tod und Entmenschlichung. Die ehemaligen Sklaven wollen Menschen werden. Kuba, Kongo, Vietnam - die Antwort der Kapitalisten ist Krieg. Mit Waffengewalt wird die Herrschaft aufrechterhalten. Mit Kriegswirtschaft wird die Konjunktur gesichert.

Ost und West arrangieren sich immer mehr auf Kosten der wirtschaftlich unterentwickelten Länder. Jetzt bleibt den Unterdrückten nur noch der Griff zu den Waffen. Für sie heißt Zukunft:

## REVOLUTION

Wir sollen den Herrschenden beim Völkermord helfen. Deshalb beschwören sie das Gespenst der gelben Gefahr.

Wie lange noch lassen wir es zu, daß in unserem Namen gemordet wird?

## AMIS RAUS AUS VIETNAM!

INTERNATIONALE BEFREIUNGSFRONT

(Kommune I, Quellen zur Kommune-Forschung, Berlin 1968, S. 2 f.)

der FU, die gleichzeitig SDS-Mitglieder sind, werden festgenommen. Die Namen der Festgenommenen werden der FU mitgeteilt mit der Bitte, Disziplinarverfahren gegen sie einzuleiten. (In dieser Nacht wird dieses Plakat auch in München verbreitet.)

#### 4. Februar 1966

Der SHB-Landesverband erklärt gegenüber der Presse zur Plakataktion: „Der SHB wendet sich in aller Schärfe gegen illegale und unverantwortliche Aktionen politischer Einzelgänger. Wir halten solche Aktionen für eine schwere Schädigung der Bemühungen des SHB wie vieler Berliner Studenten, die Bevölkerung vorurteilsfrei und in realistischer Weise über den Krieg in Vietnam zu unterrichten.“

Vom Rektor einberufene Sondersitzung des Akademischen Senats der FU. Einziger Tagesordnungspunkt: „Bericht des Rektors über die polizeilichen Sicherungsmaßnahmen anlässlich der Veranstaltung des SDS am 31. 1. 1966 und über die daraufhin getroffenen Maßnahmen“. Der Rektor verliest eine den Senatsmitgliedern übergebene Erklärung vom selben Tage, den Brief des Beauftragten für politische Bildungsarbeit vom 3. Februar 1966 und einen Brief des AStA-Vorsitzenden vom selben Tage. Der Rektor betont, daß seine Entscheidung vom 2. Februar 1966 vorerst nur bis zum Ende des Semesters gelten solle, um eine Beruhigung der Situation zu erreichen. Die Fragen der Raumvergabe sollten ohne Zeitdruck im Verfassungsausschuß des Akademischen Senats grundsätzlich erläutert werden.

Nach eingehender Beratung faßt der Akademische Senat mit 13:3:1 Stimmen den Beschluß: „... Der Senat billigt die Entscheidung des Rektors, ab sofort Räume der Freien Universität für solche Veranstaltungen nicht zur Verfügung zu stellen, bei denen eine Störung des ordnungsgemäßen Universitätsbetriebes befürchtet werden muß. Er empfiehlt jedoch, die vom RCDS für den 1. 2. 1966 geplante Podiumsdiskussion im Hörsaal A des Henry-Ford-Baues noch stattfinden zu lassen, um den Anschein einer unterschiedlichen Behandlung politischer Studentenvereinigungen zu vermeiden.“

Prof. Dr. Carl-Joachim Friedrich (Universitäten Heidelberg und Harvard, USA) hält im OSI einen Vortrag zum Thema „Totalitarian Dictatorship and Autocracy“. Prof. Friedrich erklärt, daß „totalitäre Diktaturen historisch etwas völlig neuartiges“ seien. Die „totalitäre Diktatur“ sei die dem 20. Jahrhundert „angepaßte Form der Autokratie“. In den Mittelpunkt seiner Rede stellt Prof. Friedrich folgende These: Es ließe sich „aus den uns bekannten Fakten schließen, daß faschistische und kommunistische totalitäre Systeme grundsätzlich gleichartig sind, einander jedenfalls mehr ähneln als irgendeinem anderen Regierungssystem, einschließlich früherer Formen der Autokratie.“ Prof. Friedrich nennt folgende „Grundeigenschaften oder Merkmale“ für seine Totalitarismustheorie: „Das ‚Syndrom‘ oder strukturelle Muster besteht aus einer Ideologie, einer einzelnen Partei, die im typischen Fall von einem Mann geleitet wird, einer terroristischen Polizei, einem Kommunikationsmonopol, einem Waffenmonopol und einer zentral gelenkten Wirtschaft.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom Januar und Mai 1965 und Oktober 1966)

2. ordentliche Sitzung des 18. Konvents der FU. Der Konvent protestiert einstimmig „in aller Schärfe“ gegen die Kürzung der Bundesmittel für den Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen im Jahre 1966.

Mit großer Mehrheit beauftragt der Konvent den AStA, zur Vorbereitung gemeinsamer Aktionen — eventuell eines gemeinsamen Streiks — Kontakt mit anderen Hochschulen aufzunehmen.

Zum Beschluß des Akademischen Senats vom selben Tage beschließt der Konvent einstimmig: Der Konvent begrüßt, daß die Podiumsdiskussion der RCDS zugelassen wird. Die vom Akademischen Senat bestätigte Be-

gründung des Briefes des Rektors vom 2. Februar 1966 könne der Konvent nicht akzeptieren: Er sehe das Ansehen der Universität nicht durch Polizeieinsätze zum Schutz von Veranstaltungen gegen terroristische Bedrohung gefährdet, sondern durch unkritisches Reagieren der Universität auf „unqualifizierten Druck von außerhalb“, durch den sie sich in eine verhängnisvolle Abhängigkeit begeben. Die ursprüngliche Ablehnung der RCDS-Veranstaltung durch den Rektor enthalte eine gefährliche Präzedenz-Argumentation, die jederzeit die Untersagung von Veranstaltungen unter Berufung auf äußere Gefährdung erlaube. (Vgl. Zeittafeldatum vom 2. Februar 1966)

Der Konvent begrüßt die Initiative zur Reform des juristischen Studiums im Rahmen eines Justizausbildungsgesetzes (JAG) und fordert die verantwortlichen Stellen auf, die Vorschläge der Studentenschaft gebührend zu berücksichtigen. Die längst fällige materielle Reform des Jurastudiums im JAG müsse jede Zwangsreglementierung erübrigen. Nachdem die Hauptversammlung der DSKV entgegen dem Konventsbeschluß vom 14. Dezember 1965 die Beitragserhöhung auf DM 48,— beschlossen hat, bittet der Konvent den Akademischen Senat bei Vorliegen des Beschlusses der Hauptversammlung der DSKV den Austritt der FU aus der DSKV zu beschließen.

Flugblatt der Landesverbände der politischen Studentengruppen LSD, SHB, SDS, HSU und AC. Das Flugblatt gibt anhand von Pressemeldungen einen kurzen geschichtlichen Überblick über die Lage in Vietnam und ruft zur Demonstration am 5. Februar 1966 auf.

Dok. 474

#### 5. Februar 1966

Am Nachmittag findet die von den Studentenverbänden SHB, SDS, LSD, AC und HSU veranstaltete Vietnam-Demonstration statt. Über 2500 Studenten beteiligen sich an der Demonstration gegen den „schmutzigen Krieg in Vietnam“ vom Steinplatz über die Hardenbergstraße am Amerika-Haus vorbei, über den Kurfürstendamm und die Umlandstraße zurück zum Steinplatz. Die Studenten tragen Poster wie: „Wo bleiben freie Wahlen für Vietnam?“, „Statt US-Weltgendarm — Freiheit und Selbstbestimmung für Vietnam“, „Frieden statt Diplomatenlügen“, „Selbstbestimmung — wenn alle tot?“. Außerdem fordern die SDS-Mitglieder auf Transparenten die sofortige Entlassung der fünf inhaftierten Plakatkleber: „Raus aus dem Gefängnis mit den Berliner Studenten“ und tragen 30 Exemplare des Plakats „Erhard und die Bonner Parteien unterstützen Mord“. Vor dem Maison de France blockieren die Demonstranten durch einen Sitzstreik für ungefähr 20 Minuten den Verkehr. Anschließend an die Demonstration ziehen ungefähr 500 Studenten zum Amerika-Haus, veranstalten dort einen Sitzstreik, holen die amerikanische Flagge nieder (ein Falken- und SPD-Mitglied will später die Flagge wieder hissen, wird jedoch dabei von anderen Demonstranten abgedrängt, so daß die Flagge auf Halbmast stehenbleibt) und bewerfen die Fassade mit fünf Frischeiern aus einer am Bahnhof Zoo gekauften Sechserpackung. Außer politischen Studentengruppen der FU nehmen an der Demonstration der Kabarettist Wolfgang Neuss, Mitglieder der Falken, der SPD, der SED-Westberlin, der Naturfreundejugend und der FDJ-Westberlin teil. Ein Sprecher der US-Mission Berlin erklärt zur Demonstration gegen den „schmutzigen Krieg in Vietnam“, daß die amerikanische Regierung das „Recht auf entgegengesetzte politische Ansichten“ anerkenne. „Versuche, öffentliches Eigentum zu beschädigen“, seien jedoch „kein Beitrag zur Lösung politischer Probleme“. „Wir alle kennen die engen Bindungen zwischen der Berliner Bevölkerung und den USA“. Die Demonstration könne keine Auswirkungen auf „die Bande der Freundschaft und des Verständnisses“ zwischen der Bevölkerung von Berlin und dem amerikanischen Volk haben.

Der SHB-Landesvorstand distanziert sich in einem offenen Schreiben an den Generalmajor John F. Franklin jr. von der Demonstration vor dem Amerika-Haus.

Dok. 475

Der RCDS-Landesvorstand fordert in einer nach der Vietnam-Demonstration veröffentlichten Presseerklärung Bürgermeister Heinrich Albertz, der als Innensenator auch für die Polizei und deren Einsatz zuständig ist, zum Rücktritt auf. Albertz habe es zugelassen, daß das Amerika-Haus „in entwürdigender Weise“ beschmutzt worden sei.

#### 5./6. Februar 1966

SHB-Wochenendseminar zum Thema „Polen heute“. Referenten sind Prof. Dr. Andrzej Wirth (Warschau), Dr. Wagner (Polen-Stipendiat der UNESCO 1963—1965) und A. Osadczuk-Korab (Osteuropa-Institut der FU). (Vgl. Zeittafeldatum vom 15. Dezember 1965)

#### 6. Februar 1966

Die „Berliner Morgenpost“ veröffentlicht einen Leitartikel zur Vietnam-Demonstration der studentischen Gruppen unter der Schlagzeile „Die Narren von West-Berlin“. (Die Nachrichtennmeldung in der „Berliner Morgenpost“ trägt die Schlagzeile „Berliner empört über Radauszenen vor Amerika-Haus — SED unterstützt Studenten-Demonstration.“)

Dok. 476

Das Referat für gesamtdeutsche Fragen und politische Bildung des AStA der FU veranstaltet ein Seminar zum Thema „Planung in Ost und West“. Referenten sind der Prof. für Politische Ökonomie an der Humboldt-Universität, Dr. Dieter Klein (Deutsche Akademie der Wissenschaften), der Professor für Politische Ökonomie des Sozialismus an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität, Dr. Günther Kohlmeier und Dr. Gerhard Kade (Institut für Wirtschaftsforschung an der FU).

#### 7. Februar 1966

Die „BZ“ veröffentlicht einen Leitartikel zur Vietnam-Demonstration unter der Schlagzeile „Inspektor sagt: eine Schande für unser Berlin!“: „Seit dem letzten Sonnabend gibt es in unserer Stadt eine neue Situation: einer zahlenmäßig kleinen Gruppe von Linksradikalen ist die Kneipe zu eng geworden. Schon lange phantasieren sie von einer ‚revolutionären Situation‘, die sie herbeiführen wollen. Am Wochenende gab sie uns einen ersten Geschmack: mit kommunistischen Parolen ging sie auf die Straße... Studenten, die wahrscheinlich zuvor bewegte Klagen über den Fortfall der Milchsubventionen geführt haben, warfen Eier gegen das Gebäude. Studenten, die ihr Studium in Freiheit in dieser Stadt den Amerikanern zu verdanken haben, vergriffen sich an der amerikanischen Fahne! Pfiu Teufel!“

Der Artikel der „Bild-Zeitung“ über die Vietnam-Demonstration trägt den Titel „Beschämend! Undenkbar! Kurzsichtig — vernichtende Kritik an Studenten-Demonstration“. Die „Bild-Zeitung“ berichtet, daß ein Regierungssprecher in Bonn zur studentischen Vietnam-Demonstration „mit schärfster Mißbilligung und tiefstem Bedauern“ Stellung genommen habe.

Der Berliner Senat erklärt: „Die übergroße Mehrheit der Berliner bedauert die beschämenden Vorfälle.“ Der Landesvorsitzende der Berliner SPD, Kurt Mattick, erklärt, daß die Studentengruppen „oberflächlich einäugig“ seien. Der Bundesvorsitzende der Berliner CDU bedauert: „Ausgerechnet in West-Berlin, das in so starkem Maße für den US-Schutz dankbar ist, wurde ein beschämendes Schauspiel inszeniert.“ „Die Welt“ berichtet, daß der Sonderbeauftragte des Bundeskanzlers in Berlin, Ernst Lemmer (CDU), gegenüber der „Welt“ erklärt habe: „Die sich steigenden Demonstrationen haben allmählich eine Situation geschaffen, von der aus man unmittelbare Sorge für die Erhaltung der freiheitlichen Existenz haben muß... Während die Söhne dieses Volkes (der USA, S. L., T. F., C. R.) in Vietnam für die Freiheit ihr Leben lassen, müssen sich die Angehörigen der gleichen Streitkräfte in einer Stadt, die sie schützen, solche

Pöbeleien gefallen lassen.“ Es liege jetzt „an Bundesregierung und Senat, gemeinsam ein deutliches Wort zu sprechen. Die bisherige Zurückhaltung könnte folgenswer sein.“

**Außerordentliche Sitzung des AStA der FU.** Der AStA beschließt mit 2:4:1 Stimmen, zu den Vorfällen vom 5. Februar 1966 keine Presseerklärung abzugeben. Als Begründung wird angeführt, „daß der AStA von der Presse in den Wirbel um die Demonstration und Ausschreitungen hineingezogen werden könnte, wenn er sich öffentlich zu Wort meldete“. Mit 4:3:0 Stimmen beschließt der AStA, auf Anfrage der Presse mitzuteilen, daß der AStA Demonstrationen für ein legitimes Mittel von Meinungsäußerung halte, daß er jedoch die Ausschreitungen vor dem Amerika-Haus verurteile.

Der AStA beschließt einstimmig, nach dem Ausscheiden von Dr. Werner Buth als AStA-Sekretär Fräulein Maria Siegemund mit den Geschäften auf Zeit zu beauftragen. Das Studentenwerk bietet dem AStA für das Capitol-Projekt einen Zuschuß in Höhe von DM 30 000,— bis 50 000,— an. Der AStA diskutiert, ob er das Angebot annehmen oder auf Überweisung des Wohnheimfonds bestehen solle. Da sich das Studentenwerk außerdem bereiterklärte, die Bewirtschaftung des Capitol ohne jegliche Forderung und Einschränkung zu übernehmen, wird der AStA dem Studentenwerk einen Vertragsentwurf über die Bewirtschaftung zustellen. Der AStA diskutiert Entwürfe des Hochschulreferenten stud. phil Volker Roeser für die Institutsvertretung und eine Fachschaftsrahmenordnung.

Der Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, bringt in einem Brief an den amerikanischen Stadtkommandanten in Berlin, Generalmajor John F. Franklin jr., sein „tiefstes Bedauern über das unverantwortliche Vorgehen einiger Studenten zum Ausdruck...“, insbesondere wegen der „Beleidigung, die der Flagge Ihres Landes zugefügt wurde. Die überwiegende Zahl der Studenten der FU und die Mitglieder des Lehrkörpers wird unseren Standpunkt teilen.“ Der Rektor gibt seiner Hoffnung Ausdruck, „daß die Freundschaft zwischen Amerikanern und Deutschen in Berlin und das Gefühl des ‚Sich-Aufeinander-Verlassen-Könnens‘ in Zukunft noch fester wird.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 9. Februar 1966)

Dok. 477

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, erklärt in einem Schreiben an den amerikanischen Stadtkommandanten: „Die große Mehrheit der Berliner ist nicht gewillt, das Ansehen dieser Stadt durch unverantwortliche Minderheiten in Gefahr bringen zu lassen. Extremismus und Hysterie widersprechen dem gesunden Menschenverstand und den Erfahrungen, die wir in langen Jahren gesammelt haben. Schande über Berlin bringen solche Gruppen, die das Vertrauen zu den Schutzmächten zerstören wollen und die deutsch-amerikanische Freundschaft besudeln. Alle Welt weiß, daß wir mit solchen Elementen und den sie unterstützenden SED-Leuten nichts zu tun haben. Da Berlin so sehr einbezogen ist in die Konflikte dieser Zeit, kann es selbstverständlich von dem damit verbundenen Streit der Meinungen nicht unberührt bleiben. Studenten und andere junge Menschen haben hier — angesichts der Mauer — das gleiche Recht, wie anderswo unter den Bedingungen der Demokratie, ihre Meinung zu sagen, ihre Sorge zu formulieren, ihren Weg zu finden. Das gilt besonders auch für den Frieden der Welt und für die Zukunft der Demokratie. Wem diese Sorgen am Herzen liegen, der wird vor falschen Freunden auf der Hut sein. Man sollte einen deutlichen Unterschied machen zwischen kritischen Studenten und politischen Rowdies. Aber ich will keinen Zweifel daran aufkommen lassen, daß ich die Vietnam-Frage anders sehe als die insoweit kritische Studentenschaft. Erstens erscheint mir der Friedenswille der amerikanischen Demokratie unbezweifelbar. Zweitens halte ich es für sicher, daß die umfassenden Ver-

pflichtungen und die begrenzten Ziele der amerikanischen Politik in Südostasien dem gedeihlichen Zusammenleben der Völker dient, drittens kann ich nur nachdrücklich davor warnen, daß wir Deutschen uns in der Weltpolitik als Lehrmeister aufspielen.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 16. Februar 1966)

Der amerikanische Stadtkommandant, Generalmajor John F. Franklin jr., dankt dem Regierenden Bürgermeister Willy Brandt für sein offenes Schreiben: „Die Meinung, die Sie zum Ausdruck bringen, deckt sich, wie ich glaube, mit unserer Einschätzung der Bande des Vertrauens und der Freundschaft, welche die Bevölkerung von Berlin und das Volk der Vereinigten Staaten zusammenhalten ... Ich habe weiterhin mit tiefer Genugtuung gelesen, wie positiv Sie am Schluß dieser Erklärung die Bedeutung der Vietnam-Frage und die amerikanische Haltung beurteilen. Es ist gut zu wissen, daß unsere Freunde in dieser sehr wichtigen und sehr schwierigen Situation unserer Politik solches Verständnis entgegenbringen.“

Der Berliner Kabarettist Wolfgang Neuss wird aufgrund des § 29 der Parteisatzung aus der SPD ausgeschlossen. Neuss hatte am 11. September 1965 in Offenbach erklärt: „Wenn man nicht haargenau wie die CDU denkt, fliegt man glatt

aus der SPD raus“ und „Also wenn Sie mich fragen: Erststimme der SPD, Zweitstimme der DFU“.

Der amerikanische Botschafter in der Bundesrepublik, George McGhee, spricht in der Kölner Universität vor rd. 300 Studenten zum Thema „Deutsch-amerikanische Beziehungen und die Außenpolitik der USA“. McGhee verteidigt die Bombardierung der Demokratischen Republik Vietnam und erklärt, daß „nur militärische Ziele“ in der DRV bombardiert würden, allerdings könne es auch „Fehlwürfe“ (accidental droppings) geben. Der Botschafter erklärt, daß „freie Wahlen nur in einer friedlichen Atmosphäre stattfinden könnten und daß der Bürgerkrieg diese „noch nicht möglich gemacht“ hätte. Trotzdem sei die südvietnamesische Regierung bemüht, die „Voraussetzungen“ zu schaffen. Es seien „viele Regierungen auf der Welt nicht durch freie Wahlen zustande gekommen“.

Die Studenten stören die Ausführungen mehrfach durch Zischen und Zwischenrufe. Ein Student fragt in der anschließenden Diskussion, ob McGhee einen Unterschied entdecke zwischen dem, „was Präsident Johnson jetzt tut, und dem, wofür Ribbentrop in Nürnberg gehängt wurde?“ Der Botschafter reagiert auf die Frage mit demonstrativem Unwillen.



### „Nur keine Hemmungen, junger Freund ...“

Karikatur der BZ vom 7. Februar 1966 zum Leitartikel über die Vietnam-Demonstration.

#### 8. Februar 1966

Der Bundesbevollmächtigte für Berlin, Staatssekretär Dr. Carl Krautwig, besucht den amerikanischen Stadtkommandanten, Generalmajor John F. Franklin jr., und spricht ihm das Bedauern der Bundesregierung über die „Vorfälle vor dem Amerika-Haus“ aus.

Der amtierende FDP-Landesvorsitzende, Finanzsenator Hans-Günter Hoppe, erklärt, daß der FDP-Landesverband alle „politischen Bindungen“ zum Berliner LSD-Landesverband gelöst habe, weil dieser sich in eine politische Richtung begeben habe, die mit liberaler Politik nichts mehr gemein habe. Der Berliner LSD-Landesverband bediene sich seines „liberalen Namens zur Zeit nur noch zur Tarnung seiner linksradikalen sozialistischen Tendenzen“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 7. Juli 1966)

Die Berliner Landesvorstände des SHB, LSD und der HSU distanzieren sich in einer gemeinsamen Presseerklärung von „einigen extremistischen und anarchistischen Mitgliedern des SDS und des Argument-Clubs“.

Der Landesvorstand des SDS wende sich in einer Presseerklärung gegen diese „Diffamierung“, die eine zukünftige politische Zusammenarbeit mit den Berliner Landesverbänden des LSD, SHB und HSU in Frage stelle.

Die Berliner CDU, die Junge Union Berlin und der RCDS veranstalten eine „Sympathiekundgebung“ gegen die „Anti-

amerikanischen Ausschreitungen einiger linksorientierter Studenten.“ Redner sind Ernst Lemmer, Franz Amrehn und Jürgen Wohlrahe. Ungefähr 600 CDU-Mitglieder, Sympathisanten und Korporationsangehörige nehmen mit Fackeln an der Kundgebung teil. Mehrere langhaarige Jugendliche werden von Kundgebungsteilnehmern unter Gewaltanwendung und der Parole „Gammer raus“ in den S-Bahnhof Zoo gezwängt und gezwungen, eine S-Bahn-Fahrkarte nach Friedrichstraße (Berlin, DDR) zu lösen. Anschließend werden die Jugendlichen auf den Bahnsteig geschleift. Der Sonderbeauftragte des Bundeskanzlers in Berlin, Ernst Lemmer (CDU), erklärt: „Im freien Berlin ist kein Platz für Totengräber der Freiheit.“ Diese Freiheit werde „durch die Lauen, durch die Spinner und östlichen Agenten“ gefährdet. Er müsse sich fragen: „Warum verschwinden sie nicht aus unserem Berlin?“ Der Vorsitzende des CDU-Landesverbandes, Franz Amrehn, sagt, daß die Demonstrationen vor dem Amerika-Haus nur durch „geistige Knochenerweichung“ möglich geworden seien.

3. ordentliche Sitzung des 18. Konvents der FU. Ein RCDS-Antrag zu den Vorgängen vor dem Amerika-Haus wird abgelehnt. Der 2. AStA-Vorsitzende Gerd Börnsen verliest eine AStA-Erklärung zu den Vorgängen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 7. Februar 1966)

Der Konvent beschließt, den studentischen Wettkampfsport nicht länger zu finanzieren. (Bisher standen im

Haushalt der Studentenschaft DM 50 000,— für den gesamten Studentensport zur Verfügung. Künftig soll nur noch der „freiwillige Studentensport“ gefördert werden.)

Der Punkt 4 der Tagesordnung „Wahl des 1. AStA-Vorsitzenden“ kann nicht mehr behandelt werden. Der Rektor hatte angeordnet, daß der Hörsaal D nur bis 22.30 Uhr zur Verfügung stehen solle. Der Konvent beschließt daraufhin: „Der Konvent bleibt in Hörsaal D des Henry-Ford-Baus bis alle Punkte der Tagesordnung behandelt sind, ungeachtet der vom Rektor angeordneten Zeitgrenze von 22.30 Uhr, die gegen § 22 Absatz 2 der Universitätsordnung verstößt.“ Nach Eröffnung der Wahl des AStA-Vorsitzenden wird kurz nach 23.00 Uhr die Hörsaal-Belichtung ungeachtet eines Protestes des Konvents Vorstandes vom Hausmeister ausgeschaltet. Der präsidierende 2. Konventsvorsitzende Wolfgang Pollak schließt die Sitzung unter Berufung auf § 29 Absatz I in Verbindung mit § 17 Absatz I der Geschäftsordnung, da eine ordnungsgemäße Fortführung nicht möglich ist. (Der Konventsabgeordnete der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, Hans-Jürgen Baumgardt, wendet sich in einer Protokollerklärung gegen den Protest des Konvents: Es sei einer Aufforderung zum Hausfriedensbruch das Wort geredet worden.)

### 9. Februar 1966

In den frühen Morgenstunden sind die Eingangstüren des Henry-Ford-Baus in weißer Farbe mit den Parolen bemalt: „AMI GO HOME! KILLER GO HOME!“

Gegen sechs FU-Studenten werden die disziplinarischen Voruntersuchungen eingeleitet. Die Studenten gehören der Philosophischen, Juristischen, Mathematisch-Naturwissenschaftlichen und Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der FU an. Vier der Studenten sind Mitglieder der SDS-Hochschulgruppe an der FU. (Bürgermeister Heinrich Albertz hatte die Namen der in der Nacht vom 3. zum 4. Februar 1966 während der Plakataktion inhaftierten vier Studenten dem Senator für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Werner Stein, mitgeteilt, der seinerseits die Namen an das Rektorat der FU weiterleitete. Gleichzeitig hat der Generalstaatsanwalt beim West-Berliner Landgericht, Dr. Dieter Dehnicke, ein Ermittlungsverfahren gegen die vier FU-Studenten und den Mechaniker Horst Rieck eingeleitet.) Gegen weitere zwei FU-Studenten wird eine disziplinarische Voruntersuchung eingeleitet, da sie laut Mitteilung des Rektorats „an den Ausschreitungen vor dem Amerika-Haus beteiligt gewesen seien.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 10. Februar 1966)

In einem Antwortbrief an den Rektor der FU versichert der amerikanische Stadtkommandant, Generalmajor John F. Franklin jr., daß er die Handlungsweise der Demonstranten als in keiner Weise repräsentativ für die Studentenschaft halte. Er schließt sich der Erklärung der US-Mission vom 5. Februar 1966 an. (Vgl. Zeittafeldatum vom 7. Februar 1966)

Dok. 478

Berliner SHB-Landesvollversammlung. Zum neuen Landesvorsitzenden wird Rudolf Kollmann gewählt. 1. Stellvertreter: Gert Börnsen, 2. Stellvertreter: Klaus Kochmann. Die Landesvollversammlung nimmt folgenden Antrag an: „Die Vietnam-Demonstration vom 5. Februar 1966 hat gezeigt, daß politische Demonstrationen innerhalb Berlins unter besonders schwierigen Bedingungen stattfinden und deshalb für den Verband und seine Beziehungen zur Partei außerordentliche Rückwirkungen haben. Die Landesvollversammlung bedauert, daß der enge und loyale Kontakt zwischen SPD und SHB wegen

Nachlässigkeit in der Kommunikation durch den SHB erheblich gestört wurde. Die LV beschließt deshalb, daß der Landesvorstand mit  $\frac{3}{4}$ -Mehrheit einen förmlichen Beschluß über die Teilnahme des SHB an solchen öffentlichen Aktionen in Zukunft herbeiführt. Es muß gewährleistet werden, daß eine Stellungnahme der Partei eingeholt wird.“ Geplante Arbeitskreise für das Sommersemester 1966 sind 1. „Zeitungsanalyse“, 2. „Soziologie in der DDR“, 3. „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“, 4. „Die wirtschaftliche Mitbestimmung in der BRD“, 5. „Notstandsprogramm und formierte Gesellschaft“, 6. „Überwindung der Blöcke in Europa“, 7. „Kybernetik und Automation in der Industriegesellschaft“, 8. „Hochschulpolitik“ und 9. „Deutschland und Osteuropa“.

Achtstündiger, stark besuchter SDS-Jour Fixe zum Thema „Legalität und Illegalität“. Hauptredner sind der 1. Bundesvorsitzende des SDS, Helmut Schauer, Rudi Dutschke und Dr. Klaus Meschkat. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stehen die Plakataktion, die Vietnam-Demonstration vom 5. Februar 1966 und der geplante SDS-Kongreß „Vietnam — Analyse eines Exempels“. (Vgl. Zeittafeldatum von Anfang Januar, 13. und 24. Februar, 29. März und 22. Mai 1966)

### 9.—11. Februar 1966

55. Plenarversammlung der Westdeutschen Rektorenkonferenz in Mannheim. Thema ist die Finanzierung des Ausbaus wissenschaftlicher Hochschulen durch den Bund und die Bundesländer.

### 10. Februar 1966

Vertagte 3. Sitzung des 18. Konvents der FU. (Der Rektor stellt den Raum im Henry-Ford-Bau nur bis 23.00 Uhr zur Verfügung, die Sitzung dauert jedoch bis 1.00 Uhr). Der bisherige AStA-Vorsitzende Niels Kadritzke (SHB) schlägt stud. jur. Knut Nevermann (SPD) als seinen Nachfolger vor. Der SHB-Bundesvorsitzende Christian Zöpel schlägt den bisherigen Fakultätsprecher der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, Hans Heuer (SHB), vor. Heuer wird auch von einigen RCDS-Konventsabgeordneten der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät unterstützt. Nach sechsstündiger, teilweise heftiger Personaldebatte erhalten im 3. Wahlgang Knut Nevermann 39 und Hans Heuer 32 Stimmen. Die Konventsabgeordneten des Argumentclubs und des SDS unterstützen in diesem Wahlgang Nevermann. 2. AStA-Vorsitzender wird stud. phil. Walter Kreipe.

Die Senatsverwaltung für Inneres erklärt gegenüber dem „Tagesspiegel“, daß nach Zeugenaussagen und Fotos gegenwärtig weitere Personen identifiziert würden, die sich „an den Krawallen“ beteiligt hätten, bei denen das Amerika-Haus „mit Eiern beworfen und die amerikanische Flagge beinahe vom Mast gerissen worden wäre“.

Die vom RCDS geplante Podiumsdiskussion im Auditorium Maximum der FU mit Vertretern des SDS, SHB und des LSD über die amerikanische Vietnam-Politik wird vom RCDS abgelehnt. Der RCDS begründet seine Entscheidung mit der Haltung der anderen politischen Studentenverbände, die den RCDS „diffamiert“ hätten. In einer Presseerklärung bezeichnet der RCDS-Landesverband es als eine „beispiellose Naivität, politisches Wohlverhalten als Vorbedingung für eine sachliche politische Auseinandersetzung“ zu verlangen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 2., 3. und 4. Februar 1966)

### 11. Februar 1966

Das Zentralkomitee der SED veröffentlicht im „Neuen Deutschland“ einen offenen Brief an die Delegierten des vom 1. bis 5. Juni 1966 in Dortmund geplanten SPD-Parteitag. Der 1. Sekretär der SED, Walter Ulbricht, schlägt dem Vorsitzenden der SPD, Willy Brandt, vor, „die vielfach noch gegensätzlichen Standpunkte und Auffassungen offen darzulegen und gemeinsam nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen.“ Gelingen das Werk einer Verständigung zwischen SED und SPD nicht, dann müßten die Gefahren für den Frieden in Deutsch-

land und Europa weiter wachsen, und die Wiedervereinigung rücke in weitere Ferne. (Vgl. Zeittafeldatum vom 18. und 26. März, 15. April, 23. und 29. Juni 1966)

Die „Deutsche Debatten-Gesellschaft Quaternal e. V.“ veranstaltet im Studentendorf Schlachtensee eine Vietnam-Debatte über die Politik der amerikanischen Regierung in Vietnam. Anschließend stimmen die Zuhörer über einen Antrag ab, der das militärische Engagement gegen die nationale Befreiungsfront (FNL) und die Demokratische Republik Vietnam gutheißt. 26 Zuhörer sprechen sich für die Haltung der US-Regierung aus, 93 sind dagegen und 23 enthalten sich der Stimme. Die Diskussionsleitung hat Dr. Harry Pross (Chefredakteur von Radio Bremen). Das „Pro“ begründet Werner Steltzer (Leiter des Informationszentrums Berlin). Prof. Dr. Richard Löwenthal (OSI der FU) begründet sein „Contra“ gegen den Antrag. (Prof. Dr. Richard Löwenthal veröffentlicht seine Position wenig später im „Encounter“ und in der „Berliner Zeitschrift für Politische Wissenschaft — der Politologe“.) Vgl. Zeitgenössischen Kommentar.

### 12.—15. Februar 1966

Gespräche zwischen dem AStA der FU und dem VOV des CSM-Prag. Teilnehmer der Berliner Delegation sind der Außenreferent des AStA stud. rer. nat. Peter Damerow (AC), das Mitglied des Konvents stud. phil. Marianne Henkel, das Konventsmitglied und ehemaliger AStA-Vorsitzender stud. phil. Wolfgang Lefèvre (AC) und der Student Peter Plath. Vom CSM nehmen teil der 2. Vorsitzende des VOV Jan Stich, das Mitglied des Foreign Connection Dept. des VOV Ottokar Mahner und das Mitglied des Vorstandes des VOV Thomáš Glatz. In den Gesprächen werden zunächst die Relevanz der staatsrechtlichen Stellung West-Berlins für die Kontakte, die Schwierigkeiten der unterschiedlichen Organisationsformen der Studentenverbände und die Gründe für das Nichteinhalten des Vertrages vom 1. Mai 1965 durch die Prager Seite diskutiert.

Dok. 479

Konkret wird die Durchführung von zwei Seminaren vereinbart sowie andere Möglichkeiten der Kontakte diskutiert (Kontakte auf Fakultätsebene, Austausch von Zeitschriftenartikeln, Einladungen zu Veranstaltungen). (Vgl. Zeittafeldatum vom 1. und 18. Mai 1965, 16. April und 14. Juni 1966)

### 13. Februar 1966

Landesvollversammlung des SDS Berlin. Das Hauptreferat hält Rudi Dutschke. Zuerst referiert Dutschke die Hauptthesen von Franz Fanon und versucht anschließend den Zusammenhang zwischen Dritter Welt und den hochindustrialisierten kapitalistischen Ländern an einem Fanon-Zitat zu präzisieren: „... dieses Drohen mit Raketen erschreckt und verwirrt die Kolonisierten nicht. Die Kolonisierten sind erstmals auf der Höhe ihrer Zeit. Man wundert sich manchmal, daß die Kolonisierten, anstatt ihrer Frau ein Kleid zu schenken, lieber einen Transistor kaufen. Sie leben in einer Weltuntergangsatmosphäre und glauben, daß ihnen nichts entgehen darf. Der Kolonisierte, der unterentwickelte Mensch ist heute ein zoon politikon im umfassendsten Sinn des Wortes. ... die für die Revolutionierung der Welt konstitutive Funktion der Dritten Welt muß der historische Materialist aus der einzigartig sozio-ökonomischen Stellung dieser Totalität Armut und Entmenschlichung innerhalb der Weltgemeinschaft erkennen. Hier arbeitet die ‚Dialektik der wirklichen Armut‘, die im Weltmaßstab durch eine ‚Dialektik der richtigen Einsicht‘ in den Metropolen der hochkapitalistischen Staaten vervollständigt werden muß, um jenes durchzusetzen, was Marx an Ruge das Bündnis von denkender und leidender Menschheit genannt hat. Der Kampf der Vietcong oder der MIR in Peru sind unsere Kämpfe, müssen bei uns tatsächlich über nationale Diskussion und prinzipiell illegale Demonstrationen und Aktionen in bewußte Einsicht umfunktionalisiert werden — eine riesige, fast unlösbare Aufgabe.“ Die Diskussion des Referats konzentriert sich haupt-

sächlich auf die bisherige Aufklärungskampagne des SDS über den amerikanischen Krieg in Vietnam, den geplanten SDS-Kongreß „Vietnam — Analyse eines Exempels“, die Tschombé-Demonstration vom 18. Dezember 1964 und die Plakataktion und die Vietnam-Demonstration vom 5. Februar 1966. Ausgehend von der „Focus-Theorie“ (Che Guevara, Régis Debray) entwickelt Dutschke die These, daß auch in den hochindustrialisierten Metropolen die objektiven Bedingungen für die Revolution durch den Focus geschaffen werden könnten. Dutschke betont gleichzeitig, daß die „Focus-Theorie“ noch nicht so ausgearbeitet sei, daß sie dem SDS-Landesverband ohne weiteres vermittelt werden könne. Tatsache sei aber, daß die „Totalität der Welt“ durch den Imperialismus hergestellt worden sei, sie sei aber „subjektiv“ von seiten des Proletariats nicht vorhanden. Deshalb seien die armen und unterdrückten Völker das „Subjekt des revolutionären Prozesses in der Welt“. In dieser Situation hätten die Intellektuellen, die sich mit der leidenden Menschheit, also mit der Dritten Welt und den Befreiungskämpfen in der Dritten Welt verbündeten, eine historische Rolle.

Zum 1. Landesvorsitzenden wird Gerald Scheidler, zum 2. Landesvorsitzenden Uwe Bergmann gewählt. Pressereferent wird Jürgen Horlemann und Vorsitzender der FU-Gruppe Rainer Langhans. In den Landesbeirat werden gewählt: Ulrich Ströhle, Wolfgang Schwiedrzyk, Götz Schmidt, Ulrich K. Preuß, Wolfgang Nitsch, Ursel Henning und Tilman Fichter. Die Arbeitskreisleiter Rudi Dutschke (Arbeitskreis „Formierte Gesellschaft“ — die Fortsetzung des Arbeitskreises „Marxismus“ übernimmt Bernd Rabehl), Peter Gäng (Arbeitskreis „Spieltheorie“), Christian Gizewski („Ökonomie“), Susanne Kleemann („Hochschule“), Bernd Rabehl („Marxismus“) und Reinhard Strecker („Nazi-Justiz“) gehören dem Landesbeirat automatisch an.

Der Ausbau der SDS-Gruppen an der TU und der PH soll mit aktiver Unterstützung der SDS-Gruppe an der FU intensiviert werden. Auf der LV treten 28 FU-Studenten dem SDS-LV bei. Während der Semesterferien soll der Landesbeirat kontinuierlich arbeiten und besonders die Aufklärung über Vietnam verstärken.

Für das Sommersemester 1966 sind folgende Arbeitskreise geplant: 1. „Karl Marx: Das Kapital“ (Leitung Hans Martin Kuhn), 2. „Marxismus und Arbeiterbewegung“ (Leitung Bernd Rabehl), 3. „Spieltheorie“ (Leitung Peter Gäng), 4. „Hochschularbeitskreis“ (Leitung Susanne Kleemann), 5. „Ökonomie“ (Leitung Christian Gizewski), 5. Die „Entwicklung zur Formierten Gesellschaft und Formen politischer Praxis“ (Leitung Rudi Dutschke, Hans Hameister und Götz Schmidt). (Vgl. Zeittafeldatum vom Anfang Januar, 9., 24., 26. und 26./27. Februar, 29. März und 22. Mai 1966)

### 14. Februar 1966

Auf der Sitzung des Zulassungsausschusses der Juristischen Fakultät wird eine Zulassungsbeschränkung auf generell neun Semester festgelegt. (Vgl. Zeittafeldatum vom 21. und 23. April, 24. Mai und 28. Juni 1966)

Fünf Studenten der Juristischen Fakultät übergeben dem amerikanischen Gesandten in Berlin, John A. Calhoun, eine Erklärung, die von rd. 1300 FU-Studenten unterschrieben worden ist. (Die Berliner Burschenschaften begrüßen in einer Presseerklärung die Initiative der fünf Studenten, „die keiner Gruppierung angehören“.) In der Erklärung heißt es, daß „das Ziel der politischen Auseinandersetzung in der Studentenschaft Anlaß zur Sorge“ gebe. Eine „freie Meinungsäußerung“ sei auch ohne „Instinktosigkeit und Sachbeschädigung“ möglich. Eine „studentische Minderheit“, die den politischen Hochschulgruppen SDS, SHB, LSD, Argument-Club und HSU angehöre, „repräsentiert keineswegs die Haltung der gesamten Studentenschaft der FU“.

122. Sitzung des Kuratoriums der FU. Der Haushaltsplan der Freien Universität für das Rechnungsjahr 1966 wird in Einnahme und Ausgabe endgültig auf 119 696 400,— DM festgestellt.

Das Kuratorium nimmt zustimmend zur Kenntnis, daß der Kurator DM 5 297 000,— (= 5 % des Zuschusses des

Landes Berlin für das Rechnungsjahr 1966 an die FU sperrt. Das Kuratorium hofft, daß die Lücke durch eine Erhöhung der Bundeshilfe geschlossen werden kann. Berufungszusagen sollen nicht betroffen und die Inbetriebnahme des Klinikums nicht gefährdet werden.

#### 15. Februar 1966

Der Verfassungsausschuß des Akademischen Senats der FU berät im Zusammenhang der Veränderung oder Aufhebung des Zulassungsverfahrens für studentische Gruppen anlässlich der seit Ende Januar aufgetretenen Schwierigkeiten über einen von Prof. Dr. Ernst E. Hirsch verfaßten und vom Rektor überraschend vorgelegten Entwurf von Richtlinien für die Vergabe von Räumen für politische Veranstaltungen. Der 1. AStA-Vorsitzende Knut Nevermann macht darauf aufmerksam, daß die Verabschiedung dieser Richtlinien in eklatanter Weise die Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden gefährden würde. Der Verfassungsausschuß beschließt mit Mehrheit, dem Akademischen Senat für die Sitzung vom 16. Februar 1966 den Entwurf vorzulegen. Nach diesen Richtlinien sollen Hörsäle der FU und auch das Auditorium maximum nur noch für „Festakte und wissenschaftliche Veranstaltungen der Universität, des Senats von Berlin, der Förderungsgesellschaften der FU und für Konzertveranstaltungen zur Verfügung gestellt werden“. Die Hochschulgruppen und auch der AStA sollen alle politischen Veranstaltungen wie Podiumsdiskussionen in den Räumen des FU-Klubhauses, im „Care-Haus“ oder in einer der beiden Mensen veranstalten. Diese Räume werden nicht vom Rektorat der FU, sondern vom Studentenwerk verwaltet. (Der Vorsitzende des Studentenwerks, Prof. Dr. Hermann Blei, hatte Prof. Dr. Ernst E. Hirsch schon vorher darauf hingewiesen, daß die Räume der Mensen nicht für andere Zwecke regelmäßig zur Verfügung gestellt werden könnten.) (Vgl. Zeitafeldatum vom 16. Februar 1966)

Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Präses D. Kurt Scharf, wird von beiden Regionalsynoden der Evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg mit großer Mehrheit zum neuen Bischof von Berlin-Brandenburg gewählt. Die Regierung der DDR erklärt, daß sie die Wahl von Scharf als einen „Affront“ betrachte.

Die drei Studenten des Japanologischen Instituts, Inge Braun, Detlef Foljanty und Johannes Sembritzki, bitten den Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, schriftlich „unabhängig von der disziplinarrechtlichen Seite des Falles ‚Prof. Eckardt‘ zu prüfen, ob es nicht Möglichkeiten gibt, für uns und unsere Kommilitonen ab Sommersemester 1966 die Voraussetzungen für ein ordnungsgemäßes Studium zu gewährleisten“. (Vgl. Zeitafeldatum vom 27. Oktober 1965, 31. Januar, 4. März, 27. Juni, 13. Juli, 18. Oktober und 7. Dezember 1966, 11. und 25. Januar und 8. Februar 1967)

Die französische Regierung veröffentlicht ein Schreiben des französischen Präsidenten General Charles de Gaulle an den Präsidenten der Demokratischen Republik Vietnam, Ho Tschiminh. De Gaulle betont, daß die Genfer Verträge beachtet und ausgeführt und die nationale Unabhängigkeit Vietnams garantiert werden müsse. Jede „militärische Lösung“ wird von de Gaulle ausgeschlossen. Er erklärt, daß die französische Regierung es nicht billige, daß die Kämpfe verlängert oder gar „unter dem Vorwand, eine militärische Lösung erreichen zu wollen“, noch ausgedehnt würden. (Vgl. Zeitafeldatum vom 8. Mai—21. Juni 1954, 11. und 16. Februar 1966)

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, schreibt dem Kabarettisten Wolfgang Neuss einen offenen Brief über dessen Ausschuß aus der SPD. (Vgl. Zeitafeldatum vom 7. Februar 1966)

Dok. 480

#### 16. Februar 1966

Am Vormittag unterrichtet der Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, den Senatsbeauftragten für politische Bildungsarbeit, Prof. Dr. Kurt Sontheimer, auf dessen Wunsch über den Entwurf des Verfassungsausschusses des Akademischen Senats der FU über die Raumvergabe-Richtlinien und bringt ihm gegenüber zum Ausdruck, daß dieser Entwurf die politische Bildungsarbeit an der Universität nicht einschränken solle. Alle von Prof. Sontheimer geplanten Veranstaltungen könnten in der bisherigen Form durchgeführt werden. Über den gesamten Komplex der Kompetenz des Senatsbeauftragten wolle der Verfassungsausschuß auf Anregung Prof. Sontheimers unter dessen Beteiligung Anfang des Sommersemesters beraten.

Außerordentliche Sitzung des AStA der FU von 13.30 bis 15.00 Uhr. Der AStA berät über den Antrag des Verfassungsausschusses über die Raumvergabe-Richtlinien und über zu ergreifende Maßnahmen. Der AStA diskutiert, ob die amtierende studentische Sprecherin im Akademischen Senat, stud. phil. Margaret Wirth — falls es notwendig werde —, bekanntgeben solle, daß sie sich bei einer schwerwiegenden Verletzung der Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden nicht an die Schweigepflicht halten könne. Der AStA beschließt einstimmig, daß der gesamte AStA zurücktreten werde und auf einer Pressekonferenz eine Rücktrittserklärung überreichen werde.

Sitzung des Akademischen Senats der FU von 15.15 bis 22.15 Uhr. Der Akademische Senat lehnt die vom Senator für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Werner Stein, gewünschte Änderung des § 15 der Universitätsordnung ab.

Gemäß § 7 der Disziplinarordnung wählt der Akademische Senat auf Vorschlag des Rektors einstimmig (mit den Stimmen der studentischen Vertreter) Oberstaatsanwalt Gerhard Blasing zum Untersuchungsführer für das Universitätsjahr 1965/66 und auf Vorschlag der Juristischen Fakultät gemäß § 8 der Disziplinarordnung Prof. Dr. Karl Sieg zum Vorsitzenden des Disziplinar-ausschusses. (Zum 1. Vertreter des Vorsitzenden wird Prof. Dr. Roman Herzog und zum 2. Vertreter des Vorsitzenden Prof. Dr. Werner Ogris gewählt.) Die anwesenden Dekane benennen die von ihren Fakultätsvertretungen gewählten Beisitzer, die für das Universitätsjahr 1965/66 bereits nach Maßgabe der alten Disziplinarordnung bestellt worden sind, auch für den Rest des Universitätsjahres. (Vgl. Zeitafeldatum vom 6. November 1968)

Zur von der DSKV gegen die Stimmen der FU beschlossenen Beitragserhöhung auf DM 48,— beschließt der Akademische Senat, einen Ausschuß zur Prüfung der versicherungstechnischen Fragen, die sich aus den Beschlüssen der Hauptversammlung der DSKV ergeben, einzusetzen. Dem Ausschuß gehören an: Prof. Dr. Karl Sieg, Prof. Dr. Hans Freiherr von Kress und Prof. Dr. Günther Wünsche. Prof. Dr. Walter Krauland und stud. phil. Peter Dehn sollen zu den Beratungen des Ausschusses hinzugezogen werden.

Zum Tagesordnungspunkt 8 „Zulassung studentischer Vereinigungen (Bericht über die Arbeit des Verfassungsausschusses)“ ist für 16.00 Uhr der 1. AStA-Vorsitzende vor den Senat gebeten worden. Er läßt sich ohne Angabe von Gründen vertreten. Es liegt ein vom Verfassungsausschuß erarbeitetes Memorandum vor. Das Memorandum bezeichnet das Zulassungsverfahren nach §§ 26 und 27 der Universitätsordnung „praktisch und rechtlich als



undurchführbar“, da 1. die Begriffe „Erziehungsaufgabe der Universität“ und „förderungswürdiger Beitrag“ zu unbestimmt seien, 2. eine präventive Überprüfung der Förderungswürdigkeit praktisch nicht durchführbar sei, 3. Ebenso die Kontrolle „zugelassener“ studentischer Vereinigungen nicht durchführbar sei: diese Schwierigkeiten seien bisher durch das Zulassungsverfahren mit seinem Katalog von Versagungsgründen für die einzelnen Studenten umgangen worden. Da die Rechtmäßigkeit dieses Zulassungsverfahrens jedoch immer fragwürdig gewesen sei und mit dem neuen Vereinsrecht vom 5. August 1964 nicht mehr in Einklang stehe, sei eine ersatzlose Streichung der §§ 26 und 27 der Universitätsordnung die Unterstellung der Bildung und Tätigkeit studentischer Vereinigungen unter das allgemeine Vereinsrecht angemessen. Der Akademische Senat beschließt bei zwei Enthaltungen die ersatzlose Streichung der §§ 26 und 27 der Universitätsordnung. (Der Antrag von Prof. Dr. Karl August Bettermann, den letzten Satz des Memorandums zu streichen, wird mit 8:7 Stimmen abgelehnt.) Dieser Beschluß soll mit dem Memorandum dem Konvent zur Stellungnahme zugeleitet werden. (Vgl. Zeittafeldatum vom 11. Dezember 1964, 18. Mai und 24. November 1965, 22. April und 18. Juni 1966, 11. Januar und 7. Dezember 1967, 27. Januar und 7. Februar 1968)

Dok. 481

Während der anschließenden Beratungen (unter Tagesordnungspunkt 8 b) über den Entwurf des Verfassungsausschusses von Richtlinien zur Raumvergabe wird gegen 19.00 Uhr bekannt, daß der AStA für 18.00 Uhr eine Pressekonferenz einberufen hatte und für den Fall der Annahme der Richtlinien durch den Akademischen Senat seinen Rücktritt vorgesehen habe. Der Akademische Senat sieht sich dadurch in unzulässiger Weise unter Druck gesetzt. Nach Streichung der Präambel des Entwurfs und nach Änderung beschließt der Akademische Senat um 20.15 Uhr die Richtlinien zur Raumvergabe als Empfehlung an den Rektor: Das Auditorium maximum soll nur noch für Fest- und Konzertveranstaltungen, die Hörsäle nur noch für wissenschaftliche Veranstaltungen, Fakultäts-, Fachschafts-, Wahlkreisvollversammlungen, Fakultätsausschüsse der Studenten und musische Veranstaltungen zur Verfügung stehen. Der Konvent soll wie bisher einmal wöchentlich einen Hörsaal des Henry-Ford-Baus von 18.00 bis 23.00 Uhr erhalten. Alle anderen Veranstaltungen der studentischen Selbstverwaltung und der studentischen Vereinigungen sollen im Klubhaus der FU, im Care-Haus oder in den Mensen stattfinden. Der Rektor wird aufgefordert, die Richtlinien in einem Begleitbrief zu erläutern. (Vgl. Zeittafeldatum vom 17. und 18. Februar, 10. März und 22. Juni 1966)

Dok. 482

Die studentische Sprecherin im Akademischen Senat, Margaret Wirth, verliest die Erklärung des amtierenden AStA-Vorsitzenden Niels Kadritzke zum Thema „Informationen der Presse über die Vergaberichtlinien des Verfassungsausschusses“, in denen Kadritzke erklärt, daß er am Vorabend das Ansinnen eines Journalisten, Auskunft über den Inhalt der Richtlinien zu erteilen, abgelehnt habe.

Der Akademische Senat billigt den Vorschlag des Rektors, die bisherige Stellungnahme des Akademischen Senats zur Zusammenarbeit zwischen PH und FU (Lehrerbildung) auch nach dem neuen Gesetzentwurf des Senators für Wissenschaft und Kunst aufrechtzuerhalten.

(Vgl. Zeittafeldatum vom 23. April 1965, 5. Januar 1966 und 11. Januar 1967)

Der Rektor teilt mit, daß der VDSt Berlin—Leipzig gegen den Beschluß des Akademischen Senats vom 24. November 1965 Klage erhoben habe. Nach Aussprache beantragt der Akademische Senat, zunächst Prof. Dr. Ernst E. Hirsch und im Falle der Ablehnung Prof. Dr. Dr. Helmut Arndt um die Übernahme der Prozeßvertretung zu bitten. (Vgl. Tagesordnungspunkt 8) Der Rektor gibt den Rücktritt des AStA und die dazu vom AStA der Presse abgegebene Erklärung bekannt (s. u.).

Der Professor für mittlere und neuere Geschichte Dr. Herbert Helbig beantragt die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen die Redakteure und Herausgeber des „FU-SPIEGELS“ Nr. 50. Der Akademische Senat beschließt eine Prüfung der Angelegenheit durch den Rechtsausschuß.

Nach der Sitzung des Akademischen Senats bedauern fünf ehemalige AStA-Vorsitzende vor dem Senatssitzungssaal auf einem Spruchband, jemals AStA-Vorsitzende gewesen zu sein.

Nach Bekanntwerden des Beschlusses des Akademischen Senats über die Raumvergaberichtlinien erklärt der AStA der FU seinen Rücktritt. (Den genauen Text der Richtlinien mit dem Erläuterungsschreiben des Rektors erhält der 1. AStA-Vorsitzende am nächsten Tag um 11.00 Uhr.) Der AStA erklärt, die Richtlinien machten es ihm unmöglich, seinen in der Präambel der Satzung der Studentenschaft festgelegten Verpflichtungen der freien, umfassenden Bildung nachzukommen. Der Protest richtet sich sowohl gegen den Inhalt der Richtlinien als auch gegen das Verfahren, in dem sie beschlossen wurden.

Dok. 483

In einer Presseerklärung kündigt der AStA eine Rechtsaufsichtsbeschwerde gegen die Richtlinien beim Senator für Wissenschaft und Kunst an. Er erläutert, daß die Richtlinien nach seiner Meinung rechtswidrig seien, da sie faktisch eine Änderung der Universitätsordnung bedeuten und gegen die §§ 22 und 26 der Universitätsordnung verstößen, im Widerspruch zu der an der FU bisher geübten Praxis stünden und über Räumlichkeiten verfügten, deren Hausrecht dem AStA zustehe.

Dok. 484

In einer Stellungnahme zeigen sich die Studentenverbände RCDS, SDS, I.SD, Freunde der Publizistik e. V., SHB, DIS, ESC, KSG, AC, HSU, Europäischer föderalistischer Studentenverband (EFS), Internationaler Studentenbund, Filmstudio an der FU, GSG und Collegium Politicum bestürzt darüber, daß „ein eindeutiger Satzungsbruch vorliegt“. Der Akademische Senat habe unter dem Vorwand, der Universität unzumutbare Spannungssituationen zu ersparen, die bisher größte Vertrauenskrise zwischen Studenten und Akademischen Lehrern heraufbeschworen. Die politische Bildungsarbeit der Studentenvertretung und der studentischen Vereinigungen sei praktisch auf die Straße verbannt.

Dok. 485

Der Rektor der FU übermittelt dem AStA den Beschluß des Akademischen Senats über die Richtlinien. Auf Wunsch des Akademischen Senats fügt er ein Schreiben mit Erläuterungen bei, in dem es heißt:

„1. Wissenschaftliche Veranstaltungen, die politische Themen zum Gegenstand haben, können gemäß der Punkte 1 und 2 der Richtlinien wie bisher auch in Hörsälen durchgeführt werden.

2. Die Bestimmungen über Vergabe und Nutzung des Auditorium maximum schränken die Durchführung wissenschaftlicher Veranstaltungen seitens der Studentenver-

tretung als eines Organs der Freien Universität in keiner Weise ein.“

Der Generalsekretär der UNO, U Thant, stellt auf einer Pressekonferenz fest, daß er die Ansichten des französischen Präsidenten General Charles de Gaulle teile. Sein politisches Ziel sei die Neutralität und nationale Unabhängigkeit Vietnams und die Nichteinmischung anderer Staaten in die inneren vietnamesischen Angelegenheiten. (Vgl. Zeittafeldatum vom 15. Februar 1966)

Das in Genf tagende Zentralkomitee des Weltkirchenrates richtet einen „10-Punkte-Appell“ an die beteiligten Parteien des Krieges in Vietnam und fordert den amerikanischen Präsidenten Lyndon B. Johnson auf, die Bombardierung der Demokratischen Republik Vietnam einzustellen. Der Weltkirchenrat, in dem über 200 protestantische, anglikanische, orthodoxe und altkatholische Kirchen zusammengeschlossen sind, fordert die FLN, die demokratische Republik Vietnam und die USA auf, eine Waffenruhe „von ausreichender Dauer“ als Zeit zur Prüfung von Verhandlungsmöglichkeiten zu vereinbaren.

Der SHB-Landesverband Bayern protestiert in einem offenen Brief an den Regierenden Bürgermeister von Berlin Willy Brandt gegen dessen Brief an den amerikanischen Stadtkommandanten Generalmajor John F. Franklin jr.: „Sollen wir um der Freundschaft zu den Amerikanern Willen den völkerrechtswidrigen Bombardierungen Nordvietnams zustimmen? ... Wir protestieren auf das Energischste gegen Ihre Unterstellung, daß Leute, die sich gegen die amerikanische Politik in Vietnam wenden, damit die deutsch-amerikanische Freundschaft besudeln und Schande über Berlin bringen würden.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 7. Februar 1966)

### 17. Februar 1966

Artikel des „Tagesspiegel“ über die Beratungen im Verfassungsausschuß des Akademischen Senats vom Vortage. (Der Verfasser des Artikels M-G ist durch eine Indiskretion an diese Information gekommen. Der AStA stellt später fest, daß diese Indiskretion nicht von studentischer Seite erfolgt ist. (Vgl. Zeittafeldatum vom April 1966)

Am Vormittag legt der Senatsbeauftragte für politische Bildung, Prof. Dr. Kurt Sontheimer, dem Rektor eine Erklärung zum Senatsbeschluß vom Vortage vor, die er öffentlich abgeben will. Der Rektor weist darauf hin, daß er vor der Veröffentlichung die Erklärung dem Akademischen Senat zur Kenntnis bringen müsse. Die Bitte Prof. Sontheimers, dann die Erklärung in der Pressekonferenz am Nachmittag zu verlesen, lehnt der Rektor ab, solange die Senatsmitglieder nicht vorher Kenntnis davon erhalten hätten.

Dok. 486

In der Pressekonferenz führt der Rektor aus, daß die politische Bildungsarbeit durch die Richtlinien nicht eingeschränkt werden soll, sondern die Eigenverantwortlichkeit des AStA für Veranstaltungen dieser Art gestärkt werden solle, um eine Identifikation der Universität mit allen Veranstaltungen in ihren Räumen zu vermeiden. Dem AStA stehe nach wie vor für „wissenschaftliche Veranstaltungen“ das Auditorium maximum zur Verfügung. „Politische Veranstaltungen“ — also etwa Diskussionsveranstaltungen mit dem ehemaligen Verteidigungsminister Franz Josef Strauß (CSU) oder dem Regierenden Bürgermeister Willy Brandt (SPD) — könnten jedoch nur in der Mensa stattfinden (In der Mensa stehen etwa 600 Plätze zur Verfügung, im Auditorium maximum dagegen rd. 1300). Der Rektor begründet die Entscheidung des Akademischen Senats mit dem Hinweis auf die „Detonation eines Sprengkörpers in das Studentenhaus am Steinplatz“, den Bombenalarm im Henry-Ford-Bau und das „von der Polizei untersagte Kleben von Vietnam-Plakaten in der FU“. Die Benutzung der Mensen sei mit dem Geschäftsführer

des Studentenwerks vorher abgesprochen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 18. Februar 1966)

Im Verlauf der Pressekonferenz bittet Prof. Sontheimer den Rektor erneut, seine Stellungnahme zu verlesen. Der Rektor lehnt dies ab, ebenso auch die Bitte von Prof. Sontheimer, die Erklärung selber verlesen zu dürfen. Er könne jedoch nicht verhindern, daß Prof. Sontheimer die Erklärung den anwesenden Pressevertretern im Anschluß an die Pressekonferenz bekanntgebe.

Auf derselben Pressekonferenz kritisiert der Rektor das „offizielle Organ der Studentenbewegung“, den „FU-SPIEGEL“. Aufgrund der Artikel in der Februar-Ausgabe „Öffentliche Kritik von Lehrveranstaltungen — Anmaßung einer arroganten Ignoranz?“, „Begründung von Vorlesungskritiken“ und den zwei Vorlesungskritiken „Prof. Pabst — Übungen zur französischen Literatur der Aufklärung“ und „Prof. Szondi — Das Lyrische Drama des Fin de Siècle“, hätten bereits sieben Professoren um ihre vorzeitige Emeritierung gebeten. Außerdem werde eine „Reihe von FU-Professoren wahrscheinlich aus diesem Grunde“ den an sie ergangenen Ruf von außerhalb annehmen. (Vgl. Zeittafeldatum vom Februar und 22. Februar 1966)

Der 1. Vorsitzende des AStA der FU erhebt beim Senator für Wissenschaft und Kunst Rechtsaufsichtsbeschwerde gegen den Beschluß des Akademischen Senats vom Vortage.

21 politische Hochschulgruppen, studentische Gemeinschaften und Korporationen gründen ein Aktionskomitee, das folgende Ziele verfolgen soll: „1. Aufhebung des Senatsbeschlusses vom 16. Februar 1966 ... , 2. Eindeutige rechtliche Festlegung der Tatsache, daß Rektor und Akademischer Senat der FU kein materielles Prüfungsrecht in der Frage haben, welche politischen Veranstaltungen von den als förderungswürdig zugelassenen studentischen Organisationen in den Räumen der FU durchgeführt werden.“ Dem Aktionskomitee sind folgende Organisationen beigetreten: HSU, ESG, KSG, RCDS, DIS, SHB, AC, GSG, SDS, Unitas-Stauffenberg, Unitas-Arminia, KV-Askania, KV-Burgundia, KV-Tannenberg, CV-Bavaria, CV-Borusso-Saxonia, CV-Suevia, Collegium Politicum, Freunde der Publizistik e. V., Friedrich-Naumann-Bund.

Brief des Rektors der FU an den amtierenden 1. AStA-Vorsitzenden Niels Kadritzke. Der Rektor zeigt sich „äußerst“ befremdet und argumentiert gegen die Rücktritts- und Presseerklärung des AStA vom Vortage. Am Schluß des Schreibens heißt es: durch die Aktion des AStA „ist ... nicht nur dem Ansehen der Freien Universität und der Idee der Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden, an der meine Kollegen und ich nach wie vor festhalten, schwerer Schaden zugefügt, sondern auch das Berliner Modell in Frage gestellt worden“.

Dok. 487

### 18. Februar 1966

Leitartikel des „Tagesspiegels“ zum Thema „Studenten ohne Politik?“. Dok. 488

Der Vorstand des Studentenwerks erklärt als Hausherr der Mensen, daß er „im Hinblick auf die vertragsmäßig obliegende Verpflichtung zur Durchführung einer optimalen Beköstigung der Studentenschaft ... es für ausgeschlossen (hält), Räume der Mensa für andere Zwecke regelmäßig zur Verfügung zu stellen“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 17. Februar 1966)

Außerordentliche Sitzung des Akademischen Senats der FU. Zum Tagesordnungspunkt 1 „Erklärung des Senatsbeauftragten für politische Bildungsarbeit“ ist Prof. Dr. Kurt Sontheimer als Gast anwesend. Der Rektor berich-

tet über seine Verhandlung mit Prof. Sontheimer vom Vortage und über dessen Verhalten auf der Pressekonferenz. Prof. Sontheimer erklärt, daß er Verstöße gegen eventuell bestehende Rechtsvorschriften bewußt in Kauf genommen habe. Den Entwurf der Richtlinien habe er vom AStA-Vorsitzenden Kadritzke erhalten.

In Abwesenheit von Prof. Sontheimer beschließt der Akademische Senat nach Aussprache auf Antrag von Prof. Dr. Ernst E. Hirsch mit 9:2:1 Stimmen: „Prof. Dr. Sontheimer wird auf Grund seiner Erklärung vom 17. 2. 1966 als Senatsbeauftragter für politische Bildungsarbeit abberufen. Der Rektor wird beauftragt, in erster Linie Prof. Dr. Borinski, in zweiter Linie Prof. Dr. Herzfeld zu bitten, das Amt des Senatsbeauftragten einstweilen kommissarisch weiterzuführen.“

Zum Tagesordnungspunkt 2 „Beschluß des Vorstandes des Studentenwerkes“ erscheint Prof. Dr. Hermann Blei als Gast. Als Vorsitzender des Vorstandes des Studentenwerkes erläutert er den Beschluß. Nach Aussprache beauftragt der Akademische Senat den Rektor, nach Ersatzräumen für die Veranstaltungen zu suchen, die in der Mensa vorgesehen waren. Im übrigen hält er an seinen Richtlinien vom 16. Februar 1966 fest.

### 21. Februar 1966

Die „BZ“ berichtet über den Beschluß des Akademischen Senats vom 16. Februar 1966 unter der Schlagzeile „An der FU droht ein Kampf auf Hauen und Stechen!“

Der Hauptausschuß des 18. Konvents der FU hält den Rücktritt des AStA aus Protest gegen den Beschluß des Akademischen Senats vom 16. Februar 1966 für richtig. Der Beschluß laufe auf eine Beschränkung der Rechte der Studentenschaft hinaus und der AStA sei verpflichtet, dem entgegenzuwirken.

### 22. Februar 1966

Der Presseausschuß des VDS begrüßt in einem offenen Brief an den AStA der FU die Veröffentlichung von Vorlesungskritiken im „FU-SPIEGEL“: „Es ist uns unverständlich, daß von akademischer Seite gegen diese Veröffentlichung scharf protestiert wurde.“ Der VDS-Presseausschuß bezeichnet die Form der Kritik in der heutigen Massenuniversität als „einen fruchtbareren Versuch, die von Humboldt geforderte gegenseitige Kritik der Lehrenden und Lernenden“ fortzusetzen und als „ein legitimes Mittel, die Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden in zeitgemäßer Form zu erhalten.“ Der Presseausschuß des VDS will allen Studentenzeitungen der wissenschaftlichen Universitäten und Hochschulen empfehlen, nach sorgfältiger Vorbereitung eigene Vorlesungs- und Seminarkritiken in ihr Redaktionsprogramm aufzunehmen. Eine entsprechende Beschlusvorlage soll der 18. Mitgliederversammlung des VDS im März vorgelegt werden. (Vgl. Zeittafeldatum vom 17. Februar 1966)

Die SHB-Hochschulgruppe an der FU protestiert in einem offenen Brief an den Akademischen Senat gegen die „beschlossene Abwahl“ von Prof. Dr. Kurt Sontheimer von seinem Amt als Beauftragter für politische Bildungsarbeit an der FU. Diese Abwahl lasse jede „demokratische Fairneß“ vermissen und habe den SHB „mit tiefer Sorge“ erfüllt. Die Studentenschaft der FU werde sich „mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln“ gegen „die Unterdrückung der politischen Informations- und Bildungsarbeit, die Beschneidung ihrer Rechte und die sinnentstellende Auslegung der Universitätssatzung“ zur Wehr setzen.

### 23. Februar 1966

„Der Tagesspiegel“ veröffentlicht einen Artikel zu den Beschlüssen des Akademischen Senats vom 16. Februar 1966 mit der Schlagzeile „Politik als Dilemma einer Universität — Professoren der FU zu den Beschlüssen ihres Senats“.

Dok. 489

In Schreiben an den 1. AStA-Vorsitzenden und den

Rektor ersucht der Senator für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Werner Stein, um allseitige Zurückhaltung. Er bittet den Rektor um Auskunft, ob er nach den Empfehlungen des Akademischen Senats verfahren wolle. Er hält es für erforderlich, die Richtlinien unter Würdigung der von ihm dargestellten Rechtsbedenken noch einmal zu überprüfen (Erst dann könne die Rechtsaufsichtsbeschwerde des AStA behandelt werden). (Vgl. Zeittafeldatum vom 21. und 25. März und 22. Juni 1966)

Dok. 490

Offener Brief der Studentenverbände SHB, LSD, RCDS, ESG und der Fachschaft Politologie über die Raumvergabe-Richtlinien an den Rektor der FU. Die Verbände weisen darauf hin, daß die innerhalb der Vortragsreihe „Deutschland und Osteuropa“ geplanten Veranstaltungen mit Francois Bondy (Paris, Directeur des Preuves), MdB Fritz Erler und MdB Dr. Kurt Birrenbach nicht in der Mensa durchzuführen seien, eine Absage die veranstaltenden Studentenverbände in eine peinliche Situation bringen und dem Ansehen der FU schaden würde.

Prof. Dr. Karl August Bettermann erklärt als Mitglied des Rechtsausschusses des Akademischen Senats schriftlich gegenüber dem Rektor, daß politische Bildungsarbeit nicht zu den Aufgaben der Universität gehöre. (Vgl. Zeittafeldatum vom 21. April 1966)

Der SDS, SHB und die HSU veranstalten in Tübingen eine Protestdemonstration gegen den „amerikanischen Krieg in Vietnam“, an der 300 Studenten teilnehmen.

### 24. Februar 1966

Die „Neue Zürcher Zeitung“ veröffentlicht einen Artikel über die linken studentischen Hochschulgruppen an der FU unter der Schlagzeile „Linksradikalismus an der Freien Universität Berlin“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 16. März 1966)

Dok. 491

Der Hochschulausschuß des VDS-Bundesvorstands legt in Bonn eine Denkschrift zur „Einheit von Forschung, Lehre und Studium“ vor und erinnert an sein Gutachten „Studenten und die neue Universität“ vom Oktober 1962. „Der Vorstand des VDS legt das Gutachten einer VDS-Kommission zur Neugründung von wissenschaftlichen Hochschulen erneut vor... Der VDS-Vorstand meint, ... daß die Aktualität der 1962 vorgelegten Reformempfehlung heute noch größer ist als je zuvor und daß es auch aus diesem Grunde notwendig erscheint, die Aufmerksamkeit der interessierten Öffentlichkeit erneut auf das studentische Gesamtprogramm zur Hochschul- und Studienreform zu lenken.“ Die vom Wissenschaftsrat empfohlene Neugründung von wissenschaftlichen Hochschulen sei 1962 der wichtigste Anlaß für die Berufung der 20köpfigen Kommission gewesen. Der VDS-Vorstand erklärt, daß der zweite Ausgangspunkt im Jahre 1962 „gesellschaftspolitisch“ gewesen sei. „Wissenschaft ist in der modernen Gesellschaft ‚Substanz des praktischen Handelns‘ (Schelsky) geworden und wissenschaftliches Denken somit zu einer notwendigen Voraussetzung von immer mehr Tätigkeiten in den verschiedensten gesellschaftlichen Funktionsbereichen. Gleichzeitig ist Wissenschaft allerdings auch Mittel wirtschaftlicher und politischer Macht geworden. Das hat die gesellschaftspolitische Verantwortung des einzelnen Wissenschaftlers erhöht.“ Deshalb müsse die „Freiheit der Wissenschaft vor den Machteinflüssen gesellschaftlicher Sonderinteressen geschützt werden“. Der VDS-Vorstand fordert deshalb, daß über die bisherige Formel der Einheit von Forschung und Lehre hinausgehend bereits die Studenten — „wenn auch nur exemplarisch — unmittelbaren Kontakt zur Forschungsarbeit erhalten sollten“. Außerdem sei schon im Oktober 1962 begründet worden, daß die Forderung nach „Freiheit der Wissenschaft nicht formal bleiben darf. Die realen Arbeitsbedingungen müssen diese Freiheit auch materiell ermöglichen“. Dreieinhalb Jahre nach der Erstauflage der Denkschrift „Einheit von Forschung, Lehre und Studium“ sei deutlich geworden, daß vor allem die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz, der Kultusministerkonferenz und der Rektorenkonferenz in den vergangenen Jahren „gewisser-

maßen den 3. Schritt vor dem 1. und 2.“ gemacht hätten. Die ursprünglichen Empfehlungen des VDS zu einer „rationellen“ Organisation des Studiums (Gliederung, begleitende Kontrolle, Studienpläne, Studienberatung) seien vielfach „administrativ einseitig“ gewendet worden: „Zwischenprüfungen haben nur dann eine sachgerechte Wirkung, wenn ihnen ein didaktisch sorgfältiges Grundstudium vorangegangen ist. Man kann nicht Zwischenprüfungen einführen und alles andere beim alten lassen.“ Durch die praktizierte „Befristung der Immatrikulation und die Einführung von Zwischenprüfungen“ aber werde weder eine „Intensivierung der Studiengänge“ noch eine „rationelle Stoffverteilung“ geleistet. Die VDS-Kommission habe aber schon 1962 in ihrem Gutachten „Vorschläge zur Organisation der Universitätsplanung“ gemacht, die auch „weiterhin aktuell bleiben. Noch immer sind die Studenten nur unzureichend an den Beratungen über die Planung neuer Universitäten beteiligt, noch immer ist überhaupt die Planungsarbeit sehr einseitig orientiert“. Anschließend bedauert der VDS-Vorstand, daß seine Vorstellungen „zur Einordnung der Universitätsplanung in eine umfassende Raumordnungspolitik und Städteplanung“ von den Landesregierungen bisher nicht berücksichtigt worden sei. (Vgl. Zeittafeldatum vom 30. Oktober 1962, 16.—21. März 1965, 17. März und 14. Mai 1966)

Der SDS, SHB, LSD, DIS und die HSU veranstalten in Frankfurt/Main eine Demonstration gegen den „amerikanischen Krieg in Vietnam“, an der über 600 Studenten teilnehmen. Der 2. SDS-Bundesvorsitzende Hartmut Dabrowski kündigt auf der Schlußkundgebung für Ende Mai einen SDS-Kongreß mit dem Thema „Vietnam — Analyse eines Exempels“ an, zu dem der SDS-BV den deutsch-amerikanischen Philosophen Herbert Marcuse für das Hauptreferat eingeladen hat. Der Kongreß soll in der Frankfurter Johann-Wolfgang-Goethe-Universität stattfinden. (Vgl. Zeittafeldatum vom 22. Mai 1966)

Die Münchener Gruppen des SDS, SHB, der HSU und des Gewerkschaftlichen Arbeitskreises der Studenten (GAST) veranstalten eine „Demonstration für die Freiheit Vietnams“ durch das Universitätsviertel. In einem Flugblatt heißt es: „Der Regierende Bürgermeister von Westberlin, Willy Brandt, hat sich gegen Demonstrationen ausgesprochen: ‚lieber diskutieren als randalieren‘. Seit zwei Jahren und insbesondere in diesem Semester diskutieren wir. Mit Veranstaltungen wie Vorträgen, Podiumsdiskussionen und Filmen haben der SDS und andere Verbände in der Hochschule ein Zentrum der Diskussion und Information geschaffen. Warum demonstrieren wir? Die Springerpresse hetzt gegen die Westberliner Demonstranten. Gleichzeitig werden durch das Pressemonopol unliebsame Kritiker wie Wolfgang Neuss boykottiert. Wir demonstrieren für die Meinungsfreiheit für alle Richtungen auch in Westberlin... Wir demonstrieren in Solidarität mit den Westberliner Studenten.“ (Vgl. auch Zeittafeldatum vom 8. Juni 1967)

Anläßlich eines Besuches des 1. SDS-Bundesvorsitzenden Helmut Schauer findet im SDS-Zentrum in West-Berlin eine ausgedehnte Diskussion mit Rudi Dutschke, Jürgen Horlemann, Tilman Fichter, Götz Schmidt und anderen Mitgliedern des Landesbeirats statt. Themen sind: Der geplante Vietnam-Kongreß, die Öffentlichkeitsarbeit des SDS, die Bündnispolitik mit anderen studentischen Gruppen in der Vietnam-Kampagne und anderes. (Vgl. Zeittafeldatum von Anfang Januar, 9., 13. und 26./27. Februar, 29. März und 22. Mai 1966)

### 25. Februar 1966

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der AStA diskutiert, ob die US-Mission irgendeinen Einfluß auf den Beschluß des Akademischen Senats ausgeübt habe. Es wird vorgeschlagen, daß der Sozialreferent und amtierende Sprecher im Akademischen Senat, stud. phil. Peter Dehn, Mr. Pollard anrufen soll. Außerdem soll der amtierende AStA-Vorsitzende, stud. phil. Niels Kadritzke, beim Empfang beim Regierenden Bürgermeister Willy Brandt am kommenden Sonntag informell mit US-Beamten darüber sprechen.

Der amtierende AStA-Vorsitzende berichtet über ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für

Wissenschaft und Kunst, Gerhard Löffler. (Der Ausschuß befaßt sich mit dem neuen FU-Gesetz.) Löffler habe die Auskunft gegeben, daß für die Rechtsaufsichtsbeschwerde des AStA gute Voraussetzungen gegeben seien. Er habe angedeutet, daß das FU-Gesetz möglicherweise vorzeitig fertiggestellt werden würde, falls der Akademische Senat erwäge, ein Registrierungsverfahren für studentische Gemeinschaften an der FU (anstelle des Zulassungsverfahrens) einzuführen.

### 25.—27. Februar 1966

Durch einen Befehl der drei westlichen Stadtkommandanten wird der Parteitag der SED-Westberlin verboten, an dem zwanzig Delegationen aus Westeuropa und dem „sozialistischen Lager“ teilnehmen wollten. Der Senat von Berlin erklärt in einer Presseerklärung: „Aus Veröffentlichungen der SED sowie aus Berichten der Presse im anderen Teil Berlins ist jedoch bekannt, daß die SED versuchen will, ihren Parteitag zu einem internationalen Kommunistentreffen zu erweitern.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 1. März 1966)

### 26. Februar 1966

Der SDS-Landesverband Berlin lädt den Botschafter der Vereinigten Staaten in der Bundesrepublik, Howard McGhee, zu einem Teach-in an die FU ein. Außerdem werden die Professoren Schlesinger, Kissinger, H. Kahn, Lynd, Morgenthau, Kahin und H. Marcuse und die Journalisten I. F. Stone und P. Potter und die Senatoren R. Kennedy, W. Morse und W. Fulbright eingeladen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 6. April und 10. Mai 1966)

### 26./27. Februar 1966

Folgende gewerkschaftliche und politische europäische Studentenverbände bilden in Frankfurt/Main ein „Studenten-Komitee für den Frieden in Vietnam“: „Unione Goliardica Italiana“ (UGI) — Italien, „Fédération des Groupes d'Etudes des Lettres“ (FGEI) — Frankreich, „Union Nationale de France des Etudiants“ (UNEF) — Frankreich, „Politeia“ — Niederlande, „Verband sozialistischer Mittelschüler“ (VSM) — Österreich, „Clarté“ — Schweden, „Sozialistischer Studentenforbund“ (SSF) — Norwegen und der „Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) — Bundesrepublik Deutschland. Als Beobachter nehmen der SHB, LSD und die „Allgemeine Studenten Vereinigung Amsterdam“ (ASVA) — Niederlande teil.

### 27. Februar 1966

Volker Ludwig schreibt im „Stern“ eine Glosse mit dem Titel „Als Student in Berlin“. Dok. 492

### 1. März 1966

Schlußbericht der sechs beteiligten Berliner Tageszeitungen über die Sammlung „Berliner Weihnachts-Gedenken 1965“ der Berliner Zeitungsverleger. Dok. 493

In einem Brief an den Rektor geben „Prof. Dr. Richard Löwenthal und Kollegen“ (die Professoren Georg Kotowski, Ossip K. Flechtheim, Otto Stammer, Gilbert Ziebur, Otto Heinrich von der Gablentz, Gert von Eynern und Ernst Fraenkel) ihrer Sorge Ausdruck, daß die Raumvergabe-Richtlinien vom 16. Februar 1966 nicht die „Freiheit der sachlichen politischen Auseinandersetzung an der Freien Universität Berlin“ ohne „Gefährdung der Autonomie, Würde und Ordnung der Universität durch unerwünschte Formen der politischen Agitation“ bewahren könnten. Das wirksamste Mittel gegen unerwünschte Formen studentischer politischer Agitation bestehe in größtmöglicher politischer Information und Mitwirkung der akademischen Lehrer. Dok. 494

Der SDS-Landesverband Berlin protestiert in einer Presseerklärung dagegen, daß der Senat von Berlin auf Anordnung der Alliierten den für den 25.—27. Februar 1966 geplanten

Parteitag der SED-Westberlin mit der Begründung verboten habe, daß durch diese Veranstaltung die Sicherheit und Ordnung in West-Berlin gefährdet werde.

Dok. 495

Die FU-Hochschulgruppen LSD und SHB bedauern in einer Presseerklärung das Verbot des Parteitages der SED-Westberlin. Es zeuge „von zu geringem Vertrauen in die Demokratie“, wenn man die politische Auseinandersetzung mit der SED scheue und die Partei durch ein Verbot „zum Märtyrer abstemple“. West-Berlin sei ein „Umschlagplatz“ in der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Kommunikation mit den „kommunistischen Staaten Europas“. Das Verbot des Parteitages verstoße gegen die „demokratischen Prinzipien“ und versuche, die Politik der SED-Westberlin durch „administrative Maßnahmen“ zu hemmen.

### 2.—5. März 1966

20. Delegiertenversammlung des LSD in Höchst im Odenwald. Die 54 Delegierten sind in mehrere Fraktionen zersplittert. 29 von 54 Delegierten unterschreiben eine Erklärung, daß sie „beabsichtigen, kein Mitglied einer anderen Partei als der FDP in den LSD-Bundesvorstand zu wählen“. Mit 31:23 Stimmen beschließen die Delegierten, daß der LSD künftig keine Wahlkampagnen à la Günter Grass mehr mitorganisieren und finanzieren dürfe. 37 Delegierte gründen die „Arbeitsgemeinschaft liberaler Studenten im LSD“ (ALS). Ihr Programm: Unabhängigkeit gleichermaßen von FDP und SPD, Verlagerung der Zusammenarbeit mit Parteien auf Landesebene, finanzielle Sparmaßnahmen des Bundesvorstandes und verstärkte Grundsatzarbeit.

### 2.—6. März 1966

7. ordentliche Bundesdelegiertenversammlung des SHB in der „Johannes Gutenberg-Universität“ in Mainz. Neuer 1. Bundesvorsitzender wird Christian Züpel (FU), neuer 2. Bundesvorsitzender Rainer Wirth (FU). Weiterhin gehört Wolfgang Lieb (Köln) zum Bundesvorstand. Die Bundesdelegiertenversammlung stimmt der „Erklärung über den Krieg in Vietnam“ vom 1. Dezember 1965 zu. „Der SHB erklärt sich mit den Protestdemonstrationen der Studenten solidarisch, die sich gegen die Vietnam-Politik der USA richten. Er verfolgt mit großer Sympathie die Bemühungen früherer amerikanischer Politiker (Fulbright, Mansfield, Morse und Kennan) um einen schnellen Frieden in Vietnam und begrüßt die Forderung Robert Kennedys, die FLN als Verhandlungspartner „unverzüglich mit anderen Organisationen — darunter auch Jungsozialisten und SJD — Die Falken — in Verbindung zu setzen mit dem Ziel gemeinsamer Aktionen gegen die gegenwärtige US-Amerikanische Vietnam-Politik“. Insbesondere soll der SHB sich „nach gründlicher Vorbereitung an dem geplanten Kongreß über die Lage in Vietnam — nach dem Muster des Bonner Notstandskongresses — gemeinsam mit anderen Studentenorganisationen beteiligen“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 1. und 22. Mai 1966)

Die Bundesdelegiertenversammlung verabschiedet eine „Diskussionsgrundlage für einen Reformplan des deutschen allgemeinen Schulwesens“, in dem das „Recht auf Ausbildung und Bildung für jedermann“ eine „Effektivierung des Unterrichts“, eine „wissenschaftlich abgesicherte“ Umorganisation der Schule und Lehrerausbildung gefordert werden.

Dok. 496

### 3. März 1966

In einem Brief an alle Mitglieder des Lehrkörpers der FU macht der 1. AStA-Vorsitzende Niels Kadritzke diese mit der Auffassung der Studentenvertretung zu dem Beschluß des Akademischen Senats vom 16. Februar 1966 vertraut. Er wendet sich gegen das Verfahren der Beschlußfassung, das der Studentenvertretung keine Möglichkeit gelassen habe, ihre Einwände zur Geltung zu bringen, so daß nur noch die Flucht an die Öffentlich-

keit übrig geblieben sei. Eine Verantwortlichkeit der Studentenvertretung für die Demonstration vom 5. Februar 1966 und andere außerhalb der Universität stattgefundene Demonstrationen lehnt er ab. Vom ruhigen Verlauf des Wintersemesters an der Universität her habe keine Veranlassung bestanden, die Richtlinien dem Rektor zu empfehlen. (Laut AStA-Auskunft antworteten nur vier Professoren auf diesen Brief. Der Brief wird in der Dokumentation des Rektors vom April 1966 in den „Informationen der Universitätsverwaltung“ 2. Jahrgang Nr. 2 als „Offener Brief“ bezeichnet.)

Dok. 497

### 4. März 1966

Die drei Studenten des Japanologischen Instituts, Inge Braun, Detlef Foljanty und Johannes Sembritzki, übergeben dem Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, dem Universitätsdirektor Gerhard Völz und dem Mitglied des Rechtsausschusses Prof. Dr. Arwed Bloemeyer einen Nachtrag zu den zu Protokoll gegebenen Fakten, die zu dem derzeit laufenden Verfahren gegen Herrn Prof. Eickardt geführt haben.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 27. Oktober 1965, 31. Januar, 15. Februar, 27. Juni, 13. Juli und 18. Oktober und 7. Dezember 1966, 11. und 25. Januar und 8. Februar 1967)

Dok. 498

Der Senator für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Werner Stein, bestätigt in einem Schreiben die Änderung der §§ 14 und 21 der Universitätsordnung, versagt jedoch die Änderung des § 15 aus Zweckmäßigkeits-erwägungen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 16. Februar 1966)

### 5. März 1966

„Die Welt“ veröffentlicht einen Artikel von Hans-Dietrich Sander über die FU mit dem Titel „Das Ende einer Gelehrtenrepublik“.

Dok. 499

Der SHB-Bundesvorstand erklärt, daß der SHB bereit sei, als Mitveranstalter des Kongresses „Vietnam-Analyse eines Exempels“ aufzutreten, falls der vom SDS-Bundesvorstand geplante Kongreß „unter möglichst großer Objektivität“ durchgeführt werde. Der SHB-BV legt besonderen Wert auf die „Einladung an Politiker der im Bundestag vertretenen Parteien“ und „Angehörige der amerikanischen Botschaft“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 1., 2. und 22. Mai 1966)

### 7. März 1966

Horst Köpke veröffentlicht zum Beginn der 18. ordentlichen Mitgliederversammlung des VDS einen Artikel in der „Frankfurter Rundschau“ mit der Überschrift „Auch Studenten drängen auf eine Studienreform“ — der VDS erinnert an seine Vorschläge — Bedenken gegen Trennung von Forschung und Lehre“. Köpke erklärt, falls einige Professoren der FU „indigniert“, wie vom Rektor der FU angekündigt, der FU den Rücken kehren, sie wahrscheinlich an „ihren neuen Wirkungsstätten auf dasselbe ‚Übel‘ stoßen.“ Auf jeden Fall plane der VDS-Vorstand, die westdeutschen Studentenredakteure zu ermuntern, dem Beispiel des FU-SPIEGELS zu folgen.

### 7.—13. März 1966

18. ordentliche Mitgliederversammlung des VDS in Heidelberg. Der Bundesminister für Wissenschaftliche Forschung, Dr. Gerhard Stoltenberg (CDU), spricht sich in seiner Rede dafür aus, den Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen und die Errichtung neuer Hochschulen zur gemeinsamen „Verfassungsaufgabe“ von Bund und Bundesländern zu erklären. Der Bund könne aber nur dann zu einer „festen prozentualen Mitwirkung“ verpflichtet werden, wenn er auch an der Planung mitwirken könne. Er sehe es als seine wichtigste Aufgabe an, den Anteil der Bundesmittel für die Wissenschaftsförderung zu erhöhen.

Hauptdiskussionspunkt der VDS-Mitgliederversammlung ist das „politische Mandat“ der Studentenvertretung. Ein Antrag zur FKD-Denkschrift „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen Nachbarn“, das Verhältnis zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland zu diskutieren, führt dazu, daß der VDS-Landesverband Bayern durch einen organisierten Auszug die VDS-MV beschlußfähig macht. Nachdem der AStA der FU mit sofortiger Abreise gedroht hat, gibt der VDS-Landesverband Bayern nach. (Vgl. Zeittafeldatum vom 20. Oktober 1965)

Weitere Hauptreferate: Prof. Dr. Gerhard Hess (Gründungsrektor der Universität Konstanz) „Universitätsneugründung und Hochschulreform“ und Dr. Clemens Geissler (Hannover) über die Standortsbedingungen der Universitätsneugründungen.

Die 250 Delegierten wählen den bisherigen Vorsitzenden des VDS-Landesverbandes Baden-Württemberg Walter Hirche (Heidelberg) zum neuen 1. Vorsitzenden des VDS. Stellvertretende Vorsitzende werden Martin Kasprik (Tübingen) und Hans-Joachim Haubold (Bochum). Die 18. ordentliche Mitgliederversammlung des VDS beschließt, die Haltung zu einem umfassenden gesamtdeutschen Studentenaustausch in einem offenen Brief an den Zentralrat der FDJ darzulegen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 10., 13. und 14. Juni 1966)

Der bisherige VDS-Vorsitzende Uwe Janssen lobt in seinem Rechenschaftsbericht ausdrücklich die Vorlesungskritiken im „FU-SPIEGEL“. Die bisher veröffentlichten Rezensionen seien ein „guter Beitrag zu hochschuldidaktischen Überlegungen“. Die MV beschließt, den Fachverband Philosophie in sieben Fachverbände aufzugliedern: Germanistik, Geschichtswissenschaften, Alte Sprachen, Neue Sprachen, Philosophie, Leibeserziehung und Psychologie. (Vgl. Zeittafeldatum vom 19. Juli 1966)

#### 8.—12. März 1966

15. ordentliche Delegiertenversammlung des RCDS in Mainz. Die Delegierten sprechen sich in einer Resolution gegen die Bildung einer großen Koalition zwischen CDU/CSU und SPD aus. Die „gegenwärtige Politik der SPD“ zeige nicht, daß diese Partei durch Ideen oder Personen die Politik der Bundesregierung bereichern könne. Wer in der Opposition keine konstruktive Alternativen aufzeigende Politik betreiben könne, werde auch in der Regierung kein Profil entwickeln. Der RCDS fordert die CDU und CSU auf, in „Fusionsverhandlungen“ einzutreten. Das Ergebnis solle die „einheitliche Christlich-Demokratische Partei“ sein, deren Landesverband Bayern von der bisherigen CSU gestellt werden könne. Die Delegierten fordern den Bundestag auf, „mehr Plenarsitzungen nach Berlin zu verlegen“. Es habe „Deutschland und Berlin“ geschadet, daß der Bundestag „lange auf die Anwesenheit in der deutschen Hauptstadt verzichtet hat“.

In einer Resolution über den Krieg in Vietnam wenden sich die Delegierten „gegen die einseitige und falsche Darstellung“ der amerikanischen Politik in Vietnam durch „Wissenschaftler, Schriftsteller und politische Hochschulgruppen“. Der RCDS verurteilt „die Absicht dieser Personen und Gruppen, den Eindruck zu erwecken, ihre Meinung sei repräsentativ für die deutsche Bevölkerung“.

Der Bundesgeschäftsführer der CDU, Dr. Konrad Kraske (MdB), fordert in seiner Rede den RCDS auf, das „kritische Gewissen der Partei“ zu sein und mitzuhelfen, zwischen der CDU und der „geistigen Welt“ einen Bezug zu aktivieren.

Die Delegiertenversammlung fordert eine Erweiterung des Schulbaus und der pädagogischen Ziele und Mittel für das Sonderschulwesen.

Zum Demonstrations- und Streikrecht beschließt die DV: „Der RCDS sieht Demonstrationen und im Notfall Vorlesungsstreiks durch Studenten als ein legitimes Mittel zur Durchsetzung berechtigter studentischer Interessen und Forderungen an.“ Solche Kundgebungen dürften jedoch „auf keinen Fall ... in exzessive, dem Ansehen der Studentenschaft schadende Ereignisse ausarten ...“.

In der Frage des „politischen Mandats der Studentenvertretung“ vertritt der RCDS den „grundsätzlichen Standpunkt“:

„1. Bei für die Studentenschaft repräsentativen politischen Erklärungen von Studentenvertretern darf der rechtlich festgelegte Rahmen des Organs Studentenschaft nicht überschritten werden.

2. Es sind politische Meinungsäußerungen zu allen Fragen möglich, welche die Pflege der Wissenschaft, die Institution der wissenschaftlichen Hochschulen, die Mit- und Selbstverwaltungsrechte der Studentenschaft und den Status der Hochschulangehörigen unmittelbar betreffen.

3. Wenn auch eine Verknüpfung von Hochschul-, Bildungs- und Gesellschaftspolitik vorhanden ist, so sind sicherlich diejenigen Stellungnahmen abzulehnen, deren mangelnder Bezug zur Hochschul- und Bildungspolitik offensichtlich oder deren Ziel die Durchsetzung universitätsfremder Interessen ist.“

Zur Lehrerbildung beschließt die DV, a) für das Lehramt für Volksschulen die Ausbildung unter drei Aspekten: 1. Wissenschaftliches Studium (8 Semester Studium der Grundwissenschaften und zweier Wahlfächer), 2. das Referendariat (12 Monate), 3. die Fortbildung („Bildungsurlaub“); b) für das Lehramt an Höheren Schulen die Untergliederung des Studiums in Grundstudium (4 Semester mit Zwischenprüfung zur Einführung in die „methodische und sachliche Grundlage der gewählten Fächer zusätzlich der Pädagogik“) und Hauptstudium (mindestens 4 Semester „primär wissenschaftliches Fachstudium, innerhalb dessen auch die Fachdidaktik ihren rechten Platz hat“.)

#### 9. März 1966

Der AStA der FU und die Fachschaftsvertretung des OSI der FU senden ein Schreiben an die Mitglieder des Innenausschusses des Berliner Abgeordnetenhauses mit der Forderung nach besseren Berufsaussichten für Diplom-Politologen. Das Schreiben begrüßt den Vorschlag der CDU-Fraktion, ihnen die Laufbahn im höheren Verwaltungsdienst zu ermöglichen. Das Studium der Politik ermögliche als Integrationswissenschaft, mannigfaltige politische Elemente unter der Fragestellung zu vereinen: „Wie wird das Gemeinwesen geordnet und gesichert? ... Der Politologe bringt neben der fachlichen Ausbildung eine durch die Anlage des Studiums bedingte Flexibilität und geistige Wendigkeit mit, um Probleme des Berufslebens schnellstens zu erfassen und sich auf neue Situationen sofort einzustellen.“

Die Unterzeichner erklären sich bereit, in der Frage der Ausbildungsordnung mit den Fraktionen des Abgeordnetenhauses gemeinsam eine Lösung zu erarbeiten. Sie möchten erreichen, „daß, wie auf anderen Gebieten, die Berufsmöglichkeiten des Politologen in Berlin als optimal bezeichnet werden können.“

#### Dok. 500

Gründungsversammlung des „Freien und Demokratischen Studentenausschusses Barcelona“ im Kapuzinerkloster Sarria. In einem Memorandum „Für eine demokratische Universität“ fordern die Gründungsmitglieder: Selbstbestimmung der Studenten in einer vom Staat unabhängigen Studentenorganisation; freigewählte Studentenausschüsse; einen freien nationalen Verband der spanischen Studentenschaft; freie Wahl der Universitätsorgane; von Professoren und Studenten oder von einer der beiden Gruppen gewählte, nicht staatlich eingesetzte Rektoren; keine Universitätsämter von unbeschränkter Dauer; Entscheidungsfreiheit der Universitätsorgane; Rede-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit. (Vgl. Zeittafeldatum vom 15. März, 28. April und 27. Mai 1966)

#### 10. März 1966

Artikel im „Neuen Deutschland“ von Dr. Harald Wessel „Freiheit — ein utopischer Zopf? — Springer startet einen Großangriff auf politisch aktive Studenten.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 5. März 1966)

#### Dok. 501

In Übereinstimmung mit den Dekanen gibt der Rektor der Freien Universität, Prof. Dr. Hans Joachim Lieber,

eine öffentliche Erklärung ab: Eine Minderheit in der Studentenschaft unterscheidet nicht zwischen politischer Bildung und einseitiger politischer Agitation. Sie mißbrauche die satzungsmäßigen Vergünstigungen für studentische Vereinigungen. Die politische Agitation werde durch die Richtlinien unterbunden, nicht jedoch eine „echte politische Bildungsarbeit“. Der Sinn der vom Senat empfohlenen Richtlinien sei, eine Form politischer Veranstaltungen der studentischen Vereinigungen sicherzustellen, die „der Aufgabe der Universität und ihrem Ansehen als einer wissenschaftlichen Institution gerecht wird“ und um „politischen Radikalismus von der Universität fernzuhalten“. Nachdem die Räume nicht in der vorgesehenen Form herangezogen werden könnten (Mensa), würden auch Veranstaltungen studentischer Vereinigungen, die diese Form erfüllten, zugelassen, nicht jedoch solche, „die geeignet sind, die akademische Ordnung und in deren Folge den Lehrbetrieb zu stören und das Ansehen der Universität zu gefährden“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 22. Juni 1966)

Dok. 502

Auf das Schreiben des Senators für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Werner Stein, vom 23. Februar 1966 mit der Anfrage, ob er beabsichtige, „entsprechend den Empfehlungen des Akademischen Senats zu verfahren“, antwortet der Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, er werde nach dem Vorstandsbeschuß des Studentenwerkes vom 18. Februar 1966 die Mensa nicht zur Verfügung stellen und angesichts der Unmöglichkeit, innerhalb absehbarer Zeit Ersatzräume zu beschaffen, die Hörsäle des Henry-Ford-Baus „auch für solche Veranstaltungen der Studentenschaft oder studentischen Vereinigung zur Verfügung stellen, die in Inhalt und Form der wissenschaftlichen Aufgabe und dem Erziehungsauftrag der Universität entsprechen . . . , nicht aber für solche, die geeignet sind, die akademische Ordnung und in deren Folge den Lehrbetrieb zu stören und das Ansehen der Universität zu gefährden“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 21. und 25. März und 22. Juni 1966)

Dok. 503

Der Senator für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Werner Stein, bestätigt in einem Schreiben die Assistentenordnung der FU. Die Assistentenordnung soll durch eine Regelung für ein Angestelltenverhältnis für Assistenten ergänzt werden. (Vgl. Zeittafeldatum vom 1. Juli 1966)

Hochzeit der niederländischen Kronprinzessin Beatrix mit dem deutschen Legationsrat Claus Georg Wilhelm Otto Friedrich Gerd von Amsberg. Die Hochzeit findet nicht in der Hauptstadt Den Haag, sondern in der Hochburg republikanischer Tradition in Holland, in Amsterdam statt. Die Provo-Bewegung und ein Teil der Studentenschaft der beiden Universitäten in Amsterdam demonstrieren gegen die Hochzeit der Monarchin mit einem deutschen Aristokraten. Es kommt zu schweren Zwischenfällen. Die Provos bewerfen die Staatskarosse mit Raubbomben. Die Reichspolizei greift wahllos alle Passanten an, die sich „verdächtig“ machen. Die Provos tragen teilweise orangefarbene Kostüme (orange ist die Farbe der niederländischen Royalisten), um die Polizei zu täuschen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 19. März, 14./15. Juni, 14. und 17. Dezember 1966)

#### 11. März 1966

In einem Artikel der „Welt“ „Ein unwissenschaftlicher Professor“ wird Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim angegriffen.

Dok. 504

Die Wochenzeitung „DIE ZEIT“ veröffentlicht ein anonymes Anti-Wehner-Memorandum „Die Anklage der SPD-Freunde gegen Herbert Wehner“ und erklärt im Begleittext, dieses stamme von einer Gruppe unzufriedener Sozialdemokraten. In dem „Memorandum“ wird vorwiegend auf Herbert Wehners

frühere Tätigkeit im KPD-Parteivorstand und im Apparat der „Kommunistischen Internationale“ angespielt. (Vgl. Zeittafeldatum vom 18. und 25. März 1966)

Das am 17. Februar 1966 gegründete Aktionskomitee der 21 Studentenverbände an der FU stellt „mit Befriedigung fest, daß der Versuch des AS, die Rechte der Studentenvertretung und der zugelassenen studentischen Vereinigungen zu beschneiden, vorläufig gescheitert ist“. Sie seien mit dem Rektor darin einig, „daß Veranstaltungen, die einen politischen oder einen wissenschaftlichen Standpunkt mit irrationalen Mitteln, unter Ausschluß von Diskussionen und Kritik durchzusetzen suchen, daß Ansehen der Universität als einer Stätte historischer Rationalität schädigen“. Die Erklärung des Rektors vom 10. März 1966 sei nur ein scheinbares Nachgeben, tatsächlich habe sich die Position der Studentenschaft angesichts der entstandenen Rechtsunsicherheit weiter verschlechtert. (Vgl. Zeittafeldatum vom 16. Februar und 22. Juni 1966)

Der AStA erklärt in einer Presseerklärung, der Rektor habe die Richtlinien des Akademischen Senats de facto zurückgenommen. Die Erklärung, daß Recht des AStA und der politischen Studentengruppen, Veranstaltungen zur politischen Bildung abzuhalten, sei nie in Frage gestellt worden, stehe in deutlichem Widerspruch zu seinen Ausführungen auf der Pressekonferenz vom 17. Februar 1966 und dem Wortlaut der Richtlinien selbst. Mit der „unbelegbaren Behauptung“, die studentischen Vereinigungen wollten nur „einseitige Agitation betreiben, umschreibt er nur einen Anspruch, entgegen der Universitätsverfassung der FU künftig ein Zensurrecht ausüben zu dürfen“. Der AStA bestehe auf der Forderung, daß die Richtlinien auch de jure zurückgenommen würden. (Vgl. Zeittafeldatum vom 22. Juni 1966)

#### 12. März 1966

Das Organ des Zentralkomitees der SED „Neues Deutschland“ setzt sich in einem Leitartikel „Arbeiter und Professoren“ mit dem Angriff der Tageszeitung „Die Welt“ auf Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim auseinander. (Vgl. Zeittafeldatum vom 17. März, 15. April und 30. Mai 1965 und 11. März 1966)

Dok. 505

Die dreimal in der Woche erscheinende Zeitung der SED-Westberlin „Die Wahrheit“ veröffentlicht einen Artikel von Günter Donath über das Wintersemester 1965/66 an der Freien Universität Berlin mit der Schlagzeile „FU — Freie oder formierte Universität?“

Dok. 506

#### 13. März 1966

Prof. Dr. Ernst E. Hirsch (Juristische Fakultät der FU) veröffentlicht im „Tagesspiegel“ einen Artikel zum Thema „Die Auseinandersetzung an der FU“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 16. März 1966)

Dok. 507

#### 15. März 1966

Die Sprecher der Assistentenschaft der FU, Dr. med. F. Praetorius (1. Sprecher), Dr. phil. Ingo Pomermering (2. Sprecher) und Dr. rer. pol. Werner Skuhr protestieren in einem Leserbrief der „Welt“ gegen den Artikel von Hans-Dietrich Sander „Das Ende einer Gelehrtenrepublik“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 5. März 1966)

Dok. 508

Ca. 2000 Madrider Studenten bekunden auf einer Versammlung ihre Solidarität mit den Studenten in Barcelona. Sie beschließen einstimmig die Gründung einer „vom Staat unabhängigen Studentenorganisation“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 9. März, 28. April und 27. Mai 1966)

#### 15.—23. März 1966

1. gemeinsames Arbeitsseminar des AStA der FU und der Studentenvertretung der Sorbonne „Fédération des

Groupes d'Etudes des Lettres" (FGEL). Referenten sind Christian Fenner (LSD) zum Thema „Die Stellung der deutschen Studentenschaft in der Gesellschaft“, Serge Bosc „Die Stellung der französischen Studentenschaft in der Gesellschaft“, Jean-Marcel Bouguareau „Politische Möglichkeiten einer syndikalistisch organisierten Studentenvertretung“, Wolfgang Lefèvre (SDS) „Politische Möglichkeiten einer körperschaftlich organisierten Studentenvertretung“, Margaret Wirth (HSU, SHB) „Probleme der Integration der Studentenvertretung in die Universität“, Peter Dehn (SHB) „Die soziale Interessenvertretung und die sozialpolitischen Ziele der Studentenvertretung“.

Die gemeinsame Presseerklärung richtet sich vor allem gegen den von der französischen Regierung vorgelegten „Fouchet-Plan“ zur „Reform des Unterrichtswesens“. (Der französische Unterrichtsminister Christian Fouchet plant eine „Strategie der konsequenten Ausbildungssteuerung“. Zukünftig sollen die Oberschüler schon mit 15 Jahren zwischen mathematischem, sprachlichem, wirtschaftlich- und sozialpolitischem, naturwissenschaftlichem und technischem Zweig wählen. Nur bei entsprechendem Reifezeugnis soll die Zulassung zum Studium erteilt werden.) Die französischen Studentenvertreter üben auf der Pressekonferenz scharfe Kritik an den Plänen der französischen Regierung und erklären, daß weder die Professoren noch die französische Studentengewerkschaft (UNEF) vom französischen Unterrichtsministerium zu den geplanten einschneidenden Änderungen“ gehört worden seien. Die Studentenvertreter der Sorbonne und der FU wollen gemeinsam gegen ein Abgleiten der Hochschulreform auf die „Verwaltungsebene“ kämpfen. Jean-Marcel Bouguareau teilt mit, daß die Studenten der Pariser Sorbonne seit dem 13. März streiken, um den Fouchet-Plan zu stoppen.

#### 16. März 1966

Prof. Dr. Kurt Sontheimer setzt sich in einem Artikel im „Tagesspiegel“ „Universität und Politik“ mit dem Beitrag von Prof. Dr. Ernst E. Hirsch vom 13. März 1966 auseinander. Die von Prof. Hirsch vorgetragene Unterscheidung zwischen politischer Bildung im Sinne wissenschaftlicher Bildung und politischer Meinungs- und Willensbildung sei absolut künstlich und wirklichkeitsfremd.

Der Staatssekretär beim Bundesinnenministerium Dr. Hans Schäfer erklärt in der Fragestunde des Bundestages, daß die Bundesregierung die „unerfreulichen Umtriebe radikaler Elemente in gewissen Kreisen der Berliner Studentenschaft“ aufmerksam verfolge. Die Bundesregierung beobachte „einzelne radikale Elemente, deren Verbindung zu organisierten verfassungsfeindlichen Gruppen noch überprüft wird“. Er könne jedoch jetzt schon sagen, daß eine „Neigung zum Umsturz“ an der FU nicht bestehe. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Hermann Bichele begründet seine Anfrage mit einem Bericht der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 24. Februar 1966, in dem die Ansicht vertreten wird, daß „die revolutionär Gesinnten im nächsten Semester 3000 bis 4000 Studenten auf die Straße bringen“ würden und daß in der Studentenschaft der FU „die Neigung zum Umsturz“ wachse.

Unbekannte Täter präparieren die Haustür von Prof. Dr. Dietrich Goldschmidt (FU, Direktor am Institut für Bildungsforschung der Max-Planck-Gesellschaft) mit einer leicht brennbaren Flüssigkeit und zünden sie an. Prof. Goldschmidt ist Mitverfasser der EKD-Denkschrift „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen Nachbarn“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 20. Oktober 1965)

#### 17. März 1966

Das Berliner Abgeordnetenhaus billigt auf seiner 70. Sitzung einstimmig das „Gesetz zur Neuregelung der Besoldung der

Hochschullehrer“, das rückwirkend ab 1. Oktober 1965 in Kraft tritt. Die bisher gezahlten Kollegelder für Professoren und Dozenten werden hiernach durch eine Pauschale abgegolten, gleichzeitig werden die Gehälter aller akademischen Lehrkräfte und Mitarbeiter an den Berliner Universitäten erhöht.

In Bonn konstituiert sich der „Deutsche Bildungsrat“. Zur Regierungskommission des Bildungsrates gehören die Kultusminister der Bundesländer, je ein Mitglied der Bundesministerien für Wirtschaft, Inneres, Familie und Jugend und Wissenschaftliche Forschung, außerdem die Hauptgeschäftsführer des „Deutschen Städtetages“, des „Deutschen Gemeindetages“, des „Deutschen Landkreistages“. In der Regierungskommission führt der jeweilige Präsident der Kultusministerkonferenz den Vorsitz.

Zur Bildungskommission gehören: Prof. Dr. Hellmut Becker (FU und Direktor des Instituts für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft), Prof. Dr. Ralf Dahrendorf (Tübingen), Prof. Theodor Dams (Freiburg), Prof. Dr. Friedrich Edding (TU Berlin), Prof. Dr. Karl Dietrich Erdmann (Kiel), Prälat Bernhard Hanßler (Bad Godesberg), Oberstudiendirektor Bernhard Josef Kreuzberg (Mayen), Prof. Dr. Hermann Krings (Saarbrücken), der Geschäftsführer der Firma Carl Zeiss, Heinrich Küppenbender (Oberkochen), Oberstadtdirektor Hubert Lentz (Düren), Prof. Dr. Hans Maier (München), Oberbürgermeister Dr. Theodor Pfizer (Ulm, Studienstiftung des Deutschen Volkes), der 1. DGB-Vorsitzende Ludwig Rosenberg (Düsseldorf), Prof. Dr. Heinrich Roth (Göttingen), Schlossermeister Herbert Snigola (Präsident der Handwerkskammer Berlin), Emilie Stahl (Bremen) und Kirchenpräsident Prof. Dr. Wolfgang Sucker (Darmstadt).

#### 18. März 1966

Pro-Wehner-Erklärung des SPD-Parteivorstandes und der Kontrollkommission zum anonymen Anti-Wehner-Memorandum in der Wochenzeitung „DIE ZEIT“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 11. und 25. März und 15. April 1966)

Der Parteivorstand der SPD beantwortet in einem offenen Brief das Diskussionsangebot des Zentralkomitees der SED. Er erklärt, daß er „zunächst zwei grundsätzliche Feststellungen“ zu treffen habe: 1. Die SPD setze sich im Sinne ihres Grundsatzprogramms dafür ein, daß „die Demokratie die allgemeine Staats- und Lebensordnung“ werde, 2. die SPD stehe zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und damit auch zum Artikel 146 dieses Grundgesetzes, der lautet: „Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung geschlossen worden ist.“ Der SPD-Parteivorstand stellt sieben Fragen an das SED-Zentralkomitee, z. B. „Wie soll in Deutschland offen und unbefangenen diskutiert werden, wenn auf Menschen geschlossen wird, weil sie aus dem durch Minenfelder, Mauer und Drahtverhaue abgetrennten Teil ihres deutschen Vaterlandes ausbrechen wollen?“ oder: „Ist die SED bereit, nicht nur ausgewählten Funktionären, sondern jedem Mitglied ihrer Partei und allen ‚Bürgern der DDR‘ — nicht nur Rentnern, sondern auch jüngeren Menschen — zu erlauben, die Bundesrepublik zu besuchen ...?“.

(Vgl. Zeittafeldatum vom 11. Februar, 26. März, 15. April, 23. und 29. Juni 1966)

#### 19. März 1966

Die Polizei in Amsterdam stürmt eine Ausstellung der niederländischen „Studenten Vakbeweging“ (SVB) in der Amsterdamer Prinsengracht. Die Ausstellung dokumentiert das Vorgehen der Polizei am 10. März 1966. Die Polizei riegelt die Gracht an beiden Enden ab und geht äußerst brutal gegen die Besucher der Ausstellung vor. (Vgl. Zeittafeldatum vom 10. März, 14./15. Juni, 14. und 17. Dezember 1966)

#### 21. März 1966

In seiner Antwort auf das Schreiben des Rektors der FU vom 10. März 1966 teilt der Senator für Wissenschaft und Kunst dem Rektor und dem 1. AStA-Vorsitzenden der FU mit, daß seitens der Rechtsaufsichtsbehörde gegen das vom Rektor beabsichtigte Verfahren



der Raumvergabe keine Bedenken bestünden und ihm gemäß § 28 der Universitätsordnung ein materielles Prüfungsrecht zustehe. (Der Rektor informiert alle an der Universität zugelassenen Organisationen und Vereinigungen über diese Rechtslage in einem Rundschreiben vom 25. März und 22. Juni 1966.)  
Dok. 490

Der Senator für Wissenschaft und Kunst fragt den AStA, ob er auf die Weiterbehandlung seiner Rechtsaufsichtsbeschwerde verzichte. (Der AStA, dem der Antwortbrief des Rektors auf die Anfrage des Senators für Wissenschaft und Kunst, ob der Rektor die Richtlinien anwenden wolle, bekannt ist, schließt daraus, daß der Rektor dem Senat zu erkennen gegeben hat, daß er sich die Richtlinien nicht zu eigen mache. (Vgl. auch Zeittafeldatum vom 11. März und 27. April 1966)

#### 21.—23. März 1966

14. Parteitag der CDU in Bonn. Bundeskanzler Prof. Dr. Ludwig Erhard wird mit 413 von 518 abgegebenen Stimmen (Gesamtzahl der Parteitagsdelegierten 572) zum neuen 1. Bundesvorsitzenden der CDU gewählt. Zum 1. stellvertretenden Bundesvorsitzenden wird mit 385 Stimmen von 557 Stimmen der CDU-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Rainer Barzel, gewählt.

#### 22. März 1966

Der SDS-Bundesvorsitzende Helmut Schauer protestiert in einem offenen Brief an den Präsidenten der „Deutschen Akademie der Wissenschaften der Deutschen Demokratischen Republik“, Prof. Dr. Werner Hartke, gegen „die Art und Weise, wie einige sozialistische Künstler und Intellektuelle“, besonders aber Prof. Dr. Robert Havemann“, gegenwärtig in der DDR behandelt werden“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 21. Januar 1948, 1. April 1950, 23. und 24. März und 1. April 1966)  
Dok. 510

Das ZK der KPCh lehnt in einem Schreiben die Entsendung einer Parteidelegation zum 23. Parteitag der KPdSU ab.

#### 23. März 1966

Sieben Professoren der Freien Universität protestieren in einem Telegramm an den Präsidenten der „Deutschen Akademie der Wissenschaften in der DDR“ gegen den geplanten Ausschluß Prof. Dr. Havemanns aus der Akademie. In dem von Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim, Prof. Dr. Ludwig von Friedeburg, Prof. Dr. Helmut Gollwitzer, Prof. Dr. Kurt Sontheimer, Prof. Dr. Wilhelm Weischedel, Prof. Dr. Dietrich Goldschmidt und Dr. Peter Furth unterzeichneten Appell heißt es: „Mit Sorge hören wir, daß Prof. Havemann, den wir als bedeutenden Forscher und mutigen Menschen schätzen, aus der Deutschen Akademie der Wissenschaften ausgeschlossen werden soll. Wir glauben, daß eine solche Maßnahme der wissenschaftlichen Tradition dieser großen Institution widerspricht und diejenigen entmutigen wird, die auf Entspannung und Verständigung hoffen.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 21. Januar 1948, 1. April 1950, 22. und 24. März und 1. April 1966)

#### 24. März 1966

Mit einer Stimme Mehrheit lehnen die Mitglieder der „Deutschen Akademie der Wissenschaften der Deutschen Demokratischen Republik“ den vom Präsidenten der Akademie, Dr. Werner Hartke, beantragten Ausschluß von Prof. Dr. Robert Havemann ab. (Prof. Havemann war von 1949 bis 1963 Mitglied der Volkskammer der DDR und von 1950 bis 1964 Direktor des „Physikalisch-Chemischen Instituts der Humboldt-Universität. Im Jahre 1959 wurde Prof. Havemann mit dem Nationalpreis der DDR ausgezeichnet. Aufgrund der Vorlesungsreihe „Naturwissenschaftlicher Aspekt philosophischer Probleme“ im Wintersemester 1963/64 an der Humboldt-Universität und auch seiner Kontakte zu Sozialisten in der Bundesrepublik Deutschland (zum Beispiel zum SDS), lei-

tete Prof. Hartke ein Ausschlußverfahren gegen Prof. Havemann ein und beschuldigte ihn der „prinzipiellen Anarchie“. Havemanns politische Einstellung fördere „praktisch den Geheimnisverrat“. „Kann sich dieses Akademiemitglied wundern, wenn man auf seine Mitwirkung an diesem Forschungsvorhaben (als Leiter der Arbeitsstelle für Photochemie, S.L., T.F.C.R.) . . . verzichtet.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 21. Januar 1948, 1. April 1950, 22. und 23. März und 1. April 1966)

#### 25. März 1966

Prof. Dr. Gert von Eynern (OSI) veröffentlicht in der Wochenzeitung „DIE ZEIT“ eine Analyse über das Wintersemester 1965/66 mit der Überschrift „Das Berliner Modell — überholte Trümmerromantik?“ Prof. von Eynerns Hauptthese ist eine „Ähnlichkeit“ des Berliner Modells mit dem Institut der Mitbestimmung der Arbeiter im Unternehmen. Beim Berliner Modell seien die Studenten und Dozenten, „was bei der Mitbestimmung die Vertreter des Kapitals und der Arbeit sind.“

Dok. 511

Die vier Mitglieder des SHB-Landesverbandes Berlin Ulf Kadritzke, Armin Meyer, Rainer Wirth und Hartmut Häußermann veröffentlichten in der Wochenzeitung „DIE ZEIT“ einen Artikel zur anonymen Kritik an Herbert Wehner unter der Überschrift „Ein Wort zur Sache“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 11. und 18. März 1966)

Dok. 512

In einem Schreiben „An alle an der FUB zugelassenen Organisationen und Vereinigungen — gemäß Vorlesungsverzeichnis für das Sommersemester 1966 — S. 33—35 ohne lfd. Nr. 31 und 38“ teilt der Rektor seine Stellungnahme vom 10. März 1966 gegenüber dem Senator für Wissenschaft und Kunst zu den Richtlinien und der Stellungnahme des Senators für Wissenschaft und Kunst vom 21. März 1966 mit: Gegen eine Entscheidung im Einzelfall bestünden keine Bedenken, dem Rektor stehe aus seinem Hausrecht gemäß § 28 der Universitätsordnung ein materielles Prüfungsrecht bei der Vergabe von Räumen zu. (Vgl. Zeittafeldatum vom 21. März und 22. Juni 1966)

#### 26. März 1966

Das Organ des Zentralkomitees der SED „Neues Deutschland“ veröffentlichte den offenen Brief des Parteivorstandes der SPD vom 18. März 1966. Gleichzeitig erklärt das ND, daß „trotz vieler Meinungsverschiedenheiten in prinzipiellen Fragen die Aussprache der deutschen Arbeiterparteien, die Aussprache zwischen SPD und SED begonnen hat“. Das ZK der SED schlägt vor, daß „zunächst auf einer SED-Veranstaltung in Karl-Marx-Stadt Vertreter der SPD und der SED das Wort ergreifen“. Ferner sollten auf einer SPD-Veranstaltung in Essen ebenfalls Vertreter der SED und der SPD das Wort ergreifen“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 11. Februar, 18. März, 15. April, 23. und 29. Juni 1966)

Mehr als 20 000 Buddhisten demonstrieren in der Kaiserstadt Hue gegen die südvietnamesische Militärregierung des Ministerpräsidenten General Nguyen Cao Ky. Gleichzeitig findet auch in der südvietnamesischen Hauptstadt Saigon eine von buddhistischen Jugendorganisationen geführte Protestkundgebung auf dem Hauptmarktplatz statt. Der Buddhistenführer Thich Tien Minh fordert die sofortige Abhaltung allgemeiner Wahlen und den Rücktritt der Militärregierung.

„Internationaler Tag des Protestes“ gegen den Krieg in Vietnam. Zwischen 75 000 und 100 000 Demonstranten, die einem Aufruf des „Nationalen Koordinierungsausschusses für das Ende des Krieges in Vietnam“ gefolgt sind, marschieren durch die Fifth Avenue in New York, um sich im Central Park zu einer Protestkundgebung zu versammeln. Die Demonstranten fordern auf Transparenten: „Verhandlungen mit der Nationalen Befreiungsfront“, „Bringt die Boys heim“ und „Stellt die Bombardierung ein“. Zur gleichen Zeit finden auch Demonstrationen in Chicago, San Francisco, Washington und in mehreren kanadischen Städten statt. In der italienischen Haupt-

stadt Rom mobilisiert die KPI mehr als 20 000 Demonstranten gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam.

### 27./28. März 1966

Die Außenstelle Bardai im Tschad erhält Besuch von mehreren Geologen. Der Besuch wird organisiert von DEA Lybia und durchgeführt mit 2 Flugzeugen des Typs DC 3, die in Bardai landen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 8. Januar 1966 und 1. April 1966)

### 29. März 1966

Brief von Prof. D. Helmut Gollwitzer an den Rektor der FU, Prof. Dr. Karl-Joachim Lieber. Prof. Gollwitzer schreibt: „Es würde sicher nicht dem von uns allen gewünschten Vertrauensverhältnis zwischen Professoren und Studenten entsprechen, wenn Professoren den Studenten überlassen würden, zu den gegen Teile der Studentenschaft erhobenen Vorwürfen in Ihrem Schreiben vom 10. 3. sich zu verteidigen.“  
Dok. 513

### 29. März 1966

Ordentliche Sitzung des Akademischen Senats der FU. (Es fehlen entschuldigt die Professoren Witt, Schützler und Bettermann.) In Abwesenheit der studentischen Mitglieder beschließt der Akademische Senat einstimmig, daß Prof. Dr. Hans Eckardt nach dem Ergebnis der Vorermittlungen hinreichend verdächtig sei, „durch Alkoholgenuß im Dienst und durch abfällige Äußerungen über Kollegen und Studenten die ihm obliegenden Pflichten schuldhaft verletzt zu haben“.

Zum Untersuchungsführer wird Prof. Dr. jur. Roman Herzog und zum Vertreter der Einleitungsbehörde Prof. Dr. Hermann Blei bestellt. Von einer vorläufigen Dienstenthebung wird abgesehen.

Gemeinsame Bundesvorstandssitzung von SHB und SDS. Hauptberatungsthema ist der Frankfurter Kongreß „Vietnam — Analyse eines Exemples“. Grundlage des Kongresses ist die von Mitgliedern des Argument-Clubs und des SDS-Landesverbandes Berlin am 1. Dezember 1965 initiierte „Erklärung über den Krieg in Vietnam“. Der SHB-Bundesvorstand spricht sich zwar grundsätzlich für den Kongreß aus, erklärt sich aber gleichzeitig für außerstande, die Berliner Erklärung zu unterzeichnen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 1. Oktober, 1., 4., 13.—17. und 31. Dezember 1965, Anfang Januar, 2.—6. und 5. März, 1., 4., 5., 9. und 22. Mai 1966)

### 31. März 1966

Der SDS-Bundesvorstand fordert alle SDS-Mitglieder und Sympathisanten auf, an den diesjährigen Maikundgebungen teilzunehmen. Der SDS will alle Versuche unterstützen, „die Tradition der antimilitaristischen Kundgebungen gewerkschaftlicher und sozialistischer Jugendorganisationen am Vorabend des 1. Mai fortzuführen oder wiederaufleben zu lassen“.

### April 1966

In der Nr. 2 / 2. Jahrgang der „Informationen der Universitätsverwaltung“ dokumentiert der Rektor der FU die Ereignisse der letzten Monate und gibt unter anderem eine Einschätzung des Polizeieinsatzes vom 31. Januar 1966: Zum ersten Mal seien „in Zusammenhang mit einer studentischen Verwaltung“ die satzungsmäßigen Befugnisse des Rektors „unabhängig von seiner freien Entscheidung durch das zwangsläufige Eingreifen der Polizei außer Kraft gesetzt“ worden. Die „bisherige Gemeinsamkeit zwischen Rektor und Dekanen einerseits und der offiziellen Studentenvertretung andererseits in der Beurteilung dessen, was als Schädigung des Ansehens der Universität zu gelten habe“, bestehe nicht mehr.

Der „offene“ Brief des AStA-Vorsitzenden Niels Kadritzke vom 3. März 1966 (in Wirklichkeit handelte es sich nicht um einen „offenen Brief“) enthalte Einseitigkeiten der Beurteilung, es sei darauf hinzuweisen, „1. Der Vorwurf einer ungenügenden Beteiligung der Studentenschaft an den Beratungen des Verfassungsausschusses trifft nicht zu... 2. Der Beschluß des Akademischen Senats vom 16. 2. war dem AStA nicht in vollem Umfang bekannt, als er seinen Rücktritt erklärte... und die Presse informierte. 3. Die Möglichkeit zur Benutzung der Räume der Mensa war vorgeklärt... Das Hausrecht für die Mensa liegt beim Studentenwerk... 4. Über den vermeintlichen Ablauf des Wintersemesters und über Veranstaltungen und Aktionen, in denen eine Schädigung des Ansehens der Universität erblickt werden mußte, geben die auf den Seite 1—15 geschilderten Vorgänge Auskunft“. (Vgl. hierzu Zeittafeldatum vom 20., 25., 26., 27. November und 2., 6. und 15. Dezember 1965, 11., 28. und 31. Januar 1965, 2., 3./4., 4., 5., 7. und 9. Februar 1966)

Seit dem 16. Februar 1966, so der Rektor, informiere die Studentenvertretung den Rektor und andere Universitätsorgane über ihre Maßnahmen nicht mehr direkt, sondern indirekt durch öffentliche Mitteilungen, Verlautbarungen oder durch Flugblätter. (Die mit „April 1966“ datierte Dokumentation erscheint am 15. April 1966. — Sie ist in der vorliegenden Dokumentation berücksichtigt worden. S. L., T. F., C. R.)

In einer „Stellungnahme zu der Dokumentation des Konflikts an der FU im WS 65/66“ stellt der AStA der FU grundsätzlich fest: „Für die Studentenvertretung der FU gab und gibt es keine Alternative zur Grundentscheidung für das Berliner Modell. Die — denkbare — Gegenkonzeption einer syndikalistisch organisierten Studentenvertretung ist in Berlin nie ernsthaft erwogen worden. Denn wir halten die Grundsatzentscheidung für die Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden, d. h. für die Bereitschaft, Interessenunterschiede nicht zu antagonistischen werden zu lassen, sondern sie innerhalb der Gemeinschaft in offener Diskussion mittels der Mitspracherechte und Selbstverwaltungsmöglichkeiten zu lösen für eine Entscheidung, die auch unserer demokratischen Gesellschaftsordnung gemäß ist.“ Die demokratische Struktur der Studentenvertretung biete genügend Korrektivmöglichkeiten, eine „Radikalisierung“ der Studentenvertretung auszuschließen. Darüber hinaus finde durch die große Zahl der politischen Gruppen und deren breiten „Veranstaltungsfächer“ auch jede Veranstaltung einer Gruppe gegebenenfalls stets ihr Korrektiv. Aus diesen Gründen halte der AStA den Anspruch auf Veranstaltungsautonomie im Rahmen der Verfassung, der allgemeinen Gesetze und Universitätsnorm aufrecht.

Zu den Vorwürfen der Einseitigkeit heißt es: 1. Der Vorwurf einer ungenügenden Beteiligung der Studentenschaft an den Beratungen des Verfassungsausschusses sei nie erhoben worden. Die im Verfassungsausschuß diskutierte Neuregelung der Raumvergabe sollte erst als Vorlage an den Akademischen Senat gehen, wenn die Streichung der §§ 26 und 27 der Universitätsordnung eine solche Neuregelung notwendig machen würde. Dabei sei keine Rede gewesen von Einbeziehung der AStA-Veranstaltungen, Unterscheidung zwischen wissenschaftlichen und politischen Veranstaltungen, Sperrung des Auditorium maximum und Verweisung in die Mensa. Der Entwurf habe keinerlei Bezug zu den bis dahin stattgefundenen Beratungen im Verfassungsausschuß ge-

habt. 2. Der volle Wortlaut der Richtlinien sei dem AStA zur Zeit seines Rücktritts bekannt gewesen, nur der Wortlaut des Begleitbriefes von Rektor Lieber nicht, der jedoch auch nicht entscheidend für eine Einschätzung sei. Den Wortlaut habe der AStA nicht von den studentischen Sprechern, sondern auf anderem Wege erfahren, der AStA habe sich jedoch bei den studentischen Sprechern vergewissert. 3. Der Vorwurf der ungenügenden Klärung der Frage, ob die Mensa für politische Veranstaltungen benutzbar sei, müsse auch nach der Dokumentation des Rektors aufrecht erhalten werden. Darüberhinaus sei inzwischen bekannt geworden, daß der Vorsitzende des Studentenwerks schon vor dem 15. Februar 1966 einem Mitglied des Akademischen Senats — in Vertretung des Rektors — offiziell mitgeteilt hätte, daß die Mensa unter keinen Umständen für politische Veranstaltungen zur Verfügung sehen könne. 4. Nach wie vor sei der AStA der Meinung, daß das Wintersemester einen relativ ruhigen Verlauf genommen habe, die Beschlüsse über die Richtlinien hätten ja erst am Anfang der Semesterferien stattgefunden.

Im übrigen wird kritisiert, daß die Dokumentation nicht den Wortlaut der Erklärung des Senatsbeauftragten für politische Bildung vom 17. Februar 1966, die Antwort des Rektors vom 23. Februar 1966 auf die Anfrage des Senators für Wissenschaft und Kunst und des Schreibens des Senators für Wissenschaft und Kunst an den Rektor vom 21. März 1966 enthalte. (Der Wortlaut der Erklärung Prof. Sontheimers, der laut Rektorat wegen „eines Auslassungsfehlers“ unterlassen worden sei, wird in der Nr. 3 der „Informationen der Universitätsverwaltung“ abgedruckt.) Die Rechtsaufsichtsbeschwerde würde noch nicht zurückgezogen, solange nicht auch die Richtlinien de jure zurückgenommen würden. (Vgl. Zeittafeldatum vom 16. April 1966)

Die „Subversive Aktion“ löst sich in ihrer bisherigen Form auf und nennt sich jetzt „Studiengruppe für Sozialtheorie“. (Vgl. Zeittafeldatum vom Dezember 1963 und Dezember 1964)

### 1. April 1966

Im Sommersemester 1966 studieren an der FU 15 615 Studenten (davon 4385 weibliche). 1587 sind Studienanfänger.

Nach Berufen der Väter aufgliedert ergeben sich folgende Prozentzahlen: Beamte: 27,2 %, Angestellte: 43,1 %, Freie Berufe: 21,8 %, Landwirte: 2,2 %, Arbeiter: 4,1 %, keine Angaben: 1,6 %.

An der Universität sind beschäftigt: Hochschullehrer (einschließlich Emeriti): 537 (davon 22 weiblich), sonstige Lehrkräfte: 266 (27), wissenschaftliche Mitarbeiter: 1547 (230), studentische Hilfskräfte 423 (91).

Die Disziplinarordnung für Studenten tritt in Kraft. (Vgl. Zeittafeldatum vom 3. und 16. Februar 1966)

Im Sommersemester 1966 forscht die 4. Arbeitsgruppe des Geographischen Instituts der FU, bestehend aus 4 Mitgliedern der 3. Arbeitsgruppe und 3 neuen Mitgliedern, unter der Leitung von Dr. Peter-Jürgen Ergenzinger und Dipl.-Geograph Gert Janssen (Stellvertreter der Leiter) im Tibesti. (Vgl. Zeittafeldatum vom 16. Oktober 1965, 27./28. März 1966 und 22. Juni 1966)

Nina Grunenberg vergleicht in einem Artikel „Zensuren für Professoren“ in der Wochenzeitung „DIE ZEIT“ den Sprengstoffanschlag gegen die Informationsveranstaltung der „Sozialistischen Jugend — Die Falken“ vom 28. Januar 1966 mit den Vorlesungskritiken im „FU-SPIEGEL“ Nr. 50: „So besorgniserregend dieser Vorfall im Haus am Steinplatz war — was er anrichtete war harmlos, verglichen mit jener Verheerung, die

die eine ganz andere Explosion verursachte: im FU-Spiegel ... wurden ... Lehrveranstaltungen der Professoren von Studenten kritisch rezensiert.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 28. Januar 1966 und Februar 1966)

Das Präsidium der „Deutschen Akademie der Wissenschaften der DDR“ streicht Prof. Dr. Robert Havemann aus der Mitgliederliste. „Das Korrespondierende Mitglied unserer Akademie, Herr Havemann, hat vielfach durch eigene oder durch von ihm verfaßte Publikationen in einer unserem Staat feindlichen Presse nicht nur die gebotene Loyalität bewußt verletzt, der jeder Wissenschaftler der Welt heute in erhöhtem Maße seinem Staate gegenüber unterliegt; er hat durch sein die Akademie und die DDR schädigendes Verhalten gegen die Pflichten des Bürgers eines sozialistischen Staates verstoßen.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 21. Januar 1948, 1. April 1950, 22., 23. und 24. März und 2. und 5. April 1966)

Pressemitteilung des SDS-Landesverbandes Berlin über den Ausschluß Prof. Dr. Robert Havemanns aus der Deutschen Akademie der Wissenschaften der DDR. „... Wir halten diesen Protest um so eher für gerechtfertigt, als wir in der Vergangenheit immer wieder gegen ähnliche Entscheidungen im westdeutschen Wissenschaftsbetrieb und besonders an der Freien Universität Berlin Stellung genommen haben.“

Der SDS-Bundesvorstand verschickt den vorläufigen Programm-vorschlag für den Kongreß „Vietnam — Analyse eines Exempels“ an alle SDS-Gruppen. (Vgl. Zeittafeldatum von Anfang Januar und 22. Mai 1966)

### 2. April 1966

Der AStA der FU erklärt in einer Presseerklärung, daß der mit „undemokratischen Mitteln erzwungene Ausschluß“ Prof. Dr. Havemanns aus der Deutschen Akademie der Wissenschaften der DDR ein Zeichen „billigen Freund-Feind-Denkens“ in der SED und der Akademie signalisiere.

### 2.—10. April 1966

„April-meeting“ in Belgrad. Für den AStA der FU nimmt stud. rer. nat. Peter Damerow teil. Die Belgrader Studentenvertreter erklären sich grundsätzlich bereit, die Kontakte zur FU zu intensivieren, z. B. durch Austausch von bilateralen Seminaren oder Austausch von Studiengruppen.

### 3. April 1966

Leserbrief des 1. AStA-Vorsitzenden Niels Kadritzke im „Tagesspiegel“ „Konstanz bietet mehr“ zum Weggang von Professoren aus Berlin. (Vgl. Zeittafeldatum vom 16. April 1966)

### Dok. 514

Berliner Landeskonferenz der „Sozialistischen Jugend — Die Falken“. Die große Mehrheit der Delegierten fordert in einer Resolution den sofortigen Abzug der US-Truppen aus Vietnam.

### 5. April 1966

Das Organ des Zentralkomitees der KPI spricht sich in der „Auseinandersetzung von Ideen“ gegen die „Anwendung von Verfolgungsmaßnahmen“ aus: „Auch wenn es im übrigen wahr wäre, daß in Havemanns Positionen positivistische Tendenzen zum Ausdruck kommen, kann das Problem nicht mit einer Verurteilung seiner Position von oben her gelöst werden.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 21. Januar 1948, 1. April 1950, 22., 23. und 24. März und 2. April 1966)

### 6. April 1966

Der „Chief of the United States Information Service“ in Berlin, Mr. E. E. Ramsaur Jr., lehnt die Einladung des SDS an den US Botschafter in der Bundesrepublik, Howard McGhee, ab. (Vgl. Zeittafeldatum vom 26. Februar 1966.) Das geplante Teach-in des SDS an der FU mit amerikanischen Professoren, Journalisten und Senatoren kommt nicht zustande. (Vgl. Zeittafeldatum vom 10. Mai 1966)

### 13. April 1966

In der „Sozialdemokratischen Wochenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur — VORWARTS“ kommentiert Helmut Lindemann den Beschluß des Akademischen Senats vom 16. Februar 1966 und den „Widerstand eines Teils — leider muß man sagen: der Mehrheit — der Professoren der Freien Universität gegen die politische Bildungsarbeit der Studenten“. Diese Haltung der Professorenmehrheit nennt Lindemann „schlicht reaktionär“.

### 14. April 1966

Abschlußbesprechung beim Senator für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Werner Stein, über den weiteren Ausbau der Universität mit Mitgliedern des Wissenschaftsrates. Nach Auffassung des Wissenschaftsrates können für den weiteren Ausbau bis 1970 allenfalls je Universität zehn bis fünfzehn neue Lehrstühle etabliert und je Fakultät höchstens zwei Schwerpunkte gebildet werden. Die von den Universitäten bis 1970 angemeldeten 2100 Lehrstühle bezeichnet der Wissenschaftsrat als unreal.

In Beantwortung des Schreibens von Prof. Dr. Helmut Gollwitzer gibt der Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, seiner Hoffnung Ausdruck, daß durch seine Erklärung vom 10. März 1966 „wieder die Basis einer Gemeinsamkeit zwischen Professoren und Studenten gefunden worden ist, und daß dem Rektor erspart bleibt, in der möglichst liberalen Handhabung seines Hausrechtes zwischen den Fronten zerrieben zu werden“. Zu den einzelnen Punkten verweist der Rektor auf die Aussprache in der für den 16. April 1966 geplanten Sitzung der Philosophischen Fakultät.

### 15. April 1966

Die Mitglieder des Zentralrates der FDJ, Günter Schneider und Horst Kapson verhandeln mit den stellvertretenden SHB-Bundsvorsitzenden Rainer Wirth und Wolfgang Lieb. Das Gespräch hat „informellen Charakter“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 27. April, 3. und 6. Mai, 8., 21. und 25./26. Juni 1966)

Der Parteivorstand der SPD benennt die SPD-Redner für die geplante SED-Veranstaltung in Karl-Marx-Stadt: Willy Brandt, Herbert Wehner und Fritz Erler. Die Diskussionsveranstaltung soll zwischen dem 9. und 13. Mai stattfinden. (Vgl. Zeittafeldatum vom 11. Februar, 18. und 26. März, 23. und 29. Juni 1966)

### 16. April 1966

Sitzung der Philosophischen Fakultät der FU. Der Rektor der FU stellt sich für den Tagesordnungspunkt 1 b „Stellungnahme sr. Magnifizenz zu den Vorfällen des WS 65/66“ für die gewünschte Aussprache über die vom Rektorat herausgegebene Dokumentation zur Verfügung. Bei der Diskussion kommt der Brief des AStA-Vorsitzenden Niels Kadritzke an den „Tagesspiegel“ vom 3. April 1966 zur Sprache. Der Dekan weist die Darstellung, daß es keinen Einfluß der Studentenunruhen auf die Berufungen und Abgänge der Professoren gebe, an Hand konkreter Fälle zurück. Bei der Diskussion über Artikel des „FU-SPIEGEL“ wird die Einrichtung eines Presseorgans der Hochschullehrer erwogen. Bezüglich des Kadritzke-Briefes beschließt die Fakultät einstimmig die Billigung der Tatsache, daß der Dekan es im Einklang mit der ihm obliegenden dienstlichen Schweigepflicht abgelehnt habe, ihm gegenüber von Fakultätsmitgliedern abgegebene Erklärungen in Personalfragen weiterzugeben.

Dok. 515

Der ehemalige 1. AStA-Vorsitzende Niels Kadritzke weist in einem Schreiben den Rektor auf einige Unrichtigkeiten und Ungenauigkeiten in der Dokumentation des Rektors hin. Die Argumente Kadritzkes sind

in die offizielle AStA-Erklärung eingegangen. (Vgl. Zeittafeldatum vom April 1966)

Kadritzke entschuldigt sich beim Rektor dafür, daß er den Eingang des Schreibens vom 16. Februar 1966 nicht bestätigt habe. Dieses Versäumnis sei ihm erst durch die Dokumentation bewußt geworden.

Gespräch zwischen dem Außenreferenten des AStA, stud. rer. nat. Peter Damerow, und dem 2. Vorsitzenden des VOV (Zusammenschluß der studentischen Fakultätsvertretungen in Prag). Die Gesprächspartner kommen überein, daß, nachdem die Interpretation des Vertrags vom 1. Mai 1965 durch den VDS auf der Heidelberger Mitgliederversammlung die Mitglieder des VOV stark befremdet habe und diese sich davon distanzieren, die in früheren Gesprächen vorgesehene Möglichkeit, über diesen Vertrag einfach hinwegzusehen, entfallen. Die Gesprächspartner einigen sich darauf, dem VOV und dem AStA folgende Möglichkeiten zur Diskussion zu stellen: 1. Abfassen eines neuen Vertrages mit den Punkten a) Ablehnung jeder propagandistischen Auswertung der studentischen Kontakte für Fragen der staatsrechtlichen Stellung West-Berlins. b) Die Anerkennung, daß der VOV und der AStA in sich entsprechende Organisationen seien und daher Vereinbarungen von ihnen getroffen werden könnten. c) Die konkreten Vorschläge der früheren Besprechungen. 2. Absenden eines Briefes des AStA an den VOV innerhalb kurzer Frist, der auf die vergangenen Gespräche Bezug nehmen soll, und die Bereitschaft zur Anerkennung der darin vereinbarten Prinzipien behandeln soll. (Vgl. Zeittafeldatum vom 1. und 18. Mai 1965, 12.—15. Februar und 14. Juni 1966)

### 19. April 1966

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der AStA-Vorsitzende, stud. jur. Knut Nevermann, verliest die Rücktrittserklärung von stud. phil. Volker Roeser als Beauftragter des AStA in der „Aktion Bildungswerbung in Berlin e. V.“.

Der AStA beschließt, „als Vorstufe zu einem größeren Austausch und zu weiteren Kontakten zwischen den Studenten „ein Seminar zwischen der FDJ-Kreisleitung Berlin (DDR) und dem AStA“ zu veranstalten.

### 20. April 1966

Ordentliche Sitzung des Akademischen Senats der FU. Der Akademische Senat beschließt mit 13:2:2 Stimmen, daß er nach der Erklärung des Rektors vom 10. März 1966, die nach Anhörung der Dekane zustande kam, und nach dem Brief des Senators für Wissenschaft und Kunst vom 21. März 1966 keinen aktuellen Anlaß sehe, erneut in eine Debatte über die Beschlüsse vom 16. und 18. Februar 1966 über die „Richtlinien“ einzutreten.

Eine Anregung der FDP, gemeinsam mit den anderen im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien eine Veranstaltungsreihe „Politiker antworten Studenten“ durchzuführen, soll in der Sitzung des Beirates für politische Bildungsarbeit am 22. April 1966 besprochen werden. Falls der Beirat beschließen sollte, die Veranstaltungsreihe nicht durchzuführen, solle auf das Angebot des Geschäftsführenden Direktors des OSI, sie vom OSI aus durchzuführen, zurückgegriffen werden.

Zu Tagesordnungspunkt 4 „Studentensport“ erscheinen als Gäste der Direktor des Instituts für Leibeserziehung, Dr. Peter Goedel, und der Sportreferent des AStA, stud. med. Uwe Aldag. Die Frage des freiwilligen Studentensports sei zwischen dem AStA und dem Institut für Leibeserziehung in der Weise gelöst worden, daß der AStA

den freiwilligen Studentensport unter Beratung und Betreuung des Instituts für Leibeserziehung weiter betreiben werde. Die Finanzierung des Wettkampfsports sei dem AStA nach seiner Auffassung aus eigenen Mitteln nicht möglich. Der Akademische Senat beauftragt den Rektor, mit dem Kurator und dem Senator für Wissenschaft und Kunst über Finanzierung des Wettkampfsports zu verhandeln. Zu den Beratungen sollen die Geschäftsführenden Direktoren der interfakultativen Institute und der Vorsitzende des Haushaltsausschusses hinzugezogen werden.

Zum Schreiben des Senators für Wissenschaft und Kunst vom 4. März 1966 betreffend Universitätsordnung soll gegen die Versagung der Änderung des § 15 aus Zweckmäßigkeitserwägungen Protest erhoben werden. Der Akademische Senat gibt dem Umbenennungsantrag des Senatsbeauftragten, des Senatsausschusses und des Sekretariats „für Abendveranstaltungen“ in Senatsbeauftragter usw. „für Erwachsenenbildung der Freien Universität Berlin“ statt und beschließt die Erweiterung des Ausschusses um ein ständiges Mitglied, das auf Vorschlag des Ausschusses aus dem Kreise der beteiligten Dozenten bestellt werden soll. Weiterhin soll der Ausschuß nach eigenem Ermessen Vertreter der Fakultät und der interfakultativen Institute mit beratender Stimme zu seinen Sitzungen zuziehen.

Zu der Besprechung vom 14. April 1966 beim Senator für Wissenschaft und Kunst mit Vertretern des Wissenschaftsrates beschließt der Akademische Senat auf Antrag des Rektors, eine Planungs- und Strukturkommission des Akademischen Senats einzusetzen, der ein Vertreter jeder Fakultät, der Kurator, der Vorsitzende des Haushaltsausschusses sowie ein Mitglied des Bauausschusses angehören sollen. Aufgaben der Kommission sollen sein: 1. Prüfung der Anmeldung der Fakultäten für die Planung bis 1970 und 2. Grundsätzliche Beratung der längerfristigen Universitätsplanung. Mitglieder (in der Sitzung vom 11. Mai 1966 bestätigt): Der Rektor als Vorsitzender, Prof. Dr. Wilhelm Maßhoff für die Medizinische Fakultät, Prof. Dr. Lukas Felix Müller für die Veterinärmedizinische Fakultät, Prof. Dr. Wilhelm Wengler für die Juristische Fakultät, Prof. Dr. Konrad Littmann für die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Prof. Dr. Richard von Kienle für die Philosophische und Prof. Dr. Karl Peter Grottemeyer für die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät sowie der Kurator Dr. Fritz von Bergmann.

#### 21. April 1966

Die Studentenvertretung der Juristischen Fakultät tritt wegen der grundsätzlichen Studienzeitbeschränkung auf neun Semester zurück. (Die Fakultät hatte mit Wirkung vom gerade begonnenen Sommersemester von 1966 an diese Studienzeitbegrenzung angeordnet.) Ein studentischer Sprecher weist auf einer Pressekonferenz daraufhin, daß diese generelle Verkürzung der Studienzeit um so bedauerlicher sei, als die Anforderungen in den juristischen Staatsexamina durch eine Reform des Juristen-Ausbildungsgesetzes erhöht worden sei. (Vgl. Zeittafeldatum vom 14. Februar und 23. April 1966)

Erklärung des AStA der FU zum Rücktritt der Studentenvertreter der Juristischen Fakultät. Der AStA unterstützt den Schritt, 1. weil die Verkürzung des Studiums nicht durch disziplinarische Maßnahmen, sondern nur durch Studienreform erreicht werden könne, 2. die Juristische Fakultät der FU im nächsten Semester mit nur 1650 Studenten (bei einer vom Wissenschaftsrat auf 1800 Studienplätze veranschlagten Kapazität) unter-

belegt sein werde, 3. die Maximaldauer von neun Semestern unter der vom Juristischen Prüfungsamt errechneten durchschnittlichen Dauer von 9,5 Semestern liegen würde und 4. die Fakultät das Repetitorienproblem vernachlässigt habe.

Der 1. AStA-Vorsitzende Knut Nevermann protestiert auf einer Pressekonferenz gegen die Wahl von Prof. Dr. Karl August Bettermann in den Beirat für politische Bildungsarbeit der FU durch den Akademischen Senat. Nevermann erklärt, daß „gerade Prof. Bettermann sich eindeutig gegen den politischen Bildungsauftrag der Universität ausgesprochen“ habe. (Vgl. Zeittafeldatum vom 23. Februar 1966)

Nevermann gibt bekannt, daß für das gerade begonnene Sommersemester 1966 die Beiträge für die studentische Krankenkasse von DM 23,75 auf DM 48,— erhöht worden sind. Dies sei trotz des entschiedenen Protests der Studentenvertretung geschehen.

Nevermann weist darauf hin, daß die durchschnittlichen Preise für Studentenzimmer zwischen DM 100,— und DM 130,— lägen. Das bedeutet, daß der Student von seinem Stipendium, das nach dem Honnefer Modell von DM 247,— auf DM 290,— erhöht worden ist, rund 40 % für die Miete bezahlen müsse. Nevermann erinnert daran, daß der VDS und die Westdeutsche Rektorenkonferenz während der V. Hochschulkonferenz eine Erhöhung des monatlichen Stipendienbetrages auf DM 350,— gefordert hatten. (Vgl. Zeittafeldatum vom 21.—24. Oktober 1965 und 23. Februar 1966)

Podiumsdiskussion der ESG zum Thema „Das Berliner Modell und das politische Engagement der Studentenschaft“. Referenten sind Dr. Jürgen Fijalkowski und Dieter Meichner (Autor des Romans „Die Studenten von Berlin“, Berlin 1953).

#### 21.—24. April 1966

Tagung der Autorengruppe „Gruppe 47“ in der Universität von Princeton. Die Tagung der Autorenvereinigung wird von der „Henry-Ford-Stiftung“ mit \$ 50.000.— mitfinanziert. 31 deutschsprachige Schriftsteller lesen aus ihren Werken. Mittelpunkt der Tagung ist ein Symposium „Der Dichter in der Wohlstandsgesellschaft“, an dem Günter Grass, Hans Magnus Enzensberger, Marcel Reich-Ranicki, Prof. Hans Mayer und Peter Weiss teilnehmen. Die Autoren können sich auf keine gemeinsame Erklärung über den amerikanischen Krieg in Vietnam einigen. Peter Weiss und Hans Magnus Enzensberger nehmen demonstrativ an einem studentischen Teach-in über Südostasien teil.

#### 22. April 1966

Sitzung des Beirates für politische Bildungsarbeit des Akademischen Senats der FU. Der Rektor Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber informiert über einen Vorschlag der FDP Berlin, Vertreter der drei großen Parteien Berlins regelmäßig zur Diskussion mit Studenten in Räumen der Universität einzuladen. Der Beirat beschließt, dieses Projekt weiter zu verfolgen.

Zu den Richtlinien des Akademischen Senats vom 16. Februar 1966 ist sich der Beirat einig, daß eine Grenzziehung zwischen Veranstaltungen politischen und wissenschaftlichen Charakters außerordentlich schwierig sei; inhaltlich wird keine Einigung erzielt. Es wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Kompetenzen des Beauftragten für politische Bildungsarbeit und die Stellung des Beirates klar zu umreißen.

Der Rektor bittet Prof. Dr. Fritz Borinski, das Amt des Beauftragten für politische Bildungsarbeit erneut zu übernehmen. Prof. Borinski erklärt sich bereit unter folgenden Bedingungen: 1. die materiellen Voraussetzungen zur Erfüllung des politischen Bildungsauftrages der Universität müßten erfüllt sein, 2. dies dürfe nur eine

kommissarische Übernahme bis zur baldestmöglichen Einarbeitung eines Nachfolgers sein, 3. die Auswahl eines qualifizierten Mitarbeiters als Nachfolger des ausscheidenden Geschäftsführers müsse durch ihn erfolgen, 4. es müßten geeignete Arbeitsräume für die Geschäftsstelle zur Verfügung gestellt werden. Der Rektor stimmt diesen Bedingungen zu, die Mitglieder des Beirates sprechen Prof. Borinski durch Akklamation ihr Vertrauen aus. Prof. Borinski dankt Prof. Dr. Kurt Sontheimer für seine geleistete Arbeit.

4. Ordentliche Sitzung des 18. Konvents der FU. (Der Hörsaal D des Henry-Ford-Baus steht dem Konvent bis 23.00 Uhr auf Antrag auch bis 1.00 Uhr zur Verfügung.) Der Vertreter der Studentenschaft im Verfassungsausschuß Peter Müller erklärt zur Abschaffung der §§ 26 und 27 der Universitätsordnung (vgl. Zeittafeldatum vom 16. Februar 1966), daß nach Rechtsauffassung der Studentenschaft der Senat ohne vorherige gemeinsame Beratung mit dem Konvent solche Beschlüsse, die die Universitätsordnung materiell verändern, nicht fassen dürfe. Der Verfassungsausschuß könne nicht als Gremium angesehen werden, wo der Senat und der Konvent gemeinsam beraten, da er als Vertreter der Studentenschaft nicht zu Beratungen hinsichtlich der Änderung der bestehenden Universitätsordnung ernannt worden sei, sondern nur im Hinblick auf Fragen einer zukünftigen neuen Universitätsverfassung und eines Universitätsgesetzes. (Der studentische Vertreter war nicht Mitglied des Verfassungsausschusses, sondern nur Gast mit beratender Stimme. (Vgl. Zeittafeldatum vom 20. Oktober 1965 und 13. Mai 1966) Im weiteren Verlauf der Debatte legt Peter Müller sein Amt als Vertreter der Studentenschaft im Verfassungsausschuß nieder und bittet, einen neuen Vertreter zu benennen. (Der Rektor hatte in einem Brief an den Konvent die Benennung eines neuen Mitglieds des Verfassungsausschusses gefordert, da Herr Müller nicht mehr Mitglied der FU ist.) Der AStA- und der Konvents vorsitzende werden einstimmig gebeten, die rechtliche Situation des Ausscheidens von Herrn Müller zu prüfen und gegebenenfalls gegenüber dem Rektor klarzustellen, daß die Benennung oder Abberufung von Vertretern der Studentenschaft in Beschlüssen oder Ausschüssen der FU allein den Organen der Studentenschaft zustehe. Als neues Mitglied wird vom AStA stud. phil. Ulf Kadritzke vorgeschlagen und vom Konvent bestätigt. Der Konvent bestätigt den Beschluß des Hauptausschusses vom 21. Februar 1966.

Zum 1. Konventsvorsitzenden wird cand. phil. Gert Börsen (SHB) gewählt. Der Konvent unterstützt den Rücktritt der Studentenvertreter der Juristischen Fakultät: 1. Durch das neue Juristische Ausbildungsgesetz (JAG) werde der Fächerkatalog erweitert und die Anzahl der Pflichten Scheine vermehrt. Das stehe im Gegensatz zu der von allen Fachgremien geforderten Konzentration des Studiums. 2. Die Fakultät sei mit Studenten unterbelegt, insofern sei keine Exmatrikulation notwendig. Die Maximaldauer des juristischen Studiums liege unter der durchschnittlichen Semesterzahl von 9,5 Semestern. 4. Da mehr als 90 % der Examenskandidaten zum Besuch außeruniversitärer Repetitorien auf eigene Kosten gezwungen seien, müsse sich die Universität um das Problem kümmern.

Der Konvent beschließt eine Stellungnahme zum politischen Mandat mit 30:6:4 Stimmen: Grundlage für die Beschlusskompetenz des Konvents sei der § 6 Absatz I der Satzung der Studentenschaft in dem es heißt, daß der Konvent grundsätzlich in allen die Studentenschaft an-

gehenden Fragen beschließe. Dies seien die in der Charta des VDS aufgeführten Rechte und Aufgaben. In der Charta des VDS, dessen Mitglied die Studentenschaft der FU ist, heißt es unter anderem: „... die Studentenschaft (ist) aufgefordert, Staat und Gesellschaft mitzugestalten. Daraus folgt ihre öffentliche Verantwortung und ihre gesellschaftliche Stellung, die ihr einen Raum politisch verantwortlichen Handelns zuweist.“ Insbesondere trete die Studentenschaft ein „... für die Freiheit der Meinungsäußerung, der Presse, der Versammlung, der Vereinigung und für die Freizügigkeit, für die Möglichkeit freier und gleichberechtigter politischer Betätigung, soweit die Grundrechte anderer nicht verletzt werden“.

Dok. 516

Zum Problem der studentischen Krankenversicherung (DSKV) beauftragt der Konvent den AStA, zu prüfen, 1. ob der Akademische Senat berechtigt sei, einen vom Standpunkt des Konvents abweichenden Beschluß in dieser Frage zu fassen und ob die Möglichkeit einer Rechtsaufsichtsbeschwerde bestehe, 2. ob ein Schadenersatzanspruch gegenüber der Universität durchzusetzen sei, 3. ob die Erhöhung der Beiträge verhindert oder verschoben werden könne. Der Senatsausschuß zur DSKV solle paritätisch mit Studenten und Professoren (jetzt nur Professoren) besetzt werden.

Die Deutsch-Israelische Studiengruppe (DIS) an der FU veranstaltet eine Diskussionsveranstaltung zum Thema „Deutsche und Juden — Philosemitismus in der Bundesrepublik“. Referentin ist Dr. Eleonore Sterling (Frankfurt/Main).

### 23. April 1966

„Der Tagesspiegel“ veröffentlicht einen Leitartikel zur Zwangsexmatrikulation an der Juristischen Fakultät der FU „Neun Semester zu wenig?“. „Das neue Semester an der Freien Universität Berlin hat mit einem Paukenschlag begonnen. Nach den Krisen in den vergangenen Semestern waren es diesmal die Studentenvertreter der allgemein als konservativ geltenden Juristischen Fakultät, die protestierend von ihren Posten zurückgetreten sind ...“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 14. Februar und 21. April, 24. Mai und 28. Juni 1966)

Landesparteitag der SPD in Berlin. Der Kreis Schöneberg bringt einen Antrag ein, in dem gefordert wird, alle SPD-Funktionäre, die sich an der Demonstration gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam beteiligt haben, „wegen ihres parteischädigenden Verhaltens aus ihren Parteiämtern abzuwählen“. Der Senator für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Werner Stein, wendet sich dagegen, daß durch einen solchen Landesparteitagsbeschluß „eine Gruppe der kollektiven Verfolgung“ ausgesetzt werden solle. Harry Ristock wirft dem SPD-Landesvorstand vor, eine „Schnüffelkommission“ eingesetzt zu haben, um gegen sozialdemokratische Teilnehmer an der Demonstration zu ermitteln. Dieses Vorgehen des Landesparteitagsvorstandes und den Schöneberger Antrag nennt Ristock „unwürdig“. Die Landesparteitagsdelegierten verweisen den Antrag mit großer Mehrheit als „Material“ an den Landesvorstand. (Vgl. Zeittafeldatum vom 5. Februar 1966)

Nach fast einjähriger Prozeßdauer (120 Verhandlungstage) verurteilt die Zweite Strafkammer des Landgerichts Münster Dr. Günther Weigand zu zwei Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe von DM 1100,—. Das Gericht rechnet auf die Strafe zehn Monate Untersuchungshaft und die Zwangsunterbringung in der Heilanstalt Eickelborn an. Dr. Weigand wird in mehr als zwanzig Fällen wegen „Beleidigung, übler Nachrede, falscher Anschuldigung, Widerstandes gegen die Staatsgewalt, Beamtennötigung und Verwahrungsbruch“ für schuldig befunden. Die Kosten des Verfahrens muß Dr. Weigand tragen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 27., 28. und 29. Januar, Februar, 4. und 25. Februar und 4. Mai 1965 und 2. Februar 1966)

„Immatrikulationsbier“ der RCDS-Hochschulgruppe an der FU mit Prof. Dr. Emil Dovifat als Gast.

## 26. April 1966

Der Landesverband Berlin im VDS und die Gewerkschaftliche Studentengemeinde (GSG) schließen sich zu einer „Aktion Bildungswerbung in Berlin“ zusammen. Für diese Aktion übernehmen der Senator für Schulwesen Karl-Heinz Evers (SPD) und der Vorsitzende des DGB Berlin Walter Sickert die Schirmherrschaft. Auf einer Pressekonferenz erklärt ein Sprecher der „Aktion Bildungswerbung in Berlin“, daß durch diese Aktion vor allem Kinder aus Arbeiter- und Angestelltenfamilien für den „Besuch weiterführender Schulen und die intensive Nutzung von anderen Bildungsangeboten wie Fortbildungskurse und Abendschulen“ geworben werden sollen. Obwohl Berlin im Vergleich zu anderen Bundesländern über eines der „modernsten Bildungssysteme“ verfüge, sei der Anteil von Kindern aus Arbeiterfamilien am Besuch weiterführender Schulen „im Vergleich zu ähnlich strukturierten Gebieten des Auslandes noch gering“. Die „Aktion Bildungswerbung für Berlin“ will besonders in den Bezirken Wedding, Neukölln, Kreuzberg und Tempelhof tätig werden. Der Sprecher erklärt, daß der Bezirk Wedding mit 6,8 % den niedrigsten Prozentsatz an Abiturienten habe. Im Gegensatz dazu machen im Bezirk Zehlendorf 28,4 % aller 19- bis 22-jährigen Einwohner das Abitur. Im Bezirk Neukölln sind es 7,4 % dieser Altersstufe, im Bezirk Kreuzberg 8,2 % und im Bezirk Tempelhof 8,3 %. An der Pressekonferenz nimmt der neugewählte 1. Vorsitzende des Landesverbandes Berlin im VDS, Ernst-Georg Schleifer (FU), teil. (Vgl. Zeittafeldatum vom 5. und 7./8. Mai 1966)

Die SHB-Hochschulgruppe an der FU veranstaltet eine Diskussion zum Thema „Das Berliner Modell“. Referenten sind der Senator für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Werner Stein (SPD), der Konventsvorsitzende Gert Börnsen (SHB) und Peter Müller (ESG).

## 26.—28. April 1966

Auf Einladung der „Association of American Universities“ (AAU) reisen der Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, der Direktor des John-F.-Kennedy-Instituts, Prof. Dr. Ernst Fraenkel und der Leiter der FU-Außenkommission, Dr. Horst W. Hartwich, nach Chicago. Prof. Lieber und Prof. Fraenkel halten Referate zu Problemen der Universitätsausbildung in der Bundesrepublik.

## 27. April 1966

Brief des Senators für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Werner Stein, an den AStA-Vorsitzenden Knut Nevermann. Der Senator bezieht sich auf seinen Brief an den AStA vom 21. April 1966 und erläutert noch einmal seine Auffassung über das materielle Prüfungsrecht des Rektors: die Zurverfügungstellung von Räumen könne studentischen Vereinigungen nicht verweigert werden, „wenn die geplante Veranstaltung einen ernsthaften Beitrag zu der der Universität gestellten Erziehungsaufgabe leistet und eine Störung der Akademischen Ordnung in der Universität nicht unmittelbar zu befürchten ist. Eine generelle Ablehnung der Bereitstellung von Räumen für politische Veranstaltungen ist daher nicht möglich.“ Dok. 517

Der Sekretär des Zentralrats der FDJ, Erich Rau, lädt den SHB-Bundesvorstand zu einem „Gegenbesuch“ nach Berlin (DDR) ein. (Vgl. Zeittafeldatum vom 15. April, 3. und 6. Mai, 8., 21. und 26. Juni 1966)

Veranstaltung der SHB-Hochschulgruppe an der FU zum Thema „Wie frei ist die Freie Universität?“ Referenten sind Niels Kadritzke, Rudolf Kollmann, Rainer Wirth und Andreas Wiesand.

## 28. April 1966

Auf seiner konstituierenden Sitzung mißbilligt der Kulturausschuß des Konvents mit 2:1:1 Stimmen die Absicht des Kulturreferenten des AStA, stud. phil. Hartmut Zinser, die Chanson-Sängerin Gisela May zu einer Veranstaltung in der Freien Universität Berlin einzuladen. Der Ausschuß „hält den Auftritt eines Künstlers, der sich

zustimmend zur Berliner Mauer geäußert hat, für unvereinbar mit unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 13. Mai 1966)

Die spanische Regierung schließt alle Fakultäten der Universität Barcelona und der Technischen Universität der Stadt auf unbestimmte Zeit. 15 000 Studenten in Katalonien treten in einen politischen Streik. 21 Dozenten, die sich schützend vor die streikenden Studenten gestellt haben, werden ihrer Ämter auf bestimmte Dauer oder für immer enthoben. Mehr als 200 Professoren, die sich ebenfalls mit den Forderungen der Studenten solidarisieren, fürchten weitere drakonische Maßnahmen der spanischen Regierung. Mehr als ein Dutzend Studenten werden von der Sicherheitspolizei festgenommen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 9. und 15. März und 27. Mai 1966)

## 29. April 1966

Jürgen Engert (Verantwortlicher Redakteur des „Abend“) veröffentlicht in der Wochenzeitschrift „Christ und Welt“ einen Artikel über das Wintersemester 1965/66 unter der Überschrift „Die zornigen Studenten von Berlin“. Engert schreibt: „In den Linksgruppen sind insgesamt nur etwa 400 von insgesamt 15 000 Studenten der FU aktiv. Aber sie geben in der Studentenvertretung den Ton an. Aus ihren Reihen rekrutieren sich die engagiertesten Verteidiger des ‚Berliner Modells‘, das für diese Studenten das Sinnbild einer Zeit ist, nach der sie sich zurücksehnen und die sie als Gegensatz der heutigen Wohlstands- und Konsumgesellschaft sehen.“

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der AStA beschließt einstimmig, stud. phil. Ulf Kadritzke als studentisches Mitglied im Verfassungsausschuß zu benennen. Der AStA betätigt einstimmig stud. phil. Hartmut Häußermann als Chefredakteur des „FU-SPIEGEL“. Der AStA beschließt, cand. med. Wolfgang Eckardt eine Aufwandsentschädigung für seine Tätigkeit in der psychotherapeutischen Beratungsstelle und den Sexual-Kolloquien für das Wintersemester 1965/66 in Höhe von DM 240,— zu zahlen. Ab Sommersemester 1966 sollen die Studenten cand. med. Hubert Bacia und cand. med. Wolfgang Eckardt eine monatliche Vergütung von je DM 100,— erhalten (einstimmiger Beschluß).

Aus dem Rektorat werden Vorschriften für die Plakatierung von Veranstaltungen studentischer Gruppen für den Henry-Ford-Bau bekannt: 1. es darf nur jeweils ein Plakat für eine Veranstaltung ausgehängt werden. 2. es dürfen keine Veranstaltungen angekündigt werden, die nicht im Henry-Ford-Bau stattfinden. 3. die Plakate dürfen die Größe DIN A 2 nicht überschreiten. Die Hauptanschlagtafel, die sich vorher vor dem Auditorium maximum befand, ist unter der Freitreppe des Henry-Ford-Baus aufgestellt worden.

Der Rechnungsprüfungsausschuß des Berliner Abgeordnetenhauses kritisiert, daß die FU vor einiger Zeit zwar die ihr zustehenden Gelder fristgerecht abrief, die gesamten Gelder aber nicht sofort ausgab und schließlich einen Betrag von 6,5 Millionen DM auf einem Festgeld-Konto deponierte. Der Rechnungshof erklärt, daß Sparen sei zwar zweifellos eine höchst lobenswerte Sache — aber nicht dann, wenn der Geldempfänger Zinseinnahmen zu Lasten des Geldgebers, d. h. des Landes Berlin erziele.

Der bayerische Kultusminister, Dr. Ludwig Huber (CSU) legt im Bayerischen Ministerrat einen Entwurf eines Bayerischen Hochschulgesetzes vor. Dieser verabschiedet die Vorlage und leitet sie dem Senat und Landtag zu. (Vgl. Zeittafeldatum vom 6. Juli 1966)

## 30. April 1966

Immatrikulationsteil der GSG zum Thema „Bildungswerbung in Berlin“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 26. April 1966)

## Mai 1966

In der Mai-Nummer 51 veröffentlicht der „FU-SPIEGEL“ eine Rezension der Anglistik-Hauptvorlesung

von Prof. Dr. Rolf Kaiser „Geschichte der englischen Sprache“ sowie einen Leserbrief von Prof. Kaiser, der die Vorlesungskritik als „arrogant“ und „wissenschaftlich ahnungsloses Produkt“ von „anonymen Schmierfinken“ bezeichnet. (Vgl. Zeittafeldatum vom 27. Mai 1966)

Dok. 518 und Dok. 519

Der „FU-SPIEGEL“ meldet, daß Prof. Ludwig von Friedeburg einen Ruf an die Universität Frankfurt/Main angenommen habe.

### 1. Mai 1966

In den „Mitteilungen für Dozenten und Studenten“ wird die am 8. Dezember 1965 vom Akademischen Senat der FU beschlossene und am 1. April 1966 in Kraft getretene „Disziplinarordnung für Studenten der Freien Universität“ veröffentlicht.

Dok. 520

Auf einer gemeinsamen Sitzung des SDS-Bundesvorstandes, des SHB-Bundesbeirats und des SHB-Vorstands in Frankfurt/Main teilt der 1. SDS-Bundesvorsitzende Helmut Schauer den SHB-Delegierten mit, daß sowohl der SDS-Landesverband Berlin wie auch die SDS-Hochschulgruppen Köln und Tübingen gegen die Bedingungen des SHB-Bundesvorstandes vom 5. März 1966 seien. Diese Gruppen seien nicht bereit, dem Kongreß „Vietnam — Analyse eines Exempels“ einen „rein wissenschaftlichen Charakter“ zu geben und auf „jede demonstrativ-öffentliche Kundgebung“ zu verzichten. Außerdem habe der „für die Vietnam-Politiker führende Landesverband Berlin“ aufgrund von innerverbandlichen Diskussionen seit der Berliner Demonstration gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam am 5. Februar 1966 ein alternatives Programm für den Kongreß entwickelt. Schon deshalb müsse der SDS-BV alle Bedingungen des SHB-BVs als „praktisch unrealistisch“ zurückweisen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 5. März, 2., 4., 5., 19. und 22. Mai 1966)

### 2. Mai 1966

Beschluß der Medizinischen Fakultät der FU, mit sofortiger Wirkung eine auf drei Semester befristete Zulassung einzuführen.

Nach drei Semestern muß der Student das Vorphysikum bestanden haben, um für weitere vier Semester zugelassen zu werden. Wenn er nach diesem Abschnitt das Physikum abgelegt hat, erfolgt eine weitere Zulassung für sieben Semester für den klinischen Teil des Studiums. Die bestehenden Immatrikulationen werden in befristete umgewandelt. (Der Fakultät hatte man zur Auflage gemacht, möglichst alle Studienbewerber zuzulassen.)

Im ersten Studienabschnitt sind von der befristeten Zulassung 11 Studenten betroffen, die die vorgesehene maximale Studiendauer bis zu neun Semestern überschritten haben; im zweiten Studienabschnitt sind 43 Studenten mit Überschreitungen bis zu fünfzehn Semestern, im dritten Studienabschnitt vier Studenten bis zu vierzehn Semestern Überschreitung betroffen.

Die Studenten werden aufgefordert, sich zur Prüfung zu melden oder unter Angabe von Gründen für die weitere Verlängerung die Zulassung zu beantragen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 17. und 24. Mai und 19. Juni 1966)

In einer Stellungnahme zur befristeten Immatrikulation an der Medizinischen Fakultät betonen der studentische Zulassungsreferent cand. med. Frieder Großkraumbach und die Fakultätssprecherin cand. med. Regine Herrmann, daß die befristete Immatrikulation in keiner Weise als Beitrag zur Studienreform gewertet werden könne, da jedoch an der Medizinischen Fakultät gewährleistet sei, daß ein bindender Studien-Stundenplan ein „planloses ‚Studieren‘“ während der ersten Semester verhindere (im Unterschied zur Philosophischen Fakultät),

handle es sich um „eine notwendige und derzeit praktikable Möglichkeit, um unsere Fakultät von einem Studentenüberhang zu befreien“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 5. Mai 1966)

Dok. 521

Der studentische Zulassungsreferent der Medizinischen Fakultät, Großkraumbach, unterstützt die befristete Zulassung außerdem in einem eigenen Memorandum unter bestimmten Voraussetzungen als „beste Lösung“.

Dok. 522

Der SHB-Bundesbeirat und -Bundesvorstand beschließen auf einer Sitzung in Würzburg, nicht als „Mitveranstalter“ des Frankfurter Kongresses „Vietnam — Analyse eines Exempels“ aufzutreten. Gleichzeitig beschließt der SHB-BV, die Kosten für das bereits gedruckte Aufklärungsmaterial zu übernehmen und „alle Gruppen“ auf den Kongreß aufmerksam zu machen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 5. März, 1., 4., 5., 19. und 22. Mai 1966)

Die erste Sitzung des SDS-Arbeitskreises „Die Entwicklung zur formierten Gesellschaft und Formen politischer Praxis“ des Berliner Landesverbandes findet im Care-Haus statt. Arbeitskreisleiter sind Rudi Dutschke, Hans Hameister und Götz Schmidt. Ungefähr 150 SDS- und Argument-Club-Mitglieder nehmen an dem Arbeitskreis teil.

Dok. 523

### 3. Mai 1966

Prof. Dr. Hans Herzfeld versucht im Studentendorf der FU eine Bestandsaufnahme der Universitätstage 1966 zu ziehen: „Universitätstage 1966: Universität und Nationalsozialismus — Ergebnis und Aufgabe für die FU“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 19. bis 21. Januar 1966)

Der SHB-Bundesvorstand bestätigt das Schreiben des Zentralrates der FDJ vom 27. April 1966 und nimmt die Einladung an. Folgende Vertreter des SHB werden an dem Gespräch teilnehmen: Der Bundesvorsitzende Christian Zöpel, der stellvertretende Bundesvorsitzende Rainer Wirth und der Leiter des „Außenpolitischen Ausschusses“ Klaus Kochmann. (Vgl. Zeittafeldatum vom 15. und 27. April und 6. Mai 1966)

### 4. Mai 1966

Stellungnahme der Studentenvertretung Vorklinik zur Einführung der befristeten Zulassung an der Medizinischen Fakultät der FU. Darin heißt es, Verantwortung für die längeren Studienzeiten trüge:

„Allgemein:

a) Mangelnde Koordination und Konzentration von Stoff und Lehrplan,

b) Unzureichende finanzielle Unterstützung sozial bedürftiger Studenten,

c) Verbesserungswerte Didaktik in Büchern und Lehrveranstaltungen,

d) Zu kurze Semester, besonders das Sommersemester.

Speziell (Auswahl):

e) Der zweite Lehrstuhl für Physiologische Chemie ist seit fünf Jahren zwar bewilligt, aber immer noch unbesetzt.

f) Der Lehrstuhl für Biophysik wird seit Jahren nicht bewilligt, die vorhandenen Räumlichkeiten werden nicht ausgenutzt.

g) Auch in Zukunft werden die Hörsäle überfüllt sein: in Botanik z. B. theoretisch um 100 %.“

Der AStA der FU beschließt, für die nächsten Universitätstage 1967 das Thema „Die Universität in der Reform“ vorzuschlagen.

Der SDS-Bundesvorstand teilt im Rundschreiben Nr. 5-1965/66 den SDS-Hochschulgruppen mit, daß der Bundesvorstand des SHB „in einem nunmehr bereits weitgediehenen Stadium der Vorbereitung seine Zusage zurückgezogen hat, mit uns gemeinsam den Kongreß ‚Vietnam — Analyse eines Exempels‘ zu veranstalten“. Der SDS-Bundesvorstand sei — wie vom SHB ge-



fordert — grundsätzlich bereit gewesen, „Vertreter der Bundesparteien und der USA-Regierung“ in die Diskussionen einzubeziehen. Wie von uns erwartet, haben sich diese inzwischen als diskussionsunwillig erwiesen und ihre Teilnahme abgesagt.“ Daraufhin habe der SHB-Bundesvorstand unter dem Druck seiner Landesverbände Hamburg, Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen sich gegen eine geplante „Internationale Schlußkundgebung“ ausgesprochen. (Der SDS-Bundesvorstand lehnte diese neue Bedingung als „unakzeptabel“ ab, woraufhin der SHB-Bundesvorstand seine Zusage, als Mitveranstalter aufzutreten, zurückzog, jedoch die Kosten für bereits gedruckte Plakate übernahm.) Der SDS-Bundesvorstand appelliert an alle Landesverbände, die Position des SDS auf dem Kongreß „genau herauszuarbeiten“. Als Reaktion auf die Position des SHB- und LSD-Bundesvorstands erklärt der BV: „Gerade weil wir den Kongreß nun alleine tragen, müssen wir die größten Anstrengungen unternehmen, organisatorisch und politisch, damit der Kongreß in der Teilnehmerzahl und Repräsentativität möglichst stark wird.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 1. Oktober, 4. und 13.—17. Dezember 1965, Januar, 2.—6. und 5. März, 1. April, 1., 4., 5., 9. und 22. Mai 1966)

Diskussionsabend des LSD im Henry-Ford-Bau mit Sebastian Haffner (Stern) zum Thema „Maos Strategie — oder: kann der Vietcong gewinnen?“

Immatrikulationstee der DIS zum Thema „Beziehungen zwischen israelischen und deutschen Studenten — Aufgaben und Möglichkeiten der DIS nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen“. Referent ist Peter Müller (DIS, ESG).

SDS-Jour Fixe zu Frantz Fanons Buch „Von der Gewalt — über revolutionäre Theorien aus der Dritten Welt“. (Vgl. Zeittafeldatum vom August 1965)

#### 5. Mai 1966

Über 400 Professoren der Bundesrepublik appellieren an den 7. ordentlichen Bundeskongreß des DGB sowie an die Gewerkschaft der Polizei, bei der konsequenten Ablehnung jeder Notstandsgesetzgebung zu bleiben. Der Marburger Soziologe Prof. Dr. Heinz Maus übergibt die Gesamtliste der Unterzeichner dem DGB-Bundesvorstand. Zu den Unterzeichnern gehören namhafte international bekannte Wissenschaftler aller Fakultäten. (Vgl. Zeittafeldatum vom 9. bis 14. Mai 1966)

Dok. 524

4. ordentliche Sitzung des 18. Konvents der FU. Der Konvent enthebt cand. med. Frieder Großkraumbach aller Ämter, da dieser zusammen mit der studentischen Sprecherin der Medizinischen Fakultät, cand. med. Regine Herrmann, die „Zwangsexmatrikulation“ an der Medizinischen Fakultät unterstützten. (Der Mißtrauensantrag gegen diese wird wegen Abwesenheit vertagt.)

Der Konvent nimmt den Antrag des AstA an, in dem der Beschluß der Medizinischen Fakultät, ab Wintersemester 1966/67 die befristete Zulassung einzuführen, „aufs Schärfste“ mißbilligt wird. Trotz einiger Ansätze zur Schaffung neuer Arbeitsformen (z. B. Department-System am Physiologischen Institut) müsse auf folgende Mängel, die zur Studienzeitverlängerung beitragen, aufmerksam gemacht werden: „1. mangelnde Koordination und Konzentration von Stoff und Lehrplan, 2. schlechte Didaktik bei Lehrveranstaltungen, 3. fehlende Praktikumsplätze, 4. unzureichende finanzielle Unterstützung sozial bedürftiger Studenten, 5. unbesetzte Lehrstühle (Physiologische Chemie und Biophysik). Die befristete Zulassung trifft damit nicht die Ursache, sondern nur ein Symptom der Überfüllung.“

Der Konvent empfiehlt auf Vorlage des Satzungs- und Geschäftsordnungs-Ausschusses dem Akademischen Senat die Zulassung des „Arbeitskreises sudetendeutscher Studenten“.

Prof. Dr. Wilhelm Weisedel fordert während eines Vortrages auf einer Veranstaltung der HSU zum Thema „Freiheit und Ordnung an der Freien Universität“ im Auditorium Maximum

der FU den Akademischen Senat auf, die „Größe und Souveränität“ zu zeigen, 1. die Richtlinien „ausdrücklich zurückzunehmen“, 2. „den ehemaligen Senatsbeauftragten für politische Bildung, Prof. Sontheimer, wieder in sein Amt einzusetzen“ und 3. „Dr. Krippendorff sobald als möglich wieder in seine frühere akademische Stellung“ zurückzuberufen. Die FU müsse endlich einen „Großen Senat“ erhalten, dem der Rektor der FU verantwortlich sein soll. (Vgl. Zeittafeldatum vom Januar 1966 und 19. Juni 1967). Außerdem müsse endlich inhaltlich der Gedanke einer Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden“ verwirklicht werden. Unter lebhaften Beifall erklärt Prof. Weisedel: „Soviel Freiheit wie möglich und soviel Ordnung wie unbedingt nötig für die FU“.

Vgl. Dok. 525

Die GSG an der FU und TU führt im Heim des Ringes politischer Jugend eine gemeinsame Gruppenhauptversammlung durch. Tagesordnungspunkte sind: Aktion Bildungswerbung in Berlin; Informationsveranstaltungen und Aktionen gegen die Notstandsgesetze; das kommende Semesterprogramm und ein Bericht des 1. Vorsitzenden der FU-Gruppe Bernd Bensch zum Thema „Die Auswirkungen der neuen ‚FU-Krise‘“. Außerdem referiert der 1. Landesvorsitzende der GSG-Berlin, Ulrich Krömer, über „Internationale Begegnungen“ in England und Polen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 26. April und 7./8. Mai 1966)

Der SDS-Landesvorstand Berlin kritisiert in einer Stellungnahme das geplante Programm des Kongresses „Vietnam — Analyse eines Exempels“: „Wir sind, ebenso wie der BV der Meinung, daß die Opposition in der BRD und Westberlin über ein Engagement in der Vietnam-Frage zu integrieren sei. Im Gegensatz zu der BV sind wir aber der Meinung, daß die Integration der Opposition nicht mittels immanenter Kritik an den Verletzungen bürgerlicher Normen in Vietnam geschehen kann; so sind zum Beispiel die Themen wie ‚Politische und juristische Probleme des Vietnam-Krieges (Selbstbestimmungsrecht, internationale Abkommen etc.)‘ nur geeignet, den wirklichen Prozeß (Emanzipation der ‚Dritten Welt‘ kontra ‚Formierung‘) zu verschleiern, den objektiven Prozessen nicht adäquat zu beschreiben und damit der Tendenz der Formierung Vorschub zu leisten.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom Anfang Januar, 26. Februar, 4., 8. und 9. Mai 1966)

Dok. 526

#### 6. Mai 1966

1. Gespräch zwischen Vertretern des Zentralrates der FDJ und dem Bundesvorstand des SHB im Haus des Zentralrates der FDJ in Berlin-DDR. Teilnehmer sind der 1. Sekretär des Zentralrates der FDJ Erich Rau, das FDJ-Mitglied Horst Kapson, der 1. Bundesvorsitzende des SHB Christian Zöpel, der stellvertretende Bundesvorsitzende des SHB Rainer Wirth und der Leiter des „Außenpolitischen Ausschusses des SHB-Bundesvorstandes“ Klaus Kochmann. Es werden zwei gemeinsame Seminare vereinbart. Die „Gesamtteilnehmerzahl sollte sich auf hunderte Personen“ erstrecken. Das erste Seminar soll vom 24. bis 26. Juni 1966 in der Bundesrepublik Deutschland stattfinden zum Thema „Deutschland — gestern, heute, morgen“. Das zweite Seminar vom 12. bis 14. August 1966 in der DDR zum Thema „Politische Bildung und politisches Engagement der Studenten in der Gesellschaft“. Die Vertreter des Zentralrates der FDJ und des SHB-Bundesvorstandes vereinbaren, daß erst nach „einer weiteren Aussprache“ die „Veröffentlichung eines Kommuniqués über die Gespräche zwischen dem Zentralrat der FDJ und dem Bundesvorstand des SHB“ erfolgen soll. (Vgl. Zeittafeldatum vom 25. und 27. April, 3. und 8. Mai, 8., 21. und 25./26. Juni 1966)

RCDS-Veranstaltung für Neuimmatrikulierte Studenten mit Stadtrund- und Sektorengrenzfahrt.

Veranstaltung des „Koordinierungsausschusses — Notstandsgesetzgebung“ mit Rechtsanwalt Heinrich Hannover (Bremen). Die Veranstaltung findet im ÖTV-Haus in der Joachimstaler Straße 20 statt. Folgende Gruppen rufen in einem gemeinsamen Flugblatt (Auflage ca. 16 500) zur Veranstaltung auf: Argument-Club, DIS, ESG, GSG, HSU, LSD, SDS, SHB, Falken, HU und die „Kampagne für Abrüstung“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 9. bis 14. Mai, 16. Juni und 20. und 30. Oktober 1966)

## 7./8. Mai 1966

Die Korrespondenten der Süddeutschen Zeitung in Bayern, Berlin, Hessen, Nordrhein-Westfalen, dem Saarland, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Hamburg und Bremen untersuchen ausführlich, inwieweit Georg Pichts Alarmruf über „Die deutsche Bildungskatastrophe“ der Situation in den einzelnen Bundesländern gerecht wird.

Wochenendseminar des AStA der FU für neuimmatriulierte Studenten zum Thema „Modell Berlin“. Referenten sind: der Senatspräsident beim Bundesverwaltungsgericht Helmut R. Külz „Geschichte und Rechtslage Berlins“, Ulf Kadritzke (SHB) „Geschichte der Freien Universität“ und Wolfgang Nitsch (SDS) „Vorlesungsrezension als Hochschulpolitik“. Außerdem diskutieren Konventsabgeordnete über „Die letzten anderthalb Jahre“. Anschließend an das Wochenendseminar findet eine Stadtrundfahrt durch beide Teile Berlins statt.

Der Landesverband Berlin im VDS und die GSG veranstalten ein zweitägiges Arbeitsseminar zum Thema „Aktion Bildungswerbung in Berlin“. Referenten sind Prof. Dr. Friedrich Edding (TU, FU), Prof. Dietrich Goldschmidt (Direktor am Institut für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft) und Dr. Wolfgang Edelstein. Die Teilnehmer des Seminars erklären in einer Schlußresolution, daß jede Werbung für den Besuch weiterführender Schulen stets eine Verbesserung des bestehenden Schulsystems im Auge haben müsse, denn ohne eine gleichzeitige Reform der Ausbildungsgänge kann die Bildungswerbung möglicherweise eher zu schnellen Enttäuschungen als zu langfristigen Erfolgen führen. „Noch immer hinkt das Bildungssystem der Bundesrepublik hinter der Entwicklung in den anderen Kulturnationen nach. Prof. Edding erklärt: „Selbst bei sehr großen Anstrengungen werden wir drei Jahrzehnte brauchen, um die heute schon bestehenden Abstände aufzuholen.“ Den Schulreformern in der BRD wird empfohlen, ihr besonderes Augenmerk auf die Bildungsbarrieren zu richten, die heute noch den Bildungswillen großer Bevölkerungsgruppen einschränken. So sei die Sprache des Lehrers für Kinder aus der Arbeiterklasse oft eine „Fremdsprache“, weil die in ihrem Elternhaus übliche Ausdrucksweise sich nicht zur Darstellung abstrakter differenzierter Argumente eignet. Als Ausweg aus der herrschenden „Bildungs- und Schulmisere“ schlagen die Referenten vor, das bisherige „Statische Schulsystem durch eine differenzierte Schule“ abzulösen. Der VDS-Landesverband Berlin und die GSG wollen neben der Werbung für den „Besuch der bestehenden Bildungseinrichtungen“ das Interesse der Arbeiterfamilien auch „für eine wissenschaftlich fundierte Schulreform“ wecken. (Vgl. Zeitafeldatum vom 26. April 1966)

## 8. Mai 1966

In einer gemeinsamen Erklärung des SDS, SHB, LSD und der HSU an den 7. ordentlichen Bundeskongreß des DGB in Berlin fordern die politischen Studentenverbände den DGB auf, bei seiner Ablehnung der verfassungsändernden Notstandsgesetzgebung zu bleiben: „Nur durch ein Zusammenwirken von Gewerkschaften und Intellektuellen kann ein Angriff auf das Grundgesetz durch die Notstandsgesetze verhindert werden.“ (Vgl. Zeitafeldatum vom 9. bis 14. Mai 1966)

Das Marburger Mitglied des SDS-Bundesvorstandes Frank Deppe diskutiert mit dem Berliner SDS-Landesvorstand die Berliner Stellungnahme vom 5. Mai 1966. Die Diskussion ergibt Einigkeit in drei allgemeinen Feststellungen: über die Bedeutung einer Imperialismus-Analyse für die Schaffung sozialistischen politischen Bewußtseins, über die Unmöglichkeit prinzipieller Ablehnung von Gewalt für die Befreiungskämpfe der Dritten Welt und über die politische Funktion einer „schlechten Identifikation“ mit den kämpfenden Nationen der Dritten Welt.

Im Anschluß an dieses Gespräch diskutiert der Landesvorstand die Verabschiedung eines SDS-Flugblattes „INFORMATIONEN ÜBER VIETNAM UND LÄNDER DER DRITTEN WELT Nr. 1“. (Das Flugblatt war von einer Redaktion von acht SDS-Mitgliedern, die alle namentlich unterzeichnen, vor-

bereitet worden. Die meisten der Unterzeichner hatten entweder im Arbeitskreis „Marxismus“ oder „Südvietnam“ mitgearbeitet und gehörten zu den an der Plakataktion vom 3. zum 4. Februar 1966 Beteiligten.) Der SDS-Landesvorstand und der Landesbeirat beschließen die Verteilung des Flugblattes für den nächsten Tag.

Frank Deppe informiert noch am selben Abend den SDS-Bundesvorsitzenden Helmut Schauer, der sich sofort mit dem Berliner Landesvorstand telefonisch in Verbindung setzt. Schauer erklärt, falls das Flugblatt verteilt werde, sehe sich der BV schließlich doch zu organisatorischen Maßnahmen gezwungen. Aufgrund dieser Intervention wird für den 9. Mai 1966 eine außerordentliche Sitzung des Landesvorstandes und des Landesbeirates des Berliner SDS einberufen. (Vgl. Zeitafeldatum vom Anfang Januar, 26. Februar und 22. Mai 1966)

## 9. Mai 1966

1. außerordentliche Vollversammlung der Juristischen Fakultät der FU im Sommersemester 1966. Die Vollversammlung beschließt „einmütig“, die Aufhebung der Zwangsexmatrikulation nach neun Semestern zu beantragen. (Vgl. Zeitafeldatum vom 10. und 24. Mai 1966) Vgl. Dok. 527

Der AStA richtet einen offenen Brief an den 7. ordentlichen Bundeskongreß des DGB zur Mitbestimmungsdiskussion und zur geplanten verfassungsändernden Notstandsgesetzgebung: „Die Bemühungen der Gewerkschaften um einen Ausbau der Mitbestimmung der Arbeitnehmer findet unser besonderes Interesse, da wir uns im Kampf um eine demokratische Universitätsverfassung, die das derzeitige hierarchische Gliederungsprinzip ablösen soll, in einer ähnlichen Auseinandersetzung wie die Gewerkschaften befinden.“ Der AStA gibt der Hoffnung Ausdruck, der 7. ordentliche Bundeskongreß möge zu der vom 6. ordentlichen Bundeskongreß (22.—27. Oktober 1962) in Hannover beschlossenen Ablehnung der Notstandsgesetze stehen. Der AStA erklärt, daß durch die verfassungsändernden Notstandsgesetze „insbesondere auch eine Beeinträchtigung der Freiheit von Forschung und Lehre“ zu befürchten sei.

Außerordentliche Landesvorstands- und Landesbeiratssitzung des SDS Berlin. Es wird beschlossen, die „INFORMATIONEN ÜBER VIETNAM UND LÄNDER DER DRITTEN WELT Nr. 1“ am 10. Mai herauszugeben und sich gegen die vom SDS-Bundesvorstand angedrohten „administrativen Maßnahmen“ zu verwahren und die „Streitfragen nicht autoritativ, sondern mittels Diskussion zu klären“. Der bisherige Landesvorsitzende Gerald Scheidler tritt auf dieser Sitzung zurück, da er in der Frage der Herausgabe der „INFORMATIONEN ...“ überstimmt wird.

„Einführungsabend“ der SHB-Hochschulgruppe an der FU „Der SHB stellt sich vor“. Referent ist Dr. Karl Fritz Heise.

## 9.—14. Mai 1966

7. ordentlicher Bundeskongreß des DGB in Berlin. Die rd. 1400 Delegierten und Gäste reagieren mit Gemurmel und Zischen auf die Rede des Bundespräsidenten Dr. Heinrich Lübke, der erklärt, die Botschafter der drei Westalliierten würden „im Ernstfall die ihnen zustehenden Rechte nach Konsultation mit der Bundesregierung für sich beanspruchen“, falls es nicht zu einer vom Bundestag beschlossenen Notstandsgesetzgebung kommen sollte. Die drei Botschafter könnten dann die Bundesregierung ermächtigen, die „notwendigen Maßnahmen zu treffen“. Das würde bedeuten, daß aller Wahrscheinlichkeit nach ohne Parlament gehandelt werden müßte. Deshalb wäre es unverständlich, auf eine vom Bundestag verabschiedete Notstandsgesetzgebung zu verzichten und „im Ernstfall alles auf uns zukommen zu lassen“. Der Regierende Bürgermeister Willy Brandt erklärt in seiner Begrüßungsrede: Ob es in einem Lande wirklich demokratisch zugehe, könne man daran erkennen, wie unbequem freie Gewerkschaften einer Regierung werden dürfen.

Mit 251 gegen 182 Stimmen lehnt der 7. ordentliche Bundeskongress nach einer mehrstündigen Debatte jede „verfassungsändernde Notstandsgesetzgebung und die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht“ ab. Der Kongress bekräftigt die 1962 auf dem DGB-Kongress in Hannover gefaßten Beschlüsse zur „Notstands- und Notdienstgesetzgebung“ und die „Entschlossenheit der Gewerkschaften, die Grundrechte und die Prinzipien des Grundgesetzes gegen jeden Angriff zu verteidigen“. „Die Gewerkschaften lehnen auch weiterhin jede Notstandsgesetzgebung ab, welche die demokratischen Grundrechte einschränkt, besonders das Versammlungs-, Koalitions- und Streikrecht der Arbeitnehmer und ihrer gewerkschaftlichen Organisationen bedroht.“ Außerdem protestiert der Kongress in dem von der Industriegewerkschaft Metall vorgelegten Antrag E 16 sogenannten „Schubladenverordnungen“, da dies ein Verfahren sei, das sich „außerhalb der Verfassung bewegt“.

#### 10. Mai 1966

„Die Welt“ veröffentlicht einen Artikel über die Vollversammlung in der Juristischen Fakultät am 9. Mai 1966: „Ein normal begabter Student muß mit neun Semestern auskommen“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 9. Mai 1966)

Dok. 527

Das SDS-Flugblatt „INFORMATIONEN ÜBER VIETNAM UND LÄNDER DER DRITTEN WELT Nr. 1“ wird vom SDS-Landesverband Berlin an der FU und TU verteilt. (Das Flugblatt war ursprünglich als Vorbereitung für das geplante Teach-in mit Mitgliedern der amerikanischen Regierung und namhaften Gegnern der amerikanischen Intervention in Vietnam konzipiert worden.) (Vgl. Zeittafeldatum vom 26. Februar und 6. April und 11. Mai 1966)

Dok. 528

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der AStA bestätigt die Arbeit der Hochschulreferentin stud. phil. Gerda Struck in Ost-Berlin im Rahmen des FDJ-Seminars (2 Enthaltungen). Der AStA wird den Konvent und Egon Bahr über das Seminar informieren. Der AStA Vorsitzende Knut Nevermann legt einen Briefentwurf an den Senator für Wissenschaft und Kunst vor, in dem die Rechtsaufsichtsbeschwerde über die Richtlinien des Akademischen Senats vom 16. Februar 1966 zurückgenommen werden soll. Nevermann begründet, daß sie keine Funktion habe, weil Senator Stein nicht anders entscheiden würde als in dem vorherigen Briefwechsel angedeutet sei. Es wird ihm entgegengehalten, daß nicht einzusehen sei, warum der AStA seine Rechtsposition aufgeben sollte, außerdem könne die Rücknahme der Rechtsaufsichtsbeschwerde vor der Studentenschaft nicht vertreten werden. Der AStA beschließt, seine Rechtsaufsichtsbeschwerde nicht zurückzuziehen. Weiterhin beschließt der AStA, Franz Josef Strauß für eine Veranstaltung zu gewinnen.

Der Berliner Landesverband des SDS veranstaltet einen Informationsabend für „Freunde und Förderer“ des SDS. Thema „Thesen zu Frantz Fanons Analyse der Situation in der (neo-)kolonisierten Welt“. In der Diskussion argumentiert besonders Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim gegen die These, daß die Intellektuellen in den Metropolen durch „schöpferische Tätigkeit“ sich auf die Seite der Revolutionäre in der Dritten Welt stellen könnten.

Vortrag von Prof. Dr. Richard Löwenthal im Studentendorf der FU zum Thema „Universität und politische Bildung“. Prof. Löwenthal bekräftigt ausdrücklich — unter Zischen und Protesten der anwesenden Studenten — das Recht des Rektors der FU, politische Veranstaltungen dann nicht in den Räumen der Universität zu gestatten, wenn die Gefahr bestehe, daß die Veranstaltungen lediglich der Agitation und Emotion dienen. Andererseits betont Prof. Löwenthal, daß „eine Universität ohne Politik undenkbar ist, ja, daß sie dann zu einem Sammelorium von Fachschulen wird, wenn sie sich ausschließlich auf Lehren und Lernen beschränkt.“ Er weist diese Aufgabe jedoch der „politischen Bildung“ und der „politischen Wissenschaft“ zu. Es müsse die „grundsätzliche Spannung zwischen politischer

Betätigung und dem wissenschaftlichen Anspruch“ einer Universität berücksichtigt werden. „Politische Ziele“ könnten nur mit Mitteln der Macht erreicht, „wissenschaftliche Erkenntnisse“ dagegen nur in „kritisch-rationaler Diskussion“ erarbeitet werden. Aus diesem Grund müsse sich politische Bildung und politische Stellungnahme in der FU nach den innerhalb der Universität geltenden Regeln richten. Deshalb muß der Rektor der FU jede Veranstaltung, die den „Boden kritischer Diskussionsbereitschaft“ verlasse, sich also auf die „Erzeugung von Gefühlen“ verlege und die Mittel der Agitation verwende, verbieten.

Podiumsdiskussion der ESG im Henry-Ford-Bau zum Thema „Hören — Verstehen — Reden: Ungehorsam ist erste Christenpflicht“. Diskussionsteilnehmer sind Bürgermeister Heinrich Albertz (SPD), Prof. D. Martin Fischer und Prof. Dr. Kurt Sontheimer.

#### 11. Mai 1966

Ordentliche Sitzung des Akademischen Senats der FU. Der Antrag des studentischen Sprechers cand. med. Frieder Großkraumbach, die Raumvergaberichtlinien vom 16. Februar 1966 erneut auf die Tagesordnung zu setzen, wird mit 14 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Die Universität Princeton verleiht dem amerikanischen Präsidenten Lyndon B. Johnson die Würde eines Ehrendoktors der Rechte. In seiner Dankesrede kritisiert Johnson die intellektuellen Kritiker der amerikanischen Vietnam-Politik in Europa und den USA: Es gehe beim Engagement der US-Army in Südostasien darum, „das Prinzip der Freiheit der Wahl gegen den Zwang durchzusetzen, den Schwachen gegen den Starken und Aggressiven ebenso zu verteidigen, wie das Recht einer jungen und schwachen Nation, sich frei von Eingriffen ihrer Nachbarn zu entwickeln, und einem, wenn auch unerfahrenen Volk die Fähigkeit zu erhalten, eine Gesellschaftsordnung in Übereinstimmung mit seiner Tradition, Werten und Bestrebungen aufzubauen, auch wenn wir selbst diese nicht wählen würden“. Diesen Zielen, denen im allgemeinen auch Männer der geistigen Welt zustimmen und dienen, seien auch die „Studierenden“ verpflichtet: es sei Aufgabe der Studenten, „leidenschaftlos die Folgen eines Aufgebens dieser Ideale zu überprüfen... Denn das Tragen eines akademischen Talars verpflichte dazu, ohne Vorurteil und ohne Klischee die Wahrheit zu erforschen, selbst wenn die Ergebnisse dieser Suche nicht mit den eigenen Ansichten übereinstimmen.“ Dies erwarte er von den Studenten und Professoren, „die wie wir angesichts der sich aus der Macht der Vereinigten Staaten ergebenden Verpflichtungen besorgt sind — Verpflichtungen, die wir nicht gesucht haben, denen wir aber auch nicht ausweichen können.“ Präsident Johnson kritisiert Senator William Fulbrights Buch „Die Arroganz der Macht“ und erklärt: „Für die Vereinigten Staaten hat die Anwendung von Macht in diesem Jahrhundert nicht Arroganz, sondern Qual bedeutet.“ Außerdem müßten die Intellektuellen begreifen, daß „der Preis, den jeder innerlich beteiligte Mann, sei er Politiker oder Professor, für seinen Anteil an der Macht im Atomzeitalter zahlt, ein schlechtes Gewissen ist.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 17. April, 15./16. Oktober, 27. November und 1. Dezember 1965 und 22. Mai 1966)

Immatrikulationsveranstaltung des Berliner SDS zum Thema „Redneraustausch zwischen SPD und SED — Hannover und Karl-Marx-Stadt — Neue Möglichkeiten oder Farce?“

Außerordentliche SDS-Bundesvorstandssitzung in Frankfurt/Main. Nach mehrstündiger Diskussion faßt der SDS-Bundesvorstand mit 4 gegen eine Stimme (Rudi Dutschke) folgenden Beschluß: Der BV ist der Ansicht, daß das Flugblatt des Berliner Landesverbandes die „Durchführung wie die politische Effektivität des Vietnam-Kongresses ernsthaft in Frage stellt und der bisherigen Vietnam-Politik des Verbandes wie vor allem aber auch der Berliner (siehe Brief an McGhee) widerspricht“. Außerdem kritisiert der BV, daß durch die Veröffentlichung des Flugblattes der Verband „vor vollendete Tatsachen gestellt wird“ und die „innerverbandliche Diskussion und deren Verbindlichkeit in so eklatanter Weise verletzt wird, daß angenommen werden muß, daß es sich hier um eine bewußte Aktion handelt, die andere verbandsschädliche Aktionen (Plakat-

aktion vom 3. zum 4. Februar 1966) bewußt fortsetzt“. Der BV will erst nach der außerordentlichen Mitgliederversammlung des Berliner SDS am 18. Mai 1966 über „das Problem des Ausschlusses der Verantwortlichen der Flugblattaktion endgültig beschließen“. Der BV erklärt sich außerdem „nunmehr nicht mehr bereit, mit dem Landesverband noch über Veränderungen des Vietnam-Kongresses zu verhandeln“, da das Flugblatt ja inzwischen verteilt worden sei.

### 12. Mai 1966

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der AStA-Vorsitzende Knut Nevermann berichtet über ein Gespräch mit dem Senatsbeauftragten für politische Bildungsarbeit Prof. Dr. Fritz Borinski als Nachfolger für den Redakteur der „Fragen der Politik und Bildung“ (14tägig erscheinendes Gesamtverzeichnis aller Vorträge, Wochenendseminare und Arbeitskreise für Hörer aller Fakultäten), Dr. Farkas haben sich Peter Müller und U. Kefler beworben. Prof. Borinski habe erklärt, er werde wahrscheinlich Herrn Kefler vorschlagen, da er befürchte, daß gegen Herrn Müller aufgrund seines Artikels im „Tagesspiegel“ über Prof. Bettermann Bedenken bestünden.

Rundbrief des SDS-Landesverbandes, in dem zu einer außerordentlichen Landesvollversammlung am 18. Mai 1966 eingeladen wird.

#### Dok. 529

Die Frankfurter SDS-Gruppe fordert auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung den Bundesvorstand auf, sich mit politischen Begründungen vom Inhalt des Flugblattes vom 10. Mai 1966 des Berliner Landesverbandes zu distanzieren. Die Frankfurter Gruppe fordert eine „allgemeine Diskussion im Verband über die mit dem Flugblatt zusammenhängenden Fragen, insbesondere über die Möglichkeiten einer effektiveren Opposition in der Bundesrepublik gegen den imperialistischen Krieg der USA in Vietnam“. Eine „Suspension“ der für das Flugblatt „verantwortlichen Genossen“ sei nur dann gerechtfertigt, wenn diese sich der „innerverbandlichen Diskussion ihrer politischen Vorstellungen entziehen“.

### 13. Mai 1966

5. ordentliche Sitzung des 18. Konvents der FU. Der AStA-Vorsitzende berichtet über den Richtlinienstreit. Der Konvent beschließt: „Er beurteilt die Richtlinien als einen schweren Angriff auf die satzungsmäßigen Rechte der Studentenschaft. Er ist der Ansicht, daß das gestörte Vertrauensverhältnis nur wiederhergestellt werden kann, wenn der Akademische Senat die Richtlinien sobald wie möglich förmlich zurücknimmt.“ Der studentische Sprecher im Akademischen Senat soll einen dementsprechenden Antrag stellen. Eine Kontrolle des Rektors über studentische Veranstaltungen erübrigt sich wegen der demokratischen Struktur der Studentenvertretung und des satzungsmäßigen Zulassungsverfahrens für studentische Vereinigungen.

Der AStA-Vorsitzende bezeichnet die Stellung von stud. phil. Ulf Kadritzke im Verfassungsausschuß des Akademischen Senats als die eines „ständigen Gastes“. Die Senatssprecher werden beauftragt, einen Antrag auf Mitgliedschaft eines vom Konvent genannten Vertreters im Verfassungsausschuß im Akademischen Senat einzubringen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 20. Oktober 1965 und 22. April 1966)

Der Kulturreferent des AStA, stud. phil. Hartmut Zinser, äußert sein Mißfallen über die durch den Kulturausschuß erfolgte Mißbilligung der Einladung an die Chansonsängerin Gisela May (DDR). (Vgl. Zeittafeldatum vom 28. April 1966)

### 14. Mai 1966

Die Vollversammlung des Wissenschaftsrates verabschiedet die „Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums an den wissen-

schaftlichen Hochschulen“. Die „Empfehlungen“ enthalten in Teil A „Aufgaben der wissenschaftlichen Hochschule“ eine Analyse der gegenwärtigen Situation der Wissenschaft in der Gesellschaft und die daraus folgenden Prinzipien für die Bestimmung des Studienziels. Der Wissenschaftsrat wendet sich gegen eine Trennung von Forschung und Lehre. Die Ursachen für die „gegenwärtige Bedrängnis der Hochschulen“ sieht der Wissenschaftsrat „im wesentlichen in drei Gruppen“:

a) die steigende Nachfrage nach wissenschaftlicher Ausbildung: von 1950/51 bis 1964/65 habe sich die Zahl der Studierenden mehr als verdoppelt. „Über das bloß quantitative hinaus sind die steigenden Studentenzahlen ein nachdrücklicher Hinweis auf tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen in einer Gesellschaft, in der Bildung auf allen Stufen ein Grundrecht aller ist, habe Studium und akademische Bildung aufgehört, das Privileg einer relativ kleinen Schicht zu sein.“

b) die fortschreitende Spezialisierung und Differenzierung der Forschung. Es gäbe Gebiete, in denen der Forscher nicht mehr in der Lage sei, einen anderen Bereich seines Faches sachkundig zu beurteilen. Zugleich wachse die Bedeutung von Problemen, „die nur in der Zusammenarbeit verschiedener Disziplinen ... ausreichend erforscht werden könnten. ... Die herkömmlichen Grenzen zwischen Fach- und Gegenstandsbereichen beginnen, fließend zu werden.“

c) Die Vermehrung und qualitative Veränderung der Aufgaben, die eine Ausbildung an wissenschaftlichen Hochschulen verlagern: „herkömmliche Berufsbilder verlieren an Bedeutung, zugleich müssen in Staat und Gesellschaft Aufgaben erfüllt werden, für die es an den Hochschulen noch keine angemessenen Ausbildungsmöglichkeiten gibt.“

Für die konkrete Bestimmung des Ausbildungsziels „zeichnen sich deutlich zwei extreme Positionen ab. Nach der einen muß es das Ziel der wissenschaftlichen Hochschule sein, die Studenten zur selbständigen Mitwirkung in der Forschungsarbeit zu bringen, nach der anderen kann die Ausbildungsfunktion für die weitaus überwiegende Mehrzahl der Studenten nur darin bestehen, sie aus wissenschaftlicher Grundlage mit den für ihren Beruf nötigen Kenntnissen zu versehen“. Die Hochschule könne dem Studenten eine „als Vorrat für ein ganzes Leben ausreichende wissenschaftliche Ausbildung selbst bei noch so langer Studienzeit nicht verschaffen“. Es sei deshalb auch der Kontakt von im Beruf stehenden Absolventen der wissenschaftlichen Hochschulen zur Wissenschaft in Form eines „Kontaktstudiums“ nötig.

In Teil B „Die Gliederung des Studiums“ verarbeitet der Wissenschaftsrat Maßnahmen aus der Reformpraxis der Hochschulen zu einer wissenschaftspolitischen Konzeption: er schlägt folgende Gliederung der Ausbildungsfunktion der Hochschulen vor: „Das Studium für alle Studenten, das mit einer die Berufsfähigkeit bestätigenden Prüfung abschließt,

ein Aufbaustudium für Studenten, die an der Forschung interessiert und für sie befähigt sind,

ein Kontaktstudium, das als Angebot an im Beruf stehende Absolventen der wissenschaftlichen Hochschulen diesen die Möglichkeit geben soll, ihre wissenschaftliche Ausbildung in Abständen aufzufrischen und entsprechend dem Stand der Forschung zu ergänzen.“

Im einzelnen geht der Wissenschaftsrat auf die Organisation des Studiums (individuelle Beratung, kleine Gruppen, Studienpläne, Zwischenprüfung, Begrenzung des Lehrstoffes, Begrenzung der obligatorischen Lehrveranstaltungen, Studium und praktische Ausbildung), auf den Abschluß des Studiums (exemplarische Prüfung, schriftliche Hausarbeit bzw. experimentelle Arbeit, philosophische und pädagogische Prüfung für Lehramtskandidaten) und die Dauer des Studiums (Grundkenntnisse, Studienaufenthalt im Ausland und Hochschulwesen, Fakultäts- und Studienfachwechsel) ein. Für die Mehrzahl der Disziplinen könne eine Regelstudienzeit von 8 Semestern Maximaldauer vorgesehen werden. Das „Studium für alle Studenten“ solle so eingerichtet werden, daß „möglichst geringe Reibungsverluste entstehen und sein wissenschaftlicher Charakter von vornherein gewährleistet ist“. Dies Studium solle von individueller Studienberatung begleitet werden. „Die Zahl der Teilnehmer an Proseminaren, Seminaren und entsprechenden Lehrveranstaltungen sollte so beschränkt werden, daß die Mitarbeit für jeden Studenten möglich wird.“ Die

Fakultäten sollten für die einzelnen Fächer Studienpläne ausarbeiten, die Studenten über „Anlage und Aufbau des Studiums orientieren und ein Verzeichnis der obligatorischen Lehrveranstaltungen enthalten“. Eine „Zwischenprüfung, die der Kontrolle und der Selbstkontrolle des Studenten dient und das Anfangsstudium mittelbar steuert“, solle zwischen der 1. und 2. Phase des Studiums durchgeführt werden. Als Abschluß sieht der Wissenschaftsrat das Staatsexamen, das Diplomexamen oder das Magisterexamen vor.

(Vgl. Zeittafeldatum vom 30. Oktober 1962, 24. Februar, 14. und 15. Juni und 5. Juli 1966 und 5. Februar 1967)

#### 15. Mai 1966

Die studentischen Beisitzer im Disziplinausschuß der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät, Reinhard Brettel und sein Vertreter, legen ihre Ämter nieder. Sie protestieren gegen die neue Disziplinarordnung vom 1. April 1966. (Vgl. auch 25. Mai 1966)

Der RCDS-Bundesvorstand begrüßt in einer Presseerklärung „Die Bemühungen der SPD um eine öffentliche Auseinandersetzung mit der SED“.

#### 16. Mai 1966

Das Nachrichtenmagazin „DER SPIEGEL“ veröffentlicht ein Interview mit Prof. Dr. Kurt Sontheimer.

Die SHB-Gruppe an der Frankfurter Universität verteilt ein Flugblatt, in dem sie die Studenten zum Kongreß „Vietnam — Analyse eines Exempels“ aufruft und die Entscheidung des SHB-Bundesvorstandes vom 2. Mai 1966, sich nicht offiziell zu beteiligen, kritisiert.

#### 16.—21. Mai 1966

Offener Aufstand buddhistischer Einheiten des 1. südvietnamesischen Armeekorps in Da Nang und Hue gegen die südvietnamesische Militärregierung unter Ministerpräsident Nguyen Cao Ky. Buddhistische Mönche, Soldaten und Studenten stürmen in Hue das amerikanische Informationsbüro und stecken es in Brand. Pro-amerikanische Einheiten der ersten südvietnamesischen Division übernehmen den militärischen Schutz des US-Konsulats. Nguyen Cao Ky fordert den obersten regulären Führer der Buddhisten, Thich Tinh Khiet, auf, die buddhistischen Demonstranten aus den besetzten Pagoden zu weisen oder die Mönche aufzufordern, die Pagoden zeitweilig zu verlassen, damit regierungstreue Truppen militärisch gegen die Aufständischen vorgehen könnten. Alle entstehenden Schäden an den Pagoden würden von der Regierung ersetzt werden. Thich Tinh Khiet lehnt diese Aufforderung ab.

Ky setzt den Kommandeur des ersten Korps, General Ton That Dinh, ab und ersetzt ihn durch den katholischen General Huynh Van Cao. (Vgl. Zeittafeldatum vom 29. Mai und 1. Juni 1966)

#### 17. Mai 1966

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der AStA-Vorsitzende Knut Nevermann berichtet, Frau Dr. Sengpiel beim Senator für Wissenschaft und Kunst habe mitgeteilt, der Brief des AStA bezüglich der Rechtsaufsichtsbeschwerde werde „auf Eis gelegt“.

Vollversammlung der Medizinischen Fakultät der FU zum Problem der befristeten Zulassung im Großen Hörsaal des Physiologischen Instituts. Es sprechen: Prof. Dr. Hans Joachim Dulce, Prof. Dr. Ernst Schütte, Prof. Dr. Ernst von Hervath, der Dekan der Medizinischen Fakultät Prof. Dr. Wilhelm Maßhoff und der stellvertretende Sprecher der Fachschaft Vorklinik Winfried Pittner. Von den etwa 800 Medizinstudenten wird folgender Antrag bei elf Gegenstimmen und neun Enthaltungen angenommen: „Die Studentenschaft der Medizinischen Fakultät spricht sich gegen die befristete Zulassung in der Form, in der sie von der Hohen Fakultät beschlossen worden ist, aus.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 2. Mai und 19. Juni 1966) Dok. 530

Vortrag von Prof. Dr. Kurt Sontheimer im Studentendorf der FU zum Thema „Kehrt der Nationalsozialismus wieder?“

#### 18. Mai 1966

Außerordentliche Landesvollversammlung des Berliner SDS. Der bisherige 1. Landesvorsitzende Gerald Scheidler begründet seinen Rücktritt.

Anschließend halten Jürgen Horlemann und der 1. Bundesvorsitzende Helmut Schauer Referate zur Lage des SDS.

Dok. 531 und Dok. 532

Anschließend lehnt die außerordentliche Landesvollversammlung mit knapper Mehrheit den Antrag des BV ab, die Redaktion der „INFORMATIONEN ...“ neu zu wählen. Der Alternativantrag, daß die bisher verantwortlichen sieben Redaktionsmitglieder durch vier weitere ergänzt werden sollen, wird mit Mehrheit angenommen. Es wird jedoch nur ein SDS-Mitglied, das dem Flugblatt ablehnend gegenübersteht, in die erweiterte Redaktion gewählt. Daraufhin gibt der 1. Bundesvorsitzende Helmut Schauer eine Erklärung ab: In der „unreflektierten „Rücksichtslosigkeit“, mit der die Mehrheit vorgegangen sei, „spiegle sich erneut die Neigung, der innerverbandlichen Diskussion auszuweichen“. (Vgl. Zeittafeldatum vom Anfang Januar, 26. Februar, 8., 10., 11. und 23. Mai 1966)

#### 19. Mai 1966

Der „verlag neue kritik“ veröffentlicht im Auftrag des SDS-Bundesvorstandes eine 77seitige Broschüre zum Frankfurter Kongreß „Vietnam — Analyse eines Exempels“ von Kurt Steinhaus (SDS-Gruppe Marburg) mit dem Titel „Vietnam — zum Problem der kolonialen Revolution und Konterrevolution“.

Der SHB-Bundesvorstand macht seine Absage vom 2. Mai 1966 rückgängig und teilt dem SDS-BV mit, daß der SHB-Vorsitzende Christian Zöpel zu Beginn des Kongresses „Vietnam — Analyse eines Exempels“ ein Grußwort halten wird. (Vgl. Zeittafeldatum vom 5. März, 1., 2., 4., 5. und 22. Mai 1966)

#### 20. Mai 1966

Sitzung des Länderausschusses der Westdeutschen Rektorenkonferenz zu Fragen der Lehrerbildung, der Vereinheitlichung der Vorlesungszeit, der Mindestunterrichtsstunden und der Studienreformempfehlungen.

#### 21. Mai 1966

„Die Welt“ veröffentlicht einen Artikel „FU-Institute im flexiblen Bausystem“.

Dok. 533

#### 21./22. Mai 1966

Gemeinsames Wochenendseminar der Katholischen Studentengemeinde (KSG) und der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) zum Thema „Sexualität und Liebe“. Referent ist Prof. Dr. Max P. Engelmeier (Direktor der psychiatrischen Klinik in Essen).

#### 22. Mai 1966

Studentenkongreß „Vietnam — Analyse eines Exempels“ in der Frankfurter Universität. Hauptreferent ist Prof. Dr. Herbert Marcuse. (Vgl. Zeitgenössischer Kommentar)

Am Nachmittag tagen vier Arbeitsgruppen: 1. Politische und juristische Probleme des Vietnam-Krieges, 2. Innere Ursachen der vietnamesischen Revolution, 3. Außenpolitische Aspekte des Vietnam-Konflikts, 4. Vietnam und die Bundesrepublik. Referenten sind Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, Heinz Abosch, Conrad Ahlers, Prof. Dr. Norman Birnbaum, Dr. Bo Gustafsson, Frank Déppe, Rüdiger Griepenburg, Prof. Dr. Jürgen Habermas, Dr. Arno Klönne, Prof. Dr. Herbert Marcuse, Dr. Oskar Negt, Theo Pirker, Helmut Schauer und Kurt Steinhaus. Auf der internationalen Schlußkundgebung sprechen der britische Unterhausabgeordnete Konny Zillacus (Labour), der französische Journalist Claude Bourdet, Heinz Brandt (IG Metall), Marcello Inghilesi (Italien) und der SDS-Bundesvorsitzende Helmut Schauer. Die mehr als 2200 Professoren, Gewerkschaftler und Studenten nehmen fast einstimmig eine Schlußerklärung an. (Vgl. auch Zeittafeldatum vom 17./18. Februar 1968)

Dok. 534

### 23. Mai 1966

123. Sitzung des Kuratoriums der FU. Der Kurator legt eine Übersicht über die entstandenen finanziellen Aufwendungen für Neuberufungen und erfolgreiche Bleibeverhandlungen während des Rechnungsjahres 1965 sowie eine Liste der vakanten Lehrstühle vor.

Er weist darauf hin, daß die Berufungen bei den medizinisch-naturwissenschaftlichen Disziplinen wesentlich teurer seien als den geisteswissenschaftlichen Disziplinen und daß für Bleibeverhandlungen wesentlich weniger aufgewendet werde als für Neuberufungen (ein Beschluß wird nicht gefaßt).

Das John-F.-Kennedy-Institut der Freien Universität Berlin erhält von der „Ford-Foundation“ eine Spende von \$ 350 000,—.

2. Sitzung des westeuropäischen Studentenkomitees für den Frieden in Vietnam in Frankfurt/Main. Die anwesenden Delegierten aus 18 Verbänden kommen überein, eine internationale Korrespondenz herauszugeben, um gemeinsame Aktionen gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam zu koordinieren. Außerdem sollen internationale Seminare über theoretische Probleme der Dritten Welt veranstaltet werden. (Vgl. Zeitafeldatum vom 26./27. Februar 1966)

Die beiden Bundesvorsitzenden des SDS Helmut Schauer und Hartmut Dabrowski erklären ihren Rücktritt. Als Begründung geben sie an, im Berliner Landesverband finde eine Entwicklung statt, „die auf Zerstörung des SDS in seiner bisherigen Form aus ist“. Da ein Ausschluß der derzeit in Berlin führenden Tendenz, die Spaltung des Verbandes zur Folge habe, „diese Tendenz aber die Spaltung will“, sehe sich der BV nicht mehr in der Lage, seine politische Konzeption aufrecht zu erhalten. (Vgl. Zeitafeldatum vom 27. und 29. Mai 1966)

„Offener Abend“ der KSG zum Thema „Springer, Augstein, Nannen — wer hat die Macht in der Presse?“. Referent ist Dr. Alfred Jauch.

Gemeinsame Diskussionsveranstaltung von ESG, RCDS, SHB und der Fachschaft Politologie im OSI zum Thema „Totalitarismus und Kommunismus — Entwicklungen und Tendenzen in östlichen Systemen“. Referent ist Dipl.-Soz. Martin Jänicke.

### 24. Mai 1966

Die kirchliche Hochschule (KiHo) weicht ihr neues Hörsaalgebäude ein.

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der Außenreferent, stud. phil. Michael Mohs, berichtet über den Plan eines Projektes Ferienhochschulkurs zum Thema „Künstlerische Ausdrucksformen der Gegenwart in Deutschland“ und über den vom Akademischen Außenamt der FU verwalteten Etatposten für die Durchführung von Ferienhochschulkursen in Höhe von DM 100 000,—. Die Zuweisungen auf diesen Posten sollen seit 1963 jährlich an die FU erfolgt sein, ohne daß das Außenamt die Gelder sachgerecht verwaltet hätte.

Dok. 535

Außerordentliche Sitzung des 18. Konvents der FU. Der Konvent beschließt auf Antrag des AStA eine Urabstimmung der Studentenschaft zur Frage der Zwangsexmatrikulation und befristete Zulassung über den Antrag: „Die Studentenschaft der Freien Universität Berlin lehnt jede Form von Zwangsexmatrikulation an ihrer Universität ab.“ (Vgl. Zeitafeldatum vom 14. Februar und 28. Juni 1966)

Der Konvent mißbilligt die Abweisung des von der Vollversammlung der Juristischen Fakultät vom 9. Mai 1966 beschlossenen Antrags durch die Juristische Fakultät. Die an Richtlinien nicht gebundene Ermessensfreiheit des Zulassungsausschusses impliziere ein hohes Maß an Rechtsunsicherheit.

Es wird ein Gremium zur Unterstützung des AStA bei der Vorbereitung der Urabstimmung gewählt: Hans-

Jürgen Baumgart, Maria Bloch, Michael Fromm, Marianne Henkel, Wolfgang Lefèvre, Gunter Schulze-Fröhlich, Till Wilsdorf.

Ein Mißtrauensantrag gegen den AStA wegen der Sympathieerklärung für den DGB-Kongreß in Berlin, auf dem die Notstandsgesetzgebung abgelehnt wurde, wird abgelehnt.

Der Konvent spricht sich gegen die im Memorandum des Rektorats zur Zulassung studentischer Vereinigungen vorgeschlagene ersatzlose Streichung der §§ 26 und 27 der Universitätsordnung aus: Da in § 32 der Satzung der Studentenschaft ein Zulassungsverfahren und die Förderung würdiger Vereinigungen vorgesehen sei, die Satzung der Studentenschaft nach § 22 der Satzung der FUB Bestandteil der Universitätssatzung sei, dagegen die Universitätssatzung der Satzung im Range nachstehe, bedürfe eine Änderung des Zulassungsverfahrens zunächst einer Änderung der Satzung der Studentenschaft. Der Konvent gibt seinem Erstaunen Ausdruck, daß der Akademische Senat ein solch rechtswidriges Verfahren eingeschlagen habe, und dem Konvent zumuten wolle, am Abbau studentischer Rechte mitzuwirken. (Vgl. Zeitafeldatum vom 13. Juni 1966) Die studentischen Sprecher im Akademischen Senat werden beauftragt, „zusammen mit der Forderung nach Zurücknahme der Richtlinien des Akademischen Senats vom 17. 2. 1966 die Wiedereinsetzung von Prof. Sonthimer als Senatsbeauftragter für politische Bildungsarbeit zu fordern“.

Vortragsveranstaltung des „Collegium Politicum“ zum Thema „Das Unbehagen an der Bonner Demokratie“. Referent ist Dipl.-Pol. Heinrich Lummer (CDU).

### 25. Mai 1966

Der Rektor teilt in Übereinstimmung mit dem Akademischen Senat dem Vorsitzenden des Konvents mit, daß er in der geplanten Urabstimmung einen Verstoß gegen die Satzung der Studentenschaft erblicke. Er weist dabei auf die Möglichkeit anderer Formen der Meinungsbildung hin.

Ein Sprecher des Rektorats der FU teilt dem AStA mit, daß die geplante Urabstimmung „natürlich nur eine Demonstration sein kann. Eine Revision der Beschlüsse der Fakultäten ist dadurch nicht möglich.“ Die Studentenvertretung der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der FU beschließt, keine studentischen Beisitzer für den Disziplinarausschuß vorzuschlagen. (Vgl. Zeitafeldatum vom 4. November 1966)

Ordentliche Sitzung des Akademischen Senats der FU. Der Akademische Senat konstatiert, daß unter Berücksichtigung der durch das vom Abgeordnetenhaus am 17. März 1966 verabschiedete Hochschullehrerbesoldungsgesetz eingetretenen Änderung des Hochschullehrergesetzes vom 21. Januar 1963 die vorläufige Ordnung der Mitwirkungsrechte der Hochschullehrer nach § 3 lit. f) so anzuwenden sei, daß je ein Vertreter aus der Gruppe der akademischen Räte und Oberräte, aus der Gruppe der beamteten Assistenten und Oberassistenten und aus der Gruppe der beamteten Rektoren der Fakultätsvertretung angehören. § 4 Abs. 2 sei dahin zu interpretieren, daß die Angehörigen der Gruppe der Akademischen Räte und Oberräte und der beamteten Assistenten und Oberassistenten ihre Vertreter für die Fakultätsvertretung in getrennten Wahlversammlungen wählen. Der Akademische Senat beauftragt den Verfassungs- und Rechtsausschuß, dem Akademischen Senat Vorschläge zu unterbreiten, ob und in welchem Umfang

vom kommenden Universitätsjahr an die Akademischen Räte und andere Gruppen auch im Akademischen Senat vertreten sein sollen oder müssen.

Der Rektor teilt mit, daß er den Konventsbeschluß vom 24. Mai 1966 über „die Durchführung einer Urabstimmung zur Frage der Zwangsexmatrikulation“ der Rechtsaufsichtsbehörde unterbreiten werde, weil er den Beschluß für satzungswidrig halte.

Der vom studentischen Sprecher stud. phil. Peter Dehn vorgebrachte Hinweis, daß die Studentenvertreter der Juristischen Fakultät und der Medizinischen Fakultät von den Dekanen teilweise nicht gehört, teilweise unter Druck gesetzt worden seien, wird vom Rektor und von den Dekanen der Juristischen und der Medizinischen Fakultät energisch zurückgewiesen. Auf Anforderung von Prof. Ernst E. Hirsch nimmt Dehn seine Behauptung zurück mit der Begründung, daß er sie nicht beweisen könne.

Im Speisesaal der Peking University bringt eine Gruppe von sieben Studenten und Professoren gegen ein bestehendes Verbot des Rektors eine große rote Wandzeitung an. Die Unterzeichner gehören der Philosophischen Fakultät an und werfen dem Rektor und dem ersten Parteisekretär der Pekinger Universität vor, ein „Komplott“ mit der „Schwarzen Bande“ (eine angebliche Fraktion um Liu Shao Tschü) eingegangen zu sein. (Vgl. Zeittafeldatum vom 1. und 3. Juni und 19. Dezember 1966 und 13. Januar 1967)

#### 26. Mai 1966

Vortrag von Prof. Dr. Karl August Bettermann im Studentendorf der FU zum Thema „Die Bundesrepublik als unitaristischer Bundesstaat“.

#### 26./27. Mai 1966

SHB-Bundesseminar in Hannover: Diskussion über ein SHB-Grundsatzprogramm. Andreas Wiesand (FU) referiert die Vorstellung des „Innenpolitischen Ausschusses“ zum geplanten SHB-Grundsatzprogramm. Armin Meyer (FU), Mitglied der Koordinierungskommission beim SHB-Bundesvorstand, erläutert den Entwurf für das SHB-Grundsatzprogramm. Als Gast referiert der 1. SDS-Vorsitzende Helmut Schauer die bisherige Diskussion besonders in der Frankfurter und Marburger SDS-Gruppe für ein „SDS-Grundsatzprogramm“ und kritisiert die „innerparteilichen Illusionen“ des derzeitigen SHB-Bundesvorstandes.

In einem Schlußreferat des 1. SHB-Vorsitzenden Christian Zöpel (FU) zum Thema „Studentenverband und Volkspartei“ spricht sich dieser für eine Fortsetzung der innerparteilichen Arbeit des SHB in der SPD aus und kritisiert die „außerparlamentarische Strategie“ des SDS. Trotzdem plädieren sowohl Schauer als auch Zöpel für eine intensive Fortsetzung der „Höchster Vereinbarung“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 30. Mai 1964, 5. März, 1., 2., 4., 5. und 19. Mai 1966)

#### 27. Mai 1966

Die „BZ“ greift die Universitätsverwaltung der FU an: „Bei der FU stimmt die Kasse nicht!“

Dok. 536

Dieter E. Zimmer veröffentlicht in der Wochenzeitung „DIE ZEIT“ einen Artikel über die Vorlesungskritiken an der FU: „Anonyme Schmierfinken?“ (Vgl. Zeittafeldatum vom Februar und Mai 1966)

Dok. 537

Artikel von Erich Gaenschalz in der „ZEIT“ zum Thema „Rezensionen“: „Vorlesungskritik nichts Neues“. Gaenschalz weist darauf hin, daß schon im Jahre 1742 Studenten der Universität Frankfurt/Oder massive Kritik an Vorlesungen geübt hätten: „Viele unserer öffentlichen Lehrer scheinen entweder als wenn sie uns gar nicht unterrichten wollten, oder erklären die vorzutragenden Sachen so seichte, so undeutlich, so schlafertig und auf so gemeine Art, daß es unerträglich ist, sie zu

hören ...“ Der König von Preußen habe daraufhin eine Kabinettsorder erlassen, durch die mehreren Professoren wegen mangelnden Fleißes die Bezüge drastisch gekürzt worden seien. Dok. 538

Der Rechnungshof veröffentlicht seinen Prüfungsbericht über das FU-Haushaltsjahr 1964. Er kritisiert die großen Fenster im Neubau des Otto-Suhr-Instituts. (Nachdem die Angestellten und Studenten über allzu große Hitze im Lesesaal, in den Hörsälen und in einem Dienstzimmer geklagt hatten, wurde für DM 54 000,— die Lüftungsanlage vergrößert. Sie verbraucht zum Kühlen der Luft stündlich bis zu 23 Kubikmeter Leitungswasser.) Die Feststellung, daß der Kühlwasserverbrauch im OSI im Sommersemester bis zu DM 2000,— monatlich kostet, verbindet der Rechnungshof mit einem Tadel für den Bausenator. Noch immer seien die Bauunterlagen des vor zehn Jahren fertiggestellten Neubaus des Auditorium Maximum unvollständig. Die Prüfer stellen fest, daß allein bei den Maurerarbeiten Nachweise über etwa DM 230 000,— fehlen.

Ordentliche Sitzung des AstA der FU. Der AstA nimmt einstimmig eine gemeinsame Erklärung mehrerer westeuropäischer Universitäten zur Situation der spanischen Studenten an. Sie verurteilen die seit Jahren anhaltenden Aktionen des Regimes Franco gegen Studenten und Professoren. Sie unterstützen die Forderungen des „Freien und Demokratischen Studentenausschusses“ vom 9. März 1966 und verpflichten sich, die Öffentlichkeit über die Lage an den spanischen Universitäten zu informieren und den Freiheitskampf der spanischen Universitäten durch geeignete Aktionen zu unterstützen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 9. und 15. März und 28. April 1966)

Dok. 539

Die beiden Bundesvorsitzenden des SDS Helmut Schauer und Hartmut Dabrowski geben ihre Rücktrittsabsichten offiziell auf. (Vgl. Zeittafeldatum vom 23. Mai 1966)

Vortrag von Prof. Dr. Alfred Grosser (Paris) im OSI zum Thema „Das Parlament in de Gaulles V. Republik“.

#### 29. Mai 1966

Der Berliner Landesverband des SDS anerkennt, daß die Politik des gegenwärtigen Bundesvorstandes „zur Zeit die mögliche Politik zu bezeichnen“ scheine, „die die Diskussionen gewährleistet und den Verband nicht auf eine zufällig gewonnene Position festlegt“, solidarisiert sich in einem Brief mit dem SDS-Bundesvorstand.

Dok. 540

#### 29.—31. Mai 1966

Fünf buddhistische Mönche protestieren durch Selbstverbrennungen gegen die Militärregierung unter Nguyen Cao Ky und die amerikanische Politik in Südostasien. Der Buddhistenführer Thich Tinh Khiet fordert die buddhistischen Mönche auf, die Selbstverbrennungen einzustellen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 16. bis 21. Mai und 1. Juni 1966)

#### 31. Mai 1966

Der AstA der FU erklärt gegenüber der Presse zur Urabstimmung und zur Frage der Zwangsexmatrikulation, Rektor und Akademischer Senat wollten „eine Urabstimmung der Studentenschaft mit formalen Argumenten verhindern“.

#### Juni 1966

Der „FU-SPIEGEL“ veröffentlicht einen Aufruf des AstA für die vom 21. bis 24. Juni 1966 geplante Urabstimmung gegen die Zwangsexmatrikulation. (Vgl. Zeittafeldatum vom 1. Juni 1966)

Dok. 541

In der Juni-Nummer, die erst Mitte des Monats erscheint, wird außerdem der offene Brief des VDS an die FDJ veröffentlicht. (Vgl. Zeittafeldatum vom 7.—13. März und 10. Juni 1966)

Flugblatt des SDS zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen. Der SDS wirft dem Wissenschaftsrat vor, daß die Verantwortlichen durch „administrative Maßnahmen ... eine grundlegende Reform der Hochschulen auch weiterhin umgehen“ wollten. Die Kosten gingen ausschließlich zu Lasten der Studentenschaft. Man habe sich dem „Druck von Regierung und Industrie“ gebeugt, die an einer „Anpassung nach Maß“ interessiert seien. Arbeiterkindern werde durch die Maßnahmen das Studium noch schwerer gemacht. Die Empfehlungen bedeuteten auch, das „Auftreten verschärfter Spannungen und Interessenkonflikte zwischen den privilegierten Professoren und Studenten“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 14. Mai 1966 und 4. Januar 1967)  
Dok. 542

Flugblatt des SDS-Berlin: „INFORMATIONEN ÜBER VIETNAM UND LÄNDER DER DRITTEN WELT Nr. 2“: „Müssen die Vereinigten Staaten alles Leben in Vietnam vernichten, um das Land zu befrieden?“  
Dok. 543

### 1. Juni 1966

In einem Schreiben an den Rektor der FU bestätigt der Senator für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Werner Stein, die Rechtsauffassung des Rektors und Akademischen Senats über die Unzulässigkeit der vom Konvent beschlossenen Urabstimmung.

Die Studentenvertretung der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät richtet einen Arbeitskreis „Faschismus und Naturwissenschaften“ ein, an dem während der ersten Sitzungen „Allgemeine Faschismustheorien an Hand der Argument Hefte“ erarbeitet werden sollen.

Die Medizinische Fakultät der FU verleiht dem Mitentdecker des Insulins, dem kanadischen Physiologen Prof. Charles H. Best, die Würde eines Ehrendoktors.

Der stellvertretende Leiter des „Buddhistischen Instituts“ in Saigon und Führer der buddhistischen Jugendorganisation, Thich Tien Minh, wird durch ein Sprengstoffattentat schwer verletzt. Wenige Stunden nach dem Attentat stürmen buddhistische Mönche und Studenten das amerikanische Konsulat und brennen es nieder. Die oberste Führung der Buddhisten und Ministerpräsident Nguyen Cao Ky vereinbaren einen Kompromiß: Der aus zehn Offizieren bestehende „Oberste Militärerrat“ soll durch zehn Zivilisten erweitert werden. (Vgl. Zeittafeldatum vom 16. bis 21. und 29. Mai)

Eine Wandzeitung von Mao Tse Tung unterstützt die sieben Studenten und Professoren der Pekinger Universität. (Vgl. Zeittafeldatum vom 25. Mai 1966) Mao deklariert die Initiative der sieben Studenten und Professoren als ein Beispiel. (Die Wandzeitung wird am 5. August 1966 im Tagungsgebäude des 8. ZK der KPCh angeschlagen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 3. Juni und 19. Dezember 1966 und 13. Januar 1967)

### 1.—5. Juni 1966

12. SPD-Parteitag in Dortmund. Die Hauptreferate halten der Vorsitzende SPD, Willy Brandt, „Die Lage der Nation“ und der stellvertretende Vorsitzende der SPD, Herbert Wehner, „Die SPD in der Bewährung“. Die 335 stimmberechtigten Parteitage delegierten diskutieren ausführlich den geplanten Redneraustausch zwischen der SPD und der SED und die Veranstaltungen in Karl-Marx-Stadt und Hannover.

### 2. Juni 1966

In einem Brief weist der Rektor der FU die Vorwürfe der Pressemitteilung des AStA vom 31. Mai 1966 zurück und erklärt, daß nur gegen die Rechtsform der Urabstimmung, nicht jedoch gegen andere Formen studentischer Meinungsbildung zu diesen Fragen Rechtsbedenken stünden.

In einer Presseerklärung drückt der AStA sein Bedauern darüber aus, daß sich „der Senator für Wissenschaft und

Kunst in der Frage der geplanten Urabstimmung über die Zwangsexmatrikulation die Rechtsansicht des Rektors und des Akademischen Senats“ zu eigen gemacht habe. Die Argumente gegen die Urabstimmung werden angegriffen. Die Erklärung nimmt ebenfalls zum Brief des Rektors an den AStA-Vorsitzenden Stellung. Die Urabstimmung über das „Colloquium“ vom 10.—12. Dezember 1958 zeige, daß damals eine andere Interpretation der Satzung gegolten habe.

### 3. Juni 1966

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der 2. AStA-Vorsitzende, stud. phil. Walter Kreipe, gibt bekannt, daß die FDJ offensichtlich kein Interesse habe, das geplante Seminar „etwa wie auf Sorbonne-Ebene“ stattfinden zu lassen, sondern eine Plattform für gemeinsame politische Aktionen finden wolle. Sein Antrag, nach Abschluß des Seminars eine kurze Pressemitteilung herauszugeben, die darauf verweisen solle, daß ein vorbereitendes Seminar zwischen der Humboldt-Universität und der FU stattgefunden habe, wird bei einer Gegenstimme angenommen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 6., 7. und 10. Juni 1966)

Der AStA-Vorsitzende stud. jur. Knut Nevermann schlägt vor, daß für das 2. Seminar in Ost-Berlin zwei Themen vorgeschlagen werden sollten: „Möglichkeiten und Grenzen studentischer Kontakte in Deutschland“ und „Vertretung studentischer Interessen in der Universität“.

Das Peking Parteikomitee der KPCh wird vollständig reorganisiert. (Vgl. Zeittafeldatum vom 25. Mai, 1. Juni und 19. Dezember 1966 und 13. Januar 1967)

### 5. Juni 1966

Nachdem vier AStA-Mitgliedern bekannt geworden ist, daß ein „offener Brief“ des VDS an die FDJ im nächsten „FU-SPIEGEL“ gedruckt werden soll, versuchen sie, den Chefredakteur stud. phil. Hartmut Häußermann zu erreichen, um zu klären, ob ebenfalls eine Erklärung oder Gegendarstellung des AStA abgedruckt werden solle. Als sie den Chefredakteur nicht erreichen, bitten sie beim Druckhaus Hentrich, bis zum nächsten Morgen mit dem Druck zu warten, um diese Frage zu klären. (Vgl. Zeittafeldatum vom 7.—13. März, 7., 9., 13. und 14. Juni 1966)

### 6. Juni 1966

Seminar des AStA mit Vertretern der FDJ-Kreisleitung der Humboldt-Universität im Klubhaus der FU über das Thema „Die Verantwortung jedes einzelnen Studenten für eine friedliche und demokratische Zukunft Deutschlands“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 3., 7. und 10. Juni 1966)  
Vgl. Dok. 544

In der Armeezeitung der chinesischen Volksbefreiungsarmee erscheint ein Aufsatz zum Thema „Haltet hoch das große rote Banner der Lehre Mao Tse-Tungs, für die große Kulturrevolution des Proletariats bis zum Ende“, in dem der Kampf Mao Tse-Tungs gegen den Revisionismus von 1951 bis 1966 dargestellt wird. Die große proletarische Kulturrevolution sei nur eine Etappe im unablässigen Kampf Maos gegen die „Wiederherstellung des Kapitalismus“ in der Volksrepublik China. Die Rolle der chinesischen Volksarmee wird folgendermaßen definiert: „Unsere Streitkräfte sind die Hauptstütze der Diktatur des Proletariats, weil sie von dem Vorsitzenden Mao persönlich geschaffen wurden.“

### 7. Juni 1966

Die Kommission zur Vorbereitung der Universitätstage 1967 stimmt dem Rahmenthema des AStA „Universität



in der Reform“ zu, ändert allerdings entscheidend die vorgeschlagenen Einzelthemen und die gesamte Gestaltung: statt einer Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Funktion der Universität solle über einzelne Maßnahmen an den Fakultäten berichtet werden, statt einer Diskussion der professoralen und der studentischen Standpunkte sollen einzelne Vorträge von Professoren, Assistenten und einem Studentenvertreter gehalten werden. (Vgl. Zeittafeldatum vom 2. Februar, 13. Juli, 25., 26. und 28. Oktober 1966 und 19. und 20. Januar 1967)

Das Bundesverwaltungsgericht entscheidet in einem Musterstreit, daß ein Medizinstudent der Universität Frankfurt/Main, der „inzwischen fünfzehn Semester Medizin studiert hat, ohne auch nur ein einziges der für die Bildung der ärztlichen Vorprüfung erforderlichen Zeugnisse über die Teilnahme an medizinischen oder naturwissenschaftlichen Praktika erworben zu haben“, vom Studium ausgeschlossen werden könne. Angesichts der Tatsachen könne nicht beanstandet werden, wenn die beklagte Universität aus dem Verhalten des Klägers den Schluß gezogen habe, daß er „eine hinreichende Eignung für das Studium der Medizin nicht besitzt“. Gleichzeitig erklärt das Bundesverwaltungsgericht, daß zwar jedem Staatsbürger durch Art. 12 des Grundgesetzes die freie Wahl der Ausbildungsstätte und damit auch der Zugang zur Universität gewährleistet werde, „ohne daß es hier der Entscheidung darüber bedarf, inwieweit eine Zugangssperre wegen Überfüllung verhängt werden kann“. Denn Artikel 12 des Grundgesetzes stehe „nicht einer Regelung des Ausbildungsganges und damit einem Auslesesystem entgegen, durch das ungeeignete Studenten vom Studium ausgeschlossen werden können“. Das Grundrecht sei dadurch gesichert, daß die Frage, ob ein Ausschluß vom Studium rechtmäßig sei, der verwaltungsgerichtlichen Kontrolle unterliege.

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der Chefredakteur des „FU-SPIEGEL“ kritisiert die vier AStA-Mitglieder, die am 5. Juni 1966 den Druck des „FU-SPIEGEL“ stoppten. Die vier geben eine Darstellung aus ihrer Sicht. (Vgl. Zeittafeldatum vom 7.—13. März, 5., 9. und 14. Juni 1966)

Der AStA analysiert das FDJ-Seminar und stellt fest, daß es nicht genügend vorbereitet gewesen sei. Der AStA überlegt, ob der gesamtdeutsche Ausschuß eine Analyse über die DDR ausarbeiten sollte. Die Referentin für gesamtdeutsche Fragen und politische Bildung stud. phil. Roswitha Beyer wird beauftragt, ein Papier mit dem Thema „Warum Kontakte mit der FDJ?“ fertigzustellen.

#### 8. Juni 1966

Ordentliche Sitzung des Akademischen Senats der FU. Der Antrag des studentischen Sprechers stud. phil. Peter Dehn, die Tagesordnung um den Punkt „Aufhebung der Empfehlung des Senats vom 16. 2. 1966“ zu erweitern, wird mit 11:13 Stimmen abgelehnt. Zum Tagesordnungspunkt 5 „Änderung der Universitätsordnung“ erscheinen als Gäste der 1. Konventsvorsitzende Gert Börnsen und der 1. AStA-Vorsitzende Knut Nevermann. Sie erläutern den Konventsbeschluß vom 24. Mai 1966. Die Stellungnahme wird dem Rechtsausschuß zur Beratung überwiesen.

Der Präsident der „Prager Christlichen Friedenskonferenz“, der tschechische Theologe Dr. Josef Hromadka, setzt sich in einem Vortrag an der FU für einen Dialog zwischen Christentum und Marxismus ein. Nach seiner Ansicht können nur „überzeugte Christen und Marxisten ein sinnvolles Gespräch“ führen. „Subalterne Kommunisten“ seien dagegen am ehesten geneigt, administrative Mittel gegen Christen anzuwenden“. Auch die Christen in Osteuropa seien nicht immer reif für den Dialog gewesen. Hromadka erklärt, daß es in der sozialistischen Gesellschaft der CSSR heute eine „gewisse Atmosphäre des Zweifels mit moralischen Schwierigkeiten und Zy-

nismus, besonders bei der jungen Generation“ gebe. Es gebe zwar schon einen „sozialistischen Menschen in der CSSR“, jedoch erklärt Hromadka einschränkend: „Wir sind weit von dem entfernt, was sich die Kommunisten vor zwanzig Jahren erhofft haben.“

Die amerikanische Nachrichtenagentur AP meldet, daß noch in diesem Monat wieder „gesamtdeutsche Studentenseminare“ stattfinden werden: „Wie FDJ-Funktionäre in Ostberlin verlauten ließen, soll ein Seminar mit Angehörigen des SHB Ende Juni in Frankfurt/M. den Auftakt bilden.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 6. Mai und 21. und 25./26. Juni 1966)

#### 9. Juni 1966

„Der Tagesspiegel“ berichtet über eine Übung der „Freiwilligen Polizeireserve“ (FPR), bei der „demonstrierende ‚Störer‘“ statt Steine „nur zusammengeballtes Zeitungspapier“ verwenden. (Vgl. Zeittafeldatum vom 13. und 30. Januar und 17. April 1963)

Dok. 545

Außerordentliche Sitzung des AStA der FU. Auf Antrag des 2. AStA-Vorsitzenden stud. phil. Walter Kreipe beschließt der AStA einstimmig: „Der AStA der FU ist der Ansicht, daß die Art und Weise, wie der offene Brief des VDS an die FDJ veröffentlicht und publiziert werden soll, nicht dazu angetan ist, einen Erfolg dieser Bemühungen sicherzustellen und darüber hinaus Zweifel an der Aufrichtigkeit des VDS in Sachen gesamtdeutsche Kontakte aufkommen läßt“. Der AStA-Vorsitzende Knut Nevermann soll diesen Beschluß auf der am selben Tag stattfindenden Landesvorsitzendenkonferenz vertreten. (Der offene Brief des VDS wird trotzdem, ohne die Bedenken des AStA in einem Kommentar zu erwähnen, in der Juni-Nummer des „FU-SPIEGEL“ abgedruckt.) (Vgl. Zeittafeldatum vom 7.—13. März, 5., 7. und 14. Juni 1966)

Die LSD-Hochschulgruppe an der FU veranstaltet eine Podiumsdiskussion im überfüllten Auditorium Maximum zum Thema „Formierte Gesellschaft — Kapitulation der Demokratie?“. Die Podiumsteilnehmer sind Dr. Rüdiger Altmann, Prof. Dr. Götz Briefs, Prof. Dr. Eugen Kogon, Dr. Johannes Agnoli (FU) und Reinhard Opitz. Die Diskussionsleitung hat Prof. Dr. Kurt Sontheimer.

Anschließend an diese Veranstaltung findet eine interne Sitzung des SDS-Arbeitskreises „Formierte Gesellschaft“ mit Reinhard Opitz statt über dessen Artikel „Der große Plan der CDU: die ‚Formierte Gesellschaft‘“ in der Monatszeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik“.

Die Arbeitsgemeinschaft „Staats- und Sozialwissenschaften“ im VDS wendet sich in Bonn in einer Presseerklärung gegen die Zwangsexmatrikulation „als Instrument einer Studienreform“. Die Zwangsexmatrikulation sei nicht vereinbar mit verfassungsrechtlich verankerten Rechten im Grundgesetz.

#### 9.—12. Juni 1966

80. Cartell-Versammlung des Cartell-Verbandes der katholischen deutschen Studentenverbindungen (CV). Ungefähr 1500 Mitglieder von 110 katholischen Studentenverbindungen nehmen an der Versammlung teil. Hauptreferent ist Prof. Dr. jur. Karl Maria Hettlage (CDU, ehemaliger Staatssekretär im Bundesfinanzministerium) zum Thema „Gleichheit und Führungsauslese“. Vor zahlreichen Studenten in vollem Wuchs erklärt Hettlage, die Cartellverbände müßten eine „Führungselite herausbilden, die sich nach Leistung und Gesinnung von der pluralistischen Gesellschaft abhebt“. Er vertritt die Ansicht, daß Staatskrisen der Zukunft immer „innere Krisen der Führungsschichten sein werden“. Die Herausbildung einer Elite sei den verschiedenen Institutionen aufgegeben, zu denen auch die „Kirche und die studentischen Verbindungen“ gehörten.

Die 230 Delegierten bekennen sich „aus sozialer Verantwortung zur Liebe zum Vaterland“ und lehnen alle Kontakte mit „einem Unrechtsregime unter einem Unrechts-Tatbestand“ ab. Deshalb könne es auch grundsätzlich keine Kontakte mit FDJ-

Stellen geben. Dagegen sollten „die bestehenden Privatkontakte ausgebaut und vertieft werden“. Am letzten Tag zelebriert der Münchener Kardinal Dr. Julius Döpfner in der St. Matthias-Kirche einen Festgottesdienst.

#### 10. Juni 1966

Der VDS-Vorstand übermittelt dem Zentralrat der FDJ einen offenen Brief. (Vgl. Zeittafeldatum vom 7. bis 13. März und 13. Juni 1966)  
Dok. 546

Der RCDS-Landesverband Berlin wendet sich in einer Presseerklärung gegen die „Praxis“ des AStA der FU, „Kontakte der FDJ der Humboldt-Universität aufzunehmen, ohne die Studentenschaft und den Konvent der FU auch nur in Kenntnis zu setzen“. Der RCDS-Landesverband erklärt, daß es den Vertretern der FDJ-Kreisleitung der Humboldt-Universität nicht um „eine echte geistige Auseinandersetzung“ gehe, „bei der sie bereit sind, den eigenen Standpunkt in Frage zu stellen, sondern um Polemik und Propaganda“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 6. Juni 1966)

6. ordentliche Sitzung des 18. Konvents der FU. Auf Antrag der Ältesten wird zur Urabstimmung über die Frage der Zwangsexmatrikulation ein abgeänderter Beschluß gefaßt.

Dok. 547

Die Regelung, die Urabstimmung einem Ausschuß zu übertragen, wird beibehalten. Herr Baumgardt wird als Vorsitzender des Ausschusses bestätigt. Nach dem Bericht des 2. AStA-Vorsitzenden Kreipe über das Seminar mit Vertretern der Humboldt-Universität entwickelt sich eine Diskussion über die Legitimation der Interessenvertretung der Studentenschaften durch die Diskussionspartner. Die Behandlung eines Mißtrauensantrags gegen Kreipe wird abgelehnt. Der Antrag des RCDS-Konventsabgeordneten Rudolf Müller, eine Urabstimmung darüber abzuhalten, ob die Mehrheit der Studenten „offizielle Kontaktgespräche“ des AStA mit der FDJ-Kreisleitung an der Humboldt-Universität billige, wird abgelehnt. Die Abgeordneten der Juristischen Fakultät legen ihre Mandate nieder, und die Nachrücker verzichten auf die Annahme ihrer Mandate, da „unter den gegebenen Umständen eine wirklich aufrichtige Interessenvertretung“ der Studenten nicht möglich sei. Die Abgeordneten behalten durch Beschlüsse des Konvents ihre Rederechte.

Der Sprecherin der Medizinischen Fakultät cand. med. Regine Herrmann, wird wegen ihrer Haltung zur befristeten Zulassung das Mißtrauen ausgesprochen. Sie gibt eine persönliche Erklärung ab, in der sie ihre Haltung begründet. (Vgl. Zeittafeldatum vom 2. Mai 1966)  
Dok. 547

Ein Mißtrauensantrag gegen cand. med. Regine Herrmann als Vorsitzende des Presseausschusses ist hinfällig, da sie ihr Amt bereits niedergelegt hat.

#### 11. Juni 1966

Mit 148 von 186 abgegebenen Stimmen wird der bisherige Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, von den Professoren für ein weiteres Jahr für dieses Amt wiedergewählt. Die restlichen Stimmen entfallen auf: Prof. Dr. Karl Peter Grottemeyer, Prof. Dr. Wilhelm Weisedel, Prof. Dr. Ernst E. Hirsch, Prof. Dr. Karl August Bettermann und Prof. Dr. Wilhelm Maßhoff. Gleichzeitig werden die Dekane und Wahlensatoren der Fakultäten der FU gewählt.

Ordentliche Landesvollversammlung des SDS Berlin. Es referieren Erik Nohara über „Theorie und Praxis der Vietnam-Argumentation“ und Sigrid Rüter über die „Urabstimmung an der FU und die Agitation des SDS“.

Zum neuen 1. Landesvorsitzenden wird stud. phil. Dirk Müller (FU) gewählt.

Die LVV beschließt eine Satzungsänderung: „Genossen, deren Beitragsrückstand mehr als 3 (drei) Monate beträgt, sind sistiert, d. h. ihre Mitgliedsrechte ruhen (ausgenommen Rundschreiben und Einladungen).“

#### 11./12. Juni 1966

Wochenendseminar des AStA zum Bildungssystem und der Hochschulreform in der DDR und der BRD.

#### 13. Juni 1966

Stellungnahme des Rechtsausschusses des Akademischen Senats der FU zu Ziffer I des Konventsbeschlusses vom 24. Mai 1966. Das Gutachten kommt zunächst zu der Feststellung, daß die Satzung der FU im Rechtssinne keine Satzung, sondern ein staatliches Gesetz sei, da sie von der Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin erlassen worden sei; die Satzung der Studentenschaft dagegen sei eine autonome Satzung, die sich die Studentenschaft selbst gegeben habe. Dadurch ergebe sich für die FU-Satzung ein Vorrang, die Satzung der Studentenschaft stehe im selben Verhältnis zur FU-Satzung wie die Universitätsordnung und sei dieser gleichrangig. Jedoch selbst wenn die Satzung der Studentenschaft der Universitätsordnung vorgehe, würde dennoch nichts der geplanten Streichung der §§ 26 und 27 Universitätsordnung entgegenstehen: 1) Die Unterstützung von förderungswürdigen studentischen Vereinigungen könne nur durch die Organe der studentischen Selbstverwaltung erfolgen und werde damit durch die Streichung nicht berührt. 2) Das Zulassungsverfahren für studentische Vereinigungen sei im doppelten Sinne rechtswidrig, da erstens das Verfahren Teil der Universitätsordnung und nicht der Satzung der Studentenschaft sein müsse, da sich diese nur mit der Organisation der studentischen Selbstverwaltung und den Rechten und Pflichten der Studentenvertretung beschäftige, während jene die Beziehungen der Studenten zur Universität regle, und da zweitens der § 32 Abs. II der Satzung der Studentenschaft gegen Art. 9 des Grundgesetzes und § 1 des Vereinsgesetzes vom 5. August 1966 verstoße.

Das Rechtsgutachten kommt zu dem Schluß, daß § 32 der Satzung der Studentenschaft (SS) der geplanten Aufhebung der §§ 26 und 27 der Universitätsordnung (UO) nicht entgegenstünden, da „1. Die Studentenschaftssatzung keinen Vorrang vor der UO genießt, 2. § 32 Abs. I SS nicht berührt wird, 3. § 32 Abs. II ungültig ist“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 24. Mai 1966 und 11. Januar 1967)

In einem Brief an den AStA-Vorsitzenden der FU bestätigt der Senator für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Werner Stein, die Rechtsauffassung des Rektors zur Urabstimmung. (Vgl. Zeittafeldatum vom 25. Mai und 1. Juni 1966)

Studentische Vollversammlungen der Veterinärmedizinischen Fakultät und der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der FU zur Frage der Zwangsexmatrikulation an der Medizinischen und der Juristischen Fakultät.

Der Zentralrat der FDJ beantwortet den offenen Brief des VDS-Vorstandes vom 10. Juni 1966. Der FDJ-Zentralrat erklärt, aus dem Schreiben des VDS-Vorstandes sei zu entnehmen, daß es ihm „mehr um allgemeine Propaganda und Verleumdung der DDR als um ein sachliches Gespräch über das Anliegen der Jugend beider deutscher Staaten geht.“ Der Zentralrat stellt die Frage: „Verurteilt der VDS-Vorstand die Verbrechen der USA in Vietnam und deren Unterstützung

durch die westdeutsche Regierung?“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 7. bis 13. März und 10. Juni 1966)

Dok. 544

Das ZK der KPCh und der Staatsrat verabschieden den Beschluß, daß traditionelle System der Aufnahmeprüfungen für die Zulassung zum Hochschulwesen zu ändern und die im Juli 1966 fälligen Immatrikulationen für die Hochschulen und Universitäten für sechs Monate zu suspendieren. Zunächst müsse die Kulturrevolution in den Hochschulen und den Universitäten gründlich durchgeführt und erfolgreich abgeschlossen werden.

#### 14. Juni 1966

„Der Tagesspiegel“ berichtet, daß der Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, erklärt habe, die Empfehlung des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen mit dem Ziel der generellen Dreiteilung des Studiums würden an der FU gründlich beraten werden. Der Senator für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Werner Stein, der den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zugestimmt hat, bezeichnet die Neuordnung des Studiums als „zweckmäßig im Interesse der Studenten“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 14. Mai 1966)

Studentische Vollversammlung der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät im Auditorium maximum zur Frage der Zwangsexmatrikulation in der Medizinischen und Juristischen Fakultät.

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Dem AStA ist an diesem Tage die Antwort der FDJ an den VDS auf den offenen Brief des VDS an die FDJ bekanntgeworden. Es wird diskutiert, ob in die noch nicht verteilten „FU-SPIEGEL“ ein Sonder-FU-Spiegel mit einem Vorspann des AStA eingelegt werden solle. (Die Sitzung wird von 17.15 Uhr bis 18.30 Uhr unterbrochen.)

Vgl. Dok. 548

Eine Vorlage des 2. AStA-Vorsitzenden dazu wird gegen die Vorlage des 1. AStA-Vorsitzenden mit 4:2:1 Stimmen angenommen. (Die Sitzung wird erneut bis 23.00 Uhr unterbrochen.)

Nach eingehender Diskussion beschließt der AStA einstimmig: „Der AStA hält nach wie vor an seiner Kritik des VDS-Briefes, wie sie im internen Beschluß des AStA vom 9. Juni und in dem Entwurf des Vorspanns für den FDJ-Brief zum Ausdruck kommt, fest; er glaubt aber nicht, daß es z. Zt. opportun ist, diese Haltung zu veröffentlichen.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 7.—13. März, 5., 7. und 9. Juni 1966)

Vortragsveranstaltung des Collegium Politicum im OSI zum Thema „Anspruch und reale Perspektiven einer Politik der Wiedervereinigung“. Referent ist Sebastian Haffner (Stern).

#### 14./15. Juni 1966

Eine gewerkschaftsinterne Auseinandersetzung der Bauarbeiter in Amsterdam wird durch das Eingreifen der Reichspolizei und die Berichterstattung der konservativen Tageszeitung „De Telegraaf“ zu einem Aufstand der Bauarbeiter, Studenten und Provos gegen die Polizei. Bei den schweren Straßenschlachten wird ein Bauarbeiter tödlich verletzt. (Vgl. Zeittafeldatum vom 10. und 19. März, 14. und 17. Dezember 1966)

#### Mitte Juni 1966

In einem Landhaus am Kochelsee in Bayern trifft sich eine Gruppe von neun Männern, fünf Frauen und zwei kleinen Kindern. Zu den Mitgliedern dieser „Viva-Maria-Gruppe“ (benannt nach dem Film von Louis Malle) gehören auch Dieter Kunzelmann (München), Rudi Dutschke und Bernd Rabehl (beide Berlin). Die Vierzehn diskutieren eine Woche lang über die Bedingungen revolutionärer Bewegungen in Westeuropa sowie über Projekte von Wohnkollektiven. Aufgrund dieser Diskussion entwickeln Rudi Dutschke und Bernd Rabehl in Berlin später ihre eigenen Vorstellungen. (Vgl. Zeittafeldatum vom Oktober, 19., 26., 28. und 29. November, Ende Novem-

ber, 10., 13., 14., 17. und 31. Dezember 1966, 1. Januar, Februar, 4. Februar, 5., 6., 7., 12. und 15. April, 2., 3., 12., 24. und 26. Mai, 2. Juni und 27. November 1967)

#### 15. Juni 1966

Brief des Rektors der FU an den AStA-Vorsitzenden Nevermann, in dem er sich weigert, für die geplante Urabstimmung Räume zur Verfügung zu stellen.

Vollversammlung der Philosophischen Fakultät im Auditorium maximum zum Thema „Zur Vorbereitung der Urabstimmung gegen die Zwangsexmatrikulation“. Referenten sind Volkmar von Braunbehrens, Peter Müller und Ulf Kadritzke. Die Studentenvertretung der Philosophischen Fakultät legt eine ausführliche Dokumentation zum Thema „Die Urabstimmung zur Zwangsexmatrikulation“ vor.

RCDS-Veranstaltung zum Thema „Ist eine spezifisch christliche Partei möglich?“. Jürgen Bernd Runge erläutert die RCDS-Thesen zur „CDU-Parteireform“.

#### 16. Juni 1966

„Die beiden ordentlichen Studenten“ Knut Nevermann und Walter Kreipe beantragen beim Verwaltungsgericht des Landes Berlin eine einstweilige Verfügung gegen die FU, vertreten durch den Rektor, Prof. Lieber, um die Rücknahme des Raumverbotes (vgl. Zeittafeldatum vom 15. Juni 1966) zu erreichen, das nur zur Verhinderung der Urabstimmung der Studentenschaft über die Zwangsexmatrikulation dienen sollte. (Der Antrag wird abgelehnt, weil dadurch die Frage, ob die Urabstimmung überhaupt zulässig sei, vorweg genommen würde, da dann vor dieser Entscheidung die Urabstimmung schon stattgefunden hätte. Andererseits würden durch Aufschieben der Urabstimmung keine Nachteile entstehen. Vgl. Zeittafeldatum vom 20. Juni 1966)

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der AStA beschließt, den Vertrag mit dem VOV Prag „in der von Walter Kreipe vorgelegten Form“ (einstimmig). (Vgl. Zeittafeldatum vom 1. und 18. Mai 1965, 12.—15. Februar und 16. April 1966)

GSG-Veranstaltung zum Thema „Das Gesellschaftsbild des Ingenieurs — zum (un)politischen Verhalten der technischen Intelligenz“ in Siegmunds Hof. Referent ist Dipl.-Soziologe Gerd Hortleder.

„Teach-in“ des „Koordinierungsausschusses Notstandsgesetzgebung“ im Studentenhaus am Steinplatz zum Thema „Staatsgefährdung in der Bundesrepublik? Über die Pflicht zum Widerstand in der Demokratie“. Es nehmen folgende Diskussionspartner teil: Prof. Dr. Haro von Buttlar (Ruhr-Universität Bochum), Bernd Engelmann (Schriftsteller), Prof. D. Helmut Gollwitzer (FU), Prof. Dr. Günter Hartfel (Pädagogische Hochschule Berlin), Lutz Lehmann (Redakteur), Dr. Reinhard Lettau (Schriftsteller), Rechtsanwalt Horst Mahler (SDS), Lothar Pinkall (IG Metall), Manfred Rexin (Journalist), Dieter Ruckhaberle (FDP) und Prof. Dr. Kurt Sontheimer (FU). Folgende studentische Organisationen arbeiten im „Koordinierungsausschuß Notstandsgesetzgebung“ mit: DIS, ESG, GSG, HSU, SHB, LSD, SDS, HSU-Ortsverband Berlin und die „Internationale Liga für Menschenrechte, Sektion Berlin“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 6. und 9.—14. Mai, 20. und 30. Oktober 1966)

#### 17. Juni 1966

Podiumsdiskussion des AStA im Auditorium maximum der FU. Zuerst wird der Fernsehfilm von Rüdiger Altmann „Der Deutsche Bund“ vorgeführt. Altmann zeigt die Gründung eines imaginären „Deutschen Bundes“, der die Vereinigung beider deutscher Staaten politisch und organisatorisch vorbereitet. An der anschließenden Podiumsdiskussion nehmen vor mehr als tausend Stu-

dentent Dr. Ernst Richerts, Lutz Lehmann (NDR), Herbert Hausen (SFB) und Erich Kuby teil.

Auf Einladung des AStA der Universität Marburg spricht Prof. Dr. Wolfgang Abendroth im Auditorium maximum zum Thema „Deutsche Wiedervereinigungspolitik, eine kritische Analyse“. Der Sprecher des Marburger AStA, Klaus R. Gebhard, erklärt dazu, daß die Mehrheit der Marburger Studenten der Ansicht sei, daß „die üblichen Veranstaltungen zum ‚Tag der deutschen Einheit‘ nicht mehr als der fragenreiche Ausdruck eines deklamatorisch vorgetragenen Wiedervereinigungswillens“ sei, der bisher zu „keinem konkreten Schritt“ geführt habe.

#### 17./18. Juni 1966

Der „Afrikanische Studentenbund Berlin“ und der „Internationale Arbeitskreis Kontinente und Kontakte“ (IAK) veranstalten im ESG-Heim in der Gelfertstraße 45 ein Seminar zum Thema „Veränderungen in Afrikas Regierungssystemen — Algerien, Kongo, Nigeria, Ghana; Ursachen und Auswirkungen seit 1965“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 18. Dezember 1964)

#### 18. Juni 1966

Auf einem Treffen der professoralen Mitglieder des Akademischen Senats der FU, zu dem die studentischen Vertreter nicht eingeladen wurden, gibt der Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, den Text der Rede des AStA-Vorsitzenden für die Immatrikulationsfeier bekannt. Die Professoren beschließen, der Feier fernzubleiben. (Die studentischen Sprecher werden erst zehn Minuten vor Beginn der Feier von dem Beschluß unterrichtet.)

Auf der feierlichen Immatrikulationsfeier unterrichtet der Rektor das Auditorium nach seiner Rede vom Beschluß der Professoren.

Der AStA-Vorsitzende Knut Nevermann setzt sich in seiner Rede kritisch mit den Ereignissen des letzten Jahres auseinander. Im Anschluß daran erklärt der Rektor, die Weigerung der Professoren, in das Auditorium maximum einzuziehen, sei auf die in der Rede des AStA-Vorsitzenden enthaltenen „Halbwahrheiten und Unwahrheiten“ zurückzuführen. Daraufhin verlassen der 1. Konventsvorsitzende und die Mitglieder des AStA unter dem Beifall der Anwesenden den Saal. Daraufhin wiederum betreten die Professoren das Auditorium maximum.

#### Dok. 549

Der AStA erklärt gegenüber der Presse: „... Im Namen der Studentenschaft der FU drückt der AStA hiermit seine Empörung über das Verhalten des Rektors und der professoralen Mitglieder des Akademischen Senats aus. Der immer noch nicht ausgeräumte Richtlinienstreit und die Verhinderung der Urabstimmung zur Frage der Zwangsexmatrikulation sind auf die neu an unserer Universität immatrikulierten Studenten von außerordentlicher Wichtigkeit.“

Studenten der „Hochschule für bildende Künste“ protestieren mit einem „Denkmal des unbekanntes Gammlers“ gegen die ständigen Razzien der Polizei vor der Gedächtniskirche. Der Küster und mehrere Kirchendiener schleppen bereits nach sieben Minuten die Gipsfigur (Materialwert DM 20,—) in den Glockenturm. Den langhaarigen Gips-Gammler hatten die Studenten in wochenlanger Nacharbeit angefertigt.) Die Kriminalpolizei leitet gegen die Kunststudenten eine Fahndung wegen „Gotteslästerung“ ein.

2. Bundesparteitag der NPD in Karlsruhe. 17 000 württembergische Gewerkschaftler protestieren gegen die neofaschistische Partei. Der DGB-Landesbezirk Baden-Württemberg ruft Gewerkschaftler, Mitglieder der SPD, den Baden-Württembergi-

schen Landesjugendring und die politischen Studentenverbände auf, nach Karlsruhe zu kommen, „um dem organisierten Rechtsradikalismus eine Absage zu erteilen“. Der Landesvorsitzende des DGB Eugen Loderer erklärt auf einer Protestkundgebung vor der Schwarzwaldhalle, dem Tagungsort der NPD, der DGB werde es nicht zulassen, daß die demokratische Ordnung noch einmal durch „nationalistische Phantasten“ verspielt werde. Die Gewerkschaftler und Studenten, die einen kilometerlangen Demonstrationzug bilden, führen Transparente mit folgenden Parolen: „NPD — Deutschlands Untergang“, „Kein zweites 1933“ und „Nazis raus“. Es kommt an verschiedenen Stellen der Stadt zu Zusammenstößen zwischen den 1400 NPD-Delegierten und den Arbeitern. (Vgl. Zeittafeldatum vom 19. Juni 1966)

#### 18./19. Juni 1966

Wochenendseminar der DIS zum Thema „Israel und seine Geschichte“. Referenten sind Dr. Baber Johansen und Dr. Amos Funkenstein.

„Soziologisches Wochenendseminar“ der Katholischen Studentengemeinde (KSG) zum Thema „Kirche und Gesellschaft — Der Widerspruch zwischen katholischer Soziallehre und Aussagen der Soziologie“. Hauptreferent ist Prof. Dr. Harry Hoefnagel (Paris/Nijmegen). Es werden Arbeitsgruppen zu folgenden Fragestellungen gebildet: „Soziale Gerechtigkeit — Ewige Wahrheit oder historische Norm?“, „Zuständigkeit der christlichen Soziallehre“ und „Soziale Gerechtigkeit und sozialer Kampf“.

#### 19. Juni 1966

„Der Tagesspiegel“ berichtet in dem Artikel „Peinliche Szenen bei der Immatrikulationsfeier“ über die Ereignisse vom Vortage: Nach dem Auszug der AStA-Mitglieder und des Konventsvorsitzenden aus dem Audimax seien drei Mitglieder des Akademischen Senats, unter ihnen Prof. Bettermann, in das Auditorium Maximum „gestürzt“, um sich zu den „wenigen anwesenden Professoren“ zu gesellen. „Es war wie im Theater, nur daß die einzelnen Auftritte nicht geplant schienen.“

Der Vorsitzende des studentischen Studienreformausschusses der Medizinischen Fakultät der FU, cand. med. Peter Mariß, begrüßt in einem Leserbrief im „Tagesspiegel“ die Empfehlungen des Wissenschaftsrates. (Vgl. Zeittafeldatum vom 2. und 17. Mai 1966)

Abgeschildert von mehreren Baden-Württembergischen Hundertschaften der Bereitschaftspolizei mit Hunden und Wasserwerfern erklärt der vom 2. Bundeskongreß der NPD wieder gewählte Parteivorsitzende Friedrich Tielen vor 4000 Parteimitgliedern, das Bestehen der NPD sei eine „echte geschichtliche Notwendigkeit“. Vor der Schwarzwaldhalle Karlsruhe demonstrieren indessen in einem Sitzstreik ungefähr 2000 Schüler und Studenten mit Transparenten und Sprechhörnern „gegen Neofaschismus und Neonazis“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 18. Juni 1966)

#### 20. Juni 1966

Der Antrag der AStA-Vorsitzenden auf eine einstweilige Verfügung gegen das Raumverbot für die Urabstimmung vom 16. Juni 1966 wird vom Verwaltungsgericht Berlin abgelehnt. Zu Beginn der Verhandlung fordert der Präsident des Verwaltungsgerichtes, Heinz Pauli, die beiden Parteien auf, die „strittige Frage im Vergleichsweg zu regeln.“ Er erklärt, daß die Mitwirkung der Studenten an der studentischen Selbstverwaltung eine Frage des gegenseitigen Vertrauens sei. „Es ist fraglich, ob Prozesse dieser Art zur Förderung dieses Vertrauensverhältnisses dienlich sind.“ Sein Appell bleibt jedoch ohne Erfolg. In der ablehnenden Begründung heißt es, der Urabstimmung fehle auch „keine unmittelbar regelnde Wirkung“ zu, da sie nicht unter die in § 4 Abs. III, Satzung der Studentenschaft, vorgesehenen Abstimmungsgegenstände falle. (Vgl. Zeittafeldatum vom 20. Juli 1966)

Dok. 550

Ein Flugblatt des AStA „Zur Lage“, in dem die Ereignisse der letzten Tage geschildert werden, schließt in bezug auf das Bestehenbleiben des Raumverbots mit den Worten: „Es bleibt unklar, wer recht hat, aber es ist klar, wer die Macht hat“.

Vollversammlung der Medizinischen Fakultät der FU im Großen Hörsaal Westend. Themen: „Studienzeitverlängerung, Befristete Zulassung, Zwangsexmatrikulation“. Podiumsdiskussion des AStA zum Thema „Studienreform und Studienzeitverkürzung“. Die Diskussionsleitung hat Dr. Klaus Meschkat (SDS). Teilnehmer sind: Prof. Dr. Karl August Bettermann, Prof. Dr. Dietrich Goldschmidt, Dr. Eike Reschke (Sprecher der Westdeutschen Rektorenkonferenz) und Wolfgang Nitsch (SDS, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung).

Auf einem Flugblatt des AStA zu dieser Veranstaltung heißt es: „Ist die Zwangsexmatrikulation ein Weg zur wirklichen Reform der Universität oder nur eine administrative Maßnahme um die Versäumnisse der Hochschulen in den letzten Jahren zu verdecken? Prof. Bettermann bezeichnet die Zwangsexmatrikulation als ein ‚Schuß ins Dunkle, und man werde ja sehen, wer hier recht behalte‘.“

Ausgangspunkt der Podiumsdiskussion sind die „Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums an den Wissenschaftlichen Hochschulen“ des Wissenschaftsrates vom 14. Mai 1966. Der Sprecher der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Dr. Eike Reschke erklärt vor 1500 Studenten, der Wissenschaftsrat habe mit seinen „Empfehlungen“ keine „Anstiftung zur Akademischen Freiheitsberaubung“ begehen wollen. Diese seien vom AStA der FU wie auch von einigen Rektoren „falsch ausgelegt“ worden. Wolfgang Nitsch bezeichnet die geplante Zwangsexmatrikulierung an der Medizinischen und Juristischen Fakultät der FU als „politisch-manipulatorische Maßnahme“. Die Presse, Ministerialbürokratie und der Politische Senat sollten durch die geplanten „Zwangmaßnahmen lediglich beruhigt werden“, während gleichzeitig die Universitätsgremien „in Sachen Studienreform... auf der faulen Haut“ lägen. Prof. Goldschmidt warnt den Akademischen Senat davor, die Empfehlungen „zu eng zu handhaben“ und aus der Freien Universität eine „Schule“ zu machen. Die Gründe für langes Studium seien vielfach in der Hochschulstruktur selbst zu suchen. In vielen Fakultäten stellten die Studiengänge ein „Chaos“ dar. Prof. Goldschmidt plädiert dafür, die Studiengänge zu ordnen, ohne jedoch „die Studenten zu gängeln“. Prof. Bettermann weist den Vorwurf des Chaos in seiner Fakultät zurück. Dort seien die Studiengänge so durchdacht und auf das Berufsziel ausgerichtet, daß er sie als „Kosmos“ bezeichnen könne. Bettermann erklärt, daß die Studienreform vorwiegend ein Problem der Philosophischen und der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultäten sei, weil dort die Orientierung des Studiums am Berufsziel fast gänzlich fehle<sup>4</sup>. Gehe man von den durchschnittlich begabten Studenten aus, so Bettermann, dann zeige es sich statistisch, daß das Jura-Studium in den neun Semestern, auf die es neuerdings befristet sei, zu schaffen sei: „Wer nach neun Semestern nicht fertig ist, der legt den Verdacht nahe, daß mit seinem Studium etwas nicht stimmt, und zwar in seinem individuellen Bereich, nicht etwa im institutionellen Bereich der Universität.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 14. Februar, 2. und 14. Mai 1966)

SDS-Veranstaltung zum Thema: „Wer beherrscht das Berliner Kulturleben? Führungskräfte des Berliner Theaters und ihre NS-Vergangenheit“. W. Wieclair hält eine dokumentarische

lecture über Prof. Dr. Hans Knudsen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 20. Dezember 1964, 12. Februar, 28. und 29. März, 1. April und 11. Juli 1965, Dezember und 8. Dezember 1966, 26. April und 10. Mai 1967)

#### 20./21. Juni 1966

Der AStA der FU veranstaltet eine „Allgemeine Meinungsumfrage“, in der die Studenten zur Frage der Zwangsexmatrikulation Stellung nehmen. Innerhalb von zwei Tagen unterschreiben fast 3000 Studenten ein Flugblatt, in dem sie gleichzeitig gegen die „Vorenthaltung ihres akademischen Bürgerrechts auf demokratische Willensbildung“ protestieren.

#### 21. Juni 1966

Im AStA-Gebäude in der Garystraße 20 findet eine informelle Vorbesprechung zwischen Vertretern des AStA, des SDS-Landesverbandes und CV-Studentenverbindungen an der Juristischen Fakultät statt. Einziger Tagesordnungspunkt ist die Beratung möglicher gemeinsamer Aktionen gegen die Zwangsexmatrikulation an der Juristischen und Medizinischen Fakultät. (Vgl. Zeittafeldatum vom 22. Juni 1966)

Vollversammlung aller Fakultäten im Auditorium maximum der FU. Die Vollversammlung erklärt ihr Mißtrauen gegen den Zulassungsprofessor an der Juristischen Fakultät, Prof. Dr. Karl August Bettermann, und fordert ihn zum Rücktritt auf; sie appelliert an die Parteien, die die FU mitbegründet haben, Stellung zu nehmen; sie fordert den Rektor auf, seine Anschuldigungen gegenüber dem I. AStA-Vorsitzenden Knut Nevermann auf der Immatrikulationsfeier zurückzunehmen oder vor einer Vollversammlung aller Fakultäten zu begründen. Die Vollversammlung beschließt auf Vorschlag der ehemaligen studentischen Sprecherin im Akademischen Senat Sigrid Rüger (SDS), am Mittwoch, dem 22. Juni 1966, um 15.00 Uhr eine Versammlung der Studentenschaft vor dem Sitzungssaal des Akademischen Senats. Ein anderes SDS-Mitglied erinnert die versammelten Studenten an die neuen Demonstrationsformen der kalifornischen Studenten in Berkeley und fordert sie auf, bei dieser Versammlung ein „sit-in“ durchzuführen: „Wir Studenten dürfen uns nicht an einer Universität, die wir selbst gegründet haben, von reaktionären Professoren vorschreiben lassen, wie die Satzung der FU auszulegen ist.“

In einer Stellungnahme erklärt das Rektorat, daß es „den Studenten frei steht, zu demonstrieren“. Als Antwort auf die Aufforderung an den Rektor, seine Vorwürfe gegen den AStA-Vorsitzenden zu präzisieren oder öffentlich zu dementieren, erklärt das Rektorat, diese Frage sei gegenstandslos, da Prof. Lieber den AStA-Vorsitzenden bereits schriftlich „unter Hinweis auf die wissenschaftlich unrichtige Darstellung während der Immatrikulationsfeier“ um eine Stellungnahme gebeten habe. Außerdem hätten Beschlüsse der Vollversammlung aller Fakultäten „höchstens deklamatorischen Wert“.

Vortragsveranstaltung des Collegium Politicum im OSI zum Thema „Die Bundesrepublik Deutschland — souveräner Staat oder Satellit?“ Referent ist Prof. Dr. Richard Löwenthal.

Der Bundeskanzler Prof. Dr. Ludwig Erhard teilt in einem Schreiben an die Ministerpräsidenten der Bundesländer mit, daß die Bundesregierung bereit ist, 530 Millionen DM im Jahre 1967, 630 Millionen DM im Jahre 1968 und 730 Millionen DM im Jahre 1969 für den weiteren Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen bereitzustellen. Der Wissenschaftsrat begrüßt diese Erklärung und bittet dringend, die hiermit begründete Absicht zur Sicherung der Hochschulfinanzierung in den nächsten Jahren zu verwirklichen.

Drittes Gespräch zwischen dem SHB-Bundsvorstand und dem Zentralrat der FDJ in Bonn. Teilnehmer sind Günther Schneider (FDJ), Horst Kapson (FDJ), der 1. Bundesvorsitzende des SHB Christian Zöpel, Wolfgang Lieb, Dieter Goy und Robert Lossen (alle STB). Die Vertreter des Zentralrates der FDJ protestieren gegen die Pressemeldung der amerikanischen Nachrichtenagentur AP vom 8. Juni 1966 und erklären, daß die AP-Meldung gegen die Vereinbarung aus dem Gespräch vom 6. Mai verstoße, die Öffentlichkeit erst zu informieren, wenn die Durchführung der Seminare endgültig feststehe. Der SHB-Bundsvorsitzende Christian Zöpel erklärt, daß ihm „die Herkunft der AP-Meldung unbekannt ist“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 15. und 27. April, 3. und 6. Mai, 8., 25. und 26. Juni 1966)

## 22. Juni 1966

Folgende Hochschulgruppen an der Freien Universität schließen sich zu dem „Aktionskomitee FU“ zusammen: Freunde der Publizistik, CV Suevia, GSG, DIS, Unitas Stauffenberg, Unitas Arminia, HSU, CV Bavaria, Argument-Club, ESG, KV Burgundia, CV Borussia-Saxonia, SDS, RCDS, KSG, SHB, Friedrich-Naumann-Bund, Collegium Politicum, KV-Askania, ND Hochschulring, EPS, HUD und Ostdeutscher Hochschulring. Das „Aktionskomitee FU“ ruft zu einer Demonstration für eine „durchdachte Hochschul- und Studienreform“ auf und fordert gleichzeitig die Studenten auf, ihre Unterschriften gegen die Zwangsexmatrikulation abzugeben.

Dok. 551

Der Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, läßt auf dem Campus ein Flugblatt verteilen, in dem er zu den Äußerungen des 1. AStA-Vorsitzenden Knut Nevermann auf der Immatrikulationsfeier Stellung nimmt.

Dok. 552

Die RCDS-Hochschulgruppe an der FU greift den 1. AStA-Vorsitzenden Knut Nevermann in einem Flugblatt mit der Überschrift „Wie lange noch Herr Nevermann?“ persönlich scharf an.

Dok. 553

Der AStA der Pädagogischen Hochschule Berlin tritt zurück. Zur Begründung erklärt er, ein Konventsausschuß der PH habe den AStA bezichtigt, die Studentenschaft bisher in mangelhafter Weise über die AStA-Arbeit informiert zu haben. Zwar seien diese Angriffe falsch, andererseits habe die AStA-Fraktion im Konvent keine Mehrheit.

Brief des ehemaligen AStA-Vorsitzenden Wolfgang Roth an den Rektor der FU. Roth erklärt, Prof. Lieber habe in seinem Flugblatt falsch zitiert. Er wehrt sich dagegen, gegen den derzeitigen AStA-Vorsitzenden ausgespielt zu werden, der AStA habe mit seiner Forderung nach Urabstimmung recht.

Ordentliche Sitzung des Akademischen Senats der FU. Die Mehrzahl der Mitglieder des Akademischen Senats fühlt sich durch den Lärm der unter dem Fenster des Sitzungssaals diskutierenden Studenten, die an einer Vollversammlung aller Fakultäten teilnehmen (vgl. Zeittafeldatum vom 21. Juni 1966), unter Druck gesetzt und wünscht eine Vertagung. Rektor Lieber setzt durch, daß die vorgesehene Tagesordnung behandelt wird. Er wird ermächtigt, die Tagesordnungspunkte abweichend von der in der Einladung aufgeführten Reihenfolge aufzurufen.

Während der Behandlung des Tagesordnungspunktes 11 „Aussprache über die Ereignisse seit dem 18. 6. 1966“ lassen um 16.15 Uhr der AStA-Vorsitzende Knut Nevermann und die ehemalige studentische Sprecherin im Akademischen Senat stud. phil. Sigrig Rieger den Rektor bitten, mit den vor dem Henry-Ford-Bau versammelten Studenten zu diskutieren. Nach Aussprache wird Sigrig Rieger (Nevermann ist bereits wieder gegangen) die Gelegenheit gegeben, dem Akademischen Senat die Wünsche der Studenten vorzutragen. Nach einer weiteren Aussprache billigt der Akademische Senat den Vorschlag

des Rektors, die Mitglieder der Akademischen Senats, des Konvents und des AStA zu einer Aussprache über alle entstehenden Probleme einzuladen. Sigrig Rieger wird gebeten, diesen Entschluß des Rektors den Studenten zu übermitteln. Der Akademische Senat beschließt mit einer Gegenstimme die „vorläufige Mitwirkungsordnung“, mit der sich die zu diesem Tagesordnungspunkt erschienenen Sprecher der Assistentenschaft der FU, Dr. F. Praetorius und Dr. Werner Affeldt, einverstanden erklärt haben. Nach dieser Ordnung soll die Mitwirkung der Assistenten und Akademischen Räte an der Akademischen Selbstverwaltung künftig nicht nur in der Fakultät, sondern auch im Akademischen Senat stattfinden. (Vgl. Zeittafeldatum vom 9. November 1966 und 1. Februar 1967)

S. Dok. 656

Als Delegierte der inzwischen in Form eines „sit-in“ in der Halle des Henry-Ford-Baus versammelten Studenten erscheint erneut die ehemalige studentische Sprecherin im Akademischen Senat Sigrig Rieger und übermittelt die Forderung, der Rektor solle zu den Studenten sprechen. Nach persönlicher Beratung durch jedes Mitglied des Akademischen Senats unterbricht der Rektor die Senatssitzung und begibt sich zu den Studenten.

Nach der Rückkehr des Rektors wird (nachdem ein weiterer Tagesordnungspunkt vorgezogen worden war) die Aussprache über den Tagesordnungspunkt fortgesetzt. Der Rektor gibt zur Nichtbenachrichtigung der studentischen Senatsmitglieder über das Treffen der Professoren des Akademischen Senats vor der Immatrikulationsfeier am 18. Juni 1966 eine Erklärung ab. Nachdem der studentische Sprecher im Akademischen Senat stud. phil. Peter Dehn die Rücktrittserklärung der studentischen Senatsmitglieder verlesen hat, erklären beide nach Aussprache, daß die Gründe für ihren erfolgten Rücktritt nunmehr beseitigt seien. (Vgl. Zeittafeldatum vom 24. Juni 1966)

Der Akademische Senat beschließt einstimmig, die Bemühungen des Vorstandes des Studentenwerks und des Rektors zur Errichtung von Studentenwohnheimen bei den zuständigen Senatsdienststellen des Landes Berlin nachdrücklich zu unterstützen.

Zum Tagesordnungspunkt 6 „Richtlinien des Akademischen Senats vom 16. 2. 1966“ beschließt der Akademische Senat auf Antrag von Prof. Dr. Karl August Bettermann einstimmig: „Der Akademische Senat betrachtet seine Empfehlungen vom 16. 2. 1966 durch den Ausfall der Mensa für Veranstaltungszwecke, durch die Erklärung des Rektors vom 10. 3. 1966 und durch die Beratungen über die Aufgaben des Senatsbeauftragten und des Beirates für Politische Bildungsarbeit als erledigt.“ Mit Rücksicht auf die am 28. Juni 1966 zu erwartende Entscheidung des Verwaltungsgerichtes wird die Sachdebatte über den Tagesordnungspunkt 10 „Änderung der Universitätsordnung“ vertagt.

Die FROLINAT (Front de Libération Nationale du Tchad) wird in Khartoum gegründet. (Vgl. Zeittafeldatum vom 1. April 1966)

## 22./23. Juni 1966

Um 15.00 Uhr beginnt ein „sit-in“ von mehr als 3000 Studenten der FU unter dem Sitzungssaal des (parallel tagenden) Akademischen Senats der FU. Die Versammlung diskutiert die (erstmalig durch die studentischen Vertreter im Akademischen Senat bekanntgemachte) Tagesordnung des Akademischen Senats. Die Versammlung schickt mehrfach Delegierte, die dem Akademischen Senat die Forderungen der Studenten übergeben sollen: 1. Abschaffung der befristeten Zulassung, 2. drittel-

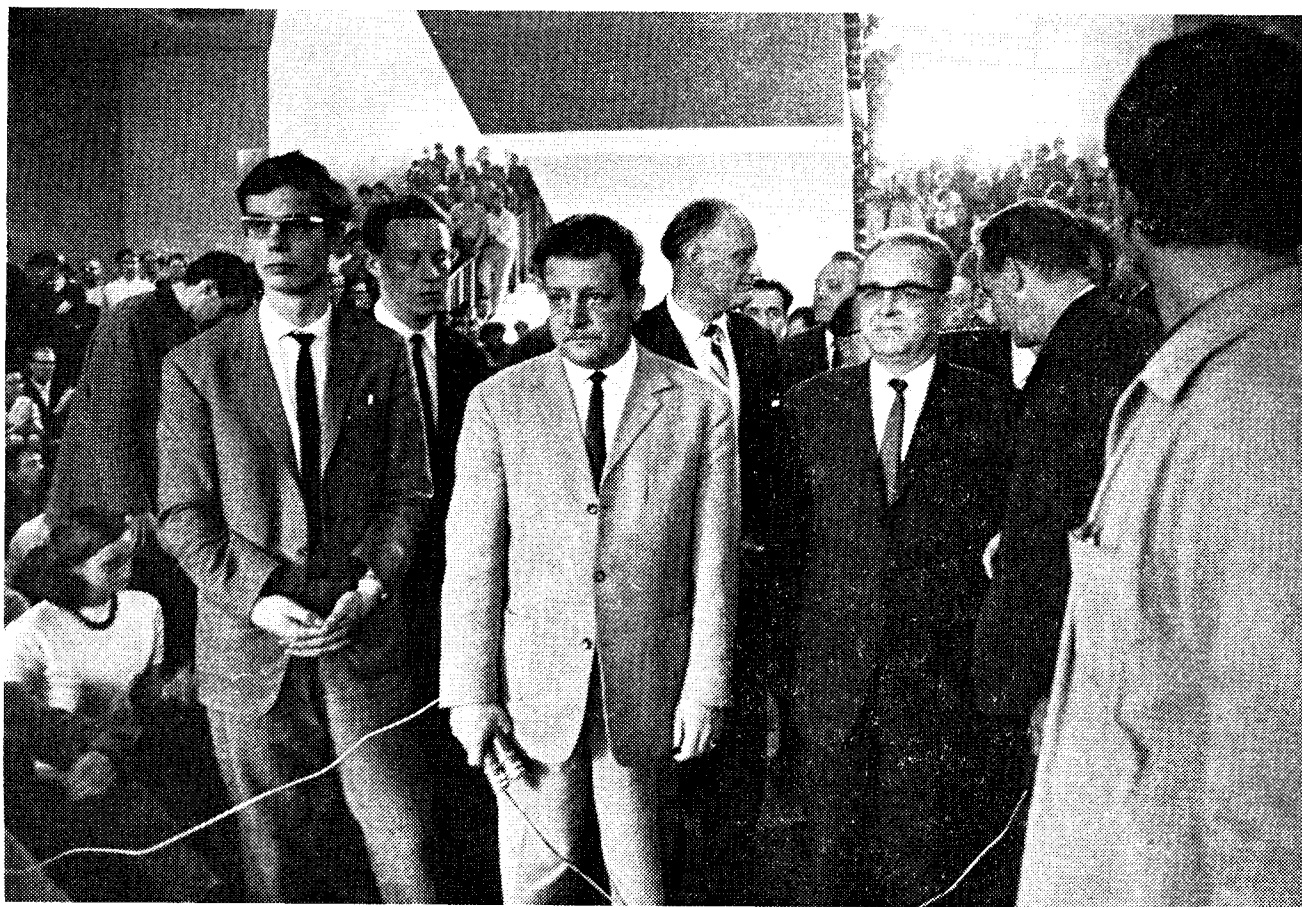
paritätische Besetzung der Kollegialorgane der Universität mit Professoren, Assistenten und Studenten, 3. Rücknahme der Vorwürfe des Rektors gegen den AStA-Vorsitzenden auf der Immatrikulationsfeier, 4. Aufhebung der Raumvergabe-Richtlinien vom 16. Februar 1966, 5. Wiedereinstellung von Dr. Krippendorff und 6. Wiedereinsetzung von Prof. Dr. Kurt Sontheimer als Senatsbeauftragten für politische Bildungsarbeit.

Der Kabarettist Wolfgang Neuss trägt den Studenten Teile aus seinem Programm „Neuss-Testaments-Eröffnung — aber in strenger Form ohne Musik“ und „Das jüngste Gerücht“ vor.

Um 16.15 Uhr bitten der AStA-Vorsitzende und die ehemalige Senatssprecherin Sigrid Rüger (SDS) den Rektor, mit den Studenten zu diskutieren. Rektor Lieber stellt eine Diskussion mit Mitgliedern des Akademischen Senats, des Konvents und des AStA zu einem späteren Zeitpunkt in Aussicht.

Gegen 17.00 Uhr wird die Versammlung in den Henry-Ford-Bau verlegt und in der Vorhalle des Auditorium Maximum und auf der Freitreppe im Hauptgebäude als „sit-in“ fortgesetzt. Sigrid Rüger fordert im Sitzungssaal des Akademischen Senats den Rektor erneut auf, nun zu den versammelten Studenten zu sprechen. Gegen 20.30 Uhr erscheint der Rektor mit einigen Mitarbeitern der akademischen Verwaltung vor den noch ca. 2000 Studenten. Er sagt zu, zu den Forderungen der Studenten „innerhalb der nächsten zehn Tage“ in internen Gesprächen mit den „g e w ä h l t e n Studentenvertretern“ Stellung zu nehmen. Eine sofortige Stellungnahme lehnt er ab. Erst wenn bei diesen Gesprächen „eine Brücke des Verständnisses“ gefunden worden sei, könnten die „anstehenden Fragen auch öffentlich dis-

kutiert werden“. Prof. Lieber bittet die Demonstranten „herzlich und inständig“, die Protestversammlung nunmehr aufzulösen und wegen der baupolizeilichen Vorschriften die Halle zu verlassen. Anderenfalls wären für Studenten und Professoren der FU „unangenehme Folgen“ zu erwarten. Die Studenten quittieren diese bitende Drohung mit Buh-Rufen und Pfiffen. Im weiteren Verlauf des sit-in wendet sich der AStA an den Senator für Wissenschaft und Kunst, Prof. Stein. Auf eine telefonische Anfrage eines „Tagesspiegel“-Redakteurs erklärt Prof. Stein, daß er sofort zu den demonstrierenden Studenten sprechen wolle, wenn ihn „Studenten und Akademischer Senat“ darum bitten würden. In Grußtelegrammen an den AStA solidarisieren sich folgende Professoren mit den demonstrierenden Studenten: Wolfgang Abendroth (Marburg), Hans Paul Bahrdt (Göttingen), Jürgen Habermas (Frankfurt/Main), Werner Maihofer (Saarbrücken), Heinz Maus (Marburg), Max Bense (Stuttgart), Thomas Ellwein (Frankfurt/Main), Ernst Wolf (Göttingen), Götz Harbsmeyer (Göttingen), Eduard Baumgarten (Freiburg, Mannheim) und Hartmut von Hentig (Göttingen). Weiterhin solidarisieren sich der AStA der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt/Main, der AStA der Universität Frankfurt/Main, der AStA der Universität Marburg, der VDS-Vorstand und die Bundesvorstände von SDS, SHB, LSD und HSU. Die Telegramme werden von Mitgliedern des AStA während des sit-in vorgelesen, um 21.30 Uhr wird das „sit-in“ als „teach-in“ fortgesetzt. An der improvisierten Diskussion zu Problemen der Universität und der Hochschulreform sowie des gesellschaftlichen Bezugs der Universität nehmen unter anderem teil: die Professoren Ludwig von Friedeburg,



Sit-in im Henry-Ford-Bau am 22./23. Juni 1966. Im Vordergrund: Knut Nevermann, 1. AStA-Vorsitzender, und Rektor Hans-Joachim Lieber.

Dietrich Goldschmidt und Wilhelm Weisedel, die Assistenten Johannes Agnoli und Klaus Meschkat und die Studenten Wolfgang Nitsch, Ulrich Preuß, Rudi Dutschke, Dirk Müller, Hans-Joachim Hameister (alle SDS), Walter Kreipe, Knut Nevermann (SPD), Jürgen Bernd Runge (RCDS) und Joachim Franz Kirchberger (CV).

Zum Schluß der Veranstaltung um 0.45 Uhr wird von den noch über 2000 Studenten eine Resolution verabschiedet, die in ihrer Präambel den gesellschaftlichen Bezug der Universität erstmals zu definieren versucht.

Dok. 554

### 23. Juni 1966

„Der Tagesspiegel“ berichtet, daß der Berliner Senat einen Gesetzentwurf verabschiedet hat, durch den die Pädagogische Hochschule Berlin zur „wissenschaftlichen Hochschule“ erklärt und in die FU eingegliedert wird. (Vgl. Zeittafeldatum vom 11. Januar 1967)

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der AStA stellt fest, daß das sit-in genau so verlaufen sei, wie es sich der AStA vorgestellt habe. Der AStA beschließt mit 7:0:1 Stimmen, daß das Gespräch mit dem Rektor nur dann stattfinden dürfe, wenn die öffentliche Diskussion innerhalb der nächsten Woche verbindlich zugesagt sei. Mit 6:0:2 Stimmen beschließt der AStA, daß der AStA-Vorsitzende Nevermann nicht an der Pressekonferenz des Rektors teilnehmen solle.

Getrennte Pressekonferenzen des Rektors der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber und des AStA der FU über das sit-in und das teach-in und die Sitzung des Akademischen Senats vom Vortage.

Vgl. Dok. 555

Der Bundestag verabschiedet gegen einige Stimmen von CDU- und CSU-Abgeordneten das „Gesetz über eine befristete Freistellung von der deutschen Gerichtsbarkeit“, das den Redneraustausch zwischen SPD und SED ermöglichen soll. In § 1 heißt es: „Die Bundesregierung kann Deutschen, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt außerhalb des Geltungsbereiches des Grundgesetzes haben, Freistellung von der deutschen Gerichtsbarkeit gewähren, wenn sie es bei Abwägung aller Umstände zur Förderung öffentlicher Interessen für geboten hält.“ (Dieses Gesetz wird später als „Handschellen-gesetz“ bezeichnet.) (Vgl. Zeittafeldatum vom 11. Februar, 18. und 26. März, 15. April und 29. Juni 1966)

In einem Brief an den Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, begrüßt der 1. AStA-Vorsitzende Knut Nevermann den Vorschlag des Rektors zu einer gemeinsamen Aussprache von Akademischem Senat, AStA und Konvent. Gleichzeitig bittet er den Rektor, schon in der nächsten Woche auf einer öffentlichen Versammlung mit den Studenten zu diskutieren und fordert die Bildung paritätischer Kommissionen zur Vorbereitung einer umfassenden Studienreform.

Zahlreiche SDS- und Argument-Club-Mitglieder diskutieren im Amerika-Haus über die amerikanische Südostasienpolitik. Anlaß ist eine Veranstaltung des Amerika-Hauses mit Mr. John Sommer über „die Montagnards im Hochland von Vietnam“.

### 23./24. Juni 1966

Die Belegschaft der Friedrich Krupp-Hüttenwerke AG — Bochumer Verein — legt die Arbeit nieder und marschiert zum zwölfstöckigen Verwaltungsgebäude, um gegen geplante Massenentlassungen zu demonstrieren.

Am Morgen des 24. Juni setzt die Morgenschicht die Protestaktion fort. Eine fünfköpfige Delegation des Betriebsrates verhandelt mit dem Generalbevollmächtigten der Firma Krupp, Berthold Beitz, in Essen und trifft folgende Vereinbarung: Keine Massenentlassungen; Entlassungen, Umbesetzungen, Stilllegungen von Betrieben und Abteilungen nur in Abstimmung

mit der Betriebsleitung. (Vgl. Zeittafeldatum vom 6. Juli, 6. September, Oktober, 31. Oktober — 2. November, November, 10., 26. und 30. November und 1. Dezember 1966)

### 24. Juni 1966

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Im Beisein der Gäste Peter Damerow, Jürgen Heinrich, Wolfgang Lefèvre und Ulf Kadritzke berichtet der AStA-Vorsitzende Knut Nevermann von dem Gespräch mit dem Rektor am selben Tag. Der Rektor werde zu einem Gespräch mit dem Akademischen Senat, dem AStA und dem Konvent für den 27. Juni im Klubhaus einladen. In diesem Gespräch solle — so der Rektor — geklärt werden, ob noch ein solches Gespräch mit der Studentenvertretung möglich sei. Der Rektor sei nicht bereit, einen Termin vor dem 27. Juni für die öffentliche Diskussion zu nennen. Er ließ den AStA wissen, er könne sich zu den Forderungen nach einer paritätischen Kommission nicht äußern, da er sich nicht kompetent fühle. Der AStA beschließt, an dem Gespräch teilzunehmen.

Pressemitteilung der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus über die Freie Universität. (Vgl. Zeittafeldatum vom 28. Juni, 1. und 9. Juli 1966)

Dok. 556

Außerordentliche Sitzung des 18. Konvents der FU. Als Nachfolger der beiden Sprecher der Medizinischen Fakultät, denen das Mißtrauen ausgesprochen worden war, werden Peter Mariß und Michael Fromm gewählt. Die (vorübergehend) zurückgetretenen Sprecher im Akademischen Senat stud. phil. Margaret Wirth und stud. phil. Peter Dehn begründen ihren Rücktritt mit ihrer Behandlung durch den Akademischen Senat, die eine weitere Mitarbeit nicht mehr möglich habe erscheinen lassen. Da der Akademische Senat in seiner letzten Sitzung die studentischen Beschwerden anerkannt habe, sähen sie sich in der Lage, erneut zu kandidieren. Beide werden vom Konvent wiedergewählt. (Vgl. Zeittafeldatum 22. Juni 1966)

Der Konvent beschließt ein „Memorandum zur Reform des Studiums an der Freien Universität Berlin“, das die Rücknahme der befristeten Zulassung und stattdessen die sofortige Inangriffnahme der Studienreform mit gleichberechtigter Mitwirkung der Vertreter der Studentenschaft fordert. Angeregt durch die Resolution des sit-in vom 22./23. Juni 1966 schlägt der Konvent die Bildung einer Kommission, bestehend aus dem Rektor als Vorsitzendem, dem 1. AStA-Vorsitzenden und je sechs Vertretern des Lehrkörpers und der Studierenden vor, die die institutionellen Voraussetzungen zur Reform des Studiums und deren Ziele diskutieren und auf Fakultätsebene und für die einzelnen Fächer Kommissionen bilden soll. Das Memorandum soll als Grundlage für das geplante Gespräch zwischen Rektor, Akademischem Senat, AStA und Konvent dienen.

Dok. 557

Auf Antrag von Wolfgang Lefèvre (AC) wird eine Fortsetzung des „Teach-in“ vom 22./23. Juni 1966 beschlossen. Der Konvent ruft alle Studenten auf, Diskussionsbeiträge auszuarbeiten und alle Mitglieder der Universität und Personen des öffentlichen Lebens zur Teilnahme anzuregen.

Dok. 558

Ebenfalls auf Antrag von Wolfgang Lefèvre fordert der Konvent zur Verbesserung der Arbeit in der bestehenden Universitätsstruktur „die permanente Beteiligung von Studentenvertretern mit Sitz und Stimme in allen



Ausschüssen und Kommissionen des Akademischen Senats und der Fakultäten“.

Der Konvent bedauert die Beschränkung der Universitätstage zum Thema „Universität in der Reform“ auf zwei Tage durch den Akademischen Senat. Er beauftragt die studentischen Sprecher im Akademischen Senat, eine Verlängerung auf mindestens drei Tage im Akademischen Senat zu beantragen.

Unter dem Beifall aller Anwesenden regt der Sprecher der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät, stud. rer. nat. Hans Gellhardt, an, der AStA möge ein Memorandum zur Fusionierung von PH und FU unter spezieller Berücksichtigung der Lehrerbildung herausgeben.

SDS-Veranstaltung zum Thema „Entwicklungshilfe: Ausbeutung der Entwicklungsländer“. Zu Beginn der Veranstaltung zeigt der SDS einen Film des Bundes-Entwicklungsministeriums. Anschließend hält Hans Georg Isenberg ein grundsätzliches Referat. Seine Hauptthese: Konnten die „sozialistischen Imperialismustheoretiker“ um die Jahrhundertwende noch den „imperialistischen Expansionsdrang der kapitalistischen Industrienationen“ als Erscheinung analysieren, die der kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft als „ökonomische Gesetzmäßigkeit“ innewohnt, so kann man den gegenwärtigen „Imperialismus nicht mehr aus einem dem Kapitalismus eigenen gesamtwirtschaftlichen Krisenzusammenhang“ heraus begründen. Isenberg geht davon aus, daß der „Staatsinterventionismus“ seit den dreißiger Jahren in den volkswirtschaftlichen Prozeß von Faktorallokation und Güterverbrauch „Instrumente zur Kontrolle, Koordination und Planung wirtschaftlicher Vorgänge“ eingebracht habe, durch die die „Leistungsfähigkeit des Systems“ entscheidend gesteigert worden sei. Dieser Staatsinterventionismus ermögliche eine „Kooperation zwischen Staat, privater Wirtschaft und politischen und ökonomischen Machtgruppen, unter Einbeziehung der Wissenschaft“. Dieses Referat von Isenberg spiegelt teilweise die Diskussion im SDS-Landesverband Berlin über die Arbeit von Paul A. Baran und Paul M. Sweezy „Monopolkapital — Ein Essay über die amerikanische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“ wieder. Den amerikanischen Krieg in Vietnam, aber auch die Entwicklungshilfe interpretiert Isenberg folgendermaßen: „Um der Gefahr, kapitalistische Insel in einer sozialistischen Umwelt zu werden, entgegenzuwirken, hat imperialistische Politik für die Erste Welt die Funktion, die Dritte Welt in wirtschaftliche Abhängigkeit und unter politischer und militärischer Kontrolle zu halten.“ Zum Problem der Rohstoffbeschaffung durch die kapitalistischen Industrienationen: „Festzuhalten ist, daß nur etwa 40 % der Weltrohstoffausfuhren von den Entwicklungsländern bestritten werden und ihr Anteil an den Ausfuhren ständig zurückgeht.“ Isenberg hält die strategische Bedeutung der Entwicklungsländer in der Tendenz für vorherrschend.

„Politisches Abendgespräch“ der SHB-Hochschulgruppe an der FU im SHB-Heim in der Sven-Hedin-Str. in Zehlendorf zum Thema „das außenpolitische Memorandum des SHB“. Referenten sind der stellvertretende Bundesvorsitzende Rainer Wirth und der Vorsitzende des „Außenpolitischen Ausschusses“ des SHB-BV Klaus Kochmann. Kernthesen des SHB-Memorandums: „Beide Machtgruppen respektieren ihre gesellschaftlichen und politischen Verfassungen. Diese gegenseitige Respektierung beruht weniger auf einer Identität aller Ziele beider Gesellschaftssysteme, als der notwendigen Erkenntnis, daß nur der Friede sie der Verwirklichung ihrer Ziele näher bringen kann. Daher muß der Begriff der Koexistenz beiderseits als Bestandteil in der Theorie vom Zusammenleben der Völker aufgenommen werden.“ Die SHB-Referenten erklären, daß grundsätzlich gefragt werden müsse, „inwieweit im Zeitalter der beginnenden Integration in Europa ein deutscher Nationalstaat notwendig ist“. In der anschließenden Diskussion kritisieren mehrere Studenten, daß dieses außenpolitische Konzept des SHB von einer „gesellschaftlich befriedeten innenpolitischen Lage“ in den „kapitalistischen und staatskapitalistischen Ländern“ ausgehe. Herbert Marcuse habe gerade in seinem Hauptreferat auf dem Frankfurter Kongreß „Vietnam —

Analyse eines Exempels“ die These aufgestellt, daß „die innenpolitische Situation in einem imperialistischen Staat“ sehr wohl etwas mit seiner „aggressiven Außenpolitik“ zu tun habe.

SHB-Veranstaltung (nach der Konventssitzung) zum Thema „Was tun — Konsequenzen der FU-Krise“. Folgende SHB-Mitglieder diskutieren über die SHB-Hochschulpolitik: Gert Börnsen (1. Konventsvorsitzender der FU), Uwe Aldag (AStA-Sportreferent), Peter Dehn (studentischer Sprecher im Akademischen Senat der FU), Niels Kadritzke (ehemaliger AStA-Vorsitzender), Ulf Kadritzke (studentischer Vertreter im Verfassungsausschuß des Akademischen Senats der FU), Rudolf Kollmann (AStA-Sozialreferent), Wolfgang Landsberg (Vorsitzender des Satzungs- und Geschäftsordnungsausschusses des Konvents der FU), Michael Mohs (AStA-Außenreferent) und Wolfgang Roth (ehemaliger AStA-Vorsitzender der FU). Die SHB-Sprecher tragen folgende Einschätzung vor: Mit der Verhinderung der Urabstimmung über die Zwangsexmatrikulation habe das Rektorat erneut versucht, die Studentenschaft als „mitbestimmenden Faktor an der Universität zu eliminieren“. Sie warnen davor, über das „Ergebnis der großen Demonstration in eine unbegründete Euphorie zu geraten“. Denn trotz aller Erfolge, wie zum Beispiel die Aufhebung der Richtlinien des Akademischen Senats vom 16. Februar 1966 und die Zusage des Rektors, sich noch in diesem Semester zur Diskussion zu stellen, seien „unsere wirklich essentiellen Forderungen“ immer noch nicht berücksichtigt. (Vgl. Zeittafeldatum vom 2. und 4. Juli 1966)

### 25. Juni 1966

Der Vertreter des Parteivorstandes der SED-Westberlin, Karl-Heinz Kniestedt, erklärt in der Zeitung „Die Wahrheit“: „Wir sehen in dem Verhalten der Studenten der FU eine berechtigte Reaktion auf die verfehlte Politik des Gewissenszwanges und der Notstandsgesetze, des Antikommunismus und des Kalten Krieges. Wir treten ein für freie Meinungsäußerung, für das ungehinderte Recht auf politische Tätigkeit der Studenten, ihrer demokratischen Organisationen und ihrer gewählten Selbstverwaltungsorgane. ... Abgeordnetenhaus und Senat sollten die Demonstrationen an der Freien Universität Veranlassung sein, endlich verantwortlich die Forderungen der Studenten zu respektieren und eine demokratische Studien- und Hochschulreform in Angriff zu nehmen.“

Die DDR-Presseagentur ADN veröffentlicht eine Erklärung des Zentralrates der FDJ über „offizielle Kontakte“ zwischen dem Zentralrat der FDJ und dem Bundesvorstand des SHB. (Vgl. Zeittafeldatum vom 6. Mai und 26. Juni 1966)

Der Leiter des SPD-Arbeitskreises „Hochschulpolitik“, Prof. Dr. Fritz Borinski, beruft eine außerordentliche Sitzung ein, an der der Vorsitzende des Berliner SPD-Landesverbandes Kurt Mattick, der 1. AStA-Vorsitzende Knut Nevermann, der Senator für Wissenschaft und Kunst Prof. Dr. Werner Stein, und die Professoren Otto Stammer, Ernst Heinitz, Fritz Eberhard und Ludwig von Manger-König sowie die SPD-Assistenten und SHB-Studenten teilnehmen. Das Treffen hat den Charakter eines Informationsgesprächs über die Situation an der FU. Man kommt überein, das Gespräch zu institutionalisieren, besonders im Hinblick auf das FU-Gesetz. Kurt Mattick wird beauftragt, den SPD-Parteivorstand über den Stand der Diskussion zu informieren.

Presseerklärung des SHB-Bundesvorstandes über die Kontakte des SHB-BV mit dem Zentralrat der FDJ: „Der Briefwechsel zwischen SPD und SED hat erneut verdeutlicht, daß bei gesamtdeutschen Kontakten beide Seiten unterschiedliche Ziele verfolgen. Die heutige Presseerklärung der FDJ muß in diesem Sinne verstanden werden.“

### 25./26. Juni 1966

Wochenendseminar der GSG zur Vorbereitung einer Polenreise. Themen sind „Die Wirtschaft Polens seit 1945“, „Nationalsozialistische Verbrechen in Polen“, „Polnische Geschichte bis 1939“ und die „Politische Entwicklung Polens seit 1945“. Mit diesem Seminar will die GSG eine neue innerverbandliche Praxis initiieren: Internationale Begegnungen durch wissenschaftliche Seminare vorzubereiten.

## 26. Juni 1966 (Sonntag)

„Der Tagesspiegel“ berichtet, daß Prof. Dr. Ernst E. Hirsch (Juristische Fakultät der FU) eine „interne Befragung der Professoren der Freien Universität“ vorbereite: „darin sollen sich die Akademischen Lehrer von dem Auftreten des Rektors vor den protestierenden Studenten im Henry-Ford-Bau am vergangenen Mittwoch distanzieren.“

Meldung der Nachrichtenagentur ADN im „Neuen Deutschland“ über das erste Gespräch des SHB-Bundesvorstandes mit dem Zentralrat der FDJ am 6. Mai 1966 im Haus des Zentralrats der FDJ: „Die Vertreter der FDJ forderten ihre Gesprächspartner auf, dem völkerrechtswidrigen Alleinvertretungsanspruch der westdeutschen Bundesregierung und der revan-chistischen Anmaßung, westdeutsche Gesetze auf Bürger anderer Staaten auszudehnen, entgegenzutreten.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 15. und 27. April, 3. und 6. Mai, 8., 21. und 25. Juni 1966)

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der AStA-Vorsitzende berichtet über das Gespräch mit dem SPD-Arbeitskreis „Hochschulpolitik“ am Vortage. Es wird kritisiert, daß ein Teil des AStA erst auf der Konventsitzung von dem Gespräch erfahren habe. Der AStA mißt dem Gespräch größeres Gewicht zu als der AStA-Vorsitzende Nevermann, weil der Senator für Wissenschaft und Kunst anwesend war. Der AStA kommt für die zukünftigen Gespräche überein, daß entweder ein zweites AStA-Mitglied mit dem AStA-Vorsitzenden dorthin gehe oder daß kein AStA-Mitglied gehe.

Für die für den 27. Juni geplante gemeinsame Sitzung des Akademischen Senats, Rektors, Konvents und des AStA, auf der das Memorandum des Konvents vom 24. Juni 1966 besprochen werden soll, ist der AStA nach eingehender Diskussion der Ansicht, daß er von vier Forderungen nicht abgehen werde: Für die Kommissionen 1. Parität, 2. Unabhängigkeit und 3. zeitliche Festlegung der Einsetzung und 4. öffentliche Diskussionen der Hochschulprobleme und Hearings der Kommissionen. Die Kommissionen werden vom AStA vorgeschlagen, „um aus der Position des Nein-sagens herauszukommen“. Die Assistenten sollen in diesen Kommissionen nach Meinung des AStA dem Lehrkörper zugerechnet werden. Es erscheine aufgrund der Stellung und des Verhaltens der Assistenten „nicht günstig“, die Kommission drittelparitätisch zu besetzen. Der AStA ist der Meinung, daß die Assistentenschaft noch nicht soweit emanzipiert und zu abhängig von der Professorenschaft sei, um als selbständige Gruppe auftreten zu können. Außerdem bestehe ein prinzipieller Unterschied zwischen diesen Kommissionen und den Gremien nach einer Hochschulreform, in denen der Mittelbau, Professoren und Studenten paritätisch vertreten sein sollen.

Den Kommissionen, deren Mitglieder nur nach sachlichen Gesichtspunkten ausgewählt werden sollen, solle keine Beschlußfähigkeit zukommen. In ihnen soll beraten werden: „Stellung der Universität zur Gesellschaft. Stellung der einzelnen Personengruppen und deren Interesse an der Universität: Autonomie, Arbeitsform und Probleme des wissenschaftlichen Arbeitens, oder anders: was können Studium und Universität leisten?“

Für den Fall, daß der Akademische Senat und der Rektor auf diese Vorschläge nicht eingehen sollten, plant der AStA für Mittwoch, den 29. Juni 1966, ein Demonstration, im Falle der Annahme am Donnerstag, dem 30. Juni 1966, ein Teach-in, zu dem vor allem Mitglieder des Akademischen Senats eingeladen werden sollen.

## Ende Juni 1966

In einer gemeinsamen Erklärung des Dekans, der amtierenden Studentenvertretung und des Zulassungsaus-

schusses der Juristischen Fakultät wird die Einsetzung eines ständigen Fakultätsausschusses für Studienreform und Studiumshilfe beschlossen. Dieser Ausschuß, der von studentischer Seite mit drei Vertretern besetzt ist, soll sich nach dem Wortlaut der Erklärung vor allem mit folgenden Fragen befassen: 1. Arbeitsgemeinschaft, 2. Neufassung des Studienplans, 3. Konzentration, Gliederung und Beschränkung des Lehrstoffes, 4. Reform der Übungen und des Scheinwesens, 5. Intensivveranstaltungen, 6. Repetitorproblem und 7. Studienberatung.

## 27. Juni 1966

Die drei Studenten des Japanologischen Instituts Inge Braun, Detlef Foljanty und Johannes Sembritzki teilen dem Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, schriftlich mit, daß während ihrer „letzten Vernehmungen“ durch den untersuchungsführenden Professor Dr. Roman Herzog sie sich „in zunehmendem Maße“ nicht des Eindrucks hätten erwehren können, daß sich „eine deutliche Tendenz der Bagatellisierung selbst der schwerwiegendsten Vorwürfe gegen Herrn Prof. Eckardt bemerkbar machte. In bezug auf antisemitische Äußerungen Herrn Prof. Eckardts, die wir mehrfach zu Protokoll gegeben hatten, wurden wir immer wieder befragt, ob es sich nicht lediglich um „judenfeindliche Äußerungen“ handle, d. h. ob nicht nur eine persönliche Animosität von seiten Herrn Prof. Eckardts gegenüber den so diffamierten Herrn Professoren bestünde“. Die drei Studenten protestieren dagegen, daß „noch niemand der von uns genannten gewichtigen Zeugen gehört worden, sondern vielmehr von seiten der Untersuchungsführenden Zeugen gehört wurden, die zum Teil als Gasthörer oder Sinologiestudenten die von uns angeführten Tatbestände wegen mangelnden Einblicks in die Verhältnisse des Japanologischen Instituts nicht beurteilen können“. Die Studenten äußern abschließend ihre Überzeugung, daß Prof. Eckardt aufgrund „seines unverantwortlichen und durch nichts zu entschuldigenden Verhaltens für den Posten eines Universitätsprofessors untragbar ist. Sollte die Universität nicht zu dieser Überzeugung gelangen, müßten wir zu unserem Bedauern von unserer nunmehr zwei Semester lang geübten Zurückhaltung Abstand nehmen und die Meinung der Öffentlichkeit beanspruchen“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 27. Oktober 1965, 31. Januar, 15. Februar, 4. März, 13. Juli und 18. Oktober und 7. Dezember 1966, 11. und 25. Januar und 8. Februar 1967)

2. Teach-in der Philosophischen Fakultät der FU. Diskussionspunkte: „Kommission mit paritätischer Besetzung auf Universitäts- und Fakultätsebene zur Studienreform“, „Abschaffung von Zwangsexmatrikulation oder befristeter Zulassung“ und „Aufgabe der Kabinettpolitik und statt dessen eine öffentliche Diskussion über die anstehenden Probleme“.

Der Landesvorstand der SPD berät die Ergebnisse des Gespräches, das der SPD-Arbeitskreis „Hochschulpolitik“ am 25. Juni geführt hatte.

Meinungsaustausch über Fragen der Studienreform und der befristeten Zulassung zwischen Rektor, Akademischem Senat, Konvent und AStA im Klubhaus der Studentenschaft. In einer anschließend vom Rektor herausgegebenen Erklärung heißt es, daß die Aussprache in sachlicher Atmosphäre stattgefunden habe, und „die Möglichkeit übereinstimmenden Handelns bewies, wenn auch noch keine Einigung in allen Sachfragen erzielt werden konnte . . .“. „Weitgehendes Einverständnis herrschte darin, daß eine die ganze Universität betref-

fende Kommission unter gleichberechtigter Mitwirkung der Studenten gebildet werden soll, die sich generell mit Fragen der Studienreform, insbesondere dem Aspekt der Empfehlungen des Wissenschaftsrates, beschäftigen soll. Einzelheiten wird der AS auf seiner nächsten Sitzung am 13. 7. 1966 beraten.

Der Rektor stellt in Aussicht, das nächste Semester mit einem Vortrag vor der Studentenschaft über die Studienreform zu beginnen.“

Die Philosophische Fakultät veranstaltet einen Vortrag mit Conrad Ahlers zum Thema „DER SPIEGEL — Kontrolle durch ein Nachrichtenmagazin“.

ESG-Veranstaltung mit Mitgliedern des Schaubühnen-Ensembles zum Thema „Die Schaubühne am Halleschen Ufer“.

### 28. Juni 1966

Das Verwaltungsgericht Berlin erklärt den Beschluß des Akademischen Senats der FU vom 24. November 1965 für rechtswidrig. Dem Akademischen Senat wird aufgetragen zu klären, „unter welchen Umständen er bei einer studentischen Vereinigung einen förderungswürdigen Beitrag zur Erfüllung der der Universität gestellten Erziehungsaufgabe als gegeben ansieht. Nach diesem Maßstab wird er den Kläger zu beurteilen und dementsprechend neu zu bescheiden haben“. (AZ: VG Ia A 31.65) (Vgl. Zeittafeldatum vom 11. Dezember 1964, 18. Mai, 24. November und 7. Dezember 1965, 16. Februar und 22. April 1966, 11. Januar und 7. Dezember 1967, 27. Januar und 7. Februar 1968)

Dok. 559

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der AStA beschließt zur Vorbereitung auf die Arbeit in den Kommissionen Seminare mit Studentenvertretern und den Institutsvertretern.

Beschluß der Juristischen Fakultät über den Beschluß des Zulassungsausschusses der Juristischen Fakultät. Es wird generell eine Studienzeitsbeschränkung auf 9 Semester beschlossen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 14. Februar, 21. und 23. April 1966)

Dok. 560

(Im laufenden Sommersemester studieren von 1947 Studenten an der Juristischen Fakultät 144 länger als neun Semester, ohne sich zum ersten Staatsexamen gemeldet zu haben, davon 39 im 10. Semester, 72 im 11. und 33 darüber.)

Brief der CDU-Fraktionsgeschäftsführung an den Berliner SDS-Landesverband. (Vgl. Zeittafeldatum vom 24. Juni, 1. und 9. Juli 1966)

Dok. 561

Veranstaltung der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät mit Prof. Dr. Leo Loewenthal (USA) zum Thema „Die Universität als Großbetrieb“.

SDS-Filmveranstaltung mit anschließenden Referaten und Diskussionen: „Der Sieger hieß Mao“ (BRD) und „Le ciel, la terre“ (Holland, Jorges Ivens). Die Referate halten Rudi Dutschke und Erik Nohara.

### 29. Juni 1966

Sitzung der Philosophischen Fakultät der FU. Hinsichtlich eines Antrags von Volkmar von Braunbehrens auf Bildung einer Kommission zur Frage der Studienreform ergibt die Aussprache, daß die Fakultät in der Grundstudienkommission, die um Vertreter des Mittelbaus vermehrt werden soll, eine entsprechende Kommission bereits besitze. (Vgl. Zeittafeldatum vom 15. Dezember 1965)

Für eine Beratungskommission über die künftige Strukturkommission werden die Professoren Werner Philipp,

Reinhard Elze, Eberhard Lämmert, Richard von Kienle und Georg Nikolaus Knauer (außerplanmäßiger Professor) gewählt. (Prof. Dr. Ernst Fraenkel, der ebenfalls genügend Stimmen erreicht, kann die Wahl nicht annehmen, da er zu der in Frage kommenden Zeit verreist sein wird.)

Während einer von der FDP-Bundestagsfraktion beantragten „aktuellen Stunde“ begrüßt der Bundesminister für wissenschaftliche Forschung Dr. Gerhard Stoltenberg (CDU) die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen vom 14. Mai 1966. Stoltenberg betont, daß in den nächsten Jahren hohe Aufwendungen für den Ausbau der Hochschulen notwendig seien. Dieser Ausbau sei aber nur sinnvoll, wenn gleichzeitig eine „innere Reform der Hochschulen“ stattfinde. Sprecher der SPD- und FDP-Bundestagsfraktionen begrüßen ebenfalls die Empfehlungen des Wissenschaftsrates.

Amerikanische Bomber greifen zum ersten Male Ziele innerhalb der Stadtgrenzen von Hanoi und Haiphong an. Die schweren Luftangriffe beginnen am frühen Nachmittag. Kampfflugzeuge der US-Navy, die von US-Flugzeugträgern starten, greifen die Hafenanlagen und ein Treibstofflager in Haiphong an. (Vgl. Zeittafeldatum vom 8. Juli 1966)

Auf einer „internationalen Pressekonferenz“ zum Thema „Wohin steuert die Bundesrepublik“ in der Kongreßhalle in Berlin (DDR) teilt Prof. Albert Norden (SED) mit, daß die Durchführung der beiden vorgesehenen Veranstaltungen in Karl-Marx-Stadt und Hannover unter der „Voraussetzung“ geplant worden seien, daß der „Dialog“ zwischen der SED und der SPD in „völliger Gleichberechtigung und gegenseitiger Achtung“ durchgeführt werde. „Inzwischen ist die Führung der SPD von dieser Haltung abgegangen. Sie unterstützt die revancharistische Alleinvertretungsanmaßung der Bonner Regierung und der CDU/CSU-Führung. Ja, sie beteiligt sich sogar aktiv an der Ausarbeitung und Annahme jenes völkerrechtswidrigen annektionistischen Gesetzes, mit dem die westdeutsche Gerichtsbarkeit willkürlich auf Territorien und Bürger anderer europäischer Staaten, vor allem der DDR ausgedehnt werden soll.“ Es sei „selbstverständlich“, daß dieses „ungeheuerliche Gesetz beseitigt werden muß, bevor die Vertreter der SED auf der vorgesehenen Versammlung in Hannover auftreten können“. Unter den Bedingungen dieses Gesetzes sei „die ordentliche Durchführung der Versammlung in Hannover nicht gewährleistet“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 11. Februar, 18. und 26. März, 15. April und 23. Juni 1966)

Der AStA veranstaltet ein Teach-in im Auditorium Maximum der FU, auf dem Wolfgang Lefèvre (AC, SDS), Sigrid Rüger (SDS) und Volkmar von Braunbehrens (HSU) über die Verhandlungen mit dem Rektorat berichten. Hauptdiskussionspunkt: Herstellung der Öffentlichkeit in allen wichtigen Verhandlungen über Fragen der Hochschul- und Studienreform. An der Diskussion nehmen mehrere Professoren teil, unter anderem Prof. Dr. Heinrich von der Gablentz. Zu Beginn der von etwa 1000 Studenten besuchten Veranstaltung distanziert sich der AStA von der FU-Hochschulgruppe der FDJ, die ein Flugblatt verteilt.

### 29./30. Juni 1966

Zum ersten Mal seit der bedingungslosen Kapitulation des NS-Regimes im Jahre 1945 treffen sich Mitglieder der Westdeutschen Rektorenkonferenz mit Rektoren von Universitäten und Technischen Hochschulen aus der DDR im Haus der Westdeutschen Rektorenkonferenz in Bad Godesberg. Themen sind die Entwicklung der Studienreform; Stand und Ziel der Akademischen Verwaltung. An der Konferenz nehmen aus der Bundesrepublik Deutschland die Rektoren der Universitäten Aachen, Freie Universität Berlin, Technische Universität Berlin, Bonn, Hannover, Heidelberg, Hamburg, Kiel, Mainz und Saarbrücken teil. Aus der DDR nehmen die Rektoren der Universitäten Karl-Marx-Stadt (früher Chemnitz), Dresden, Halle-Wittenberg, Greifswald, Leipzig, Rostock und der Humboldt-Universität Berlin teil.

### 30. Juni 1966

Veranstaltung des Senatsbeauftragten für politische Bildungsarbeit, Prof. Dr. Fritz Borinski, in der Reihe „Politische Information — Studenten fragen“ zum Thema „Redneraustausch — Möglichkeiten einer neuen Deutschlandpolitik?“. Referent ist Heinrich Albertz (Innensenator, SPD).

SDS-Filmveranstaltung im überfüllten Auditorium Maximum der FU. Es wird der DDR-Film über die weißen Söldner im Kongo „Der lachende Mann. Portrait eines Mörders“ gezeigt. Anschließend referieren Jürgen Horlemann über die belgische Kolonialpolitik im Kongo und Jürgen Werth über die Psyche der weißen Söldner im Kongo. An der anschließenden lebhaften Diskussion beteiligen sich die beiden Filmemacher aus der DDR, Gerhard Scheumann (SED) und Walter Heynowski (SED), und berichten ausführlich über die Vorbereitungen und die Durchführung des Filmprojekts.

### Juli 1966

Im „FU-SPIEGEL“ begründen Prof. Dr. Peter Szondi und Peter Müller ihre Ablehnung der „Empfehlungen“ des Wissenschaftsrats.

#### 1. Juli 1966

Mit dem Erscheinen in den „Mitteilungen für Dozenten und Studenten“ tritt die Assistentenordnung der FU in Kraft. Vgl. Dok. 355

„Der Tagesspiegel“ berichtet über eine „Fachtagung“ der Polizei im Institut Hiltrup/Westfalen zum Thema „Jugendkrawalle“, auf der auch die Erfahrungen der Hamburger Polizei zu „Schnellgerichts-Verfahren“ ausgewertet worden seien. Dok. 562

Brief des SDS-Landesvorstandes an die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. (Vgl. Zeittafeldatum vom 24. und 28. Juni und 9. Juli 1966)

Dok. 563

#### 2. Juli 1966

2. Ordentliche Sitzung des SPD-Arbeitskreises „Hochschulpolitik“. Es nehmen etwa 30 Personen teil, unter ihnen der SPD-Landesvorsitzende Kurt Mattick, der Senator für Wissenschaft und Kunst Prof. Dr. Werner Stein, der Fraktionsgeschäftsführer der SPD im Abgeordnetenhaus Rechtsanwalt Wolfgang Büsch, die Professoren Fritz Borinski, Gert von Eynern, Ernst Heinitz und Fritz Eberhard und der 1. AStA-Vorsitzende Knut Nevermann. Thema der Sitzung ist die Situation an der FU. Das Gespräch soll zur Vorbereitung eines Beschlusses dienen, den der Landesvorstand der SPD am 4. Juli 1966 fassen will.

#### 4. Juli 1966

SPD-Landesvorstandssitzung über die Situation an der FU. In seinem Beschluß betont der Landesvorstand, „Lehrende und Lernende sollten die notwendigen Änderungen an der FU auf der Grundlage des ‚Berliner Modells‘ gemeinsam erarbeiten.“ Das „Berliner Modell“ sei in „seinen Grundzügen nach wie vor richtig und erhaltenswert“. Die in letzter Zeit vom AStA und den politischen Studentenverbänden geforderten paritätisch besetzten Kommissionen zur Beratung der Studienreform werden vom SPD-Landesvorstand indirekt unterstützt: Er würde die Bildung „gemischter Kommissionen auf allen Ebenen begrüßen, „welche Entscheidungen der Universitätsorgane über die Studienreform vorbereiten sollen“. Außerdem will der SPD-Landesvorstand einen „Fachausschuß“ einberufen, der die Probleme der Berliner Hochschulen beraten soll mit der Aufgabe, den beschlußfassenden Gremien der SPD „rechtzeitig konkrete Vorschläge“ zu machen. Als Vorsitzenden des Fachausschusses, dem sozialdemokratische Professoren, Assistenten und Studenten angehören sollen, schlägt der SPD-Landesvorstand Prof. Fritz Borinski vor. Außerdem hält der Landesvorstand es für zweckmäßig, in der nächsten Legislaturperiode „die Hochschulgesetzgebung in Berlin zu überprüfen und neu zu novellieren“. Zur Studienreform an der FU empfiehlt der Landesvorstand, die Empfehlungen des Wissenschaftsrates und anderer Gremien einschließlich der von Studenten-

organisationen sorgfältig zu prüfen: „Die wünschenswerte Studienzeitverkürzung kann nur erreicht werden, wenn Staat und Universität die organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen dafür schaffen. Der Landesvorstand hofft, daß eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen den Lehrenden und Lernenden nicht durch einseitige Maßnahmen und ultimative Haltung belastet wird. Das Beharren auf strittigen Rechtsstandpunkten ist kein Ersatz für praktikable Lösungen.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 24. Juni und 2. Juli 1966)

SDS-Mitglieder demonstrieren vor dem amerikanischen Konsulat (US-Mission) und dem US-Hauptquartier gegen die Bombardierung von Hanoi und Haiphong. Die Studenten fordern auf Transparenten „Verhandeln statt Bombardierung“ und „Abzug der US-Truppen aus Vietnam“.

#### 5. Juli 1966

Auf einer FDP-Fraktionssitzung des Abgeordnetenhauses kritisieren die Abgeordneten, daß die SPD-Fraktion in die Verfassung der FU eingreifen möchte. Dadurch sei die durch das „Berliner Modell“ garantierte Selbstverwaltung der Universität gefährdet. Die Fragen der Studienreform und der Universitätsverfassung müßten scharf voneinander getrennt werden.

Veranstaltung des Senatsbeauftragten für politische Bildungsarbeit Prof. Dr. Fritz Borinski in der Reihe „Politische Information — Studenten fragen zum Thema Notstandsgesetzgebung“. Es referiert Ernst Benda (MdB, CDU).

Podiumsdiskussion des AStA im Audimax der FU zum Thema „Neue Wege der Hochschuldidaktik“. Diskussionssteilnehmer sind Dr. Peter Fürstenau (Argumentationsklub), Prof. Dr. Dietrich Goldschmidt und Prof. Dr. Klaus Mollenhauer. Unterthemen sind: Welche Rolle spielt die Hochschuldidaktik in der Diskussion über die Studienreform? Welche neuen Arbeitsformen sollte die Universität entwickeln?

#### 5.—8. Juli 1966

Plenarversammlung der Westdeutschen Rektorenkonferenz in Hamburg. Thema: Empfehlungen des Wissenschaftsrates vom 14. Mai 1966. Das Plenum meldet fünf Arbeitsgruppen, die die Empfehlungen auf ihre Anwendbarkeit für die verschiedenen Fachrichtungen und Fakultäten überprüfen sollen. Die Mehrheit der Rektoren kritisiert, daß der Wissenschaftsrat die Empfehlungen ohne Konsultation der Universitäten und Fakultäten abgegeben habe. Trotzdem wertet die WRK die Empfehlungen als „wertvolle Hilfe bei den Bemühungen der Hochschulen um eine sachgerechte Ausgestaltung des Studiums“. Nach Auffassung der Rektoren stimmen die Empfehlungen in einigen Fächern mit bereits verwirklichten oder von den Hochschulen geplanten Reformen überein. Die Rektorenkonferenz stimmt dem Wissenschaftsrat darin zu, daß die Reform nur dann gelingen könne, wenn zwei Voraussetzungen erfüllt seien: ein Zusammenhang der Studienreform mit der Reform des Bildungswesens sowie die Bewilligung zusätzlicher finanzieller Mittel durch die Bundes- und Länderregierungen für Universitätspersonal und Bauten.

#### 6. Juli 1966

Die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät der FU beschließt, die seit dem 11. November 1964 bestehende Kommission zur Studienreform zu erweitern: aus jedem Fach sollen ihr je ein Professor und ein Student angehören, die Studenten sollen von der Studentenvertretung der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät benannt werden. Außerdem sollen der Kommission fünf Vertreter des Mittelbaus der Mathematik, Physik, Chemie, Geowissenschaften und Biologie, angehören.

Öffentliche Protestdemonstration von rund 15 000 Studenten gegen die Regierungsvorlage für ein Bayerisches Hochschulgesetz in München. Die Studenten protestieren gegen das autoritäre Verfahren der bayerischen Staatsregierung, insbesondere des Kultus-

ministers Huber, bei der Erstellung und Vorbereitung des Gesetzes. Durch die Ausklammerung der Wirtschafts- und Personalangelegenheiten aus dem Selbstverwaltungsbereich der Universität werde die im Grundgesetz verbrieft Freiheit von Forschung und Lehre in unerträglichem Maße beeinträchtigt. Die Studenten ziehen von der Technischen Universität zur Universität und tragen Transparente mit Parolen „Der Staat — Totengräber der Demokratie“, „Kein Dirigismus im Hochschulbereich“ und „Diskussion statt Geheimdiplomatie“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 29. April 1966)

**Ordentliche Sitzung des AStA der FU.** Wie in der Sitzung vom 1. Juli besteht der AStA auch in den Fakultätskommissionen auf 50:50-Parität, wobei die Assistenten dem Lehrkörper zuzurechnen seien.

Durch weitere Seminare mit der FDJ will der AStA erreichen: „Durch eine außenpolitische Entlastung der DDR soll der Buhmann SED—FDJ abgebaut werden.“ Dies könne dadurch geschehen, daß man mit der FDJ weiterhin Kontakt pflege.

Abschlußkundgebung der CDU zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen in Gelsenkirchen. Ca. 2000 arbeitslose Bergarbeiter der stillgelegten Zeche „Graf Bismarck“ (Gesamtleistung: 6700 Beschäftigte) stören durch Sprechchöre „Lügner! Lügner!“ die Wahlveranstaltung, so daß der Hauptredner, Bundeskanzler Prof. Dr. Ludwig Erhard, nach wenigen Minuten seine Rede abbrechen muß. Erhard beschimpft die Bergarbeiter als „schamloses Gesindel, Lümmel und Uhus, die längst verkommen wären, wenn sie nicht in unserer Zeit lebten“. Nur mit Mühe können die Sicherheitsbeamten dem Kanzler eine Gasse durch die wütenden Bergarbeiter bahnen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 23./24. Juni, 6. September, Oktober, 31. Oktober — 2. November, November 10., 26. und 30. November und 1. Dezember 1966)

Ordentliche Gruppenversammlung der SHB-Hochschulgruppe an der FU zur Planung der Arbeitskreise für das Wintersemester 1966/67.

## 7. Juli 1966

Gespräch zwischen dem Senator für Wissenschaft und Kunst Prof. Dr. Werner Stein (SPD), dem Senator für Finanzen Hans-Günter Hoppe (FDP) und dem studentischen Sprecher im Kuratorium Wolfgang Roth, dem 1. Vorsitzenden des Landesverbandes Berlin im VDS Ernst-Georg Schleifer, dem AStA-Vorsitzenden Knut Nevermann und dem Finanzreferenten des AStA stud. rer. pol. Hans-Joachim Ziesing über die Gebührenerhöhung. Der Senator für Finanzen weist darauf hin, daß bei einer Erhöhung um DM 2,— (der AStA will um DM 3,— erhöhen) und Übergabe des „Capitol-Projektes“ und der psychotherapeutischen Beratungsstelle an das Studentenwerk auch die Gebühren an das Studentenwerk um DM 2,— erhöht werden sollten; die Hochschulen am Steinplatz zahlten DM 5,— an das Studentenwerk, die FU jedoch nur DM 2,50. (Vgl. Zeittafeldatum vom 28. und 29. Juli, 4., 8., 9. und 26. August und 1./2. September 1966)

Vgl. Dok. 569, Dok. 570 und Dok. 574

Der LSD-Landesverband Berlin erklärt in einer Pressemitteilung, daß er eine weitere politische Zusammenarbeit mit der FDP „nicht mehr für sinnvoll“ halte. (Der Berliner FDP-Landesverband hatte am 8. Februar 1966 seine politischen Bindungen zum LSD-Landesverband Berlin aufgekündigt, nachdem sich der LSD an der Demonstration gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam beteiligt hatte. In den folgenden Monaten hatten sich die FDP und der LSD „gemeinsam bemüht“, die Zusammenarbeit wieder aufzunehmen. Die Bedingungen des FDP-Landesvorstandes an den LSD-Landesvorstand waren: „Eindeutige Übereinstimmung mit der Berlin- und Deutschland-Politik der FDP“ und „die Auflösung der parteioffenen Struktur“ des LSD-Landesverbandes durch „Ausschluß der zahlreichen SPD-Mitglieder von den Ämtern des LSD-Landesverbandes“. Außerdem hatte der FDP-Landesvorstand die

Vorstellung des derzeitigen LSD-Landesvorstandes zur „Wirtschafts- und Sozialpolitik“ kritisiert.) Zur Begründung des Abbruchs der weiteren Zusammenarbeit erklärt der LSD-Landesvorstand gegenüber der Presse, daß die FDP „die rechtsradikalen Strömungen in ihren eigenen Reihen niemals völlig überwinden“ habe.

Der LSD-Bundesvorsitzende Christian Kayser distanziert sich entschieden von der Erklärung des Berliner Landesvorstandes: „Es sei höchst bedauerlich, in welcher undemokratischer Weise sich eine „Minderheit von Verbandsmitgliedern gegenüber eindeutigen Beschlüssen des Bundesvorstandes in der Parteifrage“ verhalte. Der LSD-Bundesvorstand verurteile dies Verhalten „auf das Schärfste“; der LSD-Bundesverband werde auch weiterhin mit der FDP zusammenarbeiten. (Vgl. Zeittafeldatum vom 8. Februar und 18. August 1966)

Die „Debatten-Gesellschaft Quaternal“ veranstaltet eine Diskussionsveranstaltung zum Thema „Nukleare Mitbestimmung“. Gastsprecher sind Innensenator Heinrich Albertz und Hans-Dieter Jaene (DER SPIEGEL).

## 8. Juli 1966

Auf einer Tagung des „politischen beratenden Ausschusses“ in Bukarest bieten die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages — die Volksrepublik Bulgarien, die DDR, die Volksrepublik Polen, die Sozialistische Republik Rumänien, die tschechoslowakische sozialistische Republik, die ungarische Volksrepublik und die UdSSR — der demokratischen Republik Vietnam „in zunehmendem Maße moralisch-politische Unterstützung“, „vielseitige Hilfe auf wirtschaftlichem Gebiet“ und „Mittel für die Verteidigung mit Material, Technikern und Fachleuten“ an. Außerdem erklären die Teilnehmerstaaten ihre „Bereitschaft, falls die Regierung der demokratischen Republik Vietnam die Bitte äußern sollte, ihren Freiwilligen zu ermöglichen, nach Vietnam zu gehen, um dem vietnamesischen Volke im Kampf gegen die amerikanische Aggression zu helfen“. Die Staaten des Warschauer Vertrages werten die Bombenangriffe auf die Vorstädte von Hanoi und den Hafen Haiphong, die am dichtesten besiedelten Gebiete Nordvietnams, „als eine neue, noch gefährlichere Phase der amerikanischen Politik der ‚Eskalation‘ des Krieges in Vietnam“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 29. Juni 1966)

Der SDS veranstaltet vor dem Henry-Ford-Bau eine Demonstration gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam, an der ungefähr 2000 FU-Studenten teilnehmen. Ein SDS-Redner protestiert gegen das Bombardement von Hanoi und Haiphong durch die US-Luftwaffe und fordert die Studenten auf, die FLN materiell zu unterstützen. Als mehrere RCDS-Mitglieder mit zwei Transparenten mit den Aufschriften „Meinungsmache durch Linksminderheiten“ und „Vietnam aufgeben ist Asien aufgeben“ vor dem Henry-Ford-Bau ziehen, kommt es zu Schlägereien. Die beiden Transparente werden zerrissen. Der SDS-Sprecher fordert den RCDS und die CV-Studenten auf, ihre pro-amerikanische Haltung durch Argumente vor dem Lautsprecher zu vertreten. Es kommt zu einem Teach-in. Nach dem Teach-in, das von einer amerikanischen Fernsehgesellschaft gefilmt wird, interviewt das amerikanische Kamerateam einige pro-amerikanische Plakatträger. Als diese vor der Kamera Aufstellung nehmen, mischen sich SDS-Mitglieder mit Transparenten gegen die amerikanische Invasion unter die RCDS-Gruppe. (Vgl. Zeittafeldatum von 29. Juni und 12. Juli 1966)

7. ordentliche Sitzung des 18. Konvents der FU. Der Konventsvorsitzende Gert Börnsen gibt bekannt, daß sich zu den Nachwahlen in der Juristischen Fakultät keine Kandidaten gemeldet hätten. Der Konvent befähigt sich mit der Situation an der Medizinischen Fakultät. (Die Rückmeldung ist dort nur mit einem Stempel des Zulassungsdozenten möglich, durch den die unbefristete Zulassung in eine befristete umgewandelt wird.) Der Konvent beauftragt den AStA, die rechtlichen Möglichkeiten einer Klage zu prüfen und gegebenenfalls die Kosten für einen Präzedenzfall zu tragen, in dem gegen die Befristung der Immatrikulation ein Verwaltungsgerichtsentscheid eingeholt wird.

Der Konvent erklärt sich solidarisch mit dem Protest der bayrischen Studenten am 6. Juli 1966 gegen die Regierungsvorlage für ein bayerisches Hochschulgesetz vom 29. April 1966.

Der Konvent beauftragt den AStA, eine Protestresolution gegen den Eingriff des Senats von Berlin in die studentische Selbstverwaltung zu erstellen, durch die dieser die Erhöhung des Beitrags für die studentische Selbstverwaltung auf DM 2,— festgesetzt hat. Der Konvent spricht sich gegen Bestrebungen aus, die Juristische und die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät für zehn bis zwanzig Jahre in die Nähe des Lützowplatzes zu verlegen. Die Verlegung der Soziologischen Institute in die Babelsberger Straße beweise, daß ein ordnungsgemäßer Studienbetrieb bei so großen Entfernungen nicht mehr gewährleistet sei. Eine effektive Studentenvertretung würde dadurch unmöglich werden, ein interdisziplinäres Studium würde dadurch auch für diese beiden Fakultäten unmöglich. Der Konvent begrüßt, daß auch der Rektor und der Akademische Senat sich gegen die Bestrebungen wende.

Der Konvent beschließt zur Studiengeldpauschale: obwohl der Konvent vor zwei Jahren die Einführung der Studiengeldpauschale begrüßt habe, sehe er darin jedoch nicht eine Entsprechung seiner hochschulpolitischen Konzeption, und er fordert generelle Studiengeldfreiheit zur Demokratisierung und Intensivierung des Studiums. Der 1. AStA-Vorsitzende Knut Nevermann gibt bekannt, daß Kontaktgespräche zwischen dem AStA der FU und der Studentischen Kreisleitung der Prager Studentenvertretung stattgefunden haben mit dem Ziel, gemeinsame Seminare über die Ziele und Arbeit der Studentenvertretungen zu veranstalten. Eine Beschlusvorlage des Sportreferats wird angenommen: Danach soll der freiwillige Studentensport von der Studentenschaft finanziert werden und von der Universität bezuschußt werden. Der studentische Leistungssport soll aus Mitteln der Universität finanziert werden, da es sich um eine Repräsentationsaufgabe der Universität handle. Unter Hinweis auf sein „Memorandum zur Reform des Studiums an der Freien Universität“ fordert der Konvent erneut, daß der Akademische Senat die sechs Mitglieder des Lehrkörpers für die Studienreformkommission benennen soll. Die zur Hälfte aus Lehrenden und Lernenden bestehende Kommission soll Teilergebnisse in öffentlichen Versammlungen mit der Studentenschaft diskutieren. (Vgl. Zeittafeldatum vom 24. Juni 1966)

Dok. 564

Als Mitglieder der Studienreformkommission werden Jürgen Heinrich, Wolfgang Lefèvre (SDS, AC), Peter Damerow (AC), Ulf Kadritzke (SHB) und Peter Müller (ESG, DIS) gewählt. Die Hochschulreferentin Gerda Struck gehört der Kommission qua Amt an.

### 9. Juli 1966

124. Sitzung des Kuratoriums der FU. Das Kuratorium nimmt den vom Kurator eingebrachten Entwurf des Haushaltsplans mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von DM 147 927 550,— zur Kenntnis. Der Entwurf sieht einen Landeszuschuß in Höhe von DM 132 900 950,— vor. (Das bedeutet gegenüber 1966 einen Mehrzuschuß von DM 26 950 950,—. Der Senat von Berlin stellt später jedoch nur einen Landeszuschuß für die FU von DM 127 500 000,— in Aussicht. Das bedeutet eine erforderliche Kürzung des Haushaltsplanentwurfs um DM 5 400 950,—. (Vgl. Zeittafeldatum vom 7. und 27. Oktober 1966)

Der CDU-Landesvorsitzende Franz Amrehn erklärt vor einem kleinen Kreis von FU-Professoren und CV- und RCDS-Ver-

tretern, daß die CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin demnächst zu den gegenwärtigen Auseinandersetzungen an der FU eine öffentliche Stellungnahme abgeben wolle. An der Diskussion im Rathaus Schöneberg nehmen Prof. Dr. Herrmann Blei, Prof. Dr. Karl August Bettermann, Prof. Dr. Georg Kotowski und Prof. Dr. Joachim Tiburtius sowie der CDU-Bundestagsabgeordnete Josef Stingl und die CDU-Mitglieder des Abgeordnetenhauses Prof. Dr. Otto A. Dilschneider und Rechtsanwalt Peter Lorenz teil. Amrehn appelliert an die konservativen Professoren, zu einer guten Lösung der gegenwärtigen Streitigkeiten beizutragen. Es komme jetzt „entscheidend darauf an, den guten Ruf der Freien Universität zu erhalten und sie nicht in den Geruch einer politischen Schlachtstätte abgleiten zu lassen“. Er erklärt, daß der CDU-Landesverband Berlin sich bisher „bewußt von einer Stellungnahme zur FU-Krise zurückgehalten“ habe, weil sie die „Autonomie der Freien Universität“ respektiere. Deshalb müsse alles daran gesetzt werden, die Krise mit „allen Beteiligten universitätsintern zu lösen“. Der einzige Vertreter der studentischen Linken, der ehemalige AStA-Vorsitzende Dietrich Schmidt-Hackenberg (AC) erklärt, solange nicht Studenten an der Reformdiskussion beteiligt würden und der Wissenschaftsrat gegen die Vorschläge des VDS seine Empfehlungen verabschiede, werde es „weitere Unruhen an der FU geben“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 24. und 28. Juni und 1. Juli 1966)

### 9./10. Juli 1966

Wochenendseminar der „Aktion Bildungsförderung“, gemeinsame Veranstaltung des GSG-Landesverbandes Berlin und VDS-Landesverbandes Berlin. Es referieren: Prof. Dr. Josef Hitpass (Pädagogische Hochschule Köln) zum Thema „Bildungserwerb — Notwendigkeiten und Möglichkeiten; Dr. Helga Thomas-Monzen (Institut für Bildungsforschung Berlin) „Probleme der Schulreform — gezeigt am Beispiel Englands“ und Prof. Dr. Herwig Blankertz (FU) „Probleme der Berufsausbildung“ sowie Dr. Joachim Lohmann (Pädagogisches Zentrum Berlin).

### 10. Juli 1966

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der AStA stellt grundsätzliche Überlegungen der Politik gegenüber der FDJ an: dabei wird die „liberalistische Konzeption“ des „wir wollen miteinander sprechen“ der „sozialistischen“ gegenübergestellt, die die Kontakte zur FDJ in den größeren Rahmen der Politik der BRD gegenüber der DDR stelle. Die BRD übe politischen und wirtschaftlichen Druck auf die DDR aus und stelle den Kommunismus und damit die DDR als Verbrecher hin. Durch Entlarvung dieser Politik als Lüge solle auch in der BRD wieder sozialistische Kritik möglich werden. Der AStA beschließt, „im Sinne einer Auflösung der Fronten und Verständigung zur Grundlage der DDR-Kontakte die Überlegung zu machen, die aggressive Politik der BRD gegenüber der DDR zu unterlaufen“.

Dok. 565

Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen. Die SPD erhält 49,47 % (99 Sitze), die CDU 42,77 % (86) und die FDP 7,42 % (15). (Vgl. Zeittafeldatum vom 6. Juli, 2., 6., 10., 11., 20., 26. und 30. November und 1. Dezember 1966)

### 12. Juli 1966

Studenten der Juristischen Fakultät der FU gründen eine „Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Studenten“ (AUS). Ihr Sprecher erklärt, daß sich die AUS „gegen jegliche Meinungs-diktatur, komme sie von links oder rechts“ wende. Die Gründungsmitglieder der AUS hätten sich am 8. Juli 1966 an der Gegendemonstration zur SDS-Manifestation gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam beteiligt. (Vgl. Zeittafeldatum vom 29. Juni und 8. Juli 1966)

### 13. Juli 1966

Ordentliche Sitzung des Akademischen Senats der FU. Zu Tagesordnungspunkt 10 „Empfehlungen des Wissen-

schaftsrates zur Neuordnung des Studiums an wissenschaftlichen Hochschulen“ billigt der Akademische Senat die Absicht des Rektors, eine Kommission für Fragen der Studienreform einzusetzen, die aus drei Hochschullehrern, drei wissenschaftlichen Mitarbeitern und vier immatrikulierten Studenten bestehen soll. Die höchstens zehn Mitglieder sollen vom Rektor berufen werden. Gegebenenfalls will der Rektor auch Nichtangehörige der Universität, die mit dem Beratungsgegenstand vertraut sind, hinzuziehen. Die Kommission muß ihre Empfehlung vor der Veröffentlichung den zuständigen Universitätsorganen zur Beratung und Beschlußfassung vorlegen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 14. Mai und 15. Juli 1966)

Mit einer Gegenstimme und drei Stimmenthaltungen beschließt der Akademische Senat zu Tagesordnungspunkt 12 „Stellung und Aufgaben des Senatsbeauftragten für politische Bildungsarbeit“: „Der Senat nimmt die von Prof. Dr. Borinski vorgelegten Thesen über die politische Bildungsarbeit an der Freien Universität zur Kenntnis.“

Dok. 566

Zu Tagesordnungspunkt 14 „Universitätstage“ trägt Prof. Dr. Karl August Bettermann die Bedenken der Juristischen Fakultät gegen das (von der Kommission vorgeschlagene) Thema „Universitätstage in der Reform“ vor und regt an, die Universitätstage 1967 unter das Thema „Freiheit und Ordnung“ oder „Herrschaft und Freiheit in der Demokratie“ zu stellen. Der Akademische Senat billigt diese Anregungen und bittet den zu diesem Tagesordnungspunkt erschienenen Prof. Dr. Hans Herzfeld, die Angelegenheit in der Kommission erneut zu beraten und Vorbereitungen für die Durchführung der Universitätstage 1967 unter dem Thema „Herrschaft und Freiheit in Staat, Gesellschaft und Universität“ zu treffen. (Prof. Herzfeld bittet die Fakultät, unverzüglich Referenten und Themen zu nennen.) (Vgl. Zeittafeldatum vom 7. Juni und 28. Oktober 1966)

Der Tagesordnungspunkt 13 „Änderung der Universitätsordnung“ wird vertagt, der Konvent wird aufgefordert, in seiner 1. Sitzung im Wintersemester 1966/67 eine Sachdarstellung abzugeben.

In Abwesenheit der studentischen Senatsmitglieder behandelt der Akademische Senat die Disziplinarangelegenheit Prof. Dr. Hans Eckardt. Prof. Dr. Roman Herzog gibt den Abschlußbericht. Nach Aussprache beschließt der Akademische Senat in geheimer Abstimmung mit 8:2:4 Stimmen die Anklageerhebung vor der Dienststrafkammer. (Vgl. Zeittafeldatum vom 27. Oktober 1965, 31. Januar, 15. Februar, 4. März, 27. Juni, 18. Oktober und 7. Dezember 1966, 11. und 25. Januar und 8. Februar 1967)

In einer Presseerklärung erklärt der AStA der FU seine Enttäuschung über die zahlenmäßige Zusammensetzung der Studienreformkommission. Alle Forderungen der Studenten aus dem letzten Semester seien auf die Hauptforderung nach Bildung einer paritätischen Studienreformkommission konzentriert gewesen. Die sachliche Begründung habe die Parität vor allem darin, „daß am Lehrbetrieb der Universität Lehrende und Lernende beteiligt sind... Dem AStA wurde mehrfach vom Rektor und von anderen Professoren versichert, daß diese Forderungen angenommen würden... Der Rektor will für die Kommission nur insoweit Zeit opfern, als er die Mitglieder benennen will.

Wie schon im Wintersemester haben Rektor und AS kurz vor Ende des Semesters, wo die Studenten nicht

mehr in der Universität sind und der Konvent nicht mehr zusammentreten kann, die Interessen der Studenten in den Wind geschlagen... .

Wir hoffen, daß wir den Rektor noch mit unseren Argumenten überzeugen und unsere Forderungen durchsetzen können. Anderenfalls ist es fragwürdig, ob eine Mitarbeit der Studenten in der Kommission sinnvoll ist.“

#### 14. Juli 1966

Das katholische Bistumsblatt „Petrusblatt“ greift die Leiterin der psychotherapeutischen Beratungsstelle (Beratungsstelle für Intimfragen) an der Freien Universität Berlin Hildegard Lange-Undeutsch scharf an. Die Glosse trägt die Überschrift „Auge auf Berlin“. Es sei „zu fragen, ob diese Dame wirklich die geeignete Persönlichkeit ist, um gerade an dieser Stelle zu wirken“. Das Blatt behauptet, Frau Lange-Undeutsch habe während eines kürzlich veranstalteten „Kolloquiums über Intimfragen“ mit dem katholischen Theologen Prof. Dr. Waldemar Molinski S. J. unter anderem erklärt, die Prostitution sei ein Beruf wie jeder andere und Prostituierte könnten gleichzeitig gute Ehefrauen und aufopferungswürdige Mütter sein. (Vgl. Zeittafeldatum vom 20. Juli 1966)

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der AStA und die vom Konvent für die Studienreformkommission gewählten Mitglieder Jürgen Heinrich, Wolfgang Lefèvre (SDS, AC), Peter Damerow (AC), Ulf Kadritzke (SHB) und Peter Müller (ESG, DIS) beraten darüber, ob die studentischen Mitglieder in die FU-Kommission zur Studienreform geschickt werden sollen, nachdem die Forderungen der Studentenschaft (vgl. Konventsbeschluß vom 8. Juli 1966) nicht erfüllt seien. Die Sitzung muß abgebrochen werden, da der AStA-Vorsitzende Knut Nevermann einen Termin beim Rektor hat. Nevermann wird vom AStA beauftragt, dem Rektor nichts über den Gang des heutigen Gesprächs im AStA mitzuteilen. Er solle nur Informationen sammeln.

#### 15. Juli 1966

Der Rektor der FU teilt dem 1. AStA-Vorsitzenden offiziell in einem Schreiben mit, daß die Studienreformkommission aus drei Ordinarien, einem apl. Professor, einem Akademischen Rat, einem Assistenten und vier Studenten bestehen soll und bittet den AStA, vier Studenten dafür zu benennen.

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Als Gäste sind anwesend Wolfgang Lefèvre (SDS, AC) und Peter Damerow (AC). Der AStA geht davon aus, daß die FU-Kommission, wie sie der Rektor vorgeschlagen hat, nicht den Beschlüssen des Konvents entspricht und daß die Studenten deshalb nicht in dieser Kommission mitarbeiten sollten. Man diskutiert, wie man sich der Öffentlichkeit am besten unterbreiten könne, ohne sich dem Vorwurf der Obstruktion auszusetzen.

Presseerklärung des AStA: Der AStA erklärt, der Beschluß des Akademischen Senats vom 13. Juli 1966 lasse sich nicht mit dem Konventsbeschluß vom 8. Juli 1966 vereinbaren. Insbesondere wendet sich der AStA gegen die Paritäten, dagegen, daß der Rektor nicht den Vorsitz führen wolle und die Kommission Beratungsgremium des Rektors sein solle, daß eine Koordinierung oder Beeinflussung der einzelnen Kommissionen unter keinen Umständen Gegenstand der Beratungen sein solle, daß die Kommission erst im Wintersemester ihre Arbeit aufnehmen solle und daß die Zwangsexmatrikulation nicht Thema der Kommission sein solle. Die fünf vom Konvent gewählten Mitglieder und die qua amt vom Konvent bestätigte Hochschulreferentin würden die Arbeit schon in den Semesterferien beginnen, auch wenn die Mitglieder des Lehrkörpers an diesen Sitzungen

nicht teilnehmen würden. Gegebenenfalls würden die studentischen Mitglieder den vom Rektor benannten Mitgliedern des Lehrkörpers die Vorschläge zur weiteren gemeinsamen Beratung vorlegen.

#### 16. Juli 1966

An der FU wird ein Flugblatt verteilt mit einer Entgegnung von Hildegard Lange-Undeutsch auf die Glosse des „Petrusblattes“ vom 14. Juli 1966. Frau Undeutsch nimmt zu einigen falschen Behauptungen konkret Stellung. (Vgl. Zeittafeldatum vom 20. Juli 1966)

Dok. 567

Laut Pekinger „Volkszeitung“ durchschwimmt der KPCh-Vorsitzende Mao Tse-tung in fünfundsüdzig Minuten den Yangtsekiang (neun englische Seemeilen). „Unser geliebter Führer, der Vorsitzende Mao, ist gesund. Das erfüllt das chinesische Volk mit Freude.“

#### 17. Juli 1966

In seiner regelmäßigen Ansprache „Wo uns der Schuh drückt“ nimmt der Regierende Bürgermeister Willy Brandt zu den Vorgängen an der FU Stellung. Es habe lebhaft Diskussionen über Themen gegeben, die die akademische Jugend keinesfalls nur in Berlin, sondern auch an anderen deutschen Universitäten beschäftigen. Gegen eine „offene Diskussion“ habe er nichts einzuwenden. Sie gehöre zur Demokratie und könne „Ausdruck der Mitverantwortung“ sein. Von den Berliner Studenten könne nicht erwartet werden, daß sie den Mund hielten, wenn sie etwas zu sagen hätten: „Aber gerade in Berlin wünschen wir, daß Auseinandersetzungen in angemessener Form geführt werden.“

#### 18. Juli 1966

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. In der Diskussion über die AStA-Politik und die AStA-Arbeit des Vorstandes und einzelner Referate kritisiert der Kulturreferent stud. phil. Hartmut Zinser insbesondere den AStA-Vorsitzenden Knut Nevermann. Der AStA nimmt nach einigen Änderungen einen von Zinser eingebrachten Mißtrauensantrag gegen Nevermann mit 5:4:0 Stimmen an. In einer persönlichen Erklärung vertritt Nevermann die Meinung, daß die Misere in der AStA-Politik nicht dadurch gelöst werden könne, daß dem Vorsitzenden das Mißtrauen ausgesprochen werde.

Dok. 568

#### 19. Juli 1966

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Als Gäste nehmen teil Volkmar von Braunbehrens (HSU) und Wolfgang Lefèvre (AC, SDS). Der AStA diskutiert über die von der 18. ordentlichen Mitgliederversammlung des VDS beschlossene Aufgliederung des Fachverbandes Philosophie in sieben Fachverbände. Anläßlich der für den 20. Juli 1966 geplanten konstituierenden Sitzung der sieben Fachverbände in Limburg/Lahn reflektiert der AStA grundsätzlich seine Stellung zu den Fachverbänden und zum VDS. Als Gründe gegen eine Beschickung der Fachverbände werden genannt: a) die Fachverbände seien finanziell sehr beschränkt, b) Fachverbände würden erfahrungsgemäß nicht arbeiten, c) gute Studentenvertreter (die nicht zahlreich seien) sollten nicht in den Fachverbänden, sondern in der hiesigen Studentenvertretung arbeiten. Für eine intensive Mitarbeit in den Fachverbänden spreche, daß der AStA über sie stärkeren Einfluß auf den VDS nehmen könne. Der AStA beauftragt die Hochschulreferentin stud. phil. Gerda Struck in Zusammenarbeit mit dem Hochschulausschuß, die an der FU bestehenden Fachverbandsaktivitäten (Juristische Fakultät, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät etc.) zu kontrollieren und zu

koordinieren und eine Konventsvorlage auszuarbeiten, die die Bestätigung und kontinuierliche Berichterstattung sicherstellen soll.

Der AStA ist sich klar, daß eine sinnvolle VDS-Politik nur in Zusammenarbeit mit einigen westdeutschen AStA, „die auf der gleichen Ebene liegen“, möglich sei. Der Kulturreferent stud. phil. Hartmut Zinser und der Außenreferent stud. phil. Michael Mohs werden beauftragt, bis zum Wintersemester zu prüfen, welche AStA in Westdeutschland für eine Zusammenarbeit in Frage kommen.

#### 20. Juli 1966

Die Leiterin der psychotherapeutischen Beratungsstelle (Beratungsstelle für Intimfragen) an der Freien Universität Hildegard Lange-Undeutsch nimmt im „Tagesspiegel“ Stellung zu den Angriffen des katholischen Bistumsblattes „Petrusblatt“. Sie erklärt, daß das „Petrusblatt“ den Diskussionsverlauf und das Diskussionsergebnis entstellt habe. Prof. Dr. Waldemar Molinski S. J. und die Studenten hätten in der Diskussion über „Nutzen und Schaden vorhehlichen Geschlechtsverkehrs“ mehr oder weniger aneinander vorbeigeredet. Aufgrund ihrer Erfahrungen als Ärztin und Psychotherapeutin sei sie eine Gegnerin der von gewissen Kreisen der katholischen Kirche noch immer vertretenen „überholten Sexualmoral“. Im Zusammenhang mit dem Thema „Prostitution“ habe sie die Meinung vertreten, daß eine „nicht ausgebeutete Prostituierte“ ihren Beruf als einen „Beruf wie jeder andere“ begreife. Sie habe aber nie die Prostitution „als normalen Beruf in unserem Kulturkreis“ gepriesen, noch „von der Gleichzeitigkeit des Ausübens der Prostitution und des Berufes einer guten Gattin und Mutter“ gesprochen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 14. Juli 1966)

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der AStA beschließt, gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts vom 20. Juni 1966 (Urabstimmung) keine Berufung einzulegen. Nachdem der Akademische Senat die Richtlinien vom 16. Februar 1966 als gegenstandslos bezeichnet hat, will der AStA beim Senator für Wissenschaft und Kunst die Rechtsaufsichtsbeschwerde zurückziehen.

#### 21. Juli 1966

Der 1. AStA-Vorsitzende der FU Knut Nevermann teilt dem Rektor auf dessen Schreiben vom 15. Juli 1966 mit, daß der AStA sich außerstande sehe, von den 6 vom Konvent gewählten Kommissionsmitgliedern vier auszuwählen. Er übersendet dem Rektor nochmals die Stellungnahme des AStA vom 15. Juli 1966.

#### 24./25. Juli 1966

Wochenendseminar der GSG zum Thema „Gesellschaftskritik und Wissenschaft“. Es referieren: Dr. Alfred Schmidt (Frankfurt/Main) „Die Methode der soziologischen und ökonomischen Analyse bei Karl Marx“; Dipl.-Soz. Peter Hübner (FU) „Probleme der empirischen Deutung theoretischer Termini“ und Dieter Rave (SDS, Frankfurt/Main) „Logik und Dialektik als Erkenntnisinstrumente in den Sozialwissenschaften“.

#### 26. Juli 1966

Pressekonferenz des AStA über die „Psychotherapeutische Beratungsstelle — Beratungsstelle für Intimfragen — der Freien Universität Berlin“.

Der 2. AStA-Vorsitzende stud. phil. Walter Kreipe weist zur Einführung darauf hin, daß 50 % aller Studenten im Sommersemester 1966 aus finanziellen und Termingründen abgewiesen werden mußten.

Frau Hildegard Lange-Undeutsch weist auf die Tatsache hin, daß 40—50 % der Krankheitsfälle bei praktischen Ärzten psychosomatischer Natur sind. Frau Lange-Undeutsch und cand. med. Wolfgang Eckardt



legen einen neuen Tätigkeitsbericht vor. Bis Juli 1966 sind von 608 Anmeldungen insgesamt 209 nicht beraten worden. Von den 399 beratenen Studenten mußte 348 eine psychotherapeutische Behandlung angeraten werden. 51 wurden in die Gruppentherapie von Dr. Ammon übernommen. Die Fälle untergliedern sich: Psychosen, Präpsychosen und borderline-Fälle: 37; Neurologische Fälle: 2; Mittlere bis schwere Neurosen: 285, davon Depressionen (einschließlich Suizid-Absichten und -Versuche: 111; Zwangssymptome: 41; Sexualstörungen: 40; Konversionssymptome (Fehlhandlungen): 36. 70—90 % aller Beratenen hatten mehr oder weniger starke Konzentrations- und Arbeitsstörungen.

Seit dem Wintersemester 1965/66 werden die Colloquien nicht mehr mit ca. einstündigen Referaten eingeleitet, sondern in der Mehrzahl durch etwa zehnmünütige Kurzreferate, um die Diskussionen nicht in fachwissenschaftlichen Detailfragen verlaufen zu lassen oder bei den meisten Teilnehmern wegen der Angst vor Autoritäten die Diskussion nicht zu hemmen. Den Teilnehmern wurde je einige Tage vorher eine Materialsammlung mit den wichtigsten Informationen zu dem jeweiligen Thema übersendet. Referenten waren cand. med. Hubert Bacia, cand. med. Wolfgang Eckardt, Prof. Dr. Waldemar Molinski S. J., Hildegard Lange-Undeutsch, Dr. Günter Ammon und Dr. Siegfried Schubenz. (Vgl. Zeittafeldatum vom 30. Oktober 1964, 29. Januar und Mai 1965, Januar, 29. April, 14. und 20. Juli 1966)

#### 28. Juli 1966

Der AStA der FU legt eine Dokumentation „Braune Universität“ vor, in der die Rolle der Professoren Karl C. Thalheim, Andreas Paulsen, Hans Knudsen, Emil Dovifat und Richard Beitel während des Dritten Reiches behandelt wird. Die Einleitung ist vom ehemaligen 1. AStA-Vorsitzenden Peter Müller (ESG, DIS).

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. In Abwesenheit des AStA-Vorsitzenden Knut Nevermann (der in Israel ist) gibt der Vorsitzende des Berliner Landesverbandes im VDS Ernst-Georg Schleifer einen — vom AStA später als ziemlich zusammenhanglos bezeichneten — Bericht über das Gespräch am 7. Juli 1966 über Gebührenerhöhung. Der AStA kommt zu der Auffassung, daß die studentischen Forderungen nicht mit genügend Nachdruck vertreten worden seien. Weder der AStA-Vorsitzende Nevermann noch Wolfgang Roth noch Ernst-Georg Schleifer hätten den AStA hinreichend unterrichtet. Der AStA will prüfen, ob der Kurator mit seinem Brief vom 26. Juli 1966, in dem er mitteilt, daß eine Beitragserhöhung für die studentische Selbstverwaltung um höchstens DM 2,— bei gleichzeitiger Erhöhung des Beitrages für das Studentenwerk um denselben Betrag erfolgen könne (falls diese Koppelung nicht die Zustimmung des Konvents finden würde, würde er die Gelder im Wintersemester zurückhalten), seine Kompetenzen überschritten habe und ob eine Verkoppelung der Erhöhung der AStA-Gebühren mit der der Studentenwerksgebühren juristisch zulässig sei. (Vgl. Zeittafeldatum vom 29. Juli, 4., 8., 9. und 26. August und 1./2. September 1966)

Dok. 569

#### 29. Juli 1966

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der AStA diskutiert über die Gebührenerhöhung. Es wird festgestellt, daß der AStA-Vorsitzende Nevermann nur über die Zustimmung der Senatoren zur Gebührenerhöhung, nicht aber von der Koppelung mit einer Erhöhung der

Zahlung an das Studentenwerk berichtet habe. Der AStA beschließt zur Klärung einen Brief an die Senatoren Stein und Hoppe mit dem Hinweis auf die Essentials des AStA. Der 2. AStA-Vorsitzende holt einen Telefonbericht von Wolfgang Roth über den genauen Verlauf des Gesprächs am 7. Juli 1966 ein: die studentischen Teilnehmer seien auf den Kompromiß eingegangen, die Koppelung der Beitragserhöhung dem Konvent zur Abstimmung vorzulegen. Der AStA ist der Ansicht, daß das Verhalten der drei studentischen Gesprächsteilnehmer nicht gebilligt werden könne, ebensowenig der Kompromiß der Koppelung. (Vgl. Zeittafeldatum vom 28. Juli, 4., 8., 9. und 26. August und 1./2. September 1966)

Dok. 570

#### 30. Juli 1966

Amerikanische Fernbomber vom Typ B 52 bombardieren zum erstenmal die entmilitarisierte Zone entlang dem 17. Breitengrad zwischen Nord- und Südvietnam. (Vgl. Zeittafeldatum vom 20. Juli 1954)

#### 31. Juli 1966

Im „Tagesspiegel“ kritisiert Hans-Georg Soldat den Film des Italieners Gualtiero Jacopetti „Africa Addio“ in einer ausführlichen Rezension mit der Überschrift „Der gewöhnliche Rassismus“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 2., 3., 4., 5., 6., 8., 9., 10., 11. und 12. August 1966 und 10. Februar 1967)

Dok. 571

#### 1.—12. August 1966

11. Plenum des 8. ZK der KPCh. Im Verlauf des Plenums wird das 16-Punkte-Programm über die „Große Proletarische Kulturrevolution“ angenommen. In Punkt 4 heißt es: „Die Methode, in allem für die Massen zu handeln, darf nicht angewendet werden. Vertraut den Massen, stützt euch auf sie und achtet ihre Initiative ... Habt keine Angst vor Unordnung ... Die Massen müssen sich in dieser großen revolutionären Bewegung selbst erziehen und es lernen, zwischen richtig und falsch ... zu unterscheiden ...“. Die 11. Plenartagung des 8. ZK ist der Ansicht, daß „man, wenn man gegen den Imperialismus kämpfen will, auch gegen den modernen Revisionismus kämpfen muß“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 4. September und 29. November 1966)

#### 2. August 1966

Das Kuratorium der FU beschließt, im Hinblick auf die kleinen Bauvorhaben der FU die Bewirtschaftung direkt in der FU vorzunehmen; sich jedoch bei der technischen Kontrolle der Berechnungen mit der Abteilung für Bau- und Wohnungswesen des Berliner Senats ins Benehmen zu setzen.

Der SDS-Landesverband Berlin, der „Afrikanische Studentenbund“ und die „Sozialistische Jugend — Die Falken“ protestieren gegen die Berliner Premiere des von der Filmbewertungsstelle der Bundesländer in Wiesbaden mit dem Prädikat „wertvoll“ ausgezeichneten Films „Africa Addio“. In einer Presseerklärung fordert der SDS die sofortige Absetzung des Films, der eine „Verherrlichung des Kolonialismus und Rassismus“ darstelle. Ungefähr hundert Studenten und Mitglieder der „Falken“ stimmen nach Beginn des Films auf mitgebrachten Trillerpfeifen ein fast ununterbrochenes ohrenbetäubendes Pfeifkonzert an und fordern in Sprechchören „Absetzen! Absetzen!“ Die Filmvorführung wird dreimal unterbrochen und die Polizei bildet um die Demonstranten einen Kordon entlang der Sitzreihen. Während der Aufführung demonstrieren mehrere hundert Studenten und Jungarbeiter mit Flugblättern, Transparenten und Sprechchören auf dem Kurfürstendamm. Gegen Ende des Films, als auf der Leinwand die Exekution eines kongolesischen Jugendlichen gezeigt wird, stürmen fünfzig afrikanische und deutsche Studenten die Bühne, beschädigen den Zwischenvorhang und erzwingen den Abbruch

der Vorführung. Noch im Filmtheater wählen die Studenten ein fünfköpfiges Komitee, das aufgrund der §§ 130 und 185 des Strafgesetzbuches (Angriff auf die Menschenwürde und Beleidigung) beim Generalstaatsanwalt des Landgerichts Berlin Anzeige gegen das Filmtheater „Astor“ erstattet. Außerdem fordert das Komitee in einer Presseerklärung den Innensenator Heinrich Albertz (SPD) auf, sofort ein „Aufführungsverbot“ für den Film auszusprechen. Während der Protestaktion im Filmtheater werden acht FU-Studenten von der Polizei vorübergehend festgenommen. Die Geschäftsführung des „Astor“ sagt die Nachmittags- und Abendvorstellung für den kommenden Tag ab.

### 3. August 1966

Die Polizei verbietet eine Protestdemonstration des SDS-Landesverbandes Berlin und des „Afrikanischen Studentenbundes“ vor dem Filmtheater „Astor“. Das Filmtheater bleibt mit der Begründung geschlossen, das durch die Protestaktion am Vortag am Vorhang und am Gestühl Schäden verursacht worden seien, die auf mehr als DM 10 000,— geschätzt werden und erst beseitigt werden müssen.

### 4. August 1966

In einem von Vertretern von vier schlagenden Verbindungen — Graudenz (Corps Guestphalia), Schwarze (Corps Normannia), Marks (Corps Marchia), Bremer (Corps Borussia) — unterzeichneten Flugblatt wird der AStA der FU angegriffen: „Meinungsfreiheit Addio?!!“

Dok. 572

Die Fachschaft Soziologie ruft alle afrikanischen und deutschen Kommilitonen in einem Flugblatt auf, zu verhindern, daß „Bluttausch, Sadismus, Grausamkeit, Vergasung, zu höchst ‚humanitären‘ Kategorien erhoben werden... Die Kongo-Müllers und Jacopettis sind nur neue Vertreter dieser neuen Wellen, die im Namen aller Europäer die Vergewaltigung und Entmenschlichung Afrikas fortsetzen wollen“.

Dok. 572a

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Es wird mitgeteilt, daß nach Auskunft von Rechtsanwalt Horst Mahler (SDS) die „Maßgabe“, unter der die Gebührenerhöhung um DM 2,— erlaubt wurde, als — rechtlich unzulässige — Bedingung zu werten sei und ein Prozeß deshalb mit großer Wahrscheinlichkeit zugunsten des AStA entschieden werden würde. Rechtsanwalt Mahler habe versprochen, in einem Gutachten die Rechtslage zu klären. Der AStA will bei Vorliegen des Gutachtens an den Senator für Wissenschaft und Kunst schreiben. (Vgl. Zeittafeldatum vom 28. und 29. Juli, 1., 8., 9. und 26. August und 1./2. September 1966)

Eine vom SDS angemeldete Demonstration vor dem Filmtheater „Astor“ wird von der Polizei verboten. Schon am frühen Nachmittag patrouillieren jedoch einzelne Studenten mit Plakaten gegen den Film „Africa Addio“ über den Kurfürstendamm. Zu Beginn der Abendvorstellung versammeln sich ca. 1000 afrikanische und deutsche Studenten vor dem Kino. Um 20.30 Uhr fordert ein Lautsprecherwagen der Polizei die Demonstranten wiederholt zum Weitergehen auf. Ungefähr 250 Polizisten bilden eine Kette und drängen die Demonstranten in Richtung Uhlandstraße und Fasanenstraße ab. 43 afrikanische und deutsche Studenten und „Falken“-Mitglieder werden vorübergehend festgenommen.

Im Filmtheater protestieren ungefähr 100 Studenten mit Trillerpfeifen und Sprechhören gegen den Film, der mehrfach unterbrochen wird.

Die „Junge Liga“ der „Liga für Menschenrechte“ erklärt in einer Presseerklärung, daß die „ungehinderte Aufführung des in Italien und England verbotenen Films zeige, „wie wenig Deutschland seine Periode der rassistischen Diskriminierung überwunden“ habe. Die „Junge Union Berlin“ wendet sich in einer Presseerklärung „auf das schärfste“ gegen die „Art und Weise des Auftretens linksradikaler Gruppen“ bei den Protesten gegen den Film.

### 5. August 1966

Der Filmverleih „Cine-Union GmbH“ setzt den Film „Africa Addio“ vom Programm des „Astor“-Filmtheaters ab. Als Begründung gibt die „Cine-Union“ folgende Presseerklärung ab: „Die Vorfälle bei den Demonstrationen haben den Polizeipräsidenten in Berlin im Hinblick auf die starke kommunistische Unterwanderung der Demonstration veranlaßt, den Cine-Union-Filmverleih auf die gefährliche Zuspitzung der Lage mit besonderer Eindringlichkeit hinzuweisen. Aufgrund dieses Erkenntnis hat sich der Verleih entschlossen, das „Astor“-Filmtheater aus seiner Spielverpflichtung zu entlassen.“ Der Senat von Berlin erklärt: „Es bleibt bei der Feststellung, daß sinnlos zerstörtes Mobiliar kein Argument gegen einen Film ist, mit dessen Inhalt man aus diesem oder jenem Grunde nicht übereinstimmt. Der von der Münchener Verleihfirma abgesetzte Film ‚Africa Addio‘ wird in unserer Stadt an anderer Stelle gezeigt werden. Es geht nicht an, daß, aus welchen Gründen auch immer, eine Filmzensur, im vorliegenden Falle durch Gewalt, ausgeübt wird. Der Polizeipräsident in Berlin hat sich im Bewußtsein seiner Verantwortung nicht des Paragraphen 14 des Polizeiverwaltungsgesetzes bedient, zu dem er berechtigt und in der Lage gewesen wäre. Er hat vielmehr auf den Filmverleih eingewirkt, den Film an anderer Stelle zu zeigen, denn es ist unmöglich, hunderte von Polizisten Abend für Abend ausgerechnet zur Absperrung des Kurfürstendamms einzusetzen. ... Es ist Tatsache, daß unter den Demonstranten Funktionäre der SED und FDJ festgestellt worden sind. Diese Erkenntnisse sind für das Verhalten des Polizeipräsidenten Duensing nicht von der Bedeutung gewesen, die ihr fälschlicherweise beigemessen wird.“

Der AStA der FU protestiert in einem offenen Brief an den Innensenator Heinrich Albertz (SPD) gegen das Vorgehen der Polizei am 4. August 1966: „Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung war es an diesem Abend nicht nötig, daß einzelne Polizeibeamte wahllos auf die Versammelten einschlugen und ihnen Fußtritte versetzten.“ Die Aufführung dieses Films und das Verbot einer Protestdemonstration trage dazu bei, „daß ein großer Teil der Bevölkerung die bestehenden Vorurteile gegenüber unseren afrikanischen Kommilitonen verstärkt“.

Der AStA äußert seine Empörung über die Behauptung des Polizeipräsidenten Erich Duensing (SPD), die Protestdemonstrationen gegen den Jacopetti-Film „Africa Addio“ seien „kommunistisch unterwandert“ gewesen. Es sei bei der Berliner Innenverwaltung und der Polizeiführung „leider zum Brauch“ geworden, Demonstrationen als ein demokratisches Mittel Meinungsäußerung dadurch zu disqualifizieren, daß man die Anwesenheit von einigen wenigen Mitgliedern der SED-Westberlin und der FDJ-Westberlin willkürlich in den Vordergrund rücke.

Der SHB-Landesverband Berlin begrüßt die Absetzung des Films, verurteilt jedoch die Begründung des Polizeipräsidenten Duensing.

Der SDS-Landesverband Berlin erklärt, daß „dieser Erfolg“ nicht aufgrund einer juristischen Entscheidung, die dem SDS „zufällig einmal recht gegeben“ hätte, errungen worden sei, sondern weil es dem SDS und dem „Afrikanischen Studentenbund“ gelungen sei, „in dieser Frage viele Leute für die Demonstration zu mobilisieren und dadurch gesellschaftliche Macht auszuüben“. Gleichzeitig betont der SDS, daß „lediglich eine linke Minorität“ gegen Jacopettis „rassistischen Propagandafilm“ protestiert habe. Der SDS teilt mit, daß die Polizei „von 52 Genossen die Personalien aufgenommen“ habe.

Die Dozentenkonferenz der „Kirchlichen Hochschule“ erklärt, daß eine zeitliche Begrenzung des Studiums nur in Zusammenhang mit einer Studienreform geschehen könne. Die Dozentenkonferenz spricht gegen eine „Studienzeitbegrenzung als isolierte Regelung“, die eine Studienreform vorwegnehme.

Das Theologiestudium solle acht Semester umfassen (ohne Sprachsemester und Examenshalbjahr). Diese Semesteranzahl stelle ein Minimum dar.

#### 6. August 1966

Die SPD-Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur — „Berliner Stimme“ nimmt in einem Leitartikel „Africa Addio — wertvoll?“ zur Arbeit der „Freiwilligen Wiesbadener Selbstkontrolle“ Stellung.  
Dok. 573

Die katholische Bistumszeitung „Petrusblatt“ widerspricht der Presseerklärung des SDS-Landesverbandes Berlin vom 5. August 1966, daß lediglich eine „linke Minorität“ gegen die Berliner Aufführung des Films „Africa Addio“ protestiert habe. In einem Kommentar zu dem Jacopetti-Film weist das Petrusblatt darauf hin, daß der „Filmdienst“, das „Organ der katholischen Filmkommission in Deutschland“ von dem Besuch des Filmes abgeraten habe. In der Filmbewertungsstelle der Bundesländer in Wiesbaden, wo der Film das „Prädikat wertvoll“ erhalten habe, seien die katholische und die evangelische Kirche nicht vertreten.

#### 8. August 1966

Innensenator Heinrich Albertz verweigert die Annahme des offenen Briefes des AStA vom Vortage. Ein Senatssprecher erklärt, daß sowohl die Form als auch der Inhalt des offenen Briefes Albertz zu diesem Schritt veranlaßt hätten. Er erklärt weiter, daß der Innensenator das Verhalten des Polizeipräsidenten voll billige.

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der studentische Sprecher im Kuratorium Wolfgang Roth berichtet dem AStA noch einmal über das Gespräch am 7. Juli 1966. Roth präzisiert einige Punkte: der ehemalige Finanzreferent des AStA und der Senator für Wissenschaft und Kunst hätten die Angelegenheit verzögert. Roth rät aus verschiedenen Gründen von einem Prozeß ab. Der AStA bleibt bei seiner Absicht, bei Vorliegen des Gutachtens von Rechtsanwalt Mahler Briefe an die Senatoren für Wissenschaft und Kunst und Finanzen zu schreiben und danach den Hauptausschuß einzuberufen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 7., 28. und 29. Juli und 4., 9. und 26. August und 1./2. September 1966)

Der Sozialreferent stud. phil. Rudolf Kollmann und der Sportreferent stud. med. Uwe Aldag sollen in Prag ein Seminar mit dem VOV vorbereiten.

Dok. 574

#### 9. August 1966

„Der Tagesspiegel“ veröffentlicht in seinem Feuilleton die Begründung der Filmbewertungsstelle der Bundesländer in Wiesbaden für den Film „Africa Addio“. (Durch das „Prädikat wertvoll“ werden der jeweilige Filmverleih und die Lichtspieltheaterbesitzer in den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Niedersachsen von der Vergnügungssteuer befreit.)

Dok. 575

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der AStA stellt fest, daß „Herr Nevermann bei den Verhandlungen am 7. Juli mit Senator Stein über die Gebührenerhöhung seine Amtsbefugnisse überschritten hat und daß Herr Nevermann den AStA nur darüber informiert hat, daß die Gebühren um DM 2,— erhöht werden. Herr Nevermann hat den Kompromiß dem AStA verschwiegen.“

Der AStA spricht dem (in Israel weilenden) AStA-Vorsitzenden Nevermann einstimmig das Mißtrauen aus. Der AStA beschließt einstimmig, „daß Besprechungen mit offiziellen Stellen im AStA vorher beraten werden und daß hinterher schriftlich und mündlich ausführlich darüber im AStA berichtet werden muß. (Vgl. Zeittafeldatum vom 7., 28. und 29. Juli, 4., 8. und 26. August und 1./2. September 1966)

Die DIS an der FU fordert Innensenator Heinrich Albertz auf, jede weitere Aufführung des Jacopetti-Films „Africa Addio“ in Vorstadtkinos zu verbieten. Der Film verstoße gegen das Grundgesetz, die Berliner Verfassung und die Bestimmungen des Strafgesetzbuches. Auch unabhängig von strafrechtlichen Fragen sei es ein Skandal, daß der Senat einerseits gegen jedes Auftreten von Antisemitismus Stellung nehme, daß aber andererseits eine „andere Spielart von Rassismus“ erlaubt sei.

#### 10. August 1966

SDS-Jour Fixe über die Demonstration gegen den Jacopetti-Film „Africa Addio“. Unter der Voraussetzung der geplanten Wiederaufführung in zwei Berliner Stadtteilen und der Ankündigung des Innensensors Heinrich Albertz (SPD), daß die Polizei diesmal sofort scharf eingreifen würde, werden folgende Fragen diskutiert: Neue Demonstrationstaktiken (z. B. Happening) und ein Rundbrief des SDS-Landesverbandes und des „Afrikanischen Studentenbundes“ an etwa 150 Filmtheaterbesitzer. (Vgl. Zeittafeldatum vom 26. August 1966)

#### 11. August 1966

Der Generalstaatsanwalt beim Berliner Landgericht stellt das Ermittlungsverfahren in Sachen „Africa Addio“ ein, da „ein strafbares Verhalten“ der für die Aufführung des Films Verantwortlichen „nicht festgestellt werden konnte“. (Die Strafanzeige war von fünf Studenten wegen Vergehens gegen § 103 des Strafgesetzbuches [Beleidigung eines ausländischen Staatsoberhauptes], § 130 [Angriff auf die Menschenwürde] und § 185 [Beleidigung] gestellt worden.) In dem ausführlichen Einstellungsbescheid teilt die Justizpressestelle unter anderem mit, daß der „Beurteilungsmaßstab“ der Staatsanwaltschaft der Eindruck des „unvoreingenommenen künstlerisch aufgeschlossenen, wenn auch nicht notwendig künstlerisch vorgebildeten Menschen“ sei. In dem Film werde „allenfalls die Tüchtigkeit der Farbigen, nicht aber die Substanz ihres Menschseins“ in Frage gestellt. (Vgl. Zeittafeldatum vom 2. August 1966)  
Vgl. Dok. 576

#### 12. August 1966

Der Filmverleih „Cine-Union GmbH“ teilt auf einer Pressekonferenz in München mit, daß der Film „Africa Addio“ frühestens im September 1966 wieder in Berlin gezeigt werden soll. In Verhandlungen mit Berliner Filmtheatern über eine erneute Aufführung will die Cine-Union GmbH erst eintreten, wenn die „rechtlichen Möglichkeiten der Studentengruppen erschöpft sind.“

#### 13. August 1966

Die Mitglieder der 4. Arbeitsgruppe der FU im Tschad verlassen Bardai in Richtung Libyen. Angeblich nicht durchgeführte Zoll- und andere Formalitäten veranlassen den Unterpräfekten Leutnant Rodai, bei seiner Regierung in Fort Lamy eine Verbalnote an die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Fort Lamy zu erwirken. Der Leiter der FU-Außenstelle Bardai, Dr. Peter-Jürgen Ergenzinger, wird zur persona non grata erklärt. (Vgl. Zeittafeldatum vom 22. Juni und September 1966)

#### 17. August 1966

Sitzung des AStA der FU. Es wird mitgeteilt, daß der persönliche Referent von Senator Stein, Kirchner, das SHB-Mitglied Ulf Kadritzke gebeten habe, für Senatsdirektor Harald Ingensand ein Gespräch mit Vertretern des SHB und des SDS über das FU-Gesetz zu arrangieren. Erst sollten der 2. AStA-Vorsitzende Walter Kreipe und der Kulturreferent Hartmut Zinser (SDS), dann aber auf Wunsch von Herrn Kirchner nur der Kulturreferent Zinser zu diesem Gespräch gehen. Der AStA berät über das Vorgehen bei dem Gespräch.

(Das Gespräch findet am selben Tage statt. Unter anderem wird über die Themen: Studienreformkommission, Disziplinarrecht und Stellung der Studenten in Gesellschaft und Beruf diskutiert.)

#### 18. August 1966

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg warnt in einem Gastkommentar in der in München erscheinenden „Abendzeitung“ vor dem SDS: Der SDS führe „politische Bildungsarbeit“ durch und könne sich „über die Tatsache freuen, daß Lehrstühle sozialwissenschaftlicher Disziplinen an den Universitäten in Marburg, Frankfurt, Göttingen, Hannover und besonders leider auch in Berlin zu Zentren marxistisch orientierter Meinung und Forschung geworden sind.“ Außerdem habe der SDS den LSD „in sein Schlepptau“ genommen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 8. Februar und 7. Juli 1966)

Auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking ziehen rund eine Million Angehörige der Roten Garde am Vorsitzenden der KPCh Mao Tse-tung und dem Verteidigungsminister der Volksrepublik China, Lin Piao, vorbei. Mao Tse-tung erklärt: „Das ist eine große Bewegung. Die Massen sind wahrlich mobilisiert worden. Das hat große Bedeutung für die Revolutionierung der Ideologie des Volkes im ganzen Land.“ Nach dem Vorbeimarsch sprechen auch Lin Piao und Tschu En-lai.

#### 22. August 1966

„Die Welt“ berichtet ausführlich über den Ankauf von Grundstücken in Dahlem durch den Berliner Senat als Reserve für eine eventuelle Ausdehnung der FU.

Dok. 577

#### 25. August 1966

Der VDS-Bundesvorstand fordert in einem dringenden Appell von der Bundesregierung und den Bundesländerregierungen, die Sicherstellung der langfristigen Finanzierung des weiteren Ausbaus der wissenschaftlichen Hochschulen und die Errichtung neuer medizinischer Ausbildungsstätten nach den Empfehlungen des Wissenschaftsrates voranzutreiben. Der VDS-BV fordert außerdem ein „neues einheitliches Zulassungsverfahren, das jedem Studienbewerber die Chance der freien Studienwahl läßt“ und die Errichtung einer „Zentralen Registrierstelle“, die der hochschulpolitischen Planung und der Beratung der Studienbewerber dienen solle.

#### 26. August 1966

Die Justizpressestelle des Berliner Landgerichts teilt mit, daß der „Verband Berliner Filmtheater“ einen Strafantrag gegen den SDS-Landesverband und den „Afrikanischen Studentenbund“ gestellt habe. (In einem Rundschreiben, das vom SDS-Landesvorstand unterschrieben und an etwa 150 Filmtheaterbesitzer verschickt worden ist, heißt es: Der SDS und der „Afrikanische Studentenbund“ hätten „volles Verständnis“, wenn sich die „spontanen Protestaktionen“ gegen den Jacopetti-Film „Africa Addio“ in einem anderen Kino wiederholen würden: „Wir bitten Sie, dies in Ihre Überlegungen einzubeziehen.“) Nach Ansicht des Anwalts des „Verbandes Berliner Filmtheater“ sei mit dem Rundschreiben der Tatbestand der Nötigung erfüllt. Um neue Demonstrationen und Sachbeschädigungen in Filmtheatern zu vermeiden, sollen sich einige Berliner Kinobesitzer bereits entschlossen haben, auf die Aufführung des Films „Africa Addio“ zu verzichten. (Vgl. Zeittafeldatum vom 2. und 10. August 1966)

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der aus Israel zurückgekehrte 1. AStA-Vorsitzende Knut Nevermann kritisiert, daß in seiner Abwesenheit ein Mißtrauensvotum gegen ihn gefaßt worden sei, zumal er in einem Brief aus dem Urlaub genau die Vorwürfe, auf Grund derer das Mißtrauensvotum zustandekam, ausdrücklich zurückgewiesen habe. Nach Nevermanns Darstellung haben die Studenten im Gespräch vom 7. Juli 1966 keinem Kompromiß zugestimmt, wie das im Bestätigungs-

schreiben der Senatsverwaltung zum Ausdruck komme. Vielmehr sei die Verkopplung der Beitragserhöhungen zurückgewiesen worden. Von einer von Herrn Roth behaupteten Befristung könne jedenfalls keine Rede sein. Der Senatsreferent des AStA, stud. rer. pol. Hans-Joachim Ziesing, bestätigt diese Darstellung. Nevermann besteht auf einer Rücknahme des Mißtrauensbeschlusses.

In der Diskussion wird darauf hingewiesen, daß dieses Mißtrauensvotum „in ein prinzipielles Mißtrauen gegen seine politische Haltung einzubetten“ sei. Es wird auf die Auseinandersetzung im Sommersemester hingewiesen, in der vor allem wegen der mangelhaften Informationspolitik des AStA-Vorsitzenden politische Vorbehalte konstatiert wurden. (Vgl. Zeittafeldatum vom 7., 28. und 29. Juli, 4. 8. und 9. August und 1./2. September 1966)

#### September 1966

Die SDS-Gruppen Köln und München veröffentlichen in der „FAZIT“-Reihe die ersten Texte von Ernest Che Guevara in der Bundesrepublik „Partisanenkrieg — eine Methode“ und „Mensch und Sozialismus auf Kuba“ mit einem Vorwort von Erich Eisner (SDS-München).

Mehrere Mitglieder der ehemaligen Münchener Sektion der „Subversiven Aktion“, Dieter Kunzelmann, siedeln nach Berlin über.

SDS-Mitglieder verteilen an der FU das Flugblatt „INFORMATIONEN ÜBER VIETNAM UND LÄNDER DER DRITTEN WELT — Nr. 3“ zum Thema „Warum wird der amerikanische Soldat durch einen Krieg brutalisiert, der in Vietnam das Volk vom Kommunismus befreien soll?“ (Von diesem Flugblatt erscheint im November 1966 eine 2. Auflage, in der noch Zitate aus der Aussage eines amerikanischen Bomber-Piloten angefügt sind.)

Vgl. Dok. 588

Im Herbst 1966 wird der Unterpräfekt von Bardai, Leutnant Rodai, durch Leutnant Allafi ersetzt. Dieser verbietet bei hohen Geldstrafen alles, was für die Bewohner des Tibesti Tradition oder Lebensnotwendig ist, z. B. Tragen eines Messers: 2 Monate Gefängnis und 16 000 francs CFA Geldstrafe; Tragen der traditionellen Kopfbedeckung: 5000 francs CFA Geldstrafe und Gefängnis bis zur Bezahlung der Summe; Bildung einer Versammlung (auch von 2 Personen): 5000 francs CFA Geldstrafe und 1 Monat Gefängnis für jeden Beteiligten; Ausfuhr von Tieren (für die Nomaden ist der Verkauf der Tiere in Lybien lebensnotwendig, da nur in Libyen Lebensmittel wie Reis, Nudeln usw. gekauft werden können): 30 000—150 000 francs CFA Geldstrafe; Streit z. B. mit einem Nachbarn oder der Ehefrau: 50—100 Peitschenhiebe und 5000 francs CFA Geldstrafe; den Frauen werden als Strafe grundsätzlich außerdem die Haare abgeschnitten, sie werden entkleidet und so im Auto durch die Dörfer gefahren. (Vgl. Zeittafeldatum vom 13. August und 1. Oktober 1966)

#### 1./2. September 1966

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Zum Tagesordnungspunkt „Zulassungspolitik an der Medizinischen Fakultät“ wird mitgeteilt, daß der von den beiden betroffenen Medizinstudenten Gabrecht und Domborg konsultierte Rechtsanwalt Matuschka erklärt habe, er wolle vor einem eventuellen Prozeß zunächst mit seinem „Bundesbruder Prof. Blei“ eine Lösung auf dem Verhandlungswege zu erreichen versuchen. Es soll ein Gespräch stattfinden mit den betroffenen Studenten, dem AStA-Vorsitzenden Nevermann und Prof. Blei. Der AStA hält diesen Lösungsversuch für aussichtslos und gefährlich und tendiert mehr zur sofortigen Einreichung einer Klage. Es soll jedoch auch die Möglichkeit einer Rechtsaufsichtsbeschwerde, die Senatsdirektor Ha-

rald Ingensand gegenüber dem Kulturreferenten des AStA stud. phil. Hartmut Zinser (SDS) nicht abgeschlossen hat, geprüft werden. Da es sich um die Frage handelt, ob eine befristete Immatrikulation in eine unbefristete umgewandelt werden könne (Rücknahme eines begünstigenden Verwaltungsaktes), soll ebenfalls nach einem Zwangsexmatrikulierten gesucht werden, der einen grundsätzlichen Prozeß führen könne.

Zu den Aktivitäten der einzelnen Referenten stellt der AStA eine „Problemübersicht“ auf.

Dok. 578

Der Mißtrauensbeschluß gegen den AStA-Vorsitzenden vom 9. August 1966 wird auf Antrag des AStA-Vorsitzenden mit 5:0:3 Stimmen aufgehoben.

#### 1.—4. September 1966

21. ordentliche Delegierten-Konferenz des SDS in Frankfurt/Main. In einer Resolution beschließen die Delegierten: „Der SDS kämpft gegen jede Notstandsgesetzgebung.“

Hauptreferate auf der DK: 1. Wolfgang Lefèvre zum Thema „Möglichkeiten für die Hochschulpolitik des SDS“ (s. Zeitgenössischer Kommentar), 2. Frank Deppe/Kurt Steinhaus (Marburg) „Politische Praxis und Schulung im SDS“. Die 21. ordentliche DK beauftragt den neuzuwählenden Bundesvorstand, ein „Programm der innerverbandlichen Schulung als ein wesentliches Mittel für die innere Konsolidierung und für die Verbesserung der politischen Aktionsfähigkeit des Verbandes“ zu entwickeln. Beim BV wird ein „Schulungsreferat“ eingerichtet. Die SDS-DK „bedauert, daß der mögliche Redneraustausch zwischen SED und SPD an dem unrealistischen und reaktionären Alleinvertretungsanspruch der Bundestagsparteien und der Bundesregierung“ gescheitert sei. Aufgrund der bisherigen innerverbandlichen Diskussion über richtige Aktions- und Aufklärungsformen gegen und über den amerikanischen Krieg in Vietnam beschließt die DK: Der SDS werde auch „weiterhin allein oder gemeinsam mit anderen Organisationen die entschiedensten und aktiven Teile der Opposition gegen den Vietnam-Krieg in der Bundesrepublik zu wirksamen, öffentlichen Kundgebungen und Demonstrationen zusammenführen. Er fordert seine Mitglieder auf, sich durch ein sorgfältiges Studium der Ursachen und des tatsächlichen Verlaufs des Vietnam-Krieges auf die Tätigkeit als Referenten und Diskussionssteilnehmer in öffentlichen Veranstaltungen vorzubereiten“. Die DK verabschiedet eine Resolution zur Kulturrevolution in der Volksrepublik China.

Dok. 579

Der vom bisherigen Bundesvorstand Helmut Schauer und Hartmut Dabrowski vorgelegte „Programmwurf“ wird von der DK mehrheitlich abgelehnt.

Neuer Bundesvorstand: 1. Vorsitzender: Reimut Reiche (Argument-Club, Frankfurt), 2. Vorsitzender: Peter Gäng (FU). Politischer Beirat: Erich Eisner (München), Wolfgang Lefèvre (FU) und Lothar Wolfstetter (GSG, Mannheim).

#### 2. September 1966

„Der Tagesspiegel“ berichtet über Ferienkurse an der FU für Erwachsenenbildung, die vom Senatsbeauftragten für politische Bildung, Prof. Dr. Fritz Borinski, veranstaltet werden. Der 3. internationale Ferienkurs findet mit 55 Teilnehmern aus England, den skandinavischen Ländern, Luxemburg, den Niederlanden, der Schweiz und der Bundesrepublik im Otto-Suhr-Institut zum Generalthema „Industrie-Gesellschaft in Ost und West“ statt.

Der Hauptausschuß des Konvents der FU drückt sein Befremden gegenüber dem Rektor aus, daß dieser aus den vom Konvent vorgeschlagenen Amtsträgern für die Studienreformkommission eine begrenzte Anzahl ausgewählt habe und stellt fest, daß der Hauptausschuß nicht berechtigt ist, vom Konvent gewählte Amtsträger abzu-berufen. (§ 9 Abs. IV c Satzung der Studentenschaft.) (Vgl. Zeittafeldatum vom 21. Oktober 1966)

#### 4. September 1966

Mitteilung aus dem ZK der SED zum 11. Plenum des ZK der KP Chinas: „... Im Kommuniqué dieses 11. Plenums der ZK der KPCh wird ausdrücklich hervorgehoben, daß die Führung der KPCh voll und ganz auf der antimarxistisch-antileninistischen Politik beharrt, die sie seit Jahren zum Schaden der internationalen kommunistischen Bewegung verfolgt ...“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 1. bis 12. August 1966)

#### 5.—7. September 1966

Die „Deutsche Gesellschaft für Kinderheilkunde“ tagt in der Kongreßhalle und in der FU. Eines der Hauptthemen des Kongresses ist die „Kindesmißhandlung“. Prof. Dr. Hans Ulrich Köttgen (Direktor der Universitätskinderklinik Mainz) erklärt: „Jeder Arzt, der ein mißhandeltes Kind zu sehen bekommt, muß sich darüber klar sein, daß er eine Entscheidung über Leben und Tod fällt.“ Denn nur in Ausnahmefällen handle es sich um eine einmalige „Affekthandlung“. Prof. Dr. Elisabeth Nau (FU) und Prof. Köttgen betonen, daß bei keinem anderen Verbrechen in der Bundesrepublik die „Dunkelziffer“ so hoch sei wie bei Kindesmißhandlungen.

#### 6. September 1966

Schlagzeile der Gewerkschaftszeitung „Metall“: „Flaute nach Plan? Produktion geht zurück — Entlassungen nehmen zu — Betriebsstillegungen“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 23./24. Juni, 6. Juli, Oktober, 31. Oktober — 2. November, November, 10., 26. und 30. November und 1. Dezember 1966)

#### 9. September 1966

Die Wochenzeitung „DIE ZEIT“ veröffentlicht einen Artikel „Neue Linke — Aufbruch in die Sackgasse? — Der SDS, die aktivste und stärkste Studentengruppe in der Bundesrepublik“ von Karl-Heinz Janßen.

Dok. 580

#### 15. September 1966

„Der Tagesspiegel“ bringt einen Artikel „FU intensiviert Kontakte zu Prag“. Das Rektorat der FU wolle seine bereits seit Jahren bestehenden Kontakte zur Prager „Karls-Universität“ erweitern. Neben Gastvorlesungen tschechoslowakischer Wissenschaftler an der FU, wie bereits seit zweieinhalb Jahren üblich, wollten beide Universitäten jüngere Wissenschaftler für längere Forschungsvorhaben austauschen. Dafür sollten Stipendien zur Verfügung gestellt werden. Außerdem solle ein Bibliotheksaustausch verwirklicht werden. Dies sei das Ergebnis von Besprechungen, die der Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, in Prag mit dem Rektor der „Karls-Universität“, Prof. Stary, und dem Präsidenten der tschechischen Akademie der Wissenschaften, Prof. Sorm, in Prag geführt habe.

#### 16. September 1966

Ein „Kuratorium“ von 53 Gewerkschaftsfunktionären, Professoren, Schriftstellern und Vertretern der evangelischen Kirche ruft in Frankfurt/Main für den 30. Oktober 1966 zu einem Kongreß „Notstand der Demokratie“ auf.

#### 22. September 1966

In einem Artikel des „Tagesspiegels“ mit der Schlagzeile „Ernste Manöverlage in Spandau“ berichtet die Zeitung über ein Manöver der „Freiwilligen Polizei-Reserve“ (FPR). (Vgl. Zeittafeldatum vom 13. und 30. Januar und 17. April 1963 und 22. November 1966)

Dok. 581

Die studentischen Mitglieder der „Kommission zur Studienreform auf Universitätsebene an der FU“ legen ein Arbeitspapier vor, in dem ein „Katalog von Fragen“ entwickelt wird. Zu den Schwerpunkten: Studium und späterer Beruf, die Praxis der Lehre, die Praxis der Forschung und die soziale Situation der Studenten.

#### 25. September 1966

Im Saalbau Neukölln findet eine Diskussionsveranstaltung der Humanistischen Union (HU) über den Jacopetti-Film „Africa Addio“ statt. Ulrich Preuß (SDS) kündigt während der Dis-

kussion weitere Protestaktionen an, falls der Film erneut in Berlin laufen sollte.

Der ehemalige „Ostreferent“ des LSD-Bundesvorstandes, Dieter Konecki, wird nach fünfjähriger Haft von der tschechoslowakischen Regierung „vorzeitig“ freigelassen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 24. und 27. Juni 1961)

### Oktober 1966

Das „Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften GmbH“ erklärt in seinen „Wirtschaftswissenschaftlichen Mitteilungen“, daß der Arbeitskräftezustrom in der westdeutschen Industrie nicht nur ständig zurückgehe, sondern seit Mitte 1966 „versiegt“ sei. „Seither werden Arbeitskräfte freigesetzt, so daß im Jahresvergleich der Abstand von den vorjährigen Beschäftigtenzahlen der Industrie immer größer wird.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 23./24. Juni, 6. Juli, 6. September, 31. Oktober — 2. November, November, 10., 26. und 30. November und 1. Dezember 1966)

Ph. D. Timothy Wright Mason (Research Fellow am St. Antony's College Oxford) analysiert in einem Artikel der „Berliner Zeitschrift für Politische Wissenschaft — DER POLITOLOGE“ die „Grundeigenschaften oder Merkmale“, die Prof. Dr. Karl-Joachim Friedrich für seine Totalitarismustheorie angibt. Mason fragt, ob „formale Faktoren“ (selbst wenn sie empirisch belegbar sein sollten) die Aufstellung einer „politologischen Grundsatzkategorie — totalitäre Herrschaft —“ hinreichend begründen könnten, ob nicht eine so begründete Kategorie „dermaßen antihistorisch“ sei, daß sie das „Verständnis der Phänomene“, die sie aufschlüsseln solle, eher „behindert als fördert“. Mason erklärt, daß keine neuere Untersuchung des Nationalsozialismus Friedrichs Behauptung belege, daß dieser „eine durchgebildete totalitäre Ideologie . . ., die alle wesentlichen Aspekte der menschlichen Existenz umfaßt“, entwickelt habe. Ebensovienig treffend für das NS-Regime sei Friedrichs Merkmal einer „hierarchisch und oligarchisch organisierten“ NSDAP, die „entweder über der Regierung“ gestanden habe oder „vollkommen mit der Regierungsbürokratie verflochten“ gewesen sei. Diese komplizierten Fragen bedürften dringend der wissenschaftlichen Aufklärung. Jede „antihistorische Formalisierung“ verschleierte, daß die NSDAP mit ihren angeschlossenen Verbänden ein durchaus „pluralistisches“ Gebilde dargestellt habe, daß die gesellschaftlichen Interessenkonflikte aufgenommen und ausgetragen habe. Zu Prof. Friedrichs 6. Merkmal „totalitärer Herrschaft“ „Eine zentrale Kontrolle und Lähmung der gesamten Wirtschaft . . .“ erklärt Mason, „bürokratische Koordination“ der Wirtschaft im nationalsozialistischen Deutschland habe es kaum gegeben, zumindest „nicht mehr als in anderen kapitalistischen Kriegswirtschaften“. Mason fordert eine „konkrethistorische Analyse“ all dieser angeschnittenen Fragen und verwirft eine „Herrschaftsmorphologie“, die auf „vermeintliche Naturgesetze“ zurückgreifen müsse, um die Entwicklungstendenzen ihrer Studienobjekte zu erklären. (Vgl. Zeittafeldatum vom Januar und Mai 1965 und 4. Februar 1966)

Sondernummer der „SDS-Korrespondenz“ mit einer von Rudi Dutschke verfaßten „Ausgewählten und kommentierten Bibliographie des revolutionären Sozialismus von Karl Marx bis in die Gegenwart“.

Der „bildungspolitische Ausschuß“ beim SHB-Bundesvorstand (Vorsitzende: Marlies Seeling, (FU) legt eine „Stellungnahme zum Gutachten des Wissenschaftsrats“ vor. (Vgl. Zeittafeldatum vom 14. Mai 1966)

Dok. 582

Deutsche Erstausgabe des Essays „Repressive Toleranz“ von Herbert Marcuse in der edition suhrkamp („Kritik der reinen Toleranz“). In seinem Essay „Repressive Toleranz“, der im Jahre 1965 in den USA erschien und die theoretische Diskussion in der „Anschlag-Gruppe“ und im SDS-Landesverband Berlin stark beeinflußte, untersucht Marcuse die „Idee der Toleranz in der fortschrittlichen Industriegesellschaft“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 13. September 1965)

Jürgen Horlemann (SDS) und Peter Gäng (SDS) veröffentlichen in der „edition suhrkamp“ eine Arbeit über die Geschichte Vietnams seit den dreißiger Jahren „Vietnam — Genesis eines Konflikts“. (Die Materialsammlung — Zeitungs-

und Zeitschriftenauswertung, Übersetzungen, Exzerpte etc. — wurden vom Arbeitskreis „Vietnam“ des Berliner Landesverbandes durchgeführt.)

Beginn der Kommune-Diskussion im SDS-Landesverband Berlin.

Zehnteilige Vortragsreihe der Redaktion „Funkuniversität“ beim RIAS Berlin über „Fragen des Wissenschaftsbetriebes in der modernen Gesellschaft“ (u. a. mit Beiträgen von Minister Dr. Gerhard Stoltenberg und Senator Prof. Dr. Werner Stein).

### 1. Oktober 1966

Im Wintersemester 1966/67 studieren insgesamt 15 190 (4297 weibliche) Studenten an der FU. Davon 978 Studienanfänger.

Hochschullehrer (einschließlich Emeriti): 506 (davon 25 weiblich), sonstige Lehrkräfte: 318 (25), wissenschaftliche Mitarbeiter: 1616 (279), studentische Hilfskräfte: 557 (112).

Im Wintersemester unternimmt die 5. Arbeitsgruppe der Außenstelle Bardai der FU Feldforschung im Tibet. Die Gruppe besteht aus 2 Mitgliedern der 4. Arbeitsgruppe und 5 neuen Mitgliedern. Leiter der Gruppe ist der Wissenschaftliche Rat Dr. Karlheinz Kaiser. (Vgl. Zeittafeldatum vom 1. April und September 1966 und Ende Dezember 1966 — Januar 1967)

Anderthalb Millionen Menschen versammeln sich auf dem „Platz des himmlischen Friedens“ in Peking und feiern den 17. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China. Der Platz ist mit riesigen Bildern von Mao Tse-tung, Karl Marx, Wladimir Iljitsch Lenin und Josef Wissarionowitsch Stalin und Dr. Sun Yat-sen geschmückt. Lin Piao erklärt in seiner Rede: „In der kurzen Zeitspanne von siebzehn Jahren hat das chinesische Volk das Antlitz des alten China völlig verändert . . . Die große proletarische Kulturrevolution ist eine große völlig neue und schöpferische Revolution. Sie dient dazu, eine Handvoll von Leuten in der Partei, die Machtpositionen innehaben und den kapitalistischen Weg gehen, zu bekämpfen und zu stürzen, alle finsternen Elemente aus unserer Gesellschaft hinwegzufegen. . . Die historische Erfahrung der Diktatur des Proletariats in der Welt lehrt uns, daß die Herrschaft des Revisionismus und die Restauration des Kapitalismus kommen wird, wenn wir das nicht tun. Sollte das in unserem Lande passieren, würde China auf den alten kolonialen, halbkolonialen, feudalen und halbfeudalen Weg zurückfallen und die Imperialisten und Reaktionäre würden wieder dem Volk im Nacken sitzen. Die Bedeutung unserer großen Kulturrevolution ist daher völlig klar . . . sie fördert die ideologische Revolutionierung der Menschen und ist so zur gewaltigen Triebkraft für die Entwicklung der sozialistischen Produktion in unserem Land geworden. . .“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 1.—12. August 1966)

### 2. Oktober 1966

„Der Tagesspiegel“ berichtet über eine Befragung der westdeutschen Rektorenkonferenz: Von 15 naturwissenschaftlichen Fakultäten in der Bundesrepublik haben vierzehn Fakultäten ihre Zustimmung für eine Reform des Pharmaziestudiums nach den Empfehlungen des Wissenschaftsrates vom 14. Mai 1966 gegeben. (Der Wissenschaftsrat hatte ein sechssemestriges Studium bis zum Pharmazeutischen Staatsexamen und für besonders begabte Studenten ein anschließendes Aufbaustudium von vier Semestern empfohlen.) Gegen die Empfehlungen des Wissenschaftsrates protestiert die Berufsvertretung der deutschen Apotheker scharf.

### 4. Oktober 1966

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Die Referentin für gesamtdeutsche Fragen und politische Bildung, stud. phil. Roswitha Pfaffenberger, wird beauftragt, ein Gutachten zu den §§ 26 und 27 der Universitätsordnung von Rechtsanwalt Horst Mahler (SDS) anzufordern, in dem schon Kriterien für die Ablehnung der Abschaffung der genannten Paragraphen angeführt sein sollen.

Das Gutachten soll von einem Ausschuß (Fenner, Perner u. a.) ausgearbeitet und dem Konvent vorgelegt werden.

#### 5.—7. Oktober 1966

32. Kongreß der „Deutschen Physiologischen Gesellschaft“ mit 300 Physiologen an der FU. Der Festvortrag handelt über „Kontrastsehen, Konturbetonung und graphische Kunst“.

#### 6. Oktober 1966

Einweihung des Berliner Gebäudes des Axel Springer-Verlages in West-Berlin, Kochstr. 50. Der Bundespräsident Heinrich Lübke erklärt in seiner Festansprache: „... hier springt eine ganz klare Quelle ...“ (Der Grundstein für das Gebäude wurde am 25. Mai 1959 gelegt.)

#### 7. Oktober 1966

Die Etatkommission des Kuratoriums der FU setzt die Kürzungen des FU-Haushalts um DM 5 400 950,— fest. (Erhöhung der Personalausgaben: 9 965 200,— [9,4 % Kürzung]; „Universitätsklinikum“: 10 127 500,— [9,56 %]; fortdauernde sächliche Ausgaben: 1 457 300,— [1,37 %]. Vom Klinikum bleiben DM 3 313 900,— gesperrt, da es nach dem derzeitigen Stand der Bauausführung nicht vor 1968 in Betrieb genommen wird.) (Vgl. Zeittafeldatum vom 27. Oktober 1966)

#### 8. Oktober 1966

Ordentliche Sitzung des Akademischen Senats der FU. Zur Entscheidung des Verwaltungsgerichts in der Sache VSt Berlin—Leipzig gegen FU beschließt der Akademische Senat die Einsetzung einer Kommission, die unter dem Vorsitz von Prof. Dr. jur. Arwed Blomeyer prüfen soll, ob rechtlich haltbare Gründe für eine Ablehnung seitens des Senats vorliegen. (Mitglieder: Prof. Dr. phil. Reinhard Elze, Prof. Dr. jur. Dr. rer. pol. Helmut Arndt und stud. phil. Peter Dehn.) (Vgl. Zeittafeldatum vom 13. Juni 1966 und 11. Januar 1967)

Der Akademische Senat wählt die neuen Mitglieder des Verfassungsausschusses für das Universitätsjahr 1966/67: die Professoren Ernst Heinitz, Reinhard Elze, Karl Peter Grottemeyer, Günter Neuhaus und Bernhard Bellinger. Vorsitzender ist statutenmäßig der Rektor.

#### 9. Oktober 1966

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der AStA beschließt mit 6:0:0 Stimmen zum VDS: „Der AStA versteht sich als Opposition. Der AStA will in Zukunft noch stärker den VDS kontrollieren.“ Mit 5:0:1 Stimmen beschließt der AStA: „Deshalb sollte der AStA mit einem Mitglied im Delegiertenrat vertreten sein.“

#### 10. Oktober 1966

Der amerikanische Verteidigungsminister Robert McNamara trifft in Saigon ein. Der Oberbefehlshaber der amerikanischen Interventionstruppen in Südvietnam, General William Westmoreland, gibt auf einer Pressekonferenz die Verlegung von zwei US-Divisionen und einer Brigade entlang der entmilitarisierten Zone am 17. Breitengrad bekannt. McNamara erklärt, daß „die Fortschritte in den vergangenen zwölf Monaten die Erwartungen übertroffen“ hätten. Die US-Streitkräfte haben einen Stand von 328 000 Mann erreicht.

#### 12. Oktober 1966

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der AStA beschließt zur Gebührenerhöhung: a) der Finanzreferent stud. rer. pol. Hans-Joachim Ziesing soll rechtzeitig vor dem 18. Konvent einen Vorschuß auf die dem AStA zustehende Summe über DM 15 000,— beim Kurator

beantragen, damit der AStA seiner Vorsorgepflicht nachkommen könne; b) der studentische Sprecher im Kuratorium stud. rer. pol. Wolfgang Roth wird beauftragt, die Aufhebung der Sperrung im Kuratorium zu beantragen; c) der Finanzreferent soll beim Kurator klären, worauf der Vorschuß genommen werden soll und wie im einzelnen a) und b) abzuwickeln seien. (5:0:1 Stimmen)

Der AStA beschließt einstimmig, Rechtsanwalt Horst Mahler (SDS) Prozeßvollmacht zu erteilen und möglichst vor dem 20. Oktober 1966 Klage wegen der Gebührenerhöhung einzureichen. Außerdem sollen beim Kurator und beim Senator für Wissenschaft und Kunst die Gründe für die Ablehnung der beantragten DM 3,50 Gebührenerhöhung erfragt werden.

#### 13. Oktober 1966

Der stellvertretende SPD-Parteivorsitzende Herbert Wehner erklärt in einem Interview mit der Zeitschrift „Deutsches Panorama“, daß die Deutschlandpolitik der CDU und CSU an „einem toten Punkt“ angelangt sei. Auf die Dauer könne sich keine Bundesregierung an die Position des „alten kalten Krieges festkrallen“.

#### 14. Oktober 1966

Der Hauptausschuß des Berliner Abgeordnetenhauses akzeptiert einen Zuschuß von 127,5 Millionen DM (1966: 106 Mill. DM) für die FU. Der Senator für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Werner Stein erklärt, daß im Universitätsbereich die „nominal stärkste Ausgabenerhöhung“ eingetreten sei. Die Ansätze blieben jedoch um 5,4 Millionen DM bei der FU hinter dem von dem Kuratorium geforderten Bedarf zurück. Die Mehrkosten beruhten auf gestiegene Personal- und Baukosten (Universitätsklinikum). Für die FU sei kein neuer Lehrstuhl vorgesehen.

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Das Gutachten zur Frage der Streichung der §§ 26 und 27 der Universitätsordnung wird ein Referendar von Rechtsanwalt Wolfgang Büsch anfertigen. Es soll folgende Punkte berücksichtigen: a) kann der Akademische Senat durch Beschluß faktisch die Satzung der Studentenschaft ändern? b) wird das Verhältnis des Studenten zur Universität nur noch durch die Universitätsordnung geregelt oder steht dem die Satzung der Studentenschaft entgegen? c) können Minoritätsrechte ohne Zustimmung der Minoritäten abgeändert werden?

SHB-Veranstaltung mit Nikolaj Poljánow (Außenpolitischer Kommentator der Iswestija) zum Thema „Perspektiven einer realistischen Deutschlandpolitik aus sowjetischer Sicht“.

#### 15. Oktober 1966

Das Verfahren der Vergabe von Räumen im Henry-Ford-Bau tritt in Kraft. (Vgl. Zeittafeldatum vom 14. und 21. November 1966)

Vgl. Dok. 591

Mehr als 500 US-Kampfflugzeuge (Fernbomber vom Typ B 52 und Phantom-Düsenjäger) fliegen Einsätze gegen zivile und militärische Ziele in der demokratischen Republik Vietnam.

#### 17. Oktober 1966

SDS-Jour Fixe zum Thema „Notstandsgesetze und Schubladenverordnungen“. Referenten sind Ursel Henning und Heiko Dahle. Nach der Diskussion wird eine „Verteilerorganisation“ gebildet, um die Verteilung des Aufrufs und des Programms für den Kongreß „Notstand der Demokratie“ an allen Berliner Hochschulen zu garantieren. (Vgl. Zeittafeldatum vom 20. und 30. Oktober 1966)

### 18. Oktober 1966

In einem eingeschriebenen Brief an den Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, erklären die drei Studenten des Japanologischen Seminars Inge Braun, Detlef Foljanty und Johannes Sembritzki, daß die Entscheidung des Akademischen Senats vom 13. Juli 1966, den Fall Prof. Eckardt an die Dienststrafkammer des Verwaltungsgerichts des Landes Berlin zu überweisen, „unserer bereits am 29. Okt. 1965 ausgesprochenen Bitte um Schaffung ordnungsgemäßer Studienbedingungen nicht im geringsten Sorge getragen hat“, da die Dienststrafkammer „lediglich die disziplinarischen Vergehen Herrn Prof. Eckardts zu ahnden hat“. Die FU habe sich „somit immer noch der Verantwortung entzogen, am Japanologischen Institut für die Möglichkeit von Forschung und Lehre Sorge zu tragen“. Ein ähnlicher Brief geht am selben Tag per Einschreiben an sämtliche Professoren der Philosophischen Fakultät der FU. (Vgl. Zeittafeldatum vom 27. Oktober 1965, 31. Januar, 15. Februar, 4. März, 27. Juni, 13. Juli und 7. Dezember 1966, 11. und 25. Januar und 8. Februar 1967)  
Dok. 583

### 19. Oktober 1966

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der AStA berät über eine Konzeption für das Wintersemester. Er rechnet mit Konfrontationen mit dem Staat und der Universität und mit einer Polarisierung der Studentenschaft. Der AStA will sich auf vier „Einfallstore“ für einen „bewußtseinschaffenden Eklat“ konzentrieren, zu dem die Universitätsadministration provoziert werden soll: Notstandsgesetzgebung, Vorlesungsrezensionen, Disziplinarrecht und soziale Stellung der Studenten.  
Dok. 584

### 20. Oktober 1966

In einem Schreiben an den Rektor weist der 1. AStA-Vorsitzende Knut Nevermann erneut darauf hin, daß die Studentenschaft und die politischen Studiengruppen die Veranstaltungsautonomie beanspruchen. Nevermann unterstellt, die FU habe gewünscht, daß der Prozeß gegen den VDSt Berlin—Leipzig verlorengelange, und habe durch die Prozeßvertretung die Interessen der Universität bewußt vernachlässigt. Das Urteil sei der Studentenvertretung vorenthalten worden. Nevermann drückt dem Rektor und dem Akademischen Senat seine „Mißbilligung“ aus. (Vgl. Zeittafeldatum vom 21. Oktober und 8. November 1966)

Podiumsdiskussion des AStA der FU und der Hochschulgruppen SDS, SHB, LSD, HSU, ESG, GSG und DIS im Auditorium maximum zum Thema „Notstandsgesetze“. Referenten sind Georg Benz (Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall) zum Thema „Stellung der Gewerkschaften zur Notstandsgesetzgebung — Begründung ihrer Opposition“; Prof. Dr. Walter Fabian (Herausgeber der gewerkschaftlichen Monatshefte) zum Thema „Presse-, Meinungs- und Vereinsfreiheit“ und Hinrich Oetchen (Jugendsekretär beim Hauptvorstand der IG Chemie, Papier und Keramik) zum Thema „Notstand — Stabilisierung — Formierung“. Die Diskussionsleitung hat Rechtsanwalt Horst Mahler (SDS).

In der Diskussion erklärt ein Sprecher des SDS: „Das Parlament zeigt sich zur Zeit als Handlanger seiner eigenen Abschaffung“. Deshalb sei in dieser Situation ein „umfassender Widerstand das Gebot der Stunde“. Der AStA und die sieben politischen Hochschulgruppen rufen alle FU-Studenten auf, am Frankfurter Kongreß „Notstand der Demokratie“ teilzunehmen. (Mehrere

„billige Busse“ nach Frankfurt/Main werden organisiert. Außerdem hat der SDS Plätze in Bussen reserviert, die von der „Sozialistischen Jugend — Die Falken“ gemietet werden. Der SDS-Landesverband organisiert einen Mitfahrerdienst in privaten Pk.w.) (Vgl. Zeittafeldatum vom 30. Oktober 1966)

### 20. Oktober 1966

ESG-Veranstaltung für neuimmatrikulierte Studenten zum Thema „Bilanz der Notstandsdebatte“.

### 21. Oktober 1966

8. ordentliche Sitzung des 18. Konvents der FU. Wolfgang Lefèvre schlägt vor, sich mit der nominellen Erinnerung von nur vier Studentischen Mitgliedern der Studienreformkommission einverstanden zu erklären. Als Mitglieder werden ernannt: Peter Damerow, Wolfgang Lefèvre, Peter Müller und als Vertreter des AStA die Hochschulreferentin Gerda Struck. Der Konvent nennt im Beschluß die Voraussetzungen, unter denen eine sinnvolle Arbeit möglich ist.  
Dok. 585

Der Sprecher im Kuratorium Wolfgang Roth stellt nach Meinungsverschiedenheiten in der Behandlung der Beiratsgründung für die Studentische Selbstverwaltung sein Amt zur Verfügung, da er keine Grundlage mehr für eine Zusammenarbeit mit dem AStA sieht. Auf den Vorwurf der Personalisierung der Probleme stellt der AStA die Vertrauensfrage, die jedoch vertagt wird. Der AStA-Vorsitzende Knut Nevermann berichtet über die Klage des VDSt Leipzig—Berlin gegen die FU. (Vgl. Zeittafeldatum vom 11. Dezember 1964, 30. Juni und 7. Dezember 1965, 28. Juni und 20. Oktober 1966)

Die neuerlassenen Richtlinien zur Vergabe von Räumen im Henry-Ford-Bau sieht der AStA als Fortsetzung des Versuches des Rektors und des Senatsbeauftragten für politische Bildungsarbeit, die Richtlinien vom 16. Februar dieses Jahres, durch die politische Veranstaltungen einer Zensur unterworfen werden sollten, durch das Merkblatt wieder aufzunehmen. Einziges Kriterium für die Vergabe von Räumen könne die Förderungswürdigkeit sein. Der Antrag des AStA, die Stellungnahme des AStA zustimmend zur Kenntnis zu nehmen, wird vom Konvent abgelehnt.

1. Sitzung des neuen Arbeitskreises des Argument-Clubs „Marxismus und Philosophie“ (Leitung: Dr. Wolfgang Fritz Haug).

### 22. Oktober 1966

„Der Tagesspiegel“ veröffentlicht einen Artikel „Charlottenburg bedrängt die FU — Westendkrankenhaus weist zu viele Bürger mit ‚gängigen‘ Krankheiten ab“.  
Dok. 586

Immatrikulationstee des RCDS mit Stadtrundfahrt. Referent ist Prof. Dr. Georg Kotowski.

### 22./23. Oktober 1966

1. gemeinsames Wochenendseminar der FU-Hochschulgruppen SDS, SHB, LSD, ESG, HSU und DIS zum Thema „Probleme der Entwicklungsländer und der Kulturrevolution“. Themen und Referenten sind: Dipl.-Volkswirt Kay-H. Tjaden (SDS Marburg) „Der Kolonialismus und die Ursachen der Unterentwicklung“, Dipl.-Volkswirt Jörg Huffschmidt (Institut für Konzentrationsforschung an der FU) „Morphologie der Entwicklungsregionen und die soziale Revolution“ und Hans-Georg Isenberg (SDS Berlin) „Entwicklungsländer und hochindustrialisierte Länder“. (Vier weitere Wochenendseminare sind für das Wintersemester 1966/67 von den sechs Hochschulgruppen geplant.) (Vgl. Zeittafeldatum vom 14./15. Januar 1967)



#### 24. Oktober 1966

Der AStA der FU gibt dem Konvent bekannt, daß eine Hochschulabteilung im AStA gegründet wurde, in der die Hochschulreferentin stud. phil. Gerda Struck tätig ist. Als weiteren Referenten in der Hochschulabteilung schlägt der AStA dem Konvent den Sportreferenten stud. rer. pol. Stefan Grzimek vor.

#### 25. Oktober 1966

Die Kommission zur Vorbereitung der Universitätstage 1967 stimmt einschließlich dem Dekan der Juristischen Fakultät, Prof. Dr. Klaus Sieg, einem Kompromißvorschlag des AStA für das neue Rahmenthema „Universität und Demokratie“ zu. Einstimmig verabschiedet die Kommission die einzelnen Unterthemen und die Referenten. (Vgl. Zeittafeldatum vom 7. Juni, 13. Juli, 26. und 28. Oktober 1966)

Die LSD-Hochschulgruppe an der FU veranstaltet einen Informationsabend für neuimmatrikulierte Studenten zum Thema „Frankfurter Kongreß ‚Notstand der Demokratie‘“.

Auf einem Flugblatt ruft die LSD-Hochschulgruppe die FU-Studenten auf, am Kongreß teilzunehmen: „Wir rufen alle liberalen Demokraten auf, sich an der Diskussion der Notstandsgesetze auf dem Kongreß ‚Notstand der Demokratie‘ zu beteiligen. Das Beispiel dafür hat der Berliner FDP-Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete William Borm gegeben, der dem Kuratorium für den Kongreß angehört.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 30. Oktober 1966)

#### 26. Oktober 1966

Ordentliche Sitzung des Akademischen Senats der FU. In Abwesenheit der studentischen Mitglieder (gemäß § 7 Abs. 2 der Satzung) wird der Tagesordnungspunkt II 5 „Disziplinar-Angelegenheit Prof. Riemschneider“ behandelt. Prof. Dr. rer. nat. Randolph Riemschneider wird wegen der Nichterwähnung der Dissertation von Dr. P. Gross in der 8. Mitteilung seiner Publikationsreihe durch Dienststrafverfügung eine Warnung erteilt (11:4 Stimmen).

Die Kommission zur Vorbereitung der Universitätstage 1967 schlägt im Akademischen Senat ein neues Rahmenthema für die Universitätstage vor: „Universität und Demokratie“. Der Akademische Senat billigt dieses Thema einstimmig — auch mit der Stimme des Dekans der Juristischen Fakultät, Prof. Dr. Klaus Sieg. (Vgl. Zeittafeldatum vom 28. Oktober 1966)

Rendez-vous International der KSG für neuimmatrikulierte ausländische Kommilitonen.

#### 27. Oktober 1966

125. Sitzung des Kuratoriums der FU. Das Kuratorium beschließt den Haushaltsplan der FU für das Rechnungsjahr 1967 mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von DM 142 681 200,—. Der Haushaltsplan soll endgültig festgestellt werden, sobald die Höhe der Bundeshilfe für Berlin feststeht und das Abgeordnetenhaus den Haushaltsplan von Berlin für das Rechnungsjahr 1967 festgestellt hat. (Vgl. Zeittafeldatum vom 7. Oktober 1966)

Das Kuratorium hebt die Sperrung der eingezogenen Beitragsgelder für die Studentische Selbstverwaltung auf. Die Maßgabe, daß die Beiträge für das Studentenwerk um DM 2,— erhöht werden soll, bleibt bestehen. Sollte es zu keiner Beitragserhöhung für das Studentenwerk kommen, so soll die Beitragserhöhung für die Studentische Selbstverwaltung wieder wegfallen.

Das Bundespräsidialamt teilt Prof. Dr. Klara Maria Faßbinder schriftlich mit, daß der Bundespräsident Dr. Heinrich Lübke der Ordenskazelle aufgetragen habe, ihr mitzuteilen, daß der

Bundespräsident „sich außerstande gesehen hat, in Ihrem Fall die nach dem Ordensgesetz und nach internationaler Übung erforderliche Genehmigung zur Annahme der beabsichtigten Auszeichnung mit dem Orden ‚Palme académiques‘ zu erteilen ...“. (Der französische Staatspräsident General Charles de Gaulle hatte der 72-jährigen Professorin den Orden verliehen, weil sie durch ihre Übersetzungen von Werken von Paul Claudel und Romain Rolland und Abhandlungen zu diesen Werken zur geistigen, wissenschaftlichen und künstlerischen Ausbreitung Frankreichs beigetragen habe. Der Bundespräsident verweigerte die nach dem Ordensgesetz erforderliche Genehmigung, weil Prof. Faßbinder Mitglied des nordrhein-westfälischen DFU-Landesvorstands ist und im Weltfriedensrat und der Deutschen Friedensgesellschaft mitarbeitet. Dr. Lübke erklärt gegenüber Journalisten: „Unter Kommunisten tritt sie als fromme Katholikin auf, und bei den Katholiken ist sie eine stramme Kommunistin. Das ist nicht zu überbietende Falschheit.“ Den französischen Dichter Paul Claudel habe Prof. Faßbinder „doch nur übersetzt, um den Katholiken etwas vorzunebeln.“) (Vgl. Zeittafeldatum vom 31. Mai 1967)

#### 28. Oktober 1966

Die Juristische Fakultät der FU meldet ihren Protest beim Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, gegen das Thema der Universitätstage 1967 „Universität und Demokratie“ an. Der Dekan der Juristischen Fakultät, der auf der Sitzung des Akademischen Senats am 26. Oktober 1966 den Themen und Referenten zugestimmt hatte, stellt seine Ämter zur Verfügung. (Vgl. Zeittafeldatum vom 2. Februar, 7. Juni, 13. Juli, 25. und 26. Oktober 1966 und 19./20. Januar 1967)

#### 29./30. Oktober 1966

„Berlin-Seminar“ des AStA der FU für neuimmatrikulierte Studenten. Themen: „Zur Geschichte und Rechtslage Berlins“, „Berliner Wirtschaft“, „Presse in Berlin“ und „Gespräche mit Vertretern der Berliner Parteien“.

#### 30. Oktober 1966

Kongreß „Notstand der Demokratie“ in Frankfurt/Main. In sechs Foren diskutieren mehr als 5000 Gewerkschaftler, SPD-Parteimitglieder, Studenten, Assistenten und Professoren. Forum I: „Historische und politische Belastung der Ausnahme-gesetzgebung“, Referent: Prof. Dr. Karl Otmar Freiherr von Aretin, Diskussionsleitung: Prof. Dr. Iring Fetscher, Diskussionsteilnehmer: Herbert Faller (Stadtjugendamt Frankfurt/Main), Werner Vitt (Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Chemie), Erwin Essl (MdL Bayern, Bezirksleiter der IG Metall, SPD). Am Forum I beteiligen sich ca. 1500 Menschen. Forum II: „Die Presse und Meinungsfreiheit in der Notstandsgesetzgebung“, Referent: Prof. Dr. Walter Fabian (Herausgeber der gewerkschaftlichen Monatshefte), Diskussionsleitung: Prof. Dr. Jürgen Habermas, Diskussionsteilnehmer: Karl-Hermann Flach (Frankfurter Rundschau), Jakob Moneta (IG Metall), Prof. Dr. Erwin K. Scheuch (Universität Köln) und Dr. Harry Pross (Radio Bremen). An diesem Forum nehmen 800 Menschen teil. Forum III: „Die Folgen der Notstandsgesetzgebung für den Alltag“, Referent: Rechtsanwalt Heinrich Hannover, Diskussionsleitung: Prof. Dr. Alexander Mitscherlich, Diskussionsteilnehmer: Willi Bleicher (IG Metall), Gösta von Uexküll (Journalist) und Dr. Helga Einsele. An diesem Forum nehmen 500 Menschen teil. Forum IV: „Notstandsplanung, Wirtschaft, Arbeitnehmerschaft“, Referent: Prof. Dr. Werner Hofmann, Diskussionsleitung: Prof. Dr. Peter von Oertzen, Diskussionsteilnehmer: Georg Benz (IG Metall), Dr. Georgi (IG Holz), Prof. Dr. Wilfried Gottschalch, Karl Küpper (stellvertretender Vorsitzender der IG Chemie, Papier und Keramik). An diesem Forum nehmen 1300 Menschen teil. Forum V: „Die Schubladenverordnungen und die Verfassungswidrigkeit von Notstandsregelungen“, Referent: Olaf Radke (MdL Hessen, SPD), Diskussionsleitung: Prof. Dr. Martin Draht, Diskussionsteilnehmer: Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, Gerhard E. Gründler, Peter Riemer, Jürgen Seifert (SDS). An

diesem Forum nehmen 1300 Menschen teil. Forum VI: „Notstandszwang, Gewissensfreiheit und Widerstandsrecht“. Referent: Prof. Dr. Ekkehard Stein, Diskussionsleitung: Prof. Dr. Gustav Heckmann, Diskussionssteilnehmer: Gerd Hirschauer (Schriftsteller), Oberkirchenrat Dr. Heinz Kloppenburg, Phillip Pless (MdL Hessen, SPD, 2. DGB-Landesvorsitzender), Herbert Stubenrauch (Lehrer). An diesem Forum nehmen 900 Menschenteil.

Auf der Schlußkundgebung sprechen Prof. Dr. Ernst Bloch, Dr. Hans Magnus Enzensberger, Prof. Dr. Helmut Ridder und Georg Benz. An der Schlußkundgebung nehmen der 1. Vorsitzende der IG Metall Otto Brenner und über 2400 Gewerkschaftler, Akademiker, Falken, Naturfreunde, SPD-, FDP- und KPD-Mitglieder und Studenten teil. (In über 300 Bussen waren Gewerkschaftsmitglieder aus allen größeren Industriegebieten der Bundesrepublik angereist. Die Gewerkschaftler führten Transparente mit: „Wehret den Anfängen“, „Notstandsrecht ist Kriegsrecht“ und „Für Demokratie — gegen Notstandsgesetze“.)  
Dok. 587

### 31. Oktober 1966

Ca. 300 evangelische Geistliche demonstrieren in Bonn gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam. Nach dem Schweigemarsch übergeben die Geistlichen im Bundeskanzleramt eine Petition, in der der Bundeskanzler Prof. Dr. Ludwig Erhard aufgefordert wird: „Leisten Sie um der Menschlichkeit willen der Kriegführung der Vereinigten Staaten von Amerika keine moralische Unterstützung im Namen des deutschen Volkes.“

### 31. Oktober—2. November 1966

31. Oktober — 2. November 1966 Sondersitzung des Vorstandes der IG Metall zu den „ernsten Auswirkungen des Konjunkturrückganges auf die Arbeitnehmer“. Ein Sprecher des IG Metall-Vorstandes erklärt, die gegenwärtige Lage erfordere mehr als bisher „das gemeinsame Handeln der Gewerkschaften“. In fast allen Bereichen würden die „Auswirkungen einer verfehlten Wirtschaftspolitik“ spürbar. „Die Sorge um die Erhaltung der Arbeitsplätze wächst.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 23./24. Juni, 6. Juli, 6. September, Oktober, November, 10., 26. und 30. November und 1. Dezember 1966)

### November 1966

In seinem „Tendenzbericht zur Konjunkturlage September bis November 1966“ erklärt das „Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften GmbH“, daß im ersten Herbstmonat dieses Jahres die Arbeitslosigkeit „dreimal so schnell wie sonst seit Jahren zu dieser Zeit“ gestiegen sei. Fast dreimal so schnell wie sonst sei zugleich die Zahl der offenen Stellen gesunken. Die (allein schon wegen der Voranmeldung) nicht nach ihrer absoluten Zahl, sondern nur in ihrer jeweiligen Bewegung als Indikator verwendbaren Angaben über offene Stellen zeigten im Oktober einen starken Rückgang. Sie lägen Ende Oktober 1966 mit 436 000 um 223 000 unter dem Vorjahresstand. Die Zahl der Arbeitslosen habe sich bis Ende Oktober 1966 auf 146 000 (52 000 mehr als Ende Oktober 1965 erhöht). (Vgl. Zeittafeldatum vom 23./24. Juni, 6. Juli, 6. September, 31. Oktober — 2. November, 10., 26. und 30. November und 1. Dezember 1966)

Zweite Auflage des SDS-Flugblattes „INFORMATIONEN ÜBER VIETNAM UND DIE LÄNDER DER DRITTEN WELT — Nr. 3“ zum Thema „Warum wird der amerikanische Soldat durch einen Krieg brutalisiert, der in Vietnam das Volk vom Kommunismus befreien soll?“ Das Flugblatt enthält im Unterschied zur Erstauflage vom September 1967 noch Teile der Aussage eines amerikanischen Bomber-Piloten.

Dok. 588

„Vorstellungen zum Bildungswesen — vorgelegt von einer Arbeitsgruppe des Studentenkreises der Freien Deutschen Jugend von Westberlin“.

Das Papier unterteilt das Bildungswesen in Schule und Hochschule.

Zu den Hochschulen heißt es:

„... wissenschaftliches Arbeiten heißt, daß der Student Probleme seines Fachgebietes untersucht, anstatt nur Fakten aus-

wendig zu lernen, denn rezeptives Aneignen von Wissen hat mit Wissenschaft nichts zu tun. Wissenschaftliches Arbeiten erfordert Kooperation.“ Die FDJ fordert: a) Zusammenfassung während der ersten 3—4 Semester in kleinen Gruppen. Einführung von Parallelvorlesungen für obligatorische Vorlesungen. b) Arbeitsgruppen unter Leitung von Professoren oder wissenschaftlichen Mitarbeitern ohne obligatorische Vorlesungen im zweiten Studienabschnitt. c) Möglicherweise kollektive Bearbeitung eines neuen Gebietes im dritten Studienabschnitt. d) Diplom auf Grund der Arbeit und nach einer öffentlichen Verteidigung. e) Studiengeld in den ersten beiden Abschnitten, höhere Entlohnung im dritten Studienabschnitt. Lehrmittelfreiheit. Kostenlose Sozialfürsorge, Kranken- und Unfallversorgung. f) Wohnhäuser ohne Heimcharakter, um die Studenten nicht von der Bevölkerung zu isolieren. g) Selbstverwaltung der Hochschule, Organ zur Vertretung studentischer Interessen. h) Auflösung der Fakultäten und Institute in der jetzigen Form und Ersetzen durch ein oder mehrere Fächer umfassende Abteilungen. Beträchtliche Erweiterung des Lehrkörpers.

Die FDJ weist darauf hin, daß ihre Konzeption „vollständig den Vorstellungen der Tausende FU-Studenten, die auf dem großen Sit-in am 22./23. Juni zum Ausdruck kamen“, entspreche.

Die FDJ kritisiert die Vorstellungen des Wissenschaftsrates im Hinblick auf eine „formierte Gesellschaft“: „In einem an der FU verteilten Flugblatt erklärte der SDS dazu: „Nicht Demokratisierung von Staat, Wirtschaft und Universitäten also, sondern intensive Verstärkung der hierarchischen Struktur auf allen Gebieten soll stattfinden!“

Dieser Eindruck verstärkt sich, wenn man die Empfehlungen des Wissenschaftsrates genauer mit den Vorstellungen des FDJ-Studentenkreises vergleicht.“

„Der Monat“ veröffentlicht einen Artikel von Prof. Dr. Jürgen Habermas „Zwangsjacke für die Studienreform — die befristete Immatrikulation und der falsche Pragmatismus des Wissenschaftsrates“. Habermas warnt vor der „Universität in Stromlinienform“: „Es geht nicht an, daß die Studienzeit obligatorisch begrenzt wird. Aus pragmatischen Gründen nicht, denn die befristete Immatrikulation würde uns des besten Kriteriums für den Erfolg der Studienreform berauben...“

### 1. November 1966

Ordentliche Sitzung des AstA der FU. Der Kulturreferent stud. phil. Hartmut Zinser tritt zurück, nachdem ihn der AstA auf der AstA-Sitzung vom 28. Oktober 1966 wegen seines Verhaltens auf der davorliegenden Konventssitzung getadelt hatte. Der AstA beschließt mit 5:0:2 Stimmen, daß der AstA-Vorsitzende Knut Nevermann im SPD-Ausschuß für Hochschulfragen mitarbeiten soll. Weitere Mitglieder des Ausschusses sind u. a.: Peter Dehn, Ulf bzw. Niels Kadritzke, Armin Meyer, Prof. Dr. Gerd von Eynern, Prof. Dr. Otto Stammer und Prof. Dr. Fritz Borinski.

### 2. November 1966

Sitzung der Philosophischen Fakultät der FU. Die Fakultät beschließt ohne Gegenstimmen bei acht Enthaltungen, den Privatdozenten Dr. Klaus Holzkamp auf den Platz 1 der Berufungsliste für die Nachfolge von Prof. Aebli zu setzen. (Für diesen Kommissionsvorschlag machte sich vor allem Prof. Dr. Fritz Borinski stark.)

Bundeskanzler Ludwig Erhard erklärt vor dem Fraktionsvorstand der CDU/CSU, er wolle der „Bildung einer neuen Bundesregierung nicht im Wege stehen“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 10. Juli, 6., 10., 11., 20., 26. und 30. November und 1. Dezember 1966)

### 4. November 1966

Der Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, bittet in einem Schreiben den Dekan der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät, Prof. Dr. Hans-Peter Grottemeyer, zu versuchen, die Studentenvertreter „zu

einer Änderung ihrer Obstruktionspolitik (im Disziplinarausschuß, S. L., T. F., C. R.) zu veranlassen". Anderenfalls solle Grote Meyer drei Studenten benennen, die der Rektor als Mitglieder des Disziplinarausschusses stellen will. (In einem Zusatz zu einer „vertraulichen Abschrift“ dieses Schreibens erklärt der Sprecher der Studentenschaft der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät, stud. rer. nat. Hans Gellhardt, Prof. Grote Meyer sei dieser Bitte des Rektors nicht nachgekommen, weil er das Vorhaben des Rektors für satzungswidrig gehalten habe.)

Dok. 589

Vertagte 8. Sitzung des 18. Konvents der FU. Zu der vertagten Vertrauensfrage setzt der AStA-Vorsitzende Knut Nevermann den Bericht des AStA fort. Der AStA werde sich in diesem Winter im Einvernehmen mit den Hochschulgruppen mit dem Thema Notstandsgesetze befassen und durch breite Information eine außerparlamentarische Opposition schaffen.

Der Konvent bestätigt, eine Vereinbarung zwischen dem AStA der FU und dem VOV-CSM Prag (Studentenvertretung), nach der in der nächsten Zeit Kontakte in Form von Seminaren, Kontakten auf Fakultäts- und Institutsbene, kulturelle und sportliche Kontakte aufgenommen werden sollen. Als erstes soll vom 25. November bis zum 2. Dezember 1966 ein Seminar in Prag stattfinden.

Die Hochschulreferentin stud. phil. Gerda Struck berichtet über die Vorbereitung der Universitätstage 1967. Der Kompromißvorschlag des AStA sei vom Akademischen Senat einstimmig gebilligt worden, die Juristische Fakultät habe jedoch zwei Tage später diesen Plan heftig angegriffen. Der Rektor habe ungeachtet eventueller Termenschwierigkeiten die Vorbereitungen gestoppt. Die Konventsdrucksache hierzu wird angenommen.

In geheimer Abstimmung wird die Vertrauensfrage negativ beantwortet. Der AStA tritt daraufhin geschlossen zurück. Auf Antrag geht der Konvent mit  $\frac{2}{3}$ -Mehrheit über die Geschäftsordnung hinweg, um sofort einen neuen AStA zu wählen. Nachdem nur die ehemaligen AStA-Mitglieder zur Kandidatur bereit sind, wird der alte AStA wiedergewählt und zwar — nachdem sich der Konvent abermals mit  $\frac{2}{3}$ -Mehrheit über die Geschäftsordnung hinweggesetzt hat — in offener Abstimmung. Nach der Wahl erweist sich die Beschlußfähigkeit als nicht gegeben. (Trotzdem amtiert der AStA weiter.)

Immatrikulationsabend der SHB-Hochschulgruppe im Klubhaus der FU zum Thema „Der SHB an der FU oder: ein heißer Winter an der FU?“.

#### 5. November 1966

Außerordentliche Landesvollversammlung des Berliner SDS. Hauptthemen: Analyse der SDS-Delegiertenkonferenz, die Neugestaltung des Verbandsorgans „neue kritik“, der Frankfurter Kongreß „Notstand der Demokratie“, der „1. Diskussionsentwurf“ der Marburger SDS-Hochschulgruppe für ein SDS-Schulungsprogramm, die SDS Hochschulpolitik im Wintersemester 1966/67 und die geplanten Arbeitskreise „Kapital Band II“ und „Hochschulpolitik“. Außerdem soll ein verbandsinternes „Colloquium“ in dem die „bisher im SDS erprobte AK-Praxis vermieden“ werden soll, initiiert werden. Neuwahl des Landesvorstandes: 1. Vorsitzender: Klaus Gilgenmann, 2. Vorsitzender: Jan Raspe, Pressereferent: Peter Damerow, Finanzreferent: Willi Möllendorf. Gruppenvorsitzender an der FU wird Heinz Hackelberg. Aus dem bisherigen politischen Beirat scheiden Peter Gäng, Jürgen Horlemann, Wolfgang Lefèvre und Wolfgang Nitsch aus. Neugewählte Mitglieder des politischen Beirates sind Rolf Czeskleba, Ulrich Enzensberger, Jochen Reiche, Jörg Schlotterer und Hartmut Zinser. Der Berliner SDS hat zur Zeit über 200 Mitglieder.

#### 6. November 1966

Hessische Landtagswahl. Die NPD zieht mit 7,9 % der Stimmen und acht Landtagsmandaten ins Landesparlament ein. Die SPD erhöht ihren Stimmenanteil von 50,8 auf 51,0 % (52 Mandate). Der Stimmenanteil der FDP verringert sich von 11,4 auf 10,4 % (10 Mandate) und der der CDU von 28,8 auf 26,4 % (26 Mandate). (Vgl. Zeittafeldatum vom 10. Juli, 2., 10., 11., 20., 26. und 30. November und 1. Dezember 1966)

#### 7. November 1966

Das Präsidium der SPD hebt einen Beschluß des SPD-Parteitages von 1954 auf, in dem eine gleichzeitige Zugehörigkeit zur SPD und zu einer schlagenden Korporation als unvereinbar erklärt worden war.

1. ordentliche Gruppenvollversammlung der SHB-Hochschulgruppe an der FU. Bericht und Diskussion über den Frankfurter Kongreß „Notstand der Demokratie“. Der Arbeitskreis „Hochschulpolitik“ (Leitung: Gert Börsen) gibt sein Programm für das Wintersemester 1966/67 bekannt: Diskussionen über das Berliner Modell, die soziale Stellung der Studenten, Student und Politik, Empfehlungen des Wissenschaftsrates, die deutsche Universität und der Nationalsozialismus, Vorlesungsrezensionen u.a.m. Ein neuer Arbeitskreis „Die Anwendbarkeit sozialistischer und pluralistischer Gesellschaftstheorien in der Bundesrepublik“ (Leitung: Klaus Kochmann) wird konstituiert.

„Offener Abend“ der KSG zum Thema „hat sich das Berliner Modell an der FU bewährt?“. Referent ist Prof. Dr. Ernst Heinitz.

#### 8. November 1966

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der AStA beschließt, daß der AStA-Vorsitzende Knut Nevermann im Namen des AStA den Vietnam-Appell der „Kampagne für Abrüstung, Ostermarsch der Atomwaffengegner“ unterschreiben soll.

Der Rektor der FU antwortet auf den Brief des 1. AStA-Vorsitzenden Knut Nevermann vom 20. Oktober 1966. Der Rektor weist die Veranstaltungsautonomie der Studentenschaft und der studentischen Gruppen zurück. Er verweist auf die Schreiben des Senators für Wissenschaft und Kunst vom 21. März und 27. April 1966.

Die Vorwürfe im Zusammenhang mit dem Urteil im Verwaltungsrechtsstreit VDS Berlin—Leipzig gegen FU weist der Rektor mit aller Entschiedenheit zurück. Die Vorwürfe seien um so unverständlicher, als Nevermann durch die studentischen Mitglieder im Akademischen Senat von den Aktivitäten des Akademischen Senats unterrichtet sein sollte. Die studentischen Mitglieder hätten das Urteil zum selben Zeitpunkt erhalten wie alle übrigen Mitglieder. „Es fällt überhaupt auf, daß Schreiben der Studentenvertretung nicht nur an Repräsentanten des Landes Berlin . . . , sondern auch in letzter Zeit an den Rektor in einer Form und in einem Ton abgefaßt sind, die die einfachsten Formen der Höflichkeit im persönlichen Verkehr vermissen lassen . . . Ich kann nur hoffen, daß die Studentenvertretung in ihren Schreiben und ihrem Ton zu einer Form zurückfindet, die akademischer Kooperation angemessen sind.“

Peter Müller (FSG, DIS) legt dem AStA der FU einen „Entwurf für eine Stellungnahme der FU zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen“ vor.

Podiumsdiskussion des AStA zum Thema „die politische Strafjustiz in der BRD“. Diskussionsteilnehmer sind Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim (FU) und Lutz Lehmann (Redakteur). (Der Frankfurter Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer, der seine Teilnahme zugesagt hatte, kann nicht teilnehmen, da seine Maschine wegen Nebels in Berlin nicht landen kann.) Lutz Lehmann erklärt, daß in der Bundesrepublik die Staatsanwaltschaft jährlich

etwa 12 000 Ermittlungsverfahren in „politischen Straftaten“ einleite, von denen nach umfangreichen statistischen Erhebungen rund 90 % gegen „linksgerichtete“ Verdächtige und nur der spärliche Rest gegen rechts-extreme Personen“ gerichtet seien. Rechtsanwalt Heinrich Hannover erklärt, daß „zu viel“ und vor allem in falscher Richtung verfolgt werde, denn das Wort aus der Weimarer Republik, daß der Feind rechts stehe, gelte „heute wieder für die Bundesrepublik“. Sowohl Rechtsanwalt Hannover als auch Lutz Lehmann fordern, den „Strafbestand des Verstoßes gegen das Verbot der KPD und ihrer Nachfolgeorganisation enger zu fassen“ und setzen sich für eine Abschaffung des § 128 des Strafgesetzbuches (Geheimbündelei) ein.

#### 9. November 1966

Der AStA der FU verteilt ein Flugblatt zur Sitzung des Akademischen Senats „Heute muß der Akademische Senat Farbe bekennen — werden UNI-TAGE 67 abgeblasen?“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 4. November)

Ordentliche Sitzung des Akademischen Senats der FU. Zum Tagesordnungspunkt 4 „Verordnung über die Mitwirkungsrechte“ (der bisher nicht vertretenen Gruppen der Universität) beschließt der Akademische Senat gegen eine Stimme bei zwei Enthaltungen, § 2 Abs. 1 Satz 2 der am 22. Juni 1966 beschlossenen vorläufigen Ordnung zu ändern.

S. Dok. 694

Zum Tagesordnungspunkt 6 „Universitätstage“ beschließt der Akademische Senat auf Antrag von Prof. Dr. jur. Dr. rer. pol. Helmut Arndt (mit verdeckten Stimmzetteln) mit 14:2:1 es beim vom Senatsbeauftragten für das studentische Gemeinschaftsleben vorgeschlagenen Thema „Universität und Demokratie“ zu belassen und nicht — wie von Prof. Dr. jur. Arwed Blomeyer für die Juristische Fakultät beantragten — die Universitätstage unter das Thema „Herrschaft und Freiheit in Staat, Gesellschaft und Universität“ zu stellen.

Zum Tagesordnungspunkt 7 „Änderung der Universitätsordnung“ stimmt der Akademische Senat einem Vorschlag des Rektors zu, die Rechtslage betr. Grundstudium an der Philosophischen Fakultät durch den Rechtsausschuß unter Hinzuziehung der Dekane und eines studentischen Senatsmitgliedes überprüfen zu lassen.

Das SPD-Präsidium beschließt, die Unvereinbarkeitserklärung der gleichzeitigen Zugehörigkeit zu einer schlagenden Verbindung und der SPD aufzuheben.

#### 10. November 1966

Der geschäftsführende Direktor des OSI, Prof. Dr. Gilbert Zieburg, gibt die Namen der Mitglieder der paritätisch zusammengesetzten Kommission zur Studienreform bekannt: die Professoren Gilbert Zieburg, Gert von Fynern und Georg Kotowski und die Studenten Monika Bogus, Lucian Kern und Jürgen W. Falter.

Der baden-württembergische Ministerpräsident Kurt Georg Kiesinger (CDU) wird von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im 3. Wahlgang mit 137 von 244 Stimmen zum CDU/CSU-Kanzlerkandidaten gewählt. (Sein Gegenkandidat war Rainer Barzel.) (Vgl. Zeittafeldatum vom 23./24. Juni, 10. Juli, 6. September, 31. Oktober — 2. November, November, 2., 6., 11., 20., 26. und 30. November und 1. Dezember 1966)

#### 11. November 1966

Die Mitglieder des SPD-Parteivorstandes und Fraktionsvorstandes verzichten einstweilig auf die Nominierung Willy Brandts zum Kanzlerkandidaten. Eine Kommission, der Willy Brandt, Herbert Wehner, Alex Möller, Helmut Schmidt und

Prof. Dr. Karl Schiller angehören, verhandelt mit dem FDP- und CDU/CSU-Partei- und Fraktionsvorstand über ein „Sachprogramm“ für eine „neue Regierung“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 10. Juli, 2., 6., 10., 20., 26. und 30. November und 1. Dezember 1966)

Außerordentliche Sitzung des 18. Konvents der FU. Der AStA wird wiedergewählt.

#### 14. November 1966

In einer turnusmäßigen Besprechung mit dem Senatsbeauftragten für politische Bildungsarbeit, Prof. Dr. Fritz Borinski, erklären sich die Vertreter der studentischen Hochschulgruppen bereit, weitere Angriffe gegen das „Merkblatt für die Vergabe von Räumen im Henry-Ford-Bau“ zu unterlassen. Das Merkblatt soll in einer neuen Fassung herausgebracht werden. (Vgl. Zeittafeldatum vom 15. Oktober und 21. November 1966)

Vgl. Dok. 591

#### 15. November 1966

Konstituierende Sitzung der Studienreformkommission. Der Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, eröffnet die erste Sitzung.

SHB-Veranstaltung zum Thema „Kritik der Theorie der modernen Industriegesellschaft“. Referent ist Dr. Manfred Puschmann (Humboldt-Universität).

#### 16. November 1966

1. Sitzung des SDS-Arbeitskreises „Hochschulpolitik“. Leitung: Rainer Langhans und Wolfgang Lefèvre.

#### 17. November 1966

1. ordentliche Vollversammlung der Fachschaft Politologie im OSI mit 60 Teilnehmern. Kandidatenvorstellung für die Wahlen zum 19. Konvent und die Fachschaftsvertretung Politologie. Für das Amt des 1. Fachschaftssprechers kandidieren Lutz Rininsland und Otmar Nikola Haberl (RCDS). Für das Amt des 1. stellvertretenden Fachschaftssprechers: Gerhard Tersteegen, Udo Kollenberg und Bernhard Wilhelmer (Freunde der Publizistik).

Um die Vollversammlung für die Studenten wieder attraktiver zu machen, beschließen die sechzig Teilnehmer: „Die Vollversammlung empfiehlt der Fachschaftsvertretung, zu allen Vollversammlungen die Lehrstuhlinhaber schriftlich einzuladen.“

Das Rektorat der FU teilt in einer Pressemitteilung mit, daß in der Periode seit Februar 1966 mit 47 Wissenschaftlern „Berufungs- und Bleibeverhandlungen“ geführt worden seien. 18 dieser Verhandlungen seien mit einem „positiven Ergebnis“ abgeschlossen worden. Gegenwärtig würden noch 17 Berufungsverhandlungen an allen Fakultäten geführt, davon sechs an der Philosophischen Fakultät.

In Darmstadt und Bayreuth protestieren mehrere tausend Gewerkschaftler und Schüler gegen die NPD. (In Darmstadt hatte die NPD bei den hessischen Landtagswahlen am 6. November 1966 10,4 % der abgegebenen Stimmen erhalten.) In Bayreuth führt die NPD in der Stadthalle eine Wahlkumgebung durch. RCDS-Veranstaltung zum Thema „Die Stellung des RCDS zu den Vorschlägen des Wissenschaftsrates und des VDS zur Studienreform“. Referent ist Jürgen Bernd Runge (RCDS).

SHB-Jour Fixe im SHB-Heim zum Thema „Gibt es eine Alternative zur offiziellen Wirtschaftspolitik?“ Teilnehmer am Podiumsgespräch sind Jürgen Zerche (SHB), Hans-Georg Isenberg (SDS) und Klaus Köster (GSG).

#### 17.—20. November 1966

Seminar der DIS im Studentenhaus der FU zum Thema „Deutsche Wissenschaft und nationalsozialistische Herrschaft“. Lei-

tung: Peter Müller (Vorsitzender des Bundesverbandes Deutsch-Israelischer Studiengruppen, ESG). Referenten: Prof. Dr. Ernst Fraenkel (FU), Prof. Dr. Kurt Sontheimer (FU), Prof. Dr. Eberhard Lämmert (FU), Prof. D. Helmut Gollwitzer (FU), Prof. Dr. Eduard Baumgarten (Freiburg), Dr. Peter Hemmerich (Basel) und Peter Müller zu den Themen „Universität und Studentenschaft im Übergang von der Weimarer Republik zum Dritten Reich“, „Die Auseinandersetzung um das Erbe des Nationalsozialismus an den Universitäten nach 1945 — eine Bilanz“ und „die Entwicklung einzelner Wissenschaften vor und im Dritten Reich — die Auseinandersetzung darum nach 1945“. Das Seminar bildet vier Arbeitskreise: „Germanistik“, „Pädagogik“, „Naturwissenschaften“ und „Evangelische Theologie“. Die Schlußdiskussion steht unter dem Thema „Begünstigen Tradition und Organisation der deutschen Universitäten apolitische, autoritäre oder faschistische Denkweise?“.

#### 18. November 1966

Die Stadt München erläßt ein Versammlungsverbot gegen eine NPD-Wahlversammlung im „Circus Krone“. Mehr als 5000 Studenten und Schüler demonstrieren mit Transparenten und Sprechchören gegen die NPD. Die Demonstration findet auf Initiative mehrerer Schülerzeitungen statt, die etwa 6000 NPD-Anhänger, die vor dem Zirkus warten, werden von starken Polizeikräften abgeschirmt.

RCDS-Veranstaltung zum Thema „Zukunftsaufgaben deutscher Wissenschaftspolitik“. Referent ist Dr. Gerhard Stoltenberg (Bundesminister für wissenschaftliche Forschung, CDU).

#### 19. November 1966

Feierliche Immatrikulationsfeier im Auditorium maximum der FU. Magnifizienz Prof. Lieber spricht über „Fragen der Studienreform“.

Dok. 590

Im Anschluß an seine Rede erklärt Prof. Lieber, daß es dem Rektor in Absprache mit dem Akademischen Senat, den Fakultäten und der Studentenschaft überlassen bleiben müsse, „wann und in welcher Form er zu einer öffentlichen Diskussion einlädt. Davon unabhängig ist jedoch etwas anderes: Sollte nämlich bei den hier versammelten Studenten der Wunsch bestehen, mit mir über meine heute vorgetragenen persönlichen Gedanken eine Aussprache zu haben, so stehe ich zu einer solchen gern zur Verfügung“. Der AStA-Vorsitzende Knut Nevermann fordert in seiner Rede: „Eine erste Reform, die auch innerhalb des bestehenden Systems des Berliner Modells sofort durchgeführt werden kann, ist die Verankerung des studentischen Mitbestimmungsrechtes in den Entscheidungsgremien der Institute... Die Studenten des einzelnen Faches sind deshalb die Hauptträger studentischer Reformpolitik“. Zum Schluß seiner Rede bittet Nevermann den Rektor: „Wir würden bestärkt in unserer Hoffnung, wenn Sie, Magnifizienz, Ihr Versprechen vom Sommersemester auch insofern einlösen würden, als Sie sich heute bereiterklären würden, mit uns über die anstehenden Probleme zu diskutieren.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 26. November 1966)

1. Sitzung des „Colloquiums“ im SDS-Landesverband Berlin zum Thema „Kommunediskussion mit einigen Genossen, mit sehr weitgehendem existentiellen Anspruch“. (Vgl. Zeittafeldatum von Mitte Juni, 26. November, 10. und 17. Dezember 1966 und 12. Mai 1967)

#### 19./20. November 1966

Wochenendseminar des AStA und des Instituts für Konzentrationsforschung an der FU zum Thema „Die Wirtschaftspolitik in der BRD“. Referenten und Themen: Dipl.-Volkswirt Karl-Heinz Stanzik „Konzentration in der Wirtschaft der BRD“, Dipl.-Vw. Jörg Huffschildt „Der Einfluß der Interessenten auf die Wirtschaftspolitik“ und Dipl.-Kaufmann Bernd Jansen „Wirtschafts-

politik durch Stabilisierungsgesetze“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 22./23. Oktober 1966)

#### 20. November 1966

Landtagswahl in Bayern. Die CDU erhält 48,2 % (110 Mandate), die SPD 35,8 % (79) und statt der FDP, die nur noch 5,1 % erhält, zieht die NPD mit 7,4 % (15) in den Bayerischen Landtag ein. In Mittelfranken gelingt es der NPD die durch das bayerische Wahlgesetz gezogene 10 %-Hürde zu überwinden, die FDP und die Bayernpartei scheitern an dieser Klausel. (Vgl. Zeittafeldatum vom 10. Juli, 2., 6., 10., 11., 26. und 30. November und 1. Dezember 1966)

#### 21. November 1966

Der Senatsbeauftragte für Politische Bildungsarbeit, Prof. Dr. Fritz Borinski, und der Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, senden den Hochschulgruppen ein „Merkblatt für die Vergabe von Räumen im Henry-Ford-Bau“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 15. Oktober und 14. November 1966)

Dok. 591

#### 22. November 1966

Bis dahin größte Alarmgebung von 13 000 Berliner Schutzpolizisten, Bereitschaftspolizisten, Teilen der Kriminalpolizei und erstmalig auch der Führungskräfte und Einheiten der freiwilligen Polizeireserve, des Zolldienstes, der übrigen Senatsverwaltungen und alliierter Verbindungsoffiziere. Deckname des Manövers ist „Notturmo“. Sinn und Zweck des Manövers ist, „die Alarmpläne und die Einsatzbereitschaft unter einer Spannungslage“ zu überprüfen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 22. September 1966)

#### 23. November 1966

Der Kurator übermittelt in einem Schreiben dem Senator für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Werner Stein, eine Prioritätenliste der geplanten Bauvorhaben bis zum Jahre 1970. (Die ersten drei Prioritäten gehen an die Medizinische und die Veterinärmedizinische Fakultät.)

Dok. 592

(Die Prioritätenliste wird am 18. Januar 1967 vom Kuratorium nicht bestätigt, sondern zur weiteren Beratung an die Baukommission überwiesen.)

SDS-Jour Fixe zum Thema „Grundsätzliche Erörterung der Möglichkeiten und Notwendigkeit eines Schulungsprogramms im SDS“.

#### 24. November 1966

Der AStA der FU läßt mit einem Plakat, auf dem es heißt, der Rektor stelle sich der Diskussion, zu einer Diskussionsveranstaltung am 26. November 1966. (Der Text des Plakats war dem Rektor vorher nicht mitgeteilt worden.)

#### 24./25. November 1966

Der VDS-Bundesvorstand diskutiert mit Vertretern der politischen Hochschulgruppen — RCDS, LSD, SHB und SDS — folgende Themen: gesamtdeutsche Studentkontakte, SDS-Prozeß gegen die BRD und Koordinierung der politischen Bildungsarbeit.

#### 25. November 1966

Sitzung des Hauptausschusses des Berliner Abgeordnetenhauses über die Zukunft des Westend-Krankenhauses. Der Dekan der Medizinischen Fakultät, Prof. Dr. Alfred N. Witt, und der Bezirksbürgermeister von Charlottenburg Günter Spruch (SPD) nehmen an der Sitzung teil.

Vergl. Dok. 593

Aktuelle Stunde im Bundestag. Der Bundesminister für wissenschaftliche Forschung, Dr. Gerhard Stoltenberg (CDU), erklärt, daß bisher 30 % aller Bundesmittel für den Hochschul- ausbau in den medizinischen Fakultäten investiert worden seien. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Rolf Meinecke kritisiert die Zulassungsbeschränkung bei den Medizinern, Zahn- medizinern und Pharmazeuten. Zulassungsbeschränkungen könnten nur bei Engpässen vorübergehend in Kauf genommen werden.

Mehr als 3000 Gewerkschaftler, Studenten und Schüler demon- strieren in Köln mit Transparenten wie „Tausend Jahre waren genug“ gegen die NPD.

## 26. November 1966

Diskussionsveranstaltung des AStA der FU mit dem Rektor, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, im Hörsaal A des Henry-Ford-Baus zur Studienreform. Der Rektor erklärt, nicht als Rektor, sondern nur als Privatperson zu den Fragen Stellung zu nehmen. Nachdem er mehr- fach ausweichende Antworten auf Fragen der versam- melten Studenten abgegeben hat, sprengt nach zwei Stunden ein „Provisorisches Komitee zur Vorbereitung einer studentischen Selbstorganisation“ durch Verlesen eines Flugblattes die Versammlung. (Die Mitglieder der Gruppe tragen rote Mao-Abzeichen.) Der Rektor wird vom Mikrophon gedrängt und verläßt sofort den Hör- saal. In dem Flugblatt „Von diesem Gespräch haben wir nichts zu erwarten“ heißt es u. a.: „Wenn wir uns wei- gern, uns von professoralen Fachidioten zu Fachidioten ausbilden zu lassen, bezahlen wir mit dem Risiko, daß Studium ohne Abschluß beenden zu müssen. Admini- stration und Senat erklären die Misere der Universität zur Misere des einzelnen Studenten, nicht um sie zu lösen, sondern um sie loszusein.“ Der AStA rufe „nach fünf Monaten Kollaboration mit dem Rektor“ (nach dem Sit-in vom 22./23. Juni 1966) „zu diesem Gespräch mit dem Rektor, bei dem der Mensch Lieber verständnisvoll in das Publikum horcht, während der Funktionär Lieber beschämt in der Ecke wartet“. Die Lage der Studenten werde sich nicht ändern, solange sie sich nicht selbst organisierten. (Vgl. Zeittafeldatum vom 28., 29. November und 3. und 8. Dezember 1967) Dok. 594 (Vgl. auch Dok. 595)

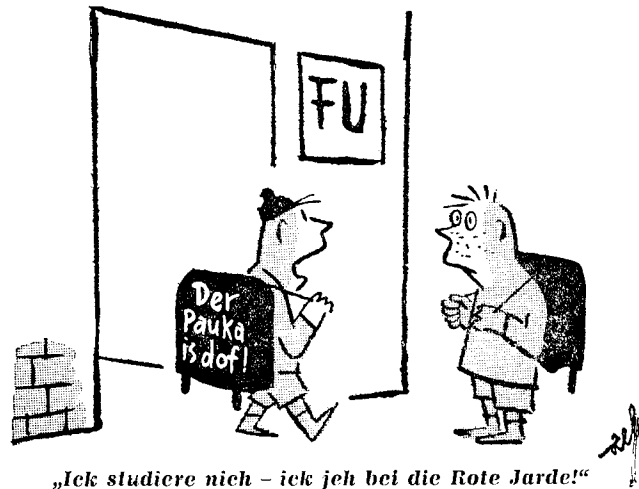
Dem Sprecher der Gruppe wird das Mikrophon wieder weggenommen und unter Protest der Studenten gegen die „Störer“ verkündet der AStA-Vorsitzende Knut Nevermann (SPD) das Ende der Versammlung. „Mit- glieder“ des „Komitees“ versuchen danach die Diskussion fortzusetzen, jedoch verläßt die überwiegende Mehrheit der Studenten den Hörsaal. (Vier ehemalige Rektoren der FU, Prof. Dr. Gerhard Schenck, Prof. Dr. Ernst E. Hirsch, Prof. Dr. Ernst Heinitz und Prof. Dr. Herbert Lüers, stellen wegen des „Fachidioten“-Flugblattes Straf- anzeige gegen Unbekannt wegen Beleidigung.) (Vgl. Zeittafeldatum vom 28. November 1966, 4. und 26. Ja- nuar und 31. Mai 1967)

Die Verhandlungskommissionen von SPD und CDU/CSU einigen sich auf die „Bildung einer Großen Koalition“. Bundes- kanzler soll Kurt Georg Kiesinger (CDU), Vizekanzler soll Willy Brandt (SPD) werden. (Vgl. Zeittafeldatum vom 23./24. Juni, 10. Juli, 6. September, 31. Oktober — 2. November, No- vember, 2., 6., 10., 11., 20. und 30. November und 1. Dezem- ber 1966)

Der SHB-Bundesvorstand fordert die „sofortige Einberufung“ eines außerordentlichen Parteitages der SPD, um den Partei- mitgliedern die Möglichkeit zu geben, über die geplante Große Koalition zu diskutieren und eventuell einen Beschluß zu fassen.

Gründung der „November-Gesellschaft“ in West-Berlin. (Die Gründung geht auf eine Initiative von SDS-Mitgliedern zurück,

die schon vor dem Unvereinbarkeitsbeschluß der SPD vom 8. November 1961 dem Sozialistischen Deutschen Studenten- bund angehörten.) In der Diskussion wird einerseits die These vertreten, daß nach der Bildung der Großen Koalition die SPD sich spalten würde und der SDS nicht in der Lage sei, die Gegner der Großen Koalition außerhalb der Studentenschaft aufzunehmen. Insoweit wird die Gründung einer neuen Partei ins Auge gefaßt. Andererseits wird argumentiert, daß der SDS Gefahr laufe, sich in einen anarchistischen Studentenverband zu transformieren, falls sich die Kommune I durchsetzen sollte. Die „November-Gesellschaft“ könne dann eine Auf- fangbasis für die SDS-Mitglieder sein, die sich einer solchen Tendenz nicht anschließen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 4. Fe- bruar, 30. April und 20. Mai 1967)



Karikatur der Berliner Morgenpost vom 17. 11. 1966

## 26./27. November 1966

Wochenendseminar des AStA für neuimmatrikulierte Studenten im Klubhaus der FU zum Thema „Aufgaben und Ziele der Studentenvertretung“.

## 27. November 1966

In einem Flugblatt zur Diskussionsveranstaltung mit dem Re- ktor vom Vortage verurteilt der SHB „die Versuche einer klei- nen Gruppe von Studenten, die Diskussionsführung auf der Veranstaltung mit Gewalt an sich zu reißen“. Durch diese „autoritären Störmaßnahmen wurde der Ablauf der äußerst kritisch geführten Diskussion gestört und letztlich verzerrt“. Ebensowenig, wie eine „falsche Studienreform“ auf dem Rük- ken der Studenten ausgetragen werden dürfe, „kann und darf es geschehen, daß durch unausgeorene, handstreichähnliche Aktionen die Ernsthaftigkeit des studentischen Protestes in Frage gestellt wird“.

Telegramm des SHB-Bundesvorstandes an den Parteivorstand der SPD: „Der SHB ist tief betrübt über die Entscheidung der Verhandlungskommission der SPD, mit der CDU gemein- sam eine Bundesregierung zu bilden. Besonders die Unter- stützung Kiesingers ist wegen seiner ungeklärten Vergan- genheit unverständlich. Eine Große Koalition läßt ein Ansteigen der Stimmen für die NPD befürchten. ...“

## 28. November 1966

Unter der Schlagzeile „Mit Mao für die freie Liebe — ‚Rot- gardisten‘ sprengten Diskussion an der FU“ berichtet Ulrich Eggstein im „Abend“ über die Diskussionsveranstaltung vom 26. November 1966. (Vgl. Zeittafeldatum vom 5. Dezember 1966) Dok. 596

Erklärung des AStA zu den Vorfällen am 26. Novem- ber 1966. Der AStA ist der Meinung, daß Studienreform nur in „Diskussion und Experimenten“ durchgeführt werden könne, „nicht aber durch von der universitären Obrigkeit dekretierte Maßnahmen“. Der AStA distan-

ziert sich „mit allem Nachdruck von jenen Studenten, die aufgrund ihrer Enttäuschung über die Unfähigkeit der Universität, ihre Probleme der Studienreform selbst zu lösen, die Versammlung gesprengt haben. Dadurch wurde verhindert, daß die Diskussion mit dem Rektor der Öffentlichkeit einmal mehr das Unvermögen der Universität vor Augen führte, in ihrer jetzigen Struktur eine Selbstreform zu beginnen. Nur die rationale Vertretung der Argumente in einer Diskussion kann als einer öffentlichen Auseinandersetzung adequat anerkannt werden“.

Dok. 597

In einem Schreiben an den AStA-Vorsitzenden nimmt der Rektor der FU zu der Störung der Veranstaltung vom 26. November 1966 durch ein „provisorisches Komitee zur Vorbereitung einer studentischen Selbstorganisation“ Stellung: „Ich bitte Sie hierdurch um Mitteilung, ob Ihnen die Mitglieder dieses Komitees bekannt sind und gegebenenfalls um Namensangabe.“

Durch seine Stellungnahme zu den Vorfällen habe der AStA bestätigt, „daß es ihm in so nachhaltig geforderten öffentlichen Diskussionen um Provokation geht“. Er (der Rektor) sehe sich veranlaßt, „an solchen und ähnlichen Veranstaltungen des AStA künftig nicht mehr teilzunehmen“.

In einem Schreiben an das Vorstandsmitglied der FU-Gruppe des SDS, Rainer Langhans, bittet der Rektor „um Äußerung binnen einer Woche, welche ihrer Mitglieder an dem Vorfall beteiligt waren und dem provisorischen Komitee zur Vorbereitung einer studentischen Selbstorganisation angehören“. Der SDS solle außerdem eine Darstellung der Ereignisse geben.

Protestkundgebung des SHB gegen die „Große Koalition“ von SPD und CDU/CSU um 17.00 Uhr auf dem Wittenbergplatz. Redner sind: Harry Ristock (SPD), Lothar Pinkall (IG Metall) und Rainer Wirth (stellvertretender Bundesvorsitzender des SHB). Die Studenten tragen Transparente und Plakate mit Aufschriften wie „Statt Regierungsqual — Neue Wahl“, „SPD zu schade für Große Koalition“, „SPD-FDP, Mut zur Demokratie“, „Die Große Koalition kommt aus dem Bunker“, „Verrat an den Genossen“ und gegen die CDSPU. Harry Ristock erklärt, daß seit 1945 noch nie eine „so große Diskrepanz“ zwischen den Führungsgremien und Mitgliedern der SPD bestanden habe. „Zweidrittel der SPD-Mitglieder lehnen eine solche Koalition auf das entschiedenste ab.“ Die SPD könne in der Regierung zusammen mit der CDU/CSU, deren Politik „verrottet“ sei, zugrunde gehen. Lothar Pinkall fordert einen „außerordentlichen Bundesparteitag der SPD“. Während der Reden erschallen mehrmals Sprechchöre „USPD! USPD!“ Rainer Wirth bezeichnet die Große Koalition als ein „Produkt Wehnerscher Machtpolitik“. Nach der Kundgebung besetzen Studenten die Straßenkreuzung Kurfürstendamm Ecke Joachimsthaler Straße und begrüßen die Polizeilastkraftwagen mit dem Sprechchor „Notstands-Schergen“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 2. März 1967)

Dok. 598

Außerordentliche Landesvollversammlung des SHB Berlin. Themen sind: Das Verhältnis des SHB zur SPD, die „Ereignisse an der FU“ und „Das Verhältnis des SHB-Bundesvorstandes zum Berliner Landesvorstand“. Die Landesvollversammlung beschließt, „im kommenden Konventswahlkampf keine gemeinsamen Aktionen mit dem SDS durchzuführen“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 5. und 8. Dezember 1966)

Dok. 599

### 29. November 1966

„Der Tagesspiegel“ berichtet über das „provisorische Komitee zur Vorbereitung einer studentischen Selbstorganisation“. Die etwa 30 Mann starke Gruppe plane „durch Arbeit in den Betrieben Geld zu verdienen, um sich ein Haus kaufen zu können, in dem sie eine ‚Kommune mit freier Liebe‘ einrichten“ wolle.

Großveranstaltung der „sozialistischen Jugend — Die Falken“ in der „Neuen Welt“ in Berlin-Neukölln gegen die „Große Koalition in Bonn und Düsseldorf“. Redner sind: Alfred Gleitze (Landesvorsitzender der Falken Berlin), Carl Guggomos (ehemaliger Chef vom Dienst des „Vorwärts“, jetzt einer der Redakteure der geplanten Wochenzeitung „Heute“ in Berlin), Marianne Regensburger (RIAS Berlin), Erwin Beck (SPD-Stadtrat in Kreuzberg) und Harry Ristock (SPD-Stadtrat in Charlottenburg). Vor über 1000 SPD-, SHB- und Falken-Mitgliedern protestieren die Redner gegen ein Zusammengehen der SPD mit der CDU/CSU, den Zerfall der innerparteilichen Demokratie in der SPD und den Zerfall der „Demokratie schlechthin“. Ein Redner fordert die SPD-Mitglieder auf, die Mitgliedsbücher „bündelweise an den SPD-Parteivorstand zurückzuschicken“. Beck und Ristock weisen Forderungen nach einer organisatorischen Trennung des „linken Flügels“ und der Gründung einer „USPD“ scharf zurück: „Wer einmal draußen ist, der stimmt nicht ab.“ Beck fordert eine Urabstimmung innerhalb der SPD über die SPD-Beteiligung an der „Großen Koalition“. Er werde diese Forderung auf der Funktionärskonferenz des SPD-Landesverbandes Berlin am 2. Dezember 1966 vorbringen. Ristock erklärt, daß der stellvertretende SPD-Parteivorsitzende Herbert Wehner mit seinem Drängen auf eine Große Koalition die Masse der Parteimitglieder „überfahren“ habe. Der „Drang nach Ministerposten“ habe beim SPD-Parteivorstand bewirkt, daß man dort zu einer Analyse der Situation nicht mehr in der Lage“ sei. Wehner repräsentiere nicht die SPD. Ristock fordert, daß in der SPD die „rechten Abweichler zur Räson“ gebracht würden.

Gegen Ende der Kundgebung läßt der SHB-Landesverband Berlin einen Antrag kursieren, den die anwesenden SPD-Mitglieder unterschreiben sollen. In dem Antrag wird eine Urabstimmung in der SPD, Landesverband Berlin, nach § 120 des Statuts gefordert. Über die Frage „Ich befürworte eine Große Koalition zwischen SPD und CDU/CSU in Bonn. Ja/Nein.“ Einige Hundert SPD-Mitglieder unterschreiben den Antrag. (Vgl. Zeittafeldatum vom 2. März 1967)

Die „Prawda“ veröffentlicht einen Artikel zu den Ereignissen in der Volksrepublik China: „Die Ereignisse in China rufen immer größere Besorgnis in der kommunistischen Weltbewegung, in den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft und unter der fortschrittlichen Öffentlichkeit der ganzen Welt hervor ... Unter dem Deckmantel des Kampfes gegen die ‚Revisionisten‘ wird das ganze Feuer auf die KPdSU und die Sowjetunion konzentriert, deren ‚Zerschlagung‘ zur Voraussetzung zum Kampf gegen den Imperialismus erklärt wird ... Die Beschlüsse des (11.) Plenums strotzen vor verleumderischen Erfindungen über unsere Partei und ihr Zentralkomitee, die für das ganze sowjetische Volk beleidigend sind.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 1.—12. August 1966)

### 30. November 1966

Der bisherige Bundeskanzler Prof. Dr. Ludwig Erhard tritt zurück. (Vgl. Zeittafeldatum vom 23./24. Juni, 6. und 10. Juli, 6. September, 31. Oktober — 2. November, 2., 6., 10., 11., 20. und 26. November und 1. Dezember 1966)

Mehr als 500 SHB- und LSD-Mitglieder demonstrieren vor dem Gebäude des SPD-Parteivorstandes in Bonn gegen die Beteiligung der SPD an der Großen Koalition. Die RCDS-Hochschulgruppe der Universität Bonn verurteilt den Protestmarsch scharf.

Dok. 600

SDS-Jour Fixe des Berliner Landesverbandes zum Thema „Notstandsgesetzgebung, Demokratie und politischer Streik“.

### Ende November 1966

„Notizen zur Gründung revolutionärer Kommunen in den Metropolen“ von Dieter Kunzelmann. Das interne Diskussionspapier zirkuliert im SDS-Landesverband Berlin und in der ehemaligen Münchener und Berliner Sektion der „Subversiven Aktion“. (Vgl. Zeittafeldatum von Mitte Juni 1966)

Dok. 601

## Dezember 1966

Im „FU-SPIEGEL“ Nr. 54 wirft die ehemalige studentische Sprecherin im Akademischen Senat, stud. phil. Margaret Wirth, in einer Glosse „Grotesk — Streit um die Universitätstage 1967“ den Senatsmitgliedern der Juristischen Fakultät vor, den Akademischen Senat bewußt hintergangen zu haben und Beschlüsse des Akademischen Senats bewußt falsch und in ihrem Sinne zu interpretieren.

(Nach Intervention des Rektors entschuldigt sich Margaret Wirth bei einigen Professoren.)

Prof. D. Helmut Gollwitzer begründet im „FU-SPIEGEL“ Nr. 54 seine Unterschrift zur „Erklärung zum Krieg in Vietnam“ der Wissenschaftler und Schriftsteller. (Vgl. Zeittafeldatum vom 1. Dezember 1965)

Dok. 602

Aus Anlaß des 80. Geburtstags von Prof. Dr. Hans Knudsen am 2. Dezember 1966 veröffentlicht das „Colloquium“ eine Laudatio von Eberhard Dellé. (Vgl. Zeittafeldatum vom 20. Juni und 8. Dezember 1966)

Dok. 603

„Das Argument“ veröffentlicht das 4. Heft zum Thema „Faschismusforschung“: Johannes Agnoli „Die bürgerliche Gesellschaft und ihr Staat“ (Vorarbeit für sein späteres Buch „Die Transformation der Demokratie“), Tim Mason „Der Primat der Politik — Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus“, Rüdiger Griepenburg und K.-H. Tjoden „Faschismus und Bonapartismus“.

## Anfang Dezember

Vortrag von Dr. Ekkehart Krippendorff zum amerikanischen Krieg in Vietnam im Amerika-Haus. In der anschließenden Diskussion wird heftige Kritik an der amerikanischen Vietnam-Politik geübt. (Dr. Krippendorff erwachsen laut AStA in den folgenden Wochen aus dieser Veranstaltung so große Schwierigkeiten, daß er die Bitte des AStA abschlägt, auf der feierlichen Eröffnung des 18. Konvents den Festvortrag zu halten.)

## 1. Dezember 1966

Kurt Georg Kiesinger (CDU) wird vom Bundestag mit 340 gegen 109 Stimmen bei 23 Enthaltungen zum Bundeskanzler gewählt. Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt tritt unmittelbar nach seiner Ernennung zum Bundesaußenminister von seinem Posten als Regierender Bürgermeister von Berlin zurück. In der SPD/CDU/CSU-Bundesregierung werden folgende Minister ernannt: Paul Lücke (CDU) Inneres, Dr. Dr. Gustav Heinemann (SPD) Justiz, Dr. Gerhard Schröder (CDU) Verteidigung, Franz Josef Strauß (CSU) Finanzen, Prof. Dr. Karl Schiller (SPD) Wirtschaft, Hermann Höcherl (CSU) Ernährung, Georg Leber (SPD) Verkehr, Hans Katzer (CDU) Arbeit und Soziales, Herbert Wehner (SPD) Gesamtdeutsche Fragen, Kai-Uwe von Hassel (CDU) Vertriebene, Dr. Gerhard Stoltenberg (CDU) Wissenschaft, Hans-Jürgen Wischniewski (SPD) Entwicklungshilfe, Käthe Stobel (SPD) Gesundheit, Lauritz Lauritzen (SPD) Wohnungsbau, Kurt Schmücker (CDU) Schatzminister, Bruno Heck (CDU) Familie und Jugend, Werner Dollinger (CDU) Post und Prof. Dr. Carlo Schmidt (SPD) Bundesrat. (Vgl. Zeittafeldatum vom 23./24. Juni, 6. und 10. Juli, 6. September, 31. Oktober — 2. November, November 2., 6., 10., 11., 20., 26. und 30. November 1966)

Die SPD-Landtagsfraktion von Nordrhein-Westfalen entscheidet sich mit 73 gegen 21 Stimmen für die „kleine Koalition“ zwischen SPD und FDP. (Vgl. Zeittafeldatum vom 6. und 8. Dezember 1966)

## 2. Dezember 1966

Mit einer akademischen Feierstunde wird der zweite Bauabschnitt des Neubaus des Pharmazeutischen Instituts der FU eingeweiht. Die Erstellung dieses Bauabschnitts hat 10,7 Millionen DM gekostet. In dem Gebäude finden drei Pharmazeutische Lehrstühle, 60 As-

sistenten und Doktoranden und über 400 Studenten Platz. Prof. Dr. Gerhard Schenck erklärt in seiner Rede: Wir stehen nicht mehr vor dem fast unlösbaren Problem, von 700 Studienbewerbern 35 zuzulassen.

9. ordentliche Sitzung des 18. Konvents der FU. Der Konvent beschließt, ab sofort einen Vertreter des AStA der Kirchlichen Hochschule (KiHo) als ständigen Gast zuzulassen.

Der Konvent beschließt eine Änderung der Geschäftsordnung bezüglich der Beschlußfähigkeit. (Vgl. Zeittafeldatum vom 4. November 1966)

Dok. 604

Bei der Vorbehandlung des Tagesordnungspunktes 4 a „Antrag von Krause-Dietering u. a. zu den Vorfällen am vorigen Sonnabend im Hörsaal A des Henry-Ord-Baus“ verläßt die Mehrzahl der Abgeordneten das Haus, so daß die Sitzung abgebrochen werden muß.

Funktionärsversammlung des SPD-Landesverbandes Berlin im Ernst-Reuter-Haus in Tiergarten. Ungefähr 150 nichteingeladene Studenten und Falkenmitglieder dringen in die Saal ein und verteilen Flugblätter, die zum Antrag in die Unterschriftenlisten für die Urabstimmung auffordern. (Vgl. Zeittafeldatum vom 29. November 1966) Der Landesvorsitzende Kurt Mattick verteidigt die Große Koalition: Eine Große Koalition sei „keine Verbrüderung, kein Freundschaftsvertrag“. Zu der vom SHB aufgeforderten Urabstimmung verweist Mattick auf die Abgeordnetenhauswahlen im März 1966. Es komme jetzt darauf an, die ganze Kraft auf die Wahlen zu richten und „auf die Unterstützung unserer Genossen, die in Bonn eine schwere Aufgabe übernommen haben.“ Im Namen des SPD-Landesvorstandes bittet Mattick alle Parteimitglieder „auf eine Urabstimmung zu verzichten“. Dadurch könne die Entscheidung nicht rückgängig gemacht werden, die von den „obersten Gremien der Partei“ getroffen worden sei. Innensenator Heinrich Albertz erklärt, er begrüße die „lebhafteste Diskussion in der SPD“. Er habe selber die „Entscheidung“ zur Großen Koalition mit vielen Bedenken und Sorgen auf die SPD zukommen sehen. Aber er wäre die „schlechteste Alternative“ gewesen, wenn die Bundesrepublik „überhaupt keine Regierung“ gehabt hätte. Der Alternative zuzusehen, wie die CDU und mit ihr der „Staat verfault“, sei für die SPD nicht würdig. Gegen 22.00 Uhr wird der Antrag auf Schluß der Debatte angenommen, obwohl noch 22 Redner auf der Liste stehen. Vor dem Ernst-Reuter-Haus verteilen Falken-Mitglieder ein Flugblatt, in dem die Gegner der Großen Koalition aufgefordert werden, in der SPD auf allen Ebenen sich zu organisieren und zukünftig eine geschlossene Fraktion zu bilden.

## 3. Dezember 1966

Die „BZ“ veröffentlicht einen Artikel von Peter Borowski mit der Schlagzeile „Mit Mao studieren sie den Stellenmarkt“. Dok. 605

Die FU-Gruppe des SDS beantwortet den Brief des Rektors vom 28. November 1966: Der SDS werde die an dem Vorfall vom 26. November 1966 beteiligten Studenten, auch soweit sie Mitglieder des SDS seien, nicht namhaft machen. Der SDS verweist auf das dem Brief beigelegte SDS-Flugblatt, das den Stand der Hochschulpolitik-Diskussion wiedergebe. Durch eine Relegation der Studenten werde die rationale Auseinandersetzung zusätzlich gefährdet, nachdem der Rektor auf der Veranstaltung schon durch sein konsequentes Ausweichen auf die konkreten Fragen zu dieser Gefährdung beigetragen habe.

Dok. 606, vgl. Dok. 607

## 5. Dezember 1966

Der SDS verteilt ein Flugblatt zur Konventswahl „Was will der SDS“. Das Flugblatt gibt laut Brief des SDS an den Rektor vom 3. Dezember 1966 den gegenwärtigen Stand der verband-internen Diskussion über Inhalt und Form der Hochschulpolitik wieder. In dem Flugblatt werden Unruhen, Demonstrationen und Streiks als Mittel zur Durchsetzung der hochschulpolitischen Vorstellungen des SDS angekündigt.

Dok. 607



Gleichzeitig verteilt der SDS ein Flugblatt, das 1. den Wortlaut des Flugblattes des „provisorischen Komitees ...“ vom 26. November 1966, 2. den Brief des Rektors an den SDS vom 28. November 1966 und 3. die Antwort des SDS vom 3. Dezember 1966 enthält. Im Post Scriptum erklärt der SDS, wegen der „Verblödungs-Kampagne“ der Berliner Presse solle durch das Flugblatt den Nichtbeteiligten ein Urteil möglichst gemacht werden. Der SDS klagt die Administration an, sie bestätige durch die Einleitung von Disziplinarverfahren, „daß die akademischen Formen ihr längst dazu dienen, die Interessen der Studenten abzudrängen“.

Dok. 608

Rundschreiben des BV des SDS über Vorüberlegungen und Bedingungen zur Gründung einer Schülerorganisation des SDS an den Oberschulen. Im Januar 1967 soll eine zentrale vorbereitende Besprechung der „opinion leaders“ zur Vorbereitung eines Programms und einer Satzung und Pfingsten 1967 die Gründungsversammlung des SDS stattfinden. (Vgl. Zeittafeldatum vom 2., 22. und 28. Februar und 15. März 1967)

Außerordentliche SHB-Landesvollversammlung. Tagesordnung: Große Koalition, Notstandsgesetzgebung, Vietnam, Verhältnis zur Partei.

ESG-Veranstaltung zum Thema „Die ökumenischen Kirchen und der Krieg in Vietnam — ein Lehrgespräch mit amerikanischen, holländischen, französischen und deutschen Theologen“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 10. Dezember 1966)

## 6. Dezember 1966

Die SPD-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen stellt gegen den bisherigen Ministerpräsidenten Franz Meyer (CDU) einen Mißtrauensantrag. (Vgl. Zeittafeldatum vom 1. und 8. Dezember 1966)

Die Regierungszeitung der UdSSR „Iswestja“ polemisiert gegen die Parteiführung der KPCh: „Es gibt Führer der KPCh, die offen für eine Spaltung sind, die sich in organisatorischer Hinsicht um eine Trennung von den Parteien bemühen, die für die Aktionseinheit gegen den Imperialismus kämpfen. Es ist aber klar, das derjenige, der einen anderen Weg — nicht den der Aktionseinheit — einschlägt, der dem Kampf der Völker gegen den Imperialismus Hindernisse in den Weg legt, dem Aggressor hilft.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 30. Januar, 1.—12. August, 4. September, 29. November und 19. Dezember 1966)

Parallele Vietnam-Veranstaltungen des SDS im Auditorium maximum (Vorführung des Films „The Time of the Locusts“ und Diskussion) und des RCDS im Theatersaal des Henry-Ford-Baus (Diskussionsveranstaltung mit dem südvietnamesischen Botschafter Mgyuen Ouy Anh).

(Der SDS hatte das Auditorium maximum für die Vorführung des Films „Erde und Himmel“ zur Verfügung gestellt bekommen. Die Titel der gezeigten Filme wurden dem Rektor nicht vorher mitgeteilt.)

Der Vorschlag, die beiden Veranstaltungen zusammenzulegen, wird vom Diskussionsleiter der RCDS-Veranstaltung, Wulf Schönbohm (stellvertretender Bundesvorsitzender des RCDS), abgelehnt.

Während der Diskussion auf der SDS-Veranstaltung wird von dort eine Delegation von zwei Studenten in die RCDS-Veranstaltung geschickt, um den südvietnamesischen Botschafter um die Beantwortung einiger Fragen zu bitten. Dieser stimmt zu, die Diskussion soll jedoch weiterhin im Theatersaal stattfinden. Daraufhin ziehen ca. 600 Studenten aus dem Auditorium maximum in den Theatersaal, wo sich schon 100 Personen befinden. Es kommt zu ersten Zwischenfällen, als die Versammlungsleiter des RCDS nur schriftlich gestellte Fragen zulassen. Als Mitglieder des SDS, die ihre Fragen nicht schriftlich der RCDS-Versammlungsleitung vorlegen wollen, diese von ihren Plätzen aus stellen, wird der Ruf „ans Mikrofon“ aus der Versammlung laut. Der Botschafter, der als „gefährdete Person“ von vier Sicherheitsbeamten umstellt ist, fordert die SDS-Mitglieder auf, die Fragen über Mikrofon zu stellen. Mitglieder des RCDS versuchen, die SDS-Mitglieder vom Mikrofon fernzuhalten, während des Tumultes gelingt es jedoch einigen, ihre Fragen über Mikrofon zu stellen. Die Antworten des Botschafters werden von starken Mißfallenskundgebungen der Mehrheit der Anwesenden begleitet. Der Bot-

schafter verläßt schließlich den Saal durch einen Hinterausgang und der Versammlungsleiter erklärt die Versammlung für beendet. Wenig später wird die Mikrofonanlage abgeschaltet.

(Auf Aufforderung des Rektors geben der SDS und der RCDS ihre Darstellungen der Vorfälle.) (Vgl. Zeittafeldatum vom 4., 25. und 27. Januar 1967)

Vgl. Dok. 613 und Dok. 614

## 6.—9. Dezember 1966

Wahlen zum 19. Konvent der FU. Von den 129 Kandidaten gehören 78 zur studentischen „Linken“ und 51 zur studentischen „Rechten“.

Wahlbeteiligung: 53,7 %. 46 der gewählten Konventsabgeordneten gehören zur „Linken“ (u. a. SHB: 12, SDS: 7, HSU: 2, LSD: 2 und DIS: 1) und 22 zur „Rechten“, (u. a. Burschenschaftler: 8 und RCDS: 4). 10 Konventsabgeordnete haben keine studentische Gruppe angegeben.

## 7. Dezember 1966

Ordentliche Sitzung des Akademischen Senats der FU. Die Frage, ob die studentischen Mitglieder an den Beratungen und Abstimmungen über Anträge von Mitgliedern des Lehrkörpers im Zusammenhang mit dem Disziplinarverfahren gegen Prof. Dr. Hans Eckardt teilnehmen können, wird mit 14 gegen 3 Stimmen an den Rechtsausschuß überwiesen. Der Rektor verliert den Brief der drei Japanologie-Studenten vom 18. Oktober 1966 und ein Schreiben der Professoren Grimm, Hammitzsch, Hoffmann und Lewin sowie Anträge der Professoren Blei, Herzog und Eckardt. Der Akademische Senat vertagt die Beschlußfassung auf die Sitzung vom 11. Januar 1967, da ohne Kenntnis des Urteils der Disziplinarkammer keine Entscheidung getroffen werden könne. (Das an diesem Tage von der Disziplinarkammer gefällte Urteil liegt dem Akademischen Senat noch nicht vor.) Vgl. Zeittafeldatum vom 27. Oktober 1965, 31. Januar, 15. Februar, 4. März, 27. Juni, 13. Juli und 18. Oktober 1966, 11. und 25. Januar und 8. Februar 1967)

Die FU-Hochschulgruppe des RCDS verteilt ein Flugblatt „Botschaften aus Vietnam, ... und aus dem Theatersaal“: „Der gestrige Abend zeigte wieder einmal, daß es ihnen weniger um eine Diskussion über die Probleme Vietnams geht, als um die Propagierung eigener Ansichten.“

## 8. Dezember 1966

Die „Berliner Morgenpost“ veröffentlicht einen Leitartikel von Walter Brückmann über „Die ‚Rote Garde‘ an der FU“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 26. November 1966)

Dok. 609

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der AStA entscheidet: „Der AStA ist z. Zt. an politischen Kontakten mit dem VOV Prag nicht interessiert. Er wird weiterhin unterstützen, daß Kontakte zwischen den Fakultäten aufgrund der Vereinbarung zwischen VOV und AStA-FU angebahnt und durchgeführt werden. Dies ist eine Grundsatzentscheidung. Keine Kontakte mit Warschau und Leningrad. Westeuropäische Union ist weiter zu verfolgen. Wegen ihrer Bedeutung für die FU-Studentenvertretung werden die Kontakte mit FGEL weitergeführt. Nach Maßgabe von Geld, Zeit etc. sollen internationale Tagungen wahrgenommen werden, u. a. auch um verdiente Studentenvertreter etwas ‚auszuzeichnen‘.“ Wegen der letzten Berichterstattung im „Colloquium“ über den Fall Knudsen, über den AStA und den Konvent beschließt der AStA, nicht mehr im Impressum zu erscheinen. Er hält jedoch weiter für wichtig, auf Redaktionssitzungen durch ein AStA-Mitglied vertreten zu sein. Die rechtliche Grundlage der FU-Zahlung an das

„Colloquium“ soll geprüft werden. (Vgl. Zeittafeldatum vom 20. Dezember 1964, 12. Februar, 28. und 29. März, 1. April und 11. Juli 1965, 20. Juni und Dezember 1966, 26. April und 10. Mai 1967)

Das Rektorat der FU teilt mit, daß der Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, gegen zwei FU-Studenten ermittle, die am 26. November 1966 das Mikrophon an sich gerissen haben sollen, um das Flugblatt des „provisorischen Komitees...“ zu verlesen.

Der SPD-Landesvorsitzende von Nordrhein-Westfalen Heinz Kühn wird mit 112 gegen 85 Stimmen zum neuen Ministerpräsidenten gewählt. (Vgl. Zeittafeldatum vom 1. und 6. Dezember 1966)

Ordentliche SHB-Landesvollversammlung. Tagesordnung: Wahl eines neuen Landesvorsitzenden: der bisherige 1. Landesvorsitzende Rudolf Kollmann wird als „amtierender“ 1. Landesvorsitzender bestätigt.

Der „Club ça ira“ und die HSU veranstalten im Studentenheim am Steinplatz ein Meeting mit „Protestsongs und politischen Dokumenten“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 10. Dezember 1966)

## 8.—11. Dezember 1966

1. Mitgliederversammlung der neugegründeten „Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 12. Dezember 1966)

## 9. Dezember 1966

Veranstaltung der ESG und der „Internationale der Kriegsdienstgegner“ (IdK) im ESG-Heim in der Gelfertstraße zum Thema „Vietnam — Wie es dazu kam — ein Bild- und Filmbericht“. Referent ist H. M. Vogel (Bundesvorsitzender der IdK).

## 9./10. Dezember 1966

Seminar des SDS und einer Delegation der FDJ unter der Leitung von Günter Schneider (Abteilungsleiter im Zentralrat der FDJ) in Frankfurt/Main zum Thema „Konzeptionen, Wege und Möglichkeiten einer Deutschlandpolitik“. Der 1. Bundesvorsitzende des SDS Raimut Reiche erklärt in seiner Begrüßungsansprache: „Wir sind uns hoffentlich mit der FDJ darin einig, daß eine Wiedervereinigung Deutschlands nur erstrebenswert und nur realistisch ist auf der Basis der Transformation der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in der Bundesrepublik in sozialistische und darin, daß dies die Aufgabe der abhängigen Schichten in der Bundesrepublik selbst ist.“ Reiche erklärt, es handle sich bei diesem Arbeitsseminar um einen „ersten zaghaften Schritt“. In einigen Jahren würden solche Gespräche zur Selbstverständlichkeit gehören.

## 10. Dezember 1966

Demonstration gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam: Veranstalter sind: „Kampagne für Abrüstung“ (KfA), „Christliche Friedenskonferenz“, „Club ça ira“, Argument-Club, HSU, LSD und SDS. Am U-Bahnhof Spichernstraße versammeln sich fast 2000 Menschen. (Die ursprünglich beantragte Demonstrationroute, die wegen des verkaufsoffenen Sonnabends über den Kurfürstendamm führen sollte, wurde abgelehnt, mit der Begründung, der Straßenverkehr dürfe nicht gefährdet werden.) Sofort nach Beginn der genehmigten Demonstration von der Spichernstraße über die heutige Lietzenburger Straße zum Wittenbergplatz versuchen ungefähr zweihundert Teilnehmer — überwiegend Mitglieder des SDS und des Argument-Clubs — im Laufschrift zum Bundeshaus an der Bundesallee durchzubrechen. Die Polizei geht mit Gummiknüppeln gegen die Demonstranten vor. 11 FU-Studenten werden vorläufig festgenommen und 50 Plakate werden von der Polizei beschlagnahmt. („Weihnachtungswünsche werden wahr — Bomben made in USA“, „Am toten Vietnamesen soll die freie Welt genesen.“) Auf der Abschlußkundgebung auf dem Wittenbergplatz erklärt Rudi Dutschke (SDS): Die Zeit sei reif für eine neue Organisationsform der außerparlamentarischen Opposition: „Laßt uns sofort damit beginnen.“ Mehrere hundert Demonstranten ziehen nach der Kundgebung vom Witten-

bergplatz in Richtung der Straßenkreuzung Kurfürstendamm Ecke Joachimstaler Straße. Die Polizei bildet auf der Tauentzienstraße Ketten und nimmt einzelne Demonstranten fest. Die Demonstranten rufen „Amis raus aus Vietnam“ und „Johnson-Mörder“.

Vor dem Café Kranzler veranstalten Mitglieder der „Kommune 1“ ein „Weihnachtspolitisches Happening“. Sie stellen einen Weihnachtsbaum auf, drapieren ihn mit der amerikanischen Fahne und einem Transparent: „Spießherren aller Länder, vereinigt euch“. Anschließend enthüllen die Kommunemitglieder die Pappmaché-Köpfe von Lyndon B. Johnson und Walter Ulbricht. Sie setzen den Figuren benzingetränkte Stroh Hüte auf und zünden den Weihnachtsbaum und die Figuren an. Ungefähr 800 Studenten haben sich mittlerweile wieder gesammelt und singen deutsche Weihnachtslieder. Mehr als 300 Polizisten greifen die Demonstranten an, nehmen über 63 Demonstranten und Passanten fest, beschlagnahmen die Pappmaché-Köpfe und den Weihnachtsbaum und versuchen, die Demonstranten in Richtung Maison de France abzudrängen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 13. Dezember 1966, 12. Januar und Februar 1967)

## 11. Dezember 1966

In den „Mitteilungen der Berliner Industrie- und Handelskammer — Die Berliner Wirtschaft“ verurteilt die Kammer die „linksradikalen Tumulte“ an der FU. Zwar seien dies keine „wirtschaftlichen Vorgänge“, sie seien aber in ihrer Art „unerträglich“ und trügen dazu bei, das „politische Klima“ in Berlin „ungünstig“ zu beeinflussen. Offenbar lege es eine „organisierte Minderheit“ darauf an, ein „plebiszitäres Element“ in die FU zu tragen und die Universität zu einem „Ort politischer Agitation“ zu machen.

Dok. 610

## 12. Dezember 1966

Das Gesetz über die Zusammenarbeit zwischen der Freien Universität Berlin und der Pädagogischen Hochschule Berlin wird vom Berliner Abgeordnetenhaus in zweiter Lesung gebilligt.

Vgl. Dok. 611

Erörterung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates in der Studienreformkommission der FU mit Vertretern der einzelnen Fakultäten bzw. deren Studienreformkommissionen. Die Stellungnahmen weichen erheblich voneinander ab, ein Teil empfindet die Empfehlungen als Bestätigung der bereits geübten Praxis, ein anderer Teil als sachfremden Eingriff in die bisher geübte wissenschaftliche Arbeitsweise. (Vgl. Zeittafeldatum vom Februar 1967)

Der Sonderbeauftragte des Bundeskanzlers in Berlin, Ernst Lemmer (MdB Berlin, Bundesminister a. D., CDU) fragt in einer kleinen Anfrage den Berliner Senat, ob er die in „weiten Kreisen der Berliner Bevölkerung bestehende Besorgnis“ über den „wachsenden Radikalismus eines Teiles der Studentenschaft der FU“ teile. Der Senat solle außerdem darlegen, ob er das politische Unbehagen über die „offenbar planmäßig inszenierten Demonstrationen“ gegen eine für die „Sicherheit des freiheitlichen Berlin einstehende Schutzmacht“ teile. Lemmer fragt weiterhin, ob die „öffentliche Schändung“ von „nationalen Emblemen des amerikanischen Volkes“ nicht als „politisch höchst gefährlich“ angesehen werden müßten.

Der Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, und der 1. AStA-Vorsitzende Knut Nevermann rufen gemeinsam zu Hilfsaktionen der FU für die durch eine Überschwemmung des Arno teilweise zerstörte Universität Florenz auf.

(Am 4. November 1966 trat der Arno über die Ufer. Die schlammigen, mit Heiz- und Schmieröl durchsetzten Fluten überschwemmten fast alle Institute der Universitätsfakultäten. Im neuen Hauptgebäude der Philosophischen Fakultät stand das Wasser drei Meter hoch. Von den 980 000 Bänden der Bibliothek der Philosophischen Fakultät sind 100 000 trotz wochenlangender gemeinsamer Arbeit von Professoren, Assistenten und Studenten nicht mehr zu retten.)

Der 1. AStA-Vorsitzende Knut Nevermann beglückwünscht Heinrich Albertz zu seiner Nominierung für das Amt des Regierenden Bürgermeisters von Berlin und protestiert gleichzeitig gegen das Vorgehen der Berliner Polizei bei der Vietnam-Demonstration am 10. Dezember 1966. (Albertz ist als Innensenator für die Polizei verantwortlich.)

Dok. 612

SDS-Darstellung der Vorfälle am 6. Dezember 1966. Der SDS verwarft sich gegen die Konstruktion einer Gleichsetzung des Verlaufs dieser Veranstaltung mit der vom 26. November 1966 mit Hilfe des Vorwurfs „terroristischer Praxis“. Den Studenten des „provisorischen Komitees ...“ sei es darum gegangen, mit ihrer Aktion die Voraussetzung dafür zu schaffen, daß Diskussionen nicht weiter folgenlos blieben, sondern wieder einen praktischen Sinn erhielten. Diese Diskussion müsse in Zusammenhang mit der konkreten Situation der FU der Auseinandersetzung um die Reform begriffen werden, während die Veranstaltung am 6. Dezember 1966 in Zusammenhang mit der jahrelangen Auseinandersetzung mit dem Krieg in Vietnam zu sehen sei.

Dok. 613

Podiumsdiskussion der „Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft“ zum Thema „neue Wege der Deutschland-Politik“. Diskussionsteilnehmer sind: Josef Stingl (Dipl.-Politologe, MdB, CDU), Joachim Steffen (SPD-Landesvorsitzender Schleswig-Holstein, MdL Schleswig-Holstein); Prof. Dr. Hans Reif (DP, MdA Berlin) und Prof. Dr. Kurt Sontheimer (FU). Reif erklärt, alle drei Parteien wollten grundsätzlich die Wiedervereinigung. Es gebe aber zur Zeit kein „Patentrezept“. Technische Kontakte jeder Art sollten „bis hart unter die Grenze der Anerkennung“ gepflogen werden. Steffen befürwortet verstärkten Reiseverkehr, Zeitungsaustausch, Handelsbeziehungen und Kontakte zwischen den Behörden. Der Status der „Hauptstadt Berlin“ müsse auf jeden Fall gewahrt bleiben. Stingl kritisiert, daß bei den heutigen „modernen Auffassungen“ das Totalitäre an Ulbrichts Regime nicht mehr beachtet, oft „sogar negiert“ werde.

Mehrere Redner aus dem Auditorium kritisieren die drei Redner. Der „Schlüssel“ der Wiedervereinigung liege in „Moskau“ und nicht in „New York“. Man wolle keine „Sonntagsreden“ sondern „Wochentagsarbeit“.

### 13. Dezember 1966

Der AStA der FU beantwortet den Brief des Rektors vom 28. November 1966. Er stellt fest, daß der Satz der Erklärung des AStA vom 28. November 1966, daß durch die „Störung“ der Veranstaltung vom 26. November 1966 verhindert worden sei, „daß die Diskussion mit dem Rektor der Öffentlichkeit einmal mehr das Unvermögen der Universität vor Augen führte“, nicht als Konzept des AStA aufzufassen sei, sondern als nachträgliche Beurteilung der Diskussion. Wesentlicher Teil der Konzeption des AStA sei die öffentliche Diskussion im Unterschied zu dem „provisorischen Komitee ...“, das derartige Diskussionen als unsinnig ablehne. Da politische Gegensätze nach Ansicht des AStA nicht durch Einschaltung von Reglementierungsmechanismen gelöst werden sollten und der AStA prinzipiell das ständisch-elitäre Disziplinarrecht ablehne, könne er auch einem Disziplinarverfahren gegen das „Komitee“ nicht zustimmen. Die Namen der Mitglieder des „Komitees“ seien dem AStA nicht bekannt. Die Entscheidung des Rektors, nicht mehr an solchen Veranstaltungen teilzunehmen, bedauert der AStA und bittet um Revision dieser Entscheidung.

Der amtierende Regierende Bürgermeister Heinrich Albertz weist den Protest des 1. AStA-Vorsitzenden Knut Nevermann gegen das Vorgehen der Polizei am 10. Dezember 1966 zurück. Albertz billigt das Verhalten der Polizei und erklärt, er wisse sich einig mit der „übergroßen Mehrheit der Berliner Bevölkerung“, daß die Demonstration am 10. Dezember 1966 in „poli-

tische Rüpel- und Radauszenen“ ausgeartet sei, deren sich die FU-Studenten „schämen“ sollten.

Der Regionalausschuß Berlin der „Kampagne für Abrüstung“ (KfA) distanziert sich in einer Erklärung gegenüber der deutschen Presseagentur (dpa) von den SDS- und Kommunemitgliedern, „deren Verhalten dazu angetan war, bestehendem Mißtrauen und vorhandenen Vorurteilen gegenüber der Kampagne neue Nahrung zu geben.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 10. Dezember 1966)

Der SDS-Landesvorstand und der politische Beirat des Landesverbandes Berlin diskutieren die Demonstration vom 10. Dezember 1966 und das „politische Weihnachtshappening“ der „Kommune-Gruppierung“ im SDS. Weiterhin wird über das Vorgehen auf einer für den 17. Dezember 1966 geplanten Protestaktion gegen das Vorgehen der Polizei diskutiert. Hierzu spricht auch der Amsterdamer Schriftsteller Leo Klatzer über Demonstrationsformen der Provos in Amsterdam. Es wird diskutiert, ob die „Sozialisationschranken, die zur Herrschaft über Menschen errichtet wurden, nicht gegen die Herrschenden gerichtet werden können“. Der SDS-Landesvorstand schlägt für den 17. Dezember eine „Spaziergangsdemonstration“ vor. Wichtigstes Problem dabei sei: „Wie benimmt man sich auf der Straße nicht panisch, wenn die Polizei kommt?“ Die Demonstrationstechniken der Amsterdamer Provos gäben darauf nur „tendenziell eine Antwort“. Mehrere SDS-Mitglieder verweisen auf die unterschiedliche Geschichte der deutschen und niederländischen Polizei in den dreißiger und vierziger Jahren. Die Diskussion bleibt bei der Frage stehen, welche Formen ironisch-kritischer Propaganda der SDS in der Kampagne gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam übernehmen sollte. (Vgl. Zeittafeldatum vom 10. und 19. März, 14./15. Juni und 14. und 17. Dezember 1966)

### 14. Dezember 1966

Sitzung der Philosophischen Fakultät der FU. Die Fakultät nimmt den Kommissionsentwurf für die Stellungnahme zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrats einstimmig an.

Das Abgeordnetenhaus von Berlin wählt mit 68 von 130 Stimmen Heinrich Albertz (SPD) zum Regierenden Bürgermeister von Berlin.

Leo Klatzer (Schriftsteller aus Amsterdam) spricht im Ça ira Club über neue Demonstrationsformen in Amsterdam. Klatzer berichtet, daß seit Sommer 1965 sich bei den Provos eine „vage anarcho-pazifistische“ Grundhaltung durchgesetzt habe. Er berichtet über verschiedene Kampagnen der Provo-Bewegung in Amsterdam: „Witte-fietsen-plan“ (Weiße-Fahrräder-Plan). Die Kampagne fordert die „Vergesellschaftung der Hauptverkehrsmittel“ und die Vertreibung der Autos und giftigen Abgase aus der Stadt Amsterdam. Weißgestrichene Fahrräder sollen im gesamten Stadtgebiet jedermann frei zur Verfügung stehen. Die kaputten Fahrräder sollen von „bürgerfreundlichen Polizisten“ zu öffentlichen Reparaturwerkstätten gebracht werden. Eine weitere Kampagne der Provos „Der weiße Hühner-Plan“ forderte die Entwaffnung der Polizei. Anstelle blauer Uniformen und Gummiknüppel soll sie eine weiße Uniform und eine Trommel tragen, in welcher sich Streichhölzer für Passanten befinden, die eine Zigarette rauchen wollen, Präservative für Jugendliche und Hühnerkeulen für hungrige Menschen. Klatzer berichtet, daß die Provos das Happening zum „Ort sozialer Aktivitäten“ gestalten wollen: „Man muß jungen Menschen die Gelegenheit geben, ihre natürliche und gesunde Aggressivität sublimierend innerhalb kollektiver Kreativität auszuleben — im Happening. Ein anderer Punkt ist unser Wille zur Kommunikation ... gemeint ist hier die Kommunikation von Persönlichkeiten untereinander ...“ (Aus dem Entwurf eines „Nieuw Babylon von Constant Nieuwenhuis“). (Vgl. Zeittafeldatum vom 10. und 19. März, 14./15. Juni, 13. und 17. Dezember 1966)

### 15. Dezember 1966

RCDS-Darstellung über den Verlauf der RCDS-Veranstaltung am 6. Dezember 1966. Der RCDS gibt darin u. a. die Namen

der beteiligten SDS-Studenten an, soweit sie ihnen bekannt sind.

Dok. 614

Das Abgeordnetenhaus von Berlin befaßt sich mit den Vorfällen vom 10. Dezember 1966 während der Vietnam-Demonstration.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Rechtsanwalt Wolfgang Büsch rechnet den Abgeordneten vor, daß die finanziellen Zuschüsse pro Student an der FU von 1963 bis 1966 um 103 % angestiegen seien. Daran knüpft er die Erwartung, daß die Studenten „Auseinandersetzungen im demokratischen Geist“ führen: „Unsere Universitäten sollen nicht nur Einrichtungen zur Diskussion sein, sondern in erster Linie der Lehre und Forschung dienen und Studenten haben auch gegenüber der Gesellschaft die Verpflichtung zu lernen.“ Die Demonstranten müßten zur Kenntnis nehmen, daß die Abgeordneten das Vorhaben des Rektors „in vollem Umfang unterstützen, an der FU die erforderliche Ordnung notfalls durch Anwendung disziplinarischer Maßnahmen wiederherzustellen“.

SDS-Jour Fixe über die geplante „Spaziergang-Demonstration“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 17. Dezember 1966)  
Vgl. Dok. 615 und Dok. 616

### 15.—19. Dezember 1966

SHB-Bundesseminar in Ditzgenbach zum Thema „Konzeption der Formierten Gesellschaft“. Referenten sind: Dr. Leo Schütze (Christliche Kollegenschaft), Dr. Johannes Agnoli (FU), Prof. Dr. Dieter Klein (Humboldt-Universität), Rechtsanwalt Heinrich Hannover und Dr. Dieter Grosser (FU).

### 16. Dezember 1966

SDS-Flugblätter zur für den 17. Dezember 1966 geplanten Spaziergangsdemonstration.  
Dok. 615 und Dok. 616

Ein Sprecher des CDU-Landesvorstandes Berlin nennt die vom SDS-Landesverband Berlin angekündigte „Spaziergang-Demonstration“ eine „Herausforderung der Bürger dieser Stadt“. Der CDU-Sprecher erklärt, daß durch „derartige unüberlegte Krawalle“ der Langmut der Berliner Bevölkerung über Gebühr strapaziert werde. Die CDU erwarte, daß die „Polizei für Ordnung sorgt, damit dem Ansehen Berlins durch derartige linksradikale Wichtigtuer nicht gefährdet wird“.

10. ordentliche Sitzung des 18. Konvents der FU. In der Fragestunde erklärt der AStA-Vorsitzende Knut Nevermann, daß der AStA ein „Weißbuch“ zum „Vorgehen der Berliner Polizei“ erstellen werde. Der AStA fordert alle Studenten auf, „beweisbare Vorfälle und Ausschreitungen“ der Polizeibeamten dem AStA schriftlich mitzuteilen. Außerdem fordert Nevermann, daß jeder Berliner Polizeibeamte in Zukunft „seine Dienstnummer sichtbar auf der Uniform“ tragen solle, wie es in München seit den Straßenschlachten in München-Schwabing eingeführt sei. (Vgl. Zeittafeldatum vom 22.—26. Juni 1962)

Der Konvent beschließt, dem Akademischen Senat die Zulassung der studentischen Gemeinschaft „Hochschulverband europäischer Föderalisten“ zu empfehlen.

### 17. Dezember 1966

„Bild Berlin“ veröffentlicht einen Artikel über die geplante Spaziergang-Demonstration mit der Schlagzeile „Studenten wollen wieder Krawall — mach dir ein paar schöne Stunden auf der Straße ...“ „Was will die Polizei tun. Wie wir erfahren, sind ihre Männer auch gut gelaunt. Weil sie sich wieder einmal keine Gedanken über die Gestaltung ihres Wochenendes zu machen brauchen.“

Ein Senatssprecher erklärt zur geplanten SDS-Demonstration: „Berlin braucht keine Provos. Berlin läßt sich nicht auf der Nase herumtanzen, schon gar nicht von Leuten, die sich Studenten nennen.“

„Spaziergang-Demonstration“ des SDS. Bereits kurz nach 15.00 Uhr nimmt die Polizei an der Ecke Uhlandstraße/Kurfürstendamm zwölf Studenten und Passanten fest. Ungefähr

200 Studenten ziehen über den Kurfürstendamm in Richtung Joachimstaler Straße, wobei sie immer wieder auf entsprechende Signale aus einer Kindertrompete hin mehrmals einen Demonstrationszug bilden. SDS-Mitglieder verteilen ein Flugblatt mit Ratschlägen an Demonstranten und Spaziergänger: „Um uns nicht zusammenschlagen zu lassen, um nicht die hilflosen Objekte der Aggressivität junger Leute in Polizeiuniform zu sein, demonstrieren wir nicht in der alten Form, sondern in Gruppen als Spaziergänger. Wir treffen uns an vorher bestimmten Punkten, um uns bei Nahen der Freunde von der Polizei zu zerstreuen und an einem anderen Ort wieder aufzutauchen.“ Der SDS gibt folgende Parolen aus: „Keine Keilerei mit der Polizei“ und „Kommt die Polizei vorbei / gehen wir an ihr vorbei / an der nächsten Ecke dann / fängt das Spiel von vorne an.“ Die Polizei räumt mit Ketten den Platz vor dem Café Kranzler und nimmt weitere 74 Studenten, Schüler und Passanten fest. 4 Polizeibeamte in Zivil nehmen Rudi Dutschke, mit einem Weihnachtspaket unter dem Arm, auf dem Kurfürstendamm fest. Starke Polizei-Patrouillen (205 Beamte und 14 Einsatzleiter) bewachen den Kurfürstendamm bis spät abends. Außerdem werden von der Polizei Kai Hermann (Redakteur der Wochenzeitung „DIE ZEIT“) und Walter Bartel (Kölner Stadtanzeiger) festgenommen. (Der AStA der FU bringt dazu eine „Dokumentation zum Vorgehen der Berliner Polizei“ heraus.) (Vgl. Zeittafeldatum vom 10., 13., 14. und 20. Dezember 1966 und 12. Januar 1967)  
Dok. 617

### 18. Dezember 1967

Die kommunistische Partei Rumäniens fordert im KP-Zentralorgan „Scinteia“ die Parteiführung der KPCh und der KPdSU auf, mit den „Beschuldigungen und Anklagen“ ein Ende zu machen: „Es ist noch nicht zu spät, auf dem Weg zur Verschlimmerung der Differenzen und der Teilung einzuhalten, für die Wiederherstellung der Einheit zu arbeiten.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 30. Januar und 6., 19. und 25. Dezember 1966)

### 19. Dezember 1966

Der Regierende Bürgermeister und Innensenator Heinrich Albertz kündigt vor dem Landesvorstand und dem Landesauschuß der Berliner SPD „ernste Gespräche“ mit dem Rektor der FU und dem 1. AStA-Vorsitzenden an.

Der SPD-Landesvorstand erklärt, daß solche Demonstrationen wie am 10. und 17. Dezember 1966 „nicht hingenommen“ würden. Der Landesvorstand mißbilligt das „Verhalten der Randalierer“, weil es nur als „Ausdruck bewußt undemokratischer Haltung“ gewertet werden könne. Die zuständigen Körperschaften der FU werden aufgefordert, gegen „beteiligte Studenten disziplinarische Maßnahmen“ einzuleiten.

Die „sozialistische Jugend — Die Falken“ veranstaltet in der Askaniischen Schule in Tempelhof eine Podiumsdiskussion zum Thema „Die proletarische Kulturrevolution in China“. Diskussionsteilnehmer sind: Rudi Dutschke (SDS), Ernest Mandel (Brüssel) und Leo Klatzer (Amsterdam). Vor ungefähr 500 Teilnehmern definiert Mandel die Kulturrevolution als „ein Instrument interner Machtkämpfe“ innerhalb der chinesischen Parteispitze. Er kritisiert, daß die Regierung der UdSSR bis heute keine „eindeutige Erklärung abgegeben habe, daß jeder Angriff gegen die Volksrepublik China als ein Angriff auf das gesamte sozialistische Lager“ betrachtet werde. Deshalb, so Mandel, sei die Volksrepublik China „weitgehend isoliert“. Klatzer kritisiert die „Maßnahmen“ der Roten Garden gegen Liu Schao Tschj und weitere Altgenossen. Die „öffentlichen Beschimpfungen“ hätten nach seinen politischen Erfahrungen längst den Rahmen „innerparteilicher solidarischer Kritik“ gesprengt. Rudi Dutschke interpretiert die Kulturrevolution als einen Versuch der KPCh, die „Phase der kapitalistischen Entwicklung nachzuholen und zu überspringen“.

### 20. Dezember 1966

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der AStA-Vorsitzende ist zu einem Gespräch am 23. Dezember 1966 beim Regierenden Bürgermeister Albertz eingeladen worden, wobei ausdrücklich betont wurde, Nevermann

solle allein kommen. Der AStA hält es für bedenklich, daß das Gespräch vertraulich geführt werden solle, befürchtet jedoch bei Beharren auf einen zweiten Gesprächsteilnehmer eine Aufkündigung des Termins. Angesichts des Verhaltens der Berliner Polizei bei den letzten beiden Demonstrationen will der AStA dem Regierenden Bürgermeister drei Forderungen stellen: „a) die Polizei soll sichtbare Dienstnummern tragen, b) Niederschlagung von Disziplinarmaßnahmen gegen Studenten, c) Disziplinarverfahren gegen einige Polizisten“.

Prof. Dr. Jakob Taubes protestiert in einem offenen Brief an den Regierenden Bürgermeister von Berlin Heinrich Albertz gegen das „brutale und provokative“ Vorgehen der Polizei. (Vgl. Zeittafeldatum vom 17. Dezember 1966)

Die US-Luftwaffe unternimmt mit mehr als 350 Einsätzen unmittelbar in der Nähe von Hanoi die schwersten Bombenangriffe seit Wochen gegen die Demokratische Republik Vietnam.

### 21. Dezember 1966

Die „BZ“ berichtet über die Podiumsdiskussion am 19. Dezember 1966 unter der Schlagzeile „Der Führer der Berliner ‚Provos‘ verteidigt das Treiben der ‚roten Garden‘ — Dutschke dreht an einem dollen Ding ...“ mit einem Foto von Rudi Dutschke (SDS).

Dok. 618

Fast tausend Studenten der FU, TU und der Pädagogischen Hochschule protestieren im Auditorium maximum der Pädagogischen Hochschule in Lankwitz gegen die geplante Erhöhung der Studiengebühren an allen Berliner Hochschulen. Die Studenten beschließen dabei einen Sitzstreik für Anfang Januar 1967 und eine Protestdemonstration zum Rathaus Schöneberg. Die Studentenvertreter der FU, TU und der Hochschule für Bildende Künste erklären sich bereit, die Kampagne der PH-Studenten zu unterstützen.

(Der Berliner Senat will im Januar 1967 die Einführung einer Pauschalstudiengebühr von DM 160,— pro Semester beschlie-

ßen. Von dieser Regelung sind PH-Studenten besonders stark betroffen, da es hier bisher keine Studiengebühren gab.)

Das Oberverwaltungsgericht Berlin entscheidet, daß der ehemalige Student der Juristischen Fakultät Peter Gramse nicht von der FU verwiesen werden kann. Gramse ist Mitglied der SED-Westberlin und der FDJ-Westberlin. Das Oberverwaltungsgericht stellt fest, daß der Verweis des Studenten durch den Disziplinarausschuß und den Disziplinarberufungsausschuß im Herbst 1963 und im Frühjahr 1964 rechtswidrig gewesen sei. Die FU könne einem Studenten aus seiner Mitgliedschaft zur SED-Westberlin und zur FDJ-Westberlin solange keinen Vorwurf machen, als diese Partei oder Jugendorganisation in West-Berlin zugelassen sei. Zur Zulassung einer Partei gehöre es zwangsläufig, daß sie auch durch ihre Mitglieder tätig werden könne. Mehr habe Gramse auch nicht getan. Die Tätigkeit könne daher von der FU auch nicht disziplinarisch geahndet werden. (Aktenzeichen: VOG IB 13/65) (Vgl. Zeittafeldatum vom 28. Januar 1965)

### 23. Dezember 1966

Der Regierende Bürgermeister Heinrich Albertz empfängt den Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, und den 1. AStA-Vorsitzenden der FU, Knut Nevermann, zu getrennten Unterredungen. Einer anschließend vom Senat veröffentlichten Mitteilung zufolge äußert Albertz in der 30 Minuten dauernden Unterredung mit Prof. Lieber seine „Sorge über die Entwicklung an der Freien Universität“. Gegenüber Knut Nevermann erklärt Albertz, daß es in Zukunft schwierig sein werde, eine „progressive Hochschulpolitik“ zu betreiben. Nevermann distanziert sich vom „kindlichen Verhalten einiger Studenten“ am 10. und 17. Dezember 1966 und betont, daß die Demonstrationen gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam und das



Kommune I.

Verhalten der Berliner Polizei nicht in Zusammenhang gebracht werden sollten mit der langfristigen Hochschulpolitik des Berliner Senats und der geplanten Hochschulgesetzgebung. Nevermann erklärt nach der Unterredung, daß es „Meinungsverschiedenheiten“ zwischen dem Regierenden Bürgermeister und ihm hinsichtlich des polizilichen Vorgehens gegen die Demonstrationen am 10. und 17. Dezember 1966 gegeben habe.

#### 25. Dezember 1966

Das Zentralorgan der KPdSU „Prawda“ erklärt, daß die sowjetische Bevölkerung alles in ihrer Macht stehende tue, um sicher zu stellen, daß Maschinen, Waffen und Munition rechtzeitig und planmäßig in die Demokratische Republik Vietnam geliefert würden: „Alle sozialistischen Staaten unterstützen Vietnam. Aber die Hilfe der sozialistischen Gemeinschaft ... hätte noch wirksamer sein können, wenn sich nicht die Führung der KPCh, die einen anderen politischen Kurs eingeschlagen hat, der auf die Spaltung der internationalen kommunistischen Bewegung abzielt, von der Aktionseinheit zur Unterstützung Vietnams abgewandt hätte.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 30. Januar und 6., 18. und 19. Dezember 1966)

#### 30. Dezember 1966

Kai Hermann veröffentlicht in der Wochenzeitung „DIE ZEIT“ einen Artikel über die „Rote Garde“.

Die neofaschistische „National-Zeitung“ veröffentlicht einen Artikel über die Freie Universität unter der Schlagzeile „Schande für Berlin — der rote Terror in der Reichshauptstadt“ von Felix M. Preuss.

Dok. 619

#### 31. Dezember 1966

Auf einer Plenardiskussion der „Kommune-Gruppierung“ erklären sich zwölf Mitglieder des SDS bereit, zum 1. Januar 1967 gemeinsam in eine große Wohnung einzuziehen.

#### Ende Dezember 1966 / Anfang Januar 1967

Ein Fernsehteam des ZDF hält sich zu Filmaufnahmen in der FU-Außenstelle Bardai auf. (Vgl. Zeittafeldatum vom 1. Oktober 1966 und April 1967)

#### Januar 1967

Der „FU-SPIEGEL“ veröffentlicht einen Artikel über die Demonstration am 17. Dezember 1966 „Mal bum-meln gehen“ mit einem scharfen persönlichen Angriff gegen den Regierenden Bürgermeister. (Vgl. Zeittafeldatum vom 12. Januar 1967)

Dok. 620

#### 1. Januar 1967

Fünf der zwölf Mitglieder der Kommune-Gruppierung, die zum 1. Januar in eine gemeinsame Wohnung einziehen wollten, machen ihren Entschluß vom Vortage wieder rückgängig. Die anderen sieben ziehen ein.

#### 2.—12. Januar 1967

Gemeinsames Seminar einer Delegation des „Hochschulrats des ZK des tschechoslowakischen Studentenverbandes“ und einer Delegation des SDS-Landesverbandes Berlin in Korrenov über das Thema „Koexistenz und Dritte Welt“.

Dok. 621

#### 4. Januar 1967

Vermerk des Rektorats (Universitätsdirektor Völz): Betrifft: Sozialistischer Deutscher Studentenbund, Gruppe an der FU. Der Vermerk behandelt die Plakataktion am 3./4. Februar 1966, die Haltung des SDS zu Studienreformmaßnahmen, zur AStA-Veranstaltung am 26. November 1966 und zur „Störung“ der RCDS-Veranstal-

tung am 6. Dezember 1966. (Der Vermerk ist im Hinblick auf die Beratungen des Akademischen Senats über den Entzug der Förderungswürdigkeit des SDS gefaßt.)

Dok. 622

Laut dpa plant der Senat von Berlin ein generelles Demonstrationsverbot in der gesamten Berliner Innenstadt.

#### 4.—6. Januar 1967

500 Korporierte nehmen an der „gesamtdeutschen Tagung“ der Deutschen Sängerschaft (DS) und des Coburger Convents (CC) der Landsmannschaften und Turnerschaften in der Kongreßhalle teil. Dr. Gerhard Jahn (MdB, SPD) begrüßt die Korporierten im Namen des SPD-Parteivorstandes. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Heinrich Albertz, fordert die 500 Korporierten auf, auch „Ost-Berlin“ zu besuchen: „Ihr seid auch dort in der deutschen Hauptstadt und nicht auf dem Mond.“

#### 5. Januar 1967

Der Vorstand des VDS Berlin und die AStA der FU, Hochschule für Bildende Künste, Hochschule für Musik, Kirchliche Hochschule und PH sowie die Studentenvertretung der TU protestieren in aller Schärfe gegen das Vorhaben des Senats von Berlin, politische Demonstrationen in der gesamten Berliner Innenstadt generell zu verbieten. (Vgl. Zeittafeldatum vom 13., 14., 23. und 24. Januar 1967)

#### 6. Januar 1967

Der 1. VDS-Landesvorsitzende von Berlin, Dipl.-Kaufmann Ernst-Georg Schleifer, meldet beim Polizeipräsidenten von Berlin eine Protestdemonstration aller Berliner Universitäten und Hochschulen für den 24. Januar 1967 an. Der VDS-Landesverband plant eine Manifestation gegen die Einführung einer „pauschalen Studiengebühr“ und gegen „diese für Berlin rückschrittliche Bildungspolitik. ... In einer Zeit, da ein SPD-regiertes Land wie Hessen seinen Studenten völlige Studienfreiheit gewährt, beginnt man in Berlin, die Studiengelder zu erhöhen, bzw. neu einzuführen“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 13. und 23. Januar 1967)

#### 7. Januar 1967

„Die Welt“ veröffentlicht einen Artikel von Matthias Walden „Links vom Geist“. Walden schreibt, es sei kaum möglich, genau zu sagen, „aus welchen Fakultäten die Radaubröder kommen, aber der besonders hohe Anteil von Studierenden aus dem Otto-Suhr-Institut für Politische Wissenschaften ist wohl unbestritten“.

Die Fachschaft Politologie vervielfältigt den Artikel und verteilt das Flugblatt in allen Vorlesungen am Otto-Suhr-Institut.

Dok. 623

Erklärung von siebzehn Gründungsstudenten der FU gegen das politische Mandat der Studentenvertretung „Die Universität — kein Forum für Tagespolitik“. Die Erklärung ist unter anderem unterschrieben von Ernst Benda (MdB, CDU), Dr. Horst W. Hartwich (CDU), Otto H. Hess (SPD), Prof. Dr. Georg Kotowski (CDU), Peter Lorenz (MdB, CDU) und Senatsdirektor Dietrich Spangenberg (SPD).

Dok. 624

Außerordentliche Landesvollversammlung des SDS-Berlin. Über 200 Studenten und Assistenten sind anwesend, davon rund hundert SDS-Mitglieder und hundert Sympathisanten und Beobachter anderer politischer Hochschulgruppen an der FU. Acht Mitglieder werden neu aufgenommen. Die a.o. LVV nimmt eine vom politischen Beirat in Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand vorbereitete Resolution zur Politik des Verbandes an. Das gegenwärtige Problem der Hochschulpolitik des SDS in Berlin sei, „aus den einzelnen Protestaktionen eine Politik der permanenten Universitätsrevolte“ zu machen. Bedingung dafür sei u. a. der öffentliche Charakter der inhaltlichen Diskussion im Verband, um sich nicht von der Studentenschaft zu isolieren. Der SDS verurteilt in diesem Zusammenhang das Verhalten einiger seiner Mitglieder gegen Ende

der AStA-Veranstaltung am 26. November 1966. (Die Resolution wird am 10. Januar 1967 dem Rektor übersandt, am 11. Januar steht die Förderungswürdigkeit des SDS auf der Tagesordnung des Akademischen Senats.)  
Dok. 625

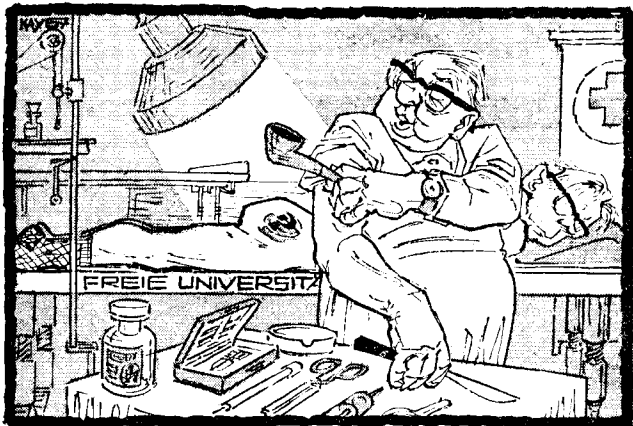
### 8. Januar 1967

Kontinuitätstagung des 18. und 19. Konvents der Freien Universität Berlin im Klubhaus des FUB in Berlin 37, Goethestraße 49.

Es referieren: Gerd Börnsen (1. Vorsitzender des 18. Konvents) „Aufgaben und Arbeit des Konvents“; Rudolf Kollmann (Sozialreferent des AStA 1966/67) „Der soziale Status der Studenten in der Universität und in der Gesellschaft“; Peter Damerow (Mitglied der FU-Kommission für Studienreform) „Pläne und Konzeptionen für eine Hochschul- und Studienreform an der FU“.

### 9. Januar 1967

Die „BZ“ fordert in einem Leitartikel „Der ‚große Hammer‘ wäre falsch!“, die Rädelsführer aus der großen Masse der Studenten herauszuziehen“ und von der FU zu weisen. Die Zahl der „Rädelsführer“ wird von der „BZ“ auf „mindestens 20“ und „allerhöchstens 50“ geschätzt.  
Dok. 647



„Kleine einschneidende Maßnahme“

Karikatur der BZ vom 9. 1. 1967 zum Leitartikel „Der große Hammer wäre falsch“.

Presseerklärung von elf ehemaligen und dem amtierenden AStA-Vorsitzenden (u. a. Dr. Klaus Meschkat, Martin Schmidt, Wolfgang Roth, Wolfgang Lefèvre, Niels Kadritzke und Knut Nevermann). Gerade zur Zeit der AStA-Vorsitzenden des RCDS seien mehr politische Beschlüsse ohne Bezug auf studentische Belange gefaßt worden, als hochschul- und studentenpolitische Beschlüsse. Die Unterzeichner erklären sich für Diskussionen mit den Gründungsstudenten bereit.

Dok. 626

### 10. Januar 1967

Der Senat von Berlin beschließt die neue Hochschulgebührenordnung. Nach dieser Ordnung müssen die Studiengebühren an der FU, TU und PH künftig pauschal mit DM 160,— im Semester abgegolten werden. Für die künstlerischen Hochschulen beträgt die Studiengebühr DM 150,—. Die Hochschulgebührenordnung enthält eine „Besitzklausel“, aufgrund derer die künftig an der PH neuimmatrikulierten Studenten von der Einführung der Studiengebühren betroffen sind. (Vgl. Zeitafeldatum vom 7. und 10. März 1967)

Ausführliche Stellungnahme des Senats von Berlin zu „bedauerlichen Ereignissen der letzten Zeit“.

Dok. 627

Die Studentenschaft der PH verabschiedet auf einer Vollversammlung eine Resolution gegen die „Erhebung von Studiengebühren an den Berliner Universitäten und Hochschulen“.

Die Vollversammlung beschließt einen „gezielten Vorlesungsstreik“ und einen „Zahlungsboykott“, falls der Senat von Berlin die Einführung von Studiengebühren an der PH auf dem Verwaltungswege erzwingt. An der Vollversammlung nehmen 800 PH-Studenten teil. Während der Vollversammlung wird eine Delegation beauftragt, den Senator für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Werner Stein, zu bitten, die Neueinführung einer pauschalen Studiengebühr für PH-Studenten vor der Vollversammlung zu begründen.

Die Studentenschaft der PH beschließt weiterhin, die vom Rektor der PH, Prof. Dr. Herbert Michaelis, abgesagte Jubiläumsfeier zum 20-jährigen Bestehen der PH in eigener Initiative durchzuführen und die Studenten der FU und TU und den Senator für Wissenschaft und Kunst einzuladen. (Vgl. Zeitafeldatum vom 11. Januar 1967)

Die drei ehemaligen 1. AStA-Vorsitzenden Jürgen Wohlrabe (RCDS, CDU), Dipl.-Politologe Heinrich Lummer (RCDS, CDU) und Peter Mudra (Junge Union) werfen den elf ehemaligen und amtierenden 1. AStA-Vorsitzenden „Falschspielerei“ vor.

Dok. 628

### 11. Januar 1967

Der Akademische Senat der FU befaßt sich aufgrund der Vorfälle im November und Dezember 1966 mit der Situation an der FU. Ein Beschluß beinhaltet eine Stellungnahme zum „Verhalten einzelner Studenten und studentischer Gruppen“ eine Aufforderung zur Distanzierung an die Studentenschaft und deren Vertretung und einen Hinweis auf die „gute Zusammenarbeit in der Studienreformkommission“. Zur Frage der Förderungswürdigkeit des SDS beschließt der Akademische Senat: „Inhalt und Form der Störaktionen am 26. 11. 1966“ hätten „eindeutig gegen Ordnung, Geist und Erziehungsauftrag der Universität verstoßen“. Aufgrund der Distanzierung des SDS vom 7. Januar 1967 von den Aktionen am 26. November 1966 und der Ankündigung verbandsinterner Konsequenzen leitet der Akademische Senat „das satzungsmäßig vorgeschriebene Verfahren zum Widerruf der Zulassung des SDS — Gruppe an der FU — noch nicht „offiziell“ ein. Das Verfahren werde sofort eingeleitet, wenn der SDS oder seine Mitglieder innerhalb der Universität Aktionen plant oder durchführt, die dem im Schreiben vom 7. Januar 1967 ebenfalls erklärten Ziele, „eine Politik der permanenten Universitätsrevolte zu machen“, dienen.

Der Akademische Senat nimmt weiterhin zum politischen Mandat Stellung.

Zum Tagesordnungspunkt 6 „VDSt Berlin—Leipzig“ teilt der Vorsitzende der vom Akademischen Senat eingesetzten Kommission Prof. Dr. Arwed Blomeyer das Ergebnis der Beratungen mit. Als Kriterien für die Förderungswürdigkeit seien erarbeitet worden: „Förderungswürdig sind Vereinigungen, die im Rahmen der demokratischen Ordnung im Sinne der Erziehungs- und Bildungsaufgabe der Universität wirkten.

Der Antrag des VDSt Berlin—Leipzig wird in geheimer Abstimmung mit 8:7 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. Als Gründe für die Ablehnung beschließt der Akademische Senat mit 11:4 Stimmen bei 3 Enthaltungen „die Volkstumspolitik des Verbandes und die Nichtaufnahme von Ausländern“ anzugeben. (Vgl. Zeitafeldatum vom 11. Dezember 1964, 18. Mai und 24. November 1965, 16. Februar und 28. Juni 1966, 25. Januar und 7. Dezember 1967, 27. Januar und 7. Februar 1968)

Dok. 629

Der Rektor teilt in der Disziplinarangelegenheit Prof. Eckardt mit, daß das schriftliche Urteil der Disziplinkammer noch nicht vorliege. Den Mitgliedern des Lehrkörpers, die zu der Angelegenheit Anträge gestellt haben, will der Akademische Senat anheimstellen, selbst

„erforderliche Maßnahmen“ einzuleiten. Der Akademische Senat selbst will sich erst nach Vorliegen des Urteils weiter mit der Sache befassen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 7. Dezember 1966 und 25. Januar 1967)

Unter Tagesordnungspunkt 8 „Durchführung des Gesetzes über die Zusammenarbeit der Freien Universität und der Pädagogischen Hochschule Berlin“ wählt der Akademische Senat als Vertreter der FU für den zu bildenden Koordinierungsausschuß die Professoren Rudolf Lennert, Karl-Peter Grottemeyer und Karl August Bettermann. (Vgl. Zeittafeldatum vom 23. April 1965, 5. Januar und 16. Februar 1966. Die Integration der PH in FU, TU und Hochschule der Künste wird vom Abgeordnetenhaus am 13. Dezember 1974 beschlossen.)

Zu Tagesordnungspunkt 11 „Fortführung Krankenhaus Westend“ bittet der Akademische Senat nach Aussprache den Rektor und den Prorektor, im Kuratorium und in Verhandlungen mit Stellen des Landes Berlin für die Fortführung des Städtischen Krankenhauses Westend als Universitätsklinikum in der bisherigen Form einzutreten und den Vorstellungen des Bezirksamtes Charlottenburg, drei Kliniken in Westend mit Städtischen Chefarzten zu besetzen, ebenso entgegenzuwirken wie der völligen Übernahme des städtischen Krankenhauses Westend in den Etat der FU. (Vgl. Zeittafeldatum vom 25. Oktober 1967)

Die AStA der FU, TU und PH verteilen in den drei Universitäten und Hochschulen ein gemeinsames Flugblatt „Berliner Studenten werden pauschaliert“. An der PH treten mehr als 2000 Studenten in einen zweitägigen Vorlesungsstreik gegen die Einführung von pauschalen Studiengebühren.

Der Prorektor der PH, Prof. Dr. Karl Wellnitz, tritt von seinem Amt zurück. Prof. Wellnitz erklärt, daß durch das Inkrafttreten der Änderung des Gesetzes über die PH „seine Rechtsstellung“ nicht mehr unumstritten sei. (Nach dem neuen Gesetz soll der Prorektor der Amtsvorgänger des Rektors sein. Wellnitz war gemäß der früheren gesetzlichen Regelung von der Dozentenschaft der PH unmittelbar zum Prorektor gewählt worden.)

Der Senator für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Werner Stein, lehnt eine Einladung des 1. AStA-Vorsitzenden der PH Klaus Sochzewsky ab, an einer Veranstaltung der Studentenschaft der PH teilzunehmen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 10. Januar 1966)

Dok. 630

## 12. Januar 1967

Rund 800 Studenten der PH veranstalten im Auditorium maximum der PH in eigener Regie eine Feier zum 20jährigen Bestehen der PH. Zu Beginn der Feier verliest der 1. AStA-Vorsitzende der PH, Klaus Sochzewsky, den Antwortbrief des Senators für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Werner Stein, vom 11. Januar 1967. Danach spricht der 1. AStA-Vorsitzende der FU, Knut Nevermann, und der 1. Vorsitzende des VDS Landesverbandes Berlin, Ernst-Georg Schleifer. Beide fordern die PH-Studenten auf, ihre Forderungen und Interessen öffentlich zu vertreten, weil sonst die Gefahr bestehe, daß der Senat von Berlin und das Abgeordnetenhaus sich mit Bildungspolitik befassen, ohne sich mit den Argumenten der betroffenen Studenten auseinanderzusetzen. Prof. Dr. Wolfgang Müller stellt sich in einer Erklärung hinter die Forderung der Studenten und weist auf einen „bildungspolitischen Strukturwandel“ hin, den er als Übergang vom „Recht auf Bildung Geld“ zu einer „Akademischen Bildung für alle“ bezeichnet. Die RCDS-Hochschulgruppe an der PH verteilt während der Feier ein Flugblatt mit der Überschrift „Sind wir die Packesel des Berliner Senats?“ Der RCDS greift „das sozialdemokratisch regierte Berlin“ an und erklärt: „Studenten gelten hier nicht als sozial bedürftige Gruppe“.

Das Abgeordnetenhaus von Berlin diskutiert in einer „Aktuellen Stunde“ die „Unruhe innerhalb der Studentenschaft der

FU“. Der CDU-Abgeordnete Rechtsanwalt Dr. Günter Riesebrodt erklärt, in der Bevölkerung werde bereits die Frage aufgeworfen, ob „randalieren über studieren“ gehe. Dr. Riesebrodt weist die Kritik des 1. AStA-Vorsitzenden Knut Nevermann über das Vorgehen der Polizei scharf zurück. Wer „Anarchie“ betreibe, müsse damit rechnen, daß ihm die Staatsautorität entgegentrete. Rechtsanwalt Peter Lorenz (MdB, CDU) kritisiert den AStA, weil dieser sich „nicht genügend“ von den „radikalen Gruppen“ an der FU distanzieren. Durch eine solche Haltung des AStA werde die „Mitverantwortung“ der Studenten gefährdet.

Prof. Dr. Otto A. Dillschneider (CDU) nennt den SDS-Landesverband und den Argument-Club die „absteckbare Minderheit“, aus deren Reihen „eine deutsche Universität terrorisiert“ werde. Er deutet die Möglichkeit „einer politischen Unterwanderung aus dem Osten“ an. Der Fraktionsvorsitzende der CDU Franz Amrehn wendet sich gegen eine „Änderung des Berliner Universitätsmodells“, das sich an der TU bis zum heutigen Tage „hervorragend bewährt“ habe. Die Sprecher der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Alexander Voelker und Rechtsanwalt Wolfgang Büsch, erklären, daß es nicht zutrefte, daß der AStA der FU und die übrigen Studentenorganisationen sich nicht von der „Minderheit“ distanzieren hätten. Beide fordern die Einsetzung einer Kommission von Sozialwissenschaftlern, die die „soziologische Struktur“ der heutigen Studentenschaft untersuchen solle. Der Regierende Bürgermeister Heinrich Albertz berichtet im Abgeordnetenhaus über seine Besprechungen mit dem Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber und dem 1. AStA-Vorsitzenden Knut Nevermann. Albertz zeigt sich empört über eine Formulierung, mit der er im „FU-SPIEGEL“ Nr. 55 bedacht worden ist: „Ob Godesberg oder Gottesprogramm: ein passendes Verslein wird er schon reimen.“ In diesem Zusammenhang hebt Albertz hervor, daß die „FU-SPIEGEL“ mit „staatlichen Mitteln“ finanziert würden und kündigt an, daß dieser Vorgang Gegenstand der nächsten Kuratoriumssitzung sein werde. Zur Forderung des 1. AStA-Vorsitzenden Nevermann, daß die Polizeibeamten Namensschilder sichtbar an der Uniform tragen müßten, erklärt Albertz: „Nur dann, wenn auch die Studenten gekennzeichnet sind, die an solchen Demonstrationen teilnehmen.“ Der Senator für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Werner Stein, spricht im Zusammenhang mit dem Zitat aus dem „FU-SPIEGEL“ von einem „lümmelhaften Benehmen“ einer studentischen Minderheit. Er fordert die Organe der Studentenschaft auf, sich auf den Boden der Erklärungen des Berliner Senats und des Akademischen Senats der FU zu stellen.

Die Mitglieder des AStA der FU verfolgen die Abgeordnetenhaus-Sitzung als Zuhörer auf den Publikumsbänken.

Die RCDS-Hochschulgruppe an der FU nimmt in einer Erklärung zur „Aktuellen Stunde“ des Abgeordnetenhauses von Berlin am selben Tage Stellung: In der Diskussion „wiesen alle Fraktionen ein gerütteltes Maß Unverständnis für studentische Belange und zugleich eine Vorliebe für administrative Zwangsmaßnahmen nach. Antistudentisch zu sein, wird wohl möglich im kommenden Wahlkampf populär werden“. Der RCDS an der FU verurteilt „aufs schärfste die Art und Weise, wie heute im Abgeordnetenhaus die Probleme der FU behandelt worden sind. Bei der Debatte kam weder eine differenzierte Meinung zur Frage des Verhaltens der Berliner Polizei anläßlich der Demonstration zum Ausdruck, noch wurden die sozialen Belange der Studentenschaft und das Verhalten des Senators Stein anläßlich der 20-Jahr-Feier in der PH mißbilligt.“ Der RCDS hält „administrative Maßnahmen, Sperren von Geldern und Verniedlichung studentischer Forderungen für ungeeignet, die Krise an der FU und PH zu lösen“. Der RCDS kritisiert die „derzeit mangelnde Opposition“ der CDU im Abgeordnetenhaus und fordert alle Parteien im Abgeordnetenhaus auf, die „studentischen Forderungen anzuhören, ernstzunehmen und zu einer sozialen Hochschulpolitik zurückzukehren“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 12. März 1967)

Im überfüllten Auditorium maximum der FU zeigt das „Filmstudio der FU“ einen Film aus der Volksrepublik China über „Die große proletarische Kulturrevolution“. Anschließend diskutieren Prof. Dr. Richard Löwenthal und Rainer Langhans (SDS). Löwenthal erklärt, daß die KPCh heute in derselben Situation sei, wie die KPdSU siebzehn Jahre nach der



Oktoberrevolution. Damals wie heute gebe es einen Widerspruch zwischen dem „Primat der Politik“ und einem „Primat der fachlichen Rationalität“. In der Volksrepublik China handle es sich bei der Kulturrevolution, so Löwenthal, um einen „Konflikt“ zwischen den „revolutionären Veteranen“ und der „technokratischen Bürokratie“. Während Josef W. Stalin die revolutionären Veteranen Mitte der dreißiger Jahre „ausgerottet“ habe, versuche Mao Tse-tung gegenwärtig, das „Primat der Politik“ auf Kosten der „ökonomischen Rationalität“ zu sichern und eine neue revolutionäre Elite, „die rote Garde“ zu bilden. Löwenthal nennt die Rotgardisten die „künstlichen Veteranen“. Rainer Langhans interpretiert die chinesische Kulturrevolution als einen Versuch Mao Tse-tungs, die „Widersprüche in der sozialistischen Gesellschaft“ so auszutragen, daß die Bauern, Arbeiter, Soldaten und Jugendlichen künftig an allen wichtigen ökonomischen und politischen Entscheidungen beteiligt werden. Langhans verteidigt die Kampagne gegen Liu Chao-chi und den Personenkult als notwendige „Übergangserscheinung“, die nur aus der Tradition der chinesischen Revolution heraus zu verstehen seien. (Vgl. Zeittafeldatum vom 19. Dezember 1966, und Juli 1967)

### 13. Januar 1967

Der Polizeipräsident von Berlin Erich Duensing verbietet eine vom Landesverband Berlin des VDS für den 24. Januar 1967 angemeldete Demonstration gegen die Einführung der pauschalen Studiengebühr im Bereich der Berliner City. (Vgl. Zeittafeldatum vom 5., 14., 23. und 24. Januar 1967)  
Dok. 631

Der Geschäftsführende Direktor des OSI, Prof. Dr. Gilbert Ziebura, veranstaltet eine Pressekonferenz über den Artikel von Matthias Walden in der „Welt“ vom 7. Januar 1967. An der Konferenz nehmen außerdem die Professoren Richard Löwenthal und Alexander Schwan sowie die Studenten Lutz Rininsland (1. Fachschaftssprecher des OSI), Karlheinz Reif (Mitglied des Ältestenrats der Fachschaft Politologie) und Niels Kadritzke (ehemaliger 1. AStA-Vorsitzender) teil. Prof. Löwenthal erklärt: „Diese Generation ist gegen antikommunistische Phrasen so allergisch, daß sie das Kind mit dem Bade ausschüttet.“ Der Vietnam-Krieg, der ja auch nicht einfach weggewischt werden könne, bilde einen der „Kristallisationspunkte“ dieser „Allergie“. Prof. Löwenthal und Prof. Ziebura wenden sich scharf dagegen, daß in den Zeitungsberichten eine „Krise manipuliert“ werde, von der offenbar allein die Journalisten überzeugt seien. Bei derart „unqualifizierten Angriffen“ auf die gesamte Studentenschaft bleibe es freilich nicht aus, daß die Mehrzahl der FU-Studenten „plötzlich Sympathien für eine extrem linke Minderheit“ an der FU empfinde. Wer Toleranz und Fairneß erzielen wolle, habe auch die Pflicht, sie vorzuleben. Prof. Ziebura stellt fest, daß weder die Zusammensetzung des Lehrkörpers am OSI noch die Form des akademischen Unterrichts oder eine bestimmte Methode bei der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Problem der Politik geeignet sei, „radikale Erscheinungen an der FU zu fördern oder gar zu verursachen“. Im Rahmen der Pressekonferenz übergibt Lutz Rininsland den Journalisten „eine Angabe über Mitgliedschaft von Politologie-Studenten in den Berliner politischen Hochschulgruppen“. Die Studenten seien überwiegend im SHB (über 75 OSI-Studenten) und RCDS (etwa 25) organisiert. LSD, IISU, SDS und AC führten nur zwischen 5 und 10 OSI-Studenten in ihren Karteien.

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Es wird bekanntgegeben, daß der Polizeipräsident Erich Duensing die für den 24. Januar 1967 geplante Demonstration mit der Begründung abgesagt hat, daß durch einen Erlaß des Innenministers Demonstrationen in der Innenstadt gene-

rell verboten seien. Der AStA will an der Demonstration teilnehmen.

Der AStA will der Forderung nach einer Distanzierung von den Kurfürstendamm-Demonstrationen nicht nachkommen, sondern nur in einzelnen Gesprächen „etwas differenzierter“ Stellung nehmen.

1. ordentliche (konstituierende) Sitzung des 19. Konvents der FU. Zum 1. Konventsvorsitzenden wird stud. phil. Wolfgang Lefèvre gewählt. 2. Konventsvorsitzender ist satzungsgemäß Gert Börsen. Zu studentischen Sprechern im Akademischen Senat werden cand. phil. Peter Dehn und stud. rer. nat. Peter Damerow, zum Kuratoriumssprecher und Mitglied in der Eratkommission wird stud. rer. pol. Hans-Joachim Ziesing gewählt. SHB-Diskussionsveranstaltung „Hintergründe und Folgen der Großen Koalition in Bonn“. Diskussionsteilnehmer sind William Borm (MdB, Berliner FDP-Landesvorsitzender), Annemarie Doherr (Frankfurter Rundschau), Marianne Regensburger (RIAS Berlin), Walter Bartel (Kölnischer Stadtanzeiger) Günther Grass (Schriftsteller), Carl Guggomos (Redakteur der geplanten Wochenzeitung „Heute“, Sebastian Haffner (Stern), Kai Hermann (DIE ZEIT), Willi Kinnigkeit (Süddeutsche Zeitung), Reinhard Lettau (Schriftsteller), Lothar Pinkall (IG Metall), Manfred Resin (RIAS Berlin), Stefan Reisner (Redakteur der geplanten Wochenzeitung „Heute“), Hans-Werner Richter (Gruppe 47) und Dr. Johannes Agnoli (OSI). (Vgl. Zeittafeldatum vom 18. und 22. Januar und 2. März 1967)  
Dok. 632

Das „Filmstudio der FU“ wiederholt die Aufführung des Films aus der Volksrepublik China wegen des großen Andrangs.

### 14. Januar 1967

Der VDS-Landesverband Berlin und die AStA der FU, TU, PH, der Hochschule für Bildende Künste, der Hochschule für Musik, der Kirchlichen Hochschule und die Studentenvertretung der TU protestieren in einer gemeinsamen Erklärung gegen das „undemokratische Verhalten des Berliner Senats“. Das Verbot der für den 24. Januar 1967 geplanten Demonstration sei „nicht aus verkehrstechnischen, sondern aus politischen Gründen“ erfolgt. (Vgl. Zeittafeldatum vom 5. und 13. Januar 1967)

### 14./15. Januar 1967

Wochenendseminar „Probleme der Entwicklungsländer und der kolonialen Revolution“, veranstaltet von SDS, SHB, HSU, GSG, ESG und DIS. Referenten und Themen sind: Leon Bieber „Die Oligarchie in Lateinamerika“, Dr. Klaus Meschkat „Die wirtschaftliche Entwicklung Lateinamerikas seit 1958“, Dr. Martin Pallmann „Die ‚Allianz für den Fortschritt‘“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 22./23. Oktober 1966)

### 16. Januar 1967

Otto Köhler schreibt im „SPIEGEL“ eine Glosse über die Berliner Presse mit der Überschrift „Störenfriede ausmerzen“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 10. und 17. Dezember 1966)  
Dok. 633

Nach heftigen Tumulten, in denen Rauch- und Stinkbomben geworfen wurden, erklärt die Polizei in Stuttgart eine Versammlung des NPD-Kreisverbandes Stuttgart für aufgelöst. Von den knapp tausend Personen im Saal demonstrieren rund 400 gegen die Überlassung des städtischen Saales an die NPD durch die Stadtverwaltung.

### 17. Januar 1967

Leserbriefe von Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg und Lutz Rininsland (1. Fachschaftssprecher am OSI) in der Tageszeitung „Die Welt“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 7. Januar 1967)  
Dok. 634 und 635

2. ordentliche Vollversammlung der Fachschaft Politologie. Tagungsordnungspunkte: 1. Bericht der Fachschaftsvertretung, 2. Matthias Walden, 3. das Otto-Suhr-Institut in der Presse, 4. Stellung der Politologiestudenten

zum politischen Mandat und 5. Bericht des Arbeitskreises Studienreform.

Ordentliche Landesvollversammlung des SHB Berlin. Tagesordnungspunkte: Verhältnis SHB—SPD, „Große Koalition“ und Wahl der Berliner Delegierten für die vom 20.—22. Januar in Duisburg vorgesehene außerordentliche Bundesvollversammlung. (Vgl. Zeittafeldatum vom 19. Januar 1967)

Vertagte 1. ordentliche (konstituierende) und außerordentliche Sitzung des 19. Konvents der FU. Der Konvent verabschiedet eine Resolution zur Aufgabe der Studentenvertretung. Studentische Politik wird als „Vertretung studentischer Interessen“ definiert.

Dok. 636

### 18. Januar 1967

„Der Abend“ berichtet unter der Schlagzeile „SPD-Landesvorstand gegen seine Studenten“ von einer Sitzung des SPD-Landesvorstandes, auf der Kurt Neubauer und Kurt Mattick dem SHB „parteischädigendes Verhalten“ vorwarfen. Die Angriffe richten sich besonders gegen die SHB-Demonstration gegen die Große Koalition vom 28. November 1966 und gegen die SHB-Diskussionsveranstaltung mit dem Landesvorsitzenden der Berliner FDP vom 13. Januar 1967. Das sei Wahlhilfe für die FDP. Der SPD-Landesvorstand sei so spät zu der Veranstaltung eingeladen worden, daß er nicht mehr habe teilnehmen können. (Vgl. Zeittafeldatum vom 28. und 29. November und 2. Dezember 1966, 12. Januar und 2. März 1967)

126. Sitzung des Kuratoriums der FU. Der Tagesordnungspunkt 15 „Weiterführung des Krankenhauses Westend als Universitätsklinik“ wird vorgezogen, da der Dekan der Medizinischen Fakultät Prof. Dr. Alfred Witt eingeladen ist. Der Kurator führt aus, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Bezirksamt Charlottenburg und der Medizinischen Fakultät der FU sich auf die Frage der Zuständigkeit bzw. der Unterstellung der im Städtischen Krankenhaus Westend freiwerdenden Betten bezögen. Während die Medizinische Fakultät alle Betten für Universitätszwecke nutzen wolle, wolle der Bezirk eigene Einrichtungen zur Behandlung der Einwohner Charlottenburgs, insbesondere eine Innere Klinik schaffen. Der Senator für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Werner Stein, erklärt: Sollte das Krankenhaus Westend ausschließlich für Universitätszwecke genutzt werden, so müßte der Haushalt des Krankenhauses in den der FU aufgenommen werden, eine derartige Erweiterung sei jedoch nicht wünschenswert. Prof. Witt gibt an, daß das Krankenhaus Westend zur Zeit ausschließlich für Universitätszwecke genutzt werde. Senator Hoppe äußert Zweifel, ob das Interesse der Medizinischen Fakultät sich hier mit dem Interesse der gesamten Universität decke, da die haushaltsplanmäßige Übernahme des Westend anderen Fakultäten Nachteile bringen würde. Er plädiert ebenso wie der Abgeordnete Löffler für einen Kompromiß. Das Kuratorium „gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es... alsbald zu einer Einigung zwischen allen Beteiligten kommen werde“.

Die Tagesordnungspunkte 7 „Haushaltsplan 1967“ und 22 „Finanzierung der studentischen Selbstverwaltung“ werden wegen der sachlichen Zusammengehörigkeit zusammen behandelt. Da — trotz anderer Befürchtungen — nach Meinung der Kuratoriumsmitglieder noch die Hoffnung besteht, daß der Landeszuschuß in der vorgesehenen Höhe gewährt werden kann, wird der Haushaltsplan der FU für das Rechnungsjahr 1967 in Einnahme und Ausgabe endgültig auf DM 142 681 000,— festgestellt.

In der Diskussion über den vom Senat von Berlin erteilten Auftrag zur Prüfung der Wirtschaftsführung der Studentenschaft im Rechnungsjahr 1966 und die Sper-

rung des Zuschusses für die Studentenschaft bis zur Vorlage des Haushaltsplans der Studentenschaft und der Vorlage des Gutachtens des Rechnungshofes wird vom Senator für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Werner Stein und dem Abgeordneten Löffler auf die politischen Artikel des „FU-SPIEGELs“ und die Vorgänge in der FU hingewiesen, zugleich fordert Löffler die Studentenvertreter auf, dem Kuratorium bezüglich der Sperre keine nicht vorhandenen Motive zu unterschieben. Das Kuratorium beschließt die Sperrung des Zuschusses für die Studentenschaft in Höhe von DM 160 500,— (vgl. Zeittafeldatum vom 12. April 1967) und die Sperrung von DM 61 600,— aus den Einnahmen aus studentischen Beiträgen in Höhe von DM 292 600,—.

Dok. 637

Zu Tagesordnungspunkt 20 „Pauschalierung der Studiengebühren“ erklärt Senator Stein, daß man bei der Pauschalierung davon ausgegangen sei, daß die bisherige Höhe des Gebührenaufkommens in jedem Fall erreicht werden müsse. Auch die Kultusminister hätten die Festsatzung auf DM 160,— empfohlen. Senator Hoppe weist darauf hin, daß die Abschaffung der Studiengebühren ein kulturpolitisches Ziel sei. Der studentische Sprecher stud. rer. pol. Wolfgang Roth vertritt die Auffassung, daß bei der Pauschalierung sich „kein Geschäft“ für die Universität oder das Land Berlin ergeben dürfe. Senator Hoppe und der Vorsitzende des Kuratoriums, der Regierende Bürgermeister Heinrich Albertz, weisen darauf hin, daß die Vorlage A 015/67 des studentischen Sprechers, in dem die Pauschalierung der Studiengebühren abgelehnt wird, nicht verabschiedet werden könne, da der Senat von Berlin bereits am 10. Januar 1967 in dieser Sache beschlossen habe. Der Abgeordnete Löffler gibt zu Protokoll, daß er der Vorlage aus formalen Gründen nicht zustimmen könne, sich aber sachlich nicht geäußert habe. Die Vorlage A 015/67 wird gegen die Stimme des studentischen Vertreters abgelehnt.

Dok. 638

Auf dem Campus der FU wird ein Sonderdruck der „Frankfurter Rundschau“ verteilt: „Presse putscht Berliner gegen die Studenten auf — Die Freie Universität wehrt sich gegen Kampagne — Warum ist Albertz verständnislos?“

Dok. 639

„Aktuelle Stunde“ im Bundestag. Mehrere FDP-Bundestagsabgeordnete fordern den Bundesinnenminister Paul Lücke (CDU) auf, die „sogenannten Schubladengesetze“ zu veröffentlichen. Der amtierende SPD-Fraktionsvorsitzende Helmut Schmidt erklärt, „die FDP wolle von der rechten Seite des Hauses auf die äußerste Linke übersiedeln“.

„Berliner Kommers Deutscher Corpsstudenten“ im Schöneberger Prälaten aus Anlaß der Reichsgründung. Nachdem der Hohenfriedberger Marsch verklungen ist, erklärt der Herausgeber der Zeitschrift „Der Convent“ Dr. Kessler in seiner „Testrede“, die Corps beobachteten „mit Sorge und Bedauern“ die Studentenunruhen an der Freien Universität, die „keine humorlosen Demonstrationen jugendlicher Ungeduld“ seien, sondern „Lärmszenen, Tumulte und Terror“. Die Sache des Akademischen Senats sei es, sich diese „Rüpel und Bankrotteure... vom Halse zu halten“. Dr. Kessler kritisiert scharf, daß die schlagenden Verbindungen an der FU noch immer nicht zugelassen sind. Gleichzeitig begrüßt er die Entscheidung des SPD-Präsidiums vom 9. November 1966, die Unvereinbarkeitsklärung der gleichzeitigen Zugehörigkeit in einer schlagenden Verbindung und der SPD aufzuheben. Nun könne auch die FU ihre Einstellung gegenüber den Korporationen revidieren. Als Gastredner spricht der ehemalige FDP-Landesvorsitzende Dr. Carl-Hubert Schwennicke. Er erklärt zu den „Unerfreulichkeiten und Ungereimtheiten an der FU“, daß „eine Minderheit nicht nur das Ansehen der FU, sondern auch das Ansehen der freien Stadt Berlin in den Dreck gezogen“ habe. Die Korporierten, so Schwennicke, seien „bessere Kinder der Uni-

versität als die, die man in den vergangenen Jahren großzupöppeln“ versucht habe. (Vgl. Zeittafeldatum vom 12. August, September und 25.—28. November 1953)

#### 19. Januar 1967

„Der Abend“ veröffentlicht ein Gespräch mit Prof. Dr. Richard Löwenthal über „die Krise an der FU“.

Dok. 640

Außerordentliche Landesvollversammlung des SHB Berlin. Tagesordnung: Verhältnis SHB—SPD, Wahl eines neuen Landesvorsitzenden. An der LVV nimmt als Vertreter des SPD-Landesverbandes Rechtsanwalt Wolfgang Büsch teil. Der bisherige 1. amtierende Landesvorsitzende Rudolf Kollmann wird erneut als amtierender 1. Vorsitzender bestätigt.

#### 19./20. Januar 1967

Universitätstage 1967 zum Thema „Universität und Demokratie“. Referenten und Themen sind: Prof. Dr. Ernst Fraenkel „Universitas litterarum und pluralistische Demokratie“, Dr. Gerhard Grohs „Hochschule und Staat in Entwicklungsländern“, cand. phil. Ulf Kadritzke „das Selbstverständnis der FU“, Prof. Dr. Dieter Claessens „Bemerkungen zur Soziologie der deutschen Universität“, Prof. Dr. Jürgen Habermas „Universität in der Demokratie — Demokratisierung der Universität“, Prof. Dr. Friedrich Edding „Die Hochschule im Wachsen der Gesellschaft“, Prof. Dr. Ludwig von Friedeburg „Universität und Öffentlichkeit“ und Prof. Dr. Oskar Anweiler „Universität und totalitäre Demokratie — Voraussetzung, Wandlungen und Perspektiven in der Sowjetunion“.

Der Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, erklärt in seiner Anleitungsrede: Die Thematik eröffne eine „Vielfalt von Möglichkeiten, Demokratie und Universität in Beziehung zueinander zu setzen“. Lieber erinnert an Wilhelm von Humboldt, in dessen „Universitätsideal“ nicht von Demokratie, sondern „nur von einer Wissenschaft die Rede gewesen sei“. Inzwischen habe sich in Staat und Gesellschaft vieles entscheidend gewandelt. Aber bislang sei in Deutschland noch kein neues Konzept einer Universität in der Demokratie entwickelt worden, daß an die Stelle des „Humboldtischen Ideals“ getreten sei und das geeignet sei, dieses abzulösen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 2. Februar, 7. Juni, 13. Juli, 25., 26. und 28. Oktober 1966)

#### 20. Januar 1967

In einer Presseerklärung begrüßt der AStA der FU den Wunsch des Landesrechnungshofes, die Haushaltsführung des AStA zu überprüfen, als Möglichkeit, „das in der Öffentlichkeit entstandene Mißtrauen und die von interessierter Seite lancierten Vorurteile“ abzubauen, verurteilt gleichzeitig die Sperrung der Haushaltsmittel der Studentenschaft (die zu  $\frac{2}{3}$  aus studentischen Beiträgen und zu  $\frac{1}{3}$  aus Universitätszuschüssen bestehen) als „Versuch, durch den Griff nach dem Geldhahn eine politische Disziplinierung der Studentenvertretung an der FU zu erreichen“.

Die beabsichtigte Angleichung der Studentenvertretung der FU an die der TU könnte nur als Zielrichtung die „Entpolitisierung der FU“ haben.

Dok. 641

#### 20.—22. Januar 1967

Außerordentliche Bundesdelegiertenversammlung des SHB Duisburg-Wedau. Prof. Dr. Carlo Schmidt (SPD) spricht zum Thema „SPD und Große Koalition“, Dr. Gerhard Jahn (SPD) zum Thema „Die SPD in ihrem Verhältnis zum SHB und zu den Studenten“. Anschließend diskutieren die Dele-

gierten intern über das Thema „die politischen Möglichkeiten des SHB nach der großen Koalition“. Die Delegierten erklären in einer Resolution, daß die SPD durch ihre Mitarbeit in der Großen Koalition „auf die Verwirklichung wesentlicher Forderungen des Godesberger Programms verzichtet ... Im Gegensatz zu diesem Programm versteht sich die SPD jetzt als Bewahrer der bestehenden Gesellschaftsordnung“. Als Schlußfolgerung erklären die Delegierten: der SHB „steht in Opposition zu der derzeitigen Politik der Bundesregierung“.

#### 21. Januar 1967

Rudolf Daniel veröffentlicht im „Bayern-Kurier“ einen Artikel über die „kleine aber virulente Gruppe von Radikalinkis“ an der FU.

Dok. 642

#### 22. Januar 1967

Leserbrief von Jürgen Wohlrabe im „Tagesspiegel“ zur SHB-Diskussionsveranstaltung vom 13. Januar 1967. Wohlrabe schreibt über den Berliner Landesvorsitzenden der FDP William Borm (MdB): „Mit seiner Wortwahl reiht sich Herr Borm in eine Tradition ein, die man spätestens seit 1933 nicht mehr als liberal bezeichnen kann.“

Dok. 643

#### 23. Januar 1967

Rechtsanwalt Horst Mahler (SDS) fordert im Auftrag von 25 Studenten den Generalstaatsanwalt beim Landgericht Berlin auf, Ermittlungsverfahren gegen Polizisten einzuleiten, die sich bei den Demonstrationen am 10. und 17. Dezember 1966 „strafbarer Handlungen schuldig gemacht haben“. Mahler erklärt, daß folgende Straftaten von einzelnen Polizisten begangen worden seien: „Freiheitsberaubung im Amt, Nötigung, Verfolgung Unschuldiger, Begünstigung im Amt und Beleidigung“.

In einer Presseerklärung bezeichnet Mahler seine Aufforderung an den Generalstaatsanwalt als einen „Akt der Verteidigung der in der Verfassung garantierten Freiheitsrechte der Bürger“. Der Senatsrat der Innenverwaltung Hans-Joachim Prill weist den Vorwurf des VDS-Landesvorstandes Berlin zurück, daß das Verbot vom 13. Januar 1967 für die vom VDS für den 24. Januar 1967 angemeldete Demonstration „auf anderen als rein verkehrspolizeilichen Bedenken beruhe“. Aufgrund der schlechten Erfahrungen am 10. und 17. Dezember 1966 habe die Polizei den Wittenbergplatz und den Steinplatz, beide „Verkehrsknotenpunkte“, nicht als Kundgebungsort genehmigen können, weil sonst in Spitzenzeiten allein auf dem Tauentzien mindestens 1600 Kraftfahrzeuge pro Stunde sowie rund 350 BVG-Busse und mehr als 21 000 Fahrgäste behindert würden. (Vgl. Zeittafeldatum vom 5., 13. und 14. Januar 1967)

Der amtierende Senator für Wissenschaft und Kunst, Karl-Heinz Evers nimmt Stellung zur Einführung der pauschalen Studiengebühr an allen Berliner Hochschulen und Universitäten. Er weist darauf hin, daß die Gebührenpauschale von DM 160,— pro Semester auf Empfehlung der ständigen Kultusministerkonferenz beruhe. Sie sei aus dem Gesamtgebührenaufkommen zurückliegender Jahre errechnet worden. Evers erklärt, daß die Gebührenfreiheit für alle Studenten als Fernziel angesehen werde. Angesichts der schwierigen Finanzlage des Bundes und der Länder glaube der Senat von Berlin im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht auf die Einnahmen verzichten zu können.

Der „Ausschuß für Sicherheit und Ordnung“ des Berliner Abgeordnetenhauses beschließt, ab 1. März 1967 für alle Polizeibeamten (Schutzpolizei, Bereitschaftspolizei, Kriminalpolizei und Gewerbeaufendienst) Dienstkarten aus blauem Karton einzuführen. Auf der Karte soll die Dienstnummer des Polizeibeamten eingetragen werden. Jeder Beamte im Vollzugsdienst soll zehn Dienstkarten erhalten. In dem Erlaß heißt es: „Die Beamten sind verpflichtet, ihre Dienstkarte auf Verlangen auszuhändigen. ... Die Verpflichtung zur Aushändigung der Dienstkarte besteht auch in Fällen des geschlossenen Einsatzes, soweit dadurch die notwendigen polizeilichen Maßnahmen nicht beeinträchtigt werden. Ist eine Beeinträchtigung der polizeilichen Maßnahmen zu besorgen, sind Personen, die die Aus-

händigung der Dienstkarte verlangen, an den Einsatzleiter zu verweisen. Die Beamten haben dem Verlangen auf Aushändigung der Dienstkarte unverzüglich zu entsprechen, ohne sich dazu zu äußern. Bei der Aushändigung haben sich die Beamten höflich zu verhalten. Sie sollen keine Empfindlichkeit zeigen und sich nicht provozieren lassen. Unsachliche oder abfällige Äußerungen haben sie zu unterlassen. Ganz allgemein gilt der Grundsatz, die Dienstkarte eher einmal zu oft als zu wenig auszuhändigen. ...“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 12., 13. und 23. Dezember 1966, 12. Januar 1967)

#### 24. Januar 1967

Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger besucht Berlin. Die Polizei nimmt auf dem Kurfürstendamm vier FU-Studenten und einen Verlagsbuchhändler für fünf Stunden fest, weil sie mit Plakaten gegen den geplanten Besuch Kiesingers an der „Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus“ in Plötzensee protestieren. Die Plakattexte lauten: „Einst Propaganda für Mörder — heute Kränze für Opfer“, „Ein Christ erlebt die Probleme der Welt: „1933 bis 1945 Pg — 1967 Kanzler — welche Wendung durch Gottes Fügung“ und „Albertz tritt das Grundrecht mit Füßen — Demonstrationstfreiheit für Studenten“. Die Polizei beruft sich bei ihrem Vorgehen auf die Generalklausel des Polizeiverwaltungsgesetzes (§ 14), wonach sie „im Rahmen der geltenden Gesetze, die nach pflichtmäßigem Ermessen notwendige Maßnahmen zu treffen hat, um Gefahren abzuwehren, durch die die öffentliche Sicherheit oder Ordnung bedroht wird“. Die Demonstranten hatten jeder einzeln im Abstand von 20 Metern zueinander demonstriert. (Vgl. Zeittafeldatum vom 1. Februar 1967)

Protestveranstaltung des VDS-Landesverbandes Berlin gegen „höhere Studiengebühren“ im Hörsaal Elektrotechnik der TU. 1100 Studenten nehmen an der Protestveranstaltung teil. Sprecher sind der 1. Landesvorsitzende des VDS Ernst-Georg Schleifer, der 1. AStA-Vorsitzende der TU Rolf Vieten, der 1. AStA-Vorsitzende der PH Klaus Sochzewsky, der 1. AStA-Vorsitzende der KiHo Hans-Albert Preuß, der 1. AStA-Vorsitzende der FU Knut Nevermann, der 1. Konventsvorsitzende der FU Wolfgang Lefèvre und Rechtsanwalt Horst Mahler. Bei der Ausführung Schleifers „wir befinden uns hier mit dem ausdrücklichen Segen des Regierenden Bürgermeisters. Er hält diese Veranstaltung — nicht für eine Demonstration — für angemessen“, werden Protestrufe laut. Sochzewsky erklärt: „Unser Unmut richtet sich dagegen, daß in einem sozialdemokratisch regierten Land Studiengebühren eingeführt werden, obwohl das Programm der SPD die Studiengeldfreiheit vorsieht. Die Studenten werden zur Kasse gerufen, — der Senat gibt großartige Neujahrsempfänge.“ Nevermann bezeichnet die Einführung von Studiengeld, das Demonstrations- und Kundgebungsverbot, die Sperrung der Zuschüsse für die Studentenvertretung als „Beispiele dafür, daß in unserer Stadt eine autoritäre Politik betrieben wird“. Als Reinhard Strecker (SDS) von der Festnahme der fünf Demonstranten berichtet, fordern mehrere Redner eine spontane Demonstration auf dem Kurfürstendamm gegen die Festnahme, gegen das Demonstrationsverbot und gegen die Studiengebühren. Der AStA-Vorsitzende der FU Nevermann und der Vorsitzende der Studentenvertretung der TU Vieten rufen die Studenten zur Besonnenheit auf. Anschließend berichtet Rechtsanwalt Mahler über die 25 Strafanzeigen beim Generalstaatsanwalt des Landgerichts Berlin. (Vgl. Zeittafeldatum vom 23. Januar 1967). Mahler bezweifelt gleichzeitig die Rechtmäßigkeit des Demonstrationsverbotes vom 13. Januar 1967: „Im Grundgesetz und der Berliner Verfassung, in denen das Recht der Bürger, sich auf öffentlichen Straßen zu versammeln, garantiert ist, gehören in die Hände politisch denkender Bürger. ... Wenn das Grundgesetz mißachtet wird, ist es notwendig, ihm wieder Geltung zu verschaffen“. Den Studenten, die „immer an der Spitze bei gesellschaftlichen Veränderungen“ gestanden hätten, möge es gelingen, „den Zynikern im Schöneberger Rathaus das Gruseln beizubringen“. Anschließend verabschieden die versammelten Studenten eine Resolution gegen die Erhöhung der Studiengebühren und das Verbot ihrer Demonstration.

Dok. 644

Vor dem Schloß Charlottenburg, wo der Senat von Berlin einen Empfang für Bundeskanzler Kiesinger gibt, demonstrieren

300 Studenten mit Plakaten gegen die Festnahme der Demonstranten auf dem Kurfürstendamm: „Polizeistaat“, „Für freie Meinungsäußerung“ und „Demokratie für Berlin“. Die Polizei nimmt vorübergehend zwei FU-Studenten fest.

#### 25. Januar 1967

Sitzung des Akademischen Senats der FU. Der Tagesordnungspunkt 4 „Disziplinarverfahren Prof. Eckardt“ wird gemäß § 7 Abs. 2 der Satzung in Abwesenheit der studentischen Senatsmitglieder behandelt. Nach Verlesung der wesentlichen Abschnitte des Urteils der Disziplinarkammer vom 7. Dezember 1966 und dem Bericht über die Hauptverhandlung beschließt der Akademische Senat nach eingehender Aussprache einstimmig, gegen das Urteil Berufung einzulegen. Die Berufungsbegründung soll vom Vertreter der Einleitungsbehörde Prof. Dr. Hermann Blei mit Unterstützung des Rektors sowie der Professoren Dr. Arwed Blomeyer und Dr. Erich Loos erarbeitet werden. (Vgl. Zeittafeldatum vom 27. Oktober 1965, 31. Januar, 15. Februar, 4. März, 27. Juni, 13. Juli, 18. Oktober und 7. Dezember 1966, 11. Januar und 8. Februar 1967)

Die von der Senatskommission erarbeitete und vom Akademischen Senat am 11. Januar 1967 gebilligte Formel für den Begriff der Förderungswürdigkeit wird auf Antrag von Prof. Dr. Dr. Helmut Arndt vom Akademischen Senat um den Passus erweitert: „Von der Förderung sind ferner Vereinigungen ausgeschlossen, die als Bedingung für die Mitgliedschaft die Zugehörigkeit zu bestimmten Rassen oder Nationen voraussetzen.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 28. Juni 1967)

Der Antrag des studentischen Sprechers im Akademischen Senat cand. phil. Peter Dehn, die Formel um den nachstehenden Satz zu ergänzen: „Von der Förderung sind ferner Vereinigungen ausgeschlossen, die nicht grundsätzlich allen Studenten der FU offenstehen...“ wird in geheimer Abstimmung mit 13 gegen 5 Stimmen abgelehnt.

Der Rechtsanwalt Dr. Wolfgang Pohle (MdB, CSU, Generalbevollmächtigter der Friedrich Flick AG) fragt in der 88. Sitzung des deutschen Bundestages den Bundesminister für Inneres, Paul Lücke (CDU), ob die Bundesregierung den Pressemeldungen nachgegangen sei, wonach „Mitglieder des Sozialistischen Studentenbundes bei einer Veranstaltung des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten an der Freien Universität Berlin den südvietnamesischen Botschafter in Bonn, Herrn Nguyen Qui Anh mit deutlich anti-amerikanischen Akzent niedergeschrien haben?“ Pohle fragt außerdem, wie die Bundesregierung den in Punkt I der Frage erwähnten Vorfall „unter dem Gesichtspunkt der Bekämpfung kommunistischer Infiltration“ beurteile. Im letzten Punkt seiner Frage will Pohle wissen, ob der Bundesregierung bekannt sei, „wie stark der kommunistische Einschlag im sozialistischen Studentenbund“ sei. (Vgl. Zeittafeldatum vom 6. Dezember 1966 und 27. Januar 1967)

#### 26. Januar 1967

Beamte der Polizei führen zwischen 16.40 Uhr und 19.00 Uhr als Hilfsorgane der Staatsanwaltschaft und auf deren Veranlassung in den Geschäftsräumen des SDS am Kurfürstendamm („SDS-Zentrum“) eine Hausdurchsuchung durch. Die Durchsuchung geht auf den Strafantrag von vier Professoren der FU gegen Unbekannt wegen des „Fachidioten-Flugblattes“ zurück. (Vgl. Zeittafeldatum vom 26. November 1966). Im Verlauf dieser Aktion wird die Mitgliederkartei des SDS beschlagnahmt und nach Intervention des SDS-Mitgliedes und Rechtsanwalts Horst Mahler versiegelt.

Presseerklärung des SDS-Landesvorstandes zur Hausdurchsuchung des SDS-Zentrums.

Dok. 645

In der Nacht zum 27. Januar rufen der SHB und der AStA die Studenten der FU zu einer Protestversammlung am 27. Januar 1967 im Henry-Ford-Bau der FU auf.

27. Januar 1967

„Extrablatt Informationen“ der Studentenvertretung der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der FU mit den Namen der vier FU-Professoren, die „Strafanzeige gegen Unbekannt“ wegen des „Fachidioten-Flugblattes“ gestellt haben. (Vgl. Zeittafeldatum vom 26. November 1966)

Dok. 646

In einem Flugblatt richtet der SHB scharfe Angriffe gegen den Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber: er habe niemals die Studenten verteidigt, sondern gehöre heute zu den „Hauptakteuren der gegen die Studenten errichteten Politik“, lasse linksgerichtete Studenten von der Kriminalpolizei verfolgen. Die Tatsache, daß die Strafverfolgung im Falle der Durchsuchung der SDS-Räume vom Rektor und einigen Professoren ausgelöst worden sei, beweise, „wie sehr sich mittlerweile akademische Verwaltung und politische Instanzen in ihrem Vorgehen gegen die Studenten verbündet haben“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 3. Februar 1967)

Dok. 647

Offener Brief des RCDS zur Beschlagnahme der SDS-Kartei: „Wir stimmen politisch mit dem SDS in keinem Punkt überein, aber wir werden uns mit aller Kraft dafür einsetzen, daß auch ihm das Recht und die Möglichkeit zur freien politischen Meinungsäußerung nicht beschnitten wird.“

Dok. 648

Der Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, weist den 1. AStA-Vorsitzenden Knut Nevermann darauf hin, daß für die Protestveranstaltung am selben Tage lediglich das Auditorium maximum und nicht die Vorkhalle des Henry-Ford-Baus zur Verfügung stehe. (Die Protestversammlung findet dann in der Halle statt.)

Protestversammlung mit ca. 3000 Studenten der FU in der Halle des Henry-Ford-Baus. Prof. D. Helmut Gollwitzer führt aus, die durch die Große Koalition in Bonn bewirkte Integration der parlamentarischen Opposition mache es notwendig, daß die für die Erhaltung der Demokratie sich einsetzende Opposition darauf bedacht sein müsse, daß die außerparlamentarischen oppositionellen Gruppen gemeinsam tätig werden müßten.

Dok. 649

Die Versammlung befaßt sich — außer mit der Beschlagnahme der SDS-Kartei und der Hausdurchsuchung — mit den Polizeiaktionen am 10. und 17. Dezember 1966, der Erhöhung der Studiengebühren, dem Verbot der geplanten VDS-Demonstration gegen die Gebührenfestsetzung, dem 2. Verbot einer Demonstration gegen die Gebührenerhöhung auf dem Wittenbergplatz am 18. Januar 1967, der Festnahme von Studenten, die gegen die Kranzniederlegung in Plötzensee durch Bundeskanzler Kiesinger am 24. Januar 1967 demonstrieren wollten.

Die Versammlung ruft alle Studenten aller Berliner Hochschulen und Universitäten auf, anlässlich der Einweihung des John F. Kennedy-Instituts am nächsten Tag an einer gewaltlosen Demonstration teilzunehmen.

Dok. 650

In einer Presseerklärung übernimmt der AStA der FU die Resolution der studentischen Protestversammlung.

Der Staatssekretär im Bundesinnenministerium Dr. Werner Ernst (Honorarprofessor für Bau- und Bodenrecht an der FU Berlin) beantwortet in der 89. Sitzung des Deutschen Bundestages die mündliche Anfrage von Dr. Pohle vom 25. Januar 1967: „Die Bundesregierung ist über die Vorfälle durch die zuständigen Behörden des Landes unterrichtet und steht mit dem Senat von Berlin diesbezüglich in Verbindung. Es ist bekannt, daß in bestimmten Kreisen der Berliner Studentenschaft politisch extreme Elemente besonders aktiv sind. ... Die Bundesregierung stimmt mit dem Senat von Berlin darin überein, daß diese Entwicklung zunächst in den Verantwortungsbereich der Freien Universität und des Senats liegt und gerade wegen der Eigenart der Verhältnisse in Berlin auch bleiben sollte. Der Bundesregierung ist bekannt, daß im Sozialistischen Deutschen Studentenbund prokommunistische Kräfte in letzter Zeit stark an Einfluß gewonnen haben. Mein Herr Minister hat Auftrag gegeben, daß darüber ein detaillierter Bericht vorgelegt wird. Die Einzelheiten werden wir gern dem Innenausschuß vorlegen, wenn es erwünscht wird.“

Dr. Pohle fragt mündlich nach: „... sind der Bundesregierung weitere Vorfälle der geschilderten Art bekannt, oder ist das der einzige geblieben?“ Staatssekretär Dr. Ernst antwortet: „An der Berliner Universität gibt es leider mehrere Vorfälle dieser Art.“ Zusatzfrage von Dr. Pohle: „Hat dieser Vorfall zu einer Demarche des südvietnamesischen oder amerikanischen Botschafters bei der Bundesregierung geführt?“ Antwort: „Ich kann im Augenblick nicht sagen, ob das offiziell geschehen ist.“ Weitere Zusatzfrage des SPD-Bundestagsabgeordneten Hans Matthöfer (IG Metall): „Herr Staatssekretär, können Sie sich vorstellen, daß man gegen den Krieg in Vietnam sein kann, ohne deshalb schon antiamerikanisch sein zu müssen?“ Ant-



Protestdemonstration vor dem John-F.-Kennedy-Institut (Vgl. Zeittafeldatum vom 28. 1. 1967)

wort von Dr. Ernst: „Gewiß. Aber die Vorfälle an der Berliner Universität haben sich in einer Form abgespielt, die nach meiner Vorstellung mit der akademischen Würde nichts mehr zu tun hat, und deswegen bedaure ich sie zutiefst.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 6. Dezember 1966 und 25. Januar 1967)

Presseerklärung des SDS-Bundesvorstandes zur „Polizeiaktion gegen den Berliner Landesverband des SDS“. Der SDS-BV erklärt, daß „die Zweifelhaftigkeit der Durchsuchung schon daraus hervorgeht, daß der zuständige Richter die Erstellung eines Durchsuchungsbefehls ablehnte, so daß der Staatsanwalt diesen Durchsuchungsbefehl erst nach Beschwerde beim Berliner Landgericht bewirken konnte“. Der BV sieht in dieser Polizeiaktion eine „Maßnahme, die darauf abzielt, den SDS zu diskriminieren und seine Mitglieder einzuschüchtern. ... Dafür spricht schon das spektakuläre Aufgebot von 16 Beamten. ... Die Tatsache, daß am 27. Januar mehr als 3000 Studenten der FU auf einer Protestversammlung gegen diese Polizeiaktion Stellung nehmen, daß diese Studenten zusammen mit dem AStA der FU und oppositionellen Studentengruppen zu einer Protestdemonstration für den 28. Jan. aufgerufen haben, zeigt, daß die Studenten der FU nicht gewillt sind, derartige Maßnahmen widerspruchslos hinzunehmen“.

2. ordentliche Sitzung des 19. Konvents der FU. Die vom AStA eingebrachte Beschlusvorlage zur Durchsuchung des SDS-Zentrums durch die Polizei wird mit einigen Änderungen beschlossen.

Dok. 651

Der Konvent bestätigt die Presseerklärung des AStA vom 20. Januar 1967 zum Beschluß des Kuratoriums vom 8. Januar 1967 und schließt sich der Resolution der Protestversammlung an.

Vgl. Dok. 650

### 28. Januar 1967

Am Vormittag findet eine Protestdemonstration bei der feierlichen Eröffnung des John F. Kennedy-Instituts mit 1200 (AStA-Schätzung) bzw. 400 (Schätzung des Rektors) Studenten statt. Der Regierende Bürgermeister Heinrich Albertz wird mit Buh-Rufen empfangen. Die Studenten tragen folgende Transparente „SDS in Haft — Studienreform geschafft“, „Studenten der Freien Universität — frei? freier? vogelfrei!“ und „Big Heini is watching you“. Nach Beginn der Feierstunde im Magazinsaal des John F. Kennedy-Instituts spricht draußen Dr. Johannes Agnoli zu den Studenten und erklärt, daß sie „Demokratie praktizieren“. Im Magazinsaal betont der Regierende Bürgermeister Heinrich Albertz in seiner Festansprache, daß die „Voraussetzung für die Freundschaft zwischen Amerika und Deutschland“ das ständige Bemühen um gegenseitiges Verstehen sei. Weitere Teilnehmer an der feierlichen Eröffnung sind Dr. h. c. Eleanore Dulles, Dr. Shepard Stone (Ford-Foundation) und der Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber. Im Anschluß an die Feierlichkeiten empfängt der Regierende Bürgermeister Albertz eine Gruppe von Studentenvertretern in den Räumen des John F. Kennedy-Instituts. Während der Unterredung äußert Albertz, er halte die Beleidigungsklage der vier Professoren gegen die Verfasser des „Fachidioten-Flugblattes“ für ein unangemessenes Mittel der Auseinandersetzung. (Vgl. Zeittafeldatum vom 26. November 1966 und 27. Januar 1967)

Am Nachmittag findet eine Protestdemonstration von mehr als zweitausend Demonstranten gegen die Durchsuchung des „SDS-Zentrums“ und die Beschlagnahme der Mitgliederkartei des SDS auf dem Kurfürstendamm (unter Beteiligung des RCDS) statt. (Die Demonstration war am Vortag vom Regierenden Bürgermeister Heinrich Albertz persönlich genehmigt worden.) Die Demonstration verläuft ohne Zwischenfälle. Neben den Schriftstellern (Grass) erklärt sich auch Lothar

Pinkall (IG Metall) mit den Forderungen solidarisch. Der 1. AStA-Vorsitzende der FU Knut Nevermann und Hans Magnus Enzensberger erklären, daß durch die jüngsten Verbote durch Senat und Polizei der „Begriff vom freien Berlin unglaubwürdig“ werde. Die Abschlußrede hält der neu an die FU berufene Prof. Dr. Dieter Claessens. Er fordert die anwesenden Studenten auf, das „Zur-Schau-Tragen des Konflikts im Rahmen zu halten“ und die FU wieder zum Ort der „institutionalisierten Unruhe“ zu machen. Günter Grass trägt während der Demonstration ein Plakat mit der Aufschrift „Tausche Grundgesetz gegen Bibel“.

### 29. Januar 1967

In einem Leitartikel der „Berliner Morgenpost“ mit der Schlagzeile „Haben wir keine anderen Sorgen?“ greift Walter Brückmann den Regierenden Bürgermeister Heinrich Albertz scharf an, weil er die „Hausdurchsuchung“ beim SDS als „bedauerlichen Vorgang“ bezeichnet habe und die „Studenten demonstrieren läßt, wann immer sie wollen ...“. Die Berliner Morgenpost erklärt „... nun können sich die Jungakademiker ihres ‚Sieges‘ freuen“.

### 30. Januar 1967

Sondersitzung des Akademischen Senats der FU. Die Sitzung ist von den studentischen Mitgliedern im Akademischen Senat, cand. phil. Peter Dehn und stud. rer. nat. Peter Damerow, im Einvernehmen mit den Professoren Helmut Arndt, Wolfgang Wetzels, Reinhard Elze und Karl Heinz Lindenberger beantragt worden. Der Akademische Senat bedauert, daß die zu beobachtene Spannung durch die Beschlagnahme der Mitgliederkartei einer studentischen Vereinigung einer erneuten Belastungsprobe ausgesetzt worden sei.

Der Akademische Senat verurteilt „auf das schärfste“ das Flugblatt des SHB vom 27. Januar 1967 und spricht dem Rektor mit den Stimmen der studentischen Vertreter das volle Vertrauen aus. (Der Rektor hatte dem Akademischen Senat gegenüber Rücktrittsabsichten angedeutet.)

Offener Brief von 13 FU-Professoren und 86 Dozenten, Assistenten und Hilfsassistenten an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin, Otto Bach, in dem die Einsetzung eines parlamentarischen Ausschusses zur Untersuchung des Vorgehens der Polizei gegen Demonstranten und der Vorgänge bei der Untersuchung der Räume des SDS“ gefordert wird. (Vgl. Zeittafeldatum vom 13. Februar 1967)

Dok. 652

### 31. Januar 1967

Die Mitgliederkartei des SDS wird mit unversehrten Siegeln zurückgegeben. Der zuständige Amtsrichter lehnt es ab, die Kartei zu öffnen. Rechtsanwalt Horst Mahler erklärt, daß die Schnur um den Karteikasten die gleiche Verknötung aufweise und die Siegel an derselben Stelle lägen wie zu dem Zeitpunkt, da die Beamten der Abteilung I die SDS-Kartei mitgenommen hatten.

Die Justizpressestelle teilt mit, daß auf Anweisung des Generalstaatsanwaltes beim Kammergericht keine Beschwerde gegen den Beschluß des Amtsrichters eingelegt werde.

### Februar 1967

Der „FU-SPIEGEL“ setzt sich unter dem Titel „Sinneswandel?“ mit dem Gespräch zwischen dem Regierenden Bürgermeister Heinrich Albertz und Studentenvertretern sowie der Erlaubnis der Demonstration vom 27. Januar 1967 auseinander.

Dok. 653

In der Februar-Nr. der „Informationen der Universitätsverwaltung“ veröffentlicht die Studienreformkommission ihre in 14 Sitzungen erarbeitete „Stellungnahme der Studienreform-Kommission zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates“. (Vgl. Zeittafeldatum vom Juli 1966)

Stellungnahme der Studienreformkommission zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrats. Der Kommission gehören an: Prof. Dr. Fritz Borinski als Vorsitzender, Prof. Dr. Helmut Coper, cand. rer. nat. Peter Damerow, Prof. Dr. Karl-Peter Grottemeyer, stud. phil. Wolfgang Lefèvre, Prof. Dr. Erich Loos, cand. phil. Peter Müller, Dr. Günter Petermann, Dr. Ludwig Schmutz und cand. phil. Gerda Struck. Geschäftsführer ist Dr. Brigitte Berendt. (Vgl. Zeittafeldatum vom 2. und 22. September, 21. Oktober und 12. Dezember 1965)

Die Studienreform-Kommission hält die vom Wissenschaftsrat in Teil B der „Empfehlungen...“ entwickelte wissenschaftspolitische Konzeption für unvereinbar mit den in Teil A formulierten Prinzipien. Dieser Widerspruch zeige sich in dem deutlichen Bruch zwischen der allgemeinen Bestimmung des Ausbildungsziels und den Rechtfertigungen der Einzelvorschläge. Die Vorschläge zur Neuordnung könnten die Gefahr mit sich bringen, „die Studenten zu unselbständigen Objekten des Ausbildungsprozesses zu machen.“ Im folgenden nimmt die Kommission zu den Einzelvorschlägen des Wissenschaftsrates Stellung. Im Anhang I „Experimente zur Studienförderung an der Freien Universität Berlin“ berichtet die Kommission über das Tutorensystem, die regelmäßige Studienberatung, die Einführung eines Grundstudiums von obligatorischen Fächern in den großen Fächern der Philosophischen Fakultät und die Arbeit kleiner Gruppen in der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der FU. Im Anhang II schätzt die Studienreform-Kommission den finanziellen Mehrbedarf für die Einführung der kleinen Gruppenarbeit und der individuellen Studienberatung auf hundert Prozent des Etats für die an der ersten Phase des Studiums beteiligten Lehrpersonen, weiterhin ergäben sich zusätzlicher Raum- und Sachmittelbedarf, dessen Ausmaß jedoch noch nicht zu übersehen sei. (Vgl. Zeittafeldatum vom 4. Mai 1966)

Vgl. Dok. 654

In der „neuen kritik“ Nr. 40 berichtet Rainer Langhans, „Was hier in Berlin los war“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 10. und 17. Dezember 1966)  
Dok. 655

### 1. Februar 1967

Mit dem Erscheinen in den „Mitteilungen für Dozenten und Studenten“ tritt die „Vorläufige Mitwirkungsordnung“ in Kraft, die der Akademische Senat in Ausführung der entsprechenden Paragraphen des Hochschul-Lehrergesetzes vom 21. Januar 1963 beschlossen und der der Senator für Wissenschaft und Kunst zugestimmt hatte.

Dok. 656

Stud. phil. Sigrud Fronius (SDS) nimmt die Geschäfte der Hochschulabteilung des AStA kommissarisch wahr.

Sitzung der Philosophischen Fakultät der FU. Der Vertreter der Studenten Hans-Peter Rouette bittet, wie der Vertreter der Privatdozenten im Fall seiner Verhinderung einen gewählten Vertreter in die Fakultät entsenden zu dürfen. Trotz des Hinweises des Rektors Lieber, daß in der neuen Mitwirkungsordnung die Möglichkeit einer Vertretung weder für die Privatdozenten noch für den studentischen Sprecher vorgesehen sei, beschließt die Fakultät, in einer internen Lösung Rouettes Vorschlag anzunehmen. Die Teilnahme an Fakultätssitzungen sei jedoch Pflicht, die Vertretung solle nur bei tatsächlicher Verhinderung möglich sein.

Der „Spiegel“-Herausgeber Rudolf Augstein gibt seinen Plan, in Berlin eine Wochenzeitung mit dem Titel „Heute“ heraus-

zugeben, auf. Die zwölf Redakteure, die Augstein zu diesem Zweck eingestellt hatte, werden angewiesen, ihre vorbereiteten Arbeiten abzubrechen. Augstein erklärt dazu: „Aus der Mitwirkung meines Teilhabers im Spiegel-Verlag, Richard Gruner, an der Verlagsfusion Gruner und Jahr, deren höchstbeteiligter Gesellschafter Richard Gruner im Juni 1965 wurde, entwickelten sich im Spiegelverlag Meinungsverschiedenheiten zwischen Richard Gruner und mir, die im Januar dieses Jahres die Form eines Rechtsstreites annahmen. Daher ist die erforderliche Übereinstimmung zwischen Richard Gruner und mir über das Erscheinen einer neuen Wochenzeitung oder die Übernahme eines Tageszeitung in West-Berlin nicht herzustellen.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 12. und 16. Februar 1967)

Ein gemeinsamer Ausschuß der Westdeutschen Rektorenkonferenz und des VDS erörtern die „Situation an der FU“.

Podiumsdiskussion des AStA im Henry-Ford-Bau zum Thema „Student und Politik“. Es nehmen teil: Dr. Heribert Adam (Argument-Club, Frankfurt/Main) und Prof. Dr. Kurt Sontheimer (FU). Der AStA stellt zwei Zitate von Adam und Sontheimer zur Diskussion: „Politik an der Universität soll gleichsam in einer höheren Ebene angesiedelt sein, getreu dem bürgerlichen Vorurteil: abgelöst von der Niederung der Tagespolitik. Deshalb kann auch, wie der Berliner Ordinarius für Verwaltungs- und Staatsrecht Karl August Bettermann bündig dekretiert, politische Bildung „allenfalls durch den Lehrkörper erfolgen.“ Und: „Die Verurteilung der amerikanischen Kriegsführung in Vietnam fällt ihnen beispielsweise leichter als die komplizierte Abwägung aller Probleme, die mit dem Einsatz amerikanischer Truppen in Südostasien verbunden sind. Die Neigung, für bestimmte große Ziele zu demonstrieren, verschafft den Studenten überdies die Chance, in der Öffentlichkeit zu wirken, die auf diese Weise z. T. indigniert zur Kenntnis nimmt, daß Studenten offenbar nicht nur studieren.“ Dr. Adam wirft Prof. Sontheimer in der Diskussion vor, für „undemokratische Expertenpolitik“ zu plädieren, was mit dem „Wesen der Demokratie“ unvereinbar sei. Der Rektor und der Akademische Senat der FU benützten die „Richtlinien zur Raumvergabe“ vom 16. Februar 1966 dazu, die FU aus tagespolitischen Fragen herauszuhalten. Falls die Professoren und Studenten akzeptierten, daß das „Ansehen der Universität in der öffentlichen Meinung zum Kriterium“ für die Zulassung von politischen Veranstaltungen werde, dann hätte die deutsche Akademikerschaft erneut kapituliert. Prof. Sontheimer widerspricht dieser These und erklärt, daß „man in der Öffentlichkeit nicht so rational diskutiere wie in kleinen, durch Experten besetzten Gremien“.

Podiumsdiskussion der ÖTV im Haus der ÖTV zum Thema „Studenten und Polizei“. Diskussionsteilnehmer sind: Senatsrat Hans-Joachim Prill, der Kommandeur der Schutzpolizei Hans-Ulrich Werner, der 1. AStA-Vorsitzende der FU Knut Nevermann, der 1. Landesvorsitzende des VDS Berlin Ernst-Georg Schleifer, das Mitglied des Abgeordnetenhauses Franz Ehrke (SPD) und der Journalist Heinz Tiede. Die Diskussionsleitung hat Dieter Schwaebel (Berliner Vorsitzender der ÖTV). Prill bekennt sich ausdrücklich zu seiner früheren Erklärung über „wilde Demonstrationen“: „Die sollen nur kommen, dann kriegen sie eins mit dem Knüppel auf den Kopf, das ist dann ein gutes Übungsfeld für unsere Polizeibeamten.“ Werner erklärt zur Festnahme der vier FU-Studenten und des Verlagsbuchhändlers am 24. Januar 1967: „Die Plakatträger waren Störer, die nicht nur ihre Meinung kundtun sondern Unruhe stiften wollten.“ Prill und Werner erklären, daß die Hausdurchsuchung im „SDS-Zentrum“ eine „ungute Aktion“ gewesen sei, die der „demokratischen Entwicklung in unserem Staat keinen Dienst geleistet“ habe. Nevermann wirft der Polizeiführung vor, am 10. und 17. Dezember 1966 den „Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der angewendeten Mittel“ überschritten zu haben, z. B. durch den Einsatz für „den extensiven Gebrauch des Gummiknüppels“. Der AStA-Vorsitzende

der FU verteilt an die anwesenden Polizeibeamten eine „Dokumentation zum Vorgehen der Berliner Polizei“, die 27 Schilderungen über „Ausschreitungen der Polizei“ enthält. Prill erklärt, alle 27 Fälle hätten sich außerhalb der „genehmigten Demonstrationszeit und -route“ ereignet. Die drei Stunden dauernde Diskussion bringt keine Annäherung der Standpunkte.

## 2. Februar 1967

Professoren, Dozenten und zwölf ehemalige und amtierende AStA-Mitglieder der FU richten einen offenen Brief an den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht: „Die Unterzeichneten, die für die Anerkennung der DDR als einen Schritt auf dem Wege der friedlichen Zusammenführung der Deutschen eintreten, sind bestürzt über die neuerlichen Erschießungen von Flüchtlingen an der Grenze der DDR.“  
Dok. 657

Der AStA-Vorsitzende Knut Nevermann legt einen von ihm und Ulf Kadritzke ausgearbeiteten Entwurf für ein neues Hochschulgesetz vor. Der Entwurf soll dem Regierenden Bürgermeister zugestellt werden. (Vgl. Zeitafeldatum vom Juli 1967)

In der Fragestunde des Abgeordnetenhauses von Berlin erklärt der Senator für Justiz Wolfgang Kirsch (FDP) zur Beschlagnahme der SDS-Mitgliederkartei durch Abt. 1 am 26. Januar 1967, daß mit „etwas mehr Fingerspitzengefühl etwas Besseres geleistet“ worden wäre.

Etwa hundert Berliner Schüler gründen im „Club ça ira“ eine „Unabhängige Schülergemeinde“ (USG). (Vgl. Zeitafeldatum vom 22. und 28. Februar, 15. März und 17./18. Juni 1967)

3. ordentliche Sitzung des 19. Konvents der FU. Zum neuen 1. AStA-Vorsitzenden wird stud. phil. Hartmut Häußermann (SHB), zum neuen 2. Vorsitzenden Bernhard Wilhelmer (Freunde der Publizistik) gewählt. Im neuen AStA sind zwei SHB- und zwei SDS-Mitglieder.

## 3. Februar 1967

Zwei Vorstandsmitglieder des SHB entschuldigen sich beim Rektor wegen des Flugblattes vom 27. Januar 1967.

## 4. Februar 1967

Ordentliche Landesvollversammlung des SDS-Landesverbandes Berlin. Tagesordnung: Rechenschaftsbericht des Landesvorstandes, Bericht über die Hochschulpolitik, Informationen über die Kampagne gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam und die Bildung einer „SDS-Kommune“, als den „Versuch einer nicht nur technischen Verbindung von Privatleben und politischer Tätigkeit“.

Die LVV beschließt die Durchführung von mehreren internen SDS-Jours fixes. (Vgl. Zeitafeldatum vom 8., 15., 22. und 28. Februar 1967)

Mehrere ältere SDS-Mitglieder („November-Gesellschaft“) geben auf der LVV die geplante Gründung eines „Republikanischen Clubs“ bekannt. (Vgl. Zeitafeldatum vom 26. November 1966 und 30. April und 20. Mai 1967)

Der Aufnahmeantrag eines Mitgliedes der FDJ-Westberlin in den SDS-Landesverband Berlin wird nach einer einstimmigen Personal- und Sachdiskussion „vorläufig zurückgestellt“. Ausschlaggebend für dieses Votum ist die von der FDJ-Westberlin extensiv vertretene „Drei-Staaten-Theorie“. Der SDS-Landesverband versteht sich als ein organisatorischer Teil des SDS, der in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin arbeitet.

Neuer „kollektiver“ Landesvorstand: Uwe Bergmann, Jörg Schlotterer, Rainer Langhans, Eike Hemmer und Eberhard Schultz. (Vgl. Zeitafeldatum vom 31. Dezember 1966)

## 5. Februar 1967

Die neugegründete Gruppe „Sing Out Berlin, Aktionsgruppe der Moralischen Aufrüstung Berlin“ veranstaltet im „Adolf-Klarenbach-Haus“, dem Jugendheim der evangelischen Gemeinde Borsigwalde einen Agitationsabend. Der Leiter der

„Aktionsgruppe“ Manfred Roeder begrüßt die vierzig Gäste. (Die „Aktionsgruppe“ hatte Vertreter von 500 Jugend-, Gewerkschafts- und Studentengruppen eingeladen. Roeder protestiert gegen die „radikalen Studentengruppen“ und gegen die im „Club ça ira“ konstituierte „Unabhängige Schülergemeinschaft“. „Auf keinen Fall darf die ganze Propaganda und Publizität den Anti-Kräften überlassen bleiben.“)

## 7. Februar 1967

Gruppenvollversammlung der SHB-Hochschulgruppe an der FU. Der SHB-Landessekretär J. J. Koch kritisiert in seinem Referat die bisherige Position „des bloßen Nein“ des SHB in der Notstandsfrage und schlägt eine „differenziertere Ablehnung“ vor.

Kurt Neumann wird zum neuen 1. Gruppenvorsitzenden gewählt.

## 8. Februar 1967

Ordentliche Sitzung des Akademischen Senats. In Abwesenheit der studentischen Senatsmitglieder „§ 7 Abs. 2 der Satzung) beschließt der Akademische Senat zu Tagesordnungspunkt 10 „Disziplinarverfahren gegen ein Mitglied des Lehrkörpers“ den Wortlaut der Berufungseinlegung im Falle Prof. Eckardt. Wegen Verhinderung von Prof. Blei wird einstimmig Prof. Dr. Blomeyer zum weiteren Vertreter der Einleitungsbehörde bestellt. (Vgl. Zeitafeldatum vom 25. Januar 1967)

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Für die vom 27. März bis 5. April 1967 in Ulan Bator stattfindende Tagung des IUS beschließt der AStA mit 4:1:1 Stimmen, „daß ein FU-Studentenvertreter an der Tagung teilnimmt. Unter der Voraussetzung, daß auch die FDJ einen Vertreter entsendet, wurde Herr Lefèvre für die Teilnahme nominiert. 5:0:1“.

In der Privatwohnung des Rektors der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, diskutieren der Rektor, der Regierende Bürgermeister Heinrich Albertz und mehrere Mitglieder des Lehrkörpers der FU alle Fragen der Universität, die sie „nach innen und außen berühren“.

Ein Senatssprecher erklärt, daß bei dem Gespräch auch „die Struktur der Universität“ zur Sprache gekommen sei.

Radio Peking erklärt, für die Botschaft der UdSSR in Peking sei der „Tag des Gerichts“ angebrochen: „... die Massen strömen unaufhörlich zu den Demonstrationen um das Botschaftsgebäude ...“ Die Botschaft der UdSSR wird fast zwei Wochen lang von Angehörigen der Roten Garde belagert.

Auf der ordentlichen Landesvollversammlung des SHB Berlin werden Gert Börsen zum neuen 1. Landesvorsitzenden und Kurt Neumann zum neuen 2. Landesvorsitzenden gewählt.

Interner SDS-Jour Fixe mit Lothar Menne (SDS Frankfurt/Main) zum Thema „Organisationsformen der Protestbewegung in den USA, besonders in Berkeley“. (Vgl. Zeitafeldatum vom 4. Februar 1967)

## 9. Februar 1967

Die Ministerpräsidenten der Bundesländer beschließen, im Jahre 1967 zusammen mit dem Bund 530 Millionen DM für den Ausbau der Universitäten und Hochschulen aufzubringen. Die beschlossenen Kürzungen der Zuschüsse an die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die Max-Planck-Gesellschaft (MPG) werden rückgängig gemacht.

## 10. Februar 1967

Das sowjetische Außenministerium gibt bekannt, daß für alle Staatsbürger der Volksrepublik China, die in die UdSSR einreisen wollen, der Visumzwang eingeführt worden sei.

Radio Peking teilt mit, daß die Regierung der Volksrepublik China Visumzwang für alle Staatsbürger der UdSSR einführen werde.

Der italienische Film „Africa Addio“ von Gualtiero Jacopetti wird im „Delphi-Palast“ unter Polizeischutz erneut aufgeführt. (Vgl. Zeitafeldatum vom 31. Juli, 2., 3., 4., 5., 6., 8., 9., 10., 11. und 12. August 1966, 11. und 12. Februar 1967)



### 11. Februar 1967

Ca. hundert Studenten protestieren mit Flugblättern und Transparenten vor dem „Delphi-Palast“ gegen die Wiederaufführung des Jacopetti-Films „Africa Addio“.

Ca. 500 Studenten veranstalten vor der Ruine des Opernplatzes in Frankfurt/Main eine Kundgebung gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam. Hauptredner ist Rudi Dutschke. Er erklärt, daß es jetzt nicht mehr genüge, mit Kundgebungen und Resolutionen gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam zu demonstrieren. „Wir müssen provozieren, damit wir uns mehr als bisher Gehör verschaffen.“ Auf der Kundgebung, die der SDS, SHB, LSD und die Naturfreundejugend veranstalten, wird eine Flagge der FNL geißt und eine Karikatur von US-Präsident Lyndon B. Johnson verbrannt. Anschließend ziehen 150 Studenten mit Sprechchören „Ledernacken — Koffer packen“, „Johnson-Mörder“ und „Ho, Ho, Ho Tschì Minh“ zum US-Generalkonsulat. Vor der dort aufgezogenen dichten Polizeikette beginnen die Studenten einen Sitzstreik, gegen den die Polizei berittene Polizisten einsetzt. Die Studenten ziehen in das Stadtzentrum zurück und blockieren den Verkehr auf der Hauptwache und in der Biebergasse.

### 12. Februar 1967

Mehrere ehemalige Redakteure der geplanten Wochenzeitung „Heute“ bringen ein Boulevardblatt mit dem Namen „Berliner EXTRA-Blatt“ heraus. Die erste Nummer dieser Zeitung im Stil von „Bild“ wird von Mitgliedern des SDS-Landesverbandes Berlin vormittags in den „Zentren der Stadt“ verkauft. (Vgl. Zeittafeldatum vom 1. und 16. Februar 1967)

Die „Deutsch-Israelische Studiengruppe e. V.“ (DIS) an der FU protestiert in einem offenen Brief an den Regierenden Bürgermeister Heinrich Albertz gegen die öffentliche Aufführung des Jacopetti-Films „Africa Addio“. Der Film versuche durch „Klischees und Entstellungen die kulturelle Überlegenheit der weißen Rasse“ zu beweisen und „stempelt die Farbigen pauschal zu Sadisten und Untermenschen“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 10. Februar 1967)

### 13. Februar 1967

Die Tageszeitung „Die Welt“ veröffentlicht einen Artikel von Gerth Dorff zum Thema „Assistenten leben wie im 19. Jahrhundert — Bisher nur Beamte auf Widerruf — Was man tun sollte“.

Dok. 658

Der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin, Otto Bach, teilt den 113 Professoren, Dozenten und Assistenten, die zur Klärung des Verhaltens der Polizei am 10. und 17. Dezember 1966 und der Vorgänge bei der Durchsuchung des „SDS-Zentrums“ am 26. Januar 1967 die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses gefordert hatten, mit, daß das Abgeordnetenhaus keinen solchen Untersuchungsausschuß einsetzen werde. Bach erklärt in seinem Antwortschreiben, daß der „Ausschuß für Sicherheit und Ordnung“ und auch das Abgeordnetenhaus in einer mündlichen Anfrage am 2. Februar 1967 dieses Thema erörtert hätten. Das Abgeordnetenhaus komme voraussichtlich nur noch zu einer Plenarsitzung zusammen, da die Legislaturperiode am 8. März 1967 beendet sei. Schon deshalb würde kein Untersuchungsausschuß eingesetzt werden. (Vgl. Zeittafeldatum vom 30. Januar und 2. Februar 1967)

### 14. Februar 1967

Die Studentenschaft des katholischen „Wilhelm-Weskamm-Hauses“ protestiert „mit aller Schärfe gegen den autoritären Verwaltungsakt“ des Vorstandes des „Wilhelm-Weskamm-Hauses“, mit dem drei — von den 160 Studenten gewählten — Vertretern im „Vorstand des katholischen Studentenwohnheims e. V.“, darunter der 1. Sprecher der katholischen Studentengemeinde (KSG) und der Vorsitzende der Satzungskommission, zum 31. März 1967 gekündigt wird: „Die Studentenschaft stellt fest: indem der Vorstand über die Verlängerungen der Mietsverträge in diesem Semester gegen das Wohnheitsrecht allein, ohne studentische Vertreter und Tutoren entschieden hat, wurde der letzte Rest studentischer Mitverwaltung beseitigt.“ (Die insgesamt sieben gekündigten Studenten hatten

in der katholischen Studentenzeitung „adversum“ erklärt, daß ein katholisches Studentenwohnheim keineswegs „Plattform und Adressat kirchlicher Funktionen und Rollen“ sein könne, sondern „nur Dienst der Kirche an den Studenten und der Gesellschaft“. In diesem Sinne treten sie für eine Änderung der Satzung ein. (Vgl. Zeittafeldatum vom 15. und 23. Februar 1967)

### 15. Februar 1967

Sitzstreik von 30 Studenten im bischöflichen Ordinariat. Die Studenten fordern eine „angemessene Vertretung ihrer Interessen“ bei der Verwaltung des katholischen Studentenwohnheimes „Wilhelm-Weskamm-Haus“. Der 1. AStA-Vorsitzende der FU Knut Nevermann und Delegationen des FU-Konvents und des TU-Studentenparlaments unterstützen den Sitzstreik aktiv. Die streikenden Studenten fordern in einer Resolution die sofortige Aufhebung der zum 31. März 1967 ausgesprochenen Kündigungen, die „Neuaufwicklungen des Aufnahmeverfahrens unter gleichberechtigter Mitwirkung der studentischen Vertreter und Tutoren“ sowie eine „paritätisch von Vorstandsmitgliedern und Studentenvertretern besetzte Kommission“, die in den Sommerferien eine neue Satzung ausarbeiten soll. Erst als die Polizei gerufen wird, räumen die Studenten das Vestibül. (Vgl. Zeittafeldatum vom 14. und 23. Februar 1967)

Sitzung der Philosophischen Fakultät der FU. In einer Abstimmung über die Immatrikulationsfeier stimmen 16 für deren Abschaffung, 18 für deren Beibehaltung. (Der studentische Vertreter Hans-Peter Rouette hatte sich für die Beibehaltung ausgesprochen.)

Das linkskatholische amerikanische Magazin „Ramparts“ veröffentlicht einen zwanzigseitigen Artikel über die Finanzierung der 1947 entstandenen „National Student Association“ (NSA) durch die „Central Intelligence Agency“ (CIA). (Der NSA ist einer der größten amerikanischen Studentenverbände.) Die Zuwendungen der CIA an die Spitzenfunktionäre der NSA hätten sich jährlich auf \$ 200 000,— belaufen. Außerdem habe die CIA die „International Student Conference“ (ISC) in Leiden/Holland finanziert. Die Finanzierungen würden durch Scheinorganisationen abgewickelt. In Washington bezahle die CIA seit 15 Jahren die Miete für das Hauptquartier der NSA. Als „Gegenleistung“ verfaßten die Spitzenfunktionäre der NSA und ISC regelmäßig Dossiers über ausländische Studentenfunktionäre und finanzierten ausländische proamerikanische Studentengruppen.

Das Magazin „Ramparts“ dokumentiert die Vorwürfe ausführlich. (Vgl. Zeittafeldatum vom 20., 21., 22., 23., 24. und 27. Februar und 29. März 1967)

Die „New York Times“ bestätigt in einem Interview mit dem NSA-Präsidenten Eugene Groves die Vorwürfe des Magazins „Ramparts“. Groves erklärt, daß die Anschuldigungen des Magazins „mindestens teilweise“ richtig seien. Im Jahre 1952 habe der damalige USNSA-Präsident William Denzer die ersten Zahlungen ausgehandelt. „Die Beziehungen begannen, weil die CIA der Meinung war, ein amerikanischer Studentenverband, der sich international betätigt, liege im Interesse der Nation. Nur wenige Spitzenfunktionäre, mindestens jedoch 2 Mitglieder des jeweiligen Vorstandes, seien „eingeweiht und zur Geheimhaltung verpflichtet worden“.

Auf einem „Festkommers“ des „Corporationsringes Berlin“ spricht Dr. Jürgen Domes (OSI) zum Thema „Kulturrevolution in China“. Domes erklärt, der von Mao Tse-tung „mobilisierte Mob der Roten Garden“ solle dem „chinesischen Parteiführer“ helfen, den „Widerstand der Intelligenz und der gemäßigten Kreise zu brechen“. Blutige Straßenkämpfe, Bauernunruhen, Störungen der Wirtschaft und Aufmucken gegen die Anweisungen aus Peking seien ein untrügliches Zeichen dafür, daß Mao mittlerweile selbst jede Kontrolle über die von ihm inszenierte Aktion verloren habe.

Interner SDS-Jour fixe über die Demonstrationen am 10. und 17. Dezember 1966. (Vgl. Zeittafeldatum vom 4. Februar 1967)

### 16. Februar 1967

„Verteilerversammlung“ des „Berliner EXTRA-Blattes“ im SDS-Zentrum. Die Mehrheit der SDS-Mitglieder weigert sich,

das Blatt am nächsten Sonntag erneut zu verkaufen. Als Hauptpunkt der Kritik wird eingewendet, daß die Form der „Boulevardpresse“ nicht mit den „Inhalten sozialistischer Kritik“ zu vereinbaren sei. (Vgl. Zeittafeldatum vom 12. Februar 1967)

In Tübingen konstituierten NPD-Mitglieder einen Bundesverband des „Nationaldemokratischen Hochschulbundes“. I. Bundesvorsitzende wird Rüdiger Braun (Tübingen), stellvertretende Vorsitzende werden Bernhard P. Pauli (Freiburg) und Tilmann Leidig (Heidelberg). Die Satzung definiert den NIIB als „Zusammenschluß deutscher Studenten und Jungakademiker mit nationaldemokratischer Grundhaltung an deutschen Universitäten und Hochschulen“. In der Satzung heißt es weiterhin: „Wir sagen uns los von der aktuellen Tendenz, den Staat zu einem Instrument allein von Eigentum und Wohlstand herabzumindern.“

#### 17. Februar 1967

Kai Hermann veröffentlicht in der Wochenzeitung „DIE ZEIT“ eine Einschätzung der FU-Krise mit der Überschrift „Student sein in Berlin — Eine enttäuschte Generation rebelliert gegen die Obrigkeit“. Gerade in Berlin habe die Studentenrevolte eine „nützliche Funktion“: sie könne die Stadt allmählich daran gewöhnen, auch mit dem inneren Konflikt zu leben —, nachdem sie ihr politisches Leben zwanzig Jahre in der aufgezwungenen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus erschöpfte. Die Studenten hätten den Berlinern jetzt klar gemacht, daß sie nicht mehr in einem politischen Naturschutzpark lebten.

#### 17./18. Februar 1967

57. Plenarsitzung der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) in Frankfurt/Main. Die Rektoren stimmen der Einführung von Zwischenprüfungen in den Geisteswissenschaften zu. Diese sollen zukünftig „etwa zu Beginn des 5. Studiensemesters“ durchgeführt werden. Als Vorbild soll das Vordiplom der Naturwissenschaftler oder das Medizinische Physikum dienen. Dem Studenten soll eine „einmalige Wiederholung“ erlaubt sein. Die WRK nimmt eine „Situationsanalyse“ des Rektors der FU „Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, über die „Auseinandersetzung zwischen Senat und der Studentenvertretung bzw. einzelner studentischer Vereinigungen“ entgegen.

#### 20. Februar 1967

Flugblatt des AStA-Referats für politische Bildung des SDS. Das Flugblatt kündigt den Vortrag von Jerg Haas, Dozent an der Hochschule für Fremdsprachen in Shanghai über die Kulturrevolution in der Volksrepublik China am 27. Februar 1967 an. Dazu wird ein Aufruf der Roten Garden der der Tsing Hua-Universität angeschlossenen Mittelschüler abgedruckt: „Es lebe der revolutionäre Rebellengeist des Proletariats!“.

Dok. 659

Die „New York Times“ veröffentlicht einen Artikel ihres Mitarbeiters Leslie R. Colitt, der von Oktober 1959 bis August 1962 an der FU Berlin immatrikuliert war, mit der Schlagzeile „C.I.A. Use of Students at Berlin University Described“. Colitt schreibt: „Die Freie Universität Berlin im amerikanischen Sektor ist von der ‚Central Intelligence Agency‘ und ‚United States Army Intelligence‘ dazu benutzt worden, amerikanische und ausländische Studenten für eine Tätigkeit anzuwerben, die von den Mitarbeitern dieser Dienste als Halbtagsarbeit bezeichnet wird.“ Die ersten Kontakte zu den Studenten fanden oft im Studentendorf in Schlachtensee statt. Man bäte sie, Berichte über „bestimmte Studentenorganisationen und Studenten an der FU und TU“ zu schreiben. Er (Colitt) sei nur eine Woche nach seiner Ankunft in Berlin von einem Herrn angesprochen worden, der sich als Mitarbeiter der CIA identifiziert habe. Dieser Herr hätte alles über ihn gewußt, „sogar Details“, die Colitt nur in seinem Antrag für ein Stipendium angegeben hatte. Colitt erklärt, die CIA verfüge über Informationen, die nur aus den Akten des Immatrikulationsbüros (registrar office of the Free University) stam-

men könnten. (Vgl. Zeittafeldatum vom 15., 21., 22., 23., 24. und 27. Februar und 29. März 1967)

Dok. 660

Die „New York Times“ veröffentlicht außerdem eine Liste von Organisationen, die seit mehreren Jahren von der CIA unterstützt werden. U. a.: „National Student Association“, „International Student Conference“ in Leiden/Niederlande, „The American Fund for Free Jurists of New York“, „The Foreign Policy Research Institute for the University of Pennsylvania“, „The National Education Association“, „The Institute of Public Administration of New York“ und „The International Confederation of Free Trade Unions of Brussels“.

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der AStA beschließt ein Solidaritätstelegramm an die Studentenschaft der Universität Minnesota in Sachen CIA.

#### 21. Februar 1967

Pressemitteilung des AStA der FU an alle Redaktionen: „Mit großer Bestürzung hat der AStA der FU dem Bericht der New York Times entnommen, daß der CIA nicht nur der Nationalverband der amerikanischen Studenten (USNSA) teilweise finanziert und damit kontrolliert hat, sondern auch Studenten der FU dazu mißbraucht hat, als Spione für den CIA tätig zu sein. Außerordentlich befremdet hat uns die Meldung, daß dem CIA Einzelheiten über den Lebenslauf der für die Spionage in Aussicht genommenen Studenten bekannt waren, die der CIA nur aus Akten des Immatrikulationsbüros bzw. des Akademischen Außenamtes im Rektorat der FU bekommen haben kann.“ Der AStA fordert den Regierenden Bürgermeister Heinrich Albertz auf, die Tätigkeit der CIA an der Universität zu untersuchen und „dazu Stellung zu nehmen“. Außerdem sollen der Rektor und der Akademische Senat bekanntgeben, „wem und in welchem Umfang Auskünfte aus Personalakten der FU herausgegeben werden“. Der AStA fordert, daß der Rektor das Immatrikulationsbüro und das Akademische Außenamt anweisen solle, „keinerlei Auskünfte und Akteneinsichten an universitätsfremde Institutionen zu geben“. Der AStA fordert „alle Studenten, die in den letzten Semestern von Mitarbeitern des CIA aufgesucht worden sind und für den CIA geworben werden sollten“, auf, den AStA sofort zu unterrichten. Diese Mitteilungen würden „streng vertraulich“ behandelt, da der AStA nicht gewillt sei, die „betreffenden Kommilitoninnen und Kommilitonen einem noch größeren Druck von seiten des CIA auszusetzen“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 15., 20., 22., 23., 24. und 27. Februar und 29. März 1967)

Der Leiter des Akademischen Außenamtes des Rektorats der FU Berlin, Dr. Horst W. Hartwich, erklärt gegenüber dem „Tagesspiegel“ über den Artikel in der „New York Times“ vom 20. Februar 1967: „Eine solche Behauptung ist eine Verleumdung und entbehrt jeder sachlichen Grundlage.“ Grundsätzlich gebe das Rektorat der FU keine Adressen, Namen oder individuelle Angaben über FU-Studenten nach außen bekannt. Nur in „Ausnahmefällen“ bekämen Senatsdienststellen Auskünfte.

#### 22. Februar 1967

„FU-SPIEGEL“-Sonderflugblatt mit der Schlagzeile „Amerikanischer Geheimdienst CIA an der FU“. Nachdem in der vergangenen Woche bekannt geworden sei, daß der amerikanische Geheimdienst CIA „neben anderen Organisationen auch den Nationalverband der amerikanischen Studentenschaft (USNSA) und die westliche Studentenorganisation International Student Conference (ISC) in Leiden/Holland entscheidend mitfinanziert, wurde die Öffentlichkeit gestern zum ersten Male

über die uns schon lange nicht mehr verborgen gebliebene Aktivität der CIA an der FU unterrichtet“. Im folgenden druckt der „FU-SPIEGEL“ den Originalartikel der „New York Times“ vom 20. Februar 1967 in englischer Sprache ab. (Vgl. Zeittafeldatum vom 15. Februar und 29. März 1967)

Vgl. Dok. 691

Die Pressestelle des Rektorats der FU Berlin erklärt: Niemals hätten ausländische oder deutsche Geheimdienste Auskünfte über Studenten der FU erbeten, noch seien ihnen „Verwaltungsvorgänge, insbesondere Personalakten von Studenten“ zur Verfügung gestellt worden. Die Pressestelle bezeichnet die Behauptungen des ehemaligen Politologiestudenten Leslie R. Colitt in der „New York Times“ vom 20. Februar 1967 als „bewußte Irreführung“. Seine Vermutung, daß der CIA seine Informationen über Dienststellen der FU erhalten haben müsse, entbehre jeder Grundlage. Colitt, der sich in den USA um ein Stipendium des „Deutschen Akademischen Austauschdienstes“ (DAAD) beworben habe, sei bekannt gewesen, daß seine „vollständigen Personalakten“ einer Reihe amerikanischer und deutscher Organisationen, die sich mit der Auswahl der Stipendiaten befassen, vorgelegt worden seien, ehe sie der FU zugeleitet worden seien. Eine Rückfrage des Rektorats der FU beim DAAD habe ergeben, daß die dort aufbewahrten Personalunterlagen der ausländischen Stipendiaten fremden Dienststellen und Organisationen nicht zugänglich gemacht würden.

Der Vorsitzende des Senatsausschusses in Washington, der mit der Überwachung der CIA-Operationen in Inland und Ausland betraut ist, Senator Russel, verteidigt auf einer Pressekonferenz die Zahlungen der CIA an die „National Students Association“ (NSA). Die CIA habe in den fünfziger Jahren mit den Zahlungen begonnen, als die kommunistischen Studentenorganisationen die internationalen Studententreffen beherrscht hätten. Die CIA habe zu diesem Zeitpunkt die „Reisekosten“ der amerikanischen Studentenfunktionäre bezahlt, um ihre regelmäßige Teilnahme zu garantieren: „Ich glaube, daß das ein gutes Programm war, es hat sich ausgezahlt.“ Vorwürfe der „New York Times“ und der Zeitschrift „Ramparts“, daß die Zahlungen der CIA an die NSA die „akademische Freiheit“ verletzt hätten, bezeichnet Russel als „Faserei“. Die Finanzierung der NSA habe eine „höhere Dividende“ bei dem Versuch eingebracht, den Kommunismus zu stoppen, als „irgendein anderes Programm“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 15. und 20. Februar und 29. März 1967)

Interner SDS-Jour Fixe. Mitglieder der neugegründeten „Unabhängigen Schülergemeinschaft“ (USG) berichten über ihre Erfahrungen und Pläne. (Vgl. Zeittafeldatum vom 2. und 28. Februar und 15. März 1967)

### 23. Februar 1967

Die Redaktion des „FU-SPIEGELS“ sendet Prof. Ernst Fraenkel eine Druckfahne der Rezension über sein Seminar „Zur Theorie der Demokratie (unter Berücksichtigung der neueren amerikanischen Literatur)“ zu. Die Redaktion bittet Prof. Fraenkel, eine Stellungnahme über die Rezension an die Redaktion zu senden: „Denn es geht uns mit den Vorlesungsrezensionen nicht darum, einzelne Personen zu verletzen, sondern darum, Diskussionen über die Lehrinhalte und Dogmen in einzelnen Disziplinen zu entfalten.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 2., 14., 19. und 27. April, Mai, 2., 3., 9., 10. und 26. Mai 1967)

Der Konvent der Kirchlichen Hochschule erklärt in einer Presseerklärung, daß aus „Berichten einzelner Studenten“ hervorgehe, daß der amerikanische Geheimdienst CIA „seine Tätigkeit auch auf die Kirchliche Hochschule ausgedehnt hat“. Erzbischof Dr. Alfred Bengsch teilt in einer Presseerklärung

der Pressestelle des bischöflichen Ordinariats mit, daß er damit einverstanden sei, daß während der Sommerferien eine Kommission aus „Vertretern des Akademischen Lebens“ und der Studenten aus dem katholischen Studentenwohnheim „Wilhelm-Weskamm-Haus“ eine „neue Form der studentischen Mitverantwortung“ im Weskamm-Haus berate. Dabei müsse aber „unbedingt der eigenständige Charakter des Wilhelm-Weskamm-Hauses als eines vom katholischen Geist geprägten Studentenwohnheims beachtet werden“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 15. Februar 1967)

Das „Weiße Haus“ in Washington bestätigt den Bericht der amerikanischen Zeitschrift „Ramparts“ vom 15. Februar 1967. In einem Bericht des „Nationalen Sicherheitsrates“ heißt es: die CIA habe nicht auf eigene Initiative gehandelt. Die großzügige Finanzierung der „National Students Association“ (NSA) gehöre vielmehr zu einer in den Jahren 1952 bis 1954 vom „Nationalen Sicherheitsrat“ eingeleiteten Politik. Die CIA habe stets mit Zustimmung des Außen- und Verteidigungsministeriums gehandelt. Diese Politik sei unter vier Präsidenten betrieben und gebilligt worden, nämlich unter Harry S. Truman, Dwight D. Eisenhower, John F. Kennedy und Lyndon B. Johnson. Viele Amerikaner seien „dadurch in die Lage versetzt worden, ihrem Land in der Zeit der Bedrohung und Gefahr zu helfen“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 15. Februar und 29. März 1967)

### 24. Februar 1967

„DIE ZEIT“ veröffentlicht einen Artikel „Studenten im Sold des Geheimdienstes — Der CIA-Skandal zieht immer weitere Kreise — Zwölf Millionen aus dunklen Kanälen“.

Gemeinsame Veranstaltung des AStA der FU und des SDS zum Thema „Kulturrevolution“. Referent ist Jerg Haas (Dozent für Deutsch an der Hochschule für Fremdsprachen in Shanghai). Diskussionsleiter ist Rainer Langhans. Vor ungefähr 900 Studenten berichtet Haas über die Auswirkung der „sechs großen Freiheiten“ in Shanghai: „breiter Ausdruck aller Meinungen, Erlaubnis, große Debatten zu führen, Kritik in Wandzeitungen auszudrücken, Handzettel und Karikaturen zu verteilen, jederzeit Versammlungen einzuberufen und zu jeder Zeit sowie zu jedem Zweck eine Demonstration zu veranstalten“. Haas kritisiert die Berichterstattung der deutschen Presse scharf. Ihre einzigen Quellen seien ausländische Geheimdienste in Hongkong, Tokio und Formosa. Meistens werde aus der englischsprachigen Hongkonger Zeitung „Star“ zitiert, aber ohne die Quelle zu nennen. Außerdem stütze sich ein großer Teil der Berichterstattung auf nationalchinesische Informationen.

Nach der Veranstaltung demonstrieren 250 FU-Studenten vor der US-Mission mit einem Transparent „CIA — Hände weg von der FU“. Die Studenten rufen in Sprechchören „Wir kommen schon, wir kommen schon und holen den Agentenlohn“ und „Laßt uns rein, laßt uns rein, wir wollen auch Agenten sein“. Amerikanische Militärpolizei und deutsche Bereitschaftspolizei riegeln die US-Mission ab. (Vgl. Zeittafeldatum vom 15. Februar und 29. März 1967)

### 24.—27. Februar 1967

21. ordentliche Bundesdelegiertenversammlung des LSD in Marburg/Lahn. Die ca. 100 Delegierten verabschieden ein „Deutschland-Memorandum“, in dem es u. a. heißt: „Oberstes Ziel der Politik muß es sein, Bedingungen zu schaffen und zu sichern, die ein Selbstbestimmungsrecht in Freiheit ermöglichen. Die gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Einigung der Bundesrepublik und der DDR ist zweitrangig gegenüber dem Freiheitsziel und nur dann anzustreben, wenn sie dem Willen der Bevölkerung beider Teile entspricht, deren persönliche Freiheit gewährleistet und mit den politischen und militärischen Interessen der anderen Völker und Staaten vereinbar ist.“ Außerdem lehnen die Delegierten „jede Notstandsgesetzgebung“ ab und fordern eine „Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung“ in allen Aktiengesellschaften mit mehr als 200 Beschäftigten. Neuer 1. Bundesvorsitzender wird Klaus Allerbeck (Köln). (Vgl. Zeittafeldatum vom 7. Juli 1966)

## 26. Februar 1967

Das amerikanische Oberkommando in Saigon teilt der Presse mit, daß gegenwärtig 412 000 Angehörige der US-Streitkräfte in Vietnam stationiert seien.

## 27. Februar 1967

Der AStA der FU teilt dem „Tagesspiegel“ mit, daß sich bisher zwölf ausländische und deutsche FU-Studenten beim AStA gemeldet hätten, an die der amerikanische Geheimdienst CIA für „Informationsdienste“ heranzutreten sei. Von 1959 bis 1961 sei die CIA vor allem an Informationen über die Universitäten in der DDR interessiert gewesen, seit 1962 an Informationen über politische Hochschulgruppen in der FU und bestimmte „aktive Studenten“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 15., 20., 21., 22., 23. und 24. Februar und 29. März 1967)

## 28. Februar 1967

Der Senator für Schulwesen Karl-Heinz Evers nimmt in einer Presseerklärung zur Arbeit der „Unabhängigen Schülergemeinschaft“ (USG) Stellung: Zu der Forderung der USG nach Veranstaltungen über Sexualfragen erklärt Evers, daß es im Land Berlin als bisher einzigem Bundesland Richtlinien für die Sexualerziehung in den Schulen gebe, die den Lehrern Anhaltspunkte für „eine offene und verantwortungsbewußte Behandlung sexueller Probleme“ gäben. Daß es der USG nicht um eine Verbesserung der Sexualerziehung gehe, beweise die SDS-Korrespondenz Nr. 5 vom Jahre 1967. Evers zitiert Passagen dieser vom SDS-Bundesvorstand in Frankfurt/Main herausgegebenen „Korrespondenz“: „Unsere wirkliche Aufgabe ... kann zusammengefaßt werden als die Aufgabe, die fortschrittliche Schüleropposition zu sammeln und zu organisieren. ... Für die Masse der weniger bewußten und unorganisierten Schüler halte ich als Anhaltspunkte für möglich: 1. Sexualaufklärung, 2. Protestsongs ... 3. Aufklärung über den Kampf gegen bestimmte Sorten von Jugendliteratur, 4. gezielte Flugblattaktionen (möglichst in ironisch-lässiger Form) ...“. Evers erklärt, daß diese Auszüge nur „Beispiele für die bis ins einzelne gehenden Aktionsanweisungen“ gäben. Offensichtlich wolle der SDS, dessen „Taktik an den Hochschulen allgemein bekannt“ sei, für seine „politischen Zwecke Schüler zu mißbrauchen, die auf Grund ihres Alters die Hintergründe und Folgen noch nicht zu übersehen vermögen“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 2. und 22. Februar und 15. März 1967)

Der Bundesinnenminister Paul Lücke (CDU) legt den Mitgliedern des Bundeskabinetts einen neuen Entwurf für die verfassungsändernde Notstandsgesetzgebung vor. (Vgl. Zeittafeldatum vom 10. März, 3., 6. und 28. April 1967)

Pressekonferenz des ehemaligen Niedersächsischen Landtagsabgeordneten Ludwig Landwehr (KPD). Landwehr übergibt der Presse ein Schreiben des Ersten Sekretärs des ZK der KPD, Max Reimann, das dieser an die Bundesregierung gerichtet hat. Reimann fordert die „Wiederherstellung der Legalität der KPD“ und einen damit „beginnenden Abbau der antikommunistischen Kreuzzugsideologie“ in der Bundesrepublik. (Vgl. Zeittafeldatum vom 14. März und 6./7. Mai 1967 und 8. Februar 1968)

Interner SDS-Jour fixe über die „Kulturrevolution in der Volksrepublik China“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 4. und 24. Februar 1967)

## März 1967

Auf Initiative und mit Förderung der Stiftung Volkswagenwerk errichtet die FU 24 Wohnungen für Wissenschaftler. Die Förderungsmaßnahme der Stiftung betrifft den Akademischen Mittelbau (Räte, Privatdozenten, apl. Professoren usw.) und den wissenschaftlichen Nachwuchs (Assistenten). Bauträger ist die „Gemeinnützige AG für Angestelltenheimstätten“ (Gagfah). Die Wohnungen werden in der Schopenhauerstraße in Schlachtensee und der Spanischen Allee in Nikolassee gebaut.

Der Rowohlt-Verlag veröffentlicht in seiner Taschenbuchreihe die Untersuchungen von Bahman Nirumand „Persien — Modell eines Entwicklungslandes oder Die Diktatur der freien Welt“. Das Nachwort ist von Hans Magnus Enzensberger. Die erste Auflage umfaßt 20 000 Exemplare. (Vgl. Zeittafeldatum vom 31. Mai, 1. und 2. Juni 1967)

## 2. März 1967

Konferenz des VDS-Landesverbandes Berlin. Den Bestimmungen der VDS-Satzung entsprechend nimmt der Landesverband eine Namensänderung vor. Die Bezeichnung lautet jetzt „Studentenschaft des Landes Berlin — Landesverband im Verband Deutscher Studentenschaften“.

Zum neuen 1. Landesvorsitzenden wird Rolf Vieten (TU) gewählt. Als Stellvertreter wird Kurt-Christoph Landsberg (SHB) gewählt.

Der Sekretär des SPD-Parteipräsidiums Heinz Castrup teilt dem 1. SHB-Bundesvorsitzenden Christian Zöpel schriftlich die „Entscheidung des Präsidiums mit, daß euch weitere finanzielle Unterstützung nicht gewährt wird“. Gleichzeitig stellt der Brief ein Gespräch des SHB-Bundesvorstandes mit den „Genossen Helmut Schmidt, Alfred Nau, Richard Freyh und Gerhard Jahn in Aussicht“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 28., 29. und 30. November und 2. Dezember 1966 und 13. und 20.—22. Januar und 6. März 1967)

## 3. März 1967

Kai Hermann schreibt in der Wochenzeitung „DIE ZEIT“ eine Glosse unter dem Titel „007 an der FU“: „... Viel Neues sagt die New York Times den Berlinern nicht. Die Schützenhilfe aus Amerika freilich kam ihnen gelegen. Schon vor Jahresfrist hatten sie sich mit den oft wenig zimperlichen Praktiken der alliierten Geheimdienste in Berlin auseinandergesetzt ...“ Kai Hermann verweist auf die Affäre Espinoza. (Vgl. Zeittafeldatum vom 19. und 31. Juli 1965.) „Was damals verblüffte und empörte, war die perfekte Zusammenarbeit der Geheimdienste mit deutschen Stellen.“ Die Studentenvertreter sammelten jetzt Material, um zu beweisen, daß die CIA Informationen aus den Personalakten der Universität erhalten habe.

## 3.—5. März 1967

1. Kongreß der Europäischen Minderheiten in Brüssel. Der AStA der FU entsendet die designierte Referentin der Hochschulabteilung stud. phil. Sigrid Fronius, den amtierenden 2. AStA-Vorsitzenden cand. phil. Walter Kreipe, den ehemaligen AStA-Vorsitzenden Wolfgang Lefèvre und den designierten Außenreferenten stud. rer. nat. Hans Gellhardt.

## 4. März 1967

Demonstration in Frankfurt/Main mit anschließender Kundgebung gegen die geplante Unterstellung von Studenten und Professoren unter die Militärgerichtsbarkeit in Spanien. Der AStA der FU schickt ein Solidaritätstelegramm.

## 6. März 1967

Der stellvertretende SPD-Parteivorsitzende Herbert Wehner dementiert den Inhalt des Briefes des Sekretärs des SPD-Parteipräsidiums Heinz Castrup vom 2. März 1967. Wehner erklärt, daß das Präsidium der SPD keine „grundsätzliche Sperre der Geldzuwendungen“ an den SHB-Bundesvorstand beschlossen habe. Er betont, daß „der Vorgang ... keineswegs so dramatisch“ sei. Nachdem aber der SHB vom 20. bis 22. Januar 1967 eine außerordentliche Bundesdelegiertenversammlung mit der „finanziellen Hilfe“ des SPD-Präsidiums veranstaltet habe, habe der SHB-Bundesvorstand für seine 8. ordentliche Bundesdelegiertenversammlung im März erneut Gelder beim Präsidium beantragen wollen. Wehner erklärt, daß die SPD nicht einsehe, warum sie innerhalb einer solch kurzen Periode zwei SHB-Kongresse finanzieren solle, die sich gegen die Politik der SPD wendeten. (Vgl. Zeittafeldatum vom 2. März 1967)

## 7. März 1967

Der AStA-Vorsitzende der FU Knut Nevermann und mehrere Konventsmitglieder demonstrieren vor dem

Reichstag mit Transparenten gegen die geplante verfassungsändernde Notstandsgesetzgebung. Parolen sind: „Keine Zerstückelung des Grundgesetzes“, „Gesetze aus der Schublade — Demokratie in der Schublade“ und „Keine Experimente mit dem Grundgesetz“. Der 1. AStA-Vorsitzende der FU Knut Nevermann übergibt dem Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger vor dem Reichstag einen Protestbrief des AStA der FU mit einer ausführlichen Darlegung der Bedenken gegen die Notstandsgesetze.

Der Senat von Berlin billigt eine Vorlage des Senators für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Werner Stein, die pauschalen Studiengebühren für wissenschaftliche Hochschulen in Berlin auf DM 150,— zu senken. Diese Verordnung muß noch dem Abgeordnetenhaus zugeleitet werden und soll am 1. April 1967 in Kraft treten. (Vgl. Zeittafeldatum vom 10. und 24. Januar und 10. März 1967)

#### 8.—12. März 1967

8. ordentliche Bundesdelegiertenversammlung des SHB in Bochum. Die Delegierten unterstützen in einer Resolution die „neue Ostpolitik der Bundesregierung“. Der SHB „begrüßt besonders die Berliner Erklärung des Bundesaußenministers Willy Brandt, in der klargelegt wird, daß diese Politik weder eine Isolierung noch eine Einverleibung der DDR zum Ziel hat“. Die Bundesdelegiertenversammlung erklärt, daß „nur die Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs ... die Glaubwürdigkeit solch einer Außenpolitik bekräftigen“ könne. In einer weiteren Resolution protestiert der SHB gegen die Beeinflussung von Studentenorganisationen durch die CIA. Der SHB fordert alle Studentenorganisationen auf, derartige Praktiken des amerikanischen Geheimdienstes CIA „schonungslos aufzudecken“. Außerdem fordert die SHB die „Wiederzulassung der KPD im Interesse der Bundesrepublik und ganz Deutschlands“. In allen „traditionell westlichen Staaten gibt es eine KP. Sie ist dort selbstverständlicher Bestandteil des Parteiensystems und anerkannter Diskussionspartner der anderen Parteien“. Nicht zuletzt die Illegalisierung der KPD in der Bundesrepublik habe jene „Schützengrabenideologie des irrationalen Antikommunismus“ gefordert, der in der Vergangenheit „wesentliche innen- und außenpolitische Probleme auf das Problem der Verteidigungsbereitschaft reduziert“ habe. Neuer 1. SHB-Bundesvorsitzender wird Erdmann Linde (Bonn), zu stellvertretenden Bundesvorsitzenden werden Rudolf Kollmann (FU) und Jens Litten (Hamburg) gewählt.

#### 10. März 1967

Die „Studentenschaft des Landes Berlin im VDS“ protestiert gegen den Beschluß des Senats von Berlin, vom 1. April 1967 an allen wissenschaftlichen Hochschulen die Studiengeldpauschale von DM 160,— auf DM 150,— pro Semester zu senken. Der VDS fordert eine weitere Reduzierung der Pauschale an der FU und TU auf DM 140,— pro Semester. Für die PFI, an der bisher keine Studiengelder erhoben wurden, solle weiterhin Gebührenfreiheit gelten. Schließlich fordert der VDS einen „stufenweisen Abbau“ der Studiengelder innerhalb von fünf Jahren mit dem Ziel einer „allgemeinen Studiengeldfreiheit“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 10. und 24. Januar, 7. März und 1. April 1967)

Das Bundeskabinett verabschiedet den Entwurf der verfassungsändernden Notstandsverfassung und leitet den Entwurf dem Bundestag zu. (Vgl. Zeittafeldatum vom 28. Februar und 3., 6. und 28. April 1967)

#### 11. März 1967

Der 2. Sekretär der Botschaft der UdSSR in Peking, N. G. Nataschin, und der Leiter der Konsularabteilung, O. A. Jedanow, werden von der Regierung der Volksrepublik China des Landes verwiesen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 1.—12. August und 29. November 1966, 8. Februar und 18. März 1967)

#### 12. März 1967

Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus.

Wahlbeteiligung: 86,2 %.

SPD: 56,9 %; CDU: 32,9 %; FDP: 7,1 %; SED: 2,0 % und AUD: 1,1 %.

#### 13.—20. März 1967

19. ordentliche Mitgliederversammlung des VDS in Göttingen. 1. VDS-Vorsitzender wird stud. phil. Hans-Joachim Haubold (Bochum), stellvertretender Vorsitzender für Studien- und Fachverbandsfragen stud. phil. Otto Herz (Hamburg), stellvertretender Vorsitzender für Sozial- und Studentenschaftsfragen stud. phil. Gerhard-Wolfgang Schellenberg (zuletzt Herausgeber der Frankfurter Studentenzeitung DISKUS) und stellvertretender Vorsitzender für internationale Fragen stud. rer. pol. Uwe Spanger. In einer Resolution zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates begrüßt die 19. o. MV, daß, nachdem der Wissenschaftsrat (WR) seine Empfehlungen vorgelegt hat, der Forderung nach Reform des Studiums „nicht länger mit der isolierten Einführung pragmatischer Maßnahmen zur Behebung unmittelbarer Notstände begegnet werden kann, sondern die Diskussion sich auf die Prinzipien und Ziele der Reform konzentriert“.

Die MV verfolgt „mit Besorgnis die Einführung eines Numerus clausus an einzelnen Fakultäten ... Der VDS lehnt jede Form der Zulassungsbeschränkung als einen Eingriff in das Grundgesetz der Bildung und freien Wahl des Berufes und Entfaltung der Persönlichkeit ab“.

Die MV begrüßt, daß einige Studentenzeiten die „Rezeption von Lehrveranstaltungen in ihr Redaktionsprogramm aufgenommen haben“.

Der 1. AStA-Vorsitzende der FU, Knut Nevermann, bringt einen Antrag zur „Finanzierung“ der „International Student Conference“ (ISC) durch die CIA ein und fordert den sofortigen Austritt des VDS. In der schließlich verabschiedeten Resolution mißbilligt der VDS „auf das schärfste die indirekte Finanzierung von ISC-Projekten durch die CIA“. Der VDS fordert die sofortige Einberufung einer öffentlichen Sitzung des Supervision Committee der ISC, um die erhobenen Vorwürfe zu klären. „Der Delegiertenrat des VDS wird aufgrund des Ergebnisses dieser Untersuchung über die weitere Mitarbeit des VDS in der ISC entscheiden.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 15. Februar und 29. März 1967)

#### 14. März 1967

Die 81 Mitglieder starke SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin beschließt, den Vorsitzenden des DGB-Landesverbandes Berlin, Walter Sickert, zum neuen Präsidenten des Abgeordnetenhauses vorzuschlagen.

Der „Initiativ Ausschuß für die Wiederzulassung der KPD“ veranstaltet in Frankfurt/Main eine Pressekonferenz, an der Karl Schabrod, Fritz Ahrens, Manfred Kapluck, Kurt Erlebach und Richard Scheringer teilnehmen. Die Mitglieder des Initiativ Ausschusses übergeben den Journalisten einen Brief an die Bundesregierung und an das Präsidium und die Fraktionen des Bundestages, in dem es unter anderem heißt: „Seit dem Verbot der KPD hat sich herausgestellt, daß die wegen angeblicher Verfassungswidrigkeit verbotene kommunistische Partei die Verfassung verteidigt, während diejenigen, die das Verbot erwirkten, unser Grundgesetz wiederholt abgeändert haben. Nicht etwa von der KPD, sondern von maßgeblichen Politikern der Regierungsparteien sind Absichten bekannt, mit zahlreichen Grundgesetzveränderungen und der geplanten Notstandsverfassung das Grundgesetz zu einer leeren Schale auszuböhlen.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 28. Februar und 6./7. Mai 1967 und 8. Februar 1968)

#### 15. März 1967

Prof. Dr. Georg Kotowski (CDU) schreibt in der „Politisch-Sozialen Korrespondenz“ über die „Unabhängige Schülergemeinschaft“ (USG), daß der SDS, der „Hauptträger der öffentlichen Skandale in und um die ‚FU‘, jetzt auch Berliner Schüler in ‚grundsätzlicher Opposition‘ schulen will“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 2., 4., 22. und 28. Februar 1967)

## 16.—20. März 1967

7. ordentliche Bundesdelegiertenversammlung des RCDS in Heidelberg. Zum neuen 1. Bundesvorsitzenden wird Wulf Schönbohm (Bonn, CDU und JU), zu stellvertretenden Vorsitzenden werden Erich Röper (Mainz, CDU und JU) und Joachim Lemppenau (Tübingen, JU) gewählt. Auf Initiative des neuen Vorsitzenden Schönbohm spricht sich die Bundesdelegiertenversammlung mit 35 gegen 4 Stimmen für Kontakte mit der FDJ aus. In derselben Resolution wird jedoch die juristische Anerkennung der DDR verneint: „Da jede aktive Deutschlandpolitik im internationalen Rahmen durch innerdeutsche Begegnungen ergänzt werden muß, will der RCDS den Gedankenaustausch der westdeutschen und der mitteldeutschen Jugend fördern und erleichtern helfen, indem er sich auch zu Kontakten mit der FDJ bereitfindet.“ Der RCDS wendet sich erneut gegen ein „politisches Mandat“ des VDS und der örtlichen AStA.

In der Kulturpolitik bekennt sich der RCDS zum „Föderalismus“, verlangt aber gleichzeitig eine „wirksame Koordinierung der Kulturpolitik auf Bundesebene“, wozu die Rahmenkompetenz des Bundes zur Kulturpolitik nach Art. 75 Grundgesetz gehöre. Außerdem bekennt sich die Bundesdelegiertenversammlung zur „Gemeinschaftsschule als Regelschule“ mit der Möglichkeit, auf Antrag von fünfzig Eltern ein „Konfessions- oder Weltanschauungsschule“ zu errichten, die wie die eventuell verbleibende Gemeinschaftsschule voll gegliedert sein müsse. Die Delegierten empfehlen den örtlichen RCDS-Hochschulgruppen sich an den „verschiedenen Bildungswerbungskaktionen“ zu beteiligen.

## 18. März 1967

Prof. Dr. Wilfried Gottschalch schreibt in einem Kommentar zur Berliner Wahl im „Berliner EXTRA-Blatt“: „Alles in allem muß man wohl sagen, daß wir, wenn man von den übrigen Gegensätzen in den jeweiligen Gesellschaftssystemen absieht, genau so frei und demokratisch wählen konnten, wie zur Zeit die Polen in ihrer Volksrepublik.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 12. April 1967)

Dok. 661

Das sowjetische Außenministerium weist den 1. Sekretär der Botschaft der Volksrepublik China in Moskau, Miao Tschun, und den 3. Sekretär, Sun Lin, aus. Im Ausweisungsbefehl heißt es, die beiden Diplomaten hätten bei den antisowjetischen Aktivitäten der Botschaft der Volksrepublik China „eine ganz besondere Rolle gespielt“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 1.—12. August und 29. November 1966, 8. Februar und 11. März 1967)

## 22. März 1967

Der Regierende Bürgermeister Heinrich Albertz benennt Rechtsanwalt Wolfgang Büsch (SPD) für das Amt des Senators für Inneres.

## 23. März 1967

Das Bundeskriminalamt richtet einen Meldekopf zur zentralen Sammlung von Informationen über die Sicherheitslage in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin ein. Die Maßnahme geschieht in Vorbereitung des für die Zeit vom 27. Mai bis 4. Juni 1967 vorgesehenen Staatsbesuchs des iranischen Kaiserpaars. (Vgl. Zeittafeldatum vom 8. Mai und 2. Juni 1967)

## 26. März 1967

Zum ersten Male veranstaltet die Kampagne für Abrüstung in West-Berlin einen Ostermarsch. Ca. 3000 Teilnehmer ziehen vom Rathaus Neukölln zum Hohenzollernplatz. Redner auf der Schlußkundgebung sind: Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim, Prof. Dr. C. Wolfgang Müller, Prof. D. Helmut Gollwitzer und Stanley Orme (MP, Labour Party). Nach der Kundgebung demonstrieren ca. 150 Studenten mit Fahnen der FLN vor dem Amerika-Haus und werfen Farbbeutel mit roter Tinte an die Fassade. Die Polizei nimmt drei FU-Studenten fest.

Der Regierende Bürgermeister Heinrich Albertz bezeichnet die Protestaktion als die „Tat einiger verrückter Einzelgänger... Farbe und tätliche Übergriffe sind noch niemals Argumente gewesen“.

## 26. März bis 8. April 1967

9. Kongreß des „Internationalen Studentenbundes“ (ISB) in Ulan Bator. An dem Kongreß nehmen der 1. Konventsvorsitzende der FU Wolfgang Lefèvre und zwei Mitglieder des VDS-Bundesvorstandes als „Kongreßbeobachter“ teil. (Lefèvre nimmt nicht als Vertreter aller Berliner Studenten, sondern als Vertreter des AStA der FU als Beobachter teil.) Der Kongreß beschließt ein Aktionsprogramm, das die Bildung einer „Vietnam-Kommission“ beim Sekretariat des ISB anregt. Dieses Sekretariat soll eine „Woche der internationalen Solidarität — Hände weg von Vietnam“ organisieren.

## 29. März 1967

Der amerikanische Präsident Lyndon B. Johnson ordnet die sofortige Einstellung der geheimen finanziellen Zuwendungen an die „National Students Association“ (NSA) durch die CIA an. Ein Sonderausschuß unter der Leitung des Außenministers Dean Rusk soll die Frage prüfen, auf welche Weise die amerikanische Regierung der NSA und anderen Organisationen, Gewerkschaften und Verbänden „offene finanzielle Zuwendungen“ zukommen lassen könne. (Vgl. Zeittafeldatum vom 15. Februar 1967)

SDS-Jour fixe über zwei geplante SDS-Arbeitskreise für das Sommersemester 1967: 1. „Untersuchung der Organisationsfrage am Beispiel des Scheiterns der historischen Arbeiterbewegung“. Vorbereitungsgruppe: Rudi Dutschke, Hans Martin Kuhn, Horst Kurnitzky und Bernd Rabehl. 2. „Überprüfung einiger Grundkategorien der Politischen Ökonomie daraufhin, inwieweit sie noch Möglichkeiten für Subjekt-Handeln offen lassen oder inwieweit die Geschlossenheit der Ökonomischen Kategorien die reale Geschlossenheit des immer mehr selbst reproduzierenden ökonomischen Apparats widerspiegelt“. Vorbereitungsgruppe: Klaus Gilgenmann und Ulrich Ströhle.

## 31. März 1967

„Der Abend“ meldet, Polizeipräsident Erich Duensing werde „in absehbarer Zeit aus Gesundheitsgründen zurücktreten“. Als Nachfolger sei der SPD-Abgeordnete Franz Ehrke vorgesehen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 1. April 1967)

## April 1967

Die 6. Arbeitsgruppe der FU-Außenstelle Bardai, bestehend aus einem Mitglied der 5. Arbeitsgruppe und sechs neuen Mitgliedern, beginnt die Feldarbeit im Tibesti. Leiter der Gruppe ist Dr. Hans-Joachim Pachur.

Leutnant Allafi, der im Herbst 1966 in Libyen festgenommen worden war, wird aus dem Gefängnis von Tripolis entlassen und darauf wieder als Unterpräfekt des Tibesti in Bardai eingesetzt. Er verhaftet seinen Stellvertreter und weitere Personen in Bardai, die seine Verordnungen vom Herbst 1966 nicht befolgt haben. Mit Militär, Verordnungen, Steuereinnahmern usw. verstärkt er den Druck auf die Bevölkerung seiner Unterpräfektur. (Vgl. Zeittafeldatum vom September 1966 und Ende Dezember 1966/Anfang Januar 1967)

## 1. April 1967

Im Sommersemester studieren insgesamt 15 060 Studenten an der FU, davon 1448 Studienanfänger.

Mit Wirkung vom 1. April 1967 wird an allen wissenschaftlichen Hochschulen West-Berlins eine Studiengeldpauschale von DM 150,— erhoben. Der Prozentsatz des Gebührenerlasses wird von 35 % auf 30 % gesenkt. (Bisher waren die 35 % nie voll ausgeschöpft worden, sondern im Höchstfall nur zu 22 %. Jedoch wird die Festsetzung auf 30 % eine Änderung der Richtlinien für Gebührenerlaß nach sich ziehen.) (Vgl. Zeittafeldatum vom 10. und 24. Januar und 7. und 10. März 1967)

Der Regierende Bürgermeister Heinrich Albertz bezeichnet die Meldung des „Abend“ als „völlig aus der Luft gegriffen“. Polizeipräsident Erich Duensing habe nach wie vor das Ver-

trauen der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin. (Vgl. Zeittafeldatum vom 31. März 1967)

## 2. April 1967

Die Redaktion des „FU-SPIEGELS“ bittet Prof. Dr. Ernst Fraenkel erneut, eine schriftliche Kritik einer Seminarrezension zu übersenden. „Uns scheint, daß die kritische Diskussion und Reflexion der Lehrinhalte in den Überlegungen zur Studienreform allzu häufig vernachlässigt wird, man beschränkt sich auf die institutionellen und strukturellen Fragen. Diese Beschränkung soll mit Hilfe der Vorlesungsrezensionen und der durch sie entfachten Diskussion erschwert werden.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 23. Februar, 14., 19. und 27. April, Mai, 2., 3., 9., 10. und 26. Mai 1967)

20. Jahreskonferenz des Berliner Landesverbandes „Sozialistische Jugend Deutschlands — Die Falken“. Die Delegierten beauftragen den Landesvorstand, im Mai „möglichst in einem Arbeiterbezirk“ eine Demonstration gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam durchzuführen.

Alfred Gleitze wird als Landesvorsitzender und Wolfgang Hohmann als stellvertretender Landesvorsitzender wiedergewählt. (Vgl. Zeittafeldatum vom 1., 18. und 30. Mai 1967)

## 3. April 1967

Bei der verspäteten Rückmeldung zum Sommersemester stellen die Studenten der FU fest, daß die Rückmeldung nur noch durch besonderen Antrag beim Rektor möglich ist. (Bisher hatte die Zahlung einer Versäumnisgebühr in Höhe von DM 5,— genügt.) In einem Brief an den Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, bittet der AStA-Vorsitzende Hartmut Häußermann, die „Zwangsexmatrikulationsdrohung“ zurückzunehmen. Der AStA habe die Studenten aufgefordert, den Antrag nicht zu stellen, „bevor über die plötzliche unbegründete Verschärfung keine Klärung erfolgt ist“. Der AStA verteilt ein Flugblatt „Zwangsexmatrikulation für Säumige?“.

Das Kuratorium „Notstand der Demokratie“ übergibt in Frankfurt/Main der Presse den vom Bundeskabinett am 10. März 1967 verabschiedeten Entwurf der verfassungsändernden Notstandsgesetzgebung. (Vgl. Zeittafeldatum vom 28. Februar, 10. März und 6 und 28. April 1967)

Auf dem Campus liegt ein „Offener Brief an den Regierenden Bürgermeister von Berlin“ zur Unterzeichnung als Flugblatt aus. Dem Regierenden Bürgermeister wird zum amerikanischen Krieg in Vietnam eine Beurteilung, beruhend „auf einer einseitigen, politisch zweckorientierten Kenntnis der Tatsachen“ sowie „uneingeschränkte Zustimmung“ zur amerikanischen Asienpolitik „aus Gründen kurzfristiger politischer Opportunität“ vorgeworfen.

Dok. 662

## 4. April 1967

In einer Antwort auf den Brief des AStA-Vorsitzenden Hartmut Häußermann vom 3. April 1967 bringt der in Vertretung des Rektors und Prorektors amtierende Dekan der Medizinischen Fakultät Prof. Dr. Alfred N. Witt seine „Bestürzung“ darüber zum Ausdruck, „daß selbst der Erste Vorsitzende des Allgemeinen Studentenausschusses die für alle Studenten geltenden Vorschriften an der Freien Universität Berlin nicht kennt“. Schon die Universitätsordnung und die Verordnung über die Erhebung von Gebühren an Hochschulen vom 21. Dezember 1955 sähen im Falle schuldhafter Säumnis die Streichung aus den Listen der Studierenden vor. „Die Zeit, die sie auf das Schreiben derartiger Briefe verwenden, sollten sie sinnvoller mit dem Studium der Universitätsordnung und der sonst an dieser Universität geltenden Vorschriften nutzen.“

## 5. April 1967

Beamte der Abteilung I der Berliner Polizei nehmen 11 Studenten, überwiegend Mitglieder der „Kommune I“ fest. Als

Begründung gibt die Polizei an, die Festgenommenen seien „unter verschwörerischen Umständen zusammengekommen und hätten hierbei Anschläge gegen das Leben oder die Gesundheit des amerikanischen Vizepräsidenten Hubert Horatio Humphrey mittels Bomben, mit unbekanntem Chemikalien gefüllten Plastikbeuteln oder mit anderen gefährlichen Tatwerkzeugen wie Steinen usw. geplant“. (Diese Polizeimitteilung ist falsch: nach einer Untersuchung der gefundenen Gegenstände stellt sich heraus, daß es sich um Rauchkerzen, Plastikbeutel mit Farbstoff, Pudding und Mehl gehandelt hat. Die Polizei gibt keine Richtigstellung ihrer Mitteilung heraus. Rechtsanwalt Horst Mahler erhebt „namens und in Vollmacht des Fräulein Dorothea Ridder sowie der Herren Hans-Joachim Hameister und Dieter Kunzelmann“ wegen dieser Darstellung gegen den Polizeipräsidenten in Berlin Dienstaufsichtsbeschwere und gegen die „Informanten des Verfassungsschutzamtes“ Strafanzeige wegen falscher Anschuldigungen und Verleumdungen.) (Vgl. Zeittafeldatum vom 6., 7., 9. und 10. April 1967)

Die Polizei beruft sich auf die §§ 14 und 15 des Polizeiverwaltungsgesetzes, die zur Abwehr einer unmittelbar bevorstehenden Gefahr die Polizei verpflichtet, die potentiellen Täter in „polizeiliche Gewahrsam“ zu nehmen. Gegen die elf festgenommenen Studenten wird ein „Ermittlungsverfahren wegen Vorbereitung zu einem Verbrechen und Vorbereitung eines Sprengstoffverbrechens“ eingeleitet. (Vgl. Zeittafeldatum vom 30. Oktober 1967)

Zu der selben Zeit, zu der die Mitglieder der „Kommune I“ inhaftiert werden, findet im SDS-Zentrum eine vorbereitende Diskussion zur geplanten Demonstration gegen den US-Vizepräsidenten Humphrey statt. Ungefähr 80 Mitglieder sind versammelt. Die Mutter eines der festgenommenen Studenten unterrichtet den SDS-Landesvorstand von der Festnahmeaktion. Genau zur selben Zeit informiert eine Gruppe von SDS-Mitgliedern, die vor dem SDS-Zentrum den Verkehr auf dem Kurfürstendamm und den anliegenden Straßen beobachtet, die Versammlung, daß mehrere „verdächtig erscheinende Privatwagen mit großen Antennen“ vor dem Haus parken. Die 80 SDS-Mitglieder stürzen plötzlich auf die Straße, brechen die Antennen ab, lassen die Luft aus den Reifen der geparkten Autos und bemalen die Wagen mit Hakenkreuzen. Daraufhin alarmieren die Beamten der politischen Polizei, die in den geparkten Autos eingeschlossen sind, die Schutzpolizei. Fünf Funkwagen und zwei Mannschaftswagen fahren auf, zwei SDS-Vorstandsmitglieder werden festgenommen. Die anderen SDS-Mitglieder ziehen sich ins SDS-Zentrum zurück und setzen die Vorbereitung für die Demonstration fort.

Der amerikanische Vizepräsident Hubert Horatio Humphrey trifft Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU) und den Außenminister Willy Brandt (SPD) in Bonn.

In einem Flugblatt fordert der AStA der FU die Studenten auf, „dem Repräsentanten der Macht, die die Freiheit Berlins in Vietnam und anderen Ländern so wirksam verteidigt, die gebührende Ovation darzubringen“.

## 6. April 1967

Schlagzeilen der Berliner Presse:

„Der Abend“: „Maos Botschaft in Ost-Berlin lieferte die Bomben gegen Vizepräsident Humphrey“;

„Bild“: „Geplant — Berlin: Bombenanschlag auf US-Vizepräsidenten“;

„Berliner Morgenpost“: „Attentat auf Humphrey von Kripo vereitelt. — EU-Studenten fertigen Bomben mit Sprengstoff aus Peking“.

US-Vizepräsident Hubert Horatio Humphrey wird auf dem Flughafen Tempelhof mit militärischen Ehren empfangen und von den Repräsentanten der Stadt begrüßt. Anschließend fährt Humphrey zum Rathaus Schöneberg, wo er mit dem Regierenden Bürgermeister Heinrich Albertz und dem Parlamentspräsidenten Walter Sickert zusammentrifft. Anschließend trägt sich Humphrey in das Goldene Buch der Stadt ein.

Anlässlich des Empfangs des amerikanischen Vizepräsidenten im Schloß Charlottenburg demonstrieren am Abend ca. 2000 Personen vor dem Schloß. Es kommt zu Handgreiflichkeiten



US-Vizepräsident Humphrey wird von Axel Springer im Berliner Verlagshaus empfangen.

zwischen Anti-Humphrey- und Pro-Humphrey-Demonstranten des RCDS sowie der politischen Polizei in Zivil, die zum erstenmal „Greiferrupps“ einsetzt, die „Störer“ festnehmen sollen. Es werden zehn Personen festgenommen. Bei der An- und Abfahrt Humphreys werden Eier und Mehltüten geworfen, die Transparente und Sprechchöre der Demonstranten richten sich gegen die amerikanische Politik in Vietnam.

Später versammeln sich vor dem Verlagshaus Axel Springer in der Kochstraße mehrere hundert Demonstranten. Als Humphrey um 21.25 Uhr vor dem Springer-Hochhaus eintrifft, wird er in strömendem Regen von den Demonstranten mit Sprechchören „Mörder, Mörder“ und „Vizekiller“ und mehreren Fahnen der FLN und der Demokratischen Republik Vietnam empfangen. Kameralente, die die Demonstranten systematisch filmen, werden von den Studenten als „Spitzel“ beschimpft. Weitere Sprechchöre: „Springer raus aus Westberlin“ und „Albertz auf die Helgoland“ (Die „Helgoland“ ist das Lazarettsschiff des Deutschen Roten Kreuzes in Südvietnam.) Um 22.00 Uhr greifen die Studenten die geparkten Wagen des Humphrey-Konvois mit Steinen und Flaschen an. Mehrere Cadillacs werden beschädigt. Die Polizei geht mit Gummiknüppeln gegen die Studenten vor, die daraufhin ihre Steinwürfe verstärken. Insgesamt werden 24 Studenten festgenommen. Als der Vizepräsident Humphrey um 23.20 Uhr das Springer-Verlagsgebäude verläßt, versuchen ungefähr 200 Studenten erneut sein Auto anzugreifen und mit Murmeln zu bombardieren.

Der Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, verurteilt am Abend in scharfer Form das Verhalten der Demonstranten und kündigt Disziplinarverfahren gegen die beteiligten Studenten an.

Der Bundesrat veröffentlicht den Entwurf zur verfassungsändernden Notstandsverfassung als Drucksache. Folgende Artikel des Grundgesetzes sollen gestrichen oder verändert werden: Art. 10, 12, 53, 59, 65, 73, 115 und 143. (Vgl. Zeittafel-datum vom 28. Februar, 10. März und 3. und 28. April 1967)

Von den elf Mitgliedern der „Kommune 1“ werden drei Studentinnen aus dem „polizeilichen Gewahrsam“ entlassen. Die Pressestelle des Polizeipräsidiums erklärt, daß den drei Studentinnen „eine Tatverbindung zu der Verschwörung nicht mit letzter Sicherheit nachgewiesen“ werden könne. Die acht Studenten werden dem Vernehmungsrichter vorgeführt. Der Rechtsanwalt Horst Mahler (SDS) erklärt, daß Meldungen der West-Berliner Presse, wonach „Teile der vorbereiteten Sprengkörper“ aus der Botschaft der Volksrepublik China in Berlin (DDR) stammten, falsch seien. Zu keiner Zeit habe die Absicht bestanden, Sprengkörper irgendwelcher Art herzustellen. Vielmehr hätten die acht inhaftierten Studenten Chemikalien für „Rauchbomben nach Amsterdamer Provo-Vorbild“ hergestellt, als sie in der Dachkammer des Hauses des Schriftstellers Uwe Johnson in Friedenau von Beamten der Abteilung I verhaftet wurden. Die Beamten hätten außerdem „Plastikbeutel mit Mehl, Buttercreme und Pudding gefüllt“, beschlagnahmt.

## 7. April 1967

Entgegen Artikel 104 des Grundgesetzes, wonach die Polizei aus eigener Machtvollkommenheit „niemanden länger als bis zum Ende des Tages nach dem Ergreifen in eigenem Gewahrsam halten“ darf, setzen trotz des scharfen Protestes von Rechtsanwalt Horst Mahler die Beamten der Abteilung I ihre Vernehmungen „in aller Ausführlichkeit über diesen Zeitpunkt“ hinaus fort.

Der Vernehmungsrichter beim Amtsgericht Tiergarten läßt die acht Mitglieder der „Kommune 1“ erst um 4.20 Uhr morgens wieder auf freien Fuß setzen. Er lehnt es ab, Haftbefehle zu erlassen, die von der Staatsanwaltschaft wegen „Verdachts eines Sprengstoffverbrechens“ beantragt wurden. Der Richter kommt zu der Auffassung, es bestehe „kein dringender Verdacht, daß andere Gegenstände als Rauchentwickler“ hergestellt werden sollten.

Anschließend veranstalten die acht Mitglieder der „Kommune 1“ in Abwesenheit von Rechtsanwalt Mahler eine Pressekonferenz. Sie erklären, daß sie keinen „aggressiven Akt gegen den amerikanischen Vizepräsidenten, sondern nach Vorbild der Amsterdamer Provo-Bewegung einen „Akt der Lächerlichmachung“ geplant hätten. Zu diesem Zweck hätten fünf Kommunitenmitglieder etwa zehn Rauchbomben hergestellt. Mit diesen „Rauchentwicklern“ hätten sie sich und die Polizisten einnebeln wollen, um die Absperrung zu durchbrechen, um an Humphrey heranzukommen. Falls dies möglich gewesen wäre, hätten sie den US-Vizepräsidenten Humphrey mit Mehltüten, Pudding, Joghurt und Buttereremotorten bewerfen wollen. Einer der Mitglieder der „Kommune 1“ (K 1) erklärt, daß allerdings angesichts der „Hysterie“ in West-Berlin die Gefahr bestanden habe, daß die Sicherheitsbeamten eine Schießerei angefangen hätten. Andererseits seien Provo-Aktionen effektiver als traditionelle Demonstrationsformen. Die K 1-Mitglieder protestieren dagegen, daß die Beamten der Abteilung I ohne Hausdurchsuchungsbefehl am 5. März 1967 in die Wohnung von Uwe Johnson eingedrungen seien.

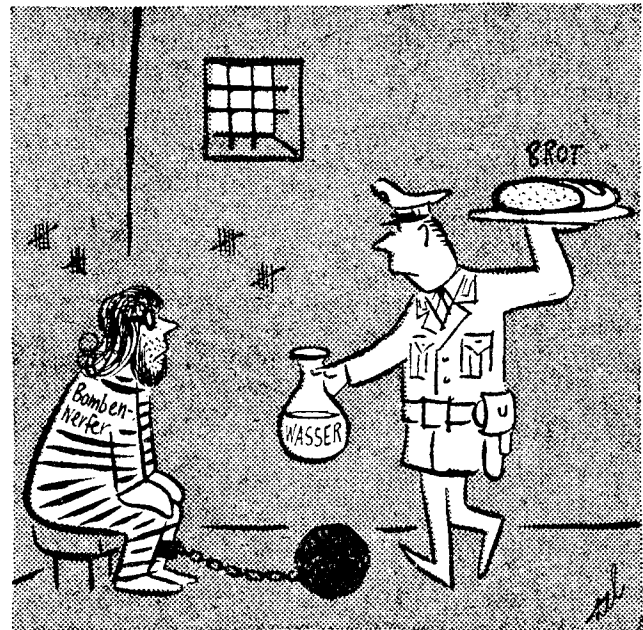
Das „Neue Deutschland“ bringt zwei Artikel zum Humphrey-Besuch: „Humphrey heizt Eskalationspolitik an“ und „Bestellte Provokation des Senats“.

Vgl. Dok. 663

Schlagzeilen der West-Berliner Presse lauten:

„BZ“: „Amerika hält zu Berlin — immer und jederzeit!“;

„Bild“: „Nach dem Attentatsplan der ‚Mao‘-Studenten — Jubel um Humphrey — Polizeischutz wie noch nie“ und „Humphrey im Springer-Haus: ‚Das Morgen gehört uns!‘“; „Berliner Morgenpost“: Leitartikel mit dem Thema „Berlin dankt Humphrey“.



Studentenfutter

Karikatur in „Bild“ vom 7. April 1967.



Der RCDS erklärt in einer Presseerklärung: „Der freundliche Empfang durch die Berliner Bevölkerung hat wieder einmal bewiesen, daß jene lautstarken radikalen Gruppen, die krampfhaft bestrebt sind, eine anti-amerikanische Stimmung zu erzeugen, nur eine verschwindende Minderheit darstellen.“

Die „Vereinigung 17. Juni 1953 e. V.“ fordert ein Verbot des SDS-Landesverbandes Berlin.

Der amtierende Landesvorsitzende der Jungen Union Manfred von Richthofen fordert auf dem Kreisparteiabend der Charlottenburger CDU ein Verbot des SDS im Bundesgebiet und West-Berlin.

Der US-Vizepräsident Hubert Horatio Humphrey trifft in Paris mit dem französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle zusammen. Mehrere tausend Studenten demonstrieren auf den Champs Elysées und der Avenue d'Iéna mit Transparenten und Sprechhören gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam. Die Polizei nimmt 120 Personen vorübergehend fest. 46 Studenten und Polizisten werden bei den Zusammenstößen verletzt. Die Demonstranten holen eine amerikanische Flagge vor der US-Botschaft ein und greifen die amerikanischen Marine-Infanteristen, die die Botschaft bewachen, tätlich an. (Vgl. Zeittafeldatum vom 10. April 1967)

## 8. April 1967

„Bild“ erscheint mit der Schlagzeile „Die Polizei hat sich ein Lob verdient“: „Ein Lob unserer Polizei: für ihren Super-Einsatz beim Humphrey-Besuch gebührt ihr der Dank aller Berliner ... Der zweithöchste Mann Amerikas und mit ihm die Würde des stellvertretenden US-Präsidenten konnten von Randalierenden nicht angetastet werden. ...“ Die „Berliner Stimme“ veröffentlicht einen Leitartikel mit der Überschrift „SDS-Terror“. In dem Artikel der SPD-Wochenzeitung wird Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim scharf angegriffen. Dok. 644

Das „Berliner EXTRA-Blatt“ fordert: „Treten Sie zurück, Herr Polizeipräsident Duensing!“ Die West-Berliner Polizeiführung habe den Senat „vorsätzlich falsch informiert“ und „damit ihre fachliche und politische Unfähigkeit bewiesen“.

Die Landeskonzferenz der Jungen Union wählt Jürgen Wohlrabe (MDA) mit 80 von 111 Stimmen zum neuen 1. Landesvorsitzenden. Wohlrabe erklärt, daß von einer „Minderheit“ bei den „Vorgängen an der FU“ schon längst keine Rede mehr sein könne. Wohlrabe greift den Senator für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Werner Stein, wegen „Untätigkeit“ an und fordert Stein auf, „endlich gegen die linksradikalen Studenten einzuschreiten, um das Ansehen Berlins vor neuem Schaden zu bewahren“. (Vgl. 12. April 1967)

## 9. April 1967

Die „Süddeutsche Zeitung“ bringt einen Artikel mit der Überschrift „Berliner ‚Attentäter‘ auf freiem Fuß — Studenten planten keinen Anschlag auf Humphrey, sagt der Ermittlungsrichter“.

Der Regierende Bürgermeister Heinrich Albertz erklärt, daß er „selbstverständlich“ vom Akademischen Senat der FU erwarte, daß „disziplinarische Maßnahmen von der Universität gegen die ergriffen würden“, die „gegen Bestimmungen des Stragesetzbuches“ verstoßen hätten. Albertz fordert den AStA der FU auf, sich von den elf festgenommenen Studenten (KI-Mitgliedern) zu distanzieren. (Vgl. Zeittafeldatum vom 10. April 1967)

## 10. April 1967

Presseerklärung des AStA der FU zur Aufforderung des Regierenden Bürgermeisters vom Vortage:

„Mit Erstaunen vernimmt der Allgemeine Studentenausschuß der Freien Universität die Aufforderung, sich von denjenigen Studenten zu distanzieren, die bei der Herstellung von Rauchkerzen festgenommen worden sind. Der AStA erklärt, daß er nie die Methoden dieser Gruppe anwenden noch Studenten dazu veranlassen wollte.

Obwohl der AStA die von dieser Gruppe geplante Aktion nicht billigt, muß er dagegen protestieren, daß die Berliner Polizei diese dazu benützte, die Öffentlichkeit durch bewußte Irreführung gegen eine oppositionelle Minderheit aufzuwiegeln.

Protestaktionen sind um so notwendiger, wenn der Regierende Bürgermeister im Namen der Berliner Bevölkerung, gestützt auf falsche historische Darstellung von ‚kommunistischer Aggression‘ sprechend, den amerikanischen Interventionskrieg, der von anderen Schutzmächten Berlins verurteilt wird, ausdrücklich billigt.“

Der SPD-Landesvorstand fordert eine disziplinarische Bestrafung der FU-Studenten, die sich an den Demonstrationen gegen den amerikanischen Vizepräsidenten Humphrey beteiligt haben. Der Landesvorstand bedauert die „Ausschreitungen“ und dankt der Polizei für ihr „schnelles und umsichtiges Eingreifen“. Von den Organen der FU, insbesondere vom Akademischen Senat werde erwartet, daß Studenten, die durch „Terroraktionen den demokratischen Freiheiten und der FU und dem freien Berlin schwersten Schaden zufügen, disziplinarisch belangt und gegebenenfalls von der Universität entfernt werden. ... Für Studentenverbände, die in ihren Reihen Mitglieder dulden, die Polizeiwagen stürmen und demolieren, darf kein Platz mehr an der FU sein“.

Auch ein Vertreter des FDP-Landesvorstands verurteilt „auf das schärfste“ das Vorgehen „jugendlicher Radikalen“ gegen den amerikanischen Vizepräsidenten Humphrey.

Der AStA der FU veröffentlicht eine 21seitige Dokumentation über die Berichterstattung der Pressestelle des Polizeipräsidiums am 5. März 1967 und die Berichterstattung der Berliner Presse „Analyse einer Hysterie — über die Publizität einer verhinderten Protestaktion“. „Über verschiedene Nachrichtenagenturen“ sei die Presseerklärung der Polizeiführung der in- und ausländischen Presse zugeleitet worden: „Die erste Meldung ging von der deutschen Nachrichtenagentur (dpa) nach Nachfrage um 21.23 h heraus, also zu einem Zeitpunkt, da die einzelnen Redaktionen, selbst die der Berliner Tageszeitungen, keine Möglichkeit mehr hatten, den Wahrheitsgehalt dieser Meldung zu prüfen.“

Anschließend dokumentiert der AStA die Berichterstattung der Berliner, bundesrepublikanischen und ausländischen Tagespresse.

Die Londoner „Times“ beschäftigt sich aus Anlaß der Studentendemonstrationen in Berlin und Paris gegen den Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Humphrey mit dem „Phänomen“ des „Anti-amerikanismus“. „Die Amerikaner sind wohlhabend, mächtig und allgegenwärtig ... Nur ein enger Kontakt mit ihnen bringt ihren Idealismus, ihre Großmütigkeit, ihr enormes Verantwortungsgefühl, ihr Bestreben, selbst auf eigene Kosten Gutes zu tun, schließlich ans Tageslicht. Aus der Ferne erscheinen sie manchmal wie eine unbarmherzige Maschine. ... Jene Studenten, die Humphrey beschimpften, hatten viel gemein mit jenen alten Banden in Osteuropa, die zu Pogromen hetzten ... Das traurigste an den Demonstrationen gegen Humphrey aber war ihre Sinnlosigkeit. Selbst wenn man alle Entschuldigungen für die Demonstranten vorbringt, ihre Jugend, ihren Idealismus, ihren Haß auf einen schrecklichen Krieg, die Befriedigung über die Veranstaltung rüden Lärms gegen Ältere und Vorgesetzte — es bleibt ein Rest von Ignoranz und Ziellosigkeit in den Demonstrationen der letzten vierzehn Tage, die ein größerer Anlaß von Sorge für die Europäer als für die Amerikaner sein sollte.“

Der amerikanische Präsident Lyndon B. Johnson begrüßt seinen Vizepräsidenten Humphrey in Washington vor dem Weißen Haus. In einer Begrüßungsrede lobt Johnson die Fähigkeit von Humphrey und erklärt, er sei in Europa die „authentische Stimme Amerikas“ gewesen. Er habe erneut bewiesen, „daß Amerika immer noch die Tochter Europas ist und daß wir fortfahren werden, unseren Teil der Pflichten zu erfüllen“.

## 11. April 1967

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Stud. phil. Christel Dietze wird vom AStA einstimmig als Chefredakteurin des „FU-SPIEGELS“ bestätigt.

1. ordentliche Arbeitssitzung des Senats von Berlin in der neuen Legislaturperiode. Der Senat billigt das Verhalten der Polizei am 5. und 6. April erneut. Nur durch „ihr rechtzeitiges Eingreifen“ seien „einige gegen die öffentliche Ordnung gerichtete Aktionen verhindert“ worden. Außerdem erklärt der Senat, daß das „Recht zur Demonstration in Berlin in keiner Weise eingeschränkt“ sei, daß es aber „tätliche Angriffe gegen Personen und Sachen“ ausschließe. Der Senat diskutiert die Erklärung des AStA der FU vom 10. April 1967. Diese Erklärung, so ein Senatssprecher, „wird zu Fragen an die Studentenschaft führen“. Es würden jetzt „beschleunigt die Immatrikulationsverhältnisse der vorübergehend festgenommenen Studenten“ geprüft. Das Ergebnis werde der Senat von Berlin den Rektoren der FU, TU, PH und den Hochschulbehörden mitteilen. Der Senat von Berlin habe beschlossen, „daß den Hochschulen umgehend die Namen derjenigen Studenten, die bei der Teilnahme an den Vorgängen festgestellt wurden, mitgeteilt und die Hochschulen gebeten werden, die erforderlichen disziplinarischen Maßnahmen zu ergreifen“.

Der Innensenator Rechtsanwalt Wolfgang Büsch erklärt auf einer Pressekonferenz, daß der Senat von Berlin das Demonstrationsrecht nicht einschränken werde. „Mißbräuche“ würde der Senat von Berlin jedoch nicht hinnehmen. Die Studenten hätten am 6. Februar das „Demonstrationsrecht des einzelnen Bürgers gefährdet“ und „ad absurdum geführt“. Aus beschlagnahmten Protokollen gehe hervor, daß diese Studenten sich mit „Partisanenpraktiken vertraut gemacht“ hätten. Büsch empfiehlt den Mitgliedern der „Kommune I“, einmal „auf der anderen Seite der Mauer“ zu demonstrieren. Außerdem behauptet Büsch erneut, die von der politischen Polizei vorgefundenen Chemikalien seien „geeignet, sie zu gefährlichen Sprengkörpern zu verarbeiten“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 6., 7., 9. und 10. April 1967)

## 12. April 1967

Sitzung des Kuratoriums der Freien Universität. Das Kuratorium beschließt, daß im Jahre 1968 die im Haushaltsplan der FU für das Dringlichkeitsprogramm für Institutsbauten eingeplanten Mittel zur Errichtung eines Schnellbaus für das Institut für Theoretische Physik verwendet werden sollen. Sobald die finanziellen Voraussetzungen gegeben sind, sollen für das Institut für Systematische Botanik und Pflanzengeographie und für das Institut für Pharmakognosie Schnellbauten errichtet werden. (Zur Zeit werden für das Institut für Genetik und das Institut für Angewandte Zoologie Schnellbauten errichtet.)

Das Kuratorium nimmt Kenntnis von dem Bericht des Rechnungshofes von Berlin über die Wirtschaftsführung der Studentenschaft für das Rechnungsjahr 1966. Bei der Gegenüberstellung der Studentenzeitschriften „FU-SPIEGEL“ und „Anrisse“ (TU) führt der Rechnungshof die geringe Neigung, im „FU-SPIEGEL“ zu inserieren, auf die „mehr politischen Aspekte“ dieser Zeitung zurück. Dok. 665

Der Vorsitzende des Kuratoriums, der Regierende Bürgermeister Heinrich Albertz, übergibt dem Prorektor, Prof. Dr. Herbert Lüers, eine Liste der am 5. April 1967 zwangsgestellten Personen, in der auch die Namen der beteiligten FU-Studenten enthalten sind. (Gegen die „Kommune I“-Mitglieder werden Disziplinarverfahren eingeleitet.)

Das Kuratorium bewilligt den Haushaltsvorschlag der Studentenschaft in gleicher Höhe wie im Vorjahr. Eine geforderte Erhöhung von DM 47 700,— wird abgelehnt. (Vgl. Zeittafeldatum vom 18. Januar 1967) Dok. 666

Kleine Anfrage des CDU-Abgeordneten Heinrich Lummer im Berliner Abgeordnetenhaus: „Sind nach Auffassung des Senats die für eine wissenschaftliche Tätigkeit geforderte Informiertheit und Differenzierungsfähigkeit gegeben, wenn ein Professor einer Berliner Hochschule das polnische und das Berliner Wahlrecht für gleichermaßen demokratisch bzw. undemokratisch hält? Ist ein so zur Differenzierung unfähiger Professor nach Auffassung des Senats in der Lage, den Berliner Lehrernachwuchs auszubilden?“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 18. März, 29. April, 4. Mai, 5. und 6. Juni und 31. Juli 1967)

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Nach dem Bericht aus der Kuratoriumssitzung über die Streichung der DM 47 700,— wird bekanntgegeben, daß nach Auskunft des persönlichen Referenten des Regierenden Bürgermeisters, Peter Hempel, der Regierende Bürgermeister von der Fraktion gezwungen worden sei, harte Maßnahmen gegenüber den Studenten zu ergreifen.

Presseerklärung des AStA zur Nichtbewilligung der Erhöhung der Zuschüsse um DM 47 700,— zum Haushalt der Studentenschaft durch das Kuratorium.

Dok. 667

Der Landesvorsitzende der Jungen Union, Jürgen Wohlrabe (MdA, CDU), fordert die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, um die „Vorgänge an der Freien Universität restlos zu klären und die antidemokratischen Bestrebungen des SDS aufzudecken“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 8. April 1967)

## 14. April 1967

Wolfgang Ebert glossiert in einem Artikel mit der Überschrift „Pudding-Mörder“ in der Wochenzeitung „DIE ZEIT“ den Einsatz der Berliner Polizei am 5. und 6. April 1967. Dok. 668

Prof. Dr. Ernst Fraenkel schreibt an die Redaktion des „FU-SPIEGELS“ eine Stellungnahme zur geplanten Rezension des Seminars „Zur Theorie der Demokratie (unter Berücksichtigung der neueren amerikanischen Literatur)“. Diese Stellungnahme veröffentlicht die Redaktion zusammen mit der Rezension in der Nr. 57 des „FU-SPIEGELS“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 23. Februar, 2., 19. und 27. April, Mai, 2., 3., 9., 10. und 27. Mai 1967)

## 15. April 1967

„Der Tagesspiegel“ veröffentlicht unter der Rubrik „Die Meinung der Opposition“ einen Artikel von Jürgen Wohlrabe (MdA, CDU) zum Thema „Senat und FU“. „... Zur Verniedlichung besteht kein Anlaß ... Auch läßt sich die Behauptung nicht mehr aufrechterhalten, daß es nur eine verschwindend kleine und uninteressierte Minderheit sei, die hier am Werke ist ... Jede neue Studentengeneration wird so infiziert ...“

Außerordentliche Landesvollversammlung des Berliner SDS. Bericht über die verschiedenen „Jours fixes“ während der Semesterferien, auf denen ein neues „organisatorisches Konzept“ des Landesverbandes diskutiert wurde. (Vgl. Zeittafeldatum vom 4., 8., 15., 22. und 28. Februar 1967)

Die LVV beschließt eine Resolution zur nichtdurchgeführten Aktion der „Kommune I“ gegen den amerikanischen Vizepräsidenten Humphrey: „Akademischer Senat und politische Justiz wissen (ebenso wie der SDS), daß Sabnetorten und Pudding als Wurfgeschosse zumal gegen kugelsichere Automobile, lächerlich sind.“

Dok. 669

## 17. April 1967

Glosse von Otto Köhler im Wochenmagazin „DER SPIEGEL“ unter der Überschrift „Mord“. Köhler glossiert die Berichterstattung der West-Berliner Presse über den „Bombenattentatsplan“ der „Jung-Maoisten“ gegen den US-Vizepräsidenten Humphrey.

Dok. 670

## 18. April 1967

Immatrikulationsabend der ESG zum Thema „Der Kampf um die Einheit der evangelischen Kirche in Deutschland“. Referent ist Prof. D. Martin Fischer.

## 19. April 1967

Der Rektor der FU fordert den AStA in ultimativer Weise auf, bis zum 26. April 1967 um 17.00 Uhr mitzuteilen, daß keine Seminarrezensionen veröffentlicht werden.

Ordentliche Sitzung des Akademischen Senats der FU. Der Rektor mißbilligt die Veröffentlichung der Tagesordnung des Akademischen Senats auf den Flugblättern des AStA, die für 18.00 Uhr zu einer Veranstaltung aufruft. Der Akademische Senat beschließt, die Punkte der Tagesordnung abweichend von der angegebenen Reihenfolge zu behandeln.

Als ständiger Gast soll zu den Beratungen des Verfassungsausschusses ein gemeinamer Vertreter der Akademischen Räte und Assistenten zugezogen werden.

Prof. Dr. Ernst Fraenkel beantragt „Schutz vor Angriffen in studentischen Publikationen“: „Da die Redaktion des ‚FU-SPIEGEL‘ mir schriftlich mitgeteilt hat, daß sie gegen meinen Willen eine ‚Rezension‘ des von mir abgehaltenen Forschungsseminars zu publizieren beabsichtige, sehe ich mich gezwungen, den Hohen Senat als Dienstbehörde und als oberstes Organ der autonomen Körperschaft ‚Die Freie Universität Berlin‘ zu bitten, die Studentenschaft dahingehend zu belehren, daß die Veröffentlichung der geplanten Rezension universitätswidrig ist.“ Prof. Fraenkel begründet seinen Antrag damit, daß Forschungsseminare nicht nur „hinter geschlossenen, sondern schalldichten Türen“ stattfänden. Dies entspreche einer „mehr als hundertjährigen Tradition an deutschen Universitäten“. Falls der „vertrauliche Charakter“ seines Forschungsseminars von der Redaktion des „FU-SPIEGELs“ nicht respektiert werde, bitte er den Hohen Senat, der Studentenschaft zu eröffnen, daß für den „Fall der Mißachtung und der Verletzung der mir verfassungsmäßig zustehenden Freiheit der Lehre und Forschung die geeigneten Mittel gegen die Studentenschaft und ihre Organe bzw. Einrichtungen in die Wege geleitet werden, um zu verhindern, daß die in der Universitätsordnung eingeschlossene Lehr- und Forschungsfreiheit der Lehrstuhlinhaber beeinträchtigt wird“.

Der Akademische Senat beschließt den „besonderen Charakter“ von Forschungsseminaren; Seminarberichte dürften „unter Vertrauensbruch“ nicht veröffentlicht werden. (Vgl. Zeittafeldatum vom 23. Februar, 2., 14. und 27. April, Mai, 2., 3., 9., 10. und 26. Mai 1967)

Zur Förderungswürdigkeit des SDS beschließt der Akademische Senat bei drei Gegenstimmen, zunächst eine Stellungnahme der SDS-Gruppe an der FU einzuholen. Die Beratung wird durch die Ereignisse während der parallel laufenden studentischen Versammlung mehrmals unterbrochen.

Der von Prof. Dr. Wolfgang Wetzel gestellte Antrag auf Rücktritt des Akademischen Senats und des Rektors wird abgelehnt.

Ab 18.00 Uhr: Informationsveranstaltung des AStA der FU zu den Themen: „1. Kürzung des AStA-Haushaltes um DM 47 700,—, 2. das mögliche Verbot von Seminarrezensionen, 3. die mögliche Aberkennung der Förderungswürdigkeit des SDS und 4. die Einleitung von Disziplinarmaßnahmen aufgrund von schwarzen Listen, die der Regierende Bürgermeister dem Rektor übergeben

hat. Über die Punkte 2 bis 4 berät gleichzeitig der Akademische Senat.“

Ca. 2000 Studenten sind zu Beginn der Veranstaltung im Auditorium maximum versammelt. Der AStA-Vorsitzende Hartmut Häußermann weist in seiner Eröffnungsansprache darauf hin, daß der AStA keine Bedenken habe, zu einem späteren Zeitpunkt in die Halle des Henry-Ford-Baus zu ziehen, um dort Buster-Keaton-Filme zu zeigen, was der Rektor verboten hatte. Die Veranstaltung solle mindestens bis zum Ende der Sitzung des Akademischen Senats dauern.

Während der Veranstaltung werden einige Grußtelegramme verlesen, u. a. von Prof. D. Helmut Gollwitzer: „Eine Suppe braucht Salz. Eine FU den SDS. Sonst wechselt der Schah Berlin mit Teheran.“

Es sprechen u. a. der Konventsvorsitzende Wolfgang Lefèvre (SDS, AC), Rechtsanwalt Horst Mahler (SDS) und der Schriftsteller Reinhard Lettau. Lettau erklärt: „Nirgendwo in der Welt außer in West-Berlin ist es ein Geheimnis, daß der Polizeipräsident Duensing hysterisch ist... In der ganzen Welt, außer in West-Berlin, weiß man, daß die hiesige Presse polizeihörig und servil ist.“ Dok. 671

Gegen 21.00 Uhr erfahren die Studenten, daß auf Antrag Prof. Fraenkels „Forschungsseminare“ auf Beschluß des Akademischen Senats von öffentlicher Kritik ausgeschlossen sein sollen. Sollte der „FU-SPIEGEL“ die „Fraenkel-Rezension“ dennoch bringen, drohten ihm „schwerwiegende Maßnahmen“. Um etwa 22.00 Uhr versucht der 2. AStA-Vorsitzende als Delegierter der Studenten in den Sitzungssaal des Akademischen Senats zu gelangen, um weitere Ergebnisse zu erfahren; er wird jedoch am Betreten des Saals gehindert.

In der Pause der Veranstaltung sollen die Studenten mit Beat und Lyrik in der Vorhalle des Henry-Ford-Baus unterhalten werden, was jedoch nicht möglich ist, da die Verwaltung den Strom abschaltet. Der 2. AStA-Vorsitzende Bernhard Wilhelmer, der Konventsvorsitzende Wolfgang Lefèvre (SDS) und Rudi Dutschke (SDS) fordern die Studenten auf, die Veranstaltung als Protestdemonstration gegen Rektor und Senat in der Halle fortzusetzen.

Gegen 22.30 Uhr fordert der Rektor den 1. AStA-Vorsitzenden Hartmut Häußermann unter Hinweis auf sein Hausrecht auf, die Veranstaltung wieder in das Auditorium maximum zurückzuverlegen und um 23.00 Uhr zu beenden. Der AStA-Vorsitzende lehnt das ab mit der Begründung, die Studenten hätten in demokratischer Abstimmung beschlossen, in der Halle zu bleiben.

Nachdem die studentischen Senatssprecher Peter Dehn und Peter Damerow die Drohung des Akademischen Senats bekanntgegeben haben, die Versammlung durch die Polizei aufzulösen und ein Disziplinarverfahren gegen den AStA-Vorsitzenden einzuleiten und dieser vom Rektor darauf hingewiesen wurde, daß er allein die Konsequenzen zu tragen habe, beendet der AStA-Vorsitzende die AStA-Veranstaltung und fordert die Studenten auf, nach Hause zu gehen. Die noch versammelten ca. 2000 Studenten beschließen jedoch die Weiterführung der Versammlung als sit-in und wählen den AStA-Vorsitzenden und den ehemaligen AStA-Vorsitzenden Knut Nevermann zu Versammlungsleitern. Der Konventsvorsitzende Wolfgang Lefèvre (SDS), das Kommune-1-Mitglied Ulrich Enzensberger (SDS), der ehemalige AStA-Vorsitzende Knut Nevermann (SPD), Rudi Dutschke (SDS) und der AStA-Vorsitzende Hartmut Häußermann (SHB) halten kurze Redebeiträge. Der Akademische Senat veranlaßt die studentischen Sprecher Peter Dehn und Peter

Damerow, ihren Einfluß auf die Versammlung geltend zu machen, die Protestversammlung zu beenden, da sonst ein Polizeieinsatz erfolgen müsse. Die Aufforderung der studentischen Sprecher wird mit Lachen und Mißfallenskundgebungen aufgenommen.

Der Akademische Senat vertagt sich auf den 3. Mai und wiederholt die Drohungen von Polizeieinsatz und Disziplinarverfahren.

Um 23.45 Uhr erscheinen der Rektor und der Akademische Senat vor den Studenten. Der Rektor teilt dienstlich mit, daß die Halle zu räumen sei, eine weitere Stellungnahme lehnt er ab. Die Studenten protestieren. Knut Nevermann fordert sie auf, in der Halle sitzen zu bleiben und passiven Widerstand gegen den zu erwartenden Polizeieinsatz zu leisten. Er gibt die Versammlungsleitung ab.

Gegen 23.50 Uhr fordert der Rektor telefonisch Polizeieinsatz an, der unmittelbar danach mit 70 Polizisten beginnt. Nachdem von den ca. 1000 Studenten bis 0.10 Uhr ca. 100 hinausgetragen worden sind, wird der Einsatz auf Aufforderung des Polizeipräsidenten abgebrochen. Die Studenten kehren in die Halle zurück und setzen das Sit-in fort. Es wird beschlossen, parallel zur nächsten Senatssitzung am 3. Mai 1967 sich wieder zu versammeln. Gegen 1.00 Uhr wird das Sit-in von den Versammlungsleitern beendet. Mehrere Studenten säubern die Halle des Henry-Ford-Baus und übergeben dem Hausmeister eine Vergütung für die Überstunden.

Tod des ehemaligen Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland Dr. Konrad Adenauer.

#### 20. April 1967

Presseerklärung des AStA: „Zum erstenmal in der Geschichte der FU wurde gestern der Versuch unternommen, eine Diskussion von Studenten durch das Eingreifen der Polizei beenden zu lassen.“ Der AStA sieht in dem sit-in den Ausdruck eines demokratischen Protestes gegen die Kürzung des Haushalts der Studentenschaft, gegen das Verbot der Vorlesungskritiken und gegen das beabsichtigte Verbot des SDS.

Der Senator für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Werner Stein, der Senator für Inneres, Rechtsanwalt Wolfgang Büsch, und der Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber beraten die Lage an der FU. Anschließend veröffentlicht der Rektor eine Presseerklärung: „Am 19. April 1967 gegen 22.00 Uhr, wenige Stunden nach dem Ableben Altbundeskanzlers Dr. Adenauer, veranstalteten mehrere hundert Studenten, aufgeputscht von ‚Kommunemitgliedern‘ und sympathisierenden Studentenfunktionären unter Anführung des Vorsitzenden Häußermann, seines Amtsvorgängers Nevermann und des Konventsvorsitzenden Lefèvre in der Halle des Henry-Ford-Baus ein sogenanntes ‚sit-in‘. Lautstark protestierten sie gegen die Beschneidung ihrer ‚demokratischen Rechte‘, gegen die ‚Bürokratie‘, die ‚Hysterie der Berliner Presse und Bevölkerung‘ und gegen die staatliche Ordnung schlechthin. Mitglieder der ‚Kommune‘ entrollten ‚chinesische Wandzeitungen‘.“

Der Senator für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Werner Stein, bedauert in einer Presseerklärung, daß sich eine studentische Veranstaltung im Henry-Ford-Bau am 19. April 1967 „in Formen abgespielt hat, die den dringenden Verdacht disziplinarrechtlich zu ahndender Handlungen ergeben“. Der Senator teilt der Presse mit, daß er deshalb „im Rahmen seiner Rechtsaufsicht über die FU“ den Rektor der FU und den AStA-Vorsitzenden aufgefordert habe, über den Verlauf der studentischen Protestaktion zu berichten.

Amerikanische Düsenbomber greifen das Stadtzentrum der vietnamesischen Hafenstadt Haiphong an und zerstören das

Elektro Kraftwerk. 44 Menschen kommen ums Leben und 117 erleiden zum Teil schwere Verletzungen.

#### 21. April 1967

Der Regierende Bürgermeister Heinrich Albertz diskutiert in getrennten Konferenzen mit dem Rektor der FU und den Fraktionsvorsitzenden der SPD, CDU und FDP im Abgeordnetenhaus über die „zugespitzte Situation“ an der FU. Die Gesprächspartner sind sich darin einig, daß „weitere rechtswidrige Maßnahmen“ der Studenten disziplinarische Folgen haben müßten. Rechtswidrig sei es z. B., wenn sich die Studenten weigerten, Beisitzer für den Disziplinarausschuß zu benennen. Der Senator für Wissenschaft und Kunst könne in einem solchen Fall in die Universitätsordnung eingreifen, um den Disziplinarausschuß wieder arbeitsfähig zu machen. Weitere Themen der Unterredung sind: die neue Universitätsatzung und Verhandlungen zwischen Akademischem Senat, Rektor und Regierendem Bürgermeister.

Der Landesvorstand der Berliner CDU erklärt in einer Presseerklärung, daß es nun „offenkundig“ geworden sei, daß einige „linksextreme Gruppen“ versuchten, die an der FU „bestehende Rechtsordnung bewußt zu zerstören“. Deshalb müsse der Senat von Berlin Maßnahmen ergreifen, um die „Autonomie der Universität und die studentische Mit- und Selbstverwaltung zu sichern und die Arbeitsfähigkeit der wissenschaftlichen Einrichtungen an der FU zu gewährleisten. Hierzu sei das „Eingreifen des Gesetzgebers umgehend notwendig“. Die „unanfechtbare Entscheidungsgewalt“ von Rektor und Akademischem Senat für alle Angelegenheiten der Universität müßte klargestellt werden. Die Entscheidung über die Förderungswürdigkeit studentischer und politischer Gruppen gehöre in die alleinige Zuständigkeit des Akademischen Senats; das Hausrecht stehe dem Rektor allein zu, die Disziplinargewalt müsse aufrechterhalten bleiben, und das Gelände sei gegebenenfalls durch Schaffung einer Bannmeile zu schützen.

Der Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, kündigt fristlos bzw. verweigert die Verlängerung der Beschäftigungsverhältnisse der beiden AStA-Vorsitzenden Hartmut Häußermann und Bernhard Wilhelmer und des Konventsvorsitzenden Wolfgang Lefèvre.

Vgl. Dok. 672

Militärputsch in Griechenland. Oberst Georgios Papadopoulos und eine rechtsradikale Offizierschique lassen in den frühen Morgenstunden Panzer vor dem Parlament, dem königlichen Palast, allen Regierungsgebäuden, den Rundfunkstationen und den Post- und Telegrafämtern auffahren. Sofort nach dem Putsch werden alle Zeitungsredaktionen von Soldaten besetzt und die schon gedruckten Exemplare der Morgenzeitungen beschlagnahmt. Es finden massenhafte Verhaftungen statt. Schon am Abend sind die meisten Politiker der Opposition und der gestürzten Regierung verhaftet. Die Regierungsvertreter werden im Hilton-Hotel und die Zentrumsmitglieder im Ministerium der nationalen Verteidigung interniert.

(In den folgenden Tagen werden ungefähr 6000 politische Gefangene in das Konzentrationslager auf der Insel Jaros deportiert oder auf anderen Inseln und in kleinen Dörfern weit entfernt vom griechischen Festland isoliert. U. a. werden auch der fast 80jährige ehemalige Ministerpräsident Georgios Papandreu und sein Sohn Andreas Papandreu verhaftet.) (Vgl. Zeittafeldatum vom 23. und 29. April und 2., 4., 9., 22. und 25. Mai 1967)

Der 1. Vorsitzende des Vereins griechischer Studenten und Akademiker in Berlin, Elias Katsoulis, ruft die Studentenschaft der FU auf, sich „solidarisch mit dem Kampf der griechischen Kommilitonen gegen die errichtete königliche bzw. faschistische Diktatur in Griechenland zu erklären“.

Dok. 673

Stellungnahme von Dr. Walter Kirchner im RIAS Berlin: Dr. Kirchner stellt die Wirksamkeit von Verwaltungsakten und Verboten gegen das politische Engagement von Studenten in Zweifel. Rektor und Senat hätten dieses Mal gegen das Prinzip verstoßen, daß nur das Argument Geltung haben sollte.

Dok. 674

4. ordentliche Sitzung des 19. Konvents der FU. Der Konvent nimmt den Antrag des AStA zur Situation in Griechenland an. Die Studentenschaft verurteilt den Staatsstreich und die Errichtung einer Militärdiktatur. Der Konvent fordert die Bundesregierung auf, der Militärjunta die Anerkennung zu verweigern und für die Wiedereinführung demokratischer Verhältnisse einzutreten. Er erklärt sich „solidarisch mit dem Kampf des griechischen Volkes gegen die weitere Entdemokratisierung und die Verweigerung sozialer Reformen in Griechenland“. Der Konvent fordert zu Demonstrationen der Studenten und der Öffentlichkeit auf.  
Dok. 675

#### 22. April 1967

Die „Bild“-Zeitung berichtet über die Konferenzen des Regierenden Bürgermeisters Heinrich Albertz am 21. April 1967 unter der Überschrift „Rabat-Studenten soll es an den Kragen gehen“.  
Dok. 676

Außerordentliche Sitzung des Akademischen Senats der FU. Der Rektor gibt einen Bericht über seine Verhandlungen seit dem 19. April 1967. Dazu beschließt der Akademische Senat gegen die Stimmen der beiden studentischen Mitglieder absolute Vertraulichkeit. Als Ergebnis seiner Gespräche mit den Senatoren für Inneres, Wissenschaft und Kunst und dem Regierenden Bürgermeister habe sich ergeben: 1. Die Universität müsse alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel gegen die einzelnen Studenten, „die die Ordnung stören“, einsetzen, 2. bei zu geringem Erfolg müsse das gleiche gegen Gruppen und Organe an der Universität geschehen, 3. falls das nicht ausreiche, sei mit staatlichem Eingriff zu rechnen. Der Rektor gibt seine bisherigen Maßnahmen (Einleitung von Disziplinarverfahren, Kündigung von Beschäftigungsverhältnissen) bekannt. Die studentischen Vertreter im Akademischen Senat cand. phil. Peter Dehn und stud. rer. Peter Damerow erklären, daß sie an der Sitzung nicht weiter teilnehmen könnten, bleiben aber nach Vermittlung des Dekans der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät, Prof. Dr. Karl Peter Grote-meyer. Der Antrag des studentischen Sprechers Peter Dehn, der Senat möge die Kündigung der Beschäftigungsverhältnisse mißbilligen, wird abgelehnt.

Der Rektor teilt öffentlich mit, daß er gegen die Studenten Hartmut Häußermann (1. AStA-Vorsitzender), Bernhard Wilhelm (2. AStA-Vorsitzender), Wolfgang Lefèvre (Konventsvorsitzender), Knut Nevermann (Ältester des Konvents) und Rudi Dutschke wegen der Teilnahme am sit-in vom 19. April 1967 Disziplinarverfahren eingeleitet habe. (Die Disziplinarverfahren können zunächst nicht durchgeführt werden, weil die studentischen Beisitzer durch Fernbleiben die Arbeit der Disziplinarausschüsse blockieren.)

#### 23. April 1967

Wilfried Ahrens und Sepp Ebelseder berichten in der Illustrierten „Stern“ über die Kommune 1 und den Berlin-Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten: „Die Schaumschläger vom Kurfürstendamm“. Bildtext unter einer zweiseitigen Bilddokumentation des Polizeieinsatzes am 6. April 1967: „2000 Studenten randalieren gegen die US-Politik in Vietnam.“ „5500 Polizisten schlugen zurück.“

Der 1. Vorsitzende des „Vereins griechischer Studenten und Akademiker, Berlin“, Elias Katsoulis, appelliert in einem offenen Brief an die Studenten der FU, ihre Aktivitäten, eine Anerkennung der dem griechischen Volke „aufgezwungene Regierung“ zu verhindern. „Eines steht trotz aller Widersprüche fest: Griechenland ähnelt einem Heereslager!

Selbst die faschistisch-königliche Diktatur mußte zugeben, daß allein in der Stadt Athen mit Piraeus Konzentrationslager errichtet wurden, wo nach Meldungen von gestern vormittag 8500 griechische Offiziere, politische Persönlichkeiten und andere demokratisch gesinnte Griechen gefangengehalten werden.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 21. April 1967)  
Dok. 713

#### 24. April 1967

„Bild“ berichtet über die Sitzung des Akademischen Senats vom 22. April 1967 unter der Überschrift „FU-Randalierer verloren fristlos bezahlte Ämter“.

Der Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, teilt der Chefredakteurin des „FU-SPIEGELS“, Christel Dietze, und dem 1. AStA-Vorsitzenden Hartmut Häußermann den Beschluß des Akademischen Senats vom 19. April 1967 zur Frage der „Seminarrezension“ mit und bittet gleichzeitig um Bestätigung.

Der Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, fragt den SDS-Landesvorstand, ob die „geplanten Aktionen“ anlässlich des Humphrey-Besuches „vom Vorstand und politischen Beirat des SDS vorher diskutiert und gebilligt“ worden seien, und ob sich der Landesvorstand von dem Verhalten der Demonstranten distanzieren und die „Mitglieder aufgrund ihres Verhaltens“ von ihren Rechten suspendiert habe. Der Brief wird vom SDS — zusammen mit der Antwort — am 3. Mai 1967 als Flugblatt verteilt. (Vgl. Zeittafeldatum vom 2. und 5. Mai 1967)

Dok. 677

Die RCDS-Hochschulgruppe an der FU wählt auf ihrer Mitgliederversammlung stud. jur. Jürgen Bernd Runge zum neuen Vorsitzenden. Stellvertretender Vorsitzender wird stud. jur. Benno Enker. Der neue Vorstand erklärt in einer Presseerklärung, daß er eine „harte, aber konstruktive Oppositionspolitik an der FU betreiben will, mit dem Ziel, einer weiteren Radikalisierung der Studentenschaft entgegenzutreten.“

Vorbesprechung für einen neuen Arbeitskreis des Argument-Clubs zum Thema „Probleme der Jugendsoziologie in Ost und West“. Die Leitung hat Erik Nohara.

#### 24.—26. April 1967

„Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas“ in Karlovy Vary (Karlsbad) in der CSSR. Die Vertreter verabschieden eine Erklärung „Für den Frieden und die Sicherheit in Europa“, in der es u. a. heißt: „Die aggressive Konzeption des Kalten Krieges, der Mythos von der ‚kommunistischen Aggression‘, der von den USA zur Rechtfertigung ihrer Hegemonie in Europa benutzt wird, erlitt ein Fiasko. Der aggressive Kurs des Imperialismus in Europa wurde zunichte gemacht, die aktive Außenpolitik der sozialistischen Länder, durch die konsequente Anwendung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen... Die Kommunisten und Arbeiterparteien Europas unterbreiten der öffentlichen Meinung und allen interessierten politischen und gesellschaftlichen Kräften ein Aktionsprogramm für die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit zur Erörterung... Dies setzt vor allem voraus, daß von allen europäischen Ländern die reale Lage respektiert wird, wie sie sich nach dem Kriege entwickelt hat. Das bedeutet: die Anerkennung der Unantastbarkeit der bestehenden Grenzen in Europa und insbesondere der Grenze an Oder und Neiße sowie der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten. Die Anerkennung der Existenz freier souveräner und gleichberechtigter deutscher Staaten: der Deutschen Demokratischen Republik und der westdeutschen Bundesrepublik... Anerkennung, daß das Münchner Diktat vom Augenblick seines Abschlusses an ungültig ist...“

#### 25. April 1967

Aufruf des Rektors der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, und des Akademischen Senats an die Studenten

der Freien Universität Berlin zur Wiederherstellung der Ordnung.

Dok. 678

1. Sitzung des „Marx-Engels-Seminars“ im Argument-Club. Leitung: Dr. Wolfgang Fritz Haug. (Verschiedene Teilnehmer hatten vorher an der Übung „Zur Theorie des Marxismus-Leninismus“ im Osteuropa-Institut im Sommersemester 1966 und im Wintersemester 1966/67 unter Leitung von Dr. Klaus Meschkat [SDS] teilgenommen.)

Immatrikulationstee des SHB zum Thema „Zur Situation des SHB in Hochschule und Gesellschaft“. Referenten sind: Hartmut Häußermann (1. AStA-Vorsitzender) und Rudolf Kollmann (stellvertretender Bundesvorsitzender des SHB).

Informationsabend für Neuimmatrikulierte des LSD zum Thema „Fragen der Außen- und Deutschlandpolitik“.

## 26. April 1967

Sitzung der Philosophischen Fakultät der FU. Die Fakultät beschäftigt sich mit dem Gutachten Prof. Dr. Hans Knudsen zu einer theaterwissenschaftlichen Arbeit (Prof. Knudsen hatte das Prädikat „magna cum laude“ vorgeschlagen, der zweite Gutachter, Prof. Dr. Fritz Eberhard, hatte das Prädikat „rite“ und in einem Zusatzgutachten hatte Professore Dr. Fritz Baumgart die Ablehnung der Arbeit beantragt. Dem schloß sich Prof. Dr. Peter Szondi an.) Die Diskussion fördert schwere Angriffe gegen Prof. Knudsen zutage. Auf Vorschlag des Dekans wird eine Kommission benannt. (Vgl. Zeitfeldatum vom 20. Dezember 1964, 12., 17., 24. und 27. Februar, 28. und 29. März, 1. April und 11. Juli 1965, 20. Juni, Dezember und 8. Dezember 1966 und 10. Mai 1967)

Die Fakultät diskutiert die Frage der Forschungsseminare. Der studentische Sprecher erklärt, der AStA wolle eine Klärung, deshalb würde diese Seminarkritik des Seminars von Prof. Fraenkel veröffentlicht, es gäbe Kreise, die aus dem Berliner Modell „aussteigen“ wollten.

In der Diskussion über die Einleitung der Disziplinarverfahren und Kündigung der Beschäftigungsverhältnisse weist Prof. D. Helmut Gollwitzer daraufhin, daß trotz mancher „nicht glücklicher“ Entscheidungen des Akademischen Senats dieser oder die Rektoren niemals Selbstkritik geübt hätten. Obwohl es Pflicht des Akademischen Senats gewesen wäre, gegen die „systematische Stimmungsmache“ der Presse etwas zu unternehmen und sich vor die Studenten zu stellen, habe man die Förderungswürdigkeit des SDS auf die Tagesordnung gesetzt. Der Rektor Prof. Lieber erklärt, er wisse nicht, wie lange er Herr der Lage sei, es hänge alles vom guten Willen der Studenten ab, auf den Boden der Legalität zurückzukehren.

Dok. 679

Der Senator für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Werner Stein (SPD), der Senator des Inneren, Rechtsanwalt Wolfgang Büsch (SPD), und der Senator für Justiz, Hans-Günter Hoppe (FDP), veröffentlichen eine gemeinsame Presseerklärung: „Die Senatoren appellieren dringend an die Studenten, im Interesse der FU und ihrer Entwicklung die darauf beruhende, von der Studentenschaft selbst gesetzte Satzung zu beachten, damit weitere Schritte nicht erforderlich sind.“

Außerordentliche Sitzung des 19. Konvents der FU. Der Konvent beschließt: „Der Konvent spricht den beiden AStA-Vorsitzenden Häußermann und Wilhelmer, dem Konventsvorsitzenden Lefèvre und dem Ältesten Nevermann das Vertrauen aus hinsichtlich ihres Engagements auf dem Sit-in am 19. 4. 1967. Der Konvent protestiert gegen die im Zusammenhang mit dem Sit-in eingeleiteten Disziplinarverfahren.“

Der Konvent beschließt eine Urabstimmung der Studentenschaft über diesen Konventsbeschluß. (Vgl. Zeitfeldatum vom 3., 5. und 9. Mai 1967)

Dok. 680

Der Konvent beauftragt den Herausgeber und den Chefredakteur des „FU-SPIEGELS“, das Erscheinen der Nr. 57, Mai 1967, in der ursprünglich vorgesehenen Form sicherzustellen (d. h. mit Seminar-Rezensionen).

## 27. April 1967

Kommentar des „Neuen Deutschlands“ zum vorbereiteten „Stufenplan“ des Akademischen Senats und des Regierenden Bürgermeisters für die FU.

Dok. 681

Der Rektor der FU teilt der Rechtsaufsichtsbehörde der FU, der Senatsabteilung für Wissenschaft und Kunst, in einem Brief mit, daß der vom AStA der FU herausgegebene „FU-SPIEGEL“ beabsichtige, durch die Veröffentlichung einer Rezension des Seminars „Zur Theorie der Demokratie (unter Berücksichtigung der neueren amerikanischen Literatur)“ von Prof. Dr. Ernst Fraenkel gegen den Beschluß des Akademischen Senats vom 19. April 1967 zu verstoßen. Forschungsseminare hätten einen besonderen Charakter: „Ihre Verhandlungen sind vertraulich, da sonst die offene Aussprache unmöglich gemacht wird. Ein unter Vertrauensbruch verfaßter oder erlangter Seminarbericht darf daher nicht veröffentlicht werden, auch nicht in einer Publikation der Studentenschaft.“ (Vgl. Zeitfeldatum vom 23. Februar, 2., 14. und 19. April, Mai, 2., 3., 9., 10. und 26. Mai 1967)

In der Diskussion des Abgeordnetenhauses von Berlin über die Regierungserklärung des Regierenden Bürgermeisters Heinrich Albertz vom 13. April 1967 kritisiert der CDU-Abgeordnete Jürgen Wohlrabe, daß die Regierungserklärung sich nicht mit „studierenden Radaubrüdern“ beschäftige. „Die Diktatur der Minderheit, die seit zwei Jahren die Stadt terrorisiert, muß weg.“ Wohlrabe fordert ein „Demonstrationsverbot für die Zoo-Gegend“, „ein Demonstrationsverbot bei Staatsbesuchen“, die Bestrafung der „Rädelsführer“ und ein „Feststellungsverfahren“, ob der SDS und andere studentische Hochschulgruppen als „undemokratische Organisationen zu verbieten“ seien. In seiner Antwort erklärt der Senator für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Werner Stein, daß er die Vorschläge des Abgeordneten Wohlrabe nicht billige, weil sie „autoritär“ seien und neue Polizeimaßnahmen bedeuten würden. Durch eine „verschlechterte Atmosphäre“ könne die FU nur Schaden leiden. Die Studenten irrten, wenn sie meinten, Unruhe sei eine Voraussetzung für Änderungen.

## 28. April 1967

Kommentar der „Bild“-Zeitung zur Urabstimmung „Radau-Universität: soll es dabei bleiben? Nein! — DIE ROTE GARDE: Polit-Gammler“. „Bild“ warnt die FU-Studenten: „Die Drahtzieher sitzen jenseits der Mauer. In der chinesischen Botschaft in Ost-Berlin. Von ihr erhalten die ‚Rotgardisten‘ immer neues Propagandamaterial für ihre zahllosen Flugblätter — und Regieanweisungen.“

RCDS-Flugblatt über die außerordentliche Konventssitzung vom 26. April 1967. Die RCDS-Hochschulgruppe spricht dem AStA, der „sich zum Handlanger der SDS-Politik gemacht hat“, sein Mißtrauen aus und fordert die Studenten auf, bei der Urabstimmung in der ersten Maiwoche, „auf dem Weg der direkten Demokratie gegen jede Radikalität“ zu votieren. „Wir wollen Reform, nicht Revolution.“

Dok. 682

13.00 Uhr: Gemeinsame Vollversammlung der Philosophischen und der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät im Auditorium maximum der FU. Tagesordnung: Vorlesungsrezensionen im FU-SPIEGEL, Urabstimmung und Bericht über die Debatte im Berliner Abgeordnetenhaus am 27. April 1967.

Die Vollversammlung fordert die Studenten der Philosophischen und der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät auf, dem AStA das Vertrauen auszusprechen. Anschließend fordert die Vollversammlung die Studenten der FU auf, während der Sitzung des Akademischen Senats am 3. Mai 1967 sich im Henry-Ford-Bau zu versammeln.

14.00 Uhr: dreistündige, zeitweilig turbulente Vollversammlung der Juristischen Fakultät der FU. Die Fachschaftssprecher empfehlen der VV, eine „bewußte und gewollte Demontage des Berliner Modells durch eine radikale Minderheit“ zu verhindern und dem AStA bei der Urabstimmung in der ersten Maiwoche nicht das Vertrauen auszusprechen. Die VV nimmt folgende Empfehlung an: „Die VV der Juristischen Fakultät ist besorgt über die Situation an der Freien Universität. Sie nimmt insbesondere Kenntnis von der laufenden Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Professoren und Studenten. Grundlage des Universitätslebens kann nur eine sachgerechte und gute Zusammenarbeit aller Bürger der Universität sein... Die Vollversammlung empfiehlt allen Kommilitonen der Juristischen Fakultät, das Ansinnen des AStA, ihm das Vertrauen auszusprechen, nicht zu unterstützen.“

Vollversammlung der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der FU. Auf Anregung von Prof. Dr. Konrad Littmann spricht sich die VV für einen „Burgfrieden“ zwischen dem Akademischen Senat, dem Rektor und der Studentenschaft der FU aus: „Der Rektor zieht die repressiven Maßnahmen gegen die Studentenvertreter zurück. Damit wird die Urabstimmung überflüssig. Das Sommersemester wird statt zum Semester der Eskalation zum Semester der Studien- und Hochschulreform.“ Die VV lehnt ein neues Sit-in am 3. Mai 1967 im Henry-Ford-Bau ab.

Vollversammlung der Veterinärmedizinischen Fakultät der FU. Die VV unterstützt die Empfehlungen der Juristischen Vollversammlung und beschließt außerdem folgende Resolution: „Der AStA und der Konvent der FU besitzen nicht mehr das Vertrauen der Studentenschaft der Veterinärmedizinischen Fakultät.“ Die VV fordert „Neuwahlen zum Konvent“.

Der Bundesrat billigt die geplante verfassungsändernde Notstandsgesetzgebung. (Vgl. Zeittafeldatum vom 28. Februar, 10. März und 3. und 6. April 1967)

## 29. April 1967

In einer vertraulichen außerordentlichen Sitzung der Fakultätsvertretungen und des Akademischen Senats informieren Rektor Prof. Lieber und Senator Prof. Stein rund 500 Professoren, Dozenten, Assistenten und Studenten über die „Vorfälle an der FU im Zusammenhang mit dem Sit-in vom 19. April 1967“. Der Rektor läßt den Text seiner Rede am 2. Mai 1967 als Flugblatt (Auflage 10 000) auf dem Gelände der FU verteilen.

Sitzung des SPD-Arbeitskreises „Hochschulpolitik“. In Gegenwart der Senatoren Rechtsanwalt Wolfgang Büsch (Inneres) und Prof. Dr. Werner Stein (Wissenschaft und Kunst) entwickeln mehrere Professoren, Assistenten und SHB-Mitglieder ein „langfristiges Programm“, um die Konflikte zwischen der Studentenschaft und dem Akademischen Senat von Berlin zu entschärfen. In diesem Zusammenhang soll ein Teil der DM 47 700.—, die vom Kurator am 12. April 1967 gestrichen wurden, dem AStA im Laufe des Jahres zur Verfügung gestellt werden. Außerdem soll durch die ausgesprochenen Kündigungen der Dienstverträge den AStA-Mitgliedern kein finanzieller Schaden entstehen. Die Vergütung soll künftig aus dem AStA-Haushalt abgezweigt werden. Mehrere Mitglieder des SPD-Arbeitskreises aus der Senatsverwaltung betonen, daß die Disziplinarverfahren gegen die fünf Studenten Hart-

mut Häußermann, Bernhard Wilhelmer, Wolfgang Lefèvre, Knut Nevermann und Rudi Dutschke wegen ihres Verhaltens auf dem sit-in am 19. April 1967 „nicht zu ernststen Folgen führen sollten“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 20. Juni 1966)

Die „Sozialistische Jugend — Die Falken“, der „Verein griechischer Studenten und Akademiker in Berlin“, die SDS- und SHB-Landesverbände Berlin, die „Conföderation iranischer Studenten“ (CISNU) und die „Kampagne für Abrüstung“ (KfA) veranstalten eine „Demonstration gegen die Diktatur, für die Demokratie in Griechenland“. Die Route führt vom Hohenzollernplatz zum Winterfeldtplatz.

Schreiben von Prof. Dr. Wilfried Gottschald an den Senator für Wissenschaft und Kunst Prof. Dr. Werner Stein. Prof. Gottschald erläutert seinen Artikel im „Berliner EXTRA-Blatt“: „Deshalb meine ich tatsächlich, daß, wenn man nur das Wahlsystem betrachtet und von den anderen Unterschieden absieht, unser Wahlsystem entweder genauso sehr oder genauso wenig demokratisch ist, wie das in Polen, wo eben anders als in der DDR und in der UdSSR die Wähler die Möglichkeit haben, unter den angebotenen Kandidaten jene auszuwählen, die ihnen am besten gefallen... Auch bei uns schützt die Polizei Menschen, die mit der manipulierten ‚öffentlichen Meinung‘ nicht übereinstimmen, unzureichend vor dem Pöbel (Brandstiftungen bei Prof. Goldschmidt).“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 18. März, 4. Mai, 5. und 6. Juni und 31. Juli 1967)

Der „Politische Beirat des SDS-Landesverbandes Berlin“ diskutiert die beabsichtigten Schritte des SDS während der Urabstimmung an der FU und beschließt mehrheitlich, daß Flugblätter, die den gemeinsamen Konsens des Verbandes in Frage stellen, nicht vereinbar seien mit der „demokratisch argumentierenden Auseinandersetzung im Verband“. Der SDS-Landesvorstand fordert alle FU-Studenten auf, bei der Urabstimmung mit „nein“ (d. h. gegen die Aufhebung des Konventsbeschlusses vom 26. April 1967) zu stimmen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 2., 3. und 12. Mai 1967)

## 29./30. April 1967

Berlin-Seminar des AStA der FU für neuimmatrikulierte Studenten. Referenten und Themen sind: Carl Guggomos (Berliner EXTRA-Blatt) „Zur Situation der Presse“; Ulf Kadritzke (SHB) „Zur Geschichte des Berliner Modells“; Knut Nevermann (SPD) „Die Situation an der Freien Universität“; Senatspräsident Dr. Helmut Külz „Geschichte und Rechtslage Berlins“ und Dipl.-Volkswirt Wolfgang Pfaffenberger (I.SD) „Zur wirtschaftlichen Lage Berlins“.

Der „Innenpolitische Ausschuß“ des SHB-Bundesvorstandes diskutiert auf einer Sitzung in Königswinter die neue Vorlage der Bundesregierung für die Einführung einer verfassungsändernden Notstandsverfassung. Der Ausschuß stellt fest: „Die Vorlage entspricht nicht den Vorstellungen des SHB... Die Bundesregierung geht aus von der Ideologie des ‚Kalten Krieges‘... und von der Behauptung, daß Notstandsregelungen generell notwendig seien.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 28. Februar, 10. März und 3., 6. und 28. April 1967)

## 30. April 1967

Gründungsversammlung des „Republikanischen Clubs e. V. Berlin“ in den Clubräumen in der Wielandstraße 27. Zum ersten Vorsitzenden wird Dr. Klaus Meschkat (SDS) gewählt. Zu weiteren Vorstandsmitgliedern werden gewählt: Lothar Pinkall (IG Metall) (stellvertretender Vorsitzender), Marianne Regensburger (Redakteurin beim RIAS Berlin), Prof. Dr. Wilfried Gottschald, Dr. Ekkehart Krippendorf, Nikolaus Neumann, Knut Nevermann (SPD), Rechtsanwalt Horst Mahler (SDS) und Bernhard Blanke (SDS) (Geschäftsführer). Die rund 200 formellen Mitglieder verabschieden eine Satzung und diskutieren einen Veranstaltungsplan. Zu den Gründungsmitgliedern gehören auch der Berliner FDP-Landesvorsitzende William Borm (MdB), Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim, Hans Magnus Enzensberger, Wolfgang Neuss, Dr. Johannes Agnoli und ungefähr dreißig wissenschaftliche Assistenten der FU und der TU. (Vgl. Zeittafeldatum vom 26. November 1966 und 4. Februar und 20. Mai 1967)

## Mai 1967

Der „FU-SPIEGEL“ veröffentlicht in der Nr. 57 die ursprünglich für Februar 1967 geplante Rezension des Seminars von Prof. Dr. Ernst Fraenkel „Zur Theorie der Demokratie (unter Berücksichtigung der neueren amerikanischen Literatur)“ sowie eine Stellungnahme von Prof. Dr. Ernst Fraenkel dazu. (Die Ausgabe erscheint am 3. Mai 1967). (Vgl. Zeittafeldatum vom 23. Februar, 2., 14., 19. und 27. April, 2., 3., 9., 10. und 26. Mai 1967)

Dok. 683

Interview des „Colloquium“ mit dem Senator für Inneres, Rechtsanwalt Wolfgang Büsch (SPD), über den SDS-Landesverband Berlin, die Kommune 1 und die Situation an der FU. Dok. 684

In der SHB-Zeitschrift „frontal“ schreibt Marianne Henkel (SHB-Hochschulgruppe an der FU) einen Artikel über die „intensiven Beziehungen“ zwischen der CIA und der „United States National Students Association“ (USNSA) mit der Schlagzeile „Finale in den USA — Zur politischen Praxis des CIA“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 20. Februar 1967)

### 1. Mai 1967

Offizielle Mai-Feier auf dem Platz der Republik. Hauptredner sind Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU), der Regierende Bürgermeister von Berlin, Heinrich Albertz (SPD), der Vorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft Carl Stengel und der DAG-Vorsitzende Rolf Spaethen. Vor ungefähr 100 000 Teilnehmern erklärt Kiesinger, daß die Bundesregierung „ihren Friedenswillen nicht mit einem Verzicht auf die Wiedervereinigung“ beweisen könne. Kiesingers Rede wird von ungefähr 1000 Mitgliedern der „Sozialistischen Jugend — Die Falken“ und der politischen Studentenorganisationen SDS, SHB, HSU und LSD durch „Pfu!“-Rufe und Sprechchöre unterbrochen.

Anschließend appelliert der Regierende Bürgermeister Heinrich Albertz an „die Solidarität der Berliner“: In dieser Stadt dürfe niemand glauben, er sei allein, weder Parteien, noch Gewerkschaften, noch Studenten.

16.00 Uhr: Maikundgebung der „Sozialistischen Jugend — Die Falken“ in der „Neuen Welt“ in der Hasenheide. Vor ungefähr 1800 Teilnehmern richtet der 1. Landesvorsitzende der Falken Alfred Gleitze scharfe Angriffe gegen den 1. Landesvorsitzenden des DGB Berlin, Walter Sickert, dem er „Intoleranz und mangelnde Solidarität“ vorwirft. (Sickert hatte die von den Falken eingeladenen ursprünglichen Redner der Falken-Veranstaltung Karl-Fred Zander (2. Vorsitzender der SPD, Unterbezirk Frankfurt/Main) und Hinrich Octjen (Bundessekretär der Industriegewerkschaft Chemie) durch Fernschreiben gebeten, an der Mai-Kundgebung der Falken nicht teilzunehmen). Gleitze verbittet sich die „politische Zensur“ durch den Parlamentspräsidenten Sickert und protestiert gegen „den erpresserischen Druck“: es erhebe sich für die Falken die Frage, ob Sickert „als Parlamentspräsident recht am Platze ist“. Der ehemalige AStA-Vorsitzende der FU, Knut Nevermann, fordert eine „unverzügliche Kooperation der politischen Linken“ in Berlin. Manfred Rexin (Republikanischer Club) wendet sich scharf gegen die geplanten verfassungsändernden Notstandsgesetze. Unter lang anhaltendem Beifall erklärt Rexin: „In diesem Sinn bekunden wir den Regierenden unser Mißtrauen.“ Die Mai-Kundgebung steht unter den Parolen „Für die Erhaltung der Grundrechte“, „Für das Selbstbestimmungsrecht des vietnamesischen Volkes“ und für eine „sozialistische Demokratie“. Die Kundgebung wird mit dem Absingen der „Internationale“ beendet.

### 2. Mai 1967

Der Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, fordert die Hörer der Hauptvorlesungen vor Vorlesungsbeginn auf, mit „JA“ zu stimmen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 26. April 1967)

Dok. 685

Das Rektorat der FU verteilt auf dem Campus den Text der Rede des Rektors vom 29. April 1967 „Die Situation

der Freien Universität zu Beginn des Sommer-Semesters 1967“ (Auflage: 10 000). Der ausführliche Bericht des Rektors ist in folgende Unterkapitel unterteilt: „Die Ausgaben für die Studentenschaft“, „Zur Förderungswürdigkeit des SDS“, „AStA mißachtet Auflagen des Rektors“, „Anstiftung zur pflichtwidrigem Verhalten“, „Es gibt keinen Eskalationsplan für die Freie Universität“. Zusätzlich zum Text der Rede des Rektors vom 27. April 1967 heißt es am Schluß des Flugblattes: „Wenn die Studentenschaft den Konventsbeschluß verwirft, in dem sie mit ihrem ‚JA‘ für seine Aufhebung stimmt, und wenn die Studentenschaft so den verantwortlichen AStA-Funktionären deutlich macht, daß sie von ihnen erwartet, ebenfalls auf den Boden der Universitätsordnung und der Satzung der Studentenschaft zurückzukehren, dann — aber auch nur dann — wäre der Weg frei, von Disziplinarmaßnahmen, die allen Mitgliedern unserer Universität gleichermaßen widerstreben, abzusehen.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 5. Mai 1967)

Dok. 686

Die Mitglieder der Kommune 1 verteilen vor der Mensa der FU fünf durchnummerierte Flugblätter, die mit „SDS“ unterzeichnet sind. Die K 1 verhöhnt den Rektor, den Akademischen Senat, den AStA und die politischen Studentengruppen an der FU. Im Flugblatt Nr. 2 werden die Studenten als „Lahm-ärsche und Karrieremacher“ bezeichnet. (Vgl. Zeittafeldatum vom 29. April und 3. und 12. Mai 1967)

Dok. 687—Dok. 691

Vollversammlung des Otto-Suhr-Instituts der FU. Der Fachschaftssprecher Lutz Rininsland fordert die Studenten des OSI auf, bei der Urabstimmung mit „NEIN“ (d. h. gegen die Aufhebung des Konventsbeschlusses vom 26. April 1967) zu stimmen und den AStA und Konvent zu unterstützen. Gleichzeitig bezeichnet er die fünf Flugblätter der Kommune 1 als ein „einzigartiges Zeugnis... infantilen Gedankengutes“. Der wissenschaftliche Assistent Dipl.-Pol. Bodo Zeuner fordert eine „Immunität der Studentenvertreter gegen inneruniversitäre Strafverfahren“. Der wissenschaftliche Assistent Dipl.-Pol. Dietrich Haensch erklärt, ein AStA, der die „Zivilcourage“ aufbringe, trotz der Androhung von Sanktionen und trotz des Rezensionsverbotes das Experiment der Rezensionen fortzusetzen, verdiene „die Unterstützung der Lehrenden wie der Lernenden“. Der wissenschaftliche Assistent Theodor Ebert verteidigt das Sit-in vom 19. April 1967: „Dem Sit-in ist es gelungen, eine intensive Diskussion der studentischen Forderungen zu erzwingen.“ Ebert berichtet über die Erfahrungen des Londoner „Committee of 100“, das mit gewaltlosen Methoden gegen die Atomrüstung demonstrierte. Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim erklärt, es gehe wohl bei „dem augenblicklichen Konflikt an der FU letztlich auch um eine Auseinandersetzung zwischen zwei Generationen“. Die Älteren sollten sich bemühen, in diesem Konflikt „nicht nur ein Problem des Aufrechterhaltens von Ruhe und Ordnung zu sehen“, sondern auch eine Auseinandersetzung mit dem Verlangen nach neuen demokratischen Strukturreformen, die die „konservativ-aristokratische Ordnung der tangierten Universität beeinträchtigen kann“. Flechtheim macht folgenden Vorschlag: „Kämen wir nicht einen Schritt weiter, wenn wir im Rektorat, das als Institution natürlich nicht mit dem Rektor identisch ist, ein das Vertrauen der Studentenschaft genießender Student als Sachbearbeiter für studentische Fragen säße.“ Prof. Dr. Alexander Schwan kritisiert den studentischen „Unmut“ als „in einem entscheidenden Punkt zu kleingläubig und ungeduldig“. Die Bildung und Arbeit der paritätischen Kommissionen stellten einen „entscheiden-



den Fortschritt in Richtung auf Partnerschaft und Demokratisierung — dort, wo sie in der Universität funktional möglich und gerechtfertigt ist — dar“. Schwan fordert, daß Forschungsseminare zukünftig zu „privatissima“ erklärt werden müßten und damit als „vertraulich gelten und öffentlichen Rezensionen entzogen“ sein sollten: „Als solche Forschungsseminare sind Veranstaltungen eines Professors zu definieren — und wurden definiert —, die der Erarbeitung eines noch völlig offenen wissenschaftlichen Gegenstands in einem kleinen, nach einem strengen Auswahlmodus zustandekommenen Kreis von Mitarbeitern und Studierenden dient.“ Alle „Forschungsseminare müßten vorher als solche bezeichnet werden. Im Gegensatz dazu sollten die für die „obligatorische Ausbildung der Studenten... vorgesehenen Seminare... nicht diesem Vorbehalt“ unterliegen und der Kritik nicht entzogen werden. Er fände es „nicht sehr sinn- und taktvoll“, wenn Prof. Dr. Ernst Fraenkel, „ein um die FU besonders verdienter Universitätslehrer“, ausgerechnet zu dem Zeitpunkt seiner Emeritierung aus dem offiziellen Lehrbetrieb mit einer Rezension bedacht werde. (Vgl. Zeittafeldatum vom Mai, 3., 9. und 26. Mai 1967)

Am Schluß der Vollversammlung fordert Gerd Börnsen (SHB) alle Studenten auf, AStA und Konvent zu unterstützen. Jürgen Bernd Runge (RCDS) erklärt, man brauche „endlich einen gemäßigten AStA, aus dem der SDS ausgeschaltet ist. Erst dann kann unser berechtigtes, vordringliches Verlangen nach Hochschul- und Studienreform auf weiteres Gehör hoffen“.

Die im „Landesverband Berlin im VDS“ zusammengeschlossenen Studentenschaften der FU, TU, PH, KiHo, Hochschule für bildende Künste und Hochschule für Musik, erklären einstimmig zur am gleichen Tage veröffentlichten Erklärung des Rektors der FU, „daß die Beeinflussung der Studentenschaft der FU Berlin hinsichtlich der Urabstimmung erkennbar in dem als Druckmittel zu wendenden ‚Vorschlag‘ des Rektors, ein in der Geschichte der FU Berlin einmaliges Bemühen um eigene Rechtfertigung ist“. Anscheinend sei der Rektor „von der Rechtmäßigkeit der Disziplinarverfahren gegen Studenten und Studentenvertreter nicht mehr überzeugt“. Die Studentenvertretungen aller Berliner Universitäten und Hochschulen rufen die Kommilitonen an der FU Berlin auf, in der Urabstimmung mit „NEIN“ zu stimmen.

RCDS-Flugblatt: „Mit ‚JA‘ gegen den SDS-AStA“. Der RCDS erklärt, daß „Hartmut Häußermann (SHB) nichts weiter ist als ein williger Gehilfe des SDS. Die Politik bestimmt nicht er, sondern die sozialistischen Aktivisten, die außer Rand und Band geraten sind... Es ist später, als Sie denken... Stehen Sie auf und stimmen Sie für die Aufhebung des Konventsbeschlusses mit ‚JA‘. Das ist Ihre letzte Chance...“.

Ein mit „DER DRITTE WEG“ überschriebenes Flugblatt fordert die Studenten auf, ungültige Stimmzettel abzugeben. Dok. 692

Der 1. Landesvorsitzende der „Deutschen Jungdemokraten“, Wolfgang Lüder, fordert in einer Presseerklärung die FU-Studenten auf, in der Urabstimmung dem AStA das Vertrauen auszusprechen. Die Jungdemokraten hätten „kein Verständnis für die Gewaltmaßnahmen von Rektor und Senat gegen die gewählte Studentenvertretung“. Gleichzeitig mißbilligten sie die „unverantwortlichen Handlungen einer Handvoll Extremisten“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 3. Mai 1967)

„Öffentliche Hearings“ des AStA der FU im Auditorium maximum. Die Journalisten Neal Acheson („The Observer“), Karl-Heinz Vater („DER SPIEGEL“), Kai Herermann („DIE ZEIT“) und Peter Borowsky („BZ“) stellen Fragen an die ehemaligen und amtierenden AStA-Vorsitzenden: Wolfgang Lefèvre (SDS), Niels Kadritzke (SHB) und Knut Nevermann (SPD) und Hartmut Häußermann (SHB).

Der von der griechischen Militärregierung eingesetzte neue Regierungschef Konstantin Kollias (ehemaliger Generalstaatsanwalt) verbietet die „demokratische Linkskoalition“ (EDA). Kollias beruft sich vor Pressevertretern auf das Notstandsgesetz 509, das während des Bürgerkrieges im Jahre 1947 von der damaligen Militärregierung verkündet wurde. Auf derselben Pressekonferenz gibt Kollias die Auflösung sämtlicher demokratischer Jugendorganisationen bekannt, der EDA-Jugendorganisation „Grigoris Lambrakis“, der Jugendorganisation der Zentrumsunion „EDIN“ und der Jugendorganisation der National-Radikalen Union „EREN“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 21. April 1967)

### 3. Mai 1967

Erscheinungsdatum des „FU-SPIEGEL“ Nr. 57. Der Senator für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Werner Stein, teilt dem Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, schriftlich mit, daß der Begriff „Forschungsseminar“ im Hochschulrecht nicht bekannt sei. Er bittet den Akademischen Senat, den Begriff zu erarbeiten und eine „Abgrenzung von anderen Seminaren“ vorzunehmen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 26. Mai 1967)

Beginn der Urabstimmung der Studentenschaft der FU über den Beschluß des Konvents vom 26. April 1967, den Teilnehmern des Sit-in vom 19. April 1967 das Vertrauen auszusprechen. (Die Urabstimmung wird am 5., 8. und 9. Mai fortgesetzt. (Vgl. Zeittafeldatum vom 9. Mai 1967)

Der stellvertretende Landesvorsitzende der „Deutschen Jungdemokraten“, Hartmut Röseler, distanziert sich von der Erklärung des 1. Landesvorsitzenden Wolfgang Lüder zur Urabstimmung. Röseler erklärt, der gegenwärtige AStA würde durch seinen Rücktritt der Studentenschaft der FU „den besten Dienst“ erweisen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 2. Mai 1967)

SHB-Flugblatt zur Urabstimmung: „Dem Rektor ist auf seiner Wahlreise durch die großen Vorlesungen des gestrigen Tages nur mäßiger Erfolg beschieden gewesen... Lassen Sie sich nicht einreden, daß es die Alternative Rektor—AStA gibt! Es gibt nur eine Alternative: Sind Sie für oder gegen die Einleitung von Disziplinarverfahren gegen Studentenvertreter durch den Rektor. Stimmen Sie mit ‚NEIN‘.“

Die beiden Sprecher der Studentenschaft im Akademischen Senat Peter Damerow (AC) und Peter Dehn (SHB) fordern in einem Flugblatt die Studenten der FU auf, sich in der Urabstimmung hinter ihre Vertreter zu stellen: „Wir glauben: nur so kann verhindert werden, daß unbequeme Kritiker an der Universität durch Disziplinarmaßnahmen mundtot gemacht werden können.“ Der Konvent habe deshalb auch die „gemäßregelten Studenten“ unterstützt.

15.15 Uhr: ordentliche Sitzung des Akademischen Senats der FU. Gegen eine sofortige Entscheidung über die Förderungswürdigkeit des SDS, wie sie von Prof. Dr. Arwed Blomeyer beantragt wird, stimmen zehn Mitglieder, dafür acht bei einer Enthaltung. Für die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung aller Unterlagen und Vorbereitung einer Beschlußvorlage (Antrag des Rektors) stimmen elf Mitglieder, fünf dagegen bei drei Enthaltungen. Der Kommission sollen angehören: Der Dekan der Philosophischen Fakultät Prof. Dr. Erich Loos, der Sprecher der Assistentenschaft Dr. phil. L. Schmutge und der studentische Vertreter cand. phil. Peter Dehn sowie ein Mitglied der Juristischen Fakultät, das vom Rektor noch bestellt werden soll. (Vgl. Zeittafeldatum vom 7. Februar 1968)

Cand. phil. Peter Dehn berichtet über seine Meinungsverschiedenheiten mit dem Vorsitzenden des RCDS und dem Universitätsdirektor Völz im Zusammenhang mit der Urabstimmung. Sein Antrag, das Verhalten des Universitätsdirektors Völz zu mißbilligen, wird mit 17 zu 2 Stimmen wegen Unzuständigkeit des Akademischen

Senats abgelehnt. (Vgl. Zeittafeldatum vom 10. Mai 1967)

Die CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin gründet eine „Hochschul-Kommission“. Das Gremium soll etwa fünfzehn Mitglieder haben. Zum Vorsitzenden wählt die CDU-Fraktion Prof. Dr. Georg Kotowski (MdA, CDU, FU).

Delegiertentag der „Gewerkschaft der Polizei“ (GdP) im „Prälat Schöneberg“. Der 1. Landesvorsitzende der GdP, Karl-Heinz Troschka fordert vom Senat von Berlin, daß künftig „gegen studentische Minderheiten und andere radikale Kräfte“, die die „Grundrechte der Meinungs- und Versammlungsfreiheit durch eine Verletzung der Rechtsgüter anderer mißbrauchen, mit politischen Maßnahmen vorgegangen wird“. Troschka fordert den Senat auf, zu prüfen, ob Gruppen, die „unsere Gesellschaftsordnung durch Drangsalierung der Bevölkerung und durch Terrormaßnahmen in Frage stellen oder ändern wollen“, noch staatlich gefördert werden sollten. Er fragt, ob hier nicht Artikel 9 des Grundgesetzes, Abs. II (Verbote von Vereinigungen) angewandt werden müsse. Troschka protestiert gegen die Genehmigung einer Protestaktion durch den Regierenden Bürgermeister Heinrich Albertz am 28. Januar 1967 gegen die Beschlagnahme der SDS-Mitgliederkartei durch Beamte der politischen Polizei. Die Entscheidung sei für die „meisten Polizeibeamten“ unverständlich gewesen, sie werde „als Schwäche des Regierenden Bürgermeisters“ gegenüber den „randalierenden Wirrköpfen“ angesehen. Die GdP erwarte vom Senat „eine klare Konzeption zum Einsatz der Berliner Polizei“ mit der Gewißheit, daß „die politische Führung“ diese nicht nur billige, sondern auch nach außen hin vertrete.

Der SDS-Landesvorstand suspendiert mit ausdrücklicher Zustimmung des Bundesvorstandes des SDS mit sofortiger Wirkung „die ihm bekannten Verfasser der mit ‚SDS‘ unterzeichneten Flugblätter durchnummeriert mit 1 bis 5 von ihren aktiven und passiven Mitgliedsrechten“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 29. April und 2. und 12. Mai 1967)  
Dok. 693

Der SDS-Landesvorstand beantwortet in einem offenen Brief das Schreiben des Rektors der FU vom 24. April 1967. (Der Text des Briefes wird gleichzeitig veröffentlicht.) Das Flugblatt wird in einer Auflage von 5000 Exemplaren an der FU verteilt. (Vgl. Zeittafeldatum vom 24. April 1967)  
Dok. 694

#### 4. Mai 1967

Das „Berliner EXTRA-Blatt“ verteilt eine FU-Sondernummer zur Urabstimmung an der FU mit der Schlagzeile „Starker Druck: Rektor erpreßt Studenten. Ein Wahlagitator im Ornat“. In dem Sonderblatt befindet sich außerdem ein Foto von Jürgen Runge (RCDS), der ein Plakat mit der Aufschrift „Kiesinger für Deutschland“ hochhält. Der Text unter dem Foto lautet: „Zur Machtübernahme bereit. RCDS-Chef Jürgen B. Runge votiert für jede Autorität: für Kiesinger in Bonn und Lieber in Dahlem. Ein neuer Typ für den AStA-Sessel?“.

Der AStA erklärt in einem Flugblatt „Disziplinarverfahren als Tauschobjekt“ zum Angebot des Rektors, die Disziplinarverfahren einzustellen, wenn die Studenten ihrer Vertretung das Mißtrauen aussprechen sollten: „... Aber es ist nicht legitim, daß es vom Ausgang der Urabstimmung abhängig gemacht wird, ob Disziplinarverfahren eingestellt werden.“ Dies bedeutet den „Mißbrauch eines Rechtsinstituts zum Zweck der Manipulation einer autonomen Abstimmung der Studentenschaft“. Deshalb habe der AStA gegen den Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, eine Dienstaufsichtsbeschwerde eingeleitet.

Der LSD-Landesverband Berlin fordert die Studenten der FU in einem Flugblatt auf, bei der Urabstimmung mit „NEIN“ zu stimmen: „Wenn Sie mit ‚Ja‘ stimmen, stimmen Sie für Polizeieinsatz gegen diskutierende Studenten, die Streichung von 47 700,— DM aus dem Etat der Studentenschaft, für die Hinnahme der Zwangsexmatrikulation und für Disziplinarverfahren gegen die von Ihnen gewählten Repräsentanten, die sich für Ihre Interessen eingesetzt haben.“

In Beantwortung der kleinen Anfrage des CDU-Abgeordneten Heinrich Lummer über Prof. Dr. Wilfried Gottschalch vom 12. April 1964 teilt der Senat mit, der Berufungsvorschlag des Akademischen Senats der Pädagogischen Hochschule für den außerordentlichen Lehrstuhl für Didaktik der Politologie und Soziologie sei durch Gutachten der Professoren Otto Stammer, Gert von Eynern, Dietrich Goldschmidt (alle Berlin), Tobias Brocher (Frankfurt/Main) und Prof. Kenneth Dean Benne (Boston/USA) untermauert worden. Eine endgültige Antwort will der Senat bei Vorliegen der Stellungnahme Prof. Gottschalchs geben. (Vgl. Zeittafeldatum vom 5. und 6. Juni und 31. Juli 1967)

Der Chef des griechischen Generalstabes, General Odysseus Angelis gibt das Verbot von 260 Gewerkschaften, Sportverbänden und politischen und kulturellen Organisationen bekannt. Der inhaftierte Zentrumspolitiker Andreas Papandreu wird von der Militärpolizei einem Untersuchungsrichter vorgeführt. (Vgl. Zeittafeldatum vom 21. April 1967)

Brief der Professoren Ludwig von Friedeburg und Jürgen Habermas (Frankfurt/Main) an den 1. AStA-Vorsitzenden Hartmut Häußermann, in dem die Professoren sich weitgehend hinter die Argumentation des AStA stellen.  
Dok. 695

#### 5. Mai 1967

Flugblatt „Was will der AStA der FU?“. Das Flugblatt ist in folgende Abschnitte gegliedert: „Zu den Vorwürfen des Rektors“, „Vorschläge zur Neuordnung der Freien Universität“, „Aufgaben der Universität“ und „eine demokratische Organisation“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 2. Mai 1967)  
Dok. 696

RCDS-Flugblatt „Nicht für den Rektor, aber gegen den AStA“: „Wir brauchen endlich einen gemäßigten AStA, in dem der SDS ausgeschaltet ist.“ Deshalb empfiehlt der RCDS, mit „JA“ zu stimmen.

Der Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, lehnt in einem Brief eine Teilnahme an der vom AStA geplanten Vollversammlung aller Fakultäten ab, da eine solche Vollversammlung satzungsgemäß nicht vorgesehen sei und der AStA für den ordnungsgemäßen Ablauf von Veranstaltungen nicht garantieren könne. (Vgl. Zeittafeldatum vom 28. November 1966)

Vollversammlung aller Fakultäten im Auditorium maximum der FU. Die Professoren Helmut Gollwitzer und Jakob Taubes fordern die Studenten auf, für den AStA zu stimmen.

Die Vollversammlung protestiert gegen die Ankündigung des Rektors an die Studenten, die Disziplinarverfahren zu verhindern, falls diese mit „JA“ stimmten, und appelliert an die nichtanwesenden Studenten, sich nicht aus falscher Rücksichtnahme davon abhalten zu lassen, mit „NEIN“ zu stimmen.

Der Rektor der FU antwortet dem Leiter der Urabstimmung auf dessen Beschwerde vom 3. Mai 1967: „Ich teile Ihnen mit, daß ich mich nicht erinnern kann, die Räume der Universität, in denen Sie Erlaubnis haben, die Urabstimmung durchzuführen, zu ‚offiziellen Abstimmungslokalen‘ erklärt zu haben.“ Sollte sich der Wahlleiter durch die Tatsache, daß vor der Pfortnerloge in der Halle des Henry-Ford-Baus der Bericht des Rektors ausliege, „in der ordnungsgemäßen Abwicklung der Urabstimmung behindert sehen, so stelle ich Ihnen anheim, die Wahlurnen an anderer Stelle des Henry-Ford-Baus aufzustellen“.

Der Studentenfarrer Friedrich-Wilhelm Marquardt hält im Gemeindehaus einen Vortrag vor den Gemeindegliedern zum Thema „Rede über ungefähr 2000 protestierende Studenten an deren Mitbürger in Berlin“. Marquardt schildert ausführlich die Entstehung der FU und des „Berliner Modells“

# Starker Druck: Rektor erpreßt Studenten

## EIN WAHLGITATOR IM ORNAT

EXTRA  
EXTRA

FU-Sonderseite

### Unterstützung von vielen Seiten

Als „radikale Minderheit“ beschimpfen Rektor und Senat die engagierten FU-Studenten. Solidaritätserklärungen aus allen Teilen der Bundesrepublik und dem Ausland strafen diese Behauptung Lügen.

Aus Paris telegrafierte UNEF, der französische nationale Studentenverband, nach Dahlem:

„hysterisches Verhalten von Rektor und Senat darf Studentenschaft nicht zum Abbruch der Bemühungen um eine demokratische Universität

### Telegramme an die Studentenvertretung

bringen / sympathie mit nevermann, lefevre, häusermann und anderen / laßt euch nicht spalten.“

Andere Telegramme kamen aus Holland, Österreich und Portugal.

In Berlin bekundeten die Studentenvertretungen aller Hochschulen — von der Technischen Universität bis zur Kirchlichen Hochschule — ihre Solidarität. In einer gemeinsamen Erklärung forderten sie die FU-Studenten auf, ihrem ASTA das Vertrauen auszusprechen und die Urabstimmungsfrage mit einem klaren „Nein“ zu beantworten. Empört über die Maßnahmen des Rektors zeigten sich auch fast alle westdeutschen ASTAs. Der Christdemokrat Lämpke schrieb aus Köln:

„Mit Bestürzung hat die Studentenvertretung der Universität Köln zur Kenntnis genommen, daß der Rektor der Freien Universität Berlin versucht, die dortige Studentenvertretung mit diktatorischen Maßnahmen zu zwingen, von jedweden politischen Aktionen Abstand zu nehmen.“

Aus der Hansestadt Hamburg telegrafierte Deutschlands einzige ASTA-Vorsitzende, Helga Bauer:

„Wir bedauern die Entwicklung an der FU um so mehr, als diese Universität seit ihrer Gründung bewundertes Vorbild für die Studentenschaft der Bundesrepublik war. Wir möchten klarstellen, daß die Studentenschaft der Universität Hamburg sich mit den Studenten der Freien Universität solidarisch fühlt.“

Eberhard Büsemann, ASTA-Vorsitzender an Deutschlands größter Universität, erklärte in München:

„Wir stehen voll hinter dem Protest der Berliner Studenten. Es ist unglaublich, daß gerade die Studentenvertreter, von denen die meisten Anregungen zur Hochschul- und Studienreform ausgingen, nun administrativ verfolgt werden. Die Reformbemühungen der Studentenvertretung der FU waren für uns immer beispielhaft.“

Etwas Einmaliges spielt sich zur Zeit an der Freien Universität ab: Der Rektor greift mit einem Handelsangebot in die Urabstimmung der Studentenschaft ein! Auf 2000 Flugblättern bot er den Studenten an, die Disziplinarverfahren, die Gegenstand der studentischen Proteste sind, zurückzuziehen, wenn die Studenten ihren Vertretern das Mißtrauen aussprechen. Eine solche Manipulation mit Rechtsinstituten dürfte in der Geschichte der deutschen Universitäten ein Novum sein.

Mit ominösen baupolizeilichen Vorschriften hatte der Rektor die Disziplinarverfahren begründet. Er wollte ein Exempel an engagierten Studentenvertretern statuieren und zitierte Lefèvre, Nevermann und Häusermann vor den Kadi. Sie hatten das umstrittene Sit-in vom 19. April geleitet.

Dabei argumentiert der Rektor mit seinem Hausrecht, das ihm noch nie bestritten wurde. Nur Politik sollte er damit nicht machen. Er tat es trotzdem:

Vor einer Woche ließ er einen „Aufruf an die Studentenschaft“ an die Wände der Universität kleben. Der ASTA hatte zu diesem Aufruf einen Kommentar verfaßt. Das Aushängen dieses Kommentars aber wurde verboten. An den Wänden der Universität soll nur zu lesen sein, was der „Herr im Hause“ zu sagen hat. So kann man mit „Ordnungen“ für Ordnung sorgen!

Die Wahlordnung für eine Urabstimmung sieht vor, daß in den Wahllokalen keine Reklame gemacht werden darf, die in Zusammenhang mit der Abstimmung steht. Dennoch genehmigte der Rektor am ersten Tag der Urabstimmung eine Unterschriftensammlung, die sich gegen den ASTA richt-

et. Ein studentisches Mitglied des Akademischen Senats wurde von Universitätsdirektor Völz aus dem Rektorat gewiesen, als er sich über diese Tatsache beschwerten wollte!

Ein Universitätsgärtner klemmte sich Stellafeln mit ASTA-Plakaten unter den Arm, um sie in den Keller zu tragen. Er erklärte, Universitätsdirektor Völz hätte ihn darauf hingewiesen, daß auf dem Campus keine Stellafeln ohne Genehmigung des Gartenbauamts aufgebaut werden dürfen.

Die „Ordnungs“liebe des Rektors ist verständlich, denn sie hilft, jeden wirksamen Protest zu unterdrücken. Sie schützt die Autorität, die sich deshalb nicht erst die Mühe macht, inhaltlich auf Proteste oder Forderungen der Studentenschaft einzugehen.

Die FU-Studentenvertretung kämpft nicht um die „Macht“, die sich der Rektor bewahren will. Sie vertritt konsequent ihre Interessen. Wenn die berücksichtigt werden und zur Geltung kommen, dann wird auch der Rektor nicht mehr die Ordnungen dieser Universität aus Angst um seine Autorität zu manipulieren haben.



1500 Studenten saßen am 19. April um Mitternacht im Henry-Ford-Bau, dem größten Vorlesungsgebäude der FU. Mit bebender Stimme forderte Universitätsherr Rektor Lieber die Kommilitonen dreimal auf, das Gebäude zu verlassen. Lieber berief sich auf Hausrecht und Baupolizei. Als die Studenten seinem Befehl nicht folgten, alarmierte er die Polizei. Umsonst. Polizeipräsident Duensing ließ den Einsatz nach einer Viertelstunde wieder abbrechen. Der Grund: Rektor Lieber war im Unrecht, denn der Senator für Wissenschaft und Kunst erklärte 1966 als Rechtsaufsichtsbehörde der FU: „Das Hausrecht des Rektors muß sich bei der Vergabe von Räumen an den Bestimmungen der Paragraphen 22 und 26 der Universitätsatzung orientieren.“ Das aber heißt: Die Studenten haben einen Anspruch auf die Räume, wenn sie den Universitätsbetrieb dabei nicht stören. Die Polizei verlangt lediglich, daß die Halle des Henry-Ford-Baus leer sein muß, damit die angrenzenden Hörsäle bei Gefahr geräumt werden können. Wenn sie leer sind und der Universitätsbetrieb nicht stattfindet, erübrigt sich die Vorschrift.

Trotzdem rief Lieber die Polizei. Für ihn bestand die Gefahr, daß diskutierende Studenten der Öffentlichkeit erneut deutlich machten, daß Rektor, Senat und Fakultäten nicht in der Lage sind, die Probleme der Universität zu erkennen, geschweige denn, sie zu lösen.

Das Prestige des Rektors, und nur dies, sollte verteidigt werden. Selbst mit der Polizei.

## Was wollen die Studenten

Während der ASTA der Freien Universität aus allen Himmelsrichtungen als destruktiv, radikal und konzeptionslos gescholten wurde, erarbeitete er Vorschläge zu einer Neuordnung der Universität.

Aber Zeitungen wie der „Abend“ druckten lieber das läppische „Wir-haben-es-satt“-Flugblatt dreier Jurastudenten im vollen Wortlaut ab, statt sich mit den Reformvorschlüssen des ASTA auseinanderzusetzen. Die Hauptforderungen des ASTA:

- Die Universität braucht Teamarbeit und keine Professorenmonarchie;
- an Entscheidungen, durch die die Studenten direkt betroffen werden, müssen auch Studenten beteiligt werden;
- an die Stelle der unüberschaubaren Fakultäten sollen Abteilungen rücken, in denen zusammenhängende Fächer gemeinsam bearbeitet werden.

- Die FU braucht ein Institut für Hochschuldidaktik, damit endlich auch „das Lehren der Wissenschaft“ nach pädagogisch haltbaren Gesichtspunkten betrieben wird.

Bislang haben die „rechten“ und „unpolitischen“ und öffentlich belobten Studenten noch nichts Vergleichbares vorgelegt.

„Sie würgen nur noch Blödsinn hervor“, konstatierte ein bekannter linker Journalist aus Hamburg neulich, nachdem er für sein Blatt ein Gespräch mit der sogenannten Kommune im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) gehabt hatte. Damit wäre tatsächlich schon fast alles über diese Neurotiker gesagt, wenn sie nicht mehr und mehr — zumindest objektiv — die Rolle von agents provocateurs in der Westberliner Studentenschaft spielten.

## Die letzten Tage der Kommune?

SDS trennt sich von Provo-Gruppe

Fünf Flugblätter gaben der berichtigten SDS-„Kommune“ den Rest. Die „Kommune“ war am ersten Tag der Urabstimmung vor der Mensa aufmarschiert und hatte strahlend lächelnd selbst-fabrizierte „Pikanterien“ als SDS-Werk verkauft. Auf feinem, weißem Papier konnte man Sätze lesen wie:

„Der Akademische Senat besteht aus alten, autoritären Scheißern, die dem Ständestaat nachtrauern“ und „Vögell nicht im Audimax“ Flugblatt 5 endete selbstkritisch: „Was meint Ihr — ob's diesmal reicht? Vielleicht sind Flugblätter eben doch das Falsche!“

Diesmal reichte es. Der SDS-Vorstand suspendierte die „Kommune“, deren Name schon eine Annäherung darstellt, von ihrer SDS-Mitgliedschaft. Am 12. Mai wird die Landesvollversammlung des SDS über den endgültigen Ausschluss beraten.

Seit gut einem halben Jahr liefern die elf Kommunemitglieder der Springerpresse, dem Abgeordnetenhaus und dem Akademischen Senat kostenlos die ersehnten Argumente gegen linke Studenten an der FU. Die geplätzte Diskussion mit dem Rektor, die Propäsaße am Kuddamm, das Humphrey-„Attentat“, alles Aktionen, die auf das Konto der „Kommune“ gehen, die aber nur allzulegen der unbequemen Studien-

vertretung oder dem SDS ange-dichtet wurden. Beide baden seit einem halben Jahr aus, was ihnen die „Kommune“ in Zusammenarbeit mit einer hysterischen Berliner Öffentlichkeit (und der Polizei?) einbrockt: der Senat erließ ein generelles Demonstrationsverbot für die City, aus dem Haushalt der Studentenschaft wurden 47 700 DM gestrichen, der Akademische Senat stellte die Förderungswürdigkeit des SDS in Frage.

Ein Ausschuß soll jetzt grundsätzlich über den Verband recherchieren. Seine Zusammensetzung läßt jedoch vermuten, daß dem SDS die Förderungswürdigkeit nicht entzogen wird.

## Bonner ASTA tritt zurück

Der Bonner ASTA hatte eine Demonstration gegen den Putsch in Griechenland in der Stadt durchführen wollen. In der Universität sollte eine Informationsveranstaltung über Griechenland stattfinden.

Beides wurde verboten. Auch für eine Veranstaltung mit Frau Professor Fassbinder wurden

keine Räume zur Verfügung gestellt. Man konnte befürchten, den Herrn Bundespräsidenten würde dies stören. Am 3. Mai 1967 faßte der Akademische Senat der Uni Bonn einen Beschluß, der den Studenten das Recht bestreift, politische Veranstaltungen durchzuführen.

Daraufhin trat der ASTA aus Protest zurück.

erklärt die Bedeutung der Vorlesungsrezensionen und die Entstehungsgeschichte der neuen Demonstrationsformen. „Es handelt sich um keinen üblichen Generationskonflikt, sondern um uns alle angehende objektive Probleme unserer Gesellschaft.“

1. Sitzung des „Ökonomischen Colloquiums“ des Argument-Clubs zum Thema „Wirtschaftsprobleme der Gegenwart“.

### 6./7. Mai 1967

124 Professoren, Schriftsteller, Journalisten und Gewerkschaftler veranstalten in Düsseldorf eine Konferenz über die Problematik des KPD-Verbots. Hauptreferenten sind: Prof. Dr. Wolfgang Abendroth (Marburg), Josef Drexel (Verleger der „Nürnberger Nachrichten“), Rechtsanwalt Heinrich Hannover (Bremen), Prof. Dr. Werner Hofmann (Marburg), Prof. Dr. Renate Riemeck (Gundelfingen) und Prof. Dr. Walter Fabian (Köln). (Vgl. Zeittafeldatum vom 28. Februar und 14. März 1967 und 8. Februar 1968)

### 7. Mai 1967

In einer Presseerklärung des SHB-Bundesvorstandes zur Urabstimmung an der FU heißt es: „Die um den RCDS und die Korporationen gruppierten Studenten versuchen, das Verhalten von AStA und Konvent für die Dauermisere an der FU vor allem für die derzeitige Zuspitzung der Krise verantwortlich zu machen.“ Diese Kampagne stelle einen direkten Angriff auf die von der Studentenschaft seit langem verfolgten Reformbestrebungen dar. Der SHB-BV hoffe, daß die Studentenschaft dem AStA in der Urabstimmung „trotz denkbarer Einwände gegen die Zweckmäßigkeit einzelner Aktionen der Studentenvertretung in der Vergangenheit das Vertrauen ausspricht“.

Der Vorstand der „Konföderation iranischer Studenten“ bittet den Bundespräsidenten Dr. Heinrich Lübke in einem offenen Brief, „die Einladung an den Schah M. R. Pahlawi rückgängig zu machen“.

Dok. 697

### 8. Mai 1967

1. Sitzung der vom Akademischen Senat der FU eingesetzten Kommission zur Prüfung der Förderungswürdigkeit des SDS. Der AStA übergibt mit einigen Unterlagen über den SDS auch Material über die geplante Abschaffung der §§ 26 und 27 der Universitätsordnung.

„Große Sicherheitsbesprechung“ beim Bundesminister des Inneren (BMI) in Vorbereitung des für die Zeit vom 27. Mai bis 4. Juni 1967 vorgesehenen Staatsbesuches des iranischen Kaiserpaars in der Bundesrepublik Deutschland. Als Berliner Vertreter nehmen die Vertreter des Senators für Inneres und des Polizeipräsidenten teil. Das Bundesinnenministerium empfiehlt, weitestgehende Sicherheitsvorkehrungen zu treffen. Aufgrund der Schilderungen der Sicherungsgruppe des Bundeskriminalamtes (vgl. Zeittafeldatum vom 23. März 1967) und des Bundesamtes für Verfassungsschutz über die Sicherheitslage wird vom BMI die Sicherheitsstufe I (höchste Sicherheitsstufe) für erforderlich gehalten, mit einem Attentatsversuch müsse gerechnet werden. Demonstrationen gegen den Schah-Besuch sollen nach Auffassung des BMI möglichst verhindert oder mindestens in angemessener Entfernung vom Kaiserpaar zugelassen werden. (Vgl. Zeittafeldatum vom 2. Juni 1967)

Gruppenvollversammlung des SHB der FU. Tagesordnung: Situation an der FU, Bundesdelegiertenversammlung in Bochum vom 8.—12. März 1967 und Neuaufnahmen.

### 9. Mai 1967

Prof. Dr. Ernst Fraenkel sagt ungefähr fünfzig Prüfungen ab. (Vgl. Zeittafeldatum vom Mai und 3. Mai 1967)

Rund 400 SDS-, SHB- und Argument-Club-Mitglieder demonstrieren mit FLN-Fahnen auf dem Gelände der FU gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam (Vgl. Zeittafeldatum vom 26. und 27. Mai 1967)

Prof. Dr. Georg Kotowski (MdA, CDU) ersucht in einer Kleinen Anfrage den Senat von Berlin um Auskunft, ob dem Senat bekannt sei, daß sich ein „Mitglied des Lehrkörpers der FU durch den Abdruck einer Seminarrezension im „FU-

SPIEGEL.“ in der durch das Grundgesetz garantierten Freiheit von Forschung und Lehre beeinträchtigt sehe und deshalb den Akademischen Senat der FU um Schutz gebeten hat“. Der Akademische Senat habe die Veröffentlichung der Rezension „zwar untersagt“, sei aber nicht in der Lage gewesen, den Abdruck zu verhindern. Kotowski fragt den Senat von Berlin, ob er diesen Beschluß des Akademischen Senats für „rechtmäßig hält und warum er nicht die durch seine Aufsichtspflicht wenigstens angekündigt“ habe. (Vgl. Zeittafeldatum vom 23. Februar, 2., 14., 19. und 29. April und 10. Mai 1967)

Das griechische Militärregime proklamiert den Belagerungszustand für ganz Griechenland rückwirkend ab 21. April 1967.

Der AStA veranstaltet im Henry-Ford-Bau eine Diskussion mit Prof. Dr. Alfred Kantorowicz zum Thema „Folgen der nationalsozialistischen Bücherverbrennung — Antiintellektualismus in der Bundesrepublik heute“.

Letzter Tag der Urabstimmung. 10 173 FU-Studenten haben votiert, davon 4709 (46,1 %) für den AStA, 4383 (43,4 %) gegen den AStA, 1035 (10,5 %) gaben ungültige Stimmzettel ab und 46 (0,5 %) enthielten sich der Stimme. (Vgl. Zeittafeldatum vom 26. April 1967)

Wahlparty des AStA in der Mensa der FU. Gleichzeitig findet im 2. Mensa-Geschoß die Auszählung der Urabstimmung statt. Ungefähr 300 Studenten hissen vor der Quästur in der Boltzmannstraße die Fahne der FLN. Ein SDS-Mitglied erklärt, daß durch diesen demonstrativen Akt die „Würde der FU“, die während des Besuchs des amerikanischen Vizepräsidenten Humphrey durch das Hiszen der amerikanischen Flagge „beschmutzt worden ist, wieder reingewaschen“ werde.

Der 1. AStA-Vorsitzende Hartmut Häußermann erklärt, der AStA könne das Ergebnis der Urabstimmung „nicht gerade als großartigen Erfolg“ werten, dennoch betrachte er es „als Auftrag, die Politik der konsequenten Hochschulreform“ fortzusetzen.

Der Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, erklärt in einer Pressemitteilung, er hoffe, daß dieser Abstimmungsausgang nicht Anlaß zu neuen Aktionen seitens der Studentenvertretung sein werde, die mit der Satzung der Freien Universität unvereinbar seien. Die Studenten dürften die Autonomie der Universität nicht durch illegale Handlungen aufs Spiel setzen. Er hoffe, daß sich in Gesprächen und sachlichen Auseinandersetzungen zwischen allen Beteiligten ein Weg finden lasse, die gegenwärtige „unbefriedigende Situation“ an der FU zu überwinden.

Presseerklärung des SHB-Landesverbandes Berlin zur Urabstimmung: „Die Studentenschaft der FU Berlin hat heute AStA und Konvent das Vertrauen ausgesprochen. Damit wurde das Argument von einer verschwindenden studentischen Minderheit eindeutig ad absurdum geführt.“ Der SHB fordert den Rektor und den Akademischen Senat auf, ihre „Politik des Machtkampfes“ aufzugeben und die Disziplinarverfahren gegen die Studentenvertreter sofort zurückzuziehen.

### 10. Mai 1967

Gespräch mit dem 1. AStA-Vorsitzenden stud. phil. Hartmut Häußermann, dem Senator für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Werner Stein, und in Vertretung des Rektors, der einen Kreislaufzusammenbruch erlitten hat, dem Dekan der Philosophischen Fakultät, Prof. Dr. Erich Loos. Senator Stein erklärt, daß er gegen die Veröffentlichung der Rezension des Fraenkel-Seminars nichts unternehmen könne, da bei Beginn des Seminars nicht ausdrücklich bekanntgegeben worden sei, daß es sich um ein „Forschungsseminar“ handle.

Zum AStA-Haushalt verspricht Senator Stein, daß bei eventuellen finanziellen Schwierigkeiten des AStA vom Kuratorium aus den gestrichenen DM 47 700,— Geld überwiesen werde. Die an der Universität eingeleiteten Disziplinarverfahren könnten noch zurückgezogen werden, solange die Anklage-

schrift noch nicht überreicht sei. Häußermann kündigt an, daß sich Bernhard Wilhelm und Wolfgang Lefèvre auf ein Disziplinarverfahren einlassen werden, Knut Nevermann und Hartmut Häußermann sich auf Immunität berufen werden. Für die nächste Zeit kündigt Senator Stein einen Entwurf des Hochschulgesetzes an.

Nach der Unterredung erklärt Senator Stein vor Pressevertretern zur Urabstimmung: Nach der Abstimmung sei eine „nützliche Situation“ an der FU entstanden, in der Lehrende und Lernende anstehende Fragen „gemeinsam lösen könnten“. Die Fragestellung der Urabstimmung sei „nicht unproblematisch“ gewesen. Der Senat von Berlin habe überlegt, ob die Fragestellung den gesetzlichen Vorschriften entspreche. Er habe die Studentenschaft jedoch nicht an einer „politischen Entscheidung“ hindern wollen. „Versteckt“ habe sich die Fragestellung gegen den Rektor der FU und den Akademischen Senat gerichtet.

Sicherheitsbesprechung in West-Berlin unter der Leitung des Polizei-Vizepräsidenten in Vorbereitung des Schah-Besuchs. (1. vorbereitende Besprechungen hatten in West-Berlin am 24. April und 3. Mai 1967 beim Polizeipräsidenten unter Hinzuziehung von Vertretern der Abteilung IV des Senators für Inneres stattgefunden.) Es wird ein Bericht über die Sicherheitsbesprechung beim Bundesinnenminister gegeben. Die Abteilung IV des Senators für Inneres und die Abteilung I des Polizeipräsidenten teilen mit, daß für Berlin keine neuen Anzeichen für geplante Aktionen bekannt seien. Die Abteilung II der Polizei wird beauftragt, alle iranischen „potenziellen Störer“ vorzuladen und sie auf die ausländerpolizeilichen Bestimmungen hinzuweisen.

Sitzung der Philosophischen Fakultät der FU. Die am 26. April 1967 von der Fakultät eingesetzte Kommission unterbreitet der Fakultät Vorschläge für die weitere Behandlung der Angelegenheit Prof. Knudsen. Die Fakultät beschließt, daß der Dekan einen Brief an Prof. Knudsen schreiben soll, in dem dessen Bitte um Schutz von der Fakultät abgelehnt wird. (Vgl. Zeittafeldatum vom 20. Dezember 1964, 12. Februar, 28. und 29. März, 1. April und 11. Juli 1965, 20. Juni, Dezember und 8. Dezember 1966 und 26. April 1967)

Der Dekan teilt mit, daß der Senator für Wissenschaft und Kunst sich nicht in der Lage sehe, in Hinblick auf die Mißachtung des Beschlusses des Akademischen Senats über den vertraulichen Charakter von Forschungsseminaren durch den AStA als Rechtsaufsichtsbehörde eine Entscheidung zu treffen, solange der Begriff „Forschungsseminar“ nicht präzise bestimmt sei. In der Diskussion spricht sich Prof. Dr. Werner Philipp dagegen aus, daß irgendwelche Seminare rezensiert werden. Besonders Prof. Dr. Otto von Simson befürchtet, daß über unpublizierte Forschungsergebnisse von Kollegen berichtet wird. Prof. Dr. Ernst Fraenkel betont gegenüber Prof. Dr. Wilhelm Weischedel und Prof. Dr. Peter Szondi, es gehe um den vertraulichen Charakter der Seminare. Wenn „einer vom Argument-Club“ mitstenographiere, habe man nicht dieselbe innere Freiheit. Die Publikation der vom Akademischen Senat verbotenen Rezension sei ein offener Tatbestand der Rebellion, gegen die der Senator vorgehen müßte, wenn nicht Anarchie und Chaos herrschen sollten. (Vgl. Zeittafeldatum vom Mai 1967)

Dok. 698

Der Dekan teilt mit, daß sowohl die Verordnung über die Anstellungsdauer für Hilfsassistenten als auch die Verschärfung der Maßnahmen bei der verspäteten Rückmeldung in Abwesenheit des Rektors von Universitätsdirektor Völz ausgegangen sei. Der Dekan liest den Entwurf eines Briefes vor, in dem der Rektor auf die der Universitätsstruktur unangemessene Handlungsweise von Völz aufmerksam gemacht wird. Die Fakultät stimmt dem Entwurf zu. In der Diskussion sprechen

sich verschiedene Mitglieder gegen die getroffenen Maßnahmen aus. Der Dekan will versuchen, eine Vereinfachung des Rückmeldeverfahrens zu erreichen.

Der Zulassungsdozent der Philosophischen Fakultät, Prof. Dr. Georg Nikolaus Knauer, berichtet über die Arbeit der Zulassungskommission. Von 913 Bewerbern des Sommersemesters 1967 wurden 705 zugelassen. In der Diskussion wird die Frage der notwendigen Zulassungsbeschränkung und der Qualitätsauswahl angeschnitten.

Mit 336 Stimmen verabschiedet der Bundestag bei 28 Enthaltungen eine Änderung des Grundgesetzartikels 109. Die Änderung gibt der Bundesregierung die Möglichkeit, die Finanzwirtschaft der Bundesländer und Kommunen im Sinne einer antizyklischen Haushaltspolitik zu beeinflussen. Anschließend verabschiedet der Bundestag das „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ (Stabilitätsgesetz) bei einer Stimmenthaltung.

Die geplante Bundesversammlung der NPD in der Nürnberger Messehalle wird durch einen Beschluß des Ältestenrates des Nürnberger Stadtrates kurzfristig verhindert. Der Oberbürgermeister von Nürnberg, Andreas Uschlechter (SPD) erklärt auf einer Protestkundgebung gegen die NPD-Bundesversammlung: „Wir fordern die NPD auf, Nürnberg endlich mit ihren Hetzparolen in Ruhe zu lassen.“ Der stellvertretende NPD-Partei-vorsitzende Adolf von Thadden erklärt: „Derartige Dinge, wie sie heute passiert sind, bringen uns nicht um, sondern machen uns härter.“

Vertagte 4. ordentliche und 5. ordentliche Sitzung des 19. Konvents der FU. Der Antrag auf Forderung der Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen die „Humphrey-Attentäter“ wird abgelehnt, stattdessen lehnt der Konvent das anstehende Disziplinarverfahren ab, da eine gesonderte Gerichtsbarkeit an der Universität „ständestaatlichen Vorstellungen“ entspreche.

Dok. 699

„Der Konvent mißbilligt aufs Äußerste, daß der Universitätsdirektor Völz den Senatssprecher Dehn bei Ausübung seiner satzungsgemäßen Pflichten, nämlich der Sorge für einen ordnungsgemäßen Ablauf der Urabstimmung, aus dem Rektorat verwies. Der Konvent sieht in der Haltung von Herrn Völz, die in diesem Vorfall bisher deutlichsten Ausdruck findet, eine ernste zusätzliche Belastung für das Verhältnis zwischen Rektor und Studentenschaft.“ Der Konvent beschließt eine AStA-Vorlage, in der das Ergebnis der Urabstimmung als „Ermütigung für die Studentenvertretung der FU, in ihren Bemühungen um entschiedene Schritte der Hochschul- und Studienreform fortzufahren“, begrüßt wird. Der Konvent fordert eine Erklärung des Rektors, daß Maßnahmen, wie sie der „Stufenplan“ vorsehe und wie sie am 19. April 1967 ergriffen worden seien, mit der Hochschulpolitik von Rektor und Akademischem Senat unvereinbar seien. Der Konvent erhebt erneut die Forderung vom 19. April 1967.

Dok. 700

#### 11. Mai 1967

Flugblatt der „Berliner Burschenschaft Germania“ mit der Überschrift „Der AStA vertritt nicht mehr die Mehrheit der Studenten“. In dem Flugblatt heißt es: „42 % der Studenten haben sich eindeutig gegen den Versuch der Radikalisierung der Studenten und die reißerische Eskalationspolitik des von links-extremen Studentengruppen getragenen AStA ausgesprochen (nur noch 46 % stehen hinter dem AStA).“

#### 12. Mai 1967

Landesvollversammlung des Berliner SDS. Mitglieder der „Kommune I“ verteilen ein Flugblatt „Die Kommune ist tot, es lebe der SDS“. Wolfgang Lefèvre begründet den Ausschuß der Kommune I aus dem SDS.

Dok. 701 und Dok. 702

Anschließend wird der bisherige „kollektive“ Landesvorstand entlastet und ein „erweiterter Beirat“ gewählt, dessen Mitglieder nach dem „Rotationsprinzip“ die Arbeiten verteilen. Mitglieder sind: Rolf Czeskleba, Peter Damerow, Rudi Dutschke, Sigrid Fronius, Manfred Hammer, Ursel Henning, Karl-Joachim Heymann, Nikolaus Kuhnert, Wolfgang Lefèvre, Dirk Müller, Peter Neitzke, Hermann Pfuetze, Ulrich Preuß, Bernd Rabehl, Christian Semmler und Ulrich Ströhle. Auf der LVV wird außerdem ein Plan diskutiert, den Landesverband in sieben Projektgruppen umzustrukturieren: „Der Begriff ‚Projektgruppe‘ soll andeuten, daß es sich hier nicht mehr um Arbeitskreise handelt, sondern um verbindliche Kollektive, die theoretisch diskutieren, gleichzeitig aber auch Gruppen sind, die gemeinsam verschiedene Praxisformen der Demonstration und anderer Aktionen ausprobierten.“ In einer Resolution wird erklärt, „die Projektgruppen sind nicht zu verwechseln mit den ‚Zellen‘ der alten Kommunistischen Partei, weil vom Beirat keine allgemeinen Direktiven ausgegeben werden, kein blinder Gehorsam verlangt wird, sondern die einzelnen Mitglieder dieser Projektgruppen die Arbeit des SDS und damit auch des Beirats bestimmen“. Folgende Projektgruppen sind geplant: Berlinsyndrom, Berliner Wirtschaft, Theorie der Rätedemokratie, Theorie der Bürokratie, Metropole(n) und Dritte Welt, Marxismus und revolutionäre Kunst und Technologie. (Vgl. Zeittafeldatum vom 4. Februar und 21. Juli 1967)

#### 14. Mai 1967

Die „Berliner Morgenpost“ veröffentlicht ein Interview mit dem Senator für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Werner Stein, unter der Überschrift „Senator Stein will Studenten mehr Mitspracherecht geben — Für Kritik an den Professoren“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 17. Mai 1967)  
Dok. 703

#### 17. Mai 1967

Der Disziplinar-Untersuchungsführer der FU Berlin, Oberstaatsanwalt Gerhard Bläsing, sendet dem Vorsitzenden des Disziplinarausschusses der FU, Prof. Dr. Roman Herzog, die „Anschuldigungsschriften“ gegen die beiden AStA-Vorsitzenden stud. phil. Hartmut Häußermann und stud. phil. Bernhard Wilhelm zu. (Vgl. Zeittafeldatum vom 19. und 20. April 1967)  
Dok. 704

Der Senator für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Werner Stein, protestiert in einem Brief an die „Berliner Morgenpost“ gegen die mit ihm nicht abgesprochenen Überschriften und Kürzungen des Interviews und den so entstandenen Eindruck der Einseitigkeit gegen die Professoren.  
Dok. 705

#### 18. Mai 1967

Der Ministerrat der DDR lehnt eine Ausreisegenehmigung für den Lyriker und Sänger Wolf Biermann ab. Die „sozialistische Jugend — Die Falken“ hatte Biermann zu einer Demonstration gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam für den 3. Juni 1967 eingeladen. In dem Ablehnungsschreiben heißt es: „Wir können jedoch ihrem Wunsch nicht entsprechen, da wir nicht die Absicht haben, uns in die inneren Angelegenheiten von Westberlin hineinziehen zu lassen.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 2. April und 30. Mai 1967)

Öffentliches Streitgespräch zwischen dem 1. AStA-Vorsitzenden Hartmut Häußermann (SHB) und dem Mitglied des „Corporationsringes Berlin“, Hebestreit, zum Thema „Schmisse — Posten — Positionen“. Das Streitgespräch findet im Jugendfreizeitheim Schöneberg statt und wird vom RIAS Berlin übertragen.

#### 19. Mai 1967

Die „BZ“ erscheint mit der Schlagzeile „Kripo befürchtet Attentats-Versuch — 5000 Polizisten bewachen den Schah in Berlin“. In dem Artikel heißt es: „Berlins Polizei hat sich bereits Wochen vorher für einen reibungslosen Ablauf des Besuchs gerüstet. Jeder der zahlreichen persischen Studenten wurde überprüft. Alle politischen Gegner des Schahs sind bekannt. Zu vorläufigen Festnahmen kam es jedoch nicht.“

#### 20. Mai 1967

Erste öffentliche Veranstaltung des „Republikanischen Clubs e. V.“ (RC) mit Prof. Dr. Peter Brückner (Heidelberg) zum Thema „Hier raucht man und man nennt sich: Bürger (Paris 1790)“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 26. November 1966 und 4. Februar und 30. April 1967)

#### 21.—23. Mai 1967

15. Bundesparteitag der CDU. Der Parteitag wählt Kurt Georg Kiesinger zum Parteivorsitzenden und Bruno Heck zum Generalsekretär.

#### 22. Mai 1967

Die jährliche „Queen's Lecture“ zur Erinnerung an den Berlin-Besuch der britischen Königin Elisabeth II im Jahre 1965 findet im Auditorium maximum der FU statt. Referent ist der Rektor der Universität Cambridge, Sir Eric Ashby, zum Thema „Die Zukunft der Universitätsidee des 19. Jahrhunderts in Großbritannien und Deutschland“. Der britische Botschafter in der Bundesrepublik, Sir Frank Roberts, begrüßt die Gäste und weist darauf hin, daß die „Queen's Lecture“ „ein Ausdruck wachsender Freundschaft zwischen Deutschland und England“ sei. Der Rektor der FU, Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, erklärt: „Die klassische Idee der Universität kann heute nicht mehr voll akzeptiert werden.“ Allerdings solle sich die Universität des 20. Jahrhunderts davor hüten, die Tradition allzu schnell über Bord zu werfen. Sir Frank Roberts erklärt: „Die Tage sind vorbei, da jede Universität erwarten konnte, eine völlig autonome Körperschaft zu sein... Was man braucht, ist die kollektive Autonomie von Gruppen, die durch voneinander abhängige Institutionen gebildet werden. Die durch diese kollektive Autonomie verbundenen Universitäten könnten den intellektuellen Staat im Staate bilden.“

Der Polizeipräsident in Berlin teilt dem amerikanischen Schriftsteller Reinhard Lettau schriftlich mit, daß aufgrund seiner Teilnahme an der SDS-Veranstaltung vom 19. April 1967 auf dem Gelände der FU seine ursprünglich bis zum 17. November 1967 erteilte Aufenthaltslaubnis für die Bundesrepublik bereits am 30. Juni 1967 auslaufe. Lettau habe am 19. April 1967 versucht, die in der FU versammelten Studenten „gegen die Polizei aufzuhetzen“. Der Polizeipräsident sei nicht bereit, die Aufenthaltslaubnis über diesen Zeitpunkt hinaus zu verlängern. Falls Lettau bis zum 30. Juni 1967 die Bundesrepublik nicht freiwillig verlassen habe, „wäre es nach § 13 AuslG erforderlich, Sie unter Anwendung unmittelbaren Zwanges abzuschieben“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 27. und 29. Mai 1967)

Dok. 706

Mitglieder der „Zentrumsunion“ der „Demokratischen Linkskoalition“ (EDA), der demokratischen Jugendorganisation und oppositionelle griechische Offiziere gründen eine Widerstandsorganisation, die „Patriotische Front“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 21. April und 25. Mai 1967)

Brandkatastrophe im Kaufhaus „A l'Innovation“ in der Brüsseler Innenstadt. (Vgl. Zeittafeldatum vom 24. und 26. Mai und 27. November 1967)

#### 23. Mai 1967

In Vorbereitung des Schah-Besuches äußern zwei iranische Diplomaten beim Berliner Protokollchef den Wunsch, bei der Begrüßung des Schahs auf dem Flughafen Tempelhof eine Pro-Schah-Demonstration von Mitgliedern der iranischen Kolonie in Berlin zuzulassen. Dagegen werden keine Bedenken erhoben.

(Aus Sicherheitsgründen kann diese Demonstration jedoch später nicht auf dem Flughafengelände stattfinden. Die Iraner verhandeln dann selber mit der Polizei.)

#### 24. Mai 1967

Die Mitglieder der Kommune 1 verteilen auf dem Gelände der FU vier Flugblätter, die mit den Zahlen 6—9 durchnummeriert sind. In den Flugblättern wird die Brandkatastrophe in Belgien vom 22. Mai 1967 als ein „Großhappening“ belgischer Demonstranten gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam bezeichnet. Das Flugblatt Nr. 8 ist mit der Schlagzeile überschrieben „Wann brennen die Berliner Kaufhäuser?“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 22. und 26. Mai und 27. November 1967)

Dok. 707 — Dok. 710

SDS-Jour-Fixe über die geplante Bildung eines „Vietnam-Komitees an der FU“ und die Durchführung einer Flugblattaktion im amerikanischen Wohnviertel in Dahlem über den amerikanischen Krieg in Vietnam.

#### 25. Mai 1967

Einsatzbefehl Nr. 1 der Führung der Berliner Schutzpolizei für den Schah-Besuch. (Der Einsatzbefehl ist das Ergebnis der bisherigen Besprechungen am 24. April und 3., 10., 18. und 23. Mai 1967.) Es wird mit Störversuchen von Schah-Gegnern gerechnet (Transparente, Flugblätter, „wilde“ Demonstrationen, Werfen von Plastikbehältern und Rauchkerzen). Besondere Gefährdungspunkte: Rathaus Schöneberg, Schloß Charlottenburg, Deutsche Oper Berlin. Für den Polizeieinsatz wird die Sicherheitsstufe I (höchste Sicherheitsstufe) angeordnet. Es sollen Beamte der Schutzpolizei in Uniform und Zivil auch hinter Ansammlungen von Schaulustigen und Demonstranten eingesetzt werden. (Vgl. Zeittafeldatum vom 31. Mai 1967)

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der AStA lehnt mit 5:2:1 Stimmen ab, einen Aufruf zur Geldsammlung für die südvietnamesische Befreiungsfront (FLN) zum Kauf von Medikamenten zu unterschreiben.

Die griechische Widerstandsorganisation „Patriotische Front“ fordert in der ersten Nummer eines Informationsbulletins zu einem „Stillen Streik“ gegen das griechische Militärregime auf. Alle Griechen sollen an diesem Tag ihre Häuser nicht verlassen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 21. April und 22. Mai 1967)

Informationsveranstaltung der Studentenverbände SDS, SHB, HSU, LSD, Freunde der Publizistik e. V. und Argument-Club im Auditorium maximum über das „Urteil des internationalen Gerichtshofes für Kriegsverbrechen“ (Russel-Tribunal vom 10. Mai 1967 auf Grund der Verhandlung in Stockholm vom 2.—10. Mai 1967). Referenten sind: Russel Sattler (London), Dr. Abraham Behar (Paris) und Prof. Gabriel Kolko (Pennsylvania State University, USA).

Die Veranstalter legen den rund 1000 FU-Studenten am Schluß der Informationsveranstaltung eine „Resolution des Vietnam-Komitees an der Freien Universität Berlin“ vor, in dem Demonstrationen, Informationen, Straßendiskussion und Geldsammlungen für die FLN im amerikanischen Wohnviertel in Dahlem für die nächsten Tage angekündigt werden. (Vgl. Zeittafeldatum vom 26. und 29. Mai 1967)

Dok. 711

#### 26. Mai 1967

Leitartikel der „BZ“: „Inspektor sagt: 400 Tote — für sie ein Happening“. In dem Kommentar heißt es: „... Leute, die die Brüsseler Brandkatastrophe mit ihren fast 400 Toten als ‚Happening‘ bezeichnen, sind gemeingefährlich. Wer diese Katastrophe... verherrlicht und zur Nachahmung empfiehlt, gehört hinter Schloß und Riegel!“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 22. und 24. Mai und 27. November 1967)

Der Senat von Berlin beantwortet die kleine Anfrage des CDU-Abgeordneten Prof. Dr. Georg Kotowski vom 9. Mai 1967: „Es ist dem Senat bekannt, daß ein Mitglied des Lehrkörpers der FU in dem Abdruck einer sogenannten ‚Seminarrezension‘ eine Beeinträchtigung der in Art. 5 Abs. 3 des GG garantierten Freiheit von Forschung und Lehre erblickt. Der Senator für Wissenschaft und Kunst habe festgestellt, daß der Begriff eines ‚Forschungsseminars‘ im Hochschulrecht nicht bekannt sei. Er habe dies dem Rektor der FU mitgeteilt und gleichzeitig darum gebeten, daß der Begriff ‚Forschungsseminar‘ vom Akademischen Senat erarbeitet und eine Ab-

grenzung zu anderen Seminaren getroffen werde und daß die Verschiedenheit der Seminare auch im Vorlesungsverzeichnis zum Ausdruck komme. (Vgl. Zeittafeldatum vom 23. Februar, 2., 14. und 19. April und 2., 3. und 10. Mai 1967)

1. Demonstration des „Vietnam-Komitees der FU“ im amerikanischen Wohnviertel in Dahlem. Rund 200 amerikanische und deutsche Studenten verteilen Flugblätter in englischer Sprache über den amerikanischen Krieg in Vietnam und darüber, was die GI's in Vietnam persönlich erwarten. Das „Vietnam-Komitee“ sichert jedem GI, „der sich nicht im sinnlosen Dschungelkrieg Vietnams verheizen lassen will“, Hilfe zu. In dem Flugblatt erklären die Studentengruppen, daß sie nicht „anti-amerikanisch“ seien, sondern in der Kampagne gegen den Vietnamkrieg in den USA ein „vorbildliches Beispiel für eine lebendige Demokratie“ sähen.

Der Generalstaatsanwalt beim Landgericht Berlin, Dr. Diether Dehnicke, erklärt auf einer Pressekonferenz, daß die Staatsanwaltschaft gegenwärtig den Inhalt der vier Flugblätter der Kommune I vom 24. Mai 1967 sorgfältig prüfe. Dehnicke sagt zu dem Inhalt der Flugblätter, er sei „einigermaßen handfest und hart“. (Vgl. Zeittafeldatum vom 23. und 24. Mai und 27. November 1967)

6. ordentliche Sitzung des 19. Konvents der FU. Zum Tagesordnungspunkt 3 „Disziplinarrecht“ wird der Antrag des studentischen Sprechers im Akademischen Senat angenommen: „Der AStA wird beauftragt, den Rücktritt der studentischen Beisitzer in den Disziplinarausschüssen, wie er an den Universitäten Bonn, Freiburg und Köln und an der TH Aachen bereits erfolgt ist, vorzubereiten und dem Konvent eine ausführliche Beschlusvorlage vorzulegen.“

Der Konvent beschließt in namentlicher Abstimmung mit 31:17:1 eine ausführliche Vietnam-Vorlage der Konventsvorsitzenden und des AStA. Die Vorlage gibt zunächst einen Abriß der Geschichte des militärischen Engagements der USA, um dann die Notwendigkeit der Stellungnahme der Hochschulen hervorzubringen. „Der Konvent... begreift sein politisches Mandat als eine Aufgabe, die nur im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Funktion der Universität als Universität erfüllt werden kann.“ Die Universität dürfe sich nicht zum bloßen Lieferanten von Wissen degradieren. Der Konvent „verurteilt die US-Regierung und die von ihr abhängigen Regierungen als Verbrecher am Volk Vietnams und ihren eigenen Völkern“. Der Konvent erkennt die FNL als einzige Vertretung Südvietnams an. Der Konvent beauftragt den AStA mit der Durchführung eines Aktionsprogramms „zur Unterstützung der FNL und zur Denunziation der US-Regierung“.

Dok. 712

#### 26./27. Mai 1967

24. Landesparteitag des Berliner SPD-Landesverbandes. Die Delegierten verabschieden zwei Anträge, die sich mit der Situation an der FU beschäftigen.

Dok. 713

#### 27. Mai 1967

Der Schah von Persien, Reza Pahlawi, trifft mit seiner Frau Farah Diba zu einem mehrtägigen Staatsbesuch in der Bundesrepublik Deutschland in Bonn ein. Ungefähr 400 deutsche und persische Studenten demonstrieren in verschiedenen Stadtteilen Bonns mit Sprechhören wie „Nieder mit dem Schah!“ gegen den Besuch und legen Kränze für die „Opfer der Schah-Tyrannie“ am Gefallenen-Ehrenmal im Bonner Hofgarten nieder. Die Polizei beschlagnahmt die Kränze und umstellt eine Gruppe von 61 Studenten mit einer Hundertschaft. Die Studenten werden mit Mannschaftswagen zur Feststellung der Personalien ins Polizeigefängnis gebracht.

Mehr als fünfzig Professoren und Künstler und mehrere politische Hochschulgruppen protestieren in einer Unterschriftenaktion gegen die polizeiliche Ausweisung des amerikanischen Schriftstellers Reinhard Lettau. Zu den Unterzeichnern gehö-

ren Günter Grass, Peter Weiss, Prof. Dr. Ossip K. Flecht-heim, Prof. D. Helmut Gollwitzer, Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, Prof. Dr. Alexander Mitscherlich und der Dekan der Philosophischen Fakultät der FU, Prof. Dr. Erich Loos, sowie die Bundesvorstände des SDS und des I.S.D. (Vgl. Zeitafeldatum vom 22. und 29. Mai 1967)

#### 27./28. Mai 1967

Wochenendseminar des AStA zum Thema „Die Notstandsgesetzgebung auf der Grundlage des neuen Notstandsverfassungsentwurfs“. Referenten und Themen sind: Ulrich K. Preuß „Der Ausnahmezustand in der deutschen Verfassungsgeschichte“, Paul B. Neuhöffer (Chefredakteur der „Blätter für deutsche und internationale Politik“) „Die Funktion der Notstandsgesetzgebung und ihre Auswirkung auf die Gesellschaftsstruktur“. Weitere Themen sind: „Streik und Zivildienst im Notstand“ und „Strategie der Organisation des Widerstandes gegen die Notstandsgesetze“.

#### 29. Mai 1967

Beginn der Geldsammlung für Medikamente, die an die südvietnamesische Befreiungsfront (FLN) übergeben werden soll. Die Polizei beschlagnahmt vier Sammeldosen mit der Aufschrift „Geld für die FLN“ und stellt die Personalien von fünf Studentinnen und Studenten fest.

Der AStA verurteilt das Vorgehen der Polizei als einen „groben Bruch der Universitätsautonomie“. Die Polizeibeamten hätten sich auf das Universitätsgelände begeben, ohne vom Hausherrn, dem Rektor der FU, gerufen worden zu sein.

Der Senator für Inneres, Rechtsanwalt Wolfgang Büsch, hebt die Aufenthaltsbeschränkung für den amerikanischen Schriftsteller Reinhard Lettau wieder auf. Büsch erklärt, er sei durch die „Maßnahme eines untergeordneten Ordnungshüters“ völlig überrascht worden.

Der AStA der FU protestiert in einer Presseerklärung gegen die geplante und inzwischen zurückgenommene Ausweisung des Schriftstellers Reinhard Lettau. Er bezeichnet es als „einen politischen Skandal“, daß in der Bundesrepublik ein Ausländergesetz bestehe, „das von der Bürokratie beliebig zu primitiven Racheakten mißbraucht werden kann“. Zwar hätten die „prompten Proteste von Wissenschaftlern und Künstlern gegen die Ausweisung des Schriftstellers Reinhard Lettau“ Erfolg gehabt, „weniger prominente Ausländer wären einer solchen Maschinerie schutzlos ausgeliefert“. Der AStA fordert die Entlassung des Polizeipräsidenten, da dieser die „rechtsstaatlichen Prinzipien in einer so groben Weise“ verletzt habe, daß er „nicht länger als Hüter der Freiheit betrachtet werden kann“. (Vgl. Zeitafeldatum vom 22. und 27. Mai 1967)

#### 30. Mai 1967

Artikel der „BZ“: „Waldmeister‘ auf Verbrecherjagd — Großübung der Bepo.“

„Unter dem Stichwort ‚Waldmeister‘ begann gestern vormittag die größte Übung der Berliner Bereitschaftspolizei seit ihrem Bestehen...“

Ca. 1500 deutsche und persische Studenten demonstrieren in München gegen den bevorstehenden dreitägigen Besuch des Schahs in Bayern und gegen die „Zwangsevakuierung“ von 107 persischen Kommilitonen durch das bayerische Innenministerium aufgrund des § 7 des Ausländergesetzes für diese Zeitdauer. (Das Innenministerium hat den 107 persischen Studenten angeordnet, auf ihre Kosten München und die Regierungsbezirke Oberbayern und Mittelfranken sofort zu verlassen, da ihre „Anwesenheit zu einer Gefährdung des Schahs“ führen könne. Für den Fall ihrer Weigerung wurde ihnen vom bayrischen Innenministerium eine „sofortige Abschiebung oder eine Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr“ angedroht.) Die Demonstranten fordern auf Transparenten die sofortige Auf-

hebung dieser staatlichen Maßnahmen. (Die Stadt Regensburg hatte gleichzeitig den dortigen persischen Studenten befohlen, die Stadt vier Tage lang nicht zu verlassen und sich täglich zweimal bei der Ausländerpolizei zu melden. Das Landgericht Starnberg befahl den Persern, Oberbayern und Mittelfranken für vier Tage zu verlassen, den neuen Aufenthaltsort sofort mitzuteilen und sich bei der dortigen Ausländerbehörde täglich zu melden. Die Stadt Erlangen befahl den persischen Studenten, vier Tage lang den Stadtkreis nicht zu verlassen. (Vgl. Zeitafeldatum vom 1. Juni 1967)

Prof. Richard Löwenthal kritisiert in seiner Vorlesung über „Die Außenpolitik der Sowjetunion seit 1945“ den Beschluß des Konvents vom 26. Mai 1967 zum amerikanischen Krieg in Vietnam als „extrem einseitig und höchst fragwürdig“.

Ordentliche Landesvollversammlung des SHB. Tagesordnung: Diskussion über eine vom Landesvorstand der „sozialistischen Jugend — Die Falken“ geplante Demonstration am 3. Juni 1967 im Wedding gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam. (Vgl. Zeitafeldatum vom 2. April und 18. Mai 1967)

HSU-Informations-Jour fixe zum Thema „Der griechische Putsch“. Griechische Studenten, Arbeiter und Journalisten berichten über die Machtergreifung der Militärregierung in Griechenland.

#### 30./31. Mai 1967

In der Nacht werden in allen Berliner Stadtteilen Plakate geklebt, in denen unter der Überschrift „Mord“ ein Steckbrief des Schahs veröffentlicht wird.

# MORD



#### Gesucht wird

**Schah Mohamed Reza Pahlawi wegen Mord und Folterungen** an dem Journalisten Karimpour Schirazi, an dem Außenminister Hossein Fatemi, an dem Justizminister Lotfi nach vorherigem Ausreißen der Augen, an einundsiebzig oppositionellen Offizieren, an Hunderten von Kommunisten, an ziviler Bevölkerung und Studenten.

#### Weiter ist er schuldig

aufrecht erhalten zu haben das Analphabetentum von 80% der Bevölkerung, nicht verhindert zu haben, daß jedes zweite Kind stirbt, dafür gesorgt zu haben, daß er selbst 400 Millionen Dollar jährlich kassiert und seine Untertanen bei nur 70 Dollar hungern, in Besitz genommen zu haben 2176 Siedlungen mit 300 000 Untertanen, gestohlen zu haben Millionen Tonnen von Öl, bestochen zu haben, betrogen zu haben, erpreßt zu haben, sein Volk in Elend und Dummheit gehalten zu haben.

#### Beschreibung des Täters:

ca. 1,70 m groß, ovale Gesichtsförm, trägt Panzerweste unter dem Hemd, darüber Orden.  
Besondere Kennzeichen: Kaiserkrone, goldenes Telefon, 5000 Mann Leibwache, ißt ausschließlich aus silbernem Geschir, reist in Begleitung eines Giftprüfers.

Er wurde zuletzt gesehen in Begleitung des Bundespräsidenten **Heinrich Lübke**. Wir weisen darauf hin, daß Personen, die dem Täter Asyl gewähren, sich der Beihilfe zu den genannten Verbrechen schuldig machen.

Wir bitten die Bevölkerung, alle Aktionen, die zur Unschädlichmachung des Täters führen, tatkräftig zu unterstützen.

Internationale Befreiungsfront  
Wien 1, Wollzeile 33



### 31. Mai 1967

Nach Besprechungen am 29. Mai und am selben Tage wird der Einsatzbefehl Nr. 1 der Führung der Berliner Schutzpolizei vom 25. Mai 1967 durch den Einsatzbefehl Nr. 2 erweitert. Angeblich beabsichtigen deutsche und iranische Studenten, vor dem Schloß Bellevue und der deutschen Oper Berlin Demonstrationen mit faulen Eiern, Tomaten, Plastikbeuteln mit Farbe und Luftballons mit Anti-Schah-Parolen durchzuführen. Vor der Deutschen Oper Berlin soll angeblich eine Gruppe von zehn bis zwanzig mit Gewehren, Pistolen und Messern bewaffneten Iranern ein Attentat auf den Schah planen. Abschließend heißt es in dem Befehl: „Allein die Sicherheit der kaiserlichen Gäste ist Auftrag und Ziel aller polizeilichen Maßnahmen.“

Sprechhöre, Plakataktionen u.ä. sind grundsätzlich unbeachtet zu lassen, solange sie nicht zu schwerwiegenden Ordnungsstörungen führen. Durch polizeiliche Maßnahmen dürfen unter keinen Umständen größere Störungen für die öffentliche Sicherheit und Ordnung eintreten als durch den eigentlichen Anlaß für das Einschreiten.“ (Für die Kriminalpolizei und die Abteilung I des Polizeipräsidenten werden ebenfalls Einsatzbefehle erteilt. Einen einheitlichen Gesamteinsatz gibt es nicht. Das bedeutet, daß es jeweils drei Einsatzleiter gibt.) Die Einsatzbefehle werden der Abt. III des Senators für Inneres als Aufsichtsbehörde zur Prüfung vorgelegt, die keine Veranlassung sieht, „tätig zu werden“.

Nach Abschluß einer Feierstunde im Auditorium maximum der FU aus Anlaß des 125jährigen Bestehens der „Friedensklasse des Ordens Pour le Mérite“ protestieren mehrere hundert Studenten gegen die Anwesenheit des Bundespräsidenten Dr. Heinrich Lübke. Als Lübke zusammen mit dem Regierenden Bürgermeister Heinrich Albertz das Auditorium maximum verläßt, bilden die Studenten ein Spalier und rufen „faßbender“ und Ho, Ho, Ho Tschì-Minh“. Während der Demonstration nimmt die Polizei vierzehn Studentinnen und Studenten vorläufig fest, die mit Sammeldosen mit der Aufschrift „Geld für die FLN“ demonstrativ klappern und die Büchsen über die Absperrung dem Bundespräsidenten und seiner Begleitung entgegenhalten. Erst als Professor Dr. Otto Hahn (Göttingen) das Auditorium maximum verläßt, zollen die Studenten langen und demonstrativen Beifall. Der Berlin-Beauftragte des Bundeskanzlers, Ernst Lemmer (Bundesminister a. D., CDU), erklärt: „Das ist die Freiheit, die die Freiheit zu Tode bringt.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 27. Oktober 1966)

Mehrere hundert Studenten protestieren in München gegen den Schah von Persien. Während der Fahrt des Kaiserpaares vom Münchener Hauptbahnhof zur Staatskanzlei gehen an zwei Stellen der Fahrtstrecke Bereitschaftspolizisten mit Gummiknüppeln gegen Studenten vor, die „Mörder, Mörder“ rufen und versuchen, die Fahrbahn zu blockieren. Der AStA der TH München tritt aus Protest gegen den Besuch zurück.

Schreiben des Generalstaatsanwalts beim Berliner Landgericht: „Das Ermittlungsverfahren gegen die Verfasser und Verbreiter des ‚Fachidioten-Flugblatts‘ vom 26. November 1966 wird wegen Fehlens sachdienlicher Hinweise auf die mutmaßlichen Täter eingestellt.“

Ordentliche Sitzung des Akademischen Senats der FU. Die vom Akademischen Senat am 3. Mai 1967 eingesetzte Kommission zur Überprüfung der Förderungswürdigkeit des SDS legt ihren Bericht vor. Die Kommission kommt (gegen die Stimme des studentischen Mitglieds) zu dem Schluß, daß der SDS keine förderungswürdige Vereinigung sei, eine Aberkennung der Förderungswürdigkeit sich jedoch aus verschiedenen Gründen nicht empfehle: 1. würde der Konvent das Verfahren für unübersehbar lange Zeit hinauszögern, 2. würde ein Solidarisierungseffekt mit dem SDS die Folge sein und 3. habe man die Hoffnung, daß der SDS aufgrund der K-I-Flugblätter („Aufruf zur Inszenierung von Warenhausbränden“) „sich endlich selbst reinigt“.

Der Akademische Senat beschließt mit 10:9 Stimmen in geheimer Abstimmung: „Der Senat hält die Voraussetzung für die Förderungswürdigkeit des SDS als förderungswürdige Vereinigung an der Freien Universität nicht mehr für gegeben und gibt dem Konvent Gelegenheit zur Stellungnahme und Vorprüfung, ob die Zulassung zu widerrufen ist.“ Die Äußerung des Konvents soll spätestens bis zum 15. Juli 1967 vorliegen.

Dok. 714

Vertagte 6. ordentliche Sitzung des 19. Konvents der FU. Nach zahlreichen Änderungen auf der Ausgabe Seite wird der Haushalt der Studentenschaft für das Jahr 1967 angenommen. Der Konvent protestiert schärfstens gegen die Einleitung des Verfahrens zur Aberkennung der Förderungswürdigkeit des SDS durch den Akademischen Senat und ruft zu Protestversammlungen gegen den Beschluß am 3. Juni 1967 um 10.00 Uhr im Henry-Ford-Bau auf, die der AStA veranstalten soll. An diesem Tag sollen auch die offizielle Immatrikulationsfeier und eine Sitzung des Akademischen Senats stattfinden.

Dok. 715

Der Konvent beschließt einen Antrag zum Schah-Besuch, in dem er sich solidarisch mit der Bitte der „Confédération iranischer Studenten“ an den Bundespräsidenten erklärt, die Einladung an den Schah rückgängig zu machen. Der Konvent verurteilt den Besuch des Schahs in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin, „protestiert gegen die polizeistaatlichen Zustände, die wegen des Besuchs eines diktatorischen Staatsoberhauptes in der Bundesrepublik eingeführt werden“. Der Konvent fordert die Studenten zur Teilnahme an der Veranstaltung des AStA „Persien — Modell eines Entwicklungslandes“ am 1. Juni 1967 und zu demokratischen Protesten gegen den Schah-Besuch in West-Berlin auf.

Dok. 716

### Ende Mai/Anfang Juni 1967

Die Konventsabgeordneten Walter Jentsch (Burschenschaftler, ehemaliger 1. Fakultätssprecher der Juristischen Fakultät) und Hans-Gerhard Franck (Burschenschaftler, 2. Fakultätssprecher der Juristischen Fakultät) erheben Feststellungsklage gegen den Vietnam-Beschluß des Konvents vom 26. Mai 1967. (Vgl. Zeittafeldatum vom 1. Juni 1967)

### 1. Juni 1967

Der Senator für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Werner Stein, hebt den Beschluß des Konvents vom 31. Mai 1967 auf, soweit er die Demonstration betrifft. Er halte es für rechtlich unzulässig, „von einem durch die Universitätsordnung genau geregelten Verfahren in der vom Konvent vorgesehenen Form abzuweichen und in Protestversammlungen hierzu Entscheidungen des Konvents zu beeinflussen und unter Umständen zu präjudizieren“. Der 1. Konventsvorsitzende Wolfgang Lefèvre reicht beim Verwaltungsgericht eine Klage ein, um die „Vollziehungs-Anordnung“ des Senators für Wissenschaft und Kunst vorläufig aufzuschieben. (Der Senator für Wissenschaft und Kunst ordnet am 2. Juni die sofortige Vollziehung der Entscheidung an. Das öffentliche Interesse des Landes Berlin erfordere es, daß die durch die Klageerhebung eingetretene aufschiebende Wirkung wieder beseitigt werde.)

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Für den Fall, daß der Akademische Senat dem SDS die Förderungswürdigkeit aberkennt, will der AStA die anderen politischen Hochschulverbände bitten, ihre Förderungswürdigkeit selbst zu überprüfen und gegebenenfalls auf sie zu verzichten.

In einem offenen Brief erklärt die Studentenvertretung der TU Berlin, sie habe „mit Bestürzung“ von persischen Kommilitonen erfahren, daß die aktiven Mitglieder der „Confederation iranischer Studenten“ (CISNU) von der Ausländerpolizei vernommen worden seien und daß aufgrund einer Anzeige des Handelsattachés der persischen Mission in Berlin bei zwei persischen Studenten eine Hausdurchsuchung stattgefunden habe. Die Studentenvertretung der TU begrüßt es, daß die CISNU den Schah-Besuch zum Anlaß nimmt, die deutsche Öffentlichkeit über das „Diktaturregime des Schahs in Persien“ zu informieren.

AStA-Informationsveranstaltung im Auditorium maximum des Henry-Ford-Baus zum Thema „Persien, Modell eines Entwicklungslandes“. Hauptsprecher ist Dr. Bahman Nirumand. Ein eingeladener Vertreter der iranischen Botschaft in der Bundesrepublik ist nicht er-

schienen. Während der Diskussion ruft der 2. AStA-Vorsitzende Bernhard Wilhelmer zur Demonstration am 3. Juni auf. Außerdem berichtet Rechtsanwalt Heinz Heldmann (München) über die Maßnahmen des bayerischen Innenministeriums gegen persische Kommilitonen. Die Versammlung ist von mehr als 2000 Teilnehmern besucht. Es werden FNL-Fahnen und Transparente gegen den Schah gezeigt. Mitglieder der K I verkaufen „Schah- und Farah-Tüten“ als Schutz gegen die Fotografen der Polizei (es handelt sich um Einkaufstüten, die mit Karikaturen des Schahs und Farah Dibas beklebt sind und Augenschlitze haben). Vor und nach der Veranstaltung wird die erste Nummer der Wochenzeitung des Oberbaumverlages „Oberbaum-Blatt“ verkauft. Das Blatt hat die Schlagzeile „Der Schah ist tot — Farah geschändet“.

# 2. Dokumente

## DOKUMENT 354

Freie Universität Berlin  
Studentenvertretung  
Der Vorsitzende des Konvents

Berlin 33,  
den 7. Dezember 1964  
Garystraße 20  
Tel.: 76 90 22 45

### Beschluß des 16. Konvents zur Frage der Änderung der Universitätsordnung und der Zwangsexmatrikulation

#### I.

Die Studentenschaft der Freien Universität Berlin stellt mit großer Sorge fest, daß sich die Arbeitsbedingungen an der Freien Universität Berlin ebenso wie an den anderen deutschen Universitäten zunehmend verschlechtern und daß eine begründete Aussicht auf hinreichende Verbesserungen nicht besteht.

Seit langem wird von der Studentenschaft — um solche Verbesserungen zu ermöglichen — vor allem gefordert:

1. die Institute — insbesondere der überlaufenen Massenfächer — den heutigen Studentenzahlen entsprechend baulich und personell zu erweitern,
2. die Studieneinrichtungen — vor allem die Bibliotheken — den gestiegenen und ständig weiter steigenden Bedürfnissen in Ausstattung und organisatorischem Aufbau anzugleichen,
3. das Angebot der Lehrveranstaltungen so zu erweitern und abzustimmen, daß eine sinnvolle Studienfolge möglich ist,
4. die Lehrveranstaltungen — insbesondere Übungen und Seminare — nach der Zahl der Teilnehmer so zu verkleinern, daß der Dialog zwischen Lehrenden und Lernenden wieder möglich und die Auseinandersetzung über fachliche Probleme, die ein wissenschaftliches Studium erst begründet, wieder zum Mittelpunkt des Lehrens und Lernens an unseren Universitäten wird,
5. durch intensive Studienberatung den Studierenden eine bessere Orientierung in ihrem Studium zu ermöglichen,
6. durch Vergrößerung des Lehrkörpers dafür die Voraussetzungen zu schaffen.

Unsere Hochschulen sehen sich seit langem ständig steigenden Studentenzahlen gegenüber, wie sie im Interesse des gesellschaftlichen Fortschritts auch wünschenswert sind. Seit langem aber genügen unsere Universitäten in Ausstattung, Raumverhältnissen, hochschulinterner Organisation und personeller Besetzung nicht mehr den Erfordernissen einer wissenschaftlichen Ausbildung. Die geplanten oder begonnenen Hochschulneugründungen reichen in Zahl und vorgesehener Kapazität nicht aus und kommen nicht oder nur erschreckend langsam voran. Der Ausbau der bestehenden Hochschulen wird unzureichend oder gar nicht in Angriff genommen oder

— wie die Erweiterung der FUB auf dem sogenannten Obstbaugelände — immer wieder entgegen den Notwendigkeiten verzögert.

#### II.

Die Studentenschaft bedauert, daß durch unzulängliche Arbeitsverhältnisse und für den einzelnen Studenten fehlende Orientierungsmöglichkeiten im Universitätsstudium sich die Studiendauer in vielen Fächern über das Maß hinaus verlängert hat, wie es durch Ziel und sinnvollen Verlauf eines wissenschaftlichen Studiums bedingt ist.

Die Studentenschaft hält daran fest, daß oberste Aufgabe der Universitäten bleiben muß, durch ein von außerwissenschaftlichen Gesichtspunkten freies Studium zu selbständigem wissenschaftlichen Denken und Arbeiten befähigte Akademiker heranzubilden.

Die Studentenschaft sieht deshalb allein in einer Studien- und Hochschulreform, die die Arbeitsbedingungen für Professoren und Studenten grundlegend verbessert und den üblich gewordenen Massenbetrieb verhindert, ein wirksames Mittel, um wieder das für ein solches Studium erforderliche wissenschaftliche Arbeiten, die dafür notwendigen Orientierungshilfen und eine erträgliche Dauer der akademischen Ausbildung zu ermöglichen.

#### III.

Die Studentenschaft hat hingegen kein Verständnis für den Versuch, die Studienzeit durch eine zwangsweise Studienzeitbegrenzung zu verkürzen.

Eine solche Begrenzung der Studiendauer könnte — wenn überhaupt — nur dann sinnvoll sein, wenn sie auf einen für jedes Fach exakt durchgeplanten, in den Kennntnisanforderungen gründlich normierten Studiengang zugeschnitten würde. Solche Normierung könnte allerdings allein den Anforderungen der Fachprüfungsordnungen gemäß erfolgen — wäre also an einem gleichfalls normierten Kanon von Fertigkeiten orientiert, die für fixierte Berufslaufbahnen erforderlich sind — also letztlich an außerwissenschaftlichen Kriterien.

Die Forderung nach ökonomischer Effektivität des Studiums übersieht, daß die Normierung und Reglementierung des Ausbildungsganges nur um den Preis des Verzichts auf wissenschaftliche Einsicht als oberstes Ziel akademischer Bildung möglich ist und daß dadurch zumindest der Erkenntnispielraum, wie die Wissenschaft allein ihn sich setzen dürfte, nach außerwissenschaftlichen Anforderungen eingeschränkt wird. Hochschulreformversuche, die von einer administrativen Begrenzung der Ausbildungsdauer ausgehen und auf eine Reglementierung und Normierung der fachspezifischen Ausbil-

dungsgänge gerichtet sind, können sich auch nicht ohne weiteres an in Deutschland bisher unüblichen Hochschulmodellen orientieren; der wissenschaftliche Erfolg etwa der amerikanischen Universitäten ist gerade auch von einer für unsere Universitäten noch kaum vorstellbaren, aber für sie unbedingt notwendigen Qualität und Quantität der Ausstattung und der personellen Besetzung abhängig.

Gleichwertiger Aufwand dürfte die bei uns zu beobachtenden Mißstände erfolgreicher beheben als eine nur am Modell orientierte grundlegende Umgestaltung, die ohne den dafür notwendigen Aufwand erstrebt wird.

Der gegenwärtig wegen unzureichender Ausrüstung großenteils nicht zu erfüllende Anspruch unserer Universitäten würde dabei in leichtfertiger Kapitulation vor Mängeln, die durchaus zu beheben sind, aufgegeben. Die Überlastung des Studiums mit bloßem Wissensstoff und Prüfungsordnungen, die weder den Forderungen der Wissenschaftlichkeit noch einer Berufsausbildung dienen, stehen der Erfüllung dieses Anspruchs im Wege. Sie haben lediglich eine zweckfremde Verlängerung des Studiums zur Folge. Ziel des Studiums bleibt aber in erster Linie wissenschaftliche Einsicht und die Befähigung zu selbständigem, den Regeln der wissenschaftlichen Redlichkeit verpflichteten Arbeiten.

(Hochschularchiv FUB: Sitzungsprotokolle des 16. Konvents [1964])

## DOKUMENT 355

### Assistentenordnung der Freien Universität Berlin

Die Rechtsverhältnisse der Wissenschaftlichen Assistenten sind im Hochschullehrergesetz und im Landesbeamtenengesetz geregelt. Ergänzend dazu erläßt der Akademische Senat auf Grund des § 53 Abs. 1 des Hochschullehrergesetzes folgende Bestimmungen:

1. In den klinischen Fächern der Human-, Zahn- und Tiermedizin setzt die Ernennung die Bestallung als Arzt, Zahnarzt oder Tierarzt voraus.
2. Der Rektor kann auf Antrag der zuständigen Fakultät von der Entlassung des Wissenschaftlichen Assistenten zum Ende des 4. Dienstjahres absehen, wenn wichtige dienstliche Interessen, insbesondere die Förderung des akademischen Nachwuchses, dies gebieten. Das ist insbesondere der Fall, wenn
  - a) die Habilitation durchgeführt oder hinreichend gefördert ist,
  - b) der Assistent willens ist und geeignet erscheint, sich zu habilitieren, die Habilitation sich aber ohne sein Verschulden verzögert hat, insbesondere durch Teilnahme an wissenschaftlichen Arbeiten oder akademischen Lehraufgaben des Vorgesetzten,
  - c) im Falle des § 54 Abs. (1) Satz 3 Hochschullehrergesetz der Assistent promoviert ist und angenommen werden kann, daß die Habilitation nach weiteren zwei Jahren hinreichend gefördert sein wird.

Über die fachliche Eignung hat der Vorgesetzte ein eingehendes Gutachten zu erstatten, das dem Verlängerungsantrag beigelegt wird.

Wird der Wissenschaftliche Assistent nicht zum Ende des vierten Dienstjahres entlassen, so soll sein Dienstverhältnis zunächst um weitere zwei Jahre fortgesetzt werden.

3. Bei Verwaltern von Assistentenstellen ist auf Vorschlag des Vorgesetzten und Antrag des Rektors eine Verlängerung des Dienstvertrages nur zulässig:
  - a) über zwei Jahre hinaus, wenn die Promotion hinreichend gefördert ist;
  - b) über drei Jahre hinaus, nur einmal für die Dauer eines halben Jahres, wenn das Promotionsverfahren eröffnet ist. Hat der Verwalter seine Promotionsleistungen erbracht und steht lediglich die Drucklegung seiner Dissertation aus, so kann das Dienstverhältnis bis zur Promotion fortgesetzt werden.
4. Diese Ordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung in den Mitteilungen für Dozenten und Studenten in Kraft. Gleichzeitig tritt die Universitäts-Assistentenordnung vom 1. Mai 1958 in

der Fassung der Änderung vom 14. Januar 1959 (Mitteilungen für Dozenten und Studenten vom 1. April 1959) außer Kraft.

Vorstehende Assistentenordnung wurde vom Senator für Wissenschaft und Kunst am 10. März 1966 bestätigt.

(Freie Universität Berlin, Mitteilungen für Dozenten und Studenten, 110/76)

## DOKUMENT 356

### Konvent 65

#### Michael Busch

Zum 17. Konvent sollte gewählt werden. Kurz vor Weihnachten gingen die Studenten zur Wahlurne, um sich ihre Vertretung auszusuchen. Es wurde nach vielen verschiedenen Gesichtspunkten gewählt. Wie jedes Jahr. Sagte man. Und doch war es anders.

Denn — zunächst einmal gingen die meisten Studenten überhaupt nicht zur Wahl, wenigstens ungefähr 8000 (52 %) nicht. Der 17. Konvent ist nur vom Vertrauen weniger als der Hälfte der immatrikulierten Studenten getragen. Es lag nicht nur am späten Wahltermin, man hatte „im Hauptausschuß geschlafen“. So war am letzten der vier Wahltage die Universität bereits wie ausgestorben. Es weihnachtete eben sehr. Nun, es lag auch an der vielzitierten Unlust des Studenten. Grund genug gab es schon dafür: Der 16. Konvent hatte schlecht gearbeitet, seine Ausschüsse mehr oder weniger überhaupt nicht. Darüber war man sich einig. Das heißt, fast einig. Denn als einige „Urabstimmler“ diesen Sachverhalt einmal sehr explizite darstellten, fiel man in dieser Meinung auseinander. Man argumentierte doppelt: Die einen zählten die getagten Stunden zusammen und kamen durch solch astronomische Ziffern bewundernd, aber besser selbstbewundernd, zu dem Schluß: Man hatte doch etwas geschafft.

Die anderen aber waren taktisch klüger. Sie gaben den „schwarzen Peter“ an die Urabstimmungsinitiatoren zurück. Die hatten ja gerade nicht gearbeitet. Es gab auch Leute, die beide Thesen vertraten (!!).

Damit fing der Wahlkampf an. Leider. Denn die letzte These wurde bald zurückgenommen und im FU-SPIEGEL nur noch auf einen der drei Initiatoren beschränkt — und das ausgerechnet auf den Vorsitzenden des Fachverbandes Jura im VDS und Sprecher der Juristischen Fakultät, der sicherlich für die Studentenschaft nicht wenig Arbeit geleistet hatte. Aber die Behauptungen blieben natürlich in der Luft hängen.

Hinzu kamen Fehler des sogenannten rechten Flügels (ich will zum leichteren Verständnis ebenfalls diese Schablonen „rechts“ und „links“ benutzen). Sie ließen den Vorwurf der Illegalität auf sich sitzen, obwohl nicht notwendig. Und sie begingen den größten logischen faux pas, als sie quasi gegen den Konvent in der jetzigen Form (teilweise *expressis verbis*) kandidierten und von den Studenten, die ihr ungutes Gefühl über die Konventsarbeit geteilt hatten, verlangten, in den Wahlen ihre Stimme für sie abzugeben. Der logische Fehler wurde schon in den Wahltagen offensichtlich. Diese von ihnen angesprochenen Studenten gingen überhaupt nicht zur Wahl.

Es wurde ein harter Wahlkampf, bei dem leider auch vielfach diffamierende Mittel eingesetzt wurden. Geldmangel schien auf keiner Seite zu herrschen. Der linke Flügel fand bald heraus, daß auch Gesichter im Wahlkampf eine Rolle spielen. E. Erik, der nichtexistierende Student, ist gemeint. Vielleicht wäre man im AStA auf die Entdeckung nicht so stolz gewesen, daß es sich bei der Verantwortlich-Zeichnung eines der sachlichsten und besten Flugblätter um ein Pseudonym handelte, wenn man mit P. Pseudo unterschrieben hätte.

Natürlich wurde auch auf Fakultätsbene fröhlich mitgemischt. Eine Analyse ist hier weitgehend unmöglich. Neu war das lateinische Flugblatt der Philosophischen Fakultät (eben doch keine tote Sprache). Die Altphilologen wußten es zu würdigen, wenn auch ein Versmaßfehler dabei war. Neu waren die verschiedenen Plakate an der juristischen Fakultät, teilweise feierlich mit Universitätsfarben umrahmt. Und neu

- 1 Es begab sich aber zu der Zeit des Wirtschaftswunders, daß ein Gebot von der Gesellschaft ausging, daß alle zu Verbrauchern gestempelt würden.
- 2 Und diese Manipulation war nicht die erste und geschah zu der Zeit, da sich die Möglichkeit auftat, die Unterdrückung der Menschen aufzuheben.
- 3 Und ein jeder trollte sich, um seine Kaufkraft einschätzen zu lassen, ein jeglicher in sein Warenhaus.
- 4 Da machte sich auch auf die Werbung aller Konzerne, um die Überproduktion den Hungern den zu verweigern, in die Herzen der Menschen in aller Welt, die da heißt Leistung und Profit,
- 5 Darum daß die Werbung aus dem Geiste der Ausbeutung war, auf daß sie die Sehnsucht der Menschen einfange, zusammen mit der „Liebe“, ihrer treuesten Freundin, die ging mit verborgener Kaufkraft schwanger.
- 6 Und da sie sich zusammengetan hatten, kam die Zeit, da sie gebären sollte.
- 7 Und die „Liebe“ gebar die Waren und wickelte sie in falsche Träume und legte sie in die Schaufenster, damit die Menschen ihre wahren Wünsche nicht mehr sehen in dieser Welt.
- 8 Und es waren Manager in derselbigen Gegend in den Büros, in den Städten, die hüteten des nachts ihre Statistik.
- 9 Und siehe, der Engel des Schönen, Guten und Wahren trat zu ihnen und der Zwang zur Innerlichkeit leuchtete um sie, und sie fürchteten, daß die Menschen ihnen den Gehorsam verweigern könnten.
- 10 Und der Engel sprach zu ihnen: „Fürchtet euch nicht, siehe ich verkündige euch große Freude, die allen Arbeitssklaven widerfahren wird;
- 11 Denn es ist heute die Liebe in Form der Ware geboren, welche heißt Gleichschaltung und Ausbeutung des Lebens.
- 12 Und das habt zum Zeichen: Ihr werdet finden die Menschen verblödet und von den schalen, verlogenen Gütern hypnotisiert. Und nie werden sie erkennen das Werkzeug in ihren Händen, dadurch sie sich befreien.“
- 13 Aber plötzlich war da bei dem Engel die Menge der nicht mehr durch die Rührseligkeit Versöhnten, sie schoben ihn beiseite und sprachen:
- 14 „Löscht die Kerzen,  
verweigert die Pflicht des Tauschrituals am Gabentisch, denkt an das Elend eures Lebens und vereinigt euch im Widerstand.“

## Subversive Aktion

---

Verantwortlich: Manfred Blöber, 1 Berlin-Kreuzberg, Skalitzerstraße 45 Druck: Selbstverlag

(Privatakten. Standort ZI 6: Akte „SDS“. Bd. I. 1962—1966)

war auch, daß ein Kandidat in der WiSo-Fakultät sich in einem Flugblatt noch einmal selbst vorstellte. Er gewann die Wahlen in seiner Fakultät.

Die Sensation bei der Wahlauszählung war vollkommen. Es hatte einen „landslide“, einen Erdbeben gegeben. Der rechte Flügel geschlagen! In allen Fakultäten. Wahrscheinlich auch in der Juristischen Fakultät. Endlich sind „die Zeiten der Angstpsychose vor den rechten AStA-Machtergreifern“ zu Ende. Endlich ein arbeitsfähiger Linkskonvent. Dachte man.

Doch als man überlegte, wurde zwar eine Gruppe gefunden, die gewonnen hatte, aber — siehe da — man wußte nicht, wer eigentlich die Wahlen gewonnen hatte.

An dieser Stelle soll zur Erklärung etwas weiter ausgeholt werden.

Wer die Sitzungen der letzten Konventsperiode häufiger besuchte oder Abgeordneter war, also zu den „Eingeweihten“ zählte, erkannte schon bald, daß es realiter nie eine Zweiteilung, sondern eigentlich schon immer eine Dreiteilung des Konvents gegeben hatte. Idealisten zählten auch noch Unabhängige.

Die Dreiteilung war jedoch — und das ist gut so — weniger parteipolitisch als hochschulkonzeptioneller Art. Gedanken über die Rechtsfähigkeit, Selbst- und Mitverwaltung und das Wissenschaftsmodell widersprachen sich. Die vom rechten Flügel vertretene Konzeption neigte in einigen Punkten mehr zu der einen, der linken Gruppe, in anderen Punkten mehr zu der zweiten. Nach wie vor fordert dieser rechte Flügel eine rechtsfähige Studentenschaft als Gliedkörperschaft in der Universität. Neben der der Gliedkörperschaft wären auch andere Lösungen denkbar. Rechtsfähig — das heißt „juristische Personen“ sein, Vertragsabschlüsse selbst durchführen können, die Sozialaufgaben für die Studentenschaft in eigener Sache in die Hand nehmen, Stärkung der Studentenschaft innerhalb und außerhalb der Universität. Selbstverständlich soll die Mitverwaltung in akademischen und wirtschaftlichen Bereichen dabei nicht verlorengehen. Der Verlust dieser Rechte wäre auch in keiner Weise ein zwingende Folgerung. Die Chance, an dieser Konzeption weiterzuarbeiten, ist selbst im neuen Konvent nicht verschwunden, denn auch viele der sogenannten Linken haben diese Ideen übernommen und werden an dieser Stelle mitarbeiten. Aber wir wollen auf die oben erwähnte Teilung und Gruppierung zurückkommen. Da im letzten Konvent keinesfalls von einer Drittelung in paritätischer Weise gesprochen werden kann, ergab sich gewöhnlich nur eine stärkere Differenzierung nur gegenüber dem rechten Flügel. Dieser rechte Flügel ist aber als große Gruppe im neuen Konvent nicht mehr vertreten. Und so zeigte sich schon in der Wahlnacht, daß der Startschuß zu einem Rennen gefallen war, das erstmalig zwischen den Linken ausgetragen wird, wenn auch unter den Zielrichtern einige Rechte vertreten sein werden.

Wer hat also die Wahlen gewonnen? Bis heute ist es nicht klar. Nur eines kann mit Sicherheit gesagt werden: Die Wahlnacht bedeutet gleichzeitig die Beerdigung der Satzungsänderung, dem liebsten Kind des AStA und der „Urabstimmter“. Denn die einst nur sehr kleine zweite linke Gruppe dürfte auf mehr als ein Drittel des Konvents angewachsen sein. Der AStA-Vorsitzende und der Konventspräsident können nicht ihr Versprechen halten, die Satzungsänderung sofort vom neuen Konvent behandeln zu lassen. Denn die zweite Gruppe ist gegen die Änderung in der jetzigen Form. Was die Urabstimmungsinitiatoren vorausgesagt haben, ist voll eingetroffen. Wir werden mindestens für diesen 17. Konvent keine neue Satzung haben.

Auf der Kontinuitätsstagung des Konvents sprach der erste AStA-Vorsitzende bereits vom Dezember als dem Monat einer möglichen Behandlung im Konvent. Hat er seine Meinung geändert, die ja erst hieß: „Im Dezember ist der Konvent nicht arbeitsfähig. Wir müssen die Satzung gleich im Frühjahr ändern.“?

So wird also der neue Konvent keine Korsettstangen für eine gute und durch studentische Grundsatzfragen bestimmte Arbeit haben. Und wie notwendig wäre eine Konzentrierung auf die Arbeit in den Ausschüssen gewesen, wie notwendig auch eine Konzentrierung der Verantwortung im AStA. Der

neue Konvent hat wiederum mehr Abgeordnete. Umgekehrt proportional verhält sich dabei ohne Zweifel die Arbeitsfähigkeit.

Er wird sich also weiterhin mit Polizeiaktionen abgeben, wo es um Stellungnahme zur Universitätsordnung geht. (Die Annahme ist berechtigt, wenn man nur an die sechs SDS-Mitglieder im Konvent und ihre Tschombé-Demonstration denkt.)

Der Konvent wird sich vielleicht in diesem Jahr zu mehr Sachbeschlüssen als im Vorjahr durchdringen, aber viel mehr werden es bestimmt nicht, und viel mehr sind notwendig. Doch belasten wir den neuen Konvent nicht von vornherein. Geben wir ihm eine Chance. Warten wir ab. Die Satzungsänderung ist tot.

Es lebe der 17. Konvent.

(FU-SPIEGEL Nr. 42, Januar 1965, S. 16)

## DOKUMENT 357

### Sieg der Vernunft

#### Rudolph Ganz

Die „Berliner Morgenpost“ reagierte hysterisch: „Linksradikale geben den Ton an“. Das Ergebnis der Konventswahlen an der Freien Universität muß für den zuständigen Redakteur in der Tat schmerzhaft sein. Aktiv wie nie zuvor hatte er in den Wochen vor der Wahl seine Schützlinge — die Kommilitonen vom RCDS (Ring „christlich-demokratischer“ Studenten) und von den Korporationen — aufzubauen versucht: mit Angriffen gegen den AStA und die sogenannte „Linke“ des Konvents, wie sie in einer Tageszeitung ungewöhnlich sind. Aber die Studenten lesen offenbar nicht genügend die „Berliner Morgenpost“, oder sie sind gegen die Attacken einer gewissen Presse ähnlich immun geworden, wie die Berliner Bevölkerung, die trotz massiven Trommelfeuers der großen Gazetten weiter die Politik des Senats unterstützt. „Linksradikale geben den Ton an“ — was hat es mit dieser Parole auf sich? Gilt sie für den neuen Konvent? Zutreffend ist sie für den, der alles zur Linken zählt, was nicht rechts von der SPD steht. Wer sich mit einer so anspruchsvollen Einteilung nicht zufrieden gibt, wird zu etwas anderen Schlüssen kommen. Zwar gelten auch in der Studentenvertretung bis zu einem gewissen Maß die Kategorien der allgemeinen Politik. Aber die Specifica der Hochschulpolitik und der besonderen Probleme der Studenten verändern die Landschaft erheblich. Den Konventswahlen im vergangenen Dezember waren zudem Ereignisse vorangegangen, die noch zusätzlich veränderte Fronten schufen. Eine Lage also, die das schlechte Gemüt eines Zeitungsredakteurs verwirren kann.

Erinnern wir uns: Am 30. Januar 1963 wählte der 14. Konvent — in dem die politische „Rechte“ dominierte — ein Mitglied einer schlagenden Verbindung zum AStA-Vorsitzenden. Daraufhin löste die Studentenschaft, erstmalig in der Geschichte der Freien Universität, den Konvent durch Urabstimmung auf. Die „Linke“ erhielt bei den Neuwahlen eine Mehrheit; ein neuer AStA wurde gewählt. Seit dieser Zeit existiert die unheilige Allianz zwischen Korporationen, dem RCDS und der KSG. Sie verhärtete sich in den beiden Jahren zu einer festen Fraktion, die als einzige Gruppe im Konvent eine weitgehende Abstimmungsdisziplin kannte und sich immer mehr für die Besetzung aller möglichen Ämter mit Korporierten stark machte. Sie hielt dadurch die Arbeit des Konvents häufig auf; aber gerade diese Abgeordneten waren es im vergangenen November, die den Konvent in der Öffentlichkeit als „arbeitsunfähig“ diskreditierten, die Presse mit einseitigen oder falschen Informationen belieferten und schließlich mit einer Unterschriftensammlung eine satzungswidrige Urabstimmung herbeizuführen versuchten. Die neue Satzung der Studentenschaft, die mit dieser Urabstimmung beschlossen werden sollte, war zuvor im Konvent mehrmals beraten worden. Wirklich beschlußunfähig war der Konvent dabei nur einmal; in den übrigen Sitzungen waren über zwei Drittel der Abgeordneten erschienen — für das Ende einer Legislaturperiode ein ausgesprochen starker Besuch. Aber über

den Inhalt der Satzungsänderung herrschte nun einmal keine Einigkeit, die nötige Zweidrittelmehrheit kam nicht zustande. Daraus zu folgern, der Konvent sei nicht mehr arbeitsfähig, scheint mir von einem schlechten Verhältnis zu den Prinzipien parlamentarischer Demokratie zu zeugen.

Es war verwunderlich, daß gerade die Juristen zu den Initiatoren der satzungswidrigen Urabstimmungs-Kampagne gehörten, denn sie legen sonst immer großen Wert auf rechtliche Formalien, etwa im Konvent. Ihre Bedenkenlosigkeit hing vermutlich damit zusammen, daß sie sich von ihrer Initiative einen starken Auftrieb bei den Wahlen erhofften; vielleicht sogar eine erneute „Machtergreifung“ der politischen Rechten. Dafür mochte man einen kleinen Schritt aus der Legalität hinaus in Kauf nehmen. Die Sorge um die neue Satzung allein kann es jedenfalls nicht gewesen sein, denn eine so schwerwiegende Änderung von Rechtsordnungen überstürzt vorzunehmen, ist unklug und unangemessen.

Politisch klug war hingegen die Reaktion der Studentenschaft. Sie kam für alle Seiten etwas überraschend; sie bewies, daß die Lehren aus der Weimarer Republik ins Bewußtsein der jungen Generation aufgenommen worden sind. Die parlamentsfeindliche Aktion wurde ein totaler Mißerfolg; die Unterschriftensammlung fand kaum Anklang. Die Konventswahlen vollendeten schließlich die Niederlage der Urabstimmungsinitiatoren. Einige von ihnen, bisher Abgeordnete, fielen durch oder belegten schlechte Plätze — ein seltener Vorgang, denn Abgeordnete, die erneut kandidieren, werden meistens mit hohen Stimmzahlen gewählt.

Aber es wäre falsch, nur in der mißglückten Urabstimmungs-Aktion den Grund des Wahlergebnisses zu sehen. Wesentlich beigetragen hat die Zusammenarbeit des RCDS und der KSG mit den Korporierten; und der opportunistische Versuch des RCDS-Vorstandes, sich kurz vor den Wahlen plötzlich von den Korporierten abzusetzen, hat seinen Kandidaten mehr geschadet als genützt. Auch sonst war der Propagandafeldzug der „Rechten“ (man verzeihe das vereinfachende Vokabular, aber es erleichtert die Verständigung, solange es mit Vorbehalt gebraucht wird) nicht eben geschickt; die Mischung von irrealen Versprechungen, plumpen Verdächtigungen und Phrasen ließ ein klares Konzept vermissen.

Dagegen fand das entschiedene Eintreten der „vereinigten Linken“ für das Berliner Modell der studentischen Selbst- und Mitverwaltung offenbar weitgehend die Zustimmung der Studentenschaft. Eine ganze Reihe von konstruktiven Vorschlägen für die weitere Arbeit ließ zudem erkennen, daß die „Linke“ keineswegs ein einheitlicher Block ist, sondern daß sich in ihr verschiedene Richtungen zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengefunden haben, in der eine gesunde Opposition bereits enthalten ist. Über einige Prinzipien sind sich diese „Linken“ jedoch einig: Einmal die Notwendigkeit einer rationalen Bewältigung aller Probleme, einer vorurteilsfreien Einstellung zu überlieferten Werten; zum anderen die Ablehnung jener Strömungen und Gemeinschaftsbildungen, denen ein solches kritisches Bewußtsein fehlt (im konkreten Fall: der Korporationen).

Der wichtigste Grund für die Niederlage der „Rechten“ dürfte schließlich ein sehr einfacher und einleuchtender sein (der allerdings auf heftige Proteste stoßen wird): Die Kandidaten der „Linken“ waren, von Ausnahmen abgesehen, durchgehend intelligenter, besser informiert, sympathischer im Auftreten; mit anderen Worten: sie waren die besseren Kandidaten. Auf die Gefahr hin, zu provozieren, behaupte ich: Das ist kein Zufall. Es wurde diesmal deutlich, weil endlich wieder eine große Auswahl an Kandidaten zur Verfügung stand, besonders an der philosophischen Fakultät.

Eine Gefahr, die vielfach gesehen wird, ist jedoch sicher unbegründet: Opposition wird im neuen Konvent nicht fehlen. Abgesehen von den etwa zwanzig Abgeordneten der „Rechten“ — die Vielfalt der Meinungen in der „linken Mehrheit“ des Konvents ist so groß, daß sie in sich schon ein Spiegelbild dessen ist, was in der Gemeinsamkeit vernünftiger Grundsätze an hochschulpolitischen Vorstellungen möglich ist.

Der 17. Konvent hat die Chance, das beste Studentenparlament zu werden, das die Freie Universität bisher hatte.

(FU-SPIEGEL Nr. 42, Januar 1965, S. 17)

## DOKUMENT 358

Flughafen Tempelhof — Platz der Luftbrücke —  
Freitag 10.00 Uhr

### Schweigedemonstration!

Am Freitag soll Tschombé vom Berliner Senat empfangen werden.

1. Als Katanga-Präsident führt Tschombé Krieg gegen die UNO-Kontingente und die Zentralregierung des Kongo. Damals wurde er von der UNO als Handlanger des ausländischen Großkapitals verurteilt. — Warum gilt er heute als Treuhänder des kongolesischen Gesamtinteresses?

2. Aus dem spanischen Exil von Kasawubu zum Ministerpräsidenten berufen, kann er sich gegenüber seinen Landsleuten, die ihn nie gewählt haben, nur noch mit Hilfe ausländischer Söldnertruppen und militärischer Unterstützung durchsetzen. — Wie kann er dann von einem demokratischen Staat als rechtmäßiger Ministerpräsident des Kongo angesehen werden?

3. Der Kongo ist ein reiches Land. Seit Jahrzehnten werden wertvolle Bodenschätze mit modernen Förderungsanlagen abgebaut. — Warum muß dann Tschombé heute bei uns um Kapitalhilfe für die Entwicklung des Kongo bitten?

4. Tschombés Söldnerheer enthält südafrikanische und südrhodesische Rassisten, ehemalige französische OAS-Offiziere und ehemalige SS-Leute. Die Taten dieser Söldner wurden auch durch die westdeutsche Presse bekanntgemacht. — Warum glaubt man heute, daß diese Söldner „humanitäre Aktionen“ durchführen?

Sie können über diese Widersprüche den Kopf schütteln;

Sie können aber auch zur Kenntnis nehmen,

1. daß 5 belgisch-englisch-amerikanische Firmen 70 % der kongolesischen Wirtschaft kontrollieren (R. Calder, Beauftragter der Weltgesundheitsorganisation im Kongo),

2. daß Tschombé die Interessen dieser Gesellschaft stets vertreten hat,

3. daß gerade diese wirtschaftlich engagierten Nationen Tschombé unterstützen, den Aufstand des kongolesischen Volkes niederzuschlagen,

4. daß die Aufständischen den Luftangriffen und dem Vormarsch der Söldner wehrlos preisgegeben waren und deswegen Geiseln festsetzten, um Verhandlungen zu erzwingen,

5. daß die belgischen Fallschirmjäger gerade in dem Moment eingriffen, als die Verhandlungen in Nairobi (zwischen dem dortigen amerikanischen Botschafter, dem Vorsitzenden des allafrikanischen Kongresses und dem Außenminister der Regierung in Stanleyville) sehr hoffnungsvoll standen; daß sie also ihre Aktion um den Preis der Geislerschießung durchführten.

Wir fordern die Selbstbestimmung für das kongolesische Volk und protestieren deswegen gegen einen Mann, der offensichtlich gegen das Interesse der kongolesischen Bevölkerung handelt.

Wir protestieren gegen jegliche Unterstützung des Tschombé-Regimes durch Repräsentanten der deutschen Politik.

Wir fordern den Berliner Senat auf, sich öffentlich von Tschombé zu distanzieren und auf seinen Empfang beim Regierenden Bürgermeister zu verzichten.

Afrikanischer Studentenbund

Argument-Club

Sozialistischer Deutscher Studentenbund

Lateinamerikanischer Studentenbund

Anschlag-Gruppe

(Archiv Z16: Akte 12.12, FU, Flugblätter [bis 1965])

## DOKUMENT 359

Sozialistischer Deutscher Studentenbund  
Landesverband Berlin

Berlin, den 26. 12. 1964  
1000 Berlin 31  
Kurfürstendamm 140  
Telefon 887 07 01

Sehr geehrte Damen und Herren!

Angesichts der Reaktion der Öffentlichkeit auf die von uns in Zusammenarbeit mit anderen studentischen Organisationen durchgeführte Demonstration gegen den Empfang des kongolischen Ministerpräsidenten Tschombé durch den Herrn Regierenden Bürgermeister halten wir es für erforderlich, Sie über die Schritte zu informieren, die wir gegen die unrichtigen Meldungen in der Berliner Morgenpost unternommen haben.

Wir haben gleich nach Erscheinen des betreffenden Artikels in der Ausgabe vom 20. 12. ein Berichtigungsersuchen an die Redaktion gerichtet, dessen Text Sie bitte aus der Anlage ersehen. Die Morgenpost hatte dem SDS Zusammenarbeit mit der Ostberliner FDJ unterstellt. Nachdem die Berichtigung bis zum 23. 12. nicht erschienen war, haben wir beim Landgericht Berlin Antrag auf einstweilige Verfügung auf Abdruck der Berichtigung gestellt.

Im Rahmen der Presseberichterstattung über die Demonstration hat die Beteiligung von FDJ-Mitgliedern besonderen Raum eingenommen. Wir möchten dazu feststellen, daß während der Verhandlungen mit anderen studentischen Organisationen (darunter dem Afrikanischen Studentenbund, dem Argument-Club und dem Liberalen Studentenbund) über die Demonstration die FDJ-Westberlin mit der Bitte an uns herantrat, an der Organisation der Protestveranstaltung beteiligt zu werden. Eine derartige Zusammenarbeit scheiterte an den politischen Bedingungen, die vom SDS gestellt wurden.

Die Gründe, die uns zu dieser Demonstration bewogen haben, werden aus folgenden Zitaten eines SDS-Flugblattes deutlich, mit dem wir die Berliner Studenten zur Teilnahme aufrufen:

„Aus dem spanischen Exil von Kasavubu zum Ministerpräsidenten berufen, kann (Tschombé) sich gegenüber seinen Landsleuten, die ihn nie gewählt haben, nur noch mit Hilfe ausländischer Söldner-Truppen und militärischer Unterstützung durchsetzen. ... Tschombés Söldnerheer enthält südafrikanische und südrhodesische Rassisten, ehemalige französische OAS-Offiziere und ehemalige SS-Leute. Die Taten dieser Söldner wurden auch durch die westdeutsche Presse bekanntgemacht.“ (Vgl. die Veröffentlichungen des „stern“ in den vergangenen Wochen.)

Der SDS wies dann darauf hin, daß die Aufständischen den Luftangriffen und dem Vormarsch der Söldner preisgegeben waren und deswegen Geiseln festsetzten, um Verhandlungen zu erzwingen; daß die belgischen Fallschirmjäger gerade in dem Moment eingriffen, als die Verhandlungen in Nairobi (zwischen dem dortigen amerikanischen Botschafter, dem Vorsitzenden des Allafrikanischen Kongresses und dem Außenminister der Regierung in Stanleyville) sehr hoffnungsvoll standen; daß sie also ihre Aktion um den Preis der Geislerschießung durchführten.“

Mit freundlichen Empfehlungen  
im Auftrage des Landesvorstandes:  
(Claus Offe)

Mitglied des politischen Beirates beim Landesvorstand

Anlage: Berichtigung des Landesvorstandes

An:

Den Herrn Regierenden Bürgermeister Willy Brandt  
Den Rektor der Freien Universität Berlin, S. Magnifizenz  
Professor Dr. Lüers  
Die Fraktionen des Abgeordnetenhauses von Berlin  
AStA und Konvent der Freien Universität Berlin  
Die Freunde und Förderer des SDS

Anlage

Berichtigung des SDS zu dem Artikel in der Berliner Morgenpost, 10. 12. 1964

„Der Sozialistische Deutsche Studentenbund und der Afrikanische Studentenbund, die alleinigen verantwortlichen Veranstalter der Protestaktion gegen den Tschombé-Besuch, haben sämtliche Westberliner Jugendorganisationen zu der Schweigedemonstration am Freitagmorgen um 10 Uhr eingeladen. Die Veranstalter haben nie einen Zweifel daran gelassen, daß sie die alleinigen Initiatoren der Veranstaltung sind.“

Es war dem SDS bekannt, daß auch Westberliner FDJ-Mitglieder an dem Demonstrationzug teilnehmen wollten. Sie wurden vom SDS nicht daran gehindert, solange sie sich an die Anordnungen der beiden Organisationen hielten. Das Plakat „Tschombé — Mörder, Bonn — Feind des Kongo, DDR — Freund des Kongo“ wurde von kongolischen Studenten getragen, die aus der Bundesrepublik, Westberlin und Ostberlin zur Demonstration gekommen waren. Obwohl der Sozialistische Deutsche Studentenbund und der Afrikanische Studentenbund mit dem Inhalt dieses Plakates nicht einverstanden waren, haben beide Organisationen in diesem speziellen Fall von einer Entfernung des Plakates abgesehen, da der Versuch der Entfernung zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung mit den kongolischen Studenten geführt hätte.

Die Ostberliner FDJ hat an der Vorbereitung oder Durchführung dieser Veranstaltung weder direkt noch indirekt teilgenommen. Die Organisatoren der Veranstaltung haben keinen Bus mit einer Ostberliner Nummer gesehen.“

(Privatakten. Standort Archiv Z16: Akte „A1“)

## DOKUMENT 360

Geschlossene Gesellschaft

Die Provinzialisierung des Westberliner Theaterlebens und einige Ursachen

Warum ist West-Berlin heute — trotz aller gegenteiligen Behauptungen — keine Weltstadt, keine Welttheaterstadt mehr? So schmerzlich die Teilung der Stadt ist: sie könnte ebenso Impuls zur Weltstadt wie Einwand gegen sie sein. Denn „Weltstadt“ meint nicht Einwohnerzahl nach Millionen, nicht riesige Quadratplankilometer. Weltstadt meint eine Physiognomie, ein individuelles Schicksal: Welten verknüpfend, Welten anziehend, verarbeitend, prägend, geprägt“ (v. Buttlar). Wäre das politische Schicksal dieser Stadt, dieser schmerzlich fühlbaren Nahtstelle nicht nur der beiden Teile Deutschlands, sondern darüber hinaus der beiden großen Hemisphären nicht Anlaß genug zur künstlerischen Herausforderung? Warum findet sie nicht oder gar so selten statt? In Berlin könnte man vieles wagen, mehr wagen als anderswo. Mancher möchte auch wagen, aber es kommt nicht dazu.

Fragt man nach den Ursachen dieser unleugbaren Provinzialisierung (man lese in den Blättern der west-, süd- und nord-europäischen Hauptstädte nach, wie schwach es um das künstlerische Ansehen West-Berlins steht), so muß man in der Chronik dieser Stadt um Jahre zurückblättern.

Es gab eine Zeit, die berechtigte zu der Hoffnung, daß das Berliner Theater sich einen ähnlichen Rang, wenn auch auf eine neue Weise, wie in den zwanziger Jahren erspielen würde. Es waren die Jahre bis 1948, die Jahre des Neubeginns. Noch im Juni 1945 öffneten die ersten Schauspielhäuser wieder ihre Tore: das Renaissance-Theater und das Deutsche Theater, beide anfangs unter kommissarischen Direktionen. Gustav von Wangenheim übernahm dann das Haus in der Schumannstraße, Wolfgang Langhoff die Kammerspiele. Ernst Legal die Staatsoper, Karl Heinz Martin das Schauspielhaus in der Saarlandstraße, Boleslaw Barlog das Schloßpark-Theater, Viktor de Kowa die Tribüne, Achim von Biel die Komödie und das Theater am Kurfürstendamm, das Renaissance-Theater übernahm Kurt Raack und Fritz Wisten das Theater am Schiffbauerdamm.

Das Deutsche Theater begann mit einer programmatischen Aufführung von Lessings „Nathan der Weise“. Es gab die ergreifende, phantasiereiche-realistische Inszenierung des „Woy-



zeck“ durch Wolfgang Langhoff. Sternheim, Georg Kaiser, Zuckmayer, Rehfish, Brecht und Friedrich Wolf wurden wiederentdeckt. Thornton Wilders „Unsere kleine Stadt“ und die Dramen von Sartre machten mit der Welt draußen und den Fortschritten in der Bühnenkunst bekannt.

### Kurswechsel

Die Trennung der Stadt in zwei verschiedene Währungsgebiete und die Gründung der beiden deutschen Teilstaaten ließen West-Berlin als einen eigenen Verwaltungsbezirk entstehen. Man verließ den Magistrat von Groß-Berlin und gründete den Westberliner Senat. Studenten und Professoren zogen aus der Universität Unter den Linden aus und gründeten die Freie Universität in Dahlem.

Wenn auch die Verbindungen unter den Künstlern hüben und drüben, gemessen an den einschneidenden Veränderungen, relativ eng blieben, so begann West-Berlin sich als selbständige Stadt doch mehr und mehr aus dem Gegensatz zum kommunistischen Osten zu begreifen und zu etablieren. Die Berliner Blockade machte dann deutlich, wie real die Existenzbedrohung durchaus war.

Die Künste nahmen in ihren Ausstellungen, die Theater in ihren Spielplänen einen betont „westlichen“ Kurs. Wie einst 1933 verleugnete man Brecht, den größten lebenden deutschen Dramatiker, und man verleugnete ihn mit denselben Argumenten wie damals.

In den 50er Jahren konsolidierte sich die Lage. West-Berlins Theater waren in erster Linie Theater der „freien Stadt“. Sie waren es demonstrativ und programmatisch. Mit dieser Verpflichtung zur politischen Demonstration — und auch die leichte Boulevardkost wurde als solche, insbesondere für die zahlreichen Ostbesucher, zubereitet — begann, anfangs noch unmerklich, der künstlerische Aushöhlungsprozeß, der vielen erst 1961 mit der rigorosen Absperrung Ost-Berlins bewußt geworden ist.

Nicht umsonst hat man ein grandioses kulturelles Hilfsprogramm für West-Berlin gestartet. Es soll West-Berlin vor der drohenden Provinzialisierung retten. Doch droht weiterhin die Gefahr, daß die großen Investitionen, auch auf künstlerischem Gebiet, in politischen Deklamationen verhallen, solange man es vorzieht, dem afrikanischen Urwald ästhetisch in West-Berlin zu „begegnen“, anstatt sich mit der Problematik der Gegenwartskunst in allen ihren Formen zu befassen: also das Kunstgespräch zwischen den beiden politischen Hemisphären herbeizuführen.

Senator Arndt hat am Beispiel Brecht auf diese Lebensnotwendigkeit hingewiesen: Er betonte, daß es für ihn selbstverständliche Voraussetzung sei, „daß es in (West-)Berlin keinen staatlichen oder politischen Einspruch gegen Aufführungen von Bert Brecht geben dürfte. Denn ich muß sagen, ich kann nicht verstehen, warum unmittelbar nach der Mauer es nicht möglich gewesen sein sollte, Bert Brecht zu spielen. Wenn es damals nicht möglich gewesen wäre, so wäre es heute noch weniger möglich, denn die Mauer steht leider heute fester als am 13. August 1961.“

„Aber“, fuhr Arndt fort, „wir haben den Fehler begangen damals, daß wir der stofflichen Mauer unsererseits versucht haben — etwa im Punkte Brecht —, eine geistige Mauer entgegenzustellen. Das ist das schlimmste, was wir im Falle der Mauer tun können...“

Friedrich Luft hat ein Jahr später sein theaterpolitisches Fazit gezogen: „Seit dem August 1961, seitdem unsere Politik an der Mauer stagniert, seit als Ausgleich und Ersatz ein ‚Kulturzentrum West-Berlin‘ als vorläufiges Offensiv ausgerufen wurde, hat weiterhin jede Kulturbetätigung zwischen Marienfelde und dem Wedding diesen Prestigecharakter behalten. Kunst soll Positionen erspielen, die direkte Politik nicht erbringen konnte.“

### Den Dingen auf der Spur

Dieser zugegebenen Stagnation kann man im Theaterleben recht handgreiflich begegnen, und geht man diesen Fällen nach, so wird man mit auffallender Präzision immer wieder auf die Zäsur 1948/49 verwiesen.

In der Personalpolitik zeigen sich einige Dinge sehr deutlich: Merkwürdigerweise werden Talente, die sich Berlin seit lan-

gem verpflichtet fühlen, aus der Stadt geekelt. Allein die Volksbühne hat, aus welchen Gründen auch immer, Leonard Steckel, Rudolf Noelte und Günther Skopnik verloren. Erwin Piscator — über diesen Fall hat sich Friedrich Luft mehr als ausführlich und kritisch geäußert —, der 1955 nach Erfolgen in der Bundesrepublik endlich nach West-Berlin kam, wurde nach seinem sensationellen Publikumerfolg im Schiller-Theater mit Tolstois „Krieg und Frieden“ von einigen Kritikern unfair und nahezu feindselig behandelt. Es kam vorläufig zu keinem Arrangement mehr in Berlin, wiewohl er an dieser Stadt hängt. In Westdeutschland mußte er sein eigener Epigone werden, mußte von Stadt zu Stadt immer wieder dasselbe inszenieren. Man wird den Eindruck nicht los, daß die dann doch erfolgte Wahl Piscators zum Intendanten der Volksbühne nichts anderes als eine Notlösung war.

Fritz Kortner wurde ebenfalls nicht gerade freundlich angenommen, als er erstmals wieder nach Berlin kam. Ein ganzes Arsenal von eifrig gepflegten Vorurteilen machte ihm das Leben schwer.

Des weiteren gibt es Versprechungen, die nie eingelöst wurden. Dr. Kurt Pinthus, Herausgeber der epochemachenden Sammlung „Menschheitsdämmerung“ (1920), neben Kerr, Diebold, Monty Jacobs und Ihering der bedeutendste Theaterkritiker der zwanziger Jahre, erhielt vom damaligen Senator für Volksbildung, Tiburtius, mehrfach Versprechungen für eine theaterwissenschaftliche Dozentur an der FU Berlin, zuletzt 1958. Pinthus lehrte bis vor wenigen Jahren an der Columbia-University in New York. Das Versprechen wurde nie eingelöst.

Oder den Fall Buttlar: Bis heute hat die Öffentlichkeit nicht die tatsächlichen Gründe für den Rücktritt des ersten Generalsekretärs der Akademie der Künste Berlin erfahren. Buttlar gab der Akademie ihr heutiges Gesicht, organisierte gegen beträchtliche Widerstände das Festival „Internationale Pantomime“, das internationale Ensembles aus Ost und West vorstellte. Der überraschende Rücktritt von Buttlar löste Pressestimmen in aller Welt aus, deren aufdeckende Bemerkungen von der Westberliner Akademie der Künste mehr oder weniger schweigend übergangen wurden. Der Posten des Generalsekretärs ist bis heute vakant.

Wie ist es zu erklären, daß sich eine Deutsche Akademie der darstellenden Künste unter dem Präsidenten Erwin Piscator in Frankfurt am Main neu konstituiert, obwohl es in der Westberliner Akademie eine Abteilung Darstellende Kunst gibt? Hatte man etwa in Berlin versäumt, wichtige Persönlichkeiten zu berufen? Als die Frankfurter Akademie dann 1963/64 mit dem Plan eines Theaterwettbewerbes an die Öffentlichkeit trat, gab es in Berlin wütende Proteste. Man warf ihr politische Instinkttlosigkeit vor, sie wolle den Berliner Festwochen das Wasser abgraben u. a. m. Wichtiger wäre wohl gewesen, die Akademiemitglieder zu fragen, was sie nach Frankfurt statt nach Berlin zog. Piscator ist bis heute nicht Mitglied der Westberliner Akademie der Künste, während die Ostberliner Akademie seine Verdienste durch Mitgliedschaft anerkannte.

Weiterhin muß festgestellt werden, daß es seit Jahren in West-Berlin keinen jüdischen Theaterdirektor gibt. Hat das bestimmte Gründe? Joseph Aufricht, vor 1933 erfolgreicher Theaterdirektor und Produzent der „Dreigroschenoper“, kam nach Berlin zurück, mußte aber resignieren. Ferdinand Bruckner, einstmals groß im Renaissance-Theater, bekam nur einen kleinen Job als Quasidramaturg im Schiller-Theater. Der Produzent und Regisseur Walter Wicclair, der sich während der Emigration Verdienste um das deutschsprachige Theater in den Vereinigten Staaten erworben hat, wurde boykottiert. Der Regisseur Iven Georg Heilbutt hat die Stadt ebenfalls wieder verlassen.

Dann gibt es die Fälle der gescheiterten Ensembles. So mancher kam nach West-Berlin und hat sich im Dickicht der Privattheater hoffnungslos verstrickt. Carl Schell und das „Junge Ensemble“ scheiterten in der Kongreßhalle. Malipieros Theater war nicht besser als das von Schell, und es erging ihm ebenso. Ruth Pechner investierte ein Vermögen im Forum-Theater — eine Fehlinvestition, weil auch hier das Geld nicht ausreichte, um Rollen und Schauspieler einzukaufen, die ein Weltniveau erst ermöglicht hätten.

Die Frage bleibt: War der Grund dafür wirklich nur, wie man lesen konnte, künstlerische Unzulänglichkeit? Waren alle so hoffnungslos unbegabt? Oder kamen sie zu Fall, weil sie nicht rechtzeitig auch in den Genuß der Platzbescheidung durch die Volksbühne und durch das Theater der Schulen kamen? Oder weil Zuschüsse der Organisationen oder des Senats gar nicht oder zu spät gewährt wurden?

Wer nicht rechtzeitig gestützt wird, kann sich nicht halten. Das wußten die „Herkommer“ nicht und mußten Lehrgeld zahlen. Auch ohne ein gewisses Wohlwollen der Presse geht es nicht. Kardinalfrage: Gibt es freien künstlerischen Wettbewerb? Um es vorweg zu sagen: Nein, es gibt ihn nicht. Niemand versucht ungestraft, in eine geschlossene Gesellschaft einzudringen, die bis nach Wien und Übersee reicht.

### **Alleingang Senator Arndt**

Als der Senator Adolph Arndt 1963 seinen Aufruf an die Emigranten erließ und sie bat, nach Deutschland, insbesondere nach West-Berlin zurückzukommen, löste das in Berliner Theaterkreisen fast eine Panik aus. Als einige Emigranten wirklich daraufhin kamen, wußte man wenig, in vielen Fällen gar nichts mit ihnen anzufangen. Und das nicht nur im Bereich des Theaters!

So verweist man Ankömmlinge, Künstler, die im Vertrauen auf die Einladung des Senators Arndt, indes ohne alte Kontakte, nach West-Berlin kommen, höflich auf den freien künstlerischen Wettbewerb, der für sie praktisch illusorisch sein dürfte. Erwünscht sind allenfalls Emigranten, die in den zwanziger Jahren große Namen hatten oder ihn in der Emigration weithin sichtbar erworben haben — als Aushängeschilder sind sie willkommen, doch sollen sie Fußvolk bleiben.

Insbesondere braucht man Schauspieler. So kann z. B. der Österreicher Ernst Deutsch ungehindert in Berlin arbeiten — d. h. solange er nicht Regie führen will. Carl Ebert kam als Opernchef, doch, wie sich's später zeigte, nur gastweise nach West-Berlin.

Walter Wicclair, der eine kleine Bühne mieten konnte, erhielt vom Direktor des Theaters bald die schriftliche Mitteilung, er sei in „dem von anderen nach 1945 mühsam erschlossenen Kulturraum unerwünscht“. Selbiger Theaterdirektor machte sich dann auf, den „mühsam erschlossenen Kulturraum“, sprich: Interessenssphäre mittels Faustrechts zu behaupten. Seinem Mieter Wicclair ließ er während des Kartenverkaufs das Telefon sperren und wies den Kundenauftragsdienst an, jedem Anrufer zu sagen: „Der Teilnehmer wünscht nicht angerufen zu werden.“ Wenn's um mutmaßliche Konkurrenz geht: was bedeutet da schon ein Mietvertragsbruch?

Als das Amerikahaus zwei gute Inszenierungen mit Berufsschauspielern herausbrachte, wurde der Amerikahaus-Direktor aus Kreisen der Privattheater gebeten, den schwer kämpfenden Westberliner Bühnen doch bitte keine Konkurrenz zu machen!

### **Schlüsselpositionen**

Alle diese Feststellungen und Fragen verweisen auf bestimmte Positionen und ihre personellen Querverbindungen. Seit 1948/49 sind — und das betrifft die Westberliner Privattheater wie die Theaterwissenschaft und die theaterwissenschaftlichen wie dramaturgischen Gesellschaften — bestimmte Leute in einflußreiche Positionen aufgerückt, die sie in dieser oder ähnlicher Weise in der nationalsozialistischen Ära bereits innehatten, deren passive oder gar aktive Dienstfertigkeit ihnen damals Rang und Namen verschafft hatte. Es sind u. a. die Namen Raeck — Ingenohl — Wölffer — Knudsen — Werkshagen — Körner — die beiden Frenzel.

### **Professor Kurt Raeck**

war bis 1936 Direktor des Theaters in der Saarlandstraße, avancierte dann zum Geschäftsführenden Direktor des Schiller-Theaters und des Berliner Theaters in der Charlottenstraße. Bis 1945 lag praktisch die Kulturpolitik der beiden Häuser in seinen Händen. Er zeichnete stellvertretend für den Intendanten (anfangs Heinrich George, später Ingenohl); der Schriftwechsel weist ihn als einen Kulturfunktionär aus, der den nationalsozialistischen Auflagen mit Routine nachkam.

Heute Träger des Bundesverdienstkreuzes, erhielt der „unbelastete“ Raeck schon bald nach 1945 die Lizenz für das Renaissance-Theater. 1958 holte ihn Knudsen (s. Der Professor von Herrn Hitlers Gnaden) ans Theaterwissenschaftliche Institut der Freien Universität. Raeck wurde auf Vorschlag Knudsens zum Honorarprofessor ernannt. Seit 1956 ist er Mitglied der Westberliner Akademie der Künste, als Finanzexperte deren einflußreichster Hintermann und praktisch Leiter der Abteilung Darstellende Kunst. Bei Neuwahlen in die Abteilung werden, wie aus der Presse zu entnehmen ist, meist diejenigen zu Mitgliedern, die kurz vorher im Renaissance-Theater ihr erneutes Debüt in Berlin gaben — nicht dagegen Klaus Kammer, Walther Henn, Kurt Hirschfeld, Piscator, Ernst Busch, Helene Weigel. Der Rücktritt des Generalsekretärs der Akademie soll wesentlich auf Betreiben von Raeck geschehen sein.

Raeck ist ferner Vorstandsmitglied der Deutschen Kinemathek; Vizpräsident des Deutschen Bühnenvereins, Köln; Präsident der Deutschen Sektion des Internationalen Theater-Instituts (ITI), der Verbindungsstelle zum Auswärtigen Amt; seit 1964 Vorstandsmitglied in der deutschen UNESCO-Kommission. In den vergangenen Jahren, zum Teil noch heute, war oder ist Raeck Vorsitzender der Gesellschaft für Theatergeschichte; Schatzmeister und Schriftführer in der Notgemeinschaft der Deutschen Kunst. Ferner ist die Käthe-Dorsch-Stiftung mit seinem Namen verknüpft, ebenso der Förderausschuß für die deutsche Bühne in Buenos Aires. Seit 1964 ist Raeck Direktor des hochsubventionierten Thalia-Theaters in Hamburg.

An Raecks Funktionen kann man die Westberliner Theaterstruktur ablesen. Auswärtige Theaterleute werden entweder zu ihm geschickt oder sind über das ITI auf ihn angewiesen. Nicht jeder kann empfangen werden bei der starken Beanspruchung des ITI-Sektionspräsidenten. Seinen Einfluß auf die Vergabe des Kunstakademiestudios wußte er mehrmals für Raeck-Gastspiele auszunutzen. Darunter war ein Gastspiel, das sich als absolut niveaulos erwies. Seit Jahren „graue Eminenz“, dürfte ohne Billigung Raecks im Westberliner Theaterwesen kaum ein Sperling vom Dach fallen. Angesichts der vielen Funktionen: Würde Raeck im Interessenkonflikt wohl gegen sich selbst entscheiden?

### **Hans Wölffer**

Der nächstwichtige Mann ist Hans Wölffer, 1933 erwarb er für ein Butterbrot das „Komödienhaus am Schiffbauerdamm“ und übernahm die Direktion der verwaisten Reinhardt-Bühnen „Komödie“ und „Theater am Kurfürstendamm“. Während des Krieges war Wölffer Großverdiener in Sachen Truppenbetreuung. Im Auftrag der Reichsleitung „Kraft durch Freude“ gastierte er mit „Die Primanerin“ zwischen Atlantik und Mittelmeer.

1943 wurden die letzten Privattheater — darunter fielen die „Komödie“ und die „Theater am Kurfürstendamm“ — enteignet. Die Übergabe besorgte ein Wiener Reichsintendant namens Franz Stoß. Die Eigentümer und Direktoren erhielten hohe Entschädigungen, im Einzelfall bis zu 300 000 Reichsmark. (Der damalige Herr Reichsintendant ist heute dreifacher Theaterdirektor in Wien.)

Wölffer übernahm nach 1950 drei begehrte Westberliner Bühnen: erst die „Komödie“ von Raeck, dann das „Theater am Kurfürstendamm“ und schließlich das inzwischen wieder abgegebene „Theater des Westens“.

### **Oscar Ingenohl**

leitete vor 1933 u. a. das Theater der Schulen, wurde dann Intendant des „Theaters der Jugend“, das unter der Schirmherrschaft von Goebbels und dem Reichsjugendführer Baldur von Schirach stand. Ingenohl übernahm 1937 die Intendanz des Berliner Schiller-Theaters, das er zusammen mit Raeck leitete.

Nach 1948 versuchte sich Ingenohl wieder als Theaterdirektor, diesmal im Hebbel-Theater. Außerdem bekleidet er eine wichtige Funktion: er ist Geschäftsführer der Notgemeinschaft der deutschen Kunst, Berlin.

### **Carl Werkshagen**

seit 1933 förderndes Mitglied der SS und NSDAP, war Dramaturg in Magdeburg, Essen und Hamburg. Als Schriftleiter

publizierte er tüchtig im Sinne der damaligen Herren. Dennoch wurde er nach 1945 Leiter des Referats für Theater bei der Senatsverwaltung für Volksbildung und blieb es bis 1963.

#### Ludwig Körner

chemals Geschäftsführer, dann bis 1942 Präsident der Goebbelschen Reichstheaterkammer, Erfinder der Hilfsaktion „Alt-Parteigenosse“, wurde nach 1946 gegen den Protest des UGO-Chefs Scharnowski zum Landesobmann der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger gewählt. Diese Genossenschaft ist bekanntlich eine notwendige Anlaufstelle, insbesondere für rückkehrende politische Emigranten.

Es erscheint wie ein Hintertreppenwitz, ist aber Westberliner Wirklichkeit: Der ehemalige höchste staatliche Theaterfunktionär im nationalsozialistischen Deutschland befindet im Auftrag des Westberliner Entschädigungsamtes über die (von ihm selbst?) angerichteten Berufsschäden gegenüber nationalsozialistisch Verfolgten.

Eine zentrale Rolle, wenn auch mehr hinter den Kulissen, spielt seit Jahrzehnten

#### Dr. Hans Knudsen

seit einigen Jahren emeritierter, aber heute noch lehrender „Leiter“ des Theaterwissenschaftlichen Instituts und Lehrstuhlinhaber seit 1948. Wie dieser Professor von Herrn Hitlers Gnaden seine Universitätslaufbahn betrieb, haben wir nachstehend dokumentiert. Schon vor 1933 ein eifriger Vertreter der „artreinen“ Literaturrichtung eines Will Vespe, der 1933 eigenhändig in Dresden unter der Bismarck-Säule den nunmehr ausgebürgerten deutschen Geist verbrannte, war Knudsen Theaterkritiker des „Völkischen Beobachters“, im Auftrag von Minister Goebbels Hauptschriftleiter der Fachzeitschrift „Die Bühne“ und einer der geschäftigsten Antreiber beim Aufbau des „neuen“, sprich nationalsozialistischen Theaters (s. Die „eifrige Tätigkeit“ des Studienrats Dr. Knudsen). Knudsen lehrte nachher in demselben Institut, aus dem sein Lehrer und Förderer, Professor Dr. Max Hermann, aus rassistischen Gründen verjagt worden war. Max Hermann wurde in einem deutschen KZ ermordet.

Seinen Einfluß gewann Knudsen 1948 mit Errichtung der Freien Universität zurück (s. 1948 — Als „Widerstandskämpfer“ an der Freien Universität). Heute lehrt er als Professor am Theaterwissenschaftlichen Institut der Freien Universität; ist er einziger deutscher Vertreter im Exekutiv-Comitee der „International Federation for Theatre Research“, Venedig (Vizepräsident: Prof. Kindermann, Wien); Vorstandsmitglied im Internationalen Theaterinstitut, Berlin; Vorsitzender des wissenschaftlichen Ausschusses der Gesellschaft für Theatergeschichte e. V., Berlin; Herausgeber der Schriftenreihe „Theater und Drama“ im Colloquium-Verlag; Begründer und Treuhänder der Hans-Knudsen-Stiftung Berlin; Autor für verschiedene Fachzeitschriften und Tageszeitungen.

Begründer und Treuhänder der Hans-Knudsen-Stiftung Berlin; Autor für verschiedene Fachzeitschriften und Tageszeitungen.

Die theaterpolitisch wichtigsten Querverbindungen gehen nach Wien, wo im Sinne der „alten Achse“ (s. Brief des Reichsdramaturgen Dr. Rainer Schlösser vom 7. 11. 1942) Prof. Dr. Heinz Kindermann und seine Schülerin Prof. Dr. Magret Dietrich die alten Positionen unverändert halten. Sie haben sich in West-Berlin durch das enge Verhältnis zur „grauen Eminenz“ Raack hergestellt.

Ergab sich doch beim Aufbau eines spezifisch Westberliner Theaterlebens folgende denkwürdige Ämterkonstellation: Der „unbelastete“ Raack wird Vorsitzender der einflußreichsten Gesellschaft für Theatergeschichte. Die Geschäftsführung übernimmt der ehemalige Kulturpolitische Leiter und Chef vom Dienst des Goebbelschen „Angriffs“, Dr. Herbert A. Frenzel (s. Kesseltreiben), dessen Ehefrau im nationalsozialistischen Deutschland das berühmte Werk „Judengestalten auf der deutschen Bühne“ verfaßt hatte, und zwar mit Hilfe ihres Mannes (s. Judentum und Bolschewismus). Wissenschaftlicher Beirat der Gesellschaft für Theatergeschichte wird Professor Dr. Hans Knudsen. Er war ja auch Lehrer und Förderer der beiden Frenzels.

So stehen wir vor der Tatsache, daß sich seit 1948/49 in West-Berlins Theaterbereich ein Revirement vollzogen hat, daß der Troß des nationalsozialistischen Theaterkarens zur Spitze aufrückte, daß die theaterpolitischen Schlüsselstellungen in der Hand der braunen Fraktion von gestern sind. Sie repräsentiert das Westberliner Theater im Ausland, sie kontrolliert alle wichtigen Personalveränderungen, sie bildet den wissenschaftlich und publizistisch arbeitenden Nachwuchs aus.

Sie handelt nach der These „Einigkeit macht stark“ und half sich gegenseitig in den Sattel, worin sie alle noch heute sitzen — bis auf Carl Werkshagen, dem allem Anschein nach lediglich die jüngst erfolgte Pensionierung die Möglichkeit gab, sich zurückzuziehen.

Die drohende Provinzialisierung des Westberliner Theaterbetriebs abzuwenden, setzt eines voraus:

Diese Fraktion endgültig zu verabschieden und mit ihr die geisnerischen Repräsentanzansprüche einer politischen Kunstwart-Gesinnung, die schon 1933 nicht unerheblich zur Korrumpierung des deutschen Geistes beigetragen hat und die geistigen Mauern rings um Deutschland errichten half, die abzubauen wir bis heute noch im Gange sind.

Erst eine derart veränderte theaterpolitische (Personal-) Struktur schafft diskutabile Voraussetzungen zur Erneuerung unseres Theaterlebens. Es wird nur in dem Maße von künstlerischem Rang sein, als es zugleich welttoffen wie ernsthaft in die Auseinandersetzungen unserer Zeit und Wirklichkeit eingreift.

(Spandauer Volksblatt, 20. Dezember 1964)

## DOKUMENT 361

### Zum Verlauf der Demonstration gegen den Empfang Tschombés durch den Regierenden Bürgermeister von Berlin

Am Dienstag, dem 15. Dezember 1964, gab das Presseamt des Senats von Berlin bekannt, Tschombé, der Ministerpräsident der kongolesischen Zentralregierung werde am 18. Dezember nach Westberlin kommen, hier vom Reg. Bürgermeister empfangen und am Vormittag des 19. Dezember Berlin wieder verlassen. Nach Besprechungen mit dem LSD, dem Argumentklub, dem Afrikanischen Studentenbund und dem Lateinamerikanischen Studentenbund wurde gemeinsam mit dem SDS eine Presseerklärung abgegeben, in der die Gründe für die scharfe Ablehnung des Empfangs Tschombés durch den Reg. Bürgermeister angeführt wurden. In derselben Nacht begann der SDS außerdem eine Demonstration vorzubereiten für den Fall, daß diese Stellungnahme der Studenten, die auch dem Reg. Bürgermeister persönlich zugestellt wurde, ohne Wirkung bleiben sollte. Obwohl kurzfristig angemeldet, wurde eine Schweigeprotestdemonstration auf dem Platz der Luftbrücke zur Ankunft Tschombés noch am Donnerstagmittag genehmigt. Der SDS verteilte inzwischen 8000 Flugblätter an den Berliner Hochschulen.

Freitag vormittag, 10 Uhr, versammelten sich ca. 800 Studenten, darunter über 150 ausländische Kommilitoninnen und Kommilitonen auf dem genehmigten Gelände vor dem Ausgang des Flughafens von dem aus — nach den Angaben des Presseamtes — Tschombé seine Stadtrundfahrt und seine obligatorische Mauerbesichtigung antreten sollte. Der SDS und der Afrikanische Studentenbund führten folgende Transparente mit:

1962 Kampf gegen die UNO — 1964 Kampf gegen das Volk  
Keine Berlin-Umarmung für Tschombé

Kein Geld für weiße Söldner

Keine Blutbäder im Namen der Humanität

126 Fonctionnaires d'ONU Victime des Gendarmes/

Secessionistes du Katanga

1961 Lumumba — 1962 Hammarckjöld — 1964 Das Volk?

Kick him out Willy!

Kongo oui — Tschombé non!

Während die Demonstranten geordnet warteten, wurde Tschombé in einem Bus durch einen anderen Ausgang des Flughafens zur Mauer transportiert. Die düpierten Demonstranten gerieten in Bewegung, begannen die Fahrbahnen

zu blockieren, durchbrachen schnell formierte Polizeiketten, rannten zunächst ungeordnet auf dem Mehringdamm in Richtung Schöneberg und begannen, sich unter dem Marschruf „Tschombé raus!“ zu formieren. Die Polizei versuchte wiederholt, den Marsch aufzuhalten, aber die Polizeiketten wurden durchbrochen, später umgangen, schließlich beschränkten sich die Ordnungshüter darauf, den Demonstrationszug mit Funk- und Mannschaftswagen zu begleiten. Der letzte Versuch, die Demonstranten aufzuhalten, wurde an der sogenannten Bannmeile des Rathauses Schöneberg unternommen. Der Demonstrationszug löste sich aber auf und gelangte teilweise durch Nebenstraßen und, im Marktgedränge vor dem Rathaus untertauchend, bis vor den Haupteingang.

Eine Delegation, bestehend aus zwei Vertretern des SDS, einem Vertreter des Afrikanischen Studentenbundes, dem Präsidenten des Nigerianischen Studentenverbandes und einem ägyptischen und einem algerischen Kommilitonen wurde von einem Polizeioffizier zum Pressechef des Senats, Bahr, geleitet. Die Delegation forderte einen Empfang durch den Regierenden Bürgermeister, um ihren Protest gegen den Besuch Tschombés persönlich vorbringen und erläutern zu können. Der Reg. Bürgermeister empfing sie im Kleinen Empfangssaal des Senats und erklärte, als Repräsentant Berlins sei er leider gezwungen, Besucher zu empfangen, gleichgültig, ob er mit deren politischer Praxis übereinstimmen könne oder nicht. Die Vertreterin des Afrikanischen Studentenbundes und der in Berlin ansässige Auslandsreferent des Bundesvorstandes des SDS machten den Reg. Bürgermeister darauf aufmerksam, welche Sympathien bei den afrikanischen Völkern der Repräsentant Berlins durch den Empfang Tschombés verlöre. Im Verlauf der 20minütigen Diskussion versprach der Reg. Bürgermeister, sich dafür einzusetzen, daß die Demonstration vor dem Rathaus noch nachträglich polizeilich genehmigt werde. Während die Demonstration vor dem Rathaus andauerte, wurden vier Demonstranten vorübergehend festgenommen; einer von ihnen bei einem angeblichen Fluchtversuch von mehreren, später nicht mehr identifizierbaren Polizeibeamten mißhandelt.

Tschombé wurde indessen durch einen Hintereingang ins Rathaus geleitet und vom Reg. Bürgermeister zu einem viertelstündigen Gespräch empfangen (protokollarisch vorgesehen war eine halbe Stunde).

Unter den frierend Wartenden vor dem Rathaus wurde bald ruchbar, wie Berlin-Besucher Tschombé wiederum ihrer Begrüßung entgangen sei, und daß der voraussichtlich auch durch den Hintereingang das Rathaus verlassen werde. So konnte ein großer Teil der Demonstranten noch im rechten Moment, als Tschombé mit schneller Fahrt vom Hintereingang des Rathauses forttransportiert wurde, mit starken Sprechhören situationsgerecht auftreten.

Tschombé wurde noch am Freitagnachmittag mit einer amerikanischen Militärmaschine nach Brüssel geflogen.

In der Berichterstattung eines großen Teiles der Berliner Presse wurde versucht, die Demonstranten und die Ziele der Demonstration zu diffamieren. Hierbei wurden Zusammenhänge mit den Veränderungen im Konvent der FU konstruiert und gleichermaßen Handlangerdienste des SDS für die (Ost-)FDJ „nachgewiesen“ (der SDS hat inzwischen Strafantrag gegen den verantwortlichen Redakteur der „Morgenpost“ gestellt, nachdem ein Antrag auf einstweilige Verfügung zum Abdruck einer Gegendarstellung aus formalrechtlichen Gründen keinen Erfolg hatte). Im übrigen gab der SDS LV Berlin folgende Presseerklärung ab:

[s. Dok. 359. Die Verfasser]

(Privatakten, Standort Archiv Z16: „Demonstration gegen Tschombé“)

## DOKUMENT 362

Wolfgang Roth: Zweierlei Maß?

In zwei Sätzen meldete das Spandauer Volksblatt am 27. Januar, daß FU-Studenten eine Flugblattaktion vorbereiten, in der auf den Fall Dr. Weigand, beziehungsweise auf das psychiatrische Gutachten des Professors der Freien Universität

Dr. Selbach eingegangen werden sollte. Professor Dr. Selbach nahm diese Sätze zum Anlaß, in der Verhandlung gegen Dr. Weigand in Münster zu erklären, er sei den „Terrordrohungen der Presse nicht mehr gewachsen.“ Es sei „fünf Minuten vor zwölf in Deutschland, vielleicht auch schon später.“ Dann folgte der für FU-Studenten entscheidende Satz: Da die Tageszeitung zu Demonstrationen aufgerufen habe, müsse er „zum Schutze seiner Familie“ nach Berlin zurückkehren.

Beim unbefangenen Leser entstand dabei der Eindruck, als wolle Professor Selbach sagen: Die FU-Studenten rotten sich zusammen und stürmen sein Heim.

Und später vor Journalisten: „Das ist der Mob. Sie haben das Jahr 1933 nicht erlebt.“ Den Einwand eines Journalisten, es sei doch das demokratische Recht von Studenten, oppositionelle Meinungen vorzutragen, tat Professor Selbach mit dem Satz ab: „Demokratie muß mit Anstand betrieben werden. Das aber hat nichts mehr mit Anständigkeit zu tun.“ Wenn FU-Studenten sich für öffentliche Äußerungen eines Professors interessieren (die zudem, soweit es die Gutachterfähigkeit anbetrifft, mit seinem wissenschaftlichen Beruf in engem Zusammenhang stehen), wenn diese Studenten nach ihren Informationen zu anderen Ansichten kommen, und wenn sie schließlich diese veröffentlichen, so hat das also, nach Professor Selbach, mit „Anstand“ nichts zu tun.

Daraus folgt doch wohl: „Anständige“ Studenten dürfen nur solange kritisch sein — wenn überhaupt — wie sie darauf verzichten, einen Professor öffentlich anzugreifen.

Alle diese Äußerungen Prof. Selbachs haben bisher zu keiner Reaktion auf Seiten der Universität geführt. Deshalb möchte ich als AStA-Vorsitzender an die zuständigen Institutionen der Freien Universität die folgenden Fragen richten:

1. Warum läßt es die Universität kommentarlos geschehen, wenn einer ihrer Professoren, ohne weiteren Anhaltspunkt als eine Pressemeldung (die zudem noch etwas anderes aussagt), öffentlich die Vermutung anstellt, daß er wegen des zu erwartenden Terrors von FU-Studenten seine Familie gefährdet sieht?

2. Ist die Universität bereit, Professor Dr. Selbach darauf hinzuweisen, daß es durchaus im Sinne einer Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden ist, wenn Studenten auch an öffentliche Äußerungen eines Professors Anteil oder Anstoß nehmen?

Ich will in einem weiteren Umfange begründen, warum es notwendig erscheint, diese Fragen zu stellen. Der akademische Senat hat nach der Urabstimmungskampagne vom November 1964 eine Untersuchungskommission eingesetzt, die prüfen sollte, ob die Studenten, die zu den Initiatoren der Urabstimmung gehörten und eine einstweilige Anordnung gegen den Rektor erwirkten, das Ansehen der Universität geschädigt haben. Falls die Kommission zu diesem Ergebnis komme, solle ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden.

Es ist nicht zum erstenmal, daß Universitätsgremien versuchen, in studentischer Verhaltensweise eine Schädigung des Ansehens der Universität zu sehen. Im Falle des Professors Dr. Selbach scheint mir die Frage nach der Schädigung des Ansehens der Universität weit angebrachter zu sein als in den meisten anderen Fällen. Nun ist es mir bekannt, daß die Disziplinarbestimmungen für Beamte, denen die Professoren unterliegen, nicht so dehnbar sind wie jene der Disziplinarordnung für Studenten (zur Kontrolle möge man einmal den § 2 der Disziplinarordnung für die Studierenden der Freien Universität nachlesen). Es wäre meines Erachtens auch nicht angebracht, nun unbedingt ein Disziplinarverfahren gegen Professor Selbach zu fordern. Aber wäre es nicht kollegiale Pflicht einer Universität, daß der Dekan der Medizinischen Fakultät, der Rektor oder der Akademische Senat Professor Selbach auffordern, seine diffamierenden Äußerungen über die Studenten der FU zu unterlassen, und ihn ferner auf das in einer Universität so dringend benötigte offene, kritische Klima hinweisen, das auch die Kritik an einem Ordinarius einschließt?

Wenn auch das unterbleiben sollte, wird nur noch diese Frage zu stellen sein: Können denn eigentlich nur Studenten das Ansehen der Freien Universität schädigen?

(FU-SPIEGEL Nr. 43, Februar 1965, S. 3)

## DOKUMENT 363

### Schlagzeile

von Dr. Jürgen Mensendieck

Noch in der letzten Ausgabe glaubten wir, uns in einer Glosse nur mit einem Mann beschäftigen zu müssen, der durch seine Berichte über Hochschuldinge zu traurigem Ruhm unter den Berliner Presseleuten gelangt ist: Dr. Michael Müller, MM, Reporter der Morgenpost.

Wir wußten, daß seine tiefen Ressentiments gegenüber Vorgängen in der Freien Universität durchaus wichtig, nicht aber so ernst zu nehmen seien, um gleich einen geharnischten Kommentar darüber zu verfassen. Schließlich brauchte der hintergründige Leser nur die Vorzeichen zu ändern, um rasch die Absicht unserer Glosse „MM“ in der Januar-Ausgabe zu erkennen. Diesmal sehen wir uns jedoch gezwungen, dem Reporter der Morgenpost ein wenig schärfer auf die Finger zu sehen. Denn inzwischen wurde bekannt: Der SDS hat wegen der falschen Berichterstattung über die Tschombé-Demonstration gegen Dr. Müller Verleumdungsklage erhoben und versucht, gerichtlich eine Gegendarstellung in der Morgenpost zu erzwingen. Der Berliner Journalistenverband erwägt ein Ehrengerichtsverfahren gegen Dr. Müller. Die Berliner US-Mission erkundigte sich beim Konventspräsidenten über die Zusammensetzung des neugewählten Parlaments und den Vorwurf der Linksradikalität. Nach zwei Stunden erst ging der amerikanische Beamte, überzeugt, daß der Konvent nicht kommunistisch unterwandert sei, wie Dr. Müller in seinem Artikel am 20. Dezember 1964 suggerieren wollte. Indessen, dies ist nicht das erste Mal, daß ein Müller-Knüller derartige Folgen hatte.

Während der Tätigkeit Dr. Müllers (er wurde am 21. 12. 1961 an der Philosophischen Fakultät der FU mit dem Thema „Der gesinnungsmäßige Standort der westdeutschen Tageszeitungen in den Bundestagswahlen 1957 (Ein Beitrag zur Erforschung des politischen Einflusses der Presse.)“ zum Dr. phil. promoviert — als Hochschulreporter hat sich die Berliner Morgenpost zu einer gehässigen, nicht einmal um Objektivität bemühten Gazette entwickelt. Dr. Müller belastet in seinem offenkundigen Haß auf alles, was er für „links“ hält, die Zeitung mit einer Hypothek, die abzubauen die Chefredaktion offenbar nicht den Mut aufbringt.

Den unseligen Einfluß, den Dr. Müller auf die Morgenpost ausübt, mußte sie zum ersten Mal in der leidigen Fluchthelfer-Affäre im August 1963 spüren. Der Medizinstudent Veigel sollte aus dem Studentendorf Schlachtensee ausziehen, weil seine Fluchthilfe-Tätigkeit die Sicherheit der Dorfbewohner, wie es hieß, bedrohe. In einem auf Tonband aufgezeichneten Interview hatte sich der damalige Rektor der FU, Prof. Heinitz, mit zahlreichen Argumenten gegen eine Veröffentlichung eines Berichtes über diese Affäre ausgesprochen. Einige Wochen nach dem Interview, die Morgenpost hatte in der Zwischenzeit nicht darüber berichtet, ließ der ehrgeizige stellvertretende Chefredakteur Otto eine Sonntagsausgabe mit der Dr.-Müller-Schlagzeile aufmachen: „Skandal an der FU, Rektor weist Fluchthelfer aus Wohnheim“. Darin hatte Dr. Müller geschickt die Heinitzstatements gegen eine Veröffentlichung des Artikels in Statements gegen Fluchthilfe überhaupt umgemodelt. Diese Affäre half nun Dr. Müller, seine Ressentiments gegen die Freie Universität und ihren Rektor, ja auch gegen die Studentenvertretung, weiter zu kultivieren.

Es folgte im Herbst die rührselige Geschichte „Muß Dahlem sterben?“, in der Dr. Müller Äußerungen von Villenbesitzern, die wegen der Erweiterungspläne der FU um Haus und Grund fürchteten, benutzte, um wiederum in der Morgenpost heftig Stimmung gegen die FU zu machen. Als er in einer Podiumsdiskussion Anfang 1964 wegen seiner Berichterstattung massiv angegriffen wurde, wußte er nur die wenig überzeugende Antwort: „Ich weiß gar nicht, warum ich so angegriffen werde. Wenn ich solch eine Polemik hier in Berlin nicht mehr starten kann, dann will ich eben kein Journalist mehr sein.“

Nach der Dahlem-Serie rührte sich auch die erneut aufgeschreckte Akademische Verwaltung, wurde in der Chefredaktion der Morgenpost vorstellig und bat für die Zukunft um

einen anderen Reporter. Ein Hausverbot für Dr. Müller war zwar zunächst erwogen worden, mußte aber wegen juristischer Bedenken wieder aufgegeben werden.

Dr. Müller blieb. Auch eine Intervention des Direktors des Publizistischen Institutes, Prof. Eberhard, dem gute Beziehungen zum Mutterhaus des Springer-Konzerns nachgesagt werden, hatte keinen Erfolg. Dr. Müller bearbeitete weiter die Nachrichten aus dem Hochschulbereich.

Als die Morgenpost im Juni des vergangenen Jahres als einzige Zeitung nicht die Sperrfrist einer FU-Pressemitteilung über die Ehrung des Justizministers Kennedy einhielt, versuchte das FU-Rektorat den Journalistenverband einzuschalten. Doch der Verband ließ mitteilen, er könne erst bei „handfesteren“ Verstößen gegen die journalistischen Bräuche eingreifen. Dr. Müller war zum Sorgenkind der FU-Pressestelle geworden. Seine Kollegen mieden ihn fortan. Selbst in der Redaktion der Morgenpost leuchtete damals sein Stern nicht mehr so hell wie nach der Fluchthelfer-Affäre, die ihm und seiner Zeitung noch zu zweifelhafter Publizität verholfen hatte.

Dr. Müllers Ausweg aus dieser verzwickten Lage war ein Zwei-Fronten-Krieg. Er kämpfte gegen die akademische Verwaltung und die „linken“ Studenten, um der Opposition im eigenen Hause durch selbstausgegrabene „Skandale“ die Schlagzeilen zu stehlen und sich so unentbehrlich für die Universitäts-Berichterstattung zu machen.

Ende Juni 1964 bot sich für Dr. Müller erneut eine günstige Gelegenheit, in der Morgenpost gegen Studenten zu polemisieren. Dr. Müllers Bericht über die Protestdemonstration gegen die Wiederwahl des Bundespräsidenten strotzte vor Unrichtigkeiten. Es stimmten weder die Zahl der Teilnehmer, noch die Bezeichnung der Veranstalter, noch die von Müller beobachtete Schlägerei zwischen „Rechten und Linken“, die nach seiner Darstellung von den Demonstranten, den „Linken“, angezettelt worden sei. Ein SFB-Film widerlegte Müllers Reporter-Auge in peinlicher Weise.

Als Studenten des Otto-Suhr-Instituts Müllers Artikel auseinanderpflückten und ihn schließlich wegen der falschen Teilnehmerzahl baten, künftig die Schätzung der Polizei (1500) zu werten, fand Müller eine klassische Ausrede: „Das ‚Neue Deutschland‘ hat von 2000 geschrieben, auch die haben sich nicht an die Zahl der Polizei gehalten.“ In der Chefredaktion der Morgenpost war man gerade nicht glücklich über dieses Müller-Zitat.

Im August des letzten Jahres schlug Müller wieder zu. In seinem Artikel „Keine Gnade für ewige Studenten“, deren vertrauliche Unterlagen eine Sekretärin für ihn abgelichtet hatte, schrieb er über die allgemeinen Überlegungen des Rektors zur Studienzeitsbeschränkung. Der AStA der FU, der die Pläne des Rektorats ebenfalls verurteilte, war über eine solche Berichterstattung wenig glücklich, und die Pressestelle des Rektors gab ein Dementi heraus, in dem sie sich über die „wiederholt falschen und verzerrten Meldungen über Vorgänge und Maßnahmen innerhalb der Universität“ bitter beklagte.

Sämtliche Skandalberichte Müllers verblassen allerdings gegenüber seinem Artikel zur Tschombé-Demonstration des SDS (FU-SPIEGEL 42). Dieser Bericht, demzufolge der SDS Ost-FDJler nach West-Berlin geholt habe, wurde, ohne Absatz, ohne Zwischenzeile, kombiniert mit dem Ausgang der Wahlen zum 17. Konvent. Das mußte die Leser bewußt irreführen und bei ihnen den Eindruck aufkommen lassen, als sei die Studentenvertretung der FU kommunistisch unterwandert und in direkter und indirekter Weise an der Demonstration beteiligt gewesen. In einer scharfen Stellungnahme des AStA zu dem Müller-Artikel heißt es: „Auf die rhetorische Frage des Artikels ‚Wo bleiben die vielen vernünftigen und tüchtigen jungen Leute, die es unter der akademischen Jugend gibt?‘ hat die Studentenschaft der Freien Universität Berlin geantwortet:

Sie hat der bisherigen Mehrheit in der Studentenvertretung für ein weiteres Jahr ein überzeugendes Votum gegeben.“ Zur Zeit bemüht sich der SDS, eine Gegendarstellung in der Morgenpost gerichtlich zu erzwingen. Der Journalistenverband erwägt ein Ehrengerichtsverfahren. Inzwischen hat auch

der Chef vom Dienst bei der Morgenpost, Brückmann, zugesagt, sich Müllers FU-Berichte „besser anzusehen“. Er deutete an, „jemand anderes zu schicken“.

In der Tat scheint das notwendiger denn je zu sein. Die unsachliche, ja falsche Berichterstattung Dr. Müllers hat zu einem verstärkten Mißtrauen in der Studentenschaft auch gegenüber der übrigen Berichterstattung in der Morgenpost geführt.

Dr. Müller hat in der Zeit seiner Tätigkeit als FU-Reporter ein so gerüttelt Maß an Komplexen und Ressentiments gegenüber dem akademischen Bereich angesammelt, daß eine sachliche Berichterstattung durch ihn in der Morgenpost wohl kaum zu erwarten ist. Hier scheint kein Journalist zu arbeiten, der Verantwortung spürt, sondern ein Mann, der seinen Beruf offenbar zur Verbreitung von Skandalen und Klamauk auffaßt.

So darf sich weder die Redaktion der Morgenpost wundern, wenn sie gebeten wird, einen anderen Reporter in die FU zu schicken, noch darf sich Dr. Müller selbst wundern, wenn ihn Kollegen meiden und ihm eine Studentenzeitung auf die Finger schaut.

(FU-SPIEGEL Nr. 43, Februar 1965, S. 20)

## DOKUMENT 364

### Keine Waffe im Haus Rainer A. Krewerth

Ein unbequemer Mann, Dr. rer. pol. Günter Weigand mit Namen und in Streit mit den Behörden, wird in Berlin verhaftet und gerät in die Hände eines Gutachters, der ihn auf seinen Geisteszustand untersuchen soll. Dieser Gutachter, Prof. Dr. med. Helmut Selbach, ist Ordinarius für Psychiatrie und Neurologie an der FU Berlin und meldet zunächst am 15. September 1964 dem Leitenden Oberstaatsanwalt beim Landgericht Münster, Dr. Weigand habe einen Teil seiner Straftaten im Zustand völliger Zurechnungsfähigkeit begangen, den anderen Teil dagegen im Zustand erheblich verminderter Zurechnungsfähigkeit. Der ehrenwerte Professor Selbach hat für das 242 Seiten starke Gutachten sechs Wochen gebraucht und ist mit seiner Arbeit zufrieden.

Weniger zufrieden ist die Justiz in Münster. Sie will einen total verrückten Weigand — aus guten Gründen. Selbach arbeitet prompt, nachdem ihn ein Anruf der zuständigen Stelle in Münster erreicht hat. Schon am Abend steht fest, daß Weigand bei all seinen Straftaten völlig zurechnungsunfähig war. Auf einer Seite ist das nachzulesen. Die Justiz hat jetzt die ersehnte Möglichkeit, den Gerechtigkeitsfanatiker und „Sozialanwalt“ Weigand ins Irrenhaus zu stecken.

Das Charterflugzeug Nr. 24 der PAA fliegt am 22. September 1964 von Berlin in die Bundesrepublik. An Bord: drei Polizisten, der gefesselte Weigand und fast 80 leere Sitze. Zeugen kann man nicht gebrauchen. Am Abend ist der Gekidnappte im Irrenhaus Eickelborn bei Soest. Gutachter und Behörden haben ganze Arbeit geleistet — Weigand ist mundtot. Was ihm dann in Eickelborn vier Monate lang widerfährt, gäbe Stoff genug für einen Roman. Er wird — hinter Gittern — wie ein gefährlicher Irrer behandelt und lebt mit Sittlichkeitsverbrechern, Tobsüchtigen und anderen Schwerverkranken unter einem Dach. Ein Anruf hat genügt, ihn dorthin zu bringen, ein Anruf und ein Gutachter. So leicht ist das heute wieder.

Zwei Jahre Eickelborn hätten genügt, Weigand tatsächlich verrückt zu machen. Aber soweit kommt es nicht.

Am 27. Januar dieses Jahres beginnt vor der II. Großen Strafkammer am Landgericht in Münster der Weigand-Prozeß. Er soll entscheiden, ob der Beschuldigte für immer im Irrenhaus bleiben wird oder sich strafrechtlich zu verantworten hat.

Schon früh um sechs stehen die ersten Neugierigen vor dem häßlichen Gebäudekomplex des Landgerichts. Weigand hat — es wird von Stunde zu Stunde offensichtlicher — eine große Publicity. Kaum einer glaubt, er sei verrückt, aber fast alle behaupten, man wolle ihn erledigen. Die meisten der über

fünfzig Journalisten jeglicher Couleur glauben das auch. Drei ergiebige Tage stehen ihnen bevor; sie werden ein trauriges Schauspiel erleben. Nervosität wabert durch die Hallen und Gänge. Wachtmeister, Juristen und Fußvolk diskutieren den Fall.

Der Kronzeuge der Anklage, Gutachter Selbach, sitzt im Gerichtssaal in Reichweite der beiden Staatsanwälte. Noch wirkt er selbstsicher. Ein Paukenschlag eröffnet das Verfahren. Weigands zwei Verteidiger, Dr. Müller-Voß aus Berlin und Dr. Falk aus Stuttgart, lehnen die Gutachter Selbach und Wiedenfeld, den Leiter der Irrenanstalt, als befangen ab und bestreiten die Kompetenz des Gerichts. Der Fall sei in Berlin zu verhandeln, wo Weigand verhaftet worden war. Besonders Gutachter Selbach steht im Kreuzfeuer massiver Kritik, und es wird immer deutlicher, daß seine Voreingenommenheit gegenüber Weigand nicht zu leugnen ist. Sein Gutachten strotzt von Ungereimtheiten, falschen Gedankengängen und unwissenschaftlichen Bemerkungen. Da werden fröhlich juristische Wertungen mit medizinischen Befunden vermischt, Nebensächlichkeiten zu eminenter Wichtigkeit erhoben und weltanschaulich-literarische Fragen behandelt. Dr. Müller-Voß legt dem Gericht einen ausführlichen Katalog von emotionalen Ressentiments vor, die Selbachs Gutachten aufweist.

Dem Zuhörer wird erschreckend klar, daß Selbach, immerhin Professor einer angesehenen Universität, von Literatur soviel versteht wie etwa Lieschen Müller von der Politik. (Es gehört schließlich eine gehörige Portion Ignoranz dazu, Böll nicht zu kennen und unschuldig zu fragen, ob er der Dichter der „Grastrommel“ sei. Grass wird schallend gelacht haben!) Aus dem Buch „Windarzt und Apfelsinenpfarrer“ (F. Deich, Econ-Verlag), über das Selbach mit Weigand diskutiert hat, macht der Professor den „Apfelsinendoktor“ und bezeichnet das durchaus ernstzunehmende Werk als „drittrangige Literatur“. Noch schlimmer: Er wirft Weigand die „kritiklose Übernahme“ eben dieser „drittrangigen“ Literatur vor.

Es ist verständlich, daß ein Mann wie Selbach mit Weigand in Konflikt kommen mußte. Er scheint keineswegs die geistige Souveränität zu haben, eine derart schwierige Natur, einen so ungewöhnlichen und intelligenten Menschen wie Weigand mit Abstand zu betrachten. Nicht zuletzt lassen seine staatsautoritären Gedanken — vielleicht ein Relikt der Mitgliedschaft in vielen NS-Organisationen — das Gutachten fragwürdig erscheinen. Weigand ist Pazifist. Er lehnt jegliches Obrigkeitsdenken ab. Muß er nicht dem Preußen Selbach ein Dorn im Auge sein? Denn diesem Preußen Selbach paßt es nicht, daß Weigand in seinem von Selbach als „dem Zeitgeist entsprechend negativ“ kritisierten Aufsatz „Absterbende Humanität“ die Zustände in einem Hamburger Krankenhaus geißelt. Er glaubt seinen Berufsstand angegriffen und erklärt, der Preußengeist sei unerläßliche Voraussetzung für vorbildliche Krankenhausführung! Auch Weigands hervorragende Dissertation scheint ihm nicht zu passen. Zu vieles paßt dem Professor nicht. Aber er darf sich dann nicht wundern, wenn er dadurch vielen suspekt wird.

Seine Apologie gegen die von Weigands Verteidigern vorgebrachten Vorwürfe ist ein Wust von wenig sachbezogenen, hilflosen Formulierungen. Er ist in die Defensive gedrängt, sieht das Debakel kommen. Und es kommt am zweiten Verhandlungstage. Hatte er tags zuvor noch erklärt, er sei völlig unbefangen, so vollführte er nun eine Wendung um 180 Grad. Dieser Salto mortale mißlingt. Offensichtlich will Selbach sich mit einer Erklärung aus der Affäre ziehen. Er spürt, daß der Prozeß seine Möglichkeiten übersteigt, daß die Verteidiger ihm überlegen sind. Er läßt seinen Patienten im Stich, dem er sich am Vortage noch zur Seite gestellt hatte. Plötzlich fühlte er sich befangen, da ein Teil der Presse Terrordrohungen gegen ihn vorgebracht habe, die sich zu Drohungen gegen seine Familie gesteigert hätten. Er müsse nach Berlin, seine Familie zu schützen; denn seine Frau habe keine Waffe im Haus. Man spürt förmlich, daß Selbach von allen Seiten Pistolen auf sich gerichtet sieht. Er macht den Eindruck eines Gehetzten, der um sein Leben bangen muß. Und in einer improvisierten Pressekonferenz tut er schlechthin skandalöse Äußerungen gegen die deutsche

Presse. Was lag diesem unwürdigen Selbach-Theater zugrunde? Die knappe Meldung des „Spandauer Volksblatts“, Studenten der FU Berlin planen eine Protestdemonstration gegen ihn. Woraus er dann zu allem Überfluß noch entnehmen zu können glaubt, man wolle ihn „als deutschen Hochschullehrer liquidieren“. Gipfel des Selbach-Auftritts aber ist der Schlußsatz seiner Erklärung: „Ich steige aus dem Unternehmen aus.“ Bestürzung liegt auf den Gesichtern, Empörung breitet sich aus. Man glaubt, nicht recht gehört zu haben. Ein „Unternehmen“? Wo es darum geht, ob ein Mensch den Rest seines Lebens im Irrenhaus verbringt? Vielleicht formuliert ein Gebrauchtwagenhändler so, wenn er sich von seinem Partner trennt, um einer drohenden Pleite zu entgehen. Als das Gericht Selbach „wegen begründeter Zweifel an seiner Unvoreingenommenheit“ entläßt, atmet man allenthalben auf. Ein bitterer Nachgeschmack ist zunächst alles, was von diesem traurigen Gastspiel zurückbleibt. Der „Fall Weigand“ ist nun auf unbestimmte Zeit vertagt. Aber der Beschuldigte bleibt in Haft.

Der Verdacht wird nicht leicht zu beseitigen sein, daß hier ein Arzt dem Staat die Mittel in die Hand geben sollte, Weigand für immer in der Eiskälte eines Irrenhauses einzufrieren. Die Justiz fürchtet eine Niederlage. Die von Selbach selbst beschworene „deutsche Psychiatrie“ hat die Niederlage bereits hinter sich.

(FU-SPIEGEL Nr. 43, Februar 1965, S. 16)

## DOKUMENT 365

Freie Universität Berlin  
Psychiatrische und Neurologische Klinik  
Direktor: Prof. Dr. med. Helmut Selbach  
1 Berlin 19 Charlottenburg

1. Februar 1965  
Ulmenallee 32  
Telefon 94 07 31

Seiner Magnifizenz,  
dem Herrn Rektor der Freien Universität Berlin,  
Herrn Professor Dr. phil. Herbert Lüers  
1 Berlin 33  
Ihnestr. 24

Euer Magnifizenz!

Ergebenst darf ich mitteilen, daß ich meine Mitwirkung als Sachverständiger in dem Verfahren gegen Dr. Weigand vor dem Landgericht Münster i. Westfalen (8 KMs 1/64) abgebrochen und den mir freundlichst dafür bewilligten Urlaub beendet habe.

Aus den im folgenden dargestellten Gründen war ich bereits vor Antritt der Reise entschlossen, gegebenenfalls meine persönliche Mitarbeit in dem Augenblick einzustellen, von dem ab daraus der Sache, dem Gericht und dem Patienten keine Nachteile erwachsen konnten.

Ich hatte die Absicht, klar und vernehmbar zu dokumentieren, daß eine Sachverständigen-Tätigkeit unter Druck für die Wahrheitsfindung untragbar ist. Hier war diese Oppression von Seiten der Verteidigung und den sie unterstützenden Zeitungen verschiedener Richtung über Monate erfolgt.

Zur Begründung meines Schrittes darf ich auf die Entwicklung der Dinge hinweisen:

I. Phase: Das Landgericht Münster hatte mich unter dem 15. Mai 1964 beauftragt, den in Berlin flüchtig aufgegriffenen Dr. G. Weigand zur Frage der strafrechtlichen Verantwortung nach klinischer Beobachtung (26. 5. bis 6. 7. 1964) zu begutachten. Angesichts der heute herrschenden Vertrauenskrise gegenüber allen Verantwortungsträgern und offensichtlich vor einem lokal-politischen Hintergrund war die Position des vom Gericht bestellten Gutachters in den Augen der Verteidigung und deren Interessengruppen emotional vorbelastet. — Nach Absendung des schriftlichen und somit erst vorläufigen Gutachtens (15. 9. 1964: 110 Seiten Akten-Auszüge, 69 Seiten Befunde und 65 Seiten Begutachtung) überschritt ein Teil der Presse ihren legitimen Auftrag dadurch, daß sie dieses Gutachten schon vor seiner endgültigen Erstattung (vor Anhören in der Hauptverhandlung) in Teilen veröffentlichte. Die Quellen zu dieser Indiskretion sind mir unbekannt. — Das Gutachten hatte sich auftragsgemäß zu äußern:

1. zur Person des Dr. W. und seiner Gestörtheit,
2. zur Frage der Querulanz im allgemeinen (einschließlich des soziologischen Aspektes) und
3. zu den ärztlichen Erfahrungen über die Maßnahme-Möglichkeiten.

II. Phase: 1. Während der Gutachter sich an die Schweigepflicht gebunden fühlte, haben einige Blätter willkürlich und tendenziös Abschnitte der wissenschaftlichen Gesamtanalyse herausgelöst und publiziert, um ihn mit angeblichen Beweisen für seine Befangenheit in staatsautoritärem Denken verdächtig zu machen.

2. Zugleich wurde eine vom Gericht nachgeforderte kurze Zusammenfassung des Gutachtens Dr. W. fehlinterpretiert veröffentlicht. Es handelte sich in dem Nachsatz um eine Erläuterung im Bereich medizinischer und juristischer Terminologie, die bei der Hauptverhandlung dann auch in Kürze geklärt wurde. Durch diesen entstellten publizistischen Vorgriff in das schwebende Verfahren sollte der Gutachter als gerichtsbeeinflußt erscheinen.

3. Weiterhin wurde versucht, durch Fehlinterpretation eines älteren Gutachtens (NICKEL, Landgericht Berlin 1 Kap. Js. 212/60, 141/61) den Autor als Gutachter zu disqualifizieren, was ebenfalls vom Gericht sogleich zurückgewiesen werden konnte.

4. Es wurde auch versucht, den Gutachter als politisch belastet zu verdächtigen und seine wissenschaftliche Qualifikation sowie seine berufliche Entwicklung anzuzweifeln. (Die Nichtigkeit der politischen Anwürfe ist Euer Magnifizenz ja zur Genüge bekannt.)

III. Phase: Nach dieser Summe von Vorbeeinflussungen kamen nun bereits im Beginn der Hauptverhandlung Meldungen über sich vorbereitende Studenten-Demonstrationen in Berlin, die sich gegen den Sachverständigen zur selben Zeit richten sollten, in der er infolge seiner Verpflichtungen in Münster verhindert war, die Situation am Wohnsitz seiner Angehörigen zu übersehen — und dies, nachdem der Gutachter bereits seit Monaten Drohbriefe (wie bei Querulanz stets zu erwarten!) erhalten hatte.

Dies schien mir der gegebene Augenblick (28. 1. 1965, etwa 10 Uhr) folgende Erklärung unter den Zeichen des empörten Protestes singemäßig gerichtskundig zu machen:

Zwar empfinde ich mich gemäß meiner Erklärung vom Vortage nicht befangen infolge der gegen mich persönlich in der Presse erhobenen Anwürfe, auch nicht durch das öffentlich erwähnte Ansinnen an meine Berufskollegen, mich als Hochschullehrer zu beseitigen.

Aber ich empfinde mich als befangen, wenn in einer Berliner Zeitung öffentliche Demonstrationen propagiert werden, deren Ausmaß ich aus der Entfernung nicht beurteilen kann und die in meiner Abwesenheit meine Angehörigen treffen könnten. Unter diesem „Terror eines Teiles der deutschen Presse“ erkläre ich mich als befangen und wünsche, „aus dem Unternehmen auszusteigen“ (vgl. das Gerichts-Protokoll).

IV. Phase: Einige Presse-Meldungen der letzten Tage sind als Reaktion zu verstehen auf meine sehr plastische Äußerung, daß mir die Folgen einer Kritik an dem unseriösen Teil der Presse wohl bekannt seien, ich sie aber eben unter diesem Hinblick ausspreche.

Ich hoffe, daß die Erfahrungen aus Münster künftig Sachverständige vor unzulässigen Oppressionen bei der Wahrheitsfindung schützen und auch den angesprochenen Teil der Presse an ihre vornehmste Pflicht zu korrekter Information erinnern.

Sollten Euer Magnifizenz es für richtig halten, so bin ich gerne bereit, zum Problem der ärztlichen Wahrheitsfindung mit einem interessierten Kreis der Studierenden zu diskutieren.

Mit hochachtungsvoller Empfehlung bin ich  
Euer Magnifizenz stets sehr ergebener  
gez. Selbach

(Archiv Z16: Akte „12. 12 FU, Akademischer Senat 1963/64“)

## DOKUMENT 366

### Zur Information über die Lage in Vietnam

Inoffizielle amerikanische Kreise geben zu, „der überwiegende Teil Süd-Vietnams sei unter Kontrolle der Vietcong, die auch alle Städte durchsetzt hätten. Die Kampfmentalität der südvietnamesischen Armee bleibe schlecht. Nichts deute auf die Bildung einer stabilen Regierung in Saigon hin.“ (F.A.Z., 9. 2. 65)

### Bundy in Saigon

Am vergangenen Wochenende reiste der Sonderbotschafter US-Präsident Johnsons, McGeorge Bundy, nach Saigon, um nach dem neuesten Putsch des südvietnamesischen Generals Khanh die Streitigkeiten zu schlichten, die zwischen diesem und dem US-Botschafter Taylor bestehen: der Putsch Khans wird von den USA als Erfolg der Buddhisten gewertet, die in ihm den Mann vermuten, der den amerikanischen Einfluß in Süd-Vietnam zurückdrängen und eine politische Lösung anstreben soll.

„Am Samstag wartete Bundy vergebens auf die Ankunft von Buddhistenführern, die zusammen mit katholischen Vertretern Süd-Vietnams zu einer Unterredung mit Bundy in die amerikanische Botschaft geladen worden waren.“ (Frankfurter Rundschau, 8. 2. 65)

„Politische Beobachter glauben, daß die nächsten Unruhen in Süd-Vietnam schon innerhalb weniger Wochen ausbrechen und diesmal ziemlich blutig sein dürften. Selbst Kämpfe innerhalb der Streitkräfte hält man nicht für ausgeschlossen.“ (Frankfurter Rundschau, 8. 2. 65)

### Angriff der FNL auf US-Stützpunkte

„In Pleiku hatten die südvietnamesischen Wachen, die den äußeren Stacheldrahtzaun um das Lager bewachten, angeblich nichts gesehen und nichts gehört.“ (ap, 7. 2. 65)

„In Sichtweite des Flugplatzes Pleiku liegt ein kleines, scheinbar friedliches Dorf. In der Mitte dieser Ortschaft wurden nach dem Angriff die Spuren von 6 Granatwerfern amerikanischer Bauart und Munitionskisten mit amerikanischer Beschriftung entdeckt.“ (ap, 7. 2. 65)

„Nichtamtliche amerikanische Kreise fragen sich, ob sich der Einsatz amerikanischer Soldaten für ein Volk lohne, dessen Soldaten noch nicht einmal in der Lage seien, ein Heereslager vor Überfällen zu schützen, sondern, genau wie im Dezember 1964 am Flugplatz Bien Hoa, einfach beiseite blickten, als die Vietcong-Guerillas angriffen.“ (F.A.Z., 9. 2. 65)

### Der amerikanische Luftangriff

Am 7. 2. wurden Bombenangriffe auf Dörfer um Dong Hoi geflogen (ap, 7. 2. 65).

Der neuerliche Angriff wurde von 30 südvietnamesischen Flugzeugen und einer Anzahl amerikanischer Begleitjäger im Gebiet von Vinh-Linh geflogen. (Tagesspiegel, 9. 2. 65)

### Amerikanische Einschätzung des Luftangriffs

Der Fraktionsführer der Demokraten im Senat, Mike Mansfield, äußerte privat die Meinung, die amerikanischen Gegenschläge hätten nichts mit der Anwesenheit Kossygins in Hanoi zu tun, obgleich die Situation dadurch schwierig und heikel geworden sei. (ap, 8. 2. 65)

Der demokratische Senator Wayne Horse nannte die Aktion gegen Nordvietnam „eine schwarze Seite im Buch der amerikanischen Geschichte“ und „einen dunklen Ersatz für den Frieden“. (ap, 8. 2. 65)

### Sowjetische Stellungnahme

Die Sowjetregierung warnt in ihrer Erklärung, die amerikanischen Luftangriffe auf Nordvietnam seien dazu geeignet, verschiedene Schritte, die zur Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen unternommen worden sind, im Nachhinein ungeschehen zu machen. (ap, 8. 2. 65)

### Chinesische Stellungnahme

Amtliche chinesische Stellen gaben heute (9. 2.) bekannt, ein erneuter amerikanischer Angriff auf Nordvietnam werde als

Angriff auf die Volksrepublik China betrachtet. (American Forces Network Berlin, 3.00 Uhr)

### Zusammenfassung

1. Der amerikanische Angriff kann nicht mit nordvietnamesischen oder chinesischen Waffenlieferungen für die FNL motiviert werden, denn die südvietnamesische Befreiungsfront (FNL) versorgt sich aus amerikanischen Waffenbeständen.

2. Der amerikanische „Gegenschlag“ kann nicht durch den Angriff der FNL auf einen amerikanischen Flughafen motiviert sein, denn: bei dem Großangriff auf den Flughafen Bien Hoa im Dezember 64 erfolgten keine Luftangriffe auf Nordvietnam.

3. Der amerikanische Luftangriff kann nicht mit der Anwesenheit Kossygins (sowjetischer Ministerpräsident) in Hanoi motiviert sein, denn das amerikanische Vorgehen gefährdet zwangsläufig die amerikanisch-sowjetische Entspannung.

4. Einziges Motiv für die amerikanischen Luftangriffe auf Nordvietnam bleibt, daß die politische Niederlage der Amerikaner in Süd-Vietnam durch eine Aggression gegen Nordvietnam verschleiert werden soll: selbst die Buddhisten als letzte nennenswerte Stütze des südvietnamesischen Regimes wenden sich gegen die 25 000 US-„Berater“ und treten für eine Neutralisierung Süd-Vietnams ein.

(Hrsg. vom Landesverband Berlin des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) am 9. 2. 65)

(Privatakten, Standort Archiv Z16: Akte „AI“)

## DOKUMENT 367

Professor Dr. Kurt Sonthheimer

Otto-Suhr-Institut  
Berlin-Dahlem

Vortrag beim Festakt zur Eröffnung des 17. Konvents am 18. 2. 1965

### Einige Reflexionen über studentische Politik

Im Bericht der studentischen Rechnungsprüfungskommission für das Jahr 1962, einer offensichtlich recht verdienstlichen Einrichtung der Studentenschaft zur Kontrolle der Ausgaben ihrer Vertretung, findet sich unter Punkt 14 folgende Beantwortung:

„Die feierliche Konventseröffnung im Januar 1962 im Auditorium Maximum hat folgende Kosten verursacht:

Dekoration	100,— DM
Plakate	210,— DM
Karten, Programme	102,10 DM
Collegium musicum	360,— DM
	<hr/>
	772,10 DM

Auch der damalige Konvent hätte die studentischen Belange mit erfolgreicherer Arbeit besser als mit einer so aufwendigen Eröffnungssitzung repräsentiert.“

In den „Erläuterungen zur SOLL-IST-Rechnung“ der Studentenvertretung der FU Berlin für das Haushaltsjahr 1964 findet sich folgende Begründung für den Haushaltsansatz des Abschnitts III, 8 (Akademische Verpflichtungen):

„Unerwartet viele repräsentative Verpflichtungen des AStA sowie die feierliche Konventseröffnung ließen diesen Titel so hoch ansteigen. Jedoch ist nicht mit einer Überziehung zu rechnen.“

Ich möchte daraus schließen, daß der schnippische Vermerk der Rechnungsprüfer weder zu einer Verminderung der Ausgaben geführt hat, die für einen so feierlichen Akt offenbar unumgänglich sind, noch die nachfolgenden Konvente zu erfolgreicherer Arbeit hat antreiben können.

Die Tatsache jedoch, daß ein Studentenparlament in so feierlicher Sitzung eröffnet wird, daß alle akademischen Lehrverpflichtungen für die Zeit der Eröffnung entfallen, daß Rektor und Senat der Universität der studentischen Vertretung die Ehre ihrer Präsenz erweisen, beleuchtet schlagartig die beachtliche Position, welche sich die Studentenschaft unserer Universität zumindest formal erkämpft hat.

Die Einrichtung eigener studentischer Vertretungen an den Universitäten ist in Deutschland eine Errungenschaft des 20. Jahrhunderts. Allgemeine Studentenausschüsse gibt es seit



der Errichtung der Weimarer Republik, und erst damals hat man zum Teil mit Unterstützung der politischen Stellen ernsthafte Versuche unternommen, das akademische Bürgerrecht des Studenten aus einem obrigkeitlich empfundenen Untertanenverhältnis in eines der relativen Partnerschaft von Lehrenden und Lernenden umzuwandeln. Der Weg war nicht ohne Hindernisse, und es ist bezeichnend für die damalige Lage — und instruktiv für die gegenwärtige — daß die Studenten der preußischen Hochschulen 1927 eine von Kultusminister Becker inspirierte Verordnung über die Bildung von Studentenschaften an den preußischen Hochschulen in einer Urabstimmung verwarfen, weil ihnen die Verfolgung völkischer und antisemitischer Ziele wichtiger dünkte als die rechtliche Ordnung ihrer Angelegenheiten an den Universitäten.

Der Weg der deutschen Studentenvertretung nach 1945 ist gekennzeichnet durch eine stetige Bemühung um Wiedererlangung der im Nationalsozialismus dann völlig verlorenen autonomen Rechte. Erstrebt wurde der kontinuierliche Ausbau studentischer Selbstverwaltung, die studentische Mitwirkung an der Arbeit aller Gremien der Universität und nicht zuletzt die Erlangung eines eigenen Rechtsstatus, welcher die Studentenschaft zur autonomen, von der übrigen Universität unabhängigen Durchführung bestimmter wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Aufgaben ermächtigt.

Die Selbstbestimmungs- und Mitbestimmungsrechte, über welche die heutigen Studentenschaften in der Bundesrepublik in verschiedenem Ausmaß verfügen, werden hergeleitet aus der Idee der Demokratie. Aus dem früher üblichen Patriarchat, das den Studenten als zu bevormundenden akademischen Bürger zweiter Klasse behandelt habe, soll eine demokratische Universitätsverfassung werden. In ihr soll die Studentenschaft, ausgehend von der Idee der Universität als einer Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden, eine echte, möglichst paritätisch zu organisierende Mitbestimmung erhalten.

Ein Novum in der Entwicklung studentischer Organe ist die Einführung des parlamentarischen Prinzips. Mit ihm soll eine Art Gewaltenteilung erreicht werden, die dafür sorgt, daß der AStA als ein Ausschuß des Parlaments fungiert. Die neuerliche Bildung solcher Studentenparlamente in Verbindung mit den auch im studentischen Bereich gewachsenen Aufgaben der Organisation, Repräsentation und Betreuung haben die Arbeit der Studentenvertretung kompliziert, bürokratisiert und teilweise immobilisiert. Um so interessanter werden sie darum für den politischen Wissenschaftler. In dieser Eigenschaft möchte ich einige Beobachtungen und Reflexionen vortragen:

In dem Maße, in dem sich Vertretungskörper der Studentenschaft mit festen Konturen und Aufgaben herausgebildet haben, waren sie auf eine ordnungsgemäße, nach bestimmten Regeln verfahrenende Abwicklung ihrer Geschäfte angewiesen, d. h. sie gaben sich Geschäftsordnungen, delegierten bestimmte Funktionen auf Ausschüsse, von denen, wie in Berlin feststellbar, der Satzungs- und Geschäftsordnungsausschuß eine besonders wichtige Rolle spielte.

Damit war den Studenten jedoch ein Instrument an die Hand gegeben worden, das richtig zu handhaben offensichtlich immer schwieriger wurde. Seither werden, nicht nur in Berlin, die Debatten der Studentenparlamente in einer Weise von Geschäftsordnungsfragen überwuchert, daß der Sinn von Geschäftsordnungen, nämlich die Geschäfte in einer ordnungsgemäßen Form abzuwickeln, oft genug ins genaue Gegenteil verkehrt wird. Ich zitiere als Beispiel aus dem Protokoll der 4. ord. Sitzung des 15. Konvents vom Montag, dem 11. 11. (beachten Sie das Datum) 1963 unter Punkt 2 der Tagesordnung: Anträge auf Dringlichkeit:

„Herr Dedring beantragte, eine persönliche Erklärung und die Neuwahl des 2. AStA-Vorsitzenden als TO-Punkt 3 auf die Tagesordnung zu setzen.

Herr Bach erklärte, daß eine Neuwahl nach § 4, IV der Geschäftsordnung nicht möglich sei, da eine Neuwahl erst auf der nach dem Rücktritt folgenden beschlußfähigen ordentlichen Sitzung des Konvents stattfinden könne.

Fr. Morack stellte den geschäftsmäßigen Antrag, den SGA zu beauftragen, zu klären, wann eine Neuwahl statt-

finden könne, da Dedring seinen Rücktritt bereits am 8. 11. dem Konventsvorstand erklärt hätte.

Herr Diepgen bemerkte, wenn eine Person vom Konvent gewählt worden sei, könne sie nur vor dem Konvent zurücktreten.

Herr Ganz meinte, wenn der Konventsvorstand benachrichtigt sei, dann sei der Rücktritt vor dem Konvent erfolgt.

Fräulein Morack stellte fest, daß über ihren Antrag nicht abgestimmt worden sei.

Herr Raue unterrichtete den Konvent, daß der SGA nicht beschlußfähig sei.

Herr Dedring meinte, daß der Referent für gesamtdeutsche Fragen auch auf dieser Sitzung gewählt werde, wozu Herr Diepgen bemerkte, daß dies ein anderer Fall sei, da der Rücktritt dem Hauptausschuß mitgeteilt worden sei.

Fr. Morack erinnerte an den Fall, als Herr Schön zurücktrat und am gleichen Tag Herr Schmidt-Hackenberg gewählt wurde.

Herr Diepgen ergänzte, daß man sich damals mit absoluter Mehrheit über die Geschäftsordnung hinweggesetzt hätte.

Herr Puhle stellte den Antrag, über die Geschäftsordnung hinwegzugehen und heute zu wählen, um den AStA nicht ohne 2. Vorsitzenden zu lassen.

Herr Diepgen bemerkte, daß der AStA nicht ohne 2. Vorsitzenden sei, da, bis ein Nachfolger gewählt sei, der alte im Amt bleiben müsse. Das Amt des 2. Vorsitzenden sei zu wichtig, und es seien deshalb gründliche Überlegungen notwendig. Eine Neuwahl in dieser Sitzung sei daher zu früh.

Der Antrag von Fräulein Morack, den SGA mit der Klärung zu beauftragen, wann eine Neuwahl stattfinden könne, wurde abgelehnt.

Fräulein Morack sagte, der SGA solle endgültig klären, wem gegenüber der Rücktritt erklärt werden soll.

Herr Puhle bemerkte, daß der Konvent nicht für eine heutige Neuwahl stimme, und riet, die Debatte abzubrechen und endlich zur Sache zu kommen.

Herr Bemmerer brach die Debatte ab.

Herr Bach erklärte zur Geschäftsordnung, daß die Abstimmung von Herrn Doblies angefochten wurde, da bei Überstimmen der Geschäftsordnung die Auslegung der GO bekannt sein muß. Der Konventsvorstand solle über die Anfechtung entscheiden.

Der Konventsvorstand lehnte die Anfechtung ab.

Neben der Häufigkeit solcher Plänkeleien über Fragen der Geschäftsordnung, hinter denen sich freilich auch massive politische Interessen verstecken können, fällt auf, daß die Protokolle außerordentlich oft Anträge verzeichnen, die auf Feststellung der Beschlußfähigkeit des Konvents abzielen. In der Tat leiden die Studentenparlamente (der Berliner Konvent hat nicht weniger als 76 Abgeordnete) geradezu chronisch an mangelnder Beteiligung, um die erforderlichen Beschlüsse zu fassen. Die Vorsitzenden sind oft verzweifelt, weil sie mit Recht um die Reputation der Studentenvertretung in der Öffentlichkeit fürchten. Ihre Einladungen zu den Sitzungen erhalten mitunter einen beschwörend-flehenden Charakter. Zu einer Sitzung des 16. Konvents, anberaumt auf einen Samstagnachmittag, schickte der 1. Vorsitzende allein drei Einladungen innerhalb von vier Tagen los und versuchte es abwechselnd mit Humor („Freibier ist vielleicht nicht zu erwarten, vielleicht aber eine wichtige, harte Debatte“), und mit Appellen an das Pflichtgefühl der Abgeordneten, indem er sie an den § 3 Abs. II der Satzung erinnerte, derzufolge jeder Studentenvertreter verpflichtet ist, „seine Aufgabe stetig und gewissenhaft zu erfüllen“. Wer dazu nicht bereit sei, so ergänzte er, hätte es sich tunlichst vorher überlegen sollen.

Genau dies wird offenbar nicht getan. Bei der konstituierenden Sitzung der Konvente ist die Zahl der entschuldigt und unentschuldigt fehlenden Abgeordneten noch relativ gering; später füllen die Namen der Abwesenden oft mehr als eine halbe Seite des Protokolls. Das Gespenst der Beschlußunfähigkeit geistert durch die Sitzungen und lähmt den Elan der Parlamente.

Nach meiner Vermutung hat die mangelnde Bereitschaft zur Mitarbeit eines beträchtlichen Teiles der Abgeordneten zwei Hauptursachen. Zum einen geht das Interesse mancher

Studentenvertreter über die Wahl zum Abgeordneten kaum hinaus. Gewählt zu werden, ist für manche eine Prestigesache — doch der Eifer erlahmt, wenn die eigentliche Arbeit beginnt. Ein zweiter Grund für das Nachlassen des Interesses eines Teils der Studentenabgeordneten ist dann die Art und Weise, in der die Parlamente ihre Arbeit durchführen und die Gegenstände, über die sie beraten. Abgesehen von denen, die sie beraten. Abgesehen von denen, die in eines der relativ zahlreichen Ämter delegiert werden und dadurch zu einer gewissen Tätigkeit angehalten sind, ist für einen Teil der Abgeordneten die Parlamentsarbeit sachlich wie persönlich nur begrenzt interessant. Sachlich, weil die zu verhandelnden Gegenstände nur gelegentlich von allgemeinerem und politischem Interesse sind, persönlich, weil es in jeder größeren Versammlung Matadoren der Diskussion gibt, die durch ihr stetiges Hervortreten die übrigen automatisch in den Hintergrund drängen. Zwar braucht man gerade diese Hinterbänkler, um die nötige Mehrheit für die Verabschiedung der Beschlüsse zu haben, aber keine Fraktionsdisziplin, kein Einpeitscher sorgt für das angemessene Verhalten. Im Gegenteil: jede Fraktionsbildung ist ausdrücklich verboten, nichts soll — entsprechend dem Art. 38 GG — die Gewissensfreiheit des Studentenabgeordneten belasten dürfen.

Dessenungeachtet wirken Gruppeneinflüsse bei der Wahl studentischer Gremien und vor allem bei der Nominierung für bestimmte Posten außerordentlich stark mit. Durch ihre Bindung an Gruppen, seien es Hochschulgruppen politischer, konfessioneller oder korporativer Natur, lernen Studenten das abgekartete Spiel der Politik. Sie übertölpeln manchmal die noch unerfahrenen Unabhängigen, die nichts als ihre bekenntnisthafte Unabhängigkeit für sich haben, durch gezielte Stimmabgaben, durch Ausspielen der Geschäftsordnung und andere Mittelchen. Solche Praktiken sind in jedem politischen Gremium — und die Studentenvertretungen sind politische Gremien — ganz natürliche Erscheinungen, aber sie dämpfen den Idealismus der Nichtgebundenen, isolieren sie und vergällen ihnen möglicherweise die Mitarbeit. Dennoch wäre es problematisch, die Fraktionsbildung zu sanktionieren, denn sie würde nicht nur zu einem Vielfraktionenparlament führen, das vermutlich noch leichter lahmzulegen wäre als die bisherigen Studentenparlamente; sie würde auch eine Parteipolitisierung der fraktionellen Gruppen einleiten, die für die zu leistende Arbeit nicht unbedingt förderlich wäre.

Die studentischen Parlamente sind einerseits zu klein und in ihren einzelnen Gruppen durch zu viele widerstreitende Interessen bestimmt, um durch Ausbildung einer internen Führungsstruktur die Verhandlungen abzukürzen — sie sind andererseits zu groß, um die individuelle Teilnahme des einzelnen Abgeordneten noch sinnvoll zu machen. So muß die Form, die dieser studentische Parlamentarismus gefunden hat, Unbehagen bereiten auch für diejenigen, die in ihm operieren müssen. Gewiß, man könnte die Abgeordnetenzahl vermindern, aber es gibt mittlerweile so viele studentische Ämter, sei es in den jeweiligen Fakultäten, sei es in den diversen Ausschüssen und schließlich im AstA selbst, daß man viele Konventsmitglieder braucht, um nicht laufend in die Verlegenheit zu kommen, nicht gewählte Mitglieder aus der Studentenschaft für bestimmte Ämter kooptieren zu müssen. Ein großer Teil der Parlamentssitzungen wird ohnehin nur mit Wahlen, Personaldebatten, Geschäftsordnungsquerelen und sog. persönlichen Stellungnahmen einzelner Abgeordneter hingebracht. Anlaß zu einem sachlichen Engagement ist nur begrenzt gegeben.

Ein Abgeordneter des 15. Konvents der FU Berlin gab in einem Schreiben an seine Kollegen offen zu:

„Wir selbst — die Abgeordneten des Konvents — können tatsächlich nicht mehr bestreiten, daß wir, einen Monat vor Ablauf unseres Mandats, noch kaum sachliche Arbeiten hinter uns gebracht haben...“

Die Vorstellung, die man sich von der Aufgabe eines Studentenparlaments in unserer Zeit macht, sieht hingegen folgendermaßen aus:

„Dieses Parlament, in dem jeder Einzelne von uns die gleiche Verantwortung als Mandatsträger hat, sollte in großen Zügen die Weiterentwicklung der Universität vorantreiben und mit-

bestimmen. Große Aufgaben sind ungelöst. Soziale Fragen, das Problem des Studiums in der Massenuniversität, Fragen des Gemeinschaftslebens — dies und vieles mehr müßte behandelt werden. Neue Ideen müssen zu neuen Perspektiven führen, und ein Studentenparlament ist dazu da, sie zu formulieren, mit ihnen an die Öffentlichkeit zu treten und sie in die Tat umzusetzen.“

Davon ist allerdings in der Praxis wenig zu spüren. Vorschläge der Studentenschaft, sofern sie überhaupt gemacht werden, sind oft so global, daß sie bloß deklamatorischen Charakter haben, oder sie sind bloße Protestaktionen gegen geplante oder beschlossene Maßnahmen der Gesamtuniversität. Ich verkenne nicht, daß die deutschen Universitäten schrecklich konservative, zur Beharrung um fast jeden Preis neigende Institutionen sind, die sich nur schwer neuen Bedingungen anzupassen verstehen, aber hinter den Vorschlägen der Studentenschaft steht — wie mir scheint — ebenso wenig ein Wille, ein mitreißender Impetus zu einer wirklichen Reform. Die Studentenvertreter präsentieren ihre Gegenanträge wie notwendige Fleißübungen, die sie ihrem Mandat schuldig sind, aber ohne Elan und Leidenschaft. Handelt es sich jedoch um Vorschläge, die eine Minderung dessen, was sie unter akademischer Freiheit verstehen, nach sich ziehen würden, oder die soziale Vergünstigungen, wie minimal auch immer, beeinträchtigen könnten, so kann man sicher gehen, daß die Studentenvertretung ihnen ihre Zustimmung versagen wird. Sie verhält sich dann strikt negativ, bzw. schießt ihrer Ablehnung entsprechender Vorschläge globale Forderungen hinterher, die im Moment nicht akut sind, aber den negativen Beschluß in einem positiven Licht erscheinen lassen sollen. Typisch hierfür scheint mir eine Stellungnahme zu sein, mit der der 16. Konvent der FU vergangenen Herbst einen Vorschlag zur Änderung der Universitätsordnung abgewiesen hat, der u. a. vorsah, daß eine Zulassung zum Studium widerrufen werden kann, wenn sie 1. durch unwahre Angaben erlangt wurde, 2. wenn der Student eine vorgeschriebene Prüfung zweimal nicht bestanden hat, schließlich drittens, wenn ein Student sich nicht vier Semester nach der vorgeschriebenen Mindeststudiendauer zur Prüfung gemeldet hat.

Das alles lehnt man einfach ab, als ob man gut heißen wollte, daß falsche Angaben gemacht werden, daß man mehr als zweimal durch eine Prüfung fallen darf und schließlich sein Studium über alles vertretbare Maß hinaus ausdehnt. Statt dessen pocht man auf die Einführung von Zwischenprüfungen, die Beschäftigung von Tutoren, verstärkte Studienberatung, bessere Bibliotheken, alles Dinge, die in der Gesamtuniversität ohnehin erwogen und Schritt für Schritt gefördert werden. Ich halte diese Politik der totalen Negation für keine gute Politik, und sie reicht auch nicht weit. Wenn man sich nur über die Zwangsexmatrikulation ereiferte, hätte man klar machen müssen, warum man zu den anderen Punkten ebenfalls Nein sagen zu müssen glaubte.

Damit kommen wir zu der entscheidenden Frage, ob die Studenten trotz ihrer gesicherten Repräsentation selbst in Fakultäten und Senaten überhaupt wirksame Einflußmöglichkeiten haben und ob die studentische Mitwirkung an den Entscheidungen der Gesamtuniversität effektiv sein kann. Neuerdings wird selbst in den Universitäten, in welchen den Studenten neben gewissen Selbstverwaltungsrechten auch Mitwirkungsrechte zustehen, wie etwa an der dafür vielgerühmten Freien Universität, eine gewisse Trotzreaktion der Studenten spürbar, offenbar eine Folge des Eingeständnisses, daß man sich über die Einfluß- und Wirkungsmöglichkeiten zum Teil getäuscht oder sie sich durch schlechte Politik verbaut hat.

Das Berliner Modell, das neben gewissen Selbstverwaltungsaufgaben in erster Linie auf der Mitwirkung von Lernenden und Lehrenden, von Studentenschaft und Professoren, inkl. der Universitätsbürokratie aufbaut, war lange Zeit, bis gegen Ende 1960, das von allen Studentenvertretungen deutscher Universitäten angestrebte Ziel. Hier schien ein Optimum erreicht. Die studentischen Mitglieder der Fakultät, des Senats und des Kuratoriums waren reguläre Mitglieder ihrer Gremien — sie hatte Rede- und Stimmrecht — es gab nichts, was den Studenten verborgen blieb. Man muß den revolutionären Cha-

rakter dieses Modells erkennen, um es richtig zu würdigen, denn es bezieht Vertreter der Studentenschaft in alles ein, was die Universität berät und beschließt. Gleichzeitig muß man jedoch sehen, daß studentische Mitwirkung in den entsprechenden Gremien niemals nach Grundsätzen der Parität oder gar der demokratischen Repräsentation funktionieren kann, d. h. die Lehrenden und Verwaltenden sind immer in großer Übermacht. Zur numerischen Überlegenheit tritt die des Ranges und der Persönlichkeiten. Die Professoren sollten sich gewiß bemühen, die in ihre Körperschaften delegierten Studenten als selbstverständliche Mitarbeiter anzusehen und einzuschätzen, aber wenn dies einem Professor vielleicht noch gelingen mag, der einfache Student hat es schwer, sich — zumal in Deutschland — auf gleicher Stufe mit dem Professor zu sehen, bei dem er außerdem noch lernen soll. So tritt zum quantitativen Übergewicht das natürliche der Personen und beschränkt studentische Mitwirkung in aller Regel auf jene Fragen, welche die Studentenschaft berühren, und zu denen man auch das Wort ihrer Vertreter erbittet und beachtet. Aber nur ein Realitäts-Blinder könnte annehmen, daß dieses Modell im Sinne einer gewissen Parität wirken könne. Allerdings hängt für seine sinngerechte Ausfüllung viel davon ab, daß man auf seiten der Lehrenden Verständnis für die Kollegen aus der Studentenschaft aufbringt, und sie nicht als Delegierte zweiter Klasse behandelt. Auf der anderen Seite muß der Studentenvertreter in all den Gremien, in denen er eine große Mehrheit von Universitätslehrern gegenübersteht, Takt entwickeln, sein Amt ernst nehmen, es nicht durch unüberlegte, schlecht formulierte oder zu häufige Voten diskreditieren, und er darf sich keine Illusionen über die Reichweite seiner Macht hingeben. Studentenvertreter mit solchen Qualitäten, das ist meine Erfahrung, werden von meinen Kollegen als vollberechtigte und brauchbare Mitarbeiter angesehen und sind nicht völlig einflußlos.

Eine kontinuierliche Mitarbeit studentischer Vertreter wird durch den Wechsel erschwert, dem sie notwendig unterliegen. Mitarbeit in akademischen Gremien ist in der Regel begrenzt auf ein Studienjahr, dann rücken andere nach. Abzuhelfen ist dem nicht. Studentische Politik leidet darum auf der einen Seite unter dem ständigen Personalwechsel, dem sie unterworfen ist, andererseits bringen die Beschäftigung im AStA und der Konvents vorsitz bei der bürokratischen Maschinerie, zu der heute studentische Vertretungstätigkeit vielfach geworden ist und mit der ein Etat von über 200 000 DM verwaltet werden muß, eine so starke Entfremdung des Betroffenen von seinem Studium mit sich, daß er nur mehr Studentenfunktionär, aber kaum mehr Studierender ist. Angesichts der Ernüchterung, die hier und da sich gegenüber dem Berliner Modell breitmacht, weil man sich falschen Illusionen über seine Möglichkeiten verschrieben hatte, werden heute an den meisten deutschen Universitäten mit Unterstützung des Dachverbandes Ideen zu einer autonomen rechtsfähigen Studentenschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechts im Rahmen der Universität vorgetragen. Damit verzichtet man zwar auf die in ihrer Wirksamkeit problematische, aber psychologisch für beide Seiten außerordentlich wichtige Zusammenarbeit der Lehrenden und Lernenden, möchte aber stattdessen auf einer Reihe von Gebieten der sozialen und kulturellen Arbeit völlig freie Hand bekommen. Damit ist der Weg zum studentischen Interessenverband, der die Interessen seiner Zwangsangehörigen mit Hilfe eines bürokratischen und verbandsmäßigen Apparates durchsetzen soll, zu Ende gegangen. Schon heute fungiert der Verband deutscher Studentenschaften ganz wie ein Verbandsbüro, in dem hauptberufliche Studentenvertreter ihren Dienst tun.

Der im Berliner Modell entwickelte und lange Zeit von vielen Studentenschaften gutgeheißene Weg der Kooperation wird hier verlassen zugunsten einer Interessenkonkurrenz, in der die Studentenvertretung als eigene autonome Körperschaft organisiert ist, sich möglicherweise politisiert und unter Umständen gegen die Universität Front macht.

Die Absicht, die Studentenschaften als reinen Interessenverband zu organisieren, ist vorzugsweise als ein Mittel gedacht, um sich gegenüber den Bürokraten der Studentenwerke und bürokratisch aufgezogenen Universitätsorganisationen besser

durchsetzen zu können bzw. diese Institutionen ganz in eigene Regie zu nehmen. In der berühmten Formel von der Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden sind leider die Verwaltungen der Universität nicht eingeschlossen, obwohl gerade sie von großem und, wie mir scheint, steigendem Gewicht sind. Die wachsende Macht der Universitätsbürokratie schiebt sich mitunter wie ein Keil zwischen die Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden. Gehalten, beiden zu dienen, dem Lehrkörper wie der Studentenschaft, wird diese Bürokratie Konflikten mit den Lehrenden eher ausweichen als mit den Studentenvertretern. Auch dies liegt, wie jeder zugeben wird, in der Natur der Sache. Hinzu treten freilich oft genug Macht- und Ordnungsinteressen der Bürokratie selber. Wer den Kampf verfolgt, den die Studentenvertretungen mit den Studentenwerken führen, wer weiß, wie sehr die Professoren in ihrer verwaltenden Tätigkeit dem unbezweifelbaren Sachverstand der Administratoren ausgeliefert sind, die allein schon durch ihre kontinuierliche Beschäftigung mit den Fragen der Universitätsverfassung dem Lehrkörper ein gewisses Plus voraushaben — der kann begreifen, daß angesichts dieser Lage vor allem unter den Studentenvertretern manchmal eine gewisse Verzagttheit Platz ergreift. Aus dieser Verzagttheit drängen manche unter ihnen zu radikaleren Lösungen, zumal außerhalb Berlins die hier verwirklichte, wenn auch nur begrenzt wirksame Mitverantwortung der Studentenschaft wenig Aussichten auf Realisierung besitzt. Das Berliner Modell der Mitverantwortung setzt allerdings voraus, daß die akademischen Körperschaften auch die Interessen der Studentenschaft wahrnehmen, wenn es darauf ankommt und die studentischen Forderungen vertretbar erscheinen. Notwendigen Beschlüssen auszuweichen, wie der Senat der FU dies offenbar bei der Diskussion über die Umgestaltung des Honnefer Modells getan hat, ist kein geeignetes Mittel, das Vertrauen der Studentenschaft in die Brauchbarkeit der Berliner Universitätsverfassung zu stärken. Ebensovienig scheint es mir im Sinne dieses Modells zu sein, wenn man, wie kürzlich geschehen, den Studenten des Studentendorfes der FU die entscheidenden Mitbestimmungsrechte, nämlich die Aufnahme- und Disziplinkompetenz entzieht und sie der Universitätsbürokratie in die Hände gibt. Dies ist keine Politik für, sondern gegen die Studenten. Trotz alledem wissen die Studentenpolitiker, daß die Berliner Lösung eine relativ optimale für sie ist. Studenten sind in gewisser Hinsicht Angehörige einer privilegierten Klasse. Sie treiben ihre Geschäfte, die des Studiums und ihrer eigenen Politik, ohne Belastung durch einen Beruf, ohne die mit einer festen gesellschaftlichen Funktion verbundenen Einschränkungen und Verpflichtungen. Die Tatsache, daß sie an der Universität gegenüber den Lehrenden und der Verwaltung in der Überzahl sind, sollte sie in ihren Gedanken nicht dazu verleiten, sich aus einer durch die funktionalen Umstände privilegierten Klasse zu einer mitherrschenden emporzuschwingen zu wollen. Solche Visionen haben kurze Beine und zeitigen allenfalls regressiv wirkungen. Sich als Anwalt künftiger gesellschaftlicher Macht zu empfinden, rechtfertigt noch keinen massiven Machtanspruch für die Gegenwart. Ebenso wie die großen Parteien es hinnehmen, daß ihre politischen Hochschulgruppen ihnen ein Quentchen Avantgardismus voraushaben, ohne darum den Parteiapparat wirksam beeinflussen zu können, müssen auch die Studentenvertretungen sich klar darüber sein, daß sie nicht völlig gleichwertige Glieder der Korporation sein können. Deshalb sollte man studentische Politik nicht allein an den Erfolgen messen, die sie im Ringen mit den Universitätsbehörden erzielt, sondern an ihrem inneren Leben, ihrer Vitalität, ihren über das nackte Eigeninteresse hinausweisende Ideen. Diese innere Dynamik jedoch wird leider nur noch selten spürbar. In dem Maße, in dem studentische Angelegenheiten schon aufgrund ihres Umfangs zur Sache von eigens dafür bezahlten AStA-Funktionären werden, in dem in einem Haushaltsvoranschlag der Studentenvertretung eine monatliche Aufwandsentschädigung wegen „Repräsentationspflichten“ für den 1. AStA-Vorsitzenden und Konventspräsidenten „analog den Dekanen usw.“ gefordert wird, muß dieses dynamische Element fast zwangsläufig verloren gehen. Viele Energien werden zur bloßen Aufrechterhaltung von Statusrechten und -symbolen ver-

braucht, und die reine Geschäftsroutine dominiert. Es ist grotesk genug, daß Studentenparlamente zur „Ehrung verdienter Studentenvertreter“ schreiten, und daß solche Ehrungen mit ausgiebigen Personaldebatten, ja sogar Abstimmungen verbunden werden. Wieviel Vergnügen mag es den Studenten veteranen bereiten, zu „ständigen Gästen“ solcher Versammlungen ernannt und dadurch geehrt zu werden? Ich kann mich in diesem Fall nur der dem Protokoll beigefügten Erklärung eines Studentenvertreters anschließen, der feststellte, daß „Ehrungen am Fließband unangebracht“ seien.

Als politischer Wissenschaftler liegt es mir nahe, studentische Politik vor dem Hintergrund der allgemeinen Situation unserer sogenannten pluralistischen Gesellschaft zu sehen. Diese Situation — das verhehle ich mir nicht — drängt die heutige Studentenschaft dazu, reine Interessenpolitik zu treiben, sich schlagkräftig und unter Hinweis auf die große Zahl zu organisieren, nichts hinzuzunehmen, was ihre rechtliche und ökonomische Position zu verschlechtern geeignet wäre. Ich sehe auch ein, daß zur Wahrung und zum Ausbau dieser Position ein pressure-group-ähnliches Verhalten heute die relativ größten Chancen bietet, so beklagenswert das erscheinen mag. Aber ich bin mir nicht völlig sicher, ob die Studentenschaft von heute überhaupt begreift, daß es allgemeine Interessen der Gesamtuniversität und über diese hinaus, der Gesellschaft gibt, die trotz des schönen Wahlspruchs von der „Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden“ durch die Studenten nicht objektiv genug wahrgenommen werden können, und deshalb für sie wahrgenommen werden müssen. Die Reform des Universitätsstudiums, wenn ich dieses Beispiel nehmen darf, erscheint heute unter manchen Aspekten dringlich, und die Studenten werden auch hierzu gehört — aber was kann die völlig interessenbestimmte Politik einer Gruppe von Betroffenen anders ersinnen und erreichen wollen, als daß das Studium sich möglichst risikolos und privilegienreich vollziehe? Mir solcher Interessennahme ist aber weder der Idee der Universität noch der Gesellschaft gedient. Erkennen die Studenten nicht, daß in dem weiten Bereich der Mitbestimmung, den sie zumindest nach dem Berliner Modell haben, gewisse Zonen gibt, in denen self-restraint oder die Aufgabe ihrer Selbstverteidigungsattitüde das notwendige Gebot ist, dann stellen sie den Sinn dieses Modells durch ihren Interessenpartikularismus selbst in Frage.

Wenn gewisse Formen vor allem materieller Interessenwahrnehmung durch die Studentenschaft heute legitim geworden sind, so bleibt doch die Reduktion studentischer Politik auf das bloße Gruppeninteresse etwas Beklagenswertes und weitab vom Ideal akademischen Bürgertums. Studentische Politik, so meine ich, sollte getragen sein von einem gewissen Pathos der Teilnahme an der Gesamtverantwortung, vom aktiven allgemeinen Interesse aller Studenten. Betrieben von studentischen Interessenvertretern ohne eine lebendige Beziehung zur Gesamtstudentenschaft ist sie mehr als nur ein Schönheitsfehler. Im Zeitalter der sog. Entideologisierung ist freilich auch die Studentenschaft von ideologischer Auszehrung befallen, stärker noch als die Generation der Älteren. Aber sie, die so entschieden die Avantgarde sein will — worunter man wohl mehr verstehen kann als die Einbeziehung der Psychoanalyse und Sexualberatung in das studentische Fürsorgeprogramm — ist nur mehr in sehr begrenztem Maße ein Ferment unserer Gesellschaft. Der institutionellen Aufblähung ihrer Organe korrespondiert eine Verkümmerng ihres Elans, ihrer geistigen Vitalität. Gewiß reflektiert unsere Studentenschaft damit nur einen gesamtgesellschaftlichen Prozeß; aber wie können wir die in ihm liegende Tendenz zur Erstarrung und Provinzialisierung überwinden, wenn nicht durch die Bemühung des freien Geistes, über das Gegebene und über das Eigeninteresse hinaus zu denken; und wo wäre solcher Aktivität je ein besserer Raum zur Entfaltung gegeben, als im Bereich der Universität, die die Freiheit des Geistes verbindet mit der in dieser Freiheit liegenden Verantwortung?

Die von der Freien Universität zu verwirklichende Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden ist nicht in erster Linie eine Frage des demokratischen Gleichheitsprinzips. Sie ist als Kooperation, in der die Studentenschaft um so lebendiger wirken kann, je mehr sie in sich selbst die Fähigkeit zu

einer überzeugenden, ideenreichen, von freiheitlichem Elan getragenen Mitwirkung entfaltet, der die kritische Selbsteinschätzung nicht verloren gehen darf. Ich brauche Ihnen nach alledem nicht mehr ausdrücklich zu sagen, daß auf diesem Wege noch vieles zu tun bleibt.

(Archiv Z16: Akte „12. 12, FU, Flugblätter [bis 1965]“)

## DOKUMENT 368

### Protokoll der Ausschußsitzung

am **Mittwoch, 24. Februar 1965, 15—17 Uhr**

Anwesend:

Dekan Prof. Dr. Eberhard, Hass, Kotowski, Loos, Reichenkron, Sontheimer., stud. phil. Rüger.

Entschuldigt:

Prof. Goethert Gruenter.

Der von der Fakultät am 17. 2. 65 eingesetzte Ausschuß für eine Diskussion der Angelegenheit Knudsen kam in seiner Sitzung am 24. Februar zu dem Schluß, daß die Erklärungen des Rechtsanwalts von Herrn Knudsen zwar nicht die Besorgnisse der Kommissionsmitglieder zerstreuen und insofern nicht als befriedigend angesehen werden können, daß aber keinerlei rechtliche Handhaben für ein Einschreiten gegeben sind.

Das Schreiben der Pressestelle vom 24. 2. 65 wurde zur Kenntnis genommen.

Der Dekan hat der Kommission mitgeteilt, daß das Spandauer Volksblatt bereits eine Rückfrage an das Rektorat gestellt hat. Er hat ferner der Kommission die Antwort des Spandauer Volksblattes an den Rechtsanwalt von Herrn Knudsen mitgeteilt.

Die Kommission beauftragt den Dekan, in der nächsten Fakultätssitzung eine Entscheidung darüber herbeizuführen, ob Herrn Knudsen kollegial (nicht dienstlich) empfohlen werden sollte, seine Lehrtätigkeit vom Sommersemester 1965 an einzustellen.

Herr Reichenkron gab bekannt, daß Herr Knudsen ihm am 23. Februar zugesichert hat, seine Lehrtätigkeit im Wintersemester 1965/66 einzustellen; er wolle das im Sommersemester nicht tun, um seinen Entschluß nicht als Reaktion auf das Spandauer Volksblatt erscheinen zu lassen.

Die Kommission beharrte darauf, daß Herrn Knudsen empfohlen werden sollte, bereits im SS 65 seine Lehrtätigkeit zu beenden, wovon die Abwicklung der schwebenden Promotionsverfahren nicht betroffen sein sollte.

(Philosophische Fakultät FUB: Akte „Ehemalige Mitglieder des Lehrkörpers...“, Buchstabe K)

## DOKUMENT 369

### Ost-West-Kontakte

#### Wer hat gekuscht?

Das „Neue Deutschland“ war in seiner Ausgabe vom 14. Februar um eine Erklärung nicht verlegen: „Bonner Kalte Krieger verhindern nationale Jugendgespräche.“ Und die „Junge Welt“, das Organ der FDJ, eine in der DDR in einer hohen Auflage erscheinende Tageszeitung, erhob einen Tag später noch präzisere Fragen: „Kuscht SDS vor dem ‚Kuratorium‘?“ Was war geschehen?

Der Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentebundes (SDS) hatte seine Einladung an den Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (FDJ) zur Teilnahme an einem Seminar und einer Podiumsdiskussion in Frankfurt buchstäblich in letzter Minute zurückgezogen. Das erste offizielle Treffen zwischen SDS und FDJ fand nicht statt. Aber nicht, weil die „Kalten Krieger“ auf den SDS Druck ausgeübt hätten (diesem Druck hält der SDS seit Jahren erfolgreich stand) und der SDS gekuscht hatte, sondern weil die FDJ-Unterhändler den Bogen ihrer eigenen Möglichkeiten überspannten und sich verhielten wie der Elefant im Porzellanladen.

Dabei hatte alles so schön angefangen. Der SDS, der seit Jahren mit seiner eigenen Partei in Unfrieden lebt und seitdem als Linksaußen westdeutscher Studentenverbände ein ziemlich unbeachtetes Dasein fristet, war entschlossen, die gesamtdeutsche Politik, zu der sich die großen Parteien nur noch auf Kongressen und Wahlversammlungen rhetorisch bekennen, wenigstens auf studentischem Sektor einmal praktisch zu betreiben. Er scheute dabei nicht vor einem Tabu zurück, das bei den westdeutschen Jugendverbänden als ebenso unantastbar galt wie die Hallsteindoktrin für die Außenpolitik: die De-facto-Anerkennung der FDJ. Denn, so formulierte der SDS in einer Presseerklärung:

„Jeder Versuch von Organisationen, mit Jugendlichen aus der DDR ins Gespräch zu kommen, stößt auf die FDJ.“

Darum nahm der SDS Pfingsten 1964 in Ostberlin mit einer Delegation an einem Kolloquium beim „Deutschlandtreffen“ der FDJ teil. Der damalige 2. Bundesvorsitzende des SDS, Lessing, hielt ein Referat, das heftig diskutiert wurde: „Thesen zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik.“

In der FDJ-Zentrale war man alles andere als erbaut von den Lessing-Thesen. Noch wochenlang bemühte sich das FDJ-Organ „Forum“, die „Thesen“ polemisch abzuwerten: „Es hätte Herrn Lessing sicherlich besser angestanden, einmal die Frage abzugehen, was sie denn tun müssen, damit ihr Studentenbund in Westdeutschland politischen Einfluß gewinnt.“ Das stand nun zwar nicht zur Debatte. Lessing, „kritische Distanz“ fordernd, hatte dagegen gewagt, folgende These in Ostberlin vorzutragen: „Eine Wissenschaft, die nicht auf Bestellung Konzepte anfertigt, sondern die es als ihre Aufgabe ansieht, die gesellschaftliche Wirklichkeit konsequent zu analysieren, gerät in Konflikt mit den Ansprüchen einer vom abstrakten Eigeninteresse geleiteten Bürokratie.“

„Forum“ schenkte es sich, die Thesen des unbequemen Lessing abzudrucken. Es teilte seinen Lesern lediglich mit, was sie von den Thesen zu halten hätten.

Die Diskussion gemeinsamer Probleme auf einer sachlicheren Ebene fortzusetzen, beschloß der SDS, als er eine Einladung an die FDJ aussprach, nach Frankfurt zu kommen.

In einem Brief an die FDJ konkretisierte er seine Vorstellungen über den Ablauf eines solchen Besuches.

Die FDJ bestätigte die Einladung, schlug aber andere Themen vor. Mittlerweile hatte man bei der SPD „aus gewöhnlich sehr gut unterrichteten Quellen“ Wind von den Verhandlungen bekommen. Zwar war noch nichts geschehen, doch hielt man es am 30. 6. 1964 im „Ostspiegel“ der SPD für ratsam, grobes Geschütz aufzufahren:

„Bestätigen sich die Meldungen über die Geheimverhandlungen, wäre diese Rolle nicht mehr fragwürdig, sondern eindeutig. Eindeutig für die Qualifizierung des SDS, die über die bisher ausgesprochene Distanzierung erheblich hinausgehen müßte.“

Der SDS wies in einer Stellungnahme die Unterstellungen der Konspiration, Geheimverhandlungen und Planung gemeinsamer Seminare als Diffamierung zurück; Der SDS hält Beziehungen zu Hochschulgruppen und zu Jugend- und Studentenorganisationen des Ostblocks dann für sinnvoll, wenn sie dazu dienen, eine wissenschaftlich fundierte Diskussion zu führen. Bei Kontakten zur Studentenschaft und zur jüngeren wissenschaftlichen Intelligenz der DDR können Instanzen der FDJ nicht umgangen werden.

Aus organisatorischen Gründen konnte das Seminar nicht mehr im Sommersemester realisiert werden, aber am 8. 10. 1964 erneuerte der SDS seine Einladung und machte sie der FDJ sogar noch attraktiver, indem er zusätzlich eine öffentliche Podiumsdiskussion vorschlug, die „entweder Probleme der Deutschlandpolitik oder die Beziehungen zwischen der FDJ und den Jugendorganisationen der BRD und die aktuelle Diskussion hierüber zum Gegenstand haben könnte und zu der wir weitere Jugend- und Studentenorganisationen der BRD einladen würden“.

Die FDJ zeigte sich interessiert und lud Vertreter des SDS nach Ostberlin ein, „wo der Programmablauf vereinbart und eventuell auch andere interessierende Fragen erörtert werden könnten“. Am 10. 12. fanden sich die beiden Bundesvorsitzenden des SDS, Schauer und Dambrowski, sowie die Wissen-

schaftsreferentin W. Falkenberg in der FDJ-Zentrale, Unter den Linden, ein, wo sie mit dem betagten 1. Sekretär der FDJ, Horst Schumann, und anderen Funktionären mehrere Stunden lang verhandelten. Man einigte sich auf ein Seminar und eine Podiumsdiskussion in Frankfurt.

In der Presseerklärung des SDS lasen sich die Vereinbarungen so:

„Es wurde vereinbart, daß 8—10 Mitglieder der FDJ an dem 2-tägigen Seminar über ‚Wirtschaftliche Mitbestimmung in der DDR und in der BRD‘ teilnehmen werden; für die Podiumsdiskussion, an der auch Vertreter anderer Jugendorganisationen teilnehmen sollen, wurde das Thema ‚Gespräche mit der FDJ? — Möglichkeiten und Grenzen der Kontakte zwischen FDJ und bundesrepublikanischen Jugendorganisationen‘ vorgesehen.“

Die FDJ war zurückhaltender in ihrer Presseerklärung. Sie sprach von gemeinsamer Seminaredurchführung; man habe „vereinbart, im Februar 1965 eine Podiumsdiskussion und ein Seminar ‚Zu Problemen unserer Zeit‘ in Frankfurt/Main gemeinsam durchzuführen.“

Am 10. 1. 1965 legte der SDS der FDJ ein detailliertes „vorläufiges Programm für den Besuch einer 8—10köpfigen FDJ-Delegation vom 18./19. bis 23. 2. 1965 in Frankfurt a. M.“ vor.

Die FDJ antwortete mit einer Art Gegenvorschlag. Zwar wurden die Generalthemen für Seminar und Podiumsdiskussion unverändert gelassen, aber die Gliederungen wichen erheblich voneinander ab: Der SDS formulierte:

- Die Entwicklung der Mitbestimmung seit 1945
- Funktionen der Mitbestimmung
- Perspektiven

Die FDJ formulierte:

- Die DDR als Verkörperung der Mitbestimmung und der Macht der Arbeiter und Bauern in Deutschland
- Die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse in Westdeutschland als Ausgangspunkt
- für die Spaltung Deutschlands
- die atomare Aufrüstung
- die Bedrohung des Friedens auf deutschem Boden sowie
- der Abbau der sozialen und demokratischen Rechte in Westdeutschland.

Auch zum Teilnehmer-Vorschlag der FDJ wurde deutlich, was der FDJ vorschwebte. Teilnehmer sollten sein:

Mitglieder und Funktionäre des SDS, der Arbeiterjugendorganisationen — besonders der Gewerkschaftsjugend —, FDJ-Delegation.

Bei ihrem Gegenvorschlag erkundigte sich die FDJ außerdem sehr interessiert, in welchem Raum die Podiumsdiskussion stattfinden werde, wie groß dieser Raum sei und welche Vertreter anderer Jugendorganisationen an der Podiumsdiskussion teilnehmen würden.

Beim SDS kamen nun die ersten Bedenken, die Begegnung werde drüber höher gespielt, als es ihm förderlich schien: „Der mehr formal-analytische Charakter unseres Seminarprogramms scheint einer sachlichen Diskussion förderlicher zu sein“, antwortete er der FDJ. Bedenklich äußerte sich der SDS auch gegenüber dem Wunsch nach Teilnahme der Arbeiterjugendorganisationen. Er erklärte der FDJ, daß es nicht möglich sei, „in großem Umfang Kontakte zwischen Ihnen und den hiesigen Arbeiterjugendverbänden herzustellen. Das müssen wir diesen Organisationen überlassen; Sie müßten sich dann von diesen, insbesondere der Gewerkschaftsjugend, einladen lassen.“ Nachdem die FDJ einmal die Katze aus dem Sack gelassen hatte, schien es dem SDS ratsam, die FDJ vor eigenen Aktionen in Frankfurt zu warnen und die ganze Aktion auf kleiner Flamme zu kochen:

„Wir erwarten aber, daß Sie loyalerweise ohne unser Wissen keine politisch bedeutsamen Aktionen unternehmen oder selbständig Treffen größerer Art organisieren. Auch wird Ihre Delegation keine Pressekonferenz abhalten können. Der Bundesvorstand des SDS hat die Absicht, am Ende der Veranstaltungen eine Pressekonferenz einzuberufen, zu der er die Mitglieder Ihrer Delegation als seine Gäste einladen wird...“

Die FDJ sandte daraufhin zwei Vertreter nach Frankfurt. In den Gesprächen mit dem Bundesvorstand des SDS traten nun die verschiedenen Auffassungen klar zutage. Beharrlich bestand der SDS darauf, daß die FDJ-Vertreter beim Seminar („eine Veranstaltung des SDS“) seine Gäste sein müßten. Die beiden FDJ-Unterhändler wollten dagegen die FDJ-Vertreter als „selbständige Delegation“ betrachtet wissen. Außerdem bestanden sie auf der Teilnahme von „Repräsentanten der Arbeiterjugendorganisationen“ an der Podiumsdiskussion.

Im SDS glaubte man noch, daß man sich einig geworden sei, als die FDJ-Unterhändler versuchten, ohne Wissen des SDS auf eigene Faust weitere Teilnehmer für Seminar und Podiumsdiskussion aus der Gewerkschaftsjugend zu gewinnen. Der SDS war „entsetzt“ und stellte der FDJ ein Ultimatum, seine Programmvorschläge zu akzeptieren, da er sonst die Veranstaltung absagen müßte.

Die FDJ antwortete, sie käme am 19. 2. 1965 nach Frankfurt, verweigerte aber die Zustimmung zu den SDS-Programmvorschlägen: „Lassen uns für den Aufenthalt in Frankfurt keine Bedingungen stellen.“ Der SDS sagte Seminar und Podiumsdiskussion ab.

In einem langen Brief schrieb der SDS-Vorsitzende Schauer an die FDJ:

„... es ist ein Akt absoluter politischer Illoyalität, wenn Sie gegen unsere erklärte Absicht Einladungen aussprechen zu Veranstaltungen, die wir einberufen und politisch zu verantworten haben.“

Mutmaßliche Gründe für die versteifte und undiplomatische Haltung der FDJ offenbarte die „Junge Welt“ in ihrem Artikel „Kuscht SDS vor dem ‚Kuratorium‘?“. „Wir müssen annehmen, daß dies im Zusammenhang mit den jüngsten Erklärungen des ‚Kuratoriums unteilbares Deutschland‘ und des Bonner Vizerektors Mende gesehen werden muß, deren proklamierte ‚Politik der kleinen Schritte‘ u. a. darauf abzielt, die Verständigung zwischen der Arbeiterjugend der beiden deutschen Staaten zu verhindern und die westdeutsche Jugend vor den Karren der atomaren Kriegsvorbereitungen zu spannen.“

In diesen Sätzen deutet sich vielleicht eine Erklärung für die ungewöhnliche Hartnäckigkeit der FDJler an, die sonst jede noch so kleine Möglichkeit zu einem Auftreten in der Bundesrepublik wahrnehmen und in jeder Hinsicht auf ihre Gastgeber Rücksicht nehmen. Der Verdacht liegt nahe, daß hier, wie bei vielen anderen Gelegenheiten, eine bestimmte Richtung in der Führung der Staatspartei besondere Bedingungen als Sicherung gegen die gefürchtete ideologische Aufweichung gefordert hat. Diese Kreise dürften die Kontakte mit dem SDS bereits seit der Proklamation der Lessingschen Thesen mit größtem Mißtrauen gesehen haben und haben sich fürs erste durchgesetzt. So drängt sich den SDSlern die Frage auf: Vor wem kuscht die FDJ?

Ohne auf diese Frage vorerst eine Antwort zu erwarten, schloß SDS-Schauer seinen Absagebrief unverdrossen mit einer neuen Einladung: „Unsere Einladung zu einem Besuch einer Delegation Ihres Zentralrats beim Bundesvorstand des SDS darf ich hiermit wiederholen. Ich würde mich freuen, wenn das zu einem späteren, nicht allzu späten Zeitpunkt möglich wäre.“

(Konkret Nr. 3, März 1965, S. 18)

## DOKUMENT 370

### Rektor-Brief zur Jaspers-Einladung

Als bemerkenswertes Dokument sehen wir einen Brief an den der Rektor der Freien Universität Berlin in Zusammenhang mit der Einladung Professor Jaspers' zu einem Vortrag an der FU im Auftrage des Akademischen Senats der FU an Professor Dr. Kurt Sontheimer am 18. März 1965 geschrieben hat. Im folgenden drucken wir den Wortlaut des Briefes ab, der bisher der Öffentlichkeit nicht zugänglich war. (D. Red.)

Sehr geehrter Herr Kollege Sontheimer!

Der Akademische Senat hat mich in seiner Sitzung vom 3. 3. 1965 beauftragt, Ihnen seine Mißbilligung auszusprechen für Ihr eigenmächtiges Vorgehen hinsichtlich der Planung einer Universitätsveranstaltung zum 8. Mai 1965 (Tag der Kapitulation).

Insbesondere nimmt der Akademische Senat Anstoß daran, daß Sie ohne Auftrag, ja sogar ohne Wissen der allein zuständigen Instanzen, nämlich Rektor und Senat, bereits begonnen hatten, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens anzusprechen, um sie als Redner einzuladen.

Ich habe dem Akademischen Senat auch den Inhalt meines Telefongesprächs mit Ihnen vom 2. 3. 1965 mitgeteilt, in welchem Sie zum Ausdruck brachten, daß Sie das vorausgegangene Gespräch mit Herrn Völz vom 16. 2. offenbar mißverstanden hätten und sich entschuldigten. Trotzdem hält der Akademische Senat es für erforderlich, meine Feststellung zu unterstreichen, daß Ihre Tätigkeit in dieser Angelegenheit eine Amtsanmaßung bedeutet.

In der gleichen Sitzung wurde beschlossen, daß die Freie Universität eine offizielle Veranstaltung zum Tage der Kapitulation nicht durchführen wird. Neben anderen Argumenten wurde betont, daß der 30. Januar ein weit sinnvollerer Datum hergäbe für eine kritische Selbstbesinnung und Standortbestimmung, und daß eine gerade von einer Universität zu erwartende Gründlichkeit und Effizienz bei der Behandlung einer so umfangreichen und zwiespältigen Thematik sachgerechter auf den nächsten Universitätstagen erzielt wird, deren Generalthema diese Probleme beinhaltet.

Inzwischen hat Ihnen Herr Professor Jaspers abgesagt. Der Akademische Senat erörterte auch, wie er sich im Falle einer Zusage aus der geschaffenen Zwangslage lösen könne und beauftragte mich zu versuchen, Ihre Einladung mit der gebotenen Umsicht rückgängig zu machen. In einem solchen Fall hätte ich zweifellos dem Akademischen Senat Ihre Ablösung als Senatsbeauftragter für das politische Bildungswesen vorgeschlagen.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Ihr sehr ergebener  
gez. H. Lüers

(Der Tagesspiegel, 28. Juli 1965)

## DOKUMENT 371

### Bildungsfragen

#### „Aktion 1. Juli“ — Bildung in Deutschland

In Besorgnis um den wachsenden Bildungsnotstand in der Bundesrepublik Deutschland werden am 1. Juli 1965 von den Studentenschaften der Bundesrepublik und Westberlins Kundgebungen und Demonstrationen veranstaltet, um allen Bemühungen um einen verstärkten Ausbau des Bildungswesens Nachdruck zu verleihen. In den ersten beiden Monaten des Sommersemesters werden die Studentenschaften mit Flugblattaktionen und Veröffentlichungen in der Studentenspresse umfassend über die derzeitige Bildungssituation in der Bundesrepublik informiert.

#### Begründung:

1. Die deutsche Studentenschaft hat in den vergangenen Jahren zahlreiche Stellungnahmen zur Bildungssituation in der Bundesrepublik abgegeben. Die Ständige Konferenz der Kultusminister, der Wissenschaftsrat, die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Westdeutsche Rektorenkonferenz und andere Institutionen auf dem Gebiet des Bildungswesens haben ebenfalls in Denkschriften, Aufsätzen und Stellungnahmen auf den wachsenden Bildungsnotstand hingewiesen.

Es muß jedoch mit Bedauern festgestellt werden, daß — abgesehen von Ausnahmen — in Bund und Ländern bei weitem nicht alle Maßnahmen ergriffen wurden, die zur Abwendung des Bildungsnotstandes erforderlich sind.

2. Der Bundesminister für wissenschaftliche Forschung hat am 28. Januar dieses Jahres einen Forschungsauftrag vorgelegt, der vom Bundeskabinett verabschiedet worden ist. Darin wird festgestellt, daß die finanziellen Aufwendungen für die Wissenschaft in den nächsten Jahren verdoppelt werden müssen.

Wir finden es unverantwortlich, daß der Bundestag in dieser Lage die Mittel für die Wissenschaftsförderung nicht erhöht, sondern die vorgesehenen Mittel gekürzt hat.

3. Wir finden es unbegreiflich, daß der Bundestag ein Gesetz beschließt, das Hunderttausenden von Schülern weiterführender Schulen ohne Rücksicht auf deren Bedürftigkeit 40 DM zuteilt. Auf diese Weise wird eine Summe von 450 Mill. DM ohne nennenswerten bildungspolitischen Effekt ausgegeben. Wir fordern, daß endlich in Zusammenarbeit von Bund und Ländern eine gezielte, sozial- und bildungspolitisch wirksame Ausbildungsförderung in der Bundesrepublik verwirklicht wird.

4. Wir sind empört darüber, daß die Regierungen von Bund und Ländern noch immer keine langfristigen, gemeinsamen Investitions-, geschweige denn Finanzierungspläne für Wissenschaft und Bildung entworfen haben. Statt dessen wird das wenige verfügbare Geld kurzfristig in Form von Wahlgeschenken verpulvert.

5. Die Politiker überschütten uns mit kulturpolitischen Deklamationen. Sie sollten statt dessen der Bevölkerung endlich sagen, welche Opfer gebracht werden müssen, wenn die Bundesrepublik den Anschluß an die internationale Entwicklung wiedergewinnen soll.

Wir protestieren dagegen, daß Steuersenkungen beschlossen werden, wenn sich unser Staat in einer Notlage befindet, die nur durch Einziehung neuer Steuern überwunden werden kann.

### Politische Fragen

#### Universität und Nationalsozialismus

Die 17. o. MV stellt fest, daß in jüngster Vergangenheit die Diskussion um die wissenschaftliche und politische Tätigkeit heute in der Bundesrepublik lehrender Hochschullehrer während der Zeit des Nationalsozialismus in verstärktem Maße aufgegriffen wurde.

Es kann dabei nicht nur um die notwendige Aufklärung von Ereignissen, Handlungen und Verhaltensweisen zwischen 1919 und 1945 gehen. Eine historisch-soziologisch und ideologisch-kritische Analyse sowohl des nationalsozialistischen Faschismus in seinen Ursprüngen wie auch der deutschen Bildungs- und Universitätstraditionen ist erforderlich, um die Erkenntnis von Zusammenhängen ebenso wie die nötigen kritischen Unterscheidungen zu ermöglichen. Nur aus einer solchen Untersuchung können die notwendigen Folgerungen für die politische Verantwortung der Universität und der akademischen Intelligenz in der sozialen Demokratie gezogen werden.

Es ist nicht Ziel dieser Bestrebungen, zu verdammen oder zu verurteilen. Aber die Hochschule darf sich den Zweifeln und der Kritik an ihrem Verhalten gegenüber dem Dritten Reich nicht verschließen. Sie muß sich in kritischer Selbstbetrachtung Rechenschaft über ihr Verhalten ablegen und Maßstäbe suchen, die Verständnis und Überwindung ihres Versagens ermöglichen.

Der Vorstand wird erneut beauftragt, das Seminar „Universität und Nationalsozialismus“ sobald wie möglich durchzuführen.

Eine Veröffentlichung der Ereignisse des Seminars wird angestrebt.

(Verband Deutscher Studentenschaften, Beschlüsse der 17. ordentlichen Mitgliederversammlung in Mainz vom 16. bis 21. März 1965 und der außerordentlichen Mitgliederversammlung in Hamburg vom 17. bis 19. Juli 1965, Bonn, Sept. 1955)

## DOKUMENT 372

### Aktennotiz

über ein Gespräch zwischen Mag. Lüers, Dr. Hartwich, Herrn Lefèvre und Herrn Damerow am 8. April 1965, 12.00 Uhr.

Anlaß: Weigerung des Rektors, einen Raum für eine Podiumsdiskussion mit Erich Kuby zur Verfügung zu stellen. Das Gespräch kam auf Wunsch von Herrn Lefèvre zustande,

der das Gespräch mit den Schwierigkeiten bei der Koordination der Termine für politische Veranstaltungen mit Herrn Prof. Sontheimer begründete.

1. Herr Lefèvre berichtete dem Rektor über die Terminüberschneidungen bei Veranstaltungen des AstA mit denen von Veranstaltungen Prof. Sontheimers. Dem Rektor waren diese Schwierigkeiten bisher nicht bekannt. Insbesondere berichtete Herr Lefèvre über die Überschneidung des Termins der Podiumsdiskussion mit Erich Kuby am 7. Mai mit der einer Veranstaltung Prof. Sontheimers am OSI.

Der Rektor empfahl Herrn Lefèvre, einen Brief an Herrn Prof. Sonth. zu senden, in dem er sich auch auf das Gespräch mit dem Rektor berufen könnte. Er versprach, ebenfalls mit Herrn Prof. S. zu sprechen.

2. Herr Lefèvre äußerte die Bitte, daß künftig die Tagesordnung und Protokolle der Sitzungen des akademischen Senats auch an den AstA gesendet würden. Er begründete diese Bitte mit strukturellen Schwierigkeiten der Studentenvertretung, die dazu führten, daß die Informationen zwischen AstA und Senatssprechern nicht ausreichend seien. Der Rektor sagte, er könne dieser Bitte nicht entsprechen und empfahl, bessere Zusammenarbeit zwischen AstA und Senatssprechern anzustreben.

3. Bezügl. der Bitte Herrn Roths, einen studentischen Sprecher in den Verfassungsausschuß des akademischen Senats aufzunehmen, erklärte der Rektor, er habe mit mehreren Senatsmitgliedern gesprochen und sei überall auf Ablehnung dieses Vorschlags gestoßen. Als Hauptargumente seien dabei aufgeführt worden:

a) der Ausschuß solle so klein wie möglich bleiben, um arbeitsfähig zu sein.

b) In den Ausschuß seien die Mitglieder nur persönlich, nicht als Vertreter einer Gruppe der Universität gewählt worden. Wenn man dieses Prinzip durchbrechen würde, würden auch andere Gruppen der Universität, z. B. Assistenten, Privatdozenten, die Forderung erheben, ein Mitglied in den Ausschuß zu senden.

Herr Lefèvre wies auf die Organstellung der Studentenschaft in der FU hin. Im Gegensatz zu seiner Haltung, als Herr Roth zum ersten Male die Bitte äußerte, zeigte sich der Rektor sehr ablehnend. Er wies darauf hin, daß selbstverständlich die Senatssprecher die Bitte der Studentenschaft im akademischen Senat vortragen können. Er erwähnte die Möglichkeit, mit den Senatsmitgliedern vorher einzeln zu sprechen. Im Gegensatz zum Rektor betonte Dr. Hartwich, daß er die Forderungen der Studentenschaft als alter Studentenvertreter voll unterstützen würde. Er sagte, er halte aber das Verfahren, im privaten Gespräch die Senatsmitglieder zu bearbeiten, nicht für den rechten Weg.

4. Herr Lefèvre kam auf die Weigerung des Rektors zu sprechen, einen Raum für die Podiumsdiskussion mit Herrn Kuby zur Verfügung zu stellen. Er bat den Rektor, seine Entscheidung zu begründen. Der Rektor betonte, daß er selbst aus den Akten erst erfahren hätte, daß es bereits einmal durch die Weigerung von Mag. Neumann, einen Raum zur Verfügung zu stellen, Schwierigkeiten gegeben hätte. Er selbst betrachte die Äußerungen von Herrn Kuby anlässlich einer Veranstaltung des AstA im Jahre 1958 als Diffamierung der Freien Universität. Er könne nicht dulden, daß ein Mann, der gesagt habe, die FU bewiese bereits durch ihren Namen ein äußerstes Maß an Unfreiheit, und auf diese Weise die Freie Universität mit Unflat beworfen hat, Gastrecht in der Universität genieße. Auf die Frage, was Herr Kuby wirklich gesagt hätte, referierte der Rektor, wie später festgestellt wurde, die Äußerungen Kubys singemäßig sehr zutreffend. Frau Wirth beantwortete die Gegenfrage des Rektors, warum der AstA ausgerechnet Herrn Kuby einladen wolle bzw. eingeladen habe, mit dem Hinweis, daß Herr Kuby zum Thema der Podiumsdiskussion eine prononcierte, aber diskussionswürdige Meinung vertrete. Der Rektor müßte zugestehen, daß der AstA aus wohl überlegten Gründen Herrn Kuby eingeladen hat, blieb aber bei seiner Weigerung. Er betonte, der AstA könne der Presse gegenüber sagen, es täte ihm leid, daß die Veranstaltung nicht in der FU stattfinden könne, aber er, Rektor Herbert Lüers, sei nicht bereit, einen Raum zur

Verfügung zu stellen. Der AStA vertrat dem Rektor gegenüber die Auffassung, daß auch Beleidigungen der Universität kein Grund seien, eine Diskussion zu verhindern, daß die Kategorien Würde und Höflichkeit nicht dazu geeignet seien, die politische Auseinandersetzung abzuschneiden. (Hochschularchiv FUB: AStA, Akte Nr. Da. 57 „Kuby“)

## DOKUMENT 373

### Studentenvertretung der Philosophischen Fakultät

Seiner Magnifizenz

dem Rektor der Freien Universität Berlin

Herrn Professor Dr. Herbert Lüers

1 Berlin 33

Ilhnestr. 24

**Betr.: Maßnahmen zur Studienzeitverkürzung an der Philosophischen Fakultät / Grundstudium und Zwischenprüfung**

Ew. Magnifizenz!

Auch die Studentenschaft der Philosophischen Fakultät der Freien Universität Berlin und wir, ihre Vertretung, beobachten besorgt die seit Jahren zunehmende Verlängerung der Studiendauer besonders in den sogenannten Massenfächern. In der Philosophischen Fakultät sind das vor allem die Fächer Germanistik, Anglistik, Romanistik und Geschichte. Wir stimmen auch mit den Ausführungen des Dekans der Philosophischen Fakultät über die Hauptursachen der Verlängerungstendenz, die er in der Präambel zum Entwurf eines Grundstudiums für die großen Schulfächer darlegt, zum Teil überein, da auch wir glauben, daß die mangelnde Vorbildung durch die Schule, die völlig unzureichenden Arbeitsverhältnisse für Professoren und Studenten infolge fehlender Räumlichkeiten, Lehrkräfte und Ausstattung, die Orientierungslosigkeit der Studenten in den Anfangsemestern, die zum Teil unsinnigen Prüfungsanforderungen, die weder der Wissenschaftlichkeit noch der Berufsausbildung dienen, und z. B. das Dreifächer- bzw. Doppelhauptfachstudium Schuld sind an dieser Misere. Während einerseits die Zahl der Studenten ständig wächst — eine im gesellschaftlichen Interesse wünschenswerte Entwicklung —, bleiben die Bemühungen um die Abstellung der dadurch immer prekärer werdenden Mängel an Ausstattung, Raumverhältnissen, hochschulinterner Organisation und Lehrpersonal äußerst unzulänglich.

Hinzu kommt noch das völlig unzureichende Ausbildungsförderungswesen in der Bundesrepublik, das gleichfalls zur Verlängerung des Studiums wesentlich beiträgt, da viele Studenten nebenher arbeiten müssen. Der geringe Prozentsatz der etwa durch das Honnefer Modell geförderten Studenten erhält heute nicht einmal das offiziell errechnete und geltende Existenzminimum von 320,— DM bis 350,— DM.

Ein Staat, der es nicht für nötig hält, die Wissenschaft und ihren Nachwuchs ausreichend zu fördern, der im Gegenteil noch Etatkürzungen dieser Posten vornimmt, darf sich weder über die Verlängerung der Studiendauer beschweren, noch über die wachsende Arbeitsunlust und Unzufriedenheit unter der Lehrer- und Studentenschaft, die durch diese offensichtliche Mißachtung seitens des Staates nur noch als von der Gesellschaft ausgehalten deklariert und angesehen werden. Um diese weite Kluft zwischen traditionellem Anspruch auf Souveränität und moderner Wirklichkeit zu beschreiben, nennt die Vertretung der französischen Studentenschaft den Studenten einen (von altersher) Privilegierten, der Unterstützung empfängt (privilegé assisté).

Höchstwahrscheinlich könnte durch eine genügende Verbesserung der Lehr- und Studienbedingungen an den deutschen Hochschulen sowohl eine Studienzeitverkürzung als auch bis zu einem beschränkten Grad eine Intensivierung der Studien erreicht werden; eine zureichende materielle Ausstattung der Hochschulen und Studenten ist der erste Schritt, die Voraussetzung zu einer vollen Intensivierung des Studiums, die nur durch eine Hochschul- und Studienreform im Sinne einer Mobilisierung der besten Traditionen der Universität gewährleistet sein wird.

Der erste Schritt erfordert neben der Behebung der Raumnot in den Instituten, Vorlesungshäusern und Bibliotheken und der Erweiterung des Bücherbestandes vor allem eine Veränderung der Personalstruktur: eine erhebliche Vermehrung der wissenschaftlichen Assistenten- und Tutorenstellen, verbunden mit einer Verbesserung der Laufbahnhancen der Assistenten und Tutoren durch die Einplanung zahlreicher Parallelprofessuren und mit Verbesserungen im Status und in den Arbeitsverhältnissen der Assistenten (jeder Assistent sollte nur für eine begrenzte Zeit von ein bis zwei Jahren einem Professor unterstehen, in der übrigen Assistentenzeit aber wechselnd als wissenschaftlicher Mitarbeiter in Forschungsgruppen, bzw. als wissenschaftlicher Tutor in eigener Verantwortung tätig sein). Mitbestimmung der Assistenten in der Organisation von Forschung und Lehre in den Instituten und Fakultäten, weitere Anhebung der Besoldung der Assistenten, Tutoren und Hilfsassistenten (wegen der starken Einkommensunterschiede zu vergleichbaren Stellen in der Wirtschaft). Dadurch könnte die notwendige Zahl junger Wissenschaftler für die Hochschule gewonnen und das Niveau der wissenschaftlichen Bildung aufrechterhalten und gehoben werden.

Diese Maßnahmen erlaubten eine Aktivierung der Tradition der Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden, da in Seminaren und Übungen mit geringerer Teilnehmerzahl wissenschaftliches Arbeiten überhaupt erst möglich wird und der Student durch engen Kontakt mit dem Lehrer und durch dessen ständige Beratung die Möglichkeit der Selbstkontrolle erhalte; die Aktivierung der Tradition der akademischen Freiheit insofern, als der Student eine freie Wahl der Gegenstände seines Studiums und der Lehrer nur bei einem reichhaltigen Angebot von Lehrveranstaltungen und Parallelveranstaltungen verwirklichen könnte.

Mit der Schaffung dieser Voraussetzungen für ein ordentliches wissenschaftliches Studium müßten gleichzeitig eine Umstrukturierung der Studiengänge, eine Revision der oftmals unsinnigen Studien- und Prüfungsanforderungen erfolgen. Die Studiengänge sind überlastet durch Wissensstoff, dessen Aneignung weder der Wissenschaftlichkeit noch einer Berufsausbildung dient. Die Prüfungsordnungen verlangen die Aneignung beruflicher Fertigkeiten, enzyklopädischen Wissens. Die Hochschule ist in Gefahr, eine Fachschule zu werden. An Stelle der beruflichen Vorbildung, deren Ziel es ist, durch exemplarisches Arbeiten Problembewußtsein und Fähigkeit zu selbständigem und kritischem wissenschaftlichen Arbeiten und Denken heranzubilden, tritt immer mehr die sich in Prüfungsordnungen manifestierende Berufsausbildung: eng, weil sie, selbst wenn man die Notwendigkeit der Einübung bestimmter Techniken, zugeschnitten auf die Verwertung im Beruf, anerkennt, keinen Raum mehr läßt für das Nachdenken über die gesellschaftlichen Wirkungen eben dieser Techniken. Die Unterrichts- und Prüfungspraxis an unseren Hochschulen müßte kritisch überprüft werden. Häufig weckt die augenblickliche Unterrichts-führung nicht ein tieferes, über die Anforderungen der nächsten Prüfung hinausgehendes Interesse; die Lehrkräfte stehen also selbst unter dem Druck der Prüfungsordnungen, denen sie nicht entgegenwirken, sondern leider, bis zu einem gewissen Maß durch ihre Überlastung gezwungen, nachgeben, indem sie immer mehr Wissensfragen statt Verständnisfragen stellen. Eine Prüfung sollte aber nicht ein gutes oder schlechtes Resultat studentischer Bemühungen um rezeptives Wissen feststellen, sondern dem Studenten Aufschluß über seine wissenschaftliche Eignung, seine speziellen Schwierigkeiten und Hemmnisse geben. Eine Prüfung in Gestalt einer schriftlichen Arbeit mit anschließendem Gespräch darüber mit dem Professor wäre die geeignete wissenschaftliche Prüfungsform.

Weder zeigt nun der Staat Bereitschaft, die vorgenannten materiellen Voraussetzungen zu schaffen, noch machen sich genügend Professoren in Zusammenarbeit mit der Studentenschaft Gedanken um die im weiteren notwendige Hochschul- und Studienreform.

Im Gegenteil, die Bestrebungen der Ordinarien der großen Schulfächer an der Philosophischen Fakultät der Freien Universität Berlin zeigen eine deutliche Tendenz zur weiteren Reglementierung des Studiums, nämlich des Grundstudiums, und damit eine besorgniserregende Nachgiebigkeit gegenüber der herrschenden Misere der Hochschulen. Ein ausführliches



Eingehen auf den Grundstudien-Entwurf (einschließlich Präambel) der Hohen Philosophischen Fakultät für die sogenannten großen Schulfächer möchte ich Ihnen, Magnifizienz, aus zeitlichen Gründen nicht zumuten, ich beschränke mich deshalb auf unsere wesentlichen Einwände.

Obwohl der Entwurf eine Neuregelung für „weit über die Hälfte der an der Fakultät inskribierten Studenten“, nämlich für die Lehramtskandidaten, bringen soll, wird in ihm nicht ein einziger Gedanke der Gesamtproblematik der Lehrerbildung gewidmet oder auf die bereits existierenden Vorschläge dazu eingegangen. Wie uns auch die Vertreter der Fachgruppe der Assessoren und Referendare des Philologenverbandes bestätigten, wäre es im Falle neuer Regelungen für das Lehrstudium sinnvoller, zunächst die Prüfungsanforderungen für das Staatsexamen zu diskutieren und zu revidieren, statt das Studium durch neue und schwerwiegende Modifikationen im Studienablauf auf diese Anforderungen zu fixieren. Genau das aber geschieht durch den Entwurf der Hohen Fakultät. Das Bestehende wird nicht kritisch überdacht, sondern sanktioniert. Und durch eine sehr bedenkliche Unterteilung des Studiums in einen ersten, sozusagen vorwissenschaftlichen Teil, der vornehmlich der Aneignung von „Grundwissen“ gewidmet sein soll, und einen „zweiten“, im eigentlichen Sinne wissenschaftlichen Teil des Studiums“, verfestigt man die rezeptive Haltung der Studenten, hervorgerufen durch eine oftmals schlechte und falsche Schulausbildung. Statt die Studenten durch ein Zurückstellen der Stofffülle, an Hand exemplarischer Arbeit, in kleinen Arbeitsgruppen vorausgesetzt, in das selbständige, kritische Studium in akademischer Freiheit einzuführen und ihnen über die Anfangsschwierigkeiten hinwegzuhelfen, verlängert man die Periode der falschen Ausbildung und verbaut sich damit den Weg zu einer echten Hochschul- und Studienreform in der eingangs beschriebenen Weise. „Gliederung“ allein schon scheint für Qualität zu bürgen.

Auch geht der generelle Entwurf (grün), der auf der Voraussetzung einer wiedereinzuführenden deutlichen Unterscheidung von Haupt- und Nebenfach basiert, nicht einmal andeutungsweise auf die damit entstehende Problematik des Nebenfachstudiums und seine neue Form ein. Und ebensowenig wird die Problematik, die mit der Einrichtung eines solchen Grundstudiums für die Studenten entsteht, die ein großes Schulfach im Nebenfach studieren oder in diesem Fach promovieren wollen, aufgegriffen.

Der psychologische Druck, der durch die Einschränkung auf die nur einmalige Wiederholbarkeit der Zwischenprüfung auf die Studenten ausgeübt wird, läßt befürchten, daß sie sich — mehr als schon bisher beobachtet — völlig nach den Prüfungsanforderungen und damit nach dem geforderten „Wissen“ allein ausrichten werden. Ich darf hier nochmals auf unsere Vorstellungen von Sinn und Aufgabe einer Prüfung verweisen.

Die genauen Einzelentwürfe der Ordinarien der großen Schulfächer Germanistik, Anglistik, Romanistik bestätigen unsere Befürchtungen: Sie sehen für die ersten vier Semester 12 bis 14 obligatorische Wochenstunden für das Hauptfach, sowie eine völlig festgelegte, strenge Abfolge der Lehrveranstaltungen für diese Periode vor. Die hohe Zahl der obligatorischen Pflichtveranstaltungen läßt den Studenten keine zeitliche und fachliche Disposition offen, die er aber benötigt für ein zumindest begrenztes Studium im Nebenfach, für eine wissenschaftliche Vertiefung in Problemkreise seines Hauptfaches und für Lehrveranstaltungen anderer Disziplinen, so daß ihm ein Wechsel, seinen Anlagen und Fähigkeiten entsprechend, möglich wird.

Außerdem zeigen die detaillierten Entwürfe wieder das bisher übliche Nebeneinander von Grammatik-, Phonetik-, Metrikübungen, dessen Erfolg angezweifelt werden muß, weil gerade durch das Nebeneinander die Studenten häufig — wie sich zeigt, aus mangelnder Übung — nicht zu leisten imstande sind, was in den Hauptseminarprüfungen verlangt wird, nämlich, etwa im Rahmen einer Interpretation, die Kenntnisse aus diesen Gebieten sinnvoll miteinander zu verbinden.

Ob die Einrichtung einer obligatorischen Studienberatung unserer Ansprüche auf Intensität und fachliche kontinuierliche Beratung zwecks Selbstkontrolle des Studenten genügen wird,

ist zweifelhaft. Sie sollte daher ständig beobachtet werden. Bei der derzeitigen Tendenz der Entwürfe zur Einrichtung eines Grundstudiums ist allerdings allgemein die Frage aufzuwerfen, ob eine Zwangsstudienberatung überhaupt noch Sinn hat. Einen Studienberater zu etablieren, der vorgedruckte obligatorische Studienabläufe verliert, dürfte nicht einmal praktisch sein.

Wir bitten Sie, Magnifizienz, unsere Einwände und Befürchtungen aus der Sorge um die Autonomie der Universität und die uns sinnvoll erscheinenden Traditionen und Maximen der Wissenschaftlichkeit zu verstehen, von deren Pflege unsere Zukunft abhängt.

Auf Grund eines Mißverständnisses hat der Dekan der Philosophischen Fakultät unsere schriftlichen Einwände nicht — wie abgesprochen — als Anhang seinem Entwurf beigefügt und Ihnen zugesandt. In einem kürzlich geführten Telefongespräch hat er mich gebeten, Ihnen unsere Einwände und Vorstellungen zugehen zu lassen, und wir bitten Sie nun, einen beigefügten Durchschlag dieses Briefes dem Berliner Abgeordnetenhaus als nachträglichen Anhang zur Information zuzusenden.

Mit dem Ausdruck der größten Hochachtung und Dank für Ihre Bemühungen, verbleibe ich im Namen der Studenvertretung der Philosophischen Fakultät

Ihre ergebene gez. S. Rüger

(Sprecherin der Philosophischen Fakultät)

## DOKUMENT 374

### SDS-Delegation in der UdSSR

Auf Einladung des Komitees der Jugendorganisation der UdSSR (KMO) hielt sich eine fünfköpfige Delegation des SDS, Landesverbandes Berlin, vom 22. 4. bis 4. 5. 65 in Moskau und Leningrad auf.

Mit Professoren, Aspiranten und Studenten fanden längere Diskussionen in den Ethnographischen Instituten der Akademie der Wissenschaften in Moskau und Leningrad über die Probleme der jungen Staaten Afrikas und Asiens statt. Dabei wurden Verbindungen zu entsprechenden Instituten in Berlin vorbereitet. Hinsichtlich der Erforschung von aktuellen Problemen der Entwicklungsländer wurde deutlich, daß Fragen der Sozialstruktur der einzelnen jungen Staaten im Hinblick auf die Erfordernisse der Industrialisierung, Fragen des traditionellen Kultur- und Wertesystems im Zusammenhang mit der industriellen Disziplinierung der Bevölkerung, Probleme der Klassenverhältnisse auf dem Lande und in den Bevölkerungsballungsgebieten beim Aufbau der nationalen Wirtschaften, Fragen der Automation in den hochindustrialisierten Ländern im Zusammenhang mit der Industrialisierung in den Entwicklungsländern usw. von den wissenschaftlichen Instituten bisher nur unvollständig behandelt wurden, in Zukunft aber in stärkerem Maße als bisher relevant werden dürften.

Von besonderem Interesse für die SDS-Delegation waren die Diskussionen mit Professoren und Studenten in den Soziologischen Laboratorien in Leningrad und Moskau. Man beschäftigt sich dort seit ungefähr 5 Jahren mit dem Freizeitverhalten der Arbeiter, mit den Schwierigkeiten bei der Hebung des Bildungsniveaus der Kinder aus Arbeiterfamilien (wobei die Klassenverhältnisse in der sowjetischen Gesellschaft zunehmend Gegenstand der soziologischen Forschung werden); außerdem untersucht man die Einstellung der Arbeiter zur Arbeit und zur Entlohnung. Hierzu liegen bereits empirische Untersuchungen aus 25 Leningrader Industrie-Betrieben vor. Es wurde vereinbart, zukünftig regelmäßig Forschungsergebnisse auszutauschen.

Weitere Diskussionen fanden mit Professoren und Studenten des Volkswirtschaftlichen Instituts, des Instituts für Weltwirtschaft, des Afrika-Instituts, und mit Redakteuren verschiedener wissenschaftlicher und literarischer Zeitschriften statt.

In einer Konferenz mit dem Vorsitzenden der Staatlichen Archivverwaltung beim Innenministerium der UdSSR wurde über die Verwendung der in sowjetischen Archiven lagernden Dokumente über NS-Verbrechen im Hinblick auf die Pro-

zesse in der Bundesrepublik eingehend diskutiert. Das wichtigste Ergebnis dieser Konferenz ist die Tatsache, daß sich die sowjetische Seite bereit erklärte, auf konkrete Aktenanforderungen seitens des SDS-Referenten für NS-Justiz, die entsprechenden Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Der SDS benötigt zum Abschluß einer größeren Dokumentation Unterlagen über höhere SS- und Polizeiführer und über den gesamten Komplex der Einsatzgruppen. Außerdem wurde der Delegation versprochen, Dokumente über die Tätigkeit von Sonder-Gerichten während der Okkupation zur Verfügung zu stellen.

Der SDS hat in einem Rundfunkinterview mit dem Sender RIAS über seine Erfahrungen berichtet und u. a. festgestellt: Nach Ansicht der SDS-Delegation ist die Frage der Entstalinisierung heute ein zentrales Problem in der UdSSR. Jedoch wird weitgehend Stalinismus und Personenkult nicht als ein gesellschaftliches Phänomen betrachtet, sondern man stellt immer noch Stalin und seine persönlichen Fehler und Verfehlungen in den Mittelpunkt. Deswegen ist auch die Diskussion über die Abschaffung der Konsequenzen des Personenkultes in den meisten Fällen nicht sehr fruchtbar.

Rückblickend läßt sich sagen, daß Diskussionen, wie sie der SDS in der UdSSR geführt hat, für beide Seiten unter folgenden Voraussetzungen gewinnbringend sind:

1. Detaillierte Vorbereitung der anstehenden Fragen durch empirisches Material.

2. Auswahl der Teilnehmer nicht nach dem Zufalls-Prinzip, sondern aufgrund von Spezialkenntnissen, die sie sich in früheren Arbeitskreisen angeeignet haben.

3. Die Delegations-Mitglieder müssen umfassende Kenntnisse für eine system-immanente Diskussion besitzen.

Unter diesen Voraussetzungen, das zeigte die Reise, war es möglich, auch überkommene Vorstellungen der sowjetischen Gesprächspartner über die Verhältnisse in der kapitalistischen Gesellschaft abzubauen.

Jürgen Horlemann

(Archiv Z16: Akte „sds-information“, Nr. 2/10. Mai 1965)

## DOKUMENT 375

**Vertraulicher Bericht über die Besprechung der Senatskommission für Lehrerbildung mit den Senatoren Schulwesen und Wissenschaft am 23. 4. 1965**

(Teilnehmer der Kommission: die Herren Bettermann, Blankertz, Grottemeyer, Lämmert, Lennert und Lieber.)

In der durch den Senator für Schulwesen erbetenen Besprechung legten die beiden Senatoren ein „Papier“ vor, in dem zwei für Berlin mögliche Modelle für eine Neuorganisation der Lehrerbildung vorgeschlagen werden. Mündlich wurde durch die Senatoren darum gebeten, im Laufe der nächsten Wochen eine schriftliche Stellungnahme der Freien Universität zu diesen Vorschlägen herbeizuführen. Anschließend wurden durch uns einige Fragen zu Einzelheiten des „Papiers“ gestellt, aufgrund der Beantwortung dieser Fragen das „Modell 1“ als höchstwahrscheinlich unannehmbar bezeichnet und durch die Kollegen Bettermann und Blankertz ein drittes Modell als diskutierbar bezeichnet. Die Senatoren erklärten, dieses dritte Modell ihrerseits nicht vorschlagen zu wollen, sie seien aber bereit, es mit der Universität zu diskutieren, wenn diese es wünsche. Im Laufe dieser Gespräche haben wir darum gebeten, einige Formulierungen des „Papiers“ der größeren Klarheit wegen abzuändern, was zugesagt wurde. Infolge dessen ist der Text bisher noch nicht übergeben worden. Ich gebe daher den wesentlichen Inhalt der beiden Modelle im folgenden sinngemäß wieder. (Bei beiden wird vorausgesetzt, daß das akademische Studium der künftigen Volksschullehrer nicht mehr wie bisher den einsatzfähigen Lehrer zum Ziel habe, sondern auch für die künftigen Volksschullehrer eine praktische Ausbildung analog dem Studienseminar der künftigen Gymnasiallehrer eingeschaltet wird.)

Modell 1 sieht die Übernahme der bisherigen Pädagogischen Hochschule mit ihrem vollen Personalbestand unter Wahrung des Besitzstandes aller Beteiligten als „Pädagogische Fakultät“ der Freien Universität vor (auf unsere Fragen wurde erklärt,

daß danach nicht nur der beamten- bzw. besoldungsrechtliche Besitzstand gewahrt werden müsse, sondern alle dann zu Universitätsprofessoren werdenden Professoren der PH volle Korporationsrechte erhalten müßten). An der neuen Fakultät könnten (nicht: müßten) auch die Studenten des höheren Lehramtes ihre pädagogischen und didaktischen Studien betreiben. Damit ist vorausgesetzt, wurde aber auf unsere Fragen ausdrücklich bestätigt, daß die bisherige Vertretung der Pädagogik innerhalb der Philosophischen Fakultät voll erhalten bleiben soll. Die Wahlfachstudien der künftigen Volksschullehrer sollten nur dort auf die betreffenden Disziplinen der FU übertragen werden, wo das möglich erscheint. Einmal von ihnen übernommene Wahlfachstudien sollten bei diesen Disziplinen verbleiben.

Das Modell 2 entspricht weitgehend der in meiner „Dokumentation“ vom August 1964 beschriebenen hessischen Lösung: Die Pädagogische Hochschule wird als „Hochschule für Erziehung an der Freien Universität“ Bestandteil der Universität. Die Studenten des Volks- und Mittelschullehramtes werden an dieser Hochschule immatrikuliert und gewinnen dadurch die vollen Rechte eines Universitätsstudenten. Der Lehrkörper der Hochschule wird nicht in die bestehenden Fakultäten eingegliedert (wie seinerzeit beim Otto-Suhr-Institut), sondern erhält eine in dem Papier der Senatoren noch nicht näher umschriebene Form der Selbstverwaltung. Neuberufungen auf die Lehrstühle dieser Hochschule erfolgen durch den Senator für Wissenschaft auf Vorschlag eines Berufungsgremiums, das sich aus drei Hochschullehrern aus den Fakultäten der FU und drei Hochschullehrern der „Hochschule für Erziehung an der FU“ zusammensetzt. Sowohl das Selbstverwaltungsgremium der Hochschule wie die sachlich zuständige Fakultät der FU können Empfehlungen an das Berufungsgremium abgeben. Für die Verzahnung der Studien gilt das zum Modell 1 Gesagte.

Das von den Kollegen Bettermann und Blankertz vorgeschlagene dritte Modell sieht die (mehr oder weniger stillschweigende) Duldung der FU zu einer von den politischen Instanzen Berlins zu vollziehenden Erhebung der Pädagogischen Hochschule Berlin (mit ihrem jetzigen Personalbestand) in den Rang einer „Wissenschaftlichen Hochschule“, bei lockerer Verzahnung der Studien, vor ohne Angliederung oder Mitverantwortung (Vergrößerung ohne institutionelle Einflußnahme).

Auf Wunsch von Magnifizienz gebe ich im folgenden eine gewisse erste Erörterung der Problemlage, wie sie sich mir darstellt, also nicht ohne eine gewisse Subjektivität:

Das Modell 1 ist uns allen deshalb als untragbar erschienen (womit auch die Senatsverwaltungen gerechnet zu haben scheinen), weil der Lehrkörper der PH, historisch ganz legitim, bisher nach Kriterien zusammengesetzt worden ist, die nicht mit denen eines Universitätslehrkörpers zur Deckung gebracht werden können. Die Diskrepanz erscheint uns in einzelnen Fällen als so schwerwiegend, daß auch ihre „stillschweigende Duldung“ nicht verantwortet werden könnte.

Das Modell 2 halte ich selbst, u. U. mit einer noch zu erörternden Modifikation, für tragbar; sein Vorteil gegenüber dem status quo läge darin, daß es die nicht mehr aufzuhaltenden Statuswünsche sowohl des Lehrkörpers wie der Studentenschaft der PH wenigstens in etwa befriedigen und die organisatorische Basis für die Verzahnung der Studien abgeben würde, die in einigen Fällen von den Vertretern der Senatsverwaltungen und der FU für wünschenswerter gehalten wird als bisher von der PH selbst. Gegen die Lösung wird eingewandt: sie verewige den seit Jahren bestehenden Schweb- und Reizungszustand und mindere damit die Effektivität der Lehrerbildung. Insbesondere stelle das vorgesehene Berufungsverfahren die PH gewissermaßen unter Kuratel der FU, was auch von dieser nicht gewünscht werden sollte, da es ihr eine zu große Verantwortung auferlege. Gegen dieses Argument wird wieder eingewandt (u. a. auch von den Gremien der Westdeutschen Rektorenkonferenz): die Universitäten dürften sich im Interesse der Gedeihenheit der Lehrerbildung dieser Verantwortung nicht länger entziehen und den Pädagogischen Hochschulen sei diese Quasi-Bevormundung zuzumuten, wenn sie die Anerkennung als vollwissenschaft-

liche Ausbildungsstätten anstreben, die auch in diesem Modell gegeben wäre. Als eine mögliche, wenn auch nicht unbedenkliche Modifikation erschiene mir die Umwandlung des von den Senatoren vorgesehenen „Berufungsgremiums“ in ein nur beratendes „Koordinierungsgremium“. Wiederum sollte aber diesem Gremium nicht nur ein — wie auch immer gearteter — Einfluß auf die Berufungen, sondern auch auf die Struktur des Lehrkörpers und der Studienform der „Hochschule“ gegeben werden.

Als Motiv für das „Modell 3“ (als kleinstes Übel) wird zuerst die Unzumutbarkeit der Verantwortung genannt, die der Universität durch das Modell 2 entstünde. Dagegen steht bes. die (wie mir vor allem durch den Vorsitzenden des Rechtsausschusses der WRK erklärt worden ist) auch durch die nordrhein-westfälische Entwicklung nicht beeinflusste Abneigung der WRK gegen das Entstehen neuer und praktisch unkontrollierbarer Formen von „Wissenschaftlichen Hochschulen“ mit allen Konsequenzen, die daraus erwachsen würden (Konfessionalität in einzelnen Ländern, Drängen auf Zugehörigkeit zur WRK, Gefahr des allmählich entstehenden Anspruchs auf Verleihung auch von Doktorgraden; bisher wird dieser Anspruch von den auf Erhöhung drängenden Pädagogischen Hochschulen noch nicht vertreten, er könnte aber erwartet werden).

Auch wenn der endgültige Text des Papiers der Senatoren am 5. 5. noch nicht vorliegen sollte, erscheint es wünschenswert, daß erste Überlegungen innerhalb der Mitglieder des Senates der FU schon jetzt beginnen, um notfalls noch Sachklärungen herbeiführen zu können und bei der endgültigen Stellungnahme nicht unter Zeitdruck zu geraten.

Dieser Bericht geht außer an die Mitglieder des Senates der FU auch an die diesem nicht angehörenden Mitglieder der Senatskommission für Lehrerbildung und ihre Vertreter einschl. der studentischen Mitglieder; alle Adressaten werden um Vertraulichkeit gebeten.

Berlin, den 1. 5. 1965

gez. Lennert

(als Vorsitzender der Senatskommission)

(Archiv Z16: Akte „12.12. FU, Akademischer Senat 1964/65“)

## DOKUMENT 376

Westdeutsche Rektorenkonferenz

— Der Präsident —

Bad Godesberg

den 30. April 1965

Ahrstraße 39

Telefon 7 69 11

Reg.-Nr. VI/1657

Bei Antwort bitte angeben

Vertraulich

An die

Herrn Rektoren der wissenschaftlichen Hochschulen

An die

Herrn Gründungsrektoren und

Vorsitzenden der Gründungsausschüsse

Rundschreiben — Nr. 386

**Betr.: Feststellungsausschuß für Fälle öffentlicher Angriffe gegen Hochschullehrer und Hochschulen**

Bezug: Entschließung der LIH. WRK (1/4 h/1965) Würzburg (Katalog Ziff. II)

Magnifizenz,

**sehr verehrter Herr Kollege!**

Unserem Würzburger Entschluß entsprechend erlaube ich mir, Ihnen in der Anlage zum Zwecke der Beratung in dem satzungsgemäß zuständigen Organ Ihrer Universität/Hochschule vorzulegen:

1. Vorschlag der Kommission für Hochschulrecht zur Einrichtung eines „Feststellungsausschusses für Fälle öffentlicher Angriffe gegen Hochschullehrer und Hochschulen“ vom 30. 1. 1965;

2. Formular für die Nomination von Mitgliedern des Feststellungsausschusses.

Ich darf hierzu, zusätzlich zu dem beigefügten Votum der Kommission für Hochschulrecht, bemerken:

Die Kommission für Hochschulrecht der Westdeutschen Rektorenkonferenz hat nach einer Anregung des ehemaligen Kultusministers des Landes Nordrhein-Westfalen, Herrn Schütz, auf meine Bitte hin für Fälle politischer Angriffe gegen Hochschullehrer und Hochschulen die Möglichkeit einer objektiven Feststellung und Würdigung der diesen Angriffen zugrunde liegende Sachverhalte geprüft.

Die Kommission kam dabei zu dem Ergebnis, daß sowohl ein Strafverfahren gegen die Angreifer als auch ein auf Wunsch des angegriffenen Hochschullehrers eingeleitetes Disziplinarverfahren nicht immer geeignete Wege zu diesem Ziele sind, da bei der Durchführung dieser Verfahren neben der Feststellung des Sachverhaltes vorwiegend persönliche Umstände des Betroffenen in Frage stehen, die für Umfang und Ablauf des Verfahrens und sein Ergebnis mitentscheidend sind. Auch das Zivilprozeßverfahren hat sich bislang nicht als hinreichender Schutz erwiesen, ebenso nicht das Recht auf Erwidern bei Angriffen der Presse.

Die Kommission hielt es daher für geboten, für Fälle derartiger Angriffe die Einrichtung eines besonderen Ausschusses zu empfehlen, der die Aufgabe haben soll, die den Angriffen zugrunde liegenden Tatsachen festzustellen und als solche zu würdigen.

Die Kommission war sich dabei sehr wohl der Schwierigkeiten bewußt, die ein solches Verfahren dem Ausschuß auferlegt.

Wenn der Ausschuß seinen Zweck erreichen soll, dann muß er von vornherein mit einer solchen Autorität ausgestattet sein, daß sein Bericht keine Zweifel in der Öffentlichkeit zuläßt. Das erfordert zunächst, daß der Ausschuß aus solchen Persönlichkeiten zusammengesetzt sein muß, die in der geistigen Welt Deutschlands wegen ihrer Integrität und Objektivität ein unbeschränktes Ansehen genießen. Die Mitglieder des Ausschusses müssen darüber hinaus mit den besonderen, den üblichen Angriffen zugrunde liegenden politischen Verhältnissen vertraut, in Hochschulfragen und auch in der Führung einer Beweisaufnahme erfahren sein.

Es erscheint überdies unerlässlich, die Autorität des Ausschusses gegen solche Anträge abzuschirmen, bei denen das politische Engagement des Antragstellers außer Zweifel steht. Der Ausschuß muß daher Gelegenheit haben, in Fällen, die ihm aus diesem oder aus anderen Gründen nicht geeignet erscheinen, die Durchführung des Verfahrens abzulehnen. Es soll dem Ausschuß auch möglich sein, den Antragsteller zunächst auf die obengenannten anderen Verfahren zu verweisen, wenn der Ausschuß deren vorherige Durchführung für zweckmäßig hält.

Besondere Schwierigkeiten können schließlich in jenen Fällen entstehen, in denen der Ausschuß im Interesse einer umfassenden und objektiven Würdigung des Sachverhaltes eine Erweiterung der Untersuchungen oder der Beweiserhebung wünscht und dabei in Widerspruch gerät mit den Anträgen des Betroffenen. Auch hier muß dem Ausschuß die Möglichkeit offenbleiben, das Verfahren ohne Schaden für seine Autorität durchzuführen oder seine Feststellungen zu verweigern.

Was das Verhältnis der Westdeutschen Rektorenkonferenz zu dem Ausschuß angeht, so werden Sie verstehen, daß sich die Westdeutsche Rektorenkonferenz darauf beschränkt, bei der Einrichtung des Ausschusses Hilfe zu leisten. Danach arbeitet der Ausschuß völlig unabhängig von der Westdeutschen Rektorenkonferenz. Es besteht daher auch nicht die Möglichkeit, gegen die Feststellungen des Ausschusses die Westdeutsche Rektorenkonferenz anzurufen. Ich möchte hier auch darauf hinweisen, daß der Ausschuß auf dem Boden des privaten Rechts seine Feststellungen trifft; es sind daher auch keine Rechtsmittel gegen die Feststellung des Ausschusses vor dem Verwaltungsgericht möglich. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz kann dem Ausschuß später allenfalls technische Unterstützung, z. B. durch die Übernahme von Schreibarbeiten, gewähren. Besonderer Überlegungen bedarf noch die Kostenfrage. Auch hier dürfte — schon aus Gründen der von der Westdeutschen Rektorenkonferenz zu beachtenden steuerlichen Gemeinnützigkeit — nur eine Vorfinanzierung der Westdeutschen Rektorenkonferenz in Betracht kommen; die Kosten des Verfahrens müßte der Antragsteller in jedem Fall voll übernehmen.

Nach diesen Erläuterungen darf ich Sie bitten, im Falle der Bejahung des unter 1. beigegebenen Vorschlages das satzungsmäßig zuständige Organ Ihrer Universität/Hochschule um eine Nomination einer — zu diesem Amte bereiten — Persönlichkeit gem. Abs. 3 der Anlage 1 zu ersuchen.

- a) Die LIV. WRK wird in geheimer Abstimmung entscheiden, ob der „Feststellungsausschuß“ aus 3 oder 5 Persönlichkeiten bestehen soll.
- b) Die Auswahl unter den nominierten Persönlichkeiten soll in der LIV. WRK in geheimer Abstimmung in Anlehnung an die Wahlordnung (Ordnung der WRK Ziff. 7 Abs. 1, 17; SH 335/62) erfolgen.

Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie die Zustimmung des satzungsmäßig zuständigen Organs Ihrer Universität/Hochschule zur Anlage 1 und die Nomination gem. Anlage 2 herbeiführen würden.

Mit kollegialen Grüßen

Ihr sehr ergebener

(Sieverts)

Anlagen

Nachrichtlich:

An die

Herrn Mitglieder des Präsidialausschusses

An die

Herrn Mitglieder des Länderausschusses

An die

Herrn Hochschulpolitischen Beauftragten

#### **Entschließung der Kommission für Hochschulrecht zur Einrichtung eines Feststellungsausschusses vom 11./12. 12. 1964 und 29./30. 1. 1965**

Die Hochschulrechtskommission hat sich mit der Frage befaßt, ob und in welcher Weise es möglich ist, in Fällen, in denen das Verhalten von Hochschullehrern oder von Hochschulen im Streit der öffentlichen Meinung steht, einen ernstzunehmenden Beitrag zur Aufklärung zu leisten.

Sie ist der Auffassung, daß ein solcher Beitrag nicht den Sinn haben kann, eine Art gerichtlicher oder auch nur schiedsrichterlicher Entscheidung über die erhobenen Vorwürfe herbeizuführen. Sie hält es aber für möglich und begrüßenswert, daß die wissenschaftlichen Hochschulen im Rahmen der öffentlichen Meinungsbildung einen solchen Beitrag leisten. Allerdings ist dazu nur beschränkt die betroffene Hochschule selbst in der Lage. Man wird in der Öffentlichkeit geneigt sein, sie, auch wenn es nur um eines ihrer Mitglieder geht, als mitbetroffen und daher als Partei anzusehen. Die Durchführung des Gedankens fordert daher ein Gremium, das von der eigenen Hochschule unabhängig um die Klärung des Sachverhalts und seine Würdigung bemüht sein kann. Es könnte in einem sehr lockeren Sinne etwa organisatorisch von der Westdeutschen Rektorenkonferenz getragen werden. Die wesentliche Garantie für die Erfüllung seiner Aufgaben müßte darin bestehen, daß sich (etwa 3) Persönlichkeiten zur Verfügung stellen, deren Integrität, Unvoreingenommenheit und Urteilsfähigkeit in Hochschulfragen aller Bedenken enthoben sind und deren Meinung in der Öffentlichkeit daher etwas gilt. Dieses Gremium könnte nur auf Antrag eines sich betroffenen fühlenden Hochschullehrers tätig werden, es hätte keine Zwangsmittel und es könnte seine Feststellungen und seine Meinung nur im Einvernehmen mit dem Betroffenen der Öffentlichkeit unterbreiten.

Danach lassen sich für die Einrichtung und das Tätigwerden einer solchen Stelle folgende Grundsätze aufstellen:

Werden in der Öffentlichkeit gegen einen Hochschullehrer Vorwürfe erhoben, die mit seiner Stellung in der Universität zusammenhängen, so hat er die Möglichkeit, sich an diesen Ausschuß zu wenden.

Ist die Hochschule oder eine Fakultät von dem Vorwurf betroffen, dann sind auch sie befugt, einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Der Ausschuß prüft und würdigt den Sachverhalt, der den Vorwürfen zugrunde liegt.

Der Ausschuß wird nicht tätig in Fällen, die ihm für das Verfahren vor dem Ausschuß nicht geeignet erscheinen.

(Archiv Z16: Akte „12.12. FU, Flugblätter bis 1965“)

## **DOKUMENT 377**

Wolfgang Lefèvre:

### **Einige Reflexionen über verbreitete Vorwürfe gegen studentische Politik**

Anmerkungen zu dem Festvortrag Professor Sontheimers mit dem Thema „Einige Reflexionen über studentische Politik“, den er während der feierlichen Eröffnung des 17. Konvents gehalten hat.

Wenn sowjetische Düsenjäger über dem Stadtgebiet die Schallmauer durchbrechen, dann erhält der AStA mehrere Briefe oder Telefonate, in denen sich Mitbürger beschweren, daß „die Studenten“ zwar gegen Lübke demonstrieren, aber nicht gegen die Überschallflüge. Der Verdacht, die Studenten würden „ferngesteuert“ demonstrieren und z. B. von „drüben“ inspiriert, ist unausgesprochen stets vorhanden. Im AStA heftet man derartiges unter „Kuriosa“ ab. Doch diese Beschwerden lassen schon die beiden Hauptfiguren des Vorwurfs gegen Studenten und Studentenvertreter erkennen: Die Studenten seien Funktionäre und mischten sich außerdem in Dinge ein, die sie nichts angehen.

In der Presse erscheint das Bild vom Studentenvertreter differenzierter. „Wird der VDS derlei Pläne realisieren können, wenn nicht einmal alle Einzelorganisationen am gleichen Strang ziehen?“ ist eine Wendung, die nicht untypisch ist für die Berichterstattung über Studentenvertretungsarbeit. Bei „derlei Plänen“ wird es sich wohl wieder einmal um eine Aktion handeln, mit der die Studenten die diszipliniert geübte Ruhe im Lande zu stören drohen. Diese Wendung gibt dem Leser außerdem zu verstehen, daß nicht alle Studenten „so“ sind, daß vielmehr die Funktionäre wieder einmal agieren. Unausgesprochen liebäugeln solche Wendungen zugleich mit dem verbreiteten Schlagwort: Studenten sollen „erst einmal“ studieren („Wozu bezahlen wir denn sonst die Studenten mit unseren Steuern?“).

„In dem Maße, in dem studentische Angelegenheiten schon aufgrund ihres Umfangs zur Sache von eigens dafür bezahlten AStA-Funktionären werden, in dem in einem Haushaltsvoranschlag der Studentenvertretung eine monatliche Aufwandsentschädigung wegen ‚Repräsentationspflichten‘ für den 1. AStA-Vorsitzenden und Konventspräsidenten ‚analog den Dekanen usw.‘ gefordert wird, muß das dynamische Element (inneres Leben, Vitalität, über das nackte Eigeninteresse hinausweisende Ideen) fast zwangsläufig verloren gehen. Viele Energien werden zur bloßen Aufrechterhaltung von Statusrechten und -symbolen verbraucht und die reine Geschäftsroutine dominiert.“

Mit diesen Worten gab Prof. Sontheimer den genannten Vorwürfen Ausdruck.

Die Übereinstimmung der von so verschiedenen Seiten vorgebrachten Beanstandungen könnte den Schluß nahelegen, daß es sich damit nicht um Vorurteile handeln könne, wenn man nicht damit selbst einem Vorurteil auf den Leim ginge, indem man etwas für gesichert hält, weil es viele Leute sagen. Ich will im Folgenden die Qualifikation dieser Vorwürfe dadurch prüfen, daß ich sie ernster nehme als, wie zu vermuten Anlaß ist, ihre Urheber.

Zunächst fällt die einhellige Beanstandung der Unbescheidenheit studentischer Politik auf: Ob man nun sagt, die Studenten sollten dem Steuerzahler dankbar sein, oder sie sollten nicht gegen den eigenen Staat demonstrieren, oder sie sollten nicht der Verwaltung dazwischen reden, die schließlich für das tägliche Mensa-Essen sorgt, oder „sie sollten sich in ihren Gedanken nicht dazu verleiten lassen, sich aus einer durch die funktionalen Umstände privilegierten Klasse zu einer mit herrschenden emporschwingen zu wollen“ (Sontheimer), macht keinen allzu großen Unterschied. Allerdings hat der Satz Prof. Sontheimers den Vorzug, deutlich zu machen, daß die Unbescheidenheit der Studenten im Aufbegehren gegen die Rolle des Untergeordneten in einem Herrschaftsverhältnis besteht. „Noch seid ihr nicht an der Macht“ ist der Tenor dieses Vorwurfs, der unzweideutig die herrschenden Verhältnisse verrät: nämlich Herrschaftsverhältnisse, gegenwärtige und kommende.

Man muß jedoch darüberhinaus sehen, daß dieser Vorwurf der Unbescheidenheit den anderen, mit dem gepaart er stets vorgebracht wird, ausschließt; nämlich den Vorwurf, daß die Studentenvertreter als Anwälte von Interessengruppen fungieren. Dieser zweite Vorwurf wird von Prof. Sontheimer auf der Basis des „Berliner Modells“ vorgetragen, auf welcher Basis auch einzig sinnvoll darüber zu sprechen ist. Denn das „Berliner Modell“ materialisiert die Formel von der Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden, indem es die Gemeinschaft in der gemeinsamen praktischen Organisation der wissenschaftlichen Arbeit meint. Begriffe sich die Studentenschaft als Interessengruppe anstatt als Partner, so wäre diese Gemeinschaft ernstlich gefährdet, so stünde zu befürchten, daß „die Studentenvertretung als eigene autonome Körperschaft gegen die Universität Front macht“ (Sontheimer). Es wundert mich aber nicht wenig, wie ein Anwalt des „Berliner Modells“, als der Prof. Sontheimer hier auftritt, auch für den Fall noch von „der Universität“ sprechen kann, daß die Studenten einmal „Front machen“ sollten: Verrät doch diese Formulierung, daß in seinen Augen Lehrkörper und Verwaltung für sich schon „die Universität“ darstellen. Gravierender als diese verräterische Formulierung erscheint mir jedoch, daß gerade derjenige das „Berliner Modell“ beschwört, der — wie wir schon sahen — die Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden als ein Herrschaftsverhältnis beschreibt.

Gefährlich ist diese widerspruchsvolle Kritik an der Studentenvertretung nicht durch ihren Widerspruch, sondern durch ihre Systematik: Handelt man im Sinne des „Berliner Modells“, so zieht man sich den Vorwurf der Unbescheidenheit zu; ist man aber bescheiden und kümmert sich nur um die eigenen Belange, wobei man sich freilich dann nicht dazwischenreden lassen will, so wird vom „Ausgang aus der Universitätsgemeinschaft“ gesprochen. Ein weiterer, lange schon bekannter Vorwurf, nämlich der gegen den Verwaltungsapparat der Studentenvertretung, zeigt noch deutlicher, daß man die Hervorkehrung des „Berliner Modells“ besser nicht allzu ernst nimmt:

„Die Beschäftigung im AStA und der Konventsvorsitz bringt bei der bürokratischen Maschinerie, zu der die Vertretungstätigkeit heute vielfach geworden ist und mit der ein Etat von über 200 000,— DM verwaltet werden muß, eine so starke Entfremdung des Betroffenen von seinem Studium mit sich, daß er nur Studentenfunktionär, aber kaum Studierender ist“ (Sontheimer). Ist aber der Studentenvertreter kaum noch als Studierender anzusehen, so läge nahe weiter zu schließen, daß er, bei rechtem Verständnis des „Berliner Modells“, auch nicht mehr Partner bei der Organisation der gemeinsamen wissenschaftlichen Arbeit sein kann. Jedoch, die Befürchtung, daß in dieser — ernstzunehmenden — Weise das Mitspracherecht der Studentenvertretung in Frage gestellt werde, erweist sich als überflüssig. Denn offenbar setzt diese Argumentation ein anderes Bild vom Studenten, wenn auch als pädagogische Zielvorstellung, voraus, als das Bild, das sich aus dem Vortrag Prof. Sontheimers herauslesen läßt:

Das Argument, daß die Vergrößerung der Verwaltungsapparatur für die Studentenpolitik mit dem Verlust von „Idealismus, Flan, Leidenschaft, Engagement“ verbunden sei, verrät nur, daß man den Studenten lieber als Idealisten denn als Rationalisten sich wünscht. Will man aber, daß die Zusammenarbeit — romantischerweise — mehr auf das Herz und den leeren Magen als auf den Kopf gegründet sein soll, so verliert auch die psychologische Interpretation der Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden den kuriosen Charakter („Die in Wirksamkeit problematische, aber psychologisch für beide Seiten außerordentlich wichtige Zusammenarbeit der Lehrenden und Lernenden...“ [Sontheimer]). Aber selbst diese Interpretation scheint Prof. Sontheimer noch zu politisch zu sein; denn an der Stelle, an der er das gewünschte Bild des Studentenvertreters malt, gewinnt die Mitverwaltungstätigkeit gar zeremoniell-ästhetischen Charakter:

„Der Studentenvertreter muß in allen Gremien, in denen er einer größeren Mehrheit von Universitätslehrern gegenübersteht, Takt entwickeln, sein Amt ernst nehmen, es nicht durch Unüberlegtheit, schlechte Formulierungen oder zu häufige

Voten diskreditieren und er darf sich keinen Illusionen über die Reichweite seiner Macht hingeben. Studentenvertreter mit solchen Qualitäten, das ist meine Erfahrung, werden von meinen Kollegen als vollberechtigte und brauchbare Mitarbeiter angesehen und sind nicht völlig einflußlos“ (Spernung vom Verfasser). Es zählt also nicht Argumentation, sondern Takt, gute Stilistik, Zurückhaltung.

Zum Abschluß bleibt noch zu sagen, daß diese Kritik an Prof. Sontheimers Ausführungen sicherlich den üblichen Vorwurf, nur negativ zu sein, ernten dürfte.

(FU-SPIEGEL Nr. 44, Mai 1965, S. 3)

## DOKUMENT 378

Protokoll der ordentlichen AStA-Sitzung am 3. Mai 1965 — 14.30 Uhr

Beginn: 14.38 Uhr Ende: 20.08 Uhr  
Anwesende: Lefèvre, Damerow, Dehn, Heinrich, Wirth, Graf Westarp, Zimmermann, Mensendiek, Ströhle, Buth  
Gäste: Juesten (ab 18.16 Uhr), Schwanz (ab 18.16 Uhr), Schmidt-Hackenberg zu Punkt 14

1. Auf Frage von Herrn Lefèvre nach der Zusammensetzung des Redaktionskollegiums teilte Herr Mensendiek mit, daß es kein Redaktionskollegium gibt. Er habe nur sporadisch arbeitende Mitarbeiter und daher gäbe es auch keine Redaktions-sitzungen. Er würde in Gesprächen mit Herrn Lefèvre und Herrn Damerow die Obertitel (Konzeptionen) für die einzelnen Nummern absprechen. Auf eine weitere Frage von Herrn Lefèvre, unter welchen Gesichtspunkten er den FU-SPIEGEL gestalte, erklärte Herr Mensendiek, daß der FU-SPIEGEL zwar Organ des AStA ist, aber durch das Pressestatut „etwas unabhängig vom AStA sei“. Der FU-SPIEGEL lebe — wie jede Zeitung — von aktuellen Ereignissen. Er trafe die Artikel-auswahl nicht nur nach stilistischen, sondern nach gesamt-studentenpolitischen Gesichtspunkten. Zu dem konkreten Fall des Artikels von Professor Henrich, warum er die FU verlassen habe, erklärte Herr Mensendiek, daß ihm der Artikel empfohlen wurde, und er ihn akzeptiert habe, weil hier zum ersten Mal ein Professor seine Gründe über den Weggang von einer Universität in einer Studentenzeitschrift darlegen würde. Es sei für Herrn Mensendiek keine politische, sondern eine journalistische Frage gewesen, die ihn bestimmt habe, den Artikel zu akzeptieren. Er wolle — ohne Rücksicht auf den Inhalt — die von Professor Henrich angeschnittenen Fragen lediglich zur Diskussion stellen. Unter den verschiedenen Kriterien, die ihn bewogen haben, den Artikel zu veröffentlichen, steht an erster Stelle die Einmaligkeit der vorgetragenen Argumente. Herr Mensendiek war der Meinung, daß sie dem FU-SPIEGEL eine erhebliche Publizität verschaffen. Herr Mensendiek erklärte, daß er die Artikel in letzter Minute erhalte, so daß ihm keine Zeit zur Verfügung stehe, sich hinreichend lange mit dem Pressebeauftragten des AStA oder dem AStA-Vorsitzenden darüber zu beraten. Die Mehrheit des AStA war mit Herrn Lefèvre der Meinung, daß die Argumentation von Professor Henrich in vielen Fragen nicht den wahren Sachverhalt wiedergebe, und daß daher, falls der Artikel von Professor Henrich im FU-SPIEGEL veröffentlicht werde, ein Gegenartikel des AStA erscheinen müßte. Der AStA sah sich zu diesem Artikel formal dadurch im Recht, daß Professor Henrich auch massiv die Studentenvertretung angegriffen habe und daß der AStA als Exekutivorgan der Studentenvertretung die Interessen der Studentenvertretung zu vertreten habe. Falls der Artikel erscheinen werde, dann bestehe Herr Lefèvre auf der Veröffentlichung eines Gegenartikels, den er jedoch erst in 3 bis 4 Tagen fertigstellen könne.

2. Auf Anfrage erklärte Herr Mensendiek, daß ein Redaktionskollegium nicht konstituiert werden konnte, weil kein Mitarbeiter sich bereit erklärt hatte, zu bestimmten Zeiten zur Verfügung zu stehen und bestimmte Ressorts zu übernehmen. Mitarbeiter, die als Redakteure angesehen werden könnten,

fände er nur, wenn sie honoriert würden und außerdem die beengten räumlichen Verhältnisse des FU-SPIEGEL-Zimmers geändert würden. Nach einer Personaldebatte beschloß der AStA, Herrn Mensendiek als Chefredakteur des FU-SPIEGEL neu zu berufen.

(5:0:2)

F.d.R.d.P.  
(Werner Butth)  
— AStA-Sekretär —

(Archiv Z16: Akte 12.12 „FU, AStA-Protokolle 1964/65“)

## DOKUMENT 379

### **Rektor und Senat Änderung der Disziplinarordnung für Studenten und der Universitätsordnung**

Der Akademische Senat hat am 5. Mai 1965 folgende Neufassung der §§ 5 und 6 der Disziplinarordnung für Studenten und des § 29 der Universitätsordnung beschlossen, die der Senator für Wissenschaft und Kunst am 11. Mai 1965 bestätigt hat:

»Der Disziplinarausschuß

#### § 5

Der Disziplinarausschuß besteht aus einem ordentlichen Professor der Rechte oder einem im Land Berlin tätig gewesenen Richter als Vorsitzendem, einem planmäßigen oder Honorarprofessor der Fakultät des Beschuldigten und einem Studenten der Fakultät des Beschuldigten als Beisitzern.

Der Disziplinar-Berufungsausschuß

#### § 6

I. Der Disziplinar-Berufungsausschuß besteht aus dem Rektor oder seinem satzungsmäßigen Vertreter als Vorsitzendem, dem Dekan der Fakultät des Beschuldigten, einem planmäßigen oder Honorarprofessor der Rechte und zwei Studenten als Beisitzern; einer der studentischen Beisitzer muß der Fakultät des Beschuldigten angehören.

II. Die Mitglieder des Berufungsausschusses dürfen nicht bei der Entscheidung der ersten Instanz mitgewirkt haben.«

§ 29 der Universitätsordnung lautet nunmehr:

»§ 29 Disziplinarordnung für Studenten

1. Die Disziplinarordnung für Studenten ist Bestandteil dieser Universitätsordnung.

2. Gast- und Nebenhörer, auf die die Disziplinarordnung keine Anwendung findet, unterliegen während der Teilnahme an den Lehrveranstaltungen der akademischen Disziplin. Bei Verstößen kann ihnen vom Rektor die Zulassung entzogen werden.«  
(Freie Universität Berlin, Mitteilungen für Dozenten und Studenten, Nummer Einhundertunddrei, 1. Juni 1965)

## DOKUMENT 380

### **Restauration oder Neubeginn? Zu einer Veranstaltung des AStA am 7. Mai 1965 — 20 Jahre nach Kriegsende.**

Am 8. Mai 1965 jährt sich zum 20. Male der Tag, an dem die Menschenrechte in Deutschland wieder gültig wurden, unter ihnen das Recht der freien Meinungsäußerung (Art. 5 GG).

Aus Anlaß dieses Tages lud der AStA der Freien Universität Berlin die Herren von Friedeburg, Krämer-Badoni und Kuby zu einer Podiumsdiskussion im Auditorium maximum ein. Das Thema lautete „Restauration oder Neubeginn — die Bundesrepublik Deutschland 20 Jahre danach“.

Die akademische Verwaltung der FU stellte für diese Veranstaltung des Auditorium maximum zur Verfügung. Später erinnerte man sich aber, daß im Sommersemester 1960 der ehemalige Rektor, Magnifizenz Neumann, Kuby Redeverbot erteilt hatte. Eine Vereinigung von Studentengruppen hatte damals Kuby eingeladen, in der FU zu sprechen. Daraufhin war ein Redeverbot ergangen mit der Begründung, Kuby habe die Freie Universität „verunglimpft“.

Auf dieses Verbot griff jetzt (1965) Magnifizenz Lüers zurück und entzog dem AStA, unserer Studentenvertretung, das für die Veranstaltung zugesagte Auditorium maximum.

Worin besteht die „Verunglimpfung“ der Freien Universität durch Erich Kuby?

Am 14. Juni 1958 (!) berichtete der „Tagesspiegel“ über eine Rede, die Kuby in der FU am 12. Juni 1958 gehalten hatte: „Das geistige politische Leben hier im Westen allgemein sei im Hinblick auf den Osten ‚Polemik, nicht Aktion, sondern Reaktion‘. Ein Beweis dafür sei die Bezeichnung ‚Freie Universität‘, die nur als Antithese zu der anderen, nämlich der Ost-Berliner Humboldt-Universität, verstanden werden könne. (Zischen.) In dieser Situation sei das geistige politische Leben ‚zur polemischen Geste erstarrt‘ und habe die ‚Verunf‘ in hohem Maße Schaden genommen (Beifall und Gelächter).“ Signatur W. M. B.

Auf dieser Zeitungsmeldung gründete das Redeverbot. Aus dem Originaltext der Rede Erich Kubys:

„Innerhalb Berlins sind wir hier in diesem Saal nun noch einmal an einem besonderen Platz, nämlich in der Freien Universität. Darf ich Sie darauf aufmerksam machen, daß vielleicht dem einen oder anderen bisher entgangen ist, daß der Name ein äußerstes Maß an Unfreiheit zum Ausdruck bringt. Nur jene polemische Grundsituation vermag zu verbergen, daß in dem Worte ‚Freie Universität‘ eine innere antithetische Bindung an die andere, an die unfreie Universität jenseits des Brandenburger Tores fixiert ist, die für meinen Begriff eine Bindung — die für meinen Begriff mit den wissenschaftlichen und pädagogischen Aufgaben einer Universität schlechthin unvereinbar ist. (Zischen, Klopfen.) Ich sage nicht — ich sage nicht, daß jede Universität a priori frei sein muß. Die Universitäten des Mittelalters waren im Sinne des Liberalismus Stätten extremer Unfreiheit — aber ihre Bindung im theologischen Sinn hatte natürlich Würde und Größe, gemessen an der Bindung, die in dem polemischen Namen ‚Freie Universität‘ ausgedrückt wird, zu der das Gegenbild die Humboldt-Universität ist.“

Diesen Abschnitt der Rede im Wortlaut legten Studenten der FU im Jahre 1960 Magnifizenz Neumann vor und baten ihn, die Entscheidung zu überdenken.

Magnifizenz Neumann blieb bei seiner Entscheidung.

Dieses Hausverbot hält auch Magnifizenz Lüers heute wieder dem AStA entgegen: Die Studenten dürfen am 7. Mai 1965 — in der Freien Universität — Kuby nicht hören.

Ist es Verunglimpfung, wenn jemand Namen und Anspruch dieser Universität kritisch überdenkt?

Muß der Name dieser Universität durch das Hausrecht geschützt werden oder sind nicht wir Studenten selbst in der Lage, in offener Diskussion im Hörsaal uns mit den Argumenten Kubys und jedes anderen auseinanderzusetzen?

Wer anders als die Studentenschaft selber kann denn entscheiden, mit wem sie diskutieren will?

Ist das die akademische Selbstverwaltung aller freien und mündigen Bürger dieser Universität?

Am 8. Mai jährt sich zum 20. Male der Tag, an dem die Menschenrechte in Deutschland wieder gültig wurden, unter ihnen das Recht der freien Meinungsäußerung.

Sozialistischer Deutscher Studentenbund,

Sozialdemokratischer Hochschulbund,

Liberaler Studentenbund Deutschlands,

Gewerkschaftliche Studentengruppe,

Evangelische Studentengemeinde,

Deutsch-Israelische Studiengruppe,

Argument-Klub

Humanistische Studentenunion.

(Privatakten, Standort Archiv Z16: Akte „FU-Kuby“)

## DOKUMENT 381

### Restauration oder Neubeginn

Zu einer Veranstaltung des AStA am 7. Mai 1965 —  
20 Jahre nach Kriegsende

Flugblatt Nr. 2

1. Zu einer Podiumsdiskussion unter dem Thema „Restauration oder Neubeginn — die Bundesrepublik Deutschland 20 Jahre danach“ hat der AStA der FU die Herren v. Friedeburg, Krämer-Badoni und Kuby zum 7. Mai 1965 ins Auditorium maximum der FU eingeladen. Einer der Diskussionsredner, Erich Kuby, ist der akademischen Verwaltung der FU nicht genehm: Vor fünf Jahren hatte sie beschlossen, einen Satz aus einer Rede Kubys in der FU als den Namen dieser Universität verunglimpfend zu interpretieren. Seitdem ist es für sie unerheblich, ob die gewählte Vertretung der akademischen Bürger dieser Universität, der AStA, diesen Mann zum Streitgespräch mit den Studenten einlädt: Erich Kuby darf in der FU nicht sprechen.

Die Veranstaltung mit Erich Kuby findet daher am Freitag, dem 7. Mai 1965, nicht in der FU, sondern im Studentenhaus am Steinplatz um 20 Uhr statt.

2. Die akademische Selbstverwaltung hat es dahin gebracht, daß die Studentenschaft der FU in der Technischen Universität gastieren muß. Die Studentenschaft darf niemanden einladen, der der akademischen Verwaltung nicht gefällt.

3. Die akademische Selbstverwaltung versucht, über ein Rede- und Redeverbot politische Rechte der Studentenschaft auf dem Verwaltungswege zu kassieren. Das ist ein Mittel, zu dem sie heute und morgen in jedem Falle greifen kann. Diese Einschränkung der Freiheit der Rede und der Wahl der Diskussionspartner durch die Studentenschaft ist so schwerwiegend, daß man weitere Einschränkungen erwarten kann. Wenn wir uns diesem autoritären Akt jetzt beugen, haben wir der akademischen Selbstverwaltung freiwillig und endgültig die Handhabe geliefert, uns auch in Zukunft den Maulkorb vorzuhängen.

4. Kommilitoninnen und Kommilitonen! Wir beobachten solche Tendenzen nicht nur bei uns: „The students shall have the right to hear any person speak in any open area on campus at any time on any subject except when it would cause a traffic problem or interfere with classes.“

Diese Forderung der amerikanischen Studenten von der kalifornischen Universität Berkeley wird zu jeder Zeit und an jedem Ort zur Forderung aller Studenten werden, die gegen die Einschränkung ihrer politischen Rechte kämpfen.

5. Die Maßnahme der akademischen Selbstverwaltung zeigt deutlicher denn je, daß die gewählte Studentenvertretung wieder und wieder kapitulieren muß, solange sie nicht als Rückhalt für ihre Arbeit das sichtbare Einverständnis der Studenten hat. „Es gibt Arbeit, die getan werden muß, und Verpflichtungen, die erfüllt werden müssen — Verpflichtungen der Wahrheit, der Gerechtigkeit und der Freiheit“, sagte John F. Kennedy vor dieser Universität am 26. Juni 1963.

6. Wir begrüßen den Entschluß des AStA, auf die Veranstaltung „Restauration oder Neubeginn“ nicht zu verzichten. Wir begrüßen es, daß der AStA sich auch durch die Intervention der akademischen Selbstverwaltung von keinem der eingeladenen Diskussionsredner distanziert hat. Wir achten den Entschluß des AStA, unter dem Druck der akademischen Selbstverwaltung ins Studentenhaus am Steinplatz auszuweichen.

7. Gleichwohl halten wir es für notwendig, auf unseren überlieferten Freiheiten zu bestehen. Und zwar dort, wo diese Freiheiten bisher galten und wo sie auch weiterhin gelten sollen: In der Freien Universität. Wir werden unser Recht dort suchen, wo man es uns nimmt: In der Freien Universität.

8. Die Studentinnen und Studenten der Freien Universität Berlin sind aufgefordert, sich am Freitag um 16 Uhr, vier Stunden vor Beginn der Veranstaltung, im Foyer des Henry-Ford-Baus zu versammeln und ihre Solidarität mit ihrer Studentenvertretung zu bekunden:

9. Protestiert gegen die Einschränkung unserer Rechte! Protestiert im Namen dieser Universität gegen das autoritäre Vorgehen der akademischen Selbstverwaltung! Verteidigt Euer Recht „to hear any person speak in any open area on campus at any time on any subject“!

Sozialistischer Deutscher Studentenbund,  
Sozialdemokratischer Hochschulbund,  
Liberaler Studentenbund Deutschlands,  
Gewerkschaftliche Studentengruppe,  
Evangelische Studentengemeinde,  
Deutsch-Israelische Studiengruppe,  
Argument-Klub,  
Humanistische Studentenunion.

(Privatakten, Standort Archiv Z16: Akte „FU-Kuby“)

## DOKUMENT 382

Freie Universität Berlin

1 Berlin 33, den 7. 5. 1965

Studentenvertretung

Garystraße 20

Allgemeiner Studentenausschuß

Tel.: 76 90 22 46

Auf eine Einladung des AStA zu der Einföhrungstagung für unsere ausländischen Kommilitonen erhielten wir von dem Schriftsteller Günther Grass folgenden Brief:

Berlin, am 6. Mai 1965

Sehr geehrte Herren,

morgen, am 7. Mai, verreise ich für einige Wochen in die USA, an Ihrer Tagung werde ich also nicht teilnehmen können. Abgesehen davon bitte ich Sie darum, den AStA der FU zu informieren: die Art und Weise, wie der Rektor der Freien Universität Berlin dem Schriftsteller Erich Kuby die Möglichkeit, seine Meinung zu äußern, verwehrt hat, sollte bei Studenten und Professoren deutlichen Protest auslösen. Herr Kuby und ich sind in literarischer wie in politischer Beziehung oft genug entgegengesetzter Meinung. Ohne Herrn Kuby schmeicheln zu wollen, würde ich mich gelassen als sein Gegner bezeichnen. Aber meine Gegnerschaft hat mit jener von der Freien Universität praktizierten Gegnerschaft nichts gemein. Ich sehe zur Zeit keine Möglichkeit, die Räume der Freien Universität zu betreten.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Günther Grass

(Hochschularchiv FUB: AStA, Akte Nr. 57 „Kuby“)

## DOKUMENT 383

Liebe Kommilitonen!

Sie sind sicherlich darüber informiert, daß die Veranstaltung des allgemeinen Studentenausschusses der Freien Universität zum 20. Jahrestag des Kriegsendes nicht im Auditorium maximum stattfinden darf, sondern im großen Saal des Studentenhauses am Steinplatz durchgeführt wird. Der Rektor unserer Universität hat die Verweigerung des Auditorium maximum damit begründet, daß an der Veranstaltung Erich Kuby teilnimmt, der sich 1958 in scharfer und kritischer Form gegenüber der FU geäußert hat. Der AStA hat Magnifizenz seine Bedenken und seinen Protest gegen diese Verweigerung und gegen diesen Eingriff in die Veranstaltungsautonomie der Studentenschaft vorgetragen. Ehemalige AStA-Vorsitzende der FU haben in diesen Protest eingestimmt. Sie haben einen offenen Brief an den Rektor unserer Universität gerichtet, dessen Wortlaut wir Ihnen hiermit zur Kenntnis geben. Der AStA erklärt dazu, daß die im Brief vorgetragene Argumentation sich mit der Argumentation des AStA vollständig deckt.

gez. Wolfgang Lefèvre

(1. AStA-Vorsitzender)

Sr. Magnifizenz

Berlin, den 6. Mai 1965

dem Rektor der Freien Universität Berlin

Herrn Professor Dr. Herbert Lüers

1 Berlin 33

Ilhnestraße 24

Ew. Magnifizienz!

Mit Bestürzung haben wir vernommen, daß Ew. Magnifizienz es der Studentenvertretung der Freien Universität untersagt haben, zum 20. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges eine politische Veranstaltung mit den von ihr gewählten Rednern in den Räumen der Freien Universität durchzuführen.

Wir sind der Ansicht, daß die Studentenvertretung über den Inhalt und die Ausgestaltung ihrer Veranstaltungen, besonders auch über die Auswahl ihrer Redner, selbst entscheiden können muß. Natürlich zweifeln wir nicht an, daß andere Organe der Universität der Studentenvertretung Anregungen und Einwände zur Gestaltung ihrer Veranstaltungen vortragen können. Die letzte Entscheidung liegt jedoch bei der Studentenschaft.

Administrative Maßnahmen, die sich gegen eines der gewählten Organe der Studentenschaft richten, sind mit dem oft proklamierten Geist mitverantwortlicher Partnerschaft zwischen den Lehrenden und Lernenden der Universität unvereinbar. Besonders scheint es uns grotesk, daß mit dem Mittel des Hausrechts, das normalerweise dem Fernhalten unzuverlässiger und zweifelhafter Elemente von der Universität dienen soll, gegen die Studentenvertretung vorgegangen wird. Nach unserem Verständnis sollte es vielmehr das Bestreben anderer Organe der Universität sein, den Bereich selbstverantwortlichen Handelns der Studentenvertretung zu schützen.

Es darf der Studentenvertretung nicht unterstellt werden, sie habe bei ihrer Entscheidung über die Gestaltung dieser Veranstaltung Würde und Ansehen der Universität gering geachtet, indem sie einen Redner einlud, der, bereits vor Jahren, ebenfalls auf einer Veranstaltung des Allgemeinen Studentenausschusses der Freien Universität deren Tradition und Selbstverständnis kritisch befragt hat. Es müßte anerkannt werden, daß diese Entscheidung der Studentenvertretung wohlüberlegt geschah, auch wenn sie nicht von allen geteilt werden kann.

Wir geben schließlich zu überlegen, ob es nicht eine Schädigung des Ansehens der Freien Universität vor der Öffentlichkeit bedeuten könnte, daß die Studentenschaft veranlaßt worden ist, mit einer ihrer Veranstaltungen in die Räume einer benachbarten Universität auszuweichen.

Wir beabsichtigen, diesen Brief der Studentenschaft der Freien Universität zur Kenntnis zu geben.

Mit dem Ausdruck der vorzüglichen Hochachtung

Ew. Magnifizienz sehr ergebene

gez. Klaus Meschkat                   gez. Dietrich Schmidt-Hackenberg  
(1. AStA-Vorsitzender 1958)   (1. AStA-Vorsitzender 1962/63)  
gez. Martin Schmidt               gez. Werner K. Gebauer  
(1. AStA-Vorsitzender 1958/59)   (1. AStA-Vorsitzender 1963/64)  
gez. Peter Müller                   gez. Wolfgang Roth  
(1. AStA-Vorsitzender 1961/62)   (1. AStA-Vorsitzender 1964/65)

(FU-SPIEGEL, INFORMATIONEN für die STUDENTENSCHAFT, 7. Mai 1965. Das Original des Flugblattes — ohne den Vorspruch des 1. AStA-Vorsitzenden — befindet sich im Archiv Z16: Akte „12. 12., FU, Flugblätter bis 1965“)

## DOKUMENT 384

Professor Dr. Wilhelm Weischedel  
Erklärung zu den jüngsten Vorgängen an der  
Freien Universität

(abgegeben zu Beginn der Vorlesung am 10. 5. 1965)

Meine Damen und Herren,  
ehe ich wieder an meine Sache gehe, möchte ich eine kurze Bemerkung zu den jüngsten Vorgängen an unserer Universität machen. Denn keiner, der an einer Hochschule lehrt, kann sich der Verantwortung für das entziehen, was an dieser geschieht.

Sie werden wissen, worum es sich handelt. S. Magnifizienz, der Herr Rektor, hat untersagt, daß eine von einigen studentischen Vereinigungen geplante Podiumsdiskussion anläßlich des Jahrestages der Kapitulation in den Räumen der Freien Universität stattfindet. Sie sollte von meinem Kolle-

gen von Friedeburg geleitet werden, und an ihr sollte auch der Schriftsteller Erich Kuby teilnehmen. Das Hausverbot für diese Veranstaltung wurde mit einer Äußerung begründet, die Herr Kuby 1958 getan hat, und in der er das Wort „frei“ in dem Ausdruck „Freie Universität“ in Zweifel gezogen hat. Es scheint mir notwendig, dazu ein Doppeltes zu bemerken.

1. Meiner Überzeugung nach gehört zum Wesen der Freiheit nicht nur, daß ich diese für mich selber beanspruche. Der Wille zur Freiheit bewährt sich vor allem darin, daß ich dem anderen den Spielraum für seine eigene Freiheit einräume. Auch und gerade dann, wenn er Dinge sagt, die meiner Auffassung entgegenstehen, ja selbst dann, wenn er mich in dem infragestellt, was mir wesentlich erscheint. Die Freie Universität müßte daher die Größe haben, eine Kritik, in der die Faktizität ihrer Freiheit in Zweifel gezogen wird, zu ertragen. Ja, noch mehr: sie müßte eine solche Kritik sogar begrüßen. Diese kann uns dazu bringen, daß wir uns erneut und eindringlicher als bisher auf das Wesen der Freiheit besinnen, die wir uns in unserem Namen „Freie Universität“ zusprechen. Denn ich glaube, mich nicht zu täuschen, wenn ich der Auffassung bin, daß die Freiheit in unserer gegenwärtigen Welt, und damit auch an unserer Universität, nur unvollkommen verwirklicht und stets gefährdet ist, und daß wir uns daher die Frage, ob wir wirklich eine Freie Universität sind, immer von neuem in allem Ernste stellen müssen. Wer uns dazu verhilft, mag ein unbequemer Mahner sein; aber wir verraten uns selbst, wenn wir ihm das Wort abschneiden.

2. Nun bin ich freilich der Meinung, daß Herr Kuby in dem, was er 1958 gesagt hat, den Anstrengungen, die an unserer Universität in der Richtung auf eine Verwirklichung der Freiheit gemacht werden, nicht gerecht wird. Er hat — um ihn wörtlich zu zitieren — gesagt, „daß der Name (Freie Universität) ein äußerstes Maß von Unfreiheit zum Ausdruck bringt“. Er hat dabei übersehen, daß wir uns immer wieder ernstlich darum mühen, das Wesen der Freiheit, das sich in unserem Namen ausdrücken soll, zu durchdenken; ich erinnere etwa an die Vorlesungsreihe von 1961/62 über „Freiheit als Problem der Wissenschaft“. Daß dergleichen bei uns geschieht, spricht dagegen, daß man uns „ein äußerstes Maß von Unfreiheit“ unterstellen kann. Nun macht es jedoch die von uns als Wissenschaftlern geforderte Sachlichkeit notwendig, den inkriminierten Satz im Kontext zu lesen und ihn daraufhin zu interpretieren, was in ihm eigentlich gemeint ist. Herr Kuby gibt selber eine Auslegung seiner Äußerung, indem er — um ihn noch einmal wörtlich zu zitieren — hinzufügt, „daß in dem Worte ‚Freie Universität‘ eine innere Bindung an die andere, an die unfreie Universität jenseits des Brandenburger Tores fixiert ist... , die für meinen Begriff mit der wissenschaftlichen und pädagogischen Aufgabe einer Universität schlechthin unvereinbar ist“. In dieser seiner Selbstinterpretation nun kann ich Herrn Kuby nur voll zustimmen. Die bloß negative Bestimmung der Freiheit als Antithese zu einer faktischen Unfreiheit kann nicht ausreichen; die Freiheit muß sich von sich selbst her einen positiven Gehalt geben. Noch immer gilt die Feststellung Nietzsches, daß nicht die „Freiheit wovon“, sondern die „Freiheit wozu“ das Entscheidende ist; die Freiheit also, die nicht nur darauf starrt, daß sie Bindungen abgeworfen und Fesseln gelöst hat, sondern die den Mut hat, aus sich heraus Maßstäbe zu setzen. Soweit Herr Kuby dies gemeint hat, hat er nach meiner Überzeugung recht. Die große Gefahr — für unsere Universität wie für die gesamte Bundesrepublik — ist die Selbstzufriedenheit, die sich an dem Bewußtsein genügen läßt, von jener Unfreiheit befreit zu sein, die uns als erschreckendes Exempel in dem anderen Teil unserer Stadt vor Augen steht. Aber dürfen wir wirklich sagen, wir hätten alles getan, um das lediglich antithetische Freiheitsbewußtsein in zureichendem Maße in die wahrhaft freie Gestaltung einer wahrhaft freien Gesellschaft und einer wahrhaft freien akademischen Welt zu verwandeln? Wenn uns einer — und sei es in schockierenden Worten — aus unserem selbstgefälligen Schlaf aufweckt, dann frage ich mich, ob er sich nicht ein Verdienst um die Freie Universität erworben hat. Dann aber



sollte man ihm nicht das Haus verbieten, sondern ihn im Gegenteil mit aller Dringlichkeit einladen, zu uns zu sprechen.

Aus diesen Erwägungen heraus möchte ich an dieser Stelle, an der ich als Lehrer der Philosophie spreche, erklären, daß ich bei allem Respekt, den ich für die vom Gremium der Professoren gewählte Magnifizienz empfinde, doch nicht umhin kann, mich mit den Studenten solidarisch zu erklären, die gegen das Hausverbot für ihre Veranstaltung protestieren. Ich stehe für diese Sache der Studenten ein, weil sie, wie ich meine, die Sache der Freien Universität als einer freien ist.

(Privatakten, Standort Archiv ZI6: Akte „FU-Kuby“)

## DOKUMENT 385

Montag, 14.30 Uhr — Henry-Ford-Bau, FU

### Freiheit durch Intervention in der Dominikanischen Republik?

Die Ereignisse der letzten Tage in der Dominikanischen Republik werfen mit aller Deutlichkeit die Problematik der von den USA gelenkten „Demokratisierung“ des lateinamerikanischen Kontinents auf.

Im Jahre 1961 wurde der blutige Diktator Trujillo gestürzt. Nach dieser 32 Jahre währenden Nacht der Tyrannei wurde Juan Bosch vom dominikanischen Volk mit großer Mehrheit (62 %) in freien Wahlen als Präsident bestimmt. Damit die dominikanische Gesellschaft eine selbständige ökonomische Entwicklung nehmen konnte, schlug Bosch eine Politik der Unabhängigkeit ein, das bedeutete unabhängig von der Bevormundung der nordamerikanischen Konzerne. Diese Haltung sollte die Bevölkerung von politischer und ökonomischer Entmündigung befreien, gleichzeitig sollten dadurch die Privilegien einer winzigen Oligarchie zerschlagen werden, die nicht nur mit den amerikanischen Firmen ausgezeichnete Geschäfte machten, sondern auch den Reichtum des Landes verpraßte.

Nach sieben Monaten wurde Bosch von dieser reaktionären Clique, d. h. von der Union Civica Nacional und von Offizierskorps gestürzt. Das Volk opponierte sofort gegen diese neue Diktatur und verlangte die Wiederherstellung der demokratischen Ordnung.

Die USA intervenierte in dem Augenblick, als die Dominikaner fast den Sieg über die letzten Reste der Militärjunta errungen hatten. Die Geschichte scheint sich in diesem Land auf grausame Art und Weise zu wiederholen. Schon im Jahre 1916 besetzten die Vereinigten Staaten die Dominikanische Republik für 8 Jahre. Ihr Erbe trat Trujillo an, der 32 Jahre lang eine faschistische Diktatur ausübte. In den Konzentrationslagern wurden die Träger der Opposition hingerichtet, alle demokratischen Parteien waren verboten, die Presse total geknebelt, und die Willkür der Geheimpolizei herrschte überall in diesem Staat.

Die „Kanonenpolitik“ der USA am Beginn des Jahrhunderts hatte die Unterjochung der südamerikanischen Republiken Nikaragua, Haiti und der Dominikanischen Republik zur Folge. Die erneute Intervention steht in einer „ruhmreichen“ Tradition, sie versucht nur die „Freiheit“ der Oligarchie zu stabilisieren. Ihre Maßnahmen wollen die USA durch die OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) legalisieren. Damit will diese Großmacht von der tatsächlichen Unterdrückungspolitik ablenken. Das dominikanische Volk — und mit ihm die Völker Lateinamerikas — lehnen diese zynische Aggression auf das Selbstbestimmungsrecht entschieden ab. Kann sich die USA in Lateinamerika als Lehrmeister einer „freien Gesellschaft“ aufspielen? Niemals! Eine Demokratisierung Lateinamerikas verlangt einen gründlichen Wandel der Gesellschaft, d. h. eine Entmachtung der Oligarchien, die der einzige Garant der amerikanischen Interessen sind.

Arbeitsgemeinschaft Lateinamerikanischer Studenten, Revolutionäre Studenten Lateinamerikas, Anschlaggruppe.  
Protestversammlung

Montag, 14.30 Uhr — Henry-Ford-Bau (FU)

(Privatakten, Standort ZI6: Akte „FU, FS I 1965/66“)

## DOKUMENT 386

Pressemitteilungen des Rektorats vom 11. 5. 1965

Aufgrund einer am 12. 6. 1958 von Herrn Kuby im Auditorium Maximum der Freien Universität Berlin ausgesprochenen Verunglimpfung der FU hat im Jahre 1960 der damalige Rektor auf einen Antrag einiger studentischer Vereinigungen, Herrn Kuby in Räumen der Freien Universität Berlin sprechen zu lassen, einen abschlägigen Bescheid gegeben. Se. Magnifizienz Lüers hat sich jetzt auf den gleichen Standpunkt gestellt wie sein Amtsvorgänger.

Diesen Sachverhalt haben einige studentische Vereinigungen zum Anlaß genommen, durch Protestaktionen den Eindruck zu erwecken, das Grundrecht der freien Meinungsäußerung sei an der Freien Universität nicht mehr gewährleistet. Sie versuchen, eine Vertrauenskrise zwischen der Studentenschaft und dem Rektor heraufzubeschwören und die Forderung durchzusetzen, jede von ihnen gewünschte Person in jedem beliebigen Raum der Universität sprechen zu lassen.

Dazu ist festzustellen: Von einer Verletzung des Grundrechts der freien Meinungsäußerung kann keine Rede sein. Ein so verstandenes Grundrecht gibt es nicht. Die Frage, ob die FU gehalten ist, sich in ihren Räumen verunglimpfen zu lassen, hat mit dem Recht der freien Meinungsäußerung nichts zu tun.

Im übrigen beweist die Tatsache, daß den Vertretern jener studentischen Vereinigungen Gelegenheit zur Durchführung ihrer Aktionen gegeben wird, solange sie den Lehr- und Forschungsbetrieb nicht stören, das Gegenteil ihrer Behauptungen.

Die Anführer dieser Protestaktionen irren, wenn sie meinen, der Rektor werde unter ihrem unqualifizierten Druck auf satzungsmäßige Rechte verzichten.

Heinitz

(Hochschularchiv FUB: AStA, Akte Nr. 57 „Kuby“)

## DOKUMENT 387

Ekkehart Krippendorff

### Eine Demonstration für unsere Freiheit

Auf dem Gelände der Freien Universität demonstrieren dieser Tage Studenten. Sie tragen Plakate und planen Resolutionen und Vorlesungsstreiks gegen den Beschluß des Rektors, der Veranstaltung des Allgemeinen Studentenausschusses am 7. Mai die Räume der Universität zu verweigern. Inzwischen hat dieser Diskussionsabend in der Technischen Universität stattgefunden, deren Rektor glücklicherweise das Hausrecht über gewisse Räumlichkeiten entzogen ist. Aber die Sache ist damit nicht erledigt. Hier geschah ein Eingriff in die Freiheit der Universität seitens der Obrigkeit, der zugleich ein Eingriff in die Freiheit dieser Stadt ist. Wenn die Freiheit der Freien Universität, nämlich die Freiheit von Forschung, Lehre, Meinungsbildung und Information bedroht und angegriffen wird, so bedeutet das zugleich einen Angriff und eine Bedrohung für die innere Freiheit Berlins.

Die Berliner Öffentlichkeit sollte sich darüber im klaren sein, daß diese demonstrierenden Studenten für die Freiheit von uns allen eintreten. Sie brauchen öffentliche Unterstützung — in der Presse, durch Leserbriefe, Appellationen, Geldspenden und Demonstrationshilfe —, und nichts wäre gefährlicher, als wenn man dies als einen lokalen Konflikt in Dahlem oder gar als einen ruhestörenden Unfug ansähe. Unsere Freiheit wird im kleinen verteidigt — nicht erst, wie manche meinen, „wenn Franz Josef Strauß Bundeskanzler werden sollte“.

Es geht auch nicht um die Person Erich Kubys, eines zwar umstrittenen, aber doch angesehenen Mannes, für dessen Einladung die gewählte Studentenschaft und nur sie allein verantwortlich ist. Es geht um ein Prinzip. Wie man hört, hat bereits ein so großer Gelehrter wie Karl Jaspers nicht zum 8. Mai 1965 an dieser Freien Universität sprechen bzw. eingeladen werden können, weil der Rektor mit dessen An-

schauungen zur deutschen Frage nicht konform geht. Den Studenten und damit der Öffentlichkeit wird damit das Grundrecht verweigert, auf das wir bisweilen so selbstgefällig stolz sind: das Recht auf freie Information und Meinungsbildung.

Es ist erschreckend, zu sehen, wie hier im scheinbar kleinen die Wurzeln unseres Gemeinwesens angegriffen werden. Wir haben in Deutschland leider keine Tradition des bürgerlichen Widerstandes gegen obrigkeitliche Beschränkungen der Freiheit; Demonstrationen und „die Straße“ haben hier leider das Odium des Unfeinen und der Ruhestörung des Bürgers. Und doch sind es eben diese und solche Handlungen und Aktionen, in denen sich lebendige Demokratie vollzieht und die unser aller aktive Unterstützung verdienen. Mit Maßnahmen dieser Art haben junge Amerikaner die große Revolution zur Gleichberechtigung der Neger eingeleitet und eine freiheitliche Gesetzgebung des Kongresses erzwungen. Wenn die Demonstrationen in Dahlem isoliert bleiben und ihre Bemühungen fehlschlagen, die politisch-geistige Zensur des Rektorats der Freien Universität ein für allemal aufzuheben, dann ist der Besiegte nicht nur die Studentenschaft, sondern auch Berlins Freiheit. Wir wurden einmal, vor 20 Jahren, von außen befreit; jetzt ist es an uns, die damals gewonnene Freiheit zu erhalten, zu verteidigen und auszubauen. Ein zweites Mal wird man uns nicht wieder befreien.

(Spandauer Volksblatt vom 14. Mai 1965)

## DOKUMENT 388

Anhang zum Protokoll der 5. (o.) Sitzung vom 14. 5. 1965  
Zu Tagesordnungspunkt 3/II. Diskussion über Redeverbot für Kuby

Der 17. Konvent faßt einstimmig folgenden Beschluß:

Der 17. Konvent hat mit großer Besorgnis zur Kenntnis genommen, daß durch die erfolgte administrative Maßnahme des Rektors, die mit dem Hausrecht begründet wurde, ein Veranstaltungsvorhaben der studentischen Selbstverwaltung verhindert wurde. Damit wurde das Recht der Studentenschaft auf Meinungs- und Informationsfreiheit eingeschränkt. Die Universität bekennt sich in ihrer Satzung zur Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden in Freiheit und Unabhängigkeit. Als akademische Bürger innerhalb dieser Gemeinschaft sind die Studenten und damit ihre gewählte Repräsentation (die Studentenvertretung) selbstverantwortlich. Das aber heißt, daß diese Studentenvertretung frei darüber entscheidet, wie sie ihrem satzungsgemäßen Auftrag, zur umfassenden Bildung — also auch politischen Bildung — beizutragen, gerecht wird.

Der Konvent beauftragt den AstA, im Sinne dieser Selbstverantwortlichkeit die Verhandlungen mit dem Rektor der Freien Universität Berlin zu führen und die Bestätigung unseres Rechtes, jedermann zu jeder Zeit über jedes Thema in unserer Freien Universität zu hören und mit ihm zu diskutieren, zu erwirken.

Der 17. Konvent hat auf seiner 5. o. Sitzung am 14. Mai 1965 folgenden Beschluß gefaßt:

Wir wenden uns gegen die beabsichtigte Verabschiedung des vom Rechtsausschuß des Bundestages am 17. März fertiggestellten Entwurfs eines verfassungsändernden Notstandsgesetzes.

Diese Notstandsverfassung steht im Widerspruch zu dem in der Verfassung verankerten Prinzip der Gewaltenteilung, sie ist unvereinbar mit den demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien des Grundgesetzes:

1. Generalklauseln erlauben der (jeweiligen) Bundesregierung eine nahezu totale Übernahme der Macht im Staate unter dem Hinweis darauf, daß „die Lage unabweisbar sofortiges Handeln erfordert“.
2. Die Notstandsverfassung macht der Exekutive die Usurpation von Legislativrechten möglich.
3. Sie gestattet einer Regierungsmehrheit die zeitlich unbefristete Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes und damit

unter anderem die Aussetzung von Wahlen für diese Zeit.  
4. Sie läßt eine Ausschaltung parlamentarischer Opposition zu.

5. Sie schafft die Voraussetzung für eine Gleichschaltung der Länder im Notstandsfall.

6. Sie ermöglicht die Unterdrückung der Freiheit der Information und der öffentlichen Meinungsäußerung.

7. Sie hebt die Vereinsfreiheit auf.

8. Sie erlaubt die Ausschaltung der Gewerkschaften und eine Zivildienstverpflichtung der Arbeitnehmer unter quasi militärischer Verfügung der Unternehmer.

9. Sie ermächtigt die Regierung zur Entscheidung über den bewaffneten Einsatz der Streitkräfte im Innern.

10. Sie macht es einer parlamentarischen Mehrheit möglich, dem Bürger das Recht zu nehmen, sich mit einer Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht zu wenden.

Die vom Rechtsausschuß vorgeschlagene Notstandsverfassung gibt den herrschenden Gruppen in einer Krisensituation ein Mittel in die Hand, ihre demokratische Ablösung zu verhindern. Sie schafft die Gefahr eines Staatsstreichs von oben. Die Geheimhaltung der Ausschlußberatungen hat die öffentliche Diskussion erschwert. Nun soll die Verfassungsänderung im Bundestag kurzfristig durchgepeitscht werden. Die Studentenschaft der Freien Universität Berlin fordert alle Studenten und Dozenten der Universität und Hochschulen der Bundesrepublik und West-Berlins auf, gemeinsam mit allen demokratischen Kräften, Parteien, den Gewerkschaften und Kirchen durch Aufklärung, Protest und Streik die Ablehnung dieser Notstandsgesetze zu erreichen.

Der Beschluß wurde einstimmig bei vier Enthaltungen gefaßt.

(Archiv Z16: Akte „12.12, FU, 17. Konvent Protokolle 1.—6. Sitzg. 1965“)

## DOKUMENT 389

Ring Christlich-Demokratischer Studenten  
Protestieren — Protest  
Pro und Contra Rektor?

„Staatsratsvorsitzender“ Ulbricht lächelte verschmitzt und zufrieden: es gefiel ihm an der Freien Universität; alle Studenten waren so freundlich zu ihm! Hatte ihn nicht der AstA-Chef mit herzlichem Bruderkuß willkommen geheißen, hatte er nicht das überfüllte Audimax, in dem schon Robert Kennedy gesprochen hatte, über Kriegshetzer, Militaristen, Faschisten, die Mauer und die Friedensgrenze aufklären können? — Die Professoren waren zwar etwas zurückhaltend gewesen, und einige unverbesserliche Ewiggestrige hatten auch verschämt ihre Protestplakate gezeigt. Aber sonst war die Veranstaltung ein voller Erfolg!

Die phantastische Reportage wäre durchaus möglich, würde man die Forderungen des AstA und der meisten studentischen Hochschulgruppen erfüllen:

Die Studenten haben das Recht zu bestimmen, daß jedermann, zu jeder Zeit, zu jedem Thema in der Freien Universität sprechen kann.

So harmlos der Satz klingt, weshalb er viele auch schon zur Unterschrift verleitet hat, so weitreichende Folgen wird seine Verwirklichung haben.

Der RCDS bekennt sich zur grundgesetzlich verankerten Meinungsfreiheit.

Jedermann: D. h. aber nicht, daß auch Redner eingeladen werden, die nicht auf dem Boden unserer Verfassung stehen und die FU lächerlich machen oder beschimpfen.

Die Studenten bestimmen: Demnach beanspruchen also die Studenten ein Alleinbestimmungsrecht zur Auswahl von Referenten in der FU ohne jegliches Mitspracherecht seitens des Rektors. (Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden? § 23 der Universitätssatzung.)

Der RCDS

— hält das Verhalten des Rektors in der Kuby-Angelegenheit für unglücklich, ist aber der Meinung, daß er grundsätzlich von seinem Hausrecht Gebrauch machen kann.

- fragt: mit welchem Recht der AStA eine alleinige Kompetenz für die Studentenschaft der FU zur Auswahl von Rednern in den Räumen der FU fordert, und warum er deshalb keine Satzungsänderung beantragt hat.
- fragt, zu welchen unannehmbaren Forderungen sich der AStA eigentlich noch versteigen will.

Verantwortlich: J. Balzereit

(Archiv Z16: Akte „12.12. FU, Flugblätter bis 1965“)

## DOKUMENT 390

An Se. Magnifizienz

den Rektor der Freien Universität Berlin

Herrn Professor Dr. Herbert Lüers

1 Berlin 33

Ihnenstraße 24

über

Se. Spektabilität

den Dekan der Wirtschafts- und

Sozialwissenschaftlichen Fakultät

Herrn Professor Dr. Rudolf Schilder

im Hause

Éw. Magnifizienz!

Die unterzeichneten Assistenten der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Freien Universität Berlin sind — ebenso wie die Kollegen vom Otto-Suhr-Institut — tief beunruhigt, daß Sie, Magnifizienz, verhindert haben, daß Herr Erich Kuby an der Freien Universität spricht.

Wir meinen, daß dieses Redeverbot dem Geist einer Universität nicht gemäß ist.

gez.: Klaus Peter Kisker, Hans Rose, Peter Machinek, Günter Ollenburg, Hans Berzau, Günter Hartfiel, Wilhelm Schumm, Wolfgang Schluchter, Eberhard Volk, Horst Koblit, Wolfram Libbert, Tilman Zöckler, Henning Brekenfeld, Franz Scherer, Wolfgang Möller, Heinz-Günter Geis, Hanfred Hain, Jürgen Berthel, Dieter Moews, Peter Hübner, Jürgen Ritsert, Gerhard Brandt, Kurt Holm, Klaus Engelke, Manfred Hennies, Manfred Dittmer, Arnim Hegelheimer, Jörg Huffschmid, Dieter Bütetisch, Melitta Patzak, Christian Marfels, Marcel Schweitzer, Gerhard Henschel, Jürgen Wild.

(Hochschularchiv FUB: AStA, Akte Nr. 57 „Kuby“)

## DOKUMENT 391

Peter Grüner

1 Berlin 45, den 22. Juni 1965

Langestraße 18

Fräulein

Sigrid Rüger

1 Berlin 12

Niebuhrstr. 77 III

Liebes Fräulein Rüger!

In der Anlage sende ich Ihnen das Protokoll des Gesprächs, das auf Veranlassung des SGA am 18. Mai 1965 stattfand und sich mit dem Problem der Überprüfung und eventuellen Zurücknahme der Zulassung der bereits zugelassenen Verbindungen beschäftigte.

Da dieses Protokoll in aller Offenheit — entsprechend dem Ergebnis des Gesprächs — die Argumente wiedergibt, die von der Seite der Gegner unserer Zulassungspolitik bei den Verbindungen immer wieder vorgebracht werden bzw. bei einer Durchführung des Konventsbeschlusses (s. Protokoll) vorgebracht werden würden, bitte ich Sie, dieses Protokoll vertraulich zu behandeln und nicht an Dritte weiterzugeben. Der Empfängerkreis dieses Protokolls ist beschränkt auf die Teilnehmer des Gesprächs und auf einige weitere vertrauenswürdige ehemalige und jetzige Studentenvertreter.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Grüner

### Anlage

#### Protokoll des Gesprächs über die Möglichkeit einer Überprüfung der zugelassenen Verbindungen

(Dieses Protokoll hat vertraulichen Charakter und ist nur für den Empfängerkreis und nicht zur Veröffentlichung bestimmt.)

Teilnehmer waren:

Fräulein Karin Hausen, Frau Ursula Schumm-Garling, Herr Wilhelm Schumm, Herr Dietrich Schmidt-Hackenberg, Herr Hans-Jürgen Puhle, Herr Jürgen Vietig, Herr Gerd Ziob, Herr Wolfgang Lefèvre (AStA), Herr Peter Damerow (AStA), Herr Jürgen Heinrich (AStA), Herr Ulrich H. Ströhle (AStA), Herr Peter Grüner (SGA, als Veranstalter).

(Vorbemerkungen: Das Protokoll wurde geschrieben nach dem Gedächtnis sowie nach den Aufzeichnungen der Herren Heinrich und Schmidt-Hackenberg. — Es gibt nicht den chronologischen Ablauf des Gesprächs wieder, sondern faßt die wichtigsten Argumente und Gesichtspunkte zusammen.)

Zu Beginn berichtete Herr Grüner über den Anlaß dieses Gesprächs, nämlich über den Beschluß des 16. Konvents vom 11. 12. 1964 betreffs der „Überprüfung der Zulassung aller studentischen Verbindungen“ (Seite 5 des Sitzungsprotokolls). Dieser Beschluß war vom Konvent gefaßt worden im Zusammenhang mit der Ablehnung des Zulassungsantrages des VDSt Berlin—Leipzig (s. Anlage). Damit war der Konvent erstmalig von der bis dato geübten Praxis abgegangen, das Messuren-Schlagen als einziges Kriterium der Ablehnung anzusehen (der VDSt Berlin—Leipzig ist eine nicht-schlagende Verbindung) und hatte inhaltlichen Gesichtspunkten bei seiner Beurteilung den Vorrang gegeben.

Da der SGA, dem die Vorbereitung der Durchführung dieses Beschlusses seinen Aufgaben entsprechend zukommt, der Meinung war, daß diese Arbeit (er ging zunächst von der Möglichkeit der Durchführbarkeit aus) seine gesamten anderen Aktivitäten lahmlegen würde, beschloß er, einen Unterausschuß zu bilden, der (in Zusammenarbeit mit dem SGA) mit diesem Auftrag betraut werden sollte. Herr Vietig sollte Vorsitzender dieses Ausschusses sein.

An dieser Stelle wurde eingewendet, daß eine eventuelle Zurücknahme der Zulassung zu einer Feststellungsklage seitens der betroffenen Verbindungen führen könne. Dann aber bestehe die Gefahr, daß nicht einmal das Messuren-Schlagen als letztes Kriterium übrigbleibe. Auch wurde darauf hingewiesen, daß der Konvent nur Empfehlungen ausspreche, denen der Akademische Senat zwar in der Regel folge, aber nicht folgen müsse (s. Beispiel HSU). Der Senat begründe seine Entscheidung zudem vor allem mit juristischen Argumenten, während eine Verwirklichung des Konventsbeschlusses nur mit ideologisch-politischen Argumenten möglich sei. Deshalb sei eine Kodifizierung (zuzumal in Form einer Zulassungsordnung) der Kriterien, soweit sie über die Mensur hinausgingen, sehr gefährlich und könnte eventuell genau das Gegenteil des Intendierten bewirken.

Vor allem von Seiten des AStA wurde dagegen vorgebracht, daß unter dem Aspekt der Demokratisierung der Universität als dem Ziel der Politik der Studentenschaft dem allgemeinen gesellschaftlichen Trend entgegengewirkt werden müsse und damit auch dem Drang der Verbindungen an die Universität. Im Konvent sei vor allem politische Argumentation gültig. Deswegen werde vor juristischen Argumenten gewarnt.

Dagegen wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß der Konvent nicht das Entscheidungsgremium in dieser Frage sei, sondern der Senat; und dem habe bis jetzt noch die Mensur als ausschlaggebendes Kriterium gedient. Man sollte sich lieber dies eine Kriterium noch erhalten, als allgemeine (politisch motivierte und politisch gemeinte) Kriterien aufzustellen, deren Gültigkeit von den jeweils politischen Mehrheitsverhältnissen abhängig sei. Denn eine Transformation ideologisch-politischer Argumente in formale, juristische Kriterien sei offenbar nicht möglich, da der Bezugspunkt, nämlich die Förderungswürdigkeit (ihrerseits wieder abhängig vom „Geist der FU“) nicht zu definieren sei. Wollte man diese Definition versuchen, würde dieser Geist sich wahrscheinlich schnell in Nichts auflösen. So aber sei es immerhin noch möglich, ihn —

bei politisch günstigen Mehrheiten — mit der eigenen politischen Ansicht zu füllen. Juristisch oder formal sei er nicht kodifizierbar.

Das Ergebnis der Debatte in dieser Frage war, daß der Konventsbeschuß generell nicht realisierbar sei. Das einzige, was möglich sei, sei eine Überprüfung bei konkreten Vorfällen (wie etwa jüngst beim Akademischen Seglerverein).

Die ursprünglich vom SGA intendierte Absicht dieses Gesprächs, die ideologisch-politische Konzeption, von der aus eine generelle Ablehnung der Verbindungen bzw. eine Zurücknahme der Zulassung zu begründen wäre, anhand einer intensiven Inhaltsanalyse des Materials zu operationalisieren, d. h. Kriterien aufzustellen, wurde — da nicht möglich — nicht weiter verfolgt.

Der Vorschlag, sich zu überlegen, ob man nicht dem Beispiel vieler westdeutscher Universitäten folgen und das bestehende Zulassungsverfahren durch ein einfaches Registrierungsverfahren ersetzen sollte, wurde mit dem Hinweis abgelehnt, daß dann z. B. eine Wiederholung der Urabstimmung vom Februar 1963 nicht mehr möglich sei. Zudes sei dann ein „Erdrutsch“ im Vordringen der Korporationen zu befürchten.

Trotz der überwiegenden Übereinstimmung, daß eine Kodifizierung von Zulassungskriterien für Verbindungen inhaltlicher Art nicht möglich sei, war man sich darüber einig, daß für die Arbeit des SGA eine Verfahrensordnung für die Überprüfung der Zulassungsanträge von Verbindungen erarbeitet und durch Konventsbeschuß für nachfolgende SGAs verbindlich gemacht werden sollte.

gez. Peter Grüner

(Archiv ZI6: Akte „12.12. FU, 17. Konvent, Protokolle, 1.—6. Sitzg., 1965“)

## DOKUMENT 392

**Streng vertraulich!**  
**Der Fall Krippendorff**

Berlin, den 4. Juni 1965

In der Sitzung des Senats vom 3. 3. 65 verliest der Rektor unter „Mitteilungen“ und „strenger Vertraulichkeit“ das Einladungsschreiben Prof. Sontheimers (Senatsbeauftragter für politische Bildung) an Prof. Jaspers, in dem Prof. Jaspers gebeten wird, anlässlich der Kapitulation am 7. Mai in der FU zu reden. Der Senat zeigt allgemeine Bestürzung, bittet den Rektor, Prof. Sontheimer wegen dieser Kompetenzüberschreitung — er hätte den Senat vorher um Einwilligung bitten müssen — seine Mißbilligung auszusprechen und beschließt schließlich am Ende der Diskussion um diesen Vorfall, „am 8. 5. 65 keine besondere Universitätsveranstaltung durchzuführen“. Die bereits erwähnte Bestürzung der Senatsmitglieder über die Mitteilung des Rektors fiel mir auf. Nachträglich scheint mir, daß es drei Gründe für diese Bestürzung gegeben haben kann:

1. der formale Fehler Prof. Sontheimers, d. h. seine Kompetenzüberschreitung, insbesondere, da gerade vorher ein Brief Prof. Herzfelds verlesen worden war (Senatsbeauftragter für studentisches Gemeinschaftsleben), in dem sich Herzfeld über Prof. Sontheimer bzw. Kompetenzschwierigkeiten beschwerte;
2. die vielleicht bereits vor der Sitzung abgeklärte Abneigung der Senatsmitglieder gegen eine Veranstaltung zum 8. 5. 65, die sich aber auf jeden Fall, ob vorherbesprochen oder nicht, in dem Beschuß am Ende der Diskussion dokumentierte;
3. eine Abneigung gegen Prof. Jaspers selbst.

Gerade dieser dritte Grund jedoch wurde in keinsten Weise ausgesprochen oder auch nur angedeutet. Derartige Behauptungen sind aus dieser Sitzung nicht belegbar, um so weniger, als der Rektor von einer schwierigen oder unmöglichen Einladung Prof. Jaspers — die man wohl als Konsequenz einer Mißbilligung der Kompetenzüberschreitung Prof. Sontheimers gelten lassen müßte — eben nur im Zusammenhang mit der Kompetenzüberschreitung Prof. Sontheimers sprach. Es wurde erwähnt, Jaspers sei schwer krank und würde sicher absagen; darauf habe ich mich, abzuwarten. (Von verschiedener Seite habe ich gehört, daß das Rektorat und Teile

der Professorenschaft mit den Thesen Jaspers zur Wiedervereinigung nicht einverstanden sind; diese Gerüchte konnten mir bisher noch nicht von authentischer Seite belegt werden.) Dr. Krippendorff hatte die Information, Jaspers habe nicht sprechen dürfen, weil der Rektor mit seiner Haltung zur Wiedervereinigung nicht einverstanden sei, von einem anderen Assistenten. Nach und nach kristallisierte sich heraus, daß der Rektor — offenbar nach der Absage Prof. Jaspers' aus Krankheitsgründen — nochmals einen Brief an Prof. Sontheimer in dieser Angelegenheit geschrieben haben muß; da Prof. Sontheimer diesen Brief auch nach der Eskalation der Affaire und für das Memorandum Prof. Zieburas nicht an die Öffentlichkeit gab, gaben lange Zeit Gerüchte über den Inhalt dieses Briefes Dr. Krippendorffs Beschuldigung gegen den Rektor Recht; losgelöst vom übrigen Inhalt des Briefes, fand ungefähr folgender Satz aus dem Brief Verbreitung: Er, der Rektor, hätte Herrn Prof. Jaspers ausladen müssen, hätte dieser nicht krankheitshalber absagen müssen. Dieser Satz gab natürlich der Vermutung oder Behauptung, Jaspers sei politisch nicht genehm, Nahrung.

Durch neuere Gespräche mit „relativ“ informierten Professoren und Assistenten scheint dieser Satz jedoch im Zusammenhang mit dem Beschuß des Senats, am 8. 5. keine Veranstaltung stattfinden zu lassen, und mit dem formalen Fehler Sontheimers, nämlich seiner Kompetenzenüberschreitung zu stehen, so daß Dr. Krippendorffs Behauptung wohl endgültig unbelegbar ist.

In Unkenntnis der Vorgänge auf der besagten Senatssitzung — woher sollte sie auch jemand kennen, sie standen ja unter strenger Vertraulichkeit — war es möglich, daß einzelne schriftliche Äußerungen unbelegbar politisch interpretiert und publiziert wurden. Tatsächlich muß man sagen, daß Dr. Krippendorff zu seinem eigenen Nachteil sich sehr mangelhaft informiert hat, was gerade einem Mann seiner politischen Haltung nach nicht passieren darf, da man ihn ständig beobachtet und auf derartige Fehler besonders scharf reagiert; zusammenfassend muß man also sagen, daß man jede Stellungnahme in Sachen Dr. Krippendorff auf der Tatsache basieren muß, daß Dr. Krippendorff einer Fehlinformation aufgelaufen ist.

Meine Gespräche in den letzten Tagen haben ergeben, daß Dr. Krippendorff nicht mit einer Verlängerung seines Vertrages rechnen kann, sondern allenfalls mit der Befürwortung eines Habilitationsstipendiums dr. wahrscheinlich Prof. Zieburas und Prof. Sontheimer. Auch fast alle „wohlgesonnenen“ Professoren sind offensichtlich der Meinung, daß diese Verleumdung besonders schwer wiegt, weil sie den Rektor, oberstes Organ der Universität, getroffen hat.

Angesichts dieser Lage kann man meiner Meinung nach für Dr. Krippendorff nur in folgender Weise argumentieren:

1. Entgegen den in der Öffentlichkeit gang und gebe bewußten Verleumdungen zwecks Unterminierung und Diskriminierung einzelner Persönlichkeiten und ganzer Gruppen, ist der Angriff Dr. Krippendorffs gegen den Rektor eine versichtliche Verleumdung, die — ebenfalls im Unterschied zu den bewußten Verleumdungen — öffentlich und sichtbar zurückgenommen wurde.
2. Dr. Krippendorff mußte der Fehlinformation um so eher auflaufen, als das Rektorat in der Vergangenheit bereits mehrmals versucht hatte, politische Stellungnahmen von Mitgliedern oder Organen der Universität zu verhindern, und gerade zum Zeitpunkt dieser Fehlinformation der Rektor unachgiebig einem Referenten des AStA Redeverbot erteilt hatte.
3. Da der Rektor in einem Gespräch um diesen Fall geäußert hat, er wolle mit der Nicht-Verlängerung des Vertrages von Dr. Krippendorff einen „erzieherischen Effekt“ (s. Memorandum Prof. Zieburas) ausüben, da der Rektor in seinen Briefen von grober Pflichtwidrigkeit spricht und das Ausmaß der Strafe für Dr. Krippendorff tatsächlich im Verhältnis zum Delikt überhöht scheint, muß man befürchten, daß das Ende dieser Affaire „sehr weitreichende Folgen“ (Memorandum) für die politischen Auseinandersetzungen innerhalb der Universität und politische Stellungnahmen von Mitgliedern oder Organen außerhalb der Universität haben wird;

der ohnehin schon minimale Mut zur politischen öffentlichen Stellungnahme wird entscheidend untergraben werden, weil jeder sich bewußt sein muß, welches Ausmaß an Strafe und Kritik er zu erwarten hat, sollte eine seiner oppositionellen Äußerungen gegenüber Protektoren der Universität oder angesehenen, ranghöheren Persönlichkeiten der Universität auf falschen oder mißverständlichen Informationen beruhen. (Kritik am Rektor, der allein- und selbstverantwortlicher Repräsentant auch der Würde und des Ansehens der Universität ist, bedeutet Kritik an der Universität und damit Schädigung ihres Ansehens.)

Ein vom Konvent zu fassender Beschluß müßte an den Rektor gerichtet sein und sich vor allem auf die vorgenannten Argumente 1. und 3. berufen. Daß der Rektor vor dem entscheidenden Brief an Krippendorff nicht mit Zieburra gesprochen und verhandelt hat, sollte keines unserer Hauptargumente sein, zumal — wie sich inzwischen herausgestellt hat — Prof. Sontheimer, über den der Briefwechsel zwischen Krippendorff und Rektor von Anfang an lief, sich derselben Unterlassungssünde schuldig gemacht zu haben scheint.

(Nicht signierter Durchschlag aus den Akten der studentischen Sprecherin im Akademischen Senat. Archiv Z16: Akte „12.12, FU, Akademischer Senat 1964/65“)

## DOKUMENT 393

### Offener Brief verschiedener Studentenverbände an den Rektor zum Fall Kuby

Seiner Magnifizenz  
dem Rektor der Freien Universität Berlin  
Herrn Professor Dr. Herbert Lüers  
1 Berlin 33  
Ihnestraße 24

Berlin, den 20. Mai 1965

Ew. Magnifizenz!  
Studenten der Freien Universität haben am 7. Mai als Antwort auf das Verbot des Rektors, Erich Kuby im Auditorium maximum an einer Podiumsdiskussion teilnehmen zu lassen, spontan eine Resolution an das Rektorat gerichtet, die mit der Forderung schließt:

„Wir fordern den Rektor der FU auf zu bestätigen, daß wir in unserer Universität jedermann zu jeder Zeit über jedes Thema hören und mit ihm darüber diskutieren können.“

Diese Forderung haben bisher über 3000 Studenten mit ihrer Unterschrift unterstützt.

Die gewählte Vertretung der Studentenschaft, der Konvent, hat sich diese Forderung in einem ohne Gegenstimmen gefaßten Beschluß zu eigen gemacht.

Der AStA hat im Auftrag des Konvents diese Forderung dem Rektor vorgetragen.

Die bisher vom Rektorat veröffentlichten unbefriedigenden Stellungnahmen weichen dem Kern des Problems aus. Wir sehen uns deshalb veranlaßt, noch einmal unseren Standpunkt darzustellen:

Der Fall Kuby ist nur Anlaß, nicht alleiniger Gegenstand der Proteste. Er hat lediglich exemplarische Bedeutung.

Der Schriftsteller Erich Kuby hat zweifellos sehr scharfe Kritik an der Freien Universität geübt;

der Rektor stellt die rechtskräftig nicht bewiesene Behauptung auf, es handle sich bei den strittigen Äußerungen um eine Verunglimpfung der Universität;

mit der durch diese unbewiesene Behauptung scheinbar gerechtfertigten Anwendung des Hausrechts hat der Rektor die Auseinandersetzung der Studentenschaft mit der Kritik Kubys in den Räumen der Universität verhindert, darüber hinaus aber auch jede weitere politische Diskussion mit Herrn Kuby in der Universität unterbunden.

Das hat in der Studentenschaft zu der Vermutung geführt, der Rektor versuche unter dem Vorwand, Ruhe und Ordnung wahren und das Ansehen der Freien Universität schützen zu müssen, kritische Äußerungen politisch Andersdenkender zu unterdrücken.

Die mit der Resolution zum Ausdruck gebrachte Forderung an den Rektor beinhaltet daher folgendes:

1. die Anerkennung der Tatsache, daß die selbstverantwortliche demokratische Kontrolle der studentischen Selbstverwaltung und die vom Akademischen Senat und vom Konvent überprüfte demokratische Zielsetzung und Struktur der studentischen Gemeinschaften sowie die „Vorschriften der allgemeinen Gesetze“ (Art. 5 GG) einen ausreichenden Schutz gegen den Mißbrauch der in den §§ 22 und 26 UO garantierten Rechte der Studentenschaft bietet;

2. die Anerkennung der Tatsache, daß die Vergabe von Räumen der Universität für politische Veranstaltungen der studentischen Selbstverwaltung und der zugelassenen studentischen Gemeinschaften demzufolge weder vom Thema der Veranstaltung noch von den politischen Ansichten der eingeladenen Referenten abhängig gemacht werden darf;

3. die Ablehnung einer Methode, durch Konstruktion persönlicher, ehrenrühriger Anschuldigungen administrative Maßnahmen zu ermöglichen, um so die Auseinandersetzung mit politisch Andersdenkenden verhindern zu können.

Die Anerkennung dieses Standpunktes würde nicht mehr bedeuten, als Satzung und Ordnung der Freien Universität in dem Geiste zu verstehen und anzuwenden, in dem sie aufgestellt und formuliert worden sind.

Wir bitten deshalb den Rektor noch einmal nachdrücklich, in einer verbindlichen Erklärung sich zu dieser Auffassung zu bekennen.

Wir erlauben uns, dieses Schreiben gleichzeitig an die Studentenschaft, den Konvent und den AStA der Freien Universität sowie an die Presse seinem Inhalte nach weiterzugeben.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez. H. H. Hohrmann

ESG

gez. U. Maurach

Freunde der Publizistik

gez. G. Schrick

GSG

gez. G. Peters

SHB

gez. O. Ulrich

HSU

gez. T. Fichter

SDS

gez. D. Wüstermann

LSD

gez. S. Fronius

Argument-Klub

gez. B. Hilbrink

DIS

(Drucksachen des Abgeordnetenhauses von Berlin Nr. 442, 2. Abschließende Beschlußempfehlung des 1. Untersuchungsausschusses — V. Wahlperiode — vom 3. Juli 1968 zum Antrag der Fraktion der FDP über Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Das Original des Flugblatts — ohne die Namen der Unterzeichner — befindet sich im Archiv Z16: Akte „12.12, FU, Flugblätter bis 1965“)

## DOKUMENT 394

Der 17. Konvent der Freien Universität Berlin hat auf einer außerordentlichen Sitzung am Freitag, dem 21. Mai 1965, mit drei Gegenstimmen folgenden Beschluß gefaßt:

Der Konvent und der AStA bitten die Senatssprecher, dem Akademischen Senat folgende Beschlußvorlage zur Beschlußfassung vorzulegen:

Der Akademische Senat möge beschließen:

1. Der Akademische Senat ist der Meinung, daß die selbstverantwortliche demokratische Kontrolle der studentischen Selbstverwaltung sowie die allgemeinen Rechtsvorschriften (Artikel 18 GG) einen ausreichenden Schutz gegen den Mißbrauch der im § 22 der Universitätsordnung garantierten Rechte der Studentenschaft bieten. Der Akademische Senat stellt daher fest, daß die Vergabe von Räumen der Freien Universität für politische Veranstaltungen der studentischen Selbstverwaltung demzufolge weder vom Thema der Veranstaltung noch von den politischen Ansichten der eingeladenen Referenten abhängig gemacht werden darf.

Hierzu wurde den Konventsabgeordneten vom AStA folgende Begründung übergeben:

Zur Begründung möchten wir uns mit der Stellungnahme des Rektors in seinem Brief an den 1. AStA-Vorsitzenden vom 20. Mai 1965 zu seinem Verbot der Teilnahme Erich Kubys an der Veranstaltung auseinandersetzen:

Die Vertretung der Freien Universität Berlin nach innen und außen durch den Rektor wird nicht nur in Angelegenheiten der Wirtschaftsverwaltung eingeschränkt, sondern ebenfalls durch den § 22 der Satzung der Freien Universität in Verbindung mit § 25, I der Satzung der Studentenschaft und der Präambel der Satzung der Studentenschaft. Darin wird dem 1. AStA-Vorsitzenden die Vertretung der Studentenschaft nach innen und außen garantiert. Wir weisen darauf hin, daß ein solches Vertretungsrecht für die Fakultäten durch die Dekane nicht vorgesehen ist. In diesem Punkt nimmt die Studentenschaft durchaus eine Sonderstellung gegenüber den Fakultäten ein.

Der Rektor beruft sich in seinem Brief an den 1. AStA-Vorsitzenden auf den § 20 der Universitätsordnung. Wir weisen darauf hin, daß der § 28 der Universitätsordnung den § 22, II der Universitätsordnung nicht einschränkt, der besagt, daß für die Tätigkeit der studentischen Selbstverwaltung, die durch den § 22 der Satzung der Freien Universität garantiert ist, die Universität die notwendigen Räume bereitstellt.

Die Veranstaltung zum 8. Mai, die vom AStA durchgeführt wurde, entspricht dem Auftrag der studentischen Selbstverwaltung, der ihr durch die Präambel der Satzung der Studentenschaft gegeben ist. Selbstverständlich hat die Studentenschaft nicht das Recht, in den Räumen der Universität beliebige Veranstaltungen durchzuführen. So wenig aber die Studentenschaft beliebige Veranstaltungen durchführen kann (sie ist durch demokratische Selbstkontrolle und durch die „Vorschriften der allgemeinen Gesetze“ [Artikel 18 GG] darin eingeschränkt), so wenig kann das Recht der studentischen Selbstverwaltung, selbstverantwortlich Veranstaltungen durchzuführen, beliebig durch das Hausrecht eingeschränkt werden. Das soll die Forderung des Konvents, daß wir an unserer Universität jedermann zu jeder Zeit über jedes Thema hören und mit ihm darüber diskutieren können, aussagen. Sie zielt nicht auf ein Sonderrecht, sondern fordert nur die Bestätigung der Rechte, die der Studentenschaft satzungsmäßig zustehen.

Die Würde der Universität, d. h., daß sie ihrem Wahlspruch „Veritas, Justitia, Libertas“ treu bleibt, ist durch die demokratische Organisation der Arbeit an ihrer Aufgabe gesichert. Der Rektor hat die demokratische Organisation zu schützen; er kann sie nicht mittels Hausrecht einschränken. Die Vorstellung, der demokratische Geist der Universität könne allein durch die autoritative Ordnungsgewalt des Hausrechts gewahrt werden, verrät ein Mißtrauen gegen demokratische Kontrollorgane, gegen das sich die Studentenschaft verwahren muß. Professoren und Studenten haben sich bei der Gründung der Freien Universität gemeinsam zum Prinzip der demokratischen Selbstkontrolle bekannt. Die Studentenschaft fordert nicht eine Verschiebung der Rechte der einzelnen Organe der Universität, sondern die Bestätigung ihres Rechts auf demokratische Selbstkontrolle.

Der Akademische Senat möge beschließen:

das Interesse der Gesamtkörperschaft der Freien Universität habe mit der Veranstaltung zum 8. Mai unverantwortlich 2. Der Akademische Senat hält den Vorwurf, der AStA außer Acht gelassen, nicht für gerechtfertigt.

(Archiv ZI 6: Akte „12.12, FU, 17. Konvent, Protokolle, 1.—6. Sitzg., 1965“)

## DOKUMENT 395

### Antwort der FU

Stellungnahme des Rektors der FU zu dem Artikel „Eine Demonstration für unsere Freiheit“ von Ekkehart Krippendorff im „Spandauer Volksblatt“ vom 14. Mai 1965:

Es ist eine grobe Unrichtigkeit, zu behaupten, Karl Jaspers habe zum 8. Mai 1965 an der Freien Universität nicht sprechen können, „weil der Rektor mit dessen Anschauungen zur deutschen Frage nicht konform geht“.

Es ist grotesk und beleidigend, in diesem Zusammenhang zu unterstellen, das Rektorat übe eine „politisch-geistige Zensur“ aus und unterminiere damit auch „Berlins Freiheit“.

Richtig ist, daß Karl Jaspers von Professor Sontheimer, dem Senatsbeauftragten für politische Bildungsarbeit, eingeladen worden ist, aus Anlaß des 20. Jahrestages der Kapitulation eine Rede zu halten.

Professor Jaspers beantwortete diese Einladung mit Schreiben vom 3. März 1965 folgendermaßen:

„In Ihrem freundlichen Brief vom 22. Februar 1965 stellten Sie mir eine Aufgabe, die ich ungemein gern übernommen hätte. In solcher Situation, in Berlin, vor diesem Auditorium über unsere Politik, ihre Voraussetzungen und Ziele zu sprechen, das hätte ich sehr gerne übernommen. Der Verzicht wird mir schwer. Denn ich kann meines Gesundheitszustandes wegen die Zufälligkeiten einer solchen Reise und die Umstände bei einem Vortrag aus physischen Gründen nicht wagen.“

Durch derartige Behauptungen, die ohne journalistische Sorgfaltspflicht zustande kommen, beraubt sich ein Journalist seiner Glaubwürdigkeit.

Rektorat der FU

(Spandauer Volksblatt, 23. Mai 1965)

## DOKUMENT 396

Sehr geehrter Herr Dr. Krippendorff,

Das „Spandauer Volksblatt“ veröffentlichte am 14. Mai 1965 den von Ihnen gezeichneten Artikel „Eine Demonstration für unsere Freiheit“. Darin heißt es u. a.: „Wie man hört, hat bereits ein so großer Gelehrter wie Karl Jaspers nicht zum 8. Mai 1965 an dieser Freien Universität sprechen bzw. eingeladen werden können, weil der Rektor mit dessen Anschauungen zur deutschen Frage nicht konform geht.“ Diese Äußerung, die unter dem Gesichtspunkt der Verleumdung bzw. der üblen Nachrede einen Verstoß gegen die Strafgesetze darstellt, ist mit Ihren Dienstpflichten als Wissenschaftlicher Assistent nicht zu vereinbaren. Der Unrechtsgehalt der diffamierenden Behauptung wird auch nicht dadurch beseitigt, daß Sie einige Tage später erklärt haben, der Sachverhalt habe sich anders zugetragen.

Bevor ich über die Auswirkungen Ihres Verhaltens auf das zwischen der Freien Universität Berlin und Ihnen bestehende Vertragsverhältnis entscheiden werde, gebe ich Ihnen hiermit Gelegenheit zur Stellungnahme, der ich bis zum 31. 5. 1965 entgegen sehe.

Hochachtungsvoll

gez.: H. Lüers

(In „Memorandum...“ vom 22. Juni 1965. Archiv ZI 6: Akte „12.12, FU Flugblätter bis 1965“)

## DOKUMENT 397

Protokoll der ordentlichen Senatssitzung vom 26. Mai 1965  
Beginn 15.15 Uhr, Ende 21.14 Uhr

Anwesende: Magnifizenz Prof. Dr. Lüers  
Prorektor Prof. Dr. Heinitz ab 15.35 Uhr  
Prof. Dr. Loeschke bis 20.30 Uhr  
Prof. Dr. Bosch  
Prof. Dr. Blei  
Prof. Dr. Schilcher bis 19.55 Uhr  
Prof. Dr. Philipp  
Prof. Dr. Grottemeyer  
Prof. Dr. Maßhoff ab 15.25 Uhr  
Prof. Dr. Hartwig  
Prof. Dr. Bettermann bis 20.00 Uhr  
Prof. Dr. Elze  
Prof. Dr. Jahr  
Prof. Dr. Neuhaus  
Priv. Doz. Dr. Kloidt  
stud. phil. Ganz bis 20.00 Uhr  
stud. phil. Rüter  
UOR Völz  
Dr. Hartwich

Es fehlten entschuldigt: Prof. Dr. von Friedeburg  
Prof. Dr. Stammer

### 9. Stellungnahme des Rektors zu den Forderungen des Konvents und der politischen Studentenverbände

Der Rektor berichtet über die anlässlich des Falles Kuby vom Konvent, vom AStA und von einigen studentischen Vereinigungen erhobenen Forderungen sowie über die von ihm bisher getroffenen Maßnahmen.

Nach eingehender Aussprache beschließt der Akademische Senat:

1. Dem Rektor steht das Recht zu, Veranstaltungen aller Universitätsorgane und Mitgliedern der Körperschaft, die nicht dem Lehr- und Forschungsauftrag der Universität dienen, in den Räumen der Freien Universität Berlin nach pflichtgemäßem Ermessen zu genehmigen oder zu untersagen. Dieses Ermessen übt er im Geiste der Freien Universität aus. (2 Gegenstimmen, 2 Stimmenthaltungen.)

2. Die Forderung, der Studentenschaft das Recht einzuräumen, jede von ihr gewünschte Person zu jeder Zeit, an jedem beliebigen Ort, zu jedem Thema sprechen zu lassen, ist mit den satzungsmäßigen Befugnissen des Rektors unvereinbar und daher bei aller Anerkennung der Rechte der Studentenschaft nicht zu akzeptieren. (2 Gegenstimmen, 2 Stimmenthaltungen.)

3. Der Akademische Senat verurteilt die unsachlichen und verunglimpfenden Darstellungen in den Flugblättern einiger studentischer Gruppen, die erkennen lassen, daß es den Urhebern nicht auf eine objektive Unterrichtung der Kommilitonen ankam. Sie führen vielmehr dazu, das Vertrauensverhältnis zwischen der Studentenschaft und dem Rektor zu untergraben. (1 Gegenstimme, 1 Stimmenthaltung.)

4. Der Akademische Senat nimmt billigend den Brief des Rektors an den Vorsitzenden des Allgemeinen Studenten-Ausschusses vom 20. Mai 1965 zur Kenntnis. (2 Gegenstimmen.)

5. Der Akademische Senat begrüßt und fördert wie bisher die selbstverantwortliche politische Bildungsarbeit der Studenten, die sich der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verpflichtet weiß. (2 Stimmenthaltungen.)

Die studentischen Senatsmitglieder bringen folgende Beschlussvorlage ein:

1. Der Akademische Senat ist der Meinung, daß die selbstverantwortliche demokratische Kontrolle der studentischen Selbstverwaltung sowie die allgemeinen Rechtsvorschriften (Artikel 18 GG) einen ausreichenden Schutz gegen den Mißbrauch der im § 22 der Universitätsordnung garantierten Rechte der Studentenschaft bieten. Der Akademische Senat stellt daher fest, daß die Vergabe von Räumen der Freien Universität für politische Veranstaltungen der studentischen Selbstverwaltung demzufolge weder vom Thema der Veranstaltung noch von den politischen Ansichten der eingeladenen Referenten abhängig gemacht werden darf.

2. Der Akademische Senat hat den Vorwurf, der AStA habe mit der Veranstaltung zum 8. Mai 1965 unverantwortlich das Interesse der gesamten Körperschaft der Freien Universität außer acht gelassen, nicht für gerechtfertigt.

Der Akademische Senat stellt dazu einstimmig fest, daß die Beschlussvorlage durch die vorgefaßten Beschlüsse gegenstandslos geworden ist.

Der Antrag von Prof. Dr. Philipp, den Beschlüssen eine weitere Ziffer anzufügen und in ihr zum Ausdruck zu bringen, da der Verfassungsausschuß die Forderung des Konvents noch prüfen werde, wird mit 13 gegen 3 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung abgelehnt. Statt dessen empfiehlt der Senat, der Rektor möge in seinen Schreiben an den Konvents- und AStA-Vorsitzenden zum Ausdruck bringen, daß der Verfassungsausschuß bei den Beratungen der neuen Universitätsverfassung auch diese Frage eingehend prüfen werde.

Mit Rücksicht auf die Anwesenheit von Professor Dr. Stammer wird der Tagesordnungspunkt 13 vorgezogen.

### 13. Errichtung einer zentralen Forschungs- und Lehrstätte für Soziologie

Der Rektor verliest das Schreiben der Lehrstuhlinhaber für Soziologie vom 11. Mai 1965 und unterrichtet den Akademischen Senat über den Antrag der Lehrstuhlinhaber an die Stiftung Volkswagenwerk auf Finanzierung von Aufbau und Einrichtung einer zentralen Forschungs- und Lehrstätte an der Freien Universität Berlin. Professor Stammer erläutert den Plan der Lehrstuhlinhaber und den Antrag an die Stiftung.

Der Akademische Senat billigt einstimmig den Antrag und bittet den Rektor, ihn befürwortend weiterzuleiten.

(Archiv Z16: Akte „12.12, FU, Akademischer Senat 1964/65“)

## DOKUMENT 398

### Erklärung

Bundesverband Deutsch-Israelischer Studiengruppen

Humanistische Studentenunion

Liberaler Studentenbund Deutschlands

Sozialdemokratischer Hochschulbund

Sozialistischer Deutscher Studentenbund

Wir wenden uns gegen die beabsichtigte Verabschiedung des vom Rechtsausschuß des Bundestages am 17. März fertiggestellten Entwurfs eines verfassungsändernden Notstandsgesetzes.

Diese Notstandsverfassung steht im Widerspruch zu dem in der Verfassung verankerten Prinzip der Gewaltenteilung, sie ist unvereinbar mit den demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien des Grundgesetzes.

1. Generalklauseln erlauben der (jeweiligen) Bundesregierung eine nahezu totale Übernahme der Macht im Staate unter dem Hinweis darauf, daß „die Lage unabweisbar sofortiges Handeln erfordert“.

2. Die Notstandsverfassung macht der Exekutive die Usurpation von Legislativrechten möglich.

3. Sie gestattet einer Regierungsmehrheit die zeitlich unbefristete Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes und damit unter anderem die Aussetzung von Wahlen für diese Zeit.

4. Sie läßt eine Ausschaltung parlamentarischer Opposition zu.

5. Sie schafft die Voraussetzung für eine Gleichschaltung der Länder im Notstandsfall.

6. Sie ermöglicht die Unterdrückung der Freiheit der Information und der öffentlichen Meinungsäußerung; die Einsetzung von Fernseh- und Rundfunkkommissaren und die wirtschaftliche Vernichtung mißliebiger Presseorgane.

7. Sie erlaubt die Ausschaltung der Gewerkschaften und eine Zivildienstpflicht der Arbeitnehmer unter quasi militärischer Verfügung der Unternehmer.

8. Sie ermächtigt die Regierung zur Entscheidung über den bewaffneten Einsatz der Streitkräfte im Innern.

9. Sie macht es einer parlamentarischen Mehrheit möglich, dem Bürger das Recht zu nehmen, sich mit einer Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht zu wenden.

Die vom Rechtsausschuß vorgeschlagene Notstandsverfassung gibt den herrschenden Gruppen in einer Krisensituation ein Mittel in die Hand, ihre demokratische Ablösung zu verhindern. Sie schafft die Gefahr eines Staatsstreichs von oben. Die Geheimhaltung der Ausschlußberatungen hat die öffentliche Diskussion erschwert. Nun soll die Verfassungsänderung im Bundestag kurzfristig durchgepeitscht werden. Das darf nicht geschehen! Es kommt jetzt darauf an, daß alle entschiedenen Demokraten dem entgegenzutreten. Wir haben uns zu gemeinsamen Aktionen entschlossen und bitten, diese zu unterstützen.  
Verantwortlich: H. Schauer, Frankfurt —  
Druck: Hans Hartmann KG, Frankfurt  
(Privatakten, Standort ZI6: Akte „FU-SF I 1965/66“)

## DOKUMENT 399

Bundesverband Deutsch-Israelischer Studiengruppen  
Humanistische Studentenunion  
Liberaler Studentenbund Deutschlands  
Sozialdemokratischer Hochschulbund  
Sozialistischer Deutscher Studentenbund  
Aufruf

Angesichts der Gefahr, daß ohne gründliche Diskussion in der Öffentlichkeit die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland erneut geändert und Notstandsbestimmungen in sie eingebaut werden sollen, berufen wir für den 30. Mai 1965

einen Kongreß in die Rheinische Friedrich-Wilhelm-Universität zu Bonn ein:

„Die Demokratie vor dem Notstand“

Professoren, Dozenten und Studenten der Hochschulen rufen wir auf, sich an dem Kongreß zu beteiligen!

Programm:

11.00 Uhr: Professor Dr. Werner Maihofer:

„Die Demokratie vor dem Notstand“

15.00 Uhr: Arbeitskreise

1. „Notstand und parlamentarische Kontrolle“

Prof. Dr. Karl-Dietrich Bracher

Prof. Dr. Thomas Ellwein

Assessor Jürgen Seifert

2. „Die Pressefreiheit im Notstandsfall“

Bernd Engelmann

Dr. Walter Fabian

Dr. Harry Pross

3. „Streikrecht und Zivildienst, Bevölkerungsschutz“

Rechtsanwalt Heinrich Hannover

Prof. Dr. Helmut Ridder

Architekt Dr. Hans Schoßberger

Dr. Thomas von der Vring

18.30 Uhr: Schlußkundgebung

im Innenhof der Universität

Einzelheiten und Fahrtmöglichkeiten erfahren Sie bei den örtlichen Gruppen der beteiligten Verbände.

(Archiv ZI6: Akte „12.12, FU, Flugblätter bis 1965“)

## DOKUMENT 400

Ew. Magnifizenz!

Herr Professor Sontheimer hat mir Ihren Brief vom 24. Mai übermittelt, in dem Sie mich zu einer Stellungnahme bitten zu meinem Artikel im „Spandauer Volksblatt“ vom 14. d. M. In jenem Artikel hatte ich eine Sie und die Einladung von Professor Jaspers an die Freie Universität betreffende Information weitergegeben, von der ich später erfuhr, daß sie falsch war. Als ich den wahren Sachverhalt am 18. Mai erfuhr, habe ich ohne Zögern, unaufgefordert und selbstverständlich eine Berichtigung drucken lassen, die am 19. Mai erschien. Es hat mir völlig fern gelegen, Sie, Magnifizenz, in

unverantwortlicher Weise zu verleumden oder zu diffamieren und ich möchte Sie darum bitten, daß Sie dies aus meiner Handlungsweise ersehen mögen. Es war mir selbst peinlich, hier einer falschen Information zum Opfer gefallen zu sein — ein Fehler, aus dem ich lernen werde. Auch Professor Sontheimer hielt mir vor, daß es leichtfertig von mir gehandelt war, ihn nicht zuvor um Prüfung des Sachverhaltes gebeten zu haben, bei der sich die Grundlosigkeit der Behauptung dann leicht herausgestellt hätte.

Sofern Ihnen, Magnifizenz, dieses als „Verleumdung“ und „üble Nachrede“ erschien, bitte ich Sie, mein ehrliches Bedauern und meine Entschuldigung entgegenzunehmen.

Hochachtungsvoll  
gez.: Krippendorff

(In „Memorandum...“ vom 22. Juni 1965. Archiv ZI6: Akte „12.12, FU, Flugblätter bis 1965“)

## DOKUMENT 401

Ist der Staat sexualfeindlich?

Eine Diskussion in der FU über die Frage der Geburtenregelung

„Sie sprechen immer von Tabus; aber was ist denn eigentlich wirklich noch tabu in diesem Saal?“ Der Präsident der Ärztekammer, immerhin ein ergrauter Mediziner, fragte es sichtlich erstaunt die Studenten, die gekommen waren, um auf einer Veranstaltung der Gesellschaft „Pro Familia“ und des AStA (der deutschen Gesellschaft für Ehe und Familie und des Allgemeinen Studenten-Ausschusses) über das Problem der Geburtenregelung zu diskutieren. Er selbst ließ keinen Zweifel daran, daß dieses Thema nach seiner Ansicht einer individuellen Entscheidung nach intensiver ärztlicher Beratung vorbehalten bleiben muß.

Anders die Studentenvertreter, die mit dem Gynäkologen Professor Gesenius, dem Soziologen Dr. Gottschalch, Frau Dr. Hobbing von „Pro Familia“, dem Juristen Regierungsdirektor Kierski, der Psychotherapeutin Dr. Lange-Undeutsch und dem Ärztekammerpräsidenten an dem vom FU-Sozialhygieniker Professor von Manger-Koenig geleiteten Podiumsgespräch teilnahmen. Zwei Studenten deklarierten den Staat unumwunden als „sexualfeindlich“ und als „Handlanger der moralisierenden Kirche“. Für sie ging es einzig und allein um die Frage, wie sie ohne Komplikationen und ohne Einschränkungen — möglichst gleich im Vorraum der Mensa — an ein Mittel herankommen können, das ihnen in der Liebe die uneingeschränkte Hingabe ohne jedes persönliche Risiko garantiert. Ein Arzt im Zuschauerraum murmelte dazu hart, aber deutlich: „Zum Stipendium das Vorbeugungsmittel“.

Der Gynäkologe lehnte die Forderung der Studenten rundweg ab. Die Repräsentantin von „Pro Familia“ bedauerte, daß es so wenig Beratungsstellen zu diesen Problemen gibt. Das Ziel der Gesellschaft sei die „gesunde Familie“ und das „Wunschkind“. Nach der Ansicht des Soziologen ist eine Unterdrückung der Sexualität heute nicht mehr gerechtfertigt.

Der Jurist hielt den Studenten entgegen, daß die Einschränkung eines Naturgesetzes immer Kompromisse erfordere, die aber jeder für sich finden müsse. Außerdem unterständen, von herkömmlichen Mitteln abgesehen, empfängnisverhütende Pharmazeutika der Arzneimittelvorschrift oder sogar, soweit es sich um Hormone handelt, der Rezeptpflicht. Wer könne heute beispielsweise mit Sicherheit behaupten, daß die hormonale Behandlung wirklich völlig frei sei von jeglichen Nebenwirkungen? In dieser einschränkenden Vorsicht, der die Studenten die Forderung nach uneingeschränktem Gebrauch der Pille entgegenhielten, waren sich der Ärztekammerpräsident und der Jurist einig.

Nicht jeder gesellschaftlichen Entwicklung könne der Staat gleich nachgeben, hielt Kierski den jungen Zuhörern, die das Auditorium maximum der FU fast restlos füllten, abwägend entgegen. Er machte dem darob leise murrenden Publikum klar, daß das Recht in gewisser Weise immer konservativ sein müsse. Es könne sich nur organisch entwickeln. In unserer



Gesellschaft dagegen gäben heute die Materialisten und morgen vielleicht die Idealisten den Ton an. Heute seien Künstler und morgen Kaufleute das Vorbild. Die Gesetzgebung könne nicht so variabel sein, daß sie sich jeder dieser Situationen anpasse.

L. H.

(Der Tagesspiegel, 30. Mai 1965)

## DOKUMENT 402

Protokoll der 6. (o.) Sitzung des 17. Konvents am Montag, dem 31. Mai 1965, 19.00 Uhr c. t., im Hörsaal 104 der Wi.-So. Fakultät

Beginn: 19.30 Uhr — Ende: 2.30 Uhr

Es fehlten während der ganzen Sitzung: entschuldigt:

Pharmazie: Rauen

Phil. Fak.: Graf Westarp

unentschuldigt:

Vorklinik: Braun, Janßen

Klinik: Arntzen, Großkraumbach, A. Mikolajewski

Vet. dem. Fak.: Schein, A. Hurtienne

Jur. Fak.: Greulich

Wi.-So. Fak.: Patschan

Math.-Nat. Fak.: Heinzerling

Phil. Fak.: Steuber, Wintermann

Vor Eintritt in die Tagesordnung fand eine Fragestunde statt. Mit einer Schweigeminute gedachte der Konvent sodann der in aller Welt wegen ihrer Gesinnung, ihres Glaubens und ihrer Rasse verfolgten Kommilitonen.

Der 1. Konventsvorsitzende begrüßte als Ehrengäste Herrn Prorektor Professor Dr. Heinitz, die Herren Dekane Professor Dr. Blei, Professor Dr. Grottemeyer und Professor Dr. Philipp, den Geschäftsführenden Direktor des Otto-Suhr-Institutes, Herrn Professor Dr. Sontheimer, Herrn Wahlsektor Professor Dr. von Friedeburg und weitere akademische Lehrer. An der Sitzung nahmen auch Vertreter des Fernsehens und der Tagespresse, der Publizist Erich Kuby und ungefähr 300 Kommilitonen teil.

Wegen der starken Überfüllung des Hörsaales 102 wurde die Sitzung nach dem Tagesordnungspunkt 2 unterbrochen und anschließend im Hörsaal 104 fortgesetzt. Sie verlief geordnet.

**Zu den Tagesordnungspunkten:**

1. Eingaben und Beschwerden liegen nicht vor.

2. **Anträge auf Dringlichkeit**

Der Konvent folgt einem Antrag der Herren Gebauer und Heuer, den Tagesordnungspunkt 5. als Tagesordnungspunkt 2a. zu behandeln.

**2a. Zu den Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Rektorat und dem AStA über Kuby**

**a) Bericht des AStA-Vorsitzenden**

Der 1. AStA-Vorsitzende gibt einen Bericht über den Verlauf der Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Rektorat und dem AStA über Herrn Kuby bis zur umstrittenen Immatrikulationsfeier am Freitag, dem 28. 5. 1965. Danach führt Herr Lefèvre sinngemäß aus, daß die auf der 5. (o.) Konventssitzung verabschiedete Beschlusvorlage im Akademischen Senat nicht behandelt wurde, da ein Alternativantrag des Rektors vorlag, den der Akademische Senat als vorrangig betrachtete. In seinem Beschluß zum Antrag des Rektors bekräftigt der Akademische Senat einerseits die Forderung der Studentenschaft, wie bisher selbstverantwortlich politische Bildungsarbeit zu treiben, andererseits bestätigt er aber auch nachträglich den Gebrauch des Hausrechts durch den Rektor. Mit diesem zweideutigen Senatsbeschluß wollte sich Herr Lefèvre auf der Immatrikulationsfeier auseinandersetzen. Zu seinem Bedauern führte aber gerade die von ihm versuchte Klärung zur Unterbrechung und schließlich zum Abbruch seiner Rede.

Herr Lefèvre schlägt vor, daß ein während der Immatrikulationsfeier aufgenommenes Tonband abgespielt wird. Es enthält die Ansprachen Seiner Magnifizenz und des 1. AStA-Vorsitzenden bis zu dem Augenblick, in dem er gehindert wird, seine Rede fortzusetzen.

Das Tonband wird abgespielt, und Herr Lefèvre ergänzt seine Ansprache an die Neuimmatrikulierten mit dem Teil, den er im Auditorium maximum nicht mehr vortragen konnte. Weiter berichtet Herr Lefèvre, ein Beschluß des Akademischen Senats, der unmittelbar nach der Immatrikulationsfeier tagte, sei ihm erst um 17.00 Uhr dieses Tages zugegangen. Es sei dem Rektorat deshalb möglich gewesen, eine einseitige Presseerklärung herauszugeben. Der AStA habe erst am Sonnabend auf diesen Beschluß reagieren können.

**b) Bericht der Wahlsektoren der Studentenschaft**

Zunächst berichtet Herr Ganz über die Senatsitzung am 26. Mai 1965. Er begründet sein Fernbleiben von der Immatrikulationsfeier mit der Art, in der während der Senatsitzung diskutiert wurde. „Wenn meine Amtszeit nicht abgelaufen wäre, hätte ich nach der Senatsitzung meinen Rücktritt erklärt.“

Fräulein Rüger begründet ihren demonstrativen Auszug aus dem Auditorium maximum, nachdem der AStA-Vorsitzende durch den Rektor in seiner Rede unterbrochen wurde. Außerdem verliest sie den 4. Absatz eines Antrages des AStA:

„Der Konvent billigt das Bemühen des AStA, die Studentenschaft so ausführlich wie möglich über die Arbeit der Studentenvertretung und des Akademischen Senats zu informieren, soweit es bestehende Geheimhaltungsvorschriften nicht verletzt.“

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Anschließend beantwortet Fräulein Rüger Fragen der Abgeordneten Krüschet, Grüner und Roth.

**c) Diskussion**

In der sich anschließenden Diskussion werden sinngemäß folgende Gedanken geäußert:

Ganz: Es wäre empfehlenswert, vor weiteren Aktionen der Studentenschaft ein Rechtsgutachten einzuholen.

Der Entscheidung des Akademischen Senats könne entnommen werden, daß dessen Mitglieder das Hausrecht des Rektors in der gegenwärtigen Rechtsform der Universität für unwiderrufbar halten. Es sei deshalb wichtig, daß das Hausrecht des Rektors in einer Neufassung der Universitätsordnung eingeschränkt wird.

Gebauer: bezweifelt, daß die Rede Seiner Magnifizenz weniger politischen Gehalt hatte als diejenige des 1. AStA-Vorsitzenden, obwohl doch Herr Lefèvre mit dem Argument, seine Rede sei zu politisch, am Weiterreden gehindert wurde.

Spekt. Philipp: Der Dekan bedauert den Zwischenruf seines Kollegen Bettermann auf der Immatrikulationsfeier („Magnifizenz, wenn Sie jetzt nicht eingreifen, verlassen wir den Raum.“). Seinen Worten ist zu entnehmen, daß er anstelle des AStA-Vorsitzenden die Feier ebenfalls unter Protest verlassen hätte. Er weist gleichzeitig darauf hin, daß ein Verfassungsausschuß die Rechte der einzelnen Universitätsorgane neu durchdenken wird.

Zöpel: Der Fall Kuby hat sich zu einer Krise der Universität und damit ihrer Studentenvertretung entwickelt. Die vorliegenden Anträge sind für das Berliner Modell nicht positiv. Der AStA sollte vielmehr unter Zustimmung des Konvents 1. die Studentenschaft zu politischer Verantwortung anhalten, 2. die Demokratisierung der Hochschule, d. h. Forschung, Lehren und Lernen in einer größeren Gemeinschaft, fördern. Das Berliner Modell ist gefährdet und auch durch Schuld der Studenten zurückgebildet worden. Das Ziel der Studentenvertretung sollte es sein, das Erreichte zu wahren und noch mehr zu erreichen. Dieser AStA aber hat eine Richtung eingeschlagen, die zwangsläufig mit der Realität und den eigentlichen Zielen der Studentenschaft in Konflikt geraten mußte und vieles Erreichte wieder in Frage stellte, wozu z. B. auch die Veröffentlichung von Beschlüssen zur Vorlage beim Akademischen Senat noch vor der Senatsitzung beigetragen hat.

Busch: sieht sich vom AStA enttäuscht. Der Konvent habe dem AStA eine Vermittlerrolle zwischen den demonstrierenden Studentengruppen und dem Rektorat übertragen. Nach seiner Ansicht hat der AStA nicht im Sinne des Konvents gehandelt.

Gmelin: wendet sich gegen die Ausführungen von Herrn Zöpel.

Kirchberger: wirft dem AStA und vor allem dem 1. AStA-Vorsitzenden stilwidriges Verhalten vor, das das Vertrauen der Studentenschaft zur Studentenvertretung und die Zusammenarbeit zwischen Professoren und Studentenvertretung weitgehend zerstört habe. Ein schlichter Kompetenzstreit zwischen zwei Universitätsorganen sei durch Unsachlichkeiten aufgepuscht worden. Zu der Neufassung der Universitätsordnung sollte sich die Studentenschaft nicht allzu lautstark äußern, da sich ein solches Verhalten gegen die Ziele der Studentenschaft auswirken würde.

Damerow: Das Berliner Modell funktionierte gut, solange die Studentenschaft als gleichwertiger Partner akzeptiert wurde. Sie wird jetzt vielfach nicht mehr als gleichwertiger Partner angesehen, und es muß daher das Ziel des AStA sein, das Ansehen der Studentenschaft aufzuwerten.

Hohrmann: Der Redner stellt einen Antrag auf Überprüfung der rechtlichen Bedingungen zur Einleitung eines Verwaltungsverfahrens und begründet seinen Antrag damit, daß die rechtliche Grundlage nicht ausschließlich für die andere Seite spräche. Außerdem hätte der Akademische Senat die Form kaum besser gewahrt als der AStA.

Lefèvre: erklärt, der AStA habe dem Rektorat mitgeteilt, daß er Herrn Kuby zu der Veranstaltung einladen möchte und anfragte, ob dagegen Bedenken bestünden. Das Rektorat habe mit dem AStA über diese Frage nicht diskutiert, sondern autoritär die Entscheidung getroffen, keinen Raum zur Verfügung zu stellen. Es wurde zuerst behauptet, der Rektor habe ein Zensurrecht für studentische Veranstaltungen. Daher habe der AStA gar nicht anders handeln können, da das Berliner Modell auf dem Spiele stand.

Peter Müller (VDS): Dieser Fall ist nicht nur ein Kompetenzstreit. Das Berliner Modell ist absurdum geführt worden durch das Verhalten der Professoren auf der Immatrikulationsfeier. Er schlägt deshalb vor:

1. Der Konvent solle den letzten Senatsbeschluß zurückweisen, da er keine ausreichende Grundlage für die Selbstverantwortung der Studentenschaft darstelle.

2. Der Konvent solle gegen die Unterbrechung der Rede des 1. AStA-Vorsitzenden protestieren.

3. Der Konvent solle einen Antrag einbringen, wonach auch Studentenvertreter dem Verfassungsschutz angehören sollen.

Roth: spricht sich gegen eine solche Haltung aus. Er ist vielmehr der Ansicht, es solle eine Kompromißlösung gefunden werden, auch wenn der Entscheidung des Rektors nicht zugestimmt werden könne. Auch die Äußerungen der Studentenschaft könnten ja nicht kritiklos entgegengenommen werden. Er wendet sich auch gegen den Antrag von Herrn Hohrmann mit der Begründung, ein Gericht werde stets zu ungunsten der Studentenschaft entscheiden. Des weiteren ist Herr Roth der Ansicht, daß der Beschluß des Akademischen Senats vom 26. 5. zwei Interpretierungen zuläßt. Der AStA solle den Senat dieserhalb um Aufklärung bitten. Auch wenn die strittige Frage im Augenblick nicht zu klären sei, sei sie für die Zukunft und für die neue Universitätsordnung von großer Wichtigkeit. Herr Roth stellt fest, die Immatrikulationsfeier habe Aufschluß über die Verhaltensweise einiger Mitglieder des Akademischen Senats gegeben. Er spricht dem 1. AStA-Vorsitzenden das Recht zu, die wenigen ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Abgabe einer Stellungnahme auszunutzen, bemängelt jedoch einige Formfehler. Herr Roth schlägt die Bildung eines paritätisch besetzten Ausschusses vor, der sich mit dem anstehenden Problem und dem Beschluß des Senats auseinanderzusetzen hat. Abschließend wendet sich Herr Roth gegen die Bestrebungen, den AStA-Vorsitzenden abzusetzen. „Dafür sei der gegenwärtige Augenblick der denkbar ungeeignetste.“

Kirchberger: ist der Ansicht, daß die Studentenvertretung versagt habe und der jetzige AStA nicht mehr tragbar sei.

Es wird eine Abstimmung darüber beantragt, ob der AStA noch das Vertrauen des Konvents habe.

Der Antrag von Herrn Gebauer auf Nichtbefassung wird angenommen.

Herr Hameister fordert die Aufnahme einer Solidaritätserklärung für den AStA in den dem Senat vorzulegenden Konventsbeschluß.

Herr Ganz verliest einen Antrag, desgleichen Herr Hohrmann.

Die beiden Anträge werden zusammengefaßt und diskutiert. Herr Simon beantragt:

„1. Der Konvent bedauert das Verhalten des 1. AStA-Vorsitzenden bei der Immatrikulationsfeier sowie das gesamte Verhalten des AStA in dem anliegenden Streit.“

2. Der Konvent spricht dem 1. AStA-Vorsitzenden und den Vertretern im Akademischen Senat das Mißtrauen aus.

3. Der Konvent ist der Auffassung, daß der Rektor im bezeichneten Streit im Rahmen der Satzung der FU Berlin gehandelt hat.

4. Der Konvent hofft, daß in Zukunft das momentan gestörte Einvernehmen mit dem Akademischen Senat wieder hergestellt werden kann.“

Der Antrag von Herrn Niemann auf Nichtbefassung wird angenommen.

Der Dekan der Jur. Fak., Spekt. Professor Blei, erklärt, daß die Vertreter der Studentenschaft im Akademischen Senat nach wie vor als gleichwertige Gesprächspartner akzeptiert werden. Zwischen Studentenschaft und Akademischen Senat bestünden auch jetzt keine unüberbrückbaren Gegensätze, und es gelte jetzt, wieder zueinander zu finden. Der Senat habe auf seiner noch am Tage der Immatrikulationsfeier stattgefundenen Sitzung einen Beschluß gefaßt, mit dem der Studentenschaft die Hand gereicht wird. Spekt. Blei unterstützt den vorliegenden Antrag, der einen Beitrag zur Nüchternheit und Sachlichkeit darstelle. Außerdem erklärt er, daß der Akademische Senat stets zu sachlichen Gesprächen bereit sei und auch die heutige Konventssitzung ihren Erfolg nicht verfehlen werde.

Herr Peter Müller (VDS) bemerkt abschließend, es hätte viel Ärger vermieden werden können, wenn der Beschluß des Akademischen Senats dem Konvent von vornherein in der vorstehenden Art erläutert worden wäre.

Herr Landowsky stellt den Antrag:

„Ich beantrage, dem AStA das Vertrauen auszusprechen.“  
Abstimmungsergebnis: Ja: 35 Stimmen, Nein: 18 Stimmen, 6 Enthaltungen.

Der vorliegende Antrag (s. Anlage) wird angenommen.

### 3. Neuwahl eines Wahlsenators der Studentenschaft

2. Wahlgang für Herrn Kadritzke:

Ja: 45 Stimmen, Nein: 5 Stimmen, 4 Enthaltungen.

Der Antrag von Herrn Ganz auf Vertagung der Sitzung wird angenommen.

F. d. R. d. P.

gez. Wolfgang Pollak

gez. Karl-Eduard Hitzbleck

4. Konventsvorsitzender

— Schriftführer —

Anlage zum Protokoll

### Beschluß des 17. Konvents der Freien Universität Berlin vom 31. Mai 1965

1. Der Konvent bedauert die Vorfälle anläßlich der Immatrikulationsfeier der FU am 28. 5. 1965. Ungeachtet dessen, daß der Stil der Rede des 1. AStA-Vorsitzenden als dem Anlaß nicht angemessen angesehen werden kann, hält es der Konvent nicht für vereinbar mit der im Berliner Modell konstituierten Stellung der Studentenschaft, daß der Rektor und einige Mitglieder des Akademischen Senats den 1. AStA-Vorsitzenden am Weiterreden hinderten.

2. Der Konvent gibt seiner Sorge darüber Ausdruck, daß durch die Vorgänge der letzten Wochen die Legitimation und die Funktionsfähigkeit des Berliner Modells Studentischer Selbst- und Mitverwaltung vielfach in Frage gestellt worden ist. Er erklärt für die Studentenschaft der FU, daß sie an diesem Modell festhalten will. Die Studentenschaft betont, daß dieses Modell über die Sicherung seiner rechtlichen Grundlagen hinaus nur durch eine ständig erneute Besinnung auf seine Voraussetzungen bei allen Beteiligten, auch bei den akademischen Lehrern, vor der Zerstörung bewahrt werden kann.

3. Der Konvent nimmt mit Bedauern den Beschluß des Akademischen Senats vom 26. 5. 1965 zur Kenntnis. So sehr er es begrüßt, daß der Akademische Senat das Recht der Studen-

tenschaft bestätigt, selbstverantwortlich politische Bildungsarbeit durchzuführen, hält der Konvent doch die vom Akademischen Senat festgestellte Rechtslage nicht für ausreichend im Hinblick auf die Zukunft.

4. Der Konvent beauftragt den AStA und die Sprecher der Studentenschaft im Akademischen Senat und in den Fakultäten, darauf hinzuwirken, daß in den in Beratung befindlichen neuen Satzungen und Ordnungen der FU die Vorstellungen der Studentenschaft möglichst weitgehend verwirklicht werden. Dabei sollte davon ausgegangen werden, daß Veranstaltungen der Studentenvertretung durch deren demokratische Selbstkontrolle hinreichend vor Verstößen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung oder gegen das Ansehen der FU gesichert sind.

(Archiv Z16: Akte 12.12. FU, 17. Konvent, Protokolle 1.—6. Sitzg., 1965“)

## DOKUMENT 403

### Den Leuten paßt die Richtung nicht FU-SPIEGEL sprach mit Erich Kuby

FU-SPIEGEL: Herr Kuby, Sie hatten anläßlich einer Rede in der Freien Universität vor sieben Jahren unter anderem ausgeführt, daß der Name „Freie Universität“ durch seine antithetische Bindung an die Humboldt-Universität „ein äußerstes Maß an Unfreiheit zum Ausdruck bringt“. Glauben Sie, daß die Entwicklung, die die Freie Universität in den vergangenen sieben Jahren genommen hat, und die Ereignisse der hinter uns liegenden Wochen Ihre damaligen Thesen im wesentlichen bestätigt haben?

KUBY: Zunächst habe ich mit diesem Zitat aus dem Jahre 1958 nur auf die Namensgebung an sich angespielt, nicht darauf, was in der Praxis an der FU gemacht worden ist. Ich finde es in der Tat schlecht, daß aus dem historisch begründeten Vorgang, etwas gegen die Humboldt-Universität zu setzen, nun ein Name genommen wird, der nicht nur in dieser dynamischen Situation seine Bedeutung hatte, sondern für lange haben sollte. Das war meine Vorstellung, und ich hätte mir anstelle der Gründer etwa überlegt, ob man nicht den Namen „Freiherr-von-Stein-Universität“ oder dergleichen wählen sollte, der im Gegensatz zum Namen „Freie Universität“ keine programmatische Erklärung bedeutet hätte. So bitte ich meine Bemerkung von damals aufzufassen. Was uns jetzt gerade zusammenführt, der sogenannte „Fall Kuby“, ist eine gewisse Bestätigung meiner These. Ich habe den Eindruck, daß die kalten Krieger an dieser Universität durchaus nicht ausgestorben sind. Daß auf der anderen Seite aber doch auch eine freiheitlich demokratische Opposition vorhanden ist, und zwar eine ganz regsame, läßt wiederum hoffen.

FU-SPIEGEL: Von verschiedener Seite wurde der Verdacht geäußert — und die Stellungnahmen des Rektorats, in denen von politischem Extremismus die Rede war, verstärkten diesen Verdacht —, die angebliche Beleidigung der Freien Universität sei nur ein Vorwand gewesen, um einem politisch Unliebsamen die Möglichkeit zu nehmen, vor der Studentenschaft seine gewiß nicht immer angenehmen Erkenntnisse zu formulieren.

KUBY: Es bedurfte ja nicht solcher Äußerungen, wie sie am 31. Mai im Konvent zitiert worden sind, um in mir den Verdacht hochkommen zu lassen, daß es sich um eine politische Entscheidung handelt. Die Begründung selber ist nicht stichhaltig. Für jeden, der lesen kann, ist das, was ich damals gesagt habe, nicht beleidigend.

FU-SPIEGEL: Das Rektorat findet für sein Verbot eine Bestätigung jetzt darin, daß Sie am Steinplatz gesagt haben, das deutsche Volk sei das dümmste Volk.

KUBY: Da wurde wieder nicht richtig hingehört. Wenn ich das Wort dumm benutze in bezug auf ein Volk, dann hat es einen anderen Sinn, als wenn ich einen Menschen dumm nenne. Dumm heißt — ich habe das ja auch ausgeführt — bei mir dann: Bar von einer Vorstellung, wie eigentlich die Zukunft beschaffen sein wird. So im Sinne von tumb...

FU-SPIEGEL: ... tumber Tor...

KUBY: ... ja, von einem tumben Toren, der sich bis zu seiner Nasenspitze noch zurechtfindet, aber der sich nie überlegt: liegt denn das, was ich tue, in der Linie einer großen Entwicklung. Und so finde ich nun in der Tat, daß unser Volk von der Richtung dieser Entwicklung keinerlei Vorstellung hat.

Ich lasse natürlich über die Formulierung „ein Höchstmaß an Unfreiheit“ und „das dümmste Volk“ durchaus mit mir reden. Wenn ich mir aber ansehe, wo wir 1945 durch unsere eigenen Taten und Untaten hingekommen waren, was sich daraus hätte machen lassen, wenn ich mir also anschau, daß wir jetzt im schönsten Begriff sind, auf 50 Millionen Deutsche einen neuen Nationalstaat aufzubauen und zu glauben, daß man heute in Europa die Dinge mit Macht in Ordnung bringen kann und mit einem militanten Antikommunismus, dann bin ich der Meinung, daß wir in einem Höchstmaß dumm sind. Denn so wird der Hase nicht laufen, er läuft genau umgekehrt, in der anderen Richtung. Sie kennen diesen Ausdruck, der nach 1945 gewählt wurde: „Daseinsverfehlung des deutschen Volkes“, von...

FU-SPIEGEL: ... Ernst Niekisch...

KUBY: Ja, von Ernst Niekisch. Da ist ja wirklich was dran. Wir verfehlen sicherlich auch heute absolut unsere Chance, den Zeitgeist weiter zu entwickeln. Und so meine ich den Ausdruck dumm.

Und wenn das Rektorat meint, daß das womöglich eine linksradikale Bemerkung sei, dann kann ich nur sagen, man hat nicht hingehört.

FU-SPIEGEL: Sie sprachen von einer politischen Entscheidung. Halten Sie das Verhalten des Rektors für symptomatisch angesichts der Tatsache, daß im vergangenen Jahr der (inzwischen gerichtsnotorisch) klerikal-faschistischen Gedanken huldigende Professor von der Heydte ohne Widerspruch des Rektors im Auditorium maximum sprechen konnte?

KUBY: Bei mir ist jedenfalls politischer Extremismus nicht gerichtsnotorisch. Wenn das so ist, was ich hier zum ersten Male von Ihnen höre, dann gewinnt die Sache für mich noch eine andere Dimension. Ist es derselbe Rektor, der diese Entscheidung getroffen hat?

FU-SPIEGEL: Ja.

KUBY: Damit sind die Sachverhalte nun wirklich klar. Daß Herr von der Heydte nicht unbedingt auf dem Boden der Demokratie steht, ist ja bekannt. Dabei ist es überhaupt ein Unfug, so zu argumentieren, als wäre dieser Boden der Demokratie ein Gebiet, dem ganz genaue Grenzen gezogen sind.

Ich frage mich, wo liegen eigentlich meine Übergriffe auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung? Wenn ich glaube, daß unsere parlamentarische Repräsentanz nicht alle Möglichkeiten ausnutzt, wie sie das nach der Definition einer parlamentarischen Demokratie eigentlich tun müßte, so ist das eine Kritik an der Demokratie, die auf eine Perfektionierung der Demokratie hinausläuft und nicht auf einen Abbau der Demokratie. Ich bin ganz farbenblind für solche Begriffe wie „linksintellektuell“ und „extrem links“, und wie das alles heißt. Den Leuten paßt die ganze Richtung nicht, weil sie sich in das augenblicklich Bestehende so schön integriert haben.

FU-SPIEGEL: Um auf die Frage zurückzukommen. Ist das Verhalten des Rektors repräsentativ für weite Kreise der Professorenschaft?

KUBY: Für große Kreise scheint es symptomatisch zu sein. Durch Zufall setzten sich bei der Konventssitzung zwei Professoren neben mich. Wie sich später herausstellte, waren es der Prorektor Prof. Heinitz und Prof. Blei, der Dekan der Jur. Fakultät. Prof. Blei hat anschließend vom Podium herunter eine sehr schöne Schau abgezogen und „große Volksverbrüderung“ gemacht. Was ich aber aus der Unterhaltung der beiden Herren über das, was auf der Bühne vor sich ging, hörte, als sie noch nicht wußten, wer ich war, und auch ich sie noch nicht kannte — ich konnte ja nicht umhin, es zu hören —, das fand ich wirklich verzweiflungsvoll. Das war mit einem Ton von Bösartigkeit, von Abqualifizierung gesprochen, daß es mir wirklich dem Ort und der Funktion, hier Studenten und dort Professoren, im höchsten Maß als unangemessen erschien.

FU-SPIEGEL: Inzwischen ist aus dem „Fall Kuby“ der „Fall FU“ geworden. Sie haben in vielen westdeutschen Universitäten an Podiumsdiskussionen teilgenommen und Ansprachen gehalten. Uns ist jedoch kein Fall bekannt geworden, in dem man mit dem Mittel des Hausrechts gegen Sie vorgegangen wäre. Wie erklären Sie sich die besondere Empfindlichkeit der FU?

KUBY: Ich habe im Jahr 1961 ein ganzes Semester damit verbracht, von Universität zu Universität zu gehen. Es hat nirgendwo Schwierigkeiten gegeben, weder in der Veranstaltung selber, noch vorher, noch nachher. Es war immer ein ziemlicher Zulauf. Und es hat auch, glaube ich, nirgendwo den Versuch gegeben, daß der Rektor von seinem Hausrecht Gebrauch machte. In der Tat scheint diese Maßnahme mit jener spezifischen empfindlichen Situation zu tun zu haben. Es ist eben doch nicht eine Universität wie jede andere, sondern es ist eben die Freie Universität, wobei wir dann wieder auf meine Formulierung zurückkommen, die ja den Anlaß zu allem geboten hat.

FU-SPIEGEL: Herr Kuby, Sie hatten am 31. Mai Gelegenheit, auf der Konventssitzung, die den Fall FU abschließend behandelte, sich einen Eindruck von der politischen Arbeit des Konvents zu machen. Wurde die Haltung des AStA gegenüber dem Rektorat und dem akademischen Senat den Erwartungen, mit denen Sie Ihren „Fall“ verfolgten, gerecht?

KUBY: Wenn Sie mich fragen, ob der Verlauf dieser Sitzung meine Hoffnungen erfüllt hat in bezug darauf, wie weit sich die Studenten der Sache bewußt seien, um die es nun doch tatsächlich geht, dann muß ich leider sagen: In gar keiner Weise sind diese Hoffnungen erfüllt worden. Ich bin durchaus der Meinung, daß man verschiedene politische Positionen haben kann, und ich bin auch nicht so farbenblind, um nicht zu sehen, daß es eine Linksorientierung im Konvent da und dort gibt. Demgegenüber ist Rechtsorientierung genau so legitim. Aber selbst jene, die rechtsorientiert sind, müßten mit den anderen einen gewissen politischen Konsens darüber haben, was unter politischer Freiheit und unter politischer Bildungsarbeit an der Universität zu verstehen ist. Das wurde von vielen nicht erkannt oder wollte nicht erkannt werden.

Sie wollen das Risiko der Freiheit nicht laufen. Sie sagen „ja“ zu jeder Gängelung von oben, und sie haben ja auch einen so merkwürdigen Begriff von Würde. Das hängt mit dem Begriff des Untertanen aufs engste zusammen. Und was ich da an Untertanengeist erlebt habe, war mir wirklich so fatal, daß meine Befürchtungen, die antidemokratischen Kräfte könnten die Oberhand gewinnen, eigentlich in hohem Maß bestärkt wurden, obwohl einige da waren, die sich sehr wacker schlugen. Wobei ich ganz besonders bedaure, daß schließlich das, was zu einem Konsens geführt hat, der eigentliche Krebschaden des Abends war. In dem Augenblick, wo so ein verbindlicher, dem Anschein nach „kluger“, dem „Fortgang der Sache dienlicher“ Vorschlag gemacht wurde, hatten die Studenten ihre Sache verloren.

FU-SPIEGEL: Glauben Sie, daß das Problem, um das es während der Konventssitzung ging, um das es überhaupt geht, durch die Kulissenkämpfe der einzelnen Fraktionen und Parteiungen im Konvent etwas verschüttet wurde?

KUBY: Ja, natürlich. Ich bin der Ansicht, daß an dem Abend niemand aufs Podium trat, der formuliert hat, um was es geht: nämlich nicht um einen Fall Kuby und nicht um Stilfragen und nicht so sehr um das Verhalten des Rektors, sondern um die politische Freiheit der Studenten überhaupt. Und ich hätte mich anstelle des AStA noch auf eine viel massivere Weise zur Wehr gesetzt, wobei ich sagen muß, daß der AStA-Vorsitzende seinen Sachvortrag ausgezeichnet gemacht hat. Da war nichts von Emotionen drin, sondern das war im Grund etwas vom sachlichsten, was auf der Sitzung geboten wurde.

FU-SPIEGEL: Wie interpretieren Sie das Ergebnis der Unterschriftensammlung, bei der rund 20 Prozent der Studenten sich hinter die Forderungen des AStA stellen?

KUBY: Ich bin nicht im Bilde, wie stark die Bemühungen waren, und ob damit wirklich alle Möglichkeiten, die Studenten zu mobilisieren, ausgeschöpft waren. Immerhin ist die Unterschriftenleistung doch etwas Aktives, und eine aktive

Gruppe von 20 Prozent ist doch schon recht viel.

FU-SPIEGEL: Auch für Studenten an der FU?

KUBY: Ihre Frage intendiert, ob das nicht bereits eine Auswahl ist, die eigentlich geschlossen für so etwas sein müßte. Und es ist natürlich ein Unterschied, ob an einer Universität 20 Prozent für so etwas stehen oder ob es 20 Prozent im Volke sind. Der Student lebt doch tatsächlich in seiner Lehre von dem Begriff der Freiheit. So gesehen, sind natürlich diese 20 Prozent wenig, aber nicht weniger als ich erwartete.

FU-SPIEGEL: Wie beurteilen Sie die Vorgänge auf der Immatrikulationsfeier, besonders den Applaus der Studenten, als das Senatsmitglied Professor Bettermann aufstand und sagte, dies sei keine politische Veranstaltung?

KUBY: Ja, in diesem Auditorium saßen ganz offensichtlich ebensoviel Untertanen wie überall sonst im Volke. Ich glaube, daß diese Generation — ich habe selbst Kinder in diesem Alter — sich nicht dadurch auszeichnet, daß sie einen besonderen Willen zum generationsgegebenen Aufstand hat. Eigentlich sehen sie doch alle aus wie Regierungsräte, schon beim Abitur, und sie benehmen sich eigentlich auch so. Natürlich ist diesem Typus jede Art von Unordnung — und hier handelt es sich um einen Fall von Unordnung, von positiver Unordnung — fatal. Ich finde das eine sehr gefährliche Haltung, an die ich erinnert wurde, als ich in der Konventssitzung sah, wie Prof. Blei ans Pult trat und wie die Studenten — nicht alle natürlich, aber eben doch sehr viele — auf ihn reagierten und dachten: Es ist der Professor, und nun müssen wir etwas sehr freundlich und sehr höflich sein und ihn schön reden lassen. Nach 5 Minuten wäre der Mann für mich „gestorben“ gewesen, denn er durfte wohl reden, aber doch nicht eine Konventssitzung zu einer Volksversammlung machen.

FU-SPIEGEL: Eine Frage, die uns wieder direkt zum Thema zurückführt. Wie stehen Sie zu unserer Forderung, jeden Mann zu jeder Zeit an jedem Ort über jedes Thema hören und mit ihm darüber diskutieren zu dürfen?

KUBY: Natürlich ist sie richtig. Aber sie war in der gegebenen Situation nicht sehr geschickt formuliert. In dieser Konfliktsituation mußte man klar sehen, daß die andere Seite das böswillig auslegt, denn es hatte etwas Ideologisches, etwas Absolutes, und das ist immer schlecht. Ich hätte ganz anders formuliert, etwa so: Wir sind der Ansicht, daß der Rektor uns nicht vorzuschreiben hat, wen wir hier reden lassen dürfen.

Ich hätte es auf den Fall abgestellt. Da liegt doch der Hund begraben, daß der AStA sogar im Rektorat noch fragt, wie steht's denn mit dem Kuby und so, und es dann nicht ausdiskutiert wird. Das ist doch das Undemokratische, das wirklich außerhalb der Demokratie liegende Verfahren.

FU-SPIEGEL: Welche Chancen räumen Sie einer Demokratisierung der deutschen Universität nach diesen Vorfällen ein und wie beurteilen Sie die Demokratisierungsmöglichkeiten an der FU?

KUBY: Es ist mir ein bißchen zu sehr bezogen auf diese Vorfälle, die doch im Grunde nur ein Thermometer sind. Dieser Vorfall hat nichts Strukturelles...

FU-SPIEGEL: Er hat vielleicht keine strukturellen Folgen, er hat aber die Struktur der deutschen Universität und der FU sehr deutlich gemacht.

KUBY: Der Vorfall hat zutage gebracht, was wirklich los war. Und ich glaube, daß, wenn sich die Studenten weiter so unterkriegen lassen wie in diesem Fall, für eine Demokratisierung keinerlei Aussichten bestehen.

FU-SPIEGEL: Welche Aufgaben hätte Ihrer Ansicht nach die Universität in unserer demokratisch-pluralistischen Gesellschaftsordnung zu erfüllen, und welche Hindernisse müßten beseitigt werden, um die Universität zur Erfüllung ihrer Aufgabe tauglich zu machen?

KUBY: Außer ihrer Aufgabe, eine intellektuell vorgebildete Führungsschicht hervorzubringen, müßte natürlich die Universität der Ort sein, an dem auf einem wirklich demokratischen Boden das Modell einer demokratischen Gemeinschaft geschaffen werden müßte.

FU-SPIEGEL: Glauben Sie, daß die FU auf diesem Gebiet gerade vorbildlich sein müßte?

KUBY: Ja, natürlich müßte sie es sein, wenn sie schon diesen Titel an sich reißt, auf diesem Boden Berlin, wo es ja wirklich auch gute Voraussetzungen gibt. Berlin ist noch eine Spur näher an 1945 als die Bundesrepublik. Hier wäre es gerade möglich zu experimentieren.

Die Strahlkraft von Berlin kann nur daher kommen, daß hier mehr gewagt wird als anderswo. Das gilt selbstverständlich auch für die FU. Trotzdem wären zum Beispiel die Studenten in einem solchen Fall an der Universität Frankfurt entschlossener gewesen. Insofern sehe ich nicht, daß diese Berliner Universität die besondere Funktion, die sie ausüben sollte, auch wirklich ausübt.

FU-SPIEGEL: Welche Hindernisse müßten beseitigt werden, um die Universität zur Erfüllung ihrer Aufgabe tauglich zu machen? Glauben Sie, daß die Hindernisse mehr struktureller Art sind?

KUBY: Man muß den Begriff der Selbstverantwortung ernst nehmen bei den einzelnen Instanzen.

FU-SPIEGEL: Wer aber könnte eine solche Entwicklung herbeiführen? Die Universität selbst? Oder die Studentenschaft?

KUBY: Sie kann nur von der Studentenschaft ausgehen.

FU-SPIEGEL: In diesem Fall glaubte der AstA, die strukturellen Bedingungen, unter denen er antreten mußte, legten ihm ein zu großes Handikap auf, um die Auseinandersetzung mit allen Konsequenzen zu führen.

KUBY: Wenn Sie darauf warten, daß Ihnen die Wandlung frei Haus geliefert wird, und wenn Sie sich nicht miliebig machen und sich jederzeit genau absichern wollen, dann wird sich nichts ändern. Und wenn der Raum der Selbstverantwortung nicht größer wird, dann wird er kleiner. Und das scheint mir jetzt hier zu passieren.

FU-SPIEGEL: Würden Sie einen Zusammenhang zwischen restaurativen Tendenzen innerhalb unserer Gesellschaftsordnung und einer Verstärkung des autoritären Elementes in der Universität sehen?

KUBY: Ja, natürlich. Die Professoren leben ja nicht losgelöst von der übrigen gesellschaftlichen Entwicklung, sondern sind beeinflußt von den Kultusministerien, von den geldgebenden Instanzen etc. Ich bin fest davon überzeugt, daß der Zustand der Gesamtgesellschaft seine Wirkung ausübt auf die Universität und nicht die Universität auf die Gesellschaft.

FU-SPIEGEL: Also keine Fhungsrolle der Universität?

KUBY: Wir haben bisher kein Beispiel, daß die Universitäten eine Fhungsrolle spielen. Dabei muß man vielleicht gerechterweise sagen, daß doch eine große Zunahme des Interesses und der Diskussionsfreudigkeit für politische Probleme unter den Studenten zu verzeichnen ist. Aber in Wirklichkeit geht keine wirklich verändernde Wirkung auf die Gesellschaft aus. Die Stellung, die die Universität in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte und die sie auch noch ein bißchen in der Weimarer Zeit hatte, von der sehe ich nichts, gerade auch nicht an der FU. 17 Jahre nach der Gründung der FU müßte sich eigentlich eine Generaltendenz feststellen lassen. Wenn wir die Ereignisse, um die es sich jetzt dreht, ansehen, so kann man vielleicht sagen: Es gibt eine Generaltendenz, aber eine, die dem, was eigentlich mit dem Begriff Freie Universität gemeint war, durchaus entgegengerichtet ist.

FU-SPIEGEL: Dürfen wir uns mit der Formel, die in Ihrem Hause üblich ist, verabschieden: Herr Kuby, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

(FU-SPIEGEL Nr. 45, Juni 1965, S. 11 ff)

## DOKUMENT 404

Professor Dr. Dieter Henrich  
Anmerkungen zum Abschied

Man geht nicht aus dieser Stadt wie über eine Sprosse zu höheren Zielen. Es gibt nur den Rückweg in mehr als räumlichem Sinn und den Abschied von vergeblichen Hoffnungen auf eine Berliner Universität. Ihrem Ruf war ich mit Freude gefolgt; mein Bild von ihr ließ mich nicht auf den Gedanken kommen, daß ihre Studentenzeitung mich jemals fragen könnte, warum

ich sie verlassen will. Nun aber ist es nötig, Bilanz zu ziehen und die Fehler in jenem Bilde zu finden.

Ein Fehler war es gewiß zu meinen, das Leben in der Stadt müßte dasselbe wie das ihrer Universität sein. Viele Institutionen, die in Berlin wirken, überzeugen weniger als die Stadt selbst, die sicher in der Kontinuität ihrer Geschichte steht. Ein Beispiel dafür ist ihre Kommunalverwaltung. In wenigen Jahren sind deren Aufgaben von der Ebene der Gemeinde zu der einer Regierung angewachsen. Talente, die sie wahrnehmen sollten, streben zu den politischen Zentren des Westens und drängen nicht von sich aus in die bestehenden Hierarchien hinein. Sie müßten geworben werden. Und wer wirbt, tut es leicht mit Rücksicht auf das Gewhnnte. Auch behält man gern in der eigenen Hand, was unter Herausforderungen erreicht und verteidigt wurde. So bildet sich um das Bestehende ein Mantel von Solidarität und informeller Übereinstimmung. Innen schafft er Wärme und Sicherheit, solange er nach außen imprägniert ist.

Ähnliches gilt für die Freie Universität. In einer Notzeit wurde sie gegründet. Sie kam zustande, weil sich einzelne aufeinander verlassen konnten und weil sie das Improvisieren zum gemeinsamen Prinzip machten. Dabei mußte sich eine geschlossene Gruppe formieren und einen ihr gemäßen Arbeitsstil entwickeln. Beide gaben der Universität eine Eigenart, die noch heute fortbesteht.

Aber ohne die Fähigkeit, sich zu verändern, hat eine solche Tradition nicht nur Gutes. Achtet man auf ihre Leitungsmethoden, so ähneln die Freie Universität einer Manufaktur im Familienbesitz in der Periode vor dem Entstehen der Volkswirtschaftslehre. In solchem Betrieb wird überkommenes weiter geübt, nachdem es sich in Wettern und Gezeiten als brauchbar erwiesen hat. Werden neue Beschlüsse unumgänglich, so treffen sie die Alten mit gebtem Blick. Welches Gewicht Gründen gegeben wird, hängt davon ab, wer sie vorbringt. Fremde mssen lange anwohnen, ehe ihre Stimme im Rat zählt.

Diese Analogie mag seltsam scheinen. Mir hat sie sich in den Jahren aufgedrängt, während derer ich Senatsbeauftragter für Wohnheime gewesen bin. Man weiß, daß auf diesem Gebiet, nach manchen Kontroversen, einige wohldurchdachte Vorschläge zur Entscheidung anstehen. Was mich erstaunte und recht bald resignieren ließ, war nicht, daß man einem anderen als dem meinen folgte. Man ließ sich auf keinen von ihnen ein, hielt sich an das Nächstliegende, wechselte den Kurs von Semester zu Semester und faßte Grundsatzbeschlüsse, in denen keine Absicht zu erkennen war, die sich durchhielt. Damit wurde viel guter Wille zum beispielgebenden Versuch und noch mehr Geld unnütz vertan. Es kam zu einer Kette von Krisen im Studentendorf. Sie legten die Vermutung so nahe wie nur möglich, daß die Leitungsmethoden der Universität für sie verantwortlich sind. Mit Argumenten war auf sie aber kein Einfluß zu gewinnen. Man hielt am herkömmlichen, längst desavouierten Verfahren fest. In diesem Fall war es Handeln nach einem Augenmaß, das sich seinen Maßstab vorgeben läßt vom jeweils letzten Skandal.

In dem Großbetrieb, zu dem die Universität inzwischen geworden ist, wird sich auf diese Weise nichts Gutes und Dauerhaftes bewirken lassen. Will man ihn sachgerecht entwickeln und doch seine korporative Verfassung bewahren, so muß man sich von dem Gesetz seines Ausgangs lösen. Den Geist der Gründung anrufen darf nicht heißen, ihn in die Kinderschuhe ihrer ersten Jahre einschnüren. Was damals ebenso nützlich wie beschwingend war, kann heute ein Hindernis geworden sein. Und wer mit fortschrittlicher Gesinnung von ehemals argumentiert, kann damit gegenwärtigen Fortschritt stillstellen. — Auf die Misere des Studentendorfes stieß ich zuerst. Sie korrigierte deshalb mein hoffnungsvolles Bild auf besonders enttäuschende Weise. Aber noch mehr solcher bel sollten mir begegnen.

In der Personalpolitik der Universität, beim Lehrkörper wie bei der Verwaltung, besteht die Neigung, sich mit den Berliner Möglichkeiten zu begnügen und um Kräfte aus dem Westen nicht intensiv genug zu werben. Das hat zur Folge, daß es bei wichtigen Entscheidungen zu Lösungen kommt, die nicht das Maß an Kraft und neuen Ideen einbringen, welche die Universität und eine große, lebendige Stadt brauchen. Sofern es sich

um Berufungen handelt, bleiben sie außerhalb Berlins oft unverständlich. Mich hat es geschmerzt zu sehen, wie auf diese Weise das Ansehen der Freien Universität Schaden litt. Zwar werden Versuche mit Mitteln gemacht, die denen der westdeutschen Länder gleichkommen. Mit ihnen allein läßt sich aber der Widerstand vieler Professoren gegen den Umzug nach Berlin und in die unfertige Universität nicht überwinden. Stellt sich das heraus, so gewinnen diejenigen die Oberhand, welche auf nächstliegende oder bequeme Lösungen drängen. Nötig wäre es jedoch, gerade dann die Anstrengungen zu vergrößern und auf diese Weise einer schwierigen Lage gerecht zu werden. Die Universität hat viele Möglichkeiten dazu. So hat sie ein Außenamt, das durchaus imstande wäre, ein System permanenter Gastprofessuren zu tragen. Es würde nicht schwerfallen, eine große Zahl bedeutender Gelehrter dadurch an die Universität zu binden, daß man sie etwa für jedes dritte Semester als ständige Gäste wirbt. Im Vorlesungsverzeichnis müßten sie genannt sein und ihre Vorlesungen ankündigen. Denkbar wäre es auch, daß man einige Lehrstühle von gemischten Kommissionen besetzen läßt, denen westdeutsche Mitglieder angehören. In anderen Ländern und in den Neugründungen gibt es Vorbilder für solche Verfahren. Sie würden die Universität offener und anziehender machen. Aussicht, daß sie eingeführt werden, schien mir aber nicht zu bestehen.

Ein Ausbruch aus dem Überkommenen wird freilich von vielen gewünscht: Die Neuordnung der Kuratorialverwaltung. Die Freie Universität, die ich einmal für eine Reformgründung gehalten habe, ist im wesentlichen noch immer eine Notlösung. Als Provisorium gemeint und fast ohne gewachsene Substanz, ist sie in eine rasche Expansion geraten. Daraus ergeben sich Schwierigkeiten, die nicht mit denselben Mitteln zu beheben sind, mit denen man im Jahre 1948 Stühle und Kerzen beschafft hat. Nur die zwei Augen eines Kurators, und seien es die schärfsten, können die Details nicht mehr verfolgen, ohne viele von ihnen und die Übersicht über das Ganze zu verlieren. Es wäre nötig, Referate oder einen Vertreter des Kurators selbständig arbeiten zu lassen, um ihm selbst die Zeit zu geben, sich auf Wesentliches einzulassen. Muß er in allem persönlich tätig werden, so ist er überfordert und kann nur noch auf starken Druck mit halben Lösungen reagieren. So findet man in der Verwaltung zwar viel Großzügigkeit im einzelnen. Die wichtigen Probleme werden aber auf überladenen Bänken hin- und hergeschoben.

Für mich selbst wäre es wichtig gewesen, wenn das Ende der Raumnot des Philosophischen Seminars glaubwürdig in Aussicht gestanden hätte. In Berlin muß man ohnehin manches hinnehmen, was die eigene Arbeit und die Lehre erheblich mindert. So kann zum Beispiel die junge Bibliothek viele Forschungsgebiete überhaupt nicht bedienen. Wer nicht dilettantisch arbeiten will, muß reisen oder sehr viel Zeit und Geduld aufbringen, ehe er ein Thema in Angriff nehmen kann. Was daran unvermeidlich ist, habe ich gern ertragen. Anders wirkt es sich aber aus, wenn unnötige Mißstände unbegrenzt fort-dauern, weil es der Verwaltung nicht gelingt, rechtzeitig zu planen und im harten Kräftefeld um Geld und Baugrund ihre Trumpfkarten auf den Tisch zu bringen. Gelegentlich mißlingt das Vernünftige freilich auch, weil der Widerstand einer mächtigen Gruppe in der Universität nicht überwunden werden kann. Dabei offenbart sich dann das weitere Übel, daß etablierte Gruppen über erheblichen Einfluß verfügen. Die Leitung der Universität ist selbst eine solche Gruppe, die sich abschließt gegen Argumente, welche von außen kommen. Es gibt aber auch einen Professorenklub und eine Gegengründung, die Gruppe der alten Berliner, deutlich erkennbare politische Konstellationen und Verflechtungen zwischen der Lokalpolitik und großen Instituten. Will man gehört werden, so tut man gut daran, sich ihnen anzuschließen. Denn Gründe bleiben wirkungslos, wenn sie nicht der Durchschnittsmeinung einer von ihnen entsprechen. Akademische Diskussionen, die mir zuvor bekannt geworden sind, waren wenigstens offen für die Überzeugungskraft des einzelnen. In Berlin herrscht aber die fatale Neigung vor, nach seinen Motiven zu fragen, ehe man auf seine Gründe hört.

Kraß äußert sich diese Neigung in der Politik der Studentenschaft: Hier hat das Spiel der Gruppen und Parteien die Be-

mühungen um sachgerechte Lösungen längst überwuchert. Sie können durch inhaltslose Solidaritäten oder Machtbesitz bestimmt sein, sich aber auch durch eine Gesellschaftstheorie definieren. Dann verdienen sie Interesse. Ihre mobilsten Mitglieder kennen aber oft nur noch Probleme von letzter gesellschaftlicher Relevanz. Als solche müssen sie dann zerredet werden, ohne daß der Universität weitergeholfen wird. Die vernünftige Diskussion verdirbt dabei zu einer Freund-Feind-Beziehung.

Was mag solchem Gruppendenken zugrunde liegen? Man kann es nicht aus dem Versagen von Personen, sondern nur aus Verhältnissen erklären, die sich auch noch im guten Willen durchsetzen. Ist es die Folge der politischen Implikationen dieser Universität und davon, daß sie wirklich einer Gruppe ihr Dasein verdankt? Würde es verschwinden, wenn mehrere Formen sachbezogenen Denkens in ihr gegenwärtig wären, wenn es eine theologische Fakultät gäbe und die Naturwissenschaftler nicht im Exil anderer Bezirke arbeiten müßten? Sollte etwa die Stadt, die isoliert und unter dem Schirm fremder Mächte lebt, die Neigung zu fiktivem Denken und engherziger Solidarität dort, wo sie besteht, begünstigen?

Klar ist nur, daß Gruppendenken ein Symptom der Schwäche ist. Wer in einer Sache steht, kann sich auf die Sachen anderer einlassen und darin Befriedigung finden. Er muß seine Sicherheit nicht dadurch gewinnen, daß er andere verdächtigt oder unter vorgefertigte Schablonen verrechnet. Er kann eine Kritik, die aus freundschaftlichem Interesse kommt, von einem Angriff auf seine Person unterscheiden. Und er verstrickt sich nicht in jene Empfindlichkeiten, mit denen ich reichlich zu tun hatte. Professoren werden sie freilich vielerorts nachgesagt. In meinen Augen trennt diese Universität am meisten von Berlin, daß in ihr Kritik so wenig gilt und wirkt. Es scheint daß sie noch zu sehr daran gewöhnt ist, unter Druck von außen zu leben, gefeiert zu werden und sich zu feiern. Hält sich der Kritiker nicht an das Beiwerk einer in Kern und Fleisch guten Sache, so ist er lästig — wird hingenommen, aber kaum gehört. Das hätte ich am wenigsten erwartet. Ich meinte, eine Hochschule in Berlin sei Universität auch darin, daß sie sich selbst ein Problem bleibt und gewöhnte Usancen nicht selbstverständlich findet. Schließlich lebt sie auf einer Grenze, die zum freien Durchblick in das Mögliche auffordert: Im Osten ist die alte Universität längst verschwunden, und ihre Fassaden sind nur geblieben; im Westen müht man sich um neue Gründungen; viele Länder sind gegenwärtig in der Stadt, von denen man lernen kann, in denen man aber auch die Chancen des Eigenen besser gewahrt. Dem sich zu stellen wäre dem Gründergeist gemäß.

Meine Klagen, die im einzelnen zu belegen wären, werden manchem nicht einleuchten. Man kann wahrscheinlich recht gut in dieser Universität leben, ohne zu ihnen bewogen zu sein. Doch ich kam nach Berlin, nachdem ich schon viel an Hochschulproblemen gearbeitet und über sie geschrieben hatte. Ich setzte Hoffnungen auf die Universität als ganze, die mir mit den Ansprüchen der Stadt an sie übereinzustimmen schienen. Ich kann mich in ihr nicht wohl fühlen, wenn sie mir nur die nährende (und zahlende) Alma mater ist. In den Monaten nach meiner letzten Berufung habe ich mich davon überzeugt, daß mit Wandlungen binnen einer Zeit nicht zu rechnen ist, die das Warten erlaubt. So bin ich gegangen.

Die Freie Universität hat noch immer ein großes Kapital auf ihre Zukunft. Es sammeln sich in ihr viele Studenten, wie ich sie mir besser nicht wünschen kann. Durch ihre Sensibilität für alles Wirkliche können sie jedem Professor gleichwertige Partner werden. Ich habe von ihnen gelernt. Sie kommen vor allem, um in der Stadt zu sein. Wegen ihr kamen und blieben aber auch Kollegen, die solche Partner wirklich sind.

Oft dachte ich, es müsse möglich sein, aus solchem Boden Überzeugendes wachsen zu lassen. Doch die Kräfte sind groß, die dem entgegenstehen.

Ich hoffe und wünsche den Bürgern dieser Universität, daß es dennoch gelingt. Vielleicht kann mein Bericht, mit dem ich mich von ihnen verabschiede, ein wenig dazu beitragen. Wenn ich nicht schweigend wie viele gehe, so deshalb, weil ich noch immer meine, eigentlich hierher zu gehören.

(Colloquium, 19. Jahrgang Juni 1965, Heft 6, S. 9—10)

## DOKUMENT 405

### Colloquia

Wer tief in Auseinandersetzungen verstrickt ist, gedenkt leicht des Holzes im eigenen Auge nicht mehr — sei es nun ein Splitter oder ein veritabler Balken. Professor Dr. Dieter Henrichs „Anmerkungen zum Abschied“ wurden — auf Wunsch der „FU-Spiegel“-Redaktion — für das Hausblatt des AStA der Freien Universität geschrieben. Sie erscheinen im Colloquium, weil der FU-AStA gegen einzelne Argumente des kürzlich nach Heidelberg zurückgekehrten Philosophen Einwände hatte (Seite 9).

Es waren die Tage, in denen studentischer Zorn über die vom Rektor eingeengte Meinungsfreiheit an der Freien Universität zu kochen begann. Etliche AStA-Mitglieder schürten das Feuer mit; innerlich beteiligt waren sie alle. Daß auch der „FU-Spiegel“ plötzlich blinde Flecken zeigte, fiel dabei wohl gar nicht so recht auf.

Professor Henrich ist unseres Wissens der erste, der zu seinem Weggang von der Freien Universität einen so ausführlichen Kommentar abgegeben hat. Man wird sich mit den einzelnen Punkten dieses Kommentars auseinandersetzen müssen. Wer sich von vornherein als unrichtig — oder auch zum kleineren oder größeren Teil nicht relevant — beiseite tut, weicht einem Gespräch aus, daß die Freie Universität wie jede andere dringend braucht. Es wird die Frage nach der Lebendigkeit der Universitas litterarum aufgeworfen. Die Antwort darauf kann nie schnell zur Hand sein, sie will ständig in der Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden neu bedacht und erörtert werden.

Auch von solcher Auseinandersetzung bedarf es eines wachen Mitverantwortungs-Bewußtseins aller Bürger der Universität. Daß ein Gelehrter, der die Universität jetzt verlassen hat, sich eben dieser Universität noch immer verpflichtet weiß, sollte nicht von vornherein auf skeptische Ablehnung stoßen, sondern dankbar begrüßt werden — auch wenn sich die Verbundenheit in herben Worten äußert. Oder gerade deswegen: Zivilcourage ist eine der wichtigsten Eigenschaften, die sich die Universität von ihren Bürgern wünschen kann.

(Colloquium, 19. Jahrgang Juni 1965, Heft 6, S. 22)

## DOKUMENT 406

### Kuby — und kein Ende?

Schon auf der a. o. Konventssitzung am 21. 5. 1965 sah sich der Konvent gezwungen, die polemischen und deklamatorischen Forderungen des AStA zu versachlichen. Ausdrücklich wiesen Konventsabgeordnete in der Begründung darauf hin, daß Provokationen und Polemiken keinen Sinn mehr hätten. Aber der AStA verstand nicht, akzeptierte nicht die Mahnung der Legislative.

Denn anstatt zu einer Versachlichung der Atmosphäre beizutragen, goß AStA-Chef und Argument-Klub-Mitglied Lefèvre Öl ins Feuer, indem er die feierliche Immatrikulation am 28. 5. 65 dazu benutzte, in detaillierter Form auf den „Kuby-Fall“ einzugehen. Die protestierenden Worte eines Senatsmitgliedes: „Das ist hier eine Immatrikulationsfeier und keine politische Veranstaltung“ wurde vom Auditorium mit lang anhaltendem, demonstrativem Beifall quittiert, woraufhin Herr Lefèvre das Rednerpult verließ und zu seinem Platz ging.

Die o. Konventssitzung am 31. 5. 65 sollte sich u. a. mit „dem beleidigenden Verhalten des Rektors“ auf der Immatrikulationsfeier beschäftigen. Das Ergebnis war aber eine Resolution, in der man den politischen Stil des 1. AStA-Vorsitzenden kritisierte, was bei den Mehrheitsverhältnissen im Konvent bedeutsam ist. Wer steht eigentlich noch voll hinter dem AStA? Die Studentenschaft hat ihm deutlich eine Abfuhr erteilt, im Konvent unterstützten ihn nur noch 60 % der Abgeordneten. Was will der AStA mit dieser unsicheren Vertrauensbasis noch unternehmen? Aus dem Kuby-Fall scheint für den AStA eine „Kuby-Falle“ geworden zu sein.

Bis jetzt hat der AStA-Chef durch sein Geschick folgendes erreicht:

- Keiner seiner Forderungen ist entsprochen worden, und es besteht auch künftig wenig Aussicht darauf.
  - Das Vertrauensverhältnis zwischen AStA — Studentenschaft und AStA-Konvent ist empfindlich gestört.
  - Eine zukünftige fruchtbare Zusammenarbeit zwischen dem AStA und dem Akademischen Senat wird kaum möglich sein.
  - Die Öffentlichkeit hat einen Grund mehr, die unbesonnene Radikalität der Studentenfunktionäre an der FU zu kritisieren.
- Welche unangenehme Überraschung wird der AStA morgen bereiten?

### Notstandsgesetze — eine Richtigstellung

Der RCDS lehnt es ab, daß linksradikale Studentenverbände aus Mißtrauen gegen sich selbst als Staatsbürger mit entstellenden Argumenten gegen eine Notstandsregelung polemisieren. Ihre Erklärung gegen die Notstandsgesetze basieren auf schon längst überholten Entwürfen.

Der RCDS an der FU befürwortet eine praktikable Notstandsregelung. Er hält es für die Aufgabe der staatlichen Gemeinschaft, ihren Bestand und die Rechte der Bürger auch in Ausnahmesituationen zu sichern.

Der RCDS erklärt zu den umstrittenen Punkten des Gesetzentwurfes zur Ergänzung des Grundgesetzes in der Beschlußfassung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages vom 26. 5. 1965:

- Ein Übergriff der Executive in Legislativrechte ist nicht zu befürchten (Art. 115 c, Abs. 4, Letzter Satz und Art. 151, Abs. 2).
- Der Ausschaltung der parlamentarischen Opposition ist hinreichend vorgebeugt, denn der Ausnahmezustand kann nur durch  $\frac{2}{3}$ -Mehrheit festgestellt werden.
- Die Stunde der Gefahr erfordert eine Konzentration der Kräfte. Das föderative Prinzip wird dennoch durch die Beteiligung der Länder an der parlamentarischen Kontrolle im gemeinsamen Ausschuß gewährleistet (Art. 53a, Abs. 1).
- Einer willkürlichen Verlängerung der Ausnahmesituation durch eine Regierungsmehrheit ist vorgebeugt. Der Bundestag muß den Ausnahmezustand bei Wegfall der Voraussetzungen für beendet erklären. Außerdem bleibt die uneingeschränkte Kontrollbefugnis des Bundesverfassungsgerichtes bestehen.
- Tarifautonomie und Arbeitskampf werden nicht eingeschränkt (Art. 91, Abs. 5 — Art. 9, Abs. 3 GG wird nicht berührt).
- Die Freiheit der Information muß erhalten bleiben. Allein für die Berichterstattung über Maßnahmen zur Wahrung der Sicherheit ist eine gesetzlich geregelte Selbstkontrolle der Presse in Zusammenarbeit mit staatlichen Organen unerlässlich.

Einladung zur Podiumsdiskussion am Dienstag, dem 15. Juni 1965, um 22.00 Uhr im Hörsaal C des Henry-Ford-Baus über das Thema: „Wohin steuert der AStA?“

Diskussionsteilnehmer: Prorektor Prof. Dr. Heinitz, Prof. Dr. von Friedeburg, Wolfgang Lefèvre, 1. AStA-Vorsitzender, Wulf Schönbohm, 1. RCDS-Vorsitzender

Anschließend können Fragen gestellt werden.

Verantwortlich: Wulf Schönbohm

(Archiv Zf6: Akte „12.12. FU, Flugblätter bis 1965“)

## DOKUMENT 407

### Flugblatttext

„...in Übereinstimmung mit der Öffentlichkeit und der Gesamtheit der Studentenschaft befanden, das wäre ein verhängnisvoller Irrtum (Beifall). Meine Herren, solange Sie die Worte „Ehre, Freiheit, Vaterland“ auf Ihren Fahnen stehen haben, können Sie nicht erwarten, daß alle Studenten oder die Masse der Bevölkerung dem zujubeln (Beifall). Wer Ehre verlangt und Ehre verteidigt in dieser Zeit, der muß wissen, daß er sich in der Minderheit befindet (Beifall). Und wer das Wort Vaterland so streng nimmt und verpflichtend nimmt, der wird noch Jahrzehnte arbeiten müssen, bis wieder alle

Deutschen von der Liebe zu ihrem Vaterland durchdrungen sind und zu Opfern für dieses Vaterland bereit sind (freudiger Beifall). Sie haben Opfer gebracht: Daß Sie nach Berlin gekommen sind, um diesen Tag zu feiern, das ehrt Sie. Und Sie haben sich, und das möchte ich aussprechen, für viele Berliner und viele Berliner Professoren und Studenten, Sie haben sich durch Ihre Berliner Tagungen und Ihre Arbeit für Gesamtdeutschland und Ihre stille Arbeit für „drüben“ um Berlin und um Deutschland verdient gemacht (Beifall). Und es war auch, glaube ich, gut, daß Sie in diesen Tagen in Berlin, sich im Schmuck Ihrer Farben gezeigt haben, auch wenn ich nicht dafür bin, daß in Berlin ständig Farben getragen werden in der Öffentlichkeit (Beifall, Zischen). Aber ich will nicht nur Ihnen Dank sagen, sondern ich möchte auch Sie aufrufen, weil noch nicht genug geschehen ist. Wir haben schwere Wochen an der Freien Universität hinter uns und wahrscheinlich auch noch schwere Wochen vor uns. Die offizielle Führung unserer Studentenschaft, AStA und Konvent, befindet sich in einer unerfreulichen, die Gesamtheit der Universität und der Studentenschaft schädigenden Auseinandersetzung mit dem Akademischen Senat (Beifall). Diese Auseinandersetzung hat sich in Formen abgespielt, die nicht akademisch sind, die nicht würdig sind und die die Freie Universität in Verruf bringen (Beifall). Auseinandersetzungen sind in einem freien Gemeinwesen legitim. Aber sie müssen fair und in Waffengleichheit erfolgen. Und sie müssen getragen sein von der Absicht, den Gegner zu überzeugen und von der Absicht, der Gemeinschaft, der gemeinsamen Aufgabe, in diesem Fall der gemeinsamen Universität, zu dienen (Beifall). Aber ich habe den Eindruck, daß diese Auseinandersetzungen zu dem Zweck mißbraucht werden, Klamauk zu machen, Spektakel zu veranstalten. Dazu ist die Universität nicht da, und das mißbilligt die Mehrheit der Studenten, und die Stätte in dieser Zeit als eine Stätte der Arbeit und der Wahrheitssuche betrachtet. Und ich rufe Sie in dieser Stunde auf, daß Sie uns dabei helfen möchten, das richtige Arbeitsklima an dieser Universität wieder herzustellen (Beifall) und den Ruf dieser Universität nicht gefährden zu lassen (Beifall). Es steht ja nicht nur damit die Freie Universität auf dem Spiel, eine junge Universität, die noch leichter verlieren kann als eine Universität, die auf Hunderte von Jahren Tradition zurücksieht und einen gefestigten Körper hat. Es gilt ja: die Freie Universität ist eins der wesentlichsten Repräsentationsstücke Berlins, und Berlin wiederum steht für Deutschland, wie Sie alle wissen und wie Sie heute bekundet haben (Beifall). Und deswegen lege ich Ihnen diese unsere Sorge hier ans Herz, indem ich Sie bitte: kümmern Sie sich, die jungen Kommilitonen, kümmern Sie sich um AStA und Konvent, sorgen Sie, daß Sie die Dinge wieder in die Hand bekommen (Beifall während der ganzen Passage). Lassen Sie sich nicht abschrecken dadurch, daß vor 2 Jahren der AStA-Vorsitzende einer der Ihrigen war, Eberhard Dieppen, der dann durch die Vox populi abgewählt wurde. Es hat Dieppen und den Burschenschaften die Abwahl mehr genützt als der Verlust dieser Stellung. Lassen Sie sich dadurch nicht entmutigen (Beifall), machen Sie einen neuen Anfang, bringen Sie uns unsere Universität wieder in Ordnung (während der Passage starker Beifall). In diesem Sinne rufe ich: Burschen heraus! (Beifall anhaltend.)

**Pro-Präses Kordt-Rehn:**

Herr Professor Bettermann, ich brauche zu der Welle der Zustimmung, die eben auf Sie zukam, nur noch wenig Dank hinzufügen, und doch ist dieses wenige, dieser wenige Dank, sehr viel. Man kann es nur nicht mit wenigen Worten ausdrücken. Seien Sie aber gewiß, und Sie werden sicherlich durch das, was im Laufe der letzten Tage und festlichen Stunden gesagt wurde, und mit Überzeugung gesagt wurde, das Bewußtsein mitnehmen können, daß Sie in uns für die Wege und für die Ziele und Aufgaben, die Sie aufgezeigt haben, entschlossene Bundesgenossen haben. Ich danke Ihnen. (Lang anhaltender Beifall.)

(Hektographierte Abschrift einer Tonaufzeichnung. Archiv ZI6: Akte „12.12, FU, Flugblätter bis 1965“; ein Auszug dieser Abschrift erschien im FU-SPIEGEL Nr. 45, Juni 1965, S. 21)

## DOKUMENT 408

Sehr geehrter Herr Krippendorff,

Nach meiner Rückkehr von der Dienstreise habe ich Ihr Schreiben vom 28. Mai 1965 zur Kenntnis genommen. Es mag zutreffen, daß Ihnen eine Verleumdung oder Diffamierung ferngelegen hat, Tatsache jedoch ist, daß sie durch Ihr Verhalten eingetreten ist. Gerade von einem angehenden Wissenschaftler sollte man das Bemühen um Wahrheit verlangen und erwarten, daß er sich vor einer Veröffentlichung informiert und nicht nachher, wenn der Schaden bereits angerichtet ist.

Wie ich bereits in meinem Schreiben vom 24. Mai 1965 ausführte, ist Ihr Verhalten mit Ihren vertraglichen Pflichten unvereinbar. Das Arbeitsverhältnis ist dadurch in einer Weise belastet worden, daß eine weitere vertrauensvolle Zusammenarbeit nicht erwartet werden kann und der Freien Universität Berlin nicht zuzumuten ist. Lediglich der Umstand, daß Ihr Vertrag ohnehin am 30. 9. 1965 ausläuft, läßt eine fristlose Kündigung aus wichtigem Grunde entbehrlich erscheinen.

Hochachtungsvoll

gez.: H. Lüers

(In „Memorandum...“ vom 22. Juni 1965. Archiv ZI6: Akte „12.12, FU, Flugblätter bis 1965“)

## DOKUMENT 409

Freie Universität Berlin  
Studentenvertretung  
Allgemeiner Studentenausschuß  
— 2. Vorsitzender —

1 Berlin 33 (Dahlem),  
den 11. 6. 1965  
Garystraße 20  
Telefon: 76 90  
[Vermittlung: 76 90 1]  
Da/Si

### Pressemitteilung

In dieser Woche veranstaltet die Deutsche Burschenschaft eine Jubiläumstagung in Berlin, als deren Abschluß am Samstag in der Deutschlandhalle ein Festakt und ein Festkommers stattfinden werden. Führende Vertreter der politischen Parteien, sowie der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz und der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Studentenschaften werden zu den Burschenschaftlern sprechen.

Zwar wird von der Deutschen Burschenschaft als Grund für die Wahl des Tagungsortes Berlin angegeben, man wolle dem Bemühen um die Wiedervereinigung Deutschlands sichtbaren Ausdruck verleihen. Nicht zu übersehen ist aber, daß zumindest ein weiterer Anlaß für das demonstrative Auftreten der farbentragenden und schlagenden Korporierten in unserer Stadt der Widerstand ist, den die Freie Universität Berlin als einzige deutsche Hochschule noch gegen das Wiederaufleben des Waffenstudententums und anderer restaurativer Bewegungen leistet. Es ist bekannt, daß die Verbindungen seit langem versuchen, diesen Widerstand zu brechen und größeren Einfluß in der Freien Universität zu erlangen.

Die Studentenschaft nimmt solche provokatorischen Versuche mit Gelassenheit zur Kenntnis. Die Studenten der Freien Universität haben im Februar 1963 dem Korporationsstudententum in einer Urabstimmung eine entschiedene Absage erteilt. Sie wissen sich mit allen Organen der Universität in ihrer Ablehnung der schlagenden Verbindungen einig, da diese Ablehnung wiederholt und nachdrücklich von Fakultäten und Akademischem Senat bekräftigt wurde. Der Allgemeine Studentenausschuß verweist hier nur auf die von der Philosophischen Fakultät nach der schon erwähnten Urabstimmung beschlossene Erklärung:

„Die Philosophische Fakultät der Freien Universität hat in den letzten Jahren mit Sorge verfolgt, wie die Anteilnahme der Studentenschaft am öffentlichen Leben ihrer Universität sich minderte und zugleich studentische Gruppen Einfluß gewannen, deren Ziele und Verfassung dem Geist unserer Universität entgegengesetzt sind.

Mit großer Freude hat sie das Ergebnis der Urabstimmung der Studentenschaft zur Kenntnis genommen. Es bekräftigt die Übereinstimmung der Studenten und Professoren über die



Aufgaben unserer Universität und sichert die Grundlage einer gemeinsamen Arbeit und Verantwortung in der Zukunft.“  
Wir wissen, daß diese Stellungnahme auch heute noch repräsentativ für die Haltung der Freien Universität — für die Studenten und ihre akademischen Lehrer — ist.  
gez. Peter Damerow

## DOKUMENT 410

Otto-Suhr-Institut  
an der Freien Universität Berlin  
(vorm. Deutsche Hochschule  
für Politik)

1 Berlin 33, den 16. Juni 1965  
Inhnestraße 21  
Telefon: 76 52 61,  
App. (95) 42 01

An den  
Rektor der  
Freien Universität Berlin  
Herrn Professor Dr. Herbert Lüers  
Berlin 33  
Inhnestraße 24

Magnifizenz,  
angesichts der ständig und bedrohlich wachsenden politischen Spannungen an der Freien Universität Berlin, die sich u. a. in der Verbreitung hektographierten Materials kundtun, sehen sich die unterzeichneten Professoren der Wissenschaft von der Politik veranlaßt, Ihnen die nachfolgenden Ausführungen zu unterbreiten:

Unsere Hoffnung, daß es gelingen werde, sobald als möglich eine befriedete Atmosphäre an der Freien Universität wiederherzustellen, hat sich als trügerisch erwiesen, und wir bedauern sagen zu müssen, daß dies nicht zuletzt auf Ihre Teilnahme an der Tagung der Burschenschaften zurückzuführen ist. Die Burschenschaften tragen ein gerüttelt Maß von Schuld an der Vergiftung der politischen Atmosphäre während der Weimarer Republik; sie haben nach dem ersten Weltkrieg in vorderster Linie gestanden, als es darum ging, den Versuch zu vereiteln, einen freiheitlich demokratischen Rechtsstaat in Deutschland zu errichten, und sie haben sich durch ihre verantwortungslose und provokatorische Haltung in der Judenfrage als Wegbereiter des Nationalsozialismus heillos kompromittiert. Wir stehen der Tatsache, daß der gewählte Repräsentant der Freien Universität durch seine Teilnahme an der Tagung der Burschenschaften den Eindruck erweckt hat, daß eine Organisation, die an der Freien Universität nicht anerkannt ist, die Unterstützung der Freien Universität besitze, fassungslos gegenüber. Dies gilt um so mehr, als die Burschenschaften an Traditionen festhalten, die mit den Vorstellungen einer zeitgemäßen studentischen Haltung offenbar in unüberbrückbarem Gegensatz stehen.

An der Freien Universität kursiert ein Flugblatt, das vorgibt, eine authentische Wiedergabe der Rede darzustellen, die Herr Professor Bettermann anläßlich des Festkommers der Burschenschaften gehalten haben soll. Wir bitten um Auskunft, ob die in dem anliegenden Flugblatt enthaltenen Ausführungen eine zutreffende Wiedergabe dieser Rede darstellen. Sollte dies nicht der Fall sein, so bitten wir die zuständigen Instanzen der Freien Universität kundzutun, daß unwahre Behauptungen über ein Mitglied des Senats der Freien Universität verbreitet werden.

Die angebliche Äußerung des Herrn Professor Bettermann, daß nur eine Minderheit wisse, was Ehre sei, stellt eine Beleidigung der Mehrheit des deutschen Volkes dar. Herr Professor Bettermann soll eine von der Freien Universität nicht zugelassene Korporation aufgefordert haben, die Universität wieder in Ordnung zu bringen. Wir halten es gegebenenfalls für notwendig, daß diese in der Öffentlichkeit gemachten angeblichen Äußerungen von den zuständigen Instanzen der Universität öffentlich eindeutig zurückgewiesen werden.

Mit verbindlichen Empfehlungen  
gez. Otto Heinrich von der Gablentz  
Kurt Sontheimer  
Ernst Fraenkel

Gert von Eynern  
Gilbert Ziebura  
Otto Stammer

PS. Die Kollegen Flechtheim und Loewenthal sind z. Zt. nicht in Berlin.

Anlage

(Hochschularchiv FUB: Akte 2/2098/2 „Politisches Mandat, insbesondere der Studentenvertretung der FUB“ Nr. 80)

## DOKUMENT 411

Freie Universität Berlin  
Studentenvertretung  
Allgemeiner Studentenausschuß

1 Berlin 33, den 16. 6. 1965  
Garystraße 20  
Tel.: 76 90 22 46

An alle Redaktionen  
Pressemitteilung

Die Studentenschaft der Freien Universität Berlin nimmt den Zwischenfall vom 15. 6. 1965 auf dem Teltow-Kanal zum Anlaß, folgende Stellungnahme abzugeben:

Die Tatsache, daß Angehörige der Nationalen Volksarmee Westberliner Bürger beschossen haben, erfüllt die Studentenschaft mit schwerer Sorge. Dieses Ereignis ist angetan, die Spannungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR zu verschärfen, den Verfechtern eines harten Kurses auf beiden Seiten neuen Auftrieb zu geben und der mit den Passierscheinvereinbarungen begonnenen Politik der Verhandlungsbereitschaft die Grundlage zu entziehen.

Mit der offiziellen Stellungnahme aus der DDR zu diesen Vorfällen wird der Versuch unternommen, das Vorgehen der Schützen formal zu rechtfertigen. Diese Stellungnahme gibt zu der Befürchtung Anlaß, daß nichts unternommen werden wird, um die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen.

Dagegen fordert die Studentenschaft der Freien Universität die zuständigen Behörden der DDR eindringlich auf, Schritte zur gerichtlichen Klärung des Zwischenfalls in aller Öffentlichkeit zu unternehmen.

gez. Wolfgang Lefèvre

(1. AstA-Vorsitzender)

(Privatakten, Standort Archiv Z16: Akte „FU, SFI 1965/66“)

## DOKUMENT 412

Latent faschistisch

17. Juni 1965 in der FU

Gedächtnisprotokoll Christian Fenners

Im Verlauf einer Diskussion von 10 Thesen zur Deutschlandpolitik, die der bekannte Wissenschaftler, Publizist und DDR-Kenner, Dr. Richert, aufstellte, wurde insbesondere nach dem Sinn und der Bedeutung von Nationalstaatlichkeit, Entspannung und kommunistischem Führungsanspruch, Freiheit oder Einheit, Freund-Feind-Verhältnis und den beiden deutschen Provisorien gefragt.

An der Erörterung des Freund-Feind-Verhältnisses nun entwickelte sich eine Argumentation, die ich verhältnismäßig ausführlich anhand von Zitaten aufzeigen muß. (Ich darf darauf hinweisen, daß von mir persönlich als Diskussionsleiter auf die Fragwürdigkeit des politischen Dezisionismus — wie er von C. Schmitt vertreten wurde — als gewünschter Freund-Feind-Konstellation, gerade im Hinblick auf die faschistische Staatstheorie, aufmerksam gemacht wurde.) Das schien aber nur das Stichwort zu sein: „Politik kann nur bei einem aktiven Aufrechterhalten des Freund-Feind-Denkens gemacht werden“. Das heißt (um den Dezisionismus etwas zu erläutern), daß für jede Gruppe oder jedes Volk irgendein Element des intensivsten Zusammenhangs ihrer Mitglieder gefunden werden muß — meist eine Ideologie —, das im Verhältnis der Gruppen zueinander zur Ursache äußersten Auseinandersetzens in eine Kampfstellung führen muß, in der beide Gruppen einander die Existenzgrundlage entziehen wollen (H. Krüger). Aber fahren wir fort: „Politik kümmert sich nicht um den Einzelmenschen der entsprechenden Gesellschaft, sondern wird von einer Elite aus Machtstreben, im Namen

irgendeiner Ideologie, aus sich selbst heraus getrieben.“ „Menschenrechte in der Politik sind Quatsch, da der Mensch nur eine manipulierbare Rolle spiele.“ „Man muß die Bürger unmündig halten.“ „Der Staatsbürger in Uniform ist abzulehnen, da nur auf dem Prinzip des Befehls und des Gehorsams die autoritäre Elite herrschen kann.“ Notwendigerweise wird „das Widerstandsrecht abgelehnt“. Um den „vernebelnden Jargon der Brüder und Schwestern in der Zone“ aufzureißen, sei eine „bundesdeutsche Ideologie nötig, die sich einen bewußten Gegensatz zu den Kommunisten (auch den Deutschen der DDR) schafft, um den Leuten z. B. von der Bundeswehr klarzumachen, wogegen sie schießen müssen“.

„Die Zone muß mit Waffengewalt von uns geholt werden.“ Auf meinen Hinweis, daß die BRD ausdrücklich in Art. 26 GG jedem Angriffskrieg eine verfassungsmäßige Absage erteilt, wurde geantwortet, „er könne nichts für die Fehler der Schöpfer des Grundgesetzes“. Mein präzisierender Hinweis, daß das GG im Hinblick auf die Geschehnisse von 1919—1933 und bis 1945 konzipiert sei, wurde damit beantwortet, daß „ja die Sowjetunion Deutschland überfallen habe“, „wie auch der Nationalsozialismus doch Deutschland schließlich vor dem Kommunismus gerettet habe“. Ein Hinweis auf die heutige Ausbreitung des Kommunismus infolge des Hitlerkrieges wurde abgetan. Daß die Mehrheit der Deutschen die Tatsache des deutschen Überfalls auf die SU anerkennt, erhielt die dreiste Antwort, daß „die Dummheit immer auf der Seite der Mehrheit stünde“. Eine Aufforderung, sich zu entschuldigen, wies der Diskutant zurück.

Insbesondere wurde die demokratische Staatsform als „Ritual, Mythos und Popanz, die keine Diskussion über andere Staatsformen zulasse“, bezeichnet. Auf die Frage, in welche Richtungen ihre Staatsvorstellungen gingen, wurde gesagt: „faschistischer Führerstaat“, „elitärer Klassenstaat“, „Monarchie“, „autoritärer Ständestaat“. Als Kategorien für die Führungsqualitäten wurden genannt: „Adel, Geburt, Titel, Zugehörigkeit zum höheren Besitzbürgertum, Grund und Boden, Blut, Geld und Leistung“. „Nur ein starker Führer könne die wahre Demokratie schaffen.“ Einer hielt Aufstiegsmöglichkeiten aus der einen in die andere Klasse „in ganz geringem Umfang für wünschenswert“, ein anderer trat für „Verhärtung der jetzigen Herrschaftsstrukturen und Klassen“ ein. Weitere Bildungsmöglichkeiten zu schaffen sei „nicht wünschenswert“, da sonst keine „richtige Bildung entstehen könne und eine Nivellierung eintrete“. „Man muß die Massen dumm halten, es hat ja schließlich seinen Grund, warum der Arbeiter dort steht, wo er steht.“ „Wir wollen keinen intellektuellen Staat.“ „Bildungswerbung ist abzulehnen, da der Arbeiter grundsätzlich nicht bildungsfähig ist.“ Daß die Empirie in anderen Ländern beweist, daß die Arbeiterkinder einen größeren Anteil an der Studentenschaft haben können und also bildungsfähig sind, wurde immer wieder — trotz meines Hinweises auf sachliche Unlogik — abgetan: „das sei nicht wünschenswert“.

Im Verlauf der Diskussion kam es noch zu folgenden Aussprüchen: „Die weiße Rasse muß sich bedroht fühlen gegenüber der braunen und gelben“. Einer der Diskutanten fühlte sich auf Befragen effektiv physisch bedroht! Bei der Frage, ob die Inder zur braunen Rasse oder zur weißen gerechnet werden müssen, vertraten die Diskutanten verschiedene Meinungen... Überhaupt müsse eine Rassenlehre zur Grundlage völkischer Politik gemacht werden.“ Ich habe daraufhin die „Diskussion“ abgebrochen, da kritisch-rationale, logische und wissenschaftliche Argumentation nicht akzeptiert wurde mit dem Hinweis „Ideologie, Emotion, Ablehnung der Geschichte seien die Triebfeder der Geschichte, also müsse man auch so argumentieren“.

#### Kommentar

Gewiß, Äußerungen solcher Gesinnung in dieser Deutlichkeit sind selten. Sie sind auch nicht repräsentativ für die Studentenschaft der Freien Universität. Erschreckend genug aber ist, daß überhaupt solche Gedanken spuken in Köpfen von Studenten, denen man doch eine gewisse Fähigkeit zur Einsicht in Vernunft zumuten möchte. „Freund-Feind-Denken, autoritäre Elite, mit Waffengewalt holen, faschistischer Führerstaat, autoritärer Ständestaat, Rassenlehre, völkische Politik“

— ein Vokabular, das jeden bis ins Knochenmark erschauern lassen sollte. Geäußert auf einer Veranstaltung des AStA der FU am 17. Juni 1965. Am 17. Juni!

Von 35 Anwesenden vertraten fünf die in dem Protokoll wiedergegebenen Thesen, vier verteidigten gegen diesen Frontalangriff ausdrücklich die demokratische Grundordnung. Eine erschütternde Tatsache. Man darf sie nicht verharmlosen.

Waren denn die anderen Diskussionsteilnehmer zu schüchtern, nahmen sie ihre Gegner nicht ernst, waren sie zu fassungslos? Wenn aber 26 Studenten unserer Universität während einer Diskussion, in der unverhohlen faschistische und nazistische Parolen proklamiert werden, fassungslos bleiben, ja wer soll denn dann die Fassung haben, sich laut zu wehren, wenn solche Ansichten in der Öffentlichkeit propagiert werden? Werden latente Faschisten wieder nicht ernst genommen, nur weil man glaubt, die könnten das doch nicht ernst meinen? Oder fehlten den während der Diskussion Schweigenden die Argumente? Waren es bloß Schablonendemokraten?

Die Soziologie-Professoren Habermas und von Friedeburg haben vor einigen Jahren an der Universität Frankfurt eine Untersuchung durchgeführt, deren Ergebnisse inzwischen in Buchform vorliegen. Titel: „Studenten und Politik“. Dabei wurde auch versucht, „das demokratische Potential“ (Realitätsgehalt der Gesellschaftsbilder der Studenten) zu erfassen.

Folgendes Ergebnis:

Definitiv demokratisch	9 %
Unprofilier	66 %
davon:	
eher demokratisch	20 %
ganz unprofilier	26 %
eher autoritär	20 %
definitiv autoritär	16 %
disparat	9 %

Den Studenten mit definitiv-demokratischem Potential stehen beinahe doppelt so viele mit definitiv autoritärem gegenüber! Zählt man die definitiv autoritären, die eher autoritären, die ganz unprofilierten und die disparaten zusammen (die ja in der politischen Wirklichkeit leicht unter einen Hut zu bringen wären), so ergeben sich 71 %. Diesen 71 % der Studenten, die ohne große Anstrengungen für eine autoritäre Staatsordnung zu gewinnen wären, stehen 9 % definitive Demokraten gegenüber. Die 20 % eher demokratischen wären im Notfall wohl auch noch bereit zur Verteidigung ihrer Freiheit.

Eine erschreckende Bilanz!

Schon einmal waren die Universitäten vorne dran, als es darum ging, die demokratische „Unordnung“ in eine „Ordnung“ zu verwandeln. Können uns die oben geschilderte Diskussion und die zitierten Zahlen Besseres für die Zukunft hoffen lassen?

Die autoritäre Organisation der Burschenschaften wird immer wieder angeprangert: Studenten, die diesen Vereinigungen angehören, können kein „definitiv-demokratisches Potential“ entwickeln. Professor Bettermann ruft aber eben diese Burschen auf, sie sollten „uns unsere Universität wieder in Ordnung bringen“. Um unsere Demokratie muß man bangen.

lh (FU-SPIEGEL Nr. 46, Juli 1965, S. 16)

## DOKUMENT 413

Otto-Suhr-Institut  
an der Freien Universität Berlin

22. Juni 1965

Prof. Dr. Gilbert Ziebura

Memorandum über die Entlassung meines Assistenten

Dr. Ekkehart Krippendorff

... Herr Professor Sontheimer in seiner Eigenschaft als Geschäftsführender Direktor des Otto-Suhr-Instituts und Herr Prof. Ziebura in seiner Eigenschaft als zuständiger Lehrstuhlinhaber erhielten daraufhin Gelegenheit, in einer Besprechung mit dem Rektor folgende schwere Bedenken gegenüber der Maßnahme des Rektors zu äußern:

1. Die Kritik betraf die vom Rektor gewählte Form, da er vor seinem entscheidenden Schritt weder den Geschäftsführenden Direktor des Otto-Suhr-Instituts noch den zuständigen Lehrstuhlinhaber über seine Absichten konsultiert hat; von der Maßnahme erhielt der letztere lediglich Mitteilung aus dem Munde des Geschäftsführenden Direktors des Otto-Suhr-Instituts. Es war daher gar nicht anders möglich, als daß dieser Schritt, insbesondere vom zuständigen Lehrstuhlinhaber aus, als ein schwerer Verstoß gegen das innerhalb der Universität übliche Loyalitätsverhältnis zwischen Rektor und einem Kollegen interpretiert wurde. Weiterhin hätte die Tatsache, daß gegen Herrn Krippendorff kein Disziplinarverfahren angestrengt werden konnte, weil er (aus noch ungeklärten Gründen) nur in einem privatrechtlichen Dienstverhältnis zur Universität steht, nicht ein Gespräch zwischen dem Rektor und Herrn Krippendorff unter vier Augen ausschließen dürfen. Auch die Auffassung des Rektors, daß, weil er sich persönlich durch Herrn Krippendorff beleidigt fühlte, er auch direkt über die Köpfe des Geschäftsführenden Direktors und des zuständigen Lehrstuhlinhabers hinweg seine Maßnahme treffen zu können glaubte, entbindet ihn wegen der schwerwiegenden Folgen seines Schrittes nicht von seiner Loyalitätspflicht gegenüber den genannten Professoren.

2. In der Unterredung wurde dem Rektor weiterhin zu bedenken gegeben, ob die Höhe des Strafmaßes der Verfehlung adäquat sei. Es handelt sich in der Intention des Rektors, wie er in der mündlichen Unterredung auch ausdrücklich bestätigt hat, um eine fristlose Entlassung, von der nur Abstand genommen wurde, weil der Vertrag von Herrn Krippendorff ohnehin am 30. September 1965 zu verlängern gewesen wäre. Es liegt auf der Hand, daß diese Maßnahme das Ende der akademischen Karriere Herrn Krippendorffs bedeutet. In der Tat scheint der Rektor dieses Ziel mit seinem Schritt auch angestrebt zu haben, denn er betonte in der Unterredung ausdrücklich, daß sich die Schärfe seiner Maßnahme daraus erkläre, daß er mit ihr einen „erzieherischen Effekt“ erreichen wollte.

Die Vermutung liegt nahe, daß der Rektor im Fall Krippendorff ein Exempel statuieren wollte, das sich grundsätzlich gegen wissenschaftliche Assistenten richtet, die sich politisch exponieren. Es ist selbstverständlich, daß wissenschaftliche Assistenten, die sich derart betätigen, an bestimmte Loyalitätspflichten gebunden sind, die aus ihrem Status resultieren. Dieser Gesichtspunkt wurde Herrn Krippendorff gegenüber auch ausdrücklich betont, sowohl von Prof. Sontheimer als auch von Prof. Ziebur. Dennoch kann, aus den genannten Gründen, die Maßnahme des Rektors nicht akzeptiert werden. In der Unterredung jedoch beharrte der Rektor auf seinem Standpunkt, so daß ich mich gezwungen sehe, mit Hilfe dieses Memorandums die Angelegenheit wie auch meine Stellungnahme dazu den interessierten Stellen und Persönlichkeiten der Freien Universität zu unterbreiten. Dieser Appell scheint nicht zuletzt auch deshalb notwendig, weil es hier um einen Präzedenzfall mit weitreichenden Folgen für die Zukunft der Freien Universität Berlin geht.

Professor Dr. Gilbert Ziebur

(Archiv Z16: Akte „12.12, FU, Flugblätter bis 1965“)

## DOKUMENT 414

1 Berlin 33, den 24. 6. 1965

Musäustr. 1

Tel.: 76 20 02

### Die Berliner Burschenschaft hat der Presse folgende Erklärung übergeben:

Der 1. AStA-Vorsitzende der Freien Universität Berlin, Herr Lefèvre, hat die Ermordung bzw. lebensgefährliche Verwundung zweier Westberliner Bürger auf dem Teltowkanal durch sowjetzonale Grenzposten als „Ereignis“ bezeichnet, durch das sich „die Spannungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR“ verschärfen könnten.

Die Berliner Burschenschaft verurteilt diese sogenannte Stellungnahme des Herrn Lefèvre, weil sie nicht die allgemeine

Auffassung der Studenten wiedergibt, in deren Namen er gesprochen hat.

Es handelt sich weder um einen „Zwischenfall“ noch um ein „Ereignis“, sondern um einen auch für die Grenzwächter der SBZ erkennbaren Mord. Den Unterschied zwischen Rechts- und Unrechtsstaat kennt Herr Lefèvre, der die „DDR“ sogar eindringlich zur öffentlichen gerichtlichen Klärung des „Zwischenfalls“ auffordert (!), anscheinend nicht.

Die Berliner Burschenschaft ist der Überzeugung, daß der Vorsitzende des Allgemeinen Studentenausschusses weder die Mehrheit der Studierenden der FU, noch den Gründergeist vertreten hat, auf den sich der AStA sonst zu berufen pflegt.

Die Berliner Burschenschaft

(Archiv Z16: Akte „12.12, FU, Flugblätter bis 1965“)

## DOKUMENT 415

### Streng vertraulicher Bericht

#### über die Senatssitzung am 30. Juni 1965

#### für Frh. Rüger, Herrn Lefèvre

Wichtigster Punkt der Senatssitzung war die Zulassung einer studentischen Gemeinschaft und zwar des VdSt Berlin—Leipzig. Ich bat, die Abstimmung über die Zulassung dieser Gemeinschaft zu vertagen, da ich noch am Morgen von Frau Ziesing, Sachbearbeiterin im Rektorat, erfahren hatte, diese Gemeinschaft werde nicht mehr auf die Tagesordnung kommen. Ich begründete das damit, daß gerade die Ablehnung dieser Gemeinschaft durch den Konvent sehr kompliziert darzustellen sei und wir uns gründlich darauf hätten vorbereiten müssen. Herr Prorektor Heinitz gab ebenfalls zu bedenken, daß die Begründung des Konvents zur Ablehnung dieser Gemeinschaft sehr eingehend und kompliziert sei und ein Aktenstudium eigentlich aller Mitglieder des AS notwendig sei. Um das zu vermeiden und trotzdem ein sachgerechtes Urteil auf der nächsten Sitzung fällen zu können, schlug er eine Kommission vor. Herr Prof. Elzel lehnte ab, er sei zu jung für diese Kommission, es müßten Mitglieder in diese Kommission, die die Vergangenheit authentischer beurteilen könnten. Herr Prof. Philip wurde hineingewählt, Herr Prorektor Heinitz, schließlich auch Herr Prof. Friedeburg. Herr Prof. Bettermann wurde vorgeschlagen. Der Einwand gegen ihn, Herr Prorektor Heinitz vertrete bereits die juristische Position, wurde von Prof. Lüers entkräftet mit der Bemerkung, der Prorektor sei in erster Linie Prorektor. Ich wünschte einen studentischen Vertreter in diesem Ausschuß, und eine ganze Reihe von Professoren nickten mir einverstanden zu. Dann neigte sich Prof. Bettermann zu Magnifizenz Lüers und machte eine leise Bemerkung, von der ich nur verstehen konnte: „...kein Student.“ Ich bin nicht sicher, ob er nicht sogar gesagt hat, „nicht Frh. Rüger, Sie wissen doch...“ (siehe persönliche Erklärung Bettermanns gegen Frh. Rüger). Der Rektor ging darauf ein und machte den Vorschlag, einen studentischen Vertreter nur zu hören, d. h. ihn gegebenenfalls einzuladen. Herr Prof. Bettermann hatte vorher noch gegen meinen Wunsch Stellung genommen, indem er darauf hinwies, daß der Konvent 14 Monate auf den Akten des VdSt gesessen habe und alles Wesentliche hätte schriftlich fixieren können. Keines der Senatsmitglieder unterstützte meinen Wunsch nach den Worten des Rektors, sondern war offensichtlich der Auffassung (Mimik), daß das ein *modus vivendi* sei.

Nach der Sitzung sprach ich mit Herrn Prof. Friedeburg, Herrn Prof. Philip, Herrn Prof. Heinitz und sagte ihnen, daß es doch hoffentlich selbstverständlich sei, den von mir vorgeschlagenen studentischen Vertreter, Herrn Grüner, zu jeder Sitzung einzuladen, es sei doch offensichtlich, aus welchen Gründen Herr Prof. Bettermann gegen den studentischen Vertreter gewesen sei, bzw. daß er grundsätzlich studentische Beteiligung ablehne.

Unter Mitteilungen bat Dr. Hartwich (Rektorat), sich zu überlegen, wie man es den professoralen Mitgliedern des Lehrkörpers erleichtern könne, an der Veranstaltung mit Staatspräsident Saragat teilzunehmen; eine Reihe von Pro-

fessoren hätten ihn angerufen und ihm gesagt, daß sie sich nicht in der Lage sähen, teilzunehmen, weil sie ihre Vorlesung ohne die Bestimmung, der Nachmittag werde zum dies erhoben, nicht absagen könnten. Nach kurzer Diskussion waren fast alle Professoren außer Herrn Prorektor gegen einen dies, wünschten aber, daß die Dekane den Mitgliedern der Fakultäten nahelegten, an dieser Veranstaltung teilzunehmen. Darauf sprach noch einmal Prof. Bettermann und gab eine grundsätzliche Stellungnahme ab: „überhaupt sei die Universität nicht der Ort politischer Reden und Stellungnahmen“.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß in der nun folgenden Diskussion fast alle Mitglieder des Senats für einen dies sich aussprachen, offensichtlich in Opposition zu der Bemerkung Prof. Bettermanns, die wieder einmal zu weit gegangen war. So kam es zur Erhebung des Nachmittags zum dies.

...  
Zur Kenntnisnahme ein Gespräch mit Prof. Lieber über seine Teilnahme an der Vollversammlung der Phil. Fakultät.

Ich bat Herrn Prof. Lieber, auf der Vollversammlung der Phil. Fak. in einer Art Regierungsprogramm seine Vorstellungen einer Zusammenarbeit zwischen Studentenvertretung und akademischer Verwaltung zu entwickeln. Er sollte ausgehen von den Erfahrungen der letzten Zeit und der Dokumentation des SDS und sagen, wie er sich politische Auseinandersetzungen zwischen Studentenvertretung und akademischer Verwaltung vorstelle. Herr Prof. Lieber lehnte unter vielen Bedauerungen eine solche Stellungnahme ab (bevor ihm einfiel, daß er Freitag, den 9. Juli, ohnehin nicht da sei) mit etwa folgender Begründung:

Er möchte beim Nullpunkt bei seinem Amtsantritt beginnen und nicht schon durch vorherige Erklärungen, seien sie so abstrakt wie möglich, sich festlegen und gegenüber den konservativen Professoren in ein schiefes Licht geraten. Schon seine Teilnahme an der Demonstration der Studentenschaft zum 1. Juli durch seine Rede sei ihm von verschiedener Seite übel vermerkt worden. Ich kam noch einmal auf den Nullpunkt zu sprechen und erinnerte ihn, daß auch wir, d. h. der linke Teil des Konvents, mit der Legislaturperiode geglaubt hätten, auf dem Nullpunkt anfangen zu können. Auch er hätte eine lange Reihe von Frustrationen zu erwarten; sein neuer Arbeitsstil werde die Situation an der FU und ihre Struktur nicht schlagartig verändern können; er werde das Mißtrauen der Studentenschaft gegenüber der akademischen Verwaltung nicht sofort beseitigen können und hätte Opposition gegen verschiedene seiner Vorschläge zu erwarten, insbesondere, da diese Vorschläge von seiner Funktion als Rektor beeinflusst sein würden. Herr Prof. Lieber antwortete, er rechne mit Auseinandersetzungen mit der Studentenvertretung wie auch mit ihrer Opposition.

Herr Prof. Lieber lehnte insbesondere ab, sich vor der Amtsübernahme offiziell zu exponieren, da er soz. „die Universitätsstruktur von innen aufbrechen wolle“.

(Nichtsignierter Durchschlag aus den Akten der studentischen Sprecherin im Akademischen Senat. Archiv Z16: Akte „12.12. FU, Akademischer Senat 1964/65“)

## DOKUMENT 416

... zur „kleinen Attacke“

In der letzten colloquium-Ausgabe teilen Sie den Lesern mit, daß der Artikel von Professor Henrich „Anmerkungen zum Abschied“ deswegen nicht im FU-SPIEGEL, für den der Artikel geschrieben war, abgedruckt wurde, „weil der FU-AStA gegen einzelne Argumente“ Professor Henrichs „Einwände hatte“. Diese Mitteilung entspricht nicht den Tatsachen.

Der AStA kann nicht bestimmen, was im FU-SPIEGEL abgedruckt wird und was nicht. Das Pressestatut räumt dem AStA nur drei Seiten für seine Artikel ein; im übrigen gestaltet ein unabhängiges Redaktionsgremium jede Ausgabe. Der AStA, mit dem sich der Chefredakteur meist berät, legte dem Chefredakteur in diesem Falle aus folgenden Gründen nahe, für die Mai-Nummer vom Abdruck des Artikels abzusehen: Professor

Henrich stellt in seinem Artikel kritisch so viele und komplizierte Zusammenhänge ansprechende Fragen, daß gerade im Sinne des „Gesprächs, das die Freie Universität wie jede andere dringend braucht“, andere Artikel, die sich mit Professor Henrichs Artikel auseinandersetzen würden, in den folgenden Nummern des FU-SPIEGELS hätten abgedruckt werden müssen. Der dafür nötige Raum steht aber dem FU-SPIEGEL in diesem Sommersemester nicht zur Verfügung; z. B. wegen der AKTION 1. JULI, mit der sich der überwiegende Teil der Juni-Ausgabe beschäftigen muß. Es trifft deswegen nicht zu, daß auch der FU-SPIEGEL „plötzlich blinde Flecken zeigt“.

Diese Gründe hätte das colloquium auf Anfrage beim AStA vor der Veröffentlichung der kleinen Attacke erfahren können.

Freie Universität  
Allgemeiner Studentenausschuß  
Wolfgang Lefèvre, 1. Vorsitzender

(Colloquium, 19. Jahrgang 1965, Heft 7, Juli, S. 12)

## DOKUMENT 417

Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS)  
zum 1. Juli

Heute abend demonstrieren die Berliner Studenten und Berufsschüler für einen verstärkten Ausbau des Bildungswesens in der Bundesrepublik.

Diese Demonstration soll der Höhepunkt der „Aktion 1. Juli“ in Berlin werden. Die „Aktion 1. Juli“ geht zurück auf eine Initiative des RCDS-Mitgliedes Ignaz Bender im AStA der Uni Freiburg und wurde auf der letzten Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften von fast allen AStA's der Bundesrepublik beschlossen.

Der RCDS unterstützt die Bemühungen des VDS um eine bessere Bildungspolitik und fordert die Politiker aller Parteien in den Ländern und im Bund auf, den Bildungsnotstand zu beseitigen.

Der RCDS bedauert, daß die Arbeit der Kulturpolitiker in der Vergangenheit nur geringes Interesse bei den Parteien fand.

Der RCDS befürwortet auch für Berlin verstärkte Anstrengungen in der Bildungspolitik. Wußten Sie schon

● daß das Bildungsgefälle zwischen den „Arbeiterbezirken“ Wedding und Kreuzberg und den „bürgerlichen“ Bezirken Wilmersdorf und Zehlendorf dem zwischen Bayern und Schleswig-Holstein entspricht?

● daß die Zahl der Schüler auf weiterführenden Schulen in Berlin ständig abnimmt?

● daß wir auch in Berlin 1970 einem akuten Lehrermangel gegenüberstehen werden?

Der RCDS fordert eine großzügige Information der Öffentlichkeit über die Probleme unserer Bildungspolitik und hält vor allem genaue Kenntnisse der Eltern über die Bildungsmöglichkeiten für ihre Kinder für notwendig.

Deshalb richtet der RCDS an alle Berliner Studenten die Aufforderung, heute abend an der Demonstration und Kundgebung „Bildung in Deutschland — ohne Kopf in die Zukunft“ teilzunehmen (Treffpunkt 18 Uhr Steinplatz).

(Archiv Z16: Akte 12.12, FU „Flugblätter“ [bis 1965])

## DOKUMENT 418

Peter Müller  
Thesen zur Diskussion am 10. 7. 1965, 11.00 Uhr, über  
„Selbstverantwortlichkeit der politischen Bildungsarbeit der Studentenschaft“

I. Was „politisch“ ist, ist allgemein bekannt; doch jeder, den man fragt, wird es anders definieren.

II. Wird unter „politischer“ Arbeit oder Aktion der Studentenschaft die öffentliche Arbeit oder Aktion der Studentenschaft verstanden, so ist zu sagen: das ist die Voraussetzung ihrer Existenz; das Ende der Öffentlichkeit wäre nicht nur das Ende ihrer demokratischen Verfassung, es wäre das Ende der Studentenschaft selbst.

III. Funktional ebenso wie materiell gesehen, beruht wissenschaftliche Arbeit heute in einem untrennbaren Beziehungsgeflecht auf politisch-gesellschaftlichen Voraussetzungen; sie untersucht und reproduziert in einer ungemessenen Vielzahl von Fällen politische und gesellschaftliche Sachverhalte, Prozesse und Entscheidungen; sie ist samt ihren Produkten — und zu diesen gehören auch die Studenten — von außerordentlicher politischer und gesellschaftlicher Relevanz und Konsequenz.

IV. So sind politisches und wissenschaftliches Gespräch, politische und wissenschaftliche Auseinandersetzung an einer Universität in vielen Fällen lediglich zwei Seiten der gleichen Sache.

V. Durch politische Bildungsarbeit leistet die Studentenschaft, und zwar ebenso die verfaßte Studentenschaft durch ihre Vertretung wie die studentischen Vereinigungen und Gruppen, einen notwendigen Beitrag, aber auch ein unersetzliches Korrektiv zur wissenschaftlichen Arbeit und wissenschaftlichen Lehre an ihrer Hochschule.

VI. Politische Bildungsarbeit der Studentenschaft, wie auch der Universität, begreift nicht nur Vermittlung sogenannter „sachlicher“ Information; sie umfaßt auch Aufstellung, Diskussion und Streit um politische Meinungen, Thesen, Programme. Sie dient wesentlich der Bewußtmachung der eigenen historisch-gesellschaftlichen Position und der politischen Möglichkeiten des Studenten und damit seiner Heranführung an politisches Entscheiden und Handeln.

VII. In diesem Zusammenhang muß die Studentenschaft wie überhaupt die Universität oft genug selbst politisch entscheiden und handeln. Die Gesellschaft beansprucht sie als politischen Faktor, ihre Position und ihre Aufgaben machen ein auch politisches Verständnis ihres Mandates unausweichlich; ihr Auftrag zu politischer Bildungsarbeit macht es sinnvoll, aktive Minderheiten in der Studentenschaft wollen es so.

VIII. Solch politisches Verständnis der Aufgaben, solche politische Bildungsarbeit der Studentenschaft qualifiziert sie und ihre Angehörigen zu politisch-gesellschaftlicher Mündigkeit; sie setzt politische und gesellschaftliche Unabhängigkeit und Selbstverantwortlichkeit der Studentenschaft andererseits voraus.

IX. Wie die wissenschaftliche Auseinandersetzung, so findet auch das politische Gespräch an unserer Universität seine Begrenzungen in den Schranken der Verfassung und der allgemeinen Gesetze — und darin allein.

X. Jede andere Begrenzung der politischen Diskussion an unserer Universität, ob nach Zweckmäßigkeit, Form, Opportunität oder moralischer Qualifikation der teilnehmenden Personen, ist selbst politisch motiviert; sie kann deshalb zur Basis allein die demokratische Kontrolle der studentenschaftlichen Vertreter und Exekutive durch die dazu berufenen Organe der Studentenschaft haben — und das genügt.

XI. Der Weg, auf dem unsere Dozenten politische Meinungsbildung und politisches Bewußtsein der Studentenschaft beeinflussen können und sollen, ist der der wissenschaftlichen Forschung und Lehre. Wir wünschen uns außerdem ihre Teilnahme an den politischen Diskussionen und Auseinandersetzungen in der Studentenschaft als ein wertvolles und notwendiges Korrektiv. Was wir uns nicht wünschen, ist die scheinheilige Diffamierung des Politischen überhaupt, ist administratives Einschreiten und rektorale Verbote.

XII. Eine Universität, die die Selbstverantwortlichkeit der politischen Bildungsarbeit und das politische Verständnis der Aufgaben der Studentenschaft, auch und gerade im Falle von Konflikt und Widerspruch, nicht garantiert, sondern zu unterdrücken sucht, zerstört nicht nur die Studentenschaft als verantwortlichen Partner des Lehrens und Lernens, sie zerstört ihr eigenes, freiheitliches Fundament. Sie verdient nicht länger, eine „Freie“ Universität genannt zu werden.

(Privatakten, Standort Archiv Z16: Akte „FU-SF 1965/66“)

## DOKUMENT 419

Thesen (ohne Begründung) zu dem Thema:  
Stellung und Rechte der Studentenschaft in der gegenwärtigen Universität

Diskussion Professor Hirsch — Ulrich K. Preuß am Samstag, 10. Juli 1965, 11 e. t., Hörsaal B, Henry-Ford-Bau

1. Die Universität kann heute nicht mehr als eine Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden im überkommenen Sinne angesprochen werden.

2. Die Entwicklung der Universität zum Großbetrieb hat die Auflösung ihrer Einheit von Forschen, Lehren und Lernen bewirkt und zu einer Differenzierung ihrer Funktionen geführt.

3. Im Gefolge der Auflösung der Einheit von Forschung, Lehre und Lernen ist auch die Interessenhomogenität innerhalb der Korporation Universität obsolet geworden.

4. Die gegenwärtige Universität ist nicht jene selbstgenügsame, abseits bürgerlicher (ökonomischer und sozialer) Interessen stehende Dienerin der Wissenschaft, als die ihre Repräsentanten sie gegenüber Ansprüchen der Gesellschaft auszugeben pflegen; vielmehr ist sie zu verstehen als eine Institution sozialstaatlicher Daseinsvorsorge zur Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Produktions- und Lebensprozesse und als notwendige institutionelle Voraussetzung zur Erhaltung und Entwicklung von Demokratie im Medium rationaler Aufklärung und Öffentlichkeit.

5. Im Verhältnis des Studenten zur Universität reproduziert sich heute die in allen gesellschaftlichen Produktions- und Dienstleistungsapparaturen zu beobachtende Form bürokratischer Herrschaft. Die Beziehung der Universität zum Studenten ist eine Herrschaftsbeziehung.

6. Die Stellung der verfaßten Studentenschaft in diesem herrschaftlich organisierten Apparat kann daher nicht als Teilkörper in einem in sich harmonischen Organismus (Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden) verstanden werden.

7. Studentische Interessenvertretung kann daher niemals an einem fiktiven (weil Herrschaftsverhältnisse überdeckenden) Vertrauensverhältnis seine Grenzen finden, sondern allein an den Notwendigkeiten einer rationalen Hochschulorganisation. Deren Kriterien sind: Produktivität, Kreativität, kritisches Engagement im Dienste der Aufklärung.

8. Das höhere intellektuelle Niveau der Lehrenden gegenüber den Studenten besagt nichts über die Legitimation der Interessen der Studenten. Die fachliche Unterlegenheit des — als erwachsen gesetzten — Studenten berechtigt nicht zur Entmündigung bei der Gestaltung seiner sozialen Existenz.

9. Eine rechtliche Begrenzung der Gegenstände, zu denen sich Organe der Studentenschaft äußern, ist nicht möglich. Einzige Richtlinie ist das demokratische Mandat der Wähler.

10. Eine produktive Arbeit in der Hochschule ist erst dann wieder möglich, wenn die erwähnten strukturellen Gegensätze erkannt und nicht als inexistent bezeichnet werden. Erst bei voller Kenntnis der Gegensätze sind vernünftige Kompromisse möglich.

gez. Ulrich K. Preuß

(Privatakten, Standort Z16: Akte „FU-SF 1965/66“)

## DOKUMENT 420

Wissen Sie, daß

ein Assistent unserer Universität seine Stellung verliert, weil er in einem Artikel, der sich kritisch mit dem Verhalten des Rektors im Fall Kuby befaßte, eine Fehlinformation veröffentlichte,

er seine Stellung verliert, obwohl er kurz danach den Sachverhalt öffentlich richtigstellte und sich beim Rektor dafür entschuldigte, daß er seine Information nicht sorgfältig genug überprüft habe,

er seine Stellung verliert, obwohl dieser Beschluß vom Rektor über den Kopf des zuständigen Lehrstuhlinhabers und

13. Juli

Institutsdirektors gefaßt wurde — sie wurden erst nach der Entscheidung informiert

### Hier droht

das politische Engagement wissenschaftlicher Assistenten im Keime erstickt zu werden. Welcher Assistent kann es noch wagen, bei einem solch groben Mißverhältnis zwischen Ursache und Wirkung unbequeme Kritik an eventuellen Mißständen an der Freien Universität zu äußern?

### Wir fordern

das Rektorat auf, endlich die Universitätsöffentlichkeit über den Fall Krippendorff zu informieren.

die Verlängerung des Vertrages von Dr. Krippendorff.

Argument Klub	DIS	GSG
HSU	ISSF	LSD
RCDS	SDS	SHB
Fr. der Publizistik	ESG	HAK der KSG

(Archiv Z16: Akte „12.12, FU, Flugblätter bis 1965“)

## DOKUMENT 421

### Protokoll

der 8. (o.) Sitzung des 17. Konvents am Dienstag, dem 13. Juli 1965, 20.00 Uhr s. t., im Hörsaal 102 der Wi.-So. Fakultät

Beginn: 20.15 Uhr — Ende: 0.30 Uhr

Es fehlten während der ganzen Sitzung:

entschuldigt:

Vorklinik: Eggert, Sundmacher  
Vet. med. Fak.: Doebelt, Lüdke, Schein (koopt.)  
Jur. Fak.: Klaus, Simon  
Wi.-So. Fak.: Müller, Zimmermann  
Phil. Fak.: Asendorf

unentschuldigt:

Vorklinik: Braun  
Klinik: Arntzen  
Jur. Fak.: Kirchberger, Landowsky, Seifert  
Wi.-So. Fak.: Fusch, Deutscher, Patschan, Petzold  
Math.-Nat. Fak.: Panten, Prüß  
Pharmazie: Rauen, Sadée  
Phil. Fak.: Begoll, Frohn

### 3. Beschlußfassung zur „Angelegenheit Krippendorff“

Einleitend gibt Herr Fenner eine Grundsatzklärung ab. Herr Lefèvre begründet die Beschlußvorlage des AStA und informiert den Konvent über das Ergebnis der Beratungen der Kommission im Fall Krippendorff, der drei Altrektoren, die Dekane der Wi.-So. Fakultät und der Juristischen Fakultät und die Professoren Sontheimer und Ziebura angehörten. Danach soll Herrn Dr. Krippendorff bei Aufrechterhaltung der De-facto-Entlassung durch ein Stipendium die Habilitation ermöglicht werden.

Herr Professor von der Gablentz wünscht zur Grundsatzklärung von Herrn Fenner eine sachliche Berichtigung dahingehend, daß Herr Jaspers die Einladung zu einem Vortrag an der FU aus gesundheitlichen Gründen abgesagt habe. Das Wort „offiziell“ in der Erklärung von Herrn Fenner sei nicht am Platze.

Herr Reif führt aus, daß die Entlassung seines Assistenten eine starke Belastung für Herrn Professor Ziebura bedeute. Es schließt sich eine Diskussion über den Antrag des AStA an.

Herr Hameister plädiert für eine schärfere Stellungnahme zum Fall Krippendorff und empfiehlt, die Kritik an Professor Bettermanns Rede vor den Burschenschaften in einem gesonderten Beschluß zusammenzufassen.

Herr Gebauer weist auf den durch die zwei Tätigkeiten von Herrn Dr. Krippendorff als Journalist und Universitätsangehöriger entstandenen Konflikt hin und stellt die Frage, ob diese Tatsache beachtet worden sei.

Auf die Frage bezüglich der Handhabung der Gewährung eines Habilitationsstipendiums antwortet Herr Professor von der Gablentz: „Ein Habilitationsstipendium wird über den Akademischen Austauschdienst gewährt und müßte von der

Universität selbst zu vergeben. Seine Magnifizienz hat Herrn Dr. Krippendorff diese Unterstützung zugesagt. Sollte das

Habilitationsstipendium abgelehnt werden, muß die ganze Angelegenheit noch einmal untersucht werden.“ Die Frage nach der Dauer des Stipendiums beantwortet Herr Professor von der Gablentz dahingehend, daß das Stipendium zunächst für ein Jahr gewährt werde mit der Erwartung, daß auch ernsthaft an der Habilitation gearbeitet wird.

Herr Hohrmann stellt fest, daß ein Habilitationsstipendium normalerweise eine Auszeichnung bedeute und stellt die Frage, ob es nicht merkwürdig sei, daß einem entlassenen Assistenten diese Ehrung zuteil werden solle.

Herr Professor von der Gablentz erklärt dazu: „Das Habilitationsstipendium sollte Herrn Dr. Krippendorff ein Jahr später sowieso gewährt werden, da Herr Professor Sontheimer und Herr Professor Ziebura es befürworteten. Der Kompromiß ist zwar nicht schön, aber für Herrn Dr. Krippendorff wichtig.“

Herr Professor von der Gablentz begrüßt die maßvolle Formulierung der Beschlußvorlage.

Auf eine entsprechende Frage von Herrn Krüschet antwortet Herr Lefèvre, Herr Dr. Krippendorff habe sich noch nicht für die Annahme des Stipendiums entschieden, hielte es jedoch für sehr wichtig, daß sich die Studentenschaft einstimmig dagegen ausspreche.

Herr Krüschet gibt zu bedenken, daß, wenn die Maßnahmen gegen Herrn Dr. Krippendorff ein Exempel darstellen sollen, weitreichende Folgen für die Freie Universität entstehen können. Die Funktion der Universitätsordnung wird gestört und der ordentliche Lehrbetrieb in Frage gestellt.

Herr Professor von der Gablentz regt einige Änderungen der Beschlußvorlage an:

Zu Punkt 1. sagt er, Dr. Krippendorff habe nur den Rektor persönlich, nicht aber ein Organ der Universität angreifen wollen.

Den Punkt 2. ergänzt er mit dem Hinweis, das Verhalten des Rektors gegen Professor Ziebura und Professor Sontheimer habe zu einer schriftlichen Erklärung des Rektors geführt.

Zum Fall Krippendorff selbst sagt Herr Professor von der Gablentz folgendes:

1. Die Rechtslage ist sehr kompliziert und kann daher hier nicht erörtert werden.

2. Der eigentliche Vorwurf geht nicht darauf hinaus, daß der Rektor unrechtmäßig gehandelt hat, sondern daß er juristische Argumente höher wertet als die Bitten vieler Professoren, Assistenten und der meisten Studenten, Herrn Dr. Krippendorffs Entschuldigung zu akzeptieren und den Vertrag zu verlängern. Zu kritisieren ist ferner das unkollegiale Verhalten des Rektors Herrn Professor Ziebura gegenüber. Offensichtlich sei Se. Magnifizienz der Meinung, die „Loyalität“ gelte nur von unten nach oben. Typisch ist, daß der Brief von sieben Professoren an den Rektor mit der Frage, ob die Äußerung ihres Kollegen Bettermann: „Nur eine Minderheit wisse, was Ehre heißt“ von der Universität öffentlich zurückgewiesen werden könne, zu keiner Reaktion geführt hat. Für eine große Gruppe von Professoren ist die Angelegenheit Krippendorffs deshalb keineswegs erledigt. Das Vertrauen zwischen Professoren und Universitätsinstanzen ist zur Zeit aufs schwerste erschüttert. Eine neue Stellungnahme von einigen Professoren ist nur deshalb unterblieben, weil man hofft, unter dem neuen Rektor zu einem besseren Vertrauensverhältnis zu kommen.

Die von den Abgeordneten D. Müller, Zöpel, Hohrmann, Henschel und von der Ältesten, Frl. Gmelin, gestellten Zusatzanträge zur Beschlußvorlage werden angenommen.

Die einzelnen Abschnitte der Vorlage werden jeweils einstimmig angenommen.

Über die gesamte Vorlage wird auf Geschäftsordnungsantrag namentlich abgestimmt.

Für die Annahme der Beschlußvorlage stimmen:

Gatzka, Götte, Bulling, Frese, Großkraumbach, Herrmann, Link, Rieger, Röbling, Siebert, Brentzel, Fenner, Neubauer, Nölle, Rößler, Buttgerit, Henschel, Heuer, Hitzbleck, Pollak, Seeling, Wahmann, Zöpel, Ely, Förstel, Hackenberger,

Hansen, Heilmann, Kettig, Staude, Allerbeck, Börnsen, Dietrich, Grüner, Hamelster, Hartung, Henning, Hohmann, Kadritzke, Kalusche, Krüschet, Meier, Melcher, Müller, Niemann, Reipert, Ripken, v. Rössing, Rüger, Rühländer. Die Beschlußvorlage ist damit einstimmig angenommen. (Wortlaut s. Anlage.)

(Archiv Z16: Akte „12.12, FU, 17. Konvent, Protokolle 7.—14. Sitzg., 1965“)

## DOKUMENT 422

### Otto Heinrich von der Gablentz: Die Freiheit in der Freien Universität Berlin

Ein hochschulpolitisches Nachwort zum Fall Krippendorff, vorgesehen für Nr. 30 der „ZEIT“; die Redaktion der „ZEIT“ hat einem Vorabdruck durch die Studentenschaft zugestimmt. „DIE ZEIT“ hat in Nummer 27 berichtet, daß der Rektor der Freien Universität Berlin, Prof. Dr. phil. Herbert Lüers, dem Assistenten (nicht, wie es in der Notiz hieß: Privatdozenten) Ekkehart Krippendorff mitgeteilt hatte, er werde seinen am 30. 9. 65 auslaufenden Vertrag nicht verlängern, weil Herr Krippendorff in einem Zeitungsartikel einen unzutreffenden Vorwurf gegen den Rektor erhoben hatte. Diese Entscheidung, die praktisch wie eine Entlassung wirkt, wurde ausgesprochen, obwohl Herr Krippendorff, sobald er auf seinen Irrtum aufmerksam gemacht worden war, eine Berichtigung vorgenommen und sich beim Rektor entschuldigt hatte. Inzwischen ist ein anderer Weg gefunden worden. Herrn Krippendorff für seine wissenschaftliche Arbeit im Zusammenhang mit der Freien Universität Berlin sicherzustellen, so daß über diese Seite des Falles die Akten geschlossen werden können. Damit ist aber das Vertrauen der Studenten, Assistenten und auch eines großen Teiles der Professoren zum Rektor und zu seinen Beratern noch keineswegs wiederhergestellt.

Eine Mehrheit der Professoren der Freien Universität Berlin hatte im Sommersemester 1964 den Professor Herbert Lüers, der ein Jahr lang das Amt des Rektors unauffällig verwaltet hatte, für ein zweites Jahr, d. h. bis zum 14. Oktober 1965, zum Rektor gewählt. Herr Lüers hat — sicher ohne bösen Willen und ohne zu verstehen, in welche Schwierigkeiten er sich verwickelte — die Universität in eine schwere Krise gestürzt.

Es begann mit dem Fall Kuby. Die Studenten hatten Herrn Kuby zu einem Vortrag eingeladen. Nun hat Kuby im Jahre 1958 eine unglückliche Äußerung über die „Unfreiheit“ der „Freien“ Universität Berlin gemacht, und daraufhin hatten Rektor und Senat erklärt, er dürfe nicht wieder in der Universität sprechen. Auf dieses Verbot berief sich Herr Lüers, als er in den Osterferien den Antrag der Studenten vorgelegt bekam. Er blieb damit im Rahmen seines Hausrechtes; aber er ließ sich auch nicht zu einer Änderung der Entscheidung bewegen, als ihm deutlich gemacht wurde, daß diese Entscheidung weder von Professoren noch von Studenten verstanden wurde. Der Vortrag von Kuby fand dann unter Vorsitz eines Professors der Freien Universität in einem Raum der Technischen Universität statt.

Nun holten die Studenten zu einem Gegenschlag aus und verlangten in stürmischen Sitzungen und mit Plakaten, die tagelang im Bereich der Freien Universität herumgetragen wurden — in einem Falle sogar durch einen Teilstreik —, eine andere Politik. Ihre Forderung, an jedem Ort zu jeder Zeit über jedes Thema jeden Redner zu hören, war zweifellos überspitzt. Denn daß der Rektor ein Hausrecht hat und es im Notfalle auch gegenüber studentischen Wünschen ausüben muß, läßt sich weder juristisch noch vom Standpunkt einer vernünftigen Ordnung her bestreiten. Da er aber keinen Weg fand, die Spannung abzuschwächen, kam es zu Weiterungen. Der Studentenvertreter brachte seine Ansicht in der Ansprache bei der Immatrikulationsversammlung vor und wurde dabei vom Rektor unterbrochen. Prof. Bettermann, der als Wahlsenator der Juristischen Fakultät anwesend war,

erzielte bei Professoren und Studenten Beifall für den Zwischenruf: „Wir sind doch hier nicht in einer politischen Versammlung.“

Den nächsten Eklat brachte die Anwesenheit des Rektors bei der Veranstaltung der Burschenschaften, die in der „WELT“ dahin ausgelegt wurde, die Universität revidiere offenbar ihr Verhältnis zu den schlagenden Verbindungen. Die Mißstimmung in der Freien Universität Berlin wurde noch dadurch geschürt, daß Prof. Bettermann bei einem Festkommers der Burschenschaften, bei dem der Rektor nicht anwesend war, erklärte, die Burschenschaften sollten auf ihrem Prinzip der Ehre bestehen. „Wer Ehre sagt, Ehre verlangt und Ehre verteidigt in dieser Zeit, der muß wissen, daß er sich in der Minderheit befindet.“ Er schloß damit, daß er die Burschenschaften aufforderte: „Bringen Sie unsere Universität wieder in Ordnung! In diesem Sinne rufe ich: Burschen heraus!“ Der Rektor mußte sich vor dem Senat wegen seiner Anwesenheit rechtfertigen. Rektor und Senat gaben dann am 16. 6. 1965 folgende Erklärung ab:

„Rektor und Senat erklären, daß die Anwesenheit des Rektors bei der Veranstaltung der Burschenschaften am Sonnabend, dem 12. 6. 1965, lediglich eine Höflichkeitsgeste des Vorsitzenden der Berliner Landesrektorenkonferenz gegenüber dem ebenfalls anwesenden Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz gewesen ist.

Selbstverständlich bedeutet diese Tatsache nicht, daß sich an der ablehnenden Haltung der Freien Universität Berlin gegenüber den schlagenden Verbindungen im geringsten etwas geändert hat.“

Der Senat war aber nicht bereit, das Verfahren des Rektors zu mißbilligen, und konnte sich auch nicht dazu aufraffen, die Äußerungen seines Mitgliedes Bettermann zurückzuweisen, der die Mehrheit des deutschen Volkes mit der Behauptung beleidigt hatte, nur eine Minderheit wisse, was Ehre sei. Zur Entschuldigung ließ sich anführen, daß die Rektorwahl vor der Tür stand, und daß man daher die Spannungen nicht verschärfen wollte.

An dieser Stelle ist ein kurzer Hinweis auf die Stellung der Freien Universität gegenüber den schlagenden Verbindungen notwendig. Ursprünglich hatte die Freie Universität Berlin in ihrer Satzung bestimmt, daß ein Mitglied einer schlagenden Verbindung nicht immatrikuliert werden könnte. Diese Satzungsbestimmung mußte auf richterliche Entscheidung hingestrichen werden. Es gibt also Studenten der Freien Universität Berlin, die Mitglieder der schlagenden Verbindungen sind. Diese Verbindungen werden aber von der Universität ignoriert. Sie werden nicht zugelassen, weil sie keinen förderungswürdigen Beitrag zur Erfüllung der der Universität gestellten Erziehungsaufgabe leisten. Sie haben kein Schwarzes Brett und dürfen im Bereich der Freien Universität keine Farben tragen.

Entscheidend für diese Haltung der Freien Universität ist nicht die Ablehnung von Band und Mütze, noch nicht einmal die Ablehnung der Mensur als solcher. Entscheidend ist der unüberbrückbare Widerspruch zwischen der Bildungsaufgabe der Universität und der Erziehung in den Korporationen. Wir haben die jungen Menschen zu Kritik und Selbstkritik zu erziehen; in den Korporationen werden die Studenten angehalten, Traditionen rein emotional unter Ausschaltung rationaler Kritik zu übernehmen. Außerdem ist es nicht wahr, daß die Korporationen studentische Vereinigungen sind. Sie sind beherrscht von den Alten Herren, die ihre Patronage von der Übernahme politisch und sozialpolitisch reaktionärer Ansichten abhängig machen. Korporationen, die ernsthaft gegen diesen Stachel gelockt haben, sind entweder aus ihren Verbänden ausgeschlossen oder durch Verweigerung von Unterstützungen ausgehungert worden.

In der durch den Streit um die Burschenschaften erregten Situation schrieb nun Krippendorff den inkriminierten Artikel. Er warf dem Rektor vor, eine Einladung von Jaspers zum 8. Mai aus politischen Gründen verhindert zu haben. In Wirklichkeit hatte der Senat aber beschlossen, am 8. Mai keine Veranstaltung zu machen, und der bereits eingeladene Jaspers hatte aus gesundheitlichen Gründen abgelehnt. Krippendorff entschuldigte sich am 28. Mai schriftlich beim Rektor. Seine Berichtigung erschien am 19. Mai im „Spandauer Volksblatt“.

Drei Wochen danach, am 10. Juni, kam aus heiterem Himmel die verklausurierte Entlassung. Dabei wurden der Direktor des Otto-Suhr-Instituts, an dem Herr Krippendorff tätig ist, und der Ordinarius, für den er arbeitet, übergangen. Die zuständigen Fakultäten, die Philosophische sowie die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, haben gegen diese Übergangung der Professoren protestiert, und der Rektor mußte sich entschuldigen. Es war aber nicht möglich, ihn zur Zurücknahme seiner Maßnahmen zu bewegen, und die zur Vermittlung eingeschalteten Dekane und früheren Rektoren haben sich mit Rücksicht auf den Rechtsstandpunkt auch nicht entschließen können, ihm dieses zu raten.

Hier setzt nun unsere große Enttäuschung und Empörung ein. Wir, das heißt die Studenten, die mit Krippendorff sich solidarisch erklärenden Assistenten und diejenigen Professoren, für die der Begriff „Freie Universität“ nicht nur ein politisches Symbol gegenüber der unfreien Humboldt-Universität im Osten ist, sondern auch die Forderung nach einem freiheitlichen Lebens- und Umgangsstil einschließt. Mag der Rektor formal im Recht gewesen sein — auch das ist noch arbeits- und verwaltungsrechtlich umstritten —, niemals kann daraus die Notwendigkeit abgeleitet werden, von diesem Recht unter allen Umständen auf Kosten der Billigkeit Gebrauch zu machen. Unsere Marburger Kollegen haben in ihrem offenen Brief an den Rektor Lüers mit Recht das Wort „obrigkeitliche Maßregelungen“ verwendet („ZEIT“ Nr. 29, S. 12). Daß auch ein erheblicher Teil der Professoren den Standpunkt des Rektors billigt, zeugt von einer Untertanengesinnung, die ja nur die Kehrseite der naiven Anbetung des Obrigkeitsstaates ist. Hier werden Recht und Behördenzuständigkeit verwechselt. Es ist aber ein Unterschied, ob jemand Unrecht tut oder ob jemand unkorrekt handelt. Im ersten Fall verletzt er nicht nur das formale Recht, sondern auch das Rechtsbewußtsein der auf Loyalität zur Verfassung verpflichteten Staatsbürger. Im andern Fall, und nur das kann für Krippendorff gelten, verstößt er gegen eine zweckmäßige Ordnung und muß deswegen zur Ordnung gerufen werden. Für diese Ordnung darf aber nicht das Pathos des Rechts bemüht werden. Wenn man die Autorität der Verwaltungsinstanz auf dieselbe Stufe erhebt wie die Autorität der staatlichen Ordnung, diskreditiert man das Rechts- und Staatsbewußtsein überhaupt. Hier liegt aber die eigentliche Gefahr. Der Rektor und die Professoren, die sich in diesem Falle vor ihm stellen, handeln aus einer Staatsideologie heraus, die schon im politischen Bereich sehr bedenklich ist. Niemandem der hier Beteiligten kann der Vorwurf nationalsozialistischer Vergangenheit oder Gesinnung gemacht werden. Aber ihre Denkweise ist charakteristisch für jenes „Staatsbewußtsein“, mit dem die Deutschen sich den Nationalsozialismus gefallen ließen, weil er angeblich legitim war und „Ordnung schaffte“.

Erst recht ist eine solche undemokratische Haltung unverträglich mit dem Charakter einer Hochschule. Auch eine Hochschule braucht Verwaltung, und Verwaltung kann nicht ohne Unter- und Überordnung sein. Sie braucht aber gleichzeitig Kollegialität, und nicht nur gegenüber den Professoren. Wir empfinden es als besonders peinlich, daß Fakultäten, Dekane und Altrektoren es zwar für selbstverständlich halten, daß der Rektor sich bei den übergangenen Professoren entschuldigt, daß sie es aber gar nicht zu bemerken scheinen, wenn er Assistenten und Studenten mißachtet. Es wird uns vorgehalten, auch Professoren seien doch Beamte. Aber unser Berufsethos widerspricht geradezu dem des typischen, des Verwaltungsbeamten. Von ihm wird Gehorsam verlangt, von uns Unabhängigkeit. Wer nicht als Person unabhängig ist und als unabhängige Person geachtet wird, auch wenn er so un bequem ist wie Krippendorff, von dem kann man nicht die geistige Unabhängigkeit verlangen, die zum Wesen eines Hochschuldozenten und zum Wesen eines sich um wissenschaftliche Haltung bemühenden Studenten gehört. Der Kompromiß, der für Herrn Krippendorff als Person erträglich ist, hat das Vertrauen zwischen Studenten, Assistenten und Professoren einerseits und den Organen der Universität andererseits auf das schlimmste erschüttert. Die Haltung des Rektors und seines juristischen Beraters, des früheren Staatsanwalts Völz, wird als Angriff auf das „Berliner Modell“ empfunden, das den Studenten — und neuerdings auch den bisher zurück-

gesetzten Assistenten — weitgehende Mitwirkung an der Selbstverwaltung der Universität verleiht. Dabei sind die Mißhelligkeiten zwischen Studenten und Rektorat — die ja wohl an keiner Universität ausbleiben — niemals aus der Mitarbeit von Studenten an Fakultätsvertretungen und Senat entstanden, wo sich die Studentenvertreter einer vorbildlichen Disziplin und Diskretion befleißigt haben.

Auf jedem Lebensgebiet kommt es vor, daß ein Amtsträger seiner Stellung nicht gewachsen ist und als Person keine Autorität genießt. Er wird dann versuchen, sich hinter der Autorität des Amtes zu verstecken. Die Aufgabe seiner Berater und Mitarbeiter ist dann, ihn möglicher Zurückhaltung zu veranlassen, damit die notwendige Autorität des Amtes nicht durch die ungeschickte Haltung des Amtsträgers in Mitleidschaft gezogen wird. Gerade das ist aber an der Freien Universität Berlin geschehen.

Es erhebt sich allerdings die Frage, mit wem wir dann noch solidarisch sein können, wenn die Loyalität von oben nicht eingehalten wird. Hinter dem falschen autoritären Staats- und Rechtsbewußtsein steht nämlich auch noch die Solidarität eines akademischen Standesbewußtseins, für das alle Voraussetzungen in der modernen Gesellschaft längst weggefallen sind. Diese Fiktion einer „Akademikerschaft“, die sich z. B. auch in den wunderlichen Bestimmungen über Aberkennung akademischer Grade bei „Unwürdigkeit“ äußert, ist die stärkste Stütze für die Klassengesellschaft in Deutschland. Der Respekt vor der Elite des Blutes und des Geldes ist nicht mehr groß. Der Respekt vor der Bildung wird mit gutem Grund gepflegt. Aber nun maßt sich eine Schicht, die das Glück gehabt hat, eine akademische Ausbildung zu genießen, Privilegien an und verhindert damit nicht nur jede vernünftige Vereinheitlichung des Schulwesens, sondern, soweit die Vertreter dieser Haltung in Behörden und — was mindestens so wichtig ist — in großen Unternehmungen den Ton angeben, überhaupt die Überwindung von Klassengegensätzen. Wenn unsere Demokratie glaubhaft sein soll, muß sie sich von dieser Klassengesinnung und dieser Untertanengesinnung distanzieren. Hier liegt ein entscheidendes Problem der Universitätsreform. Und es wird für Demokraten, die leidenschaftlich das genossenschaftliche Element neben dem herrschaftlichen durchsetzen wollen und deswegen leidenschaftlich für Autonomie auch der Hochschulen eintreten, immer schwerer, sich vorzustellen, daß die deutschen Universitäten sich noch selbst regenerieren könnten.

(Privatakten, Standort Z16: Akte „Studenten I“)

## DOKUMENT 423

Erich Kuby

Lucica, den 17. 7. 1965

Adresse:  
Nerezine  
otok Losinj  
poste restante  
Jugoslavien

Sr. Magnifizenz  
dem Rektor der Freien Universität Berlin  
Prof. Dr. Herbert Lüers  
Berlin 33  
Innestraße 24

Fw. Magnifizenz,  
eine Aussprache zwischen uns wäre ihrem Zweck wahrscheinlich dienlicher als dieser Brief, doch weist meine Adresse aus, daß sie derzeit nicht möglich ist.

Obschon der „Fall Kuby“ nur noch als der Anlaß einer Auseinandersetzung um die Grenzen der akademischen Freiheit im allgemeinen, an der FU im besonderen, angesehen werden kann, erscheint es mir geboten, jene Äußerung von mir aus dem Jahre 1958 zu präzisieren. Damit könnte ich, so hoffe ich wenigstens, dazu beitragen, daß die Auseinandersetzung nicht um Worte, bzw. nicht um ein Wort geführt wird, sondern in aller Klarheit um die demokratisch-politischen Positionen, die hier beiderseits verteidigt oder angegriffen werden. Das Wort, das ich aus der Arena, wenn ich so sagen darf, entfernen möchte, lautet „äußerstes“ in der Verbindung von „äußerstes Maß an Unfreiheit“. Von Anfang an habe ich, als



diese Sache durch Euer Magnifizenz in diesem Jahre wieder aktualisiert wurde, den Studenten in den Ausschüssen, und Professoren der FU, die zu kennen ich das Vergnügen habe, gesagt, daß dieses Wort, Bestandteil einer ohne Manuskript meinen damaligen Ausführungen spontan vorausgestellten Einleitung, von mir nie in seinem scharfen Sinn gemeint war. Allerdings glaubte ich, daß dergleichen aus dem Zusammenhang ohne weiteres zu entnehmen gewesen sei, denn die ganze Einleitung sollte ja zu erkennen geben, daß ich mir der besonderen politischen Umstände Berlins und der FU bewußt war, und war eine Art Entschuldigung, daß ich an diesem Platz „nichts anderes sagen könne als auch sonst“.

Wenn nun aber doch, wie erwiesen, das Wort dahin ausgelegt werden konnte, daß ich etwa hätte sagen wollen, die FU sei genau so „unfrei“ wie die Humboldt-Universität, so fällt mir nichts leichter als zu betonen, und gerade auch Euer Magnifizenz gegenüber, daß mir dergleichen nie in den Sinn gekommen ist.

Ich möchte es jedoch bei dieser negativen Interpretation nicht bewenden lassen, sondern auch sagen, was mir denn in den Sinn gekommen ist, nachdem ich mich damals offenbar mißverständlich ausgedrückt habe. Es ist dies: ich verstehe, daß sich in der Geburtsstunde der FU der Gedanke aufdrängte, sie eben so zu nennen: Freie Universität. Das war eine polemische Geste gegenüber den Verhältnissen, welche Studenten und Professoren damals bewog, ihren Exodus nach West-Berlin zu unternehmen. Es mußte aber, so denke ich, nach einiger Zeit der Augenblick kommen, nämlich dann, wenn die West-Berliner Universität in aller Form konstituiert und als dauernde Einrichtung gesichert war, in dem die Polemik der Bezeichnung hätte erspürt werden müssen, dergestalt, daß man sich auch in diesem Sinne von dem Herkunftsinstitut, der Humboldtuniversität frei gemacht hätte und einen Namen gefunden wie sagen wir: Frh. v. Stein-Universität oder ähnliches. (Ich will natürlich hier keinen Vorschlag machen, ich will — diesmal — so unmißverständlich wie möglich sein.)

Denn auch dies allerdings ist meine Meinung, daß die Auseinandersetzung West-Ost auf der ganzen Welt, besonders bei uns aber aus zu Tage liegenden geschichtlichen und psychologischen Gründen, auf eine vordergründige, schiefe und in ihren Folgen höchst verhängnisvolle Weise geführt wird, auf eine Weise, die, wie ich 1958 wohl sagte, mir unvereinbar erscheint mit den Aufgaben einer Universität. Für mich steht im Vordergrund, daß man dort denken lernen sollte, nicht aber: Emotionen in möglichst überzeugende Worte übersetzen.

Ich wäre sehr glücklich, wenn es mir damit gelungen wäre, auszudrücken, was ich nicht gemeint und was ich gemeint habe. Ich knüpfe daran die Hoffnung, daß das, was ich gemeint habe, auch dann, wenn es möglicherweise nicht den Ansichten Euer Magnifizenz entspricht, dennoch als im Rahmen demokratischer Meinungsfreiheit liegend aufgefaßt wird, so daß dagegen mit Verboten nicht vorgegangen zu werden brauchte.

Mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung  
Erich Kuby

(Hochschularchiv FUB: AStA, Akte Nr. 57 „Kuby“)

## DOKUMENT 424

Prof. Dr. Gerhard Schenk Berlin 33, den 19. 7. 1965  
Altrector der Freien Universität Königin-Luise-Straße 2—4  
Professor für Pharmazeutische Chemie

Pharmazeutisches Institut  
der Freien Universität

An den Vorsitzenden des Konvents

der Freien Universität  
Herrn Wolfgang Pollak

Berlin 33  
Garystraße 20

Sehr geehrter Herr Pollak!

Ich bestätige den Empfang des Briefes vom 15. 7., der an die Mitglieder des Lehrkörpers der Freien Universität und somit auch an mich gerichtet ist und möchte diesen Brief ausführlich beantworten.

Im 1. Absatz berichten Sie, daß der Konvent eingehend über die Gründe diskutiert hat, die Seine Magnifizenz veranlaßten, den Anstellungsvertrag des wissenschaftlichen Assistenten Dr. Krippendorff nicht zu verlängern.

Ich teile Ihnen hierdurch mit, daß nach meiner Auffassung dadurch der Konvent die Freiheit, die ihm durch die Satzung der Freien Universität gegeben wurde, mißbraucht hat und eine schwere Krise für die Freie Universität heraufbeschworen hat. Im 2. Absatz teilen Sie mit, daß Herr Prof. von der Gablentz sich an der Diskussion im Konvent beteiligte. Ich bin der Auffassung, daß Herr Prof. von der Gablentz die Rechte, die ihm als Professor der Freien Universität innerhalb der Satzung zustehen, mißbraucht hat und ebenfalls dazu beigetragen hat, daß die Freie Universität in eine schwere Krise geraten ist.

In den weiteren Sätzen teilen Sie mit, daß die Gedanken, die Herr Prof. von der Gablentz vortrug, in der Wochenzeitung „Die Zeit“ erscheinen sollen. Dadurch stellt sich Herr Prof. von der Gablentz eindeutig außerhalb der Rechte und Pflichten eines Professors der Freien Universität, wie sie durch die Satzungen der Freien Universität gegeben sind.

Als Professor, der unserer Universität seit dem Sommer 1949 angehört, und der 6 Jahre als Dekan, Rektor und Prorektor für unsere Universität tätig war, möchte ich Ihnen meine Auffassung aus allertiefster Sorge um die Freiheit der Freien Universität begründen.

Als die Freie Universität gegründet wurde, erhielt sie durch das Land Berlin als Geschenk eine Satzung, die sowohl den Professoren als auch den Studenten ein Maß an Freiheit geschenkt hat, wie es sie an keiner anderen deutschen Universität gab. Damit hat das Land Berlin einen schöpferischen Akt deutscher Universitätsgeschichte vollzogen. Die durch die Satzung gegebenen Freiheiten wurden ausgebaut unter der Regierung des Regierenden Bürgermeisters Schreiber auf Anregung des damaligen Rektors Prof. Dr. Hirsch, und zwar dadurch, daß der Staat, d. h. das Land Berlin, erstmalig in der deutschen Universitätsgeschichte staatliche Hoheitsrechte auf Organe der Freien Universität übertrug, d. h. das Recht zur Begründung und Beendigung von Beamtenverhältnissen. Nach dieser jetzt als Recht geltenden Ordnung hat für die Assistenten der Rektor als Person das Recht und die Pflicht, Beamtenverhältnisse zu begründen und zu beenden, für Mitglieder des Lehrkörpers der Akademische Senat.

Seine ganz besondere Bedeutung erhält dieses Geschenk des Landes Berlin an die Freie Universität unter Verzicht auf eigene Hoheitsrechte dadurch, daß es an einen Personenkreis gemacht wurde, der mit Ausnahme der Mitglieder der Juristischen und der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät gegenüber den Problemen der akademischen Selbstverwaltung aus Laien besteht. Auch ich war als Laie Rektor der Freien Universität. Wenn man bedenkt, daß die Universität als eine Institution von über 16 000 Mitgliedern mit einem Etat von etwa 100 Millionen DM pro Jahr ohne Baumittel an der Spitze durch einen Laien vertreten wird, daß die Studenten Sitz und Stimme im Kuratorium, im Senat und in den Fakultäten haben und selbstverständlich ausnahmslos alle Laien sind, dann ist es schon ein gewaltiges Geschenk, das der Universität gemacht wurde und hatte zur Grundlage ein überwältigend großes Vertrauen von Abgeordnetenhaus und Senat von Berlin in die Fähigkeit von Laien, mit einer so gewaltigen Aufgabe fertig zu werden.

Die oberste Aufgabe gerade für Laien ist dabei die unbedingte Respektierung der gegebenen Ordnung, d. h., Rektor, Senat und Dekan haben die Ordnung von AStA und Konvent zu respektieren, und AStA und Konvent, genauso wie die Fakultäten, haben die Ordnung zu respektieren, welche Rechte und Pflichten des Rektors regelt.

Durch die Diskussion über den Anstellungsvertrag eines wissenschaftlichen Assistenten hat der Konvent in grober Verunsicherung gegen dieses oberste Gesetz der Selbstverwaltung sich in die Zuständigkeit der Rechte und Pflichten des Rektors eingemischt, ohne nach der Satzung dafür zuständig zu sein, und ist dabei unbegreiflicherweise noch von einem Mitglied des Professoriums unterstützt worden. Ich habe die große Sorge, daß mit gutem Recht nach diesen Ereignissen Mitglieder des Senats und Parlaments von Berlin die Frage aufwerfen, ob das Geschenk an die Freie Universität nicht doch zu

groß war. Es wird sicherlich ausgesprochen werden, daß die Studenten zwar fleißige Studenten sein mögen, daß die Professoren gute Lehrer und Forscher sein mögen, daß aber die Verwaltung einer solchen Institution besser durch geschulte Kräfte des Staates geschieht. Gedanken dieser Art werden in anderen Ländern Deutschlands offen diskutiert. Ich sehe mit großer Sorge den Augenblick kommen, wo beim neuen Hochschulgesetz Mitglieder des Parlaments und Senats von Berlin bei neuen Beschlüssen von solchen begründeten Sorgen des Staatsbürgers über das Funktionieren der Universität getragen werden.

Liebe Kommilitonen des Konvents und des AStA! Ich beschwöre Sie, dafür Sorge zu tragen, daß nicht dieser AStA und dieser Konvent zum Totengräber der Freiheit der Studenten der Freien Universität wird, und daß nicht unter falscher Führung durch Professoren der Freien Universität der Konvent und der AStA auch noch zum Totengräber der Freiheit der Professoren der Freien Universität und somit der echten durch staatlichen Verzicht auf Hoheitsrechte bestehenden Freiheit der Freien Universität überhaupt führt.

## DOKUMENT 425

Ernst Fraenkel und Kurt Sontheimer  
Die Freiheit in der Universität Berlin

### Eine Entgegnung

In dem nunmehr seit Wochen schwelenden Konflikt zwischen dem Rektor der Freien Universität Berlin und einem Teil der Studentenschaft, dem sich einige Professoren und eine Anzahl Assistenten angeschlossen haben, ist neuerdings der Professor der Politikwissenschaft, Otto Heinrich von der Gablentz, durch öffentliche Verteilung eines in der ZEIT zu publizierenden Artikels und durch Reden an die Studenten hervorgetreten. Er setzt den Kampf gegen den Rektor und die von ihm der „Untertanengesinnung“ bezichtigten Mitglieder des Lehrkörpers fort, obwohl, wie er selber ausführt, die Akten über den „Fall Krippendorff“, der zu der erneuten Zuspitzung des Konfliktes den Anlaß gegeben hat, geschlossen sind. Da es Herrn von der Gablentz um ein Prinzip geht, ist es unerlässlich, den prinzipiellen Gehalt seiner Darlegungen kritisch zu prüfen.

Als Inhaber politikwissenschaftlicher Lehrstühle und als akademische Lehrer halten wir es für unsere Pflicht, den Ausführungen von Herrn von der Gablentz öffentlich entgegenzutreten. Sie sind geeignet, die Studenten zu unüberlegten Schritten zu ermuntern und dadurch das Verhältnis von Lehrenden und Lernenden an der Freien Universität zu belasten. Die wissenschaftlich unhaltbaren Thesen von Herrn von der Gablentz können das politische Verständnis der Studenten nur verwirren und müssen dem Ansehen der Wissenschaft von der Politik, des Otto-Suhr-Instituts der Freien Universität und letzten Endes der Freien Universität selbst schaden.

Wenn ein Universitätsassistent über seinen Rektor in einem Zeitungsartikel falsche Gerüchte verbreitet, die geeignet sind, diesen in der öffentlichen Meinung herabzusetzen, handelt es sich nach Ansicht von Herrn von der Gablentz gar nicht um ein Rechtsproblem, sondern um eine Frage der „Behördenzuständigkeit“. Die Behörde könne gegebenenfalls wegen Verstoßes gegen eine „zweckmäßige Ordnung“ einen Ordnungsruf erteilen. Es sei — so führte er sinngemäß aus — eine Diskreditierung des „Rechts- und Staatsbewußtseins überhaupt“, wenn die Beziehungen zwischen einem Universitätsangestellten und der Universität, wenn das Vergehen eines Universitätsassistenten gegenüber seinem Rektor mit den Maßstäben des Rechts gemessen werden. Wer für die interne Ordnung einer autonomen Körperschaft und für die Regelung ihrer Beziehungen zu ihren Angehörigen das „Pathos des Rechts“ bemühe, bezeuge eine „undemokratische Haltung“, sei Anhänger einer „bedenklichen Staatsideologie“, wenn nicht gar ein Semifaschist. Ihm wird „naive Anbetung des Obrigkeitsstaates“ vorgeworfen.

Im „Fall Krippendorff“ hat es sich jedoch offenkundig um mehr als ein „unkorrektes Verhalten“ gehandelt. Vor allem

ist er kein Testfall für die Freiheit der Meinungsäußerung, die nicht ausschließt, daß Rechtsnachteile wegen ihres Mißbrauchs verhängt werden. Befürchtungen, hier sei ein Präzedenzfall geschaffen worden, der es Universitätsangehörigen erschwere, sich politisch zu exponieren, sind unbegründet.

Herrn Professor von der Gablentz kann der Vorwurf nicht erspart werden, daß er offenkundig elementare Prinzipien des Rechtsstaates verkennt. Der von ihm gepriesene Dualismus einer zweckmäßigen und einer rechtlichen Ordnung stellt einen Rückfall in die Periode des Absolutismus vor dessen Aufklärung dar, eine Epoche, in der es noch keine Ansätze zu einem Verwaltungsrecht gegeben hat. Für einen autokratischen Obrigkeitsstaat, der seine Herrschaft ausschließlich mit Mitteln der physischen Macht ausübt, mag es angängig sein, den Schutz der Ehre seiner ernannten Funktionäre als eine Frage der politischen Zweckmäßigkeit zu behandeln. Eine freiheitlich-rechtsstaatliche Demokratie, die weitgehend auf der moralischen Macht der öffentlichen Meinung beruht, muß hingegen in jeder Vergiftung des Prozesses der Meinungsbildung und insbesondere in jeder Schmähung des Rufes ihrer freigewählten Repräsentanten ein Attentat auf ihren Bestand erblicken.

Von einem Assistenten der Politikwissenschaft sollte man erwarten, daß er diese Zusammenhänge erkennt. Von einem Professor der Politikwissenschaft muß man fordern, daß er sie nicht verdunkelt.

Ernst Fraenkel

Dienstältester Ordinarius des Otto-Suhr-Instituts  
der Freien Universität Berlin

Kurt Sontheimer

Geschäftsführender Direktor des Otto-Suhr-Instituts  
der Freien Universität Berlin

(Archiv Z16: Akte „12. 12., FU, Akademischer Senat 1964/65“)

## DOKUMENT 426

### Protokoll

der außerordentlichen Senatssitzungen vom 20. 7. 1965, Beginn 13 Uhr s. t. und vom 21. 7. 1965, Beginn 13 Uhr c. t.

Anwesende: Magnifizenz Prof. Dr. Lüers

Prorektor Prof. Dr. Heinitz

Prof. Dr. Loeschke

Prof. Dr. Maßhoff

Prof. Dr. Boch

Prof. Dr. Hartwig

Prof. Dr. Blei ab 13.10 Uhr

Prof. Dr. Bettermann

Prof. Dr. Schilcher

Prof. Dr. v. Friedeburg

Prof. Dr. Philipp ab 13.20 Uhr

Prof. Dr. Elze

Prof. Dr. Honerjäger für Prof. Dr. Grottemeyer

Prof. Dr. Jahr

Prof. Dr. Lieber

and. med. Herrmann, Regine

UDir. Völz

Dr. Hartwich

Es fehlte entschuldigt: stud. phil. Sigrid Rüger

### 1) Stellungnahme des Senats zu den Vorgängen betr. Fall Dr. Krippendorff

Der Rektor, die Dekane Schilcher und Philipp und Universitätsdirektor Völz unterrichteten den Akademischen Senat über den Fall Dr. Krippendorff und die damit in Zusammenhang stehenden Vorgänge.

Nach gründlicher Aussprache beschließt der Senat mit einer Gegenstimme folgende Erklärung:

Am 15. Juli 1965 hat der Vorsitzende des Konvents den Mitgliedern des Lehrkörpers den Vorabdruck eines Artikels von Prof. v. d. Gablentz in der „Zeit“ zugestellt. Ohne auf den gesamten Inhalt dieses Artikels einzugehen, stellt der Akademische Senat fest:



## DER AKADEMISCHE SENAT DER FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN

erklärt:

Am 15. Juli 1965 hat der Vorsitzende des Konvents den Mitgliedern des Lehrkörpers den Vorabdruck eines Artikels von Prof. v. d. Gablentz in der „ZEIT“ zugestellt. Ohne auf den gesamten Inhalt dieses Artikels einzugehen, stellt der Akademische Senat dazu fest:

1. Die vom Rektor getroffene und von den Altrektoren Prof. Hirsch, Prof. v. Kreß und Prof. Neumann sowie von den Dekanen der unmittelbar betroffenen Fakultäten, Prof. Philipp und Prof. Schilcher, gebilligte Entscheidung im Falle Dr. Krippendorff ist in folgendem begründet:
  - a) Dr. Krippendorff hatte dem Rektor und damit in diesem Fall auch dem Senat unterstellt, eine politisch-geistige Zensur über die Universität ausüben zu wollen.
  - b) Dr. Krippendorff hatte diese Rektor und Senat gleichermaßen beleidigende Behauptung ausgesprochen, ohne vorher auch nur den Versuch unternommen zu haben, den Wahrheitsgehalt seiner Information durch Anfrage beim Rektor oder beim Senat zu überprüfen. Hierin konnte das Gremium kein leicht verzeihliches Versehen erblicken; es mußte auch die ernstzunehmende Bekundung eines fehlenden Vertrauens seitens Dr. Krippendorffs in eine Zusammenarbeit mit Rektor und Senat feststellen. Das Verhalten von Dr. Krippendorff ist mit der Haltung eines Wissenschaftlers unvereinbar, auch wenn dieser sich journalistisch betätigt.
2. Die früheren Rektoren und die Dekane haben einerseits nicht nur „mit Rücksicht auf den Rechtsstandpunkt“, sondern in Ansehung der schweren Verfehlung des Dr. Krippendorff davon abgesehen, den Rektor zur Zurücknahme seiner Maßnahme zu bewegen. Sie haben sich andererseits nicht nur von „der Rücksicht auf den Rechtsstandpunkt“ leiten lassen, sondern mit dem Rektor nach Möglichkeiten gesucht, Dr. Krippendorff sowohl jede Aktenkundigmachung seiner Verfehlung zu ersparen, wie ihm auch die Fortsetzung seiner Forschungsarbeiten und damit seiner akademischen Karriere materiell zu ermöglichen. Das Gremium hatte es begrüßt, daß der Rektor einem Vorschlag, Dr. Krippendorff mit einem Habilitationsstipendium zu begablen, zustimmte und sich für die Realisierung einzusetzen versprach. Diese von dem Gremium gebilligte Regelung stellt nach seiner Überzeugung die mildeste aller möglichen Formen einer Ahndung dar. Jegliche aktenkundig zu machende Ahndung von fristloser Entlassung bis zum Verweis ist vermieden worden.
3. Der Rektor und Dr. Krippendorff haben den Schriftwechsel über die Nichtverlängerung des Anstellungsvertrages an Dr. Krippendorff über den Direktor des Otto-Suhr-Instituts, an dem Dr. Krippendorff angestellt ist, geleitet. Es ist daher unwahr, daß der allein zuständige Ordinarius, nämlich der Institutsdirektor Prof. Sontheimer, vom Rektor übergangen wurde. Es ist auch unwahr, daß eine „verklausulierte Entlassung“ ausgesprochen wurde; es wurde vielmehr das Auslaufenlassen des befristeten Vertrags vorsorglicherweise frühzeitig mitgeteilt.
4. Nach Meinung des Prof. v. d. Gablentz ist die Maßnahme des Rektors „arbeits- und verwaltungsrechtlich umstritten“. Prof. v. d. Gablentz hat unterlassen, darauf hinzuweisen, daß es selbstverständlich Dr. Krippendorff jederzeit freistand, durch eine Klage beim Arbeitsgericht die Rechtmäßigkeit und Billigkeit der getroffenen Maßnahme überprüfen zu lassen.
5. In dem Artikel von Prof. v. d. Gablentz wird einem „erheblichen Teil der Professoren“ unter anderem Untertanengesinnung, naive Anbetung des Obrigkeitsstaates und undemokratische Haltung unterstellt. Der Akademische Senat stellt dazu fest, daß diese Äußerungen durch nichts bewiesen sind und eine Beleidigung des Lehrkörpers der Freien Universität darstellen.

Berlin-Dahlem, den 20. Juli 1965

(Aushang im Universitätsgelände)

1. Die vom Rektor getroffene und von den Altrektoren Prof. Dr. Hirsch, Prof. Dr. v. Krefß und Prof. Dr. Neumann sowie von den Dekanen der unmittelbar betroffenen Fakultäten, Prof. Dr. Philipp und Prof. Dr. Schilcher, gebilligte Entscheidung im Falle Dr. Krippendorff ist in folgendem begründet:

- a) Dr. Krippendorff hatte dem Rektor und damit in diesem Falle auch dem Senat unterstellt, eine politisch-geistige Zensur über die Universität ausüben zu wollen.
  - b) Dr. Krippendorff hatte diese Rektor und Senat gleichermaßen beleidigende Behauptung ausgesprochen, ohne vorher auch nur den Versuch unternommen zu haben, den Wahrheitsgehalt seiner Information durch eine Anfrage beim Rektor oder beim Senat zu überprüfen. Hierin konnte das Gremium kein leicht verzeihliches Versehen erblicken; es mußte auch die ernstzunehmende Bekundung eines fehlenden Vertrauens seitens Dr. Krippendorffs in eine Zusammenarbeit mit Rektor und Senat feststellen. Das Verhalten Dr. Krippendorffs ist mit der Haltung eines Wissenschaftlers unvereinbar, auch wenn dieser sich journalistisch betätigt.
2. Die früheren Rektoren und die Dekane haben einerseits nicht nur „mit Rücksicht auf den Rechtsstandpunkt“, sondern in Ansehung der schweren Verfehlung des Dr. Krippendorff davon abgesehen, den Rektor zur Zurücknahme seiner Maßnahme zu bewegen. Sie haben sich andererseits nicht nur von „der Rücksicht auf den Rechtsstandpunkt“ leiten lassen, sondern mit dem Rektor nach Möglichkeiten gesucht, Dr. Krippendorff sowohl jede Aktenskundigung seiner Verfehlung zu ersparen, wie ihm auch die Fortsetzung seiner Forschungsarbeiten und damit seiner akademischen Karriere materiell zu ermöglichen. Das Gremium hatte es begrüßt, daß der Rektor einem Vorschlag, Dr. Krippendorff mit einem Habilitationsstipendium zu begaben, zustimmte und sich für die Realisierung einzusetzen versprach. Diese von dem Gremium gebilligte Regelung stellte nach seiner Überzeugung die mildeste aller möglichen Formen einer Ahndung dar. Jegliche aktenskundig zu machende Ahndung von fristloser Entlassung bis zum Verweis ist vermieden worden.
3. Der Rektor und Dr. Krippendorff haben den Schriftwechsel über die Nichtverlängerung des Anstellungsvertrages an Dr. Krippendorff über den Direktor des Otto-Suhr-Institutes, an dem Dr. Krippendorff angestellt ist, geleitet. Es ist daher unwahr, daß der allein zuständige Ordinarius, nämlich der Institutsdirektor Prof. Sontheimer, vom Rektor übergangen wurde. Es ist auch unwahr, daß eine „verklausulierte Entlassung“ ausgesprochen wurde; es wurde vielmehr das Auslaufenlassen des befristeten Vertrages vorsorglicher Weise frühzeitig mitgeteilt.
4. Nach Meinung des Prof. v. d. Gablentz ist die Maßnahme des Rektors „arbeits- und verwaltungsrechtlich umstritten“. Prof. v. d. Gablentz hat unterlassen, darauf hinzuweisen, daß es selbstverständlich Dr. Krippendorff jederzeit freistand, durch eine Klage beim Arbeitsgericht die Rechtmäßigkeit und Billigkeit der getroffenen Maßnahme überprüfen zu lassen.
5. In dem Artikel von Prof. Dr. Gablentz wird einem „erheblichen Teil der Professoren“ unter anderem Untertanengesinnung, naive Anbetung des Obrigkeitsstaates und undemokratische Haltung unterstellt. Der Akademische Senat stellt dazu fest, daß diese Äußerungen durch nichts bewiesen sind und eine Beleidigung des Lehrkörpers der Freien Universität darstellen.

Diese Erklärung soll den Mitgliedern des Lehrkörpers, der Zeitschrift „Die Zeit“, den Mitgliedern des Kuratoriums sowie den Professoren der politischen Wissenschaft in Marburg und Gießen übermittelt und durch Aushang im Universitätsgelände den Studenten bekanntgemacht werden. Eine darüber hinausgehende Verbreitung wird in das Ermessen des Rektors gestellt.

Mit zwei Gegenstimmen bei einer Stimmenthaltung beschließt der Akademische Senat ferner:

1. Die Autonomie der Freien Universität Berlin kann nur funktionieren, wenn die satzungsmäßig geregelten Zuständigkeiten von allen Organen eingehalten werden. Die Freie

Universität Berlin ist nicht nur Korporation, sondern hat auch Dienstherreneigenschaft.

- a) Die korporationsrechtlichen Organe sind nach der Satzung:  
Rektor, Senat, Fakultäten, Kuratorium und Studentenschaft
- b) Dienstbehörden sind für den akademischen Bereich  
Rektor, Senat und Kuratorium.

Im Falle Dr. Krippendorff war eine dienstrechtliche Entscheidung zu treffen, für die der Rektor zuständig war.

2. Der Rektor konnte den am 30. 9. 1965 ablaufenden Dienstvertrag mit Dr. Krippendorff nicht verlängern, weil der Assistent leichtfertig unwahre und beleidigende Behauptungen über den Rektor öffentlich verbreitet hatte, nicht weil sich Dr. Krippendorff publizistisch über die Universität kritisch geäußert hatte. Sein Verhalten stellt eine schwerwiegende Verletzung der dienstrechtlichen Verpflichtungen dar und ist weder durch die nachträgliche Berichtigung noch durch seine Entschuldigung ausgeräumt worden.

Die in der Öffentlichkeit kritisierte Regelung stellte den Versuch dar, unter Aufrechterhaltung der notwendigen dienstrechtlichen Entscheidung die wissenschaftliche Arbeit von Dr. Krippendorff im Rahmen der Korporation weiter zu ermöglichen.

Behauptungen einiger Studenten und Assistenten und weniger Professoren, wonach der Rektor „ein Exempel gegen Assistenten, die sich politisch exponieren“, statuieren oder eine Maßnahme „zur Unterdrückung politischer Meinungsäußerungen von Universitätsangehörigen“ treffen wollte, sind unwahr. Sie gefährden nicht nur den Ruf der Freien Universität Berlin, sondern auch ihre Dienstherreneigenschaft.

3. Der Akademische Senat mißbilligt diese Äußerungen und alle Versuche, den Rektor zu einer Änderung seiner Entscheidung zu nötigen. Der Senat fordert den Rektor auf, die Störungen der akademischen Ordnung und des Arbeitsklimas an der Universität zu unterbinden und dafür zu sorgen, daß sich auch der AstA und Konvent in den Grenzen ihrer satzungsmäßigen Zuständigkeit halten.

Mit Rücksicht auf die um 18 Uhr anberaumte Pressekonferenz wird die außerordentliche Senatssitzung um 18.05 Uhr auf Mittwoch, den 21. 7. 1965, 13 Uhr c. t., vertagt.

Professor Dr. v. Friedeburg wird beauftragt, in Gesprächen mit den Professoren Dr. v. d. Gablentz und Ziebura zu erfragen, ob beide Herren die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen sich beantragen.

#### **Streng vertraulich!**

Zur Fortsetzung der außerordentlichen Senatssitzung am 21. 7. 1965, 13.15 Uhr, tagt der Akademische Senat gem. § 7 Abs. 2 der Satzung ohne die Vertreter der Studentenschaft.

Es sind anwesend:

- Magnifizienz Prof. Dr. Lüers
- Prorektor Prof. Dr. Heinitz
- Prof. Dr. Loeschke
- Prof. Dr. Maßhoff
- Prof. Dr. Bodh
- Prof. Dr. Hartwig
- Prof. Dr. Blei
- Prof. Dr. Bettermann
- Prof. Dr. Schilcher
- Prof. Dr. v. Friedeburg
- Prof. Dr. Philipp ab 13.30 Uhr
- Prof. Dr. Elze
- Prof. Dr. Grottemeyer
- Prof. Dr. Jahr
- Prof. Dr. Neuhaus
- Priv.-Doz. Dr. Kloidt
- UDir. Völz
- Dr. Hartwich

#### **2) Einleitung von Disziplinarverfahren**

Der Rektor gibt bekannt, daß die Professoren Dr. v. d. Gablentz und Dr. Ziebura mit Schreiben vom 21. 7. 1965 die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen sich beantragt haben.

Der Senat stellte fest, daß die Äußerungen des Prof. v. d. Gablentz vor dem Konvent am 13. 7. 1965, vor der Vollver-

sammlung der Studentenschaft am 16. 7. 1965 und in dem Artikel der Zeitschrift „Die Zeit“ „Die Freiheit an der Freien Universität Berlin“ den Verdacht von Dienstvergehen begründen.

Der Akademische Senat stellte fest, daß die Äußerungen von Prof. Dr. Ziebura in seinem Memorandum vom 22. 6. 1965 und vor dem Konvent am 5. 7. 1965 den Verdacht von Dienstvergehen begründen.

Als Einleitungsbehörde im Sinne des § 32 Abs. 1 Ziff. 3 der Landes-Disziplinarordnung (Bekanntmachung des Senators für Wissenschaft und Kunst vom 25. 9. 1963, AZ 4004, abgedruckt im Mitteilungsblatt für Dozenten und Studenten vom 1. 11. 1963), beschließt der Akademische Senat bei einer Stimmenthaltung:

Auf die Anträge der Professoren Dr. v. d. Gablentz und Dr. Ziebura vom 21. 7. 1965 wird gem. § 31 Abs. 2 I.D.O. gegen sie das förmliche Disziplinarverfahren eingeleitet.

Gem. § 44 Abs. 1 I.D.O. wird zum Untersuchungsführer

Prof. Dr. jur. Arwed Blomeyer

und zum Vertreter der Einleitungsbehörde

Prof. Dr. jur. Hermann Blei

bestellt.

Die Bestellung des Vertreters der Einleitungsbehörde erfolgt mit zwei Stimmenthaltungen.

Ende der Sitzung: 14.05 Uhr.

Berlin, den 22. 7. 1965

(Akademischer Senat FUB: Protokolle der Sitzungen 1965)

## DOKUMENT 427

Der Rektor  
der Freien Universität Berlin  
1 Berlin 33, Ihnestr. 24  
Tgb.-Nr. 5290/65

Berlin-Dahlem, den 21. 7. 1965

Ruf: 7690 (Durchwahl)

(95) 42 01/02 App.

nur im Innenbetrieb

Durch Eilboten!

An die Vorsitzenden der  
DIS, ESG, GSG, HSU, LSD, SDS, SHB, Argument-Club,  
Freunde der Publizistik

Betr.: Aufruf zur Protestversammlung am 22. Juli 1965

In der Anlage übersende ich die Erklärungen des Akademischen Senats vom 20. 7. 1965 mit der Bitte um Kenntnisnahme. Weder die Satzung der Universität noch die Satzung der Studentenschaft begründen für die Studentenschaft oder ihre Organe die Zuständigkeit zur Erörterung und Beschlußfassung in dienstrechtlichen Angelegenheiten. Versammlungen mit dem Ziel, die Dienstbehörden durch Drohungen oder ultimative Forderungen zu einer Entscheidung zu nötigen, sind daher rechtswidrig. Sie können sowohl für die Veranstalter als auch für die Teilnehmer nicht nur disziplinarrechtliche, sondern auch strafrechtliche Folgen haben. Auf diesen Umstand weise ich vorsorglich hin und bitte, dafür Sorge zu tragen, daß derartige Handlungen künftig unterbleiben. Es sollte das Bemühen auch gerade der studentischen Vereinigungen sein, die Freie Universität Berlin nicht weiter in Verruf zu bringen, sondern durch sachliche Unterrichtung aufklärend zu wirken.

gez. H. Lüers

(Archiv Z16: Akte 12.12 „FU-SPIEGEL, Information für die Studentenschaft)

## DOKUMENT 428

Eine böse Stunde der FU?

E. W. Jetzt schlägt es dreizehn: Politisch engagierte — was grundsätzlich zu begrüßen ist — Gruppen der FU-Studenten haben die Haltung von Rektor Lüers im Falle des Assistenten Krippendorff verglichen mit den kommunistischen Terrormethoden an der Universität Unter den Linden, die zu der Notwendigkeit führten, die Freie Universität zu gründen.

Das ist, und wir möchten das schlicht sagen, eine so perfide wie durchsichtige Dialektik. Sie ist auf unserer dritten Seite nachzulesen. Sie stellt zufällige Übereinstimmungen der Formulierungen einer Gleichheit der Sache gleich. Das geht zu weit, und das wird sicherlich ernste Folgen haben, was sogar zu hoffen ist. Andererseits: Bevor es dreizehn schlägt, muß es auch einmal fünf vor zwölf geschlagen haben. Und das hat es an unserer Berliner Freien Universität. Mögen es Ungeschicklichkeiten gewesen sein, die dann zu Verschärfungen ausgenutzt wurden — die Fälle Kuby und Krippendorff und ihre Behandlung zeugen nicht von der Vorbildlichkeit professoralen Handelns, die einem auch virulent politischen Teil der Studentenschaft exemplarisch sein können. Es kommt hinzu, daß Professoren untereinander, wie berichtet, sich verbale Verschärfungen zu eigen gemacht haben, die den jungen Angehörigen der Alma mater nicht gerade einen Anreiz zur Mäßigung gegeben haben, zu der sie in einem gewissen „Machtausgleich“ auch gar nicht tendierten. Es ist so aus vergleichsweise kleinen Anlässen eine fast enthemmte Krisenstimmung entstanden, ein Aufschaukeln, eine bedenkliche Zuspitzung, bei der zum Schluß vielleicht keiner mehr recht weiß, wie es eigentlich angefangen hat und wie es eigentlich enden soll. Auch der nüchternste Beobachter muß sich bei jeglichem Urteil über diese betrüblichen Vorgänge verantwortlich bewußt bleiben, daß hier wesentlich mehr als ein Wort das andere gab. Das aber läßt auf tiefe innere Spannungen schließen, die nun ganz und gar nicht bagatellisiert werden dürfen. Professor Wengler hat in einer Zeitschrift an uns eine Urabstimmung zur Klärung der Sachlage vorgeschlagen, in der Hoffnung, daß diejenigen Professoren und Studenten, die in der Lehre und im Lernen die Hauptaufgabe der Universität sehen, jene anderen eines Besseren belehren werden, die auf politischem Streitroß sich auf Universitätsgelände tummeln möchten. Wir meinen, daß es mit einer solchen Abstimmung nicht getan sein kann, daß ihr vielmehr eine ganz ernsthafte, jegliche Möglichkeit der Diskussion, der Auseinandersetzung und des Zusammensetzens erschöpfende Kette von Veranstaltungen vorhergehen müßte. Das nahende Semesterende macht das zunächst illusorisch. Einem Beginn des Wintersemesters stünde so etwas aber wohl an. Das neue Semester darf nicht so beginnen, wie das alte endete. Die FU hat an Ansehen verloren, sie muß es in gemeinsamer Anstrengung wiedergewinnen, sonst hat in diesen Tagen wirklich eine böse Stunde geschlagen.

(Der Tagesspiegel, 22. Juli 1965)

## DOKUMENT 429

DIS, GSG, HUS, ISSF, LSD, RCDS, SDS, SHB,  
Argument-Club, Freunde Publizistik, ESG.

Am 16. 7. 1965 bat die Studentenschaft des Otto-Suhr-Instituts Magnifizienz Lüers, zur Entscheidung in Sachen Krippendorff bis zum 19. 7. 1965 Stellung zu nehmen. Der Rektor hat nicht geantwortet.

Das Otto-Suhr-Institut hat darum für Donnerstag, den 22. 7. 1965, um 11.00 Uhr eine Vollversammlung im Teeraum angesetzt. Die Studentenschaft des OSI wird dann über weitere Aktionen beraten.

Die Verbände müssen also feststellen:

der Rektor hält es nicht einmal für nötig, einer Bitte um Stellungnahme zu einem nicht nur von Seiten der Studenten kritisierten Entschluß nachzukommen. Die Basis der kollegialen Zusammenarbeit — der Rektor ist ja im Sinne der Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden auch ein Kollege der Studenten — wurde hier erneut verlassen.

Offenbar begreift sich das Rektorat als oberste Verwaltungsinstanz, die sich einer Kritik nicht zu stellen hat. Aus der formalen Zuständigkeit leitet es das Recht her, inhaltliche Kritik als „unqualifizierten Druck“, wenn nicht gar als „Beamtennötigung“ zu bezeichnen; d. h. es droht seinen Kritikern gerichtliche Maßnahmen an, anstatt sich der Kritik zu stellen. Demgegenüber fordern wir, daß sich der Rektor und das Rek-

torat der Kritik von Organen der Universität nicht entziehen. Die Hochschulgruppen: SDS, SHB, LSD, Argument-Club, DIS, GSG, HSU, Freunde der Publizistik und ESG rufen alle Studenten auf, am Donnerstag, den 22. Juli 1965, um 12.00 Uhr an einer Protestversammlung auf dem Vorplatz des Henry-Ford-Baus teilzunehmen. (Archiv Z16: Akte 12.12, FU „Flugblätter“ [bis 1965])

## DOKUMENT 430

An die  
Mitglieder des Lehrkörpers  
der Freien Universität

Berlin-Dahlem, den 23. 7. 1965

Sehr verehrte Kollegen!

Der Akademische Senat hat am 20. 7. 1965 eine Erklärung und einen Beschluß der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht. Erlauben Sie uns, Ihnen zu begründen, weshalb diese Verlautbarungen nicht dem entsprechen, was wir von unseren gewählten Repräsentanten meinen erwarten zu dürfen.

1. Wir sind befremdet darüber, daß der Akademische Senat sich mit einer scharfen Erklärung einseitig gegen einen Kollegen wendet, der Maßnahmen des Rektors kritisiert hat. Der gleiche Akademische Senat, der sich bisher für unzuständig hinsichtlich des Vorgehens des Rektors gegen Dr. Krippendorff angesehen hat, tritt jetzt als Verteidiger dieses Vorgehens auf. Der gleiche Akademische Senat, der jetzt erklärt, daß der Artikel von Dr. Krippendorff auch ihn beleidigt habe, hat es vom Tage des Erscheinens dieses Artikels an (24. Mai) bis zur Stellungnahme des Herrn von der Gablentz (16. Juli) nicht für nötig befunden, sich zu dieser Angelegenheit zu äußern. Der gleiche Akademische Senat, der jetzt in so scharfer Weise die Kritik eines Kollegen als beleidigend zurückweist, hat zu den öffentlichen Äußerungen eines seiner Mitglieder (Professor Bettermann — d. Red.) auf der Tagung der Deutschen Burschenschaft geschwiegen, in denen der Mehrheit des deutschen Volkes der Sinn für Ehre abgesprochen wurde und die von der Freien Universität abgelehnten schlagenden Verbindungen dazu aufgerufen wurden, an unserer Universität Ordnung zu schaffen.

2. Der Akademische Senat wirft in seiner Erklärung unserem Kollegen von der Gablentz in aller Öffentlichkeit vor, er habe die Unwahrheit gesagt. Der Akademische Senat weiß genauso wie wir, daß seine Magnifizenz sich bei den Kollegen Sontheimer und Zieburda dafür entschuldigt hat, sie vor Erlaß seiner Maßnahme gegen Dr. Krippendorff nicht befragt zu haben, und daß Kollege von der Gablentz mit seinem Ausdruck „Übergehung der Professoren“ dies gemeint hat, woran die formale Tatsache, daß die Schreiben des Rektors an Dr. Krippendorff über Professor Sontheimer als Geschäftsführenden Direktor des Otto-Suhr-Instituts geleitet worden sind, nichts ändert. Der Akademische Senat weiß genauso wie wir, daß Seine Magnifizenz in seinem Brief an Dr. Krippendorff vom 10. 6. erklärt hat, er habe eine fristlose Kündigung nur deshalb als „entbehrlich“ erachtet, weil Dr. Krippendorffs Anstellungsvertrag ohnehin am 30. 9. auslaufe, und daß Kollege von der Gablentz dies mit seinem Ausdruck „verklausulierte Entlassung“ gemeint hat. Die Behauptung, Herr Kollege von der Gablentz habe die Unwahrheit gesagt, wird dadurch selbst unwahr.

3. Wir sind nicht der Meinung, daß jedem Kollegen, der die Maßregelung von Dr. Krippendorff als angemessen ansieht, „Untertanengesinnung“, „naive Anbetung des Obrigkeitstaates“ und „undemokratische Haltung“ vorgeworfen werden darf. Wir sind aber sicher, und auch der Akademische Senat hätte voraussetzen dürfen, daß Herr von der Gablentz lediglich auf eine Gefahr aufmerksam machen wollte, und daß in einer solchen Warnung keine „Beleidigung des Lehrkörpers der Freien Universität“ liegt. Die beiden Verlautbarungen des Akademischen Senats scheinen uns nicht geeignet, die Befürchtung, es bestehe eine solche Gefahr, zu beheben.

4. Wir bedauern, daß der Akademische Senat, der sich als Repräsentant der gesamten Universität verstehen muß, in

seinen beiden Verlautbarungen der Tatsache nicht Rechnung getragen hat, daß ein Teil des Lehrkörpers und der Studenten die Maßnahmen des Rektors kritisch beurteilt, sondern daß er sich einseitig zum Sprecher einer bestimmten Auffassung gemacht und entgegengesetzte Stellungnahmen dem Verdacht der Hloyalität ausgesetzt hat.

5. Wenn wir auch die Formen, in denen sich die studentischen Kundgebungen abgespielt haben, keineswegs in jeder Hinsicht billigen können, so halten wir es doch für berechtigt, wenn Studenten zur Handhabung des Hausrechts gegenüber Veranstaltungen des AStA und der zugelassenen studentischen Vereinigungen und zur Maßregelung eines Assistenten Stellung nehmen.

6. Wir wissen nicht, welche „Störungen der akademischen Ordnung und des Arbeitsklimas“ in der Aufforderung des Akademischen Senats an den Rektor gemeint sind. Wir sind uns nicht klar, ob nach Auffassung des Senats darunter auch die Anwesenheit des Rektors auf der Burschenschaftstagung und der Appell des Wahlsenators der Juristischen Fakultät (Professor Bettermann — d. Red.) an die Tagungsteilnehmer: „Bringen Sie uns unsere Universität wieder in Ordnung!“ zu rechnen sind. Wir sind darüber bestürzt, daß in der Aufforderung des Akademischen Senats an den Rektor das Wort „unterbinden“ fällt. Weitere administrative Maßnahmen von der Art, wie sie zu der Krise dieses Sommers beigetragen haben, können diese nur verschärfen. Wir hätten statt dessen erwartet, daß der Senat als Vertreter der gesamten Universität Wege gesucht haben würde, um die gegenwärtige Vertrauenskrise zu entschärfen.

gez. Fritz Eberhard  
gez. Helmut Gollwitzer  
gez. Rudolf Lennert

gez. Peter Szondi  
gez. Jakob Taubes  
gez. Wilhelm Weisedel

## DOKUMENT 431

Rede des 1. AStA-Vorsitzenden, Herrn Wolfgang Lefèvre,  
auf der Konventssitzung am 23. 7. 1965

Meine Damen und Herren!

Im fast nicht mehr aktuellen Fall Krippendorff haben sich AStA und Konvent sehr zurückgehalten. Der AStA hat bis zu meiner Rede keine einzige Stellungnahme abgegeben, sieht man von Diskussionsbeiträgen auf der letzten Konventssitzung ab. Der Konvent hat am Dienstag, dem 13. Juli 1965, einen Beschluß gefaßt, in dem er den Rektor auffordert, die Nichtverlängerung des Arbeitsvertrages des Assistenten Dr. Krippendorff mit dem Ziel zu überprüfen, Dr. Krippendorffs Vertrag zu verlängern und den Konvent noch vor den Parlamentsferien von dieser Überprüfung zu unterrichten. Aber auch dieser Konventsbeschluß wurde erst gefaßt, nachdem seit nahezu sechs Wochen innerhalb und außerhalb der Universität der sogenannte „Fall Krippendorff“ öffentlich diskutiert wurde; Sie alle wissen, daß Professor Zieburda ein Memorandum über die ersten Wochen des Vorfalles veröffentlicht hat, daß die Assistenten um ein Gespräch mit dem Rektor nachgesucht haben, Sie alle werden die Flugblätter studentischer Organisationen zum „Fall Krippendorff“ gelesen haben, genau wie die Veröffentlichungen der Berliner Presse in der Bundesrepublik. Selbst im Abgeordnetenhaus richtete am 1. Juli 1965 der Abgeordnete Gebler von der SPD an den Senator für Wissenschaft und Kunst eine Frage zum „Fall Krippendorff“. Ich will Ihnen gegenüber zunächst darlegen, warum in diesem Fall die Studentenvertretung, der man Klamaukbereitschaft nachzusagen pflegt, sich so zurückhaltend verhalten hat.

Die mit dem Schreiben vom 10. Juli 1965 ausgesprochene Nichtverlängerung des Anstellungsverhältnisses Dr. Krippendorffs, die für den Rektor eine fristlose Kündigung aus wichtigem Grunde entbehrlich erscheinen ließ, kam für alle, die um den Vorgang schon damals wußten, insbesondere für den Lehrkörper des Otto-Suhr-Instituts, überraschend. Dr. Krippendorff, der die nicht belegbare Behauptung, daß Professor Jaspers zum 8. Mai an der Freien Universität nicht sprechen bzw. eingeladen werden könne, weil der Rektor mit dessen

Anschauung zur deutschen Frage nicht konform gehe, deutlich als ein Gerücht kenntlich gemacht hatte — also Dr. Krippendorff hatte sowohl dieses Gerücht als nicht belegbar in einer späteren Ausgabe des Spandauer Volksblattes bezeichnet, als auch sich beim Rektor entschuldigt. Damit schien nach Meinung der Professoren des Otto-Suhr-Instituts der Fall bereinigt. Deswegen löste das Nichtverlängerungsschreiben des Rektors zunächst Verwirrung aus. Die Verwirrung resultierte zu einem Gutteil zunächst daraus, daß die arbeitsrechtlichen Zusammenhänge wie auch der Charakter des Anstellungsverhältnisses den Beteiligten nicht gleich genau durchschaubar waren. Deswegen übten auch die Professoren des Otto-Suhr-Instituts Zurückhaltung. Man begann intern alle juristischen Fragen der Nichtverlängerung zu überprüfen; so war zum Beispiel unklar, daß dadurch, daß das Nichtverlängerungsschreiben über den Direktor des Otto-Suhr-Instituts an Dr. Krippendorff gerichtet war, der Konsultationspflicht des Rektors gegenüber dem Lehrstuhlinhaber wie dem Direktor des Otto-Suhr-Instituts genügt war. Es erschien insbesondere Professor Sontheimer und Professor Ziebura im Gegenteil zunächst das an der Universität geübte Kollegialitätsprinzip einer Universität durch die Umstände der Nichtverlängerung grob verletzt, und es bedurfte einer gewissen Zeit, bis hier alle Seiten zufriedengestellt werden konnten. Die internen Abklärungen beschäftigten sich überdies damit, ob der Charakter des Anstellungsverhältnisses ein Disziplinarverfahren zulasse, zum anderen damit, ob der Personalrat bei der Nichtverlängerung eventuell mitzusprechen habe. Dies alles waren Abklärungen, die die juristische Seite des Vorfalles betreffen, für die sich die Studentenvertretung nur am Rande auch interessierte. Unser Interesse galt vielmehr der Frage, ob die Nichtverlängerung — wie auch immer juristisch es darum stehe — der Verfehlung angemessen ist, die Dr. Krippendorff angelastet wird. Sie wissen, in dem ersten Gespräch zwischen dem Rektor und dem Institutsdirektor des Otto-Suhr-Instituts sowie Professor Ziebura in seiner Eigenschaft als zuständiger Lehrstuhlinhaber ging es besonders auch um die Frage der Angemessenheit, wobei die beiden Gesprächsseiten unbefriedigt voneinander schieden. Das Memorandum Professor Zieburas, das von diesem Gespräch berichtet, gibt der Sorge Ausdruck, daß die Nichtverlängerung von Dr. Krippendorff eventuell als eine Maßnahme angesehen werden muß, mit der der Rektor gegenüber Assistenten der Freien Universität, die sich politisch exponieren, ein Exempel statuieren will. Diese Interpretation Professor Zieburas stützte sich vor allen Dingen auf die Äußerung des Rektors, ihm gehe es mit dieser Maßnahme u. a. um einen erzieherischen Effekt. Heute bezeichnet das Rektorat diese Interpretation als völlig aus der Luft gegriffen und als Verleumdung. Demgegenüber ist festzuhalten, daß Professor Ziebura das Memorandum in Absprache mit dem anderen Gesprächspartner, nämlich mit Professor Sontheimer, verfaßt hat. Aber nicht nur bei den Professoren des Otto-Suhr-Instituts wurden Bedenken gegen den Entscheid des Rektors laut; deshalb berief der Rektor ein Beratergremium, das seinen Entscheid noch einmal überprüfen sollte. Dieses Gremium bestand aus den drei Altrektoren Professor Hirsch, Professor Neumann und Professor von Kress, aus den beiden Dekanen Spektabilität Philipp und Spektabilität Schilcher und aus dem Geschäftsführenden Direktor des Otto-Suhr-Instituts, Professor Sontheimer. Zu einigen Punkten der Beratung wurde auch Professor Ziebura hinzugezogen. Dieses, wie der Rektor sich ausdrückt, „autoritative“ Gremium kam zu dem Schluß, daß die juristische Seite der Entscheidung des Rektors völlig einwandfrei sei. Es hielt auch die Maßnahme dem Vergehen Dr. Krippendorffs für angemessen, insbesondere deswegen, weil eine Nichtverlängerung des Vertrages keinerlei Spuren in den Personalakten Dr. Krippendorffs hinterlassen würde. Überdies beschloß das Gremium, Professor Ziebura und Dr. Krippendorff zu empfehlen, ein Habilitationsstipendium für Dr. Krippendorff, das der Rektor befürworten würde, anzunehmen. Die Studentenvertretung interessierte sich für die Argumentation, die zu diesem Beratungsergebnis geführt hatte. Ein vom Konvent eingesetzter Ausschuß wurde von Spektabilität Philipp eingeladen. Bei diesem Gespräch mit Spektabilität Philipp zeigten sich vor allen Dingen folgende Gründe als ausschlaggebend für den Entscheid des Beratergremiums:

1. Dr. Krippendorff habe es an wissenschaftlicher Sorgfalt fehlen lassen, als er ohne genauere Überprüfung der Information diese der Öffentlichkeit weitergab. Die Kommission gab Spektabilität Philipp zu bedenken, daß es jedem Wissenschaftler passiert, daß er aus einer Fehlinformation Schlüsse zieht und daß Dr. Krippendorff sich wissenschaftlich verhalten habe, als er sich selbst korrigierte, nachdem er seinen Irrtum bemerkte.
2. Dr. Krippendorff habe sich illoyal gegenüber der Universität verhalten, denn er hätte im Rektorat nachfragen müssen, ob die erhaltene Information den Tatsachen entspreche, noch zumal diese Information das Rektorat schwer belastete. Die Kommission gab wiederum zu bedenken, daß der Rektor mit seinem Erscheinen auf dem Burschenschaftstag in noch größerem Ausmaße es habe an Loyalität gegenüber der Freien Universität fehlen lassen.
3. Dr. Krippendorff habe mit seinem Artikel das Ansehen des Rektors der Freien Universität und damit der ganzen Universität in unverantwortlicher Weise geschädigt. Auch in diesem Fall plädierte die Kommission für den Gleichheitsgrundsatz und erinnerte daran, daß in letzter Zeit sich auch andere Mitglieder der Korporation das Ansehen der Freien Universität in unverantwortlicher Weise geschädigt haben. Die Kommission erinnerte etwa an die Rede Professor Bettermanns. Bei gleichen Vergehen, so argumentierte die Kommission weiter, müssen auch die Ahndungen gleich sein, d. h., wenn gegen Professor Bettermann nichts unternommen worden sei, so sei auch gegen Dr. Krippendorff keine Maßnahme zu ergreifen.

Der Konvent, der am selben Tage noch zusammentrat, schloß sich der Argumentation der Kommission an und sprach die Vermutung aus, daß andere Gründe zu dem Entscheid des Rektors geführt hätten. Der Konvent stellte überdies fest, daß der Entscheid des Rektors geeignet sein kann, den Mut von Universitätsangehörigen zu untergraben, sich politisch zu äußern oder gar öffentlich die Universität zu kritisieren. Der Konvent gab überdies seiner Sorge Ausdruck, daß die Nichtverlängerung Dr. Krippendorffs den Eindruck erwecken könnte, daß an der Freien Universität politische Meinungsäußerungen von Universitätsangehörigen unterdrückt werden und forderte deswegen den Rektor auf, seine Entscheidung unter dem Gesichtspunkt des Ansehens der Freien Universität noch einmal zu überprüfen und den Konvent von dieser Überprüfung noch vor den Parlamentsferien zu unterrichten.

Am Freitag vergangener Woche hatte ich zusammen mit dem Finanzreferenten des AstA eine Unterredung mit dem Rektor. Dabei wurde uns eine andere Argumentation für den Entscheid vorgetragen, nämlich, daß die Verfehlungen Dr. Krippendorffs zwangsläufig eine Entlassung nach sich ziehen müßten, weil die von ihm weitergegebene Behauptung im Spandauer Volksblatt zumindest objektiv den Tatbestand der Verleumdung erfülle, worin ein Bruch mit den Pflichten zu sehen sei, die Dr. Krippendorff aus seinem Anstellungsvertrag erwachsen. Gestatten Sie mir, daß ich dazu anmerke, daß es ganz und gar unverständlich ist, warum das Beratergremium vom Rektor hinzugezogen wurde, wenn es sich um eine Entscheidung handelte, die zwangsläufig geschehen mußte, wie immer der Rektor für sich zu entscheiden gewillt war. Interessant in diesem Zusammenhang, daß auf der Pressekonferenz am 20. Juli 1965 Spektabilität Schilcher ausführte, daß eine Verlängerung des Vertrages ein problematischer Schritt gegenüber den anderen Assistenten der Freien Universität wäre. Diese Begründung steht im Widerspruch zur Argumentation des Rektorats und ist geeignet, der Vermutung neue Nahrung zu geben, daß an Dr. Krippendorff ein Exempel statuiert werden sollte. Im übrigen bestreitet man im Rektorat dem Konvent die Kompetenz, im Falle Krippendorff Beschlüsse zu fassen. Ich gebe zu bedenken, daß der Konvent keineswegs bestritten hat, daß der Rektor die zuständige Instanz für die Verlängerung bzw. Nichtverlängerung Dr. Krippendorffs sei, sondern daß der Konvent von seinem demokratischen Recht Gebrauch machte, an die zuständige Instanz, nämlich an den Rektor, zu appellieren, eine von ihm gefällte Entscheidung zu überprüfen. Ich betone hier noch einmal ausdrücklich, niemand in der Studentenschaft hat dem

Rektor bestritten, als Dienstherr diese oder eine andere Entscheidung über das Angestelltenverhältnis Dr. Krippendorffs fällen zu können. Allerdings betone ich ebenso nachdrücklich, daß die Studentenschaft nicht ihre Kompetenzen überschreitet, wenn sie zu Entscheidungen anderer Universitätsorgane Stellung nimmt. In dieser Weise habe ich auch gegenüber dem Rektor argumentiert. Mir wurde dabei entgegengehalten, da die Entscheidung einmal gefällt sei, könne man Kritik, Demonstrationen oder gar Streiks der Studenten nur noch als Beamtennötigung auffassen. Demgegenüber wandte ich ein, daß die Studentenschaft sich keinesfalls zu einer noch nicht gefällten Entscheidung äußern kann, und daß deswegen der Studentenschaft kein anderer Weg bleibt, von ihrem Recht Gebrauch zu machen, zu Universitätsereignissen Stellung zu nehmen, als daß sie dies nach gefallener Entscheidung tut. Ich bringe in Erinnerung: die Studentenschaft hörte drei verschiedene Argumentationen von den Mitgliedern ein und derselben Beratungskommission.

Schon vor der Unterredung im Rektorat begannen sich Differenzen unter den Professoren des Otto-Suhr-Instituts abzuzeichnen. Professor Ziebur kritisierte in einer Erklärung den Entschluß des Beratergremiums und akzeptierte ihn nur insofern, als dies für Dr. Krippendorffs weitere Laufbahn eine Hilfe bedeutete. Und es verdient auch festgehalten zu werden, daß der Widerspruch zum Entscheid des Rektors bewirkt hat, daß die wissenschaftliche Laufbahn Dr. Krippendorffs nun sichergestellt scheint. Professor von der Gablentz nahm vor mehreren studentischen Gremien gegen die Entscheidung des Rektors Stellung und gab einen dementsprechenden Artikel, den er für die ZEIT geschrieben hat, hektographiert der Universitätsöffentlichkeit zur Kenntnis. Von diesem Artikel, den man als Beleidigung anderer Universitätsangehöriger bewertete, distanzierten sich in aller Schärfe die Professoren Fraenkel und Sontheimer, Stourzh, Bussmann und Kotowski. Obwohl die Studentenvertretung aufs äußerste verwundert war, inwiefern der Artikel Professor von der Gablentz's als Beleidigung gewertet wurde, während gegen die Burschenschaftsrede Professor Bettermanns keine Stellungnahme erfolgte, nahm die Studentenvertretung offiziell zu diesen Differenzen unter dem Lehrkörper des Otto-Suhr-Instituts nicht Stellung. Ich verzichte auch hier, mich mit Professor von der Gablentz solidarisch zu erklären, weil es — wie mir scheint — an unserer Universität bereits soweit gekommen ist, daß ein Votum der Studentenvertretung für etwas dieses Etwas automatisch diskreditiert. Um so mehr will ich hier meiner Verwunderung Ausdruck geben, daß der wichtigere der beiden Beschlüsse, die vorgestern der Akademische Senat in einer a. o. Sitzung faßte, vor allen Dingen die Studentenschaft angreift. Dabei ist es völlig offenkundig, daß der Akademische Senat wegen der Differenzen zwischen den Professoren des Otto-Suhr-Instituts zu einer a. o. Sitzung zusammentrat. Denn der Konventsbeschuß, der vom Akademischen Senat angegriffen wird, ist bereits bei der davorliegenden o. Sitzung des Akademischen Senats vom 14. 7. 1965 bekannt gewesen. Mir scheint dies ein erneuter Versuch zu sein, die offenkundigen Differenzen innerhalb der Professorenschaft dadurch zu beheben, daß man an die Einigkeit gegenüber den Studenten appelliert. Dabei macht sich der Senatsbeschuß daran fest, daß der Konvent, anstatt den Rektor zu bitten, den Rektor aufforderte, seine Entscheidung im Fall Krippendorff zu überprüfen und überdies den Rektor aufforderte, von dieser Überprüfung den Konvent noch vor den Parlamentsferien zu unterrichten. Das Wort „Aufforderung“ wurde lediglich juristisch gelesen und als Kompetenzüberschreitung gewertet: so als hätte der Konvent sich die Befugnisse etwa des Senators für Wissenschaft und Kunst angemaßt. Ich erlaube mir anzumerken, ob man darin nicht das Bemühen vermissen muß, den Konvent richtig zu verstehen.

Zu dem Vorwurf der Kompetenzüberschreitung, der durch den Brief des Altrektors Professor Schenk präzisiert wird, mit dem sich der Akademische Senat zu identifizieren scheint, indem er ihn auf der Pressekonferenz verteilte, gilt es festzustellen:

Falls man den Konvent (und die studentischen Verbände) so verstanden hat, als wollten sie den Rektor zur Revision seiner

Entscheidung zwingen, oder als wollten sie dem Rektor das Recht bestreiten, die zuständige Entscheidungsinstanz zu sein, so hat man den Konvent falsch verstanden.

Der Konvent hat allerdings sehr deutlich den Rektor auf die möglichen Konsequenzen seiner Entscheidung hinweisen wollen. Dazu ist er nicht nur berechtigt nach der Satzung, sondern in der Satzung hat sich die Studentenschaft ausdrücklich verpflichtet auf den Grundgedanken der Freien Universität Berlin als einer Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden im Zeichen von Wahrheit, Gerechtigkeit und Freiheit. Wo der Studentenschaft deswegen die Gefahr gegeben scheint, daß Entscheidungen anderer Gremien der Universität geeignet sein können, diese Grundsätze zu beeinträchtigen, muß sie warnend darauf hinweisen, muß sie an das entsprechende Organ appellieren, der gemeinsamen Verpflichtung auf diese Grundsätze zu entsprechen. Wenn in dieser Tätigkeit der Studentenvertretung Kompetenzüberschreitung geschehen wird, so widerspricht das der Satzung dieser Universität. Der Beschluß des Akademischen Senats geht also in keiner Weise auf die Bedenken des Konvents ein; er spricht an der Argumentation des Konvents vorbei, wenn vielleicht auch ohne die Absicht, der Argumentation auszuweichen. Alamierend ist jedoch, was sich in der Argumentation des Akademischen Senats an Vorstellungen über die Universität zeigt:

Der Verweis auf die formale Kompetenz des Rektors für seine Entscheidung ist indirekt eine Zurückweisung jeder Kritik des Inhalts der Entscheidung, als sei mit der Feststellung der formalen Zuständigkeit zugleich festgestellt, daß niemand anderes das Recht habe, Kritik an solchen Beschlüssen zu üben. Diese statische Verteilung der Kompetenzen richtet sich, denkt man sie konsequent zu Ende, gegen Demokratie überhaupt. Ich muß mit Bedauern feststellen, daß der Akademische Senat in seinem Beschluß eine Argumentation gewählt hat, die einmal mehr geeignet ist, dem Verdacht neue Nahrung zu geben, daß obrigkeitsstaatliche Vorstellungen an dieser Universität weit verbreitet seien; denn er wirft dem Konvent im Grunde nur eins vor: mangelnde Subordination. Dabei ist gerade von denselben Gremien in der Vergangenheit der Studentenvertretung der Vorwurf gemacht worden, sie kümmere sich zu wenig um das Wohl der Gesamtuniversität und sei nur um die eigenen partikularistischen Interessen bekümmert, so wirft man ihr Kompetenzüberschreitungen vor.

Der Senatsbeschuß gibt weiterhin seiner Besorgnis Ausdruck, daß die durch Kompetenzüberschreitungen verursachte Unruhe an der Universität die Arbeit empfindlich störe. Sie wissen, daß Spektabilität Schildcher, Professor Littmann und Professor Wengler sich gegenüber der Presse dahingehend geäußert haben, daß sie zur Zeit an der Freien Universität nicht mehr gewährleisten sehen, ihre wissenschaftliche Aufgabe erfüllen zu können. Ich möchte an dieser Stelle an die Professoren unserer Universität die Bitte richten, aus den Vorfällen dieses Semesters nicht den Schluß zu ziehen, hier ihre Arbeit nicht fortzusetzen. Denn eines ist heute doch wohl kaum abzustreiten: was in diesem Semester in den verschiedenen Krisen sich an Mißständen deutlicher als je zuvor zeigte, ist nicht dem mangelnden Willen einzelner Universitätsangehöriger zur Last zu legen. Vielmehr muß die Einsicht akzeptiert werden, daß der provisorische Charakter dieser Universität, daß das Berliner Experiment — wie ich es anstelle für die Formel „Berliner Modell“ nennen will — es heute von allen Universitätsangehörigen mehr als in der Vergangenheit verlangt, weiterentwickelt zu werden. Dieser Aufgabe sollten gerade die nicht ihre Mitwirkung versagen, die in der Vergangenheit darum mit großer Intensität bemüht waren. Niemand in dieser Universität kann es sich leisten, vor den offenkundigen Strukturschwierigkeiten die Augen zu verschließen oder gar den Studenten allein die Schuld für dies gestörte Verhältnis zwischen den Organen der Universität zuzuschreiben. Es ist keine Böswilligkeit der Studenten, wenn sie enttäuscht sind, daß in so zukunftsbestimmenden Fragen wie der Neuordnung der Lehrerbildung oder der Neukonzeption des Grundstudiums nur halbe Lösungen für realistisch bezeichnet werden. Man kann doch nicht übersehen, daß der Hintergrund so vordergründiger Ereignisse wie der, die in letzter Zeit Unruhe auslösten, die noch immer verschobene generelle Hochschul-



reform ist. Das Arbeitsklima, das freilich nicht durch Krisen wie die zurückliegenden gefördert wird, ist ja objektiv durch die unzureichenden Studienbedingungen gefährdet. Diese zu verbessern, ist die Aufgabe aller Organe der Universität und jedes Universitätsangehörigen. Daß die Studentenschaft dabei ihre Mitwirkung nicht versagt, steht außerhalb jeden Zweifels. Ich erspare es mir, hier einmal mehr auf konkrete Vorschläge der Studentenschaft zu den einzelnen Fragen der Neuorganisation der wissenschaftlichen Arbeit hinzuweisen. Allerdings muß wohl auch die Studentenschaft mehr als je zuvor ihre Aufmerksamkeit auf die Neufassung der Satzung wenden sowie auf das Universitäts-Gesetz, das vom Abgeordnetenhaus verabschiedet werden soll.

Die zurückliegenden Ereignisse zwingen uns, genauer die regulativen Leitsätze der Organisation des Lehr- und Forschungsbetriebs zu formulieren.

Ich würde es deshalb begrüßen, wenn der Konvent heute die Vorlage, die der AStA in Zusammenarbeit mit den studentischen Sprechern vorbereitet hat, sich zu eigen macht.

(Archiv ZI6: Akte „12. 12. FU, 17. Konvent, Protokolle 7. bis 14. Sitzung 1965“)

## DOKUMENT 432

### Anlage zum Protokoll der 9. (o.) Sitzung des 17. Konvents

Der Konvent faßte folgenden Beschluß: Am Ende des Sommersemesters 1965, dessen Ereignisse die Universität und die Öffentlichkeit zu der Erkenntnis bringen müssen, daß die gegenwärtigen Verhältnisse an der Freien Universität noch keineswegs zulänglich geordnet sind, stellt der Konvent fest: Die als „Berliner Modell“ bezeichnete Konzeption einer Hochschulverfassung bildete den ersten Schritt zu einer demokratischen Organisation der wissenschaftlichen Arbeit. Der Konvent sieht in den nun offenkundig gewordenen Schwierigkeiten ein Anzeichen dafür, daß die gegenwärtige Verfassung noch nicht in der Lage ist, eine Reihe in der Praxis aufgetretener Konflikte in einer Weise zu bewältigen, die der Intention des „Berliner Modells“ entspreche.

Die gegenwärtige Verfassung gewährleistet nur unzureichend, daß die verschiedenen Anforderungen an die Organisation der wissenschaftlichen Arbeit sachgerecht miteinander in Einklang gebracht werden. Der Konvent sieht das größte Hindernis für eine zufriedenstellende Lösung der aufgetretenen Probleme darin, daß gegenwärtig die Repräsentation der einzelnen Gruppen von Universitätsangehörigen, die durch ihre Funktion innerhalb der Gesamtaufgaben der Universität verschiedene Interessen vertreten müssen, in der Verfassung der Universität nur unzureichend gewährleistet ist. Die Gruppen, die in der wissenschaftlichen Arbeit zusammenwirken, sind a) die Hochschullehrer, b) die Assistenten, c) die Studenten.

Der Konvent ist der Ansicht, daß der Appell an das Bewußtsein der Gemeinsamkeit, verbunden mit der Forderung nach Subordination, nicht geeignet ist, die aufgetretenen Schwierigkeiten zu lösen. Vielmehr erfordert die Intention des „Berliner Modells“ jetzt eine Neufassung der Satzung, die die gewonnenen Erfahrungen berücksichtigt. Deswegen weist der Konvent noch eindringlicher als zuvor auf das vom Abgeordnetenhaus zu verabschiedende Universitätsgesetz hin. Der Konvent ist der Ansicht, daß bei der Formulierung der Grundsätze einer Hochschulverfassung folgende Punkte zu beachten sind:

1. Eine Universität kann nur dann den Anspruch verwirklichen, eine Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden zu sein, wenn sie die institutionellen Voraussetzungen für die angemessene Berücksichtigung aller in ihr arbeitenden Gruppen schafft, wobei die demokratische Kontrolle ihrer Repräsentanten sichergestellt sein muß.

Dementsprechend muß eine künftige Satzung garantieren, daß die verschiedenen Gruppen, gemäß ihrer Selbständigkeit im Arbeitsprozeß, bei der akademischen Selbstverwaltung zusammenwirken.

- a) Der Hochschullehrerschaft muß, um die Freiheit der Wissenschaft zu garantieren, die Unabhängigkeit gegenüber außeruniversitären Einflüssen in der Gestaltung von Forschung und Lehre garantiert sein.
- b) Die Assistentenschaft muß über die Gegenstände mitbestimmen, die ihre selbständige Vorbereitung auf den Beruf des Hochschullehrers beeinflussen.
- c) Der Studentenschaft muß das Ziel ihrer Ausbildung, selbständig und wissenschaftlich die Aufgaben eines Berufs zu bewältigen, sichergestellt sein. Die Studenten müssen deswegen im kritischen Lernen als selbständige Partner in der wissenschaftlichen Arbeit zur ständigen rationalen Auseinandersetzung mit der vorgegebenen Umwelt befähigt werden. Dieser Anspruch bleibt unerfüllt, solange der Student zum zeitlich begrenzten Stoffkonsumenten mit dem Ziel der unkritischen Reproduktion am Prüfungstermin gemacht wird, dieser Anspruch bleibt besonders dann unerfüllt, wenn ihm unkritisches Verhalten gegenüber seiner Umwelt abverlangt wird.

Daraus folgt, daß die verschiedenen Gruppen nicht durch ein Gremium nach außen und innen vertreten werden können, das sich vorwiegend aus Vertretern einer der Gruppen zusammensetzt, selbst wenn dieses Gremium den Anspruch erhebt, das Ganze im Auge zu haben. Es ist unmöglich, diese divergierenden Interessen durch die Berufung auf das Ansehen und die Würde der Gesamteinstitution zwangsweise zu homogenisieren. Denn die Würde und das Ansehen einer der Rationalität verpflichteten Institution besteht darin, daß sie selbst vernünftig und gerecht geordnet ist.

Die in der Verfassung garantierte Selbstverwaltung der Hochschulen und die von ihnen gewohnheitsrechtlich beanspruchte Autonomie wird der Universität von der Gesellschaft deswegen eingeräumt, damit in ihr dasjenige Maß an Erkenntnis und Aufklärung in systematischer Arbeit produziert wird, das der Gesellschaft einen Schritt weiter zur Humanisierung ihrer Organisation verhilft. Die akademische Freiheit kann niemals ein soziales Privileg sein, sondern nur die gekennzeichnete Funktion der Universität in der Gesellschaft begründet und legitimiert die akademische Freiheit.

Deswegen bietet allein eine Hochschulsatzung, nach der die verschiedenen Gruppen entsprechend ihrer Selbständigkeit im wissenschaftlichen Arbeitsprozeß an der akademischen Selbstverwaltung mitwirken, die Voraussetzung zur Erfüllung der Aufgaben, um derentwillen die Autonomie der Hochschule besteht.

Der Konvent ist durch die Ereignisse des Sommersemesters gezwungen, erstmals die Frage zu stellen, ob die Universität in ihrem gegenwärtigen Zustand in der Lage ist, eine solche Neuorganisation vorzunehmen, die der schon gewährten Autonomie der Hochschule die inhaltliche Berechtigung geben würde.

(Archiv ZI6: Akte „12. 12. FU, 17. Konvent, Protokolle 7. bis 14. Sitzung 1965“)

## DOKUMENT 433

Prof. D. Helmut Gollwitzer

1 Berlin 38, den 26. 7. 1965  
Schopenhauerstraße 47

### Mitteilung

Meine letzte Vorlesung am 26. 7. 1965 habe ich mit folgender Einleitung begonnen:

Wer dem Lehrkörper der Freien Universität angehört, ist verpflichtet, die Verlautbarungen des Akademischen Senats vom 20. 7. 1965 an den Normen, die im Wappen unserer Universität enthalten sind, zu prüfen. Meine Prüfung ergibt zu meiner großen Betrübnis folgendes:

1. Wenn der Akademische Senat Herrn Prof. v. d. Gablentz den unter Kollegen und von Seiten eines akademischen Organs gegen einen Kollegen unerhörten Vorwurf macht und sogar öffentlich plakatiert, Prof. v. d. Gablentz habe zweimal die

Unwahrheit gesagt, obwohl die Aussagen von Herrn v. d. Gablentz so, wie er sie gemeint hat, erweislich wahr sind, — so ist das wider die Veritas.

2. Wenn der Akademische Senat so spricht, als wären Rektor und Senat an den „Störungen der akademischen Ordnung und des Arbeitsklimas“ in diesem Sommer unschuldig, so ist das wider die Justitia.

3. Wenn der Akademische Senat den Rektor auffordert, Proteste gegen Maßnahmen des Rektors, wie sie sich in diesem Sommer ereignet haben, zu „unterbinden“, obwohl diese Proteste sich zwar nicht immer innerhalb der Grenzen des guten Tones, wohl aber innerhalb der Grenzen von Gesetz und Verfassung gehalten haben, — so ist das wider die Libertas.

Wenn dies bei einem so achtenswerten Gremium wie einem Universitäts-Senat festzustellen ist, so mögen Sie, meine Hörer, daraus für Ihr Leben lernen, daß es nicht schwer ist, sich zu großen Idealen zu bekennen, sehr schwer aber, ihnen im Leben wirklich zu entsprechen.

(Rektorat FUB: AStA-Akte 2/2950/1)

## DOKUMENT 434

Berlin 33, den 26. Juli 1965

### An die Mitglieder des Akademischen Senats

Magnifizenz, sehr geehrte Senatoren, Sie haben uns Ihre Erklärung und Ihren Beschluß vom 20. Juli 1965 zugesandt und die Erklärung öffentlich plakatiert. Beide Dokumente stehen so wenig im Einklang mit den Hoffnungen, die wir in eine Stellungnahme des höchsten Gremiums unserer akademischen Selbstverwaltung zu den Vorgängen dieses Semesters gesetzt haben, daß wir uns genötigt sehen, Ihnen mitzuteilen, weshalb wir Ihrem Vorgehen nicht beipflichten können.

Bis zu der vorliegenden Erklärung hat der Akademische Senat Versuche unterlassen, die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Professorenenschaft durch Eröffnung einer Gelegenheit zu interner Aussprache oder durch eine vermittelnde Empfehlung auszugleichen. Wir hätten die Einrichtung eines Ausspracheforums ebenso begrüßt, wie wir die Einwilligung Sr. Magnifizenz zur Beiziehung eines Berater-Gremiums und seine inzwischen erfolgte Aussprache mit den Assistenten begrüßt haben. Dagegen hat der Akademische Senat, der sich nach der jetzt abgegebenen Erklärung bereits durch den Artikel von Dr. Krippendorf beleidigt sah, in dieser Sache erst in dem Augenblick Stellung genommen, als ein Mitglied des Lehrkörpers sich gedrängt sah, seiner Besorgnis über die Entwicklung der Krise öffentlich Ausdruck zu geben und Kritik an den bisher getroffenen Maßnahmen zu üben. Er hat obendrein die Publikation dieser Erklärung zu einem Zeitpunkt unternommen, als er dem Antrag dieses Professors zur Eröffnung eines Disziplinarverfahrens gegen sich selbst schon zugestimmt hatte.

Während wir uns von einer pauschalen Verdächtigung derer, die den administrativen Maßnahmen Sr. Magnifizenz zugestimmt haben, distanzieren, sind wir der Ansicht, daß das bloße Vorbringen schwerer Beschuldigungen, wie sie vor allem in Punkt 3 der Erklärung enthalten sind, einerseits nicht ausreicht, um die vorgebrachte Kritik durch Klärung der Sachverhalte zu beheben, andererseits nicht geeignet ist, das Vertrauen in die obersten Organe der Selbstverwaltung als die Repräsentanten aller Angehörigen der Universität zu stärken. Man hätte erwarten dürfen, daß diejenigen Mitglieder des Senats, die auf dieser Erklärung bestanden, die verschiedenartigsten Faktoren der Krise umfassender berücksichtigt und dabei in Betracht gezogen hätten, daß auch Vorgänge wie die Äußerungen eines Wahlsenators in der Öffentlichkeit zu den von Ihnen beanstandeten Störungen beigetragen haben. Dadurch, daß der Akademische Senat in seinem Beschluß in einer uns peinlich an jene Äußerungen erinnernden Weise den Rektor aufgefordert hat, „die Störungen der akademischen Ordnung und des Arbeitsklimas an der Universität zu unterbinden“, trägt er kaum zur Ausräumung der geäußerten Besorgnisse bei.

Die Tatsache, daß wir in Räumen lehren müssen, an deren Türen ein Verdikt über einen einzelnen Mitbeteiligten an den heraufbeschworenen Unruhen öffentlich plakatiert ist, beschämt uns. Wir bitten Sie, uns die Tätigkeit an der Freien Universität, die wie jede Universität zu kritischem Denken erziehen soll und die sich auf die Maßstäbe „veritas justitia libertas“ verpflichtet hat, dadurch zu erleichtern, daß Sie sich um die baldige Entfernung dieser Plakate bemühen. Darüber hinaus sind wir der Ansicht, daß eine so einseitige Stellungnahme nicht Ihr letztes Wort zu den Vorgängen bleiben sollte, und wir hoffen, daß Sie Wege finden werden, um ein befriedetes Zusammenwirken all derer wieder herbeizuführen, die sich der Mitverantwortung für diese Universität bewußt sind. Da wir diesen Brief lediglich an Sie, nicht aber an alle Kollegen dieser Universität oder an eine breitere Öffentlichkeit senden, wären wir Ihnen für den Fall, daß Sie sich außerstande sehen, im Akademischen Senat auf unsere Meinungsäußerung einzugehen, für Ihre persönliche Stellungnahme dankbar.

gez. Wilhelm Emrich Jurij Striedter Georg N. Knauer  
Eberhard Lämmert Rudolf Kassel

(Archiv ZI 6: Akte 12.12 FU „Akademischer Senat 1964/65“)

## DOKUMENT 435

### Protokoll

der ordentlichen Senatssitzung vom 28. Juli 1965

Beginn 15.15 Uhr, Ende 1.30 Uhr

Anwesende: Magnifizenz Prof. Dr. Lüers Prof. Dr. Lieber  
Prorektor Prof. Dr. Heinitz ab 16.05 Uhr  
Prof. Dr. Loeschke  
Prof. Dr. Maßhoff  
Prof. Dr. Boch  
Prof. Dr. Blei  
Prof. Dr. Bettermann ab 16.05 Uhr  
Prof. Dr. Schilcher  
Prof. Dr. v. Friedeburg  
Prof. Dr. Philipp ab 15.20 Uhr  
Prof. Dr. Elze  
Prof. Dr. Grottemeyer  
Dr. Kloidt  
cand. med. Regine Herrmann  
stud. phil. Sigrid Rüger  
UDir. Völz  
Dr. Hartwich

Es fehlten entschuldigt: Prof. Dr. Hartwigk, Prof. Dr. Jahr, Prof. Dr. Neuhaus

Zu Punkt 11) Prof. Dr. Lennert

Zu Punkt 13) Prof. Dr. Blomeyer

Zu Punkt 14) Prof. Dr. Kotowski

Zu Punkt 15) stud. rer. pol. Ulrich Ströhle  
cand. rer. pol. Wolfgang Pollack fehlte entschuldigt

### 11) Stellungnahme zur Lehrerbildung

Zu diesem Tagesordnungspunkt erscheint Prof. Dr. Lennert. Auf Grund des Berichtes von Prof. Dr. Lennert beschließt der Senat nach eingehender Aussprache einstimmig:

Wir begrüßen den Gedanken einer Annäherung der verschiedenen Formen der Lehrerbildung mit dem Ziele einer späteren Inkorporierung (Eingliederung oder Angliederung) der Pädagogischen Hochschule in die Freie Universität und sind bereit, daran mitzuwirken.

Von den zur Erreichung dieses Zieles vorgeschlagenen organisatorischen Modellen glauben wir das erste (Übernahme der Pädagogischen Hochschule Berlin mit ihrem gesamten Lehrkörper als Fakultät der Freien Universität) nicht verantworten zu können. Die Pädagogischen Hochschulen, wie sie seit 1925 entstanden und seit 1945 erneuert worden sind, sind weder hinsichtlich ihrer Studienform noch hinsichtlich ihrer Lehrkörper als wissenschaftliche Hochschulen entworfen worden und sind es auch bisher als ganze nicht geworden. Indem wir auf diese geschichtlichen Vorgänge hinweisen, wollen wir zum Ausdruck bringen, daß in dieser Feststellung keine Ge-

ringschätzung dieser um das deutsche Erziehungswesen und auch um die Entwicklung der Erziehungswissenschaft hoch verdienten Institution liegt. Wir wissen, daß in den verschiedenen Disziplinen der Pädagogischen Hochschulen immer auch Männer und Frauen tätig waren, die, ob sie nun promoviert oder habilitiert waren oder nicht, die an Inhaber wissenschaftlicher Lehrstühle zu stellenden Anforderungen voll erfüllen. Von der Gesamtheit dieser Lehrkörper (in allen ihren Disziplinen) gilt das nicht und konnte es auch nicht gelten, da sie bis in die letzte Zeit nicht allein nach diesen Maßstäben besetzt werden durften, wenn die Eigenart ihrer Aufgabe und die Kontinuität der Lehrerbildung aufrecht erhalten werden sollte. Da mit diesen Sachverhalten noch eine Reihe von Jahren gerechnet werden muß, erscheint uns sowohl die Übernahme der Pädagogischen Hochschule als Fakultät wie auch ihre Erklärung zur selbständigen wissenschaftlichen Hochschule zur Zeit noch nicht möglich.

2.1 In den Grundzügen des zweiten Modelles sehen wir die Möglichkeit gegeben, während eines längeren Stadiums praktische Erfahrungen zu sammeln, um dauerhafte Formen der Kooperation zu finden, die auch der Schulwirklichkeit gerecht werden. Wir schlagen vor, diese Lösung dadurch elastisch zu halten, daß zunächst auf die Aufhebung des PH-Gesetzes verzichtet, dieses vielmehr durch eine Generalklausel ergänzt wird, in der der Pädagogischen Hochschule die Zusammenarbeit mit der Freien Universität zur Aufgabe gemacht, die Regelung im einzelnen aber einem Abkommen überlassen wird, dessen Bestimmungen leichter den Erfahrungen und dem jeweils erreichten Grade der Annäherung anzupassen sind als die eines Gesetzes. Bei dieser Lösung setzen wir voraus, daß rechtliche Wege gefunden werden, den Professoren wie den Studenten der Pädagogischen Hochschule schon jetzt die beamtenrechtlichen Auswirkungen des Status einer wissenschaftlichen Hochschule zu sichern. Das könnte etwa in der Form geschehen, daß § 2 des Gesetzes über die Pädagogische Hochschule folgenden neuen Absatz 4 erhält: Sie gilt als wissenschaftliche Hochschule im Sinne der §§ 5 Abs. 2 Satz 2, 18 und 23 Abs. 1 Satz 2 HSchLG, § 34 Ziff. 2 Laufbahngesetz, der Fußnoten 1 und 2 zu der Besoldungsgruppe H 1 und der Fußnoten 2 zu den Besoldungsgruppen H 2 und H 3 LBesG.

2.2 Um eine Übergangsphase muß es sich auch deshalb zunächst handeln, weil, solange die Lankwitzer Gebäude nicht aufgegeben werden können, eine Studiumszusammenführung nur in kleinen Gruppen (d. h. in Fächern mit kleinen Studentenzahlen und mit freiwilligen Gruppen in den großen Fächern) möglich sein kann.

Für den Inhalt des Abkommens zur Verwirklichung des Modelles geben wir folgende Gesichtspunkte:

3.1 Das individuelle Studium einzelner Studenten je an der anderen Institution ist durch das Nebenhörerabkommen für Studenten beider Hochschulen immer schon möglich gewesen und auch praktiziert worden. Nach dem Prinzip der freien Prüferwahl halten wir es für selbstverständlich, daß in den erziehungswissenschaftlichen Prüfungen im Rahmen der Lehrerausbildung auch die Professoren der jeweils anderen Institution auf Wunsch des Kandidaten als Prüfer wirken können. Dieses Recht in den Abmachungen der Universität und der Pädagogischen Hochschule festzulegen, erscheint uns nicht angebracht, da seine Wahrung nicht der Kompetenz der Hochschulen unterliegt. Wir setzen dabei voraus, daß an eine Zwangszuweisung von Prüfern nicht gedacht ist; sie würde die fruchtbare Zusammenarbeit zwischen den beiden Ausbildungswegen ernsthaft beeinträchtigen.

3.2 Eine Weiterentwicklung dieses Austausches kann im Allgemeinen Studium zunächst nur mit freiwilligen Gruppen betrieben werden, da es sich hier um sehr große Studentenzahlen handelt. Dafür geeignete Lehrveranstaltungen sollten an beiden Hochschulen eingerichtet werden. Unsererseits besteht ein besonderes Interesse daran, daß einzelne unserer Dozenten und Studenten die von der Berliner Pädagogischen Hochschule entwickelte Form des „Didaktikums“ kennenlernen.

3.3 Im Wahlfachstudium besteht in einigen Fächern, v. a. der Mathematik-Naturwissenschaftlichen Fakultät, die Möglichkeit einer vollen Übernahme durch Institute der Freien Universität.

Doch kann die Form ihrer Durchführung nur in eingehenden Beratungen mit der Pädagogischen Hochschule, in den dafür zu schaffenden gemeinsamen Organen, geklärt werden. In den Fächern mit großen Studentenzahlen und mit stark durchstrukturierten Studiengängen wird es sich vorläufig nur um das Zusammenführen kleiner Studentengruppen in einzelnen Unterrichtsveranstaltungen handeln können.

3.4 Die Entwicklung der Didaktik bitten wir, beiden Seiten offen zu halten. Die Zusammenarbeit ihrer Vertreter untereinander und mit den betreffenden Sachfachern sollte durch die Koordinierungsgremien gefördert werden.

3.5 Die verantwortliche Teilnahme der Universität an dem Berufungsverfahren wie auch an dem Qualifikationsverfahren der Pädagogischen Hochschule scheint uns erforderlich zu sein, wenn nach Ablauf der Übergangsphase die Pädagogische Hochschule als echte wissenschaftliche Hochschule in irgendeiner Form in die Freie Universität inkorporiert werden soll. Wir halten es aber für unzumutbar, dafür ein gleichbleibendes Gremium vorzusehen, das lediglich Fachgutachten entgegennimmt. Vielmehr sollte dieses Organ von Fall zu Fall wechselnd, unter Einbeziehung von Vertretern des betreffenden Faches, zusammengesetzt werden. Die genaue Regelung dieses Verfahrens müßte der in § 11 des Gesetzes über die Pädagogische Hochschule vorgesehenen Berufsordnung vorbehalten bleiben.

3.6 Neben dieses „Berufungsgremium“ sollte noch ein Koordinierungsgremium für die Annäherung des Unterrichts treten. Die Belastung für die einzelnen Mitglieder dieser Organe wird so groß sein, daß die Verantwortungen verteilt werden sollten. Dieses Gremium sollte einige ständige Mitglieder aus beiden Hochschulen haben und sich von Fall zu Fall durch Fachvertreter ergänzen.

3.7 Über die Bildung solcher Gremien hinaus ist eine Verzahnung der Lehrkörper anzustreben. Wir denken daran, daß einzelne Lehrstuhlinhaber der Freien Universität in den Lehrkörper der Pädagogischen Hochschule und einzelne Professoren derselben in Fakultäten der Freien Universität aufgenommen werden. Das sollte aber erst geregelt werden, wenn durch die Koordinierungsarbeiten engere Kontakte entstanden sind.

Wir sind uns der großen und im einzelnen nicht vorhersehbaren Schwierigkeiten bewußt, die eine solche Annäherung und allmähliche Integrierung mit sich bringen muß, wenn durch sie die Effektivität der Lehrerbildung nicht gefährdet werden und die bisher von der Pädagogischen Hochschule geleistete Arbeit in ihren Werten erhalten bleiben soll. Daher halten wir es für ratsam, daß der Gesetzgeber sich zunächst auf die Generalklausel zum PH-Gesetz beschränkt, und daß durch ein Abkommen die Möglichkeiten zu praktischen Erfahrungen während einer Übergangsperiode eröffnet werden.

### 13) Disziplinarverfahren

Zu diesem Tagesordnungspunkt erscheint Prof. Dr. Blomeyer. Der Senat beschließt gem. § 18 Abs. 3 der Geschäftsordnung absolute Vertraulichkeit.

Die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes findet ohne die studentischen Senatsmitglieder statt. § 7 Abs. 2 der Satzung.

Auf Grund des vom Untersuchungsführer erstatteten zusammenfassenden Berichtes des Ermittlungsergebnisses beschließt der Senat einstimmig:

Das Disziplinarverfahren gegen Prof. Dr. Ziebura wird eingestellt, weil die festgestellten Dienstvergehen eine Bestrafung nicht unbedingt erforderlich machen.

Im Falle Prof. Dr. v. d. Gablentz spricht sich der Senat mit 12 gegen eine Stimme gegen die Einstellung des Verfahrens aus und beschließt mit 8 gegen 5 Stimmen, daß Prof. Dr. v. d. Gablentz wegen der festgestellten Dienstvergehen mit einem Verweis zu bestrafen ist.

Der Vertreter der Einleitungsbehörde, Prof. Dr. Blei, wird beauftragt, die Einstellungsverfügung und die Dienststrafverfügung zu entwerfen.

### 14) s. 10

(Archiv Z16: Akte „12. 12. FU, Akademischer Senat 1964/65“. Die Protokollierung des TOP 13 ist im Z16 nur in einer Fotokopie vorhanden. Original: Akademischer Senat FUB: Protokoll der Sitzungen 1965)

## DOKUMENT 436

### Erklärung

An meiner Ansprache mit dem Kommerz der Burschenschaften am 12. Juni 1965 ist vielfach Kritik geübt und sind Vorwürfe erhoben worden, insbesondere in dem Brief einiger Professoren des Otto-Suhr-Institutes vom 16. Juni 1965. Ich erkläre dazu gegenüber Rektor und Senat:

I. Ich habe, was ich ausdrücklich klargestellt habe, weder im Namen der Freien Universität noch in meiner Eigenschaft als deren Wahlsektor gesprochen, wohl aber als Professor an dieser Universität. Als solcher stehe ich für das ein, was ich dort gesagt habe.

II. Ich soll geäußert haben, „nur eine Minderheit wisse, was Ehre sei“, und soll damit „die Mehrheit des deutschen Volkes beleidigt haben“. Tatsächlich habe ich gesagt — und das war den Schreibern jenes Briefes bekannt: „wer Ehre sagt, Ehre verlangt und Ehre verteidigt in dieser Zeit, der muß wissen, daß er sich in der Minderheit befindet“. Dieser Satz kann schon bei isolierter Betrachtung nicht in jene mir in den Mund gelegte „Äußerung“ umgedeutet, ja verfälscht werden — erst recht aber nicht, wenn man ihn im Zusammenhang liest. Leider ist meine Rede in dem vom AStA verteilten Flugblatt, das sich als „Information für die Studentenschaft“ bezeichnete, unvollständig wiedergegeben worden. Ich hatte nämlich die Burschenschafter davor gewarnt, die Tatsache, daß ihnen am Morgen bei dem Festakt von so vielen Offiziellen Weihrauch gestreut war, zu überschätzen: daraus zu schließen, daß sich nun die Burschenschaften mit ihren Zielen und Gesinnungen „in Übereinstimmung mit der Öffentlichkeit und der Gesamtheit der Studentenschaft befänden, wäre ein verhängnisvoller Irrtum“. Denn der Wahlspruch der Burschenschaften lautet: „Ehre, Freiheit, Vaterland“. Ehre und Vaterland aber sind heute höchst umstrittene Werte, die nicht eben hoch im Kurse stehen. Wer sie dennoch zu obersten Idealen seines Bundes wählt oder an ihnen festhält, befindet sich heute notwendigerweise in der Minderheit. Was an dieser schlichten Feststellung beleidigend sein soll, ist mir unerfindlich. Die Aufregung über meinen Ehrensatz ist mir aber auch deshalb unerklärlich, weil gerade die Gegner der schlagenden Verbindungen immer wieder deren angeblich überholten, weil ständisch gebundenen Ehrbegriff und deren angeblich übertriebene Ehrauffassung kritisieren. Auch dies habe ich den Burschenschäftlern mit dem fraglichen Satz ins Gedächtnis gerufen.

III. Man hat ferner und vor allem den Schlußsatz beanstandet: „Bringen Sie uns unsere Universität wieder in Ordnung!“

1. Was damit gemeint war, ergibt sich aus den vorangegangenen Sätzen und aus dem Gesamtzusammenhang des zweiten Teils meiner Ausführungen: Nachdem ich auf die Krise der Freien Universität und deren über Berlin hinausgehende Bedeutung hingewiesen hatte, habe ich aufgerufen, „uns dabei zu helfen, das richtige Arbeitsklima an der Freien Universität wiederherzustellen“, welche „die Mehrheit der Studenten als eine Stätte der Arbeit und der Wahrheitssuche betrachtet“. Ich habe die „Bitte“ geäußert: „Kümmern Sie sich, die jungen Kommilitonen, um AStA und Konvent“. Ich habe die Kommilitonen ermahnt, sich durch die seinerzeitige Abwahl des Burschenschafters Diepgen — der übrigens heute zweiter Vorsitzender des VDS ist — „nicht entmutigen“ zu lassen, sondern „einen neuen Anfang zu machen“. Daran schloß sich der inkriminierte Satz an: „Bringen Sie uns unsere Universität wieder in Ordnung“.

2. Daß an der Freien Universität Unruhe herrscht, die nicht mehr schöpferisch, sondern zerstörerisch wirkt, und daß sich unsere Freie Universität nicht in der ihr gemäßen Ordnung, sondern in Unordnung befindet, ist allerdings meine Überzeugung und scheint mir auch die Meinung des Senats zu sein, wenn ich seine Erklärungen vom 20. und 21. Juli recht verstanden habe. Ich glaube auch nicht allein mit der Ansicht zu stehen, daß dieser unerfreuliche Zustand zu einem wesentlichen Teil durch die derzeitige Zusammensetzung von AStA und Konvent verursacht ist, an deren Wahl sich weniger als die Hälfte der wahlberechtigten Studenten beteiligt haben. Angesichts dieser Lage hielt und halte ich mich für berechtigt, verpflichtet, unter strenger Wahrung politischer Neutralität, die

Studenten aufzufordern, ihre Repräsentationsorgane so zu besetzen, daß jene Zusammenarbeit gewährleistet wird, die das sogenannte Berliner Modell erfordert.

3. Wenn in dem Brief der sechs Kollegen gesagt wird, daß sich meine Aufforderung an eine „nicht zugelassene Korporation“ gerichtet hätte, so ist dies zunächst dahin richtig zu stellen, daß — wie der Wortlaut meiner Ansprache zeigt — ich primär an die Kommilitonen appelliert habe. Diese von mir angesprochenen Kommilitonen sind vollberechtigte Mitglieder der Freien Universität, insbesondere wahlberechtigte Studenten. Nur an sie richteten sich meine auf die Freie Universität bezüglichen Ausführungen, nicht an die auswärtigen Burschenschafter und schon gar nicht an die Alten Herren.

Was aber die Nichtzulassung der Berliner Burschenschaften an der Freien Universität angeht, so beinhaltet die Nichtzulassung dieser und anderer schlagender oder farbentragender Verbindungen nicht deren Verbot oder die Unzulässigkeit ihrer Betätigung als studentische Vereinigungen. Sie sind legale Gruppen, die unter dem Schutz der Vereinsfreiheit garantierenden Verfassung stehen. Sie zu verbieten, zu bekämpfen, zu behindern, zu diskriminieren oder gar zu diffamieren ist die Freie Universität um so weniger berechtigt, als die Mitglieder dieser Vereinigungen, die die Universität als ihre alma mater betrachten, ihr mit uneingeschränkter Loyalität begegnen und ihre Pflichten als akademische Bürger nicht weniger erfüllen als die Studenten anderer, zugelassener Vereinigungen oder als die nicht korporierten Studenten.

4. Ich gestehe jedem Mitglied der Freien Universität, Lehrern wie Studenten, die volle Freiheit zu, das Korporationswesen oder bestimmte Korporationen, deren Ziele, Bräuche oder Verhaltensweisen abzulehnen, zu kritisieren und mit legalen Mitteln zu bekämpfen. Aber der Universität als Körperschaft des öffentlichen Rechts, welche die Gesamtheit aller Professoren und aller Studenten umfaßt, steht dieses Recht nicht zu. Sie ist schon von Rechts- und Verfassungs wegen verpflichtet, sich in die Korporationsfrage neutral zu verhalten und alle Studenten und studentischen Vereinigungen, solange sie sich in den Schranken von Recht und Sitte halten, gleich zu behandeln und alle nicht gegen Recht und Anstand verstoßenden Formen studentischen Gemeinschaftslebens zu tolerieren. Diese Toleranz ist auch ein Stück akademischer Freiheit, die zu den Lebenselementen der deutschen Universität gehört. Am wenigsten darf die Freie Universität die studentische Vereinigungsfreiheit beschränken und sich zum Zensor des studentischen Gemeinschaftslebens machen. Ich habe auf die Unzulässigkeit dieses Verhaltens und dieser Einstellung der Universitätsorgane wiederholt, eindringlich und öffentlich, auch in einer Vorlesung auf den Universitätstagen, hingewiesen. Das werde ich auch weiterhin tun. Dabei geht es mir nicht um die Korporationen, denen auch ich heute mit viel Skepsis begegne, sondern um die Toleranz. Es geht mir allein um die Freiheit jedes Studenten unserer Freien Universität, sich nach eigenem Urteil zu entscheiden, ob, wo und wie er sich korporiert oder gruppiert.

(Professor Dr. Bettermann)

Berlin, den 27. Juli 1965

(Hochschularchiv FUB: Akte 2/2098/2 „Politisches Mandat, insbesondere der Studentenvertretung der FUB“, Nr. 91)

## DOKUMENT 437

Philosophische Fakultät

Berlin-Dahlem, 28. Juli 1965

An die

Mitglieder der engeren Fakultät

Persönlich

Vertraulich

Sehr geehrte Frau Kollegin!

Sehr geehrter Herr Kollege!

Um die Tagesordnung der Fakultät am 31. 7. zu entlasten, erlaube ich mir, vorweg zu dem im Tagesspiegel vom 28. 7. veröffentlichten Brief der Herren Kollegen Eberhard, Gollwitzer, Lennert, Szondi, Taubes und Weischedel wie folgt Stellung zu nehmen:

Zu 1: Der Akademische Senat ist hinsichtlich der Regelung des Falles Dr. Krippendorff unzuständig. Ich habe es begrüßt, daß der Senat sich solange wie möglich jeder bewertenden Stellungnahme enthalten hat, um so zur Beruhigung der Lage an der Universität beizutragen. Ich bin allerdings auch der Meinung gewesen, daß die Veröffentlichung des Kollegen von der Gablentz vom 16. 7. den Senat gezwungen hat, seine Zurückhaltung aufzugeben, da diese Veröffentlichung meiner Überzeugung nach die Vertrauenskrise hat verschärfen helfen. Meine Stellung in der Korporationsfrage dürfte Ihnen bekannt sein. Ich habe eine Zurückhaltung des Senats in dieser Frage für richtig gehalten, um die damals bevorstehende Rektorwahl nicht zu belasten. Auch die Fakultät hat in ihrer Sitzung vom 23. 6. von einer ausdrücklichen Stellungnahme abgesehen. Die Fakultät hat sich ferner am 7. 7. in ihrer Erklärung nur allgemein und hinsichtlich der Beteiligung des Rektors und des Präsidenten der WRK geäußert. Ich bedauere heute, daß wir nicht sogleich zum Fall Bettermann eine auch für den Senat bestimmte Erklärung und Forderung abgegeben haben. Jedoch sollte man jetzt nicht vergessen, daß die damalige Zurückhaltung des Senats wie der Fakultät in dem Willen, jede weitere Verschärfung zu vermeiden, eine gewichtige Begründung hatte.

Zu 2: Herr von der Gablentz hätte zum Zeitpunkt seiner Veröffentlichung wissen müssen, daß der unbestimmte Ausdruck „Übergehung der Professoren“ die damals in weiten Kreisen der Studentenschaft und in der Öffentlichkeit verbreitete Auffassung bestärkt hat, der Rektor habe willkürlich ohne Benachrichtigung der Kollegen Sontheimer und Zieburga gehandelt. Hier hätte ich von Herrn von der Gablentz eine klare Unterscheidung dahingehend erwartet, daß der Rektor dienstlich korrekt gehandelt habe, eine zusätzliche kollegiale Befragung aber erwünscht gewesen wäre. Ich bedauere, daß in der Stellungnahme der Herren Kollegen die Zuleitung des Schreibens des Rektors an Herrn Dr. Krippendorff über Herrn Kollegen Sontheimer als „formale Tatsache“ bagatellisiert wird. Ich habe in meinem ersten Gespräch mit Herrn Sontheimer diesen sofort gefragt, ob er das Schreiben angehalten habe, denn auch für eine solche Möglichkeit werden solche Schreiben über Institutsdirektoren geleitet. — Eine fristlose Kündigung von Herrn Dr. Krippendorff, die dem Rektor auch angeraten worden war, wäre auch möglich gewesen. Der Rektor hatte von ihr Abstand genommen, da sie durch das relativ nahe Ende des Vertrages „entbehrlich“ war. Die fristlose Entlassung wäre sicherlich nicht „entbehrlich“ gewesen, wenn der Vertrag beispielsweise noch für ein weiteres Jahr gegolten hätte. Das Wort „entbehrlich“ weist auf die Zwangssituation hin, in der sich der Rektor befunden hätte, wenn ein langfristiger Vertrag vorgelegen hätte. Herr Kollege von der Gablentz mußte wissen, daß der Ausdruck „verklauulierte Entlassung“ zur Verschärfung der Vertrauenskrise beitragen und denjenigen Auftrieb geben mußte, die von den Bemühungen des Rektors und des ihn beratenden Gremiums um eine möglichst faire Lösung des Falles nicht Kenntnis nehmen wollten. Ich muß nach wie vor daran festhalten, daß weder eine „Übergehung“ der Professoren noch eine „verklauulierte Entlassung“ vorgelegen hat und daß Herr Kollege von der Gablentz es nicht für notwendig gefunden hat, bei dieser Zerreißprobe unserer Universität zur Wahrheitsfindung zu verhelfen.

Zu 3: Selbstverständlich ist Herrn Kollegen von der Gablentz zu unterstellen, daß er auf eine Gefahr aufmerksam machen wollte. So hätte ich die Formulierungen auch in jedem Gespräch innerhalb der Universität aufgefaßt. Ich muß jedoch betonen, daß ich ihre Veröffentlichung als eine Beleidigung unserer Universität und auch meiner selbst ansehen muß.

Zu 4: Gerade weil der Akademische Senat sich als Repräsentant der gesamten Universität verstehen muß, hatte er sich größte Zurückhaltung auferlegt. Er mußte sie aufgeben, als in der Veröffentlichung des Herrn von der Gablentz der Lehrkörper der Universität insgesamt angegriffen wurde. Ich wüßte nicht, welche „bestimmte Auffassung“ einseitig vom Senat vertreten worden wäre und einen Verdacht der Illoyalität beschworen hätte.

Zu 5: In der zweiten Verlautbarung von Rektor und Senat ist nur vorsorglich auf die rechtlichen Grenzen hingewiesen worden, die dort liegen, wo ein dienstrechtliches Verfahren

durchgeführt werden muß. Ich glaube nicht, daß man dem Senat vorwerfen kann, er habe in irgendeiner Weise versucht, die zahlreichen Diskussionen der Studentenschaft in der Angelegenheit des Herrn Dr. Krippendorff in den letzten Wochen zu unterbinden.

Zu 6: Ich muß gestehen, daß ich das Arbeitsklima an unserer Universität in den letzten Wochen angesichts der ständigen Beanspruchung von Universitätslehrern und Studenten durch Diskussionen und Stellungnahmen durchaus als gestört empfinde. Die Ursachen für diese Störungen sind meiner Meinung nach so gewichtig, daß mir eine Klage über die Ursachen als zwecklos erscheint, jedoch nicht die Aufforderung an alle, dazu beizutragen, solche Störungen zu vermeiden und zu vermindern. Auch ich halte in diesem Zusammenhang das Wort „unterbinden“ für nicht glücklich; es war als Aufforderung an den Rektor von meinen Kollegen im Senat und von mir gemeint, alles zu tun, was in seinen Kräften steht, damit die Beunruhigung der Universität beendet wird.

Als Vertreter der Fakultät im Senat kann ich die in der Stellungnahme dargelegten Vorwürfe nicht annehmen. Ich kann versichern, daß der Senat versucht hat, die gegenwärtige Vertrauenskrise zu entschärfen. Ich muß die Fakultät bitten, dazu Stellung zu nehmen, ob sie durch mich im Senat in den Wochen seit Beginn der durch die Angelegenheit Kuby ausgelösten Vertrauenskrise hinlänglich und richtig vertreten worden ist.

Der Herr Prodekan wird freundlicherweise am Sonnabend mit der Abstimmung über die Vertrauensfrage die Sitzung eröffnen.

Mit verbindlichen Empfehlungen

Ihr sehr ergebener

W. Philipp

Dekan

(Hochschularchiv FUB: Phil. Fak. FUB, Protokolle der Fakultätssitzungen)

## DOKUMENT 438

### Erklärung Professor Sontheimers zum Rektor-Brief

Am 28. Juli wurde im Tagesspiegel ein Brief veröffentlicht, den der Rektor der Freien Universität an Herrn Professor Sontheimer geschrieben hat. Die Veröffentlichung dieses Briefes hat begrifflicherweise zu Diskussionen Anlaß gegeben, da die Bedeutung dieses Dokuments verschieden verstanden, und die Motive, die zur Freigabe führten, verschieden begriffen werden können. Wir geben daher hier dem Wunsche von Professor Sontheimer nach, seine Ansicht zu diesen Fragen zu publizieren.

(D. Red.)

Der Tagesspiegel hat in seiner Ausgabe vom 28. Juli den Brief veröffentlicht, den der Rektor der Freien Universität an mich als den für die Einladung an Professor Jaspers verantwortlichen Senatsbeauftragten für politische Bildungsarbeit gerichtet hat. Diese Veröffentlichung ist erfolgt, da ich mich in einem Gespräch mit meinem Kollegen Weischedel am 27. Juli schließlich habe davon überzeugen lassen, daß es in der jetzigen kritischen Lage an der Freien Universität, die unter anderem durch das Suchen nach vermeintlichen „Hintergründen“ des Artikels von Dr. Krippendorff belastet ist, nicht mehr länger geboten sei, meine bisher in diesem Punkt beobachtete Zurückhaltung zu wahren.

Ich glaubte, diese Zurückhaltung bis jetzt üben zu sollen, weil die Veröffentlichung des genannten Schreibens nach meiner Ansicht die Haltung von Rektor und Senat im Zusammenhang mit der Einladung an Karl Jaspers problematisch erscheinen lassen konnte. Vor allem aber wollte ich vermeiden, daß Professor Jaspers, dessen ausschließlich gesundheitsbedingte Absage in einer sehr verbindlichen und für die Freie Universität besonders anerkennenden Weise formuliert war, den Eindruck gewänne, dem Rektor und dem Senat wäre seine Anwesenheit aus diesem Anlaß und an diesem Tage nicht recht willkommen.

Gleichwohl war dieses Schreiben fast allen Personen bekannt, die sich innerhalb der Freien Universität direkt an der Bei-

legung des „Falles Krippendorff“ beteiligt haben. Hätte man in ihm eine entscheidende Handhabe sehen können, Herrn Dr. Krippendorff von dem Vorwurf beleidigender Äußerungen gegen den Rektor zu entlasten, so wäre diese Möglichkeit zweifellos genutzt worden.

Wie ich schon mit meinem Kollegen Fraenkel in einer gemeinsamen Stellungnahme betont habe, ist es abwegig, den „Fall Krippendorff“ als einen „Testfall für die Freiheit der Meinungsäußerung an der Freien Universität“ zu betrachten. Ich habe diese Auffassung vertreten und halte an ihr fest, obwohl ich der Ansicht bin, daß die in dem Schreiben des Rektors wiedergegebene Senatsmeinung in der Tat verwundern muß.

(Der Tagesspiegel, 30. Juli 1965)

## DOKUMENT 439

Professor Dr. Wilhelm Weischedel  
Berlin-Schlachtensee, den 31. 7. 65  
Dubrowstraße 39  
Fernsprecher 84 37 65

### Erklärung in der Fakultätssitzung vom 31. 7. 65 zu dem Schreiben des Herrn Dekans an die Mitglieder der engeren Fakultät vom 28. 7. 65

Spektabilis Philipp schreibt am Ende des oben angezogenen Briefes: „Ich muß die Fakultät bitten, dazu Stellung zu nehmen, ob sie durch mich im Senat in den Wochen seit Beginn der durch die Angelegenheit Kuby ausgelösten Vertrauenskrise hinlänglich und richtig vertreten worden ist.“ Ehe es zur Abstimmung darüber kommt, möchte ich bitten, eine kurze Erklärung abgeben zu dürfen, die dazu beitragen soll, der Fakultät eine einheitliche Stellungnahme zu ermöglichen; ich wäre dankbar, wenn diese meine Erklärung dem Protokoll der heutigen Sitzung beigefügt werden könnte.

1. Es ist aus der Sache heraus schwierig, über die von dem Herrn Dekan aufgeworfene Frage zu einem sicheren Urteil zu gelangen, da über die Diskussionen und die Abstimmungsergebnisse im Senat Schweigepflicht herrscht. Die Vermutung spricht aber dafür, daß die Stellungnahmen der Vertreter der Fakultät nicht in allen Fällen in vollem Umfang in die Verlautbarungen des Senates eingegangen sind. Die Fakultät weiß also nicht, wie die beiden Kollegen im einzelnen argumentiert und votiert haben; sie ist somit nicht in der Lage, darüber zu entscheiden, ob Spektabilis Philipp sie de Facto „hinlänglich und richtig vertreten“ hat.

2. Der Sinn der zur Abstimmung gestellten Frage muß also offenbar anders bestimmt werden. Er ergibt sich m. E. aus dem Wesen der Vertretung einer Fakultät im Senat. Diese Vertretung kann im Rahmen einer wissenschaftlichen Körperschaft nicht bedeuten, daß Dekan und Wahlsenator nur das Sprachrohr ihrer Fakultät bilden sollen. Sie haben zwar den erklärten Standpunkt der Fakultät und gegebenenfalls auch die Meinungen ebenso sehr der Mehrheit wie einer etwaigen Minderheit der Fakultät angemessen zur Geltung zu bringen. Wesentlicher aber als diese Funktion scheint mir zu sein, daß die Senatsvertreter — als die vom Vertrauen der Fakultät gewählten Persönlichkeiten — ihre eigene Meinung im Senat vertreten, selbst wenn diese mit den Ansichten eines Teiles oder auch der Mehrheit der Fakultät nicht übereinstimmen sollte.

3. Daraus ergeben sich, wie mir scheint, folgende Konsequenzen:

a) Es kann durchaus der Fall eintreten, daß einzelne Fakultätsmitglieder nicht jeder ihnen bekannt werdenden Argumentation der Senatsvertreter zustimmen können. Das Prinzip der kollegialen Meinungsbildung in der Fakultät wird in einem solchen Falle eine Kritik an den Senatsvertretern erlauben und gegebenenfalls — aus der Sorge um das Wohl der Universität — sogar fordern. Als solche Kritik — freilich nicht an den Senatsvertretern und deren nicht bekannt gewordenen Argumentationen, sondern an den öffentlich plakatierten Verlautbarungen des Senates — ist der Brief gemeint, gegen den sich Spektabilis Philipp — in von ihm aus berechtigter Gegenkritik — wendet. Die Unterbindung einer solchen Kritik und

Gegenkritik würde das Prinzip der freien und offenen Diskussion eliminieren, auf dem die Meinungsbildung einer Fakultät beruhen muß.

b) Eine solche Kritik braucht das grundsätzliche Vertrauensverhältnis des einzelnen Fakultätsmitgliedes oder der Fakultät als Ganzer zu deren gewählten Vertretern nicht zu berühren. Denn das Vertrauen gilt primär der Person. Ein begründeter Anlaß zum Mißtrauen kann also sinnvollerweise nur dann entstehen, wenn das Vertrauen in die verantwortliche Haltung der Person enttäuscht wird, nicht aber, wenn verschiedene Auffassungen über einzelne Fragen bestehen.

4. Wird die Frage von Spektabilis Philipp, ob er die Fakultät im Senat „hinlänglich und richtig vertreten“ habe, in diesem Sinne verstanden, so kann ich sie, was meine Person angeht, nur voll und ganz bejahen. Sollten Formulierungen des von einigen Kollegen und mir verfaßten Briefes vom 23. 7. 65 Anlaß zu der Vermutung eines Mißtrauens in die Verantwortlichkeit und die aufopfernde Bemühung geben, mit denen der Herr Dekan und der Herr Wahlsenator die Belange der Fakultät wie der Gesamtuniversität im Senat vertreten haben, so kann ich nur bedauern, daß nicht eine unmißverständlichere Formulierung gewählt worden ist.

5. Um der von dem Herrn Dekan an die Fakultät gestellten Frage jede Möglichkeit eines Mißverständnisses zu nehmen, erlaube ich mir, die folgende Formulierung vorzuschlagen, in die ich auch den Herrn Wahlsenator einschließen möchte:

Die Fakultät bestätigt erneut ihr Vertrauen zu den von ihr gewählten Vertretern im Akademischen Senat. Unbeschadet dessen, daß in den Diskussionen des zu Ende gehenden Semesters nicht alle Fakultätsmitglieder allen Argumentationen der Senatsvertreter, soweit sie bekannt geworden sind, zustimmen konnten, ist sich die Fakultät in der Anerkennung der aufopfernden und verantwortungsvollen Bemühungen der beiden Kollegen um eine Beendigung der die Freie Universität bedrohenden Krise einig.

(Prof. Dr. Wilhelm Weischedel)

(Hochschularchiv FUB: Phil. Fak. FUB, Protokolle der Fakultätssitzungen)

## DOKUMENT 440

### Allgemeine Bestimmungen für ein Grundstudium

1. Das Grundstudium erstreckt sich auf 2 Fächer in den ersten vier Semestern. Die für diese Zeit von der Institutsdirektion und der studentischen Institutsvertretung festgesetzten obligatorischen Lehrveranstaltungen werden in den Instituten gesondert bekanntgegeben.
2. Am Anfang des 1. Semesters ist ein orientierendes Gespräch über die Studienanlage mit einem Beauftragten des jeweiligen Instituts erforderlich; ein solches Gespräch muß am Ende des 2. Semesters wiederholt werden.
3. Das Grundstudium schließt in beiden Fächern nach dem 4. Semester ab; bei triftigen Gründen (z. B. Fehlen einer für das Studium erforderlichen Sprache während der Schulzeit) kann in einem der beiden Fächer das Grundstudium im 2. Semester begonnen, nach dem 5. Semester abgeschlossen werden. — Der reguläre Abschluß nach dem 4. Semester kann nur unter Darlegung überzeugender Gründe (z. B. Krankheit, Studienaufenthalt im Ausland) verschoben werden.
4. Die Abschlußprüfung des Grundstudiums kann in jedem Fach einmal wiederholt werden, wobei die Wiederholung in jedem Fall unter der persönlichen Beteiligung eines Lehrstuhlinhabers zu erfolgen hat. Die Wiederholung soll möglichst am Anfang des 5. Semesters, spätestens an seinem Ende stattfinden; falls eines der Fächer erst im 2. Semester begonnen wurde, kann die Wiederholung entsprechend am Anfang bzw. am Ende des 6. Semesters stattfinden.
5. Die Möglichkeit eines Fachwechsels im Grundstudium wird einmal gewährt, wobei ein Teil der bereits abgelegten Semester angerechnet werden kann. Nach einem einmaligen

Nichtbestehen der Prüfung ist ein Fachwechsel erlaubt. Das endgültige Nichtbestehen der Zwischenprüfung bei gleichzeitiger Ablehnung des Fachwechsels hat den Ausschluß vom Fakultätsstudium zur Folge.

6. Die in den Fächern abzulegende Lateinprüfung wird wechselseitig anerkannt; für Geschichte ist ein ausreichendes Verständnis des mittelalterlichen Lateins nachzuweisen. (Hochschularchiv FUB; Phil. Fak. FUB, Protokolle der Fakultätssitzungen)

## DOKUMENT 441

### Abschrift

H. Dehn

1 Berlin 41, 3. 8. 1965  
Wielandstr. 22  
Tel.: 85 41 73

Sehr geehrter Herr!

In der berechtigten Sorge, daß der Krieg in Vietnam infolge der Eskalation der US-Intervention sich bis zu einem Weltkrieg ausweiten kann, soll die umseitige auf Anregung vieler Interessierter entstandene Erklärung „Frieden für Vietnam“ weitgehend der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Wir bitten daher auch Sie, dieser Erklärung durch Ihre Unterschrift als Erstunterzeichner wirksame Unterstützung zu geben.

Hochachtungsvoll  
(gez.) H. Dehn

### Abschrift

#### Frieden für Vietnam

Im vergangenen Jahr leisteten viele zehntausend Bürger durch ihre Unterschrift unter den „Appell zur Passierscheinfrage“ einen wichtigen Beitrag, der auf den positiven Abschluß der Passierscheinverhandlungen günstigen Einfluß nahm. Jetzt wenden wir uns an Sie in einer den Frieden der Welt zutiefst berührenden Frage.

Die internationale politische Lage gibt zu immer tieferer Besorgnis Anlaß. Die Angriffe der US-Luftstreitkräfte mit Sprengbomben, Raketen, Napalm und Giftgas auf Nordvietnam, die Landung immer größerer Verbände regulärer Truppen der USA in Südvietnam beschwören unüberschbare Gefahren für den Weltfrieden herauf.

Wir wissen, welche Gefahren daraus auch für uns — an der Grenzlinie zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt — entstehen können. Aus tiefer Sorge um den Weltfrieden, in Übereinstimmung mit breitesten Kreisen der Weltöffentlichkeit, treten wir für die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam, für die Einstellung der Bombenangriffe auf Nordvietnam und für den Abzug der Truppen der USA aus Südvietnam ein.

Prof. Erich Engel; Dr. Hans Sarkander; Friedrich Arndt, Maler und Grafiker, Dozent; Bernhard Blanke, cand. phil.; Klaus Blanke, cand. phys.; A. Burg; Dipl.-Kfm. Siegfried Burmester; Annelise Hartnack, Schauspieler; Klaus Hartung, cand. phil.; Wolf Haug; Hans Hessling, Schauspieler; Hubertus Hüppauf; Horst Jackel, Ingenieur; Dr. Robert Kohl, Rechtsanwalt und Notar; Pastor Erwin Kruse; Heinrich von der Lancken, Schriftsteller; Dr. E.-R. Lochmann, Dipl.-Ing.; Pfarrer Dietrich Merrem; Dirk Müller, stud. phil.; Willy Neumann, Dipl.-Ing.; Else von der Osten; Herbert Podack, Ingenieur; Wolf-Dietrich Reich, Bühnenleiter; Götz Schmidt, cand. phil.; Ursula Schnell; Hertha Schoele; Bodo W. Schoenrock; Dr. Gerda Seurig, Dozentin; Max Stumpf, Vers.-Dir. i. R.; Horst Waelisch; Hedwig Wolter; Oskar Wehling, Schriftsteller; Jürgen Werth, stud. phil.

Name:

Beruf:

Anschrift:

Herausgegeben vom Ständigen Arbeitsausschuß für Frieden, nationale und internationale Verständigung, West-Berlin, Berlin 41, Postscheckkonto: Berlin West 1503 51.

(Archiv: Z16: Akte „12. 12., FU, 17. Konvent, Protokolle 7.—14. Sitzung 1965“)

## DOKUMENT 442

### Protokoll

der ordentlichen Senatssitzung vom 4. August 1965  
Beginn 15.15 Uhr, Ende 21.15 Uhr

Anwesende: Magnifizenz Prof. Dr. Lüers  
Prorektor Prof. Dr. Heinitz  
Prof. Dr. Loeschke bis 20.10  
Prof. Dr. Boch  
Prof. Dr. Blei ab 15.55  
Prof. Dr. v. Wysocki  
Prof. Dr. Philipp  
Prof. Dr. Grottemeyer  
Prof. Dr. Maßhoff  
Prof. Dr. v. Friedeburg  
Prof. Dr. Elze  
Priv.Doiz. Dr. Kloidt  
cand. med. Herrmann ab 16.10  
stud. phil. Sigrid Rüger  
UDir. Völz  
Dr. Hartwich

es fehlten entschuldigt: Prof. Dr. Lieber  
Prof. Dr. Schilcher  
Prof. Dr. Hartwig  
Prof. Dr. Bettermann  
Prof. Dr. Jahr  
Prof. Dr. Neuhaus

### Vertraulich!

c) Mitteilungen:

In Abwesenheit der studentischen Senatsmitglieder (§ 7 Abs. 2 der Satzung) gibt Professor Blei den Wortlaut der von ihm entworfenen Verfügungen in den Disziplinarverfahren gegen Professor Ziebur und Professor von der Gablentz bekannt. Professor von der Gablentz gibt nach Rücksprache mit seinem Verteidiger dem Akademischen Senat gegenüber eine Erklärung ab, in der er von einzelnen Formulierungen und Ausdrücken seines Artikels abrückt und sie mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknimmt.

Diese Erklärung wird vom Senat mit sieben gegen fünf Stimmen akzeptiert.

Der Beschluß des Akademischen Senats vom 28. 7. 1965 Professor von der Gablentz betreffend wird mit neun gegen drei Stimmen aufgehoben. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis beschließt der Senat, das Verfahren gegen Professor von der Gablentz einzustellen.

Dahlen, den 5. 8. 1965

(Akademischer Senat FUB: Protokolle der Sitzungen 1965)

## DOKUMENT 443

### Die Geister, die sie riefen

Folgen der Zerstörungsschlacht in der Waldbühne —

#### Polizei soll nicht länger den Kopf hinhalten

Die Geister, die sie riefen — sie wollten sie in den letzten Stunden vor der selbst propagierten „Musikschlacht des Jahres“ wieder loswerden. Doch hieß das die jugendliche Psyche überfordern. Springers neuerworbene Jugendzeitschrift „Bravo“ hatte die Rolling Stones als „die härteste Band der Welt“ auf Deutschland-Tournee geschickt. Springers Berliner Statthalter, die „BZ“ und die „Bildzeitung“, hatten wochenlang mit Justvoll Krawall-stimulierenden Schreckensbotschaften vom wüsten Treiben um die „Rolling Stones“ dafür zu sorgen, daß die Sensationsgier für den Berliner Auftritt der Londoner Beatmusiker auf den Siedepunkt geriet. Wer nach der ersten von mehreren Berliner Quartierankündigungen durch die um das Wohl von Gästen und Mobiliar bangenden Hotels mit Zitaten von der Springer-Kampagne berichtete, kam in den Genuß, von der „BZ“ als „Miesepeter“ tituliert zu werden, der nichts Besseres im Sinn habe, als der Jugend ihr harmloses Beat-Vergnügen zu mißgönnen.

Doch plötzlich, am Tag des Berliner Auftritts der britischen Tumult-Erzeuger, die übrigens ihre erste Rast im

Springer-Haus abhielten, machte die ganze Springer-Marschrichtung kehrt: nicht länger waren Meldungen vom Krawall als wesentlichem Hauptmerkmal der „Rolling Stones“-Tournee zu lesen, jetzt, wo alle 21 000 Karten für die Waldbühne ausverkauft waren, bat „Bild“ seine jungen Leser: „Bleibt auf dem Teppich! Macht kein Kleinholz!“ Und an die Polizisten richtete „Bild“ den Wunsch: „Zeigt, daß ihr mit jungen Menschen umgehen könnt!“ (Und wenn sie es nicht gekonnt hätten, wären mit größter Wahrscheinlichkeit etliche junge Menschen zerquetscht worden, als sie im Sturm die Bühne nehmen wollten und nur von hilfreich entgegengesetzten Polizistenhänden vor dem Erdrückwerden durch die Nachrückenden bewahrt wurden.)

Die „BZ“ versprach zwar noch auf Seite 1: „Heute wollen die Rolling Stones Berlin „erobern“, doch auf Seite 12 hoffte sie einschränkend: „Aber Berlin sollte nachher noch genauso aussehen wie zuvor.“ Wenn trotz dieser späten frommen Wünsche dennoch etwas passieren sollte, „Bild“ und „BZ“ kommen — das ist doch klar — bestimmt nicht als „Anheizer“ dafür in Betracht.

### „Bild“ lernt die Hölle kennen

Nun, alles gute Zureden kam erwartungsgemäß zu spät. Die „BZ“ setzte ein erstauntes Ausrufezeichen hinter ihre gestrige Schlagzeile „Waldbühne kaputt!“ und auch die „Bild“-Reporterin schien über alle Maßen verwundert („Ich kenne jetzt die Hölle), daß es in der Waldbühne so rauh zugeht. Gemeinsam mit den „Miesepetern“ zogen die Springer-Leute gestern die erste traurige Bilanz der von ihnen in Hauptverantwortung betriebenen „Musikschlacht“ (nur der organisatorische Teil wurde von der Nürnberger Karl-Buchmann-Tourneeleitung übernommen).

Als sich die „Rolling Stones“ schon nach ihrem dritten Lied, mit Recht verängstigt, von der Bühne zurückzogen, war der Lärm in der Waldbühne nicht mehr zu überbeaten. Schon vorher, beim „Anwärmen“ mit weniger renommierten Beat-Künstlern, überstiegen die Verlautbarungen des dem Barbarismus systematisch verfallenden, von einer Massenhysterie in die andere überwechselnden Publikums die musikalische Phonerzeugung auf der Bühne um ein beträchtliches. Mehr als eine große Terz betrug der Tonumfang der überdimensionalen Lautsprecher sowieso nie, mit deren Hilfe die Beater ihre hundertfach verstärkten Gitarrenblitze und Schlagzeugdonner vernehmbar machten. Was in einem Jugendlichen vorgeht, daß er, von zu gleichem Jähigen umringt, unter der Einwirkung eines monotonen Lärm-Rhythmus völlig von Sinnen gerät, darüber gibt es noch keine schlüssigen Erkenntnisse der Kulturkritiker.

### Die Schlacht der 2000

Der vorzeitige „Rolling Stones“-Abtritt hatte für die Stätte ihres Wirkens, die schon in den vorhergehenden Stunden starken Prüfungen ausgesetzt war, verheerende Folgen. Von 22 bis 23 Uhr lieferten sich rund 2000 nach Zugaben grölende Halbwüchsige in und vor der Waldbühne erbitterte Schlachten mit der Polizei. Dabei ging so ziemlich alles in Trümmer, was nicht aus Stein war: Pilzleuchten, Hydranten, die gesamte Rasenfläche, der größte Teil der Holzzäune und des eisernen Geländers, 70 bis 80 Prozent der Sitzgelegenheiten. Die Waldbühne ist für die nächste Zeit außer Betrieb gesetzt.

Von der Polizei wurden in der Nacht zum Donnerstag insgesamt 85 Jugendliche bei den Krawallen um den Auftritt der „Rolling Stones“ festgenommen. Dabei stellte die Polizei bei den Festgenommenen zwei stählerne Totschläger, eine Luftdruckpistole und eine Stahlgliederkette sicher. Nach der Registrierung der Personalien, die für spätere Strafverfahren benötigt werden, kamen die Minderjährigen zur Jugendhilfe, wo sie von ihren Eltern abgeholt werden konnten. Verletzt wurden 87 Personen, darunter 26 der 369 eingesetzten, zum Teil berittenen Polizisten. 28 davon mußten ins Krankenhaus, darunter vier Polizisten. Rote-Kreuz-Helfer leisteten 61mal Erste Hilfe. Von der Polizei kam außerdem ein Pferd und ein Lautsprecherwagen zu Schaden. Die Zahl der demolierten und umgekippten Privatwagen, Roller und Mopeds rund um die Waldbühne konnte noch nicht ermittelt werden.

Auf der An- und Rückfahrt wurden von den Waldbühnenbesuchern 17 S-Bahn-Züge zum Teil erheblich demoliert, vier davon mußten laut ADN aus dem Verkehr gezogen werden. Die meisten Fensterscheiben und das meiste Inventar büßte ein S-Bahn-Zug ein, der von den Jugendlichen gegen 23 Uhr 30 am Bahnhof Halensee mit der Notbremse zum Halten gebracht und verwüstet wurde. Zum dritten Male in dieser Beat-Nacht griff dabei die Polizei zum Gummiknüppel: Es brauchte fast eine halbe Stunde, bis es 57 Polizisten gelang, die fast 1500 Randalierer vom Bahnsteig zu vertreiben.

### Berlin hält Krawall-Rekord

Berlin hat also mühelos den bisher von Hamburg gehaltenen „Rolling-Stones“-Krawall-Rekord gebrochen (in Hamburg wurden „nur“ 31 Personen verletzt und 47 festgenommen). Bravo, „Bravo“!

Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ ließ sich diesen Leckerbissen natürlich nicht entgehen und berichtete gestern: „Bereits Stunden vor der Veranstaltung terrorisierten Schlägertrupps die Reisenden in den während des Berufsverkehrs stark besetzten S-Bahn-Zügen, zerschlugen Scheiben, Bänke, Tische, Fensterrahmen und Lampen. Diensttuende Eisenbahner wurden von ihnen tätlich angegriffen und an der Ausübung ihres verantwortungsvollen Dienstes gehindert. Mehrere Züge wurden gewaltsam angehalten und Bahnhofszäune an dieser Strecke niedergedrückt.“

Nach Mitternacht nahmen Vopos zehn bis zwölf Jugendliche aus einem aus West-Berlin kommenden S-Bahn-Zug auf dem Bahnhof Friedrichstraße fest. Mitreisende berichteten der West-Berliner Polizei, es habe sich dabei vermutlich um Randalierer gehandelt, die ihre Zerstörungswut von der Waldbühnen-Veranstaltung bis hierher ins Zugabteil bewahrt hätten.

Während laut „Neues Deutschland“ „durch besonnenes Auftreten der Bahnpolizei der Deutschen Reichsbahn“ der S-Bahn-Verkehr aufrechterhalten werden konnte, wirft das SED-Blatt den West-Berliner Kollegen von der BVG Feigheit vor dem Feind vor: „Die West-Berliner BVG hatte noch vor Ende der Veranstaltung fluchtartig ihre in der Nähe der Waldbühne bereitgestellten Autobusse abgezogen.“ Zwar hatte der BVG-Chef Dr. König in der Tat seinen Leuten Order gegeben, falls ihren Bussen Schaden drohe, diese unverzüglich zurückzuziehen, doch kam es nicht so weit: Als sich der Krawall nach Vorstellungsschluß in unmittelbarer Waldbühnenumgebung ausbreitete, stellten die Bus-Fahrer ihre Fahrzeuge auf größere Entfernung zurück, beförderten aber von dort aus alle friedfertigen Beat-Fans ungestört heim.

### Reihenweise Proteste

In einer Stellungnahme forderte die Gewerkschaft der Polizei, „derartige voraussehbare Krawallveranstaltungen in Berlin künftig zu untersagen“. Weiter heißt es in dem Protest: „Die Gewerkschaft der Polizei ist der Auffassung, daß es nicht zu verantworten ist, einzig und allein aus Sensationslust Veranstaltungen aufzuziehen, die dazu dienen, die Zügel- und Haltlosigkeit vom Vernichtungswillen besessener junger Menschen zu unterstützen und sie der Massenpsychose preiszugeben.“

In einer Kleinen Anfrage ersucht der CDU-Abgeordnete Joachim Wolff, der sich schon in einer Anfrage über die Gammler erregt hatte, den Senat um Auskunft, ob der Senat Möglichkeiten sieht, solche Vorkommnisse, wie sie sich am Mittwoch in der Waldbühne ereignet haben, „von vornherein zu verhindern“. In der Anfrage heißt es weiter: „Hält der Senat auch solche Vorkommnisse für eine Attraktion Berlins?“ Ferner will der CDU-Abgeordnete wissen, ob die Polizei-beamten Berlins dazu da seien, um „von bestimmter Seite aufgeputschtem Mob ausgeliefert zu werden“. Außerdem soll der Senat darüber Auskunft geben, wer die Kosten für die Beseitigung der Zerstörungen in der Waldbühne trägt.

Die Stadtreinigung mußte gestern 14 Mann bemühen, um die 30 Kubikmeter „Bravo“-Papierabfall rund um die Waldbühne zu einem großen Müllhaufen zusammenzutragen. Die dabei entstandenen Kosten von rund 1500 Mark sollen, einem früheren Gerichtsurteil des Amtsgericht Charlottenburg zufolge, der werbenden Firma, also „Bravo“, angelastet werden.

Die Schadenshöhe in der Waldbühne wird, nach den bisherigen Schätzungen mit 300 000 bis 400 000 Mark angegeben.



Dem Vernehmen nach war die Veranstaltung mit 100 000 Mark für Sachschäden und einer Million für Personenschäden versichert.

### Zone will Schadenersatz

Der Zonen-Verkehrsminister Kramer hat gestern vom Berliner Senat Schadenersatz für die Beschädigung von S-Bahn-Zügen in West-Berlin am Vortage gefordert. Wie ein Senatssprecher mitteilte, richtete Kramer einen Brief an „den Senat von Berlin“, den er durch Boten ins Rathaus Schöneberg überbringen ließ. Für die Übergriffe am Bahnhof Halensee fordert Kramer einen Betrag von 197 198 DM West. Der Betrag sei einzuzahlen bei der Bezirkskasse der „Deutschen Reichsbahn“ an dem West-Berliner Bahnhof Bellevue.

Ein Senatssprecher sagte dazu, daß der Senator für Sicherheit und Ordnung die Zwischenfälle bedauert, besonders im Hinblick auf die Übergriffe auf das S-Bahn-Gelände, die eine Transportgefährdung darstellen, doch müsse „die anmaßende Geschäftstüchtigkeit“ des Zonen-Verkehrsministers zurückgewiesen werden. Die Täter würden, soweit sie gestellt worden sind, zur Verantwortung gezogen werden.

Heute werden die „Rolling Stones“ in Wien erwartet. Mehrere Feuerwehrezüge und ein großes Polizeikontingent stehen zu ihrem Empfang bereit.

Christoph Müller

(Der Tagesspiegel, 17. September 1965)

## DOKUMENT 444

### Freie Universität vor großen Aufgaben

#### Interview mit dem neuen Rektor Professor Lieber

Am 15. Oktober wird der neue Rektor der Freien Universität Berlin, der Soziologie Professor Dr. phil. Hans-Joachim Lieber, die Geschäfte im Rektorat übernehmen. Er löst damit den bisherigen Rektor und zukünftigen Prorektor, den Genetiker Professor Dr. Herbert Lüers, nach zweijähriger Amtszeit ab.

Professor Lieber faßt das Amt des Rektors als eine „eminent hochschulpolitische Aufgabe“ auf. Diese Einstellung bezeichnete er als notwendige Konsequenz seiner wissenschaftlichen Arbeit, wie er dem Tagesspiegel in einem Gespräch erklärte. Er gehört mit zu denen, die im Jahre 1948 das während der letzten Wochen und Monate vielgeschmähte „Berliner Modell“ begründeten. In dieser Organisationsform sei der Versuch zu sehen, die Idee einer Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden in ihrer klassischen Form zu verwirklichen, betonte Lieber. Dieser Versuch solle auch dann fortgesetzt werden, wenn es gelegentlich zu Differenzen aus dem Nebeneinander von Kollegialitätsprinzip und Dienstherreneigenschaft im akademischen Senat komme. Trotz aller Schwierigkeiten sollte aber der 1949 einmal beschrittene Weg nicht verlassen werden. Neben der Diskussion über das „Berliner Modell“, das während des vergangenen Semesters starken Belastungsproben ausgesetzt war, wird sich Professor Lieber im kommenden akademischen Jahr mit der geplanten Neugestaltung der Universitätsordnung der FU beschäftigen müssen. Dabei geht es insbesondere um die Frage, ob und in welcher Form ein neues Universitätsgesetz geschaffen wird und in welcher Weise die bisherige Organisation der FU verändert werden soll.

Nach Ansicht von Professor Lieber wird der Akzent der Diskussion dabei auf der Frage der Disziplinarhoheit des Akademischen Senats und auf einer eventuellen Einführung eines „großen Senats“ als demokratischem Kontrollorgan liegen. Diese Probleme seien jedoch so vielschichtig und teilweise noch im Stadium der Beratung, daß gegenwärtig noch keine definitiven Aussagen gemacht werden könnten.

Als „lächerlich“ bezeichnete Lieber die von einer Berliner Morgenzeitung veröffentlichte Unterstellung, die vorgesehene Anstellung des Herausgebers der Zeitschrift „Das Argument“ und Mitbegründers des linksgerichteten Argument-Clubs, Wolfgang F. Haug, als Assistent am Philosophischen Seminar werde hochschulpolitische Folgen haben. Die Beschäftigung Haugs als wissenschaftlicher Assistent habe nicht das geringste mit der künftigen Amtsführung des FU-Rektors zu tun.

Professor Lieber gehört zu jener Generation, die während des zweiten Weltkrieges ihr Studium unter ungünstigen Voraus-

setzungen begonnen hat und ihre Examina in den Wirren der letzten Kriegstage ablegen mußte. Nach nur sechssemestrigem Studium promovierte Lieber 1945 bei Eduard Spranger und Nicolai Hartmann der Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin und wurde anschließend Rektoratsassistent bei Spranger. Zusammen mit dem jetzigen Berliner Senator für Wissenschaft und Kunst, Professor Stein, baute Professor Lieber in den ersten Nachkriegsjahren eine Assistentenvertretung an der Linden-Universität auf und wurde schon mit jungen Jahren Lehrbeauftragter.

Bereits während des Studiums und noch intensiver nach seiner Übersiedlung an die 1948 von ihm mitgegründete Freie Universität beschäftigte sich Lieber mit den Zwischenbereichen von Philosophie und Soziologie sowie mit den Fragen der Zusammenhänge und Wechselwirkungen von Philosophie und Gesellschaft. Seine scharfe Opposition zu jenen Machthabern, die aus der Friedrich-Wilhelms-Universität eine kommunistische Bildungsstätte geschaffen hatten, erwuchs gerade aus der wissenschaftlichen Beschäftigung mit diesen Fragen. 1948 kam Lieber als einer der ersten nach West-Berlin und suchte Professor Redslob auf. Mit ihm besprach er die notwendigen Schritte einer Universitätsneugründung.

Bei Professor Leisegang habilitierte sich Lieber mit einer Arbeit über Wissenssoziologie und wurde schließlich 1957 Ordinarius für Philosophie und Soziologie. Seine umfangreiche wissenschaftliche Tätigkeit dokumentiert sich unter anderem auch darin, daß er Direktor sowohl am Philosophischen Seminar als auch am Institut für Soziologie der Philosophischen Fakultät ist. Außerdem ist er Leiter der Abteilung osteuropäische Soziologie am Osteuropa-Institut.

Besonderes wissenschaftliches Interesse widmet Professor Lieber der Marx-Forschung. Er ist Herausgeber einer bisher in sechs Bänden bei Cotta in Stuttgart erschienenen Marx-Ausgabe, als deren Aufgabe er es bezeichnete, Textabweichungen in westlichen und östlichen Ausgaben herauszuarbeiten und insbesondere die weniger bekannten politischen Schriften Marx' zu veröffentlichen.

Wesentlich ist dem Soziologen Lieber insbesondere die politische Bildungsarbeit. Diese Form der Wissensvermittlung führte zu der Arbeit „Philosophie des Bolschewismus in den Grundzügen ihrer Entwicklung“, die vor allem in den Gemeinschaftskunde-Unterricht an den Schulen und auch in die politische Bildungsarbeit der Volkshochschulen Eingang gefunden hat. Hinzu kam eine zweibändige Dokumentation über den Sowjet-Kommunismus und umfassende Untersuchungen über totalitäre Herrschaftsformen.

Zur Zeit arbeitet Professor Lieber an einer Dokumentation über die Ära Chruschtschow sowie an einem Werk über „Entwicklung und Wandlungen der demokratischen Theorien im 18. und 19. Jahrhundert.“

Aufgrund seiner wissenschaftlichen Arbeiten wurde Professor Lieber 1957 von der Bundesregierung aufgefordert, in Köln die Gründung des Ostkollegs für politische Bildung vorzubereiten. Er gehört dem Direktorium des in Europa einzigartigen Instituts an, deren wissenschaftliche Leiter in der Gestaltung ihrer Kurse trotz staatlicher Finanzierung völlig unabhängig sind.

Geert Müller-Gerbes

(Der Tagesspiegel, 25. September 1965)

## DOKUMENT 445

Berlin, den 1. Oktober 1965

Vor einigen Wochen berichtete die West-Berliner Presse über einen Streit an der Freien Universität, entstanden dadurch, daß einige Assistenten und Studentenvertreter eine Resolution für den Frieden in Vietnam unterzeichnet hatten, die inhaltlich akzeptabel war, aber offensichtlich kommunistischer Initiative entsprang.

Dieser Vorfall weist uns auf ein Versäumnis hin, an dem wir alle teilhaben. Während das geistige Amerika sich zum Protest gegen die Vietnam-Politik seiner Regierung formiert, die eben jene Ideale liquidiert, die zu verteidigen sie ausgezogen ist, erhebt sich in der Bundesrepublik keine Stimme des Protests.

Wir halten es für kein moralisch vertretbares Prinzip, Unrecht nur anzuklagen, wenn es auf der anderen Seite geschieht, wie es heute in Ost und West zur politischen Praxis gehört. Wir meinen, daß wir die Verurteilung des Krieges, den die USA gegen das vietnamesische Volk führt, nicht den Kommunisten und ihren Anhängern allein überlassen dürfen. Daß dieser Aufruf vom geteilten Berlin ausgeht, ist kein Zufall. Keineswegs ist die Situation in Vietnam der in dieser Stadt gleichzusetzen, wie blinder Antikommunismus uns einreden möchte. Man erweist den Interessen Berlins einen schlechten Dienst, wenn man uns rät, das amerikanische Vorgehen in Vietnam zu billigen oder zumindest keiner Kritik zu unterziehen.

„Wer schweigt wird mitschuldig“, schrieben Günter Grass und Wolf Dietrich Schnurre nach dem Bau der Mauer in einem offenen Brief an die Schriftsteller der DDR. Dieser Satz gilt auch heute, für uns besonders. In einem Lande, in dem es keine politische Verfolgung nach sich zieht, die Wahrheit auszusprechen, gibt es keine Entschuldigung dafür, sie zu verschweigen. Deshalb haben wir diesen Aufruf verfaßt. Deshalb bitten wir Sie um Ihre Unterschrift.

Peter Furth, Akademischer Rat, FU  
 Wolf Haug, Wissenschaftl. Assistent, FU  
 Klaus Meschkat, Wissenschaftl. Assistent  
 Ulrich Preuss, Wissenschaftl. Mitarbeiter  
 am Institut f. Bildungsforschung, Berlin  
 Gerhard Schönberger, Schriftsteller

(Privatakten, Standort Archiv Z16: Akte „Ständiger Arbeitsausschuß“)

## DOKUMENT 446

Protokoll über die 120. Sitzung des Kuratoriums der Freien Universität Berlin am 4. Oktober 1965

Anwesend: Senator Prof. Dr. Stein  
 Magnifizienz Prof. Dr. Lüers  
 Prorektor Prof. Dr. Heinitz  
 Senator Hoppe  
 Frau Abg. Dr. Lipschitz  
 Herr Abg. Löffler  
 Herr Abg. Sickert  
 Ministerialdirektor Korff  
 stud. rer. pol. Roth

verhindert: Regierender Bürgermeister Brandt  
 Präsident Bach  
 Staatssekretär von Eckardt

Ferner nehmen an der Sitzung teil:  
 Senatsverwaltung für Wissenschaft und Kunst:  
 Senatsrätin Dr. Sengpiel  
 Oberregierungsrätin Dr. v. Steeg

Als Beauftragter von Staatssekretär von Eckardt:  
 Ministerialrat Kalisch

Freie Universität Berlin: Professor Dr. Lieber  
 Kurator Dr. von Bergmann  
 Syndikus Grüner  
 Universitätsdirektor Pfeiffer  
 Universitätsdirektor Völz  
 Dr. Hartwich  
 Abg. Lothar Schulz, Vorsitzender  
 des Personalrats der FU  
 Regierungsdirektor Thon

Senatskanzlei:  
 ...

### TO-Punkt 21

#### Bericht über Disziplinarverfahren Professor v. d. Gablentz und Professor Ziebura

Magnifizienz Lüers berichtet zunächst über das Disziplinarverfahren Professor Dr. von der Gablentz (siehe hierzu die beim Vorsitzenden deponierte Anlage 2).

Der Vorsitzende dankt Magnifizienz für den Bericht. Er weist auf § 25 Abs. 1 der Landesdisziplinarordnung hin, dem durch den Bericht über die Einstellung des Disziplinarverfahrens Rechnung getragen werde. Nunmehr stellt der Vorsitzende den Bericht zur Aussprache.

Abg. Löffler bemerkt, daß die Kuratoriumsmitglieder bisher nur über diejenigen Vorgänge informiert waren, die in der Öffentlichkeit diskutiert worden sind. Erst jetzt habe das Kuratorium eine umfassende Unterrichtung erhalten. Er wisse aus Unterhaltungen mit Angehörigen der Universität, daß dort im Hinblick auf die Vorgänge im Fall Dr. Krippendorf die Auffassung entstanden sei, daß man nur etwas gegen den Rektor zu unternehmen brauche, wenn man ein Habilitationsstipendium haben will. Er sehe einen auch durch den Bericht des Rektors nicht aufgelösten Widerspruch darin, daß das Angestelltenverhältnis mit Dr. Krippendorf nicht fortgesetzt werde, ihm aber gleichzeitig durch ein Habilitationsstipendium die Wege geebnet werden, um gegebenenfalls als Hochschul-lehrer in ein Beamtenverhältnis zu einer Universität zu treten. Prorektor Heinitz weist auf die an einer Universität bestehende Treue- und Friedenspflicht hin. Dr. Krippendorf habe bei den unnötig hochgespielten Vorgängen im Falle Kuby, statt zu versuchen auszugleichen, im Spandauer Volksblatt die bekannten, nachweislich unrichtigen Behauptungen aufgestellt, die den Rektor diffamierten.

Wenn nun gesagt worden ist, Dr. Krippendorf sei in dieser Gemeinschaft nicht mehr tragbar, weil er sich in Widerspruch zu dieser Gemeinschaft gesetzt hat, der Rektor aber gleichzeitig behilflich ist, ihm ein Habilitationsstipendium zu verschaffen, so sehe er darin keinen Widerspruch; denn Dr. Krippendorf sei begabt und es sei nicht Absicht der Universität gewesen, ihm die Berufschancen zu verbauen. Die Verfehlungen des Dr. Krippendorf seien zwar erheblich, jedoch nicht so stark, daß er nicht nach einer gewissen Zeit in der Lage sein sollte, einen wissenschaftlichen Beruf auszuüben.

Studentenvertreter Koth ist der Meinung, daß sich Mißverständnisse hätten vermeiden lassen, wenn die interessierte Öffentlichkeit der Universität über manche Vorgänge besser unterrichtet worden wäre. Er geht in diesem Zusammenhang auf die ursprünglich geplante Veranstaltung mit Professor Jaspers aus Anlaß der 20. Wiederkehr des 8. Mai ein.

Der Vorsitzende bitte darum, sich an die Tagesordnung zu halten, weil die damit zusammenhängenden Fragen schon kompliziert genug seien. Man sollte die Aussprache nicht noch mit weiterem Stoff belasten.

Magnifizienz Lüers berichtet dann über das Disziplinarverfahren Professor Dr. Ziebura (siehe hierzu die beim Vorsitzenden deponierte Anlage 3 zum Protokoll).

#### Beschluß B 006/65:

„Das Kuratorium nimmt Kenntnis von der Einstellung der gegen Professor Dr. von der Gablentz und Professor Dr. Ziebura eingeleiteten Disziplinarverfahren.“

...  
 Werner Stein  
 Vorsitzender

Thon  
 Schriftführer

(Kuratorium FUB: Protokolle der 117.—123. Sitzung)

## DOKUMENT 447

### Erklärung

Die Behandlung, die das Disziplinarverfahren gegen Prof. von der Gablentz in der Senatssitzung vom 4. August 1965 erfahren hat, unterliegt in förmlicher und sachlicher Hinsicht erheblichen Bedenken, die hier zur Kenntnis und zu Protokoll zu geben ich für meine Pflicht halte.

I. Der in der Senatssitzung vom 28. Juli 1965 mehrheitlich gefaßte Beschluß, Prof. von der Gablentz mit einem Verweis zu bestrafen, konnte in der Senatssitzung vom 4. August nicht geändert oder aufgehoben werden, weil

1. dieser Punkt nicht auf der Tagesordnung stand;
2. der Senat in dieser Sitzung anders besetzt war als in der Sitzung vom 28. Juli.

...  
 Die Wiederaufnahme der Sachdiskussion ohne Vorankündigung und hinter unserem Rücken verletzte das Gebot der Kollegialität, das in einem Universitätsorgan wie dem Akademischen Senat unentbehrlich ist.

II. Die am 4. August 1965 getroffene Entscheidung ist auch inhaltlich nicht vertretbar.

Berlin, den 11. 10. 1965

Die Einstellung des Verfahrens wurde damit begründet, daß durch die Erklärung des Prof. von der Gablentz „das Gefühl der Kränkung, welches seine Äußerungen hervorgerufen haben, nicht unwesentlich gemindert“ werde und der Senat deshalb das „Verschulden nicht mehr für so schwerwiegend halte, daß nicht für dieses Mal von einer Bestrafung abgesehen werden könne“. Diese Begründung ist aus folgenden Gründen nicht stichhaltig:

**Erstens** ist es unrichtig, daß Prof. von der Gablentz die Erklärungen, in denen der Senat auch in seinem Beschluß vom 4. August ein Dienstvergehen erblickt hat, zurückgenommen habe, wie es unter IV der Einstellungsverfügung heißt. Prof. von der Gablentz hat nur eine der ihm zur Last gelegten Erklärung zurückgenommen; im übrigen hat er lediglich sein Bedauern über bestimmte Erklärungen und deren Wirkungen ausgedrückt. Er hat in seinem Leserbrief an die FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, dort veröffentlicht am 11. September 1965, ausdrücklich erklärt, daß er vom Inhalt seines Artikels nichts zurückgenommen habe. Die Überschrift dieses Leserbriefes lautet „Vom Inhalt nichts zurückgenommen“!

**Zweitens** hätte die Bedauerns-Erklärung, wenn überhaupt, so nur dann eine sühnende oder entschuldigende Wirkung auslösen können, wenn sie in derselben Öffentlichkeit abgegeben worden wäre wie die Erklärung, die Prof. von der Gablentz bedauert hat, also vor dem Konvent, in der ZEIT und durch schriftliche Mitteilung an alle diejenigen, denen der ZEIT-Artikel als Vorabdruck zugeht. Eine solche öffentliche Erklärung hat Prof. von der Gablentz bis heute nicht abgegeben.

**Drittens** und vor allem ist die angebliche Minderung des Kränkungseffektes kein Grund für die Einstellung des Disziplinarverfahrens. Dessen Sinn und Zweck ist in den Ausführungen unter IV der Einstellungsverfügung verkannt. Das Disziplinarverfahren ist kein Beleidigungsprozeß und kein Ehrenratsverfahren. Sein Gegenstand ist allein die dienstrechtliche Ahndung von Dienstvergehen. Ein Dienstvergehen liegt nach § 41 des Landesbeamtengesetzes LBG vor, wenn ein Beamter seine Dienstpflicht schuldhaft verletzt. Schuldhaft handelt der Beamte, wenn er vorsätzlich oder fahrlässig handelt und zurechnungsfähig ist. Die nachträgliche Bedauerns-Erklärung ändert nicht das geringste an dieser Schuld: weder an der Zurechnungsfähigkeit noch an der Vorsätzlichkeit oder Fahrlässigkeit. Auch die Vorwerfbarkeit der in der Einstellungsverfügung ausdrücklich festgestellten Dienstverfehlungen wird durch die nachdrückliche Erklärung des Bedauerns weder beseitigt noch „gemindert“, selbst wenn man sie, vermutlich gegen die Absicht des Prof. von der Gablentz, als „Entschuldigung“ auffaßt. Eine solche „Entschuldigung“ läßt die disziplinarrechtliche Schuld des Beamten unberührt.

Die von der Einstellungsverfügung gewählte Begründung, die auch in die Mitteilung der Pressestelle des Rektorats vom 16. August 1965 übernommen wurde, ist um so bedauerlicher, als dadurch der Eindruck erweckt worden ist, der Senat habe das Disziplinarverfahren benutzt, um sich oder einzelne seiner Mitglieder, insbesondere dem Rektor Genugtuung durch Herrn von der Gablentz zu verschaffen. Die fragliche Begründung war geeignet, den bereits erhobenen Vorwurf zu unterstützen, der Senat werde in diesem Disziplinarverfahren in eigener Sache tätig.

**Schließlich** ist auch der mit der Einstellungsverfügung verfolgte Zweck nicht erreicht worden: die geräuschlose endgültige Erledigung dieser Angelegenheit. Entgegen der gehegten Erwartung hat Prof. von der Gablentz keine Ruhe gegeben, sondern alsbald wieder die Flucht in die Öffentlichkeit angetreten. Dort hat er sogar „Genugtuung“ vom Senat dafür gefordert, daß dieser ihm „in öffentlichen Anschlägen in der Universität zweimal zu Unrecht den Vorwurf der Unwahrheit gemacht habe“ — Leserbriefe im TAGESSPIEGEL und in der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG. Das ist die Quittung für das Entgegenkommen, das ihm die Mehrheit des Senats vom 4. August glauben zu sollen. Diese Reaktion hätte bei sorgfältiger Prüfung vorausgesehen werden können, jedenfalls in Rechnung gestellt werden müssen.

Prof. Dr. Karl August Bettermann

Berlin, den 9. Oktober 1965

### Vertraulich!

Als neueste Information im Fall Kuby kann ich mitteilen, daß die ESG am 11. November im Audimax eine Veranstaltung mit Erich Kuby beabsichtigt. Auch das Rektorat kann sich dieser Veranstaltung nicht mehr entgegenstellen, da Erich Kuby dem Rektor in einem Brief seine anstoß- und verbotsregenden Worte „äußerstes Maß an Unfreiheit“ erläutert und in geschickter Weise die als „beleidigend“ bezeichnete Formulierung zurückgenommen hat. Ich glaube, der Brief Kubys ist bereits in der Presse veröffentlicht worden. In den nächsten Tagen werden ihn auf jeden Fall Berliner Zeitungen zitieren, da Erich Kuby einer Veröffentlichung des Briefes zugestimmt hat.

Wie aus dem Briefwechsel zwischen Rektorat und ESG hervorgeht, hat das Rektorat der ESG bei den ersten Verhandlungen um diese ESG-Veranstaltung (nicht zu verwechseln mit der AStA-Veranstaltung), die schon im Juli stattfinden sollte, „zarte“ Hinweise gegeben, einer erläuternden und „entbeleidigende“ Erklärung Herrn Kubys sähe man gewogen entgegen und einer Veranstaltung mit ihm stünde dann auch nichts mehr im Wege. Nachdem nun Kuby den bewußten Brief geschrieben hatte, hat das Rektorat der ESG vor ca. einer Woche mitgeteilt, tatsächlich stünde der ESG-Veranstaltung im November nun nichts mehr entgegen, aber man bitte die ESG, den Termin zu verschieben, man befürchte neue Unruhen!! Sie haben also Angst! Die Kuby-Affaire war ihnen eine Warnung und ist ihnen ein Alptraum. Die Kuby-Veranstaltung im November muß stattfinden und bedeutet einen wenn auch geringen Erfolg.

Der ESG-Vertrauensstudent, Hans-Hermann Hohrmann, wird darauf insistieren, daß Kuby am 11. November spricht (bei Hohrmanns letzter Termin-Nachfrage im Rektorat gab man vor, man habe den Termin nicht notiert bzw. vergessen zu notieren). Ich selbst habe erfahren, daß man von Seiten des Rektorats und verschiedener bekannter Professoren eine Verschiebung möchte, weil gerade im angeheizten Klima der bevorstehenden Konventswahlen neue Unruhen bei einem Auftritt Kubys im November zu befürchten sind. Ich erklärte, die Unruhen seien nicht um Kuby entstanden, sondern um das Verbot für Kuby bzw. um die Art und Weise, in der sich das Rektorat mit der Studentenvertretung auseinandergesetzt habe. Unruhen seien folglich erst zu erwarten, sollten die Befürchtungen und Anstrengungen des Rektorats, die Veranstaltung zu verschieben, öffentlich werden. Auch einige Professoren äußerten ihre Bedenken gegenüber einer Verschiebungstaktik des Rektorats und rieten dem Rektor, seine bisherige Argumentationsebene um der Glaubwürdigkeit willen nicht zu verlassen; erst das würde neue Unruhen hervorrufen; schlimmstenfalls müsse man im Falle der Veranstaltung im November eben damit rechnen, daß damit „ein Sieg über den Rektor“ gefeiert werde. Hier liegt wohl der Hase!! Deshalb will der alte Rektor den Termin verschieben; vielleicht ist dann schon Gras über die Sache gewachsen — oder vielleicht gar ein neuer „rechts“-kräftiger Konvent im Amt, der auf Kuby und Krippendorff keinen Wert legt, sondern sich lieber der „akademischen Führung“ anvertraut!

Wie bereits gesagt, Herr Hohrmann von der ESG will nicht nachgeben, sollte das Rektorat weiterhin eine Terminverschiebung wünschen. In der nächsten Woche wird es sich entscheiden. Sie werden im Falle der Verschiebung des Termins sicher davon offiziell erfahren (I-U-Spiegel, Presse), im Falle der Veranstaltung im November zu gegebener Zeit die Ankündigung bemerken.

Dem alten bzw. neuen Konvent stehen wahrscheinlich in den kommenden Semestern ähnliche Schwierigkeiten gegenüber wie im vergangenen Semester, weil die Strukturen unserer Universität sich nicht geändert haben. Wir dürfen uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch ein so fortschrittlicher Rektor wie Professor Lieber unter dem Zwang eben dieser kontinuierlich konservativen Strukturen der Universitätsverfassung, des Rektorats und Akademischen Senats steht, die die Ereignisse im Sommersemester bestimmten. Es ist bekannt, daß Profes-

sor Lieber u. a. gewählt wurde, um die „Linke zu zähmen“, was er wohl besser als andere könne, weil er selbst zu dieser Linken zähle.

„Links“ sind dabei der Einfachheit halber alle, die ihre demokratischen Rechte und Freiheiten verteidigen und in die tägliche Praxis umgesetzt sehen wollen.

Aber heißt es nicht: „Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer?“ Werden die Entscheidungen des neuen Rektors, auf den wir im Grunde so große Hoffnung setzen, sich von diesen Strukturen unabhängig machen können? In internen Gesprächen hat Professor Lieber bereits eine Entscheidung getroffen, die unter diesem objektiven Druck zu stehen scheint: Die Hochschulgruppen dürften sich an der FU politisch betätigen, etwas ganz anderes sei das aber beim AStA und der Studentenvertretung überhaupt.

Können wir diese Unterscheidung nach unseren Forderungen im letzten Semester annehmen? Diese Unterscheidung ist keineswegs neu und fortschrittlich, sondern seit Jahren von den Professoren und Kräften im Rektorat und Senat unterstützt worden, die die Entpolitisierung der Universität befürworten.

(Privatakten, Standort ZI 6: Akte „S. R. 1964—1966“)

## DOKUMENT 449

**Inspektor sagt: Die Diktatur der Minderheit muß endlich weg!**

Wenn nicht alles täuscht, werden einige linksradikale Studentenfunktionäre heute mit einer neuen Torheit an die Öffentlichkeit treten. Denn heute abend tritt der Konvent der Freien Universität zusammen.

Ein Tagungsordnungspunkt verspricht besonders interessant zu werden: Der Bericht des Hauptausschusses über das Verhalten der beiden AStA-Vorsitzenden Lefèvre und Damerow.

Diese beiden haben etwas gegen den Kampf der Amerikaner zur Verteidigung Südvietnams. Na schön, das ist ihre Sache. Aber im August dieses Jahres taten sie sich zu diesem Zweck mit einer kommunistischen Tarnorganisation zusammen. Und stellten dieser ihre Unterschriften für die Unterstützung der kommunistischen Vietnam-Politik zur Verfügung.

Dieses Arm-in-Arm mit den Kommunisten war ein vorläufiger Höhepunkt in der Entwicklung unserer Freien Universität. Entsprechend scharf war die öffentliche Reaktion.

Das brachte sogar auf der äußersten Linken einige Köpfe zu bedächtigem Wackeln. So nach dem Motto: „Tss, tss — das war aber wirklich unklug.“

Und in der Folgezeit schien es, daß die Tage dieser Repräsentanten der Studentenschaft gezählt sind. Heute abend soll nun eine Entscheidung fallen.

Die Linksradikalen an der FU sehen die Gefahr für ihre Lieblings- und deshalb wollen sie zu deren Rettung die Flucht nach vorn antreten: Indem sie eine große Vietnam-Diskussion entfachen.

Ich will kein Prophet sein. Aber das eine glaube ich voraussagen zu können: Wenn dieses Vorhaben gelingt, dann wird den Linksradikalen der FU herzlicher Beifall aus Ost-Berlin gewiß sein.

Und dann werden wir an unserer Uni eine einzigartige Situation haben: Dann wird die Studentenschaft dieser „Freien Universität“ auch weiterhin von Kommunistenfreunden repräsentiert sein.

Fast möchte ich wünschen, daß es dazu käme. Damit die Bequemen und politischen Dauerschlafmützen endlich einmal aufwachen!

Denn bis jetzt war es doch so: Eine Minderheit politischer Aktivisten zwang der Mehrheit ihren Willen auf. Eine Minderheit Linksradikaler erweckt in der Öffentlichkeit den Eindruck, die ganze Uni denke so wie sie.

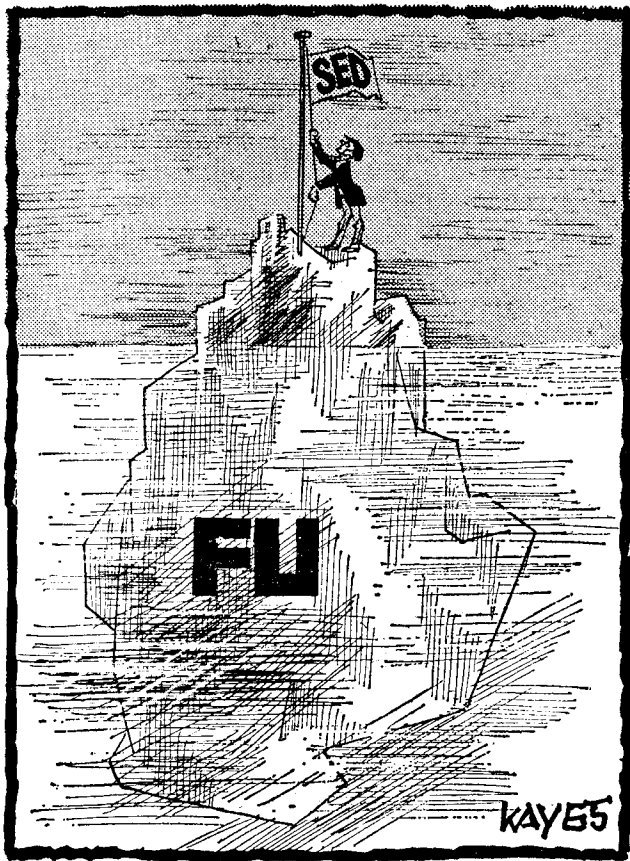
So weit konnte es nur durch Bequemlichkeit kommen. Denn rund die Hälfte der 15 000 FU-Studenten pflegt sich an den Konventswahlen nicht zu beteiligen. Auf diese Weise haben die Linksradikalen leichtes Spiel.

Wie auch immer: Die Radikalen wollen heute mit dem Thema Vietnam auf die Barrikaden. Wir wollen sie erst einmal anhören.

Nur eins sollte von Anfang an völlig klar sein: Die kommunistischen Vietkong sind alles andere als gloriose Freiheitskämpfer! Ihr bisheriger Weg ist eine einzige Kette entsetzlicher Grausamkeiten!

Das, finde ich, sollte den Heißspornen heute abend zu denken geben. Und die klar Denkenden unter den Konventsmitgliedern sind aufgerufen, die Stimme der Vernunft zur Geltung zu bringen!

(BZ, 26. Oktober 1965)



**Die Masse hält sich verborgen**

BZ, 26. 10. 1965

## DOKUMENT 450

**Abschrift**

Herrn  
Prof. Dr. H. J. Lieber  
Rektor der Freien Universität Berlin  
1 Berlin 33  
Ihnestr. 24

27. 10. 1965

Ew. Magnifizenz,  
dürfen wir, drei Studenten des Japanischen Instituts der Freien Universität Berlin, uns erlauben, Sie in der folgenden Angelegenheit in Anspruch zu nehmen. Da unser Versuch, den Leiter unseres Seminars, Herrn Prof. Dr. H. Eckardt, in der nachfolgend dargestellten Sache anzusprechen, fehlschlug, sehen wir uns zu unserem Bedauern gezwungen, uns nun an Sie zu wenden.

Die Verhältnisse am Japanischen Institut haben sich in der letzten Zeit dahingehend entwickelt, daß ein ordnungsgemäßes Studium an diesem Seminar nicht mehr gewährleistet ist. In den letzten Semestern konnten wir feststellen, daß Herr Prof. Dr. Eckardt unvorbereitet seine Seminare und Übungen leitete und nicht in der Lage war, die zu behandelnden Texte zu überblicken. Außerdem erfuhr der Unterricht erhebliche Störung durch das Erscheinen des Professors in betrunkenem Zustand.

In diesem Zusammenhang möchten wir darauf hinweisen, daß das Verhältnis zwischen Professor und Studenten durch verleumderische Äußerungen von Seiten Herrn Prof. Eckardt untragbar geworden ist. Äußerungen gleicher Art richtete Herr Prof. Eckardt im Beisein von Studenten wiederholt gegen Kollegen.

Weiterhin möchten wir darauf aufmerksam machen, daß der Anfängerunterricht, der sich auf die ersten 4 Semester des Japanologiestudiums erstreckt, von Fräulein Dr. J. Fischer als Sinologin erteilt wird.

Was uns jedoch am meisten empört, sind nazistische und antisemitische Äußerungen, die Herr Prof. Eckardt in unserer Gegenwart tat.

Wie eingangs bereits erwähnt, haben wir den Versuch unternommen, Herrn Prof. Eckardt gemeinsam zu einem persönlichen Gespräch zu bewegen, in dem wir ihn auf diese Punkte im einzelnen ansprechen wollten. Dieser Bitte ist leider nicht stattgegeben worden. Wir bitten Sie daher um Ihr Verständnis, wenn wir uns nun mit diesem Bericht, dessen belastender Inhalt uns sehr wohl bewußt ist, an Sie wenden.

Mit vorzüglicher Hochachtung,

gez. Inge Braun

1 Berlin 45

Augustastr. 22

gez. Detlef Foljanty

1 Berlin 41

Wulffstr. 7

gez. Johannes Sembritzki

1 Berlin 33

Molsheimer Str. 12

(Archiv Z1 6: Akte FO 702 „Flugblätter 1966“, hier: „Der Fall Eckardt bis 15. Nov. 1966“)

## DOKUMENT 451

**Inspektor sagt: Sie halten sich für den Nabel der Welt**

Die beiden Vorsitzenden des AStA der Freien Universität, Lefèvre und Damerow, sind abgewählt. In einer teilweise stürmisch verlaufenen Sitzung des Konvents am Dienstagabend, 33 gegen 22 Stimmen bei zwei Enthaltungen lautete das Endergebnis.

Triumph und Hohn liegen mir fern. Das sind billige Gefühle. Aber meine Genugtuung möchte ich doch äußern: Endlich ist auch an der FU wieder klargestellt, daß es in dieser Stadt eine Schande ist, sich mit den Kommunisten, den Feinden der Freiheit, zu verbünden!

Das ist ein Erfolg! Und das läßt mich hoffen.

Damit mich niemand falsch versteht: Ich begrüße es, daß sich unsere Studenten den Kopf über Vietnam zerbrechen. Und das Kopfzerbrechen über das Schicksal eines Volkes, das nun schon 20 Jahre im Krieg lebt, ist aller Ehren wert.

Was mich nur immer wieder bestürzt, ist die Tatsache, mit welcher geradezu sträflichen Leichtfertigkeit manche jungen Leute an dieser FU mit unausgegorenen Meinungen an die Öffentlichkeit treten.

Dafür nur ein Beispiel: Für den nun abgewählten Herrn Lefèvre sind und bleiben die kommunistischen Terroristen „Freiheitskämpfer“. Von diesem Standpunkt ist er partout nicht abzubringen.

Informationen über Vietnam? Pah — die tut er als „einseitig“ ab. Was kümmert es ihn schon, da diese „Freiheitskämpfer“ Zehntausende von Dorfältesten und Lehrern samt Familienangehörigen grausam ermordet haben? Und das nicht etwa als Folge von Kampfhandlungen, sondern in einer kaltblütig geplanten und durchgeführten Ausrottungsaktion über mehrere Jahre.

Was kümmern Herrn Lefèvre schon die täglichen Minen- und Handgranatenattentate auf Frauen und Kinder? Oder die 600 000 Menschen, die in den letzten Monaten aus den Vietnam-Gebieten flohen? Für Herrn Lefèvre bleiben die Vietkong „Freiheitskämpfer“.

Was mich an diesem jungen Mann so empört, ist seine Selbstgerechtigkeit. Tatsachen, die seiner Meinung entgegenstehen, wischt er kurzerhand vom Tisch.

Leider steht er mit dieser Geisteshaltung nicht allein. Und mit seiner Abwahl ist das Problem an der FU noch keineswegs gelöst.

Das Phänomen bleibt: Es gibt an unserer Universität viele junge Leute, die sich für den Nabel der Welt halten. Die vorgefaßten Meinungen huldigen. Die Diskutieren mit Agitieren verwechseln. Die unendlich belesen sind, aber immer nur in einer Richtung lesen. Die streitbare Kämpfer für die Meinungsfreiheit sind, aber andere Meinungen nicht gelten lassen.

Gewiß, gewiß — wenn diese jungen Leute einst Oberregierungsräte, Richter, Ärzte und Studienräte sind, dann sieht alles ganz anders aus. So ist es bis jetzt in jeder Generation gewesen.

Aber das ist doch nur ein schwacher Trost! Denn aus meinem sonnigen Gemüt ist einfach nicht herauszubringen, daß vernünftiges Denken nicht erst in hochdotierten Stellungen zu beginnen hat.

Trotzdem: Die Abwahl der beiden AStA-Vorsitzenden läßt mich hoffen. Auf das Erwachen der Bequemen. Und auf größeres politisches Verantwortungsbewußtsein derjenigen, die bisher den Ton angaben.

(BZ, 28. Oktober 1965)

## DOKUMENT 452

**Wolfgang Lefèvre: Mir schien jedes Mittel recht**

Gespräch mit dem ehemaligen 1. AStA-Vorsitzenden

FU-SPIEGEL: Warum haben Sie eigentlich unterschrieben, obwohl Sie wissen mußten, daß die Mehrheit des Konvents wie auch ein Teil der Berliner Öffentlichkeit so scharf darauf reagiert?

Lefèvre: Warum ich trotzdem unterschrieben habe: Ich habe im Frühsommer unterschrieben, als es so aussah, daß die Amerikaner aus Prestigegründen gezwungen sein könnten, mit nuklearen Waffen in Süd-Ostasien zu operieren. Das hätte auch die Sicherheit hierzulande erheblich in Frage gestellt. Auf dieses Problem hinzuweisen, schien mir jedes Mittel recht, und mir schien es überdies kleinkariert, wenn ich taktische Gesichtspunkte, etwa Überlegungen über Mehrheitsverhältnisse im Konvent der Besorgnis für den Weltfrieden untergeordnet hätte.

FU-SPIEGEL: Gewiß sind wir zum Teil bei der Beurteilung der politischen Situation in Vietnam der gleichen Meinung wie Sie. Nur: Der Aufruf kam von SED-nahestehenden Personen.

Lefèvre: Wahrscheinlich sind wir doch nicht der gleichen Meinung. Meines Erachtens handelt es sich in Süd-Vietnam nicht um den Gegensatz Kommunismus—Kapitalismus, sondern um die denkbar schlechteste Politik, die ein hoch industrialisiertes Land gegenüber einem unterentwickelten einschlagen kann. Aus diesem Grunde halte ich es auch für sinnvoll, hier mehr die Gemeinsamkeit zwischen den hoch industrialisierten Ländern zu sehen (und zu diesen gehört auch die DDR) als in Verkenennung des Tatsachenkonflikts den Gegensatz, der für Deutschland augenblicklich der wichtigste ist, ungeprüft zu übertragen. Mir scheint gerade, daß angesichts der Schwierigkeiten, eine sinnvolle Politik gegenüber den unterentwickelten Ländern einzuschlagen, die Chance besteht, daß die Kontrahenten des älteren Konflikts zwischen Kommunismus und Kapitalismus gemeinsame Wege gehen können, was sich sicherlich nicht zuletzt in der Deutschlandfrage heilvoll auswirken würde.

(FU-SPIEGEL Nr. 47, November 1965, S. 11 f)

## DOKUMENT 453

**FREIE UNIVERSITÄT BERLIN** 1 Berlin 33, den 12. 11. 1965

**Studentenvertretung**

**Finanzprüfungskommission**

**Berichte der Finanzprüfungskommission**

Am Dienstag, dem 2. 11. 1965, fand eine Kassenprüfung statt, die wegen des beschränkten Raumes im Finanzreferat durch einen Unterausschuß vorgenommen wurde, der aus den Her-

ren Rudolf Müller, Zimmermann, Sievers und Dalchow bestand. Zu meinem großen Bedauern habe ich vergessen, Herrn Dirk Müller zu informieren; die Herren Ely und Hitzbleck waren mit der Einsetzung dieses Unterausschusses einverstanden.

(1) Die vier Tage zuvor angekündigte Kassenprüfung erfolgte zwischen 16.00 und 18.30 Uhr. Die Herren R. Müller, Zimmermann, Dalchow und der Finanzreferent Ulrich H. Ströhle waren während der ganzen Zeit anwesend, Herr Sievers nur bis 17.10 Uhr.

(2) Die körperliche Bestandsaufnahme ergab folgendes Ergebnis:

Kassensoll vom Vortage lt. Konto	21.202,83 DM
plus Einnahmeüberschuß ungebuchter Belege	1.067,— DM
minus ungebuchte Forderungen	15.631,— DM
minus Ausgaben „Internationale Woche“	4.087,68 DM
gleich Sollbestand der Kasse	2.551,15 DM

Den so errechneten Sollbestand haben wir in der vom Finanzreferenten angegebenen Stückelung in der Kasse vorgefunden.

(3) Eine erste Nachprüfung der Sollzahlen ergab folgende Unstimmigkeiten:

(a) Wie wir feststellten, vermindert sich der ausgewiesene Saldo der Buchungen auf dem Kasse-Konto von 21.202,83 DM um 2.700,— DM, da der Finanzreferent die Buchung Nr. 1157 vom 21. 9. über 300 DM als Einnahme über dreitausend DM auf dem Kontrollstreifen addiert hat.

Wie er erklärt hat er vor seinem Urlaub am 26. 9. aus eigener Tasche 2.458,— DM in die Kasse gelegt, um den Sollbestand zu hinterlassen. Die Differenz von 242,— DM, die er nicht einzuschließen brauchte, muß auf noch nicht geklärten ungebuchten Einzahlungsvorgängen und/oder nicht erfolgten Auszahlungsbuchungen beruhen.

(b) Unter den 636,— DM Vorschußforderungen an Herrn Lefèvre fehlt eine Quittung über 300,— DM. Dieser Betrag ist auf dem Tippstreifen handschriftlich nachgetragen, der Finanzreferent kann weder den Verbleib der Quittung noch das Datum der Auszahlung feststellen.

(4) Über die 15.631,— DM ungebuchter Vorschußforderungen, darunter z. Z. 3.301,— DM persönliche Vorschüsse an sieben Studentenvertreter, fehlt eine vom Ausschuß wiederholt verlangte Aufstellung der Empfänger, obwohl einige „Vorschüsse“ ein halbes Jahr alt sind. Es fehlt auch jeder Nachweis über Empfänger, Höhe und Ausleihdauer früherer Ausleihungen zwischen den Kassenprüfungen.

(5) Aus den Konten des Jahres 1964 hat Herr Ströhle bestehende Forderungen in Höhe von rund 10.000,— DM ermittelt, die aber in den vergangenen zehn Monaten anscheinend weder zurückgezahlt noch schriftlich angemahnt oder eingeklagt wurden. Die Vorschußforderungen aus dem Jahr 1962 in Höhe von 3.368,20 DM sowie die aus 1961 in Höhe von 287,50 DM sind weder eingeklagt noch angemahnt worden, da der Verbleib der 62er Kontenblätter nicht feststellbar ist.

Es deutet vieles darauf hin, daß in den letzten zwölf Monaten keiner der schriftlich vorliegenden Ausschußvorschläge und Konventsbeschlüsse verwirklicht worden ist. Wir sollten also prüfen, ob nur die Bestellung eines öffentlichen Wirtschaftsprüfers unsere drängenden Probleme lösen kann:

(a) Feststellung und Eintreibung der Forderungen von rund 25.000,— DM

(b) Aufstellung eines lückenlosen Verlust- und Bestandsverzeichnisses

(c) Entwurf eines zweckmäßigen Haushaltsplanes und eines Kontenplanes unter Einbeziehung sämtlicher Nebenkassen und Verwahrkonten

(d) Einführung ordnungsmäßiger Beleg- und Buchungsmethoden.

F.d.R.

gez. Wolfgang F. Dalchow

(Privatakten, Standort Archiv Z16: Akte „FU—SFI 1965/66“)

## DOKUMENT 454

### Gegenentwurf

#### Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Pädagogische Hochschule

##### § 1

Das Gesetz über die Pädagogische Hochschule Berlin vom 13. November 1958 (GVBl. S. 1073) wird wie folgt geändert: (unverändert!)

1. § 1 Abs. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Sie bildet im ordentlichen Studium Lehrer für allgemeinbildende Schulen einschließlich der Sonderschulen aus.“

(unverändert!)

2. § 2 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Hochschule ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und steht unter der Aufsicht des Senators für Wissenschaft und Kunst.“

3. § 2 erhält folgenden neuen Absatz:

„(4) Die Hochschule gilt im Sinne des Beamtenrechts als wissenschaftliche Hochschule.“

4. § 11 erhält folgenden neuen Absatz:

„(2) Entscheidungen des Senats über Vorschläge zur Berufung planmäßiger Professoren werden von einem Berufungsausschuß vorbereitet. Der Ausschuß setzt sich aus je 3 Professoren der FUB und der PH zusammen. Die Mitglieder werden von den Senaten der beiden Hochschulen in der Weise benannt, daß je ein Mitglied für die Dauer von 3 Jahren bestellt wird, während je zwei Mitglieder in jedem Berufungsfall nach der Fachrichtung ausgewählt werden.“

(3) Der Senat kann nur Persönlichkeiten vorschlagen, die der Berufungsausschuß benannt hat.“

(unverändert!)

5. § 17 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Die Hochschule hat das Recht, den akademischen Grad ‚Diplom-Pädagoge‘ zu verleihen. Die Prüfungsordnung bedarf der Bestätigung durch den Senator für Wissenschaft und Kunst.“

(unverändert!)

6. In den §§ 6 Abs. 1 Satz 2, 7 Abs. 1 Satz 2, 9 Abs. 1 Satz 2, 14 Satz 2, 15 Abs. 2 Satz 3 und 16 Satz 2 werden die Wörter: „Senator für Volksbildung“ ersetzt durch „Senator für Wissenschaft und Kunst“.

##### § 2

(1) Um die Zusammenarbeit der Freien Universität Berlin und der Pädagogischen Hochschule sicherzustellen und eine spätere Inkorporierung (Eingliederung oder Angliederung) der PH in die FUB vorzubereiten, wird ein Koordinierungsausschuß gebildet, in den jede der beiden Hochschulen die gleiche Anzahl ständiger und nichtständiger Mitglieder entsendet. Die Senatoren für Schulwesen und für Wissenschaft und Kunst, die sich vertreten lassen können, gehören dem Ausschuß als Mitglieder ohne Stimmrecht an; der Senator für Wissenschaft und Kunst hat das Recht, den Ausschuß einzuberufen.

(2) Der Koordinierungsausschuß hat die Abkommen zwischen der FUB und der PH vorzubereiten, die der Durchführung der in Abs. 1 Satz 1 genannten Aufgaben dienen. Diese Abkommen bedürfen der Zustimmung des Senators für Wissenschaft und Kunst.

(3) § 2 des Lehrerbildungsgesetzes vom 16. Oktober 1958 (GVBl. S. 1025) bleibt unberührt.

##### § 3

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

(Akademischer Senat FUB: Protokolle der Sitzungen 1965)

## DOKUMENT 455

Stellungnahme des akademischen Senats der Freien Universität Berlin vom 24. 11. 65 zu dem Gesetzentwurf über die Zusammenarbeit der Freien Universität und der Pädagogischen Hochschule zur Förderung der Lehrerbildung

I. Die Freie Universität begrüßt, daß in dem ihr vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über ihre Zusammenarbeit mit der

Pädagogischen Hochschule aus ihrer Stellungnahme vom 28. 7. 1965 die folgenden Vorschläge berücksichtigt worden sind:

- 1) Abschluß eines Vertrages zur Intensivierung der Zusammenarbeit der Lehrerbildung zwischen den beiden Hochschulen,
- 2) Schaffung eines Koordinierungsausschusses,
- 3) Ergänzung des Gesetzes über die Pädagogische Hochschule durch Einführung eines Berufungsausschusses in der vorgesehene Zusammensetzung.

II. Dagegen bedauert die Freie Universität, daß zwei ihr wesentlich erscheinende Vorschläge nicht berücksichtigt oder mißverstanden worden sind:

1) Die Freie Universität ist von der unbestrittenen und wohl auch unbestreitbaren Tatsache ausgegangen, daß die Pädagogische Hochschule noch keine Wissenschaftliche Hochschule ist, sondern erst im Laufe der nächsten Jahre auf diesen Stand gebracht werden soll. Dies ist Sinn, Zweck und Ziel des in Aussicht genommenen Abkommens. Hiermit steht die vorgeschlagene Neufassung von § 2 Abs. 1 PHG: „Die PH ist eine Wissenschaftliche Hochschule“ in unvereinbarem Widerspruch. Diese Widersprüchlichkeit wird noch verstärkt durch die im unmittelbar folgenden Nachsatz ausgesprochene Vorenthaltung des Habilitationsrechts.

Mit einer solchen Regelung würde nicht nur der Typ einer wissenschaftlichen Hochschule geschaffen, dem gerade die wesentlichen Kriterien einer solchen fehlen; es würde vielmehr auch ein Zustand gesetzlich vorweg genommen, der durch die vorgesehene Zusammenarbeit erst erreicht werden soll. Eine spätere Inkorporierung würde dadurch zweifellos erschwert. Die Freie Universität glaubt daher, daß der Gesetzentwurf in diesem Teil seiner eigenen Absicht entgegensteht.

Um die angestrebte beamtenrechtliche Gleichstellung für Professoren und Studenten der PH mit denjenigen der FU zu erreichen, dürfte die in § 1 Ziff. 3 des anliegenden Gegenentwurfs vorgeschlagene Formulierung genügen. Sie steht im Einklang mit dem Bundesbeamtenrechtsrahmengesetz; denn gegen die entsprechende Regelung in Niedersachsen sind keinerlei Einwände von Seiten des Bundes erhoben worden.

2) Die FU hielt und hält es im Sinne der angestrebten Entwicklung für förderlicher, wenn nur die Grundlagen der Zusammenarbeit durch ein Gesetz oder eine Änderung bestehender Gesetze geregelt, alle Einzelheiten aber durch den unter staatlicher Aufsicht zu schließenden Vertrag geregelt werden; denn ein Vertrag kann leichter und rascher als ein Gesetz den Erfahrungen der Zusammenarbeit und den sich ändernden Gegebenheiten durch Ergänzungsabkommen angepaßt werden. Dieser Einwand betrifft vor allem die Ziffern 2, 3 und 4 des § 2 des Entwurfs.

Ziffer 2 kann die Vorstellung erwecken, als ließen sich Voraussetzungen für eine Lehrtätigkeit je an der anderen Hochschule institutionell festsetzen; sie lassen sich jedoch nur von Fall zu Fall feststellen. Zwar lassen sich neue Formen für eine stärkere Einbeziehung der Träger von Lehraufträgen in den Lehrkörper der anderen Hochschule denken, sie müssen jedoch zunächst erprobt werden.

Ziffer 3 und 4 erwähnen z. T. Punkte, die im wesentlichen schon jetzt geregelt sind, zum anderen solche, die nur durch die Satzungen der betreffenden Hochschulen und ihrer Organe geregelt werden können. Soweit die „Anrechenbarkeit von Prüfungen“ Staatsprüfungen betrifft, entzieht sie sich der Kompetenz der Hochschulen; soweit sie die hier besonders wichtige philosophische Doktorprüfung meint, ist sie gegenstandslos, da diese nicht an vorbestandene Prüfungen gebunden ist. Da der Passus bei den Studenten der PH irrige Vorstellungen erwecken müßte, bitten wir, ihn keinesfalls in ein Gesetz aufzunehmen. Gewisse Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Promotionsverfahren müßten ebenso wie die zu Ziffer 2 erwähnten ganz neu und experimentierend geschaffen werden und eignen sich daher nur für die Regelung im Vortrag.

Der in Ziffer 5 des § 2 des Entwurfs vorgesehene Auftrag, Vorschläge zur räumlichen Unterbringung der PH in der Nähe der FU zu unterbreiten, ist auf absehbare Zeit so unrealisierbar, daß die FU bittet, ihn ebenfalls aus dem Gesetzesentwurf zu streichen.

Die FU ist der Meinung, daß die in § 2 des beigefügten Gegenentwurfs gewählte Formulierung sowohl die für die Errei-

chung des Ziels erforderliche Flexibilität besitzt, als auch den zuständigen Senatoren des Landes Berlin die für die Durchführung des Planes ausreichenden Einwirkungsmöglichkeiten gewährt.

III. In Ziffer 3 des § 3 des Entwurfs ist vorgesehen, die neue Bestimmung über den „Berufungsausschuß“ als § 10 in das Gesetz über die PH einzufügen. Es dürfte zweckmäßiger sein, diese neue Vorschrift als Absatz 2 dem § 11 PHG anzufügen. Um den sachlichen Bedürfnissen des einzelnen Berufungsfalls Rechnung zu tragen, andererseits aber die Kontinuität des Ausschusses sicherzustellen, schlagen wir vor, daß je ein Mitglied als ständiges Mitglied für die Dauer von 3 Jahren benannt wird, während die übrigen Mitglieder von Fall zu Fall nach der in Betracht kommenden Fachrichtung zu bestellen sind (siehe § 1 Ziffer 4 des beigefügten Gegenentwurfs).

(Akademischer Senat FUB: Protokolle der Sitzungen 1965)

## DOKUMENT 456

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN  
Studentenvertretung

1 Berlin 33,  
den 24. 11. 65

**Stellungnahme der Wahlensatoren der Studentenschaft zu dem Gesetzentwurf über die Zusammenarbeit der Freien Universität Berlin und der Pädagogischen Hochschule Berlin zur Förderung der Lehrerbildung.**

Die Freie Universität begrüßt mit Nachdruck den ihr vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über ihre Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule, in dem ihre Stellungnahme vom 28. 7. 65 berücksichtigt worden ist.

Zu den §§ 1—3 des vorgelegten Entwurfes nimmt die Freie Universität wie folgt Stellung:

zu § 1 Die Zusammensetzung des vorgesehenen Koordinierungsausschusses muß gewährleisten, daß die Lehrer, die wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter und die Studentenschaften der beiden Hochschulen angemessen vertreten sind. Deshalb sollten von jeder Hochschule nicht weniger als vier Mitglieder in die Kommission entsandt werden.

zu § 2 Die Freie Universität hält es im Sinne der angestrebten Entwicklung für förderlich, wenn die Grundlagen der Zusammenarbeit durch ein Gesetz oder eine Änderung bestehender Gesetze, alle Einzelheiten aber durch den vorgesehenen, unter staatlicher Aufsicht zu schließenden Vertrag geregelt werden; denn ein Vertrag kann leichter und rascher als ein Gesetz den Erfahrungen der Zusammenarbeit und den sich ändernden Gegebenheiten durch Ergänzungsabkommen angepaßt werden.

Die Ziffern 1—5 des § 2 des Entwurfs können nur in diesem Sinne verstanden werden.

zu § 3 Die Freie Universität begrüßt die beamtenrechtliche Gleichstellung der Professoren und Studenten der Pädagogischen Hochschule. Von einer sofortigen Änderung der Rechtsstellung der Pädagogischen Hochschule gemäß § 3 Ziffer 2 des Gesetzentwurfs versprechen wir uns außerdem eine wesentliche Erleichterung der Aufgaben des Berufungsausschusses, nämlich qualifizierte Kräfte für den Lehrkörper der Pädagogischen Hochschule zu gewinnen.

Wir geben allerdings zu bedenken, daß es die Intensität der Mitarbeit der Pädagogischen Hochschule stärken könnte, wenn diese Änderung ihrer Rechtsstellung nicht gesetzlich vorweg genommen würde.

In Ziffer 3 des § 3 des Entwurfs ist vorgesehen, die neue Bestimmung über den „Berufungsausschuß“ als § 10 in das Gesetz über die Pädagogische Hochschule einzufügen. Es dürfte zweckmäßiger sein, diese neue Vorschrift als Abs. 2 dem § 11 PHG anzufügen. Um den sachlichen Bedürfnissen des einzelnen Berufungsfalls Rechnung zu tragen, andererseits aber die Kontinuität des Ausschusses sicherzustellen, schlagen wir vor, daß je ein Mitglied als ständiges Mitglied für die Dauer von 3 Jahren benannt wird, während die übrigen Mitglieder von Fall zu Fall nach der in Betracht kommenden Fachrichtung zu bestellen sind.

(Akademischer Senat FUB: Protokolle der Sitzungen 1965)

## DOKUMENT 457

ARGUMENT DIS ESG GSG HSU LSD SDS

Am Montag, den 29. November, wollten der SDS und der Argument-Klub im Henry-Ford-Bau eine Ausstellung zum Thema Vietnam eröffnen, eine Ausstellung, die an der Frankfurter Johann Wolfgang Goethe Universität schon mit Erfolg gezeigt wurde.

Am Montag, den 22. November, haben der SDS und der Argument-Klub einen entsprechenden Antrag bei Se. Magnifizenz Prof. Lieber eingereicht.

Nach persönlichen Rückfragen am 25. 11. und 26. 11. antwortete Se. Magnifizenz mit folgendem Schreiben:

Auf Ihren Antrag vom 20. 11. 1965 teile ich Ihnen mit, daß ich die Galerie des Henry-Ford-Baus leider nicht für die geplante Ausstellung zur Verfügung stellen kann.

Das Baupolizeiamt Zehlendorf hat bereits im Jahre 1955 die Bedingungen zum Bauschein für den Henry-Ford-Bau dahin erweitert, daß in der gesamten Eingangshalle keine Ausstellung oder Veranstaltung stattfinden darf. Meine Amtsvorgänger und ich haben verschiedentlich versucht, dieses Verbot zu durchlöchern, die Bemühungen sind jedoch im Endergebnis erfolglos geblieben.

Eine Ausnahme kann allenfalls in kleinem Rahmen für die Nordhalle gemacht werden, wo jedoch bis Ende Dezember eine Ausstellung des AStA stattfindet.

Seit der erwähnten baupolizeilichen Anordnung hat die akademische Verwaltung in der Eingangshalle des Henry-Ford-Baus zahlreiche Ausstellungen genehmigt. Um einige Beispiele zu nennen:

Am 4. 1. 1961 schrieb das Rektorat an das Presse- und Kulturreferat des AStA in einem Genehmigungsschreiben:

... Zum Aufbau der vorgesehenen Ausstellungen „Studenten malen“, „Folkwang-Schule Essen“, „Photografie August Sander“ kann in der oberen Halle des Henry-Ford-Baus bei Berücksichtigung eines freien und ungehinderten Zugangs zu den Hörsälen sowohl für die 1. und 2. Januar-Hälfte als auch für die 1. Februarhälfte bis einschließlich 7. 2. 61 ein entsprechender Platz belegt werden. ...

Im SS 1965 genehmigte der Kurator die Ausstellung „Fünf Maler stellen aus“ mit den Worten:

... Auf den Antrag vom 29. Juni 1965 stelle ich Ihnen die Vorräume zu den Hörsälen A, B und C zur Durchführung einer Ausstellung mit zeitgenössischer Malerei für die Zeit vom 1. Juli bis Semesterende (30. 9. 65) zur Verfügung.

Se. Magnifizenz Prof. Lieber gab für die Ausstellung „Kauft euch ein neues Lied“ vor kurzer Zeit selbst die Genehmigung: ... genehmige ich hiermit die Foto-Ausstellung. Ich bitte Sie, die Ausstellung auf die Zeit vom 1. 11. bis 20. 12. 1965 zu beschränken und sie nur in den beiden Etagen der Nordhalle durchzuführen. Sie wollen bitte dabei die Sicherheitsmaßnahmen des Hauses beachten und die Notausgänge in der Halle freihalten. ...

Die Liste derartiger Genehmigungen ließe sich beliebig erweitern.

Wir fragen:

Soll hier wirklich nur einer baupolizeilichen Anordnung Geltung verschafft werden?

Warum wird diese Anordnung nach zehn Jahren nun plötzlich so ernst genommen?

Warum versucht man nicht weiter, diese Anordnung zu durchlöchern?

Oder

soll hier nicht vielmehr eine unbequeme politische Veranstaltung verhindert werden?

Glaubt die akademische Verwaltung, der SDS bedrohe mit dieser Ausstellung die Interessen der amerikanischen Schutzmacht?

Hält die akademische Verwaltung eine baupolizeiliche Anordnung für das geeignete Mittel, das Informationsniveau der Studentenschaft zu garantieren?

Sollen jetzt auch noch baupolizeiliche Anordnungen die Informationsfreiheit der Studentenschaft einschränken?

Berlin, den 27. November 1965

ARGUMENT DIS ESG GSG HSU LSD SDS

(Privatakten, Standort Archiv ZI6: Akte „FU-F I 1965/66“)

## DOKUMENT 458

Aufruf

Berlinerinnen und Berliner!

In wenigen Wochen feiern wir das Weihnachtsfest; zum 21. Mal nach Kriegsende, zum 17. Mal nach der Blockade, zum 5. Mal nach dem Bau der Mauer.

Weihnachten ist nach 1945 gerade in Berlin in einer Zeit des Erinnerns an Not und Leid anderer geworden. Wir gedachten in den vergangenen Jahren der Kriegsgefangenen, der politischen Häftlinge, und der Menschen, von denen wir gewaltsam getrennt wurden.

In diesem Jahr wird das Fest des Friedens und der Freude in nicht wenigen amerikanischen Familien von der Trauer um einen Angehörigen überschattet sein, der fern der Heimat, in Vietnam, sein Leben zum Schutz der freien Welt vor gewaltmäßiger Ausdehnung des kommunistischen Machtbereichs opfern mußte.

Weil wir Berliner wissen, daß die Amerikaner bereit sind, mit dem Leben ihrer Soldaten unsere Freiheit zu verteidigen, fühlen wir uns all jenen Amerikanern besonders verbunden, die um einen in Vietnam gefallenen Mann oder Vater, Sohn oder Bruder trauern müssen.

Deshalb glauben die Berliner Tageszeitungen, daß die Berliner Bevölkerung auch in der gegenwärtigen Periode der scheinbaren Ruhe nicht den Sinn für die Bedeutung dieses menschlichen Leids verloren hat. Sie schlagen vor, den schwergeprüften amerikanischen Familien zum Weihnachtsfest ein Zeichen des Gedenkens zu übermitteln. Es soll symbolisch dem ganzen amerikanischen Volk und den Vietnamesen gelten.

Die Berliner Tageszeitungen beabsichtigen, jeder betroffenen amerikanischen Familie eine Nachbildung der Freiheitsglocke mit einer besonderen Widmung zu übersenden, um damit die Verbundenheit Berlins mit der amerikanischen Nation zum Ausdruck zu bringen. Der leidenden Bevölkerung Vietnams sollen dringend benötigte Medikamente geschickt werden.

Die Berliner Tageszeitungen rufen alle Berliner auf, dieses Vorhaben mit einer Geldspende zu unterstützen.

Nicht die Höhe des Betrages ist entscheidend, sondern die Beteiligung jedes einzelnen. Nicht ihr materieller Wert zählt, sondern der menschliche Beistand gegenüber denen, die schwerste Last zu tragen haben.

Einzahlungen erbitten wir auf das Postscheckkonto Berlin-West 3000 unter dem Kennwort: Berliner Weihnachts-Gedenken 1965. Vom 1. bis einschließlich 15. Dezember 1965 sind in allen Filialen der Berliner Tageszeitungen Sammelbüchsen aufgestellt.

Die Berliner Tageszeitungen

Der Abend

Spandauer Volksblatt

BZ

Der Tagesspiegel

Berliner Morgenpost

Telegraf

Der Kurier

Nachtdepesche

(Der Tagesspiegel, 1. Dezember 1965)

## DOKUMENT 459

Erklärung über den Krieg in Vietnam

Bundeskanzler Erhard hat der amerikanischen Regierung wiederholt versichert, das deutsche Volk stehe hinter der Vietnam-Politik der USA. In den Vereinigten Staaten selbst wächst der Widerstand gegen diese Politik. Immer mehr Amerikaner zweifeln an den Erklärungen, mit denen die Regierung der USA ihre Intervention in Vietnam zu rechtfertigen sucht.

Falsche Benennung des Konflikts

Die amerikanische Regierung bezeichnet den Krieg in Vietnam als einen Konflikt zwischen beiden Teilen des Landes, entstanden durch eine Aggression des Nordens gegen den Süden. In Vietnam habe der Kommunismus die freie Welt angegriffen.

Die amerikanische Regierung behauptet, der Krieg verteidige die Freiheit des südvietnamesischen Volkes gegen eine kleine Minderheit ausländischer oder vom Ausland gesteuerter Parti-



sanen. Die Vietkong seien der verlängerte Arm Nordvietnams und damit Chinas.

Die amerikanische Regierung erklärt, die Bombardierung Nordvietnams solle dem Expansionsstreben Chinas Einhalt gebieten. Der Krieg diene der Erhaltung des Weltfriedens.

### Richtige Benennung des Konflikts

Tatsächlich ist der Krieg in Südvietnam ein Bürgerkrieg, der bis zum Eingreifen der Vereinigten Staaten fast ausschließlich ein Kampf zwischen südvietnamesischen Revolutionären und der Regierung in Saigon war. Die USA haben das Genfer Abkommen von 1954, das freie Wahlen innerhalb von zwei Jahren vorsah, bewußt negiert und die Regierung Diem und deren Nachfolger gegen den Willen der Bevölkerung an der Macht gehalten.

Nach amerikanischen Schätzungen stehen über drei Viertel der Bevölkerung auf seiten der Aufständischen. Selbst heute, nach Ausdehnung des Krieges über beide Teile des Landes, wird die Unterstützung der Vietkong durch Nordvietnam auf höchstens 25 Prozent geschätzt. Die Saigoner Regierung kann sich nur noch in den Städten und unter direktem Schutz der amerikanischen Truppen behaupten. Der Konflikt entwickelt sich immer mehr zu einem Krieg der USA gegen das vietnamesische Volk. Dabei geht es nach Angaben führender amerikanischer Militärs nicht nur um die Vernichtung der Vietkong, sondern gleichzeitig um die Erprobung neuer Waffen und Techniken zur Niederschlagung von Volksaufständen in anderen Teilen der Welt.

Die Vietkong sind eine nationale und soziale Befreiungsbewegung Südvietnams, die vor allem von der Landbevölkerung und der städtischen Intelligenz getragen wird. Sie sind politisch organisiert in einer „Nationalen Befreiungsfront“, in der es neben den (in der Führung) dominierenden Kommunisten auch starke bürgerliche und nationale Gruppierungen gibt. Erst die Tatsache, daß die USA mit der ganzen Übermacht ihres technischen Potentials in den Krieg eingegriffen und ihn auf Nordvietnam ausgedehnt haben, droht die Vietnamesen unter den traditionell gefürchteten Einfluß Chinas zu zwingen. Die amerikanische Intervention erhöht die Gefahr eines großen Krieges in Asien, der leicht zu einem dritten Weltkrieg führen kann. Zugleich werden hier die Grundlagen für einen Rassenkonflikt gelegt, dessen Auswirkungen noch gar nicht abzusehen sind.

### Die bisherige Bilanz des Krieges

- Eine halbe Million Menschenleben hat der zweite Vietnamkrieg nach vorsichtigen Schätzungen bereits gefordert.
- 160 000 Zivilisten sind allein zwischen 1961 und 1964 umgekommen.
- Folterungen und Gefangenemord sind seit Jahren an der Tagesordnung.
- Tausende von Siedlungen wurden vernichtet, ihre Einwohner getötet oder in sogenannte Wehrdörfer deportiert, die nichts anderes als Konzentrationslager sind.
- Napalmbomben, Giftchemikalien und neuartige Vernichtungswaffen treffen in wachsendem Ausmaße die Zivilbevölkerung.
- Durch diese moderne Strategie der Verbrannten Erde droht sich hier der Tatbestand des Völkermords zu erfüllen.

### Frieden und Selbstbestimmung für Vietnam

Angesichts dieser Tatsachen distanzieren wir uns von der moralischen und finanziellen Unterstützung des Vietnamkrieges durch die Bundesregierung. Wir begrüßen die Forderungen Frankreichs und der blockfreien Länder nach Einstellung der Luftangriffe und Regelung des Konflikts auf der Basis der Genfer Vereinbarungen.

Wir schließen uns den 5000 amerikanischen Professoren und Dozenten an, die für sofortige Beendigung des Krieges und für die Neutralisierung ganz Vietnams eintreten.

Wir solidarisieren uns mit der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung, deren Sprecher, Nobelpreisträger Martin Luther King, zu Demonstrationen für den Frieden in Vietnam aufgerufen hat.

Wir appellieren an alle Demokraten in der Bundesrepublik,

diese Erklärung und ihre politischen Forderungen zu unterstützen und in die Öffentlichkeit zu tragen.

### Unterzeichner

Inge Aicher-Scholl, Prof. Otl Aicher, Carl Amery, Günther Anders, Ingeborg Bachmann, Prof. Ernst Bloch, Walter Boehlich, Heinrich Böll, Prof. Tobias Brocher, Peter O. Chotjewitz, Heinz von Cramer, Hans Magnus Enzensberger, Hubert Fichte, Erich Fried, Prof. Helmut Gollwitzer, Prof. Karl-Heinz Haag, Prof. Jürgen Habermas, Prof. Heinz-Joachim Heydorn, Wolfgang Hildesheimer, Kurt Hirsch, Gerd Hirschauer, Rolf Hochhuth, Prof. Walter Jens, Uwe Johnson, Robert Jungk, Erich Kästner, Ernst Kreuder, Eckart Kroneberg, Horst Krüger, Prof. Michael Landmann, Hartmut Lange, Lutz Lehmann, Reinhard Lettau, Christoph Meckel, Prof. C. Wolfgang Müller, Robert Neumann, Wolfgang Neuss, Hans Erich Nossack, Hermann P. Piwitt, Harry Pross, Fritz J. Raddatz, Stefan Reisinger, Georges Reymond, Prof. Hans Rauschenberg, Klaus Roehler, Peter Rühmkorf, Paul Schallück, Ernst Schnabel, Wolf Dietrich Schnurre, Gerhard Schoenberger, Prof. Heinz-Horst Schrey, Gösta von Uexküll, Siegfried Unseld, Prof. Horst Vogel, Klaus Wagenbach, Martin Walser, Johannes Weidenheim, Prof. Wilhelm Weischedel, Günther Weisenborn, Peter Weiss, Wolfgang Weyrauch.

Außerdem unterzeichneten über hundertdreißig Wissenschaftler, Dozenten und Assistenten der Universitäten Berlin, Frankfurt, Freiburg, Gießen, Göttingen, Marburg und München:

Dr. Heribert Adam, Wiss. Ass., I. f. Sozialforschung, Frankfurt · Dr. Johannes Agnoli, Wiss. Ass., Otto-Suhr-Institut, FU Berlin · Dipl.-Soz. Norbert Altmann, I. f. Sozialwissenschaftl. Fg., München · Dr. Norbert Altwicker, Akad. Rat, Phil. Sem., Frankfurt · Eberhard Beck, Päd. Mitarbeiter, Hochschule für Erziehung, Frankfurt · Julius Becke, pädagogischer Mitarbeiter, Hochschule für Erziehung, Frankfurt · Dr. Egon Becker, Akad. Rat, I. f. Sozialforschung, Frankfurt · Dr. Werner Becker, Wiss. Ass., Phil. Sem., Frankfurt · Dr. Joachim Bergmann, Wiss. Ass., I. f. Sozialforschung, Frankfurt · Dipl.-Handelslehrer Heinz Berzau, Wiss. Ass., FU Berlin · Dr. Hildburg Bethke, Wiss. Ass., Hochschule für Erziehung, Frankfurt · Peter Birke, Wiss. Hilfsass., I. f. Sozialforschung, Frankfurt · Dr. Margherita von Brentano, Akad. Rat, FU Berlin · Klaus ten Brink, Dipl.-Sportlehrer, I. f. Leibesübungen, Frankfurt · Dipl.-Soz. Jürgen Brockmann, I. f. Sozialforschung, Frankfurt · Dr. Eberhard Buber, Wiss. Mitarbeiter, Soz. Sem., Göttingen · Dr. Niels Diederich, Dipl.-Volkswirt, Wiss. Ass., I. f. Pol. Wiss., FU · Dipl.-Landwirt Eberhard Dähne, Wiss. Ass., Marburg · Dr. med. Klaus Dörner · Dr. Hans Peter Dreitzel, Wiss. Ass., Soz. Sem., Göttingen · Dr. Wolfgang Edelstein, I. f. Bildungsforschung, Berlin · Dr. Klaus Ehrler, Wiss. Mitarbeiter d. Histor. Komm. zu Berlin · Walter Euchner, Wiss. Ass., Sem. f. d. Wiss. von d. Politik, Frankfurt · Günter Feldmann, Lehrbeauftragter, Hochschule für Erziehung, Frankfurt · Annette Fögen, Wiss. Hilfsass., I. f. Sozialforschung, Frankfurt · Dr. Klaus Frank, Oberass., Sigmund-Freud-Institut, Frankfurt · Dipl.-Soz. Michaela von Freyhold, Wiss. Ass., I. f. Sozialforschung · Dr. Peter Fürstenau, Akademischer Rat, Psychosomat. Klinik, Gießen · Dr. Peter Furth, Akad. Rat, Phil. Sem., FU Berlin · Dipl.-Kaufmann Jochen Geiger, Wiss. Ass., FU Berlin · Walter Gerhardt, Wiss. Hilfsass., Phil. Sem., FU Berlin · Dr. Wilfried Gottschalch, Dozent, Päd. Hochschule Berlin · Dipl.-Handelsschullehrer Hellfried Graf, Hochschule für Erziehung, Frankfurt · Dr. jur. Gerhard Grohs, Dipl.-Soz., Dozent · Dipl.-Pol. Dietrich Haensch, Lehrbeauftr. Otto-Suhr-Inst., Berlin · Margarete Haug, Psychotherapeutin, Eßlingen · Dr. Wolfgang Fritz Haug, Wiss. Ass., Phil. Sem., FU Berlin · Peter Heilmann, Wiss. Mitarbeiter, I. f. Publizistik, FU Berlin · Dipl.-Pol. Hans-Peter Hempel, Wiss. Ass., TU Berlin · Dipl.-Soz. Sebastian Herkommer, Wiss. Ass., I. f. Sozialf., Frankfurt · Dipl.-Soz. Ulfert Herlyn, Forschungs-Ass., Soz. Sem., Göttingen · Dipl.-Soz. Inge Hofmann, Wiss. Ass., I. f. Sozialf., Frankfurt · Dipl.-Soz. Imme Horn, Wiss. Ass., Sem. f. Päd. Soz. a. d. HfE, Gießen · Dipl.-Soz. Klaus Horn, Wiss.-Ass., Sigmund-Freud-Institut, Frankfurt · Dipl.-Volkswirt Jörg Huffs Schmidt, Wiss. Ass., FU Berlin · Dr. Herbert Hübner, Inst. f. Bildungsforschung, Berlin · Dipl.-Kaufm. Bernd Jansen, FU Berlin · Dipl.-Soz. Michael Jenne, Wiss. Mitarb. am Inst. f. Bildungsfg., Berlin · Dipl.-

Psych. Gisela John, Wiss. Ass., Sigmund-Freud-Inst., Frankfurt · Pfarrer Kanitz, Berlin · Diethard Kars, Wiss. Mitarbeiter, Soz. Sem., Göttingen · Dipl.-Psych. Helmut Kentler, Dozent, Päd. Hochschule, Berlin · Dipl.-Soz. Horst Kern, Forschungsass., Soz. Sem., Göttingen · Dipl.-Ing. Manfred Kiemle, TU Berlin · Dr. Klaus Peter Kisker, Wiss. Ass., I. f. Volkswirtsch., FU Berlin · Dr. Rolf Klüwer, Wiss. Ass., Sigmund-Freud-Institut, Frankfurt · Dr. Gernot Koneffke, Dozent, Hochschule für Erziehung, Frankfurt · Dipl.-Soz. Werner Kriesel, Wiss. Ass., I. f. Sozialfg., Frankfurt · Dr. Ekkehart Krippendorf · Friedrich Krüger, Wiss. Hilfskraft, I. f. Leibesübungen, Frankfurt · Siegfried Kupper, Wiss. Hilfsass., Otto-Suhr-Institut, Berlin · Ernst Lange, Pfarrer, Berlin · Dr. Wolfgang Lempert, I. f. Bildungsforschung, Berlin · Dr. Ingrid Lisop, Dozentin, Hochschule für Erziehung, Frankfurt · Dr. Günter Ludwig, Stud.-Rat im Hochsch.-Dienst, Päd. Sem., Frankfurt · Dr. Burkart Lutz, Dir. d. Inst. f. Soz.wiss. Forschung, München · Dr. Eugen Mahler, Oberass., Sigmund-Freud-Institut, Frankfurt · Dr. Siegfried Mann, Wiss. Ass., Soz. Sem., Göttingen · Christl Merz, Wiss. Hilfskraft, Soz. Sem., Göttingen · Dr. Klaus Meschkat, Wiss. Ass., FU Berlin · Thomas Metscher, Lektor, Univ. of Belfast · Dipl.-Kaufmann Ernst Theodor Mohl, Wiss. Ass., I. f. Sozialfg., Frankfurt · Brigitte Müller-Bilitza, Päd. Hochschule, Berlin · Urs Müller-Plantenberg, Wiss. Mitarbeiter, I. f. Bildungsfg., Berlin · Dr. Oskar Negt, Wiss. Ass., Phil. Sem., Frankfurt · Dipl.-Soz. Claus Offe, Wiss. Ass., Phil. Sem., Frankfurt · Martin Osterhand, Wiss. Mitarbeiter, Soz. Sem., Göttingen · Dr. Hans Oswald, Wiss. Ass., I. f. Soz., Freiburg · Dipl.-Soz. Helga Pauck, I. f. Bildungsforschung, Berlin · Albert Pflüger, Wiss. Mitarb., Soz. Sem., Göttingen · Ulrich Preuss, Wiss. Mitarb., I. f. Bildungsforschung, Berlin · Xenia Rajewsk, Wiss. Hilfsass., I. f. Sozialforschung, Frankfurt · Adalbert Rang, Ass., Päd. Sem., Frankfurt · Dr. Roland Reichwein, I. f. Bildungsforschung, Berlin · Dr. Irene von Reitzenstein, Wiss. Ass., FU Berlin · Dipl.-Volkswirt Manfred Rexin · Klaus-Joachim Riebel, Wiss. Hilfskraft, I. f. Leibesübungen, Frankfurt · Dr. Ingo Richter, I. f. Bildungsforschung, Berlin · Bero Rigauer, Wiss. Hilfskraft, I. f. Leibesübungen, Frankfurt · Dipl.-Psych. Dr. I. Rohr, Mainz · Eleonore Romberg, Wiss. Mitarb., I. f. Sozialforschung, München · Dr. med. Lutz Rosenkötter, Sigmund-Freud-Institut, Frankfurt · Dr. H. Röttges, Wiss. Ass., Phil. Sem., Frankfurt · Tobias Rülcker, Stud.-Rat im Hochsch. Dienst, Päd. Sem., Frankfurt · Horst Scarbath, Wiss. Ass., Päd. Seminar, Frankfurt · Dipl.-Soz. Peter Schafmeister, Wiss. Ass., I. f. Sozialforschung · Gert Schäfer, Wiss. Ass. Seminar f. d. Wiss. d. Politik, Frankfurt · Dipl.-Soz. Anne Scheuch, Wiss. Ass., I. f. Soziologie, Freiburg · Dr. Alfred Schmidt, Wiss. Ass., Phil. Sem., Frankfurt · Gert Schmidt, Wiss. Hilfskraft, I. f. Sozialwiss. Fg., München · Martin Schmidt · Dipl.-Soz. Regina Schmidt, Wiss.-Ass., I. f. Sozialforschung, Frankfurt · Dipl.-Sozialwirt Ingrid Schmiederer, Wiss. Ass., Hochsch. f. Erz., Gießen · Dipl.-Sozialwirt Rolf Schmiederer, Kustos, Inst. f. Wiss. d. Pol., Marburg · Ursula Schmiederer, Wiss. Ass., Marburg · Herbert Schnädelbach, Wiss. Hilfsass., Phil. Sem., Frankfurt · Dipl.-Soz. Michael Schumann, Forschungsass., Soz. Sem., Göttingen · Wolfgang Schwiedrzik, Regieass., Berlin · Constanza Seyfarth, Wiss. Mitarb., I. f. Sozialwiss. Forschung, München · Christian Sigrüst, Wiss. Ass., I. f. wiss. Soziologie, Freiburg · Dr. Dorothea Sölle, Stud.-Rätin im Hochschuldienst, German. I., Köln · Dipl.-Soz. Ingrid N. Sommerkorn, I. f. Bildungsfg., Berlin · Gunther Soukup, Hochschulass., Berlin · Gerd Spittler, Wiss. Ass. am I. f. Soziologie, Freiburg · Dr. Ilse Staff, Dozentin, Hochschule für Erziehung, Frankfurt · Dipl.-Volkswirt Karl-Heinz Stanziak, Wiss. Ass., I. f. Konzentrationsfg., FU · Dr. Margarete Steinhauer, Wiss. Mitarb., I. f. Sozialfg., Marburg · Dr. Kurt Stuckenschmidt, Akad. Rat, Päd. Seminar, Frankfurt · Dr. Manfred Teschner, Wiss. Ass., I. f. Sozialforschung, Frankfurt · Jutta Thomae, Wiss. Ass., I. f. Sozialfg., Frankfurt · Dr. Konrad Thomas, Wiss. Ass., Soz. Sem., Göttingen · Dr. Wilke Thomsen, Wiss. Ass., I. f. Sozialfg., Frankfurt · Dr. Rolf Tiedemann, Wiss. Ass., FU Berlin — Dipl.-Soz. K. H. Tjaden, Wiss. Ass., Soz. Sem., Marburg · Walter Weller, Wiss. Mitarb., I. f. Bildungsforschung, Berlin · Dipl.-Soz. Reinhard Welteke, Wiss. Ass., Marburg · Gernot Wersig, Wiss. Mitarb., I. f. Publizistik, Berlin · Günter Zimmermann, Wiss. Mitarb., I. f. Sozialwiss. Fg., München

Falls Sie diese Erklärung unterstützen wollen, senden Sie Ihre Unterschrift bitte an die Redaktion DAS ARGUMENT, Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft, 1000 Berlin 30/2, Postfach 67 (Postkarte genügt).

Geldspenden zum Kauf von Medikamenten für die notleidende Bevölkerung Vietnams erbitten Prof. Fritz Baade, Prof. Max Born, Lil Dagover, Kurt Desch, Walter Dirks, Dr. Walter Fabian, Prof. Eugen Kogon, Prof. Otto Pankok, Ina Seidel, Pater Franziskus Stratmann OP, Präses Ernst Wilm u. a. auf das Konto: HILFSAKTION VIETNAM 16250, Bank für Gemeinwirtschaft, Düsseldorf, direkt oder über das Postscheckkonto der Bank: 17 68 Essen.

(Privatakten, Standort Archiv Z16: Akte „BI“)

## DOKUMENT 460

3. Dezember 1965

### Corporationsring Berlin

Kommilitoninnen! Kommilitonen!

Erinnern Sie sich: Das Ansehen der Freien Universität (dazu gehören auch Sie) wurde schwer geschädigt

- durch anmaßende und böswillige Angriffe gegen Rektor und akademischen Senat.
- Es wurde protestiert gegen die amerikanische Vietnam-Politik, gegen das Hausverbot für Kuby und vieles andere. Aber man vergaß die Berliner Mauer, ihre Opfer und die Spaltung Deutschlands. Den Flüchtlingsmord am Teltowkanal tat man einfach als „Zwischenfall“ ab.

Dieses politische Fehlverhalten wurde von „um so besserem“ Verhalten in der studentischen Selbstverwaltung begleitet:

- Durch geschickte Finanzmanipulationen des AStA wurden die schwarzen Kassen auf 160 000,— DM aufgestockt, ohne im Haushaltsplan nachgewiesen zu sein.
  - Der AStA organisierte für sich „Arbeitsessen“ und überzog den Taxifonds um vielfaches.
- Dazu müssen Sie wissen:
- Der Haushalt ist nicht ausgeglichen.
  - Die Beiträge zur studentischen Mitverwaltung werden ab SS 1966 erhöht, obgleich die schwarzen Kassen den Haushalt ausgleichen würden.
  - Weiterhin ließ der AStA eine Höherversicherung bei Unfall um das Doppelte für alle Studenten (bei einer Beitragserhöhung von nur 0,40 DM) im Sande verlaufen.

Kommilitoninnen! Kommilitonen!

Diese Tatsachen sprechen eindeutig gegen den bisherigen AStA. Sorgen Sie mit Ihrer Stimme dafür, daß sich derartige Vorfälle nicht wiederholen können, denn die politischen Studentengruppen, die den AStA und seine Politik unterstützen, haben oft genug zu verstehen gegeben, daß an eine Änderung der bisher verfolgten Linie nicht zu denken ist.

Wenn Sie mit der bisherigen Führung unserer Angelegenheiten einverstanden sind, dann wählen Sie die Kandidaten von SDS, LSD, SHB, des ARGUMENT-KLUBS, der FREUNDE DER PUBLIZISTIK und der HUMANISTISCHEN UNION. Wir fragen Sie: Können diese Gruppen überhaupt repräsentativ für die gesamte Studentenschaft sein?

Wenn Sie damit nicht einverstanden sind, dann achten Sie bitte sehr sorgfältig darauf, wem Sie Ihre Stimme geben.

- Wir wollen einen Konvent und einen AStA, der sachliche und eine allen Studenten dienliche Arbeit leistet und sich nicht zum Sprachrohr der oben genannten Studentengruppen macht. Die bisherigen Studentenfunktionäre konnten nicht zwischen ihrem Amt und ihrer Gruppenzugehörigkeit trennen, deshalb sind und bleiben sie für ein Amt in der studentischen Mit- und Selbstverwaltung ungeeignet.

E. Graudenz

Klaus Lüdcke

Fakultätssprecher

(Archiv ZI 6: Akte EO 702 FU „Flugblätter 1963-65“)

# DOKUMENT 461

Freie Universität Berlin  
Allgemeiner Studentenausschuß  
— 1. Vorsitzender —

3. 12. 1965  
2246  
Ka/Wi

Seiner Magnificenz  
dem Rektor der Freien Universität Berlin  
Herrn Professor Dr. Hans-Joachim Lieber

1 Berlin 33  
Ihnestr. 24

Ew. Magnificenz!

Im Namen der Studentenvertretungen der sechs Fakultäten der Freien Universität Berlin erlaube ich mir, zu folgenden vom Wissenschaftsrat und der Wissenschaftlichen Kommission angeschnittenen Themen und Probleme aus unserer Sicht Stellung zu nehmen:

1. Intensivierung des Studiums, Studienzeitverkürzung
2. Wissenschaftlicher Nachwuchsmangel, Zahl der Habilitationen
3. Räumliche und personelle Engpässe, Bauvorhaben

1. Der Wissenschaftsrat fordert in seinen „Empfehlungen zur Neugliederung des Lehrkörpers“: „Die Lehre muß angesichts der wachsenden Stofffülle und der hohen Studentenzahlen, jedenfalls in den sogenannten Massenfächern, wesentlich intensiviert werden.“ Auch wir sind er Meinung, daß der „unge-rechtfertigten stofflichen Überlastung der Studien- und Prüfungsordnungen“ (Beschuß der Kultusministerkonferenz vom 19. 6. 64) durch eine Intensivierung des Studiums entgegen-gewirkt werden muß. Die notwendige Intensivierung kann jedoch nicht durch administrative Maßnahmen wie Zwangs-studienzeitbegrenzung (Zwangsexmatrikulation) und bloße Reglementierung der Studiengänge erreicht werden. Vielmehr bedürfen viele Studiengänge einer grundlegenden Umstruk-turierung, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen sollen, „eine rasch wachsende Zahl junger Menschen für ihre Funktionen in einer Gesellschaft vorzubilden, die ihre Probleme nur noch mit Hilfe der Wissenschaft zu lösen vermag.“

Die Studiengänge müssen von Wissenstoff, der weder der Wissenschaftlichkeit noch der Berufsvorbildung dient, befreit werden zugunsten eines mehr exemplarischen, kritisch metho-dologischen Studiums, das den Studenten zu Problembewußt-sein und zu selbständig wissenschaftlichem Denken und Han-deln führt. Die Unterrichts- und Prüfungspraxis an unseren Hochschulen muß kritisch überprüft werden. Häufig weckt die augenblickliche Unterrichtsführung nicht ein tieferes, über die Anforderungen der nächsten Prüfung hinausgehendes In-teresse; die Prüfungen, die immer mehr mit enzyklopädischen Wissensfragen angehäuft werden, geben dem Studenten immer weniger Aufschluß über seine wissenschaftliche Eignung, seine speziellen Schwierigkeiten und Hemmnisse und konstatieren stattdessen nur noch ein gutes oder schlechtes Resultat studen-tischer Bemühungen um rezeptives Wissen. Doppel- und Drei-fachprüfungen müssen beseitigt werden. Die Lehrprogramme müssen koordiniert, ein hinreichendes, Alternativen bietendes Angebot an Veranstaltungen bereitgestellt werden; die Lehr-veranstaltungen müssen verkleinert und besonders das Tu-torenprogramm verstärkt werden.

Nur Maßnahmen dieser Art können eine wirkliche Intensivie-rung der Studien bewirken; ein Studium ist oberflächlich, wenn der Student mit Überblicken und Berufsfertigkeiten ausgestattet wird, es ist intensiv, wenn es den Studenten befähigt, in der Praxis des Berufs auf ihn zukommende neue Probleme zu bewältigen.

Aus dieser Einsicht lehnt die Studentenvertretung z. B. die Einrichtung des von der Hohen Philosophischen Fakultät be-schlossenen obligatorischen Grundstudiums in den großen Schulfächern ab. Die Grundstudienpläne in diesen Fächern sanktionieren das bisher praktizierte, das kritisch überprüft werden müßte, indem sie es obligatorisch setzen. Derartige Pläne stellen unserer Meinung nach weder eine Intensivierung der Studien noch eine Studienzeitverkürzung in Aussicht.

2. Zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ist es er-forderlich, sowohl eine größere Anzahl von Hochschuldozen-

turen einzurichten, um die Aufstiegsmöglichkeit der Habili-tanden zu sichern, als auch mehr Assistentenstellen, um dem einzelnen Assistenten genügend Zeit „zur eigenen wissenschaft-lichen Arbeit und Fortbildung“ zu geben. Die Beseitigung der Arbeitsüberlastung der Assistenten reicht jedoch nicht aus, da die gegenwärtige Stellung der Assistenten in der Universitäts-hierarchie nicht gewährleistet, daß die ihnen übertragene Arbeit der Vorbereitung auf den Hochschullehrerberuf dient. Erst die in den Empfehlungen 1964 erwähnte Beteiligung der wissenschaftlichen Assistenten an der akademischen Selbst-verwaltung kann die ihnen angemessene Stellung im Arbeits-prozeß der Hochschule sicherstellen und die Effektivität als „Durchgangsstellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs“ erhöhen.

Diese Änderung der Stellung der wissenschaftlichen Assistenten setzt die in den Empfehlungen 1964 geforderte Reorganisation der Hochschulselbstverwaltung voraus, die gewährleisten soll, daß „der erforderliche Arbeitsaufwand verteilt und mit einer möglichst geringen Belastung für den einzelnen verbunden ist“. Außerdem würde eine solche Reorganisation verhindern, „daß sich mit dem Wachsen der Lehrkörper“ — insbesondere auch mit der Vergrößerung des Mittel- und Unterbaus —, „das hierarchische System... weiter verfestigt“.

Es wäre ferner die Frage zu prüfen, ob tatsächlich die geringe Zahl der Habilitationen der einzige Grund für die große Zahl unbesetzter Lehrstühle ist, oder ob nicht vielleicht ein Teil der Habilitierten — vor allem Frauen — viel zu lange in wenig attraktiven Positionen auf ihre Berufung warten müs-sen. Außerdem darf die hohe Zahl unbesetzter Lehrstühle nicht darüber hinwegtäuschen, daß oftmals in den Massen-fächern viel zu wenig Parallelllehrstühle eingerichtet werden, obwohl qualifizierte Lehrkräfte aus dem sogenannten Mittel-bau bereits jetzt Lehrfunktionen wahrnehmen, die den Auf-gaben der Ordinarien gleichwertig sind.

3. Der Wissenschaftsrat bittet, die Frage zu überprüfen, in-wieweit die Bauvorhaben der Universitäten bis zur Zeit nach 1970 zurückgestellt werden können. Wir möchten darauf hin-weisen, daß alle Vorschläge zur Intensivierung des Studiums und zur Erweiterung des Lehrkörpers die erforderliche räum-liche Ausstattung der Universität zur Voraussetzung haben. In vielen Fällen ist die Verlängerung des Studiums und die geringe Zahl der Habilitationen die direkte Folge der kata-strophalen Lage an den Instituten. Zur Erläuterung seien einige Beispiele angeführt: Am Friedrich-Meinecke-Institut fehlen für die Abteilung Neuere Geschichte zwei Ordinariate mit den entsprechenden Assistentenstellen. Schon heute aber müssen Pro-fessoren und Assistenten sich zu zweit und zu dritt einen Raum teilen. Im kommenden Sommersemester werden die wissen-schaftlichen Assistenten die im neuerdings eingeführten Grund-studium vorgeschriebenen Geschichtskurse zusätzlich zu ihren sonstigen Pflichten abhalten müssen. Wenn die Assistentenstel-len nicht schnellstens vermehrt werden, kann das Grundstudium den beabsichtigten Zweck nicht erfüllen. Für diese zusätzlichen Assistenten gäbe es keine Räume. Es fehlen außerdem Spezial-räume für Doktoranden und Staatsexamenskandidaten, zum Anlesen von Mikrofilmen, Sprechzimmer. Aufenthaltsräume für Studenten und übrige Institutsangehörige. Das räumliche Provisorium besteht seit 1948. Der Baubeginn für ein neues Institut im Rahmen des Bauvorhabens auf dem Obstbau-gelände verzögert sich ohnehin schon ständig und kann un-möglich auf die Zeit nach 1970 verschoben werden.

Am Englischen Seminar müßte die Anzahl der Assistenten dringend erhöht werden, denn die Assistenten sind zu einem großen Teil mit nichtwissenschaftlicher Arbeit, besonders Ver-waltungsaufgaben überlastet. Schon heute teilen sich aber fünf Angehörige des sogenannten Mittelbaus einen Raum; alle Hilfs-assistenten zusammen haben nur einen halben Raum zur Ver-fügung.

Die Zahl der Studenten, die im Hauptfach Soziologie stu-dieren, hat sich in den letzten Jahren von 104 auf 515 erhöht; die Zahl der Sitzplätze in den beiden soziologischen Bibliothe-ken ist in derselben Zeit bei 40 konstant geblieben.

Besondere Schwierigkeiten bestehen im gerichtsmedizinischen Institut. Dieses Institut ist in einer Dahlemer Villa unter-gebracht, der Hörsaal — ohne jede Ventilation — faßt ca. 80 Studenten; die Semesterstärke beträgt aber etwa 160. Es gibt

keinen eigenen Demonstrationsraum, d. h. die Demonstrationen finden in dem Sektionsraum statt, der etwa 20 Personen Platz bietet. Vor dem Sektionsraum müßte eine Garderobe geschaffen werden — z. Zt. werden Mäntel und Taschen einfach auf den Fußboden gelegt, eine hygienisch unhaltbare Situation. Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr sehr ergebener  
(Nils Kadritzke)  
— 1. Vorsitzender —

(Privatakten, Standort ZI 6, Akte „S. R. 1964—66“)

## DOKUMENT 462

### Der Krieg in Vietnam und die Helden der Freiheit

„Man braucht integre Intellektuelle, die schweren Herzens wissen, wie schmutzig die Hände der Freiheitsverteidiger werden können, die aber trotzdem diese prekäre, unvollkommene Welt für verteidigungswert halten. Die alles das wissen, was die lauten Manifestierer wissen, und die sich dennoch die großen selbstzufriedenen Worte verbieten. Die über Vietnam soviel und sowenig wissen wie die anderen und tief unglücklich sind über den Dschungel von Leiden, Opfern, Verwirrung, Schutz, Verrat, Entsetzen, die aber mit verzweifelt zusammengebissenen Zähnen wissen: Vietnam kann morgen Deutschland heißen.“

(Rudolf Krämer-Badoni in: „Die Welt“ vom 29. 11. 1965)

Dieses tapfere Wort zur rechten Stunde muß alle Wirrnisse und Irrungen in unseren Köpfen endgültig beseitigen. Trotz Kenntnis der opferreichen Politik unserer amerikanischen Verbündeten in Vietnam,

- trotz ihrer Mißachtung der Genfer Verträge von 1954, ihrer Hintertreibung der freien Wahlen,
- trotz Knebelung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker,
- trotz amerikanischer Unterstützung korrupter Hitlerepigenen in Generalsuniform,
- trotz ihres Einsatzes von Gas und der Bombardierung der Zivilbevölkerung,
- trotz Folterung und Erschießung von Gefangenen,
- trotz ... trotz ... trotz ...

brauchen wir integre Intellektuelle, die den schlichten Mut haben, „für die jahrelang verleumdete schlichte Freiheit einzutreten.“

(Rudolf K.-B. ebenda)

Denn:

„Im Kroml hat man das Zeichen der Knechtschaft aufgerichtet. Amerika hat die Fahne der Freiheit entfaltet. Zwischen diesen beiden gibt es ... nur die Möglichkeit, sich zu entscheiden.“

(Bundesjustizminister Richard Jaeger in der Münchner Abendzeitung)

Mit diesem stolzen Willen zur schlichten Freiheit verteidigen wir das christliche Abendland. Nichts darf uns widerstehen.

Denn der Kommunismus ist „antigöttlich und antimenschlich“ und damit das Böse schlechthin. (R. Jaeger)

Es lebe die vietnamesische Freiheitsfront  
Aktionsausschuß „Freiheitsglocke“ e. V.

(Privatakten, Standort Archiv ZI6: Akte „Ständiger Arbeitsausschuß“)

## DOKUMENT 463

A 105/65

Vorlage für die Kuratoriumssitzung vom 16. Dezember 1965  
Der Kurator der Freien Universität Berlin

Betr.: Errichtung eines inter fakultativen Instituts für Soziologie;

hier: Bericht über den Stand der Angelegenheit

### Beschlußentwurf:

1. Das Kuratorium nimmt davon Kenntnis, daß die Professoren Dr. Stammer, Dr. Lieber und Dr. Hirsch einen Antrag auf Finanzierung von Aufbau und Einrichtung einer zentralen

soziologischen Forschungs- und Lehrstätte an der Freien Universität Berlin bei der Stiftung Volkswagenwerk gestellt haben. 2. Das Kuratorium ist grundsätzlich damit einverstanden, daß an der Freien Universität Berlin ein inter fakultatives Institut für Soziologie errichtet wird.

### Begründung:

#### Zu 1):

Die Herren Professoren Dr. Stammer, Dr. Lieber und Dr. Hirsch haben mit dem als Abdruck beigefügten Schreiben vom 10. Mai 1965 bei der Stiftung Volkswagenwerk die Gewährung einer Beihilfe in Höhe von 6.740.000,— DM für den Aufbau und die Einrichtung einer zentralen soziologischen Forschungs- und Lehrstätte erbeten.

Der Akademische Senat hat in seiner ordentlichen Sitzung am 26. Mai 1965 diesen Antrag einstimmig gebilligt und den Rektor beauftragt, den Antrag befürwortend weiterzuleiten.

Der Senator für Wissenschaft und Kunst hat den erwähnten Antrag der Stiftung Volkswagenwerk gegenüber ebenfalls befürwortet und gebeten, die Angelegenheit dem Kuratorium zu unterbreiten.

#### Zu 2):

Nach den Empfehlungen des Wissenschaftsrates (Teil I. S. 98) soll die Fachrichtung Soziologie an der Freien Universität Berlin als „Schwerpunkt“ gefördert werden. Ferner gilt das Fach Rechtssoziologie an der Freien Universität als Sondergebiet (S. 95 a.a.O.).

Die unter 1) erwähnten Professoren haben in einer Denkschrift vom 10. Mai 1965 die Notwendigkeit der Errichtung einer zentralen soziologischen Lehr- und Forschungsstätte hervorgehoben. Ein Abdruck dieser Denkschrift ist zur weiteren Begründung beigefügt.

### Finanzielle Auswirkungen:

Die Kosten für den Bau und die Einrichtung des benötigten Institutsgebäudes in Höhe von 6.740.000,— DM sollen aus der beantragten Zuwendung der Stiftung Volkswagenwerk gedeckt werden. Es ist bisher jedoch noch nicht sicher, ob der Antrag positiv beschieden wird. Ebenso ist ein bestimmtes Grundstück für den Institutsneubau bisher noch nicht vorhanden.

Die Ausweitung des Lehr- und Forschungsbetriebes sowie die Kosten der Hausbewirtschaftung werden voraussichtlich eine beträchtliche Erhöhung der Haushaltsmittel für einmalige und fortdauernde Ausgaben erforderlich machen, genaue Angaben hierüber können zurzeit noch nicht gemacht werden.

Auf dem personellen Sektor ist nach der Denkschrift vom 10. Mai 1965 nebst Anlage (Plandaten) ein Zugang von 16 zusätzlichen Stellen vorgesehen. Ob und wann diese Stellen geschaffen werden, hängt von der weiteren Entwicklung der Angelegenheit und von den Haushaltsplänen der Freien Universität ab.

Berlin-Dahlem, den 11. 11. 1965

(Dr. von Bergmann)

### Anlage 1

Prof. Dr. Otto Stammer

Freie Universität Berlin

Wirtschafts- und Sozialwissen-

Berlin 33, den 10. Mai 1965

schaftliche Fakultät

Garystraße 21

Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber

Tel.: 76 90 452

Philosophische Fakultät

Prof. Dr. Ernst E. Hirsch

Juristische Fakultät

An die

Stiftung Volkswagenwerk

3 Hannover-Döhren

Schützenallee 9 und 11

Betr.: Antrag auf Finanzierung von Aufbau und Einrichtung einer zentralen soziologischen Forschungs- und Lehrstätte an der Freien Universität Berlin

Sehr geehrte Herren,

mit großer Befriedigung haben während der letzten Jahre die Ordinarien der Soziologie an der Freien Universität Berlin die Bemühungen des Wissenschaftsrates um zeitgemäße Lösungen akademischer Probleme verfolgt und mit besonderem Interesse dessen Empfehlungen über den zukünftigen Ausbau der So-

zialwissenschaften an deutschen Universitäten zur Kenntnis genommen, nach denen u. a. Forschung und Lehre der Soziologie an der Freien Universität als Schwerpunkt gefördert werden soll. Um die Entwicklungsprogramme des Wissenschaftsrates, die erfreulicherweise bereits zu einem großen Teil realisiert werden konnten, auch von akademischer Seite aus zu fördern, haben die Ordinarien der Soziologie an der Freien Universität Überlegungen darüber angestellt, wie die vorhandenen sowie die durch die Initiative des Wissenschaftsrates neu geschaffenen materiellen und personellen Forschungs- und Lehr-einrichtungen der von ihnen vertretenen Disziplin maximal nutzbar gemacht werden können.

Zugleich im Namen aller beteiligten Ordinarien erlauben sich die Unterzeichneten, der Stiftung Volkswagenwerk die in der beigefügten Denkschrift zusammengefaßten Ergebnisse dieser Überlegungen und den daraus resultierenden Plan zu unterbreiten. Ein wesentliches Ergebnis dieser Denkschrift ist — wie bereits in ihrem Titel zum Ausdruck kommt — das für eine Intensivierung von Forschung und Lehre der Soziologie an der Freien Universität Berlin unumgänglichen Erfordernis einer räumlichen Zusammenlegung aller bereits vorhandenen personellen und materiellen Einrichtungen, d. h. die Errichtung einer zentralen soziologischen Forschungs- und Lehrstätte an der Freien Universität. Eine solche Zusammenführung aller Einrichtungen ist aber nur möglich, wenn die dafür nötigen baulichen Voraussetzungen geschaffen werden können. Diese Voraussetzungen sind jedoch unter den gegenwärtigen und für abschbare Zeit gegebenen finanziellen bzw. etatmäßigen Möglichkeiten der Freien Universität nicht zu verwirklichen.

Nach Rücksprache mit dem Senator für Wissenschaft und Kunst des Landes Berlin, der dem Plan der Ordinarien für Soziologie seine volle Zustimmung entgegenbringt und auch eine Förderung des Projekts zugesagt hat, wenden sich die Unterzeichneten nunmehr mit der Bitte an die Stiftung Volkswagenwerk, die finanziellen Voraussetzungen für den Aufbau und die technische Einrichtung dieser geplanten zentralen soziologischen Forschungs- und Lehrstätte schaffen zu helfen. Eine der Denkschrift beigefügte Aufstellung von Plandaten zu diesem Projekt gibt im einzelnen Auskunft über das bereits vorhandene Forschungs- und Lehrpersonal, das in den zu errichtenden Gebäuden mit seinen Einrichtungen arbeiten würde. Sie vermittelt weiterhin anhand von Daten über Raumbedarf, Bau- und Einrichtungskosten (die in Zusammenarbeit mit sachverständigen Stellen der Freien Universität erarbeitet wurden) einen Überblick über die Größenordnung und über die voraussichtlichen Kosten des Projekts.

Die Unterzeichneten wären der Stiftung Volkswagenwerk für eine wohlwollende Prüfung der vorgetragenen Bitte um Finanzierung des Projekts sehr dankbar und würden sich freuen, ihre Pläne in persönlichen Gesprächen detailliert interpretieren zu können.

Mit verbindlichen Empfehlungen  
gez. Stammer (Prof. Dr. O. Stammer)  
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät  
gez. H. J. Lieber (Prof. Dr. H. J. Lieber)  
Philosophische Fakultät  
gez. Ernst E. Hirsch (Prof. Dr. E. E. Hirsch)  
Juristische Fakultät

#### Anlage 2

#### Denkschrift zur Errichtung einer zentralen Forschungs- und Lehrstätte für Soziologie der Freien Universität

An der Freien Universität Berlin ist das Fach „Soziologie“ mit Forschungs- und Lehr-einrichtungen vertreten, die zu verschiedenen Fakultäten gehören. Nach den Empfehlungen des Wissenschaftsrates sollen Forschung und Lehre der Soziologie an der Freien Universität Berlin als Schwerpunkt gefördert werden. Entsprechend diesem Programm hat das Fach „Soziologie“ in den letzten Jahren an mehreren Fakultäten einen stärkeren Ausbau erfahren. Bisher sind an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät drei und an der Philosophischen Fakultät zwei Lehrstühle für Soziologie eingerichtet worden. Außerdem vertritt Prof. Dr. Ernst E. Hirsch (Lehrstuhl für Handelsrecht, Bürgerliches Recht, Rechtsphilosophie) an der Juristischen Fakultät das Fach Rechtssoziologie; dafür steht ihm das neu eingerichtete Institut für Rechtssoziologie und

Rechtstatsachenforschung zur Verfügung. Prof. Dr. Jakob Taubes (Lehrstuhl für Judaistik und Religionssoziologie) vertritt an der Philosophischen Fakultät das Fach Religionssoziologie. Diese Verankerung des Faches Soziologie an mehreren Fakultäten entspricht in nahezu idealer Weise den besonderen Arbeitsbedingungen der Soziologie, einer Disziplin, die mehr als andere Wissenschaften auf eine enge Zusammenarbeit mit einer Vielzahl benachbarter Disziplinen angewiesen ist. Forschung und Lehre in der Soziologie erhalten durch die vielfältigen Kooperationsnotwendigkeiten ihr besonderes wissenschaftsorganisatorisches Gepräge. Es war im Jahre 1956, bei der Einrichtung eines eigenen soziologischen Studienabschlusses an der Freien Universität, eine Selbstverständlichkeit, daß der Ausbildungsgang und die Diplomprüfungsordnung für Soziologen diesen Erfordernissen angepaßt wurden.

So wünschenswert in wissenschaftlicher Hinsicht einerseits die Verankerung des Faches Soziologie in mehreren Fakultäten der Freien Universität ist, so große Schwierigkeiten ergeben sich durch die Fakultätsgrenzen andererseits, und zwar sowohl für den Studienbetrieb als auch für die tägliche Zusammenarbeit der räumlich und institutionell voneinander getrennten Lehrstühle. Um die Probleme der interfakultativen Koordinierung des soziologischen Forschungs- und Lehrbetriebes zu diskutieren und um gemeinsam Lösungen zu finden, kamen schon seit etwa 1950 die Fachvertreter der Soziologie an der Freien Universität zu regelmäßigen Besprechungen zusammen. Aus Anlaß der Einrichtung des Soziologie-Diploms konstituierte sich am 29. Mai 1956, auf der Grundlage der bisher locker geführten Zusammenkünfte, die „Interfakultative Arbeitsgemeinschaft der Lehrstuhlinhaber und habilitierten Dozenten der Soziologie der Freien Universität“ als eine nunmehr ständige und in regelmäßigen Abständen tagende Einrichtung. Diese Arbeitsgemeinschaft, die eine Kompromißlösung für die Erfordernisse interfakultativer Zusammenarbeit auf der einen Seite und fakultativer Bindung der Lehrstühle andererseits darstellt, widmet sich seither allen im Zusammenhang mit den soziologischen Lehr- und Prüfungserfordernissen auftretenden Fragen. Das für das Lehrfach Soziologie an der Freien Universität wichtigste Ergebnis der interdisziplinären Initiative der Arbeitsgemeinschaft war die Schaffung einer einheitlichen soziologischen Diplomprüfungsordnung sowohl an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen als auch an der Philosophischen Fakultät. Diese interfakultative Diplomprüfungsordnung, die durch verschiedene Kombinationsmöglichkeiten soziologischer Hauptfächer mit wirtschaftswissenschaftlichen, philosophischen, politik- und rechtswissenschaftlichen Nebenfächern einerseits individuelle Studienwünsche zuläßt, andererseits aber alle Soziologiestudenten zu einem gemeinsamen Studiengang verpflichtet, kann nur für den Bereich deutscher Universitäten als eine besonders progressive Lösung betrachtet werden und gilt — wie entsprechende Beratungen und Entwürfe anderer Universitäten erkennen lassen — als Modellfall. Auf Grund dieser Prüfungsordnung konstituiert sich in jedem Semester unter den beteiligten Ordinarien ein interfakultativer Prüfungsausschuß, der die Diplomprüfungen durchführt, überwacht und nach den Erfordernissen der einzelnen Fachrichtungen beobachtet. Seit 1956 — angesichts einer von Semester zu Semester ansteigenden Zahl von Soziologiestudenten und Prüfungskandidaten — wurden nach diesem Verfahren 65 Kandidaten diplomiert. Daneben widmet sich die Arbeitsgemeinschaft seit ihrer Gründung der thematischen und organisatorischen Koordinierung aller für das Soziologiestudium infrage kommenden Lehrveranstaltungen und arbeitet Gastvorlesungsprogramme aus, um die Studenten der Freien Universität systematisch mit den Forschungsergebnissen der Soziologie des Inlandes und des Auslandes bekannt zu machen. Der Vorsitz dieser Arbeitsgemeinschaft wechselt jährlich unter den beteiligten Ordinarien.

Inzwischen hat der beschleunigte Aufbau des Lehrbetriebes und die fortwährend steigende Zahl der Soziologiestudenten an der Freien Universität, die zur Zeit 500 Hauptfach- und ebenso viele Nebenfachhörer beträgt, zu einer Situation geführt, in der die Interfakultative Arbeitsgemeinschaft für sich allein jene fruchtbare Integration der Kräfte, für die die personellen Voraussetzungen weitgehend gegeben sind, nicht mehr gewährleisten kann. Die Erfahrungen, die — unter den Arbeitsbedin-

gungen fakultativer Trennung — von den soziologischen Lehrstuhlinhabern in Forschung und Lehre gesammelt wurden, haben diese darum seit längerer Zeit (1962) zu wiederholten gemeinsamen Gesprächen über eine von allen angestrebte inter-fakultative räumliche Zusammenführung der vorhandenen soziologischen Forschungs- und Lehrreinrichtungen veranlaßt.

Bei den beteiligten Ordinarien besteht die gemeinsame Überzeugung, daß es dringend erforderlich geworden ist, sich für die nächste Zukunft um eine den soziologischen Forschungs- und Lehraufgaben adäquate, optimale Organisation aller vorhandenen Einrichtungen zu bemühen. Als vorläufige organisatorische und institutionelle Lösung wird darum zunächst eine räumliche Zusammenfassung aller vorhandenen Forschungs- und Lehrreinrichtungen angestrebt.

Die Ordinarien für Soziologie an der Freien Universität sind überzeugt, daß eine solche räumliche Zusammenfassung — mit einem eigenen Gebäude für den Forschungs- und Lehrbetrieb und für einen Grundstock gemeinsamer Einrichtungen — ein aktuelles Erfordernis sowohl für die optimale Nutzung der bereits bestehenden und zusammenfassenden Forschungs- und Lehrmöglichkeiten als auch für den weiteren Ausbau insbesondere der in naher Zukunft noch dringend benötigten Forschungseinrichtungen ist. Damit wären nicht nur bessere räumliche Voraussetzungen für eine Kooperation gegeben, sondern die Verfügung über einen Grundstock gemeinsamer und zentralisierter technischer, personeller und wissenschaftlicher Hilfseinrichtungen würde auch die Voraussetzungen für eine vermehrte und verbesserte Forschungstätigkeit schaffen. Das entspräche den gesellschaftlichen Anforderungen, die heute an die Soziologie immer dringlicher gestellt werden, und erfüllte auch die für die soziologische Ausbildung der Studenten unerläßliche Bedingung einer engen Verbindung von Forschung und Lehre, Theorie und Forschungspraxis.

Im einzelnen würden sich mit der Errichtung eines solchen Gebäudes folgende Vorteile und Verbesserungen für den Forschungs- und Lehrbetrieb ergeben:

- (1) die Schaffung gemeinsamer technischer und Verwaltungseinrichtungen (Geschäftsführung, Rechnungsstelle, Prüfungsamt) würde das akademische Forschungs- und Lehrpersonal von administrativen Aufgaben entlasten und überdies eine rationellere Verwendung entsprechender Etatmittel ermöglichen;
- (2) eine gemeinsame Bibliothek und Dokumentationsstelle könnte — nach vorausgegangener Zusammenfassung bereits vorhandener Teilbestände — einen langfristigen und entsprechend den koordinierten Wünschen der einzelnen Lehrstühle aufgebauten Anschaffungsplan verfolgen;
- (3) unter der Voraussetzung, daß die Errichtung der zentralen Forschungs- und Lehrstätte im Zentrum des Universitätsgeländes erfolgt, könnten die gegenwärtig durch die weit voneinander entfernte Unterbringung der einzelnen Institute und Seminare bedingten Erschwernisse für den Studienbetrieb, insbesondere im Vorlesungsbesuch und bei der Buchausleihe, beseitigt werden;
- (4) organisatorische, d. h. räumliche und institutionelle Schwierigkeiten bei der Koordinierung von Forschungsvorhaben, insbesondere für das soziologische Grundstudium, wären durch die Einrichtung einer besonderen Abteilung für Empirie auf ein Minimum reduziert; dadurch würden nicht zuletzt auch mehr technische und personelle Möglichkeiten für Auftragsforschung, gutachterliche Aufgaben und für Sonderprogramme des Lehrbetriebes (z. B. Teilnahme an der Lehrerausbildung im Unterrichtsfach „Sozialkunde“) frei;
- (5) der Aufbau einer besonderen Einrichtung für empirische Sozialforschung würde mit seinen technischen Möglichkeiten insbesondere die dringend erforderliche Unterstützung von Forschungsarbeiten der post-graduate-Studenten gestatten. Auf diese Weise wären sowohl die seit langem angestrebte Verbindung von soziologischer Spezialausbildung bei gleichzeitiger aktiver Beteiligung an Forschungsvorhaben als auch die damit eng verknüpfte akademisch-wissenschaftliche Förderung des begabten Nachwuchses zu realisieren;
- (6) es wäre eine rationelle Nutzung der für moderne Sozialforschungsmethoden unbedingt benötigten technischen Hilfsmittel (z. B. Lochkartentechnik) möglich, deren Anschaffung

und Wartung für einzelne Lehrstühle mit begrenzten Etatmitteln zum großen Nachteil für Forschung und Lehre nicht in Betracht gezogen werden kann.

Für den personellen Aufbau dieser zentralen soziologischen Forschungs- und Lehrstätte stehen aus drei verschiedenen Fakultäten (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche, Philosophische und Juristische) bereits sieben voll ausgerüstete Lehrstühle zur Verfügung. Neben diesen bereits vorhandenen Forschungs- und Lehrreinrichtungen müssen als gemeinsame Einrichtung zusätzlich eine Verwaltung, die auch Abrechnungs- und Prüfungsangelegenheiten übernimmt, eine Einrichtung für empirische Sozialforschung (technische Forschungshilfe und Propädeutik) sowie eine — gegenüber den an den verschiedenen Fakultäten bereits vorhandenen Bibliotheksbeständen — erweiterte Bibliothek mit Archiv und Dokumentation geschaffen werden.

Getragen von der Überzeugung, daß ein beschleunigter Ausbau und eine zukünftige Nutzung der vorhandenen wissenschaftlichen Kapazitäten unseres Landes ein unüberhörbares Gebot der Gegenwart ist, haben die Unterzeichneten einen Plan für eine zentrale soziologische Forschungs- und Lehrstätte der Freien Universität entworfen und wenden sich mit der Bitte an die Stiftung Volkswagenwerk, die Mittel für eine Verwirklichung zu gewähren.

Berlin, den 10. Mai 1965

Für die beteiligten Ordinarien der drei Fakultäten

gez. Stammer (Prof. Dr. O. Stammer)

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

gez. H.-J. Lieber (Prof. Dr. H.-J. Lieber)

Philosophische Fakultät

gez. Ernst E. Hirsch (Prof. Dr. E. E. Hirsch)

Juristische Fakultät

(Kuratorium FUB, Protokolle der 117.—123. Sitzung)

## DOKUMENT 464

**Bericht über die Tätigkeit der Psychotherapeutischen Beratungsstelle der Freien Universität Berlin (Beratungsstelle für Intimfragen) im Wintersemester 1964/1965 und Sommersemester 1965**

von Hildegard Lange-Undeutsch

**II. Erfahrungen und Eindrücke**

...

Trotz des großen Bedarfs, der in Deutschland nach psychotherapeutischer und psychoanalytischer Behandlung besteht, und trotz des hohen Ansehens, das die Angehörigen dieses Berufsstandes in anderen Ländern genießen, ist es bisher bei uns noch immer nicht gelungen, diesen Disziplinen ihren angemessenen Platz in der Gelehrtenrepublik zu sichern. Wen wundert es da, daß Ärzte, die außerdem Psychoanalytiker sind, z. B. bei einer Fernsehsendung als Psychologen vorgestellt werden, und daß Psychoanalytiker in andere Länder auswandern, in denen ihre Arbeit voll anerkannt wird und sie ein hohes Sozialprestige genießen.

Ref. möchte erwähnen, daß manche Klienten zu uns kamen und uns Arztberichte vorlegten, in denen neben einem ausführlichen Befundbericht mit Darstellung der psychischen Störungen Psychotherapie empfohlen wurde. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß wir stets den zuständigen praktischen Arzt oder Facharzt zugezogen haben, sobald uns von organischen Beschwerden berichtet wurde, die im Sinne einer Konversionsneurose hätten gedeutet werden können. Auch bei der Beratung in Fragen von Sexualstörungen oder Empfängnisverhütung haben wir uns des Rates und der Mithilfe des Gynäkologen oder Urologen versichert.

Es ist erschreckend, wie viele Menschen isoliert in der ihnen anezogenen Wertwelt leben, ohne von der Lebensweise anderer Gruppen, außer im Tonfall der Entrüstung, Kenntnis zu nehmen. Sie lesen nur die Zeitungen und Zeitschriften, die ihre Weltanschauung bestätigen und erhöhen. Es wäre nicht nur im Allgemeinen, sondern gerade auf dem Gebiet der Medizin wünschenswert, wenn sich die verschiedenen Fachrichtungen in Gespräch und wissenschaftlicher Diskussion bege-

nen würden. Die psychiatrischen und medizinischen Kliniken hätten in diesem Sinne zentrale Aufgaben zu erfüllen. Viele Medizinstudenten erfahren wenig oder kaum etwas über das große Gebiet der Psychosomatik, das ohne die Psychoanalyse und die Neopsychoanalyse sowie andere tiefenpsychologische Forschungsrichtungen nicht denkbar wäre. — In den Kolloquien wurde deutlich, daß nicht einmal Mediziner in höheren Semestern präzise Auskünfte über Empfängnisverhütung geben konnten, da diesem Thema im Unterricht nur geringe oder überhaupt keine Aufmerksamkeit geschenkt wurde.

Da die Zahl der behandlungsbedürftigen Neurotiker hoch ist — etwa 10—15 % der Bevölkerung — besteht für die Pädagogen, die Psychologen, die Psychiater, die Ärzte anderer Fachrichtungen und insbesondere für die Psychoanalytiker und Psychotherapeuten nicht nur die Aufgabe, zu diagnostizieren, zu raten und zu heilen, sondern vor allem auch die Verpflichtung, so weit wie irgend möglich vorzubeugen.

Die Psychoanalyse als eine Technik, um das Wesen und die Wirkungsweise psychischer Kräfte zu studieren und zu beeinflussen, hat Wege gewiesen und gefunden, um Neurosen zu heilen. Sie ist ein offenes und sehr bewegliches System, das nicht nur Pädagogik und Anthropologie, Psychologie und Psychiatrie beeinflusst, sondern auch eine Veränderung des Kollektivbewußtseins erzeugt hat. Dem kann sich niemand, sei es in Bestätigung oder Ablehnung, entziehen.

Es hilft nicht, auszuweichen und die Neurosen als ein Zeichen der Angst zu erklären, die aus dem Verlust der Mitte erwachsen sollen. Es hilft nichts, auf die Gottferne unserer Weltstunde hinzuweisen.

Das moderne Denken hat die Aufgabe, zu der Relativität kultureller Entwicklung Stellung zu nehmen. Wir brauchen das Vertrauen in die Formbarkeit unserer Kultur. Der Nihilismus unserer Zeit, der immer wieder beschworen wird, mag zu interessanten Äußerungen beitragen, er vermag aber nicht zu sagen, was hier und jetzt der Fall ist.

Neben positiven Äußerungen, die unsere Tätigkeit in der Beratungsstelle erwähnten, wurden in ärztlichen und nicht-ärztlichen Kreisen Stimmen laut, die unsere Arbeit als ein Untergraben von Tabus beklagten. Auch studentische Kreise sollen zum Teil *sui generis*, zum Teil unter Führung von verantwortlichen Herren und Damen sich negativ zu unseren Bemühungen geäußert haben. Da wir Gegeneinwände sehr ernst nehmen und sie z. B. in den Kolloquien gern diskutiert hätten, hatten wir gehofft, die Betreffenden in den Kolloquien begrüßen zu dürfen. Diese Hoffnung erfüllt sich nicht. In einigen Kolloquien meldeten sich zwar Damen und Herren zu Wort und Widerspruch, ihre Zahl war aber gering. Ihre Argumente fanden großes Interesse, ihr Freimut gewann die Sympathie der Anwesenden. Die Referentin selbst wurde von maßgebenden Herren und Damen, die keine Studenten waren und die Kolloquien nicht besuchten, nicht angesprochen, so daß eine kritische Auseinandersetzung nicht stattfinden konnte. Dies entspricht der oben dargestellten leidigen Tatsache, daß jeder nur seine Zeitung liest und die meisten sich in Kreisen bewegen, die sie selbst in ihrer Meinung bestätigen, so daß Zweifel gar nicht auftreten können.

Ein intoleranter Gruppengeist kann eine Gruppe fanatisieren. Er kann durch gesteuerte Informationen die Fähigkeit des Individuums zu fragen, zu prüfen und zu entscheiden einengen oder gar verkümmern lassen, und er kann dadurch Unsicherheit, Ängste und Neurosen erzeugen.

Gleichgültigkeit kann bewirken, daß überholte Tabus auf vielen Lebensgebieten weiterhin aufrechterhalten werden und daß die erschreckende Diskrepanz zwischen dem Erziehungssystem unserer Gesellschaft und der Wirklichkeit des Alltags unerkannt bleibt oder gelehnet wird.

(Archiv ZI 6: Akte 12.12 FU „AStA-Protokolle 1966—69“)

## DOKUMENT 465

### Versagen ohne Konsequenzen

Die deutsche Universität hat aus ihrem Versagen im Faschismus keinerlei Konsequenzen gezogen. Sind Konsequenzen zu ziehen und welche?

#### Hartmut Häußermann

Wer heute an einer deutschen Universität studiert, muß wissen, daß er an einer nicht unbeschädigten Universität studiert. Das Versagen dieser Universität, ihre Kapitulation als Haus des Geistes vor dem Ungeist, muß jeden, der mit ihr zu tun hat, interessieren. Das wissenschaftliche Interesse darf sich nicht nur konzentrieren auf die eigene Bildung, es muß auch gerichtet sein auf die politische und gesellschaftliche Funktion von Bildung und Bildungsstätte. Die heutige Universität muß zu ihren Wesensmerkmalen die Entwicklung vor und nach 1933 zählen, denn sie hat sich noch kaum mit ihrem Versagen auseinandergesetzt, geschweige denn sich davon gereinigt.

Die resignierende Prognose Thomas Manns scheint Wahrheit zu werden: „Die deutschen Intellektuellen werden sogar die letzten sein, die zu sehen anfangen, denn zu tief, zu schändlich haben sie sich bloßgestellt.“

18 Jahre hat es gedauert, bis sich in der Universität die Diskussion regte, bis sich die Institution mit ihrer eigenen Geschichte zu beschäftigen begann. Bezeichnenderweise tat sie das nicht aus eigenem Antrieb, sondern mußte gezwungen werden. Gezwungen von Studenten, denen eine Universität suspekt erscheinen muß, die sich so dem Kult des Ungeistes hingegen hat, ohne irgendeine Konsequenz auch nur in Betracht zu ziehen. Die Universität selbst ging diesem Thema wohlweislich aus dem Wege, denn die Analyse des damaligen Verhaltens ergäbe Konsequenzen, die dem Lehrstuhlinhaber unliebsam sein müssen: nur eine gründliche Reform der Organisationsprinzipien und Selbstauffassung der Universität könnte die Antwort sein. Für die Studierenden werden die Fragen nach dem Verhalten der Universität vor und im Nationalsozialismus zur Frage nach der eigenen Situation.

Die Freie Universität kann aus naheliegender Grund keine braune Vergangenheit haben. Doch hätte gerade in dieser Universität, die gegründet wurde aus Protest gegen ein totalitäres Regime, die Universität selbst in diesem Zusammenhang zum wissenschaftlichen Gegenstand werden können. Sie hätte gerade wegen ihrer außerordentlichen Gründung die Chance gehabt, von vornherein ein kritisches Bewußtsein zu sich selbst zu entwickeln. Daß dies in Ansätzen steckenblieb, macht die Gründungsgeschichte verständlich. Doch unterscheidet sich die weitere Geschichte der FU kaum von der anderer Universitäten: unter den ersten Professoren, die berufen wurden, befanden sich Knudsen und Dovifat; Professoren, deren Vergangenheit durchaus belastend hätte sein sollen. Bei der Beschäftigung mit der braunen Universität geht es nicht um sensationelle Enthüllungen, sondern um die Analyse, die Erklärung und um die Lehren, die wir heute zu ziehen haben. Um diesen Prozeß in Gang zu bringen, bedurfte es allerdings der „sensationellen Enthüllungen“, mit denen vor 2 Jahren die Tübinger Studentenzeitung NOTIZEN ihren Fragen die notwendige Beachtung verschaffte.

#### Kapitulation

„Wenn eines mich an den Sieg unserer Bewegung glauben läßt, so ist es der Vormarsch unserer Bewegung in der Studentenschaft“ konnte Hitler im Herbst 1931 hoffen. Die Studenten waren die ersten der Universität, die sich zu nationalsozialistischen Marschkolonnen formierten. Doch die meisten Professoren standen nicht lange nach. Sie hörten sich öffentlich ohne Protest Sätze an, wie den folgenden aus dem Jahre 1933 vom bayerischen Kultusminister Schemm: „Von jetzt ab kommt es für Sie nicht darauf an, festzustellen, ob etwas wahr ist, sondern ob es im Sinne der nationalsozialistischen Revolution ist. Die autoritäre Organisation der Universität, in der der Professor bestimmt, was ist, macht die Professoren zuerst verantwortlich für die Kapitulation der Universität. Die Studenten waren meist nationalistisch gesinnt, antidemokratisch und irrationalen Idealen nachträumend. Doch kam dies nicht von ungefähr: antidemokratische Sticheleien vom Katheder waren gang und gäbe, die Professoren gefielen sich darin, sich im Wicks unter

der studierenden Jugend zu tummeln, gemeinsam Lebensbund zu zelebrieren. Die Universität bestand auf einem außerwissenschaftlichen Erziehungsauftrag zur Elite der Akademiker. Die Studenten waren erzogen worden zur bedingungslosen Autoritätsgläubigkeit, der die eigene freie Vernunft untergeordnet wurde. Die Korporationen, die dies vor allem damals besorgten, wetteiferten bei den Lobpreisungen der „neuen Zeit“ und setzten bis heute ihre ungebrochene Tradition fort, den „Unfall“ schamhaft verschweigend. Und es gibt heute noch Professoren, die ihnen zujubeln.

Die Entfremdung zwischen Bildung und sozialer Wirklichkeit führte und führt noch heute zu abstrakter Gelehrsamkeit und Weltferne. Daraus resultierte die Unfähigkeit der Universität, über eine sinnvolle Funktion in der Gesellschaft zu reflektieren. Die notwendige Spezialisierung führte oft zu hoher wissenschaftlicher Leistung verbunden mit politischer Ahnungslosigkeit oder Dummheit. Ein typisches Beispiel lieferte der Physiker und Nobelpreisträger Lenard. Der Einbruch einer Afterphilosophie von Gefühlen und Irrationalismen in die Geisteswissenschaften wirkte sich auf das politische Denken aus: statt Geist dominierte Gesinnung, was falsche Antithesen gebar: Gemeinschaft gegen Gesellschaft, Kultur gegen Zivilisation, Instinkt gegen Verstand. Das klinisch-rationale Denken war verachtet. Eine existenzialistische Philosophie (Heidegger) brachte Rechtfertigung für Handeln außerhalb der Vernunft.

Nicht zuletzt war aber maßgebend für das Verhalten vieler die Beamtenhaftigkeit der Professoren, die traditionelle Erziehung zur Staatstreue, verbunden mit einer unpolitischen Wesensart. Liebevoll wurde das Klischee vom zerstreuten Professor gepflegt, der zwar weiß, wann und wo Caligula wen den Löwen vorwerfen ließ, der aber nicht zu wissen brauchte, warum und in welchem KZ sein jüdischer Kollege den Tod fand.

#### Widerstand

So wie die wirklich hektischen und eifrigen Verehrer des Nationalsozialismus (abgesehen von den durch die Nazis eingesetzten Ideologen) selten waren, so selten waren auch die wirklichen Widerstandsprofessoren. Es gab viele, die nicht einverstanden waren, aber auch keinen Widerstand leisteten aus vielerlei Gründen: Beamtenpflicht leisten, der Glaube, Hitler sei nur eine vorübergehende Erscheinung, Angst vor den Schwierigkeiten der Emigration, Wirkungslosigkeit des Rücktritts vom Lehramt, der Wunsch, aus allem doch noch das Beste machen zu wollen und die Sorge um die Pension. Die Universität Frankfurt aber, wo auch nach 33 nichtarische Professoren berufen wurden, wäre beinahe geschlossen worden. Hervorragendes Beispiel eines Professors im Widerstand war der Münchener Ludwig Huber, der für seinen Bekennermut mit dem Leben bezahlen mußte. Nach der Verurteilung zum Tode richtete er seine letzten Worte an das Gericht: „Ich habe das eine Ziel erreicht, diese Warnung und Mahnung nicht in einem kleinen, privaten Diskutierklub, sondern an verantwortlicher höchster richterlicher Stelle vorzubringen. Ich setze für diese Mahnung, für diese beschwörende Bitte zur Rückkehr mein Leben ein. Ich fordere die Freiheit für unser deutsches Volk zurück. Sie haben mir den Rang und die Rechte des Professors und den summa cum laude erarbeiteten Doktorhut genommen und mich dem niedrigsten Verbrechern gleichgestellt. Die innere Würde des Hochschullehrers, des offenen und mutigen Bekenners seiner Welt- und Staatsanschauung kann mir kein Hochverratsverfahren rauben ...“ Wie gesagt, solche Bekenner waren sehr selten, und da sie so selten waren, nicht auf die Unterstützung ihrer Kollegen rechnen konnten, die sich „raushielten“, mußten sie sterben. Ein korporativer Widerstand der Universitäten war nicht denkbar, denn in einer Universität, wo ein Lehrstuhlinhaber nur für sich und vor sich selbst verantwortlich ist, kann sich so etwas nicht bilden. Die übrigen Angehörigen der Universität, völlig abhängig vom Ordinarius, können es sich oft nicht leisten, eine eigene Meinung zu haben. Was hätte es bedeutet, wenn sie Hitler den Schein der Respektabilität, den sie ihm gaben, verweigert hätten, oder wenn sie sich wenigstens geschlossen vor ihre nichtarischen Kollegen gestellt hätten!

Für den, der es nicht erlebt hat, ist jetzt freilich leicht reden, aber warum reden die so ungerne davon, die es erlebt haben?

1945

Man hatte überlebt und machte da weiter, wo man stehen geblieben war. Bei der Wiedereinstellung belasteter Professoren wurde anfangs streng, mit der Zeit aber immer mehr konziliant verfahren. Teilweise stellten sich ehemals Gleichgesinnte sogar gegenseitig „Persilscheine“ aus. Das Versagen der Universität blieb ohne Konsequenzen, ja nicht einmal die Frage, ob denn welche zu ziehen wären, wurde gestellt. Die Chance, die emigrierten Wissenschaftler wieder zurückzurufen — um damit diejenigen, die dem Ethos der Wissenschaft ihre Sicherheit vorbildlich geopfert hatten, mit Reformideen zur Analyse der intellektuellen Misere zu gewinnen — wurde weitgehend versäumt, wenn nicht hintertrieben. Nun erlaubte es kollegiale Solidarität, durch Schweigen die Rückkehr der belasteten Hochschullehrer zu ermöglichen.

#### Würde

Die Kaste der Professoren nimmt wie eh und je die Spitze der Sozialprestige-Skala ein. Wissenschaftler, die einst die NS-Ideologie pseudowissenschaftlich untermauert haben, zehren heute wie damals von ihrer professoralen Würde, die durch nichts zu erschüttern ist. Die Autorität wird bezogen aus der staatlich geschützten Rolle als Institutsdirektor oder Seminarvorstand. Sie ist oft nicht identisch mit wirklicher Achtung vor der Person, was hindernd für die Entwicklung der Wissenschaft und junger Wissenschaftler ist. (Wie leicht andererseits ein Professor seine Würde vor seinen Kollegen verlieren kann, zeigte sich an der FU im vergangenen Semester, als der Rektor Prof. Lüers meinte, ein Auftreten vor dem studentischen Konvent sei mit der Würde eines Professors nicht vereinbar.)

Die vielberufene akademische Würde ist damals zuschanden geworden an der Sorge um die Pension. Was ist das für eine Würde, die man mißbrauchen kann ohne den Anspruch darauf zu verlieren? Ohne zur Rechenschaft gezogen zu werden? Die Würde beinhaltete „Korrektheit“, was gleichbedeutend war mit Untertanengeist, Unfähigkeit zu eigener verantwortungsvoller Entscheidung, Flucht in Obrigkeitsskult und Gefälligkeitsdenken. Warum wehrt sich heute kein Würdenträger gegen den Mißbrauch durch die, die wegen ihres Mangels an Selbstkritik die Würde ad absurdum führen? Ruff und v. Pölnitz sind Ordinarien, sind sie auch würdig? Der Bonner Mediziner Ruff, der in Konzentrationslagern verbrecherische Versuche mit wehrlosen Menschen unternahm, kann heute aufgrund der Habilitationsordnung nicht von seinem Lehramt entbunden werden. So wird durch gesetzliche Beamtenstellung die Würde geschützt.

Ist, nach Karl Kraus, Würde die konditionale Form von dem, was einer ist?

#### Wissenschaft und Politik

Der Jura-Professor Hirsch hat im Sommersemester 1965 vor einer Vorlesung gesagt, er erinnere sich noch lebhaft an die Zeit, in der eine politisierte Studentenschaft die Universität terrorisiert habe. Er wolle deshalb vor einer ähnlichen Entwicklung warnen, wenn man heute wieder eine Politisierung der Universität fordere. Hier liegt ein grundsätzliches Mißverständnis dessen vor, was mit „Politisierung der Universität“ gemeint ist. Nicht die Wissenschaft soll politisiert werden, aber der Wissenschaftler soll — gerade nach den Erfahrungen von damals — sich als verantwortlich in der Gesellschaft begreifen. Der Einbruch politischer Ideologie in die Wissenschaft wurde doch gerade dadurch begünstigt, daß man sich über die Relation von Politik und Wissenschaft nicht im klaren war. Gewiß ist die Wissenschaft mit ihren Aussagen über das, was ist, was war, was sein könnte, nicht zuständig für die Frage, was sein sollte. Aber Wissenschaft beurlaubt nicht von politischer Entscheidung. Politisches Werturteil ist prinzipiell unterschieden von wissenschaftlicher Erkenntnis. Aber daß Wissenschaft in ihrer wertfreien Methodik überhaupt sein soll, ist schon ein vorwissenschaftliches Werturteil, das politische Prinzipien zur Voraussetzung hat: Freiheit von Forschung und Lehre — und damit Wissenschaft — sind nur gewährleistet in einer freiheitlichen Rechts- und Gesellschaftsordnung. Für die einzutreten, und damit für die Wissenschaft, sollte wahrlich Pflicht jedes Wissenschaftlers sein. Und wie kann er das anders, als durch politische Stellungnahme? Dies schuldet der Professor der Wis-



senschaft, der Gesellschaft und damit sich selbst. Die unpolitische Haltung, wie sie von den meisten Professoren heute noch gepflegt wird, birgt in letzter Konsequenz die Möglichkeit der Zerstörung der Wissenschaft in sich, Daß die Diskussion um dieses Thesen, die im letzten Semester so lebhaft angefangen hatte, nicht fortgesetzt wurde, ist ein Versäumnis und eine Niederlage der Studenten gegen eine reaktionäre Welt-sicht.

### Konsequenzen

Ein Professor, der den Faschismus in Deutschland nicht absolut integer überlebt hat, sollte von sich aus seine damalige Haltung klar verurteilen und analytisch zu klären versuchen, warum er geirrt hat und was daraus zu lernen ist. Es ist nicht unmenschlich oder unanständig, zu fordern, daß er dies in der Öffentlichkeit tun soll, denn seine damalige Haltung war auch nicht nur seine eigene Sache, sie hatte Folgen für andere. Als Wissenschaftler, der er heute noch sein will, hat er sich als Zeuge des Irrtums zu begreifen, der Auskunft über die Gründe gibt und Ansätze bietet für eine Neuorientierung. Nur so kann er sich als Wissenschaftler rehabilitieren.

Von der Universität ist zu fordern die wissenschaftliche Auseinandersetzung auf der unpersönlichen Ebene. In der FU haben nach unseren Informationen bisher nur ganz wenige diese Analyse für ihr Fach geleistet: Professor Gollwitzer zum Beispiel für die Theologie oder Professor Lämmert für die Germanistik. Interfakultative Seminare müßten diese Forschung weiter betreiben. Die Universitätstage können nur ein Anfang sein.

Das Versagen der Universität sollte auch für alle Universitäts-reformen ein Ansatzpunkt unter anderen sein. Die wissenschafts-fremden Abhängigkeiten müßten auch aus solchem Grund end-gültig abgeschafft werden. Bei der Studienreform sind die Gründe zu berücksichtigen, die für die Kapitulation der Uni-versität vor dem Ungeist mitverantwortlich waren. So könn-ten zum Beispiel in das sogenannte Grundstudium Seminare eingebaut werden, in denen Wissenschaftlichkeit eindeutig zu definieren gelehrt wird. Kritische Rationalität, Kritik als methodische Kunst des Zweifels, sollte für jeden Studieren-den selbstverständlich werden. Die unpolitische Haltung muß deutlich in ihrer Verantwortungslosigkeit entlarvt werden, das unkritische Sich-Abfinden mit den herrschenden Lebensverhält-nissen ist eines wissenschaftlich Arbeitenden unwürdig. Die Wissenschaft muß sich endlich mit ihrer eigenen dunklen Ver-gangenheit beschäftigen.

(FU-SPIEGEL Nr. 49, Januar 1966, S. 6 f.)

## DOKUMENT 466

Ulrike Marie Meinhof  
Vietnam und Deutschland

Das wird nun systematisch unter die Leute gebracht: In Viet-nam verteidigt Amerika die westliche Freiheit; in Vietnam stellt Amerika seine Bündnistreue unter harten, rührenden, dankenswerten Beweis; Vietnam — das könnte morgen schon Deutschland sein. Nichts von all dem ist wahr. Nachweisbar ist nur, daß die Bevölkerung, die derlei glauben gemacht wird und die Presse, die derlei glauben macht, bis hin zu den Politikern, die das bekräftigen, in diesem Krieg eine Funk-tion haben. Eine Funktion, die durchaus übersichtlich und benennbar ist, die aber mit deutschen Sicherheitsfragen nur sehr indirekt zusammenhängt. Die 100 Millionen Mark, die Bonn nach Vietnam geschickt hat und die Friedensglocken, die die Berliner Presse organisiert hat, haben nichts mit Vietnam, dafür sehr viel mit Bonner Politik zu tun.

Johnson ist auf das Einverständnis der westlichen Welt mit seinem Vietnam-Krieg angewiesen. Die Proteste in seinem eigenen Land gegen diesen Krieg sind längst weltöffentlich geworden. Sie reichen bis in Kongreß und Senat, sie spielen eine Rolle an den Universitäten, große Teile der amerikani-schen Bürgerrrechtsbewegung sind übergegangen zum Wider-stand gegen den Krieg in Vietnam (vgl. Herbert von Borch

in der WELT vom 27. 11.). Johnson braucht, das hat Dean Rusk die Nato-Ministerratstagung in Paris sehr deutlich wis-sen lassen, die Unterstützung der Nato-Länder für seinen Krieg als Argument gegen die Opposition im eigenen Land. Die Kräfte, die ihren Einsatz für verlorenes amerikanisches Prestige in Südost-Asien verweigern, sind immer noch mobili-sierbar für Berlin, für amerikanischen Einfluß in Europa, für die traditionelle Verbundenheit mit England. Wilson spielt auf komplizierte Art mit. Selbst in Schwierigkeiten, mit seiner Zahlungsbilanz, mit Rhodesien, will er — so wurde es zwischen ihm und Johnson im Dezember besprochen — sein militä-risches Engagement „östlich von Suez“ in Aden und Singapur abbauen. Seine Gegenleistung für amerikanische Zustimmung ist Billigung und Schweigen zum Krieg in Vietnam. Es gibt allerdings auch die Spekulation, Wilson fürchte eine Verstär-kung der Achse Bonn—Washington, wenn England sich vom Vietnam-Konflikt lossagen würde, an deren Ende deutscher Atomwaffenbesitz stehen könnte. Eine sachlich unwahrschein-liche Spekulation, realistisch aber doch im Blick auf Befürch-tungen in der englischen Öffentlichkeit.

Bonn, in der Ära John Foster Dulles groß geworden — triumphal waren Adenauers Amerika-Reisen in den fünfziger Jahren —, unterstützt den Vietnam-Krieg aus egoistischem, um nicht zu sagen aggressivem Interesse. Er beweist — frag-würdig genug — die Bedrohung aus dem Osten; er rechtfertigt die Strategie der Vorwärtsverteidigung, der Raketenbasen an den Grenzen der DDR; er gibt Gelegenheit, die USA täglich und stündlich an ihre Sicherheitsgarantien für Berlin und die Bundesrepublik zu erinnern; er liefert Nervosität und Zünd-stoff, wo Unfrieden in Deutschland gestiftet werden soll. Immerhin hat Barzel bekräftigt, was in der Regierungserklä-rung dokumentiert wurde: Es gäbe keinen Frieden in Europa ohne Wiedervereinigung. Sprich: Vietnam — das könnte morgen schon Deutschland sein. Die das propagieren, setzen sich dem Verdacht aus, dergleichen vorbereiten zu wollen.

Der dubiose Verein „Moralische Aufrüstung“ hat das alles in einer ganzseitigen Anzeige in deutschen Tageszeitungen sehr bündig und unverhohlen ausgesprochen. Da wurde dem Bun-deskanzler eine gute Reise gewünscht, und er wurde gebeten, Johnson und dem amerikanischen Volk zu sagen, „daß wir Deutschen dankbar sind für die Opfer an Leben und Gut, die Amerika in Vietnam für die Freiheit — auch unsere Freiheit — bringt.“ Und dann fand man sehr schnell den Dreh, den wir befürchten: „Die Fragen der Wiedervereinigung und der Oder-Neiße-Linie (sic!) werden nur dann eine echte Lösung finden, wenn wir alle unsere Kräfte gemeinsam für die Ver-wirklichung einer freien, auf allgemeinverbindlichen mora-lischen Maßstäben begründeten Weltordnung einsetzen. Amerika und Deutschland müssen sich entscheiden, mit der Ideologie der Freiheit voranzugehen.“ — Voran — wohin?

Um solch bössartiger Erwägungen willen bleiben dann alle Fakten auf der Strecke, die in Sachen Vietnam einfach und klar sind: Daß die Bündnistreue der USA diesem Land auf-gezwungen wurde — also keine ist —, das war 1954, als Dulles das Land unter Diem in den Manila-Pakt manipulierte; als die freien Wahlen 1956 nicht stattfanden, weil Vietnam dann neutral geworden wäre, zweifelhaft Bündnistreue ab-gewiesen hätte. Dann bleibt auf der Strecke, daß es in Süd-Vietnam westliche Freiheit im Sinne von Pressefreiheit, Mei-nungsfreiheit, Religionsfreiheit nie gegeben hat und daß der Vietkong eine Volksbewegung ist, die mit dem Wort „Kom-munistisch“ nicht definiert werden kann.

Damit das alles auf der Strecke bleibt und nicht bekannt wird, verhängt die Berliner Presse einen Anzeigenboykott gegen Wolfgang Neuss, veröffentlicht DIE WELT nur 8 Zeilen über die 120-Zeilen-Erklärung der Schriftsteller und Hochschul-lehrer gegen den Krieg in Vietnam, dafür aber Krämer-Badonis Gegenaufruf und dreimal eine Serie von Leserbriefen gegen die praktisch unveröffentlichte Schriftstellererklärung. Es gehört zum Bonner Geschäft mit dem Vietnam-Krieg, daß der Bevölkerung Tatsachen vorenthalten werden, Zusammen-hänge unklar bleiben, daß die Bevölkerung nichts durchschaut, aber mitmacht.

Es ist unwahrscheinlich, daß Bonn durch Vietnam-Solidarität zu eigenem Atomwaffenbesitz, zum Vietnam-Krieg in Deutsch-

land vorstößt. Aber immerhin: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören... sind verfassungswidrig.“ (GG Art. 26)

(Konkret, Januar 1966, S. 2 f)

## DOKUMENT 467

SHB SHB SHB SHB WIDER RCDS SHB SHB SHB

Harakiri-Brief (ungekürzte Fassung)

Herrn Ho Tshi Minh

Hanoi

Nord-Vietnam

Sehr geehrter Herr Staatspräsident!

Im Interesse einer baldigen Beendigung des Blutvergießens in Vietnam bitten die unterzeichneten Studentenorganisationen Sie, den Vorschlag des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika zu Verhandlungen ohne Vorbedingungen über einen Friedensschluß in Vietnam zuzustimmen. RCDS Berlin

Dieser Brief ist keine kommunistische Fälschung. Er wurde vom RCDS dem SHB und 8 anderen Hochschulgruppen zugesandt und stellt wohl die Zusammenfassung der Diskussion des Vietnamproblems dieses Verbandes dar. Der SHB lehnte in einem anderthalbseitigen Schreiben und freundlichem Tone dieses Ansinnen ab und machte den RCDS auf einige Mängel seines „in Kürze Würze“-Schreibens aufmerksam. Wir meinten, um zu einer Aussage über das Problem Vietnam zu kommen, müsse

- 1) die soziale Situation Süd-Vietnams und
- 2) die machtpolitische Problematik

mitreflektiert werden. Gutwillig schlugen wir vor:

„Etwas anderes wäre es unserer Ansicht nach, die Gesamtproblematik unter den Studentenverbänden einmal zu diskutieren und dann zu wirklich neutralen und vor allen realistischen Vorschlägen zu kommen.“

Am 24. Januar konnten wir in der „Welt“ unter dem Aufmacher „Studentengruppen lehnen Vietnam-Friedensappell ab“ lesen, daß der SHB und die anderen Studentenverbände die RCDS-Friedensresolution nicht unterschrieben hätten.

„Ein RCDS-Sprecher sagte dazu, diese Gruppen seien offensichtlich nicht gewillt, Aktionen, die einem Frieden in Vietnam dienen, glaubhaft zu unterstützen. „Diesen Studentenverbänden liegt anscheinend an einer propagandistischen Ausschaltung des Vietnam-Krieges mit anti-amerikanischem Akzent“, meinte der Sprecher.“

!!! DIE GRENZE UNSERER GUTWILLIGKEIT  
IST ERREICHT !!!

Eine solche Interpretation unseres sachgerechten Eingehens auf die einfältige Forderung des RCDS an Ho Tshi Minh ist nichts weiter als eine Verleumdung. Wir bieten Diskussion an, die Antwort des RCDS ist Diffamierung. Der SHB ist nicht länger bereit, den RCDS als konservativen politischen Studentenverband an dieser Universität ernst zu nehmen, wenn er die von der „Welt“ zitierten Behauptungen nicht öffentlich widerrufen.

SHB, Landesverband Berlin

(Archiv ZI 6: Akte EO 702 FU „Flugblätter 1966“)

## DOKUMENT 468

Öffentliche Kritik von Lehrveranstaltungen —  
Anmaßung einer arroganten Ignoranz?

Begründung von Vorlesungskritiken

In seiner Studie „Studentenschaft und Hochschule“ (s. Seite 23) hat Heribert Adam dieses „Beharren vieler Professoren auf der universitären Hierarchie“ nachgewiesen — und zwar nicht auf Grund bloßer Vermutungen, sondern auf der empirischen Basis von Interviews mit Professoren, die es im Rahmen der

akademischen Selbstverwaltung mit Studentenvertretern zu tun hatten. Wenn dergestalt die Professoren sich schon in ihren akademischen Verwaltungsbefugnissen von den Studenten bedroht fühlen, wie sehr müssen dann viele von ihnen kritische Rezensionen ihrer Lehrveranstaltungen als Zumutung empfinden! Denn bedeuten solche Rezensionen nicht eine unverantwortliche Störung des „Lehrer—Schüler-Verhältnisses“, wie einer der von H. Adam befragten Professoren das Verhältnis Professor—Student apostrophierte? Schlimmer noch: wird man nicht gar die Freiheit der Lehrer verletzt sehen, wenn solcherart Studenten die Freiheit des Lernens „überbetreiben“? Begrenztes Mitbestimmen in der Verwaltung mag gerade noch zulässig sein, wenn die Studentenvertreter „Takt“ beweisen und keine „unsachlichen“ Forderungen stellen (Adam S. 26) — aber Mitreden in der Wissenschaft!

Man darf annehmen, daß solche Empörung sicher nicht bei allen Professoren ausbrechen wird. Skepsis dürfte jedoch wahrscheinlich auch bei den „liberalen“ und „studentenfreundlichen“ Professoren sich regen. Da niemand den Unterschied in der wissenschaftlichen Qualifikation zwischen Professor und Student leugnen wird, gilt es, zunächst jene Skepsis als durchaus berechtigt hinzunehmen. Tut man dies, hält aber zugleich an dem Anspruch fest, kritische Rezensionen zu schreiben, so kann man es bei diesem Anspruch nicht bewenden lassen, man muß ihn begründen.

### Begründung

Bekanntlich ist das Selbstverständnis der deutschen Universität auch heute noch durch die Idee W. v. Humboldts bestimmt. Diese beziehen sich nicht nur auf einen allgemeinen Bildungsauftrag der Universität, sondern auch auf „das institutionelle Zusammenleben der Menschen an einer Universität“ (Schelsky, „Einsamkeit und Freiheit“, S. 91). Die Art dieses Zusammenlebens wird bei Humboldt aus der Vorstellung des universitären Bildungsauftrags entwickelt. Nach Humboldt besteht dieser Auftrag darin, die an der Universität vereinigten Menschen zu „selbsttätig“ denkenden und handelnden Individuen zu bilden und zwar vermöge ihrer gemeinsamen Teilnahme am Wissenschaftsprozess. Diese Vorstellung universitärer Bildung durch Wissenschaft bezieht Humboldt auf alle an der Universität tätigen Personen. Für das „institutionelle Zusammenleben“ ergibt sich daraus die Konsequenz, daß „für Humboldt das Leben an einer Universität eine grundsätzlich gleichberechtigte Gelehrtengeselligkeit von Professoren und Studenten darstellt. ... Man muß Humboldt ernst nehmen, wenn er sagt, daß bei der Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten alles darauf beruht, das Prinzip zu erhalten, die Wissenschaft als etwas noch nicht ganz Gefundenes und nie ganz Aufzufindendes zu betrachten und unablässig sie als solche zu suchen. Dieser Wissenschaftsbegriff führt zu der Konsequenz, daß in der Universität die Professoren und Studenten organisatorisch und sozial grundsätzlich als gleichrangig zu behandeln sind, d. h. ihnen institutionell die gleiche Lebensform zu bieten und zu sichern ist. — Damit vollzieht Humboldt auch im Organisatorischen der Universität die Abkehr von einem alten Wissenschaftsbegriff, der in irgendeiner Form von dem ‚Besitz der Wahrheit‘ bei den Lehrenden ausging und diese damit den Lernenden gegenüber in eine grundsätzliche soziale und organisatorische Vorrangstellung brachte“ (Schelsky S. 92).

Gemäß dieser Universitätskonzeption, in der Professoren und Studenten in der Teilnahme am Wissenschaftsprozess wie auch im sozialen Leben an der Universität grundsätzlich gleichberechtigt sind, postuliert Humboldt die Pflicht der Studenten gegenüber der Wissenschaft, die Professoren „zu befragen, zu bezweifeln und zu kritisieren“ (Schelsky S. 95). Die Erfüllung dieser Pflicht durch die Studenten hat die Funktion, daß einerseits in der kritischen Auseinandersetzung Studenten und Professoren sich gleichsam aneinander entwickeln, andererseits der Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis weiter vorangetrieben wird. Schelsky weist freilich ebenfalls — und zwar mit Recht, wie aus den von ihm angeführten Humboldt-Zitaten hervorgeht — daraufhin, daß zweifellos „Humboldt einen verschiedenen Vollkommenheitsgrad in der Suche der Wissenschaft, in der Bildung und Individualität zwischen Professoren und Studenten anerkennt“ (Schelsky S. 93), er fügt jedoch gleich hinzu: „... aber die grundsätzliche Gleichrangigkeit und Gleichge-

stimmtheit beider als Grundlage ihres Zusammenlebens an der Universität hebt auch diese Einsicht nicht auf.“

### Wandel der Realität

Wie erwähnt hält die deutsche Universität heute immer noch am Anspruch der Konzeption Humboldts fest. Nun hat sich aber vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts ein Wandel der sozialen Realität an der Universität vollzogen, der in jener Konzeption nicht vorausgesehen war. Diesen Wandel in der Mannigfaltigkeit seiner Aspekte hier darzustellen, würde zu weit führen. Für die Zwecke unserer Überlegungen genügt es, auf einen Tatbestand hinzuweisen, den jeder Student heute bereits bei seinen ersten Vorlesungsbesuchen erfährt: die Universität in ihrer heutigen Gestalt ist eine Massenuniversität, an der Kommunikation zwischen Professoren und Studenten als „ungezwungenes und absichtsloses Zusammenwirken“ beider (Humboldt zitiert nach Schelsky), wie es vorgesehen war in Humboldts Konzeption der Universität als einem Ort „gleichberechtigter Geselligkeit von Professoren und Studenten“ (Schelsky S. 91), nicht mehr möglich ist. In den Mammullehrveranstaltungen, in denen sich heute ein Großteil des Studiums abspielt, kann ein sokratischer Dialog zwischen Studenten und Dozenten nicht mehr stattfinden.

Dieser Wandel der sozialen Kommunikationsformen zwischen Professoren und Studenten macht es auch dem einzelnen Studenten unmöglich, jene ihm von Humboldt angesonnene Pflicht der Kritik des Professors in der Weise zu erfüllen, wie Humboldt es vorgesehen hatte, nämlich in der Weise des „Befragens, Bezweifelns, Kritisierens“ in der Lehrveranstaltung.

An Humboldts Konzeption kann nun die Universität sinnvollerweise nur dann festhalten, wenn sie die Realisierung des in dieser Konzeption enthaltenen Postulats der prinzipiellen Gleichberechtigung von Studenten und Professoren im Wissenschaftsprozess möglich macht — und zwar auf eine neue, der gewandelten sozialen Struktur der Universität entsprechende Weise. Diese würde aber u. a. bedeuten, daß für die Studenten Möglichkeiten geschaffen werden müssen, die Professoren „zu befragen, zu bezweifeln, zu kritisieren“. Andernfalls müßte das Festhalten an den Ideen Humboldts bedeuten, diese zur Ideologie herabzusetzen. Denn wo die soziale Realität der Universität der Idee, auf die sie sich beruft, nicht entspricht, muß der Verdacht aufkommen, daß eine bestimmte Personengruppe der Universität sich der Beschwörung dieser Idee als einem Mittel der Verschleierung von Verhältnissen bedient, die in Wirklichkeit keineswegs durch „Gleichberechtigung“ gekennzeichnet sind. Unsere These ist nun, daß von Studenten geschriebene kritische Rezensionen von Lehrveranstaltungen einen Ansatz zu neuen, der gewandelten sozialen Realität der Universität angemessenen Formen der Teilnahme von Studenten am Wissenschaftsprozess darstellen könnten. Wenn solche Rezensionen auch nicht die Kommunikation zwischen Professoren und Studenten qua „gleichberechtigte Gelehrtengeselligkeit“ wiederherstellen können, so mag sich doch herausstellen, daß sie die den Studenten von Humboldt angesonnenen Pflicht des „Befragens, Bezweifelns, Kritisierens“ auf eine neue Weise zu be-  
leben vermögen.

Daß sich dem Studenten zumindest im Hinblick auf die Massenvorlesungen heute zu einer anderen Form der Kritik keine Gelegenheit bietet (sieht man einmal von informellen Gesprächen unter Studenten ab), wird niemand bestreiten können. Auch für viele Übungen und Seminare gilt dies. In der Regel ist die „Teilnahme“ am Wissenschaftsprozess auf die Rezeption von Stoffmengen reduziert.

Der Tatbestand, daß viele Studenten, wie Schelsky durchaus zu Recht bemerkt (Schelsky S. 200), sich dieser Rolle des Konsumenten von Wissensstoff angepaßt haben, ist nicht allein den Studenten anzulasten, sondern verweist vor allem auf strukturelle Mängel der heutigen Universität und damit auf die Notwendigkeit von Reformen. Da diese jedoch ausbleiben, kann es jenen Studenten, die sich mit dieser Konsumentenrolle nicht begnügen und den Anspruch der produktiven Teilnahme am Wissenschaftsprozess ernst nehmen, nicht verübelt werden, wenn sie zur „Selbsthilfe“ schreiten: zum „Befragen, Bezweifeln, Kritisieren“ im Wege kritischer Rezensionen von Lehrveranstaltungen. Sollte es nicht möglich sein, daß im

Medium einer weiteren Öffentlichkeit als der des „sokratischen Dialogs“ die „oppositionelle Phantasie“ (Schelsky) des Studenten dem „perfektionierten wissenschaftlichen Fachwissen“ (Schelsky S. 94) des Professors produktiv sich entgegengestellt? Sollte die Annahme vermessen sein, daß trotz der höheren wissenschaftlichen Qualifikation der Lehrenden auch diese von Rezensionen, geschrieben von den Lernenden, neue Impulse empfangen könnten?

So wichtig Humboldts Begründung studentischer Kritik im Wissenschaftsprozess auch sein mag, man darf nicht übersehen, daß dabei ein Wissenschaftsbegriff vorausgesetzt ist, dementsprechend allein in der Philosophie der Anspruch der „reinen Wissenschaft“ erfüllt ist. Die Wissenschaftlichkeit der auf das praktische Leben bezogenen Disziplinen beginnt nach diesem Wissenschaftsbegriff erst dort, „wo die Philosophie in ihnen beginnt oder, genauer gesagt, wo sie in Philosophie aufgehen“ (Schelsky S. 83). Damit wird es zweifelhaft, ob Humboldts Begründung studentischer Kritik auch in der Anwendung auf Natur- und Sozialwissenschaften hinreichen kann, die heute nicht als bloße Untertanen der „Königin“ der Wissenschaften, der Philosophie, angesprochen werden können.

### Objektivitätsbegriff

Eine den Wandel der Wissenschaftsstruktur berücksichtigende und Humboldts Rechtfertigung studentischer Kritik ergänzende Begründung von kritischen Rezensionen der Lehrveranstaltungen aller Disziplinen scheint mit Hilfe des Objektivitätsbegriffs von Karl Popper möglich zu sein. Karl Popper hat ein für alle Disziplinen, seien es geistes- oder naturwissenschaftliche, verbindliches Kriterium der Wissenschaftlichkeit postuliert, das der „Intersubjektivität der wissenschaftlichen Methode“. „Man kann die wissenschaftliche Objektivität als Intersubjektivität der wissenschaftlichen Methode beschreiben“ (K. Popper, „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“, Bd. II, S. 267). Denn: „Wäre die Wissenschaft ... auf die Unparteilichkeit oder Objektivität des individuellen Wissenschaftlers gegründet, dann müßten wir ihr Lebewohl sagen.“ Freilich muß dabei berücksichtigt werden, daß die scheinbar unantastbaren Grenzen der Objektivität im Sinne der Intersubjektivität von Fach zu Fach verschieden weit gesteckt sind.

Die im Zusammenhang unserer Argumentation relevanten Konsequenzen eines solchen Wissenschaftsbegriffs mögen durch folgende Fragen angedeutet sein: Kann im Hinblick auf eine Lehrveranstaltung noch von wissenschaftlicher Objektivität in dem bezeichneten Sinne die Rede sein, wenn die Darbietungen des Professors der Diskussion und öffentlichen Kritik entzogen sind? Muß der Lehrende wegen des Mangels an öffentlicher Kritik nicht in die Gefahr geraten, das Ideal wissenschaftlicher Objektivität preiszugeben und vor den Studenten nur noch seine subjektiven Intuitionen, mit Karl Popper zu reden: „geoffenbarte Wissenschaft“ (S. 269) auszubreiten? Solange die Vorlesungsproduktion des Professors weder vor, in, noch nach der Vorlesung kritisiert werden kann, vermag sich die wissenschaftliche Objektivität des Vorgetragenen nur vermöge der subjektiven Anstrengung des Professors, vermöge seiner „intellektuellen Redlichkeit“ herzustellen. Der Vorlesungsvortrag des Professors ist ja nicht zu vergleichen mit dem Aufsatz, den dieser in einer wissenschaftlichen Zeitschrift veröffentlicht, denn in diesem Falle muß er damit rechnen, daß die Fachkollegen ihn in Gegenansätzen angreifen und sich auf diese Weise die öffentliche Kritik herstellt. Muß man nicht annehmen, daß diese Entlastung des Vorlesungsvortrags von öffentlicher Kritik wissenschaftsfremde Auswirkungen hat: daß der Professor im äußersten Falle die Lehrveranstaltung nur noch zum Vortrag subjektiver Meinungen benutzt?

Kurz: es fehlen im Hinblick auf Lehrveranstaltungen „soziale Institutionen, die zur Förderung der wissenschaftlichen Objektivität dienen“ (K. Popper S. 268). (In der Wissenschaftsproduktion außerhalb der Lehrveranstaltungen sind wissenschaftliche Zeitschriften und Kongresse solche sozialen Institutionen.) Diese Lücke auszufüllen, d. h. eine soziale Institution zur Gewährleistung öffentlicher Kritik von Lehrveranstaltungen sein zu können, dieser Anspruch wird erhoben durch kritische Rezensionen.

(FU-SPIEGEL Nr. 50, Februar 1966, S. 14 f.)

## DOKUMENT 469

Professor Pabst:  
Übungen zur französischen Literatur der Aufklärung

### Übung

Von allen Seiten wird immer wieder die Klage laut, der Student stehe den Grundlagen seines Studiums unreflektiert gegenüber, er sei sich über die von ihm benutzten Methoden nicht im klaren, sei, statt sich wissenschaftlich-kritisch forschend zu verhalten, zu einem bloßen „Schein“-Studenten geworden. Die Schuld an diesem zumindest teilweise zutreffenden Phänomen wird überall gesucht (und gefunden): in der „Vermassung“ der Universität, in der Forderung der Gesellschaft nach möglichst kurzen Studiengängen, nicht zuletzt auch in der notwendigen Aneignung von ständig anwachsendem Fachwissen, der zuliebe das „Forschen“ leider zeitweise geopfert werden müsse.

Wie aber nun, wenn in glücklicher Koinzidenz einmal Stoff und Methode zusammenfallen, wenn die Auseinandersetzung mit den Bedingungen des Denkens selbst zum Thema wird?

Das Thema des hier behandelten Hauptthemas lautet: „Übungen zur französischen Literatur der Aufklärung“. In vielfältiger Weise setzen sich die Aufklärer mit der kritisch-rationalen Erhellung der Voraussetzungen unseres Wissens auseinander, suchen sie nach einem effektiven methodischen Ansatz, um die verschiedenen Bereiche des menschlichen Seins systematisch zu erfassen. — Es ist also leicht zu begreifen, daß eine Auseinandersetzung mit ihren Schriften von großem Nutzen sein könnte für eine gründliche Besinnung des Studenten auf die Grundlagen seiner „Wissenschaft“.

Macht nun das Seminar Gebrauch von der gebotenen Möglichkeit? Nein. Als Prinzip der Wissenschaftlichkeit bestehen bleibt fast einzig das der Voraussetzungslosigkeit: In dem französischen Hauptseminar wird nämlich nicht einmal die Kenntnis der französischen Sprache vorausgesetzt, vielmehr kostbare Zeit auf Lese- und Übersetzungsübungen verwandt („kursorische Lektüre“ von bisher zwei Autoren). Das gleiche Prinzip der Voraussetzungslosigkeit vertreten offenbar einige Verfasser von Referaten, die in einstündigem Monolog Inhaltsangaben von Werken vorlesen.

Überhaupt zeigt sich das Seminar in seiner Arbeitsweise gänzlich unberührt vom aufklärerischen Gedanken: Die Planung läßt jede Bemühung um einen „effektiven methodischen Ansatz“ vermissen. Durchdachte Koordination der Beiträge, unerläßlich für eine systematische Erfassung der Vielzahl literarischer Erzeugnisse, fehlt ebenso wie ein verbindlicher Terminplan. Von „kritisch-rationaler Erhellung der Voraussetzungen“ der Aufklärung und ihrer spezifischen literarischen Formen kann vollends nicht die Rede sein. Falls nach den überlangen Referaten überhaupt noch eine Diskussion stattfindet, beißt sie sich in Scheinproblemen fest; werden einerseits haltlose Parallelen zur Moderne angeboten oder Formulierungen Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen, so verlaufen andererseits Ansätze zu philosophischer Vertiefung von Fragestellungen im Sande oder werden gar abgebrochen mit dem Hinweis, man befinde sich in keinem „philosophischen Seminar“. Verwundert es da noch, daß genaue Untersuchungen zu den sozialen und historischen Bedingungen der Aufklärungsliteratur völlig fehlen, obwohl die Auseinandersetzung mit der Gesellschaft das Zentralthema der Aufklärung ist?

Der vollkommenen Planlosigkeit könnte verhältnismäßig leicht abgeholfen werden: Warum setzen sich der Seminarleiter und einige interessierte Studenten nicht zusammen und erarbeiten sowohl einen detaillierten Themen- und Terminplan als auch eine brauchbare Bibliographie, die noch am Ende des vorangehenden Semesters ausgehängt werden? Statt der üblichen langen Einzelreferate sollten Themen von mehreren Studenten unter verschiedenen Aspekten erarbeitet und im Seminar thesenartig zusammengefaßt vorgetragen werden. Die Diskussion zwischen den „Spezialisten“ sollte jederzeit von den übrigen Teilnehmern aufgenommen und weitergeführt werden. Dazu ist allerdings eine straffe, nicht autoritäre Diskussionsleitung nötig. Über den Erfolg der Sitzung sollte ein kritisches Protokoll Auskunft geben.

(FU-SPIEGEL Nr. 50, Februar 1966, S. 1)

## DOKUMENT 470

Radikale Studenten machen von sich reden

Die Traamtänzer von Berlin

Warum immer Ärger an der Freien Universität?

Von Hans-Dietrich Sander

Die Freie Universität Berlin ist ein politisches Sorgenkind. Sie ist es nicht deshalb, weil an ihr eine politisch stark engagierte Studentenschaft hart diskutiert, sondern weil oftmals eine freie Diskussion nur vorgeschoben wird, um politisch zu demonstrieren oder Krawalle zu inszenieren. Was geht in der Berliner Studentenschaft vor, wer sind die Wortführer, wo kommen sie her, wer steht hinter ihnen? Diesen Fragen ist unser Korrespondent nachgegangen.

Haben sich die Abwesenden schriftlich entschuldigt?“ fragte ein Teilnehmer einer Sitzung des Studentenkonvents. Der stellvertretende Konventsvorsitzende und Mitglied des Liberalen Studentenbundes, Christian Fenner, antwortete: „Ich habe einige Briefe bekommen. Einen werde ich vorlesen, weil er zu den Kuriosa gehört.“ Und er las verschmitzt und süffisant einen Brief vor, in dem ein Student sich wegen einer Bundeswehrübung entschuldigte.

Das Auditorium lachte beifällig. Als ein Student aufsprang und gegen die Einreihung dieses Briefes unter Kuriosa protestierte, zischte es ihn aus. Der Student hieß Peter Jürgen Ely, auf dessen Foto anlässlich der Konventswahlen im Dezember jemand in offenbar denunziatorischer Absicht „Oberleutnant d. R.“ gekritzelt hatte. Diese Episode mag die geistige Atmosphäre andeuten, die zurzeit in der Studentenvertretung der „Freien Universität“ Berlins herrscht.

Studenten sind gern oppositionell. Deutsche Studenten durften lange nicht oppositionell sein. Deswegen sind sie heute besonders oppositionell. Die oppositionellsten deutschen Studenten scheinen die Berliner Studenten zu sein.

### Importierte Unzufriedenheit

Die Studenten von Berlin waren schon kurz nach dem Kriege politisch interessierter als die Studenten von Heidelberg und Göttingen. An der 1948 gegründeten Freien Universität wurde in dem vielberufenen „Berliner Modell“ ein bis dahin unbekanntes Maß an Mitverantwortung und Mitsprache gesetzlich. Die politisch Aktiven kamen in der Mehrzahl als Unzufriedene von den mitteldeutschen Universitäten oder Oberschulen. Es bestand ein starkes Bedürfnis nach Einübung in demokratische Praxis. Widerstand gegen die Bedrohung aus dem Osten war das Panier.

Heute ist das anders. Die politisch interessierten Studenten haben durchweg Verständigung auf ihre Fahnen geschrieben. Sie scheinen mit ganz anderen Praktiken zu kokettieren. Der Zustrom aus Mitteldeutschland ist seit dem Mauerbau versiegt. Die politisch Aktiven kommen heute von westdeutschen Universitäten und Oberschulen. Die importierte Unzufriedenheit hat daher eine andere Couleur. Die „Ultra-Linken“ fallen in Berlin ein.

Karl-Heinz Schmitz, Rechtsanwalt und geschäftsführender Landesvorsitzender der CDU, der ersten Studentengeneration der Freien Universität entsprossen, hat vor kurzem in einem Interview der „Berliner Studentenzeitung“ zwei Gründe für diese geographische Anziehungskraft genannt: „Einmal stoßen politische Äußerungen und Betätigungen, die aus Berlin kommen, auf ein größeres Interesse der öffentlichen Meinung des In- und Auslandes. Zweitens ergeben sich schon aus der Satzung der Freien Universität für die Studentenschaft wesentlich weitergehende Betätigungsmöglichkeiten als an anderen Hochschulen des übrigen Bundesgebietes.“

### Streitbares Engagement

Diese Studenten haben es in der Tat verstanden, durch etliche „Äußerungen und Betätigungen“ das Interesse der öffentlichen Meinung zu erregen. Ihr Streitbares Engagement in den Fällen Weigand und Kuby, die Protestkundgebungen gegen den Besuch Tschombcs in Berlin, die provokatorische Unterzeichnung einer SED-Erklärung zum Krieg in Vietnam durch die AStA-Vorsitzenden des Sommersemesters, Wolfgang Lefèvre und Peter Damerow, die demonstrative Schützenhilfe der Landesverbände „Sozialistischer Deutscher Studentenbund“,

„Liberaler Studentenbund Deutschlands“, „Argument Club Berlin“, „Deutsche Israelische Studiengruppe“, „Sozialdemokratischer Hochschulbund Deutschlands“, „Humanistische Studenten Union“, „Gewerkschaftliche Studenten-Gemeinschaft“ und der evangelischen Studentengemeinschaft an der Freien Universität für den Kabarettisten Wolfgang Neuss, der der Berliner Zeitungsverleger, die er als Lügner bezeichnet, partout zwingen will, seine Annoncen aufzunehmen — all das dürfte ihnen die erwünschte Resonanz verschafft haben.

Bei der letzten Arbeitssitzung des Bundestages in Berlin boten sich den Studenten nun exzeptionelle Gelegenheiten, um ihre politischen Ideen zur öffentlichen Diskussion zu bringen. Es stellten sich ihnen an drei Abenden hintereinander in Siegmunds-Hof und im Studentendorf an der Potsdamer Chaussee prominente Bundestagsabgeordnete: Wenzel Jaksch, Rainer Barzel und Carlo Schmid — drei Politiker überdies mit akademischen Graden. Die aktivsten unter den politisch aktiven Studenten stellten sich indessen nicht. Versmähten sie es, ihre Vorstellungen an den Erfahrungen der Politiker zu messen, oder fürchteten sie sich davor? Sie ließen jedenfalls ihre Ideen von ihrem Fußvolk vertreten.

„Es ist ein offenes Geheimnis“, eröffnete der Student, der die Diskussion leitete, den ersten Abend, „daß meine studentische Generation Gegner der Thesen von Dr. Jaksch ist.“

Der sozialdemokratische Präsident des Bundes der Vertriebenen erläuterte, daß diese Thesen nicht allein seine Thesen oder die These der Vertriebenen, sondern die außenpolitische Konzeption aller verfassungsmäßigen Faktoren der Bundesrepublik seien, nämlich die Formel Kurt Schumachers: „Wir werden mit friedlichen Mitteln um jeden Fußbreit deutschen Bodens kämpfen.“ Er belegte, wie die ernst zu nehmende Erwägung, mit einem Verzicht auf die Ostgebiete die Wiedervereinigung mit den mitteldeutschen Provinzen einzuhandeln, von der Intransigenz der Polen und der Russen ausgehöhlt wurde, und legte Grundzüge einer Konzeption vor, mit den Mitteln einer gemeinsamen Energie- und Verkehrspolitik, des Handels, des Reiseverkehrs und des Kulturaustausches die starren Positionen trotzdem zu lockern.

#### Fragen an Jaksch

Zu seinem Bedauern gingen die Studenten auf die konstruktiven Züge seines Referats nicht ein. Gleich die erste Frage deutete an, daß die Diskussion nicht eigentlich um politische Ideen kreisen würde. Die erste Frage war die Frage nach Seebohm. Jaksch erledigte sie mit dem Hinweis, daß der sudentendeutsche Verkehrsminister gerade der Tschechoslowakei auf seinem Fachgebiet sehr weit entgegenkäme.

Die zweite Frage wollte die Rechtmäßigkeit der Bezeichnung „deutscher Boden“ für die deutschen Ostgebiete in Frage stellen. Sie bediente sich dabei Zahlen, die anscheinend und ungeprüft polnischen Propagandamaterialien entnommen waren. Jaksch verwies den Frager auf die Angaben der Denkschrift der Evangelischen Kirche als unverdächtiger Instanz.

#### Nebel und Gespenster

Die dritte unter den wesentlichen Fragen der Studenten lief auf eine Abschreibung dieser Gebiete aus Gründen politischer Buße hinaus. Der untadelige Hitlergegner Jaksch erinnerte an die polnische Politik zwischen den Kriegen, die nicht nur Deutschland, sondern auch die Sowjetunion zu Revisionen animiert hat. So machte er seinem Auditorium von „Gegnern“ klar, daß es weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart so einfach zugehe, wie sie sich das vorstellten.

Am zweiten Abend präsentierte sich Rainer Barzel den Studenten als kraftvoller Verteidiger der so oft geschmähten rechtlichen Positionen der Deutschland-Politik der Bundesregierung. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag verwies das Neutralitätsangebot Stalins ins Reich der Legende und erklärte, wie die Russen durch die forcierte Sowjetisierung ihrer Besatzungszone den Deutschen einen österreichen Ausweg von vornherein versperrten.

Auch hier hinderten Ressentiments die Studenten daran, die Diskussion auf der Höhe der Zeitgeschichte zu führen; sie hielten sie in Niederungen fest, wo der Nebel das „Was-wäre-geschehen-wenn“ den Ausblick versperrt und die Gespenster scheinbarer Alternativen trügerische Ausgänge vorgaukeln. So

konnte Barzel einerseits gar nichts Neues zu ausdiskutierten Fragen wie Neutralität, atomare Mitsprache, Wiederbewaffnung, Oder-Neiße-Grenze sagen, andererseits mußte er den Kritikern der Regierungspolitik die Voraussetzungen dieser Politik erklären und ihnen schließlich auch noch klarmachen, daß diplomatische Beziehungen zu Ostblockstaaten und Wiederzulassung der KPD nicht Fragen der Gesinnung, sondern der politischen Taktik seien.

Kritik vor Kenntnis, dazu Gesinnung und Utopie — aus diesen drei Elementen schien sich die Mentalität dieser politisch interessierten Studenten zusammzusetzen. Es hätte sonst kaum die von starkem Beifall quittierte Frage gestellt werden können, ob die Bundesregierung in zwanzig Jahren bereit wäre, eine neue Ostpolitik zu überdenken...

Es waren nicht dieselben Studenten, die am dritten Abend mit Carlo Schmid diskutierten, es war auch nicht dasselbe Thema, es ging um Europa — trotzdem herrschte eine ähnliche Atmosphäre.

#### In der Politik Klippschüler

Frage: „Wie lautet die oppositionelle Gegeninitiative der SPD in der verfahrenen europäischen Situation? Welches sind die konkreten Maßnahmen der SPD, wenn sie an der Regierung wäre?“

Antwort: „In der Politik kann man nicht im Konjunktiv sprechen, nur im Indikativ. Im Konjunktiv kann man nur phantasieren.“

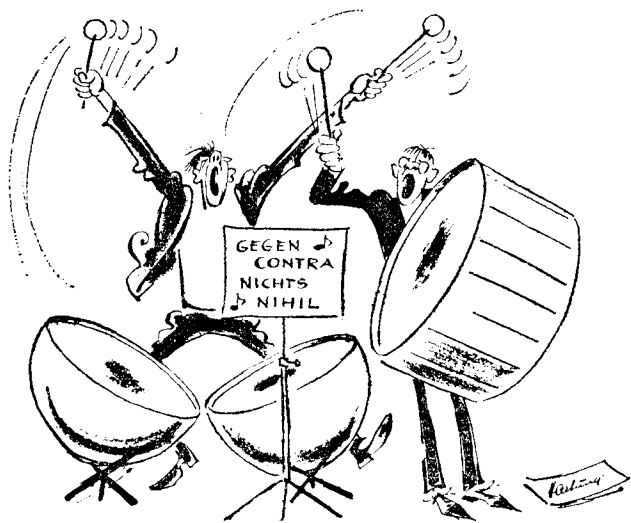
Es handelte sich an diesen drei Abenden nicht um einen Austausch politischer Meinungen zwischen Politikern und Studenten, sondern um politischen Schulunterricht, den die Politiker den Studenten erteilten. Daß diese Situation am letzten Abend so deutlich wurde, lag vielleicht an der Person Carlo Schmid, der passionierter Universitätslehrer ist.

Frage: „Sie sagen: mit de Gaulle verhandeln. Aber das kann unter den gegebenen Umständen doch nur heißen, de Gaulle Schritt für Schritt nachzugeben.“

Antwort: „Wenn Sie das in einem Diplomatenexamen sagen würden, würde ich Sie durchfallen lassen.“

Hier begriffen die anwesenden Studenten in der Mehrzahl, daß Politik ein Beruf ist. Und sie erkannten vielleicht auch, daß sie zwar im dritten oder siebenten Semester Medizin oder Germanistik studierten, aber in der Politik Klippschüler waren. Soweit das Fußvolk. Wie verhält es sich mit den Kommandeuren, den aktivsten unter den Aktiven? Sind sie auch politische Klippschüler?

Es spricht mindestens nicht für Souveränität, daß sie sich drücken. Ebenso verdächtig ist ihr Interesse an spektakulären Veranstaltungen, für Vietnam-Diskussionen zum Beispiel, wo Minibombchen in Keksschachteln Fensterscheiben eindrücken, wo sie sich mit Buhs und Transparenten in Szene setzen, wo sie mit provozierender Detailfreude die Standpunkte der



Lärm nach falschen Noten

Zeichnung: Hartung

Karikatur der „Welt“ vom 2. Februar 1966

Vietkong-Rebellen, wahrscheinlich nach chinesischen Materialien, referieren. Es ist ganz offenbar auch der Kitzel der Sensationslust, der sie reizt und — bloßstellt. Sie haben das Interesse der Öffentlichkeit zu Unrecht erregt. So wie sie selbst zuweilen vergessen, daß sie Studenten sind, übersehen die Erwachsenen zuweilen, daß es sich um Jugendliche handelt. Die Unzufriedenen, die heute von den westdeutschen Universitäten und Oberschulen nach Berlin kommen, haben im Unterschied zur ersten studentischen Generation der Freien Universität, die in der Mehrzahl aus Mitteldeutschland flüchtete, politisch nichts erlebt. Das erklärt ihre politische Romantik.

#### Nur Minderheiten

Dabei sollte man auch nicht übersehen, daß diese aktivsten unter den Aktiven Minderheiten sind. Der radikale „Argument Club“ verfügt bei 15 400 immatrikulierten Studenten über 45 Mitglieder, die gewerkschaftliche Studenten-Gemeinschaft über 180. Das sind schon Extreme, zwischen denen sich die Mitgliederzahlen der übrigen Organisationen bewegen. Diese halten ihre Mitgliederzahl sogar oft geheim, um einflußreicher zu erscheinen als sie sind.

Die „Studenten von Berlin“ erschöpfen sich heute in Klamauk und Zirkelerei. Der Schriftsteller Perer O. Chotjewitz, der diese Saison mit einem Roman bei Rowohlt debütierte, äußerte unlängst die Hoffnung, durch sie könne einmal in Berlin eine revolutionäre Situation entstehen. Diese Aussicht, die einige in Ekstase und viele in Sorge versetzt, ist gering.

(Die Welt, 2. Februar 1966)

## DOKUMENT 471

Sehr geehrter Herr Müller!

Ihren Antrag vom 31. 1. 1966 darf ich wie folgt beantworten: Anlässlich der Vorkommnisse im Studentenhaus am Steinplatz am Freitag, dem 28. 1. 1966, und einer Bombendrohung für die Veranstaltung des SDS im Henry-Ford-Bau am Montag, dem 31. 1. 1966, konnten die genannten Veranstaltungen des SDS nur unter Polizeischutz durchgeführt werden. Ich sehe mich aus diesem Grunde veranlaßt, ab sofort für Veranstaltungen, bei denen ich befürchten muß, daß durch sie der ordnungsgemäße Universitätsbetrieb gefährdet wird, so daß besondere polizeiliche Schutzmaßnahmen erforderlich werden, vorerst keine Räume der Universität zur Verfügung zu stellen. Ich sehe mich zu diesem Schritt nicht nur genötigt, um mögliche Sach- und Personenschäden abzuwehren, sondern vor allem auch, weil Würde, Ansehen und Autonomie der Universität, für deren Wahrung ich verantwortlich bin, durch Veranstaltungen, die solche polizeilichen Maßnahmen erforderlich machen, auf das schwerste gefährdet sind.

Ich darf bei Ihnen und den mit Ihnen befreundeten studentischen Vereinigungen auf Verständnis für diesen Schritt hoffen.

gez. H.-J. Lieber

(Informationen der Universitätsverwaltung, Jahrgang 2 Nr. 2, S. 11)

## DOKUMENT 472

**Empfehlungen des Senatsbeauftragten für die politische Bildungsarbeit an der Freien Universität betreffend politische Meinungsäußerungen der Studentenschaft**

### I

In dem Fragenkomplex „politische Meinungsäußerungen der Studentenschaft“ sind nicht enthalten  
— politische Meinungsäußerungen der einzelnen Studenten  
— politische Meinungsäußerungen der studentischen Gruppen  
— die politische Bildungsarbeit der studentischen Vertretungsorgane

### II

Für politische Stellungnahmen der studentischen Vertretungsorgane sind aus der Perspektive der politischen Bildungsarbeit folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen:

Grundsätzlich gilt, daß solche Stellungnahmen nur im Rahmen des rechtlich umgrenzten Aufgabenbereichs des Universitätsorgans Studentenschaft abgegeben werden können. Legitim sind daher alle hochschulpolitischen Stellungnahmen. Eine scharfe Trennung zwischen hochschul- und allgemeinpolitischen Äußerungen stößt jedoch auf mehrere Schwierigkeiten:

- 1.) Die Verknüpfung von Hochschul-, Bildungs- und Gesellschaftspolitik ist offensichtlich.
- 2.) Die Studentenvertretung hat das Recht, dann Stellung zu nehmen, wenn sie die grundlegenden Voraussetzungen freier wissenschaftlicher Tätigkeit als bedroht ansieht.
- 3.) Es muß Studentenvertretern freigestellt bleiben, ihre hochschulpolitischen Maßnahmen und Programme in den Zusammenhang einer gesamtgesellschaftlichen Konzeption zu stellen und die allgemeinpolitischen Bezüge der Hochschulpolitik durch Stellungnahmen deutlich zu machen. Unter diesen Voraussetzungen sind nur solche politischen Stellungnahmen der studentischen Vertretungsorgane mit Sicherheit unzulässig, deren mangelnder Bezug zur Hochschulpolitik im oben geschriebenen Sinne offensichtlich ist. In Fällen, in denen der Bezug einer politischen Stellungnahme der Studentenvertretung zur Hochschulpolitik zweifelhaft ist, sollte beachtet werden:

- 1.) Eine Verknüpfung hochschulpolitischer und gesamtgesellschaftlicher Konzeptionen kann — z. B. bei Konventswahlen — den Zielen der politischen Bildung insofern förderlich sein, als sie das politische Interesse auch solcher Studenten zu wecken geeignet ist, die bislang von den Veranstaltungen der politischen Bildungsarbeit nicht erfaßt wurden. Der politischen Apathie der Studentenschaft, die sich immer wieder als ein Haupthindernis politischer Bildungsarbeit erwiesen hat, könnte dadurch begegnet werden — vorausgesetzt, daß für den einzelnen Studenten der Bezug zwischen allgemeinpolitischen Fragen und den ihn unmittelbar betreffenden hochschulpolitischen Problemen stets sichtbar bleibt.
- 2.) Wie die Vorgänge im Sommersemester 1965 und die anschließenden Konventswahlen gezeigt haben, besteht innerhalb der Studentenschaft die Möglichkeit der Selbstkorrektur bei politischen Stellungnahmen, deren Bezug zur Hochschulpolitik umstritten ist:
  - a) Die Studentenvertretung kann nach aller Erfahrung ein politisches Mandat nur insoweit mit Erfolg wahrnehmen, als sie dabei einen starken Rückhalt in der Studentenschaft findet. Dieser Rückhalt — oder sein Fehlen — manifestiert sich spätestens bei den Konventswahlen.
  - b) Stellungnahmen, deren politische Ausrichtung nicht der Haltung der studentischen Kontrollorgane entspricht und die der Hochschulpolitik allzu fern liegen, rufen — wie die Abwahl des 1. AstA-Vorsitzenden gezeigt hat — wirksame Sanktionen hervor.

Solange diese Selbstkorrektur funktioniert, bedarf es keiner weiteren Maßnahmen zur Einschränkung politischer Stellungnahmen der Studentenschaft.

### III

Die vom Rechtsausschuß des Akademischen Senats der Freien Universität am 13. 7. 1960 aufgestellte Maxime, die Studentenschaft dürfe sich nur in Fragen der Selbstverwaltung, nicht aber in solchen der Mitverwaltung mit politischen Stellungnahmen an die Öffentlichkeit wenden, entspricht nicht dem politischen Bildungsauftrag der Freien Universität. Dem Grundsatz des Rechtsausschusses steht in der Praxis entgegen, daß der Konvent das Recht hat, auch über Fragen der Mitverwaltung zu diskutieren und zu beschließen, und daß ihm dabei im Interesse der demokratischen Struktur des Organs Studentenschaft nicht zugemutet werden kann, die Öffentlichkeit auszuschließen.

In dem in diesem Sinne weitergehenden Votum der WRK-Kommission für Hochschulrecht vom 5. 1. 1960 heißt es:

Organe der Studentenschaft wären z. B. befugt, politische Meinungsäußerungen zu allen Fragen abzugeben, welche die Pflege der Wissenschaft in Forschung und Lehre, die Institutionen der wissenschaftlichen Hochschulen, die Mit- und Selbstverwaltungsrechte der Studentenschaft und den Status der Hochschulangehörigen unmittelbar betreffen ...“

Im Sinne eines richtig verstandenen politischen Bildungsauftrages der Universität muß darauf geachtet werden, daß jede Auslegung dieses Votums die unter II dargestellten Eigentümlichkeiten des Komplexes Hochschulpolitik berücksichtigt.

Sollte der derzeitige Rechtsstatus dazu keine Möglichkeit eröffnen, so wäre eine entsprechende Änderung im Rahmen der Neufassung der FU-Satzung erforderlich.

(Akademischer Senat FUB: Sitzungsprotokolle 1966)

## DOKUMENT 473

### Bericht über die strittigen Punkte bei der Erörterung voranstehender Empfehlung

- 1.) Ein Mitglied des Beirats wies darauf hin, daß er sich nicht imstande sehe, die von mir erarbeiteten Empfehlungen als ein Votum des Beirats selbst an den Rektor zu leiten, da bisher die Kompetenzen des Beirats überhaupt nicht bestimmt wären. Aus diesem Grunde haben der Senatsbeauftragte und der Beirat den Wunsch, von Rektor und Senat bei geeigneter Gelegenheit — und so bald wie möglich — eine klare Abgrenzung der spezifischen Aufgaben und Kompetenzen des Senatsbeauftragten und seines Beirats zu erhalten.
- 2.) Ein Mitglied des Beirats plädierte für ein unbeschränktes Mandat der Studentenschaft, während alle anderen (mit Ausnahme des Kollegen, der glaubte, nicht de lege ferenda sprechen zu können) sich dem inhaltlichen Tenor der Empfehlungen anschlossen.
- 3.) Die Vertreter der politischen Hochschulgruppen und insbesondere die Vertreter des AstA haben sich nach längerer Diskussion bereitgefunden, die vorgelegten Empfehlungen inhaltlich zu billigen und würden es sehr begrüßen, wenn die entsprechenden Universitätsstellen sich die dort entwickelten Gesichtspunkte zu eigen machten. Zunächst hatte bei den Studenten das Mißtrauen bestanden, daß das politische Mandat der Studentenschaft entweder zu eng oder zu weit ausgelegt werden könnte. Alle diese Bedenken konnten nach gründlicher Erörterung ausgeräumt werden.

(Akademischer Senat FUB: Sitzungsprotokolle 1966)

## DOKUMENT 474

### Demonstration

Was will die amerikanische Regierung?

— Nach dem Sturz der Regierung Diem, 1963, war Hanoi bereit, einer neutralen Koalitionsregierung in Südvietnam zuzustimmen. Dies war der UNO bekannt.

Die amerikanische Regierung ließ diese Vorschläge unbeantwortet. (s. Keesings Archiv d. Gegenw., Mai/J. 65, 20762/3)

— Anfang September 1964 schlug Hanoi vor, daß Vertreter der nordvietnamesischen und der amerikanischen Regierung in Rangun/Burma Gespräche führen sollten. Dies wurde Stevenson von U Thant mitgeteilt.

Die USA verschoben die Beantwortung bis nach der Präsidentschaftswahl. Laut Stevenson lehnte McNamara diese Verhandlungen ab: Es sei bewiesen, daß Nordvietnam zu ernsthaften Friedensgesprächen nicht bereit sei. (s. LOOK, 30. 11. 65)

— Nach Fortsetzung der „Vergeltungsschläge“ auf Nordvietnam schlug U Thant am 24. 2. 65 eine 7-Mächte-Konferenz vor, an der die USA, China, Nordvietnam, Südvietnam, Frankreich, die Sowjetunion und Großbritannien teilnehmen sollten. Bereits 1 Tag später wurde aus der UNO berichtet, Hanoi habe sein Interesse am Plan U Thants bekundet.

Die USA antworteten erst am 9. 3. 65: „Es sind keine autorisierten Verhandlungen im Gange, weder mit U Thant, noch mit irgend einer anderen Regierung. Der Präsident hat niemanden autorisiert, an Verhandlungen teilzunehmen. Es liegen ihm keine sinnvollen Vorschläge vor.“ Paris hatte am 21. 2. den Plan begrüßt. (s. PROGRESSIVE, No. 1, 1966)

— Vor Beendigung der 5-tägigen Feuerpause im Mai 1965 bat der Geschäftsträger Hanois in Paris die frz. Regierung, nach Washington zu melden, Hanoi sei bereit, auf der Basis des 4-Punkte-Programms zu verhandeln. Es bestehe nicht auf einem vorherigen Abzug der amerikanischen Truppen.

Nach Beendigung der 5-tägigen Feuerpause sagte Rusk, Nordvietnam habe während dieser Pause kein Anzeichen zu Verhandlungen gezeigt. (Im Okt. 1965 durch den SANE-Repräsentanten in Paris, Sanford Gottlieb, und durch den amerik. Rundfunkkorrespondenten David Schoenbrunn bekanntgegeben).

— Ebenfalls im Februar 1965 gab Couve de Murville bekannt, China und Nordvietnam seien bereit, über eine neutrale Zone in Südostasien zu verhandeln, die frei von chinesischem und amerikanischem Einfluß sei.

Die Regierung der USA ließ diesen Vorschlag unbeantwortet. (s. PROGRESSIVE, No. 1, Jan. 1966)

— Am 16. 4. 65 veröffentlichte LE MONDE ein Interview mit dem stellvertr. Min.Präs. Südvietnams, Tran Van Tuyen. Er sagte, es sei das Ziel der Regierung Phan Hui Quat, eine Nationale Front in Südvietnam zu schaffen, die alle Nationalisten einschließt und mit Hanoi auf der Grundlage der Gleichberechtigung verhandeln kann. (s. LE MONDE, 16. 4. 65) Die Regierung Quat ließ hunderte von Gefangenen frei, die wegen Neutralismus und Pazifismus einsaßen.

Im Juni 1965 entzogen die USA dieser Regierung ihre Unterstützung. Nachfolger Cao Ky erklärte: „Wenn wir einen wirklichen Sieg erreichen wollen — die Wiedervereinigung — dann müssen wir beginnen, alle Möglichkeiten der Kommunisten sowohl nördlich als auch südlich des 17. Breitengrades zu vernichten.“ (am 11. 11. 65 in Seoul, Korea)

— Am 20. 11. 65 schrieb der Präsident der UNO-Vollversammlung, Fanfani, einen Brief an Präsident Johnson: „Am 11. November haben Ho Chi Minh und Pham Van Dong gegenüber zwei mir gut bekannten Personen ihren Wunsch nach einer friedlichen Lösung des Vietnam-Konfliktes zum Ausdruck gebracht ... Die Regierung von Hanoi ist bereit, in Verhandlungen einzutreten, ohne auf einem vorherigen Abzug der amerikanischen Truppen zu bestehen.“ Ho Chi Minh hatte erklärt: „Ich bin bereit, überall hin zu gehen, um mich mit jedermann zu treffen.“ (s. LE MONDE, 21. 12. 65)

Die amerikanische Regierung antwortete: „Wir sind weit davon entfernt, davon überzeugt zu sein, daß die von Ihren italienischen Quellen zitierten Erklärungen Ho Chi Minhs und Pham Van Dongs einen wirklichen Wunsch nach bedingungslosen Verhandlungen demonstrieren.“ (s. LE MONDE, 19. 12. 65)

— Vor einigen Tagen demonstrierte Hanoi erneut seine Verhandlungsbereitschaft in einer Note an die brit. Regierung. Hanoi will verhandeln, wenn „die Amerikaner bindend zusichern, daß die Bombenangriffe auf Nordvietnam nicht nur zeitweilig, sondern ständig eingestellt werden, und zweitens soll die südvietnamesische Bürgerkriegspartei ... als vollberechtigte Verhandlungspartnerin anerkannt und zur Konferenz zugelassen werden.“ (s. SPANDAUER VOLKSBLATT, 2. 2. 66) Doch warum zögert Washington noch heute?

— Noch heute ... sucht Washington nach einem Zeichen, daß die Kommunisten nicht fordern, die FNL müsse in der Zukunft in Südvietnam ein entscheidendes Mitspracherecht haben. Selbst wenn die Kämpfe beendet werden könnten, wird die Bildung einer Koalitionsregierung von offiziellen Stellen als kommunistischer Umsturz betrachtet — nach dem Muster Polen und Tschechoslowakei nach dem Krieg“. (s. TIMES, 21. 12. 65)

Wenn Washington jetzt nicht verhandelt, wird „die Friedensoffensive ... ein Propagandamanöver bleiben, ein Unternehmen ‚Gutes Gewissen‘, nach dem die Amerikaner umso berechtigter vietnamesische Dörfer zerstören können, etwa nach der These: Diese Leute wollen nicht verstehen, daß wir Pazifisten

sind ... also ihre Schuld, wenn ...". (s. NOUVEL OBSERVATEUR, 5./11. 1. 66). Und:

„Die aufwendige Orchestrierung der Friedensoffensive, die ihren Namen nicht nennen will, steht also in offensichtlichem Widerspruch zu der Skepsis, mit der sie von ihren Urhebern ins Werk gesetzt wird. Das bestätigt den Eindruck, daß mit ihr nur Sand auf die nächste Stufe der Eskalation gestreut werden soll, damit der Präsident nicht auf ihr ausrutscht.“ (s. DIE WELT, 31. 12. 65)

Wir fordern: Keine weitere Eskalation des Krieges!  
Verhandlungen auf der Basis des Genfer Abkommens!  
Frieden für Vietnam!

Wir rufen Sie auf, sich an der Demonstration zu beteiligen, die diese Forderung erhebt!

Beginn: Samstag, 5. 2., 14.00 Uhr, Steinplatz, Hardenbergstr., Joachimstaler Str., Ku'damm, Steinplatz.

Liberaler Studentenbund Deutschlands — Sozialdemokratischer Hochschulbund — Sozialistischer Deutscher Studentenbund — Humanistische Studentenunion — Argument Club (Landesverbände Berlin)

(Archiv ZI 6: Akte E 0702 FU „Flugblätter 1966“)

## DOKUMENT 475

An den  
US-Stadtkommandanten in Berlin  
Herrn General Franklin  
1000 Berlin 33  
Clayallee

5. Febr. 1966

Schr geehrter Herr Stadtkommandant!

Zu unserem großen Bedauern ist es heute, am 5-2-1966, im Anschluß an einen von uns mit veranstalteten Demonstrationzug zum Vietnam-Krieg zu Ausschreitungen gekommen. Wir verurteilen das unverantwortliche Vorgehen dieser Personengruppe und legen Wert auf die Feststellung, daß wir weder daran beteiligt waren noch alle in unserer Macht stehenden Schritte zur Verhinderung solcher Ausschreitungen unterlassen haben.

An dem Demonstrationzug haben wir teilgenommen, nicht aus antiamerikanischen Motiven, sondern um unserer Sorge und unseren Bedenken über die neuerliche Ausweitung des Vietnam-Krieges Ausdruck zu geben.

Wir würden uns freuen, wenn Sie bereit wären, uns in einem Gespräch mit einem Ihrer zuständigen Herren die Gelegenheit zu geben, unseren Standpunkt darzulegen.

Wir versichern Sie nochmals unseres tiefen Bedauerns und verbleiben

mit vorzüglicher Hochachtung  
gez. Rüdiger Sielaff                      gez. Klaus Kochmann  
Landesvorsitzender                      stellvertr. Landesvorsitzender

(Archiv ZI 6: Akte 12.1 „SHB 1966—68“)

## DOKUMENT 476

### Die Narren von West-Berlin

St. Was sich gestern nachmittag in West-Berlin ereignete, läßt sich weder mit der Freizeitmuskulatur von Studenten erklären, die mit ihren Stipendien nichts anzufangen wissen, noch mit den psychopathischen Unternehmungen gewisser Kabarettisten, die nun einmal im politischen Keller beheimatet sind. Was gestern geschah, war peinlich, schmähhlich.

In West-Berlin, das seine Freiheit vor allem der Risikobereitschaft der USA verdankt, kam es zu Sprechhören wie „Mörder Johnson“. Demonstranten drangen lärmend in das Amerika-Haus in der Hardenbergstraße ein, faule Eier flogen, die US-Fahne vor dem Amerika-Haus wurde auf halbmast gezerrt. Man wählte sich in Moskau, in Djakarta, in Kairo — nur nicht in West-Berlin, im Schatten der Mauer.

Ausgangspunkt der beschämenden Vorgänge war eine Demonstration gegen die amerikanische Vietnam-Politik, zu der stu-

dentische Organisationen aufgerufen hatten. Wir wollen die Herrschaften hier noch einmal bei vollem Namen nennen: den Liberalen Studentenbund Deutschlands (LSD), den Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB), den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS), die Humanistische Studenten-Union (HSU), den Argument-Klub.

Nach den Zwischenfällen vor dem Amerika-Haus distanzieren sich die Studentenorganisationen von allen gewalttätigen Vorgängen, zu denen es in der Tat erst nach der Beendigung der eigentlichen Demonstration gekommen war. Nur leider läßt sich die Tatsache nicht aus der Welt diskutieren, daß die Schreihälse, die Johnson als Mörder diffamierten, aufgeputschte Teilnehmer der vorangegangenen Demonstration waren.

Die studentischen Trautmäntzer unserer Westberliner Hochschulen wurden die Geister nicht los, die sie riefen. Dafür gibt es keine, auch nicht die geringste Entschuldigung. Denn schon bei den letzten linksverliebten studentischen Demonstrationen hätten die Veranstalter, die sich auf ihr politisches Feingefühl so viel zugute halten, längst merken müssen, daß sich in die akademischen Kampfgruppen mehr oder weniger ergraute, mehr oder weniger radikale SED-Agitatoren eingeschmuggelt hatten. Was dem einfachen Mann auf der Straße auffiel, blieb der notorischen Einäugigkeit der Demonstranten offenbar verborgen.

Und noch eines muß hier bedauert werden: Unsere Polizeibeamten griffen nicht ein, als die US-Fahne vor dem Amerika-Haus von Demonstranten auf halbmast gezogen wurde. Minuten vergingen, nichts geschah. Und es gereicht weder der Polizei noch Berlin zur Ehre, daß der Chef des Amerika-Hauses, Ernest Jack Colton, das Sternenbanner eigenhändig wieder an Ort und Stelle bringen mußte. Ohne Zweifel wäre die Anwesenheit des Senators für Sicherheit und Ordnung, Heinrich Albertz, in dieser heiklen Stunde sehr hilfreich gewesen.

Wir werden schnell und intensiv zu überlegen haben, wie wir verhindern können, daß sich einige studentische und kabarettistische Narren unter dem Schutz der amerikanischen Garantie für West-Berlin über eben diese Garantie weiterhin ungehindert lustig machen.

(Berliner Morgenpost, 6. Februar 1966)

## DOKUMENT 477

(Deutsche Übersetzung des Briefes)

„Sehr verehrter Herr General!

7. 2. 1966

Mit großer Bestürzung habe ich erfahren, daß es anlässlich einer Demonstration von politischen Studentengruppen, die die Vietnam-Politik der Vereinigten Staaten ablehnen, am Sonnabend zu Ausschreitungen gekommen ist, die auf das schärfste verurteilt werden müssen. Ich fühle mich nicht nur als Berliner Bürger, sondern vor allem als Rektor der Freien Universität Berlin verpflichtet, Ihnen mein tiefstes Bedauern über das unverantwortliche Vorgehen einiger Studenten zum Ausdruck zu bringen. Selbst wenn man, wie ich es tue, das Recht auf freie Meinungsäußerung uneingeschränkt bejaht und jedem politisch anders Denkenden die Toleranz zubilligt, die man für die eigene Meinung fordert, kann man die Vorkommnisse am Amerika-Haus und insbesondere die Beleidigung, die der Flagge Ihres Landes zugefügt wurde, nur mit äußerster Empörung zur Kenntnis nehmen. Ich darf Ihnen versichern, daß die weitaus überwiegende Zahl der Studenten der Freien Universität Berlin sowie die Mitglieder des Lehrkörpers unserer Universität diesen meinen Standpunkt teilen.

Ich kann nur hoffen, daß das verantwortungslose Verhalten einiger weniger Studenten bei Ihnen und Ihren Landsleuten nicht den Eindruck entstehen läßt, daß wir die zahlreichen Beweise der Freundschaft und Hilfsbereitschaft, die die Stadt Berlin und besonders die Freie Universität in den vergangenen Jahren durch das amerikanische Volk erfahren durften, undankbar vergessen haben. Es ist mir unverständlich, daß diese Studenten nicht einsehen können oder wollen, daß sie es in erster Linie der Anwesenheit der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten in Berlin verdanken, daß sie hier in Freiheit studieren und ihre Meinung jederzeit frei äußern können.



In der Hoffnung, daß die Freundschaft zwischen Amerikanern und Deutschen in Berlin und das Gefühl des „Sich-Aufeinander-Verlassen-Könnens“ in Zukunft noch fester wird, grüße ich Sie

Ihr sehr ergebener  
gez. Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber  
Rektor der Freien Universität Berlin“

(Information der Universitätsverwaltung, Jahrgang 2, Nr. 2, April 1966, S. 14)

## DOKUMENT 478

(Schreiben des amerikanischen Stadtkommandanten)

(Deutsche Übersetzung des Briefes) 9. 2. 1966  
„Sehr geehrter Herr Rektor Lieber:

Ich danke Ihnen für Ihren freundlichen Brief, in dem Sie Ihr Bedauern über die Vorfälle vor dem Amerika-Haus am 5. Februar ausdrücken.

Ich versichere Ihnen, daß ich die Handlungsweise der Demonstranten als in keiner Weise repräsentativ für die Haltung oder die Gefühle der Mehrheit der Berliner Studenten betrachte. Wie Sie wissen, hat die US-Mission am 5. Februar erklärt, daß das Vorgehen einiger Weniger gegenüber den Vereinigten Staaten keine Auswirkung auf die Bande der Freundschaft und des Verständnisses zwischen der Bevölkerung von Berlin und dem amerikanischen Volk haben kann. Ich bin Ihnen für Ihre ermutigende und entgegenkommende Erklärung, die die Stärke unserer Gemeinsamkeit zum Ausdruck bringt, außerordentlich dankbar.

Ich schließe mich Ihnen in der Hoffnung und in dem Glauben an, daß das gegenseitige Vertrauen und die gegenseitige Freundschaft Deutscher und Amerikaner in Berlin weiterbestehen wird und uns bei der Erreichung unserer gemeinsamen Ziele dienlich sein wird.

Hochachtungsvoll  
John F. Franklin, Jr.  
Major General, US Army  
U.S. Commander Berlin“

(Informationen der Universitätsverwaltung, Jahrgang 2, Nr. 2, April 1966, S. 15)

## DOKUMENT 479

### Bericht

über Gespräche zwischen dem AStA der Freien Universität und dem VOV des CSM-Prag vom 12. 2. 1966 bis zum 15. 2. 1966 in Prag.

Teilnehmer der Berliner Delegation:

Peter Damerow (Außenreferent)  
Marianne Henkel  
Wolfgang Lefèvre  
Peter Plath  
vom CSM  
Jan Stich (2. Vors. des VOV)  
Otokar Mahner (Foreign Connection Dept. des VOV)  
Tomas Glatz (Mitglied des Vorstands des VOV)

Die Gespräche fanden statt im VOV-CSM  
Všchrdoва 2, Praha 1 (Tel. 53 31 64 oder 53 11 81)

### 1. Grundsätzliches zu Kontakten zwischen dem AStA der FU und dem VOV des CSM-Prag

Es bestand Einigkeit darüber, daß die politischen Schwierigkeiten bei bilateralen Kontakten leichter behoben werden könnten als im Rahmen von internationalen Seminaren. Über die Prinzipien derartiger bilateraler Kontakte bestand in folgenden Punkten Einigkeit:

1 Die Kontakte haben keinerlei Relevanz für die Frage der staatsrechtlichen Stellung West-Berlins. Beide Seiten sollten sich jeglichen Versuchs, die Kontakte zur Demonstration

eines speziellen Standpunktes in der Berlinfrage enthalten. Keine der beiden Parteien dürfte versuchen, die andere Seite zur Demonstration einer bestimmten Haltung zur Frage der staatsrechtlichen Stellung West-Berlins zu zwingen.

2. Die Kontakte sollten auf unterer Ebene stattfinden und nicht über die Nationalverbände gehen.

3. Bei diesen Kontakten sollte das Prinzip der Ebenengleichheit der jeweiligen studentischen Organisation gewahrt sein. Diese Prinzipien entsprechen dem theoretischen Konzept des VDS für Kontakte mit osteuropäischen Staaten. Allerdings ist es bei früheren Kontakten immer wieder zu Versuchen gekommen, eine bestimmte staatsrechtliche Stellung Berlins zu demonstrieren. Das hat zu einem starken Mißtrauen der östlichen Partner geführt, daß die Prinzipien eingehalten werden. Eine besondere Schwierigkeit bietet das Prinzip der Ebenengleichheit bei Kontakten zwischen deutschen und tschechischen Universitäten. Während auf Fakultätsebene sich die studentischen Selbstverwaltungsgremien in ihrer Struktur entsprechen, gibt es in der Tschechoslowakei keine dem AStA entsprechende übergeordnete Organisation, da die einzelnen Fakultäten in der Tschechoslowakei eine größere Autonomie besitzen als in Deutschland. In der Tschechoslowakei sind die Fakultätsorganisationen des CSM einer bestimmten Stadt zusammengeschlossen (im Falle von Prag ist dieser Zusammenschluß der VOV des CSM-Prag), ohne daß dies einen spezifischen Zusammenschluß auf Universitätsstufe gibt, wenn es — wie im Falle Prag — mehrere Universitäten in einer Stadt gibt. Diese Situation hat zu Schwierigkeiten bei den Kontakten zwischen dem AStA der FU und dem VOV des CSM geführt. Der Vertrag über den Austausch zwischen dem VOV und dem AStA der FU, der am 1. 5. 1965 von Jan Stich und Wolfgang Roth unterzeichnet wurde, wurde von Wolfgang Roth in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Landesverbandes Berlin im VDS unterzeichnet. Damit wurde die Ebenengleichheit eines Landesverbandes im VDS mit dem VOV unterstellt, obwohl die übrigen Kontakte des VOV Kontakte zu einzelnen Universitäten der Bundesrepublik sind (z. B. Göttingen, Hamburg). Da die Vertreter des VOV in dieser Sonderregelung den Versuch sahen, die Mitgliedschaft des AStA der FU im VDS demonstrativ herauszustellen, wurde von ihnen die Vereinbarung nicht eingehalten.

Wir waren uns bei unseren Gesprächen darüber im klaren:

- I. daß die Kontakte zwischen dem AStA der FU und dem VOV gem. den Kontakten mit anderen Universitäten der Bundesrepublik direkt zwischen dem AStA und dem VOV erfolgen sollten;
- II. daß der damalige Vertrag bei den neuen Kontakten keine Rolle mehr spielen sollte,
- III. daß der erste Brief vom VOV an den AStA gesendet werden sollte, damit der AStA der FU nicht genötigt wird, seinerseits demonstrativ die Prinzipien des damaligen Vertrages zu ändern,
- IV. daß aus den gleichen Gründen kein erneuter Vertrag zwischen dem AStA und dem VOV geschlossen wird.

Es wurde ferner vereinbart, daß in einem Seminar in Prag sowohl West-Berliner als auch westdeutsche Delegierte teilnehmen, daß sie, um die politischen Schwierigkeiten zu vermeiden, als Delegation der einzelnen Universitäten auftreten und nicht als Delegation West-Berlin und der Bundesrepublik.

### Anmerkung zum Verhältnis des VOV zum Zentralrat des CSM

Erst in jüngerer Zeit haben die untergeordneten Organisationen des CSM die Möglichkeit zu eigenen internationalen Kontakten erhalten, die unabhängig vom Gesamtverband durchgeführt werden. Wir hatten während unseres Aufenthaltes auch ein Gespräch mit Herrn Martines, dem Vorsitzenden der Internationalen Abt. des Zentralrats des CSM (Tel. 22 10 40). Er begrüßte die Kontakte zwischen dem AStA der FU und dem VOV, soweit sie nach den angeführten Prinzipien durchgeführt werden.

(Peter Damerow)

(Archiv ZI 6; Akte 12.12. FU „AStA-Protokolle 1966—69“)

## DOKUMENT 480

### Willy Brandt an Neuss

Der Regierende Bürgermeister Willy Brandt hat am 15. Februar dem Kabarettisten Wolfgang Neuss folgenden Brief geschrieben:

Sehr geehrter Herr Neuss, der Meinungsstreit der letzten Tage veranlaßt mich zu zwei Feststellungen: Ich mißbillige die Drohungen, denen Sie ausgesetzt wurden, und halte es für selbstverständlich, daß Ihnen wie jedem Mitbürger in vergleichbarer Lage jeder mögliche Schutz gewährt wird. Zum anderen möchte ich mich gerade jetzt zu meinem Respekt vor der Meinung des Andersdenkenden bekennen.

Ihren Konflikt mit der SPD betrachte ich nicht als eine Frage der Meinungsfreiheit. Der Vorstand des Berliner Landesverbandes ist, wie ich mich überzeugen konnte, davon ausgegangen, daß man nicht gleichzeitig einer Partei angehören und die Wahl einer anderen Partei propagieren kann. Das ist selbstverständlich. Dieser Auffassung werden Sie ernsthaft nicht widersprechen können. Sie berührt nicht das Recht auf Kritik. Aber ich frage mich, ob es für den politischen Kabarettisten nicht sogar gemäßer ist, ohne die Bindung an die nun einmal notwendige Ordnung einer Partei zu arbeiten. Wahrscheinlich ist es ihm ohne solche Bindung leichter, die SPD ebenso unter die kritische Lupe zu nehmen wie eine andere Partei — und Brandt ebensowenig zu schonen wie Adenauer oder Erhard oder Strauß.

Es ist Ihr gutes Recht, den Krieg in Vietnam so zu beurteilen, wie Sie es für richtig halten. Hier sind Vorgänge zusammengetroffen, die an sich nichts miteinander zu tun haben. Das ist zu bedauern. Im Kreuzfeuer der Polemik haben Sie allerdings nicht geholfen, zur Klärung beizutragen, sondern Sie haben meiner Meinung nach die Gegensätze unnötig zugespitzt. Die so entstandene Lage kann mich nicht davon abhalten, Ihrer künstlerischen Leistung meine Achtung zu bekunden und Ihnen meine aufrichtigen Grüße zu sagen.

Ihr Willy Brandt

(Der Tagesspiegel, 18. Februar 1966)

## DOKUMENT 481

### Memorandum zur Frage der Zulassung studentischer Vereinigungen

Für die Betätigung studentischer Vereinigungen innerhalb der Freien Universität Berlin, ihre Rechte und ihre Pflichten gelten z. Zt. die §§ 26 und 27 der Universitätsordnung. Daraus ergibt sich, daß für eine solche Betätigung nicht der freie Zusammenschluß von Studenten genügt, sondern ein besonderes Anerkennungsverfahren durchgeführt werden muß. Als Voraussetzung für die Anerkennung gilt, daß die studentische Vereinigung „einen förderungswürdigen Beitrag zur Erfüllung der der Universität gestellten Erziehungsaufgaben“ leistet.

Diese Bestimmungen bedeuten, daß jede studentische Vereinigung, die sich an der Freien Universität betätigen will, einer präventiven Überprüfung ihrer Förderungswürdigkeit unterliegt sowie — zumindest theoretisch — einer laufenden Kontrolle ihrer Tätigkeit, da der Widerruf der Zulassung einer studentischen Vereinigung gem. § 27, Ziff. 5 ausdrücklich vorgesehen ist. Beides, präventive Überprüfung wie auch laufende Kontrolle, setzt voraus, daß die Begriffe „Erziehungsaufgaben der Universität“ und „förderungswürdiger Beitrag“ eindeutig durch Merkmalsbestimmung definiert werden. Gerade in bezug auf die Konsequenzen der Bestimmungen der §§ 26 und 27 der Universitätsordnung ergeben sich jedoch immer wieder Schwierigkeiten, die das bisher verbindliche Anerkennungsverfahren für die studentischen Vereinigungen praktisch und rechtlich als undurchführbar erscheinen lassen, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Die Begriffe „Erziehungsaufgabe der Universität“ und „förderungswürdiger Beitrag“ erweisen sich als zu unbestimmt, um an ihnen die konkrete Arbeit studentischer Vereinigungen messen und würdigen zu können, deren

Ziel und Zweck eingeständenermaßen über die Bestimmungen des § 3 der Universitätsatzung hinausreichen, der die Aufgabe der Universität auf den Dienst an der wissenschaftlichen Forschung und Lehre in Unabhängigkeit und Freiheit und auf die Vorbereitung der studentischen Jugend auf Berufe festlegt, die eine wissenschaftliche Bildung erfordern. Da die Universität, die über diese ihre Aufgabenbestimmung hinausweisende Ziele studentischer Vereinigungen grundsätzlich bejaht und würdigt, jedoch eine dem entsprechende, inhaltlich eindeutige Definition ihrer „Erziehungsaufgaben“ nicht ohne rechtlich verbindliche Ausweitung der ihr satzungsmäßig übertragenen Aufgaben möglich ist, ergibt sich in jedem konkreten Falle des Antrages einer studentischen Vereinigung auf Anerkennung der Förderungswürdigkeit sowohl für den Antragsteller als auch für die akademischen Entscheidungsgremien immer wieder der Zustand einer Rechtsunsicherheit, der auf die Dauer nicht ohne verwaltungsrechtliche Konsequenzen bleiben kann.

2. Die durch das z. Zt. geltende Anerkennungsverfahren geforderte präventive Überprüfung der Förderungswürdigkeit des Beitrages einer studentischen Vereinigung zur Erziehungsaufgabe der Universität ist praktisch nicht durchführbar, da sich die Überprüfung nur an der Aufgabenstellung und Zielsetzung der studentischen Vereinigung anhand ihrer Satzung orientieren kann, die als förderungswürdig anerkannt werden soll.

3. Dasselbe gilt in einem noch gesteigerten Maße für das Problem einer laufenden Kontrolle der konkreten Arbeit „zugelassener“ studentischer Vereinigungen. Abgesehen von den praktischen Schwierigkeiten, die einem solchen Kontrollverfahren entgegenstehen, müßte es eine inhaltliche Beeinflussung der Arbeit studentischer Vereinigungen zur Folge haben, die zu einer Art Reglementierung führen könnte, was Geist und Aufgabe einer Universität widerspricht.

Um diesen Schwierigkeiten zu entgehen, ist bisher in der Regel so verfahren worden, daß die vor dem Inkrafttreten der Universitätsordnung geltenden Zulassungsbedingungen für einzelne Studenten weiterhin angewendet wurden. Sie schlossen eine Zulassung zum Studium an der Freien Universität aus, wenn ein Student einer Vereinigung angehört, die

- a) gegen die Völkerverständigung wirkt
- b) totalitäre Ziele erstrebt und billigt
- c) Methoden anwendet, empfiehlt oder billigt, die der freiheitlichen Demokratie widersprechen
- d) den Antisemitismus betreibt, fördert oder billigt
- e) neofaschistische Tendenzen verfolgt
- f) das Ansehen der Universität schädigt
- g) das Prinzip der Satisfaktion mit der Waffe vertritt oder Mensuren schlägt
- h) auf Grund akademischer Zugehörigkeit eine Höherwertigkeit der Ehre in Anspruch nimmt.“

Zweifellos war mit diesen Bestimmungen klargestellt, welche studentischen Vereinigungen seitens der Freien Universität als nicht zulassungswürdig angesehen werden. Ob es freilich rechtlich zulässig ist, einzeln aufgeführte Versagungsgründe einer Zulassung als Ersatz für die von den §§ 26 und 27 der Universitätsordnung bestimmten positiven Zulassungsvoraussetzungen fungieren zu lassen, ist zumindest fragwürdig. Für die Praktikabilität dieses geübten Verfahrens gilt dabei das oben unter 1—3 Gesagte. Eine Kontrolle der Arbeit der zugelassenen Vereinigungen wurde praktisch nicht durchgeführt.

Schließlich ist unabhängig von der Frage der Praktikabilität und Rechtmäßigkeit des bisher geübten Zulassungsverfahrens darauf hinzuweisen, daß es mit der Entwicklung des allgemeinen Vereinsrechtes nicht mehr in Einklang steht:

1. Unter dem Besatzungsstatut war die Vereinsbildung an eine entsprechende Lizenz der Besatzungsbehörde oder einer von dieser damit betrauten Stelle gebunden. Vereine jeder Art, gleichgültig ob rechtsfähig oder nichtrechtsfähig, mußten „zugelassen“ werden. Mit dem Inkrafttreten des Berliner Gesetzes über die Vereins- und Versammlungsfreiheit vom 29. 9. 1950 trat an die Stelle des Zulassungsverfahrens das bloße „Anmeldeverfahren“ (§ 3). In § 1 Abs. 1 war die

Vereinsfreiheit ausdrücklich als Regel anerkannt, jedoch entsprechend Art. 9 Abs. 2 GG in doppelter Weise eingeschränkt: Verboten waren Vereinigungen, deren Zweck und deren Tätigkeit den Gesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten. Ferner durfte sich auf das Grundrecht der Vereinsfreiheit nicht berufen, wer mißbräuchlich die freiheitliche demokratische Grundordnung angreift oder gefährdet, insbesondere wer nationalsozialistische oder andere totalitäre oder militaristische Ziele verfolgt.

Diese vereinsrechtlichen Bestimmungen des Berliner Gesetzes von 1950 sind mit Inkrafttreten des Bundesgesetzes zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts vom 5. August 1964, das nach seinem § 33 auch im Lande Berlin gilt, außer Kraft getreten. Nunmehr besteht volle Vereinsfreiheit, ohne daß es einer behördlichen Zulassung oder auch bloß einer Anmeldung bei einer Behörde bedarf. Eine „Anmeldung“ ist nur für diejenigen Vereine vorgesehen, welche die Rechtsfähigkeit nach den Vorschriften des BGB erlangen wollen, nicht dagegen für alle diejenigen Vereinigungen, welche als nichtrechtsfähige Vereine organisiert sind und sein dürfen. Nach § 1 Abs. 2 des Vereinsgesetzes kann zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nur nach Maßgabe dieses Gesetzes eingeschränkt werden, wenn Vereinigungen die Vereinsfreiheit mißbrauchen. Ein Verein darf erst dann „verboten“ im Sinne von Art. 9 Abs. 2 GG behandelt werden, „wenn durch Verfügung der Verbotsbehörde festgestellt ist, daß seine Zwecke oder auch seine Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder daß er sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung richtet (§ 3 Abs. 1 Vereinsgesetz). Es besteht somit heute nur noch die sogenannte Mißbrauchsaufsicht, ohne daß die Vereinigung bereits bei ihrer Bildung oder vor ihrer Tätigkeit einer behördlichen Kontrolle unterzogen werden darf. Da das Grundrecht der Vereinsfreiheit nur Deutschen im Sinne des Grundgesetzes zuerkannt ist, bestehen Sondervorschriften für Vereine, deren Mitglieder oder Leiter sämtlich oder überwiegend Ausländer sind. Abgesehen davon kann die politische Tätigkeit von Ausländern auch in der Form von Vereinigungen gem. § 6 Abs. 2 und 3 des Ausländergesetzes von 1965, das nach seinem § 53 ebenfalls im Land Berlin gilt, unter bestimmten Voraussetzungen erheblich eingeschränkt und untersagt werden. Somit besteht selbst Ausländervereinigungen gegenüber keine Präventivkontrolle, sondern nur die Möglichkeit nachträglichen Eingreifens, wenn die dafür vorgesehenen gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind.

2. Nachdem das öffentliche Vereinsrecht in der geschilderten Weise derart weitgehend liberalisiert worden ist, daß — abgesehen von Vereinen, welche die Rechtsfähigkeit erstreben — die Bildung von Vereinigungen keinerlei präventiven Maßnahmen unterworfen ist und auch die Anordnung oder Durchführung repressiver Maßnahmen nur unter gesetzlich bestimmten Voraussetzungen und in einem gesetzlich geordneten Verfahren zulässig ist, erscheint das in §§ 26 und 27 der Universitätsordnung vorgesehene Zulassungsverfahren mit dem heutigen allgemeinen Rechtszustand vor allem deswegen nicht mehr vereinbar, weil die Präventivkontrolle faktisch, wie bereits ausgeführt, sich nicht auf die Prüfung der positiven Voraussetzungen eines „förderungswürdigen Beitrages“ beschränkt, sondern darüber hinaus auch Umstände berücksichtigt, die nach öffentlichem Vereinsrecht noch nicht einmal das Verbot einer Vereinigung rechtfertigen.

Unter diesen Umständen dürfte es der derzeitigen Lage entsprechen, das Zulassungsverfahren für studentische Vereinigungen gem. §§ 26 und 27 der Universitätsordnung ersatzlos wegfällen zu lassen und ihre Bildung und Tätigkeit allein dem allgemeinen Vereinsrecht zu unterstellen. Ein solches Vorgehen dürfte auch den Bestrebungen der Studentenschaft entgegenkommen, in der Gestaltung ihrer eigenen Belange, insbesondere des studentischen Gemeinschaftslebens, von der Universität und ihrer Verwaltung völlig unbeeinflusst zu bleiben und sich keiner Kontrolle zu unterstellen. Andererseits wird die Universität aus der Schwierigkeit befreit, Verantwortung für

die Arbeit studentischer Gruppen tragen zu müssen, auf die sie keinen Einfluß hat und nehmen will. Die Universität wird dadurch jedoch keinesfalls gehindert, solchen studentischen Vereinigungen, deren Mitglieder (ausnahmslos) Studenten der Freien Universität sind, jede Förderung angeheißen zu lassen, die im Rahmen ihrer Möglichkeiten liegt und nach sachlichen Gesichtspunkten differenziert werden kann.

7. 1. 1966

(Akademischer Senat der FUB; Sitzungsprotokolle 1966)

## DOKUMENT 482

### Entwurf Richtlinien

1. Das Auditorium maximum steht nur für Festakte und wissenschaftliche Veranstaltungen der Universität, des Senats von Berlin, der Förderergesellschaft von wissenschaftlichen Vereinigungen und für Konzertveranstaltungen zur Verfügung.
2. Die Hörsäle und die sonstigen Räume der Universität stehen ausschließlich für wissenschaftliche Veranstaltungen zur Verfügung, soweit sie nicht dauernd bestimmten Zwecken gewidmet sind.
3. Für musische Veranstaltungen steht ausschließlich der Hörsaal A zur Verfügung.
4. Studentische Vereinigungen haben für Veranstaltungen, die nicht unter 2. und 3. fallen, die Möglichkeit, neben dem Klubhaus und dem Care-House die Räume der Mensen ab 18 Uhr zu benutzen. Die Vergabe erfolgt durch den AStA.
5. Für die politische Bildungsarbeit der Universität stehen vornehmlich die Räume des Otto Suhr-Instituts zur Verfügung.
6. Der Antrag auf Überlassung von Räumen muß unter Angabe des Veranstalters und des Referenten sowie des Themas 14 Tage vor Beginn der Veranstaltung bei der für die Vergabe zuständigen Stelle gestellt werden.
7. Die Verpflichtungen, die sich für den Veranstalter aus den „Bedingungen für die Benutzung der Hörsäle im Henry-Ford-Bau“ ergeben, bleiben unberührt. Diese Bedingungen gelten sinngemäß auch bei der Vergabe anderer Räume der Universität.
8. Der Konvent erhält — wie bisher — einmal wöchentlich von 18—23 Uhr an einem von ihm zu bestimmenden Wochentag den Hörsaal B für seine Sitzungen.

(Akademischer Senat der FUB; Sitzungsprotokolle 1966)

## DOKUMENT 483

### Freie Universität Berlin

Studentenvertretung

Berlin 33, den 16. 2. 1966

Allgemeiner Studentenausschuß

Garystr. 20

Der Allgemeine Studentenausschuß der Freien Universität Berlin erklärt hiermit seinen Rücktritt. Er sieht sich zu diesem Schritt gezwungen, nachdem es ihm auf Grund der heute beschlossenen Richtlinien des Akademischen Senats nicht mehr möglich ist, die Verpflichtung zu erfüllen, die der Studentenschaft und damit der Studentenvertretung in der Präambel der Satzung der Studentenschaft aufgegeben ist:

„Sie verpflichtet sich, das ihre dazu beizutragen, daß die Arbeit dieser Gemeinschaft in Forschung und Lehre fruchtbar werde und ihren Mitgliedern die Möglichkeit freier, umfassender Bildung erhalten bleibe.“

Die Möglichkeit zu freier, umfassender Bildung ist nicht mehr gegeben, wenn Veranstaltungen, die der politischen Bildung dienen, aus den Räumen der Universität verwiesen werden. Von ihrer Gründung an ist die politische Bildung eine der wichtigsten Aufgaben der Freien Universität und ihrer Stu-

denenvertretung. Der heutige Beschluß des Akademischen Senats stellt daher einen eklatanten Bruch mit der Tradition der Freien Universität dar.

Der Allgemeine Studentenausschuß der Freien Universität ist der Ansicht, daß, solange die erlassenen Richtlinien gelten, das Berliner Modell der Gemeinschaft Lehrender und Lernender außer Kraft getreten ist.

Mit unserem Rücktritt protestieren wir energisch:

1. gegen den Inhalt der erlassenen Richtlinien, die
  - a) der Studentenvertretung ihre satzungsmäßigen Rechte nehmen wollen, als eigenverantwortliches Organ der Freien Universität Veranstaltungen in den Räumen der Universität abzuhalten,
  - b) den zugelassenen studentischen Vereinigungen das Recht nehmen sollen, ebenfalls in Universitätsräumen Veranstaltungen abzuhalten,
2. gegen das Verfahren, in dem diese Richtlinien beschlossen wurden. Dieses Verfahren widerspricht in seiner autoritativen Festlegung ohne nennenswerte Diskussion mit den studentischen Partnern dem Prinzip der Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden.

gez. Niels Kadritzke

Gert Börnsen

Peter Damerow

Peter Dehn

Christian Fenner

Volker Roeser

Ulrich Ströhle

(Archiv ZI 6: Akte 12.12 FU „18. Konvent, Protokolle 1966“)

## DOKUMENT 484

### Pressemitteilung des AstA

Die Studentenvertretung der Freien Universität Berlin hält den heutigen Beschluß des Akademischen Senats für rechtswidrig und wird deshalb umgehend eine Rechtsaufsichtsbeschwerde beim Senator für Wissenschaft und Kunst einleiten: Rechtswidrig ist der Beschluß vor allem aus folgenden Gründen:

1. Die Satzung der Freien Universität Berlin, die Satzung der Studentenschaft und die Universitätsordnung sind für alle Organe der Freien Universität bindend. Es ist deshalb unzulässig, daß ein Organ, der Senat, sich anschießt, über die Rechte der anderen Organe zu beschließen und eine faktische Änderung der Universitätsordnung zu erlassen. Der Akademische Senat hat hierzu keine Kompetenz. Der Beschluß ist somit rechtswidrig.

2. § 26, Abs. 2, Satz 3 Universitätsordnung lautet:

„Die Räume der Universität werden ihnen“ (den studentischen Gruppen) „für ihre Veranstaltungen unentgeltlich zur Verfügung gestellt, soweit dies der Unterrichtsbetrieb zuläßt.“ Aus der Formulierung ist zu entnehmen, daß hiermit grundsätzlich alle für Veranstaltungen geeignete Räume gemeint sind und lediglich dann verweigert werden können, wenn eine Beeinträchtigung des Unterrichtsbetriebes zu befürchten ist. Keinesfalls verweist diese Rechtsnorm auf jene Räume, in denen kein Unterrichtsbetrieb stattfindet, wie Klubhaus, Care-Haus und Mensen. Der Akademische Senat hat kein Recht, einen Beschluß zu fassen, der dieser Rechtsnorm entgegen gesetzt ist. Der Beschluß ist deshalb rechtswidrig.

3. § 22 Universitätsordnung lautet: „Für die Tätigkeit der studentischen Selbstverwaltung stellt die Universität die notwendigen Räume und im Rahmen ihres Haushaltsplanes die erforderlichen Mittel bereit.“ Der Beschluß des Akademischen Senats verstößt auch gegen diese Norm. Er ist mithin rechtswidrig.

4. Der Beschluß des Akademischen Senats will die politischen Veranstaltungen aus der Universität verbannen. Damit setzt sich der Akademische Senat in Widerspruch zu der an der Freien Universität bisher geübten Praxis. Wir fragen: wofür ist der Senatsbeauftragte für politische Bildungsarbeit (Professor Sontheimer) eingesetzt? Welche Intentionen bestimmten die Gründung der Universität 1948, die Gründung des Otto-Suhr-Instituts? Weshalb hat die akademische Seite nie gegen die Wahl eines AstA-Referenten für gesamtdeutsche Fragen und politische Bildung protestiert? Doch wohl aus der Einsicht:

„Es geht um die politische Urteilsbildung! Und wie ist politische Urteilsbildung zu bewerkstelligen in der Universität? Die politischen Fragen müssen hingenommen werden, und zwar nicht nur die großen, sondern auch die kleinen. Sie müssen in die Universität hineingenommen werden...“ (Professor Lieber, 1960, Podiumsdiskussion über „Mut zur Politik“)

5. Im Punkt 4 wird vom Akademischen Senat über Räumlichkeiten verfügt, deren Hausrecht ohnehin dem AstA zusteht.

Nach alledem können wir nicht umhin festzustellen, daß der Beschluß gegen den Sinn der Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden, gegen den freiheitlich-demokratischen Erziehungsauftrag der Universität und gegen die in der Universität geltenden Rechtsnormen verstößt und somit rechtswidrig ist.

(Archiv ZI 6: Akte 12.12 FU „18. Konvent, Protokolle 1966“)

## DOKUMENT 485

### Stellungnahme der Studentenverbände

Die unterzeichneten Studentenverbände sind zutiefst betroffen über die Maßnahmen des Akademischen Senats, die die Freiheit in der politischen Bildungs- und Informationsarbeit der studentischen Selbstverwaltung wie auch der Studentenverbände unterdrücken. Die Ausweichmöglichkeiten, die der Senatsbeschluß nennt, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß sowohl die praktische Durchführung der politischen Bildungsarbeit unmöglich gemacht ist, als auch — und das ist das Bestürzendste — ein eindeutiger Satzungsbruch vorliegt. Denn die §§ 22,2 und 26,2 der Universitätsordnung legen der Universität die Verpflichtung auf, der studentischen Selbstverwaltung und den zugelassenen studentischen Vereinigungen die für ihre Arbeit erforderlichen Räume zur Verfügung zu stellen, ohne daß der Inhalt dieser Tätigkeit zensiert werden darf.

Nach § 23 der Satzung der Freien Universität kann der Senat diese Bestimmungen nur nach Beratung mit der Studentenschaft und im Einvernehmen mit dem Senator für Wissenschaft und Kunst außer Kraft setzen. Der vorliegende Senatsbeschluß läßt deswegen schon formal ja das Bemühen vermissen, die Satzung und die Ordnungen der FU noch als verbindlich anzusehen, zumal der Beschluß zu einem Zeitpunkt gefaßt wurde, zu dem die Studentenschaft in den Ferien ist und der Konvent nicht zusammentreten kann. Die Satzung der FU wurde geschaffen, um diese gegen die Verletzung der Grundrechte der Studentenschaft zu schützen. Es ist daher unverständlich, daß gerade der Freiheitsbereich, aus dessen Verletzung sich die Gründung der FU herleitete, nun von Lehrern der Freien Universität so eingeschränkt wird, daß diese Freiheit im Bereich der Universität nicht mehr wahrgenommen werden kann.

Der Akademische Senat hat unter dem Vorwand, der Universität unzumutbare Spannungssituationen zu ersparen, die bisher größte Vertrauenskrise zwischen Studenten und akademischen Lehrern heraufbeschworen. Die faktische Verbannung der politischen Bildungsarbeit der Studentenvertretung und der studentischen Vereinigungen aus der Universität zwingt diese dazu, entweder in die politische Lethargie einer „inneren Emigration“ zu verfallen oder politische Diskussionen auf der Straße auszutragen.

Die durch den Beschluß des Akademischen Senats entstandene Situation erscheint im höchsten Maße einer Universität im freien Teil Berlins unwürdig.

Ring Christlich Demokratischer Studenten, Sozialistischer Deutscher Studentenbund, Liberaler Studentenbund, Freunde der Publizistik e. V., Sozialdemokratischer Hochschulbund, Deutsch-Israelische Studiengruppe, Evangelische Studentengemeinde, Katholische Studentengemeinschaft, Argument-Club, Humanistische Studenten-Union, Europäisch-Föderalistischer Studentenverband, Internationaler Studentenbund, Filmstudio an der FU, Gewerkschaftliche Studentengemeinschaft, Collegium Politicum

(Archiv ZI 6: Akte 12.12 FU „18. Konvent, Protokolle 1966“)

## DOKUMENT 486

Freie Universität Berlin  
**Der Beauftragte des Rektors  
für politische Bildungsarbeit**  
Professor Dr. Kurt Sontheimer

Sr. Magnifizenz  
dem Rektor der Freien Universität Berlin  
Herrn Professor Dr. Hans-Joachim Lieber  
1 Berlin 33  
Ihnestr. 24

Ew. Magnifizenz,  
die gestern vom Senat gefaßten Beschlüsse hinsichtlich der Vergabe von Räumen berühren mich in meiner Eigenschaft als Senatsbeauftragter für die Politische Bildungsarbeit unmittelbar. Ich darf Sie darum bitten, beiliegende Erklärung dem Senat zur Kenntnis zu bringen und Sie gleichzeitig ersuchen, diese Erklärung im Rahmen Ihrer für heute nachmittag anberaumten Pressekonferenz bekanntzumachen.

Ew. Magnifizenz ergebener  
(Prof. Dr. Kurt Sontheimer)

1 Anlage

Der Senatsbeauftragte für die politische Bildungsarbeit  
Professor Dr. Kurt Sontheimer  
Berlin 33, d. 17. 2. 1966

### Erklärung

Mit den gestern beschlossenen Richtlinien für die Vergabe von Räumen an der Freien Universität hat der Akademische Senat den politischen Bildungsauftrag der Freien Universität verneint. Er stellt sich damit nicht nur in Gegensatz zu seinen eigenen früheren Entscheidungen und zu den Prinzipien, die den Aufbau der Freien Universität seit ihrer Gründung bestimmt haben, sondern verwirft damit faktisch einen demokratischen Erziehungsauftrag, der von allen politischen Institutionen der Bundesrepublik auch für die Universität als unverzichtbar angesehen wird.

Der Akademische Senat hat im Jahre 1961 eigens einen Beauftragten für die politische Bildungsarbeit an der Freien Universität eingesetzt. Seine Aufgabe sollte es sein, die politische Bildungsarbeit an der Freien Universität zu fördern, die eigenverantwortliche politische Bildungsarbeit der Hochschulgruppen und der Studentenvertretung zu unterstützen und die Instanzen der Freien Universität entsprechend zu beraten.

Der Senat hat seinen Beauftragten bei der Erörterung der gestern beschlossenen Maßnahmen nicht gehört. Der Beschluß entzieht dem Senatsbeauftragten die wesentlichen Grundlagen seiner ihm von Rektor und Senat aufgetragenen Arbeit. Angesichts der jetzt geschaffenen Lage sehe ich als Senatsbeauftragter es für meine Verpflichtung an, alles zu tun, um sicherzustellen, daß die Freie Universität ihrem politischen Bildungsauftrag gerecht werden kann. Nach meiner Auffassung kann der vom Senat gefaßte Beschluß im Interesse der politischen Bildungsarbeit in dieser Form nicht aufrechterhalten bleiben.

Sollten jedoch weder Erwägungen politischer Vernunft noch die angekündigte Rechtsaufsichtsbeschwerde zur Revision des Beschlusses führen, werde ich mein Amt zur Verfügung stellen.

gez. Prof. Dr. Kurt Sontheimer

(Hochschularchiv FUB: Akte 2/2098/2 „Politisches Mandat, insbesondere der Studentenvertretung der FUB“, Nr. 106)

## DOKUMENT 487

**Der Rektor  
der Freien Universität Berlin**  
1 Berlin 33  
Ihnestraße 24

Berlin-Dahlem,  
den 17. Februar 1966  
Ruf: 76 90 — (95) 42 01/02

An den  
amtierenden 1. AStA-Vorsitzenden  
Herrn Niels Kadritzke  
1 Berlin 33  
Garystr. 22

Sehr geehrter Herr Kadritzke,  
die Rücktrittserklärung des Allgemeinen Studentenausschusses vom 16. Februar 1966 sowie Ihre Presseerklärung vom gleichen Tage liegen mir vor. Ich kann nicht umhin, Ihnen mein äußerstes Befremden über diesen Schritt des AStA und die der Presse gegenüber erhobenen Behauptungen über die angebliche Rechtswidrigkeit des Senatsbeschlusses zum Ausdruck zu bringen.

Der AStA begründet seinen Rücktritt damit, daß die am 16. Februar 1966 vom Senat beschlossenen Richtlinien über die Vergabe und Nutzung von Räumen der Universität ihn hindern, seinen satzungsmäßigen Aufgaben und Pflichten nachzukommen. Da Ihnen zur Zeit Ihres Beschlusses diese Richtlinien sowie meine Erläuterungen zu diesen noch nicht vorliegen konnten, kann ich in Ihrer Reaktion nur den Versuch erblicken, in spektakulärer Form Meinungsverschiedenheiten aus dem Bereich der Universität hinauszutragen, wobei nicht einmal der Versuch unternommen wird, die Sachlage richtig darzustellen.

Es kann keine Rede davon sein, daß der Studentenvertretung ihre satzungsmäßigen Rechte genommen werden sollen, Veranstaltungen in den Räumen der Universität durchzuführen. Wie die neuen Richtlinien eindeutig festlegen, stehen für wissenschaftliche Veranstaltungen dem AStA ebenso wie den studentischen Gruppen nach wie vor Hörsäle zur Verfügung. Darüber hinaus kann der AStA als Exekutive eines Universitätsorgans wissenschaftliche Veranstaltungen und Festakte wie bisher im Auditorium maximum durchführen. Die von Ihnen aufgestellte Behauptung ist also sachlich unrichtig und soll offenbar dem Zwecke dienen, Maßnahmen von Rektor und Senat in der Öffentlichkeit zu diskreditieren.

Ebenso falsch ist die Behauptung, den studentischen Vereinigungen soll das Recht genommen werden, in Universitätsräumen Veranstaltungen durchzuführen. Für wissenschaftliche Veranstaltungen können diesen Vereinigungen Hörsäle zur Verfügung gestellt werden. Für Veranstaltungen nichtwissenschaftlicher Art werden die Gruppen entweder auf die Räumlichkeiten, über die der AStA bisher schon das Verfügungsrecht hatte, verwiesen, oder es wird ihnen als neue zusätzliche Möglichkeit geboten, hierfür Räume der beiden Mensen zu benutzen. Da nach Absicht des Akademischen Senats die Vergabe der Mensaräume ab 18 Uhr in Zukunft der studentischen Selbstverwaltung übertragen werden soll — ein Recht, das ihr bisher keineswegs zustand —, sehe ich im Gegenteil zu Ihrer Behauptung hierin nicht eine Beschneidung Ihrer Rechte, sondern im Gegenteil eine Stärkung Ihrer Selbstverantwortlichkeit. Vollkommen unverständlich ist mir die Behauptung, daß die Ausführung der neuen Richtlinien die Beteiligung der Studentenvertretung und der studentischen Gruppen an der politischen Bildungsarbeit unmöglich macht. Wie bereits mehrfach betont, stehen für wissenschaftliche Veranstaltungen, die diesem Ziele dienen, unverändert Hörsäle zur Verfügung. Wenn Sie hierin eine Einschränkung sehen, die die politische Bildungsarbeit des AStA und der studentischen Vereinigungen unmöglich macht, muß daraus geschlossen werden, daß Sie in erster Linie an nichtwissenschaftlichen politischen Veranstaltungen interessiert sind. Da aber nicht einmal Veranstaltungen dieser Art aus den Räumen der Universität verwiesen werden, sondern sie lediglich in bestimmten Universitätsräumen, die nicht dem normalen Unterricht und Lehrbetrieb dienen, verlegt werden, ist auch diese Behauptung sachlich falsch und lediglich geeignet, Verwirrung zu stiften.

Die Punkte 1—5, die Sie als Beleg für die Rechtswidrigkeit des Senatsbeschlusses vom 16. Februar 1966 anführen, sind —

meines Erachtens — nicht stichhaltig. Da Sie beabsichtigen, eine Rechtsaufsichtsbeschwerde bei dem Senator für Wissenschaft und Kunst zu erheben, muß ich es mir versagen, zu diesem Zeitpunkt im einzelnen auf die Haltlosigkeit Ihrer Behauptungen einzugehen. Dieses wird zu gegebener Zeit in geeigneter Form geschehen.

Ich muß Ihnen zum Abschluß mein tiefes Bedauern über die durch die Aktion des AStA eingetretene Situation zum Ausdruck bringen. Es ist hierdurch nicht nur dem Ansehen der Freien Universität und der Idee der Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden, an der meine Kollegen und ich nach wie vor festhalten — schwerer Schaden zugefügt, sondern auch das Berliner Modell in Frage gestellt worden.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
gez. Lieber

(Registrierung I der FUB: Rektorat Nr. 6/6308 „Vergabe von Räumen“)

## DOKUMENT 488

### Studenten ohne Politik?

E. W. — Die Studenten der Freien Universität sind politisch engagiert. Sie haben es durch ihre Teilnahme an politischen Vorträgen und Diskussionen bewiesen. Und das ist gut so, denn die Freie Universität ist von Studenten und aus politischen Gründen entstanden und überhaupt: Wer wünscht nicht eine politisch interessierte kommende Generation? Es darf auch als Vorrecht der Jugend anerkannt werden, daß sie über so manche Ziele hinausschießt. Von akademischer Jugend aber muß man erwarten, daß sie das Maß der Vernunft begreift, daß sie sich nicht emotional verführen läßt. Die jüngsten Ereignisse haben vielfältig Sorgen gemacht. Es ist nichts dagegen zu sagen, wenn Studenten über die amerikanische Vietnam-Politik diskutieren, auch nicht etwas dagegen, wenn sie zu einem Protestmarsch auffordern. Wohl aber ist zu erwarten, daß dies nicht in einer Weise geschieht, die die unliebsamsten Weiterungen erwarten läßt. Die Studenten der Freien Universität haben die Geduld der Öffentlichkeit und ihrer Professoren aufs äußerste strapaziert. Es handelt sich natürlich nicht um „die Studenten“, sondern um virulente kleine Gruppen, unter deren von der Mehrheit leider nicht gebremster Aktivität nun die Gesamtheit der Freien Universität zu leiden beginnt. Andererseits: die Reaktion der Professoren auf jene provokante Haltung einer Minderheit der Studenten kann nicht als der akademischen Weisheit letzter Schluß angesehen werden. Wir hatten des Rektors Entschluß begrüßt, dann politische Veranstaltungen zu verbieten, wenn sie Anlaß zu der Besorgnis gäben, daß Polizeischutz in die akademischen Räume gerufen werden müßte. Wir können nicht meinen, daß das nunmehr ausgesprochene und kaum noch modifizierte Verbot jeglicher politischer Betätigung der Studentenschaft innerhalb der Universität von Mut und Verantwortungsbewußtsein zeugt. Freiheit ist immer schwierig, Diktate sind immer einfach. Dem AStA als der legitimen Vertretung der Studentenschaft sollten sie nicht auferlegt werden. Schon gar nicht geht es an, daß der Rektor sich nun von einer Verantwortung distanzieren will, die die Studenten möglicherweise tragen wollen, aber gar nicht können. In den Mensen kämen sie für alles auf, was sie im Hörsaal nicht dürfen. Die Absurdität dieses Satzes zeigt, wie billig sich der Akademische Senat aus dem Dilemma, in dem er gewiß steckt, herausretten wollte. Die Folge waren Rücktrittsdrohungen von Professor Sontheimer und ein Rücktritt des AStA. Ob es sinnvoll ist, mit Rücktritten zu argumentieren, sei dahingestellt. Die Krise jedenfalls ist auf dem Höhepunkt. Sie zu beheben, bedürfte es einer Besinnung aller auf den eigentlichen Auftrag der Universität: der Wissenschaft und der wissenschaftlichen Bildung zu dienen.

(Der Tagesspiegel, 18. Februar 1966)

## DOKUMENT 489

### Politik als Dilemma einer Universität

#### Professoren der FU zu den Beschlüssen ihres Senats

Was 1948 im kerzenbeschnittenen Titania-Palast noch Studenten und Professoren zu Stürmen der Begeisterung und ungeteiltem Engagement für ihre neu gegründete Freie Universität hinriß, droht heute — von Krise zu Krise mehr strapaziert — zwischen den Fronten der disputierenden Professoren und Studenten zerrieben zu werden: das Berliner Modell. Dieses Modell studentischer und professoraler Gemeinsamkeit hat der Freien Universität, einem der wagemutigsten Unterfangen während der Blockade in Berlin, den Ruf der Fortschrittlichkeit eingebracht. Professoren und Studenten waren gemeinsam für „ihre“ Universität verantwortlich, die sie gemeinsam gegründet hatten, über deren weiteren Aufbau sie gemeinsam entschieden, und deren mühevoller Beginn beide Gruppen vergessen ließ, daß prinzipielle Meinungsverschiedenheiten — und auch Vorurteile — zwischen studentischer Generation und akademischer Lehrerschaft möglich sind.

### Mit der Krise leben

Solche Meinungsverschiedenheiten sind aufgetreten und schon seit Semestern Thema Nummer eins in dieser Universität. Die Angehörigen der FU mußten sich seit etwa einem Jahr daran gewöhnen, „mit der Krise zu leben“. Professoren und Studentenschaft sind in zwei Lager gespalten, wobei die Grenzen zwischen den beiden gegensätzlichen Ansichten nicht zwischen diesen Gruppen liegen, sondern jeweils quer durch sie hindurchgehen: Seit der Kuby-Affäre geht es in jeder Diskussion um politische Meinungsbildung und Meinungsfreiheit an dieser Universität, geht es um das umstrittene „politische Mandat“ der Studentenschaft einerseits und um die „Entpolitisierung der Freien Universität“, um die Forderung nach „reiner Wissenschaftlichkeit“ andererseits.

Die Freie Universität wird offenbar nicht mit der Tatsache fertig, daß sie zu einem Podium für extreme Meinungen, zu einem Podium für studentische Opposition geworden ist. Diese studentische Opposition will sich nicht auf Kritik hochschulpolitischer Entscheidungen beschränken, sondern versucht, die Verhältnisse an der Universität zu verändern und gleichzeitig Einfluß auf die gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse zu nehmen. Die soziologisch interessante Beobachtung, daß Studenten in der Universität Ersatz für eine in der Bundesrepublik fehlende profilierte Opposition suchen“, wird von akademischen Lehrern aller politischen Richtungen bestätigt. Recht auf politische Betätigung der Studenten: das ist die Forderung, die zahlreiche politische Hochschulgruppen — vor allem den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) und den Argument-Klub — mit einigen Professoren, unter ihnen von Friedeburg, Flechtheim, Gollwitzer, Weischedel, um nur einige Namen zu nennen, sowie einer Reihe von Assistenten vereint. Andere studentische Gruppen und eine große Zahl von Professoren wünschen sich dagegen für die Freie Universität „Ruhe und Ordnung“ und „Beschränkung auf die Wissenschaft als eigentlichen Auftrag der Universität“.

### Ein Stich ins Wespennest

In dieser nun schon seit Semestern andauernden Diskussion und teilweise offenen Auseinandersetzung mußte die Entscheidung des Akademischen Senats, künftig keine Hörsäle mehr für politische Veranstaltungen an der FU zur Verfügung zu stellen, wie ein Stich ins Wespennest wirken. Aufgeschreckt reagierte der Allgemeine Studentenausschuß (AStA), als er geschlossen zurücktrat. Zum Rücktritt gezwungen wurde der Beauftragte des Akademischen Senats der FU, Professor Sontheimer, vom Akademischen Senat, weil „das Loyalitätsverhältnis zwischen ihm und dem Senat gestört“ sei. Sontheimer hatte den Beschluß des Senats scharf kritisiert und seinen Rücktritt angedroht für den Fall, daß die Entscheidung unverändert beibehalten werde. In einem Gespräch äußerte Sontheimer die Befürchtung, daß „die FU durch diesen Beschluß reaktionärer wird als alle übrigen deutschen Universitäten“ und daß eine solche „repressive Maßnahme“ keine Lösung der seit langem schwebenden Krise bringe. Sontheimer hat mit seinem Jahresetat von 30 000 DM immerhin dazu beigetragen, daß in den vergangenen drei Se-

mestern 103 politische Veranstaltungen in Räumen der FU stattfinden konnten, unter anderem Diskussionen und Vorträge mit Willy Brandt, den Senatoren Evers, Schiller und Schütz, sowie mit namhaften Politikern aus dem Bundesgebiet. „Solche Veranstaltungen soll es nach der Entscheidung des Akademischen Senats nicht mehr im Henry-Ford-Bau oder in einem anderen Hörsaal der FU geben“, stellte Sontheimer fest. Die Folgen davon wären „katastrophal und gar nicht auszudenken“.

#### „Groteske Entscheidung“

Noch schärfer kritisierte der Soziologe Professor von Friedeburg, der die Studenten im vergangenen Semester öffentlich zu „Beteiligung, Kritik, Kontrolle“ an ihrer Universität aufgerufen hatte, den Beschluß des Akademischen Senats. „Es ist grotesk, daß so entschieden wurde — die Studenten sind doch keine unmündigen Mitglieder der Gesellschaft, sondern nach der FU-Satzung gleichberechtigte Partner innerhalb der Universität. Man hätte wenigstens ihre Argumente anhören sollen.“ Die Entscheidung des Akademischen Senats sei besonders deswegen unverständlich, weil es durch einen Beschluß der Kultusminister seit langem unumstritten sei, daß politische Bildung Pflichtfach im Unterricht aller Schulen sei und daß die Schüler im Gemeinschaftskunde-Unterricht auf ihre Aufgaben als Bürger dieses Staates vorbereitet werden sollen. „Es sieht ganz so aus, als ob für die Universität nicht gelten soll, was für jeden Schüler eine Selbstverständlichkeit ist“, argumentiert von Friedeburg.

#### Nur Wissenschaft vermitteln

Gerade diesen Auftrag der Universität, zur politischen Meinungsbildung beizutragen und den Studentengruppen entsprechende Hilfe zu gewähren, verneint der Verfassungsrechtler Professor Bettermann, Mitglied des Akademischen Senats. „Die Entpolitisierung der Universität ist das Kernproblem, mit dem sich die FU auseinanderzusetzen hat.“ So formuliert der Rechtswissenschaftler die zukünftige Diskussion innerhalb der Freien Universität. Kein Organ der Universität dürfe sich zu politischen Fragen äußern — weder die Studentenschaft noch der Akademische Senat. Ausnahmen gebe es nur bei Fragen, von denen die Universität „unmittelbar betroffen ist“.

Zur politischen Bildungsarbeit meinte er: „Das gehört nicht zu den Aufgaben der Universität.“ Die FU müsse von ihrem Auftrag her offen sein und dürfe lediglich Wissenschaft vermitteln. Allein dadurch könne der Student — wenn er willens und fähig sei — sich selbst eine Meinung bilden. „Universitäre Bildung ist Bildung ohne Bildungsziel. Sie kann daher nicht unmittelbar politische Bildung sein. Das widerspricht dem Selbstverständnis der Universität.“ Ihm geht es in erster Linie darum, nach den turbulenten vergangenen Semestern an der FU wieder „Ruhe und Ordnung“ herzustellen — eine Forderung, die beispielsweise von Professor von Friedeburg genau in ihr Gegenteil verkehrt wird, wenn er vom Auftrag der Universität spricht: „Nur durch produktive Unruhe kann die Universität ihre gesellschaftliche Funktion erfüllen.“

Nach Meinung Bettermanns gibt es gegenwärtig keine andere Lösung als die, „jede politische Veranstaltung innerhalb der FU zu verbieten“. Im übrigen sei politische Bildungsarbeit ohnehin problematisch, da nicht geklärt sei, wer dafür zuständig ist. „Die Studenten sind jedenfalls dafür nicht geeignet. Das ist von der Sache her unbegründet. Politische Bildung kann allenfalls durch den Lehrkörper erfolgen.“

Zwischen diesen divergierenden Standpunkten bewegt sich gegenwärtig die Diskussion an der FU. Die Fronten sind so verhärtet, daß eine Diskussion kaum mehr möglich erscheint. Damit ist eine der wesentlichsten Voraussetzungen des Berliner Modells, nämlich die Gemeinsamkeit auch und gerade im Gespräch zwischen den Professoren und Studenten, nicht mehr gegeben. Der Akademische Senat hat einen Weg eingeschlagen, um die „Ruhe und Ordnung“ an der FU wieder herzustellen, der von der offiziellen Studentvertretung und den politischen Hochschulgruppen nicht gebilligt und verstanden wird. Auch innerhalb der Professorenschaft gibt es Widerstände.

Jedoch — der Akademische Senat hat mit seinem Beschluß, der auch aufrechterhalten wurde, als sich herausstellte, daß die Studenten mit ihren Veranstaltungen nicht wie vorgeschlagen

in die Mensa ausweichen können, eine ganze Reihe von Beschlüssen eingeleitet, die in den kommenden Monaten die politische Betätigung an dieser Universität regeln sollen. Es ist vorgesehen, daß das bisher geltende Zulassungsverfahren für studentische Gruppen einschließlich der bisher abgelehnten schlagenden Verbindungen ersatzlos aufgehoben werden soll. Das würde bedeuten, daß für keine der politischen oder nichtpolitischen Gruppen mehr unentgeltlich Räume in der Universität zur Verfügung gestellt werden müßten, was bisher satzungsgemäß festgelegt war. Die FU wäre dann von der bisherigen Regelung frei, daß sie politischen Gruppen Gelegenheit für ihre Arbeit innerhalb der FU geben mußte. In einem weiteren Beschluß will der Akademische Senat dann die Funktion des Senatsbeauftragten für politische Bildungsarbeit und des Beauftragten für das Studentische Gemeinschaftsleben überprüfen. Dabei könnte sich dann ergeben, daß beide Einrichtungen hinfällig wären, so daß die Universität — sprich Akademischer Senat — mit politischer Bildung an der FU generell nichts mehr zu tun hätte und für Unruhen nicht mehr verantwortlich wäre. Politische Veranstaltungen sollten dann allein in der Kompetenz des AStA liegen, der auch Räume dafür vergeben kann. Allerdings nicht das Auditorium maximum und keinen Hörsaal, sondern lediglich kleinere Räumlichkeiten in seinem Klubhaus und im Care-Haus. Der Rektor der FU ist inzwischen vom Akademischen Senat beauftragt worden, „nach anderen Möglichkeiten“ für die Unterbringung politischer Veranstaltungen an der FU zu suchen. Noch ist ungewiß, ob er nun doch Hörsäle zur Verfügung stellen wird, und ebenso ungewiß ist bisher, ob der AStA dann für diese Räume das Hausrecht haben würde.

#### Senator Stein: „Äußerst bedenklich“

Der Senator für Wissenschaft und Kunst, Professor Stein, dem der AStA eine Rechtsaufsichtsbeschwerde gegen den Beschluß des Akademischen Senats zugeleitet hat, äußerte sich zunächst noch recht zurückhaltend. Er versicherte jedoch, daß es „äußerst bedenklich“ wäre, wenn beim Akademischen Senat die Tendenz bestünde, politische Veranstaltungen aus der Universität heraus zu verlagern“. Ein solches Vorhaben würde „auf den Widerstand aller demokratischen Kräfte in dieser Stadt stoßen“.

Geert Müller-Gerbes

(Der Tagesspiegel, 23. Februar 1966)

## DOKUMENT 490

### Der Senator für Wissenschaft und Kunst

Gesch.Z.: 11 Ltr. — 31 22 00  
Berlin-Charlottenburg

23. Februar 1966  
1 Berlin 19  
Bredtschneiderstraße 5-8  
(Ecke Messedamm)  
Telefon: 92 00 13 93

An den

Rektor der Freien Universität Berlin  
Herrn Professor Dr. Hans-Joachim Lieber  
oder Vertreter im Amt

Magnifizenz!

Der amtierende 1. Vorsitzende des Allgemeinen Studentenausschusses hat mir mit Schreiben vom 17. d. M. eine Abschrift des Beschlusses des Akademischen Senats vom 16. d. M. übersandt, mit welchem der Senat ein neues Verfahren bei der Vergabe von Räumen der Universität empfiehlt. Ein solches Verfahren wird von der Studentvertretung im Hinblick auf die §§ 22 Abs. 2 und 26 Abs. 2 der Universitätsordnung sowie unter Hinweis auf die Aufgaben der Studentenschaft der Freien Universität, wie sie in der Präambel zur Satzung der Studentenschaft niedergelegt sind, für rechtswidrig gehalten.

Nach § 28 der Universitätsordnung stehen Hausrecht und Ordnungsgewalt in den Einrichtungen der Universität, die Forschung und Lehre dienen, dem Rektor zu. Der Akademische Senat kann daher zwar ein bestimmtes Vorgehen bei der Ausübung des Hausrechts empfehlen; die Entscheidung hierüber liegt jedoch ausschließlich beim Rektor. Dem trägt die mir vorgelegte Beschlußformulierung auch Rechnung.

Ich darf Sie daher zunächst um Mitteilung bitten, ob Sie beabsichtigen, entsprechend der Empfehlung des Akademischen Senats zu verfahren.

Ich verkenne nicht, daß der Akademische Senat mit seiner Empfehlung eine Befriedung der Situation an der Freien Universität erreichen wollte. Ich halte es jedoch für zweckmäßig, schon heute folgende Erwägungen mitzuteilen.

Angesichts des auf der Gründungsgeschichte der FU Berlin beruhenden besonderen Status dieser Universität scheint es mir erforderlich, die Empfehlungen des Akademischen Senats noch einmal zu überdenken. Die Studentenschaft ist eine Gliedkörperschaft der Universität und ihre Organe sind Organe der Gesamt-Universität. Die Präambel der Satzung der Studentenschaft und die Bestimmungen des § 22 der Universitätsordnung geben ihr besondere Rechte und Pflichten. Ich habe daher Zweifel, ob den studentischen Organen der Freien Universität generell Hörsäle für Veranstaltungen mit politischem Charakter vorenthalten werden können.

Zur Klärung und Befriedung der Lage an der Freien Universität Berlin möchte ich vorschlagen, daß Sie den gesamten Fragenbereich unter Würdigung der dargestellten Rechtsbedenken mit allen Beteiligten der Universität noch einmal überprüfen.

Auf die als Rechtsaufsichtsbeschwerde bezeichnete Eingabe des AStA habe ich bisher nur einen Zwischenbescheid gegeben. Darin habe ich meine Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß die von mir angeregten Gespräche nicht durch weitere Maßnahmen erschwert werden, daß vielmehr durch eine von allen Seiten geübte Zurückhaltung eine befriedigende Lösung der Situation ermöglicht wird. Ich füge den Zwischenbescheid im Abdruck bei.

Mit verbindlichen Empfehlungen  
(Professor Dr. Werner Stein)

(Registrierung I der FUB: Rektorat, Akte Nr. 6/6308 „Vergabe von Räumen“)

## DOKUMENT 491

### Linksradikalismus

#### an der Freien Universität Berlin

#### Umstürzlerische Programme

Die politische Entwicklung an der Freien Universität in Westberlin droht in Richtung auf eine Radikalisierung zu verlaufen. Zwar ist bei den linksradikalen Studenten, die sich in zahlreichen Arbeitszirkeln und Veranstaltungen, zum Teil unter Einbeziehung von Professoren und Dozenten der Universität in Ostberlin, um wissenschaftliche Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse bemühen und in fast aufklärerischer Manier die „Planung“ einer neuen Gesellschaftsordnung unter dem Motto „gleiche Chancen für alle“ in Staat, Wirtschaft und Bildungspolitik fordern, der Wille zur politischen Revolution höchstens latent vorhanden. Man gibt sich rational und kühl, betont die Liebe für abstrakte sozialwissenschaftliche Themen, verlangt nach absoluter Objektivität und bezeichnet sich als „vernünftigen Republikaner“, wobei stillschweigend vorausgesetzt wird, daß eine solche Haltung marxistisch fundiert sein müsse. Ausgeprägter ist die politische Willensrichtung im Kreis einiger führender Leute der linksradikalen Gruppen, die in der Freien Universität lediglich einen „Vorreiter“ der Revolution sehen. Zum erstenmal sind diese politischen Ziele in dem „FU-Spiegel“, der offiziellen Studentenzeitung der Freien Universität, klar umschrieben worden. Ein Mitglied der Redaktion schrieb, die Zeitschrift müsse das Organ einer „Pressure Group“ sein zur Veränderung der politischen Verhältnisse an der Universität, die ihrerseits nur Funktion der „gesamtgemeinschaftlichen Verhältnisse des Staates“ seien, woraus logisch hervorgehe, daß man nicht nur die Verhältnisse an der Freien Universität, sondern auch die „gesamtgemeinschaftlichen Verhältnisse“ ändern müsse. Als Beispiel für die erste Etappe wird die Einschaltung des Studentenausschusses in die Berufungs- und Habilitationpolitik der Universität verlangt. Die Zeitschrift der Studenten, so heißt es weiter, sollte die Rolle einer „Gegenmacht“ übernehmen, welche die Machtverhältnisse „plu-

ralistisch“ gestalte. In der gleichen Nummer der Zeitschrift wurden zum erstenmal kritische Rezensionen von Vorlesungen und Seminaren einzelner Professoren veröffentlicht — deutlich unter marxistischen Gesichtspunkten.

### Revolutionär gestimmte Minderheit

In solchen Programmen lediglich die Ausgeburd einer jugendlichen Phantasie zu sehen, wäre gefährlich. Die Demonstrationen vor dem Amerikahaus in Westberlin haben gezeigt, daß bei einigen hundert Studenten die Neigung zu revolutionärer Gesinnung, wenn nicht Umsturz, wächst. Der Direktor des Amerikahauses, der mit den Studenten diskutieren wollte, wurde niedergeschrien. Einige politische Studentenfürher nehmen — jedenfalls in ihren theoretischen Konzepten — die ultralinke Position der chinesischen Kommunisten ein, die erklärtermaßen direkte Aktionen zur Umwälzung der bürgerlichen Ordnung befürworten. Der Text der Flugblätter, die im Zeitpunkt der Demonstrationen vor dem Amerikahaus an die Mauern geklebt wurden, verrät die Absicht der Übernahme der politischen Führung in Deutschland, und zwar sowohl im Westen als auch im Osten, ein Programm, das in den betont kühlen und rationalen Analysen der verschiedenen linksradikalen Arbeitszirkel kaum zu erkennen ist.

Hatten die zum Umsturz Entschlossenen bisher auch innerhalb der Studentenschaft das Dasein einer Sekte gefristet, so erhalten sie jetzt die Chance der Mobilisierung eines größeren Teils der akademischen Jugend unter dem Motto der Verteidigung legitimer Interessen der Studenten, da der Akademische Senat der Freien Universität in einem offensichtlich übereilten und übertrieben wirkenden Beschluß die Räume der Universität für politische Veranstaltungen der Studenten sperrte, worauf der Allgemeine Studentenausschuß mit dem Rücktritt und 15 Studentenbünde mit heftigen Protesten reagierten. Der Beauftragte des Senats für die politische Bildungsarbeit an der Universität stellte sein Amt zur Verfügung und wurde in dieser Funktion abberufen. Die Studentenvertretung gibt laufend Erklärungen ab, in denen sie den Standpunkt vertritt, daß der Beschluß des Akademischen Senats nicht nur gegen die Universitätsordnung und die Satzung der Studentenschaft, sondern auch gegen die Tradition der Freien Universität verstoße, die ausdrücklich die politische Bildungsarbeit als wichtigstes Ziel anerkenne.

So, wie die Dinge stehen, ist damit zu rechnen, daß die revolutionär Gesinnten im nächsten Semester drei- bis viertausend Studenten auf die Straße bringen werden und daß die Neigung zum Umsturz wächst. Eine solche Annahme ist um so berechtigter, als die radikalen Studenten bereits die Absicht erkennen lassen, das Verbot des Parteitages der SED in Westberlin durch die Westmächte zum Anlaß zu nehmen, um die Demonstrationen gegen die Politik der Amerikaner in Vietnam mit Kundgebungen gegen eine angebliche Unterdrückung der Meinungsfreiheit in Westberlin durch die Amerikaner zu kombinieren.

### Resignation im Lehrkörper

Angesichts der Radikalisierung nimmt im Kreis der eher konservativ eingestellten Professoren die Neigung zu einer gewissen Resignation zu. Etwa 20 Mitglieder des Lehrkörpers sollen bereits den Wunsch nach vorzeitiger Emeritierung oder die Bereitschaft zur Annahme eines Rufes an eine westdeutsche Universität zu erkennen gegeben haben. Sollte eine Abwanderung von Professoren der bürgerlichen und konservativen Richtung erfolgen, so würde der ohnehin starke Einfluß von linksorientierten Universitätslehrern auf die Studenten wohl noch zunehmen, vor allem in der Philosophischen, der Wirtschafts- und der Sozialwissenschaftlichen Fakultät sowie am Otto-Suhr-Institut, das der Universität eingegliedert wurde. Die Entwicklung in Westberlin könnte unter Umständen für die sowjetische Besatzungsmacht und die DDR interessante Möglichkeiten eröffnen, allerdings aber auch Risiken mit sich bringen. Ob der Besuch des sowjetischen Verteidigungsministers Malinowski und des Oberbefehlshabers der sowjetischen Truppen in der Ostzone, Koschewoi, bei Ulbricht im Zusammenhang mit der Zuspitzung der Lage in Westberlin im Zeichen der Vietnamdemonstrationen erfolgte, läßt sich kaum beurteilen, ist aber nicht ohne weiteres auszuschließen. Im



Fälle von großen Demonstrationen in den Westsektoren, bei denen es zu Ausschreitungen oder gar zum Versuch eines Umsturzes kommen würde, müßten an die in Ostberlin und rund um Westberlin stationierten Truppen der Roten Armee und der Volksarmee Ulbrichts klare Instruktionen gegeben werden. Angesichts der ideologischen Haltung eines Teils der akademischen Jugend auf beiden Seiten der Mauer kann ferner die Möglichkeit nicht außer Betracht gelassen werden, daß Studentendemonstrationen großen Umfangs in Westberlin auch im Sowjetsektor Bewegung auslösen würden.

(Neue Zürcher Zeitung, 24. Februar 1966)

## DOKUMENT 492

### Als Student in Berlin

Von Volker Ludwig

Liebe Mutti!

Endlich ist mein Semester in Berlin um, und ich bin sehr froh, daß ich wieder heim nach Waldbröl darf. Hier gefällt es mir gar nicht. Alle Leute sind schlecht zu mir, wenn sie merken, ich bin ein Student. Denn hier liest jeder „Bild“ und die „BZ“ und glaubt, alle Studenten sind Kommunisten oder doof. Dabei war ich wirklich bei der Demonstration nicht dabei, das mußt Du mir glauben!

Meine Wirtin hat mir schon vor 14 Tagen gekündigt. Ich sei bestimmt auch so einer aus dem Westen, hat sie gemeint, der den Wehrdienst schwänzt, um in Berlin zu randalieren. Berliner täten so was nicht!

Wenn ich in der U-Bahn eine Zeitung lese, schimpfen die Leute, ich soll man lieber die Nase ins Buch stecken als mich um Politik kümmern. Dabei kümmere ich mich gar nicht um Politik! Wirklich nicht!

Ein Kommilitone von mir hat doch tatsächlich mitdemonstriert. Und auch gebrüllt: „Frieden in Vietnam!“ Ein ganz ekliger Typ, sicher ein Kommunist. Im Seminar setze ich mich immer von ihm weg. Der fing nämlich an zu hetzen, daß es in Südvietnam keine freien Wahlen gäbe und so. Das hat er aus dem Osten, wo er manchmal abends hinfährt. Zu Brecht (!!).

Unser Rektor hat sich gleich bei den Amerikanern für die sechs Eier entschuldigt und geschrieben, daß sie (die Amerikaner natürlich) es seien, die in Berlin überhaupt erst eine Meinungsfreiheit garantieren. Dasselbe sagte man auch auf der Treuekundgebung, wo sich ein paar Anständige bei den Amerikanern für den Krieg bedankt haben. Ich war auch da, und da habe ich gehört, wie ein Kommunist sagte, das Bombardieren ginge trotzdem zu weit! Den haben sie aber verprügelt! Das war richtig duftig, wie man hier sagt. Und dann haben sie ihn in die S-Bahn getrieben, daß er gleich nach Moskau nach Hause fahren kann. Von solchen Subjekten läßt man sich die Meinungsfreiheit hier zum Glück nicht kaputt machen.

Du brauchst keine Angst zu haben, liebe Mutti. Ich sage jetzt immer, ich bin Angestellter und schimpfe ein wenig auf die Studenten. Dann sind die Leute gleich nett.

Hoffentlich werden die ganzen Vietnam-Stänker bald aus der Uni rausgeschmissen. Sechs haben sie schon ranekriegt. Dann wird es eines Tages keine Schande mehr sein, an der Freien Universität studieren zu müssen, und die Leute werden endlich merken, daß wir Studenten anständig und fleißig sind und nicht an Sachen denken, die nicht zu unserem Studium gehören, und nur dann protestieren, wenn ein Mord an der Mauer geschieht.

Viele Grüße und Küsse

Dein Klaus-Dieter

P. S. Glaubst Du, daß die Amerikaner in Vietnam wirklich Bomben abwerfen? Ich nicht.

(Stern, 27. Februar 1966)



Karikatur des „Stern“ vom 27. Februar 1966.

## DOKUMENT 493

### Schlußbericht

#### über die Sammlung „Berliner Weihnachts-Gedenken 1965“

Mit diesem Abschlußbericht will der Verein der Berliner Zeitungsverleger e. V. allen Spendern über die Verwendung des Spendenaufkommens aus der Sammlung „Berliner Weihnachts-Gedenken 1965“ Rechenschaft geben.

Das Sammelergebnis hatte, wie erinnerlich, 130 764,09 DM betragen. Nach Abschluß der Sammlung am 22. Dezember 1965 gingen noch weitere 2709,80 DM ein, so daß sich das endgültige Ergebnis auf 133 473,89 DM belief. Davon sind 23 558,88 DM über die Sammelbüchsen in den Berliner Zeitungsfilialen eingegangen, der Betrag von 109 915,01 DM über das Postscheckkonto Berlin West 30 00. Von dem Gesamtbetrag wurden 11 615,15 DM für die Beschaffung der Nachbildungen der Freiheitsglocke aufgewandt, die dem amerikanischen Vizepräsidenten Hubert H. Humphrey von einer Delegation der Berliner Zeitungsverleger vor Weihnachten in Washington übergeben wurden. Der gesamte Differenzbetrag in Höhe von 121 858,74 DM konnte für den Kauf von Medikamenten verwendet werden, da auch die Transportkosten nach Saigon von den an der Sammlung beteiligten Zeitungsverlagen selbst finanziert wurden.

Die mit Unterstützung des Bundesverbandes der pharmazeutischen Industrie angesprochenen Firmen haben angesichts des bedeutenden humanitären Zweckes der Aktion für die leidende Bevölkerung Südvietnams durch besonderes Entgegenkommen und Sachspenden den Wert der Sammlung dergestalt erhöht, daß das effektive Ergebnis dem Marktwert nach etwa dreimal so hoch, also ca. 365 000,— DM, anzusetzen ist wie der Sammelertrag für die Medikamente. Dafür sagen die Berliner Tageszeitungen den beteiligten Firmen auch im Namen der Spender herzlichen Dank.

Dem Deutschen Roten Kreuz wie dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes gilt besonderer Dank für ihre Mithilfe bei der Vorbereitung des Transports der Medikamente nach Vietnam.

In der zweiten Januarhälfte bereits übergab eine Delegation des Vereins der Berliner Zeitungsverleger die ersten Medikamente dem vietnamesischen Sozialminister Tran-Ngog-Lieng in Saigon. Diese Bemühungen und Gesten wurden in der vietnamesischen Öffentlichkeit mit großer Dankbarkeit aufgenommen. Die Reisekosten haben — wie bei der Delegation nach Washington — die Verleger selbst getragen.

Die gesamte Fracht wird ungefähr 2½ Tonnen Medikamente umfassen und zur Zeit in die südvietnamesische Hauptstadt transportiert.

Die Berliner Tageszeitungen als die Träger der Sammlung „Berliner Weihnachts-Gedenken 1965“ dürfen nach dem Erfolg der Aktion feststellen, daß mit ihr initiativ zu einer Entwicklung beigetragen wurde, die die Aufmerksamkeit in aller Welt gerade auf die sozialen Probleme dieses seit 25 Jahren unter Kriegsbedingungen lebenden Volkes gerichtet hat. Die Berliner Tageszeitungen danken nochmals allen Beteiligten für den gelungenen Akt menschlicher Solidarität.

Die Berliner Tageszeitungen

DER ABEND

BZ

BERLINER MORGENPOST

DER KURIER

SPANDAUER VOLKSBLATT

DER TAGESSPIEGEL

TELEGRAF

NACHTDEPESCHE

(Telegraf, 1. März 1966)

## DOKUMENT 494

Prof. Dr. Richard Löwenthal  
und Kollegen

Berlin, 1. März 1966

An

Seine Magnifizenz

den Rektor der Freien Universität Berlin

Herrn Prof. Dr. Lieber

Ew. Magnifizenz,

die unterzeichneten Lehrstuhlinhaber für die Wissenschaft von der Politik teilen den Wunsch von Rektor und Senat der Freien Universität Berlin, Wege zu finden, um die für die Mitwirkung der Studentenschaft an der akademischen Selbstverwaltung und die staatsbürgerliche Erziehung der Studenten unerläßliche Freiheit der sachlichen politischen Auseinandersetzung an der Freien Universität Berlin zu bewahren, dabei jedoch eine Gefährdung der Autonomie, Würde und Ordnung der Universität durch unerwünschte Formen der politischen Agitation zu verhindern.

Sie geben jedoch ihrer Sorge Ausdruck, daß die im Beschluß des Akademischen Senats vom 16. Februar 1966 getroffene Regelung, wonach künftig die Benutzung von Hörsälen nur noch für studentische Veranstaltungen wissenschaftlichen Charakters und für offizielle studentische Vollversammlungen und Ausschusssitzungen gestattet sein soll, nicht geeignet ist, diese Ziele zu erreichen. Zwischen den unerwünschten Demonstrationen, welche die akademische Ordnung und damit auch den Unterrichtsbetrieb (im Sinne des § 26 der Universitätsatzung) gefährden könnten, und Veranstaltungen wissenschaftlichen Charakters liegt die große Masse der normalen politischen Informations- und Diskussionsveranstaltungen der studentischen Gruppen, die in Ermangelung eines ausreichend großen Studentenhauses ohne Benutzung der Hörsäle nicht im notwendigen Umfang durchgeführt werden können. Wir bedauern, daß dem damaligen Senatsbeauftragten für politische Bildungsarbeit, Herrn Professor Dr. Kurt Sontheimer, nicht Gelegenheit gegeben wurde, im Senat vor der Beschlußfassung auf diese Problematik hinzuweisen. Die schwere technische Behinderung dieser normalen studentischen Aktivitäten durch eine grundsätzliche Verweigerung der Hörsäle könnte nur zu einer Verstärkung der unerwünschten Formen der Agitation auf Kosten der erwünschten sachlichen Diskussion unter den Studenten führen.

Die unterzeichneten Lehrstuhlinhaber richten daher an Rektor und Senat der Freien Universität Berlin die dringende Bitte, ihren Beschluß in dem Sinne zu überprüfen, daß die Benutzung aller Hörsäle für studentische Veranstaltungen grundsätzlich

freigegeben wird, wenn nicht auf Grund des Charakters einer bestimmten Veranstaltung eine Störung der akademischen Ordnung und in ihrer Folge des Unterrichtsbetriebs zu befürchten ist. Wir verkennen nicht, daß eine solche Regelung dem Rektor die schwere Pflicht auferlegen würde, über das Vorhandensein einer Gefährdung jeweils im voraus nach eigenem Ermessen zu entscheiden. Eine solche Verantwortung des Rektors liegt aber nach unserer Überzeugung in der Natur der Sache und kann nicht ohne bedenkliche Folgen durch eine generelle Regelung ersetzt werden.

Die unterzeichneten Lehrstuhlinhaber geben gleichzeitig ihrer Überzeugung Ausdruck, daß das wirksamste und das der Universität angemessenste Gegenmittel gegen unerwünschte Formen der studentischen politischen Agitation darin besteht, den Studenten in den sie bewegenden aktuellen politischen Fragen die größtmögliche Gelegenheit zur wissenschaftlichen Information unter Mitwirkung ihrer akademischen Lehrer zu geben. Sie beabsichtigen, Schritte zu unternehmen, um solche Gelegenheiten im Rahmen des Otto-Suhr-Instituts im kommenden Semester zu verstärken.

R. Löwenthal

G. Kotowski

Ossip K. Flechtheim

Otto Stammer

G. Ziebur

v. d. Gablentz

(i. E. gez.) von Eynern

Ernst Fraenkel

(Registatur I der FUB: Rektorat, Akte Nr. 6/6308 „Vergabe von Räumen“)

## DOKUMENT 495

Presse-Erklärung, 1. 3. 66

Der Landesverband des SDS Berlin bedauert, daß der Senat von Berlin auf Anordnung der Alliierten den für den 27./28. Februar 1966 geplanten Parteitag der SED Westberlins mit der Begründung verboten hat, daß durch diese Veranstaltung Sicherheit und Ordnung in Westberlin gefährdet würden.

1. Die Aufgabe Berlins in Deutschland ist es, in zunehmendem Maße „Umschlagplatz“ in der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Kommunikation mit den kommunistischen Ländern Europas zu sein. Da eine kommunistische Partei in Westdeutschland nicht zugelassen ist, ist es besonders nötig, daß die SED Westberlins ihre demokratischen Rechte uneingeschränkt wahrnehmen kann.

2. Der SDS unterstreicht die vom Senat selbst gegebene Erklärung, daß in einer demokratischen Gesellschaft ein Parteitag zu den Rechten einer Partei gehört. Durch das Verbot wird der besondere verfassungsmäßige Schutz, der den Parteien nach dem Grundgesetz gewährleistet ist, einer Partei nur deshalb entzogen, weil deren politische Anschauungen von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt werden. Auf diese Weise können in Zukunft mit der polizeilichen Generalklausel des Schutzes von „Sicherheit und Ordnung“ verfassungsmäßige Grundsätze aus den Angeln gehoben und das demokratische Prinzip des Schutzes andersdenkender Minderheiten außer Kraft gesetzt werden. Der SDS sieht hierin eine Entwicklung, die zu einem besonderen verfassungsmäßigen Status Westberlins führen kann.

3. Die besonderen Rechte der Alliierten in Westberlin können nur in Übereinstimmung mit den von ihnen respektierten und geschützten Grundsätzen der parteienstaatlichen Demokratie ausgeübt werden, wenn nicht ihre Funktion als „Schutzmacht“ Berlins zweifelhaft werden soll. Solange die SED Westberlins ein zugelassener Faktor des politischen Lebens der Stadt ist, ist es die demokratische Pflicht der Alliierten, die selbständige Entwicklung dieser Partei nicht durch administrative Maßnahmen zu hemmen und ihr die Möglichkeit zu lassen, ihre verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten gegenüber ihren Mitgliedern und gegenüber der politischen Öffentlichkeit dieser Stadt auszuüben. Allein diese Öffentlichkeit und nicht die Polizei entscheidet in einem demokratischen Land über die Wirksamkeit politischer Anschauungen.

SDS Landesverband Berlin

(Privatakten, Standort ZI 6: Akte „SDS, B I 1966“)

## DOKUMENT 496

Don't touch me!

Bericht über die Bundesdelegiertenversammlung des SHB

Von Alexander Herbst

„Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind ja alle Sozialisten oder Sozialdemokraten“, beschwor der Delegierte am Mikrofon seine Gesinnungsfreunde.

„Warum oder?“ wurde er unterbrochen.

Die Replik erfolgt mit ironischem Grinsen: „Da gibt es feine Nuancen.“ Derartige Nuancen wurden offenbar auf der 7. ordentlichen Bundesdelegiertenversammlung des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB). 66 Delegierte von 1500 SHB-Mitgliedern hatten sich in der „bescheidenen und schönen Stadt Mainz“ (so SPD-Oberbürgermeister Jockel Fuchs in seiner Grußansprache) versammelt, um zu wählen, zu diskutieren, zu beantragen, zu beschließen. Was der Partei ihr Parteitag, das ist dem Studentenverband seine alljährliche Delegiertenversammlung: „Das oberste Organ des Bundes“ (§ 13 der SHB-Bundessatzung).

Der SHB hatte ein bewegtes Jahr hinter sich. Anfang September, kurz vor der Bundestagswahl, hatte der Bundesvorsitzende Hajo Hauss seinen Austritt aus der SPD und die Niederlegung seines Amtes verkündet; die Gründe waren in einem offenen Brief an Brandt ausgeführt. Eilfertig hatte Deutschlands Presse nachgedruckt, daß Hauss die SPD für „faschistoide“ hielt.

Den „Fall Hauss“ mußte die Konferenz deswegen diskutieren, weil der Exvorsitzende vierzehn Tage zuvor wieder Mitglied der Münchner Gruppe geworden war. Der Bundesbeirat — der sich aus den Landesvorsitzenden zusammensetzt — hatte die Wiederaufnahme von Hauss verurteilt, seinen Ausschluß empfohlen und auf einen möglichen Ausschluß der Gruppe München hingewiesen. Die Landesvorsitzenden, einmütig bis auf den bayrischen Vertreter, gingen davon aus, daß Hauss nicht mit der gleichen Behandlung rechnen könne wie jedes x-beliebige Mitglied; er habe vielmehr sein Amt als Bundesvorsitzender, das ihm erst die breite Publizität verschafft habe, mißbraucht. Gegenargumentation: Das sei nun schließlich schon ein halbes Jahr her, und außerdem müsse man den Gruppen so viel Autonomie zugestehen, daß sie aufnehmen könnten, wen sie wollten. Dem wurde entgegengehalten, der Verband müsse an Glaubwürdigkeit verlieren, wenn Hauss erst in die Wüste geschickt und ein halbes Jahr später wieder ohne Schwierigkeiten aufgenommen werde.

Die Abstimmung brachte eine hohe Niederlage der Hauss-Freunde: Mit 44 : 18 Stimmen stellte sich die Versammlung hinter den Beiratsbeschluß.

Die Diskussion um Hauss, der 66 Delegierte immerhin einen ganzen Vormittag widmeten, blieb symptomatisch für jene Frage, die vor sechs Jahren Anlaß für die Gründung des Verbandes war und seitdem seine Mitglieder immer wieder bewegte: das Verhältnis zur SPD.

1959 hatte die SPD den Sozialistischen Deutschen Studentenverband (SDS) verstoßen und mit Wohlwollen die Gründung des SHB beobachtet. In den ersten Jahren verhielt sich der neue Verband so brav, daß Spöttler meinten, er wolle die SPD rechts überholen. 1963 jedoch begann es zu gären, die Haltung gegenüber der SPD wurde zunehmend kritischer, die politischen Beschlüsse — wie etwa der Oder-Neiße-Beschluß vor zwei Jahren<sup>1)</sup> — wiesen Divergenzen zur SPD-Politik auf.

Bis heute jedoch scheint noch kein Konsens darüber zu bestehen, wie denn das Verhältnis zur Partei aussehen muß. Bundesvorsitzender Zöpel — der auch in Mainz wiedergewählt wurde<sup>2)</sup> — sprach von einem „Einwirken auf sozialdemokratische Politiker“ und von der „Teilnahme an einer Selbstkritik, die ständig in einer Partei notwendig ist“.

<sup>1)</sup> In Heidelberg war 1964 die Vorlage eines Auszugs aus einem Friedensvertragsentwurf gefordert worden, in dem unter bestimmten Bedingungen ein wiedervereinigtes Deutschland der Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnische Grenze zustimmt.

<sup>2)</sup> 1. Bundesvorsitzender: Christoph Zöpel (Bochum), 2. Bundesvorsitzende: Wolfgang Lieb (Köln) und Rainer Wirth (Berlin).

Auch Ulrich Lohmar, heute MdB, ehemals Bundesvorsitzender des SDS, ging auf das leidige Problem ein. Wie Zöpel, befürwortete er eine gewisse Unabhängigkeit des Studentenverbandes. Er wünschte sich eine „anregend-kritische Begleitung der Partei“ durch die ihr verbundenen Studenten und zudem „praktische Hilfe da, wo sie möglich ist“.

So einfach sich das anhört, die Praxis dieses Verhältnisses bereitet vielerlei Schwierigkeiten. Sie rühren vor allem auch daher, daß „jede politische Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit ihre Beobachtung findet“ — wie Jockel Fuchs im Auftrage des Parteivorstandes der SPD formulierte. Allzu leicht wird der SPD das nachgesagt, was „ihre“ Studenten beschlossen haben, und jene „Einheit der Aktion“, die Lohmar für eine politische Partei forderte, wird als gefährdet angesehen. Letztlich hilft hier nur, was ein anderer Gast der Versammlung, der Frankfurter Professor Freyh, wünschte: mehr Distanz zwischen den beiden Organisationen.

Die unterschiedlichen Meinungen innerhalb des SHB über die richtige Ausgestaltung der Beziehungen zur Partei sind letztlich eine Funktion der politischen Differenzen des Verbandes. Zwar: Es besteht inzwischen Einigkeit darüber, daß der SHB „Alternativen möglicher sozialdemokratischer Politik“ (so Christoph Zöpel) aufzuzeigen habe. Aber: Je weniger die einzelnen SHB-Mitglieder, die zu 70 Prozent SPD-Genossen sind, mit dem gerade propagierten Parteikurs übereinstimmen, um so mehr pochen sie auf Unabhängigkeit gegenüber der SPD.

In Mainz wurde das am deutlichsten in der Diskussion über die Haltung des Verbandes zu den Ostermarschierern. Die SPD kämpft seit Jahren gegen die Ostermarschbewegung. Hauptargument: Sie sei eine kommunistische Tarnorganisation. Der SHB hatte sich bisher indifferent verhalten. Kein Wunder, daß die Linke eine (positive) Stellungnahme forderte.

Auch hier wieder die „Nuancen“: Sollten nur die Ziele der Bewegung rhetorisch unterstützt werden? Sollte der SHB sich hingegen als Verband bei den Marschierern beteiligen, etwa durch Delegation eines Bundesvorstandsmitglieds in den Zentralen Ausschuß der „Kampagne für Abrüstung“? Oder sollte er nur fordern, daß die Diskriminierungen der Ostermarschierer, wie sie hierzulande an der Tagesordnung sind, aufgehört?

Dem Komplex Ostermarsch wurde fast ein ganzer Nachmittags gewidmet. Da hieß es, man solle von einer direkten Beteiligung absehen und sich auf das beschränken, „was möglich ist, wenn wir auf die Partei einwirken wollen“ (so der Bonner Delegierte Thelen). Die anderen verlangten eine klare Stellungnahme, denn wer nicht dafür ist, ist dagegen“.

Schließlich machte Ältestenratsmitglied Rolf Kreibich auf un-demokratische Verfahrensweisen bei den Ostermarschierern aufmerksam: Die Verbandsspitze sei nicht demokratisch gewählt. Der Vorwurf konnte nicht ganz entkräftet werden. Dabei offenbarten einige Delegierte ein merkwürdiges Demokratieverständnis. Der Delegierte Pietzsch, stud. päd. aus Lüneburg, verstieg sich gar zu der Feststellung, die Praktiken in der Bestallung der Verbandsspitze der Ostermarschierer (die sich offenbar durch das Fehlen ordnungsgemäßer Wahlverfahren auszeichnen) seien „fundamentaldemokratisch“. Mit zwei Stimmen Mehrheit wurde dann ein Antrag angenommen, nach dem der SHB die Ziele der „Kampagne für Abrüstung“ unterstützt und seinen Mitgliedern empfiehlt, sich an den Veranstaltungen der Ostermarschierer zu beteiligen“. Außerdem: „Die Entsendung eines SHB-Vertreters in den Zentralen Ausschuß der Kampagne ist vom Bundesvorstand (des SHB, der Verf.) zu prüfen.“

Die Debatte zum Komplex „Ostermarsch“ war zugleich auch Beispiel für jene Kampfatosphäre, wie sie regelmäßig bei politisch spektakulären Entscheidungen entsteht. Emotionen ersetzen dann allzuoft Argumente, moralische Entrüstung versperrt die Einsicht in das politisch Mögliche.

Auch wenn eine Begründung zum zehnten Male gebracht wird, muß lauthals und anhaltend geklopft werden; beim Andersdenkenden wird das Zischen zur besten Waffe psychologischer Kriegsführung; und wenn alles nichts mehr hilft, dann bleibt immer noch ein „Antrag zur Geschäftsordnung“. Spottete Professor Freyh: „Nichts beschwingt so sehr wie eine richtige Geschäftsordnungsdebatte.“ Von der totalen Demokratie (Pietzsch würde sagen: „Fundamentaldemokratie“) ist es dann nicht mehr weit zur Anarchie. Das Tagungspräsidium muß

zeigen, was es kann; ist es mit diesem Können nicht weit her — wie bei besagter Debatte —, dann wird (um es vornehm zu formulieren) der Prozeß politischer Willensbildung kurzfristig unterbrochen.

Neben dieser emotional erhitzten Debatte gab es jedoch weit mehr Diskussionen, die den Eindruck einer gewissen Konsolidierung des Verbandes vermittelten (wenngleich zu fragen ist, ob sich ein Studentenverband aufgrund der hohen Fluktuationsrate seiner Mitglieder jemals konsolidieren kann). So wurde ein bemerkenswerter Beitrag der Gruppe Göttingen zur Strafrechtsreform behandelt oder ein „Reformplan des allgemeinbildenden deutschen Schulwesens“ angenommen.

In einem „außenpolitischen Memorandum (mit besonderer Berücksichtigung der Deutschlandpolitik)“ wird die „nationalstaatliche Zielsetzung“ der Bonner Wiedervereinigungspolitik in Frage gestellt: Die Bundesrepublik forciert selbst die Integration Westeuropas. Es ist ein Widerspruch, wenn sie gleichzeitig an dem Ziel eines seinen Militär- und Bündnisstatus allein bestimmenden deutschen Gesamtstaates festhält. Ein deutscher Gesamtstaat vermag nicht zu leisten, was von ihm erhofft wird. Dementsprechend sollen Nahziele, wie die „Überwindung der Trennung von Verwandten und Freunden“ oder das Entstehen einer „demokratischen humanen Gesellschaft in der DDR“ (was ja ohne einheitlichen Nationalstaat möglich ist), gefördert werden.

Zu einem anderen, aktuelleren außenpolitischen Sujet wurde eindeutig Stellung bezogen: Die Vietnampolitik der USA wird verurteilt. Der Vietnamkonflikt ist nicht mit militärischen, sondern nur mit politischen Mitteln zu lösen. Mit großer Mehrheit stellte sich die Konferenz hinter die Vietnamresolution deutscher Wissenschaftler und Künstler, die unlängst als Anzeige durch die Presse ging.

Während man sich vor zwei Jahren in Heidelberg noch die Köpfe über den Oder-Neiße-Beschluß heiß redete und der entscheidende Passus schließlich mit einer Stimme Mehrheit angenommen wurde, findet heute besagter Vietnamantrag oder das außenpolitische Memorandum mit seinen ketzerischen Thesen ohne lange Diskussion eine überzeugende Mehrheit. In der Außenpolitik wird der Linksrutsch des SHB am offenbarsten. Ein Berliner Delegierter, der sich bisher allzugern zum linken Flügel zählte, meinte nach der Sitzung des außenpolitischen Ausschusses: „Das macht ja gar keinen Spaß mehr, hier komme ich mir fast wie ein Rechter vor.“

Diejenigen, die sich trotzdem noch als Linke des Verbandes verstehen, sind dadurch in eine peinliche Situation manövriert worden: Ihre Vorstellungen sind so verschwommen und wirklichkeitsfremd, daß bereits Schwierigkeiten bei der Artikulation entstehen; statt dessen wird emotional reagiert. Deutlich wurde die schwache Stellung des linken Flügels auch bei der Wiederwahl des Bundesvorsitzenden; die Linksaussen hatten zwar keinen Gegenkandidaten, stimmten aber gegen (den einzigen Kandidaten) Christoph Zöpel.

Die Selbstsicherheit, die auf dem Feld der Außenpolitik oder Bildungspolitik zum Ausdruck kam, fehlte auf dem Sektor der Wirtschaftspolitik.

Auf der letztjährigen Versammlung hatte man plötzlich vermerkt, daß eine Aussage des SHB zur Wirtschaftspolitik noch fehlte. Nach bewährtem Muster wurde ein Ausschuß eingesetzt, der die Grundlagen zu erarbeiten hatte. Und da hierzulande ganz allgemein und bei Sozialdemokraten insbesondere der Hang zum Grundsätzlichen, Allgemeinverbindlichen, Prinzipiellen nicht gerade unterentwickelt ist, legte der Ausschuß nach einjährigem Bemühen ein „Paper“ (wie es neuerdings im Kongreßchinesisch heißt) über „Grundfragen einer demokratisch-sozialistischen Wirtschaftspolitik vor“.

Fürwahr, ein umfangreicher Komplex. Waren jedoch bei der Wiedergabe des Revisionsberichtes — bei dem beispielsweise darüber gerechnet wurde, ob der Bundessekretär für ein in Ausübung seiner Amtspflicht erhaltenes Strafmandat über 5 Deutsche Mark selbst zahlen müsse oder dies aus der Verbandskasse berappt werden könne — nahezu alle Delegierten, in atemloser Spannung lauschend, anwesend, so bevölkerte bei der wirtschaftspolitischen Debatte kaum die Hälfte den Saal; die meisten lasen Zeitung oder unterhielten sich. Die Wirtschaftspolitik wurde eine Sache von drei oder vier „Experten“. In der Formulierung eines wirtschaftspolitischen Grundsatz-

programms war man allerdings auch an die Grenze dessen geraten, was für einen Verband von der Größe des SHB „grundsätzlich“ noch formulierbar ist. Die Vorlage des ständigen Ausschusses wurde von Delegierten als „Deklamation von Leerformeln und Darstellung klassischer Wirtschaftsmodelle“ angegriffen. Mit unverhohlenen Stolz ob der eigenen Literaturkenntnisse wurde das desolate Ergebnis kriminalistischer Schürfarbeit dem erstaunten Publikum bekanntgegeben: Ohne Quellenangabe waren in die Vorlage des wirtschaftspolitischen Ausschusses ganze Sätze aus einem nationalökonomischen Standardwerk übernommen worden; daß es sich dabei um die „Wirtschaftspolitik“ des Idols aller Neoliberalen, Walter Eucken, handelte, kann kaum als Indiz für besonderen Ideenreichtum gewertet werden.

Es fällt trotzdem schwer, den Autoren einen Vorwurf zu machen. Vielmehr scheint es, als habe sich der Verband hier schlicht übernommen. Der Themenbereich „Wirtschaft“ ist so komplex, die vorliegende Literatur so umfangreich, daß ein Unterfangen wie die Formulierung der „Grundlagen einer demokratisch-sozialistischen Wirtschaftspolitik“ entweder in nichtssagenden Allgemeinplätzen oder in einem neuen Buch enden. Hier täte ein wenig Bescheidenheit gut. Die Gefahr, sich lächerlich zu machen, ist allzu groß.

Da lobt man sich schließlich jenen Delegierten, der Lübkes Anwesenheit in Afrika und die noble Behandlung Nkrumahs durch Sékou Touré als Anlaß zu folgendem Antrag nahm: „Am 3. 3. 1966 hat Sékou Touré zugunsten von Herrn Kwame Nkrumah auf das Amt des Staatspräsidenten von Guinea verzichtet. Der SHB mißbilligt aufs schärfste, daß mit dieser Berufung von Nkrumah der in Afrika sich bereithaltende Heinrich Lübke offensichtlich übergangen worden ist.“

Die Diskussion zu diesem Antrag war — gewiß wegen der fortgeschrittenen Zeit — nur kurz, es wurde lediglich vermerkt, daß man den Afrikanern, die schließlich ein modernes Schulsystem hätten, keinen Verfechter von Zwergschulen zumuten könne. Ein anderer Delegierter wandte sich mit dem einleuchtenden Argument gegen den Antrag, in Afrika gäbe es doch schon Schwarze genug.

Eine große Mehrheit stimmte dennoch — aus offensichtlich eigennützigen Motiven — dafür.

Zeit für solche kabarettistischen Einlagen gab es eigentlich nicht: Nahezu hundert, teils seitenlange Anträge harrten der Bearbeitung. Da ging es um die Kriegsdienstverweigerer, für die ein demokratischeres Prüfungsrecht gefordert, um Wolfgang Neuss, dessen Parteiausschluß „mißbilligt“, um die bundesdeutschen Geheimdienste, denen anhand konkreter Fälle „eine fortlaufende Verletzung des GG-Artikels 10“ vorgeworfen, oder um die Altersbegrenzung bei Schülerfahrkarten, die als unsozial abgelehnt wird.

Obwohl Bedenken hinsichtlich der Breitenwirkung einer solchen Zahl von Beschlüssen bestanden? Hin und wieder wurden die Delegierten von Zweifeln geplagt. So, als zur Debatte stand, ob der vor zwei Jahren verabschiedete Oder-Neiße-Beschluß nochmals (wortwörtlich!) verabschiedet werden soll. Oder bei einem Antrag, in dem (drei Monate nach der „Hallo-Nachbarn“-Affäre) ein Recht für die Satire im Fernsehen gefordert wurde.

Ein Delegierter: Der Beschluß des SHB käme, nachdem auch „der letzte Verein dazu Stellung genommen hat“.

(frontal-Zeitschrift für demokratische Studenten Nr. 34, Mai 1966, S. 14 ff.)

## DOKUMENT 497

Freie Universität Berlin  
Studentenvertretung  
Allgemeiner Studentenausschuß  
—amt. 1. Vorsitzender —

1 Berlin 33, 3. 3. 1966  
Garystr. 20  
Tel. 76 90 2246  
Ka / Wi

Der Allgemeine Studentenausschuß der Freien Universität möchte Ihnen hiermit das Material zugänglich machen, das er auch den Studenten der Freien Universität zur Unterrichtung über die jüngste „FU-Krise“ vorgelegt hat.

Wir möchten versuchen, auf diesem Wege auch dem lehrenden Teil der Universitätsgemeinschaft verständlich zu machen,

warum die Studentenvertretung auf den Beschluß des Akademischen Senats so reagieren mußte, wie sie es getan hat.

Die Richtlinien des Akademischen Senats, die die politische Bildungsarbeit betreffen, wurden in einem Verfahren beschlossen, das der Studentenvertretung nicht die geringste Möglichkeit ließ, ihre Einwände zur Geltung zu bringen. Erst am Tage vor der Verabschiedung des Akademischen Senats erfuhr der 1. AStA-Vorsitzende im Verfassungsausschuß von dem Plan, Richtlinien über die Vergabe von Universitätsräumen zu erlassen. Er konnte in diesem Ausschuß lediglich darauf aufmerksam machen, in welcher eklatanter Weise eine Verabschiedung dieser Richtlinien die Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden gefährden muß. Eine Diskussion über die Richtlinien erwies sich als sinnlos, weil von seiten des Rektors darauf hingewiesen wurde, diese Festlegung sei nach all den Unruhen der letzten Zeit das Maximum an Veranstaltungsfreiheit, das die Universität gewähren könne. Der 1. AStA-Vorsitzende setzte nach dieser Sitzung den Rektor von seinen Rücktrittsabsichten in Kenntnis.

Der Allgemeine Studentenausschuß und alle erreichbaren Studentenvertreter waren sich über die Tragweite dieser Pläne sofort einig. Der Entschluß, aus Protest zurückzutreten, erfolgte einstimmig und erst zu einem Zeitpunkt, als die Richtlinien im Akademischen Senat definitiv beschlossen waren. Der Allgemeine Studentenausschuß ist sich bewußt, daß er normalerweise mit seiner Reaktion hätte abwarten müssen, bis der Beschluß vom Akademischen Senat selbst bekannt gegeben wurde. Die Art und Weise, in der die Studentenvertretung in dieser ihre Rechte ganz deutlich beschneidenden Angelegenheit übergangen wurde, ließ uns jedoch keine andere Wahl, als eine Flucht in die Öffentlichkeit. Für diese Reaktion muß man auch deshalb Verständnis aufbringen, weil die Presse ohnehin schon von den Plänen des Verfassungsausschusses Kenntnis hatte; ihre Informationen hatte sie nachweislich nicht aus Kreisen der Studentenvertretung. Der Allgemeine Studentenausschuß sah sich in diesem Fall deshalb nicht an das Gebot des Schweigens bis zu einer Äußerung des Akademischen Senats gebunden, weil die akademische Seite sich nicht an das Gebot der gemeinsamen Beratung zwischen Lehrenden und Lernenden gehalten hatte.

Inzwischen hat sich herausgestellt, daß die Richtlinien des Akademischen Senats keinen realen Hintergrund haben. Der Akademische Senat hat es offensichtlich versäumt, sich über die technischen Möglichkeiten für Veranstaltungen in der Mensa Klarheit zu verschaffen. Fest steht heute, daß innerhalb der Universität keine Räume vorhanden sind, die als angemessener Ersatz für die Hörsäle des Henry-Ford-Baus gelten können. Der Akademische Senat wird deshalb ohnehin über die ganze Angelegenheit neu befinden müssen. Wir möchten Sie sehr herzlich bitten, in Ihren Fakultäten darauf hinzuwirken, daß die Richtlinien zurückgenommen werden. Wir sprechen diese Bitte in der ehrlichen Überzeugung aus, daß kein Anlaß bestanden hat, diese Richtlinien überhaupt zu erlassen. Im letzten Semester hat an der Freien Universität keine Veranstaltung stattgefunden, die aus sich heraus Unruhen oder gar skandalöse Vorfälle produziert hätte. Es wurde lediglich eine Veranstaltung von außerhalb bedroht, bei einer zweiten konnte eine solche terroristische Bedrohung befürchtet werden. Uns erscheint es nach wie vor als nicht angängig, vor solchen Bedrohungen zu kapitulieren und von sich aus Veranstaltungen abzusagen.

Für die Ausschreitungen vor dem Amerika-Haus und für andere Vorfälle, die die Berliner Öffentlichkeit in letzter Zeit beunruhigt haben, kann kein vernünftiger Mensch die Studentenvertretung verantwortlich machen. Wir erachten es überdies für widersprüchlich, wenn die Universität sich einerseits über studentische Straßendemonstrationen beunruhigt, andererseits politische Veranstaltungen in Form von Diskussionen durch ihr Raumverbot unmöglich machen will.

Der Allgemeine Studentenausschuß der Freien Universität ist der Meinung, daß vom ruhigen Verlauf des Wintersemesters her keine Veranlassung bestand, am ersten Tag nach Semesterende derartige gravierende Richtlinien zu erlassen. Die Rechtswidrigkeit dieser Richtlinien zwang uns, Rechtsaufsichtsbeschwerde beim Senator für Wissenschaft und Kunst einzulegen. Diese Beschwerde wird nach Auskunft des Senators

allerdings erst dann behandelt werden, wenn der Rektor sich die Richtlinien, die der Akademische Senat als Empfehlung beschlossen hat, zu eigen macht.

Wir möchten Sie nochmals sehr herzlich bitten, daß Sie sich im Sinne der Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden mit den Argumenten der Studentenvertretung auseinandersetzen und unseren Standpunkt wenigstens zu verstehen versuchen. Wir erlauben uns außerdem den Hinweis, daß dieser neueste Konflikt an der Freien Universität der Studentenvertretung durch die Richtlinien des Akademischen Senats aufgezwungen wurde. Der Allgemeine Studentenausschuß betreibt heute nicht mehr als die Wiederherstellung der Rechte des Allgemeinen Studentenausschusses und der förderungswürdigen Gruppen, die seit Gründung der Freien Universität unzweifelhaft waren und erst durch diese Richtlinien in Zweifel gezogen worden sind.

Wir würden uns freuen, wenn wir auf diese Weise mit Ihnen über dieses gewiß sehr wichtige Thema ins Gespräch kommen könnten. Wir sind sicher, daß ein solches Gespräch dazu beitragen könnte, Mißverständnisse auszuräumen und dem Akademischen Senat ein Überdenken seines Beschlusses zu ermöglichen.

Mit dem Zeichen vorzüglicher Hochachtung

bin ich Ihr

(Niels Kadritzke)

— amt. 1. Vorsitzender —

(Hochschularchiv FUB: Akte 2/2098/2 „Politisches Mandat, insbesondere der Studentenvertretung der FUB“, Nr. 112)

## DOKUMENT 498

### Eingabe

Folgende Darstellung wurde am 4. 3. 1966 an den Rektor der Freien Universität Berlin, Herrn Prof. Dr. Lieber, Herrn Universitätsdirektor G. Völz und Herrn Prof. Dr. Blomeyer übersandt.

### (Abschrift)

Die Gründe für diesen Nachtrag zu den zu Protokoll gegebenen Fakten, die zu dem derzeit laufenden Verfahren gegen Herrn Prof. Eckardt geführt haben, liegen in der Besorgnis über mögliche Mißverständnisse. Mißverständnisse insofern, als die Beschuldigungen gegen Herrn Prof. Eckardt, einem juristischen Verfahren unterworfen, nicht den eigentlichen Gegebenheiten entsprechen könnten, die uns zu der Entscheidung geführt haben, den ungewöhnlichen Weg der Beschwerde zu gehen.

Wir möchten einleitend nochmals mit Nachdruck betonen, daß wir uns der Außerordentlichkeit unseres Vorgehens bewußt sind, und daß wir nur nach Jahren, während derer wir die Verhältnisse am Japanischen Institut kennengelernt haben, die Notwendigkeit einsahen, eine höhere Autorität beanspruchen zu müssen, um sowohl für uns als auch für unsere Kommilitonen der Japanologie um würdigere Studienbedingungen nachzusuchen.

Das Fach der Japanologie wird nur von wenigen Studenten belegt. Wir befinden uns also in einer kleinen Gemeinschaft, in der das Verhältnis von Professor zu Student ein sehr enges ist und daher zu einer Belastung werden kann. Die Schwierigkeiten, die dem Fach innewohnen durch die Verzweigkeit des Gebietes und der alleinigen Vertretung durch einen Lehrer, bedingt ein Höchstmaß an autonomer Arbeit, aber auch ein Höchstmaß an Abhängigkeit vom Dozenten. Diese beiden Umstände, der kleine Kreis der Studierenden und die Schwierigkeit der Materie des Faches selbst, schaffen ein Klima der Intimität, wie es ideal sein könnte, aber es kann ebenso zu Komplikationen führen, die das Studium gefährden.

Wir möchten mit dem Hinweis auf diese Eigentümlichkeiten der Japanologie keine besonderen Ansprüche erheben, wir möchten nur um deren Berücksichtigung bitten, die uns für die weiteren Ausführungen wichtig erscheinen und zur Erklärung dienen mögen.

Wir befinden uns nicht nur in der unangenehmen Lage, Urheber eines Verfahrens gegen einen Professor unserer Univer-

sität zu sein, wir befinden uns darüber hinaus in der bedrückenden Situation, ohne Lehrer unser Studium fortsetzen zu müssen. Das aber bedeutet einen empfindlichen Verlust an Zeit, bei dem ohnehin schon langen Studium, das für die Japanologie notwendig ist, und das bedeutet einen Aufschub des eigentlichen Eintritts in die selbständige Forschung.

Uns war wohl bewußt, daß wir mit einer Beschwerde gegen Herrn Prof. Eckardt unser Studium in Verzug bringen könnten, aber was sollten wir uns in Verhältnissen verstecken, die weder Grundausbildung zur Japanologie, noch der weiteren wissenschaftlichen Ausbildung genügten. Es handelt sich hier weder um die Ablehnung etwaiger von Herrn Prof. Eckardt vertretener wissenschaftlicher Thesen noch um eine vielleicht zu vermutende Antipathiekundgebung, sondern es geht um die Möglichkeit des Studiums der Japanologie bei Herrn Prof. Eckardt überhaupt.

Wir wenden uns gegen den von Herrn Prof. Eckardt geführten Lehrbetrieb, der durch die verschiedensten Faktoren derart gestört ist, daß jahrelang hindurch getragene Bedenken gegen eine Beschwerde überwunden worden sind und vorgebracht wurden. Wir sind in dem kleinen Kreis der Japanologen durch den wissenschaftlichen Wettbewerb abhängig, und es geht uns darum, für diesen Wettbewerb genügend ausgerüstet zu werden. Die zu Protokoll gegebenen Punkte enthalten verleumderische, obszöne und antisemitische Äußerungen sowie Angaben über ungenügende Vorbereitung zum Unterricht und Trunkenheit bei Lehrveranstaltungen. Das Mißverständnis, das nun eintreten könnte, ist, daß durch die juristische Bewertung der angeführten Tatbestände die Beschwerde sich nur auf einige extreme Äußerungen und vereinzelte Unkorrektheiten in den Lehrveranstaltungen zu beschränken schein. Das jedoch, was wir angeben konnten, um unser Vorgehen zu begründen, betrifft nur einige der konkreten Beispiele, die für das Verhalten und für die Formulierungen von Herrn Prof. Eckardt stehen. Herr Prof. Eckardt hat durch sein menschliches Verhalten und durch seine mangelnden fachlichen Leistungen seinen Studenten gegenüber einen Einfluß genommen, der schädigend sein kann für die moralische Persönlichkeit, der aber schädigend ist für die Erwerbung der Würde eines Wissenschaftlers.

Die Gründe, die uns bewogen haben, die Persönlichkeit von Herrn Prof. Eckardt zu berühren, liegen in dem Übergewicht seiner persönlichen Einflußnahme und seines persönlichen Eindringens in die privaten Belange der Studenten. Es handelte sich jedoch bei Herrn Prof. Eckardt nicht nur um das Bestreben, eine dem Studium förderliche Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens zu schaffen. Die Voraussetzungen dazu, das Respektieren und Tolerieren der Persönlichkeit des anderen einerseits und das durch die persönlichen Kontakte ungetrübtete Urteil über fachliche Leistungen andererseits, fehlten, oder waren von Herrn Prof. Eckardt völlig verzerrt worden. Vertrauen schien ihm eine Art Kumpelbrüderschaft, bei der es weder an der Beteiligung an Trinkereien fehlen durfte, noch an intimsten Mitteilungen über andere Personen. Vertrauen, das entsprach einem einseitigen Abhängigkeitsverhältnis, das Herr Prof. Eckardt sich entweder durch Vergabe von Stipendien oder Hilfsassistentenstellen erwarb, oder aber durch ein maßloses Mißtrauen erzwang, das denjenigen in Abwesenheit zum „Kommunisten“, „Schwein“, „Würstchen“ und dergleichen werden ließ, der sich auch nur distanziert zu seinen haltlosen Äußerungen und zu seinem unprofessoralen Benehmen verhielt (s. die Punkte der Beschwerdeschrift). Die fachlichen Leistungen blieben unberücksichtigt. Entweder mußten die Studenten, wenn sie in höhere Semester gekommen waren, wo Herr Prof. Eckardt seine fachliche Betreuung nur noch formal wahrnahm, die private Atmosphäre akzeptieren, oder sie setzten sich, wenn sie es nicht vorgezogen hatten, das Institut zu verlassen und andernorts zu dissertieren, den größten Beschimpfungen aus.

Das Respektieren und Tolerieren seiner eigenen Person, das Herr Prof. Eckardt seinen Studenten abverlangte, war aber nichts anderes, als eine für ihn notwendige Mitwisserschaft über die Unzulänglichkeiten und Schwächen seiner Leistungen als Lehrer und Japanologe. Daraus ergab sich für uns eine Loslösung aus dem wissenschaftlichen Rahmen, als dessen

Ersatz wir die Geständnisse Herrn Prof. Eckardts nunmehr anzusehen hatten, und die Kritik an seinen fachlichen Leistungen, die er nicht selten herausforderte („Kinder, wie war ich denn?“ war eine häufig gestellte Frage), wurde dann, wenn sie tatsächlich in negativem Sinn geübt worden war, mit den Hinweisen auf rein persönliche Umstände beantwortet. Wir, „seine Kinder“, würden das schon verstehen, war die angewandte Formel, wenn er, und das zahllose Male, das Ungenügen seines Unterrichts durch private Details entschuldigte.

Für Herrn Prof. Eckardt aber ergab sich aus unserem Mitwissen über seine persönlichen und fachlichen Unzulänglichkeiten der Vorteil, daß er tun und lassen konnte, was er wollte, ohne einer peinlichen Bloßstellung gewärtig sein zu müssen, denn waren, wie schon erwähnt, nicht durch finanzielle Hilfen (Stipendien, Stellen studentischer Hilfskräfte und Hilfsassistenten) die Studenten gebunden, so doch durch die Autorität, die einem Professor einer Universität beigegeben ist.

Um die Diskrepanz, die sich demzufolge aus seinen Pflichten als Professor und seinen eigenen Leistungen ergab, zu vermindern, setzte Herr Prof. Eckardt allen Einfluß seiner Person und seiner Amtswürde sowie die ihm als Dozent oder später als Ordinarius zur Verfügung stehenden materiellen Mittel ein. Er versuchte dadurch, entweder unliebsame Kritik zu vermeiden, oder aber durch scheinbar selbstlose Großzügigkeit Vertrauen zu gewinnen, was wiederum die offene Disziplinlosigkeit im Unterricht zur Folge hatte und die Hemmungslosigkeit privaten Verhaltens, in der er sich sowohl im Institut, als auch in öffentlichen Lokalen seinen Studenten exponierte.

Abgesehen von der Wirkung obszöner und antisemitischer Äußerungen Herrn Prof. Eckardts in Gegenwart seiner Studenten verwunderte besonders die ungewöhnliche Banalität der Urteile über Probleme aus dem Gebiet der Japanologie oder anderer Bereiche der Geisteswissenschaften, die nicht dazu angetan war, sei es im Unterricht oder in privaten Gesprächen, auch nur Achtung hervorzurufen, schön gar nicht als Vorbild zu gelten. Wenn Herr Prof. Eckardt z. B. aus dem Werk Oswald Spenglers „Der Untergang des Abendlandes“ die Botschaft des Autors herausgelesen hat „Ihr seid ja alle Würstchen!“, dann werden, selbst wenn der alkoholische Einfluß berücksichtigt wird, unter dem diese Aussage getan wurde, Zweifel an der geistigen Urteilskraft des Vortragenden nicht immer unterdrückt werden können. In den Vorlesungen über die Kultursoziologie Japans wurden gleiche unpräzise Urteile von Herrn Prof. Eckardt abgegeben: „Da war was los“, so wurde die eine Epoche charakterisiert, „Da war nichts los“, die andere.

Einige Semester des Studiums der Japanologie am Institut der Freien Universität ließen erkennen, daß die fachliche Betreuung mangelhaft für die Anfangskurse ist, für die oberen Seminare aber einfach unzulänglich. Ein späterer Wechsel an eine andere Universität kam einem Neubeginn des Studiums gleich und das Bleiben am Institut setzte mit den Kenntnissen, bei Herrn Prof. Eckardt erworben, den späteren Anschluß an das allgemein gültige wissenschaftliche Niveau der Japanologie in Frage.

Die in der Beschwerdeschrift angeführten Beispiele für die Art der Aussagen von Herrn Prof. Eckardt schienen uns überzeugend für das geistige Niveau und die charakterliche Beschaffenheit. Wenn ihr Fehlen oder ihr Ungenügen durch die äußere Mechanik eines Unterrichts- und Forschungsbetriebes überdeckt wird und durch ein persönliches Verhältnis zu den Studenten ersetzt wird, dann kann nicht nur zu den Lehrveranstaltungen Stellung genommen werden, dann muß auch das persönliche Verhalten des Lehrers in Betracht gezogen werden.

Fachliche Differenzen mögen sich in persönlicher Antipathie ausdrücken, persönliche Antipathie kann wohl mit fachlicher Qualifikation zusammengehen. Das persönliche Verhalten aber von Herrn Prof. Eckardt, das Aversion aufkommen lassen kann, und der Lehrbetrieb, der von diesem persönlichen Gebaren unterhalten wird und der ein Selbststudium bevorzugen läßt, das ergibt eine Situation für den Studenten, der er durch den Wechsel zu einer anderen Universität ausweichen

könnte, aber schon das geringste Maß an Selbstverantwortung und Gewissenhaftigkeit zwingt dazu, auf die peinlichen Zustände hinzuweisen und sich gegen sie als Student einer deutschen Akademie zu verwahren.

Diejenigen Punkte der Beschwerdeschrift, die sich auf die antisemitischen Äußerungen von Herrn Prof. Eckardt bezogen, sind in diesem Schreiben bisher nicht berücksichtigt worden, denn sie bilden einen eigenen Komplex, der nicht nur in Verbindung mit der Universität gesehen werden kann. Die Äußerungen, die Herr Prof. Eckardt gegen jüdische Mitbürger anwandte, haben uns seit langem in ihrer ständigen Wiederkehr in einer Weise empört, daß wir ihretwegen schon nach Möglichkeiten gesucht hatten, die Öffentlichkeit von diesem bedenkenlosen und unverantwortlichen Verhalten eines deutschen Professors zu informieren.

Es ist im Hinblick auf die Geschehnisse des Dritten Reiches untragbar, daß ein deutscher Professor, der in dieser Weise belastet ist, weder selbst um Beurlaubung nachsucht, noch von seiten der Universität beurlaubt wird, bis die gegen ihn erhobenen Vorwürfe geklärt sind. Ein antisemitischer Professor, der heute an einer deutschen Universität lehrt, ist eine Zumutung, gegen die wir uns entschieden verwahren. Es handelt sich hier nicht um eine interne Angelegenheit der Universität, sondern um einen Umstand, der Anspruch auf Mitteilung an die Öffentlichkeit erhebt.

Nachdem der Universität dieser skandalöse Umstand im Oktober 1965 bekannt geworden ist, sind wir um so mehr erstaunt, daß dieser Professor noch im Sommersemester 1966 sein Lehramt ungehindert wahrnehmen kann. Wenn dieser Punkt nicht baldmöglichst geklärt wird, sind wir gezwungen, das Urteil der Öffentlichkeit in Anspruch zu nehmen.

gez. Inge Braun  
gez. Detlef Foljanty  
gez. Johannes Sembritzki

(Archiv Z16: Akte 0702 FU „Flugblätter 1966 — Der Fall Eckardt bis 15. Nov. 1966“)

## DOKUMENT 499

### Das Ende einer Gelehrtenrepublik

#### Krise der Freien Universität:

#### Das „Berliner Modell“ sollte endlich begraben werden

Von H.-D. Sander

#### Das Otto-Suhr-Institut

In den ersten zehn Jahren des Bestehens der Universität kam es über politische Manifestationen der Studenten zu keinem nennenswerten Konflikt. Von 1948 bis 1957 beschränkten sich die politisch engagierten Studenten auf wenige Grundfragen, erst ab 1958 steigerte sich das Engagement fieberhaft, oft an pittoresken Aktualitäten sich entzündend. Von 1948 bis 1957 konzentrierte sich die politische Kritik im wesentlichen auf den Osten, in den Jahren 1958 bis 1966 wurde fast nur noch der Westen unter die Lupe genommen, wobei die Konkordanz mit kommunistischen antiwestlichen Propagandawellen überraschte. Ein gewisser Rutsch war unverkennbar. Die Öffentlichkeit registrierte ihn sogleich. Langsam, aber stetig geriet die Freie Universität in den Ruf einer Hochburg der Linken. Was war passiert?

Für die Konzentration linker Kräfte bot die Universität manche Vorteile. Es geisterte in ihr noch der Mythos des radikalen Neubeginns aus den „Gründer“-Jahren. Sie fühlte sich in ihrem Habitus von allen anderen deutschen Universitäten abgehoben. Dabei war die Quote der Professoren, die als „links“ galten — um die ganze Weite dieses Begriffs zu verwenden —, am Anfang nicht einmal besonders stark — das änderte sich indessen 1959, als der Berliner Senat der Freien Universität die Eingliederung des Otto-Suhr-Instituts (vorm. Deutsche Hochschule für Politik) auferlegte, dessen Lehrkörper eine beachtliche Linksfraktion aufwies. Das Otto-Suhr-Institut war auch, seiner Tradition entsprechend, die Schleuse, durch die Tagespolitik und politische Geschäftigkeit in die Alma mater trieben.

Seitdem verbreiterte sich die linke Basis beinahe automatisch: durch neue Berufungen, durch die Auswahl der Assistenten — vorzüglich im Otto-Suhr-Institut, der Philosophischen Fakultät und in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät. Dazu darf ein dritter Faktor, der geographische, nicht übersehen werden. War Berlin einst der Brennpunkt des kalten Krieges gewesen, so konnte es — so glaubten viele — ebenso gut auch zum Kristallisationspunkt westöstlicher „Verständigung“ werden. (Zeitweilig herrschte sogar die Hoffnung, die SPD in Berlin als Basis für eine sozialistische Restauration der deutschen Sozialdemokratie benutzen zu können; in einigen Köpfen geht sie noch heute um.)

Das spezifische Zusammenspiel dieser drei Momente mag verschuldet haben, daß die Zäsur der Mauer in diesen Kreisen nicht als Zäsur wirkte. Verstummt die frühere Kritik am Kommunismus zunächst aus „Taktgefühl“ und eingebildeter Taktik, so wurde sie bald „als nicht mehr vordringlich“ erachtet und schließlich gänzlich verworfen.

#### Politisches Laboratorium

Umgekehrt griff die Kritik am eigenen Lager immer mehr um sich. Man fühlte sich durch die Kritik von seiten der Kommunisten pressiert, glaubte, ihnen aus moralischen Gründen nicht entgegen zu dürfen, mindestens bevor nicht gewisse Übel im Westen abgestellt waren. Man bemerkte nicht, daß die Selbstreinigung durchaus einseitig blieb, und übernahm allmählich den ganzen Katalog der kommunistischen Vorwürfe gegen den Westen, bildete sich gar ein, ihn selber aufgestellt zu haben.

So entwickelte sich die Freie Universität zu einem merkwürdigen politischen Laboratorium, in dem Studenten-Zirkel ihre Ideen destillieren, erhärten und popularisieren konnten. Die Konzepte der linken Gruppe pendelten sich sukzessive auf „Entspannung“, Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, Aufnahme offizieller Beziehungen zur Regierung der „DDR“, politische „Säuberung“ der Bundesrepublik, „innerbetriebliche Mitbestimmung“ und Verstärkung planwirtschaftlicher Elemente ein. Freilich sind diese Ziele nicht gleichmäßig allen diesen Gruppen eigen, sie differieren intern; das reicht augenblicklich von einer „gemäßigt erweiterten dirigistischen Wirtschaftspolitik“ der „Liberalen“ bis zur Vollsozialisierung, wie sie einigen Mitgliedern des „Argument-Clubs“ vorschwebt.

Das meiste Interesse finden heute die Diskussionen um eine „neue Deutschlandpolitik“. Wenden wir uns diesen Diskussionen für einen Augenblick zu! Die Beschlüsse des LSD, des „Liberalen Studentenbundes“, zur Deutschlandpolitik, 1965 verfaßt im Kloster Höchst/Odenwald, fordern im einzelnen: „Keine Atomwaffenbeteiligung, Respektierung der faktischen Ostgrenze, diplomatische Beziehungen zu den Ostblockstaaten, verstärkter Handel, Kredite, stufenweise Anerkennung der „DDR“.

Die Punkte der Deutschlandpolitik des LSD finden sich auch im Außenpolitischen Memorandum des SHB (Sozialdemokratischer Hochschulbund), das gerade redigiert wird. Der hervorstechende Unterschied: Der SHB macht sich keine Illusionen über die Wiedervereinigung wie der LSD, in dem noch Rudimente des Liberalismus aus dem 19. Jahrhundert leben. Der SHB gibt sich modern. Seine Grundlage sei, wie seine leitenden Funktionäre Börnsen, Sielaff und Wirth im Gespräch ausführten, der Positivismus, die empirische Sozialforschung. Das SHB-Memorandum drückt keine Hoffnung aus, durch politische Forderungen und direkte Einwirkungen die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse im Osten ändern zu können. Die Wiedervereinigung gefährde im Gegenteil den Status quo. Eine durch kontinuierliche Entspannungspolitik erwirkte Freizügigkeit in Europa würde die deutsche Teilung allenfalls zu einer Frage von untergeordneter Bedeutung machen. Nationalstaatliche Fragen seien für den SHB passé. Das Verhältnis zur SPD wird von ihnen, ähnlich den Vorstellungen des LSD gegenüber der FDP, als „funktionale Differenz“ gesehen.

Indessen reißen die Konflikte zwischen diesen Gruppen und ihren Parteien nicht ab. Das ergibt sich von selbst, aber die Parteien gehen offensichtlich nicht immer mit dem nötigen Verständnis und dem richtigen Ton vor. Der Effekt nach außen ist denkbar schlecht. Wenn die Berliner FDP nach der Vietnam-Demonstration mit dem Berliner LSD bricht, so stellt sich die Partei selbst ein Armutzeugnis aus. Wenn auf

der anderen Seite der SHB, von der SPD zur Rason gerufen, Distanzierungserklärungen abgibt, erweist er sich damit seinen studentischen Koalitionspartnern als schlechter Verbündeter und seinen Wählern überdies als nicht ganz glaubwürdig.

### Herrschaft der Minorität verankert

Der Argument-Club und der SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) sind von solchen Konflikten noch nicht betroffen. Der Argument-Club wurde 1960 aus der Hinterlassenschaft des Aktionskomitees gegen die Atombewaffnung gegründet, nachdem sich die beteiligten Kreise aus der SPD und den Gewerkschaften verlaufen hatten; die ersten vierzehn Nummern „Das Argument“ sind Flugblätter zur atomaren Situation. Der SDS ist der Vorläufer des SHB; die SPD hatte ihn nach langwierigen Auseinandersetzungen ausgeschlossen, als sie ihre Reihen zu einer Volkspartei formierte.

Die politischen Ziele des Clubs sind, wie sein derzeitiger Vorsitzender Bernhard Blanke und der „Argument“-Redakteur Jürgen Wert erläuterten, in der Hochschulpolitik das „Berliner Modell“ gegen die Aushöhlung und Ersetzung durch die Rechtsfähigkeit der Studentenschaft und in der bundesrepublikanischen Politik die Demokratie vor den Notstandsgesetzen zu verteidigen.

Eine konstruktive Deutschland-Politik halten die Argument-Leute für unmöglich, solange die beiden Teile Deutschlands ihre Fehllhaltung zur Vergangenheit nicht aufgeben, d. h. solange die Bundesrepublik nicht den Faschismus und die „Deutsche Demokratische Republik“ nicht den Stalinismus bewältigt haben. Vielleicht stürzen sie sich deshalb mit Vorliebe in die internationale Politik: zum Beispiel die bekannte, vom Argument-Club arrangierte „Erklärung über den Krieg in Vietnam“.

Das Interesse des SDS für die Deutsche Frage ist gering. „Deutschland ist nicht mehr die Welt, und die SPD nicht ihr Nabel.“ Eine Verbindung zu seiner alten Partei strebt der SDS nicht mehr an: Kontakte zielen allenfalls darauf ab, das „Absterben der innerparteilichen Demokratie“ zu kritisieren: Gerade weil die SPD sich zu einer Volkspartei entwickelt habe, müßte sie pluralistisch strukturfest sein. Fraktionen dulden, wie es noch heute bei der Labour Party üblich sei, oder, aus anderen Gründen, bei der CDU, die formal liberalere Züge trüge. Auf die Partei-Ambitionen des SHB und des LSD blickt der SDS aus einer Mischung von Mitleid und Spott herab, das alles liefe doch nur auf die sogenannte Realpolitik hinaus.

Der SDS ist von einem Idealismus beseelt, dem man subjektive Sympathie nicht versagen kann. Auch wenn man in Sachen Vietnam gänzlich anderer Meinung ist, kann man unschwer das schwärmerische Feuer übersehen, das die Gesichter überzieht, wenn von Ho Chi Minh oder von den Vietcong die Rede ist. Den Sozialismus, der von den Sowjetarmeen in Osteuropa eingeführt worden ist, lehnt der SDS ab: Er ist deshalb der von der FDJ am meisten gehaßte und gefürchtete Gesprächspartner. Objektive Anerkennung haben die Arbeiten des SDS zur Hochschulreform gefunden, die zu großen Teilen auch von den Korporationen akzeptiert werden.

So sieht es im politischen Laboratorium „Freie Universität“ aus. Das sind die Ansichten der radikalen Klubs, deren aktive Mitglieder auf 300 von 15 000 immatrikulierten Studenten geschätzt werden. Unter normalen Umständen würden sich nur Schildbürger über sie aufregen, zumal sie nicht selten von unqualifizierten Äußerungen und Klamauk ihrer Anhänger disqualifiziert werden. Diese Zirkel können sogar als Ferment wirken. Der Standort Berlin, der diese Erscheinungen politisch erst relevant macht, könnte sie seelenruhig aushalten. Indessen verleiht das „Berliner Modell“ der Mitverwaltung und Mitverantwortung diesen Aktivitäten mehr Repräsentanz, als ihnen gebührt.

Das „Berliner Modell“ impliziert die Mitverantwortung der Gesamtheit für den Teil und gewährt den linken Gruppen faktisch die Alleinvertretung in der Studentenschaft, weil es als einzige Gegenkraft den RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten) und nichtschlagende und katholische Verbindungen zuläßt, die im sozialdemokratischen und protestantischen Berlin Außenseiter bleiben müssen. Die Freie Universität ist die einzige Universität der Bundesrepublik, die den schlagenden Verbindungen und Burschenschaften, die an der FU

um 3000 Mitglieder zählen, noch heute die Anerkennung verweigert. So ist die Herrschaft einer Minorität etabliert, die z. B. im Gegensatz zu den als nicht förderungswürdig geltenden Verbindungen, ein stark entfremdetes Verhältnis zur Bundesregierung und ihrer parlamentarischen Opposition hat.

„Man wirft uns immer vor, eine Minorität zu sein“, sagt ein Student vom SHB. „Aber die Majorität ist nicht existent. Diese nichtexistente Majorität sollte man denunzieren.“ Es ist nicht einfach, den gewissen Zynismus zu übersehen, der in diesen Sätzen steckt. Denn die Korporationen, die einen großen Teil dieser Majorität aktivieren könnten, sind nicht zugelassen. Dagegen sträuben sich der SHB wie der LSD, der Argument-Club und der SDS; die Evangelische Studentengemeinde und einige andere Vereinigungen tendieren ebenfalls zur Ablehnung.

Die Einwände, die gegen die Korporationen vorgetragen werden, sind rein ideologisch und fabulös — von der Art etwa, wie darüber in der Bundesrepublik Anno Tobak debattiert wurde; sie halten den Fakten nicht stand. Der einzige sachliche Einwand gegen die Korporationen, den wir hörten, ist ein Glaskastenargument. Was nämlich den Einfluß der „Alten Herren“ angeht, so verweisen die Korporationen auf die Parteien und Förderungskreise, die hinter den linken Gruppen stehen, auf die uralten Semester und die Assistenten, die aus dem Hintergrund den Konvent und den AstA dirigieren.

Befragt nach den Erfahrungen, die seit Jahren an den westdeutschen Universitäten mit den vorgeblich reaktionären Korporationen gemacht werden, sagt ein anderer Student vom SHB: „Überall, wo die Verbindungen Einfluß auf die Studentenvertretungen gewannen, ließ sich bald eine Entpolitisierung der Universitäten feststellen.“ Er traf damit unbeabsichtigt den Kern, das Dilemma der Gelehrtenrepublik „Freie Universität“. Die permanente Krise der Freien Universität hat immer wieder zwei konventionelle Vorwürfe ausgelöst. Die Öffentlichkeit warf den Studenten seit 1958 periodisch vor, gegen den Geist der „Gründer“ zu verstoßen, die Studentenvertretung dem Akademischen Senat, bestimmte politische Ansichten zu unterdrücken. Die Aktionen des Konvents und der politischen Verbände, mit Ausnahme des RCDS, kann man in der Tat nicht vergleichen mit den Manifestationen der Jahre davor. Was aber den Gründern recht war, kann man den Nachfahren formal nicht verwehren. Schon die Gründer-Studenten legten den Passus über die Selbstverantwortung der politischen Bildung großzügig als politisches Mandat aus. Es hat sich seitdem als Gewohnheitsrecht eingebürgert. Das Identifikationsproblem, vor das die akademische Verwaltung vom „Berliner Modell“ immer wieder gestellt wird, mußte Konflikte mit der Studentenschaft zwangsläufig hervorrufen, sobald Fragen zur Debatte standen, über die es verschiedene Meinungen gibt und geben muß.

### Trümmerromantik

So steckt das krisenträchtige Dilemma der FU letztlich in ihrem Selbstverständnis. Die Freie Universität hat sich aus den bekannten Umständen ihrer Gründung als eine Universität begriffen, die einen politischen Auftrag hat, ohne ihre Disziplinen zu politisieren. Sie gründete sich im Gegensatz zu der politisierten Ostberliner Universität, aber auch im Gegensatz zu alten deutschen Universitätstraditionen. Aus dem Geist der Zeit heraus war sie von der Ambition besessen, ein Praeceptor Germaniae zu sein.

Das wirkt noch nach, obgleich der politische Auftrag längst erfüllt ist: nämlich eine Stätte freier Forschung zu bilden und zu garantieren. Mehr kann und darf eine Universität nicht leisten. Die Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden war eine zeitbedingte Utopie. Trümmerromantik. Wegen dieser Sentimentalität hat es die akademische Verwaltung immer wieder auf sich genommen, als politische Zensurbehörde angegriffen zu werden. Es dürfte an der Zeit sein, von einem Traum Abschied zu nehmen. Die „Gemeinschaft“ war auch im akademischen Betrieb, wie der SDS einräumt, nie eigentlich existent: die Kollegialität der Fachvertreter war immer stärker.

Es hat sich herausgestellt, daß das „Berliner Modell“, das namentlich nicht einmal in der Satzung der FU verankert ist, im Widerspruch zu seinem demokratischen Image in der Praxis totalitär intentioniert ist. Wie die Dinge heute liegen, würde eine Rechtsfähigkeit den Studenten mehr Freiheiten gewähren. Den linken Gruppen wäre damit die Repräsentanz entzogen,



das Identifikationsproblem aus der Welt geschafft. Politische Manifestationen der Studenten wären eine Angelegenheit der Studenten allein. Die Zulassung aller Verbindungen würde die Gewichte bald wieder gerecht verteilen.

Das alles kostet nicht mehr, als einen utopischen Zopf aus der sagenhaften Stunde Null abzuschneiden.

(Die Welt, 5. März 1966)

## DOKUMENT 500

Freie Universität Berlin  
Studentenvertretung  
Allgemeiner Studentenausschuß

1 Berlin 33 (Dahlem),  
den 9. 3. 66  
Garystraße 20  
Telefon: 76 90  
[Vermittlung: 76 90 1]

An die  
Mitglieder des  
Innenausschusses des  
Berliner Abgeordnetenhauses

Sehr geehrte Herren!

Die Studentenschaft des Otto-Suhr-Instituts fordert seit langem die Verbesserung der Berufsaussichten für die Diplompolitologen. Der Antrag der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, den Politologen die Laufbahn im Höheren Verwaltungsdienst zu ermöglichen, ist von uns sehr begrüßt worden. Ebenso begrüßen wir die Bemühungen des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, der das gleiche Thema behandeln will.

Im Otto-Suhr-Institut, das für 350 Studenten gebaut worden ist, studieren z. Zt. 900 Politologen. Diese Zahl ist insbesondere deshalb so groß, weil bisher zwar an vielen deutschen Universitäten Lehrstühle für die Politische Wissenschaft bestehen, das Diplom aber nur in Berlin abgelegt werden kann. Gleichzeitig hat nur Berlin einen detaillierten Studienplan, der es den Studenten ermöglicht, nach 4 Semestern die Zwischenprüfung und nach 8 Semestern die Diplomprüfung abzulegen. Dieser Studienplan wird im allgemeinen von ca. 70 % der Studenten eingehalten.

Der Student der Politischen Wissenschaft wird schon in den ersten 4 Semestern angehalten, sich mit Staatsrecht und Verwaltungslehre, Wirtschaft und Statistik zu beschäftigen. Nach dem Zwischenexamen hat er Innenpolitik als Haupt- oder Nebenfach zu wählen. Ein Blick auf den Vorlesungsplan für das Sommersemester 1966 zeigt diese Bedeutung an: Dort wird u. a. angeboten „Der Verfassungsschutz in der Bundesrepublik“, „Besprechung politisch bedeutsamer Gerichtsentscheidungen“, weitere Themen aus Kommunalpolitik, Innenpolitik, Raumordnungspolitik in Deutschland, Wirtschafts- und Sozialkunde in der Bundesrepublik usw.

Dies Angebot zeigt, daß sich der Student der Politischen Wissenschaft intensiv mit Staats- und Verwaltungsrecht, Kommunal- und Sozialpolitik zu beschäftigen hat. Der Studienplan prädestiniert den Politologen für die Laufbahn im Höheren Verwaltungsdienst, insbesondere bei der zunehmenden Spezialisierung des öffentlichen Dienstes.

Nach Eröffnung dieser neuen Laufbahn für Absolventen des Otto-Suhr-Institutes rechnen wir anfangs mit einer relativ geringen Bewerberzahl. Nach der ersten Bewährung dieser Einrichtung darf aber aus den bisherigen Erfahrungen her geschlossen werden, daß das Angebot genügend hoch sein wird.

Der Politologe hat gegenüber anderen Sozialwissenschaftlern und den Juristen den Vorteil, daß sein Studium als Integrationswissenschaft mannigfache politische Elemente unter der Fragestellung vereint: Wie wird das Gemeinwesen geordnet und gesichert? Er ist in der Lage, ein politisches Phänomen von allen Seiten zu betrachten und in seiner Ganzheit zu begreifen. Der Politologe bringt neben der fachlichen Ausbildung eine durch die Anlage des Studiums bedingte Flexibilität und und geistige Wendigkeit mit, um Probleme des Berufslebens schnellstens zu erfassen und sich auf neue Situationen sofort einzustellen.

Um den Vergleich mit anderen Berufsausbildungen zu ermöglichen, sind wir gerne bereit, eine dahingehende Aufstellung der Studienanforderungen usw. zu erarbeiten. Das Problem der Ausbildungsordnung des Politologen im Höheren Verwaltungsdienst ist uns bewußt, insbesondere das Fehlen eines Referendariats. Wir wären sehr froh, Ihre Vorstellungen zu diesem Problem zu erfahren und würden selber gerne Möglichkeiten eines Referendariats anhand von ausländischen Beispielen zusammenstellen und Ihnen vortragen. Sollten die Fraktionen des Berliner Abgeordnetenhauses, was wir wünschen und hoffen, dem Gesamtproblem grundsätzlich positiv gegenüberstehen, glauben wir, auch in der schwierigen Frage der Ausbildung gemeinsam eine Lösung erarbeiten zu können.

Das Berliner Abgeordnetenhaus ist in vielen Fällen der Schul-, Wissenschafts- und Innenpolitik als vorbildlich und besonders fortschrittlich für Deutschland bekannt geworden. Nachdem in Nordrhein-Westfalen, in Hamburg und im Saarland Bemühungen dieser Art stattgefunden haben, sollte auch Berlin Initiative ergreifen. Dies ist insbesondere zu empfehlen, da jetzt auch die Hochschule für Politik in München den Status des Otto-Suhr-Instituts übernehmen wird und somit auch dort das Diplom abgelegt werden kann. Wir möchten gerne erreichen, daß, wie auf anderen Gebieten, die Berufsmöglichkeiten des Politologen in Berlin als optimal bezeichnet werden können.

(amt. AStA-Vorsitzender)  
gez. Gert Börnsen

i. A. der Fachschaftsvertretung  
gez. Rudolf Kollmann  
(Mitglied des Ältestenrates  
am Otto-Suhr-Institut)

(Archiv ZI 6: Akte 12.12 FU „AStA-Protokolle 1966—1969“)

## DOKUMENT 501

Freiheit — ein utopischer Zopf?  
Springer startet einen Großangriff  
auf politisch aktive Studenten

Von Dr. Harald Wessel

Berlin (ND). Ein Aktionskomitee, dem 21 Studentenverbände angehören, hat sich am Montag an der Freien Universität in Westberlin gebildet. Das Komitee verfolgt nach einem am Dienstag veröffentlichten Gründungsaufruf das Ziel, ein am 16. Februar vom Akademischen Senat der FU verhängtes Verbot politischer Veranstaltungen in der Universität aufzuheben sowie die Mitbestimmungsrechte der Studenten an der Universität zu verteidigen.

Am Sonnabend voriger Woche feuerte Springers „Welt“ eine volle Breitseite auf die Freie Universität in Westberlin ab. Als emsiger Kanonier empfahl sich ein gewisser H.-D. Sander, der, wenn wir uns recht erinnern, vor vielen Jahren mit einer spärlich gefüllten Verlagskasse über die grüne Grenze huschte, um dann öffentlich zu versichern, es sei ihm weniger um die paar Kröten als um die große westliche Freiheit gegangen. Herr Sander wird denn auch in seinem beinahe ganzseitigen Artikel gegen die Dahlemer Universität allzu deutlich. Er überschreibt seinen Abstecher ins akademische Terrain mit den kräftigen Worten: „Das Ende einer Gelehrtenrepublik — Krise der Freien Universität: Das ‚Berliner Modell‘ sollte endlich begraben werden.“

### Zweimal Stunde Null

Das „Berliner Modell“, das „Die Welt“ ins Grab wünscht, sieht politische Aktivitäten und akademische Mitbestimmungsrechte der Studenten vor. Es war zwar zu keiner Zeit in den Satzungen der Freien Universität verankert, gilt aber als ein Gewohnheitsrecht, auf das sich die „Freien Stimmen der freien Welt“ gerne berufen, wenn sie die Freiheit als ihr liebstes Schlagwort gegen die DDR verwenden. Nun verlangt Herr Sander, diesen „utopischen Zopf aus der sagenhaften Stunde Null abzuschneiden. Es dürfte an der Zeit sein, von einem Traum Abschied zu nehmen.“

Vor 18 Jahren hatte „Die Welt“ der „sagenhaften Stunde Null“ einen begeisterten Bericht von H. Kamps gewidmet. Er schrieb am 5. Dezember 1948 über die Eröffnungsfeier der

Freien Universität im Westberliner Titania-Palast: „Drei Themen sind es, die in allen Ansprachen und Reden wiederkehren: das Bekenntnis zu jenen höchsten abendländischen Werten der Wahrheit, Freiheit und Gerechtigkeit; der tatkräftige Wille, die harten Schwierigkeiten der Zeit zu überwinden; und vor allem die leidenschaftliche Initiative der Berliner Jugend.“

Vor 18 Jahren gab „Die Welt“ eifrig die Sprüche von Ernst Reuter und Oberst Howley wieder, mit denen die Gründung einer Spalteruniversität in Westberlin gerechtfertigt werden sollte. Reuter damals: „Wir konnten nicht anders, und wir wollten nicht anders. Denn nur in Freiheit kann man die Wahrheit erforschen.“ Sander heute: „Die permanente Krise der Freien Universität hat immer wieder zwei konventionelle Vorwürfe ausgelöst. Die Öffentlichkeit warf den Studenten seit 1958 periodisch vor, gegen den Geist der ‚Gründer‘ zu verstoßen, die Studentenvertretung dem Akademischen Senat, bestimmte politische Ansichten zu unterdrücken.“

#### Ursachen der Krise

Am 4. Dezember 1948 beteuerte der amerikanische Stadtkommandant Howley: „Ich bin gewiß, daß Sie an Ihrer Universität Gedankenfreiheit haben werden.“ Am 5. März 1966 nennt Sander diese Beteuerung eine „zeitbedingte Utopie, Trümmerromantik“. Der Mann, der die Gedankenfreiheit einzusargen empfiehlt, kommt auch auf die Ursachen der permanenten Krise zu sprechen: „Von 1948 bis 1957 konzentrierte sich die politische Kritik (der Studenten; Dr. H. W.) im wesentlichen auf den Osten, in den Jahren 1958 bis 1966 wurde fast nur noch der Westen unter die Lupe genommen, wobei die Übereinstimmung mit kommunistischen antiwestlichen Propagandawellen überraschte. Langsam, aber stetig geriet die Freie Universität in den Ruf einer Hochburg der Linken.“

#### Geld und Prügel

Es ist nett, daß Herr Sander das Stichjahr 1957 nicht verschwiegen hat. Damals beschloß bekanntlich der Bonner Bundestag, die Bundeswehr atomar zu bewaffnen, um Leipzig und Dresden mit Kernwaffen bedrohen zu können. Der Beschluß stieß auf den Protest Zehntausender westdeutscher Studenten. Die jungen Akademiker beriefen sich auf Mr. Howleys „Gedankenfreiheit“, gründeten ein Aktionskomitee gegen Atombewaffnung und veranstalteten an der Freien Universität einen großen Antiatomkongreß, der die Herren in Bonn zur Raserei brachte. Seit jener Zeit verwünschen die kalten Krieger ihr eigenes akademisches Kind.

Nach dem Antiatomkongreß begann die erste Hexenjagd in Dahlem. Einige unliebsam gewordene gewählte Studentenvertreter wurden mit unterschiedlichen Methoden ausgeschaltet: Auf den einen hetzte man bei einer Atomwahnwache Hunde und ging so lange mit Tätlichkeiten gegen ihn vor, bis er sein Studium in Westberlin abbrach und sich in Frankfurt (Main) eine Stelle bei der IG Metall suchte; einen anderen Studenten konnte man mit einem Auslandsstipendium nach der Türkei verfrachten; wieder anderen Studenten entzog die Universitätsverwaltung die Stipendien. Dann war eine Weile Ruhe.

Doch im vergangenen Sommer brach die Krise erneut offen aus, als der damalige Rektor die Universitätsräume satzungswidrig für eine politische Veranstaltung sperrte. Proteste, Vorlesungstreiks, Entlassungen und Demonstrationen hielten die Freie Universität bis in den Herbst in Atem. Die politische Aktivität nahm zu. Studenten der Freien Universität organisierten eine Unterschriftensammlung gegen den barbarischen Krieg der USA in Vietnam. Der Verfassungsschutz ließ in Springers Blättern verlauten, die Initiatoren der Unterschriftensammlung seien „vom Osten bezahlt“. Den politisch aktiven Studenten flatterten Drohbriefe ins Haus.

Dann kam die große Vietnamkundgebung in Westberlin: Unter den Tausenden, die vor dem Amerika-Haus „raus aus Vietnam“ riefen, ermittelte der Verfassungsschutz zahlreiche Dahlemer Studenten. Nun war es mit der Freiheit aber Schluß. Politische Veranstaltungen in Universitätsräumen wurden verboten. Herr Sander mußte an die Front. Er hat ein bewährtes Rezept: „Die Zulassung aller Verbindungen würde die Gewichte bald wieder gerecht verteilen.“

#### Mensur statt Diskussion

In Dahlem waren schlagende Verbindungen bislang nicht zugelassen. Fortschrittliche Studentengruppen hatten sich dem Säbelgeist jahrelang mit Erfolg widersetzt. Jetzt sollen die Schläger mit Gewalt zugelassen werden, damit sie die unerwünschten Studenten mit schlagenden Argumenten aus dem Dahlemer Feld vertreiben können.

Den politisch unliebsamen Studentenverbänden (Liberaler Studentenbund, Sozialistischer Deutscher Studentenbund, Sozialdemokratischer Hochschulbund, Argument-Club und Evangelische Studentengemeinde) hingegen will man alle Mitbestimmungsrechte nehmen.

Denn, so empört sich Herr Sander, die Konzepte dieser Gruppen „pendelten sich sukzessive auf ‚Entspannung‘, Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, Aufnahme offizieller Beziehungen zur Regierung der ‚DDR‘, politische ‚Säuberung‘ der Bundesrepublik, ‚innerbetriebliche Mitbestimmung‘ und Verstärkung planwirtschaftlicher Elemente ein“. Einige dieser Gruppen hätten sich sogar dafür ausgesprochen, „die Demokratie vor den Notstandsgesetzen zu verteidigen“. Die meisten Diskussionen drehten sich (welch ein Frevel!) um eine vernünftige Deutschlandpolitik. Sie hätten bereits ein „stark entfremdetes Verhältnis zur Bundesregierung“ bewirkt. Deshalb müsse man diesen „linken Gruppen“ ihre Repräsentanz entziehen.

#### „Nationale Welle“

Drei Tage nach dem Generalangriff der „Welt“ auf die Freie Universität veröffentlichte das Blatt einen Denunziationsartikel gegen die politischen Aktivitäten der Münchner Studenten: „Für die Linksgruppen ist die Konjunktur günstig — Im Gegenlager spürt man wenig von der ‚nationalen Welle‘.“

Den Studentengruppen wird vorgeworfen, „wiederholt gegen den Vietnamkrieg“ demonstriert zu haben. Die Münchner Universität entwickle sich zu einem Unruheherd wie die Freie Universität in Berlin“. Die „Linken“ beherrschten die Studentenvertretungen, während die Kräfte der „nationalen Welle“ „vorläufig noch im Untergrund“ blieben.

Vorläufig! Denn das soll sich nun ändern. Bonns Kriegsminister von Hassel erklärte am Dienstag vor Funktionären des Rings Christlich-Demokratischer Studenten in Mainz, was für Studenten er sich wünsche: Akademiker, die an der Herstellung „der geistigen Verteidigungsbereitschaft“ mitarbeiten und die Bonns Haltung zur amerikanischen Vietnamaggression unterstützen. Die „nationale Welle“ mündet offenbar in den traditionellen Ruf des deutschen Imperialismus: „Volk ans Gewehr!“

Der Widerstand der politisch aktiven Studenten in Westberlin macht allerdings deutlich, daß zahlreiche westdeutsche und Westberliner Intellektuelle nicht bereit sind, ihre politischen Freiheiten wie einen alten Zopf abzuschneiden zu lassen.

(Neues Deutschland, 10. März 1966)

## DOKUMENT 502

Der Rektor  
der Freien Universität Berlin  
1 Berlin 33, Ihnestraße 24

1 Berlin 33 (Dahlem),  
den 10. 3. 1966  
Ruf 7 69 01, App. 22 50  
Tgh.-Nr.

Die zahlreichen Zuschriften aus der Öffentlichkeit zu den Senatsempfehlungen vom 16. 2. 1966 über die Vergabe von Räumen in der Freien Universität Berlin veranlassen mich ebenso wie die Proteste des AstA und einiger studentischer Vereinigungen zu folgenden Feststellungen:

Seit mehreren Semestern erfüllt die Entwicklung der politischen Aktivitäten der Studentenschaft an der Freien Universität den Akademischen Senat mit Sorge. Einige studentische Gruppen, die lediglich eine Minderheit der gesamten Studentenschaft repräsentieren, unterscheiden nicht zwischen politischer Bildung und einseitiger politischer Agitation. Sie mißbrauchen die den studentischen Vereinigungen satzungsmäßig gewährten Vergünstigungen, wenn sie die Universität zum Schauplatz politischer Demonstrationen zu machen versuchen gemäß der Forderung: jeder darf in der Universität zu jedem

Thema und zu jeder Zeit an jedem Ort sprechen. Zu ihrer Rechtfertigung bemühen sie das Grundgesetz und den Gründergeist der Freien Universität. Sie übersehen dabei, daß die Freie Universität gerade deshalb gegründet wurde, um ihrer Aufgabe als wissenschaftliche Hochschule frei von einseitiger politischer Beeinflussung gerecht werden zu können. Diesen Zustand zu erhalten und dem Versuch einer Minderheit entgegenzutreten, die Universität zur Arena des politischen Tageskampfes im Sinne der oben genannten Forderung zu machen, dienen die empfohlenen Richtlinien des Akademischen Senats. Wer glaubt, unter der Berufung auf die Aufgabe politischer Bildung in den Räumen der Freien Universität beliebig politische Agitation betreiben zu können, muß sich durch die empfohlenen Richtlinien des Akademischen Senats in der Tat schmerzlich getroffen fühlen. Wer dagegen in gutem Glauben annimmt, durch die Richtlinien werde nunmehr jede politische Diskussion unterbunden und eine echte politische Bildungsarbeit in den Räumen der Universität unmöglich gemacht, befindet sich im Irrtum: Die Freie Universität hat zur Genüge bekundet, daß sie eine politische Bildung — auch wenn sie von der Studentenvertretung oder einzelnen studentischen Gruppen getragen wird — voll bejaht. Hieran und an den entsprechenden Senatsbeschlüssen hat sich nichts geändert. Die Räume der Universität werden daher wie bisher auch weiterhin nicht nur der Studentenschaft und ihren Gruppen, sondern auch allen denjenigen studentischen Vereinigungen zur Verfügung stehen, die mit ihren Veranstaltungen einen ernsthaften Beitrag zu der der Universität gestellten Erziehungsaufgabe leisten wollen.

Es besteht daher kein Grund zu der Befürchtung, daß solche Veranstaltungen infolge der empfohlenen Richtlinien unterbunden werden sollen. Die Behauptung einiger studentischer Vereinigungen in ihren Flugblättern, der Regierende Bürgermeister von Berlin sei der letzte Politiker gewesen, der in den Räumen der Freien Universität sprechen durfte, ist geradezu absurd und soll offenbar nur dazu dienen, Verwirrung zu stiften und die empfohlenen Richtlinien des Akademischen Senats in der Öffentlichkeit in Mißkredit zu bringen.

Politik und Wissenschaft brauchen gerade an einer Universität keine Gegensätze zu sein. An der Freien Universität wird, wie an keiner anderen deutschen Hochschule, die Wissenschaft von der Politik durch elf Lehrstühle vertreten und in zwei Instituten gepflegt. Die Vielzahl der Vorlesungsangebote gibt allen Studenten die Möglichkeit einer umfassenden wissenschaftlich fundierten politischen Bildung und Information. Wenn darüber hinaus studentische Gruppen durch eigene Initiative dazu weitere Beiträge leisten wollen, werden sie hierzu auch nach wie vor Gelegenheit haben. In den Räumen der Freien Universität muß das jedoch in einer Form geschehen, die der Aufgabe der Universität und ihrem Ansehen als einer wissenschaftlichen Institution gerecht wird. Das sicherzustellen und politischen Radikalismus von der Universität fernzuhalten, war und ist der Sinn der vom Senat empfohlenen Richtlinien. Nachdem durch den Vorstandsbeschuß des Studentenwerkes vom 18. 2. 1966 die Räume der Mensa nicht in der vorgesehenen Form für studentische Veranstaltungen herangezogen werden können, und ich den Auftrag des Akademischen Senats vom 18. 2. 1966, Ersatz für die Räume in der Mensa zu schaffen, in absehbarer Zeit nicht zu erfüllen vermag, werde ich entsprechend dem Sinn und Ziel der Empfehlungen des Akademischen Senats vom 16. 2. 1966 und in Erfüllung der mir als Rektor zustehenden Rechte und Pflichten die Hörsäle im Henry Ford-Bau auch für solche Veranstaltungen der Studentenschaft oder studentischer Vereinigungen zur Verfügung stellen, die in Inhalt und Form der wissenschaftlichen Aufgabe und dem Erziehungsauftrag der Universität entsprechen; nicht aber für solche, die geeignet sind, die akademische Ordnung und in deren Folge den Lehrbetrieb zu stören und das Ansehen der Universität zu gefährden.

gez. H.-J. Lieber

(Hochschularchiv FUB: Akte 2/2090/2 „Politisches Mandat, insbesondere der Studentenvertretung der FUB“ Nr. 113)

## DOKUMENT 503

Der Rektor der  
Freien Universität Berlin

10. 3. 1966  
2249  
1894/66

An den  
Senator für Wissenschaft und Kunst  
Herrn Professor Dr. Werner Stein  
1 Berlin 19  
Bredtschneiderstraße 5—8

Sehr verehrter Herr Senator,

Auf Ihr Schreiben vom 23. 2. 1966 — Az. II I.Lr. — 31 22 00 — darf ich Ihnen folgendes erwidern:

Soweit die Eingabe des AStA vom 17. 2. 1966 als „Rechtsaufsichtsbeschwerde“ bezeichnet ist, halte ich sie für unzulässig. Eine Entscheidung, die einer solchen Beschwerde zugänglich wäre, stellen die Richtlinien des Senats nicht dar. Vielmehr handelt es sich um verwaltungsinterne Empfehlungen im Sinne des § 8 Abs. 1 der Satzung, die als solche keine Rechte Dritter verletzen können und daher auch nicht anfechtbar sind. Im übrigen ist die Behauptung unrichtig, die Befolgung der Richtlinien würde jede politische Bildungsarbeit an der Universität unmöglich machen und satzungsmäßige Rechte des AStA und der studentischen Vereinigungen beschneiden. Hierauf habe ich den 1. AStA-Vorsitzenden bereits in meinem Schreiben vom 16. 2. 1966, das ich in Abschrift beifüge, hingewiesen.

Die Studentenschaft ist nach der Satzung der Freien Universität nicht — wie Sie in Ihrem Schreiben annehmen — eine Gliedkörperschaft der Universität, sondern ein Organ der Körperschaft Freie Universität Berlin. Der AStA ist nach der Satzung der Studentenschaft das Exekutivorgan der Selbstverwaltung. Als solches hat er die Aufgabe, die Beschlüsse des Legislativorgans „Konvent“ auszuführen. Die Aufgaben des Konvents sind in § 9 Abs. I und IV der Satzung der Studentenschaft niedergelegt. Daß kein Organ der Körperschaft andere Aufgaben haben kann als die Körperschaft selbst, dürfte unbestritten sein. Die Aufgaben der Universität bestimmt § 3 ihrer Satzung. Etwas anderes kann daher auch aus der Präambel der Satzung der Studentenschaft nicht hergeleitet werden.

In den erwähnten Vorschriften ist nichts davon enthalten, daß das Exekutivorgan der studentischen Selbstverwaltung die Aufgabe oder das Recht hat, in den Räumen der Universität politische Veranstaltungen abzuhalten. § 22 Abs. 2 der Universitätsordnung besagt lediglich, daß die Universität für die Tätigkeit der studentischen Selbstverwaltung die notwendigen Räume und im Rahmen ihres Haushaltsplanes die erforderlichen Mittel bereitstellt. Dieser Verpflichtung kommt die Universität dadurch nach, daß sie dem AStA das Haus in der Garystraße, dem Konvent Hörsäle für seine Sitzungen und den Fakultäts- und Fachschaftsvertretungen Räume für ihre Arbeit überläßt. Wenn sie darüber hinaus auch noch Hörsäle für Veranstaltungen aller Art zur Verfügung gestellt hat, so jedenfalls in Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung. Das ergibt sich auch daraus, daß in diesen Fällen der AStA bisher stets wie jeder sonstige Veranstalter behandelt worden ist und sich den Vertragsbedingungen unterwerfen mußte, die für die Vergabe von Räumen der Freien Universität an Dritte gelten.

Was nun den angeblichen Anspruch der studentischen Vereinigungen auf uneingeschränkte und unkontrollierte Raumüberlassung betrifft, so ist dieser aus § 26 der Universitätsordnung jedenfalls nicht herzuleiten. Die Zulassung einer studentischen Vereinigung setzt nach § 26 Abs. I der Universitätsordnung voraus, daß die Vereinigung einen förderungswürdigen Beitrag zur Erfüllung der der Universität gestellten Erziehungsaufgabe leistet. Diese Entscheidung wird nach den in der Satzung der Vereinigung erklärten Zielen getroffen. Es versteht sich von selbst, daß damit kein Freibrief für alles erteilt wird, was die Vereinigung nach ihrer Zulassung treibt. Es ist nicht nur theoretisch denkbar, sondern auch praktisch bereits vorgekommen, daß einzelne Veranstaltungen zugelassener Vereinigungen sich weder mit den in der Vereinigung

erklärten Zielen deckten, noch einen förderungswürdigen Beitrag zu der der Universität gestellten Erziehungsaufgabe enthielten. Daß aber die Universität nicht verpflichtet sein kann, auch für solche Veranstaltungen Räume zur Verfügung zu stellen und daß ihr aus diesem Grund ein Kontrollrecht zustehen muß, bedarf wohl keiner näheren Begründung. Dem Rektor als dem Inhaber des Hausrechts und dem für die Ordnung in der Universität Verantwortlichen obliegt daher in jedem Einzelfall die Pflicht und das Recht zu prüfen, ob die Veranstaltung noch einen förderungswürdigen Beitrag darstellt. Ist das nicht der Fall, so besteht auch kein Anspruch auf Raumüberlassung.

Was nun Ihre Anfrage betrifft, ob ich beabsichtige, „entsprechend den Empfehlungen des Akademischen Senats zu verfahren“, so darf ich dazu folgendes mitteilen:

Nachdem durch den Vorstandsbeschluß des Studentenwerkes vom 18. 2. 1966 die Räume der Mensa nicht in der in den empfohlenen Richtlinien vorgesehenen Form für studentische Veranstaltungen herangezogen werden können, und ich den Auftrag des Akademischen Senats vom 18. 2. 1966, Ersatz für die Räume der Mensa zu schaffen, auf abschbare Zeit nicht zu erfüllen vermag, werde ich entsprechend dem Sinn und Ziel der Empfehlungen des Senats vom 16. 2. 1966 und in Erfüllung der mir als Rektor zustehenden Rechte und Pflichten, die Hörsäle im Henry-Ford-Bau auch für solche Veranstaltungen der Studentenschaft oder studentischer Vereinigungen zur Verfügung stellen, die in Inhalt und Form der wissenschaftlichen Aufgabe und dem Erziehungsauftrag der Universität entsprechen, nicht aber für solche, die geeignet sind, die akademische Ordnung und in deren Folge den Lehrbetrieb zu stören und das Ansehen der Universität zu gefährden.

Ich werde deshalb in jedem Einzelfall prüfen, ob eine geplante Veranstaltung diesen Voraussetzungen entspricht oder ob sie lediglich der einseitigen politischen Agitation oder Demonstration dient und die Ordnung der Universität gefährdet.

Ich bitte, mir zu bestätigen und dem AStA gegenüber zum Ausdruck zu bringen, daß nach dem für die Freie Universität Berlin geltenden Universitätsrecht dem Rektor bei der Vergabe von Räumen ein materielles Prüfungsrecht zusteht. Ich glaube, daß mit dieser von Ihnen erbetenen Auskunft an die Studentenschaft und mit der von mir beabsichtigten Verfahrensweise die Spannungen an der Universität gemindert werden können, und die Universität in die Lage versetzt werden kann, sich wieder der Erfüllung ihrer eigentlichen Aufgaben in Lehre und Forschung zuzuwenden.

Mit verbindlichen Empfehlungen  
Ihr sehr ergebener  
gez. H. J. Lieber

(Registrierung I der FUB: Rektorat, Akte Nr. 6/6308 „Vergabe von Räumen“)

## DOKUMENT 504

### Ein unwissenschaftlicher Professor

Kö. — Professor Ossip K. Flechtheim, Inhaber des Lehrstuhls für politische Wissenschaften am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, ist, wenn es um Ost und West geht, als Vortragender und Diskussionsredner ein wohlbekannter Mann. Auf Einladung des Sozialistischen Studentenbundes dozierte er in Wien über die Frage, ob es eine deutsche Ostpolitik gibt.

Daß Professor Flechtheim die bisherige Ostpolitik der Bundesrepublik für schlecht und verfehlt hält, ist sein gutes Recht. Aber die demagogische Einseitigkeit, mit der er in Wien gegen Bonn polemisierte, war unwissenschaftlich und taktlos.

Nach Flechtheim ist die Bundesrepublik ein konservativ reaktionärer Staat, der noch immer am „roll back“ und ähnlichen Thesen der fünfziger Jahre hängt. Das Militär „gewinnt immer mehr Einfluß auch auf die Innenpolitik“. Dabei vergaß Flechtheim aber zu erwähnen, daß die deutsche Armee in die NATO integriert und deshalb überhaupt nicht in der Lage ist, auf eigene Faust zu operieren — ein Tatbestand,

der die Wiener Studenten sicherlich interessiert hätte. Die Notstandsgesetze sind für Flechtheim ein Alarmsignal, und daß in diesem Zusammenhang vom „Ernstfall“ die Rede ist, findet er bezeichnend für einen neu aufkeimenden Geist des Militarismus.

Abgesehen davon, daß derartige Schutzverordnungen auch in kommunistischen Ländern erlassen wurden (beispielsweise kürzlich in Ungarn), allerdings ohne die in freiheitlichen Demokratien übliche öffentliche Diskussion, wäre zu fragen: Soll der „Ernstfall“, den man leider nicht völlig ausschließen kann, verharmlost werden und wem könnte das etwas nützen?

Da war von Polen und dem Brief des polnischen Episkopats an die deutschen Bischöfe die Rede. Flechtheim erwähnte leider nicht die empörende Reaktion der kommunistischen Regierung und der Warschauer Zeitungen auf diese Versöhnungsgeste. Hätte die Bundesregierung den deutschen Episkopat nur annähernd so diffamiert, Ossip K. Flechtheim wäre sicherlich auf die Barrikaden gestiegen.

In Deutschland, so kritzelte der Professor, gäben Politiker nur unter vier Augen zu, daß an der Oder-Neiße-Grenze nichts mehr zu ändern sei, nicht aber in der Öffentlichkeit. Schon dieser Gedankenansatz ignoriert die völkerrechtliche Position der Deutschlandpolitik. Das Interview des Ministers Gradl zu dieser Frage unterschlug Flechtheim, er brauchte deshalb auch nicht zu erwähnen, daß Gradl im offiziellen Polen nur Hohn und Verleumdung geerntet hat. Auch von Wenzel Jakschs Plan für eine umfassende Wirtschaftshilfe an die Ostblockländer sagte er nichts.

Nichts auch davon, daß Staatssekretär Carstens im Herbst in Moskau Ansätze für ein neues Gespräch suchte, aber leider mit leeren Händen zurückkam. Daß Chruschtschow gestürzt wurde, als er sich anschickte, nach Bonn zu kommen, sollte für einen Wissenschaftler der Politik doch eine erwähnenswerte Beobachtung sein. Die bisher vergebliche Einladung Erhards an Kossygin dürfte man nicht übersehen, wenn man von deutscher Ostpolitik spricht.

Aber das paßt eben nicht in das Vorurteil des Professors Flechtheim. Das aber lautet: Bonn allein ist schuld, weil vorgestrig und böseartig, und wenn man in Bonn nur wollte, wie schön wäre es dann auf der Welt. Daß es auch an der anderen Seite liegen könnte, hat Flechtheim noch nicht gemerkt, was um so erstaunlicher ist, als er aus Berlin kommt.

Diese völlige Mißdeutung einer politischen Situation hat mit Wissenschaft nichts mehr zu tun. Dieses Flagellantentum vor ausländischen Zuhörern war beschämend. Es war Propaganda.

(Die Welt, 11. März 1966)

## DOKUMENT 505

### Arbeiter und Professoren

Standhaft zu bleiben in der Ablehnung der von der Bonner Regierung forcierten Notstandsverfassung und nicht seine eigenen Beschlüsse aufzuweichen — diesen Appell richteten namhafte Gelehrte Westdeutschlands an den Deutschen Gewerkschaftsbund. Nicht nur angesichts des unmittelbaren Zweckes, sondern auch in seiner Begründung ist dieser Appell ein bedeutungsvolles Dokument.

Seine Unterzeichner — mehr denn 30 als Hochschullehrer tätige Soziologen, Verfassungsrechtler, Naturwissenschaftler — führen zahlreiche Tatsachen an, die für die reaktionäre Entwicklung im Bonner Staat bezeichnend sind. Instrument dieser Entwicklung ist gerade die sogenannte Notstandsgesetzgebung, die nach wohlbegründeter Auffassung der Wissenschaftler das Streikrecht und die staatsbürgerlichen Rechte überhaupt bedroht und das Grundgesetz faktisch außer Kraft setzen würde. In diesem Zusammenhang sprechen die Gelehrten die erste Warnung aus, daß „die Vorbereitung der Rechtslage der Bundesrepublik auf einen Krieg auch außenpolitisch beunruhigend wirken“ müsse. Gegenüber der von Bonn an die Wand gemalten äußeren „Bedrohung“ der Bundesrepublik erklären die Wissenschaftler, daß wir in einer Periode leben, „in der es keinerlei wirkliche Bedrohung des europäischen Friedens gibt“.

Um so gewissenloser ist also das Treiben der Bonner Regierung, die ihre verfassungswidrigen Vorhaben mit frei erfundenen „äußeren Gefahren“ zu begründen versucht, um von ihrer eigenen aggressiven Politik abzulenken, und die gerade damit nach den Worten der westdeutschen Gelehrten „außenpolitisch beunruhigend wirkt“. Auch in diesem Falle tritt die verderbliche Einheit von innerer Reaktion und Revanchepolitik klar zutage.

Manche unserer Leser werden wohl die Parallelen wahrnehmen, die zwischen den Schlußfolgerungen, zu denen die westdeutschen Wissenschaftler gelangen, und dem Inhalt des gestrigen Leitartikels im „ND“ bestehen. Auch dieser behandelte die Herausbildung eines „autoritären Herrschaftssystems“, das in der Bundesrepublik immer stärker sichtbar wird.

Ausgangspunkt des gestrigen Leitartikels des „ND“ waren in erster Linie programmatische Äußerungen der Bonner Machthaber und ihrer Presse. Die westdeutschen Wissenschaftler gründen ihre Besorgnis besonders auf die unmittelbare Erfahrung. Im eigenen Arbeits- und Lebensbereich verspüre sie die zunehmende Macht und Anmaßung eines geistesfeindlichen Dunkelmannertums, sie sind beunruhigt über die schlimmen Auswirkungen einer zügellosen Aufrüstung und Militarisierung.

Wie sehr diese Befürchtungen gerechtfertigt sind, zeigt die eben erst von der Springer-Press eingeleitete Kampagne gegen Professor Ossip K. Flechtheim, Inhaber des Lehrstuhls für politische Wissenschaften an der Westberliner Universität.

In einem Wiener Vortrag hatte Flechtheim die Bonner Politik gegenüber den sozialistischen Staaten kritisiert und davon gesprochen, daß das Militär im Bonner Staat „immer mehr Einfluß auf die Innenpolitik gewinnt“. Alle Schleusen publizistischen Unrats werden gegen ihn geöffnet.

Unausweichlich sind die Schlußfolgerungen, die die westdeutschen Wissenschaftler aus den ihnen allzu gut bekannten Tatsachen gezogen haben, ebenso unausweichlich wie die Feststellungen, zu denen der gestrige Leitartikel des „ND“ an Hand eigener Worte der Bonner Machthaber gelangt ist: Der Bonner Staat macht auch innenpolitisch, seiner inneren Verfassung nach, eine vom westdeutschen Monopolkapital gelenkte antidemokratische Entwicklung durch.

Es ist ein gutes Zeichen, daß sich gleichzeitig die Gegenkräfte zu formieren beginnen, die dieser Entwicklung Einhalt gebieten können. Sie umfassen die aktiv gegen Zechenstilllegungen kämpfenden Bergarbeiter an der Ruhr, die gegen Atomrüstung und Notstandsverfassung auftretenden Kreise der Bevölkerung ebenso wie die Unterzeichner des Appells, die mit ihrer Mahnung an die Gewerkschaften, „auch künftig gemeinsam mit den kritischen Vertretern des Geistes die Verfassung zu schützen“, den Notwendigkeiten der gegenwärtigen Situation gerecht werden.

(Neues Deutschland, 12. März 1966)

## DOKUMENT 506

### FU — Freie oder formierte Universität?

Von Günter Donath

Von der Beschimpfung der Studenten als „politische Klippschüler“ ist die „Welt“ schnell zur Endlösung fortgeschritten: „Das ‚Berliner Modell‘ sollte endlich begraben werden.“ So will es jedenfalls H.-D. Sander in der „Welt“ vom 5. März 1966. Da er es über vier volle Spalten wagen darf, ist an der Identität seiner Meinung mit der des Hauses Springer nicht zu zweifeln. Und damit ist nicht minder klar, wo L e m m e r mit seiner CDU steht.

Die erzreaktionäre Konsequenz soll uns nicht hindern, interessante Details zur Kenntnis zu nehmen, vor allem dort, wo Sander aus seiner Sicht die Hintergründe der „Krise“ analysiert. Zehn Jahre lang, so stellt er fest, „kam es über politische Manifestationen der Studenten zu keinem nennenswerten Konflikt“. Kunststück — „von 1948 bis 1957 beschränkten sich die politisch engagierten Studenten auf wenige Grundfragen“. Was hier „politisches Engagement“ und „Grundfragen“ genannt wird, war in Wirklichkeit der planmäßige Mißbrauch auch der akademischen Jugend für den Un-

geist des eiskalten Krieges. Die FU als Schützenloch der vorgeschobenen Frontstadtstellung gegen die DDR und gegen die sozialistische Welt — wo sollten da Konflikte mit der Reaktion herkommen?

Hätten sich die Studenten weiter so irreführen und mißbrauchen lassen, die „Welt“ wäre nie auf die Idee gekommen, das Berliner Modell „totalitär intentioniert“ zu finden und sein Begräbnis zu verlangen.

Doch es kam anders. Unter dem Eindruck der beginnenden Atompolitik, die schlechterdings keinem einigermaßen denkfähigen Menschen als individuelle oder nationale Chance angeboten werden konnte, bildete sich eine Opposition heraus, die alle Stufen des akademischen Lebens vom Studenten über den Assistenten bis zum Professor umfaßte.

Welch tadellose Probe auf die Funktionsfähigkeit des Berliner Modells, das ja gerade diese Auflockerung der alten hierarchischen Universitätsordnung erstrebte!

Jetzt soll das auf einmal nicht mehr demokratisch sein. Warum nur? Von der Ablehnung der Atompolitik her breitete sich die Kritik aus, auf alle herrschenden militärischen und politischen, juristischen und geistigen Doktrinen bis hin zu Erhards „formierter Gesellschaft“. Diese erweist sich, schiebt man die Phrasen beiseite, als „Umfunktionierung der zivilen Gesellschaft in ein jederzeit einsatzbereites militärisches Kollektiv“. So nachzulesen bei Hans Magnus Enzensberger im „Katechismus zur deutschen Frage“ („Kursbuch 4.“). Oder mit den Worten des Vorstandsmitgliedes des Bayerischen DGB, Alois Seitz: „Diese von der CDU formierte Gesellschaft ist eine gleichgeschaltete Volksgemeinschaft mit dem Führungsanspruch einer Elite von Wirtschaftskapitänen und Militärs.“

Was in Wirklichkeit als vernünftige Gegenströmung, als freierlicher Widerstand gegen diese vernunftswidrige und totalitäre Politik entstanden und darum auch nur so verständlich ist, muß für die „Welt“ infiltrierte Lenkung sein, die in der „Konkordanz mit kommunistischen antiwestlichen Propagandawellen“ manifestiert wird.

Der alte Trick also — weil auch Kommunisten vernünftige Gedanken äußern, soll jeder bei Gefahr der Diskriminierung zur Preisgabe der Vernunft verpflichtet sein, meint „Hans im Bild“.

Und gleich geht es weiter mit den Denunziationen, nun auch gegen den Lehrkörper. Die vom Senat „auferlegte“ Eingliederung des Otto-Suhr-Instituts in die FU habe „beinahe automatisch“ eine Verbreiterung der linken Basis durch neue Berufungen, durch die Auswahl der Assistenten nach sich gezogen. Man merkt, Lemmers Wahlvorbereitungen werfen ihre Schatten voraus; der Vorwurf der Berufung nach dem Parteilbuch steht schon im Hintergrund.

Doch ist es nicht nur Wahlmache, was da die Feder führt. Sander braucht den Popanz, weil ihm anders nur der „geographische Faktor“ bliebe, ein allzu gefährlicher Faktor, wie sich sofort herausstellt:

„War Berlin einst der Brennpunkt des kalten Krieges gewesen, so könnte es — so glauben viele — ebenso gut auch zum Kristallisationspunkt west-östlicher ‚Verständigung‘ werden... Die Konzepte der linken Gruppen pendelten sich sukzessive auf ‚Entspannung‘, Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, Aufnahme offizieller Beziehungen zur Regierung der ‚DDR‘, politische ‚Säuberung‘ der Bundesrepublik, ‚innerbetriebliche Mitbestimmung‘ und Verstärkung planwirtschaftlicher Elemente ein.“

Wir zitieren hier so ausführlich, weil allein die Springer-sche Gänsebein-Sprachregelung ausreichendes Vergnügen an einem solchen Stück Text sichert: Verständigung, Entspannung, DDR, Säuberung von den alten Nazigrößen, Mitbestimmung — lauter Tabus für die CDU.

Immerhin, die Leute haben begriffen, aus welcher Ecke sich ihr Himmel verdüstert. Wenn sich nämlich — was laut Text schon viele glauben — diese Stadt besser zum Kristallisationspunkt der Verständigung als zur Speerspitze, zum Störzentrum eignet, wenn „Verständigung“ in ihren politischen Konsequenzen durchdacht und in einer folgerichtigen Politik kleiner und größerer Schritte mit dem Ziel „Wandel durch

Annäherung“ gar praktiziert würde — wo wäre dann noch eine Chance für Lemmers Kommando und für Springers Kampagne, Berlin habe „unser Vietnam“ zu sein?

Die dahin wollen, mußten aus dem Häuschen geraten, als der Protest gegen den schmutzigen Krieg der USA Studenten und Arbeiter in Straßendemonstrationen zusammenführte. Sie mußten sich vor Wut erst recht überschlagen, als ihre Konterattacken kläglich liegen blieben. Das ist nur so zu erklären:

Was an der FU sichtbar wurde, ist weit darüber hinaus verbreitet. Die Neuorientierung, die im SDS, im Sozialdemokratischen Hochschulbund, im Liberalen Studentenbund, im Argument-Club da ist, erweist sich so als Teil des Prozesses, der in unserer ganzen Stadt voranschreitet.

Wo, so klagt die „Welt“, bleibt das Gegengewicht? Der „Ring Christlich-Demokratischer Studenten“ kann das offenbar nicht schaffen. Also, Verstärkung muß her! Und was böte sich da an erprobten Organisationen Vorzüglicheres an, als Schlagende Verbindungen und Burschenschaften? Daß ihnen die FU bislang die Anerkennung verweigert — da liegt nun der Hund begraben. Sander gibt es offen zu: Für ihn und seine Hintermänner ist der „Kern“, ist das „Dilemma der FU“ darin zu sehen, daß die Korporationen bislang nicht wirksam geworden sind — wirksam für die „Entpolitisierung“, die doch sonst immer so gut funktioniert hat!

Lassen wir uns durch das wohlbedachte Tarnwort von der „Entpolitisierung“ der Universität ja nicht täuschen! Sie verstehen heute wieder dasselbe darunter wie in der Weimarer Zeit. Auch damals war die „unpolitische Universität“ zumeist das Bollwerk, hinter dem sich die Reaktion verschanzte, um jeden Anspruch der Demokraten auf demokratisches Engagement des Hochschullebens abzuwehren. Desto freizügiger ließen sie den verderblichen Konservatismus der Korporierten und ihrer Alten Herren wirken, das augenzwinkernde Einverständnis mit den Rowdys der studentischen SA-Stürme inbegriffen.

Als diese dann auf Ministersesseln saßen, machten die „Unpolitischen“ munter weiter. Mit geringen Varianten dienten sie ihrer „reinen Wissenschaft“. Schließlich hatten sie in deren Namen schon unter der Weimarer Republik nationalistische Geschichtsfälschung, autoritäres Rechtsdenken, menschenverachtenden Elitedünkel, blinde Autoritätsgläubigkeit verbreitet. Und Antisemit zu sein, war ohnedies beinahe selbstverständlich; Ehrensache. So wurde die „unpolitische“ zur braunen Universität.

Nicht wenige alte Namen bürgen noch heute für Qualität: Heidegger, der Philosoph; Carl Schmitt, der Jurist und Staatsrechtler; Ritter, der Historiker. Der geistige Totalitätsanspruch dieser Richtung ist gemeint, wenn die „Welt“ die schlagenden Stoßtrupps der „Entpolitisierung“ gegen die FU vorrücken lassen will. Die Abkürzung FU würde man ja beibehalten können. Nur statt einer „Freien“ hätten wir dann die „formierte Universität“.

Und da hört der Spaß auf. Da wird es nicht nur im akademischen Raum, sondern für unsere ganze Stadt bitter ernst. Die Wortführer der freiheitsfeindlichen Fronde haben mit ihrem Angriff gegen das Berliner Modell bestätigt, daß sie diese Universitätsverfassung auf dem Weg zur formierten Universität stört. Um so mehr Grund für uns, dieses „Hindernis“ wohl zu hüten, wenn möglich noch zu befestigen.

Gerade nach den jüngsten unliebsamen Erfahrungen, die uns der Rektor, Professor Lieber, bescherte, erscheint die Befestigung der demokratischen Positionen dringend nötig. Vor allem bedürfen dabei die allzu vage formulierten Rechte der Studentenschaft einer klaren Fixierung in ihrer materiellen Substanz, damit künftig autoritäre Übergriffe, wie die Sperre akademischer Räumlichkeiten für politische Veranstaltungen oder die Suspendierung Professor Sontheimers, schon satzungsgemäß ausgeschlossen sind und demgemäß auch durch institutionelle und personelle Sicherungen verhindert werden.

Eine solche demokratische Weiterentwicklung, nicht jedoch das von der Springerpresse proklamierte Staatsbegründnis des Berliner Modells, gibt der Universität innere Ruhe. Nur so wird sie für hervorragende Gelehrte attraktiver werden, die in ihrer Person höchstes wissenschaftliches Niveau und demokratisches Vorbild vereinigen. Es sind die Spuren der Autoritätsmaßnahme oben, aber gewiß nicht die Ansätze zu einer

engagierten und kritischen Auseinandersetzung unten, die solche Hochschullehrer zögern lassen, an die FU zu kommen oder dort zu bleiben.

Es ist bestimmt nicht die schlechteste akademische Jugend, die auch in den Vorlesungen und Seminaren den eigenen Kopf behält, damit selbständig denkt und offen ausspricht, was dabei herausgekommen ist. Genau das soll sie. Das Recht dazu hat sie laut Verfassung unserer Stadt im allgemeinen und laut Verfassung unserer Universität im besonderen. Dabei wird es bleiben, jedenfalls solange wir gemeinsam — Studenten und Arbeiter, Freiheitsliebende aller Grade — den Lemmer und Springer nicht gestatten, in unserer Stadt das Kommando zu übernehmen und ihre formierte Gesellschaft Bonner Prägung nach Westberlin zu importieren.

Als Aufruf zu diesem gemeinsamen demokratischen Widerstand war der Rücktritt des AstA ein Signal. Um vorwärts zu kommen, genügen allerdings solche Rücktritte, sei es bei den Studenten, sei es im Lehrkörper, nicht. Warum auch sollten die demokratischen Kräfte zögern, so starke Positionen zu nutzen, wie sie in der Weigerung des Konvents sichtbar wurden, die Ergebnisadresse für den schmutzigen Krieg der USA in Vietnam auf die Tagesordnung zu setzen? Und was könnte sie abhalten, die von H.-D. Sander eingestandene Schwäche ihrer Gegner zu nutzen und, gestützt auf die ihnen eingeräumten Kompetenzen des Berliner Modells, der Entpolitisierung der FU durch eine um so entschiedeneren Aktivität für die Politik der Vernunft, des Friedens und der Freiheit zu begegnen?

Wir meinen, das ist der beste Weg, um das, was wir haben, offensiv zu schützen und zu stärken. Und das würde gerade jetzt, da die alten Tabus einer seit über 15 Jahren verfehlten Politik von so vielen Seiten her unter Feuer genommen werden, gut in die Landschaft passen. Das Wort „Berliner Modell“ könnte so eine noch sehr viel weiterreichende Bedeutung in der deutschen Politik bekommen.

#### Zensur muß fallen!

Berlin (DW). Rektor Prof. Lieber hat in einem gestern bekanntgewordenen Schreiben behauptet, es sei ein „Irrtum“ anzunehmen, der Akademische Senat wolle jede politische Diskussion an der FU unmöglich machen. Es würden lediglich „politische Agitationen“ von der Universität ferngehalten. Was „politische Agitationen“ sind, will jedoch weiterhin der Rektor entscheiden.

Der AstA hat gestern erneut den Anspruch des Rektors auf Ausübung eines Zensurrechts zurückgewiesen und die Forderung bekräftigt, daß die antidemokratischen Richtlinien vom 16. Februar rechtskräftig zurückgenommen werden.

(Die Wahrheit, 12. März 1966)

## DOKUMENT 507

### Die Auseinandersetzungen an der FU

#### Von Professor Dr. jur Ernst E. Hirsch

Die heftigen Auseinandersetzungen zwischen Professoren und Studenten an der Freien Universität Berlin hatten im vergangenen Wintersemester erneut zu einem kritischen Höhepunkt geführt. Die Krise hatte sich an den unterschiedlichen Auffassungen von Professoren und Studenten zur Frage der politischen Meinungsbildung und Meinungsäußerung entzündet. In dem folgenden Beitrag legt der Dekan der Juristischen Fakultät der FU, Professor Dr. Ernst E. Hirsch, seine Überlegungen zum Hintergrund der Krise dar. (D. Red.)

Man ist sowohl in Kreisen der Studentenschaft als auch zum Teil in der Öffentlichkeit darüber verwundert, um nicht zu sagen empört, daß einige Professoren mit der Absicht umgehen, sich vorzeitig emeritieren zu lassen, oder, soweit sie noch im berufungsfähigen Alter stehen, sich um Rufe an andere Universitäten bemühen. Zur Verwunderung oder Verärgerung über derartige Reaktionen besteht kein Anlaß. Wenn ein Professor an die Freie Universität berufen wird, so hat er — in Übereinstimmung mit Wortlaut und Sinn des Berliner Hochschullehrergesetzes — die Absicht und den Willen, sein

## DOKUMENT 508

Fachgebiet in Wissenschaft, Forschung und Lehre im Rahmen der satzungsmäßigen Aufgabe der Universität angemessen zu vertreten, wobei seine Lehrtätigkeit den Erziehungszielen einer akademischen Bildung gerecht werden soll. Nach ihrer Satzung hat die Freie Universität Berlin der wissenschaftlichen Forschung und Lehre in Freiheit und Unabhängigkeit zu dienen und die studierende Jugend auf die Berufe, für die eine wissenschaftliche Bildung erforderlich und dienlich ist, vorzubereiten.

Auch in der Satzung der Studentenschaft, die einen Teil der Satzung der Freien Universität bildet, heißt es in der Präambel, die Studentenschaft verpflichte sich, das Ihre dazu beizutragen, daß die Arbeit der Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden im Zeichen von Wahrheit, Gerechtigkeit und Freiheit in Forschung und Lehre fruchtbar werde und „ihren Mitgliedern die Möglichkeit freier, umfassender Bildung erhalten bleibe“. Diesen für die Universität verbindlichen Grundsätzen entsprechen die vom Akademischen Senat empfohlenen Richtlinien zur Vergabe der Räume, welche der Universität zur Erfüllung der ihr vom Staat anvertrauten Aufgaben überlassen sind.

Was Gegenstand der wissenschaftlichen Forschung und Lehre ist oder sein kann und in welcher Form und Gestaltung diese Aufgabe zu erledigen ist, wird von denjenigen bestimmt, denen die Pflege der Wissenschaft anvertraut ist. Wenn es an der Freien Universität Berlin elf Lehrstühle und zwei Institute für die Wissenschaft von der Politik gibt, so bedeutet dies, daß Politik als wissenschaftlicher Gegenstand gerade an dieser Universität in einem Umfang gepflegt wird, wie es an keiner anderen deutschen und kaum an einer vergleichbaren ausländischen Universität der Fall ist. Wer die amtlichen Vorlesungsverzeichnisse des vergangenen Jahrzehnts durchblättert, wird über das Angebot an Vorlesungen, Übungen, Seminaren, Colloquien auf diesem Gebiet erstaunt sein und sich die Frage vorlegen, was die Universität daneben noch an politischer Bildungsarbeit leisten soll.

Hier, an diesem Punkte, scheint mir die Ursache aller Mißverständnisse und Querelen zu liegen: Es wird nicht klar genug erkannt, daß zwischen politischer Bildung auf der einen Seite und politischer Meinungs- und Willensbildung auf der anderen Seite ein grundlegender Unterschied besteht. Am Prozeß der politischen Meinungs- und Willensbildung institutions- und gruppenmäßig mitzuwirken, ist Aufgabe der politischen Parteien, der Verbände und aller sonstigen politisch aktiven gesellschaftlichen Gruppen, der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens. Wenn die Universität eine politische Bildungsaufgabe hat und dieser Aufgabe durch ihre Fakultäten und Einrichtungen gerecht zu werden verpflichtet ist, so kann dies nur innerhalb des wissenschaftlichen und akademischen Bereichs geschehen. Nur zur Erfüllung dieser Funktion werden ihr öffentliche Mittel, Einrichtungen und Räume vom Staat zur Verfügung gestellt. Dementsprechend sind alle Organe der Gesamtuniversität, das heißt dieses zu einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zusammengeschlossenen Verbandes der Lehrenden und Lernenden, bei ihren Beschlüssen nicht frei. Die Grenzen ihres Ermessensspielraums sind durch Gesetz und Satzung gezogen und ausdrücklich auf den wissenschaftlichen und akademischen Bereich beschränkt.

„Politik gehört“, wie Karl Jaspers es formuliert hat, „an die Universität nicht als an ihr auszutragender Kampf, sondern als Gegenstand der Forschung. Daß das Dasein und die äußere Gestalt der Hochschulen von politischen Entscheidungen abhängig sind und auf dem verlässlichen Staatswillen beruhen, bedeutet, daß innerhalb der Hochschule — diesem durch den Staatswillen freigestellten Raum — nicht der praktische Kampf, nicht politische Propaganda, sondern allein das ursprüngliche Wahrheitssuchen seinen Ort haben.“ Wem diese Sicht nicht liegt, der hört vielleicht auf die Warnung von Peter Hemmerich („Die Zeit“ vom 11. Februar 1966): „Sehen wir uns vor, daß nicht in 30 Jahren Vorlesungen abgehalten werden müssen über die Frage, warum die akademische Korporation unserer Tage nicht in ihrer Gesamtheit aktiv eingestanden ist für das Primat des Geistes, der Wissenschaft, der Erziehung in der Verschleißperiode des ‚4. Reiches‘.“

(Der Tagesspiegel, 13. März 1966)

### „Gefährliche Assistentenschaft“

Die Wurzel der Freien Universität — das Berliner Modell — will H.-D. Sander in seinem Artikel „Das Ende einer Gelehrtenrepublik“ in der WELT vom 5. März getroffen wissen, und dabei haut er allenthalben tiefe Kerben in den Stamm der Alma mater. Er findet seine Opfer, wo er sie sucht: die „Linksfraktion“ der Professoren, „Studentenzirkel“, die politische Ideen destillieren, und schließlich eine — wie sich zeigen wird — besonders perfide Gruppe, die Assistenten.

Bei deren Auswahl sieht Herr Sander einen verhängnisvollen ideologischen Mechanismus walten: Die „linke Basis“ verbreitert sich dadurch „beinahe automatisch“. Derart unwissenschaftlicher Auslesepraktiken will er nicht nur das Otto-Suhr-Institut, sondern ausdrücklich auch die beiden größten Fakultäten bezichtigen. Für alle, die nun noch nicht von der Gefährlichkeit dieser Assistenten überzeugt sind, führt Herr Sander einen weiteren Hieb: Die angeprangerte politische Korruption finde sich „vorzüglich“ in den genannten Fakultäten — also muß doch wohl die ganze Universität davon befallen sein.

Was für Chancen ergäben sich da für Bewerber um Assistentenstellen! Man engagiere sich rechtzeitig und für den Professor seiner Wahl augenfällig „links in der ganzen Breite des Begriffs“ — und schon ist man „beinahe automatisch“ am Ziel seiner Wünsche. Welch irrige Vorstellung wäre es dann, man müsse sich eine Assistentenstelle durch erfolgreiches wissenschaftliches Bemühen erarbeiten! Ein paar geschickte Beiträge mit „Linksdrall“ im Seminar über griechische Profanarchitektur oder im Auskultationskurs wären wertvoller als die beste Dissertation.

Will Herr Sander also seinen Lesern suggerieren, die Assistenten würden an der Freien Universität nicht ausschließlich nach ihrer wissenschaftlichen Qualifikation, sondern nach ihrer politischen Einstellung ausgewählt? Dann hätte er sicher die Assistentenschaft mit Erfolg verleumdet und in ihren beruflichen Interessen geschädigt. Aber es geht ihm ja wohl nicht darum, sondern um den Hieb gegen die Wurzel der „Gelehrtenrepublik“ und um die Begründung für sein eigenes Rezept: die Preisgabe des Berliner Modells, die Zulassung aller Verbindungen und die erhoffte Entmachtung der „linken“ Studentengruppen, deren Repräsentanz im AStA und im Konvent ihm ungerechtfertigt groß erscheint.

Was aber haben in Herrn Sanders Vorstellung die Assistenten damit zu tun? Die Antwort wird ihm leicht: Er übernimmt die absurde Behauptung, daß neben den uralten Semestern die Assistenten „aus dem Hintergrund den Konvent und den AStA dirigieren“. Damit hätte er dann freilich eine geradezu diabolische Verschwörung enthüllt; die Assistenten, von der wachsenden „Linksfraktion“ der Professoren nach ihrer politischen Richtung ausgewählt, würden zu intellektuellen Urheberern der „zyklischen Konflikte zwischen Studentenvertretung und der akademischen Verwaltung“, von denen „seit acht Jahren ... diese Alma mater ... erschüttert“ wird.

Hier ist der Punkt erreicht, an dem wir Herrn Sander nicht einmal mehr den journalistischen Ehrgeiz, „Drahtzieher“ zu entdecken, zugute halten mögen. Vielmehr sehen sich die gewählten Vertreter der Assistenten an der Freien Universität verpflichtet und gezwungen, Herrn Sanders groteske Unterstellungen im Namen und im Interesse der gesamten Assistentenschaft auf das entschiedenste als unwahr zurückzuweisen.

Dr. med. F. Praetorius, 1. Sprecher

Dr. phil. I. Pommerening, 2. Sprecher

Dr. rer. pol. W. Skuhr,

die Sprecher der Assistentenschaft der Freien Universität Berlin.

(Die Welt, 15. März 1966)

## DOKUMENT 509

### Der Senator für Wissenschaft und Kunst

— Senatsdirektor Ingensand — 1 Berlin 19, März 1966  
GeschZ.: II A — 31 60 F 11 Brechtschneiderstraße 5-8  
Berlin-Charlottenburg (Ecke Messedamm)  
Telefon: 92 00 13 43

An den  
Rektor der Freien Universität Berlin  
Herrn Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber

Magnifizenz!

Zu Ihrem Schreiben vom 10. d. M. (Tgb.-Nr. 1894/66) teile ich Ihnen folgendes mit:

Ich habe zur Kenntnis genommen, daß Sie auch künftig die Hörsäle im Henry-Ford-Bau für Veranstaltungen der Studentenschaft und studentischen Vereinigungen zur Verfügung stellen werden, wenn — auch im Sinne der Präambel der Satzung der Studentenschaft —

1. die „Veranstaltungen einen ernsthaften Beitrag zu der der Universität gestellten Erziehungsaufgabe leisten“ und

2. die Veranstaltungen eine Störung der akademischen Ordnung in der Universität nicht unmittelbar befürchten lassen. Gegen ein solches Verfahren der Entscheidung im Einzelfall habe ich als Rechtsaufsichtsbehörde keine Bedenken.

Ich bin mit Ihnen und dem Akademischen Senat der Auffassung, daß dem Rektor aus seinem Hausrecht gemäß § 28 der Universitätsordnung ein materielles Prüfungsrecht bei der Vergabe von Räumen, die dem Lehr- und Forschungsbetrieb der Universität dienen, zusteht. Dieses Recht muß sich orientieren an den Rechten der studentischen Organe gemäß § 22 der Universitätsordnung und denjenigen der zugelassenen studentischen Vereinigungen gemäß § 26 a. a. O. Nach meiner Auffassung kann insbesondere den studentischen Organen unter Berücksichtigung der Rechtslage, wie sie sich auch aus der Präambel der Satzung der Studentenschaft ergibt, die Zurverfügungstellung von Räumen nicht verweigert werden, wenn die geplante Veranstaltung den obengenannten Voraussetzungen entspricht. Hiernach ist eine generelle Ablehnung der Zurverfügungstellung von Räumen für politische Veranstaltungen insbesondere der studentischen Organe, aber auch studentischer Vereinigungen, nicht möglich.

Ich hoffe, daß die von Ihnen getroffene Regelung für die Vergabe von Räumen künftig sowohl die Wahrung der Interessen der Universität als auch die Erfüllung der Aufgaben ihrer Organe ermöglicht.

Dem Vorsitzenden des Allgemeinen Studentenausschusses habe ich mit dem abschriftlich anliegenden Schreiben vom heutigen Tage geantwortet.

Mit verbindlichen Empfehlungen

Ihr sehr ergebener

(Registrierung I der FUB: Rektorat, Akte Nr. 6/6308 „Vergabe von Räumen“)

## DOKUMENT 510

### Offener Brief an den Präsidenten der Akademie der Wissenschaften

An den Präsidenten Frankfurt am Main, den 22. 3. 66  
der Akademie der Wissenschaften,  
Herrn Prof. Dr. Werner Hartke  
X Berlin, Unter den Linden / DDR

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ihr Schreiben an die Mitglieder der Deutschen Akademie der Wissenschaften, in dem Sie sich mit Herrn Professor Dr. Robert Havemann auseinandersetzen, veranlaßt uns, mit einigen Fragen und einer Stellungnahme in dieser Sache an Sie heranzutreten.

Wir haben nach dem 11. Plenum des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu dem Vorgehen

gegen einige sozialistische Wissenschaftler und Künstler, mit denen uns seit ihrem Auftreten in der Bundesrepublik freundschaftliche-politische Beziehungen verbinden, nicht öffentlich Stellung genommen. In Ihrem Schreiben an die Mitglieder der Akademie, das uns erst durch den Abdruck in der „Zeit“ vom 18. 3. 66 bekannt wurde, führen Sie unter anderem auch gegen Professor Havemann an, er habe versucht, für Einladungen des SDS zu Vorträgen in der Bundesrepublik ihre Zustimmung und damit die Reisegenehmigung des Ministeriums des Innern zu erhalten. Ja, Sie sprechen sogar von den eingeladenen Organisationen, also auch von uns, als von „Feinden der DDR“. Damit haben Sie nun diesen offenen Brief herausgefordert.

Gemeinsam mit den anderen progressiven Kräften in der Bundesrepublik hat der SDS seit langem, unter sehr schwierigen Bedingungen, eine Politik der Entspannung und des Ausgleichs zwischen der Bundesrepublik und der DDR betrieben und gefördert und immer wieder die Anerkennung der DDR gefordert. Wir haben unmißverständlich sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR erklärt, daß wir die tatsächlich sozialistischen Ansätze in der DDR begrüßen, obgleich wir entscheidende Schritte zur sozialistischen Demokratie nicht nur für möglich, sondern auch für dringend notwendig halten.

Wir fragen Sie nun: sind wir deshalb Feinde der DDR?

Es ist nicht unsere Sache, uns in die inneren Angelegenheiten der DDR einzumischen. Die sozialistische Demokratie kann nicht von außen, sondern nur durch die praktische, kritische Diskussion und Auseinandersetzung innerhalb der DDR erreicht werden.

Wir können aber selbst beurteilen, welche Wirkung das Auftreten lebendiger sozialistischer Intellektueller der DDR in der Bundesrepublik hat. Es sind nicht wenige Angehörige Ihrer Akademie und des wissenschaftlichen und literarischen Lebens der DDR, die wir in den letzten Jahren zu Vorträgen und als Diskussionspartner eingeladen haben, und das hat nicht wenig zum Abbau des Antikommunismus beigetragen.

Oft waren wir mit den Positionen nicht einverstanden, die von unseren Gästen vertreten wurden. So sind wir auch mit einigen der Auffassungen durchaus nicht einverstanden, wie Sie Professor Havemann z. B. in dem von Ihnen erwähnten Artikel im „Spiegel“ geäußert hat; wie die meisten DDR-Politiker und -Wissenschaftler kennt Herr Professor Havemann die Bundesrepublik zu wenig und kommt daher zu falschen Vorstellungen.

Das hindert uns aber durchaus nicht daran, gerade in ihm einen Wissenschaftler zu sehen, für den die marxistische Theorie eine lebendige, revolutionäre Wissenschaft ist, mit dessen Anschauungen zu diskutieren sich jedenfalls lohnt. Wahrscheinlich wäre ein großer Teil unserer Mitglieder mit den einzelnen philosophischen Thesen Herrn Havemanns keineswegs einverstanden. Deshalb wollen wir ja gerade mit ihm diskutieren.

Die linken Studenten der Bundesrepublik brauchen keinen Vormund, der verfügt, mit wem und was sie diskutieren. Der DDR würde es aber nur Sympathien bringen — gegen den Antikommunismus in der Bundesrepublik —, wenn sie das Selbstbewußtsein aufgebracht hätte, Herrn Havemann reisen zu lassen.

Mittlerweile ist aber kulminierend im „Fall Havemann“ die Art und Weise, wie einige sozialistische Künstler und Intellektuelle gegenwärtig in der DDR behandelt werden, zu einer schweren Behinderung unserer politischen Arbeit in der Bundesrepublik geworden. In einer Phase, in der wir in einem besonders harten Kampf gegen die sich verstärkenden autoritären und restaurativen Kräfte in der Bundesrepublik stehen, in der wir gegen die mit den Notstandsgesetzen beabsichtigten Kriegsvorbereitungen kämpfen, bedeutet es direkt eine Schwächung unserer Position, wenn man sozialistischen Wissenschaftlern auf Grund politischer Differenzen die materielle Existenz nimmt und ohne die Möglichkeit offener Diskussion und Gegenrede aus der Akademie ausschließt.

Wir bitten Sie daher, Herrn Professor Havemann ausreichend Gelegenheit zu geben, sich zu den gegen ihn erhobenen Vor-



würfen zu äußern und keine Maßnahmen zu treffen, denen nicht eine so vorbereitete, sachliche Diskussion vorangegangen ist.

In der Hoffnung auf Ihre Antwort verbleiben wir mit vorzüglicher Hochachtung

Helmut Schauer

(Bundesvorsitzender)

(neue kritik Nr. 34, Februar 1966, S. 5)

## DOKUMENT 511

### Das Berliner Modell — überholte Trümmerromantik? Die Freie Universität, ihre Studenten und die Politik

Von Gert von Eynern

Die Lage an der Freien Universität Berlin hat sich nun doch noch entspannt. Rektor Lieber wird die erstaunliche Empfehlung seines Senats, den Studenten die Hörsäle für politische Veranstaltungen zu sperren, nicht durchführen.

Zwar sollen einseitige politische Agitationen vermieden und radikale Bestrebungen von der Universität ferngehalten werden; aber Veranstaltungen, die einen ernsthaften Beitrag zur Erziehungsaufgabe der Universität leisten, sollen auch weiterhin in Universitätsgebäuden stattfinden.

Ob damit die Lage endgültig bereinigt ist? Man mag es bezweifeln, wenn man bedenkt, wie günstig die personellen Voraussetzungen im vorigen Herbst dafür schienen, daß sich die Konflikte des Sommersemesters nicht wiederholen würden: Der Winter begann mit einem neuen Rektor, der als liberal und taktisch geschickt galt, und mit einem neuen AStA-Vorsitzenden, der sich als zielbewußter, aber auch besonnener und realistisch denkender Verhandlungsführer bewährt hatte. Trotzdem brachen im Wintersemester die Konflikte von neuem aus. Ihre Ursachen liegen offenbar wesentlich tiefer, und das läßt vermuten, daß die Glut weiter schwelt.

Um das Verhalten sowohl des Rektors und der Professorenmehrheit als auch der Studentenvertreter zu verstehen, tut es not, unter anderem zwei Fakten zu wissen. Das eine betrifft die Sorge des Rektors um die Autonomie und das Ansehen der Universität. Das andere betrifft das „Berliner Modell“.

Der Öffentlichkeit — vielen Politikern, manchen Journalisten und einer Menge von Zeitungslesern — fällt es offenbar schwer, den Unterschied zwischen Veranstaltungen zu sehen, die von der Universität oder von der Studentenvertretung selbst getragen werden, und solchen, für die die Universität lediglich ihre Räume zur Verfügung stellt. Man ist geneigt, alles, was in der Universität geschieht, der Universität selbst anzurechnen. Anscheinend ist es schwierig, einer solchen falschen Identifikation wirksam entgegenzutreten. Deshalb ist die Versuchung für den Rektor groß, sein Hausrecht gelegentlich so auszuüben, daß die Studenten es als eine Zensur empfinden. Faktisch hat es bisher — von einer Jahre zurückliegenden Ausnahme abgesehen — keine Veranstaltung in den Räumen der Freien Universität gegeben, bei der es zu Tumulten oder unwürdigen Szenen gekommen wäre, die das Ansehen der Universität ernsthaft geschädigt hätten. Indessen gerät der Rektor in eine unangenehme Lage, wenn er einen anonymen Telefonanruf erhält, auf einer bevorstehenden Veranstaltung werde, buchstäblich, eine Bombe platzen.

Soll er die Polizei zu Hilfe rufen? Darin erblicken manche eine Minderung des Ansehens der Universität und eine Beeinträchtigung ihrer Autonomie — andere meinen allerdings, daß sich die Autonomie und die Freiheit der Universität auf ihre Selbstständigkeit in geistigen, wissenschaftlichen Fragen beschränke.

Oder soll der Rektor eine solche Veranstaltung verbieten? Dann setzt er sich dem Vorwurf aus, eine Zensur auszuüben, und außerdem könnte jedermann für zwanzig Pfennig eine ihm unliebsame Veranstaltung telephonisch verhindern.

Der Ausweg, den der Akademische Senat gefunden zu haben glaubte, nämlich einfach sämtliche politischen Veranstaltungen in den FU-Räumen zu verbieten, war allzu simpel. Indem der

Rektor dieser Empfehlung seiner Ratgeber nicht folgt, wahrt er das Ansehen der Universität in den Augen der demokratischen Öffentlichkeit.

Die Schärfe der Auseinandersetzungen in den letzten Semestern ist im übrigen nur verständlich, wenn man sich klarmacht, daß die Studenten in vielen Maßnahmen von Rektor und Senat eine — gewollte oder ungewollte — Attacke auf das Berliner Modell erblicken. Nach diesem Modell haben Vertreter der Studenten Sitz und Stimme in allen entscheidenden Gremien der Universität: im Akademischen Senat, in den Fakultäten, im Kuratorium und so weiter. Sie üben also neben ihrem Recht der studentischen Selbstverwaltung auch echte Mitbestimmungsrechte in der Universitätsleitung aus. Dieses Modell stammt aus der Gründungszeit der Freien Universität, dem Blockadewinter 1948, als durch Initiative von Studenten, dann von einigen Politikern und erst dann von einigen wenigen Professoren in Westberlin eine staatsfreie Universität errichtet wurde.

Diesem Mitbestimmungsrecht kommt große Bedeutung zu. Denn eine politische Demokratie kann — unter anderem — doch wohl nur dann gedeihen, wenn nicht nur im staatlichen Bereich, sondern in möglichst vielen sozialen Gebilden die Machtadressaten an der Willensbildung beteiligt werden. Und bei nüchterner Betrachtung kann niemand bestreiten, daß das Berliner Modell gut funktioniert. Keineswegs herrschen etwa in allen Gremien, in denen Studenten verantwortlich mitwirken, ständig Spannungen. Das Gegenteil ist der Fall. In den Fakultäten vor allem ist die Zusammenarbeit, im ganzen gesehen, durchaus gut. Selbst zu so heiklen Dingen wie Prüfungsordnungen und Berufungen haben die studentischen Fachschaftsvertreter in aller Regel Positives beigetragen, zum Beispiel, indem sie sich nicht für eine Erleichterung, wohl aber für eine rationale Gestaltung der Prüfungen einsetzten, oder indem sie sich bei Berufungen auf Fragen nach den pädagogischen Fähigkeiten und nach der Haltung des Betroffenen in der nationalsozialistischen Zeit beschränkten.

Die Schwierigkeiten entstanden fast ausschließlich auf der höheren Ebene, im Akademischen Senat, in dem vierzehn Ordinarien, je ein Extraordinarius und Privatdozent sowie zwei studentische Senatoren sitzen. In diesem Gremium treten die prinzipiellen Gegensätze hervor, besonders wenn es sich um die Interpretation der studentischen Selbstverwaltungsrechte handelt. Oft geht es dabei um das „politische Mandat“ und die „politische Bildung“.

Sollen oder dürfen Studenten zu allgemeinpolitischen Fragen Stellung nehmen? Es ist unbestritten, daß der einzelne Student wie jeder Staatsbürger sich um alles Politische kümmern soll. Unbestritten ist ebenso, daß politische Studentengruppen eine in der Demokratie wichtige Funktion ausüben, wenn sie politische Probleme behandeln und ihre Stellung dazu verkünden. Aber umstritten ist der Anspruch der offiziellen Studentenvertretung — des fünfundsechzigköpfigen Konvents und seines Exekutivausschusses, des AStA —, zu Fragen wie der französischen Algerienpolitik, der amerikanischen Vietnampolitik, der deutschen Ostpolitik oder der Notstandsgesetzgebung öffentliche Resolutionen zu fassen.

Denn, so wird in einem etwas geheimnisvoll behandelten Rechtsgutachten dargelegt, Konvent und AStA sind nach dem Berliner Modell keine selbständigen Institutionen, sondern Organe der Freien Universität, und ein Organ könne niemals mehr Funktionen haben als die betreffende Körperschaft selbst. Da die Universität als solche kein allgemeines politisches Mandat habe, könne auch die offizielle Studentenvertretung es nicht beanspruchen. Rechtlich sei das durch ein Urteil des Verfassungsgerichts geklärt, in dem den Kommunen seinerzeit das Recht abgesprochen wurde, eine Volksbefragung über Atomwaffen durchzuführen.

Die Gegenargumentation lautet entweder, das Verfassungsgerichtsurteil sei falsch und bedürfe einer Änderung, oder es sei zwar zutreffend, doch könne, was für die kommunale Selbstverwaltung gelte, nicht ohne weiteres auf die studentische Selbstverwaltung übertragen werden. Nach der Eigenart und der Tradition der deutschen Studentenschaften sei jedenfalls eine allgemein politische Aktivität der Studentenschaft üblich, und für die Demokratie sei sie nützlich.

Hinter diesen juristischen Argumentationen stehen zwei politische Probleme. Erstens das Bedenken, ein solcher Standpunkt könne für die Demokratie gefährlich werden; man brauche sich nur der Weimarer Zeit zu erinnern, als der Rechtsradikalismus mitsamt seinem Antisemitismus frühzeitig von den Studentenschaften gefördert wurde. Deshalb müßten gerade die fortschrittlich und „links“ eingestellten Kräfte zu verhindern suchen, daß wieder einmal die reaktionären Kräfte, die ja offensichtlich an Boden gewinnen und vielleicht eines Tages auch die Mehrheit im Konvent der Freien Universität erringen, mit dem Recht ausgestattet werden, allgemeinpolitische Fragen im Namen der ganzen Studentenschaft zu proklamieren.

Logisch mag diese Sorge richtig erscheinen. Aber es wäre naiv anzunehmen, daß eine extreme Rechte, wenn sie erst einmal großen Einfluß gewonnen hat, auf ein juristisches Gutachten Rücksicht nähme.

Zweitens: Wie so häufig, verbirgt sich auch hier hinter der Forderung nach Neutralität, politischer Enthaltbarkeit, nach Ruhe & Ordnung eine bestimmte politische Tendenz — nennen wir sie die Tendenz des eiskalten Krieges. In den siebzehn Jahren, seit die Studenten in schärfster Opposition gegen den Osten eine eigene, freie Universität schufen, hat sich im Osten und in den Möglichkeiten einer deutschen Ostpolitik einiges gewandelt. Eine Politik der Kontakte, der kleinen Schritte, der Entspannung durch Annäherung, die 1948 fast als Landesvertrag galt, wird seit langem von ernsthaften Politikern energisch gefordert, gerade auch in Berlin, trotz der Mauer. Manche studentischen Gruppen machen sich diese Gedanken zu eigen, diskutieren darüber, praktizieren sie. Es ist verständlich, daß die Aktivität dieser „linken“ Gruppen allen „rechten“ Kreisen Ärger bereitet.

Deshalb unterliegt man auf der „Rechten“ gelegentlich der Versuchung, die „Linken“ als Landesverräter zu verdächtigen. Es ist ja so bequem, von einer Infiltration kommunistischer Kräfte, von einer Fernsteuerung naiver linksradikaler Intellektueller durch die SED und so weiter zu fabeln. In der Tat, der hier und da zutage tretende McCarthyismus, verstärkt durch geheimnisvolle Andeutungen über besondere Informationen von Verfassungsschutzämtern, gehört zu den bedenkllichsten Begleiterscheinungen und Kampfmethoden der letzten Zeit. Faktisch stammt die Studentenopposition keineswegs aus kommunistischen, nur zum Teil aus sozialistischen, fast ausschließlich aus liberalen Quellen.

Wer das politische Mandat negiert und deshalb die Tätigkeit der Studentenschaft in enge Grenzen verweist, steht vor der schwierigen Frage, ob er damit nicht auch die politische Bildung an der Universität unmöglich mache. Denn für die Erziehung junger Menschen zu politischer Verantwortung ist nicht nur die Arbeit in der studentischen Selbstverwaltung und der Universitätsmitverwaltung wichtig, sondern auch die Teilnahme an allgemeinpolitischen Diskussionen. Auch haben die Konventswahlen einen generellen politischen Charakter: Das tritt bei der Vorstellung der Kandidaten in den Wahlversammlungen und in jeder Analyse der Wahlergebnisse deutlich in Erscheinung. Eine engere Begrenzung der politischen Diskussionen würde der Aufgabe der Universität, politische Bildungsarbeit zu leisten, widersprechen. Außerdem ist es in der Praxis oft unmöglich, eine saubere Trennungslinie zwischen studentischen politischen Bildungsveranstaltungen und allgemeinpolitischen Diskussions- und Informationsabenden zu ziehen.

Deshalb war es nur konsequent, daß der Beauftragte des Akademischen Senats für die politische Bildungsarbeit sein Amt zur Verfügung stellte, als Rektor und Senat beschlossen, den Studenten einfach keine Hörsäle mehr zur Verfügung zu stellen.

Einen Ausweg aus diesem Dilemma fanden allerdings jene, die einen politischen Bildungsauftrag der Universität schlechthin bestreiten und dafür das blendende Schlagwort erfanden, die Universität müsse eine „Arbeitsuniversität“ sein. Das ist eine Auffassung, die von vielen als kryptopolitisch betrachtet wird. Das Berliner Modell hat Ähnlichkeit mit dem Institut der Mitbestimmung der Arbeiter im Unternehmen. Beim Berliner Modell sind die Dozenten und die Studenten, was bei der „Mitbestimmung“ die Vertreter des Kapitals und der Arbeit sind. In beiden Fällen gibt es bestimmte Institutionen mit mehr oder minder klar abgegrenzten Funktionen. Die Gruppen wir-

ken jeweils in bestimmten Organen — der Aktiengesellschaft, der Universität — zusammen. Ihre Zusammenarbeit ist nur dann praktikabel, wenn sie mit Fairneß und gegenseitigem Verständnis, mit Toleranz und Anerkennung der jeweiligen Schwierigkeiten, mit Achtung voreinander gehandhabt wird. Deshalb sieht jede Mitbestimmung vor, daß beide Gruppen zur vertrauensvollen Zusammenarbeit zum Wohle des Ganzen aufgerufen sind; im Falle der Freien Universität ist sogar — etwas hochgreifend — von einer „Gemeinschaft“ der Lehrenden und Lernenden die Rede. Nach der Auffassung der Studenten sollten deshalb Rektor und Senat ihre administrative und quantitative Überlegenheit in den Organen nicht kraß zur Geltung bringen.

Durch die Konflikte der letzten Jahre ist das Mißtrauen unter den Studenten, das Berliner Modell werde zu einer formal-demokratischen Farce verfälscht, gewachsen. Ja, es gibt Stimmen, die Parallelen zum Klassenkampf ziehen. Auf der einen Seite, sagen sie, gebe es eine Masse von „Unterdrückten“ und innerhalb dieser Masse eine kleine aktive Gruppe, die diese Lage erkenne und daraus politische Energien schöpfe. Auf der anderen Seite stehe die schmale Gruppe der Oberen, die sich des Klassenkampfcharakters ihrer Haltung oft nicht bewußt seien, sondern ehrlich meinten, allein das allgemeine Wohl zu verkörpern; und dieser Gruppe diene getreulich ihre Bürokratie. Innerhalb dieser Gruppe wiederum gebe es eine beachtliche Minderheit, die fortschrittliche Gedanken vertrete und deshalb innerlich und zum Teil auch offen auf der Seite der „Unterdrückten“ stehe.

Spinnt man solche Gedankenfäden weiter, so entzieht man dem Berliner Modell die Basis. Dann erscheint die Studentenschaft als eine bloße Interessenvertretung, eine pressure group, als ein Fremdkörper, nicht als ein Organ. Praktisch kommt man dann zu demselben Ergebnis wie diejenigen, die im Berliner Modell nur eine zeitbedingte Utopie aus der Blockadekampfszeit sehen und es als „Trümmerromantik“ verächtlich machen. Das ist falsch und gefährlich.

Gefährlich ist es, weil die Alternative zum Berliner Modell nur eine Art Apartheid mit allen ihren verderblichen Folgen sein könnte. Die Spannungen würden nicht beseitigt, sondern institutionalisiert und dadurch verschärft. Eine friedliche Arbeitsatmosphäre an der Freien Universität wäre niemals möglich, wenn man den Studenten die Mitbestimmungsrechte nähme, die sie ehrlich erworben und im ganzen einwandfrei ausgeübt haben. Dazu sind die Berliner Studenten viel zu wach.

(DIE ZEIT, 25. März 1966)

## DOKUMENT 512

### Ein Wort zur Sache

#### Vier Berliner Sozialdemokraten nehmen Stellung

Auf die anonyme Kritik an Herbert Wehner haben führende Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei in einer oberflächlichen Weise reagiert, die auch diejenigen, die von der Substanz des in der ZEIT veröffentlichten Pamphlets enttäuscht sind und die Attacken auf die Person Wehners für weithin unqualifiziert halten, aufmerken lassen muß. In der Tat stimmt es nachdenklich, wenn man beobachten muß, wie erleichtert die SPD-Führer mit ihrer Zurückweisung der polemischen, der falschen und der unbelagten Passagen auch die Probleme vom Tisch wischen, die in der Kritik anklagen und einer eingehenden Diskussion wert gewesen wären.

Willy Brandts Fazit: „Dieses Machwerk rechtfertigt... keine politischen Auseinandersetzungen“ mag angehen, wenn damit gemeint sein soll, das politische Wohl und Wehe Herbert Wehners dürfe und könne nicht von einer anonymen Veröffentlichung abhängen, die sich zumindest mit der billigen Aufrechnung angeblichen Fehlverhaltens aus der KP-Zeit Wehners disqualifiziert und auch den politischen Standpunkt der Verfasser im Unklaren läßt.

Man könnte also in der Tat nach diesem Artikel zur Tagesordnung übergehen, wenn auf dieser Tagesordnung in der SPD nicht gerade einige Diskussionspunkte seit geraumer Zeit fehl-

ten, die in der Wehner-Kritik zumindest indirekt angesprochen sind. Es wäre nämlich an der Zeit, in der SPD über innerparteiliche Demokratie zu sprechen, so offen wie möglich und mit dem Ziele, sie in dieser Partei wieder ungehindert praktizieren zu können.

Die innere Stärke einer Partei mißt sich eben nicht allein an dem, was mit der üblichen Forderung nach organisatorischer „Schlagkraft und Geschlossenheit“ gemeint ist.

Mit dieser Forderung reproduzieren die Verantwortlichen in der Partei nur den Wunsch der Unpolitischen nach einer Führung, die mit politischen Argumenten nicht mehr diskutiert wird und damit unkontrolliert bleibt. Politik allgemein, Parteipolitik im besonderen, muß gerade heute einer kritischen Öffentlichkeit sich zugänglich zeigen. Denn der kritische Teil der Öffentlichkeit beurteilt eine Partei und die Sinnfälligkeit ihrer Politik zu Recht auch nach den Umständen und institutionellen Bedingungen, unter denen das Meinungsbild in der Organisation zustande gekommen ist und ständig neu gebildet wird.

Einige der wichtigsten Erscheinungen, welche die generell zu fordernde politische Diskussion in der SPD behindern, sollen hier aufgewiesen werden.

Schon ein Blick in die Parteistatuten offenbart einige schwerwiegende Verstöße gegen demokratisch-rechtsstaatliche Prinzipien, die sich auch eine demokratische Partei zu eigen machen sollte.

Die Notwendigkeit einer schnellen Reaktion auf parteischädigendes Verhalten von Mitgliedern ist unbestritten. Der entsprechende Paragraph des SPD-Status führt jedoch in der Praxis zu Mißbrauch. Dies hat — und nicht um ersten Male — der Ausschluß von Wolfgang Neuss im vergangenen Monat gezeigt. Denn Neuss wurde gemäß Paragraph 29, 1 des Status ausgeschlossen, mit Hilfe dessen „eine schwere Schädigung der Partei durch schnelles Eingreifen“ verhindert werden soll. Faktisch jedoch wurde mit dieser Bestimmung eine Äußerung von Wolfgang Neuss geahndet, die ein halbes Jahr zuvor gefallen war: eine mehr als fragwürdige Praxis.

Paragraph 29, 3 des Parteistatus ist schon in sich undemokratisch. Mit diesem Instrument wurde beispielsweise vor kurzem ein Assistent in Berlin aus der Partei ausgeschlossen, weil er Mitglied des SDS war. Die Berliner Parteizentrale teilte ihm mit, daß er entweder die SPD oder den SDS zu verlassen habe. Keines von beiden wollte er tun. Er flog aus der SPD, und Paragraph 29, 3 bestimmt: „Diese Entscheidung ist endgültig. Das Recht der Beschwerde ist nicht gegeben.“ Damit wird der Vorstand zum unfehlbaren Richter, der „Angeklagte“ kann keine Berufung einlegen. Eine Bestimmung, die solches Verfahren gestattet, sollte in den Statuten einer demokratischen Partei keinen Platz haben. Diese Tatsache ist in dem „Memorandum“ gegen Wehner zu Recht angeprangert und eindrucksvoll mit der früheren Praxis in der SPD verglichen worden.

Das Statut der Jungsozialisten verdient gleichfalls kein demokratisches Prädikat. Alle Parteimitglieder unter 35 sind in dieser „Arbeitsgemeinschaft“ zusammengeschlossen. Wenn die Parteimitglieder, die diese Gliederung der Partei bilden, sich einen Vorstand für ihre Arbeitsgemeinschaft wählen, dann haben sie damit noch keineswegs bestimmt, wer sie tatsächlich vertreten darf. Die Wahl muß erst durch ein vorgeseztes Gremium der SPD bestätigt werden. Mit dieser Unmündigsprechung der jüngeren Parteimitglieder ist den Parteivorsitzenden ein organisatorisches Instrument in die Hand gegeben, das natürlich nicht ohne politische Konsequenzen bleibt, denn es kann jemand, der neue Ideen in die Diskussion bringt, von vornherein aus den entscheidenden Gremien ferngehalten werden.

In einem Berliner Kreisverband hat sich unlängst ein derartiger Vorgang ereignet. Jungsozialisten hatten auf einer außerordentlichen Versammlung ihrem Vorstand das Mißtrauen ausgesprochen und einen neuen gewählt, dessen politische Richtung mißliebzig erschien. Der SPD-Vorstand des betreffenden Kreises sah sich „nicht in der Lage, die dort vorgenommenen Abstimmungen als legal anzuerkennen“ und setzte Neuwahlen unter seiner eigenen Leitung an. Er hatte die Unzulässigkeit des Mißtrauensantrags dekretiert, noch ehe die Arbeitsgemein-

schaft der Jungsozialisten sich mit ihm beschäftigt hatte. Diese Praxis muß das Interesse junger Mitglieder an und damit ihre Aktivität für die Partei lähmen; die geringe Attraktivität der SPD bei Jungwählern ist die Folge. Beredter Ausdruck für die Intensität der organisierten Parteimeinung ist die zu meist sterile Parteipresse der SPD. Die offiziellen Blätter können es sich kaum erlauben, mit unorthodoxen Beiträgen Diskussionen anzuregen. Die Angst vor Parteiordnungsverfahren oder Entlassung halten die Redakteure davon ab, von der offiziellen Parteirichtung weit abweichende Ansichten zu publizieren.

Die „Richtlinien für Ostkontakte“, eine Aufstellung von Verhaltensmaßregeln für Parteimitglieder, die in Ostblockländer oder die DDR reisen wollen, wurden von Parteivorstand und Parteirat erlassen und traten in Kraft, ohne daß sie ein Parteitag beschlossen hatte. Aber nicht nur das formale Vorgehen ist zu kritisieren: die Richtlinien selbst behindern den Kontakt mit unseren östlichen Nachbarn und erschweren eine Diskussion auf realistischer Basis über die Ostpolitik der Partei. Obwohl mittlerweile kaum jemand mehr diese Richtlinien in ihrer jetzigen Form befürwortet — der Bundestagsabgeordnete Lohmar hat sich sogar dafür ausgesprochen, die Reglementierung der Ostkontakte aufzuheben — wird ihre Abschaffung nicht ernsthaft diskutiert.

Die organisatorischen Grundmängel finden ihren Ausdruck in der zunehmenden Entfremdung zwischen Parteispitze und Gesamtorganisation. Das wird vor allem daran deutlich, daß kaum mehr Meinungen von unten nach oben geleitet werden, und daß andererseits die Beschlüsse und Aktivitäten der Parteispitze in den unteren Gremien kaum mehr diskutiert, oft nicht einmal wahrgenommen werden.

Es schien schon bedenklich genug, als Klaus Schütz 1955 feststellen durfte: „Die politische Willensbildung in der SPD entwickelt sich von oben nach unten.“ Mittlerweile ist selbst diese Beschreibung überholt. Wie besonders die Vorgänge vor und nach dem Karlsruher Parteitag von 1964 gezeigt haben, vollzieht sich die politische Willensbildung in der SPD nur noch oben.

Zurückzuführen ist diese Entfremdung hauptsächlich auf den Funktionsverlust der unteren Parteigremien. Es war einmal die Stärke der SPD, viele Mitglieder als aktive Helfer einzusetzen. Da sich Mittel und Strategie der Wahlwerbung in den letzten Jahren entscheidend geändert hatten, glaubte man auf die Mitwirkung der Mitglieder in der Grundorganisation verzichten zu können. Die Partei sollte sich Gedanken darüber machen, wie die beklagenswerten Nebenerscheinungen der erfolgten Zentralisation beseitigt werden können.

In dem Maße, als die Parteigliederungen ihre Aufgabe, die Meinung der Mitglieder und damit auch die Ansichten von Bevölkerungsgruppen zu artikulieren und an die Parteispitze zu vermitteln, nicht mehr erfüllen, begibt sich die Parteiführung in eine selbstgewählte Abhängigkeit zur Meinungsforschung und tendiert dazu, sich ängstlich an deren Ergebnissen zu orientieren. Nun können Meinungsumfragen zwar ein Bild der gegenwärtigen Stimmung in der Bevölkerung und ihren verschiedenen Sichten recht präzise vermitteln, Methoden zur Meinungsänderung liefern sie nicht. Anregungen für praktisch-politisches Vorgehen, mit welchem bestehende Ansichten verändert werden können, sind durch Umfragen nur sehr schwer genügend präzise zu erhalten. Sie würden im übrigen der Notwendigkeit nicht entheben, politische Vorstellungen in eigener Anstrengung zu entwickeln.

Die aus dauernden Wahniederlagen resultierende Resignation in der Parteispitze bleibt auf die Mitglieder in einer entpolitisierten Atmosphäre nicht ohne Wirkung. Auf Parteiversammlungen wird kaum mehr politisch argumentiert, man glaubt, als „einfaches“ Mitglied nicht mehr urteilen zu können, weil alles so kompliziert sei. In den Mittelpunkt rücken vielmehr lokale Probleme, die — gewiß sehr wichtig — alle Kräfte absorbieren. Die Parteiführung, bei der die Entscheidungen vor allem fallen, erscheint weit entrückt und einer Kritik nicht zugänglich. Versammlungen werden deshalb von einer Art „Vereinsatmosphäre“ bestimmt, die Außenstehende oder neu hinzugekommene Mitglieder abschreckt. Es kann aber nicht der Sinn einer Parteiveranstaltung sein, beispielsweise die „Schön-

heit Griechenlands“ mit Lichtbildern zu belegen, wie dies innerhalb von drei Monaten auf fünf verschiedenen Abteilungsversammlungen eines Berliner Kreises geschehen ist. Politische Themen, wie etwa die Berlin- und Deutschlandpolitik des Berliner Senats, werden der Diskussion auf unterer Ebene weitgehend entzogen, da man durch politische Meinungsäußerungen nur das Zerschlagen sorgfältig gehüteten Porzellans befürchtet. Kommt eine brisante Diskussion doch einmal auf, gerät sie in der Regel bald in parteidogmatische Bahnen. Die Parteitage der SPD, auf denen politische Aussagen in ihren Grundzügen getroffen werden sollen, sind dem durchorganisierten Showbusiness aufgeopfert worden. Selbst Ausschußsitzungen der Parteitage spielen sich vor Fernsehkameras ab und geraten dadurch zu Informationsveranstaltungen für die Öffentlichkeit mit entsprechendem deklamatorischen Charakter. Meinungsstreitigkeiten finden kaum mehr statt, im Vordergrund steht die Wirkung nach außen. Zu dieser bedauerlichen Entwicklung hat die irriige Meinung beigetragen, das Vertrauen beim Publikum erwerben könne sich nur, wer in geschlossener politischer Formation auftritt.

Das Gespräch der einzelnen Parteimitglieder, die ihre Argumente überzeugend vortragen, bleibt in seiner Bedeutung ungeschmälert. Diese Erkenntnis beginnt sich langsam auch in der Wahlkampfführung durchzusetzen, in die Hausbesuche wieder eingepflanzt sind. Die persönliche Teilnahme der Mitglieder an der Arbeit der Partei, die damit wieder mit ins Zentrum der politischen Außenarbeit zu rücken scheint, kann aber nur geweckt werden, wenn in den unteren Parteigremien die Diskussion politisiert und die Mitverantwortung aller Mitglieder wieder gesichert wird.

Die dargelegte Kritik an grundsätzlichen und beiläufigen undemokratischen Erscheinungen in der SPD verbindet sich durchaus mit unserer Überzeugung, daß in der SPD nach wie vor ein demokratisches Potential angelegt ist, dessen Aktivierung zu einer Erneuerung der innerparteilichen Verhältnisse führen könnte. Als ermutigend dürfen verschiedene Ansätze zur offenen Meinungsbildung vermerkt werden, wie sie sich in Schleswig-Holstein und Berlin oder auch in Parteizeitungen zu zeigen beginnen. Organisatorische Maßnahmen, wie sie im „Anti-Wehner-Memorandum“ gefordert, aber nicht näher bezeichnet werden und begründet werden, sind mithin zu wünschen. Es kann hier nur die Richtung einer notwendigen Reform angedeutet werden. Neben einer Änderung der kritisierten Satzungsbestimmungen müssen die Parteimitglieder über die Fragen informiert werden, die zur Entscheidung stehen. Weiterhin ist es Aufgabe der Partei zu untersuchen, wie innerparteiliche Demokratie und politische Effektivität miteinander zu verbinden sind.

Hartmut Häußermann, Ulf Kadritzke  
Armin Meyer, Rainer Wirth

(DIE ZEIT, 25. März 1966)

## DOKUMENT 513

Prof. D. Helmut Gollwitzer, D. D. 1 Berlin 38  
(Nikolassee)  
Schopenhauer Straße 47  
29. 3. 1966

An S. Magnifizenz  
den Herrn Rektor der Freien Universität Berlin  
Herrn Prof. Dr. Lieber  
1 Berlin 33  
Innestr. 24

Ew. Magnifizenz!

Es würde sicher nicht dem von uns allen gewünschten Vertrauensverhältnis zwischen Professoren und Studenten entsprechen, wenn Professoren den Studenten überlassen würden, zu den gegen Teile der Studentenschaft erhobenen Vorwürfen in Ihrem Schreiben vom 10. 3. sich zu verteidigen. Ich jedenfalls bin der Meinung, daß diese Vorwürfe nicht gerechtfertigt sind. Ich möchte der Aussprache auf dem von Ihnen angekündigten Professorium nicht vorgreifen und ebenso wenig der

genaueren Information, die mir nach meiner Rückkehr aus meinem winterlichen Freisemester sicher über das hinaus, was mir bisher mitgeteilt worden ist, zuteil werden wird. Dennoch glaube ich aber, zu Ihrem Rundschreiben an die Kollegen jetzt schon einiges, was das Verhalten der Studenten anlangt, sagen zu dürfen und zu sollen:

1.) Jede studentische Gruppe und die Gesamtheit aller studentischen Gruppen, erst recht der politischen Studentengruppen, umfaßt selbstverständlich nur „eine Minderheit der gesamten Studentenschaft“ und ist nicht in der Lage, die Studentenschaft zu repräsentieren. Wenn diese Selbstverständlichkeit von Ihnen hervorgehoben wird, so muß das als Zurückweisung eines angemaßten Anspruchs wirken. Ein solcher Anspruch ist aber bisher von keiner politischen Gruppe erhoben worden. Dagegen gibt es allerdings eine offizielle Repräsentation der Studentenschaft, ihr frei gewählter Konvent und AStA; da diese tatsächlichen Repräsentanten der Studentenschaft sich ebenfalls in einem Konflikt mit dem Akademischen Senat seit dessen Beschluß vom 16. 2. befinden, wäre es für die Kollegenschaft sicher interessant gewesen, Ihre Stellungnahme zu diesem Konflikt zu erfahren.

2.) Es handelt sich bei den von Ihnen erwähnten studentischen Gruppen offensichtlich um solche, die bei der Freien Universität offiziell zugelassen sind. Sollte einer von ihnen vorzuwerfen sein, daß sie nicht „zwischen Bildung und einseitiger politischer Agitation“ zu unterscheiden wisse und „die den studentischen Vereinigungen satzungsgemäß gewährten Vergünstigungen mißbrauchen“, so wäre der gegebene Weg für den Akademischen Senat ein Verfahren, das der betreffenden Gruppe die Lizenzierung entzieht. Da von einem solchen Verfahren bisher nichts bekannt geworden ist und da Sie die Namen der von Ihnen beschuldigten studentischen Vereinigungen nicht nennen, bleibt Ihre Information an die Kollegenschaft an dieser Stelle leider unsubstantiiert, so daß der Leser mit ihr wenig anzufangen weiß.

3.) Die politischen Studentengruppen haben ihrem Wesen nach zumeist eine einseitige politische Richtung, zu der sie sich bekennen. Weder diese Einseitigkeit noch eine in dieser Richtung geschehene politische Agitation ist ihnen bisher verboten. Ich bin mit Ihnen und den übrigen Kollegen darin einig, daß es sicher zur Aufgabe von Rektor und Senat gehört, diese Agitation in den für eine Universität gegebenen Grenzen zu halten und die Gruppen darauf zu verweisen, daß das Motiv ihrer Lizenzierung an der Universität nicht ihre Agitation, sondern ihr Beitrag zur politischen Bildung ist. Ihr Brief nötigt aber dazu, im Sinne dessen, was Sie in Ihrer Rektoratsantrittsrede über Theorie und Praxis ausgeführt haben, darauf hinzuweisen, daß „einseitige politische Agitation“ für die studentischen Gruppen weder etwas Schlechtes noch etwas Verbotenes ist.

4.) Ich bedauere, daß Sie zur Begründung Ihres Vorwurfs auf die zu Beginn des vergangenen Sommersemesters von einzelnen Gruppen erhobene Forderung: „Jeder darf...“ zurückgreifen. Es ist doch uns allen bekannt, daß a.) diese Forderung nicht für jeden beliebigen erhoben worden ist, sondern nur für die von der Universität zugelassenen Gruppen (übrigens eine Forderung, die z. B. an englischen Universitäten als selbstverständlich gilt), und b.) daß diese Forderung von denen, die sie erhoben haben, im Laufe der weiteren Wochen selbst fallengelassen worden ist. Im Wintersemester hat sie, soweit ich gehört habe, überhaupt keine Rolle mehr gespielt.

5.) Ich bedauere, daß Sie zwischen der Forderung freier politischer Betätigung der zugelassenen Gruppen und der „einseitigen politischen Beeinflussung“, der die Humboldt-Universität ausgesetzt war und ist, eine Parallele ziehen.

6.) Die in der Presse so viel gescholtenen Vietnam-Veranstaltungen einzelner studentischer Gruppen haben nicht im Bereich der Freien Universität stattgefunden; für sie war kein Raum der Freien Universität beantragt. Die in Verbindung mit ihnen geschehenen Vorkommnisse können also auch nicht als Begründung des Senatsbeschlusses vom 16. 2. herangezogen werden; daß sie offensichtlich das Motiv dieses Beschlusses gebildet haben, kann diesen Beschluß nicht rechtfertigen. Wenn

Sie und der Akademische Senat die vom SDS geplante Vietnam-Ausstellung zu Beginn des Wintersemesters nicht als geeignet für die Räume der Universität angesehen haben, so gehört die Versagung der Räume sicher zu Ihrer Kompetenz; es muß dann am Charakter der geplanten Ausstellung sich zeigen lassen, daß sie einen Versuch darstellt, über die den zugelassenen politischen Gruppen zugestandene politische Betätigung hinaus „die Universität zur Arena des politischen Tageskampfes“ zu machen.

7.) Sie nennen keine Veranstaltung einer politischen Studentengruppe in einem Hörsaal der Universität, bei der der Vorwurf bloßer politischer Agitation und Mangel jeglichen Bildungswertes erhoben werden müßte. Es ist bisher ein solcher Vorwurf m. W. auch noch nie gegen eine Veranstaltung in einem Hörsaal begründet vorgebracht worden. Die Richtlinie, mit der Ihr Schreiben schließt, ist also bisher schon von den studentischen Gruppen eingehalten worden. Es war ja auch nicht der Mißbrauch von Hörsälen, der den Akademischen Senat zu seinem Beschluß vom 16. 2. veranlaßt hat; Anlaß dafür waren vielmehr eine Bombe bei einer Veranstaltung im Studentenhaus der TU, ein Radau androhender Anruf bei Ihnen und das Nachspiel einer sonst ordentlich verlaufenen Straßendemonstration, sowie die (dieses Nachspiel ausnützende) wüste Hetze der Berliner Presse gegen den rechtmäßigen Gebrauch, den Studenten unserer Universität von ihren staatsbürgerlichen Freiheiten machen. Der Senatsbeschluß vom 16. 2. will dagegen Veranstaltungen verhindern, gegen die bisher eine berechtigte Klage nicht geführt worden ist, die zu verhindern also auch kein wirklicher Grund vorlag.

8.) Im vergangenen Sommersemester haben Rektor und Senat auf das Verhalten der Studenten wahrhaftig nicht mit der Überlegenheit, Besonnenheit und Weisheit reagiert, die von den leitenden Organen der Universität, wie überhaupt von Professoren gegenüber Studenten, von Älteren gegenüber Jüngeren zu erwarten ist. Nichts Besseres ist leider von dem Senatsbeschluß vom 16. 2. zu sagen, wie ja schon die Korrektur beweist, die Sie nun anbringen müssen. Wenn aber Rektor und Senat, wie seit Anfang des Sommersemesters zu beobachten ist, es dauernd so darstellen, als läge die Schuld an den FU-Krisen einseitig bei den Studenten — und wenn Rektor und Senat ein entschiedenes Eintreten für die verfassungsmäßigen staatsbürgerlichen Freiheiten ihrer Studenten gegenüber der erwähnten Presschetze (samt deren Folgen bei der CDU-Kundgebung vor dem Amerika-Haus) vermissen lassen, dann kann bei der Studentenschaft nicht das Vertrauen entstehen, daß dem Akademischen Senat die großen Worte *iustitia* und *libertas* in unserer Universitätsdevise ebenso vor Augen stehen, wie er das von den Studenten wünscht.

9.) Ich bin verwundert und erschrocken, daß Sie den Begriff „politischer Radikalismus“ verwenden. Sie wissen als Soziologe, wie wenig eindeutig er ist. Nach den Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte assoziiert man bei uns in Deutschland sofort undemokratischen Terrorismus und Totalitarismus. Keiner der politischen Studentengruppen, um die es sich in Ihrem Schreiben handelt, ist derartiges auch nur entfernt vorzuwerfen. Sie sind vielmehr zumeist radikal-demokratisch. Es gibt politischen Radikalismus, den vielleicht mancher Kollege „von der Universität fernhalten“ möchte, aber sicher nicht Sie und ich, z. B. den des SDS oder einer Betätigung im Sinne des Schlusses Ihrer Rektoratsrede, dem ich sehr zustimme, der aber doch unbestreitbar politisch radikal war.

Ich entnehme aus Ihrem Schreiben mit großer Freude, daß Sie gewillt sind, entgegen dem Wortlaut des Senatsbeschlusses vom 16. 2. weiterhin die Räume der Freien Universität den zugelassenen studentischen Gruppen wie der gewählten studentischen Repräsentanz zu politischen Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen, soweit nicht die Planung einer solchen Veranstaltung erkennen läßt, daß sie geeignet ist, die akademische Ordnung zu zerstören und das Ansehen der Universität zu gefährden — eine Richtlinie, die ja von je her in Geltung gewesen ist. In diesem Vorsatz werden Sie, wie ich hoffe, sowohl von der Kollegenschaft wie von den Organen der Studentenschaft und von den zugelassenen politischen Studentengruppen unterstützt werden. Es ist mir leid, daß ich außer dieser Zustim-

mung die obigen Einwände gegen das Schreiben Ew. Magnifizenz erheben muß.

Mit dem Wunsche eines ruhigeren Sommersemesters, den ich sicherlich mit Ihnen teile, bin ich  
Ew. Magnifizenz aufrichtig ergebener  
Helmut Gollwitzer

(Registratur I der FUB: Rektorat, Akte Nr. 6/6308 „Vergabe von Räumen“)

## DOKUMENT 514

### Konstanz bietet mehr

In diesem Artikel (Nr. 6246) haben Sie in dankenswerter Nüchternheit über die Berufungssituation an der Freien Universität Berlin berichtet. Vor allem kam klar zum Ausdruck, daß es für die Befürchtung des Rektors, die FU werde aufgrund des unruhigen Arbeitsklimas dereinst verwaist dastehen, keinerlei Anhaltspunkte gibt. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, daß vage Andeutungen über Professoren, die angeblich ihres Lehrauftrages an der FU überdrüssig sind, offensichtlich die Funktion erfüllen, der Studentenvertretung den Vorwurf zuzuschieben, sie handle ohne Rücksicht auf die Interessen der Gesamtuniversität. Wir haben uns nun seit Wochen bemüht, mit den ominösen sieben Professoren ins Gespräch zu kommen, die nach Angabe des Rektors vom 17. 2. 1966 sich emeritieren lassen oder die Universität verlassen wollen, weil sie durch das Verhalten der Studentenvertretung beunruhigt sind. Wir können mitteilen, daß es uns bis heute nicht gelungen ist, in dieser Sache auch nur einen Namen zu erfahren. Weder das Rektorat noch die Dekane konnten uns Namen von Professoren nennen, die die fragliche Absicht geäußert hätten. Ein Dekan gab uns gegenüber an, Namen zu wissen, berief sich jedoch auf eine Schweigepflicht des Dekans analog zu der des Arztes. Nach dem Stand unserer Kenntnisse müssen wir somit annehmen, daß es die „sieben Professoren“ entweder nicht gibt oder daß diese Professoren eine Diskussion über die Frage scheuen, ob überhaupt Grund zur Universitätsflucht gegeben ist. Die Studentenschaft wird sich bei diesem Stand der Dinge durch weitere Gerüchte um fliehende Professoren nicht mehr beunruhigen lassen.

Niels Kadritzke,  
Amtierender 1. Vorsitzender des AstA  
der Freien Universität Berlin,  
Berlin-Dahlem

(Der Tagesspiegel, 3. April 1966)

## DOKUMENT 515

### Protokoll

der Fakultätssitzung d. Phil. Fak. FUB  
am Sonnabend, 16. April 1966 9.30—12.45 (Auszug)  
Anwesend: Dekan

Prof. Dr. Baader	Prof. Dr. Kirchner
Behrendt	Knauer
<b>Bräuer</b>	Kotowski
Bruhn	Kutscher
Brumm	Lennert
Bußmann	Lieber
Catholy	Loos
Dickmann	Munari
<b>Eberhard</b>	Philipp
Emrich	Quirin
Flügge	v. Schuler
Fraenkel	v. Simson
Gerber	Stourzh
Hansen	Szondi
Hecht	<b>Weisedel</b>
Herzfeld	Werner
Kaiser	Westphal-Hellbusch
Karlsson	
v. Kienle	
Fritze	
Priv.Do. Dr. Kurze	
Stud.R. Dr. Affeldt	
stud. phil. v. Braunbehrens	
wiss.Ass. Dr. Pommerening	

Der Dekan eröffnet mit einem Grußwort an die Fakultät die erste Sitzung des neuen Semesters. Nachdem er das Fehlen vieler Fakultätsmitglieder festgestellt und 16 Entschuldigungen bekanntgegeben hat, bemerkt er unter dem Beifall der Fakultät, die Vorverlegung des Semesters drohe sich offenbar ungünstig auszuwirken; es sei zu überlegen, ob es künftig bei dieser Regelung bleiben solle.

Zu Punkt 1 b der Tagesordnung: Stellungnahme Sr. Magnifizenz zu den Vorfällen des WS 65/66

Der Rektor erläutert sein Rundschreiben und die Dokumentation „Der Konflikt an der FU Berlin im WS 65/66“ (Informationen der Universitätsverwaltung, Jg. 2 Nr. 2, April 66). Er erklärt sich grundsätzlich bereit, auch künftig Räume einschließlich des Auditorium maximum für Veranstaltungen der Studenten zur Verfügung zu stellen, wobei nach den Prinzipien der Erklärung vom 10. 3. 66 verfahren werden wird. Seine ursprüngliche Absicht, ein Professorium zur Erörterung der strittigen Fragen einzuberufen, hat der Rektor aus rechtlichen Gesichtspunkten wie dem einer Präjudizierung eines noch zu schaffenden Großen Senats aufgegeben und stattdessen vorgezogen, die Fakultäten persönlich aufzusuchen und sich für etwa gewünschte Aussprachen zur Verfügung zu stellen.

Auf Anfrage Herrn Weisedels bemerkt der Rektor, seine am 10. 3. 66 gegebene Interpretation der Senatsempfehlungen vom 16. 2. 66 sei ebenso für ihn wie für seine Amtsnachfolger verbindlich.

Herr Lennert erwähnt im Zusammenhang mit der Bestreitung des sogenannten materiellen Prüfungsrechts des Rektors durch studentische Gruppen (Presseerklärung des 2. ASTA-Vorsitzenden, Herrn Börnsen) die Indiskretion eines Mitgliedes des Verfassungsausschusses, durch die Berichte über einen Verfassungsentwurf an die Presse gelangt sind.

Zu dieser Sache äußern sich Dr. Pommerening und Herr v. Braunbehrens. Letzterer bemerkt mit dem Hinweis auf eine ausführliche Darlegung Herrn Kadritzkes, die Indiskretion könne nicht von studentischer Seite erfolgt sein.

Der Rektor nimmt angesichts der Schwierigkeit schlüssiger Beweisführung die Darstellung des Studentenvertreters zur Kenntnis.

Der Dekan geht ausführlich darauf ein, daß die jüngsten Unruhen nicht nur durch die Problematik der Raumvergabe, sondern ebenso durch die Artikel in Nr. 50 des FU-Spiegels, des Organs des Studentenausschusses, ausgelöst worden sind. Er stellt die sachliche Unrichtigkeit einer Leserzuschrift Herrn Kadritzkes an den „Tagesspiegel“ (3. April 66 „Konstanz bietet

mehr“) fest, weist Herrn Kadritzkes Auffassung, die Studentenunruhen hätten keinerlei Einfluß auf Berufungsverhandlungen und Abgänge von der Universität, an Hand konkreter Fälle zurück und verwahrt sich gegen Herrn Kadritzkes Unterstellung, es gäbe wahrscheinlich dergleichen Fälle gar nicht, da der Dekan auf Anfrage Kadritzkes weder Namen noch Einzelheiten bekanntgemacht habe.

Der Dekan betont, vier ordentliche Mitglieder der Fakultät hätten geäußert, Berlin zu verlassen, falls die Unruhen und Schwierigkeiten kein Ende nehmen würden. Er verliest ein Schreiben von Herrn Beitel vom 30. 3. 66, der unter Berufung auf erfahrene Kränkungen und persönliche Angriffe seine Lehrtätigkeit eingestellt und Berlin bereits verlassen hat.

Zur Illustrierung der Erschwerung von Berufungsverhandlungen verliest der Dekan ferner ein Schreiben aus Zürich. Sodann gibt er einen Brief von Herrn Pabst vom 30. 6. 66 bekannt, in dem dieser sich gegen unqualifizierte Angriffe des FU-Spiegels wendet und den dort bewußt entstellten Sachverhalt richtigstellt. Endlich trägt er den Inhalt eines Schreibens des Herrn Kadritzke vom 31. 3. 66 vor, in dem dieser sich darüber beschwert, daß Herr Goethert dem AStA dessen Dokumentation mit dem Vermerk „weitere Zusendung verboten“ zurückgeschickt hat.

Der Dekan fragt, ob Herrn Kadritzkes Schreiben mit einer eindeutigen Stellungnahme der Fakultät beantwortet werden solle.

Im Anschluß an die Feststellungen des Dekans entwickelt sich eine lebhaftige Diskussion.

Herr Gerber rügt die Anonymität der Artikel des FU-Spiegels und vermutet, für die brieflich geäußerte Haltung des ungenannten Züricher Kollegen sei vielleicht die Berichterstattung des Berliner Korrespondenten der Neuen Züricher Zeitung, Dr. Frey, maßgebend gewesen.

Herr Bußmann meint, der Korrespondentenbericht könne nicht allein den Züricher Herrn bewogen haben, sich Berlin zu versagen.

Herr Szondi und Herr Stourzh äußern sich; der letztere fragt, ob die Fakultät nicht etwas gegen den Tenor und die Unterstellungen des Tagesspiegel-Artikels des Herrn Kadritzke unternehmen könnte, was Rektor und Dekan für inopportun halten.

Herr Philipp wünscht informiert zu werden, ob und inwieweit der AStA Einfluß auf die Redaktion und Gestaltung des FU-Spiegels habe.

Der Rektor erläutert die bestehenden und presserechtlich eigentümlichen Zustände: Der FU-Spiegel ist das offizielle Organ der Studentenschaft, und im Impressum erscheint der AStA als Herausgeber, so daß der 1. AStA-Vorsitzende presserechtlich verantwortlich wäre. Jedoch ist der Chefredakteur des FU-Spiegels allein dem Konvent gegenüber verantwortlich und nur von diesem durch Zweidrittelmehrheit abzuwählen.

Herr Philipp konstatiert, danach könne der AStA keinen Einfluß auf die Gestaltung des FU-Spiegels nehmen.

Der Rektor pflichtet ihm bei und gibt zu erwägen, ob durch ihn der Status des Organs der Studentenschaft geklärt werden solle.

Herr Fraenkel bemängelt, daß Bekanntmachungen und Richtigstellungen von seiten der Universität mehrfach nicht von der Hamburger „Zeit“ gebracht worden sind. Er habe die FU-feindliche Einstellung des Blattes anlässlich eines ihm angetragenen Interviews zur Sprache gebracht und die Gewährung des Interviews von einer objektiven Berichterstattung abhängig gemacht.

Der Rektor beabsichtigt ein Pressegespräch zu veranstalten; allerdings sei bei den bisherigen Pressekonferenzen nie ein Vertreter der „Zeit“ erschienen.

Herr Philipp verweist darauf, daß nach seinen Erfahrungen die auftretenden Pressevertreter zumeist Studenten und nur zu einem kleinen Teil Berufsjournalisten seien.

Dazu bemerkt der Rektor, daß in der Tat die bisherigen Erfahrungen mit Pressekonferenzen ungünstig waren, weil sie sich meist zu einer bloßen Kontroverse zwischen Rektor und Studentenschaft entwickelt hätten. Darum denkt er an Gespräche mit Berufsjournalisten in kleinem Kreis.

Herrn Goethert erfüllt die gegenwärtige Entwicklung der FU mit tiefer Sorge. Er bittet die Professorenschaft, den studen-

tischen Unruhen nicht nur eine abwehrende Haltung entgegenzusetzen, sondern zu prüfen, von welcher Gruppe die ständigen Angriffe auf die bestehende Ordnung kämen. Er empfiehlt, die Professorenschaft solle sich zu gemeinsamen Gesprächen zusammenfinden und eine geschlossene abwehrende Haltung einnehmen.

Dazu bemerkt Herr Gerber, die Professoren sollten sich nicht nur als Lehrer, sondern auch als Erzieher begreifen und deshalb nicht harte Maßnahmen gegen die Studentenschaft ergreifen, vielmehr sich einer Diskussion stellen. Er rät zur Einrichtung eines besonderen Publikationsorgans, das, geschickt redigiert, nicht nur informativ, sondern ein echtes Erziehungsmittel sein könnte.

Herr Szondi schätzt die Möglichkeit, die Presse insgesamt zu beeinflussen, recht gering ein, da bei einem Teil der Pressevertreter ebenso politische Standpunkte wie persönliche Resentiments maßgebend wären. Er empfiehlt, die Studentenschaft möge ein vom AStA unabhängiges Organ als Studentenzeitschrift und daneben ein Mitteilungsblatt des AStA publizieren. Er gibt außerdem zu erwägen, ob die Universität sich grundsätzlich gegen Vorlesungsrezensionen oder nur gegen deren Methode und Ton zu verwehren habe und wünscht darüber eine Diskussion des Senats oder der Fakultäten.

Herr Bußmann ist der Ansicht, die Gefahr eines Linksextremismus an der FU könne nicht verharmlost werden. Es sei dringend nötig, daß die politisch wahrhaft mündigen, aber ihrer akademischen Arbeit hingeebenen Studenten in Schutz genommen und zugleich als Mehrheit für die echten Anliegen der Universität gewonnen, mobilisiert und entsprechend orientiert werden.

Dazu bemerkt Herr v. Braunbehrens: wo Studenten und Professoren einander persönlich begegneten, sei gegenseitiges Verständnis vorhanden, und nur, wenn Informationen lediglich durch die Presse vermittelt würden, gäbe es Mißverständnisse. Bei den von der Fakultät gerügten Vorlesungskritiken (z. B. im Falle von Herrn Pabst) sei in der Tat vieles falsch gemacht worden und könne in dieser Form nicht fortgesetzt werden. Doch sei zu berücksichtigen, daß die beanstandeten Artikel nicht eine Persönlichkeitskritik, sondern das Aufzeigen von Strukturängeln beabsichtigt hätten. Als wesentlich erscheint ihm die Vorlage von Vorlesungsplänen für eine geregelte Berufsausbildung oder die Kennzeichnung einer Einzelvorlesung als Voraussetzung für die Meldung zum Examen.

Ihm wird von Herrn Berges lebhaft widersprochen, dem der Ausdruck „Strukturängel“ allzu vage erscheint und der sich außerstande sieht, über die Wichtigkeit von Studienplänen und Einzelvorlesungen innerhalb eines ihm fremden Fachgebietes kompetent zu urteilen.

Herr v. Simson gibt zu bedenken, ob der Kadritzke-Brief mit Schweigen übergangen oder richtiggestellt werden sollte. Insbesondere scheint ihm eine Verdeutlichung der Tatsache nötig, daß konkrete Fälle vorliegen, in denen Kollegen Berlin zu verlassen wünschen oder einen Ruf an die FU abgelehnt haben.

Herr Lennert hält eine Beschlußfassung darüber für schwer durchführbar, wünscht aber, die Fakultät möge an einem Abend ohne zeitliche Begrenzung sich zur Aussprache zusammenfinden und schlägt vor, dazu den vorherigen und jetzigen AStA-Vorsitzenden sowie den Studentenvertreter der Fakultät einzuladen.

Herr Dickmann unterstützt den Vorschlag Herrn Gerbers auf Gründung eines besonderen Mitteilungsblattes, da er eine Klärung des Status des FU-Spiegels für presserechtlich schwierig hält. Ein eigenes Organ der Hochschullehrerschaft könne verhindern, daß Diskussionsthemen stets nur von der Studentenschaft bestimmt und vorgebracht würden.

Herr Stourzh hält für richtig, daß ein solches Organ entsprechend dem Vorschlag Herrn Gerbers und Herrn Dickmanns nicht nur eine Stimme der Professorenschaft sein dürfe, sondern zur Realisierung der Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden beizutragen habe.

Herr v. Kienle bemerkt, die Grundlage gemeinsamer Äußerung wie jeden Gesprächs sei nun einmal Vertrauen, gerade dies aber sei gegenwärtig empfindlich gestört.

Herr Berges schlägt vor, die Fakultät möge ausdrücklich die Schweigepflicht des Dekans gegenüber den Unterstellungen des Herrn Kadritzke verteidigen und generell festlegen.

Herr Quirin befürwortet diesen Vorschlag und

Herr Fraenkel formuliert mit Zustimmung Herrn Dr. Pomeranings folgende Resolution der Fakultät, die vom Plenum einstimmig angenommen wird:

„Die Fakultät billigt, daß im Einklang mit der ihm obliegenden dienstlichen Schweigepflicht der Dekan es abgelehnt habe, ihm gegenüber von Fakultätsmitgliedern abgegebene Erklärungen in Personalfragen weiterzugeben.“

Mit warmem Applaus bezeugt die Fakultät ihren vom gegenwärtigen Anlaß unabhängigen grundsätzlichen Respekt vor der Schweigepflicht des Dekans.

Der Dekan bemerkt, alle vorgebrachten Anregungen würden von ihm und dem Rektor erörtert und zu gegebener Zeit wiederum der Fakultät vorgetragen werden.

(Hochschularchiv FUB: Philosophische Fakultät, Protokolle der Sitzungen 1966)

## DOKUMENT 516

Konventsdrucksache Nr. XVIII/12 d  
in Verbindung mit den Konventsdrucksachen  
Nr. XVIII/12 a, b, c

### Beschlußvorlage des AStA zum politischen Mandat

Der 18. Konvent der Freien Universität Berlin möge beschließen:

Zum sogenannten „politischen Mandat“ nimmt der 18. Konvent der Freien Universität Berlin wie folgt Stellung:

Die Frage nach dem sogenannten „politischen Mandat“ ist die Frage nach der sachungsmäßigen Kompetenz des Konvents, zu politischen Fragen Stellung zu nehmen. Grundlage für die Beschlußkompetenz ist der § 6 Abs I der Satzung der Studentenschaft, in dem es heißt, daß der Konvent grundsätzlich in allen die Studentenschaft angehenden Fragen beschließt.

In der Beantwortung der Frage, welches die Studentenschaft angehende Fragen sind, verweist der Konvent der FU auf die Charta des Verbandes Deutscher Studentenschaften — VDS —, dessen Mitglied die Studentenschaft der Freien Universität ist. Die Charta hat folgenden Wortlaut:

### Charta des VDS

Die Hochschule darf sich nicht im Staat isolieren, denn ihre wissenschaftliche Arbeit kann sich nur entfalten, wenn eine freiheitliche Staats- und Gesellschaftsordnung die Freiheit von Forschung und Lehre garantiert.

Da sich die Studentenschaft für ihre Hochschule mitverantwortlich fühlt, wird sie sich für eine Staats- und Gesellschaftsordnung einsetzen, die die Freiheit sichert. Es ist keineswegs nur die Aufgabe der Parteien, unsere Demokratie zu gestalten, sondern vielmehr aller Gruppen im Staat.

In ihrem praktischen Handeln haben die Studentenvertretungen längst das getan, was in dieser Charta formuliert wurde. Stets hat man politisches Engagement bei ihnen erwartet. Sie werden sich auch weiterhin — nun mit klarem Bewußtsein — diesen Aufgaben stellen.

Im Bewußtsein ihrer Verantwortung in der Hochschule, im Staat und in der menschlichen Gesellschaft bekennt sich die deutsche Studentenschaft zu dieser Erklärung.

Die deutsche Studentenschaft sieht die Verwirklichung und Wahrung der darin niedergelegten Prinzipien als ihre Pflicht an.

### I.

Aufgabe der Hochschule ist es, wissenschaftliche Ergebnisse zu erarbeiten und zu vermitteln. Die Studenten sind unmittelbar an dieser Aufgabe beteiligt.

Die wissenschaftlichen Ergebnisse bestimmen entscheidend die gesellschaftliche Ordnung und Entwicklung.

Die Hochschule bietet den Studenten wissenschaftliche Ausbildung. Sie verwirklicht damit in ihrem Bereich das Grundrecht

auf Bildung und leistet damit ihren Beitrag zur Heranbildung verantwortlicher Persönlichkeiten für die Gesellschaft.

## II.

Diese Aufgabe kann nur in einer Hochschule erfüllt werden, die sich unbedingt der rational-kritischen Suche nach Erkenntnis sowie ihrer Vermittlung verpflichtet. Dazu sind unabdingbare Voraussetzungen:

1. die Freiheit von Forschung, Lehre und Studium und damit die Autonomie der Hochschule;  
Gewährleistet muß sein die freie Meinungsbildung durch ungehinderten Zugang zu allen Informationsquellen und Arbeitsmitteln, der freie Austausch wissenschaftlicher Ergebnisse durch internationale Zusammenarbeit, die freie Auseinandersetzung in Anerkennung der Andersdenkenden als Partner.
2. der freie Hochschulzugang und damit die Garantie gleicher Ausbildungschancen.  
Gesichert muß sein die Möglichkeit der Ausbildung ohne Unterschied der Geburt, des Geschlechts, der Farbe, der Rasse, der Sprache, des sozialen Status, des religiösen Bekenntnisses und der politischen Überzeugung, die Möglichkeit der freien Wahl des Ausbildungsweges entsprechend den Fähigkeiten.

Diese Voraussetzungen mitzuschaffen, auszugestalten und zu erhalten ist die Aufgabe der Studentenschaft in der Hochschule.

## III.

Die Freiheit von Forschung und Lehre und der freie Hochschulzugang müssen im Staat rechtlich gesichert und verwirklicht sein. Die Studentenschaft ist verpflichtet, diese Grundsätze auch in der Gesellschaft zu vertreten.

Da diese Grundfreiheiten der Hochschule nur in einem freiheitlichen Staat garantiert sind, ist die Studentenschaft aufgefördert, Staat und Gesellschaft mitzugestalten. Daraus folgt ihre öffentliche Verantwortung und ihre gesellschaftliche Stellung, die ihr einen Raum politisch verantwortlichen Handelns zuweist.

## IV.

Da eine freiheitliche Staatsordnung aufgrund der engen internationalen Verflechtung und der unmittelbaren gegenseitigen Beeinflussung und Abhängigkeit isoliert nicht mehr existieren kann, setzt sich die Studentenschaft ein für eine gerechte Weltordnung als die einzige Basis einer friedlichen und menschenwürdigen Weiterentwicklung der Völker.

Nur die uneingeschränkte Achtung der Menschenrechte, der persönlichen Grundfreiheiten, der unveräußerlichen und unverletzlichen Würde und des Eigenwertes des Menschen, wie sie in der Charta der Vereinten Nationen, in der Erklärung der Menschenrechte und im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland niedergelegt sind, garantieren die Gerechtigkeit und Frieden in der Welt.

Insbesondere tritt die Studentenschaft ein für die Achtung des Rechts auf Leben, Freiheit, Sicherheit, Bildung und Arbeit für alle Menschen, für die Verwirklichung sozialer und internationaler Gerechtigkeit, für die Freiheit des Gewissens und der Gedanken, für die Freiheit der Meinungsäußerung, der Presse, der Versammlung, der Vereinigung und für die Freizügigkeit, für die Möglichkeit freier und gleichberechtigter politischer Betätigung, soweit die Grundrechte anderer nicht verletzt werden.

## V.

Diese Prinzipien verpflichten die deutsche Studentenschaft, gegen alle Arten der Unterdrückung, sei es auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem, kulturellem, militärischem, rassistischem oder ideologischem Gebiet, zu protestieren und ihnen entgegenzuwirken.

Die deutsche Studentenschaft kämpft gegen die Verletzung der fundamentalen Menschenrechte,

gegen den Kolonialismus als Unterdrückung der Eigenständigkeit eines Volkes auf allen Gebieten zum Zwecke der Ausbeutung, da er in der hergebrachten Form Ursache von Unrecht, Krieg und Völkermord ist und da er in der Form des Neo-Kolonialismus Einschränkung der staatlichen Souveränität, soziale Ungerechtigkeit, wirtschaftliche Abhängigkeit mehr in verdeckter als in offener Form bedeutet;

gegen den Imperialismus als Herrschaft einer Gruppe über andere Gruppen zu politischen Zwecken, wobei die wirtschaftliche Unterdrückung in den Vordergrund tritt; gegen den Totalitarismus als Verwirklichung der Ideologie einer absoluten Staatsform, die die wechselseitigen Rechte und Pflichten zwischen dem einzelnen und dem Staat negiert und rechtswidrig unterdrückt; gegen die Diktatur als Konzentration der ungeteilten Staatsgewalt in Händen einer Minderheit oder eines einzelnen, in der die Grundfreiheiten des Menschen mißachtet werden; gegen die Rassendiskriminierung und Rassentrennung als die von einzelnen oder von der Gesellschaft willkürlich vollzogene Unterscheidung in Menschen verschiedenen Wertes aufgrund ihrer rassischen Zugehörigkeit mit der Folge sozialer Ungerechtigkeit.

## VI.

Da die deutsche Studentenschaft die Unterdrückung der Freiheit und der Grundrechte in der Geschichte ihres eigenen Volkes zu verabscheuen gelernt hat, tritt sie mit allem Nachdruck für die freie Selbstbestimmung aller Menschen und Völker ein.

In ihrem Bemühen erklärt sie sich solidarisch mit all denen, die ebenfalls für die Verwirklichung dieser Grundsätze in einer friedlichen, freien und gerechten Welt eintreten.

(Archiv ZI 6: Akte 12.12. „FU“ 18. Konvent, Protokolle 1966)

## DOKUMENT 517

Durchschrift  
Der Senator  
für Wissenschaft und Kunst  
Gesch.Z.: II Ltr. — 31 60 F 11

Berlin-Charlottenburg,  
den 27. April 1966  
1000 Berlin 19  
Bredtschneiderstraße 5—8  
(Ecke Messedamm)  
Telefon: 92 00 1-393

An den 1. Vorsitzenden  
des Allgemeinen Studentenausschusses  
der Freien Universität Berlin  
Herrn stud. jur. Nevermann

Sehr geehrter Herr Nevermann!

Am 7. April d. Js. haben wir die Fragen besprochen, die sich aus der Zurverfügungstellung von Räumen der Freien Universität für Veranstaltungen der Studentenvertretung und studentischer Vereinigungen ergeben. In der Besprechung sind die Schreiben meines Hauses vom 21. März d. Js. an den Herrn Rektor der Freien Universität Berlin und den Herrn Vorsitzenden der Studentenvertretung erörtert worden. Dabei habe ich die in meinem Schreiben an den Allgemeinen Studentenausschuß mitgeteilte Auffassung über das materielle Prüfungsrecht des Rektors bei der Vergabe von Räumen wie folgt erläutert:

Das in § 28 der Universitätsordnung bestimmte Hausrecht des Rektors muß sich nach meiner Auffassung bei der Vergabe von Räumen insbesondere an den Bestimmungen der §§ 2 Abs. 2 und 26 Abs. 2 a.a.O. orientieren. Danach kann den studentischen Organen und Vereinigungen unter Berücksichtigung der Rechtslage, wie sie sich auch aus der Präambel der Satzung der Studentenschaft ergibt, die Zurverfügungstellung von Räumen nicht verweigert werden, wenn die geplante Veranstaltung einen ernsthaften Beitrag zu der der Universität gestellten Er-



ziehungsaufgabe leistet und eine Störung der akademischen Ordnung in der Universität nicht unmittelbar zu befürchten ist. Eine generelle Ablehnung der Bereitstellung von Räumen für politische Veranstaltungen ist daher nicht möglich. Dem Herrn Rektor der Freien Universität Berlin habe ich eine Durchschrift dieses Schreibens zugeleitet.

Mit freundlichem Gruß  
Professor Dr. Stein

(Registrierung I der FUB: Rektorat, Akte Nr. 6/6308 „Vergabe von Räumen“)

## DOKUMENT 518

### Professor Kaiser: Geschichte der englischen Sprache Rezension der Anglistik-Hauptvorlesung

Es ist bekannt, daß die Lehrveranstaltungen der „Älteren (oder sprachwissenschaftlichen) Abteilungen“ am Englischen Seminar sich bei den Anglistikstudenten einer weitaus geringeren Beliebtheit erfreuen als diejenigen der „Neueren (oder literarischen) Abteilung“. Die Zahlen der Besucher von Vorlesungen und Übungen, die zahlenmäßige Verteilung der Staatsexamenshausarbeiten und der Dissertationen und nicht zuletzt auch die lang andauernde Auseinandersetzung zwischen Institutsvertretung und Lehrkörper über Reformprobleme der altsprachlichen Hauptseminaraufnahmeprüfung, an der immer wieder eine erschreckend hohe Zahl älterer Semester scheitert, sprechen eine deutliche Sprache. Die Ursachen für dieses Unbehagen können selbstverständlich nicht vorschnell einem oder auch mehreren Professoren zur Last gelegt werden — zumal sich ein solches Unbehagen auch an anderen Instituten der Fakultät Platz macht —, sondern verlangen nach einer eingehenden Untersuchung der Umstände, unter denen ein anglistisches Studium an der FU möglich ist. Da eine kritische Prüfung der Studienbedingungen in ihrer Gesamtheit auf dem gegebenen Raum nicht möglich ist, kann und will der vorliegende Artikel nur einen geringen Teil der notwendigen Gesamtaufgabe erfüllen.

Gemeinhin wird vom Studenten erwartet, daß er am Ende des Studiums das Wichtigste auf seinem Gebiet kennengelernt hat. Maßstäbe und Kriterien für die Erlangung dieses Zieles wird der Student neben Einführungsübungen, individueller Studienberatung und Hinweisen am schwarzen Brett und in Prüfungsordnungen vor allem in der Hauptvorlesung suchen. Eine Auswahl auf dem Gebiet der englischen Sprachwissenschaft hat er dabei nicht, angeboten wird in jedem Semester nur eine Vorlesung.

### II.

Die Vorlesung „Die Formengeschichte des Neuenglischen“ von Prof. Kaiser im WS 1965/66 muß als Glied einer Vorlesungsreihe über die Geschichte der englischen Sprache gesehen werden, die seit dem SS 1963 die folgenden Titel trug: „Geschichte der englischen Sprache“; „Geschichte der englischen Sprache: Flexion und Syntax“; „Geschichte der englischen Sprache: Das Altenglische“; „Geschichte der englischen Sprache: Das Mittelenglische“; „Die Formengeschichte des Neuenglischen“; „Geschichte des englischen Wortschatzes“ (Ankündigung für das SS 1966). Die vorliegende Kritik stützt sich daher bei ihren Urteilen auch auf Erlebnisse, Mitschriften und Berichte aus Vorlesungen früherer Semester und hat oft exemplarischen Wert.

Die Vorlesung des Wintersemesters war nach der Art der herkömmlichen historischen Grammatiken aufgebaut: die Entwicklung von Substantiv, Adjektiv, Zahlwort, Pronomen und Verb in ihren verschiedenen Formen wurde jeweils vom Altenglischen (oftmals mit Verweis auf das Indogermanische) bis zum Neuenglischen verfolgt. Eigenarten der Sprache Chaucers sowie derjenigen Shakespeares erfuhren dabei ebenso wie die Archaismen, erstarrten Formeln, umgangssprachlichen Ausdrucksweisen und dialektalen Besonderheiten des Neuenglischen ihre historische Erklärung.

Die Darstellung sprachlicher Erscheinungen und ihres Wandels aufgrund sprachinterner und psychologischer Faktoren oder

historisch-kulturhistorischer Ereignisse mußte dem Schema der historischen Grammatik eingepaßt werden und blieb auf diese Weise sprunghaft und ohne theoretisches Fundament. Die Methoden sprachwissenschaftlicher Forschung blieben unerwähnt, Literaturhinweise wurden nicht gegeben.

### III.

Die Vorlesung allgemein, die — gerade für den Studienanfänger — eine Einführung in die Hauptprobleme und Erkenntnismöglichkeiten seines Faches sein und Ansätze zum Weiterfragen bringen sollte, bleibt hier bloße Darstellung, erstarrt zum fragwürdigen System von Fakten, ohne übergeordnete oder gar interdisziplinäre Bezüge herzustellen. Der Anfänger kann sich nur weiterhin zu dem von der Schule her gewohnten rezeptiven Lernen aufgefordert fühlen. Die historische Grammatik wird ihm in Form von Lehrbuchwissen vermittelt und trägt nicht dazu bei, den Studenten zu kursspezifischer Lektüre alter Texte in Übungen und Seminaren zu ermuntern. Den erwünschten Einstieg in das Studium verschafft die Vorlesung auch deshalb nicht, weil sie weder Mittel noch Wege zum eigenen Zugang zur Fachliteratur und zum Bücherstudium an die Hand gibt.

Besucht der Student die Vorlesung trotzdem während mehrerer Semester, wird er entdecken, daß er einer im Laufe des Vorlesungszyklus mehr oder weniger stark variierten Standardvorlesung über die Geschichte der englischen Sprache beiwohnt, in der sich bestimmte Beispiele (z. B. ausgefallene Etymologien, typische Beispielwörter aus Laut- und Formenlehre, Belegstellen aus alten Texten etc.) kontinuierlich wiederholen und zu Prüfungsfragen werden. Ältere und kurz vor dem Examen stehende Semester (sie machten im WS schätzungsweise die Hälfte der Hörer aus) sehen in der Vorlesung auch tatsächlich eine Art Repetitorium. Niemand wird ihnen das vorwerfen können, wird doch hier nur gelehrt, was auch geprüft wird. (Eine Alternative in der Wahl des Prüfers gibt es in diesem Fall nicht.) Eine Umfrage würde wahrscheinlich die Behauptung stützen, daß viele junge Semester nach einem höchstens einsemestrigen Besuch der Vorlesung wieder wegbleiben und erst vor dem Examen gezwungenermaßen wieder zurückkommen.

### IV.

Die Vorlesung gelangt über den methodologischen Rahmen der historisch-vergleichenden Sprachwissenschaft kaum hinaus, und die strenge Gliederung in Laut-, Flexions- und Satzlehre dokumentiert, besonders durch die hohe Einschätzung von „Lautgesetzen“ und „Analogie“, den sprachwissenschaftlichen Positivismus der Junggrammatiker, der, von der Einzeltatsache ausgehend, die Aufgabe der Wissenschaft in der eindeutigen Zuordnung aller Einzeltatsachen erblickt.

Diese Methode wird in der Vorlesung aber nicht erläutert, geschweige denn mit anderen Teilbereichen der Sprachwissenschaft (wie z. B. Sprachgeographie, Semantik, Stilistik, Sprachphilosophie) verglichen oder gar gegen neuere Methoden und Forschungsrichtungen abgegrenzt. Vergeblich warten die Hörer auch nur auf eine Erwähnung der durch Saussures „Cours de linguistique générale“ (1916) inspirierten synchronisch-strukturellen Sprachwissenschaft, die nach der Struktur eines bestimmten Sprachzustandes und den Systemzusammenhang bildenden einzelnen Elementen im Hinblick auf ihre Funktion als Träger von Kommunikation fragen.

Eine über 30 Jahre alte Forschungsrichtung wird hier einfach ignoriert, und der Student wird vergeblich auf Namen wie Jakobson, Trubetzkoy, Brøndal, Hjelmslev, Sapir, Bloomfield oder Martinet warten. Wenn der Berliner Anglistikstudent schon keine Vorlesungen z. B. über englische Phonetik und Phonologie, über strukturelle englische Syntax oder über inhaltsbezogene Grammatik zu hören bekommt (wie sie an anderen Universitäten keine Seltenheit mehr sind), so sollten ihm wenigstens einige der Begründer und Hauptvertreter der modernen Sprachwissenschaft nicht völlig unbekannt bleiben.

## DOKUMENT 519

Prof. Kaiser, dem die Rezension vorgelegen hat, teilte dem FU-SPIEGEL folgendes mit:

### Mitteilung

Der FU-SPIEGEL-REDAKTION wird anbei ein von Ihnen als „Arbeit“ bezeichnetes Manuskript zurückgesandt, das angeblich von „Studenten“ meines Seminars „angefertigt“ wurde. Ich möchte nichts hinzufügen, zumal ich mich selbstverständlich nicht auf das beim FU-SPIEGEL übliche Niveau begeben kann.

Das ebenso arrogante wie wissenschaftlich ahnungslose Produkt Ihres anonymen Schmierfinken richtet sich selbst. Auch vor der überwiegenden Mehrheit meiner Studenten. Doch daß die Redaktion des FU-SPIEGEL die erschreckende Gewissenlosigkeit besitzt, wegen der dummen Eitelkeit eines feigen Anonymus andere Studenten der geradezu beleidigenden Verdachtsgefahr auszusetzen, womöglich Urheber dieser „Expertise“ zu sein, stelle ich mit Abscheu fest.

gez.: Kaiser

(FU-SPIEGEL Nr. 51, Mai 1966, S. 18)

## DOKUMENT 520

### Disziplinarordnung für die Studenten der Freien Universität Berlin

#### § 1

Wer seine Pflichten als Student der Freien Universität Berlin vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt, kann nach Maßgabe dieser Disziplinarordnung bestraft werden.

#### § 2

Die Disziplinargewalt der Freien Universität Berlin beginnt mit der Immatrikulation und endet mit der Exmatrikulation. Hat ein Student der Freien Universität Berlin sich während seiner Zugehörigkeit zu einer anderen deutschen wissenschaftlichen Hochschule eines nach dieser Disziplinarordnung strafbaren Vergehens schuldig gemacht, so kann er auf Antrag dieser Hochschule von der Freien Universität Berlin bestraft werden.

Hat ein Student der Freien Universität Berlin nach einem Disziplinarvergehen eine andere deutsche wissenschaftliche Hochschule bezogen, so kann die Freie Universität Berlin bei dieser Hochschule die Einleitung oder Fortsetzung des Disziplinarverfahrens beantragen.

#### § 3

Disziplinarstrafen sind:

1. Mündliche oder schriftliche Verwarnung
2. schriftlicher Verweis (schlichter Verweis)
3. schriftlicher Verweis mit Androhung einer der folgenden Strafen
4. zeitlicher — mindestens einsemestriger — Ausschluß vom Studium an der Freien Universität Berlin.  
Während des Ausschlusses ruhen die studentischen Rechte des Bestraften.  
Der Vollzug der Strafe kann unter einer Bewährungsaufgabe ausgesetzt werden; insbesondere können dem Studenten Dienstleistungen für die Freie Universität Berlin oder die Wiedergutmachung des durch sein Vergehen angerichteten Schadens auferlegt werden.
5. Dauernder Ausschluß aus der Freien Universität Berlin, wenn sich der Student durch sein Vergehen als dauernd unwürdig erwiesen hat, der Freien Universität Berlin anzugehören.

#### § 4

Die Strafverfolgung verjährt

1. bei Vergehen, die mit Verwarnung oder schlichtem Verweis zu bestrafen sind, nach einem Jahr,

2. bei allen übrigen Vergehen nach 3 Jahren seit Begehung der Tat.

Die Verjährung wird unterbrochen

1. durch Ermittlungshandlungen der Freien Universität Berlin,
2. im Falle des § 2 Absatz 2 durch Ermittlungshandlungen der anderen Universität,
3. durch richterliche oder staatsanwaltschaftliche Handlungen gegen den Täter wegen der gleichen Tat.

#### § 5

Ist der Student wegen der gleichen Tat bereits gerichtlich bestraft, so kann er disziplinar nur bestraft werden, wenn dies zur angemessenen Ahndung seiner Pflichtverletzung unerlässlich erscheint.

Ist oder wird wegen der gleichen Tat ein Kriminalstrafverfahren gegen den Studenten anhängig, so ist bis zu dessen Abschluß das Disziplinarverfahren auszusetzen. Es kann fortgesetzt werden, wenn die strafgerichtliche Beurteilung der Tat für eine disziplinarrechtliche Würdigung unerheblich ist.

#### § 6

Disziplinarbehörden sind der Untersuchungsführer, der Disziplinarausschuß und der Beschwerdeausschuß.

#### § 7

Der Untersuchungsführer wird für die Dauer des Universitätsjahres vom Akademischen Senat auf Vorschlag des Rektors gewählt und vom Rektor bestellt. Er muß zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst befähigt sein. Es können mehrere Untersuchungsführer bestellt werden. Der Untersuchungsführer kann aus wichtigem Grund vorzeitig abberufen werden. Steht er nicht im Dienst der Freien Universität Berlin, so erhält er eine Vergütung, deren Höhe das Kuratorium bestimmt.

#### § 8

Der Disziplinarausschuß besteht aus einem planmäßigen Professor der Rechte als Vorsitzendem sowie einem Hochschullehrer und einem Studenten der Fakultät des Beschuldigten.

Der Rektor bestellt für die Dauer des Universitätsjahres

- a) den Vorsitzenden, den der Akademische Senat auf Vorschlag der Juristischen Fakultät wählt,
- b) die Hochschullehrer auf Vorschlag ihrer Fakultätsvertretungen,
- c) die Studenten auf Vorschlag der Studentenvertreter ihrer Fakultäten.

Für jedes ordentliche Ausschußmitglied sind für den Fall seiner Verhinderung ein erster und ein zweiter Stellvertreter nach Maßgabe des Absatz 2 zu bestellen.

#### § 9

Der Beschwerdeausschuß besteht aus dem Wahlsenator der Juristischen Fakultät als Vorsitzendem und folgenden Beisitzern:

- a) dem Dekan der Fakultät des Beschuldigten,
- b) dem studentischen Sprecher der Fakultät des Beschuldigten,
- c) dem der nächstfolgenden Fakultät angehörenden Hochschullehrer im Disziplinarausschuß (§ 8 Absatz 2 lit b),
- d) dem ersten Vertreter des Studenten im Disziplinarausschuß (§ 8 Absatz 3 i. V. mit Absatz 2 lit c).

An die Stelle eines verhinderten Mitglieds tritt sein Vertreter im Amt. Wenn ein solcher fehlt, wirkt das entsprechende Mitglied der nächstfolgenden Fakultät mit. Der Wahlsenator der Juristischen Fakultät wird durch deren dienstältesten Ordinarius vertreten.

#### § 10

In den Ausschüssen können nicht mitwirken:

1. der Antragsteller,
2. der Verletzte,
3. wer mit dem Beschuldigten verlobt oder verheiratet ist oder war oder mit ihm verwandt oder verschwägert ist (§ 14 Absatz 4 Nr. 3),
4. wer in derselben Sache als Zeuge oder Sachverständiger vernommen worden ist oder vernommen werden soll,
5. wer in der Vorinstanz mitgewirkt hat.

### § 11

Die Ausschüsse beschließen nach Beratung aller Mitglieder mit Stimmenmehrheit. Der Jüngste stimmt zuerst, der Vorsitzende zuletzt. Stimmenthaltung ist unzulässig. Beratung und Abstimmung sind geheim.

### § 12

Die Mitglieder der Disziplinarbehörden sind unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Sie sind zur Verschwiegenheit auch nach Beendigung ihres Amtes verpflichtet. Darüber werden sie bei ihrer Bestellung belehrt.

### § 13

Der Beschuldigte kann sich in jeder Lage des Verfahrens durch einen Hochschullehrer oder wissenschaftlichen Mitarbeiter (§ 3 Absätze 1 und 3 des Berliner Hochschullehrergesetzes), einen Studienrat im Hochschuldienst, durch einen Studenten der Freien Universität Berlin oder einen Rechtsanwalt verteidigen lassen.

Der Beschuldigte und sein Verteidiger sind nach Abschluß der Ermittlungen (§ 18) berechtigt, die Untersuchungsakten einzusehen. Vorher kann ihnen die Einsicht gestattet werden, wenn dadurch der Untersuchungszweck nicht gefährdet wird. Der Verteidiger ist im selben Umfange wie ein Strafverteidiger zur Verschwiegenheit verpflichtet; darüber ist er zu belehren, wenn ihm Akteneinsicht gewährt wird.

### § 14

Die Organe und Dienststellen der Freien Universität Berlin haben den Disziplinarbehörden Amtshilfe zu leisten und, soweit gesetzlich zulässig, Auskunft zu erteilen.

Die Mitglieder der Freien Universität Berlin haben auf Verlangen der Disziplinarbehörden vor ihnen zu erscheinen und wahrheitsgemäß auszusagen. Darauf ist in der Ladung hinzuweisen.

Der Beschuldigte kann die Aussage verweigern. Sagt er aus, muß er die Wahrheit sagen, anderenfalls er sich nach § 1 strafbar macht. Darüber ist er zu belehren.

Zur Verweigerung des Zeugnisses sind berechtigt:

1. der Verlobte des Beschuldigten,
2. der Ehegatte des Beschuldigten, auch wenn die Ehe nicht mehr besteht,
3. wer mit dem Beschuldigten in gerader Linie verwandt, verschwägert oder durch Annahme an Kindes Statt verbunden oder in der Seitenlinie bis zum dritten Grade verwandt oder bis zum zweiten Grade verschwägert ist, auch wenn die Ehe, durch welche die Schwägerschaft begründet ist, nicht mehr besteht,
4. der Verteidiger des Beschuldigten über das, was ihm in dieser Eigenschaft anvertraut worden oder bekannt geworden ist, wenn ihn nicht der Beschuldigte von der Schweigepflicht entbunden hat.

Diese Personen sind vor der Vernehmung über ihr Zeugnisverweigerungsrecht zu belehren.

Jeder Zeuge kann die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung ihm selbst oder einem der im Absatz 4 Nr. 1 bis 3 bezeichneten Angehörigen die Gefahr strafgerichtlicher oder disziplinarrechtlicher Verfolgung zuziehen oder Unehre bereiten würde. Auch darüber ist der Zeuge zu belehren.

### § 15

Das Disziplinarverfahren wird vorbehaltlich des Absatz 5 auf schriftlichen Antrag eingeleitet.

Antragsberechtigt sind:

1. der Rektor,
  2. der Dekan der Fakultät des Beschuldigten,
  3. jedes Mitglied des Akademischen Senats,
  4. der Vorsitzende des Konvents,
  5. der Vorsitzende des Allgemeinen Studentenausschusses.
- Außerdem kann jeder Student ein Disziplinarverfahren gegen sich selbst beantragen.

Der Antrag muß binnen drei Monaten, nachdem der Antragsteller von der Tat und dem Täter Kenntnis erlangt hat, gestellt werden. Er ist an den Untersuchungsführer zu richten.

Der Antrag kann bis zur Vorlage der Anschuldigungsschrift (§ 20) zurückgenommen werden.

Der Untersuchungsführer leitet das Disziplinarverfahren von Amts wegen ein, wenn die Justizbehörde der Freien Universität Berlin mitteilt, daß ein Strafverfahren gegen einen ihrer Studenten anhängig ist oder war.

### § 16

Der Untersuchungsführer verfügt, wenn die Voraussetzungen des § 15 vorliegen, schriftlich die Einleitung des Disziplinarverfahrens und teilt dies dem Beschuldigten, dessen Fakultät, dem Vorsitzenden des Konvents und dem Antragsteller mit.

Die Einleitung kann der Beschuldigte, die Ablehnung kann der Antragsteller binnen eines Monats beim Disziplinarausschuß als unzulässig anfechten.

Auf Antrag des Untersuchungsführers oder des Vorsitzenden des Konvents oder des Allgemeinen Studentenausschusses entscheidet der Disziplinarausschuß, ob ein akademisches Amt des Beschuldigten während des Verfahrens ruht.

Auf Antrag des Untersuchungsführers kann der Disziplinarausschuß den Beschuldigten für die Dauer des Disziplinarverfahrens vom Studium an der Freien Universität Berlin suspendieren, wenn zu erwarten ist, daß der Beschuldigte mit dauerndem Ausschluß aus der Freien Universität Berlin bestraft werden wird.

### § 17

Der Untersuchungsführer klärt den disziplinarrechtlich erheblichen Sachverhalt auf. Zu diesem Zweck kann er den Beschuldigten und Zeugen vernehmen und alle sonst notwendigen Beweise erheben.

### § 18

Nach Abschluß seiner Ermittlungen entscheidet der Untersuchungsführer schriftlich, ob er das Verfahren einstellt oder die Sache dem Disziplinarausschuß vorlegt. Das Verfahren ist einzustellen, wenn es unzulässig ist oder der Beschuldigte des untersuchten Disziplinarvergehens nicht hinreichend verdächtig erscheint. Anderenfalls beantragt der Untersuchungsführer beim Disziplinarausschuß durch Vorlage der Anschuldigungsschrift die Bestrafung.

### § 19

Die schriftlich begründete Einstellung ist dem Antragsteller und dem Beschuldigten zuzustellen; dessen Fakultät und der Vorsitzende des Konvents sind von der Einstellung zu benachrichtigen. Der Antragsteller und im Falle des § 15 Absatz 2 Satz 2 auch der Beschuldigte können die Einstellung binnen eines Monats beim Disziplinarausschuß schriftlich anfechten. Hält dieser die Anfechtung für begründet, so eröffnet er das Verfahren oder verweist die Sache zur weiteren Ermittlung an den Untersuchungsführer zurück, der an die diesbezüglichen Weisungen des Ausschusses gebunden ist.

### § 20

In seiner Anschuldigungsschrift hat der Untersuchungsführer die Tatsachen, in denen er ein Disziplinarvergehen erblickt, und die Beweismittel anzuführen sowie über die Einlassung des Beschuldigten zu berichten.

Der Untersuchungsführer legt die Anschuldigungsschrift dem Vorsitzenden des Disziplinarausschusses vor und stellt sie dem Beschuldigten zu mit der Aufforderung, seine Einwendungen binnen zwei Wochen dem Vorsitzenden des Disziplinarausschusses mitzuteilen.

### § 21

Der Disziplinarausschuß oder sein Vorsitzender kann dem Beschuldigten nach Anhörung ohne mündliche Verhandlung eine Verwarnung oder einen schlichten Verweis erteilen. Schwere Strafen können nur auf Grund mündlicher Verhandlung vom Ausschuß verhängt werden. Gegen den Strafbescheid des Vorsitzenden kann der Beschuldigte die Entscheidung des Ausschusses beantragen.

Erachtet der Ausschuß eine weitere Aufklärung für nötig, kann er damit den Vorsitzenden beauftragen oder die Sache an den

Untersuchungsführer zurückverweisen, der alsdann nach §§ 17 bis 19 zu verfahren hat. Der Beschluß ist dem Beschuldigten und seinem Verteidiger mitzuteilen.

Hält der Ausschuß den Beschuldigten für unschuldig oder für nicht überführbar, so stellt er das Verfahren ein. Der Einstellungsbeschluß ist nach § 19 Satz 1 mitzuteilen.

#### § 22

Die mündliche Verhandlung ist nicht öffentlich. Jedoch haben der Rektor, der Dekan der Fakultät des Beschuldigten, der Vorsitzende des Konvents und der Vorsitzende des Allgemeinen Studentenausschusses, der Antragsteller und der Verletzte Zutritt. Anderen Personen kann der Ausschuß nach Anhörung der Verfahrensbeteiligten die Anwesenheit gestatten, wenn sie ein berechtigtes Interesse daran haben. Die Aufsichtsbehörde kann einen Vertreter entsenden.

Verfahrensbeteiligte sind der Beschuldigte, sein Verteidiger und der Untersuchungsführer, der seine Anschuldigung vor dem Ausschuss vertritt.

Zu dem vom Vorsitzenden anberaumten Verhandlungstermin werden die Beisitzer und die Verfahrensbeteiligten mit einer Frist von einer Woche geladen. Die Zutrittsberechtigten werden mit gleicher Frist von dem Termin benachrichtigt. Der Rektor erhält eine Abschrift der Anschuldigungsschrift.

#### § 23

Der Vorsitzende leitet die Verhandlung und nimmt die Beweisaufnahme vor. Er gestattet den Beisitzern und den Verfahrensbeteiligten, Fragen an einen Verfahrensbeteiligten oder an einen Zeugen oder Sachverständigen zu stellen. Ungehörige, unsachliche und unerhebliche Fragen und Ausführungen weist er zurück. In Streitfällen entscheidet der Ausschuß.

#### § 24

Die Verhandlung beginnt mit dem Aufruf des Beschuldigten, der Zeugen und Sachverständigen, die der Vorsitzende über ihre Wahrheitspflicht und ihr Recht zur Aussageverweigerung (§ 14) belehrt. Anschließend vernimmt der Vorsitzende den Beschuldigten zur Person. Dann trägt der Untersuchungsführer seine Anschuldigung vor, auf die der Beschuldigte und sein Verteidiger erwidern können; währenddessen sind die Zeugen nicht zugegen.

Hiernach erfolgt die Beweisaufnahme. Jeder Zeuge ist einzeln und in Abwesenheit der später abzuhörenden Zeugen zu vernehmen. Gegenüberstellung von Zeugen und Kreuzverhör sind zulässig.

Nach der Beweisaufnahme stellen die Verfahrensbeteiligten ihre Schlußanträge und begründen sie. Der Beschuldigte hat das letzte Wort.

Nach der geheimen Beratung und Abstimmung des Ausschusses verkündet der Vorsitzende in Anwesenheit der Verfahrensbeteiligten die Entscheidung. Sie lautet auf Einstellung oder auf Bestrafung. Der Vorsitzende hat sie mündlich zu begründen und schriftlich mit Gründen binnen zehn Tagen abzusetzen. Die schriftliche Entscheidung ist den Verfahrensbeteiligten zuzustellen.

#### § 25

Die mündliche Verhandlung wird vertagt, wenn

1. der Beschuldigte nicht erscheint, oder wenn
2. weitere Ermittlungen angestellt oder neue Beweise erhoben werden müssen, die eine neue Verhandlung erforderlich machen.

Versäumt im Falle von 1. der Beschuldigte die erneute Verhandlung unentschuldig, so kann ohne ihn verhandelt und entschieden werden. Darauf ist er in der erneuten Ladung hinzuweisen.

#### § 26

Der wesentliche Inhalt und das Ergebnis der mündlichen Verhandlung sind zu protokollieren. Wieweit Aussagen zu protokollieren sind, bestimmt der Vorsitzende. Das Protokoll ist vom Vorsitzenden und vom Protokollführer zu unterschreiben. Den Protokollführer bestellt der Rektor auf Vorschlag der Juristischen Fakultät aus dem Kreise ihrer wissenschaftlichen Mitarbeiter (§ 3 Absatz 3 HSchLG).

Zur Unterstützung des Protokollführers kann nach Entscheidung des Vorsitzenden ein Stenograph hinzugezogen oder ein Tonbandgerät verwendet werden. Stenogramm und Tonband sind als Anlage dem Protokoll beizufügen.

Protokollführer und Stenograph sind auch nach Beendigung ihres Amtes zur Verschwiegenheit verpflichtet. Darüber werden sie bei ihrer Bestellung belehrt.

#### § 27

Der Beschuldigte kann die Entscheidung des Disziplinarausschusses beim Beschwerdeausschuß anfechten, wenn er für dauernd aus der Freien Universität Berlin oder für mindestens ein Semester vom Studium an der Freien Universität Berlin ohne Bewährungsaufgabe ausgeschlossen worden ist. Die Beschwerde ist binnen eines Monats nach Zustellung der schriftlichen Entscheidung beim Vorsitzenden des Disziplinarausschusses schriftlich einzulegen und zu begründen. Sie wird durch die rechtzeitige Erhebung der Anfechtungsklage zum Verwaltungsgericht ausgeschlossen (Wahlbeschwerde).

Der Vorsitzende des Beschwerdeausschusses prüft die Zulässigkeit der Beschwerde, insbesondere ob sie statthaft und form- und fristgerecht eingelegt ist. Mangelt es daran, so verwirft er sie als unzulässig. Anderenfalls beraumt er eine mündliche Verhandlung an, für die die §§ 22 bis 26 entsprechend gelten.

Der Beschwerdeausschuß darf die angefochtene Entscheidung nicht zum Nachteil des Beschwerdeführers ändern. Im übrigen hat er die gleichen Befugnisse wie der Disziplinarausschuß.

#### § 28

Im Strafbescheid ist die Pflichtverletzung (§ 1) zu bezeichnen, derentwegen der Student bestraft wird.

Auf Antrag des betroffenen Studenten sind unanfechtbare Strafbescheide und Einstellungsbeschlüsse im Falle des § 15 Absatz 2 Satz 2 durch Anschlag am Schwarzen Brett der Freien Universität Berlin und der Fakultät des Betroffenen zwei Wochen lang öffentlich bekanntzumachen.

Alle das Verfahren oder die Instanz abschließenden Entscheidungen sind dem Antragsteller und denjenigen Universitätsorganen mitzuteilen, die zuvor nach den Vorschriften dieser Disziplinarordnung eine Mitteilung über den Stand des Verfahrens erhielten.

Jeder unanfechtbare Strafbescheid, außer der Verwarnung, ist in den Personalakten des Studenten und in seinem Studienbuch zu vermerken.

Der dauernde Ausschluß aus der Freien Universität Berlin ist allen wissenschaftlichen Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland mitzuteilen.

#### § 29

Zustellungen erfolgen nach den Bestimmungen des Berliner Verwaltungszustellungsgesetzes, Ladungen durch Zustellung, Mitteilungen durch einfachen Brief. Ist der Aufenthaltsort des Empfängers unbekannt oder dieser nicht erreichbar, genügt die Bekanntmachung am Schwarzen Brett der Freien Universität Berlin und der Fakultät des Empfängers.

#### § 30

In Entscheidungen, die nach dieser Disziplinarordnung oder nach der Verwaltungsgerichtsordnung angefochten werden können, ist der Beschwerde darüber zu belehren, welcher Rechtsbehelf gegeben und bei welcher Stelle und innerhalb welcher Frist er einzulegen ist.

#### § 31

Die Vollstreckung von Strafbescheiden obliegt dem Rektor. Er kann die Vollziehung von Bewährungsaufgaben (§ 3 Nr. 4) dem zuständigen Dekan übertragen.

#### § 32

Auf Antrag des mit einem Verweis oder strenger Bestraften wird das Verfahren wiederaufgenommen, wenn er

1. im Falle des § 25 Absatz 2 nachweist, daß er weder die Verhandlung noch die rechtzeitige Benachrichtigung des Ausschusses durch eigene Schuld versäumt hat,
2. im Falle des § 5 freigesprochen oder seine Verurteilung, die seiner disziplinarrechtlichen Bestrafung zugrundelag, nachträglich zu seinen Gunsten geändert worden ist,

3. neue Tatsachen oder Beweismittel beibringt, die allein oder in Verbindung mit den früher erhobenen Beweisen eine wesentlich mildere Bestrafung oder die Einstellung des Verfahrens rechtfertigen können.

Der Antrag ist an den Vorsitzenden des Ausschusses zu richten, der den unanfechtbaren Strafbescheid erlassen hat. Der Vorsitzende entscheidet nach Anhörung des Untersuchungsführers, ob das Verfahren wiederaufgenommen wird. Gegen die ablehnende Entscheidung, die zu begründen ist, kann der Antragsteller die Entscheidung des Ausschusses nachsuchen. Ordnet der Vorsitzende die Wiederaufnahme an, so kann er, statt sofort mündliche Verhandlung anzuberaumen, im Falle des Absatz 1 Nr. 3 zunächst den Untersuchungsführer beauftragen, neue Ermittlungen anzustellen.

Die Entscheidung über den Wiederaufnahmeantrag ist den Verfahrensbeteiligten (§ 22 Absatz 2) zuzustellen und dem Straf-antragsteller mitzuteilen.

#### § 33

Folgende nach § 28 Absatz 4 registrierte Strafen werden auf Antrag des Bestraften getilgt:

1. Der Verweis nach zwei Jahren seit seiner rechtskräftigen Erteilung,
2. der zeitliche Ausschluß vom Studium nach drei Jahren seit Ablauf der Ausschußfrist.

Die Tilgung ist nur zulässig, wenn der Verurteilte während der Fristen des Absatzes 1 weder gerichtlich noch disziplinar bestraft worden ist und kein solches Strafverfahren gegen ihn anhängig ist.

Über den Antrag entscheidet der Untersuchungsführer.

#### § 34

Der Disziplinarausschuß kann auf Antrag des Bestraften die Strafe des dauernden Ausschlusses aus der Freien Universität Berlin nach fünf Jahren seit Eintritt der Unanfechtbarkeit des Strafbescheides erlassen, wenn der Bestrafte während dieser Zeit sich straffrei geführt und durch sein Verhalten bewiesen hat, daß er trotz seiner früheren Verfehlung würdig ist, der Freien Universität Berlin wieder anzugehören.

Über den Antrag ist auf Grund mündlicher Verhandlung zu entscheiden, an der der Untersuchungsführer zu beteiligen ist. Der Straferlaß wird in den Personalakten und im Studienbuch eingetragen, wenn nicht der Disziplinarausschuß die Tilgung des Strafvermerks (§ 28 Abs. 4) anordnet.

#### § 35

Im Disziplinarverfahren werden keine Kosten erhoben. Jedoch erhalten Zeugen und Sachverständige, die weder Mitglieder der Universität sind noch in deren Dienst stehen, aus der Universitätskasse die gleiche Entschädigung wie bei Gericht. Diese Aufwendungen hat der Beschuldigte der Freien Universität Berlin zu erstatten, wenn er bestraft wird.

#### § 36

Die Disziplinarordnung tritt am 1. April 1966 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Disziplinarordnung vom 8. Juli 1950 in der Fassung vom 5. Mai 1965 außer Kraft. Anhängige Disziplinarverfahren werden nach dieser Disziplinarordnung weitergeführt. (Vorstehende Disziplinarordnung wurde vom Akademischen Senat der FU am 8. Dezember 1965 beschlossen und vom Senator für Wissenschaft und Kunst am 3. Februar 1966 bestätigt.) (Freie Universität Berlin, Mitteilungen für Dozenten und Studenten, Nr. 108, 1. Mai 1966)

## DOKUMENT 521

Zur Konventsdrucksache XVIII/26a + b

Berlin, 2. 5. 1966

Abschrift

**Stellungnahme zur befristeten Immatrikulation**

Nur unter folgenden Voraussetzungen kann unsererseits eine befristete Zulassung zum Medizinstudium befürwortet werden: Seit Jahren ist bekannt, daß das Abitur — bedingt durch die unterschiedliche Qualität der Schulen — keinen echten Lei-

stungs- oder gar Befähigungsnachweis für die Ausbildung zum Arzt garantiert. Innerhalb des Studiums der Medizin besteht anhand der Zwischenexamina dagegen sehr wohl die Möglichkeit, einen Leistungsstandard und Leistungsstand für den einzelnen Studenten unter für alle gleichen Bedingungen zu erstellen. Die möglichst frühzeitige Erkenntnis, für dieses Studium nicht geeignet zu sein, bedeutet für den betreffenden Studenten, daß ihm lange Irrwege und finanzielle Belastungen erspart bleiben.

Zu optimalen Studienmöglichkeiten für den einzelnen Studenten gehört neben der Voraussetzung, **termingerecht in alle Praktika und Kurse aufgenommen zu werden** u. E. die verstärkte Einrichtung von wissenschaftlichen Tutorengruppen, die besonders in den Anfangssemestern dem Studenten eine zeitgerechte Abwicklung seines Studiums erleichtern. Wenn es sich erweist, daß diese Tutorengruppen nicht genügend von den jungen Semestern besucht werden, wäre daran zu denken, die Teilnahme an mindestens einer Gruppe zur Pflicht zu machen.

Die befristete Immatrikulation kann in keiner Weise als Beitrag zur Studienreform gewertet werden. Es sollte gesichert sein, daß die medizinische Fakultät sich vorbehält, bei der Durchführung einer echten Reform ohne diese administrative Maßnahme auszukommen.

Eine befristete Immatrikulation ist nur dann zu rechtfertigen, wenn neben den Voraussetzungen einer optimalen Studienmöglichkeit auch ein festgelegter bindender Studien-Stundenplan vorliegt, der verhindert, daß der Studienanfänger mehrere Semester durch planloses „Studieren“ verliert. Diese Situation ist in der Med. Fak. gegeben, jedoch in anderen Fakultäten — etwa der philosophischen — noch nicht, so daß für jene Fakultäten eine befristete Zulassung zur Zeit u. E. nicht befürwortet werden kann.

Von mehreren Seiten wird seit Jahren an den Staat die Forderung nach Schaffung neuer Studienplätze durch Neubau oder Ausbau von medizinischen Fakultäten oder Akademien gerichtet. Die Einführung einer befristeten Immatrikulation bedeutet nicht, daß der Staat von diesen Forderungen entbunden würde, etwa unter dem Argument, es sei durch diese Maßnahme nicht mehr erforderlich, die Kapazität zu erweitern. Die Forderung nach vermehrter finanzieller Unterstützung muß aufrechterhalten bleiben, um eine qualitative Verbesserung der Studienbedingungen an allen Fakultäten der Bundesrepublik zu erreichen.

Bei der befristeten Immatrikulation handelt es sich u. E. um eine notwendige und derzeit praktikable Möglichkeit, um unsere Fakultät von einem Studentenübergang zu befreien. Wir wären jedoch der hohen Fakultät sehr verbunden, wenn sie sich dazu entschließen könnte, die Notwendigkeit dieser Maßnahme von Zeit zu Zeit zu überprüfen, damit vermieden wird, daß eine administrative Maßnahme auch dann noch aufrechterhalten wird, wenn sie nicht unbedingt erforderlich ist.

F. Großkraumbach  
stud. Zul.Ref.

R. Herrmann  
Fakultätssprecherin

## DOKUMENT 522

Freie Universität Berlin  
Studentenvertretung  
der medizinischen Fakultät  
— Zulassungsreferent —

Abschrift

**Memorandum zur Frage der Neuordnung  
des Zulassungsverfahrens für die Medizinische Fakultät  
der FU Berlin**

Ziel jeder Zulassungspolitik an der medizinischen Fakultät muß es sein, jedem, der sich berufen fühlt, Arzt zu werden, die Möglichkeit zur Verwirklichung dieses Wunsches in kürzester Frist bei einem Maximum an Ausbildung zu gewährleisten. Das bedeutet:

1. Zulassung möglichst jeden Bewerbers
2. Ein Optimum an Studienmöglichkeiten muß geboten werden.
3. Unterstützung des Einzelnen in allen Schwierigkeiten, die unverhofft und unverschuldet auftreten können.

Die medizinische Fakultät der FU bietet im Moment bis zu 250 Studienbewerbern pro Semester einen gesicherten Studienplatz in den ersten Semestern. Sie entläßt pro Semester 100 bis 120 Kandidaten der Medizin mit dem Staatsexamen. Das bedeutet, daß über 50 % der Studienanfänger das Ausbildungsziel nicht erreichen. Dies dürfte nicht das optimale Verhältnis sein.

Bisher galt die Regel, daß jeder Bewerber, der erst einmal immatrikuliert war, so lange studieren konnte, wie er es für richtig hielt, vorausgesetzt, daß sich keine Gründe dafür ergaben, ihn vom Studium zu relegieren. Gründe dafür sind außer den für alle FU-Studenten gültigen § 15, Abs. 1 der Universitätsordnung, das endgültige Nichtbestehen einer staatlichen Prüfung, also Vorphysikum, Physikum oder Staatsexamen.

Es gilt nun, eine bessere Lösung zu finden, die

1. einer größeren Anzahl von Studienanfängern das Studium ermöglicht und
2. ein besseres Verhältnis von Studienanfängern zu abgeschlossenen Studien gewährleistet.

Die Vorbedingungen zur Erfüllung des ersten Punktes werden bereits geschaffen. Danach werden pro Semester in der Vorklinik 300 bis 350 Studienplätze zur Verfügung stehen. Eine Erweiterung der Studienplätze während des klinischen Teils des Studiums steht mit der Fertigstellung des neuen Klinikums in Steglitz in Aussicht.

Zur Erfüllung des zweiten Punktes dürfte eine Lösung nur durch einen für die deutsche Hochschule neuen Grad an Reglementierung des Studiums verwirklicht werden können. Dazu gehört auch ein neues Zulassungsverfahren.

Voraussetzung für eine Änderung des bisher bestehenden Verfahrens muß sein:

1. Das Zulassungsverfahren muß weiterhin von akademischen Gremien durchgeführt werden, keinesfalls darf es völlig in die Hände der Verwaltung übergehen.

2. Die akademischen Gremien sollten paritätisch besetzt sein.

3. Es können weiterhin nur maximal soviel Studienbewerber zum Studium zugelassen werden, wie Studien- und Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Die eventuell notwendige Auswahl trifft der Zulassungsausschuß.

4. Eine Härteklauseel für besonders gelagerte Fälle muß gewährleistet sein.

Die Einwilligung der Verwaltung vorausgesetzt, ergäbe sich aus allem voran gesagten eine befristete Zulassung als beste Lösung. Sie bietet:

1. eine optimale Ausnutzung der vorhandenen Studienmöglichkeiten,

2. jedem Studienbewerber die Chance, sich in seiner selbstgestellten Aufgabe, dem Studium der Medizin, zu bewähren.

3. einen Schutz vor Mißbrauch des Status eines Bürgers der FU, zu welchem Zweck auch immer.

Im Einzelnen ist in Anlehnung an die Vorschläge Professor Dulces, Zulassungsdozent der medizinischen Fakultät, an folgendes gedacht:

1. Anfänger werden zunächst unter Anrechnung an anderen Universitäten oder Fakultäten abgeleiteter anerkannter Semester für drei Semester zugelassen. Sie müssen in dieser Zeit ihr Vorphysikum absolvieren, um eine weitere Zulassung erlangen zu können.

2. Zum zweiten Teil des vorklinischen Studiums wird die Zulassung unter Anerkennung an anderen Universitäten abgeleiteter Semester auf vier Semester erteilt, wenn die Voraussetzungen unter 1. erfüllt sind. Sie müssen in dieser Zeit ihr Physikum absolvieren, um die Zulassung zum klinischen Studium erlangen zu können.

3. Zum klinischen Studium wird die Zulassung unter Anerkennung an anderen Universitäten abgeleiteter Semester auf insgesamt sieben Semester erteilt, wenn die Voraussetzungen unter 1. und 2. erfüllt sind.

Diese Regelung gilt auch für die Wiederimmatrikulation nach § 17 UO. Urlaubssemester gelten nicht als studierte Semester. Ausnahmen können, sofern besondere Umstände vorliegen, vom Zulassungsausschuß genehmigt werden.

Die zur Zeit bestehenden Immatrikulationen werden, den Vorschlägen entsprechend, in befristete Zulassungen umgewandelt. Um Härten zu vermeiden, soll allen Studenten, die, aus welchen Gründen auch immer, die Examinafristen bereits überschritten haben, die Zulassung für ein weiteres Semester erteilt werden, mit der Auflage, die anstehenden Prüfungen abzulegen.

gez. cand. med. Frieder Großkraumbach  
studentischer Zulassungsreferent  
der medizinischen Fakultät

(Archiv ZI 6: Akte 12.12 FU „18. Konvent, Protokolle 1966“)

## DOKUMENT 523

### SDS-Arbeitskreis „Formierte Gesellschaft“ Fragenkatalog

- I. Internationale Integration als Bedingung der nationalen Entfaltung der Produktivitätskräfte
  1. Staatliche Vermittlung
    11. Inflationpolitik
    12. Internationale Marktorganisationen
    13. Internationale Entwicklung der Technologie und der Produktion
    14. Internationale politische (militärische) Organisationen (NATO usw.)
  2. Private Vermittlungen
    21. Internationale Monopole (Konkurrenz und Absprache)
    22. Westeuropäische Monopole gegen USA (Westeurop. Kapitalkonzentration)
    23. Bedeutung des US-Kapitals für Westeuropa
- II. Internationale Integration als Gefährdung der Nationalwirtschaften
  1. Wirtschaftliches Satellitentum
  2. Gefährdung der nationalen Inflationpolitik
    21. Aufbrechen nationaler Disproportionalitäten (Bauern, Bergbau, wenig konzentrierte Industriezweige)
- III. Nationale Integration, Formierung in der BRD
  1. Nachkriegszeit und Rekonstruktionsperiode
    11. Die Rolle des Staates in der Rekonstruktionsperiode
      111. Delegation von öffentlicher Macht an private Verbände
  2. Soziale Marktwirtschaft und Staatsinterventionen
    21. Das Problem des Föderalismus und der Finanzautonomie
    22. Das konjunkturpolitische Instrumentarium für interventionistische Eingriffe
      221. fiscal policy
      222. Geld-, Offenmarkt-, Diskontpolitik
      223. Rechtsverordnungen, Subventionismus
  3. Akkumulation und Expansion nach Abschluß der Rekonstruktionsperiode
    31. Widerspruch zwischen unterentwickeltem Staat und Eigendynamik der in der Rekonstruktionsperiode entstandenen Verbändemacht
      311. Intensivierung des Akkumulationsprozesses
      312. Die Aufrüstung
      313. Expansion in die dritte Welt (Rohstoffe und Kapitalexport)
      314. Expansion auf osteuropäische Märkte
      315. Expansion innerhalb der EWG und in die USA
  4. Konzernplanung und staatliche Wirtschaftsplanung
    41. Staatliche Förderung der Konzentration
    42. Finanzreform und Aufhebung des Föderalismus,

- Konzentration der Finanzmittel beim Bund, mittel- und langfristige Planung
43. Benachteiligte und unterstützte Wirtschaftszweige — das Problem der wachsenden Ungleichheit und Interessendisparität
  44. Regional- und Strukturplanung (Raumordnung)
  5. Die Einschränkung des Parlamentarismus und Aufhebung des Pluralismus
    51. Tendenz der Verschmelzung von Exekutive und Legislative. Integration des Parlaments in die Regierung im Prozeß der Spezialisierung von Exekutivaufgaben
    52. Notstandsgesetze
  6. Umfunktionierung der Verbände
    61. Integration der Gewerkschaften und anderer Verbände
    62. Vermögenspolitik und Mitbestimmung
    63. „Freiwillige“ Integration
  7. Die Ideologie der „Formierten Gesellschaft“
- IV. Parallelität von nationaler und internationaler Integration
1. Internationale Organisationen hochentwickelter kapitalistischer Staaten
    11. NATO, SEATO, ANZUS, CENTO, WEU
    12. IMF, GATT, IDA, Weltbank usf
    13. EWG, EFTA, Kennedy-Runde
  2. Bilaterale Abkommen
  3. Assoziationen mit osteuropäischen Ländern
- V. Konkurrenz der Industrienationen um die dritte Welt
1. Rohstoffabhängigkeit
    11. Westeuropas von:
      111. reichen abhängigen Ländern
      112. armen abhängigen Ländern
      113. New-Deal-Ländern
      114. USA
      115. sozialistischen Ländern
    12. der USA von:
      - 111, 112, 113, 115
    13. der sozialistischen Länder von:
      - 111, 112, 113, 114
  2. Kapitaltransfer  
(Untergliederung wie unter Punkt 1)
  3. Kampf um Rohstoffmonopole  
(Politische Einflußnahme)
- (Privatakten, Standort ZI 6: Akte „SDS, B I 1966“)

## DOKUMENT 524

Materialien zur Notstandsgesetzgebung:  
Professoren wenden sich an Arbeitnehmer und Gewerkschaften

I.  
Mehr als 400 Hochschulprofessoren der Bundesrepublik haben sich aus Anlaß des Bundeskongresses des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der am Montag, dem 9. Mai, in Berlin beginnt, an den DGB und die im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften sowie an die Gewerkschaft der Polizei mit der dringenden Bitte gewandt, bei der konsequenten Ablehnung jeder Notstandsgesetzgebung zu bleiben. Es handelt sich um Zustimmung zu einem Appell, der im März von dem Gießener Staatsrechtler Prof. Dr. Helmut Ridder, dem Darmstädter Politologen Prof. Dr. Eugen Kogon und dem Marburger Soziologen Prof. Dr. Heinz Maus der Öffentlichkeit übergeben worden ist. Prof. Maus hat am 5. Mai die Gesamtliste der Unterzeichner dem DGB-Bundesvorstand und den Vorständen der Einzelgewerkschaften zugeleitet. Zu den Unterzeichneten gehören namhafte international bekannte Wissenschaftler aller Fakultäten.

„Meine Damen und Herren, vor einem Jahr sandte ich Ihnen die Petition der 265 Professoren zur Verteidigung des Grundgesetzes gegen seine Durchbrechung durch eine Notstandsgesetzgebung. Wir konnten damals von den Beschlüssen der

DGB-Kongresse von Hannover und Düsseldorf ausgehen, in denen sich die Gewerkschaftsbewegung als der sicherste Schutz der demokratischen Rechtsstaatlichkeit erwiesen hatte.

Verschiedene Pressemeldungen der letzten Tage, die zu den Besprechungen zwischen führenden Vertretern der Gewerkschaften und dem Herrn Bundesinnenminister Lücke Stellung genommen haben, sind der Anlaß, uns erneut an Sie zu wenden. Diese Pressemeldungen lassen eine, zwar äußerst geschickte, aber darum nicht weniger undemokratische Taktik erkennen, die Ihnen die Dringlichkeit unseres abermaligen Appells deutlich machen dürfte.

Wir halten uns für verpflichtet, Sie daran zu erinnern, daß die Gefahren einer Notstandsgesetzgebung, wie sie einst die Weimarer Republik aufzulösen half, inzwischen durch das Bekenntnis führender Politiker und Vertreter der „Wirtschaft“ zur „Formierten Gesellschaft“ noch klarer hervorgetreten sind. An der Gefährdung des Streikrechts der Arbeitnehmer durch Dienstleistungsverpflichtungen würde sich auch durch eine formelle Verbeugung der Verfassungsänderungsgesetze vor dem Streikrecht nichts ändern.

Die Beeinträchtigung der Informations- und Meinungsfreiheit würde auch bei obligatorischer „Selbstkontrolle“ der Presse nur die Form, nicht aber den Inhalt wechseln. Für die Ausschaltung des Parlaments ist es prinzipiell belanglos, ob sie unmittelbar durch das bestehende Kabinett oder durch die Zwangskoalition eines Notparlaments erfolgt, die jede echte Machtkontrolle durch den vom Grundgesetz gewünschten Widerstreit von Regierung und Opposition ausschaltet; die pluralistische Struktur der öffentlichen Ordnung wäre aufgehoben.

Auch wenn nur der sogenannte „äußere Notstand“ zur Legitimation von Ausnahmerechten herangezogen werden sollte, würde sich die Gefahr nicht grundsätzlich mindern. In einer Periode, in der es keinerlei wirkliche Bedrohung des europäischen Friedens gibt, müßte vielmehr die Vorbereitung der Rechtslage der Bundesrepublik auf einen Krieg auch außenpolitisch als beunruhigend wirken und überdies jede diktatorlusterne Politiker-Gruppe in die Versuchung bringen, aus innenpolitischen Gründen mit dem Mittel der Verschärfung der außenpolitischen Lage zu hantieren, sobald ihr dies als opportun erscheint. Wir machen Sie außerdem darauf aufmerksam, daß zur Aufhebung der alliierten Vorbehaltsrechte — wie Professor Dr. Helmut Ridder gezeigt hat — keine Verfassungsänderung notwendig ist!

Allerdings hat sich die politische Situation seit 1962 materiell verändert, nämlich dadurch, daß die Proklamation des Ziels der „Formierten Gesellschaft“ inzwischen unverhüllt erfolgt ist. Demgegenüber sind die bloß formellen Konzessionen, zu denen sich, wegen des Widerstandes der Gewerkschaften, diejenigen Kräfte bequemen mußten, die die Grundgesetzänderung so hartnäckig betrieben, wahrhaft zweit-, ja drittrangig.

Deshalb appellieren wir nochmals an den DGB und die Gewerkschaften, bei ihren früheren Beschlüssen zu bleiben, sie nicht aufzuweichen und auch künftig mit den kritischen Vertretern der Wissenschaft und des Geistes die Verfassung zu schützen.“

Mit vorzüglicher Hochachtung

Marburg, den 5. Mai 1966

(Heidelberger Blätter Nr. 8, Mai 1966, S. 37 ff)

## DOKUMENT 525

Wie frei muß eine Universität sein?  
Die Lehren aus den Vorgängen an der Freien Universität Berlin  
Von Wilhelm Weischedel

Wir rekapitulieren: Der AStA der FU hatte im vergangenen Jahr Erich Kuby eingeladen, an einer Podiumsdiskussion mitzuwirken. Der damalige Rektor verbot die Veranstaltung, da Kuby einmal ernste Zweifel an der Freiheit der Freien Universität geäußert hatte. Kommentar des ehemaligen Kultursenators Professor Tiburtius: „Ich würde, wenn ich Rektor wäre, wohl niemals einen auch noch so bedrohlich erscheinenden Redner verbieten, sondern ihn lieber widerlegen.“

*Auf den Fall Kuby folgte der Fall Krippendorf. Dieser Universitätsassistent hatte im Spandauer Volksblatt geschrieben, „wie man hört“, habe Karl Jaspers nicht zu einem Vortrag eingeladen werden können, „weil der Rektor mit dessen Anschauungen zur deutschen Frage nicht konform geht“. In Wirklichkeit war der Sachverhalt etwas komplizierter, wenn auch nicht so ganz anders, als Krippendorf ihn dargestellt hatte. Obwohl Krippendorf eine Berichtigung veröffentlichte und sich schriftlich beim Rektor entschuldigte, wurde sein Anstellungsvertrag nicht verlängert.*

*Als Professor von der Gablentz sich in den Fall einschaltete und im Blick auf die akademischen Behörden von einer „undemokratischen Haltung“, einem „falschen autoritären Staats- und Rechtsbewußtsein“ und einer „naïven Anbetung des Obrigkeitsstaates“ sprach, wurde er — was in der Universitätsgeschichte ungewöhnlich ist — in einem öffentlich plakatierten Beschluß des Akademischen Senats der Unwahrheit geziehen.*

*Es folgten Ereignisse, die unter dem Schlagwort „Radikalisierung der Berliner Studenten“ zusammengefaßt worden sind. Studenten der FU waren offenbar beteiligt an einer Plakataktion gegen den Krieg in Vietnam und an Ausschreitungen vor dem Amerikahaus im Anschluß an eine Anti-Vietnam-Kundgebung.*

*Dann platzten die Bomben — das heißt: nur eine Miniaturbombe im Studentenhaus der Technischen Universität platzte, die wenig Schaden anrichtete. Aber ein anonymes Anrufer drohte mit Bomben auch gegen eine Veranstaltung des SDS. Die Polizei entdeckte nichts, die Veranstaltung fand statt, ohne Bombenanschlag. Die Vorfälle hatten jedoch genügt, den Akademischen Senat zu einer Empfehlung an den Rektor zu veranlassen, wonach Hörsäle für politische Veranstaltungen der Studenten nicht mehr zur Verfügung gestellt werden. Sämtliche politischen Studentenvereinigungen von rechts bis links protestierten, der AStA trat zurück.*

*Es protestierte auch der Ordinarius für Politische Wissenschaften Professor Sontheimer, und er fügte hinzu, falls die Senatsempfehlung nicht revidiert werde, wolle er sein Amt als Senatsbeauftragter für politische Bildung zur Verfügung stellen. Er wurde daraufhin vom Akademischen Senat seines Amtes enthoben.*

*Bis zu einem gewissen Grade scheint im Augenblick der Friede wiederhergestellt durch eine Erklärung des Rektors, Professor Lieber, in der die Senatsempfehlung sehr liberal interpretiert wird und aus der hervorzugehen scheint, daß auch künftig Hörsäle der Freien Universität für viele politische Veranstaltungen zur Verfügung stehen. Dies ist wohl der rechte Augenblick für eine grundsätzliche Betrachtung der Vorgänge und für den Versuch, Lehren daraus zu ziehen. Professor Weischedel, der das unternommen hat, ist Ordinarius für Philosophie an der Freien Universität Berlin und gilt als Gelehrter von internationalem Rang.*

„Wenn ich die grundsätzliche Problematik auf die Fragen nach Ordnung und Freiheit und nach der politischen Bildung hin orientiere, so könnte man einwenden, ich hätte etwas Wesentliches übersehen: daß es nämlich auch um Ansehen und Würde der Universität geht.

In der Tat war in den Konflikten des letzten Jahres viel davon die Rede. Insbesondere vom Verhalten der Studenten, aber auch einiger Professoren, wurde behauptet, daß es gegen Würde und Ansehen der Universität verstoße. Seltsam ist übrigens, daß Angriffe auf die Studentenschaft nicht ebenso als die Würde und das Ansehen der Universität schädigend zurückgewiesen zu werden pflegen.

Ich gestehe, daß mich die Tatsache, daß an diese Begriffe im letzten Jahr so oft appelliert worden ist, befremdet. Ist denn unsere Universität so wenig ihrer selbst gewiß, daß eine kritische Äußerung über ihren Namen, wie sie Erich Kuby tat, oder eine publizistische Fehlinformation, wie sie Doktor Krippendorf unterließ, oder Vorwürfe gegen reaktionäre Tendenzen, wie sie Professor von der Gablentz aussprach, oder gewisse extreme Äußerungen von Studenten sofort als Verstoß gegen Würde und Ansehen der Institution gedeutet werden müssen?

Würde und Ansehen einer Universität bestimmen sich nicht von dem her, was andere über sie denken; sie werden auch

nicht entscheidend tangiert durch etwaige Entgleisungen ihrer Angehörigen. Würde und Ansehen einer Universität konstituieren sich vielmehr wesentlich von dem her, was an ihr im Felde des Geistes geleistet wird.

Ich will hierfür zwei Beispiele geben:

An der Tübinger Universität haben vor 175 Jahren Hölderlin, Hegel und Schelling zusammen mit anderen Studenten aus Sympathie mit der Französischen Revolution einen Freiheitsbaum gepflanzt und dabei die Marseillaise gesungen. Damit haben sie in den Augen des damaligen Rektors das Ansehen ihrer Universität verletzt. Niemand wird aber leugnen wollen, daß Hegel und Schelling einiges zum Ansehen der deutschen Universität beigetragen haben.

Niemand wird bestreiten, daß das Ansehen der Pariser Universität im Mittelalter nicht zuletzt dem Wirken des Thomas von Aquino zuzuschreiben ist. Tatsächlich jedoch erschien den damaligen akademischen Behörden dieser Bettelmönch, der die neu heraufkommenden revolutionären geistigen und religiösen Ideen vortrug, als verderblich für das Ansehen der Universität. Der Rektor weigerte sich, ihn in das Gremium der Professoren aufzunehmen, und er verbot den Studenten den Besuch seiner Antrittsvorlesung.

Ich meine, auch die Freie Universität sollte vorsichtiger im Verdacht der Schädigung von Würde und Ansehen sein und statt dessen ihre Anstrengungen verstärken, sich auf dem Gebiete des Geistes einen Rang unter den anderen Universitäten zu erwerben und zu bewahren.

Zu der Frage nach Freiheit und Ordnung möchte ich zunächst zwei Thesen aufstellen, die analytischen Charakter tragen, die sich also aus dem Wesen von Freiheit und Ordnung ergeben. Am Ende wird sich eine dritte, synthetische These ergeben.

Die beiden analytischen Thesen lauten:

(1) Freiheit und Ordnung stehen in einer notwendigen Antinomie.

(2) Freiheit und Ordnung gehören, eben in ihrer Antinomie, notwendig zueinander, wenn ein menschliches Miteinander möglich sein soll.

Immer wieder versuchte die Ordnung, die Freiheit einzudämmen. Immer wieder rebellierte die Freiheit gegen die Ordnung. Daß diese Antinomie notwendig ist, geht aus dem Wesen von Freiheit und Ordnung hervor. Jede Ordnung muß vom Wesen her die Freiheit einschränken; Ordnung verhält sich also antinomisch zur Freiheit. Alle Freiheit muß sich vom Wesen her gegen die sie einschränkende Ordnung wenden; Freiheit verhält sich also antinomisch zur Ordnung.

Eine schrankenlose Freiheit, der gemäß jeder tun könnte, was ihm beliebt, müßte das Miteinander der Universität zerstören. Ebenso zerstörerisch aber würde wirken, wenn die Ordnung jede Regung der Freiheit unterdrückte. Das gleiche geht aus dem Wesen des menschlichen Miteinanders hervor. Wäre dieses ohne Ordnung, so wäre es kein menschliches Miteinander. Anarchie, die keine Ordnung anerkennt, und totale Planung, die keine Freiheit anerkennt, sind beide in gleichem Maße unfähig, das Miteinander der Menschen und damit das Miteinander an einer Universität zu begründen.

Hier erhebt sich die Frage, welches der beiden Momente der zusammengehörigen Antinomie den Vorrang besitzt. Daß keines einen absoluten Vorrang in dem Sinne haben kann, daß es das Recht hätte, das andere Moment völlig auszulöschen, geht aus dem eben Gesagten hervor. Aber es könnte doch sein, daß eines der beiden Momente einen relativen Vorrang vor dem anderen hätte.

Ein solcher könnte sich offenbar ergeben, wenn die Frage beantwortet würde, welches der beiden Momente, Freiheit oder Ordnung, ursprünglicher zum Menschen gehört. Da nun ist kein Zweifel: es ist die Freiheit. Der Mensch ist dadurch Mensch geworden, daß er sich aus der Eingebundenheit in die Ordnung, wie sie die Naturwesen umfängt, gelöst hat. Der Mensch ist in dem Maße Mensch geworden, als er sich einen Spielraum der Freiheit erworben hat. Im Ursprung des Menschseins wurzelt also die Freiheit. Darum konstituiert sie sein Wesen, und darum kann sie nicht aufgehoben werden, solange der Mensch beansprucht, Mensch zu sein.

Die Ordnung andererseits ist nicht in der gleichen Ursprünglichkeit mit dem Wesen des Menschen verbunden. Sie ist es ja,



von der der Mensch sich lösen muß, wenn er sich zu seiner Freiheit befreien will. Doch die Ordnung ist gleichwohl nicht ohne Bedeutung für die Freiheit. Diese würde ins Anarchische entarten und dadurch die Basis ihrer Realität, das Miteinander, zerstören, wenn sie sich nicht in einer Ordnung bände.

Eben dadurch wird das Verhältnis der beiden Momente bestimmt. Die Freiheit ist das, worum es im Dasein des Menschen wesentlich geht. Die Ordnung ist dazu da, daß sie das freie Miteinander der Menschen verwirklichen helfe. Sie ist das Mittel, das ermöglicht, daß Freiheit Freiheit sein kann. Niemals aber ist umgekehrt die Freiheit das Mittel für die Ordnung.

Daraus ergibt sich die synthetische These. Der Ausgangspunkt ist das eben Gesagte: Freiheit ist das ursprünglich mit dem Wesen des Menschen verwobene Moment: Ordnung aber ist notwendig um der Verwirklichung der Freiheit willen und steht also in deren Dienst. So läßt sich als dritte These formulieren: Es kommt in der Gestaltung des menschlichen Miteinander darauf an, daß in ihm so viel Freiheit wie irgend möglich und so viel Ordnung wie unbedingt notwendig verwirklicht werde. Das scheint mir der entscheidende grundsätzliche Gesichtspunkt zu sein, unter dem man auch die Streitigkeiten um Freiheit und Ordnung an der Freien Universität beurteilen muß.

Ich gehe von der Überzeugung aus, daß zu den Aufgaben der Universität auch die politische Bildung gehört. Die Menschen, an die die Universität sich wendet, sind ja nicht abstrakte Adressaten der Vermittlung von Wissen, sondern konkrete Wesen. Zur Konkretion des Menschen aber gehört, daß er sich stets im Raum des Politischen befindet. Auch wer sich nicht ausdrücklich mit Politik befaßt, handelt doch de facto politisch; denn auch seine unpolitische Einstellung bleibt nicht ohne Einfluß auf die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Darum muß die Universität die politische Bildung in ihren Aufgabenkreis mit aufnehmen. Sie hat dies in der Tat seit ihren Anfängen in der Platonischen Akademie getan. Auch die Freie Universität hat dem Rechnung getragen, etwa indem sie das Amt eines Senatsbeauftragten für politische Bildung geschaffen oder indem sie — bislang wenigstens — die politische Bildungsarbeit der Studenten durch die Vergabe von Hörsälen unterstützt hat.

Hierüber herrscht freilich in der Professorenschaft keine Einmütigkeit. Auf der einen Seite erklärt Professor Bettermann: „Die Entpolitisierung der Universität ist das Kernproblem, mit dem sich die Freie Universität auseinanderzusetzen hat.“ Auf der anderen Seite schreibt Magnifizenz Lieber: „Die politischen Fragen müssen ... in die Universität hineingenommen werden.“

In dieser Alternative möchte ich mich mit aller Entschiedenheit Professor Lieber anschließen: einmal, weil ich meine, daß in seiner Äußerung das Wesen der Universität angemessener zum Ausdruck kommt; zum anderen, weil auch eine sogenannte unpolitische Universität, eben in ihrer unpolitischen Haltung, ein Politikum darstellt.

Auch darüber, wie die politische Bildungsarbeit an der Universität auszusehen hat, widerstreiten sich die Ansichten. Da behauptete zunächst Professor Hirsch, „daß zwischen politischer Bildung auf der einen Seite und politischer Meinungs- und Willensbildung auf der anderen Seite ein grundlegender Unterschied besteht“. Die Konsequenz daraus zieht Professor Wengler. Er unterscheidet zwischen „Arbeitsuniversität und Hochschule der politischen Konfession“ und schlägt eine Abstimmung der Professoren und Studenten darüber vor, an welcher Art von Universität sie studieren wollen. Dem widerstreitet es, wenn Magnifizenz Lieber erklärt: „Es geht um die politische Urteilsbildung.“

Auch hier wiederum möchte ich mich Professor Lieber anschließen. Eine säuberliche Trennung von politischer Information und politischer Stellungnahme scheint mir dem Wesen der politischen Bildung zu widersprechen. Politische Bildung heißt nicht nur: Vermittlung von Kenntnissen über politische Sachverhalte; politische Bildung heißt auch: Aufforderung zur politischen Stellungnahme.

Mit der politischen Bildung steht es, wie mir scheint, nicht anders als mit der Philosophie. Auch diese kann man nur

lernen, indem man sich mit den Philosophen und ihren Gedanken auseinandersetzt und dabei selber Stellung bezieht. Politische Bildung gehört also gerade als Aufforderung zur politischen Urteilsbildung zu den Aufgaben der Universität.

Hier taucht nun das Problem der Mitwirkung der Studentenschaft an der politischen Bildung auf. Es gehört ja zu den Eigentümlichkeiten der Freien Universität, daß die politische Bildungsarbeit zu einem Teil in die Hände der Studenten gelegt ist. Auch das scheint mir durchaus der Sache zu entsprechen. Politische Bildung ist immer auch Aufforderung zur Selbsttätigkeit, mit dem Ziel, den Staatsbürger mündig zu machen. Eine Aufforderung zur Selbsttätigkeit schließt aber ein, daß man dem, an den sich die Aufforderung wendet, den Spielraum für eine solche Selbsttätigkeit gewährt. Die Universität muß also, wenn sie überhaupt die politische Bildung als eine ihrer wesentlichen Aufgaben bejaht, diese zu einem Teil den Studenten selber überantworten.

Gelegentlich wird auch von solchen, die die politische Bildungsarbeit der Studenten verteidigen, die Auffassung vertreten, diese habe sich auf die universitätspolitischen Probleme zu beschränken. Dem kann ich nicht zustimmen.

Zunächst schon ist es äußerst schwierig, zwischen hochschulpolitischen und allgemeinspolitischen Fragen zu unterscheiden. Hinzu kommt, daß gerade zur politischen Bildung an der Universität die stellungnehmende Orientierung in allgemeinen politischen Fragen gehört; diese darf also konsequenterweise der Studentenschaft, wenn man sie zur politischen Mündigkeit auffordern will, nicht versagt werden. Es sind auch Situationen denkbar, in denen die Studentenschaft das Wort ergreifen muß, etwa dann, wenn sich in der allgemeinen Politik Tendenzen zeigen, die die Freiheit gefährden.

Es ist nun die Frage, wo die politisch engagierte Bildungsarbeit der Studenten ihre Grenze finden soll; denn grenzenlos kann auch diese Freiheit nicht sein, wenn sie sich in das Miteinander an einer Universität einfügen muß.

In der Suche nach den Grenzen genügt es nicht, auf ein Hausrecht oder ein materielles Prüfungsrecht des Rektors hinzuweisen; das bliebe nur formal und setzte überdies die Ordnung als etwas Eigenständiges prinzipiell über die Freiheit, während sie doch den entwickelten Grundsätzen gemäß ihr Recht nur aus dem Dienst an der Freiheit gewinnt.

Mir scheint, daß die politische Bildungsarbeit der Studenten angemessen einzig durch die Tatsache begrenzt werden kann, daß sie an der Universität stattfindet. Diese ist die Stätte der Wissenschaft. Zur Wissenschaft aber gehört seit ihren Anfängen als ihre Wurzel das Fragen. Fragen nun bedeutet ein Doppeltes: einmal, daß man das scheinbar Fraglose fraglich macht; das ist die Verpflichtung zu universeller Kritik; zum anderen, daß man auch die eigene Position fraglich macht und von ändern fraglich machen läßt; das ist die Verpflichtung zu universeller Offenheit. Beides muß demnach auch die politische Bildungsarbeit der Studenten bestimmen, wenn sie an der Universität stattfinden soll.

Die Verantwortung für die Einhaltung der Prinzipien einer angemessenen politischen Bildungsarbeit müßte in die Hände der Studenten selber gelegt werden. Wenn dabei gelegentlich Entgleisungen vorkommen sollten, so halte ich das für weniger gefährlich, als wenn man die Freiheit durch Maßnahmen ausschaltet, die die davon Betroffenen in der Unmündigkeit halten. Allerdings müßte die Studentenschaft sich dann auch die gleiche Kritik von seiten der Professorenschaft gefallen lassen, die sie selber dieser gegenüber beansprucht.

Fragt man nun nach den Konsequenzen, die die eben dargestellten Grundsätze im Hinblick auf die Zukunft der Freien Universität haben, so ist das erste, daß diese ihr Selbstverständnis im Hinblick auf die Problematik von Freiheit und Ordnung neu durchdenken sollte. Die Freie Universität müßte sich also bemühen, so viel Freiheit wie irgend möglich und nur so viel Ordnung wie unbedingt notwendig zu schaffen, entgegen jenem bösen Wort von „Berlins allzu freier Universität“, das die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ schrieb.

Das müßte dazu führen, daß die Universität in ihrem Selbstverständnis die Relikte des Hierarchischen und Autoritären, die sie zweifellos noch an sich trägt, ablegte. Sie müßte einsehen, daß die Zeit endgültig vorbei ist, in der die Ordnung

als etwas verstanden werden konnte, das, als Selbstzweck, in sich selber gründet.

Es dürfte also nicht so sein, daß oben eine Schar erleuchteter und erleuchteter Geister, genannt Professoren, schwebt und daß unten die Menge der bloß untergeordneten Glieder, der Studenten, kriecht, während die Assistenten irgendwo zwischen Himmel und Erde angesiedelt sind. Es müßte vielmehr endlich verwirklicht werden, was schon in der Satzung der Freien Universität verankert ist: die „Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden“.

Diese müßte begriffen werden als das Miteinander von Gruppen, die zwar von verschiedener Funktion, aber doch grundsätzlich von gleichem Rechte sind. Denn diese „Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden“ ist keineswegs, wie es „Die Welt“ ausdrückt, „eine zeitbedingte Utopie, Trümmerromantik“, vergleichbar einem „utopischen Zopf aus der Stunde Null“. Sie ist vielmehr immer noch die Aufgabe des gegenwärtigen Augenblickes und zugleich die Forderung an die Zukunft.

Eine dritte Konsequenz ergibt sich aus der Tatsache, daß an der Freien Universität der Rektor nach der Satzung keinem demokratischen Gremium verantwortlich ist. Hier müßte geschaffen werden, was an vielen westdeutschen Universitäten selbstverständlich ist: ein Großer Senat, dem der Rektor für alles, was er sagt und tut, Rechenschaft schuldet. Entscheidend ist jedoch, daß an diesem Senat alle Gruppen, die miteinander die Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden bilden, beteiligt sein müßten.

Der Rektor sollte von dem „materiellen Prüfungsrecht“, das ihm die Aufsichtsbehörde bestätigt hat, nach Möglichkeit keinen Gebrauch machen. Der Gedanke der Selbstverantwortlichkeit der Studentenschaft sollte ihm höher stehen. Er würde also, wie mir scheint, recht daran tun, wenn er aus eigenem Entschluß sein Prüfungsrecht in eine Beratungspflicht umwandelte.

Was den Akademischen Senat angeht, so meine ich, daß er in seiner Empfehlung an den Rektor, die Hörsäle nicht mehr für politische Veranstaltungen der Studenten zur Verfügung zu stellen, weit hinter dem zurückgeblieben ist, was von ihm unter den Prinzipien von Freiheit und Ordnung erwartet werden konnte. Vielleicht hat der Senat die Größe und Souveränität, ausdrücklich zurückzunehmen, was er damals empfohlen hat.

Die Studentenschaft sollte sich — wie die Universität überhaupt — mit aller Intensität für die Freiheit einsetzen. Es ist ein gutes Zeichen, daß die gegenwärtige Studentenschaft, im Unterschied zu früheren Zeiten, diese ihre Aufgabe offenbar in der ganzen Welt begriffen hat. Das Eintreten für die Freiheit kann sich in der Mitarbeit in den akademischen Gremien vollziehen; es kann aber auch durch eine stets wache Kritik geschehen. Die Berliner Studenten sollen bleiben, was sie nach Ansicht des „Spiegel“ sind: „aufmüßiger als anderswo in Deutschland“.

Eine weitere Konsequenz müßte darin bestehen, daß sich die Studentenschaft — aus freier Selbstverantwortlichkeit — gewissen Ordnungen unterwirft, die ihre Freiheit einschränken. Dazu gehört einmal, daß durch ihre politische Bildungsarbeit der Lehrbetrieb der Universität nicht gestört wird. Dazu gehört ferner die freie Unterwerfung unter die Einschränkungen, die in einem demokratischen Staat durch das Grundgesetz und durch die allgemeinen Gesetze gegeben sind; daß die Studentenschaft diese Ordnungen zu respektieren gedenkt, hat der Allgemeine Studentenausschuß ausdrücklich erklärt. Dazu gehört schließlich das Prinzip der kritischen und selbstkritischen Diskussion. Darüber hinaus aber müßte alles eine Sache der freien Betätigung der Studentenschaft sein.

Soviel zu den Konflikten an der Freien Universität. Was ich dazu zu sagen hatte, untersteht, wie jede Äußerung an der Universität, dem Gesetz von Kritik und Selbstkritik. Aber vielleicht kann mein Versuch ein wenig dazu beitragen, daß diese Universität sich mehr als bisher auf ihre Fundamente besinnt und daß dadurch ihre Freiheit sicherer gegründet wird, als es in bloßen unbedachten Kompromissen geschehen kann. (DIE ZEIT, 13. Mai 1966)

## DOKUMENT 526

### Brief des SDS-Landesverbandes an den BV am 5. Mai 1966

... Wir sind, ebenso wie der BV, der Meinung, daß die Opposition in der BRD und Westberlin über ein Engagement in der Vietnam-Frage zu integrieren sei. Im Gegensatz zum BV sind wir aber der Meinung, daß die Integration der Opposition nicht mittels immanenter Kritik an der Verletzung bürgerlicher Normen in Vietnam geschehen kann; so sind zum Beispiel die Themen wie „Politische und juristische Probleme des Vietnamkrieges (Selbstbestimmungsrecht, Internationale Abkommen etc.)“ nur geeignet, den wirklichen Prozeß (Emanzipation der „Dritten Welt“ kontra „Formierung“) zu verschleiern, den objektiven Prozeß nicht adäquat zu beschreiben und damit der Tendenz der Formierung nur Vorschub zu leisten. Die Opposition gegen den Vietnamkrieg in der Bundesrepublik und in Westberlin trägt heute Züge emotionalen Engagements. Innerhalb der allgemeinen Oppositionsbewegung gegen die Formierung des internationalen Kapitalismus ist sie isoliert.

Aufgabe des Kongresses wäre es daher, sie theoretisch auf den internationalen Stand zu bringen und sie damit zu einem bewußten integrierten Bestandteil der internationalen Opposition gegen die Formierung zu machen; er müßte die Funktion haben, die im internationalen Kontext schon bestehende anti-imperialistische Front auch in der Bundesrepublik aufzurichten bzw. zu verstärken. Erst von daher könnte sich die Opposition auch gegen die Notstandsgesetzgebung in der BRD als Teil der allgemeinen Opposition gegen die Formierungstendenzen des Kapitalismus begreifen. Da der Kapitalismus international organisiert auftritt, können die partikularen (d. h. nationalen oder regionalen) Formierungserscheinungen, wie die Notstandsgesetzgebung in der BRD, nur im internationalen Rahmen bekämpft werden, d. h. die Opposition muß eine internationalistische sein. Für den Vietnam-Kongreß bedeutet dies, daß wir das vorgefundene Engagement mittels Analyse fundieren und vertiefen müssen, um damit ein wirksames Potential gegen die Formierung zu schaffen. Die Analyse des internationalen kapitalistischen Formierungsprozesses am Beispiel des Vietnamkrieges ermöglicht es, den Notstand erst in dem Zusammenhang zu begreifen, in dem er bekämpft werden muß.

Ausgehend von diesen Erwägungen sind wir der Meinung, daß das Kongreßprogramm modifiziert werden muß, und zwar in folgender Weise:

1. Die Seminare sollten zugleich mit der Eröffnungsveranstaltung beginnen, da sich das Interesse der Teilnehmer ohnehin nur auf das Hauptreferat beschränken wird. Letzterem wäre dadurch Rechnung zu tragen, daß den Teilnehmern die Hauptthesen des Referats schriftlich vorliegen. Das vollständige Referat wird ohnehin in dem veröffentlichten Kongreßprotokoll in absehbarer Zeit vorliegen.
2. Der frühzeitige Beginn der Seminare ermöglicht es, die Zwischenergebnisse der Arbeit in den Seminaren nach der Mittagspause allen Teilnehmern des Kongresses zur Kenntnis zu bringen.
3. Auf der Abschlußveranstaltung hätten die einzelnen Seminare ihre schon durch die Zwischenergebnisse koordinierten Arbeitsergebnisse unter dem Thema „Opposition gegen die Formierung und Emanzipation der Dritten Welt“ vorzulegen. Die sich anschließende Plenumsdiskussion hätte die Seminararbeit ausführlich zu diskutieren — auch unter dem Gesichtspunkt eines möglichen organisatorischen Ausdrucks der Kongreßergebnisse.
4. Die Themenplanung der Seminare muß daher folgendermaßen abgewandelt werden:

Seminar I: Vietnamesische Revolution und revolutionärer Krieg:  
a) Imperialismus und Emanzipation der 3. Welt (Lenin, Mao, Fanon)  
b) Der revolutionäre Krieg der Vietminh (anti-kolonial, anti-imperialistisch, Krieg und soziale Revolution)

- c) Refeudalisierung und Nanh Vi in Südvietnam
  - d) Der revolutionäre Krieg der FNL
- Seminar II: Die Politik des soz. Lagers im Beispiel Vietnams
- a) Systemkonkurrenz
  - b) Friedliche Koexistenz (Soz. in einem Land und antkol. Rev.)
  - c) Die Konsequenzen der chinesischen Revolution innerhalb und außerhalb Chinas, Probleme der permanenten Rev.
- Seminar III: Die Vietnampolitik des Westens
- a) Systemkonkurrenz
  - b) Neoimperialismus und Neokolonialismus
  - c) Formierungsprozeß des Kapitalismus und counter isurgence (Einbeziehung Vietnam und Waffenerprobung, Exempelcharakter)
- Plenum s. o.

Ausgehend von den oben angeführten politischen Erwägungen, die den Stand der Diskussion in unserem Landesverband zusammenfassen, hatten wir einen auf unseren Vorschlägen basierenden Vietnam-Kongreß für die einzig mögliche Konsequenz. Wir wissen uns mit unseren Vorschlägen mit wichtigen Gruppen einig und werden mit diesen zusammen darauf hin arbeiten, daß der Kongreß die entsprechende politische Gestalt erhält. Wir bitten den Bundesvorstand, dieser Entwicklung Rechnung zu tragen und uns zu unterstützen.

(Archiv ZI 6: SDS-Korrespondenz Nr. 2, Juni 1966, S. 13 f)

## DOKUMENT 527

### „Ein normal begabter Student muß mit neun Semestern auskommen“

#### Erregte Vollversammlung in der Juristischen Fakultät der FU

„Halten Sie Ihre Professoren, die in den Ausschüssen sitzen und Richter waren, für Willkür-Menschen?“ Diese Frage stellte sichtlich erregt gestern der Zulassungsdozent der Juristischen Fakultät der FU, Prof. Karl August Bettermann, den über 600 Studenten, die sich zur Vollversammlung dieser Fakultät eingefunden hatten. Es ging heiß her, denn zur Debatte stand die Studienzeitbeschränkung auf neun Semester, deretwegen die juristische Studentenvertretung in eine Art „Streik“ getreten ist. Eigentlich sollte auch der Rektor der FU, Prof. Hans Joachim Lieber, an dieser Redeschlacht teilnehmen, aber er war verhindert.

So standen sich auf dem Pult vor allem die Vertreter der Studenten, der Dekan, Prof. Ernst Hirsch, und Prof. Bettermann gegenüber. Anlaß zum Protest der Studenten ist die Tatsache, daß gegenwärtig an der Juristischen Fakultät 1849 Studenten immatrikuliert sind, während die Kapazität bei 2000 liegt. „Wir haben einer Studienzeitbeschränkung zugestimmt, als unsere Fakultät restlos überfüllt war“, erklärte ein studentischer Sprecher. „Wir lehnen eine solche Maßnahme aber ab, wenn durch sie eine Studienreform ersetzt werden soll.“

Das Publikum war nicht immer unbedingt der Meinung seiner Studentenvertretung. Als aus einem Bericht des Justizprüfungsamtes, daß die Durchfallquote nach zwölf Semester Studium bei fast 43 Prozent liegt, während sie bei acht Semestern nur acht Prozent beträgt, die Konsequenz gezogen wurde, dann mußte man eigentlich nach sieben Semestern zwangsexmatrikulieren, gab es lautes Gezische.

Den tieferen Hintergrund dieser ganzen Debatten, die sich ja nun auch innerhalb der Medizinischen Fakultät abspielen, traf — offenbar mehr aus Versehen — ein studentischer Sprecher mit der Anklage, es handele sich eigentlich um eine Vertrauenskrise. „Die Professoren glauben offenbar nicht, daß das Gros der Studenten nach besten Kräften studiert.“ Auf der anderen Seite scheint das Gros der Studenten nämlich zu glauben, daß die Fakultäten mit diesen Studienzeit-Reglementierungen die Studenten nur gängeln wollen. Auf diese Frage warf Prof. Bettermann ein: „Selbst bei langem Nachdenken werden Sie doch

wohl keinen Grund finden, daß wir uns aus Selbstgefälligkeit zu solchen Maßnahmen entschlossen haben. Es müssen doch also sachliche Gründe sein.“

Die Professoren seien der Ansicht, daß ein normal begabter Student in neun Semestern zurechtkommen kann. Der Jurist forderte die Studierenden auf, ihre psychologischen Hemmungen zu bekämpfen und sich früher als bisher zur Prüfung zu melden. Das strapazierte Thema der zu vielen Pflichtstunden ließ Prof. Bettermann nicht gelten. „Es ist doch ein Zeichen durch die jährliche Prüfung gemacht wird.“ Dennoch waren die Studenten nicht überzeugt, da die durchschnittliche Studierendauer bis zum Referendar gegenwärtig bei zehn Semestern liegt. Mit überwiegender Mehrheit wurde daher ein Antrag angenommen, der jetzt der Fakultät zugehen soll. Darin wird gefordert: Die Erstzulassungen erfolgen auf elf Semester. Anträge auf Verlängerung sind zu genehmigen, es sei denn, eine Überfüllung der Fakultät gefährde den Lehrbetrieb und das bisherige Studium lasse keinen erfolgreichen Abschluß erwarten.

Es wurde zugegeben, daß ein direkter Zusammenhang zwischen der Länge des Studiums und der Begabung besteht. Daraufhin begann ein großes Rumoren im Saal, und Prof. Bettermann rief erregt: „Die Eliten bekommen Sie nie weg, es kommt vielmehr darauf an, daß Sie dazugehören. Und wenn Sie meinen, daß nach neun Semestern nur eine Elite das Examen bestehen kann, so finde ich das demokratisch legitim, weil man die Elite durch Tüchtigkeit erreichen kann.“

Auch der Dekan Prof. Hirsch wandte sich gegen die Auffassung, daß die begrenzte Studienzeit eine Disziplinarmaßnahme darstelle. „Wir haben ja gerade darum gekämpft, jedes ‚Herausprüfen‘ zu verhindern, wie es im Ausland ganz radikal durch die jährliche Prüfung gemacht wird.“ Dennoch waren die Studenten nicht überzeugt, da die durchschnittliche Studierendauer bis zum Referendar gegenwärtig bei zehn Semestern liegt. Mit überwiegender Mehrheit wurde daher ein Antrag angenommen, der jetzt der Fakultät zugehen soll. Darin wird gefordert: Die Erstzulassungen erfolgen auf elf Semester. Anträge auf Verlängerung sind zu genehmigen, es sei denn, eine Überfüllung der Fakultät gefährde den Lehrbetrieb und das bisherige Studium lasse keinen erfolgreichen Abschluß erwarten.

In den nächsten Tagen soll auch in der Medizinischen Fakultät eine solche Vollversammlung stattfinden. Und der AStA plant darüber hinaus eine allgemeine Diskussion auch mit dem Rektor über die Frage der Zwangsexmatrikulierung. Denn wenn sich schon zwei Fakultäten zu einem solchen drastischen Schritt entschlossen haben, werden wohl andere folgen. —ska (Die Welt, 10. Mai 1966)

## DOKUMENT 528

### Informationen über Vietnam und Länder der Dritten Welt An die Teilnehmer der Berliner Vietnam-Demonstrationen

Mit immensem Aufwand versucht die amerikanische Regierung, das demokratische Gewissen zu beruhigen. Fadenscheinige juristische Konstruktionen und die Lügen der „white papers“ sollen die US-Interventionen in Vietnam vor einer irritierten Öffentlichkeit rechtfertigen. In den Lücken der Argumentation erscheint das Gespenst des „asiatischen Kommunismus“, tönt der massive Appell an den „Pioniergeist“, schwimmt die verlogene Larmoyance der Präsidententränen. Jedermann weiß heute, wie der „cordon sanitaire“ aussieht, den das Flächenbombardement produziert, wie das „Tränengas“ wirkt, an dem nicht nur australische Soldaten ersticken, welches Elend die „ungiftigen Mittel“ zur Vernichtung der Ernte über die Zivilbevölkerung bringen. Jedermann weiß, daß Verbreitung sich hinter der „Umsiedlung“ verbirgt, daß es Konzentrationslager sind, die der Terror als „Dörfer des neuen Lebens“ präsentiert, daß die „pacification“ des CIA den Zwangsstaat schaffen soll, der „population control“ endgültig garantiert.

Herausgeber: Sozialistischer Deutscher Studentenbund, 1 Berlin 31, Kurfürstendamm 140, Postscheckkonto Berlin (West) Nr. 1774, Redaktion: U. Enzensberger; R. Fleischmann; P. Göng; H.-J. Hameister; J. Horlemann; Erik Nohara (später gestrichen); G. Schmidt; R. Würgau. Verantwortlich: Ulrich Enzensberger.

All das hat man gelernt zwischen den Zeilen zu lesen, nachdem die Berichterstattung über Vietnam schon längst zu einer Farce auf alles demokratische Recht auf freie Information geworden ist. All das ist bekannt unter denen, die sich nicht abfinden können mit Regierungen, die lauthals von Freiheit reden und Flächenbombardements meinen. Um so verwunderlicher, daß es dieselben Leute sind, die sich verwundern über die Effektivität ihres weltweiten Protestes, und einen ehrlichen Frieden ernsthaft von derselben Regierung erwarten, die sie einer jahrzehntelangen systematischen Aggression überführten. „Sofortige Einstellung der Bombenangriffe auf Nordvietnam!“ „Sofortiger Abzug der amerikanischen Truppen!“: Vor dem Weißen Haus vorgetragen, das erklärtermaßen nach einem Waffenstillstand 20 Jahre in Südvietnam zu verbleiben gedenkt, nehmen diese Forderungen ihre Effektivität anscheinend von vornherein in Kauf. Sie setzen eine Regierung in Washington voraus, für die Vietnam ein Mißgriff, eine aufgedeckte Affaire bedeutet, leugnen die unerbittliche Konsequenz, die zur Einrichtung dieses Schlachthauses führte, und nützen unversehens allein der amerikanischen Politik, der sie damit „eigentliche“ Lauterkeit bescheinigen. Die unvermittelten Sofort-Forderungen, die das Problem nicht lösen, sondern es nur vom Halse schaffen wollen, lassen die beschworene Solidarität mit der leidenden vietnamesischen Bevölkerung in einem schlechten Licht erscheinen. Die einfache demokratische Moral aller Gutgesinnten, die an den Henker appellieren, sein Opfer doch laufen zu lassen, erscheint hier plötzlich als Ignoranz, die allein ihre saubere Weste vorzeigen will.

Diese drei Kardinalfehler, ungewollte Unterstützung der US-Regierung, Identifikation mit den Opfern, die auf Kontemplation hinausläuft, Narzißmus, der sich seine Untadeligkeit selbst bescheinigt, rühren her von einer Menschlichkeit, die ohne genaue Analyse der Situation auskommen zu können meint. Wer Frieden fordert, muß danach sehen, wie dieser aussehen wird: „Unnützes Blutvergießen“ findet in Südafrika nicht statt; „Ruhe und Ordnung“ herrschen in Angola. Der Bürgerkrieg auf den Philippinen ist „glücklich beendet“.

Die demokratisch aufrechte Gesinnung wird ihr Gewicht erst wieder gewinnen, wenn sie sich endlich an die rechte Adresse wendet, wenn sie erkennt, daß mit den Henkern im Weißen Haus nicht mehr zu diskutieren ist. „Abzug der amerikanischen Truppen“, „Freie Wahlen für Südvietnam“, das sind Forderungen an den Vietcong, einen gerechten Frieden endlich zu erzwingen, Forderungen, die nicht hilflos bleiben in der Solidarität mit den Unterlegenen, die eine lahme deutsche Protestbewegung bis heute bejammerte, sondern die schlagkräftig werden in der Solidarität mit den Siegern, schlagkräftiger werden mit jedem abgeschossenen amerikanischen Flugzeug, mit jedem verbrannten Einberufungsbefehl. Was bis heute versäumt wurde, in den Verurteilten, die sich erfolgreich zur Wehr setzen, uns selbst wiederzuerkennen und sie darum nicht nur mit Jammer abzusingen, das ist endlich zu leisten. Unser richtig verstandenes Interesse, das einsieht, daß jeder Sieg der Vietcong einen Sieg für unsere Demokratie bedeutet, ist die Triebfeder der folgenden Blätter.

#### AGGRESSOREN

Die Hauptursache des Konflikts ist die Aggression Nordvietnams gegen das tapfere und unabhängige südvietnamesische Volk. Gelingt es, dieser Aggression Einhalt zu gebieten, so gewinnen Volk und Regierung Südvietnams freie Hand, ihre Zukunft nach eigenem Willen selbst zu gestalten und ihre große Aufgabe der Weiterentwicklung des Landes voranzutreiben. Dann auch entfällt die Notwendigkeit amerikanischer militärischer Hilfsaktionen.

(Lyndon B. JOHNSON, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, 20. August 1965)

#### AGGRESSOREN

Mr. MAHON (D. Tex): Glauben Sie, daß wir den Krieg in Südvietnam allein dadurch gewinnen können, daß wir Nordvietnam bombardieren?

Minister McNAMARA: Nicht nur, indem wir den Norden bombardieren. Diese Ansicht wird nicht von allen geteilt, aber es ist auf jeden Fall meine eigene feste Überzeugung.

Mr. MAHON: Wenn Sie die Leute in Nordvietnam überreden könnten, ihre Aggression in Südvietnam einzustellen, dann würden Sie nicht durch Bombardierung Nordvietnams den Sieg erringen?

Minister McNAMARA: Ich glaube nicht, daß, solange die Vietcong im Süden militärisch erfolgreich sind, irgendein Ausmaß der Bombardierung des Nordens Nordvietnam veranlassen wird, die Aggression im Süden aufzugeben.

Mr. MAHON: Wenn wir eine Politik und ein Programm zur Vernichtung (obliteration) Nordvietnams verfolgen, würde das den Krieg beenden?

Minister McNAMARA: Meiner Meinung nach würde dies nicht vollständig die nordvietnamesische Unterstützung der Operationen in Südvietnam beenden. Die meisten Waffen und die meiste Munition wird von anderen kommunistischen Staaten geliefert.

(Diskussion geht ohne Band weiter)

Mr. MAHON: Das ist natürlich ein Gesichtspunkt. General Wheeler (Chairman, Joint Chiefs of Staff), glauben Sie, daß die praktische Vernichtung Nordvietnams den Krieg in Südvietnam erfolgreich beenden würde?

General WHEELER: Ich bezweifle es, Sir...

(Testimony pps. 32-3 vor dem House Appropriations Committee in einer Ausschuß-Sitzung am 26. Januar 1966, fünf Tage vor Wiederaufnahme der Bombardierung Nordvietnams. Die zensierten Hearings wurden erst am 11. März, 6 Wochen nach der wiederbegonnenen Bombardierung freigegeben.)

#### PAX AMERICANA

Minister RUSK: Wir setzen uns nicht in die Position der Polizei des Weltalls... Wir wollen der Welt keine Pax Romana aufzwingen.

Senator FULBRIGHT: Sie bestreiten, daß es Pax Romana gibt; in der Tat jedoch stehen unsere Truppen in Europa, Korea, Vietnam und in der Dominikanischen Republik. Wir unterhalten Militärmissionen bei den meisten Völkern der Welt...

Senator AIKEN: Und sind wir verpflichtet, den Kommunismus zu bekämpfen, wo immer er vorkommt?

RUSK: Nein, nein... wir unterhalten uns darüber, daß, wo immer die kommunistischen Länder darangehen, Aggressionsakte gegen all die Länder zu begehen, zu denen die USA in klarem Allianzverhältnis stehen, es unsere Pflicht ist, die Verbündeten zu unterstützen.

AIKEN: Das wären also wieviel — 80 oder 90 Länder der Welt?

RUSK: Nein, gerade etwas über 40 Länder wären davon betroffen.

AIKEN: Nur 40?

RUSK: Jawohl.

(Sen. For. Relations Hearings on Vietnam, Teil 1.)

„Die US-Marineinfanterie braucht Sie. Die Periode der Pax Romana war die längste Zeit der Ruhe, die die zivilisierte Welt je genossen hat. Dieser Friede wurde errungen und erhalten vom Römischen Bürgersoldaten, der in Notzeiten seinem Volk zur Hilfe eilte. Heute braucht das Marineinfanterie-Corps seine Bürgersoldaten, seine Reservisten, um dem eigenen Volk und der freien Welt zur Hilfe zu kommen.“

(Aufruf auf S. 1 in „The Reserve Marine“, Januar 1966.)

#### PAZIFIKATIONSPROBLEME

Mr. DOWNS (ABC News): Herr General Greene, die Marines und Sie selbst sind sehr stolz auf die civic action und das Pazifizierungsprogramm, das die Marines zusammen mit Zivilisten in Südvietnam durchführen. Wie kommt es, daß es Ihnen nicht gelang, Da Nang zu pazifizieren?

General GREENE (Kommandant, U.S. Marines): Nun, ich glaube, daß Da Nang pazifiziert ist...

Mr. DOWNS: ... Wir setzen Flugzeuge und B-52-Bomber ein, manchmal entlauben wir ihre Agrargebiete, wir töten Zivilisten, obwohl wir das nicht wollen... Wie ist es möglich, daß sie uns gerne sehen? Wie können wir sie pazifizieren?

General GREENE: Natürlich ist das ein Problem, dem wir uns in jeder Kampagne gegenübersehen...

Mr. DOWNS: Sprechen Sie nicht von einer Art Okkupation? Wird es so weit kommen?

General GREENE: Es ist keine Okkupation in irgendeinem Sinn dieses Wortes, denn wir haben selbst keine egoistischen Interessen dort, und die Leute erkennen das an... Je länger wir dort bleiben, um so mehr werden die Leute das einsehen.

(aus: ABC-TV Issues and Answers, 3. April 1966)

### SCHULE DER NATION

General Westmoreland über seine Jungs:

Sie sind eine außergewöhnliche Truppe — gut ausgebildet, mit edelsten Beweggründen, mit einer souveränen Haltung gegenüber den komplexen Problemen, die sie umgeben. Aus diesem Kriege werden einige der besten Leute herauskommen, die dieses Land (USA) je gesehen hat. Leute, die die politischen Realitäten souverän beherrschen, die viel Erfahrung aus einer höchst komplizierten Situation gewonnen haben. In zehn oder fünfzehn Jahren wird der Kongreß voll von diesen Leuten sein. Das wird sich wohltuend auf unsere ganze Gesetzgebung auswirken.

(Newsweek, 18. April 1966, S. 24)

(Privatakten, Standort ZI 6: Akte „SDS, A I“)

## DOKUMENT 529

Sozialistischer Deutscher Studentenbund  
Landesverband Berlin

Berlin, 12. Mai 1966

Liebe Genossinnen und Genossen!

Hiermit laden wir Euch ein zu einer Außerordentlichen Landesvollversammlung, die am Mittwoch, den 18. 5. 1966, um 20.00 Uhr im Zentrum des SDS, 1 Berlin 31, Kurfürstendamm Nr. 140/II, stattfindet. Der Bundesvorstand hat zugesichert, daß dem Berliner SDS wegen der nicht fristgemäßen Einberufung keine Nachteile entstehen werden. Tagesordnungspunkte der a.o. L-Vollversammlung:

1. Diskussion mit dem 1. Bundesvorsitzenden des SDS, H. Schauer, über die vom BV gegen den Berliner SDS erhobenen Vorwürfe im Zusammenhang mit der Vietnam-Politik unseres Verbandes;
2. Diskussion über den vom BV geplanten Vietnam-Kongreß in Frankfurt/Main am 22. Mai.

Hauptgegenstand der Vorwürfe des BV gegen den Berliner SDS ist die Nr. 1 der vom Berliner Landesverband herausgegebenen „Informationen über Vietnam und Länder der Dritten Welt“, worin der BV eine Präjudizierung der Haltung des Gesamt-SDS zur Vietnam-Frage erblickt.

In diesem Zusammenhang hat der BV gedroht, folgende Berliner Genossen aus dem SDS auszuschließen: Ulrich Enzensberger, Ruth Fleischmann, Peter Gäng, Hans-Joachim Hammeister, Jürgen Horlemann, Götz Schmidt und Rainer Würgau. Deren Ausschluß soll erfolgen, weil die „Informationen“ entgegen dem Willen des BV in Frankfurt vor dem geplanten Vietnam-Kongreß veröffentlicht wurden und weil darüber keine Diskussion stattgefunden habe. Tatsächlich haben Landesvorstand und Landesbeirat in einer a.o. Sitzung am Sonntag, 8. Mai, einstimmig die Veröffentlichung der „Informationen“ für Montag beschlossen. Nachdem die Ausschlußdrohung des BV hier bekanntgeworden war, fand am Montag, 9. Mai, wiederum eine a.o. Landesbeiratssitzung statt. Sie beschloß:

- mit überwältigender Mehrheit die „Informationen“ dennoch am folgenden Tag (Dienstag) herauszugeben,
- sich gegen die angedrohten administrativen Maßnahmen zu verwehren und die Streitfragen nicht autoritativ, sondern mittels Diskussionen zu klären,
- den Rücktritt des 1. Landesvorsitzenden (Scheidler) zur Kenntnis zu nehmen, der von den übrigen Landesvorstandsmitgliedern in der Frage der Herausgabe der „Informationen“ am Montag überstimmt worden war.

Für den Bundesvorstand ergibt sich nun die schwierige Situation, sollten die Diskussionen keine Klärung herbeiführen

können, sich entsprechende administrative Maßnahmen gegen Redaktion, Landesvorstand und -Beirat auszudenken. Er muß darüberhinaus begründen, weshalb der Berliner SDS nicht an der Vorbereitung des Vietnam-Kongresses beteiligt wurde und an der Durchführung auch nicht beteiligt werden soll.

Mit freundlichen Grüßen, Der Landesvorstand

Jürgen Horlemann

(Privatakten, Standort ZI 6: Akte „SDS, A I“)

## DOKUMENT 530

### Protokoll

der Vollversammlung der Medizinischen Fakultät am Dienstag, dem 17. Mai 1966, um 10.00 Uhr c. t. im großen Hörsaal des Physiologischen Instituts

HERR PITTNER (stellv. Sprecher u. Fachschaftsleiter Vorklinik): Es besteht ein Druck von Seiten des Staates, der bisher die Fakultät betrifft, nun auch die Studenten. Die Einführung der befr. Zul. begegnet diesem Druck nicht auf die richtige Weise.

„Sie alle wissen, daß es nicht immer leicht ist, die Gelder zu kriegen, die die Professoren in ihrem Überblick über das System ihres Faches Ihnen gern zur Verfügung stellen würden. Sie alle wissen, daß es nicht leicht ist, die Praktiken zu bauen, in denen Sie alle Platz haben. Wir wissen das auch von der Studentenvertretung, und wir wissen auch, daß man versucht, aus dieser finanziellen Klemme herauszukommen, indem man eben auf diesen Druck der Verwaltung der Geldgeber durch diese Neuregelung antwortet. Wir glauben aber, daß durch diese Neuregelung eine ganz beträchtliche Summe vielleicht nutzlos ausgegeben wird und einfach deshalb, weil diese Neuregelung einkalkuliert, daß, in den Zahlen bitte ich Herrn Professor Dulce, hinterher mich eventuell zu korrigieren, er hat sie geläufiger (Lachen), daß von rund 300 Erstsemestern, die hier beginnen — ich gebrauche runde Zahlen —, rund 100 bis 150 werden gehen müssen bis zum bestandenen Physikum, daß die Klinik momentan und auch später nicht sehr viel mehr wird verkraften können. Diese Zahl der Studenten, die dann werden gehen müssen, haben bis dahin hier studiert, sie haben bis dahin hier die Praktiken benutzt, die Lehrmittel benutzt, haben in Hörsälen gesessen. Hinterher werden sie nicht Ärzte oder werden sie es zumindest nicht hier. Wir wissen nicht, ob es wirklich zwingend ist, daß so zu regeln. Wir glauben aber, daß für diese Universität ein ganz erheblicher Leerlauf damit verbunden ist, eine ganz erhebliche Mehraufwendung an Geld und an Mitteln, die keinem zugute kommt, denen, die gehen müssen, offenbar nicht und Ihnen, die Sie hier sind und die Sie in bis dahin prall gefüllten Praktiken sind, auch nicht. (Klopfen) ...“

DEKAN: „Ich fasse mich kurz. (Lachen) Ich glaube aber, daß aus den Ausführungen von Herrn Pittner sich etwas ergeben hat, was hier von vornherein klargestellt werden sollte. Vor allen Dingen die Studenten aus der Klinik werden mein Bekenntnis zur akademischen Freiheit kennen, das ich (Klopfen) für die Lehrenden, aber auch für die Lernenden in Anspruch nehme, und zwar voll und ganz. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß eine akademische Freiheit nur dann recht verstanden ist, wenn sie gekoppelt ist mit einer Verantwortung. (Klopfen) Die Fakultät hat sich nicht etwa ad hoc mit der befristeten Zulassung beschäftigt, sondern diese befristete Zulassung ist gewissermaßen ein Ergebnis, das am Rande abgefallen ist. Das bedarf einer ganz kurzen Erklärung: Die Fakultät beschäftigt sich, muß sich beschäftigen im Hinblick auf die Tatsache, daß in anderthalb Jahren eine zweite Ausbildungsstätte hier an unserer Universität zur Verfügung steht, mit Fragen der Lehrgestaltung. Die Fragen, die im übrigen, wie Ihnen ja zur Genüge bekannt ist, nicht nur in den zuständigen Gremien, den Fakultäten, Universitäten, im Wissenschaftsrat, sondern auch in außeruniversitären Gremien, mehr als uns vielleicht lieb ist, behandelt werden, haben wir in den letzten Semestern angegangen, um Wege zu finden, die bei der Übernahme des Klinikum einen vollwertigen Ausbildungsgang

für eine gemäße Zahl von Studenten gewährleisten. Sie wollen das bitte bei diesen kommenden Erörterungen im Auge behalten. Ich darf aber noch ein Weiteres hinzufügen: Die beschlossene befristete Zulassung enthält Bestimmungen, die, wie wir glauben, recht weit gefaßt sind, und die weit über das hinausgehen, was eigentlich durch die Bestellordnung, und sie ist ja für uns das Regulativ, vorgeschrieben ist. Sie hat außerdem Härtebestimmungen eingefügt, und hier möchte ich zu Ihrer Beruhigung sagen, daß über die Härtefälle nicht etwa der Zulassungsdozent allein entscheidet (anhaltendes Klopfen), sondern der Zulassungsdozent ist, was offenbar einer größeren Anzahl von Studierenden nicht bekannt zu sein scheint, der Delegierte des Dekans und damit der Fakultät. Danke.“ (Klopfen)

Auf Fragen aus der Studentenschaft nach Zahlenmaterial über das Ausmaß der Studienzeitverlängerung entwirft und erläutert Prof. Dulce eine diesbezügliche Tabelle:

Studenten im	davon haben das Vorphysikum abgelegt:		
	nach 2 Sem.	nach 3 Sem.	noch nicht
3. Sem. = 161	107	—	54
4. Sem. = 283	223	45	15 = 6 %
5. Sem. = 146	98	29	19 = 13 %

	davon haben das Physikikum abgelegt:			
	n. 5 Sem.	n. 6 Sem.	n. 7 Sem.	noch nicht
6. Sem. = 176	84	—	—	92
7. Sem. = 170	44	54	—	72 = 40 %
8. Sem. = 233	128	50	17	38 = 17 %

STUDENT: „Ist das nicht eine Selektion, die von WD herkommt? Sind da Studenten dabei, die überhaupt 6 Semester bis zum Physikikum gebraucht haben? Werden die überhaupt zugelassen?“

PROF. DULCE: „Darf ich fragen: Sie beziehen sich doch auf die Klinik, wenn ich nicht irre. Klinische Zahlen stehen hier überhaupt nicht an der Tafel. Es handelt sich hier ausschließlich um die Beurteilung des Physikikums. Die Beurteilung des Staatsexamens habe ich nicht hier, aber ich wollte Ihre Frage beantworten, denn das kann ich. Bei den Klinikern liegen die Verhältnisse so, daß wir im Prinzip ungefähr höchstens 10 Kliniker haben, die aus dem Limit des 7. klinischen Semesters herausfallen. Das darf ich hier sagen. Es sind einige Spitzenkandidaten dabei, einige, ganz wenige: Also hier 19. Semester, 21. Semester. Das ist also möglich. Aber das ist nicht zu diskutieren. Wir brauchen also über die Frage der Verlängerung des klinischen Studiums über 7 Semester hinaus überhaupt nicht zu diskutieren (Zischen), denn diese 10 werden ja zu uns kommen, so denke ich.“

STUDENT: „Aber Herr Professor, wenn keine Notwendigkeit besteht der Zahlen wegen, warum wird das überhaupt gemacht?“ (Beifall)

PROF. DULCE: „So kann man argumentieren! (Lachen, Zischen) Es ist aber so: Gerade im klinischen Bereich sind, wie gesagt, einige sehr markante Fälle dabei, und die im Grunde genommen wir hier nicht extra hervorziehen sollten...“

HERR GATZKE (chem. Studvertr.): „Herr Professor, darf ich noch einmal eine Frage stellen, die von den reinen Zahlen weg vielleicht zum Grundsätzlichen führt. Es würde mich sehr interessieren, ob Sie außer diesen rein statistischen Angaben Vorstellungen haben über die Ursachen dieser Studienzeitverlängerung.“ (Klopfen)

PROF. DULCE: „Diese Frage wurde gestern schon angeschnitten, und ich habe also Ihre Drucksache, die mir zugeschickt wurde, daraufhin gelesen und darf Ihnen sagen: Vor anderthalb Jahren, als dieses Problem hier für uns etwas drängend wurde, habe ich in der WiSo-Fakultät mich bemüht, jemanden zu finden, der diese soziologische Struktur durchleuchtet, der uns von der WiSo-Fakultät dort hilft. Das Gespräch ging leider so aus, daß die WiSo-Fakultät ihre eigene Fakultät wohl mäßig durchleuchtet hat und es kennt, aber daß wenig Bereitschaft bestand, uns dort zunächst mal zu helfen. Einfach aus

Personalmangel, und das ist letztlich auch verständlich. Nun, ich habe meine Beobachtungen gemacht, würde aber trotzdem sagen, wenn wir alle diese Herren und Damen, die hier etwa in diese 17 % reinfallen (siehe Tabelle) oder hier in die 13 % reinfallen, wenn wir die zu uns bekommen, oder daß wir sie sprechen können, sehr viele habe ich schon angeschrieben, habe bis heute nie eine Nachricht gekriegt, das ist schon bald vier Wochen her. Die sind überhaupt nicht in Berlin, obwohl sie immatrikulierte Studenten auch in diesem Semester sind. Es ist also schwierig, mit ihnen in Kontakt zu treten. Wir werden aus dem Kontakt heraus sicher eine solche soziologische Betrachtung abzuleiten versuchen. Das heißt, wir werden sie fragen: Welches sind die Gründe, daß Sie so lange studieren? Und diese Gründe kann man doch von ihnen erfahren, und ich sagte schon gestern, daß sicher dann Härtefälle erkennbar werden, und diese Härtefälle, die erkennbar sind, denen werden wir doch auch wohlwollend nachgehen.“ (Klopfen)

HERR DOMBERG: „Glauben Sie nicht, daß es sinnvoll gewesen wäre, wenn die Hohe Fakultät vorher eine Untersuchung gemacht hätte, über die Ursachen der Studienzeitverlängerung, bevor sie einen solchen einschneidenden Beschluß gefaßt hat?“ (Klopfen)

Im Verlauf einer kurzen Diskussion über die Art des Druckes, der von außen auf die Fakultät einwirkt, fragt ein

STUDENT: „Es bestand kein Druck von seiten des Finanzamtes?“ (Lachen, Beifall)

PROF. SCHÜTTE (Vors. d. Ausschusses f. d. ärztl. u. zahn-ärztl. Vorprüfung): „Der Druck besteht z. B. darin, daß vom Senat von Berlin die Gesamtzahl der Studierenden an der FU auf 15 000 begrenzt ist. Jeder, der seinen Studienplatz nicht optimal ausnutzt oder ihn gar nicht ausnutzt, nicht wahr, zählt in den 15 000 und verhindert zwangsweise, daß ein anderer, der den Platz vielleicht besser ausnutzen würde, herkommt. (Klopfen) Es haben sich merkwürdige Bräuche eingeschlichen. Also z. B. jemand kommt in Köln nicht an, er ist in Köln zuhause, er läßt sich hier immatrikulieren, aber er studiert gar nicht hier. Er belegt hier, nicht wahr, er ist in Köln und hört da so schwarz sich irgendwie durch, nicht wahr, Leute, die hier immatrikuliert sind, die — ich weiß nicht wie — rückmelden, belegen, Testate sammeln, aber nachher hört man: Er ist die letzten drei Semester, das sind die letzten anderthalb Jahre, in Damaskus gewesen, zuhause. (Lachen, anhaltendes Zischen) Da gibt es massenweise solche Leute!“

Es ist gefragt worden, warum wir nicht erst eine große Untersuchung gemacht hätten, eine soziologische Untersuchung. Meine Damen und Herren, also so nach dem, was ich so in der Sprechstunde usw. mitkriege, ist wohl diese Verlängerung des Studiums höchstens zur Hälfte ein soziologisches Problem. Zur anderen Hälfte ist es ein Problem, na, sagen wir mal, der psychischen Situation. (Klopfen) Da liegt wohl auch die Ursache dafür drin, daß die Ergebnisse der Examina katastrophal und signifikant schlechter werden, je älter die betreffenden Leute sind. Und das ist ganz verständlich: es ist völlig unmöglich, Examenswissen über Jahre in Hochglanz zu erhalten. Da muß jeder zum Psychopathen und zum Neurotiker werden! Das geht gar nicht anders! (Klopfen) Sie dürfen mir glauben, ich habe in meinem Leben sackweise Examina machen müssen, weil ich ja sowohl ein medizinisches als auch ein chemisches Studium tutti quanti durchgeführt habe. Nicht wahr, man kann ein Examenswissen, das kann man nur mit Tempo assimilieren und dann schleunigst hindurch, nicht wahr. (Lachen) Man kann nicht jahrelang immer wieder sitzen, immer wieder den selben Quatsch in den Lehrbüchern lesen. Man weiß es ja alles, nicht wahr. Es ist also grauenvoll, was uns in den Prüfungen über den Weg läuft, gerade bei den älteren Leuten. Nicht wahr, und ich glaube, es wäre ein wichtiger Effekt, wenn man durch diese automatische Studienzeitbegrenzung erreichen würde, daß durch den Druck von hinten, nicht wahr, etwas mehr Bereitwilligkeit zustande kommt, in die Examina einzutreten. Es ist ja auch keineswegs ein Novum. Also ehrlich gesagt, weiß ich gar nicht, worüber Sie sich aufregen! (Lachen) Sie müssen bedenken: In der TU ist die Begrenzung der Studiendauer in der Satzung drin.

Selbst die Hochschule für Musik immatrikuliert nur auf Probe für zwei Semester. Nach zwei Semestern neues Vorspiel, wer nicht wesentliche Fortschritte hat, ist draußen! In einem Studium, wie dem der Musik, nicht wahr, wo man sagen würde: Da muß überhaupt große Liberalität herrschen.“

„Im Ausland ist es allerdings so, daß in einem Jahrgang in der Regel höchstens 100 Leute sitzen und nicht 300; und das ist allerdings ein sehr wesentlicher Punkt. Aber ich weiß nicht, ob Sie dafür plädieren, nicht wahr. Ich hätte nichts dagegen einzuwenden. Wenn ich nur 100 Leute im Jahrgang habe, brauche ich keine Studienreform, brauche ich gar nichts, dann kenne ich jeden, und dann kommen wir mit den Leuten prächtig durch. Bei einem Massenbetrieb von 5, 600 Leuten im Jahr braucht man einfach irgendwelche Möglichkeiten.

Daß es in der Klinik besser ist, ist klar, denn die, sagen wir einmal, die schlechten Leute bleiben ja in der Reuse des Physikums hängen bzw. stellen sich gar nicht zur Prüfung. Was in den klinischen Semestern ist, das hat ja gewissermaßen eine gewisse Qualifikation vorgelegt.“ (vereinzelt Klopfen)

HERR GATZKA: „Ich möchte dazu noch sagen, daß die Leute, die ab und zu mal für ein paar Jahre nach Damaskus wandern, für uns sehr lustig sind; aber uns geht es doch darum, daß wir aus diesen Zahlen sehen: Irgendwas stimmt nicht, und daß wir jetzt nicht hergehen wollen und sagen: Also okay, soundsoviel Prozent, die schauen oben raus, also schneiden wir die ab.

Warum die von unten her schlecht wachsen, darüber wird gar nicht diskutiert! Und wir können doch nicht eine Studienreform dadurch einführen, daß wir sagen: Druck von hinten, dann werden sie oben schneller rauskommen, können wir sie schneller abschneiden.“ (Lachen, anhaltend)

STUDENT fragt, ob die Professoren der Meinung sind, die Studenten seien dümmmer geworden und bemängelt, daß die Dozenten ihnen bekannte Einzelfälle auf die Allgemeinheit übertragen.

PROF. SCHÜTTE: „Die Klage über die immer dümmmer werdende Menschheit ist natürlich weit verbreitet. (Lachen) Über den 16jährigen Querschnitt hier kann ich sagen: Es ist im Grunde gleich geblieben. 30 % sind gute, zum Teil sogar sehr gute Leute, nicht wahr, das sind also Leute, die das so souverän und fristgerecht hinlegen, daß uns die Naturwissenschaftler um das, was diese Leute in den Prüfungen der Physik und der Chemie bieten, beneiden und sagen: Wir wären froh, wenn unsere Hauptfachchemiker und Hauptfachphysiker das auch so souverän brächten. Ein weiteres Drittel sind Leute, die mit nachgehender Fürsorge noch zu recht nützlichen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft (Lachen, Zischen), nicht wahr, und ein weiteres Drittel, die sind schlecht. Da ist leider gar nicht dran zu meckern (Lachen), nicht wahr, die sind schlecht, nicht wahr, bedauernswert und schrecklich schlecht. Und ich habe den Eindruck, dieses letzte Drittel, das kriegt niemand. Ihr vergangener Vorkliniker-Obmann, Herr Gatzke, hat sich unendliche Mühe mit den Tutorengruppen gegeben; ja, so etwa 60 % zieht er an Land; na ja, das sind die 60 %, die einigermaßen gut zu kriegen sind. Aber diese verruchten 30 %, die kriegt niemand, nicht wahr. Die kommen nicht in die Vorlesung, die schieben die Kurse vor sich her. Wenn irgendwo eine Klausur geschrieben wird, dann sind sie krank, dann kommen sie nicht, nicht wahr, dann kommen sie ein Semester später wieder. Und wie kommen wir an diese 30 % heran: Das ist ein Problem für uns. Und bei den mittleren 30 % bin ich überzeugt, daß wir da sehr erheblich bessere Ergebnisse haben könnten, wenn die Studentenzahl sehr erheblich kleiner wäre und wir ganz erheblich bessere Möglichkeiten der persönlichen Ansprache hätten.“ (Klopfen)

HERR LINK: „Meine Damen und Herren! Wir haben zum Teil über sehr detaillierte Fragen diskutiert. Sie wissen schon lange, daß es bei uns einen Überhang an Studenten gibt. Wir wußten es noch nicht so genau, wie jetzt. Dafür danken wir Prof. Dulce. Wir wissen aber immer noch nichts über die Ursachen dieser Studienzeiterlängerung, und ich wehre mich dagegen, daß die Ursachen einfach auf die Studenten abgewälzt werden. Das ist sicher nicht richtig. Ich habe folgende

Thesen dazu formuliert und werde mir erlauben, diese einmal vorzutragen: Die Zwangsexmatrikulation ist kein Beitrag zu einer Studienreform, weil die Studienbedingungen durch sie nicht verbessert werden. Sie bedeutet die Einführung einer symptomatischen Therapie, bevor alle Möglichkeiten zu einer kausalen Behandlung erschöpft sind. Die Überfüllung der Hochschule wird durch die Zwangsexmatrikulation der Bummelanten nicht beeinflusst, da es das Charakteristikum der Bummelanten ist, sich nicht in der Universität aufzuhalten. (Klopfen) Um Studenten, die extrem lange studieren, von der Hochschule zu entfernen, bedarf es nicht einer so globalen Maßnahme, die alle Studenten betrifft. Die Universitätsordnung bietet Handhabe, bummelnde Studenten auf anderem Wege von der Hochschule zu entfernen. Ich darf gleich eingehen auf das, was Prof. Dulce eben sagte: Natürlich macht es mehr Arbeit, wenn da alle Leute vor den Disziplinararschuß zitiert werden. Aber ich finde, zur Wahrung der individuellen Freiheit sollte man sich ruhig etwas mehr Arbeit machen. (Klopfen)

Als ich begann zu studieren, wurde gerade an den letzten westdeutschen Universitäten der Numerus clausus eingeführt mit der Begründung, es geschehe ja nur vorübergehend. Inzwischen ist nichts geschehen, und man ist dabei, weil nichts geschehen ist, die Zwangsexmatrikulation einzuführen. Ein solcher Hang zu Restriktionen sollte in einer freieitlichen Gemeinschaft nicht existieren. Niemand von uns will die Studenten begünstigen, die exzessiv lange studieren bis zum Vorphysikum, Physikum oder Staatsexamen. Aber man soll doch deswegen immer die Wirkung einer globalen Maßnahme gegen die Einschränkung der allgemeinen Freiheit abwägen.“

HERR PITTNER: „Wir müssen leider zu Ende kommen. Der Vollversammlung der Medizinischen Fakultät wird folgendes zur Abstimmung vorgeschlagen:

Die Studentenschaft der Medizinischen Fakultät spricht sich gegen die befristete Zulassung in der Form, wie sie von der Hohen Fakultät beschlossen worden ist, aus.“

Der Antrag wird mit großer Mehrheit bei 11 Neinstimmen und 9 Enthaltungen angenommen.

HERR FRESE: „Ich danke Ihnen allen für das zahlreiche Erscheinen und für die rege Diskussion, ganz besonders den Mitgliedern der Hohen Fakultät, und hoffe, daß die entsprechenden Anträge und Meinungen, die hier jetzt kundgetan worden sind, bei uns und den entsprechenden Vertretern zusammenkommen und wir dann in der Diskussion bleiben.“ (Klopfen)

F. d. R. d. P.:

gez. Maria Bloch

gez. Michael Fromm

(Archiv ZI 6: Akte 12.12 FU „Einzelne Fakultäten“)

## DOKUMENT 531

Jürgen Horlemann — Referat zu Flugblatt  
„Informationen über Vietnam und Länder der Dritten Welt“  
Nummer I

Die Gründe, die dazu veranlassen, daß der Berliner Landesverband des SDS heute erneut zu einer Diskussion über Strategie und Taktik des Verbandes zusammentritt, sind in der Fragestellung, die insbesondere anlässlich der Plakataktion vor gut drei Monaten bei uns aufkam, genannt worden. Damals wurden die politischen und strukturellen Schwierigkeiten des Verbandes erkannt, die aller Wahrscheinlichkeit nach konstitutiv für diese Aktion waren, besonders aber für die Methode, in der sie durchgeführt wurde. Die Diskussionen haben gezeigt, daß die Frage nach dem Verhältnis von Opportunismus und Putschismus innerhalb politischer Organisationen nicht von ungefähr gestellt werden kann, sondern daß dieses Verhältnis Ausdruck der inneren und äußeren Bedingungen ist, unter denen der SDS jeweils politisch arbeitet.

Die Tatsache, daß die demokratische Diskussion vor dieser Aktion als Konstituente der SDS-Verbandsarbeit negiert worden war, und erst im Anschluß an ein *fait accompli* über die

politischen Intentionen und Motivationen versucht wurde, Klarheit zu erlangen, wurde nachträglich als Ausdruck der politischen Orientiertheit und der organisatorischen Struktur des SDS erklärt — wobei die organisatorische Struktur als Endergebnis der politischen Strategie des SDS bzw. deren Abwesenheit begriffen worden war. Die Organisation der politischen Arbeit und der öffentlichkeitswirksamen Aktionen des SDS stellte sich also nicht als technisches Problem dar, sondern als Ausdruck der politischen Orientierung, mithin als ideologisches Problem. Die Diskussion über die organisatorischen und strukturellen Probleme, wie sie damals geführt wurde, ist in diesem Zusammenhang nicht ganz irrelevant, jedoch scheint es mir wichtiger, auf die politischen Implikationen vorrangig einzugehen.

Die Schwierigkeiten, denen sich eine sozialistische Politik gegenüberstellt, die ihren Ausdruck in einer einseitigen, illegalen, von den Prinzipien der Verbandspraxis abweichenden, ja sie in Frage stellenden Aktion gefunden hatten, bestanden und bestehen in der nicht vorhandenen SDS-Strategie. Deren problematisches Ergebnis ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Koalitionspraxis unseres Verbandes mit den bürgerlich-demokratischen Organisationen vorwiegend innerhalb der Universität. Aus dieser problematischen Koalitionspraxis, die sich nicht zufällig, sondern als Folge der Übergangssituation des SDS zu einer unabhängigen funktionierenden sozialistischen Organisation nach der Trennung von der SPD ergeben hat, entstanden und entstehen notwendig aktivistische Improvisationen, die sich noch vor wenigen Monaten ohne allgemeine Diskussion innerhalb des Verbandes vollzogen. Indem wir vor der Situation stehen, daß die SPD endgültig in das gegnerische kapitalistische Lager integriert ist und in den Gewerkschaften sich ähnlich gefährliche Tendenzen abzeichnen, stellt sich für uns die Aufgabe, sozialistische Kritik in und an der Bundesrepublik selbständig zu erarbeiten und zu verbreiten; dabei ist notwendig die Übergangssituation nach der Trennung von der SPD (und diese Trennung ist ja nicht eine Organisations-, sondern eine ideologische Frage gewesen) durch die Bemühungen bestimmt, eigene Organisationsformen zu schaffen, mit Hilfe derer die sozialistische Kritik in politisch wirksamen Aktionen ihren Ausdruck finden soll. Dabei verlangen die gesamtgesellschaftlichen Veränderungen, deren eines Symptom die Trennung von der SPD war, eine Diskussion über die neue Form der Organisation, wobei Klarheit darin besteht, daß aus gesellschaftlichen Gründen der SDS mit den Traditionen der Partei-Organisation brechen muß, daß der SDS als **halbwegs** funktionierende sozialistische Organisation den in dieser Formulierung enthaltenen Anspruch einer eigenen sozialistischen Politik unter den neuen, schon analysierten und noch zu analysierenden Bedingungen konkret zu realisieren hat.

In dieser Situation muß sich das Problem der Koalition mit den bürgerlich-demokratischen Studentenverbänden ebenfalls neu stellen — insbesondere in Anbetracht der immer noch gültigen These, „daß der SDS in allem, was er tut, nur so stark sein kann, wie er es an der Hochschule ist“.

Die Begründung der SDS-Politik lautet dabei rein theoretisch etwa so: daß in Perioden sozialer und politischer Ruhe der SDS die Allgemeinheit der kapitalistischen Widersprüche hervorzuheben, die Tendenz des Kapitalismus bewußt zu machen und im Hinblick auf die Selbstbewegung der Realität sozialistische Theorie konkret zu entfalten habe. In dem Maße, wie der SDS das leiste, gelinge es ihm, partiellen politischen Erfolg zu haben.

Es hätte dieser theoretischen Konzeption entsprochen, organisatorische Formen zu entwickeln, die als Ausdruck dieser eigenständigen sozialistischen Positionen hätten angesehen werden können. Insbesondere wäre es absolut zwingend gewesen, in eine Strategie-Diskussion jenes Element politischer Reflexion einzuführen, das die Situation bezeichnet hätte, die sich nach der Periode der sozialen und politischen Ruhe ergibt. Unzweifelhaft sind die Vorgänge in Vietnam, in der EWG und in der Vorbereitung des Notstandsstaates in der Bundesrepublik kaum Anlaß, die Allgemeinheit der kapitalistischen Widersprüche hervorzuheben und es dabei zu belassen; sie müssen im Gegenteil Anlaß dazu sein, über die bislang geübte radikal-demokratische Praxis hinaus tatsächlich eine konkrete Analyse der kapitalistischen Widersprüche zu erarbeiten, die unserem

Anspruch gemäß auch als eigenständige sozialistische Position hätte vertreten werden müssen. Absolut entscheidend wäre es bei alledem gewesen, für diese Vertretung ebenfalls eine eigenständige Form der Organisation zu entwickeln, nachdem sich herausgestellt hat, daß mit radikal-demokratischen Forderungen die Entwicklungstendenzen innerhalb des kapitalistischen Systems nicht aufgehoben, geschweige denn beseitigt werden können. Eine solche selbständige Organisationsform hätte dabei keineswegs in einem Verzicht auf Zusammenarbeit mit dem radikal-demokratischen Potential zu bestehen, sondern hätte im Gegenteil das Ziel zu haben, dieses Potential in einem optimalen Ausmaß auf unsere Seite zu ziehen. Tatsächlich jedoch wurden die am meisten öffentlichkeitswirksamen Aktionen, wie z. B. der Notstandskongreß, wie z. B. die Vietnam-Demonstrationen und wahrscheinlich auch der bevorstehende Vietnam-Kongreß in Frankfurt innerhalb einer Koalition mit bürgerlichen Gruppen unternommen, und zwar in einer Weise, die eine Verbreitung sozialistischer Theorie nicht garantierte. Die Organisation als ideologischer Faktor in unserer Politik entsprach somit nicht den erklärten Zielen unseres Verbandes — die Einheit von sozialistischer Theorie und Praxis blieb als Versprechen da, praktisch jedoch wurde sie nicht eingelöst. Denn die Fragestellungen der Radikaldemokraten sind sowohl in der Notstandsfrage als auch in der Vietnamfrage und anderen relevanten Problemen von unseren qualitativ unterschiedenen, woraus die Verbandsführung bisher die Konsequenz, bewußt oder unbewußt, gezogen hat, diese radikal-demokratischen Fragestellungen zum Gegenstand öffentlicher Diskussionen zu machen — nicht in der Weise, daß deren Unzulänglichkeit mittels politischer Agitation denunziert worden wäre, sondern in der Weise, daß den Beteiligten demonstriert wurde, wo bürgerliche Normen verletzt werden, ohne ihnen zugleich die theoretische Handhabe zu liefern, zu begreifen, warum diese verletzt werden. Die Frage, wie bei dieser Form der Agitation eine Politisierung erreicht werden kann, d. h. wie die Proteste nicht bloß unverbindliche Deklamation, sondern verbindliche, zielgerichtete Aktion gegen die empfindlichen Stellen des Gegners hervorbringen, muß endlich gestellt werden. Andernfalls ist das Ergebnis dies, daß auf der einen Seite in unseren Publikationen sozialistische Theorie in niedrigen Auflagenziffern verbreitet wird, auf der anderen Seite aber eine Praxis betrieben wird, die nicht-sozialistisch ist und tendenziell die Formierungsvorgänge eher demokratisch legitimiert, denn ihnen Widerstand entgegenzusetzen.

Es war abzusehen, daß diese organisatorische Praxis Rückwirkungen auf die Vorgänge innerhalb des SDS haben würde. Die Unverbindlichkeit der Bündnisse mit den bürgerlichen Gruppen in der Vietnam-Frage erzeugt einerseits Parolen, die ebenso unverbindlich wie unrealistisch waren — gemessen am Stand der bei uns vorhandenen Theorie — und die dafür sorgten, daß unsere Theorie weitgehend unbekannt blieb. So war die Plakataktion ein gefährliches Resultat eben dieser Situation:

1. war sie Ergebnis einer nicht stattgefundenen Diskussion über Strategie und Taktik des SDS in der Vietnam-Frage;
2. war sie Ergebnis des unhaltbaren Zustandes, daß die Verantwortlichen es versäumt hatten, diese Diskussion richtig in Gang zu setzen;
3. hatten die Verantwortlichen es versäumt, sich um den Adressaten ihres Textes Gedanken zu machen, woraus wiederum folgte, daß
4. die Entscheidung, die Aktion illegal durchzuführen, unwidersprochen bleiben konnte.

Hätte eine Diskussion über diese Punkte stattgefunden, insbesondere über die Problematik von Legalität und Illegalität, so wäre die Aktion sicher nicht in der bekannten Form durchgeführt worden. Dies ist umso wahrscheinlicher, als bei der nachträglich durchgeführten Kritik einmütig die Konzeption vertreten wurde, nach der illegale Aktionen absolut unzulässig und gefährlich sind. Vielmehr wurde in Aussicht genommen, bei entsprechender politischer Situation sich mit den Praktiken des von der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung geübten civil disobedience zu beschäftigen. Einmütigkeit herrschte vor allem darüber, daß alle derartigen infrage kommenden Taktiken in aller Öffentlichkeit geplant, demokratisch entschieden und durchgeführt werden sollten.



Aber die wichtigste Konsequenz, die an dieser Aktion Beteiligte und Nichtbeteiligte zogen, war es, wissenschaftlich zu analysieren, welche sozio-ökonomischen Bedingungen und Tendenzen in der Bundesrepublik vorhanden sind, auf deren genauester Kenntnis allein die Bestimmung einer SDS-Strategie möglich ist. Die Ansätze hierzu sind im LV Berlin bereits durch den Arbeitskreis „Formierte Gesellschaft“ gelegt worden. Erst wenn die Situations- und Trendanalyse des Kapitalismus in der Bundesrepublik, dessen Zusammenhang mit EWG usw. fortgeschritten ist, kann davon gesprochen werden, die Einheit der Revolutionen in den unterentwickelten Ländern mit den Ansätzen der sozialistischen Bewegung in den hochindustrialisierten kapitalistischen Ländern in eine politisch wirksame Kraft zu verwandeln; diese Kraft kann in dem Maße wirksamer werden, wie im Rahmen einer neuen Imperialismus-Theorie folgendes geleistet wird: die Beeinflussung der Bevölkerung über ihren moralischen Appell, doch bitteschön das Totschlagen einzustellen, hinaus zu treiben. Dies kann optimal dann geschehen, wenn die Realvermittlung zwischen den Interessen der Revolutionen in der Dritten Welt und den Interessen eines noch auszumachenden Proletariats in unseren Ländern transparent geworden ist. Keinesfalls aber kann das bedeuten, daß die Organisierung dieses Widerstandes gegen das kapitalistische System erst an dem Tage einzusetzen habe, an dem die Bundesrepublik Truppen nach Übersee schickt. Die ideologische und organisatorische Vorbereitung auf die tendenziell ablesbaren Maßnahmen der herrschenden Kreise in der Bundesrepublik muß unbedingt bereits jetzt schon Teil der sozialistischen Strategiediskussion, aber auch bereits Teil der sozialistischen Praxis werden.

Unter diesem Gesichtspunkt sind deshalb bspw. Fragen zu stellen wie diese: warum die Berliner Vietnam-Demonstrationen über die Qualität der unreflektierten Koalition mit bürgerlichen Gruppen nicht hinauskommen konnten und ideologisch und organisatorisch von uns nicht stärker beeinflußt werden konnten. Denn die dort erhobenen Forderungen und Parolen waren nicht geeignet, in irgendeiner Weise Solidarität mit der Befreiungsfront herzustellen; und es konnte geschehen, daß die Demonstration von unseren bürgerlichen Koalitionspartnern als „zur Zufriedenheit der Polizei verlaufen“ hingestellt wurde. Die anschließenden Aktionen vor dem Amerika-Haus waren daher nichts anderes als Ausdruck der Unzufriedenheit mit dem Verlauf und dem Erfolg der bisherigen Demonstrations- und Agitationspraxis des SDS und seiner Vietnam-Spezialisten. Weil die Frage des Bündnisses mit bürgerlichen Gruppen nie Gegenstand ernsthafter Diskussionen war, müssen die ungeplanten Aktionen vor dem Amerika-Haus notwendig als Ausdruck der fehlenden Selbstverständigung über die Umsetzung unserer Theorie in politische Aktion gelten. Ihre Entsprechung haben die Gründe für diese Aktionen in der Struktur der Vietnam-Arbeit des SDS, die schnellstens abgeändert werden muß. Die jeweiligen Landesvorstände und der Bundesvorstand des SDS haben sich Vietnam-Spezialisten herangezogen, die mittlerweile in der theoretischen Arbeit auch vorangeschritten sind, während ihre Arbeit für die Organisationsstruktur unverbindlich geblieben ist. Die Erkenntnisse ihrer Arbeit stehen in einem Mißverhältnis zu der radikal-demokratischen Linie des Verbandes; diese ist den theoretischen Ergebnissen inadäquat. Der radikal-demokratischen Linie entsprechend treten die Vietnam-Spezialisten nur dann in Aktion wenn es darum geht, ein Maximum an Information zu liefern, das von den Zuhörern konsumiert wird. In der Tat wurde kein Versuch gemacht, die Trennung von Fachleuten und Konsumenten aufzuheben, obwohl gerade in Berlin, wo die Informationsarbeit des SDS in der Öffentlichkeit am weitesten fortgeschritten ist, hätte Anlaß sein können, sozialistische Theorie über den Kreis der wenigen Experten hinaus zu verbreiten. So haben die Vietnam-Experten des Berliner SDS bis heute insgesamt 23 öffentliche Veranstaltungen zum Thema Vietnam durchgeführt, davon einen erheblichen Teil in der Universität. Darüberhinaus wurden auch Kreise außerhalb der Universität angesprochen, indem bei folgenden Organisationen und Gruppen Referate, Seminare, Filmvorträge und Diskussionen abgehalten wurden:

Jungsozialisten Bezirk Tempelhof  
Jungdemokraten Landesverband Berlin

Falken Gruppe Zehlendorf  
Spartacus Gruppe  
Falken Gruppe Schöneberg  
Falken Gruppe Wilmersdorf (2×)  
Falken Gruppe Neukölln  
Falken Landesverband Berlin (2×)  
Sozialistische Bildungsgemeinschaft Berlin  
SPD Kreuzberg  
SPD Schöneberg  
Liberaler Studentenbund LV Berlin  
IG Metall Berlin  
Evangelische Jugend Berlin  
Pädagogische Hochschule Berlin

Zwar hat diese intensive Informationsarbeit die Zahl der Teilnehmer an der Vietnam-Demonstration im Februar mit bedingt, doch blieb diese Arbeit, von dieser großen Demonstration abgesehen, unverbindlich: keine der angesprochenen Organisationen oder Gruppen hat es je unternommen, aus eigener Initiative entweder die analytische Arbeit fortzusetzen oder gar praktisch-politische Konsequenzen zu ziehen. Im Gegenteil, der SHB hat seine Teilnahme am Frankfurter Vietnam-Kongreß abgesagt, obwohl uns bis heute keine politische Rechtfertigung bekannt wurde, die erklärt hätte, warum der SHB die Koalitionsarbeit gefährdete.

Aus diesen Erfahrungen der Trennung von Spezialisten und Konsumenten, der Unverbindlichkeit des Engagements und der Einsicht, daß die politische Praxis des SDS weder von den Koalitionspartnern bestimmt noch, wie jetzt bekannt wurde, gefährdet werden wollte, sind die Intentionen der „Informationen“ zu verstehen. Ausgehend von den Erfahrungen der Plakataktion, die den Verband und seine demokratischen Prinzipien gefährdete, haben Redaktion und Landesvorstand und -Beirat ein Abkommen getroffen, nachdem die Diskussion um Vietnam offen und demokratisch geführt werden konnte. Danach sollte der Zugang zur Redaktion offen gehalten werden, personelle Veränderungen in der Redaktion bedurften der Bestätigung des Landes-Beirates. Als Herausgeber firmierte der Landesverband, der Vorstand entschied darüber, ob die „Informationen“ erschienen oder nicht.

Bei den Diskussionen während der Entstehung der „Informationen“ schienen uns verschiedene, bisher im SDS ausschließlich praktizierte Möglichkeiten nicht mehr gangbar zu sein. Möglich schien weder die reine Faktenvermittlung noch die gegenwärtige Tendenzanalyse in Sachen Vietnam.

Die reine Faktenvermittlung hätte nichts weiter erreicht als die affektive Reaktion auf einen wunderlichen Exotismus. Die theoretische Durchdringung dagegen hätte den moralischen Protest unaufgearbeitet hinter sich zurückgelassen. Die einzige Weise, in der heute gegen die US-Aggression in Vietnam protestiert wird, der moralische Protest, ist Ausdruck der in den Köpfen der Einzelnen nicht bestehenden Vermittlung zwischen den hochindustrialisierten und unterentwickelten Ländern — dem ist nicht abzuhelfen durch das Bestehen auf der Tendenz, die sich endlich doch durchsetzt, noch durch Verweisen auf das bloße Faktum des Mordens. Beides bleibt in dem bisher bestehenden Protest äußerlich und überläßt ihn seiner unmittelbaren Form. Weder die theoretische Analyse noch die einfache Faktenvermittlung haben begriffen, daß der moralische Protest allererst zu entwickeln ist, daß er aus seiner bisherigen Form herauszutreiben ist, wenn sich das Wissen um geschendes Unrecht mit der beschworenen Tendenz vereinen soll. Es erscheint uns deshalb unfruchtbar, die Kritik an den Informationen von einer dieser beiden Positionen aus zu führen. Das ist weder ein Vorwurf gegen die Vermittlung von Fakten noch gegen theoretische Analyse, sondern ein Vorwurf gegen die, die sich beruhigt haben in der bisher bestehenden Trennung zwischen theoretischer Arbeit und die der Faktenvermittlung entsprechende Handwerkerlei.

Die Kritik an den „Informationen“ erscheint uns nur sinnvoll, wenn sie das darin Mißlungene nicht als Mißlungenes bloß denunziert, sondern als den mißlungenen Versuch der unmittelbaren Einheit von Koalition mit Radikaldemokraten und deren Politisierung begreift.

Dies ist im folgenden auszuführen:

Die bisherigen Proteste begnügten sich damit, ihre Forderungen „in die Öffentlichkeit zu tragen“. Sie stellten der Öffent-

lichkeit anheim, die vorgetragene Meinung im parlamentarischen Entscheidungsprozeß geltend zu machen. Daß dies nicht geschieht, ist spätestens seit den amerikanischen Senats-Hearings zu bedenken; wie sehr hier zudem die ganze demokratische Veranstaltung der Zersplitterung der Proteste, ihrer teilweisen Befriedigung, Ablenkung usw. diene, wie sehr dadurch der demokratische Schleier, der sich nach dem Ermächtigungsgesetz gelichtet hatte, sich wieder verfestigte, ist ebenfalls bekannt.

Der Ausweg aus diesem Dilemma war überall: Steigerung der Quantität der Protestierenden. Daß dies in gesellschaftlich relevantem Ausmaß gelingen wird, ist zu bezweifeln. Bisher wurde kaum mehr erreicht, als das Aufschrecken eines bereits bestehenden „demokratischen Potentials“. Wenn dies weiterhin in immer gleichförmiger Weise evoziert wird, hat es kaum eine andere Zukunft, als vor den übermächtigen und unverständlichen Geschehnissen zu resignieren. Ohne die Politisierung dieses „demokratischen Potentials“ besteht keine Aussicht einer auch nur quantitativen Erweiterung der Protestierenden. Der Politisierung des demokratischen Potentials sollte das Vietnam-teach-in mit prominenten US-Vertretern dienen, das der LV für den Anfang des Semesters plante. Die geplanten „Informationen“ sollten als Flugblattserie das teach-in innenpolitisch vorbereiten. Das Veranstaltungsprojekt scheiterte an der Ablehnung der Amerikaner, und die Redaktion stand vor dem Problem, die angesichts der Eskalation des Krieges immer dringlicher werdende politische Diskussion nicht mehr nur vorbereiten, sondern selbst herbeiführen, unter den gegebenen Verhältnissen erzwingen zu müssen. Die Aktion, die sie hatten vorbereiten und begleiten sollen, fand nicht statt; das erste Flugblatt mußte, wenn es nicht als eine Meinungsäußerung unter anderen zur Kenntnis genommen und abgetan werden wollte, sein Erscheinen und das der folgenden Blätter selbst begründen. Es mußte selbst die Aktion darstellen und sollte zugleich die Diskussion beginnen. Den Zwangscharakter dieser Situation hat das Flugblatt nicht gelöst, sondern unmittelbar reproduziert.

Die „Informationen“ wenden sich an die Teilnehmer der Berliner Vietnam-Demonstrationen, also an eine äußerst heterogene Gesamtheit, die nur in dieser einen Frage recht unverbindliche „Gemeinsamkeiten“ aufweist. Unverbindlichkeit erscheint hier als bedingendes Moment von Scheinaktivitäten mit politisch relevantem Kern. Der Inhalt dieser Aktivitäten ist der moralische Protest, dessen Vorhandensein und Wirkung den Ausgangspunkt der politischen Arbeit des SDS darstellen müßte.

Die „Informationen“ erkennen die Bedeutung des moralischen Protestes. Gegen ihn richten sie ihre heftigsten Angriffe, aber sie lösen das Problem in fataler Weise, indem sie dem zur Zeit dominierenden moralischen Protest nur ein anderes Prinzip, die Identifikation mit den siegreichen Vietcong gegenüberstellen, der komplexen Wirklichkeit die gleichermaßen unverbindlich bleibende gewaltsame Lösung durch eine Identifikation, die zur Zeit nicht praktisch werden kann, entgegenstellen. Sie knüpfen nicht an die sich bewegende Bewußtseinslage der von uns zu Beeinflussenden an, vertrauen nicht auf die Selbstbewegung der Sache, auf die noch zu leistende Koalitionspraxis. Sie versuchen nicht einmal, durch einen historischen Exkurs die Angesprochenen von der Ambivalenz des moralischen Protestes zu überzeugen. Sie entscheiden sich mit Recht für den Vietcong, eine Entscheidung, die aber in dieser Form unpolitisch bleiben muß, die die Zusammenarbeit mit den Radikaldemokraten zwar weder erschwert noch gefährdet, aber die die allein für unsere politische Arbeit wichtigen Schichten in ihrer Situation beläßt. Sie entziehen sich der Schwierigkeit der Arbeit, die im Wesentlichen in der Organisation von Diskussionen bestehen müßte, die die studentische Öffentlichkeit zu erfassen und zu politisieren hätten. Man kann nicht der mit Recht angegriffenen Unmittelbarkeit des moralischen Protestes durch eine irrationale Wendung begegnen, die jene Unmittelbarkeit reproduziert. Die „Informationen“ können in der gegenwärtigen politischen Situation, die die Realantinomie von faktischer Unvermitteltheit mit Vietnam einschließt, nur den Sinn haben, die mit den Radikaldemokraten zu erzwingenden Diskussionen vorzubereiten. Was nur eine Diskussion zu leisten vermag: eine festgewor-

dene Meinung aufzuarbeiten, das investierte Prestige auszunutzen und zur besseren Einsicht zu führen, das wurde im ungeeigneten Medium versucht, wo die festgewordene Meinung nicht dingfest zu machen ist, sondern mit dem weggelegten Flugblatt schon ihre alte Sicherheit wiederfindet. Individualistische Versuche, wie die „Informationen“ sie darstellen, wird es geben müssen, solange eine fällige Organisationsveränderung des SDS diese nicht in sich aufhebt.

(Privatakt, Standort ZI 6: Akte „SDS, AI“)

## DOKUMENT 532

Referat des 1. SDS-Bundesvorsitzenden Helmut Schauer während der LVV in Berlin am 18. Mai 1966

„Der entscheidende Widerspruch der gegenwärtigen weltgeschichtlichen Epoche ist die Kolonialrevolution, daher muß fraglos jede Politik reformistisch sein, die sich nicht bewußt mit den konkreten Erscheinungen dieses Prozesses vermittelt. Das heißt aber weder abstrakte moralische Solidarität mit den Opfern des Imperialismus, noch aktivistische Fixierung auf die Gewaltformen der Auseinandersetzung. Unser wesentlichster Beitrag zur Weiterentwicklung der Opposition gegen imperialistische Politik muß im Aufbau einer Imperialismus-Theorie bestehen, die aus der Analyse der konkreten Erscheinungen die Vermittlungen der Kolonialrevolution auf die innere Lage des Kapitalismus feststellt und so zeigen kann, wo imperialistische Politik konkret in Widerspruch zu den objektiven Interessen der arbeitenden Klassen in den kapitalistischen Ländern steht. Es kommt darauf an, bewußt zu machen, daß dieser Interessenswiderspruch besteht, obwohl die Arbeiterklassen in Westeuropa und Nordamerika am Profit des Imperialismus partizipieren. In der Bundesrepublik hat die Opposition gegen die Vietnam-Politik der USA schon deshalb moralischen und oft widersprüchlichen Charakter, weil die Bundesrepublik nur in nebensächlicher äußerst vermittelter, jedenfalls nicht in handgreiflich erschütternder Weise in den Vietnam-Konflikt hineingezogen ist. Das Flugblatt, ebenso wie der Plakattext, verharmlosen aber prinzipiell die Wirkungen der Kolonialrevolution auf die kapitalistischen Länder. Zwar ist jedes abgeschossene Flugzeug in der Tat ein Sieg der demokratischen Befreiungsbewegung und insofern ein Fortschritt der revolutionären Demokratie im Weltmaßstab, aber die sich in den militärischen Auseinandersetzungen ausdrückende Verschärfung der Widersprüche in den kolonialen Ländern ist noch kein Sieg der Demokratie — weder dort noch gar in den kapitalistischen Ländern.“

Im Gegenteil: Die Verschärfung des aggressiven Charakters des Imperialismus führt zu autoritären Strukturen und zu faschistischen Tendenzen in den kapitalistischen Ländern. Es kommt darauf an, die Unvereinbarkeit von Demokratie und Imperialismus zu zeigen und denen, die sich ernsthaft gegen Faschismus wenden, klarmachen, daß sie notwendig auch gegen imperialistische Politik kämpfen müssen. Unsere Aufgabe besteht darin, eine antiimperialistische Bewegung aufzubauen, die in jedem Moment konkret politisch die Befreiungsbewegung unterstützt und hier eine Alternative zur jeweiligen Erscheinung des Imperialismus formuliert und für diese kämpft, um damit die Tendenz des Kapitalismus zu behindern, die von ihm erzeugten Widersprüche in den Kolonialländern in seinem Interesse und mit seinen barbarischen Mitteln zu lösen. Nur so können die Widersprüche des Systems verschärft werden und nur so kann die Solidarität mit den Opfern des Imperialismus, die durch ihren Befreiungskampf das System erschüttern, zu einem antikapitalistischen Ansatz in seinen Metropolen werden.

Aber gerade das weist das Flugblatt zurück. Natürlich ist es falsch und verschleiert die tatsächlichen Verhältnisse, wenn man an die Regierung Johnson appelliert, den Krieg und die Intervention zu beenden. Johnson und die ihn stützenden Mächte in den USA sind in diesen Konflikt inzwischen so verstrickt, er hat mittlerweile solche Bedeutung erhalten, daß man auf gefährliche Weise „Vom Ochsen Milch verlangt“, wenn man an Johnson appelliert. Es kommt aber darauf an,

unsere politischen Tagesziele zu formulieren, nicht für Johnson, aber für die, die wir für uns gewinnen und in unsere Bewegung hineinziehen wollen.

Die Flugblattverfasser schütten das Kind mit dem Bade aus und fordern von der FNL „seinen gerechten Frieden endlich zu erzwingen“. Die FNL hat zweifellos nur auf diese Aufforderung aus der sicheren Bundesrepublik gewartet, um sich nun endlich völlig auf den Sieg über die Amerikaner zu konzentrieren. Überdies gibt es kaum einen Zweifel, daß der Vietkong die Amerikaner nicht militärisch besiegen kann. Es geht um den politischen Sieg, und dazu bedarf es ja gerade der anti-imperialistischen Opposition in den USA und den anderen westlichen Ländern. Die in dem Flugblatt zutage tretende Ästherisierung von Politik, die Affinität zur bloßen Gewalt, die Identifikation mit den Siegern ist schließlich potentiell konterrevolutionär. Die Geschichte der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik und vielfach auch zuvor — so 1953 — ist die Geschichte der Niederlagen der Arbeiterklasse. Trotzdem und gerade deshalb sind wir solidarisch mit ihr und ihren Kämpfen. Unsere Solidarität mit Vietnam ist schließlich auch keine Solidarität mit den Gewalttätigen, sondern mit den Opfern, denen ein barbarisches System nur die Antwort der Gewalt auf die Gewalt läßt.

Wir können dann etwas bewirken, wenn es uns gelingt, unsere Absichten anschaulich zu machen, d. h. sie so konkret und verbindlich zu vertreten, daß sie möglichst unmittelbar zugleich als aktuelle Gegenposition zu der falschen Realität erscheinen, die die Menschen täglich erfahren. Das gilt auch für Vietnam. Unsere zentralen politischen Forderungen sind die nach dem Abzug der amerikanischen Truppen und — in der Bundesrepublik — nach Einstellung jeglicher Hilfe an die USA oder an Ky. Diese Forderungen sind realistisch, d. h. sie bieten die einzigen Möglichkeiten zur Lösung der Widersprüche in Vietnam auf menschliche Weise. Sie sind sozialistisch, weil sie den Kampf der Befreiungsfront unterstützen. Deren Erfolge sind jedenfalls ein Fortschritt der antikapitalistischen weltgeschichtlichen Tendenz und als Beweis für die Möglichkeit effektiven Kampfes gegen imperialistische Politik ein Fanal für die Kolonialrevolution in anderen Teilen der Welt. Von Vietnam als einem Exempel zu sprechen, ist auf ganz unmittelbare Weise berechtigt, weil hier tatsächlich schon bewußt um die anderen revolutionsträchtigen Länder mitgekämpft wird. Unsere zentrale Forderung, die wir der gesamten kolonialen Konterrevolution entgegenhalten müssen, ist die nach Selbstbestimmung für diese Völker, und diese Forderung ist sozialistisch wegen des zwiespältigen — sowohl nationalen als auch sozialrevolutionären — Charakters der Kolonialrevolution.

Aus diesem Grund hat ja die Opposition gegen den Vietnamkrieg in den westeuropäischen kapitalistischen Ländern (und auch in der Bundesrepublik), die sich diesen aus der aktuellen Lage in Vietnam leicht einsehbaren Forderungen anschließt, relativ unmittelbar militant sozialistischen Charakter. Von der Kolonialrevolution geht überhaupt eine Erschütterung jedenfalls des ideologischen Systems des Kapitalismus aus, die in allen westeuropäischen Ländern die Tendenz zur Befestigung und Neubildung sozialistischen Bewußtseins bedeutend fördert. Freilich dürfen wir nicht beim Kampf um unmittelbare Tagesforderungen stehenbleiben — seien sie ihrer eigenen Logik nach noch so sozialistisch. Für uns kommt es darauf an, den kritischen Ansatz, der durch den politischen Kampf um die Tagesforderungen geschaffen wird, und das Bewußtsein derer, die durch unsere Alternativen in die Opposition hineingezogen werden, weiter zu entwickeln. Das ist aber erst in zweiter Linie eine organisatorische Aufgabe, in erster Linie ist es eine politische. Aktuelle moralische Radikalität kann schon gar nicht zu sozialistischem Bewußtsein weiterentwickelt werden durch bloße Manipulationen, die der Gewalt des Imperialismus abstrakt Gewalt gegenüberstellen wollen, d. h. die aus dem System entstehenden Aggressionen ohne weiteres gegen es wenden wollen und zwar gerade mit verschleierter Gewalt. Sie könnte nur dazu führen, daß die Voraussetzungen für die tatsächliche Entwicklung von revolutionärem Bewußtsein — nämlich die aus gemeinsamem Kampf um gemeinsame Forderungen resultierende Solidarität — erst recht zerstört würde. Der einzige Weg ist der (übrigens im Kommunistischen Mani-

fest für eine ganz ähnliche Lage der Sozialisten angegebene), daß wir innerhalb der Gesamtbewegung über den unmittelbaren historischen Moment hinausgehen, d. h. indem wir unsere Tagesforderungen aus ihrem gesellschaftlichen Ursprung, aus der Klassenstruktur der kapitalistischen Gesellschaft konkret erklären, aber beileibe nicht dogmatisch postulieren.

Das gilt auch für den anderen im Vordergrund unseres politischen Kampfes stehenden Punkt: den Kampf um die Demokratie.

Die Krise der politischen Demokratie erreicht in der Bundesrepublik mit den Notstandsgesetzen eine solche Schärfe, daß sie den selbstbewußteren Teil der alten Arbeiterbewegung, gerade aber auch junge Leute in radikalere Opposition drängt. Zwar ist auch die generelle Ablehnung der Notstandsgesetze noch nicht unmittelbar sozialistisch, wenn sie auch zur Entwicklung sozialistischer Politik insofern beiträgt, als sie den Kampfboden für die sozialistische Bewegung herstellt und sichert. Sozialistisches Bewußtsein aber entsteht in dieser Bewegung erst dadurch, daß wir denen, mit denen wir solidarisch diesen Kampf führen, erklären, wie es zu ihm kommt. Allein auf diese Weise können Positionen entstehen, die einmal über die bloße Verteidigung hinausführen werden. Es ist verdinglicht, alles bloß als radikaldemokratisch zu verketzern, was einem falsch erscheint. Nicht nur ist der Sozialismus immer radikale, d. h. inhaltlich bestimmte Demokratie gewesen. Es ist auch gar nicht anders zu erwarten, als daß die meisten der zu uns kommenden Genossen bestenfalls radikale Demokraten oder humanitäre Kriegsgegner sind. Woher sollten sie, da sozialistische Thesen kaum in die Öffentlichkeit zu dringen vermögen, auch sozialistische Anschauungen haben? Es ist unsere Aufgabe, ihnen mit Geduld und Solidarität den Sozialismus begreiflich zu machen. Die konterrevolutionären Elemente, die die radikaldemokratische Tendenz mit sich bringen, treten aber im SDS eher als Linksradikalismus im Sinne Lenins auf. Insofern ist die repressive Verfolgung ganz unbestimmter „radikaldemokratischer“ Erscheinungen im SDS durch linksradikale Genossen bloße Überkompensation.

Insbesondere kommt es aber darauf an, daß wir nicht nur in einzelnen Ansätzen die Einheit unserer Position hervorheben, sondern daß wir auch inhaltlich den Zusammenhang der einzelnen Tagesforderungen und -bewegungen herausarbeiten und bewußt machen. Nur so kann die partielle Kritik schließlich zur bewußten Kritik der Totalität des Kapitalismus und zur Einsicht in die Notwendigkeit des Sozialismus kommen.

Die Lösung besteht also weder darin, sich aus den Tageskämpfen zurückzuziehen oder sich von ihnen durch Voluntarismus zu isolieren, um nur noch das abstrakte Gegenprinzip hochzuhalten, noch darin, in bewußtlosem Aktivismus aufzugehen.

Wir müssen, wie das im Manifest formuliert ist, kämpfen „für die Erreichung der unmittelbar vorliegenden Zwecke und Interessen der Arbeiterklasse, aber wir vertreten in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung.“

Da die gegenwärtige Bewegung und ihre Tageskämpfe eben noch nicht am Ziel sind, kommt es darauf an — und das ist die Aufgabe der Sozialisten innerhalb der oppositionellen Ansätze — beides bewußt miteinander zu vermitteln, praktisch durch ihre eigene politische Arbeit und theoretisch in ihren Erklärungen und Diskussionen.

Verbandspolitisch bedeutet das Flugblatt die Fortsetzung der Plakataktion, weil es ebenso wie diese die Diskussion im Verband umgeht und den Verband durch Erklärungen nach außen auf eine bestimmte politische Linie festlegen will. Diese Fragen sind schon im Zusammenhang mit der Plakataktion gerade in Berlin ausführlich diskutiert worden und müßten auch den Verfassern bekannt sein. Der Bundesvorstand mußte daher annehmen, daß diese Pression nunmehr bewußt gegen den Verband ausgeübt werde.

Wenn es nicht mehr gelingt, die Aktionseinheit des Verbandes nach außen wenigstens annähernd zu erhalten, dann ist dies das Ende des Verbandes überhaupt — es handelt sich hier um eine existentielle Frage, gerade deshalb, weil sich aus der Aktionseinheit, aus dem Kampf um gemeinsame Ziele auch die Solidarität ergibt, die die Entwicklung weiterreichender Positionen ermöglicht.

Der Bundesvorstand hat nach der Plakataktion organisatorische Maßnahmen abgelehnt; nach deren Diskussion hat er erklärt, es könne keine Wiederholung geben. In diesem Falle sei er im Interesse der Existenz des Verbandes tatsächlich gezwungen, organisatorische Maßnahmen zu ergreifen.

Die gegenwärtige Lage im Landesverband bedeutet die schlechende Spaltung des Verbandes. In dem Flugblatt und der Art und Weise seiner Behandlung bis zur Verteilung kulminiert ja nur die gesamte repressive Tendenz, welche die wirklich rationale Ausarbeitung von Positionen verhindert.

Gerade jetzt kommt es darauf an, bewußt zu machen, daß die **relativ große Isolierung, in der die Sozialisten sich in der Bundesrepublik befinden**, die inneren Widersprüche verschärft und die Neigung zur Verfestigung von Gegensätzen unter uns vergrößert. Dem ist nur durch den aktiven Kampf gegen den gemeinsamen Feind, nur durch eine genau bestimmte Praxis entgegenzuwirken.

Im Gegensatz dazu bringt das Verhalten der Flugblattinitiatoren eine Schizophrenie hervor, die tödlich sein muß. Nicht nur findet die Diskussion und Kritik von offensichtlich fragwürdigen Aktionen, wie bei der Plakataktion und jetzt bei dem Flugblatt immer erst nach der doch verbindlichen Festlegung nach außen statt — die Diskussion droht allmählich überhaupt unterzugehen. Das zeigt sich daran, daß ein Mitglied des Landesbeirates dem Flugblatt in voller Kenntnis seiner Fehler dennoch zugestimmt hatte, weil er fürchtete, sonst in Zukunft als Diskussionspartner überhaupt nicht mehr akzeptiert zu werden; das zeigt sich auch daran, daß diesmal die massive verbindliche Kritik des Bundesvorstandes nötig gewesen ist, um eine Diskussion zustandezubringen, die der Bedeutung der Sache gerecht wird.

Auch im Verhältnis zum Bundesvorstand zeigt sich die Desintegration des Landesverbandes. Seit zwei Semestern ist die Kommunikation fast völlig abgerissen.

Auf diese Weise ist es auch dazu gekommen, daß der Landesverband ganze drei Wochen vor dem Vietnam-Kongreß mit einer völlig neuen Konzeption für diesen erschien, obwohl der Bundesvorstand seit Januar seine Konzeption vorgelegt hatte. Nachdem der Landesverband nun das Flugblatt verteilt hat, ist der Bundesvorstand nicht mehr bereit, mit dem Landesverband noch weiter über den Vietnam-Kongreß zu verhandeln; das läßt sich auch durch Sabotagedrohungen nicht mehr ändern.

Es entspricht überhaupt nicht der innerverbandlichen Solidarität, wenn einerseits Drohungen ausgestoßen werden, andererseits zugleich die innerverbandliche Diskussion verweigert wird. Weder sind — trotz mehrmaliger Aufforderung — die Diskussionen im Anschluß an die Plakataktion referiert worden, noch wurde sonst die Arbeit des Landesverbandes für den Gesamtverband fruchtbar gemacht (vgl. z. B. S. 4 dieser Korrespondenz). Die Vietnampolitik des Landesverbandes weist inzwischen überhaupt merkwürdige Kurven auf. Noch vor einem Jahre warf man dem Bundesvorstand Dogmatismus vor, weil er — gegen die Ansichten einiger Berliner Genossen — den Klassencharakter des Vietnamkrieges hervorgehoben und die Verbandspolitik entsprechend bestimmt hatte. Dann haben einige der aktiven Genossen — mit welcher Begründung auch immer — die Plakataktion mitgemacht. Danach wollte man mit Vertretern der US-Regierung bei einem teach-in diskutieren; noch vor acht Wochen, zu einem Zeitpunkt also, zu dem mit der Teilnahme von US-Vertretern kaum mehr gerechnet werden konnte, hat man sich noch ohne weiteres um sie bemüht, statt wenigstens aus ihrer Absage ein Argument zu machen und zu zeigen, wer eigentlich undemokratisch ist, sich der Diskussion entzieht und auf die Macht pocht.

Noch vor acht Wochen hatte der Landesverband dem Vertreter der „Henker im Weißen Haus“ in der Bundesrepublik dargelegt, im Zusammenhang mit der Vietnamfrage zeige sich „ein innerdeutscher Aspekt als besonders gefährlich: die Identifizierung von Gegnern der Politik der amerikanischen Regierung mit Kommunisten“.

Das Flugblatt korrigiert diese Position und formuliert nun wieder neue Fehler. Ob aber dieser Selbstverständigungsprozeß über das politische ABC immer exhibitionistisch in aller Öffentlichkeit in Flugblättern und Erklärungen vorgeführt werden muß, ist doch fraglich.

Um nochmals die Perspektiven des Bundesvorstandes zum Vietnam-Kongreß zu erläutern: Die Opposition soll durch Vereinheitlichung und Verallgemeinerung auf Ansätze sozialistischen Bewußtseins weitergetrieben werden. Es handelt sich bei dem Kongreß aber weder um ein Seminar noch um eine Delegiertenkonferenz des SDS, vielmehr geht der Kongreß vom Bewußtsein derer aus, die mit uns gegen den Krieg in Vietnam protestieren. Daher behielt der Bundesvorstand seine Konzeption bei, auch nachdem der SHB als Veranstalter ausgestiegen war; er wollte allen radikalen Gegnern der US-Intervention in Vietnam die Beteiligung ermöglichen, und sie sind ja durchaus nicht alle Sozialisten. Der Sinn des Kongresses liegt doch darin, die radikalen Gegner der Vietnampolitik auf weiterreichende, also sozialistische Positionen zu bringen.

Der Bundesvorstand sieht seine Politik auch gerade darin bestätigt, daß der Rückzug des SHB-Vorstandes dem Kongreß bisher nicht wesentlich geschadet, sondern nur die Diskussion innerhalb des SHB gefördert hat. Die fortgeschritteneren Mitglieder wenden sich jetzt gegen ihren Vorstand, und ihre Beteiligung dürfte kaum kleiner sein, wenn der SHB offiziell Mitveranstalter wäre. Es ist überhaupt formalistisch, das Verhältnis des SDS zu den anderen Studentenverbänden allein mit Kategorien wie Koalition oder Nicht-Koalition bestimmen zu wollen. Die Politik des Bundesvorstandes gegenüber dem SHB und den anderen Gruppen ist spätestens seit der Übernahme der Hochschuldenkschrift des SDS als gemeinsamer theoretischer Grundlage durch die anderen Verbände auch tendenziell nicht mehr mit den Kategorien der Volksfront, sondern schon eher mit denen der Einheitsfront zu fassen. Es kommt darauf an, diese Politik jeweils konkret zu entwickeln. Das gerade verhindert die sich im Gerede von radikaldemokratischen Positionen ausdrückende Unsicherheit.

Die Tendenz, die sich in dem Flugblatt ausdrückt, durchkreuzt diese Politik. Sie denunziert die Opposition gegen die US-Intervention vor dem Gegner und versichert ihm, daß diese Opposition schwach und lahm und keineswegs ernst zu nehmen sei. Sie betreibt insofern objektiv unmittelbar die Geschäfte des Gegners innerhalb der Opposition. Dies vor allem auch deshalb, weil es durch den ausdrücklichen öffentlichen Angriff auf einen Teil der Opposition die Solidarität, die wir auch mit jenem Teil fördern müssen, zerstört. Das Flugblatt ist eben **nicht nur an die Teilnehmer der Vietnam-Demonstration, sondern an alle Studenten, also auch an Reaktionäre wahllos verteilt worden.**

Unsere politische Aufgabe ist es, das Selbstbewußtsein der Opposition zu heben, ihre Solidarität zu fördern und davon ausgehend unsere spezifisch sozialistische Position hervorzuheben. Dazu ist zuerst die Aktionseinheit des SDS selber notwendig. Der Bundesvorstand ist entschlossen, diese zu garantieren, und sei es auch in einem schmerzlichen Prozeß. Er sieht in der Einberufung der Landesvollversammlung einen wichtigen Schritt dazu, erwartet aber darüber hinaus materielle Ergebnisse, die die Verbindlichkeit der innerverbandlichen Diskussion sichern“.

(Archiv Z I 6: SDS-Korrespondenz Nr. 2, Juni 1966, S. 21 ff)

## DOKUMENT 533

### FU-Institute im flexiblen Bausystem

#### Hauptausschuß beschäftigt sich mit dem Obstbaugelände

Dem Ausbau der Freien Universität auf dem Obstbaugelände in Dahlem stehen keine technischen Schwierigkeiten mehr im Wege. Von der Firma Krupp ist ein Entwurf für ein flexibles Bausystem vorgelegt worden, das den preisgekrönten Plänen der Pariser Architektengemeinschaft Candilis, Josic und Woods wie auf den „Leib“ geschnitten ist. Das System der Firma Krupp wurde als bestes in einem Wettbewerb ausgewählt, an dem sich führende Großfirmen aus sechs europäischen Ländern beteiligten.

Wie ein Sprecher der Senatsbauverwaltung gestern vor dem parlamentarischen Hauptausschuß mitteilte, können dadurch bei Bedarf die einzelnen Gebäude ohne Störung des Universitätsbetriebes sowohl in der Höhe wie in der Länge und

Tiefe verändert werden. Ohne Schwierigkeiten seien nicht nur Innenwände zu versetzen, sondern auch weitere Stockwerke zu schaffen und Seitentrakte anzuschließen.

Die in der Stahlbauweise zu errichtenden Gebäude erhalten vorgefertigte Deckenelemente, die sich später wieder leicht entfernen lassen. Bei der Herstellung der neuartigen Konstruktionen sollen Berliner Firmen maßgeblich beteiligt werden. Die Kosten für das Gesamtvermögen liegen zwischen 200 und 300 Millionen DM.

In seiner gestrigen Sitzung beschäftigte sich der Hauptausschuß auch mit den übrigen Bauten im Bereich von Wissenschaft und Kunst. Die Planung für 1967 sieht 21 Bauobjekte vor, von denen jedoch nur vier „echte“ Neubauten sind, darunter mit mehrjähriger Verspätung die ersten Institute auf dem Obstbaugelände. Die Gesamtkosten für alle Projekte betragen etwa 256 Millionen DM. Davon sind 152 Millionen DM bereits in den Vorjahren verbaut worden. Für 1967 steht eine Rate von 36,4 Millionen DM zur Verfügung. Außerhalb der eigentlichen Bauplanung finanziert werden im kommenden Jahr das Universitätsklinikum mit zwölf Millionen DM und die TU-Mensa mit 3,6 Millionen DM.

Zu einer Grundsatzdebatte kam es über die im Bereich von Wissenschaft und Kunst im Jahre 1965 nicht ausgegebenen Baumittel in Höhe von 22,3 Millionen DM. Der Senator für Wissenschaft und Kunst, Prof. Werner Stein, erklärte dazu, die Wissenschaft schreite so schnell voran, daß man immer wieder vor der Frage stehe, ob man neueren Entwicklungen bei einem geplanten Neubau Rechnung tragen könne oder nicht. Dabei müßte berücksichtigt werden, daß ein nachträglicher Einbau von technischen Einrichtungen meist entschieden teurer sei.

ltz

(Die Welt, 21. Mai 1966)

## DOKUMENT 534

### Schlußerklärung

1. Der Vietnamkrieg ist ein nationaler und sozialer Befreiungskampf der südvietnamesischen Bevölkerung und zugleich ein Akt politischer Notwehr.

Alle unvoreingenommen wissenschaftlichen Untersuchungen über die politischen und sozialen Verhältnisse in Südvietnam stimmen darin überein, daß die Regierungen in Saigon nichts dafür getan haben, die elementaren Lebensbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. In Südvietnam lebte stets und lebt auch heute noch eine winzige parasitäre Minderheit auf Kosten der übergroßen Mehrheit. Durch Korruption und Diebstahl eignet sich eine aus Großgrundbesitzern, Beamten, Offizieren, Großkauffleuten etc. bestehende Oberschicht die Ergebnisse der Arbeit der großen Masse des Volkes an.

Bereits im Kampf gegen die französische Kolonialherrschaft hatten die Vietminh — insbesondere durch eine Agrarreform — den Weg aus diesen unhaltbaren gesellschaftlichen Verhältnissen gewiesen. Aber der Abzug ihrer Truppen aus dem Süden des Landes und die Etablierung des Diem-Regimes in Saigon als Folge des Genfer Indochinaabkommens von 1954 brachte den südvietnamesischen Bauern die Rückkehr der in die Städte geflüchteten Großgrundbesitzer und die Wiederherstellung der alten feudalen Sozialstruktur auf dem Dorfe.

Eine solche Politik konnte mit demokratischen Mitteln nicht durchgesetzt werden. Um ihre Privilegien zu erhalten, mußten die herrschenden Oberschichten die im Genfer Abkommen vorgesehenen Wahlen mit Gewalt verhindern. So wurde ein aus Armee und Polizei bestehender Terrorapparat aufgebaut, mit dem die gesamte innenpolitische Opposition ausgeschaltet werden sollte. Dieser blieb schließlich — als ihr die physische Vernichtung drohte — keine andere Wahl, als sich mit Gewalt zu wehren.

Der bewaffnete Widerstandskampf gegen das halbfaschistische Regime in Saigon ist erwiesenermaßen nicht in Hanoi aufgelöst worden; seine Wurzeln liegen in der unerträglichen Ausbeutung und Schreckensherrschaft, die das Diem-Regime ebenso wie alle späteren Saigoner Regierungen für die Bevölkerung bedeuteten.

Die vietnamesischen Oberschichten wären aber niemals zur Versklavung der großen Masse der Bevölkerung imstande gewesen, hätten sie nicht von Anfang an die massive Unterstützung der USA gefunden. Unter Verletzung des Völkerrechts hat die US-Regierung das Genfer Abkommen, zu dessen Einhaltung sie sich verpflichtet hatte, gebrochen, sie hat das korrupte und terroristische Diem-Regime in Saigon in den Sattel gehoben und damit den Vietnamkonflikt heraufbeschworen.

Da die als Soldaten zwangsrekrutierten Südvietnamesen offensichtlich nicht bereit sind, gegen ihr eigenes Volk und ihre eigenen Interessen zu kämpfen, hat der Vietnamkrieg offen die Form eines Kolonialkrieges angenommen — die USA nehmen heute die Stellung der alten Kolonialmacht Frankreich ein.

2. Der Vietnamkonflikt ist keine zufällige Einzelerscheinung, sondern ein Modellfall für ähnliche — bereits sich entfaltende — Konflikte in den anderen halbkolonialen Agrarländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.

Allen diesen Ländern ist ökonomische Stagnation und lebensbedrohende Armut gemeinsam, wofür vor allem die bestehenden Herrschaftsverhältnisse verantwortlich sind. Überall blockieren die gemeinsamen Interessen schwacher einheimischer Oberschichten und deren ausländischer Verbündeter den sozialen Fortschritt. Diese „unheiligen Allianzen“ eignen sich die gesellschaftlichen Reichtümer der Länder der „Dritten Welt“ an und verhindern die rationale Nutzung der vorhandenen Produktivkräfte. Diese Gegensätze zwischen den Völkern der „Dritten Welt“ einerseits und den einheimischen und ausländischen Oberschichten andererseits verschärfen sich immer mehr. Der Anteil der „Dritten Welt“ an der Weltbevölkerung nimmt ständig zu — ihr Anteil am Welteinkommen verringert sich. Die diesen Ländern gewährte „Entwicklungshilfe“ schafft keine Voraussetzungen für ein schnelles wirtschaftliches Wachstum aus eigener Kraft. Die laufende Verschlechterung der Preise ihrer Rohstoffausfuhren, die gleichzeitige Verteuerung ihrer Fertigwareneinfuhren, die diskriminierenden Zollpraktiken der westlichen Industrieländer, die laufenden Kapitalabflüsse durch neokoloniale Extraprofiten einerseits und die Flucht einheimischer Gelder ins Ausland andererseits führen zu wirtschaftlicher Stagnation und ständig wachsender Verschuldung jener Länder.

Die ökonomische Ausbeutung, die soziale Unterprivilegierung und die daraus resultierende politische und rechtliche Unterdrückung der Volksmassen der „Dritten Welt“ macht deren Emanzipation zur zwingenden Notwendigkeit.

Dies bedeutet aber für die herrschenden Klassen der kapitalistischen Industrieländer den Verlust umfangreicher ökonomischer und politischer Privilegien.

Von allen Beteiligten wird der Vietnamkonflikt als ein Modellfall kolonialer Revolution und Konterrevolution begriffen; in ihm wird bewußt das technische und taktische Instrumentarium gewonnen und vermittelt, das die erfolgreiche Bekämpfung sozialer Revolutionen nicht nur „hier und jetzt“, sondern „immer und überall“ ermöglichen soll.

Der Abzug der amerikanischen Truppen und die demokratische Regierungsübernahme in Vietnam durch die nationale Befreiungsfront wäre für andere Emanzipationsbewegungen ein neuerlicher Beweis für die Möglichkeit ihrer Befreiung und ein mächtiger Antrieb in ihrem Kampf. Diese exemplarische Bedeutung des Vietnamkonflikts haben die Machteliten der USA klar erkannt — sie ist der Hauptgrund für die Hartnäckigkeit, mit der die USA an ihrer Position festhalten.

3. Die Interventionspolitik der USA bedroht nicht nur die Existenz des vietnamesischen Volkes, sie widerspricht auch den elementaren Lebensinteressen der großen Mehrheit der Bevölkerung in den USA und den ihr verbündeten Ländern.

Schon heute fordert der Vietnamkrieg auch vom amerikanischen Volk immer mehr Menschenleben, immer höhere Rüstungsanstrengungen und die verstärkte Militarisierung des öffentlichen Lebens. Maßnahmen für notwendige innere Strukturereformen wurden bereits zurückgestellt. Amerikanische Waffen stützen nicht nur in Südvietnam volksfeindliche Regime. Wie die Landung von US-Truppen in der Dominikanischen Republik erneut zeigte, ist die Intervention in Vietnam keineswegs ein Einzelfall der Unterdrückung demokratischer Bewe-

gungen. Besonders in Lateinamerika mehren sich die Ansätze zu Volksbewegungen gegen die lebensbedrohende Ausbeutung durch die Allianz der großen US-Industriekonzerne mit den einheimischen Großgrundbesitzern und den von der Regierung der USA ausgeschalteten Militärs.

Ein Teil der Bevölkerung der USA hat inzwischen erkannt, daß die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts für andere Völker die eigene Demokratie gefährdet und mit gesellschaftlichem Fortschritt im eigenen Lande unvereinbar ist; daß das Selbstbestimmungsrecht für die armen Völker der „Dritten Welt“ auch dann anerkannt werden muß, wenn diese die zur Überwindung ihres Elends notwendigen sozialistischen Formen der Produktion entwickeln. Die Völker der reichen Industriegesellschaften des Westens sind nicht angewiesen auf wirtschaftliche Ausbeutung, politische oder militärische Beherrschung armer Völker. Allein für eine schmale Oberschicht von Industriellen, Financiers, Militärs und deren politische Interessenvertreter sterben US-Soldaten in Vietnam.

4. Der Vietnamkonflikt hat die Tendenz, sich zu einem großen, allgemeinen Krieg auszuweiten.

Die Kampfhandlungen wurden bereits auf Laos, Kambodscha und Nordvietnam ausgedehnt. Ein Teil der Führung der USA fordert offen den Präventivkrieg gegen China. Der Versuch, die anwachsenden Emanzipationsbewegungen in der „Dritten Welt“ gewaltsam niederzuhalten, muß zu einer Verschärfung der weltpolitischen Spannungen führen. Eine solche globale Auseinandersetzung ist langfristig kaum lokalisierbar.

Mit der wirtschaftlichen und militärischen Anspannung der USA in Vietnam und an anderen Kriegsherden wächst der Druck der US-Regierung auf ihre Verbündeten, sich an den Lasten dieser Politik und ihren kriegerischen Folgen zu beteiligen. Weitere Mächte werden in diese Konflikte hineingezogen werden.

Das betrifft vor allem die mit den USA ökonomisch, militärisch und politisch eng verflochtene Bundesrepublik.

Durch ihre Wirtschaftshilfe an die Regierung des General Ky ist sie bereits — neben den USA — zur Hauptstütze eines Regimes geworden, das sich auf Adolf Hitler als Vorbild beruft. Nachdem das direkte militärische Engagement der Bundesrepublik in Vietnam vorläufig abgewendet werden konnte, besteht die Gefahr, daß die Bundesregierung den Krieg der USA in Vietnam unterstützt, um damit die Mitverantwortung über Atomwaffen einzuhandeln. Selbst wenn es in diesem Fall noch nicht zu einem direkten militärischen Engagement Westdeutschlands kommt, können doch an die Stelle der nach Vietnam verlegten US-Truppen neu aufgestellte deutsche Bataillone treten.

Eine derartige Entwicklung wäre notwendigerweise der Wiederbeginn des Kalten Krieges in Mitteleuropa und würde die Verschärfung der mit den Notstandsgesetzen ohnehin schon offen geplanten Entdemokratisierung und Militarisierung der Bundesrepublik, die Verschärfung des Angriffs auf den sozialen Besitzstand der Arbeiter, Angestellten und Beamten bedeuten.

Aus diesen Gründen erklären wir uns mit den Forderungen der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams und der amerikanischen Opposition solidarisch, die die Beendigung des Vietnamkrieges durch den sofortigen Abzug der Truppen der USA fordern;

fordern wir die Einstellung jeder Hilfe der Bundesrepublik an das Saigoner Regime;

wenden wir uns gegen jede Erhöhung der Rüstungsausgaben; kämpfen wir für die in der Verfassung der Bundesrepublik festgelegten Prinzipien der politischen Demokratie, die die demokratische Bestimmung auch der Außenpolitik der Bundesrepublik ausdrücklich vorsieht und die daher den Ansatzpunkt bietet, mit demokratischen Mitteln einen entschiedenen Kampf gegen jede Beteiligung der Bundesrepublik an Angriffskriegen zu führen.

(neue kritik Nr. 36/37, Juni—August 1966, S. 38 ff)

## DOKUMENT 535

AStA-Protokoll vom 24. Mai 1966

Beginn: 15.00 Uhr — Ende: 17.30 Uhr

Anwesende: Nevermann, Kreipe, Ziesling, Zinser, Kollmann, Struck, Mohs (ab 15.20 Uhr), Beyer (ab 15.25 Uhr), Aldag (dazu 15.30 Uhr), Häußermann (dazu 15.30, ab 16.00 Uhr), Siegemund.

1. Herr Mohs gab dem AStA folgendes bekannt:

Herr Dr. Ammon vom Soziologischen Institut ist an das Außenreferat herangetreten und hat ihm das vom IAD ausgearbeitete Projekt des Ferienhochschulkurses mit dem Titel „Künstlerische Ausdrucksformen der Gegenwart in Deutschland“ vorgelegt. Dabei wies er darauf hin, daß die Universitätsverwaltung, d. h. das Akademische Außenamt einen vom Berliner Senat für die Durchführung von Ferienhochschulkursen ausgewiesenen Etatposten verwaltet. Dieses Geld macht die Summe von DM 100 000,— aus.

Nach kurzer Prüfung des Projekts hatte das Außenreferat (Herr Mohs, Herr Grzimek) ein Gespräch mit Herrn Beddig, Leiter des IAD. Dabei wurde folgendes festgestellt:

Herr Beddig vom IAD hatte aufgrund einer privaten Initiative den ehemaligen FU-Studenten Manfred Horn damit beauftragt, einen Ferienhochschulkurs mit oben genanntem Titel zu organisieren. Die Vorarbeiten dazu waren abgeschlossen. Die Frage war lediglich, wer die Bezahlung des Kurses übernehmen könne. Dabei wurde überlegt, wie man taktisch dem Akademischen Außenamt gegenüber verfahren sollte, um das Geld aus dem dafür vorgesehenen Titel zu erhalten. Herr Dr. Ammon wies darauf hin, daß bereits seit 1963 die jährlichen Zuwendungen an die FU erfolgt seien, ohne daß das Akademische Außenamt die Gelder sachgerecht verwendet habe. Daraus ergab sich, daß der AStA die Möglichkeit habe, auf das Akademische Außenamt einen gewissen Druck auszuüben. Deswegen einigte man sich auf eine gewisse Sprachregelung, die einerseits verständlich machen sollte, warum der AStA diesen Hochschulkurs durchführen wollte und andererseits plausibel machen könnte, warum die Anmeldung erst so spät erfolgte.

Diese Regelung besagt etwa folgendes:

Der AStA habe, nachdem er Kenntnis von dem entsprechenden Etatposten erhalten habe, schon im Oktober 1965 überlegt, wie er einen solchen Ferienkurs in eigener Regie veranstalten könne. Da ein solcher Kurs allerdings einen erheblichen Arbeitsaufwand mit sich bringen würde, beschloß man, Herrn Beddig vom IAD, der eben um diese Zeit beim AStA nachfragte, ob nicht die FU einmal Ferienkurse durchführen wolle, mit der organisatorischen Vorarbeit zu betrauen. Herr Beddig sagte zu, jemanden damit zu beauftragen. Diese Verhandlungen wurden allerdings informell geführt. Ein schriftlicher Vorgang existiert nicht. Anfang Mai 66 setzte sich Herr Beddig mit dem AStA wieder in Verbindung und legte ihm den Entwurf für die Organisation vor, der allerdings schon feste Abmachungen mit Referenten enthielt. Diese frühen Abmachungen waren technisch z. T. dadurch nötig, da die vorgesehenen Referenten immer auf lange Zeit ihre Termine festlegen. Nach eingehender Beratung des gesamten Projekts habe dann der AStA beschlossen, den Hochschulkurs, wie er vom IAD geplant und vorbereitet war, in eigener Regie und Verantwortung weiterzuführen. Herr Horn sollte weiterhin im Auftrag des AStA arbeiten und dem IAD sollten die bei der Vorbereitung entstandenen Auslagen, so weit sie belegt und begründet werden konnten, ersetzt werden.

f. d. R. d. P.  
(M. Siegemund)

(Archiv ZI 6: Akte 12.12 FU „AStA-Protokolle 1966—69“)

## DOKUMENT 536

Rechnungshof stellte fest:

Bei der FU stimmt die Kasse nicht!

Rechnungshof kritisiert die FU

Die haarsträubende Schlamperei in der Freien Universität auf unsere Kosten geht weiter. Wie in den vergangenen Jahren steht die Universität — das Lieblingskind des Senats — im Mittelpunkt scharfer Kritik des Rechnungshofs. In dem jetzt fertiggestellten Prüfungsbericht für 1964 sagen die unbestechlichen Kassenkontrolleure in wohlgesetzten Worten: Die Universitätsverwaltung vergeudet leichtfertig Steuergelder und Spenden. Und sie beweisen das der FU auch.

An der Spitze des Sündenregisters steht diesmal die Abrechnung für den Neubau des Auditorium maximum in Dahlem. Jarelang drückte sich die Freie Universität vor dieser Prüfung.

Der Rechnungshof berichtet darüber: „Trotz mehrfachen Drängens wurden die Unterlagen erst im November 1961 zur Prüfung vorgelegt, obwohl der Bau damals bereits seit sieben Jahren fertiggestellt war.“

Aber: „Die Unterlagen mußten seinerzeit der FU zurückgegeben werden, weil sie nicht prüfbar waren. Sie wurden erst nach mehr als zwei Jahren — 1964 — wieder vorgelegt, waren aber noch immer unvollständig.“

Kurz und bündig stellt der Rechnungshof fest: „Allein bei den Maurerarbeiten fehlten Nachweise über rund 230 000 Mark.“

Weiter enthüllt der Bericht: „Die Freie Universität hatte ferner 1952 verschiedenen Baufirmen rund eine Million Mark vorausbezahlt. Zur Sicherung hierfür ließ sie sich Baustoffe übereignen, die jedoch zum Teil nicht vorhanden oder nicht Eigentum der Unternehmen waren. Zwei Firmen gingen während der Bauzeit in Konkurs. Der FU entstand ein Schaden von 18 000 Mark.“

Für den größten Teil der Vorschüsse versäumte die Universitätsverwaltung, eine Vergütung für den Zinsverlust mit den Firmen zu vereinbaren. Der Rechnungshof dazu: „Der Zinsausfall beträgt mindestens 18 000 Mark.“

Bei der Prüfung der Unterlagen stellte der Rechnungshof außerdem fest, daß die FU einer Konkursfirma Erdarbeiten bezahlt hat, die niemals ausgeführt worden sind.

Und weiter im Bericht: „Nach den Bauverträgen hatten die Firmen die Kosten für den Wasser- und Stromverbrauch zu übernehmen. Entgegen dieser Regelung hat die Freie Universität diese Unkosten von insgesamt 14 900 Mark selbst bezahlt.“

Und das erklärte die Freie Universität zur Entschuldigung dem Rechnungshof: Weil es sich bei den Baumitteln um Spenden gehandelt hat, glaubte sie, nicht im gleichen Maße an die strengen Vorschriften gebunden zu sein, wie sie für die Verwendung von Haushaltsmitteln gelten.

(BZ, 27. Mai 1966)

## DOKUMENT 537

Anonyme Schmierfinken?

Dieter E. Zimmer:

Vorlesungskritik an der FU

Es sieht nach weiterem Ärger aus an der Freien Universität in Berlin. Die Studenten konnten es nicht lassen. Ihre „offizielle Studentenzeitschrift“, der FU-Spiegel, ließ sich von der Feststellung des Rektors, sie habe die Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden aufgekündigt, nicht einschüchtern und nicht von dem Gerücht, sieben Professoren seien von der Unbotmäßigkeit der Studenten so verletzt, daß sie ihre vorzeitige Emeritierung wünschten — in der ersten Ausgabe dieses Sommersemesters veröffentlichte der FU-Spiegel wieder eine Vorlesungskritik.

Eine Vorlesungskritik, die die Redaktion — offenbar im Unterschied zu den drei vorhergegangenen, die im Februar soviel Staub aufwirbelten — als „fundierte und detaillierte“

bezeichnete. Sie galt einer anglistischen Pflichtvorlesung von Professor Rolf Kaiser über die Geschichte der englischen Sprache, und sie fiel zwar durchaus sachlich und zurückhaltend aus, aber doch auch maßvoll kritisch — das heißt: sie war kein Zeugnis jener dankbaren, demutsvollen und ehrfürchtigen Hinnahme, die für viele akademische Lehrer offenbar die einzige dem Studenten zukommende Haltung ist.

An dieser Anglistik-Vorlesung hatte der Rezensent folgendes auszusetzen: „Die Darstellung sprachlicher Erscheinungen... blieb... sprunghaft und ohne theoretisches Fundament. Die Methoden sprachwissenschaftlicher Forschung blieben unerwähnt, Literaturhinweise wurden nicht gegeben... Den erwünschten Einstieg in das Studium schafft die Vorlesung auch deshalb nicht, weil sie weder Mittel noch Wege zum eigenen Zugang zur Fachliteratur und zum Bücherstudium an die Hand gibt... Ältere und kurz vor dem Examen stehende Semester (sie machten im WS schätzungsweise die Hälfte der Hörer aus) sehen in der Vorlesung... eine Art Repetitorium. Niemand wird ihnen das vorwerfen können, wird doch hier nur gelehrt, was auch geprüft wird.“

So nüchtern das klingt, so gründlich diese Rezension jeden Vorwurf ausschließt, sich zurückgesetzt fühlende Studenten kühlten hier ihren Mut, so offenbart freilich auch noch diese vierte Verlautbarung eines neuen studentischen Selbstbewußtseins eine beträchtliche Unsicherheit über die mögliche Funktion, die angemessenen Kriterien und vor allem das legitime Terrain der Vorlesungskritik. Wozu soll kritisiert werden, wie — und was? Man weiß es noch nicht so recht, man experimentiert, man sammelt Meinungen: Für die nächste Ausgabe des FU-Spiegels ist eine Diskussion über die Kriterien angekündigt, eine Diskussion, die den bisher veröffentlichten Kriterien wohl besser vorangegangen wäre.

Irgendwo nämlich scheint bei den Studenten die ehrgeizige Vorstellung zu spuken, ihre Kritik könne und sollte eine Art Wissenschaftskritik sein, eine Kritik, die nicht nur von bestimmten Ansprüchen an die pädagogische Geschicklichkeit der Hochschullehrer ausgeht, sondern von genauen Vorstellungen über den Gegenstand, die Methodik und den aktuellen Stand der betreffenden Disziplin — so daß der einzelne Hochschullehrer gleichsam „von oben“ beurteilt würde, aus der Warte eines Super-Wissenschaftlers, der sein Fachgebiet souverän überschaut und über allem seinem internen Hader steht.

Daß eine solche Kritik kaum von den aufgeschlossensten und bestunterrichteten Professoren geleistet werden könnte, sicher aber nicht von Studenten, die sich soeben erst in die Fragestellungen ihres Faches einarbeiten, liegt auf der Hand — zumal das Interesse der akademischen Öffentlichkeit an der Vorlesungskritik wachsen muß, je elementarer und allgemeiner und unentrinnbarer eine Lehrveranstaltung ist (und das heißt auch: je unerfahrener ihre Studenten — und Rezensenten — sind), während es niemanden mehr interessieren kann, was in den Privatissima für die höchsten Semester zwischen Lehrer und Schüler im kleinen Kreis verhandelt wird.

Was hingegen jeder einigermaßen gescheite Student durchaus beurteilen könnte, sind die pädagogischen Erfolge oder Mißerfolge seiner Lehrer. Er kann sich sehr wohl darüber äußern, ob ein Lehrer seinen Stoff so darbiert, daß irgendeine Art der aktiven Mitarbeit möglich ist (bei den literarhistorischen Vorlesungen etwa, in denen Stunde um Stunde endlose Reihen von Namen und Titeln aufgezählt werden, ist sie das nicht); ob ein Lehrer seinen Stoff zu bändigen und zu gliedern versteht (oder ob er am Ende des Semesters immer noch mitten in einer wuchernden Einleitung steckt); ob derselbe Stoff schneller und besser irgendeinem Lehrbuch zu entnehmen gewesen wäre; ob ein Lehrer sich eine Seminarübung leicht macht, indem er stundenlang Referate und Korreferate der Seminarteilnehmer verlesen läßt; ob ein Lehrer bereit war, seinen Studenten persönliche Hilfe zu gewähren, wenn sie mit ihrer Arbeit nicht zurechtkamen; in welcher Beziehung ein Kolleg zu dem ausdrücklich vorgeschriebenen oder stillschweigend vorausgesetzten Studiengang steht; ob ein Lehrer seinen Unterricht als eine unliebsame Bürde begreift und die eigene Lustlosigkeit einschläfernd auf seine Hörer überträgt.

Dies, meine ich, hätte die Domäne der studentischen Kritik zu sein — sofern sie nur in Rechnung stellt, daß pädagogisches Talent nur eine von vielen Qualitäten ist, die einem Hoch-

schullehrer zum Ruhm gereichen können, und daß es schon an sich beliebtere und ödere Materien gibt. Hier könnte sie zu so gut wie unangreifbaren Urteilen gelangen. Hier könnte sie einen praktischen Beitrag zur inneren Hochschulreform liefern: Denn nicht die Wissenschaft selbst wird sie ändern können, wohl aber die Form ihrer Präsentation; nicht auf das, was sie erfahren, werden die Studenten einen spürbaren Einfluß ausüben können, wohl aber darauf, daß sie ihre Zeit möglichst nicht vergeuden.

Und gerade auf diesem Gebiet ist in Deutschland wahrhaftig noch genug zu tun. Die Frage, wie man den Studenten systematisch zu den Kenntnissen verhelfen könnte, die man am Ende von ihnen verlangt, war lange unter der Würde unserer Universitäten; die Ideologie der akademischen Freiheit war das willkommene Alibi für ein bequemes Laisser-faire; über die schulische Seite des akademischen Unterrichts wurde und wird weitgehend auch heute noch die Nase gerümpft; die Dozenten, die den Studenten die von ihnen erwarteten Kenntnisse beibringen, bevölkern die untersten Ränge der akademischen Hierarchie und werden mit Herablassung angesehen. Hier haben die Studenten überaus berechnete Ansprüche anzumelden — nicht um einer utopischen „Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden“ willen, die schwer vorzustellen ist, sondern einfach um ihres Anrechts willen, von den Lehrenden endlich als Lernende akzeptiert und ernst genommen zu werden. Hier auch besteht dann nicht mehr die Gefahr, daß sich die Studenten bei ihrer Kritik verheben.

Es ist verwunderlich, daß sich die FU-Studenten, die doch wußten, welche Widerstände sie herausfordern würden, und die so sichtbar um Rechtfertigungen für ihr ketzerisches Unterfangen bemüht waren, in dieser Hinsicht nicht von vornherein an die unmittelbaren Vorbilder gehalten haben: an die Dozentenkritik, die an vielen amerikanischen Universitäten, und nicht etwa nur an so radikalisierten wie Berkeley, sondern auch an so konservativen und elitären wie Harvard oder Yale, seit vielen Jahren praktiziert wird.

Auch sie ist anonym, und das, obwohl das amerikanische Prüfungssystem sehr viel unpersönlicher ist als das deutsche, und ein amerikanischer Student, der sich bei einem Dozenten mißliebig macht, in seiner akademischen Laufbahn längst nicht so gefährdet wäre wie sein deutscher Kommilitone. Es ist müßig, diese Anonymität zu beanstanden: Der Student steht nun einmal in einem Abhängigkeitsverhältnis, und es kann von ihm nicht verlangt werden, daß er seine Karriere aufs Spiel setzt. Die Professoren sollten das am besten wissen.

Allerdings verlangt die Anonymität der Kritik, daß Vorkehrungen gegen ihren Mißbrauch zu persönlichen Willkürakten getroffen werden. In Amerika wurden die Konsequenzen gezogen, an der FU noch nicht. So liegen den Rezensionen, die die Studentenzeitung von Harvard, Harvard Crimson, jährlich — und inzwischen schon zum vierzigsten Male — in ihrem „Confidential Guide“ veröffentlicht, Umfragen unter den Teilnehmern der betreffenden Kurse zugrunde: Am Ende des Studienjahres werden Fragebogen verteilt, und ein ungenannter Teilnehmer zieht die Bilanz. Der „Course Critique“ der Yale-Universität stellt den persönlichen (aber auch anonymen) Rezensionen sogar von Elektronenrechnern ausgewertete Umfrageresultate gegenüber, in denen die Studenten das Interesse der Pflichtlektüre, ihren informativen Nutzen, die Präsentation des Kollegs, seinen informativen Nutzen, den Wert der (fast zu jedem Kurs gehörenden) Tutorengruppe, die Fähigkeit des Tutors, die Fairneß der Zensuren, das Allgemeininteresse des ganzen Kurses und seine Empfehlungswürdigkeit mit Noten von 1 bis 5 beurteilen. Es handelt sich in beiden Fällen um plebiszitäre oder plebiszitär kontrollierte Kritik, ein hohes Maß an Objektivität ist gewährleistet — und um so ernster können die Ergebnisse genommen werden. Darum wäre wahrscheinlich der Widerstand deutscher Universitätslehrer gegen derartige Erhebungen auch noch stärker als gegen die bisherige Kritik, denn ihr Abwehrgargument, hier sei persönliche Ahnungslosigkeit und Voreingenommenheit am Werk gewesen, entfiele. Gerade darum sollte das das Ziel sein.

Des weiteren befaßt sich die amerikanische Kritik nie mit graduate courses, in der Einsicht, daß fortgeschrittene Studenten kritischer Ratschläge nicht mehr bedürfen und öffentliche Kritik nur bei den großen Elementarkursen angebracht ist.

Auf deutsche Verhältnisse übertragen bedeutet das, daß die Rezensionen sich vor allem den einführenden Hauptvorlesungen und den Proseminaren zuwenden und etwa beim vierten Semester haltmachen sollten.

Vor allem aber beschränken sich die amerikanischen Kritiken ganz und gar auf den pädagogischen Aspekt. Da allerdings nehmen sie kein Blatt vor dem Mund. Über einen Biologie-Dozenten vermerkt der „Confy Guide“ von Harvard: „Griffin versuchte, über Physiologie und Anatomie zu lesen, versagte jedoch elendiglich. Im kommenden Jahr erfreut sich der Kurs glücklicherweise seiner Abwesenheit.“ Oder über einen Politologen: „Robert R. Bowie besitzt eine eindrucksvolle Liste von Referenzen: Er ist Clarence-Dillion-Professor für Internationale Angelegenheiten, Direktor des Center for International Affairs und war von 1953 bis 1957 Direktor des politischen Planungsstabes im Außenministerium. Dennoch gehört Bowies Kolleg, seine Privatdomäne, seitdem McGeorge Bundy nach Washington ging, unzweifelhaft zu den leersten und einfalllosesten des ganzen Vorlesungsverzeichnisses... Sein Vorlesungsstil ist unter jeder Kritik. Gewöhnlich sitzt er regungslos, bis die Hörer still sind, breitet seine Notizen sorgfältig auf dem Katheder aus und rezitiert fünfzig Minuten lang, ohne seine Stimme irgendwo zu heben und ohne jede Spur von Humor oder Interesse.“ Um so glaubwürdiger wird der „Confy Guide“ dort, wo er Lobendes zu sagen weiß. So heißt es über Harvards Germanisten, Bernhard Blume: „Seine Vorlesungsserie ist eine der besten in der ganzen Universität. Seine Wärme, seine Gescheitheit und seine Begeisterung gewinnen ihm unweigerlich die Zuneigung seiner Studenten.“

Mir scheint, daß von diesen amerikanischen Universitäten sehr genau der Rahmen sinnvoller studentischer Kritik abgesteckt und den deutschen Studenten die Mühe theoretischer Überlegungen und Rechtfertigungen abgenommen wurde. In welchem Klima allerdings sie ihr zartes Pflänzchen sprießen lassen müssen, zeigt die Stellungnahme des kritisierten Anglisten, die der FU-Spiegel zusammen mit seiner Rezension abdruckte. Professor Kaiser schrieb: „Der FU-Spiegel-Redaktion wird anbei ein von Ihnen als ‚Arbeit‘ bezeichnetes Manuskript zurückgesandt, das angeblich von ‚Studenten‘ meines Seminars ‚angefertigt‘ wurde. Ich möchte nichts hinzufügen, zumal ich mich selbstverständlich nicht auf das beim FU-Spiegel übliche Niveau begeben kann.“ Dann aber fügt er doch noch etwas hinzu: „Das ebenso arrogante wie wissenschaftlich ahnungslose Produkt Ihres anonymen Schmierfinken richtet sich selbst. Auch vor der überwiegenden Mehrheit meiner Studenten. Doch daß die Redaktion des FU-Spiegels die erschreckende Gewissenlosigkeit besitzt, wegen der dummen Eitelkeit eines feigen Anonymus andere Studenten der geradezu beleidigenden Verdachtsgefahr auszusetzen, womöglich Urheber dieser ‚Expertise‘ zu sein, stelle ich mit Abscheu fest.“

Man möchte den Brief für die böartige Parodie auf einen längst ausgestorbenen akademischen Ständesdünkel halten. Mit ihm hat Professor Kaiser selbst besorgt, was die Rezension seiner Vorlesung nicht konnte und nicht wollte: in einer weiteren Öffentlichkeit Zweifel zu säen an seiner Befähigung zum Umgang mit Studenten.

(DIE ZEIT, 27. Mai 1966)

## DOKUMENT 538

Erich Gaenschalz:  
Vorlesungskritik nichts Neues

Kritik hat es auf dem Boden der Universitäten immer gegeben, und es wäre nur professorale Selbsttäuschung, wenn man sie lediglich deshalb nicht wahrhaben wollte, weil sie früher nicht in die Öffentlichkeit drang.

Sie gab es auch in jenen „goldenen“ Zeiten, als die Universitäten noch nicht überfüllt waren, als der Studiengang noch nicht so reglementiert war, wie er es heute ist, und am Beginn des Studiums noch nicht die Sorge um den Arbeitsplatz und seine Erhaltung stand. Die ungleich größeren Ausweichmöglichkeiten, die der Student damals hatte, ersparten es ihm, seine Kritik offiziell vorzutragen. Kritisiert wurde trotzdem, und nicht zu



wenig. Wenn Professor X ein interessantes und Professor Y ein ödes Kolleg lasen, so ging man zu dem einen und mied den anderen, und was einem auf der Universität nicht zusagte, das hörte man auf der nächsten oder übernächsten, die man bezog — man wechselte im allgemeinen häufiger. Der kritikfreie Raum jedenfalls, in dem sich die Lehrtätigkeit vollzogen hätte, hat nie existiert.

Was war es denn anderes als Kritik am Alten, unzulänglich Gewordenen, als sich zu Beginn des sechzehnten Jahrhunderts die Erfurter Studenten — wie die Geschichte dieser damals führenden Universität berichtet — in Scharen von den Vertretern der Scholastik abwandten und den Lehrern der neuen humanistischen Fächer, der Poetria et Graecaria (wie sie herabsetzend von den Gegnern des Neuen genannt wurden) zuströmten?

Und was war es anderes als Kritik, daß zahlreiche Studenten der Universität den Rücken kehrten, als sich die Hochschule trotz verheißungsvoller Ansätze dann doch nicht zu einer humanistischen Studienreform aufraffen konnte, und daß sie großenteils dahin zogen, wo man die Zeichen der Zeit erkannt und die Universität im Sinne des Humanismus reformiert hatte: nach Wittenberg? Der Rückgang der bis dahin blühenden Hochschule ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen.

Daß in diesem Falle die Kritik der Studenten geschichtswirksam geworden ist, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich für sie selbst dabei ebenso um den akademischen Alltag handelte wie für ihre Berliner Kommilitonen von heute — oder für die Studenten der Universität Frankfurt an der Oder, die das Beispiel einer Studentenkritik lieferten, die wohl kaum zu überbieten ist und die Berliner Studenten als reine Waisenknaben erscheinen läßt.

An der Universität Frankfurt (der ältesten preußischen Universität, die 1811 in der Universität Breslau aufging) waren Mißstände eingerissen, die die Studenten 1742 zu einer massiven Beschwerde bei der vorgesetzten Behörde veranlaßten. Die Studenten schrieben: „Unseres Fleisches ungeachtet können wir unsern Zweck nicht erreichen: denn viele unserer öffentlichen Lehrer scheinen entweder, als wenn sie uns gar nicht unterrichten wollten, oder erklären die vorzutragenden Sachen so seichte, so undeutlich, so schläferig und auf so gemeine Art, daß es unerträglich ist, sie zu hören, und wir nicht den geringsten Vorteil davon haben. Sie setzten ganze Wochen, ja Monate aus, lesen einige Jahre über Wissenschaften, die in einem halben könnten geendigt werden, und schließen ihre Lehrstunden gänzlich, wenn sie erst anfangen sollten, die schwersten Hauptmaterien zu erklären. Sie lassen in ihren öffentlichen Lektionsanzeigen Disziplinen bekanntmachen, davon sie die Schulen nie eröffnen.“

Die Reihen der Namensunterschriften — also nicht anonym! — wird mit dem Vermerk eröffnet: „Die Namen derer Studenten in Frankfurt, so sich über die Faulheit und Ungerechtigkeit vieler öffentlichen Lehrer daselbst beschwerten.“

Die Frankfurter Studenten wurden nicht gemaßregelt, wie es schon in Anbetracht der Tonart ihres Schreibens heute wohl nicht anders denkbar wäre, sie wurden sogar gerechtfertigt: Der von ihnen zur Beaufsichtigung der Professoren erbetene Studiendirektor wurde sofort ernannt. Ein Ministerialerlaß, der später folgte, erteilte einem Professor, der bisher der Vertrauensmann des Ministeriums war, einen Verweis, „da er Uneinigkeit säe und kein Kolleg zu Stande bringe“, ermahnte einige Professoren, sich zu bessern, und legte einem Juristen, der auch Reichshistorie las (eine damals übliche Fachverbindung), dafür aber keine Hörer gefunden hatte, nahe, „mehr applausum zu erwerben“.

Kurz darauf erfolgte eine Königliche Kabinettsorder: „Se. Königl. Majestät in Preußen, unser allergnädigster Herr, finden nicht nötig, so viele Professores auf Dero Universität Frankfurt an der Oder, welche weder durch Lesen noch sonst der Universität einigen Nutzen schaffen, dergleichen wichtige Besoldung, wie sie bisher gehabt, zu lassen, und befehlen dahero gedachter Universität hiermit, sofort die Veranlassung zu machen, daß dem Professor Grillo nicht mehr als 200 Rth., dem Professor Hackemann 100 Rth., dem Professor Polack 100 Rth. jährlich ausgezahlt werden sollen, allermaßen dieselben durch ihren Fleiß sich ein mehreres zu erwerben suchen

müssen. Wegen der übrigen Professores reservieren Sich Se. Königl. Maj. die Sache noch näher untersuchen zu lassen, und diejenige, welche keinen applausum haben, auch durch ihren Fleiß und modum proponendi solchen zu erwerben nicht vermögen, auf gleichen Fuß zu tractieren.“

Unglaublich, unmöglich, unerhört — für heutige Verhältnisse ohne Frage. Dennoch darf die Praxis des absoluten Staates, die uns hier entgegentritt, nicht davon ablenken, daß sie nur die Außenseite des Problems darstellt. Sein Kern ist auch in diesem Fall das Verhältnis zwischen Lehrenden und Lernenden: Da die Studenten auf das angewiesen sind, was ihnen geboten wird, wird ihre Kritik akzeptiert. Auch der absolute Staat begriff Dozenten und Studenten als akademische Gemeinschaft, und er häufte nicht nur auf das Haupt der Studenten feurige Kohlen.

So hatte schon Friedrich Wilhelm I. in seinem Reglement für die Universität Frankfurt einen Sondersenat eingesetzt, der sich und gehalten war, „ob die Woche über Docentes und Discentes Ihr Devoir gethan (zu) examiniren und die Professores, so ohne erhebliche Ursache nicht dociret, (zu) censuriren, bey nicht erfolgter Besserung aber ohne ferneres Nachsehen an Uns Selbst davon berichten soll, da wir dann dieselbe zu ihrem Devoir durch zulängliche Mittel anzuhalten wissen werden... Ferner soll derselbe die unfleißige und übelgesittete Studenten vorfordern lassen und mit denselben nach Maßgebung dessen, was... geordnet ist, verfahren.“ Überschen wir es nicht: Docentes und Discentes werden in einem Atemzuge genannt, und gleichermaßen der Kritik unterworfen ist auch ihr Devoir.

Wie sehr einmal sogar der Versuch einer Universitätsreform von der Kritik an Lehrkörper und Lehrveranstaltungen bestimmt war, zeigt wiederum das Beispiel der Universität Erfurt, die im achtzehnten Jahrhundert nur noch ein bescheidenes Dasein führte und von der kurmainzischen Regierung wieder zu Ansehen gebracht werden sollte. Aus dieser Zeit besitzen wir drei Reformdenkschriften, deren umfassendste und tiefgründigste (aus dem Jahr 1778) von Wieland stammt, der selbst von 1769 bis 1772 Professor in Erfurt war.

Wieland setzt sich sehr eingehend mit seinen vormaligen Kollegen und ihren Leistungen auseinander und schreibt dazu: „Viele Professoren haben sich alles mehr angelegen sein lassen als ihr Lehramt, haben, unter mancherlei Vorwänden, die ihnen obliegenden Vorlesungen entweder gar nicht oder sehr nachlässig und unordentlich gehalten, dadurch aber die Studierenden um ihre Zeit und die Universität in üblen Ruf gebracht. Die Schuld hiervon lag theils daran, daß die Professoren nicht ihrem Lehramte ausschließlich oder doch vorzugsweise oblagen und ganz in wissenschaftlicher Thätigkeit lebten, sondern sich mit einem oder mehreren Nebenämtern beluden, die ihre Zeit und Kraft mehr in Anspruch nahmen, so daß von beiden nur ein karger Überrest für das Lehramt übrigblieb.“

Der Student hat Ansprüche — das ist auch für Wieland das heuristische Prinzip seiner Kritik. Freilich sieht er das Verhältnis Docentes—Discentes nicht einseitig; für ihn ist es vielmehr ein Problem der Wechselwirkung: „Durch den Unfleiß der Studierenden leidet allemal der Professor mit. Der Fleiß und die Aufmerksamkeit der Zuhörer sind für den Lehrer die größte Aufmunterung; er wird sich immer so viel mehr Mühe geben, je größer der Werth ist, den die Zuhörer auf seine Vorträge legen, und je größere Ansprüche sie deshalb an ihn machen. Wo aber dieses Reizmittel wegfällt, da wird der Lehrer nach und nach verdrießlich und schläfrig, die Lektionen werden am Ende nur nothdürftig und mechanisch abgehaspelt, und Lehrer und Schüler müssen einander so gegenseitig verderben.“ Größere Ansprüche machen: hier ist das Kind beim Namen genannt. Größere Ansprüche machten die Erfurter Studenten, als sie sich von den Scholastikern ab- und den Humanisten zuwandten, größere Ansprüche machten Frankfurter Studenten, als sie sich über ihre Professoren beschwerten, und größere Ansprüche zu machen, war der Sinn der Berliner Studentenkritik. Wenn man an den Hochschulen nicht nur Wissen vermitteln, sondern kritische, urteilsfähige, selbständig denkende junge Akademiker heranbilden will, so kann man sie nicht an den Katzentisch verweisen, wenn sie sich auch einmal über Fragen des akademischen Unterrichts Gedanken machen und nicht nur über soziale Fragen.

Die Berliner Studenten beriefen sich auf Wilhelm von Humboldt — sie hätten weiter zurückgehen können, bis auf die Anfänge des Hochschulwesens, und sich auf die Grundkonzeption der Universität berufen können: die universitas magistrorum et scholarum, die Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden, in der beide als Partner begriffen wurden, die Studenten gewiß als Juniorpartner, aber doch als Partner.

Mag das Konzil der Rektoren den Studenten gegenüber die Auffassung vertreten, daß es nicht irren kann — die Studenten sind deshalb nicht zu dem Glauben verpflichtet, daß es die beste aller akademischen Welten ist, in der sie leben. Auch ihre Vorgänger waren es nicht. Und wenn die Studenten unserer Zeit sich mit einer Kritik an ihrer akademischen Welt hervorwagen — einer vernünftigen Kritik, versteht sich — und dafür getadelt werden, so können sie den Verächtern ihrer Kritik ein schönes und noch nicht widerlegtes Wort Wielands ins Stammbuch schreiben: „Die Seele des Universitätsstudiums ist mit einem Worte: vernünftige Freiheit; und wo diese zu sehr in ihrer Wirksamkeit gehemmt wird, geht es nie ohne Schaden für die wissenschaftliche Bildung des einzelnen und für den wissenschaftlichen Geist im Ganzen ab.“

(DIE ZEIT, 27. Mai 1966)

## DOKUMENT 539

**Die freigewählten Studentenvertreter der Universitäten:  
Amsterdam, London, Genf, Florenz, der Freien Universität  
Berlin und der Sorbonne — Paris**

verurteilen aufs schärfste, daß die spanischen Studenten und Professoren seit Jahren von dem Regime Francos durch Verhaftungen, Relegierungen, Geldstrafen und brutale Zwangsmaßnahmen daran gehindert werden, ihren freien Willen zu bekunden.

Sie unterstützen insbesondere die am 9. März 1966 im Kapuzinerkloster Sarria von der Gründungsversammlung des „Freien und Demokratischen Studentenausschusses Barcelona“ verabschiedete Grundsatzerklärung und deren Forderung nach:

1. Demokratisierung und Autonomie der spanischen Universitäten
2. Rede- und Versammlungsfreiheit
3. unzensurierte Studentenpresse
4. Anerkennung freigewählter Studentenvertreter
5. Einrichtung und Anerkennung eines demokratischen, auf nationalem und internationalem Sektor repräsentativen Studentensyndikates, da die Sindicato Español Universitario (SEU) nur ein willfähiges Werkzeug des Regimes darstellt.

Die Studentenvertretungen der genannten Universitäten erklären sich solidarisch mit den unterdrückten spanischen Studenten und Professoren und verpflichten sich durch kontinuierliche Information die Studentenschaft und die Öffentlichkeit ihrer Länder über die Lage der spanischen Universitäten zu unterrichten

und durch geeignete Aktionen den Freiheitskampf der spanischen Universitäten zu unterstützen.

(Archiv ZI 6; Akte 12.12 FU „AStA-Protokolle 1966—69“)

## DOKUMENT 540

**SDS  
Sozialistischer  
Deutscher Studentenbund  
Landesvorstand, Landesbeirat**

Landesverband Berlin  
1000 Berlin 31  
Kurfürstendamm 140  
Telefon 8 87 07 01  
Postsparkonto  
Berlin West 1774  
den 29. Mai 1966

An den  
Bundesvorstand des  
Sozialistischen Deutschen Studentenbundes  
6 Frankfurt/M  
Wilhelm-Hauff-Str. 5  
Liebe Genossen!

Der Berliner Landesverband des SDS hat nach der außerordentlichen Vollversammlung am 18. Mai, nach der Mitgliederversammlung der Frankfurter SDS-Gruppe und nach dem Vietnam-Kongreß am 22. Mai noch einmal eingehend über die aufgetretenen Spannungen innerhalb des Verbandes diskutiert. Dabei war der Vietnam-Kongreß in Frankfurt/M Anlaß, das Verhältnis insbesondere zwischen dem Bundes-Vorstand und dem Landesverband Berlin zu überdenken. Wir sind einerseits der Meinung, daß der Kongreß durch die anschließende Demonstration, der wohl bislang größten Vietnam-Demonstration in der Bundesrepublik, an politischer Bedeutung gewonnen hat. Durch die Tatsache, daß trotz der Absage des SHB mehr als 2000 Studenten versammelt waren, wurde die organisatorische Stärke des SDS unter Beweis gestellt.

Andererseits müssen wir aber zu Bedenken geben, daß unsere Kritik an der inhaltlichen Gestaltung des Kongresses berechtigt war. So hat die Teilnahme von Herrn Ahlers dem Verlauf des Kongresses eher geschadet als genützt: es ist kaum anzunehmen, daß über die Freude, Herrn Ahlers von Prof. Abendroth „geschlachtet“ zu sehen, hinaus eine Politisierung in diesem Arbeitskreis stattgefunden hat. Bedenklich war auch, daß Bo Gustavsson neben der Reproduktion der klassischen Imperialismus-Theorie kaum Neues zum Verständnis des Vietnamkonflikts beigetragen hat. Ein ganz besonderer Nachteil der Veranstaltung war jedoch, daß kein abschließendes Plenum stattfand, auf dem die Diskussionsergebnisse der einzelnen Arbeitskreise hätten zusammengefaßt werden müssen. Der Bericht, den die „Frankfurter Rundschau“ über den Kongreß-Verlauf gegeben hat, spiegelt diesen Mangel. Es ist zu fürchten, daß viele Teilnehmer, die ebensowenig wie Journalisten gleichzeitig an den verschiedenen Arbeitskreisen teilnehmen konnten, nur partikuläre Kenntnisse erworben haben, weil die Chance, sie durch ein zusammenfassendes Plenum zu politisieren, nicht genutzt wurde.

Deshalb bedauern wir es, daß unsere Vorstellungen, die vom Bundes-Vorstand ursprünglich für akzeptabel befunden worden waren, und die den Ablauf der Veranstaltung im oben kritisierten Sinne verhindert hätten, zurückgewiesen worden sind.

Bei aller Kritik am Verlauf der Arbeitskreise und bei aller Würdigung der organisatorischen Leistungen, insbesondere bei der Demonstration, erscheint es uns notwendiger denn je, über die Praxis der politischen Agitation in der Bundesrepublik in einer Weise zu diskutieren, die von der Existenz verschiedener Meinungen ausgeht. Das Referat von H. Marcuse hat gezeigt, daß die in Berlin geführte Diskussion über Koalitions- und Aktionspraxis keine einmalige und isolierte Diskussion sein darf.

Um diese Diskussion zu gewährleisten, ist es unbedingt erforderlich, die Aktionseinheit des SDS als einziger funktionierender Oppositionsbewegung in der Bundesrepublik aufrechtzuerhalten. Den auseinanderstrebenden Tendenzen des Verbandes ist weder durch administrative Maßnahmen noch durch den Rücktritt des Bundes-Vorstandes zu begegnen. Diese Tendenzen werden sich verstärken, wenn sie ausgeschlossen, anstatt zum Inhalt der innerverbandlichen Diskussion gemacht werden. Bei einem Rücktritt des Genossen Schauer und des Genossen Dabrowski vor der Delegierten-Konferenz oder einer eventuell einzuberufenden außerordentlichen DK würden die Meinungsverschiedenheiten sich in den verschiedenen Kandidaten

für den neuen Bundes-Vorstand niederschlagen; ohne eine ausgiebige Diskussion, die auf Bundesseminaren und in der „neuen kritik“ stattzufinden hätte, ergäbe sich bei einer überstürzten BV-Wahl ein zufälliges Resultat — die Positionen der einzelnen Kandidaten wären nicht durch Diskussion vermittelt und könnten sich gegenseitig ausschließen, was die Spaltung des Verbandes nach sich ziehen könnte.

Die Position des Genossen Schauer, so sehr wir sie weiterhin kritisieren werden, scheint uns zur Zeit die einzig mögliche Politik zu bezeichnen, die die Diskussion gewährleistet und den Verband nicht auf eine zufällig gewonnene Position festlegt.

„Der Berlin LV erklärt sich darum solidarisch mit dem BV. Der Berliner LV wird den BV darin unterstützen, diejenigen Landesverbände zur Diskussion zu zwingen, bei denen bloße Ansätze zu einer veränderten Strategie und Taktik des SDS Konsequenzen für den gesamten Verband haben, ohne daß vorher eine innerverbandliche Diskussion stattgefunden hat.“

Um alle Genossen an einer solchen Diskussion zu beteiligen, hat der Landesverband Berlin beschlossen, die entsprechenden organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen:

1. Es wurde ein Arbeitskreis konstituiert, der sich mit der Formierten Gesellschaft und den Möglichkeiten politischer Praxis beschäftigt. Daran nehmen bereits 40 Genossen teil.
2. Die Redaktion der ‚Informationen‘ wurde von 6 auf 10 Genossen erweitert. Ist nur ein Mitglied der Redaktion unzufrieden mit dem vorgelegten Text, dann werden alle Genossen zu einer Landesbeiratssitzung eingeladen.
3. Landesvorstand und Landesbeirat diskutieren über die zu veröffentlichenden ‚Informationen‘.
4. Das Berliner Mitglied des Bundes-Vorstandes gehört der Redaktion der ‚Informationen‘ an, um die Verbindung zum Bundes-Vorstand zu garantieren.
5. Die schriftlich zusammengefaßten Ergebnisse der Arbeitskreise werden vervielfältigt, damit sie sämtlichen Genossen des Berliner Landesverbandes zugänglich werden und außerdem dem Bundes-Vorstand zur Verwendung zugesandt werden können.“

SDS — Berlin

(Archiv ZI 6: SDS-Korrespondenz Nr. 2, Juni 1966)

## DOKUMENT 541

### Aufruf der AStA

Zwangsexmatrikulation sei ein „Schuß ins Dunkle“. Ob Sie eine erfolgreiche Maßnahme sei, werde sich schon herausstellen, sagte einer der verantwortlichen Professoren. Wir meinen: das ist nicht sinnvoll. Studenten sind keine Versuchskaninchen, an denen Experimente vorgenommen werden dürfen, deren Mißerfolg von vornherein feststeht. Studienreform, Änderungen der Studienbedingungen und entrümpelte Prüfungsordnungen: das wäre dringend notwendig. Zwangsexmatrikulation verschleiern diese Notwendigkeiten.

### NEIN zur Zwangsexmatrikulation Urabstimmung vom 21. bis 24. Juni

Die größte Befriedigung scheinen zur Zeit einige Mitglieder des Akademischen Senat darin zu finden, daß sie studentische Unternehmungen einfach verbieten.

Eine Tendenz, die sich bei dem Beschluß der „Richtlinien für die Vergabe von Räumen der Universität für politische Veranstaltungen“ anzudeuten schien, hat sich neuerdings in einem solchen Verbotsversuch manifestiert: es sollte der Studentenvertretung nicht erlaubt sein, die Studenten zu einem Problem zu befragen, das in grundsätzlicher Weise ihr Studium betrifft: die Zwangsexmatrikulation. Nach der Satzung der Studentenschaft, so wurde argumentiert, könne das Votum der Studentenvertretung nicht durch eine Urabstimmung eingeholt werden, da es sich hierbei nicht um die Änderung, sondern nur um die Bestätigung eines Konventsbeschlusses handle. Der Konvent nämlich hatte die administrativen Zwangsmaßnahmen einmütig abgelehnt.



Sollte diese Argumentation von der Rechtsaufsichtsbehörde (der Rektor hat um Auskunft gebeten) als juristisch geltend angesehen werden — was wahrscheinlich ist — dann wird sich die Studentenvertretung auf einen Schleichpfad begeben müssen: man wird irgendeine Spitzfindigkeit austüfeln, die eine Urabstimmung auch formal rechtfertigt. Man stelle sich dies recht plastisch vor: eine Abstimmung über eine Frage, die die Zukunft der deutschen Universität, und besonders den zukünftigen Studiengang jedes einzelnen Studenten, entscheidend beeinflussen kann, soll mit formalen Gründen abgewürgt werden. Die Studenten sollen daran gehindert werden, zu einem Problem, das sie ganz konkret und persönlich als Studierende betrifft, auf dem Wege einer Abstimmung Stellung zu nehmen. Doch ist in diesem Falle dem versuchten Verbot zu begegnen: die Studenten der Freien Universität werden Ende Juni ihr Votum abgeben können. Nach dieser neuen Interpretation der studentischen Satzung durch bekannte Lehrer der Jurisprudenz hat der Rektor der FU im Jahre 1950 rechtswidrig gehandelt, als er zusammen mit dem damaligen AStA-Vorsitzenden zu einer Urabstimmung über einen deutschen Wehrbeitrag aufrief. Ebenso satzungswidrig wäre die Urabstimmung darüber gewesen, als die Studenten im Jahre 1959 darüber zu befinden hatten, ob sie weiterhin mit ihren Beiträgen die Studentenzeitung COLLOQUIUM mitfinanzieren wollten. Im Jahre 1959 war also eine Urabstimmung über ein brisantes politisches Thema selbstverständlich, im Jahre 1966 sollen sich Studenten nicht einmal mehr zu einer den Studienablauf direkt betreffenden Frage in einer Abstimmung äußern dürfen. Die FU erlebte in ihrer kurzen Geschichte wahrhaft schon die wundersamsten Dinge.

Die Zwangsexmatrikulation — von den akademischen Gremien vornehm als „befristete Zulassung“ bezeichnet — ist bisher an der Juristischen Fakultät und an der Medizinischen Fakultät eingeführt worden. Die Argumente, die dafür angeführt werden, überzeugen niemanden, der sich Gedanken über die Ursachen der langen Studienzeiten gemacht hat. Für die Mediziner ist diese Zwangsmaßnahme, wie der Dekan Prof. Maßhoff erläuterte, bei prinzipiellen Erwägungen „am Rande abgefallen“.

Die Tatsache, daß sich die Medizinische Fakultät seit einhalb Jahren ernsthaft mit dem Problem der langen Studienzzeit befaßt hat, läßt jedoch Zweifel aufkommen daran, daß es nur eine Kurzschlußhandlung war. Zulassungsdozent Prof. Dulce, befragt, ob man denn die Gründe für die überlangen Studienzeiten gesucht habe, griff in die Historie: vor einhalb Jahren habe er sich an die Kollegen aus der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät gewandt mit der Frage, ob

jemand eine soziologische Untersuchung über die Studienbedingungen der Mediziner anfertigen könne. Personalmangel habe dies leider unmöglich gemacht. Damit hatte sich das Problem einer Untersuchung gelöst, denn bis heute ist der Personalstand für solche Zwecke nicht vergrößert worden. Was tun? Mediziner Prof. Schütte: „Bei einem Massenbetrieb braucht man einfach irgendwelche Möglichkeiten.“ Wo ansetzen? Prof. Schütte: „30 % sind gute, zum Teil sehr gute Leute . . . , ein weiteres Drittel sind Leute, die mit nachsehender Fürsorge noch zu recht nützlichen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft . . . , und ein weiteres Drittel, die sind schlecht, da ist leider gar nicht dran zu meckern, die sind schlecht, bedauernswert und schrecklich schlecht.“ So gesprochen auf der Vollversammlung der Medizinischen Fakultät vor 900 Studenten. Diese Sicht der Schwierigkeiten bringt dann auch gleich einfache Lösungen mit sich: die „von Natur aus“ bedauernswert und schrecklich Schlechten müssen herausgesiebt werden. Unter welchen Bedingungen und wie sich ihr Wissen aneignen, das ist dabei von sekundärer Bedeutung. Wer Schwierigkeiten kriegt, fliegt raus. Wenn eine Untersuchung der Gründe nicht zustandekommt: die Studenten müssen dafür büßen.

Eine traurige Figur hat in diesem makabren Spiel an der Medizinischen Fakultät der studentische Fakultätsprecher abgegeben: er wußte seit langer Zeit, daß über seinen Kommilitonen das Schwert des Damokles baumelt. Im Laufe seiner Studentenvertretungszeit hatte er sich aber anscheinend zu einem so positiven Mitarbeiter entwickelt, daß er sogar der Fakultät eine Beschlussvorlage zur Zwangsexmatrikulation vorlegen konnte. Zu spät bekamen die anderen Studentenvertreter Wind von der Sache, plötzlich war's beschlossen. Der Konvent entthob den studentischen Zwangsverwaltung aller Ämter.

An der Juristischen Fakultät wurde der Beschluß des Zulassungsausschusses, die Zwangsexmatrikulation sei als legitimes Mittel gegen die Überfüllung anzusehen und anzuwenden, nach studentischen Protesten der Hohen Fakultät zur Entscheidung vorgelegt. Das hohe Gremium fühlte sich unzuständig und versicherte den Zulassungsausschuß seiner Sympathie in dieser Angelegenheit. Professor Bettermann, Zulassungsdozent an der Juristischen Fakultät, erklärte den unwilligen Studenten in einer Vollversammlung die Sinnfälligkeit der Zwangsmaßnahme: es gehe „nicht um eine Studienreform, sondern um Studentenreform“. Damit ist ausgesprochen, was die Gegner der Zwangsexmatrikulation als Motivation für die Beschlüsse befürchten: die Studienbedingungen und Studienpläne sind im Grunde gut, schlecht sind bloß die Studenten, die sich darin nicht zurechtfinden und dadurch verhindern, daß die Universität genügend akademisches Potential für die gesellschaftlichen Bedürfnisse ausstößt. Nach Professor Bettermann ist es unsinnig, wenn sich ein Student strikt an den Studienplan hält: es sei ein „Zeichen von Dummheit“, wenn er in jede der angegebenen Vorlesungen renne. Da hat er ja gewiß recht. Aber zwingt sich denn dann nicht geradezu eine Änderung der Studienmöglichkeiten und Prüfungsordnungen auf?

Anscheinend nicht. Der Student muß „den Mut zur Lücke“ haben, das ganze ist nur ein psychologisches Problem. Ausweg: er muß unter Druck gesetzt werden. Ergebnis: Zwangsexmatrikulation. hh.

(FU-SPIEGEL, Nr. 52, Juni 1966, S. 4 f)

## DOKUMENT 542

### Flugblatt des SDS (Auszug)

„Auf seiten ‚der Verantwortlichen‘ besteht, anläßlich des manifesten Bildungsnotstands, erklärtermaßen die Absicht, ihren Studien alsbald ein unruhmlches Ende zu setzen, wenn Sie dies nicht ‚aus eigener Einsicht‘ zu tun bereit sein sollten: indem Sie nämlich auf augenblicklich noch bestehende Möglichkeiten einer über die Interessen Ihres Faches hinausgehenden Bildung notgedrungen verzichten.“

Mit Einführung der Zwangsexmatrikulation, aus höherer Sicht auch ‚befristete Immatrikulation‘ genannt, wird den Studenten ein ‚Bürgerrecht auf Bildung‘ beschert, dessen Erlösensdatum

den Erstsemestern schon ins Studienbuch gestempelt sein wird, ehe sie auch nur Gelegenheit gehabt hätten, irgendeine Lehrveranstaltung zu besuchen. Mit Hilfe einer administrativen Maßnahme will man (d. i. der Wissenschaftsrat, die Westdeutsche Rektorenkonferenz und die Ständige Konferenz der Kultusminister) eine grundlegende Reform der Hochschulen auch weiterhin umgehen. Die Kosten dieses Verfahrens gehen ausschließlich zu Lasten der Studentenschaft.

Der Wissenschaftsrat distanziert sich in keiner Weise von dem unerwarteten Beschluß der 54. Westdeutschen Rektorenkonferenz, die Zwangs-Exmatrikulation an allen Fakultäten durchzusetzen, sondern spricht sich für eine Begrenzung der Ausbildungsziele aus, obgleich er bereits das jetzige Niveau der Examensergebnisse beklagt. Die Taktik ist offenbar, den ‚tiefergehenden Eingriff‘ der WRK nicht allzusehr als einen willkürlichen bloßzustellen, nachdem die WRK selbst sich noch 1964 von solcher Gewalttätigkeit distanziert hatte. — Inzwischen beugt man sich dem Druck von Regierung und Industrie, die auf einen reibungslos funktionierenden Universitätsbetrieb mit maximalem Ausstoß angewiesen sind, ihren Kostenanteil aber möglichst bescheiden halten wollen. Selbständige gesellschaftliche und interdisziplinäre Orientierung, die vielleicht ‚Ruhe‘ und ihre ‚Ordnung‘ in Frage stellen könnten, somit keine ‚Sicherheit‘ garantieren, sind industriell (fertigungstechnisch) weniger zu verwerten. Kurzes Studium und ‚Spezielle Schulung‘ in der Hand ‚erfahrener Mitarbeiter‘ hingegen gewährleisten Ihre Anpassung nach Maß!

Hinzu kommt, daß Kindern aus der Arbeiterschaft oder aus kleinbürgerlichen Schichten noch größere Studienschwierigkeiten zugemutet werden. Diesen Studenten, denen verständlicherweise das bürgerliche ‚Bildungsklima‘ fremd ist, und die schon in ihrer Schulzeit erfahrungsgemäß durch ihre soziale Herkunft im Lernerfolg benachteiligt waren, brauchen immer einige Zeit, um sich in dem neuen sozialen Klima an der Universität zurechtzufinden. Diese restriktiven Maßnahmen erschweren den notwendigen Anpassungsprozeß.

Im übrigen führen die Empfehlungen des Wissenschaftsrates die Anstrengungen zum Ausbau des zweiten Bildungsweges und der studentischen Bildungswerbung ad absurdum.

Dieser Benachteiligung entspricht auf der anderen Seite die institutionelle Stärkung des bürgerlichen Bildungsmonopols. Die Einbeziehung eines kleinen Teils von Studenten — nämlich derjenigen, die nach Herkunft und Einkommen immer schon dazu prädestiniert waren — in die Forschung, d. h. das sogenannte Aufbaustudium soll eine neue meritokratische privilegierte Schicht erzeugen, der elitäres Bewußtsein suggeriert wird und die die Klassenstruktur des akademischen Mittelstandes verfestigen und repräsentieren soll. Auf der Seite der Professoren soll ein Kreis von Privilegierten allein für diese Elitestudenten und die Forschung zuständig sein. Die Massenausbildung soll subalternen Lehrkräften überlassen bleiben. Diese eminent politischen Entscheidungen tarnt der Wissenschaftsrat gleichwohl als unpolitisch sachliche Empfehlungen und als Festhalten an den traditionellen Zielen der Universität, der Prinzipien der Einheit von Forschung und Lehre.

Die Empfehlungen bedeuten das Auftreten vreschärfter Spannungen und Interessenkonflikte zwischen den privilegierten Professoren und den Studenten. Bei einem formal zur Zeit noch freiem Studium mit Wahlmöglichkeiten ist es immerhin noch möglich, bestimmten Lehrveranstaltungen, die steril und antiquiert sind, auszuweichen. Sie können aufs nächste Semester verschoben werden, man kann an eine andere Hochschule gehen. Eine große Zahl von Pflichtveranstaltungen in einem verkürzten Studium dagegen bedeutet, daß die Studenten stärker als bisher dem alleinigen Diktat der einzelnen Lehrstuhlinhaber ausgeliefert sind. Diese allein können bestimmen, was bei der Kürzung des Lehrangebots übrigbleibt. Auf ihre subjektiven Vorstellungen und Anforderungen im Zwischen- und Abschlußexamen werden sich nun die Studenten schon während ihres ganzen Studiums einrichten müssen.

Diese Reglementierung des Studiums, wie sie der Wissenschaftsrat vorsieht, stärkt die autoritärhierarchische Verfassung der Universitäten, Objektiv laufen diese Empfehlungen außerdem darauf hinaus, an den Universitäten die politische und gesellschaftliche Aktivität der Studenten in Studium und Selbstverwaltung schon allein aus zeitlichen Gründen zu verhindern.

Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates sind in Wirklichkeit ein taktisches Dokument, das der zunehmenden Verschleierungs- und Anpassungspolitik der herrschenden Klassen in Richtung auf eine normierte Gesellschaft dient.“

(Drucksachen des Abgeordnetenhauses von Berlin Nr. 442, 2. [abschließende] Beschlussempfehlung des 1. Untersuchungsausschusses — V. Wahlperiode . . . , S. 70 f)

## DOKUMENT 543

**Informationen über Vietnam und Länder der Dritten Welt Müssen die Vereinigten Staaten alles Leben in Vietnam vernichten, um das Land zu befrieden? Nr. 2.** Berlin, Juni 1966

„Wir erstreben weder die Vernichtung irgendeiner Regierung, noch trachten wir nach irgendeinem Quadratmeter Landes; aber wir bestehen darauf — und werden dies immer tun —, daß das südvietnamesische Volk das Recht der freien Entscheidung haben soll, das Recht, sein eigenes Schicksal durch freie Wahlen im Süden zu gestalten — oder in ganz Vietnam unter internationaler Überwachung. Und so lange wir es verhindern können, soll ihm keine Regierung durch Gewalt und Terror aufgezwungen werden.“ (Lyndon B. Johnson: 28. 7. 65)

„Bei der Erfüllung unserer Pflichten in Südvietnam setzen wir in erheblichem Umfang militärische Macht ein. Zugleich machen wir Nordvietnam und der Welt klar, daß unsere Streitkräfte für einen begrenzten und klar definierten Zweck eingesetzt werden.“ (Dean Rusk: 18. 2. 66)

Danach haben sich also die Vereinigten Staaten zum Fürsprecher der Freiheit des vietnamesischen Volkes gemacht. Um diese Freiheit zu verwirklichen, sind sie bereit, ihre ganze militärische Macht einzusetzen. Sie führen Krieg in Vietnam. Nordvietnam wird als äußerer Aggressor strategisch bekämpft — in Südvietnam geht es darum, den inneren Feind, den Vietkong zu zerschlagen.

### AUSNAHMEN?

In jedem Krieg passieren unschöne Dinge, die auf technisches oder menschliches Versagen zurückzuführen sind. So auch in Vietnam.

„Sieben Leprakliniken wurden versehentlich bei Bombenangriffen im vergangenen Herbst zerstört.“ (New York Times, 5. 6. 62) Auf einen Geheimdienstbericht hin wurden im Herbst 1964 dreißig feindliche Sampans im Mekongdelta von Bombern angegriffen. „Innerhalb von 15 Minuten waren alle Sampans zu Kleinholz gemacht. Mehrere Wochen später erfuhr der Sektionschef, wer in den Sampans gewesen war. Ein ‚trigger happy‘ Geheimdienstagent hatte die Sampans gesehen und richtig gezählt, seine Mutmaßung über die Insassen war allerdings nicht richtig. Sie waren alle Zivilisten, die Mehrzahl Frauen und Kinder. . .“

(Malcolm Browne, „The Face of War“, 1965)

„... letzte Woche wurden bei einem irrtümlichen Angriff auf ein Dorf 48 Bauern getötet.“ (Spiegel Nr. 46 1965)

Nachrichten dieser Art folgten noch viele. Es fällt schwer, solche Vorfälle auch nur als Ausnahmen zu akzeptieren, aber aus vergangenen Kriegen weiß man, daß sie unvermeidlich zu sein scheinen. Wie sieht der Krieg aus, die Regel, die solche Ausnahmen hervorbringt?

„Mitte August hatten südvietnamesische und US-Offiziere sich dahingehend entschieden, daß die Kommunisten Duchai als Ausgangspunkt für ihre Operationen in der Umgebung benutzen und daß es zerstört werden sollte. Während der folgenden zwei Monate wurde es wiederholt aufs heftigste von vietnamesischen und amerikanischen Flugzeugen bombardiert. . . Mindestens 184 Menschen kamen im zweimonatigen Todeskampf von Duchai ums Leben. Einige realistische Schätzungen gingen höher — bis auf 600.“ (New York Times, 30. 11. 65)

„Die südvietnamesischen Soldaten durchsuchten vorsichtig jede Hütte. In einer fanden sie Berge von nordvietnamesischem Papiergeld mit der Abbildung des nordvietnamesischen Präsidenten Ho Chi-Minh. Damit war der Beweis erbracht, daß

Vietkong zumindest hier gewesen sein mußten. Erbarmungslos steckten die Südvietnam-Soldaten nun eine Hütte nach der anderen in Brand. Dann stießen sie die kleinen Fischerboote hinaus auf die See. — Mit den Booten war den Bewohnern dieses Ortes ihre Existenzgrundlage entzogen.“

(Frankfurter Rundschau, 1. 9. 65)

Bericht von einem Rundflug: „Ganze Dörfer liegen in Ruinen, Dächer sind abgedeckt, Wände eingedrückt, und die Bewohner sind ausgezogen. Eine Anzahl von Geistersiedlungen liegt in den drei bis vier Meilen rund um die Kreisstädte, die von der Regierung kontrolliert werden.“

(New York Times, 12. 1. 64, Hendrick Smith)

### DIE REGEL.

Daß feindliche Dörfer bombardiert werden, ist also die Regel. In den Dörfern stehen aber auch Kliniken, Schulen und öffentliche Gebäude. Sind es dann noch Ausnahmen, wenn auch solche Gebäude und Einrichtungen von den Bombardements zerstört werden?

Und wann werden solche Dörfer zerstört? Wenn es feindliche sind. Sie sind dann feindlich, wenn ein Verdacht besteht oder Schüsse in dieser Gegend gefallen sind.

Ihre Zerstörung ist gründlich genug, um die Bewohner zu vertreiben. Kleinigkeiten genügen, um das Todesurteil über ein ganzes Areal zu sprechen. Denn es sind nicht nur die Hütten und Gebäude, die solcher Zerstörung zum Opfer fallen.

„Ba Gia hatte bislang als regierungsfreundliches Dorf gegolten. Dann aber kam der Überfall der Vietkong auf den Außenposten. An drei aufeinanderfolgenden Tagen wurde die Ortschaft von amerikanischen und südvietnamesischen Flugzeugen mit Bomben, Raketen und Napalm angegriffen. „Wenn wir uns in einer Zwangslage wie hier in Ba Gia befinden“, erklärte ein amerikanischer Luftwaffenoffizier, „dann greifen wir gewöhnlich das ganze Gebiet an, um der Lage Herr zu werden. Oft kommen dabei mehr Frauen und Kinder als Vietkong um, aber es sind einfach keine Regierungstruppen verfügbar, die solche Dörfer säubern würden.““

(Tagesspiegel, 21. 7. 65, J. Wheeler)

„Ein Hubschrauber forderte die Bewohner in Lautsprecherdurchsagen in vietnamesischer Sprache auf, ihre Dörfer zu verlassen. Ein Teil der Einwohner folgte dieser Weisung nicht, so daß bei dem anschließenden Artilleriebeschuß 41 Menschen ums Leben kamen, darunter 5 Frauen und 5 Kinder. . . Dann rückten die Marineinfanteristen in die teilweise zerstörten Dörfer ein. Da sie noch einmal mit einzelnen Schüssen empfangen wurden, machten sie sich daran, die 150 Bambushütten teilweise mit einem Bulldozer niederzuwalzen, teils mit Hilfe von Flammenwerfern und Taschenfeuerzeugen niederzubrennen. Den zurückgebliebenen Dorfbewohnern wurde keine Zeit gelassen, ihre Habe in Sicherheit zu bringen.“

(Süddeutsche Zeitung, 9. 8. 65)

„... hierbei werden mehr Kinder getötet, weil sie nicht soviel Erfahrung haben und nicht wissen, wie man hinter den Deichen der Reisfelder in Deckung geht.“

(New York Times, 5. 9. 65, Ch. Mohr)

„Das tierische und pflanzliche Leben in der Gegend wurde bis auf wenige Ausnahmen vernichtet, der Pflanzenwuchs niedergebrannt. Die Haustiere der Bewohner wurden abgestochen und liegengelassen oder von den abziehenden Regierungstruppen mitgeschleppt. Die evakuierten Dörfer wurden mit 3000 amerikanischen Raketen von Hubschraubern bombardiert. 700 Dorfbewohner — Frauen, Kinder und alte Leute — wurden aus ihren Häusern vertrieben. Die wehrfähigen Männer flüchteten sich vor den anrückenden Regierungstruppen in den Dschungel. Von den in dieser Gegend vermuteten 1500 Rebellen wurden nur 25 getötet. Dagegen sind die Regierungstruppen dem Ziel, den Aufständischen dieser Gegend alle Lebensmöglichkeiten zu nehmen, sehr nahe gekommen. Rund 1000 Tonnen Reis wurden vernichtet, Tausende von Hühnern und Enten wurden abgeschlachtet oder davongeschleppt. Dutzende von Schweinen, Wasserbüffeln und Kühen wurden niedergemetzelt. Nach Auskunft der amerikanischen Berater der südvietnamesischen Regierungstruppen soll kein Versuch unternommen werden, den verwüsteten Landstrich durch Regierungstruppen

zu besetzen und für dauernd von Rebellen freizuhalten. Dagegen soll die verbrannte Erde zum ‚freien Gebiet‘ erklärt werden, auf das jederzeit Luftangriffe unternommen werden können.“ (Tagesspiegel 7. 6. 64)

Nicht nur Dörfer werden also bombardiert und alles in ihnen sich Befindliche vernichtet, sondern auch die ganze Umgebung. Die Regel scheint also nicht nur die Dörfer gerade anzuzielen, sondern sie auch darüber hinaus durch Zerstörung ihres Hinterlandes ihrer Lebensfähigkeit zu berauben. Der vorgebliche Feind, der Vietkong, befindet sich sicher nicht mehr in den Dörfern, wenn die Bombardements beginnen — wohl aber Kinder, Frauen und alte Leute. Auf einen toten Vietkong kommen, wie bekannt, 9 tote Bauern.

#### DIE TECHNIK DER ZERSTÖRUNG

Diese Zerstörungen unterscheiden sich offensichtlich von konventionellen Kriegsfolgen. In welcher Beziehung stehen sie zu einer Kriegstechnik, die sich möglicherweise ebenso von der hergebrachten unterscheidet?

„Bevor die B-52 das Gebiet angriffen, wurde es zunächst mit von Hubschraubern abgeworfenen mehreren hundert Gasgranaten belegt. Die B-52 bombardierten dann den Dschungel in zwei Wellen zu jeweils drei Flugzeugen, die dem Vernehmen nach über 85 % des Zielgebietes mit Flächenbombardements erfaßten ... Zwei Bataillone von Kavalleriesoldaten mit Gasmasken wurden dann mit Hubschraubern in dem Gebiet abgesetzt und trafen militärischen Berichten zufolge auf leichten Widerstand.“ (New York Times, 2. 2. 66)

Zunächst Gas, um den Feind hilflos zu machen, und dann Bomben auf den Wehrlosen. Die vielzitierte „Humanität des Gaskriegs“ vergißt seinen Zusammenhang mit den übrigen Waffen.

Senator Morse erklärte: Die Vereinigten Staaten verwenden Gas in Vietnam, „nicht um die Kämpfenden zu unterwerfen, ohne die Unschuldigen zu verletzen, sondern um einen Feind unfähig zu machen, sich selbst zu verteidigen, so daß er leichter getötet werden kann.“ (New York Times, 26. 2. 66)

„Die ‚no sanctuary‘-Politik (sanctuary: Freistadt, Niemandsland), die die US-Regierung und die südvietnamesische Regierung gegenwärtig verfolgen, bedeutet, daß Luftwaffenunterstützung zu jeder Zeit angefordert werden kann, um jedes Dorf, jedes Gehöft zu zerstören, aus dem Heckenschützenfeuer gemeldet wurde, oder welches im Verdacht steht, Vietkong-Truppen zu beherbergen. Komplementär zu dieser Politik werden ausgedehnte Feindgebiete zu ‚offenen Zielregionen‘ erklärt, wo Flugzeuge, die ihre Bomben nicht anderswo loswerfen konnten, sie wahllos auf Dörfer, Reisfelder, Menschen und Tiere abwerfen dürfen wie es den Piloten gefällt.“

(Progressive, Oct. 65, St. G. Cary)

„Amerikanische Flugzeuge haben ein Erntezerstörungsprogramm begonnen, um den Reis in den Gegenden Südvietnams zu vernichten, die stark von Vietkong kontrolliert werden. Die Flugzeuge versprühen ein nichtgiftiges Unkrautvernichtungsmittel ... Die Erfahrung hat gezeigt, daß es, wenn man es während der Reifezeit, oder bevor der Reis und andere Pflanzen ausgereift sind, anwendet, zwischen 60 % und 90 % der Ernte vernichtet. Das Programm ähnelt dem Entlaubungsprogramm, das seit 1961 angewandt wird, um Dschungellaub und Unterholz für militärische Zwecke zu vernichten. Es benutzt das gleiche Präparat. Mehr als 50 000 acres Ernte sind in dem Herbizid- oder Erntezerstörungsprogramm seit dem letzten Frühjahr schon besprüht worden. So lautet eine Quelle. Andere Quellen geben die Zahl mit 75 000 acres an. Air-Force-Transportflugzeuge, die die Entlaubung des Herbizidprogrammes betreiben, setzen die Hälfte ihrer Zeit für dieses zweite Programm ein. Man nimmt an, daß die Anstrengungen hier im Jahre 1966 verstärkt werden.“ (New York Times, 22. 12. 65, Ch. Mohr)

Die Operation „Crimp“ umfaßt nach New York Herald Tribune: „Die Festlegung von Zonen für unbegrenzte Bombardements, Vernichtung von Reisfeldern mit chemischen Giftstoffen vom Flugzeug aus und Verbrennung von Versorgungsgütern und Häusern in roten Regionen.“ (zit. nach Spiegel Nr. 5 1966) Die Umwelt, das Land, seine Ernte und Tiere werden zum Feind. Sie müssen vernichtet werden — und Herbizide sind billig.

„Als die Flugzeuge ihre Bombenschächte entleert hatten und sich zum Rückzug formierten, bedeckte eine Schicht von weißer Asche das Gelände rings um die brennenden Kasernen. Nichts regte sich mehr, eine in Vietnam noch nicht erprobte Waffe hatte sich bewährt: Es handelte sich um die Phosphorbombe, die sich selbständig in der Luft entzündet und ... fast unlöslich ist.“ (Der Stern 1965)

Alain Raymond besuchte ein Hospital in Cantho im Mekong-Delta, wo die zivilen Opfer des Krieges behandelt werden. Ein vietnamesischer Arzt beschreibt einen solchen Fall: „Sie hat Napalmverbrennungen erlitten. Ihr Dorf wurde vollkommen zerstört. Wir haben sie seit einigen Tagen hier. Ihre Wunden lassen sie ununterbrochen furchtbar leiden. Nicht nur ihre Haut, sondern auch ihr ganzes Wesen bleibt ihr Leben lang gezeichnet.“ (Le Monde 5. 3. 66)

#### DIE GADGETS DER ZERSTÖRUNG

Phosphor und Napalm sind kostspieliger und für große Flächen weniger geeignet. Ihr Hauptverwendungsgebiet sind Dörfer, wo die Notwendigkeit intensiver Zerstörung ihren Einsatz rechtfertigen. Menschen, von Spritzern getroffen, sterben unter Qualen.

Um die lückenlose Bekämpfung und Vernichtung alles sich Bewegenden und Lebendigen zu gewährleisten, sind für den Krieg unter vietnamesischen Bedingungen besondere Waffen, sogenannte „gadgets“, entwickelt worden.

„Amerikanische Ingenieure haben ein transportables Infrarotgerät entwickelt, das im Umkreis von 200 Metern die Anwesenheit jedes menschlichen Wesens entdeckt, so gut das Versteck auch sein mag. Sie haben den sogenannten ‚Faulen Hund‘ konstruiert, ein ungeheuer wirksames Schrapnell, eine mit Splittern gefüllte Zweientnerbombe, die zehn Meter über dem Erdboden explodiert, den Menschen fürchterliche Verletzungen beibringt und gleichzeitig das Gelände mit gefährlichen Fallen spickt. Sie haben die Flieger mit der ‚Schlangenaug‘ genannten Bombe beglückt, die langsam fällt und beliebig gesteuert werden kann. Sie haben die US-Hubschrauber mit einer Art Sack bestückt, der 200 Granaten enthält und ein Areal von 2000 qm leerräumt. Obendrein haben sie ihre Hubschrauber mit ‚bullpup‘ ausgerüstet, einer fernlenkbaren, 200 kg TNT schweren Bombe, die in der Lage ist, unterirdische Unterstände zu zerstören. Ganz zu schweigen von der neuen Napalmbombe, die ihren Vorgängern ebenso überlegen ist, wie die neue Atombombe der Bombe von Hiroshima. Die Infanteristen sind bei dieser Verteilung verrückten Spielzeugs nicht vergessen worden: Sie verfügen jetzt über ein automatisches, ultraleichtes Gewehr (leichter als ein Pfund), das so mörderische Geschosse mit derartiger Geschwindigkeit abfeuert, daß jede Verletzung fast automatisch den Tod herbeiführt. Das Fleisch wird buchstäblich zerfetzt und das Skelett völlig zerrissen. Sie verfügen jetzt über tragbare Radargeräte, die möglicherweise die wirksamste Antiquerrillawaffe sind.“

(Nouvel Observer, 29. 4. 65, Jean Lacouture)

Vietnam als Erprobungsfeld. Diese Waffen sind deutlich für den feindlichen Infanteristen gedacht. Ihre Wirksamkeit beschreibt ein amerikanischer Soldat am Beispiel des neuen Gewehrs: „Als ich dort wegging, war es das Gewehr. Die Wirkung war fantastisch. Ich habe gesehen, wie einer in den Arm getroffen wurde. Es warf ihn herum und blies den Arm förmlich weg. Einer wurde im Rücken getroffen und sein Herz flog ihm förmlich aus dem Körper.“ (Look Magazine 1965) Diese „Spielzeuge“ gewinnen erst ihre Bedeutung im Zusammenhang mit der ganzen Militärmaschinerie. Deren Ziel heißt Vernichtung. Was diese auslöst, erfassen jene.

#### BEFRIEDUNG ALS VERNICHTUNG

Die Maschinerie hat ihre Konsequenz — nicht nur Vernichtung der Bevölkerung, sondern den Tod des Landes. Sie kennt keine Ausnahme. Das zu verteidigende Land wird zusammengezogen auf dichte Punkte, deren Infrastruktur mit diesem Prozeß amorpher und gefährlicher wird: auf die Städte als amerikanische Militärbasen. Dazwischen liegen riesige sterbende Räume — ohne Struktur außer den Spuren ihrer Zerstörung. Ihr biologischer Tod muß beschleunigt werden, denn er bedeutet den Tod des Feindes. Seine Ungreifbarkeit, die ihn früher

amerikanischer Waffenwirkung entzogen wird, jetzt seine Schwäche. Er ist identisch mit dem Land, das vernichtet wird. Und drei Viertel des Landes befinden sich nach amerikanischen Schätzungen unter seiner Kontrolle.

Max Clos (Le Figaro, 24. u. 29. 4. 65) skizziert die amerikanische Einstellung: „Man muß — zumindest einstweilen — vom Mythos der Befriedung abgehen. Die Befriedung geht nicht von den Regierungskreisen, sondern vom Vietkong aus. Er ist es, der das Terrain und die Bevölkerung unter Kontrolle hat. Es ist nutzlos, weiterhin Bataillone der nationalen Armee zu Operationen auszuschicken und vorzugeben, daß man glaubt, sie werden ein befreundete Bevölkerung schützen, die von den Kommunisten terrorisiert wird. Das Ergebnis ist: Die Befriedung verhindert den Krieg, und da wir im Begriff sind, den Krieg zu verlieren, würden wir auch mit der Befriedung scheitern.“

„.../Gewiß, das ist grausam, aber schließlich herrscht Krieg. Wir haben gar keine Wahl. Der Vietkong kann sich nur halten, wenn er ‚wie ein Fisch im Wasser lebt‘. Unser Ziel ist es, das Wasser auszutrocknen.“

„Sie sagen“, unterbricht ein anderer von der Dorfverwaltung, „einen Bauern töten, heißt, 10 Vietkong töten. Einen Büffel töten ist so viel, wie 10 Bauern töten.“

(MonikaWarnewska, Konkret Juni 66)

Der Selbstlauf der Maschine kann und will nicht unterscheiden zwischen Menschlichkeit und Unmenschlichkeit. Sie, die Maschine, fragt nach Effektivität, „kill ratio“, und überzeugt jeden, der ihre Schritte nicht mitvollzieht, von deren Notwendigkeit. Die Eskalationen sind durchgerechnet. Sie schafft sich ihre Waffen und Menschen selbst — die ihr bestätigen, daß sie recht hat.

Was Vietnam politisch fast gewonnen hatte, das kann es auf diese Weise verlieren — nämlich den Sieg, der heute schon beginnt, nur noch Überleben zu heißen. Der Sieg, der sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsform geheißenen hätte, verflüchtigt sich zunehmend mit der Vernichtung des Landes. Ein totes Land beweist die amerikanische These, daß der Sozialismus niemanden befriedigen kann. Und auf diesen Beweis kommt es Amerika an — vor allem gegenüber Ländern, die in ähnlicher Lage sind wie Vietnam. Daß es den Beweis aber so antreten muß, zeigt, daß es ihn anders nicht erbringen kann.

Aktuelle Notiz:

In dieser Woche bereiten die USA die endgültige Vernichtung der bisher ausgesparten Bevölkerungs- und Industriezentren Nordvietnams, Hanoi und Hai Phong, vor.

Die amerikanische Vernichtungsmaschine in Vietnam braucht 280 000 Menschen, die sie bedienen. „Informationen“ Nr. 3 beschäftigen sich mit der individuellen Situation dieser amerikanischen Soldaten.

Herausgeber: Sozialistischer Deutscher Studentenbund, Landesverband Berlin, 1 Berlin 31, Kurfürstendamm 140, Postscheckkonto Berlin (West) Nr. 1774. — Redaktion: B. Blanke, M. Buddeberg, U. Enzensberger, R. Feischmann, P. Gäng, H.-J. Hameister, J. Horlemann, R. Langhans. D. Müller, G. Schmidt, R. Würgau. Verantwortlich: Rainer Langhans.

(Privatakten, Standort ZI 6: Akte „SDS, BI“)

## DOKUMENT 544

### FU-Studentenvertreter empfangen FDJ-Funktionäre

Tsp. Berlin — Mitglieder des Allgemeinen Studentenausschusses (AStA) der Freien Universität Berlin sind gestern zum ersten Male zu offiziellen Kontakten mit FDJ-Funktionären der Humboldt-Universität im Klubhaus der FU in Zehlendorf zusammengetroffen. Ziel dieses Gesprächs, das auf Initiative der FU-Studentenvertreter zustande kam, sind spätere öffentliche Diskussionsveranstaltungen mit Vertretern der Humboldt-Universität über Fragen der Hochschulpolitik. Wie ein Sprecher des AStA erklärte, soll ein zweites Gespräch mit der FDJ im Herbst in Ost-Berlin stattfinden.

Der AStA-Vorsitzende Nevermann erklärte auf Anfrage, daß „die Reaktion der FDJ-Vertreter sehr positiv“ gewesen sei. Es seien von keiner Seite „Bedingungen gestellt worden“. Das Gespräch habe lediglich vorbereitenden Charakter gehabt. Auf die Frage, ob der AStA den Rektor der FU von dem Gespräch informiert habe, antwortete Nevermann: „Kein Kommentar.“ Auf Anfrage bestätigte der FU-Rektor, Professor Lieber, daß er von den Plänen der Studentenvertreter vorher nicht informiert worden sei.

(Der Tagesspiegel, 7. Juni 1966)

## DOKUMENT 545

### Noch werfen die Demonstranten mit „Steinen“ aus Papier

Ein Besuch bei einer Übung der Berliner Freiwilligen Polizei-Reserve — Querschnitt durch alle Berufe

Die Manöverlage ist ernst. In West-Berlin ist es zu Unruhen gekommen, Überfälle auf Versorgungsbetriebe haben sich ereignet, bewaffnete „Störer“ ziehen durch die Stadt, und der Senat hat zur Unterstützung der Schutz- und Bereitschaftspolizei die Freiwillige Polizei-Reserve zum Objektschutz aufgerufen.

So jedenfalls sah es gestern für die Angehörigen zweier Wiederholungslehrgänge der Freiwilligen Polizei-Reserve (FPR) auf dem Übungsgelände Ruhleben aus. Das „große Manöver“ lief auf vollen Touren mit Streifen, Personenkontrollen und der allgemeinen Sicherung des Objekts, in diesem Falle des Geländes, auf dem sich sonst die Diensthunde der Polizei mit ihren Führern zur Ausbildung tummeln.

Diese Übung stellte jedoch kein außergewöhnliches Ereignis dar. Verteilt über das ganze Jahr finden die Wiederholungs- und Fortbildungslehrgänge der seit etwa fünf Jahren bestehenden FPR statt.

Mit einer gegenwärtigen Personalstärke von rund 5300 Mann bietet diese Freiwilligentruppe, die sich zu einem Drittel aus Angehörigen aus Berufen in der freien Wirtschaft, Studenten und Schülern und zu zwei Dritteln aus Angehörigen des öffentlichen Dienstes zusammensetzt, einen „echten Schnitt durch die Soziologie“. Vom Bezirksbürgermeister bis zum Oberschüler, vom Handwerksmeister bis zum BVG-Angestellten ist alles vertreten. Das durchschnittliche Alter liegt bei etwa 30 Jahren. Alle FPR-Angehörigen leisten, wie der Name verrät, ihren Dienst freiwillig gegen ein geringes Entgelt, das gerade die Fahrtauslagen deckt. Zweimal im Jahr werden sie zu fünf-tägigen Wiederholungslehrgängen einberufen, für neu Eintretende ist ein Grundlehrgang von zwei Wochen obligatorisch.

Der Ausbildung der ausschließlich für den Objektschutz — wichtige Versorgungseinrichtungen wie Wasser- und Klärwerke, Elektrizitätswerke und Vorratslager — aufgestellten FPR orientiert sich strikt an den polizeilichen Aufgaben, die dieser Truppe für den Fall zufallen würden, wenn sie in einem Krisen- oder Notfall aufgerufen wird. Wie jeder andere Polizeibeamte auch, wenn auch natürlich aus Zeitgründen vielleicht weniger intensiv, muß sich der Reservist mit den Vorschriften und Gesetzen vertraut machen, die den Einsatz von Polizeikräften und polizeilichen Mitteln regeln beziehungsweise begrenzen. Die Ausbildung an den der Polizei zur Verfügung stehenden Waffen — und dazu gehört auch der Schlagstock, nicht nur die Feuerwaffen — nimmt dabei einen verhältnismäßig geringen Raum ein. Die Höchstzahl der — auf dem Schießstand — im Jahr abgegebenen scharfen Schüsse beträgt etwa 50.

Dennoch wird der Ausbildung an der Waffe, einem aus amerikanischen Beständen stammenden Karabiner, der erst seit kurzem ein noch aus der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg stammendes, überholtes französisches Modell ersetzt, besondere Sorgfalt gewidmet. Der Polizei-Reservist soll dabei nicht zum wildwestlichen Kunstschützen herangebildet werden, sondern vielmehr mit der sicheren Beherrschung der Waffe zugleich eine Vorstellung über deren Wirkung gewinnen, die ihn zur Sorgfalt bei einer möglichen Anwendung erziehen soll. Eine Formalausbildung gibt es nicht, jeder auch nur geringe Anstrich einer militärischen oder militärähnlichen Einheit wird peinlich vermieden. Mitunter so übertrieben, daß es dem Betrachtenden

ter zu übertrieben erscheint. So hat man bisher von der Ausstattung mit einem Schutz- oder Stahlhelm, wohl nicht zuletzt auch aus „optischen“ Gründen, abgesehen.

Wenn bei Übungen demonstrierende „Störer“ Steine werfen, was ja bei echten Demonstrationen durchaus vorkommen kann, hält der Polizei-Reservist bisher den von einer Tuchmütze (im Sommer in besonders leichter Ausführung) geschützten Kopf hin — wobei der „Störer“ allerdings auch nur zusammengeballtes Zeitungspapier als „Steine“ verwendet und jeden Wurf mit fröhlichem „Getroffen“-Ruf begleitet. Ob sich im Ernstfall aber gerade an diesem Punkt diese Zurückhaltung empfiehlt, erscheint — auch nach Gesprächen mit Polizei-Reservisten — sehr fraglich. Das mit Erinnerungen vielfältigster Art und Sentiments beladene Zurückzucken vor einem Helm sollte nicht dazu führen, daß sich Bürger dieser Stadt, die sich freiwillig — nicht selten neben ihrer Dienst- und Arbeitszeit — zum Schutz unserer verfassungsmäßigen Ordnung zur Verfügung stellen, im Ernstfall vielleicht aus diesem Grunde buchstäblich blutige Köpfe holen. Von Japan bis Los Angeles ist man gewohnt, bei Demonstrationen Polizeibeamte im Schutzhelm zu sehen, ohne daß man auch nur annähernd das Gefühl hat, daß dort 08/15 fröhliche Urständ feiert. E. L.

(Der Tagesspiegel, 9. Juni 1966)

## DOKUMENT 546

### Offener Brief des Verbandes Deutscher Studentenschaften an den Zentralrat der FDJ

An den  
Zentralrat der Freien Deutschen Jugend  
x 108 Berlin 8  
Unter den Linden 36-38

Sehr geehrte Herren!

Die 18. ordentliche Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften vom 7. bis 13. März 1966 in Heidelberg hat beschlossen, die Haltung des Verbandes zu einem umfassenden gesamtdeutschen Studentenaustausch in einem offenen Brief darzulegen. Dieser Beschluß ist Ausdruck des Wunsches der Mitglieder des VDS, möglichst bald in ein umfassendes Gespräch zwischen den Studenten in beiden Teilen Deutschlands zu kommen.

Der FDJ ist bekannt, daß der VDS, seine Mitglieder und seine Untergliederungen, seit langem praktikable Vorschläge zu einem Studentenaustausch unterbreitet haben. Die Vorschläge des VDS haben leider zu keinem Erfolg geführt.

In aller Welt verstehen sich die Studenten als besonders aktive und verantwortliche Mitglieder der Gesellschaft. Ihrem Selbstverständnis entspricht es, politische und ideologische Hindernisse zu überwinden. Deshalb müssen in Deutschland alle Möglichkeiten zum Gedankenaustausch zwischen den Studenten der beiden Teile genutzt werden. In diesem Austausch müssen alle wesentlichen Interessen der Studenten einbezogen werden: wissenschaftliche, politische, kulturelle und sportliche.

Die Notwendigkeit von Begegnungen zeigt sich besonders deutlich, wenn man in der Wiedervereinigung das allen gemeinsame Ziel sieht. Es müssen die Möglichkeiten zur Verständigung zwischen jenen aufrechterhalten werden, die heute in ihren Gesellschaftssystemen ähnliche Aufgaben haben, und die nach der Wiedervereinigung gleiche Aufgaben zu erfüllen hätten. Hierfür ist auf studentischer Ebene ein reger Austausch unerlässlich.

Daher hat der Verband Deutscher Studentenschaften vielfältige Vorschläge zur konkreten Ausgestaltung eines umfassenden gesamtdeutschen Studentenaustausches gemacht:

1. Fachliche Begegnungen, Seminare und Fachstudienreisen.
2. Veranstaltungen zur politischen Bildung.
3. Stipendiaten- und Praktikantenaustausch.
4. Sportlicher und kultureller Austausch.
5. Austausch von Studentenzeitungen.
6. Studentischer Tourismus

Diese Vorschläge sind der FDJ unterbreitet worden. Im Gegensatz zu ihren allgemeinen Bekundungen und im Gegensatz zu

ihren Erklärungen auf internationaler Ebene, ist die FDJ diesen Angeboten jedoch ausgewichen und hat sich in der Öffentlichkeit noch nie dazu geäußert.

Wir sind überzeugt, daß die Studenten in beiden Teilen Deutschlands einen regen und umfassenden Austausch wünschen. Wenn die FDJ gegenüber dem vorgeschlagenen Studentenaustausch eine ablehnende Haltung einnimmt, erweist es sich, daß sie dem Willen der Studenten zuwiderhandelt.

Wir wissen, daß es nicht an der FDJ allein liegt, wenn ein regelmäßiger Austausch bis heute nicht zustande gekommen ist. Das Haupthindernis sind jene Bestimmungen, die den gesamtdeutschen Reiseverkehr erschweren. Wir appellieren aber an die FDJ, sich für eine Lockerung dieser Bestimmungen einzusetzen, wie es regelmäßige Begegnungen zwischen den Studenten in beiden Teilen Deutschlands erfordern würden.

Trotz aller mißlungenen Versuche, erneuern wir auf diesem Weg unser Angebot. Für die erste Phase des Austausches schlägt der VDS vor:

#### 1. Fachbezogene Seminare in allen Fakultäten

Im Wintersemester 1966/67 finden 30 Seminare statt, jeweils 15 in beiden Verbandsbereichen. Die Veranstalter sind auf beiden Seiten die studentischen Fachvertretungen.

Beispiele dieser fachbezogenen Seminare:

Geisteswissenschaftliche Disziplinen:

Die Kriegsschuldfrage des 1. Weltkrieges — Die Sprachentwicklung im geteilten Deutschland — Die Bedeutung der philosophischen Anthropologie — Die Ziele der studentischen Bewegungen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Staats- und sozialwissenschaftliche Disziplinen:

Die Methoden empirischer Sozialforschung — Soziologie der Jugend — Die Aufgaben des Preises in den Wirtschaftssystemen — Strafrechtssysteme in beiden Teilen Deutschlands — Völkerrechtliche Voraussetzungen einer zukünftigen Ordnung in Europa.

Naturwissenschaftliche und medizinische Disziplinen:

Grundlagenforschung, angewandte Forschung — Probleme der Größe und Struktur von Forschungseinheiten in den Naturwissenschaften — Fragen der praktischen Ausbildung im Medizin-Studium.

Technische Disziplinen:

Die Aufgaben des Ingenieurs in der heutigen Industrie-Gesellschaft — Städtebau und Raumordnung — Die Bedeutung der Nachrichtentechnik für gesellschaftliche Entwicklung.

#### 2. Bildungs- und hochschulpolitische Seminare

Im Wintersemester 1966/67 finden 10 Seminare zu Fragen der modernen Bildung statt, jeweils 5 in beiden Verbandsbereichen. Veranstalter sind die Allgemeinen Studentenausschüsse (AStA) und die Hochschulgruppen bzw. Universitätskreisleitungen der FDJ.

Beispiele dieser Seminare:

Mitwirkung der Studenten an der Willensbildung der Hochschule — Probleme der Hochschuldidaktik — der Übergang von der Schule zur Hochschule — Schwierigkeiten des Studienanfangs — Möglichkeiten und Erfahrungen der Erwachsenenbildung — Fragen der Lehrerbildung.

Diese Seminare finden jeweils ihren Abschluß in einer Veranstaltung, in der die Hochschulöffentlichkeit informiert und an der abschließenden Diskussion beteiligt wird.

#### 3. Austausch von Delegationen der studentischen Presse

Zur Information über Hochschulprobleme finden im Wintersemester 1966/67 je zwei Rundreisen von Redakteuren der Studentenpresse statt. An jeder Reise nehmen 10 Redakteure teil.

#### 4. Vereinbarung über Fachstudienreisen

VDS und FDJ bereiten eine Vereinbarung über Fachstudienreisen vor. Diese Vereinbarung soll die gegenseitige organisatorische Hilfestellung bei der Durchführung von Exkursionen sichern.

#### 5. Podiumsveranstaltungen und Streitgespräche an Hochschulorten

Im Wintersemester 1966/67 finden je zehn solcher Veranstaltungen statt. Zu jeder Veranstaltung benennen VDS und FDJ die gleiche Zahl von Gesprächsteilnehmern. Jede Veranstaltung



findet mit gleichem Thema in beiden Verbandsbereichen statt. Die Durchführung obliegt den AStA und den Hochschulgruppen bzw. Universitätskreisleitungen der FDJ.

#### 6. Seminare zur politischen Bildung

Im Wintersemester 1966/67 werden je 10 Seminare über politische Probleme — vorzüglich über Fragen der Wiedervereinigung — von den FDJ die organisatorischen Voraussetzungen. (...) <sup>1)</sup> AStA und den Hochschulgruppen bzw. Universitätskreisleitungen der FDJ veranstaltet. An jedem Seminar nehmen von beiden Seiten je 20 Studenten teil.

#### 7. Stipendien-Programm

Der Verband Deutscher Studentenschaften bietet zunächst ab Wintersemester 1967/68 100 Stipendien für alle Fachbereiche an. Über die Kriterien der Auswahl, die Verteilung auf die Fachgebiete und alle anderen Einzelheiten muß eine Vereinbarung getroffen werden.

#### 8. Praktikanten und Famulantenaustausch

Die für den Praktikanten- bzw. Famulantenaustausch zuständigen Fachverbände im VDS bieten der FDJ für das Jahr 1967 500 Plätze für Praktikanten bzw. Famulanten in allen Fachbereichen, die von ihnen betreut werden, an. Der VDS erwartet ein Angebot über eine gleiche Anzahl von Plätzen.

#### 9. Sportwettkämpfe

Im Sommer 1967 finden die ersten gesamtdeutschen Studentenspiele statt. Die Austragungsform lehnt sich an die Studentenmeisterschaften der beiden Studentensportverbände, Allgemeiner Deutscher Hochschulsportverband (ADH) und Arbeitsgemeinschaft Deutscher Studentensport (ADS), an. Diese beiden Organisationen treffen Vereinbarungen über die Studentenspiele. Ab sofort werden Wettkämpfe zwischen den Sportreferaten der AStA und den Hochschulsportgemeinschaften vereinbart. Dabei werden alle Sportarten und Hochschulen einbezogen. ADH und ADS verpflichten sich, den jeweils anderen Verband zu allen offenen Veranstaltungen und Wettkämpfen einzuladen.

#### 10. Kulturelle Begegnungen

Künftig nehmen Kulturgruppen an den Festivals des anderen Verbandsbereiches (z. B. Erlanger Theaterfestival) teil. An den Hochschulorten lesen Dichter aus dem jeweils anderen Teil Deutschlands eigene Werke. Regelmäßig werden Podiumsdiskussionen und Seminare über Theater, Musik und Film unter Beteiligung von Theater- und Filmfachleuten, Musikern und Theoretikern aus beiden Teilen Deutschlands veranstaltet. Bei diesen kulturellen Veranstaltungen, die noch ergänzt werden durch den Austausch von Kulturgruppen von Hochschule zu Hochschule treffen der AStA und die Hochschulgruppen bzw. Universitätsleitungen der... <sup>2)</sup>

#### 11. Austausch von Hochschul- und Studentenzeitungen

Ab Wintersemester 1966/67 werden je 10 000 Exemplare von Hochschul- und Studentenzeitungen ausgetauscht. Die Exemplare werden den Studenten vor allem in Klubzentren, Lesesälen und Studentenwohnheimen zugänglich gemacht. Eine Vereinbarung zwischen FDJ und VDS regelt die Rahmenbedingungen für diesen Austausch.

#### 12. Studentischer Tourismus

Ab Wintersemester 1966/67 werden reine Erholungsreisen, kulturhistorische Studienfahrten und Informationsreisen über gesellschaftliche Probleme in die Programme der jeweiligen touristischen Unternehmungen aufgenommen. Die Einzelheiten werden von den beiden Reiseorganisationen, Auslandsstelle des Deutschen Bundestudentenringes und Jugendtourist, vereinbart. Der Verband Deutscher Studentenschaften regt an, zwischen den Mitgliedsstudentenschaften des VDS und den entsprechenden Organisationen der FDJ langfristige Vereinbarungen über den lokalen Austausch zu treffen. Der VDS schlägt vor, eine

Rahmenvereinbarung mit der FDJ abzuschließen, die als Vorbild örtlicher Vereinbarungen gelten soll. In Zukunft laden beide Verbände gegenseitig zu ihren öffentlichen zentralen Veranstaltungen ein.

Der VDS hofft, daß die FDJ im Interesse der Studenten in ganz Deutschland sich ihrerseits bereit findet, die Grundlagen für einen umfassenden Studentenaustausch zu schaffen. Der VDS ist bereit, Vereinbarungen über diesen Austausch zu treffen, sobald die FDJ zu den Vorschlägen dieses Briefes Stellung genommen hat. Es muß Einigkeit darüber bestehen, daß es zum Wesen des Austausches gehört, ein entsprechend große Zahl von Studenten einzubeziehen.

Sodann können Gespräche über die technischen Voraussetzungen beginnen, wobei es selbstverständlich ist, daß auf beiden Seiten ein reibungsloser Ablauf der vereinbarten Veranstaltungen gewährleistet wird. Der Verband Deutscher Studentenschaften erwartet die Antwort der FDJ mit großem Interesse.

Hochachtungsvoll

gez. Walter Hürche

Vorsitzender des Verbandes Deutscher Studentenschaften

(FU-SPIEGEL Nr. 52, Juni 1966, S. 12/13)

## DOKUMENT 547

### Anhang zum Tagesordnungspunkt 5 der 6. (o.) Sitzung des 18. Konvents am 10. 6. 1966

Der Konvent der Freien Universität Berlin verurteilt eine Reglementierung des Studiums durch befristete Zulassung und Zwangsexmatrikulation. Diese administrativen Maßnahmen leisten keinen Beitrag zur Lösung des Problems überlanger Studienzeiten. Befristete Zulassung und Zwangsexmatrikulation sind der Versuch, die jahrelangen Versäumnisse auf dem Gebiet der Hochschul- und Studienreform zu verdecken, indem sie den Studenten für die derzeitige Situation verantwortlich machen.

Der Konvent beauftragt den AStA, eine Urabstimmung über die nachfolgende Frage einzuberufen und alle notwendigen Schritte zu ihrer Durchführung einzuleiten:

„Die Studentenschaft der Freien Universität Berlin lehnt die befristete Zulassung und Zwangsexmatrikulation an ihrer Universität ab.“

Der Konvent ersucht den Rektor, alle erforderlichen Einrichtungen der Universität für die Abstimmung zur Verfügung zu stellen.

(Archiv ZI 6: Akte 12.12 FU „18. Konvent, Protokolle 1966“)

### Anhang zum Tagesordnungspunkt 4 a) der 6. (o.) Sitzung des 18. Konvents am 10. 6. 1966

Persönliche Erklärung von Fräulein Regine Herrmann:

Was Sie mir, meine Damen und Herren, vorwerfen, ist, daß ich mein Ja zu einer Maßnahme gegeben habe, die einen Teil meiner Kommilitonen zwingt, in kürzerer Zeit mehr zu arbeiten. Nun mag dieses Mehrarbeiten für einige Fakultäten uninteressant sein; wenn ich am Ende eines möglicherweise ungebührlich langen Studiums am Schreibtisch sitze und darüber zu befinden habe, ob in irgendeinem hinterindischen Dialekt eine bestimmte Lautverschiebung von e nach i oder i nach e gegangen ist, so ist es relativ uninteressant, ob ich mit meiner Meinung richtig liege oder nicht. Ein ganz klein wenig fatal wird die Angelegenheit, wenn es sich darum handelt, ob dank meiner Überlegungen ein kranker Mensch beerdigt wird oder wieder nach Hause gehen kann. Es ist in der Medizin nun einmal so, daß wir nur dann unsere Aufgabe erfüllen können, wenn wir möglichst viel wissen — das sollte Ihnen als später einmal davon Betroffenen eigentlich einleuchten.

Wenn es nun so wäre, daß die Langstudierer besonders viel wissen, dann könnte ich Ihnen mit Ihrer Abneigung gegen die befristete Immatrikulation recht geben. Nach den Statistiken unserer Prüfungsausschüsse ist dies aber keineswegs so; die besten Examina werden in der Gruppe derer, die zur vorgeschriebenen Zeit das Examen ablegen, gemacht. Es wird also in längerer Zeit nicht mehr gelernt. Es wäre in diesem Zusam-

<sup>1)</sup> Satzanfang vom FU-SPIEGEL ausgelassen. T. F., S. L., C. R.

<sup>2)</sup> Satzende vom FU-SPIEGEL ausgelassen. T. F., S. L., C. R.

menhang durchaus zu überlegen, ob man das Studium noch viel weitgehender straffen sollte, indem man nach jedem Semester Zwischenprüfungen einführt, von deren Bestehen das Weiterstudium abhängig gemacht wird.

In einigen der Veröffentlichungen, besonders aus dem Kreise der Vorklinik, klang an, mit der befristeten Immatrikulation werde statt des Förderungsprinzips das Leistungsprinzip herangezogen. Und das scheint manchem das berühmte hochschulpolitische Konzept zu verderben. Meine Damen und Herren, wenn dieses hochschulpolitische Konzept darin besteht, von irgendeiner Stelle Rechte — sprich Förderung — ohne Pflichten — sprich Leistung — zu erlangen, so muß einmal deutlich gesagt werden, daß dieses Konzept in seiner Anlage schwach-sinnig und zu hintertreiben ist. Sie können doch nicht im Ernst auf der Forderung nach dem Studienhonorar bestehen, ohne bereit zu sein, eine entsprechende Gegenleistung dafür zu geben.

Aus den ganzen in den letzten Wochen geführten Diskussionen habe ich mehr und mehr den Eindruck gewonnen, daß es hier gar nicht so sehr um die von unserer Fakultät beschlossene Maßnahme geht, den Bummlern unter unseren Kommilitonen den Garaus zu machen und die anderen, die noch nicht bummeln, daran zu hindern, dies zu versuchen — es scheint sich vielmehr ein Trend durchzusetzen, der in der vergangenen Legislaturperiode begann und nun offenbar auch in diesem Jahr fortgeführt werden soll.

Ganz offenbar wird von irgendeiner Seite versucht, die Meinung zu verbreiten, alles, was von der Seite der Lehrenden komme, sei a priori schlecht und abzulehnen, alles, was von studentischer Seite komme, sei gut.

Diese Haltung, meine Damen und Herren, erinnert in einer peinlichen Weise an Pennäler, die mit der in der Pubertät notwendigen Opposition nicht fertig geworden sind.

In einer Zeit, in der der Staat versucht, mehr und mehr Einfluß auf die Universitäten zu gewinnen, sollte es eigentlich Aufgabe der Studentenvertretung, die — einzigartig in Deutschland — so viele Rechte hat, sein, gemeinsam mit den Lehrenden sich gegen diesen staatlichen Dirigismus zu stellen — nicht aber, ihrer eigenen alma mater in den Rücken zu fallen.

(Archiv ZI 6: Akte 12.12 FU „18. Konvent, Protokolle 1966“)

## DOKUMENT 548

### Antwort der FDJ auf den Offenen Brief des VDS

Berlin, 14. Juni 1966

Auf einen offenen Brief des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) in Westdeutschland, in dem vorgegeben wird, zur Erleichterung eines umfassenden Gesprächs zwischen den Studenten in beiden deutschen Staaten beizutragen, hat der Zentralrat der Freien Deutschen Jugend am Montag dem Vorstand VDS geantwortet. Der FDJ-Zentralrat, der den Brief des VDS vom 6. Juni am 10. Juni erhalten hat, stellt in seiner Antwort fest: Noch vor dem Erhalt Ihres Schreibens erfuhren wir durch eine Zeitung des Springer-Konzerns, daß Sie am 13. Juni 1966 darüber eine Pressekonferenz durchführen wollen. Daraus ist zu entnehmen, daß es Ihnen mehr um allgemeine Propaganda und Verleumdung der deutschen demokratischen Republik, als um ein sachliches Gespräch über das Anliegen der Jugend beider deutscher Staaten geht. Aus Ihrem Brief geht leider nicht hervor, wie der Vorstand des VDS zu den in Deutschland anstehenden grundsätzlichen Fragen steht. Sie negieren in Ihrem Schreiben offensichtlich die gegenwärtigen Realitäten in Deutschland und übergehen die Voraussetzungen, die für eine Realisierung gemeinsamer Initiativen und des Beginns einer Zusammenarbeit zwischen VDS und FDJ unabdingbar sind.

Es ist bekannt, daß die Freie Deutsche Jugend für Begegnungen ist, auf denen Vertreter der Jugend beider deutscher Staaten über die Sicherung des Friedens in Deutschland und für Deutschland beraten. Eine solche Bereitschaft läßt Ihr Schreiben nicht erkennen.

Der Zentralrat der FDJ ist der Auffassung und er weiß sich dabei in Übereinstimmung mit großen Teilen der westdeutschen

Studenten, daß der Vorstand des VDS endlich klar sagen muß, auf welcher Seite er steht.

Steht er auf der Seite derjenigen, die die Schuld tragen für die Millionen Opfer des zweiten Weltkrieges, die Deutschland gespalten haben und die Spaltung ständig weiter vertiefen, die den kalten Krieg praktizieren und den heißen vorbereiten, die mit Notstandsgesetzen jegliche Demokratie beseitigen und das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen? Oder steht er auf der Seite der absoluten Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung, vertreten durch die Gewerkschaften und durch verantwortungsbewußte Wissenschaftler, Hochschullehrer und Studenten, die gegen den Krieg der USA und das Bonner Engagement in Vietnam gegen die atomare Bewaffnung der Bundesrepublik und für die Wahrung des Grundgesetzes eintreten? Um Mißverständnissen von vornherein zu begegnen, erlauben wir uns, diese Frage zu präzisieren:

Verurteilt der VDS-Vorstand die Verbrechen der USA in Vietnam und deren Unterstützung durch die westdeutsche Regierung?

Was gedenkt er zu unternehmen (auch im Interesse der westdeutschen Studenten), um mitzuhelfen, daß endlich diesem Verbrechen an der Menschlichkeit, dieser Gefährdung des Friedens auch für Europa und Deutschland Einhalt geboten wird? Ist der VDS-Vorstand bereit, für Abrüstung und Entspannung in Deutschland einzutreten?

Welche Haltung bezieht er zum Streben der westdeutschen Regierung nach Mitverfügung über Atomwaffen? Ist er bereit, sich gegen die forcierte Aufrüstung der Bundeswehr zu wenden? Ist er für einen westdeutschen Beitrag zur Abrüstung?

Ist der VDS-Vorstand bereit, öffentlich dafür einzutreten, daß der Rüstungsetat zugunsten von Wissenschaft, Forschung und Ausbildung zur Unterstützung des Studiums von Arbeiter- und Bauernkindern rigoros zusammengestrichen wird? Ist der VDS-Vorstand bereit, an der Seite der Gewerkschaften und der Wissenschaftler, die sich in einem Appell an den DGB gewandt haben, und an der Seite aller demokratisch gesinnten Studenten sich an Aktionen gegen die Notstandsgesetzgebung zu beteiligen? Ist der VDS-Vorstand bereit, gegen die antikommunistische, revanchistische Verseuchung junger Menschen an den westdeutschen Bildungsstätten aufzutreten? Wann endlich setzt sich der VDS-Vorstand dafür ein, daß die alten und neuen faschistischen Lehrkräfte von den westdeutschen Hochschulen und Universitäten verschwinden und eine Erziehung der Jugend im Sinne des Humanismus, der Demokratie und der Völkerfreundschaft durchgesetzt wird?

Ist der Vorstand des VDS für die Anerkennung der Realitäten in Deutschland oder für die Beibehaltung der Hallstein-Doktrin? Ist er für eine Annäherung und für die Herstellung normaler Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und ihren Regierungen?

Ist der VDS-Vorstand bereit, sich klar und unmißverständlich gegen die Gebietsforderungen der Bundesregierung an andere Länder gegen die Forderung nach Revision der gegenwärtig bestehenden Grenzen in Europa auszusprechen?

Ist der Vorstand des VDS bereit, dafür einzutreten, daß alle gesetzlichen Bestimmungen und Grundsatzurteile, die die Ausdehnung des Geltungsbereiches westdeutscher Strafgesetze auf die DDR und ihre Bürger zum Inhalt haben, aufgehoben werden?

Die Studenten warten auf Ihre Antwort zu diesen Fragen.

(FU-SPIEGEL Nr. 53, Juli 1966, S. 12)

## DOKUMENT 549

### Rede des 1. AStA-Vorsitzenden auf der feierlichen Immatrikulation für das Sommersemester 1966 am 18. Juni 1966

Magnifizienz, Spektabilitäten, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sie sind mit Ihrer Immatrikulation, die heute bekräftigt werden soll, nicht nur anstaltsnutzungsberechtigt, sondern Bürger dieser Universität geworden. Es sei mir darum gestattet, Ihnen einige Probleme vorzutragen, die diese Rolle betreffen.

Sie sind Mitglieder der Studentenschaft der FU, Sie werden

parlamentarisch repräsentiert vom 18. Konvent, für Sie arbeitet der AStA und sucht Ihre Interessen durchzusetzen, und ich als AStA-Vorsitzender — ob Sie wollen oder nicht — vertritt Sie satzungsgemäß nach innen und außen.

Ich weiß nicht, welche Gründe Sie hatten, soweit Sie aus Westdeutschland kommen, gerade die FU als Studienort zu wählen. Vielleicht war es das Lehrrangbot, vielleicht ein Professor oder Institut, vielleicht die Stadt Berlin, vielleicht war es der Ruf der Studentenvertretung — vielleicht aber sind Sie trotz dieses Rufes nach Berlin gekommen.

Ich weiß, welche Klischeevorstellungen, welche verketzernden Klittereien über die Berliner Studenten ausgestreut werden. Zum Beispiel berichtete die „Neue Züricher Zeitung“ im Februar d. J. aus Berlin: „So, wie die Dinge stehen, ist damit zu rechnen, daß die revolutionär Gesinnten im nächsten Semester“ — das wäre übrigens jetzt — „drei- bis viertausend Studenten auf die Straße bringen werden und daß die Neigung zum Umsturz wächst“. Darob, meine Damen und Herren, kam es gar in einer Fragestunde des Bundestages im März d. J. zu folgender Frage: „Erwägt die Bundesregierung Schritte, um den in diesem... Artikel dargestellten Gefahren zu begegnen?“ Die Bundesregierung — und so lustig die Uniformiertheit wirkt, so erschreckend ist das Vokabular — antwortete durch einen Staatssekretär: „Die Bundesregierung verfolgt sehr aufmerksam die unerfreulichen Umtriebe radikaler Elemente in gewissen Kreisen der Berliner Studentenschaft. Die Feststellungen darüber sind noch nicht abgeschlossen. Es läßt sich bereits jetzt sagen, daß von einer wachsenden... ‚Neigung zum Umsturz‘ unter den Berliner Studenten in dieser Allgemeinheit nicht gesprochen werden kann.“ Etwas später in dieser Fragestunde sagte der Staatssekretär, „daß die politische Bildungsarbeit unter den Studenten noch sehr im argen liegt.“ Darauf die Frage einer Bundestagsabgeordneten: „Wäre die Schärfung dieses Verantwortungsbewußtseins nicht deshalb besonders am Platze, weil die zur Förderung der Studenten und Universitäten benötigten Mittel vom Steuerzahler aufgebracht werden?“

Die Antwort des Staatssekretärs: „Ich stimme Ihnen völlig zu, Frau Abgeordnete. Soll es wirklich richtig sein, daß Studenten deshalb politisch bewußt und gebildet sein sollen, weil Lern- und Lehrmittel zum großen Teil vom Staat bezahlt werden? Mir scheint vielmehr, daß die politische Bildung, wie sie sich in den wissenschaftlichen Lehrveranstaltungen und der Selbstbildung der Studenten durch eigene Veranstaltungen ihrer gewählten Vertreter und der studentischen Gruppen vollzieht, darin begründet ist, daß eine demokratische Gesellschaft der aktiven und kritischen Teilnahme ihrer Mitglieder bedarf. Auch und gerade die Universität sollte in dem für einen Staat konstitutiven Integrationsprozeß ein problembewußtes Korrektiv und eine kritische Kraft sein. Nicht aber nach dem Motto: ‚Wes' Brot ich eß', des Lied ich sing.‘“

Dennoch waren die politische Bildungsarbeit und Tätigkeit der Studenten dieser Universität in letzter Zeit Anlaß zu reglementierenden und einschränkenden Maßnahmen. Ich darf kurz die drei Hauptfälle nennen:

1. Der Fall Kuby. Im SS 1965 verbot der damalige Rektor eine Podiumsdiskussion des AStA, auf der der Journalist Erich Kuby sprechen sollte.
2. Der Fall Dr. Krippendorff. Der Assistent Dr. Krippendorff hatte im SS 1965 im „Spandauer Volksblatt“ geschrieben, daß — „wie man hört“ — Professor Karl Jaspers nicht zu einem Vortrag eingeladen werden könne, weil der Rektor mit dessen Anschauungen zu deutschen Fragen nicht konform geht. Es war und ist nicht zu beweisen, daß diese Meldung der Tatsachen entspricht. Der damalige Rektor urteilte jedenfalls, daß durch diesen Artikel „das Ansehen nicht nur des Rektors, sondern der gesamten Universität auf das schwerste gefährdet“, und daß eine Verlängerung des Anstellungsvertrages von Dr. Krippendorff nicht möglich sei.
3. Der Richtlinienstreit. Am 16. Februar 1966 empfahl der Akademische Senat dem Rektor, die Hörsäle des Henry-Ford-Baus nicht mehr für politische Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen. Noch am selben Abend erklärte der AStA seinen Rücktritt und legte Rechtsaufsichtsbeschwerde

gegen den Beschluß ein. Damit protestierte der AStA energisch gegen die empfohlenen Richtlinien, die den Studenten das satzungsmäßige Recht nehmen wollten, eigenverantwortlich in den Räumen der FU Veranstaltungen abzuhalten.

Der Senatsbeauftragte für politische Bildungsarbeit, Professor Sontheimer, konstatierte, daß der Akademische Senat durch diesen Beschluß den politischen Bildungsauftrag der Universität verneint habe; er werde sein Amt zur Verfügung stellen, „sollten weder Erwägungen politischer Vernunft noch die angekündigte Rechtsaufsichtsbeschwerde zur Revision des Beschlusses führen.“

Der Akademische Senat enthob Professor Sontheimer einen Tag darauf seines Amtes. Am 10. März 1966 nahm der Rektor diese Richtlinien de facto zurück.

Durch den Protest der Studenten und der Öffentlichkeit konnte verhindert werden, daß die politische Meinungs- und Willensbildung aus den Räumen der Universität gewiesen wurde. Dennoch besteht weiterhin der Gegensatz zwischen dem Anspruch des Akademischen Senats und des Rektorats auf materielle Prüfung der Veranstaltungen und dem Anspruch der Studenten auf volle Veranstaltungsautonomie.

Professor Weischedel, Ordinarius für Philosophie an unserer Universität, hatte in einem Vortrag am 5. Mai 1966 diese drei Konfliktfälle unter dem Thema „Freiheit und Ordnung an der Freien Universität“ behandelt. Am Ende seiner Betrachtungen formulierte Professor Weischedel mehrere Forderungen, von denen ich einige wiedergeben möchte.

1. Der Akademische Senat ist in den Empfehlungen an den Rektor... weit hinter dem zurückgeblieben, was von ihm unter den Prinzipien von Freiheit und Ordnung erwartet werden konnte. Vielleicht hat der Senat die Größe und Souveränität, ausdrücklich zurückzunehmen, was er damals empfohlen hat.“
2. „Der Senat hat, wie mir scheint, die Pflicht, den Senatsbeauftragten für politische Bildung, Professor Sontheimer, wieder in sein Amt einzusetzen.“
3. „Der Senat sollte Dr. Krippendorff so bald als möglich wieder in seine frühere akademische Stellung zurückberufen.“

Diese drei Forderungen bleiben nach wie vor bestehen. Sie sind zu unserem Bedauern bis heute noch nicht erfüllt worden. Professor Weischedel hat versucht, die drei von mir kurz dargestellten Konfliktfälle an der FU: Kuby, Krippendorff, Richtlinien, einzubetten in das Problem von Freiheit und Ordnung.

Vielleicht aber wäre es nötig, einmal die Stellung der Konflikte in der geschichtlichen Entwicklung der Universität und der Gesellschaft zu untersuchen. Denn, meine Damen und Herren, ich würde Ihnen nicht von diesen Vorfällen berichten, die sich ja alle vor Ihrem Eintritt in die Universität abspielten, wenn ich sie nicht für Symptome der Entwicklung halten würde, in der sich Gesellschaft und Universität befinden. Dieses Thema ließe sich allerdings nur durch eine gründliche Analyse behandeln, die hier nicht geleistet werden kann.

Ich denke mir, daß eine solche Analyse als wesentliche Merkmale der Entwicklung deutlich machen würde, die Verfestigung hierarchischer Strukturen, die Zurückdrängung der Impulse der Nachkriegszeit, wie sie sich in der Konzeption, einen sozialen und demokratischen Rechtsstaat aufzubauen, wie sie sich auch im Berliner Modell niederschlugen. Dann ließe sich zeigen, daß die Gesellschaft auf dem Wege ist, zur Gleichmachung und Formierung, daß die Universität — integriert in diesen Formierungsprozeß — auf dem Wege ist zu einem rationell funktionierenden Betrieb, zu einer Akademiker-Fabrik, mit einem reglementierten Stoff-Produzieren und Reproduzieren, mit der Aufgabe, möglichst billig Spezialfunktionäre auszustoßen.

Auf diesem Hintergrund müßte die politische Tätigkeit der Studenten verstanden werden, die man so oft als „Ruhestörung“, als „Politisierung“ und „Radikalisierung“ abzuqualifizieren sucht, nämlich als ohnmächtiger Versuch, die Entmündigungen des Einzelnen aufzuhalten und ein kritisches Bewußtsein zu schaffen.

Vor diesem Hintergrund ist auch die Stellung der Studentenschaft zur befristeten Zulassung und Zwangsexmatrikulation zu beurteilen.

Worum geht es in dieser Frage eigentlich?

Ein leicht erkennbares Phänomen hat die Diskussion um die Ordnung der Studien an deutschen Hochschulen in Gang gebracht: Das Phänomen der Studienzeitverlängerung, das hohe Alter der in die Berufe eintretenden Akademiker. Dieser Befund verlangt nach Abhilfe. Man fordert, die Studienzeit, wie auch immer, zu verkürzen. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz empfahl dann im Jahre 1965 — „im Interesse der Studienzeitverkürzung“ — die Studenten nur noch für die Mindeststudienzeit unter Hinzurechnung von zwei Semestern befristet zu immatrikulieren. Eigentlich kann aus diesen Empfehlungen nur der Schluß gezogen werden, daß die WRK die Schuld für die Studienzeitverlängerung allein den Studenten anlastet. Zwingen wir — so dachte man — die faulen und dummen Studenten durch Zwangsexmatrikulation zum schnellen Studierend, dann wird sich die Studienzeit verkürzen lassen!

Diese Maßnahme erscheint uns allerdings als ein untaugliches Mittel am falschen Objekt. Ein untaugliches Mittel ist die Zwangsexmatrikulation deshalb, weil durch sie nur ein Symptom, eine äußere Auswirkung, die Studienzeitverlängerung, bekämpft wird, ohne zu untersuchen, warum die Studenten heute länger studieren müssen. Deshalb trifft die Zwangsexmatrikulation auch das falsche Objekt: Nicht die Faulheit, sondern das Versäumnis der deutschen Hochschulen zur Studienreform ist Grund der Studienzeitverlängerung. Zu fordern ist, daß endlich die Gründe der Hochschulmisere erkannt und beseitigt werden, zu fordern sind eine Umstrukturierung der Studiengänge, des Studieninhalts, neue Arbeitsformen, neue hochschuldidaktische Wege. Dies alles sind die Forderungen, die ohne großzügige Wissenschaftsförderung durch den Staat nicht möglich sind.

Der Konvent der FU hat beschlossen, daß der Studentenschaft Gelegenheit gegeben werden soll, in einer Urabstimmung ein Votum über die Frage der Zwangsexmatrikulation abzugeben. Diese Urabstimmung soll nicht nur eine Solidaritätserklärung an die Studenten der Jur. und Med. Fakultät sein, sondern auch eine grundsätzliche Stellungnahme zum Beschluß der WRK; weiterhin soll die Urabstimmung den Beweis erbringen, daß es hier um ein essentielles Interesse aller Studenten geht: Die Ablehnung von befristeter Zulassung und Zwangsexmatrikulation an unserer Universität und die Forderung nach umfassender Studienreform.

#### Rücktrittserklärung der studentischen Wahlsenatoren im Akademischen Senat der Freien Universität Berlin

Die professoralen Mitglieder des Akademischen Senats haben sich auf Grund der Rede des 1. AStA-Vorsitzenden, Knut Nevermann, zur feierlichen Immatrikulation geeinigt, nicht am Einzug des Akademischen Senats in die Feier teilzunehmen. Die studentischen Wahlsenatoren stellen hierzu fest:

1. Die studentischen Wahlsenatoren haben an der Diskussion der professoralen Mitglieder des Akademischen Senats, die der Entscheidung, nicht einzuziehen, vorausging, nicht teilgenommen. Der Rektor der Freien Universität teilte den studentischen Wahlsenatoren diese Entscheidung der professoralen Mitglieder einige Minuten vor Beginn der Feier mit. Der Rektor sah es nicht als seine Aufgabe an, den gesamten Akademischen Senat in dieser Frage zu konsultieren.
2. Die Entscheidung der Professoren, nicht am Einzug teilzunehmen, kann nach Meinung der studentischen Wahlsenatoren nur als Einzelentscheidung des jeweiligen Professors verstanden werden, da keine ordentlich einberufene Senatssitzung stattgefunden hat, die über diese Frage hätte beschließen können. Unter diesen Umständen wäre es die Pflicht des Rektors gewesen, mit denjenigen Mitgliedern des Akademischen Senats in die Feier einzuziehen, die dazu bereit waren.
3. Die studentischen Wahlsenatoren protestieren gegen die Umgehung satzungsmäßiger Vorschriften durch private Zusammenkünfte des Rektors mit professoralen Mitgliedern des Akademischen Senats, auf denen wichtige universitätspolitische Fragen ohne das Beisein der studentischen Senatsmitglieder diskutiert werden, so daß diese vor vollendete Tatsachen gestellt werden können.

Die studentischen Wahlsenatoren sehen unter diesen Umständen für sich keine Basis für eine weitere Zusammenarbeit mit den anderen Mitgliedern des Akademischen Senats. Sie erklären deshalb ihren Rücktritt.

...

Die studentischen Wahlsenatoren werden dem Konvent empfohlen, solange keine studentischen Mitglieder in den Akademischen Senat zu schicken, als nicht gewährleistet ist, daß diese als gleichberechtigte Mitglieder des Gremiums behandelt werden.

gez. Margaret Wirth  
Wahlsenatoren der Studentenschaft i. J. 1966

(Archiv ZI 6: „FU-SPIEGEL, Informationen für die Studentenschaft“)

## DOKUMENT 550

### Auszug aus der Urteilsbegründung vom 20. Juni 1966

„Abgesehen davon liegen die Meinungsäußerungen der Studentenschaft bereits durch den Konventsbeschluß vom 10. Juni 1966 und durch die Beschlüsse der Vollversammlungen in den Fakultäten vor. Durch die vom Konvent beschlossene Urabstimmung, deren Ergebnis zudem offen wäre, würde gegebenenfalls lediglich bestätigt, was von Konvent und Vollversammlungen bereits beschlossen und den zur Entscheidung über die Studienzeitverkürzung berufenen Organen bereits als Auffassung der Studentenschaft bekannt ist. Der Rektor hat zudem in seinem Schreiben vom 14. Juni 1966 zum Ausdruck gebracht, daß jeder anderen Form einer Meinungs- und Willensbildung der Studentenschaft zum Problem einer befristeten Immatrikulation nichts im Wege stehe. Der von dem Konvent beschlossenen Urabstimmung käme auch keine unmittelbar regelnde Wirkung zu, wie dies bei den in § 4 Abs. III der Satzung der Studentenschaft der Freien Universität Berlin vorgesehenen Abstimmungsgegenständen der Fall ist.“ (Informationen der Universitätsverwaltung, Jahrgang 2 Nr. 4, Juli 1966, S. 4)

## DOKUMENT 551

### Aktionskomitee FU

Freunde der Publizistik	RCDS
CV Suevia	ISD
GSG	KSG
DIS	SHB
Unitas Stauffenberg	Friedrich-Naumann-Bund
Unitas Arminia	Collegium Politicum
HSU	KV Askania
CV Bavaria	ND Hochschulring
Argument-Club	EFS
KV Burgundia	HUD
ESG	Ostdeutscher Hochschulring
CV Borussia-Saxonia	
SDS	
Wir protestieren	

- ▶ gegen das erneute Ausweichen vor der längst überfälligen Hochschulreform durch eine gewaltsame administrative Kur („Schuß ins Dunkle“) an den Symptomen der deutschen Hochschulmisere.  
Wir fordern daher: Hochschulreform statt Zwangsexmatrikulation!
- ▶ gegen mechanische Auslesekriterien, die elitären Bestrebungen Vorschub leisten (Prof. Bettermann: „nicht Studienreform sondern Studentenreform“) und einen sachgerechten Aufbau des Studiums unmöglich machen.  
Wir fordern daher: Förderung statt Auslese!
- ▶ gegen den autoritären Stil, in dem die von der Westdeutschen Rektorenkonferenz empfohlene Zwangsexmatrikulation von der FU-Verwaltung eingeführt und die erklärte Meinung der Studentenschaft zur Seite geschoben wurde (Berliner Modell!?)

Wir fordern daher: Kooperieren statt Oktroyieren!  
Die im Aktionskomitee FU zusammengeschlossenen Verbände rufen die gesamte Studentenschaft auf:

Demonstrieren Sie für eine durchdachte Hochschul- und Studienreform! Stimmen Sie daher  
**gegen Zwangsexmatrikulation**

(Archiv ZI 6: Akte E 0702 FU „Flugblätter“ 1966)

## DOKUMENT 552

### Der Rektor der Freien Universität Berlin

1 Berlin 33, den 22. 6. 1966

Zu den Äußerungen des 1. AStA-Vorsitzenden, Knut Nevermann, auf der Immatrikulationsfeier am 18. 6. 1966 ist festzustellen:

1. Zum sog. Fall Kuby hat Herr Nevermann ausgeführt, der Rektor (Prof. Lüers) habe die Podiumsdiskussion des AStA, auf der Erich Kuby sprechen sollte, verboten. Diese Behauptung ist falsch; richtig ist, daß Prof. Lüers ein Auftreten von Herrn Kuby in den Räumen der Freien Universität so lange untersagt hat, bis dieser seine Äußerungen über die Freie Universität aus dem Jahre 1958 in einer die Universität befriedigenden Form erläutert bzw. richtiggestellt hat. Nachdem diese Erläuterung in einem Briefwechsel zwischen Herrn Kuby und dem damaligen Rektor erfolgt war, hat Herr Kuby mehrfach an Veranstaltungen in der Freien Universität teilgenommen. Die Falschheit der Behauptung Herrn Nevermanns über das Verbot einer AStA-Veranstaltung hat doch der damalige 2. AStA-Vorsitzende, Herr Damerow, in einem Brief an den Rektor vom 4. 5. 1965 bestätigt, „daß Sie uns den Saal nur unter der Bedingung zur Verfügung stellen, daß einer der Diskussionsteilnehmer wieder eingeladen wird“.
2. Zum sogenannten Fall Krippendorff hat Herr Nevermann dessen Ausführungen im „Spandauer Volksblatt“ zitiert, „daß Prof. Jaspers nicht zu einem Vortrag eingeladen werden könne, weil der Rektor mit dessen Anschauungen zur deutschen Frage nicht konform gehe“. Herr Nevermann stellt in seiner Immatrikulationsrede dazu fest: „Es war und ist nicht zu beweisen, daß diese Meldung den Tatsachen entspricht.“ Diese Feststellung ist — wenn nichts anderes — zumindest eine glatte Unwahrheit. Es ist aufgrund der Akten nachweisbar, daß die zitierte Meldung von Dr. Krippendorff falsch war. Wenn Herr Nevermann sich davon durch Akteneinsicht nicht informiert hat, so mußte ihm die erwiesene Falschheit wenigstens dadurch bekannt sein, daß Dr. Krippendorff selbst seine Meldung am 19. 5. 1965 im Spandauer Volksblatt zurückgenommen und sich beim Rektor für die Falschmeldung entschuldigt hat.
3. Zum Richtlinienstreit führte Herr Nevermann aus, der Akademische Senat habe dem Rektor empfohlen, „die Hörsäle des Henry-Ford-Baues nicht mehr für politische Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen.“ Herr Nevermann hat dabei unterlassen, auf meinen Begleitbrief zu den empfohlenen Richtlinien hinzuweisen, in dem ich namens des Akademischen Senats eindeutig und unmißverständlich festgestellt habe, daß wissenschaftliche Veranstaltungen, die politische Themen zum Gegenstand haben, nach wie vor durchgeführt werden können. Wäre es dem Akademischen Senat auf eine generelle Verweisung einer politischen Meinungsbildung aus den Räumen der Freien Universität angekommen, hätte ich meine Erklärung vom 10. 3. 1966 nicht in der bekannten Form angeben können, die vom Akademischen Senat gebilligt wurde.

Diese Feststellungen zu den drei von Herrn Nevermann erwähnten Tatbeständen mußten ihm — unbeschadet der Kontroversen um ihre Deutung — der Sache nach bekannt sein.

Ich habe daher Herrn Nevermann schriftlich aufgefordert, zu dieser Sachlage Stellung zu nehmen.

gez. H.-J. Lieber

(Archiv ZI 6: Akte E 0702 FU „Flugblätter 1966“)

## DOKUMENT 553

### Wie lange noch, Herr Nevermann?

Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten an der Freien Universität begrüßt grundsätzlich die Zusammenarbeit aller studentischen Verbände in der Frage der Zwangsexmatrikulation und Studienzzeitbegrenzung. Die jetzt an der Freien Universität eingeführte Regelung wird von uns abgelehnt.

Um die Ursachen der überlangen Studienzzeit zu beseitigen, ist eine umfassende Studienreform erforderlich — nicht aber das Herumlaborieren an Symptomen. Die derzeitige Handhabung widerspricht der offiziellen Forderung nach einem „studium generale“ und verhindert die satzungsmäßig gewünschte studentische Mit- und Selbstverwaltung.

Das Verhalten des AStA Nevermann zeigt, wie ein gutes Ziel durch Ungeschicklichkeit diskreditiert und damit fragwürdig wird.

Der AStA und die ihn unterstützenden linken Verbände haben auf einer Urabstimmung beharrt, obwohl sie in diesem Fall rechtlich zweifellos unzulässig war. Außerdem sollte die Studentenschaft einen Beschluß bejahen, in dem grundsätzlich jede Zwangsexmatrikulation und Studienzzeitbegrenzung an ihrer Universität abgelehnt wird.

Der RCDS hat den Aufruf des „Aktionskomitees“ gegen die Zwangsexmatrikulation unterstützt. Leider war es jedoch den studentischen Verbänden — entgegen offiziellen Versicherungen des AStA — nicht möglich, auf Form und Art der Aktion Einfluß zu nehmen.

Den Aufruf des AStA zur Unterschriftensammlung lehnt der RCDS ab, da er über die berechtigten Forderungen der Studentenschaft in der Frage der Zwangsexmatrikulation und Studienzzeitbegrenzung hinausgeht.

Es ist offensichtlich, daß es dem AStA und der Mehrheit des Konvents nicht um die Sache sondern um die Entfaltung einer Massenpsychose unter den Studenten geht.

Beweis dafür sind das ungeschickte Verhalten Nevermanns während der feierlichen Immatrikulation und die demagogischen Reden zahlreicher Sprecher der linken Verbände bei der Vollversammlung aller Fakultäten. Der RCDS lehnt es ab, sich an mit Emotionen geladenen spektakulären Massenveranstaltungen zu beteiligen, die ausgerechnet von denen inszeniert werden, die das Wort „ratio“ ständig im Munde führen.

Verantwortlich: Ring Christlich-Demokratischer Studenten  
an der Freien Universität, 1 Berlin 30,  
Rankestr. 20

(Archiv: ZI 6: Akte E 0702 FU „Flugblätter 1966“)

## DOKUMENT 554

### Resolution

verabschiedet von der versammelten Studentenschaft der Freien Universität Berlin auf dem Sit-in am 22./23. Juni 1966

### Präambel

Wir kämpfen nicht nur um das Recht, längere Zeit zu studieren und unsere Meinung stärker äußern zu können. Das ist nur die halbe Sache. Es geht uns vielmehr darum, daß Entscheidungen, die die Studenten betreffen, demokratisch nur unter Mitwirkung der Studenten getroffen werden.

Was hier in Berlin vor sich geht, ist ebenso wie in der Gesellschaft ein Konflikt, dessen Zentralgegenstand weder längeres Studium noch mehr Urlaub ist, sondern der Abbau oligarchischer Herrschaft und die Verwirklichung demokratischer Freiheit in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Wir wenden uns gegen alle, die den Geist der Verfassung, gleich in welcher Art, mißachten, auch wenn sie vorgeben, auf dem Boden der Verfassung zu stehen.

Es gilt, die Freiheit in der Universität als Problem zu sehen, das über den Rahmen der Universität hinausweist. Aus diesem Grunde sieht die Studentenschaft die Notwendigkeit, mit allen demokratischen Organisationen in der Gesellschaft zusammenzuarbeiten, um ihre Forderungen durchzusetzen.

Die versammelte Studentenschaft erklärt die Beschlüsse der

Vollversammlung aller Fakultäten vom 21. Juni 1966 zum Bestandteil dieser Resolution.

1. Die Vollversammlung aller Fakultäten stellt fest, daß die Mehrheit der Studenten Herrn Professor Dr. Bettermann in seiner Eigenschaft als Zulassungsprofessor kein Vertrauen mehr entgegenbringen kann. Sie nimmt mit großem Bedauern zur Kenntnis, daß er in der Verhandlung des Verwaltungsgerichtes am 20. Juni 1966 sinngemäß äußerte, er wäre sich darüber im klaren gewesen, daß die Zulassungsbeschränkung an der Juristischen Fakultät, die als Mitverwaltungsangelegenheit verstanden wird, gegen den eindeutigen Willen der Studenten durchgeführt werden würde. Die Vollversammlung bittet Herrn Professor Bettermann, sein Amt zur Verfügung zu stellen, und damit zum Arbeitsfrieden an der Freien Universität Berlin beizutragen.
2. Die Studentenschaft der Freien Universität Berlin appelliert an die Parteien, die die Freie Universität mitbegründet haben, endlich einmal dazu Stellung zu nehmen, daß in den letzten drei Jahren der Inhalt der Satzung ausgehöhlt wird, obwohl diese Satzung der politische Wille der Bevölkerung Berlins war.
3. Der Rektor möge seine Anschuldigungen gegenüber dem 1. AStA-Vorsitzenden Nevermann auf der Immatrikulationsfeier offiziell zurücknehmen oder vor einer weiteren Vollversammlung aller Fakultäten seine Anschuldigungen begründen.

Die versammelten Studenten fordern:

- 1.) Abschaffung der befristeten Zulassung und Zwangsexmatrikulation an unserer Universität
- 2.) Paritätisch aus Professoren, Assistenten und Studenten besetzte Ausschüsse zur Planung und Durchführung einer umfassenden Studienreform. Vertreter der Öffentlichkeit, insbesondere des Senators für Wissenschaft und Kunst, sollen hinzugezogen werden.
- 3.) Öffentliche Diskussion über alle anstehenden Probleme mit dem Rektor und dem Akademischen Senat.
- 4.) Zurückberufung von Dr. Krippendorff in seine frühere akademische Stellung.
- 5.) Wiedereinsetzung von Professor Sontheimer als Senatsbeauftragter für politische Bildungsarbeit.
- 6.) vom Senator für Wissenschaft und Kunst:
  - a) Er möge im Wege der Rechtsaufsicht die Rechtmäßigkeit der Zwangsexmatrikulation überprüfen und sie einstweilen aufheben
  - b) Er möge sein politisches Gewicht dafür einsetzen, daß paritätische Ausschüsse zur Studienreform eingesetzt werden.

(Archiv: ZI 6: Akte E 0702 FU „Flugblätter 1966“)

## DOKUMENT 555

**In Frage gestellt: Die Freiheit der FU  
Rektor zu Gesprächen bereit — Studenten bestehen auf ihren Forderungen**

Mit getrennten Pressekonferenzen des Rektors und des Allgemeinen Studentenausschusses (AStA) der Freien Universität wurden gestern die Auseinandersetzungen zwischen Studenten und Professoren an der FU fortgesetzt. Dabei wurde deutlich, daß der Rektor Professor Lieber zu einem Einlenken in dem gegenwärtigen Streit bereit ist, während die Studenten nach wie vor auf ihren Forderungen beharren. Inzwischen haben sich die Auseinandersetzungen auf die Frage der Autonomie der Universität und ihre Unabhängigkeit von staatlichem Einfluß konzentriert.

**Lieber ist „ernstlich besorgt“**

Professor Lieber erklärte vor Journalisten wörtlich: „Niemand bedauert mehr als ich, daß es zu den Ereignissen der letzten Tage gekommen ist.“ Sie wären „in Form und Ausmaß nicht nötig gewesen, wenn Sachfragen im Vordergrund geblieben wären“. Der FU-Rektor zeigte sich „ernstlich besorgt“, daß

eine Häufung solcher Vorfälle Konsequenzen für das Verhältnis von Staatsaufsicht und Universität haben könnten, die nicht abzusehen seien. Ad-hoc-Gesetze und ein neues Universitätsgesetz könnten die autonome Struktur der Universität „erheblich beeinträchtigen“.

Liebers Auffassung über die Notwendigkeit an Universitäts-Autonomie bezeichnete der AStA-Vorsitzende Nevermann in einer anschließenden Pressekonferenz als „irrrationales Verhältnis zum Staat“. Die Universität müsse in die Gesamtgesellschaft integriert sein. Die Studentenvertretung habe die Aufgabe, „mit allen gesellschaftlichen Gruppen zusammen zu arbeiten, um ihre Forderungen durchzusetzen“. Die am Mittwoch bis nach Mitternacht im Henry-Ford-Bau demonstrierenden Studenten hatten eine engere Zusammenarbeit mit Arbeitern und den Gewerkschaften gefordert. In den Nachtstunden nahmen sie eine Resolution an, in der es heißt, daß in der Universität ebenso wie in der Gesellschaft ein Konflikt bestehe, bei dem es um den „Abbau oligarchischer Herrschaft und die Verwirklichung demokratischer Freiheit in allen gesellschaftlichen Bereichen“ gehe. Die Studenten hätten die Aufgabe, betonte Nevermann, in der „Demokratisierung der Gesellschaft vorzupressen“ und die bestehenden Verhältnisse in Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft zu verändern. Dazu sei die Demonstration ein politisches Machtmittel.

Der Rektor betonte noch einmal, daß er bereit sei, „mit den gewählten Studentenvertretern“ in den nächsten Tagen ein sachliches, internes Gespräch zu führen, bei dem sich zeigen müsse, ob es noch eine Brücke der sachlichen Diskussion gebe. Er appellierte an die Studentenvertretung, den Anfang eines solchen Gespräches nicht durch neue Forderungen zu blockieren. Hierzu erklärte der AStA-Vorsitzende Nevermann, daß die Studenten auf der geforderten öffentlichen Diskussion mit dem Rektor bestehen müßten. Wenn der Rektor diese Zusicherung nicht geben sollte, könne die Studentenvertretung auch nicht in interne Gespräche eintreten.

### Unvereinbare Standpunkte

Trotz dieser unvereinbar erscheinenden Standpunkte betonen sowohl der Rektor als auch Sprecher der AStA, daß bei den gegenwärtigen Auseinandersetzungen die Satzung der FU nicht verlassen werden dürfe. Allerdings hieß es in der Pressekonferenz der Studentenvertreter, daß „die Studentenschaft die Satzung noch nie gebrochen“ habe, die Professoren sie jedoch „ständig aushöhlen“.

Auf die Frage, ob die heftigen Demonstrationen der Studenten und deren weitgehende Forderung von bestimmten Gruppen gesteuert würden, versicherte Professor Lieber, daß er „einen solchen Verdacht ablehnt“. Es gebe keine Anzeichen für eine derartige Infiltration.

### Mehr Rechte für Assistenten

Als Ergebnis der während des studentischen Protestes am Mittwoch beendeten Senatssitzung teilte Professor Lieber mit, daß in Zukunft auch Assistenten und Akademische Räte mit Sitz und Stimme im Akademischen Senat vertreten sein werden.

Diese Neuregelung des Akademischen Senats kommt den Forderungen der demonstrierenden Studenten etwas entgegen, die in ihrer Schlußresolution die Bildung von paritätischen Kommissionen gefordert hatten, in denen Studenten, Assistenten und Professoren über Probleme der Studienreform beraten sollten.

Die Auseinandersetzungen an der FU hatten sich zunächst an der an zwei Fakultäten beschlossenen befristeten Zulassung und der dazu von den Studenten geforderten, vom Rektor jedoch — mit Bildung des Senators für Wissenschaft und Kunst, Professor Stein — verbotenen Urabstimmung entzündet.

### Fakultäten sind zuständig

Lieber betonte, daß es bei der von den Studenten angegriffenen befristeten Zulassung und der Zwangsexmatrikulation an der Medizinischen und Juristischen Fakultät ausschließlich um Zuständigkeiten der Fakultäten gehe. Rektor und Akademischer Senat hätten zu diesem Problem keine Entscheidungsbefugnis. Er kündigte an, daß den Forderungen nach „paritätischen Kommissionen“ zur Diskussion der Studienreform bereits an zwei Fakultäten verwirklicht worden seien und an anderen „durch-

aus eingeführt werden könnten“. Das sei jedoch Sache der Fakultäten selbst.

In diesem Zusammenhang erklärt Professor Bettermann, Zulassungsprofessor der Juristischen Fakultät, dessen Rücktritt die protestierenden Studenten lautstark gefordert hätten, daß an seiner Fakultät bereits „alle nötigen Reformen“ abgeschlossen seien. Aus diesem Grunde sei die auf neun Semester befristete Immatrikulation nur eine notwendige Konsequenz. Wenn heute ein Student sein Jura-Studium nicht schaffe, so liege das nicht an den Studienbedingungen, sondern ausschließlich an ihm selbst.

#### Den Überhang verringern

Für die Medizinische Fakultät erklärte der Dekan Professor Maßhoff, daß sich gerade in den vorklinischen Semestern ein starker Überhang an Studenten herausgebildet habe, die dringend benötigte Studienplätze für neue Studenten blockierten. Aus diesem Grunde habe die Fakultät bis zum Abschluß der einzelnen Examina bestimmte Fristen gesetzt, um Bummelanten nach Überschreiten dieser Frist exmatrikulieren zu können. In diesem Semester sei 52 Studenten vor dem Physikum die weitere Zulassung verweigert worden. Nur vier Studenten seien exmatrikuliert worden, weil sie die Meldung zum Staatsexamen über Gebühr — das heißt vier Semester über die vorgeschriebene Zeit hinaus — verzögert hatten. An der Juristischen Fakultät wurden je Semester etwa 30 bis 40 Studenten zwangsweise exmatrikuliert, erklärte Professor Bettermann.

Geert Müller-Gerbes

(Der Tagesspiegel, 24. Juni 1966)

## DOKUMENT 556

CDU-Fraktion

Berlin, den 24. 6. 1966

#### Pressemitteilung

Betr.: Freie Universität

Die Begrenzung der Studiendauer in einzelnen Fakultäten der FU und die Vorschläge des Wissenschaftsrates, die generell eine Straffung der Studiengänge vorsehen, wonach es gegebenenfalls zu einer „Zwangsexmatrikulation“ kommen kann, sind nur der äußere Anlaß der Demonstration an der FU.

Gelegentlich waren es auch schon andere Anlässe, die zu Auseinandersetzungen und Streit führten: Atomtodbewegung, Vietnam, Politisches Mandat, Bildungsnotstand usw.

Der Kern ist darin zu erblicken, daß bestimmte, offenbar in der Minderheit befindliche Studentengruppen eine ganz besondere Auffassung von Demokratie verwirklichen wollen. Das eigentliche Thema der Auseinandersetzungen lautet demnach:

#### Demokratie und Hochschule

Inwieweit kann eine Schule, die auch auf dem Lehrer-Schüler-Verhältnis beruht, demokratisiert werden?

Inwieweit ist die Studentenschaft berufen, Avantgarde der Demokratie zu sein?

Inwieweit kann Demokratie „offene Gesellschaft“ sein, die alle Meinungen und Neigungen duldet, einschließlich der kommunistischen?

Das sind einige der sicher für alle wichtigen Fragen.

Die demonstrierenden Studenten haben die Parteien zur Vermittlung und Stellungnahme aufgefordert.

Die CDU nimmt diesen Ruf an, denn die Hochschule geht uns alle an:

1. Der kulturpolitische Ausschuß der CDU und der Landesvorstand werden sich in ihren nächsten Sitzungen mit den Fragen der FU beschäftigen.
2. Die CDU lädt (gemeinsam mit dem RCDS) zu einer Seminartagung Anfang Juli ein, auf der wir gemeinsam mit den Studenten aller Gruppen und Professoren das Thema: Demokratie und Hochschule behandeln möchten.

(Privatakten, Standort ZI 6: Akte „SDS, BI 1966“)

## DOKUMENT 557

#### Memorandum zur Reform des Studiums an der Freien Universität Berlin

Die Studentenschaft der Freien Universität Berlin hat sich in ihrer Satzung auf den Grundgedanken der Freien Universität Berlin als einer Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden im Zeichen von Wahrheit, Gerechtigkeit und Freiheit verpflichtet. Sie hat sich verpflichtet, das Ihre dazu beizutragen, daß die Arbeit dieser Gemeinschaft in Forschung und Lehre fruchtbar werde und ihren Mitgliedern die Möglichkeit freier, umfassender Bildung erhalten bleibe.

Aufgerufen durch die Resolution der versammelten Studentenschaft der Freien Universität Berlin auf dem Sit-in am 22./23. Juni 1966 und gestützt auf den überwältigenden Erfolg der Unterschriftensammlung zur Zwangsexmatrikulation fordert daher der Konvent der Freien Universität Berlin im Namen der Studentenschaft die unverzügliche Inangriffnahme der Reform des Studiums an dieser Universität unter gleichberechtigter Mitwirkung ihrer Vertreter.

Die Studentenschaft hat wiederholt durch Beschlüsse ihrer Vollversammlungen, durch Beschlüsse ihrer satzungsmäßigen Organe und durch Stellungnahmen ihrer Repräsentanten ihre Unzufriedenheit mit den gegenwärtigen Arbeitsbedingungen und der Organisation des Studiums zum Ausdruck gebracht, durch die Erfolg der Arbeit dieser Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden in Frage gestellt wird. Nach Einführung der befristeten Zulassung in zwei Fakultäten sieht sie darüber hinaus auch die Möglichkeit freier, umfassender Bildung nicht mehr gewährleistet.

Innerhalb von zwei Tagen haben bereits mehr Studenten, als sich je zuvor an einer Unterschriftensammlung an dieser Universität beteiligt haben, ihren Protest gegen diese Maßnahmen durch ihre Unterschrift zum Ausdruck gebracht.

Daher fordert der Konvent die Rücknahme der Beschlüsse zur befristeten Zulassung und stattdessen die unverzügliche Inangriffnahme der Reform des Studiums an dieser Universität. Eine solche Reform des Studiums kann gemäß dem Selbstverständnis der Freien Universität nur das Ergebnis einer Diskussion zwischen Lehrenden und Lernenden als gleichberechtigten Partnern sein. Die Freie Universität ist aus dem Protest gegen obrigkeitstaatliche Maßnahmen, die den Lernenden zum unmündigen Erziehungsobjekt degradieren, als Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden gegründet worden. Daher fordert der Konvent die Reform des Studiums unter gleichberechtigter Mitwirkung der Vertreter der Studentenschaft.

Die Verwirklichung dieser Reform erfordert

1. paritätisch aus Mitgliedern des Lehrkörpers und Studierenden zusammengesetzte Kommissionen auf der Ebene der Universität, der Fakultät und des einzelnen Faches, die die Konzeption der Reform des Studiums an der Freien Universität erarbeiten, und
2. die Einführung öffentlicher Versammlungen der Studentenschaft aller Fakultäten und gemeinsame Beratungen zwischen Akademischen Senat und diesen Versammlungen.

Im einzelnen schlägt der Konvent dazu vor:

1. die Bildung einer Kommission noch vor den Semesterferien, bestehend aus dem Rektor als Vorsitzenden, dem 1. AstA-Vorsitzenden und je sechs Vertretern des Lehrkörpers und der Studierenden. Diese Kommission diskutiert in regelmäßigen Abständen mit einer öffentlichen Versammlung der Studentenschaft.

Die Aufgaben der Kommission sind:

- a) Diskussion der institutionellen Voraussetzungen zur Reform des Studiums, insbesondere nähere Bestimmungen über die Zusammensetzung und die Zusammenarbeit der unter 2. und 3. genannten Kommissionen,
- b) Diskussion der Ziele der Reform des Studiums. Dabei sollte die Erziehung zu selbständigem, kritischem Denken durch Wissenschaft Ausgangspunkt der Diskussion sein, die sowohl der VDS seinem Neugründungsgutachten als auch der Wissenschaftsrat seinen Empfehlungen

zur Neuordnung des Studiums an Wissenschaftlichen Hochschulen zugrunde gelegt haben.

2. die Bildung von Kommissionen auf Fakultätsebene, deren Zahl und genauere Zusammensetzung sich aus der interdisziplinären Verknüpfung der Fächer ergibt. Die Kommissionen diskutieren in regelmäßigen Abständen mit der Vollversammlung der entsprechenden Fakultät.
3. die Bildung von Kommissionen der einzelnen Fächer, bestehend aus je drei Mitgliedern des Lehrkörpers und drei Studierenden des Faches, die die fachinternen Probleme der Reform beraten. Diese Kommissionen diskutieren in regelmäßigen Abständen mit der Versammlung der im entsprechenden Fach Studierenden.

Die Kommissionen berichten schriftlich zu einem noch zu fixierenden Zeitpunkt unter Angaben von Minderheitenvoten. Die Reform einer von akademischen Traditionen geprägten Universität verlangt von ihren Mitgliedern Mut zu den Konsequenzen rationaler Argumentation. Noch wurde die in der Öffentlichkeit erhobene Behauptung, eine solche Reform sei nur durch äußeren Eingriff in die Selbstverwaltung der Universität möglich, durch keine deutsche Universität widerlegt. Die Freie Universität sollte noch vor Neuregelung des Berliner Universitätsrechts beweisen, daß sie die wissenschaftsinternen Probleme der Hochschulbildung im Rahmen der Verwirklichung ihrer inneren und äußeren Freiheit zu lösen imstande ist.

(Archiv ZI 6: Akte 12.12. FU „18. Konvent, Protokolle 1966“)

## DOKUMENT 558

Der Konvent beauftragt den AStA, die Studentenschaft der Freien Universität noch vor dem 1. Juli 1966 zur Fortsetzung der in der Nacht vom 22. zum 23. Juni 1966 unterbrochenen Vollversammlung aller Fakultäten in der Form eines „teach-in“ aufzurufen und dafür die technischen Vorbereitungen zu treffen.

Rektor und Akademischer Senat sollen zu dieser Versammlung eingeladen werden.

Der Konvent ruft die Studenten der Freien Universität auf,

1. sich durch die Ausarbeitung von Diskussionsbeiträgen und die Sammlung von Fakten über Mißstände in ihren Fächern auf die Beratungen dieser Versammlung vorzubereiten,
2. interessierte Mitglieder des Lehrkörpers und der Assistentenschaft und Personen aus dem öffentlichen Leben anzuregen, an den Diskussionen der Versammlung und an dem „teach-in“ teilzunehmen.

Der Konvent schlägt der Studentenschaft vor, auf dieser Versammlung u. a. die folgenden Themen zu behandeln:

1. Analyse und Kritik der Maßnahmen und Pläne zur Befristung des Studiums (Zwangsexmatrikulation, befristete Immatrikulation, Gutachten des Wissenschaftsrates)
2. Bestandsaufnahme der Mißstände und Strukturmängel im Studium.
3. Kritik und Reform der akademischen Lehre (Vorlesungsrezensionen, Hochschuldidaktik)
4. Reform des Berliner Modells im Sinne einer Demokratisierung an der Basis, paritätischer Mitbestimmung der Studentenschaft ohne Majorisierung durch Professoren in elementaren Fragen, Öffentlichkeit der Senats- und Fakultäts-sitzungen.

Zur Verbesserung der Arbeit in der derzeit bestehenden Universitätsstruktur fordert der Konvent die permanente Beteiligung von Studentenvertretern mit Sitz und Stimme in allen Ausschüssen und Kommissionen des Akademischen Senats und der Fakultäten.

(Archiv ZI 6: Akte 12.12. FU „18. Konvent, Protokolle 1966“)

## DOKUMENT 559

### Ausfertigung

Verkündet am 28. Juni 1966  
Kiepisch  
Regierungsoberinspektor  
als Urkundsbeamter  
der Geschäftsstelle

Berlin-Charlottenburg,  
den 13. Juni 1966

### Im Namen des Volkes

In der Verwaltungsstreitsache  
des Vereins Deutscher Studenten Berlin—Leipzig,  
1 Berlin 37 — Zehlendorf, Gartenstraße 1—2,  
vertreten durch den Vorstand  
stud. phil. Richard Kießler,  
stud. jur. Folger Groth,  
stud. phil. Wolfgang Klotz,  
stud. rer. nat. Konrad Barke  
(Kläger)

— Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Alexander Dinse,  
1 Berlin 46, Lankwitz, Blumenstraße 3 —  
gegen

die Freie Universität Berlin,  
vertreten durch den Rektor, 1 Berlin 33, Dahlem, Ihnstraße 24  
(Beklagte)

— Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Karl Giese,  
1 Berlin 61, Gneisenaustraße 109—110 —

hat das Verwaltungsgericht Berlin, Ia. Kammer, auf Grund der mündlichen Verhandlung vom 28. Juni 1966 unter Mitwirkung

des Präsidenten Pauli als Vorsitzenden,  
des Verwaltungsgerichtsrats Schenk,  
des Verwaltungsgerichtsrats Karwiese

sowie  
der ehrenamtlichen Verwaltungsrichter  
Technischer Angestellter Hans Albrecht,  
Hausfrau Ursula Drescher  
für Recht erkannt:

Unter Aufhebung des durch das Schreiben des Rektors vom 7. Dezember 1965 mitgeteilten Beschlusses des Akademischen Senats vom 24. November 1965 wird die Beklagte für verpflichtet erklärt, den Kläger unter Beachtung der Rechtsauffassung des Gerichts erneut zu bescheiden.

Die Kosten des Verfahrens werden der Beklagten auferlegt.  
Das Urteil ist hinsichtlich der Kosten vorläufig vollstreckbar.

...

### Entscheidungsgründe

Für die Klage ist der Verwaltungsrechtsweg gegeben. Bei der Zulassung einer studentischen Vereinigung an der Freien Universität Berlin nach § 26 Abs. 1 der Universitätsordnung handelt es sich nicht um einen innerorganisatorischen Vorgang, sondern um einen Hoheitsakt der Beklagten, wie die Entscheidung über die Förderungswürdigkeit und die nach § 26 Abs. 2 der Universitätsordnung mit der Zulassung verbundenen Vergünstigungen den öffentlich-rechtlichen Charakter des Vorgangs deutlich erkennen lassen (Urteil des Oberverwaltungsgerichts Berlin vom 10. August 1955 — OVG I B 67.55 —; vgl. auch Urteil des Verwaltungsgerichts Frankfurt/Main vom 9. Januar 1962 — DVBl. 1964 S. 329 —).

Die Klage ist als Verpflichtungsklage zulässig. Sie ist frist- und formgerecht erhoben; eines Widerspruchsverfahrens bedurfte es nicht.

Die Klage ist auch begründet. Die ablehnende Entscheidung des Akademischen Senats vom 24. November 1965, über die der Kläger durch das Schreiben des Rektors vom 7. Dezember 1965 unterrichtet worden ist, ist rechtswidrig und verletzt den Kläger in seinen Rechten (§ 113 Abs. 4 VwGO).

Nach § 26 Abs. 1 der Universitätsordnung können studentische Vereinigungen, die sich innerhalb der Freien Universität Berlin betätigen wollen, auf Antrag zugelassen werden, wenn sie einen förderungswürdigen Beitrag zur Erfüllung der der Universität gestellten Erziehungsaufgabe leisten. Gegen die Gültigkeit dieser Regelung bestehen keine Bedenken. Die Bestimmung hält sich im Rahmen der Ermächtigung des § 23 der





## DOKUMENT 561

Christlich Demokratische Union Deutschlands  
Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin  
— Fraktionsgeschäftsführer —

1000 Berlin 62  
Rathaus Schöneberg  
John-F.-Kennedy-Platz  
Ruf 7801 3253  
7801 3253

An den  
Sozialistischen  
Deutschen Studentenbund (SDS),  
Gruppe an der FU Berlin  
1 Berlin 12  
Kurfürstendamm 140

Datum: 28. 6. 1966  
Akt.-Zeichen: Lu/Ja

Sehr geehrte Herren,  
im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen an der Freien Universität haben Vertreter der Studenten, die eine Reihe kritischer Vorstellungen über die Gestalt der Hochschule und der Gesellschaft vorgetragen haben, den Wunsch geäußert, daß auch die politischen Parteien zu den strittigen Fragen eine Stellungnahme abgeben und sich eventuell an einer Vermittlung zwischen Studenten und Professoren beteiligen möchten. Die CDU ist zu einem Gespräch bereit, in dem Meinungen ausgetauscht und die jeweiligen Vorstellungen rational begründet werden. Wir haben diese Bereitschaft bereits öffentlich mitgeteilt (siehe Anlage).

Wir möchten Sie daher für den  
Sonnabend, den 9. Juli 1966  
zu einer Seminarveranstaltung einladen.

Um den Programmablauf nicht festzulegen, ohne die Beteiligten gehört zu haben, möchte ich auch einen Vertreter Ihrer Gruppe zu einer gemeinsamen Vorbesprechung bitten. Diese Vorbesprechung soll stattfinden am Freitag, den 1. Juli 1966 um 16 Uhr im Rathaus Schöneberg, Zimmer 2073, CDU-Fraktion.

In der Hoffnung, Sie begrüßen zu können, verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

(H. Lummer)

Anlage  
(Privatakten, Standort ZI 6: Akte „SDS, B I 1966“)

## DOKUMENT 562

Abends Krawall — morgens die Strafe  
Polizei-Experten berieten über Zusammenstöße  
mit Jugendlichen

Keine Polizei, so formulierte es Münchens Polizeipräsident Dr. Schreiber, hat ein Patentrezept dafür, wie man mit Jugendkrawallen fertig werden kann. Aus den Erfahrungen aber, die in München oder Hamburg, Essen oder Berlin gemacht werden, kann gelernt werden. Mit Polizei-Einsätzen bei Jugendkrawallen befaßte sich eine Fachtagung des Polizei-Instituts Hiltrup/Westfalen, zu der leitende Beamte vieler Städte nach Berlin gekommen sind. Gestern berichteten Vertreter der tagenden Polizisten vor der Presse über Ergebnisse ihrer Beratungen.

Die Tagung hatte durchaus aktuelle Bezüge: Einen Tag vor ihrem Beginn war es in Hamburg zu Ausschreitungen gekommen. Man werde aber dennoch nicht zu Verboten derartiger Veranstaltungen greifen, sagte der Einsatzleiter der Hamburger Polizei, Maurer. „Warum sollen denn fünftausend junge Leute darunter leiden, daß es dreihundert Rowdies gibt?“ fragte er, und die Vertreter anderer Städte stimmten ihm zu.

Dr. Schreiber berichtete, man sei sich über andere Wege einig geworden. Es gelte, ein gutes Klima zu schaffen zwischen Polizei und Jugend einerseits und Polizei und Presse andererseits. Die Öffentlichkeit müsse wissen, „daß auch bei der Polizei vernünftige Leute sitzen, deren Kinder vielleicht Beatle-Anhänger sind“. Den Polizisten andererseits müsse klarwerden, daß Beat-Begeisterung ebensowenig strafbar sei wie etwa das Gammeln. „Dreck ist kein polizeiliches Problem“, meinte dazu der Münchener, in Deutschland werde ohnehin viel zuviel nach der Polizei gerufen.

Die Polizeitagung machte sich mit Beat-Fragen vertraut, indem sie sich von einem Dozenten der Hamburger Musikhochschule in die Geheimnisse der rhythmischen Künste einweihen ließ, und ergänzte die gewonnenen Erkenntnisse durch einen Vortrag über soziologische und psychologische Hintergründe von Jugendkrawallen.

Krawall ist landschaftlich unterschiedlich, erläuterte Maurer. In Hamburg gebe es richtige Banden, in München seien solche Erscheinungen unbekannt. Auch in Berlin seien es keine organisierten Banden, die Radauszenen wie beim Rolling-Stones-Gastspiel in der Waldbühne verursachten. In München könne man schon einige Erfolge erzielen, wenn man die Menge in geeigneter Weise im Landesdialekt anspreche, in Hamburg sei das Plattdeutsche nicht mehr wirksame Umgangssprache. Selbst der Einsatz von Pferden etwa unterliege geographischen Verschiedenheiten: Man müsse überlegen, ob die Tierliebe der Randalierer die Wirkung des Pferdeinsatzes unterstütze oder ob vielleicht die Tiere absichtlich verletzt und scheu gemacht werden könnten.

Vom letzten Beatle-Gastspiel berichtete Maurer, man habe sehr wirksam mit der Jugendgerichtsbarkeit zusammengearbeitet. Alle am Abend festgestellten Störenfriede wurden schon am nächsten Morgen vors Gericht bestellt und abgeurteilt. Bis auf einen erschienen alle Angeklagten, zur Verblüffung der Richter frisch gewaschen und gekämmt, in ordentlicher Kleidung und ganz manierlich. Viele hatten plötzlich wohlgestutzte Haare: Die Perücke blieb zu Hause. Zwischen vier Tagen Arrest und acht Monaten Gefängnis bewegte sich das Strafmaß. Die hohe Gefängnisstrafe bekam ein Jüngling, der mit reichverzierter Hundepeitsche angetroffen worden war, deren Griff ein Stilet enthielt.

In Berlin, so teilte Schutzpolizeikommandeur Werner auf eine entsprechende Frage mit, sei eine so gute Zusammenarbeit mit der Justiz noch nicht möglich gewesen. Man wolle aber versuchen, ähnliche Wege wie die Hamburger Schnellgerichts-Verfahren zu beschreiten.

Harte Worte fielen gegen die Neugierigen, die sich stets bei Krawallen anzusammeln pflegen. Sie — „alte Damen, Schwangere und Kinder sind dabei“, meinte Maurer, machen es der Polizei unmöglich, wirksam und gezielt gegen die Störer vorzugehen, die nun ihrerseits in der Menge untertauchen und an anderer Stelle weiterandalieren.

Das Polizei-Institut Hiltrup bildet in Halbjahres-Lehrgängen den Führungsnachwuchs aller deutschen Polizeien aus. Daneben ist es, wie der Leiter des Instituts, Dr. Schorn, sagte, seine Aufgabe, Erfahrungen zu sammeln und anderen zugänglich zu machen. Dazu dienen Fachtagungen, wie die jetzt in Berlin abgeschlossene.

Schw.

(Der Tagesspiegel, 1. Juli 1966)

## DOKUMENT 563

Brief des SDS-Landesvorstandes

An die  
Christlich Demokratische Union  
Deutschlands (CDU) — Fraktion  
des Abgeordnetenhauses von Berlin  
z. Hd. v. Herrn H. Lummer  
1 Berlin 62  
Rathaus Schöneberg

den 1. Juli 1966

Sehr geehrter Herr Lummer!

Wir bedanken uns für Ihren Brief vom 28. Juni und für die beigefügte Pressemitteilung, in der Sie Ihre Vorstellungen zu den Auseinandersetzungen an der Freien Universität Berlin entwickelt haben. Da wir an der Vorbesprechung am Freitag leider nicht teilnehmen konnten, möchten wir zu Ihrem Vorhaben der Seminarveranstaltung am 9. Juli kurz schriftlich Stellung nehmen.

Nach unserer Auffassung geht Ihre Fraktion von der falschen Fragestellung aus, wenn sie annimmt, daß „offenbar in der Minderheit befindliche Studentengruppen eine ganz besondere Auffassung von Demokratie verwirklichen wollen.“ Die De-

monstrationen der letzten Wochen haben mehr als deutlich gezeigt, daß die Modellvorstellung von der so oft zitierten „kleinen Minderheit“, die ihre partikularen Interessen durchsetzen will, auf die Vorgänge an der Freien Universität nicht mehr anzuwenden ist. Die in der Resolution der versammelten Studentenschaft vom 22./23. Juni 1966 erhobenen Forderungen sind solche, die die Studentenschaft aus sich selbst hervorgebracht und verabschiedet hat und aus denen deutlich wird, daß es ihr nicht um eine besondere Auffassung von Demokratie geht, sondern um die allgemeinen demokratischen Grundrechte, die im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland formuliert, jedoch auf die Universitäten bis heute nicht angewandt wurden. Daß es der Studentenschaft keineswegs um besondere Rechte geht, sondern um die allgemeinen demokratischen Rechte, kommt ebenfalls in der genannten Resolution deutlich zum Ausdruck: die Studenten wenden sich „gegen alle, die den Geist der Verfassung, gleich in welcher Art, mißachten, auch wenn sie vorgeben, auf dem Boden der Verfassung zu stehen.“

In diesem Zusammenhang kann man nicht davon ausgehen, wie es Ihre Fraktion tut, daß es an der FU um eine „Vermittlung zwischen Professoren und Studenten“ sich handele; vielmehr geht es darum, daß der Studentenschaft ihre satzungsmäßigen Rechte nicht genommen, sondern daß sie erweitert werden. Es geht darum, daß durch die tatsächliche Wahrnehmung der bereits existierenden und der noch zu erweiternden Rechte das „Berliner Modell“ funktionsfähig gemacht wird.

Ihre Fragestellung, die Sie im Zusammenhang von „Demokratie und Hochschule“ nennen, inwieweit „Demokratie ‚offene Gesellschaft‘ sein“ kann, „die alle Meinungen duldet, einschließlich der kommunistischen“, scheint uns interessant. Im Zusammenhang mit den Vorgängen an der FU ist u. E. diese Fragestellung jedoch irrelevant. Wir möchten daher gerne von Ihnen präzisiert haben, inwieweit Sie es für sinnvoll halten, die Ambitionen der Studentenschaft auf einer Ebene zu diskutieren, die nicht die Ebene der Diskussion an der FU ist. Andernfalls schlagen wir Ihnen vor, daß Sie diese (im Zusammenhang mit dem Thema „Demokratie in Deutschland und KPD-Verbot“) sicherlich wichtige Frage auf einer gesonderten Veranstaltung mit uns diskutieren.

Was die von Ihnen vorgeschlagene Form der Seminartagung angeht, so möchten wir bemerken, daß wir es bereits bedauert haben, daß der AStA der FU hinter verschlossenen Türen die Forderungen der Studentenschaft mit Vertretern der Sozialdemokratischen Partei verhandelt hat; wir sind der Auffassung, daß wir uns im Einklang mit den Forderungen der versammelten Studentenschaft der letzten Wochen befinden, wenn wir darauf bestehen, die Fragen der Studien- und Hochschulreform und des Ausbaues des Berliner Modells in aller Öffentlichkeit vor den versammelten Studenten zu behandeln. Das wesentliche Element der Auseinandersetzungen der Studentenschaft mit der akademischen Verwaltung war gerade die Forderung, die Bahnen der bislang üblichen akademischen Politik hinter verschlossenen Türen zu verlassen und die anstehenden Probleme in der unmittelbaren demokratischen Auseinandersetzung unter Teilnahme aller zu diskutieren. Aus diesem Grunde würden wir an der vorgesehenen Seminartagung nur dann teilnehmen, wenn sie unter der ausdrücklichen Voraussetzung stattfände, zum nächstmöglichen Zeitpunkt vor den versammelten Studenten eine öffentliche Auseinandersetzung vorzubereiten. An dieser öffentlichen Veranstaltung sollten die Bonner Spitzenvertreter der für die Bildungspolitik der CDU verantwortlichen Institutionen teilnehmen und mit den Studenten auf einem „teach-in“ diskutieren. Gerade die Frage der Zwangsexmatrikulation, die Frage der Hochschulreform usw. kann nicht unabhängig von der umfassenden Bildungspolitik in der gesamten Bundesrepublik behandelt werden; die Berliner Situation ist kein lokales Phänomen.

Wir möchten Sie daher bitten, uns mitzuteilen, ob die geplante Seminarveranstaltung unter den genannten Voraussetzungen durchgeführt wird und welches die Tagesordnungspunkte sein werden.

Landesverband Berlin, der Landesvorstand  
Sozialistischer Deutscher Studentenbund  
i. A. Jürgen Horlemann

(Privatakten, Standort ZI 6: Akte „SDS, BI 1966“)

## DOKUMENT 564

### Anhang zum Protokoll der 7. (o.) Sitzung des 18. Konvents Beschluß des Konvents betr. Universitätskommission zur Studienreform

Unter Verweis auf sein „Memorandum zur Reform des Studiums an der Freien Universität“ fordert der Konvent erneut, daß der Akademische Senat auf seiner nächsten Sitzung die sechs Mitglieder des Lehrkörpers für die Studienreformkommission bestimmt. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die unabhängige Sachkommission die Beratung der dringenden Fragen der Studienreform unverzüglich beginnen kann. Angesichts der noch nicht aufeinander abgestimmten Kommissionsbildungen in verschiedenen Fakultäten erscheint es besonders dringlich, daß die zu bildende paritätische Kommission auf Universitärebene noch während der Ferien eine Orientierung bietende, und wo nötig, kritische Stellungnahme vorbereitet; der Konvent lehnt deswegen zum gegenwärtigen Zeitpunkt jede Stellungnahme zu den Initiativen der Fakultäten ab. Auch die personelle Besetzung der Kommission muß sicherstellen, daß — nach individueller Vorbereitung — die Kommission im September ihre etwa wöchentlichen Sitzungen durchführen kann, um bis zum Beginn des Wintersemesters bereits Teile ihrer Aufgaben abschließen zu können.

Die zur Hälfte aus Lehrenden und Lernenden bestehende Kommission soll zudem Teilergebnisse in öffentlichen Versammlungen mit der Studentenschaft diskutieren.

(Archiv ZI 6: Akte 12.12 FU „18. Konvent, Protokolle 1966“)

## DOKUMENT 565

### Protokoll der AStA-Sitzung vom 10. Juli 1966

Beginn: 15.00 Uhr Ende 18.00 Uhr

Anwesend: Mohs, Nevermann, Ziesing, Beyer, Aldag,  
Häußermann, Zinser. — Struck ab 17.15  
Kreipe entschuldigt —

Es wurden grundsätzliche Überlegungen der Politik gegenüber der FDJ erörtert.

1. Eine „liberalistische“ Konzeption hat zum Ziel die Kontakte selbst und stellt diese nicht in eine allgemeine Politik. Daraus folgend werden Veranstaltungen, Seminare etc. durchgeführt, auf denen grundsätzlich alle Fragen zum Thema gestellt werden können.

Diese Konzeption kommt über „wir wollen miteinander sprechen“ nicht hinaus. Ihre politische Wirkung ist fragwürdig und kann sehr verschleiern den Charakter annehmen.

2. Die als „Sozialistische“ bezeichnete Konzeption stellt die Kontakte mit der FDJ in einen größeren Rahmen. Es wird dabei davon ausgegangen, daß die BRD einen politischen und wirtschaftlichen Druck auf die DDR ausübt. Eines der Mittel, mit dem dieser Druck aufrechterhalten wird und das gleichzeitig auch den Druck darstellt, ist dabei dies, daß der Kommunismus und damit die DDR als Verbrecher hingestellt wird (dies ist als Kurzform gebraucht), mit dem man nicht reden darf. Diese Behauptung gilt es immer wieder zu beweisen (SPD-SED-Redneraustausch, VDS-FDJ-Brief etc.).

Von dieser Erkenntnis ausgehend kann es nur Ziel jeder DDR-Kontakte sein, die behauptete Identität zu widerlegen. Der AStA kann dabei durch öffentlich wirksame Arbeit, d. h. gemeinsame Veranstaltungen, Zeitungsaustausch etc. diese Lüge entlarven. Gleichzeitig kann und soll damit erreicht werden, daß sozialistische Kritik in der BRD wieder möglich wird und nicht schon von vornherein wie in der Springer-Presse mit dem Hinweis auf die Mauer abgewiesen wird.

Die gemeinsamen Veranstaltungen haben natürlich auch bei dieser Konzeption einen Selbstzweck.

Nach langer Beratung beschloß der AStA im Sinne einer Auflösung der Fronten und Verständigung zur Grundlage der DDR-Kontakte die Überlegung zu machen, die aggressive

Politik der BRD gegenüber der DDR zu unterlaufen. Alle Kontakte sollen dabei so angelegt werden, daß eine Erweiterung in der politischen Zielsetzung nicht ausgeschlossen wird.  
F.d.R.d.P.: Hartmut Zinser  
13. Juli 1966  
(Archiv ZI 6; Akte 12.12 FU „AStA-Protokolle 1966—69“)

## DOKUMENT 566

Protokoll  
der ordentlichen Senatssitzung vom 13. 7. 1966  
Beginn 15.15, Ende 23.15 Uhr

### I. 12) Stellung und Aufgaben des Senatsbeauftragten für politische Bildungsarbeit

Nach eingehender Aussprache beschließt der Senat mit einer Gegenstimme bei 3 Stimmenthaltungen:

A. Der Senat nimmt die von Prof. Dr. Borinski vorgelegten Thesen über die politische Bildungsarbeit an der Freien Universität zur Kenntnis.

### B. Der Beauftragte für politische Bildungsarbeit

#### I. Aufgaben

- a) Der Beauftragte berät und fördert die studentischen Träger der politischen Bildungsarbeit und nimmt koordinierend an ihrer Planung teil; er kann auch eigene Veranstaltungen durchführen.
- b) Der Beauftragte kann über den Beirat den Fakultäten Anregungen in Bezug auf deren Lehrveranstaltungen geben.
- c) Der Beauftragte berät den Rektor bei der Wahrnehmung seiner aus § 6 der Universitätssatzung erwachsenen Aufgaben im Bereich der politischen Bildungsarbeit. Will der Rektor bei der Vergabe von Räumen für die politische Bildungsarbeit von dem Rat des Beauftragten abweichen, so soll er die Angelegenheit dem Akademischen Senat vorlegen.  
Ist für die Vergabe von Räumen der Dekan oder der Institutsdirektor zuständig, so berät er sich mit dem Beauftragten. Einigt er sich nicht mit ihm, so soll er die Angelegenheit seiner Fakultätsvertretung bzw. dem Institutsdirektorium vorlegen.
- d) Der Beauftragte hält die Verbindung zwischen dem Rektor einerseits, den Organen der Studentenschaft und den studentischen Gruppen andererseits aufrecht.

#### II. Wahl und Amtszeit

- a) Der Beauftragte wird vom Senat gewählt. Er soll das Vertrauen von Rektor und Studentenschaft genießen. Er wird abberufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt.
- b) Die Amtszeit des Beauftragten beträgt drei Jahre. Erneute Beauftragung ist möglich.

#### III. Berichtspflicht

Der Beauftragte berichtet dem Rektor und dem Akademischen Senat jährlich über seine Arbeit. Rektor und Senat können zwischenzeitlich Berichterstattung verlangen.

### C. Der Beirat für politische Bildungsarbeit

1. Zur Beratung des Beauftragten wird ein Beirat gebildet. Ihm gehören mindestens je ein Mitglied jeder Fakultät, des Osteuropa-Instituts, des Otto-Suhr-Instituts, des John F. Kennedy-Instituts, der Vorsitzende des AStA und dessen Referent für politische Bildung an.
2. Die Mitglieder des Beirates werden auf Vorschlag des Beauftragten und nach Anhörung des Dekans der jeweiligen Fakultät bez. des Geschäftsführenden Direktors des jeweiligen Instituts vom Rektor ernannt.
3. Die Amtszeit des Beirates endet mit der des Beauftragten. Bei vorzeitigem Ausscheiden des Beauftragten endet die Amtszeit des Beirates mit der Bestellung des Nachfolgers.

4. Der Beauftragte lädt den Beirat zu mindestens zwei Sitzungen in jedem Semester ein. Er hat ihn einzuberufen, wenn zwei Mitglieder es verlangen.
5. Der Beirat ist vom Beauftragten über die Führung der Geschäfte auf dem Laufenden zu halten.

Der Rektor spricht Prof. Dr. Borinski den Dank des Akademischen Senats aus.

(Akademischer Senat der FUB: Sitzungsprotokolle 1966)

## DOKUMENT 567

Hildegard Lange-Undeutsch

Berlin 33, 16. 7. 1966  
Ruhlaer Str. 14  
Tel.: 89 33 31

### Entgegnung zu der Glosse „Auge auf Berlin“ Prostitution ein normaler Beruf? im Petrusblatt auf Seite 6 Nr. 29 vom 14. Juli 1966

Nach zwei Jahren gelang es uns, einen katholischen Theologen für unser Colloquium über den vorehelichen Geschlechtsverkehr zu gewinnen. Auf Wunsch von Herrn Professor Molinski S. J. referierte ich zuerst. Grundtenor war: Die verworrenen Vorstellungen über Psychologie und Physiologie menschlichen Sexualverhaltens müssen durch die wissenschaftlichen Erkenntnisse ersetzt werden. Ich bezog mich auf Kinsey, Margaret Mead, Ruth Benedict und verwies auf Teilhard de Chardin, Schelsky und Buckley.

Industrielle Revolution, Kontakte zu anderen Kulturen, die Erkenntnisse Freuds und die Frauenemanzipation hätten zu einer Wandlung des Menschenbildes geführt. Der voreheliche Verkehr sei zu bejahen. (Aber nicht etwa, wie man dem Artikel des Petrusblatts entnehmen könnte, als „Pflichtfach“ einzuführen.)

Dafür sprächen auch Erfahrungen mit sehr vielen Neurosekranken mit und ohne körperlicher Symptomatik. Dies zum Inhalt meines Referats.

Angelpunkt der im Wesentlichen zwischen Herrn Professor Molinski und den Studenten geführten Diskussion war die von Professor Molinski behauptete Schädlichkeit des vorehelichen Verkehrs. Die Studenten meinten Liebespaare, die sich aus eigener Verantwortung zu einem vorehelichen Verkehr entschließen. Professor Molinski ging darauf zunächst nicht ein. Er stellte Prostitution und Erschleichen des Beischlafs durch Eheversprechen gleich Ausnutzung der Frau in den Vordergrund. Die Studenten lehnten beides als unmoralisch ab. Ich sagte außerdem, daß die Prostituierten sich nicht ausgebeutet fühlten. Sie seien der Meinung, ihr Beruf sei ein Beruf wie jeder andere. Das weiß jeder Arzt und Fürsorger. Danach sagte ich, daß es sogar Kulturen ab, in denen die Prostituierte nicht geächtet war und nannte Japan. Dort sei es, solange die Gleichberechtigung der Geschlechter noch nicht angestrebt wurde, nicht Außergewöhnliches gewesen, daß Mädchen vor der Ehe als Geishas „arbeiteten“ und später, wie berichtet wird, heirateten und gute Gattinnen und Mütter wurden. Es wurde aber weder von der Prostitution als normalem Beruf in unserem Kulturkreis, noch von der Gleichzeitigkeit des Ausübens der Prostitution und des Berufs einer guten Gattin und Mutter gesprochen.

Ich behauptete auch nicht, daß ich mich von Strafverfolgung bedroht fühle. Vielmehr sagte ich, daß vor einiger Zeit einer Kollegin, die in Empfängnisverhütung berät, bedeutet worden sei, daß ihre Tätigkeit eventuell strafrechtliche Folgen haben könne.

Abschließend bemerke ich, daß ich auf Grund meiner Erfahrungen als Ärztin und Psychotherapeutin eine Gegnerin der von gewissen Kreisen der katholischen Kirche noch immer vertretenen, überholten Sexualmoral bin. Ich scheue daher die Auseinandersetzung nicht. Ich wende mich aber dagegen, daß diese Auseinandersetzung in diffamierender Weise geführt wird.

Ich habe die Interessen der Studenten zu vertreten, die uns in der Beratungsstelle aufsuchen. Unter ihnen befindet sich auch eine erhebliche Anzahl katholischer Studenten. Die genannten Kreise der Kirche aber haben es zu verantworten,

wenn sie durch die Aufrechterhaltung ihrer Sexualtabus weiterhin Neurosen und psychosomatische Erkrankungen verursachen. Meine Aufgabe besteht ausschließlich darin, den Erkrankten zu helfen und dafür zu sorgen, daß die genannten Ursachen für ihre Erkrankungen nicht auf die Dauer bestehen bleiben.

gez. Hildegard Lange-Undeutsch

(Archiv ZI6: Akte 12.12 FU „FUspiegel...“)

## DOKUMENT 568

Protokoll der o. AStA-Sitzung vom 18. Juli 1966

Beginn: 14.30 Uhr — Ende: 18.25 Uhr

Anwesende: Nevermann, Kreipe, Piesing, Zinser, Mohs, Kollmann, Beyer, Aldag, Struck, Siegemund.

1. Herr Kreipe stellte den Antrag, daß nur ein Teilnehmer zur 28. FVT Philosophie vom 20.—23. Juli nach Limburg fahren soll. Herr von Braunbehrens wird an dieser FVT teilnehmen.
2. Der AStA diskutierte über die AStA-Politik und die AStA-Arbeit des Vorstandes und einzelner Referate. Herr Zinser kritisierte die Arbeitsweise des AStA, besonders die Informations- und Koordinationsarbeit und die Art und Weise, in der AStA-Sitzungen durchgeführt wurden. Er war der Ansicht, daß wichtige Entscheidungen nicht durch AStA-Beschlüsse gefällt oder so lange hinausgezögert wurden, so daß eine sachgerechte Diskussion nicht mehr stattfinden konnte. Er war zudem der Ansicht, daß Herr Nevermann für diese Mißstände in vielen Punkten verantwortlich sei. Herr Nevermann wies diese Vorwürfe zurück.

Herr Zinser stellte einen Mißbilligungsantrag zur Diskussion, der in einigen Punkten geändert und in beiliegender Form in geheimer Abstimmung angenommen wurde. 5:4:0:

„Am Mittwoch, dem 13. Juli 1966, hat der Akademische Senat den Vorschlag des Rektors zur Bildung einer Universitätskommission zur Studienreform angenommen. Der Vorschlag des Rektors entspricht nicht den Vorstellungen der Studentenschaft und des Konvents. Aufgrund der Entscheidung des AS hat der 1. AStA-Vorsitzende eine Presse-Erklärung herausgegeben. Diese ist unter Verletzung der G. O. und früherer Beschlüsse zustande gekommen und stellt keine Meinungsäußerung des AStA dar, da Presse-Erklärungen des AStA nur auf Beschluß des AStA erfolgen dürfen. Eine AStA-Sitzung hat aber nicht stattgefunden, obgleich ein Referent eine AStA-Sitzung über die Entscheidung des AS sowohl am Tag vorher (12. 7.) wie auch im Laufe desselben Tages mehrmals gefordert hat, ebenfalls auf der letzten AStA-Sitzung (8. 7.). Der 1. AStA-Vorsitzende hat es aber nicht für nötig gehalten, über diese wichtige Entscheidung des Rektors und AS eine AStA-Sitzung einzuberufen, sondern er hat dies nur mit den zufällig anwesenden zwei Referenten beraten.“

Im Laufe des Semesters wurden einige wichtige Entscheidungen ohne AStA-Beschluß gefällt. Gegen diese Arbeitsweise wurde mehrmals und scharf protestiert. Diese Proteste wurden abgewiesen mit dem Hinweis auf technische Zwänge. Diese technischen Zwänge sind in politische Zwänge, d. h. Entscheidungen umgeschlagen, die nicht immer der Meinung des AStA entsprechen. Der AStA mißbilligt das Verhalten des 1. AStA-Vorsitzenden am 15. Juli. Es muß in Zukunft sichergestellt sein, daß alle wichtigen Entscheidungen durch AStA-Beschluß gefällt werden.“

Herr Nevermann gab dazu die folgende persönliche Erklärung ab:

„Ich glaube, daß die Misere in der AStA-Politik nicht dadurch gelöst werden kann, daß in einem Beschluß dem Vorsitzenden das Mißtrauen ausgesprochen wird, freilich werden die Probleme dadurch auch nicht über Gebühr erschwert. Soweit die Probleme überhaupt personalisiert werden können, muß auch das mangelnde Interesse vieler anderer Referenten bedacht werden (speziell das politische Referat, aber auch das Hochschul- und das Außenreferat). Entscheidend ist, ob die ein-

zelnen Mitarbeiter weiter arbeiten wollen oder nicht. Jede Rücktrittsdrohung ist dafür kein Beitrag. Auch die Informationsschwierigkeiten sind nicht einseitig zu personalisieren. Besonders sollten diese Probleme nicht zu einer nicht vorhandenen politischen Differenz im Grundsätzlichen oder gar Konkreten aufgebauscht werden.“

f.d.R.d.P.

(M. Siegemund)

(Archiv ZI 6: Akte 12.12 FU „AStA-Protokolle 1966—69“)

## DOKUMENT 569

Protokoll der AStA-Sitzung vom 28. Juli 1966

Beginn: 18.00 Uhr — Ende: 20.30 Uhr

Anwesende: Kreipe, Dehn (als Gast), Mohs, Zinser, Schleifer (als Gast).

Auf der AStA-Sitzung wurde der Brief des Kurators über die Gebührenerhöhung besprochen. Dazu berichtete Herr Schleifer vom Gespräch am 7. Juli im Rathaus Schöneberg. (Dabei waren vertreten: der Senator für Wissenschaft und Kunst, der Senator für Finanzen und die Studenten durch Roth, Schleifer, Nevermann und Ziesing.) Schleifers Bericht ging ziemlich durcheinander. Er schilderte nicht den genauen Gang des Gesprächs. In diesem Gespräch wurde die Bedingung der Gebührenerhöhung ausgehandelt. Nach Herrn Schleifer hat sich die Studentenschaft lediglich verpflichtet, zu prüfen, ob die Beiträge an das Studentenwerk erhöht werden müßten, und sich gegebenenfalls vor dem Konvent dafür einzusetzen. Herr Schleifer bestritt aber mehrmals, daß er einer Erhöhung der Studentenwerksbeiträge als condition sine qua non zugestimmt hätte. Er vertrat die Ansicht, daß die gegenteilige Meinung von der Senatsverwaltung in das Gespräch hineininterpretiert worden sei. Herr Schleifer behauptete, Hoppe sei bei dem Gespräch nicht dabei gewesen.

Anfangs berichtete Herr Schleifer, Herr Nevermann habe das Schreiben vom 18. April 1966 bei sich gehabt und Senator Stein habe darauf nicht reagiert. Später konnte er sich nicht mehr genau erinnern, ob Nevermann das Schreiben dabei hatte.

Offenbar wurde in dem Gespräch ganz offen zugegeben, daß die Senatsverwaltung dem Finanzgebaren der Studentenvertretung mißtraut. Das Mißtrauen wurde nicht diesem AStA, aber prinzipiell den folgenden und dem Konvent ausgesprochen. Begründet wurde es mit den Konventsbeschlüssen zum Wettkampfsport. Es wurde klar, daß mit der Kontrolle des Haushaltes eine politische Kontrolle der Studentenvertretung ausgeübt werden solle.

Es muß auch von studentischer Seite die Gebührenerhöhung um DM 3,50 nicht mit genügendem Nachdruck vertreten worden sein. Dabei äußerte die Senatsverwaltung, daß die Studentenschaft um DM 2,— erhöhen könne, um damit ihre laufenden Kosten zu decken, daß aber das Capitol-Projekt und die psychotherapeutische Beratungsstelle in die Hände des Studentenwerks übergeben werden könnten. Folglich sollten die Gebühren an das Studentenwerk um DM 2,— erhöht werden. Als Begründung wurde von der Senatsverwaltung für Finanzen genannt: daß die Steinplatz-Hochschulen DM 5,— an das Studentenwerk zahlen, die FU aber nur DM 2,50. Die Studentenvertretung der FU sollte dies wegen der Optik erst einmal angleichen, bevor sie ihre Gebühren erhebt. Der AStA kritisierte das Verhalten der studentischen Vertreter bei diesem Gespräch. Daraufhin sagte Herr Schleifer: „Die Rolle von Herrn Nevermann war bestimmt sauberer als die von Herrn Roth und mir. Herr Ziesing war unbedeutend, da er keine Ahnung hatte.“ Herr Schleifer führte dann noch aus, daß Herr Ziesing überhaupt nicht unterrichtet worden war und während des ganzen Gesprächs auch nichts gesagt habe.

Nachdem Herr Schleifer gegangen war, besprach der AStA die Konsequenzen dieses Gesprächs. Es wurde festgestellt, daß weder Herr Roth noch Herr Schleifer noch Herr Nevermann den AStA in hinreichender Weise unterrichtet haben. Die Koppelung der Gebührenerhöhung des AStA mit einer Gebührenerhöhung des Studentenwerks in den genannten Weise war völ-

lig neu. Eine Aktennotiz von Herrn Nevermann liegt bisher noch nicht vor, weder von dem Gespräch am 7. Juli noch von einem früheren Gespräch, auf dem die Theatergutscheine behandelt wurden und auch die Gebührenerhöhung. Es wurde in Erinnerung gerufen, daß Herr Roth, Herr Schleifer und Herr Nevermann Herrn Ziesing nur mit starkem Widerstand zu dem Gespräch bei Senator Stein mitgenommen hatten. Es soll geprüft werden, ob der Kurator mit seinem Schreiben vom 26. Juli seine Kompetenzen überschritten hat. Gleichzeitig soll geprüft werden, ob die vom Senator für Wissenschaft und Kunst und vom Senator für Finanzen durchgeführte Verkopplung juristisch überhaupt zulässig sei. Nötigenfalls müßte gegen den Kurator Rechtsaufsichtsbeschwerde eingelegt werden und gegen das Vorgehen der Senatoren beim Verwaltungsgericht Klage eingereicht werden.

f.d.R.d.P.

(Hartmut Zinser)

(Archiv Z16: Akte 12.12 FU „AStA-Protokolle 1966—69“)

## DOKUMENT 570

Protokoll der ordentlichen AStA-Sitzung am 29. Juli —  
11.00 Uhr

Beginn: 11.30 Uhr

Ende: 18.00 Uhr

Anwesende: Kreipe, Zinser, Beyer, Aldag, Mohs, Siegemund

Gäste: Dehn (ab 15.15), Heinrich (dazu 14.45 Uhr, ab 15.15 Uhr)

### 1. Diskussion über die Beitragserhöhung

Nach Mitteilung des Kurators kann einer Beitragserhöhung für die studentische Selbstverwaltung um DM 2,— nur stattgegeben werden, wenn gleichzeitig ab Sommersemester 1967 der Beitrag für das Studentenwerk um DM 2,— erhöht wird. Es wurde festgestellt, daß Herr Nevermann den AStA nur von der Zustimmung der Senatoren Finanzen und WiKu für die Erhöhung der Gebühren um DM 2,— informiert hat.

Es ist festzustellen, was in dem Gespräch zwischen Senator Stein, Senator Hoppe, Herrn Nevermann, Roth und Schleifer, Ziesing, am 7. Juli 1966 ausgehandelt worden ist.

Weiterhin ist zu versuchen, eine Aktennotiz über das Gespräch vom Senator für Wissenschaft und Kunst zu erhalten.

In einem Brief an die Senatoren Stein und Hoppe ist auf die Briefwechsel zwischen Kurator, AStA und den Senatoren einzugehen und darauf hinzuweisen, daß

- a) ständig neue Gründe für die Ablehnung der Gebührenerhöhung gebracht werden;
- b) auf die Argumentation des AStA nicht eingegangen wurde;
- c) wichtige Erklärungen nicht beachtet wurden (s. Studentenwerk-Brief vom 18. April 1966);
- d) der Inhalt der letzten Briefe gegen die Gebührenordnung verstößt;
- e) eventuell eine Klage erwogen wird.

Während der AStA-Sitzung sprach Herr Kreipe mit Herrn Dr. Belgern vom Senator für Wissenschaft und Kunst. Von ihm erhielt er die Auskunft, daß Einigkeit bestanden habe zwischen den Senatoren für Finanzen, Wissenschaft und Kunst und den Studentenvertretern.

### Unterbrechung der Sitzung von 13.10 bis 14.45 Uhr

Neueröffnung der Sitzung um 17.25 Uhr mit den

Anwesenden: Kreipe, Aldag, Beyer (dazu 17.45 Uhr) Zinser, Mohs, Siegemund

Herr Kreipe berichtete von einem Telefongespräch mit Herrn Roth. Herr Roth meinte, man solle den Eingang des Schreibens gegenüber dem Kurator bestätigen und abwarten, bis Herr Nevermann wieder aus Israel zurück ist.

Herr Roth berichtete telefonisch, wie das Gespräch am 7. Juli 1966 verlaufen sei.

Folgendes wurde ausgehandelt:

Der AStA verpflichtet sich, daß im Konvent ein Antrag vom AStA eingebracht wird, in dem die Erhöhung für die studentische Selbstverwaltung mit einer Erhöhung des Studentenwerk-Beitrags ab SS 1967 um je DM 2,— gekoppelt wird.

Zu dieser Verpflichtung sahen sich die studentischen Gesprächsteilnehmer genötigt, um wegen der Termenschwierigkeiten die Gebührenerhöhung noch durchzubekommen.

Dazu wurde gleichzeitig betont, daß man im Konvent mit Schwierigkeiten zu rechnen habe. Man einigte sich auf folgendes Verfahren:

Der AStA soll bis zum Einbringen dieses Antrages den im Antrag formulierten Inhalt mit allem Ernst vertreten. Man stellte in Aussicht, daß der Konvent diesen Antrag abschlägig bescheiden würde. Wichtig für dieses Gespräch war, daß Senator Hoppe zugegen war. Er saß an einem Nebentisch und war mit anderen Verhandlungen beschäftigt. In dem allgemeinen Durcheinander wurde Stein auch mit dem Brief des Studentenwerks bekannt gemacht, den Herr Roth als nicht besonders glücklich bezeichnet. Er streitet ab, daß der Brief besonders günstig abgefaßt war (Herrn Kreipes Interpretation: deswegen wurde ihm in der Verhandlung nicht so viel Wert beigemessen).

Herr Roth gab zu, daß Senator Stein die Gebührenerhöhung verschleppt habe. Auf dem Gespräch betonte Stein, daß er die Argumentation der Studenten einsehe, aber der Finanzsenator mache Schwierigkeiten.

Zu diesem Zeitpunkt hatten die Verhandlungsteilnehmer des AStA einen Kompromiß noch nicht gebilligt. Erst als Stein zum Nebentisch ging, um mit Hoppe zu sprechen, wurde die Angelegenheit mit Ziesing nochmals durchgesprochen. Ziesings Haltung war: (lt. Roth) „ich brauche Geld, egal wie. Ich lehne aber jede Verantwortung ab.“

Von den Verhandlungen Steins mit Hoppe habe man gehört, wie Hoppe gesagt habe, „nun ja denn“.

Am folgenden Sonnabend war Kuratoriumssitzung. In der Sitzung ist von dem Kompromiß nicht die Rede gewesen. Vielmehr wurde gesagt, daß Einigkeit zwischen AStA und den Senatsbehörden bestände. Herr Roth sagte dazu: „ich habe mit Absicht in der Kuratoriumssitzung nicht weiter darüber gesprochen“. Der Kurator habe auf der Sitzung gefragt, ob die Quästur das Geld einbehalten solle. Daraufhin habe Hoppe „ja“ gesagt. Von dem Kompromiß und den damit verbundenen Komplikationen wußten nur Herr Roth und Senator Hoppe. Der Kurator sei für sein Schreiben vom 26. Juli nicht verantwortlich zu machen — so sagte Herr Roth — „er sei nur Beauftragter der Senatoren“. Herr Roth vermutete dazu einen Draht zwischen Völz und Hoppe, und zwar gehe Völz dabei von der Einschätzung aus, daß man die Aktivitäten der Studenten nicht über die Maßen finanzieren solle. Man habe den Kompromiß um des lieben Friedens willen ausgehandelt, und deswegen legte Herr Roth Herrn Kreipe nahe, in dieser Sache nichts zu unternehmen.

Zu dem Vorgehen des AStA schlug Herr Roth folgendes vor: so tun als ob er ohne Vorbehalten den Antrag stellt, so tun als ob der AStA besten Willens ist und es auch eindeutig wäre, den Antrag im Konvent zu stellen.

Der AStA diskutierte über den Bericht von Herrn Roth und war der Ansicht, daß das Verhalten der drei studentischen Gesprächsteilnehmer nicht gebilligt werden kann, ebensowenig der Kompromiß.

f.d.R.d.P.

(M. Siegemund)

(Archiv Z16: Akte 12.12 FU „AStA-Protokolle 1966—69“)

## DOKUMENT 571

Der gewöhnliche Rassismus  
Jacopettis Film „Africa Addio“ — Zur kommenden Berliner  
Erstaufführung im Astor

... und seither verkündet ein roter Pfahl: ALS NEGER GEBOR-  
REN WERDEN IST EIN VERBRECHEN GEGEN DIE  
MENSCHLICHKEIT und die Bekanntmachung fügt hinzu  
um es den Nutzrechtbesitzern verständlich zu machen, daß  
folglich jegliche Art Negrogenie, Negrophilie, Negromanie und  
dergleichen mit der Höchststrafe belegt wird und die Bekannt-  
machung fügt weiter hinzu: denn wohlverstanden WIR WOL-

## LEN NUR DAS BESTE FÜR DIE NEGER...

Jean-Paul Nyunaï (Kamerun)

Der Glaube macht selig; folglich lügt er...

Nietzsche, Der Antichrist

Es ist ein unglaublich heimtückischer Film, den Gualtiero Jacopetti hier schuf, kompiliert aus 170 000 Metern Zelluloid, jetzt immer noch über zwei Stunden lang, in Breitwand und Farbe; Kostenpunkt: 1,5 Millionen DM. Er ist gefährlich, weil man ihn nicht pauschal ablehnen kann, weil er durchaus auch Wahrheiten sagt — aber auf das Wie kommt es an —, weil er **größtenteils blendend gemacht ist, wirklich aufregendes dokumentarisches Material enthält**, kurz: weil sich hier überragende filmische Intelligenz mit einem quasi-missionarischen Glauben mischt — der lügt. Vielleicht unbewußt, aus sich selbst heraus, ohne Reflexion, ohne jenes Ethos, das durch Selbstkritik bedingt wird.

So nutzt es nichts, dem Bekenntnis dieses Films, seiner bisweilen sehr begreiflichen Emotion, Anti-Emotionen entgegenzustellen. Damit wird man weder der Demagogie Jacopettis Herr, noch des gefühligen Engagements, das diese Monstrosität beim Zuschauer auslösen soll und vielfach auch wird. Gesungen wird ein mitreißendes Hohelied auf weißen Ordnungswillen und gegen schwarzes Untermenschentum, aber nein: die Neger können doch nichts dafür, sie sind halt so, bitte, wir müssen sie vor sich selbst retten, und das ist unsere Schuld: daß wir diese ungebärdigen Kinder zu früh verlassen, in eine Welt der Erwachsenen stoßen, wo sie sich noch nicht zurechtfinden. **WIR WOLLEN NUR DAS BESTE FÜR DIE NEGER.** Aber hat denn Jacopetti so ganz unrecht?

\*

Die Analyse des Films wird auf zwei Ebenen geführt werden müssen, die sich allerdings nicht immer scharf voneinander trennen lassen: der politischen und der menschlich-psychologischen. Die Struktur der politischen Argumentation ist recht einfach. Der weiße Mann hat jahrhundertlang dem schwarzen Mann unrecht getan, hat ihn unterdrückt und ausgebeutet. Das ist Jacopettis erster — durchaus richtiger — Ansatz. Zweiter Ansatz: Unrecht kann nicht mit Unrecht vergolten werden. Wie die emanzipierten Neger jetzt die Weißen behandeln, ist aber unrecht, ergo muß man um des ethischen Prinzips willen eingreifen. Zum anderen: es gibt heutzutage nicht nur schwarze Afrikaner, sondern auch eine ganze Anzahl weiße, also Menschen, für die Afrika Heimat ist. Deren Ansprüche gilt es vor dem schwarz-afrikanischen Chauvinismus zu schützen, zumal gerade sie für den schwarzen Erdteil nolens-volens viel Gutes getan haben.

Im Film werden diese Thesen unter anderem folgendermaßen illustriert: Man sieht europäische Siedlerhäuser, villenartige Farmen mit gepflegten Gärten; Idylle, Ordnung, Fleiß werden angedeutet. Schnitt: Die Gärten werden von Bulldozern aufgerissen, um die Agrarreform auch hier zu verwirklichen, der Hausrat der Weißen wird versteigert, die Besitzer sehen versteinerten Gesichts dem Ausverkauf zu; andere Bilder zeigen, daß überall die Landbesitzungen der Weißen zum Verkauf stehen, selbst Gräber werden planiert, nachdem die Toten entfernt worden sind. In einem Haus sitzen Afrikaner, die Feuerstellen auf Fußböden nach Art der Buschmänner gebaut haben; die Waschbecken sind verdreht, weil die Eingeborenen nicht mit ihnen umzugehen verstehen. Ausführlich werden mit Weichzeichnerobjektiven — gleichsam unter Tränen — Verwüstungen wiedergegeben, eingeblendet in einen Prozeß gegen die Mau-Mau, der Greuelthaten der Schwarzen an Weißen ahndet.

Nirgends ein Wort, daß actio gleich reactio ist.

Nirgends ein Wort über die Ursachen schwarzer Unfähigkeit.

Nirgends auch nur der Versuch, Zusammenhänge zu sehen.

Aber pharisäerhaftes Entsetztsein.

\*

Jacopettis Rechnung ist schlau. Was nützt es, so fragt er, die kausalen Abhängigkeiten darzustellen, damit ändert sich doch nichts am gegenwärtigen Zustand. Zweifellos: doch ebenso zweifellos gebietet dokumentarische Ehrlichkeit — und die nimmt doch der Regisseur für sich in Anspruch? —, Kausalitäten in den Film einzubeziehen. Sofern das möglich ist. Aber dafür steht ihm zumindest der Kommentar zur Verfügung. Außerdem wird man Probleme niemals isoliert lösen können,

die Gefahr, neues Unrecht zu begehen, das wiederum nur Unrecht gebären kann, ist zu groß. Wobei Jacopetti entschuldigend konzidiert werden muß, daß seine schwarz-weißen Gedankengänge zuweilen nicht sehr weit von denen mancher Politiker entfernt sind. Weißer Politiker. Folgerichtig ist sein ungeniertes Bekenntnis zur Apartheid-Idee Südafrikas.

An diesem Punkt berühren sich die politische Ebene des Films und die menschlich-psychologische. Der Glaube macht selig: folglich lügt er. — Glaube an die Überlegenheit der weißen Rasse, an die Inferiorität der schwarzen, an unsere Schulmeisterfunktion, an die Lernbedürftigkeit der schwarzen Afrikaner. Doch wohl bewußt spricht er eine tiefe Schicht unseres Unterbewußtseins an: Andersartiges Aussehen bedingt Andersartigkeit des betreffenden Menschen, Dunkelheit ist ein Feind des Menschen, dunkle Menschen sind feindlich; Assoziation: Hölle, Himmel, Schwärze, Licht.

Nur, solange er diese Anschauung auf die gegenwärtige politische Situation beschränkt, in der europäisch-amerikanische **Liberalität — noch dazu innerhalb der Antagonismen der beiden Machtblöcke** — zuschanden werden muß, pervertiert, weil wir eben zu wenig erzogen und den Eingeborenen zu vieles schematisch oktroyiert haben, solange mag man sich noch streiten können. Aber Jacopetti ist es damit nicht genug. Er identifiziert. Neger sind schlechtere Menschen an sich. Wildgewordene Haustiere, ganz nützlich unter Aufsicht, selbst unter einer unvollkommenen — doch wehe, wenn sie losgelassen. Daß in einzelnen Ländern, nur Liberia sei genannt, dieses antihumane Schema nicht stimmt, daß das schwarze Afrika bedeutende Kulturen gekannt hat, jetzt eigenständige Leistungen der Neger aufweist — nicht zu erklären aus dem Kontakt mit den Weißen —: das verschweigt er. Dafür häuft er die Greuel.

Unglaubliche Greuel. Erschießungen, Massensexekutionen von Arabern. Verstümmelungen von Tieren durch die Mau-Mau, etwa von Kühen, denen man die Hinterbeine durchschnitten hat und die Euter zerstochen. Großaufnahme. „Ausverkauf“ der Nationalparks unter schwarzer Selbstverwaltung: hier schwarze und weiße Freibeuter — mehr schwarze — **vereint im maschinellen Töten. Nicht gesagt aber wird, daß etwa in Uganda, in den Murchison Fall Parks, in den Parks Kenias und Tanganyikas, die Beseitigung Tausender von Nilpferden und Elefanten einfache Notwendigkeit war, weil sie sich so vermehrt hatten, daß die Weideplätze in Sandwüsten verwandelt wurden.** Es bestand die Gefahr, daß die Tiere verhungerten. Jacopetti zeigt nur das **Töten. Lastet es den Afrikanern an.**

Die Gegenseite: Tschombés Söldner im Kongo, die Truppe des Kongo-Müller. Lachende Leute, blond, nun ja, tätowiert, aber sie machen Ordnung. Ein schwarzer Jugendlicher wird exekutiert, in optisch sehr ergiebigen Lichtverhältnissen, ein anderer Neger mit Genickschuß getötet, Nonnen begrüßen die Truppe als Befreier, weiße Gewänder, weiße Gesichter. Auf einem ungepanzerten Jeep, der ein Maschinengewehr trägt, befestigen weiße Söldner einen Totenschädel. Kommentar: so ein bißchen Studentenkult... Doch gäbe es diese Leute nicht, wie viele Weiße wären noch getötet worden. Aber wieviele Schwarze unter Karabinerschüssen starben, das wird nicht mitgeteilt, es gibt sowieso übergenug, und was gilt deren Leben gegen das der Weißen. **Hautfarbe als Fetisch der Menschlichkeit. Als Neger geboren werden ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Der beste Neger ist ein toter Neger. Alles andere ist Humanitätsduselei. So lehrt der Film.**

Wer erinnert sich hier nicht an die Amateuraufnahmen von Judenexekutionen in Polen und Rußland. Die, die sie machten, konnten nichts ändern, gewiß nicht, zumindest in den meisten Fällen nicht. Dennoch ist es inhuman, dem Sterben von Menschen ruhevoll und eiskalt zuzusehen, sich womöglich an ihm zu weiden. Und nun gar ein Film mit allen Raffineszen der modernen Technik? Es offenbart einen bedenklichen Grad sittlicher Verrohung, solche Szenen dem breiten Publikum zugänglich zu machen, in Blut und Entsetzen förmlich zu baden — vorgeblich des Dokumentarischen wegen, offensichtlich jedoch einzig des perversen Nervenkitzels halber. Ist es dies wert, daß sich Jacopetti deshalb Lebensgefahr aussetzte? Kann man derartiges auch noch mit dem Prädikat „wertvoll“ auszeichnen?

Was hier zu besichtigen ist, das ist die brutale Fratze des Rassistismus, das ist Spekulation auf niedrige Instinkte, das ist die Legitimation der Gewalt. Untermenschen, Halbmenschen, zufällig sind es hier Neger. Jacopetti reist jetzt nach Vietnam. Dort wird er andere Entsprechungen finden.  
Wir wollen nur das Beste für die Neger...

Hans-Georg Soldat

(Der Tagesspiegel, 31. Juli 1966)

## DOKUMENT 572

### Meinungsfreiheit Addio??!

„Wir, der AStA, sagen es Euch dummen Studenten, der Film AFRICA ADDIO ist tendenziös; er könnte Euch verderben, deshalb dürft Ihr ihn nicht sehen.

Vertraut auf uns: WIR wissen, was Gut und Böse ist, WIR vermitteln Euch die richtige Meinung!

WIR DENKEN FÜR EUCH!

Es lebe die Zensur!

Wir brauchen sie sogar, denn sonst unterliegen wir ja politischen Tendenzen.

Falls Ihr Euch den Film dennoch ansieht, liebe Kommilitonen, werden wir Euch — wie geschehen — schon durch Radau und Tränengas vor Augen führen, welche Filme Ihr Euch anzusehen habt.“

Ohne auf Inhalt und Aussage des Films einzugehen, fordern wir den AStA auf, seine Zensurselbstherrlichkeit aufzugeben.

NICHTS gegen sachliche Informationen!

ALLES gegen eine neue Reichsschrifttumskammer!

Graudenz, Corps Guestphalia  
Schwarz, Corps Normannia

Bremer, Corps Borussia  
Marks, Corps Marchia

(Privatakten, Standort ZI 6: Akte „SDS, A I“)

## DOKUMENT 572 a

### Wiederaufführung im Delphi

Kant- Ecke Fasanenstraße, heute, 20.30

### Afrikanische und deutsche Kommilitonen!

Abgesehen davon, daß der Film „AFRIKA ADDIO“ von Jacopetti in England verboten ist; abgesehen davon, der Faschist Jacopetti sich in einem Prozeß in Rom zu verantworten hat — wegen Aufforderung zum Mord zugunsten seiner ‚liebenswürdigen Kamera‘, bekam AFRIKA ADDIO in der Bundesrepublik (und das 21 Jahre nach dem angeblichen Ende des 3. Reiches) das Prädikat „wertvoll“. Wir wollen uns hier nicht fragen, welche Herren in dieser Filmbewertungsstelle sitzen sollen, die es für ihre brüderliche Pflicht halten, Jacopetti auf diese Art ihre Solidarität zu beweisen. Nein, wir wollen nicht darauf eingehen, ob diese Filmbewertungsstelle tatsächlich eine offizielle politische Ansicht dadurch zum Ausdruck gebracht hat; oder ob die Zulassung von AFRIKA ADDIO nur auf ‚Alleingang‘ dieser sonderbaren Filmbewertungsstelle zurückzuführen ist. Das überlassen wir den demokratischen Kräften der Bundesrepublik und West-Berlins.

Uns soll nicht der Italiener Jacopetti — als Individuum — interessieren. Es wäre auch leichtsinnig zu behaupten, Jacopetti sei geisteskrank. Nein, Jacopetti ist genau so wenig geisteskrank wie Hitler, Goebbels oder wie sie alle hießen und heißen, es waren und sind. Jacopetti vertritt eine politische Überzeugung, eine Weltanschauung: das ist für uns wichtig.

Blutrausch, Grausamkeit, Mord, Leichen, das sind die Motive, die die Kamera des italienischen Regisseurs befriedigen. — Es liegt auf der Hand, daß Jacopetti vor etwa 25 Jahren eine ausgezeichnete Funktion in den Ghettos von Warschau, Maidanek, Theresienstadt, ja im Konzentrationslager Auschwitz mit großem Verdienst für die „Humanität“ hätte erfüllen können.

Die „Untermenschen“ Afrikas hätten das einmalige Glück gehabt, durch Kolonisierung des Kontinents, das heißt seine Ausplünderung zu erfahren, was Kultur ist. Jacopettis Denkver-

mögen scheint aber nicht so weit zu reichen, um zu begreifen, daß das, was für die Kolonialisten Weiteraufbau ihrer eigenen Kultur heißt, für die Afrikaner Entmenschlichung, Vergewaltigung kultureller Werte, Erniedrigung bedeutet. — Wie herrlich, wie raffiniert versucht Jacopetti darzustellen, daß das ADDIO der Europäer Rückkehr zu Barbarei bedeutet. — Kein Zufall, daß die ‚humanitären‘ Aktionen der weißen Söldner so verherrlicht werden. Kein Zufall, daß die südafrikanische Regierung große Hilfe zur Herstellung des Films geleistet hat.

Mit allen afrikanischen Staaten unterhält die Bundesrepublik Deutschland Kulturaustausch. Bei allen afrikanischen Staaten findet sie Verständnis dafür, daß Filme oder Veranstaltungen, die an die zu sehr ungute Vergangenheit erinnern, untersagt werden. Wie selbstverständlich jedoch wurde AFRIKA ADDIO als „wertvoll“ ausgezeichnet! Wie selbstverständlich werden Neger als zur Kultur unfähige „Untermenschen“ gezeigt.

AFRIKA ADDIO hat sich als Ziel gesetzt, den Europäern zu zeigen, daß Neger nur die Sprache der Brutalität verstehen... AFRIKA ADDIO rechtfertigt jede sogenannte humanitäre Aktion von weißen Söldnern. Denn nur die Rückkehr der weißen Herrschaft vermöge es, Kultur nach Afrika wieder einzuführen.

Die Berliner Zuschauer fordert AFRIKA ADDIO auf, die durch den Film wach werdende Gewalt auf die Studenten, Praktikanten, Soldaten, ja auf alle in Berlin weilenden Menschen schwarzer Hautfarbe zu entladen. Ja, AFRIKA ADDIO fordert zu Menschenschlächtereien auf.

Auch die Europäer sollten endlich begreifen: Jacopettis gibt es zu Tausenden. Gegen AFRIKA ADDIO demonstrieren bedeutet, gegen eine Weltanschauung zu demonstrieren. Passiv bleiben gegenüber AFRIKA ADDIO heißt mitschuldig sein an der Ermordung von 6 Millionen Juden, an der Massenerschießung von kongolischen, vietnamesischen Frauen und Kindern, um nur diese Beispiele zu nennen.

Die alten Mittel der Ausbeutung reichen nicht mehr für die Ausplünderung Afrikas und der dritten Welt aus. Lassen Sie sich nicht täuschen: Kongo-Müllers, Jacopettis, die Interventionen in Vietnam und Santo Domingo vertreten eine und dieselbe Sache. Je nach dem Tätigkeitsfeld, je nach der Situation, je nach dem Moment erhält die neokolonialistische Politik den einen oder anderen Charakter. Das Ziel bleibt jedoch dasselbe: Ausplünderung, Ausrottung, Erniedrigung.

Wir sind entschlossen, dem Kolonialismus in der einen oder anderen Form ein Ende zu setzen. Diese Angelegenheit ist zugleich eine afrikanische wie europäische. Die Kongo-Müllers und Jacopettis sind nur neue Vertreter dieser neuen Welle, die im Namen aller Europäer die Vergewaltigung und Entmenschlichung Afrikas fortsetzen wollen.

Seien Sie sich im klaren: Jede Form von ‚im Prinzip dagegen sein‘ ist steril, passiv, ja mitschuldig.

Verhindern wir gemeinsam, daß BLUTRAUSCH, SADISMUS, GRAUSAMKEIT, VERGASUNG zu höchst „humanitären“ Kategorien erhoben werden.

(— Stellungnahme eines Afrikaners zu dem Film: AFRIKA ADDIO —)

Wiederaufführung Delphi heute 20.30

Kant- Ecke Fasanenstraße

Schwiedrzik; 1. Fachschaftssprecher Soziologie

(Privatakten, Standort ZI 6: Akte „SDS, A I“)

## DOKUMENT 573

### „Africa Addio“

### Wertvoll?

Kein Film, so heißt es in der Satzung unserer Freiwilligen Wiesbadener Selbstkontrolle, „soll Themen, Handlungen oder Situationen darstellen, die geeignet sind, antidemokratische, nationalistische oder rassenhetzerische Tendenzen zu fördern“. Kein Film der letzten Jahre widerspricht diesen Grundsätzen der FSK so exakt wie „Africa Addio“ von Gualtiero Jacopetti und Franco Proserpi. Dennoch haben ihn unsere Zensoren ohne Umstände passieren lassen. Seit Dienstag ist der Film ein öffentliches Ärgernis am Kurfürstendamm.



Die Wiesbadener Filmbewerter, die als Länderbeauftragte über Steuervergünstigungen zu befinden haben, haben über „Africa Addio“ das Prädikat „wertvoll“ verhängt. Die Entscheidungen dieses „Gremiums von sachverständigen und urteilsfähigen Gutachtern“ sind schon allzu häufig kritisiert worden, um noch Aufsehen zu erregen. Dennoch ist der Fall „Africa Addio“ besonders kraß. Hier steht nicht mehr eine bedauerliche Fehlentscheidung, sondern das politische Bewußtsein der Filmbewerter zur Debatte.

Jacopetti und Prospero zeichnen ein Afrikabild, das auf dem Kopf steht. Aus 160 Kilometern Filmmaterial haben sie zweieinhalb Kilometer Grausamkeiten ausgewählt und effektiv aufbereitet. Aus diesen Bildern und aus dem marktschreierischen Kommentar der beiden Autoren erfährt der Zuschauer wenig über Afrika und viel über die Ideologie von Jacopetti und Prospero. In „Mondo Cane“ und „Alle Frauen dieser Welt“ waren sie nur als Absurditätensammler aufgetreten, jetzt treiben sie Propaganda. Sie stimmen einen sentimentalischen Schwangesang an auf das Afrika der Weißen, der Kolonisatoren. Sie beklagen den Verlust der paradiesischen Unschuld dieses Kontinents und stellen die Eingeborenen an den Pranger. Der Drang zur Freiheit wird als animalischer Instinkt ausgegeben. Gut und Böse ist sorgsam nach Hautfarbe sortiert in Weiß und Schwarz.

Jacopetti und Prospero geben ihr Werk als „Dokumentarfilm“ aus. Selbst Laien können freilich nicht übersehen, wie fatal die Regisseure ihr Material manipuliert haben, um Vorurteile zu illustrieren. Die Wiesbadener Sachverständigen hat das nicht gestört. Sie haben eine Entscheidung getroffen, die mehr als eine Blamage dieses Gremiums ist.

Merke: „Die Filmbewertung ist eine Einrichtung, welche die Allgemeinheit zu ihrem eigenen Nutzen und Wohl geschaffen hat.“ (Professor Hermann Krings in der Broschüre „Was heißt wertvoll?“.)

pzl.

(Berliner Stimme, 6. August 1966)

## DOKUMENT 574

Protokoll der ordentlichen AStA-Sitzung  
am 8. August 1966 — 11.00 Uhr

Beginn: 11.30 Uhr Ende: 13.40 Uhr  
Anwesende: Kreipe, Beyer, Kollmann, Mohs (dazu 11.25 Uhr),  
Zinser, Siegmund, Aldag (dazu 12.30 Uhr)

1. Herr Roth berichtete noch einmal das, was er in dem Gespräch (telefonisch) am 29. 7. 1966 über die Besprechung am 7. 7. 1966 mit den Senatoren Stein und Hoppe Herrn Kreipe mitgeteilt hat. Im einzelnen führte er folgendermaßen aus:

Herr Roth machte für die Verschleppung der Gebührenerhöhung bis Jan./Febr. 1966 den Kurator verantwortlich. Danach haben Ströhle und Stein die Angelegenheit unnützlich verzögert. Diese Behauptung läßt sich, was den Kurator zum Teil und Herrn Ströhle betreffen, durch den Briefwechsel widerlegen.

Lt. Herrn Roth ist das Wort „Maßgabe“ in dem Gespräch nicht gefallen. Es war immer von „befristet“ die Rede. Auf die Frage von Herrn Zinser, ob ein Kompromiß schon früher besprochen worden sei, sagte Herr Roth, daß der Kompromiß erst in dem Gespräch am 7. 7. 1966 ausgehandelt wurde. Dagegen steht die Aussage von Herrn Schleifer, nach der der Kompromiß schon früher besprochen wurde. Die studentischen Vertreter hatten kein großes Interesse, von dem Kompromiß wegzukommen, da die Studentenvertretung das Geld brauche. Sie waren mit dem Kompromiß „befristet“ einverstanden. Es wurde gesagt, daß, wenn der Konvent die Erhöhung des Studentenwerksbeitrags nicht beschließt, die Gebührenerhöhung um DM 2,— im SS 67 wieder zurückgezogen wird. Herr Roth meinte, Senator Stein habe die Möglichkeit der Einbehaltung der Gelder nicht in Betracht gezogen und der Kurator habe mit seiner Entscheidung seine Kompetenzen überschritten. Er stellte fest, daß der Brief des Kurators nicht mit dem Kuratoriumsprotokoll übereinstimmt. Er schlug daher dem

AStA vor, anhand des Kuratoriumsprotokolls zu verfahren und den Brief des Kurators sehr höflich zu beantworten und ihn darauf hinzuweisen, daß er einem Irrtum unterlegen sei und die Gelder im WS nicht zurückhalten könne. Nach Herrn Roth haben die Senatoren ein materielles beschränktes Prüfungsrecht:

- a) sie dürfen prüfen, ob die soziale Lage der Studenten eine Erhöhung zuläßt;
- b) sie dürfen kontrollieren, ob die studentischen Gremien dieses Geld im Rahmen der Satzung verwenden wollen (Abgrenzung der Aufgaben mit dem Studentenwerk)
- c) sie dürfen grundsätzlich prüfen, ob das Geld sinnvoll in der Studentenvertretung verwendet wird. Es wurde dabei die Frage gestellt, ob das Capitol-Projekt eine sinnvolle Aktivität der Studentenvertretung sei.

Herr Roth meinte, daß gegen die Entscheidung des Senats nichts unternommen werden solle, daß bei einem Prozeß die Studentenvertretung unterliegen würde.

Herr Roth sagte, daß er nicht versucht habe, auf der Kuratoriumssitzung den Kompromiß zu ändern.

Auf die Frage nach einem Brief an den Kurator aus der Amtszeit von Herrn Roth sagte Herr Roth, er habe sicherlich einen Durchschlag zu Hause.

Während der AStA-Sitzung telefonierte Herr Roth mit Herrn Busse von der Kuratorialverwaltung. Herr Busse meinte, man müsse bei Senator Hoppe erreichen, daß Hoppe dem Kurator zu verstehen gibt, daß die Gelder ausgezahlt werden können.

2. Der AStA diskutierte den Bericht von Herrn Roth und kam zu der Ansicht, sobald das Rechtsgutachten von RA Mahler vorliegt, Briefe an den Kurator und die Senatoren geschrieben werden müßten und danach der Hauptausschuß einzuberufen sei.
3. Herr Mohs wird vom 11. bis 25. 8. 1966 im Krankenhaus weilen.
4. Der AStA beschloß, die Herren Kollmann und Aldag nach Prag zu schicken, um das Seminar mit dem VOV vorzubereiten. Dafür steht ihnen der B-UY vom 12. bis 14. 8. zur Verfügung. Der AStA bezahlt außerdem das Benzin und die Visa-Kosten.

F.d.R.d.P.

(M. Siegmund)

(Archiv Zl 6: Akte 12.12 FU „AStA-Protokolle 1966—69“)

## DOKUMENT 575

„Wertvoll“

Prädikats-Begründung für Jacopettis Film „Africa Addio“

Jacopettis Film „Africa Addio“ erhielt — wie bereits berichtet — von der Filmbewertungsstelle der Länder in Wiesbaden befremdlicherweise das Prädikat „wertvoll“, das ihn, außer in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Niedersachsen, von der Vergnügungssteuer völlig befreit. Wir veröffentlichen nachstehend den Wortlaut der Begründung der Bewertungsstelle für dieses Prädikat.

„Nur unter starken Bedenken und mit knapper Mehrheit hat der Bewertungsausschuß dem Film das Prädikat ‚wertvoll‘ verliehen. Der Film bietet beträchtliche Angriffsflächen: es kam nur darauf an, zwischen den Vorzügen und den Schwächen dieses Films sorgfältig abzuwägen.

Die Mehrheit des Ausschusses ist der Überzeugung, daß der Film schon dadurch einen beträchtlichen Wert gewonnen hat, daß er sehr seltenes dokumentarisches Material aus Afrika zu zeigen vermag, dessen unverminderte Aktualität das Publikum tief beeindruckt wird, auch wo das Publikum dem Fazit des Kommentars nicht immer folgen wird. Der Betrachter bekommt einen Einblick in die schrecklichen, bislang weitgehend unbewältigten Wirren auf dem afrikanischen Kontinent und wird mit dem Wesen des afrikanischen Menschen auf eine neue, meist erschreckende Weise konfrontiert. Die harte Schockwirkung des Films löst einen ungewohnten, vielleicht jedoch heilsamen Einblick in die Wirklichkeit des schwarzen

Kontinents aus, auch wo man die bewußte Einseitigkeit des Films durchschaut.

Es kann nicht bestritten werden, daß der Film wesentliche Qualitäten in der Kameraarbeit hat, auch in der Leistung der Regie und in der dramaturgischen Zueinanderordnung der einzelnen Teile. Es gibt in dem Film, gerade zwischen den einzelnen Themenkreisen, ausgezeichnete Schnitte, Regie und Kamera beweisen einen starken Spürsinn für wirkungsvolle Bildfolgen. Bereits hier muß jedoch die Kritik an dem Film einsetzen, denn gerade dieser Spürsinn für das wirkungsvolle Arrangement hat den Film auf weite Strecken seiner möglichen Glaubwürdigkeit beraubt. Der Ausschuß nimmt Anstoß daran, daß der ganze Film das Parfüm der Manipulation und des Arrangements verbreitet. Das fällt um so mehr ins Gewicht, als der Film in seiner Begleitmusik, aber auch in bestimmten Bildeinstellungen (die vielen Gegenlichtaufnahmen) eine Neigung zum Sentimentalen zeigt, die der Härte der meisten Bildfolgen erheblich widerspricht.

Wahrscheinlich lassen sich alle Vorgänge, die dieser Film zeigt, glaubhaft belegen. Eben das bestimmte ja die Mehrheit des Ausschusses, das Prädikat trotz aller Bedenken zu erteilen. Dennoch macht sich in dem gesamten Film eine nicht immer erfreuliche Neigung zur Überzeichnung des Makabren bemerkbar. So wird mehrmals der Rahmen eines dokumentierenden Films über die grauenvollen Vorgänge in Afrika verlassen.

Immerhin bleibt es ein Vorzug dieses Films, daß das Team von **Jacopetti so viele widersprüchliche Vorgänge** auf dem Schwarzen Kontinent mit seiner intensiven Kameraarbeit aufnehmen konnte. Das bleibt auch dann ein Vorzug, wenn man dem Kommentar keineswegs immer zu folgen bereit ist. Der Kommentar zieht nicht nur Schlüsse, die womöglich dem wahren Sachverhalt widersprechen, er drückt sich vor allem oft um eine klare Aussage. Das fällt besonders bei den Bildfolgen aus der Südafrikanischen Union auf. Der Film hätte weit hilfreicher sein können, wenn der Kommentar entschiedener formuliert worden wäre.

Der afrikanische Mensch wird in diesem Film nahezu ausschließlich in Extremsituationen gezeigt. Auch das gehört zu den Schwächen des Films. Da aber in Europa jene schrecklichen Ereignisse, die der Film zeigt, weitgehend unbekannt sind, hat dieser Film doch einiges Gewicht.

gez. Beckmann“

(Der Tagesspiegel, 9. August 1966)

## DOKUMENT 576

### Das Verfahren in Sachen „Africa Addio“ Aus dem Einstellungsbescheid des Generalstaatsanwaltes bei dem Landgericht

Tsp. Berlin. Der Generalstaatsanwalt beim Berliner Landgericht hat das auf Grund einer Strafanzeige von fünf Studenten gegen Unbekannt eingeleitete Ermittlungsverfahren in Sachen „Africa Addio“ eingestellt, da ein strafbares Verhalten der für die Aufführung des Films Verantwortlichen nicht festgestellt werden konnte. Die Strafanzeige war wegen Vergehens gegen Paragraph 103 des Strafgesetzbuches (Beleidigung eines ausländischen Staatsoberhauptes), Paragraph 130 (Angriff auf die Menschenwürde) und Paragraph 185 (Beleidigung) gestellt worden.

In dem ausführlichen Einstellungsbescheid wird — wie die Justizpressestelle mitteilte — hervorgehoben, daß die Ermittlungen ausschließlich die Beurteilung des Films nach strafrechtlichen Gesichtspunkten zum Gegenstand hatten. Beurteilungsmaßstab müsse der Eindruck des unvoreingenommenen, künstlerisch aufgeschlossenen, wenn auch nicht notwendig künstlerisch vorgebildeten Menschen sein. Danach könne der in der Strafanzeige vertretene Meinung zugestimmt werden, daß der Film als eine Aneinanderreihung von Grausamkeiten und Brutalitäten erscheine, dabei sei aber zu berücksichtigen, daß er sogar in diesen Darstellungen überwiegend Dokumentationscharakter trage. Der Eindruck, er beabsichtige und vermittele eine unterschiedslose Diffamierung der schwarzen Rasse, könne bei einer um Objektivität bemühten Betrachtungsweise

schon deshalb nicht aufkommen, weil bei den dargestellten Abscheulichkeiten nicht nur Farbige, sondern auch Weiße als Beteiligte gezeigt würden.

Der Einstellungsbescheid zitiert den Wortlaut der Beurteilung des Films durch die Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft und erklärt, aus alledem ergebe sich, daß der Film nicht die Absicht verfolge, die Handelnden mit den Menschen schwarzer Hautfarbe schlechthin gleichzusetzen. Es erscheine undenkbar, daß ein objektiver Betrachter des Films hätte auf den Gedanken kommen können, die Personen des Films mit den als Teile der inländischen Bevölkerung in Deutschland lebenden Farbigen — wie es Paragraph 130 StGB verlangt — zu identifizieren. Vor allem der Berliner Bevölkerung dürfte eine derartige Verallgemeinerung am wenigsten verständlich sein.

Es sei daher nicht zu erkennen, daß der Film zum Haß gegen diese Teile unserer Bevölkerung aufstacheln (§ 130 Ziff. 2 StGB) oder zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen sie auffordern soll (§ 130 Ziff. 2 StGB). Eine gewalttätige Einstellung der Weißen, und insbesondere derjenigen Weißen, die den Film wirklich gesehen haben, gegen afrikanische Gäste oder Mitbürger sei nicht bekannt geworden. Auch für die Annahme, die farbigen Bevölkerungsteile unserer Stadt seien durch den Film beschimpft, böswillig verächtlich gemacht oder verleumdet worden, bestehe kein Anhalt.

Schließlich könne für die zu treffende Entscheidung auch dahinstehen, ob die Ansicht gerechtfertigt sei, der Film vermittele den Eindruck, daß die Angehörigen der schwarzen Rasse nicht fähig seien, sich selbst zu regieren und Staat und Kultur aufzubauen. Den Tatbestand des § 130 Ziff. 3 StGB erfülle nur derjenige Angriff, der gegen den unverzichtbaren und unableitbaren Persönlichkeitskern des anderen gegen dessen Menschsein als solches gerichtet sei und ihm den Wert schlechthin abspreche. Ein derartiger Angriff sei in dieser dem Film unterstellten Aussage nicht zu finden, weil sie allenfalls die Tüchtigkeit der Farbigen, nicht aber die Substanz ihres Menschseins betreffen würde. Sie verliere den Charakter einer Beleidigung der schwarzen Rasse überhaupt, wenn berücksichtigt werde, daß sie zugleich die Feststellung enthalte, der weiße Mann habe für die politische und kulturelle Bildung der Eingeborenen nichts oder doch zu wenig getan, und damit eine ihm gestellte Aufgabe nicht erfüllt.

### Keine Bedenken gegen Aufführung gehabt

Als Beschuldigte hätten der Geschäftsführer des „Astor“-Filmtheaters sowie der Geschäftsführer des „Cine-Union-Filmverleihs“ erklärt, da der Film von der Filmbewertungsstelle Wiesbaden und der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft begutachtet und sogar mit dem Prädikat „wertvoll“ versehen worden sei, hätten sie keine Bedenken gehabt, ihn zu verleihen und aufführen zu lassen. Daß sie damit gegen Strafvorschriften verstoßen könnten, sei ihnen nicht bewußt gewesen, zumal der Film in mindestens 30 Städten der Bundesrepublik, darunter in fast allen deutschen Universitätsstädten, ohne Beanstandung gelaufen sei. Diese Einlassung, heißt es in dem Einstellungsbescheid, schließe jeden strafrechtlichen Vorwurf gegen die Beschuldigten in subjektiver Hinsicht aus.

### Mangels Vollmacht

Ergänzend wird — wie die Justizpressestelle mitteilte — in dem an den Rechtsanwalt der Anzeigenden gerichteten Bescheid noch ausgeführt, soweit eine strafbare Handlung nach §§ 185 ff. StGB (Beleidigung) behauptet worden sei, sehe sich die Staatsanwaltschaft bereits aus formellen Gründen an der Strafverfolgung gehindert, da mangels Vollmacht ein wirksamer Strafantrag nicht vorliege und darüber hinaus zumindest vier der Anzeigenden ein Antragsrecht nicht zustehe, wenn lediglich die farbigen Angehörigen afrikanischer Länder als Verletzte bezeichnet werden.

In sachlicher Hinsicht bestünden überdies Bedenken gegen die Beleidigungsfähigkeit einer solchen Personenmehrheit, weil nicht ersichtlich sei, nach welchen äußeren Kennzeichen diese Gruppe ausreichend abgegrenzt sein soll. Außerdem fehle jede Möglichkeit, die Wahrheit oder Unwahrheit der angeblich beleidigenden Behauptungen zu erweisen.

(Der Tagesspiegel, 12. August 1966)

## DOKUMENT 577

### Viele Villenbesitzer haben schon freiwillig verkauft FU-Baulandreserve wächst Behörden bieten Ersatzgrundstücke in Dahlem an

Die stürmischen Protestaktionen, die vor drei Jahren wegen des für die FU vorgesehenen Erweiterungsgeländes in Dahlem stattfanden, sind inzwischen nicht nur abgeklungen, sondern zum größten Teil offenbar überholt. Jedenfalls gelang es den Behörden inzwischen, ohne Druck und ohne Enteignung einen großen Teil der Gebiete aufzukaufen, die man als Reserve für eine eventuelle Ausdehnung der Freien Universität allerdings in frühestens 20 Jahren benötigt.

Seit der Protestaktion im Jahre 1963 wurden von den Anwohnern 25 Grundstücke an das Bezirksamt Zehlendorf verkauft beziehungsweise zum Kauf angeboten. Zwölf der Besitzer hatten sich vor drei Jahren ebenfalls gewehrt, müssen aber inzwischen anderen Sinnes geworden sein. Jedenfalls befinden sich bisher schon über 50 der umstrittenen Grundstücke im Besitz des Landes Berlin.

Diese Verkäufe erfolgten sicherlich nicht nur, weil man befürchtete, den kürzeren zu ziehen. Vielmehr haben auch die Behörden alles daran gesetzt und werden es auch in Zukunft tun, um mit den Eigentümern in Frieden zurechtzukommen. Dazu gehören die Angebote von Ersatzgrundstücken, die sich ebenfalls in schöner Dahlemer Lage befinden. So entstand bereits am Käuzchensteig eine Reihe schmucker „Ersatzbauten“. Das Bezirksamt Zehlendorf sieht sich ständig auf dem Dahlemer Grundstücksmarkt um, um unbebaute Flächen zu erwerben. Meist handelt es sich um sehr große Grundstücke, die dann aufgeteilt und den Villenbesitzern im Erweiterungsgebiet angeboten werden. Beim Kauf wird den Besitzern auf jeden Fall ein angemessener Preis gezahlt, wenn die Stadt auch natürlich nicht „Spekulationssummen“ entrichten kann. Beim Verkauf des neuen Geländes dagegen versucht man, ein sehr günstiges Preisniveau zu halten, um den Anreiz für den Tausch zu geben.

Insgesamt zeichnet sich ab, daß viele der einst empörten Villenbesitzer inzwischen sehr gerne in eine gleichwertige Gegend ziehen und dort ein modernes Haus errichten. Auch die oft kleinere neue Grundstücksfläche wird gerne genommen, weil sie weniger Arbeit macht als etwa 2000 Quadratmeter Garten. 77 der Eigentümer, deren Grundstücke im FU-Erweiterungsbereich liegen und die sich seinerzeit dem Protest angeschlossen hatten, zeigten bisher allerdings kein Verkaufsinteresse. Aber das stimmt die Behörden nicht pessimistisch, denn wie gesagt, vergehen noch mindestens 20 Jahre, bis man das Gelände vermutlich benötigt. Und bis dahin ist man sicher, weitere attraktive Tauschgrundstücke in Dahlem anbieten zu können. Die Entscheidung über ein großes dafür geeignetes Areal an der Clayallee soll zum Beispiel im Herbst fallen.

Wesentlich dringlicher ist der Freien Universität im Moment das Projekt auf dem Obstbaugelände, das früher der TU gehörte. Hier soll nun endgültig im nächsten Jahr mit dem Bau begonnen werden. Ein Vertreter der Pariser Architektengemeinschaft, die 1963 den Wettbewerb über die Bebauung des Obstbaugeländes gewonnen hat, arbeitet seit fast anderthalb Jahren in Berlin, um den Plänen die endgültige Form zu geben. Immerhin handelt es sich um ein Projekt, das rund 200 Millionen DM erfordert.

Sobald die notwendigen Erdarbeiten erfolgt sind, wird mit der eigentlichen Bebauung begonnen. Vor allem die räumlich so beengte Philosophische Fakultät wird hier die ersten Gebäude — allerdings frühestens 1970 — beziehen können. Nach einer internen Dringlichkeitsliste sollen die Historiker und die Germanisten die ersten sein. Außerdem ist eine Hörsaalgruppe vorgesehen.

Die Gebäude auf dem Obstbaugelände entstehen in Fertigbauweise und werden so angelegt, daß sie „veränderlich“ sind. Schon jetzt steht aber fest, daß der komplette Ausbau des Obstbaugeländes 20 Jahre erfordern dürfte. Und solange herrscht auch auf den anschließenden Erweiterungsgebieten mit Sicherheit Ruhe.

-ska

(Die Welt, 22. August 1966)

## DOKUMENT 578

### Protokoll der ordentlichen AStA-Sitzung vom 1./2. 9. 1966 (Auszug)

Beginn: 16.00 h

Ende: 5.30 h

Unterbrechung von 19.30—21.30

Anwesende: Nevermann, Kreipe, Struck, Ziesing, Zinser, Kollmann (ab 16.00 h, dazu 18.30; ab 21.30, dazu 22.15h), Mohs (dazu 21.30 h), Aldag

...

- 4) Beratung der Tagesordnung der Hauptausschußsitzung:
  - Über die Universitäts-Studienreformkommission soll der HA gebeten werden, dem AStA Billigung auszusprechen für seine bisherige Haltung.
  - Über die Zulassungspolitik der Med.Fak.:  
Der von den beiden Medizinstudenten konsultierte Rechtsanwalt Mattuschke hat gesagt, daß er vor einem evtl. Prozeß zunächst mit seinem Bundesbruder Prof. Blei eine Lösung auf dem Verhandlungswege versuchen möchte. Es soll ein Gespräch stattfinden mit Gabrecht, Domburg, Nevermann und Prof. Blei. Der AStA würde eine sofortige Einreichung der Klage vorziehen, da er die Verhandlung für aussichtslos und gefährlich hält. Auch eine mögliche Rechtsaufsichtsbeschwerde, wie sie Senatsdirektor Ingensand Herrn Zinser gegenüber nicht ausgeschlossen hat, erscheint fraglich, sollte aber geprüft werden. Da es sich hierbei nur um die Frage handelt, ob eine befristete Immatrikulation in eine unbefristete umgewandelt werden kann (= Rücknahme eines begünstigenden Verwaltungsaktes), soll weiterhin nach einem Zwangsexmatrikulierten gesucht werden, der einen grundsätzlichen Prozeß führen könnte. Hierfür sollte dann RA Mahler konsultiert werden. Es sollte versucht werden, endlich einen ständigen Rechtsberater für den AStA zu finden, was allerdings wegen der rechtlich unterschiedlichen Fälle nicht leicht sein wird (Strafrecht, Verwaltungsrecht usw.).
  - Der Austausch mit VOV Prag ist etwas unklar geworden. Es muß versucht werden, herauszubekommen, ob der Vertrag bereits unterschrieben ist und wann das erste Seminar stattfinden soll. Die Fakultätssprecher einiger Fakultäten sollte daran beteiligt werden.

### Aktivitäten der einzelnen Referenten

#### Problem-Übersicht:

- 1) Es soll eine kleinerer „Uniführer“ im Selbstverlag erscheinen, und zwar deutsch, englisch und französisch. Dabei sollen die Artikel und Referate für das FEGEL-Seminar und die Israel-Informationsmappe ausgewertet werden. Kaum zu gebrauchen sind die Artikel des bisher projektierten großen Uniführers. Nitsch-paper über Vorlesungsrezensionen usw. Redaktion soll Mohs haben.
- 2) Lottomittel für die Beratungsstelle müssen forciert werden. Das Projekt eines Taschenbuches der Aufklärungscolloquien soll mit dem Rohwoldt-Verlag in Angriff genommen werden.
- 3) Die Frage des Disziplinarrechts muß politisch aktuell und durchsetzbar gemacht werden.
- 4) Papier über die Ablehnung einer Änderung des Zulassungsverfahrens für studentische Gemeinschaften muß erarbeitet werden. SGA und Hochschulausschuß sollen daran beteiligt werden.
- 5) Gebührenpauschale über 150.00 oder 160.00 DM.
- 6) Capitol-Projekt (Frl. Struck).
- 7) Entscheidung über FDJ-Kontakte vorbereiten.
- 8) Die Frage der Autos.
- 9) Rechtzeitige Vorbereitung einer Zimmeraktion für das WS. Plakate gibt's.
- 10) Weihnachtsfeier für Ausländer.
- 11) FEGEL-Seminar im Dezember (Teilnehmer und Referate).
- 12) Herr Kollmann kümmert sich um die Kindertagesstätte.
- 13) Bericht über die Wohnheime muß stattfinden.
- 14) FU-Spiegel. Inhaltliche Manöverkritik; Frage des Chefredakteurs, da Herr Häußermann nur noch eine Ausgabe machen will. Kandidat der jetzigen Redaktion ist Frl. Dietze. Frage der Finanzen!

- 15) Herbstball? evtl. Wahlball??
- 16) FU-Gesetz-Entwurf zu Ende führen.
- 17) Rhodesien-Stipendien; Problem der Finanzierung des Deutsch-Kurses. DAAD muß angeschrieben werden. An Frau Dr. vom Steeg; wann die Stipendien bereit sind.
- 18) Seminare für die Studienreformkommissionen müssen vorbereitet werden.
- 19) Ehepaar-Studie.
- 20) Auszählen der Unterschriftensammlung vom SS übernimmt Herr Aldag.
- 21) Haushaltsplan.
- 22) Frage der Klage gegen die DSKV, weil nur gesetzlich Versicherte befreit werden. Problem, ob der einzelne Student Vertragspartner der DSKV ist.
- 23) Weihnachtsfeier-Abrechnung hat 2000,— DM Defizit erbracht.
- 24) Weihnachtsgeld wird es dieses Jahr nach Ansicht von Herrn Kollmann nicht geben.
- 25) Das Essen in der Mensa soll 1,30 DM kosten. Zuvor wird eine Umfrage stattfinden. Es wird die Gefahr geäußert, daß wir in dieser Frage auf Grund unserer Integration in das Studentenwerk die Interessen der Studenten vergessen werden und nicht syndikalistisch reagieren könnten.
- 26) Herr Grizmek möchte in den AStA.

#### BEITRAGSERHÖHUNG:

- Der Brief an Senator Stein und an Senator Hoppe wurde ausführlich diskutiert und mit zahlreichen Abänderungen verabschiedet. Ebenso der Brief an den Kurator.
- Es wurde erörtert, ob Herr Roth noch für die Studentenvertretung tragbar ist. Trotz politischer Vorbehalte und Mißtrauens wird sich eine Beweisführung seiner Untragbarkeit in der Öffentlichkeit nicht erbringen lassen. Auf der Haushaltsausschußsitzung soll deshalb nichts gegen Roth unternommen werden.
- Der Mißtrauensantrag gegen Herrn Nevermann wurde ausführlich diskutiert. Auf Antrag von Herrn Nevermann wird der Mißtrauensbeschluß mit 5 Ja, 0 Nein und 3 Enthaltungen aufgehoben. Die Begründung hierfür soll dem Protokoll angehängt werden.

F.d.R.d.P. (nur Inhalt — nicht Form!)  
Knut Nevermann

(Archiv ZI 6: Akte 12.12 FU „AStA-Protokolle 1966—69“)

## DOKUMENT 579

### Die „Kulturrevolution“ in der VR China

Die gegenwärtige Umgestaltung in der VR China, als eine deren Erscheinungsformen die Kulturrevolution anzusehen ist, sind nur zu verstehen unter Berücksichtigung der sozialökonomischen Umwälzungen in diesem Lande. Mehr noch als die russische Revolution sah sich die chinesische Revolution vor die Aufgabe gestellt, Phasen der kapitalistischen Entwicklung nachzuholen und zu überspringen — Notwendigkeiten, die sich aus der Tatsache, daß die chinesische Revolution in einem feudalen und semikolonialen Lande stattgefunden hat. Der langandauernde Krieg gegen Japan und die Kuomintang schuf durch die Revolutionierung der Bauernmassen die Voraussetzungen für


die Durchführung der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation; besonders diese Phase hat als Modell der forcierten Entfaltung der Produktivkräfte ökonomisch schwach entwickelter Gesellschaften exemplarischen Charakter. Die Entwicklung der VR China stellt eine ununterbrochene Revolution dar, wobei die Kulturrevolution als Ausdruck deren jüngster Etappe anzusehen ist. Sie wird durch zwei Prozesse bestimmt, deren wechselseitige Bedingtheit Grundlage jeder Analyse der gegenwärtigen Vorgänge zu sein hat. Die alle gesellschaftlichen Bereiche umfassende Kulturrevolution ist eine Bewegung des Überbaus, deren spektakulärste Erscheinungen die Aktionen der Jugendorganisation „Rote Garde“ sind. Diese Etappe der Revolutionierung, die als Fortsetzung des großen Sprungs Ende der 60er Jahre der beschleunigten Mobilisierung gesellschaftlichen Bewußtseins dient, ist nicht nur Voraussetzung und Folge einer Bewegung der Basis zur weiteren Entfaltung der Produktivkräfte, sondern hat vor allem die Funktion, der Gefahr der Restauration einer vorsozialistischen Gesellschaftsordnung vorzubeugen. So ist sie über die Steigerung der wirtschaftlichen und politischen Stärke der VR China ein weiterer Schritt auf dem Wege zur kommunistischen Gesellschaft. Eine hervorragende Rolle kommt in diesem Zusammenhang der chinesischen Volksarmee zu. Zwar gab es auch in ihr Tendenzen, die auf eine Autonomisierung der militärischen Kräfte, auf eine stärkere Betonung der Berufsarmee drängte. Diese Tendenz hätte bei ihrer Verwirklichung zu einer Trennung von Volk und Armee geführt, d. h. zur Herausbildung eines autonomen militärischen Standes. Sie wurde aber aufgehoben durch die verstärkte Beteiligung der chinesischen Volksarmee an der gesellschaftlichen Reproduktion sowie durch die Umstrukturierung der militärischen Führung.


Der Ablauf dieser beiden Prozesse, deren Inhalt eine innere Notwendigkeit der ununterbrochenen Revolution ist, wird durch die ständig wachsende Bedrohung der VR China durch den US-amerikanischen Imperialismus beeinflusst. Diese Bedrohung, die im Zuge der weiteren Eskalation des Krieges in Südostasien voraussichtlich zu direkten Angriffen gegen die VR China führen wird, fordert einen beschleunigten Ablauf der gegenwärtigen Etappe der ununterbrochenen Revolution, da nur so eine wirksame Verteidigung gegen amerikanische Angriffe wenigstens möglich wird. Unter diesem Aspekt ist die gegenwärtige Etappe der ununterbrochenen Revolution auch als Vorbereitung auf einen neuen Volkskrieg zu verstehen. Im Volkskrieg, der seiner Definition und Geschichte nach defensiv ist, liegt gleichzeitig auch die einzige Möglichkeit der VR China, den revolutionären Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes zu unterstützen. In diesem Zusammenhang erhält auch das Angebot der VR China an Vietnam, China als Hinterland für den revolutionären Krieg zu benutzen, besondere Bedeutung.

Die 21. o. Delegiertenkonferenz fordert daher alle Gruppen des SDS auf, die Ursachen und Notwendigkeiten der ununterbrochenen Revolution in China in ihre theoretischen Überlegungen und die praktische Aufklärungsarbeit einzubeziehen. Dies hat auf dem Hintergrund der sozio-ökonomischen Stagnation der nichtsozialistischen Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, ihrer Emanzipationsbewegungen sowie deren Bedrohung durch den Imperialismus zu geschehen. Besonderes Gewicht ist dabei auf den Kampf gegen die Beschwörung der „gelben Gefahr“ und des „asiatischen Kommunismus“ zu legen,


 FU-Gebäude


 Grünfläche


 Sondergebiet für Hochschule und Forschung auf dem Berliner Flächennutzungsplan 1965


 U-Bahn

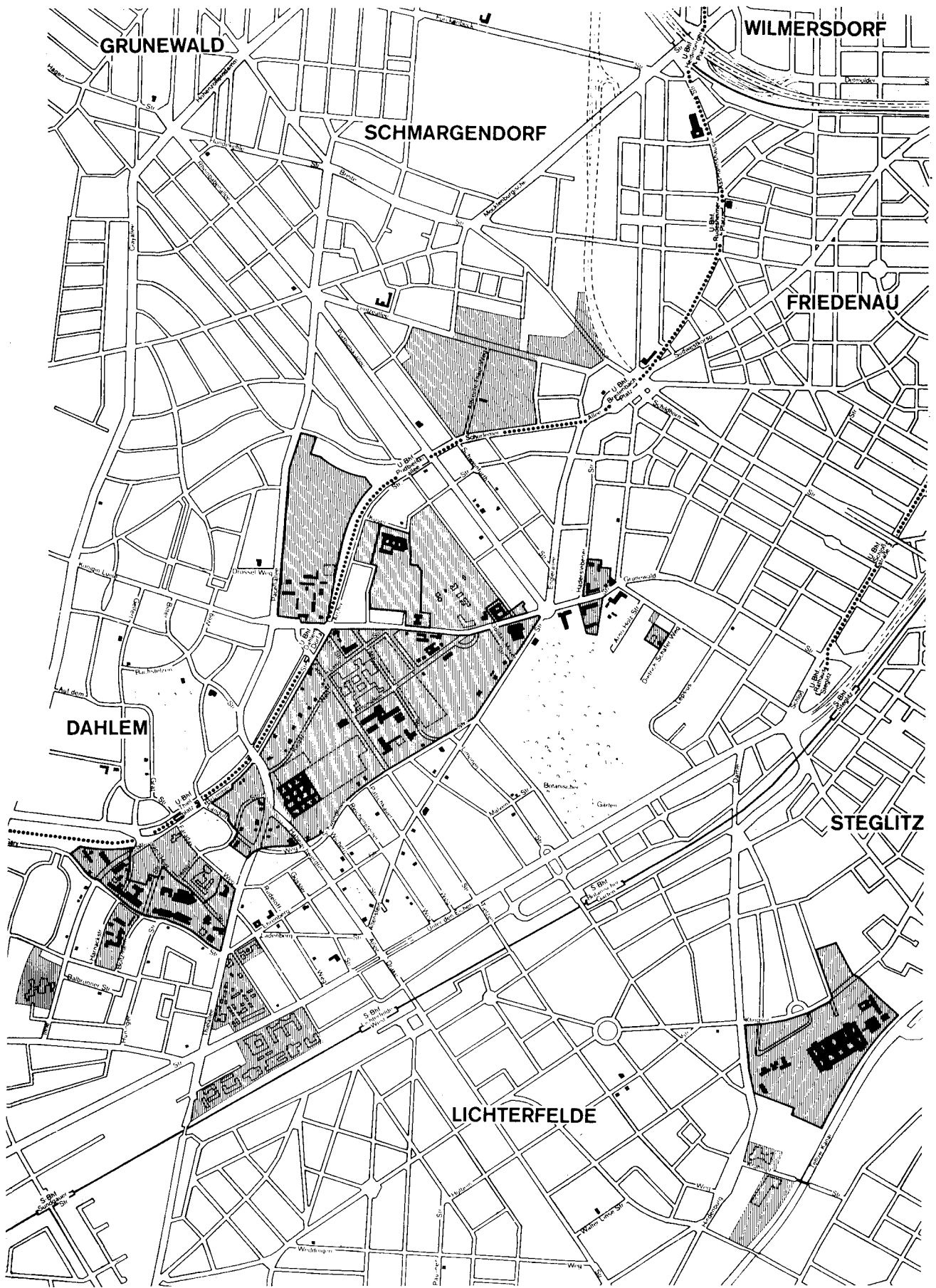
 Stadtautobahn im Bau

 in Planung bzw. Bau

 Stadtautobahn

 Einzugsbereich der FU

 S-Bahn



eine neue Form des Antikommunismus, die die Funktion hat, die gewaltsame Unterdrückung der revolutionären Bewegungen in der „Dritten Welt“ zu legitimieren und vor allem den vom US-amerikanischen Imperialismus geplanten Angriffskrieg gegen die VR China ideologisch vorzubereiten.

(Archiv ZI 6: SDS-Korrespondenz Nr. 3, Oktober 1966, S. 7 f)

## DOKUMENT 580

### Neue Linke — Aufbruch in die Sackgasse?

#### Der SDS, die aktivste und stärkste politische Studentengruppe in der Bundesrepublik

Genossinnen! Genossen! Unser Ziel ist die Organisation der Permanenz der Gegenuniversität als Grundlage der Politisierung der Hochschulen!“ Zugegeben, dieser Satz liest sich schauderhaft, aber er hört sich großartig, ja furchterregend an, wenn Rudi Dutschke vom Berliner SDS ihn formuliert. Jedesmal, wenn er im Großen Saal des Frankfurter Studentenhauses, wo der Sozialistische Deutsche Studentenbund seinen 21. Ordentlichen Bundeskongreß abhält, ans Rednerpult tritt, wird es still unter den Delegierten. Wie Peitschenschläge fahren seine Thesen auf das Auditorium nieder. Dutschke, Slawist und Experte in der Geschichte der Arbeiterbewegung, hat das Zeug zum Demagogen. Unter schwarzen Brauen blickt er finster drein, die Haarsträhnen fallen ihm in die Stirn, der schwächliche Körper scheint zu beben, sobald das Temperament mit ihm durchgeht. Und jeder weiß, wen (und was) er meint, wenn ihm im Eifer des Gefechts nur noch die Vornamen herausprudeln: „Rosa — Karl — und Leo!“

Wer mit dem leibhaftigen Bürgerschreck auf so vertrautem Fuße lebt, kann einen Baron Guttenberg in der Tat das Gruseln lehren. Aber sind die SDSler wirklich jene gefährlichen Verschwörer, vor denen er jüngst die Bundesrepublik warnen zu müssen glaubte? Zumindest sehen sie so aus. Viele von ihnen könnten einem Bilderbuch der Revolution entsprungen sein: Ungekämmt, langmählig, mit Rauschbärten und Koteletten, hemdsärmelig oder in Pullovern. Ihren Habitus und ihrer Gesinnung nach würden sie freilich eher in die Epoche der deutschen Romanistik als in das Zeitalter der Gammeler und Beatles hineinpassen.

Diesen jungen Heißspornen ist im letzten Jahr sichtbar der Kamm geschwollen. Die Durststrecke nach der gewaltsamen Trennung von der sozialdemokratischen Mutterpartei ist überstanden, die Finanzen sind geordnet, die Mitgliederzahlen steigen. Vietnam-Demonstrationen, Notstandskongresse und Studentenrevolten haben der Studentenschaft und der Öffentlichkeit vor Augen geführt: Der linkssozialistische SDS ist heute die aktivste und stärkste politische Studentengruppe in der Bundesrepublik. Er versteht sich selber als das verkörperte schlechte Gewissen der SDP, als ein notwendiges Korrelat unserer Wohlstandsgesellschaft. Seine Anziehungskraft ist so groß, daß die von der SPD aufgezogene Konkurrenzorganisation des Sozialistischen Hochschulbundes (SFHB) beinahe schon ein Anhängsel des SDS geworden ist. Von den westeuropäischen Linkssozialisten und der linken Opposition im Ostblock wird er heute bereits als gleichwertiger Partner akzeptiert.

Aber kann der SDS den Platz einer USPD, einer KPD ausfüllen? Die tagelangen Diskussionen in Frankfurt kreisten immer wieder um die Frage was dieser Bund eigentlich sei: Studentengruppe oder Parteiersatz. „Chefideologe“ Professor Wolfgang Abendroth befand, der SDS dürfe keine Ersatzorganisation für eine politische Partei werden, sondern müsse seinen Charakter als „einzige intakte und legale sozialistische Organisation mit festem eigenem sozialen Ort“ beibehalten. Dann könne er am besten die außerparlamentarische demokratische Opposition stabilisieren helfen.

Doch auch Abendroth vermochte das Paradoxon nicht zu lösen, daß die „Neue Linke“ eben keine Arbeiterbewegung ist — weder in Deutschland noch in anderen westlichen Ländern. Ohne parteipolitischen Rückhalt schwebt der SDS dauernd in der Gefahr, zu einer Sekte zu verkümmern. Wenn die SDS-Genossen ihr Studium absolviert haben, sind sie politisch heimatlos. Entweder werden sie — wovor Guttenberg Angst hat —

zu „Seminar-Sozialisten“, die sich in geistigen Höhen fernab der politischen Tagesaktualitäten aufhalten, oder sie wandern in die Provinz ab, wählen SPD, DFU oder FDP und spenden allenfalls mal ein Scherflein für die SDS-Kasse. Oder sie kehren reumütig in den Schoß der SPD zurück, weil es sie nach den Pfründen der Politik gelüftet.

Die erzwungene Isolierung, die dauernde Frustration begünstigen das Aufkommen von Richtungskämpfen und die Zersplitterung in Einzelgruppen aller Schattierungen, von den Anarchisten bis zu den Pekinesen. Der Frankfurter Kongreß brachte die Gegensätze ans Licht: Lang aufgestauter Unmut und (uneingestandene) Verzweiflung einiger Gruppen — Köln, München, Berlin — entluden sich in einem Aufstand gegen den Bundesvorstand. Nur wenige waren bereit, dem 1. Vorsitzenden, Helmut Schauer, zu beschheimigen, daß er den SDS „praxisnah“ und realistisch geführt habe. Die meisten Redner waren dem Vorstand gram, weil er sich zu selbstherrlich, undemokratisch und bürokratisch über die verschiedenen Fraktionen hinweggesetzt und sich auf einer Position der Mitte, etwa zwischen „konkret“ und der SPD, häuslich eingerichtet habe. Es fiel sogar das böse Wort „zentristisch“, und was das unter Genossen bedeutet, kann nur ermesen, wer weiß, wie hart Lenin einst mit Leuten dieses Schlages ins Gericht gegangen ist: „Das ‚Zentrum‘ ist das Reich der harmlosen kleinbürgerlichen Phrase, des Lippenbekenntnisses zum Internationalismus, des feigen Opportunismus... das sind Leute der Routine, zerfressen von der faulen Legalität, korrumpiert durch die Atmosphäre des Parlamentarismus.“

Die „Radikalen“ aus Köln, München und Berlin wollten darum tabula rasa: an der Spitze eine Troika (statt bisher 1. und 2. Vorsitzender) und als Spektrum aller Fraktionen einen erweiterten Beirat. Zugleich sollte die in Frankfurt, also in der Nähe des Bundesvorstands, beheimatete Redaktion des Verbandsorgans „Neue Kritik“ von Grund auf umgekrempt werden.

Fast schien es, als werde der alte Vorstand noch zwei Tage vor Ablauf seiner Amtszeit gestürzt. Aber mit beinahe väterlicher Würde überstand Helmut Schauer den Sturm; er blieb gelassen auch dann, als ihm einige Genossen „mit innerem Hohlnachen“ Fehler in der ideologischen Terminologie ankreideten. Er wußte nur zu gut, daß seine Kritiker über kein einheitliches Konzept verfügten.

Am radikalsten gebärdeten sich die jungen „Münchener“, denen ihr sit-in-Sieg gegen einen ungeschickt agierenden AStA zu Kopf gestiegen ist. Sie möchten am liebsten, wie weiland Karl Liebknecht, die „Revolution“ von Demonstration zu Demonstration vorantreiben („Eskalation“ war das große Zauberwort aller Radikalen), mit dem SDS als Speerspitze. Ihre seitenlange Kampfschrift, die „ein Schritt zur Eroberung der Staatsmacht“ sein sollte, kam jedoch nicht ins Beschlußprotokoll. Den meisten Delegierten erschien der Antrag zu unausgegoren; Formulierungen wie, der SDS dürfe nicht „nur der abgetrennte linke Schwanz der Sozialdemokratie“ bleiben, fielen der Lächerlichkeit anheim.

Klarer hingegen war das Konzept der Berliner, eines Häufleins brillanter Köpfe, um die man jede Partei nur beneiden könnte, allen voran Rudi Dutschke und der smarte Wolfgang Lefèvre, jener AStA-Vorsitzende, der im letzten Jahr die Berliner Studenten-Revolution anführte. Sie haben den alten Leitsatz: „Der SDS ist so stark, wie er an der Hochschule ist“ zum Programm erhoben. Die Hochschulpolitik soll als Transmissionsriemen erhalten, um die Massen in und außerhalb der Universität mit sozialistischem Bewußtsein zu erfüllen. (Irgendwo am Horizont zeigen sich verschwommen die Umrisse einer Studentengewerkschaft.)

Aber die Kölner verdammt solche Beschränkung als „Anarcho-Syndikalismus“. Ihr Anführer Karlheinz Roth, Oppositionskandidat für den Posten des Bundesvorsitzenden, ein selbstbewußter Intellektueller mit betont ruhiger Diktion, will die Offensive über den Hochschulbereich hinaustreiben, jedoch auf differenziertere Art als die Münchener. Er meint, daß Protestaktionen gegen Vietnam und Notstand wie ein Strohfeuer verpuffen, wenn diese Probleme nicht zugleich in eine wissenschaftliche Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse eingebettet werden. Darum forderte er möglichst viele

wirtschaftspolitische Seminare und Kongresse. Außerdem wünscht er den Aufbau einer antikolonialen Linksbewegung in den EWG-Ländern und den assoziierten afrikanischen Staaten.

Doch dieses Konzept erschien dem alten Bundesvorstand und seinen Anhängern zu pompös und unrealistisch, da es die finanziellen, organisatorischen und qualitativen Möglichkeiten des SDS übersteigen würde. Der Unwille gegen die „Fetischisierung der Analyse“ und die Kongreßwütigkeit der Kölner ging so weit, daß ihnen von den Berlinern ein Schein-Antrag unterschoben wurde des Inhalts, der SDS möge doch schleunigst auch einen Südtirol-Kongreß einberufen, um den sozialistischen Südtiroler Bauern zu helfen.

Angesichts solcher Widersprüche fiel es dem alten Vorstand nicht schwer, die Wahl seines Kandidaten, des Frankfurter Soziologen und Habermas-Schülerer Freimut Reiche, durchzusetzen. Sein Programm ist bescheidener: Er will, einem Antrag der Marburger Gruppe folgend, zunächst die Grundschulung in der marxistisch-leninistischen Theorie systematisieren, um das Niveau-Gefälle zwischen den Gruppen in Berlin, Marburg und Frankfurt (hier ist der theoretische Marxismus ohnehin Gegenstand der Forschung und Lehre) und den anderen Hochschulguppen auszugleichen. „Wir müssen die neuen Mitglieder nicht nur aufnehmen, sondern auch organisieren.“

Reiche, der — gleich seinem Gegner Roth — die meisten Delegierten nicht nur körperlich überragt, entstammt dem ästhetisierenden Berliner „Argumentclub“. Für einen SDS-Vorsitzenden ist er vielleicht ein wenig zu intelligent, all-die-Weil zu skeptisch; seine Miene verzieht sich leicht zu einem sauren, resignierenden Lächeln. So mögen denn seine Gegner

nicht ganz unrecht haben, die voraussagen, daß sich an der inneren Situation des Bundesvorstands in den nächsten Jahren kaum etwas ändern werde.

Immerhin haben die Radikalen die Genugtuung, daß einige ihrer Losungen in die Beschlüsse des Kongresses eingegangen sind. Die Berliner, die sich seinerzeit als erste mit den Vietcong solidarisch erklärten, peitschten jetzt eine Resolution durch, die ein gutes Wort für Maos „Rote Garden“ einlegt, deren Funktion es sei, „der Gefahr der Restauration einer vorsozialistischen Gesellschaftsordnung vorzubeugen“ und eine Entwicklung wie in der Sowjetunion und Jugoslawien zu vermeiden. Allerdings geht die Sympathie der SDS-Mitglieder für die Rotgardisten so weit nun auch wieder nicht: Sie wollen auch künftig Mozart-Platten hören und Sonnenbrillen tragen — ganz zu schweigen von den langen Haaren.

In dem Bestreben, einseitig gefärbten Berichten über China entgegenzuwirken, taten diese SDS-Mitglieder des Guten zuviel, sehr zum Ärger jener „Gemäßigten“, die kaum einen ihrer innenpolitischen Anträge durchbekamen und nun ein wenig um ihre Reputation besorgt sind. Denn Solidaritätsbekundungen für die Revolutionäre allüberall schaffen noch kein sozialistisches Massenbewußtsein in der Bundesrepublik. In unabsehbarer Ferne liegt das Ziel, das der SDS seit einigen Jahren ansteuert: eine neue „nichtreformistische“ Arbeiterbewegung. Dieses Ziel, heißt es, sei „nur schrittweise in langen Auseinandersetzungen“ zu erreichen, und die Voraussetzungen müßten mit jedem Semesterbeginn, nach jedem Generationswechsel in unermüdlicher Sisyphusarbeit neu erkämpft werden: Studium breve, escalatio longa...

(DIE ZEIT, 9. September 1966)



Berliner Polizeireserve probt 1966 den Einsatz gegen Demonstranten

## DOKUMENT 581

### Ernste Manöverlage in Spandau Berlins Freiwillige Polizei-Reserve übte den Objektschutz

Ihr Dienstherr, der Senator für Sicherheit und Ordnung, Bürgermeister Albertz, kam, als die rund 200 Angehörigen der Freiwilligen Polizei-Reserve gestern auf dem Übungsgelände der Polizei in Spandau ihr großes Manöver bereits beendet hatten.

Mit recht lebensechter Darstellung wurde jener Fall demonstriert, für den die Freiwillige Polizei-Reserve vorgesehen ist. Die „Manöverlage“ war dementsprechend ernst: Laut Plan waren „starke Kräfte ziviler Störer nach West-Berlin eingedrungen, um stadtweite Demonstrationen auszulösen und sich in den Besitz lebenswichtiger Anlagen zu setzen“. Zur „Unterstützung der Schutz- und Bereitschaftspolizei“ war die Freiwillige Polizei-Reserve (FPR) aufgerufen worden, „um von ihr zu schützende, wichtige Objekte zu besetzen und zu sichern“. Das „Objekt“ war gestern das Übungsdorf auf der Polizeiübungsanlage Spandau; die „Störer“, ebenfalls von Polizei-Reservisten dargestellt, waren unter Absingen der „Internationale“ und Mitführen entsprechender Plakate aufmarschiert, und in einer Drei-Phasen-Übung wurden der polizeigerechte Objektschutz mit „Abdrängen der Demonstranten“, „Festnahme von Rädelführern“, „Einsatz eines Wasserwerfers“ und Unterstützungskräften der Schutzpolizei bis hin zur Abwehr eines Feuerüberfalls auf die Objektbesatzung durchgespielt.

Die FPR, gegenwärtig etwa 5000 Mann stark — zu zwei Dritteln Angehörige des öffentlichen Dienstes, zu einem Drittel Studenten, Schüler und in der freien Wirtschaft Beschäftigte — besteht praktisch seit Oktober 1960. Damals begann man mit der Ausbildung der ersten Reservisten, die am 21. September 1961 mit der Überreichung der Bestallungsurkunde feierlich für den Dienst in der FPR verpflichtet wurden. Gesetzliche Grundlage für Aufstellung, Einsatz und Ausbildung der FPR ist das Gesetz über die Freiwillige Polizei-Reserve (FPRG) vom 25. Mai 1961, das damals rückwirkend bis zum Oktober 1960 in Kraft trat.

In ihm sind die Aufgaben der FPR eindeutig umrissen, die Schutzpolizei „bei der Sicherung von Gebäuden und Anlagen im Rahmen des Polizeivollzugsdienstes zu entlasten“. Der Gesetzestext regelt die ausschließlich auf polizeiliche Aufgaben ausgerichtete Ausbildung — das gilt auch für die besonders sorgfältige Unterweisung an Schußwaffen, bei der den Reservisten immer wieder die Gefährlichkeit und die besondere Verantwortung bei der Anwendung dieses „allerletzten“ Mittels der Polizei vor Augen geführt werden soll.

Der Dienst in der FPR, die Pankow als „Gangstertruppe des Frontstadtensats“ bezeichnet, ist freiwillig. Nach einer zweiwöchigen Grundausbildung wird der Reservist zweimal im Jahr zu einem Wiederholungslehrgang einberufen. Ein eigenes Unterführerkorps, das im Laufe der fünf Jahre des Bestehens der FPR herangebildet wurde, unterstützt die von der Schutzpolizei gestellten Führungs- und Ausbildungskräfte.

Die Ausrüstung entspricht nach den Worten von Bürgermeister Albertz den gestellten Aufgaben — wobei einige Bedenken bleiben, wenn man in der Hand der Reservisten noch einen aus dem Jahre 1936 stammenden Karabiner französischen Modells erblickt, zu dessen „Vorzügen“ es gehört, keine Sicherung zu besitzen. Doch soll hier bald moderner Ersatz „an die Truppe“ gelangen. Ein wohl recht notwendiger, wenn man daran denkt, über welche Mittel der mögliche „Störer“, der von Bürgermeister Albertz so apostrophierte „innenpolitische Feind“, im Ernstfall verfügt.

Jüngste Paraden in Ost-Berlin und in der Zone haben sehr deutlich gezeigt, daß die „Bürgerkriegsverbände“ der SED wohl ausgerüstet und überreichlich für den Fall X ausgestattet sind. Wenn sich daher in West-Berlin Tausende von Freiwilligen bereit finden, zum Schutz unserer demokratischen Lebensordnung in der geteilten Stadt beizutragen, ist es nur allzu folgerichtig, eine angemessene Ausrüstung beziehungsweise geeignete Mittel zur Erfüllung der Aufgaben der FPR bereitzustellen. Ohne die Verpflichtung der alliierten Schutzmächte und der Schutz- und Bereitschaftspolizei bei der Gewährleistung

von Sicherheit und Ordnung in unserer Stadt zu schmälern, ist die Freiwillige Polizei-Reserve doch ein begrüßenswerter und wertvoller Beitrag der Berliner zu ihrer eigenen Sicherheit.

Erich Lawrenz

Recht bewegt ging es gestern im Übungsdorf auf dem Ausbildungsgelände der Polizei in Spandau zu. Die Freiwillige Polizei-Reserve zeigte sich mit einer großen Objektschutzübung: hier werden stillet ausstaffierte, randalierende Demonstranten — ebenfalls von Polizei-Reservisten dargestellt — von ihren Kollegen „im Dienst“ abgedrängt.

Foto: dpa

(Der Tagesspiegel, 22. September 1966)

## DOKUMENT 582

### Sozialdemokratischer Hochschulbund — Bildungspolitischer Ausschuß — Stellungnahme zum Gutachten des Wissenschaftsrats

I. 1. In den letzten Jahren ist auch in der BRD der langfristige an Bedeutung gewinnende Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Prosperität und dem Entwicklungsstand von Wissenschaft und Forschung erkannt worden. Die Notwendigkeit, den wirtschaftlichen und technologischen Fortschritt weiterhin zu gewährleisten, führt zu einer verstärkten Nachfrage nach wissenschaftlich ausgebildeten Berufen.

In Erkenntnis dieser Lage sind eine qualitative Umgestaltung der Hochschule, eine Neubestimmung ihrer gesellschaftlichen Rolle unter Berücksichtigung ihrer notwendigen Freiheit sowie eine Verstärkung der finanziellen Anstrengung im gesamten Bildungswesen dringend geboten.

Bislang kann jedoch nicht davon gesprochen werden, daß die verantwortlichen politischen Kräfte sich bereitgefunden hätten, den Ausbau der Hochschulen in dem für die Zukunft notwendigen Maße zu betreiben und die finanzpolitischen Prioritäten entsprechend neu zu setzen.

Ebensowenig ist zu erkennen, daß die innerhalb ihrer Rahmengesetzgebungskompetenz verantwortlichen Länderregierungen oder gar die Hochschulen selbst zu einer Reform durch Verbesserung von Lehre, Forschung und Studium bereit oder fähig wären.

I. 2. Nur vor diesem Hintergrund der hochschulpolitischen Versäumnisse ist das Gutachten des Wissenschaftsrats angemessen zu beurteilen. Mit seinen Forderungen beschafft er den verantwortlichen Politikern und Hochschulprofessoren ein allzu leichtes Alibi, angesichts der drängenden Aufgaben eine unangemessene Reglementierung des **Universitätsstudiums** anzustreben, die den wissenschaftlichen Anspruch vorschnell aufgeben würde. Im Wissenschaftsratsgutachten wird eine rationellere Ausbildung und Rekrutierung gesellschaftlicher Führungskräfte angestrebt. Das muß in der Praxis die Qualität des Studiums beeinträchtigen, die erst mit der Teilnahme der Studierenden an den Forschungen der Universität gesichert ist. Die vom Wissenschaftsrat als Mangel erkannte überlange durchschnittliche Studiendauer ist leider nicht im Zusammenhang mit der antiquierten Verfassung der deutschen Universitäten begriffen, sondern einseitig als ökonomisch lästiger Tatbestand kritisiert worden.

Im Gutachten des WR sind im Interesse einer Verkürzung der Studiendauer ohne ausreichende Begründung schwerwiegende Manipulationen am bislang bestehenden, wenn auch in der Praxis der Universitäten nicht eingelösten Anspruch auf eine wissenschaftliche Ausbildung aller Studierenden vorgenommen worden. Die vorgeschlagene Neuorganisation des Studiums bis zur ersten Abschlußprüfung (Grundstudium) wird das bislang geforderte wissenschaftliche Arbeiten zur Fachausbildung verkürzen und die Fähigkeiten zur fundierten Kritik und rationalen Analyse im angehenden Akademiker nicht mehr zur Entfaltung bringen können.

Gerade im Interesse einer vom WR lautstark geforderten Berufsorientierung bestehender und neu entstehender Studiengänge ist eine Verminderung des wissenschaftlichen Anspruchs durch den Ausschluß des größten Teiles der Studierenden von der Möglichkeit selbständigen Arbeitens abzulehnen, zumal die



Verkürzung der Studienzeit durch die Verordnung straffer Studienpläne und administrative Maßnahmen erfolgen soll.

Ehe die Mindestanforderungen an einzelne Studiengänge neu formuliert und im Universitätsbetrieb berücksichtigt werden, sollte mit einer gesellschaftlichen Gruppe über die wissenschaftlichen Voraussetzungen und die politisch-gesellschaftliche Rolle akademischer Berufe in einer modernen Welt auf der Grundlage eingehende empirischen Untersuchungen diskutiert werden. Des Weiteren sind für eine sinnvolle Studienreform umfassende Diskussionen und die Erarbeitung von Vorschlägen zur institutionellen Reform der deutschen Hochschule eine notwendige Voraussetzung. Wo — wie im Gutachten des WRs — diese Verknüpfung zwar angedeutet, aber nicht konkretisiert wird, fehlt den Vorschlägen zur Rationalisierung des Studienganges jegliche hochschulpolitische Legitimation. Der SHB muß leider die Befürchtung äußern, daß mit der Verwirklichung der Pläne des WR die Entwicklung zum politisch interessenslosen Akademiker, der als Angehöriger einer Fachelite soziales Verantwortungsgefühl zu verlieren droht, verstärkt wird.

Ebenso fällt auf, daß eine von der gesellschaftlichen Problematik der jeweiligen Fachwissenschaft ausgehende politische Bildung in den Vorstellungen des WR nicht zu entdecken ist. Wo mit den Mitteln der Wissenschaft jedoch nicht mehr die weitere Bedeutung der angehenden beruflichen und fachlichen Tätigkeit analysiert wird, leistet die Universität nur noch die Ausbildung von Fachleuten, die den gesellschaftlichen Folgen ihres Berufs oder wissenschaftlichen Arbeit kein Interesse mehr entgegenbringen. Damit droht eine Verstärkung des Trends zum unpolitischen, d. h. politisch manipulierbaren Akademiker.

II. 1. Der SHB begrüßt prinzipiell die Verankerung des Nachdiplomstudiums als feste Aufgabe der Universitäten. Er sieht jedoch in der vom WR vorgenommenen Trennung von Grund- und Aufbaustudium nicht den richtigen Ansatz zur Lösung des Problems der wissenschaftlichen Weiterbildung. Diese Trennung behindert in der vom WR vorgeschlagenen Form eine wissenschaftliche Ausbildung aller Studierenden, die schon im Grundstudium gewährleistet sein muß. Zu dieser Ausbildung gehört unabdingbar die gesicherte Möglichkeit zur kritischen Diskussion wissenschaftlicher Arbeitsprozesse und Ergebnisse, d. h. die Teilnahme der Studierenden an den Forschungsaufgaben der Hochschulen.

II. 2. Die mangelnde Leistungsfähigkeit und die ungenügende didaktische Methodik des westdeutschen Schulsystems machen eine propädeutische Vorbereitung auf wissenschaftliches Arbeiten in den ersten Studiensemestern notwendig. Diese Vorbereitung, die notwendige Voraussetzung, aber nicht integrierter Teil des eigentlichen Studiums ist, sollte durch ein differenziertes Angebot an Übungen, Kursen und studentischen Arbeitsgruppen während und zwischen der eigentlichen Vorlesungszeit geleistet werden. Eine ständige Überprüfung und Revision des Katalogs der propädeutischen Erfordernisse ist notwendig, um ein sinnloses Überwuchern des Studiengangs mit vorwissenschaftlichen Arbeiten zu verhindern.

Das schließt die Forderung ein, daß sich das Studium bis zum in vielen Fächern durchaus sinnvollen Zwischenexamen auf keinen Fall auf den Erwerb technischer Fähigkeiten beschränken darf. Vielmehr soll in dieser Studienphase eine erste fundierte Beurteilung der fachspezifischen Methoden und eine wissenschaftliche Orientierung über die Fachgrenzen hinaus durch aktive Teilnahme am Wissenschaftsprozess ermöglicht werden. Als zentrale Arbeitsform in diesem Studienabschnitt kann nicht die große Hauptvorlesung des Fachprofessors gelten, vielmehr die systematische Arbeit mit Assistenten und wissenschaftlichen Tutoren in kleinen Gruppen, über die auch der Kontakt zu den Professoren hergestellt werden sollte. Ein differenziertes thematisches Angebot an solchen Veranstaltungen muß den Interessen der Studierenden Rechnung tragen und unter ihrer Mitbestimmung zustande kommen.

II. 3. Die Zwischenprüfung soll nicht als Auslese scheinbar ungeeigneter fungieren, sondern vor allem Orientierungshilfe und Selbstkontrolle für den einzelnen Studierenden sein. Spezielle Stipendienprüfungen werden mit der Einführung der Zwischenprüfung überflüssig. Der Schwerpunkt der Prüfung sollte unter Berücksichtigung der vom Studenten angegebenen

Interessengebiete auf einem Gespräch mit einem Lehrer liegen, der mit dem Prüfling schon ausreichend zusammengearbeitet hat. Die Beurteilung sollte nicht in Noten erfolgen, sondern eine generelle Aussage über die weitere Studierfähigkeit und im übrigen eine qualifizierte Studienberatung enthalten. Der Zeitpunkt der Zwischenprüfung darf sowohl von Fach zu Fach als auch innerhalb einer Disziplin nicht starr fixiert sein. II. 4. Nach der Zwischenprüfung sollte der Studierende selbst die Verantwortung für die Gestaltung und die Dauer seines Studiums tragen. Den Zeitpunkt der Meldung zum Examen muß er selbst bestimmen können; eine Zwangsexmatrikulation als Mittel pauschaler Semesterbegrenzung ist grundsätzlich abzulehnen. Der SHB geht davon aus, daß bei einer umfassenden institutionellen Verbesserung der Studienverhältnisse und mit einer notwendigen Verbesserung der sozialen Lage des Studierenden sein natürliches Interesse einen zeitlich vernünftigen Abschluß der Ausbildung gewährleistet.

Die wissenschaftlichen Veranstaltungen in der zweiten Studienphase sollten auch Angebote für interdisziplinäre Kombination enthalten und die Beziehung zur beruflichen Praxis, zur angewandten Forschung und zur Grundlagenforschung herstellen, um eine allmähliche Orientierung der Studierenden im Vollzug wissenschaftlichen Arbeitens zu ermöglichen. Die Teilnahme an Forschung ist durch neue institutionell zu sichernde Formen der Kooperation zwischen allen Lehrenden vom Professor bis zum Assistenten und zu den Studierenden zu bieten.

II. 5. Der SHB wendet sich entschieden gegen die Auslesefunktion des Universitätsexamens für die Zulassung zum sog. Aufbaustudium, in dem nach dem Eingeständnis des WR unter anderem die Führungskräfte der Wirtschaft und Verwaltung auf ihre Aufgaben vorbereitet werden sollen.

Es muß als äußerst zweifelhaft erscheinen, ob nach einem Hauptstudium, das wissenschaftliche Arbeiten durch Teilnahme am und Einsicht in den Forschungsprozeß nicht mehr gewährleistet und im Gegenteil durchzunehmende thematische oder methodische Eingrenzungen behindert, die jeweiligen Studierenden überhaupt noch ermittelt werden können, „die an der Forschung interessiert und für sie befähigt sind.“ Vielmehr wird hier das Auslesesystem der westdeutschen Gymnasien wiederholt und gleichzeitig verstärkt, das noch heute eine ausreichende soziale Mobilität verhindert und in dem im allgemeinen die beste Beurteilung erfährt, wer sich an den Bildungskanon und den gebotenen Verhaltenskodex der Schule am besten anzupassen wußte.

II. 6. Der SHB begrüßt ganz allgemein den Gedanken des WRs zur ständigen Einrichtung des Kontaktstudiums an den Hochschulen. Es bedarf jedoch noch vieler Überlegungen und Untersuchungen, um mit den Mitteln des Kontaktstudiums die Überführung wissenschaftlicher Ergebnisse in die Praxis der jeweiligen Berufe genügend zu sichern. Keinesfalls darf das Kontaktstudium zur unkritischen Schulung der beruflich tätigen Akademiker werden, weil sonst die zu wünschende Verbindung von Wissenschaft und Beruf praktisch ohne Folgen bliebe.

III. Der SHB hat wiederholt auf die Mißstände an den deutschen Hochschulen hingewiesen und entsprechende Reformvorschläge unterbreitet. Er hat die zuständigen Gremien aufgefordert, eine inhaltliche Hochschulreform durchzuführen und sich nicht mit administrativen Maßnahmen zu begnügen. Die Vorschläge des WRs stellen insgesamt nur eine straffe Version der bislang bestehenden ungenügenden Zustände dar. Der SHB appelliert daher vor allem an die politischen Parteien und an die Länderregierungen, aus der deutschen Hochschule nicht die vom WR angegebenen Konsequenzen zu ziehen.

(Archiv ZI 6: Akte 12.1 „SHB 1966—68“)

## DOKUMENT 583

An die Herren Professoren  
Erstmals an die  
Herren Professoren  
Goldschmidt Benl  
Gollwitzer (Weisedel) Grimm  
Hass Hammitzsch  
Lehnert (Fraenke) Hoffmann  
Szondi Lewin  
Wenck  
Zachert  
Karow, Ramming

Berlin, den 18. 10. 1966

### Persönlich! Einschreiben!

Sehr geehrter Herr Professor,  
bitte entschuldigen Sie, daß wir uns noch einmal in der das Japanische Institut und damit die Philosophische Fakultät der Freien Universität betreffenden Angelegenheit an Sie wenden. Als wir am 29. 10. 1965 mit einer Beschwerde über den Leiter des Japanischen Instituts der Freien Universität an S. Magnifizienz, Herrn Prof. Dr. Lieber, herantraten, hatten wir gehofft, daß die Universität den ihr vorgetragenen Fall intensiv behandeln und den katastrophalen Zuständen am Japanischen Institut schnellstmöglich ein Ende setzen würde. Stattdessen sind wir von der Universität ein Jahr lang hingehalten worden, so daß unserer im Zusammenhang mit dieser Beschwerde geäußerten Bitte um Schaffung ordnungsgemäßer Studienbedingungen noch nicht entsprochen worden ist.

Im Laufe der Vernehmungen (durch Herrn Professor Herzog und Herrn Professor Blei) sind wir von vornherein eingeengt und auf Unwesentlichkeiten festgelegt worden. Wir beobachteten eine deutliche Bagatellisierung der schwerwiegenden Vorwürfe gegen Herrn Prof. Eckardt (antisemitische Äußerungen, Verleumdungen, Obszönitäten, Trunkenheit, Auflösung des Unterrichtsbetriebes), gewichtige von uns genannte Zeugen wurden trotz mehrfacher Hinweise nicht gehört, der fachliche Komplex wurde völlig ausgeklammert.

Diese skandalösen Zustände sind auch mit dem Entscheid des Akademischen Senats vom 13. 7. 1966, den Fall an die Dienststrafkammer des Verwaltungsgerichtes des Landes Berlin zu überweisen, nicht beseitigt, da die Verantwortlichkeit für die fachliche Situation des Instituts ausschließlich bei der Universität (philosophische Fakultät) liegt.

Das Vorgehen der Universität während des letzten Jahres hat uns gezeigt, daß man nicht gewillt ist, Abhilfe zu schaffen, eine Abhilfe, die aufgrund des Materials, das der Universität von uns zur Kenntnis gebracht worden ist, nur darin bestehen kann, den in jeder Hinsicht untragbaren und unfähigen Leiter des Japanologischen Instituts von seinem Posten zu entfernen. Wir sind uns darüber bewußt, daß das Verfahren gegen Herrn Prof. Eckardt vor der Dienststrafkammer nur seine disziplinarischen Vergehen behandeln und sich zudem über einen längeren, für uns nicht mehr tragbaren Zeitraum erstrecken wird.

Nachdem wir im Vertrauen auf die Bereitwilligkeit der Universität gehofft hatten, diesen Fall ohne universitätsexterne Hilfe regeln zu können, sind wir nunmehr überzeugt, daß dies nicht möglich ist. Wir sehen uns daher gezwungen, unsere bisherige Zurückhaltung aufzugeben und alle uns zur Verfügung stehenden Mittel der öffentlichen Kommunikation in Anspruch zu nehmen.

Wir möchten Sie deshalb dringend bitten, kraft Ihrer Autorität mit dahin zu wirken, daß ein für alle Beteiligten unangenehmer Eklat doch noch vermieden werden kann.

Abschließend möchten wir Ihnen noch mitteilen, daß Ihr Kollege, Herr Prof. Dr. H. Eckardt, am 14. Oktober 1966 im Privatklageverfahren wegen Beleidigung zu DM 160,— Geldstrafe, ersatzweise 8 Tage Haft, und zur Übernahme sämtlicher entstandenen Kosten verurteilt worden ist. Die beleidigenden Äußerungen, die zu der Verurteilung führten, sind in dem Material enthalten, das der Universität von uns vorgelegt worden ist.

Wir bedauern, Sie immer noch in dieser Sache in Anspruch nehmen zu müssen, fühlten uns aber verpflichtet, nichts unversucht gelassen zu haben, die Angelegenheit doch noch intern geregelt zu sehen.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
(Inge Braun) (Detlef Foljanty) (Johannes Sembritzki)  
(Archiv ZI 6: Akte E 0702 FU „Flugblätter 1966“ hier:  
„Der Fall Eckardt bis 15. Nov. 1966“)

## DOKUMENT 584

### Protokoll der o. AStA-Sitzung vom 19. Oktober 1966

Beginn: 12.00 Uhr Ende: 23.35 Uhr  
Anwesende: Nevermann, Kreipe, Ziesing, Zinser, Kollmann,  
Pfaffenberger, Mohs (dazu 14.55 Uhr), Aldag  
(dazu 17.15 Uhr, ab 20.15 Uhr)

1. Über eine Konzeption für das Wintersemester fanden folgende Überlegungen die Zustimmung des AStA. Die Studentenvertretung wird im Laufe des WS mit verschiedenen Gefahrenzentren konfrontiert werden, in der Frage der Beitragserhöhung, der Theatergutscheine, der Gebührenpauschale, des Weihnachtsgeldes, der Umtauschaktion wird die Studentenvertretung in eine Konfrontation mit dem Staat kommen.

In Fragen des Disziplinarrechts, der DSKV, der Mensa-Freitische wird sie mit Staat und Universität konfrontiert.

In Fragen der Borinski-Richtlinien, der Universitätsordnungsänderung, der Studienreform, der Universitätstage, des Prozesses VDSt Leipzig—Berlin, der Universitätskommission, des Sportes wird die Studentenvertretung mit der Universität konfrontiert.

Die Gefahr der Polarisierung der Studentenschaft in Form eines Auseinanderbrechens des SS zwischen „Links und Rechts“ droht bei der Universitätsordnungsänderung (Korporationen) der Studienreform und der Anziehungskraft verwaltungsmäßiger Sachaktivitäten der TU.

Die Gefahr der Polarisierung der Studentenschaft sollte nach Möglichkeit vermieden werden. In der Auseinandersetzung mit dem Staat ist der Berliner Wahlkampf zu berücksichtigen.

All diese einzelnen anstehenden Probleme vermögen nach Meinung des AStA keinen bewußtseinschaffenden Eklat herbeizuführen. Es muß deshalb versucht werden, folgende 4 Einfallstore für einen Eklat sorgfältig auszuarbeiten.

a) Die Allgemeine politische Aktivität sollte sich auf das Problem der Notstandsgesetzgebung konzentrieren. Notstandsveranstaltungen erhalten aber erst dann Brisanz, wenn in der außeruniversitären Öffentlichkeit das Notstandsproblem bereits zum Spektakel geworden ist. Danach läßt sich die Universitäts-Administration erst durch inner-universitäre Veranstaltungen zu Torheiten und ausschaltbaren Maßnahmen provozieren.

b) Auf der Grundlage des Nitsch-Papers zu den Rezensionen sollten Plakate und Handzettel vorbereitet werden, um sie in der Universität auszuhängen. Auch dadurch ließe sich eine Provokation der Universitäts-Administration erreichen, sei es bereits durch die Tatsache der Plakataushängung, sei es durch die spätere Auswirkung der in den Plakaten geworbenen Rezensionen.

c) Die Frage des obrigkeitstaatlichen Disziplinarrechts muß durch gezielte Aktionen aktualisiert werden, z. B. einen Rücktritt vieler Disziplinarbeisitzer oder dem Hinauswurf des AStA aus einer Disziplinarausschußsitzung.

d) Die sozialen Probleme sollten in einer zusammenfassenden Übersicht die schlechte soziale Stellung der Studenten verdeutlichen. Zwar wird sich dieses zunächst gegen den Staat richten, aber aufgrund des Fürsorgeanspruchs der Universitäts-Administration auf sie selbst zurückfallen und die Frage der Hochschulreform in Bezug auf die Kompetenz für die sozialen Angelegenheiten, die der Studentenvertretung zukommen sollen, verdeutlichen.

Alle 4 angegebenen Einfallstore führen direkt zu Eklat, deren Hauptgegenstand die Studien- und Hochschulreform ist. Zu einem Eklat selben Themas kann auch die Tätigkeit der Uni-

versitäts- und Fakultätskommission führen. Alle Ekzels werden dann unter Berücksichtigung des Wahlkampfes in Berlin thematisch zur Studien- und Hochschulreform und zur FU-Gesetzgebung führen.

...  
F.d.R.d.P.

(M. Siegemund)

(Archiv ZI 6: Akte 12.12 FU „AStA-Protokolle 1966—69“)

## DOKUMENT 585

### Anhang zum Protokoll der 8. (o.) Konventssitzung

Vorlage zur Arbeit der Studienreform-Kommission

Der Konvent möge beschließen:

Der Konvent ernannt zu Mitgliedern der „Kommission zur Studienreform“ als seine Vertreter:

Damerow, Lefèvre, Müller, 1 Vertreter des AStA.

Eine sinnvolle Arbeit der Kommission hat nach Ansicht des Konvents zur Voraussetzung:

1. Die Kommission bestimmt ihre Untersuchungsgegenstände und ihre Arbeitsweise selbst. Eine Kooptation weiterer Mitglieder durch die Kommission ist jederzeit möglich.
2. Die Veröffentlichung der Arbeitsergebnisse und Empfehlungen der Kommission bedarf nicht der Genehmigung bzw. Bestätigung durch Universitätsorgane. In die Veröffentlichungen der Kommission sind Minderheitenberichte aufzunehmen.
3. Die oben benannten Mitglieder der Kommission sind dem Konvent verantwortlich. Der Konvent wird regelmäßig seine Vertreter über die Kommissionsarbeit befragen und über die weitere Arbeit entscheiden.
4. Die Kommission unterstützt und koordiniert die Arbeit der Fakultäts- und Fachkommissionen. Neben Kontakten zu deren Vertretern kann sie Expertenbefragungen durchführen. Hearings mit Vertretern der Fakultäten, Institute, Vertretern des Studentenwerks und sonstigen Einrichtungen durchführen und Teilgutachten zu bestimmten Fragen in Auftrag geben.
5. Die Kommission sieht ihre Hauptaufgabe in der Prüfung der Studienverhältnisse an der Freien Universität. Die Überprüfung einzelner Studiengänge beginnt mit der Juristischen und Medizinischen Fakultät, die mit der Zwangsexmatrikulation eine der Studentenschaft unbillig erscheinende Maßnahme beschlossen haben.
6. Die Prüfung der Studienbedingungen geschieht nicht allein unter fachlichen, vielmehr in enger Verbindung damit, und unter institutionellen, hochschulpolitischen und sozialen Gesichtspunkten.

Antragsteller: Damerow, Heinrich, Lefèvre, Struck.

(Archiv ZI 6: Akte 12.12 FU „19. Konvent, Protokolle 1966“)

## DOKUMENT 586

### Charlottenburg bedrängt die FU

„Westend-Krankenhaus weist zuviel Bürger mit ‚gängigen‘ Krankheiten ab“

Eine hitzige Debatte entspann sich gestern abend in der Charlottenburger Bezirksverordnetenversammlung an einer von der SPD-Fraktion eingebrachten Empfehlung zum künftigen Status des Westend-Krankenhauses. Nach den Wünschen der SPD soll sich das Bezirksamt demnach darum bemühen, die nach Fertigstellung der Kopfklinik frei werdenden Altbauten der Freien Universität zu entziehen und darin dann rein städtische Kliniken einzurichten.

In der Empfehlung, die gegen die Stimmen der CDU und der FDP angenommen wurde, wird eine innere Abteilung mit etwa 100, eine orthopädisch-traumatologische Abteilung mit 60 und

eine neurologische Abteilung mit etwa 60 Betten vorgeschlagen. Die CDU bezeichnete diese Empfehlung in einer eingehenden Begründung als universitätsfeindlich, während die SPD ins Feld führte, daß in der Universitätsklinik wegen der dort gestellten Forschungsaufgaben selten Charlottenburger Aufnahme fänden, die unter häufig anzutreffenden Krankheiten leiden. Die von der SPD benutzte Formulierung: „Uns sind einfach schon zu viele Charlottenburger gestorben, die in Westend nicht aufgenommen worden sind“, wurde von Stadtrat Dr. Legien (CDU) energisch zurückgewiesen...

(Der Tagesspiegel, 22. Oktober 1966)

## DOKUMENT 587

Sperrfrist:

30. 10. 1966, 15 Uhr

### Kongreß Notstand der Demokratie Professor Ernst Bloch

#### Kundgebungsrede gegen die Notstandsgesetze

1. Wir kommen zusammen, um den Anfängen zu wehren.
2. Diese kennen wir bereits aus den ersten Sätzen der Notverordnung; die weiteren sollen uns erst später bleich machen.
3. Absicht und Tenor der Sache sind so klar wie unheimlich, auch wenn, ja gerade wenn die Ausführungsbestimmungen, die ergänzenden, noch geheime Reichssache sind. Hier kann auch Wehner nicht beruhigen, nicht abwarten und den bisher üblichen Tee trinken lassen. Die Zeit ist nicht danach, daß sie uns so viel Zeit läßt.
4. Dagegen scheint und droht es, als würde schon zu vieles dem Wurm und seinem Loch in der Weimarer Republik ähnlich. Der Art. 48, den der Demokrat Hugo Preuss damals, halb naiv, halb taktisch, in die Verfassung eingefügt: wird er post festum Notstand feiern? Er wollte doch gleichfalls die bürgerliche Demokratie den Worten nach im Notfall schützen, und sie wurde an den Paragraphen, der sie im Notstand gerade aufhob, juristisch aufgehängt, bis die Nazis sie wirklich aufgehängt haben. Um der Notzeit willen, die ja von der wirklich dirigierenden Macht im Staat so rasch ausgerufen werden kann, wie es ihrem Interesse entspricht, und so bunkergemäß, daß selbst unserem Bonner Parlament Hören und Sehen verweigert. Die subjektiven öffentlichen Rechte, Meinungsfreiheit, Koalitionsrecht, Streikrecht und so fort, können dann, das geht leicht in Deutschland, eliminiert werden; ein Notstand ist immer bei der Hand, sobald ihm nichts fehlt als ausgerufen zu werden. Wobei die richtige Macht auch über keine noch so scheinbar gespannenen juristischen Zwirnsfäden stolpert, wie man damals mit bestürzender Aktualität sagte, über oppositionelle Sicherungen also. Die sind auch heute pure Selbstberuhigung, bevor Notverordnung erst einmal ein Tor zum rechtsleeren Ausnahmezustand legal geöffnet hat. Es war ahnungslos, zum Teil ahnungslos Kurzsichtigkeit beim Art. 48 damals; nicht so viel verändert wird sie sich wiederholen, wenn wir das dulden, doch wir wollen es nicht dulden.
5. Eine andere warnende Ähnlichkeit mit der gehabten Weimarer Demokratie und ihrem diktatorischen Ende drängt sich gleichfalls auf. Nämlich die Geringfügigkeit der Achtung, worin (mit Recht) die vorhandene Regierung, doch auch das Parlament, ja die Einrichtung des Parlaments selber jetzt steht. Das kann gewiß günstiger Boden für eine endlich linke, zeitgemäße Auswechslung von Regierung und ebensolcher Parlamentsmehrheit sein; wir alle hier hoffen das. Doch sollte über ein bisheriges, überwiegend unorientiert gehaltenes Konsumvolk wirkliche Wirtschaftskrise kommen, ein immanenter Notstand als der durch die diversen kalten Kriege und ihre Zündung erzeugte: dann steht vermutlich nicht nur die bisherige Opposition (die so lange keine war) ante portas. Sondern daneben lebt immer noch oder immer wieder oder auch neufrisiert ein schärfer Erinnerndes im Kleinbürgertum. Sucht sich Memoiren auch ohne, gar mit dem symptomatischen, dem skandalösen Spandau-Verdienstorden mit Stern. Und wie wohl-tuend unterscheidet sich für jede NPD das sichere Millionen-

geschäft einer anderen Illustrierten, mittels der Lebensgeschichte Emma Sonnemann-Görings, vom überhaupt nicht vorhandenen Interesse an der Todesgeschichte der Rosa Luxemburg. Die wirkliche Macht könnte schließlich merken, daß mit Neufaschistischem im Bund noch solidere Geschäfte zu machen wären; der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch, sang Brecht. Und da nicht einmal sicher ist, daß selbst das große C bisheriger Ordnungsparteien vor so etwas behüten kann, so mag auch eine noch so vorsorgliche Aufhebung bürgerlicher Grundrechte uns nicht beruhigen, uns vielmehr entsetzen, mit Erinnerung und Ahnung zugleich. Mit Erinnerung daran, daß hierzulande noch kein Ausnahmegesetz gegen radikales Recht gerichtet war, immer nur gegen Links, gegen die Seite, wo in Deutschland ohnehin das Herz nicht oft geschlagen hat. Und je diskreditierter parlamentarische Demokratie in bürgerlicher Gesellschaft, desto leichter kann deren Selbstausschaltung in das Land führen, es wenigstens berühren lassen, woraus noch kein Demokrat zurückkam, lebend, unbeschädigt. Worin von einem Ermächtigungsgesetz wirklich ein ausgedehnter Gebrauch gemacht worden ist und nicht nur die Schornsteine der Industrie geraucht haben. Auch eine weniger mörderische Perspektive reicht schon für gebrannte Kinder aus und für die Welt, die den Brand austrat.

6. Die Spuren also schrecken, wir wollen uns von ihnen endlich aufschrecken lassen. Hegel sagte einmal: das einzige, was aus der Geschichte gelernt werden könne, sei, daß man nie etwas aus ihr gelernt hat; soll das auch jetzt so bleiben? Darum Schluß mit dem bereits mehr als durchsichtigen Notstandsplan: er ist selber der sichtbarste Notstand geworden, sein Anlaß ist an den Haaren herbeigezogen, seine Begründung lauter Nebel machende Ideologie. Wir Wissenschaftler, die den Aufruf gegen den Skandal unterschrieben haben, rufen mit dem einsichtigen überwiegenden Teil der Gewerkschaften zum Protest auf, ehe es zu spät ist. Die alten Herren mit ihrem Artikel 48 haben bereits die Vergangenheit verspielt, die neuen Herren mit ihrem Notstandsunrecht sollen nicht unsere Zukunft verspielen.

## DOKUMENT 588

Informationen über Vietnam und Länder der dritten Welt  
 Berlin, November 1966 Nr. 3 Unkostenbeitrag 0,20 DM  
 2. Auflage

### Warum wird der amerikanische Soldat durch einen Krieg brutalisiert, der in Vietnam das Volk vom Kommunismus befreien soll?

In Vietnam wird ein begrenzter Vernichtungskrieg geführt. Daß er begrenzt ist, zeigt der Begriff der Eskalation. Eine Eskalation ist stets begrenzt, und sie ermöglicht es, einen Krieg immer, wenn nötig, anzuhalten. Wenn Hanoi bedingungslos Friedensverhandlungen anbietet, kann er angehalten werden. Es ist also ein Krieg wie früher und ohne Atombomben. Es „ist ein Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen“, wie Clausewitz sagt. Und doch, wie „Informationen II“ gezeigt hat, stimmt das nicht, denn der Gegner wird infanteristisch als Vietkong und mit Bombereinsätzen über die Auslöschung des Landes vernichtet. Maximierung der Verluste ist das erklärte Ziel der amerikanischen Kriegführung. Aber ein toter Gegner kann nicht mehr den politischen Willen des Siegers erfüllen, kann nicht mehr das Land so bearbeiten, daß es dem Sieger nützt. Der Krieg ist also nur räumlich begrenzt, in seinen Grenzen aber total — seine Auswirkungen ähneln denen beim Einsatz von Atomwaffen. Dieser Vernichtungskrieg läßt durch seine Dauer seine behauptete Absicht, die Befriedung, immer grausiger werden.

Bedingung einer solchen Vernichtung ist eine Militärmaschine, die lückenlos arbeitet, da sie sonst ihren Zweck nicht erreicht. Die Eskalationen sind ihre gradlinige und einfach quantitative Fortsetzung. „Die Schraube der Eskalation wird um eine weitere Drehung angezogen“, wie es in der Presse heißt. Die Maschinerie wird von mittlerweile etwa 300 000 amerikanischen Soldaten bedient. Diese müssen sich ihren Bedingungen, dem Regelkreis der Maschine, anpassen.

Berichte der Presse von Gefangenemißhandlungen und -mord, von Folterungen usw. dieser Soldaten lassen vermuten, daß diese Anpassung nicht der Maschine entsprechend gradlinig verläuft. Genau das wird allerdings von Präsident Johnson behauptet: „... die Moral des amerikanischen Kämpfers ist hoch. Er tut, was tapfere Männer angesichts der Tyrannei tun müssen. Er wird unterstützt von der effizientesten Militärmaschine, die sein Land je produziert hat. ... Als sein Oberbefehlshaber bin ich stolz, daß er die Uniform meines Landes trägt. Als sein Mitbürger bin ich begeistert zu fühlen, daß meinem Land nie zuvor von seinen Männern im Felde so gut gedient wurde“. (Präs. LBJ vor der 101. Airborne Division am 24. 7. 66.) Für den Präsidenten gibt es keinen Widerspruch zwischen der Militärmaschinerie und dem sie bedienenden Soldaten — sie hilft ihm bei seiner Aufgabe.

Meldungen der folgenden Art, wie sie häufig in der Presse auftauchen, machen das unwahrscheinlich. Die Kriegssituation in Vietnam scheint wenigstens für den Soldaten nicht eine einfache Eskalation zu sein. Beim Säubern eines Dorfes: „Ein Marineinfanterist schrie: ‚Tötet sie! Ich will, daß sich nichts mehr bewegt.‘“ (NYT, 3. 7. 65) „Junge, ich habe mir einen Vietkong geschnappt. Wenigstens zwei von diesen Hunden habe ich erledigt.“ Der triumphierende Schrei folgte dem 10-Sekunden-Feuerstoß aus automatischen Waffen und dem dumpfen Krachen einer Handgranate unter der Erde.“ (NY Herald Tribune, 3. 7. 65)

In einem Brief an seine Mutter berichtet ein junger Infanterist ebenfalls von einer Kampfsituation: „... wir durchsuchten gerade die roten Vietkong, als die Frau von dem, den ich vorhatte, aus einer Höhle rannte. Ich erschoss sie, und weil mein Gewehr automatisch ist, hatte ich, bevor ich es wußte, sechs Schüsse abgegeben. Vier trafen sie, und die anderen gingen in die Höhle und müssen von der Steinwand abgeprallt sein und das Baby getroffen haben.“ (R. Wilson Liberation, Febr. 66)

Und solche Situationen entstehen immer wieder während des Bodenkampfes: „Plötzlich sprang in etwa 50 Meter Entfernung ein Mann auf und begann zu laufen. Jedes Maschinengewehr, jeder Karabiner, jede Pistole in unserer Abteilung deckte den Mann mit Feuer ein ... Schließlich brach er zusammen ...“ (Malcolm Browne, The New Face of War. 1955)

„Unmöglich zwanzig Schritte zu gehen, ohne über einen Körper zu stolpern ... Plötzlich hob ein paar Meter zur Seite ein verwundeter Vietkong schwach seinen Arm; ein US-Sergeant jagte ihm einen langen Feuerstoß von M-16-Geschossen in den Leib. ‚Wollte er sich denn nicht ergeben, Sarge?‘, fragte ein Mann. ‚Ich würde gerne noch mehr von diesen Hunden sehen, die sich ergeben wollten‘, sagte der Sergeant. Keiner erhob Widerspruch.“ (Raymond R. Coffey, Chicago Daily News, 18. 11. 65)

„Ein amerikanischer Soldat griff sich ein Kind und stieß es in einen unterirdischen Tunnel, um ohne eigene Gefährdung festzustellen, ob sich Vietkong darin verborgen hielten. Ein anderer Marine-Infanterist warf mit den Worten ‚Ich bin im Keller!‘ eine Handgranate in einen Keller und tötete damit zwei Kinder.“ (SDZ 9. 8. 65)

Ein Berichtersteller faßt dies in folgender Weise zusammen: „In den vom Vietkong kontrollierten Gebieten wird nach einem strengen Maßstab entschieden: jede männliche Person im Militäralter ist ein Vietkong, der kurz vor seiner Gefangennahme seine Waffe weggeworfen hat.“ (Donald Wise, London Sunday Mirror, 4. 4. 65)

Die Devise scheint also zu sein: Erst schießen, dann fragen. Nicht viel anders verhalten sich die Soldaten unmittelbar nach dem Kampf:

„Hauptmann James Morris, ein Angehöriger der US Army Special Forces, berichtet vom traurigen Nachspiel eines Über-raschungsangriffes, den er gegen ein kleines feindliches Kontingent führte. ‚Ich bewegte mich von der einen der liegenden dunklen Gestalten zur anderen. Als ich zur letzten kam, richtete sie sich mit ausgestreckten Armen und aufgerissenen Augen auf. Cowboy stitched him up his middle with his AR-15 (etwa: Cowboy steckte ihm seine Mitte auf mit der MP). Er hat nicht mal gemuckst!‘ ...“ (Esquire, Aug. 65)

„Die Patrouille schaute auf den Mann nieder und lachte ... Vielleicht als Gnadenstoß, vielleicht aus reiner Grausamkeit hob einer der Männer einen schweren Pfahl auf, der im Schlamm lag und rampte sein eines Ende in den Boden, unmittelbar neben der Kehle des Verwundeten, und versuchte den Mann zu erdrosseln. Doch der bewegte sich weiter. Einer trat mit dem Fuß auf das freie Ende des Pfahls, um dem Verwundeten das Genick zu brechen. Doch statt dessen brach der Pfahl ab. Dann trat ein anderer mit Fußritten auf die Kehle des Mannes. Doch irgendwie war immer noch Leben in ihm. Schließlich lachte die ganze Gruppe und ging zum Pfad zurück ... Der Mann starb etwa zehn Minuten später.“ (Browne, a.a.O.)

Diese „Grausamkeit oder Barmherzigkeit“ bekommen auch Verwundete und Gefangene zu spüren, die sich nach erbitterten Gefechten und Verlusten auf Seiten der Amerikaner in deren Gewalt befinden. „In der Nähe fanden die Amerikaner drei verwundete Nordvietnamesen. Einer lag halb unter einem Baum begraben. ‚Du wirst nicht mehr lächeln‘, sagte einer der amerikanischen Soldaten und pumpfte Geschosse in seinen Körper, die anderen beiden traf das gleiche Schicksal.“ (Reuter, 18. 11. 65)

„Die Gefangenen waren sehr frech, sie begannen anti-amerikanische Slogans und vietnamesische Flüche ihren Bewachern zuzurufen. Die Marine-Infanteristen stellten die 17 Guerillas nebeneinander auf und schossen sie kaltblütig nieder.“ (The aking of a Quagmire, David Halberstam, 1965)

Im Saigoner Daily News, der amerikanischen Militärzeitung, sieht das dann so aus: Ein Photo „zeigt eine Gruppe amerikanischer Soldaten, die Gewehre in den Händen, die stolz vor einem Haufen Leichen posieren ... Der Untertitel des Photos lautet: ‚Gefallene Vietkong‘ ... Den Leichen, die mit dem Gesicht nach unten lagen, waren jedoch die Hände auf dem Rücken gefesselt.“ (Nach New Republic, 9. 10. 65) Sie wurden nach ihrer Gefangennahme erschossen. Offen bleibt dabei, was zwischen Fesselung und Ermordung geschah. Beispiele dafür kann man im folgenden finden:

„Einer der Männer, die mit einem amerikanischen Kampfhubschrauber flogen, kehrte letzte Woche zu seinem Stützpunkt auf dem zentralen Hochland ohne einen widerspenstigen jungen Gefangenen zurück, den man ihm übergeben hatte. Freunden erzählte er, daß der junge Mann ihm auf die Nerven gegangen sei, worauf er ihn aus dem Hubschrauber gestoßen habe; dies bei einer Höhe von 300 Metern.“ (Charles Languth in NYT, 7. 7. 65) „In mehreren Fällen sind Vietkongverdächtige an Schützenpanzer gebunden worden und von ihnen quer über Reisfelder geschleppt worden. Dies hat immer den Tod in einer seiner schmerzhaftesten Formen zur Folge.“ (Malcolm Browne, a.a.O.)

Die weiteren Berichte bleiben dabei nicht stehen. Sie gehen über die übliche Kriegsberichterstattung weit hinaus. Die amerikanischen Soldaten befinden sich offenbar in einer Situation, die sich wesentlich von den bekannten Kriegssituationen unterscheidet: „Sie nehmen einen Vietkong und lassen ihn die Hand gegen die Wange halten. Dann nehmen sie einen Draht und stoßen ihn mitten durch die Wange in seinen Mund. Dann ziehen sie den Draht durch die andere Wange wieder heraus und stecken ihn durch die andere Hand. Noch nie solche Gefangenen gesehen? O, du solltest mal sehen, wie ruhig die Hampelmänner im Hubschrauber sitzen, wenn sie auf diese Weise gebündelt sind!“ (Jimmy Breslin, NYT, 29. 9. 65)

Den Abtransport von Gefangenen mit Hubschraubern ermöglicht ein Verfahren, das „the long step“ genannt wird. Bleibt derjenige, bei dem die Befragung beginnt, eine Antwort schuldig, so muß er „einen langen Schritt“ machen, das heißt er wird aus dem fliegenden Hubschrauber geworfen. Seine Kameraden sehen zu; die Prozedur wird so oft wiederholt, bis einer redet. (Vgl. Bericht Jonathan Kapstein in Nation, 21. 12. 64) Verdächtige werden so behandelt: „Eine Photographie zeigt einen an den Füßen aufgehängten Gefangenen. Untertitel: ‚Hat nach 15 Minuten, die er in dieser Lage verbrachte, zugegeben, ein Heckenschütze zu sein.‘“ (Nach New Statesman, 13. 5. 66) „Jemand vom Nachrichtendienst stellte alle drei in einer Reihe auf. Eine war eine Frau. Er zog ihr die Kleider bis zum Gürtel herunter, die der Männer ganz. Er hatte ein kleines Ding, ich

dachte, es sei ein Funksprechgerät. Er befestigte ein Ende des Drahtes an der Brust der Frau, und es gab eine Art Elektroschock, denn sie wurde wirklich schlimm verbrannt. Dann nahmen sie denselben Draht und probierten ihn beim Mann und Bruder der Frau aus, aber an ihren unteren Teilen. Einer vom anderen Zug sagte, daß dies schon ein paarmal vorgekommen wäre, und einmal sei einer dabei getötet worden.“ (Liberation, Juni/Juli 65)

„So wie Verhaftung für jeden unter allen Umständen sofortige Folterung nach sich zieht, ist Verhaftung für Frauen zwischen 15 und 50 identisch mit Folterung an den Genitalien — ‚Damit du aufhörst, kleine Vietkong zu lächeln!‘, wie die Folterter sich ausdrücken.“ (Wilfr. Burchett, in National Guardian) Ein Kriegsberichterstatte erklärt sich das so: „Viele Soldaten haben einfach Spaß daran, die Vietkong-Gefangenen zu quälen. Personen, die ausgefragt werden, sterben so oft beim Verhör, daß die Nachrichtengewinnung eine zweitrangige Angelegenheit zu sein scheint ...“ (Malcolm Browne, The New Face of War)

Der amerikanische Soldat erschien bis hierher nur in seinen Handlungen. Alle Zitate beziehen sich auf infanteristische Situationen. Sie geben damit den Schwerpunkt der Kriegsberichterstattung wieder, die dem Bodenkampf trotz der steigenden Bedeutung der Militärmaschinerie große Bedeutung zuweist.

Obwohl gerade über die Äußerungen der Soldaten eine strenge Zensur durch die Amerikaner verhängt wurde, erfährt die amerikanische Öffentlichkeit — wie in keinem Krieg zuvor — von „Taten“ ihrer Soldaten, die sie nur schwer begreifen kann. Das Interesse der Berichterstatte gerade an den Bodenkämpfen erklärt sich daraus, daß in der infanteristischen Situation das besondere dieses Krieges gegenüber früheren Kriegen sichtbar wird. In der direkten Feindberührung wird jede Veränderung sofort deutlich, beispielsweise in Mißerfolgen und Verlusten — nicht aber beim Nachschub oder Bombereinsätzen, die nur mittelbar, aus relativ großer Distanz am Krieg beteiligt sind. Und daß sich etwas verändert hat, belegen unmittelbar die mit der Kampfsituation auftretenden Verhaltensweisen der Infanteristen, die nicht mehr in das Bild des Soldaten passen, der in einem herkömmlichen Krieg kämpft. Die Folterungen schließlich entziehen sich vollends jeder solchen Erklärung. Man wird kaum annehmen, daß es sich bei den GIs durchweg um Sadisten handelt, wie sie in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern vorkamen. Aus dem Zweiten Weltkrieg kennt man den amerikanischen Soldaten als fairen Gegner, der jedes unnötige Opfer — auf beiden Seiten — zu vermeiden suchte.

Woher kommt diese einschneidende Veränderung im Verhalten der Soldaten? Was hat sich an der Kampfsituation so sehr geändert? Amerikanische Infanteriesoldaten und ihre Offiziere versuchen, sich ein Bild davon zu machen. Bei manchen äußert sich das in Entsetzen:

„... Ich schwöre bei Gott, dieser Ort ist schlimmer als die Hölle. Warum muß ich Frauen und Kinder töten? Wer weiß, wer recht hat? Sie denken, daß sie recht haben, und wir denken umgekehrt. Beide Seiten verlieren Menschen. Ich wünsche bei Gott, daß es vorbei wäre.“ (R. Wilson, zit. in Liberation, Febr. 66)

Anderere scheinen unberührt zu bleiben: „Gleichgültig, ob's richtig oder falsch ist, wir sind hier — und wir müssen bleiben.“ (Corporal R. Lee in Newsweek, Aug. 66)

Einige behelfen sich mit Beschreibungen der Situation: „Weil der Feind kaum zu identifizieren ist — weil dieser Krieg eigentlich genaueste Unterscheidung und die differenzierenste Waffe erfordert, die das Gewehr in den Händen eines gut ausgebildeten Infanteristen außer dem Messer ist, töten wir eben eine Menge unschuldiger Leute.“ (Nation 19. 10. 65) „Das ist ein schwerer Krieg“, sagt Phillips, „gefühlsmäßig schwer. Wir können nicht in die Dörfer gehen und versuchen, die Leute kennenzulernen wie unsere Truppen in Korea. Hier müssen wir uns ständig schützen. Die Verteidigungslinie ist überall um uns herum.“ (Maj. H. Phillips in Newsweek, Aug. 66)

Die Offiziere versuchen die Veränderungen zu begreifen — sie realisieren den anderen Gegner: „Wir sollten Mitleid mit

Charlie [Ausdruck für V(iet)-C(ong) = Victor-Charlie im Funkalphabet] haben, ganz gleich, was er tut. Charlie ist in gewisser Weise so idealistisch wie wir. Bedauerlich ist nur, daß er falsch informiert (misinformed) ist.“ (Maj. H. Phillips in Newsweek, Aug. 66) „Die Vietkong haben die Bauern terrorisiert, um sie zur Kooperation zu veranlassen, oder wenigstens ihre Opposition auszuschalten. Wir müssen die Bauern sogar noch stärker terrorisieren, damit sie erkennen, daß ihr wahres Interesse auf unserer Seite ist.“ (NYT Magazine, 19. 9. 65)

Ein General beschreibt den Krieg recht genau: „Im konventionellen Krieg versucht man Boden zu erobern. Hier ist unsere Aufgabe, den Feind zu töten, ihm ein Maximum an Verlusten zuzufügen. Gebietsgewinn ist weniger wichtig ... dieser Krieg ist eher wie ein Seekrieg. Der Dschungel ist ein riesiger Ozean. Unter der Oberfläche des Dschungels operieren feindliche Bataillone wie Unterseeboote. Manchmal tauchen sie für einen schnellen Angriff auf. Manchmal bleiben sie versteckt in der Tiefe des tropischen Regenwaldes.“ (Gen. de Puy in Newsweek, Aug. 66)

Zwar vermögen all diese Äußerungen keine Antwort darauf zu geben, warum das Verhalten des amerikanischen Soldaten sich so brutalisiert hat, doch sie geben einige Hinweise darauf, wie die amerikanischen Infanteristen die Bedingungen dieses Krieges zu verarbeiten suchen. Diese Bedingungen formuliert in militärtechnischer Sprache General de Puy: Nicht um Beherrschung von Gebieten geht es in diesem Krieg, sondern um die Erhöhung der „kill ratio“. Das ist nur durch eine Art U-Bootkrieg gegen feindliche Trupps zu erreichen. Dazu allerdings muß man selber in diesem Ozean schwimmen können, man muß sich im Dschungel zurechtfinden und ihn für die eigenen Aktionen ausnützen können. Daß dies den amerikanischen Infanteristen nicht gelingt, zeigt ihr Bemühen, das Wasser dieses Ozeans durch Bombardierungen, Erntezerstörungsprogramme, Napalm usw. auszutrocknen. Das heißt, das Land Vietnam: Frauen, Wälder, Kinder, Vieh, Reisfelder, Dörfer, Flüsse, Bauern, Wege, Tiere und sogar die Luft, in dem offensichtlich nur der Feind schwimmen kann, muß vernichtet werden, damit es ihn tötet.

Warum kann der amerikanische Infanterist in diesem Wasser nicht schwimmen und welche Rolle spielt seine Brutalisierung in diesem Zusammenhang?

Er sieht sich in ein hochkomplexes Waffensystem hineingestellt, das mehr und mehr den Spezialisten verlangt, der nicht mehr den Kampf Mann gegen Mann ausgesetzt ist. Dies gilt z. B. für Umfragefachleute, die hinter den Linien mittels psychotechnischer Folterung den von Infanteristen gefangenen Vietkong militärische Informationen abzugewinnen suchen. Bestes Beispiel aber sind die Bomberpiloten, die bestimmte Planquadrate mit Bomben zu belegen haben und dies aus vollautomatisierten Flugmaschinen heraus tun. Nun vermögen aber selbst Bombenteppiche den Feind nicht vollständig zu vernichten, da schon Deckungslöcher bekanntlich, außer bei direktem Treffer, fast hundertprozentigen Schutz bieten. Zudem sind Bombardements aus schnellfliegenden Düsenbomben nie ganz genau. Der Infanterist erhält in diesem Zusammenhang eine Art Ergänzungsfunktion. Er muß, was Bomben und Gas nicht im großen vernichten konnten, im einzelnen vervollständigen.

Hierfür wurde er hervorragend ausgebildet. Er kann sich der modernsten Waffen bedienen. Mit den Hubschraubern kann er verheerende Splitter- und Gasbomben, Napalm und Phosphor abwerfen, er kann Verwundete in Sicherheit bringen und umfangreiche Transportaufgaben auch im Dschungel schnell bewältigen, die die Kampfkraft der Truppe durch große Mobilität vervielfältigen. Der Infanterist verfügt über ein ungeheuer wirksames Gewehr und ebensolche Handgranaten, Flammenwerfer und anderes mehr. Die Artillerie unterstützt die Wirkung dieser seiner „gadgets“. Über Funk kann jederzeit Luftunterstützung angefordert werden.

Im Bewußtsein, daß solche Waffen und Ausbildung selbstverständlich zu seiner Aufgabe gehören, kommt der Soldat nach Vietnam. Er weiß, daß es einen uneinsichtigen Gegner zu bekämpfen gilt. Dieser Gegner, der Weltkommunismus, hat mit Gewalt und Terror die vietnamesische Bevölkerung gegen die

Demokratie voreingenommen. Das vietnamesische Volk muß, wenn nötig, auch mit weniger schönen Mitteln wieder dazu gebracht werden, daß es sein verzerrtes Bild revidiert. Es soll durch diesen Krieg vom Wert und der Allgemeingültigkeit westlicher Freiheit und Demokratie überzeugt werden. Amerika tritt dabei als Stellvertreter der übrigen Welt für diese unveräußerlichen Werte ein. Es spielt auf Grund seiner wirtschaftlichen und militärischen Vorrangstellung die Rolle eines „ideellen Gesamthumanisten“. Der amerikanische Soldat als Stellvertreter solcher Humanität ist kein Söldner — er kommt als Befreier. Dafür kämpft er, so wie er es gelernt hat.

Aber seine Erwartungen erfüllen sich nicht. Der Gegner ist ganz anders, als selbstverständlich angenommen. Er stellt sich nicht in offener Formation zum Kampf. Er ist immer gegenwärtig und kennt keine Pause. Er bewegt sich in dem schwer gangbaren tropischen Regenwald unsichtbar — nur seine ungeheuer wirksamen Fallen und sein Heckenschützenfeuer zeugen von seiner ständigen Anwesenheit. Die weitverzweigten Tunnelsysteme, die für amerikanische Körpermaße ungangbar sind, erlauben ihm blitzartige Überfälle und ebenso schnelles Verschwinden. Bauern und Soldaten, vietnamesische Bevölkerung und Vietkong sind ununterscheidbar — der amerikanische Infanterist muß gegen ganze Dörfer kämpfen. So ist es unvermeidlich, daß er immer wieder Frauen, Kinder und alte Leute erschießt, daß er diese zudem als häufigste Opfer der amerikanischen Bombenangriffe vorfindet.

Die eigenen Aktionen werden oft verraten. Der Gegner nimmt seine Toten und Verwundeten mit — verwischt jede Spur, so daß man ihn eigentlich nie zu Gesicht bekommt, außer als Bauer, Greis, Frau und Kind. Eine Frontlinie oder sicherer Boden, d. h. eindeutig kontrollierbare Verhältnisse, existieren nicht. Alles bleibt im Ungewissen — der Feind erscheint als Phantom oder als vietnamesische Bevölkerung. Die Erfolge sind gering — die eigenen Waffen wirken, selbst bei größter Massierung und richtigem Operieren, nicht immer wie vorgesehen. Häufig verschiebt sich das Verhältnis von Einsatzziel und Waffenanwendung ins Sinnlose. Ein Beispiel:

„Das Heckenschützenfeuer reichte für die Marines aus, um mit allem, was sie hatten: Gewehr- und automatischem Feuer und Handgranaten zu reagieren.“ (NY Herald Tribune, 3. 7. 65) Mißerfolge und eigene Fehler werden auf diese Weise unkorrigerbar, da die Kampfweise des Gegners keine Auskunft mehr darüber gibt, was man falsch gemacht hat.

Der amerikanische Infanterist sieht natürlich „Erfolge“: zerstörte Dörfer und ein langsam sterbendes Land, aber er sieht nicht, daß das etwas bewirkt. Das Volk bleibt feindlich wie zuvor, und es scheint je länger desto weniger einzusehen, daß Befreiung und Befriedung so aussehen müssen, daß die Demokratie etwas Gutes ist, wenn ihre Vorboten so sind.

Dem amerikanischen Soldaten bleibt das unklar. Er versteht diesen Krieg nicht mehr. Das Meer von Feindlichkeit, das ihn umgibt, läßt ihn ahnen, daß seine Befreierrolle gescheitert ist. Dies, die Erfolglosigkeit von Befreiung bei erfolgreicher Vernichtung von Land und Bevölkerung Vietnams, muß er bewältigen — er muß irgendwie mit dieser Situation fertig werden.

Daß seine für ihn so wichtigen Waffen nicht so wirken, wie er das erwartete, läßt ihn an sich selbst zweifeln. Daß sie das Gegenteil, nicht Befreiung von feindlichem Terror, sondern dessen totale Durchführung bis zur Vernichtung, bewirken, läßt ihn mit hilflosem Haß und Wut reagieren. Sie richten sich unvermeidlich auf die vermeintliche Ursache aller seiner Ausweglosigkeiten, den Feind. Dessen Tücke und Hinterlist, seine feige Kampfweise und sein fanatischer Einsatz — seine Unmenschlichkeit, sie sind schuld an allem. Der GI tötet so während des Kampfes ohne Unterschied alles, was sich bewegt, statt Möglichkeiten des Wiederaufbaus zu schaffen. Er ermordet Gefangene, statt ihre Arbeitskraft für die Aufgaben der Zeit nach dem Kriege zu erhalten. Und er foltert, wenn er doch einmal Gefangene gemacht hat. Denn diese Gefangenen erinnern ihn an die Kampfsituation — sie sind störrisch, unversöhnlich und bereiten den Bewachern Schwierigkeiten wo sie nur können. Sie kämpfen weiter, obwohl der Krieg für sie als Gefangene doch eigentlich zu Ende ist. Die Situation wird für den amerikanischen Soldaten noch unverständlicher.

Seine „Humanität“ versagt vor der „Unmenschlichkeit“ des Vietkong — selbst als Terror amerikanischer Kriegführung. Da es aber für ihn nur eine Humanität gibt, zögert er nicht mehr, diesen Gegner mit Gewalt zu einer menschlichen Verhaltensweise, zur Menschlichkeit zu zwingen. Und sei es nur zu einer Geste — z. B., daß er die angebotene Zigarette annimmt. Und das Einzige, worauf der Gefangene in für den amerikanischen Soldaten menschlicher Weise reagiert, bleibt die Qual der Folter, die ihn schreien läßt, so wie der GI selbst in solchen Situationen schreien würde. Die Menschlichkeit des amerikanischen Soldaten wird so zum brutalen Terror am gefangenen Vietkong — die Ausweglosigkeit solcher „Humanität“ muß sich in neuen Haß auf diesen Gegner entladen, der dem GI so auch noch die individuelle Menschlichkeit durch sein Verhalten nimmt. Die unvermeidlichen Wiederholungen enden in der Brutalisierung des Soldaten.

Sie verwirklicht sich in zunehmendem Maße durch den Krieg in Vietnam. Der GI erlebt, daß er als Vollzugsorgan eines „ideellen Gesamthumanismus“ diesen nicht wie eine Ware mit militärischen Mitteln exportieren kann.

Er ist über dieser Erfahrung unmenschlich geworden — ohne sein Wollen und ohne Vergnügen daran. Und dies fügt sich der amerikanischen Kriegsmaschinerie lückenlos ein, die auf Vernichtung alles Lebenden hinarbeitet. Für sie ist es eine Konsequenz ihrer Eskalationen, eine regeltechnische Berechnung.

Für den amerikanischen Soldaten aber ist diese Brutalität nicht nur eine gradlinige Verlängerung militärischer Möglichkeiten. Er vollzieht die Vernichtung im Kleinen nach, die die Maschinerie im Großen vorführt — aber nicht, weil er als Soldat gehorcht, sondern weil er als amerikanischer Staatsbürger nur noch mit Brutalität auf diese Erfahrungen reagieren kann. Das wird kein nach Beendigung des Krieges schon vergangener Betriebsunfall sein. Die Soldaten werden mit dieser Erfahrung großenteils wieder in die amerikanische Gesellschaft zurückkehren. Diese Gesellschaft verändert sich schon heute durch den Krieg, der in ihr Spuren hinterläßt, wenn seine Bedeutung auch weiterhin verborgen gehalten wird. Ihre zunehmende Brutalisierung und Militarisierung läßt sich beispielsweise an der Kriegsberichterstattung über Vietnam ablesen — so wenn Folterungen als „Quizveranstaltungen“ bezeichnet werden (New Statesman, 13. 5. 65). Richard Nixon, ehemaliger Vizepräsident, befürchtet, daß der Vietnamkrieg in Amerika verlorengeht und fordert, „die Unterstützung unserer Streitkräfte durch die Heimatfront“ (FR, 8. 8. 66). Ein höherer Richter fordert, daß gegen den Vietnamkrieg demonstrierende Studenten von den staatlichen High Schools verwiesen werden. Ein Harvard-Professor soll überwacht und Auslandsreisen für US-Bürger eingeschränkt werden (A. Schlesinger, in Weltwoche, 19. 8. 66). Ein mit Johnson befreundetes Kongressmitglied meint zu den Auseinandersetzungen um die amerikanische Vietnampolitik: „Es ist an der Zeit, dem Geschwätz von der Redefreiheit ein Ende zu machen. Laßt uns zur Abwechslung einmal von Landesverrat sprechen ... Meinungsverschiedenheiten, die zu weit gehen, sind Landesverrat.“ (R. G. Sherrill, in Nation, 3. 1. 66).

Die aus der Zeit des Koreakrieges unter McCarthy wohlbekannteren Hearings des „House Committee on Unamerican Activities“ (Ausschuß des Repräsentantenhauses gegen unamerikanische Umtriebe) begannen wieder, obwohl ihre Verfassungsmäßigkeit noch nicht endgültig bestätigt war. Sie richteten sich gegen die amerikanische Vietnamopposition, deren Aktionen derzeit juristisch unanfechtbar sind. Da die USA in Vietnam einen unerklärten Krieg führen, sind auf die Opponenten die Sicherheitsbestimmungen des nationalen Notstands nicht anwendbar. Die Hearings sollten die Voraussetzungen für Zusätze zu den Staatsschutzgesetzen der letzten Jahre, besonders zu dem ersten Kapitel des „Internal Security Act“, dem „Subversive Activities Control Act“ von 1950, schaffen, die eine Anwendung einiger Notstandsgesetze schon in Friedenszeiten gestatten. Diese „Inquisitionsverfahren“, bei denen es — wie meist — vor allem um die Bloßstellung der Leute geht, die an den Antivietnamdemonstrationen beteiligt sind“, beschäftigen sich mit bekannten Gegnern des Vietnamkrieges (NZZ, 18. 8. 66, auch FAZ, 19. 8. 66, NYT, 17./18. 8. 66).

Inzwischen sind die Hearings, die in der Öffentlichkeit und der Presse auf Kritik stießen, „erfolgreich“ nach den Worten ihres Vorsitzenden Pool beendet worden: „Es ist klar, daß der Schlüssel zu diesen Gruppen (gegen den Vietnamkrieg) in den Händen hartgesottener, revolutionärer Kommunisten liegt, die im Dienst fremder Mächte handeln.“ Das zunächst vorgesehene amendment, das jetzt Kongreß und Senat zugeleitet wird, erklärt „any hostile power or person or group acting in hostile opposition“ zu Schwerverbrechern (felony), die mit Freiheitsstrafen bis zu 20 Jahren und Geldbußen bis zu 20 000 Dollar bestraft werden können (NYT, 20./21. u. 22. 8. 66).

#### Zitat:

##### Bericht eines US-Piloten aus Vietnam

... Drittens kommen wir zur Zielplanung, zum wirkungsvollen Einsatz der verfügbaren Machtmittel. Wenn in einem Zeitungsbericht steht ‚Gebäude zerstört‘, dann ist damit eine strohgedeckte Hütte gemeint. ‚Boot‘ bedeutet irgend etwas zwischen einem 3,60 m langen Einbaum für einen Mann und etwas größeren Flußbooten. ‚Brücke‘ ist ein Bambus-Fuß-Steg oder ein Paar über einen Bach gefällte Stämme. ‚Tragtier‘ bedeutet einen Wasserbüffel, eine Kuh oder nur ein Schwein oder eine Ziege. Wir wollen doch klar sehen. Die VC sind nirgends stark genug, irgendwelche dauerhaften Wohnungen oder gar Kriegsschiffe auf den Flüssen zu haben. Etwas Derartiges wäre vor langer Zeit bombardiert worden. Sicherlich müssen wir diese Ziele angreifen, um ‚Charlie‘ keine Ruhe zu lassen, aber zu solchen Kosten?

##### Eine andere Rechnung

Wir benötigen Napalmbomben für 1200 DM, Mk 82 (-Bomben) für 1220 DM, Mk 81 für 1000 DM, 20-mm-Geschosse für 9,80 DM pro Stück und viele teure neuere Waffen. Außerdem braucht ein F-4-Flugzeug 8000 Liter Düsentreibstoff pro Feindflug, eine F-100 braucht 5300 Liter. Wenn man dazu die Kosten für jedes im Süden verlorene Flugzeug zählt, 10 Mill. DM pro F-4 und 3,2 Mill. DM pro F-100, dazu die Kosten für das Leben eines Piloten (nicht im christlichen Sinn, wo es ein unersetzlicher Wert ist), 2 Jahre Ausbildung und eine Investition von 2 Mill. DM, dann kann man eine andere Rechnung aufstellen:

Die Hütte eines VC ist höchstens 80 DM wert; ein Tragtier vielleicht 400 DM; eine Brücke den Schweiß, ein paar Bäume zu fällen; ein VC-Soldat — 2 Tage Ausbildung und eine Lösung für das Bevölkerungsproblem.

Der Verlust eines Flugzeugs oder eines Piloten wiegt die Zerstörungsarbeit vieler Monate beim Feind wieder auf. Und welche Lösung bietet man den Piloten? Sie werden angewiesen, ihre Flughöhen heraufzusetzen, die Bomben aus größerer Höhe abzuwerfen, weniger Anflüge zu machen, alles auf einmal abzuwerfen, abzudrehen. Das Ergebnis — Aufträge müssen wiederholt werden, weil das Ziel beim ersten Mal nicht zerstört wurde.

##### Sicherheit, nicht Sieg

Flugsicherheit ist das Motto geworden, nicht Vernichtung des Feinds. Die Piloten werden instruiert, daß ein Verlust sich nicht lohnt, und daß Mißachtung der festgelegten Mindestsicherheiten disziplinarische Maßnahmen nach sich zieht. Waren das Anweisungen für die Angriffe auf Tokio oder Ploesti? Ich wage ein ‚Nein‘ auf diese Frage. Verluste waren auch damals schmerzhaft, vielleicht mehr als heute, aber die Flugzeugbesatzungen wußten, daß das Risiko sich lohnte, selbst wenn der Einsatz 10 Menschenleben in einer B-17 waren.

Hier in Vietnam und in einem großen Teil der Air Force ist der echte Berufssoldat unzufrieden mit seinem Job. Es geht nicht um Bezahlung oder Aufstiegsmöglichkeiten, sondern vielmehr darum, auf welche Weise er sich eingesetzt fühlt. Die Fachleute für Militärstrategie, die Männer, die hierhergekommen sind, um Vernichtung auf den Feind regnen zu lassen und in jeder Kampfminute so viel wie möglich zu töten und zu zerstören, die Männer, die auf ihren Beruf stolz sein möchten, die Männer, die einem fähigen Führer bis ans Ende der Erde folgen und die Macht für ihn übernehmen werden, wenn es

sein muß, diese Männer verlassen die Luftwaffe in immer größerer Zahl.“

(Aviation Week, 19. 9. 66, S. 21, 23)

Herausgeber: Sozialistischer Deutscher Studentenbund, Landesverband Berlin, 1 Berlin 31, Kurfürstendamm 140; Postscheckkonto Bln. (W) Nr. 1774;

Redaktion: B. Blanke, R. Dutschke, U. Enzensberger, P. Gäng, K. Gilgeman, H.-J. Hameister, J. Horlemann, R. Langhans (verantwortlich), W. Lefèvre, D. Müller, G. Schmidt.

## DOKUMENT 589

Vertrauliche Abschrift  
Der Rektor  
der Freien Universität Berlin  
1 Berlin 33, Ihnstraße 24  
— Tgb-Nr.: 7799/66 —

(Bei Beantwortung bitte anzugeben)

An den

Dekan der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät  
Herrn Professor Dr. K. P. Grottemeyer  
1 Berlin 33  
Hüniger Str. 44

Betrifft: Besetzung des Disziplinarausschusses

Spectabilis, sehr verehrter Herr Kollege!

Gemäß § 8 Abs. 2 der Disziplinarordnung für Studenten der Freien Universität Berlin habe ich die studentischen Mitglieder des Disziplinarausschusses auf Vorschlag der Studentenvertreter ihrer Fakultät zu bestellen. Die Studentenvertretung der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät hat bereits vor Monaten erklärt, daß sie nicht in der Lage sei, mir Vorschläge zu unterbreiten, weil sie gegen jede Art des Disziplinarverfahrens überhaupt sei und insbesondere die Anwendung des § 5 der Disziplinarordnung durch den Disziplinarausschuß nicht billigen könne. Die Mitglieder des Disziplinarausschusses, Herr Brettel und seine Vertretung — Fräulein Schwach —, haben mit derselben Begründung ihre Ämter niedergelegt. Sie sind von mir auf § 28 Abs. 3 der Satzung der Studenten, wonach alle studentischen Amtsträger verpflichtet sind, die Geschäfte bis zur Regelung ihrer Amtsnachfolge weiterzuführen, hingewiesen worden.

Herr Gellhardt hat mir unter dem 24. 10. 1966 mitgeteilt, daß der Fakultätsausschuß auch auf seiner Sitzung am 14. Oktober 1966 keine Kandidaten nominieren konnte, daß er sich aber weiterhin bemühen werden.

Ich sehe in dem Verhalten der Studentenvertretung der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät eine bewußte und zielstrebige Verletzung der Satzung der Studentenschaft und der Verpflichtung zur Mitwirkung an der Selbstverwaltung und wäre Ihnen dankbar, wenn Sie versuchen würden, die Studentenvertreter Ihrer Fakultät zu einer Änderung ihrer Obstruktionspolitik zu veranlassen. Sollte Ihnen das nicht gelingen, so bitte ich, mir 3 Studenten der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät zu benennen, die ich dann als Mitglieder des Disziplinarausschusses bestellen würde.

Mit verbindlichen Empfehlungen  
Ihr sehr ergebener  
gez. H. J. Lieber

Professor Grottemeyer ist damals der Bitte, dem Rektor drei Studenten der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät zu benennen, nicht nachgekommen, weil er der Auffassung war, daß das Vorhaben des Rektors satzungswidrig sei.

Verantwortlich Gellhardt

(Privatakten. Standort ZI 6: Akte „Leihgabe Rüger 1964—66“)

## DOKUMENT 590

Rede des Rektors der Freien Universität Berlin  
zur Immatrikulationsfeier am 19. 11. 1966

Schließlich ist ein Drittes zu bedenken. Das Prinzip der Einheit von Forschung und Lehre hat nicht nur dadurch Grenzen seiner Realisierbarkeit, daß Forschung heute in zunehmendem Maße außerhalb der Universität betrieben wird und daß der Massenbetrieb an modernen Universitäten immer mehr zunimmt. Wichtig ist etwas anderes: Mit dem Prinzip war gemäß der klassischen deutschen Universitätsidee das Vertrauen verbunden, daß in einem durch Teilhabe an der Forschung in der Lehre geprägten Bildungsprozeß sittliche Verhaltensstrukturen der Persönlichkeit sich zu formen vermögen, die der unmittelbaren Umsetzung in eine Humanisierung der Gesellschaft fähig wären. Dieser Gedanke hat sein gültiges humanitäres Moment. Fraglich bleibt nur, ob ein dieser Idee entsprechend durch Einheit von Forschung und Lehre vermitteltes Allgemeines in Wissen und Verhalten heute noch unmittelbar sich in gesellschaftliche Praxis umzusetzen vermag, angesichts einer Gesellschaft, deren allgemeines Strukturprinzip immer weniger durchsichtig wird, angesichts einer Gesellschaft, in der die Überschaubarkeit des Ganzen immer mehr zurücktritt hinter der Gebundenheit an reduzierte Teilbereiche und deren Funktion.

Die deutsche Universität kann daher ihre klassische Idee heute nicht mehr einfach als gültig beteuern, würde sie doch damit diese Idee zur Ideologie entleeren, die — weil ihr eine Realität nicht mehr hinreichend entspricht — falsches Bewußtsein ist. Sie kann aber auch nicht einfach der Aufforderung willig nachgeben, ihre Tradition über Bord zu werfen und sich bedingungslos einer veränderten Welt anzupassen, würde sie doch damit die fruchtbaren Elemente ihrer Tradition allzu bereitwillig aufgeben, die ja ihren Kern gerade in der Idee einer notwendigen Vermittlung von Bildung und Ausbildung auf der Grundlage einer Einheit von Forschung und Lehre haben. Was also von der deutschen Universität heute geleistet werden muß, ist der Versuch, sich den Gegebenheiten einer veränderten wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Situation zu stellen, ohne die fruchtbaren Elemente ihrer Tradition aufzugeben.

Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates machen deutlich, daß den Initiatoren des Planes für eine umfassende Studienreform diese zu leistende Aufgabe bewußt ist. Sie wollen einen Fetischismus, der gelegentlich mit der Beschwörung einer Einheit von Lehre und Forschung betrieben wurde und wird, vermeiden, ohne die fruchtbaren Elemente dieser Idee aufzugeben. Dabei reichen freilich so allgemeine Aussagen über eine mögliche weitere Verwirklichung dieses Prinzips, wie sie sich in den Empfehlungen finden, zur Bewältigung dieses Problems kaum hin. Vielmehr ist, wie ich meine, zunächst einmal festzustellen, daß die Chancen für den Studenten, im Verlaufe seines Studiums an originärer Forschung teilnehmen und dadurch Einheit von Lehre und Forschung konkret erfahren zu zeln wissenschaftlichen Disziplinen durchaus unterschiedlich können, entsprechend den sachlichen Gegebenheiten der einst. Die Vorbedingungen etwa, die in einem medizinischen oder naturwissenschaftlichen Studium angeeignet sein müssen, ehe mit Erfolg der Zugang zu aktuellen Forschungsproblemen gefunden werden kann, sind andere und haben demzufolge auch andere Strukturierungen in Studienablauf und Studienlage zur Voraussetzung, als in jenen geisteswissenschaftlichen Disziplinen, in denen Forschung vorzugsweise Interpretation und Deutung geistiger Zusammenhänge heißt, deren methodologische Problematik schon im Erwerb der Grundlagen des Faches einseitig gemacht werden kann und muß. Diese sachvermittelte Unterschiedlichkeit der Disziplinen kann nicht und sollte nicht vorschnell durch generelle Egalisierungen und Formalisierungen der Studiengänge und ihrer einzelnen Abschnitte verdeckt werden. Vielmehr kann, wie ich meine, nur in den einzelnen Disziplinen und von ihren sachlichen Gegebenheiten und Anforderungen her geprüft und entschieden werden, ob, wann und in welcher Weise im Verlauf des Studiums Lehre und Forschung im Prozeß des Lernens miteinander verbunden werden können und welche organisatorischen Konsequenzen für den Studienaufbau daraus gezogen werden müssen.



In die gleiche Richtung weist, wenn ich recht sehe, eine andere Überlegung. Der Prozeß zunehmender Differenzierung und Spezialisierung der Wissenschaften ist heute offensichtlich durch einen parallel verlaufenden Prozeß zunehmender Interdependenz zwischen den Wissenschaften begleitet. Jeder Versuch, das Problem der Spannung zwischen Allgemeinbildung und Spezialausbildung zu meistern, muß heute, wie ich glaube, an dieser immanenten Entwicklungstendenz der Wissenschaften selber sich orientieren, denn diese Tendenz läßt sich in den Naturwissenschaften ebenso aufweisen wie in den Sozial- und Kulturwissenschaften. Das bedeutet nicht nur, daß die Errichtung von Zentren interdisziplinärer Zusammenarbeit an den Universitäten verstärkt werden muß. Solche Organisationsformen ermöglichen zwar die Zusammenarbeit verschiedener Wissenschaften in der Forschung. Die Umsetzung der interdisziplinären Zusammenarbeit in den Vollzug der Erziehung ist damit noch nicht hinreichend gesichert. Gerade darum jedoch handelt es sich.

Wenn jede akademische Erziehung heute von der Ausbildung in einem speziellen Fach ihren Ausgang zu nehmen hat, dann kann Allgemeinbildung nur auf die Weise noch verwirklicht werden, daß sie die Tendenzen zur Überwindung der Fachgrenzen, die in der Wissenschaft selber enthalten sind, aufgreift und sich im Unterrichtsvollzug zunutze macht. Gerade hier jedoch hätte die deutsche Universität eine Chance, indem sie in kritischer Reflexion am Prinzip der Einheit von Lehre und Forschung festhält. Je mehr nämlich Teilnahme an der Forschung in die Lehre selber hineingenommen ist, um so mehr eröffnet sich die Chance, daß Einsichten in den interdisziplinären wissenschaftlichen Zusammenhang, in die Interdependenz der spezialisierten Wissenschaften im Lern- und Lehrprozeß selber gewonnen werden können.

Das setzt freilich zweierlei voraus, worauf die Empfehlungen des Wissenschaftsrates ebenso hinweisen, wie andere Gutachten zur Studienreform, etwa das Gutachten des Verbandes Deutscher Studentenschaften: 1. Ein Unterricht, der vom speziellen wissenschaftlichen Fach ausgeht und zur Einsicht in interdisziplinäre wissenschaftliche Zusammenhänge hinführen soll, muß schon bei der Vermittlung des speziellen Fachwissens auf Vollständigkeit Verzicht leisten und sich vielmehr auf Prinzipielles und Strukturelles des Faches konzentrieren. Für den hier von mir gemeinten Sachverhalt ist in den Empfehlungen des Wissenschaftsrates der Begriff des exemplarischen Studiums gebraucht. Sofern man damit eine Stoffbeschränkung als Methode qualitativer Intensivierung des Studiums meint, ist dem sicher zuzustimmen. Verbunden sein muß solches exemplarisches Studium jedoch zugleich mit der Konzentration auf die strukturellen Probleme des Faches, denn nur an diesen und nicht schon am Exempel allein erweist sich und erschließt sich Art und Funktion interdisziplinärer Zusammenhänge, um die es sich handeln muß.

Die zweite Voraussetzung dafür ist weiter eine organisatorische Gliederung des Universitätsstudiums, die sich formell an der Unterscheidung zwischen einem Grundstudium, einem Hauptstudium und einem Aufbaustudium orientieren mag, wie sie vielfach, und so auch in den Empfehlungen des Wissenschaftsrates, vorgeschlagen wurde.

Freilich, diese Gliederung deutet nur eine formale Strukturierung an, innerhalb derer sich die Überlegungen zur inhaltlichen Ausgestaltung bewegen sollten und wohl auch müssen, wobei die Schwierigkeit — wie so oft — auch hier im inhaltlichen Detail liegt. Gerade in der inhaltlichen Ausgestaltung einer formal-strukturellen Gliederung des Studiums wird sich die sachgegebene Unterschiedlichkeit der Disziplinen und Fakultäten zur Geltung zu bringen haben. Generelle und schematisierende oder egalisierende Regelungen könnten gerade an dieser Stelle der Problematik von Übel sein und Chancen verspielen, statt sie zu nutzen. Ich darf dabei — beispielhaft — folgendes erwähnen: Die Notwendigkeit eines besonders gestalteten Grundstudiums, das durch einen zu erbringenden Leistungsnachweis von einem Hauptstudium abgegrenzt ist, wird heute kaum noch bestritten. Bei der Diskussion um die Ausgestaltung des Hauptstudiums und seines Verhältnisses zum Aufbau- oder Nachdiplomstudium jedoch setzen die Kontroversen ein — und auch das nicht zufällig. Die Frage nämlich,

ob und in welcher Intensität die Berufsbezogenheit des Hauptstudiums und sein erfolgreicher Examensabschluß, die Voraussetzung für die Durchführung eines Aufbaustudiums sein muß oder ob und in welcher Weise sich ein Aufbaustudium ohne obligatorische Zäsuren aus dem Hauptstudium ergibt oder doch ergeben kann, ist sicher ebenso wenig allgemein und schematisch für die ganze Universität zu entscheiden, wie die Frage, ob und in welcher Stärke an das Grundstudium ein weitgehend reglementiertes Hauptstudium anschließt oder dieses vielmehr ein größtmögliches Maß an Wahlfreiheit durch Anbieten sinnvoller Alternativen in der Anlage des Studienganges und der Fächerkombinationen eröffnet. Wenn die Universität von heute eine Einheit in der Mannigfaltigkeit der Disziplinen ist, dann ist gerade auf dem Aspekt der Mannigfaltigkeit in jeder Überlegung zur Studienreform Rechnung zu tragen. Und dieser Satz gilt nicht nur gemäß der rechtlichen Autonomie der Fakultäten für Lehre und Forschung. Gemeint ist die echte Bewahrung einer wissenschaftlichen Mannigfaltigkeit im Rahmen der organisatorischen Einheit der Universität. Es ist in der Kritik an den Empfehlungen des Wissenschaftsrates vielfach darauf hingewiesen worden, daß das Konzept einer differenzierenden Organisation des Studienverlaufs in Abgrenzung dreier Studienphasen den technisch-naturwissenschaftlichen Disziplinen im hohen Maße entspricht, während es für die Geisteswissenschaften vieles an Wünschen und Notwendigkeiten offen läßt, die im höheren Maße an der traditionellen deutschen Universitätsidee orientiert sind und bleiben. Solche Einwendungen haben sicher ihr Recht für sich. Die erste Stellungnahme der Westdeutschen Rektorenkonferenz zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates ist deshalb auch gerade im Hinblick auf die Geisteswissenschaften, wie sie zumal in der Philosophischen Fakultät vereinigt sind, weit vorsichtiger ausgefallen als für andere Disziplinen und Fakultäten. So entschieden jedoch an dem Eigenrecht der geisteswissenschaftlichen Disziplinen auf Beachtung und Würdigung ihrer Eigenart angesichts der anstehenden Probleme der Studienreform zu bestehen ist, so verhängnisvoll wäre es, wollte man — wie gelegentlich beobachtbar — das Gesamtphänomen der Strukturierung des Studiums ausschließlich oder vornehmlich von den Gegebenheiten der geisteswissenschaftlichen Fächer und den für sie gültigen Prinzipien her kritisch angehen.

Wird demzufolge in der strukturellen Abgrenzung einzelner Studienphasen voneinander und ihrer inhaltlichen Ausgestaltung jede Schematisierung zu vermeiden sein, so möchte ich doch meinen, daß sich aus den von mir vorgetragenen Gedanken über ein heute noch mögliches Verhältnis zwischen Bildung und Ausbildung eine Konsequenz ergibt, die relativ allgemein sein könnte: Die Zuordnung der einzelnen Studienabschnitte zueinander könnte und müßte am Prinzip eines Fortschreitens vom Speziellen zum Allgemeinen und Interdisziplinären sich orientieren, was für die Ausgestaltung eines Grundstudiums ebenso belangvoll ist, wie für die Anlage des Hauptstudiums und der in ihm zu eröffnenden Möglichkeiten.

Mit anderen Worten. Die Konzentration auf Allgemeines in der akademischen Bildung kann heute nicht mehr schon am Anfang eines Studiums stehen, sondern kann allenfalls das Resultat eines akademischen Erziehungsprozesses sein, der vom Speziellen her seinen Ausgang nimmt. Was für die deutschen Universitäten und ihre traditionale Idee dabei von Wichtigkeit ist, ist dies: sie kann Allgemeinbildung der angedeuteten Art nur noch erreichen, indem sie auf das heute als falsch erwiesene Allgemeine einer idealistischen Philosophie oder idealistischen Bildungstheorie verzichtet.

Diese Aussage kann noch von einem anderen Aspekt her gestützt werden. Spezialisierte akademische Ausbildung ist heute unabdingbar auch und gerade Ausbildung für spezialisierte Berufe einer höchst differenzierten Gesellschaft. Kann die moderne Gesellschaft nicht darauf verzichten, an die Universität mit Forderungen nach einer berufsbezogenen Ausbildung heranzutreten, so wirft das die Frage auf, inwieweit schon im Rahmen einer berufsbezogenen akademischen Ausbildung ein kritisches Verständnis für gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge eröffnet werden, also so etwas wie gesellschaftlich bedeutsame und bezogene Allgemeinbildung geleistet werden kann. Wenn der Begriff akademischer Erziehung traditionell einschließt, daß durch sie das Vermögen zur Erkenntnis der

Dinge und Zusammenhänge geschärft werden soll, die uns als Menschen und nicht nur als Funktionsträger einer arbeitsteiligen Gesellschaft angehen, so müssen bei den Reflexionen über Ziele und Organisation einer Studienreform auch die Möglichkeiten einer Allgemeinbildung als Vermittlung gesamtgesellschaftlicher Rationalität im Studium und durchs Studium mitbedacht werden. Auch dafür jedoch spricht nicht nur die traditionale Idee einer Universitätsbildung, sondern sehr entscheidend auch und gerade die Realität heutiger gesellschaftlicher Dynamik.

Wie schon der alte Herbert Spencer beobachtet, ist — analog zum Spezialisierungsprozeß in der Wissenschaft — auch der Prozeß der Differenzierung der Gesellschaft durch einen Prozeß zunehmender Integration und Interdependenz der differenzierten sozialen Handlungsgefüge begleitet. Zwar wird das gesellschaftliche Ganze dadurch keineswegs harmonistisch, sondern birgt seine Widersprüche und Antagonismen in sich, aber die wechselseitige Abhängigkeit der beruflich differenzierten sozialen Handlungsgefüge und -bereiche wird stärker. Akademische Berufsausbildung muß, so will es scheinen, diesem Tatbestand Rechnung tragen. Sie wird es nur können im Rahmen einer „Bildungskonzeption, die vom Bereich des beruflichen Handelns ausgeht, ihn konzentrisch expansiv überschreitet und Funktion und Sinn der beruflichen Aufgaben im Zusammenhang organisatorischer und gesellschaftlicher Arbeitsbedingungen“ schon während des Studiums durchschaubar macht, wie es in dem von Nitsch und anderen herausgegebenen Buch „Hochschule und Demokratie“ heißt.

Ob diesem Gedanken freilich organisatorisch schon dadurch Rechnung getragen ist, daß man die Eingliederung einer sozial- und politikwissenschaftlichen Berufskunde in die einzelnen Studiengänge fordert, muß so lange eine offene Frage bleiben, wie nicht garantiert ist, daß solche Berufskunde nicht das Schicksal früherer Bemühungen um ein studium generale teilt: dem Studium selber hoffnungslos äußerlich zu bleiben. Gerade wenn es sich bei dem erwähnten Gedanken darum handelt, den gesellschaftlichen Stellenwert jeweiliger beruflicher Tätigkeit und ihre Dynamik schon im Studium bewußt zu machen, wobei Vorurteile, Ideologien sowie soziale und ökonomische Hindernisse rationaler beruflicher Tätigkeit in solche gesellschaftlich verstandene Aufklärung mit einbezogen sein müßte, wird auch hier für den Versuch einer organisatorischen Verwirklichung dieses Prinzips gelten, was im Hinblick auf den Prozeß wissenschaftlicher Spezialisierung gesagt wurde: Das nie ganz lösbare Spannungsverhältnis zwischen Bildung und Ausbildung kann von der Universität von heute nicht bewältigt werden, wenn nicht jeder Versuch von sogenannter Allgemeinbildung in einer auch berufsbezogenen Spezialausbildung seine Basis hat, von da ausgeht und auf sie auch immer wieder zurückgreift. Das heißt aber einmal mehr, daß die Zuordnung einzelner Studienphasen zueinander auch unter dem zuletzt erwähnten Aspekt dem Prinzip zu folgen hätte: vom Speziellen zum möglichen und neu zu bestimmenden Allgemeinen.

Und nun noch eine letzte Erwägung: Eine energische Neugliederung des Studiums, die solchen oder ähnlichen Gedanken folgt, wird Konsequenzen haben für das, was traditional Lernfreiheit und Lehrfreiheit heißt, bis hin zum Problem einer zeitlichen Limitierung der Studiengänge. Bindungen der Lehrenden wie der Lernenden an Studienpläne werden unvermeidbar sein, zumal dann, wenn mit der Neugliederung des Studiums seine qualitative Intensivierung erreicht und — wie schon eingangs hervorgehoben — die heutige Anonymität der Studienverhältnisse zugunsten einer sachvermittelten personalen Beziehung zwischen Professoren und Studenten überwunden werden soll durch Verstärkung des Tutorensystems, des Systems der Kleingruppenarbeit und des Systems der begleitenden Studienberatung. Bindungen an Studienpläne werden sich einfach deshalb als notwendig erweisen, weil die Intensivierung des Studiums durch die angedeutete notwendigen Maßnahmen nur funktionieren kann, wenn ein Wechsel der Studentengenerationen in überschaubaren Zeitabschnitten erfolgt. Die Funktionsfähigkeit des uns immer wieder so vorbildhaft erscheinenden Tutorensystems angelsächsischer Universitäten zum Beispiel hängt wesentlich von der Garantie eines solchen, zeitlich überschaubaren Wechsels der Studentengenerationen ab.

Ist dieser Tatbestand bei allen Erwägungen über eine Strukturierung der Studiengänge in Rechnung zu stellen, so sollte die Reflexion möglicher Limitierungen der Studiendauer jedoch ausschließlich an den Gegebenheiten der einzelnen Fächer und Disziplinen, ihrer Studienziele und an dem Maß schon vorhandener Strukturierungen sich orientieren. Ich sage das bewußt im Hinblick auf jene Disziplinen und Fakultäten, die bisher noch keine verbindlichen Reglementierungen ihrer Studiengänge kennen und erst jetzt erste Schritte in dieser Richtung planen oder gehen. Es scheint mir dabei durchaus der Überlegung würdig, ob nicht solche Disziplinen und Fakultäten in der Verarbeitung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates sich zunächst voll auf die Probleme einer Strukturierung des Grundstudiums konzentrieren und die Fragen einer Strukturierung des zweiten Studienabschnittes, des sogenannten Hauptstudiums, noch völlig offen lassen sollten. Durch solche Konzentration der studienreformerischen Überlegungen auf die erste Phase des Studiums in diesen Disziplinen und Fakultäten wäre die Möglichkeit gewonnen, Erfahrungen zu sammeln und theoretische Erwägungen experimentell zu überprüfen. Die Gefahr vorzeitiger schematischer Festlegungen wäre eingegrenzt. Zugleich wäre ein sinnvoller Einsatz der ohnehin nur beschränkten finanziellen Mittel für die Studienreform garantiert.

...  
(Archiv ZI 6: Akte 12.12 „UniG IV 1966, Juli—Dezember“)

## DOKUMENT 591

### Merkblatt für die Vergabe von Räumen im Henry-Ford-Bau

Der akademische Senat hat in der Sitzung vom 13. 7. 1966 Grundsätze für Organisation des Amtes des Senatsbeauftragten für politische Bildungsarbeit beschlossen, die in den „Mitteilungen für Dozenten und Studenten“ (Nr. 111 vom 1. 11. 1966) veröffentlicht werden. Dieser Senatsbeschluß macht eine Ergänzung des Verfahrens der Vergabe von Räumen im Henry-Ford-Bau notwendig, die mit Wirkung vom 15. 10. 1966 in Kraft tritt.

Bei der Gestaltung des Verfahrens haben wir uns von dem Wunsche leiten lassen, die studentischen Hochschulgruppen bei ihrer politischen Bildungsarbeit möglichst weitgehend zu unterstützen.

1. Den zugelassenen studentischen Hochschulgruppen werden für Veranstaltungen der politischen Bildungsarbeit Räume im Henry-Ford-Bau unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Dahingehende Anträge sind 14 Tage vor dem Veranstaltungstermin (maßgeblich ist das Datum des Eingangs) an den  
Rektor der Freien Universität Berlin,  
1 Berlin 33, Ihnestr. 24,  
zu richten. Zur Erleichterung der Bearbeitung wird darum gebeten, die beim Senatsbeauftragten für politische Bildungsarbeit, Berlin 33, Corrensplatz 2/III, kostenlos erhältlichen Anmeldevordrucke zu benutzen.
2. Die Anmeldung muß enthalten:
  - a) Datum und Uhrzeit der Veranstaltung,
  - b) Veranstalter mit Anschrift und Telefon,
  - c) Name des persönlich verantwortlichen Leiters der Veranstaltung,
  - d) Art der Veranstaltung,
  - e) Ort der Veranstaltung,
  - f) Namen der Referenten oder, bei einer Podiumsdiskussion, der Teilnehmer,
  - g) Thema der Veranstaltung; bei Filmvorführungen sind die Namen des Produzenten und des Verleihers mit anzugeben.
  - h) Voraussichtliche Teilnehmerzahl,
  - i) Angaben über notwendige besondere Einrichtungen des beantragten Raumes.
3. Über den Antrag entscheidet nach Anhörung des Senatsbeauftragten für politische Bildungsarbeit der Rektor der Freien Universität.

4. In besonders zu begründenden Einzelfällen kann der Rektor auf Vorschlag des Senatsbeauftragten für politische Bildungsarbeit eine Ausnahme von der Einhaltung der Anmeldefrist zulassen, wenn die Veranstaltung nicht fristgerecht angesetzt werden konnte.

Für diesen Fall muß die Anmeldung zusätzlich die Anschrift eines entscheidungsbefugten Vertreters des Veranstalters enthalten und die Angabe, wann und wo dieser auch telefonisch für Rückfragen erreichbar ist.

5. Verspätet eingehende Anmeldungen können — unbeschadet vorstehender Ziffer 4 — nicht berücksichtigt werden. Das gleiche muß für Anmeldungen gelten, in denen eine der vorstehend erbetenen Angaben fehlt, wenn die Anmeldung nicht bis 14 Tage vor dem Veranstaltungstermin entsprechend ergänzt wird.

Berlin, den 21. November 1966

Der Rektor  
der Freien Universität  
(Archiv ZI 6: Akte E 0702 FU „Flugblätter 1966“)

Der Senatsbeauftragte  
für politische Bildungsarbeit

## DOKUMENT 592

Der Kurator  
der Freien Universität Berlin  
1 Berlin 33, Harnackstr. 3—5  
Az.: 6010

Berlin-Dahlem,  
den 23. November 1966

An den  
Herrn Senator für Wissenschaft und Kunst  
— II F 1 —

Betr: Bauplanung bis zum Jahre 1970;  
hier: Aufstellung einer sogenannten Prioritätenliste

Unter Bezugnahme auf die telefonische Rücksprache zwischen Herrn Amtsrat Duckstein und dem hiesigen Sachbearbeiter bitte ich davon Kenntnis zu nehmen, daß nach Auffassung der Freien Universität Berlin bis zum Jahre 1970 auf jeden Fall die nachstehend aufgeführten Bauvorhaben errichtet bzw. begonnen werden sollten, wobei die einzelnen Objekte in der Reihenfolge der Dringlichkeit aufgeführt sind:

1. Erweiterung der Krankenpflegeschule und des Schwesternwohnheimes (Klinikum)
2. Neubau für das Institut für Hygiene und Medizinische Mikrobiologie
3. Neubau von „Zentralen Tierlaboratorien“
4. Bebauung des Obstbaugeländes — 1. Bauabschnitt — (Institut für Geschichte, Germanisches Seminar, Institut für Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft)
5. Errichtung einer 30-KV-Station für die Stromversorgung der Universitätsgebäude in Steglitz
6. Errichtung einer 30-KV-Station für die Stromversorgung der Universitätsgebäude auf dem Obstbaugelände
7. Bebauung des Obstbaugeländes — 2. Bauabschnitt — (Englisches Seminar, Psychologisches Institut und Philosophisches Seminar)
8. Neubau eines Gebäudes für das Physikalische Praktikum und für einen Hörsaal
9. Neubau für das Institut für Meteorologie und Geophysik
10. Neubau für das Institut für Organische Chemie

Die unter Ziffer 1—3 aufgeführten Bauvorhaben sind deshalb als vorrangig anzusehen, weil von ihrer Durchführung die Funktionsfähigkeit des Universitätsklinikums abhängt.

Im übrigen aber darf ich nochmals hervorheben, daß durch den Bau dieser Einrichtungen sowie durch den Bau des Universitätsklinikums die Errichtung der übrigen Universitätsgebäude (insbesondere Ziffer 4—7) nicht verzögert werden sollte. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Besprechung am 28. 10. 1966 mit Vertretern Ihres Hauses, der Senatsverwaltungen für Finanzen sowie für Bau- und Wohnungswesen und mit dem Herrn Generalsekretär des Wissenschaftsrates. Ferner weise ich auf das hiesige Schreiben — Az.: 3011/20-1 — vom 1. 11. 1966 — betr. Finanzierung der Bauten auf dem sogenannten Obstbaugelände — hin.

Der Herr Vorsitzende des Kuratoriums sowie der Herr Rektor haben je eine Durchschrift dieses Schreibens erhalten. Ich beabsichtige ferner, das Kuratorium von dem vorstehenden Sachverhalt in Kenntnis zu setzen.

(Kuratorium der FUB: 126. bis 137. Sitzungsprotokoll)

## DOKUMENT 593

### Zukunft des Westend-Krankenhauses noch nicht entschieden Kompromisse angedeutet — Grundsatzausprache im Hauptausschuß

Um die Zukunft des Westend-Krankenhauses ging es gestern im Hauptausschuß des Abgeordnetenhauses, an dessen Sitzung neben den Senatoren für Wissenschaft und Kunst und das Gesundheitswesen auch der Dekan der Medizinischen Fakultät, weitere Vertreter der FU sowie Bezirksbürgermeister Spruch und Vertreter des Bezirks Charlottenburg teilnahmen. Die Grundsatzausprache führte zu dem Ergebnis, daß der Senat zum 25. Januar nächsten Jahres einen Bericht über die ins Auge gefaßten Lösungen erstatten soll.

Nicht nur die Frage, ob das Westend-Krankenhaus nach Fertigstellung des Universitätsklinikums wieder ganz oder teilweise dem Bezirk zur Verfügung stehen wird oder etwa voll in den Universitätsbereich als zweites Klinikum eingegliedert werden soll, stand zur Debatte. Es ging auch um das Problem der Verwendung von 300 Betten, die frei werden, wenn die neue „Kopfstation“ in Betrieb genommen wird, sowie um das Problem des Strahleninstituts.

Auf den Vertrag zwischen FU und Bezirk, wonach das Westend-Krankenhaus als städtisches Krankenhaus angesehen wird, das aber für Zwecke der wissenschaftlichen Forschung und Lehre von der FU benutzt werden kann, verwies Gesundheitsminister Habenschlag. Er sagte, eine Entscheidung werde zu treffen sein, wenn sich Bezirk und Universität über die Verlängerung des Vertrages einigen müßten, der im April 1968 auslaufe. Sowohl die Sprecher des Senats als auch des Bezirks deuteten die Möglichkeit eines Kompromisses in direkten Verhandlungen aller Beteiligten an. Bürgermeister Spruch erklärte, der Bezirk wolle in erster Linie im Interesse der Charlottenburger Bürger einen Teil der freiwerdenden Betten für die Orthopädische Abteilung verwenden. Vom Dekan der Medizinischen Fakultät wurde ein Kompromiß bejaht, der den Interessen der Bevölkerung ebenso gerecht werde wie den Anforderungen der Wissenschaft und der Ausbildung des medizinischen Nachwuchses.

(Der Tagesspiegel, 26. November 1966)

## DOKUMENT 594

### Von diesem Gespräch haben wir nichts zu erwarten

Die Misere der Universität ist die Misere derer, die an ihr studieren müssen. Unerträglich sind die Zustände an der Freien Universität für uns Studenten.

Wir müssen uns herumschlagen mit schlechten Arbeitsbedingungen, mit miserablen Vorlesungen, stumpfsinnigen Seminaren und absurden Prüfungsbestimmungen. Wenn wir uns weigern, uns von professoralen Fachidioten zu Fachidioten ausbilden zu lassen, bezahlen wir mit dem Risiko, das Studium ohne Abschluß beenden zu müssen.

Administration und Senat erklären die Misere der Universität zur Misere des einzelnen Studenten, nicht um sie zu lösen, sondern um sie los zu sein. Der gesellschaftlichen Forderung nach Mehrausstoß von anpassungswilligen Spezialisten entsprechen sie mit der Reglementierung des Studiums, verschärft durch die Drohung der Zwangsexmatrikulation. Wer in dieser Situation die Autonomie der Universität beschwört, tut das, um zu verschleiern. Die Disziplinierung der Studentenschaft vernichtet mit den Resten des liberalen Studiums auch die Illusion der Selbstverwirklichung. In der Fabrik „Universität“

soll der Student seine Scheine machen und am Feierabend als Privatmann der erlernten Humanität sich hingeben. Wer sich damit nicht abfinden will, für den wird das Herausfallen aus der Universität zur Gewißheit, denn der Formierungsprozeß ist offensiv, die Disziplinierung geht an den traditionellen Reservaten nicht vorbei.

Vor fünf Monaten hatten wir genug von der bornierten Arroganz, mit der Administration und Senat über unsere Schwierigkeiten hinweggehen. Vor fünf Monaten schien es auch klar, daß die Studentenschaft eine Lösung ihrer Probleme nurmehr von sich selbst erwarten kann. Aber wir fielen hinter unsere Forderungen zurück. Die Protestaktion wurde zur Feierstunde, wir erwarteten ernsthaft, daß die konventionelle, bereits integrierte Studentenvertretung unsere Forderungen nachdrücklich vertreten, unsere Probleme praktisch lösen könnte.

Die Studentenvertretung kann nur im konzessionierten Rahmen agieren. Im Clinch mit den Autoritäten macht sie aus unseren Forderungen Konzessionen. Nach fünf Monaten Kollaboration ruft uns der AStA zu diesem Gespräch mit dem Rektor, bei dem der Mensch Lieber verständnisvoll in das Publikum horcht, während der Funktionär Lieber beschämt in der Ecke wartet.

#### Von diesem Gespräch haben wir nichts zu erwarten.

An unserer Lage wird sich nichts ändern, solange nicht diejenigen sich selbst organisieren

die es wirklich betrifft

die ausscheiden oder ausgeschieden werden

die diese Freie Universität nicht mehr aushalten

die sich mit ihr nicht mehr arrangieren wollen

die sich bewußt verweigern.

Provisorisches Komitee zur Vorbereitung einer studentischen Selbstorganisation

26. November 66

(Archiv: ZI 6: Akte E 0702 FU „Flugblätter 1966“)

## DOKUMENT 595

### So hat Eike den „Terrorakt“ in Erinnerung:

Als wir am Abend vorher das Fachidioten-Flugblatt entworfen hatten, hatte ich mich bereiterklärt, es im Audimax zu verlesen. Ich hatte noch nie vor einer so großen Versammlung gesprochen. Natürlich war ich nervös, verspürte jenes hohle Gefühl im Bauch, das ich von Prüfungen her kannte. Eigentlich war es nicht Angst vor dem Schwätzer auf dem Podium — einer von der Sorte, vor denen ich früher geschwitzte hatte, für die ich gebüffelt hatte, von deren Lob oder Tadel mein Selbstgefühl abgehangen hatte. Der Kerl da oben war mir ziemlich egal. Ich hatte nie mit ihm im Seminar zu tun gehabt. Sicher, wir alle waren wütend über diese stumpfsinnigen Charaktermasken, deren idiotische Anforderungen uns so sinnlos erschienen. Aber jetzt hatte ich eher Angst, vor den Genossen zu versagen. Vor ihnen wollte ich mich bewähren. Ihretwegen saß ich während der zweistündigen Diskussion so erstarrt in einer der ersten Reihen, hörte kaum hin, wie der Fachidiot dort oben die Studenten für dumm zu verkaufen suchte, indem er auf alle konkreten Fragen nach einer Reform des Studiums immer nur ausweichend antwortete. Ich wartete, daß die Genossen die Flugblätter verteilten. Das war das Signal, der einen vorher aufgezogenen Apparat in Gang setzte. Ich stand auf, ging in dem ausbrechenden Tumult zur Bühne, nahm der Magnifizenz das Mikrophon von der Nase (später hieß es, es sei ihr entrissen und erobert worden; damals waren die Professoren von solchen Akten der Rebellion gegen die sakrosante Autorität noch viel zu erschüttert, um physisch reagieren zu können), ich verlas mechanisch den Text des Flugblattes. Das Mikrophon wurde abgestellt, ich brüllte den Text herunter. Jemand rempelte mich an, ich las, brüllte, betonte jedes Wort, las bis zum letzten Satz — ein programmierter Automat. Im Chaos verließ ich den Saal, unfähig noch einen Satz zu sagen, der nicht auf dem Papier stand. Ich fühlte mich elend.

Dieser erste, nicht mehr intellektuelle Akt der Auflehnung war für mich nur dadurch möglich gewesen, daß ich die anzugreifende Autorität gegen die Gruppenautorität vertauscht hatte.

Es war eine zwanghafte Rebellion. Aber für mich war damals zunächst nur diese möglich. (Heute brauche ich keine vorgedruckten Texte mehr, um in Massenversammlungen etwas zu sagen. Die zwei Jahre kollektiver Erfahrungen in der linken Bewegung und in der Kommune haben einiges von der Autoritätsangst gelöst, auch gegenüber der eigenen Bezugsgruppe. Doch davon wird später zu handeln sein.)

(Kommune 2, Versuch der Revolutionierung des bürgerlichen Individuums, Berlin 1969, S. 28 f)

## DOKUMENT 596

### Mit Mao für die freie Liebe

#### „Rotgardisten“ sprengten Diskussion an der FU

Auf rotem Untergrund, golden abgehoben, lächelte Mao Tse-tung. Die „Rote Garde“ des Berliner „Sozialistischen Deutschen Studentenbundes“ (SDS) stürmte mit diesem chinesischen Import am Jackenrevers das Podium im Theatersaal der Freien Universität. Mit dieser bewußt anarchistischen Aktion sprengten sie die schon zweistündige Diskussion des FU-Rektors Lieber mit etwa 600 Studenten über die Studienreform am Sonnabendvormittag. Zornesbleich verließ Lieber den Hörsaal und AStA-Chef Nevermann erklärte die mit soviel Spannung erwartete Versammlung für geschlossen.

Die kleine „rote“ Gruppe eroberte das Mikrophon und verlas ihr kurz vorher unter den Studenten verteiltes Pamphlet.

„Wir müssen uns herumschlagen mit schlechten Arbeitsbedingungen, mit miserablen Vorlesungen, stumpfsinnigen Seminaren und absurden Prüfungsbestimmungen. Wenn wir uns weigern, uns von professoralen Fachidioten zu Fachidioten ausbilden zu lassen, bezahlen wir mit dem Risiko, das Studium ohne Abschluß beenden zu müssen.“

Sie protestierten lautstark gegen die „Fabrik Universität“, die „Disziplinierung der Studentenschaft“ und gegen die „bornierte Arroganz des Akademischen Senats“. Und auch den Allgemeinen Studenten-Ausschuß vergaßen sie in ihrer Polemik nicht. „Fünf Monate Kollaboration“ mit den Autoritäten der Universität wird ihm vorgeworfen.

Ihre Forderungen kommen schnell: Die Studenten, „die diese Freie Universität nicht mehr aushalten, die sich mit ihr nicht mehr arrangieren wollen, die sich bewußt verweigern“, sollen sich zu einem „Syndikat“ zusammenschließen und gewerkschaftlich mit Streiks und Kundgebungen ihre Ziele und Interessen gegen alle durchsetzen.

Wie schon im Januar, als anonyme Anti-Vietnam-Plakate an Häuserwänden auftauchten, kommt auch dieses Flugblatt — wiederum anonym — aus der gleichen linken Ecke.

Es ist eine etwa 30 bis 40 Mann starke Gruppe innerhalb des 200 Mann starken Berliner SDS. Sie klagen ihren eigenen Verband an, daß er schon zu bürokratisiert sei, um überhaupt noch politisch aktiv sein zu können. Selbst solche Linksaufen wie der ehemalige AStA-Vorsitzende Lefèvre werden von ihnen als „Rechtsabweichler“ deklariert.

Ihre Komplexe wollen sie, wenn möglich, in einer Berliner „Kommune“ abregieren. Alle ihre Mitglieder sollen die Universität verlassen, in die Fabriken gehen und Geld verdienen. Davon wollen sie sich dann ein Haus kaufen, um dort die „Kommune“ mit freier Liebe und Parteischulung zu verwirklichen. Ausbilden wollen sie dort „Provos“, die dann in die Gesellschaft geschickt werden, um Störaktionen zu inszenieren. So soll das Schwungrad der Revolution in Deutschland in Bewegung gesetzt werden.

Man könnte ohne weiteres über diese kleine Minderheit, die sich vom SDS abspalten will, zur Tagesordnung übergehen. Doch tritt sie genau zu einem Zeitpunkt auf, da sich die organisierte Studentenschaft in der denkbar schlechtesten Verfassung befindet. Der Konvent zum Beispiel wurde von Semester zu Semester qualitätsärmer und brauchte letzthin volle drei Sitzungen, um nur fünf nebensächliche Tagesordnungspunkte zu bewältigen. Initiativen sind aus diesem Gremium schon lange nicht mehr zu erwarten. Schaut man sich um, ob irgendwo ein profiliertes Nachfolger für den jetzigen AStA-Chef Nevermann, dessen Amtszeit bald abläuft, zu finden ist, so fällt der Blick ins Leere.

Zur gleichen Zeit, da alle politischen Hochschulgruppen einen Mitgliederzuwachs melden, fehlen in der studentischen Selbstverwaltung qualifizierte Studenten, die bereit sind, sich für Hochschulfragen zu engagieren.

Sollte sich diese Resignation und Enttäuschung der Studenten weiter ausbreiten, vielleicht sogar Radikale von links und rechts, die statt einer Universitäts- eine Professorenreform verlangen, dank ihrer Lautstärke die Oberhand gewinnen, so wird die Lage für alle Beteiligten höchst unerquicklich.

Die politischen Parteien sollten daher aufhören, ihre Studentenverbände immer nur großväterlich zu ermahnen oder auszustoßen, sondern mit ihnen diskutieren, ihr politisches Leben dadurch für alle Studenten attraktiver machen, damit eine Brücke zwischen den Generationen schlagen.

Die Professoren sollten die Studenten, dort, wo es möglich ist, ernst nehmen und sachliche Zusammenarbeit auf Hochschulebene ermöglichen.

Der Konvent, das studentische Parlament, sollte sich endlich reformieren, um ein größeres Gewicht zu erhalten, und nicht alle Entscheidungen dem AStA allein überlassen.

Studenten, die dazu fähig sind, sollten sich mehr als bisher für die Arbeit der Studentenvertretung zur Verfügung stellen.

Denn sonst könnte es zu einer gefährlichen Entwicklung kommen. Nicht nur die „Rotgardisten“ stehen bereit, für die nächsten Konventswahlen vom 7. bis 9. Dezember hat sich bereits ein aktives studentisches NPD-Mitglied um Sitz und Stimme beworben.

Ulrich Eggstein

(Der Abend, 28. November 1966)

## DOKUMENT 597

### Erklärung des AStA

Am letzten Sonnabend fand im Hörsaal des Henry-Ford-Baus der FU eine vom AStA der FU veranstaltete Diskussion zwischen Rektor und Studentenschaft statt, die von 600 Studenten besucht wurde. Die Veranstaltung mußte nach einem Eklat abgebrochen werden.

Auf dem Sit-in vom 22. Juni 1966 hatte die Studentenschaft der FU die Einführung öffentlicher Diskussionen mit dem Rektor gefordert. Magnifenz Lieber erklärte sich damals zu einer Diskussion nicht bereit, sagte aber zu, daß er zu Beginn des Wintersemesters 1966/67 einen Vortrag über Fragen der Studienreform halten und die Möglichkeit einer Diskussion über diesen Vortrag bieten wolle.

Erst auf der öffentlichen Immatrikulation am Sonnabend, dem 19. 11. 66, hat der Rektor diesen Vortrag gehalten und zugestimmt, am 26. 11. 66 mit den Studenten zu diskutieren.

Zentralgegenstand dieser Diskussion war die Frage der administrativen Reglementierung und Befristung des Studiums an der FU. In der Diskussion wurde von den Studenten die Forderung erhoben, statt Auslesemechanismen Prinzipien intensiver Förderung der Studenten einzuführen. Erster Schritt einer Studienreform müsse daher die Abschaffung der Zwangsexmatrikulation sein. Magnifenz Lieber verwies dagegen auf die Autonomie der Fakultäten und den starken Einfluß des Staates. Er schloß sich aber inhaltlich den Argumenten der Studenten nicht an.

Nach einer zweistündigen Diskussion wurden von einem kleinen Kreis engagierter Studenten Flugblätter verteilt, in denen der Sinn einer solchen Diskussion bestritten wurde. Es wurde versucht, die Veranstaltungsleitung zu übernehmen. Magnifenz Lieber verließ daraufhin den Saal. Der Veranstaltungsleiter, AStA-Vorsitzender Nevermann, erklärte die Versammlung für beendet.

Der AStA der FU ist der Meinung, daß Studienreform nur in Diskussionen und Experimenten durchgeführt werden kann, nicht aber durch von der universitären Obrigkeit dekretierte Maßnahmen. Nur ein Experimentieren, eine öffentliche Kritik und Diskussion werden die Reform des Studiums an der FU leisten können.

Aus diesem Grunde distanziert sich der AStA mit allem Nachdruck von jenen Studenten, die aufgrund ihrer Enttäuschung über die Unfähigkeit der Universität, ihre Probleme der

Studienreform selbst zu lösen, die Versammlung gesprengt haben. Dadurch wurde verhindert, daß die Diskussion mit dem Rektor der Öffentlichkeit einmal mehr das Unvermögen der Universität vor Augen führte in ihrer jetzigen Struktur eine Selbstreform zu beginnen.

Es kann nicht angehen, daß abweichende Meinungen nicht in rationaler Argumentation, sondern in gewaltsamer Versammlungsübernahme durchzusetzen versucht wird. Nur die rationale Vertretung der Argumente in einer Diskussion kann als einer öffentlichen Auseinandersetzung adäquat anerkannt werden.

Der AStA wird sich durch diesen Vorfall nicht davon abbringen lassen, die Reflexionen anstehender Probleme in öffentlicher Diskussion durchzuführen.

Allgemeiner Studentenausschuß

(Informationen der Universitätsverwaltung, Jahrgang 2 Nr. 6, Dezember 1966, S. 5.)

## DOKUMENT 598

Liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen!

Gewiß haben Sie ebenso gespannt wie wir das Bonner Treiben in den letzten Wochen beobachtet. Es scheint heute, als wäre die große Koalition eine beschlossene Sache. Eine schlecht beschlossene Sache, wie wir meinen. Wir brauchen Sie nicht über die Gefahren einer großen Koalition im allgemeinen und einer CDU-SPD-Koalition im besonderen aufzuklären. Auch nicht über die erstaunliche Kehrtwendung der SPD: Hat sie noch vor einer Woche den Offenbarungseid für die gescheiterte Politik der amtierenden Regierung verlangt, so schießt sie sich heute an, ihr politisches Kapital in dieses fragwürdige Geschäft einzubringen, daß doch kurz vor dem Bankrott gestanden hatte. Hat sie noch vor einer Woche eine grundsätzliche neue Politik verlangt, so will sie heute das Spiel der CDU nach den alten Spielregeln und mit dem neuen Kreuz-Buben Strauß fortsetzen, als hätte es keine CDU-Krise gegeben. Das geht nicht an. Dagegen muß etwas getan werden. Tun Sie es mit uns, wenn Sie unserer Meinung sind. Heute abend noch.

Wir demonstrieren dagegen,

- daß die parlamentarische Demokratie auf Eis gelegt wird
- daß die politischen Entscheidungen in Bonn künftig in geheimen Besprechungen einiger Parteiführer fallen, ohne daß Parlament und Öffentlichkeit mitreden können.
- daß mit F. J. Strauß der korrupteste Politiker, den Deutschland derzeit aufzubieten hat, ausgerechnet das Bonner Finanzministerium übernehmen soll

Und vor allem sind wir dagegen, daß die SPD der CDU hilft, im alten Trott Tritt zu fassen.

Wir fordern eine neue Regierung, deshalb fordern wir SPD-FDP-Koalition

HEUTE

Montag, 28. 11. 1966, 17 Uhr, am Wittenbergplatz.

Vorbehaltlich polizeilicher Genehmigung.

Sozialdemokratischer Hochschulbund — Landesverband Berlin

Verantwortl. Gert Börnsen

(Archiv ZI 6: Akte 12.1 „SHB 1966—68“)

## DOKUMENT 599

Beschluß der a. ö. Landesvollversammlung des SHB am 28. 11. 1966

Der SHB wird im kommenden Konventswahlkampf keine gemeinsamen Aktionen mit dem SDS durchführen.

Das gilt insbesondere für Wahlaufrufe, Kandidatenlisten usw. Es ist dem Wahlkampfausschuß des SHB unbenommen, einzelne qualifizierte Kandidaten des SDS zu empfehlen, wenn von ihnen eine eindeutige öffentliche Ablehnung der Methoden der sog. Kommune (insbesondere bei Kandidatenvorstellungen) vorliegt. Die SHB-Mitglieder werden aufgefordert, entsprechende Fragen an die SDS-Kandidaten zu stellen.

(Archiv ZI 6: Akte 12.1 „SHB 1966—68“)

## DOKUMENT 600

### RCDS verurteilt Demonstrationen gegen die Große Koalition

1. Der RCDS sieht in Protestkundgebungen kein geeignetes Mittel, die Diskussion um das Für und Wider einer Großen Koalition zu beeinflussen. Der „Gang auf die Straße“ kann sachliche Argumente nicht ersetzen und ist nicht geeignet, in konstruktiver Weise auf die Bildung einer neuen Bundesregierung einzuwirken. Das „Zur-Schau-Tragen“ ausgeleierter sozialistischer Kampfpapieren ist kein Ersatz für Information.
2. Der RCDS sieht in den Protesten des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) und des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) einen weiteren Beweis dafür, daß diese Gruppen nicht gewillt sind, an den politischen Sachverstand der Staatsbürger zu appellieren, sondern in primitivster Weise vorhandene Emotionen für ihre Zwecke auszunutzen wollen. Sie werden damit dem Anspruch eines politischen Studentenverbandes nicht gerecht, Kritikvermögen an Hand von Sachwissen zu vermitteln.
3. Der RCDS weist die unqualifizierten Angriffe des SHB und des SDS gegen die Person des Ministerpräsidenten Kurt-Georg Kiesinger auf das schärfste zurück.
4. Der RCDS ist der Meinung, daß eine staatspolitisch so wichtige Entscheidung wie die Bildung einer Großen Koalition eine gründliche und sachliche Auseinandersetzung verdient hat. Der RCDS wird den von Publicitysucht bestimmten Demonstrationen gegen die Große Koalition durch eine informative Diskussion mit Abgeordneten aller im Bundestag vertretenen Parteien in der Bonner Universität entgegengetreten.

RING CHRISTLICH-DEMOKRATISCHER STUDENTEN  
Hochschulgruppe Bonn  
gez.: Jürgen Rosorius

(Archiv ZI 6: RCDS-Briefe Nr. 8 1966, S. 6)

## DOKUMENT 601

### Notizen zur Gründung revolutionärer Kommunen in den Metropolen

„Man muß bereit sein, alle Überzeugungen preiszugeben, wenn sie mit den heutigen Erfahrungen nicht mehr übereinstimmen.“

(K. Korsch)

„Manche Leute glauben, der Marxismus sei eine Art Zauber, mit dem man jedes Übel heilen kann. Ihnen sollten wir entgegen, daß ein Dogma weniger Wert hat als Kuhmist. Mit Mist kann man wenigstens düngen.“

(Mao Tse-tung)

Sind alle bisher gescheiterten Gruppenexperimente aufgearbeitet, müssen wir konstatieren, daß das Scheitern weniger im Fehlen gemeinsamer Praxis begründet war — jeder kehrte nach der Aktion in das Treibhaus seiner bürgerlichen Individualexistenz zurück — als vielmehr in den mangelhaften Versuchen, die verschiedenen individuellen Geschichten in einer gemeinsam zu beginnenden Geschichte aufzuheben. Da Zukunft für uns die Machbarkeit der Geschichte bedeutet, diese also nur vorgestellt werden kann als ein gemeinsam erlebter Prozeß von handelnden Subjekten in der subversiv-anarchistischen Aktion, sind aktuell die zwei entscheidenden Implikationen von revolutionärer Kommune zu diskutieren: das objektive Moment der gemeinsam zu leistenden Praxis und das subjektive Moment der Vermittlung der Individuen innerhalb der Kommune. Beides ist eng miteinander verknüpft, denn ohne die Einlösung des einen bleibt das andere ungelöst und vice versa. Die Kommune ist nur dann fähig, systemsprengende Praxis nach außen zu initiieren, wenn innerhalb der Kommune effektiv die Individuen sich verändert haben, und diese können sich nur verändern, wenn sie jene machen; Praxis nach außen ohne experimentelle Vorwegnahme dessen, was Menschen in emanzipierter Gesellschaft beinhalten

ten könnte, wird zum Aktivismus als Normerfüllung. Die vielbeschworene neue Qualität der Kommune ohne gemeinsame Praxis wird sich als solipsistischer Akt, Psychochase und elitärer Zirkel entpuppen.

Diese immensen Schwierigkeiten der gegenseitigen Durchdringung von Kommune und Außenwelt, Außenwelt und Kommune können nicht dadurch simplifiziert und kaschiert werden, daß der Beginn von revolutionärer Kommune zum heroischen Testfall hochgespielt und die gemeinsame Reproduktionsbasis zum sakralen Akt gestempelt wird. Letztere bleibt Taschenspielertrick, wenn sie nicht die tendenzielle Aufhebung bürgerlicher Abhängigkeitsverhältnisse (Ehe, Besitzanspruch auf Mann, Frau und Kind etc.), Destruierung der Privatsphäre und aller uns präformierenden Alltäglichkeiten, Gewohnheiten und verschiedenen Verdinglichungsgrade nach sich zieht. Wer jetzt „rohen Kommunismus“ assoziiert, unterschlägt, daß die Dialektik von Wirklichkeit und Möglichkeit sich nicht mehr als theoretischer Entwurf darstellen kann, dessen Einlösung von der Herauskristallisierung bürgerlicher Gesellschaft abhängig gemacht wurde, unterschlägt weiterhin, daß in „Nationalökonomie und Philosophie“ die „abstrakte Negation der ganzen Welt, der Bildung und der Zivilisation“ von einer „Rückkehr zur unnatürlichen Einfachheit des armen und bedürfnislosen Menschen“ (Cotta S. 592) ausging, was Geschichte war, aber unsere nicht mehr trifft.

Unsere Praxisvorstellungen können im Moment nur als diffus bezeichnet werden. Sind die divergierenden Konzeptionen durch konzentrierte Praxis aufgehoben, bleibt nicht ausgeschlossen, daß diese eine falsche war. Soll dieser Prozeß nicht in Frustration versanden — und die Kommune ist nicht der konkrete Versuch, ob Praxis möglich ist, sondern wir machen die Kommune, um Praxis jetzt zu machen: Praxis als Methode zur Erkenntnis der Wirklichkeit — ist unser Entwicklungsprozeß bei Beginn des Zusammenlebens von ausschlaggebender Bedeutung, um den Experimentalcharakter gemeinsamer Praxis durchsetzen zu können. Wenn wir die Aufhebung unserer bürgerlichen Individualitäten nur erhoffen durch den mit bestimmter Praxis stattfindenden Prozeß des Kampfes, besser dessen Anfangsstadium, zwischen revolutionären Kommunen und repressiver Gesellschaft, könnten wir erneut unser Dasein dem weltgeschichtlichen Prozeß anheimdelegieren, vergessen erneut unsere Ausgangsbasis: die Leidenschaft der an sich selbst Interessierten. Letzteres bleibt dann keine Phrase, wenn wir unsere divergierenden Geschichten der gemeinsamen Erfahrung subsumieren: die Entfaltung der menschlichen Wesenskräfte wird nur dann möglich, wenn die ganze Welt aus den Angeln gehoben wird, wo wir dabei sind oder eben nicht dabei sind. Revolutionäre Kommune und subversive Aktion kann nur dann geschichtsträchtig werden, wenn wir dem Anspruch, uns und die Gesellschaft zu verändern, nicht mit Naivität begegnen in der Form, als ob es nur gelte, die Herausgefallenen zu mobilisieren, eine gemeinsame Reproduktionsbasis zu schaffen und ähnliche im Vorfeld stecken bleibende Aussagen, sondern den Anspruch messen an unserer eigenen Komplexität, die nicht nur am Realprozeß teilhat — diesen zu ihrem eigenen machen muß. Was die revolutionäre Kommune zusammenschweißen, was ihre unverbindliche Verbindlichkeit kennzeichnen soll, geht nicht nur in Solidaritätserfahrung gemeinsamer Aktionen auf — isoliert ein nichtgriffiger Kitt — sondern muß ebenso die neue Qualität in der Vermittlung der Individuen zueinander sein, jenseits aller Rationalisierungen, Persönlichkeitsimages und Verslossenheiten.

Das Abarbeiten aller Individuen aneinander, die gemeinsame Praxis — gescheitert, als solche reflektiert und neues Beginnen — und die Ausbreitung der revolutionären Kommunen sind konstitutives Moment für unsere Weiterexistenz in der konkreten Kampfsituation. Soll es dem Fokus oder der revolutionären Kommune vor Beginn der Disziplinierung der Gesellschaft gelingen, die Ausgangsbasis zu schaffen und zu erweitern, als Minorität andere Minoritäten zu mobilisieren, müssen wir von der Abstraktion in die Konkretion schreiten, selbst wenn die revolutionäre Kommune sich anfangs konkretistisch darstellt (Haus, Umzug etc.). Um der abstrakten Aufstellung eines Prioritätenkatalogs, der unserer Situation nicht adäquat wäre, da noch kein Sektor des gesellschaftlichen Feldes stringent beackert wurde, aus dem Wege zu gehen, muß

bis zum Zeitpunkt der Gründung einer revolutionären Kommune (konkret: bis wir ein von uns allen bewohnbares Haus gefunden haben) die Gleichzeitigkeit von Haus-Organisieren, Vermittlung der Individuen und zu leistender Praxis gewährleistet sein.

Das Argument „Hinauszögern bedeutet Verschleierung“ (wobei vergessen wird, daß das Hinauszögern ein notwendiges ist, da wir morgen kein Haus finden), zieht in dem Moment nicht mehr, wo in diesem objektiv uns aufgezwungenen Zwischenstadium die Praxisdiskussion durch wirkliche Praxis weitergeführt wird. Hierbei ist entscheidend unser handfestes Eingreifen in die Hochschulpolitik als totale Negation bisher praktizierter Arbeit, was bedeutet, daß aufgrund der von uns dort geleisteten Praxis der SDS sich sehr schnell darüber entscheiden muß, ob er weiterhin systemimmanente Kritik an der bürgerlichen Universitätsstruktur leisten will oder fähig ist, mit uns Keimzellen mit gegenuniversitärer Zielsetzung aufzubauen. (Entscheidungen im SDS sind bisher immer nur durch Praxis erreicht worden, nie durch verdinglichte Diskussionen.) Außerdem gilt es eine neue Vietnam-Strategie zu entwickeln anläßlich der Vietnam-Woche. Nehmen wir die Argumentation von Wunschlandschaft Dritte Welt und „wenn Provos und Fuck for Peace wirklich Praxis machen, dann sind sie mit dem allgemeinen Emanzipationsprozeß der Beherrschten konkreter vermittelt als durch die Rückwirkungen, welche die marxistisch-positivistische Tendenzanalyse der Neoinperialismustheorie sich erhofft“ — nehmen wir diese Argumentation wirklich ernst, heißt dies für uns, daß wir in der Vietnam-Bewegung unsere Vorstellungen durch Aktion konkretisieren müssen. Hier ergibt sich fast von selbst die Vermittlung zu wirklich Herausgefallenen (z. B. Gammlern), die allein durch ihre Existenz bei Vietnam-Veranstaltungen und nachfolgender Politisierung unser vollkommen anderes tendenzielles „Vietnam“ BRD dokumentieren würden, was jedoch in keiner Weise ausreicht.

Das Phraseologisieren über die verschiedenen Praxisvorstellungen (SDS-Nationalbolschewismus, Falken, Oberschüler, Gammler, Agitprop-Theater etc.) perpetuiert sich solange, wie die verschiedenen an Praxis interessierten Individuen ihre Vorstellungen im luftleeren Raum abstrakt-theoretisch darstellen, ohne dadurch jemals in der Lage zu sein, konkrete Praxis zu initiieren. Wie die Lieber-Aktion beweist — und wir hätten dies schon vorher wissen müssen — sind dem Gegenstand Hochschule etc. adäquate Diskussionen nur zu führen, wenn ein konkretes Praxisprojekt vorliegt, an dem sich dann alle abarbeiten, artikulieren und entscheiden müssen. Nur durch Beginn von Praxis werden wir gezwungen, die Inhalte unseres verdinglichten Begriffsinstrumentariums (bei der Hochschule z. B.: Syndikat, Vorlesungsstreik, Gegenvorlesung etc.) mit dem wir gekonnte Handwerkelei betreiben, mit der Wirklichkeit zu vermitteln und damit überprüfen, modifizieren und den nächsten konkreten Schritt unternehmen können. Dem Konkretisierungsprozeß unserer diffusen Praxisvorstellungen muß parallel der Prozeß unserer Ausbildung als revolutionäre Wissenschaftler einhergehen. Damit es nicht bei dieser apodiktischen Aussage bleibt, unsere eigene Bewegung mit dem Endpunkt vermittelt wird, ist es notwendig, die jeweiligen Stadien unserer revolutionären Wissenschaft konkret zum Ausdruck zu bringen. Dies wäre Aufgabe einer Zeitschrift der revolutionären Kommune. Weitere Implikationen der Zeitschrift wären, den Assimilierungsprozeß Außenstehender zu ermöglichen, Agitationsinstrument und besseres Selbstverständnis der revolutionären Kommune. (Gleiches gilt für das Broschürenproblem, das bisher immer nur Belastung für wenige bedeutete.) Allen aufgezeichneten Aufgabenstellungen können wir nur dann gerecht werden, wenn die Individuen der revolutionären Kommune ihre gemeinsame Aufgabe als full-time-job ausüben.

Unser Verhältnis zur Praxis und zur direkten Aktion sollte gekennzeichnet sein durch Marcuses Aussage, „daß es für unterdrückte und überwältigte Minderheiten ein ‚Naturrecht‘ auf Widerstand gibt, außergesetzliche Mittel anzuwenden, sobald die gesetzlichen sich als unzulänglich herausgestellt haben.“ („Repressive Toleranz“ S. 12). Und diejenigen, die dieses Widerstandsrecht, das bis zum Umsturz geht, praktizieren, tun es „weil sie Menschen sein wollen“ (ebd.), die die Spiel-

regeln einer Gesellschaft totaler Verwaltung nicht mehr hinnehmen und nicht „von vornherein auf Gegengewalt verzichten“ (ebd. S. 95). Nur durch „andere Aktionsformen“ (Korsch S. 29, Vorwort von Gerlach) werden wir dem Satz Che Guevara gerecht: „Es ist der Mensch des 21. Jahrhunderts, den wir schaffen müssen ...“

(Berlin) November 1966

Dieter Kunzelmann

(Albrecht Goeschel [Hrsg.], Richtlinien und Anschläge, Materialien zur Kritik der repressiven Gesellschaft, München 1968, S. 100 ff.)

## DOKUMENT 602

Prof. Helmut Gollwitzer:  
Warum ich protestiere

Prof. Gollwitzer hat im vergangenen Jahr die „Erklärung über den Krieg in Vietnam“ deutscher Schriftsteller und Wissenschaftler unterschrieben. Danach gab er eine Erläuterung ab, warum er sich dem Protest angeschlossen hat. Wir bringen Ihnen diese Argumente zur Kenntnis, weil sie uns sehr stichhaltig zu sein scheinen.

D. Red.

1. Weil ihre Darstellung wahr ist. Davon kann sich jeder überzeugen, wenn er die westliche Presse umfassend und kritisch liest, die dort zu findenden Informationen zusammenträgt und daraus selbst seine Schlüsse zieht, ohne sie sich von der offiziellen Meinungsmache vorschreiben zu lassen. Der Krieg in Süd-Vietnam ist nicht eine kommunistische Aggression von außen; er ist die Fortsetzung des hundertjährigen blutigen und opferreichen Kampfes des vietnamesischen Volkes gegen die französische Kolonialmacht. 1946 wurde von Frankreich der Regierung Ho Tschü Minhs die Selbständigkeit zugesagt; diese ist somit die einzige legale gesamtvietnamesische Regierung, die es bisher in diesem Lande gegeben hat. Das französische Versprechen wurde 1946 ebenso gebrochen wie 1954 das amerikanische Versprechen, die Genfer Beschlüsse nicht zu sabotieren. Die in Genf für 1954 oder 1955 angesetzten Wahlen, die zur Wiedervereinigung und Freiheit Vietnams führen sollten, wurden von den Amerikanern und ihrem Quisling Diem verhindert, weil eingestandenermaßen damit gerechnet wurde, daß sich die Mehrheit der Bevölkerung für den Nationalhelden Ho-Tschü Minh und damit für den Kommunismus entscheiden würde. Die Vietcong sind der südvietnamesische Teil der nationalen Befreiungsarmee des Vietminh und deren Fortsetzung. Stünde hinter ihnen nicht die Mehrheit des Volkes, so wäre ihr Kampf längst zusammengebrochen.

2. Weil ich in diesem Krieg einen verhängnisvollen Fehler der amerikanischen Politik sehe und meine, daß es nicht anti-amerikanisch, sondern pro-amerikanisch ist, gegen diesen Fehler, dessen Folgen uns alle betreffen, die Stimme zu erheben. Daß wir dazu Recht und Pflicht haben, gehört zum Wesen einer freien Welt. Wer die Maxime „Wes Schützling ich bin, des Lied ich sing“ zum Gesetz macht, denkt totalitär. Der Fehler in Vietnam gefährdet Amerikas moralischen Ruf, den es sich in der Entkolonialisierungsperiode gewonnen hat, es gefährdet die für uns alle lebenswichtige Entspannung und rückt uns dem dritten Weltkrieg näher.

3. Weil ich es für einen riesigen und entscheidenden Unterschied halte, ob die militärische Anwesenheit der Amerikaner in dem einhelligen Wunsch der Bevölkerung des betreffenden Landes begründet ist, wie in West-Berlin und in West-Deutschland, oder in dem Wunsch einer von den Amerikanern ausgehaltenen, korrupten, nur mit Terror sich an der Macht haltenden Quisling-Regierung.

Wer sagt, die Amerikaner dürften aus Vietnam nicht weichen, weil sonst ihre Entschlossenheit, uns in Europa zu schützen, unglaubwürdig wird, ignoriert diesen Unterschied. Wenn sich die amerikanische Regierung auf die Bitte der südvietnamesischen Regierung beruft und deshalb von ihrer „moralischen Verpflichtung“ spricht, dann liegt das auf der gleichen Ebene wie die Berufung der Achsenmächte bei ihrer Einmischung in

den spanischen Bürgerkrieg auf die Bitte des von ihnen ausgehaltenen Generals Franco, die Berufung Hitlers bei seinem Einmarsch in Österreich auf die Bitte des österreichischen Ministers und PG Seiß-Inquardt, und die Berufung der Sowjets bei ihrem Eingreifen in Ungarn 1956 auf die Bitte Kadars. Gerade weil ich nicht anti-amerikanisch bin, halte ich es für verhängnisvoll, daß sich die amerikanische Politik auf diese Ebene begibt.

4. Weil ich meine, wir können nicht Selbstbestimmung und Wiedervereinigung für das deutsche Volk fordern und bei der Verhinderung von Selbstbestimmung und Wiedervereinigung eines fremden Volkes Beifall klatschen.

Wenn die amerikanische Regierung als die Bedingung für Friedensverhandlungen die Anerkennung der Integrität Süd-Vietnams fordert, ignoriert sie damit, daß es sich dort um ein gespaltenes Volk handelt. Wir haben kein Recht, einem Volk Selbstbestimmung und Wiedervereinigung zu verweigern, wenn die Mehrheit dieses Volkes sich für den Kommunismus entscheidet. Wer die amerikanische Politik im Falle Vietnam, die mit der Verhinderung gesamtvietnamesischer freier Wahlen begann, gutheißt, zieht damit der deutschen Forderung nach Selbstbestimmung und freien Wahlen den Boden weg.

5. Weil ich meine, daß es keine guten Folgen gehabt hat und haben wird, wenn man nach dem Satze handelt: Recht ist, was uns nützt.

Diesem Satz huldigt tatsächlich derjenige, der sagt, wir müßten es begrüßen, wenn die Amerikaner, die uns in Europa vor dem Kommunismus schützen, diesen auch in Asien mit allen Mitteln bekämpfen. Wer so spricht, interessiert sich offenbar nicht dafür, ob die Dinge in Vietnam anders liegen als bei uns; ihm ist gleichgültig, wie es dort in Vietnam mit Recht und Freiheit aussieht. Er sieht nur auf das, was ihm nützlich für uns erscheint, — und eben diese Haltung ist moralisch verwerflich und politisch kurzsichtig.

6. Weil ich fürchte, Vietnams Schicksal könnte eines Tages auch das Schicksal unseres ebenfalls gespaltenen Volkes werden, und weil ich für Vietnam heute nichts anderes wünsche, als was wir dann alle für uns wünschen werden:

daß nämlich die anderen Staaten aufhören möchten, unter dem Vorwand, unser Bestes zu wollen, uns für ihre eigenen Interessen zu ermorden.

7. Weil ich meine, wir müssen lernen, daß Kommunismus für andere Völker etwas Anderes bedeuten kann als für uns.

Es ist in der heutigen Welt törichte Kurzsichtigkeit, den Kommunismus nur unter dem Gesichtspunkt unserer deutschen Verhältnisse zu betrachten. Für uns wäre er ein Rückschritt; wenn andere Völker ihn für sich als einen Fortschritt ansehen, so kann uns das wundern, es muß uns aber ein Anlaß zum Nachdenken sein. Wir haben zu lernen, daß es heute mehrerlei Kommunismus gibt. Ein kommunistisches Gesamt-Vietnam hätte vermutlich nicht eine Ausdehnung des chinesischen Machtbereichs, sondern, angesichts der traditionellen Abwehrhaltung der Vietnamesen gegen die Chinesen, dessen Begrenzung bedeutet.

8. Weil ich meine, daß eine Hauptaufgabe heutiger Weltpolitik die Aussöhnung der weißen und der farbigen, der reichen und der armen Völker ist.

Der Vietnamkrieg heizt den Haß der afro-asiatischen Völker gegen die weißen Völker an. Davon kann sich jeder durch jedes Gespräch mit einem Angehörigen dieser Völker überzeugen, — sofern es sich nicht um einen Angehörigen der feudalen, von der sozialen Revolution bedrohten Oberschicht dieser Völker handelt.

9. Weil ich meine, daß zu den Hauptaufgaben westlicher und besonders amerikanischer Politik gehört, zu China ebenso vernünftige Beziehungen der Koexistenz zu entwickeln, wie sie sich z. Z. endlich zwischen Amerika und der Sowjetunion anbahnen.

Unsere Söhne werden die Folgen unserer heutigen Fehler auszubaden haben. Dazu gehört auch der Vietnam-Krieg.

10. Weil ich das Zusammenkartätschen eines bettelarmen, unerhört tapferen Volkes durch die geballte Militärmacht der größten Industrienation für schlechthin widerlich halte. In Rom erzählte beim Konzil ein vietnamesischer Bischof, in seiner Diözese würden wöchentlich über 1000 Menschen durch die amerikanischen Bomben getötet. Wenn uns das kalt läßt, sollten wir wenigstens aufhören, uns Christen zu nennen und Weihnachten zu feiern.

(FU-Spiegel Nr. 54, Dezember 1966, S. 19)

## DOKUMENT 603

### Laudatio auf Prof. Knudsen

Durch sein stetes Wirken von 1908 bis heute hat Professor Dr. Hans Knudsen, der „Theaterprofessor“ — wie er allgemein genannt wird —, für das Universitätsfach Theaterwissenschaft und für das lebendige Theater entscheidende Verdienste erworben. Am 2. Dezember wurde er 80 Jahre alt. Als Assistent Max Hermanns, für den er im Dritten Reich sich selbst gefährdend öffentlich eingetreten ist, der ihn 1923 auf diesen Posten am neugegründeten Theaterwissenschaftlichen Institut der Friedrich-Wilhelms-Universität holte, hat er die moderne, international anerkannte Methode der Theaterwissenschaft im Laufe seiner Lebensarbeit weiterentwickelt, verbessert und gesichert und ihr Geltung als selbständige Universitätsdisziplin verschafft. 1938 bekam er dann einen Lehrauftrag und 1943 durch Finanzminister Professor Dr. Popitz die längst fällige a. o. Professur für Theaterwissenschaft an der Friedrich-Wilhelms-Universität. 1948 wurde er dann durch das Rektorat der Freien Universität und mit der Fürsprache Professor Ernst Reuters zum o. Professor an die FU berufen und hatte zehn Jahre lang die Direktion des Theaterwissenschaftlichen Instituts inne, das er zu einem weltweit bekannten Institut aufbaute. Er hat dort einen akademischen Unterrichtsplan nach modernsten Gesichtspunkten entwickelt, mit zusätzlichen Lehraufträgen für Schauspiel- und Opernregie, Theatertechnik und Theaterverwaltung. Schon frühzeitig holte er bedeutende Persönlichkeiten seines Fachs als Gäste nach Deutschland. Auf Knudsens Initiative gehört auch die Studentenbühne zum akademischen Unterrichtsbetrieb. Nach seiner Emeritierung ging seine Lehrtätigkeit aber weiter, und auch heute noch betreut er über 30 Doktoranden. Die „Volksbühne“ (seit 1923), die „Freie Volksbühne“ (bis 1960), die „Gesellschaft für Theatergeschichte“ (seit 1923) — auch heute noch hat er den Vorsitz des Ausschusses für die wissenschaftlichen Veröffentlichungen — verdanken ihm entscheidende Impulse. Ebenso hat sich Knudsen als wissenschaftlicher Schriftsteller (u. a. Das Studium der Theaterwissenschaft in Deutschland, 1926, Theaterwissenschaft, Werden und Wertung einer Universitätsdisziplin, 1950, Theaterwissenschaft und lebendiges Theater, 1951, Deutsche Theatergeschichte, 1959) und Herausgeber („Theater und Drama“) einen anerkannten Namen gemacht. 1955 hielt er als erster deutscher Professor nach dem Kriege Gastvorlesungen an der Universität Oslo; 1956 wurde er in den Vorstand des Internationalen Theaterinstitutes gewählt; 1963 erfolgte seine Wiederwahl in das Exekutivkomitee der „International Federation for Theatre Research“ und 1964 Wahl in den Vorstand des Europäischen Kulturaustausches. 80 Jahre — aber Knudsen ist immer noch jung. Dieses „Jungsein“ Knudsens wird getragen durch einen besonderen Kontakt zwischen Professor und Studenten, durch sein Verständnis für und seine Anpassungsfähigkeit an junge Menschen. Das macht wohl auch seinen Erfolg aus. Und man kann ihm und den Studenten der Theaterwissenschaft und auch dem lebendigen Theater nur wünschen, daß er noch recht lange in dieser jugendlichen Frische weiterwirken und -arbeiten kann.

Eberhard Dellé

(Colloquium, 20. Jahrgang 1966, Heft 12, S. 9)



## DOKUMENT 604

Anlage zum Protokoll der 9. (o.) Sitzung des 18. Konvents am 2. 12. 66

Der Konvent hat beschlossen:

1. Der § 29 der Geschäftsordnung des Konvents wird gestrichen.
2. Als § 29 GoK wird eingefügt:

### § 29 (Beschlussfähigkeit)

- (1) Gem. § 14 der Satzung der Studentenschaft ist der Konvent bei Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Abgeordneten im Sitzungssaal beschlußfähig.
- (2) Der Konventsvorsitzende muß die Beschlussfähigkeit nachprüfen, wenn
  - a) die Beschlusunfähigkeit offensichtlich ist oder
  - b) drei Abgeordnete dies verlangen.
- (3) Die Feststellung kann nur zwischen dem Ende der Debatte und dem Beginn der Abstimmung erfolgen. Die Feststellung erfolgt durch namentlichen Aufruf der Abgeordneten; Abgeordnete, die nach Stellung des Antrages gem. Abs. 2 lit. b den Saal verlassen, sind als anwesend zu führen. Die Liste der abwesenden Abgeordneten wird im Protokoll veröffentlicht.
- (4) Der Vorsitzende kann vor Beginn der Feststellung die Sitzung für kurze Zeit unterbrechen.
- (5) Wird die Beschlusunfähigkeit festgestellt, so muß der Vorsitzende
  - a) entweder die Sitzung für kurze Zeit aussetzen, um die Beschlussfähigkeit wiederherzustellen
  - b) oder, falls das nicht möglich ist, die Sitzung vertagen.
- (6) Wird die Beschlusunfähigkeit durch das Protokoll gem. § 19 Abs. 4 offensichtlich, so gilt Abs. 5 entsprechend.

(Archiv Z16: Akte 12.12 FU „18. Konvent, Protokolle 1966“)

## DOKUMENT 605

### Mit Mao studieren sie den Stellenmarkt

Es begann in Ost-Berlin. Die Diplomaten der rotchinesischen Botschaft in Karlshorst, Treskowallee 50, servierten Reisschnaps. Als dem ersten SDSler, Mitglied des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, die Zunge langsam schwer wurde, stieg man allgemein auf Tee um.

Die Chinesen schleppten die Werke ihres Vorsitzenden Mao herbei. Man diskutierte über die Rote Garde und die gesellschaftlichen Zustände in der Bundesrepublik.

Das Abschiedsgeschenk war mehr als beziehungsreich: das Abzeichen der Roten Garde, ein goldener Mao-Knopf auf rotem Grund.

### Sechs Leute genügten

Mit Mao am Revers schritten die Westberliner Rotgardisten zu ihrer ersten Tat. Sie ließen am vergangenen Sonnabend eine Veranstaltung an der FU mit Rektor Lieber auffliegen. Sechs Leute genügten, um durch gezieltes Sperrfeuer eine Versammlung von 600 Studenten zu sprengen.

Die Stärke der „Roten Garde West“ ist nicht leicht auszumachen. Es dürften höchstens 30 Leute sein. Vermutlich weniger. Die meisten gehören dem SDS an. Einige Nichtstudierende sind wohl auch dabei.

In den Köpfen des Westberliner Stoßtrupps spukt es abenteuerlich. Etwa so: im Westen geht die Entwicklung zum Sozialismus viel zu langsam. Es sei an der Zeit, revolutionäre Kader zu organisieren. Man müsse sich von der verrotteten kapitalistischen Ordnung abkapseln.

Und flugs schritt man zur Tat. Die Idee einer „Kommune“ war geboren. Auch hier stand der Vorsitzende Mao Pate. Wie in Rotchina will die „Rote Garde West“ zusammen wohnen, zusammen arbeiten, aus einem Gemeinschaftstopf essen und mit vereinten Kräften die Werke Maos studieren. Daß sie sich auch die Frauen teilen wollen, wird vorerst noch dementiert.

Anfangs wollte die „Rote Garde West“ ein Haus mieten. Doch

das scheiterte am schnöden kapitalistischen Mammon. 130 Mark pro Zimmer war entschieden zu viel. Ein befreundeter Architekt plante ihnen schließlich ein Haus. 500 000 Mark soll der Spaß kosten. Eifrig studierten die Rotgardisten den Stellenmarkt der Berliner Zeitungen, um durch harter Hände Arbeit das Geld aufzutreiben.

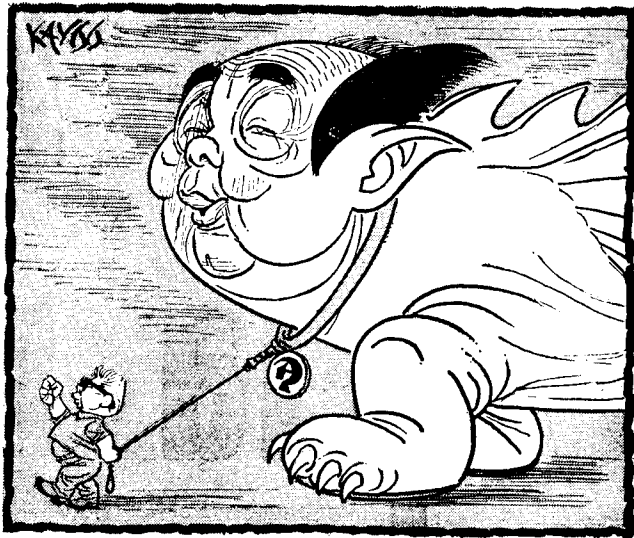
### Gegen die Professoren

Ihre politische Stoßrichtung ist die Freie Universität. Rektor und Professorenschaft sind nach ihrer Meinung ein reaktionärer Haufen. Von den Organen der Studentenschaft haben sie keine bessere Meinung.

Also will die Kommune als eine Art Gewerkschaft von außen die Universität unter Druck setzen. Wenn nötig, mit Terror. Daß der überwiegende Teil der Berliner Studenten solche Methoden entschieden ablehnt, stört sie dabei herzlich wenig. Selbst dem SDS ist der ganze Klüngel unheimlich. So links will er nun auch wieder nicht sein. Bisher gibt es auch noch keine Vorstellungen, wie der SDS mit den Rotgardisten fertig werden kann. Wer weiß, bei der Konventswahl in wenigen Tagen könnte der SDS eine empfindliche Schlappe einstecken. Und das auf Kosten der politischen Purzelbäume einiger seiner Mitglieder.

Peter Borowsky

(BZ, 3. Dezember 1966)



„Er ist uns zugelaufen!“

Karikatur der BZ vom 3. 12. 66 zum Artikel „Mit Mao studieren sie den Stellenmarkt“.

## DOKUMENT 606

### Antwortbrief des SDS

„Ew. Magnifizenz!

3. Dez. 1966

Der Aufforderung Ihres Schreibens vom 28. 11. 1966, Ihnen die am Vorfall vom 26. 11. 1966 beteiligten Studenten namhaft zu machen, werden wir, auch soweit sie Mitglieder des SDS sind, nicht nachkommen. Zur Begründung nehmen wir, wie von Ihnen gewünscht, zu der Veranstaltung des AstA vom 26. 11. 66 Stellung.

In den letzten Wochen fand im SDS eine intensive Diskussion über die Hochschulpolitik statt. Das beigefügte Flugblatt, das sich an die studentische Öffentlichkeit richtet, legt das gegenwärtige Ergebnis dieser Diskussion vor. Der SDS hält es für eine Voraussetzung der Inangriffnahme der Hochschul- und Studienreform an der FU, daß die Studenten, und also auch die Studentenverbände, Fragen der Hochschulpolitik intensiv diskutieren. Würde der SDS in dieser Situation auf abweichende Vorstellungen zur Hochschulpolitik, wie sie sich am Samstag, dem 26. 11. d. J., manifestierten, administrativ reagieren, so leistete er nicht allein seiner eigenen Fähigkeit zur

rationalen Auseinandersetzung, eine Voraussetzung seiner demokratischen Struktur, einen schlechten Dienst, sondern darüber hinaus den Diskussionsmöglichkeiten an der FU überhaupt.

Wie wir erfahren haben, beabsichtigt das Rektorat, die am Vorfall vom Samstag beteiligten Studenten zu relegieren. Mit dieser Maßnahme würde das Rektorat die Feststellung des Flugblattes „mit strafbarem Inhalt“ bestätigen; „Administration und Senat erklären die Misere der Universität zur Misere des einzelnen Studenten, nicht um sie zu lösen, sondern um sie los zu sein.“ Denn in der Tat wich die von Prof. Lieber geführte Diskussion den von den Studenten konkret gestellten Fragen konsequent aus. Damit hat Professor Lieber im entscheidenden Maße dazu beigetragen, wenn heute an der FU der Erfolg rationaler Auseinandersetzung gefährdet ist. Die Studenten, deren Protest in dieser Situation die ihnen fragwürdig gewordenen akademischen Formen verletzte, aus der Universität entfernen zu wollen, wird diese Gefährdung nur noch vergrößern. Der SDS ist nicht gewillt, dazu beizutragen. **Mit dem Ausdruck der vorzüglichsten Hochachtung**

Ihr Ihnen sehr ergebener

gez. Heinz Hackelberg

Vorsitzender der SDS-Gruppe an der FU“

(Informationen der Universitätsverwaltung, Jahrgang 2 Nr. 6, Dezember 1966, S. 8)

## DOKUMENT 607

Was will der SDS?

Berlin, im Dezember 1966

Eine Immatrikulation, bei der kein festlich verummtes Professoren-Kollegium bei feierlichen Reden den Initiationsritus an ehrfürchtigen Novizen vollzog, sondern der Rektor vor den Studienanfängern der Kritik der Studentenschaft an der unhaltbaren Studiensituation sich stellen mußte;

ein Konvent, der in einer Nacht dem gleichen AStA das Mißtrauen aussprach und ihn mit eindeutiger Mehrheit wiederwählte —

das sind Kennzeichen einer Situation, in der durch die studentische Initiative außerhalb von AStA und Konvent ein entscheidender Fortschritt erzielt wurde: Im Juni erhoben die Studenten auf einem sit-in die Forderung nach Studienreformkommissionen; heute arbeiten diese Kommissionen bereits.

Die Studenten sind nicht länger nur Objekte administrativer Kompromisse zwischen Ordinarien, Politikern und Industrieverbänden — die Studenten werden Subjekt der Organisation ihrer Ausbildung.

Ordinarien und Universitätsbürokratie versuchen natürlich, die studentischen Kommissionsmitglieder zu Partnern ihrer Kompromißgeschäfte zu machen, um ihre Maßnahmen später besser gegen die Studenten verteidigen zu können. Deswegen fordern zu Recht alle ernstzunehmenden Flugblätter in diesem Wahlkampf öffentliche Diskussion der Arbeit der Kommissionen.

Was aber heißt Öffentlichkeit? Welche Öffentlichkeit müssen Studenten fordern, damit sie nicht Objekte eines Anpassungsprozesses werden?

Jeder Studienorganisation liegt — unbewußt oder bewußt, unausgesprochen oder ausgesprochen — ein Ziel zugrunde; jeder Regelung liegt die Hypothese zugrunde, geeignetes Mittel zur Erreichung dieses Ziels zu sein. Diese Hypothese unterliegt dem Kriterium der Verifizierbarkeit.

Wir müssen also fordern:

Jede Neuregelung, wie auch die bestehende Organisation des Studiums, ist Experiment.

Die Ziele der Organisation des Studiums, jedes Studienabschnittes sowie jeder Lehrveranstaltung, sind klar in öffentlicher Diskussion der Beteiligten zu bestimmen.

Ausgearbeitete Pläne gehen bereits vor der experimentellen Erprobung zur Diskussion in die Seminare, Übungen und sonstigen Lehrveranstaltungen; aus der Kritik ergibt sich der endgültige Plan und zugleich die Vorbereitung des Experiments;

jedes Experiment ist zeitlich befristet;

das Urteil der Beteiligten selbst entscheidet über die Einführung des Erprobten;

strittige Punkte und generelle Fragen des Studienverlaufs werden in öffentlichen Versammlungen geklärt.

Voraussetzung ist die Beseitigung der Maßnahmen, die jede vernünftige Veränderung der Studienorganisation verhindern (Zwangsexmatrikulation, restriktive Reglementierungen etc.); da einerseits die Exekutoren diese Maßnahmen trotz einhelliger Kritik mit ihrer institutionellen Macht aufrechterhalten, und andererseits die überwiegende Mehrheit der Studenten sich dieser Lage bewußt ist, werden diese Maßnahmen durch Unruhe, Demonstrationen und Streiks abgeschafft.

Der 18. Konvent war sich seiner Rolle in der gegenwärtigen Phase der Auseinandersetzung um bessere Studienbedingungen nicht bewußt. Er reagierte auf die Tatsache, daß die entscheidenden Initiativen dezentralisiert von den Studenten selbst ausgehen, lediglich mit Ratlosigkeit.

Es ist jetzt die Aufgabe des Konvents, der repräsentativen Vertretung der Studentenschaft, die sich aus dieser Analyse der Lage ergebende Gesamtstrategie zu verwirklichen.

Wählen Sie Kandidaten, die dazu imstande sind.

Sozialistischer Deutscher Studentenbund an der FU

Landesverband Berlin, 1 Berlin 31, Kurfürstendamm 140

(Archiv: ZI 6: Akte E 0702 FU „Flugblätter 1966“)

## DOKUMENT 608

Flugblatt-Text (Auszug)

P. S. Die Verblödungskampagne der Berliner Presse („Mit Mao für die freie Liebe“) hat denen, die an den Vorfällen am Samstag, dem 26. Nov. nicht selbst beteiligt waren, ein zutreffendes Urteil unmöglich gemacht. Deshalb haben wir hier das verteilte Flugblatt, den Brief von Rektor Lieber und die Entgegnung des SDS veröffentlicht. Gegen die Flugblattverteiler, die die Veranstaltung vom Sonnabend unter Verstoß gegen „Akademische Formen“ sprengten, wurde inzwischen ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Die Administration antwortet damit auf die Weigerung der Studenten, sich dem psychologischen Druck, dem sie unterworfen sind, in herkömmlicher Weise zu fügen. Sie bestätigt damit, daß die akademischen Formen ihr längst dazu dienen, die Interessen der Studenten abzudrängen. **SOZIALISTISCHER DEUTSCHER STUDENTENBUND**

Landesverband Berlin

5. Dez. 1966

(Archiv: ZI 6: Akte E 0702 FU „Flugblätter 1966“)

## DOKUMENT 609

Die „Rote Garde“ an der FU

wbr. Fast zur gleichen Zeit, da in der Freien Universität Studenten den südvietnamesischen Botschafter in der Bundesrepublik, Ngujen Qui Anh, umjohlten, fiel in Saigon der südvietnamesische Politiker Tran Van Van einem heimtückischen Mordanschlag des Vietkong zum Opfer. Tran Van Van stand als Mitglied der verfassunggebenden Versammlung Südvietnams in Opposition zum Ky-Regime. Er wollte den Krieg beenden. Aber auch er mußte sterben.

Macht dieser Mord einerseits die wahre Gesinnung des kommunistischen Vietkong erschreckend klar, zeigt er zum anderen nicht minder deutlich die totale Blindheit unserer jungen „Roten Garde“ von der FU. „Es lebe der Vietkong!“ Das war unter anderem ihr einfallsreicher Zwischenruf auf der Veranstaltung mit dem südvietnamesischen Diplomaten.

Wer bisher noch immer geglaubt hatte, auch unter den extrem links orientierten Studenten der FU herrsche so etwas wie demokratisches Empfinden, muß sich spätestens jetzt Naivität bescheinigen lassen. Ihnen geht es ausschließlich um Durchsetzung ihrer Ideologie — mit Methoden, die von jenseits der Mauer nur allzu gut bekannt sind. Wo ihnen die Argumente fehlen, da werden sie zu Radaubrüdern. Der südvietnamesische Botschafter, der sich in der FU wohl auf akademisch-demokra-

tischem Boden wählte, wird mit entsprechendem Eindruck geschieden sein.

Wissen sie überhaupt, was sie tun — die jungen Radikalinskis von der FU? Weiß der AStA, immerhin die offizielle Vertretung der Studenten, wie stark das Gift schon geworden ist? Höchstwahrscheinlich nicht. Um das Maß des turbulenten Abends vollzumachen, verlas AStA-Vorsitzender Nevermann eine Solidaritätserklärung für die Studenten der Universität von Berkeley in Kalifornien.

Es mag einmal ganz aufschlußreich sein, wem diese Solidarität gilt. Auch die Universität in Berkeley, gegenüber von San Franzisko, wird seit Jahren von Demonstrationen, „Sit-ins“, Krawallen und Schlägereien erschüttert.

Der neueste Zwischenfall ereignete sich Ende vergangener Woche. Über 10 000 von 27 500 Studierenden demonstrierten auf dem Campus der Universität. Anführer riefen zu einem Boykott der Vorlesungen und Seminare auf.

Anlaß war die Eröffnung eines Werbe- und Informationsstands der amerikanischen Kriegsmarine im Gebäude der Studenten-Union. Dort sollten Rekruten angeheuert werden. Darüber gerieten die Studentenfürher in ihrer heftigen Antivietnam-Haltung so sehr in Rage, daß sie zum Sammeln bliesen. Selbst Regen konnte sie nicht von ihrem „Sit-in“ abhalten.

Was Rektor Lieber von der FU in ähnlicher Form schon des öfteren erlebt hat, entwickelte sich auch in Berkeley allmählich zu einer Bedrohung der öffentlichen Ordnung. Der Vizekanzler der Universität rief schließlich die Polizei. Ergebnis der handfesten Auseinandersetzungen: zehn Verhaftungen.

Unter den Verhafteten befanden sich — und das war das Erstaunliche — auch sechs Nichtstudenten. Sie gehörten mit zu den Anführern. Einer von ihnen, Mario Savio, war vor zwei Jahren noch Student. Er tat sich in ähnlichen Demonstrationen hervor, die vor allem die freie Rede an jedem Ort forderten. Heute ist Mario Savio Barmixer. Aber zusammen mit Gesinnungsgenossen ließ er es sich nicht nehmen, die neuen Krawalle anzuheizen.

„Der Vorlesungsstreik ist die Idee der Nichtstudenten“, sagte ein 21-jähriger Vertreter einer Studentenorganisation. „Es ist ein Spiel für sie, aber die Studenten müssen es ausbaden.“ Das trifft die Sache nur halb. Überall — in Berlin wie in Berkeley — sind viele jungen Studenten nur allzugern bereit, einer lautstarken Minderheit Gefolgschaft zu leisten. Bisher ist jedenfalls nichts darüber bekannt, daß sich die angeblich so vernünftige Mehrheit der Studenten gegen die Krawallmacher zur Wehr setzt.

(Berliner Morgenpost, 8. Dezember 1966)

## DOKUMENT 610

Was ist aktuell?

So geht das nicht weiter

Linksradikale Tumulte gehören seit einiger Zeit zu den sich wiederholenden Ereignissen an der Freien Universität Berlin. Zwar sind das keine wirtschaftlichen Vorgänge, über die sonst in dieser Zeitschrift berichtet wird, aber es sind Vorgänge, die uns alle angehen. Sie sind in ihrer Art unerträglich und tragen außerdem dazu bei, das politische Klima in unserer Stadt ungünstig zu beeinflussen. Hat man eigentlich vergessen, daß diese Universität vor noch nicht einmal 20 Jahren von Professoren und Studenten gegründet worden ist, die durch den kommunistischen Terror an der Linden-Universität vertrieben wurden? Hat man vergessen, daß die ersten Vorlesungen an der neuen Hochschule im Dunkel der Blockademonate und unter dem Eindruck der Spaltung unserer Stadt durch die Kommunisten stattfanden? Der Name „Freie Universität“ wurde gewählt, weil hier Studenten in politischer und wissenschaftlicher Freiheit studieren sollten. Ernst Reuter hat dies in seiner eindrucksvollen Gründungsrede deutlich zum Ausdruck gebracht. Freie Universität als Tummelplatz von politischen Wirrköpfen und Extremisten war bestimmt nicht gemeint. Studienreformen, zeitliche Begrenzung des Studiums und andere Probleme, die das Verhältnis von Professoren und Studenten betreffen, werden auch an anderen deutschen Univer-

sitäten erörtert. Das ist in Ordnung und legitim; denn die Universität ist nicht eine statistische Institution, sondern sie muß sich der Entwicklung von Wissenschaft, Technik usw. anpassen. Geht es aber denjenigen, die die Tumulte an der Hochschule inszenieren, überhaupt um diese Probleme. Liest man ihre Flugblätter und hört man ihre Reden, so muß man diese Frage verneinen. Offenbar legt es eine organisierte Minderheit nur darauf an, ein plebiszitäres Element in die Universität zu tragen, und sie zu einem Ort politischer Agitation zu machen, der mit dem Sinn und der Aufgabe einer Universität nichts mehr gemein hat.

Universitäten sind Stätten der geistigen Ausbildung künftiger Führungsschichten. Jeder Studienplatz wird mit erheblichen öffentlichen Mitteln subventioniert. Das geschieht, um jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, sich mit den komplizierten technischen, wirtschaftlichen, kulturellen und selbstverständlich auch politischen Erfordernissen des modernen Lebens vertraut zu machen, Erkenntnisse zu gewinnen und sie weiterzuentwickeln. Selbstverständlich lebt auch die Universität nicht in einem Raum, der frei von Politik ist; aber zwischen dem Studium der Medizin, Mathematik oder Volkswirtschaft wie auch der politischen Wissenschaften und politischer Agitation ist ein grundsätzlicher Unterschied. Was haben Vietnam-Demonstrationen oder politische Streitereien um Sinn und Ziel einer großen Koalition im Bundestag mit dem Studium zu tun? Der Student ist mündiger Bürger wie jeder andere. Wenn er seine politische Meinung zu vertreten wünscht, steht es ihm jederzeit offen. Nur sollte das dort geschehen, wo politische Meinungsverschiedenheiten ausgetragen werden, nämlich in den Parteien oder anderen politischen Organisationen, aber nicht an der Universität.

Freilich wird man nicht übersehen können, daß Hochschulpolitik in Berlin nicht immer mit glücklicher Hand gemacht worden ist. Eine Entwicklung, wie wir sie an der Freien Universität zur Zeit erleben, tritt im allgemeinen nicht spontan ein, sondern bereitet sich vor. Daß Fehlentscheidungen und Versäumnisse dazu beigetragen haben, kann kaum bestritten werden. Aber das alles enthebt die Studenten nicht der offenbar fehlenden Einsicht, daß das akademische Bürgerrecht auch Pflichten mit sich bringt. Die Freie Universität Berlin sollte ein Modellfall für die studentische Selbstverwaltung werden. Das Ergebnis ist leider kläglich. Die heillos in sich zerstrittene Studentenvertretung hat schon lange nicht mehr das getan, was ihres Amtes ist, und die kümmerliche Zahl der Bewerber für die Konventswahlen beweist, wie wenig die Studentenschaft zur Zeit von dieser Einrichtung hält. Wenn freilich die Meinung weiter um sich greifen sollte, die Studentenverwaltung am besten sich selbst zu überlassen, so darf man sich nicht wundern, wenn extreme Gruppen sich dieser Institution bemächtigen. Findet eigentlich in der Studentenschaft niemand mehr etwas dabei, wenn in einer Veranstaltung der Rektor belästigt und angegriffen wird? Wie weit sind wir in Berlin eigentlich schon gekommen, wenn es möglich ist, daß radikale Elemente an der Freien Universität Mao Tse-tung und die Rote Garde hochleben lassen? Wenn das Echo zu diesen Vorgängen aus der Studentenschaft weiterhin so dürftig bleibt, ist ihnen offenbar nicht zu helfen. Die Berliner Öffentlichkeit wird sich jedenfalls nicht damit begnügen. Politische Instinklosigkeit, Lauheit und kommunistische Propaganda haben in dieser Stadt keinen Platz.

(Die Berliner Wirtschaft Nr. 35, 11. Dezember 1966, S. 1222)

## DOKUMENT 611

Auf dem Wege zur einheitlichen Lehrerbildung  
Freie Universität und Pädagogische Hochschule werden allmählich zusammengeführt

Eine Neugestaltung der Lehrerbildung steht in allen Ländern der Bundesrepublik seit einiger Zeit zur Debatte. Einigkeit herrscht darüber, daß Reformen notwendig sind. Wie man sie durchführen soll, darüber gehen die Meinungen freilich weit auseinander. Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen etwa haben die Pädagogischen Hochschulen beibehalten und sie zu

wissenschaftlichen Hochschulen erhoben, vorerst ohne Promotions- und Habilitationsrechte. In Bayern und Hessen ist die Lehrerbildung in die Universitäten eingegliedert worden, ohne daß die Institute den Rang einer Fakultät erhalten haben, wobei in Hessen der Unterschied nur noch minimal ist.

In West-Berlin wurde vom Abgeordnetenhaus jetzt ein Gesetzentwurf in zweiter Lesung gebilligt, der eine Zusammenführung von Pädagogischer Hochschule und Freier Universität in die Wege leiten soll. Parlament und Verwaltung von Berlin — in Schulfragen als reformfreudig bekannt — halten beide in Westdeutschland praktizierte Lösungen nicht für ideal. In beiden Fällen nämlich, so wird argumentiert, bleibt die Zweiteilung der Lehrerbildung erhalten — künftige Gymnasiallehrer an den Fakultäten der Universitäten und künftige Volks- und Realschullehrer an der Pädagogischen Hochschule oder „Fakultäten zweiter Klasse“. Die Ausbildung der Gymnasiallehrer würde nicht ernstlich reformiert, obwohl gerade sie es dringend nötig habe. Vor allem aber würde die Lehrerbildung in zwei Klassen auch das dreiteilige Schulsystem konsolidieren. Viele Reformen fordern dagegen, basierend auf den Erkenntnissen der modernen Erziehungswissenschaft, eine leistungsfähige, differenzierende Gesamtschule mit dem Ziel der optimalen Entwicklung aller individuellen Begabungen in jeder Altersstufe.

### Zähe Verhandlungen

Der Anstoß zur Reform der Lehrerbildung, den das Berliner Abgeordnetenhaus vor drei Jahren gab, zielte in diese Richtung. Seither haben zähe Verhandlungen zwischen der zuständigen Senatsverwaltung, der Freien Universität und der Pädagogischen Hochschule stattgefunden. Die Freie Universität verhielt sich anfangs sehr reserviert. Ihre Professoren, meist konservativ, brachten erhebliche Bedenken gegen eine Eingliederung der PH in die Universität vor. Einmal befürchteten sie, daß der Lehrkörper der PH den wissenschaftlichen Anforderungen einer Universität nicht genügt. Das mag für viele Vertreter der „Wahlfächer“ zutreffen (Philologen, Naturwissenschaftler und dergleichen), keinesfalls aber für die Erziehungswissenschaftler, die im Gegenteil eine Bereicherung für die FU sein werden und mit neuen Impulsen, etwa im Bereich der Didaktik, die universitätseigene Erziehungswissenschaft modernisieren dürften. Zum zweiten bezweifeln die konservativen FU-Professoren, ob die Mehrzahl der PH-Studenten das Zeug zu einem „vollwissenschaftlichen Studium“ hätten. Sie sehen deshalb eine sinkende Zahl ausgebildeter Lehrer voraus. Sie wehren sich zum dritten gegen die angeblich rein berufsbezogenen Studien an der PH und übersehen dabei, daß die gleichen Tendenzen an den Universitäten zu beobachten sind; sie stehen darin allen anderen Hochschulen kaum nach; ja, viele Universitäten verdanken ihre Existenz sogar dem Bedarf der Fürsten an Juristen und Medizinern. Maßgebliche Universitätspädagogen schließlich, und mit ihnen viele Fachwissenschaftler, konzentrieren sich auf die Gymnasialpädagogik. Ihre Position würde in Bedrängnis geraten, wenn die Kollegen von der PH mit ihrer Neigung zur Gesamtschule frischen Wind in die Universität brächten.

Es erwies sich bald, daß eine passive Haltung zu den Vorschlägen der Senatsverwaltung für die Universität zum Bumerang zu werden drohte. Die Alternative zur Eingliederung der PH in die Freie Universität bestand nämlich in ihrem Ausbau zur wissenschaftlichen Hochschule; angesichts der Reformtendenzen im Lande Berlin war anzunehmen, daß diese Hochschule schließlich zur dritten Universität geworden wäre, die unversehens die gesamte Lehrerbildung an sich gezogen hätte. So bequemete sich die FU dann doch zu einer Zusammenarbeit mit der PH, zumal angesichts der Haltung der Universität die selbständige Lösung in der PH Sympathien gewann. Unverkennbares Ziel der Universitätsprofessoren ist es bislang, eine pädagogische Fakultät zu verhindern und statt dessen die hessische Lösung anzustreben: Abteilung für Erziehungswissenschaft innerhalb der Universität, deren Lehrkörper noch nicht völlig gleichberechtigt ist.

Das Gesetz sieht vor, daß fürs erste eine Zusammenarbeit der Pädagogischen Hochschule mit der Freien Universität die spätere Eingliederung vorbereiten soll. Ein paritätisch besetzter Berufungsausschuß soll garantieren, daß alle Neuberufungen

an die PH den wissenschaftlichen Ansprüchen der Universität genügen, damit sie später ohne weiteres an die FU übernommen werden können. Die PH soll das Recht bekommen, den Grad eines „Diplom-Pädagogen“ zu verleihen. Der beamtenrechtliche und finanzielle Status der PH-Professoren wird dem der Universitätsprofessoren angeglichen; der Senat der PH soll in Zukunft „Akademischer Senat“ heißen. Bemerkenswert ist übrigens, daß die PH-Studentenvertreter erstmals an der Wahl des Rektors teilnehmen sollen; eine Forderung, auf deren Erfüllung die FU-Studenten noch immer vergeblich warten.

### Ausschuß koordiniert

Das wichtigste Gremium bei der Zusammenführung der beiden Hochschulen ist der Koordinierungsausschuß, in dem je drei Professoren und je ein Student sitzen werden. Dieser Ausschuß wird alle Maßnahmen der Zusammenarbeit vorzubereiten haben, insbesondere die gemeinsamen Lehrveranstaltungen und die verwaltungsmäßige Verzahnung der beiden Institutionen. Der Gesetzentwurf verpflichtet die Partner ausdrücklich, die räumliche Zusammenführung schon jetzt in die Bauplanung miteinzubeziehen. Ohne sie wäre das ganze Vorhaben illusorisch.

Die relativ starke Position der Studenten bei der Entstehung des Gesetzentwurfes beruht ohne Zweifel darauf, daß die Vertreter der Studentenschaft als erste fundiert zu den Problemen Stellung genommen haben. Es ist ihnen gelungen, wenn auch mit einiger Mühe, ihre eigenen Professoren bis zu einem gewissen Grade zu beeinflussen. Die Unterstützung durch fortschrittliche Pädagogen und einsichtige Politiker kam ihnen dabei zugute. Offen bleibt allerdings, ob die konservativen Professoren der Freien Universität die Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule nur dazu benutzen werden, eine echte Neuordnung der Lehrerbildung zu torpedieren.

Senat und Abgeordnetenhaus von Berlin sind dennoch entschlossen, die Entwicklung zur ungeteilten Lehrerbildung und zur modernen Gesamtschule voranzutreiben, und sie werden darin von vielen Pädagogen und von der Studentenschaft unterstützt. Es wird sich zeigen, ob sie sich gegen die schwerfällige Hierarchie der Universität werden durchsetzen können.

RUDOLPH GANZ

(Frankfurter Rundschau, 20. Dezember 1966)

## DOKUMENT 612

Abschrift  
Freie Universität Berlin  
Studentenvertretung  
Allgemeiner Studentenausschuß  
— 1. Vorsitzender —

1 Berlin 33, den 12. Dez. 1966  
Garystr. 20  
Tel. 76 90 2246  
Ne / Wi

An den  
Bürgermeister von Berlin  
und Senator für Inneres  
Herrn Heinrich Albertz  
1 Berlin 31  
Fehrbelliner Platz

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der Allgemeine Studentenausschuß der Freien Universität möchte Ihnen aufrichtige Glückwünsche zu Ihrer Nominierung für das Amt des Regierenden Bürgermeisters von Berlin übersenden. Zugleich möchten wir allerdings auf ein anderes Ereignis vom letzten Sonnabend zurückkommen. Erst jetzt liegen dem Allgemeinen Studentenausschuß der Freien Universität ausreichend Informationen vor, um das Aumaß des Verhaltens der Berliner Polizei bei der Vietnam-Demonstration am vergangenen Sonnabend ermessen zu können.

Es kann kein Zweifel bestehen, daß mehrere Beamte und zahlreiche Aktionen der Polizei das Prinzip der Verhältnismäßigkeit der einzusetzenden Mittel grob verletzt haben. Der Allgemeine Studentenausschuß protestiert mit aller Entschiedenheit gegen das gewalttätige Vorgehen der Polizei. Wir können hierin nur eine Fortsetzung der traurigen Tradition polizeilichen Vorgehens anlässlich der Demonstration gegen den Film „Africa Addio“ und die Wiederholung der polizeilichen

Ausschreitungen erblicken, wie sie aus Hamburg und München bekannt sind. Deshalb wird der Allgemeine Studentenausschuß die beteiligten Demonstranten und vorübergehend Inhaftierten aufrufen, beweisbare Erlebnisse und Vorfälle schriftlich dem Allgemeinen Studentenausschuß bekanntzugeben. Schon jetzt fordert der Allgemeine Studentenausschuß, daß die einzelnen Beamten angewiesen werden, nicht nur ihre Dienstnummer oder Personalien auf Wunsch anzugeben, sondern zugleich ihre Dienstnummer sichtbar auf der Uniform zu tragen. Wir möchten Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, dringend bitten, dafür Sorge zu tragen, daß die Aktionen der Polizei künftig den Boden der rechtsstaatlichen Demokratie nicht verlassen.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
gez. Knut Nevermann  
— 1. Vorsitzender —

(Archiv ZI 6: AStA der FU (Hrsg.), Dokumentation zum Vorgehen der Berliner Polizei anläßlich der Demonstration vom 10. Dez. 1966 und 17. Dez. 1966)

## DOKUMENT 613

12. Dezember 1966

### Ew. Magnifizienz!

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens vom 8. 12. und stellen mit Verwunderung fest, daß Sie Ihrem Brief mit der Aufforderung an den SDS, umgehend Bericht zu erstatten und Stellung zu nehmen, einzig die, wie inzwischen allgemein bekannt, falsche Berichterstattung der Tagespresse, insbesondere des Tagesspiegels, zugrundelegen, obwohl doch sowohl in der Veranstaltung des SDS als auch in der des RCDS vom 6. 12. Angestellte des Rektorats anwesend waren, und obwohl auf der Senatssitzung vom 7. 12. der tatsächliche Verlauf beider Veranstaltungen dargelegt wurde.

Da nun Ihr Brief unter Bezug auf Presseberichte bereits eine ganz spezifische Kontinuität zwischen dem 6. 12. und dem 26. 11. unterstellt, sehen wir uns veranlaßt, die angesprochenen Veranstaltungen noch einmal in ihrem Zusammenhang darzustellen.

Es ist uns allerdings unverständlich, was Ihre Formulierung meint, der SDS habe seine Veranstaltung (vom 6. 12.) „nicht in der beantragten Weise durchgeführt“. Der SDS hat zwei Vietnam-Filme vorgeführt und in der sich anschließenden Diskussion eine Reihe nicht unbekannter Thesen aufgestellt. Als die Frage gestellt wurde, ob man nicht die Anwesenheit des südvietnamesischen Botschafters auf der Parallelveranstaltung des RCDS nutzen sollte, ihn zu bitten, auch Fragen der Teilnehmer der SDS-Veranstaltung zu beantworten, bestimmten die Versammelten zwei Kommilitonen, die diese Bitte dem Botschafter vortrugen. Zurückkehrend berichteten die beiden, daß der Botschafter dem zugestimmt habe und die Teilnehmer der SDS-Veranstaltung aufgefordert habe, zu ihm in den Hörsaal A zu kommen. (Ein Versuch, schon vor Beginn der Veranstaltungen sich mit dem RCDS auf ein Zusammenlegen der beiden Veranstaltungen in den größeren Hörsaal, das Auditorium maximum, zu einigen, war vom RCDS mit dem Hinweis, das sei eine Prinzipienfrage, abgelehnt worden.)

Wir schildern dies deshalb so ausführlich, weil wir glauben, daß die anschaulich praktizierte Demokratie in der SDS-Veranstaltung als ein bestimmender Faktor zur Erklärung dafür herangezogen werden muß, warum die Teilnehmer der SDS-Veranstaltung dann auf die ihnen vom RCDS dargebotene Veranstaltungspraxis so kritisch reagierten.

Die RCDS-Veranstaltungsleitung handhabte die nur schriftlich zugelassenen Wortmeldungen so offenkundig autoritativ, daß der Botschafter selbst wegen der anwachsenden Erregung unter den nunmehr schätzungsweise 700 Teilnehmern eingriff und auch der Verhandlungsleitung weniger genehme Fragen zuließ. Er forderte Teilnehmer wiederholt auf, Fragen selbst ins Mikrofon zu formulieren, wobei sich nun ereignete, was Sie mit dem Wort „Störaktionen“ meinen könnten: Saalschützer des RCDS versuchten handgreiflich die Fragensteller am Reden zu hindern. (Magnifizienz werden sich erinnern, daß

der SDS während seiner Vietnamkundgebung am 8. Juli d. J. vor dem Henry-Ford-Bau, einer Gruppe, die offenkundig mit Sprechchören — und z. T. mit Totschlägern und stehenden Messern bewaffnet — die Kundgebung sprengen wollte, die Gelegenheit gab, ihre Meinung zum Vietnamkrieg durch das Mikrofon der Veranstalter kundzutun. Der SDS war der Ansicht, daß dies die gegebene Form war, in der die Irrationalität der Einstellung dieser Gruppe sich selbst denunzieren würde.)

Angesichts dieses Sachverhalts erscheint es also falsch, auch nur die formale und äußerliche Gleichsetzung des Verlaufs der Veranstaltungen vom 26. 11. und 6. 12. mit Hilfe des Vorwurfs zu konstruieren, daß der SDS terroristische Praxis treibe. Dies wird umso deutlicher, wenn man die formale Argumentation hinter sich läßt: So wie die beiden Veranstaltungen vom 6. 12. im Zusammenhang mit der seit mehreren Jahren stattgefundenen Auseinandersetzung über den Krieg in Vietnam zu beurteilen sind, — wobei die schwache rationale Position des RCDS seine schlechte demokratische Praxis wohl erklären kann —; so muß auch die Diskussion vom 26. 11. begriffen werden in der konkreten Situation der Freien Universität, und zwar in der Auseinandersetzung um ihre Reform. Diese Situation erscheint uns durch zwei Tatsachen gekennzeichnet: Zum einen sind die wenigen und keinesfalls hinreichenden Voraussetzungen für die rationale Inangriffnahme der Reform, die in Form der Kommissionen inzwischen bestehen, allein auf die Initiative der Studenten zurückzuführen. Zum anderen werden Maßnahmen, die jede verünftige Veränderung der Studienorganisation verhindern, wie die Zwangsexmatrikulation, trotz einhelliger und rational ausformulierter Kritik allein durch institutionelle Macht aufrechterhalten.

Nur aus der Kenntnis dieser Situation ist die eher surrealistisch anmutende Aktion jener Studenten während der AStA-Veranstaltung am 26. 11. richtig zu beurteilen, die inzwischen in diesen Studenten selbst ihre konsequentesten Kritiker gefunden hat. Der Versuch in der geschilderten Situation, die objektive Folgenlosigkeit der Diskussion mit dem Rektor, der bezeichnenderweise bei allen entscheidenden Fragen sich für unzuständig erklären mußte, in das Bewußtsein der Studenten zu heben, war der rationale Kern dieser irrationalen Aktion. Daß es jenen Studenten tatsächlich darum ging, mit ihrer Aktion Voraussetzungen zu schaffen, daß Diskussionen wieder einen praktischen Sinn erhalten können, zeigt ihr — zwar nach dem Vorgegangenen notwendig mißglückter — Versuch, mit den verbliebenen Teilnehmern herrschaftsfrei zu diskutieren.

Nach alledem dürfen wir feststellen, daß die „Vorgänge“ vom 26. 11. und 6. 12. sich keineswegs „ähneln“, wenn man sie unter dem Gesichtspunkt „Störaktionen“ von SDS-Mitgliedern betrachtet; daß es jedoch in beiden Fällen unmöglich ist, das Handeln von SDS-Mitgliedern darin als Ausdruck von Rationalitätsfeindlichkeit und in diesem Sinne terroristisch und undemokratisch zu interpretieren. Wenn dennoch der Versuch unternommen wird, an diesen Vorgängen eine gleichbleibend undemokratische Praxis des SDS nachzuweisen, so kann das nur in der längst bestandenen Absicht geschehen, administrative Schritte gegen den SDS vorzubereiten.

Wir bitten Ew. Magnifizienz auch Ihrerseits Tendenzen entgegenzutreten, die darauf zielen, dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund an der Freien Universität die Förderungswürdigkeit zu entziehen.

Mit dem Ausdruck der vorzüglichsten Hochachtung  
Ihr Ihnen sehr ergebener

gez.: Klaus Gilgenmann  
für den Sozialistischen Deutschen Studentenbund  
Gruppe an der Freien Universität

(Informationen der Universitätsverwaltung, Jahrgang 2 Nr. 6, Dezember 1966, S. 9 ff.)

## DOKUMENT 614

15. 12. 66

### Ew. Magnifizenz!

Gern kommen wir der Aufforderung nach, die Vorfälle, die sich bei der Veranstaltung des RCDS mit dem südvietnamesischen Botschafter am Dienstag, dem 6. d. M. ereignet haben, darzustellen.

Zunächst einige Worte zu den Vorbereitungen. Als wir erfuhren, daß einige studentische Vereinigungen — darunter der SDS — eine „Vietnamwoche“ planen, und als uns das Programm bekannt war, entschlossen wir uns, durch die Stellungnahme eines unmittelbar Betroffenen eine Ergänzung zu dem Programm zu liefern. Ein Kommilitone erklärte sich bereit, falls wir wünschen, uns den Botschafter einzuladen. Wir stimmten zu. Einige Tage später bekamen wir die Zusage des Botschafters. Da nach unseren Informationen der einzige Tag, an dem keine SDS-Veranstaltung im Audi-Max stattfand, der betreffende Dienstag war, baten wir den Botschafter am Dienstag zu den Studenten zu sprechen. Bei der Bestellung des Raumes stellte es sich heraus, daß das Audi-max belegt war, eine Terminänderung kam aber nicht mehr in Frage.

Wir ließen die üblichen Werbematerialien bestellen — und teilten sie erst am Montag nach 12.00 Uhr aus; sowohl die Plakate als auch die Flugblätter. Noch während wir die Flugblätter austeilten, machten uns einige SDS-Mitglieder den Vorschlag, die Veranstaltungen zusammenzulegen und beide im Audi-max stattfinden zu lassen. Wir lehnten selbstverständlich ab. Am Dienstag bekamen wir einen Anruf vom Rektorat, in dem uns der zweite Versuch des SDS mitgeteilt wurde, die Veranstaltungen zusammenzulegen. Ich lehnte wiederum ab.

Von der Kriminalpolizei ist nach unseren Informationen der Botschafter zur „gefährdeten Person“ erklärt worden, woraus sich der starke persönliche Schutz erklären läßt. Der Botschafter befand sich den ganzen Abend in unmittelbarer Nähe von vier Sicherheitsbeamten. Diese standen während seiner Rede und der Diskussion auf der Bühne. Nun aber zum Abend selbst.

Wie vorgesehen traf um 20.00 Uhr der Botschafter vor dem Henry-Ford-Bau ein. Er ließ sich noch kurz über die Lage an der IU unterrichten, wollte aber, weil der Saal um 20.00 c.t. noch nicht gefüllt war, den Beginn etwas verzögern. In dieser Zeit kamen wieder Vorschläge von seiten des SDS, die Veranstaltungen zusammen stattfinden zu lassen; wir lehnten abermals ab. Um 20.25 Uhr fängt der Botschafter mit seinen Ausführungen an, zunächst vor knapp 100 Zuhörern. Gegen 21.00 Uhr bat eine Delegation des SDS, der Botschafter möge den Besuchern der SDS-Filmveranstaltung einige Fragen beantworten, und zwar im Audi-max. Dieser Ort wurde abgelehnt — man einigte sich schließlich darauf, daß die Diskussion im Theatersaal stattfindet. So war trotz anfänglich scheinbar unumstößlicher Weigerung der SDS zu der Veranstaltung gekommen — dem Botschafter lag viel daran, mit seinen Gegnern zu diskutieren; das hatte er mehrmals schon vor der Veranstaltung betont. Als die SDS-Besucher den Theatersaal betraten, ertönten Rufe wie „Es lebe die Nationale Befreiungsfront“ u. a. Der Botschafter wünschte, seine Rede zunächst zu beenden, wurde daran aber durch Zwischenrufe gehindert. Daraufhin beschloß die Versammlungsleitung, sofort die Diskussion zu beginnen.

Den ersten Aufruhr gab es, als der Versammlungsleiter, Herr Schönbohm, den Modus bekannt gab, wie die Fragen gestellt werden sollten, nämlich schriftlich. Herr Fichter vom SDS stellte den Antrag zur Geschäftsordnung, daß die Fragen ins Mikrophon gesprochen werden sollten. Die Versammlungsleitung lehnte jedoch — ohne Abstimmung — diesen Antrag ab, da es in ihrem Ermessen steht, welchen Modus sie für die Diskussion wählt. Während der Botschafter versuchte, die ihm schriftlich gestellten Fragen zu beantworten, rührte sich in der ersten Reihe Herr Dutschke vom SDS. Er warf einige deutsch gesprochene Worte in den Saal, worauf Rufe „ans Mikrophon!“ ertönten.

Es folgt der erste größere Tumult. Herr Dutschke stürmt auf das Podium und den Botschafter zu, so daß diesem nichts anderes übrig bleibt, als ihm Rederecht zu geben. Englisch formuliert Herr Dutschke seine Meinung. Er wird vom Beifall der Zuhörer begrüßt. Vorher war Herr Dutschke zweimal von

einem Mitglied des RCDS zurückgehalten worden. Diese Phase klingt ab — es gelingt dem Botschafter, noch einige Fragen zu beantworten.

So genau kann man die zweite Phase nicht rekonstruieren. Es steht fest, daß jetzt Herr Schlotterer den Versuch unternimmt, an das Mikrophon zu kommen. Er wird aber von einigen RCDS-Mitgliedern und einigen uns unbekanntem Zuhörern am Sprechen gehindert. In dieser Phase erkletterten einige weitere RCDS-Mitglieder das Podium und bildeten um den Botschafter einen Halbkreis, so daß er nicht mehr von den auf dem Podium Sitzenden gestört werden kann. Während Herr Schlotterer sich um das Mikrophon bemüht, das von einigen Leuten umzingelt ist, wird von dem persönlichen Schutztrupp der Kriminalpolizei um den Botschafter ein Ring gebildet. Das allerdings hinter den Leuten, die um das Mikrophon kämpfen, so daß dieser Vorfall unbemerkt blieb. Es sind noch einige SDS- bzw. Argumentclub-Mitglieder an diesem „Sturm aufs Mikrophon“ beteiligt, allerdings können wir deren Namen nicht ausmachen. Als sicher gilt, daß sich Herr Hackelberg von der Med. Fak. unter ihnen befand.

Zwischen diesen beiden Phasen wird von einem Herrn Gebhard(?) auf die in die Ecke geschobene Tafel geschrieben „Hier spricht der CIA“, was von einem unserer Mitglieder ausgewischt wird. Um weitere solche Störaktionen zu vermeiden, legt er die Kreidestücke beiseite.

Nachdem es nicht gelungen war, an das Mikrophon zu gelangen, beruhigte sich der Saal ein wenig, als der Versammlungsleiter sagte, man solle froh sein, daß der Botschafter den Mut habe, seine Meinung zu vertreten, denn manch ein deutscher Politiker würde ihn nicht aufbringen. Der Botschafter hat jetzt wieder etwas Ruhe und versucht, einige weitere Fragen zu beantworten. Allerdings läßt er einem Kommilitonen zu, daß er drei Fragen stelle. Dieser ist noch nicht identifiziert. Die Antwort des Botschafters geht im Tumult unter. Weil er nicht imstande ist weiterzusprechen, erklärt der Versammlungsleiter die Veranstaltung für beendet. Der Botschafter sieht sich gezwungen, den Saal durch den Hinterausgang zu verlassen.

Jetzt entspinnt sich ein neuer Kampf ums Mikrophon, der aber dadurch beendet wird, daß die Anlage ausgeschaltet wird. In dieser Schlußphase wird noch das Telegramm des AStA an die streikende amerikanische Universität von Berkeley vom AStA-Vorsitzenden Nevermann verlesen.

Alles weitere ist Ihnen bekannt. Die Pressedarstellungen, der Flugblattkrieg, die Anschuldigungen des AStA gegen den RCDS.

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Zeilen einen ausführlichen Bericht geliefert zu haben. Selbstverständlich werden wir Sie über neue Ergebnisse laufend informieren.

Mit vorzüglicher Hochachtung:

gez. Othmar Nikola Haberl,  
Vorsitzender

(Informationen der Universitätsverwaltung, Jahrgang 2 Nr. 6, Dezember 1966, S. 12 ff.)

## DOKUMENT 615

### Genossen,

am letzten Samstag ist eine Menge schief gegangen. Wir haben schlecht demonstriert, und die Polizei hat uns dafür verprügelt. Viele von uns wollten sich in einem Machtkampf gegen die Polizei durchsetzen. Sie haben sich dabei die Formen der Auseinandersetzung von der Polizei vorschreiben lassen. Die kann aber besser prügeln als wir.

Einige meinen, daß die Demonstration deswegen daneben ging, weil sie nicht ordentlich genug verlief. Viele haben gemerkt, daß sie noch nicht unordentlich genug war. Die Stärke der Polizei ist die Ordnung, die sie aufrecht erhält. Unsere Stärke ist die Unordnung, die uns beweglich macht.

Unsicherheit macht uns unbeweglich. Wir müssen uns also zu der Unordnung was überlegen, damit wir uns in ihr zurechtfinden können. Wenn wir Angst haben, verkrampft sind, nicht mehr lachen können, müssen wir einpacken. Wir wollen aber auspacken.

Nur wer zu Hause was eingepackt hat und es am Kurfürstendamm richtig auspackt, wird nicht eingesackt.

Ein paar Vorschläge:

Jeder darf für alles sammeln, wenn er sich eine Büchse macht. Z. B. für: „Warme Wäsche für die Polizei“, „Sturmfeste Kerzen für die Mauer“, „Feilen für die Hertie-Knacker“, „Für Hundekackplätze in allen Bezirken“.

Niemandem ist es verboten, ein Weihnachtspaket so zu zeigen, daß viele Passanten sich dafür interessieren. Man kann es z. B. hinstellen und sie reinsehen lassen, ohne daß gleich ein Auflauf entstehen muß.

Alle haben neben der Pille, neben Liebesperlen, Bonbons und Pariser auch Konfetti und Luftschlangen mit, um sich die Zeit auch ohne Polizei vertreiben zu können.

Weihnachts- und Nationalhymnen dürfen überall erklingen.

Wo gibt es eine schönere Spielwiese als auf dem Kurfürstendamm zw. Kranzler und Cinema Paris?

Gott säge und verhüte Euch bis Sonnabend, 15. 12., 15 Uhr. Die Unordnung soll die Polizei durcheinanderbringen, nicht uns.

(Privatakten, Standort ZI 6: Akte „SDS, A I“)

## DOKUMENT 616

### Spa-Pro

#### Spaziergangs-Protest gegen die Polizei

(am Sonnabend, dem 17. 12. ab 15h auf dem Ku'damm)

Der letzte Sonnabend hat bewiesen: die Polizei des Staates Berlin ist ein schlechter Repräsentant der Demokratie. Wenn gleichzeitig der „regierende Pfarrer“ Albertz sein gutes Verhältnis zu diesen Ordnungshütern hervorhebt und ihrer Brutalität damit seinen Segen gibt, dann ist es an der Zeit zu protestieren.

Der Bild-trainierte „freie“ Bürger wird sein gutgelerntes Zeitungssprüchlein von der Mauer hersagen, er wird den ewigen „Frontgeist“ beschwören, der alles zusammenschweißen soll. Eine „Demokratie“, die sich nur noch als Gegenposition zum Osten versteht, dadurch eigene Widersprüche nicht mehr sehen kann, verliert ihren Inhalt, sie wird selbst zur Diktatur, in der jeder sein eigener Polizeibüttel sein muß, der nach dem Parolenwalzer eines Cäsar Springer und anderer politischer Scharlatane tanzt.

Aus Protest gegen die brutalen Schläger dieser Demokratie gehen wir auf die Straße. Um uns nicht zusammenschlagen zu lassen, um nicht die hilflosen Objekte der Aggressivität junger Leute in Polizeiuniform zu sein, demonstrieren wir nicht in der alten Form, sondern in Gruppen — als Spaziergänger; wir treffen uns an vorher bestimmten Punkten, um uns beim Nahen der Freunde von der Polizei zu zerstreuen, zu Passanten zu werden, um an einem anderen Ort wieder aufzutauchen.

Diese „Spa-Pro-Taktik“ will die versteinerte Legalität lächerlich machen, will das Irrationale der rationellen Ordnung bloßlegen, will durch Spaß zeigen, daß die Vor- und Leitbilder dieser Gesellschaft Narren sind.

Wir „spazieren“ für die Polizei!!!

Wir fordern für sie die 35-Stunden-Woche,

damit sie mehr Zeit zum Lesen haben, mehr Muße für die Bräute und Ehefrauen, um im Liebesspiel die Aggressionen zu verlieren, mehr Zeit zum Diskutieren, um den alten Passanten die Demokratie zu erklären.

Wir fordern eine „moderne“ Ausrüstung für die Polizei; statt des Gummiknüppels eine weiße Büchse, in der sich Bonbons für weinende Kinder befinden und Verhütungsmittel für Teenager, die sich lieben wollen und Pornographie für geile Opas.

Wir fordern eine Gehaltserhöhung:

Das Gehalt muß größer sein als der Sold der Springerschreiber, denn die Polizei ist die letzte Stütze der Demokratie, denn eines Tages wird sie als bewußte Opposition der „Großen Koalition“ in den Bundestag einziehen müssen.

Ausschuß „Rettet die Polizei“ e. V.

(Privatakten, Standort ZI 6: Akte „FU, SF I 1965/66“)

## DOKUMENT 617

### Berichte über die Demonstration am 17. 12. 1966

I.

Ich selbst bin Mitarbeiter großer Berliner und westdeutscher Zeitungen und Rundfunkanstalten und habe — um die Ereignisse publizistisch „auszuwerten“ — am Sonnabend letzter Woche mehrere Stunden unter den Demonstrierenden verbracht (bzw. als „Sympathiseur“ mit eigenem Transparent an der Kundgebung Wittenbergplatz teilgenommen). Was die Ereignisse an der Kreuzung Joachimstaler Straße/Kurfürstendamm betrifft, so kann ich folgendes erklären:

1. Ich selbst habe (meine Verlobte kann das bezeugen) Polizisten rufen gehört: „Wir werden Euch schon noch Gestapo-Methoden beibringen.“ (Inwieweit das auf „Gestapo“-Rufe der Demonstranten zurückging, weiß ich nicht.)

2. Ich wurde auf dem Gelände Kurfürstendamm/Joachimstaler Straße vor schnurrenden Kameras und blitzenden Photoreportern von mehreren Polizisten mit Faustschlägen und Rippenstößen ohne vernünftigen Grund wie ein Hund (sic!) etwa 30 Meter weit getrieben, als ich auf meine Beobachtertätigkeit verwies, ließ man von mir ab — ein Kommissar (Offizier) brüllte mich an: „4711 Kaiserdamm, — 4711 Kaiserdamm“, was er als seine „Dienstnummer“ verstanden wissen wollte (und was natürlich ein — m. E. unverschämter — Ulk war!) Der Grund für meine Mißhandlung, bei der ich mich nur dank leidlich „sportlicher“ Kondition auf den Beinen halten konnte, mag darin gelegen haben, daß mich und meine Verlobte eine Postenkette zum „Weitergehen“ aufforderte, während ich mit einer kurzen, sachlichen Bemerkung nach dem „warum?“ fragte und bat, als Passant stehen bleiben zu dürfen. (Zumal die „Viehtreiber-Methoden“ — so muß man sie bezeichnen — der Polizei absurd bis hysterisch wirkten.) Notabene: z. Z. meiner Mißhandlung war ich nicht mehr Teilnehmer der Demonstration, sondern das, was ich als „sympathisierender Beobachter“ bezeichnen möchte. Im übrigen wollte ich mich auch weder mit (recht jugendlichen) Konfetti-Werfern identifizieren — noch mit jenen, die in Sprechchören wie „wir fordern die Anti-Baby-Pille!“ ausbrachen. Ich meine auch, daß es eine kleine Zahl sachlicher Polizeibeamter gab!

II.

Seit ungefähr 2½ Monaten befinde ich mich in Berlin und studiere an der TU Architektur. Durch Hörensagen erfuhr ich von dem merkwürdigen Verhalten der Polizei bei der Demonstration am 10. 12. 66 und las in den Tageszeitungen die Ankündigung der „Demonstration“ am letzten Sonnabend. Ich wollte mir ein genaueres Urteil bilden und fuhr zum Kurfürstendamm. Ich sah, wie sich eine völlig ruhige Menschenmenge vor dem Café „Zuntz“ bildete und sah, wie die Polizei plötzlich brutal und unmotiviert dazwischenraste und wahllos festnahm. Ich ging weg, um etwas einzukaufen. Als ich gegen 16.45 Uhr (nicht genau) wiederkam und in die Menschenmenge ging (absichtlich), war die Polizei in voller Karriere. Ich passierte irgendwie eine Polizeikette und ging hinter ihr her. Jemand wurde festgenommen: allgemeines Gejohle. Vor mir riefen zwei Jugendliche: „Vopos, Vopos!“ Hinter mir kamen zwei Polizisten, „fragten“ mich, ob ich eben etwas gesagt habe, was ich verneinte; aber da hatten sie mich schon gepackt und schleppten mich weg (ich wehrte mich vor Überraschung). Ein anderer Polizist sieht, daß ich weggeschleppt werde, holt aus und schlägt mir in den Magen, daß ihm die Mütze vom Kopf rutscht. Herr L. von der FU sah das, fragte nach der Nummer des Schlägers und wird sogleich festgenommen. Bis 1.15 Uhr festgehalten, kein Essen, kein Verhör.

III.

Herr S. war zusammen mit seiner Verlobten am 17. 12. 66 unterwegs, um Weihnachtseinkäufe zu tätigen. U. a. führte ihn sein Weg an die Kranzler-Ecke. Er hatte dort im Schuhgeschäft Leiser für seine Verlobte ein Paar Schuhe gekauft. Entsprechende quittierte Rechnungen können vorgelegt werden, die das Datum des 17. Dezember 1966 ausweisen. Er war vorher auch in einem Buchgeschäft und könnte auch hierüber einen entsprechenden Kaufbeleg vorlegen. Herr S. beobachtete auf der Kranzlerseite stehend auf der gegenüberliegenden

Seite (Ufa-Pavillon) eine Ansammlung von Jugendlichen. Er sah auch Polizeiwagen und Polizeibeamte. In diesem Augenblick bildeten sich auch auf der Kranzlerseite mehrere Diskussionsgruppen. Herr S. begab sich zu einer der Gruppen, um sich zu orientieren, worum gestritten wurde. Er kam in Berührung mit zwei älteren Herren; einer von ihnen zog aus einer mitgeführten Aktentasche ein Exemplar der Deutschen National- und Soldatenzeitung und erklärte unter Hinweis auf die Zeitung, daß das seine Partei sei. Diese Erklärung verärgerte Herrn S., der daraufhin etwa sinngemäß erklärte: „Aha. Ihr wollt jetzt das kaputt machen, was wir mit Arbeit aufgebaut haben.“ Offensichtlich hatten Polizeibeamte in Zivil beobachtet, daß sich Herr S. in dieser Weise an der Diskussion beteiligte. Diese Beteiligung dauerte jedoch nur kurze Zeit. Er ging dann zusammen mit seiner Verlobten von der Gruppe weg, um seinen Einkaufsummel am Kurfürstendamm fortzusetzen. Es ist an dieser Stelle hervorzuheben, daß er sich schon nicht mehr in einer Diskussionsgruppe oder in einem Demonstrationszug befand, sondern den Kurfürstendamm als Passant beging. In diesem Augenblick wurde er von einem Polizeibeamten in Zivil angesprochen und aufgefordert, mitzukommen. Er begab sich zusammen mit dem Beamten und seiner Verlobten zu einem Einsatzfahrzeug der Polizei. Die Verlobte versuchte mitzukommen, wurde dann aber kurzerhand wieder an die Luft gesetzt, während Herr S. selbst in das Polizeirevier 127 am Kaiserdamm 1 eingeliefert wurde. Er wurde dort, ohne verhört zu werden, festgehalten bis etwa 5 Min. nach 1.00 Uhr. Offensichtlich ist Herr S. verhaftet worden, weil er einen Bart trägt.

#### IV.

Herr S. hat an dem „Spaziergang“ am 17. 12. 66 auf dem Kurfürstendamm teilgenommen. Er trug zeitweise ein im Straßenbild übliches Werbeplakat für die Bildzeitung mit der Überschrift: „HEUTE: Dr. Marianne Koch — Warum sollen Katzen keine Vögel fressen!“ Das Plakat hat die Größe von etwa DIN A 2. Herr S. bewegte sich zunächst isoliert von anderen „Spaziergängern“ auf dem Kurfürstendamm. Erst mit zunehmender Aktivität der dort eingesetzten Polizeibeamten fanden sich kleinere Grüppchen zusammen. Einer dieser Gruppe schloß sich dann auch Herr S. an. Dabei handelte es sich um eine Gruppe von drei Mann, die sich in Richtung Gedächtniskirche begaben, um dort im Tchibo eine Tasse Kaffee zu sich zu nehmen; die beiden anderen aus dieser Gruppe waren bereits im Tchibo drin, während Herr S. gerade im Begriff war, den Laden zu betreten, als er bemerkte, daß sich von der Gedächtniskirche her eine Polizeikette rasch auf ihn zu bewegte. Er hielt das Ganze für ein Mißverständnis. Er wandte sich in der Tür um und ging den Polizeibeamten ein paar Schritte entgegen, um ihnen das Plakat zu zeigen, da er glaubte, sie gehen in ihrem Einsatz von irrigen Vorstellungen aus. Diese Reaktion hatte jedoch nicht den gewünschten Erfolg. Er wurde von den Beamten sistiert und in ein Polizeifahrzeug gebracht. Er wurde dann bis 1.00 Uhr im Polizeirevier 127 festgehalten. In den Aufzeichnungen der Polizei wird der Zeitpunkt der Festnahme mit 17.00 Uhr angegeben. Auf Grund dieses Sachverhaltes ist gegen Herrn S. folgende Strafanzeige gefertigt worden: „Herr S. hat am oben angegebenen Ort als Teilnehmer einer nicht genehmigten Studentendemonstration die Sicherheit und Leichtigkeit des Straßenverkehrs in recht erheblicher Weise behindert. Zur Tatzeit herrschte starker Fußgänger- und Fahrzeugverkehr (Nachmittagsstunden eines verkaufsoffenen Sonnabends der Vorweihnachtszeit in einem Geschäftszentrum), der durch das Verhalten des Herrn S. stark behindert wurde. Zwecks Personalfeststellung und zur Beseitigung einer bereits eingetretenen Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung wurde Herr S. dem Revier 127 mit einem Polizei-Kfz zugeführt. Daneben trug er ein zu Propagandazwecken dienendes Transparent und hat dadurch die öffentliche Straße mehr als verkehrsüblich in Anspruch genommen. Eine Erlaubnis der Straßenverkehrsbehörde lag hierzu nicht vor.“

#### V.

Die Festnahme erfolgte, kaum daß ich mit meinen beiden Kindern (3 und 5 Jahre alt) ein paar Schritte auf dem Kur-

fürstendamm in Richtung Café Zuntz gemacht hatte, während ich selbstgepöppelte Zettelchen, etwa 60 Stück, verteilte. Hier der Text, den die Polizei nicht einmal zur Kenntnis genommen hat: „DIE VEWERTUNGSGESELLSCHAFT (für) LEBEN“ warnt jeden, sich an SPA-PRO zu beteiligen. Wie leicht können daraus Nachteile im Beruf und körperliche Verletzungen bei den Schlägereien mit der Polizei entstehen. Im Gegenteil wünschen wir jedem Berliner Polizisten ein frohes Weihnachtsfest und ein friedliches neues Jahr!“

Diese belanglosen Zettelchen wurden mir von Demonstranten oder Passanten aus den Händen gerissen, bis ein Zivilist vor mir auftauchte, „Die hier!“ rief und zwei Uniformierte mich ziemlich sanft mitsamt den Kindern zu einer Grünen Minna geleiteten. Den Rest der Zettel warf ich hinter mich. Wir leisteten nicht den geringsten Widerstand, nicht einmal die Kinder protestierten. Die Feststellung und Überprüfung unserer Personalien im Polizeigefängnis dauerte etwa zwei Stunden, anschließend sahen wir uns das Spektakel weiter an. DIE VERWERTUNGSGESELLSCHAFT (für) LEBEN ist eine Körperschaft in der Art eines Ameisenhaufens, die Namensgebung stammt aus einem literarischen Kreis mit dem Bedürfnis nach größerer Gemeinsamkeit.

(Bernhard Larsson, Demonstrationen, Ein Berliner Modell, Voltaire Flugschrift Nr. 10, Berlin 1967, S. 114 ff.)

## DOKUMENT 618

**Der Führer der ‚Berliner Provos‘ verteidigte das Treiben der ‚Roten Garden‘  
Dutschke dreht an einem dollen Ding ...**

Schwarze Strähnen in der Stirn. Stechende Augen unter buschigen Brauen. Lederjackete und Pullover — Rudi Dutschke vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund sieht aus wie der leibhaftige Bürgerschreck. Wo er auftaucht, da riecht es nach Rabatz. Wo er als geistiger Führer der Berliner „Provos“ auf ein Podium steigt, da wimmelt es von Polizisten und „Geheimen“. Am vergangenen Sonnabend wurde der Star-Agitator des SDS bei der Ku'Damm-Demonstration festgenommen und als Rädelsführer beschuldigt. Vorgestern diskutierte Dutschke über Chinas „Rote Garden“.

Rudi Dutschke, als Zonenflüchtling nach Berlin gekommen, warf sich für Maos Rote Garden in die Bresche. Seine Thesen: Peking muß sich auf die „amerikanische Aggression“ vorbereiten. Die Rotgardisten garantieren die „permanente Revolution“! Die Kremelführer sind Rechtsabweichler!

Daß Amerika tatsächlich angreift, darüber gibt es für diese „echten Marxisten“ überhaupt keinen Zweifel. Daß in Rotchina Horden von 14jährigen Schülern Häuser stürmten und alte Menschen auspeitschten? Sieht man die Dinge dialektisch, dann ist das für Dutschke nur „sogenannter Terror“.

### Ärmel werden hochgekrempt

Längst ist Dutschkes Pullover in die Ecke geflogen. Als ihn sein Gegenredner — ein Troztkist — in die Zange nimmt, krempt er die Ärmel hoch.

Keine Antwort bleibt er schuldig. Er nimmt seine Hände zu Hilfe. Er knetet seine Argumente in die Menge wie ein Bäcker die Rosinen in den Teig.

Plötzlich springt er auf, stemmt die Fäuste in die Hüften — ein Feuerwerk revolutionärer Parolen brennt ab.

Immer heftiger wird die Diskussion. Dutschke beschwört die Erzväter des Marxismus. Dem Hausmeister der Schule wird angst und bange.

Auch er führt einen Kampf. Gegen die Raucher in der Aula. Ab und zu taucht er gestikulierend zwischen dem Vorhang hinter dem Podium auf. Doch die 500 Zuhörer hängen an Dutschkes Lippen.

Apropos Rauchen: Maos Rote Garden haben es verboten. Für Berlin allerdings besteht keine Gefahr. Trotz „Kommunen“-Plänen sind sich die führenden Köpfe einig: Mit Roten Garden käme man an der Spree nicht weit. Berlin ist noch nicht „reif“ dafür.



Wir können also weiter rauchen, Blumen züchten und Sonnenbrillen tragen. Wir brauchen unsere Häuser nicht rot anzumalen, keine Mao-Sprüche zu lernen und den Theodor-Heuss-Platz nicht in „Platz der Arbeiter, Bauern und Soldaten“ umzutaufen.

Die Diskussion ist beendet. Da glüht es in Dutschke noch einmal auf:

„Im Frühjahr wird es 500 000 Arbeitslose geben. Aber wir haben noch keine Organisation, um sie zu erfassen.“ Er fordert seine Anhänger auf, sich den Kopf zu zerbrechen. Etwas anderes zu finden als einen Neuaufguß der KPD oder einer USPD. Er will „Revolution“ mit ganz neuen Formen.

Großes Palaver nach der Versammlung. Es muß ein dolles Ding sein, an dem der Dutschke dreht. Revolutionäre Herzen können wieder höher schlagen ...

Udo Bergdoll

RUDI DUTSCHKE — er könnte einem Bilderbuch der Revolution entsprungen sein. Für Berlins „Provos“ ist er der unermüdlische Ideenproduzent. Unser Bild: Dutschke bei einer turbulenten Diskussion mit dem südvietnamesischen Botschafter in der FU.

(BZ, 21. Dezember 1966)

## DOKUMENT 619

### Schande für Berlin!

#### Der rote Terror in der Reichshauptstadt

Eine Minderheit mehr oder minder rötlich angehauchter Studenten beherrscht heute an der Freien Universität die Mehrheit ihrer Kommilitonen, beschließt selbstherrlich Demonstrationen, organisiert Krawalle, terrorisiert politisch Andersgläubige, macht Schlagzeilen in der Westberliner Presse, beschwört eine Krise nach der anderen herauf und setzt Professoren und Akademischen Senat unter Druck. Die Freie Universität Berlin als Tummelplatz von Linksradikalen, Ostkontaktsuchern, „DDR“-Anerkennern und anderen „Trojanischen Pferden“ Pankows und Moskaus. Ein solches Schreckensbild wäre ihren Gründern nicht einmal in den schwersten Alpträumen eingefallen! — So hieß es vor anderthalb Jahren am 30. Juli 1965 in der NATIONAL-ZEITUNG. Wir müssen leider feststellen, daß sich an diesem unerfreulichen Bild inzwischen nichts geändert hat. Im Gegenteil: Der Eindruck, den die FU heute bietet, ist noch betrüblicher als damals.

Vor sechzehn Monaten gab es an der Westberliner Alma mater noch keine roten „Provos“, eine linksradikale Abart politisierender Gammler, die nicht nur die Stätte wissenschaftlicher Lehre und Forschung, sondern auch vorweihnachtliche Spaziergänger auf dem Kurfürstendamm zu terrorisieren versuchen. Immer lauter ertönt daher in den Leserbriefspalten der Westberliner Zeitungen der Ruf empörter Bürger: „Werft die Anarchisten aus der Universität! Streicht die Stipendien, die sie von unseren schwererdienden Steuergeldern erhalten! Schluß mit dem Terror des pseudoakademischen Gelichters!“

Noch vor zwei Jahren versuchten jugendliche Hausierer, Zeitschriftenwerber und Staubsaugerverkäufer bei den Hausfrauen dadurch Mitleid zu erregen, daß sie die in neunzig Prozent aller Fälle unwahre Behauptung vorbrachten, sie seien Studenten, die sich auf diese mühsame Weise ihr Studium verdienen müßten. Seit den skandalösen Vorfällen an der Freien Universität scheint diese Spezies von „Werkstudenten“ ausgestorben zu sein. Die cleveren „Treppenterrier“, wie man in Berlin die an den Wohnungstüren auftauchenden Vertreter und Verkäufer zu nennen pflegt, haben erkannt, daß es heutzutage geschäftsschädigend wirkt, sich als Studiosus auszugeben. Die Bemerkungen, die jetzt die erbosten Hausfrauen vor dem Türzenschlagen machen, wenn sie das Wort „Student“ hören, sind alles andere als schmeichelhaft.

Diese Abwertung des früher gerade bei dem Berliner einfacher Herkunft sehr angesehenen Studentenstandes hat die Freie Universität durch ihr Zurückweichen, ihre offensichtliche Angst vor einer geradezu lächerlich kleinen Minderheit roter Radikalinskis sich selbst zuzuschreiben. Die jämmerliche Feigheit,

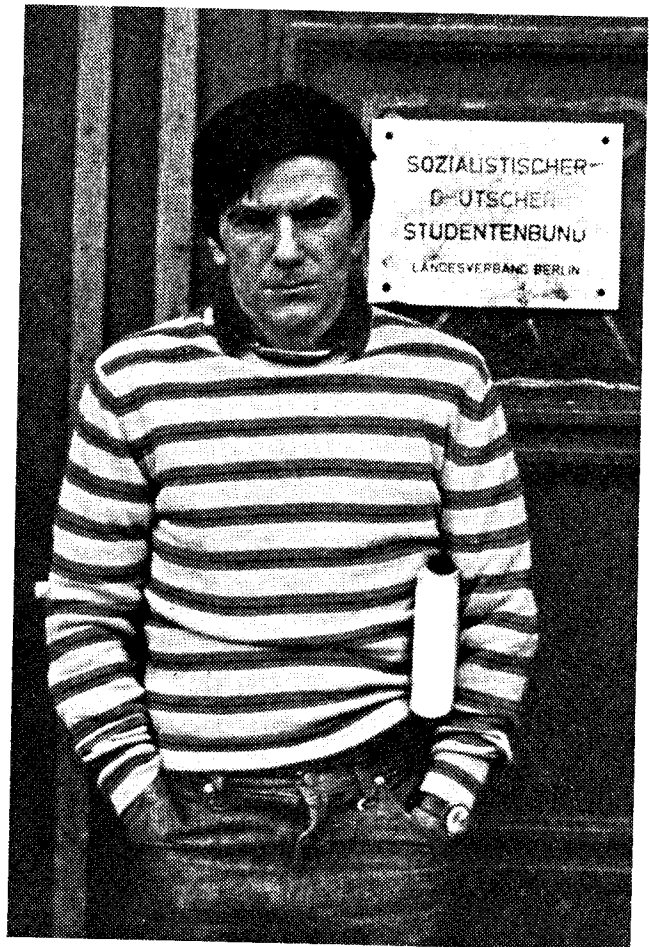
mit der heute Professoren und Studenten auf die unverschämten Provokationen prokommunistischer Einpeitscher reagieren, wird besonders von dem nichtakademischen, aber mit sehr wachem politischen Instinkt ausgestatteten Berliner als ein Verrat an dem Geist der mutigen und entsagungsbereiten Gründer der Freien Universität vom 4. Dezember 1948 angesehen.

Schlagfertige Marktfrauen und sprichwörtlich unerschütterliche Taxifahrer vermögen zu diesem Thema mit Äußerungen aufzuwarten, die so manchen routinierten und aalglatt ausweichenden Parlamentarier in peinliche Verlegenheit bringen können. Deshalb ist in der Westberliner Mini-Demokratie — jeder zweite SPD-Kandidat für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus ist Angehöriger des öffentlichen Dienstes, also Befehlsempfänger der vom Parlament zu überwachenden Exekutive! — des Volkes Stimme bei den Parteipolitikern nicht sonderlich gefragt.

Man wird daher dem unverfrorenen Treiben der roten Rowdys an der FU wohl auch künftig kaum ernsthaft entgegenreten. Denn schließlich handelt es sich um „potentielle“, das heißt, um das neudeutsche Modewort der „fortschrittlichen“ Journalisten und Politiker in allgemein verständliches Deutsch zu übersetzen, um mögliche Wähler der eigenen Partei, die man drei Monate vor dem großen Ereignis doch um gar keinen Preis verärgern möchte. Auch wenn sich, was zu erwarten ist, in den kommenden Wochen Rüpelszenen wiederholen sollten, wie man sie in letzter Zeit erlebte.

### Flegel, Randalierer, Rowdys

Während einer Diskussion über die bevorstehende Studienreform, an der am 26. November 1966 etwa 500 Studenten und FU-Rektor Lieber im Auditorium maximum der FU teilnahmen, stürmten plötzlich 30 Mitglieder des Sozialistischen Studentenbundes und des noch weiter links angesiedelten „Argument-Klubs“ das Podium, zwangen Prof. Lieber, das Mikrofon freizugeben, und verlasen ein Flugblatt, in dem von



Rudi Dutschke vor dem SDS-Büro

„professoralen Fachidioten“ die Rede war, die „miserable Vorlesungen“ hielten. Die Linksradiakalen forderten die Studenten auf, den Kampf gegen die Freie Universität mit den syndikalistischen Mitteln des Vorlesungsstreiks, der Gegenvorlesung und notfalls mit der Gründung einer Gegenuniversität zu führen.

Rektor Lieber wußte keine andere Antwort, als die Veranstaltung zu verlassen, und der AStA-Vorsitzende Nevermann „distanzierte“ sich am nächsten Tag von dem Vorgehen der Radikalen. Die gewaltige Mehrheit der Studenten hielt es nicht für ihre selbstverständliche Pflicht, den Rektor gegen die Pöbeleien der Roten in Schutz zu nehmen und das kleine Häuflein der Schreier mit Gewalt vom Podium zu entfernen.

### Reinster Bolschewisten-Terror

Am 7. Dezember inszenierten SDS-Mitglieder einen neuen schweren Zwischenfall. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten hatte den südvietnamesischen Botschafter in Bonn, Nguyen Quy Anh, eingeladen, vor ihnen einen Vortrag über die Lage in Vietnam zu halten. Gegen 21 Uhr stürmten etwa 600 Mitglieder des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes den Saal und forderten den Botschafter in fleghaftem Ton auf, mit ihnen zu diskutieren. Obwohl sich dieser sofort dazu bereit erklärte, „eroberten“ SDS-Rowdys unter den anfeuernden Sprechchören ihrer Gesinnungsgenossen („Es lebe die Befreiungsfront!“, „Es lebe die Rote Garde!“) wiederum das Podium.

Der Botschafter versuchte, auf jede Frage eine Antwort zu geben, wurde aber durch das frenetische Geheul der Jung-„Akademiker“ daran gehindert. Schließlich verließ er unter dem ohrenbetäubenden Geschrei der SDS-Anhänger den Saal, nachdem er gesagt hatte: „Wollen Sie hier in Ihrem demokratischen Land dieselben Methoden anwenden, wie sie die Vietkong in meinem Land dauernd praktizieren? Lassen Sie mich nicht von hier gehen mit dem Eindruck, daß Sie nicht fair sind.“ Die zukünftige „geistige Elite“ Deutschlands gab sich die größte Mühe, keinen fairen Eindruck zu hinterlassen.

Drei Tage später, am 10. Dezember, organisierten die „Kampagne für Abrüstung“, die „Ostermarschierer“, der Argumentklub, die Humanistische Studentenunion, der Liberale Studentenbund, der Sozialistische Studentenbund und andere „nützliche Idioten“ Moskau eine Straßendemonstration gegen die Politik der USA mit kommunistischen Propaganda-Parolen. Die Polizei wurde mit Vorbedacht provoziert, indem die Demonstranten plötzlich von der vorgeschriebenen Route abwichen und im Laufschrift vor das Bundeshaus in der Bundesallee liefen. Sie widersetzten sich verabredungsgemäß allen Anweisungen der Polizeibeamten und 74 festgenommene Krakeeler konnten sich dann als „Märtyrer“ fühlen und aufspielen.

Genau eine Woche danach, am Samstag, dem 17. Dezember, veranstaltete der Sozialistische Studentenbund auf dem stark besuchten Kurfürstendamm nach dem Vorbild der Amsterdamer „Provos“ eine Demonstration, in der gezeigt werden sollte, „daß die Vor- und Leitbilder unserer Gesellschaft Narren“ und die Polizisten „brutale Schläger dieser Demokratie sind“. Die roten Jung-Genossen zogen unentwegt in kleinen Trupps über den Boulevard, formierten sich auf bestimmte Zeichen hin zu Demonstrationen, lösten sich wieder auf, störten den Verkehr empfindlich und wußten es so geschickt einzurichten, daß völlig unbeteiligte Spaziergänger immer wieder in ihren Reihen mitlaufen und die Abwehrmaßnahmen der Polizei über sich ergehen lassen mußten. Dieser gelang es erst nach Stunden und nachdem Dutzende von SDS-Provos, unter ihnen die Rädelführer, festgenommen worden waren, die Ruhe wiederherzustellen.

Ein älterer Berliner hatte offensichtlich die meisten Passanten hinter sich, als er vor dem Café Zuntz nahe der Gedächtniskirche einem ungeflegten bärtigen SDS-Jüngling in der abgelegten Kluft der von ihm angeblich so gehaßten Ami-Landser voller Zorn ins dümmlich-arrogant verzogene Gesicht schrie: „Ihr Lausejungen seid eine Schande für Berlin!“

Felix M. Preuss

(National-Zeitung, 30. Dezember 1966)

## DOKUMENT 620

### Mal Bummeln gehn

Berlins Polizei machte Ernst mit dem Grundgesetz. Als auf dem Kurfürstendamm harmlose Spaziergänger und fröhliche Provos nicht mehr zu unterscheiden waren, verhaftete sie nach Art. 3, Abs. 1 GG „ohne Ansehen der Person“ Männer, Frauen und Kinder. Und als das Volk unzufrieden wurde, mischten sich zivile Polizeispitzel in die Diskussionsgruppen und zertrümmerten nichtsahnende Gesprächsteilnehmer beim Herannahen der Gefangenenwagen auf die Fahrbahn. Insgesamt schaffte man 86 Arretierte. Im Polizeigefängnis fanden sich auch zwei Journalisten wieder: Kai Hermann von der „Zeit“ und Walter Barthel vom „Kölner Stadtanzeiger“.

So entfesselten am Samstag vor dem vierten Advent 220 Polizisten auf dem Kurfürstendamm einen vierstündigen Krawall gegen etwa dreißig selbsternannte Provos, die allerdings kaum dazu kamen, „auf Berlins schönster Spielwiese, dem Kurfürstendamm zwischen Kranzler und Cinema Paris“ ihre Späße zu treiben: „Jeder darf für alles sammeln, wenn er sich eine Büchse macht. Z. B. für ‚Warme Wäsche für die Polizei‘, ‚Sturm-feste Kerzen für die Mauer‘, ‚Feilen für die Hertie-Knacker‘, ‚Für Hundekackplätze in allen Bezirken‘, Weihnachts- und andere Nationalhymnen dürfen überall erklingen“, hieß es in den hektographierten Provoanweisungen.

Immerhin gelang es einem Pflastermaler, vor dem Café Kranzler Weihnachtsfreude auf den Gehsteig zu zaubern: er entwarf ein Engelchen, das freigebig Antibaby-Pillen um sich streute. Doch die Polizei sprengte alsbald die Zuschauerschar, arretierte den Künstler und sein Publikum.

Der Nachfolger des Regierenden Bürgermeisters und ehemalige Innensenator Pastor Heinrich Albertz kommentierte den vorweihnachtlichen Polizeikrawall: einige Studentengruppen sollten gefälliger begreifen, daß die Spielregeln der Demokratie nicht dem internationalen Boxreglement entlehnt seien. Nun hätte dies kräftige Pfarrerswort besser ins Stammbuch der eigenen Truppe gepaßt — aber für die Berliner ist es kein Novum, daß der Patriarch im Rathaus Schöneberg trotz seines geistlichen Amtes über ein ungebrochenes Verhältnis zu seiner prügelnden Polizei verfügt.

Am Samstag zuvor hatte die Berliner Schutztruppe einen Vietnam-Demonstrationszug, der vom vorgeschriebenen Wege abgewichen war, brutal niedergeknüppelt. Dabei waren die Demonstranten nicht etwa nur SDS-Mitglieder, wie Springer und der „Tagesspiegel“ ihren Lesern weismachten. Auch die Angehörigen einiger christlicher Gruppen waren mitmarschiert, unter ihnen sogar protestantische Geistliche. Doch Glaubensbruder Albertz, mit dem Boxsport offenbar auf besserem Fuß als mit der christlichen Nächstenliebe, ließ sich nicht irremachen. Borniert wies er in den Ruhestand versetzte Gottesmann die AStA-Kritik an den polizeilichen Ausschreitungen zurück. Des Argumentes Spitze: wenn schon Beschwerden über die Polizei vorgebracht werden, dann möchte der Bürgermeister „Roß und Reiter“ genannt haben. Wer einmal mit-erlebt hat, wie prügelnde Polizisten auf die Frage nach ihrer Dienstnummer reagieren, der kann in dieser Antwort nichts als blanken Hohn entdecken. Leidtragende der Albertzischen Einsatzfreude sind aber nicht nur Demonstranten und zufällige Passanten, sondern auch die Polizisten, die sich zu dem schäbigen Geschäft der Knüppelei und wahllosen Inhaftierungen hergeben. Vielen ist es peinlich, aber einigen leuchtet die Freude aus den Augen, wenn es gilt, politischen Nonkonformisten den Staatsbürgerkunde-Unterricht des unter der Freiheitsglocke residierenden Patriarchen Henricus mit Knüppeln einzublauen.

„Berlin braucht keine Provos“, hat Pastor und Sozialdemokrat Albertz einen Senatssprecher noch vor der hochheiligen Nacht verkünden lassen. Berlin braucht diese Provos sehr wohl, denn ihr Auftreten hat dazu beigetragen, einer breiteren Öffentlichkeit das absurde Verhalten der Polizei vor Augen zu führen, die keine Gründe, sondern nur noch Anlässe sucht, um Demonstranten und Passanten zu belästigen, zu prügeln und zu arretieren. Da bedarf es noch nicht einmal eines formulierten politischen Engagements, da genügt schon das hilflose und pubertäre Aufmucken der Provos gegen die Obrigkeit.

Dem Schöneberger Gottesmann aber ist es nicht genug, daß seine ...Cherubim am Kurfürstendamm ihren Ausgleichssport treiben. Vor der Berliner Pressekonferenz teilte er mit, er wolle nun auch der Freien Universität selbst seine Dienste anbieten und auf dem Campus schlichtend tätig werden. Was uns das neue Jahr wohl bringen wird? Will Albertz etwa die Mensa zum Boxring ausbauen oder die Rasenflächen für die berittene Polizei pachten? Sollen die Professoren der Juristischen Fakultät fürderhin mit Schußwaffen und Professor Bet-

termann mit einem Blaulicht ausgerüstet werden? Fragen über Fragen. Auf der nächsten Sitzung des FU-Kuratoriums, dem der Regierende Bürgermeister qua Amt vorsitzt, wird Albertz seine Befriedungspläne vermutlich enthüllen.

Ob er wohl vorher einmal den Hochschulausschuß der Berliner SPD, in dem auch Studenten vertreten sind, konsultieren wird, oder dürfen die Mitglieder dieses Gremiums sich jetzt als Linienrichter im hochschulpolitischen Kampf ihres ehemaligen Innensensors betrachten?

**Albertz 5, Vers 29**

**Ärgert dich aber dein linkes Auge, so reiß  
es aus und wirf's von dir. Es ist dir  
besser, daß eines deiner Glieder verderbe,  
und nicht der ganze Leib in die Hölle  
geworfen werde.**



An Arbeit wird es Pastor Albertz bei seinen FU-Plänen sicher nicht fehlen. So kann er nach den Demonstrationen gegen die Notstandsgesetzgebung, die der AStA Ende Januar veranstalten wird, wieder einmal in das Schatzkästlein seiner Metaphern greifen, um die Brutalität der Polizei zu rechtfertigen. Ob Godesberger oder Gottes Programm: ein passendes Verslein wird er schon reimen.

fu-sp

(FU-SPIEGEL Nr. 55, Januar 1967, S. 7)

## DOKUMENT 621

### Verständigungsschwierigkeiten

Nicht neu ist die Tatsache, daß bei den Gesprächen zwischen Studenten aus Ost und West zuweilen Verständigungsschwierigkeiten auftauchen. Relativ neu ist allerdings die Spielart, in der diese Schwierigkeiten bei einem Seminar zwischen dem Prager SCM und dem Berliner SDS auftraten. Der folgende Abdruck eines Interviews aus der tschechoslowakischen Studentenzeitung „student“, Nr. 5 1967 („Ein Seminar über Koexistenz — Ein Gespräch mit Jan Stich und Jaroslav Navratil“), läßt deutlich werden, mit welcher Verständnislosigkeit die offenbar recht pragmatisch orientierten Studenten des tschechoslowakischen Jugendverbandes auf die Utopie, die ihnen von den Berliner SDS-Vertretern entgegengestellt wurde, reagieren. Wie hätten sie wohl auch anders reagieren sollen, nachdem für Sozialisten der osteuropäischen Länder auf Grund eigener Erfahrungen Utopie von Dogmatismus kaum zu trennen ist.

J. K.

„Anfang Januar dieses Jahres fand ein Seminar zwischen Vertretern des SDS aus West-Berlin und Vertretern unserer Studenten in Kofenov (Isergebirge) statt. Die Delegation des Hochschulrats des ZK des CSM leitete Jan Stich. Jaroslav Navratil aus der Hochschule für Ökonomie hielt das Referat für unsere Seite. Nach dem Schluß des Seminars baten wir beide um ein Gespräch. Weil sie sich bei der Beantwortung unserer Fragen jeweils ergänzten, fassen wir ihre Antworten zusammen.

### Was war das Hauptthema des Seminars?

Koexistenz und die Dritte Welt. Unsere deutschen Freunde haben dieses Thema selbst gewählt. Am Anfang war es uns nicht klar, warum gerade dieses Thema gewählt wurde, aber der Grund zeigte sich dann im Verlauf der Tagung. Nach ihrer Meinung kann man an diesem Thema am besten die Theorien über den sozialen Wandel in der Welt demonstrieren.

### Was war für Sie das Wichtigste und Interessanteste des Seminars?

Eine sehr lebhaft Diskusson entwickelte sich über die Bedeutung der inneren und äußeren Ressourcen für die ökonomische Entwicklung der Länder der Dritten Welt. Das Referat der West-Berliner Studenten basierte auf der Grundthese, daß sich die Entwicklungsländer nicht auf eine wirtschaftliche Hilfe aus dem Ausland verlassen können. Das fremde Kapital hilft nicht bei der Entwicklung dieser Länder, sondern das Wesentliche müsse die Durchführung einer grundlegenden sozial-ökonomischen Veränderung sein. Wir haben hier einen starken Einfluß der chinesischen Konzeption gespürt — das Sichverlassen auf die eigenen Kräfte. Allerdings ist notwendig zu bemerken, daß dieser Einfluß unter den deutschen Gästen verschieden stark ausgeprägt war. Es gab Extremfälle, nicht nur in der Erläuterung der Ansichten, sondern auch in der Art, wie argumentiert wurde. Der größere Teil versuchte eine objektivistische Auffassung darzulegen, dabei wurde auch einer ganzen Reihe von Tatsachenargumenten ein bedeutendes Gewicht beigemessen.

### Zum Beispiel?

Es ist bekannt, daß ein großer Teil der Menschen im Hunger oder in Unterernährung leben müssen. Deshalb scheint es ihnen ganz logisch, daß diese vegetierenden und sterbenden Menschen keine Angst vor einer Revolution oder einem Krieg haben können, weil sie ohnehin unter den derzeitigen Zuständen zum Tode verurteilt sind. Die Diskussion wurde bei diesen

Problemen auch dadurch erschwert, daß die Argumentation von der Seite gekommen ist, von der wir sie nicht erwartet haben. Wir wissen nicht, ob diese Seite als „Linke“ zu bezeichnen ist oder als „Rechte“. Üblicherweise bezeichnet man sie wohl als „Linke“.

### Was hielten Sie von diesem Ansatz?

Unter unseren Bedingungen wären wir mit einer solchen Schlußfolgerung sehr schnell fertig. Aber wir müssen auch ihre Bedingungen berücksichtigen, die in einem Maße von unseren verschieden sind, so daß das formal völlig gleiche Problem grundsätzlich andere Lösungsversuche herausfordert. Wir wurden an die Diskussion der fünfziger Jahre erinnert, in der man bei uns, ohne Rücksicht auf die konkrete Situation, spekuliert hat. Wenn wir beispielsweise über den Kapitalbedarf bzw. den Bedarf an Produktionsmitteln diskutiert haben, haben wir versucht, zu beweisen, daß die Arbeitskraft ohne diese Produktionsmittel nur wenig leistungsfähig, nur wenig produktiv ist. Es ist doch klar, daß eben der Kapitalmangel ein bremsender Faktor der Entwicklung ist.

Die Argumentation von ihrer Seite lief indessen so: Die Kraft und die Tüchtigkeit der Menschen ist unbeschränkt, das muß nur dem Menschen bewußt gemacht werden, im Menschen muß der Wille und die Sehnsucht nach seiner Befreiung erweckt werden. In diesem Sinne verstanden sie auch den Sinn der Kulturrevolution in China. Bei einem Teil der Gruppe ist sogar die Tendenz aufgekommen, die Unterschiede in den Ansichten so stark zu betonen, was manchmal zu der Äußerung geführt hat, es sei abzulehnen, mit uns weiter zu diskutieren.

### Worauf beruhen die Ursachen der Unterschiede in den Vorstellungen, obwohl wir und sie doch in ökonomisch hochentwickelten Ländern leben?

Die Ansichten und Vorstellungen der Menschen sind durch die aufgenommenen Kenntnisse bestimmt, und nur ein kleiner Teil von dem kann durch eigene Erfahrung geprüft werden. Es scheint, daß die Bedingungen, unter denen diese Studenten leben, d. h. auf der einen Seite der Ekel über das kapitalistische System, auf der anderen Seite die Unkenntnis der Probleme des Sozialismus, sie dazu verführen, bei ihren Vorstellungen von Sozialismus auf spekulatives Feld zu geraten. Deshalb haben wir versucht, sie davon zu überzeugen, daß die Revolution allein nicht alle Probleme der Gesellschaft lösen kann, insbesondere nicht die ökonomischen Probleme der Dritten Welt.

### Was habt Ihr außerhalb der offiziellen Diskussion noch gemacht?

Mit der Mehrzahl dieser Gruppe haben wir uns am Sonnabend beim Tanz getroffen. Mit einem Abzeichen Mao Tse-tungs auf der Jacke haben sie wirklich sehr gut Shake getanzt. Jedenfalls war es keine traurige Unterhaltung. Außerdem haben wir über Dinge geredet, die nicht mit dem Seminar zusammenhängen. Sie haben uns beispielsweise als Bürokraten bezeichnet und waren unbeschreiblich stolz darauf, daß ihre Organisation keinen Apparat habe. Daß dies so gerühmt wurde, hat uns die Tatsache erklärt, daß die überwiegende Zahl unserer Briefe, die wir an sie geschickt haben, verloren ging.

### Worüber habt Ihr euch eigentlich geeinigt?

Was die ökonomischen Fragen anbetrifft: über die Notwendigkeit, die inneren Ressourcen zu mobilisieren, auch wenn wir uns selbstverständlich über den zweiten Teil des Problems, d. h. die Problematik der äußeren Ressourcen, nicht einigen konnten. Aber die Mehrzahl der Teilnehmer auf beiden Seiten hat sich eindeutig zu der Auffassung bekannt, daß ein derartiger Austausch auch in der Zukunft nützlich sei.“

(Colloquium, 21. Jahrgang, Heft 4, April 1967, S. 10 f)

## DOKUMENT 622

### Vermerk des Rektorats der FU vom 4. Januar 1967 zur Plakataktion des SDS am 3./4. Februar 1966

Betrifft: Sozialistischer Studentenbund, Gruppe an der FU  
Gemäß § 26 Universitätsordnung können studentische Vereinigungen auf Antrag zur Bestätigung innerhalb der FU zugelassen werden, wenn sie einen „förderungswürdigen Beitrag zur Erfüllung der der Universität gestellten Erziehungsaufgabe“ leisten. Der Erziehungsauftrag der Universität wird nur im Sinne der politischen Gesamtkonzeption der staatlichen Gemeinschaft verstanden, die die Hochschule trägt und ihr die Arbeit an den jungen deutschen Staatsbürgern ermöglicht (vergl. Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 20. Juni 1958 — BVerwG VII C 111.57 —). Hierzu gehört nicht nur die Übereinstimmung mit dem Grundgesetz. Die politische Gesamtkonzeption der staatlichen Gemeinschaft umfaßt vielmehr alle Rechtsgüter, die den Bestand der Gemeinschaft garantieren. Zu diesen Rechtsgütern wird auch die für den wissenschaftlichen Betrieb einer Hochschule und die ordnungsgemäße Ausbildung der Studenten erforderliche Atmosphäre der Ausgeglichenheit sozialer Gegensätze gerechnet, dadurch Unfrieden und Spannungen unter der Studentenschaft (und der akademischen Lehrerschaft) die Heranbildung akademischen Nachwuchses gefährdet werden könnte (vergl. BVerwG in der zitierten Entscheidung).

Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS), Gruppe an der FU, ist 1949/50 nach dem damals geltenden Verfahren als studentische Vereinigung an der FU zugelassen worden. Entsprechend dem im Konventsbeschuß vom 20. April 1950, betreffend die Zulassung von studentischen Vereinigungen zum Ausdruck gekommenen Prinzipien, konnten damals nur solche Vereinigungen nicht zugelassen werden, die gegen die Völkerverständigung arbeiteten, totalitäre Ziele hatten oder terroristische Methoden anwandten oder empfahlen. Daneben waren, um einen „Mißbrauch akademischer Freiheit zu verhindern“, Vereinigungen oder Gemeinschaften, die den Charakter farbentragender Verbindungen hatten, gewissen Beschränkungen unterworfen und schlagende Verbindungen von der Zulassung ausgeschlossen. Nach diesen Prinzipien wurde auch bereits vor dem Konventsbeschuß zugelassen.

„Im Jahre 1966 war in zunehmendem Maße zu beobachten, daß der SDS Veranstaltungen innerhalb und außerhalb der Universität dazu benutzte, zu Störungen des Universitätsbetriebes und der öffentlichen Ordnung aufzurufen, Intoleranz gegen Andersdenkende zu üben und dabei auch nicht vor Verunglimpfungen und Beleidigungen zurückzuschrecken. Ein solches Verhalten dokumentiert sich insbesondere in den nachstehend aufgeführten Fällen:

#### a) Plakataktion im Februar 1966

In der Nacht vom 3. zum 4. Februar 1966 wurden im Berliner Stadtgebiet Plakate mit folgendem Inhalt geklebt: (Es folgt der Text. Vgl. Zeittafeldatum vom 3./4. Januar 1966. Dok. 449)

Bei dieser Aktion wurden folgende Funktionäre des SDS und Mitglieder der Gruppe an der FU von Polizeibeamten auf frischer Tat betroffen und vorläufig festgenommen:

Stud. rer. pol. Klaus Gilgenmann,  
Stud. phil. Jürgen Horlemann,  
Stud. phil. Hans-Joachim Hameister.

#### b) Haltung des SDS zu Studienreformmaßnahmen

Als im Juni 1966 die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen bekannt wurde, versuchte der SDS durch unzutreffende Informationen und klassenkämpferische Parolen Unruhe in die Studentenschaft zu tragen. In den Flugblättern, die im Universitätsgelände verteilt wurden, heißt es u. a.: (Es folgt der Text. Vgl. Zeittafeldatum vom Juni 1966. Dok. 530)

#### c) AStA-Veranstaltung am 26. November 1966

Am 26. November 1966 hatte der AStA zu einer Diskussion mit dem Rektor über Fragen der Studienreform eingeladen. Nach 2stündiger Diskussion verteilten einige Versammlungs-

teilnehmer Flugblätter, während andere auf das Podium stürmten, dem Rektor das Mikrophon entrissen und den Text der verteilten Flugblätter verlasen. Die Flugblätter hatten folgenden Wortlaut: (Es folgt der Text. Vgl. Zeittafeldatum vom 26. November 1966. Dok. 601)

Die Veranstaltung mußte daraufhin abgebrochen werden. Da dem Rektor bekanntgeworden war, daß es sich bei den Störern um Mitglieder des SDS handelte, forderte er den Vorsitzenden der Gruppe an der FU mit Schreiben vom 28. November 1966 auf, zu den Vorfällen Stellung zu nehmen und die Namen der Störer zu benennen. Der SDS lehnte das Schreiben vom 3. Dezember 1966 ab. Den Schriftwechsel zwischen ihm und dem Rektor sowie das Flugblatt vom 26. November 1966 veröffentlichte der SDS in einem neuen Flugblatt vom 5. Dezember 1966, dem er folgenden Passus anfügte: (Es folgt der Text. Vgl. Zeittafeldatum vom 5. Dezember 1966. Dok. 617)

#### d) Wahlprovokateure

Anläßlich der Konventswahlen im Dezember 1966 verteilte der SDS Druckschriften „Was will der SDS“. Hierin kündigte er die Beteiligung der von den zuständigen Gremien der Medizinischen und Juristischen Fakultät unter Mitwirkung der Studentenvertreter beschlossenen Zulassungsmaßnahmen durch Unruhen, Demonstrationen und Streiks an.

#### e) Störung der RCDS-Veranstaltung am 6. Dezember 1966

Am 6. Dezember 1966 hatte der RCDS, Gruppe an der FU, um 20.00 Uhr zu einem Vortrags- und Diskussionsabend über Vietnam in den Theatersaal des Henry-Ford-Baus eingeladen. Hauptredner war der Südvietnamesische Botschafter in der Bundesrepublik. Zur gleichen Zeit fand eine vietnamesische Filmvorführung des SDS im Auditorium maximum des Henry-Ford-Baus statt. Schon vor Beginn der Filmvorführung wurde von dem Veranstaltungsleiter Müller bekanntgegeben, daß man den Südvietnamesischen Botschafter auffordern werde, zur Diskussion in das Auditorium maximum zu kommen. Nach der Filmvorführung wurden einige Studenten in den Theatersaal geschickt, um den RCDS und den Südvietnamesischen Botschafter aufzufordern, mit den Mitgliedern des SDS im Auditorium maximum zu diskutieren. Dieses Ansinnen wurde abgelehnt. Der Südvietnamesische Botschafter erklärte sich jedoch bereit, im Anschluß an seinen Vortrag im Theatersaal Fragen zu beantworten. Daraufhin wurde die SDS-Veranstaltung nicht weiter fortgeführt. Die Teilnehmer wurden vielmehr aufgefordert, sich nunmehr in den Theatersaal zu begeben. Dort wurde der Botschafter durch Zwischenrufe am Weiterreden gehindert. In dem vom Veranstalter angeforderten Bericht heißt es u. a.: (Es folgt ein Auszug aus dem Bericht: „Es folgt der erste größere Tumult... Der Botschafter sieht sich gezwungen, den Saal durch den Hinterausgang zu verlassen.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 15. Dezember 1966. Dok. 631)

Durch diese Aktion hat der SDS zu erkennen gegeben, daß er keinen förderungswürdigen Beitrag mehr zu den Erziehungsaufgaben der Universität leistet, sondern die universitäre und staatliche Ordnung bekämpft und Störungen des Universitätsbetriebes ankündigt. Er hat bisher nichts getan, um solche Mitglieder, die das Ansehen der Universität und der Studentenschaft in der Öffentlichkeit im besonderen Maße in Mißkredit gebracht haben, aus seinen Reihen zu entfernen. Er deckt sie und identifiziert sich im ihren Aktionen. Daran ändert auch nichts die Erklärung des Landesverbandes vom 7. Januar 1967, denn nicht er, sondern die Gruppe an der FU steht hier zur Debatte. Sie ist lediglich eine von vielen im Landesverband zusammengeschlossenen Gruppen. Das Verhalten und die Aktionen ihrer Mitglieder stehen im Widerspruch zu den Erklärungen des Landesverbandes, insbesondere aber zu dem, was gemeinhin unter förderungswürdigem Beitrag zur Erziehungsaufgabe der Universität verstanden wird. Die Gruppe wird erst durch Taten beweisen müssen, daß wirklich eine innere Wendung vollzogen worden ist. Wie die Veranstaltung am 6. Dezember gezeigt hat, geht der SDS dazu über, Veranstaltungen anderer studentischer Gruppen zu stören und im Stil von Rollkom-

mandos politisch Andersdenkende mundtot zu machen. Ein derartiges Verhalten rechtfertigt den Widerruf der Zulassung gemäß § 27 Abs. 5 der Universitätsordnung.

Berlin-Dahlem, den 4. Januar 1967  
Vö/Schk.

(Drucksachen des Abgeordnetenhauses von Berlin, Nr. 442 „2. [abschließende] Beschlussempfehlung des 1. Untersuchungsausschusses — V. Wahlperiode...“, S. 70 ff)

## DOKUMENT 623

Links vom Geist  
Von Matthias Walden

„Aus einer Reihe von Nullen macht man leicht eine Kette“, sagte der polnische Epigrammatiker Jerzy Lec. Eine solche Kette liegt der Alma mater berlinensis um den Hals und klirrt und drückt und reißt. Ein Teil der organisierten studentischen Linken an der Freien Universität Berlin hat sich seit einigen Jahren zunehmend radikalisiert — zunächst in der Gesinnung und nun auch in den Praktiken.

Am Ende des alten Jahres wurde in groben Konturen sichtbar, wie es im neuen Jahr in der Dahlemer Garystraße aussehen wird, wenn die Rowdies weiter das akademische Gesicht Berlins entstellen: eine „Rote Garde“, Abziehbild des häßlichen Pekinger Originals, randalierte in den Straßen der City als immatrikulierter, mobilisierter Mob. Mit Mao-Tse-tung-Plaketten an den Rockaufschlägen wird die Revolution verkündet: die eifernden Aktivitäten dieser fatalen Minorität sind zwar humorlos, aber trotzdem komisch, da sie die Tatbestände des Studenten-Ulkes auf neuartige Weise übererfüllen. Zu lachen gibt es jedoch nichts, da die taube Blüte der Grotteske an einem dicken Ast studentischer Fehlentwicklung blüht. Das haben wir ernst zu nehmen, obwohl und weil es nicht seriös ist.

Schon vor einigen Jahren fiel auf, daß geladene Gäste der FU auf politischen Diskussionen und Podiumsgesprächen ausgezischt und ausgescharrt wurden, ehe sie überhaupt ein Wort gesagt hatten. Sie empfingen diese Zeichen des Mißfallens bereits, wenn sie sich bei der Vorstellung vor ihren Auditorien verbeugten.

Was sich seitdem an der Freien Universität ereignete, ist wohl auch ein Stück persönlicher Tragödie des derzeitigen Rektors Hans-Joachim Lieber, der mir in Gesprächen nach seiner Wahl vor etwa einem Jahr voll Zuversicht sagte, er vertraue fest darauf, das Ärgernis der lärmenden Taktlosigkeiten durch Geduld, Toleranz und unauffällige Appelle an die Einsicht zu überwinden. Meinen Pessimismus teilte er nicht, und ich bedauerte aufrichtig, doch nicht zu schwarz gesehen zu haben, als Rektor Lieber kurz vor Jahresende während einer Diskussion über Studienreformen den Saal verließ, nachdem einige Rüpel das Podium gestürmt und ihn vom Mikrophon verdrängt hatten.

Als es dann später Zusammenstöße mit der Polizei auf dem Kurfürstendamm gab, ließ sich die Hamburger „Zeit“ aus Berlin berichten: „Von der einst so gepriesenen Berliner Liberalität ist nur noch Homosexuellen-Libertinage geblieben. Angestaute antikommunistische Aggressionen entladen sich gegen alles, was studentisch und westdeutsch ist.“ Mit anderen Worten: Die armen linken Studenten werden von den kalten Kriegern Berlins unterdrückt und von ihren Bütteln zusammengeschlagen. Die studentischen Provokateure erscheinen als Opfer, die Provozierten als antikommunistische Aggressoren.

Gegen solche leichtfertige Verallgemeinerungen gilt es zunächst festzustellen: es handelt sich nicht um „die Studenten von Berlin“, sondern um bestimmte Studenten. Sie sind in der Minderheit, wenn ihre Zahl und ihre Lautstärke auch zugenommen haben. (Es gibt natürlich auch „die anderen“ — aber vielleicht ist der Lärm der einen sogar weniger problematisch als die gelähmte, lähmende Stille der anderen.) Die schreiende akademische Linke ist nicht einheitlich. Sie reicht von liberal-sozialistischer Schwärmerei über manche Schattierungen bis zur gewalttätigen Revoluzzer-Pose. Aber einiges Wesentliche kennzeichnet alle Richtungen: sie sind intolerant und anmaßend und haben die Fähigkeit, zuzuhören, eine der elementarsten

studentischen Tugenden, verloren. Außerdem sind sie fast alle antiantikommunistisch. Wenn wir einmal von dem unwesentlichen Kuriosum absehen, daß die Berliner Kopisten der „Roten Garde“ nicht dem Wunschbild der moskautreuen SED entsprechen können, kommen wir um die deprimierende Tatsache nicht herum, daß Ulbricht an der Freien Universität von Westberlin jene rauschenden Erfolge hat, die ihm im eigenen Bereich versagt geblieben sind.

Es ist kaum möglich, genau zu sagen, aus welchen Fakultäten die Radaubröder kommen, aber der besonders hohe Anteil von Studierenden aus dem Otto-Suhr-Institut für politische Wissenschaften ist wohl unbestritten. Es handelt sich da um junge Leute, die die Marxsche Formel „expropriiert die Expropriateure“ hinreißend finden und die mit ihren Mädchen, wie mir zuverlässig berichtet wurde, nächtelang über Engels und Bebel diskutieren, die aber die schlichtesten Formen guten Benehmens aus ihrem Lebens- und Lernpensum aussparen. Dabei können wir Außenstehende nicht ausschließen, daß einiges von dem ideologischen Wildwuchs in Lehrplan und Lehrkörper des Instituts wurzelt. Der Verdacht drängt sich auf, daß hier akademisches Spezialistentum in seiner ganzen zeittypischen Enge im dafür besonders ungeeigneten politischen Bereich „wertfrei“, scheinbar wissenschaftlich und auf unangenehme Weise lehrbuchfromm gezüchtet wird. Einige Seminare praktischer Demokratie, einige Übungen in gelebter Freiheit scheinen versäumt worden zu sein.

Bei den betroffenen und betreffenden Studenten mischen sich wissenschaftlicher Eifer und ideologische Emotionen. Bei vielen sieht es nach fehlgeleiteter jugendlicher Libido aus, nach Revolution um ihrer selbst willen, einer Revolution, die sich ihre Ziele sucht, obwohl und weil sich ihr keine Ziele bieten. Ideologischer Überdruck wird aggressiv. Der militante Pazifismus, der sich in endlosen Vietnam-Protesten entlädt, könnte doch auch (wenn er nicht so modernistisch kokett um die Provokation der engeren Umwelt besorgt wäre) gegen die rotchinesische Kriegspropaganda gerichtet sein, gegen Mao Tse-tungs Atombombe. Aber es wäre wohl zu unauffällig, mit der (aus gutem Grund vorherrschenden) öffentlichen und veröffentlichten Meinung übereinzustimmen.

Die radikalisierte studentische Linke der Freien Universität Berlin will auffallen. Das ist ihr auf eine penetrante Weise gelungen. Jetzt geht es nun nicht darum, sich bei diesen jungen Leuten beliebt zu machen und sich anzubiedern, um sich dem Zielbereich ihrer Aggressionen zu entziehen. Es geht darum, die Wahrheit zu sagen: wir haben es hier mit einer akademischen Variante des Gamlertums zu tun.

Der „unwissenschaftlichen“ physischen Ungewaschenheit als Mittel, fehlende Geltung und Mangel an Persönlichkeit durch Bürgerschok zu ersetzen, erstand eine noch viel unangenehmere Parallele der vorsätzlichen geistigen Ungewaschenheit. Wir sind Nasenzeugen des peinlichen Geruches, der dabei entsteht, und es wird sich sehr bald zeigen, daß eine Universität, die sich von einer rabiaten Minderheit unter Gesinnungsterror setzen läßt, ihre Würde riskiert. Ehe sich der akademische Senat weiter vornehmig zersorgt, sollte er einige Rädelsführer relegieren. Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil.

Der Geist steht links? Die linksradikalen Studenten von Berlin stehen links vom Geist.

(Die Welt, 7. Januar 1967)

## DOKUMENT 624

Erklärung von Gründerstudenten der FU v. 7. 1. 1967

In den während der letzten Jahre und Monate um die Rechte der Studenten geführten Auseinandersetzungen an der FU sind die Vorstellungen und Intentionen der an der Gründung beteiligt gewesenen Studenten in vielfacher Weise beschworen und zitiert worden. Mit der steigenden Intensität der Auseinandersetzungen ist dabei zugleich auch die Bedeutung der Frage gewachsen, wer sich auf den sogenannten Gründergeist — und in welcher Weise — für seinen Standpunkt berufen kann.

Um im Interesse der gesamten Universität zur Klarheit und Wahrheit in dieser Frage beizutragen, haben sich die unterzeichnenden, an der Gründung maßgeblich beteiligt gewesenen ehemaligen Studenten der FU erneut zusammengefunden und übereinstimmend die für sie vorbildlich gewesenen folgenden Leitgedanken erneut formuliert:

Die Freie Universität wurde gegründet, um eine freie Stätte für Lehre und Forschung zu schaffen, nachdem sich in harten Auseinandersetzungen erwiesen hatte, daß die Humboldt-Universität dieser Vorstellung nicht entsprach. Die Voraussetzung für die Errichtung einer freien Universität lag in der demokratischen Ordnung Westberlins, in der allein eine solche Universität ihren Platz haben konnte. Nur hier konnte eine institutionell verankerte Mitbestimmung der Studenten an der Entwicklung und Verwaltung der Universität, eine lebendige Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden geschaffen werden.

In der Satzung der Universität, der Universitätsordnung und der Satzung der Studentenschaft haben diese Bestrebungen ihren rechtlichen Niederschlag gefunden.

Der Aufgaben- und Verantwortungsbereich der Studentenschaft als eines durch Konvent und AStA handlungsfähigen Organs der Universität ergibt sich dabei aus den der Universitätsordnung, und in der Satzung der Studentenschaft haben diese Bestrebungen ihren rechtlichen Niederschlag gefunden.

Der Aufgaben- und Verantwortungsbereich der Studentenschaft als eines durch Konvent und AStA handlungsfähigen Organs der Universität ergibt sich dabei aus den der Universität insgesamt zugewiesenen Aufgaben.

Ausschließlich im Rahmen dieser die Universität in ihrer eigentlichen Zweckbestimmung als Stätte für Lehre und Forschung betreffenden Angelegenheiten bewegen sich demgemäß die von der Studentenschaft dem Konvent und dem AStA übertragenen Mandate. (Hierzu gehören selbstverständlich alle mit der Universitäts- und Studienreform zusammenhängenden Fragen, an deren Gestaltung mitzuwirken der Studentenvertretung aufgetragen ist.)

In den satzungsgemäßen Aufgabenbereich der Studentenschaft und damit in das Mandat der Studentenvertretung fallen somit weder Verpflichtungen noch Rechte, zu Fragen oder Ereignissen Stellung zu nehmen, die die Universität politisch oder sozial unmittelbar nicht berühren.

Soweit der Student — als einzelner oder mit gleichgesinnten Kommilitonen in den studentischen Vereinigungen — dem politischen und gesellschaftlichen Leben außerhalb der Universität verpflichtet und verbunden ist, ist er dies als Mitbürger unseres Staates. Als Bürger der Universität dagegen beschränken sich seine Rechte, Pflichten und damit sein Mandat an die Studentenvertretung auf die Angelegenheit der Universität.

Die Unterzeichnenden sind sich bewußt, daß es zwischen beiden Bereichen immer wieder Überschneidungen geben wird. Richtschnur bei der Lösung der dabei auftretenden Probleme muß der Grundsatz sein, daß die Universität selbst nicht das Forum tagespolitischer Auseinandersetzungen werden darf. Auseinandersetzungen dieser Art sollten den studentischen Vereinigungen überlassen bleiben.

Es mag an dieser Stelle von Aufschluß sein, daß unter den Gründungsstudenten, die politisch durchaus kontroversen Richtungen anhängen, partei- oder tagespolitische Gegensätze in Fragen der Universität nie die geringste Rolle gespielt haben. Wenn einzelne Studentenvertreter, gestützt auf aktive politische Gruppen ihr Mandat als ein allgemein-politisches Mandat interpretieren und damit die Universität in den öffentlichen Meinungsstreit um gesellschaftspolitische sowie innen- und außenpolitische Fragen hineinzuziehen versuchen, entspricht dies den Intentionen der Gründungsstudenten der Universität ebensowenig wie Versuche, aufgrund dieser Überschreitungen das Mitwirkungsrecht der Studenten in allen Zweigen der akademischen und wirtschaftlichen Verwaltung der Universität einzuschränken oder sogar weitgehend abzubauen. Diese Versuche, zu überholten autoritären und patriarchalischen Formen des Universitätslebens zurückzukehren, sind eine ernste Gefahr für den Ruf der Freien Universität Berlin als einer unabhängigen und in sich demokratischen freien Stätte des Forschens, Lehrens und Lernens.

Die Unterzeichnenden sehen sich durch die Auseinandersetzungen an der Universität in ihrer Überzeugung bestärkt, daß die Unterscheidungen zwischen den originären Aufgaben der Studentenvertretung und denen der studentischen Vereinigungen die Position der Studentenvertretung innerhalb der Universität stärken, den Bedürfnissen der Studenten zur freien politischen Betätigung unter studentischen Vorzeichen im richtigen Rahmen bestmöglich Rechnung tragen und der Universität bei der Lösung der vor ihr liegenden großen Aufgaben zum Vorteil gereichen würden.

Priv. Doz. Dr. Michael Kessel	RA Ernst Benda (MdB)
Prof. Dr. G. Kotowski (Mda)	Prof. Dr. Helmut Coper
Dr. Karol Kubicki	Dr. Ernst Fischer Bothof
RA Peter Lorenz (Mda)	RA Werner Günter Grimke
Hans Ludwig Schönthal	Dr. Horst Wolfgang Hartwich
RA Gerhard Schwarz (Mda)	Otto H. Hess
RA F.-W. von Sell	Dr. Wiegand Hennicke (Mda)
Sen.-Dir. Dietr. Spangenberg	Dr. Wolfgang Kalischer
	Dr. Klaus Wermund

(Archiv ZI 6; Akte E 0702 FU/TU „Flugblätter Januar—Mai 1967“)

## DOKUMENT 625

### 5. Resolution zur Politik des SDS Landesverbandes Berlin

#### I

Der SDS hat seiner Tätigkeit im Laufe der letzten Jahre vornehmlich zwei funktionsbestimmte Definitionen gegeben: er sei die einzig intakte sozialistische Organisation in der BRD — und er sei in der BRD insgesamt nur so stark wie an der Hochschule. Die Klammer zwischen diesen beiden Bestimmungen sollte der Satz sein, daß er keine Ersatzpartei sei. Den einzelnen Gruppen des SDS und insbesondere ihren Mitgliedern genügte diese Klammer in ihrer Arbeit nicht, um die Spannung zwischen diesen beiden Funktionsbestimmungen auszuhalten. Sie begriffen ihre Aufgaben und entsprechend ihre Schwerpunktbildung oder Spezifizierung (sei es als „Notstands-politik“, „Vietnam-Arbeit“, etc.) soweit sie über die „engere“ Hochschulpolitik hinausgehen, oftmals als Aufgaben einer weiterreichenden sozialistischen Politik, als ein Erbe, das der SDS wohl oder übel zu verwalten habe. Entsprechend die Differenz zwischen den einzelnen Gruppen: Man konnte fast von Notstands-SDS-Gruppen, Vietnam-SDS-Gruppen, Theorie-SDS-Gruppen sprechen. In den großen Gruppen entsprechend das Nebeneinanderarbeiten in Konvent, Notstandsausschüssen, theoretischen Arbeitskreisen etc., das mit Arbeitsteilung nichts mehr zu tun hatte, weil ihm die gemeinsame politische und permanent diskutierte Zielbestimmung fehlte.

Die politischen Vorgänge der letzten Wochen und Monate sowohl an der Universität als auch im Zusammenhang mit der Großen Koalition führten uns diesen Mangel klar vor Augen. Die Erfahrung mit den im wesentlichen vom SDS initiierten, zum Teil nur von ihm getragenen Aktionen und die sich nur sehr langsam herausbildende Koordinierung der außerparlamentarischen Opposition verweisen den SDS mehr denn je auf eine präzisere Ausarbeitung seiner hochschulpolitischen Konzeption und damit auf eine prinzipielle Klärung seiner organisatorischen Grundlagen.

#### II

Die Denkschrift des SDS zur Hochschulpolitik (Hochschule in der Demokratie) stellt der bestehenden Universität das Modell einer demokratischen Universität kritisch gegenüber. Nicht zuletzt die Tatsache, daß der SDS damit eine Analyse der Struktur und der gesellschaftlichen Funktion der Hochschule und damit zugleich des Arbeitsplatzes des Studenten vorlegen konnte, hat dazu beigetragen, daß die hochschulpolitische Konzeption des SDS über den SDS hinaus beispielgebend wurde und daß Mitglieder des SDS als Studentenvertreter großen Einfluß auf die Studentenpolitik gewannen. Jedoch gerade Ereignisse wie das Sit-in vom 22./23. Juni 1966 an der FU, das die Analyse bestätigte und zeigte, daß die Studenten die Forderungen des SDS zu der ihnen gemacht hatten, offenbarten

zugleich die Gefahr eines Mißverständnisses dieses Konzepts. Denn es wurde einmal mehr deutlich, daß eine Hochschulpolitik, die sich Demokratisierung zum Ziel gesetzt hat, aus schon in der Denkschrift genannten Gründen scheitern muß. Die Analyse hatte gezeigt, daß es keine politische Kraft gibt, die den tatsächlichen Veränderungsprozeß der Universität aufhalten könnte, der aus Kompromissen zwischen den auf Technokratisierung dringenden industriellen und ministerialbürokratischen Interessen und den auf Konservierung der bestehenden Universität bedachten Ordinarien resultiert, und auch keine Kraft, die Träger einer Entwicklung zur demokratischen Universität werden könnte.

Darüberhinaus ist die Krise der Universität als ein exemplarisches Moment der allgemeinen Strukturkrise der westdeutschen Gesellschaft am Ende ihrer Rekonstruktionsperiode zu begreifen. In der Krise der Universität wird sichtbar, daß die aufgrund der sinkenden Wachstumsraten notwendig gewordene „kapitalistische Strukturplanung“ nicht davor zurückschreckt, bisher relativ autonome Bereiche der pluralistischen Phase in den Bereich staatlicher Reglementierung einzubeziehen. Diese Universitätskrise zeigt schon heute, daß die „kapitalistische Strukturplanung“ die Wissenschaft als Produktivkraft den Gesetzen der kapitalistischen Profitmaximierung entsprechend rationalisieren muß. Versuche der progressiven Assistenten und Professoren, auf der Grundlage der politischen Autonomie der Universität, demokratische Formen der Ausbildung durchzusetzen, geraten dazu zusehends in Widerspruch. Die progressiven Kräfte im Lehrkörper können auf diesen Kontakt nur antworten, indem sie die demokratische Massenaktion der Studentenschaft unterstützen.

Diese Aktion ist nicht Mittel zur Verwirklichung der demokratischen Universität, sondern ist zunächst Politisierung der Studentenschaft in der Auseinandersetzung mit den tradierten Autoritäten, die über sie am Arbeitsplatz bestimmen. Die Transformierung der alten Universitätsstruktur in eine Instanz der „kapitalistischen Strukturplanung“, führt zu Kompromissen zwischen den universitären und den gesellschaftlichen Bürokratien auf dem Rücken der Studentenschaft. In der Auseinandersetzung mit der sich anpassenden Universität wird die Studentenschaft konfrontiert mit den Ansprüchen der Gesellschaft an die Wissenschaft. Diese Konfrontation ist als Prozeß politischen Lernens, der die Stellung der Universität in der Gesellschaft und die Gesetzmäßigkeit dieser Gesellschaft selbst den Studenten begreifbar macht, die einzige derzeit zu verwirklichende Form der demokratischen Universität.

### III

Deswegen ist das gegenwärtige Problem der Hochschulpolitik des SDS in Berlin, aus den einzelnen Protestaktionen eine Politik der permanenten Universitätsrevolte zu machen. Notwendige Bedingungen einer solchen Politik sind:

1. Der SDS kann sich weder mit den Institutionen (Studentenvertretung, Kommissionen, etc.) kritiklos identifizieren, noch kann er aus Furcht vor Integration es ablehnen, in diesen zu arbeiten. Vielmehr kann erst die Arbeit in den Institutionen den Widerspruch zwischen dem wissenschaftlichen und demokratischen Anspruch der Universität und ihrer Wirklichkeit in die Konflikte verwandeln, in denen sich die irrational gewordene Autorität selbst entlarvt.
2. Da es konstitutives Moment einer solchen Politik ist, Ergebnisse theoretischer Kritik zum Gegenstand praktischer Erfahrung zu machen, müssen sich alle Aktionen aus der Krise der Universität entwickeln und mit einer möglichst breiten Front der Studentenschaft geführt werden. Die praktische Kritik der Institutionen in Universität und Gesellschaft unter der Perspektive ihrer Negation kann sich nur als öffentliche Kritik durch demokratische Massenaktionen auf dem Campus vollziehen.
3. Die durch den Konvent und die Institutsvertretungen allein nicht herzustellende Öffentlichkeit kann nur durch politische Massenaktionen der Studentenschaft auf dem Campus geschaffen werden. Diese Form der Öffentlichkeit ist unerläßliches Element des politischen Lernprozesses, der die Selbsttätigkeit der Studenten zum Ziel hat, und ist Bedingung für die Möglichkeit der Weiterarbeit in den Institutionen.

4. Die inhaltliche Ausarbeitung dieser Politik muß der gründlichen Diskussion unseres Verbandes unterliegen. Denn erst ihr öffentlicher Charakter macht sie immun gegen Denunziation und damit unanfällig gegen die Gefahr, den öffentlich auszutragenden Konflikt aus ihrem Zentrum zu verlieren. Deshalb kann eine Politik, die bereits von ihrer Konzeption her den SDS innerhalb der Studentenschaft dadurch isoliert, daß sie nur eine Minderheit der Studenten ansprechen will, nicht die Möglichkeit unserer Hochschulpolitik ausschöpfen.

Die Hochschulpolitik ist nicht nur die originäre Praxis des Verbandes, sondern zugleich ein Modell für politische Praxis in anderen Sektoren der Gesellschaft. Denn nur in dem Maße, wie die Hochschulpolitik des SDS von großen Teilen der Studentenschaft aufgenommen wird, wird der Modellcharakter dieser Politik auch von der sich organisierenden außerparlamentarischen Opposition in anderen gesellschaftlichen Bereichen begriffen werden. Der Erfolg dieser Strategie bemißt sich nicht allein an den zugestandenen Mitbestimmungsrechten, an der Verhinderung reaktionärer Reformen, sondern an der in diesem Kampf zu gewinnenden Solidarisierung und gemeinsamen politischen Aktion der verschiedenen oppositionellen Gruppierungen in der Gesellschaft.

Nur insofern der SDS an der Hochschule seine politische Position darstellt und seine politische Funktion realisiert, kann er seine anderen wichtigen Randfunktionen unter verschärften gesellschaftlichen Bedingungen den eigenen Möglichkeiten und der jeweiligen politischen Relevanz entsprechend besser erfüllen; seien diese Randfunktionen nach Maßgabe der gesellschaftlichen Entwicklung nun als Kampf gegen die Notstandsgesetze, als Enthüllung der Rolle der Großen Koalition im entfunkionalisierten Parlamentarismus oder als Überwindung des bloß moralischen Protestes gegen den Krieg der Amerikaner in Vietnam zu verstehen.

### IV

Die hier dargestellte Politik wird im Zuge ihrer Verwirklichung notwendig organisatorische Konsequenzen hervorbringen. Um so gebotener ist es, daß wir unsere Arbeit und unsere Vorstellungen nicht bloß diskutieren, sondern daß die Diskussionsergebnisse stets den Charakter durchsetzbarer Verbindlichkeit haben. Politische Passivität eines Teils der Mitglieder unserer Organisation stellt zunehmend den Fortschritt der Organisation insgesamt in Frage. Ebenso kann eine Teilniederlage aufgrund irgendeiner nicht vom ganzen Verband getragenen Sonderaktion zehn Teilerfolge zunichte machen. Aufgrund der hier dargelegten Prinzipien muß der SDS das Verhalten einiger seiner Mitglieder gegen Ende der AStA-Veranstaltung am 26. 11. 1966 in der FU verurteilen.

Der Landesvorstand und der Politische Beirat und letztlich die Mitgliederversammlung sind Zentrum der theoretischen Diskussion und politischen Aktion des Verbandes. Der Landesvorstand ist darum verpflichtet, sich von Aktionen, die von Mitgliedern durchgeführt werden, ohne vom Politischen Beirat und vom Vorstand diskutiert und gebilligt zu sein, zu distanzieren, sofern sie den von den Mitgliedern gemeinsam erarbeiteten Prinzipien widersprechen. Die Mitgliedschaft der an solchen Aktionen Beteiligten kann vom Vorstand sofort suspendiert werden. Zum Zweck der Beschlußfassung über die Konsequenzen, die aus deren Verhalten zu ziehen sind, ist eine außerordentliche Landesvollversammlung einzuberufen.

Angenommen auf der Landesvollversammlung des SDS, Landesverband Berlin, am 7. Januar 1967.

(Privatakten, Standort ZI 6: Akte „SDS, AI“)

## DOKUMENT 626

Freie Universität Berlin

Berlin, den 9. 1. 1967

Allgemeiner Studentenausschuß

Zu der am 7. 1. 1967 von 16 Gründern der Freien Universität abgegebenen Stellungnahme nehmen die Unterzeichneten wie folgt Stellung:

Wir begrüßen den Widerstand der unterzeichneten Gruppe von FU-Gründern gegen die Einschränkung der Mitwirkungs-



rechte der Studenten „in allen Zweigen der akademischen und wirtschaftlichen Verwaltung der Universität“. Zugleich machen wir jedoch darauf aufmerksam, daß diese Mitwirkungsrechte für die heutige, durch den inzwischen erfolgten Ausbau der Universität entstandene Situation nicht mehr genügend sind. Es wäre erfreulich gewesen, wenn die Gruppe der Unterzeichner dieser Notwendigkeit Rechnung getragen und sich den oft vorgetragenen Forderungen der Studentenschaft der FU angeschlossen hätten, mit einer Demokratisierung der heute reformbedürftigen Universität die Mitbestimmungsrechte der Studenten auf alle Bereiche, also auch auf die einzelnen Disziplinen und deren Wissenschaftsbetrieb auszuweiten.

Statt dessen geht die Stoßrichtung der Stellungnahme der unterzeichneten Gruppe in eine uns unverständliche Richtung. Sie bezweifelt das politische Mandat der Studentenschaft und damit der Studentenvertretung, das diese Gruppe selbst während der Zeit ihrer Tätigkeit an der FU praktiziert und niemals in Zweifel gezogen hat. So faßte 1950 der erste Konvent der FU, dem ein großer Teil der Unterzeichneten in maßgeblichen Funktionen angehörte, den Beschluß:

„Die Studentenvertretung der FU hat den bisher von der Bundesregierung eingeschlagenen Weg aufmerksam verfolgt und ist der Meinung, daß sie sich der Haltung der Bundesregierung anschließen kann“.

Derartig pauschale politische Bewertungen hat die jetzt kritisierte Studentenvertretung niemals abgegeben.

Noch auf der 3. o. Sitzung des 2. Konvents forderte 1951 der Abgeordnete Lorenz lt. Protokoll des Konvents:

„Die Studentenvertretung dürfe sich nicht im Formalen verlieren, sondern müsse neben den kleinen Fragen des Alltags die großen Probleme anzupacken versuchen, die heute die gesamte Öffentlichkeit interessieren. Als solche Probleme im Rahmen der Studentenschaft erscheinen heute die Fragen: Deutscher Beitrag zu einer westeuropäischen Verteidigung und andere.“

Heute schließt sich derselbe Herr Lorenz, inzwischen CDU-Mitglied der politischen parlamentarischen Vertretung Berlins, der Forderung an,

die Studentenvertretung habe „weder Verpflichtungen noch Rechte, zu Fragen oder Ereignissen Stellung zu nehmen, die die Universität politisch oder sozial unmittelbar berühren“. Darüber hinaus ist zu sagen:

1. Wir halten in der Tat das politische Pauschalmandat, das sich die Gründer der FU zuschrieben, für wenig bedacht. Die heutige Studentenvertretung ist der Meinung, daß Gesamtpolitik und Hochschulpolitik enger im Zusammenhang stehen, als dies in den politischen Beschlüssen der ersten FU-Konvente zum Ausdruck kam.
2. Es ist unrichtig, daß die Beschäftigung auch mit für Studenten wichtigen politischen Fragen die hochschulpolitische Arbeit der Studentenvertretung gelähmt habe. Im Gegenteil hat die Studentenvertretung immer dann, wenn sie sich kritisch mit politischen Ereignissen auseinandersetzt, zugleich auch hochschulpolitisch intensiv gearbeitet. Dieser Zusammenhang ist mit einer quantitativen Analyse von Konventsbeschlüssen und -Diskussionen belegbar.
3. Der einzige Zeitraum, in dem die Anzahl politischer Beschlüsse, die vom studentischen Bereich völlig abgehoben sind, die Anzahl hochschul- und studentenpolitischer Beschlüsse des Konvents überwog, ist nachweislich das Jahr 1960, in dem der Konvent jeweils Angehörige des RCDS zu AStA-Vorsitzenden wählte.
4. Der Widerstand der akademischen Verwaltung und des Senats der FU hat sich erst dann gegen das politische Mandat der Studentenvertretung gerichtet, wenn sich Resolutionen kritisch mit den politischen Verhältnissen in der Bundesrepublik befaßten oder Kritik an befreundeten Nationen enthielten. Die Gruppe der FU-Gründer, die sich nun gegen das politische Mandat wendet, scheint sich den Ressentiments der akademischen Verwaltung gegen diese Praxis des Konvents angeschlossen zu haben, wenn sie ihr eigenes politisches Verhalten in der Vergangenheit aus dem Gedächtnis verdrängt.

In ihrer Argumentation übersehen die Unterzeichner der Erklärung vom 7. 1. 1967 den Wandel, der sich inzwischen an der Freien Universität vollzogen hat. Diesen Veränderungen kann die Studentenvertretung nicht mehr nur mit den früheren Mitteln begegnen, die den FU-Gründern noch zur Verfügung standen. Die Tatsache, daß die entscheidenden Mängel in der derzeitigen Hochschulstruktur, von deren Folgen die Studenten teilweise existentiell betroffen sind, von der Gruppe der unterzeichneten FU-Gründer nicht mit einem Wort erwähnt sind, beweist deutlich, daß ein Erinnern an die organisatorischen und ideellen Prinzipien der Gründung nicht mehr ausreicht, die heutigen Probleme der Studentenschaft und der FU selbst zu erkennen. Es genügt nicht, von gesicherten gesellschaftlichen Positionen innerhalb und außerhalb der Universität aus beschwörende Appelle abzugeben. Mit solchen rhetorischen Aktionen ist der heutigen Studentenschaft in keiner Weise gedient, ebenso ist es einfach falsch, die Studentenvertretung mit jeder Aktion zu identifizieren, an der Studenten, in einzelnen Fällen sogar maßgeblich, beteiligt waren. Das eigentliche Unbehagen der Unterzeichner scheint sich an der Tatsache zu entzünden, daß gesellschaftspolitisch engagierte Studenten an der FU die Hochschulpolitik tragen. Bei der derzeitigen Verfassung der Hochschule und der sie umgebenden Gesellschaft ist diese Art der Studentenvertretung jedoch gerade ein Beweis dafür, daß ohne dies politische Engagement Hochschulpolitik nicht mehr möglich ist. Was die Beschränkung auf die Lösung sogenannter Sachfragen für Ergebnisse zeitigt, scheint uns die völlige hochschulpolitische Apathie beispielsweise der Berliner CDU genügend abschreckend zu zeigen.

Da sich heute die gesellschaftspolitischen Vorstellungen von FU-Studenten und ihrer Vertretung in der Hochschulpolitik notwendigerweise niederschlagen und wiederfinden lassen, fordern wir die besagte Gruppe von FU-Gründern auf, mit uns in diese Diskussion um die Verhältnisse an der Freien Universität einzutreten. Es ist sinnlos, der Studentenvertretung ein politisches Mandat abzuspochen.

An einer solchen Diskussion ist uns um so mehr gelegen, als es uns unverständlich erscheint, wie man der jetzigen Studentenvertretung ein politisches Mandat absprechen kann, das in der kritisierten Weise, vollkommen losgelöst von den Problemen der Universität, nur in den ersten Jahren der FU gehandhabt worden ist.

Die jetzige Studentenvertretung der FU füllt das politische Mandat im Rahmen einer Hochschulpolitik aus, die praktische Kritik an der derzeitigen Universitätsstruktur bedeutet, und den gesellschaftlichen Rahmen berücksichtigt, in den die Universität gestellt ist.

Die Unterzeichner befürworten eine solche Auffassung von Studentenvertretung, die das politische Mandat im Sinne der Charta des Verbandes Deutscher Studentenschaften im Rahmen ihrer Mit- und Selbstverwaltungsaufgaben weiterhin zur Geltung bringen wird. Jeder Versuch der Universität, diesen Rahmen weiter einzuengen, wird die Probleme an der Freien Universität nicht lösen, sondern verschärfen.

Werner Lottenburger	AStA-Vorsitzender 1955/58
Dr. Klaus Meschkat	AStA-Vorsitzender 1958
Martin Schmidt	AStA-Vorsitzender 1958/59
Karl-Heinz Zenz	AStA-Vorsitzender 1959/60
Peter Müller	AStA-Vorsitzender 1961/62
Dietrich Schmidt-Hackenberg	AStA-Vorsitzender 1962/63
Werner Gebauer	AStA-Vorsitzender 1963/64
Wolfgang Roth	AStA-Vorsitzender 1964/65
Wolfgang Lefèvre	AStA-Vorsitzender 1965
Niels Kadritzke	AStA-Vorsitzender 1965/66
Knut Nevermann	AStA-Vorsitzender ab 1966

(Archiv ZI 6: Akte E 0702 FU/TU „Flugblätter Januar—Mai 1967“)

## DOKUMENT 627

Wortlaut der Erklärung des Senats von Berlin vom Dienstag, dem 10. Jan. 1967, zu den Vorgängen an der Freien Universität

„Der Freien Universität Berlin wurde eine Verfassung gegeben, die es ihr ermöglicht, in Freiheit und in der Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden ihre Bildungs- und Forschungsaufgaben zu erfüllen. In den vergangenen Jahren haben Senat und Abgeordnetenhaus den Ausbau der Freien Universität entscheidend gefördert.

Bedauerliche Ereignisse der letzten Zeit haben dem Ansehen der Freien Universität, insbesondere der Studentenschaft, geschadet. Besonders zu verurteilen ist der Vorfall, bei dem es zu beleidigenden Handlungen gegen den Rektor kam, als er sich den Studenten in einer offenen Diskussion stellte. Zwar ist sich der Senat bewußt, daß es sich in diesen Fällen nur um eine Minderheit von Studenten handelt, die durch ihr Verhalten die gesamte Studentenschaft und damit die Freie Universität zu diskreditieren droht, um aber diese Gefahr abzuwenden, erscheint es dringend notwendig, daß die große Mehrzahl der Studenten und insbesondere Konvent und AStA sich in solchen Fällen schnell, deutlich und wirksam von unververtretbaren Verhaltensweisen distanzieren.

Bei Wahlen zum Konvent geht die große Mehrzahl der Studenten zweifellos davon aus, daß sie den daraus hervorgehenden Organen in erster Linie den Auftrag gibt, sich um die Probleme der Universität zu kümmern.

Bei allem Verständnis, das der Senat für das Interesse der Studenten an politischen Fragen hat, muß er doch entschieden darauf hinweisen, daß die studentischen Veranstaltungen nach den selbstgesetzten Ordnungen der Universität in einer Form stattfinden müssen, die dem Ansehen der Universität und dem geistigen Anspruch ihrer studentischen Bürger Rechnung tragen. Der Senat wird der Freien Universität jede Unterstützung zuteil werden lassen, wenn ihre Organe gegen Strömungen der verfassungsmäßigen Ordnung vorgehen. Das gilt auch für die Wahrnehmung des Hausrechts durch den Rektor.

Den Ordnungen der Freien Universität sind Verhaltensweisen fremd, die Studentenschaft und Universitätslehrer prinzipiell als Gruppen mit entgegengesetzten Interessen auffassen. Der Senat erwartet daher, daß alle Glieder der Universität im Geiste der Zusammenarbeit den ihr aus der Universitätsverfassung erwachsenden Verpflichtungen nachkommen und die ihnen zugewiesenen Aufgaben erfüllen.

Hochschul- und Studienreform werden in der nächsten Zeit die besondere Aufmerksamkeit der Universität und des Gesetzgebers in Anspruch nehmen. Dabei wird eine künftige Universitätsgesetzgebung davon ausgehen müssen, daß das Verhältnis der Universität zum Staat mit davon abhängt, wie gut die Universität in der Lage ist, die ihr übertragene Selbstverwaltung glaubwürdig zu gestalten. Bei der Lösung der hier anstehenden Probleme ist auch eine intensive und konstruktive Mitarbeit der Studentenschaft notwendig, die sie nicht leisten kann, wenn ihr Ansehen in der Öffentlichkeit ständig durch unverantwortliches Verhalten von Minderheiten Schaden leidet.

Der Senat appelliert nachdrücklich an Universitätslehrer und Studentenschaft, sich aktiv in die Reformbemühungen einzuschalten und mit dazu beizutragen, die Lage an der Freien Universität zu entspannen.“

(Archiv ZI 6: Akte 12.12 „UniG. V, Januar—August 1967“)

## DOKUMENT 628

### Die Erklärung der Drei

Erklärung der 1. AStA-Vorsitzenden der FU, Wohlrabe (1960), Lummer (1960/61) und Mudra (1961) zur Presseerklärung vom 10. 1. 1967 der linksstehenden AStA-Vorsitzenden der Jahre 1958/59 und 1962 bis 1966:

1. Die drei genannten ehemaligen AStA-Vorsitzenden Wohlrabe, Lummer und Mudra weisen den Vorwurf der linksstehenden AStA-Vorsitzenden, in ihrer AStA-Zeit seien eine größere

Anzahl Beschlüsse zu tagespolitischen Fragen im studentischen Bereich gefaßt worden, als falsch zurück. 2. Den in der Presseerklärung vom 10. 1. 67 genannten AStA-Vorsitzenden muß Falschspielerei vorgeworfen werden, da sie einerseits ein ausgedehntes politisches Mandat für die Studentenvertretung auch in tagespolitischen Fragen praktizieren, andererseits während der Wahlen für das Parlament der FU stets nur die Sachlichkeit der Arbeit in studentischen Belangen in den Vordergrund gestellt haben. Sie warben und werben noch heute mit Mensa, Studienförderung und Hochschulfragen. Nach der Wahl aber mißbrauchen sie ihre Stellung, um angeblich im Namen der Studentenschaft Tagespolitik zu machen.

3. Die drei genannten ehemaligen AStA-Vorsitzenden sprechen außerdem den Herren Meschkat, Martin Schmidt, Peter Müller, Dietrich Schmidt-Hackenberg, Werner Gebauer, Wolfgang Roth, Wolfgang Lefèvre, Niels Kadritzke, Knut Nevermann die Legitimationen ab, an den Gründern der FU Kritik zu üben, da die genannten Herren selbst während ihrer Amtszeit gegen die in der Satzung der FU aufgestellten Prinzipien verstoßen haben. Es darf in diesem Zusammenhang nur daran erinnert werden, daß die ehemaligen linksstehenden AStA-Vorsitzenden nacheinander Aktionen im Namen der Studentenschaft der FU unterstützt haben, ohne jemals von den Studenten dazu legitimiert worden zu sein, die dazu noch im krassen Gegensatz zur Meinung der Studentenschaft standen:

a) 1958/59 Studentenkongreß gegen Atomrüstung an der FU unter Beteiligung kommunistischer Funktionäre.

b) Unterstützung des sogenannten Appells zur Passierscheinfrage in Zusammenarbeit mit dem ständigen Arbeitsausschuß für Frieden, nationale und internationale Verständigung, der vom Regierenden Bürgermeister Albertz am 28. 8. 1964 in der „Berliner Abendschau“ als eindeutig von kommunistischen oder halbkommunistischen Organisationen getragen bezeichnet wurde.

c) Im September 1965 sogenannter Appell „Frieden für Vietnam“ in Zusammenarbeit mit ebenfalls kommunistischen und halbkommunistischen Organisationen.

d) Unterstützung der Aktion „Neues Deutschland“ mit der Aufforderung, dem Verein zur Förderung Sozialistischer Studenten e. V. Hilfe angedeihen zu lassen.

e) Unterstützung des sogenannten Kreises für Notstand der Demokratie im Oktober 1966 in Verbindung mit vielen als Unruhestiftern an der FU bekannten linksstehenden Organisationen wie: Argument-Club, Ostermarsch der Atomgegner, SDS, LSD, Gewerkschaftliche Studentengemeinschaft, Humanistische Union etc. Viele der oben genannten Studentenvertreter gehören diesen Organisationen an.

Aus den hier genannten Gründen halten wir die oben genannten Herren für nicht berechtigt, die Gründer der FU zu kritisieren, noch im Namen der Studentenschaft zu sprechen.

Jürgen Wohlrabe, Heinrich Lummer, Peter Mudra

(Colloquium. 21. Jahrgang Februar/März 1967, Heft 2/3)

## DOKUMENT 629

### Protokoll der ordentlichen Senatssitzung am 11. Januar 1967

Beginn 15.15 Uhr, Ende 12. 1., 06 Uhr

Anwesende: Magnifizienz Prof. Dr. Lieber

Prorektor Prof. Dr. Lüers

Prof. Dr. Witt

Prof. Dr. Boch

Prof. Dr. Sieg

Prof. Dr. Wetzel

Prof. Dr. Loos

Prof. Dr. Grottemeyer

Prof. Dr. Spier

Prof. Dr. Dr. Dr. Schützler

Prof. Dr. Blomeyer

Prof. Dr. Dr. Arndt

bis 0.15 Uhr

Prof. Dr. Elze

Prof. Dr. Bschor

Privatdozent Dr. Kloidt

stud. phil. Wirth

#### 4.) Bericht des Rektors über die Situation an der FU und Überprüfung der Förderungswürdigkeit einer studentischen Vereinigung

a) Der Rektor berichtet über die Entwicklung seit der letzten Senatssitzung, insbesondere über seine Gespräche mit dem Senator für Wissenschaft und Kunst und dem Regierenden Bürgermeister.

Nach eingehender Aussprache und Ablehnung eines von Professor Arndt vorgelegten Entschließungsentwurfs beschließt der Senat in geheimer Abstimmung mit 11 gegen 6 Stimmen bei einer Stimmenthaltung folgende Erklärung:

Der Akademische Senat der Freien Universität Berlin hat mit großer Sorge feststellen müssen, daß in letzter Zeit erneut Aktionen einzelner Studenten bzw. studentischer Gruppen dem Ansehen der Freien Universität und ihrer Studentenschaft schwer geschadet haben.

Der Akademische Senat der Freien Universität Berlin stellt fest:

1. Das Verhalten einzelner Studenten und studentischer Gruppen, die offensichtlich die akademische Freiheit ebenso mißverstehen wie das Recht der freien Meinungsäußerung, ist nicht repräsentativ für die Studentenschaft der Freien Universität Berlin. Die Studentenschaft der Freien Universität und ihre Vertretung werden daher aufgefordert, stärker — als bisher geschehen — sich von solchem Verhalten zu distanzieren. Lehrkörper und Studentenschaft haben dafür Sorge zu tragen, daß der freie Urteilsbildungsprozeß gewährleistet bleibt.
2. Der Rektor und Senat werden alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel anwenden, um dafür zu sorgen, daß Übergriffen von Studierenden, die mit der akademischen Freiheit in Widerspruch stehen und gegen die Universitätsordnung verstoßen, entgegengetreten wird.
3. Der Akademische Senat nimmt mit Befriedigung davon Kenntnis, daß mit den Studenten in den Studienreformkommissionen eine gute Zusammenarbeit besteht. Er nimmt diese Tatsache zum Anlaß, an alle Bürger unserer Universität, Lehrende und Lernende, den Appell zu richten, in gemeinsamer Verantwortung und Wahrung der durch Satzung geregelten Kompetenzen und gesicherten Formen der Kooperation bei der Lösung der vor der Universität stehenden Probleme der Reform mitzuarbeiten.
4. Der Akademische Senat hält sich für berechtigt und verpflichtet, die Studentenschaft der Freien Universität gegen unberechtigte Angriffe in Schutz zu nehmen. Er erklärt darüber hinaus mit Nachdruck, daß der freie Meinungsaustausch, der eine Universität in der freien Welt auszeichnet, nicht unterbunden werden kann und darf.

Bei der geheimen Abstimmung über die einzelnen Teile der Erklärung werden die Einleitung mit 10 gegen 8 Stimmen, die Ziffer 1) mit 14 gegen 4 Stimmen, die Ziffer 2) mit 12 gegen 6 Stimmen, die Ziffer 3) mit 13 gegen 4 Stimmen bei einer Stimmenthaltung und die Ziffer 4) mit 10 gegen 8 Stimmen angenommen.

b) Der Rektor berichtet über die Aktionen des SDS (auf der Sitzung vom 25. Januar 1967 geändert in: Aktionen, an denen Mitglieder des SDS beteiligt waren, S. L., T. F.) und die Briefe, die er nach dem Gespräch zwischen Professoren und Mitgliedern des SDS in der Wohnung von Professor Arndt vom SDS erhalten hat. Professor Arndt schildert den Verlauf des Gesprächs.

Nach eingehender Aussprache beschließt der Senat in geheimer Abstimmung mit 14 gegen 2 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen folgende Erklärung:

Am 26. 11. 1966 wurde eine vom AStA der FU veranstaltete Diskussion mit dem Rektor über Fragen der Studienreform durch Aktionen eines sogenannten Provisorischen Komitees zur Vorbereitung einer studentischen Selbstorganisation so empfindlich gestört, daß sie abgebrochen werden mußte. An diesen Störaktionen waren erwiesenermaßen Mitglieder des SDS beteiligt.

Der Akademische Senat der FU stellt hierzu fest, daß Inhalt und Form der Störaktionen am 26. 11. 1966 eindeutig gegen Ordnung, Geist und Erziehungsauftrag der Universität verstoßen haben.

Zu dieser Feststellung sieht sich der Akademische Senat um so mehr veranlaßt, als die Vorfälle am 26. 11. 1966 nicht isoliert als einmalige Entgleisung einiger Mitglieder des SDS gesehen werden können; vielmehr sind sie offenbar Indiz für ein Verhalten, das in letzter Zeit mehrfach Aktivitäten des SDS als Gruppe oder aber einzelner SDS-Mitglieder kennzeichnete.

Beispielhaft werden hierfür genannt:

- 1) die illegale Plakataktion in der Nacht vom 3. zum 4. 2. 66 in der Stadt und am Henry-Ford-Bau sowie in anderen Universitätsgebäuden, in deren Verlauf vier Studenten der Freien Universität, die sämtlich dem SDS angehören, verhaftet wurden. Mit dem Bekleben der Universitätsbauten wurde gröblich gegen die Universitätsordnung und die Pflichten von Studenten verstoßen.
- 2) Das Flugblatt des SDS zur Konventswahl im Dezember 1966 mit dem Titel „Was will der SDS?“. Dieses Flugblatt wird in dem Brief des SDS an den Rektor vom 3. 12. 1966 als solches bezeichnet, das den gegenwärtigen Stand der verbandsinternen Diskussion über Inhalt und Form der Hochschulpolitik kennzeichnet. In dem Flugblatt werden Unruhen, Demonstrationen und Streiks, d. h. aber Verstöße gegen die Universitätsordnung als Mittel zur Durchsetzung hochschulpolitischer Vorstellungen offen angekündigt.
- 3) Dem SDS wird für eine Vietnamveranstaltung mit dem Film „Erde und Himmel“ am 6. 12. 1966 das Auditorium maximum zur Verfügung gestellt. Ohne das Rektorat zu verständigen, werden zwei andere Filme zur Vorführung gebracht. Damit wird gegen die Verfahrensweise für die Vergabe von Räumen verstoßen.

Diese Vorkommnisse waren für den Akademischen Senat Anlaß, die Frage des Widerrufs der Zulassung des SDS als studentischer Vereinigung an der FU eingehend zu erörtern. Wenn der Akademische Senat zur Zeit das satzungsmäßig vorgeschriebene Verfahren zum Widerruf der Zulassung des SDS — Gruppe an der FU — noch nicht offiziell einleitet, so allein aufgrund der Tatsache, daß der Landesverband Berlin des SDS am 7. Januar 1967 die Aktionen seiner Mitglieder am 26. 11. 1966 verurteilt, sich von ihnen distanziert und verbandsinterne Konsequenzen für diese seine Mitglieder angekündigt hat.

Es liegt nunmehr beim SDS — Gruppe an der FU — dieser Distanzierungserklärung seines Landesverbandes entsprechende Taten folgen zu lassen und sein an den genannten Beispielen sichtbar gewordenes Verhalten zu ändern.

Der Akademische Senat betont allerdings schon jetzt, daß er das Verfahren zum Zwecke des Widerrufs der Zulassung des SDS sofort einleitet, und der Rektor von seinem Hausrecht und seiner Ordnungsgewalt Gebrauch machen wird, sollte der SDS als Verband oder in einigen seiner Mitglieder innerhalb der Universität Aktionen planen oder durchführen, die seinem am 7. Januar 1967 ebenfalls erklärtem Ziel, „eine Politik der permanenten Universitätsrevolte zu machen“, dienen und die Universitätsordnung stören.

Der letzte Absatz, über den wegen des Zitats aus dem SDS-Schreiben vom 7. Januar gesondert abgestimmt wird, wird mit 12 gegen 6 Stimmen angenommen.

#### 6.) VdSt Berlin—Leipzig

Professor Blomeyer berichtet über das Ergebnis der Kommissionsberatungen und teilt mit, daß folgende Kriterien für die Förderungswürdigkeit erarbeitet worden sind:

Förderungswürdig sind Vereinigungen, die im Rahmen der demokratischen Ordnung im Sinne der Erziehungs- und Bildungsaufgabe der Universität wirken.

Von der Förderung sind Vereinigungen ausgeschlossen, bei denen Tatsachen vorliegen, aus denen zu entnehmen ist, daß sie antisemitische oder antidemokratische Vorstellungen

pflügen oder sich in anderer Weise gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen die Völkerverständigung wenden. Hierbei ist auch die Fortführung früherer Traditionen sowie die Beeinflussung durch außerhalb der Universität stehende Personen oder Vereinigungen zu berücksichtigen. Der Senat billigt die vom Ausschuß erarbeitete Formel. Anschließend berichtet Professor Dr. Blomeyer über die unterschiedliche Auffassung der Kommissionsmitglieder in der Frage der Förderungswürdigkeit des VDSt Berlin—Leipzig. Nach eingehender Aussprache wird der Antrag des VDSt Berlin—Leipzig auf Zulassung als förderungswürdige Vereinigung in geheimer Abstimmung, die auf Antrag von Professor Schützler erfolgt, mit 8 gegen 7 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Als Gründe für die Ablehnung beschließt der Senat mit 11 gegen 4 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen die Volkstumspolitik des Verbandes und die Nichtaufnahme von Ausländern anzugeben.

UDir. Völz weist darauf hin, daß er sich aus Rechtsgründen außerstande sieht, in dem zu erwartenden Prozeß vor dem Verwaltungsgericht diese Entscheidung zu vertreten.

#### Der Tagesordnungspunkt II. 6) Anträge im Zusammenhang mit dem Disziplinarverfahren Prof Eckardt

wird vorgezogen. Der Rektor teilt mit, daß das schriftliche Urteil der Disziplinar-Kammer noch nicht vorliegt. Nach Aussprache bitte der Senat den Rektor, den Antragstellern mitzuteilen, daß der Senat ohne Kenntnis der Urteilsgründe über die Anträge nicht befinden kann und den Antragstellern anheimzustellen, selbst die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten.

(Akademischer Senat der FUB: Sitzungsprotokolle 1967)

## DOKUMENT 630

### Der Senator für Wissenschaft und Kunst

An den

#### Abschrift

1. AStA-Vorsitzenden der  
Studentenvertretung der  
Pädagogischen Hochschule Berlin  
Herrn Klaus Sochiczewsky  
1 Berlin 46  
Malteserstr. 74—100

Berlin, den 11. 1. 1967

Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Ich bedanke mich für Ihre Einladung zur Veranstaltung der Studentenschaft am 12. 1. 1967.

Sie werden verstehen, daß ich an dieser Veranstaltung schon deswegen nicht teilnehmen kann, weil sie an Stelle der akademischen Feierstunde stattfindet, an der teilzunehmen ich abgesagt habe. Es würde der Eindruck entstehen, daß sich meine Absage gegen Rektor und Lehrkörper der Pädagogischen Hochschule richtet, was keineswegs der Fall ist. Dazu kommt, daß die Vorgänge an den Berliner Hochschulen zu parlamentarischen Aktivitäten geführt haben, die in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 12. 1. ihren Ausdruck finden werden. Meine Mitwirkung an dieser parlamentarischen Aussprache erfordert eine Vorbereitung, so daß ich auch aus diesem Grunde Ihrer Einladung nicht folgen kann. Daß ich durchaus bereit bin, die aufgetretenen Probleme zu diskutieren, habe ich dadurch bewiesen, daß ich mit einer Studentendelegation der Pädagogischen Hochschule am 10. 1. gesprochen habe.

Ich würde es sehr begrüßen, wenn die Studenten ihren Reaktionen auf Beschlüsse des Senats und Abgeordnetenhauses einen konstruktiven Charakter geben könnten. In einem Streik wegen „konzeptionsloser Bildungspolitik in West-Berlin“ vermag ich einen konstruktiven Beitrag nicht zu sehen.

Ich hoffe, daß das Studium an der Pädagogischen Hochschule bald wieder seinen normalen Gang nimmt.

Mit verbindlichen Grüßen  
gez. Prof. Dr. Stein

(Privatakten, Standort ZI 6: Akte „FU, SF II 1966/67“)

## DOKUMENT 631

### Abschrift

Der Polizeipräsident in Berlin  
I-B-b/1 49.98/67 (256)

1 Berlin 42, den 13. 1. 1967

Tempelhofer Damm 1—7

Tel.: 66 00 17 App. 25 25

An den

Verband Deutscher Studentenschaften

— Landesverband Berlin —

1 Berlin 33

Garystr. 20

Sehr geehrter Herr Schleifer!

Ihr Antrag vom 6. 1. 1967 ist hier am 10. 1. 1967 eingegangen. Zu meinem Bedauern bin ich jedoch nicht in der Lage, Ihr Vorhaben für die beantragte Wegstrecke zu genehmigen.

#### Begründung:

Die in Ihrem Landesverband zusammengeschlossenen Studentenvertretungen haben die Absicht, am 24. 1. 1967 eine Demonstration gegen die Einführung bzw. Erhöhung der Studiengebühren an den Berliner Hochschulen durchzuführen. Gegen eine derartige Aktion ist nichts einzuwenden. Die Versagung bedeutet daher nicht eine Einschränkung des Grundrechts der freien Meinungsäußerung. Für den beabsichtigten Demonstrationsort muß die Genehmigung jedoch versagt werden. Eine Versagung ist zulässig, wenn durch die Abhaltung der Versammlung oder die Veranstaltung des Aufzuges eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung zu befürchten ist.

Eine solche Gefahr ist in dem vorgesehenen Demonstrationsbereich aus zweierlei Gründen gegeben:

1. Der Demonstrationsbereich deckt sich mit dem Bereich der Berliner City. Die Verkehrsdichte ist hier derart groß, daß durch eine in der beabsichtigten Größenordnung durchgeführte Veranstaltung unvermeidbar ein Verkehrschaos und damit eine unvermeidbare Beeinträchtigung der Allgemeinheit herbeigeführt würde.

Wenn auch die Versammlungsfreiheit als Rechtsgut sehr hoch einzuschätzen ist, so gilt sie doch nicht schrankenlos. Im vorliegenden Falle müssen nach Abwägung aller Umstände die Belange der Allgemeinheit den Vorrang genießen. Die Beeinträchtigung der Öffentlichkeit, die durch derartige Maßnahmen zwangsläufig eintreten würde, steht in keinem vertretbaren Verhältnis zu Ihrem Vorhaben. Die öffentlichen Verkehrsmittel würden den vorgesehenen Zeitraum z. B. in dem Demonstrationsbereich in einer Größenordnung von etwa 350 Bussen stündlich mit einer Kapazität von ca. 21.000 Personen lahmgelegt werden und der private Kraftfahrzeugverkehr in noch erheblich stärkerem Umfang zur Stillelegung gezwungen sein.

2. In dem vorgesehenen Demonstrationsbereich ist es in letzter Zeit wiederholt bei genehmigten Demonstrationen zu erheblichen Ausschreitungen gekommen. Die Veranstalter waren nicht in der Lage, die Demonstrationen in geordnete Verhältnisse zurückzuführen. Auch war dieser Bereich wiederholt Schauplatz wilder Demonstrationen. Solche Vorfälle schaden dem Ansehen der Stadt und beeinträchtigen die rechtsstaatliche Ordnung. Sie werden überdies von dem überwiegenden Teil der Einwohnerschaft mißbilligt und sie wird vielfach gegen die Demonstranten eine drohende Haltung eingenommen.

Es besteht die konkrete Gefahr, daß auch im vorliegenden Fall radikale Gruppen eine an sich legale Demonstration für solche Zwecke insbesondere im City-Bereich ausnutzen. Es ist daher notwendig, einer solchen Gefahr in diesem Bereich von vornherein zu begegnen.

Ihr Antrag muß daher abgelehnt werden. Die Versagung ist gemäß § 9 Abs. 2 des Gesetzes über die Vereins- und Versammlungsfreiheit — VVfG — vom 29. 9. 1950 (VOBl. I S. 442) zulässig und begründet.

Die Schutzpolizei ist angewiesen, die Durchführung der Veranstaltung mit allen Mitteln zu verhindern. Außerdem weise ich darauf hin, daß die Durchführung eines Aufzuges oder einer Versammlung ohne Genehmigung nach § 15 Abs. 2 VVfG strafbar ist (Gefängnis- oder Geldstrafe).

Gegen diesen Bescheid ist der Widerspruch zulässig. Er ist innerhalb eines Monats vom Tage des Zugangs dieses Beschei-

des an schriftlich oder zur Niederschrift bei dem Polizeipräsidenten in Berlin — Abteilung I —, 1 Berlin 42 (Tempelhof), Tempelhofer Damm 1—7, Zimmer 4475, zu erheben. Maßgeblich für die Rechtzeitigkeit des Widerspruchs ist der Zeitpunkt des Eingangs der Widerspruchsschrift bei der vorgenannten Stelle.

Ich ordne hierdurch besonders die sofortige Vollziehung an und bezeichne die Verhinderung der Veranstaltung als eine im öffentlichen Interesse liegende Notstandsmaßnahme im Sinne des § 80 Abs. 3 VwGO.

Eine aufschiebende Wirkung des vorgenannten Rechtsmittels (§ 80 Abs. 1 VwGO) tritt damit im vorliegenden Fall nicht ein (§ 80 Abs. 2, Ziffer 4 VwGO).

Für den Fall, daß Sie beabsichtigen, in einem anderen Bereich die Veranstaltung durchzuführen, bin ich gern bereit, Ihren Antrag zu prüfen. Meinen Gegenvorschlag, die Demonstration mit folgender Streckenführung

Sophie-Charlotte-Platz,  
Kaiserdamm,  
Messedamm,  
Brettschneiderstraße,  
Hammar skjöldplatz (Kundgebungsort)

durchzuführen, haben Sie zu meinem Bedauern abgelehnt.

Ich stelle daher anheim, einen erneuten Antrag einzureichen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Duensing

Beglaubigt:

Polizeioberinspektor

(Archiv ZI 6: Akte E 0702 FU/TU „Flugblätter Januar—Mai 1967“)

## DOKUMENT 632

Der SHB diskutiert den Aufstand

William Borm contra CDU — Günter Grass verteidigt die SPD

Ursprünglich hatten die Zehlendorfer Jungsozialisten über „Hintergründe und Folgen der Großen Koalition in Bonn“ aufgeklärt werden sollen. Ihr Kreisvorsitzender verbot das Unternehmen. Was jenen teuer sein mußte, schien dem Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB) jedoch nicht heilig. So konnte Berlins Landesvorsitzender der Freien Demokraten, William Borm, im Untergeschoß des Restaurants im Studentendorf Schlachtensee vor etwa 150 Interessierten „die Wahrheit über das Nebulose, das in Bonn vor sich ging“ berichten. Mit am Podiumstisch saßen Günter Grass, Sebastian Haffner, Dr. Agnoli vom Otto-Suhr-Institut, Manfred Rexin, Lothar Pinkall von der IG Metall, Marianne Regensburger vom RIAS, Wolfgang Barthel vom Kölner Stadtanzeiger und Charly Guggomos als Vertreter der Zeitschrift „Heute“.

Verderben sät die CDU nach Borm in Deutschland und hemmt als „Bleigewicht“, solange sie dessen Geschicke bestimmen darf. CDU/CSU als „Reaktion und Restauration“ könnten „die für Deutschland notwendige Wende“ gar nicht wollen, die SPD habe sich nun nach der „Blutspende für jene am Boden liegenden Kräfte“ mit einer Statistenrolle zu begnügen; die Öffentlichkeit schließlich habe es versäumt, „die Minderheitsregierung sich ihre unheilvolle Rolle ausspielen zu lassen“. Zu spät gekommen sei wieder einmal die FDP — „wir haben den Absprung von der Hürde verpaßt“. Vordergründig und unbedeutend ist jedoch nach Borm alles, was als Grund des Scheiterns der Kleinen Koalition der FDP nachgesagt und vorgeworfen wurde. Die dagegen treibenden Kräfte seien im Hintergrund geblieben. Dem der erwarteten und auch angekündigten Enthüllung wegen sich drängenden Auditorium blieb der Redner die Namen indes schuldig.

Feigheit attestierte Haffner der SPD, die im Moment des Scheiterns sowie des Zerfalls der CDU den Schneid verloren habe. „Für die Zukunft bietet sie wenig Hoffnung einer Alternative, sofern nicht mit einer inneren Revolution die ganze Führungsmannschaft in den Eimer gefegt würde.“ Hinweggefegt wollte auch Agnoli die Führungsspitze wissen, damit die Partei „sich demokratisieren“ könne. Die Große Koalition sei sei vor allem Ausdruck „einer allgemeinen Tendenz zur Rück-

drängung der Demokratie und zur Stabilisierung der bestehenden Verhältnisse“.

Verteidigung gedieh der SPD allein von Grass, dem fraglich schien, woher Vertrauen zu der FDP auf einmal habe kommen sollen, da sie doch Risiken bisher nur immer weggeschoben habe. Dem Dichter, dem man vorher voller Ehrfurcht lauschte, dankte allerdings nur Zischen für den Einwurf. Gegen zwischenfragende Revoluzzer — „in den Eimer fegen“ — warf schließlich auch Borm sich in die Schanze: „So schlecht sehe ich die SPD gar nicht!“ Das Heil sah mancher endlich in einer außerparlamentarischen, „demokratischen Aktion“, so Pinkall, so auch unter den Zuhörern Rechtsanwalt Horst Mahler und so auch Borm, dem dazu noch die Auflösung der CDU in ihre ursprünglichen Bestandteile, insbesondere das Zentrum und eine konservative Rechtspartei sowie eine wiederzugelassene KPD als „Regulativ“ notwendig schien.

Als Fazit blieb Rexin die Bemerkung, die Linke in Deutschland befinde sich in einer ausgesprochenen Defensivposition, sie sei nicht organisiert — Grass sagte „zerstritten“ —, auch Ristock habe letztlich kein Programm, wenn man nicht schon die Forderung nach Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als solches nehme. Grass fügte hinzu, die Linke müsse erst die „politische Stammtischlerei“ und auch „den Ton der Besserwisserei“ ablegen. Dem SHB-Sprecher blieb die unbeantwortete Frage nach „innerparteilicher Revolution oder Regeneration“.

—pen

(Der Tagesspiegel, 15. Januar 1967)

## DOKUMENT 633

Otto Köhler

Störenfriede ausmerzen

Manch einer geriete in Verlegenheit, wenn man ihn bäte, Synonyme für den Begriff demonstrierende Studenten zu nennen. Demonstrierende Hochschüler würde er sagen, vielleicht noch demonstrierende Akademiker, aber dann wäre er mit seiner Weisheit am Ende. Nicht so allerdings, wenn er in West-Berlin wohnt und dort regelmäßig die Druck-Erzeugnisse seiner Stadt liest. Dank dieser Lektüre vermag er ganze Wortreihen zu dem Begriff Studenten aufzuzählen:

„Störenfriede“ („Berliner Morgenpost“), „Wirrköpfe“ („Bild-Berlin“), „Radaubrüder“ („Berliner Morgenpost“), „Krawall-Studenten“ („Kurier“), „Radikal-Studenten“ („Bild“), „Randalierer“ („Spandauer Volksblatt“), „Studenten-Randalierer“ („Bild“), „Gemeingefährliche Radikale“ („BZ“), „Junge Radikale“ („Berliner Morgenpost“), „Radikalinskis“ („Bild“), „Disziplinlose Radikale“ („Berliner Morgenpost“), „Herrschaften mit Linksdrall“ („Bild“), „Schreihälse“ („Berliner Morgenpost“), „Jungradikale Universitätsfunktionäre“ („Berliner Morgenpost“), „Neurotische Besserwisser“ („BZ“), „Akademische Kampftruppen“ („Berliner Morgenpost“), „Halbstarke“ („Bild“), „Rowdys“ („Nacht-Depesche“), „Politische Rowdys“ („Bild“), „Knalltütenkörpers“ („Bild“), „Narren“ („Telegraf“), „Pseudo-Studenten“ („Kurier“), „Wölfe“ („Telegraf“).

Dieser imponierende Sprachreichtum der hauptstädtischen Presse hat einen gemeinsamen Ursprung. Berlins Studenten, das heißt ein Teil von ihnen, taten genau das gleiche, was Studenten anderswo, ob in den USA oder in Frankreich, auch tun, allerdings ohne solche journalistischen Formulierungskünste zu erwecken: Sie demonstrieren gegen den Vietnam-Krieg und gegen vieles andere mehr.

Krawall ist dabei für einige Berliner Zeitungen kein grundsätzliches Übel. So verlangte „Bild“ mit Suggestiv-Schlagzeilen „Aktionen gegen rote Silvesterschau“ wegen des Auftritts der Ost-Berliner Chanson-Sängerin Gisela May. Und die „Berliner Morgenpost“ hat angesichts der — wie sich herausstellte — nur in der Berliner Presse aus Wunschenken angekündigten Aktionen gegen die ostwestliche Silvesterschau gedroht: „Unsere Polizisten sollten wir nicht zumuten, zum Schutz von Kommunisten den Gummiknüppel zu ziehen.“

Es gibt also — je nachdem — guten und bösen Krawall. Als im Dezember Studenten auf dem Kurfürstendamm gegen die amerikanische Vietnam-Politik demonstrierten, war der Kra-

wall böse. Der „Tagesspiegel“ empfahl für die Demonstranten „Passierscheine“ nach dem Osten. Die „BZ“ forderte: „Die makabren Demonstrationen ... müssen ein Ende haben“, und „Bild-Berlin“ freute sich, weil die Polizei „zum Beruhigungsmittel für den Fall mißbrauchter Meinungsfreiheit (griff): dem Knüppel“. Zu Studenten, die sich darüber beklagten, höhnte „Bild“: Polizeihiebe auf Krawallköpfe, um den möglicherweise doch vorhandenen Grips locker zu machen, sind brutal.“ „Bilds“ Sympathie für die Polizei ging so weit, daß es ein Photo, auf dem eine völlig unbeteiligte Berliner Ärztin mit ihrem Kind von allzu eifrigen Polizisten abgeführt wurde, mit der Unterschrift versah: „Statt Plätzchen zu backen, ging diese Dame mit ihrem Kind randalieren.“

Berliner Zeitungen sind allerdings in solchen Fällen nicht kleinlich. Der Regierende Bürgermeister Albertz entschuldigte sich bei zwei westdeutschen Korrespondenten dafür, daß sie seine Polizei widerrechtlich vier beziehungsweise neun Stunden lang festgehalten hatte. Über diese Entschuldigung beschwerte sich die „Morgenpost“ und empfahl den „Herren Kollegen“, auch ein bißchen die Stimmung der ‚Berliner Wachtmeister‘ zu berücksichtigen“. Der „Morgenpost“ können nun einmal amtliche Reaktionen auf die Studentendemonstrationen einfach nicht hart genug sein. Der Berliner Senat erklärte in der vergangenen Woche, er werde der Freien Universität jede Unterstützung geben, „wenn ihre Organe gegen Störungen der verfassungsmäßigen Ordnung“ vorgehen. Die „Morgenpost“ machte daraus: Der Senat sage jede Unterstützung zu, „wenn es gelte, gegen Störenfriede vorzugehen“. Und dazu die von Herzen kommende „Morgenpost“-Überschrift: „Störenfriede ausmerzen“.

Die Synonym-Liste für den Begriff demonstrierender Student aber läßt sich inzwischen erweitern. In der Hamburger „Welt“ veröffentlichte Matthias Walden am vorletzten Wochenende noch einige besonders gelungene Synonyme: „Immatrikulierter, mobilisierter Mob“, „akademische Variante des Gammlertums“.

(DER SPIEGEL, 16. Januar 1967)

## DOKUMENT 634

### Berliner Studenten „links vom Geist“

Der kritische Zeitungsleser hat oft genug Anlaß, sich über seine Zeitung zu ärgern und pflegt seiner Mißstimmung dann auch in Zuschriften lauthals Ausdruck zu geben. Es scheint aber recht und billig, daß der Zeitungsleser sich auch dann äußert, wenn er einmal zufrieden, ja glücklich ist, und das ist der Unterzeichnete bei der Lektüre der Beilage „Die Geistige Welt“ vom 7. Januar gewesen.

Die beiden Artikel „Lebt der Mensch vom Brot allein?“ von Günther Zehm und „Links vom Geist“ von Matthias Walden waren ausgezeichnet. Sie informierten, sie nahmen klar Stellung, und sie wandten sich gegen Torheiten und Illusionen, die sonst so lebhaft verbreitet werden. Herzlichen Dank.

Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg, Berlin

(Die Welt, 17. 1. 67)

## DOKUMENT 635

### „Ideologischer Wildwuchs“

Der Schwarze Peter liegt immer irgendwo — Matthias Walden lokalisiert ihn „Links vom Geist“ in der Person des bösen linksradikalen Studenten (WELT vom 7. Januar). Die volle Breitseite ist gefeuert, der erste Treffer sollte beim Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin einschlagen. Wir versichern Herrn Walden, daß seine Anwürfe auf einhellige Ablehnung gestoßen sind.

Das Institut ist betroffen über die Anhäufung von Fehlinformation, Verdrehung und häßlicher Unterstellung. Bitte, wo läßt sich aus dem Lehrplan der „ideologische Wildwuchs“ ablesen, welches Seminar ist gemeint? Wer aus der Dozentenschaft verführt zu wilden Demonstrationen?

Das Otto-Suhr-Institut beschäftigt sich wissenschaftlich mit der Politik. Lehrende und Lernende befinden sich in ihrer Arbeit wie alle Studenten, besonders jene der Gesellschaftswissenschaften, in dem Dilemma, Wahrheit zu suchen, ohne das Bewußtsein der Relativität dieser Wahrheit zu verlieren. Matthias Walden versucht den Eindruck zu erwecken, die Wahrheit über den richtigen Standort des Geistes zu kennen. Das Otto-Suhr-Institut freilich kann er nicht kennen. Er darf es auch nicht, will er nicht Gefahr laufen, seine Wahrheit relativieren zu müssen.

Es trifft zu, daß Politologie-Studenten in sämtlichen politischen Berliner Hochschulgruppen zu finden sind, aber ausgerechnet bei besagten Berliner Provos ist kein Politologe prominent vertreten. Herrn Walden sei nur zugestanden, daß er falschen Informanten zum Opfer gefallen sein kann. Die Studentenschaft hofft entschieden, daß durch Herrn Waldens Artikel nicht eine neue Serie böswilliger Verleumdungen hervorgerufen wird.

Die Auffrischung der bekannten Klischees wäre bei sorgfältiger Berichterstattung nicht notwendig gewesen. Wir sind überzeugt, daß sich unsere Studenten sehr wohl in leidenschaftlicher Diskussion über politische Fragen erregen können, doch darüber weder die äußere Form, geschweige denn die elementarsten Spielregeln vergessen.

Die Handvoll Studenten, die für Überschreitungen verantwortlich ist, hat und wird weiterhin keine Resonanz bei der Studentenschaft finden. Wir meinen, daß Herr Walden auch diese Beobachtung unterschlagen hat. Der Protest der Minderheit ist aber einzig nur deshalb so laut, weil außerhalb der Universität nur geringste Möglichkeiten bestehen, ihre Ansichten zu vertreten; darum schreien sie es heraus und übertreiben.

Aufgabe sowohl der Politikwissenschaft als auch der politischen Publizistik ist es, diese Vorgänge sorgfältig zu diagnostizieren, um so zu einer demokratischen Therapie zu gelangen. Mit seinem Schrotschuß auch auf die potentiellen Diagnostiker am Otto-Suhr-Institut gefällt sich Herr Walden in der Rolle eines politischen Dr. Eisenbarth.

Lutz Rininsland,

Erster Fachschaftssprecher am Otto-Suhr-Institut  
der Freien Universität Berlin

(Die Welt, 17. Januar 1967)

## DOKUMENT 636

### Erklärung des Konvents

Beschluß 2. a. o. Sitzung des 19. Konvents der Freien Universität Berlin am 17. 1. 1967

Die Studentenschaft der FU war in der letzten Zeit Gegenstand mehrerer öffentlicher Erklärungen. Am 7. 1. 67 gaben 16 Gründungsstudenten der FU eine Erklärung zum politischen Mandat der Studentenvertretung ab. Zu dieser Erklärung nahmen am 9. 1. 67 10 ehemalige und der gegenwärtige AStA-Vorsitzende Stellung. Am 10. Januar wurde ein Beschluß des Berliner Senats, am 11. 1. 67 ein Beschluß des Akademischen Senats veröffentlicht. Am 12. 1. fand eine aktuelle Stunde im Abgeordnetenhaus von Berlin zum gleichen Gegenstand statt. Angesichts dieser Stellungnahme sieht sich der 19. Konvent der FU veranlaßt klarzustellen, welche Ziele die Studentenvertretung an der FU verfolgt:

Studentische Politik an der FU hat in den letzten Jahren deutliche Veränderungen erfahren, die nicht ohne einen Blick auf die Geschichte der FU verstanden werden können. So kann man feststellen,

- daß mit der fortschreitenden Konsolidierung der FU die Rechte und Kompetenzen der Studentenvertretung stetig beschnitten wurden,
- daß die bei der Gründung partnerschaftliche Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden sich zu einer Ordinarien-Universität mit demokratischer Fassade einer studentischen parlamentarischen Vertretung veränderte,
- daß Interessen der Lehrenden und Lernenden in Gegensatz gerieten.

Diese Erkenntnisse verlangen eine Neubestimmung der Aufgaben der Studentenvertretung. Studentische Politik ist die Vertretung studentischer Interessen. Deshalb orientiert sich diese Politik an der Arbeitssituation der Studenten, an ihrem Unbehagen am Universitätsbetrieb, an der Diskrepanz zwischen den bildungspolitischen Notwendigkeiten und der Realität der Institution Universität. Forderung der Studentenvertretung ist die Reform von Lehre und Studium, von Wissenschaftsorganisation und Hochschulstruktur, Forderung ist die soziale Sicherung der Studenten, z. B. durch ausreichende Krankenversorgung, Abschaffung der Studiengebühren und Einführung eines Studienhonorars.

Die einzelnen Forderungen dienen dem hochschulpolitischen Ziel der Studentenschaft: der Demokratisierung der Universität. Dieses Ziel wird sich nur in Verbindung mit einer Demokratisierung der Gesellschaft verwirklichen lassen.

Studentische Politik braucht zu ihrer Verwirklichung die Auseinandersetzung und Diskussion der Öffentlichkeit. Dieser demokratischen Politik sind deshalb Elemente plebiszitärer Willensbildung wie Vollversammlung, Protestversammlung, Demonstration, sit-in, teach-in und Streik nicht fremd.

Hierdurch erhalten die durch das sit-in vom 22. 6. 66 erreichten Studienreformkommissionen ihre Bedeutung und Beschränkung. Die Kommissionen als expertenhafte Gremien sollen von einer diskutierenden Öffentlichkeit korrigiert werden. Die von Experten verordneten Studienreformmaßnahmen werden dem Experiment aller Beteiligten in den einzelnen Lehrveranstaltungen unterworfen.

Die theoretische Erörterung der künftigen Hochschulstruktur, die das neue Hochschulgesetz vorbereitet, sollen durch die Erfahrungen aus den Studienreformexperimenten inhaltlich bestimmt werden. Für diese Politik ist es unerlässlich, daß sie von allen Studenten der FU unterstützt werden kann. Politische Mittel, die von vorneherein nur eine Minderheit erreichen wollen, sind nicht Mittel dieser dargelegten Politik.

(Archiv ZI 6: Akte 12.12 FU „19. Konvent, Protokolle 1967“)

## DOKUMENT 637

### Protokoll

#### über die 126. Sitzung des Kuratoriums der Freien Universität Berlin

am 18. Januar 1967

(Auszug)

Anwesend:

Regierender Bürgermeister Heinrich Albertz

Magnifizenz Prof. Dr. Lieber

Prorektor Prof. Dr. Lüers

Senator Prof. Dr. Stein

Senator Hoppe

Bundesbevollmächtigter Staatssekretär Dr. Krautwig

Frau Abgeordnete Dr. Lipschitz

Herr Abgeordneter Löffler

Herr Abgeordneter Sickert

Herr stud. rer. pol. Ziesing

Verhindert:

Präsident Bach

Ministerialdirektor Korff

Ferner nahmen an der Sitzung teil:

Senatsverwaltung für Wissenschaft und Kunst:

Senatsrätin Dr. Sengpiel (bis 11.20 Uhr)

Regierungsdirektorin Dr. vom Steeg

Senatsverwaltung für Finanzen:

Senatsrat Dr. Wegener

Senatskanzlei:

Regierungsdirektor Thon

Freie Universität Berlin:

Kurator Dr. von Bergmann

Ltd. Universitätsdirektor Pfeiffer

Syndikus Grüner

Universitätsdirektor Völz

Dr. Hartwich

Abg. Lothar Schulz, Vorsitzender des Personalrats der FUB

Herr stud. rer. pol. Roth

Universitätsoberinspektor Metz als Protokollführer

Zu TC-Pkt. 15 (um 9.30 Uhr):

Dekan Prof. Dr. Witt

. . .

### TO-Punkt 7 und TO-Punkt 22

#### Haushaltsplan 1967 und Finanzierung der studentischen Selbstverwaltung

Der Vorsitzende regt an, die Tagesordnungspunkte 7 und 22 wegen ihrer sachlichen Zusammengehörigkeit zusammen zu behandeln.

Senator Hoppe weist auf die Möglichkeit hin, daß der Bundeszuschuß für Berlin nicht in der vorgesehenen Höhe gewährt werden könnte und daß dann auch die Verminderung des Landeszuschusses für die Freie Universität Berlin noch in Betracht kommen könne. Trotzdem solle der Haushaltsplan der Freien Universität Berlin für das Rechnungsjahr 1967 zunächst wie vorgesehen festgestellt werden, da noch immer die Hoffnung bestehe, daß der Landeszuschuß in der vorgesehenen Höhe gewährt werde. — Senator Prof. Dr. Stein gibt der Hoffnung Ausdruck, daß auch im Falle einer Verminderung des Bundeszuschusses der Landeszuschuß für die Freie Universität Berlin nicht gekürzt wird. Der Kurator weist darauf hin, daß aus dem Landeszuschuß für die Freie Universität Berlin neben den Sachkosten die gesamten Personalkosten gedeckt werden. Im Falle einer erneuten teilweisen Sperre des Zuschusses möge das berücksichtigt werden, denn bei den Aufgaben für das vorhandene Personal seien Einsparungen bekanntlich nicht möglich. Senator Hoppe stellt in Aussicht, diese Anregung zu prüfen, sieht sich jedoch z. Z. nicht in der Lage, Endgültiges über eine etwaige Sperre mitzuteilen.

**Beschluß A 001/67:** „Der Haushaltsplan der Freien Universität Berlin für das Rechnungsjahr 1967 wird in Einnahme und Ausgabe endgültig auf 142 681 200 DM festgesetzt. Dabei sind die Kuratoriumsbeschlüsse A 004/67 und 122/66 einzubeziehen.“

Der Vorsitzende stellt sodann fest, daß die Studentenschaft ihren Haushaltsplan für 1967 dem Kuratorium noch nicht vorgelegt habe und verweist in diesem Zusammenhang auf die entsprechende Bestimmung in der Satzung der Studentenschaft (§ 31 Abs. II). Er teilt ferner mit, daß der Senat von Berlin gemäß § 10 (1) des Rechnungshofgesetzes dem Rechnungshof von Berlin den Auftrag erteilt habe, die Wirtschaftsführung der Studentenschaft im Rechnungsjahre 1966 zu prüfen und dem Senat entsprechend zu berichten. Es wurde sodann angeregt, den für das Rechnungsjahr 1967 veranschlagten Zuschuß für die Studentenschaft bis zur Vorlage des Haushaltsplanes der Studentenschaft an das Kuratorium und bis zur Vorlage des Gutachtens des Rechnungshofes zu sperren. Die Aktivität des AStA werde durch diese Sperre nicht eingeschränkt, da die Beiträge der Studenten zur Finanzierung der studentischen Selbstverwaltung (Titel 307 des FU-Haushalts) der Studentenschaft nach wie vor zufließen. Es wird lediglich eine gewisse Umdisposition erforderlich sein, da die Personalkosten des AStA bis zur Aufhebung der Sperre nicht mehr aus dem Zuschuß der Freien Universität Berlin, sondern aus den Beiträgen der Studentenschaft gedeckt werden müssen. — Der Kurator stellt fest, daß die Personalausgaben auf Grund tarifrechtlicher Bestimmungen auf jeden Fall weitergeleistet werden müssen. Diese Ausgaben sind somit aus dem Gebührenaufkommen zu decken; der dann noch verbleibende Teil der Gebühren kann dem AStA — wie bisher — zur Verfügung gestellt werden. Senator Prof. Dr. Stein weist darauf hin, daß im Haushalt der Studentenschaft für 1966 auch der FU-Spiegel erwähnt sei und daß in diesem kürzlich Artikel erschienen seien, die den Senat von Berlin und auch die Berliner Öffentlichkeit sehr befremdet hätten. Der AStA habe sich von diesen Artikeln — ebenso wie von den anderen Vorgängen in der und um die Universität — nicht in dem erwarteten Maße distanziert. — Der Rektor stellt die Frage, ob übersehen werden könne, wann die Überprüfung durch den Rechnungshof erfolge. — Der Vorsitzende erwidert darauf, daß die Überprüfung unverzüglich stattfinden solle und daß er grundsätz-

lich bereit sei, sofort nach Vorlage des Prüfungsergebnisses eine neue Kuratoriumssitzung einzuberufen. Die Prüfung habe im übrigen ausschließlich den Sinn, festzustellen, wofür staatliche Mittel vom AStA verbraucht worden sind. — Herr stud. rer. pol. Roth erläutert, daß die Verzögerung bei der Verabschiedung des Haushaltsplanes der Studentenschaft zum Teil durch die Neuwahlen zum Konvent verursacht war. Ferner bestand Unklarheit darüber, ob die Studentenschaft weiterhin mit einem Beitrag von 9,50 DM pro Student und Semester rechnen könne oder ob dieser Beitrag wieder auf 7,50 DM herabgesetzt werde. — Herr stud. rer. pol. Ziesing äußert die Befürchtung, daß durch diesen Prüfungsauftrag an den Rechnungshof in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen werde, daß es beim AStA zu Unregelmäßigkeiten gekommen sei. Im übrigen habe der Rechnungshof den AStA erst im Jahre 1966 stichprobenweise überprüft, ohne daß es zu wesentlichen Beanstandungen gekommen sei. — Der Vorsitzende wiederholt, daß die Prüfung nur über die Verwendung des dem AStA gewährten Zuschusses Aufschluß geben solle, daß aber niemand behauptet habe, beim AStA seien Unregelmäßigkeiten vorhanden. — Senator Prof. Dr. Stein weist darauf hin, daß es bei der Studentenschaft selbst liege, ob für das Sommersemester ein Beitrag zur Finanzierung der studentischen Selbstverwaltung in Höhe von 9,50 DM oder von 7,50 DM erhoben werde; falls der Konvent die geforderte Erhöhung des Beitrages für das Studentenwerk auf 4,50 DM pro Student und Semester beschließe, verbleibt es bei dem erhöhten Beitrag für den AStA. — Herr Abgeordneter Löffler fordert die Studentenvertreter auf, dem Kuratorium bezüglich der Sperre keine Motive zu unterschieben, die nicht vorhanden sind und verweist darauf, daß die Sperre hauptsächlich deswegen ausgesprochen werden solle, weil der Haushaltsplan der Studentenschaft noch nicht vorliege. Im übrigen habe es einem Teil der Studentenschaft in der letzten Zeit oftmals an der Redlichkeit gefehlt und es habe sehr befremdet, daß die Studentenvertreter zu Beginn der Sitzung keine Erklärung zu den Vorgängen an der Universität und den Veröffentlichungen im FU-Spiegel abgegeben hätten. — Herr stud. rer. pol. Ziesing führt hierzu aus, daß der AStA ihn nicht zu einer entsprechenden Erklärung ermächtigt habe und teilt mit, daß der Konvent am Vortag den Haushaltsplan der Studentenschaft für 1967 beschlossen habe und es infolge der Kürze der Zeit nicht mehr möglich gewesen sei, eine entsprechende Kuratoriumsvorlage einzubringen. Er könne allenfalls einige Exemplare des stud. Haushaltsplanes herbeiholen. — Senator Prof. Dr. Stein trägt vor, daß ein Teil der Studentenschaft die Polizei in einem Ausmaß beschäftigt habe, der nicht mehr tragbar sei und daß die Öffentlichkeit auf der Untersuchung der Hintergründe bestehe. Man solle vor der Tatsache nicht die Augen verschließen, daß der größte Teil der Bevölkerung über das Verhalten einiger Studenten empört sei. — Senator Hoppe vertritt den Standpunkt, daß der Konvent die Folgen zu tragen habe, wenn er keinen Haushalt beschließe.

Das Kuratorium faßt sodann ohne Beteiligung des Studentenvertreter folgenden Beschluß:

**Beschluß B 004/67:**

„Der im Haushaltsplan 1967 der Freien Universität Berlin bei Titel 310 veranschlagte Zuschuß für die Studentenschaft in Höhe von 160 500 DM wird gesperrt. Bereits geleistete und weiterhin zu leistende Zahlungen sind auf den Titel 307 zu übernehmen. Über die Aufhebung der Sperre wird im Zusammenhang mit der Zustimmung des Kuratoriums zum Haushaltsplan der Studentenschaft nach § 31 Abs. II der Satzung der Studentenschaft der FU und nach Vorlage des Gutachtens des Rechnungshofes entschieden werden.“

...  
(Kuratorium der FUB: 126. bis 137. Sitzungsprotokoll)

**DOKUMENT 638**

Vorlage für die Kuratoriumssitzung

— A 015/67 —

vom 18. Januar 1967

**Der Sprecher der Studentenschaft im Kuratorium**

**Betr.: Pauschalierung der Studiengebühren**

Beschlußentwurf: Das Kuratorium der Freien Universität Berlin empfiehlt den zuständigen Senatoren die Festsetzung der ab Sommer-Semester 1967 einzuführenden Pauschale der Hörgelder für die Studierenden der Freien Universität Berlin, in Würdigung der sozialen Situation der Studentenschaft und in Wahrung der Haushaltsbelange der Freien Universität, auf DM 140,—. Die Zuständigkeit für die endgültige Entscheidung ist dadurch nicht angetastet.

Begründung:

Die Pauschalierung der Studiengebühren, die als Entsprechung zu der Pauschalierung der Unterrichtsgelder eingeführt werden soll, ist seit langer Zeit in Vorbereitung. Im Rahmen dieser Vorbereitung war mehrfach auch die Studentenschaft zu dieser Maßnahme befragt worden. Der Studentenschaft war von der zuständigen Senatsverwaltung für Wissenschaft und Kunst im Jahre 1963 versichert worden, daß die Pauschalierung die Studentenschaft nicht zusätzlich finanziell belasten sollte. Die Pauschale sollte so bemessen sein, daß sich am Gesamtaufkommen nichts ändere. Die Studentenschaft hat deshalb im August 1963 durch Hauptausschußbeschuß (in Vertretung des Konvents) die Maßnahme begrüßt, weil sie die Pauschalierung der Unterrichtsgelder für hochschulpolitisch erwünscht hielt.

Von Seiten der zuständigen Verwaltungen ist nun zu hören, daß die Pauschale entgegen dem früheren Versprechen in einer Höhe festgesetzt werden soll (DM 160,—), die, wie die in der Anlage beigefügten Berechnungen erweisen, die Studenten um etwa DM 20,— pro Semester zusätzlich belastet. Es wäre sicher kaum zu vertreten, daß durch diese Entscheidung wegen des Nichteinhaltens eines früheren Versprechens das Vertrauen der Studentenschaft zur Universität beeinträchtigt wird.

Die Maßnahme belastet ohnehin die Studenten der geisteswissenschaftlichen Fächer auch bei einem niedrigeren Betrag als DM 160,— beträchtlich, bei gleichzeitiger Entlastung der Studenten der Medizin und der Naturwissenschaften. Aus diesem Grunde ist eine gerechte Pauschalierung dringend geboten. Die Studentenschaft bittet das Kuratorium, daß es im Rahmen seiner Fürsorge für die wirtschaftlichen Belange der Gesamtuniversität den zuständigen Senatoren eine entsprechende Empfehlung gibt.

gez.

Wolfgang Roth

Anlagen

Anlage zu — A 015/67 —

**Übersicht über das Aufkommen an Studiengebühren, Unterrichtsgeldern und Ersatzgeldern und der hierfür notwendigen Pauschale**

	Ist 1965	Soll 66/Soll 1967
1. Zahl der Studenten		
ausschl. Beurlaubg.	14 525,—	14 200*
2. Studiengebühren	1 835 457,50**	2 272 000,—
3. Unterrichtsgelder	1 061 722,50**	1 728 000,—
4. Ersatzgelder	151 530,—**	247 400,—
5. Betrag für		
Gebührenerlaß	878 875,—	im 2.—4. enthalten
6. Summe 2.—5.	3 907 585,—	4 247 400,—
6. : 1. Pauschale	268,04	299,15

Es ergibt sich somit:

— eine Pauschale, bei „Besitzstandswahrung“ des IST 65 von DM 134,02; um allerdings die Doktoranden zu berücksichtigen, deren Zahlungen exakt nicht zu erhalten waren, dürfte sich der Betrag auf etwa DM 136,— bis DM 137,— erhöhen;

— eine Soll-Pauschale von DM 149,60 bei Zugrundelegung der Haushaltsplanung 1966 und 1967. (Wobei eine geringfügige

\* ohne Studenten mit abgeschlossenem Hochschulstudium

\*\* ohne Gebührenerlaß



Minderung eintritt, da in 3. und 4. auch die Beträge der Doktoranden enthalten sind, die abzuziehen wären.) Die hohe Differenz zwischen dem IST und SOLL ergibt sich aus der Tatsache, daß nicht, wie im Haushaltsplan geschätzt, 35 % des „theoretischen“ Aufkommens an Gebührenerlaß „verlorengeht“, sondern etwa 25 %. Daraus ergibt sich, daß die Universität bei der Beibehaltung der derzeitigen Praxis des Gebührenerlasses selbst bei einer Pauschale von DM 150,— Mehreinnahmen in 1967 von etwa DM 360 000,— gegenüber SOLL 1967 hätte, bei der geplanten Pauschale von DM 160,— wären das DM 720 000,—.

## DOKUMENT 639

### Presse putscht Berliner gegen die Studenten auf Die Freie Universität wehrt sich gegen Kampagne / Warum ist Albertz so verständnislos?

Von Rudolph Ganz (Berlin)

Das vielgepriesene Berliner Klima ist nur noch gesundheitlich angenehm. Politisch ist es inzwischen so drückend geworden, daß man sich besorgt fragen muß, ob es mit der geistigen Großzügigkeit in dieser Stadt endgültig aus ist. Die Frage stellt sich anläßlich einer Auseinandersetzung zwischen der Freien Universität, besonders der Studentenschaft, und der Berliner „Öffentlichkeit“. Sie hat sich in den letzten Wochen so zugespitzt, daß kaum mehr ein Tag vergeht, an dem sie nicht die Spalten der Presse füllt, häufig auf den Titelseiten. Anfänglich es nur um jene Gruppe linker Studenten, die — recht zahlreich — gegen die amerikanische Kriegführung in Vietnam demonstrierten. Die Polizei schlug damals unnötig hart zu, als sich ein Teil des Demonstrationszuges von der vorgeschriebenen Route entfernte. Daraufhin veranstalteten wiederum linke Studenten — diesmal nur etwa hundert an der Zahl — jene Spaziergang-Demonstration gegen die Polizei, über die wir berichtet haben (FR vom 19. Dezember 1966). Die Zahl der Polizeibeamten am Kurfürstendamm war größer als die der Demonstranten; unter den Festgenommenen befanden sich unbeteiligte Passanten und bekannte Journalisten. Der „freudige Einsatz“ der prügelnden Polizei hinderte einen Teil der Presse nicht daran, die Polizeibehörde zu große Milde vorzuwerfen; besonders „Bild“ rief energisch nach dem Knüppel. Von den Organen der Universität forderte man, sie sollten sich von den demonstrierenden Studenten distanzieren und sie von der Universität entfernen.

### Nummern für Polizisten verlangt

Der Allgemeine Studentenausschuß (AStA) der Freien Universität tat nicht, wie geheißt. Er mißbilligte zwar „wilde“ Demonstrationen, die mehr oder weniger um ihrer selbst willen veranstaltet wurden, forderte aber zugleich energisch den Regierenden Bürgermeister auf, Knüppel von seiner Polizeibeamten künftig zu unterbinden und die Polizisten mit Nummern kenntlich zu machen, damit man gerichtlich gegen Schläger vorgehen könne. Der frischgebackene „Regierende“ Heinrich Albertz reagierte nach der Art eines barocken Potentaten. Er habe, so tönte er vergangener Woche mit mächtiger Stimme vor dem Abgeordnetenhaus, dem AStA-Chef klargemacht, daß er ihn nicht empfangt, um studentische Forderungen entgegenzunehmen, sondern um ihm die Meinung des Regierenden Bürgermeisters zum Verhalten der Studenten mitzuteilen. In der Studentenschaft fanden die Kurfürstendamm-Gänger wenig Anklang, doch der Aufregung über die kleine Schar der „Rotgardisten“ (so genannt, weil die meisten von ihnen Anhänger Maoscher Gedankengutes sind) brachte man auch kein Verständnis entgegen. Die ganze Universität, so tönte es nun in einigen Berliner Gazetten, sei links „verseucht“. Angeheizt durch entsprechende Berichte, begann sich des Volkes Unwille gegen „die Studenten“ schlechthin zu wenden.

Am weitesten ging Matthias Walden, stellvertretender Chefredakteur des Senders Freies Berlin. In einem Artikel „Links vom Geist“ in der „Welt“ verdächtigte er sogar den Lehrkörper des Otto-Suhr-Instituts der FU (an dem Politologie ge-

lehrt wird), für diese „taube Blüte der Groteske an einem dicken Ast studentischer Fehlentwicklung“ mitverantwortlich zu sein.

Da Waldens Artikel der Ausdruck verbreiteter Ressentiments und zugleich der Höhepunkt einer langen Serie von Angriffen gegen die FU war, reagierte die Universität heftig. Nicht nur die Studenten, sondern auch Professoren. Und vor allem, zu Waldens großer Überraschung, auch die „rechten“ Studenten: Die Empörung im Otto-Suhr-Institut war einhellig, vom SDS bis zum RCDS. Das Institutsdirektorium berief eine Pressekonferenz ein und setzte sich gegen die Anwürfe zur Wehr. Tatsächlich gehört kein einziger Student des Instituts zur Mao-freundlichen Gruppe. Aber man beschränkte sich nicht auf die „Reinwaschung“ der Politologen, sondern drang zum Grundsätzlichen vor.

Professor Richard Löwenthal war es, der den Journalisten ein Kolleg über demokratisches Denken vortrug. In der Tat, sagte er, sei die Mehrheit der politisch interessierten Studenten heute „links“. (Die Krawallmacher seien dagegen eine winzige Minderheit.) Er sei besorgt darüber, daß in diesem „linken Nonkonformismus“ die Skepsis gegen die westliche Politik etwas zu weit gehe, daß man aus Verärgerung über die strapazierten antikommunistischen Phrasen das Kind mit dem Bade ausschütte. Aber es gebe für jede Generation von Studenten politische Situationen, die das Bewußtsein prägen. Heute sei es vermutlich der Krieg in Vietnam. Die oppositionellen Tendenzen der Studenten seien nicht nur in West-Berlin, sondern überall auf der Welt festzustellen. Aber in Berlin ermangele es manchen Journalisten an dem nötigen Verständnis für solche Entwicklungen und an dem Willen, Verständnis überhaupt aufzubringen. Die Krise der Freien Universität — soweit sie nicht Krise der Journalisten sei — resultiere im übrigen aus einer Zeit, in dem Rektor und Akademischer Senat nicht tolerant gewesen seien; der jetzige Rektor Lieber, ein liberaler Mann, habe nun mit den Folgen zu kämpfen.

Matthias Walden zeigte sich bestürzt darüber, daß sich, entgegen seinen Erwartungen, eine „unerwünschte FU-Solidarität“ entwickelt habe. Er hielt an seinen Behauptungen fest. Was aber seinen Verdacht gegen das Otto-Suhr-Institut speziell betrifft, so ist Walden (Professor Löwenthal bestätigte es) Informationen von interessierter Seite aufgesessen: von der Seite einiger konservativer Professoren, die seit eh und je gegen die neue Wissenschaft Politologie voreingenommen waren, und die keineswegs „geheimzuhaltende Informanten“, sondern namentlich bekannte Männer sind. Einzelne von ihnen, meinte einmal sogar der der CDU angehörende Professor Kotowski, seien schon nicht einmal mehr reaktionär, denn das was sie wollten, habe es nicht einmal in der Vergangenheit gegeben.

### Kein Disziplinarverfahren

Wie der Streit zwischen Öffentlichkeit und Studentenschaft weitergehen wird, ist völlig offen. Disziplinarverfahren hat der Rektor bis jetzt nicht eröffnet. Der Akademische Senat der FU ist nicht gewillt, Ordnung von vornherein über Freiheit zustellen. Er hat einen ausgewogenen Beschluß gefaßt: Gegen Ordnungsverstöße und Krawallmacher wird er künftig entschieden vorgehen; er betont aber andererseits, daß die freie Meinungsäußerung nicht unterbunden werden kann und darf. Im übrigen hebt er die gute Zusammenarbeit zwischen Professoren und Studenten in den Studienkommissionen hervor. Die politischen Autoritäten dagegen wollen auf einer harten Linie beharren. Der Berliner Senat hat Demonstrationen in der City untersagt. Eine offizielle Kundgebung der gesamten Berliner Studentenschaft, vom VDS als Protest gegen die massive allgemeine Erhöhung der Studiengebühren geplant, ist nicht erlaubt worden. Der VDS wird dagegen gerichtliche Schritte unternehmen, da er das Demonstrationsrecht für verletzt hält.

Das verständnislose Auftreten des neuen Regierenden Bürgermeisters Albertz, von dem seines Vorgängers Willy Brandt sehr verschieden, obwohl Albertz doch auch ein liberaler Nonkonformist ist, hat allgemein etwas überrascht. Es mag, wenn man dem „Regierenden“ mehr Toleranz zutrauen will, eine Erklärung in den bevorstehenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus finden, für die der neue Kandidat für das höchste Amt offenbar das allgemein so gefragte Image eines harten, ent-

schlossenen Mannes braucht. Die Studentenschaft ist dafür das geeignete Objekt — denn die Bevölkerung ist durch eine einseitige und böswillige Berichterstattung gegen alle studentische aufgeputzt worden, daß eine friedliche Einigung kaum mehr möglich erscheint.

Eine aggressive Haltung gegenüber nonkonformen Minderheiten wird so lange als Ventil der allgemeinen Frustration in dieser Stadt dienen, bis Berlin endlich eine neue sinnvolle Funktion gefunden hat. Ob es ohne Willy Brandt, und mit einer derart eingeleisig-manischen Presse jemals dazu kommen wird, ist ganz ungewiß.

(Sonderdruck der „Frankfurter Rundschau“, 18. Januar 1967)

## DOKUMENT 640

### Die Krise an der FU: ABEND-Gespräch mit Professor Richard Löwenthal

#### Was ist mit Berlins Studenten los?

● Die Temperaturen des „heißen Sommersemesters“ 1965 sind seit dem Fall Kuby bis heute nicht gesunken. Immer wieder zogen Hitze-Gewitter über der Freien Universität in Dahlem auf. Die Atmosphäre in Berlin regierte immer empfindlicher auf alle Vorgänge.

● Was ist mit Berlins Studenten los? Das fragen sich heute nicht nur jene Beobachter, die beruflich oder aus Interesse in Dahlem zu tun haben. Seit den Vietnam-Demonstrationen in der City mit ihren vielen Zwischenfällen und Ausschreitungen beschäftigt dieses Thema die ganze Stadt.

● DER ABEND will nicht nur die Frontstellungen registrieren, die tiefe Kluft zwischen einem Großteil der Öffentlichkeit und den Studenten aufzeigen, sondern versuchen, die Hintergründe dieses Konflikts zu erhellen. DER ABEND sprach daher mit einem Experten, dem Professor für Außenpolitik an der Freien Universität, Richard Löwenthal.

Spannungen zwischen Studenten und Bevölkerung finden sich in gewisser Weise in fast jeder Universitäts-Stadt. Die Ressentiments, daß die „Studiker“ von Steuergeldern und Stipendien leben, sich immer als etwas Besseres vorkommen, nur in ihren Idealen, aber nicht in der Wirklichkeit zu Hause sind, diese Ressentiments sind uralte, sind fast schon natürlich.

Mit einem Unterschied: Solange Berlin noch Hauptstandfunktion erfüllte, solange diese Stadt nicht durch die politische Entwicklung auf sich selbst zurückgeworfen wurde, solange sie nicht isoliert war — aber auch in den ersten Nachkriegsjahren — wurden diese Vorurteile nicht laut.

Ein neues Moment mußte hinzutreten, um diese Spannung zur Unruhe, zum Konflikt anschwellen zu lassen.

#### Die Schwerpunkte

Professor Löwenthal führt dies auf die sich schnell wandelnde, alle vier bis fünf Jahre wechselnde, jeweils neue Studentengeneration zurück. Jede habe ihr prägendes politisches Erlebnis.

► Die FU-Gründungsstudenten 1948 standen unter dem starken Eindruck der Blockade und der Unfreiheit an der Humboldt-Universität in Ost-Berlin.

► Die nachfolgende Generation mußte sich mit der Niederschlagung des Aufstands vom 17. Juni 1953 auseinandersetzen.

► Der zeitlich dritte Typ des FU-Studenten lebte im Schatten von Chruschtschows Berlin-Ultimatum 1958.

► Die nächste Generation hatte ihr politisch formendes Erlebnis im Bau der Mauer 1961.

#### Trauma Vietnam

Die jetzigen FU-Studenten haben dies alles nicht miterlebt. Für sie war es am Beginn ihres Studiums bereits vorgegeben ...

„Dafür sehen sie im Vietnam-Krieg, der heute die große dramatische Frage ist, mit seinen Schrecken, mit seinen Greueln die große politisch-moralische Frage von heute.

So entsteht dieses Bild der Studenten, die in Berlin, also im Schatten der Mauer leben, sich mehr über den Vietnam-Krieg aufregen als über das, was hier noch immer geschieht.

Das ist für Leute, die alles Vorhergehende bei uns miterlebt haben, schwer zu verstehen und manchmal auch schwer zu ertragen.

Es ist aber eine Sache, die in der ganzen Welt typisch ist, weil eben jede Generation von Studenten neu anfängt, unter dem Eindruck der Ereignisse anfängt, die gerade die großen, die schütternden, die erregenden der Zeit sind.“

#### Fiktionen ...

Anders aber als in München mit seinen Vietnam-Krawallen oder auch Tübingen, wo die Evangelische Studentengemeinde jetzt eine von Tausenden besuchte Vietnam-Woche durchführte, spürt man in Berlin bei den Aktionen der Studenten noch etwas anderes mit. Es ist ihre weitgehend einseitige, mehr gutgläubige als an den Tatsachen orientierte Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus, mit dem Kommunismus.

Für sie ist, so hat es Professor Löwenthal in der Universität erfahren, der Konflikt mit der SED nicht mehr die zentrale Lebensfrage, „sondern etwas, was sich mit der Zeit von allein löst.“

Diese Studenten haben das Gefühl, in einer Welt von Fiktionen zu leben, wenn sie die Erklärungen zur Wiedervereinigung und die Feststellungen zur deutschen Teilung wörtlich nehmen. In der Gegenreaktion unterschätzen sie daher im allgemeinen den anhaltenden totalitären Zustand in Ost-Europa und überschätzen zugleich alle Anzeichen von Lockerung.

Sie suchen den Kontakt mit der kritischen Intelligenz drüben und gewinnen allein aus diesen Gesprächen ihr Bild. Dabei vergessen sie, daß solche Partner weder Normalbürger noch typisch für die Partei sind. Das Bild einer mehr oder weniger einflußlosen Minderheit, selbst wenn sie in der Partei als Randfigur mitspielt, übertragen sie auf das Ganze.

#### Nonkonformisten

Die Studenten, jedenfalls die Mehrzahl der aktiv politisch interessierten Kommilitonen, das sind immerhin einige tausend der 15 000 an der FU Immatrikulierten, stehen heute links, sind in einem nonkonformistischen Sinne eingestellt und „huldigen einem Konformismus des Nonkonformismus“.

Ihre Solidarität mit „links“ übertragen sie dann auch auf die Minderheit von nur etwa 50 radikalen Elementen. Von dieser Gruppe distanzieren sie sich nur in „Ja-Aber-Sätzen“. Sie wollen in den Augen dieser Kommilitonen nicht etwa als zu zahm gelten.

„Eine bei den Studenten psychologisch verständliche, aber keineswegs mutige Politik“, fügt Professor Löwenthal hinzu.

Diese Handvoll „Radikaler“, die zum Beispiel bei Demonstrationen nur ihre Chance suchen, Unruhe zu stiften, hat in der Öffentlichkeit zu Unrecht weitgehend das Bild des Studenten geprägt. Es ist genau jener Typ, der schon wie die Vorväter in ihrer Jugend auch, zum radikalen Utopismus neigt. Setzten diese damals ihre Hoffnung auf die russische Revolution, so blicken die heutigen politischen Romantiker von Berkeley, Paris und zum Beispiel Berlin nach Peking, auf Mao und seine Rote Garde.

Professor Löwenthal erklärt dieses Phänomen so:

„Es geht um das Unbehagen in unserer hoch-spezialisierten, hoch-industrialisierten, hoch-technisierten Wohlstandsgesellschaft. Um das Gefühl, daß in dieser Gesellschaft der Mensch in einen Mechanismus hineinwächst, in dem er seine berufliche Existenz durch Anpassung, durch Spezialisierung, durch Verengung, letzten Endes durch seelische Verkümmern erkauft muß.“

Das ist eine Klage, die seit dem frühen 19. Jahrhundert, seit der Romantik und seit Karl Marx in der modernen Welt immer wieder auftaucht. Mit dieser Klage geht zugleich die Hoffnung, irgendeine ganz neue Ordnung schaffen zu können, mit der diese sogenannte Entfremdung des Menschen überwunden werden kann.“

Heute sucht sich dieser Romantizismus seine Modelle in China, da dieses Land die Entwicklung zum modernen Industriestaat noch nicht durchgemacht hat. Löwenthal meint:

#### Argumente

Diesen Schwarmgeistern muß man hart, sachlich und entschieden entgegentreten. Das was illusionär, totalitär ist, mit Argumenten entlarven. Gleichzeitig aber soll man es für verständlich halten, daß diese Standpunkte — solange es im zivilen Rahmen bleibt — geäußert werden. Denn Studenten

sind nicht nur angehende Experten, Wissenschaftler, sondern auch Staatsbürger, die sich in diesen kritischen Jahren zwischen 20 und 26 entscheidend entwickeln.

Eine geistige Unruhe ist für den Studenten das Normale, sogar Erforderliche. Wobei diese aber scharf von den Unruhen und Krawallen getrennt werden muß.

Die zu simple Fragestellung: Gummiknüppel — oder akademisches Argument zieht nicht. Wo die öffentliche Ordnung gestört wird, sind administrative Maßnahmen in geeigneter Form notwendig. Für die Diskussions-Ebene innerhalb der Universität aber gilt, wie es Professor Löwenthal formuliert: „Es ist Aufgabe einer freien Universität, zur freien Meinungsbildung zu erziehen und dafür die Möglichkeiten zu geben. Dabei kann man nicht garantieren, welche Meinungen jeweils herauskommen. Das wechselt, je nachdem, was eben die Zeitereignisse sind, unter denen sich die junge Menschengeneration formt. Der akademische Lehrer muß sich darum bemühen, zu demokratischer Fairneß und Toleranz, zur Abkehr von Fanatismus, zum Verständnis für die Argumente des Gegners, zur Offenheit zu erziehen. Dabei auch den jungen Menschen Maßstäbe in die Hände zu geben, durch die sie sich von simplen emotionellen Vorurteilen befreien können.“

ULRICH EGGESTEIN

(Der Abend, 19. Januar 1967)

## DOKUMENT 641

Freie Universität Berlin  
Studentenvertretung  
Allgemeiner Studentenausschuß

Berlin 33, den 20. 1. 1967  
Garystr. 20  
Tel.: 76 90 2246

An alle Redaktionen

### Presseerklärung

Zum Beschluß des Kuratoriums der FU Berlin vom Mittwoch, dem 18. Januar 1967, nimmt der AStA wie folgt Stellung:

1. Der AStA begrüßt es, daß der Landesrechnungshof die Haushaltsführung des AStA gründlich überprüfen will. Wir sehen hierin die Möglichkeit, daß das in der Öffentlichkeit entstandene Mißtrauen und die von interessierter Seite lancierten Vorurteile abgebaut werden. Auch bisher hat der Landesrechnungshof jedes Haushaltsjahr eingehend geprüft. So waren bei der Prüfung des Haushaltsjahres 1965 keinen nennenswerten Beanstandungen zu verzeichnen.
2. Die formale Begründung kann nicht jene Sperrung eines großen Teils unserer Haushaltsmittel rechtfertigen, die im Kuratorium auf Antrag des Regierenden Bürgermeisters beschlossen wurde. Zwar ist es richtig, daß der Haushaltsplan der Studentenvertretung erst am Abend vor der Kuratoriumssitzung vom Konvent verabschiedet werden konnte. Daran ist aber nicht so sehr die Studentenvertretung schuld, als vielmehr die Tatsache, daß der AStA in Meinungsverschiedenheit mit den Senatsverwaltungen war über die Frage, ob diese eine Reduzierung der Beiträge pro Student und Semester von bisher DM 9,50 auf DM 7,50 zur Finanzierung der studentischen Selbstverwaltung durchsetzen können oder nicht. Bevor diese Frage nicht entschieden war, konnte kein Haushaltsplan verabschiedet werden, da die Einnahmeseite ungeklärt war. Hierfür ist deshalb ausschließlich die Senatsverwaltung verantwortlich.
3. Es ist ein einmaliges Vorgehen des Kuratoriums, Haushaltsmittel der Studentenschaft zu sperren. Die Einnahmen bestehen zu zwei Dritteln aus studentischen Beiträgen und zu einem Drittel aus Universitätszuschüssen. Bisher hat der studentische Haushalt noch nie zu Differenzen im Kuratorium geführt. Deshalb muß gesagt werden, daß nicht ein plötzliches Interesse an der Haushaltsführung der Studentenvertretung ausschlaggebend war, sondern ausschließlich der Versuch, durch den Griff nach dem Geldhahn eine politische Disziplinierung der Studentenvertretung an der FU zu erreichen. In der Abgeordnetenhausitzung am 12. Januar wurde vom Regierenden Bürgermeister auch deutlich ausgesprochen, daß er — aufgrund von Demonstrationen, für die er den AStA verantwortlich machte, und aufgrund einer Glosse im FU-SPIEGEL — eine Überprüfung der

Gelder beantragen werde. Wir stehen dieser Argumentation mit völligem Unverständnis gegenüber und erblicken hier die Pose eines autoritären Vaters, der einem aufmuckenden Sohn das Stipendium sperrt.

Mit aller Entschiedenheit protestieren wir gegen die Sperrung der Mittel aus offensichtlich politischen Gründen.

4. [Fehlt in der Vorlage. T. F., S. L., C. R.]
5. Die von Sprechern des Berliner Senats beabsichtigte Angleichung der Studentenvertretung an FU und TU kann nur vor demselben Hintergrund verstanden werden. Bei der Betrachtung der Studentenvertretung der FU und TU muß davon ausgegangen werden, daß die Hauptprobleme der Studentenvertretung, die Studiensituation und Universitätsstruktur an FU und TU vollständig andersartig sind. Dem entspricht auch die andersartige Organisation und Intensität der beiden Studentenvertretungen. Deshalb ist für uns der Versuch, FU und TU anzugleichen, nur mit dem Ziel verständlich, daß eine Entpolitisierung der FU bewirkt werden soll, eine Reglementierung und Disziplinierung der Studenten an der FU. In diesem Zusammenhang ist auch das Verbot der VDS-Demonstration gegen die Studiengeldpauschale zu verstehen. Wir werden uns mit aller Entschiedenheit und allen geeigneten Mitteln gegen diese Bevormundung und Entmündigung einer nur in Autonomie sinnvollen Studentenvertretung zur Wehr setzen.

Allgemeiner Studentenausschuß  
der Freien Universität

(Rektorat der FUB: AStA-Akte Nr. 2/2950/1)

## DOKUMENT 642

BERLIN

Die Studenten proben Aufstand  
Universität im Kreuzfeuer  
Erklärungen des Senats  
Revolte der Minderheit

Immer wieder gibt es seit einiger Zeit Schlagzeilen um Berlins Studenten. In der vergangenen Woche mußte sich erneut das Stadtparlament mit ihnen beschäftigen. Jedermann hat noch die aufs Amerikahaus geworfenen faulen Eier und die dort heruntergezerrte amerikanische Nationalflagge in Erinnerung. Alle denken noch an die Plakataktion für Nordvietnam im Februar 1966, an die Sprengung der Veranstaltung, bei der FU-Rektor Lieber das Mikrofon entrissen wurde, an die Protestkundgebung auf dem Wittenbergplatz gegen die Große Koalition und an die Vietnam-Film-Veranstaltung im vorigen Monat. Wilde Reden im Munde und Mao-Abzeichen im Knopfloch, so präsentierte sich immer die gleiche Handvoll unentwegter Berufsunruhestifter aus SDS, „Humanistischer Union“ und „Argument-Club“. Am 7. Januar schließlich brachte der SDS dem neuen Jahr 1967 als Morgengabe eine Erklärung, indem er eine Politik permanenter Universitätsrevolte zu seinem Ziel erklärte.

Das riß selbst den insoweit etwas schläfrigen Berliner Senat aus seinem milden Gewährenlassen. Er raffte sich in der vergangenen Woche zu einer offiziellen Erklärung auf. „Der Freien Universität Berlin wurde eine Verfassung gegeben (das sogenannte Berliner Modell, d. Verf.), die es ihr ermöglicht, in Freiheit in der Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden ihre Bildungs- und Forschungsaufgaben zu erfüllen. Bedauerliche Ereignisse der letzten Zeit haben dem Ansehen der Freien Universität, insbesondere der Studentenschaft, geschadet. Zwar ist sich der Senat bewußt, daß es sich in diesen Fällen nur um eine Minderheit von Studenten handelt, die durch ihr Verhalten die gesamte Studentenschaft und damit die Freie Universität zu diskreditieren droht. Um aber diese Gefahr abzuwenden, erscheint es dringend notwendig, daß die große Mehrzahl der Studenten, und insbesondere der Konvent und AStA sich in solchen Fällen schnell, deutlich und wirksam von unververtretbaren Verhaltensweisen distanzieren.“ In der Tat ist es denn auch die indifferente Lethargie der

großen Mehrheit, die eifrig das vorgeschriebene Studienpensum zu bewältigen bestrebt ist und dabei nicht durch politische Ablenkungen gestört sein will, die es einer kleinen aber virulenten Gruppe von Radikalinskis hauptsächlich aus dem SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) gestattet, ihre Absicht der Politisierung der Hochschule zu versuchen. Jüngst sind eine Anzahl von Gründungsstudenten der FU dem energisch entgegengetreten, unter ihnen Männer wie der Bundestagsabgeordnete Ernst Benda (CDU) und der Chef der Senatskanzlei, Dieter Spangenberg (SPD). Allerdings wendet man sich ebenso energisch gegen Versuche, zu überholten autoritären und patriarchalischen Formen des Universitätslebens zurückzukehren.

Auf den gleichen Ton waren die Reden des CDU-Sprechers am Donnerstag im Stadtparlament gestimmt. Empörung wurde deutlich, als Albertz aus der neuesten Nummer des subventionierten „FU-Spiegel“ zitierte, das ihn — egal ob Gottesprogramm oder Godesberger Programm — als „Pastor“ apostrophierte. Dem Regierenden Bürgermeister wurde widersprochen, als er das „Berliner Modell“ in Frage stellte, für den Fall, daß es künftig nicht klappte. Nicht das Modell und die dadurch gewährte Freiheit, sondern ihr Mißbrauch durch wenige Außenseiter seien schuld. Das gleiche Prinzip werde an der Technischen Universität in Berlin durchaus mit Erfolg gehandhabt. Es helfe auch nicht, wie ein SPD-Sprecher forderte, die Ursachen der Unruhen wissenschaftlich zu analysieren und zu sagen, solche Vorkommnisse seien, gesellschaftspolitisch erklärbar, nicht auf Berlin beschränkt. Freiheit und Fortschritt, so forderte die CDU, sollten erhalten bleiben, dazu bedürfe es aber ihrer energischen Verteidigung durch die gesunden Kräfte an der Universität.

Krach gab es übrigens fast gleichzeitig an Berlins Pädagogischer Hochschule. Auf Beschluß des Parlaments ist ihr vom nächsten Semester ab der Charakter einer „wissenschaftlichen“ Hochschule zuerkannt. Mitgefangen, mitgegangen werden daher auch ihre Studenten zu der allgemeinen Erhöhung der Studiengebühren in Berlin herangezogen. Sie soll Berlins Stadtsäckel über 500 000 DM zusätzliche Einnahmen verschaffen. Was aber an der FU eine Erhöhung von 137 DM auf 160 DM bedeutet, das ist für die „Pädagogische“ die erstmalige Erhebung der 160-DM-Gebühr. Sie sprechen von „Konzeptionslosigkeit der Bildungspolitik“, haben einen mehrtägigen Studienstreik ausgerufen und klagen den sozialdemokratischen Senat an, er habe als Ziel die Studiengeldfreiheit proklamiert, erhebe jetzt aber in ganz Deutschland die im Durchschnitt höchsten Gebühren. Das wird auch strammen SPD-Funktionären nicht dadurch versüßt, daß über Gebührengleichheit die Examenswertgleichheit und damit über den „nur noch“ an der Pädagogischen Hochschule ausgebildeten „Einheitsstudienrat“ auch die — jetzt Gesamtschule genannte — Einheitschule geschaffen wird.

RUDOLF DANIEL

(Bayern-Kurier, 21. Januar 1967)

## DOKUMENT 643

### Borm contra CDU

Wie unter der Überschrift „Der SHB diskutiert den Aufstand“ in Nr. 6491 gemeldet wurde, sagte Berlins Landesvorsitzender der Freien Demokraten, William Borm, in einer Studentenveranstaltung, CDU/CSU als „Reaktion und Restauration“ könnten „die für Deutschland notwendige Wende“ gar nicht wollen. Wenn man solche Worte hört, erinnert man sich: „Wir fürchten nicht den Donner der Kanonen, wir fürchten nicht die schwarze Reaktion ...“ So trutzig singen es die Kommunisten in der Zone. Man erinnert sich auch, daß die Nationalsozialisten Kameraden hatten, „die Rotfront und Reaktion erschossen“. Aber die im Jahre 1967 vollends demagogisch gewordene Phrase von der politischen „Reaktion“ marschiert im Geist in unseren Reihen mit. Während alle demokratischen Kräfte Berlins bemüht sind, einer weiteren Radikalisierung der Studentenschaft entgegenzutreten, hält es der Landesvorsitzende der Freien Demokraten, William Borm, für ange-

messen, in einer Ansprache vor jungen Sozialisten im Studentendorf Schlachtensee weitere begriffliche Verwirrung zu stiften. Er bezeichnet dort die Christlich-Demokratische Union als Reaktion. Mit seiner Wortwahl reiht sich Herr Borm in eine Tradition ein, die man spätestens seit 1933 nicht mehr als liberal bezeichnen kann.

Jürgen Wohlrahe,  
ehemaliger 1. AStA-Vorsitzender  
der Freien Universität Berlin,  
Berlin-Charlottenburg

(Der Tagesspiegel, 22. Januar 1967)

## DOKUMENT 644

### Protest

#### Resolution der am 24. Januar in der TU Berlin versammelten Studenten:

Wenn die Berliner Studenten gegen die Erhöhung der Studiengebühren protestieren, weil diese die bestehenden Bildungsschranken noch fördert anstatt beseitigt;

wenn die Berliner Studenten gegen das Verbot ihrer Demonstration protestieren, weil ihnen der Schutz des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung wichtiger ist als der Schutz von Rasenflächen, so sind dies keine getrennten Proteste.

Vielmehr haben gerade diese beiden Anlässe gezeigt, daß eine von demokratischen Grundsätzen geleitete Bildungspolitik, für die die Berliner Studenten an dieser Stelle demonstrieren, nur zu verwirklichen ist, wenn die Herrschaft all der Kräfte in unserer Gesellschaft eingeschränkt wird, die die volle Verwirklichung der Demokratie verhindert. Deswegen wissen die Berliner Studenten, daß sie ihren Kampf um die Demokratisierung des Bildungswesens nicht führen können, ohne mit allen demokratischen Kräften in unserer Gesellschaft (wie Gewerkschaften, Schüler- und Jugendorganisationen) außerparlamentarisch zusammenzuarbeiten.

Die Berliner Studentenschaften fordern:

1. Die Aufhebung des Demonstrationsverbotes für die Berliner City und die Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Rechts auf freie Meinungsäußerung. Der Landesverband Berlin im VDS wird beauftragt, ein hierfür geeignetes Gerichtsverfahren unverzüglich einzuleiten.

2. Die Abschaffung der Studiengelder zum Abbau von Bildungsprivilegien und zur Sicherung gleicher Bildungschancen. Um die Erhöhung der Studiengelder abzuwenden, soll der Landesverband Berlin im VDS unverzüglich die Möglichkeit eines Zahlungsboykotts der Berliner Studentenschaften prüfen.

3. Die Aufhebung der Sperrung eines großen Teils der studentischen Haushaltsmittel durch das Kuratorium der FU.

Das erklärte Ziel einer Angleichung von FU und TU kann angesichts der großen Strukturverschiedenheiten der beiden Hochschulen und dementsprechend der beiden Studentenvertretungen nur als administrativer Formierungsversuch bezeichnet werden, der in keiner Weise sachlich zu rechtfertigen ist. Die Studenten sehen in der Sperrung der Gelder allein den Versuch, durch den Griff nach dem Geldhahn die Studentenschaft politisch zu disziplinieren.

4. Eine je zum Drittel aus Politikern, Hochschuldozenten und Studenten zusammengesetzte Expertenkommission, durch die sichergestellt wird, daß ein künftiges Berliner Hochschulgesetz nicht einem tagespolitischen Opportunismus, sondern ausschließlich den wissenschaftlich fundierten Konzeptionen von Bildungspolitik und Hochschulreform entspricht. Um die Wissenschaftlichkeit zu gewährleisten, muß dafür gesorgt werden, daß die Arbeit der Kommission in der Öffentlichkeit diskutiert werden kann.

Die Teilnehmer an der Studentenkundgebung in der Technischen Universität Berlin erheben, nach der gesetzeswidrigen Festnahme von Einzeldemonstranten auf dem Kurfürstendamm schärfsten Protest gegen die fortlaufende Aushöhlung der Grundrechte in Berlin. In diesem jüngsten Fall sind die Polizeimaßnahmen besonders zu bedauern, denn die Demon-

stranten haben berechtigte Bedenken gegen eine Kranzniederlegung von Bundeskanzler Kiesinger am Ehrenmal für die Opfer des Nationalsozialismus zum Ausdruck gebracht.

Die Berliner Studenten erklären sich mit dem Brief einiger Wissenschaftler und Künstler an den Bundeskanzler und mit den heutigen Demonstranten solidarisch. Die versammelten Studenten fordern Senat und Abgeordnetenhaus nachdrücklich auf, sofort Maßnahmen zu ergreifen, damit die Polizeibehörden in Zukunft das Recht der öffentlichen freien Meinungsäußerung respektieren und schützen.

(FU-SPIEGEL, Nr. 56, Februar 1967, S. 5)

## DOKUMENT 645

### Presseerklärung des SDS Landesverband Berlin

Die Geschäftsräume des SDS Landesverband Berlin sind am 26. 1. 67 von ca. 10 Kriminalbeamten durchsucht worden aufgrund einer Durchsuchungsanordnung der 16. Großen Strafkammer des Landgerichts Berlin. Hierbei ist hervorzuheben, daß der zunächst für diese Maßnahme zuständige Amtsrichter den Erlaß eines Durchsuchungsbefehls abgelehnt hatte. Anlaß des Verfahrens ist die Strafanzeige verschiedener Professoren der FU Berlin gegen Unbekannt wegen Beleidigung, die sie darin sehen, daß in einem von Studenten der FU verbreiteten Flugblatt (26. 11. 66) von „professoralen Fachidioten“ die Rede ist.

Davon abgesehen, daß in Beleidigungsverfahren nur in den seltensten Fällen zum Mittel der Durchsuchung gegriffen wird, sieht sich der SDS veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß die politische Staatsanwaltschaft diesen Durchsuchungsbefehl dazu benutzt hat, die gesamten Räume des SDS zu durchwühlen und die Mitgliederkartei des SDS beschlagnahmen zu lassen. Der SDS vermag hier keinen mit den Ermittlungen in Zusammenhang stehenden sachlichen Grund für diese Beschlagnahme zu sehen. Das Vorgehen der Polizei erweckt den Eindruck, daß diese Maßnahme als Vorwand diente, hier Erkenntnisse des Verfassungsschutzes über die Mitgliedschaft des SDS zu vervollständigen, unter anderem auch in der Absicht, die Studenten einzuschüchtern und von einem Eintritt in oppositionelle Studentenverbände abzuschrecken.

Ein weiteres Mal werden formale Befugnisse zu politischer Inquisition mißbraucht.

(Privatakten, Standort ZI 6: Akte „SDS, A I“)

## DOKUMENT 646

Extrablatt Math. Nat.

Extrablatt Informationen aus der Studentenvertretung

27. 1. 67

### Hochschulpolitik mit anderen Mitteln

Die Altrektoren Schenck, Hirsch, Heinitz und Lüers veranlaßten durch eine Beleidigungsklage eine Haussuchung beim SDS. Die Formulierung „professorale Fachidioten“ im bekannten Flugblatt vom 26. 11. 66 wurde hier offenbar als persönliche Beleidigung aufgefaßt. Nicht nur die Studentenvertretung hatte sich von derart mißverständlichen Formulierungen distanziert (z. B. MATH.NAT. 16+17), sondern auch der SDS verurteilte die Aktion einiger seiner Mitglieder. (Unter Fachidioten wird z. B. auch der reine Fachmann verstanden, der sich hochspezialistisch mit einigen eng umgrenzten Fragestellungen seines Fachgebietes beschäftigt und dabei den Zusammenhang zu den angrenzenden Fachgebieten außer acht läßt.) Die gestern von ca. 10 Beamten der politischen Polizei durchgeführte Durchsuchung der Geschäftsräume des SDS basierte auf einem Beschluß des Landgerichts Berlin, das damit einen Beschluß des Amtsgerichtes Tiergarten aufhob. Während der über zweistündigen Durchwühlung des „SDS-Zentrums“ in den Abendstunden wurde auf die Durchsicht der Matrizen im wesentlichen verzichtet und statt dessen Anwesenheitslisten von öffentlichen Veranstaltungen durchgesehen und die Mit-

gliederkartei des Berliner SDS beschlagnahmt. Um zu verhindern, daß diese vom „Verfassungsschutz“ ausgewertet wird, wurde darauf gedrungen, diese zu versiegeln, bis ein endgültiger Bescheid des Gerichts vorliegt.

Ein Teil der Professoren, der bereits bisher mit juristischen Spitzfindigkeiten die Hochschulpolitik zu manipulieren suchte, setzt nun auch den Machtapparat des Staates gegen kritische Studenten ein. Andererseits reiht sich diese Aktion als vorläufiger Höhepunkt fast bruchlos in die Disziplinierungsversuche des Berliner Senats ein.

MEETING

13.00

henry-ford-bau

MATH.NAT.-Extrablatt-Informationen aus der Studentenvertretung wird herausgegeben von der Studentenvertretung der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Freien Universität, 1 Berlin 33, Hüniger Str. 44, Tel.: 76 90 3344 und 76 90 2898. Verantwortlich: Lagodzinski, Feil, Freudenthal, Gross, Paulsen.

(Archiv ZI 6: Akte E 0702 FU/TU „Flugblätter Januar—Mai 1967“)

## DOKUMENT 647

SHB

SHB

### Demonstration

Am 26. 1. 1967 drangen aufgrund eines gerichtlichen Durchsuchungsbefehls Polizeikräfte in die Büroräume des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes ein. Nach der Durchsuchung wurde die Mitgliederkartei des SDS beschlagnahmt und abtransportiert. Nur durch die Intervention eines Rechtsanwalts konnte noch erreicht werden, daß die beschlagnahmte Kartei vorerst versiegelt wurde.

Diese Aktion steht vor allem in Zusammenhang mit den Ereignissen auf einer Versammlung am 26. November 1966 an der Freien Universität, auf der Studenten ein Flugblatt verteilten, von dessen Inhalt sich einige Professoren persönlich beleidigt fühlten und Strafantrag stellten. Der Rektor stellte Strafantrag gegen die Person, die ihm im Verlauf der Diskussion das Mikrofon entwunden hatte.

Das Verhalten von Rektor Lieber muß in größerem Zusammenhang gesehen werden. Zahlreiche Professoren stellten sich im Verlauf der studentenfeindlichen Kampagnen, die im SS 1965 begannen, öffentlich vor die Studenten. Professor Lieber gehörte niemals zu ihnen.

Heute gehört Rektor Lieber zu den Hauptakteuren der gegen die Studenten errichteten Politik. Unter dem Vorwand, die akademische Würde müsse geschützt werden, setzte er nun auch die Kriminalpolizei gegen die Studenten ein. Gleichzeitig ließ sich Magnifizenz Lieber jedoch nicht nehmen, dem in West-Berlin diskriminierten Ausschuß für Frieden, nationale und internationale Verständigung seine Neujahrsglückwünsche zu übermitteln.

Dieser Mann, der sich in Gesten liberal und fortschrittlich gibt, linksgerichtete Studenten aber von der Kriminalpolizei verfolgen läßt, hat jeden Anspruch auf Glaubwürdigkeit verloren.

Der SHB sieht in der Art und dem Zeitpunkt der Durchsuchung gegen den SDS den Versuch, politisch mißliebige Studenten unter Druck zu setzen. Die Tatsache, daß die Strafverfolgung in diesem Falle vom Rektor der FU und einigen Professoren ausgelöst wurde, beweist, wie sehr sich mittlerweile akademische Verwaltung und politische Instanzen in ihrem Vorgehen gegen die Studenten verbündet haben.

Darüberhinaus ist die Aktion ein Anzeichen, daß angesichts der bevorstehenden Wahlen und zu erwartender politischer und sozialer Schwierigkeiten eine Lage eingetreten ist, in der politische Diskussionen in unserer Stadt auf ein von der Obrigkeit bestimmtes Maß eingeschränkt werden sollen. Die politische Bedeutung dieser letzten Polizeiaktion muß allen klar werden, die das Vorgehen der Berliner Polizei in letzter Zeit aufmerksam verfolgt haben.

Wir wenden uns aufs schärfste gegen das unerträgliche, undemokratische politische Klima in West-Berlin. Der SHB fordert den Senat, das Abgeordnetenhaus und die politischen Parteien Berlins auf, sich von den Konsequenzen dieser Polizeiaktion eindeutig zu distanzieren. Der SHB fordert weiterhin den Akademischen Senat der Freien Universität Berlin auf, dem von ihr als förderungswürdig anerkannten Verband den Schutz zu gewähren, den er ihr in seiner Erklärung vom 11. 1. 1967 zugesagt hat. Die Freie Universität hat die Pflicht, in der derzeitigen Situation von den politischen Instanzen der Stadt eine demokratische prinzipien-gemäße Behandlung ihrer studentischen Verbände zu verlangen. Diese Forderung an die FU ist um so berechtigter, als die strafrechtliche Verfolgung, die nun den SDS getroffen hat, vom Rektor der Freien Universität selbst veranlaßt worden ist.

Solidaritätsdemonstration

13 UHR

HENRY-FORD-BAU

(Archiv ZI 6: Akte E 0702 FU/TU „Flugblätter Januar—Mai 1967“)

## DOKUMENT 648

RCDS-Brief 2/67

**Bis zum bitteren Ende?**

Die Atmosphäre an der Freien Universität hat sich weiter erhitzt. Hauptakteure:

Der Akademische Senat mit Verbandsverboten und mangelnder Bereitschaft zur Studienreform, der SDS und seine Mitläufer durch Provomethoden und Revolutionsschwärmereien, der Berliner Senat mit „pauschalierter Bildungspolitik“ und mit dem Versuch, die ihm aus der Hand geglittene politische Entwicklung an der FU mit Hilfe von unangemessenen Polizeieinsätzen wieder ins Albertz'sche Lot zu bringen.

Den letzten Schritt tat die „Obrigkeit“ in Gestalt von Staatsanwaltschaft und Politischer Polizei, als sie — wenn auch auf Grund eines richterlichen Durchsuchungsbefehls — die SDS-Räume filzte.

Wir fragen:

Seit wann ist die Politische Polizei für Beleidigungsklagen zuständig?

Mit welchem Recht wurde die SDS-Mitgliederkartei beschlagnahmt?

Wir stimmen politisch mit dem SDS in keinem Punkt überein, aber wir werden uns mit aller Kraft dafür einsetzen, daß auch ihm das Recht und die Möglichkeit zur freien politischen Meinungsäußerung nicht beschnitten wird.

Wir fragen:

Soll diese Aktion typisch für die Behandlung politischer Studentenverbände werden?

Wer wird der nächste sein?

Ring Christlich-Demokratischer Studenten an der FU, Berlin 15, Fasanenstraße 46/III

(Drucksachen des Abgeordnetenhauses von Berlin, Nr. 442, 2. [abschließende] Beschlußempfehlung des 1. Untersuchungsausschusses — V. Wahlperiode . . . , S. 69)

## DOKUMENT 649

Flugblatt der ESG

Prof. D. Helmut Gollwitzer

**Votum**

Bei der studentischen Versammlung im Henry-Ford-Bau der Freien Universität am 27. 1. 1967, 13.00 Uhr

Ich möchte drei Bemerkungen zu dem Vorfall, der uns beschäftigt, machen:

1.) Zuerst eine etwas heitere Bemerkung: Eine erste Folgerung aus diesen Ereignissen scheint mir zu sein, daß wir eine Aktion

zur Rettung des humanistischen Gymnasiums machen müssen. Ihr, meine lieben SDS-Freunde, bekommt hier die Quittung für den auch von Euch begünstigten Verfall der humanistischen Bildung in unseren Tagen. Wer weiß noch, was „Idiot“ im alten Griechischen bedeutete und welchen Bedeutungswandel das Wort durchgemacht hat, bis daraus unser heutiges „Idiot“ geworden ist? „Idiot“ war bei den Griechen ein Mann, der sich nur um seinen eigenen Kram kümmerte, die öffentlichen Angelegenheiten ignorierte. Ich kenne die Verfasser des ominösen Flugblattes so wenig wie der Herr Staatsanwalt, aber ich möchte wetten, daß ihnen diese Bedeutung gegenwärtig war, als sie den Vorwurf erhoben, an unserer Universität würden die Studenten „von professoralen Fachidioten zu Fachidioten“ ausgebildet. Der Vorwurf ist töricht und undankbar. Er ist töricht, weil er verkennt, daß im Zeitalter der Spezialisierung in der Wissenschaft es unvermeidlich ist, streckenweise „Fachidiot“ zu sein, d. h. in enger Begrenztheit seine Spezialität zu betreiben, und also scheinbar im Elfenbeinturm seiner Wissenschaft zu verharren. Er ist undankbar, weil er verkennt, daß viele Professoren an unserer Universität ständig bemüht sind, die Grenzen der Spezialisierung zu durchbrechen und daß die Universität im Ganzen sich bemüht, über der Spezialisierung den Blick für das Allgemeine nicht verkümmern zu lassen. Es ist ein Vorwurf, aber keine Beleidigung. Er ist nur für den eine Beleidigung, der von der ursprünglichen Bedeutung des Wortes „Idiot“ nichts mehr weiß und deshalb den Vorwurf „Fachidiot“ mit dem Vorwurf „Idiot“ in unserer heutigen Bedeutung dieses Wortes verwechselt. Man sieht: bei Lehrenden und Lernenden muß viel zur Beförderung der humanistischen Bildung getan werden.

2.) Jetzt wird die Sache ernster: Die Vorkommnisse auf studentischer Seite und die Reaktionen erst von seiten der Presse und dann von seiten der Polizei stehen in einem solchen Mißverhältnis, daß sie trübe Erinnerungen wecken. Einige Studenten haben sich disziplinlos benommen, — das ist bedauerlich, vor allem, weil dadurch die Wirkung der Demonstrationen sabotiert wird. Wer diese Disziplinlosigkeiten aber „terroristische Aktionen“ nennt und auffordert, daß gegen sie mit Gewalt vorgegangen wird, der sucht auf, um den Terror, nach dem er selbst ruft, zu rechtfertigen. In den Jahren nach 1933, als man noch Anlässe brauchte, um Juden zu verfolgen, kam es vor, daß auf dem Schulhof ein jüdischer Junge einem arischen das Bein stellte, der fiel hin und bekam Nasenbluten. Der „Stürmer“ brachte einen Artikel darüber: „Frecher Judenjunge terrorisiert deutsche Schulklasse“, die Presse bekam Schaum vor den Mund, die Polizei griff ein und die Folgen waren der Sippenhaft wegen für die ganze Familie tödlich. Wo aufgebauscht wird, wo Disziplinlosigkeiten in terroristische Aktionen umgefälscht werden, wo nach Dreinschlagen gerufen wird, da wird die Luft totalitär. Ein Student bemächtigt sich, ohne zu fragen, eines Mikrophons, andere Studenten verlassen die vorgeschriebene Demonstrationsroute — und schon bekommt die Presse Schaum vor den Mund, die Polizei greift nach dem Gummiknüppel und teilt Fußstritte aus, und Herr Matthias Walden fordert mitten in dem Rechtsstaat, den er angeblich verteidigen will, willkürliche Relegierungen. Die Luft riecht totalitär, — man täusche sich nicht!

3.) Vor dem Akademischen Senat und vor der ganzen Professorenschaft steht jetzt die Frage, ob sie jenen einzigen Satz in der letzten Erklärung des Akademischen Senats wahrhaben wollen, in dem es heißt, daß der Senat für die Studenten bei ungerechtfertigten Angriffen auf sie eintritt. Das ist ein kläglich-armseliger Satz, wenn er allein steht und ungetan bleibt. Das ist ein wichtiger Satz, wenn das auch getan wird. Zu den Angriffen auf die Studentenschaft gehört auch jede Behinderung des Lebens, des freien Lebens der politischen Hochschulgruppen. Die Freiheit der Freien Universität steht und fällt mit der Freiheit der politischen Hochschulgruppen. Ich weiß nicht, was sich der Herr Generalstaatsanwalt für seine Ermittlungen von der Beschlagnahmung der Mitgliederkartei des SDS verspricht; offenbar nimmt er an, daß auf irgendeiner Karte hinter dem Namen in Klammern steht: „Verfasser des Fachidiotenflugblattes“! Wie er zu dieser merkwürdigen Erwartung kommt, ist seine Sache. Sicher aber ist, was der Effekt dieser Beschlagnahmung sein wird: unter den 15 000 Studenten

unserer Universität gibt es viele, die nicht die Hand dafür ins Feuer zu legen wagen, ob jene Mitgliederkartei, von der Politischen Polizei beschlagnahmt, nur der Ermittlung in diesem Beleidigungsprozeß dienen wird, ob die Namen der Kartei und ihre sonstigen Angaben, nicht in die Dosiers der Politischen Polizei und des Verfassungsschutzes wandern werden. Die Tatsache, daß dafür so viele nicht die Hand ins Feuer legen, genügt: der Effekt wird Einschüchterung der Studenten sein, wenn sie sich überlegen, ob sie sich einer politischen Hochschulgruppe anschließen sollen und welcher. Man will ja schließlich einmal als Beamter Karriere machen, man will Ingenieur werden oder Offizier bei der Bundeswehr oder man möchte mindestens einmal einen ausländischen Palmenorden bekommen, — in all solchen Fällen kann es äußerst schädlich sein, in den schwarzen Listen der Verfassungsschutzes geführt zu werden. Will man das nicht riskieren, so empfiehlt es sich, oppositionelle Gruppen zu meiden, am besten: Fachidiot zu werden. Das ist der unvermeidliche Effekt. Man soll nicht Opposition um der Opposition willen treiben, aber schon in der Schule lernen wir, daß in der Demokratie schlechterdings alles am Funktionieren der Opposition hängt. Große Koalition bedeutet: Ausfall der parlamentarischen Opposition. Um so mehr kommt also alles an auf den Freiheitsraum der außerparlamentarischen Opposition. Jeder Professor, jeder Student ist um seiner selbst willen, um der Universität willen und um unseres Staates willen aufs Brenndenste daran interessiert, daß der Freiheitsraum der Opposition unangetastet bleibt. Das hat nichts mit Sympathie oder Antipathie gegen den SDS zu tun. Es ist kein Geheimnis: viele Professoren und wahrscheinlich auch eine Anzahl von Senatsmitgliedern mögen den SDS nicht. Wir ordentlichen Professoren in Deutschland lieben nur ordentliche Studenten, die die Hände aus den Taschen nehmen und den Hut vom Kopf, wenn sie mit uns reden. Der SDS redet und schreibt respektlos, sozusagen mit den Händen in den Hosentaschen, wenn er an den Rektor schreibt. Das mag man nicht. Aber das hat hiermit jetzt nichts zu tun. Mit dieser Beschlagnahmungsaktion ist dem totalitären Geschrei gegen die Freie Universität eine unmittelbare Bedrohung ihres freien Lebens gefolgt. Sie trifft den Nerv unserer Universität. Das sollten endlich auch diejenigen Professoren und Studenten erkennen, denen die immer neuen Unruhen an unserer Universität höchst zuwider sind. Der Akademische Senat muß seine Verantwortung für die Freiheit der Freien Universität wahrnehmen. Es gibt bekanntlich sogenannte Staatsgebilde, deren Selbstbezeichnung bei uns bis vor kurzem nur in Anführungsstrichen zitiert worden ist. Wenn es gelingen sollte, mit Ausnutzung einzelner Disziplinlosigkeiten den SDS an unserer Universität abzuwürgen, dann ist der Zeitpunkt gekommen, wo man unsere Selbstbezeichnung Freie Universität wird in Anführungszeichen setzen müssen.

Helmut Gollwitzer

(Archiv ZI 6: Akte E 0702 FU/TU „Flugblätter Januar—Mai 1967“)

## DOKUMENT 650

**Resolution der Protestversammlung in der Freien Universität Berlin (Henry-Ford-Bau) am 27. 1. 1967**

Die versammelte Studentenschaft der FU ruft die Studenten aller Berliner Hochschulen auf, anlässlich der Einweihung des John-F.-Kennedy-Instituts an einer gewaltlosen Demonstration teilzunehmen.

Wir fordern den Rektor, den Akademischen Senat und die beteiligten Professoren auf, sich von der Polizeiaktion gegen den SDS als Folge der Anzeige gegen Unbekannt zu distanzieren.

Wir fordern den Fachschaftssprecher des John-F.-Kennedy-Instituts auf, bei seiner Ansprache zur Einweihung des Instituts unsere Demonstration zu erläutern und die Forderungen der versammelten Studentenschaft zu vertreten.

Forderungen:

Die Rückgabe der versiegelten Mitgliederkartei an den SDS;  
Die Untersuchung des Vorgehens von Staatsanwaltschaft und

Polizei in Zusammenhang mit der Haussuchung im SDS;  
Die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum Vorgehen der Polizei während der letzten Monate.

(Archiv ZI 6: Akte E 0702 FU/TU „Flugblätter Januar—Mai 1967“)

## DOKUMENT 651

**Anlage zum Protokoll der 2. (o.) Sitzung des 19. Konvents vom 27. Januar 1967**

Der Konvent weiß, daß es nicht mehr ausreicht, gegen die willkürliche und in der Durchführung illegitime Untersuchung der SDS-Räume durch die politische Polizei in einer Resolution zu protestieren und sich mit dem einer Inquisition unterworfenen SDS solidarisch zu erklären.

Diese Polizeiaktion steht als vorläufiger Höhepunkt am Ende einer Reihe von Maßnahmen der Berliner Exekutive und ihrer Organe, die die freie hochschulpolitische wie politische Betätigung der Berliner Studenten auf das dem Berliner Senat genehme Maß einschränken sollen. Sei es durch Gummiknüppelaktionen, sei es durch den Griff nach den studentischen Finanzen oder einfach durch das Verbot von Demonstrationen oder Kundgebungen. Der Ehrgeiz, die Universitäten in Berlin — möglichst noch vor der Märzwahl — mit diesen Mitteln zu befrieden, kann nur enttäuscht werden. Die Ursachen für die seit Jahren zu beobachtenden Unruhen in den Universitäten sind keineswegs einige „rosarote“ Unruhestifter, sondern die zunehmend reformbedürftige Struktur der Universitäten und das zunehmend demokratiefeindliche Verhalten der Exekutive und ihrer Administration.

Durch die große Koalition in Bonn ist fast jede parlamentarische Opposition unmöglich geworden. Zur Erhaltung der Demokratie kommt der außerparlamentarischen Opposition daher eine einzigartige Bedeutung zu.

(Archiv ZI 6: Akte E 0702 FU/TU „Flugblätter Januar—Mai 1967“)

## DOKUMENT 652

Offener Brief

Berlin, den 30. 1. 1967

An den  
Präsidenten des Abgeordnetenhauses  
Herrn Otto Bach  
Sehr verehrter Herr Präsident!

Gerade zu einem Zeitpunkt, in dem sich eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Professoren und Studenten in Fragen der Studienreform anbahnt, werden die Beziehungen zwischen Studentenschaft und Berliner Öffentlichkeit in unerträglicher Weise belastet, vor allem durch zum Teil verständnislose Reaktionen auf studentische Meinungsäußerungen.

Diese Entwicklung erfüllt die unterzeichnenden Professoren, Dozenten und Assistenten der Freien Universität schon seit längerer Zeit mit Sorge. Insbesondere bestürzt uns als Angehörige der Freien Universität und Bürger dieser Stadt, wie unter Mißachtung demokratischer Grundrechte versucht wird, die freie Meinungsäußerung einzuschränken und die politische Arbeit studentischer Gruppen zu behindern. Wir erwarten deshalb vom Abgeordnetenhaus die Einsetzung eines parlamentarischen Ausschusses zur Untersuchung des Vorgehens der Polizei gegen Demonstranten und der Vorgänge bei der Durchsuchung der Räume des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes.

Klaus Grenzdörfer  
Peter Naeve  
Hermann Garbes  
Dr. Max-Detlev Jöhnk  
Gerhard Rubow  
Prof. Dr. W. Wetzell

H. U. Schädel  
S. Jansen  
Dr. M. von Brentano  
Prof. Dr. Weisedel  
Prof. Dr. M. Landmann  
Prof. Dr. J. Taubes

Peter Brucker  
 Prof. Dr. H. Münzner  
 Prof. Dr. G. Ringel  
 Dr. E. Gottschling  
 Christian Siebeneicher  
 Dr. Andreas Dreß  
 Dr. H. F. Münzner  
 Dr. Norman Guthschmidt  
 Dr. H. Liermann  
 Dr. H. Lenzing  
 E. Letzner  
 Helmut L. Krämer  
 W. Mader  
 Prof. Dr. A. Stöhr  
 Prof. Dr. K. P. Grottemeyer  
 Prof. D. Gollwitzer  
 Dr. Klaus A. Bösl  
 Dr. Frido Bader  
 Bruno Aust  
 Dr. Niels Diederich  
 Dr. Dietrich Herzog  
 Jürgen Dittberner  
 Wilhelm Kaltenborn  
 Alf Müntzel  
 Prof. Dr. Otto Stammer  
 Peter Ringleb  
 Dipl.-Soz. A. Meyer  
 Wolfram Deylitz  
 Christian Schmalzing  
 Peter Stadie  
 Dipl.-Pol. A. Gerschmann  
 Hermann Hilterscheist  
 Dipl.-Soz. Hans H. Lenke  
 S. Lönnendonker  
 Ralf Rytlewski  
 Dr. Dieter Herz-Eichenrode  
 Dr. K. Görl  
 Dr. H. Ibbeken  
 Dr. J. Liedholz  
 Unterschrift unleserlich  
 Dr. Karl J. Reutter  
 Dr. Christian Kuhnert  
 Prof. Dr. Walter G. Kühne  
 Dr. B. Krebs  
 Georg Krusat  
 Dr. Siegfried Henkel  
 Dr. E. R. Lochmann

Jürgen Schmidt  
 Dr. R. Frydrych  
 Karl Lohoff  
 E. Birkholz  
 Friedhelm Zimmermann  
 Wolfgang Krüger  
 Klaus Wegener  
 Wolfgang Repenthin  
 H. Braun  
 W. Enseleit  
 Prof. Dr. K. Ulrich  
 Dr. Rainer Keller  
 Dr. Kai Graszynski  
 Nils Jaeger  
 Dr. Hans-Joachim Förster  
 Dr. Walfried Plich  
 Dr. Humpert  
 F. Stolze  
 Dr. G. Bourwig  
 A. Grohmann  
 J. Dohrmann  
 Dr. D. Rewicki  
 Dr. F. Praetorius  
 Klaus Peter Steiger  
 Regina Krawschak  
 Wilhelm Gauger  
 Herwig Twesmann  
 Dr. Ingo Pommerening  
 Dr. J. Mähner, jedoch  
 Distanzierung von Methoden  
 und Zielen des SDS  
 Dr. J. Pesemer  
 Dr. Charlotte Thielke  
 Münzel. Ohne jedoch anderer-  
 seits mit Zielen und  
 Methoden des SDS  
 übereinzustimmen  
 E. Vogel  
 Dr. H. Claus  
 Prof. Dr. G. Zieburg  
 Prof. Dr. Alexander Schwan  
 Dr. phil. L. Schmutge  
 Dr. phil. Peter Furth  
 Manfred Lefèvre  
 Dr. phil. Karl Pestalozzi  
 Dr. phil. Rolf Tiedemann  
 Dietrich Herold

Peter Kappe

sowie weitere Unterschriften von sieben weiteren Assistenten  
 und vier Akademischen Räten des Otto-Suhr-Instituts.

(Archiv ZI 6: Akte E 0702 FU/TU „Flugblätter Januar—Mai  
 1967“)

## DOKUMENT 653

### Sinneswandel?

... Der massive öffentliche Druck der Studenschaft, begleitet  
 von Strafanzeigen gegen prügelnde Polizisten, die Ankündi-  
 gung, wegen des Demonstrationsverbotes vor Gericht zu  
 gehen und das Unverständnis der Presse für die Polizeiaktion  
 in den Räumen des SDS, veranlaßten den Regierenden Bürger-  
 meister offenbar, von seiner bisher an den Tag gelegten star-  
 ren Haltung abzuweichen. In einem Gespräch mit dem AstA  
 und dem Konventspräsidium distanzierte sich Albertz von dem  
 Vorgehen der Polizei gegen den SDS. Er zeigte auch wenig  
 Verständnis für die Professoren Heinitz, Hirsch, Lüers und  
 Schenk, die sich von dem Terminus „professorale Fachidioten“  
 getroffen fühlten und durch ihre Strafanzeige die Polizeiaktion  
 gegen die an der FU zugelassene studentische Vereinigung aus-  
 gelöst hatten. Albertz erklärte sich darüberhinaus bereit, künf-  
 tig mit den Studenten über alle anliegenden Probleme — den  
 Haushalt der Studentenvertretung einbegriffen — zu sprechen  
 und er akzeptierte die studentische Kritik an der Hochschule,

deren patriarchalische Form auch seiner Meinung nach über-  
 wunden werden muß. Zum Beweis seiner plötzlichen Konzi-  
 lianz setzte Albertz schließlich die Genehmigung für die am  
 Nachmittag geplante Demonstration der Studentenschaft vom  
 Olivaer Platz zur Gedächtniskirche durch. Die Einsicht des  
 Berliner Regierungschefs, daß für demonstrative Meinungs-  
 äusserungen in der City weder die Politische Polizei noch uni-  
 formierte Stoßtrupps, sondern allein friedfertige Verkehrspoli-  
 zisten zuständig seien, kam so überraschend, daß heute noch  
 nicht entschieden werden kann, ob es sich um eine tatsächliche  
 Meinungsänderung oder nur um ein taktisches Manöver zur  
 Beruhigung der studentischen Gemüter handelt. In seinem Ge-  
 spräch mit den Studentenvertretern hat der Regierende Bür-  
 germeister jedoch eine Reihe von Problemkreisen angespro-  
 chen, deren Diskussion in den kommenden Monaten beweisen  
 wird, in welchem Maße der Senat und die Berliner Verwaltung  
 bereit sind, Demokratie zu realisieren. Nachdem anderthalb  
 Monate lang auf dem Kurfürstendamm bei den geringfügig-  
 sten Anlässen Demonstranten und Passanten wahllos geprügelt  
 und festgenommen wurden, wird es interessant zu beobachten  
 sein, wie weit Meinungs- und Versammlungsfreiheit nun wie-  
 der ernst genommen werden. ...

(FU-Spiegel Nr. 56, Februar 1967, S. 3)

## DOKUMENT 654

### Reform als Experiment

**FU-Kommission kritisiert Empfehlungen des Wissenschaftsrates**  
 3500 Studenten der Freien Universität Berlin demonstrierten  
 im Sommersemester 1966 gegen die Studienbedingungen an  
 ihrer Universität. Sie wollen weder ihr Studium unter einen  
 zeitlichen Druck gestellt sehen, nach längerer Überschreitung  
 der Studienzeit zwangsexmatrikuliert zu werden, noch wollten  
 sie von Anfang an nur für eine begrenzte Zahl von Semestern  
 zugelassen werden. Was an zwei Fakultäten der FU begonnen  
 wurde als Versuch, mit dem Problem der verlängerten Stu-  
 dienzeiten und der Überfüllung der Universitäten fertig zu  
 werden, erschien den Studenten als eindeutige Warnung: Sie  
 sahen ihre Studienfreiheit gefährdet. Was sie forderten, war  
 eine Reform vor administrativen Maßnahmen. Was sie for-  
 derten, war ein Mitrede- und Mitbestimmungsrecht bei den  
 Fragen der Studienreform.

Die Folge jener Demonstration war die Gründung zahlreicher  
 Kommissionen in den Fakultäten und Fachdisziplinen zur Be-  
 ratung der Studienreform an der FU. Kommissionen, in denen  
 die Studenten überall vertreten waren neben den Professoren,  
 Assistenten und Akademischen Räten. Die zentrale Kommis-  
 sion, die der Rektor mit Billigung des Akademischen Senats  
 der FU einberufen hatte, legt nun als erstes Ergebnis eine  
 Stellungnahme zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates  
 zur Neuordnung des Studiums vor.

Der Wissenschaftsrat hatte im vergangenen Jahr die Misere  
 des Studiums an den deutschen Universitäten unter anderem  
 auf ein Zuviel an Freiheit zurückgeführt, das sich in der Un-  
 sicherheit des Studenten zeigt, der sein Studium in eigener  
 Verantwortung planen und bewältigen muß. Um diese Un-  
 sicherheit zu beseitigen, hatte der Wissenschaftsrat wirksame  
 Führung in den Anfangssemestern empfohlen, eine obligato-  
 rische Beratung und ein Studium nach Plan. Zwischenprüfungen  
 sollten nach spätestens vier Semestern zur Kontrolle und  
 Selbstkontrolle der Studenten eingeführt werden. Und in die-  
 sen Zwischenprüfungen sollten ungeeignete Studenten recht-  
 zeitig auf andere Bahnen gelenkt werden. Insgesamt — und  
 das hielt der Wissenschaftsrat für primär — sollte das Studium  
 begrenzt werden auf das Wesentliche, das heißt, auf das für  
 einen Beruf dienliche Wissen. Der Lehrstoff solle begrenzt, die  
 Zahl der obligatorischen Lehrveranstaltungen vermindert wer-  
 den. Grundsätzlich meinte der Wissenschaftsrat, daß in der  
 Mehrzahl der Disziplinen ein Studium von höchstens vier  
 Jahren Dauer ausreichen dürfte.

Diese Empfehlungen sind von der zentralen Beratungskom-  
 mission der FU herb kritisiert worden. Dem Wissenschaftsrat  
 wird vorgeworfen, daß er die Studenten zu unselbständigen



Objekten mache, um in der Nachwuchspolitik den Engpaß an den Hochschulen zu beseitigen. Kritisiert wird, daß die Studiengänge und damit die Studenten selbst an die gesellschaftlichen Erfordernisse des Augenblicks angepaßt werden. Die vom Wissenschaftsrat vorgeschlagene Hochschulpädagogik werde zu einer Unterwerfung unter eine vorgegebene Organisation des Studiums führen. Weiter wird bemängelt, daß nur die in einem unkritisch berufsorientierten Studium besonders erfolgreichen Studenten die Chance für das geplante weiterführende Aufbaustudium hätten, das den Weg ebne für eine Karriere in der Wissenschaft und den Spitzenstellungen in Staat und Gesellschaft. Hierin sieht die Beratungskommission der FU elitäre Tendenzen, die dem vom Wissenschaftsrat verkündeten Prinzip widersprächen, daß das Studium nicht mehr das Privileg einer relativ kleinen Schicht sei.

Grundsätzlich wendet sich die FU-Kommission auch gegen Zwischenprüfungen, die ungeeignete Studenten vom Studium ausschließen sollen. Zwischenprüfungen dürften nur auf Fehlplanungen aufmerksam machen, ohne damit eine abschließende Gesamtbeurteilung über Eignung und Leistungsfähigkeit des Studenten abzugeben.

Von der FU-Kommission werden Bedenken gegen eine Einteilung des Studiums erhoben, nach der für die breite Masse der Studenten die Form der Lehre genügen und nur für die wenigen besonders erfolgreichen Studenten eine Teilnahme an der Forschung möglich sein soll. Hier fürchtet die FU-Kommission Rückwirkungen vor allem im Lehrkörper, weil es unwahrscheinlich sei, daß der gleiche Dozent, der seinen umfangreichen Verpflichtungen in den Lehrveranstaltungen nachkommen müsse, auch als Lehrer und Forscher im „Aufbaustudium“ tätig sein könne.

Die Stellungnahme der FU-Kommission, der vier Professoren, vier Studenten, ein Assistent und ein Akademischer Rat angehören, ist kein Totalverriß, aber ein Aufruf, Studienreform nicht als einmaligen Akt, sondern als langwierigen Prozeß aufzufassen. Das Wort „Experiment“ scheint der Kommission der angemessene Ausdruck zu sein. Man will keine Expertengutachten und keine von oben angeordneten Maßnahmen, sondern auch die Studenten der einzelnen Fächer sollen zur kritischen Prüfung der Experimente herangezogen werden. In diesem Sinne wendet sich die FU-Kommission auch gegen eine dekretierte Verkürzung der Studien. Kürzeres Studium sollte die Frucht einer sinnvollen Reform sein.

Uwe Schlicht

(Der Tagesspiegel, 5. 2. 67)

## DOKUMENT 655

Was hier in Berlin los war — für Zeitungsleser

Das Sit-in im Sommersemester ergab, daß geredet werden sollte — einmal in den paritätisch zu besetzenden Kommissionen und dann in öffentlicher grundlegender Diskussion mit dem Rektor. Da ging's schon los — die wichtige Universitätskommission wurde nicht paritätisch besetzt. Der Konvent fühlte sich schwach, unfähig, studentische Öffentlichkeit herzustellen, er nahm es hin. Dann — die durch das Sit-in erzwungene Diskussion mit dem Rektor über die Probleme der Studenten kam erst nach zähen Verhandlungen am 26. 11. zustande. Aber wie. Lieber wollte nur über seinen Vortrag auf der vorangegangenen Immatrikulationsfeier reden und wich aus, immer wieder. Die Studentenfunktionäre konnten ihn destruieren — doch unöffentlich. Das wollte eine Gruppe, der auch SDSler angehörten, demonstrieren — durch Verteilung der jetzt berühmten Flugblätter („professorale Fachidioten“, „von diesem Gespräch haben wir nichts zu erwarten“ etc.) und Diskussion. Sie scheiterte an den „akademischen Formen“, die nur dem Rektor ein Mikrofon zubilligen, die Rednerliste manipulieren, Flugblattverteilungen unangemessen erscheinen lassen etc. Lieber ging ab, und die Autorität wandte sich noch einmal gegen die Demonstrierenden — die Studenten gingen unbehaglich lachend hinaus.

Anfang Dezember veranstaltete dann die KfA eine Vietnam-

woche mit verschiedenen Veranstaltungen, von denen der SDS eine übernahm — Pflicht und Schuldigkeit, Spezialisten usw. Wir zeigten Filme. Zugleich hatte der RCDS ein „Mitglied des leidenden Volkes“, den südvietnamesischen Botschafter aus Bonn, eingeladen, die Wahrheit einmal SDS-ungeschminkt, objektiv und ohne schädliche Emotionen zu bringen. Nach unseren Filmen gingen wir einmütig zu der „Exzellenz“ rüber, von der wir dann hörten, daß die Amerikaner dort unten nur ein wenig helfen, man sehe sie kaum, und die Sache mit der Ky-Demokratie sei eben wegen des Vietkongterrors so schwierig. Da wurden die Zuhörer — 600 gegen 20 — „unfair“, „unsachlich“, denn solche Märchen waren nach den Jahren amerikanischen Vietnamkrieges doch eine Unverschämtheit. Die Zeitungen fanden natürlich, der SDS wolle nur noch randalieren — wir dagegen waren erstaunt über unsere Zuhörer, die auch genug von solchen Redereien hatten.

Dann sollte am 10. Dezember auch noch eine Vietnamdemonstration stattfinden, da wir ja nun mal als Interessenvertreter bei jeder Eskalation pflichtgemäß mit den Zähnen knirschen, damit sie der Öffentlichkeit nicht entgeht. Am Tag der Menschenrechte, dem Demonstrationstag, konnte man ja mit dem Unbehagen der Leute rechnen, das auch von unseren öffentlichen Trauermärschen herrührte. Doch warum demonstrieren wir für den Vietkong, weil wir etwas mit ihm zu tun haben, oder weil wir ihm wirklich helfen können? Doch wohl eher, weil wir ganz abstrakt gegen Unterdrückung und gegen die Unterdrückung, die wir selbst erfahren, demonstrieren. Und deshalb fallen uns für Demonstrationen Vietnam ein, Santo Domingo und die Dritte Welt. Denn dort sieht man ganz deutlich, wer totschlägt und wer totgeschlagen wird. Hier aber nicht! Dadurch wird eine Demonstration gegen Unterdrückung ganz automatisch zu einer Demonstration auch gegen die Polizei als Instrument der Unterdrückung hier — z. B. von Demonstrationen.

Den am Sammelplatz versammelten Demonstranten war das nicht schwer klarzumachen, denn sie hatten von den Verhandlungen der KfA mit der Polizei gehört. Die KfA hatte für die übrigen Verbände mit einer Route und Zeit aushandeln müssen, die verkehrstechnisch sehr günstig war — sie verlief am Samstagnachmittag durch eine breite Verkehrsstraße (nur Autos) und führte von hinten an den Wittenbergplatz heran. Dort konnte man die Demonstranten weder sehen noch richtig hören. Demonstrationen sind ja grundgesetzlich garantiert, nicht genehmigungspflichtig — aber da gibt es halt eine Güterabwägung: Was ist wichtiger als der samstägliche Weihnachts- und sonstige Einkauf!

Die Leute wollten aber keinen Trauermarsch für die Polizei und das Wohlwollen der Springerpresse machen, und sie waren sofort bereit, abzuweichen, noch ehe der Marsch richtig begann — eine Überraschung für die Polizei.

So begann es, und die Polizei schlug sofort brutal zu und machte Jagd nach Plakaten und Pappköpfen. Die Demonstranten klumpten an den Stellen, wo geschlagen wurde, und dadurch konnte die Polizei sie nach einer Weile, jedenfalls einen Teil von ihnen, zwingen, wieder Richtung Wittenbergplatz zu marschieren. Mehrere Gruppen wurden abgesprengt und marschierten allein und singend in verschiedenen Richtungen. Sie übten als erste die Taktik des Zerstreuens und des Wiedersammelns — sie verwandten auch die unaggressiven Mittel gegen die Polizei — sie warfen Bonbons und Konfetti. Die Polizei war zunächst hilflos — wie soll ein bestreuter Polizist schlagen? Ein beworfener Polizist zog sich aber dann aus der Klemme, er brüllte, bestreut, „Körperverletzung“ und griff an. Die Marschierer kamen natürlich, wie immer bei Schlägereien, schlecht weg. Die Polizei fuhr mit Mannschaftswagen vor und sackte viele von ihnen ein. Sie wurden zum Teil weit weg gefahren vom Demonstrationsort, aber waren bald wieder da. Auf dem Wittenbergplatz gab es dann eine Kundgebung — Flüstertüten und Polizei, die den Redner darum ersuchte, er solle die Demonstranten ermahnen, nicht den Rasen zu betreten. Die Läuter im äußeren Kreis hörten nichts mehr von der Tüte, in die die Redner mit hoher Stimme schrien. Es war ziemlich langweilig und man hielt sich lieber an Vorübergehende, die z. T. aggressiv reagierten — das war interessanter. Außerdem wollte man nachher im Zuntz Kaffee trinken.

Und dort traf man sich auch — ohne Marschkolonne und allmählich, es wurden einfach immer mehr, die herumstanden, und sie begannen Weihnachtslieder zu singen — für die Polizei ein Grund einzugreifen. Es spielten sich ergreifende Szenen ab, aber so sind diese Demonstrationen nun einmal. Lief z. B. ein Demonstrant, hinter ihm ein knüppelschwingender Polizist — der Getroffene brüllte wutentbrannt und laut „Johnson-Mörder“ und „Amerikaner 'raus aus Vietnam“.

Falken stellten sich mit eingebrachten Demonstranten in Reihe an die Blauen Minnas und baten, auch mitgenommen zu werden, was ihnen nicht erlaubt wurde. Zwei Polizisten suchten verzweifelt ein Koppel, das verlorengegangen war — der eine war völlig aufgelöst, ohne das zusammenhaltende Leder hatte er kein Interesse mehr für den Kampf. Ein Taxifahrer unterstützte uns hupend und wurde weitergewiesen von motorisierten Polizisten — er müsse doch wegen der vielen Leute langsam fahren, sagte er.

Und da war dann auch das Happening: Plötzlich stand ein Weihnachtsbaum unter den Demonstranten inmitten zweier Köpfe von Johnson und Ulbricht; der Baum war geschmückt mit der amerikanischen Flagge und Paketen an seinem Fuß — und er wollte nicht brennen. Nur der Texanerhut Johnsons (Gips) tat das. Die Polizei zerstörte das Idyll, „weitergehen!“, und das, wo man doch gerade den Weihnachtsbaum besang. Sie zerstörten alles. Singen und marschieren, Sprechchöre und Straßenseitenwechsel — die Polizei spielte immer tapfer, z. T. brutal mit, meist etwas zu spät kommend — so ging das noch lange.

(Für Zeitungsleser: Es wurden keine Steine geworfen, und die Straße wurde nicht besetzt, nur die breiten Trottoirs — und die Schlägereien beginnen meist, wenn die Polizei kettenweise schiebt und einer stolpert — oder gestolpert wird — und der ist dann dran.)

Fazit: Erbeutete Demonstranten und Plakate und die übliche Presse.

Durch Flugblätter wurde dann zu Diskussionen aufgerufen — zwei stark besuchte fanden statt, die dann zum Ergebnis die nächste Demonstration für die Polizei hatten. Als Konzeption schälte sich folgendes heraus: Die Demonstrationen waren Trauermärsche und erfolglos. Die Angst der Teilnehmer schlug in blinde Wut um, wenn die Polizei schlug. Ihre Stärke ist aber das Schlagen und vor allem die Situation des Schlagens. Unsere ist die Beweglichkeit, die aber unabhängig ist von der psychologischen Überlegenheit. Wer immer verliert, hat unrecht, auch vor sich selbst, und Angst — und vor allem: er resigniert. Wenn er aber einen Erfolg erreicht, und auch nur den, sich bewegen zu können, wie es ihm gefällt, wenn es ihm dann auch noch Spaß macht, dann wird er der Überlegene. Und es ist mehr, es ist ein politischer Beweis für die Möglichkeit, daß auch Minderheiten Chancen haben, wenn auch zunächst nur auf der Straße. Wie kann man aufklären, wenn man täglich für sich selbst und vor anderen widerlegt wird durch Gewalt. Richtiges wird dadurch falsch, daß es machtlos ist; eine Lobby, ewige Querulanten, die immer gebissen dafür mit den Zähnen knirschen. Was also tun: Sich etwas einfallen lassen auf dem Ku-Damm, konzentrieren und dezentralisieren, keine Schlägereien, sondern sickern, singen, nicht brüllen, wer kann schon etwas gegen Passanten und Einkäufer machen, es war ja vorweihnachtlicher Einkaufssamstag.

So ging es denn auch, diesmal mit politischer Polizei und unter Leitung der Kripo. Zivilisten schnappten sich mit Gewalt bestimmte Leute von der Straße weg, die zum Teil nichts getan hatten, aber bekannt waren — außerdem auch solche, die entweder irgendwie eifrig diskutierten oder gar noch irgendwelche Plakate trugen und immer nur dann, wenn sie wie Studenten aussahen, denn man wollte offensichtlich eine bestimmte Quote Studenten wieder haben, da Krakeeler und Rowdys eben nur FDJ oder Studenten sein können — siehe Senatserklärung: West-Berlin braucht keine Rowdys, die sich Studenten nennen, sondern jungen Menschen, die verantwortungsvoll am Staate mitarbeiten oder so ähnlich. (Von der FDJ und SED ist man mittlerweile abgekommen — das zieht nicht mehr.) Im Gefängnis wurde deshalb einer im guten Anzug: „Sie gehören doch sicher nicht zu denen da“, trotz mehrmaligen Leugnens aus dem Gefängnis geworfen. Ältere Herren konnten noch so

viel rumbrüllen, wie sie wollten, sie wurden nicht mitgenommen (für Anekdoten noch in der „Zeit“ Nr. 1 von Kai Hermann und im Kölner Stadtanzeiger vom 18./19. 12. 66 von Walter Barthel, die die besten Artikel enthalten — die beiden waren die miteingesackten Journalisten.)

Trotzdem nahm die Polizei diesmal viele Passanten mit und schlug sie auch, denn es wurde diskutiert zumeist von und mit Passanten. Es bildeten sich große Klumpen, die jeweils um einige Debattanten herumstanden, und die Polizei kämmte mit der Besatzung eines Mannschaftswagens mehrere Male über den Bürgersteig mit der Aufforderung: „Weitergehen, nicht stehenbleiben!“ Das ging militärisch vor sich — „Rechter Flügel marsch“, „Knüppel frei“ — maschinenartig, mechanisch. Die Leute, die das schon wußten, verteilten sich jeweils und bildeten durchlässige Spaziergängergruppen. Sie formierten sich dann immer wieder neu nach den Manövern und diskutierten weiter — es war beinahe eine Konvention. Happenings gab es keine, versucht wurde es nur bei einer Evangelisationstruppe, die reinliche Musik und Worte machte zu den jungen Menschen am Weihnachtsfest. Aber es ging noch nicht sehr gut — die Übung beschränkte sich auf das Beweglichsein.

Im Gefängnis war's dafür lustiger, da sich die Festgenommenen auf den Fluren aufhalten mußten. Man tanzte und agitierte, es wurde eine Hungerrevolte gemacht und mit Polizisten gesprochen. Ein Schauspieler, der am Abend im „Faust“ spielen sollte, war dabei und zwei Journalisten, auch Spaziergänger, die schnell merkten, daß die Polizei an ihrer Misere schuld war, nicht diese Querulanten. Ein Polizist sagte im vertraulichen Gespräch, daß er den Kommunismus eigentlich ganz gut fände, nur eben nicht den Ulbrichtschen, und er bat einen Festgenommenen, ihm, wenn man am Weihnachtsabend was machen wolle, doch vorher eine Karte zu schreiben — da könne er noch zu Hause krank machen. Als allerdings einer anfing, die Strategie für die nächsten Aktionen mit den Mitgefangenen zu diskutieren, wurde er in eine Einzelzelle gesteckt.

Alle wurden nach etwa 5—9 Stunden wieder freigelassen, aber ihre Namen der Universität mitgeteilt, damit sie ein Disziplinarverfahren einleiten kann.

So wie die Demonstration begann, so endete sie auch — vom langsamen Mehrwerden am Samstagnachmittag, wo man häufig auf dem Ku-Damm spazierengeht und schon mal Zeit hat, wurde es weniger gegen 18 Uhr, wo man nach Hause geht und was isst oder sich aufwärmt. Zwischendurch konnte man auch ins Café gehen.

Ich würde sagen, das Ganze hat sich eingeführt, und man könnte sich vorstellen, daß man so etwas häufiger und dann auch gezielter und später mit traditionell politischen Themen macht. Jetzt könnten vielleicht auch einmal irgendwelche Minderheitsgruppen oder Happenisten was machen — man müßte ihnen nur helfen und ihnen erklären, daß es keinen Sinn hat, auf die Zeitungen zu schießen oder auch immer nur auf Wirkung bedacht sein — es muß ihnen selber was gelingen, so daß es ihnen gefällt, und das wird halt, deswegen sind es wahrscheinlich Minderheiten, zunächst nur ihnen gefallen. Aber das ist immerhin unaggressiv und vielleicht überzeugend — denn warum sollten sie nicht, man kann ja weitergehen, wenn es nicht gut ist.

Ich glaube, daß Politisierung zunächst von seiten der kleinen Gruppen und auch von seiten der Berliner (Wir Berliner) heißen muß. Stellung und positive Entscheidung der Machtfrage in öffentlichen, aber unwichtigen Dingen. Sie ist vielleicht die einzige Möglichkeit, Öffentlichkeit vielleicht auch für wichtige Dinge zu finden. Ausbrecher und Hertiacknacker haben recht und Sympathie sogar bei der Bildzeitung, so lange sie es schaffen, diese Frage für sich zu entscheiden. Der in sie gesetzten Hoffnung wird aber dann um so schlimmer eins versetzt, wenn sie wieder verlieren. „Geschicht ihnen recht“ und „das wäre ja noch schöner“, ehrlich währt eben doch am längsten, „wir arbeiten ein Leben lang und die ...?“ — „wo käme man denn da hin“ — „wenn das nun alle täten“ usw. Andererseits, der nie gefaßte Dieb bezahlt mit Anonymität, ihn gibt es nicht mehr. Wir wären da günstiger dran, denn systematische Sympathien sind dann öffentlich, und man kann sich an sie wenden. Uns gibt es, und man kann sich davon überzeugen und

mitmachen ohne Resignation und Risiko, z. B. einkaufen und diskutieren oder zuschauen am Ku-Damm. Das wäre viel, aber erreichbar.

Mittlerweile gab es die Streitigkeiten um die Gebührenpauschale für die Berliner Hochschulen, die für den überwiegenden Teil der Studenten eine erhebliche Verteuerung ihres Studiums bedeuten — ein nettes Geschäftchen für den Senat dieser Stadt. Es war die übliche Tour: keine vorhergehenden Informationen und Diskussionen mit den Betroffenen, sondern Dekrete.

Also wollte man demonstrieren, ordentlich, Öffentlichkeit, organisiert vom VDS-Landesverband. Aber die Polizei wollte nicht, vorsichtshalber wird es keine Demonstration in der City mehr geben, da das Rechtsgut der Versorgung der privaten Haushalte nicht hinlänglich zu schützen sei, wenn es Verkehrsstörungen gibt. Dann wurde ein Drittel der studentischen Haushaltsgelder vom Kuratorium FU (Vorsitz: Albertz) gesperrt.

Wegen des Demonstrationsverbots fand in der TU eine Protestversammlung statt — eine Groteske. Es wurde empört getan und geredet — stundenlang. Als man dann hörte, daß einige Studenten, die gegen eine Kranzniederlegung durch Kiesinger am Mahnmahl für Opfer des Naziregimes demonstrierten (er tat's dann später diskret, geschmackvoll in Plötzensee), verhaftet worden waren, fragte man schüchtern, ob man nicht etwas tun solle — vielleicht demonstrieren, trotzdem? Da aber, allen voran Nevermann, wußten die Funktionäre plötzlich, daß das Gewalt anzuwenden hieß gegen Gewalt, daß das unvernünftig und irrational sei — nein, man müsse die schönen Ansätze vertiefen, nur Analyse überzeuge letztlich, das Recht ist doch immer auf der Seite der Rechthabenden. Man blieb sitzen — lange noch, langweilig, ohne Wirkung. Die Presse lobte.

Zwei Tage später waren wir dran: Politische Polizei erschien. Zivil gekleidet, unverschämte neugierige, alles anfingende, umdrehende, dumm fragende: Ist das eine Schreibmaschine, was machen Sie damit, was ist das für eine Maschine, geht das Fenster auf den Hof, sind das Plakate ... Herren und eine Frau verteilten sich in den Räumen und sicherten die Eingänge und die Straße — etwa 15. Sie wollten Schriftproben und einiges andere, so lautete der seltsam zustande gekommene Durchsuchungsbefehl. Sie wollten aber die Kartei, was nicht drinstand. Sie konnte gerade noch versiegelt werden. Wir mußten nachher sehr aufräumen.

Vier ehemalige Rektoren der FU fühlten sich mit den „Fachidioten“ gemeint und hatten Beleidigungsklage erhoben — ein guter Vorwand für eine Hausdurchsuchung — man muß sich doch über den SDS auf dem laufenden halten.

Und alles war offenbar schon ausgedacht. Der Haussuchungsbefehl war schon zwei Wochen vorher ausgestellt, erst vom zuständigen Richter nicht, dann aber nach Beschwerde von der nächsten Instanz. Und der Zeitpunkt hätte günstig sein können: vielleicht zwei Tage vorher in der TU der SDS als weiterrückender, auf die Straße treibender Kern, und einen Tag vorher die ganzen Springer „Jetzt muß aber ...“, „Wir können nicht ...“, „Wir fordern und mit uns alle Bürger ...“ und so, und dann die Hausdurchsuchung. Alle wären zufrieden gewesen. Leider kam alles anders. Der SDS trieb nicht, die Presse lobte, die Polizei kam im falschen Moment. Und dazu noch tickten ADN's Fernschreiber schon eine Stunde vor Beginn, die Hausdurchsuchung habe stattgefunden. Die Presseleute kamen dann mit der Polizei an. Dafür gab es Öffentlichkeit, haufenweise plötzlich — Empörung geradezu. Nun wollte man demonstrieren — das ergab sich aus der Protestversammlung in der FU. Gegen Albertz und für die Öffentlichkeit in der City.

Das durften wir alles auf einmal — Albertz auspfeifen, als er einweichte (JFK-Institut) und stundenlang eine Hälfte des Ku-Damms für uns haben (die Bürger dieser Stadt müssen gehungert haben). Vom Olivaer Platz zogen wir gemächlich zur Gedächtniskirche. Der Ku-Damm war gesperrt und leer — es regnete. Die Polizei hielt sich diskret zurück. Grass und Enzensberger fiel nicht viel ein, Empörung ist anstrengend, auf dem Platz vor der Gedächtniskirche, aber Nevermann wollte jetzt jederzeit für dieses Thema überall in Berlin demonstrieren dürfen — vor zwei Tagen hörte man's anders.

Die Empörung hat sich gelegt — die „Morgenpost“ war verwirrt: „Einmal dürfen die Studenten verprügelt werden — dann wieder werden sie gehätschelt, was sollen die armen Polizisten denken! So was ist nur in unserer Stadt möglich.“ Das stimmt.

Rainer Langhans

(neue kritik Nr. 40, Februar 1967, S. 48 ff.)

## DOKUMENT 656

### Vorläufige Mitwirkungsordnung

In Ausführung der § 13 Abs. 3 und 4, § 48 Abs. 1 Satz 3 und 4, § 50 Abs. 1 Satz 3—5 des Hochschullehrergesetzes vom 21. 1. 1963 i. d. F. des Art. III des Gesetzes zur Neuregelung der Besoldung der Hochschullehrer vom 25. 3. 1966 hat der Senat der Freien Universität Berlin folgende Mitwirkungsordnung beschlossen.

#### § 1

##### Wahl des Rektors

Bei der Wahl des Rektors sind stimmberechtigt

1. die planmäßigen Professoren, die einen Lehrstuhl innehaben oder vertreten,
2. die außerplanmäßigen Professoren und die Privatdozenten, die zur Zeit der Wahl dem Senat oder den Fakultätsvertretungen angehören.

#### § 2

##### Zusammensetzung des Senats

- (1) Dem Senat gehören an
  - a) der Rektor
  - b) der Prorektor
  - c) die Dekane
  - d) ein weiterer planmäßiger Professor
  - e) ein außerplanmäßiger Professor
  - f) ein Privatdozent
  - g) ein Akademischer Rat (oder Oberrat)
  - h) ein beamteter wissenschaftlicher Assistent (oder Oberassistent)
  - i) zwei immatrikulierte Studenten

Der Privatdozent und der außerplanmäßige Professor müssen verschiedenen Fakultäten angehören. Ihre Ämter wechseln jährlich in der Reihenfolge der Fakultäten; einmalige Wiederwahl ist zulässig.

- (2) Der Senat berät und beschließt
  - a) in Disziplinarsachen der Hochschullehrer ohne die Mitglieder zu g) bis i),
  - b) in Disziplinarsachen der wissenschaftlichen Mitarbeiter und sonstigen Lehrkräfte ohne die Mitglieder zu i).
- (3) Berät der Senat über Angelegenheiten der Honorarprofessoren oder der Lektoren, so zieht er einen Repräsentanten dieser Gruppe hinzu.

#### § 3

##### Zusammensetzung der Fakultätsvertretungen

- Der Fakultätsvertretung gehören an
- a) die planmäßigen Professoren
  - b) ein Honorarprofessor
  - c) drei außerplanmäßige Professoren
  - d) ein Privatdozent
  - e) ein beamteter Lektor
  - f) ein Akademischer Rat (oder Oberrat)
  - g) ein beamteter Wissenschaftlicher Assistent (oder Oberassistent)
  - h) ein Student (der Fakultät).

#### § 4

##### Wahlen zum Senat

- (1) Die Senatsmitglieder des § 2 lit. d) werden von den Fakultätsvertretungen nach den Fakultätsordnungen gewählt.
- (2) Die Senatsmitglieder des § 2 lit. e) und f) werden in getrennten Versammlungen der außerplanmäßigen Professoren und der Privatdozenten der Freien Universität Berlin gewählt.

- (3) Die Senatsmitglieder des § 2 lit. g) und h) werden in getrennten Versammlungen der Akademischen Räte und der Wissenschaftlichen Assistenten, die den Fakultätsvertretungen angehören, und ihrer Stellvertreter gewählt.
- (4) Der Rektor leitet die Wahlversammlungen, zu denen er die Wahlberechtigten mit zwei Wochen Frist schriftlich einlädt. Die Wahlen sind geheim.

#### § 5

##### Wahlen zur Fakultätsvertretung

- (1) Die Mitglieder der Fakultätsvertretung nach § 3 lit. b) bis g) werden in getrennten Versammlungen der Honorarprofessoren, der außerplanmäßigen Professoren, der Privatdozenten, der hauptberuflichen Lektoren, der Akademischen Räte und der Wissenschaftlichen Assistenten der Fakultät gewählt. Für jedes Mitglied nach § 3 lit. f) und g) ist ein Stellvertreter zu wählen, der im Verhinderungsfalle tätig wird.
- (2) Die wissenschaftlichen Mitarbeiter an interfakultativen Instituten sind in der Fakultät des Hochschullehrers, dem sie zugeteilt sind, wahlberechtigt.
- (3) Der Dekan leitet die Wahlversammlungen, zu denen er die Wahlberechtigten mit zwei Wochen Frist einlädt. Die Wahlen sind geheim. Bei Honorarprofessoren ist Briefwahl zulässig.

#### § 6

Wer zugleich Hochschullehrer und wissenschaftlicher Mitarbeiter ist, hat bis zum 15. April eines jeden Jahres dem Rektor und seinem Dekan schriftlich zu erklären, in welcher Gruppe er sein aktives und passives Wahlrecht ausüben will.

#### § 7

Die studentischen Mitglieder des Senats und der Fakultätsvertretungen werden nach der Satzung der Studentenschaft gewählt.

#### § 8

Diese Ordnung findet erstmalig für das am 15. Oktober 1966 beginnende Universitätsjahr Anwendung, soweit die Wahlen nicht schon nach bisherigem Recht durchgeführt worden sind. Sie tritt an die Stelle der vorläufigen Ordnung der Mitwirkungsrechte der Hochschullehrer, sonstigen Lehrkräfte und wissenschaftlichen Mitarbeiter in der Selbstverwaltung der Freien Universität Berlin vom 12. Juni 1963.

(Freie Universität Berlin, Mitteilungen für Dozenten und Studenten, Nummer 113, 1. Februar 1967)

## DOKUMENT 657

### Ein Brief an Walter Ulbricht

Folgender Brief wurde am 2. Februar von Professoren und Studenten der Freien Universität an den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Vorsitzender, die Unterzeichneten, die für die Anerkennung der DDR als einen Schritt auf dem Wege der friedlichen Zusammenführung der Deutschen eintreten, sind bestürzt über die neuerliche Erschießung von Flüchtlingen an der Grenze der DDR. Wir bitten Sie zu verhindern, daß hier in Zukunft wehrlose Menschen getötet werden. Dies wäre auch ein wichtiger Beitrag zur Entspannung und Normalisierung. Von allem anderen abgesehen, ist zudem die DDR heute politisch und wirtschaftlich so gefestigt, daß sie es sich leisten kann, auch gegenüber jenen, die sie unbedingt verlassen wollen, großzügig zu sein.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Dr. Johannes Agnoli  
Dr. Margherita v. Brezcano  
stud. rer. nat. Peter Damerow  
cand. phil. Peter Dehn  
Prof. Ossip K. Flechtheim  
Dr. Helmut Fleischer  
Dr. Peter Furth  
stud. rer. nat. Hans Gellhardt  
Prof. Helmut Gollwitzer

stud. phil. Wolfgang Lefèvre  
Rechtsanwalt Horst Mahler  
Dr. Wolfgang R. Müller  
stud. jur. Knut Nevermann  
(SPD)  
Prof. Charles Harold Nichols  
Lothar Pinkall  
stud. phil. Peter Rothhammer  
cand. phil. Reinhard Strecker

Prof. Wilfried Gottschalch  
stud. rer. nat. Horst E. Gross  
Dr. Dieter Grosser  
cand. phil. Niels Kadritzke  
Dr. Ekkehard Krippendorf

Dipl.-Volkswirt Karl-Heinz Stanzick  
stud. phil. Gerhard Tersteegen  
Prof. Wilhelm Weischedel  
cand. phil. Margarete Wirth  
stud. phil. Reiner Wirth

(Archiv ZI 6: Akte 12.12 FU „Informationsdienst der Studentenvertretung OSI Nr. 77, 7. Februar 1967“)

## DOKUMENT 658

### Stiefkinder des akademischen Nachwuchses

### Assistenten leben wie im 19. Jahrhundert

### Bisher nur Beamten auf Widerruf — Was man tun sollte

Von Gerth Dorff

Im Zuge der angestrebten Reform des Universitätsstudiums kommt der „Assistentenschaft“ im weitesten Sinne, sozusagen dem akademischen Unterbau, immer größere Bedeutung zu. Ihre Zahl wird steigen. Aber wie steht es mit der Sicherung ihrer Existenz? Diesem Problem gilt der folgende Beitrag; der Autor ist Geschäftsführer des Hochschulverbandes der Landesvertretung der deutschen Hochschullehrer.

Wenn von dem Wesen eines Beamtenverhältnisses die Rede ist, so verbindet sich damit für den Außenstehenden im allgemeinen die Vorstellung des Beamten auf Lebenszeit. Es ist allgemein bekannt, daß nach überlieferten Grundsätzen der Beamte dafür, daß er seine ganze berufliche Kraft dem Staat zur Verfügung stellt, von diesem für sich und seine Familie versorgt und auch bei Dienstunfähigkeit und Ausscheiden aus dem Dienst aus Altersgründen alimentiert wird.

Der Gesetzgeber drückt im Beamtenrechtsrahmengesetz diesen Tatbestand so aus: „Der Dienstherr hat im Rahmen des Dienst- und Treueverhältnisses für das Wohl des Beamten und seiner Familie auch für die Zeit nach Beendigung des Beamtenverhältnisses zu sorgen.“

Im Bereich der Hochschullehrer galten diese Grundsätze bisher zum Teil nicht oder nur eingeschränkt. Zwar sind die ordentlichen und außerordentlichen Professoren nach den dem Beamtenrechtsrahmengesetz nachgebildeten Landesbeamtengesetzen Beamte auf Lebenszeit und haben den oben umschriebenen beamtenrechtlichen Versorgungsstatus. Doch sind die ihnen nachgeordneten Hochschullehrer, nämlich die außerplanmäßigen Professoren und die Privatdozenten, wenn sie beamtet sind, nur Beamte auf Widerruf.

Das Beamtenrechtsrahmengesetz des Bundes beschreibt diesen Zustand so: „Das Beamtenverhältnis kann begründet werden ... 4. auf Widerruf, wenn der Beamte a) einen Vorbereitungsdienst abzuleisten hat oder b) nur nebenbei oder vorübergehend für Aufgaben ... verwendet werden soll oder c) als außerplanmäßiger Professor oder Privatdozent verwendet werden soll.“

Es zeigt sich also, daß die beamteten außerplanmäßigen Professoren und Privatdozenten den Beamten, die nur einen Vorbereitungsdienst ableisten oder nur nebenbei oder vorübergehend in staatlichen Diensten stehen, gleichgestellt werden. Das Beamtenverhältnis auf Widerruf ist dadurch gekennzeichnet, daß — wie das Beamtenrechtsrahmengesetz sagt — „der Beamte auf Widerruf jederzeit entlassen werden kann“. Somit stehen also die außerplanmäßigen Professoren und die Privatdozenten unter dem Druck des jederzeitigen Widerrufs mit der Folge, daß sie damit Ansprüche gegen ihren Dienstherrn auf Versorgung für sich und ihre Familie verlieren.

Dazu muß man freilich sagen, daß für die beamteten außerplanmäßigen Professoren hiervon im Beamtenrechtsrahmengesetz bereits dadurch eine Ausnahme gemacht wird, da sie nur aus sehr selten vorkommenden, gesetzlich genau festgelegten Gründen entlassen werden können, und im übrigen der Widerruf ihres Beamtenverhältnisses gesetzlich ausgeschlossen ist. Ferner wurde für die außerplanmäßigen Professoren bestimmt, daß für sie die für Beamten auf Lebenszeit geltenden Vorschriften über den Eintritt in den Ruhestand und die Hinterbliebenenversorgung entsprechende Anwendung finden sollen.

## Nach Gnade des Dienstherrn

Anders verhält es sich schon mit den Privatdozenten. Für sie gilt der Status der Beamten auf Widerruf in vollem Umfange. Sie können also jederzeit ohne Versorgungsberechtigung entlassen werden, wenn dies praktisch bisher auch nur sehr selten geschehen ist.

Es ist also in jedem Fall eine besondere Entscheidung des Dienstherrn erforderlich, um ihren Familien eine Versorgung im Falle der Krankheit, die zur Dienstunfähigkeit führt, oder des Erreichens der Altersgrenze zu gewähren. Lediglich im Falle des Dienstunfalles, also einer Erkrankung oder Beschädigung, die infolge des Dienstes eingetreten ist, werden auch diese beamteten Hochschullehrer und ihre Familien wie andere Beamte versorgt. Die gleiche Regelung gilt für die Oberärzte, Oberassistenten und Obergeringieure sowie für die wissenschaftlichen Assistenten, soweit sie Privatdozenten sind. Alle diese Beamten können nur bei einem Dienstunfall fest mit einer Versorgung rechnen und sind in allen anderen Fällen der Dienstunfähigkeit und bei Erreichen der Altersgrenze auf die freiwillige Fürsorge des Staates angewiesen. Nur wenn auch diese Beamten außerplanmäßige Professoren sind, stehen ihnen die oben beschriebenen Rechte wie Beamten auf Lebenszeit zu.

Am schlechtesten sorgt der Staat zurzeit für die wissenschaftlichen Assistenten, die sich noch nicht habilitiert haben, also noch keine Privatdozenten sind. Für sie ist im Beamtenrechtsrahmengesetz noch nicht einmal die Möglichkeit vorgesehen, sie in den Ruhestand zu versetzen, wenn sie dienstunfähig werden. Nur bei Dienstunfall ist für diesen Personenkreis eine Versorgung im Rahmen der Unfallfürsorge vorgeschrieben.

Mit dieser längst überholten Regelung, die ein Relikt des 19. Jahrhunderts ist, soll nunmehr aufgeräumt werden: Bei der bevorstehenden Novellierung des Hochschullehrerteiles des Beamtenrechtsrahmengesetzes, nach dem die Länder, die die Hochschullehrer als Beamte einstellen, ihre Landesbeamten-gesetze zu ordnen haben, soll auch die Versorgung der genannten Hochschullehrer und der wissenschaftlichen Assistenten verbessert werden.

## Zwei Vorschläge

Hierzu liegen bisher zwei Vorschläge vor. Der Hochschulausschuß der Ständigen Konferenz der Kultusminister, also das Gremium der Leiter der Hochschulabteilungen in den Kultusministerien der Länder, denen u. a. die Fürsorge für die Hochschullehrer obliegt, hat vorgeschlagen, den Schutz, den bisher nur die außerplanmäßigen Professoren genießen, in Zukunft auch auf die beamteten Dozenten zu übertragen, und auch diesen die gleiche Versorgung wie den Beamten auf Lebenszeit zu gewähren, das heißt also für ihr Wohl und für das ihrer Familie auch im Falle der Krankheit und im Alter voll zu sorgen.

Diese Regelung will der Hochschulausschuß weiter auf alle Oberärzte, Oberassistenten und Obergeringieure ausdehnen. Bei den zu Beamten ernannten wissenschaftlichen Assistenten wollen aber die Referenten der Kultusminister an der bisherigen Regelung wenig verbessern. Für diese Beamten soll nur im Falle des Dienstunfalles ihre Versorgung zwingend vorgeschrieben sein. In den übrigen Fällen der Dienstunfähigkeit sollen sie nach wie vor nur in den Ruhestand versetzt werden können. Auch bei Erreichen der Altersgrenze sollen allein die habilitierten Assistenten nur in den Ruhestand versetzt werden können.

Der Hochschulverband, die Berufs- und Standesorganisation der Hochschullehrer, geht in seinem Vorschlag hinsichtlich der Versorgung dieses Kreises der Hochschullehrer weiter: Nach seinem Entwurf sollen nicht nur die beamteten außerplanmäßigen Professoren und Dozenten sowie die habilitierten Oberärzte, Oberassistenten und Obergeringieure Anspruch auf Versorgung wie Beamte auf Lebenszeit haben, sondern es wird empfohlen, daß auch alle habilitierten wissenschaftlichen Assistenten in diesen Kreis der versorgungsberechtigten Hochschullehrer einbezogen werden. Für die nichthabilitierten wissenschaftlichen Assistenten will der Hochschulverband die Gewährung eines Unterhaltsbeitrages durch gesetzliche Vorschrift erreichen, wenn eine Versetzung in den Ruhestand ausnahmsweise nicht erfolgt.

Damit knüpfen beide Vorschläge, sowohl der der Kultusministerkonferenz wie auch der des Hochschulverbandes, hinsichtlich der Ausgestaltung der Versorgung dieses Personenkreises an die Habilitation an. Es ist deshalb ein Widerspruch in sich, wenn nach dem Vorschlag der Kultusministerkonferenz die habilitierten wissenschaftlichen Assistenten nicht die gleichen Versorgungsansprüche haben sollen wie die Dozenten. Dieser auch vom bisherigen Gesetzgeber gemachte Unterschied zwischen einem Dozenten und einem habilitierten Assistenten hat nur formale Bedeutung. Beamtete Dozenten und habilitierte wissenschaftliche Assistenten unterscheiden sich nicht in Vorbildung und Berufserfahrung; sie haben die gleiche Qualifikation.

Der Unterschied liegt allein darin begründet, welchen Fächern sie angehören. In den instituts- und klinikgebundenen Fächern sind die habilitierten wissenschaftlichen Assistenten häufig anzutreffen, weil diese beamtenrechtliche Einordnung durch den Instituts- und Klinikaufbau vorgezeichnet ist. In den geisteswissenschaftlichen Fächern wird jeder wissenschaftliche Assistent nach der Habilitation zum Dozenten ernannt, sofern er bei der Hochschule verbleibt. Diesen organisatorischen Unterschied den Stelleninhabern und ihren Familien in der Regelung der Versorgung entgelten zu lassen, ist sachwidrig. Der Hochschulverband tritt daher mit Nachdruck für die Gleichstellung der habilitierten wissenschaftlichen Assistenten mit den Dozenten in der Frage der Versorgung ein.

Man muß sich darüber hinaus fragen, ob das vom Hochschulverband und von der Kultusministerkonferenz verfolgte System, die Versorgungsfrage mit der Habilitation zu verbinden, überhaupt noch Gültigkeit haben kann. Man könnte nämlich auch daran denken, für diesen Kreis der Hochschullehrer und wissenschaftlichen Assistenten die Versorgung nach der Dauer der Dienstzeit zu regeln, und allen Beamten auf Widerruf dieses Bereiches, gleichgültig, ob habilitiert oder nicht, nach einer Anzahl von Dienstjahren eine Versorgung wie Beamten auf Lebenszeit zu gewähren. Mit einer solchen beamtenrechtlichen Regelung würde man sich dem Prinzip der Angestelltenversicherung anschließen, die gleichfalls an die Beschäftigungszeit anknüpft und erstmals nach fünfjähriger Tätigkeit einen Rentenanspruch gewährt.

Wenn man allerdings sich vergegenwärtigt, daß die Habilitation regelmäßig nach einem gewissen Zeitablauf erfolgt, so kommen auch die vorliegenden Vorschläge praktisch zum gleichen Ergebnis. Sie benachteiligen nur diejenigen, die bei längerer Assistententätigkeit sich nicht habilitieren und dann plötzlich dienstunfähig werden.

Für den Gesetzgeber und die vorbereitenden Gremien sollte es eine erst zu nehmende Aufgabe sein, für die Versorgung der Hochschullehrer eine moderne Lösung zu finden, wenn weiterhin die besten Nachwuchskräfte für diesen Beruf gefunden werden sollen.

(Die Welt, 13. Februar 1967)

## DOKUMENT 659

Freie Universität Berlin 1 Berlin 33, den 20. 2. 1967  
Allgemeiner Studentenausschuß Garystraße 20  
Referat für politische Bildung Tel. 76 90 421

Liebe Kommilitoninnen, liebe Kommilitonen!  
Das AStA-Referat für politische Bildung veranstaltet zusammen mit dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund einen  
Vortrag

am Freitag, dem 24. 2. 1967, im Auditorium maximum

Jerg Haas (Shanghai)

Dozent für Deutsch an der Hochschule für Fremdsprachen  
in Shanghai

### Kulturrevolution

Es lebe der revolutionäre Rebellengeist des Proletariats  
Revolution ist Rebellion, und die Rebellion ist der Kern der  
Lehre Mao Tse-tungs. Wenn wir sagen, daß man diese Lehre  
nachdrücklich „anwenden“ muß, bedeutet das, sich in der  
Hauptsache für die Rebellion einzusetzen. Der grundlegendste

und wertvollste Charakter eines proletarischen Revolutionärs besteht darin, daß er wagt, zu denken, zu sprechen, zu handeln, einen Durchbruch zu machen und eine Revolution durchzuführen, mit anderen Worten, daß er sich aufzulehnen wagt. Das ist das fundamentale Prinzip der parteiischen Einstellung des Proletariats! Sich nicht aufzulehnen heißt, in vollem Maße dem Revisionismus entsprechend zu handeln!

Der Revisionismus schaltet und waltet in den Schulen seit siebzehn Jahren. Wann lehnen wir uns auf, wenn nicht heute? Diejenigen, die vorher trotzig gegen die Rebellion auftraten, sind nun plötzlich schüchtern geworden und murmeln nur leise und ununterbrochen, daß wir zu einseitig, zu anmaßend und äußerst brutal wären und das Maß überschritten hätten. Alles das ist Unsinn! Wenn ihr gegen uns seid, dann sagt es nur. Warum diese Schüchternheit?

Da wir entschlossen sind, uns aufzulehnen, liegt die Entscheidung nicht mehr in euren Händen! Wir wollen, daß die Luft noch stärker mit Pulvergeruch erfüllt wird, und eine Menge Sprengbomben und Granaten auf euch werfen. Wir werden euch einfach eine große Schlacht, ein großes Ringen liefern. Weg mit eurem „Gefühl der Menschlichkeit“ und der „Allseitigkeit“!

Sagt ihr nicht, daß wir zu einseitig seien? Was ist eure Allseitigkeit? Sie scheint eine solche zu sein, die „zwei Dinge in eins verschmelzen“ will, also Elektrizismus.

Sagt ihr nicht, daß wir zu anmaßend seien? Das wollen wir tatsächlich sein. Vorsitzender Mao sagt: „Wir betrachten alle die Herrscher und Herzöge früherer Zeiten als einen Müllhaufen.“ Wir wollen nicht nur die Reaktionäre der Mittelschule an der Tsinghua-Universität, sondern auch alle Reaktionäre der Welt stürzen. Revolutionäre betrachten die Umgestaltung der Welt als ihre Aufgabe. Wie könnten wir anders als „anmaßend“ sein?

Sagt ihr nicht, daß wir jedes Maß überschritten hätten? Um das Kind beim Namen zu nennen, bedeutet eure Terminologie „das Maß nicht überschreiten“ Reformismus und den „Friedlichen Übergang“. Das ist ein Wunschtraum! Wir wollen euch zu Boden schlagen und euch den Fuß in den Nacken setzen!

Es gibt noch einige, die vor Revolution und Auflehnung Heidenangst haben. Ihr klammert euch an Konventionen, seid unterwürfig und verbergt euch unter einer revisionistischen Schale. Sobald ihr Wind von der Rebellion bekommt, regt ihr euch sehr auf und werdet von Furcht erfüllt. In den letzten Tagen hört ihr ständig schonungslose Kritik. Ihr seid täglich erschüttert. Könnt ihr das nicht schwer ertragen? Wir könnt ihr so weiterleben? Revolutionäre sind wie der Affenkönig, ihr goldener Stab ist mächtig, ihre übernatürlichen Kräfte weitreichend und ihr Zauber allmächtig; denn sie besitzen die große unbesiegbare Lehre Mao Tse-tungs. Wir schmieden unsere goldenen Stäbe, wir benutzen unsere übernatürlichen Kräfte und verwenden unsere Zauberkraft, um die alte Welt auf den Kopf zu stellen, sie in Stücke zu zerschlagen, sie in Staub zu verwandeln, ein Chaos zu erreichen und eine große Unordnung zu stiften, je größer, desto besser! Wir müssen das mit der gegenwärtigen revisionistischen Mittelschule, die an die Tsinghua-Universität angeschlossen ist, durchführen, ganz groß rebellieren, bis zum Schluß uns auflehnen! Wir haben vor, einen riesigen proletarischen Aufruhr zu entfachen und eine neue proletarische Welt zu schaffen!

Es lebe der revolutionäre Rebellengeist des Proletariats!

Die Rote Garde der der Tsinghua-Universität angeschlossenen Mittelschule am 24. 6. 1966.

Diese Mittelschüler wurden direkt durch die Pekinger Studenten beeinflusst, die als erste ihren Rektor Lu Ping auf der ersten tatzupao (Wandzeitung mit großen Buchstaben) kritisierten und man kann diesen Aufruf als die Inauguration der Aktivität der Roten Garden (oder zunächst Roten Fahnen) betrachten. Später wurden noch ähnliche Aufrufe von der gleichen Schule erlassen.

Freitag, den 24. 2. 1967, 20 h, Auditorium maximum  
Referat für politische Bildung — Sozialistischer Deutscher Studenten Bund

(Archiv ZI 6: Akte E 0702 FU/TU „Flugblätter Januar—Mai 1967“)

## DOKUMENT 660

### Wie der CIA Studenten an der Berliner Universität benutzt

Der folgende Artikel stammt von Leslie R. Colitt, einem Redakteur aus der Nachrichtenredaktion der New York Times, der von Oktober 1959 bis August 1962 im Aufbaustudium an der Freien Universität Berlin studierte. Er blieb in Berlin als freiberuflicher Journalist bis zum Februar 1963.

NEW YORK, 19. Febr. — Die Freie Universität Berlin im amerikanischen Sektor von West-Berlin wurde sowohl vom CIA als auch vom amerikanischen militärischen Abwehrdienst (United States Army Intelligence) dazu benutzt, um amerikanische und ausländische Studenten für etwas zu rekrutieren, was von Mitgliedern dieser Organisationen oft als „Teilzeit-Arbeit“ bezeichnet wurde.

Bereits eine Woche nach meiner Ankunft in Berlin besuchte mich in meinem Zimmer in der Berliner Innenstadt ein Mann, der sich selbst als „vom CIA“ auswies. Er wußte alles über mich, sogar Einzelheiten, die ich ausschließlich auf meinem Stipendienantragsformular angegeben hatte. Nachdem ich mit anderen amerikanischen Studenten, die ebenfalls derartige Bekanntschaften gemacht hatten, darüber gesprochen hatte, kamen wir überein, daß die Informationen nur von Unterlagen aus dem Immatrikulationsbüro der Freien Universität weitergegeben worden sein konnten.

### CIA schließt Kontakt

Nach der Universitätsgeschäftsordnung dürfen die Akten der Studenten im Immatrikulationsbüro nur für die West-Berliner politische Polizei und den Sicherheitsdienst der Westalliierten geöffnet werden, um tausende von Ost-Berliner und Ost-deutschen Studenten, die vor der Errichtung der Berliner Mauer im Jahre 1961 die Universität besuchten und deren persönliche und akademische Unterlagen im Immatrikulationsbüro aufbewahrt werden, nicht zu gefährden.

Ein beliebter Ort des CIA zur Kontaktaufnahme mit amerikanischen und ausländischen Studenten in West-Berlin war das Studentendorf, eine Wohnheimanlage der Freien Universität im Vorort Schlachtensee. Das ultramoderne Studentendorf, fertiggestellt im Jahre 1959, ist ausschließlich vom amerikanischen Außenministerium finanziert.

Schon nach wenigen Wochen im neuen Studentendorf war es in den Kreisen amerikanischer Studenten allgemein bekannt, wer von ihren Landsleuten von „den Gespenstern“ — so wurden die CIA- und Army Intelligence-Angehörigen halb im Scherz genannt — angesprochen worden war.

Man tauschte Geschichten aus über die ähnliche Art und Weise der ersten Kontaktaufnahme des CIA und Army Intelligence und mehrere Studenten gaben zu, über den „Punkt, wo es kein Zurück mehr gibt“, hinausgegangen zu sein.

Nach einem oberflächlichen Test ihrer deutschen Sprachkenntnisse — „sie schlugen eine Ausgabe des Tagesspiegel (eine West-Berliner Zeitung) auf und forderten mich auf, ein paar Absätze daraus zu lesen“, erzählte eine junge Frau — wurden die Studenten in ein erstklassiges Restaurant eingeladen. Oft war es dasselbe.

Wenn sie Interesse daran zeigten, „etwas für ihr Land zu tun“ oder, wie es ein junger CIA-Mann ausdrückte, „uns (zu) helfen, während wir dir helfen“, gab man ihnen eine Adresse, an die sie sich wenden sollten. Meistens handelte es sich um eine Privatvilla im Stadtteil Zehlendorf im amerikanischen Sektor von West-Berlin. Dort wurden weitere Tests durchgeführt und damit war der Rekrutierungsprozeß beendet.

Im September 1961, weniger als einen Monat nach Bau der Berliner Mauer, diskutierten amerikanische Studenten in West-Berlin ängstlich über Presseberichte, in denen das Schicksal ihres FU-Kommilitonen W. Makinen beschrieben wurde. Sie erfuhren, daß er im Juli in der Sowjet-Union verhaftet und jetzt in Kiew zu acht Jahren Gefängnis wegen Spionage verurteilt worden war. Herr Makinen wurde später durch einen Gefangenenaustausch im Jahre 1963 freigelassen. Aber die Nachricht von seiner Verurteilung weniger als einen Monat nach dem Mauerbau veranlaßte die jungen Amerikaner in West-Berlin, gründlich über ihre Verwicklung mit Spionagediensten nachzudenken.

Die meisten von ihnen gaben jedoch bereitwillig zu, daß ihre Teilzeit-Spionagearbeit bei weitem nicht so gefährlich und dramatisch war wie Mr. Makinens Vordringen in das sowjetische Landesinnere.

Eine typische Aufgabe war es, Berichte über bestimmte Studenten und Studentenorganisationen an der Freien Universität und der Technischen Universität Berlin zu schreiben.

Trotz der immer häufiger aufkommenden Zweifel, ob sich für das was sie taten und was sie dafür bekamen, die damit verbundene Gefahr lohnte, hatten die meisten Amerikaner an der FU Schwierigkeiten, ihre Spionagearbeit aufzugeben. Sie waren auf das zusätzliche Geld angewiesen und diejenigen, die sich schließlich dazu entschlossen hatten, die Sache aufzugeben, erhielten anschließend unzählige Besuche und Telefonanrufe und wurden aufgefordert, es sich noch einmal zu überlegen.

(New York Times, 20. Februar 1967)

## DOKUMENT 661

### SPD-Wahlen nach Stalins Rezept

Prof. Dr. W. Gottschalch:

In wenigen Wochen treten die Delegierten des Berliner Landesverbandes der SPD zusammen, um ihren neuen Landesvorstand zu wählen. Parteien sind längst keine bloßen Wahlvereine mehr, sondern Institutionen unserer Verfassungswirklichkeit. Deshalb erfüllt es alle Demokraten mit Sorge, wenn sie beobachten, wie wenig die politische Praxis und die innere Ordnung der großen Parteien demokratischen Grundsätzen entsprechen. Wie die Erfahrung zeigte, können Parteimitglieder, gerade weil sie Demokraten sind, auf dem Verwaltungswege aus Parteien ausgeschlossen werden. Das ist folgenreich, weil bei uns die Parteien eine ganze Reihe politischer Monopole, z. B. das der Besetzung wichtiger Ämter, besitzen.

Die innerparteiliche Demokratie wird aber auch durch Art und Weise der Vorstandswahlen ausgehöhlt. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Ulrich Lohmar macht in seinem Buch „Innerparteiliche Demokratie“ darauf aufmerksam, daß die Vorstände der Parteien sich meist selbst zur Wiederwahl vorschlagen. Auf den Vorschlaglisten stehen gewöhnlich nur wenige Kandidaten mehr, als nach den Statuten dem Vorstand angehören müssen. Die Auswahlchancen werden weiterhin dadurch gemindert, daß die Delegierten gezwungen sind, den gesamten Vorstand und nicht nur einzelne Mitglieder zu wählen. Rechte und linke Randgruppen der Partei können infolgedessen nicht mehr entsprechend ihrer Stärke im Vorstand vertreten sein. Neben anderen Mitteln hatte übrigens Stalin dieses Verfahren Anfang der zwanziger Jahre angewandt, um erst die linke, dann die rechte Opposition aus dem ZK und dem Politbüro zu verdrängen.

Könnten die Delegierten Namen nach ihrer eigenen Wahl und auch nur so viele wählen, wie sie wollen, sähe das Ergebnis der Vorstandswahlen in den Parteien anders aus. So aber streichen die Delegierten lediglich jene Kandidaten von den Listen, die ihnen irgendwo einmal politischen oder anderen Ärger bereitet haben. Die Unauffälligen, die nichts sagen, und die „Autoritäten“, die bisher den Parteivorstand beherrschten, werden vorzugsweise gewählt.

Dieses Wahlverfahren hilft ohne Zweifel dem Parteivorstand, die politische Willensbildung der Partei in eine Einbahnstraße zu dirigieren. Bestenfalls geben die Vorstandswahlen Gelegenheit, den Stand des Stimmungsbarometers abzulesen. Ihre demokratische Funktion hat sich so in eine demoskopische umgewandelt.

Das ist bedauerlich, werden doch auf diese Weise die linken und rechten Gruppen der Partei in die Isolierung getrieben. Ist es da ein Wunder, wenn deren Anhänger resignieren und es vorziehen, außerhalb der Parteien zu agieren? Verständlicherweise neigt die Parteibürokratie zur Beibehaltung des bisher geübten Verfahrens.

So schlecht und so autoritär die Politik der derzeitigen SPD-Führung auch ist, so gibt es doch in dieser Partei viele lautere Demokraten. Sie gibt es in beiden Flügelgruppen und auch in

der Mitte. Diese Demokraten sollten dafür sorgen, daß Praxis und innere Ordnung der SPD wieder wie in der Vergangenheit demokratischen Grundsätzen entsprechen. Dazu kann u. a. eine Änderung des Verfahrens der Wahlen nützlich sein.

Man darf nicht vergessen: Erst dann ist eine Partei wirklich demokratisch, wenn jedes ihrer Mitglieder nicht nur nominellen Einfluß, sondern auch reale Macht im politischen Entscheidungsprozeß besitzt.

(Berliner Extra Blatt, 6. Mai 1967)

## DOKUMENT 662

### Offener Brief an den Regierenden Bürgermeister von Berlin

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister,

Mit großer Sorge haben die Unterzeichnenden zur Kenntnis nehmen müssen, daß anlässlich des Berlin-Besuches des amerikanischen Vizepräsidenten Humphrey die tragenden politischen Kräfte dieser Stadt in kritikloser und übereifriger Weise die Politik der Vereinigten Staaten in Vietnam verteidigt und begrüßt haben.

Sie haben, sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister, im Abgeordnetenhaus erklärt, „daß wir aufmerksam und mit großer Sympathie das Ringen um die Eindämmung einer kommunistischen Aggression in Südostasien ... verfolgen“.

Uns scheint, als beruhe diese Ihre Beurteilung auf einer einseitigen, politisch zweckorientierten Kenntnis der Tatsachen.

Demgegenüber hat sich ein großer Teil der amerikanischen Bevölkerung, insbesondere der religiösen Gruppen, der Intelligenz, der akademischen Jugend, aber auch verantwortungsbewußter Politiker zunehmend gegen die ständige Ausweitung des Krieges durch die amerikanische Regierung und die Bombardierung nordvietnamesischen Gebietes ausgesprochen. Wir verweisen auf die Stellungnahme führender amerikanischer Völkerrechtler, die am 15. Januar 1967 in der NEW YORK TIMES veröffentlicht wurde. Darin wird u. a. festgestellt, daß die Intervention der U.S.A. gegen die Charta der Vereinten Nationen, gegen die Genfer Verträge von 1954 und gegen die Verfassung der U.S.A. selbst verstößt. Wir möchten Sie weiterhin auf die jüngsten Äußerungen des Friedensnobelpreisträgers Martin Luther King, Ehrendoktor der Berliner Kirchlichen Hochschule, hinweisen, der den Widerstand gegen die amerikanische Vietnampolitik zur Gewissenspflicht eines jeden Amerikaners erklärt. Auch Senator Robert F. Kennedy, Ehrendoktor der Freien Universität, ist zumindest von der Ehrlichkeit der von Ihnen, Herr Regierender Bürgermeister, in der gleichen Rede so unkritisch begrüßten „Friedensbemühungen der amerikanischen Regierung“ nicht überzeugt. Auch der Generalsekretär der Vereinten Nationen, U Thant und Papst Paul VI. als Repräsentanten eines großen Teiles der Weltmeinung haben sich ablehnend gegenüber der amerikanischen Kriegführung geäußert.

Wir halten es für überaus bedauerlich, daß die politische Führung unserer Stadt dessen völlig ungeachtet und aus Gründen kurzfristiger politischer Opportunität der amerikanischen Außenpolitik eine derart uneingeschränkte Zustimmung gibt.

Besonders bestürzt sind wir, daß der vom amerikanischen Vizepräsident gebrauchte Vergleich zwischen Berlin und Süd-Vietnam im Abgeordnetenhaus ohne Entgegnung hingenommen wurde: wir sehen wesentliche Unterschiede zwischen der Legitimation einer demokratisch gewählten Regierung und einem eingesetzten Militärregime. Wir glauben nicht, daß es uns gleichgültig sein darf, Ernst Reuter, Otto Suhr, Willy Brandt und Heinrich Albertz mit Ngo Dinh Diem, Nguyen Khanh und General Ky auf eine Stufe gestellt zu sehen.

Wir sind der Meinung, daß Sie notwendige demokratische Diskussionen und politisches Handeln verhindern, wenn Sie wegen einer gefährlichen und dummen Aktion einer kleinen Gruppe von Studenten die Gelegenheit ergreifen, von der Meinung des Senats abweichende Stellungnahmen und Protestaktionen zum Vietnamkrieg zu diffamieren.

Wir glauben, Sie darauf hinweisen zu sollen, daß die pauschale Unterstützung der amerikanischen Vietnampolitik dem tatsächlichen Meinungsbild in West-Berlin in keiner Weise entspricht.

Die Diskussion um den Vietnamkrieg sollte bei uns gefördert, in gar keiner Weise aber durch offizielle und völlig einseitige Stellungnahmen verschleiert werden.

(Archiv ZI 6: Akte E 0702 FU/TU „Flugblätter Januar—Mai 1967“)

## DOKUMENT 663

**Bestellte Provokation des Senats  
Zur Festnahme Westberliner Studenten  
Korrespondenz aus Westberlin**

West-Berlin (ADN-Korr.). Die Festnahme von elf Studenten in West-Berlin zeigt die Angst des Senats vor politischen Demonstrationen gegen USA-Vizepräsident Humphrey als einen der Hauptverantwortlichen für den amerikanischen Aggressionskrieg in Vietnam. Journalisten in West-Berlin machen darauf aufmerksam, daß die Umstände der Verhaftungen für eine bestellte Provokation des Senats mit dem Ziel sprechen, die Opposition gegen seine Frontstadtpolitik und gegen die USA-Aggression in Vietnam zu diskreditieren und mundtot zu machen.

Elf Studenten und Studentinnen waren am Mittwochabend unter dem Vorwand aus Wohnungen heraus festgenommen worden, sie hätten einen Anschlag auf das Leben Humphreys geplant und vorbereitet. Drei von ihnen mußten inzwischen wieder auf freien Fuß gesetzt werden.

„Geplant: Bombenanschlag auf US-Vizepräsident — elf Verschwörer gefaßt“ — unter dieser Überschrift auf drei Vierteln ihrer Titelseite bekräftigt die Springersche Bild-Zeitung am Donnerstag die seit Jahren von Senat und Springer-Presse Hand in Hand geführte Hetz- und Verleumdungskampagne gegen die Studenten, die zu den aktivsten Gegnern der USA-Aggression in Vietnam und ihrer Unterstützung durch die Bonner Regierung und den West-Berliner Senat sowie gegen die Fortführung des kalten Krieges gehören.

Die Festnahme der Studenten ebenso wie die bössartige und gezielte Erfindung, die ihr zugrunde liegt, sind Teil der Politik des Westberliner Senats, wie sie in seinem Arbeitspapier zur „Deutschlandpolitik“ skizziert wird. Diese Studie, wonach West-Berlin zum „Zentrum der offenen Auseinandersetzung“ gemacht werden soll, war von Professor Albert Norden als Grundlage für den Ausbau West-Berlins zum aggressiven Stützpunkt und Störzentrum entlarvt worden.

(Neues Deutschland, 7. April 1967)

## DOKUMENT 664

**Kurz kommentiert  
SDS-Terror**

BS. Am Vorabend des Humphrey-Besuches demolierten Mitglieder des SDS in der Nähe ihres Büros einen Funkwagen der Berliner Polizei. Entschlossenes Eingreifen herbeigeeilter Polizisten war notwendig, um den Wagen vor der Zerstörung zu bewahren. Die Begründung des SDS für diese Tat ist weder überzeugend noch logisch. Man vermutete, der Funkwagen habe „das SDS-Büro überwachen“ sollen. Hieraus ein Recht abzuleiten, einen Polizeiwagen zu demolieren, ist typisch für jene, die bei allen möglichen Gelegenheiten sich auf den Rechtsstaat berufen. Nun ist der SDS schon durch viele derartige öffentliche Äußerungen unglaubwürdig geworden. Er versucht schon gar nicht mehr, politisch zu argumentieren, geschweige denn, sich sozialistisch zu verhalten. Das, was er in Vorbereitung des Humphrey-Besuches unternommen hat, erinnert stärker an die Irrationalität des Faschismus. Deshalb wirken auch alle Proteste gegenüber der Berliner Polizei nicht mehr. Diese hat Zurückhaltung geübt, wo ein schärferes Eingreifen von der Bevölkerung durchaus begrüßt worden wäre.

Unter dem Eindruck der Vorfälle vom vergangenen Mittwoch und Donnerstag sollte man auch noch einmal in Ruhe das lesen, was SDS-Professor Flechtheim kürzlich über unsere Ordnungskräfte zu sagen hatte:

„Zahlreiche, sich über Jahre erstreckende Vorfälle beweisen, daß jeder Demonstrant in Berlin ganz von dem Wohlwollen der Polizeibehörden abhängig ist. Wenn es nach dem unerforschlichen Ratschluß unserer Machthaber erforderlich oder angängig ist, friedliche Demonstranten zu jagen und zu schlagen, zu beschimpfen und zu sistieren, so geschieht das — wenn unsere Obrigkeit glaubt, daß sie die Demonstranten als Kommunisten zu behandeln hat, so geschieht das mit dem Ergebnis, daß jeder Rechtsschutz und jede Form zivilisierten Umgangs mit Menschen entfällt. Immer wieder habe ich von Studenten und Assistenten und Professoren, aber auch von Männern und Frauen ‚aus dem Volk‘ gehört, daß sie ohne jede Veranlassung ihrerseits gestoßen, verhöhnt, mißhandelt und festgenommen worden sind.

Im Jahre 1935 bin ich das Opfer von Mißhandlungen deutscher Polizeibeamter gewesen — ich weiß nicht, ob diese Beamten nicht noch oder wieder im Amt und Würden sind und sich nicht wieder an mir vergehen würden, falls ich ihnen in die Hände fallen sollte. Ich muß den Schluß ziehen, daß die Freiheit der Demonstration auf den Straßen Berlins nicht garantiert ist — im Gegensatz zu Städten wie Bremen oder Stuttgart, wo ein anderer Geist herrscht. Es ist unsere Aufgabe, immer wieder die Herstellung rechtsstaatlicher Zustände auch in Berlin zu verlangen und die Weltöffentlichkeit auf das Versagen unserer Behörden aufmerksam zu machen.“

Wer sich faschistisch verhalten hat, wer die Rechtsstaatlichkeit nicht achtete, ist am Mittwoch sehr deutlich geworden. Flechtheim und diese kleine SDS-Gruppe werden das nicht begreifen wollen. Der Rechtsstaat wird mit ihnen fertig werden.

(Berliner Stimme, 8. April 1967)

## DOKUMENT 665

**Der Vorsitzende des Kuratoriums  
der Freien Universität Berlin**

**Vorlage A 041/67**

für die 127. Sitzung des Kuratoriums der Freien Universität Berlin vom 12. 4. 1967

**Gegenstand des Antrages:**

Prüfung der Wirtschaftsführung der Studentenschaft der Freien Universität Berlin für das Rechnungsjahr 1966

**Berichtersteller:**

Der Vorsitzende des Kuratoriums

**Beschlußentwurf:**

Das Kuratorium der Freien Universität Berlin nimmt Kenntnis von dem Bericht des Rechnungshofs von Berlin über die Wirtschaftsführung der Studentenschaft der Freien Universität Berlin für das Rechnungsjahr 1966.

**Begründung:**

Der Rechnungshof von Berlin hat gemäß dem Beschluß des Senats von Berlin Nr. 3854/67 vom 17. Januar 1967 die Wirtschaftsführung der Studentenschaft der Freien Universität Berlin für das Rechnungsjahr 1966 geprüft.

Das Ergebnis der Prüfung bitte ich, dem in der Anlage beigefügten Prüfungsbericht des Rechnungshofs zu entnehmen. Berlin, den 2. März 1967

**Anlage**

(Albertz)

...

**VIII. Zusammenfassung**

Wie schon mehrfach erwähnt, hängen Personal- und Sachausgaben entscheidend von der mehr oder minder starken Aktivität der Studentenvertreter ab. Es ist im einzelnen nicht immer möglich, die unabwiesbare Notwendigkeit eines Vorhabens und der damit verbundenen Ausgaben zu beurteilen. Dennoch müßten sich bei maßvoller Beschränkung nicht unerhebliche Ersparnisse erzielen lassen, so daß zumindest die Vergütungen für die Studentenvertreter aus dem Beitragsaufkommen (T 12) gedeckt werden können, ohne dadurch die Gesamttätigkeit





ernsthaft zu gefährden. Eine Ausgabensenkung müßte insbesondere möglich sein bei den Positionen

- Geschäftsbedürfnisse (T 27, 28 und 30),
- Benutzung von Taxis (T 29),
- „Sozialaufwendungen“ (T 31),
- Kraftwagenbenutzung (T 32),
- Verzehrskosten (T 33),
- Reisekosten (T 34),
- Psychotherapeutische Beratungsstelle (T 36),
- FU-Spiegel (T 37).

Bei den Personalausgaben für hauptamtlich Beschäftigte erscheinen folgende Ersparnisse möglich:

- Verzicht auf die Halbtagskraft beim Otto-Suhr-Institut (T 15),
- Umwandlung einer Ganztagskraft im AStA-Haus in eine Halbtagskraft (T 16),
- Verlagerung einer Angestelltenstelle zum Studentenwerk (T 18).

#### IX. Schlußempfehlung

Bei strenger Beachtung des Grundsatzes, den Zuschuß nach der Höhe des jeweils anerkannten Gesamtbedarfs zu bemessen (T 5), würden ständig schwierige und in der Regel langwierige Verhandlungen notwendig. Um das Verfahren zu beschleunigen und zu erleichtern und damit einer möglichst reibungslosen Zusammenarbeit in der Freien Universität zu dienen, könnte erwogen werden, auf eine grundlegende Umgestaltung der Zuschußberechnung zu verzichten und sich stattdessen damit zu begnügen, die Kosten für studentische Hilfskräfte auf das Beitragsaufkommen zu verlagern (T 12). Der Zuschuß der Universität würde sich dann auf die Ausgaben für die Tarifangestellten und -arbeiter, die beim AStA tätig sind, und ggf. auf eine Zuwendung zum Zwecke des Studentensports beschränken. Der Rechnungshof hielte es für zweckmäßig, diese persönlichen Ausgaben dann nicht mehr als Zuschuß bei Tit. 310, sondern bei den allgemeinen Personalkosten der Universität zu veranschlagen, wie es im Bereich der Technischen Universität geschieht. Insgesamt dürften bei einem solchen Verfahren ggf. notwendige Entwicklungsmöglichkeiten dadurch erhalten bleiben, daß der Haushaltsplan der Studentenschaft der Zustimmung des Kuratoriums bedarf. Unabhängig von der Entscheidung über die Frage, wie der Zuschuß zu gewähren ist, bleibt eine Überprüfung des Stellenbedarfs notwendig (T 38, letzter Absatz).

St.

(Kuratorium der FUB: 126. bis 137. Sitzungsprotokoll)

## DOKUMENT 666

127. Kuratoriumssitzung vom 12. April 1967

### Anlage

#### Protokoll

über die 127. Sitzung des Kuratoriums der Freien Universität Berlin am 12. April 1967

Anwesend: Regierender Bürgermeister Heinrich Albertz  
Prorektor Professor Dr. Lüers  
Präsident Sickert  
Senator Professor Dr. Stein  
Senator Striek  
Bundesbevollmächtigter Staatssekretär  
Dr. Krautwig  
Frau Abgeordnete Dr. Lipschitz  
Herr Abgeordneter Löffler  
Herr stud. rer. pol. Ziesing

Verhindert: Magnifizenz Professor Dr. Lieber  
Ministerialdirektor Korff

Ferner nehmen an der Sitzung teil:

Senatsverwaltung für Wissenschaft und Kunst:  
Senatsrätin Dr. Sengpiel  
Regierungsdirektorin Dr. vom Steeg

Senatsverwaltung für Finanzen:  
Senatsrat Dr. Wegener (bis 10.15 Uhr)

Senatskanzlei:

Regierungsdirektor Thon

Freie Universität Berlin:

Kurator Dr. von Bergmann  
I. d. Universitätsdirektor Pfeiffer  
Universitätsdirektor Völz  
Dr. Hartwich  
der Vertreter des Personalrats Abg. Lothar Schulz  
Frau Krüger  
ferner zu TO — Punkt 16:  
Universitätsdirektor Dipl. Kfm. Müller

...

Der Vorsitzende schlägt vor, die Vorlagen zu TO-Punkt 8: Haushaltsplan der Studentenschaft für das Haushaltsjahr 1967

TO-Punkt 9: Bericht des Rechnungshofs von Berlin über die Prüfung der Jahresrechnung 1966 der Studentenschaft

TO-Punkt 10: Aufhebung der Sperre der DM 2.— pro Student und Semester zur Finanzierung der studentischen Selbstverwaltung

wegen des sachlichen Zusammenhangs gemeinsam zu beraten. Der Vorsitzende teilt mit, daß er Gespräche mit Vertretern der Studentenschaft und mit dem Kurator geführt habe, in denen einige durchaus konkrete Empfehlungen des Rechnungshofs, z. B. in Bezug auf die unterschiedlichen Begriffsbestimmung der Zuschußmittel, behandelt wurden. — Es folgt nun eine Aussprache über den vorgelegten Haushaltsplan 1967 der Studentenschaft, an der sich der Vorsitzende, Senator Professor Dr. Stein, Senator Striek, Staatssekretär Dr. Krautwig, Abg. Löffler, Prorektor Professor Dr. Lüers, der Kurator und der Vertreter der Studentenschaft beteiligen.

Der Vorsitzende ist der Auffassung, daß im laufenden Rechnungsjahr eine gewisse Kürzung auf der Grundlage der Empfehlungen des Rechnungshofs vorzunehmen ist; für die Gestaltung des Etats 1968 der Studentenschaft solle der vorgelegte Prüfungsbericht der Etat-Kommission als Beratungsgrundlage überwiesen werden. — Der Studentenvorteiler bittet das Kuratorium, für das laufende Rechnungsjahr keine Kürzungen vorzunehmen und dem Haushaltsplan zuzustimmen. — Senator Striek stellt dazu fest, daß der Haushaltsplan der Studentenschaft dem Kuratorium für eine eingehende Prüfung zu spät vorgelegt sei; er sieht jetzt keine andere Möglichkeit, als der Schlußempfehlung des Rechnungshofs zu folgen; der Finanzplan 1968 müsse rechtzeitig vorgelegt werden. Der Finanzsenator schlägt vor, die Sperre des bei Titel 310 des Haushaltsplans 1967 der FU veranschlagten Zuschusses von 160 500 DM — vermindert um den Betrag von 55 000 DM — aufzuheben und dem AStA aufzugeben, Kürzungsvorschläge zu machen.

Es wird dem Vertreter der Studentenschaft Gelegenheit gegeben, zu dem Prüfungsbericht Stellung zu nehmen. Herr Ziesing teilt mit, daß der AStA es begrüßt habe, daß Unregelmäßigkeiten in der Wirtschaftsführung nicht festgestellt wurden; dagegen bedauere es der AStA, daß zwischen dem Rechnungshof von Berlin und der Studentvertretung vor Erstellung des Prüfungsberichts eine abschließende Aussprache nicht stattgefunden habe. Herr Ziesing legt die Auffassung des AStA, insbesondere zu den Titeln „Studentische Hilfskräfte“, „Psychotherapeutische Beratungsstelle“, „FU-Spiegel“ und zu den Personalansätzen dar.

Mit dem Vorschlag des Rechnungshofs, die Kosten für die Hilfskräfte (55 000 DM) auf das Beitragsaufkommen zu verlagern, erkläre sich der AStA nicht einverstanden; die Sachtitel könne er für diese Ausgaben nicht heranziehen. Auch dem Hinweis des Rechnungshofs auf die an der Technischen Universität geübte Regelung könne nicht ohne weiteres gefolgt werden; Herr Ziesing verweist hierzu auf die strukturellen Unterschiede zwischen der Technischen Universität und der Freien Universität.

Die Psychotherapeutische Beratungsstelle gehöre zu den Aktivitäten der Studentenschaft und übe eine umfangreiche Tätigkeit aus; trotzdem müsse weit mehr als die Hälfte der Hilfesuchenden abgewiesen werden. Die Honorare der beratenden Ärzte stellten die niedrigsten Sätze dar, die von den Ärzten erhoben werden dürfen; die Aufwandsentschädigungen für die Studentenvorteiler seien das Entgelt für deren zeitraubende

Vorbereitungsarbeiten für die Colloquien. — Senator Professor Dr. Stein hält die Psychotherapeutische Beratungsstelle für eine sehr nützliche Einrichtung und regt an, einen Betrag von 5 000 DM bei diesem Titel zuzulegen, so daß die von Senator Striek vorgeschlagene Minderung nur 50 000 DM ausmachen würde; allerdings dürfte eine solche Regelung kein Präjudiz für 1968 darstellen. Im übrigen solle die Studentenschaft Kürzungsvorschläge unterbreiten. — Prorektor Professor Dr. Lüers hält den Gesamtaufwand der Psychotherapeutischen Beratungsstelle für zu aufwendig und regt an, die Aufgaben an die Kliniken zu verlagern. — Herr Abg. Löffler verkennt nicht die Bedeutung einer solchen Beratungsstelle. Bei einer etwaigen Verlagerung an die Medizinische Fakultät sollte aber geprüft werden, inwieweit dort neue Stellen für diesen Zweck beantragt würden. Staatssekretär Dr. Krautwig spricht sich für eine Verlagerung an die Medizinische Fakultät aus und schließt sich dem Vorschlag von Herrn Löffler an, daß wegen etwaiger zusätzlicher Stellen eine Stellungnahme der Fakultät herbeigeführt werden sollte. — Der Kurator bezweifelt, daß die Aufgaben der Psychotherapeutischen Beratungsstelle von den Kliniken wahrgenommen werden können, da es sich in den meisten Fällen um sehr langwierige Beratungen handele, die das Personal der Kliniken über Gebühr belasten würden. — Der Studentenvertreter setzt sich für das Verbleiben der Psychotherapeutischen Beratungsstelle beim AStA ein.

Hinsichtlich der vom Rechnungshof zu dem „FU-Spiegel“ gemachten Ausführungen ist der Studentenvertreter der Auffassung, daß der herangezogene Vergleich zu der Hauszeitschrift der Technischen Universität nicht stichhaltig sei, da die Technische Universität durch ihre Verbindungen zur Industrie erheblich mehr Anzeigen bekomme, wodurch ein wesentlich geringerer Herstellungspreis pro Auflage erzielt werde. Herr Ziesing teilt nicht die im Prüfungsbericht angedeutete Möglichkeit, daß politische Aspekte für die geringeren Einnahmen beim „FU-Spiegel“ die Ursache bilden könnten.

Zu dem Personalansatz des AStA für die Angestellten bemerkt der Kurator, daß überlegt werden könnte, ob diese Kräfte auf den allgemeinen Angestelltentitel übernommen werden sollten.

Auf Anfrage wegen der im Haushaltsplan 1967 der Studentenschaft enthaltenen neuen Positionen „Dispositionsfonds für Sonderaktivitäten der Fakultäten“, „Dispositionsfonds für Sonderaktivitäten des AStA“, „Betreuung ausländischer Studenten“ erläutert der Studentenvertreter die einzelnen Vorhaben.

Prorektor Professor Dr. Lüers kann sich nicht für die Finanzierung der Position „Dispositionsfonds für Sonderaktivitäten der Fakultäten“ einsetzen und begründet seine Einstellung damit, daß die vom AStA für die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät herausgegebenen „Nachrichten“ sich nicht nur mit wissenschaftlichen Fragen auseinandersetzten, sondern hauptsächlich politische Fragen, in letzter Zeit insbesondere den Vietnam-Krieg, zum Inhalt hätten; das zuletzt erschienene Heft könne hierfür als Beispiel angeführt werden. — Senator Professor Dr. Stein hält eine Veröffentlichung von politischen Artikeln in den „Nachrichten“ für die Fakultäten für eine starke Zweckentfremdung. — Herr Abg. Löffler schlägt vor, zunächst an einer Fakultät die vom AStA als Sonderaktivitäten geplanten Vorhaben durchzuführen, um Modelle zu schaffen. — Der Studentenvertreter teilt hierzu mit, daß in diesem Jahr an 2—3 Fakultäten soziologische Untersuchungen geplant seien, deren Ergebnisse u. a. als Material für die Studienreform gelten sollen. Er betont, wie wichtig dem AStA die Durchführung der Aktivitäten ist und bittet nochmals um Zustimmung zu den personellen und sächlichen Ansätzen für 1967. Herr Ziesing geht noch auf die Bemerkung des Rechnungshofs ein, daß sich die Höhe des Zuschusses nach dem Gesamtbedarf richten sollte; aber gerade über den Gesamtbedarf sei in dem Prüfungsbericht nichts gesagt. — Staatssekretär Dr. Krautwig teilt mit, daß bei den sehr notwendigen Aktivitäten des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen große Kürzungen, etwa in der Größenordnung von 10 Mio DM, vorgenommen werden mußten.

Senator Striek erklärt, daß er bewußt nicht im einzelnen auf die Empfehlungen des Rechnungshofs eingegangen sei, um die Freizügigkeit des AStA nicht einzuengen. Er empfiehlt, den

Ansatz für 1966 auf das Rechnungsjahr 1967 zu übernehmen; die somit eingesparten 47 700 DM sollen dem FU-Haushalt für überplanmäßige Ausgaben zur Verfügung stehen. — Der Vorsitzende weist darauf hin, daß sich bei einer Beschlußfassung zu TO-Punkt 10 ja eine gewisse Erhöhung der Mittel ergebe. — Senator Stein sieht in der Aufhebung der Sperre der DM 2.— pro Student und Semester ein großes Entgegenkommen. Der Vorsitzende beendet die Aussprache. Der Beschluß über den Haushaltsplan der Studentenschaft für das Haushaltsjahr 1967 wird gegen die Stimme des Vertreters der Studentenschaft gefaßt. Gleichzeitig wird der unter Pkt. 10 eingebrachten Vorlage zugestimmt.

#### **Beschluß A O 41/67:**

„Das Kuratorium der Freien Universität Berlin nimmt Kenntnis von dem Bericht des Rechnungshofs von Berlin über die Wirtschaftsführung der Studentenschaft der Freien Universität Berlin für das Rechnungsjahr 1966.“

#### **Beschluß A O 30/67:**

„1. Die am 18. Januar 1967 mit Beschluß B 004/67 angeordnete Sperre des bei Titel 310 des Haushaltsplans der Freien Universität Berlin für das Rechnungsjahr 1967 veranschlagten Zuschusses in Höhe von 160 500 DM für die Studentenschaft wird aufgehoben.

2. Das Kuratorium stimmt dem Haushaltsplan der Studentenschaft für das Rechnungsjahr 1967 mit der Maßgabe zu, daß der bei Titel 310 des Haushaltsplans der Freien Universität Berlin für das Rechnungsjahr 1967 veranschlagte Zuschuß für die Studentenschaft um 47 700 DM gesenkt wird. Der Haushaltsplan 1967 der Studentenschaft schließt somit in Einnahmen und Ausgaben mit 405 400,— DM ab.

3. Der Bericht des Rechnungshofs von Berlin über die Wirtschaftsführung der Studentenschaft der Freien Universität Berlin für das Rechnungsjahr 1966 wird der Etat-Kommission übergeben als Material für die Beratung des Haushaltsplanentwurfs 1968 der Studentenschaft.“

#### **Beschluß A O 42/67:**

„Das Kuratorium beschließt, daß der Sperrvermerk bei Titel 307 des Haushaltsplans 1967 der Freien Universität Berlin aufgehoben wird.

Der Vorsitzende stellt abschließend fest, daß somit der Haushalt 1967 der Studentenschaft in gleicher Höhe wie im Vorjahre bewilligt worden ist, ohne auf die Aufgliederung Einfluß zu nehmen.

(Kuratorium FUB: Protokolle der 123.—127. Sitzung)

## **DOKUMENT 667**

den 12. 4. 67

### **Pressemitteilung**

#### **An alle Redaktionen!**

Im vergangenen Jahr wurde eine Erhöhung der studentischen Beiträge zur studentischen Selbstverwaltung angesichts des Gesamtbedarfs genehmigt. Heute hat das Kuratorium beschlossen, die Zuschüsse der Universität zum Haushalt der Studentenschaft um DM 47 700,— zu kürzen. Die unter sachlichem Zwang beschlossene Erhöhung kommt dadurch nicht zum Tragen. Der studentische Haushalt ist somit effektiv gekürzt worden. Die Mehrbelastung des einzelnen Studenten, die nur der Vertretung seiner Interessen zugute kommen sollte, dient jetzt dazu, den Fonds „außerplanmäßige Ausgaben“ der Universitätsverwaltung zu erhöhen.

Gerade im vergangenen Monat hat der Landesrechnungshof festgestellt, daß dem Finanzgebaren des AStA keine ungerechtfertigten Ausgaben nachgewiesen werden können. Die Kürzung der Mittel, die sachlich unbegründet blieb, kann daher nur als Versuch der politischen Disziplinierung verstanden werden. Dagegen protestiert der Allgemeine Studentenausschuß der Freien Universität Berlin.

Die Studentenvertretung der FU sieht sich jetzt vor die Situation gestellt, den schon vom Konvent verabschiedeten

Haushalt 1967 um DM 47 700,— zu kürzen. Da bei der ohnehin äußerst knappen Ausstattung der einzelnen Titel Einsparungen nicht möglich sind, können verschiedene Aufgaben der Studentenvertretung in Zukunft nicht mehr erfüllt werden. Die Studentenvertretung könnte gezwungen sein, die Unterstützung des Studentensports vollends aufgeben zu müssen und aus dem VDS auszutreten.

Diese Notlage zwingt den AStA, um Spenden zu bitten, damit er seine Aufgabe auch in diesem Jahr voll erfüllen kann. Der AStA hofft, daß dafür die Öffentlichkeit größeres Verständnis hat als das zuständige Universitätsgremium. Der AStA glaubt, nur in diesem Jahr auf Spenden angewiesen zu sein, da er den Zuschuß der Universität für die folgenden Jahre wieder in voller Höhe erwartet.

(Spenden werden erbeten auf das Konto Berliner Bank AG, Depka 39 Nr. 90 894 Stichwort AStA-Hilfe)

Allgemeiner Studentenausschuß

(Archiv ZI 6: Akte E 0702 FU/TU „Flugblätter Januar—Mai 1967“)

## DOKUMENT 668

Wolfgang Ebert:

**Pudding-Mörder**

Wenn ich „Bild“ glauben schenken darf, dann ist Humphrey in Berlin mit knapper Not dem Tode entronnen. Daß die „Anschläge auf Leben und Gesundheit“ des Vizepräsidenten durch „Personen, die unter verschwörerischen Umständen zusammengekommen waren“, erfolglos blieben — immerhin hätte aus den aufgefundenen Chemikalien „brisanter Sprengstoff“ gemischt werden können — ist der Berliner Polizei zu verdanken, welche die Attentäter schon lange vorher unter Beobachtung hielt. Dabei hatte die Zentrale im Polizeipräsidium eine wichtige Funktion:

Zentrale an Dora 3: Feststellen, ob die Verschwörer in dem Laden auch Milchpulver gekauft haben. Wichtig!

Zentrale an Labor: Feststellen, was die Verschwörer mit Milch, Eier, Mehl und Puddingpulver machen können.

Labor an Zentrale: Pudding.

Zentrale an Waffenexperten: Ermitteln, wozu die Verschwörer den ganzen Joghurt brauchen könnten.

Gustav 4 an Zentrale: Die Verschwörer haben im Supermarkt Zucker und Zimt besorgt. Erbitten weitere Anweisungen.

Zentrale an Gustav 4: Feststellen, ob auch Grieß.

Dora 3 an Zentrale: Die Verschwörer haben soeben in der Molkerei vier Liter Schlagsahne gekauft.

Zentrale an Dora 3: Schlagsahne gab es in Amsterdam nicht. Offenbar eine neue Waffe. Bleiben Sie weiter am Ball!

Zentrale an Gustav 4: Was ist mit dem Grieß? Ein Präsident von Honduras wurde durch heißen Grießbrei umgebracht!

Zentrale an Otto 2: Wichtig! Sofort bei Behnke nachfragen, wie viele Eier die Verschwörer gekauft haben!

Gustav 6 an Zentrale: Verschwörer E. kommt aus Milchladen. In der Hand Quark. Macht einen verdächtigen Eindruck. Erbitten weitere Anweisungen.

Karl 2 an Zentrale: Verschwörerin B. betritt Drogerie.

Otto 2 an Zentrale: 14 Eier für 11 Verschwörer, drei wahrscheinlich zum Essen.

Zentrale an Gustav 6: Was ist mit dem Quark?

Gustav 6 an Zentrale: Verschwörer E. ißt ihn. Mitten auf der Straße.

Karl 2 an Zentrale: Verschwörerin B. kommt aus der Drogerie mit Ata und Vim. Angeblich zum putzen. Wahrer Verwendungszweck eindeutig.

Gustav 4 an Zentrale: Als Monteur verkleideter Beamter stellte in der Wohnung fünf Buttercremetorten fest. Ob essbar, fraglich. Verschwörer G. wollte an einer Torte naschen, wurde aber von Kollegen schroff zurechtgewiesen.

Zentrale an Gustav 4: Die Buttercremetorten im Auge behalten.

Anton 1 an Zentrale: Verfolgen Verschwörer, der Mehlsuren hinterläßt.

Zentrale an Anton 1: Bleiben Sie ihm auf den Fersen! Immer daran denken, was Ihnen passiert, wenn Humphrey was passiert — ausgerechnet in Berlin!

Wie die Berliner Polizei mit den Verschwörern fertig geworden ist, das soll den Vizepräsidenten so beeindruckt haben, daß er in Zukunft amerikanische Präsidenten und Vizepräsidenten nur noch von der Berliner Polizei geschützt sehen will. „Die Berliner Polizei damals in Dallas,“ soll er bemerkt haben, „und ich müßte heute nicht Vizepräsident unter Johnson sein.“ (DIE ZEIT, 14. April 1967)

## DOKUMENT 669

Resolution der SDS-Landesvollversammlung vom 15. 4. 67

Während die politischen Instanzen und die Akademiker auf die tatsächlich praktizierte Aggressivität, die in Vietnam gegenwärtig ihren höchsten Ausdruck findet, indifferent reagieren, wird auf die Parodie von Aggressivität mit allen verfügbaren politischen und administrativen Maßregeln geantwortet, um die tatsächlichen Konflikte verschleiern zu können.

Die Aufklärungsarbeit des SDS über die tatsächlichen Vorgänge in Vietnam, sein Versuch der Demokratisierung der Hochschule, sein Widerstand gegen die Notstandsgesetze etc. bieten der politischen Justiz und dem akademischen Senat der Freien Universität keine Handhabe für das Verbot dieser oppositionellen Organisation.

Jedoch wollen beide Institutionen das Verbot des SDS aufgrund seiner Gesellschaftskritik, die nicht im theoretischen Rahmen akademischer Diskussion bleibt.

Akademischer Senat und politische Justiz wissen (ebenso wie der SDS), daß Sahnetorten und Pudding als Wurfgeschosse, zumal gegen kugelsichere Automobile, lächerlich sind. Akademische Justiz und politischer Senat wissen (ebenso wie der SDS), daß es gemeingefährlich ist, die Lächerlichkeit solcher Sahnetorten als Vorwand zu nehmen zum Verbot des größten politischen Studentenverbandes im „freien“ Berlin. Die Lügen des Polizeipräsidenten hinsichtlich der Gefährlichkeit von Sahnetorten und Pudding müssen den glaubwürdigen Grund für das Verbot des SDS liefern, wo sie nur fadenscheiniger Anlaß sind.

Die Tendenz des autoritären Staatskapitalismus, jedwede praktische Opposition durch terroristische Polizeimaßnahmen zu unterdrücken, wird, sollte der SDS seine Förderungswürdigkeit verlieren, die politischen Möglichkeiten der anderen demokratischen Studentenorganisationen nicht unberührt lassen. Zusatz: Um seine Förderungswürdigkeit zu dokumentieren, hat der SDS seinen Mitgliedern nahegelegt, während Staatsbesuchen den mißverständlichen Umgang zu Molkereiprodukten zu unterlassen.

(Privatakten, Standard ZI 6: Akte „SDS, A I“)

## DOKUMENT 670

Otto Köhler  
Mord

Der Vorgang ist bekannt: Die politische Polizei im freiheitlichen Teil Berlins nahm am vorletzten Mittwoch elf Mitglieder der exotisch-erotischen „Lebensgemeinschaft junger Maoisten“ fest. Noch am gleichen Abend ging der Presse ein Polizeibericht zu, in dem behauptet wurde, die Jung-Maoisten hätten einen Bombenattentatsplan auf Berlin-Besucher und US-Vizepräsident Humphrey im Sinn gehabt.

Das war die Beschuldigung einer Behörde, die sich schon oft durch ihre frei gestaltende Phantasie im Umgang mit demonstrierenden Studenten hervorgetan hatte. Jeder Redakteur hatte somit gewiß Anlaß, sich der wiederholten Mahnungen des Deutschen Presserates an die Konvention zum Schutze der Menschenrechte zu erinnern, die vorschreibt, daß bis zur rechtskräftigen Verurteilung die Schuldlosigkeit eines Beschuldigten zu vermuten ist. Doch diese Mahnungen lagen —

bestenfalls — im Archiv, der Polizeibericht aber lag auf dem Schreibtisch. Und das hatte Folgen.

„Bild“-Berlin machte mit der halbseitigen Bombenschlagzeile auf: „Geplant — Berlin: Bomben-Anschlag auf den US-Vizepräsidenten — Elf Verschwörer gefaßt“ und tröstete zugleich den US-Vize in einem Willkommensgruß: „Mit diesen Bombenlegern werden wir fertig!“

Die „Berliner Morgenpost“ tröstete zwar einerseits die Berliner: „Laßt euch durch einige wenige Verrückte . . . nicht irremachen“, bot aber andererseits die von ihren Redakteuren gefertigte Schlagzeile „Attentat auf Humphrey von Kripo vereitelt — FU-Studenten fertigten Bomben mit Sprengstoff aus Peking“.

Die „BZ“ schrie auf: „Diese Schande, ohne uns!“ Der sozialdemokratische „Telegraf“ meldete mit unbezweifelbarer Gewißheit, ein „Verschwörerkomplott“ sei aufgedeckt, „das ein Bombenattentat auf den Vizepräsidenten zum verbrecherischen Ziel hatte“. Und der „Abend“ bot die exklusive Schlagzeile: „Maos Botschaft in Ost-Berlin lieferte die Bomben gegen Vizepräsident Humphrey.“

Das war gewiß eine schöne Leistung West-Berliner Zeitungen, die aufgrund einfacher Beschuldigungen der Polizei solch erschreckende Tatsachen in ihre Schlagzeilen zu zaubern wußten. Doch die Krone gebührt zwei westdeutschen Blättern, die einzig durch die Tatsache verbunden sind, daß ihre Verleger für besonders reife Leistungen Journalisten-Preise vergeben. Die „Nürnberger Nachrichten“ des linksliberalen Joseph E. Drexel („Joseph-Drexel-Preis“) bot die Überschrift: „Humphrey sollte ermordet werden“, und der Düsseldorfer „Mittag“, das jüngste und darum eifrigste Axel Springers („Theodor-Wolff-Preis“), überbot diesen Titel nur um Nuancen: „Berlin: Humphrey sollte heute ermordet werden.“

Am nächsten Tag freilich fielen die „Nürnberger Nachrichten“ völlig zurück. Offensichtlich hatte man dort die Leistung des Vortags als etwas überreif empfunden und meldete jetzt: „In Berlin fragt man sich nicht ohne Besorgnis, ob angesichts der dünnen Detailangaben des Polizeipräsidiums nicht doch vielleicht der Vorwurf des Sozialistischen Studentenbundes zutrifft, daß die politische Polizei ‚eine selbstfabrizierte Bombe platzen ließ‘, damit den Amerikanern ‚bei ihrem Wunderkind Berlin‘ ähnliche Vietnamdemonstrationen erspart blieben, wie sie in Den Haag, Rom und London . . . stattgefunden haben.“ Inzwischen war nämlich bekanntgeworden, daß der Anschlag „gegen das Leben oder die Gesundheit des amerikanischen Vizepräsidenten“ („nacht-depesche“) lediglich darin bestand, daß die maoistischen Liebes-Kommunarden von Berlin Humphrey unter dem Schutz von harmlosen Rauchkerzen mit gesundheitsförderndem Quark und allenfalls cholesterinhaltiger Buttercreme bekleckern wollten. Die „Attentäter“ waren 36 Stunden nach ihrer Festnahme alle auf freiem Fuß, weil der Haftprüfungsrichter im Gegensatz zu den eifrigen Redaktoren keine Glaubwürdigkeit im Polizeibericht entdecken konnte. Doch das erfuhren „Mittag“-Leser nur mit einem Satz — versteckt in einer Meldung aus Paris. Zum Ausgleich für diese magere Vexier-Nachricht bot der politische Ressort-Leiter des „Mittag“, Wolfgang Will, seinen Lesern einen ausführlichen und notwendigen Kommentar: „Bomben wurden gebastelt . . . Mit Terror sollte Politik gemacht werden . . . Dem muß endlich ein Riegel vorgeschoben werden!“

Dort aber, wo Hubert Humphrey herkommt, dem all der Lärm galt, dort sprach die „New York Times“ in ihrer Überschrift lediglich von einer „angeblichen Verschwörung“, ja, sie begann nahezu jeden Satz ihres Berichtes monoton mit der relativierenden Einschränkung: „Die Polizei sagt . . . der Polizeibericht sagt . . . die Polizei sagt . . . die Polizei fügt hinzu . . .“

Unsere schönsten Blätter machten sich den Polizeibericht zu eigen, als hätten sie alles miterlebt, was die Polizei behauptet. Und das angesehenste Blatt der USA tut — wenn der amerikanische Vizepräsident um Haaresbreite ermordet worden wäre — so, als sei ein Polizeibericht nur ein Polizeibericht und kein endgültiges Urteil. Auf Amerikaner ist eben nie Verlaß.

(DER SPIEGEL, 17. April 1967)

## DOKUMENT 671

### Reinhard Lettau: Von der Servilität der Presse

„Man hat mich gebeten, ein paar Worte zur Informierung der Öffentlichkeit durch die Berliner Presse zu sagen. Dies ist schwierig (denn ich bin nur ein Gast in Berlin), denn der frische Blick eines Gastes soll ja alles klarer und besonders deutlich zeigen. Was man aber hier sieht, das ist sehr klar und deutlich, es hat sich längst herumgesprochen. Es ist traurig, immer wieder dasselbe sagen zu müssen. Nirgendwo in der Welt, außer in Westberlin, ist es ein Geheimnis, daß der Polizeipräsident Duensing hysterisch ist und absichtlich oder unabsichtlich falsche Statements herausgibt, die er nachträglich entweder aus Ignoranz oder aus Bosheit nicht dementieren läßt. In der ganzen Welt, außer in Westberlin, weiß man, daß die hiesige Presse polizeihörig und servil ist und im Zweifelsfall immer auf der Seite der Autorität steht, anstatt, wie jede andere demokratische Presse, ihrer Verantwortung nachzukommen, die darin bestünde, jede Autorität immer und überall und unentwegt in Frage zu stellen und zu kontrollieren.“

Nicht nur wurden von der Westberliner Presse die Verlautbarungen des Polizeipräsidenten als unzweifelhafte Wahrheiten verbreitet (statt daß man sie zumindest durch den Hinweis relativiert hätte, daß es sich um Angaben handele) — auch, als es sich herausstellte, daß sie unwahr waren, hat keine West-Berliner Zeitung diese Verlautbarungen dementiert, von der Kritik ganz zu schweigen.

Wer hat noch die Energie, diese Unkorrektheiten, die ja mehr als Unkorrektheiten sind, — diese Sünden gegen die Demokratie noch täglich zu erinnern und aufzuzählen, wenn immer wieder der Verstoß von gestern durch neue Anschläge heute übertroffen, durch neue Obszönitäten überflügelt wird. Wenn in öligen Leitartikeln Demokratie und Freiheit gepriesen, zwei Seiten weiter aber jene verunglimpft werden, die sich die Worte der Leitartikel zu Herzen genommen haben. Seine Meinung soll man sagen dürfen, aber nur, wenn es opportun ist. Gegen Notstandsgesetze demonstrieren: das können nur „Krakeeler“, „Radaubröder“, „Radikalinskis“ sein. Sie sollen lieber „diskutieren“, das sei, so heißt es neuerdings immer, „besserer Stil“. Nun, wir haben diskutiert, wir haben jahrelang versucht, mit den Befürwortern der Notstandsgesetze, des Krieges in Vietnam und der Springerschen Pressemonopole zu diskutieren. Was passierte? Die Herren kamen nicht. Wir hatten Vertreter von acht West-Berliner Zeitungen zu einer Diskussion ins Rathaus Wilmersdorf eingeladen. Schütter und dünn kamen zwei Herren, von denen einer vom „Spandauer Volksblatt“ war, der andere vom „Tagesspiegel“. Man genierte sich, ihm zu widersprechen, da er in der Minderheit war. Diese Zeitungen genieren sich aber nicht, die Minderheiten zu verfolgen. In den Zeitungen war von unseren Diskussionen nichts zu lesen. Am Morgen nach unseren Notstandsdiskussionen stand keine einzige Zeile über diese Diskussionen in der Zeitung. Stattdessen aber seitenlange Berichte über einen Fackelmarsch der Antistalinisten. Nun sind wir zwar auch nicht Freunde von Stalin. Nur halten wir es nicht gerade für das wichtigste, heute in West-Berlin unter Polizeischutz gegen Stalin zu demonstrieren. Wir finden das ziemlich lächerlich.

Unsere Alternativen sind also: Diskutieren, wie man es uns empfiehlt. Dann hört allerdings niemand unsere Argumente. Oder: Provozieren, Demonstrieren. Dann schreit hysterisch Rektor Lieber, wir praktizierten „direkte Demokratie“. Mit den Rezepten des Polizeipräsidenten, des Rektors und der West-Berliner Presse hätte man allerdings nie die Tuilerien erstürmt und man hätte in Boston den englischen Tee nicht in den Hafen geworfen. Mit den Lieber-Duensing-Springer-Rezepten wären wir heute noch in der Steinzeit.

Der Witz, den die Herren nicht einsehen wollen, ist eben dieser: wir sind etwas anspruchsvoller geworden, das hat sich leider nicht vermeiden lassen, wir wollen etwas mehr als Demokratie nur in Leitartikeln, weil wir allerdings gelegentlich auch etwas mehr lesen von faschistischen Diktaturen in Portugal, von faschistischen Diktaturen in Spanien, in fast ganz Südamerika, in Persien — bitte, verzeihen Sie mir, wenn ich hier einige auslasse —, wir lesen von dem barbarischen

Vorgehen der Amerikaner in Vietnam, und es ist zu viel von uns verlangt, alle diese Dinge zu übersehen, nur weil es in einem anderen Teil der Welt auch nicht zum Besten steht. Verantwortlich sind wir da, wo wir leben und wo wir eine Chance haben, etwas zu verändern, Ansprüche müssen wir zuerst dort stellen, wo wir selbst sind.

Ich habe immer von der West-Berliner Presse gesprochen. Das klingt so, als sei dies eine abstrakte Macht. Aber West-Berliner Presse: das sind ja einzelne Menschen, die gibt es ja wirklich, auch wenn Sie's nicht glauben, die laufen ja hier 'rum, die starren Dich an, und was sie leisten, ist so plump, daß auch das stumpfste kritische Besteck sich als zu fein erweist, um benutzt werden zu können. Die Dokumentationen des AStA und der Bericht von Rechtsanwalt Mahler, den Sie eben gehört haben, hat denjenigen von Ihnen, die während des Besuches von HHH nicht in Berlin waren, Aufschluß über die Vorgänge gegeben. Ich kann diesen beiden Darstellungen kaum Neues hinzufügen, bitte Sie nur, zu bedenken, daß diese teils ignorante, teils zynische Berichterstattung der West-Berliner Zeitungen, d. h. der Springer-Zeitungen und der Zeitungen, die ich freiwillige Springer-Zeitungen nenne, also alle anderen, täglich stattfindet und lediglich anlässlich einer Demonstration uns besonders auffällt und dann besonders grotesk und unverantwortlich wird. Ich habe vor einiger Zeit eine Analyse dieser Zeitungen versucht und bin zu einem Resultat gekommen, das sich kurz und bündig in dem Titel ausdrücken läßt, den ich der Analyse gegeben habe: „Journalismus als Menschenjagd“. In den Artikeln, die ich untersucht habe, wird fast durchweg versucht, die eigene Meinung des Verfassers als eine feststehende, allgemeine Meinung zu etablieren. In den Artikeln wird die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland mißachtet. Es drückt sich in ihnen, milde gesagt, ein gestörtes Verhältnis zur Demokratie und zum Rechtsstaat aus. Die Frage, ob die dort spürbare antidemokratische Haltung bewußt verschlüsselt ist, aus Opportunismus oder aus Feigheit, oder ob sie unbewußt zum Ausdruck kommt, könnte nur durch persönliche Gespräche mit den Artikelschreibern oder notfalls durch einen Psychoanalytiker beantwortet werden. Festzuhalten aber ist der Verdacht, daß wir es bei den Artikelschreibern mit unreflektierten Antidemokraten zu tun haben, mit Menschen, die eine historisch nachweisbare deutsche Neigung in die heutige Zeit hinübergerettet oder von vorneherein in sich vorgefunden haben: die Neigung, Schwächere zu hassen, weil sie schwächere sind, Minoritäten zu verabscheuen, ob sie nun, wie früher, Zigeuner oder Juden, oder, wie heute, Fremdarbeiter, Vorbestrafte, Gammler oder Studenten sind. Es ist unter diesen Umständen verständlich, daß der SDS zu seinen Pressekonferenzen Springerlinge nicht mehr einlädt.

Der eine Punkt, den ich gegenüber AStA- und Mahler-Bericht noch ergänzen wollte, betrifft das Verhalten der Politischen Polizei während der HHH-Demonstration vor dem Charlottenburger Schloß. Sie haben alle diese meist ziemlich fetten Herren mit den blauen Stecknadelköpfen am Revers gesehen. Sie stehen immer zu zweit; zu zweit schlägt sich's besser. Ich habe sie sehr genau beobachtet, von diesen Figuren geht eine gewisse Faszination aus. Es sind Gesichter, die man längere Zeit nicht mehr gesehen hat. Man denkt an die Zeichnungen des Berliner Malers George Grosz, der ebensolchen Gesichtern Gottseidank in die Emigration entkommen ist. Diese Herren verhalten sich folgendermaßen, das sollte man doch einmal in aller Öffentlichkeit beschreiben: Sie stecken die Köpfe zusammen und einigen sich nach kurzem Gespräch (weiß Gott, was man da für Vokabeln sammeln könnte, wenn man zuhören könnte!) auf irgendeinen Demonstranten, vielleicht nicht einmal einen mit einem Plakat in der Hand. Dann stürzen sie sich über ihn, schlagen ihn, wenn er sich wehrt (und natürlich wehrt er sich, er ist ja von Zivilisten überfallen worden) und schleppen ihn ab. Als das zum ersten Mal in meiner Umgebung passierte, bat ich die Herren um ihre Dienstnummer. Die zynische Antwort war: „Hier ist doch kein Kindergarten“. Nein, ein Kindergarten ist das hier wirklich nicht. Sondern eine Stadt, in deren westlichem Teil es möglich ist, daß Zivilisten über irgendeinen anderen Zivilisten herfallen, ihn blutig schlagen, wie ich selbst gesehen habe. Das ist meiner Ansicht nach kriminell, Verschleppung, Menschenraub. Ich habe einige dieser Herren später auf dem Polizeirevier 125 wieder ge-

sehen, wie sie zurückkamen, nach getaner Arbeit, schwitzend, nicht gerade die schönsten Männer der Welt. Aber das sind Leute, von denen die Berliner Ausgabe der „Welt“ schrieb, proamerikanische Demonstranten seien in Schlägereien mit antiamerikanischen Demonstranten geraten. Da sieht man die kriminell unfähige oder kriminell zynische Berichterstattung dieser Zeitungen. Sehen wir einmal von dieser eigenartigen Terminologie ab. (Oder sind die 120 000 New Yorker, die vorgestern gegen den Krieg in Vietnam demonstriert haben, auch antiamerikanisch? Ich möchte festhalten: Wir waren die proamerikanischen Demonstranten!) Nehmen wir einmal an, daß das wirklich proamerikanische Demonstranten waren. Seit wann gehen proamerikanische Demonstranten hinterher aufs Polizeirevier und fühlen sich dort zu Hause? Warum sind proamerikanische Demonstranten alle stiernackig? Schwitzen alle? Sind alle fett?

Verzeihen Sie, wenn ich das Resultat meiner Berliner Presseanalyse dadurch mitteile, daß ich hier jetzt die Berliner Zeitungen zerreiße.“

(Berliner EXTRA-Dienst Nr. 4/31. Mai 1967, S. 6 ff.)

## DOKUMENT 672

### FU-Randalierer verloren fristlos bezahlte Ämter

rb. Berlin, 24. April

Großes Heulen und Zähneklappern bei den linksradikalen Studenten der Freien Universität: Mehrere Teilnehmer der letzten peinlichen Zwischenfälle am Todestag Adenauers sind ihre bezahlten Ämter als studentische Hilfskräfte los. Und zwar fristlos. Unter ihnen der Konvents-Präsident Lefèvre, der 1. AStA-Vorsitzende Häussermann, sein Stellvertreter Wilhelm und Ex-AStA-Vorsitzender Nevermann.

FU-Rektor Professor Lieber: „Die fünf Studenten haben sich schwerer Verstöße gegen die Universitätsordnung schuldig gemacht. Gegen sie wird ein Disziplinarverfahren eingeleitet.“

Weitere Disziplinarmaßnahmen haben 7 von 16 Studenten zu erwarten, die es auf US-Vizepräsident Humphrey abgesehen hatten.

Professor Lieber: „Die in letzter Zeit wiederholt demonstrierte Aufsässigkeit der Studenten ist nicht die angebrachte Form der Auseinandersetzung mit akuten Problemen.“

(Bild-Zeitung, 24. April 1967)

## DOKUMENT 673

### Diktatur in Griechenland

Liebe Kommilitonen! Liebe Kommilitoninnen!

Seit gestern, 20. 4. 1967, (das richtige Datum ist 21. 4. 67, 1.00 Uhr, S. L., T. F., C. R.) hat der König bestimmte Artikel der Verfassung außer Kraft gesetzt. Das Militär hat die Macht übernommen, an dessen Spitze wiederum der König steht. Der König hat das Volk unter Hausarrest gestellt. Die Banken haben alle Konten gesperrt, und jegliche Verbindung mit der Außenwelt ist unterbrochen.

Das ist das Resultat einer geplanten Aktion, die ihre Anfänge schon im Juli 1965 hat, als der König durch einen Staatsstreich den mit 53 % Mehrheit gewählten Repräsentanten des griechischen Volkes, Papandreou, gestürzt hat. Durch die fünf königlichen Regierungen hat der König mit seiner Junta, die sich aufgrund amerikanischer Unterstützung gegen das Volk behaupten kann, es fertiggebracht, die vom Volk geforderten verfassungsmäßigen Wahlen aufzuschieben. Als der König unter dem Druck der öffentlichen Meinung den Wahltermin für den 28. Mai festsetzen mußte, sah er sich in seiner Existenz bedroht, da die Chancen seiner Partei der National-Radikalen Union (ERE) gering waren, und die Wahlen ein Votum gegen oder für die Monarchie bedeuten würden. Aus dieser Sackgasse sah der König keinen anderen Ausweg, als die Diktatur auszurufen.

Die griechische Studentenschaft wird seit fast 2 Jahren verfolgt, der Polizeiknüppel beherrscht die Universität und die Polizei ist bis in die Vorlesungssäle eingedrungen.

Wir wollen es nicht zulassen, daß ein Vietnam aus Griechenland wird.

Deswegen ruft die Vereinigung von griechischen Studenten und Akademikern in Berlin die Studentenschaft der Freien Universität auf, sich solidarisch mit dem Kampf der griechischen Kommilitonen gegen die errichtete königliche bzw. faschistische Diktatur in Griechenland zu erklären.

Verantwortlich: Elias Katsoulis

1. Vorsitzender des Vereins griechischer Studenten und Akademiker in Berlin

(Archiv ZI 6: Akte E 0702 FU/TU „Flugblätter Januar—Mai 1967“)

## DOKUMENT 674

### Rundfunkkommentar

Stellungnahme von Dr. Kirchner, gesendet am 24. April 1967 im RIAS vor einem Interview mit Rektor Lieber und einer anschließenden Stellungnahme des 2. AStA-Vorsitzenden Wilhelm dazu.

Am Sonnabend konferierte der Akademische Senat über das Verhalten einiger 100 Studenten im Foyer des Henry-Ford-Baus in Dahlem. Dorthin hatte die Studentenvertretung am Mittwochabend vergangener Woche eine sogenannte „Informationsveranstaltung“ einberufen. Die Studentenschaft sollte über die studentpolitischen Probleme unterrichtet werden, die bei Semesterbeginn anstehen. Dazu gehört in erster Linie der Versuch einer Gruppe von jungen Leuten, den Berlin-Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Humphrey zu stören. 7 Studenten waren in diesem Zusammenhang an der Vorbereitung von Rauchbomben und anderen Wurfgeschossen beteiligt. Während die Studenten am Mittwoch im Dahlemer Henry-Ford-Bau darüber diskutierten, empfahl der Akademische Senat dem Dahlemer Rektor Lieber ein Disziplinarverfahren gegen sie einzuleiten. Das ist inzwischen auch geschehen. Aber jetzt geht es darum schon gar nicht mehr in erster Linie. Die Akademische Senatsitzung vom Wochenende befaßte sich vielmehr mit der studentischen Veranstaltung im Henry-Ford-Bau selbst. Gegen fünf der dabei maßgebenden Studenten hat der Rektor inzwischen ebenfalls ein Disziplinarverfahren eingeleitet und zwar, wie es in einer Erklärung heißt, weil sie sich „schwerer Verstöße gegen die Universitätsordnung schuldig gemacht haben“. Soweit sie bisher als studentische Hilfskräfte bezahlt wurden, werden ihnen diese Einkünfte außerdem ab sofort genommen. Unter diesen fünf Studenten sind die beiden AStA-Vorsitzenden und der Konventspräsident — also der Vorsitzende des Studentenparlaments der Freien Universität. Die Situation ist also einzigartig gespannt.

Zum Vorwurf selbst ein Wort: Die Studenten haben am Mittwochabend insofern gegen die Hausordnung verstoßen, als sie den vereinbarten Raum, nämlich das Auditorium maximum, verließen und ein sogenanntes Sit-in im Foyer des Henry-Ford-Baus veranstalteten; und sie haben die Veranstaltung nicht zu dem vom Rektor festgesetzten Zeitpunkt beendet. Auf Veranlassung der Universität griff deshalb gegen Mitternacht sogar ein Polizeikommando ein; es war aber kurz darauf „auf höhere Weisung“ wieder zurückgezogen. Der Rektor, Prof. Lieber, hat erklärt, daß er den nun eingeleiteten Schritt — der unter Umständen zur Entfernung der Betroffenen aus der Universität führen kann — nur „schweren Herzens“ getan hat. Der Akademische Senat hat außerdem in einer Erklärung an die „Vernunft der Studierenden“ appelliert. —

Die Studentenvertretung hat in der vergangenen Nacht über die entstandene Situation konferiert. Wir haben übrigens versucht, hier an dieser Stelle einen der betroffenen Studenten zu Worte kommen zu lassen, haben aber keinen von ihnen erreichen können. Bisher weiß man nur, daß eine Unterschriftensammlung gegen das Disziplinarverfahren eingeleitet wurde und daß eine Protestversammlung — voraussichtlich am Mittwoch — stattfinden soll. —

Soweit der Tatbestand. Der Kommentator muß sich fragen, ob Verwaltungsakte und Verbote gegen das politische Engagement von Studenten wirklich die geeigneten Mittel sind — selbst wenn Bestimmungen der Hausordnung verletzt werden. Wir haben mehrfach bedauert, daß sich die Studentenvertretung der Freien Universität immer stärker in den Sog radikaler Kräfte begeben hat, aber dieser Trend wird durch Restriktionen nicht nur verstärkt. An einer Universität — wie überhaupt in einer demokratischen Gesellschaft — sollte nur das Argument Geltung haben. Diesmal — muß ich sagen — haben Rektor und Senat gegen diesen Grundsatz verstoßen.

(Abschnitt im Hochschularchiv FUB: „Akte „AStA 70 (Urabstimmung)“

## DOKUMENT 675

Anlage zum Protokoll der 4. (o.) Sitzung vom 21. April 1967  
Antrag des AStA

Betrifft: Die Situation in Griechenland

Die Studentenschaft der Freien Universität Berlin erklärt sich solidarisch mit dem Kampf des griechischen Volkes gegen die weitere Entdemokratisierung und die Verweigerung sozialer Reformen in Griechenland. Sie verurteilt deshalb besonders den Staatsstreich und die Errichtung einer Militärdiktatur durch den König. (Die Worte „durch den König“ werden auf der Konventsitzung vom 24. April 1967 gestrichen. S. L., T. F., C. R.) Die Studentenschaft der FU ersucht die Bundesregierung, der griechischen Militärjunta die Anerkennung zu verweigern und ebenfalls für die Einführung demokratischer Verhältnisse in Griechenland einzutreten.

Der Konvent der Freien Universität unterstützt den bereits zwei Jahre währenden Kampf der griechischen Studentenschaft für die Abhaltung von Neuwahlen und die verfassungsmäßige Ordnung in Griechenland. Er fordert alle Berliner Studenten und die Öffentlichkeit auf, Demonstrationen für die Wiedereinführung demokratischer Verhältnisse in Griechenland zu unterstützen und sich an ihnen zu beteiligen. Der AStA wird beauftragt, den Verein griechischer Studenten und Akademiker bei der Durchführung von Unterschriftensammlungen und anderen Aktionen zu unterstützen und eine Informationsveranstaltung über die Situation in Griechenland durchzuführen. (Archiv ZI 6: Akte 12.12 FU „19. Konvent, Protokolle 1967“)

## DOKUMENT 676

Rabatz-Studenten soll es an den Kragen gehen

Albertz sprach mit Fraktions-Chefs

Von Lutz Horst

Berlin, 22. April

Der Stein, der im Fall der Berliner „Rabatz-Uni“ fällig ist, scheint ins Rollen zu kommen: Der Regierende Bürgermeister Albertz traf gestern mit FU-Rektor Lieber und mit den Fraktionsvorständen des Abgeordnetenhauses zusammen. Es wurde die Lage an der Freien Universität erörtert und über die sich daraus ergebenden Konsequenzen gesprochen!

Die Lage: Radikale Einpeitscher sorgen dafür, daß Lamentieren, Protestieren und Demonstrieren über Studieren geht. Die ursprüngliche Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden, geboren in Notzeiten, liegt an der FU in den letzten Zügen.

So war die Unterredung zwischen Albertz und den Fraktionsvorständen mehr als ein nur informatives Gespräch. Die Fraktionen nämlich sind Gesetzgeber und können dafür sorgen, daß bei der FU der eiserne Besen angesetzt wird. Eben für Konsequenzen!

Anlaß des Treffens waren die jüngsten Zwischenfälle. Am Todestag Adenauers hatten 1500 Studiker und „Gäste“ während einer Sitzung des Akademischen Senats die Vorhalle belagert. Mit Johlen und Pfeifen hatten sie gegen die Bitte der Räumung und die „Beschneidung ihrer demokratischen Rechte“ protestiert. Die Berliner Bevölkerung schimpften sie „hysterisch“. Der Rektor rief schließlich die Polizei, die den Schrei-

halsen jedoch nicht den Gefallen tat, zum Knüppel zu greifen. AStA-Vorsitzender Häussermann (der Studenten-Chef) wurde hinterher patzig: „Es ist Sache des AStA, wie und wo er seine Veranstaltungen durchführt.“ Und weil der Rektor mit Disziplinarverfahren gedroht hatte, gaben die Studenten ihm noch eins drauf und forderten gestern alle Teilnehmer des Krawalls auf, gegen sich selbst ein Disziplinarverfahren zu beantragen. Kurzum — die Universitäts-Verwaltung lahmzulegen.

(Bild-Zeitung, 22. April 1967)

## DOKUMENT 677

### Brief des Rektors an den SDS:

Der Akademische Senat der Freien Universität Berlin hat zu diesem Vorhaben in seinem am 22. 4. 1967 verabschiedeten „Aufruf an die Studenten“ festgestellt:

„Wenn Studenten der Freien Universität Rauchkerzen und Plastikbeutel mit Mehl, Pudding, Farbstoffen oder was auch immer gegen den Wagen eines ausländischen Staatsmannes werfen wollen, so mußte ihnen als denkenden Menschen klar sein, daß solche Handlungen bei der psychologisch gespannten Lage zum sofortigen Gebrauch der Schußwaffe durch die Bewacher und damit wahrscheinlich zum Tode Unbeteiligter bzw. zu unvorhersehbaren Reaktionen der Bevölkerung geführt hätten. Eine solche verantwortungslose, ja verbrecherische Haltung ist unentschuldigbar. Die beteiligten Studenten müssen nicht nur als Privatpersonen, sondern auch als Bürger der Freien Universität zur Rechenschaft gezogen werden.“

Unter Bezugnahme auf die Schlußpassagen der vom SDS — Landesverband Berlin — am 7. 1. 1967 angenommenen Resolution, die offensichtlich auch für den SDS — Gruppe an der FU — verbindlich ist, bitte ich um die Beantwortung folgenden Fragen:

- 1) Sind die geplanten Aktionen der obengenannten Studenten (...) vom Vorstand und politischen Beirat des SDS vorher diskutiert und gebilligt worden?
- 2) Wenn nein; ist der Vorstand des SDS seiner selbst abgegebenen Verpflichtung nachgekommen, sich von dem Verhalten seiner obengenannten Mitglieder (...) zu distanzieren?
- 3) Hat der Vorstand des SDS von seiner Kompetenz Gebrauch gemacht, seine genannten (...) Mitglieder auf Grund ihres Verhaltens zu suspendieren?

Ich bitte um Beantwortung dieser Fragen bis zum 2. 5. 1967, damit der Akademische Senat der Freien Universität seine bisher zurückgestellten bzw. vertagten Beratungen über die Förderungswürdigkeit des SDS — Gruppe an der FU — auf seiner nächsten Sitzung wieder aufnehmen kann.

Hochachtungsvoll  
H. J. Lieber

(Archiv ZI 6: Akte E 0702 FU/TU „Flugblätter Januar—Mai 1967“)

## DOKUMENT 678

### Rektor und Senat

#### Aufruf an die Studenten der Freien Universität Berlin

Die Institution „Freie Universität Berlin“ besitzt eine Ordnung, auf die auch jeder Student durch die Immatrikulation verpflichtet ist. Wird diese Ordnung gestört, sind die Folgen unabsehbar.

Professoren wie Studenten wissen gleichermaßen, daß Vieles an der Freien Universität der Reform bedarf. Die gemeinsame und fruchtbare Arbeit von Lehrenden und Lernenden in vielen Gremien hat bewiesen, daß diese große Aufgabe nur mit sachlichem Durchdenken bewältigt werden kann. Reformen aber sind Ergebnis organischer Entwicklungen; sie können nicht durch revolutionäre Aktionen erzwungen werden. Die Ungeduld von Studenten ist verständlich, aber unrealistisch; sie

beruht bedauerlicherweise auf bisher oft unzureichender gegenseitiger Information und auf daraus entstehenden Mißverständnissen.

Wenn die Beratungen des Akademischen Senats, in dem zwei Studentensprecher gleichberechtigte Mitglieder mit uneingeschränkter Freiheit der Meinungsäußerung sind, in einem sich deutlich abzeichnenden, manchen Studenten vielleicht nicht bewußten Feldzugsplan mit lautstarken und ins Emotional-Demagogische abgleitenden Demonstrationen trotz Unkenntnis des tatsächlichen Inhalts der Diskussionen des Senats und aufgrund falscher Informationen mit tosenden Lautsprechern systematisch unter Druck gesetzt werden sollen, kann unmöglich sachliche und fruchtbare Arbeit geleistet werden. Druck erzeugt selbstverständlich Gegendruck.

Wenn Studenten der Freien Universität Rauchkerzen und Plastikbeutel mit Mehl, Pudding, Farbstoff oder was auch immer gegen den Wagen eines ausländischen Staatsmannes werfen wollen, so mußte ihnen als denkenden Menschen klar sein, daß solche Handlungen bei der psychologisch gespannten Lage zum sofortigen Gebrauch der Schußwaffe durch die Bewacher und damit wahrscheinlich zum Tode Unbeteiligter bzw. zu unvorhersehbaren Reaktionen der Bevölkerung geführt hätte. Eine so verantwortungslose, ja verbrecherische Haltung ist unentschuldigbar; die beteiligten Studenten müssen nicht nur als Privatpersonen, sondern auch als Bürger unserer Universität zur Rechenschaft gezogen werden.

Wenn der verantwortliche Leiter einer Veranstaltung des AStA sich vor dem Rektor und dem Senat außerstande erklärt, die Studenten zu der Ordnung zu veranlassen, die vorher schriftlich ausbedungen wurde, und die der Rektor als Hausherr verlangen muß, wenn vielmehr eine Machtprobe provoziert wird, in der die Ohnmacht des Rektors und des Senats, dafür aber die Allmacht und der Herrschaftsanspruch des AStA demonstriert werden sollen, bleibt dem Rektor im Einverständnis mit den nicht-studentischen Vertretern des Senats gar keine andere Wahl, als schweren Herzens die Ordnung durch außergewöhnliche Mittel wieder herstellen zu lassen.

Wollen Sie, daß durch Ereignisse wie die in der Nacht vom 19. zum 20. April 1967 alle Professoren guten Willens zu Reaktionen werden? Wollen die vielen mit Recht und ernsthaft engagierten Studenten sich von einer kleinen Gruppe hupeningsüchtiger Kommilitonen und Nichtkommilitonen zu sinnlosen und alle positiven Kräfte lähmenden Aktionen hinreißen lassen, die jede sachliche Arbeit unmöglich machen?

Es liegt auch in Ihrer Hand, daß sich solche Ereignisse nicht wiederholen!

(Archiv ZI 6: Akte E 0702 FU/TU „Flugblätter Januar—Mai 1967“)

## DOKUMENT 679

Protokoll der Fakultätssitzung der Philosophischen Fakultät der FUB am Mittwoch, 26. April 1967, 15—21.30 (Auszug)

Anwesend:

Dekan

Prof. Dr. Baader	Kotowski
Baumgart	Kutscher
Behrendt	Lämmert
Bräuer	Landmann
Braune	Lennert
Bruhn	Löwenthal
Bumke	Macuch
Dickmann	Moraux
Eberhard	Munari
Elze	Nichols
Flügge	Önnerfors
Fraenkel	Pabst
Furck	Philipp
Gerber	Quirin
Goethert	Reding
Gollwitzer	Reinhard
Guggisberg	Reinhold



Helbig	Schmidt
Holzcamp	v. Schuler
Hrouda	Schwabl
Karlsson	Sontheimer
Kassel	Szondi
v. Kienle	Stourzh
Kirdner	Wapnewski
Knauer	Weischedel
Knevels	Westphal-Hellbusch

Priv.Doiz. Dr. Mommsen      wiss.Ass. Dr. Pommerening  
 Akadem.R. Dr. Schneider      Lektor Dr. Eichgrün  
 stud. phil. Rouette

Der Dekan bittet die Fakultät, ohne damit seinem Nachfolger vorgreifen zu wollen, ihn, sofern sie damit einverstanden ist, nicht mit „Spectabilis“ anzureden.

...  
**Punkt 2: Personelles.**  
 ...

Zwei Vorgänge machen es nötig, auf den Fall Professor Knudsen zurückzukommen. Ein früherer Schüler, der cum laude promoviert wurde, hat seine kürzlich erschienene Dissertation in Rundschreiben an Universitätsinstitute des In- und Auslandes als „summa cum laude-Arbeit“ bezeichnet. Vom Dekan danach befragt, erklärte er, Herr Knudsen habe ihm seinerzeit gesagt, die Arbeit sei mit „summa cum laude“ bewertet worden, nur wegen seiner Prüfungsleistungen im Nebenfach Musikwissenschaft habe er das Prädikat „cum laude“ erhalten. Herr Knudsen hat dem Dekan gegenüber den Verfasser der Arbeit der Lüge beschuldigt, aber die Möglichkeit eingeräumt, daß dieser eine Äußerung von ihm mißverstanden habe. Inzwischen hat der Verfasser ein korrigiertes Rundschreiben verschickt und dem Dekan die Liste der Empfänger des ersten Schreibens vorgelegt. Damit ist der Vorfall erledigt. — Der zweite Punkt: die Promotion von Fr. Muth über die Schauspielerin Irene Triesch. Herr Knudsen schlug das Prädikat „magna cum laude“ vor, der zweite Gutachter, Herr Eberhard, „rite“. Im Zusatzreferat von Herrn Baumgart wurde die Ablehnung der Arbeit beantragt. Dem schloß sich Herr Szondi an, der auf Herrn Baumgarts Vorschlag ein zweites Zusatzreferat verfaßt hat. Herr Baumgart bat zugleich um die Prüfung der Frage, wie man verhindern könnte, daß so unwissenschaftliche Produkte von Fakultätsmitgliedern gelesen und begutachtet werden müssen. Der Dekan verliest das Referat von Herrn Knudsen und seine Stellungnahme zu Herrn Baumgarts Referat und Antrag. Er bitte den Dekan um Schutz, hält an seinem Urteil fest und schlägt für ein evtl. Zusatzreferat Herrn Raek vor, da nur ein Theaterwissenschaftler in Frage komme.

In der Diskussion spricht zunächst Herr Baumgart. Er bittet die Fakultät um Erlaubnis, von seiner Beziehung zu Herrn Knudsen keine Notiz zu nehmen, nicht darum gehe es hier, sondern um etwas, was die Fakultät betrifft. Er fragt, ob es eine Möglichkeit gibt, das Einreichen von Arbeiten dieses Niveaus einzuschränken. Er betont, daß er nicht gegen Herrn Knudsen unterstützt werden möchte, er hat keinerlei Aktion gegen ihn im Sinn. Herr Dickmann schlägt auswärtige Gutachter vor. Dies dürfte, wie Herr Baumgart mitteilt, daran scheitern, daß es in Deutschland nur drei theaterwiss. Lehrstühle gibt. Herr Furek ist der Ansicht, daß die Fakultät ihre Verantwortung ohnehin nicht auf diese Weise abgeben dürfe. Herr Lennert meint, die Angelegenheit dürfe nicht auf fachlichem Gleis bleiben. Herr Knudsen brüskiere, indem er weiter Doktoranden annimmt, den Wunsch der Fakultät, der ihm im WS 1964/65 mitgeteilt wurde. Herr Sontheimer findet, das Gutachten Herrn Knudsens erwecke den Eindruck, daß dieser nicht mehr fähig ist, das wissenschaftliche Niveau einer Arbeit festzustellen. Herr Elze erwägt, Herrn Knudsen zu bitten, in seinen Gutachten fortan gewisse Gesichtspunkte zu berücksichtigen, fragt sich allerdings, ob dies zum Ziel führen würde. Herr Löwenthal ist der Ansicht, daß wir die Tätigkeit Herrn Knudsens rechtlich nicht unterbinden können, diese Tätigkeit aber dem Ansehen unserer Universität schädlich ist, so daß man die Aktivität entmutigen müsse. Die Fakultät soll Herrn Knudsen antworten und die Antwort auch den Studenten bekanntgeben. Der Dekan schlägt die Bildung einer Kommission

vor. Die Fakultät ist damit einverstanden. Als Mitglieder der Kommission werden bestimmt die Herren Eberhard, Baumgart, Knauer und Sontheimer.

Der Dekan unterrichtet die Fakultät über die Fragen der Rektorwahl. In einer Besprechung hat er angeregt, die Fakultäten offen über die Kandidaten zu informieren, statt dies der Flüsterpropaganda zu überlassen. Es gebe an der FU keinen klaren Turnus der Fakultäten, hingegen sei man der Ansicht, daß im Eröffnungsjahr des neuen Klinikums die medizinische Fakultät den Rektor stellen sollte. Als Kandidat dieser Fakultät gilt Herr Harndt, der praktisch mit allen Stimmen seiner Fakultät rechnen kann. Er möchte aber nur dann als Kandidat aufgestellt werden, wenn er der Majorität der Wahlversammlung gewiß sein kann. Als weitere Kandidaten gelten die Herren Arndt (Wiso-Fakultät) und Blomeyer (Juristische Fakultät). Herr Arndt kann mit der Majorität seiner Fakultät rechnen, Herr Blomeyer mit der knappen Majorität der seinen. Es komme also auf die Meinung der größten Fakultät, der unseren, an. In der Diskussion über die Frage, ob wir bereits jetzt die Stimmverhältnisse in unserer Fakultät klären und den anderen Fakultäten mitteilen sollten, meint Herr Philipp, es sei nicht möglich, eine anonyme Abstimmung sei der einzige Weg. Herr Schmidt betont, daß es ja die Institution der Vorwahl gibt, die diesen Zweck erfüllt. Herr Lämmert macht den Vorschlag, die offizielle Vorwahl zeitlich vorzulegen und in den Fakultäten abzuhalten. Herr Elze weist darauf hin, daß das Verfahren der Rektorwahl im Verfassungsausschuß kritisiert worden sei, er tritt für den Vorschlag Herrn Philipps ein. Herr v. Schuler meint, unsere Fakultät könne nicht als Fakultät über Kandidaten, die es offiziell gar nicht gibt, abstimmen. Herr Sontheimer wünscht Information über die Kandidaten, die Fakultät könnte dann in der nächsten Sitzung abstimmen. Auch Herr Löwenthal ist dieser Ansicht und legt ein gutes Wort für die telephonische Flüsterpropaganda ein. Herr Lennert erkundigt sich nach der Kandidatur des Mediziners Masshoff, erfolgte sein Verzicht aus Rücksicht auf Herrn Harndt? Der Dekan teilt mit, daß Herr Masshoff seine Kandidatur schriftlich zurückgezogen habe. Herr Löwenthal stellt den Antrag, die Fakultät möge in der nächsten Sitzung informell abstimmen. Dieser Antrag wird mit 25 gegen 17 Stimmen bei keiner Stimmenthaltung angenommen, wegen der zu knappen Majorität schlägt Herr Löwenthal indessen vor, auf die Abstimmung dennoch zu verzichten. Herr Stourzh, Herr Knauer und Herr Landmann treten dafür ein, daß den Fakultätsmitgliedern die Möglichkeit gegeben werde, nach der nächsten Sitzung den Dekan zu informieren. Herr Loos ist damit einverstanden und ist für Stellungnahmen, ob mündlich oder schriftlich, dankbar. Herr Munari meint, man könne nicht über Leute abstimmen, die man nicht kennt; die Kandidaten sollten sich, wie bei jeder Wahl, den Wählern vorstellen.

**Zu Punkt 3: Senatsmitteilungen.**

...  
 Eine Anfrage aus Kreisen der Studentenschaft hat der Rektor in dem Sinn beantwortet, daß von Professoren, die Lehrveranstaltungen wegen einer Reise ausfallen lassen (Selbstbeurlaubung) erwartet wird, daß diese nachgeholt werden. Dann berichtet der Dekan über den Antrag von Herrn Fraenkel und den Beschluß des Senats, daß Forschungsseminare wegen ihres besonderen Charakters nicht „rezensiert“ werden dürfen, da die Seminarberichte unter Vertrauensbruch an den FU-Spiegel gelangen. Herr Loos hat mit Vertretern der Studentenschaft zahlreiche Gespräche in dieser Sache geführt; er wendet sich gegen die Anonymität der Rezensionen, die, wie das Göttinger Beispiel zeigt, nicht notwendig ist. Herr Pabst stellt im Hinblick auf den Senatsbeschluß die Frage, woher die Studenten wissen sollen, was ein Forschungsseminar ist und was nicht. Herr Philipp meint, alle Seminare, mit Ausnahme der Übungen, seien Forschungsseminare. Herr Dr. Pommerening ist wie Herr Pabst und Herr Philipp der Ansicht, daß Seminare nicht öffentlich kritisiert werden dürfen, auch die Assistenten und Räte würden sich gegebenenfalls an den Senat wenden und um seinen Schutz bitten. Herr Fraenkel berichtet über den Ablauf der Ereignisse. Er habe sein Seminar als Forschungsseminar bezeichnet, was auch in der „Rezension“ gesagt wird. Er berichtet über seine Korrespondenz mit dem

FU-Spiegel, über seine Unterredung mit Herrn Rouette und dem AstA-Vorsitzenden. Es gehe um die prinzipielle Frage, ob an dem, was in einem Forschungsseminar geäußert wird, ohne Zustimmung des Seminarleiters in der Öffentlichkeit Kritik geübt werden darf. Er teilt der Fakultät mit, daß sein Vorschlag, über die Seminarrezensionen Diskussionen zwischen Studenten und Professoren abzuhalten und die Publikation des Artikels solange zurückzustellen, in welchem Fall er auch seinen Antrag zurückziehen würde, von dem AstA-Vorsitzenden abgelehnt worden ist. An der weiteren Diskussion nehmen die Herren Löwenthal, Knauer, Pabst, Weisedel, Nichols, Magnifizienz Lieber, Kotowski, Philipp, Gollwitzer, Baader, Furck, Dickmann und Herr Rouette teil. Herr Rouette teilt mit, daß der FU-Spiegel die Kritik publizieren wird, der AstA wünsche eine juristische Klärung. Er berichtet ferner über die Tendenzen im Konvent, es gebe Kreise, die aus dem Berliner Modell „aussteigen“ wollen. Die Frage von Herrn Dickmann, ob das Berliner Modell in einer Urabstimmung aufgekündigt werden kann, wird von Magnifizienz Lieber mit dem Hinweis beantwortet, daß eine solche Urabstimmung den Satzungen der Universität widersprechen würde. Herr Kotowski sagt, wenn der Konvent sich gegen das Berliner Modell ausspricht, löse er sich auf, was zu Neuwahlen führen würde. Er weist ferner darauf hin, daß laut Hochschullehrergesetz Publikationen aus Forschungsgruppen nur mit Zustimmung des Institutsleiters zulässig sind. Herr Furck meint, es gebe zu wenig rasche und sachliche Information (z. B. über Herrn Fraenkels Vorschlag). Es wird dann die Frage diskutiert, ob die Fakultät sich mit einem Appell an den Konvent wenden soll. Herr Knauer schlägt vor, die Fakultät möge Herrn Fraenkels Bericht akzeptieren und durch Herrn Rouette die Konvent-Sitzung am gleichen Abend und die Gesamtheit der Studenten unserer Fakultät informieren lassen. Herr Philipp weist darauf hin, daß es seit drei Jahren solche Appelle gegeben hat; sie seien stets vom Konvent mit Hohlnachen quittiert worden. Der Dekan meint, Herr Rouette habe sich von der Meinung der Fakultät ein Bild machen können; er könne die Studenten dementsprechend informieren, ein redigierter Appell sei nicht nötig. Herr Fraenkel weist noch darauf hin, daß der „Spiegel“ Anfang Mai einen Leitartikel über die FU bringen wird. Er bittet Magnifizienz Lieber dafür zu sorgen, daß der „Spiegel“ mit allen Professoren, die bereit sind, sprechen kann. Magnifizienz Lieber teilt mit, er habe den Vertreter des „Spiegel“ empfangen und ihm Dokumentationsmaterial angeboten. Antwort: „Was wir brauchen, besorgen wir uns selbst.“

Der Dekan berichtet dann über die Verhandlungen des Senats, die zum Gegenstand den SDS und die AstA-Veranstaltung vom 19. 4. mit sit-in hatten. Auf Wunsch der Fakultät gibt Magnifizienz Lieber einen ausführlichen Bericht über die Ereignisse, besonders auch über die Gründe, die zur Eröffnung der Disziplinarverfahren und der Aufkündigung der Beschäftigungsverhältnisse dreier Studenten geführt haben. Herr Weisedel fragt, ob letzteres zweckmäßig war, und ob man nicht das Ergebnis der Disziplinarverfahren hätte abwarten sollen. Magnifizienz Lieber stellt klar, daß die drei Studenten (die beiden AstA-Vorsitzenden und der Konventvorsitzende) aus Mitteln des AstA ihr „Hilfsassistentengehalt“ beziehen; nur aus versicherungstechnischen Gründen stelle sie der Rektor auf Antrag des AstA an. Da der eine Vertrag noch nicht unterschrieben war, als die Disziplinarverfahren eröffnet wurden, habe er ihn nicht unterschreiben dürfen. Aus Gründen der Egalität seien dann auch die beiden anderen aufgekündigt worden. Das Geld bleibe aber beim AstA, er könne weiterhin Entschädigungsgelder in gleicher Höhe zahlen. Herr Lämmert bemängelt, daß die Zeitungen vom Rektorat über diesen Sachverhalt nicht unterrichtet worden sind. Herr Gollwitzer findet, man sei sich einig, daß manches, was Rektor und Senat in den letzten Jahren beschlossen haben, nicht glücklich war; dennoch habe es noch keine Selbstkritik des Akademischen Senats und der Rektoren, er denke besonders an die Ära Lüers, gegeben. Es wäre auch Pflicht des Akademischen Senats gewesen, gegen die systematische Stimmungsmache in der Presse etwas zu unternehmen und sich vor die Studenten zu stellen. Stattdessen habe man die Förderungswürdigkeit des SDS auf die Tagungsordnung gesetzt. Magnifizienz Lieber meint, es müsse

dem Akademischen Senat freistehen, wann er was behandelt. Auch sei der Rektor verpflichtet, wenn er vom Regierenden Bürgermeister eine Liste von Namen erhält, von denen zahlreiche Studenten unserer Universität sind, den Senat darüber zu informieren. Die Förderungswürdigkeit des SDS mußte entsprechend einem früheren Beschluß in der Sitzung vom 19. 4. neu behandelt werden. Herr Elze nimmt zum Telegramm von Herrn Gollwitzer „Eine Suppe braucht Salz. Eine FU den SDS“ Stellung. Auch er sei der Meinung, daß die FU einen SDS braucht, aber nicht den. Die Suppe brauche Salz, aber diese sei versalzen. Herr Lämmert schlägt vor, diese Fragen im Rahmen eines Professoriums weiterzudiskutieren. Magnifizienz Lieber versichert, er habe nichts unversucht gelassen, damit es nicht zu dieser Krise kommt. Auch jetzt sei er entschlossen, alles zu tun, um eine Lösung zu finden. Aber er wisse nicht, wie lange er Herr der Lage sei. Es hänge alles vom guten Willen der Studenten ab, davon, ob sie bereit sind, auf den Boden der Legalität zurückzukehren.

Der Dekan teilt mit, im Senat sei angeregt worden, daß die Professoren in Vorlesungen oder Übungen mit den Studenten zu sprechen, da viele Fehler auf mangelnde Information zurückzuführen sind.

...

Schluß der Sitzung 21.30 Uhr.

gez.: Loos

(Hochschularchiv FUB: Sitzungsprotokolle der Philosophischen Fakultät 1967)

## DOKUMENT 680

Nachrichten aus dem Konvent

Herausgegeben vom Konventsvorstand der Freien Universität Berlin

Der Konvent hat am 26. 4. 67 Urabstimmung beschlossen.

Der Wortlaut des Beschlusses ist:

Der Rektor der Freien Universität Berlin, Professor Dr. Hans-Joachim Lieber, kündigte fristlos bzw. verweigerte am 21. 4. 67 die Beschäftigungsverhältnisse der beiden AstA-Vorsitzenden und des Konventsvorsitzenden. Darüber hinaus teilte er am 22. 4. 67 der Öffentlichkeit mit, daß er gegen die Studenten Häußermann (1. AstA-Vorsitzender), Wilhelmer (2. AstA-Vorsitzender), Lefèvre (Konventsvorsitzender), Nevermann (Ältester des Konvents) und Dutschke Disziplinarverfahren eingeleitet hat. Beide Maßnahmen traf der Rektor wegen der Beteiligung der betroffenen Studenten an dem Sit-In am 19. 4. 1967. Der Rektor erblickt darin „schwere Verstöße gegen die Universitätsordnung“.

Die Universitätsordnung, die mit dem Sit-In übertreten wurde, konnte nur deshalb übertreten werden, weil der Rektor mit Hilfe der Universitätsordnung versuchte, die Protestversammlung in der Halle des Henry-Ford-Baus zu verbieten. Es ist sehr einfach für den Rektor, über die Unantastbarkeit von Ordnungen etwas zu erklären, wenn er zugleich verschweigt, daß er diese Ordnungen dazu gebraucht hat, den demokratischen Protest von Bürgern der Freien Universität gegen Entscheidungen eben dieses Rektors und des Akademischen Senats zu verbieten.

Wenn die Universitätsordnung so beschaffen ist, daß sie in dieser Weise für die Selbstherrschaft des Rektors gebraucht werden kann, so soll die Revision dieser Ordnung ins Auge gefaßt werden, nicht jedoch Disziplinarverfahren gegen Teilnehmer des sit-in.

Indem der Rektor lediglich gegen 5 Teilnehmer des sit-in Disziplinarverfahren eröffnet, gibt er seinem Unverständnis gegenüber diesen Formen direkter Demokratie beredten Ausdruck. Seiner darin ausgedrückten Vorstellung von „Rädelsführern“ entspricht die von der dumpfen und manipulierbaren Masse der Studenten. Dem entspricht auch seine Äußerung im RIAS, daß auf solchen sit-ins faschistische Methoden zur Anwendung kämen. Kritische Einstellung zur Obrigkeit und demokratische Beschlußfassung nach rationaler, allen offenstehender Diskussion zeichnet jedoch nicht den Faschismus aus, sondern sind Verhaltensweisen von Menschen, die die Demokratie ernster nehmen als ein Senat und ein Rektor, die nicht

zur Diskussion über ihre Handlungen bereit sind, dafür aber zur gewaltsamen Unterdrückung der Proteste gegen ihre Entscheidungen.

Der Konvent als ein Organ der repräsentativen Demokratie, das im Gegensatz zum Akademischen Senat der Kontrolle derer unterliegt, die er repräsentiert, hat ein anderes Verhältnis zu Formen direkter Demokratie, wie es zum Beispiel ein sit-in ist, als Rektor und Akademischer Senat.

Der Konvent ist der Meinung, daß diese Formen direkter Demokratie den Repräsentationsorganen dazu verhelfen, sich tatsächlich durch den Willen der Wähler kontinuierlich bestimmen zu lassen. Der Konvent sieht als seine Aufgabe an, dazu beizutragen, daß die Studentenschaft in immer ausgehenderem Maße die Vertretung ihrer Interessen bestimmt. Deswegen unterstützt der Konvent alle Formen direkter Demokratie und fühlt sich den Diskussionen solcher Versammlungen verpflichtet.

Hinsichtlich des sit-in vom 19. 4. 1967 stellt der Konvent fest, daß es sich in den demokratischen Formen vollzog, die das Ziel seiner eigenen Arbeit sind. Er verurteilt deswegen den Versuch des Rektors, durch disziplinarische Befragung von 5 Teilnehmern einerseits über den demokratischen Charakter dieser Versammlung falsche Vorstellungen in der Öffentlichkeit zu erwecken und andererseits durch die exemplarische Befragung einiger Teilnehmer des sit-in die Studenten einzuschüchtern in ihrem rationalen Protest gegen obrigkeitstaatliche Handlungen.

Die fristlose Kündigung bzw. Verweigerung der Beschäftigungsverhältnisse der beiden AstA-Vorsitzenden und Konvents vorsitzenden stellen den in der Geschichte der FU einmaligen Versuch des Rektors dar, in die autonomen Wahlen der Studentenschaft einzugreifen. Wenn der Rektor erklärt, diese Maßnahme richte sich nicht gegen die weitere Wahrnehmung der Ämter durch die Betroffenen, da es sich um Ehrenämter handele, so bleibt er die Erklärung schuldig, warum er die Maßnahme überhaupt ergreift. Dem Rektor wäre jedoch der Fall sicherlich einsichtiger, wenn seine Aufwandsentschädigung von einem Konventsbeschuß abhängig wäre. Tatsächlich bedeutet die Maßnahme des Rektors, daß nur noch Söhne und Töchter begüterter Eltern studentische Amtsträger wären, die nicht vom Wohlwollen des Rektors abhängig sind.

Die Maßnahmen des Rektors zielen darauf ab, einzelne Studenten von dem Protest der Studentenschaft, der solange bestehen wird, solange sich die Universität nicht zu entscheidenden Reformexperimenten entschließt, zu isolieren, um diesen Protest zu ersticken. Dabei scheuen Rektor und Senat offenbar auch nicht davor zurück, diese Isolierungstaktik gegenüber einzelnen Studentenvertretern anzuwenden, um sich die Studentenvertretung zu unterwerfen. Um diese durchsichtige Taktik zu durchkreuzen, übernimmt jetzt der Konvent für die folgenden Schritte die Verantwortung.

Der Konvent beschließt:

Die Versuche des Rektors können von der Studentenschaft nur dadurch beantwortet werden, daß die Studentenschaft sich durch Urabstimmung hinter die bedrohten Studenten stellt.

Der Konvent legt daher gemäß § 4, IIIa der Satzung der Studentenschaft seinen folgenden Beschuß der Studentenschaft der Freien Universität Berlin zur Urabstimmung vor:

Der Konvent spricht den beiden AstA-Vorsitzenden Häußermann und Wilhelmer, dem Konvents vorsitzenden Lefèvre und dem Ältesten Nevermann das Vertrauen aus hinsichtlich ihres Engagements auf dem sit-in am 19. 4. 1967. Der Konvent protestiert gegen die im Zusammenhang mit dem sit-in eingeleiteten Disziplinarverfahren.

Die Urabstimmungsfrage lautet: Wollen Sie diesen Beschuß aufheben?

Der Konvent beauftragt die Fakultätssprecher bzw. Fachschaftssprecher bis spätestens Dienstag, 2. Mai, Wahlkreisvollversammlungen hinsichtlich der Urabstimmung durchzuführen. Der Konvent beauftragt den 2. Konvents vorsitzenden mit der Durchführung der Urabstimmung. Die Urabstimmung findet am 3., 5., 8. und 9. Mai 1967 statt. Der Konvent beauftragt zudem den Konvents vorstand und den AstA, am 5. Mai eine Vollversammlung aller Fakultäten durchzuführen.

Archiv ZI 6: Akte 12.12 FU „19. Konvent, Protokolle 1967“ hier: „Nachrichten aus dem Konvent“)

## DOKUMENT 681

### Notstandsknüppel gegen Studenten in Westberlin

„Vierstufenplan“ zur Gleichschaltung als Schubladenverordnung vorbereitet / Springer-Pressen hetzt zum Progam gegen Studenten am 1. Mai / Mit Universitätsschließung gedroht Westberlin (ND). Mit regelrechten Notstandsmaßnahmen und Zwangsaktionen sollen jetzt an der Dahlemer Universität in Westberlin alle oppositionellen und andersdenkenden Kräfte unterdrückt werden. Zur Verhinderung weiterer Studentendemonstrationen hat der Akademische Senat in Zusammenarbeit mit den Behörden und dem sozialdemokratischen Bürgermeister einen „Stufenplan“ vorbereitet, der bei neuen Protestaktionen in Kraft treten soll. Diese nach Bonner Notstandsvorbild ausgearbeitete und bislang streng geheimgehaltene Schubladenverordnung für die Westberliner Universität sieht sogar die Schließung der Hochschule vor. Der in der gesamten Universitätsgeschichte bislang einmalige Notstandsplan soll im Falle „neuer Unruhen und Demonstrationen“ in folgender Stufenleiter wirksam werden:

1. Disziplinarverfahren gegen „Rädelsführer“.
2. Massenausschluß von Studenten.
3. Einsetzung eines Senatskommissars für die akademische Verwaltung.
4. Schließung der Universität für zwei bis drei Monate.

Die Notstandspläne sind, wie unterdessen bekannt wurde, vom Akademischen Senat und vom Rektor mit dem West-Berliner Bürgermeister Albertz und den Senatoren für Inneres und für Wissenschaft und Kunst, Büsch und Stein, abgesprochen. In der vergangenen Woche hatten 1500 Studenten gegen die Absicht des Akademischen Senats protestiert, dem Sozialistischen Studentenbund die Förderungswürdigkeit abzuerkennen, weil sich seine Mitglieder an den Demonstrationen gegen den USA-Vizepräsidenten Humphrey beteiligt hatten. Die protestierenden Studenten verurteilten außerdem die Einleitung von Disziplinarverfahren gegen sieben Studenten wegen ihrer Teilnahme an der Antivietnamkriegsdemonstration.

Die Frankfurter Rundschau berichtet am Mittwoch über die Drahtzieher der Studentenverfolgung: „Im Verlagshaus Axel Springers an der Kochstraße dürfte Genugtuung herrschen“. Es seien disziplinarische Maßnahmen eingeleitet worden, die in der Geschichte der Nachkriegsuniversität ohne Beispiel sein dürften. Dieser Zuspitzung sei eine regelrechte „Eskalation“ von Stellungnahmen und Kundgebungen der Polizei und von Politikern vorausgegangen, die durch eine „sattsam bekannte Stimmungsmache“ West-Berliner Blätter angeheizt worden sei. In diesem Zusammenhang kommentiert das Blatt: „Der Sog der Institutionen, der autoritäre, durch und durch gestrigte Charakter der Universitätshierarchien ist so stark, daß auch liberale und aufgeklärte Professoren ihm zum Opfer fallen.“

In der Tat sind die in Westberlin klammheimlich vorbereiteten Gewaltmaßnahmen gegen die Studenten einmalig in der deutschen Universitätsgeschichte. Das in der Schublade liegende Notstandsprogramm soll ganz offenkundig eine regelrechte Verfolgungsjagd auf die andersdenkenden Studenten in Westberlin einleiten. Damit erhält die Öffentlichkeit eine ungefähre Vorstellung vom Ausmaß der Praktiken, mit denen heute in Westdeutschland und in Westberlin gegen die oppositionellen Kräfte vorgegangen wird.

Nicht zuletzt widerspiegeln die vom Akademischen Senat geplanten Maßnahmen den Geist der Senatsstudie, die von Kiesinger und Wehner einerseits und vom sozialdemokratischen Bürgermeister Albertz andererseits vereinbart worden ist. Sinn dieses Komplotts, das von Prof. Albert Norden auf der internationalen Pressekonferenz in der Hauptstadt der DDR enthüllt worden ist, soll es sein, Westberlin als Störzentrum gegen die DDR noch weiter auszubauen.

Eben für diese Absichten brauchen die treibenden Kräfte in Bonn und ihre Helfershelfer in Westberlin die Gleichschaltung, vor allem auch der intellektuellen Jugend. Opposition und demokratische Protestaktionen sollen nicht mehr geduldet werden. Statt dessen bereitet man die Ausrufung des Notstandes gegen die studentische Jugend vor.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß bereits am 1. Mai eine Art Generalprobe über die Bühne gehen soll. Seit Tagen übt

sich vor allem die gesamte Springer-Presse in einer regelrechten Progromhetze gegen die Westberliner Studenten. „Linksradikale Berliner Studentengruppen“, so heizt das Springersche Massenblatt BZ die Stimmung an, wollten diesmal „ganz großen Rabatz“ machen. Etwa 2000 Studenten wollten sich daran beteiligen. Proteste gegen den ehemaligen Ribbentrop-Mann und jetzigen Bundeskanzler Kiesinger, der am 1. Mai in Westberlin als Hauptsprecher auftreten soll, bezeichnet das Blatt als einen Plan, die „Polizei zu provozieren“.

Gleichzeitig macht die Springer-Presse auch gegen Westberliner Gewerkschafter Stimmung, die mit den Studenten sympathisieren. Die Polizei wird von den Hetzblättern demonstrativ aufgefördert, scharf einzugreifen.

Wie andere Westberliner und auch westdeutsche Zeitungen beständigen, arbeiten die Scharfmacher in Bonn und ihre journalistischen Einpeitscher bei Springer zur Vorbereitung dieser neuen Provokation Hand in Hand. Gemeinsam haben sie bei der Ausarbeitung der Notstandsmaßnahmen den Akademischen Senat unter Druck gesetzt, und wie in Bonn die SPD-Minister, so leisten die beamteten Sozialdemokraten in Westberlin auch dabei Schützenhilfe.

Vor 150 Jahren zogen die Burschenschaften gegen die Reaktion aus. Der Korporalstab und der Schnürleib, den sie am lodernen Feuer verbrannten — in Westberlin sind sie noch immer Symbole der Unterdrückung.

(Neues Deutschland, 27. April 1967)

## DOKUMENT 682

### SIND SIE FÜR DIESEN ANTRAG DES RCDS?

Der Konvent hat sich in seiner gestrigen Sitzung geweigert, folgenden Beschluß zu fassen:

„Der Konvent verlangt vom AStA eine klare Stellungnahme gegen die Forderung nach einem illegalen Sit-In und erwartet vom AStA, daß er in Gesprächen mit dem Rektorat eine Legalisierung studentischer Protestaktionen erwirkt.

Sit-Ins steigen in ihrem Wert je seltener sie stattfinden. Der Konvent beauftragt daher den AStA, sich an der Organisation eines neuen Sit-In vorerst weder zu beteiligen, noch seinen Apparat dafür zur Verfügung zu stellen.

Der Konvent fordert den AStA darüberhinaus auf, sich eindeutig für die Aufrechterhaltung des Berliner Modells zu erklären. Eine „Gewerkschafts“-Lösung stellt keine gleichwertige Alternative dar.“

Diese Haltung bedeutet, daß das linke Establishment die Politik des illegalen Sit-In und der Eskalation: Studenten gegen Professoren fortsetzen will, obwohl jederzeit legale Veranstaltungen in der Uni möglich sind. „In Trotz-Reaktion“ so Professor Gollwitzer vom Konvent, soll die Studentenschaft aber zu strafbaren Handlungen aufgehetzt werden. Diese Politik schlägt den Interessen der Studentenschaft ins Gesicht. Dagegen müssen wir uns wehren!

Konvent und AStA haben sich gestern geweigert, sich eindeutig für die Aufrechterhaltung des Berliner Modells auszusprechen. Dieses steht im Gegensatz zum klaren Willen der Studentenschaft.

Das Maß ist voll! Der Terror, den die marxistischen SDS-Aktivisten forcieren, muß aufhören! Dazu sind keine administrativen Zwangsmaßnahmen, sondern nur eine rationale politische Auseinandersetzung möglich.

Wir fordern, daß der AStA-Vorsitzende Häußermann sich endlich eindeutig vom SDS, seinen Zielen und Methoden distanziert.

Die Urabstimmung, die der Konvent in der gestrigen Sitzung beschlossen hat, ist ihre letzte Chance, das Berliner Modell zu retten, indem Sie dem vom Konvent vorgelegten Antrag widersprechen.

Sprechen Sie dem AStA, der sich zum Handlanger der SDS-Politik gemacht hat, Ihr Mißtrauen aus.

Die Studentenschaft selbst sollte auf dem Wege der direkten Demokratie gegen jede Radikalität votieren.

Schaffen Sie mit uns eine Einheitsfront derjenigen, die das Berliner Modell erhalten und ausbauen wollen.

## Wir wollen Reform, nicht Revolution!

### Lassen Sie sich Berlin zeigen!

Bekommen Sie einen runden Überblick bei der 3 1/2stündigen Stadtrundfahrt des RCDS

am Freitag, dem 28. April 1967, 16.00 Uhr

**Abfahrtstellen:** a) TU-Mensa, Hardenbergstr. 34  
b) FU-Mensa, Van't-Hoff-Str.  
c) PH-Haupteingang, Malteserstr.

Wir fahren mit 3 Bussen.

Knüpfen Sie Kontakte,

wenn wir anschließend gegen 20.00 Uhr gemütlich zusammen sind im RPJ-Heim, Kurlfürstendamm 96

Ihr RCDS

Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) an der FU  
I Berlin 15, Fasanenstr. 46, Tel.: 88 33 111

(Archiv ZI 6: Akte E 0702 FU/TU „Flugblätter Januar—Mai 1967“)

## DOKUMENT 683

### Seminarrezension

Seminar Prof. Ernst Fraenkel:

„Zur Theorie der Demokratie (unter Berücksichtigung der neueren amerikanischen Literatur)“

Der Akademische Senat verbietet diese Rezension

Der AStA stimmt der Veröffentlichung dieser Rezension ausdrücklich zu und übernimmt als Herausgeber die Verantwortung für den Abdruck.

Allgemeiner Studenten-Ausschuß

Am 19. 4. beantragte Professor Fraenkel beim Akademischen Senat „Schutz vor Angriffen in studentischen Publikationen“.

In seinem schriftlich formulierten Antrag heißt es: „Da die Redaktion des FU-SPIEGEL mir schriftlich mitgeteilt hat, daß sie gegen meinen Willen eine ‚Rezension‘ des von mir abgehaltenen Forschungsseminars zu publizieren beabsichtige (Professor Fraenkel hat uns seinen Willen hinsichtlich einer Veröffentlichung nie mitgeteilt. D. Red.), sehe ich mich gezwungen, den Hohen Senat als Dienstbehörde und als oberstes Organ der autonomen Körperschaft, ‚Die Freie Universität Berlin‘, zu bitten, die Studentenschaft dahingehend zu belehren, daß die Veröffentlichung der geplanten Rezension universitätswidrig ist. Ich sehe mich weiterhin gezwungen, den Hohen Senat zu bitten, der Studentenschaft zu eröffnen, daß für den Fall der Mißachtung und Verletzung der mir verfassungsmäßig zustehenden Freiheit der Lehre und Forschung die geeigneten Mittel gegen die Studentenschaft und ihre Organe bzw. Einrichtungen in die Wege geleitet werden, um zu verhindern, daß die in der Universitätsordnung eingeschlossene Lehr- und Forschungsfreiheit der Lehrstuhlinhaber beeinträchtigt wird.“

Zur Begründung der „Universitätswidrigkeit“ von Rezensionen führt Professor Fraenkel aus: „Forschungsseminare finden nicht nur hinter geschlossenen, sondern hinter schalldichten Türen statt. Es entspricht einer mehr als hundertjährigen Tradition an deutschen Universitäten, daß Forschungsseminare vertraulichen Charakter tragen. Wenn ein Lehrstuhlinhaber nicht dagegen gesichert ist, daß der provisorische Charakter der von ihm aufgestellten Thesen und der von ihm gegebenen Antworten von den Seminarteilnehmern anerkannt und respektiert wird, kann er nicht mit derjenigen Freiheit sprechen, die zur Abhaltung eines Forschungsseminars unerlässlich ist.“

Der Akademische Senat schloß sich der Fraenkelschen Argumentation an, ohne zu klären, ab wann ein Seminar in den Status eines Forschungsseminars aufrückt und verbot die Veröffentlichung von Rezensionen über „Forschungsseminare“ — ein würdiger Beitrag zur Sicherung der „Freiheit von Forschung und Lehre“.

Wenn wir uns in dieser Nummer über das Veröffentlichungsverbot hinwegsetzen, dann tun wir das deshalb, weil unserer Ansicht nach der Senatsbeschluß gegen das Prinzip der „Freiheit von Forschung und Lehre“ verstößt — denn was wäre ein solches Postulat, wenn es nicht die „Freiheit der Kritik von Forschung und Lehre“ in sich einschloße.

Es sei angemerkt, daß Prof. Fraenkels Seminar weder im Vorlesungsverzeichnis noch am Schwarzen Brett als Forschungseminar angekündigt war.

Durch diese Rezension sollen und können die Verdienste Prof. Fraenkels um die Freie Universität und die an ihr gelehrte Politische Wissenschaft nicht in Frage gestellt werden.

Die technischen Voraussetzungen für eine intensive Mitarbeit der Teilnehmer an Professor Fraenkels Seminar „Zur Theorie der Demokratie“ waren gegeben: im Kennedy-Institut war ein Handapparat mit der wichtigsten Literatur sowie mit Abzügen der Referate eingerichtet worden; eine Vorbesprechung sowie die Verteilung der Referate fand am Ende des Sommersemesters statt. Ein ursprünglich für die Zeit bis Anfang Dezember vorgesehener Arbeitsplan wurde später auf das ganze Semester verteilt, so daß zusätzliche „Diskutiersitzungen“ möglich waren, wobei allerdings oft die Bereitschaft der Studenten zur Mitarbeit an der Neigung Professor Fraenkels zu Monologen scheiterte. Die anscheinend unaustilgbare Angewohnheit einiger Referenten, ihre Kommilitonen durch das Ablesen überlanger mit Faktenwissen vollgepfropfter Referate zu langweilen, war auch in diesem Seminar festzustellen.

Zum Seminar selbst. Was erwartet man von einer Lehrveranstaltung „Zur Theorie der Demokratie“? Als deutscher Politologiestudent wohl im allgemeinen eine „Ideengeschichte der Theorien“ über Demokratie.

Trotz des Vordringens der naturwissenschaftlich orientierten „scientific method“ in den übrigen Sozialwissenschaften, ist die deutsche Politologie zum großen Teil noch der geisteswissenschaftlichen Tradition verpflichtet. Das zeigte sich auch in diesem Seminar. Die Themen bisher: die antike Demokratie, Rousseau, William Kornhauser, Hans Kelsen, Gustav Radbruch und Robert A. Dahl. Fraenkel selbst gab keinen Hinweis, weshalb er gerade diese Konzeptionen als wichtig für die Theorie der Demokratie ansieht. Im Laufe des Semesters wurde dann deutlich, daß sich an den Marksteinen „Antike Demokratie“, „Rousseau“ und „Schmitt“ eine ideengeschichtliche Entwicklungslinie aufzeigen läßt. Hier liegen für Fraenkel die geistigen Ursprünge des Totalitarismus. In den Diskussionen machte er dies durch seine Hinweise auf die allen drei gemeinsame Annahme deutlich, Demokratie sei nur in der homogenen Gesellschaft möglich; als Konsequenz ergibt sich die Forderung nach Ausschaltung des Heterogenen.

In profundem Gegensatz dazu steht Fraenkels eigener Demokratiebegriff. Hier wird „aus der heterogenen Not eine pluralistische Tugend“ gemacht. „Der Pluralismus beruht auf der Hypothese, in einer differenzierten Gesellschaft könne im Bereich der Politik das Gemeinwohl lediglich a posteriori als das Ergebnis eines dialektischen Prozesses der divergierenden Ideen und Interessen der Gruppen und Parteien erreicht werden, stets vorausgesetzt, ... daß bei deren Zusammen- und Widerspiel die generell akzeptierten, mehr oder weniger abstrakten, regulativen Ideen sozialen Verhaltens respektiert und die rechtlich normierten Verfahrensvorschriften und die gesellschaftlich sanktionierten Regeln eines fair play ausreichend beachtet werden.“ (Ernst Fraenkel: Der Pluralismus als Strukturelement der freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie. München, Berlin 1964, S. 8)

Solange es um die ideengeschichtliche Herleitung des Totalitarismus ging, war die geisteswissenschaftliche Interpretationsmethode angezeigt. Der politischen Soziologie eines Kornhauser oder Dahl war damit nicht beizukommen. Hier hätte der empirische Gehalt dieser Theorien herausgearbeitet werden müssen, um sie eventuell für die Analyse der eigenen Wirklichkeit fruchtbar machen zu können. Versuche, die von Dahl aufgestellten Kategorien auf die Bundesrepublik anzuwenden, verliefen im Sande, weil Professor Fraenkel Dahls „polyarchy“ allzu sehr mit dem eigenen Pluralismuskonzept gleichsetzte. Ob allerdings die Fraenkelsche Pluralismustheorie geeignet ist, die politische Wirklichkeit in den Griff zu bekommen, werden diejenigen Seminarteilnehmer abstreiten, die sich auch nur flüchtig mit Wissenschaftstheorie befaßt haben.

Wissenschaftstheoretische Fragen wurden in diesem Seminar nicht einmal angeschnitten, obwohl aus dem Kreis der Teilnehmer dauernd auf das problematische Verhältnis angespielt wurde. Anscheinend war die Notwendigkeit zu klären, was Theorie ist und was sie leistet, gar nicht in Professor Fraen-

kels Gesichtskreis getreten. Wenn er einmal von einem „Forschungseminar“ sprach, „bei dem wir versuchen wollen, zu den Grundlagen unserer Wissenschaft vorzustoßen“, so hätte diese Absicht eine Diskussion dessen erfordert, was die Theoretiker Rousseau, Schumpeter, Dahl (oder Fraenkel) eigentlich tun, wenn sie eine „Theorie der Demokratie“ verfassen. Erst dann wäre es möglich gewesen, die Rollen, die normative Wertsetzung und empirische Forschung in der Theoriebildung spielen, zu unterscheiden. Fordert doch selbst die Diplomprüfungsordnung für Politologen vom Studenten die Fähigkeit, „die ihm gestellten Aufgaben nach wissenschaftlichen Methoden selbständig zu lösen, insbesondere Tatbestände, fremde Meinungen und eigenes Urteil klar zu trennen.“

Das wissenschaftstheoretische Problembewußtsein vieler Politologiestudenten ist leider nur mangelhaft entwickelt. Nicht besser steht es mit dem ideologiekritischen Bewußtsein. Sonst wäre vielleicht aus dem Kreis der Seminarteilnehmer die Frage nach dem ideologischen Gehalt der Pluralismustheorie gestellt worden. Daß eine solche Frage nötig gewesen wäre, bewies die immer wieder aufkommende Diskussion der Kluft zwischen Pluralismustheorie und gesellschaftlicher Wirklichkeit: der formalen Gleichberechtigung aller Gruppen steht die tatsächliche Ungleichheit ihrer Mittel gegenüber. Dieser Hinweis schien für Fraenkel — wohl zu Recht — die Forderung nach realer Gleichheit der Mittel zu implizieren. Eine solche Forderung aber beschwört, — bleibt man im Fraenkelschen System, die Gefahr de a priori festzusetzenden Gemeinwohls (und damit der Diktatur) herauf. Fraenkel ist der Ansicht, daß der Staat einer modernen Industriegesellschaft pluralistisch sein muß. Seine gleichzeitig vorgetragene Forderung, die Autonomie der Gruppen und Verbände zu erhalten, läuft letzten Endes auf die Rechtfertigung des Bestehenden hinaus — eine nicht seltene Methode, Sein und Sollen miteinander zu versöhnen!

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß der Verlauf dieses Seminars zweierlei deutlich gemacht hat: erstens, daß die Politologie mit der ideengeschichtlichen Abhandlung der „Theorie der Demokratie“ nicht auskommt, vielmehr muß sie sich darum bemühen, brauchbare Hypothesen zu entwickeln, die empirischer Prüfung zugänglich sind, aus denen dann empirisch gesicherte Theorien abgeleitet werden können; zweitens ist deutlich geworden, daß die Politologie weder auf Wissenschaftstheorie noch auf Erkenntniskritik verzichten darf, will sie nicht wissenschaftlich belanglos und politisch unter Umständen gefährlich werden.

#### Prof. Dr. Fraenkel nimmt Stellung

Durch Schreiben vom 23. 2. 1967 hat mir die Schriftleitung des FU-Spiegels die Fahren einer „Rezension“ meines Seminars „Zur Theorie der Demokratie“ eingesandt. Durch Schreiben vom 2. 4. 1967 bin ich aufgefordert worden, eine Antwort auf diese „Rezension“ zu übersenden. In diesem Schreiben heißt es wörtlich:

„Denn es geht uns mit den Vorlesungsrezensionen nicht darum, Einzelpersonen zu verletzen, sondern darum, Diskussionen über die Lehrinhalte und Dogmen in einzelnen Disziplinen zu entfachen.“

Ich sehe mich veranlaßt darauf hinzuweisen, daß in den von mir abgehaltenen Seminaren keine „Dogmen“ entwickelt werden, sondern nach der Wahrheit gesucht wird. Die Annahme, es sei möglich, wissenschaftliche Diskussionen über „Dogmen“ zu führen, wirft ein bezeichnendes Licht auf den Wissenschaftsbegriff der Schriftleitung des FU-SPIEGEL. Diese Annahme mag auch erklären, warum die Schriftleitung des FU-SPIEGEL glaubt annehmen zu dürfen, daß wissenschaftstheoretische Fragen mir nicht vertraut seien.

Die in der „Rezension“ entwickelten Gedankengänge decken sich vollinhaltlich mit Ausführungen, die Joachim Bergmann in der Zeitschrift „Das Argument“, 9. Jahrgang, Nr. 42, S. 41 ff. entwickelt hat.

Es handelt sich daher in der sogenannten Rezension nicht um eine Kritik meines Seminars, sondern um eine hart an der Grenze des Plagiats liegende Wiederholung einer kritischen Auseinandersetzung mit einem Buch von Seymour M. Lipset (siehe „Das Argument“, 9. Jahrgang, Nr. 42, S. 41 ff., insbesondere S. 48, Abs. 2).

Ich würde meine Pflichten als Hochschullehrer verletzen, wenn

ich mich auf eine wissenschaftliche Diskussion über Ausführungen einlassen wollte, die von dogmatisch gebundenen Befehlsempfängern einer bestimmten politischen Richtung ausgehen.

#### Zur Stellungnahme von Herrn Professor Fraenkel

In unserem Impressum heißt es: „Vorlesungsrezensionen werden ungezeichnet veröffentlicht, ohne die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion wiederzugeben.“ Wir haben die Rezension also weder geschrieben, wie Herr Professor Fraenkel anzunehmen scheint, noch gibt sie notwendig unsere Meinung wieder.

D. Red.

(FU-SPIEGEL Nr. 57, Mai 1967, S. 12 f.)

## DOKUMENT 684

### Colloquium bei Senator Wolfgang Büsch

#### „Ich schlage eine unabhängige Kommission vor“

colloquium: Herr Senator, als Landesvorsitzender und Bundesvorsitzender des SDS haben Sie einige Zeit — es ist noch nicht ganz zehn Jahre her — auf der einen Seite der Barrikade gestanden. Wie fühlt man sich heute auf der anderen, auf der Seite von Sicherheit und Ordnung?

Büsch: Zum ersten stand der SDS zu jener Zeit nicht auf der anderen Seite. Außerdem möchte ich dazu bemerken, daß damals ausschließlich Probleme der Hochschulpolitik zur Debatte gestanden haben. Es ist niemals darum gegangen, das Demonstrationsrecht zu mißbrauchen.

In einer Berliner Zeitung wurden Sie wie folgt zitiert: „Wir werden es nicht dulden, daß das Demonstrationsrecht ad absurdum geführt wird.“ Was bedeutet das, wo liegt die Grenze?

Büsch: Die Grenze liegt bei der Wahrung von Sicherheit und Ordnung. Das Demonstrationsrecht bleibt selbstverständlich gewahrt. Aber es darf nicht zu Angriffen gegen Personen oder Sachen führen.

Im übrigen: In der nächsten Woche sollen allein drei Demonstrationen stattfinden.

Was sind das für Demonstrationen?

Die griechischen Studenten wollen sich nach der nicht angemeldeten ersten Demonstration noch einmal versammeln. Die Berliner Studenten haben eine Demonstration angemeldet. Und schließlich wollen auch die Zivilamerikaner in Berlin demonstrieren. Gegen Vietnam.

Zivilamerikaner?

Ja, amerikanische Zivilangestellte und Studenten.

Der Berliner Senat hat sich ja zum Ort möglicher Demonstrationen dezidiert geäußert und damit de facto die Bannmeile um das Schöneberger Rathaus beträchtlich erweitert, mit anderen Worten also die Effektivität von Demonstrationen erheblich gemindert.

Es geht dabei nicht um eine Erweiterung der Bannmeile. Ohne auf die genauen Abgrenzungen zu kommen: Es geht darum, daß der Verkehr in einer Großstadt nicht über die Grenzen des Zumutbaren behindert werden darf.

Sie sprechen vom Kurfürstendamm?

Genau. Wir können diese Straße nicht nahezu täglich durch Demonstrationen blockieren lassen; das wäre mißverständliche Weltstadt.

Es ist eingewandt worden, daß beispielsweise der Wochenmarkt auf dem Wittenbergplatz den Verkehr nicht weniger behindert als eine Demonstration am späten Nachmittag.

Wir halten Märkte für wichtig, aber mitten in der City müssen die Gesichtspunkte des fließenden Verkehrs schon den Vorrang haben. Trotz mancher Bedenken wird es diesen Markt künftig vermutlich nicht mehr geben.

Herr Senator, wir möchten noch einmal auf den SDS zurückkommen: SDS und später auch der SHB haben ja immer wieder Schwierigkeiten mit ihrer Partei, der SPD, gehabt. Läßt sich aus Ihrer Sicht heute eine Definition der Differenzen geben?

Wir standen damals — und ich stehe auch heute noch — auf dem Standpunkt, daß es unfruchtbar ist, solche Differenzen, die immer zwischen einer Partei und ihrer Jugendorganisation

bestehen werden, auf den Markt zu tragen. Wer sich Sozialdemokrat nennt, muß diese Meinungsverschiedenheit innerhalb der eigenen Partei zur Debatte stellen und auch austragen. Eine andere Möglichkeit kann es für einen politisch Denkenden eigentlich nicht geben.

Offenbar haben viele Mitglieder des SHB das anders gesehen? Wenn es um hochschulpolitische Fragen geht, muß die Antwort eben auch innerhalb der Universität gefunden werden. Das ist jedenfalls nicht Sache des Innensensors — das muß in diesem Zusammenhang auch einmal gesagt werden — schon gar nicht Sache der Polizei.

Am 19. April hat die Polizei aber zugefaßt, um ein Sit-in handgreiflich aufzulösen. Kurze Zeit danach hat sie allerdings ihre Aktion eingestellt. Auf wessen Veranlassung wurde eingegriffen, auf wessen Veranlassung die Aktion abgebrochen? Der Rektor der Freien Universität hat ganz ausdrücklich und kraft Hausrechts die Hilfe der Polizei erbeten. An Ort und Stelle wurden dann Zweck und Wirkung verglichen.

Sie meinen, der Aufwand erschien für den Zweck ein wenig zu groß?

Wir hatten den Eindruck, daß sich die Demonstration ohnehin auflösen würde.

Gab es eine — oder gibt es Absprachen auf höherer Ebene, das heißt zwischen dem Rektor und dem Senator für Inneres? Es gibt keine Absprachen, aber natürlich Gespräche — immer mit der Einschränkung, daß der Senator für Inneres nur allenfalls mittelbar für die Probleme der Hochschulen zuständig sein kann. Ich habe zum Beispiel vorgeschlagen, daß es eine unabhängige Kommission — etwa im Sinne der hierzulande gelegentlich gern zitierten Royal Commissions — geben sollte, die eine fundierte Analyse der Spannungen wiedergibt. Aber noch gibt es eine Untersuchung dieser Probleme, die uns wirklich weiterhelfen könnte, nicht. Übrigens ist auch in Berkeley eine solche Kommission eingesetzt worden.

Wer müßte nach Ihrer Meinung hier einer solchen Kommission angehören?

Zum Beispiel Professoren; aber nicht nur Professoren aus Berlin; vor allem unabhängige Persönlichkeiten. Politiker sollten auch dazugehören. Das Ergebnis solcher Beratungen würde sicher zu neuen Erkenntnissen führen, was an der Universität erforderlich ist, so z. B. hinsichtlich der längst überfälligen Hochschulreform.

Es gibt einen Aufruf, sich auch künftig „an den Wochenenden auf dem Kurfürstendamm“ mit der Polizei zu treffen — unausgesprochen also: zu demonstrieren und die begrenzten Möglichkeiten der Polizei, nun ja, zu decouvrieren oder einfach lächerlich zu machen.

Mao Tse-tungs Lehren für den Bürgerkrieg?

Ob das Rezept nun von Mao ist oder nicht: Es ist eine ärgerliche Herausforderung. Betonte Harmlosigkeit, schlimmstenfalls ein paar Transparente. Was wird, was kann die Polizei dagegen tun?

Nicht nur die Demonstranten haben die Schriften von Mao Tse-tung gelesen ... Wir lesen sie auch und werden daraus unsere Schlüsse ziehen, wie in einem demokratischen Staat darauf geantwortet werden kann.

(Colloquium, 21. Jahrgang, Mai 1967, Heft 5, S 8 f.)

## DOKUMENT 685

### Rektor auf Wahlreise

„Aber es ist doch etwas allzu bequem, seinen Bekanntheit da zu zeigen, wo die Anwesenden und vielleicht Andersdenkenden zu Schweigen verurteilt sind.“

Max Weber (Wissenschaft als Beruf, 1919)

Der Rektor ist auf seiner Wahlreise durch die großen Vorlesungen des gestrigen Tages nur mäßiger Erfolg beschieden gewesen. Sein Wahlversprechen war auch mehr als dürftig.

„Wenn die Studentenschaft den Konventsbeschluß verwirft, indem sie ihrem „Ja“ für seine Aufhebung stimmt, und wenn die Studentenschaft so den verantwortlichen AStA-Funktionären deutlich macht, daß sie von ihnen erwartet, ebenfalls auf den Boden der Universitätsordnung

und der Satzung der Studentenschaft zurückzukehren, dann — aber auch nur dann — wäre der Weg frei von Disziplinarmaßnahmen, die allen Mitgliedern unserer Universität gleichermaßen widerstreben, abzuschließen.“

Dieser Slogan — tausche Disziplinarverfahren gegen ja-Stimmen — der bereits zu einer Dienstaufsichtsbeschwerde wegen Mißbrauchs der Disziplinargewalt und unerlaubter Wahlbeeinflussung führte, konnte nicht einmal mehr Heiterkeit hervorrufen.

Ein Rektor, der in seinem Zynismus so weit geht, den AstA-Vorsitzenden gegenüber seine Verwunderung darüber auszudrücken, daß sie nichtpreußischem Brauch entsprechend —, zurückgetreten sind, als er ihre Dienstverträge gekündigt und Disziplinarverfahren gegen sie eingeleitet hatte, kann kaum noch mit Verständnis rechnen.

Gegen diese Haltung des Rektors gilt es sich zur Wehr zu setzen!

Lassen Sie sich nicht einreden, daß es die Alternative Rektor—AstA gibt!

Es gibt nur eine Alternative: Sind Sie für oder gegen die Einleitung von Disziplinarverfahren gegen Studentenvertreter durch den Rektor.

Stimmen Sie mit Nein

SHB

(Archiv ZI 6: Akte 12.12 FU „Flugblätter Januar—Mai 1967“)

## DOKUMENT 686

Die Situation an der Freien Universität zu Beginn des Sommer-Semesters 1967

Bericht des Rektors Professor Dr. Lieber

Die Universität befindet sich in einer Situation, in der ihre Satzung und ihre Ordnung, ja möglicherweise ihre Autonomie auf das schwerste gefährdet sind. In einer solchen Situation halte ich es vor allem für unvermeidlich, ja für notwendig, Lehrkörper und Studentenschaft zu informieren.

Ich beginne mit den Ereignissen während der Ferien, die auch den Gegenstand der studentischen Veranstaltung am Mittwoch, dem 19. 4. bilden sollten. Zunächst zu den Vorkommissionen im Zusammenhang mit dem Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Humphrey. Es wurden im Zusammenhang mit diesem Besuch 39 Personen zwangsgestellt. 16 von ihnen waren immatrikulierte Studenten der FU. Gegen 7 von diesen 16 habe ich die Einleitung von Disziplinarverfahren beantragt. Es ist in diesem Zusammenhang von seiten der Studenten scharf an der Tatsache Kritik geübt worden, daß der Herr Prorektor von dem Herrn Regierenden Bürgermeister anläßlich eine Kuratoriumssitzung eine Liste mit diesen 39 Namen entgegengenommen hat.

Ich darf hierzu feststellen:

1. Der Herr Regierende Bürgermeister hat diese Liste mit keinerlei Auflage überreicht.
2. Ob der Regierende Bürgermeister diese Liste überreicht oder ob er sie dem Rektor zusendet, ändert nichts an der Tatsache, daß der Staat als Rechtsaufsicht berechtigt und verpflichtet ist, der Universität Namen von Personen bekanntzugeben, bei denen der Verdacht besteht, daß sie als Studenten strafbare oder auch nur disziplinarisch zu ahndende Taten begangen haben. Darüber hinaus ist die Universität ihrerseits verpflichtet, alle Wege zur Namensermittlung von Studenten einzuschlagen, bei denen der Verdacht solcher Handlungen besteht. Es kann somit keine Rede davon sein, daß in diesem Falle sich die Universität einen unzulässigen staatlichen Einfluß oder gar staatlichen Druck habe gefallen lassen.

Nun zum Verhalten der 7 Studenten selbst, die mit einer Ausnahme sämtlich Mitglieder der sogenannten „Kommune“ und des SDS sind. Die wirklich bedauerlichen ersten Polizei- und Presseverlautbarungen über die angeblichen Attentatsabsichten der sieben auf Humphrey, die schließlich auch von der Presse zurückgenommen wurden, waren für die Verhandlungen des Akademischen Senats am 19. 4. nicht von Belang. Vielmehr stützten sich diese Verhandlungen ausschließlich auf die Aussagen der sieben Studenten selber über ihre Absichten. Nach diesen eigenen Aussagen ergibt sich folgendes Bild:

Die 7 Studenten haben Rauchkerzen und Plastikbeutel mit verschiedenem Inhalt, darunter mit nicht abwaschbarer roter Farbe, hergestellt und im Grunewald erprobt. Ihr Ziel war es, durch Werfen der Rauchkerzen Verwirrung zu stiften, um die Polizeiabsperrung durchbrechen zu können. Danach sollten Puddingpulver und andere Küchen- bzw. Backutensilien mit der roten Farbe auf den Wagen des Präsidenten und diesen selbst geworfen werden. Schließlich wollte man angesichts der dann entstandenen Situation Lieder singen, etwa „Backe, backe Kuchen“.

Der Senat hatte zu beraten, ob er in diesem Verhalten einen Verstoß gegen die Pflichten des Studenten, sich innerhalb und außerhalb der Universität als akademischer Bürger der Universität zu verhalten, (§ 21 Abs. 2 der Universitätsordnung) erblickt und dem Rektor die Einleitung eines Disziplinarverfahrens empfiehlt. Die Stellungnahme des Akademischen Senats ist aus dem öffentlichen Aufruf an die Studenten ersichtlich. Ich habe Disziplinarverfahren beantragt.

### Die Ausgaben für die Studentenschaft

Nun zu einem zweiten Komplex: Etat kürzung der Studentenschaft. Ich habe dazu einen Bericht des Kurators vorliegen, den ich zur Kenntnis geben darf:

„In früheren Jahren wurden der Studentenschaft zur Bestreitung ihrer sächlichen Ausgaben die gesamten Gebühren-Einnahmen (1966 = 7,50 DM pro Student und Semester) überlassen. Das bedeutet, daß jeder Student 7,50 DM pro Semester gezahlt hat, um die studentische Selbstverwaltung zu finanzieren.“

Die Personalkosten wurden von der Freien Universität übernommen, sowohl für die Angestellten als auch für die Vergütung der hauptamtlichen Studentenvertreter als studentische Hilfskräfte.

Hiernach gliederten sich die Ausgaben für die Studentenschaft für 1966 folgendermaßen:

Einnahmen aus Gebühren	
2×7,50 DM×14 900 Studenten	= 223 500,— DM.
Zuschuß der Freien Universität für 7½ Angestellte und	
1 Reinigungsfrau	100 000,—
für 19 studentische Hilfskräfte	55 000,—
Zuschuß für freiwilligen Studentensport	5 000,—
Gesamtsumme	160 000,— 383 500,—

Im Sommer 1966 beantragte die Studentenschaft eine Gebührenerhöhung von 7,50 DM um 3,50 DM auf 11,— DM. Von den zuständigen Senatoren für Wissenschaft und Kunst und für Finanzen wurde nur eine Erhöhung von 7,50 DM um 2,— DM auf 9,50 DM genehmigt.

Die Veranschlagung für 1967 sah infolgedessen folgendermaßen aus:

2×9,50 DM×14 900 Studenten	283 100,—
Zuschuß der Freien Universität	160 500,—
	443 600,—

Hiermit hätte also die Studentenschaft für ihre Sachausgaben auf Grund der Gebührenerhöhung fast 60 000,— DM mehr gehabt als für das Jahr 1966 veranschlagt war und 47 700,— DM mehr gehabt, als sie für 1966 erhalten hat, da ja für die letzten drei Monate 1966 die Gebührenerhöhung schon wirksam wurde.

Inzwischen hat sich das Kuratorium im Januar und im April d. J. mit dem Etat der Studentenschaft beschäftigt. Im Januar wurde beschlossen, den Gesamtzuschuß von 160 500 DM vorläufig zu sperren und eine vom Regierenden Bürgermeister angeordnete Überprüfung der studentischen Finanzwirtschaft abzuwarten. Im April lag das Gutachten des Rechnungshofes vor, in dem u. a. ausgeführt wurde, daß an der Technischen Universität — anders als an der Freien Universität — fast alle hauptamtlichen Studentenvertreter aus den Gebühreinnahmen vergütet würden und daß nach Meinung des Rechnungshofes ohne Gefährdung der Aufgaben der Studentenschaft eine Ausgabenkürzung bei den Sachausgaben durchaus vertretbar sei. So war er der Meinung, daß die Freie Universität ihren Zuschuß kürzen könne, was bedeuten würde, daß in Zukunft die Vergütungssätze für die studentischen Hilfs-

kräfte ganz oder teilweise aus den Gebühreneinnahmen — wie an der Technischen Universität — gedeckt werden könnten. Daraufhin beschloß das Kuratorium gegen die Stimme des Studentenvertreters — am 12. April — den Zuschuß für 1967 um 47 700,— DM zu kürzen, also genau um den für 1967 vorgesehenen Steigerungsbetrag. Das heißt, daß die Studentenschaft für 1967 über den gleichen Betrag verfügen wird wie 1966.

Über die Verwendung der Sachmittel ließ das Kuratorium nach langer Debatte freie Hand.“

Zu einem weiteren dritten Komplex: zu dem Antrag eines Mitglieds des Lehrkörpers auf Schutz der Dienstbehörde. Der Vorgang, der diesem Antrag zugrundeliegt, ist folgender: Herr Kollege Fraenkel erhielt Ende Februar den Vorabdruck einer Rezension seines Seminars über Demokratietheorie, die im FU-Spiegel Anfang Mai in der uns allen bekannten Form erscheinen soll.

Herr Fraenkel erblickte in der Rezension dieses Seminars einen Bruch jener Vertraulichkeit, die er als dem Charakter eines Forschungsseminars entsprechend selbstverständlich vorausgesetzt hatte. Er erblickte in diesem Vertrauensbruch eine Einschränkung seiner Lehr- und Forschungsfreiheit. Um nicht zu einem Schritt beim Akademischen Senat gezwungen zu sein, bot er dem AStA-Vorsitzenden ein gentlemen agreement an. Er sei bereit, gemeinsam mit zwei weiteren Professoren und drei Studenten öffentlich im Auditorium maximum über Sinn, Funktion und Grenze von Vorlesungs- und Seminarrezensionen zu diskutieren, wenn bis dahin die Veröffentlichung der Rezension unterbleibe. Erst wenn in dieser Diskussion keine Gemeinsamkeit der Beurteilung zu erreichen sei, solle jede der Parteien das als ihr notwendig Erscheinende tun können.

Dieser Vorschlag war dem AStA-Vorsitzenden durch mündliche Unterredungen mit Herrn Fraenkel bekannt und ist ihm nicht erst, wie er in einem Rundschreiben an die Professoren vom 27. 4. 1967 sagt, „nach der Senatssitzung zur Kenntnis gekommen“. Diese Behauptung ist unwahr und bezeugt ein Verhalten, wie ich es leider in den vergangenen Wochen mehrfach feststellen mußte. Der Vorschlag eines agreement wurde vom AStA-Vorsitzenden mündlich abgelehnt, um, wie er mir in einer späteren Unterredung sagte, den Akademischen Senat in dieser Angelegenheit zu einer Grundsatzentscheidung zu veranlassen. Herr Fraenkel hat daraufhin beim Akademischen Senat um Schutz des Dienstherrn gebeten. Der Akademische Senat hat, wie folgt, beschlossen:

„Der Akademische Senat stellt fest, daß Forschungsseminare einen besonderen Charakter haben. Ihre Verhandlungen sind vertraulich, da sonst die offene Aussprache unmöglich gemacht wird. Ein unter Vertrauensbruch verfaßter oder erlangter Seminarbericht darf daher nicht veröffentlicht werden, auch nicht in einer Publikation der Studentenschaft.“

Ich habe diesen Beschluß dem AStA und der Chefredakteurin des FU-Spiegels zur Kenntnis gebracht und bis zum 26. 4., 17.00 Uhr, um Mitteilung gebeten, daß die Veröffentlichung der Rezension nicht erfolgt. Eine Mitteilung dieser Art ging bei mir nicht ein, jedoch wurde ich inoffiziell davon informiert, daß der Konvent am 26. 4. beschlossen habe, entgegen dem Senatsbeschluß die Veröffentlichung durchzuführen. Ich habe daraufhin an die Rechtsaufsichtsbehörde geschrieben.

#### Zur Förderungswürdigkeit des SDS

Schließlich zu einem vierten Komplex: Förderungswürdigkeit des SDS. Der Akademische Senat hatte über diese Frage schon einmal zu beraten, und zwar 1. anläßlich der Vorkommnisse am 26. 11., wo eine Veranstaltung durch eine Gruppe von Studenten, von denen ein Teil dem SDS angehörte, gesprengt und dem Rektor das Mikrophon weggenommen wurde und schließlich 2. anläßlich der Veranstaltung mit dem südvietnamesischen Botschafter Anfang Dezember.

Der Senat hat am 11. 1. den Beschluß gefaßt, von einer Einleitung des Aberkennungsverfahrens für den SDS abzusehen, da dieser sich nach langem Zögern mit einer Entschließung vom 7. 1. von den genannten Aktionen seiner Mitglieder gegen den Rektor distanziert und interne Konsequenzen für sie angedeutet hatte. Der Senat hat in seinem gleichen Beschluß vom 11. 1. aber auch zum Ausdruck gebracht, daß er seine Beratungen über die Förderungswürdigkeit des SDS wieder aufneh-

men werde, wenn das Verfahren von Mitgliedern des SDS dazu Anlaß biete.

Diese Situation war durch die Ereignisse anläßlich des Humphrey-Besuches gegeben. Der Akademische Senat hat beraten und eine Entscheidung ausgesetzt, bis dem Rektor eine einzuholende Stellungnahme des SDS vorliegt. In meiner Anfrage an den SDS vom 24. 4. 1967 heißt es:

„Unter Bezugnahme auf die Schlußpassagen der vom SDS-Landesverband-Berlin am 7. 1. 1967 angenommenen Resolution, die offensichtlich auch für den SDS — Gruppe an der FU — verbindlich ist, bitte ich um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Sind die geplanten Aktionen der oben genannten Studenten vom Vorstand und politischen Beirat des SDS vorher diskutiert und gebilligt worden?
2. Wenn nein; ist der Vorstand des SDS seiner selbst abgehaltenen Verpflichtung nachgekommen, sich von dem Verhalten seiner oben genannten Mitglieder zu distanzieren?
3. Hat der Vorstand des SDS von seiner Kompetenz Gebrauch gemacht, seine genannten Mitglieder auf Grund ihres Verhaltens zu suspendieren?

Ich bitte um Beantwortung dieser Fragen bis zum 2. 5. 1967, damit der Akademische Senat der Freien Universität seine bisher zurückgestellten bzw. vertagten Beratungen über die Förderungswürdigkeit des SDS — Gruppe an der FU — auf seiner nächsten Sitzung wieder aufnehmen kann.“

Der Senat hat in seiner Sitzung am 11. 1. 1967 außerdem alle Studenten aufgefordert, sich an die für die Universität gültigen Satzungen und Ordnungen zu halten, und er hat angekündigt, daß er bei Verstößen gegen die Universitätsordnung in Zukunft alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel zu ihrer Aufrechterhaltung einsetzen werde. Diese Situation war am letzten Mittwoch gegeben.

Am Montag, dem 17. 4. erhielt ich einen Antrag des AStA für eine Veranstaltung zur Information der Studenten über Ereignisse, die sich während der Ferien zugetragen haben, den Hörsaal B im Henry-Ford-Bau am 19. 4. ab 18 Uhr zur Verfügung zu stellen. Für den gleichen Tag war der Akademische Senat ab 15 Uhr zu seiner ersten ordentlichen Sitzung in diesem Semester eingeladen. Ich mußte befürchten, daß der Hörsaal B mit einem Fassungsvermögen von 250 Personen für die geplante Veranstaltung des AStA nicht ausreicht und daß die Gefahr bestehen würde, daß die Studentenschaft wegen Überfüllung des Hörsaals ihre Versammlung in die Halle und auf die Treppen des Henry-Ford-Bau verlegen würde. Damit bestand die Gefahr, daß die gleiche Situation gegeben wäre, wie im „sit-in“ vom Sommer des letzten Jahres. Abgesehen von der Tatsache, daß mit solchen „sit-ins“ in der Halle des Henry-Ford-Baus Anordnungen und Rechtsvorschriften der Bauaufsichtsbehörde verletzt werden, zu deren Einhaltung ich verpflichtet bin, sind die Erfahrungen mit dem „sit-in“ im Sommer des Jahres 1966 die folgenden:

1. Die Sitzung des Akademischen Senats damals wurde mehrfach durch Delegierte gestört und unter Druck gesetzt. Sie konnte vor allem auch infolge des Lärms nicht ordnungsgemäß und störungsfrei abgehalten werden.
2. Eine zur gleichen Zeit wie das „sit in“ im Hörsaal A stattfindende Vortragsveranstaltung wurde durch den Lärm fast unerträglich belastet und gestört.
3. Eine 8 Tage später von AStA einberufene Veranstaltung, ein sogenanntes „teach-in“ wurde, ohne vorher bei mir anzufragen und eine Genehmigung einzuholen, ins Auditorium Maximum einberufen, für eine Zeit, da in diesem Hörsaal Lehrveranstaltungen stattfanden. Um es damals nicht zu dem Eklat kommen zu lassen, der jetzt eingetreten ist, habe ich den die Lehrveranstaltung durchführenden Kollegen bitten müssen, in einen anderen Lehrsaal auszuweichen, der freilich für die Teilnehmer der Lehrveranstaltung nicht voll ausreichte.

#### AStA mißachtet Auflagen des Rektors

Diese Erfahrungen im Hintergrund, habe ich mich entschlossen, dem AStA für die geplante Veranstaltung ab 18.00 Uhr das Auditorium maximum zur Verfügung zu stellen. Ich habe dabei bewußt ein Risiko auf mich genommen, wollte aber demonstrieren, daß ich gewillt bin, das größtmögliche Maß an



Veranstaltungs- und Informationsfreiheit der Studentenschaft zu gewährleisten. Jedoch habe ich in meinem Schreiben den 1. AStA-Vorsitzenden ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, da ich eine ordnungsgemäße Durchführung der Veranstaltung im Auditorium maximum erwarte und irgendwelche „sit-ins“ oder andere „ins“ in der Halle des Henry-Ford-Baus nicht stattfinden dürfen.

Am 19. 4. 1967 erhielt ich einen weiteren Antrag des AStA, die Vorführung von vier Buster Keaton-Filmen in der Veranstaltung im Auditorium maximum zu genehmigen, zum Zwecke der Unterhaltung der Anwesenden. Da ich in diesem Vorhaben ein bewußtes Abrücken von dem ursprünglich angedeuteten Veranstaltungszweck erblicken mußte, habe ich diese Filmvorführung in einem Brief vom gleichen Tage nicht genehmigt und noch einmal darauf hingewiesen, daß der AStA allein die volle Verantwortung für die Durchführung der Veranstaltung im Auditorium maximum trägt. Ich habe darüber hinaus dem AStA mitgeteilt, daß für eine gesonderte Filmveranstaltung selbstverständlich bei ordnungsgemäßer Anmeldung und Durchführung das Auditorium maximum zur Verfügung steht.

Zu dem Hinweis auf die volle Verantwortung des AStA für die ordnungsgemäße Durchführung der Veranstaltung war ich umso mehr gehalten, als ich am Morgen des Mittwoch davon informiert wurde, daß der AStA im Zusammenwirken mit dem SDS eine Beat Band engagiert habe, die in der Vorhalle des Henry-Ford-Baus zur Unterhaltung der im Auditorium maximum versammelten Studenten während der Pausen der Versammlung aufspielen sollte.

Die Veranstaltung des AStA wurde um 18.00 Uhr mit einer Gesamtteilnehmerzahl von ca. 1500 bis 1600 Studenten im Auditorium maximum durch den 1. AStA-Vorsitzenden eröffnet. Entgegen meiner ausdrücklichen Anordnung wies der 1. AStA-Vorsitzende die Versammelten schon in seiner Eröffnungsrede darauf hin, daß man zu einem späteren Zeitpunkt in die Halle des Henry-Ford-Baus gehen und dort Filme zeigen werde. Dazu sei eine Beat Band zur Unterhaltung engagiert, denn es sei beabsichtigt, bis zum Ende der Senatssitzung zu bleiben. Dieser Hinweis auf die Bestellung einer Beat Band wurde später von dem AStA-Vorsitzenden vor dem Akademischen Senat bestritten. Sie ist jedoch aktenkundig, nicht zuletzt durch die Tatsache, daß der AStA-Vorsitzende davon berichtete, man habe beim Protokollant des Landes Berlin angefragt, ob am Todestag Konrad Adenauers eine Beat Band spielen könne. Es sei geantwortet worden, in einer geschlossenen Veranstaltung müsse es Geschmack und Pietät des Veranstalters überlassen bleiben, welche Musik er spielt. Von einer geschlossenen Veranstaltung kann keine Rede sein.

Der 1. AStA-Vorsitzende führte in seiner Eröffnungsansprache weiter aus, daß es nicht in die Kompetenz des Rektors falle, zu entscheiden, in welcher Weise der AStA eine Veranstaltung durchführe. Mit diesen Erklärungen in seiner Eröffnungsrede hat der AStA-Vorsitzende gegen die Anordnung des Rektors und damit gegen die Universitätsordnung verstoßen. Er hat darüberhinaus zum Verstoß gegen diese Universitätsordnung aufgefordert, worin ich eine bewußte Überschreitung seiner Amtskompetenzen erblicken muß.

Außerdem erklärte der 1. AStA-Vorsitzende in seiner Ansprache, daß die Versammlung souverän sei und beschließen könne, was sie tun wolle. Er hat damit ein plebiszitär-demokratisches Organ konstituiert und damit auf das schärfste gegen die Universitätsordnung, insbesondere gegen die Satzung der Studentenschaft verstoßen. Die Konsequenzen zeigten sich im Verlauf des Abends.

#### **Anstiftung zu pflichtwidrigem Verhalten**

Die Veranstaltung im Auditorium maximum verlief zunächst ohne Störungen und Zwischenfälle bis etwa gegen 22.00 Uhr. Der Senat wurde in seiner Sitzung etwa um diese Zeit dadurch gestört, daß der 2. AStA-Vorsitzende Wilhelmer unaufgefordert den Senatssaal betrat, um vom Senat Informationen für die versammelten Studenten einzuholen. Er wurde von meinem Mitarbeiter aus dem Senatssaal gewiesen und darauf aufmerksam gemacht, daß der Senat in seiner ordentlichen Sitzung nicht gestört zu werden wünsche. Herr Wilhelmer berichtete daraufhin der Versammlung im Auditorium maximum, er sei

vom Akademischen Senat hinausgeworfen worden und der Akademische Senat lehne es ab, die versammelte Studentenschaft zu informieren. Er forderte die Studenten auf, in die Halle zu gehen. Die Aufforderung zur Verlegung der Versammlung aus dem Auditorium maximum in die Halle des Henry-Ford-Baus und zur Fortsetzung der Versammlung als Protestdemonstration gegen Rektor und Senat wurde dann von dem Konventsvorsitzenden Lefèvre und von dem Studenten Rudolf Dutschke öffentlich ausgesprochen. Die drei Genannten haben damit ebenso wie der AStA-Vorsitzende in seiner Eröffnungsansprache eindeutig gegen ihre studentischen Pflichten verstoßen. Sie haben sich darüber hinaus der Anstiftung von Studenten zu pflichtwidrigem Verhalten schuldig gemacht.

Als der Senat in seiner Sitzung von diesem Verlauf der Dinge unterrichtet wurde, bestellte ich gegen 22.30 Uhr den 1. AStA-Vorsitzenden in die Senatssitzung und machte ihn darauf aufmerksam, daß er gegen meine Anordnungen verstoßen habe und daß ich erwarte, daß der die Veranstaltung sofort wieder in das Auditorium maximum verlege. Soweit ich mich erinnere, habe ich einen zeitlichen Termin für den Abbruch der Veranstaltung im Auditorium maximum nicht genannt. Der AStA-Vorsitzende erklärte vor dem Senat, daß er sich nicht in der Lage sähe, meiner Aufforderung nachzukommen, weil die versammelten Studenten in „demokratischer Abstimmung“ beschlossen hätten, in der Halle eine Protestversammlung durchzuführen. Ich machte den AStA-Vorsitzenden darauf aufmerksam, daß er die volle Verantwortung für alle Konsequenzen zu tragen habe, die sich aus dieser Entwicklung ergeben. Daraufhin ging der AStA-Vorsitzende in die Halle, schloß die Versammlung in der Halle als offizielle AStA-Veranstaltung, ließ sich jedoch zur gleichen Zeit zum Versammlungsleiter der spontanen Protestversammlung, einer sogenannten demokratischen Versammlung, wählen. Zum weiteren Versammlungsleiter der Demonstration wurde der ehemalige AStA-Vorsitzende und jetzige Älteste des Konvents, Herr Nevermann, gewählt. Mit der Annahme dieser Wahl in der geschilderten Situation haben beide erneut auf das schärfste gegen ihre Amtspflichten verstoßen.

Als um 22.30 Uhr noch immer keine Anzeichen dafür vorhanden waren, daß die studentischen Amtsträger, die trotz offizieller Schließung der AStA-Veranstaltung für die weiteren Ereignisse in der Halle die volle Verantwortung trugen, eine Beendigung der Veranstaltung durchzuführen beabsichtigten, beriet der Akademische Senat darüber, in welcher Weise die Anordnungen des Rektors durchgesetzt werden können. Es entstand im Akademischen Senat die Frage, ob der Rektor zur Durchsetzung seines Hausrechts und seiner Ordnungsgewalt polizeiliche Hilfe in Anspruch nehmen soll. Ich darf an dieser Stelle sagen, daß keinem der anwesenden Senatsmitglieder der Gedanke an einen durch den Rektor angeforderten Polizeieinsatz in der Universität sympathisch war, andererseits aber recht einhellig die Meinung bestand, daß eine nunmehr bewußte Demonstration der Ohnmacht des Rektors und der Universität nicht weiter geduldet werden könne. Um einen Polizeieinsatz zu vermeiden, wurden die studentischen Senatsmitglieder gebeten, zu der Versammlung hinunterzugehen und die studentischen Funktionäre noch einmal darauf aufmerksam zu machen, welche ernste Situation dadurch heraufbeschworen würde, daß sich die Studenten und ihre Wortführer den Anweisungen des Rektors und dem geltenden Universitätsrecht widersetzen. Dieser Schritt der studentischen Senatsmitglieder hatte keinen Erfolg. Im Gegenteil bekundeten die in der Halle versammelten, nunmehr etwa noch 700 Studenten erneut, daß sie nicht gewillt seien, den Anordnungen Folge zu leisten. Daraufhin sah ich mich mit Billigung des Senats veranlaßt, selbst in die Halle des Henry-Ford-Baus zu gehen und als Hausherr die Studenten zum Räumen der Halle aufzufordern. Meine diesbezügliche Aufforderung wurde mit Zischen und Johlen erwidert. Herr Nevermann forderte die Studenten noch einmal auf, in der Halle zu bleiben und einem möglichen Polizeieinsatz mit passivem Widerstand dadurch zu begegnen, daß man am Boden sitzenbleibe. Herr Nevermann hat dadurch nicht nur gegen das Universitätsrecht verstoßen, sondern sich der Aufforderung der versammelten Studenten zum Hausfriedensbruch schuldig gemacht.

Erst jetzt, etwa gegen 0 Uhr 15, erbat ich Polizeieinsatz. Die Polizei trug in einem etwa eine Viertelstunde dauernden Einsatz ungefähr hundert Studenten aus der Halle. Danach wurde der Polizeieinsatz auf Anordnung des Herrn Polizeipräsidenten abgebrochen.

Zum Abbruch dieses Polizeieinsatzes darf ich ausführen, daß der Herr Polizeipräsident bei einem längeren Einsatz der Polizei befürchtete, es würde zu Tötlichkeiten kommen, und der Einsatz würde Formen annehmen, die den vorgesehenen und von mir gebilligten Methoden widersprechen.

Auf Grund dieser hier geschilderten Vorkommnisse habe ich gegen die fünf genannten Studenten die Einleitung von Disziplinarverfahren beantragt. Die Amtsträger des AStA und des Konvents standen gleichzeitig als studentische Hilfskräfte in einem Beschäftigungsverhältnis zur FU und unterlagen damit einer besonderen, auch arbeitsrechtlichen Verpflichtung zur Einhaltung der Universitätsordnung. Was in jedem arbeitsrechtlichen Verhältnis zur sofortigen Entlassung führt, mußte auch hier diese Konsequenz haben, zumal mit Herrn Lefèvre der Vertrag noch nicht abgeschlossen war. Zu diesem Schritt hielt ich mich für verpflichtet, weil die Bezahlung aus öffentlichen Mitteln und nicht aus dem studentischen Gebührenaufkommen erfolgte. Ob der ökonomische Effekt dieser Maßnahme von der Studentenvertretung aus eigenen Mitteln aufgefangen wird, entzieht sich meiner Einflußnahme.

#### Es gibt keinen Eskalationsplan für die Freie Universität

Ich habe nun inzwischen viele Gespräche geführt und führen müssen, zunächst mit den politischen Instanzen der Stadt. Ohne auf Einzelheiten eingehen zu können, darf ich folgendes berichten und folgenden Gerüchten entgegentreten:

1. Es gibt weder einen Eskalationsplan des Senats von Berlin noch des Akademischen Senats.
2. Allerdings haben Erörterungen darüber stattgefunden, ob, und wenn ja, mit welchen Entwicklungen gerechnet werden müsse und wie diesen zu begegnen sei. Dies schien insbesondere notwendig angesichts des Beschlusses der versammelten Studenten vom Mittwoch auf dem „sit-in“, bei der nächsten Senatssitzung am 3. Mai wieder ein „sit-in“ durchzuführen. Dieser Plan ist offenbar inzwischen abgesagt.
3. Es bestand Einigkeit, daß die Universität und d. h. vor allem Rektor und Senat zunächst alle ihnen zur Verfügung stehenden, vor allem disziplinarischen Mittel einsetzen müßten, um die satzungsgemäße Ordnung der Universität zu garantieren.
4. Erst wenn sich die Universität außerstande erweisen sollte, mit eigenen Mitteln ihre Ordnung aufrechtzuerhalten, wozu auch das reibungsfreie und störungsfreie Arbeiten der Organe gehört, werde und müsse die Möglichkeit staatsaufsichtlichen Eingriffs erwogen werden.

Ich habe sodann noch Gespräche am Dienstag nachmittag und in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch mit dem 2. Konvents-Vorsitzenden und dem 1. und 2. AStA-Vorsitzenden geführt. Als mir die Studentenvertreter erklärten, daß sie sich des Ernstes der Situation bewußt seien und nach Wegen suchten, um eine weitere Zuspitzung zu verhindern, habe ich folgendes klargestellt:

1. Erste Bedingung für die Überführung der Auseinandersetzungen in eine versachlichte Atmosphäre ist die absolute und uneingeschränkte Rückkehr der Studentenvertretung zur Legalität. Das heißt aber vor allem, Unterlassung jeder plebiszitär-demokratischen Organisation von Veranstaltungen, die gegen die Satzung verstoßen. Unterlassung auch jeden Versuchs, die akademischen Selbstverwaltungsgremien unter einen unzulässigen Druck zu setzen. Sollte der Wunsch zu einem solchen Verhalten bei der Studentenvertretung bestehen, sollte er öffentlich bekundet werden. In dem Konventsbeschuß vom 26. 4. und in anderen Verlautbarungen der letzten Tage durch die Studentenvertretung vermag ich dahingehende Schritte nicht zu erkennen.
2. Für Veranstaltungen der Studentenschaft, die ordnungsgemäß angemeldet, genehmigt und im Rahmen der Universitätsordnung und anderer geltender Rechtsvorschriften durchgeführt werden, werden Hörsäle der Universität zur Ver-

fügung stehen, und zwar auch dann, wenn Veranstaltungen dieser Art den Charakter des Protestes haben. Sollte das Auditorium maximum für Veranstaltungen solcher Art nicht ausreichen, so werden, sofern sie frei sind, andere Hörsäle zu Übertragungszwecken zur Verfügung stehen.

3. Die Kündigung der Beschäftigungsverhältnisse muß aus den schon erwähnten Gründen keine unmittelbaren Auswirkungen für die Betroffenen haben. Sie bleiben Amtsträger des AStA.

4. Der Rektor sagt zu, bei der Bauaufsichtsbehörde zu klären, ob überhaupt und wenn ja, unter welchen besonderen Auflagen, die Halle des Henry-Ford-Baus entgegen den jetzt geltenden Bestimmungen für Veranstaltungen der Studentenschaft benutzt werden kann.

Nach alledem muß ich erklären, daß meine Hoffnung, die ich mit diesen Gesprächen mit Studentenvertretern verband, um zur Entspannung beizutragen, sich nicht erfüllt haben, wie der Konventsbeschuß und der Brief an die Mitglieder des Lehrkörpers beweisen. Auf Einzeldinge dieses Beschlusses und dieses Briefes brauche ich wohl nicht einzugehen.

Wie Sie wissen, hat der Konvent eine Urabstimmung beschlossen. Die den Studenten zur Urabstimmung vorgelegte Frage läuft im Ergebnis auf die Bestätigung eines Konventsbeschlusses hinaus. Nach der Satzung der Studentenschaft ist ein solches Vorgehen in einer Urabstimmung rechtlich zumindest äußerst zweifelhaft. Ich habe mich dennoch über diese meine rechtlichen Bedenken hinweggesetzt und die Urabstimmung genehmigt, weil sie in der jetzigen Situation die einzige Möglichkeit bietet, daß die gesamte Studentenschaft kundtut, ob sie will, daß sich die Studentenvertretung verbindlich auf den Boden der Universitätsordnung stellt und so das Berliner Modell funktionsfähig erhalten wird.

Wenn die Studentenschaft den Konventsbeschuß verwirft, indem sie mit ihrem „Ja“ für seine Aufhebung stimmt, und wenn die Studentenschaft so den verantwortlichen AStA-Funktionären deutlich macht, daß sie von ihnen erwartet, ebenfalls auf den Boden der Universitätsordnung und der Satzung der Studentenschaft zurückzukehren, dann — aber auch nur dann — wäre der Weg frei, von Disziplinarmaßnahmen, die allen Mitgliedern unserer Universität gleichermaßen widerstreben, abzusehen.

Berlin-Dahlem, den 2. Mai 1967

(Archiv ZI 6: Akte E 0702 FU/TU „Flugblätter Januar—Mai 1967“)

## DOKUMENT 687

### Kommune I. Flugblatt Nr. 1

MUSS SICH DER ASTA ÄNDERN, DAMIT DIESE UNIVERSITÄT ERTRÄGLICH WIRD?

An der Freien Universität ist ein neuer Lehrstuhl eingerichtet worden. Professor Dr. Hans-Joachim Lieber lehrt dort, wie man mit Studenten Schlitten fährt, ohne daß sie es merken.

Am 19. April war man sich darüber einig, die Disziplinargerichtsbarkeit endlich anzugreifen und abzuschaffen. Heute wagt es der Rektor, als Gutenachtbonbon die Rücknahme der Disziplinarverfahren gegen den ASTA zu versprechen, wenn die Studentenschaft dem ASTA das Misstrauen ausspricht. Diese Disziplinarverfahren wurden eröffnet wegen der Teilnahme an einer demokratischen Versammlung.

Am 19. April war man sich darüber einig, die diktatorischen Massnahmen des Rektors nicht länger hinzunehmen. Heute soll die Studentenschaft darüber befinden, ob die von ihr gewählte Vertretung sich zu sehr gegen diese diktatorischen Massnahmen zur Wehr gesetzt hat.

Hat der ASTA eine demokratische Versammlung mit Polizei verhindern wollen?

Hat der ASTA vor, einen demokratischen Hochschulverband zu verbieten?

Hat der ASTA freie Vorlesungsrezensionen untersagt?

Hat der ASTA 47 700 DM gesperrt?

Hat der ASTA unsinnige Disziplinarverfahren eingeleitet?

Hat der ASTA die Einführung einer Zwangsexmatrikulation vor?

Während die Studentenschaft über den ASTA diskutiert, wird der SDS verboten, das Geld entzogen, jede demokratische Meinungsäußerung endgültig untersagt. Wer am 5. über den ASTA diskutiert, stimmt mit Ja. Entzieht unserem Rektor den neuen Lehrstuhl. Macht die Versammlung am 5. April zu einer Protestkundgebung gegen die Gemeinheiten der Verwaltung. Es liegt auch in Ihrer Hand, daß sich solche Ereignisse nicht wiederholen!

SDS

(Archiv ZI 6: Akte „K I, Berlin“)

## DOKUMENT 688

### Kommune I. Flugblatt Nr. 2

Studenten, Lahmärsche und Karrieremacher,  
ALLE MAL AUFPASSEN!

Ihr sitzt ja doch am kürzeren Hebel!

Kein Mensch hat was dagegen, wenn Ihr bei Konventswahlen und Urabstimmungen Demokratenpflicht erfüllt. (Auch Bettermann nicht!)

Politische Aktionen an der FU überlaßt doch lieber CIA und Verfassungsschutz!

Paukt gefälligst, damit ihr hier nicht rausgeschmissen werdet! Was habt ihr denn gegen das Disziplinarrecht? Zuchthäusler, Soldaten und Idioten müssen schließlich auch härter angefaßt werden.

Wenn ihr schon zum sit-in geht, bewahrt gefälligst Haltung!

Hört zu, was man euch erzählt!

Macht keinen Blödsinn!

Macht keine Diskussionsbeiträge!

Macht keine Wandzeitungen!

Aber wenn ihr schon Wandzeitungen macht, denkt an das akademische Niveau! (10 Fremdwörter/qm).

Macht keine Sprechchöre!

Macht das Tor auf!

Hört, was die Funktionäre sagen!

Vögelt nicht im Audimax!

Denkt immer daran, daß das Fernsehen kommen und eure Großmutter euch beobachten könnte!

Tretet euch die Schuhe ab,

TRETET LIEBER LEISE!

Aber tretet!

Denkt daran, daß eure Großmutter euch immer beobachtet, auch wenn das Fernsehen nicht da ist!

Vögelt nicht im Henry-Ford-Bau!

Lebt geräuschlos! Ruhe ist akademisch!

Bleibt treu, bleibt deutsch, bleibt doof!

NUR DIE RATIONALE DISKUSSION

VERHINDERT ALLGEMEINE KOPULATION

Es lebe Lübke!

Es lebe unsere freiheitliche demokratische Ordnung!

Es lebe die Springerpresse!

Nieder mit dem Faschismus (den es nie gegeben hat), nieder mit dem Kommunismus, nieder mit der Kommune, nieder mit dem ASTA, nieder mit den Studenten!

NIEDER!

SDS

(Archiv ZI 6: Akte „K I, Berlin“)

## DOKUMENT 689

### Kommune I. Flugblatt Nr. 3

EIN SOMMERMÄRCHEN

Es war einmal ein kleines Königreich vor langer Zeit, da gab es nicht nur einen König, sondern auch einen Statthalter, der seine Untertanen sehr unterdrückte. Und deswegen ärgerte es ihn furchtbar, daß das Volk Leute von sich in eine regelmäßige Versammlung schickte und dort beriet und sich Vögte wählte. Und die gingen wieder einmal zu weit — so beginnt unsere Geschichte.

Eines Tages war der Vizekönig des großen Kaisers, des Kriegsüberziehers, des Bauernmörders und Völkerschlächters, des Armeuteuchhoffnungsräubers geliebter Gast in unserem kleinen Reich. Da wollten kleine, immer aufsässige Untertanen ihn beschmieren, den Vertreter alles Reinen, den freundlichen Herold aller guten Geber. Aber die Schergen des Königs, die Büttel und die vielen Ausrufer — sie stürzten sich auf die Untertanen und wollten sie gerichtet wissen durch den Galgen — zweimal sollten sie hängen, denn sie gehörten ja auch noch dem Statthalter — sie lebten auf seinem Hof. Und da gingen die Vögte zu weit, sie wollten, daß die Untertanen garnicht hängen, vor allem nicht am Galgen des Statthalters. Der hatte das Volk schon lange unterdrückt — er hatte ihm gerade sein Erspartes geraubt, er wollte ihm seinen Ausrufer nehmen, und er wollte ihm eine Zunft verbieten, die ihm nicht wohlgesonnen war. Die Vögte berieten sich auf einer großen Beratung mit dem Volk, wie es sich wehren könne und den Statthalter zwingen könne, daß er die angedrohten Untaten nicht begehe. Es beschloß den Aufstand. Der Statthalter hetzte die Schergen des Königs auf es und er wollte die Vögte aufhängen, weil sie das Volk verführt hätten, wenn sie es nicht besänftigten. Da bekamen die Vögte Angst und sie gingen überall herum und machten eine große Befragung unter dem Volk, ob es auch noch Vertrauen zu ihnen habe und ob es auch nicht wolle, daß sie an den Galgen kämen.

Das Volk wunderte sich, denn es hatte doch in der großen Beratung schon beschlossen, daß es sich von der Unterdrückung befreien wolle und daß die Vögte ihm dabei helfen sollten. Und daß es also die Vögte schützen würde, wenn der Statthalter sie durch die Schergen fangen lassen wolle, das war schon immer Brauch. Und es sagte ihnen das öffentlich. Aber es machte noch mehr — auf anderen großen Beratungen stand es auf und ...

Hier endet die Geschichte, die gefunden wurde in einem halbverbrannten Haus, das ausgegraben wurde. Es war nicht sehr groß, wie ein Sommerhaus eines Statthalters und es waren auch viele andere Schriften darin, meist amtliche.

SDS

(Archiv ZI 6: Akte „K I, Berlin“)

## DOKUMENT 690

### Kommune I. Flugblatt Nr. 4

Noch eine Antwort des SDS an Rektor Lieber.

Niemand verbietet Dir, Briefe zu schreiben.

Niemand bestreitet Dir das Recht, diese Universität auf den Hund zu bringen.

Niemand will Dir Deinen Posten als Rektor der Walt-Disney-Universität rauben.

Aber wenn Micky-Mouse-Figuren zu gemeingefährlichen Erpressern werden, muß endlich die Polizei eingreifen.

Wenn Du als weißer Riese durch die Hörsäle rauschst, muß die Universität endlich geschlossen werden.

Wenn Du zusammen mit Deinen Leibwächtern blauumrandete BZ-Leitartikel an alle Wände pappst, müssen endlich Deine Papierbezugsquellen gesperrt werden.

Und wenn du schließlich und endlich mit Albertz, Duensing & Co. laufend dinierst, müssen schwarze Listen gegen Euch ersonnen werden.

Läuft der Betrieb in dieser Bude dann immer noch in verstaubter Weise weiter, sehen wir uns genötigt, 10 000 (in Worten: zehntausend) Rotgardisten einzuschleusen. Ein Besuch in der chinesischen Botschaft Ost-Berlins genügt — doch wem sagen wir das.

Heute fällst Du wieder mit Deinen Vasallen bei Kuchen und Tee grimmige, aber hilflose Entscheidungen, weit entfernt von Deinem Wunschbild des Puschkin-Männleins.

Denk immer daran: auch Lübke nimmt Okasa ...

Mach's gut

Dein SDS

(Archiv ZI 6: Akte „K I, Berlin“)

## DOKUMENT 691

### Kommune I. Flugblatt Nr. 5

Wer soll uns noch glauben?

Wir haben einiges gegen den akademischen Senat, gegen den Albertz von Gottes Gnaden und die Polizei dieser unserer Stadt.

Und wir werden gefördert, sind ihrer würdig demnach — so was ist nur in einer Demokratie möglich oder das ist ein Mißverständnis, wenn wir keine mehr haben.

Wer glaubt uns noch in dem Falle sie futsch ist!

Wir werden demnach nicht verstanden —  
wir sind nicht würdig!

Aber das den Leuten klarmachen — mit Hochschulpolitik sind wir jedenfalls reingefallen — nicht mal mit Mikrofonwegnehmen oder gar Kommune, oh Schreck.

Immer kam was dazwischen — ob man dem Lieber mal Pudding ... oder ob man mal sein Rektorat abbrennen müßte?

Oder vielleicht Beleidigungen!

Alle mitmachen ... probieren wir's mal:

Der Lieber ist ein kompletter wissenschaftlicher Versager, deshalb wollte er erfolgreicher Rektor werden — bei der Rektorenkonferenz ist er auch nicht angekommen

oder der akademische Senat besteht aus alten, autoritären Scheißern, die dem Ständestaat nachtrauern

oder Albertz und Duensing sind Homos (und Lieber ist eifersüchtig)

oder ... Hilfe, ist das schwer — wer kann's besser!

Was meint Ihr — ob's diesmal reicht?

Vielleicht sind Flugblätter eben doch das Falsche!

SDS

(Archiv ZI 6: Akte „K I, Berlin“)

## DOKUMENT 692

### DER DRITTE WEG

Kommilitoninnen und Kommilitonen!

Die mißverständliche Formulierung der Frage, die Ihnen zur Urabstimmung unterbreitet werden soll, stellt Sie vor die Entscheidung, entweder dem AStA oder Rektor und Akademischem Senat Ihr Vertrauen auszusprechen. Beide Seiten haben jedoch in der vergangenen Zeit schwerwiegende Fehler begangen. Weder die vom AStA durch sit-ins und ähnliche Veranstaltungen geförderte systematische Verschärfung der Krisensituation an der FU noch die unverhältnismäßig scharfen Reaktionen des Rektors und des Akademischen Senats können Ihren Beifall finden. War glauben daher, daß durch Ihr JA oder NEIN auf dem Stimmzettel entweder die eine oder die andere Seite ein ungerechtfertigtes Vertrauensvotum erhielt, durch die sie sich in dem Kurs ihrer Politik bestätigt sähe.

Da aber andererseits Ihre Nichtbeteiligung an der Wahl an diesem Ergebnis nichts ändern würde und außerdem Ihre Meinung nicht deutlich genug zum Ausdruck brächte, bitten wir Sie:

Geben Sie einen durch zwei Kreuze ungültig gemachten Stimmzettel ab!

Hierdurch geben Sie zu verstehen, daß Sie weder dem AStA noch Rektor und Akademischem Senat Ihr Vertrauen aussprechen. Ungültige Stimmzettel müssen im Wahlergebnis mitaufgeführt werden. Fordern Sie auf diese Art und Weise den AStA auf, studentische Interessen nicht durch radikalen Aktionen und verletzend Polemik zu gefährden, und fordern Sie Rektor und Senat auf, nicht durch unsinnige obrigkeitliche Zwangsmaßnahmen und Machtdemonstrationen dem Berliner Modell die Grundlage zu entziehen, das von beiden Seiten Zusammenarbeit verlangt.

Geben Sie ungültige Stimmzettel ab!

Meike Arnemann

H. J. Karstädt

Stephan Bochland

Wolfgang Kummer

Renate Breuer

Pakull

Ulrike Dennert-Rüsgen

Rüdiger Parr

Hildegard Engels

Ewald Weitz

(Archiv ZI 6: Akte E 0702 FU/ITU „Flugblätter Januar—Mai 1967“)

## DOKUMENT 693

Sozialistischer Deutscher Studentenbund/Landesverband Berlin  
— Pressemitteilung —

Am Nachmittag des 3. V. 1967 haben der Vorstand der SDS-Gruppe an der Freien Universität Berlin und der Vorstand des Landesverbands Berlin im SDS mit ausdrücklicher Zustimmung des Bundesvorstandes des SDS folgenden Beschluß gefaßt:

Der Landesvorstand des SDS suspendiert mit sofortiger Wirkung die ihm bekannten Verfasser der mit „SDS“ unterzeichneten Flugblätter (durchnummeriert mit 1—5) von ihren aktiven und passiven Mitgliedsrechten. Der Bundesvorstand des SDS schließt sich der Suspendierung an.

Zu diesem Beschluß geben der Vorstand der SDS-Gruppe an der FU und der Vorstand des Landesverbands Berlin im SDS und der Bundesvorstand des SDS folgende Erklärung ab:

Die Auseinandersetzungen an der FU haben seit dem 19. 4. 1967 eine noch nicht dagewesene Verschärfung erfahren. In dem Maße wie in den vergangenen zwei Jahren die Studenten den Vertröstungen und Versprechungen der Universitätsbürokratie hinsichtlich der von den Studenten seit nunmehr 22 Jahren geforderten und konkret konzipierten Hochschul- und Studienreform den Glauben versagten und Einlösung der Versprechen anstelle neuer leerer Versprechungen forderten, in dem Maße befeißigte sich die Universitätsbürokratie — offenkundig unfähig, auch nur rational über Reformen mit den Studenten zu diskutieren — einer sich zunehmend verschärfenden Restriktionspolitik gegen die unruhig gewordene Studentenschaft. Dank dieser Politik der Universitätsbürokratie reduzierte sich am 19. 4. 67 die hochschulpolitische Auseinandersetzung auf ihren abstrakten Kern; auf die Frage nämlich, ob die wissenschaftliche Anstalt Universität nach dem Gesetz der rationalen Auseinandersetzung unter in dieser Auseinandersetzung Gleichen zu strukturieren ist oder aber nach dem Gesetz, daß im Zweifelsfalle die institutionelle Autorität entscheidet. In der Tat ist der Einsatz der Polizei, sind finanzielle Restriktionen, sind Disziplinarverfahren, sind die bekanntgewordenen Befriedungspläne von akademischer und städtischer Administration, ist der Versuch des Rektors, die Urabstimmung durch Manipulation des Instituts Disziplinargerichtsbarkeit für sich zu entscheiden, der adäquate Ausdruck der hochschulpolitischen Position der Universitätsbürokratie: die Unantastbarkeit der professoralen Autorität, die jeder ernstzunehmenden Reform zum Opfer fallen müßte.

Ein Teil der in dieser Auseinandersetzung von der Universitätsbürokratie angewandten Droh-, Einschüchterungs- und Isolierungstaktik gegenüber der unruhig gewordenen Studentenschaft ist der inzwischen permanent gewordene Versuch, dem SDS an der FU die Förderungswürdigkeit zu entziehen. Daß sich die Berliner Administration an diesen Einschüchterungsmanövern, wie etwa an der Kürzung der AStA-Finzen, wie an den Disziplinarverfahren, wie an der Kampagne gegen den SDS, aktiv beteiligt, kann nicht verwundern, wo die Bewegung in der Studentenschaft sich in zunehmendem Maße und konsequent auch gegen die politischen Instanzen und Kräfte richtet, die in der autoritativen Universität eine Stütze ihrer eigenen demokratiefeindlichen Politik erblicken.

Da der SDS im Unterschied zur akademischen und städtischen Administration weiß, daß für die Unruhen in den Universitäten keine Rädelsführer verantwortlich sind, sondern der desolatte Zustand der Universität, unternimmt der SDS konsequent den Versuch, die unzufriedenen Studenten der Universität über die Ursachen ihrer Unzufriedenheit aufzuklären

und mit ihnen gemeinsam herauszufinden, in welcher Weise die Studenten ihre Unzufriedenheit praktisch artikulieren können. Diesen Versuch betrachtet der SDS als die adäquate politische Antwort auf die Versuche der städtischen und universitären Administration, der Auseinandersetzung über die Hochschulreform auszuweichen, indem sie mit exemplarischen Bestrafungen sei es gegen Individuen, sei es gegen einen politischen Studentenverband, die auf Hochschul- und Studienreform dringenden Studenten einzuschüchtern und ihre Solidarität zu zerstören.

Der SDS weiß, daß er in dieser Auseinandersetzung nur dann eine treibende Kraft sein kann, wenn er in seinem eigenen Verbandsleben die demokratische rationale Diskussion zum Zentrum macht und die Spontaneität und Selbständigkeit seiner Mitglieder unterstützt. Deswegen lehnte und lehnt der SDS es ab, die teilweise mit faschistoiden Kampagnen seitens der Berliner Administration und des überwiegenden Teils der Berliner Presse begleiteten Aufforderungen der Universitätsbürokratie zu befolgen, sich exponierende Mitglieder des SDS auszuschließen, auch wenn der SDS in seiner Gesamtheit die Aktionen dieser Mitglieder nicht billigte. Denn der SDS weiß, daß nur die demokratische Auseinandersetzung gerade auch mit politisch falschen Aktionen ihm im damit verbundenen politischen Lernen weiterhelfen und stärken.

Allerdings erfordert dies Prinzip der demokratisch argumentierenden Auseinandersetzung im Verband, daß sich alle Gruppierungen im SDS an dieses Prinzip halten. Es stellt keinen Beitrag zu dieser innerverbandlichen Auseinandersetzung dar, wenn eine Gruppierung im Berliner SDS zum wiederholten Male versucht, den Verband mit vollendeten Tatsachen zu konfrontieren. Im Fall der Verfasser der mit „SDS“ unterzeichneten durchnummerierten Flugblätter kommt hinzu, daß der Politische Beirat des Berliner SDS am 29. 4. 1967 die Schritte des SDS während der Urabstimmung diskutiert hat und mehrheitlich zu dem Ergebnis gekommen ist, daß Flugblätter dieser Art mit der Politik, die der SDS hinsichtlich der Urabstimmung verfolgt, nicht vereinbar sind. Deswegen hätten die Verfasser der in Frage stehenden Flugblätter keinesfalls die Unterzeichnung „SDS“ wählen dürfen. Der Vorstand des SDS an der FU und der Vorstand des Landesverbandes Berlin im SDS suspendieren die aktiven und passiven Mitgliedsrechte der Flugblattverfasser, weil sie sowohl im Hinblick auf die Auseinandersetzung an der FU wie auch im Hinblick auf die weitere Entwicklung des Berliner SDS nicht zu dulden bereit sind, daß die demokratische Auseinandersetzung im Verband durch Überrumpelungsmanöver ersetzt wird. Der Vorstand der SDS-Gruppe an der FU und der Vorstand des Landesverbandes Berlin im SDS werden auf der Landesvollversammlung, die in Kürze stattfinden wird, den Antrag stellen, die Verfasser der Flugblätter aus dem SDS auszuschließen.

Vorstand des Landesverbandes Berlin   gez.: Hackelberg  
Vorstand der SDS-Gruppe an der FU   gez.: Bergmann  
Bundes-Vorstand des SDS               gez.: Lefèvre

(Archiv ZI 6: Akte E 0702 FU/TU „Flugblätter Januar—Mai 1967“)

## DOKUMENT 694

Offener Brief des SDS-Landesvorstandes  
Antwort des SDS an den Rektor

Ew. Magnifizenz,

Wie Sie durch die Presse erfahren haben, gab es auf der Landesvollversammlung des SDS vom 15. 4. 1967 eine Resolution über die Ereignisse anlässlich des Besuches eines der Hauptverantwortlichen für den verbrecherischen Krieg in Vietnam, des Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Hubert H. Humphrey. Wie Sie außerdem wissen, ist der SDS einer der wenigen oppositionellen Studentenverbände, dessen demokratische Struktur allein auf der Selbsttätigkeit seiner Mitglieder basiert.

So ist der Beschluß vom 15. 4. 1967 als Ausdruck des politischen Willensbildungsprozesses innerhalb des Verbandes zu

begreifen. Der Beschluß und die ihm vorausgehende Aktion waren und sind Gegenstand der kontroversesten Diskussion im SDS. Wenn wir Sinn und Zeitpunkt Ihrer Fragen richtig interpretieren, so wünschen Ew. Magnifizenz die Anwendung des Beschlusses der Landesvollversammlung des SDS vom 7. 1. 1967 hinsichtlich „verbandsschädigenden Verhaltens“ auf die von Ihnen genannten Personen, damit von einem eventuellen Entzug der Förderungswürdigkeit des SDS mit Rücksicht auf den Lehr- und Lernfrieden abgesehen werden kann. Wir stellen fest, daß der von Ihnen genannte Beschluß nicht im Hinblick auf die Hausordnung Ew. Magnifizenz gefaßt wurde. Bei seiner Abfassung war der Mitgliederversammlung klar, daß „verbandsschädigendes Verhalten“ sich allein von der innerverbandlichen demokratischen Diskussion her bestimmen läßt, nicht aber von der Reaktion einer zensierten Öffentlichkeit. Aus diesem Grund ist der Vorstand des SDS nicht das Sondergericht anderer politischer oder akademischer Instanzen, wenn diesen eine formalrechtliche Handhabe fehlt oder die ganze Richtung nicht paßt. Allein die Tatsache, daß der SDS als oppositionelle Minderheitsorganisation seinen verschiedenen Fraktionen die Möglichkeit der Vergegenständlichung ihrer politischen Vorstellungen nach außen gibt, deutet darauf hin, daß der SDS nicht bereit ist, zu einer stalinistischen Organisation zu werden, um seine Förderungswürdigkeit zu behalten.

Da der akademische Senat einerseits die Förderungswürdigkeit der Studentenverbände von seinem Begriff der akademischen Würde abhängig macht, er aber andererseits noch kein Wort über den Völkermord in Vietnam gesagt hat, ganz im Gegenteil die Verantwortlichen des Krieges durch Universitätsbeflagung chrt, bedarf der Begriff der akademischen Würde einer neuen Definition.

Hochachtungsvoll SDS

(Archiv ZI 6: Akte E 0702 FU/TU „Flugblätter Januar—Mai 1967“)

## DOKUMENT 695

Brief der Professoren Ludwig von Friedeburg und Jürgen Habermas an den 1. AstA-Vorsitzenden Hartmut Häußermann  
Frankfurt, 4. Mai 1967

Sehr geehrter Herr Häußermann!

Sie haben uns gebeten, zu dem Konflikt zwischen der Studentenvertretung und dem Akademischen Senat der Freien Universität Stellung zu nehmen. Wir haben vor wenigen Monaten auf den Berliner Universitätstagen in allgemeiner Form unsere Auffassungen vorgetragen. Wir fühlen uns daher verpflichtet, sie nun bei einem bestimmten Anlaß zu konkretisieren.

1. Der Rektor der Freien Universität hat gegen 3 Studenten die Einleitung eines Disziplinarverfahrens beantragt, weil sie nach seiner Auffassung für das sit-in vom 19. April die Verantwortung tragen und sich der „Anstiftung zu pflichtwidrigem Verhalten“ schuldig gemacht haben. Wir unterstellen, daß das Vorgehen des Rektors rechtlich unbedenklich ist. Würde das sit-in keinen Anlaß zu disziplinarischen Maßnahmen geben, wäre es kein sit-in. Als Kampfmittel ist es dadurch definiert, daß es eine Hausordnung verletzt. Deshalb hielten wir es für inkonsequent, nach einem sit-in gegen die Sanktionen, die durch diese Veranstaltung ausgelöst sind, als solche zu opponieren. Konsequent ist es aber, gegen die falsche Legalisierung eines der Sache nach politischen Konfliktes anzugehen. Nach den Vorgängen in Berkeley und anderen Universitäten Amerikas wie Europas müßte es jedem unvoreingenommenen Beobachter klar geworden sein, daß sich in hochschulpolitischen Auseinandersetzungen das sit-in als Kampfmittel der Studenten eingebürgert hat. Über die Legitimität eines Mittels, das die Verletzung von Hausordnung einschließt, läßt sich gewiß streiten. Wir würden vorschlagen, es für legitim anzusehen, wenn Studenten in einer mit Argumenten geführten Auseinandersetzung darauf zurückgreifen, nachdem sie die formell zugestandenen Möglichkeiten des Protests gegen einen durch Amtspositionen tatsächlich privilegierten Teil der Korporation genutzt und erschöpft haben.

Wenn die Veranstaltung vom 19. April in diesem Sinne ein angemessenes Kampfmittel war, dann verlieren die Sanktionen gegen die Beteiligten ihren Charakter als bloße Rechtsakte. Die juristische Form darf den politischen Inhalt nicht verschleiern.

2. Der Bericht des Rektors nennt drei politische Streitpunkte als Anlaß der Protestaktion vom 19. April:

Die sachlichen Angaben über die Kürzungen des Etats der Studentenschaften rücken zwar Proportionen wieder zurecht; aber sie machen den Protest der Studenten auch verständlich. Das Kuratorium hat, wie immer man es wenden will, im Januar den gesamten Zuschuß der Universität zu den Ausgaben der Studentenschaft vorläufig gesperrt und eine Überprüfung des Finanzgebarens der Studentenvertretung veranlaßt. Aufgrund dieser Kontrolle hat es im April fast ein Drittel des Zuschusses gekürzt. Wir unterstellen die Sachlichkeit dieser Entscheidung. Gleichzeitig können sich die Verantwortlichen nicht darüber getäuscht haben, daß ihre Entscheidung in dem akuten Zusammenhang mit den Konflikten an der Universität gesehen und deshalb als politische Repressalien verstanden werden mußten.

Der Beschluß des Akademischen Senats, Forschungsseminare von den Lehrveranstaltungen auszuschneiden, die im FU-Spiegel rezensiert werden können, läßt sich mit guten Argumenten verteidigen. Die Studenten mußten aber zunächst davon ausgehen, daß wieder einmal die Rezensionen von Lehrveranstaltungen überhaupt in Frage gestellt werden sollte. Wenn wir Professoren das Recht der Studenten, unsere Lehrveranstaltungen auch öffentlich zu kritisieren, als selbstverständlich anerkennen würden, entfielen Mängel wie Anonymität und überzogene Polemik, die doch nur die Kehrseite unserer gekränkten Reaktionen darstellen.

Die Förderungswürdigkeit einer politischen Studentengruppe sollte nicht vom Wohlverhalten einer notorischen Minderheit abhängig gemacht werden. Wir meinen, daß die anlässlich des Humphrey-Besuchs geplanten Provokationen wohl Dummheiten darstellen, aber nicht als kriminelle Handlungen eingestuft werden können. Wenn sich ein Studentenverband unter dem Eindruck törichter Reaktionen von Polizei und Presse zunächst einmal nicht dem geforderten Ritual des Ausschlusses oder der öffentlichen Distanzierung unterwirft, dann mag das wohl politisch unklug sein. Aber gerade wir, die wir mit Studenten täglich umgehen, sollten einen psychologischen Zusammenhang von einer politischen Verschwörung unterscheiden können.

3. Die legalistische Empörung verdunkelt den hochschulpolitischen Charakter der Auseinandersetzung. Es geht nicht um einen Rechtsstreit, sondern darum, daß das Studium sinnvoll reformiert und das Berliner Modell ausgebaut wird. Weil Konvent und AStA — wie die Arbeit in den Studienreformkommissionen zeigt, die Interessen der Studentenschaft sachlich und wirksam vertreten, sollte sich die Studentenschaft von ihren Repräsentanten nicht trennen lassen.

Mit freundlichen Empfehlungen  
gez. Ludwig von Friedeburg  
gez. Jürgen Habermas

(Archiv ZI 6: FUspiegel, INFORMATIONEN für die STUDENTENSCHAFT, Mai 1967)

## DOKUMENT 696

### Was will der AStA der Freien Universität

Der AStA ist erfreut, daß der Rektor der Freien Universität sich mit Flugblättern und Reden in Vorlesungen an die Studentenschaft wendet und damit der langjährigen Forderung der Studentenvertretung nach öffentlicher Erörterung der Universitätsprobleme nachkommt.

Zugleich aber ist der AStA enttäuscht, daß der Rektor in seinem Bericht über „Die Situation an der Freien Universität zu Beginn des Sommersemesters 1967“ im letzten Absatz der Studentenschaft ein Angebot macht, das eine direkte Einmischung in die freie Entscheidung des einzelnen bei der Urabstimmung darstellt: den Studenten wird erklärt, daß sie die Disziplinarverfahren von ihren Vertretern abwenden können,

wenn sie ihnen in der Urabstimmung das Mißtrauen aussprechen.

Der Rektor macht dem AStA den Vorwurf, die „Ordnungen“ der Freien Universität nicht beachtet zu haben. Gleichzeitig mißbraucht er die Disziplinarordnung, um eine freie Wahl im autonomen Bereich der studentischen Selbstverwaltung zugunsten der Studentenvertretung zu beeinflussen.

Die jetzt geltende Disziplinarordnung soll in Unabhängigkeit und Neutralität als gleiches Recht für alle gelten. Sie wird aber zum politischen Werkzeug degradiert, wenn sie der Rektor als Druckmittel benutzen darf und damit direkten Einfluß auf eine Abstimmung der Studentenschaft zu nehmen sucht.

Offensichtlich ist der Rektor selbst nicht von der Notwendigkeit seines Vorgehens gegen die Studentenvertreter überzeugt: Wie konnte er sonst die Disziplinarverfahren als Tauschobjekt für ein Mißtrauensvotum gegen die gewählten Vertreter der Studentenschaft anbieten?

Es ist unverständlich, wenn der Rektor sagt: steht die Studentenschaft hinter ihren Vertretern, dann werden diese disziplinarisch belangt. Steht sie nicht hinter ihnen, dann gibt es auch keinen Grund, gegen die Vertreter vorzugehen. Die Disziplinarverfahren sollen offenbar nicht die Vertreter, sondern die Studentenschaft selbst treffen.

Der AStA hat gegen den Rektor wegen seines Verhaltens in dieser Angelegenheit Dienstaufsichtsbeschwerde erhoben.

Die Tatsache, daß der Rektor mit solchen Angeboten die Wahl der Studentenschaft zu beeinflussen sucht, zeigt, wie sehr ihm daran gelegen ist, die Studentenvertretung von den durch sie vertretenen Studenten abzuspalten und direkt in die personelle Besetzung der Ämter in der studentischen Selbstverwaltung einzugreifen.

### Zu den Vorwürfen des Rektors

1. Von der Studentenschaft wurde kritisiert, daß der Prorektor in einer Sitzung des Kuratoriums eine Liste mit Namen von Demonstranten entgegengenommen hat. Der Regierende Bürgermeister übergab die Liste mit der Bemerkung, nun habe die Universität die Möglichkeit, disziplinarisch gegen die Demonstranten vorzugehen. Der Herr Prorektor hat sich dafür bedankt, auf der Liste standen auch Namen von Personen, die an legalen, angemeldeten und genehmigten Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg teilgenommen haben. Der Prorektor hat sich damit in den Dienst einer politischen Demonstration gestellt, die nichts anderes darstellt, als ein Nachgeben auf die Kampagne in der Presse gegen Vietnam-Demonstranten. Dies hat die Studentenvertretung kritisiert.

2. Der Haushalt der Studentenschaft wurde 5 Tage nach dem Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten um 47 700 Mark gekürzt, mit der Stimme des Repräsentanten der Freien Universität, obwohl vom Vorsitzenden des Kuratoriums, dem Regierenden Bürgermeister, noch 8 Tage zuvor nach langen Verhandlungen keine Einwände mehr gegen die Höhe des studentischen Haushalts vorgebracht worden waren. Es handelt sich hierbei effektiv um eine Kürzung, da das Haushaltsvolumen zwar nicht ausgedehnt worden ist, die Beiträge der Studenten zu diesem Haushalt aber kurz zuvor um 2 Mark erhöht worden waren.

Die Summe dieser Erhöhung ist vom studentischen Haushalt abgezogen und einem Fonds „Außerplanmäßige Ausgaben“ der Universitätsverwaltung zugeführt worden. Es handelt sich nach wie vor um nichts anderes, als um eine politisch motivierte Kürzung des Haushalts der Studentenschaft.

3. In Sachen „Rezension des Seminars von Prof. Fraenkel“ wird dem AStA-Vorsitzenden vorgeworfen, er habe die Unwahrheit gesagt. Der Rektor kann nur infolge mangelnder Information zu dieser schwerwiegenden Aussage gelangt sein.

Prof. Fraenkel hat, nachdem ihm im Februar die Rezension zugeschickt worden war, alles getan, um ihr Erscheinen zu verhindern (Briefe an den Regierenden Bürgermeister, den Rektor und das Kuratorium). Mit der Redaktion des FUSPIEGEL oder dem AStA hat er keinen Kontakt aufgenommen. Erst kurz vor Redaktionsschluß ließ er den AStA wissen, daß er gerne mit Studenten darüber reden möchte.

Das „Gentleman's Agreement“, das er vorschlug, war: der FUSPIEGEL sieht vorerst von der Veröffentlichung ab, und Prof.

Fraenkel stellt seinen Antrag auf Verbot solcher Rezensionen beim Akademischen Senat zurück. Eine öffentliche Diskussion solle stattfinden. Der AStA ging darauf nicht ein, da er Interesse an der Publizierung, an der Entscheidung des Senats und an der öffentlichen Diskussion hatte. In einem schriftlichen „Gentleman's Agreement“ hingegen, das dem Akademischen Senat bei seiner Entscheidung vorlag, das dem AStA aber erst am Tag danach bekannt wurde, macht Prof. Fraenkel die öffentliche Diskussion von der Nichtpublizierung abhängig.

Drei Interessen bewegten den AStA bei seiner Entscheidung vor der Senatssitzung: a) es sollte dokumentiert werden, daß studentische Kritik nicht durch Machtanwendung unterdrückt werden kann, b) der Akademische Senat, der sich wie alle anderen offiziellen Universitätsstellen bisher um eine Stellungnahme zur Rezensionsfrage gedrückt hatte, sollte sich zu dem Ersuchen des Prof. Fraenkel äußern, c) eine öffentliche Diskussion sollte auf jeden Fall stattfinden. Die Veröffentlichung steht dem nicht nur nicht im Wege, sondern fordert sie geradezu heraus.

Die Behauptung des Rektors, der AStA-Vorsitzende habe ihn in den vergangenen Wochen mehrfach belogen, sollte erst dann aufgestellt werden, wenn sie belegt werden kann. So gerät der Rektor in den Verdacht, Unwahrheiten zu verbreiten.

4. Immer und immer wieder wird dem AStA vom Rektor vorgeworfen, er habe die Studenten aufgefordert, die Universitätsordnung zu mißachten. Diese Beschuldigung wird auch durch ständiges Wiederholen nicht richtiger. Es ist unrichtig, wenn der Rektor behauptet, der 1. AStA-Vorsitzende habe am 19. 4. die Versammlung im Audimax darauf hingewiesen, daß „man zu einem späteren Zeitpunkt in die Halle des Henry-Ford-Baues gehen und dort Filme zeigen werde“. Die Studenten, die zu der Informationsveranstaltung gekommen waren, entschlossen sich nach Bekanntwerden des Seminarensen-Verbots zu einer Protestveranstaltung in der Vorhalle des Henry-Ford-Baues. Der AStA hat es in der Tat nie für seine Aufgabe gehalten, legitime Protestversammlungen der Studenten zu verhindern oder gar, wie es der Rektor tat, durch die Polizei auflösen zu lassen. Die Vertreter der Studentenschaft betrachten es nicht als ihre „Amtspflicht“, Studenten am Protest gegen obrigkeitliche Maßnahmen zu hindern.

Der AStA-Vorsitzende hat allgerings gegen eine Anordnung des Rektors verstoßen: mit seiner Aussage, es sei Sache des AStA, wie er seine Veranstaltungen durchführe, denn nach Ansicht des AStA überschreitet der Rektor seine Kompetenzen, wenn er der Studentenvertretung die Durchführung ihrer Veranstaltungen vorschreiben will. Es würde dem AStA nie einfallen, den Rektor der „Überschreitung seiner Amtskompetenzen“ zu bezichtigen, wenn er bei einer Professorenversammlung — wie am 29. 4. — keine Diskussion zuläßt. Es ist Sache der Professoren, wie sie ihre Versammlungen durchführen. Wenn Professoren nicht diskutieren wollen, werfen wir dies nicht dem Rektor vor.

Der AStA erklärt nach wie vor in aller Deutlichkeit, daß er sich nie von begründeten demokratischen Protestversammlungen distanzieren wird. Es ist ein Ziel seiner Arbeit, daß sich die Studenten selbst für ihre Probleme interessieren und sich für ihre Interessen einsetzen.

Die Studentenvertretung hat immer wieder auf die Schwächen des Berliner Modells in seiner jetzigen Form hingewiesen und seinen Ausbau gefordert. Gab es dazu jemals ein Flugblatt oder eine Rede des Rektors?

#### Vorschläge zur Neuordnung der Freien Universität

Die Studentenschaft würde es sehr begrüßen, wenn sich der Rektor und andere Professoren ebenso aktiv in die hochschulpolitische Diskussion einschalten würden, wie sie es jetzt tun, da es ihnen um die Erhaltung ihrer Autorität geht.

Im AStA werden seit langem Vorschläge zur Reform von Studium und Hochschule ausgearbeitet. Wenn Sie der Meinung sind, daß Ihre Vertretung konsequent an der Verwirklichung einer demokratischen Universität weiterarbeiten soll, dann dürfen Sie sie jetzt nicht abwählen, dann müssen Sie mit NEIN stimmen!

Die Vorstellungen von einer Neuordnung der Freien Universität sollen hier noch einmal in ihren Prinzipien bekanntgemacht werden:

#### Kurzanalyse

Geht man in der Diskussion um Hochschulreform von drei Prinzipien aus:

① Von der notwendigen Unabhängigkeit der Hochschule in ihrer wissenschaftlichen Arbeit von direktem oder industriellen Einfluß

② Von der Notwendigkeit, wissenschaftliche Arbeitsbedingungen an der Hochschule durch größtmögliche Kommunikation in allen Bereichen unter Vermeidung willkürlicher Entscheidungen herzustellen

③ Von der Notwendigkeit, die Studierenden durch Information über und Teilnahme am Forschungsprozeß auszubilden und das Studium an zukünftigen Berufsbildern zu orientieren. — so zeigt sich, daß die Universität derzeit diesen Prinzipien nicht hinreichend entspricht. Denn

① ist die Unabhängigkeit ihrer wissenschaftlichen Arbeit dadurch gefährdet, daß im Zusammenspiel mit privat-industriellen Geldgebern und auch durch die „pressure“ einzelner Ordinarien oder Institute im politischen Raum der Forschungsprozeß in eine gefährliche Abhängigkeit von außerwissenschaftlichen Instanzen gerät (ohne daß die notwendige Diskussion über die Verbindung der Wissenschaft zur Gesellschaft selbst vorher genügend geführt wäre);

② wird die Diskussion über wissenschaftliche Methoden und Inhalte und damit auch über den Zweck des Studiums derzeit vor allem durch die Ordinarien- und Institutsstruktur der Hochschule behindert, die allein nach den Arbeits- und Prestigebedürfnissen der Lehrstuhlinhaber ausgerichtet ist. Diese Struktur widerspricht erstens dem Prinzip, daß die Verwirklichung der Forschungs-, Lehr- und Ausbildungsfreiheit in einem demokratischen und sozialen Rechtsstaat die Mitbestimmung aller Personengruppen sind, an der Selbstverwaltung der Hochschule in allen Bereichen bedeutet. Sie widerspricht zweitens den objektiven organisatorischen Bedingungen, unter denen nachweislich wissenschaftliche Fruchtbarkeit und Ausbildungserfolg zusammenfallen. Vor allem die Verfügungsgewalt der Ordinarien über

a) den Institutshaushalt

b) Arbeit und Einsatz des wissenschaftlichen Personals

c) Art, Richtung und Auftraggeber der Forschung hat häufig zur Folge, daß

a) wissenschaftliche Forschung unsystematisch bleibt, weil ihre Ziele und Methoden ungenügend diskutiert werden

b) die weisungsgebundenen und abhängigen wissenschaftlichen Mitarbeiter (Assistenten etc.) sowie die auszubildenden Studenten ungenügend am Wissenschaftsprozess beteiligt werden

c) der materielle Gewinn und die Publikation von Forschungsergebnissen den Professoren allein verbleibt, die auch schon die Auftragsverhandlungen nach Art eines wirtschaftlichen Unternehmens geführt haben.

③ Weil angesichts der unter ② geschilderten Mängel die Forschungsarbeit des Ordinarius undiskutiert bleibt und auch die Lehre von den betreffenden Studenten nicht beeinflusst werden kann, ist der Nutzen der Forschung wie die wissenschaftliche Ausbildung der Studierenden oft nicht gesichert. Andererseits sind die beruflichen Anforderungen, auf die sich das Fachstudium in der Regel recht und schlecht bezieht, so wenig klar und untersucht, daß die Pflichtbestandteile und Prüfungsordnungen der einzelnen Studiengänge veraltet sind und konservative gesellschaftliche Funktionen erhalten. Die Notwendigkeit vieler staatlicher Prüfungsanforderungen muß besonders überprüft werden.

In dieser Situation ist die bloße Straffung des Studienganges nach willkürlichen und unerprobten Prinzipien eine schlechte Abhilfe. Studienkontrolle und Zwischenprüfungen z. B. erzielen nicht eine wirksame Förderung des einzelnen Studierenden, sondern haben eine undemokratische Auslese zur Folge und mindern zumindest im ersten Studienteil, dem geplanten Grundstudium, die Einführung der Studierenden in die wissenschaftlichen Prinzipien seines Fachs.

Hingegen ergeben sich neben der Notwendigkeit des Ausbaus der Universitäten die drei den oben geschilderten Mängeln entsprechenden Forderungen.

① Die Hochschule muß das Recht erhalten, die vom Staat gewährleisteten finanziellen Mittel unabhängig zu verwalten und über ihre Verwendung zu entscheiden. Anzustreben ist also eine Einheit von akademischer und wirtschaftlicher Verwaltung. Die berechtigten Interessen der staatlichen Verwaltung an einer sinnvollen Nutzung der Mittel können am besten berücksichtigt werden, wenn die Entscheidungsstruktur innerhalb der Hochschule eine demokratische Entscheidung über die Ausgabe der Mittel gewährleistet und wenn zusätzlich das Kuratorium der Universität über Bedarf und Verwendung der Mittel mitentscheidet. Im Kuratorium ist wie seither die Öffentlichkeit vertreten.

② Um eine verantwortungsvolle Verwaltung der öffentlichen Mittel innerhalb der Hochschule zu garantieren und um bessere wissenschaftliche Arbeitsbedingungen zu schaffen, müssen alle Personengruppen innerhalb der Hochschule gemäß ihrer differenzierten Funktion in Lehre, Forschung und Ausbildung beteiligt werden.

Zu diesem Zweck muß das Lehrstuhlprinzip, das die patriarchalische Macht der Ordinarien noch heute garantiert, wegfallen. Fachprofessoren müssen in Abteilungen zusammenarbeiten und in interfakultativen Instituten Grenzgebiete pflegen.

③ Um die Teilnahme der Studierenden zu verbessern, müssen die Studiengänge neu gegliedert werden, neue Formen der Arbeit in kleinen Gruppen müssen an die Stelle einer Auslese durch Zwischenprüfung oder Seminar-Eingangsprüfungen treten.

Um die damit umrissenen Ziele einer Hochschulreform wirksam diskutieren, in die Praxis umsetzen und in der wissenschaftlichen Arbeit garantieren zu können, muß als wichtigste Voraussetzung die Hochschule neu organisiert werden.

#### Aufgaben der Universität

Es empfiehlt sich, einer Neuorganisation der Freien Universität einen Aufgabenkatalog voranzustellen, der in größerem Rahmen die Rolle der Universität und ihre Organisation definiert.

Die Freie Universität Berlin ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit dem Recht der Selbstverwaltung ihrer akademischen, wirtschaftlichen und personellen Angelegenheiten. Ihre Selbstverwaltung geschieht im demokratischen Zusammenwirken der Hochschullehrer, der sonstigen Lehrkräfte und wissenschaftlichen Mitarbeiter und der Studentenschaft (§§ 48, 50 HLG), die ihre eigenen Angelegenheiten selbst regeln und ihre Rechte und Interessen innerhalb und außerhalb der Universität selbständig wahrnehmen.

Die Freie Universität erfüllt ihre Aufgaben im Dienste der Erhaltung und Entwicklung der sozialen und rechtsstaatlichen Demokratie. Diese Aufgaben sind in Freiheit und Unabhängigkeit und im Zusammenwirken von Lehrenden und Lernenden:

- der wissenschaftlichen Forschung und Lehre zu dienen,
- die Freiheit der Ausbildung und Berufswahl für den Hochschullehrerberuf zu sichern,
- die Ausbildung und Fortbildung des Nachwuchses und der Angehörigen von Berufen zu ermöglichen, in denen eine wissenschaftliche Bildung erforderlich oder dienlich ist,
- an der allgemeinen wissenschaftlichen und kulturellen Erwachsenenbildung mitzuwirken,
- unter ihren Mitgliedern und im öffentlichen Leben die politische Bildung und Betätigung zu fördern, die der Ausgestaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Verhältnisse durch die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse dienen.

#### Eine demokratische Organisation

Im folgenden wird diese neue Organisation entworfen, sie wäre einerseits schon selbst Bestandteil der Hochschulreform und würde sie andererseits ständig neu ermöglichen.

Eine Organisation, die diese Aufgaben angemessen erfüllen kann, hat einen Instanzenzug der Entscheidungen zu gewährleisten, der von unten nach oben geht und an dem alle Universitätsgruppen gemäß ihrer Funktion zu beteiligen sind. Dementsprechend baut sich die Hochschulorganisation auf den Ebenen von Rektorat, Akademischen Senaten und Kuratorium, Fakultät, Abteilung und Institut auf zweierlei Weise auf:

① werden Gremien gebildet, die auf jeder Ebene die Fragen der Struktur, der Forschung, der Lehre und der Finanzen beraten und zur Entscheidung vorschlagen;

② werden die Personengruppen von Habilitierten, wissenschaftlichen Mitarbeitern und Studenten auf jeder Ebene Versammlungen bzw. Vertretungen bilden, aus deren Mitte in die unter ① geschilderten Gremien delegiert werden.

#### Im folgenden wird die Organisation der Hochschule geschildert

① **Kuratorium:** Das Kuratorium verbindet, wie seither üblich, die an der Hochschule interessierte politische Öffentlichkeit mit der Universität. Sein Vorsitzender ist der Regierende Bürgermeister von Berlin, ihm gehören zwei weitere Senatoren, 3 Abgeordnete der Berliner parlamentarischen Vertretung, 3 Vertreter der Öffentlichkeit, und für die Universität der Rektor, der Prorektor für Finanzen sowie je ein Vertreter der Habilitierten, der wissenschaftlichen Mitarbeiter (Assistenten etc.) und der Studenten an. Das Kuratorium beschließt über den Haushalt der FU unter Ausgleich der öffentlichen und universitären Interessen.

② Es wird ein kleiner und ein großer Akademischer Senat gebildet. Der Kleine Akademische Senat (in wichtigen Fragen oder Streitfällen auch der Große Senat) fällt die hochschulpolitischen Entscheidungen auf oberster Ebene und bereitet den Haushaltsplan der Universität zur Entscheidung im Kuratorium vor. In den vier Bereichen von Finanzen, Forschung, Studienreform und Strukturfragen werden Ausschüsse eingesetzt, deren Vorsitzende vier Prorektoren (für den jeweiligen Bereich) sind und deren Arbeit die Entscheidungen des Kleinen Akademischen Senats fachlich vorbereitet. In allen Ausschüssen des Senats sitzen 6 Fakultätsvertreter, je ein Vertreter der Habilitierten, wissenschaftlichen Mitarbeiter und Studenten; im Studienreformausschuß sitzen je drei Vertreter der Gruppen.

③ **Fakultätsebene:** Der Fakultätsvertretung gehören alle Habilitierten, 2 Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiter und 2 Studenten an; außerdem pro angefangene Zahl von 10 Habilitierten je 1 wissenschaftlicher Mitarbeiter und 1 Student mehr. Die Fakultätsvertretung betreut vor allem die Haushalte, Promotionen, Habilitationen, Berufungen von jenen Seminaren und Instituten, die keiner Abteilung angehören; zu diesem Zwecke werden Personen eingesetzt, die sich aus diesen Fächern rekrutieren.

Ansonsten bereitet die Fakultät die Beratungen im Kleinen Akademischen Senat vor und erläßt Ordnungen für den Fakultätsbereich. Sie ist zuständig für die Verleihung akademischer Grade und Ehren, wählt den Dekan und den Prodekan sowie die Fakultätskommission für Finanzen und Struktur auf Vorschlag der entsprechenden Abteilungskommissionen. Die Fakultätsausschüsse für Finanzen und Struktur setzen sich zusammen aus 3 Habilitierten, 2 wissenschaftlichen Mitarbeitern und 1 Studentenvertreter. Die 3 Personengruppen wählen ihre Vertreter auf Fakultätsversammlungen bzw. durch Konvent (Studenten).

④ **Abteilungsebene:** Die Abteilungsververtretung besteht aus allen Habilitierten der Abteilungen sowie Vertretern der wissenschaftlichen Mitarbeiter und der Studenten; im Verhältnis 4:2:1.

Die Abteilungsververtretung wählt den Direktor aus dem Kreis der Habilitierten, Wiederwahl ist unbegrenzt zulässig. Sie hat die Haushaltskompetenz im Abteilungsbereich, beschließt über Berufungen in Zusammenarbeit mit Berufungsausschüssen, über Promotionen und Habilitationen. Das wissenschaftliche Personal wird der Abteilung, nicht einzelnen Habilitierten zugeordnet. Auf Abteilungsebene wird über die Errichtung zeitweiliger Forschungsgruppen und die Zuordnung des Personals zu ihnen entschieden. Der Abteilungsververtretung sind Ausschüsse für Finanzen, Struktur, Forschung und Lehre zugeordnet, die ihre Entscheidungen vorbereiten sollen. Die Wahl der Mitglieder geschieht durch die Gruppenvertretung der Habilitierten, der wissenschaftlichen Mitarbeiter und der Studenten. Die Ausschüsse auf Abteilungsebene arbeiten mit den entsprechenden Ausschüssen auf Senatsebene eng zusammen und reichen die Vorschläge für den Haushalt (Finanzausschuß), Rationalisierung und Hochschulreform (Strukturausschuß), die Be-



ratung und Genehmigung von Außenfinanzierungen, Forschungsprojekten und -Semestern (Forschungskommission) und Lehrprogramme, Didaktik und Prüfungsordnungen (Lehrkommission) auf die Akademische Senatsebene und deren Kommissionen weiter.

An den eventuellen Instituts- oder Seminarvertretungen (innerhalb von Abteilungen) werden alle Personengruppen nach dem schon genannten Prinzip beteiligt. Ihnen obliegen Entscheidungen über fachspezifische Angelegenheiten, sie haben jedoch keine Haushaltskompetenz.

**Zusammenfassung:** Auf Abteilungs-, Fakultäts- und Universitätssebene geschieht die Wahl der jeweiligen Gruppenvertreter in die Vertretungen und Ausschüsse (s. o.) in den Gremien: Versammlung der habilitierten Hochschullehrer; Versammlung der wissenschaftlichen Mitarbeiter; Versammlungen, Fakultätsvertretungen und Konvent bei den Studenten. Die einzelnen Personengruppen vertreten ihre Interessen selbständig innerhalb und außerhalb der Universität. Die Studentenschaft als besonders strukturierte Gruppe innerhalb der Universität muß für die Zwecke ihrer Selbstverwaltung einen Haushalt mit Sondervermögen besitzen sowie Rechtsfähigkeit und Autonomie in ihrer demokratischen Selbstverwaltung zugesprochen bekommen.

#### 5 Akademische Prüfungen und Personalfragen.

a) Für die Durchführung akademischer Prüfungen und Beförderungen (Studienabschlußprüfungen, Promotion, Habilitation, Ernennung zum apl. Professor, erstmalige Berufung zum Professor) werden von den Mitgliedern einer Abteilung, die die betreffende akademische Prüfung bzw. Beförderung bereits absolviert haben, besondere Prüfungskommissionen gebildet oder Gutachter bestimmt (soweit nicht bei bestimmten Prüfungen den Kandidaten freie Wahl der Prüfer zusteht). Hinzukommen Beisitzer aus dem Kreis der Mitglieder der Abteilung, die die betreffende Prüfung oder Beförderung nicht absolviert haben. Diese Beisitzer werden von der Vertretung der Studenten bzw. der Assistenten und sonstigen Lehrkräften der Abteilung gewählt. Sie sollen Einspruch gegen die Entscheidung einer Kommission einlegen, sofern sie Verfahrensmängel feststellen. In diesen Fällen muß die Prüfung vor einer Kommission anderer Zusammensetzung wiederholt werden. In Fachkommissionen von den zuständigen Mitgliedern (bzw. ihren Gremien) in einer Fakultät gebildet.

b) Für die Besetzung wissenschaftlicher Personalstellen werden in den Abteilungen besondere Personal- bzw. Berufungskommissionen gewählt. Ihnen sollen auch mindestens je zwei Vertreter der Assistenten und sonstigen Lehrkräfte und ein Vertreter der Studenten der Abteilung mit Stimmrecht angehören. Die Mitglieder dieser Kommissionen werden von den Mitgliedergruppen in der Abteilung gewählt.

Für Stellen, die keiner Abteilung (bzw. mehreren Abteilungen) eingeordnet sind, bilden die zuständigen Fakultätsvertretungen der Mitgliedergruppen entsprechende Kommissionen.

Die Kommissionen können die vakanten Stellen öffentlich ausschreiben. Sie sind dazu verpflichtet, wenn eine Stelle länger als 6 Monate nicht besetzt ist.

Bei der Besetzung von Personalstellen ist nach Möglichkeit sowohl die Vollständigkeit des Lehrangebots im Sinne der Studieninteressen der Studenten und der Prüfungsordnungen als auch die kontinuierliche Arbeit an Forschungsvorhaben sicherzustellen. Fällt die Berufung auf eine Personalstelle mit einer akademischen Beförderung des Kandidaten zusammen (z. B. bei Erstberufungen), so ist die Berufungskommission an die Zustimmung der zuständigen wissenschaftlichen Gutachterkommission gebunden (vgl. 6 a).

(Archiv ZI 6: Akte E 0702 FU/TU „Flugblätter Januar—Mai 1967“)

## DOKUMENT 697

### Offener Brief

Frankfurt am Main,  
den 7. Mai 1967

Hochverehrter Herr Bundespräsident!

Die Konföderation Iranischer Studenten hat mit Bestürzung Kenntnis genommen von der Einladung, die seitens der Bundesrepublik Deutschland an Schah Mohammed Reza Pahlawi von Iran ergangen ist.

Wie Ihnen, Herr Bundespräsident, bekannt ist, lebt das iranische Volk trotz des großen nationalen Reichtums an Öl und anderen Bodenschätzen nach wie vor in größter Armut, Unwissenheit und katastrophalen gesundheitlichen und hygienischen Verhältnissen. Nicht nur die materiellen Lebensbedingungen der überwiegenden Mehrheit unseres Volkes sind so beklagenswert, es werden ihm auch die elementarsten Menschenrechte — Gleichheit aller vor dem Gesetz, Unantastbarkeit der Würde des Einzelnen, Freizügigkeit und Meinungsfreiheit — vorenthalten. Von dieser Unterdrückung des Volkes profitiert in Persien eine kleine, privilegierte Minderheit, die die überlebte Feudalstruktur aufrechterhalten möchte, um weiterhin nicht nur allen Reichtum, sondern auch allen Einfluß und alle Macht des Landes für sich zu beanspruchen. Diese Menschen sind die Nutznießer der Misere des persischen Volkes; sie verhindern bewußt den Aufstieg aus seiner Rückständigkeit, indem sie alle Schlüsselpositionen in Justiz, Verwaltung und Unterrichtswesen nicht geeigneten Fachkräften, sondern den Garanten der eigenen Vorteile übergeben. Exponent dieser verabscheuungswürdigen Minderheit ist Schah Mohammed Reza Pahlawi.

Seit im Sommer 1953 die letzte legitim gewählte Regierung des Iran durch einen Militärputsch mit Hilfe der CIA gestürzt wurde, trägt die Schah die alleinige Verantwortung für alle politischen, militärischen und gerichtlichen Entscheidungen des Iran. Zu seinen Lasten gehen Hunderte von Todesurteilen, die seit dem Sturz Premierministers Mossadegh gegen politische Gegner des Regimes im Iran gefällt worden sind; unter seinem Zugriff verwandelten sich unsere Universitäten von Stätten der Forschung und Lehre in Stätten des Argwohns und der Bespitzelung. In gleicher Weise erstreckt sich die Kontrolle der Geheimpolizei des Schahs auf Lehrende, Lernende und den Lehrstoff. Ansammlungen von mehr als drei Studenten auf dem Universitätsgelände sind untersagt; der Verdacht staatsfeindlicher Ansichten genügt für eine Verhaftung und Aburteilung durch die politische Justiz des Schahs.

Da in Persien selbst jede Opposition unmöglich ist, fühlen sich die iranischen Studenten im Ausland verpflichtet, diese notwendige Funktion von ihren Gastländern aus zu erfüllen. Die Konföderation Iranischer Studenten versteht sich dabei als Sprecher auch all derjenigen Iraner, die auf Grund der in Persien herrschenden totalen Zensur von Presse und Meinung ihren politischen Willen nicht zum Ausdruck bringen können. Als eine ihrer Hauptaufgaben betrachtet sie die Aufklärung der Öffentlichkeit über die reale politische, soziale und wirtschaftliche Situation des Landes. Diesen Bemühungen stellt sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland entgegen, indem sie auf ihrem Territorium widerrechtlich die Einrichtung einer Dienststelle der persischen Geheimpolizei (SAVAK) duldet, die vornehmlich auf die Überwachung und Verfolgung iranischer Studenten angesetzt ist. In zahlreichen Fällen haben deutsche Behörden und deutsche Polizei nachweislich den Empfehlungen persischer Geheimdienstler Folge geleistet und politisch aktiven Studenten die Aufenthaltserlaubnis entzogen oder kürzer befristet; Haussuchungen, Überwachungen und Postkontrollen sind bei persischen Studenten in der Bundesrepublik vorgenommen worden.

Durch ihre Zusammenarbeit mit dem Diktator macht sich die Bundesrepublik mitschuldig an der Unterdrückung des Volkes und an der Verlängerung seines Elends. Ein anschauliches Beispiel: Die Auflehnung der südpersischen Bevölkerung gegen das Terror-Regime wird mit der Bombardierung ihrer Dörfer beantwortet; die dabei eingesetzten Militärmaschinen wurden von der Bundesrepublik geliefert, die mit Persien Verträge über Ausbildungs- und Waffenhilfe schloß. Über die Funktion

der iranischen Armee sagte laut „Newsweek“ der jetzige Vizepräsident der USA, Hubert Humphrey: „Wissen Sie, was der Chef der iranischen Armee einem unserer Leute sagte? Er sagte, die Armee sei mit der US-Hilfe gut in Form, sie sei in der Lage, mit der Zivilbevölkerung fertig zu werden. Die Armee bereitet sich nicht darauf vor, gegen die Russen zu kämpfen, sie bereitet sich vor, gegen das iranische Volk zu kämpfen.“

Will sich die Bundesrepublik moralisch und aktiv an diesem Kampf auf Seiten der Unterdrücker beteiligen?

Der feierliche Empfang des Schahs in der Bundesrepublik würde die nachdrückliche Ehrung und offene Anerkennung eines Gewaltherrschers und vielfachen Mörders sowie die öffentliche Verhöhnung des persischen Volkes bedeuten. Schah Mohammed Reza Palahwi ist nicht der legitime Repräsentant des Iran. Für eine legitime Regierung, die tatsächlich die Interessen des persischen Volkes vertritt, können daher alle mit dem Schah abgeschlossenen Verträge nicht bindend sein.

Im Interesse der Völker beider Länder bitten wir Sie, Herr Bundespräsident, die Einladung an Schah M. R. Pahlawi rückgängig zu machen.

Der Vorstand der Konföderation Iranischer Studenten  
Mit vorzüglicher Hochachtung

(Aalam, Khosrovi, Massali, Nirumand, Pahlevan)

(Archiv ZI 6: Akte E 0702 FU/TU „Flugblätter Januar—Mai 1967“)

## DOKUMENT 698

### Protokoll

der Fakultätssitzung der Philosophischen Fakultät der FUB  
am Mittwoch, 10. Mai 1967, 14—19.30 Uhr

Anwesend: Dekan

Prof. Dr. Baader	Knevels
Baumgart	Kotowski
Borinski	Kutscher
Bräuer	Lämmert
Bruhn	Landmann
Bumke	Lennert
Diekmann	Löwenthal
Eberhard	Macuch
Fraenkel	Morau
Furck	Munari
Gerber	Nichols
Goethert	Önnerfors
Gollwitzer	Philipp
Guggisberg	Quirin
Hansen	Reding
Hecht	Reinhard
Helbig	Schmidt
Hörmann	v. Schuler
Holzkamp	Sontheimer
Hrouda	Prof. Dr. Szondi
Karlsson	Stourzh
Kassel	Taubes
Kirdner	Weisedel
Knauer	Westphal-Hellbusch

Priv.DoZ. Dr. Mommsen  
Akadem.R. Dr. Schneider

wiss.Ass. Dr. Schmutge  
stud. phil. Rouette

#### 1. Personelles

...

#### 2. Senatsmitteilungen

a) Auf Anregung von Herrn Philipp kommt die Fakultät auf den vom AStA nicht beachteten Beschluß des Akademischen Senats über den vertraulichen Charakter der Forschungseminare zurück. Der Dekan teilt der Fakultät mit, der Senator sehe sich nicht in der Lage, als Rechtsaufsichtsbehörde eine Entscheidung zu treffen, solange er über keine präzise Bestimmung dessen verfügt, was ein Forschungsseminar ist. Er hat den Rektor um Auskunft gebeten.

Herr v. Simson findet die Stellungnahme des Senators höchst seltsam. Er müsse sich fragen, ob er, falls Seminare rezensiert

werden können, in ihnen über unpublizierte Forschungsergebnisse von Kollegen berichten darf. — Herr Philipp ist der Ansicht, daß Seminare eine Vertrauensbasis voraussetzen; es dürfe in ihnen nicht mitstenografiert werden. — Herr Szondi findet, man müsse unterscheiden: es ist etwas anderes, wenn über Geheimzuhaltendes berichtet wird, als wenn das Seminar selbst Gegenstand der Kritik ist. — Herr Fraenkel macht auf die unklare Terminologie aufmerksam; z. B. Haupt- und Mittel-Seminare. Man sollte hier vereinheitlichen. Herr Philipp ist für eine Generalisierung des Senatsbeschlusses: kein Seminar dürfe rezensiert werden. Herr Borinski ist der Ansicht, ein Fakultätsbeschluß würde, als Politikum, zu einer Zuspitzung führen. Darum wäre zuvor eine Diskussion mit den kompetenten Vertretern der Studentenschaft am Platz. Herr Lämmert unterstützt diesen Vorschlag. Auch Herr Gollwitzer setzt sich für Gespräche ein. Die Rechtslage sei ungeklärt und unklar. Statt zu verbieten, müsse man die Studenten überzeugen. Auf jeden Fall müsse man wissen, was verbotbar ist, bevor man sich an den Senator wendet. — Herr v. Schuler schließt sich dem Votum Herrn v. Simsons an: wer schützt uns gegen die voreilige Publikation von Fakten? Warum sind, nach dem Verbot des Ak. Senats, keine Maßnahmen ergriffen worden, z. B. eine einstweilige Verfügung? — Herr Stourzh fragt, ob man sich denn einig sei, daß, anders als die Seminarrezensionen, die über Vorlesungen zulässig seien. Herr Löwenthal betont, daß es auch um die Wahrung unserer Interessen geht. Es gebe Sanktionen, die in unserer Macht stehen. Herr Fraenkel teilt mit, daß er keine Prüfungen mehr abnimmt. — Nach Ansicht Herrn Dickmanns geht es nicht bloß um Forschungsseminare. Alle Unterrichtsveranstaltungen, vielleicht mit Ausnahme der Vorlesungen für Hörer aller Fakultäten, sollten nur mit Zustimmung der Betroffenen rezensiert werden dürfen. Aber zuvor müßte mit Vertretern der Studentenschaft diskutiert werden. — Herr Weisedel betont, daß in der Frage der Vertraulichkeit unterschieden werden muß: er habe in der über Herrn Fraenkels Seminar erschienenen Kritik die Mitteilung vertraulich zu behandelnder Dinge, wie der von Herrn v. Simson angeführten unpublizierten Forschungsergebnisse, nicht finden können. Herr Szondi ist auch dieser Ansicht; überdies könnten ja auch in Vorlesungen, nicht nur in Seminaren, solche Fakten mitgeteilt werden. Herr Fraenkel erwidert, es gehe nicht um Geheimnisse, sondern um den vertraulichen Charakter der Seminare. Wenn einer mitstenografiert — um es deutlich zu sagen: einer vom Argumentklub —, habe man nicht dieselbe innere Freiheit. Die Publikation der vom Ak. Senat verbotenen Kritik sei ein offener Tatbestand der Rebellion, gegen die der Senator vorgehen müsse, wenn nicht Anarchie und Chaos herrschen sollen. — Herr Borinski betont noch einmal, daß über die Sache mit qualifizierten Sprechern der Studentenschaft Gespräche geführt werden sollten, und zwar solche, die für die Studentenschaft verbindlich sind. Es dürfe nicht übersehen werden, daß die Rezensionen im Rahmen der Kritik an der Universität entstanden sind. Es solle nach den legitimen Formen der Kritik gefragt werden: die Rezensionen sind es nicht. Im FU-SPIEGEL werde die Kritik oft unsachlich geführt. Im übrigen sei auch das Postulat der Öffentlichkeit zu diskutieren.

Der Dekan erinnert an die Notwendigkeit, den Brief des Senators zu beantworten. Es wird eine Kommission eingesetzt: ihre Mitglieder sind die Herren Borinski, Dickmann, Fraenkel, Goethert, Quirin, v. Simson, Stourzh, Szondi, Weisedel.

...

Schluß der Sitzung 19.30 Uhr

...gez. Loos

(Hochschularchiv FUB: Sitzungsprotokolle der Philosophischen Fakultät 1967)

## DOKUMENT 699

Konventsdrucksache

### Keine gesonderte Gerichtsbarkeit an der FU

Anlässlich der eingeleiteten Disziplinarverfahren gegen die in der Berliner Presse so bezeichneten Humphrey-Attentäter stellt der Konvent fest:

Eine gesonderte Gerichtsbarkeit an der Universität entspricht ständestaatlichen Vorstellungen. Allein aus diesem Grunde ist das anstehende Disziplinarverfahren gegen die „Humphrey-Attentäter“ abzulehnen.

Anlässlich dieses speziellen Falles weist der Konvent auf die Möglichkeit zum politischen Mißbrauch hin: Der vorgegebene strafrechtliche Inhalt dieser Aktion wird außerhalb der Universität verhandelt werden.

Unabhängig davon, wie der Konvent zu Aktionen der seinerzeit festgenommenen Kommilitonen politisch steht, meint er, daß es nicht angeht, daß politische Minderheiten unter dem Vorwand, sie schädigten den Ruf dieser Universität, diszipliniert, d. h. politisch mundtot gemacht werden.

gez. R. Pfaffenberger

gez. F. Herterich

gez. W. Landsberg

gez. H.-E. Gross

Dieser Antrag wurde mit 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen angenommen.

10. Mai 1967

(Archiv ZI 6: Akte 12.12 FU „19. Konvent, Protokolle 1967“)

## DOKUMENT 700

Nachrichten aus dem Konvent

Herausgegeben vom Konventsvorstand der Freien Universität Berlin

Auf seiner 5. (o.) Sitzung hat der Konvent folgende AStA-Vorlage beschlossen:

Der Konvent begrüßt das Ergebnis der Urabstimmung als eine Ermutigung für die Studentenvertretung der FU, in ihren Bemühungen um entschiedene Schritte der Hochschul- und Studienreform fortzufahren.

Der Konvent begrüßt auch die Ankündigungen des Senators für Wissenschaft und Kunst und des Rektors der FU, sich jetzt um sachliche Diskussionen zu bemühen.

Der Konvent erklärt, daß der unverzügliche Beginn verbindlicher Gespräche und verbindlicher Diskussionen über die anstehenden bzw. bereits verschleppten Reformfragen seit Jahren das Hauptanliegen der Studentenvertretung war. Die Studentenvertretung drückt jedoch zugleich ihre Auffassung aus, daß es ihr nicht darauf ankommt, wie bisher ein Betroffenengehör zu erhalten, um später die gegen die Argumentation der Studentenvertretung gefaßten Beschlüsse hinnehmen zu müssen. Vielmehr muß für die jetzt zu führenden Gespräche sichergestellt sein, daß es Gespräche sind, deren Resultate nicht Kraft institutioneller Autorität, sondern allein Kraft rationaler Argumentation zustandekommen.

Um dies sicherzustellen, hält es der Konvent einerseits für erforderlich, daß diese Gespräche der Kontrolle durch die Öffentlichkeit unterliegen. Die zweite, ebenso wichtige Voraussetzung für diesen Charakter der Gespräche ist die Erklärung von Rektor und Akademischen Senat, daß Maßnahmen, wie sie ihnen als „Stufenplan“ unterstellt wurden, und Maßnahmen, wie sie am 19. 4. ergriffen wurden, mit der Hochschulpolitik von Rektor und Akademischen Senat unvereinbar sind. Ein Dementi hinsichtlich der Existenz eines solchen „Stufenplans“ kann dem Konvent in dieser schwerwiegenden Frage nicht genügen. In dem Maße wie es auch dem Rektor und dem Akademischen Senat nicht mehr darauf ankommt, sich gegen die Studenten durchzusetzen, sondern vielmehr darauf, Lösungen für die anstehenden Probleme zu finden, mit denen auch die Studenten übereinstimmen können, in dem Maße werden „Stufenpläne“ und abstrakte Verweise auf Ordnungen ihre Funktion auch für die Seite der Lehrenden verlieren.

Solange jedoch Rektor und Akademischer Senat sich entschlossen zeigen, sich auch in Zukunft solcher Maßnahmen wie der am 19. 4. zu bedienen, solange können den Konvent Rektor und Akademischer Senat nicht davon überzeugen, daß es ihnen um Gespräche geht, deren Diskussionsergebnisse Verbindlichkeiten für Lehrende und Lernende hätten.

Das Ergebnis der Urabstimmung hat den Aufruf des Akademischen Senats ad absurdum geführt. Das zentrale Argument sowohl dieses Aufrufs wie auch des Rektor-Flugblatts, die Unruhe an der Universität werde von einer verschwindenden Minderheit „happeningsüchtiger Kommilitonen“ erzeugt, hat sich als unhaltbar erwiesen. Die Mehrheit der Abstimmenden an der FU, aber auch die Solidarisierung sämtlicher Studentenschaften der Hochschulen an der Bundesrepublik haben den wirklichkeitsfremden Charakter des Versuchs deutlich gemacht, 5 Personen für die studentischen Unruhen zu bestrafen. Angesichts der offenkundigen Unhaltbarkeit der Einschätzungen von Rektor und Senat bzw. Kuratorium, müssen Rektor und Senat auch die ihrer Entscheidungen überprüfen, die auf diesen falschen Urteilen beruhen.

Der Konvent erhebt erneut und durch das Ergebnis der Urabstimmung verstärkt die Forderungen, um die es am 19. 4. ging:

— Das Kuratorium der FU möge die Streichung der DM 47 700,— aus dem Haushalt der Studentenvertretung aufheben; dabei mögen Rektor und Prorektor diese Rücknahme unterstützen.

— Der Akademische Senat soll davon absehen, dem SDS die Förderungswürdigkeit zu entziehen.

— Der Beschluß des Akademischen Senats, der Rezensionen von Forschungsseminaren verbietet, soll aufgehoben werden.

Der Konvent erhebt nach der Urabstimmung die Forderung, daß die aufgrund der falschen Einstellung von Rektor und Akademischen Senat hinsichtlich des sit-in gefaßten Maßnahmen aufgehoben werden.

— Er fordert die Aufhebung der fristlosen Kündigungen bzw. Verweigerungen der Beschäftigungsverhältnisse der beiden AStA-Vorsitzenden und des Konventsvorsitzenden.

— Er fordert den Rektor auf, seinen Antrag auf Einleitung der Disziplinarverfahren gegen 5 Teilnehmer am sit-in zurückzuziehen.

Weiterhin fordert der Konvent:

Beschlüsse des Akademischen Senats sollen in Zukunft durch ausführliche Diskussionen vorbereitet werden. Bevor der Akademische Senat eine Entscheidung zu gesamtuniversitären oder studentischen Problemen faßt, findet auf Wunsch der Studentenvertretung eine öffentliche Diskussion statt. Entscheidungen werden erst nach ausführlichen Beratungen mit allen Beteiligten gefaßt. Die Protokolle und Tagesordnungen sind zu veröffentlichen. Eine besondere Vertraulichkeit — auch von Abstimmungsergebnissen — ist abzuschaffen.

Der Akademische Senat möge, sobald der Hochschulgesetzentwurf des Senators für Wissenschaft und Kunst vorliegt, eine Kommission bilden, der zu gleichen Teilen Professoren, Assistenten und Studenten angehören. Diese Kommission arbeitet die offizielle Stellungnahme der Freien Universität zu diesem Entwurf aus. Die Beratungen werden öffentlich diskutiert. Berlin, den 10. Mai 1967

(Archiv ZI 6: Akte 12.12 FU „13. Konvent, Protokolle 1967“ hier „Nachrichten aus dem Konvent“)

## DOKUMENT 701

Die Kommune ist tot — es lebe der SDS!

„Der SDS unternimmt konsequent den Versuch ... herauszufinden, ... praktisch zu artikulieren. Diesen Versuch betrachtet der SDS als die absolute politische Antwort ...“ (Pressemitteilung Hackelbergmann, Lefèvre).

Na also! Der SDS: Der macht das schon! Der hat sogar einen Politischen Beirat, der „mehrheitlich zu Ergebnissen kommt“. Und die Kommune?

Die macht Flugblätter, die mit der Politik, die der SDS hinsichtlich der Urabstimmung verfolgt, nicht vereinbar sind.“ Wir wollen uns nicht berufen auf die miese Tour, mit der man uns suspendiert hat, ohne auch nur Rainer zu verständigen. Wir wollen uns nicht auf den Beschluß vom Samstag (29. 4.) berufen, daß jeder seine eigenen Flugblätter im Zeichen einer innerverbandlichen Demokratie machen solle. Nein und nochmals nein. Wir schimpfen euch nicht Stalinisten. Ihr seid keine Opportunisten, wenn ihr uns rauschmeißt, nur damit ihr dann dem Akademischen Senat erzählen könnt. Der hatte sich auch noch vertagt. So flink sind wir nicht.

Aber jetzt seid ihr ein Problem mehr los und fühlt euch richtig erleichtert. Jetzt beginnt die rasche, straffgeführte Reorganisation des Verbandes. Jetzt gehts wieder aufwärts. Jetzt endlich ist eine wirksame Hochschulpolitik möglich geworden.

Und die Hochschulstrategen haben recht behalten: 326 Stimmen mehr für den AstA sind doch mit allgemeiner Abwiegung sehr billig erkauft. Und jetzt wird er ja offensiv! Durch ein sit-in wären es vielleicht 325 geworden, ohne die Flugblätter 1—5 vielleicht 327 — ach, was ist doch der Parlamentarismus für ein lustiges Spielchen. Da wollen wir nicht weiter stören, wenn ihr euch gestört fühlt.

Wenn wir dennoch schreiben, so vielleicht deshalb, weil auch wir häufig noch zuviel Worte machen und zu wenig tun, weil auch uns dieser Verband beruhigt hat.

Jetzt können wir uns weniger leicht beruhigen, das kann nicht schaden.

Und was macht ihr?

Der SDS wird es schon wissen! Der verfolgt seine politischen Ziele. Da ist man gut aufgehoben. Da weiß man, daß etwas geschieht. Und wenn es im SDS wird, der findet in der Kommune jederzeit sein Ruheplätzchen.

Kommune I

12. 5. 67

(Archiv: ZI 6: Akte „K I, Berlin“)

## DOKUMENT 702

Referat zur Begründung des Antrags auf Ausschluß der Kommune I aus dem Berliner SDS

Landesvollversammlung vom 12. Mai 1967 / Wolfgang Lefèvre

Der heute gestellte Ausschlußantrag kann nur innerhalb einer Funktionsbestimmung des SDS, insbesondere des Berliner SDS diskutiert und entschieden werden. Dabei scheint es mir nicht möglich zu sein, diese Funktion außerhalb des Zusammenhangs zu bestimmen, der zwischen der oppositionellen Kraft, die der SDS darstellt bzw. darstellen könnte, und den anderen oppositionellen Kräften in der BRD besteht. Diese Reflexion auf die Gesamtheit der oppositionellen Bewegungen in der BRD und auf die objektiven Erfordernisse hinsichtlich dieser Gesamtheit würde nur dann im Widerspruch zu der von uns früher vollzogenen Einsicht stehen, daß die Subjektivität heute in qualitativ neuer Weise zum entscheidenden Faktor des revolutionären politischen Prozesses geworden ist, wenn wir Subjektivität mit jener Attitude verwechselten, für die es charakteristisch wäre zu fragen: „Was gehen mich persönlich eigentlich die objektiven Erfordernisse hinsichtlich der oppositionellen Bewegungen in der BRD an?“

Fragen wie diese sind keine Fragen zur Vorverständigung, sondern die darin enthaltene politische Einstellung ist Gegenstand der heutigen Diskussion, die den praktischen Zusammenhang erarbeiten muß, in dem das politische an dieser Einstellung bestimmt werden kann. In einer pseudo-philosophischen Erörterung dieser Attitude als Vorverständigungsfrage lägen sich die Rechte und die pseudo-Linke unseres Verbandes insofern in den Armen, als dann die politische Praxis des Verbandes wieder einmal am Boden läge.

Die Gesamtheit der oppositionellen Bewegungen in der BRD muß auch nach der Großen Koalition als eine abstrakte Gesamtheit partikularistischer Einzelbewegungen charakterisiert werden. Wir können bei diesen Bewegungen unterscheiden zwischen 1.) Bewegungen an und innerhalb — wie ich es nennen will: Sozialpunkten; gemeint sind Schule, Universität,

Betrieb; und 2.) Bewegungen mit Koalitions-Charakter zu Einzelanlässen wie Atomare Abrüstung, Notstand, Vietnam. Traditionelle Organisationen wie Parteien, Gewerkschaften und jüngere Organisationen wie der SB sind m. E. nur Bewegungen, insofern und inwieweit sie in einer oder mehreren der charakterisierten Bewegungen eine aktive Rolle spielen.

Die Partikularität dieser Bewegungen, daß sie keine gemeinsame Praxis haben, ist das Charakteristische der Gesamtbewegung. Ihr Zusammenhang ist zunächst nur von einer, unten näher zu bestimmenden Theorie ausmachbar. Die großen Hoffnungen in die Große Koalition hinsichtlich erweiterter Möglichkeiten für die Organisation einer einheitlichen sozialistischen Kraft waren dementsprechend Hoffnungen darauf, daß das sinnliche Verschwinden der parlamentarischen Opposition jene nur theoretisch ausgemachte Einheit der antikapitalistischen bzw. radikaldemokratischen Bewegungen zumindest zu einer sinnlichen Einheit transformieren könne. Dieser Hoffnung sieht man die Fixierung an traditionelle, auf in der Hauptsache parlamentarische Funktionen zugeschnittene Organisationsideen ebenso an wie ihre psychische Verwandtschaft zu voluntaristischen Praktiken à la „Kommune I“. (Für diese Verwandtschaft könnten wohl unsere Hoffnungen hinsichtlich des Arbeitskreises „formierte Gesellschaft“ im SS 1966 als Beleg gelten.)

Jene tatsächliche Form der oppositionellen Bewegung — in ihrer Praxis partikularistisch, in ihrer Einheit theoretisch zu sein — diese Form ist (eine Binsenweisheit!) historisches Resultat, dem gegenüber kein wirklichkeitsverdrängender Voluntarismus der Rechten Fraktion (Parteigründung) und kein Voluntarismus der pseudo-Linken (existentialistische Entscheidung) weiterhilft. Notwendig ist vielmehr eine politische Praxis, die sich selbst ihrem Ausgangspunkt nach in dieser tatsächlichen Form der Bewegung inhaltlich wie organisatorisch zu begreifen vermag, um diese Form real zu transformieren.

Der SDS definierte sich in seinen Funktionen bisher konsequent in eben dieser Spannung zwischen partikularistischer Praxis („so stark wie an der Hochschule“) und nur theoretischer Einheit („einzige intakte sozialistische Organisation, aber kein Parteiersatz“). Der SDS ist in der Tat in seiner Praxis primär bezogen auf die Bewegung an einem der von mir so bezeichneten Sozialpunkte, auf die Bewegung der Studenten an der Universität, und der SDS ist in der Tat selbst in seinem jetzigen desolaten Zustand die Organisation, deren theoretische Arbeit noch am ehesten den Anforderungen nahe kommt, die erfüllt sein müssen, um den praktischen Zusammenhang der oppositionellen Bewegungen ins Auge fassen zu können. Daß der SDS insgesamt diese Spannung z. Z. so austrägt, daß sich die einen Gruppen fast ausschließlich mit Theorie, andere fast ausschließlich mit Hochschulpolitik und die Dritten fast ausschließlich mit der Arbeit in solchen single-purpose-Koalitionen beschäftigen, zeigt, wie weit der SDS noch von der Praxis entfernt ist, die ihm möglich wäre und die im Zusammenhang der oppositionellen Bewegungen als seine Aufgabe zu definieren wäre.

Die abstrakte, noch keine Lösung der Organisationsfrage hervortreibende Formel für die Aufgabe des SDS ist: Dadurch zur die praktische Partikularität der oppositionellen Bewegungen in einem politischen Prozeß etappenweise überwindenden Kraft zu werden bzw. eine solche Kraft aus sich hervorzubringen, daß sich der SDS an dem Widerspruch zwischen seiner partikularistischen Praxis und seiner auf die praktische Einheit der oppositionellen Bewegungen gerichtete Theorie theoretisch wie praktisch voranbringt.

Dementsprechend muß auch unsere heutige, auf eine organisatorische Entscheidung gerichtete Diskussion inhaltlich auf diesen Widerspruch eingehen, um so mehr, als im Berliner SDS die beiden Seiten des Widerspruchs verkörpert in Fraktionen als Alternativen sich darstellen: Auf der einen Seite die praxisfremde Theorie der Rechten verbunden mit einem phantasielosen Voluntarismus; auf der anderen Seite der theorieleiose Aktivismus der pseudo-Linken, deren Voluntarismus jedoch tatsächlich phantastisch ist.

Zunächst zur Rechten:

Wenn die Rechte in der Vergangenheit begrifflos als „Alte-Keulen-Riege“ bezeichnet wurde, so hatte die Charakterisie-

nung „alt“ insofern eine Berechtigung, als die praxislose Theorie die Epoche der SDS-Historie bestimmte, die ein Reflex auf den pragmatischen Opportunismus der SPD war, von der man sich gerade getrennt hatte und an die man negativ fixiert blieb. Zwei recht bedeutende Versuche dieser „alten“ zeigen deutlich ihre Gefährlichkeit; ich meine das Schulungsprogramm der Marburger Assistenten und den gegenwärtigen Versuch derselben Genossen, von Hessen aus, präziser: von Marburg aus eine neue Arbeiterpartei aufzuziehen.

Das Schulungsprogramm ist der studierenswerte Ausdruck jener Theorie, die aus der analytischen Erarbeitung eines Begriffs weltweiter Herrschaft des Kapitals zwar die Einheit und Totalität der historischen Bewegung folgern und also behaupten kann, die jedoch außer Stande ist, die Vielheit der partikularistischen antikapitalistischen Bewegungen als programmatische Einheit theoretisch zu erfassen, weil sich diese Theorie nicht zum strategischen Kalkül transformiert hat, das seine Aufgabe in der Weiterentwicklung, Koordinierung und Ausrichtung der partikularistischen Bewegungen innerhalb eines politischen Prozesses findet. Das Schulungsprogramm hatte objektiv das Ziel, die entfremdete, durch die Herrschaft des Kapitals vermittelte Totalität der historischen Momente aufzuweisen, und die Initiatoren dieses Schulungsprogramms wunderten sich und warfen ob dieser Verwunderung die Flinte ins Korn, als die SDS-Gruppen mit diesem Programm nichts anfangen wollten, weil sie — wie pathologisch z. T. auch immer — an der praktischen Totalität der sich von der Herrschaft des Kapitals befreienden Kräfte sich mühten.

Wir müssen erkennen, daß es sich bei dieser Theorie der Rechten um eben jene Theorie handelt, die die gegenwärtige Form der antikapitalistischen Gesamtbewegung in der BRD mit Notwendigkeit reproduziert: Die Form, in der die tatsächlichen Bewegungen partikularistisch und ihre Einheit entfremdet theoretisch ist. D. h. zugleich, daß es sich der SDS bei der Aufgabe, die ihm objektiv zugefallen ist, nicht leisten kann, das Überwinden dieser praxisfremden Theorie, was mit organisatorischen Schritten verbunden sein wird, auf die lange Bank zu schieben.

Der „Klassenkampf in Hessen“, inszeniert von den Initiatoren des Schulungsprogramms, zeigt deutlicher als bisher noch der Republikanische Club in Berlin, welche eminente Gefahr für die bestehenden Bewegungen dann entsteht, wenn diese Rechte sich plötzlich voluntaristisch zur Praxis entschließt. Die einfache organisatorische Zusammenfassung der existierenden antikapitalistischen bzw. radikaldemokratischen Bewegungen in einer Partei bedeutet in einer historischen Situation, in der die praktischen Ziele dieser Bewegungen noch divergieren, nichts anderes, als diese Bewegungen, die in konkreten Zusammenhängen und unter konkreten Aufgabenstellungen arbeiten, einer abstrakt definierten neuen Gesamtaufgabe zu unterstellen, der sich die partikularistischen, aber in der Subjektivität der Beteiligten verankerten Ziele der Einzelbewegungen unterzuordnen hätten. Abgesehen davon, daß das Parteiunternehmen allein für seine Reproduktion als Organisation die uns zur Verfügung stehenden Kräfte überfordern mußte, besteht das politisch Abenteuerliche dieses Versuchs darin, daß die Weiterentwicklung der lebendigen antikapitalistischen Bewegungen leichtsinnig aufs Spiel gesetzt wird zugunsten traditionalistischer Organisationsideen, deren Verwandtschaft zu der praxisfremden Theorie dieser Rechten nur zu auffällig ist. Wenn auch harmloser, zeigt doch der Berliner Republikanische Club für uns hier in Berlin noch sinnlicher die Tendenz zu solch abenteuerlicher Politik.

Mir ist sehr gut bekannt, daß in einigen Köpfen der Initiatoren dieses Clubs unter anderem mit der Gründung des Clubs auch das Ziel verfolgt wurde, dem Berliner SDS, deren gegenwärtige Schwächen mir gut bekannt sind, außenzuleiten. Diejenigen Genossen, die im vergangenen Winter solche Projekte hinter mit Decken verhangenen Fenstern einer Charlottenburger Wohnung besprochen haben, tun m. E. gut daran, der „Kommune I“ ihre Diskussionswilligkeit nicht vorzuwerfen.

Die schulmeisterliche und administrative Attitude einiger dieser älteren Genossen ist uns ebenso seit längerem bekannt wie ihr beispielloser Opportunismus. Wer hat denn auf der

Vollversammlung am 4. 2. 1967 die „Polit-Kommune“ zum Landesvorstand befördert, wenn nicht gerade auch die Rechte unseres Verbandes, die sich damals recht machiavellistisch erhoffte, auf diese Weise einen Berliner SDS zu schaffen, der mit seinen Auseinandersetzungen um die Hochschulpolitik aufhört und sich der politischen Szenerie Berlins zuwendet? In der Tat, man hat damals den Berliner SDS für eine Berlin-Politik zu funktionieren versucht, deren Resultat eine zweiseitig geheimnisvoll angekündigte französische Suppe ist, hinter der bereits weitere exquisite Suppen für — wenn ich richtig bin — inzwischen DM 40 000,— warten.

Mir scheint, daß wir diesen älteren Genossen, insbesondere soweit sie an der Universität angestellt sind, die Frage zu stellen haben, welche mit der Bewegung unter den Studenten strukturell vergleichbare Bewegung sie unter ihren Berufsgenossen, also vor allem unter den Assistenten, begonnen haben? Das ist keine polemische Frage, sondern sie eröffnet uns m. E. den Einblick sowohl in den Charakter des rechten Flügels als auch zugleich damit in die Notwendigkeit der Arbeit des SDS, die ihn gegen Rechts-Tendenzen immun machen kann.

Denn offenbar ist es sowohl für eine richtigere theoretische Arbeit wie auch für die vorantreibende Mitarbeit in single-purpose-Koalitionen von entscheidender Bedeutung, daß der SDS an seinem Sozialpunkt, also in der Studentenschaft, eine an den Arbeitsbedingungen anknüpfende, zunächst nur tendenziell antikapitalistische Bewegung aufbaut, die zugleich ein festeres subjektives Potential für weitertreibende single-purpose-movements schafft, als auch dem SDS selbst die Möglichkeit schafft, seine theoretische Arbeit über politische Praxis eben an Praxis kontrollieren zu können.

Hätten jene Assistenten ähnliche Kontrollmöglichkeiten für ihre Vorstellungen wie sie der SDS aus seiner führenden Rolle in der gegenwärtig radikalsten und ernsthaftesten oppositionellen Bewegung in der BRD, der Bewegung der Studenten gewinnt, so könnten sie unmöglich auf das Konzept der einfachen Sammlung durch Organisation bzw. durch einen unverbindlichen Club verfallen. Vielmehr wüßten sie dann, daß es auf die Mobilisierung der jeweiligen Personengruppen über selbsttätige Identifizierung mit den Inhalten von Aktionen ankommt, anstatt auf die passive Identifizierung mit einer Vereinigung oder Partei. Daß der SDS gegenwärtig noch zu wenig in der Lage ist, die Rolle jener in den von ihr initiierten und entscheidend mitbestimmten Aktionen verschwindenden Avantgarde zu spielen, ist nicht zuletzt ein Verdienst jener Rechten, auf deren praxisfremde Theorie die sogenannten „Kommunen“ der blinde Reflex sind.

Daher auch die Notwendigkeit, in der Diskussion über den Ausschluß der „Kommune I“ so ausführlich über den rechten Flügel unseres Verbandes zu sprechen, dessen Verbandspraxis der natürliche Nährboden für „Kommune“-Erscheinungen ist, auch wenn die „Kommune I“ aktuell den rechten Flügel im Grad der Gefährdung des SDS überholt zu haben scheint.

Mit Recht des abgestandenen „Bescheid-Wissens“ ohne Konsequenzen müde, vergaßen die „Kommunarden“ über das „die Konsequenzen ziehen“ jedes Bescheid-wissen. Deswegen bezogen sich auch mit Notwendigkeit ihre Konsequenzen nur noch auf sie persönlich, nicht mehr auf ihre politische Praxis. Es fiel hinter das Wissen der „Kommunarden“ selbst zurück, wenn sie versuchten, den individuellen, psychischen Niederschlag der herrschenden Autoritätsstrukturen vorab und bei unangetastetheit der realen, gesellschaftlichen Autoritätsstrukturen aufzuheben.

Die ihnen zu Gebote stehende Einsicht in das Unsinnige dieses Versuchs hätte ihr Bewußtsein von der Diskrepanz zwischen dem individuellen Selbstverwirklichungswunsch und dem historischen Prozeß der Menschenwerdung der vorab als Menschheit bezeichneten Gattung zum politischen Bewußtsein transformieren können. Die in diesem Versuch enthaltene Realitätsflucht spiegelt sich in der Schizophrenie ihrer hochschulpolitischen Aktionen, die angesichts dessen, was an der FU auf dem Spiel steht, nicht mehr als harmlos zu bezeichnen sind. Die zur Debatte stehenden Flugblätter 1 bis 5 zeigen deutlich das Schwanken zwischen grenzenloser Überschätzung der „revolutionären Reife“ des studentischen Bewußtseins und der

völligen Hoffnungslosigkeit, sich überhaupt irgendjemand verständlich machen zu können. Bemerkungen wie, „was geht mich denn Vietnam an — ich habe Orgasmusschwierigkeiten“ zeigen, daß an die Stelle von Subjektivität Insistenz auf eine Unmittelbarkeit getreten ist, auf die sich auch ein am Vietnam-Krieg verdienender Rüstungsfabrikant berufen kann. Ein „Anarchismus“, dessen Fundament diese falsche Unmittelbarkeit ist, in der sich das Bezugssystem der herrschenden Gesellschaftsstruktur ungebrochen reproduziert, dieser falsche „Anarchismus“ ist keine Kampfansage, sondern ist der Verzicht, etwas zu ändern.

Deutlichster Ausdruck dieser Reproduktion der bestehenden Herrschaftsverhältnisse ist der Grad von Sprachlosigkeit, den die „Kommune I“ inzwischen erreicht hat.

„Anarchismus“ dieser Art könnte dem SDS gleichgültig sein, einige der „Kommune“-Aktionen könnten dem SDS sogar sehr willkommen sein, soweit sie den politischen Lernprozeß begünstigende pathologische Reaktionen der Administration hervorrufen, wenn die „Kommunarden“ nicht das hartnäckige Bedürfnis zeigen, sich im Namen des SDS zu veräußern. Die darin zum Ausdruck kommende Aggression gegen den SDS ist schwer verständlich und bedürfte wohl einer psychologischen Analyse, die nicht in dies Referat gehört. Wir haben heute vielmehr über die „Kommune“ zu diskutieren im Hinblick auf die Möglichkeiten und Notwendigkeiten für die Arbeit unseres Verbandes. Dafür ist es zuerst wichtig festzustellen, daß die falsche Unmittelbarkeit der „Kommunarden“ das abstrakte, blinde und für den Verband nicht minder gefährliche Entsprechungsstück zum Opportunismus der Rechten und ihrer praxisfremden Theorie ist. Bei den „Kommunarden“ kommt hinzu, daß ihre blinden Aktionen in der aktuellen Situation an der Hochschule die im Augenblick akutere Gefährdung der Arbeit des SDS darstellen und deswegen eine unaufschiebbare Entscheidung erzwingen.

Entsprechend der oben versuchten Charakterisierung der Struktur der SDS-Praxis — nämlich zum Zentrum der Arbeit die Initiierung solcher Aktionen in der Hochschule zu haben, bei denen die selbsttätig agierend daran Partizipierenden sich lernend mit den Inhalten der Aktionen indentifizieren anstatt mit dem diese Aktionen entscheidend mitbestimmenden SDS, worin der SDS sowohl das subjektive Potential für weiterreichende Aktionen erzeugt wie auch sich selbst die Kontrollmöglichkeit für seine auf weiterreichende Praxis gerichtete theoretische Arbeit — entsprechend dieser Charakterisierung kann es sich der SDS nicht leisten, wenn

- 1.) die „Kommune“-Aktionen jenen politischen Lernprozeß der Studenten in die falsche, weil gerade den abzubauenen politischen Vorurteilen entgegenkommende Richtung lenken, indem sich die Studenten mit der vermeintlichen Agenten-Rolle des SDS anstatt mit den Restriktionen der Administration beschäftigen, und wenn
- 2.) die „Kommunarden“ den mit der SDS-Praxis verbundenen Lernprozeß des SDS selbst dadurch fundamental in Frage stellen, indem sie selbst das Minimum an theoretischer Arbeit — strategische und taktische Diskussionen vor Aktionen und die Manöverkritik nach Aktionen — demonstrativ ignorieren. So wenig der SDS sich eine theoretische Arbeit à la Schulungsprogramm leisten kann, so wenig jene demonstrative Verachtung jeder Theorie und jeder Diskussion, so wenig die selbstzerstörerische Sabotage der nicht erfolglosen Arbeit an der Hochschule.

Wenn ein Ausschluß im SDS nicht ein einfacher administrativer Akt eines Zentrums sein soll, das die Wahrheit gepachtet hat, so muß es ein Schritt sein, in dem sich der Verband politisch wie organisatorisch weiterbringt. Der Ausschluß der „Kommune I“ müßte deshalb das Resultat eines heute zu vollbringenden theoretisch-praktischen Fortschritts des Verbandes sein. Wir wissen, daß wir heute nicht so weit kommen werden, wie wir es müßten. Das langfristig gravierendere Problem der Rechten, das aktuell gestellt ist mit der Ausschlußdebatte über die „Kommune I“ wird heute nur andiskutiert bleiben. Dennoch müssen wir heute mit dem Ausschluß der pseudo-Linken zugleich das Fundament für eine entschiedene Auseinandersetzung mit dem rechten Opportunismus legen, das die Bewältigung dieses Problems in Aussicht stellt.

Wenn heute vorgeschlagen wird, keinen Vorstand neu zu wählen, sondern die Vorstandsfunktionen an die den neuen politischen Beirat bildenden Genossen zu delegieren, die tatsächlich die Praxis des Verbands, sei es die verbindliche Diskussion, sei es die Arbeitskreispraxis, sei es die Hochschulpolitik, hauptsächlich bisher trugen und deswegen keinen BlankoScheck auf die Zukunft erbitten müssen, so ist dieser Vorschlag neben der heutigen Diskussion der heute mögliche Schritt in Richtung auf die theoretische wie praktische Überwindung der Rechten wie der pseudo-Linken.

Wenn ich deshalb mit diesem Referat für den Ausschluß der „Kommune I“ plädiere, so auch zugleich für diesen Vorschlag hinsichtlich des neuen politischen Beirats.

(Privatakten, Standort Archiv ZI 6: Akte „SDS, A I“)

## DOKUMENT 703

### Senator Stein will Studenten mehr Mitspracherecht geben Für Kritik an den Professoren

Eigener Bericht wbr./Go. Berlin, 14. Mai  
Der Entwurf des neuen Berliner Universitätsgesetzes sieht eine erweiterte Mitarbeit der Studenten in den akademischen Gremien vor. Das teilte der Senator für Kunst und Wissenschaft, Professor Werner Stein, in einem Exklusiv-Interview der Berliner Morgenpost mit. Stein befürwortete das Recht der Studenten, Professoren zu kritisieren und jederzeit zu politischen Tagesfragen Stellung zu nehmen. Das Interview hat folgenden Wortlaut:

Berliner Morgenpost: Die Unruhe an der Freien Universität hält an, Herr Senator. Der Regierende Bürgermeister und mit ihm andere Mitglieder des Senats haben sich dafür ausgesprochen, die unrühmlich hervorgetretenen Studenten zur Verantwortung zu ziehen. Wie stehen Sie dazu?

Senator Stein: Die politischen Instanzen dieses Landes haben den allergeringsten Einfluß darauf — allenfalls noch die Justiz —, wenn sich ein Student so stark daneben benimmt, daß er Gesetze verletzt und daß er mit Hilfe der Gerichte beehrt werden muß. Bestimmte gerichtliche Strafen haben natürlich auch entsprechende Konsequenzen an der Universität zur Folge.

Ich habe schon im Abgeordnetenhaus gesagt, hier wird immer so getan, als ob der Senator für Wissenschaft und Kunst darüber entscheidet, welcher Student an die Universität gehört und wer nicht. Und wenn sich einer sehr schlecht benimmt, dann braucht ihn der Senator für Wissenschaft und Kunst nur am Schlafittchen zu nehmen und vor die Tür der Universität zu setzen. Ich sage immer, Gott sei Dank ist das nicht so einfach, denn wenn wir in seinem solchen Staat leben würden, wäre ja der Willkür Tür und Tor geöffnet. Wir sind alle froh, daß wir in einem Rechtsstaat leben, müssen dann aber auch die Unbequemlichkeiten auf uns nehmen, die mit rechtsstaatlichen Verfahren nun einmal verknüpft sind.

BM: Würden Sie befürworten, daß Studenten, die im Zusammenhang mit Vorfällen der jüngsten Zeit besonders unangenehm aufgetreten sind, in möglichst schneller Zeit mit einem Disziplinarverfahren belangt werden?

Stein: Diese Antwort könnte bereits als ein ziemlich bedenklicher Eingriff in ein solches Verfahren gedeutet werden. Was hier richtig und was hier falsch ist, das müssen diejenigen entscheiden, denen die Einleitung und die Durchführung eines Verfahrens aufgetragen ist. Ich würde sagen, die Disziplinarordnung der Universität gestattet es, wirklich jeden individuell zu behandeln, nicht schematische Urteile zu fällen. Auch bei einem Studenten würde ich sagen: Er ist nicht eher schuldig als bis er in einem solchen Disziplinarverfahren verurteilt worden ist.

BM: Herr Senator, teilen Sie die Auffassung, die immer wieder vertreten wird, daß die Berliner Presse in der Eskalation der gegenwärtigen Konflikte mitschuldig ist?

Stein: Die anomalen Vorgänge finden in jeder, besonders in einer freien Presse, das muß man hier ganz ausdrücklich sagen, eine viel stärkere Beachtung als die große Zahl der normalen

Vorgänge. Wenn zum Beispiel die Presse in der letzten Zeit gemeldet hätte, wieviel Vorlesungen, Seminare und Prüfungen ohne Störung an der Universität absolviert worden sind, hätten die Bürger gesagt, warum melden die das. Ein unruhiger Mittwochnachmittag an der Universität wird selbstverständlich von der Presse sorgfältig beachtet, breit dargestellt. Das ruft den Eindruck bei den Bürgern hervor, an der Universität geht's immer drunter und drüber. Das ist praktisch nicht der Fall. Ich würde auch hier nur die Presse eingeschränkt dafür verantwortlich machen. Sie sehen also, man muß nicht böswillig sein, um zu sagen, natürlich trägt die Presse ihrer Funktion nach dazu bei, auf anomale Zustände aufmerksam zu machen und nicht auf normale.

#### „Politisches Mandat“

BM: Sie haben immer wieder dafür plädiert, daß die Studenten politisch bewußt denken und handeln sollen. Würden Sie sagen, daß Studentenvertreter das „politische Mandat“ haben, zu politischen Vorgängen in der Welt, sofort, nachdem sie in den Nachrichten sind, öffentlich Stellung zu nehmen? Nehmen wir das aktuelle Beispiel Griechenland.

Stein: Warum haben wir unsere Technische Hochschule zu einer Technischen Universität gemacht? Weil wir nach dem Kriege alle der Meinung waren: Es liegt eine große Gefahr darin, reine Fachleute zu erziehen. Auch die Technische Hochschule soll, soweit das möglich ist, einen verantwortlichen Staatsbürger erziehen. Das ist um so mehr die Forderung an eine allgemeine Universität, und das gilt besonders für die Freie Universität, die aus dem politischen Protest der Studenten, nämlich gegen die Unfreiheit im Osten unserer Stadt, gegründet worden ist. Von daher kann man den Studenten das Recht zu politischer Meinungsäußerung nicht absprechen. Wie schnell und zu welchen Themen Studenten sich äußern sollen — ich glaube, dazu etwas zu sagen, das wäre abwegig. Wenn heute ein Staat, der gestern noch, sagen wir, leidlich demokratisch war, kommunistisch würde, dann würden wir sicherlich alle sehr zufrieden sein, wenn die Studenten sehr rasch sagen würden, damit sind wir unzufrieden. Wenn ein Staat, der bis gestern leidlich demokratisch war, heute unter einer Militärdiktatur steht — so scheint es mir jedenfalls in Griechenland zu sein —, sollte man den Studenten auch eine rasche Meinungsäußerung dazu nicht verwehren. Die kann irrig sein. Wie alle unsere politischen Meinungsäußerungen irrig sein können. Aber den Studenten Vorschriften zu machen, wann ein Thema reif ist, von ihnen behandelt zu werden, würde mir keine geeignete Abgrenzung der politischen Meinungsfreiheit der Studenten zu sein scheinen.

BM: Am Abend der Auszählung der Urabstimmung haben einige Studenten die Vietkong-Fahne gehißt. Läßt man das als politische Meinungsäußerung einer bestimmten Studentengruppe gelten, müßte dann nicht konsequenterweise auch gestatten, daß sich rechtsradikale Gruppen in dieser Form äußern dürfen?

Stein: Die Fahnenmasten der Freien Universität sind weder für Vietkong-Fahnen noch für andere Dinge da. Ich würde es für sehr, sehr unzweckmäßig halten, diese Fahnenmasten dazu zu verwenden, alle möglichen politischen Bekenntnisse daran hochzuziehen. Die Studenten hätten sich auch sagen müssen, daß jedenfalls breite Kreise der Berliner Öffentlichkeit, aus was für Gründen immer, diese Haltung nicht teilen. Nebenbei gesagt, ich glaube, so sehr gut informiert über das, was die Vietkong wollen, sind wir alle nicht, ja? Ich sage aber noch einmal: Dazu scheinen mir die Fahnenmasten der Freien Universität nicht gedacht zu sein. Ich würde auch nicht wünschen, daß dort rechtsradikale Fahnen hochgehen.

BM: Herr Senator, die Rezensionen von Vorlesungen und Seminaren im „FU-Spiegel“ haben unter einigen Professoren beträchtliche Unruhe ausgelöst. Glauben Sie nicht, daß die Herren Professoren in gewissem Sinne recht haben verärgert zu sein, wenn die Studenten eine solche Rezension veröffentlichen, obwohl der betreffende Professor etwas dagegen hat?

Stein: Ich meine, kritisiert zu werden, ist ein nicht bequemes Schicksal; als ich heute morgen Ihre Kritik las (BM vom 11. 5. d. Red.), haben mich auch nicht nur Lustgefühle bewegt. Trotzdem muß ich sagen, es ist Ihr gutes Recht, den Senator Stein zu kritisieren. Nun ist die Frage: Können die Rezensionen

etwas nützen? Das hängt wohl sehr von den Formen ab, die man wählt. Junge Menschen sind da manchmal etwas wenig wählerisch. Da läßt sich sicher vieles verbessern. Ich bin der Meinung, unnütz brauchen solche Rezensionen nicht zu sein. Es ist neu für Deutschland. Der deutsche Universitätsprofessor war gewöhnt, ex cathedra zu sprechen und von seinen Studenten hingenommen zu werden. Sicherlich gibt es einige Professoren, denen es schwerfällt, solche Rezensionen zu akzeptieren. Ich würde auch wünschen, die Studenten zeigten so viel Taktgefühl, das zu verstehen und darauf Rücksicht zu nehmen. Aber grundsätzlich muß ich nach wie vor sagen, ich finde die Sache selbst nicht so abwegig, daß ich meinen würde, man müßte sich darüber furchtbar aufregen.

BM: Das hieße, daß Sie nichts dagegen hätten, wenn Sie selbst als akademischer Lehrer rezensiert würden?

Stein: Dagegen hätte ich gar nichts. Gute Kritiken wären mir lieber als schlechte, aber man muß auch einsehen, die Studenten haben recht — oder man muß sie überzeugen, daß sie unrecht haben. Schon daraus kann ein nützliches Gespräch beginnen.

BM: Es ist lange über eine anstehende Universitäts-Gesetzgebung gesprochen worden. Jetzt könnte man den Eindruck gewinnen, daß plötzlich mit einer großen Eile vorgegangen wird. Ist dieser Eindruck richtig?

#### Sehr viele Gespräche

Stein: Der Eindruck ist falsch. Wir haben uns seit Beginn der vorigen Legislaturperiode auf eine solche Gesetzgebung vorbereitet. Wir haben hier im Hause sehr viel Gespräche gehabt. Wir haben sehr viel Material gesichtet. Wir haben auch sehr viele Gespräche über all diese Fragen geführt, so daß ich glaube, daß wir jetzt in sehr kurzer Zeit einen wohlüberlegten Entwurf eines Universitätsgesetzes für beide Universitäten vorlegen können.

BM: Wird es in diesem neuen Gesetz beim Berliner Modell bleiben? Wird es ausgebaut werden? Wird die studentische Mitarbeit weiter gefördert?

Stein: Ich würde sagen, es wird weiterentwickelt werden. An dem Grundgedanken des Berliner Modells, nämlich einer starken Beteiligung der Studenten an den Entscheidungen in der Universität, möchte ich festhalten. Mir scheint es vor allem notwendig zu sein, Möglichkeiten vorzusehen, wo sich die verschiedenen Teile der Universität zu Aussprachen treffen können. Ob man das nun Konzil nennt oder großes Konzil usw. Das ist in unserem Entwurf mit vorgesehen.

Man kann eine moderne Universität nicht gegen die Studenten organisieren und auch nicht führen, sondern man muß auf ihre verständnisvolle Hilfe Wert legen. Natürlich muß man vermeiden, daß diejenigen, die einfach destruktiv sein wollen, keine Möglichkeit zum Mißbrauch erhalten. Aber denjenigen, die guten Willens sind, sollte man Gelegenheit zur Mitarbeit geben.

BM: Glauben Sie, Herr Professor, daß die Mehrzahl unter den akademischen Lehrern der Freien Universität Ihre Auffassung von dieser Zusammenarbeit teilt?

#### Gewisse Reserve

Stein: Ich muß zugeben, daß die letzten Monate und Jahre sicherlich bei meinen Kollegen eine gewisse Reserve haben entstehen lassen. Ich bin aber der Meinung, man sollte sie davon überzeugen, daß das auf lange Sicht doch das Bessere ist. Indem man ihnen auch zeigt, wie versucht werden kann, Mißbräuche solcher Rechte der Studenten zu verhindern und einzuschränken. Und wenn Sie genau fragen, was ich machen kann: Ich kann gar nichts machen als hinzusehen, bis ich sage, ihr habt die Gesetze verletzt. Wenn ich den Rektor einlade oder den AstA-Vorsitzenden, dann können die kaltlächelnd sagen: Wir denken gar nicht daran, zu dir zu kommen. Du hast gar kein Recht, uns einzuladen. Ich bin also auf ihr freundliches Verständnis angewiesen. Ich kann z. B. so reagieren: Im Namen meiner Rechtsaufsicht fordere ich Sie auf, hier zu erscheinen. Was natürlich dem Gespräch ein ganz schlechtes Klima geben würde.

BM: Was würden Sie davon halten, wenn Berliner Politiker an die Universität gingen, um sich dort mit den Studenten in Diskussionen auseinanderzusetzen?

Stein: Das ist sicherlich ein Gedanke, den man unterstützen soll. Das ist durchaus vernünftig. Es hängt natürlich davon ab, daß diese Versammlungen in Form einer sachlichen Auseinandersetzung verlaufen. Wenn erst mal ein paar Politiker zur Kenntnis nehmen müssen, daß ihre Meinung von den Studenten nicht geteilt wird, daß sie dann etwa ausgebüht werden — dann ist ein solches Verfahren erst mal am Ende. Nur vor einem warne ich: daß Politiker meinen — und manche tun auch in der Öffentlichkeit so —, es braucht bloß ein geistig hochmöglicher Mann hinzugehen und mit dem erhobenen Zeigefinger den Studenten zu sagen, was nun richtig ist zu denken, und daß sie sich etwa auf dem Holzwege befinden mit ihrer Einschätzung des Vietnamkrieges. So einfach sind die Dinge nicht. Aber ich gebe zu, sachliche Unterhaltungen sind immer nützlich. Sie hängen von beiden Seiten ab. Nur, von bestimmten Problemen befreit uns dieser Vorgang ganz bestimmt nicht. Aber ich bin sehr dafür.

(Berliner Morgenpost, 14. Mai 1967)

## DOKUMENT 704

— Abschrift —

Der Disziplinar-Untersuchungsführer  
der Freien Universität Berlin  
1 Berlin 33, Ihnestr. 24  
Disz. 42/67 und 43/67

17. 5. 1967

An den  
Vorsitzenden des Disziplinarausschusses  
der Freien Universität Berlin  
Herrn Prof. Dr. R. Herzog  
1 Berlin 33  
Van't-Hoff-Str. 8

### Anschuldigungsschrift

1. Der stud. phil. Hartmut Häußermann  
geb. am 6. 7. 1943 in Waiblingen  
wohnhaft in 1 Berlin 45, Hindenburgdamm 13  
— Matr. Nr. 50 776 —
2. Der stud. phil. Bernhard Wilhelmer  
geb. am 7. 9. 1944 in Meseritz  
wohnhaft in 1 Berlin 31, Kreuznacher Str. 20  
— Matr. Nr. 55 428 —

werden angeschuldigt,  
in Berlin  
am 19. und 20. 4. 1967  
vorsätzlich oder grob fahrlässig ihre Pflichten als Studenten der Freien Universität Berlin dadurch verletzt zu haben, daß sie die Anordnungen des Rektors nicht befolgten, andere Studenten zur Nichtbefolgung dieser Anordnungen aufforderten und im FU-Spiegel — Informationen für die Studentenschaft — vom 20. 4. 1967 die Mitglieder des Akademischen Senats verleumdete, indem sie wahrheitswidrig schrieben, der Akademische Senat habe über schwerwiegende Maßnahmen gegen den FU-Spiegel in Zusammenhang mit einer nicht zulässigen Rezension eines Forschungsseminars von Herrn Prof. Fränkel beraten und als Maßnahmen

Disziplinarverfahren gegen den Herausgeber  
Konfiszierung der Auflage  
weitere Kürzung des AStA Haushalts

vorgesehen.

Verstoß gegen §§ 1, 3 der Disziplinarordnung in Verbindung mit Nr. 21 Ziffer 2 der Universitätsordnung in der Fassung vom 1. 4. 66

### Beweismittel

1. Korrespondenz zwischen AStA und Rektor.
2. Zeugen:
  - a) Dr. Horst W. Hartwich zu laden im Rektorat
  - b) Dr. Werner Brüßau, 1 Berlin 33
  - c) Jakob Horn Ihnestr. 24
3. Bericht des Rektors an den Senator für Kunst und Wissenschaft vom 21. 4. 1967

4. FU-Spiegel — Informationen für die Studentenschaft — vom 20. 4. 1967

5. Bericht über den Einsatz der Polizei vom 28. 4. 1967

### Wesentliches Ermittlungsergebnis

1. Der Angeschuldigte Häußermann erhielt am 19. 3. 1963 vom Ev. theol. Seminar Blaubeuren das Zeugnis der Reife. Im Anschluß daran unterzog er sich einem kirchlichen Dienstjahr als Vorbereitung zum Theologiestudium bei den Stuttgarter Hymnus-Chorknaben bis Ostern 1964. Seit dem 27. Mai 1964 ist der Angeschuldigte Häußermann bei der Philosophischen Fakultät der Freien Universität Berlin immatrikuliert. Er gehört jetzt zur Fachrichtung Soziologie. Für das laufende Sommersemester 1967 ist der Angeschuldigte wegen seiner Tätigkeit als 1. Vorsitzender der AStA beurlaubt.

2. Der Angeschuldigte Wilhelmer erhielt am 10. 2. 1964 von der Paulsen-Schule in Berlin-Steglitz das Zeugnis der Reife. Er begann sein Studium im Sommersemester 1964 an der Universität in Kiel. Bis zum Ende des Wintersemester 1964/65 war er dort bei der Philosophischen Fakultät — Fachrichtung Soziologie und Politik — immatrikuliert. Seit dem 25. 6. 1965 gehört der Angeschuldigte Wilhelmer der Freien Universität an. Er ist bei der Philosophischen Fakultät — Fachrichtung Politische Wissenschaft — eingeschrieben.

(... folgt Darstellung der Ereignisse vom 19. April 1967)

...

### II.

Am 20. 4. 1967 wurde vom AStA der FU-Spiegel — Information für die Studentenschaft — herausgegeben, für dessen Inhalt die Angeschuldigten Häußermann und Wilhelmer verantwortlich sind. Darin wurde ausgeführt, daß der Akademische Senat über schwerwiegende Maßnahmen gegen den FU-Spiegel im Zusammenhang mit einer nichtzulässigen Rezension eines Forschungsseminars von Herrn Prof. Dr. Fränkel beraten habe. Als solche beratenen Maßnahmen wurden aufgeführt:

Disziplinarverfahren gegen den Herausgeber  
Konfiszierung der Auflage  
Weitere Kürzung des AStA-Haushalts

In Wahrheit hatt der Akademische Senat in seiner Sitzung am 19. 4. 1967 lediglich einen Beschluß über die Unzulässigkeit der genannten Rezension gefaßt und beraten. Über die vom FU-Spiegel bekundeten Maßnahmen war nicht diskutiert und nichts beschlossen worden.

Der Angeschuldigte Häußermann ist mit Schreiben vom 25. 4. 1967 zum 2. 5. 67 vorgeladen worden, um ihm rechtliches Gehör zu gewähren. Er ist nicht erschienen. Durch seine Sekretärin ließ er telefonisch mitteilen, er sei durch eine andere Veranstaltung verhindert und überdies sei er immun.

Der Angeschuldigte Wilhelmer ist der Vorladung zum 2. 5. 67 nicht nachgekommen. Er ließ telefonisch mitteilen, er sei krank und liege im Bett. Einer weiteren schriftlichen Vorladung zum 8. 5. 67 ist er nicht gefolgt. Er hat vielmehr an diesem Tage angerufen und sich auf seine noch bestehende Krankheit berufen. Bei diesem Telefongespräch wurde ihm erklärt, er könne auch noch am 10. 5. 67 erscheinen, wenn er sich äußern wolle. Zu diesem Termin ist er nicht erschienen. Eine Äußerung von ihm ist nicht eingegangen.

Durch ihr Verhalten am 19. 4. 1967 haben die Angeschuldigten vorsätzlich ihre studentischen Pflichten verletzt. Die Nichtbefolgung der Anordnungen des Rektors, die Halle des Henry-Ford-Baues zu verlassen, die mit Billigung der Angeschuldigten an die Studenten gerichteten Aufforderungen anderer Versammlungsteilnehmer, sich dem Einsatz der Polizei durch Sitzenbleiben in der Halle zu widersetzen, stellen Verstöße gegen geltendes Recht dar (Hausfriedensbruch). Diese Handlungen fallen nicht unter den Schutz des § 22 Abs. 4 der Universitätsordnung.

Die unrichtigen Darstellungen im FU-Spiegel — Information für die Studentenschaft — vom 20. 4. 1967 stellen sich als eine bewußte Verleumdung der Mitglieder des Akademischen Senats dar.

Ich beantrage Bestrafung der Angeschuldigten durch den Disziplinarausschuß der Freien Universität Berlin.

gez. Blaesing

(Archiv ZI 6: Akte E 0702 FU/TU „Flugblätter Januar—Mai 1967“)



## DOKUMENT 705

Der Senator für Wissenschaft und Kunst  
GeschZ.: Sr

Berlin-Charlottenburg, den 17. Mai 1967

An die  
Redaktion der Berliner Morgenpost  
1 Berlin 61  
Kochstr. 50

Sehr geehrte Redaktion!

In Ihrer Nummer vom 14. 5. 1967 veröffentlichten Sie unter der Überschrift „Senator Stein will Studenten mehr Mitspracherecht geben — Für Kritik an den Professoren“ ein von Ihnen gekürztes Gespräch zwischen mir und Mitarbeitern der „Berliner Morgenpost“.

Ich sehe mich genötigt, gegen Ihre mit mir nicht abgesprochenen Kürzungen und gegen die tendenziösen Überschriften Einspruch zu erheben.

Die Überschriften, mit denen Sie die Pfingstausgabe aufmachen, kann ich nur als den Versuch werten, mich hochschulpolitisch als einseitig abzustempeln. Diejenigen, die nicht viel mehr als diese Schlagzeilen lesen, werden glauben, ich stände hinsichtlich der Begebenheiten der letzten Wochen an der Freien Universität auf Seiten der Studenten und gegen die Professoren. Das ist nachweisbar unrichtig. Ich habe mit Kritik an den Studenten, die gegen die Interessen und die Ordnung der Universität verstoßen haben, nicht gespärt und entsprechende Disziplinarverfahren gebilligt.

Was das Mitspracherecht der Studenten betrifft, so sagte ich in dem von Ihnen mitgeteilten Teil des Gesprächs über das künftige Universitätsgesetz: „An dem Grundgedanken des Berliner Modells, nämlich einer starken Beteiligung der Studenten an den Entscheidungen in der Universität, möchte ich festhalten.“ Daraus machen Sie in der Überschrift „mehr Mitspracherecht!“ Zu den Vorlesungskritiken habe ich sehr abgewogen und keineswegs einseitig Stellung genommen. Der Kernsatz lautete dann: „Aber grundsätzlich muß ich nach wie vor sagen, ich selbst finde die Sache nicht so abwegig, daß ich meinen würde, man müßte sich darüber furchtbar aufregen“. Daraus wird in Ihrer Überschrift „Für Kritik an Professoren“.

Sie machen Ihre Leser nicht darauf aufmerksam, daß das von Ihnen Gedruckte ein von Ihnen gekürzter Auszug aus einem Gespräch von einer ¾ Stunde Dauer ist. Im Gegenteil, Sie bezeichnen diese Fassung ausdrücklich als „Wortlaut“. Damit fallen alle Gedankensprünge und Lücken in der Argumentation scheinbar mir zur Last. Ich hätte den Abdruck in dieser Form nicht gestattet, wenn ich vorher Kenntnis davon gehabt hätte. Sie werden verstehen, daß die Erfahrungen mit den Ergebnissen dieses Interviews mich nicht ermutigen, Interviews künftig noch in dieser vertrauensvollen Form zu geben. Ich werde derartige Interviews davon abhängig machen, daß mir der zur Veröffentlichung vorgesehene Text vorher zur Genehmigung vorgelegt wird.

Den an der Hochschulgesetzgebung besonders interessierten Institutionen und Personen habe ich zur Korrektur des Eindrucks, der aus dem von Ihnen abgedruckten Text entstehen mußte, Durchschriften dieses Briefes übersandt.

Hochachtungsvoll  
(Prof. Dr. Stein)

(Akademischer Senat der FUB: Sitzungsprotokolle 1967)

## DOKUMENT 706

Der Polizeipräsident in Berlin  
II A 3 — 20.70 (Lettau)

1 Berlin 42, den 22. Mai 1967  
Tempelhofer Damm 1—7

Mit Postzustellungsurkunde  
Herrn  
Reinhard Lettau  
1 Berlin 62

Hauptstr. 19 bei Maucher

Betr.: Aufenthaltserlaubnis

Nach meinen Feststellungen haben Sie am 19. 4. 1967 an einer Veranstaltung des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes auf dem Gelände der Freien Universität Berlin teilgenommen und in einer Ansprache versucht, die dort versammelten Studenten gegen die Polizei aufzuhetzen.

Auf Grund dieses Sachverhalts beschränke ich gemäß § 7 Abs. 4 des Ausländergesetzes vom 28. 4. 1965 — AuslG — (Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin Seite 834) deshalb die Ihnen von hier bis zum 17. 11. 1967 erteilte Aufenthaltserlaubnis für die Bundesrepublik Deutschland auf den 30. 6. 1967. Gleichzeitig weise ich darauf hin, daß ich nicht bereit bin, die Aufenthaltserlaubnis über diesen Zeitpunkt hinaus zu verlängern.

Die Beschränkung der Ihnen zuvor erteilten Aufenthaltserlaubnis und die Versagung der weiteren Aufenthaltserlaubnis haben zur Folge, daß Sie sich im Bundesgebiet nur noch bis zum 30. 6. 1967 aufhalten dürfen. Sollten Sie das genannte Gebiet nicht bis zu diesem Zeitpunkt freiwillig verlassen, wäre es nach § 13 AuslG erforderlich, Sie unter Anwendung unmittelbaren Zwanges abzuschleppen.

Ich mache Sie vorsorglich darauf aufmerksam, daß derjenige, der sich ohne die erforderliche Aufenthaltserlaubnis im Bundesgebiet aufhält, nach § 47 Absatz 1 Nummer 2 AuslG mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft werden kann. Die Strafbarkeit wird durch die Einlegung des Widerspruchs nicht beseitigt.

Rechtsmittelbelehrung siehe Anlage.

1 Anlage

Im Auftrage  
(Dr. Neumann)

(Archiv ZI 6: Akte E 0702 FU/TU „Flugblätter Januar—Mai 1967“)

## DOKUMENT 707

### Neue Demonstrationsformen in Brüssel erstmals erprobt

In einem Großhappening stellten Vietnamdemonstranten für einen halben Tag kriegsähnliche Zustände in der Brüsseler Innenstadt her.

Diese seit Jahren größte Brandkatastrophe Belgiens hatte ein Vorspiel. Zur Zeit des Brandes fand in dem großen Kaufhaus A l'Innovation (Zur Erneuerung) gerade eine Ausstellung amerikanischer Waren statt, die deren Absatz heben sollte. Dies nahmen eine Gruppe Antivietnamdemonstranten zum Anlaß, ihren Protesten gegen die amerikanische Vietnampolitik Nachdruck zu verleihen. Ich sprach mit dem Mitglied der prochinesischen Gruppe „Aktion für den Frieden und Völkerfreundschaft“ Maurice L. (21): „Wir vermochten uns bisher mit unseren Protesten gegen die amerikanische Vietnampolitik nicht durchzusetzen, da die hiesige Presse durch ihre Berichterstattung systematisch den Menschen hier den Eindruck vermittelt, daß ein Krieg dort unten notwendig und zudem gar nicht so schlimm sei. Wir kamen daher auf diese Form eines Happenings, die die Schwierigkeiten, sich die Zustände beispielsweise in Hanoi während eines amerikanischen Bombenangriffs vorzustellen, beheben sollte.“

Der Verlauf des Happenings spricht für eine sorgfältige Planung: Tage zuvor fanden kleinere Demonstrationen alten Musters vor dem Kaufhaus mit Plakaten und Sprechchören statt und in dem Kaufhaus wurden Knallkörper zwischen den Verkaufstischen gezündet. Das Personal wurde so an derartige Geräusche und Zwischenfälle gewöhnt. Die Bedeutung dieser

Vorbereitungen zeigten sich dann bei Ausbruch des Feuers, als das Personal zunächst weder auf die Explosionen, noch auf Schreie und Alarmklingeln reagierte. Maurice L. zu dem Brand: „Sie werden verstehen, daß ich keine weiteren Angaben über die Auslösung des Brandes machen möchte, weil sie auf unsere Spur führen könnte.“ Das Feuer griff sehr schnell auf die übrigen Stockwerke über und verbreitete sich dann noch in den anliegenden Kaufhäusern und Geschäften, da die umgebenden Straßen für die anrückende Feuerwehr zu eng waren. Der Effekt, den die Gruppe erreichen wollte, dürfte wohl ihren Erwartungen voll entsprochen haben. Es dürften im Ganzen etwa 4000 Käufer und Angestellte in die Katastrophe verwickelt sein. Das Kaufhaus glich einem Flammen- und Rauchmeer; unter den Menschen brach eine Panik aus, bei der viele zertrampelt wurden; einige fielen wie brennende Fackeln aus den Fenstern; andere sprangen kopflos auf die Straße und schlugen zerschmettert auf; Augenzeugen berichteten: „Es war ein Bild der Apokalypse“; viele erstickten schreiend. Das Riesenaufgebot an Feuerwehr und Polizei war wegen der Neugierigen und der ungünstigen Raumverhältnisse außerordentlich behindert — ihre Fahrzeuge waren mehrmals in Gefahr, in Brand zu geraten.

Maurice L.: „In der vorigen Woche hatten wir eine anonyme Bombendrohung an das Kaufhaus durchgegeben, um festzustellen, welche Maßnahmen die Polizei und welche Sicherungsmaßnahmen das Kaufhaus ergreifen.“ — Da zu erwarten war, daß die Betroffenen die Ursache des Brandes mißdeuten würden, hatte die Gruppe nach Maurice L. schon Tage zuvor und vor allem am Tag des Großhappenings Flugblätter verteilt, die auf die Zustände in Vietnam hinwiesen und empfahlen, die Ausstellung im Kaufhaus A l'Innovation „hochgehen“ zu lassen. Nach sieben Stunden erst war das Großfeuer unter Kontrolle — der Schaden beträgt nach vorsichtigen Schätzungen ca. 180 Mill. DM.

Über die Ursachen des Brandes wurden von der Polizei bisher noch keine genauen Angaben gemacht. Obwohl alle Anzeichen für dieses Großhappening sprechen, wie es Maurice L. schilderte, wagen Polizei und Öffentlichkeit bisher nicht, die Anti-vietnamdemonstranten offen zu beschuldigen, da dies einem Eingeständnis einer erfolgten weitgehenden Radikalisierung der Vietnamgegner gleichkäme. Es könnte zudem bewirken, daß andere Gruppen in anderen Städten wegen der Durchschlagskraft dieses Großhappenings nicht nur in Belgien zu ähnlichen Aktionen ermuntert würden. Und selbst wenn sich durch eine Unvorsichtigkeit der Demonstranten die Urheberchaft dieser obengenannten Gruppe eindeutig herausstellen würde, dürfte dies nicht dazu führen, daß die Polizei das Ergebnis veröffentlicht, da der obige Effekt der Ermunterung anderer Gruppen eine solche Veröffentlichung inopportun erscheinen läßt.

Kommune I (24. 5. 67)

(Archiv ZI 6: Akte „K I, Berlin“)

## DOKUMENT 708

**Neu! Unkonventionell!  
Warum brennst Du, Konsument?  
Neu! Atemberaubend!**

Die Leistungsfähigkeit der amerikanischen Industrie wird bekanntlich nur noch vom Einfallsreichtum der amerikanischen Werbung übertroffen: Coca Cola und Hiroshima, das deutsche Wirtschaftswunder und der vietnamesische Krieg, die Freie Universität und die Universität von Teheran sind die faszinierenden und erregenden Leistungen und weltweit bekannten Gütezeichen amerikanischen Tatendranges und amerikanischen Erfindergeists; weben diesseits und jenseits von Mauer, Stacheldraht und Vorhang für freedom und democracy.

Mit einem neuen gag in der vielseitigen Geschichte amerikanischer Werbemethoden wurde jetzt in Brüssel eine amerikanische Woche eröffnet: ein ungewöhnliches Schauspiel bot sich am Montag den Einwohnern der belgischen Metropole:

Ein brennendes Kaufhaus mit brennenden Menschen vermittelte zum erstenmal in einer europäischen Großstadt jenes

knisternde Vietnamgefühl (dabeizusein und mitzubrennen), das wir in Berlin bislang noch missen müssen.

Skeptiker mögen davor warnen, „König Kunde“, den Konsumenten, den in unserer Gesellschaft so eindeutig Bevorzugten und Umworbene, einfach zu verbrennen.

Schwarzseher mögen schon unsere so überaus komplizierte und kompliziert zu lenkende hochentwickelte Wirtschaft in Gefahr sehen.

So sehr wir den Schmerz der Hinterbliebenen in Brüssel mitempfinden: wir, die wir dem Neuen aufgeschlossen sind, können, solange das rechte Maß nicht überschritten wird, dem Kühnen und Unkonventionellen, das, bei aller menschlichen Tragik, im Brüsseler Kaufhausbrand steckt, unsere Bewunderung nicht versagen.

Auch der Umstand, daß man dieses Feuerwerk Anti-Vietnam-Demonstranten andichten will, vermag uns nicht irreführen. Wir kennen diese weltfremden jungen Leute, die immer die (Plakate) von gestern tragen, und wir wissen, daß sie trotz aller abstrakten Bücherweisheit und romantischer Träumereien noch immer an unserer dynamischen-amerikanischen Wirklichkeit vorbeigegangen sind.

Kommune I (24. 5. 1967)

(Archiv ZI 6: Akte „K I, Berlin“)

## DOKUMENT 709

**Wann brennen die Berliner Kaufhäuser?**

Bisher kreppten die Amis in Vietnam für Berlin. Uns gefiel es nicht, daß diese armen Schweine ihr Cococolablut im vietnamesischen Dschungel verspritzten mußten. Deshalb trotteten wir anfangs mit Schildern durch leere Straßen, warfen ab und zu Eier ans Amerikahaus und zuletzt hätten wir gern HHH in Pudding sterben sehen. Den Schah pissen wir vielleicht an, wenn wir das Hilton stürmen, erfährt er auch einmal, wie wöhltuend eine Kastration ist, falls überhaupt noch was dranhängt . . . es gibt da so böse Gerüchte.

Ob leere Fassaden beworfen, Repräsentanten lächerlich gemacht wurden — die Bevölkerung konnte immer nur Stellung nehmen durch die spannenden Presseberichte. Unsere belgischen Freunde haben endlich den Dreh heraus, die Bevölkerung am lustigen Treiben in Vietnam wirklich zu beteiligen: sie zünden ein Kaufhaus an, dreihundert saturierte Bürger beenden ihr aufregendes Leben und Brüssel wird Hanoi. Keiner von uns braucht mehr Tränen über das arme vietnamesische Volk bei der Frühstückszeitung zu vergießen. Ab heute geht er in die Konfektionsabteilung von KaDeWe, Hertie, Woolworth, Bilka oder Neckermann und zündet sich diskret eine Zigarette in der Ankleidekabine an. Dabei ist nicht unbedingt erforderlich, daß das betreffende Kaufhaus eine Werbekampagne für amerikanische Produkte gestartet hat, denn wer glaubt noch an das „made in Germany“?

Wenn es irgendwo brennt in der nächsten Zeit, wenn irgendwo eine Kaserne in die Luft geht, wenn irgendwo in einem Stadion die Tribüne einstürzt, seid bitte nicht überrascht. Genausowenig wie beim Überschreiten der Demarkationslinie durch die Amis, der Bombardierung des Stadtzentrums von Hanoi, dem Einmarsch der Marines nach China.

Brüssel hat uns die einzige Antwort darauf gegeben:

burn, ware-house, burn!

Kommune I (24. 5. 67)

(Archiv ZI 6: Akte „K I, Berlin“)

REVOLUTION W ROST  
REVOLUTION W ROT  
REVOLUTION W ROT

DURCH FLAMMENDES ROT FLIEGEN PELZE  
EINE FLASCHE PROPAN-GAS

AUF DIE STRASSE \* FÜR JEDE HAUSFRAU BRÜSSELS EINEN

UND SIE KÖNNEN DASSSELBE ERLEBEN \* DIE HÖRSTÄHNE

KULTURGUT VON ROSE-GRAVEN WOLKEN UMARMEN

DURCH REVOLUTION IN ROSE \* PROPANGAS

SELBST ERLEBEN \* AMERICANISCHES

BEI KEPA UND KA-DE-WEH ?

NEUE REVOLUTIONÄRE GEFÜHL \* POLITIK \* AMERICANISCHES

WAS VÖLLIG NEUE REVOLUTIONÄRE GEFÜHL

INVASION \* WAS VÖLLIG NEUE REVOLUTIONÄRE GEFÜHL

kommuo7

## DOKUMENT 711

### Resolution des Vietnam-Komitees an der Freien Universität Berlin

In Vietnam kämpft eine Armee gegen ein Volk. Fast eine halbe Million amerikanischer Interventen überzieht mit Napalm, Gas und Folter das Land; die Interventen können den Widerstand des vietnamesischen Volkes nur brechen, indem sie seine systematische Ausrottung betreiben. In Stockholm hat sich ein Tribunal konstituiert, das den mörderischen Alltag der Amerikaner in Vietnam bei seinem richtigen Namen nennt: Völkermord. Das Tribunal verschmäht es, die Formen jener Gerichtsbarkeit zu wahren, die allzu oft — besonders in Deutschland — der politischen Unterdrückung zu einem juristischen Alibi verhelfen.

Sein Vorfahr, die Londoner Gegenverhandlung zum Leipziger Reichstagsbrandprozeß, führte jedem einzelnen die grauenhafte Wirklichkeit des Faschismus vor Augen. So beabsichtigt auch dieses Tribunal als politisch-moralische Instanz, das Gewissen aller Einzelnen mit den Tatsachen des Krieges in Vietnam zu konfrontieren. Aber eine Beunruhigung des Gewissens bleibt folgenlos und abstrakt, wenn die Untersuchungen des Tribunals nicht jeden von uns bewegen, die Ohnmacht bloßen Protests und der Indignation zu durchbrechen. Der historisch belegte Widerstand der amerikanischen Volksbewegung gegen die Eroberungspolitik seiner Regierungen im amerikanisch-mexikanischen Krieg (1845—48) ist die Schule, in die wir heute gehen müssen. „When the law is of such injustice that it compels you to do injustice to another person, then I say: break the law.“ (H. D. Thoreau) Der gemeine amerikanische Soldat lehnt seinen „Einsatz“ in Vietnam ab. Aber sein Abscheu bleibt stumm im System von Befehl und Gehorsam. Er muß dazu kommen, das sinnlose Opfer seines Lebens in Vietnam in Frage zu stellen.

Wie können wir ihm dabei helfen? Wir werden im amerikanischen Wohnviertel in Dahlem demonstrieren, informieren, diskutieren; wir werden Flugzettel in englischer Sprache verteilen, Soldaten darüber unterrichten, was sie in Vietnam erwartet. Das Zentrum der amerikanischen Machtentfaltung in Dahlem wird bei dieser Aktion nicht ausgespart bleiben können. Die erste Demonstration dieser Art wird morgen, Freitag, den 26. 5. 67 um 17.00 Uhr am U-Bahnhof Oskar-Helene-Heim beginnen.

Wie werden wir uns und dem vietnamesischen Volk helfen? Wir werden an der Universität, im amerikanischen Wohnviertel und in der Stadt Geldsammlungen für die südvietnamesische Befreiungsfront (FNL, Vietcong) organisieren. Diese Sammlungen sollen das vietnamesische Volk mit allen Gütern und Materialien ausrüsten, die es benötigt, um sich als Volk zu erhalten.

An der Freien Universität Berlin ist ein Aktionskomitee zusammengetreten, dem folgende Studentenverbände angehören: SDS, SHB, HSU, LSD, Freunde der Publizistik e. V., Argument Club. Das Aktionskomitee setzt sich zum Ziel, alle Protestaktionen dieses Sommers gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam zu koordinieren. Es ruft die versammelten Studenten, die Assistenten und Professoren dazu auf, sich diesem Komitee anzuschließen und es in seinen Anstrengungen zu unterstützen.

(Privatakten, Standort ZI 6: Akte „SDS, AI“)

## DOKUMENT 712

### Konventsdrucksache Nr. XIX/30 Vorlage zur Konventssitzung am 26. 5. 67

Die Tatsachen des Krieges in Vietnam und wie in keinem Konfliktfall zuvor jedem zugänglich, sie sind klar und erschütternd. Wer auch nur den Willen hat, sich vorurteilsfrei zu informieren, der kann wissen, auf welcher Seite in diesem Krieg Unrecht, auf welcher Seite das Recht ist. Die wichtigsten Tatsachen sind:

1. Der 2. Indochinakrieg, ein Befreiungskrieg der Völker Indochinas von der Kolonialherrschaft Frankreichs, endet 1954 mit einem — der schnellen Verhandlungsbereitschaft der Regierung Mendes-France zu dankenden militärischen Patt nach der Schlacht von Dien Bien Phu. Die Vietminh-Bewegung geht trotz ihrer militärischen Überlegenheit auf die Genfer Verhandlungen ein.

2. Das Genfer Abkommen gibt der ehemaligen Kolonialmacht und der US-Regierung eine zweijährige Chance, das für 1956 vereinbarte Votum des Vietnamesischen Volkes über die Zukunft ihrer Nation südlich der Demarkationslinie in ihrem Sinne zu beeinflussen.

3. Als sich 1956 herausstellt, daß der von der US-Regierung eingesetzte Diktator Diem trotz oder wegen seiner gewaltsamen Unterdrückung jeder Opposition durch eine Wahl zugunsten Ho Chi Minh's weggespült würde, läßt die US-Regierung Diem die in Genf vereinbarten Wahlen verhindern.

4. Die US-Regierung gibt dem von ihr eingesetzten und durch nichts legitimierten Diem eine Beistandsversprechung, auf die sie sich bis zum heutigen Tage beruft, und bezieht Süd-Vietnam entgegen dem Genfer Abkommen wie einen souveränen Staat in den SEATO-Pakt ein.

5. Die Diktatur Diem's zeichnet sich nicht nur durch Unterdrückung jeder politischen Opposition aus, sie restauriert auch die während des 2. Indochina-Kriegs unter Führung der Vietminh partiell überwundenen halbfeudalen Agrarverhältnisse, die für den überwundenen Teil der Bevölkerung Südvietnams Hunger und Elend bedeuten. Zudem fördert Diem US-Importe, die auch die erreichten Ansätze einer einheimischen Industrie, besonders auf dem Textilsektor, durch Dumping zerstören.

6. Als 1960 der innenpolitische Terror Diems sich immer noch unaufhaltsam steigert und zugleich das Elend auf dem Lande und in den Städten ins Unermeßliche wächst, konstituiert sich eine sämtliche demokratischen Parteien und Gruppierungen bis hin zu den Buddhisten umfassende Nationale Befreiungsfront Südvietnams unter der Leitung des bürgerlich-liberalen RA Huu Tho, die den bewaffneten Aufstand gegen die Diktatur Diems beschließt.

7. Die FNL (Vietcong) organisiert ab 1960 einen Partisanenkrieg, einen Krieg also, der mit der Unterstützung durch die Bevölkerung steht und fällt. Die Beteiligung nordvietnamesischer Berater oder Kombattanten übersteigt bis 1963 nach amerikanischen Angaben nicht die Zahl 200. Die Partisanenstreikräfte beschaffen sich bis 1964 ihre Waffen fast zu 100% von den Diem-Truppen bzw. von den US-Forces.

8. Im Sommer 1962 ist abzusehen, daß der Sieg der FNL-Streitkräfte von den Diem-Truppen, deren Desertationsziffern ins Astronomische steigen, nicht mehr zu verhindern ist. Nach amerikanischen Schätzungen wird die FNL von etwa 80% der Bevölkerung unterstützt. Präsident Kennedy erhöht daraufhin die Zahl der US-„Berater“ in Vietnam von 2.000 auf 11.000.

9. 1963 wird der Diktator Diem nach dem Buddhisten-Aufstand in den Städten gestürzt. Eine Militärjunta, die bald von anderen Militärjuntas abgelöst wird, übernimmt die Regierung. Es wird offenes Geheimnis, daß die Regierungen in Saigon vom US-Botschafter ein- und abgesetzt werden. Die US-„Berater“-Stärke wird auf 16.000 Mann erhöht.

10. 1964 verzichtet die US-Regierung unter Präsident Johnson auf den Anschein, daß die südvietnamesischen Regierungstruppen den Krieg gegen kommunistische Rebellen führen; sie lassen die Hauptlast des Kampfes von regulären Einheiten der US-Forces tragen und übernehmen auch formell das Oberkom-

mando. Zugleich beginnt nach den Zwischenfällen im Golf von Tonking das Bombardement auf das nordvietnamesische Territorium durch die US-Air-Forces. Die Begründung dafür ist eine „Aggression aus dem Norden“, die gerade das zu diesem Gegenstand vom Pentagon herausgegebene Weißbuch sehr eindrucksvoll als Märchen entlarvt. Ende 1964 stehen 200.000 US-Soldaten in Südvietnam.

11.

In den folgenden Jahren — Ende 1966 übersteigt die Stärke der US-Truppen in Südvietnam die Zahl 400.000 — wird der Charakter der „Auseinandersetzung“ durch die Art der amerikanischen Kriegsführung unüberschaubar deutlich:

Die wahllose Vernichtung von Kindern, Frauen, Greisen und der von Menschen bearbeiteten Natur ist das Eingeständnis der Strategie, daß der Gegner nicht aus Infiltranten oder Terroristen besteht, sondern daß das vietnamesische Volk der Gegner ist. Napalm- und Splitterbomben, Giftgas, Erntevernichtungen und die brutalen Folterungen der Gefangenen und der Zivilisten zeigen deutlich, daß die US-Regierung nicht gegen die Bevölkerung terrorisierende Kommunisten aus dem Norden zu Felde gezogen ist, sondern daß sie Völkermord in Eskalationsstufen begeht. Die in Abständen unternommenen „Friedensoffensiven“ können nicht verleugnen, daß ihr Ziel nicht die Erreichung des Friedens, sondern die Beruhigung der US- und Weltöffentlichkeit über den Krieg ist.

Ebenso wenig überzeugen die Versuche, der Saigoner Militärregierung einen demokratischen Charakter zu verleihen: Im Herbst 1967 werden die Süd-Vietnamesen zwischen zwei Angehörigen der gegenwärtig regierenden Militärjunta wählen dürfen.

12.

Die US-Regierung setzt bis zum heutigen Tage die Eskalation des Krieges fort, obwohl sie selbst inzwischen zugegeben hat, daß der Krieg militärisch von keiner der beiden Seiten zu gewinnen ist, und obwohl sie weiß, daß jeder weitere Eskalationsschritt die Gefahr in sich birgt, daß aus dem Krieg in Vietnam ein Weltkrieg wird.

Diese Tatsachen sprechen für sich. Sie sind geeignet, der jetzt in den USA und in Westeuropa studierenden Jugend, die nach den Erfahrungen mit dem Faschismus und dem Stalinismus ihre Vorstellungen über eine freie Gesellschaft in der amerikanischen verkörpert glaubten, in einer grausamen Weise die Augen zu öffnen.

Bis heute konnte sich der Konvent der FU nicht entschließen, zu diesen Tatsachen Stellung zu nehmen. Der Konvent, das oberste Beschlußorgan der repräsentativen demokratischen Studentenvertretung, begreift sein politisches Mandat als eine Aufgabe, die nur im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Funktion der Universität erfüllt werden kann. Die VDS-Charta, die Bestandteil eines Beschlusses zum politischen Mandat des 18. Konvents ist, umreißt diese Aufgabe der Universität.

Die Aufgabe universitärer Wissenschaft kann sich in einer Gesellschaft, die Freiheit des einzelnen Menschen als ihr Ziel deklariert, nicht darauf beschränken, Wissen bereitzustellen, das die ständige Verbesserung der Produktion gewährleisten soll. Um den einzelnen Menschen immer mehr zum Subjekt seiner Geschichte werden zu lassen, muß vielmehr die Wissenschaft die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse in Frage stellen und auf die politischen Wirksamkeit ihrer Kritik dringen. Die universitäre Wissenschaft kann deswegen nur dann über einen Völkermord wie den in Vietnam hinweggehen, wenn sie eine gesellschaftliche Arbeitsteilung akzeptiert hat, in der die einen Subjekt und die anderen Objekt sind. Damit hätte sich die Universität zum bloßen Lieferanten von Wissen degradiert, der kein Interesse an der tatsächlichen gesellschaftlichen Verwertung dieses Wissens hat und damit die Wissenschaft selbst von ihrer Dimension, aufgeklärte Selbstbestimmung den Menschen zu ermöglichen, zum bloßen Produktionsfaktor verkommen läßt.

Entsprechend dieser verkümmerten Funktionsbestimmung reproduziert die Universität in ihrem Inneren eben jene gesellschaftliche Arbeitsteilung, in der die einen Subjekt und die anderen Objekt sind. Sie entwirft unter dem Druck von Ministerialbürokratie und Wirtschaftsverbänden Neuordnungen der

universitären Lehre, die die Studenten fertigem Wissen, vorgegebenen Lernplänen und irrationalen Prüfungsritualien unterwirft.

Wenn die Studenten entschieden darauf dringen, daß in der Universität zwischen allen Universitätsangehörigen die rationale und vor allem verbindliche Auseinandersetzung über die Aufgabe der Universität beginnt, wenn also die Studenten Subjekt werden wollen, begegnet ihnen die universitäre Administration mit Gewalt.

Der Konvent stellt fest, daß ein längeres Ignorieren der Verbrechen in Vietnam durch die Universität einer Vorstellung von den Aufgaben der Universität entspricht, die er seit Jahren mit seiner Hochschulpolitik bekämpft. Die Universität glaubt sich deswegen zum Schweigen verpflichtet, weil sie ihre gesellschaftliche Funktion im Konformismus und in unpolitischer Wissenschaft sieht. Deswegen ist es ein unumgänglicher hochschulpolitischer Schritt des Konvents, durch Parteinahme im Krieg gegen das vietnamesische Volk unpolitischem Selbstverständnis der Universität entgegenzutreten und die Universität an ihre gesellschaftliche Verantwortung zu erinnern. Hinsichtlich der Verbrechen in Vietnam kann es für eine Universität weder mangelnde Informiertheit noch politische Neutralität geben.

Der Konvent stellt auch fest, daß die Parteien der Bundesrepublik und Westberlins ihren verfassungsmäßigen Auftrag, nach dem sie bei der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken haben, nicht erfüllen. Die Parteien halten die innerparteiliche Diskussion über Vietnam möglichst klein, durch die kritiklose Wiedergabe amerikanischer Propaganda-Formeln, durch mangelnde und falsche Information der Öffentlichkeit verhindern sie eine notwendig kritische Willensbildung zu der Bevölkerung und handeln damit ihren proklamierten Zielen zuwider.

Der Konvent beschließt:

Der Konvent der FU ergreift angesichts des opportunistischen Schweigens der Parteien und der Freien Universität Partei im Krieg der US-Regierung gegen das Volk Vietnams.

- Er verurteilt die US-Regierung und die von ihr abhängigen Regierungen als Verbrecher am Volk Vietnams und an ihren eigenen Völkern.
- Er fordert die US-Regierung auf, bedingungslos und sofort die Bombardements auf das Territorium Nordvietnams definitiv einzustellen; er fordert den sofortigen Abzug der US-Truppen mitsamt den Truppen der von der US-Regierung aufgebauten unheiligen Allianz, wodurch auch die sowjetischen Spezialisten Vietnam wieder verlassen können, damit die Vietnamesen über ihre Zukunft selbst frei entscheiden können.
- Er sieht in der FNL Südvietnams die derzeit einzige Vertretung der Interessen des vietnamesischen Volks südlich der Demarkationslinie und er begreift den Kampf der Partisanenstreitkräfte der FNL als den z. Z. entscheidendsten Beitrag, um sowohl Südvietnam wie die USA von einer demokratiefeindlichen und verbrecherischen Regierung zu befreien.
- Er erblickt im Ausgang des Kriegs in Vietnam — genau wie die US-Regierung — eine Entscheidung, die für die Befreiung der unterdrückten Völker der „Dritten Welt“ von beispielhafter Bedeutung ist, und unterstützt deswegen die FNL Südvietnams.
- Er erklärt den Studenten in den USA seine Solidarität und seine Unterstützung, deren innenpolitischer Kampf gegen den Krieg in Vietnam, gegen die Rassendiskriminierungen und für eine demokratische Universität in den Ländern der westlichen Demokratien ohne Beispiel ist.

Aber dem Konvent geht es nicht allein um eine Deklamation. Er begrüßt die Resolution der zu einer Vietnam-Veranstaltung am 25. 5. 67 in der FU versammelten Studenten, die ein konkretes Aktionsprogramm zur Unterstützung der FNL und zur Denunziation der US-Regierung vorsieht. Er beauftragt den AStA, die ihm zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, um die erfolgreiche Durchführung dieses Aktionspro-

gramms zu gewährleisten. Der Konvent ruft die Studenten auf, an der Vietnam-Demonstration am 3. Juni 1967 teilzunehmen und die Aktionen des Aktionskomitees zu unterstützen und sich daran zu beteiligen.

Antragsteller:

Die Konventsvorsitzenden  
und der AStA

(Archiv ZI 6: Akte 12. 12. FU „19. Konvent, Protokolle 1967“)

## DOKUMENT 713

### Diskussion über die FU auf dem Landesparteitag der SPD

Am 26./27. Mai fand in der Kongreßhalle der 24. Landesparteitag der Berliner SPD statt. Die Delegierten befaßten sich auch in mehreren Diskussionen mit der Situation an der FU. Ergebnis dieser Aussprache sind zwei Anträge, die der Parteitag verabschiedet hat.

Der erste Antrag wurde von dem Redaktionskomitee aus verschiedenen gestellten Anträgen ausgearbeitet und hat folgenden Wortlaut:

„Der Landesparteitag fordert Abgeordnetenhaus und Senat auf, beispielgebend ihr Verhältnis zur Berliner Studentenschaft durch Fairneß und Sachlichkeit bestimmen zu lassen.

Er billigt das Verhalten des Senats und die Stellungnahmen des Landesvorstandes und der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses gegenüber einer studentischen Minderheit, die durch ihr Verhalten dem Ansehen Berlins geschadet hat.

Er unterstreicht jedoch ausdrücklich das Recht der freien Meinungsäußerung im Rahmen der demokratischen Ordnung für alle Gruppen — auch Minderheiten — ungeachtet ihrer politischen Aussage. Derartigen Meinungsbekundungen sollte mit politischen Argumenten begegnet werden.

Der Landesparteitag erwartet, daß alle Beteiligten das dem Abgeordnetenhaus zu unterbreitende Universitätsgesetz gründlich und sachlich vorberaten, um insgesamt das Bildungswesen unserer Stadt zu modernisieren und zu demokratisieren.“

Dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Der zweite verabschiedete Antrag ist ein Initiativantrag der Delegierten Lösche und Winkler:

„Demokratisierung der Gesellschaft ist die Forderung der deutschen Sozialdemokratie. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, obrigkeitstaatliche Elemente auch in der deutschen Universität abzubauen. Das bedeutet u. a., daß Professoren, Assistenten und Studenten in den Entscheidungsorganen der Hochschulen angemessen vertreten sein müssen und die überholte patriarchalische Machtstellung der Lehrstuhlinhaber aufgegeben wird.

Die historische Erfahrung hat gezeigt, daß die vermeintlich unpolitische Universität in Wirklichkeit entschieden antidemokratisches Verhalten begünstigt. Der Ruf nach der Entpolitisierung bedeutet auch heute zumindest Neutralität gegenüber autoritären Kräften, die nach wie vor in der deutschen Gesellschaft wirksam sind. Der Landesparteitag bekennt sich deshalb eindeutig zum politischen Mandat der Universität und aller ihrer Organe. Wenn sich der politische Wille der Studenten in Mehrheitsentscheidungen äußert, so wird dadurch gleichzeitig verhindert, daß die unqualifizierte Aktivität von Minderheiten als repräsentativ für die Studentenschaft oder die Universität ausgegeben werden kann.

Für die gegenwärtige Situation in unserer Stadt folgt daraus, daß bei den Beratungen eines neuen Hochschulgesetzes die demokratischen Ansätze des Berliner Universitätsmodells weiter ausgebaut werden müßten.“

Der Antrag wurde ohne Gegenstimmen bei zwei Enthaltungen angenommen.

(Archiv ZI 6: Akte 12. 12. FU „Informationsdienst der Studentenvertretung OSI“, Nr. 86, 2. Juni 1967)

## DOKUMENT 714

Anlage zum Protokoll der ordentlichen Senatssitzung am 31. Mai 1967

...

Das ist der Text der Beschlüßvorlage, den der Ausschuß erarbeitet und in Abwesenheit von Herrn Klaus Dehn einstimmig gutgeheißen hat.

Der Ausschuß hat aber auch die Frage erörtert, ob der akademische Senat von dem Recht, die Förderungswürdigkeit abzuerkennen, Gebrauch machen soll oder nicht. Diese weitaus schwierigere Frage ist vom akademischen Senat nach Zweckmäßigkeitserwägungen zu entscheiden und würde nicht der gerichtlichen Nachprüfung unterliegen.

Der Ausschuß möchte nur auf einige Gesichtspunkte hinweisen, die bedeutungsvoll sind:

1. Es ist bekannt, daß das einzuschlagende Verfahren langwierig ist. Dem Entzug der Förderungswürdigkeit wird der Konvent wahrscheinlich nicht zustimmen, so daß zwei Senats- und zwei Konventsbeschlüsse erforderlich sein werden. Daran würde sich unter Umständen der Verwaltungsgerichtsweg anschließen. Der Entzug der Förderung wird also voraussichtlich erst nach längerer Zeit wirksam werden.

2. Die Entscheidung des akademischen Senats gegen den SDS würde eindeutig bezeugen, daß die Grenzen des Tolerablen überschritten sind. Das könnte vielleicht jene Kräfte im SDS, die Wert darauf legen, nicht aus der Universität hinausgedrängt zu werden, aktivieren und sie veranlassen, sich schnellstens von den den Verband belastenden Einzelgruppen zu trennen, um damit einen positiven Bescheid auf einen neu zu stellenden Förderungsantrag zu erreichen. Größer aber ist die Wahrscheinlichkeit, daß durch einen Entzug der Förderung gerade diejenigen Gruppen innerhalb des SDS gestärkt werden, die auf den propagandistisch auszuwertenden Ausschluß aus der Universität hinarbeiten. Diese Möglichkeit würde sich bis zum Abschluß des Entzugsverfahrens auswirken.

3. Ferner ist zu bedenken, wie sich die übrigen studentischen Gruppen zu dem Entzug der Förderung des SDS stellen werden. In solchen Situationen entsteht leicht eine Art Sympathie für den „Verfolgten“, die geeignet ist, die sonst vorhandenen Gegensätze innerhalb der Studentenschaft zu überbrücken und eine Abwehrfront zu schaffen, die sich auch bei anderen Gelegenheiten auswirken kann.

Aufgrund dieser Erwägungen gelangte der Ausschuß zu folgendem Vorschlag:

Ein Zurückweichen des akademischen Senats würde der SDS oder Gruppenbildungen in ihm ganz gewiß als Sieg betrachten und ausnutzen. In Anbetracht der gegebenen Umstände und bei vorsichtigem Abwägen der Folgen schlägt der Ausschuß dennoch vor, der SDS-Gruppe an der FU die Förderungswürdigkeit nicht abzuerkennen, aber den vollen Text der Beschlüßvorlage mit einer ergänzenden Formulierung der Gründe, die den akademischen Senat zum Verzicht auf den Entzug der Förderungswürdigkeit des SDS veranlaßt haben, zu veröffentlichen. Eine entsprechende Formulierung ist als Entwurf vorbereitet. Ein solches Vorgehen würde die ganze Studentenschaft nicht nur sachlich informieren, sondern auch die hochschulpolitische Situation an der FU ohne Beschönigung klären. Die Veröffentlichung würde innerhalb der gesamten Studentenschaft wirkungsvoller sein als ein kurzer Beschluß des akademischen Senats auf Entzug der Förderungswürdigkeit, der nur einen einseitigen propagandistischen Feldzug gegen die etablierten Autoritäten entfesseln würde.

Der Ausschuß regt schließlich an, der akademische Senat möge nach dem Ergehen des Urteils in der Angelegenheit des VDSt Leipzig/Berlin die grundsätzliche Frage der Förderungswürdigkeit und den eventuellen Fortfall der §§ 26 und 27 der Universitätsordnung neu beraten.

Der akademische Senat veröffentlicht im Folgenden seinen Beschlüß vom 31. 5. 1967 betreffend die Förderungswürdigkeit der SDS-Gruppe an der FU.

Obwohl alle Voraussetzungen für einen Entzug der Förderungswürdigkeit gegeben sind, hat der akademische Senat auf die Einleitung des Aberkennungsverfahrens verzichtet, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Das Verfahren wird durch den Konvent, dem der Senatsbeschluss zur Stellungnahme übergeben werden muß, ad libitum hinausgezögert werden. Dieser lange Zeitraum eröffnet alle Möglichkeiten eines einseitigen propagandistischen Feldzuges gegen die „etablierten Autoritäten“.

2. Die Einleitung des Aberkennungsverfahrens wird in der Studentenschaft eine Art Sympathie für den „Märtyrer“ entstehen lassen, die geeignet ist, die sonst vorhandenen Gegensätze innerhalb der Studentenschaft zu überbrücken und eine Abwehrfront zu schaffen, die sich auch bei anderen Gelegenheiten auswirken kann.

3. Der akademische Senat hat aufgrund der letzten, nur noch für den Psychiater zuständigen Flugblätter der Kommune I mit der Aufforderung zum Inszenieren von Warenhausbränden nach Brüsseler Vorbild die leise Hoffnung, daß der SDS sich endlich selbst reinigt.

(Akademischer Senat der FUB: Sitzungsprotokolle 1967)

## DOKUMENT 715

### Anlage zum Protokoll der vertagten 6. (o.) Sitzung des 19. Konvents

Beschluß des Konvents am 31. 5. 67 zum Beschluß des Akademischen Senats vom 31. 5. 67, dem SDS die Förderungswürdigkeit zu entziehen:

Den Konvent erreichte die Nachricht von dem Senatsbeschuß, der das Verfahren zur Aberkennung der Förderungswürdigkeit des SDS an der FU einleitet, erst kurz vor seinem Zusammentritt. Er beschließt deshalb im Augenblick zu diesem Senatsbeschuß nur soviel:

Der Konvent der FU protestiert schärfstens gegen die Einleitung des Verfahrens zur Aberkennung der Förderungswürdigkeit des SDS durch den Akademischen Senat am 31. 5. 1967.

Der Konvent sieht darin eine Fortsetzung der autoritären Maßnahmen der universitären Bürokratie gegen die realdemokratische Tätigkeit von oppositionellen Studentengruppen. Diese Entscheidung wird die Auseinandersetzungen zwischen akademischen Gremien und Studentenschaft einer erneuten Belastungsprobe unterwerfen! Leere „Spielregeln der Demokratie“ wie die inhaltslose Ordnung, die undefinierte akademische Würde, erweisen sich als die einzig noch tolerierte Form der politischen Auseinandersetzung.

Der Konvent fordert AStA und Studenten auf, dieser erneuten Herausforderung der autoritären Kräfte mit geeigneten Protestaktionen zu begegnen.

Der Konvent ruft die Studenten der Freien Universität auf, sich am Samstag, dem 3. Juni, im Henry-Ford-Bau um 10.00 Uhr zu versammeln, um gegen den Beschluß des Akademischen Senats zu protestieren, der das Verfahren zur Aberkennung der Förderungswürdigkeit des SDS an der FU einleitet. Er ruft die Studenten auf, auf dieser Versammlung konkret Protestaktionen wie Demonstrationen, sit ins und Streiks mündlich zu beraten.

Der Konvent fordert den AStA auf, die Protestversammlung am 3. 6. zu übernehmen.

(Arch. ZI 6: Akte 12.12 FU „19. Konvent, Protokolle 1967“)

## DOKUMENT 716

### Anlage zum Protokoll der vertagten 6. (o.) Sitzung des 19. Konvents

Der Konvent der FU erklärt sich solidarisch mit dem von der Konföderation iranischer Studenten an den Bundespräsidenten gerichteten Schreiben vom 7. Mai 1967, in dem darum ersucht wurde, die Einladung des Schahs in die Bundesrepublik rückgängig zu machen.

Angesichts der Tatsache,

— daß der Schah verantwortlich ist für die Verhaftung, Folterung und Erschießung persischer Staatsbürger, die Kritik am Regime des Schahs gewagt haben

— daß es den persischen Studenten durch Versammlungsverbote und Kontrolle der Universitäten durch die Geheimpolizei verwehrt ist, Stellung zu den Terrormaßnahmen des Schahs zu nehmen

— daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland durch sog. Entwicklungshilfe und ihre Zusammenarbeit mit der in der Bundesrepublik tolerierten Dienststelle des persischen Geheimdienstes (SAVAK) dazu beiträgt, die Opposition gegen die persische Diktatur sowohl in Persien selbst als auch in der Bundesrepublik zu unterdrücken

— daß die etablierte Presse der Bevölkerung weis machen will, der Schah stelle den Prototyp des treusorgenden Landesvaters dar,

verurteilt der Konvent der FU den Besuch des Schahs von Persien in West-Berlin.

Auch der finanzielle Aufwand des Berliner Senats für den Empfang des persischen Kaiserpaares kann die Studentenschaft der FU nicht darüber hinwegtäuschen, daß Parteien und Regierungen ein Interesse daran haben, die Wahrheit über Persien und die brutale Unterdrückung oppositioneller persischer Studenten zu verschweigen.

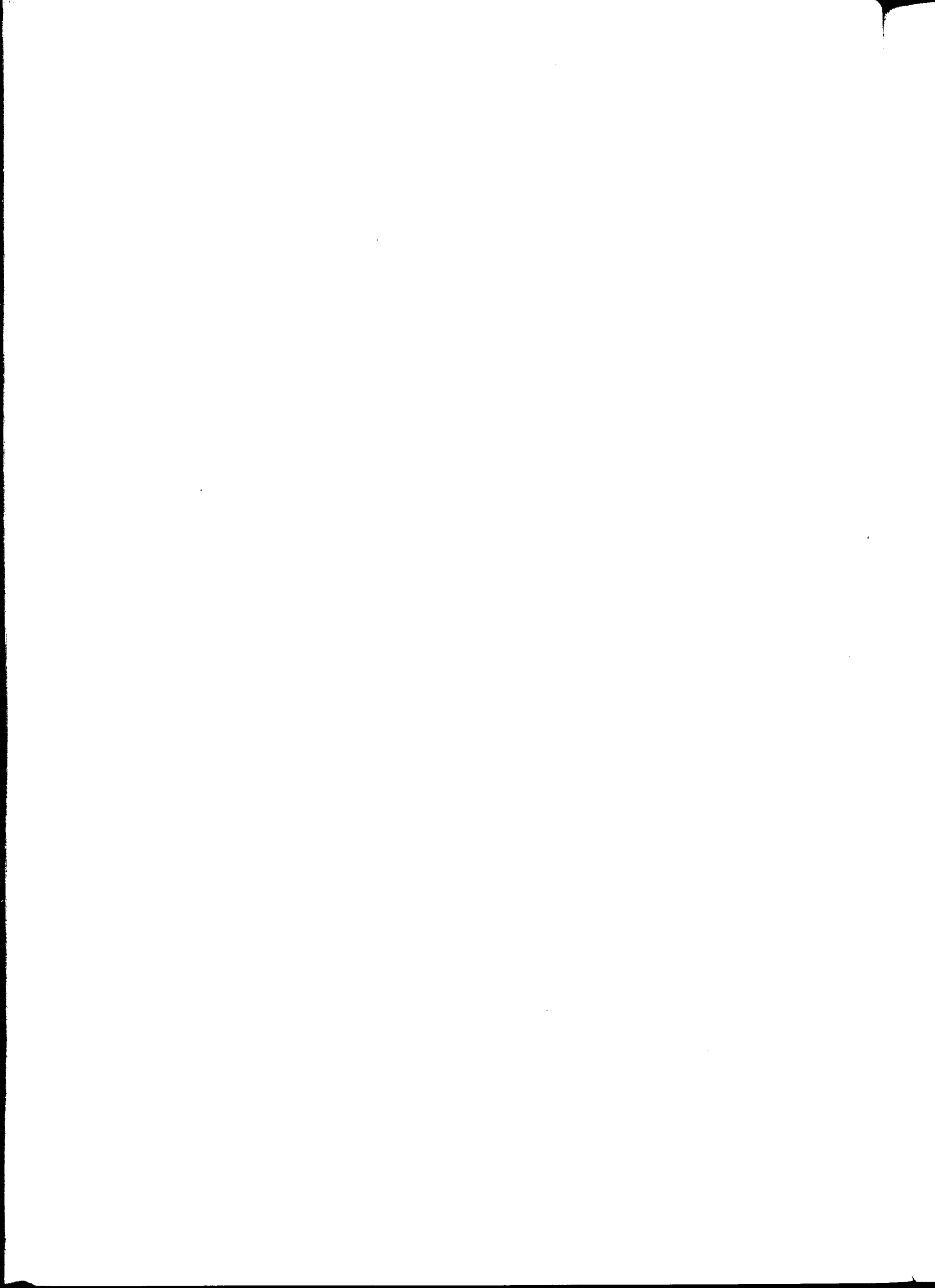
Der Konvent protestiert gegen die polizeistaatlichen Zustände, die wegen des Besuches eines diktatorischen Staatsoberhauptes in der Bundesrepublik eingeführt werden. Er solidarisiert sich mit den persischen Kommilitonen, die sich wegen ihres ungesicherten Status als Ausländer nicht gegen Freiheitsberaubung und Schikanen der Polizei zur Wehr setzen können.

Die Konvent begrüßt die vom AStA für den 1. Juni 1967 geplante Veranstaltung zum Thema „Persien, Modell eines Entwicklungslandes“ und fordert die Studenten der FU auf, aus Solidarität zu ihren persischen Kommilitonen von demokratischen Mitteln des Protests gegen den Schah-Besuch in West-Berlin Gebrauch zu machen.

Die Professoren, Assistenten und Studenten des Otto-Suhr-Instituts, des Friedrich-Meinecke-Instituts und der WiSo-Fakultät werden aufgerufen, den Schah-Besuch in West-Berlin zum Anlaß zu nehmen, sich in ihren Vorlesungen und Seminaren wissenschaftlich mit der Entwicklung in Persien und der Einflußnahme westlicher und östlicher Industrienationen auf dieses Land zu beschäftigen.

Darüberhinaus fordert der Konvent den Rektor der FU auf, einem Mann, der in seinem Land oppositionelle Professoren und Studenten verhaften oder erschießen läßt, keine Ehrung durch Flaggeschmuck der FU-Gebäude zu erweisen.

(Archiv ZI 6: Akte 12.12 FU „19. Konvent, Protokolle 1967“)





# 3. Zeitgenössische Kommentare

## Richard Löwenthal

### Amerikas Engagement in Asien

(Richard Löwenthal ist Inhaber des Lehrstuhls für „Theorie und Geschichte der auswärtigen Politik“ am Otto-Suhr-Institut. Sein Artikel über das amerikanische Engagement in Asien erschien zuerst im „Encounter“.)

Der Krieg, in den die Vereinigten Staaten heute auf dem asiatischen Festland verwickelt sind, ist von der Regierung Präsident Johnsons nicht geplant worden — sie ist in ihn hineingetrieben unter dem Druck der Ereignisse, das heißt, unvorhergesehener Konsequenzen früherer amerikanischer Politik in dieser Region. Doch einmal am Kreuzweg angelangt, hat die amerikanische Führung bewußt einen neuen weltpolitischen Kurs eingeschlagen und eine Doktrin zu dessen Rechtfertigung entwickelt: Sie hat nicht nur ihren Einsatz in Vietnam verstärkt, sondern ist ein weitergehendes langfristiges Engagement eingegangen, ihre militärische Präsenz in Südostasien als Teil ihrer Eindämmungspolitik gegenüber dem kommunistischen China aufrechtzuerhalten. Dieser entscheidende Entschluß formt heute Amerikas Reaktion auf die durch den sowjetisch-chinesischen Konflikt geschaffene neue weltpolitische Lage, verschiebt den Schwerpunkt der amerikanischen Außenpolitik und ändert deren Methoden — mit potentiell schicksalhaften Folgen für jeden Teil der Welt.

Um die Gründe und Auswirkungen dieses entscheidenden Wechsels der offiziellen amerikanischen Position zu analysieren, werden wir uns zunächst bemühen, zwischen dem Ursprung des amerikanischen Engagements in Vietnam und den neuen Vorstellungen zu unterscheiden, die Präsident Johnson und seine Berater dazu veranlaßten, dieses Engagement aufrechtzuerhalten und zu erweitern —, um dann deren Stichhaltigkeit zu untersuchen.

Es gibt, läßt man die Randgruppen der Rechtsextremisten und Fellowtraveller beiseite, seit langem drei Hauptmeinungen in der amerikanischen Diskussion um die Strategie des Kalten Krieges. Eine Gruppe — am wirksamsten repräsentiert durch Walter Lippmann — vertritt die Auffassung, daß die Vereinigten Staaten ihr militärisches Engagement auf die Verteidigung der Gebiete beschränken sollten, die von unmittelbarer Bedeutung für ihre eigene Sicherheit seien. Dem steht eine andere Tendenz gegenüber, die sich am klarsten in der politischen Praxis von John Foster Dulles ausgedrückt fand, nämlich überall mit antikommunistischen Regierungen Militärbündnisse einzugehen, ohne Rücksicht darauf, ob diese Regierungen stabil sind und eine Unterstützung im Volk haben oder ob sich die Bevölkerung überhaupt durch einen kommunistischen Angriff bedroht fühlt. Zwischen diesen beiden Positionen

gibt es das Konzept eines Mittelweges, das mit gelegentlichen Abweichungen von den Präsidenten Truman und Kennedy verfolgt wurde; es bestand darin, die Tatsache des weltweiten Konflikts mit den kommunistischen Mächten zu akzeptieren und mit ihnen überall um politischen Einfluß zu kämpfen, militärische Unterstützung aber nur politisch lebensfähigen Regierungen zu gewähren, die gegen eine echte Bedrohung danach verlangten. Es war schon immer meine Meinung, daß Lippmann mit seinem Konzept des Abbaus der militärischen Verpflichtungen ebenso wie Dulles mit seiner Paktomanie das Problem unter zu ausschließlich militärischen Aspekten sahen



und damit den ideologischen und politischen Charakter des Konflikts unterschätzten; daß die erstere Politik zu unnötigen Rückzügen führen würde, während die letzte tatsächlich zu unnötigen Niederlagen geführt hat, als die schwachen verbündeten Regierungen im Irak und in Laos stürzten; und daß den Erfordernissen der Lage am ehesten der mittlere Kurs einer weltweiten politischen Auseinandersetzung entspricht, der militärische Unterstützung nur dann vorsieht, wenn eine tragfähige Grundlage in der Bevölkerung vorhanden ist.

Die 1954 von den Vereinigten Staaten getroffene Entscheidung, die Genfer Vereinbarungen, die den Indochina-Krieg beendeten, nicht zu unterzeichnen und anschließend die südvietnamesische Regierung Ngo Dinh Diem bei ihrer Verweigerung der gesamtvietnamesischen Wahlen zu stützen, die in diesen Vereinbarungen vorgesehen waren, war natürlich ebenso wie die gleichzeitige Initiative der USA, den SEATO-Pakt zu schaffen, ein deutliches Beispiel für die von Dulles verfolgte Politik. Schon damals erschien Vietnam als ein besonders ungünstiges Terrain für eine politische Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. Es war zu jener Zeit — und ist heute noch — das einzige Land der Welt, dessen Bevölkerung sich unter kommunistischer Führung seine Freiheit von der Kolonialherrschaft erkämpft hatte. Die Kommunisten unter der Führung Ho Chi-minhs waren mit ihrer Befreiungsfront die einzige organisierte politische Kraft von Bedeutung im Lande; im Süden schien die Existenz mehrerer Privatarmeen, von bewaffneten Sekten bis zu bewaffneten Banden, die Aussichten Diems zu verringern, einen lebensfähigen Staat aufzubauen.

Trotzdem stellte sich heraus (wie einige wenige amerikanische Experten vorausgesehen hatten), daß Diem eine Chance hatte. Er war als Nationalist, der nicht mit der geschlagenen Kolonialmacht kollaboriert hatte, bekannt für seine Integrität, und die Privatarmeen unterwarfen sich schnell seiner Autorität, nachdem ihre französische Rückendeckung entchwunden war. Es gelang ihm auf Antrieb, einen friedlichen und geordneten, wenn auch autoritären Staat zu schaffen, dessen relative Anziehungskraft ein breiter Flüchtlingsstrom aus dem kommunistischen Norden (darunter viele katholische Glaubensbrüder Diems) bestätigte. Dieser anfängliche Erfolg der südvietnamesischen Regierung verbunden mit der moralischen Wirkung der Flucht Hunderttausender aus dem Norden veranlaßte viele westliche Beobachter, die der Haltung der USA in Genf kritisch gegenüber gestanden hatten, nunmehr die amerikanische Unterstützung für den Süden gutzuheißen. In den Vereinigten Staaten wurde sie von diesem Zeitpunkt an von den Verfechtern eines mittleren Kurses ebenso akzeptiert wie von den Anhängern Dulles' und gehörte zum außenpolitischen Programm beider Parteien.

Im Laufe der Jahre allerdings wurden die Schwächen Diems und seines Regimes zunehmend deutlicher. Mit einer Staatsauffassung, die zu einer Art wohlwollender Autokratie neigte, entfremdete er sich die fortschrittlicheren Intellektuellen. Er konnte keine politische Organisation aufbauen, die ihn gestützt hätte, und wollte keine oppositionelle dulden. Er sah durchaus die Notwendigkeit einer Agrarreform, nicht aber, daß eine breite Unterstützung der Bevölkerung zur Durchführung notwendig war: es sollte ein ordnungsgemäßer, bürokratischer Vorgang sein, doch es gab nicht genug Verwaltungsbeamte, die unabhängig und integer genug gewesen wären, um die Reformen gegen die Landbesitzer durchzusetzen. Als die Unterdrückung der Kritik zu Verschwörungen führte, stützte sich Diem zunehmend auf die politische Polizei, die von seinem Bruder Nhu geleitet wurde und mißtraute jedem kritischen Rat. Dieser Verfall seines Regimes beschleunigte sich, als die Kommunisten die Chance spürten, die sich ihnen durch die wachsende Isolierung des Regimes bot, und ihre Guerilla-Aktivität wieder aufnahmen.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Entscheidung zur Wiederaufnahme des Bürgerkrieges in Hanoi getroffen wurde. Ausgeführt wurde sie jedoch in erster Linie von Kommunisten, die im Süden geblieben waren und dort ihre Zeit abgewartet hatten. Nachschub und zurückkehrende Kader aus dem Norden halfen sicher dabei, besonders nachdem die Nachschubstraße durch Laos wieder in Benutzung genommen wurde, entscheidender aber für ihren Erfolg war die aktive

Unterstützung eines Teils der Landbevölkerung und das Fehlen einer ähnlichen aktiven Unterstützung für die Regierung in vielen Gebieten des Landes. Sechs Jahre nach der Errichtung eines unabhängigen Süd-Vietnams waren die Kommunisten immer noch die einzige fest organisierte politische Kraft des Landes. Das war das Ausmaß von Diems Versagen.

Zu diesem Zeitpunkt war bereits die Regierung Kennedy im Amt. Sie war sich darüber im klaren, daß die Dinge in Vietnam schlecht standen, daß es aber (im Gegensatz zu Laos) immer noch viel entschlossenen Widerstand gegen die Kommunisten gab und daß die Armee tatsächlich die Vietkong bekämpfte. Sie entschloß sich also, die Hilfsmaßnahmen zu verstärken und gleichzeitig bei Diem auf Reformen zu dringen. Als Diem sich immer hartnäckiger gegen Reformen stemmte, wurde ihm schließlich bedeutet, daß er den Verlust der amerikanischen Unterstützung riskiere. In diesem Augenblick stürzte ihn ein Militärputsch — es war nicht der erste, der versucht worden war; Diem und Nhu wurden ermordet. Trotz des Schocks der Ermordung wurde der Wechsel in der Führung nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern auch in der öffentlichen Meinung der westlichen Demokratien in der Hoffnung begrüßt, daß nunmehr der Weg offen sei für eine breiter fundierte Regierung. „No Nhus is good news“, schrieb aus diesem Anlaß der Economist. Binnen kurzer Zeit allerdings offenbarte die Instabilität des neuen Militär-Regimes mit seinen heftigen persönlichen Rivalitäten die Wahrheit: der Fall Diems hatte die — ohnehin begrenzte — Legitimität der Regierung Süd-Vietnams noch weiter geschwächt.

Der Bürgerkrieg in Vietnam war bereits 1964 für die Gegner der Kommunisten politisch verloren, so eindeutig, wie der Bürgerkrieg auf dem chinesischen Festland verloren war, als Präsident Truman entschied, daß weitere Hilfsmaßnahmen für die Streitkräfte Chiang Kaisheks nutzlos geworden seien. Es gab keine einheimische Kraft, die stark genug gewesen wäre, die Lage zu stabilisieren, geschweige denn die Vietkong zu schlagen. Hanoi, das nunmehr unter vorherrschend chinesischem Einfluß stand, verstärkte die Unterstützung für die Vietkong in der Erwartung eines nahen militärischen Sieges. Präsident Johnson stand damit vor der bitteren Wahl, entweder die politische Niederlage hinzunehmen, die er allenfalls in Verhandlungen zu begrenzen und zu verschleiern suchen konnte, oder eine massive amerikanische militärische Intervention anzuordnen, in der Hoffnung, dadurch die im Bürgerkrieg gefallene politische Entscheidung umzukehren. Es kann kaum überraschen, daß er damit zögerte, bis ihm der Ausgang der amerikanischen Wahlen die Autorität des gewählten Präsidenten gab. Als er im Februar 1965 zum erstenmal die Bombardierung Nord-Vietnams (über die Repressalien für spezifische nordvietnamesische Angriffe auf US-Streitkräfte hinaus) anordnete, erschien sein Vorgehen vielen Kritikern als impulsive Improvisation. Tatsächlich sollte sich die Eröffnung abgestufter Angriffe auf Nord-Vietnam als erster Schritt einer wohlgedachten neuen Politik direkter und umfassender militärischer Intervention herausstellen.

Es hat lange gedauert, bis die volle Tragweite und die wirklichen Motive dieser Entscheidung deutlich wurden. Die häufig gehörte Beschwerde amerikanischer Kritiker, die Regierung informiere die Bevölkerung falsch, trifft im großen und ganzen nicht auf die mittlerweile ziemlich wahrheitsgetreuen Berichte über die gegenwärtigen Ereignisse in Vietnam zu. Sie bezieht sich vielmehr auf das weitverbreitete Gefühl, daß die politischen Ziele der amerikanischen Intervention durch eine Flut widersprüchlicher offizieller Erklärungen eher verdunkelt als erhellt worden sind. Um aus dieser Wortflut die Substanz herauszuschälen, beginnt man am besten damit, die Alternative zu einer unmittelbaren Intervention, die Johnson zu jenem Zeitpunkt noch offenstand, etwas näher zu untersuchen.

Wie bereits erwähnt, hätte diese Alternative darin bestanden, auf der Grundlage stillschweigender Anerkennung der politischen Niederlage in Vietnam Verhandlungen anzubahnen. Dies hätte eine Konferenz bedeutet, auf der die „Nationale Befreiungsfront Süd-Vietnams“, die politische Organisation der Vietkong, als offizieller Verhandlungspartner vertreten gewesen wäre, während man auf der anderen Seite auf einer Vertretung der Regierung in Saigon hätte bestehen müssen. Die damit verbundenen Verfahrensprobleme sind noch von der

Laos-Konferenz des Jahres 1962 her bekannt. Das Ergebnis wäre bestenfalls — ebenso wie in Laos — die Bildung einer Koalitionsregierung unter Einschluß der Kommunisten gewesen, wahrscheinlich in einem für die Kommunisten günstigeren Verhältnis als in Laos. Amerikanische und nordvietnamesische Truppen hätten sich anschließend zurückziehen müssen, was in bezug auf die nordvietnamesischen Truppen schwierig zu kontrollieren wäre, was immer die vereinbarten Kontrollmethoden festgelegt hätten. Innerhalb kurzer Zeit nach der Beendigung der Kämpfe hätte diese Regierung dann Wahlen abgehalten, wahrscheinlich mit einer anschließenden Volksabstimmung über die Wiedervereinigung mit dem Norden. Unter Berücksichtigung des Ausgangs der Kämpfe und der daraus sich ergebenden Machtkonstellation erscheint die Annahme sicher, daß es zur Wiedervereinigung gekommen wäre. Das kommunistische Ziel eines vereinten kommunistischen Vietnam wäre damit erreicht gewesen, aber es wäre nicht durch einen militärischen Sieg erreicht worden, sondern als Resultat formell demokratischer Verfahren, mit einer Verzögerung, die es erlaubt hätte, die aktiven Gegner der Kommunisten vor deren Rache zu retten, und in einem Rahmen, der die Abhängigkeit eines kommunistischen Vietnam von China vermindert hätte, vielleicht sogar in Form einer internationalen Vereinbarung über die militärische Neutralisierung Vietnams. Dies scheint, im ganzen gesehen, auch die Lösung gewesen zu sein, die General de Gaulle im Auge hatte, als er eine internationale Konferenz über Vietnam anregte, nur daß die Art und Weise seines Vorschlages anzudeuten schien, diese sei nach seiner Meinung auch ohne amerikanische Zustimmung erreichbar.

Die Weigerung Präsident Johnsons, auf eine solche Lösung einzugehen, ist nicht auf eine grundsätzlich andersartige Einschätzung der gegenwärtigen Kräfteverhältnisse in Süd-Vietnam zurückzuführen. Ihre Motive liegen vielmehr in einer neuen Vorstellung von der Bedeutung Vietnams für den umfassenderen Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und China. Erstens glaubt die amerikanische Regierung, daß die Hinnahme der politischen Niederlage eine Kapitulation vor der durch Hanoi durchgeführten und von China gesteuerten indirekten (und in wachsendem Maße auch direkten) militärischen Aggression gegen „die unabhängige südvietnamesische Nation“ bedeuten würde; zweitens, daß diese Kapitulation das Vertrauen in den amerikanischen Schutz untergraben und ähnliche indirekte Aggressionen Chinas in ganz Südostasien nach sich ziehen würde, bis zur Verwandlung dieser Region in eine unbestrittene chinesische Einflußsphäre — mit unabsehbaren Auswirkungen auf Indien und Japan; drittens, daß eine solche Kapitulation nicht notwendig sei, weil die Vereinigten Staaten über genügend militärische Stärke verfügten, um zumindest den Küstenstreifen Süd-Vietnams unbegrenzt lange halten und gleichzeitig dem Norden schwere Schäden zufügen zu können. Die Vereinigten Staaten würden damit Peking ebenso wie dessen Nachbarn beweisen, daß „indirekte Aggression“ genausowenig erfolgreich sei wie die offene Aggression nach dem Muster des Korea-Krieges und daß die Vereinigten Staaten ihre Verpflichtungen in Asien um jeden Preis einhielten. Der eigentliche Zweck der direkten amerikanischen Intervention ist also nicht, „dem vietnamesischen Volk zu helfen, damit es sich selbst helfen kann“, auch wenn der Präsident nicht aufhört, diese Formulierung zu wiederholen. Es handelt sich vielmehr darum, die Eindämmung der chinesischen Expansion in ganz Südostasien durch ein langfristiges Engagement der amerikanischen Militärmacht zu sichern — ohne Rücksicht auf Umfang und Dauer des Einsatzes, der zur Erlangung des Zieles notwendig wird.

Um den Zweck dieses Engagements zu erreichen, das ohne vorherige Konsultation mit den europäischen Verbündeten der Vereinigten Staaten eingegangen und der amerikanischen Öffentlichkeit erst Monate später erläutert wurde, hat die Regierung Johnson sich entschlossen, die Hauptlast des Krieges in Vietnam selbst zu übernehmen. Auf der Grundlage dieses Konzepts wurden abgestufte Angriffe gegen Nord-Vietnam ohne einen vorhergehenden Appell an die Vereinten Nationen oder eine verfassungsmäßige Kriegserklärung eingeleitet. Ich bin überzeugt, daß dieses Konzept auf einer falschen Beurteilung der Voraussetzungen eines erfolgreichen Guerilla-Krieges und der Natur der von China ausgehenden Gefahr, auf einer Fehl-

einschätzung der Prioritäten des amerikanischen Nationalinteresses und der Grenzen der amerikanischen Militärmacht und auf einem Unverständnis für die moralischen Grundlagen der Stärke des Westens in der Auseinandersetzung mit den kommunistischen Diktaturen beruht. Wenn diese Politik nicht rechtzeitig geändert wird, kann sie dem Zusammenhalt der westlichen Allianz, der Weltmachtstellung der Vereinigten Staaten und sogar ihrer inneren Stabilität unabsehbaren Schäden zufügen.

Es ist offensichtlich, daß die „indirekte Aggression“ aus Hanoi — Anweisungen und Kader, Propaganda und Nachschub — für den Kampf der Vietkong eine bedeutende Rolle gespielt hat; es scheint mir aber nicht überzeugend bewiesen, daß sie für den Erfolg der Vietkong entscheidend war. Ein Guerilla-Aufstand ist ein politischer Krieg, und sein Ausgang hängt von einer Kombination politischer und militärischer Faktoren ab. Die kommunistischen Guerillas in Malaya hätten gewiß nicht ohne harte Kämpfe geschlagen werden können, sie hätten aber auch nicht besiegt werden können, wenn Malaya nicht unabhängig geworden wäre und die Mehrheit der chinesischen Bevölkerung sich nicht enttäuscht von ihnen abgewandt hätte. Die endgültige Niederlage der Hukbalahaps war nicht auf die geographisch isolierte Lage der Philippinen zurückzuführen, sondern auf die politische Isolierung dieser philippinischen Aufständischen durch Magsaysays Reformen. Im Gegensatz dazu verdankten die chinesischen Kommunisten ihren Erfolg gegen die Japaner und ihren endgültigen Sieg über die Kuomintang nicht sowjetischer Hilfe, sondern dem Haß der Bevölkerung gegen die Japaner und der politischen Desintegration der Kuomintang. Der entscheidende Grund für den Erfolg der Vietkong in Vietnam liegt nicht in der Hilfe aus dem Norden, sondern darin, daß eine Alternative fehlt, daß es keine andere zielbewußt organisierte und im Volk verankerte politische Bewegung gibt: Partisanen kann man nicht ohne eine politische Gegenkraft schlagen.

Diese Analyse vergangener kommunistischer Erfolge und Mißerfolge ist wichtig zur Beurteilung der Chancen Chinas, künftige „Befreiungskriege“ in benachbarten Ländern mit einem „Druck auf den Knopf“ auszulösen — also etwa durch Ausstrahlen subversiver Sendungen über eine Radiostation nahe der Grenze und durch Einschleusung einiger ausgebildeter Agenten. Die Sorge der Regierung Thailands über den Beginn chinesisch gesteuerter Guerilla-Aktionen unter den Stämmen im Nord-Osten soll ein wichtiger Faktor in der Entscheidung der Regierung der USA gewesen sein, diesen „Fäulnisprozeß“ durch direktes militärisches Eingreifen aufzuhalten. Denn würde nicht ein Erfolg in Süd-Vietnam zu vermehrten Aktionen dieser Art führen? Doch als die Kommunisten 1948—50 die „Druckknopf-Strategie“ in Süd-Indien, Burma, Malaya, Indonesien und auf den Philippinen anzuwenden suchten — zu einer Zeit also, als sie gerade in China selbst ihren großen Sieg errungen hatten —, versagte sie überall. Nur Ho Chinhs Aufstand gegen die Franzosen, der vorher, aus wichtigen internen Gründen und mit breiter Unterstützung in der Bevölkerung begonnen hatte, führte schließlich zum Erfolg. Um es noch einmal zu sagen: Nur diese Führungsrolle in einem genuinen anti-kolonialen Aufstand hat den Kommunisten Vietnams ihre einzigartige Stärke verschafft. In keinem Nachbarland existiert eine vergleichbare politisch organisierte Bewegung. Der Erfolg einer „indirekten Aggression“ hängt also von der politischen Schwäche des angegriffenen Regimes ab; solche Aggressionen können nicht einfach planmäßig in einem Land nach dem anderen durchgeführt werden.

Die Vorstellung, daß den Kommunisten durch einen Erfolg in Vietnam automatisch eine Serie ähnlicher Erfolge in ganz Südostasien zufallen würde, bis „alle Kegel gefallen sind“ („... wenn wir nicht in Vietnam kämpfen, müssen wir in Hawaii kämpfen“), kann nur als künstlicher Alptraum bezeichnet werden. An ihr ist nur eines richtig: Auch wenn es gelingt, Bedingungen auszuhandeln, um das Gesicht zu wahren, würde ein amerikanischer Rückzug aus Vietnam einige der asiatischen Mitglieder der SEATO veranlassen, die Nützlichkeit ihres Bündnisses mit den Vereinigten Staaten zu überprüfen. Pakistan verkehrt schon jetzt auf freundschaftlichem Fuße mit China, und es ist anzunehmen, daß Thailand dann ein Übergang zur Neutralität für die Erhaltung seiner inneren Stabi-

lität nützlicher erscheinen würde als amerikanische Basen für seine Verteidigung. Die Regierung der USA ist deshalb mit der Annahme im Recht, daß ein auf Verhandlungen folgender Rückzug aus Vietnam der Anfang vom Ende der militärischen Präsenz Amerikas auf dem südostasiatischen Festland (wenn auch nicht in Korea, Japan, Formosa und auf den Philippinen) sein könnte. Daraus ergeben sich zwei Fragen: Wieweit ist diese Präsenz für die Eindämmung der chinesischen Expansion unabdingbar? Und was ist die Bedeutung dieser Eindämmung für die Weltmachtposition der Vereinigten Staaten?

Es ist richtig, daß China eine militante, revolutionäre Macht ist, die durch ihre kommunistische Ideologie, durch ihre nationale Tradition und — was Nachbarländer mit amerikanischen Basen betrifft — auch durch offensichtliche strategische Beweggründe zur Ausdehnung ihrer Einflußsphäre gedrängt wird. Es ist ebenso richtig, daß Peking diese Länder ständig nach Möglichkeiten zu „indirekter Aggression“ durch revolutionären Guerilla-Krieg abtastet. Pekings augenblickliche Stärke und sein Verhalten liefern allerdings keinen Hinweis dafür, daß es in seiner jetzigen Entwicklungsphase versuchen würde, neutrale Nachbarstaaten durch offene und direkte Aggression zu erobern. Sogar der Angriff des Jahres 1962 auf Indien war eine begrenzte Operation mit dem Ziel der Einschüchterung und Demütigung des Hauptrivalen in diesem Raum; er war kein Versuch, die Herrschaft über Indien zu erlangen. Der Grund dafür ist augenscheinlich, daß China in seinem schwierigen Frühstadium der Industrialisierung zwar internationale Spannung, nicht aber einen größeren Krieg brauchen kann. Wenn also die Nachbarstaaten frei von amerikanischen Basen und nicht so unstabil sind, daß sie kommunistische Revolutionen geradezu heraufbeschwören, wird Peking deren Neutralität wahrscheinlich in der nächsten Zukunft respektieren. Damit soll den chinesischen Kommunisten nicht ein ungläubwürdiges Maß an Bescheidenheit und Friedensliebe zugeschrieben, sondern nur die Erwartung ausgesprochen werden, daß sich ihre Aktionen auf eine realistischere Einschätzung ihrer Stärke gründen werden als ihre Reden.

Ein neutrales Südostasien wird also nicht ein Bollwerk zur militärischen Eindämmung Chinas ein, es wird aber auch nicht ohne weiteres zur chinesischen Einflußsphäre werden, vorausgesetzt, daß das westliche Interesse an der wirtschaftlichen und politischen Lebensfähigkeit dieser Länder erhalten bleibt und daß die größeren nichtkommunistischen Nationen Asiens, Indien und Japan, dazu ermutigt werden, ihre natürliche Rolle bei der Sicherung des regionalen Zusammenhalts und der Ausbalancierung des chinesischen Einflusses zu übernehmen. Eine maximale Hilfe für die Entwicklung und Sicherheit des neutralen Indiens wird wahrscheinlich wirksamer zur Eindämmung der chinesischen Expansion beitragen als noch so viele amerikanische Bündnisse mit schwachen Regierungen, deren Bevölkerungen nach Neutralität streben. Im Maße, wie China stärker und bedrohlicher wird, mögen eines Tages auch die Völker die Notwendigkeit solcher Bündnisse empfinden. Bis dahin aber erscheint die Stützung der Neutralität und des regionalen Zusammenhalts als die wirksamste „Strategie der Verweigerung“ bei geringstem Aufwand.

Die Begrenzung des Aufwandes ist wichtig, weil Südostasien letzten Endes weder ein Gebiet von vitaler Bedeutung für die amerikanische Sicherheit ist, noch von entscheidendem Gewicht im Kräftespiel der Weltpolitik. So groß auch die amerikanische Militärmacht ist, hat sie doch ihre Grenzen und muß in einem vernünftigen Verhältnis zur Rangordnung der gestellten Aufgaben und Ziele in verschiedenen Regionen der Welt eingesetzt werden. Wenn die Regierung der USA unbedingt ihre militärische Präsenz auf dem asiatischen Festland erhalten will, kann ihr dies auf die Dauer nur gelingen, wenn sie weitere Konflikte nach dem Muster des vietnamesischen in Kauf nimmt. Denn die amerikanische Präsenz setzt eher als ein amerikanischer Rückzug schwache südostasiatische Regierungen chinesisch gesteuerten Guerilla-Aktionen aus und liefert der kommunistischen Propaganda in den betroffenen Gebieten das Argument, der Friede hänge von der Vertreibung der westlichen Imperialisten ab. Je tiefer die Vereinigten Staaten in diesem Sumpf versinken, desto mehr wird es China möglich sein, durch einen vergleichsweise begrenzten und indirekten Einsatz seiner Kräfte einen steigenden Verlust der

Vereinigten Staaten an Menschen und Material zu verursachen; und Amerikas Aktionsfreiheit in anderen Teilen der Welt wird entsprechend beschnitten werden.

Dies bringt mich zu den weiteren Risiken der gegenwärtigen Politik. Im Gegensatz zu vielen amerikanischen Kritikern zähle ich die Wahrscheinlichkeit einer offenen chinesischen Intervention und einer eventuellen Eskalation bis zum Kernwaffen-Einsatz nicht zu diesen Risiken. Pekings erste Sorge ist, nicht die Zerstörung seiner erst entstehenden nuklearen Einrichtungen durch amerikanische Bomben zu provozieren; und die Sowjetunion — so peinlich die relative Passivität angesichts der Bombardierung eines kommunistischen Staates ideologisch sein mag — profitiert praktisch vom amerikanischen Engagement in Asien und konzentriert sich vernünftigerweise auf näherliegende Ziele. Auch fürchte ich nicht, daß irgend etwas, außer einem massierten amerikanischen Angriff auf China, die beiden kommunistischen Hauptmächte wieder zusammenbringen könnte. Der grundlegende Tatbestand ist vielmehr, daß der sowjetisch-chinesische Konflikt dem Westen zum ersten Male die Chance eröffnet hat, in der Behandlung seiner beiden Hauptgegner die Prioritäten sorgfältig abzuwägen. Vom Standpunkt der Weltpolitik aus ist es tragisch, daß die Vereinigten Staaten sich unter dem Druck der Ereignisse in Vietnam zu einer Entscheidung haben treiben lassen, statt daß in gemeinsamen Beratungen der Westmächte eine gemeinsame Wahl nach rationalen Gesichtspunkten getroffen worden wäre. Es ist unmöglich, das amerikanische Engagement auf dem asiatischen Festland für längere Dauer aufrechtzuerhalten, ohne daß sich das amerikanische Interesse an einem Gegengewicht zur sowjetischen Machtentfaltung in Europa verringert. Die wirtschaftlichen und militärischen Hilfsquellen der Vereinigten Staaten mögen für diese doppelte Aufgabe ausreichend sein, die psychologischen und geistigen Kraftquellen sind es nicht. Bereits jetzt beginnt die amerikanische Öffentlichkeit, China als den großen unversöhnlichen Feind und die Sowjetunion als einen potentiellen Verbündeten anzusehen, der nötigenfalls durch Konzessionen gewonnen werden sollte. Und die Regierung, obwohl sie sich natürlich der ungelösten Streitfragen zwischen Amerika und den Sowjets klarer bewußt ist, ist durch ihre vorrangige Beschäftigung mit Vietnam dazu verleitet, den Konflikt mit China als dringend und unaufschiebbar anzusehen, den Konflikt mit Rußland aber als einen vorläufig ruhenden, der zur Zeit keinerlei Aktionen erfordert.

Das aber ist ein Trugschluß. Wenn auch die Politik des kommunistischen Chinas gegenüber den Vereinigten Staaten militant und unversöhnlich ist, so wird doch seine Macht trotz der Explosion der ersten eigenen Atombomben noch so lange begrenzt bleiben, bis es sein Industrialisierungsproblem gelöst hat. Auch ist das von China unmittelbar bedrohte Gebiet nur von zweitrangiger Bedeutung für das Kräftegleichgewicht in der Welt. Umgekehrt macht die Sowjetunion zwar eine Entwicklung durch, die eine wirkliche Lösung ihrer Konflikte mit dem Westen in absehbarer Zeit in den Bereich des Möglichen rückt; doch sie ist wirklich eine Weltmacht, und sie steht den Vereinigten Staaten in der wichtigsten umstrittenen Region gegenüber — jenem Energiespeicher, der Europa heißt. Wird das westeuropäische Vertrauen in den amerikanischen Bündnispartner weiter untergraben, so kann das hier schnell zu einer entscheidenden Änderung des weltpolitischen Gleichgewichts führen. Wenn sich die Vereinigten Staaten jetzt darauf konzentrieren würden, in Verhandlungen mit Rußland eine stabile europäische Ordnung statt der augenblicklichen labilen zu erreichen, wäre es ihnen möglich, jeder zukünftigen chinesischen Herausforderung aus einer Position unangreifbarer Stärke zu begegnen. Verzetteln sie jedoch ihre Energien an der chinesischen Peripherie, so können sie in Europa einen unwiederbringlichen Verlust erleiden, ohne in Asien eine Entscheidung herbeigeführt zu haben.

Als die Regierung Johnson vor ihrem entscheidenden Entschluß stand, war die Lage in Vietnam selbst zwar verzweifelt, die allgemeine Situation in der Welt jedoch für die Vereinigten Staaten äußerst günstig. Seit der Raketenkrise um Kuba war ihre Position als größte Militärmacht der Welt unumstritten. Der sowjetisch-chinesische Konflikt hatte alle Möglichkeiten einer wirksamen politischen Zusammenarbeit der beiden wichtigsten kommunistischen Mächte zerstört und die Vereinigten

Staaten in die Lage versetzt, sich frei zu entscheiden, mit welchem Gegner sie sich auseinandersetzen wollten. Sie haben jedoch ihre Wahl sichtlich nicht nach einer sorgfältigen Überprüfung der Bedeutung der einzelnen Sachfragen getroffen, sondern auf den Druck an ihrem schwächsten Punkt reagiert. Die Art der Entscheidung hat sich also ebenso nachteilig erwiesen wie ihr Inhalt.

Die Regierung Präsident Johnsons hat sich geweigert, die Tatsache anzuerkennen, daß selbst die größte Militärmacht unter bestimmten Umständen eine politische Niederlage hinnehmen muß — eine Tatsache, die Truman in China, Eisenhower im Irak und Kennedy in Laos akzeptiert haben. Sie hat sich vielmehr auf den Versuch festgelegt, eine politische Niederlage durch militärischen Einsatz abzuwenden. Das Ergebnis ist, daß ein Abzug jetzt nicht nur als politische, sondern zugleich als militärische Niederlage der Vereinigten Staaten empfunden würde, was entsprechend schwerere und wirklich unannehmbare Folgen haben müßte. Selbst wenn es durch das militärische Eingreifen gelingt, einen Verhandlungskompromiß herbeizuführen, wird dieser Kompromiß das amerikanische Volk spalten, weil er auf keinen Fall die als Zweck der Intervention proklamierte „Unabhängigkeit Süd-Vietnams“ sichern kann.

Die Vereinigten Staaten sind ein umfassendes, langfristiges Engagement auf dem asiatischen Festland eingegangen, das ihre aktive Teilnahme an den europäischen Problemen verringern und zu einer Reduzierung ihrer dortigen Streitkräfte führen kann, ohne ihre europäischen Verbündeten zu konsultieren. Das Ergebnis ist, daß sie das Vertrauen dieser Verbündeten zu einem kritischen Zeitpunkt untergraben haben: Die Anzahl der westeuropäischen Politiker, die im privaten Kreis General de Gaulles Zweifeln an der amerikanischen Zuverlässigkeit zustimmen, ist erheblich gewachsen. Wenn auch die meisten von ihnen weiterhin anerkennen, daß es für sie keine Alternative zum atlantischen Bündnis gibt, so sind dessen Bindungen doch gelockert worden — zum gemeinsamen Schaden Westeuropas und der Vereinigten Staaten.

Die Vereinigten Staaten haben das Territorium eines fremden Staates bombardiert, zwar nicht ohne vorhergehende Provokation, aber ohne vorherige Kriegserklärung, unter Bruch der Charta der Vereinten Nationen und unter offener Mißachtung der „Weltmeinung“; eine ähnliche Aktion hat keine westliche Macht seit dem unseligen Suez-Abenteuer mehr unternommen. Sie haben damit nicht nur den Vereinten Nationen geschadet und sich viele der neutralen Staaten entfremdet, sondern wahrscheinlich einen großen Teil der Wirkung zerstört, die frühere amerikanische Regierungen mit ihren Bemühungen erzielt haben, die Sowjets zur Beachtung gewisser „Grundregeln“ bei der Austragung von Machtkonflikten zu erziehen.

Nicht zuletzt haben die Vereinigten Staaten viele loyale Bürger in einen Gewissenskonflikt gestürzt. Der Krieg in Vietnam wird zwar nur von einer Minderheit abgelehnt, doch ist diese keineswegs auf Pazifisten und Linksextremisten beschränkt. Die meisten Gegner, von Professoren und Studenten bis zu Geistlichen und Politikern, sind die gleichen demokratischen Idealisten, die in der vordersten Front vieler Kämpfe um liberale Anliegen, von der Entwicklungshilfe bis zur Rassenintegration, gestanden haben. Die Tatsache, daß sie meist keine praktikable politische Alternative vorschlagen können, mindert nicht die symptomatische Bedeutung ihres Protestes, denn er stellt vor allem eine moralische Reaktion gegenüber dem völlig ungewohnten Klima eines offiziellen Zynismus dar. Die hochmütige Verachtung, mit der manche inoffizielle Verfechter der offiziellen Politik solche „sentimentalen“ Einwände wie Einhaltung des Völkerrechts und Berücksichtigung der Meinung der Neutralen oder gar der Wünsche des unglücklichen vietnamesischen Volkes behandeln, ist tatsächlich etwas Neues in verantwortlichen amerikanischen Kreisen: Ein Europäer, der gerade ein Jahr in den Vereinigten Staaten verbracht hat, erinnerte sie peinlich an die berüchtigte „Realpolitik“ des kaiserlichen Deutschland, während er in der Protestbewegung die demokratische Tradition Amerikas verkörpert sah. Doch es ist für eine große Demokratie auf die Dauer unmöglich, ihre jungen Männer für eine Sache kämpfen und sterben zu lassen, die in keiner verständlichen Beziehung zu ihren erklärten Idealen steht. Jeder loyale Amerikaner wird für die Sicherheit seines Landes kämpfen, aber ein Krieg gegen den „Kommunis-

mus“ in einem weit entfernten Land ist nur dann verständlich, wenn es sich um einen Kampf um das Recht der Völker auf freie Bestimmung ihrer Regierungsform handelt. Es kann nicht ohne ernste Folgen bleiben, wenn die Führung eines freien Landes den Glauben ihrer jungen Generation an die Gerechtigkeit ihrer Sache in dieser Weise untergräbt.

Vorausgesetzt, daß sich die Regierung der USA der Gefährlichkeit des gegenwärtigen Kurses bewußt wird — kann sie ihn noch ändern? Ihre Sprecher betonen wahrheitsgemäß, daß Peking Verhandlungen unter jeglichen Bedingungen kategorisch ablehnt und die Vietnamesen drängt, bis zum vollständigen Rückzug der Amerikaner weiterzukämpfen; vermutlich nicht weil die Chinesen einen militärischen Sieg für wahrscheinlich halten, sondern weil ein langdauernder Krieg der Amerikaner auf asiatischem (nicht aber auf chinesischem) Boden in ihre politische Strategie paßt. Es ist ebenso richtig, daß die Regierung in Hanoi unter chinesischem Druck bisher auf keines der verschiedenen Verhandlungsangebote eingegangen ist. Solange darauf keine Antwort erfolgt, argumentiert die Regierung, sei ein Ausharren in Vietnam die einzige Alternative zum einseitigen Rückzug, das heißt zu einer unannehmbaren militärischen Niederlage. Und darin hat sie recht. Nachdem Amerikas Militärmacht und Prestige an einem falsch gewählten Punkt engagiert worden ist, können sich die Vereinigten Staaten nicht einfach zurückziehen und die südvietnamesische Führung und die mit ihnen verbündeten Streitkräfte im Stich lassen, ohne daß dies katastrophale internationale Auswirkungen hätte. Eine politische Niederlage als Folge der einzigartigen Geschichte Vietnams könnte sich auf dieses Land beschränken lassen; bei einer militärischen Niederlage der Amerikaner ist das nicht möglich. Damit erhebt sich die praktische Frage, was die Vereinigten Staaten noch tun können, außer der wiederholten Erklärung ihrer Bereitschaft zu „bedingungslosen“ Verhandlungen, um die vermutlichen Befürworter von Verhandlungen in Hanoi zu unterstützen.

Man muß zugeben, daß es auf Grund der bisher begangenen Fehler nicht mehr viel Bewegungsspielraum zwischen der jetzigen Politik und einer unannehmbaren Kapitulation gibt. Trotzdem sind noch einige wenige Schritte möglich, die die Vereinigten Staaten unternehmen könnten und zur Erleichterung von Verhandlungen auch unternehmen sollten. Selbst bei Fortsetzung der Kämpfe in Süd-Vietnam könnte die Bombardierung des Nordens eingestellt werden. Diese Angriffe haben die Chance von Verhandlungen mit Hanoi eindeutig vermindert, ohne daß sie große militärische Wirkungen erzielt hätten. Die USA könnten weiter öffentlich erklären, daß sie bereit sind, die Vietkong oder die „Nationale Befreiungsfront“ auf einer Friedenskonferenz als eigenständige Verhandlungspartner zu akzeptieren, und nicht nur unter irgendeiner diplomatischen Verkleidung. Vor allem aber könnten und müßten sie erklären, daß sie nicht darauf festgelegt sind, die „Unabhängigkeit Süd-Vietnams“ als Staat zu erhalten, noch viel weniger ihre militärische Präsenz in diesem Lande, sondern einzig und allein das Recht der Südvietnamesen, über ihre Zukunft in Abwesenheit aller ausländischen Truppen frei zu entscheiden. Mit anderen Worten: die Vereinigten Staaten könnten sich auch heute noch auf den Boden der Genfer Vereinbarungen von 1954 stellen.

Wenn auf dieser Basis Verhandlungen zustande kommen, müßten sie darauf abzielen, unter den günstigsten Bedingungen eine freie Entscheidung der Bevölkerung zu ermöglichen und für die Sicherheit der Vietnamesen zu sorgen, die gegen die Kommunisten gekämpft haben. Würde das gelingen, so wäre damit der erste Schritt getan, die Vereinigten Staaten zu tragbarem Preis aus einem überzogenen militärischen Engagement zu lösen.

Wenn andererseits die vietnamesischen Kommunisten, auch nachdem die Vereinigten Staaten alle eben geschilderten Schritte unternommen haben, weiterhin Verhandlungen verweigern, werden die Amerikaner so lange in Vietnam bleiben müssen, bis sich ihre Gegner eines anderen besonnen haben. Die Verantwortung für das Leiden der vietnamesischen Bevölkerung wird dann auf die Kommunisten zurückfallen. Auch dann aber muß das weitere Konzept der Rolle Amerikas in Südostasien überprüft werden, um der wachsenden Verwicklung in Konflikte auf politisch ungünstigem Boden vorzubeugen und es

den neutralen asiatischen Mächten zu ermöglichen, ihrer natürlichen Rolle als Gegengewicht gegen den chinesischen Einfluß gerecht zu werden. Nur so kann auch die weltweite Aktionsfreiheit der Vereinigten Staaten wiederhergestellt werden.

Einer meiner Kritiker, der „Zweifel an der amerikanischen Fähigkeit hegt, einen politischen Krieg mit den Kommunisten in einem nicht-westlichen Gebiet erfolgreich zu führen“, wählt das hypothetische Beispiel eines kommunistischen Putsches gegen einen unpopulären Schah, um daran die Frage zu knüpfen, ob ich in dem Fall „Iran zum Teufel gehen lassen würde“. Sein Standpunkt ist, daß die Vereinigten Staaten ihre Streitkräfte für jede Regierung einsetzen sollten, die von den Kommunisten bedroht wird, ohne Rücksicht darauf, inwieweit sich diese Regierung auf die Bevölkerung stützen kann. „Was“, so fragt er, „hat die Popularität einer Regierung mit der Frage zu tun, ob wir dem Volk helfen sollen, kommunistischer Subversion oder Invasion Widerstand leisten?“ Aber kommt es denn nicht darauf an, ob ein Volk will, daß ihm so geholfen wird?

Ich glaube, an diesem Punkt kommen wir an den Kern der Debatte — die Frage nach der eigentlichen Natur unseres Konfliktes mit den kommunistischen Mächten. Manche Verteidiger der amerikanischen Politik setzen diesen Konflikt einem Weltkrieg gleich: Sobald man einmal in ihn verwickelt ist, steht das Überleben der Nation auf dem Spiel — und in einem Krieg wird ohne Rücksicht auf die Wünsche der Bevölkerung um strategisch wichtige Territorien gekämpft. Das amerikanische Abgeordnetenhaus ist vor einiger Zeit demselben Gedankengang gefolgt, als es das Recht der Vereinigten Staaten proklamierte, gegen jeden Versuch der Machtübernahme einer kommunistischen Regierung in Südamerika zu intervenieren (und damit eine nachträgliche Rechtfertigung für Präsident Johnsons Intervention in der Dominikanischen Republik zu liefern suchte). Einer meiner Kritiker geht so weit, das Vorgehen Präsident Kennedys während der Raketenkrise um Kuba als Beispiel für die Auffassung zu zitieren. Konfrontiert mit Chruschtschows Raketen, argumentiert er, „tat Kennedy das, was für eine industrielle und militärische Großmacht natürlich ist: er drohte mit dem Einsatz seiner Militärmacht, ohne sich die Mühe zu machen, in Kuba eine einheitlich organisierte und in der Bevölkerung verankerte ‚Bewegung‘ aufzubauen“.

An diesem Punkt wird der Trugschluß handgreiflich. Kuba wurde zu einer Bedrohung für die Sicherheit der Vereinigten Staaten, als die Sowjetraketen dort stationiert wurden; und weil eine solche Bedrohung bestand, war es notwendig und gerechtfertigt, die amerikanische Macht zu ihrer Beseitigung einzusetzen. Doch sobald die Raketen abgezogen waren, stellte das kommunistische Regime auf Kuba keine „deutliche und unmittelbare Gefahr“ mehr für die amerikanische Sicherheit dar, sondern nur eine potentielle; und eine potentielle Gefahr rechtfertigte, nach Meinung Präsident Kennedys, keine reale militärische Aktion gegen Kuba. Wie mit anderen kommunistischen Regierungen besteht seitdem auch der Konflikt mit Kuba weiter; doch dieser Konflikt ist etwas anderes als ein „wirklicher Krieg“, denn es geht dabei nicht mehr um Leben und Tod der Nation.

Die Verwirrung entsteht aus der Verflechtung von Machtpolitik und ideologischen Fanatismen, die das Wesen des Kalten Krieges ausmacht. Die Sowjetunion und China sind beide — auf verschiedenem Niveau — Großmächte, und beide stehen dem Westen ideologisch in unterschiedlichem Grade feindselig gegenüber. Während aber die kommunistische Ideologie ein wesentliches Motiv der Feindseligkeit und zugleich eine ihrer Waffen darstellt, bedroht die Ideologie als solche keineswegs die Existenz der hochentwickelten westlichen Staaten. Eine Bedrohung unserer Sicherheit entsteht nur, wenn eine feindliche Großmacht sich entweder eines Gebietes bemächtigt, das für sich genommen von lebenswichtiger Bedeutung ist (durch seine strategische Lage etwa oder unentbehrliche Rohstoffe, die es birgt), oder wenn sie einen politischen Erfolg erzielt, der in indirekter aber entscheidender Weise das weltpolitische Gleichgewicht verändern würde (z. B. indem er zum Zerfall des westlichen Bündnisses führt). Die Ausschaltung solcher Risiken ist seit langem die wichtigste Aufgabe der west-

lichen und vor allem amerikanischen Diplomatie und Militärmacht, wie zuletzt die Verhinderung des Aufbaus eines sowjetischen Brückenkopfes auf Kuba und die Abwehr des sowjetischen Versuches eines politischen Durchbruchs in Berlin illustrierten.

Der weltweite ideologische Konflikt besteht aber nicht nur aus Fragen, bei denen es um Leben und Tod geht; er ist in erster Linie ein Wettbewerb um die Überzeugung der Menschen. Der Westen hat zwar auch ein legitimes Interesse daran, der weiteren Ausdehnung kommunistisch-totalitärer Regime auf Länder vorzubeugen, in denen seine Sicherheit und das weltpolitische Gleichgewicht nicht unmittelbar betroffen sind, besonders dann, wenn die Kommunisten mit organisiertem Terror und Bürgerkrieg arbeiten. Doch dies ist nicht ein lebenswichtiges Interesse des Westens, das er ohne Rücksicht auf die eigenen Verluste und die Haltung des Volkes, um dessen Zukunft es geht, verfolgen mußte. Die Vereinigten Staaten haben völlig zu Recht die Wendung des Castro-Regimes zum Kommunismus als unerwünscht angesehen; doch da sie nicht vermochten, sie zu verhindern, haben sie die Erfahrung gemacht, daß sie mit einem kommunistischen Kuba leben können, das kein sowjetischer Militärstützpunkt ist, ganz wie sie seit 1954 mit einem kommunistischen Nord-Vietnam leben können und wie sie auch mit einem kommunistischen Süd-Vietnam würden leben können, besonders wenn es nicht mehr von der chinesischen Militärmacht abhängig wäre.

Ich möchte wiederholen, daß ich sowohl den weltweiten Wettbewerb mit dem Kommunismus um politischen, ideologischen und wirtschaftlichen Einfluß ebenso wie die militärische Unterstützung der Nationen, die durch kommunistische Gewaltanwendung bedroht sind, für notwendige Bestandteile der Politik des Westens halte. Ich glaube sogar, daß die amerikanische Intervention in Vietnam vernünftig war, solange die Chance eines politischen Erfolges bestand. Doch ich weigere mich, zu vergessen, daß dort, wo keine lebenswichtigen Sicherheitsinteressen auf dem Spiel stehen, das wesentliche Streitobjekt nicht die Beherrschung von Territorium, sondern die Gewinnung der Bevölkerung ist. Deshalb hat eine Intervention westlicher Mächte in derartigen Fällen nur Sinn, wenn sie der Unterstützung einer soliden Kraft dienen kann.

Ich teile auch nicht die pessimistische Ansicht, daß die Amerikaner durchweg unfähig seien, das politische Ringen mit den kommunistischen Mächten um die Länder der Dritten Welt erfolgreich zu bestehen. Seit dem Sieg der Kommunisten in China, sind trotz erheblicher Anstrengungen der Russen und Chinesen, die Entwicklungsländer zu gewinnen, nur Vietnam und Kuba unter kommunistische Herrschaft gekommen. Dabei sind die Anstrengungen der Kommunisten im ganzen weder durch militärische Aktionen des Westens (die sich nur in Korea und Malaya als nötig erwiesen) zunichte gemacht worden, noch durch die Anziehungskraft der westlichen Demokratie und des liberalen Wirtschaftssystems (die beide auf Entwicklungsländer oft nicht übertragbar sind), sondern durch das Aufkommen einer Vielfalt von eigenständigen, nationalistischen und sogar nationalrevolutionären Regimen und den zunehmend flexiblen Realismus, mit denen der Westen einschließlich der Vereinigten Staaten solche Regime trotz ihrer andersartigen politischen und wirtschaftlichen Institutionen und ihrer antiimperialistischen Erklärungen unterstützte. Die Zusammenarbeit mit solchen eigenständigen Kräften nationaler Mobilisierung und Modernisierung stellt die einzige Form dar, in der die politische Auseinandersetzung mit dem Kommunismus in der Dritten Welt geführt werden kann, und der Westen hat das bemerkenswert schnell gelernt. Für die bedauerliche Tatsache, daß es in einigen Ländern einschließlich Vietnam solche Bewegungen nicht gibt, kann auch nicht amerikanische Unerfahrenheit verantwortlich gemacht werden. Wo aber in Ermangelung anderer einheimischer Kräfte eine kommunistische Bewegung ein entscheidendes Übergewicht gewonnen hat, scheint es mir im gegenwärtigen Stadium des kommunistischen Pluralismus klüger, die Unabhängigkeit derartiger kommunistischer Bewegungen von den kommunistischen Großmächten zu fördern, indem man sich mit ihnen arrangiert, als ihre Abhängigkeit dadurch zu zementieren, daß man sie mit Bomben zu vernichten sucht.

Alles Vorstehende wurde vor Präsident Johnsons „Friedens-offensive“ um die Jahreswende 1965/66, vor der längeren Unterbrechung und Wiederaufnahme der Bombardierung Nord-Vietnams und vor den „hearings“ im Außenpolitischen Ausschuß des US-Senats geschrieben. Als Ergebnis dieser Ereignisse hat sich herausgestellt, daß die Frage, wer das südvietnamesische Volk am Konferenztisch vertreten soll, das wesentliche Hindernis für die Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen darstellt. Die offizielle amerikanische Auffassung scheint weiterhin zu sein, daß nur die Regierung in Saigon für ihre Bürger sprechen kann, und daß die Vietkong beziehungsweise ihre politische Organisation, die „Nationale Befreiungsfront“, nichts als ein verlängerter Arm der nordvietnamesischen Regierung und ein Instrument ihrer Aggression sei; sie könnte also an einer Friedenskonferenz nur als eine Art Anhängsel der nordvietnamesischen Delegation teilnehmen. Umgekehrt stellen sich die nordvietnamesische Regierung und die Vietkong auf den Standpunkt, daß die Regierung in Saigon lediglich eine Marionette der amerikanischen Imperialisten sei, und daß nur die „Nationale Befreiungsfront“ für das südvietnamesische Volk an einer Friedenskonferenz teilnehmen solle.

Angesichts der offenkundigen Tatsache, daß es bei den südvietnamesischen Regierungstruppen wie bei den Vietkong eine große Anzahl Soldaten gibt, die mit Überzeugung für ihre jeweilige Sache kämpfen neben einer erheblichen Anzahl von Zwangsrekruten auf beiden Seiten (die bei der ersten Gelegenheit desertieren), sind offenbar beide Standpunkte unrealistisch. Sie werden aber trotz der Tatsache aufrechterhalten, daß die kommunistischen wie die amerikanischen Hoffnungen auf einen entscheidenden militärischen Sieg inzwischen eindeutig verschwunden sind: beide Seiten geben nunmehr ihrer Überzeugung Ausdruck, daß der Gegner durch Ausdauer zermürbt werden kann.

Die vietnamesischen Kommunisten verbinden mit dieser Hoffnung die irrtümliche Erwartung, daß das Anwachsen der Opposition gegen den Krieg in den Vereinigten Staaten schließlich einen einseitigen amerikanischen Rückzug erzwingen werde, obwohl keiner der verantwortlichen Kritiker der Regierung einen derartigen Schritt befürwortet hat. Die Hoffnung der Kommunisten wird natürlich durch ihren chinesischen Verbündeten genährt, der mehr an der Fortsetzung der Kämpfe interessiert ist als an einem unabhängigen, vereinten und neu-

tralen Vietnam, selbst wenn es ein kommunistisches Vietnam wäre. Aber auch die sowjetische Regierung versucht nicht, dem Willen Hanois zur Fortsetzung des Kampfes entgegenzuwirken, obwohl es unwahrscheinlich ist, daß die Sowjets die Illusion der vietnamesischen Genossen teilen. Ein Grund dafür — der einzige übrigens, den offizielle amerikanische Sprecher betonen — ist der sowjetische Wunsch, den chinesischen Einfluß in Nord-Vietnam zurückzudrängen und sich deshalb um keinen Preis dem Vorwurf der „Beschwichtigung der Imperialisten“ auszusetzen. Ein anderer, nicht weniger wichtiger Grund ist wahrscheinlich die sowjetische Entdeckung, daß das amerikanische Engagement in Südostasien, indem es die amerikanische Aufmerksamkeit und Initiative aus Europa ablenkt, den sowjetischen Interessen in einem vitalen Regime dient, zumindest solange keine ernsthafte Gefahr einer weiteren Eskalation besteht.

Schwieriger ist es schon herauszufinden, worauf sich die Hoffnungen der amerikanischen Regierung gründen, die Vietkong aufreiben zu können. Es gibt keinen erkennbaren Grund, warum es den Kommunisten nicht möglich sein sollte, jede weitere Verstärkung der amerikanischen Streitkräfte auszugleichen und damit jede ernsthafte Durchführung der Reformmaßnahmen zu verhindern, die Saigon jetzt — zehn Jahre zu spät — auf amerikanischen Druck hin beschlossen hat. Eher leuchtet ein, daß Präsident Johnson zögert, bereits vor Beginn von Verhandlungen die wenigen Konzessionen aus der Hand zu geben, die er — bei Vermeidung eines einseitigen Abzuges — noch machen kann: Akzeptierung der Vietkong als Verhandlungspartner und Zustimmung zur Bildung einer Koalitionsregierung einschließlich der Kommunisten zur Überwachung von Wahlen. Infolge des ursprünglichen Fehlers der Ausweitung des amerikanischen Engagements scheint jedoch jetzt die Zusicherung der ersten Konzession und die Andeutung der Bereitschaft, auch die zweite zu machen, das einzige und nicht einmal völlig sichere Mittel zu sein, die Willensentscheidung in Hanoi zugunsten eines Verhandlungsfriedens zu beeinflussen. Denn die Erfahrungen des letzten Jahres haben nur das Argument erhärtet, daß vom Standpunkt des amerikanischen und allgemein des westlichen Interesses heute Verhandlungen aus einer Position der politischen Schwäche einer endlosen Fortsetzung des Krieges vorzuziehen sind.

(Der Politologe — Berliner Zeitschrift für politische Wissenschaft, Nr. 19, April 1966, S. 7 ff.)

## Herbert Marcuse

### Die Analyse eines Exempels

(Hauptreferat des Studenten-Kongresses „vietnam — analyse eines exempels“ vom 22. Mai 1966 in Frankfurt)

Ich werde über die Gründe für den Krieg in Vietnam sprechen, und zwar:

1. über seine offizielle Rechtfertigung, die offizielle Ideologie,
2. über die nicht-ideologischen Gründe des Krieges in Vietnam, und in diesem Zusammenhang werde ich die Frage diskutieren, ob die klassische Imperialismustheorie auf die Situation in Vietnam anwendbar ist,
3. über die Opposition gegen den Krieg in Vietnam, und zwar die Opposition im globalen und nicht nur im nationalen Rahmen, und schließlich
4. ganz kurz über die Prognose der Alternativen, wenn es solche Alternativen gibt.

Ich fange damit an, die marxistische These zur Diskussion zu stellen, nach der der Krieg in Vietnam nicht nur ein lokales Ereignis ist, nicht nur eine Phase der amerikanischen Außenpolitik, sondern so etwas wie eine logische Manifestation eines Weltsystems, die innere Dynamik der sogenannten Gesellschaft im Überfluß oder des amerikanischen Spätkapitalismus. Ich möchte die Diskussion einleiten mit einer ganz kurzen chronologischen Übersicht der Hauptstadien, die zu der amerikanischen Intervention, zu der immer destruktiven amerikanischen Intervention in Vietnam geführt haben. Wie Sie wahrscheinlich wissen, ist die „Front der Nationalen Befreiung“ (FNL) Erbin der Vietminh, die während des Zweiten Weltkrieges und nach dem Zweiten Weltkrieg erst gegen die französische und dann gegen die japanische Kolonialmacht gekämpft hat; und wie die Nationale Befreiungsfront Erbin dieser Zeit ist, so ist die amerikanische Intervention Erbin der amerikanischen Hilfe, die bereits den französischen Truppen in Indochina geleistet wurde. Die Intervention beginnt in der Tat nicht mit dem Bürgerkrieg in Vietnam, sie beginnt bereits während des Zweiten Weltkrieges und kurz vor dem Zweiten Weltkrieg, und 1950 erklärte Präsident Truman, daß die amerikanische Hilfe in Vietnam, die Hilfe für die Franzosen, beschleunigt werden muß. Das Folgende ist Ihnen bekannt:

1954 — Das Ende des französischen Kolonialregimes und das Genfer Abkommen. Es teilt Vietnam in zwei Umgruppierungszonen; es wurde ausdrücklich stipuliert, daß dies in keiner Weise eine territoriale oder nationale Trennung sein sollte. Keine zwei Staaten wurden hier etabliert, sondern eine provisorische Umgruppierungslinie um den 17. Breitengrad bis zu den Wahlen, freien Wahlen, die in ganz Vietnam spätestens 1956 stattfinden sollten. Die Vereinigten Staaten haben das Genfer Abkommen nicht unterschrieben, sie haben aber gleichzeitig eine separate Erklärung abgegeben, in der sie die Bestimmungen des Genfer Abkommens einzuhalten sich verpflichteten.

Während der Genfer Verhandlungen noch wurde die Regierung Bao Dai durch die Regierung Ngo Dinh Diem ersetzt. Was da geschehen ist, ist bis heute eines der interessantesten Mysterien der gegenwärtigen Politik.

Ich verweise Sie auf eine Publikation, die in den Vereinigten Staaten Aufsehen erregt hat. Die Zeitschrift „Ramparts“ veröffentlichte im April 1966 einen Bericht über das berühmte Michigan State University Project, das 1955 in Vietnam begann. Der Bericht hat einiges zu sagen über die Zusammenarbeit zwischen der Universität und der Central Intelligence Agency (CIA) und über die eigenartige Tätigkeit von Professoren und besonders von Professoren, die außer dieser sich nun entfaltenden Tätigkeit eigentlich bisher sehr wenig getan hatten. Es gibt da einen jungen unbekanntenen Professor der politischen Wissenschaft, ein Freund von Diem, der sich plötzlich in Vietnam als einer der mächtigsten Politiker sieht und Diem berät. Fakultätsmitglieder der Michigan State University — ich referiere den Bericht — helfen die Polizeitruppen Diems zu rekrutieren, eine Fingerabdruckkartei aufzubauen, einen Intelligence Service einzurichten, Waffen und Munition zu beschaffen, usw.

Das war in den Jahren 1955 bis 1960.

Inzwischen verging das Jahr 1956, ohne daß die Wahlen, die

die nationale Einigung wieder herbeiführen sollten, stattfanden: Die südvietnamesische Regierung Diems weigerte sich, mit Unterstützung der Vereinigten Staaten, diese Wahlen abzuhalten.

Über die Gründe brauchen wir nicht zu spekulieren. Wir haben das Wort eines so vertrauenswürdigen Mannes wie Eisenhower, der erklärt hat, daß wenn die Wahlen 1956 stattgefunden hätten, wahrscheinlich eine Majorität für Ho Chi Minh und sein Regime sich auch in Südvietnam ergeben hätte. Nach 1956 wächst die amerikanische Hilfe, 1956 bis 1961 steigen die Kredite für die südvietnamesische Armee, und 1960 wird nun die Front der Nationalen Befreiung gegründet, hauptsächlich als Protest gegen die immer mehr zur repressiven Diktatur organisierte Regierung Diems, der nebenbei gesagt seine eigenen Wahlen, wahrscheinlich sogar zehnmal, in Südvietnam hat stattfinden lassen, nachdem die Opposition vorher entweder eingesperrt oder in den Norden geflüchtet war.

1960 bricht nun der eigentliche Krieg in Vietnam aus, die Unterstützung aus dem Norden ist immer noch sehr gering. Wir haben Zahlen für 1963, nach denen in diesem Jahr 25 000 Guerillas plus ungefähr 60 000 bis 80 000 sogenannte Irreguläre und 300 000 „Sympathisierende“ der Bevölkerung gegen 400 000 südvietnamesische plus 16 000 amerikanische Soldaten kämpften.

1964: der berühmte Tonkin-Zwischenfall, wo zwei amerikanische Zerstörer in nordvietnamesischen Gewässern angegriffen, aber nach ihrer eigenen Erklärung eigentlich nicht getroffen werden, und sofort danach die Bombardierung von nordvietnamesischen Anlagen.

Heute beträgt die Truppenstärke der USA in Vietnam wahrscheinlich schon 350 000. Die jährlichen Kosten — nebenbei gesagt, und das gilt für alle Zahlen, die ich anführe: ich benutze ausschließlich entweder unparteiische oder neutrale Berichte, oder, und zwar in überwiegender Zahl, Aussagen amerikanischer Regierungsstellen — des Krieges in Vietnam beziffern sich bei einer Truppenstärke von 250 000 auf \$13 Milliarden jährlich, bei einer Truppenstärke von 400 000 auf 21 Mil-





liarden jährlich. Die Truppenstärke von 400 000 soll bereits im nächsten Jahr erreicht werden. Was ist das Resultat dieses ungeheuren Aufwandes an Menschen, Menschenleben und Geld? Das Territorium, das heute von den Vereinigten Staaten und Südvietnam kontrolliert wird, ist wahrscheinlich kaum größer als es am Beginn des Krieges war. Wir haben heute ein Stadium erreicht, wo der Krieg mehr und mehr von amerikanischen Truppen geführt werden muß, weil die südvietnamesischen einfach nicht mehr zuverlässig erscheinen.

Lassen Sie mich jetzt sehr kurz die offizielle Rechtfertigung für das Eingreifen der Vereinigten Staaten geben. Sie hat im Lauf der Jahre gewechselt. Erst war es die Rechtfertigung mit der Verpflichtung gegenüber Südvietnam, besonders gegenüber der Regierung Diem. Aber Eisenhower erklärte, daß diese Verpflichtung in keiner Weise die Entsendung amerikanischer Truppen nach Vietnam einschloß. Dann, nach dieser Erklärung Eisenhowers, kam die Rechtfertigung mit der SEATO, dem Südostasienpakt. Senator Morse hat mehrfach festgestellt, daß die Bestimmungen des SEATO-Vertrages, die eine solche Intervention rechtfertigen würden, nicht eingehalten worden sind. Da die Rechtfertigung mit Verträgen zweifelhaft ist, möchte ich auf die allgemein politische Rechtfertigung eingehen, nämlich: Verteidigung gegen kommunistische Aggression im nationalen Interesse der USA, die sogenannte Containment Policy, und die Frage, die ich vorlegen möchte, ist: Haben wir es hier mit Ideologie oder mit Wirklichkeit zu tun? Welcher Kommunismus ist aggressiv und wo ist er aggressiv? Bekämpfen die Vereinigten Staaten wirklich den Kommunismus? Bekämpfen sie den Kommunismus in der Sowjetunion? Die Stimmen mehren sich, die sogar von irgendeiner Verständigung zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten sprechen. Bekämpfen sie den Kommunismus in Jugoslawien? Nein! Sie bekämpfen eine ganz bestimmte Form des Kommunismus in bestimmten Ländern, auf die ich noch zurückkommen werde.

Wie steht es nun mit der Aggression? Man meint besonders Aggression von seiten Chinas und Nordvietnams. Der chinesische Imperialismus ist heute wirklich ein Schlagwort in Amerika geworden, und es hilft nicht einmal viel, wenn man demgegenüber einfach die Frage stellt, ob denn chinesische Truppen und chinesische Militärbasen an allen sieben Enden der Welt zu finden sind, oder ob nicht umgekehrt China selbst fast umringt ist von amerikanischen Basen und Truppenstützpunkten. Diese rationalen Argumente helfen kaum noch, und man muß sich umsehen, wo vielleicht eine chinesische Aggression gefunden werden kann. Zwei Fälle werden genannt: der chinesisch-indische Grenzkonflikt und die chinesische Besetzung von Tibet.

Der chinesisch-indische Grenzkonflikt: die ganze Angelegenheit ist noch obskur. Ich weise darauf hin, daß ein amerikanischer General schon vor Jahren erklärt hat, Indien und nicht China hätte vielleicht diesen Grenzkonflikt begonnen. Anders ist die Situation in Tibet. Es gibt keinen Zweifel, daß Tibet von den Chinesen besetzt worden ist, und diese Tatsache wird nicht dadurch geändert, daß chinesische Regierungen für Hunderte von Jahren die Herrschaft über Tibet beansprucht haben. Aber es ist eine Tatsache, daß Tibet eines der rückständigsten, barbarischsten und repressivsten Länder der Erde war und daß dort heute nach den von den Chinesen eingeführten Reformen die Verhältnisse besser sind als sie unter der sogenannten tibetanischen Unabhängigkeit waren.

Wie steht es nun mit der chinesischen Intervention in Vietnam selbst? Nicht einmal das amerikanische Außenministerium spricht von einer entscheidenden Intervention. Wenn Sie sich das berühmte White Paper ansehen, dann werden Sie darin wenig von chinesischem Truppeneinsatz usw. finden. Aber wie steht es mit der Invasion von seiten Nordvietnams, mit der nordvietnamesischen Unterstützung der Bürgerkrieges? Es ist sinnlos zu bezweifeln, daß Nordvietnam den Krieg der Nationalen Befreiungsfront in Südvietnam unterstützt, und zwar entsprechend der wachsenden Intervention Amerikas. Ich glaube, daß die Intervention Nordvietnams in Südvietnam eine Reaktion und Antwort auf die rapide anwachsende amerikanische Intervention ist, eine Defensive und nicht eine Aggression, ganz abgesehen von der Tatsache, daß ja schließlich auch die Nordvietnamesen Vietnamesen sind, was man

von den Amerikanern kaum behaupten kann. Lassen Sie mich Ihnen erstaunliche Zahlen nennen aus Senator Moses Einleitung zur Veröffentlichung der Verhandlungen des Senate Foreign Relations Committee über Vietnam (März 1966). Diese Zahlen, die nach Senator Morse vom Pentagon stammen, sagen folgendes:

1965: 11 000 nordvietnamesische Truppen gegenüber 200 000 amerikanischen und 700 000 südvietnamesischen Truppen. Ausrüstung — ich werde darauf zurückkommen —: die modernste technologische Destruktionsmaschine gegen die primitivste Bewaffnung, die man sich überhaupt vorstellen kann. Irgend etwas muß mit diesem Krieg nicht in Ordnung sein.

Wie steht es nun mit der offiziellen Containment-Policy im Rahmen der globalen Politik? Es ist unbestreitbar, daß es im berechtigten Interesse des amerikanischen Kapitalismus liegt, diese Containment-Policy so effektiv wie möglich durchzuführen, obgleich es nicht so sehr im Interesse anderer kapitalistischer Nationen zu sein scheint, wie z. B. England und Frankreich.

Die Frage ist zu stellen, ob der Kommunismus in der gegenwärtigen Phase nicht etwa self-containing ist, in der Defensive, auf dem Rückzug, und das nicht erst als Folge der amerikanischen Containment-Policy. Oder, um mich für einen Augenblick etwas brutaler auszudrücken, ist vielleicht Containment des Kommunismus in Wirklichkeit bewaffneter Export des Kapitalismus?

Zweifellos setzt sich in der gegenwärtigen Phase die Überlegenheit des Monopolkapitalismus auf der Basis höchstentwickelter Produktivität und technologischer Ausbeutung der Arbeit allgemein durch und besitzt eine gewisse Ansteckungskraft. Es ist kein Wunder, daß, verglichen mit den Leistungen des amerikanischen Kapitalismus, andere Länder und andere Völker dieselbe Entwicklungslinie beschreiten wollen und zum Teil beschritten haben. Dementsprechend und dieser Ansteckungskraft des höchstentwickelten Kapitalismus gegenüber eine defensive Politik des Kommunismus, die meiner Meinung nach nicht primär und vielleicht überhaupt nicht auf militärischer Unterlegenheit beruht. Solche Defensivpolitik des Kommunismus ist besonders in der Sowjetunion deutlich geworden, und in den erfolgreichen präventiv antikommunistischen Gegenrevolutionen der letzten beiden Jahre, in Indonesien, in Ghana, Kenia, Santo Domingo, Brasilien usw.

Was ist nun der Preis der Containment-Policy, oder vielmehr, was ihre gesellschaftliche Dynamik? Antwort: die finanzielle und militärische Intervention, die gewaltsame Unterdrückung jeder radikalen Reform, und zwar gerade da, wo eine solche radikale Reform am notwendigsten ist. Der Preis der Containment-Politik ist nicht nur diese Unterdrückung jeder radikalen Reformbewegung, sondern auch die Etablierung reaktionärer Militärdiktaturen in den Entwicklungsländern, die Perpetuierung brutalster Formen der Ausbeutung und des Elends. Ist es Propaganda, ist es Sympathie für den Kommunismus, wenn man behauptet, daß in vielen Entwicklungsländern die Kommunisten die einzigen sind, die bisher radikale Reformen, besonders die Agrarreform, durchgeführt haben, und daß darin vielleicht die Popularität der kommunistischen Bewegung in den Entwicklungsländern liegt?

Für die Fragen, die ich eben gestellt habe, zitiere ich Senator Robert Kennedy, nach der „New York Times“ vom 11. Mai 1966:

„Wir geben militärische und andere Hilfe an Regierungen, welche diese Mittel dazu verwenden, notwendige Reformen zu verhindern. Es gibt ein Dorf in den Anden, in dem der einzige Mensch, der glaubt, daß die Bauern Land haben sollten, ein Kommunist ist. Kein Wunder, wenn in diesem Dorf der Kommunist die Sympathien der anderen Dorfbewohner hat.“ Ähnlich der amerikanische Botschafter in Vietnam, Henry Cabot Lodge, nach der „Los Angeles Times“ vom 27. Februar 1966, und Senator Fulbright (ebenda, 23. März 1966).

Wenn das so ist, welches sind denn nun die Gründe dafür, daß es keine Alternativen gibt, daß in diesen Entwicklungsländern die Reform, die radikale Reform, repressiver vor-kapitalistischer oder parasitär-kapitalistischer Verhältnisse den Kommunisten zufällt, daß sie nicht auf irgendeinem demokratisch-liberalem Wege möglich zu sein scheint?

Ich glaube, daß es in den Entwicklungsländern unter dem imperialistischen Druck keine unabhängige nationale Bourgeoisie gibt, welche die beherrschten Klassen für eine radikale demokratische Reform im Interesse der Industrialisierung und Modernisierung des Landes organisieren könnte. Eine solche unabhängige nationale Bourgeoisie gibt es in diesen Ländern nicht. Was es an Bourgeoisie gibt, ist verflzt mit dem noch semi-feudalen Großgrundbesitz in diesen Ländern. Unter diesen Umständen muß die Reformbewegung von Anfang an radikale und undemokratische Formen annehmen. Man kann eine Demokratie nicht mitten in der Luft aufbauen: Wenn die soziale Basis nicht dafür vorhanden ist, geht es eben nicht. Es gibt daher offenbar nur die Wahl zwischen einer kommunistischen Diktatur und einer Militärdiktatur der herrschenden Klassen in diesen Ländern, und wenn es nur diese Wahl gibt, ist es klar, auf welche Seite die amerikanische Politik setzt.

Nun die nichtideologischen, die wirklichen Gründe für den amerikanischen Krieg in Vietnam. Ich stelle zunächst die Frage: Ist denn für den amerikanischen Kapitalismus der bewaffnete Kampf gegen den Kommunismus wirklich eine Lebensnotwendigkeit? Und hier ist auf die in Amerika gegen diese Politik innerhalb der herrschenden Klasse bestehende Opposition hinzuweisen, eine Opposition im Rahmen des Systems selbst und im Interesse des Systems. Diese Opposition wird am sichtbarsten repräsentiert durch eine kleine Zahl von Senatoren: Morse, Gruning, Fulbright, Kennedy und einige andere, durch einige industrielle und finanzielle Kreise, die sehr schwer zu identifizieren sind, und durch Gruppen der freien Berufe. Diese Opposition im Rahmen und auf der Grundlage des Systems befürwortet einen ökonomischen und kulturellen Austausch mit den kommunistischen Ländern in friedlicherer als militärischer Konkurrenz und Koexistenz. Es ist diese Opposition, die in Vietnam heute den Waffenstillstand und Verhandlungen auch mit der Nationalen Befreiungsfront fordert, außerdem eine positive China-Politik, das heißt, die Aufnahme Chinas in die Vereinten Nationen.

Der Einfluß dieser Opposition „von oben“ ist nun außerordentlich schwer abzuschätzen, weil Fernsehen, Radio und die Presse die öffentliche Meinung in einer Weise bestimmen und formen, die selbst hier, glaube ich, noch unvorstellbar ist. Es gibt in den Vereinigten Staaten keine oppositionelle Presse, keine oppositionelle Tageszeitung; es gibt nur Flugblätter und Zeitschriften der Opposition, mit einer Auflage, die verglichen mit der der großen Presse lächerlich klein ist. Und dann noch der Druck des allgemeinen Konformismus, die Angst vor der ökonomischen Diskriminierung wegen irgendeiner Abweichung von der Norm — das wirkungskräftigste Mittel der Gleichschaltung. Vance Packard hat den weitgehend unsichtbaren ungeheuren Apparat der Manipulation und privaten Spionage beschrieben, der registriert, mit wem man verkehrt, ob Neger zu einem ins Haus kommen, mit wem man assoziiert ist, und das alles ohne jeden Terror in der Form freier Demokratie.

Aber nehmen wir einmal an, daß diese schwache Opposition „von oben“ sich durchsetzt. Was wäre die Wirkung auf den amerikanischen Kapitalismus?

Ein „Super New Deal“, d. h. eine Vergrößerung des öffentlichen Sektors, die nun wirklich den Staatskapitalismus bedeuten würde, und eine vollständige Umkehr der gegenwärtigen Propaganda, der gegenwärtigen Reklame, der gegenwärtigen gesellschaftlichen Moral, Ideologie usw. Gegen diese Tendenz sind gegenwärtig in den Vereinigten Staaten noch alle Kräfte mobilisiert. Warum diese Herrschaft der Johnson/McNamara-Politik, diese Insistenz auf einer aggressiven Außenpolitik? Haben wir es hier mit der objektiven Dynamik des Systems zu tun, mit einer objektiven Dynamik, die sich hinter dem Rücken der Individuen auswirkt? Hinter dem Rücken der Individuen, weil auch die, die heute Politik machen, natürlich keinen Krieg „wollen“; auch sie würden es vorziehen, wenn sie, was sie wollen, ohne Krieg bekommen könnten.

Haben wir also eine objektive Dynamik, die sich in diesem Sinne hinter dem Rücken der Individuen durchsetzt? Wir sollen nicht zu schnell mit der Gesetzmäßigkeit in der Geschichte, mit geschichtlichen Gesetzen umspringen. Die Entwicklung in

Vietnam zeugt für die Blindheit in der Gesetzmäßigkeit. Ich glaube, man kann sagen, das, was als temporäre, geringe, schwache Unterstützung eines absterbenden Kolonialregimes, nämlich der Franzosen beginnt, wird „automatisch“ zur Sache des Prestiges, der Verteidigung des nationalen Interesses, zur Existenzfrage im Weltmaßstab. Der Apparat, der eingesetzt ist, wächst unter seiner eigenen Schwerkraft und wird zur Triebkraft des ganzen Systems, das er nach seinem Bilde verwandelt und mit sich zieht. Wir müssen uns daran erinnern, daß dies eine irrationale Gesellschaft ist, in all ihrer Rationalität vielleicht die irrationalste Gesellschaft, die es je gegeben hat, und daß diese Irrationalität die Vernunft dieser Gesellschaft ist und bestimmt. Der Zufall der Persönlichkeiten (der amerikanischen Präsidenten, der Direktoren, der Generäle) —, diese Zufälligkeit wird zum Ausdruck einer Grundtendenz, die das Ganze durchdringt und das Amerika der Freiheitsrechte und der Unabhängigkeitserklärung, das Amerika, das vor nicht zu langer Zeit der Feind des Nazismus war, mit wachsenden antidemokratischen, militaristischen und selbst profaschistischen Kräften bedroht. Im Lichte dieser Tendenz nimmt das lokale Ereignis wirklich globale Bedeutung an. Was meint Vietnam? Vietnam meint China als die neue geschichtliche Stufe. Vietnam meint alle nationalen Befreiungsbewegungen im Bereich der überentwickelten Industriegesellschaft; Befreiungsbewegungen, die die Vernunft, die Institutionen und die Moralität dieser überentwickelten Industriegesellschaft in Frage stellen und bedrohen. Vietnam ist zum Symbol geworden für die Zukunft der ökonomischen und politischen Repression, zum Symbol geworden für die Zukunft der Herrschaft des Menschen über den Menschen. Was würde der Sieg der nationalen Befreiungsbewegung in Vietnam bedeuten? Ein solcher Sieg würde bedeuten, und hier ist meiner Meinung nach der entscheidende Aspekt, daß eine elementare Rebellion von Menschen gegen den mächtigsten, technischen Repressionsapparat aller Zeiten erfolgreich sein kann.

Hier einige Zahlen, ich beziehe mich auf die Aussage Verteidigungsminister McNamaras vor dem Senat im Februar 1966, die wir vielleicht die Umsatzbilanz McNamaras nennen könnten. Innerhalb eines Jahres sollen in Vietnam eingesetzt werden:

1,7 Mill. Bomben, 4,8 Mill. 2,75"-Raketen, 88 Mill. Air-to-Ground-Geschosse, 1 Mrd. Gewehr- und Maschinengewehrmunition, 16 Mill. 40-mm-Granaten, 11 Mill. Runden Mortar- und Artilleriemunition. 2623 Kernwaffenköpfe sind in der sogenannten „strategic alert force“ zum Einsatz bereit. Und McNamara fügte hinzu — ich zitiere wörtlich: „Dies hat die Heldentat ermöglicht, innerhalb von Monaten 300 000 kampffertige Soldaten 10 000 Meilen entfernt einzusetzen und zu versorgen.“ Dieser ungeheure technologische Zerstörungsapparat gegen eines der ärmsten Länder der Welt, das gerade angefangen hat, die primitivste Industrie aufzubauen und das bis jetzt mit den primitivsten Waffen ausgerüstet ist — und trotzdem die Gefahr, daß die nationale Befreiungsbewegung vielleicht am Ende doch siegen könnte. Was würde ein solcher Sieg der nationalen Befreiungsbewegung bedeuten?

Daß der nur primitiv bewaffnete menschliche Körper und der Wille zur Verteidigung eines in neuer Hoffnung ermutigten Lebens die gewaltigste Destruktionsmaschinerie aller Zeiten in Schach halten kann, und dies könnte das Signal werden für den Aufstand in den anderen Hinterländern des Systems, wo die Ausgebeuteten in der Hoffnung auf Befreiung leben. Nicht so sehr um den Kampf gegen den Kommunismus handelt es sich, als um den Kampf gegen jedes Regime, das in den Entwicklungsländern die radikale Reform jener Verhältnisse durchführen könnte, die bisher die Bevölkerung auf einem unmenschlichen Lebensniveau gehalten haben.

Steht in diesem Zusammenhang Vietnam nun auch für unmittlere ökonomische Interessen? Hier möchte ich wenigstens kurz die Imperialismustheorie diskutieren. Braucht der Monopolkapitalismus auf der gegenwärtigen Stufe wirklich ein globales Hinterland?

Es besteht gerade unter den Marxisten eine Tendenz, den Imperialismusbegriff, die klassische Imperialismustheorie als veraltet beiseite zu legen. Und in der Tat, es wäre absurd zu behaupten, daß die Vereinigten Staaten in Vietnam für ihre Investitionen, für billige Arbeit und für billige Rohstoffe

kämpfen. Das tun sie natürlich nicht. Immerhin müssen wir die Frage aufwerfen, ob es sich nicht darum handelt, den Kriegszug gegen Vietnam im Zusammenhang mit globalen Interessen des Spätkapitalismus zu sehen. Lassen Sie mich hier wieder einige Zahlen geben, nur einige wenige. Sie sind wieder aus Quellen, die über jeden Zweifel erhaben sind, besonders dem Survey of Current Business, der regelmäßig vom amerikanischen Department of Commerce veröffentlicht wird. Die direkten privaten Auslandsinvestitionen der Vereinigten Staaten waren 1950 11,8 Mrd. Dollar, 1963 40,6 Mrd. Dollar, 1966, nach vorsichtiger Schätzung, 50 Mrd. Dollar. Von 1957 bis 1963 stieg der Absatz der ausländischen Filialen in den Vereinigten Staaten um 54 %, während der inländische Absatz nur um 17 % stieg. Von 1960 bis 1965 wuchs das Bruttosozialprodukt der Vereinigten Staaten von 503 Mrd. im Jahre 1960 auf 676 Mrd. im Jahre 1965, d. h., es stieg um 34 %, während die Profite der großen Konzerne während derselben Zeit um über 50 % stiegen. Das Marxsche Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate ist offenbar nicht haltbar. In dem Buch „Monopoly Capital“ von Baran-Sweezy ist diese Entwicklung in einer sehr gründlichen Weise demonstriert. Danach haben wir keinen tendenziellen Fall der Profitrate, sondern ein wirkliches Steigen des Profits und ein Steigen des sogenannten ökonomischen Surplus, und die Schwierigkeiten der Investition und Verwendung dieses Surplus werden immer größer und sind heute wahrscheinlich einer der Hauptwidersprüche des kapitalistischen Systems. Noch eine einzige Zahl hier: für Standard Oil New Jersey. Die Investitionen von Standard Oil im Ausland betrugen nur die Hälfte der inländischen Investitionen, aber der Profit von Standard Oil im Ausland war viermal größer als der in den Vereinigten Staaten selbst. Ich überlasse es Ihnen, ob Sie noch irgend etwas mit der Imperialismustheorie anfangen wollen oder nicht.

Nur ein Wort über die Rolle der Kriegsindustrie für die amerikanische Ökonomie, weil das auch immer als Grund dafür angegeben wird, daß der Kapitalismus in Vietnam kämpfen muß.

Niemand in den Vereinigten Staaten, der die Sache wirklich kennt, leugnet, daß die Rüstungsindustrie heute direkt und indirekt einen bedeutenden Stimulus für die Ökonomie darstellt. Man braucht dafür nur das „Wall Street Journal“ zu lesen, was ich überhaupt empfehle, weil es wahrscheinlich die einzige nichtideologische Zeitung in den Vereinigten Staaten ist. Immerhin, verfallen wir nicht in den Fehler zu glauben, daß die amerikanische Wirtschaft, die kapitalistische Wirtschaft, auf diese Rüstungsindustrie angewiesen ist, in solcher Weise, daß die Alternative eben nur die schon so unendlich lange vorausgesagte Endkrise des Systems darstellen würde: das ist nicht der Fall. Die amerikanische Ökonomie kann ohne die riesige Rüstungsindustrie bestehen, aber das würde fundamentale Änderungen in den ökonomischen und politischen Institutionen bedeuten, d. h. — ich habe es bereits angedeutet —, die Tendenz zum vollen Staatskapitalismus, für die in der gegenwärtigen Phase in Amerika wenig Evidenz zu sehen ist.

Aber die rein ökonomische Analyse ist nicht mehr ausreichend, wenn sie je ausreichend war, um zu erklären, was in dieser Gesellschaft vorgeht. Alle Ökonomie ist politische Ökonomie im weitesten Sinne und das System der fortgeschrittenen Industriegesellschaft ist global, auch in dem Sinne, daß es alle Dimensionen der menschlichen Existenz privat und öffentlich den herrschenden gesellschaftlichen Mächten ausliefert. Das System ist global auch in dem Sinn, daß es für dieses System überhaupt keine äußeren Faktoren mehr gibt, daß die geographisch und anders am weitesten entfernten Kräfte zu inneren Kräften des Systems werden. Die Innenpolitik, deren Fortsetzung die Außenpolitik ist, mobilisiert und kontrolliert das Innere der Menschen, die Triebstruktur, ihr Denken und Fühlen; sie kontrolliert die Spontaneität selbst — und entsprechend diesem globalen und totalen Charakter des Systems ist die Opposition, von der ich jetzt sprechen werde, nicht nur und nicht primär politisch, ideologisch, sozialistisch, sondern gleichzeitig eine instinktive moralische oder wenn Sie wollen, unmoralische, zynische existentielle Opposition. Vorherrschend ist die spontane Weigerung der oppositionellen Jugend mitzumachen, mitzuspielen, ein Ekel von dem Lebensstil der „Gesellschaft im Überfluß“, der sich hier durchsetzt. Nur diese

Negation ist artikuliert, nur dieses Negative ist die Basis der Solidarität, nicht aber das Ziel: sie ist Negation der totalen Negativität, die das System der „Gesellschaft im Überfluß“ durchherrscht.

Der globale Kriegszug gegen den Kommunismus muß als Teil dieser totalen Negativität verstanden werden, und die ökonomische Analyse der Gründe muß die Analyse der anderen gesellschaftlichen Dimensionen in sich aufnehmen. Die traditionelle Unterscheidung von Basis und Überbau wird fragwürdig. Wie die Ausgaben für Soziologie und Psychologie im Dienst von „Scientific Management“, „Human Relations“, Marktforschung, Reklame und Propaganda schon lange nicht mehr nur Unkosten sind, sondern zum Teil zu notwendigen Produktionskosten wurden, so gehören heute psychologische Faktoren zur notwendigen Reproduktion des bestehenden gesellschaftlichen Apparats. Sie reproduzieren, als Elemente der permanenten Mobilisierung der Bevölkerung, den globalen Kreuzzug gegen den Kommunismus in der psychologischen Struktur der Individuen selbst. Diese Gesellschaft benötigt einen Feind, dessen bedrohende Macht die repressive und destruktive Ausbeutung aller materiellen und intellektuellen Rohstoffe rechtfertigen muß. Der Kontrast zwischen dem gesellschaftlichen Reichtum, zwischen dem technischen Fortschritt, zwischen der Beherrschung der Natur einerseits, und der Verwendung aller dieser Kräfte zur Perpetuierung des Existenzkampfes auf nationaler und globaler Grundlage, durch Schaffung von unnötiger parasitärer Arbeit, durch methodische Verschwendung und Zerstörung im Angesicht von Armut und Elend, durch Unterwerfung des Menschen unter den Riesenapparat totaler Verwaltung. Diese ganz fatale Einheit von Produktivität und Destruktion, von Prosperität und Elend, von Normalzustand und Krieg wirkt auf die Menschen als konstante Repression, und diese verwalteten Menschen, die Objekte dieser Repression, antworten auf sie mit einer diffusen Aggressivität. Diese Aggressivität, die in der Gesellschaft im Überfluß akkumuliert wird, muß in einer für die Gesellschaft erträglichen und profitablen Weise ausgelöst und nutzbar gemacht werden, sonst könnte sie die Einheit des Systems selbst bedrohen. Ich sehe in dieser wachsenden Aggressivität, in der instinktiven Aggressivität in der überentwickelten Industriegesellschaft einen der gefährlichsten Faktoren für die kommende Entwicklung.

Dieselben aggressiven Kräfte führen meiner Meinung nach von dem Tod auf den Highways und Straßen zu den Bombardierungen, Folterungen und Verbrennungen in Vietnam. Es gibt auf den Highways in den Vereinigten Staaten in einem Jahr 49 000 Tote und über 4 Millionen Verletzte. Vergleichen Sie das mit den Verlustziffern in Vietnam, und Sie werden vielleicht verstehen, daß dieser Krieg keine Massenreaktion hervorgerufen hat. Weiter erwähne ich als Ausdruck der Aggressivität die kommerzielle Vergewaltigung der Natur, den Einbruch in die Privatsphäre — der überall „gefangene Zuhörer“ schafft —, und eine ungeheure Brutalisierung der Sprache, an die die Menschen allmählich gewöhnt werden. Ich habe selbst während des Zweiten Weltkrieges und selbst in der Nazi-presse eine solche offene Brutalität nicht gefunden, wie sie täglich in den amerikanischen Zeitungen sich breit macht — in den Schlagzeilen, die sieghaft die Zahl der (angeblich oder wirklich) Getöteten und der gefunden Leichen verkündet. Und von der Kriegführung und ihrer Sprache geht die Brutalisierung in die Sphäre der Unterhaltung, des Amusements ein.

Wir haben hier eine wirksame Akklimatisierung und Enthumanisierung und diese wiederum führt zu einer Art Massenhysterie: Das Bild des Feindes wird aufgeblasen bis zur Unkenntlichkeit und die Unempfindlichkeit, die Unfähigkeit zu unterscheiden zwischen Propaganda, Reklame und Wahrheit wird immer deutlicher. Die Organe für diese Unterscheidung scheinen zu atrophieren. Man kann nicht einmal sagen, daß jeder glaubt, was ihm vorgesetzt wird, es ist vielmehr die Stimmung: Darüber kann ich nicht urteilen, die Regierung weiß das besser, und da kann man nichts dagegen machen.

Jetzt einige Worte über die Gegenkräfte, und zwar zum Unterschied von der Opposition „von oben“ nun die Opposition, die ein radikaleres Potential darstellt. Ich wiederhole: Auch die Opposition muß im globalen Maßstab gesehen werden, aber der Übersichtlichkeit halber werde ich diese Gegenkräfte

in verschiedene aufgliedern, zunächst in den Vereinigten Staaten selbst.

Vier Gruppen lassen sich identifizieren:

1. Intellektuelle und Jugendliche.
2. „Unterprivilegierte“ Gruppen der Bevölkerung, z. B. Puerorikaner, Neger usw.
3. Eine religiös-radikale Bewegung, und
4. die Frauen.

In allen diesen Gruppen ist die Opposition nur eine Minorität, das müssen Sie im Auge behalten.

Die Opposition unter den Intellektuellen und der Jugend, besonders an den Universitäten, ist in dieser Kategorie wahrscheinlich die hörbarste, sichtbarste und wirksamste Opposition. Ich habe schon darauf hingewiesen: Auch die radikale Opposition unter den Studenten und der Jugend ist keine sozialistische und keine kommunistische Opposition. Das Mißtrauen gegen alle Ideologie (und Kommunismus, Sozialismus, Marxismus gelten diesen Jungen und Mädchen als Ideologie) ist ein entscheidender Faktor in dieser Bewegung. Das Schlagwort „Wir trauen keinem, der über dreißig Jahre alt ist“ charakterisiert die Situation. Man hört es oft: „Diese älteren Generationen haben uns in den Dreck gebracht, in dem wir heute sind, und was die uns zu sagen haben, das kann uns nichts mehr sagen.“

Auffallend ist die spontane Einheit von politischer, intellektueller und instinktiver sexueller Rebellion — eine Rebellion im Benehmen, in der Sprache, in der Sexualmoral, in der Kleidung. Es ist natürlich Unsinn, wenn die Presse dauernd berichtet, daß bei den Studentendemonstrationen „bearded advocates of sexual freedom“ vorherrschen. Das ist eine der typischen diskriminatorischen Sprachregelungen der Presse; aber immerhin, man spürt da etwas, das über die politische Opposition hinausgeht und eine neue Einheit darstellt: eine Einheit von Politik und Eros. Ein Bild, das mir im Gedächtnis bleibt: Ich war in Berkeley am Vietnamtag und habe Demonstrationen mit 2000 bis 4000 Studenten gesehen, die nach dem Truppenbahnhof marschierten, wo die Truppentransporte der Eingezogenen abgehen. An der Stadtgrenze war die Polizeibarrikade, mehrere Reihen dicht, Polizisten in schwarzen Uniformen und Stahlhelmen, mit den Waffen bereit. Der Zug der Demonstranten hielt vor der Polizeibarrikade; es gab einige, entweder Provokateure oder einfach Unbesonnene, die den Zug plötzlich aufreizen wollten, die Polizeibarrikade zu durchbrechen; das hätte natürlich nur blutige Köpfe gegeben. Im letzten Augenblick hatte man sich anders besonnen, und es geschah, was schon oft in solchen Situationen geschehen war: die Demonstranten setzten sich auf die Straße, Arm in Arm, Jungen und Mädchen, die Liebkosungen beginnen, die Gitarren kommen raus, Volkslieder werden gespielt und auf diese Weise ist die Gefahr wenigstens für den Augenblick abgewendet, „aufgehoben“ in der Einheit von Politik und Erotik.

Ich mag hier vollkommen romantisch sein, ich will das zugeben, aber ich sehe in dieser Einheit eine Verschärfung und Vertiefung der politischen Opposition.

Die zweite Gruppe, die sogenannten „Unterprivilegierten“, die Bürgerrechtsbewegung und der Kampf gegen das Elend. Ist sie eine wirkliche Gegenkraft? Es gibt in diesen Gruppen, besonders unter den Negern, eine Führung, die die Verbindung zwischen der Bürgerrechtsbewegung in den Vereinigten Staaten und dem Krieg in Vietnam herzustellen versucht — nicht sehr erfolgreich. Denn wir dürfen nicht vergessen, daß ein großer Teil der unterprivilegierten Bevölkerung in den Vereinigten Staaten in Verhältnissen lebt, denen gegenüber selbst die Einberufung nach Vietnam als eine Verbesserung der Lage erscheint. Außerdem herrscht die Erwartung, daß diese Unterschichten innerhalb des Systems selbst aufrücken können und daß die bestehende Gesellschaft diese Möglichkeit verwirklichen kann.

Nur ganz kurz über die dritte und vierte Gruppe.

Die radikalreligiöse Protestbewegung hat ihre Märtyrer: Die Zahl ist klein, und die Wirkung nicht sichtbar. Die Kategorie „Frauen“ mag in diesem politischem Zusammenhang befremden. Ich habe sie nur erwähnt, um der Tatsache gerecht zu werden, daß die von Tür zu Tür gehenden Sammler von Unterschriften gegen den Krieg am meisten Verständnis bei

Hausfrauen gefunden haben. Sind Frauen von der Aggressivität der männlichen Gesellschaft noch relativ verschont?

Sie haben wahrscheinlich eine Gruppe bei dieser Aufstellung den Gegenkräfte in den Vereinigten Staaten vermißt, nämlich die Arbeiterklasse.

Das war kein Versehen. Wir können nicht sagen, daß die Arbeiterklasse in der Opposition gegen den Krieg ist. Sie werden gelesen haben, daß von der Gewerkschaftsführung in Amerika Erklärungen ausgegangen sind, die den Krieg in Vietnam ungewöhnlich stark billigen, daß die Gewerkschaften sich geweigert haben, Schiffe zu verladen, deren Abfertigung selbst vom amerikanischen Außenministerium genehmigt worden war. Die Arbeiterklasse in den Vereinigten Staaten gehört nicht zur Opposition, sie ist integriert in das System. Integriert nicht nur ideologisch, sondern integriert auf der materiellen Basis steigender Produktivität und eines steigenden Lebensniveaus. Selbstverständlich ist Amerika eine Klassengesellschaft und der wirkliche Unterschied zwischen denen, die über das Leben bestimmen und denen, deren Leben bestimmt wird, ist vielleicht größer als er je gewesen ist: die Entscheidungen sind konzentriert bei einer kleinen Gruppe, die weniger „von unten“ kontrolliert ist als je zuvor. Aber diese Klassengesellschaft ist nicht mehr eine des Klassenkampfes im traditionellen Sinne; den Klassenkampf gibt es natürlich noch, es ist ein rein ökonomischer für höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, bessere Arbeitsbedingungen, eine rein ökonomische Gewerkschaftspolitik und keine politische.

Nun zu den Gegenkräften außerhalb der Vereinigten Staaten. In Europa handelt es sich meiner Meinung nach um ein Hauptproblem, nämlich: Kann die Gesellschaft in den Vereinigten Staaten als Modell gelten, für das was in den kapitalistischen Ländern Westeuropas zu erwarten ist? Ist hier noch ein unabhängiger Weg offen, der Weg des geplanten Kapitalismus und der Arbeiterselbstverwaltung, wie sie besonders in Frankreich als die neue Strategie der Arbeiterbewegung vertreten wird? Ich habe lange darüber mit meinen Freunden André Gorz und Serge Mallet diskutiert, wir sind hier nicht einer Meinung, ich glaube, daß sich die amerikanischen Tendenzen früher oder später durchsetzen werden und ich glaube, daß die Strategie der „Autosuggestion“ nach der Revolution Erfolg haben kann, aber nicht vorher, da vor der Revolution die Gefahr besteht, daß hier neue wirksame Interessen innerhalb des Systems geschaffen werden, die sich dann festsetzen.

Gegen die These, daß die amerikanische Gesellschaft Modell für den europäischen Kapitalismus werden wird, spricht ja nun die Tatsache, daß es in Frankreich und Italien eben noch eine politische Arbeiterbewegung gibt, die in den Vereinigten Staaten nicht existiert, und vielleicht doch einer sozialistischen Politik den Weg bereiten kann. Der ökonomische, politische und militärische Einfluß Amerikas in Europa scheint dieser Alternative zu widersprechen.

Als letzte und meiner Meinung nach entscheidende Gegenkraft nun die Opposition in den Entwicklungsländern. Hier sind objektiv, wenn auch nicht subjektiv, die klassischen Bedingungen für den Übergang zum Sozialismus gegeben, nämlich:

1. das Elend der unmittelbaren Produzenten als Klasse, als agrarisches, nichtindustrielles Proletariat,
2. das vitale Bedürfnis nach radikaler Umwälzung unerträglicher Lebensbedingungen,
3. die Unfähigkeit der herrschenden Klasse, die Produktionskräfte zu entwickeln,
4. die militante Organisation der nationalen Befreiungsfront, die eine Einheit von nationaler und sozialer Revolution darstellt.

Und alle diese Kräfte wirken innerhalb des Weltsystems des imperialen Kapitalismus. Der Sieg dieser Kräfte würde in der Tat, wie ich es angedeutet habe, die Ökonomie der Metropolen erschüttern. Die Frage, vor die wir hier gestellt sind, ist die der Überspringung von Entwicklungsstufen. Kann es so etwas wie eine nichtkapitalistische Industrialisierung in diesen Ländern geben, eine Industrialisierung, die die repressive ausbeutende Industrialisierung des frühen Kapitalismus vermeidet, die den technischen Apparat aufbaut „à la mesure de l'homme“ und nicht so, daß er von Anfang an über den Menschen Gewalt hat und der Mensch sich ihm unterwirft? Kann man hier

wieder von einem geschichtlichen Vorteil des „Spätkommen- den“ sprechen? Gegen diese große Chance einer nichtkapitalistischen und nicht repressiven Industrialisierung steht leider die Tatsache, daß die meisten dieser Entwicklungsländer für die ursprüngliche Akkumulation auf die entwickelten Industrieländer auf Gedeih und Verderb angewiesen sind, auf die entwickelten Industrieländer entweder des Westens oder des Ostens. Immerhin glaube ich, daß objektiv die militante Bestärkste potentielle Kraft radikaler Umwälzung darstellt.

freibewegung in den Entwicklungsländern heute die Ich spreche nicht von der kommunistischen Welt als Gegenkraft gegen die kapitalistische, weil meiner Überzeugung nach diese Konstellation noch ganz im Fluß ist. Entscheidend ist hier die Tendenz zur Assimilierung zwischen der Sowjetgesellschaft und der amerikanischen Gesellschaft und zur Spaltung der kommunistischen Welt in „haves“ and „have nots“-Völker, die eine solche Assimilierung sehr erleichtern würde.

Zum Schluß eine Antwort auf die Frage, die mir von Ihnen gestellt worden ist: Gibt es eine reale Basis der Solidarität für alle diese sozial und geographisch so verschiedenen und so getrennten Gegenkräfte, gibt es eine Basis für eine konkrete Solidarität?

Meine Antwort ist: keine außer der Solidarität der Vernunft und des Sentiments. Diese instinktive und intellektuelle Solidarität ist heute vielleicht die stärkste radikale Kraft, die wir haben. Man soll eine solche Solidarität nicht verkleinern, besonders nicht die instinktive spontane Solidarität des Sentiments. Sie geht tiefer als die organisierte Solidarität, ohne die sie nicht wirksam werden kann; sie ist Teil der Gewalt des Negativen, mit der die Umwälzung beginnt.

Ich komme noch einmal auf die Prognosen für die Alternativen zurück. Die Idee des Sozialismus scheint widerlegt durch den Skeptizismus gegenüber jeder ideologischen Verpflichtung und besonders durch die ungeheure Wirkung der steigenden Produktivität und des steigenden Lebensniveaus in der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, eine Entwicklung, die den traditionellen Begriff des Sozialismus als bestimmte Negation des Kapitalismus in Frage zu stellen scheint. Wir müssen uns sehr ernsthaft überlegen, ob der Begriff der Entwicklung der Produktivkräfte überhaupt noch eine solche bestimmte Negation faßt, ob nicht die qualitative Differenz zwischen Sozialismus und Kapitalismus in einer anderen Dimension zu suchen ist, nicht so sehr in der Entwicklung der Produktivkräfte als in ihrer Umkehr. Sie ist die Voraussetzung für die Abschaffung der Arbeit, die Autonomie der Bedürfnisse und ihrer Befriedigung und die Befriedigung des Existenzkampfes. Aber gerade weil diese utopische Idee so wenig utopisch ist, ist die gesamte Gesellschaft heute gegen sie mobilisiert und diese Mobilisierung, wie ich angedeutet habe, setzt sich in den Individuen selber fort. Keinerlei Illusion gegenüber dieser furchtbaren Einheit von Produktivität und Destruktion, von Freiheit und Unterdrückung, von Prosperität und Elend. Und dann die Abwesenheit jeder Massenbewegung. Es gibt keine

revolutionäre Massenbewegung und es wird auch in den überentwickelten Ländern keine revolutionäre Massenbewegung in der absehbaren Zukunft geben. Die Einheit von Theorie und Praxis, nach der wir alle schreien, läßt sich nicht organisieren und sie läßt sich nicht kalkulieren. Auf der gegenwärtigen Stufe ist sie nicht da und die prekäre Brücke liegt eben in der Solidarität dieser so weit verbreiteten und getrennten und selbst antagonistischen Gegenkräfte, die ich gezeigt habe.

In dieser Situation wird die Kraft des Negativen als Arbeit für die Befreiung des Bewußtseins und des Wissens zu einer Hauptaufgabe. Diese Arbeit an der Befreiung des Bewußtseins ist heute unmittelbar politische Arbeit und muß unmittelbar politische Arbeit werden, denn es gibt keine abstrakte Dimension, keine Dimension der Wissenschaft, Natur- sowohl wie Geisteswissenschaft, in der die Repression und die Lüge nicht eingedrungen sind und aus der sie nicht erst einmal entfernt werden müssen, um wieder so etwas wie eine kritische Theorie überhaupt möglich zu machen. Hier sehen wir die gegenwärtige Dialektik des historischen Materialismus: in dem Maß, wie das Klassenbewußtsein in dem allgemein verwalteten Bewußtsein aufgeht und dieses allgemein verwaltete Bewußtsein zu einer repressiven Produktivkraft im Reproduktionsprozeß des Bestehenden wird, wird die Arbeit an der Befreiung des Bewußtseins eine materielle Grundbedingung für die Umwälzung des Bestehenden. Ich wiederhole: das ist keine revolutionäre Aktion, gewiß nicht, es ist im Augenblick eine hilflose, vielleicht sogar für lange Zeit hoffnungslose Opposition, besonders unter der Jugend, aber eine Bewegung, vor der die Machthaber heute schon nervös werden und gegen die heute schon die konzentrierte Macht der Polizei, der Presse und der Regierung gerichtet ist.

Man fragt immer noch, ob die Universität etwas mit Politik zu tun haben soll, ob Politik an der Universität gemacht werden soll. Gewiß, wir haben politische Wissenschaft in der Universität, aber die soll so wenig wie möglich mit Politik zu tun haben. Aber sicher hat Ethik einen legitimen Platz in der Universität, und eine der Sachen, die ich jedenfalls gelernt habe und die viele meiner Freunde, Sozialisten, Marxisten, gelernt haben, ist, daß Moral und Ethik nicht bloßer Überbau und nicht bloße Ideologie sind. Es gibt eben in der Geschichte so etwas wie Schuld, und es gibt keine Notwendigkeit, weder strategisch, noch technisch, noch national, die rechtfertigen könnte, was in Vietnam geschieht: das Abschachten der Zivilbevölkerung, von Frauen und Kindern, die systematische Vernichtung von Nahrungsmitteln, Massenbombardierungen eines der ärmsten und wehrlosesten Länder der Welt — das ist Schuld und dagegen müssen wir protestieren, selbst wenn wir glauben, daß es hoffnungslos ist, einfach um als Menschen überleben zu können und vielleicht für andere doch noch ein menschenwürdiges Dasein möglich zu machen, vielleicht auch nur, weil dadurch der Schrecken und das Grauen abgekürzt werden könnten, und das ist heute schon unendlich viel.

(Neue Kritik, Nr. 36/37, Juni—August 1966, S. 30 ff.)

## Wolfgang Lefèvre

### Möglichkeiten für die Hochschulpolitik des SDS

(Referat auf der 21. Delegiertenkonferenz des SDS vom 1.—4. September 1966)

In diesem Referat geht es mir nicht um eine neue Zielbestimmung der Hochschulpolitik des SDS. Die Zielbestimmung, wie sie — in der einem Programm eigentümlichen Abstraktion — in der SDS-Hochschuldenkschrift geleistet ist, kann sinnvoll nur durch die auf ihr gründende Praxis verbessert werden. Ebenso wenig bemühe ich mich, die technokratischen Reformvorschläge für die Hochschule zu kritisieren, denn auch diese Kritik ist im wesentlichen vom SDS geleistet — zuletzt von Offe in NK 35. Mir geht es darum, in der Untersuchung der heutigen Hochschulsituation die Schritte zu bestimmen, die der SDS an den Hochschulen unternehmen kann, um der Verwirklichung seines Hochschulprogramms näher zu kommen bzw. seiner theoretischen Kritik an falscher Hochschulreform die praktische folgen zu lassen.

Die, wie ich glaube, belegbare Halbherzigkeit, mit der der SDS der hochschulpolitischen Praxis bislang gegenübersteht, deren Gründe erst in dem Zusammenhang, den mein Referat zum Gegenstand hat, zu verdeutlichen sind, läßt jedoch eingangs einige Sätze zu der Frage angebracht erscheinen, welchen Stellenwert die hochschulpolitische Arbeit innerhalb der gesamten Arbeit des SDS hat.

Die Universität ist kein strategischer Punkt, an dem ein für den Kapitalismus entscheidendes Gefecht geliefert werden könnte. Daran ändern meines Erachtens auch die Überlegungen nichts, die — ähnlich wie Serge Mallet — André Gorz in seinem Aufsatz im „International Socialist Journal“ vom Oktober letzten Jahres entwickelt. Denn die in diesem Zusammenhang entscheidende und die strategisch wichtigste These von Gorz, daß durch die zunehmende wissenschaftliche Qualifizierung der Arbeitskräfte, die das Kapital zu seiner Verwertung bedarf, die Einverleibung der Arbeit in den Produktionsprozeß des Kapitals immer weniger reibungslos dem Kapital gelingen werde, ist nur mit größter Skepsis entgegenzunehmen. Denn alle Erfahrungen aus den USA, in denen die wissenschaftliche Qualifizierung der Arbeitskräfte am weitesten fortgeschritten ist, bezeugen das Gegenteil. Die von Gorz angeführten, streikenden Techniker bei Gambetti und anderen Firmen sind bei weitem weniger beachtlich als die wissenschaftlich ausgebildeten Spezialisten in Vietnam, die gerade deswegen von ihren unmenschlichen Resultaten nicht irritiert werden, weil ihre Tätigkeit nur als funktionale und wissenschaftlich vollbrachte Tätigkeit die ihre ist, nicht aber auch in ihrem Resultat; das heißt, weil sie in einer wesentlich heikleren Situation als die der wissenschaftlichen Spezialisten in der Industrie Lohnarbeiter bleiben; und gerade darin haben sie die Unerschütterlichkeit ihrer Identität. Gorz setzt denn auch für seine kritische Situation voraus, daß die Kapitalverwertung dem wissenschaftlich qualifizierten Lohnarbeiter unmittelbar als Hindernis für die Funktionalität wissenschaftlicher Tätigkeit gegenübertritt. Dieser Konflikt scheint aber gerade in den hochorganisierten Industrie-sektoren, in denen er zuerst und zugleich für den Kapitalismus am gefährlichsten zu erwarten wäre, nicht aufzutreten, und zwar, weil die vom Staat ermöglichten „autonomen Investitionen“, die gerade für diese Sektoren von großer Bedeutung sind, die wissenschaftliche Produktivkraft vom Zirkulationszusammenhang, in dem allein ihre Entfaltung bedrohlich wäre, bislang hinreichend ableiten, und mithin die Gründe entfallen, die Entwicklung der wissenschaftlichen Produktivkraft zu hemmen. Im Gegenteil kann die Wissenschaft gerade umfunktioniert werden zum Motivator eines endlosen Systems „autonomer Investitionen“.

Diese Einschätzung scheint mir selbst von den amerikanischen Studentenbewegungen, deren gesamtgesellschaftlicher Charakter nicht zu bezweifeln ist, bestätigt zu werden. Ihre Auseinandersetzungen mit der hierarchischen Struktur der Universitäten ist zunächst nicht darin ein Moment der grundsätzlichen praktischen Auseinandersetzung mit der amerikanischen Gesellschaft, daß in diesen Universitäten die freie Entfaltung der wissenschaftlichen Produktivkraft verhindert ist; sondern mit dem Rassismus, der Arbeitslosigkeit und der Vietnam-

Politik wurde für die amerikanischen Studenten die autoritative Universitätsstruktur identifizierbar als ein Moment der Bürokratie, die den Menschen „das Recht verweigert, an den Entscheidungen mitzuwirken, die über ihr eigenes Dasein getroffen werden“. (Vietnam Day Committee, Berkeley, Okt. 65/Kursbuch 6, Seite 32) In diesem Satz (... Bürokratie, die den Menschen „das Recht verweigert, an den Entscheidungen mitzuwirken, die über ihr eigenes Dasein getroffen werden“) erhält das Wort „mitwirken“ seine spezifische politische Bedeutung durch das Wort „Dasein“, also durch die Erfahrung der existenziellen Bedrohung und nicht durch irgendein Streben nach größerer Verantwortung. Diese gesamtgesellschaftliche und dennoch praktische Bestimmung des Charakters der Universität scheint mir nur denkbar, wenn die Erfahrung, in der Universität einfach fallengelassen zu werden, die auch für die Studentenkrise in Europa konstitutiv ist, wenn also diese Erfahrung als allgemeine Erfahrung mit der Gesellschaft gemacht wird.

Im Europa aber ist die Auseinandersetzung mit der Universität zunächst nur eine Auseinandersetzung mit einem partiellen Aspekt der kapitalistischen Gesellschaft, vielleicht nur mit einer kurzen Umstrukturierungsschwierigkeit derselben, auch wenn von der studentischen Avantgarde diese Auseinandersetzung nicht richtig geführt werden kann, ohne die ganze Bewegung des Kapitals als für die Auseinandersetzung bestimmend zu begreifen. Aber sie begreift diese eben nur in ihren strategischen Überlegungen; ihre Praxis bleibt partikulär solange sie nicht ein Moment einer umfassenden gesellschaftlichen Praxis werden kann, was z. Zt. nicht möglich scheint.

Die hochschulpolitische Auseinandersetzung ist die Praxis des SDS als Studentenverband und deswegen zunächst die einzig genuine Praxis des SDS. Denn so schwer es ist, zu bestimmen, was der SDS ist, außer daß er Studentenverband ist — etwa, daß er die „Organisation kritischer Intellektueller“ sei, wie auf einer DK formuliert wurde, so schwer ist die Bestimmung der diesem „außerdem“ entsprechenden Praxis. Denn was ist die Praxis z. B. „kritische Intellektueller“ in der gegebenen Situation des sistierten Klassenkampfes anderes als die Praxis eines verschwindenden Teils der abstrakt-demokratisch gleichen Bürger, für die die Bestimmung „kritische Intellektuelle“ ein ihr äußerliches Moment, und bei der deshalb allein die numerische Stärke von Bedeutung ist? Die Debatte, ob der SDS Praxis im umfassend gesellschaftlichen Sinne heute dennoch leisten kann oder nicht, ist nicht Gegenstand meines Referates, sondern in diesem geht es um konkrete Schritte auf dem Feld, auf dem der SDS unmittelbar praktisch sein kann, wobei die tatsächliche Beschränktheit, jedoch zunächst einmal, die tatsächliche Weite dieser Praxis zu bestimmen ist.

So besteht also ein vages Gleichgewicht zwischen den technokratischen Anforderungen an die Universität und den Möglichkeiten der Universität, ihre feudale Struktur retten zu können: Einerseits besteht für die Universität die Gefahr, daß durch Strukturänderungen in ihrem Inneren ihre brachliegenden Reserven für die geforderte Output-Steigerung aktiviert werden könnten, andererseits kann sich die Universität das gesellschaftliche Interesse an ihrer Struktur zunütze machen, wenn sie der Öffentlichkeit beweist, wie bemüht sie ist, in ihrer Struktur so leistungsintensiv wie möglich zu sein. Wie lange diese Balance in dieser Form von der Universität aufrechterhalten werden kann, steht dahin. Für die jetzige Situation der Universität ist sie konstitutiv.

Aus dieser Balance erfolgt im Inneren der Universität eine Verschlechterung der Arbeitssituation für die Studenten — wohl auch in gewissem Maße für die Assistenten, was ich aber hier nicht weiter verfolgen will. Denn die Universität kann unter Behauptung ihrer gegenwärtigen Struktur ihren Leistungswillen nur demonstrieren, indem sie Anstalten trifft, die Studenten zu größeren Leistungen innerhalb der bestehenden Ausrüstung und unproduktiven Zersplitterung der Universität zu zwingen. Sie gibt also den Druck, der auf sie ausgeübt wird, an die Studenten weiter. Musterbeispiel dafür ist die Zwangsexmatrikulation. Aber auch da, wo scheinbar den Orientierungsschwierigkeiten der Studenten, die ja Ausdruck der bestehenden Universitätsstruktur sind, Rechnung getragen wird, wie bei der Organisation eines Grundstudiums oder

neuer Zwischenprüfungen, ist der wahre Inhalt dieser Maßnahme die Orientierung der Universität darüber, welchen studentischen Ballast sie über Bord werfen kann. Die Universität kompensiert also die erhöhte Leistungsanforderung an sie durch mehr oder weniger primitive Mittel der Disziplinierung der Studenten.

Ein auf 8 Semester — wie es der WR will — erhöhte Durchlaufgeschwindigkeit bei einer Rauswurfquote von, sagen wir, 50% würde in der Tat bereits eine wesentliche Leistungssteigerung bedeuten, wenn man bedenkt, daß auch heute zwischen 40 und 50% der Studenten die Universität verlassen ohne sogenannten ordentlichen Abschluß, das aber bei einer durchschnittlichen Durchlaufgeschwindigkeit von 10—11 Semestern. Während aber bislang die dezimierende Wirkung der Universitäten den Studenten verborgen blieb, während darüber hinaus die erforderliche Leistung durch Einsetzen eines oder zwei weiterer Semester (bei Stipendiaten etwa vermittelt eines Volldarlehens) doch noch zu erbringen war, kann jetzt die Universität dem Studenten als unerbittliche Maschine entgegentreten, die jeden Zweiten, wie in unserem Zahlenbeispiel, mit Sicherheit herauswerfen wird. Der studentische Optimismus, schon irgendwie durchzukommen, kann eine entscheidende Erschütterung erfahren. Zudem wächst das Verhältnis zwischen Ausrüstung der Universität und Benutzungsbedarf der Studenten sich notwendig zur unerträglichen Mißproportion aus, wie das besonders in den naturwissenschaftlichen und medizinischen Fächern studierbar. Und dieser Druck wird vom Studenten erfahren, ohne daß sich irgendeine Kompensation seitens größerer Übersichtlichkeit anböte. So läßt sich z. B. die vom WR geforderte Reform der Prüfungspraxis oder die Verkleinerung der Seminare ohne eine andere personelle Ausstattung und ohne erhebliche Abstriche von der Souveränität der Lehrstuhlinhaber überhaupt nicht durchführen. Genau diese Verschärfung der ohnehin angespannten Arbeitssituation der Studenten ist der Punkt in dieser Professorenrechnung, der nicht aufgehen muß; weil es keine Garantie dafür gibt, daß die Studenten diese Verschlechterung ihrer Arbeitssituation widerspruchslos hinnehmen. Ich spreche dabei nicht nur von den ohnehin kritischeren Studenten der Soziologie oder der Philosophischen Fakultät, sondern genauso von den Medizin- und Jurastudenten, die bislang als unansprechbar galten. Es versteht sich von selbst, daß der nur latente Widerspruch dieser Studenten aktualisiert werden muß, daß die neue Situation, die ohne weiteres kein Student sich artikulieren kann, den Studenten artikuliert werden muß. Mir scheinen aber die Voraussetzungen dafür deswegen gegeben, weil dem Studenten die Vernichtung seiner akademischen Existenz nicht länger als rein theoretische Potentialität, sondern als reale Gefahr erscheinen kann.

Ich will mich jedoch noch einmal der Seite der Universität zuwenden, und zwar der Rückwirkung eines organisierten studentischen Widerspruchs auf sie. Hatte nach 1945, wie Heribert Adam in seinem Buch „Studentenschaft und Hochschule“ darstellt, die demokratische Verfassung der Studentenschaft und ihre Freiheit innerhalb der Universität der Universität als Alibi ihrer eigenen demokratischen Verfassung dienen können, als es darum ging, die Autonomie zurückzuerlangen, so würde in der jetzigen Situation jedes nicht konforme Verhalten der Studentenschaft gerade diese Autonomie gefährden. Zuerst also zur heutigen Situation der Hochschulen in der BRD. Die Klagen über das System und die Kapazität der bestehenden Ausbildungseinrichtungen sind seit Jahren ein fester und wichtiger Bestandteil der öffentlichen Diskussion in der BRD. Erst in diesem Jahr trat diese Diskussion etwas hinter der über die Konjunktur, die Stabilisierungsmaßnahmen und die Formierung der Gesellschaft zurück. Nicht einmal das Gutachten des WR zur Studienreform, wenn auch ziemlich einhellig begrüßt, hat so viel Aufsehen erregen können, wie noch vor einem Jahr eine hingeworfene Bemerkung Dichtgans' oder Pichts. Vergewegenwärtigen wir uns außerdem, daß in den fünfziger Jahren, in denen noch die Finanzpolitik eines Schäffer konjunkturell möglich war, über die Kapazität des Bildungssystems noch nicht nennenswert diskutiert wurde, so haben wir einen flüchtigen Einblick in die Eigenart der Bildungsplanung hierzulande:

Zu einer Zeit, in der das wirtschaftliche Wachstum aufgrund

extensiven Konsums der Arbeitskräfte durch das Kapital relativ störungsfrei möglich war, existierte das Problem der Ausbildung nicht. Zugleich bestanden aber gerade zu dieser Zeit seitens der Fiskalpolitik keine Hindernisse, das Ausbildungssystem zu planen und diese Planung zu verwirklichen. Jedoch lag diese Planung nicht im Interesse des Verwertungsprozesses des Kapitals, das weder die Bindung eines Teils der Produktionskapazität für langfristige, infrastrukturelle Investitionen befürwortete, vor allem aber nicht eine vorübergehende Verknappung und eine strukturelle Veränderung des Qualifikationsquerschnittes der Arbeitskräfte. Die Änderung dieser Situation, wie sie seit Beginn der sechziger Jahre immer deutlicher zu Tage tritt, reflektiert in den Schwankungen der Außenhandelsbilanz, in der Stagnation der Grundstoff- und Investitionsgüter-Sektoren, in denen die Kapitalverwertung vornehmlich auf extensivem Konsum der Arbeit beruht, und in den damit einhergehenden Auswirkungen für und Rückwirkungen vom nationalen und internationalen Geld- und Kapitalmarkt — reflektiert also darin u. a. die Versäumnisse der Ausbildungsplanung, und zwar in der größeren Schwierigkeit der Anpassung an die neue Situation. Zugleich aber macht die größere Schwierigkeit in der Anpassung ein Nachholen des Versäumten vorläufig unmöglich. Denn der Staat hat im Augenblick seine Aufgaben auf die unmittelbaren konjunkturellen Erfordernisse zu konzentrieren, damit die Anpassung der westdeutschen Wirtschaft an die veränderten Bedingungen ohne solche Pannen wie der an der Ruhr erfolgt, so daß ein so langfristiges und großes Projekt wie eine gründliche Instandsetzung des Bildungssystems nur in Angriff genommen werden kann, soweit es die Konjunktur jeweils erlaubt. Das heißt, vorläufig betreibt der Staat notwendigerweise die Reform des Ausbildungssystems dadurch, daß er die bestehenden Ausbildungseinrichtungen unter Druck setzt, ihre Leistungen zu steigern.

Für die Universität wirkt sich dieser Druck entsprechend dahingehend aus, daß die Universität heute eine Reform improvisierten und notstandsmäßigen Charakters vollbringen muß. Auch wenn der Staat angesichts seiner eigenen finanziellen Enthaltsamkeit von der Universität keine Wunderleistungen fordern kann, so ist in dieser Situation dennoch die bestehende Universitätsstruktur äußerst bedroht. Denn die ganze Reformanstrengung konzentriert sich auf die unausgeschöpfte Kapazität der bestehenden Universität. Die Professoren fürchten also zu Recht um die Autonomie der Organisation von Forschung und Lehre. Warnzeichen, wie das hessische oder jetzt gar das bayerische Hochschulgesetz, hat es ja auch schon gegeben. Die Universität muß also eine überzeugende Demonstration ihres Leistungswillens zustande bekommen. (Wenn ich in diesem Referat von Universität spreche, meine ich immer die Professoren und die Universitätsbürokratie, keinesfalls aber die Studenten.)

Andererseits hat die nach 1945 von den Hochschulen zurückeroberete Autonomie, auch wenn sie tatsächlich auf die Pfründeuniversität des 19. Jahrhunderts hinausläuft, deswegen einige Lebensfähigkeit, weil die erste Aufhebung dieser Autonomie vom deutschen Faschismus vorgenommen wurde, also eine gewisse Unantastbarkeit eingedenk der sogenannten politischen Universität zwischen 1933 und 1945. Aber es scheint, daß die bestehende Universitätsstruktur einen noch besseren Schutz hat als die Beschwörung der „braunen“ Universität, und zwar in der Bedeutung ihrer hierarchischen Struktur für die Gesellschaft. Der Widerspruch zwischen der steigenden Anforderung an die wissenschaftliche Ausbildung der Arbeitskräfte und dem Interesse, die Indifferenz dieser Arbeitskräfte gegenüber dem Produktionsanzug zu bewahren, wie ihn Gorz in seinem erwähnten Aufsatz analysiert, scheint in der Tat allein erklären zu können, wieso die Universitätsstruktur in der sonst so ausgedehnten Reformdiskussion von den Technokraten fast wie tabu behandelt wird, obgleich doch in der hierarchischen Struktur der Universität die Haupthemmnisse für eine technokratisch-maximale Nutzung der bestehenden Universitäten zu suchen wären.

Denn ein solches Verhalten würde und wird von der an Leistungssteigerung interessierten Öffentlichkeit registriert als Störung der Arbeit in der Universität. Die Reaktionen der Zeitungen in den letzten zwei Jahren auf Studentenunruhen

zeigen dies. So wurde nach einigem Fortschreiten der Krise an der FU von der Presse nicht allein gegen die Studenten geschrieben, sondern bald auch gegen die Unfähigkeit der Universität, die Studenten wirksam zum Studieren anzuhalten; jedesmal wurde auch von einer Zeitung nach dem Staatsingriff gerufen. Umgekehrt pipfelten die beschwörenden Beruhigungsappelle der Professoren an die Studenten jedesmal in dem Hinweis auf die Gefahr des Staatseingriffs. Und genau aus dieser Befürchtung resultieren dann auch die blindwütigen, und deswegen zur Vorantreibung der Politisierung so geeigneten Restriktionsmaßnahmen der Universität. Denn jede etwas größere Unruhe in der Universität gefährdet die Balance zwischen Gesellschaft und Universität und macht es deswegen für die Universität erforderlich, zu beweisen, daß sie in der Lage ist, die Studenten wirksam zu disziplinieren. Diese — wenn ich eine psychologische Vokabel gebrauchen darf — Gereiztheit der Universität kann ihrerseits in Rückwirkung auf die Studenten die Funktion auch anderer, nicht hochschulorientierter politischer Aktivitäten der Studenten verändern, soweit diese nicht konformistisch sind und einiges Aufsehen erregen können. Denn auch diese Aktivitäten werden von der Universität als Belastung der ohnehin riskanten Balance registriert. Deswegen sind zunehmend Restriktionsmaßnahmen auch gegen diese, zuweilen auch zuerst, oder vielleicht auch meistens zuerst gegen diese nicht hochschulorientierten politischen Betätigungen zu beobachten. Diese Restriktionshandlungen können ziemlich leicht, bei geschicktem Aufgreifen dazu führen, daß diese politischen Unternehmungen auch in den Studenten ihre Verteidiger finden, die zum Inhalt derselben gleichgültig oder konträr eingestellt sind.

So wenig auf den ersten Blick gewonnen scheint, aufgrund dieser Universitätssituation etwa einen Notstandsbeauftragten eine Anti-Notstandsveranstaltung verteidigen zu sehen, so sehr erfordert ein solcher Widerspruch zwischen der formal-demokratischen Verteidigung und der inhaltlichen Ablehnung unsere Reflektion hinsichtlich der Politisierung der Studentenschaft heraus.

Die Identifikation mit bzw. die Ablehnung dieser oder jener politischen Auffassung, worauf es bislang alle politische Bildungsarbeit abgesehen hat, ist für den Studenten in der Regel zufällig und abstrakt, das heißt, seine „Bekehrung“ zu einer Auffassung ist in der Regel nicht mehr als eben eine Konversion. Der bekennthafte und zufällige Charakter politischer Stellungnahmen ist Ausdruck dafür, daß die wissenschaftliche bzw. lernende Tätigkeit als Student und die allgemeine Tätigkeit als Bürger unvermittelt nebeneinander vollbracht werden; dabei ist die Polarisation in Student und Bürger zu bestimmen als Trennung von Praxis und Theorie, wobei jedoch diese Trennung die negative Vermittlung gegenüber beiden Extremen bewirkt, als deren Resultat die Praxis reine Technik und die Theorie wertendes Verhalten ist. Im Alltagsdasein als studentischer Techniker erscheint er sich bei weitem mehr als er selbst, als im Feiertagsdasein als wertender Bürger. Die wertfreie Betätigungsform selbst ist denn in der Regel auch Inbegriff der wertenden Attitüde: die überwiegende Anzahl der Studenten ist unpolitisch, da ihnen jedes nicht-skeptische, und damit auch jedes kritische Verhalten als Rückfall hinter ihr intellektuelles Arbeitsniveau erscheint. In der Tat ist also der Inhalt einer politischen Veranstaltung, den ein Student befürwortet oder ablehnt, ihm äußerlich, das heißt, als Student, der er vor allem ist, verhält er sich zu diesem Inhalt nur als Form; in der formaldemokratischen und praktischen Verteidigung einer Veranstaltung als Ausdruck seiner Freiheit innerhalb seiner Arbeitsstätte, als Verteidiger seiner Freiheit in der Universität, die er von der Universität bedroht sieht, verhält er sich zu dem politischen Inhalt — Demokratien in der Hochschule — als ein Moment dieses Inhalts selbst. Angesichts der Restriktionsmaßnahmen der Universität kann also seine skeptische Attitüde der Wertfreiheit sich verwandeln in die Verteidigung der Freiheit zu werten, wobei die Abstraktheit dieser praktischen politischen Tätigkeit ihre konkrete Bestimmung erfährt in der konkreten Bestimmtheit ihrer Negation, nämlich den jeweils konkreten Restriktionsmaßnahmen der Universität.

Wie die Äußerlichkeit und Zufälligkeit der politischen Stellungnahmen des Studenten Ausdruck der Trennung zwischen

der wissenschaftlichen und bürgerlichen Betätigung ist, so auch das autoritäre Verhalten zu den Umständen seiner wissenschaftlichen Tätigkeit, nämlich sein Verhalten zur Universität als zu einer Bürokratie. Dies läßt sich exemplarisch studieren an der Fremdheit gegenüber der Studentenvertretung, die ihm als Teil der Bürokratie und damit vom Ganzen der Universität überhaupt nicht unterschieden erscheint.

In der Tat ist bisher üblicherweise die Studentenvertretung der getreue Ausdruck der Misere jedes einzelnen Studenten. Abstraktpolitische Institutionen, wie der VDS oder gar der IUS und der ISC, verdeutlichen die Äußerlichkeit politischer Positionen für den Studenten: Der normale Student hat noch niemals etwas von ihnen gehört, oder wenn schon gehört, so weiß er doch nichts von ihnen; ebenso ist es in der Regel völlig gleichgültig für die Studentenschaft, ob ein linker oder rechter Mann im AstA oder VDS dominiert. Die mit dieser politischen Abstraktheit einhergehende bürokratische Bewältigung der Vertretungsarbeit, die die unmittelbaren studentischen Interessen betrifft, hat ebenfalls Adam in dem genannten Buch dargestellt. Der Einfluß und die Wirkung dieser Interessenvertretung auf die Universitäts- oder die Ministerialbürokratie sind entsprechend kaum der Rede wert, weil eben nur so weit reichend wie mit den bürokratischen Bewältigungsmaximen im Einklang. Umgekehrt wird der Versuch solcher Studentenvertreter, eine ihrem politischen Bekenntnis entsprechende Arbeit neben der bürokratischen zu leisten, sie der Gefahr aussetzen, sich entgegen der unpolitischen Studentenschaft zu exponieren. Das bürokratische Verhalten der Studentenvertretung, das die verwaltungstechnische Lücke der Universität als Großbetrieb schließt, bewirkt ihrerseits einmal mehr die Äußerlichkeit und Zufälligkeit der politischen Stellungnahmen der Studenten; denen die Universität als hermetisches So-Sein entgegentritt, das keinen Ansatzpunkt bietet, sich als Student mit sich als Staatsbürger und umgekehrt zu vermitteln.

Die eingangs erwähnte Halbherzigkeit des SDS gegenüber der studentischen Interessenvertretung scheint mir zum großen Teil eine Folge davon zu sein, daß uns heute studentische Interessenvertretung in der Regel als bürokratische Aktivität erscheint. Aber in dieser Halbherzigkeit zeigt sich der SDS selbst bereits als Opfer der Trennung zwischen wissenschaftlicher und politischer Tätigkeit. Das heißt, der SDS kann die studentische Interessenvertretung nicht zur bürokratischen Aktivität von irgendwelchen Funktionären werden lassen, ohne zugleich seine politischen Anstrengungen unter den Studenten zu Bekehrungshandlungen werden zu lassen. In der als eine unsichere Balance bestimmbar Situation der Universität, die einerseits zur wesentlichen Verschlechterung der Arbeitssituation der Studenten führt, andererseits die Universität schneller zu Unterdrückungsversuchen gegenüber allen unliebsamen studentischen Aktivitäten verleitet, sind jedoch m. E. die objektiven Bedingungen, um uns sowohl das Bürokratische der Studentenvertretung wie das Bekennthafte des politischen Engagements überwinden zu lassen. Dies zeigt die subjektive Verarbeitung dieser Situation seitens der Studenten, wie ich sie zum Teil schon dargestellt habe: Die Verschlechterung der Arbeitssituation tritt ihm als reale Gefährdung seiner Berufsplanung, seiner vorgestellten Daseinsweise entgegen; das heißt, indem ihm seine Aufstiegschance in die privilegierte Schicht mehr als zweifelhaft wird, vergeht ihm die Gleichgültigkeit des Privilegierten. Auf der anderen Seite erkennt er in den — oft unglaublich ungeschickten — Restriktionsmaßnahmen der Universität sich selbst als Student in einer Universität eines demokratischen Landes nicht wieder, auch wenn er gar nicht die Absicht hatte, die daraus folgenden Freiheiten wahrzunehmen. Und in diesen beiden Verunsicherungen, die Verunsicherung über seine zukünftige Stellung in der Gesellschaft und die Verunsicherung seiner abstrakten, nur theoretisch vorgestellten politischen Handlungsmöglichkeit in der Universität, sind konstitutive Bedingungen seines Bewußtseins als unpolitisches Bewußtsein gefährdet: Die abstrakte, das Resultat der Tätigkeit als sich äußerlich bestimmende Funktionalität der eigenen Tätigkeit, in der die eigene Identität gesichert war, ist nunmehr selbst gefährdet und damit die Sicherung gegen die inhaltliche Beschäftigung mit dieser Tätigkeit; zugleich ist seine abstrakte, als privates Verhal-



ten bestimmte, politische Freiheit in ihrer konkreten, als diese oder jene leicht überschaubare Maßnahme sich zeigenden Bedrohung herausgefordert, sich selbst in der Praxis zu bestimmen.

Daß unter diesen Umständen es gelingen kann, die Vertretung der unmittelbaren Studieninteressen zu politisieren und damit zugleich eine neue Basis für die über die Hochschulangelegenheiten hinausgehende und nicht länger bekenntnishafte Politisierung der Studenten zu erreichen, zeigt nicht allein die sicherlich noch recht anfängliche und unentwickelte Bewegung an der FU Berlin, sondern ebenso die erfolgreiche Praxis der syndikalistischen Studentenorganisationen in Belgien, Frankreich, den Niederlanden und der Schweiz, die auf dem geschickten Aufgreifen der Krisensituationen ihrer Universitäten beruht, welche Krisensituation im wesentlichen die gleiche ist wie die in der BRD.

Es wurde im Zusammenhang mit dieser Strategie die Frage gestellt, ob damit nicht einzig erreicht würde, daß einerseits tatsächlich der Staat die Autonomie der Hochschulen einschränkt und damit auch die Bewegungsfreiheit der Studentenschaft, daß andererseits durch die immer wieder sich zeigende Erfolglosigkeit dieser Strategie hinsichtlich praktischer Verbesserungen in der Universität die beteiligten Studenten bald, und zwar endgültig resignieren.

Zum ersten Punkt. Die Bewegungsfreiheit der Studenten scheint mir nicht einschränkbar, solange Ursachen für Studentenunruhen in der Universität bestehen und solange bei uns nicht spanische Zustände herrschen. Daß es dem Staat gelingen kann, die Ausbildung durch die Universität so zu organisieren, daß die Studenten über ihre unmittelbaren Arbeitsinteressen nicht mehr zu erreichen sind, ist m. E. nicht zu bezweifeln, auch wenn dies in absehbarer Zeit nicht eintreten dürfte. Aber die Ablehnung der zukünftigen technokratischen Universität darf nicht zur Billigung oder gar Verteidigung der jetzigen Universität führen, die sich für den Studenten nur darin von der technokratischen unterscheidet, daß sie unübersichtlicher ist und eine größere Anzahl Studenten scheitern läßt. Die Kritik der noch nicht verwirklichten technokratischen Universität wird m. E. überhaupt nicht möglich sein, wenn sie nicht schon heute — unter dafür günstigen Umständen — in der Kritik an der bestehenden Universität und den Reformansätzen geleistet wird. Die Studenten sind in der Situation, in einer unerträglichen Universität der Professoren zu studieren und keine bessere vom Staat erwarten zu können; d. h., sie haben nichts zu verlieren. Ihre nicht-esoterische, sondern mit allen Studenten praktizierte Analyse und Kritik der bestehenden und der zu erwartenden Universität ist deswegen z. Z. die einzige Möglichkeit, die dritte Universität, die demokratische, in negativer Weise zu praktizieren anstatt sie nur als Programm zu haben; dabei wird zugleich notwendig diese Kritik zur Kritik an der Gesellschaft, die die Verwirklichung der demokratischen Universität verhindert. (Daß diese Ausdehnung der Kritik auf die Gesellschaft tatsächlich geschieht, jetzt aber als nicht-esoterische, dafür zeugen — neben der Reaktion der Gesellschaft auf diese neue Kritik — die Resolutionen und Manifestationen der Studentenbewegungen aus ganz Europa; ich zitiere später noch aus der Resolution der FU-teach in am 22. 6. 66.)

Zum zweiten Einwand, der besagt, daß diese Hochschulstrategie über kurz oder lang zur Resignation der Studenten führe, weil von ihr in absehbarer Zeit keine wirklichen Veränderungen in der Universität bewirkt werden können.

Diese Gefahr besteht zweifellos. Sie ist m. E. jedoch durch eine Taktik zu kompensieren, die nicht immer gelingt, die jedoch durchführbar ist. Für diese Taktik sind fünf Hauptpunkte zu beachten:

1. Das Ziel jeder Veranstaltung oder Demonstration muß die Durchsetzung einer bestimmten Forderung sein;
2. diese bestimmten Forderungen müssen einleuchtend sein und gewisse Aussicht auf Durchsetzung haben, also nur abzuweisen sein unter Bewirkung allgemeiner Empörung;
3. deswegen, weil jede durchgesetzte Forderung nur ein verschwindender Erfolg ist, darf nicht versäumt werden, die Durchsetzung den Studenten als ihre Leistung darzustellen,

und dadurch die Studenten für weitere Anstrengungen zu gewinnen;

4. jede Veranstaltung oder Demonstration muß so erfinderisch geplant sein, daß sie für die Studenten in ganz gewöhnlichen Sinne spannend ist und Spaß macht;

5. die Analyse und Kritik der bestehenden Universität bzw. neuer Maßnahmen seitens der Universität oder des Staates ist niemals abstrakt, sondern immer in Verbindung mit der jeweiligen Forderung zu leisten; umgekehrt gilt, daß keine Forderung von den Studenten erhoben werden darf, ohne an ihr diese Analyse und Kritik jeweils spezifisch zu leisten;

d. h. ein ganz wesentliches Ziel dieser Forderungspraxis liegt in der schrittweisen Aufklärung der Beteiligten über diese Praxis selbst; also Aufklärung sowohl über deren beschränkte Erfolgsaussichten und die Ursachen dafür, d. h. Aufklärung über die Gesellschaft, die die demokratische Universität verhindert; wie auch Aufklärung über die Modellhaftigkeit dieser Praxis für die auf diesem Wege erstrebte demokratische Universität, d. h. über die Bestimmung der angestrebten Universität in dieser bestimmten kritischen Tätigkeit. Wenn der Student in dieser konstruktiven wie kritischen Tätigkeit begreift, daß und warum an der Universität die Gesellschaft nicht zu verändern ist, so ist das etwas ganz anderes, als die resignative Feststellung, es sei nichts zu machen.

Zum Schluß möchte ich noch ganz kurz auf die Auseinandersetzungen an der FU eingehen, weil ich sehr oft das Urteil höre, daß diese Auseinandersetzungen nur auf Grund besonders glücklicher Lokalfaktoren möglich seien, wie etwa der hohen Anzahl von Wehrdienstverweigerern, das besondere politische Klima Berlins, das Berliner Modell, die relative Stärke der linken Verbände etc. Ohne die Bedeutung dieser Faktoren verkleinern zu wollen, ist doch festzustellen, daß sie zusammen nicht erklären können, was für die FU-Krisen konstitutiv ist: nämlich einmal, daß die Universität — trotz einer erheblichen Anzahl „liberaler“ Professoren — in der beschriebenen Weise blindwütige Restriktionen exekutiert, und zum anderen, daß an den Auseinandersetzungen zunehmend unpolitische und rechte Studenten sich in der richtigen Weise beteiligen.

Sicherlich war der Start dieser Politik — die Kuby-Affäre im SS 65, die lediglich der erste gelungene Versuch der Studentenvertretung war, die bürokratische Kooperation mit der Universität im Vertrauen auf das formaldemokratische Engagement der Studentenschaft aufzukündigen, — sicherlich war dieser erste Schritt an der FU leichter zu machen als an anderen Universitäten. Aber dieser erste Schritt und die zwei, drei weiteren wären längst vergessen, wäre es inzwischen nicht gelungen, die Auseinandersetzung zwischen Studentenschaft und Universität in die zwischen Studentenschaft und Universität dadurch zu verwandeln, daß sie genau den Zündstoff in der unerträglichen Arbeitssituation der Studenten sich zu eigen gemacht, damit die abstrakten Fronten zwischen links und rechts in der Hochschulpolitik aufgehoben hat, und sich stets messen läßt und überhaupt erst konstituiert an der und durch die studentische Öffentlichkeit als Massenbewegung. Das sit-in und teach-in am 22. 6. 66, der vorläufige Höhepunkt dieser Auseinandersetzung, war eine zehnstündige Demonstration und Diskussion zwischen 4.500 Studenten, vor denen kein Redner bestehen konnte, der nicht konkrete, von den versammelten Studenten überprüfbare Vorschläge zum weiteren Vorgehen machen konnte. Daß dabei keine universitäre Diskussion herauskam, sondern eine politische, dafür möchte ich die Präambel der dort verabschiedeten Resolution zitieren:

„Wir kämpfen nicht nur um das Recht, längere Zeit zu studieren und unsere Meinung stärker äußern zu können. Das ist nur die halbe Sache. Es geht uns vielmehr darum, daß Entscheidungen, die die Studenten betreffen, demokratisch nur unter Mitwirkung der Studenten getroffen werden.“

Was hier in Berlin vor sich geht, ist ebenso wie in der Gesellschaft ein Konflikt, dessen Zentralgegenstand weder längeres Studium noch mehr Urlaub ist, sondern der Abbau oligarchischer Herrschaft und die Verwirklichung demokratischer Freiheit in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Wir wenden uns gegen alle, die den Geist der Verfassung, gleich in welcher Art, mißachten, auch wenn sie vorgeben, auf dem Boden der Verfassung zu stehen.

Es gilt, die Freiheit in der Universität als ein Problem zu sehen, das über den Rahmen der Universität hinausweist. Aus diesem Grunde sieht die Studentenschaft die Notwendigkeit, mit allen demokratischen Organisationen in der Gesellschaft zusammenzuarbeiten, um ihre Forderungen durchzusetzen.“

Diese an der FU seit über einem Jahr verfolgte Hochschulpolitik ist natürlich wiederum nicht einfach auf andere Universitäten zu übertragen, d. h. keinesfalls kann man aus den Berliner Vorgängen ein Rezept destillieren, das anderswo an-

wendbar wäre; vielmehr sind diese Berliner Vorgänge daraufhin zu studieren, inwiefern sie Resultat der Hochschulsituation in der BRD sind, und mit dieser Erkenntnis der Zusammenhänge, die ich in diesem Referat zu leisten versuchte, ist die Situation an der jeweiligen eigenen Universität zu studieren, um dort den Einstieg zu finden.

(Privatakten, Standort ZI 6: Akte „21. o. DK des SDS, Sept. 1966“; gekürzte Fassung des Referats in: Neue Kritik, Nr. 38/39, Oktober/Dezember 1966, S. 27 ff.)

# Jürgen Habermas

Universität in der Demokratie —  
Demokratisierung der Universität  
(Vortrag auf den Universitätstagen der Freien Universität  
Berlin am 20. Januar 1967)

Von den Universitäten der Bundesrepublik gibt es Neues zu berichten: Konflikte spitzen sich zu, die nicht mehr allein auf der Ebene fehlender Lehrstühle und überfüllter Seminare entstehen und nicht mehr in administrativen Begriffen definiert werden können. An der Freien Universität Berlin haben sich die Auseinandersetzungen in aller Öffentlichkeit um publizitätswirksame Anlässe kristallisiert. Hier sind die Konflikte greifbar, die an anderen Hochschulen noch schwelen, aber bald manifest werden könnten.

Das, was man im stereotypen Deutsch der Verlautbarungen nun schon seit Jahren „die Vorgänge an der Freien Universität“ nennt, hängt gewiß auch mit berlin-spezifischen Umständen zusammen: mit einem überproportionalen Zuzug politisch wacher Studenten und einer relativ freiheitlichen Universitätsverfassung einerseits, mit einem aus Zeiten des Kalten Krieges hier besser als andernorts konservierten Verhaltenssyndrom andererseits — die Mauer wirft einen langen Schatten, und die Presse tut ein übriges, damit die Berliner das Frösteln nicht verlernen. Ihres lokalen Kolorits entkleidet sind aber die an Westberlins Universität ausgebrochenen und offen ausgetragenen Konflikte die, die sich auch an anderen Universitäten anzubahnen scheinen: es geht, in gebotener Vereinfachung, um die politische Rolle der Studentenschaft, um die Reorganisation des Lehrbetriebs und um die Demokratisierung der Hochschule im ganzen. Berlin ist ein Modellfall.

Die politische Rolle der Studentenschaft, um die heute zwischen Studentenvertretung und Senat, zwischen einer aktiven, im allgemeinen recht qualifizierten Minderheit der Studenten und einer Mehrheit der Professoren gestritten wird, ist unproblematisch gewesen, solange die Studenten mit herrschenden Auffassungen konform gingen: solange die Resolutionen für die EVG und nicht gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr ausfielen; solange die Solidaritätssammlungen für geflüchtete DDR-Studenten und nicht für Gegner der französischen Kolonialmacht in Algerien bestimmt waren; solange der Koreakrieg als Verteidigung der Freiheit galt und der Kampf der Amerikaner noch nicht, wie in Vietnam, als Intervention in einen Bürgerkrieg aufgefaßt werden konnte. Eine empfindlich reagierende Hochschulverwaltung sah sich aber nun genötigt, den politischen Bewegungsspielraum der Studenten, der so inopportun genutzt wurde, einzuschränken: die Reihe der „Affären“, die mal durch einen Vortrag Erich Kubys, mal durch eine Vietnamdemonstration ausgelöst, mal durch eine korporationsfreundliche Zulassungspolitik, mal durch ein Raumverbot des Rektors verschärft wurden, bezeichnet die Linie eines bis heute offenen Konfliktes. Er wird im übrigen von Grundsatzdiskussionen begleitet und interpretiert, die von konservativer Seite mit dem erklärten Ziel einer Entpolitisierung der Hochschule geführt werden.

Der universitätsinterne Streit ist mit einem Konflikt zwischen den politisierten Teilen der Studentenschaft und der Berliner Öffentlichkeit verquickt. Diese Öffentlichkeit wird durch eine scharfmacherische Presse beeinflusst, und sie versteift ihrerseits die Haltung der Behörden gegenüber den Studenten. Das zeigte sich noch während des letzten Semesters in Form von Demonstrationsverboten, in der autoritären Art des Eingreifens der Polizei und in einer dubiosen Beschlagnahmeaktion beim Landesvorstand des SDS.

Seit dem vergangenen Jahr verbindet sich die Auseinandersetzung um die politische Rolle der Studentenschaft mit den Diskussionen, die durch die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Studienreform ausgelöst worden sind. Die Reorganisation des Lehrbetriebs berührt unmittelbar die Interessen und die Nöte der Studenten an ihrem Arbeitsplatz — soweit sie einen finden. Hier haben sich eigentümlich verquere Fronten gebildet, die den eigentlichen Konflikt häufiger verschleiern als zum Ausdruck bringen. Sogar der kritische Teil der Presse begnügt sich nur zu oft damit, durch unreflektierte Parteinahmen für den Wissenschaftsrat die verständlichen Ressentiments derer, die

einmal von einer Alma Mater stiefmütterlich behandelt worden sind, zu befriedigen — und sich durch die törichten Abwehrreaktionen eines seinerseits verletzten Traditionsbewußtseins bestätigt zu finden. In Wahrheit geht es darum, ob eine fällige und von vielen Seiten energisch unterstützte Neuordnung der Studiengänge innerhalb der bestehenden Autoritätsstrukturen bloß dazu benützt werden soll, um eine schwerfällige Korporation auf Vordermann zu bringen. Dann müßte ein reglementierter Lehrbetrieb allein auf Erfordernisse der akademischen Berufsausbildung für eine nach Kapazität und Bedarf begrenzte Leistungselite abgestellt werden. Obligatorisch begrenzte Studienzeiten, Ausschluß der Studenten von der Teilnahme an Forschungsprozessen und eine Entpolitisierung der Hochschule wären die Folge. An der Freien Universität ist der Eindruck entstanden, als ob die Wissenschaftsratsempfehlungen in diesem repressiven Sinne verwirklicht werden sollten. Zwei der Berliner Fakultäten haben sich beeilt, die Zwangsexmatrikulation einzuführen; die politische Bildungsarbeit der studentischen Vereinigungen wurde zeitweise eingeschränkt; und auf Vorlesungskritiken, die in einer Studentenzeitung anonym erschienen waren, haben betroffene Professoren mit dem vollen, unserem Berufsstand eigentümlichen Narzißmus geantwortet. Das hat wiederum anhaltende Proteste hervorgerufen, die im vergangenen Sommer mit einem Sit-in von dreitausend Studenten ihren Höhepunkt fanden. Inzwischen sind auf Senats- und Fakultätsebene gemeinsame Studienreformkommissionen eingerichtet worden, in denen Professoren und Studenten die Folgerungen, die aus den Wissenschaftsratsempfehlungen zu ziehen sind, diskutieren.

Die anhaltenden Konflikte, die sich an der politischen Rolle der Studentenschaft und an der Neuordnung des Studiums entzünden, bringen die Problematik einer Hochschulverfassung zu Bewußtsein, deren wichtigste Elemente aus dem frühen 19. Jahrhundert stammen. Gerade weil sich die erst nach dem Kriege und aus Protest gegen die Unterdrückung der Lehrerfreiheit gegründete Berliner Universität eine liberale Verfassung gegeben hat, die einige strukturelle Wandlungen, insbesondere die veränderte Stellung der Studentenschaft berücksichtigt, ist dieses sogenannte Berliner Modell ins Kreuzfeuer geraten. Die eine Seite möchte die liberalen Neuerungen wieder rückgängig machen, die andere Seite dringt auf eine umfassende Reform. Mit Recht kann diese Seite darauf hinweisen, daß alle bisherigen und alle offiziell empfohlenen Reformen die inneren Strukturen der Hochschule unangetastet lassen. Noch im Januar dieses Jahres hat der akademische Senat der Freien Universität seine Auffassung von der Interessensharmonie aller Teile der Korporation bekräftigt: „Den Ordnungen der Freien Universität sind Verhaltensweisen fremd, die Studentenschaft und Universitätslehrer prinzipiell als Gruppen mit entgegengesetzten Interessen auffassen.“ Demgegenüber erscheint den Studenten die Hochschule aus der ernüchternden Perspektive von unten als ein hierarchischer Herrschaftsverband. Für Verhandlungen mit dem Regierenden Bürgermeister über ein neues Hochschulgesetz, das der Berliner Senat vorbereitet, haben Vertreter des Allgemeinen Studentenausschusses ihre Konzeption von einer neuen, einer im strengen Sinne freien Universität mit wenigen Sätzen zusammengefaßt. In der Einleitung dieses Arbeitspapiers heißt es:

„Geht man in der Diskussion um die Hochschulreform von drei Prinzipien aus:

1. Von der notwendigen Unabhängigkeit der Hochschule in ihrer wissenschaftlichen Arbeit von direktem staatlichen oder industriellen Einfluß —
2. Von der Notwendigkeit, wissenschaftliche Arbeitsbedingungen an der Hochschule durch größtmögliche Kommunikation in allen Bereichen und Vermeidung willkürlicher Entscheidungen herzustellen —
3. Von der Notwendigkeit, die Studierenden durch Information über und Teilnahme am Forschungsprozeß auszubilden und das Studium an zukünftigen Berufsbildern zu orientieren —

so zeigt sich, daß die Universität derzeit diesen Prinzipien nicht hinreichend entspricht. Denn

1. ist die Unabhängigkeit ihrer wissenschaftlichen Arbeit dadurch gefährdet, daß im Zusammenspiel mit privat-industriellen Geldgebern und auch durch die „pressure“ einzelner Ordi-

narien oder Institute im politischen Raum der Forschungsprozeß in eine gefährliche Abhängigkeit von außerwissenschaftlichen Instanzen gerät, ohne daß die notwendige Diskussion über die Verbindung der Wissenschaft zur Gesellschaft selbst vorher genügend geführt wäre.

2. wird die Diskussion über wissenschaftliche Methoden und Inhalte und damit auch über den Zweck des Studiums derzeit vor allem durch die Ordinarien- und Institutsstruktur der Hochschule behindert, die allein nach den Arbeits- und Prestigebedürfnissen der Lehrstuhlinhaber ausgerichtet ist. Vor allem die Freiheit der Ordinarien, über den Institutshaushalt, die Arbeit und den Einsatz des wissenschaftlichen Personals und über Art, Richtung und Auftraggeber der Forschung zu bestimmen,

hat häufig zur Folge, daß

a) die wissenschaftliche Forschung unsystematisch bleibt, weil ihre Ziel und Methoden ungenügend diskutiert werden;  
b) die weisungsgebundenen und abhängigen wissenschaftlichen Mitarbeiter (Assistenten etc.) sowie die auszubildenden Studenten ungenügend am Wissenschaftsprozess beteiligt werden;  
c) der materielle Gewinn und die Publikation von Forschungsergebnissen den Professoren allein verbleibt, die auch schon die Auftragsverhandlungen nach Art eines wirtschaftlichen Unternehmens geführt haben.

3. Weil angesichts der unter 2. geschilderten Mängel die Forschungsarbeit des Ordinarius undiskutiert bleibt und auch die Lehre von den betroffenen Studenten nicht beeinflusst werden kann, ist der Nutzen der Forschung wie die wissenschaftliche Ausbildung der Studierenden oft nicht gesichert. Andererseits sind die beruflichen Anforderungen, auf die sich das Fachstudium in der Regel recht und schlecht bezieht, so wenig erklärt, daß die Pflichtbestandteile und Prüfungsordnungen der einzelnen Studiengänge veraltet sind und konservative gesellschaftliche Funktionen erhalten.

In dieser Situation ist die bloße Straffung des Studienganges nach willkürlichen und unerprobten Prinzipien eine schlechte Abhilfe.

Hingegen ergeben sich neben der Notwendigkeit des Ausbaus der Universitäten die drei den oben geschilderten Mängeln entsprechenden Forderungen:

1. Die Hochschule muß das Recht erhalten, die vom Staat gewährleisteten finanziellen Mittel unabhängig zu verwalten und über ihre Verwendung zu entscheiden; anzustreben ist also eine Einheit von akademischer und wirtschaftlicher Verwaltung. Die berechtigten Interessen der staatlichen Verwaltung an einer sinnvollen Nutzung der Mittel können am besten berücksichtigt werden, wenn die Entscheidungsstruktur innerhalb der Hochschule eine demokratische Entscheidung über die Ausgabe der Mittel gewährleistet und wenn zusätzlich das Kuratorium der Universität über Bedarf und Verwendung der Mittel mitentscheidet. Im Kuratorium ist wie seither die Öffentlichkeit vertreten.

2. Um eine verantwortungsvolle Verwaltung der öffentlichen Mittel innerhalb der Hochschule zu garantieren und um bessere wissenschaftliche Arbeitsbedingungen zu schaffen, müssen alle Personengruppen innerhalb der Hochschule gemäß ihrer differenzierten Funktion in Lehre, Forschung und Ausbildung beteiligt werden. Zu diesem Zweck muß das Lehrstuhlprinzip, das die patriarchalische Macht der Ordinarien noch heute garantiert, wegfallen. Fachprofessoren müssen in Abteilungen zusammenarbeiten und in interfakultativen Instituten Grenzgebiete pflegen.

3. Um die Teilnahme der Studierenden an und die Information über die Wissenschaft zu verbessern, müssen die Studiengänge neu gegliedert werden, neue Formen der Arbeit in kleinen Gruppen müssen an die Stelle einer Auslese durch Zwischenprüfungen oder Seminar-Eingangsprüfungen treten.

Es empfiehlt sich, einer Neuorganisation der Freien Universität einen Aufgabenkatalog voranzustellen, der in größerem Rahmen die Rolle der Universität und ihre Organisation definiert.

Die Freie Universität erfüllt ihre Aufgaben im Dienste der Erhaltung und Entwicklung der sozialen und rechtsstaatlichen Demokratie. Diese Aufgaben sind in Freiheit und Unabhängigkeit

und im Zusammenwirken von Lehrenden und Lernenden:

- der wissenschaftlichen Forschung und Lehre zu dienen
- die Freiheit der Ausbildung und Berufswahl für den Hochschullehrerberuf zu sichern
- die Ausbildung und Fortbildung des Nachwuchses und der Angehörigen von Berufen zu ermöglichen, in denen eine wissenschaftliche Bildung erforderlich oder dienlich ist
- an der allgemeinen wissenschaftlichen und kulturellen Erwachsenenbildung mitzuwirken
- unter ihren Mitgliedern und im öffentlichen Leben die politische Bildung und Betätigung zu fördern, die der Ausgestaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Verhältnisse durch die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse dienen.“

Wenn man dieses neue Berliner Modell, das mehr noch als das alte ein demokratisches Muster für die Verfassung deutscher Universitäten sein möchte, auf dem Hintergrund der angedeuteten Konflikte sieht, dann wird die Aktualität deutlich, die das Thema der diesjährigen Berliner Universitätstage — „Universität und Demokratie“ — hatte. Bei dieser Gelegenheit habe ich einen Vortrag gehalten, dem der folgende Text zugrundelag.

„In der Gegend von Sdeh Boker im Negev, dem großen Wüstengebiet Israels, will Ben Gurion eine Universitätsstadt gründen, die der Nutzung dieses Wüstengebietes dienen soll. Die neue Stadt wird für 10 000 Studenten und die entsprechende Anzahl akademischer Lehrer geplant und soll der israelischen Jugend durch das Erwerben der notwendigen Kenntnisse in Naturwissenschaft und Technik die Entwicklung der Wüste nahebringen. Vor allem ist an die Ausbildung von Kadern gedacht, die für eine zukünftige Industrie in der Wüste notwendig sein werden. Bei der Entwicklung einer solchen Industrie sollen insbesondere Unternehmen berücksichtigt werden, die große wissenschaftliche Kenntnisse und wenig Rohstoffe benötigen.“

Interpretieren wir diese Nachricht aus der FAZ vom 11. Januar 1967 ohne Kenntnis der näheren Umstände richtig, dann soll hier eine Hochschule als Instrument für die industrielle Erschließung einer schwer zugänglichen Region dienen. Die Produktion soll von Anbeginn auf der Stufe der fortgeschrittensten Technologien aufgenommen werden. Für die Zukunft Israels ist das wahrscheinlich ein lebenswichtiges Projekt. Für uns aber ist eine Universität als Ausgangspunkt für die Industrialisierung eines Wüstenstrichs eine ungewöhnliche Vorstellung. Denn in einem hoch industrialisierten Land ohne im strengen Sinne unterentwickelte Regionen kann das die Aufgabe einer Universität schwerlich sein. Im Gegenteil: die Argumente, die für Regensburg oder Bielefeld als Standort neuer Universitäten ins Feld geführt wurden, verrieten mehr Bildungsrantik als Planungsstrategie. Gleichwohl ist das israelische Beispiel so abwegig nicht. Auch unsere Bildungsinstitutionen haben zunächst einmal Aufgaben im System der gesellschaftlichen Arbeit zu erfüllen.

Hochschulen müssen technisch verwertbares Wissen vermitteln, d. h. den Bedarf einer Industriegesellschaft an qualifiziertem Nachwuchs decken und zugleich für eine erweiterte Reproduktion der Ausbildung selber sorgen. Hochschulen müssen ferner technisch verwertbares Wissen nicht nur vermitteln, sondern auch erzeugen. Dabei handelt es sich um Informationen, die aus der Forschung in Kanäle der industriellen Verwertung, der Rüstung und der zivilen Wohlfahrt fließen; oder es handelt sich um Beratungswissen, das in die Strategien der Verwaltung, der Regierung und anderer Entscheidungsinstanzen, etwa privater Unternehmungen, eingeht. So ist die Universität über Lehre und Forschung unmittelbar mit Funktionen des Wirtschaftsprozesses verknüpft. Sie übernimmt aber darüber hinaus mindestens drei weitere Aufgaben.

Erstens hat die Hochschule dafür Sorge zu tragen, daß ihre Absolventen, wie immer das auch indirekt geschehen mag, mit einem Mindestmaß an Qualifikationen von der Art extrafunktionaler Fähigkeiten ausgestattet werden. In diesem Zusammenhang heißen extrafunktional alle die für die Ausübung einer akademischen Berufsrolle relevanten Eigenschaften und Einstellungen, die nicht per se mit den beruflichen Kenntnissen und Fertigkeiten gegeben sind. Über den Katalog der Füh-

rungeigenschaften und Loyalitäten, die Angestellte in leitenden Positionen erfüllen sollen, unterrichten allwöchentlich die Stelleninhalte. Entsprechend erwartet man etwa von Richtern eine institutionengerechte Ausübung der Amtsautorität oder von Ärzten rasches Handeln in Situationen der Unsicherheit. Die Tugenden solcher ungeschriebenen berufsständischen Ethiken bringt die Hochschule gewiß nicht hervor, aber die Muster des von ihr angebotenen Sozialisationsprozesses müssen wenigstens damit übereinstimmen. Wenn das nicht der Fall ist, entstehen Konflikte: man denkt etwa an die Proteste der evangelischen Kirchengemeinde gegen jene Pfarrer, die aus der jüngeren Generation der Bultmannschule stammen. Wir dürfen sicher sein, daß diese Theologen keine schlechteren Exegeten sind als ihre Vorgänger — an den funktionalen Fähigkeiten liegt es also nicht.

Zweitens gehört es zu den Aufgaben der Hochschule, die kulturelle Überlieferung der Gesellschaft zu übermitteln, zu interpretieren und auch fortzubilden. An Beispielen aus dem 19. Jahrhundert, an der Rolle etwa der Deutschen Historischen Schule oder an der Kontroverse zwischen Geschichtsschreibern der kleindeutschen und der großdeutschen Orientierung, läßt sich der Einfluß fachwissenschaftlicher Interpretationen auf das Selbstverständnis des großen Publikums leicht erläutern. Aber auch heute können sich die hermeneutischen Wissenschaften, wie immer positivistisch sie sich in ihren Verfahrensweisen disziplinieren, dem Zwang nicht ganz entziehen, wirkende Traditionen nicht nur zu erforschen, sondern, indem sie sie erforschen, entweder kontinuierlich weiterzugeben oder fortzubilden oder kritisch zu verändern. Wir brauchen nur an die jüngst unter deutschen Historikern geführte Diskussion über die Entstehung des Ersten Weltkrieges zu erinnern. Oder stellen wir uns vor, wie sich das Bild der Deutschen Klassik in den Köpfen der künftigen Studienräte verschieben müßte, wenn beispielsweise der Suhrkamp-Verlag eine Generation lang die germanistischen Lehrstühle für neuere Literatur besetzen würde.

Drittens hat die Universität stets eine Aufgabe erfüllt, die nicht leicht zu definieren ist. Heute würden wir sagen, sie prägt das politische Bewußtsein ihrer Studenten. Auf deutschen Hochschulen war es lange genug ein unpolitisches Bewußtsein, eine eigentümliche Legierung aus bildungshumanistisch bestimmter Innerlichkeit und staatsreuer Autoritätsbereitschaft, die weniger unmittelbar politische Einstellungen hervorgebracht als vielmehr eine politisch folgenreiche Mentalität bestimmt hat. Ohne deklarierte Veranstaltungen, ohne den Lehrbetrieb einer politischen Wissenschaft und ohne politische Bildungsarbeit, ohne ein Mandat der Studentenschaft für Fragen der Tagespolitik, ohne politische Vereinigungen von Studenten — eben unter der Glocke eines dem Scheine nach unpolitischen Betriebes — sind Generationen nicht nur wissenschaftlich ausgebildet, sondern zugleich politisch wirksam worden. Hier hat sich der Geist eines Akademikerstandes reproduziert, für den freilich die Gesellschaft damals noch einen relativ einheitlichen Status vorsah. Jene Mentalität hat, über Unterschiede der Fakultäten und Berufe hinweg, immerhin die Homogenität der wissenschaftlich ausgebildeten Eliten in dem Maße verbürgt, daß die akademische Ausbildung sogar ausgereicht hat, in bestimmten Führungsgruppen eine Kontinuität über den Bruch von 1945 hinweg zu sichern. Gleichwohl hat diese Tradition auf den Hochschulen selbst den Faschismus nicht überlebt. Im Zusammenhang mit langfristigen strukturellen Wandlungen der Gesellschaft hat sich, wie wir wissen, der durch eine einheitliche Mentalität geprägte Stand von Akademikern aufgelöst. Bedeutet das aber, daß die heutigen Universitäten die Aufgabe der politischen Bildung nicht mehr erfüllen oder, soweit sie diese Funktion in anderer Weise nach wie vor wahrnehmen, eigentlich nicht mehr zu erfüllen brauchen?

Das Beispiel jener als industrielles Entwicklungszentrum geplanten Wüstenuniversität übt die eigentümliche Suggestion aus, als hätten Forschung und Lehre es heute allein mit der Erzeugung und der Vermittlung technisch verwertbaren Wissens zu tun. Kann und soll sich die Universität heute auf diese, wie es scheint, gesellschaftlich allein notwendigen Funktionen beschränken und allenfalls die Reste der alten Persönlichkeitbildung als einen vom Wissenschaftsbetrieb separ-

rierten Erziehungsauftrag institutionalisieren?<sup>1</sup> Ich möchte diesem suggestiven Schein entgegenwirken und die These vertreten, daß sich die Universitäten in keinem Fall der drei genannten Aufgaben, die über die Erzeugung und Vermittlung technisch verwertbaren Wissens hinausgehen, entledigen können. In jedem denkbaren Fall nimmt der universitäre Wissenschaftsbetrieb Einfluß auf das handlungsorientierende Selbstverständnis ihrer Studenten und der Öffentlichkeit. Er kann sich im Hinblick auf die Gesellschaft nicht ausschließlich durch ein Verhältnis zur Technik, nämlich zu Systemen zweckrationalen Handelns, definieren. Unvermeidlich tritt er auch in ein Verhältnis zur Praxis, d. h. er nimmt Einfluß auf das kommunikative Handeln. Denkbar ist freilich, daß eine als Produktionsbetrieb rationalisierte Hochschule ihren verhehnten Einfluß auf das kulturelle Selbstverständnis und auf die Normen der Handelnden nur noch indirekt und ihr selbst unbewußt ausübt. Eine an die Bedürfnisse der industriellen Gesellschaft überangepaßte Universität, die die Reste wohltuend archaischer Freiheiten getilgt hätte, könnte hinter dem Rücken der effizienten Anstrengungen ebenso ideologisch wirksam werden wie einst die traditionelle Hochschule. Sie könnte ihr unreflektiertes Verhältnis zur Praxis damit bezahlen, daß sie implizite Berufsethiken, kulturelle Überlieferungen und Formen des politischen Bewußtseins stabilisiert, deren Gewalt sich gerade dann unkontrolliert ausbreitet, wenn sie nicht gewollt sind, sondern aus der Faktizität der bestehenden Einrichtungen allein resultieren.

In diesem Sinne haben einige Kritiker die Empfehlungen des Wissenschaftsrates verstehen wollen, weil diese einerseits eine Leistungssteigerung der Universität fordern, aber andererseits unveränderte Strukturen der Hochschule im Inneren hinnehmen, obwohl diese für großbetriebliche Rationalisierungen eine Schranke darstellen<sup>2</sup>. Das mag eine Tendenz treffen. Ich bin jedoch überzeugt, daß die global gehaltenen Empfehlungen des Wissenschaftsrats auch eine andere Interpretation gestatten.

Nach 1945 hatte man sich zunächst bemüht, die durch den Neuhumanismus vermittelte und institutionell gut verankerte Dimension der allgemeinen Bildung zu nutzen mit dem Ziele, die Bürger der Universität zu zuverlässigen Bürgern der neuen demokratischen Ordnung heranzubilden. Das allerorten auflebende Studium Generale wurde zwanglos mit politischer Aufklärung verknüpft. Die Kulturverwaltungen waren mit der Einrichtung von Lehrstühlen für politische Wissenschaft und Soziologie nicht kleinlich. Die Studentenvertretungen befaßten sich mit politischen Tagesfragen, und politische Vereinigungen der Studenten wurden begrüßt und gefördert. Ob daraus ein förmlicher Auftrag zur politischen Bildung abgeleitet wurde oder nicht, gleichviel, die politische Aufklärung der Studenten erschien, zumal in der Periode des Kalten Krieges, als wünschenswert. Wenn ich einmal verallgemeinern darf: man hat damals die Universität mit einer gewissen politischen Ausweitung ihres traditionellen Selbstverständnisses, im übrigen aber so, wie sie war, in die Demokratie hineingesetzt. Dem entsprach die krisenfesteste Verankerung der Selbstverwaltungsautonomie. Freilich hatte diese die Nebenfolge eines gewissen Immobilismus; sie erwies sich nämlich als Hindernis für eine Hochschulreform aus eigener Kraft. So ist es heute, zwei Jahrzehnte nach dem „Blauen Gutachten“, schließlich dazu gekommen, daß der schwerfälligen Korporation von einer unzufriedenen Gesellschaft eine Rechnung präsentiert wird, die sie freilich keineswegs allein verschuldet hat.

In dieser Situation stehen die Professoren, die die Traditionen der deutschen Universität wahren möchten, vor einer Alternative. Sie können das Gutachten des Wissenschaftsrats entweder im Sinne der technologisch gesonnenen Anpassungsstrategen lesen und sich zu eigen machen: dann opfern sie geheiligte Grundsätze der Tradition, nehmen Reglementierungen in Kauf und retten vorerst die eigene Position in einer

<sup>1</sup> Vgl. die Anregungen des Wissenschaftsrats zur Gestalt neuer Hochschulen, Tübingen 1962.

<sup>2</sup> W. Lefèvre, Möglichkeiten für die Hochschulpolitik des SDS, in: Zeitschrift Neue Kritik Okt./Dez. 1966, S. 27 ff.

auf Stromlinienform gebrachten Ordinarienuniversität. Oder aber sie interpretieren dieses Gutachten, unter Abzug einer bürokratisch erzwungenen Studienzeitverkürzung, im Sinne der sogenannten Progressiven: dann können sie in der Hochschule weiterhin eine Dimension offenhalten, die wir seit den Tagen des Deutschen Idealismus mit dem Namen der Selbstreflexion verbinden. Das aber würde, so scheint mir, den Preis einer Veränderung der inneren Strukturen erfordern.

Die rückblickend fast liebenswerte Liaison unserer Nachkriegsdemokratie mit der traditionellen Hochschule geht zu Ende. Zwei Tendenzen ringen miteinander. Entweder ist die Steigerung der Produktivität der einzige Gesichtspunkt einer Reform, welche eine entpolisierte Hochschule in das System der gesellschaftlichen Arbeit fugenlos integriert und sie zugleich unauffällig aus ihrer Verzahnung mit der politischen Öffentlichkeit löst. Oder die Universität behauptet ihre Stellung in der Demokratie. Das scheint aber heute nur noch auf dem Wege möglich zu sein, der, nicht ohne Mißverständnisse nahe-zulegen, Demokratisierung der Hochschule genannt wird. Mein Votum für diesen zweiten Weg möchte ich begründen, indem ich eine Affinität und innere Beziehung des universitären Wissenschaftsbetriebs zu der demokratischen Form des Willensbildungsprozesses zu zeigen versuche.

## II

Das Argument, das ich an den Beginn stelle, entlehne ich der Wissenschaftstheorie. Denn für die prinzipielle Trennung von Praxis und Wissenschaft und für eine Koordinierung von Wissenschaft und Technik spricht ein Selbstverständnis der Forschung, das bis auf David Hume zurückgeführt werden kann. Hume hat gezeigt, daß sich normative Aussagen aus deskriptiven nicht ableiten lassen. Deshalb scheint es angebracht, Erörterungen über die Wahl von Normen, also über moralische oder politische Fragen, nicht mit Fragen der empirischen Wissenschaften zu vermengen. Aus theoretischem Wissen können wir bei gegebenen Zielen allenfalls Regeln für instrumentales Handeln gewinnen. Praktisches Wissen hingegen bezieht sich auf Regeln kommunikativen Handelns, und diese Standards sind wissenschaftlich nicht zwingend zu begründen. Diese logische Trennung legt dann auch die institutionelle Trennung nahe: Politik gehört nicht an die Universität, es sei denn als Objektbereich einer selbst unpolitisch verfahrenen Wissenschaft.

Nun ist jenes Argument, das Hume vorgetragen hat, nicht etwa falsch; aber ich glaube, das aus ihm nicht die Strategie folgt, für die Humes positivistische Nachfolger das Argument ins Feld führen. Man braucht Forschung nicht nur unter den logischen Bedingungen der Theorien, die aus ihr hervorgehen, zu beurteilen; ein anderes Bild ergibt sich, wenn man statt der Resultate die Bewegung des Forschungsprozesses im Auge hat. So sind metatheoretische Erörterungen das Medium des wissenschaftlichen Fortschritts — ich meine methodologische Erörterungen über die Brauchbarkeit eines analytischen Rahmens, über die Zweckmäßigkeit von Forschungsstrategien, über die Fruchtbarkeit von Hypothesen, über die Wahl von Ermittlungstechniken, über die Interpretation von Meßergebnissen und über die impliziten Annahmen von Operationalisierungen, ganz zu schweigen von Diskussionen über theoretische Grundannahmen oder über die Leistungsfähigkeit verschiedener methodischer Ansätze.

Interessanterweise folgen aber Diskussionen dieser Art, logisch betrachtet, grundsätzlich keinen anderen Regeln als irgendeine kritische Erörterung praktischer Fragen. Von schlichten Deduktionen oder empirischen Überprüfungen unterscheidet sich eine solche kritische Argumentation dadurch, daß sie auf dem Wege einer Rechtfertigung der Wahl von Standards Einstellungen rationalisiert. Gewiß, zwischen Einstellungen und Aussagen ist ein Verhältnis der Implikation unmöglich. Gleichwohl kann die Zustimmung zu einer Prozedur oder die Annahme einer Norm mit Argumenten gestützt oder geschwächt, jedenfalls rational abgewogen werden — und eben darin besteht die Aufgabe der Kritik sowohl bei metatheoretischen wie auch bei praktischen Entscheidungen.

Gewiß macht es einen Unterschied, ob wir Standards erörtern, die, wie in der Wissenschaft, den Rahmen für deskriptive Aussagen festlegen, oder Standards, die Regeln kommunikativen

Handelns sind. Aber beide Male geht es um die Rationalisierung einer Wahl im Medium ungezwungener Diskussion. In den seltensten Fällen werden praktische Fragen in dieser rationalen Form entschieden. Aber eine Form der politischen Willensbildung gibt es, nach deren Prinzip in gleicher Weise Entscheidungen von einem in herrschaftsfreier Diskussion erzielten Konsensus abhängig gemacht werden sollen — und das ist die demokratische. Das Prinzip der Öffentlichkeit soll dabei jede andere Gewalt als die des besseren Argumentes ausschalten; und Mehrheitsentscheidungen gelten dieser Idee zufolge nur als Ersatz für den zwanglosen Konsensus, der sich am Ende herausstellen würde, wenn man nicht stets die Diskussion unter Entscheidungszwang abbrechen müßte. Dieses Prinzip, daß — kantisch gesprochen — allein Vernunft Gewalt haben solle, verbindet die demokratische Form der politischen Willensbildung mit jener Art Diskussion, der auch die Wissenschaften ihren Fortschritt verdanken; denn in diesem Fortschritt dürfen wir das Moment der Willensbildung nicht übersehen.

Darin zeigt sich eine untergründige Einheit von theoretischer und praktischer Vernunft. Dieser Einheit können wir uns heute nur formal vergewissern; eine Philosophie, die sie inhaltlich explizierte, fehlt. Eine institutionell gesichertes Privileg gegenüber den Einzelwissenschaften kann Philosophie heute nicht mehr beanspruchen. Aber seine universelle Kraft behält das Philosophieren in der Form der Selbstreflexion der Wissenschaften selber. Hier, in dieser von der Philosophie ausgetretenen Dimension, erhält sich auch noch die Einheit von theoretischer und praktischer Vernunft, die für die wissenschaftlichen Theorien selbst mit Recht aufgehoben ist. Die fachimmanent gewordene Philosophie kann, außerhalb ihres legitimerweise auch als Fach konservierten Aufgabenbereiches, die Rolle des Dolmetschers zwischen einer fachlichen Borniertheit und der nächsten übernehmen. So halte ich es für philosophische Aufklärung, wenn Mediziner an soziologischen und psychoanalytischen Forschungen zur Entstehung von Psychosen den Einfluß der Familienumwelt einschätzen und dadurch gewisse biologische Grundanschauungen ihrer Fachtradition reflektieren lernen. Für philosophische Aufklärung halte ich es, wenn Soziologen unter Anleitung von Fachhistorikern einige ihrer allgemeinen Hypothesen auf geschichtliche Materialien anwenden, dadurch auf die unvermeidliche Gewalttätigkeit ihrer Operationalisierungen aufmerksam werden und so das methodologisch unterdrückte Verhältnis von Allgemeinem und Einzelnen reflektieren lernen. Für philosophische Aufklärung halte ich es, wenn Philologen an neueren psycho-linguistischen Untersuchungen über das Erlernen grammatischer Regeln die kausale Verknüpfung von Sprechen und Sprache mit externen Bedingungen begreifen und aus diesem Wege die methodischen Grenzen bloßen Sinnverstehens reflektieren lernen. Das sind Beispiele keineswegs für interdisziplinäre Forschung, sondern für eine Selbstreflexion der Wissenschaften, in der diese ihrer eigenen Voraussetzungen für das handlungsorientierende Selbstverständnis kritisch inne werden.

Als Reflexionsform der Wissenschaften bewährt sich ein solches immanentes Philosophieren auch im Hinblick auf die Umsetzung der wissenschaftlichen Resultate in die Lebenswelt. Der Wissenschaftsrat hat die Absaffung des „Philosophicums“ empfohlen. Dafür gibt es gute Gründe. Aber gerade die Übersetzung wissenschaftlicher Materien in die Bildungsprozesse von Schülern verlangt die bestimmte Form der Reflexion, die einmal an das Bewußtsein der Philosophie gebunden war. Eine kaum in Ansätzen vorhandene Didaktik für die Fachgruppen des Gymnasiums müßte zwingend auf die philosophischen Voraussetzungen der Fächer selber zurückführen. So kann etwa die Vermittlung von grammatischen Grundstrukturen in einem ungefächerten Sprachunterricht der Unterstufe sinnvoll gar nicht diskutiert werden, ohne auf die von Humboldt über Saussure bis Chomski entfalteten Probleme der Sprachphilosophie zu stoßen. Entsprechend führen didaktische Fragen des Geschichtsunterrichts für den Anfang der Mittelstufe zur Problematik der Entstehung des historischen Bewußtseins, das sich mit der Tradition des geschichtsphilosophischen Denkens seit dem Ende des 17. Jahrhunderts entfaltet hat. Nicht geringer ist der Zwang zur Selbstreflexion, der von solchen Fragen der pädagogischen Umsetzung auf Naturwissenschaften und Mathematik zurückwirkt. Leicht ließen sich für andere Wissenschaftsbereiche die

Umschlagstellen zwischen Theorie und Praxis zeigen, an denen die Selbstreflexion ausbricht: in der Jurisprudenz führt die Praxis der Rechtsanwendung auf Fragen der Hermeneutik; und in den Sozialwissenschaften ist es das Bedürfnis der Praxis nach Entscheidungshilfe und Planung, das Diskussionen über Grundfragen der Methodologie hervorruft.

Alle diese Beispiele kennzeichnen eine Dimension, in der die Wissenschaften Reflexion üben und sich auf Wegen, die einmal die Philosophie begangen hat, kritisch über ihre weltanschaulichen Voraussetzungen ebenso wie über ihr Verhältnis zur Praxis Rechenschaft geben. Diese Dimension darf nicht zugeklappt werden; denn in ihr allein ist es möglich, jene drei Funktionen, welche die Hochschule so oder so über die Erzeugung und Vermittlung technisch verwertbaren Wissens hinaus berücksichtigen muß, in rationaler Weise zu erfüllen. Nur in jener Dimension können wir anstelle traditionaler Berufsethiken ein reflektiertes Verhältnis der Hochschulabsolventen zu ihrer Berufspraxis fördern; nur in jener Dimension können wir das sonst dogmatisch wirksame Verhältnis der lebenden Generationen zu den handlungssteuernden kulturellen Überlieferungen durch Reflexion ins Bewußtsein heben; nur in jener Dimension können wir schließlich auch politisch folgenreiche Einstellungen und Motive, die der universitäre Wissenschaftsbetrieb und die Korporation formen, kritischer Erörterung unterziehen. Die Teilnahme der Studenten an Forschungsprozessen schließt nicht zuletzt Beteiligung auch an dieser Selbstreflexion der Wissenschaften ein. Wenn sich aber kritische Erörterungen dieses Typs im Bereich der umfassenden Rationalität bewegen müssen, in der die theoretische Vernunft von der praktischen noch nicht durch die auf anderer Ebene notwendigen methodischen Verbote abgespalten ist, dann besteht eine Kontinuität zwischen diesen Bemühungen und der kritischen Erörterung praktischer Fragen. Wenn jene Argumentation am Ende nur die Verschränkungen von methodischen Grundannahmen und handlungsorientiertem Selbstverständnis offenlegt, dann sind die Selbstreflexion der Wissenschaften auf der einen und die rationale Erörterung politischer Entscheidungen auf der anderen Seite — soweit die beiden immer auseinanderliegen und so wenig sie umstandslos vermengt werden dürfen — gleichwohl durch die gemeinsame Form der Kritik verbunden.

Deshalb brauchen wir, solange wir Rationalisierung nicht willkürlich abbrechen wollen, einen Gegensatz zwischen Fachuniversität und sogenannter Bildungsuniversität nicht anzunehmen. Aus dem gleichen Grund können wir aber auch eine entpolitisierte Hochschule nicht hinnehmen. Auch Tagespolitik muß Bestandteil der universitätsinternen Öffentlichkeit sein dürfen. Ich sage das, obwohl an der Universität Frankfurt soeben ein NPD-Hochschulbund gegründet worden ist. Und ich glaube, diese These vertreten zu dürfen, weil das Prinzip, durch das politische Erörterungen an Universitäten allein legitimiert sind, dasselbe Prinzip ist, das die demokratische Form der Willensbildung bestimmt: nämlich der Grundsatz, Entscheidungen in der Weise zu rationalisieren, daß sie, der Idee nach, von einem in herrschaftsfreier Diskussion erzielten Konsensus abhängig gemacht werden können.

### III

Das ist, wie gesagt, ein Prinzip. Es ist verbindlich, aber es ist nicht wirklich. Deshalb müssen wir, wenigstens unter analytischen Gesichtspunkten, am demokratischen Willensbildungsprozeß auseinanderhalten: a) die Diskussion der Vorschläge und Begründungen und b) die Demonstration eines Willens mit Berufung auf vorangegangene Argumentationen. Soweit es sich nicht um hochschulpolitische Auseinandersetzungen zwischen Teilen der Korporation selber handelt, ist die Universität nicht der Ort, um dort einen politischen Willen zu demonstrieren<sup>3</sup>. Aber sie ist, wie ich meine, ein vorzüglich geeigneter Ort für die Erörterung politischer Fragen, wenn und soweit diese Diskussion grundsätzlich an dieselben Regeln der Rationalität gebunden ist, innerhalb deren sich die wissenschaftliche Reflexion bewegt. Auch läßt sich mit dem Hinweis auf diesen strukturellen Zusammenhang erklären, daß Studenten von ihren Staatsbürgerrechten einen extensiven Gebrauch machen, um außerhalb der Universität auch ihren Willen zu demonstrieren. Freilich wird dann umgekehrt ebenso verständlich, daß man von Bürgern der Universität in ihrer Rolle als Staatsbürger

einen durchsichtigen Zusammenhang zwischen Demonstrationen und vorangegangenen Argumentationen erwartet.

Dieser Zusammenhang fehlt bei den meisten Demonstrationen keineswegs. Zwei Formen der Demonstration kann es geben, die ihn leugnen. Ich meine einmal den Anarchismus jener verhandelten Bombenleger, die von der Vergeblichkeit der Diskussion überzeugt sind und nunmehr der unmittelbaren Aktion vertrauen. Indem sie von sich aus die Kommunikation abbrechen, verzichten sie auf das Mittel der Politik, das im Rahmen der Universität allein gerechtfertigt werden kann. Indem sie nicht mehr mit sich sprechen lassen, definieren sie sich für die anderen als bloßes Objekt — sei es der Sozialforschung oder der Psychopathologie. Wenn wir allerdings diese Form der Politisierung untersuchen, sollten wir uns nicht verhehlen, daß solche Studenten in einer Hochschule leben, die ihnen keine zureichenden Studiengelegenheiten bieten kann. Wir sollten bedenken, daß sie in einer Demokratie aufgewachsen sind, die selbst einen Jaspers aufscheucht — in der nämlich die äußere Politik von Rauchfahnen systematischer Verschleierung vernebelt wird und in der nach Innen die Integration mit Notstandsvorbereitungen, Lohnleitlinien und schriller werdenden Tönen der Presse auf Kosten der Liberalität voranschreitet. Die Einrichtungen einer verwirklichten Demokratie wären wie verschwebende Netze, aus zerbrechlichster Intersubjektivität gewoben; statt dessen könnten unsere Institutionen eines Tages wie Ringwälle dastehen, vor denen die überlebenden Individuen nur noch bellen.

Eine andere Gruppe von Demonstranten scheint zu glauben, daß diese Zukunft schon begonnen hat. Sie brechen nicht nur die Diskussion ab, sie verleugnen auch noch die politischen Ziele. Sie leben in der Hoffnung, daß es eine Revolution, die Spaß macht, nicht nur im Film geben könnte. Was immer nach Ordnung ausschaut, provozieren sie, erst recht die Ordnungshüter. Mich bedrückt bei dieser Form von Demonstration vor allem ein Gedanke. Nehmen wir einmal an, eines Tages würde die Polizei in Berlin oder auch in München oder in Frankfurt, entgegen ihrem verfassungsmäßigen Auftrag, innenpolitisch offen Partei nehmen und sich durch ihr Verhalten selbst als politischer Gegner definieren: wer sollte ihr in einer solchen Situation den gebotenen politischen Widerstand leisten, wenn wir uns inzwischen alle zu Provos entpolitisiert hätten?<sup>4</sup> Das Abgleiten in Anarchismus und Provokationismus, also in Formen der politischen Selbstentmündigung, bietet nur die Folie, auf der um so deutlicher hervortritt, daß Bürger der Universität, auch in ihrer Rolle als Staatsbürger außerhalb der Universität, auf den Zusammenhang von Willenskundgebung und vorangegangener Argumentation zu achten haben. Unter dieser Voraussetzung aber muß die kritische Erörterung politischer Fragen als Bestandteil der universitätsinternen Öffentlichkeit gelten dürfen.

Diese These scheint mir durch den hier versuchten Nachweis einer immanenten Beziehung zwischen universitärem Wissen-

<sup>3</sup> Natürlich muß für hochschulpolitische Auseinandersetzungen innerhalb der Korporation allen Parteien auch die Möglichkeit zugestanden werden, ihren begründeten Willen zu demonstrieren. Dabei sollten die Mittel, die die Studenten wählen, den Mitteln der Herrschaftsorganisation, der sie gegenüberstehen, komplementär sein. Eine Dauermobilisierung der Studentenschaft jedoch, die sich gegenüber bestimmten, im Prinzip durchsetzbaren hochschulpolitischen Zielen verselbständigte und allein unter dem Gesichtspunkt einer Politisierung des Bewußtseins als jakobinischer Erziehungsprozeß unterhalten würde, ließe sich auf der Grundlage, auf der hier Politik als ein unveräußerlicher Bestandteil universitätsinterner Öffentlichkeit gerechtfertigt wird, nicht legitimieren. Allerdings wäre ein solches Vorgehen in extremen Lagen als eine Notwehrreaktion auf die Ausschaltung der universitätsinternen Öffentlichkeit selber verständlich zu machen.

<sup>4</sup> Eine inzwischen vom ASTA der Freien Universität vorgelegte Dokumentation über das brutale Vorgehen der Polizei gegen Demonstranten auf dem Kurfürstendamm am 10. Dezember 1966 läßt es sehr zweifelhaft erscheinen, daß meine Konstruktion auf diese Vorgänge angewendet werden kann.

schaftsbetrieb und Kritik gestützt. Für sie läßt sich aber auch pragmatisch das Bedürfnis eines politischen Selbstschutzes der Korporation ins Feld führen. In einer nicht eben gefestigten Demokratie müssen wir mit verschleierte Notstandsfällen rechnen, die nach Interpretation der berufenen Instanzen gerade nicht als Verstoß gegen die Legalität anerkannt werden. In solchen Fällen arbeitet oft nur noch der Mechanismus der solidarischen Selbstverteidigung der angegriffenen Institution in ihrer Gesamtheit. Dem partikularen Interesse scheint dann nämlich durch eine akute Konvergenz mit dem allgemeinen Interesse, über den eigenen Bereich hinaus, Kraft zuzuwachsen. Die Spiegel-Affäre war ein Beispiel. Gegen die verletzte Pressefreiheit hat sich die gesamte Institution in seltener Einmütigkeit zur Wehr gesetzt. Eine Verletzung der Tarifautonomie würde gewiß einen nicht minder geschlossenen Protest der Gewerkschaften auslösen. Und so müßte auch, wenn jemals wieder die Verfassungsnorm, welche Freiheit von Lehre und Forschung garantiert, angetastet werden sollte, der erste Widerstand von den Universitäten selber ausgehen, Professoren und Studenten Seite an Seite. Von einer entpolitisierten Hochschule könnte ein solcher Akt der Notwehr nicht mehr erwartet werden.

Wenn wir, auch aus diesem pragmatischen Grunde, eine kritische Erörterung politischer Fragen in der Universität nicht nur zulassen, sondern fördern, dann haben Studenten natürlich erst recht Teil an Diskussionen, in denen die Hochschule selbst Politicum ist. Sie haben, und niemand bestreitet das, Teil an der Hochschulpolitik. Nun fordert eine aktive und gut argumentierende Minderheit der Studentenschaft seit Jahren eine Demokratisierung der Hochschule<sup>5</sup>. Die Ordinariuniversität, die eine Gemeinschaft der Lehrenden mit den Lernenden fingiert, soll ersetzt werden durch eine Korporation, an deren Verwaltung alle drei Parteien beteiligt sind, mit der Möglichkeit, ihre besonderen Interessen zu vertreten: die Studenten, der Mittelbau und die Professoren. Außerdem soll der Dualismus zwischen Lehrstuhlhierarchie und Institutsverwaltung überwunden werden, wobei wiederum Studenten und Nichtordinarien ihren Arbeitsplätzen entsprechend an der Verfügung über die institutionsgebundenen Mittel zu beteiligen wären. Diese Vorschläge werden zum Teil dadurch Mißverständnissen ausgesetzt, daß sie sich auf falsche Modelle, z. B. auf die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in industriellen Unternehmen, beziehen.

Mit der Macht des Ordinarius ist es bei uns bekenntlich eigentümlich bestellt. Zwischen dem Chef einer chirurgischen Klinik und dem Direktor eines orientalistischen Seminars besteht in Einkommen und Einfluß fast schon ein so beträchtlicher Unterschied wie zwischen einem Großindustriellen und dem traditionellen Handwerksmeister. So würden viele meiner Kollegen erstaunt fragen, welche Kompetenzen sie denn überhaupt abtreten könnten. In der Tat scheint mir die Stellung des Ordinarius gerade durch die eigentümliche Inkonsistenz seines Status, nämlich durch das Mißverhältnis zwischen dem unvergleichlichen Sozialprestige und einem verhältnismäßig bescheidenen Kompetenzbereich ausgezeichnet zu sein. Das verringert nicht eben die Empfindlichkeiten. Aber vielleicht ist es nützlich, wenn Professoren wie Studenten sich darüber klar werden, daß nicht in erster Linie das Quantum an Verfügungsgewalt, sondern die

Qualität der Macht den Anstoß erregt: nämlich eine Kategorie persönlicher Abhängigkeit face to face, die in fast allen übrigen Bereichen der Gesellschaft obsolet geworden ist. In Institutionen der wissenschaftlichen Lehre und Forschung genügt schon eine geringe Dosis von traditionaler Herrschaft, um peinliche Konflikte zwischen Amts- und Sachautorität offen hervortreten zu lassen<sup>6</sup>.

Ich kann hier die Diskussion nicht aufnehmen. Ich bin nur der Meinung, daß wir als Professoren keinen Grund haben, uns einer solchen Diskussion zu entziehen. Wenn z. B. der gegenwärtige Konflikt an der Freien Universität — dessen offener Austrag, entgegen dem Lamento eines Teiles der Presse, für das Ansehen der Universität und deren Freiheit nicht kränkend sein kann — noch zu einem politisch sinnvollen Ergebnis führen sollte, dann könnte es dies sein: die Bildung gemeinsamer Kommissionen an den Hochschulen Berlins und der Bundesrepublik, in denen die Professoren mit Assistenten und Studenten ohne Einschränkung alle, auch die gravierenden hochschulpolitischen Forderungen diskutieren. Über die Resultate wäre zunächst die Öffentlichkeit zu informieren.

In Berlin ist die hochschulpolitische Auseinandersetzung in ein erstes Stadium gemeinsamer Diskussion schon eingetreten. Die Studienreformkommissionen machen auch an anderen Universitäten Schule. Der Rektor der Freien Universität hat in seiner Rede zur letzten Immatrikulationsfeier eine sinnvolle Strategie vorgeschlagen: „Die deutsche Universität kann heute ihre klassische Idee nicht mehr einfach beteuern. Sie kann aber auch nicht der Aufforderung bloß nachgeben, ihre Tradition über Bord zu werfen und sich bedingungslos einer veränderten Welt anzupassen.“ Die Ebene der Diskussion ist durch die Empfehlungen des Wissenschaftsrats vorgezeichnet; diese sollten nicht hintergründiger interpretiert werden, als sie gemeint sind. Mit Recht nennt der ASTA-Vorsitzende, Herr Nevermann, die mangelnde finanzielle Ausstattung und die mangelnde Organisation von Lehre und Studium als die wirklichen Ursachen der Studienzeitverlängerung. Mit Recht wehrt er sich dagegen, daß die Versäumnisse von Staat und Universität durch administrative Maßnahmen auf die Schultern der Studenten abgewälzt werden. Aber ihre Stellung in der Demokratie wird unsere Hochschule nur halten, wenn ein reformiertes Grundstudium eine auch formal unanfechtbare Ausbildung auf jenem Niveau garantiert, das es den Studenten erst ermöglicht, während ihres Hauptstudiums nicht nur nominell, sondern tatsächlich an Prozessen der Forschung teilzunehmen.

Nun haben sich die Bedingungen für den Eintritt in die Einzelwissenschaften seit Humboldt erheblich verändert. Heute ist Kritik nur mehr im Durchgang durch die Selbstreflexion der Wissenschaften selber möglich; eine Universalwissenschaft in Gestalt der Philosophie gibt es nicht mehr. Deshalb setzt die kritische Aneignung des Wissens im Hauptstudium Fertigkeiten voraus, die in dem strafferen Rahmen eines Grundstudiums erworben werden müssen. Diesen Teil der Wissenschaftsratsempfehlungen sollten wir also schnell und wirksam realisieren — aber in der erklärten Absicht, die Kraft der Reflexion als eine gemeinsame Anstrengung aller Bürger der Universität ernstlich zu ermöglichen und der eifertigen Integration einer entpolitisierten Hochschule in die sich formierende Gesellschaft mit Entschiedenheit zu begegnen.

(Merkur, Mai 1967, S. 416 ff.)

<sup>5</sup> Maßgeblich sind die SDS-Hochschuldenkschrift und ein Reformvorschlag, den eine Kommission der VDS ausgearbeitet hat; vgl. auch Nitsch, Gerhardt, Offe, Preuss: Hochschule in der Demokratie, Neuwied 1965.

<sup>6</sup> E. Baumgarten, Zustand und Zukunft der deutschen Universität, Tübingen 1963.



# 4. Nachtrag

## 28. Juli 1950

Das „Institut für politische Wissenschaft e. V.“ konstituiert sich. (Vgl. Zeittafeldatum vom 11. November 1957, 29. Januar und 1. April 1958)

## 8. bis 21. Juli 1954

Genfer-Indochina-Konferenz. Teilnehmer: Frankreich, Großbritannien, USA, UdSSR, Volksrepublik China, Demokratische Republik Vietnam (Nordvietnam), der „Staat Vietnam“ (Südvietnam), Laos und Kambodscha. (Einen Tag vor Beginn der Konferenz hatten die französischen Truppen in Dien Bien Phu unter dem Druck der Vietminh kapituliert.)

Der am 21. Juli unterzeichnete Waffenstillstandsvertrag sieht unter anderem vor: die provisorische Teilung entlang dem 17. Breitengrad und die Neutralisierung Vietnams, den Rückzug der Truppen, die Souveränität von Kambodscha und Laos, das Verbot jedweder Verstärkung von allem Kriegsmaterial, das Verbot, neue militärische Stützpunkte zu schaffen, und die Umsiedlung von Flüchtlingen.

Die Schlußerklärung des Vertrages verurteilt „jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten“ der Staaten und verfügt, daß im Juli 1956 in ganz Vietnam unter internationaler Kontrolle allgemeine Wahlen mit dem Ziel der Wiedervereinigung stattfinden sollen. Eine Kommission, der Großbritannien, Indien und Polen angehören, wird mit der Überwachung und Durchführung der Bestimmungen betraut. Die USA und Südvietnam weigern sich, die Schlußerklärung zu unterzeichnen, erklären jedoch, den Vertrag achten zu wollen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 6. September 1954 und Juli 1956)

## 6. September 1954

Gründung der SEATO (South East Asia Treaty Organization). Die SEATO proklamiert den Willen, jeden „militärischen Angriff“ und jede „umstürzlerische Tätigkeit“ zu bekämpfen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 8. Mai bis 21. Juli 1954)

## 12. Februar 1955

Auf Ersuchen der südvietnamesischen Regierung unter Ngo Dinh Diem übernimmt die MAAG (Military Assistance Advisory Group) die Ausbildung der Armee. Die MAAG wird im Februar 1962 dem MACV (Military Assistance Command Vietnam) unterstellt.

## 8. Mai 1955

Die Literaturstudenten Klaus Reiner Röhl, Peter Rühmkorf und Werner Riegel gründen in Hamburg das „unabhängige Nachrichtenmagazin für deutsche Studenten“, den „Studenten-Kurier“ (Ab September 1957: „Konkret“). Die erste Nummer erscheint im Mai 1955.

## 14. bis 25. Februar 1956

XX. Parteitag der KPdSU in Moskau. Am letzten Tag des Parteikongresses hält der 1. Sekretär der KPdSU Nikita S. Chruschtschow eine Rede über den stalinistischen Persönlichkeitskult und dessen „schädliche Folgen“.

## Juli 1956

Trotz mehrfacher Anfragen der Demokratischen Republik Vietnam und einer Mahnung der beiden Kopräsidenten der Indochina-Konferenz, UdSSR und Großbritannien, mit den Vorbereitungen zu den Wahlen im „Staat Vietnam“ (Südvietnam) zu beginnen, finden die im Genfer Waffenstillstandsvertrag vorgesehenen gesamtvietnamesischen Wahlen nicht statt. Mit Unterstützung der USA weist Ngo Dinh Diem die Anfragen und Mahnungen zurück. (Experten schätzen den Anteil derer, die die Kommunisten dulden oder direkt unterstützen, auf ca. 80 %. Die USA schicken in den folgenden Jahren Soldaten — zunächst als „Militärberater“ — nach Südvietnam. Bis 1968 steigt deren Zahl auf den höchsten Stand von 547 000.) Die Zahl regulärer nordvietnamesischer Truppen in Südvietnam beträgt unmittelbar vor dem Pariser Waffenstillstandsabkommen im Jahre 1973 150 000 Mann. (Vgl. Zeittafeldatum vom 8. Mai bis 21. Juli 1954, 27. Februar 1965 und 23. Januar 1973).

## 26. August 1957

Namens des Akademischen Senats der FU als Dienstbehörde stellt der Prorektor der FU, Prof. Dr. Gerhard Schenck, in Vertretung des derzeit amtierenden Rektors Prof. D. Andreas Paulsen gegen den Honorarprofessor Dr. Oskar Klug in Ausführung des Beschlusses des Akademischen Senats vom 3. August 1957 Strafantrag wegen Beleidigung, Verleumdung und übler Nachrede. (Vgl. Zeittafeldatum vom 3. August und 8. November 1957, 1. April 1960 und 11. Oktober 1961)

## 14. bis 16. November 1957

„Beratung von Vertretern der Kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder“ in Moskau. In der Deklaration heißt es unter anderem: „Hauptinhalt unserer Epoche ist der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus.“ Besonders große Bedeutung komme der Festigung der „Einheit und brüderlichen Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten und der Kommunistischen und Arbeiterparteien aller Länder“ wie auch dem „Zusammenschluß der internationalen Arbeiterbewegung, der nationalen Befreiungsbewegungen und der demokratischen Bewegung“ zu. „Während die kommunistischen Parteien den Dogmatismus verurteilen, sehen sie unter den gegenwärtigen Umständen die Hauptgefahr im Revisionismus, oder mit anderen Worten im rechten Opportunismus als einer Ausdrucksform der bürgerlichen Ideologie, die die revolutionäre

näre Energie der Arbeiterklasse lähmt und die Erhaltung oder Restauration des Kapitalismus fördert. Jedoch können auch Dogmatismus und Sektierertum in bestimmten Entwicklungsphasen einzelner Parteien die Hauptgefahr darstellen. Jede kommunistische Partei entscheidet, welche Gefahr für sie im gegebenen Zeitpunkt die Hauptgefahr ist. ... Der bürgerliche Einfluß ist die innere Quelle des Revisionismus, Kapitulanten-tum gegenüber dem Druck des Imperialismus seine äußere Quelle. ... Die Formen des Übergangs verschiedener Länder vom Kapitalismus zum Sozialismus können unterschiedlich sein. Die Arbeiterklasse und ihre Vorhut, die marxistisch-leninistische Partei, sind bestrebt, die sozialistische Revolution mit friedlichen Mitteln durchzuführen.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 28. November 1960 und 17. bis 25. Oktober 1961)

#### **7. Mai 1958**

Der Senator für Volksbildung, Prof. Dr. Joachim Tiburtius, teilt dem Honorarprofessor Dr. Oskar Klug mit, daß er ein Verfahren gegen ihn eingeleitet habe, in dem geprüft werden solle, ob er durch sein Verhalten die Würde und das Ansehen der FU so schwer geschädigt habe, daß seine Ernennung zum Honorarprofessor und damit seine Mitgliedschaft im Lehrkörper der FU aufgehoben werden müsse. (Vgl. Zeittafeldatum vom 12. Februar 1958, 22. Februar 1960 und 8. Dezember 1961)

#### **5. Januar 1960**

Votum der Kommission der Westdeutschen Rektorenkonferenz für Hochschulrecht zur politischen Tätigkeit der Studentenschaften: „Organe der Studentenschaft wären z. B. befugt, politische Meinungsäußerungen zu allen Fragen abzugeben, welche die Pflege der Wissenschaft in Forschung und Lehre, die Institution der wissenschaftlichen Hochschulen, die Mit- und Selbstverwaltungsrechte der Studentenschaft und den Status der Hochschulangehörigen unmittelbar betreffen...“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 13. Juli 1960)  
Dok. 261a

#### **9. Juli 1960**

Memorandum der Kommission des Akademischen Senats für politische Bildungsarbeit über die „Intensivierung der politischen Bildungsarbeit an der Freien Universität Berlin“.

Das Memorandum konstatiert die unbefriedigende politische Bildung der Studenten und die Notwendigkeit dauerhafter Besserung. Es unterteilt die Studenten in vier verschiedene Gruppen (Politologie-Studenten; Studenten solcher Wissenschaften, für die Kenntnis politischer Zusammenhänge notwendig ist; Studenten, die Lehrer, Berufsberater etc. werden wollen; andere Studenten). Im weiteren gibt das Memorandum eine Liste von Vorschlägen für Veranstaltungen zur politischen Bildungsarbeit und deren Träger. (Vgl. Zeittafeldatum vom 26. Juli 1960)  
Dok. 272a

#### **26. Juli 1960**

Ordentliche Sitzung des Akademischen Senats der FU. Der Akademische Senat nimmt das Memorandum der Kommission für politische Bildungsarbeit vom 9. Juli 1960 zustimmend zur Kenntnis. Der im Abschnitt III vorgelegte Plan wird gebilligt und seine Durchführung beschlossen.

Der Rektor wird gebeten, nach Besprechungen mit dem Direktor des OSI, dem Direktor des Instituts für Politische Wissenschaft und dem Vorsitzenden des Senatsausschusses für Abendveranstaltungen die organisatorischen Voraussetzungen für die praktische Durchführung der politischen Bildungsarbeit an der Freien Universität zu schaffen.

#### **28. November 1960**

Erklärung der „Beratung von Vertretern der Kommunistischen und Arbeiterparteien“: „Die Ereignisse der verflochtenen drei Jahre haben die Richtigkeit der in der Erklärung und im Friedensmanifest gegebenen Analyse der weltpolitischen Lage und der Perspektiven der internationalen Entwicklung ... bestätigt. ... Das brennendste Problem unserer Zeit ist das Problem von Krieg und Frieden.“ In der Deklaration wird festgestellt, daß gegenwärtig der Revisionismus die Hauptgefahr der internationalen kommunistischen Arbeiterbewegung darstelle. „Die Führer des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, die den Marxismus-Leninismus verrieten, indem sie ihn für veraltet erklärten, haben der Erklärung von 1957 ihr antileninistisches revisionistisches Programm entgegengestellt. Sie haben den BdKJ der gesamten kommunistischen Weltbewegung entgegengestellt ...“ Die Erklärung ruft alle Kommunisten zur Aktionseinheit gegen den Einfluß der von den jugoslawischen „modernen Revisionisten“ verbreiteten antileninistischen Ideologie auf.

#### **29. Januar 1961**

Radio Hanoi verkündet die Bildung der „Nationalen Front für die Befreiung Südvietnams“ (FLN) die am Dezember 1960 gebildete FLN vereinigt über 20 verschiedene Gruppierungen der Opposition, unter anderem die Demokratische Partei, die Revolutionäre Volkspartei, die Radikale Sozialistische Partei, Intellektuellen-Verbände, eine Industriellen-Vereinigung, Vertreter der Buddhisten und der nationalen Minderheiten. Das 10-Punkte-Programm verlangt unter anderem die Beseitigung der ausländischen Militärstützpunkte, den Kampf gegen das Analphabetentum, die Befreiung der Bauern und die Gleichheit der Geschlechter. Als wichtige politische Ziele werden genannt: „eine Außenpolitik des Friedens und der Neutralität“, die Herstellung von „normalen Beziehungen zwischen den beiden Zonen“ und die „friedliche Vereinigung des Vaterlandes“. (Vgl. Zeittafeldatum vom Juli 1956)

#### **1. August 1961**

Die 3. Ferien-Strafkammer des Landgerichts Berlin beschließt, das Verfahren gegen den Honorarprofessor Dr. Otto Klug wegen übler Nachrede gemäß § 153 Abs. III StPO einzustellen. (Vgl. Zeittafeldatum vom 14. Juni und 11. Oktober 1961)

#### **17. bis 31. Oktober 1961**

XXII. Parteitag der KPdSU. Nikita S. Chruschtschow bezeichnet in seinem Rechenschaftsbericht die Verhinderung des Krieges als Hauptergebnis der Tätigkeit der KPdSU und als Hauptinhalt der gegenwärtigen Weltpolitik. Neben der Auseinandersetzung mit der „Anti-Partei-Gruppe“ und der Problematik der „Entstalinisierung“ richtet Chruschtschow heftige Angriffe gegen die Kommunistische Partei Albanien, der er unter anderem Rückfall in den Personenkult vorwirft. Tschu En-lai antwortet für die chinesische Delegation: „Wir sind der Meinung, daß ... eine Lösung geduldig im Sinne eines proletarischen Internationalismus nach den Prinzipien: Gleichberechtigung und durch Konsultation zur Einhelligkeit zu gelangen, angestrebt werden muß. ... Streitigkeiten zwischen Bruderparteien und Bruderländern den Augen des Feindes auszusetzen, kann nicht als ernste, marxistisch-leninistische Haltung betrachtet werden.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 15. und 31. Dezember 1962, März/April 1963 und 12. Dezember 1965)

#### **8. Dezember 1961**

Der Senator für Volksbildung, Prof. Dr. Joachim Tiburtius, teilt dem Honorarprofessor Dr. Oskar Klug mit, daß er das am 8. Mai 1958 gegen diesen eingeleitete Verfahren einstelle, da der Rektor aufgrund eines entsprechenden Beschlusses des Akademischen Senats seinen Antrag auf Rücknahme der Ernennung zum Honorarprofessor zurückgezogen habe. (Vgl. Zeittafeldatum vom 11. Oktober 1961 und 21. Februar 1964)

#### **14. Februar 1962**

Der von Prof. Dr. Oskar Klug mit der Erstellung eines Gutachtens beauftragte Münchener Professor der Rechte Dr. Rein-

hart Maurach kommt zu dem Ergebnis, daß 1.) am 26. August 1957 kein rechtswirksamer Strafantrag gestellt worden sei; 2.) da es sich bei den den Gegenstand der Klage bildenden §§ 185 und 192 StGB um absolute Antragsdelikte handle und die Frist zur Nachholung des Strafantrags verstrichen sei, eine zwingende Prozeßvoraussetzung fehle und daß 3.) daher das Berufungsgericht das Verfahren von Amts wegen nach § 206 a StPO einzustellen habe. (Vgl. Zeittafeldatum vom 8. Dezember 1961 und 21. Februar 1964).

### Dezember 1962

Der „Gründungsausschuß zum Aufbau der Universität Bochum“ legt eine Denkschrift vor, in der die Mitarbeit der Studentenvertreter an der Verwaltung und den Gesamtaufgaben der Universität durch eine Soll-Vorschrift zur Pflicht gemacht wird, soweit studentische Angelegenheiten tangiert werden.

### 15. Dezember 1962

Leitartikel der Pekinger Volkszeitung (Renmin Ribao) „Proletarier aller Länder, vereinigt euch gegen den gemeinsamen Feind!“. Zu den Angriffen der Bruderparteien“ gegen die Kommunistische Partei Chinas (so auf dem VIII. Parteitag der bulgarischen Kommunistischen Partei, dem VIII. Parteitag der ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, dem X. Parteitag der Kommunistischen Partei Italiens und dem XII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei) entgegnet die Volkszeitung: „Alle Tatsachen beweisen, daß die chinesischen Kommunisten, wie alle wirklichen Kommunisten in der ganzen Welt, konsequent am Marxismus-Leninismus und den revolutionären Prinzipien der beiden Moskauer Erklärungen von 1957 und 1960 festhalten. Diejenigen, die die KP Chinas angreifen, wollen uns als ‚Dogmatiker‘ verunglimpfen, beweisen damit aber nur, daß der ‚Dogmatismus‘ gegen den sie ankämpfen, nichts anderes ist als das Bollwerk der Theorie des Marxismus-Leninismus und die revolutionären Prinzipien der Moskauer Erklärungen von 1957 und 1960, an denen die chinesischen und alle anderen wahren Kommunisten festhalten.“ (Vgl. Zeittafeldatum vom 31. Dezember 1962, März/April 1963 und 12. Dezember 1965)

### 31. Dezember 1962

Leitartikel der Pekinger Volkszeitung „Die Differenzen zwischen Genossen Togliatti und uns“. (Zu den Angriffen des X. Parteitages der KPI gegen die KPCh vgl. Zeittafeldatum vom 12. Dezember 1965)

### 23. bis 27. März 1963

16. ordentliche Delegiertenversammlung des LSD. Die DV lehnt entschieden eine „Notstandsgesetzgebung“, wie sie der Entwurf des Innenministers darstellt, ab. Sie fordert die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze. (Vgl. Zeittafeldatum vom 5. Juni 1965)

### März/April 1963

Die Redaktion der chinesischen Zeitschrift Rote Fahne (Hongqi) veröffentlicht in der Nr. 3—4 einen ausführlichen Beitrag zu den laufenden Auseinandersetzungen über „Fragen der Theorie, der grundlegenden Richtlinien und Politik“. „Mehr über die Differenzen zwischen Genossen Togliatti und uns — Zu einigen Problemen des Leninismus in der Gegenwart“. Togliatti und andere hätten in ihren Thesen zwar zahlreiche Widersprüche der heutigen Welt erwähnt, seien den „Hauptwidersprüchen“ jedoch aus dem Wege gegangen: „Sie müssen folgende Hauptwidersprüche erkennen: Die Widersprüche zwischen dem sozialistischen und imperialistischen Lager, zwischen den imperialistischen Staaten, zwischen den imperialistischen Ländern und den unterjochten Nationen, zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat und den Werktätigen in jedem kapitalistischen Land, zwischen verschiedenen Monopolgruppen innerhalb der kapitalistischen Staaten sowie auch die Widersprüche zwischen der Monopolbourgeoisie

einerseits und der mittleren und Kleinbourgeoisie andererseits in jedem kapitalistischen Land usw.“ Diese Widersprüche seien auf die wichtigsten Veränderungen in den letzten sechzehn Jahren zurückzuführen: 1. Die Bildung des „Sozialistischen Lagers“: „Albanien, Bulgarien, Ungarn, Vietnam, die Deutsche Demokratische Republik, China, Korea, die Mongolische Volksrepublik, Polen, Rumänien, die UdSSR, die Tschechoslowakei“, 2. die Zunahme der Stärke der Sowjetunion und der übrigen sozialistischen Welt, 3. die anhaltende Zerstörung von „Positionen der USA-Imperialisten und ihrer Partner“ durch „die nationale Befreiungsbewegung und die revolutionäre Volksbewegung in Asien, Afrika und Lateinamerika“, 4. die Intensivierung der Kämpfe der Arbeiterklasse der europäischen und amerikanischen kapitalistischen Länder „um demokratische Rechte und Sozialismus“, 5. die Verschärfung der ungleichmäßigen Entwicklung der kapitalistischen Länder und die Widersprüche zwischen ihnen, 6. die Konkurrenz zwischen den monopolkapitalistischen Gruppen in jedem einzelnen Land. Diese Veränderungen bewiesen erneut, „daß der Brennpunkt der Widersprüche in der Nachkriegswelt im Widerspruch zwischen der Versklavungspolitik der USA-Imperialisten und den Völkern aller Länder sowie im Widerspruch zwischen der weltweiten Expansionspolitik der USA-Imperialisten und den übrigen imperialistischen Mächten zu suchen ist.

Daraus folgert die Rote Fahne: „Die gegenwärtige Lage stellt der internationalen kommunistischen Bewegung die Hauptaufgabe, die revolutionären Kämpfe der unterdrückten Völker und Nationen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zu unterstützen, denn diese Kämpfe sind entscheidend für die gesamte Sache des internationalen Proletariats. In einem gewissen Sinn hängt die revolutionäre Sache des internationalen Proletariats als Ganzes vom Ausgang der Volkskämpfe in diesen Gebieten, die die überwältigende Mehrheit der Weltbevölkerung umschließen, ab. Sie hängt davon ab, ob sie sich diese revolutionären Kämpfe als Unterstützung sichern kann.“ (In den folgenden Kapiteln formuliert die Rote Fahne die Auffassungen der KPCh zu den Fragen: „Krieg und Frieden“, „Staat und Revolution“, „Den Feind strategisch verachten, ihn aber taktisch beachten“ und „Kampf an zwei Fronten.“) (Vgl. Zeittafeldatum vom 17. bis 31. Oktober 1961, 15. und 31. Dezember 1962 und 12. Dezember 1965)

### Dezember 1963

In München, Berlin und Nürnberg werden mit „Subversive Aktion“ unterzeichnete Flugblätter verteilt: „Auch du hast Kennedy erschossen“. Dok. 336a

### Februar 1964

Neuer Berliner Landesvorsitzender des SHB wird Klaus Riebschläger.

### 25. Februar 1964

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Auf Anfrage des Außenreferenten stud. jur. Christian Wilmsen, ob über eine etwaige Verbindung der Studentenvertretung oder einzelner Studenten zu „Institutionen oder Stellen der SBZ“ der Presse etwas mitgeteilt werden solle, stellt der AStA fest, daß lediglich die ohnehin in der Öffentlichkeit bekannten Tatsachen weitergegeben werden.

### 3. April 1964

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der AStA-Vorsitzende Wolfgang Roth teilt mit, daß er den bisherigen Pressereferenten stud. phil. Ernst Elitz zum Chefredakteur des „FU-SPIEGELS“ ab 1. April 1964 berufen habe. Der AStA bestätigt Elitz einstimmig und erteilt ihm das Recht, an AStA-Sitzungen mit beratender Stimme teilzunehmen, da er bereits Mitglied des AStA war. Der

AStA stellt ausdrücklich fest, daß damit keine Präjudizierung einer künftigen Regelung über die Stellung des Chefredakteurs getroffen werde. (Vgl. Zeittafeldatum vom 2. Juli 1964)

#### 2. Juli 1964

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der AStA beschließt einstimmig, daß stud. phil. Peter B. Schumann als kommissarischer Chefredakteur des „FU-SPIEGELS“ künftig an AStA-Sitzungen teilnehmen dürfe. Es wird darauf hingewiesen, daß dies keine Präjudizierung darstelle und der AStA bei den Berufungen von Chefredakteuren jeweils erneut über die Zulassung zu AStA-Sitzungen beraten müsse. (Vgl. Zeittafeldatum vom 3. April und 17. Juli 1964)

#### 17. Juli 1964

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Bevor über den Antrag des kommissarischen Chefredakteurs des „FU-SPIEGELS“, stud. phil. Peter B. Schumann, beraten wird, ihm Antragsrecht auf AStA-Sitzungen zu gewähren und ihm eine monatliche Vergütung von DM 300,— über einen Vertrag mit dem Kurator zu geben, wird eine Personaldebatte beantragt. Danach teilt der AStA Herrn Schumann seine Vorbehalte mit: der AStA sei zu der Überzeugung gekommen, daß eine loyale Zusammenarbeit nicht unbedingt gewährleistet sei, die Tendenz, die in den von Herrn Schumann herausgegebenen Nummern hervorgetreten sei, habe wenig mit den Vorstellungen des AStA übereingestimmt. In Abwesenheit von Herrn Schumann stimmt der AStA mit fünf Stimmen gegen Schumann und bei drei Enthaltungen gegen dessen Weiterbeschäftigung als Chefredakteur. (Vgl. Zeittafeldatum vom 24. Juli 1964)

#### 24. Juli 1964

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Bis zur Berufung eines neuen Chefredakteurs für den „FU-SPIEGEL“ soll Fräulein Steuber die Geschäfte kommissarisch wahrnehmen. (Die nächste Nummer wird jedoch von stud. phil. Hermann L. Gremliza redigiert.) (Vgl. Zeittafeldatum vom 17. Juli 1964)

#### 22.—28. September 1964

Unter der Leitung des Direktors des II. Geographischen Instituts der FU, Prof. Dr. Jürgen Hövermann, reist die 1. Arbeitsgruppe des Instituts von Sebha in Libyen zur Oase Bardai im Tschad. Bardai liegt im Tibesti, dem zentralen und höchsten Gebirge der Sahara. Das Tibesti liegt im Einzugsbereich sowohl tropischer (im Sommerhalbjahr) als auch mediterraner Luftmassen (im Winterhalbjahr). Ziel der geplanten Forschungsarbeiten des geographischen Laboratoriums ist die Untersuchung der Oberflächenformung des ariden Klimas. Im Vordergrund steht die Fragestellung, inwieweit und in welcher Größenordnung sich klimatische Veränderungen des Eiszeitalters nachweisen lassen und diese mit Vorgängen in anderen Klimaregionen vergleichbar sind.

Die Präfektur Borkou Ennedi Tibesti (BET), in der Bardai liegt, steht unter Verwaltung der französischen Armee. (Vgl. Zeittafeldatum vom 1. Oktober 1964, 1. und 5. April, 2./3., 3. und 4. September und 16. Oktober 1965, 8. Januar, 27./28. März, 1. April, 22. Juni, 13. August, September, 1. Oktober 1966, Ende Dezember 1966 — Anfang Januar 1967 und April 1967)

#### 1. Oktober 1964

Beginn der Feldarbeiten der Außenstelle des II. Geographischen Instituts der FU in Bardai/Tschad. Der erste Stationschef ist der wissenschaftliche Oberassistent Dr. Horst Hagedorn. Die Gruppe besteht aus 6 Mitgliedern (Studenten und Assistenten). Prof. Hövermann reist nach Berlin zurück. (Vgl. Zeittafeldatum vom 22.—28. September und 31. Dezember 1964)

#### 30. Oktober 1964

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Der Sprecher der Medizinischen Fakultät, stud. med. Hubert Bacia, regt die Einrichtung einer von ihm zum großen Teil auch bereits geplanten Sexualberatungsstelle im Studentendorf an. Der AStA spricht sich für den Vorschlag aus, hält jedoch den Standort nicht für glücklich. Der Haushaltsausschuß soll entscheiden, aus welchen Mitteln ein Psychiater bezahlt werden soll. Der AStA und die Medizinische Fakultät wollen auf dem schnellsten Wege das Problem der Finanzierung lösen.

(Für die Tätigkeit in der Beratungsstelle wird die Leiterin der Beratungsstelle für Nerven- und Gemütskranke des Gesundheitsamtes Zehlendorf, die Ärztin und Psychotherapeutin Hildegard Lange-Undeutsch, im Nebenberuf gewonnen. Die anfängliche Begrenzung der Beratungsstelle auf Intimfragen der Partnerwahl, Empfängnisverhütung, der Hilfe in Liebes- und Ehekonflikten läßt sich nicht aufrechterhalten: die Beratung von Studenten, die an einer Neurose leiden, tritt immer mehr in den Vordergrund. Besonders setzen sich die Medizinstudenten Hubert Bacia und Wolfgang Eckardt aktiv für die Beratungsstelle ein. Neben den Beratungen werden „Kolloquien zur Sexualeufklärung“ durchgeführt. Im Wintersemester 1964/65 und Sommersemester 1965 werden die Kolloquien durch etwa einstündige Referate von Fachleuten (Hildegard Lange-Undeutsch, Dr. Schätzing, Dr. Wolfgang Fritz Haug, Pfarrer Denstaedt, Prof. Dr. Herbert Lax, Dipl.-Psychologe Heinrich Jordt u. a.) eingeleitet. Diese Form wird ab Wintersemester 1965/66 aufgegeben, da die Anwesenheit der Autoritäten und das Fehlen pädagogisch-didaktischer Sensibilität Diskussionen eher hemmt. Ab Wintersemester 1965/66 leiten vor allem die Medizinstudenten cand. med. Hubert Bacia und cand. med. Wolfgang Eckardt die Kolloquien durch etwa zehnminütige Kurzreferate ein. (Weitere Referenten sind: Prof. Dr. Waldemar Molinski S. J., Hildegard Lange-Undeutsch, Dr. Günter Ammon und Dr. Siegfried Schubenz.) (Vgl. Zeittafeldatum vom 29. Januar und Mai 1965, Januar, 29. April, 14., 20. und 26. Juli 1966)

#### 6. November 1964

Ordentliche Sitzung des AStA der FU. Auf Vorschlag des AStA-Vorsitzenden stud. rer. pol. Wolfgang Roth wird stud. phil. Jürgen Mensendiek mit 5:0:3 Stimmen zum Chefredakteur des „FU-SPIEGEL“ gewählt. Für die erste von ihm redigierte Nummer soll er DM 330,— erhalten. Mensendiek soll — ohne Stimmrecht — an den AStA-Sitzungen teilnehmen dürfen, um so eine „AStA-nahe“ Studentenzeitschrift erstellen zu können.

#### 11. November 1964

Einrichtung einer Kommission an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der FU, die sich mit der Studienreform beschäftigen soll. Der Kommission gehören drei Studenten an. (Vgl. Zeittafeldatum vom 6. Juli 1966)

(An der Philosophischen Fakultät der FU wird im Wintersemester 1964/65 ebenfalls eine Studienreform-Kommission eingerichtet, die im Wintersemester 1965/66 und im Sommersemester 1966 die Grundstudiums-Regelung der Philosophischen Fakultät erarbeitet.)

#### 26. November 1964

Außerordentliche Sitzung des AStA der FU. Der AStA-Vorsitzende stud. rer. pol. Wolfgang Roth teilt mit, daß die Herren Michael Busch, Peter-Jürgen Ely und Franz Kirchberger ihren Antrag auf einstweilige Anordnung gegen den Rektor zurückzuziehen bereit seien, wenn der AStA-Vorsitzende sich bereit erkläre, eine Konventssitzung einberufen zu lassen, auf der der jetzige 16. Konvent einen Appell an den 17. Konvent beschließen soll, die Satzungsänderung unverzüglich zu beraten und zu beschließen. (Der Rektor der FU hatte verboten, für die Unterschriftensammlung zu werben und eine Urabstimmung durchzuführen.) Roth hält den Kompromiß im Interesse einer Beseitigung des Konflikts für akzeptabel. Der AStA ist jedoch der Meinung, daß es sich hier nicht um einen Kompromiß handle, da der AStA gar keine Leistungen erbringen könne, die der Begriff „Kompromiß“ beinhalte. In der Pressemitteilung soll der AStA von einer „gütlichen Einigung sprechen.

#### 1. Dezember 1964

Gespräch auf Einladung des Bundespräsidenten Dr. Heinrich Lübke mit dem AStA, den Mitgliedern des Hauptausschusses und zwölf anderen vom AStA ausgewählten Studenten. (Ursprünglich wollte der Bundespräsident hundert Studenten einladen. Der AStA hielt jedoch eine Begrenzung auf dreißig für notwendig, um ein sinnvolles Gespräch führen zu können.) Die Studenten diskutieren mit dem Bundespräsidenten über den Zugang zu den Universitäten, die Förderung von Universitäten „Kontakt mit mitteldeutschen Studenten“ und die Ausweitung des deutsch-französischen Jugendwerkes auf Jugendwerke mit anderen Ländern. Nach dem Gespräch gibt der Bundespräsident ein Essen.

#### 27. Februar 1965

Das Außenministerium der USA legt ein Weißbuch vor mit dem Titel: „Aggression from the North — the Record of North Vietnam's Campaign to Conquer South Vietnam“. Ähnlich wie schon in einem 1961 herausgegebenen Weißbuch bezeichnet das Außenministerium als Grund für die „nordvietnamesische Aggression“, daß Nordvietnam den Süden im friedlichen Wettbewerb nicht habe überholen können und sich deshalb zum Angriff entschlossen habe. Seit 1956 habe es den Viet-Minh-Apparat in Südvietnam wieder aufgebaut. Seit 1959 seien bewiesenermaßen 19 550 Mann Militärpersonal nach Südvietnam eingeschleust worden, dazu kämen noch 17 550 geschätzte Infiltranten, bis Ende 1964 also insgesamt 37 100 Mann.

(Die Stärke der amerikanischen Truppen in Südvietnam wird von Präsident Lyndon B. Johnson am 28. Juli 1965 mit 75 000 Mann angegeben.)

## DOKUMENT 261 a

### Votum der Kommission für Hochschulrecht der WRK zur politischen Tätigkeit der Studentenschaften (5. 1. 1960)

I. Die Kommission für Hochschulrecht der WRK nimmt zur Frage der politischen Betätigung der hochschulrechtlich organisierten Studentenschaft durch Meinungsbildung und Meinungsäußerung ihrer Organe hinsichtlich politischer Fragen im folgenden Stellung.

Hierbei wird der Rahmen abgesteckt, innerhalb dessen sich die als Mitglied der Hochschule rechtlich organisierte Studentenschaft als solche in ihren Organen und durch diese politisch betätigen darf.

Hievon zu trennen sind die folgenden Fragen:

1. Umfang und Durchführung der politischen Bildungsaufgaben der Hochschulen. Dieser Fragenkreis wird von der Kommission für politische Bildung der Rektorenkonferenz geklärt und liegt außerhalb der Aufgaben der Hochschulrechtskommission.
2. Einfluß der Hochschulzugehörigkeit eines Studenten auf Umfang und Art seiner politischen Betätigung innerhalb und außerhalb der Hochschule. Dieser Fragenkreis wird durch das verfassungsrechtliche Problem bestimmt, ob und wie weit die dem einzelnen Studenten kraft Grundgesetz und Landesverfassung zustehenden Grundrechte ihrer Ausübung nach durch die Zugehörigkeit zu einer Hochschule eingeschränkt werden. Diese Fragen des studentischen Disziplinarrechts werden im Rahmen des Gutachtens zu Zeitproblemen des Immatrikulationsrechts der Kommission für Hochschulrecht mitbehandelt.

II. Politische Meinungsäußerungen von Organen der Hochschulen oder ihrer Studentenschaften sind nicht grundsätzlich unzulässig. Es bleibt vielmehr im Einzelfalle zu prüfen, ob und inwieweit eine politische Meinungsäußerung innerhalb oder außerhalb des rechtlich umgrenzten Aufgabenbereiches des fraglichen Organes und innerhalb oder außerhalb des Mandats der Mitglieder dieses Organes liegt. Organe der Studentenschaft waren zum Beispiel befugt, politische Meinungsäußerungen zu allen Fragen abzugeben, welche die Pflege der Wissenschaft in Forschung und Lehre, die Institution der wissenschaftlichen Hochschulen, die Mit- und Selbstverwaltungsrechte der Studentenschaft und den Status der Hochschulangehörigen unmittelbar betreffen, d. h. in der auf Rechtsstaat oder Herkommen beruhenden Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden wurzeln oder auf diese Gemeinschaft oder ihre Mitglieder einen spezifischen Bezug haben.

Dagegen würden Organe der Studentenschaft die ihnen gesetzten rechtlichen Schranken überschreiten, wenn sie zu allgemeinen, jedermann berührenden, vielleicht hochpolitischen Fragen Resolutionen faßten oder für und gegen eine Politik, sei es allgemein, sei es im Einzelfall, Stellung nähmen, die sie nicht als verfaßte Studentenschaft oder Glied einer Hochschule betrifft.

Der Umstand, daß diese aufgezeigten Grenzen nicht immer beachtet und Grenzüberschreitungen in Einzelfällen bisher meist stillschweigend durch die zuständigen Behörden geduldet wurden, hat hinsichtlich der dargestellten hochschulrechtlichen Normen keine dirigierende Kraft.

(Akademischer Senat der FUB: Sitzungsprotokolle 1966, hier Sitzung vom 4. Februar 1966)

## DOKUMENT 272 a

### Intensivierung der politischen Bildungsarbeit an der Freien Universität Berlin

- I. 1. Die politische Bildung unserer Studenten ist unbefriedigend. Eine Besserung darf nicht kurzfristig sein, sondern ist mit langem Atem und grundsätzlich für die

Dauer zu erstreben. Die Universität muß dem Studenten zu einer politischen Bildung verhelfen, die dem geistigen Niveau eines Akademikers entspricht.

2. Politische Bildung umfaßt die Kenntnis politischer Tatsachen und Zusammenhänge und die Fähigkeit zu rationaler Kritik. Sie soll die ethische Verpflichtung zur Mitarbeit in unserem demokratischen und sozialen Rechtsstaat wecken und stärken.

II. Vier Gruppen von Studenten sind zu unterscheiden:

1. Studenten der Politologie. — Zur Zeit liegt kein besonderer Anlaß vor, an ihrer Ausbildung etwas zu ändern.
2. Studenten solcher Wissenschaften, für die eine Kenntnis politischer Zusammenhänge notwendig ist (Geschichte, Recht, Wirtschaftswissenschaften, Geographie usw.). — Ansatzpunkte für eine politische Bildung dieser Studenten bestehen bereits in der Lehrtätigkeit der zehn Politologie-Professoren (Philosophische, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche und Juristische Fakultät) und in der Behandlung politischer Aspekte in Fachvorlesungen.
3. Studenten, die Lehrer, Berufsberater usw. werden wollen. — Die Ordnung der Ersten Lehrprüfung sieht in § 4 vor, daß jeder Kandidat einen klaren Einblick in seine politischen Aufgaben innerhalb seines Berufes und der Gesellschaft besitzt und Verständnis für die bestimmenden Kräfte des Gegenwartsgeschehens hat. Außerdem sieht diese Prüfungsordnung in § 39 die Prüfung in „Politischer Propädeutik“ vor; von dieser Möglichkeit hat bisher nur eine sehr kleine Zahl von Studenten Gebrauch gemacht.
4. Die anderen Studenten. — Diese Gruppe ist bisher am wenigsten systematisch erfaßt.

III. Die an der Freien Universität vorhandenen und noch zu entwickelnden Möglichkeiten zur politischen Bildungsarbeit sind beschränkt. Es wird nicht gelingen, auch nur annähernd alle 12 000 Studenten zu erfassen; man muß und darf mit Teilerfolgen zufrieden sein.

Bei der Vielfalt sowohl der Studenten wie der in Frage kommenden Lehrkräfte ist es unmöglich, die ganze politische Bildungsarbeit nach einem einheitlichen Schema vorzunehmen. Vielmehr sollten folgende Arten von Lehrveranstaltungen nebeneinander eingerichtet werden:

1. Einzenvorträge in größerer Zahl als bisher, auch zusammen mit der Ernst-Reuter-Gesellschaft.
2. Diskussionen am Runden Tisch, sei es über grundsätzliche, sei es über aktuelle Fragen. Dazu können auch Politiker hinzugezogen werden.
3. Ringvorlesungen, in denen ein Problemkreis von verschiedenen Standpunkten und Disziplinen aus behandelt wird.
4. Vorlesungen geeigneter Dozenten für Hörer aller Fakultäten, in denen die politischen Ereignisse in ihrer prinzipiellen Bedeutung verfolgt werden.
5. Colloquia im Anschluß an die genannten Veranstaltungen.
6. Arbeitskreise, teilweise im Anschluß an eine Ringvorlesung. Sie könnten Studenten einer bestimmten Fachrichtung zusammenfassen, z. B. Anglisten zur Untersuchung des englischen oder amerikanischen Standpunkts zu einer politischen Frage.
7. Seminare, in denen ein Fachvertreter (z. B. ein Physiker) zusammen mit einem Politologen bestimmte Fragen untersucht, an denen beide Wissenschaften interessiert sind (z. B. Fragen der Rüstung und Abrüstung im Atomzeitalter).
8. In den übrigen Vorlesungen und Seminaren könnten die politischen Aspekte betont werden.

IV. 1. Die didaktische Aufgabe ist bei den einzelnen Lehrveranstaltungen verschieden. In größeren Veranstaltungen wird man danach streben, einen Überblick über grundsätzliche politische Zusammenhänge zu vermitteln; hierbei wären jedoch die Probleme nicht nur in abstrakter

Form, sondern am Beispiel konkreter Konflikt-Situationen zu behandeln.

Bei den kleineren Gruppen, vor allem in den Seminaren, wären hauptsächlich Spezialprobleme zu untersuchen. Soweit irgend möglich, ist ein Zusammenhang mit Fragen eines anderen Faches zu erstreben.

2. Da die politische Bildung nicht nur aus Kenntnissen besteht, sollte über solche Lehrveranstaltungen hinaus einer möglichst großen Studentenzahl Gelegenheit gegeben werden, in der studentischen Selbst- und Mitverwaltung mitzuwirken.
  3. Trotz der Aktualität und der psychologischen Bedeutung einer „Bewältigung der Vergangenheit“ darf die politische Bildung nicht auf Zeitgeschichte beschränkt werden. Zeitprobleme sind mindestens ebenso wichtig wie Zeitgeschichte, die Bewältigung der Gegenwart ebenso wie die der Vergangenheit.
  4. Eine besondere Aufgabe der politischen Bildung ist es, den kritischen Blick für den Ursprung und die Relativität der eigenen Werturteile zu entwickeln, z. B. für die historische und soziale Gebundenheit der eigenen politischen Überzeugung.
- V. 1. Träger der wissenschaftlichen Veranstaltungen müßten jeweils entweder Rektor und Senat sein oder eine Fakultät oder ein Interfakultatives Institut (Otto-Suhr-Institut und Ost-Europa-Institut).
- Soweit über den Kreis strenger Wissenschaft hinaus politische Bildung im weiteren Sinne betrieben wird, kommen als Träger vor allem die Studentenvertretungen und studentische Gruppen in Frage. Besonderer Prüfung bedarf die Frage, in welcher Form das Studentendorf politische Bildungsarbeit treiben kann.
2. Zur Aktivierung und Koordinierung der ganzen Arbeit muß eine besondere Zentralstelle eingerichtet werden. Als Vorbilder hierfür könnten das Akademische Außenamt oder der Senatsausschuß für Abendvorlesungen dienen. Es wäre auch zu prüfen, ob eine dieser Stellen die politische Bildungsarbeit zusätzlich übernehmen könnte. Ein Ordinarius sollte die Hauptverantwortung tragen und die Verbindung zu den Dozenten der verschiedenen Fakultäten pflegen. Studentenvertreter müßten beteiligt sein. Ein hauptamtlicher Geschäftsführer wäre anzustellen. Für diese Zentralstelle und für einige Veranstaltungen sind gewisse Sondermittel erforderlich.
- VI. Um eine möglichst große Beteiligung zu erreichen, sollten alle Veranstaltungen attraktiv gestaltet werden; doch dürfen sie nicht oberflächlich sein. Eine Zwangsbeteiligung ist abzulehnen; sie würde freiheitlichen Prinzipien widersprechen und nur eine schädliche innere Abwehrhaltung der Teilnehmer bewirken.
- Andererseits ist die Entscheidung zur aktiven Mitarbeit im demokratischen Staat das legitime Ziel der politischen Bildungsarbeit. Bei der Neigung vieler Studenten, sich lediglich auf ihre Examina vorzubereiten, ist es deshalb gerechtfertigt, politische Themen und Probleme in großem Umfang in Universitäts- und Staatsprüfungen einzubauen. Wo das bereits geschehen ist, wäre anzuregen, daß in der Prüfungspraxis von diesen Möglichkeiten intensiv Gebrauch gemacht wird.

Berlin, den 9. Juli 1960

(Akademischer Senat der FUB: Sitzungsprotokolle 1960)

## DOKUMENT 336 a

Um nicht kollektiver Lynchjustiz zum Opfer zu fallen, war es notwendig, dieses Manifest zu verzögern, bis die manipuliert hochgepeitschten Wogen sich wieder etwas geglättet hatten.

1. Die unermeßliche Trauer über den Tod Kennedys beweist, daß die Gesellschaft diesen Tod ersehnt hat: zur Schau gestelltes Glück produziert Neid, und die Trauer aller sollte den Todeswunsch aller kompensieren.
2. Das Erschrecken darüber, daß die Kugel von uns allen kam, wird gemildert durch die Mystifizierung des Verstorbenen, und die Schuld, entstanden durch die erfüllte Todessehnsucht, wird abgetragen durch eine noch totalere Identifikation mit dem Apparat: ich werde noch mehr arbeiten und noch fleißiger konsumieren.
3. Der Schock, daß Halbgötter durch eine Kugel sterben können, findet seinen Ausdruck im Erstaunen, daß der Tote wirklich tot ist. In Wahrheit wird durch den Rummel nach dem Mord vorgetäuscht, in einer Welt austauschbarer Marionetten sei ein Kennedy nicht austauschbar und ein einzelner könne noch Geschichte machen, wo doch jeder nur noch wollen kann, was er soll, und wo doch die autonomen Mechanismen der repressiven Gesellschaft in jedem Einzelnen zwangsläufig sich reproduzieren. — Der Pseudokrise folgt der vorgetäuschte Notstand, und dieser wiederum legitimiert den Zwang zu totaler Anpassung.
4. Die manipulierte Hysterie und die kostenlos konsumierte Tragik erzeugen Zusammenhalt. Der Genuß des Schmerzes ist das Abzeichen der kollektiven Idiotie, und das schwülstige Gefühl von Gemeinschaft kann in einer Gesellschaft, wo jeder von jedem perfekt abgekapselt in der Isolation verharrt, nur noch durch gesteuerte Massenpsychosen suggeriert werden.
5. In der Urhorde erschlugen die Söhne den Vater, um die Mutter zu besitzen, und die Welt erschloß den Großen Bruder John, um sich an Jacqueline zu vergreifen. Die Unmöglichkeit der Erfüllung dieses Wunsches wird sublimiert durch die Annäherung Jaquelines an das Bild einer Maria Immaculata. Der erschlagene John F. Kennedy feiert seine Auferstehung und Himmelfahrt in Cap Kennedy, und um seine Reinkarnation (Bobby, Edward, John) werden wir wohl nicht vergebens in den Messen der Massenmedien beten.
6. Die westliche Wohlstandsgesellschaft braucht solche Pannen wie Lengede und Kennedy, um an Hand der Reaktion zu testen, ob noch alle gleichgeschaltet sind: durch dieses Manifest geben wir kund, daß der gegängelte Zauber nicht mehr überall ankommt.

Wer all dies nicht versteht, will es nicht verstehen und untermauert nur die Wahrheit dieser Sätze; gleichzeitig entpuppt er sich als devoter Befehlsempfänger gesamtgesellschaftlicher Dogmen.

Dezember 1963

Subversive Aktion

München — Berlin — Nürnberg

(Albrecht Goeschel [Hrsg.]: Richtlinien und Anschläge, Materialien zur Kritik der repressiven Gesellschaft, München 1968, S. 40 f. Auszüge aus diesem Flugblatt wurden abgedruckt in: Bergmann, Dutschke, Lefèvre, Rabehl „Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition“, Reinbek bei Hamburg 1968, S. 158)

Dokumentation    **FU** | **BERLIN**

---

Freie Universität Berlin

1948 – 1973

Hochschule im Umbruch

Teil IV 1964–1967

Die Krise

**Nr. 15/73**